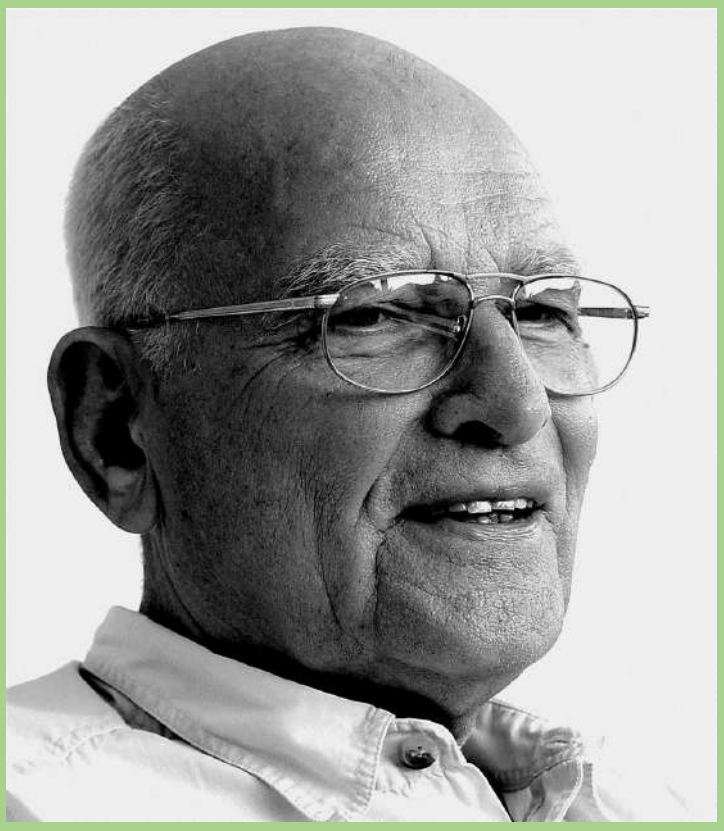
Kurt Pätzold

Texte aus dem Nachlass



Band 5

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer
Marburg 2024

Kurt Pätzold
(1930-2016)

Texte aus dem Nachlass

Band 5

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer
in Zusammenarbeit
mit dem Max-Stirner-Archiv Leipzig

Marburg 2024

Inhalt

Nach einem Signal aus der Wissenschaftswüste ... 9
Polen und wir ... 11
Ein unwillkommener Jahrestag ... 14
Auschwitz und Buchenwald ... 16
Prozess gegen die Besetzer der Neuen Wache in Berlin (9. November 1993). ... 29
„... erwarte ich restlosen Einsatz aller Kräfte“ ... 31
Rückblick nach einem halben Jahrhundert ... 33
Der Schreihals aus dem Obdachlosenasyl – eine Legende ... 39
Am Beginn des Holocaust: Judenmord in Litauen ... 41
„Abwanderung mit allen Mitteln“ ... 42
Vortrag in einer Veranstaltung der Jüdischen Landesgemeinde Sachsen-Anhalt ... 43
Die „Abwicklung“ der Geschichtswissenschaft der DDR ... 49
Léon Schirman. Rezension ... 58
Wie rechts ist der Zeitgeist ... 59
Die Katastrophe des Jahres 1933 und die Folgen ... 62
Anregung für antifaschistische Täter ... 71
Anregung für antifaschistische Täter ... 73
In Memoriam: Karl Brundig ... 75
Reinhard Kühnl zum Sechzigsten ... 76
Manfred Messerschmidt zum Siebzigsten ... 77
Hans Paucker zur Ehrenpromotion in Potsdam ... 78
Dr. h.c. Arnold Paucker ... 79
Titel und Preis – Justizmanipulationen ... 80
Entnazifizierung ... 81
Erfahrungen aus Faschismus- und Antifaschismus-Debatten, nicht nur aus DDR-Zeit ... 88
Unsere Befreiung vom verbrecherischen Mittun ... 103
Buchvorstellung. Braunschweig den 27.9.1997 ... 106
Zwischenbilanz. Jugoslawien ... 108
Dokumente gegen Legenden ... 109
Markstein in der Editionsarbeit zur Faschismusgeschichte ... 114
Wohin führt der Vergleich der „zwei deutschen Diktaturen“? ... 116
Der Streit um die Wehrmacht* ... 121
Attentat auf Reinhard Heydrich ... 148
Warten auf den Verzweiflungsschrei? ... 151
„... und was war im Oktober?“ ... 152
Wieder ein Laienkriminalist auf der Spur des „Stellvertreters“ ... 154
Zur Geschichte der sozialen Demagogie ... 156
Der Streit um die Wehrmacht – und kein Ende? ... 162
Der vergessene Jahrestag ... 170
Früh forderten deutsche Emigranten: „Wiedergutmachung an den Juden“ ... 173
Hitler, Generalfeldmarschall von Hindenburg, die Reichswehrführung und der 30. Januar 1933 ... 175
Wider den Zeitgeist ... 184
Faschismus oder Nationalsozialismus. Nur ein Streit um Begriffe? ... 186

Wir brauchen eine Mobilmachung gegen die faschistischen Werber ... 191
Bürgerliche Geschichtswissenschaft ... 200
Die DDR und die öffentliche Aufarbeitung des Völkermords an den Juden ... 202
Vom Sinn der Faschismus- und Hitlerforschung ... 210
Einige Überlegungen zur Gründung der BRD und der DDR vor 50 Jahren ... 215
Kleiner Lauschangriff in die Frühgeschichte der Burschenschaften ... 219
Erinnerungswelt ohne Zusammenhang ... 221
Verdienst und Versagen von Antifaschisten ... 223
Vier zu sechzehn ... 226
Ein hochinformatives Buch mit einem merkwürdigen Vorwort ... 228
Ortschaft für Ortschaft ... 230
Noch in 20 Jahren? ... 231
Gegraben am Wedding ... 233
Zwei Bücher zur deutschen und europäischen Rechtsgeschichte ... 234
„Keine Oststimme in der Goldhagen-Debatte“. Interview ... 236
Geschichtliche und aktuelle Befunde zum „Rechtsextremismus“ ... 238
Rache für Riga ... 252
Wilhelm von Oertzen, Rittergutsbesitzer auf Roggow nahe Rerik ... 253
Faschismus gestern und heute oder: Ist die Vergangenheit vorbei? ... 257
Vier zu Sechzehn ... 264
Plädoyer für den „aufrechten Gang“ – diesmal der Pädagogen ... 265
Arthur Seyß-Inquart und das Reichskommissariat der Niederlande ... 267
Die deutschen Eliten und der Zweite Weltkrieg ... 275
Hitlers missbrauchter Bart ... 279
Die frühe Geschichtsschreibung in der DDR über den Zweiten Weltkrieg ... 281
Die Geschichtsschreibung der DDR über Faschismus und Zweiten Weltkrieg ... 291
Schlag(etot)wort: Instrumentalisierung der Geschichte ... 299
Das Zusammendenken zweier Massenmorde ... 301
An der Schwelle eines geschichtsträchtigen Jahres ... 303
Kein neues Denkmal, auch keine neue Büste für Stalin ... 319
Meine Sicht auf unsere Auseinandersetzung mit Faschismus und Zweitem Weltkrieg ... 320
Nicht ganz neue Tendenzen in der Betrachtung des Zweiten Weltkrieges ... 328
Öfter unterwegs ... 331
Einleitende Bemerkungen zur Buchvorstellung ... 337
Kurzbericht über Eindrücke während der Buchvorstellungen in fünf italienischen Städten ... 341
Prora – und die Legende von den Lichtseiten des Nationalsozialismus ... 342
Was war? Was bleibt? ... 348
Aus linker Perspektive ... 352
Hitlers Weg begann in München ... 354
Luitwin Bies – Rede zu seinem 70 ... 356
Barbara Distel zur Ehrenpromotion ... 359
Zehn Jahre Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung ... 360
Der NS-Staat ... 363
Alte und neue Wunderheiler ... 372
Feindbilder – Geschichtsbilder. Kontinuität und Wandel ... 374

Die Partei hat immer Recht ... 378
Über Gewalt in Geschichte und Gegenwart ... 384
Vor 60 Jahren tobte die Winterschlacht vor Moskau ... 391
Festschrift für Wolfgang Benz ... 393
Stimmungen und Erwartungen am Vorabend des Überfalls auf die Sowjetunion ... 395
Dem Verdienst angemessen ... 397
Aus Gerichtssaal und Grand Hotel ... 399
Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik ... 400
Die Schüler und ihr Lehrer ... 402
Reinhard Kühnl ... 404
Aufkommen und Sieg des Faschismus in Deutschland ... 408
Rezension: Ulrich Völklein, Geschäfte mit dem Feind ... 417
Zur Vorstellung des Buches „Schlagwörter und Schlachtrufe“ 419
Nicht-Knoppsche Geschichtspublizistik ... 421
Eine denkwürdige Wende in der Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena ... 422
Die Stalingrader Schlacht ... 424
Geschichtserinnerung als politisch-ideologische Kampagne ... 437
Wo mündet die Diskussion über den Bombenkrieg? ... 441
Weltkriege im Vergleich ... 445
Vorstellung des Buches „Geschichte der NSDAP“ in Köln ... 447
Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt ... 453
Karl Gass zum Fünfundachtzigsten ... 454
30. Januar 2003. Gedanken zu einem Jahrestag ... 455
In Memoriam Willy Hundertmark ... 456
Ein erworbenes Verdienst und die Versuche, es zunichte zu machen ... 457
Rückblick aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts ... 459
In Memoriam Ernst Hoffmann (1880-1952) ... 461
Einleitende Bemerkungen für ein Gespräch 462
Judenmord – warum? Zu einem unverwirklichten Denkmal ... 465
Knopps Hitlerland. Eine Streitschrift ... 475
Kriegsgeschichten. Hergestellt auf dem Potsdamer Brauhausberg ... 507
Aus einem Leben in der zweiten Reihe ... 509
Der rote Terror ... 510
Neuere Literatur zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord ... 511
Mr. Bush, Ihr historisches Kostüm ist ein Fetzen ... 531
Ob man aus der Geschichte lernen kann? ... 533
Begegnung in Bremen. Hommage für Margot Meerwald ... 537
Eine andere Welt ist möglich ... 542
Mir nach, Kanaillen, in den Hitlerbunker ... 543
Zwei Ausstellungen gegen eine Legende ... 546
Hinterlassenschaft und Erbe ... 547
Die Dolchstoßlegende ... 549
Gäste und Besucher im Nazireich ... 551
Befreiung – zu einem umstrittenen Begriff ... 552
Ereignis und Erinnerung ... 556
Manfred Weißbecker zum 70. Geburtstag ... 561

Manfred Weißbecker zum Siebzigsten 566
Knüppel Staatssicherheit 567
Der Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/1946 572
Von Ribbentrop zu Springer 587
Geschichtsschreibung. Ein früh erworbenes Verdienst 589
Vom aufrichtigen Erinnern und Gedenken 597
Nachkriegsdeutschland im Blick 602
Hitler, das Regime und die Massen 605
Helden – Täter – Opfer. Eine noch unausgestandene Debatte 609
Rede auf Günter Rosenfeld anlässlich seines 80. Geburtstages am 2. September 2006 613
Einige grundsätzliche Erwägungen vorab. Leseprobe 615
Politische, künstlerische und wissenschaftliche Publizistik gegen den Antisemitismus.
Zum Erbe der DDR 619
Wolfgang Benz' 65. 632
Über das Grab der DEFA 634
Dokumente, die grübeln lassen 636
Wege und Irrwege des Antifaschismus 637
Zwölf denkwürdige, aber zumeist vergessene Prozesse 648
Über Wolfgang Ruges Geschichtsbild von der Zerstörung der Weimarer Republik 650
Noch einmal: Wo war der Opa im Kriege? 654
In Memoriam Wolfgang Ruge 656
"The proof of the pudding is in the eating" 657
Dr. Gertrud Markus – Gruß zum 90. 659
Militäreinsätze im Innern des Deutschen Reiches zwischen 1871 und 1945 661
Ein Tabuverdikt besonderer Art 666
Rede bei der Trauerfeier für Dr. sc. Waltraut Bleiber am 14. November 2008 668
Rudolf Hirsch ist tot 670
Das 20. Jahrhundert im Rückblick eines Historikers 671
Von der Garnisonskirche in die Kroll-Oper 676
Die Geschichte kennt kein Pardon 681
Dreitausend Seiten für Wilhelm Zwo 686
Rita Schober – Irrtum bei Tische 688
Rede zu Dr. Richard Lakowskis 70. Geburtstag anlässlich des festlichen Zusammenseins . 689
„Mir kamen stets die Historiker lächerlich vor, die sich über Geschichte beschweren". 693
Krieg auf Leinwänden 703
Auszüge aus dem Nachwort zur „Geschichte der NSDAP" 705
Nach diesem Stuttgarter Donnerstag 710
Der Traum vom Endsieg 712
Marxismus und Stalinismus oder Rehabilitierung und Kritik des realen Sozialismus 716
Die Preisgabe von schon Erkanntem 728
Wollten wir das wirklich wissen? 730
Die Geschichte des 20. Jahrhunderts wird umgeschrieben 731
Manfred Weißbecker zum Fünfundsiebzigsten 737
Erst Instrument – dann Opfer. Von den Ursachen zu den Wirkungen 738
Ein weltgeschichtliches Verdienst 742
Blicke in Zeiten 745

Hilfe für Festredner ... 749
Dietrich Eichholtz zum Achtzigsten ... 752
Eine Nachbetrachtung – nicht nur zu Dresdens Februartag ... 753
Stimme gegen den Afghanistan-Krieg ... 756
Eine Buchgeschichte ... 760
Rattenfänger Medien ... 763
Karl Bichtler ... 767
Geschichte und Gegenwart des Antifaschismus ... 770
Die Deutschen und der 22. Juni 1941 ... 776
Aufstand der Anständigen ... 784
Als der Feldzugsplan „Barbarossa“ scheiterte ... 785
Eine außergewöhnliche Biographie ... 787
Abgehört, protokolliert und durchmustert ... 788
„... bis alles in Scherben fällt“ ... 789
Eichmann – und kein Ende? ... 791
Totalitarismus: wissenschaftlicher Begriff –
publizistisches Schlagwort – politischer Knüppel ... 793
Der Weg zum 22. Juni 1941 ... 799
Kein Ende der Kostümierungen? ... 801
Die Massengefolgschaft des Naziregimes und die Einsamkeit des Widerstandskämpfers ... 806
In Memoriam: Jan Peters ... 811
Heute nicht, morgen doch ... 813
Die Wannsee-Konferenz: Forschungsstand und Wissensniveau ... 819
Die Zerstörung Lübecks und die Debatte über die deutschen Opfer ... 822
Eine Ausstellung zur Geschichte des spanischen Bürgerkrieges ... 825
Oranienburg – Sachsenhausen. ... 837
„Ewige“ und unumstößliche Wahrheiten. Eine Entgegnung ... 844
Spanien im Herzen ... 846
„Wie ein Schmierfilm: Alle sind schuldig-unschuldig“ ... 870
Sigismund Asch ... 875
„Erneuerung des Marxismus“ ... 896
Vergnügen mit Clio? Nicht nur ... 897
Am 75. Jahrestag des Pogroms ... 904
Vor dem Weltkrieg-I-Gedenken ... 907
Tendenzen ... 908
Episoden – nicht nur von und mit Kindern ... 910
Sprung nach rechts. Wohin? ... 923
Zeugnisse Hochbetagter ... 925
Wie der Kriegstoten gedacht wird auf Friedhöfen, in Kirchen
und auf öffentlichen Plätzen ... 926
Im Germania-Plan nicht vorgesehen ... 928
Wilhelm Liebknecht-Biografie von Wolfgang Schröder ... 929
Die Versager und andere Märchen vom Ersten Weltkrieg ... 931
„Mit Mann und Ross und Wagen ...“ ... 943
Bilanz zweier Gedenktage ... 946
Hornochsenmäßige Dummheit ... 949

Ehrung mit Abzügen ... 951
„Ein Dorf schießt sich (nicht nur) ins Knie“ ... 953
Vortrag zur Eröffnung der Konferenz. Hamburg am 24.-26. Oktober 2014 ... 954
Wider die geistige Flachware ... 958
Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt 959
Schwarz auf Weiß ... 968
Ein Jahrhundert später ... 969
Unterstellungen statt Argumenten ... 977
Vom Umgang mit historischen Jahrestagen ... 980
Vorwort zur geplanten Veröffentlichung der Sammelschrift „Quo Vadis, Terra?“ ... 985
Ein unüblicher Rückblick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts ... 986
Original und Imitation ... 990
Vom Wert des Studiums einer verpassten Chance ... 994
Über ein noch zu würdigendes Verdienst ... 996
Auschwitz. Einzig Produkt des Rassenwahns? ... 1001
Eine Kärrnerarbeit ... 1003
Vom gewordenen und gebliebenen Miteinander ... 1005
Nachlese zu Alexander Abusch „Der Irrweg einer Nation“, Mexiko 1945 ... 1006
Der Teufelspakt. Die Mär vom 23. August 1939 ... 1011
„Das Augusterlebnis und der ‚Geist von 1914‘“ ... 1022
Ein lobender Journalistenchor und die schweigenden Zeitgenossen ... 1025
Der Vergleich – erhellend, betrügerisch, diffamierend? ... 1027
„Gebt mir vier Jahre Zeit“ ... 1029
Wider die historischen Eintopfgerichte ... 1031
Geschichte – Zuchtrute oder Warnung ... 1033
Personenregister ... 1035

Vorbemerkung des Herausgebers

Die im Anschluss veröffentlichten Texte wurden entweder nicht gedruckt und sind Teil des privaten digitalen Nachlasses von Kurt Pätzold oder es konnten keine Quellen ausfindig gemacht werden.

Marburg, den 15. Juli 2024

Nach einem Signal aus der Wissenschaftswüste

Wenn gegen Jahresende ein weiterer Band des historiographischen Großunternehmens „Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg“, wie seine Verfasser noch erwarten, in Buchhandlungen und Bibliotheken gelangen sollte, werden seit dem Erscheinen des zuletzt herausgegebenen (sechsten) Bandes acht Jahre vergangen sein. Nun folgt erst einmal der zweite Teil von Band 5. Würden die Herausgabe der weiteren Bände, deren erste in hurtiger Folge zwischen 1979 und 1984 greifbar wurden, in diesem „Rhythmus“ verbleiben, so könnten die Zeitgenossen des Jahres 2030 das ganze Unternehmen geschlossen vor sich sehen und auch dies nur unter der Voraussetzung, dass sich bis zum abschließenden 10. Band nicht weitere Teilungen in Halbbände ergäben.

Die Mitglieder der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung und deren Gäste, denen Rolf-Dieter Müller seine und seiner Kollegen Arbeit an dem weitläufigen Unternehmen und namentlich an dem nahezu fertigen Halb-Band kürzlich vorstellte, waren nicht so unhöflich zu fragen, mit welcher Lebenserwartung die beteiligten Autoren rechneten und ob sie sich schon Gedanken über die Erben dieser „Unvollendeten“ machten. Ärger ist auf dem mühevoll zurückgelegten Wege ohnehin genug entstanden. Interne Auseinandersetzungen über die Herangehens- und Darstellungsweise sind absichtsvoll an die Öffentlichkeit gezerrt worden und das vor allem, weil einigen Publizisten in der (Alt-)Bundesrepublik die ganze Richtung nicht passte. Denn, knapp und also verkürzt gesagt: Was da als Frucht weitläufiger und aufwendiger Forschungen über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, die Rolle Deutschlands und der Deutschen unterbreitet wird, liegt im Ganzen quer und also blockierend vor allen Versuchen ihrer deutschnationalen Verklärung. Was also lag wiederum näher als die Anwendung der erprobten Methode, die Autoren in die „linke Ecke“ zu prügeln und, weil das Werk im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) produziert wird, nach der Dienstaufsicht des zuständigen Ministers zu rufen. Das freilich geschah erfolglos.

Die Gründe dieses Scheiterns können nur vermutet werden. Denkbar ist eine Parteinahme für die Wahrheit ebenso wie das nüchterne Kalkül, es werde ohnehin kaum ein Offizier der Bundeswehr nach des Tages Arbeit, und sei sie ihm noch so leicht geworden, zu diesen Wälzern greifen, sondern sich sein Bild vom Weltkrieg II nicht anders als der vielberufene Durchschnittsbürger lieber per Fernsehen vor das Sofa bringen lassen. Und die ihn da beliefern, werden sich auch der Mühe nicht unterziehen, sich eingehend zu belesen, denn sie wissen aus Erfahrungen, welches Produkt nach der Hauptsehzeit allenfalls „auf den Sender“ kommt und in die Stuben der Leute kommt.

Gelegen oder nicht, die inzwischen von Freiburg nach Potsdam umgezogenen Historiker machen ihre Arbeit. Im fünften Band richtete sie sich in einem Querschnitt, die übliche Chronologie sprengend, auf Fragen der Kriegswirtschaft, eine mitunter auch von Fachleuten als trocken bewertete Materie. Schon der erste Teilband ist daher auch mit dem Etikett „kommentiertes statistisches Handbuch“ versehen worden. So kam dem Publikum in der Stauffenberg-Straße der Gegenstand nicht vor, über den Müller nicht nur informierte, sondern auch anregenden Widerspruch herausforderte. Ihm zufolge, war die „militärische Kommandowirtschaft“, deren Planer und Initiatoren die einschlägigen Stellen der Wehrmacht gewesen seien, am Ende des Jahres 1941 gescheitert. Weder wären alle vorhandenen Kräfte für die kriegswirtschaftliche Mobilisierung genutzt, noch die Rüstungsziele exakt und erfüllbar bestimmt worden. An der Wende, die das Frühjahr 1942 bezeichne, setze nun der neue Band ein und verfolge die Entwicklung bis an die Schwelle, da das Regime in den Zustand der Agonie geriet. Die Initiativen, den totalen Krieg wirklich und gegen diverse Widerstände durchzusetzen, stünden im Mittelpunkt, und folglich auch Figuren wie Albert Speer, der Rüstungsminister, und Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für die Herbeischaffung von Arbeitskräften aus nahezu dem gesamten besetzten Europa. Dabei haben sich die Autoren auch manchen festgeronnenen Vorstellungen auf die Spur gesetzt und u.a. nach der Berechtigung des Bildes vom „Rüstungswunder“ gefragt, als dessen Urheber der Hitlerliebling gilt. Dabei sei u. a. klar geworden. dass Speer selbst durch gefälschte Zahlen seinen eigenen Ruhm noch aufgebessert habe.

In der Diskussion wandte sich das Interesse einer zunächst ausgelassenen Frage zu: Was werde in dem Band an Aussagen über die Rolle der Industriellen, über deren Einfluss auf Produktion und Prei-

se der Rüstungsgüter, den Umfang ihrer Profite, deren Realisierungsmöglichkeiten und die Vorbereitungen auf die „Zeit nach der Niederlage“ zu lesen sein? Überraschend darauf die Nachricht, es hätten die Eigentümer und Manager der Betriebe, als sich ihnen die Niederlage 1943 abzeichnete, auf die Rückkehr zur Friedenswirtschaft gedrängt. Ob das schlüssig bewiesen ist, wird nachzulesen sein, zumal wenig Kunde davon gegeben werden kann, dass sich etwa die Gestapo in nennenswerter Weise auf die Fährte unwilliger und den Krieg sabotierender Unternehmer hätte setzen müssen.

Müller wurde gefragt, wie ihm aus der Sicht seiner Forschungen der Platz jenes Unternehmens vorkomme, das Historiker der DDR über etwa ein Halb Jahrzehnte voran und zu Ende trieben. 1974 erschien der erste, 1985 der abschließende 6. Band von „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, einem Gemeinschaftsunternehmen, dessen Dirigent, treibende Kraft und „Seele“ Wolfgang Schumann war, zuletzt schon deutlich von jener Krankheit gezeichnet, die schließlich zu seinem frühen Tode führte. (Und ein Unternehmen übrigens, dessen Bandpreise nicht einmal das Budget sich spezialisierender Studenten überschritten.) Der Kölner Ordinarius Andreas Hillgruber, selbst Fachmann der Weltkriegsgeschichte von Graden, hatte das Erscheinen der ersten Bände in Berlin (Ost) seinerzeit als ein Signal und als Zeichen dafür gewertet, dass die bundesrepublikanische Historiographie gegenüber der ostdeutschen auf diesem Teilgebiet in Rückstand geraten war und einen „erkennbaren Nachholbedarf“ aufweise. Ja, so heute Müller, diese Arbeit habe für das eigene Vorhaben zwar keine Vorbildfunktion besessen, aber ihm auch nicht nur einen Anstoß gegeben. Es trug zur Aufgabe der Idee bei, die Weltkriegsgeschichte in einer Reihe von selbständigen Monographien abzuhandeln. Es sei der Entschluss zu eben jener Anlage des „Freiburger Unternehmens“ gefallen, an dessen Verwirklichung bis heute gearbeitet werde. Demnach also, die Eröffnung war nicht neu, hatten die Bewohner jenes deutschen Gebiets, das 1990 auch „Wissenschaftswüste“ genannt wurde, sich unbeabsichtigt ein zusätzliches Verdienst erworben. Müller stand nicht an zu erklären, dass seine Ergebnisse selbstredend in mancher Hinsicht sich mit denen von Dietrich Eichholtz decken würden, der die kriegswirtschaftlichen Passagen im DDR-Sechsbänder geschrieben hatte und kürzlich den dritten und abschließenden Band seiner „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ vorlegte. Die These von der „Legitimationswissenschaft“ ist unter ernstzunehmenden Leuten, die wider anderes Wissen zunächst gegenüber der Diffamierung ihrer ostdeutschen Kollegen (die eine gewisse Zeit lang keine Kollegen mehr waren), mithin ad acta gelegt worden. Wer sich nun von ihr distanziert, muss ja auch nicht mehr fürchten, sich mit Anschlusspolitikern anzulegen.

„Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ Hrsg. vom MGFA, Bd. 1, 1979, 2, 1979, 3, 1984, 4, 1983, 5, 1988, 6, 1990.

Polen und wir

Diskussionsbeitrag

I.

In einer Zeit, in der dem untergegangenen Staat DDR kein Verdienst gelassen wird und Enthüllungshistoriker das Regiment übernommen haben, liegt eine Veranstaltung mit einemThema wie dem heutigen nicht im ideologischen Hauptstrom. Das wird auch angesichts der Versuche deutlich, die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarstaat einem Schritt zuzuschreiben, der erst 1990 gegangen wurde. Der ist nicht geringgeschätzt, wenn daran erinnert wird, dass der bahnbrechende 40 Jahre vorher erfolgte. Während nach dem Ersten Weltkrieg, als der Vertrag von Versailles eine veränderte Grenze nach Osten zum eben wieder erstandenen polnischen Staat festlegte, die Weimarer Republik darauf mit einem feindlichen Verhältnis und einem Jahre dauernden Wirtschaftskrieg antwortete, entschied sich die Regierung der DDR kurz nach der Staatsgründung zum Ja zu einer Grenzziehung, zu der sie vordem auch nie gefragt worden war.

Der Schritt ist den Politikern in Berlin (Ost) nicht leichtgefallen und das aus mehreren Gründen.Zum einen war er nicht dazu geeignet, sie in der Bevölkerung populär zu machen, von der dochein nicht unerheblicher Teil aus eben den Gebieten stammte, von denen nun festgelegt wurde, dass sie dauernd Bestandteil des polnischen Staatsgebietes sein würden. Zum anderen war die Unterschrift Otto Grotewohls in Görlitz das Eingeständnis, dass alle Hoffnungen, die sich an eine partielle Revision der Grenzziehung von Potsdam noch geknüpft hatten, begraben werden konnten. Denn es war in öffentlichen Reden – und das keineswegs nur aus taktischen Gründen – wiederholt erklärt worden: Würden die Deutschen entschlossen einen Weg der Demokratisierung ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Zustände erreichen und sich für alle Zukunft von dem Gedanken einer Gewaltpolitik gegenüber ihren Nachbarn lossagen, dann könnte sicher geben, dass über die Grenze im Osten noch einmal geredet werden würde. Das drückte fraglos mehr einen Wunsch denn eine reale Perspektive aus. Seit die Aussiedlung erfolgte und Polen in Dörfer und Städte einzogen, die einst Deutsche bewohnten, war der diplomatische Akt von Potsdam durch ein mächtiges Faktum manifestiert worden. Wer konnte glauben, dass binnen weniger Jahre große Menschengruppen gleichsam hin- und dann wieder „hergeschoben“ werden würden?

Nichts weniger als leicht gefallen ist den ostdeutschen Politikern die Unterschrift unter das Abkommen über die Grenze an Oder und Neiße, aber auch deswegen, weil doch nicht wenige von ihnen auch eigene Bande und Beziehungen zu den Landstrichen und Regionen besaßen, über deren Zukunft nun definitiv entschieden wurde. Und schließlich genügt es, an die Ernährungssituation des Jahres 1950 zu erinnern, um sich der ausgesprochenen und unausgesprochenen Bedenken und Sorgen zu erinnern, die damals existierten. Die Politiker und Ideologen an der Spitze der SED hatten die Bevölkerung – sich mit der These vom „Volk ohne Raum“ auseinandersetzend – bereits vordem darauf einzustellen gesucht, dass es möglich sei, sich auch auf dem Boden der SBZ/DDR und durch die Möglichkeiten des Außenhandels auskömmlich zu ernähren. Doch der Beweis dafür war noch keineswegs erbracht. Viele fragten sich, ob mit dem Verlust landwirtschaftlich geprägter, Überschüsse liefernder Provinzen der Mangel an Lebensmitteln und deren Rationierung nicht eine Dauererscheinung bleiben werde.

Keine Frage, das Abkommen von Görlitz war ein schmerzhafter Schritt und es macht einen erheblichen Unterschied, ob das Ja zu dieser Grenze 1950 erfolgte oder ob es 1990 ausgesprochen wurde, dann von der Regierung eines Staates, in dem eine geballte Wirtschaftskraft existiert, und zu einer Zeit, in der die Erinnerung an die Kriegsfolgen auch bei denjenigen, die sie durchleben mussten, nahezu völlig verblasst ist und Stoff für unterhaltsame Gespräche an reich gedeckten Tischen bilden kann. Wird diese Differenz schon kaum noch erwähnt, so gilt das mehr noch für eine andere Tatsache. Der Schritt von Görlitz war von DDR-Seite gewiss notwendig als eines von mehreren Eintrittsbilletts in die Gruppe der sich zusammenschließenden Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, deren Führungsmacht die UdSSR war. Doch nicht minder erforderte ihn der Revanchismus in der eben gegründeten Bundesrepublik, der dort keineswegs eine Randerscheinung der Gesellschaft darstellte. Nicht nur –

was bis heute geschieht –, dass Politiker auf der Klaviatur deutscher Ansprüche gegenüber Polen und namentlich der Tschechoslowakei spielten, um sich bei Wählern liebkindzumachen. Die Revision der Ostgrenze war ein durchaus ernst zu nehmendes Ziel westdeutscher Politik, dessen Erreichung sich an Vorstellungen über die Entwicklung der Konfrontation der einstigen alliierten Mächte und die Verschärfung des Kalten Krieges knüpften. Den Revanchisten aber lieferte das Abkommen gleichsam die ideologisch-politische Munition gegen die DDR, und es wurde genutzt, um erfolgreich Hass gegen den ostdeutschen Staat zu schüren.

Drei Bundeskanzler – Adenauer, Erhardt und Kiesinger – waren schon abgetreten, als der Sozialdemokrat Brandt mit seiner denkwürdigen Geste der Bußfertigkeit vor dem Mahnmal im Gebiet des einstigen Warschauer Ghettos auch verdeutlichte, dass die Westdeutschen kein Recht besaßen, diesem Staat gegenüber drohend mit Ansprüchen hervorzutreten. Das war so etwas wie eine Pioniertat, aber eben nur aus der Perspektive der westdeutschen Nachkriegssituation, und es bedeutet eine Geschichtsfälschung, wenn sie nun in eine „gesamtdeutsche“ Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen hinein montiert wird, die es damals nicht gab.

II.

Was bis heute dazu dient, die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen zu vergiften, ist die Darstellung der „Vertreibung“ der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, die nur einen Teil der Vorgänge erfasst, an denen *in keiner Phase* etwas zu beschönigen ist, deren Darstellung aber gerade dann widersprochen werden muss, wenn und wo sie darauf zielt, die Polen des Jahres 1945 und der folgenden Jahre als grausam, gewalttätig und mörderisch hinzustellen und sie mit den deutschen Massenmördern von Kulmhof, Auschwitz, Treblinka, Belzec, Sobibor gleichzusetzen. Das geschieht bis auf den heutigen Tag, so eben erst wieder in einem Blättchen, das für die „Breslauer“ bestimmt ist und in dem vom „Holocaust an den Deutschen“ geschrieben wird.

Diese Art und Weise, die Geschichte der ostdeutschen Bevölkerung in den Jahren 1945 ff. „einzuordnen“, ist aber auch deshalb kritikwürdig, weil sie ganze tragische Entwicklungen vor Kriegsende und das Verhalten der deutschen Bevölkerung während der letzten Monate des Krieges ausblendet. Das Thema des stumpfen und dumpfen Weitermachens der übergroßen Masse der Deutschen, ihre Gefolgstreue gegenüber den faschistischen Machthabern bis in die vielberufenen „fünf Minuten nach zwölf“ scheint nicht auf. Die zerstörerische Rolle der Bonzokratie der NSDAP und nicht minder der Wehrmachtsführer und -befehlshaber wird umgefälscht in eine Rettungsaktion für Millionen Deutsche. Diese beschönigende Rolle haben in ihren Memoiren deutsche Generale und Admirale bald nach Kriegsende in der Bundesrepublik in Wort und Schrift für sich in Anspruch genommen.

Zunächst: ein erheblicher Teil der Deutschen hatte die Gebiete jenseits von Oder und Neiße bereits vor Kriegsende verlassen. Das mag Evakuierung, Flucht oder wie immer genannt werden, bildet aber die Vorgeschichte der Aussiedlung und Vertreibung. In der Stadt, die heute Wrocław heißt und die damals unter allen Städten des Ostens die meisten Einwohner zählte, hatte deren übergroße Mehrheit, mehr als drei Viertel, ihre Wohnungen bis Anfang Februar 1945 bereits verlassen. Aufgefordert worden waren sie dazu von Nazibonzen, die in der letzten Januardekade treppauf und treppab liefen, um den Breslauern Beine zu machen. Und sie hatten damit wenig Mühe. Die Angst vor dem Kriege, die Ahnung, dass Richter und Rächer nahten, die Furcht vor dem „Bolschewismus“, der ihnen seit 1917 als mörderisches Gespenst auf Plakate gemalt worden war, ließ die Stadtbewohner eilig ein paar Sachen packen, die einen sich mit Schlitten auf den ungewissen Weg in bittere Kälte machen, die anderen zu den Bahnhöfen drängen oder mit Lastwagen westwärts gelangen. So begann die Leerräumung nicht nur dieser Stadt keineswegs in erster Linie aus Rettungsgründen. Breslau sollte in eine „Festung“ verwandelt werden, damit der längst aussichtslos gewordene Krieg fortgesetzt werden konnte – bis zur letzten Patrone. Schussfeld zu bekommen, darum ging es auch anderswo. Denn wären die Leute geblieben, wo sie waren, hätte es weder das beliebig gegeben noch wären genügend Lebensmittel verfügbar gewesen, um – wie im Falle Breslaus – bis in die ersten Maitage auszuhalten, dadurch das Sterben und die Qualen so vieler verlängernd.

In diesem Verhalten der Deutschen zeigte sich noch einmal, dass das Bild von den wenigen Machthabern an der Spitze des Naziregimes als den allein Verantwortlichen falsch war. Sie besaßen 1945 nirgendwo mehr die Macht Millionen Deutsche an dem Entschluss zu hindern: Wir bleiben, wo wir sind, denn einmal muss dieser Krieg doch zu Ende gehen. Zugerichtet, wie sie waren, taten sie, was von ihnen verlangt wurde, nicht zuletzt deshalb, weil sie keine Alternative für ihre Entscheidungen und Handlungen mehr sahen. Sie blieben in der Hand ihrer „Führer".

Die politisch-interessierte Verkürzung der Geschichte verstellt den Blick auf diese unmittelbare Vorgeschichte. Gewiss, die Massenbewegung von Ostpreußen, Schlesiern, Pommern und Brandenburger nach Westen war als Aussiedlung nicht gedacht. Das falsche Bewusstsein, zurückkehren zu können, ändert indessen nichts an den Fakten, dass Dörfer ganz und Städte weitgehend menschenentleert waren, als der Krieg zu Ende ging. Das ist auf das Folgende nicht ohne Einfluss geblieben. Erinnert werden muss an diese Vorgänge nicht nur, damit die Geschichte „vollständig" beschrieben wird, sondern um das Thema „Der Faschismus und die Volksmassen" von Legenden, Mythen und absichtsvollen Auslassungen zu befreien.

Ein unwillkommener Jahrestag

Am 1. September 1941 dauerte der Krieg zwei Jahre

Als die Kalender den ersten Septembertag wieder anzeigten, wussten die Deutschen, dass der Krieg nun zwei Jahre dauerte. Das richtete die Gedanken in vielerlei Weise über den Tag hinaus und sie alle mündeten in eine doppelte Frage, was denn in dieser Zeit erreicht wurde und wie lange dieser Krieg denn noch dauern werde. Die Zeitungsleser stellten verwundert fest, dass um das Datum nicht viel Aufhebens gemacht wurde, und überlegten, warum das so sei. Einige „Volksgenossen" gelangten dabei zu der Vermutung, dass dies als der Versuch angesehen werden könne, „unliebsame Erörterungen über die Kriegsdauer zu verhindern und unangenehme Fragen in der öffentlichen Diskussion zu vermeiden." Damit lagen sie nahe bei der Wahrheit, denn in den nicht öffentlichen Gesprächen begann sich bereits seit einigen Wochen eine neue Betrachtung des Krieges und seiner Perspektiven durchzusetzen.

Die Hoffnung, dass noch im Jahr 1941 eine Invasion auf den britischen Inseln stattfinden werde, hatten die meisten Deutschen begraben. Sie lebte nur vereinzelt noch in den von Fliegerangriffen der Royal Air Force betroffenen Gebieten des Westens auf, wo sich mit dem Gedanken an eine Landung und Besetzung Englands die Erwartung verband, dass diese Attacken dann enden würden. Mehr noch: Großbritannien war nicht mehr wie noch im Jahr 1940 in die Defensive gedrängt. Es hatte in der UdSSR nicht nur einen militärischen Verbündeten gefunden, sondern auch begonnen, mit diesem praktisch zu kooperieren. Davon zeugte in Tausenden Kilometern Entfernung die von den beiden Kriegsgegnern am 25. August begonnene Besetzung des Iran, die ebenso wirtschaftliche wie militärstrategische Gründe besaß. Hier und wenig später auch im Hohen Norden hatte sich Großbritannien als fähig erwiesen, seinerseits die Initiative zu ergreifen und die eigenen Positionen zu verbessern. Am 9. September besetzten britische und kanadische Truppen das norwegische Spitzbergen. Beide Aktionen verbesserten die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der deutschen Kriegsgegner.

Die Hauptaufmerksamkeit der Deutschen aber war auf das Geschehen auf den Schlachtfeldern im Osten gerichtet. Noch berichteten die Sondermeldungen des Oberkommandos der Wehrmacht von Fortschritten und der Einnahme sowjetischer Städte wie Reval (Tallinn) und Luga, woran sich Hoffnungen auf die Eroberung Leningrads knüpften, von Tscherkassy und Dnjepropetrowsk, Städte südöstlich von Kiew, was die Einnahme der ukrainischen Hauptstadt zu verheißen schien, und auch des wichtigsten Industriegebiets von Kriwoj Rog. Dennoch besagten die Berichte der Beobachter des Sicherheitsdienstes, dass sich diese Meldungen auf die Stimmung der Bevölkerung nicht so auswirken, sie nicht jene Zeichen von Begeisterung zeigen würden, wie sie sich während des Feldzugs gegen Frankreich im Jahr zuvor ausgedrückt hätten.

Das besaß seine Ursache erkennbar darin, dass sich den deutschen das Bild vom Krieg gegen die Sowjetunion kaum zwei Monate nach seinem Beginn gründlich gewandelt hatte. Im Juni mochten sie Hitlers großspuriges Wort, gesprochen nachdem Feldzug gegen Jugoslawien und Griechenland, im Ohr gehabt haben, das lautete „Der deutschen Wehrmacht ist nichts unmöglich" und dafür in dem raschen Vordringen in die baltischen Republiken, nach Weißrussland und in die Ukraine eine Bestätigung gefunden haben. Zudem hatten ihnen Berichte und Kommentare nach dem 22. Juni versichert, dass der deutsche Feldzug planmäßig verlaufe und die Wehrmachtstruppen unaufhaltsam vorwärts gelangten. Im Besonderen aber hatten Schilderungen in Wort und Bild ihnen den Eindruck gemacht, dass diese „Bolschewisten" im Grunde keine ernsthaften Gegner seien, die nur widerwillig von den Politischen Kommissaren in den Kampf getrieben würden und sich in Massen gefangen nehmen lasse. Derart naive Vorstellungen, von Wünschen geleitet, nicht von Tatsachen, hatten schon begonnen, bei den besser informierten Propagandisten im Oberkommando der Wehrmacht und im Goebbels-Ministerium Bedenken erzeugt, wiewohl gerade sie an ihnen nicht schuldlos waren. Nun hatte die Zeit der Korrekturen, der Ausnüchterungen und auch der Kritiken an der Informationspolitik begonnen.

Unter dem Eindruck des Widerstandes, auf den die Wehrmacht nach wie vor stieß, und der Verlangsamung ihres Vordringens, äußerte sich das so: „Zu oft sei schon davon die Rede gewesen, dass ‚der Großteil der bolschewistischen Kerntruppen vernichtet', dass ‚die russische Heeresführung nicht

mehr Herr der Lage sei', usw. Auch die zu Beginn des Ostfeldzuges vielfach geäußerte Meinung, das unterdrückte russische Volk werde zur Selbsthilfe greifen, sei ein Wunschtraum geblieben." Die Bevölkerung im Reich, hieß es in den regelmäßig verfertigten geheimen Meldungen des Sicherheitsdienstes vom 1. September, vermöge sich „gegenwärtig keine rechte Vorstellung über die Lage im Osten zu machen." Und dass sie dazu nicht fähig sei, laste sie der Presse und dem Rundfunk an, denn die hätten mit ihren „Anfangsmeldungen" doch von der Vernichtung der besten sowjetischen Armeen, dem Einsatz letzter Reserven, so von Frauenbataillonen, ja selbst von Kindern und mobilgemachten Verbrechern berichtet. Viele Volksgenossen" meinten nun auch, dass die Drohungen der Politischen Kommissare nicht ausreichen könnten, um die Sowjets einen derartigen Widerstand leisten zu lassen, sondern dass man zur Erklärung in das Wesen und den Charakter der dortigen Völkerschaften und in die Art, wie das bolschewistische System sie behandelt und was es aus ihnen gemacht hat, hineinsehen müsse". Mit weniger geschraubten Worten: Den Unwissenden dämmerte, dass etwas Kenntnis von Land und Leuten ihnen nichts schaden könne. Zu ihr verhalfen, wenn auch bruchstückhaft, alsbald aber auch die Feldpostbriefe von der Ostfront, die im Kreis von Verwandten und Bekannten von Hand zu Hand gegeben und besprochen wurden.

An dieses gewandelte Bild schlossen sich Fragen und es verband sich vor allem mit Befürchtungen. Die ärgste war, dass der Krieg im Osten in einen Stellungskrieg übergehen und in einen strengen Winter hineinführen werde. Die Summe dieser gewandelten Vorstellungen und Stimmungen zu formulieren, fiel der Spezialisten der Meinungsanalyse deshalb nicht leicht, weil sie sich natürlich nicht des Verdachts der Schwarzmalerei und des Defätismus aussetzen wollten. So las sich die Bilanz so: Es bereite der Bevölkerung in weiten Kreisen steigende Sorge, dass der Krieg gegen die Sowjetunion nicht mehr in absehbarer Zeit beendet werden könne. Eine andere Formulierung lautete, es „präge sich überall aus, wie schweren Herzens die Bevölkerung die Hoffnung aufgibt, dass der Krieg bald zu Ende gehe." Das bezog sich nun schon nicht mehr nur auf das Geschehen im Osten. Wenige Tage später, im Bericht vom 28. August hieß es dann, dass sich „Vermutungen" ausbreiten würden, „dass ein Ende dieses Krieges, der sich auf immer neue Kriegsschauplätze ausdehne, gegenwärtig nicht abzusehen sei". Und so wurde denn am zweiten Jahrestag des Krieges geschrieben, dass die Bevölkerung „dem Krieg und seiner Dauer" mit „Beklemmung" gegenüberstehe und es „eine allgemein unbehagliche Stimmung im derzeitigen Kriegsabschnitt" gäbe, die sich vertiefe, eine „Unsicherheit im großen politischen Bild" anzutreffen sei. Und so ging es in den folgenden Meldungen weiter: „eine gewisse Beklemmung", „ein gewisses Unbehagen".

Was hier im Sommer 1941 an Stimmungen und Meinungen unter der Deutschen im „Hinterland" angetroffen werden konnte, erinnert an die Feststellung Kurt Tucholskys, wonach das Volk meist falsch denkt, aber meist richtig fühlt. Noch hatte sich das Desaster vor Moskau nicht zugetragen, noch die Truppen der deutschen Wehrmacht das Wort Rückzug nicht gelernt, noch sich die Wende an der militärischen Hauptfront des Krieges nicht zugetragen, da hatte die Wende in der Befindlichkeit der Deutschen sich bereits angebahnt. Freilich: dass sie diesen Krieg verlieren würden, das hatten sie noch nicht vor Augen, Noch glaubten viele von ihnen – und dies alsbald noch verstärkt – an Wunder und an den Wundertäter, ihren „Führer". Tauchte der in einem Filmstreifen der Wochenschau auf, wurde die Bilder danach befragt, ob ER gut, gesund und optimistisch ausschaue und dreinblicke. Ganz richtig fühlte dieser Teil des Volkes also auch nicht.

Die Zitate stammen aus den SD-Berichten im Zeitraum vom 18. August 1941 bis zum 4. September 1941. In: Meldungen aus dem Reich, Bd. 8, Herrsching 1984, S, 2659-2737.

Auschwitz und Buchenwald

Geschichtsdebatten über Konzentrations- und Vernichtungslager in Deutschland

Kein Begriff verband sich alsbald nach dem 30. Januar 1933 außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches so stark mit dem Bild von der Nazidiktatur wie der des „Konzentrationslagers“. Die ersten von ihnen entstanden in den Tagen nach dem Reichstagsbrand in Großstädten und in der Nähe von Industriezentren, an Konzentrationspunkten der Arbeiterklasse also. In diese Lager wurden die Gegner des sich etablierenden Regimes, Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands Opposition, aber auch nichtproletarische Antifaschisten von Trupps der Sturmabteilungen (SA) verschleppt.

Aus diesen Anfängen bildete sich seit 1934 ein System von Lagern heraus, die der von Heinrich Himmler geführten Schutzstaffel (SS) unterstanden. Die SS stellte sowohl das Personal der Geheimen Staatspolizei, das die Hitlergegner verfolgte und sie in die Lager einlieferte, wie auch deren Kommandanten, Hilfskräfte und Wachmannschaften, deren Formationen den beziehungsvollen Namen „Totenkopfverbände“ erhielten. Seit 1936/1937 wurde mit der Errichtung einiger großer Konzentrationslager begonnen, deren Namen später weit über Deutschland hinaus einen Entsetzenverbreitenden Klang erhielten: zu dem seit 1933 existierenden KZ Dachau kamen die KZ Sachsenhausen bei Berlin (das einen Vorläufer unter der Bezeichnung Oranienburg besaß) und Buchenwald bei Weimar hinzu. Ihnen folgten noch vor dem Kriegsbeginn Gründungen wie das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück am Rande der nordbrandenburgischen Stadt Fürstenberg (Havel) und die Lager von Mauthausen bei Linz und Neuengamme nahe Hamburg.[1]

Die Existenz dieser Lager, die von den Machthabern nicht geheim gehalten wurde, stellte den sinnfälligsten Beweis für das terroristische Wesen des Naziregimes, für die Herrschaft von Willkür und Gewalt im „neuen“ Deutschland dar. Wer in eines dieser Lager geriet, war ihren Herren und deren Entschlüssen und Taten hilf- und rechtlos ausgeliefert. Diese Tatsache erregte auch bei politischen Führern des Regimes und in Kreisen der Bourgeoisie Unbehagen. 1935 entstand eine interne Debatte darüber, ob diejenigen, die in solchen Lagern gefangen gehalten wurden, nicht eine Möglichkeit erhalten sollten, einen Rechtsanwalt einzuschalten und auf eine Überprüfung der Haftgründe zu drängen. Hjalmar Schacht, Präsident der Reichsbank und kommissarischer Reichswirtschaftsminister, der diese Neuerung erwog, gab sich aber alsbald damit zufrieden, dass Hitler und Himmler darauf bestanden, Gewalt jenseits aller juristischen Normen anzuwenden. Die permanente Drohung galt ihnen als unverzichtbar. Hitler erweckte in öffentlichen Reden zwar den Eindruck, dass er schließlich auch den letzten Deutschen für das Regime gewinnen werde, doch Himmler bekannte intern unumwunden, dass auf die Konzentrationslager auch in aller Zukunft nicht verzichtet werden könne. Es werde immer politische Gegner geben und die Gefahr einer revolutionären Erhebung gegen das Regime sei niemals auszuschalten.[2]

Schon in den Vorkriegsjahren hatten sich die Funktionen der Konzentrationslager erweitert. Zu ihnen gehörte seit dem Pogrom vom November 1938, die Juden durch zeitweilige Gefangenschaft zur Flucht aus Deutschland zu treiben. Zudem wurden immer mehr Deutsche in die KZ verbracht, die aus wirklichen oder auch nur eingebildeten Gründen nicht in die „nationalsozialistische“ Volksgemeinschaft“ passten, die eine Kriegsgemeinschaft werden sollte. Zu den politischen Insassen, zu denen auch eine Minderheit von Anhängern der NSDAP gehörte, die sich nicht systemkonform verhalten hatten, kamen als „Berufsverbrecher“ bezeichnete Straffällige, Homosexuelle, Bibelforscher und auch sogenannte „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“ hinzu.

---

1 Die Vorkriegsgeschichte der Konzentrationslager behandeln im Überblick neuerdings: Klaus Drobisch/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993.

2 Himmler wörtlich: „Breite Massen unseres Volkes werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer wieder einmal anfällig sein für das Gift des Bolschewismus“. Rede am 8. November 1938, Heinrich Himmler, Geheimreden 1933-1945 und andere Ansprachen. Herausgegeben von Bradley Smith/Agnes Petersen, Frankfurt am Main 1974, S. 112.

Im Moment, da der faschistische deutsche Imperialismus den Krieg begann, erhielten die KZ eine zusätzliche Bedeutung. Wieder und wieder hatte Hitler erklärt, es werde in Deutschland keinen zweiten „9. November“ (1918) mehr geben, und beschwörend beteuert, das Regime werde jedweden Widerstand gegen den Krieg unterdrücken. Das kräftigste dieser Mittel waren die Konzentrationslager. In sie gelangten nun prophylaktisch festgenommene politische Gegner. Die entscheidende Veränderung aber bestand in der Internationalisierung der Lager. Sie hatte schon 1938 mit der Einlieferung von Österreichern begonnen, nahm nun aber mit jeder Eroberung größeren Umfang an und erreichte schließlich explosionsartige Ausmaße.

Ende 1941 schufen die Machthaber auf ihrem Kriegs- und Eroberungspfad Vernichtungslager und Vernichtungsstätten, die der Verwirklichung des Massenmordes an der europäischen Judenheit dienten. Die erste dieser Mordstätten entstand in Kulmhof im Osten des „Reichswarthegaus“. Darauf folgte 1942 die Errichtung der Tötungsanstalten der „Aktion Reinhard“, die sich im Osten des Generalgouvernements befanden: Belzec, Sobibor und Treblinka. Im gleichen Jahr begann auch die gleichsam fabrikmäßige Menschenvernichtung in Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II), das zum durch Eroberung vergrößerten oberschlesischen Nazi-Gau gehörte. Während in Kulmhof und den Lagern der „Aktion Reinhard“ die dorthin transportierten Juden ausnahmslos (soweit sie nicht als Hilfskräfte bei der Vernichtung ihrer Leidensgenossen zeitweilig am Leben blieben) sofort mittels Gas umgebracht wurden, erfolgte in Auschwitz-Birkenau eine Aussonderung der Personen, denen das gleiche Schicksal bereitet wurde, und anderen, die erst bis zur totalen Erschöpfung ihrer Kräfte ausgebeutet wurden, bevor auch sie nach einer erneuten Selektion den Weg in die Gaskammern gehen mussten.

„Vernichtung durch Arbeit“ wurde in den Kriegsjahren, als die KZ mit ihren Außenlagern und -kommandos mehr und mehr eine kriegswirtschaftliche Bedeutung gewannen, auch zu einem alltäglichen Vorgang in den „traditionellen“ und zusätzlich neu geschaffenen Konzentrationslagern. Das relativierte die Unterscheidung zwischen den beiden Typen zunehmend. Wessen Kräfte ausgezehrt waren, sich durch permanente Unterernährung und unter dem Druck dauernder seelischer Qualen sowie infolge der Torturen der Wachmannschaften erschöpft hatten, der wurde, wenn er nicht bei der Zwangsarbeit, auf dem Marsch oder im Lager starb auf die verschiedensten Weisen umgebracht.

I.

Die historische Forschung vieler Länder hat sich mit dem System der Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung und mit der Geschichte ihrer einzelnen Instrumente (der Gestapo, der Lager, der Institutionen der Helfer, der Einrichtungen der Nutznießer) seit Jahrzehnten intensiv beschäftigt. Sie konnte sichtrotz aller Spurenverwischung durch die Täter auf eine aussagekräftige schriftliche Quellenmasse ebenso stützen wie auf die vielen Berichte von Überlebenden. Hinzu kamen die Aussagen der SS-Leute, die in mehreren europäischen Ländern vor Gerichte gestellt, angeklagt und abgeurteilt wurden. Das ungeheuerliche Verbrechen ist, so viele Wünsche nach weiterer Aufklärung noch immer existieren, unabweisbar festgestellt und im Bewusstsein von Millionen und Abermillionen Zeitgenossen und glücklicherweise, da deren Zahl unausgesetzt geringer wird auch in dem der nachgeborenen Generationen verankert.[3] Nächst dem Wissen, dass Faschismus Krieg bedeutet, bildet die Kenntnis des grauenerregenden Terrorismus die höchste Barriere gegen jedwede Sympathie für die menschenfeindliche Ideologie und Praxis der „Nationalsozialisten“.

Wer solche Sympathie dennoch erzeugen will, muss versuchen diese Barriere beiseite zu räumen. Werbungen für einen „neuen“ Faschismus nationalsozialistischer Prägung gehen daher notwendig

---

[3] In der BRD wie in der DDR trugen dazu nicht zuletzt Überblicksdarstellungen zur Geschichte des Systems der Konzentrationslager bei: Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. Hamburg 1978 und Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 19331945, Berlin (DDR) 1980 (2. Auflage). Ferner sei verwiesen auf: Johannes Tuchel, Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der Konzentrationslager“ 19341938. Boppard 1991. Zu den Pionierarbeiten auf diesem Gebiet gehört: Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 -1945, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1979 (2. Auflage). Hierbei handelt es sich um ein ursprünglich im Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main am 21. Februar 1964 erstattetes Sachverständigen-Gutachten. (Erstdruck: 1965)

mit der Absicht einher, die Verbrechen der Massenmörder zu bestreiten oder sie zu relativieren („zu normalisieren“) oder von ihnen wegzulenken. Und da „Auschwitz“ zu dem Begriff wurde, der stellvertretend für das ganze menschenverachtende und -mordende System steht, richten sich Versuche, den deutschen Faschismus der Vergangenheit zu schönen, gerade auf das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Es sind nicht wissenschaftliche Zweifel, sondern politische Interessen, von denen diejenigen umgetrieben werden, die nach der „Wahrheit“ über Auschwitz verlangen, die angeblich an die Stelle der behaupteten „Auschwitz-Lüge“ gesetzt werden müsse. Damit ist die Frage verknüpft, wie sich die Wissenschaft gegenüber nacktem Ignorantentum verhalten soll. Eine ganze Anzahl von Historikern und Publizisten in Deutschland haben darauf eine praktische Antwort schon gegeben: sie schreiben gegen die Verfechter der „Auschwitz-Lüge“ an und begegnen den Dreistigkeiten der (Neo)-Faschisten mit verstärkten Anstrengungen zur Verbreitung der Wahrheit.[4] Das geschieht unmittelbar in der Hoffnung, dadurch die Chancen der Geschichtsfälscher und ihre politischen Erfolgsaussichten zu minimieren. In geringerem Grad lässt sich hoffen, dass der eine oder andere, der diesem Typus von politischen Rattenfängern folgt, seine Gefolgschaft wieder aufgibt.

Jedenfalls hat sich unter den deutschen Zeithistorikern eine Auffassung durchgesetzt, die sich zu der Verantwortung für das Wachhalten des Bewusstseins über die Tötungsverbrechen des „Nationalsozialismus“ bekennt, angesichts der Umtriebe der (Neo)-Faschisten nicht einfach zur Tagesordnung übergeht oder von sich weg und auf die Justiz verweist. Das ist eine erheblich andere Situation, als sie in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg angetroffen werden konnte, als die „Dolchstoß-Legende“, die damals zur Sammlung der Republikfeinde und Revanchisten diente, durch die etablierte Geschichtswissenschaft nicht nur nicht bekämpft wurde, sondern in ihr selbst Fürsprecher fand. Bei allen Unterschieden spielt die „Auschwitz-Lüge“ tatsächlich eine ähnliche Rolle wie die „Dolchstoß-Lüge“, denn die eine wie die andere dienten bzw. dienen als Feldzeichen und zur Sammlung.

Für die Verbreitung der Wahrheit über „Auschwitz“ und die Bekämpfung der Verfechter der „Auschwitz-Lüge“ ist es aus deutscher Sicht ein erheblicher Gewinn, dass in Österreich eine Gruppe von Geschichtswissenschaftlern in der gleichen Richtung wirkt und vorbildliche Publikationen vorgelegt hat. Das gilt insbesondere für die Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands in Wien. Indem sie sich ausdauernd mit den Hervorbringungen ihrer faschistischen Landsleute auseinandersetzen, wird über die Grenzen Österreichs hinaus der Zurückweisung der „Auschwitz-Lüge“ ein großer Dienst erwiesen. Die Wiener Historiker sind den geistigen Betrugsversuchen wieder und wieder bis zu den Wurzeln gefolgt.[5] Durch sie wurde anhand der Geschichte der „Auschwitz-Lüge“ gezeigt, wie und mit welcher Raffinesse ihre Verfechter auf Dummenfang gehen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten können hier auch nicht knapp referiert werden. Doch sei auf die Argumente verwiesen, die nach vieler Beobachtung auch in Deutschland namentlich junge Leute (gewiss total eine verschwindende Minderheit) erreichen und denen daher vor allem begegnet werden muss.

Wieder und wieder werden Zweifel an den millionenfachen Massenverbrechen der deutschen Faschisten dadurch geweckt, dass verschiedene Angaben über die Gesamtzahl der Getöteten und Ermordeten aus der Fachliteratur und aus anderen Veröffentlichungen zusammen- und gegeneinandergestellt werden. Da die Forschung sich nur schrittweise über das Geschehen Klarheit verschaffen konnte, fällt es nicht schwer, aus verschiedenen Zeiten z. T. weit voneinander abweichende Angaben zum Beweis dafür anzubieten, dass die Wissenschaft angeblich nichts Genaues wisse und die Histori-

---

4 Einen besonderen Anlass dazu gab der 30. Jahrestag des Beginns des Auschwitz-Prozesses, der 1963 in Frankfurt am Main eröffnet wurde. Siehe: Ulrich Schneider (Herausgeber), Auschwitz, ein Prozess. Geschichte-Fragen-Wirkungen, Köln 1994. An der Auseinandersetzung mit den Revisionisten“ beteiligen sich nicht nur Historiker. Siehe neuerdings: Till Bastian, Auschwitz und die „Auschwitz-Lüge“. Massenmord und Geschichtsfälschung, München 1994. Zu den auf weitere Verbreitung angelegten Veröffentlichungen zählt auch (mit einer außerordentlich eigenwilligen und besserwisserischen Interpretation der Ursachen, die „nach Auschwitz“ führten): Gunnar Heinsohn, Warum Auschwitz? Hitlers Plan und die Ratlosigkeit der Nachwelt, Hamburg 1995.

5 Siehe neuerdings vor allem: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Herausgeber: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1994 und darin insbesondere S. 315 ff., 530 ff., 537 ff.

ker sich in ihren Aussagen widersprächen.[6] Diese Argumentation profitiert bis zum heutigen Tage auch davon, dass sich Publizisten mitunter nicht die Arbeit machen, ihren Angaben die neuesten Forschungsergebnisse zugrunde zu legen. Indessen hat eine internationale Forschergruppe nach mehrjährigen Recherchen die Gesamtzahl der jüdischen Opfer, die in das Programm der „Endlösung" gerieten, exakt eingegrenzt und mit der minimalen Angabe von 5,29 Millionen nach unten, mit der Zahl von wahrscheinlich mehr als 6 Millionen nach oben beziffert.[7]

Auf der gleichen Linie des Weckens von Zweifeln und Misstrauen gegen die Ergebnisse der Forschung liegt die Methode, die Expositionen in den Gedenkstätten auf dem einstigen Gelände von Konzentrationslagern als Fälschungen zu denunzieren. Einer der Neonazis, Althans mit Namen, der sich als ein politischer Jünger des Deutsch-Kanadiers Zündel versteht, fuhr eigens mehrmals in die Gedenkstätte in Auschwitz und erklärte den Bunker im „Stammlager" (Auschwitz I), in dem 1941 mit der Tötung von Gefangenen durch Zyklon B im großen Stil begonnen wurde, zu einer bloßen Attrappe.[8] Dabei wird die Tatsache schamlos ausgenutzt, dass die einstigen Leidens- und Vernichtungsstätten ein halbes Jahrhundert nachdem den Mördern das Handwerk gelegt wurde, sich nicht mehr in dem gleichen Zustand befinden wie im Jahr 1945. Mitunter wurden schon während der Zeit der Existenz in den Lagern mehrfach Veränderungen vorgenommen, die es schwer (und mitunter zu einer wissenschaftlichen Forschungsaufgabe) machen, die jeweiligen Bestimmungen zu rekonstruieren.

Die Geschichte des „Bunkers" in Auschwitz I mag diesen Fall illustrieren. Als das Gelände eine Kaserne der K. u. K. Monarchie war, diente er zur Aufbewahrung von Munition. Nachdem das Konzentrationslager eingerichtet wurde, fand er als Leichenkeller des Krematoriums Verwendung. Dann wurde das Gebäudewie erwähnt – für die Tötung von Menschen mittels Gas genutzt. Es fand, als die Großanlagen in Auschwitz-Birkenau errichtet worden waren, schließlich als Luftschutzbunker Verwendung.

Nach 1945 sind an solchen Orten, um ihre Funktion als Mordstätte und die Praxis der Mörder zu veranschaulichen, mitunter weitere Veränderungen vorgenommen worden. Skrupellos machen sich die Verfechter der „Auschwitz-Lüge" die wechselvolle Geschichte von baulichen Einrichtungen und die Tatsache zu Nutze, dass sie sich nicht mehr in unverändertem Zustand befinden. Es ist folglich angezeigt, dass in den Gedenkstätten und in ihrer Literatur ausdrücklich erklärt wird, dass die Orte inzwischen selbst Veränderungen durchlaufen haben, und dass die Museen, denn um solche handelt es sich bei aller Authentizität, nicht identisch sind mit dem Zustand der Mordstätten zu jener Zeit, da sie in Betrieb gesetzt und gehalten wurden. Es muß geschehen, was bei jeder Führung durch einen historischen Kirchenbau geschieht. Danach glaubt kein Besucher, er habe den Zustand des Bauwerks so angetroffen, wie es im Jahre seiner Errichtung und Einweihung existierte und aussah.

Die Vertiefung des Zweifels an der geschichtlichen Wahrheit erfolgt im Weiteren vor allem dadurch, dass die Absichten von Historikern, die die Tötungsverbrechen darstellen, als außerwissenschaftlich bezeichnet und von politischen Interessen geleitet denunziert werden. Das Verfahren erfolgt nach der Devise: Haltet den Dieb. Es wird behauptet, das Thema sei schon in der Vergangenheit einzig hochgespielt worden, um den Deutschen Wiedergutmachungszahlungen abzupressen, und es werde gegenwärtig dazu benutzt, den nachgeborenen Generationen dauernd ein Schuldgefühl einzupflanzen und sie zu erniedrigen. Diese Argumente besitzen offenkundig mehr Zugkraft als die dreiste und vollständige Leugnung der Verbrechen. Der Glaubwürdigkeit dieser Behauptung kommt obendrein die tägliche Erfahrung (nicht nur) junger Menschen entgegen, dass Ereignisse und Prozesse der Geschichte für

---

6 Das betrifft nicht nur Angaben, die bald nach Kriegsende gegeben wurden. Auf dem internationalen Symposium, das 1984 in Stuttgart stattfand, traten zwei so renommierte Sachkenner der Geschichte des Mordes an den europäischen Juden wie Yehuda Bauer und Raul Hilberg mit weit voneinander abweichenden Angaben über die Zahl der in Auschwitz getöteten Menschen auf. Vgl. Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer, Stuttgart 1985, S. 173 und 177.

7 Dimension des Völkermords. Herausgegeben von Wolfgang Benz, München 1991, S. 17.

8 Auf einer dieser provokatorischen Besuche begleitete ihn eine Kamera-Gruppe die über Althans einen Film drehte, um seine Praktiken zu entlarven. Der Film kam 1994 unter dem Titel „Beruf Neonazi" in die Kinos, wurde aber als Begünstigung der neofaschistischen Propaganda missdeutet. Inzwischen wird er in Deutschland in Veranstaltungen gezeigt, die von Erläuterungen und Diskussionen begleitet werden. Im Übrigen diente der Dokumentarfilm inzwischen als Beweismaterial in einem Justizprozess gegen Althans.

politische Zwecke bemüht werden, um die eigene Politik als die allein richtige hinzustellen und die der Gegner zu delegitimieren. Das Verfahren wird bis zu dem Grad getrieben, da dem Kontrahenten die politische Existenzberechtigung ganz abgesprochen wird. So wird, um ihrer Lüge die Beine zu verlängern, von den (neo-)faschistischen Werbern die soziale Erlebniswelt geschickt mit einbezogen. Hinzu kommt auch in diesem Punkt, dass mangelnde Sorgfalt und ungenügendes Differenzierungsvermögen in Politik und Publizistik weitere Ansatzpunkte bieten, die Verweigerung gegenüber der geschichtlichen Wahrheit zu stützen. Noch immer wird nicht exakt zwischen der Schuld der deutschen Zeitgenossen und der Verantwortung der Nachgeborenen unterschieden, die schuldlos sind, sich mit der Vergangenheit aber um ihrer selbst willen auseinandersetzen sollen: damit sie nicht zurückkehrt.

Die (Neo-)Faschisten verfügen aus deutscher Geschichte über reichliche Erfahrung, wie man die ungerechtfertigte Behandlung von Massen psychologisch ausbeuten kann. Als die internationalen Reparationsforderungen an Deutschland 1929 zu dem Young-Plan verdichtet wurden, ergab sich eine jährliche Zahlungsverpflichtung des Reiches, die bis in die achtziger Jahre unseres Jahrhunderts dauern sollte. Die Hitlerpartei schlug aus dieser Tatsache sogleich ihre Münze. Sie ließ Plakate verbreiten, auf denen kleine Kinder zu sehen waren, und machte darauf aufmerksam, dass diese Schuldlosen noch im hohen Alter „Tribute“ würden entrichten müssen. An diese Methodik knüpfen die Nachfahren an.

Das zugkräftigste Verfahren derjenigen, die mit der „Auschwitz-Lüge“ das Geschichtsbild des deutschen Faschismus aufbessern und damit eine ungetrübte Sicht in die ganze deutsche Geschichte „freimachen“ wollen, besteht aber darin, das Verbrechen zu relativieren. Das halbe Jahrhundert, das seit der Zerschlagung der faschistischen Mächtekoalition verging, bietet massenhaft Tatsachenmaterial für Kriegsverbrechen und politische Verbrechen an großen Menschengruppen. In diese Ereigniskette von Eroberung, Krieg, Mord und Massenmord, die als der „normale“ Gang der Weltgeschichte bezeichnet wird, erfolgt die Einordnung der Nazidiktatur. Die These „Die anderen auch“ besitzt erhebliche Einflussaussichten auch deshalb, weil sie kein Spezifikum der (Neo-)Faschisten in Deutschland ist. Bis weit in die Kreise des Konservatismus hinein können ihre Verfechter angetroffen werden. So ergibt sich die Möglichkeit eines Schulterschlusses zwischen der äußersten Rechten und den „links“ davon Benachbarten, die sich selbst als die „Mitte der Gesellschaft“ bezeichnen. Wie das funktioniert, zeigte sich wenige Wochen, nachdem des 50. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz gedacht wurde, bei staatsoffiziellen Veranstaltungen aus Anlass des gleichen Jahrestags, mit dem an das Bombardement auf Dresden erinnert wurde. Auschwitz und Dresden, so wurde immer wieder versichert, seien nicht gleichzusetzen, doch im selben Atemzug wurden sie gemeinsam als Kriegsverbrechen bezeichnet. Auschwitz war indessen kein *Kriegs-*, sondern, will man den Zusammenhang herstellen, ein *Kriegszielverbrechen*. Es existierte keinerlei durch den Krieg geschaffene Notwendigkeit, weit mehr als eine Million Juden allein in dieses Lager zu bringen, geschweige denn, sie zu töten. Doch es gehörte zu den fest fixierten Endsiegplanungen der deutschen Machthaber, dass das „Europa unterm Hakenkreuz“ ein Europa ohne Juden sein sollte, und nicht zu vergessen, nicht nur ohne Juden.[9]

Mit der Erörterung der Unterschiede und der Gemeinsamkeiten zwischen den Verbrechen des deutschen Faschismus und den Verbrechen, die auch nach seiner Zerschlagung den Gang der Weltgeschichte markieren, tut sich die Geschichtsschreibung in Deutschland offenkundig am schwersten. Sie unternimmt seit Längerem Anstrengungen, das Spezifische und Einzigartige (andere reden vom Einmaligen) der Verbrechen der Politikergruppe um Hitler herauszuarbeiten. Das Thema bildete auch einen Schwerpunkt des „Historikerstreits“, in dessen Verlauf versucht wurde, bis in die Definition[10] klarzustellen, worin das Einzigartige des Massenmords an den europäischen Juden bestand und wodurch er sich von der massenweisen Hinmordung von Menschengruppen unterschied, die ihm zeitlich in näherer und weiterer Entfernung voraufgegangen waren. Dabei sind, wie es in solchen

---

9 Über diese Zielvorstellungen mit dem Blick auf die Rolle Hitlers und seiner Führungsgruppe neuerdings: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995 (besonders das Kapitel: Vorkämpfer des Judenmords).

10 Eberhard Jäckel, Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen lässt sich nicht leugnen. In: Die Zeit (Hamburg), 12. September 1986. Dann mehrfach in Sammelbänden nachgedruckt u. a. in: Reinhard Kühnl (Herausgeber), Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker“-Debatte. Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln 1987, S. 76-80.

Auseinandersetzungen in aller Regel geschieht, Unterscheidungen scharf herausgearbeitet und Gemeinsamkeiten weniger deutlich beschrieben worden.

Die Geschichtswissenschaft hat bis heute keinen Konsens in der Frage gefunden, welchen Platz das Verbrechen an der europäischen Judenheit im System der Naziherrschaft besetzt und wie diese Herrschaft wiederum in die deutsche und die Weltgeschichte einzuordnen ist. Das 1933 entstandene verbrecherische Regime (denn das war es von Anbeginn) wird mitunter als eine absolute Besonderheit gesehen und einzig aus der Perspektive des Bruchs mit allem Voraufgegangenen betrachtet. Demgegenüber werden die kontinuierlichen Elemente deutsch-imperialistischer Politik ebenso vernachlässigt oder ignoriert wie ihr Verhältnis zu internationalen Entwicklungen. Diese „Fehlstellen“ im Weltgeschichtsbild erleichtern denen indirekt die Arbeit, die mit ablenkender und relativierender Absicht auf die internationale Geschichtsszene verweisen. So offenbaren sich auch in der Auseinandersetzung mit den (Neo-)Faschisten die Grenzen und Unzulänglichkeiten aller Faschismus-Kritik, die nicht zur Imperialismus-Kritik aufzusteigen vermag. Die (Neo-)Faschisten erhalten bequeme Gelegenheit, sich als entschiedene Kritiker der heutigen Gesellschaft aufzuspielen, wie es schon die von Hitler geführte Partei mit ihrer Demagogie gegen das „internationale jüdische Börsenkapital“ und mit ähnlichen Phrasen erfolgreich getan hatte.

Weiteren starken Auftrieb hat die Methode, die Verbrechen der deutschen Machthaber im Vorkrieg und Krieg zu relativieren, aber durch die in den letzten Jahren erfolgten Enthüllungen über die Massenmorde erhalten, die in der UdSSR zu Lebzeiten Stalins in einem System verübt wurden, dem er schon selbst seinen Namen gab. Die Feststellung und Anprangerung jener Verbrechen, die menschliches Vorstellungsvermögen nicht anders überfordern als diejenigen der deutschen „Nationalsozialisten“, erfolgt bis zum heutigen Tag aus ganz unterschiedlichen Motiven. Unabhängig von deren wirklicher oder nur vorgetäuschter Lauterkeit sind diese Verbrechen für sich dazu geeignet, die These zu stützen, nicht Hitler, sondern Stalin sei der eigentliche Verbrecher in der Weltgeschichte der ersten Jahrhunderthälfte gewesen. Das Bestreben jeden Versuch zunichte zu machen, eine nichtkapitalistische soziale Utopie über den Untergang des „Realsozialismus“ hinweg zu behaupten, hat diese Sicht bestärkt und unter anderem zur Folge gehabt, dass Geschichtsbilder entstanden, die den vermeintlich mausetoten Hitler hinter dem erst noch gänzlich zu vernichtenden Stalin weitgehend verschwinden lassen. Von der weitverbreiteten These, dass der „Bolschewismus“ das schlimmere der beiden Systeme gewesen sei und jeder Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu erstreben, immer wieder nur in Verbrechertum enden müsse, kann, mindestens indirekt, niemand mehr profitieren als die (Neo-)Faschisten. Ihnen kommt allein schon der Sachverhalt zugute, dass die Auseinandersetzung mit dem „Realsozialismus“ in der politischen Öffentlichkeit in Deutschland derzeit permanent Platz eins besetzt, während sich die mit dem deutschen Faschismus hauptsächlich auf besondere Gedenktage beschränkt. Vor allem aber verlangt die ideologische Bekämpfung der (Neo-)Faschisten in Deutschland eine „Strategie auf breiter Front“, d. h. sie erfordert ebenso den Fälschern bis in die Details ihrer verlogenen Konstruktionen zu folgen, wie ihnen durch ein überzeugendes Gesamtbild vom „Nationalsozialismus“ und seinem Platz in der Geschichte unseres Jahrhunderts entgegenzutreten. In beide Richtungen werden, in der letzteren womöglich weniger als in der ersten, von der Geschichtswissenschaft unausgesetzt Anstrengungen unternommen. Deren Erfolge sind schwer messbar. Vorerst wächst in Deutschland die Zahl der Straftaten, die im Zeichen des Antisemitismus erfolgen, sich vorwiegend auf jüdischen Friedhöfen ereignen, sich an Denkmälern und Gedenksteinen abspielen und jüngst ihren Höhepunkt in einem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck erreichten. Es besteht die Gefahr, dass die Gesellschaft sich an derartige Erscheinungen des politischen Vandalismus gewöhnt.

II.

Im eben vergangenen Jahr 1994 entwickelte sich in Deutschland eine Diskussion über die Konzentrationslager, die sich von der bisher behandelten nach Herkunft, Entstehungsgeschichte, Teilnehmerschaft und Zielen erheblich unterscheidet. Sie besitzt wie diese eine politische Dimension, ist aber nicht an irgendeine Parteiung im engeren Sinne gebunden. Das Thema dieser Debatte betrifft die Geschichte der Konzentrations- und Vernichtungslager selbst. Dabei stehen die Geschehnisse im 1937 gegründeten Konzentrationslager Buchenwald so stark im Mittelpunkt des Streits, dass fälsch-

lich der Eindruck entstehen kann, es handele sich nur um dieses Lager allein. Im Kern aber geht es, um eine viel weitergreifende Frage. Sie betrifft sowohl die Geschichte von Konzentrations- und Vernichtungslagern wie auch die anderer Zwangsgemeinschaften, vor allem die der Ghettos, in denen Juden gefangen gehalten wurden.

Die Vorgeschichte dieser Debatte beginnt mit Folgen des Untergangs der DDR und der Übertragung der politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland auf die neuen Bundesländer. In diesem Zusammenhang wurde auch der Zustand jener „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR“ überprüft, die sich auf dem Gelände ehemaliger Konzentrationslager befinden.[11] Das betraf in erster Linie Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück. Es wurden von Staats wegen Kommissionen eingesetzt, die sich insbesondere mit der Umgestaltung der historischen Ausstellungen befassten, die in den drei Gedenkstätten existierten. An die Spitze der beauftragten Gremien wurden von den Länderregierungen in Thüringen und Brandenburg Geschichtsprofessoren aus dem „Westen“ berufen. Auch die Leitungen der Gedenkstätten wurde ausgewechselt.[12]

Die Kritik an den bisherigen Darstellungen der Geschichte der Konzentrationslager, wie sie sich in deren Ausstellungen darbot, bezog sich auf die einseitige Hervorhebung der Rolle von politischen Gefangenen, unter ihnen wiederum besonders auf die aktiven Widerstandskämpfer aus den Reihen der deutschen und ausländischen Kommunisten und Sozialisten. Dadurch und demgegenüber war die Sicht auf die Totalität der Existenz dieser Lager reduziert. Ganze Kategorien von Gefangenen kamen nicht oder nicht in der ihnen gebührenden Weise ins Licht. Das galt für die Juden, stärker aber noch für Sinti und Roma, Homosexuelle, sog. Asoziale und andere Insassen der Lager. Hier handelt es sich um eine notwendige Korrektur, die sich z. T. bereits in neuen Präsentationen ausdrückt.

Nichtsdestoweniger erregten bereits diese Initiativen in manchen Gemeinschaften und internationalen Zusammenschlüssen der ehemaligen politischen Häftlinge die Befürchtung, die Korrekturen würden zu ihren Lasten gehen und ihre Verdienste um den Widerstand gegen die Machthaber außerhalb und in den Lagern, in den Hintergrund gedrängt werden. Die Gleichzeitigkeit der Maßnahmen zur Veränderung des äußeren Bildes der Gedenkstätten mit wilden antikommunistischen Enthüllungskampagnen und mit der Tilgung der Namen von Häusern, Straßen und Plätzen, die nach antifaschistischen Widerstandskämpfern benannt waren,[13] nährte solche Befürchtung mehr noch als die Vorschläge der Historiker in den Kommissionen. Hinzu kam, dass die Verbände der politischen Gefangenen, die zu DDR-Zeiten einen erheblichen Einfluss auf den Zustand der Gedenkstätten genommen hatten, auf deren Initiative vielfach auch die Entstehung der ersten Gedenkstätten zurückgingen, von der Mitwirkung an der Neugestaltung von Ausstellungen weitgehend ausgeschlossen wurden.

Die ganze Schärfe der zeitweiligen Auseinandersetzungen ist aber vollständig erst zu begreifen, wenn berücksichtigt wird, dass sich über die Darstellung der Gefangenenlager, die von der sowjetischen Besatzungsmacht auf dem Gelände der ehem. KZ Buchenwald und Sachsenhausen errichtet wurden und bis 1950 bestanden hatten, zeitgleiche und gleichsam komplementäre Kontroversen ergaben. Versuche, deren Insassen sämtlich als Opfer von Willkür und Gewalt hinzustellen und sie auf diese Weise mit den Gefangenen des Naziregimes auf eine Stufe zu setzen, konnten im Ganzen zurückgewiesen werden. Das bedeutet nicht, dass, da die totalitarismus-doktrinäre Interpretation von Faschis-

---

11 Ihrer Tätigkeit lag ein „Statut der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ zugrunde, das am 28. Juli 19611 beschlossen wurde. Gesetzblatt der DDR, Teil II, Jg. 1961, Nr. 61, S. 381 f. Die Gedenkstätten unterstanden dem 1954 gegründeten Ministeriums für Kultur.

12 In Buchenwald und Sachsenhausen wirken Direktoren aus den alten Bundesländern, während die Leitung in Ravensbrück einer Historikerin aus den neuen Bundesländern übertragen worden ist.

13 Um von dieser Kampagne eine Vorstellung zu geben, sei auf die vom Berliner Senator für Verkehr gebildete „Unabhängige Kommission“ verwiesen, zu deren Mitgliedern u. a. die Historiker Arnulf Baring und Heinrich August Winkler und der Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, gehörten. Sie schlugen der Berliner Landesregierung u. a. die Umbenennung der Straßen vor, die nach Georgi Dimitroff, Clara Zetkin, de 1944 hingerichteten Widerstandskämpfer Heinz Kapelle und dem Spanienkämpfer Hans Beimler benannt sind, der aus dem KZ Dachau geflüchtet war und einen der ersten authentischen Berichte über dieses Lager veröffentlichte. Der Abschlussbericht der Kommission, die ihre Arbeit am 17. September 1993 aufnahm, mit den aufschlussreichen Begründungen stammt vom 17. März 1994.

mus und „Realsozialismus“ sich neubelebt und auf dem Vormarsch ist, solche Versuche nicht jederzeit wiederholt werden könnten.

Erst vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung um die Neugestaltung der Gedenkstätten kann verständlich werden, warum eine Dokumenten-Publikation so viel Aufsehen erregte, die 1994 in Berlin erschien und deren Hauptteil von Quellen gebildet wird, die sich im einstigen Archiv des Zentralkomitees der SED fanden.[14] Das Hauptthema, unter dem die Herausgeber die Archivalien interpretiert wissen wollen, wofür eine umfängliche Einleitung ein Angebot macht, betrifft die Rolle der Funktionshäftlinge im KZ Buchenwald, die Mitglieder der Kommunistischen Partei waren. Sie hatten viele ihrer Entscheidungen und Verhaltensweisen durch Beschlüsse der illegalen Leitung der KPD-Organisation bestimmen lassen, die sich im Lager gebildet hatte. Die erste dieser Entscheidungen, betraf die Grundfrage, ob Kommunisten überhaupt innerhalb eines solchen Lagers Funktionen übernehmen sollten, deren Besetzung die SS verlangte und vornahm. Das war keine allzu theoretische und, als sie gefällt werden mußte, auch keine schwierige moralische Frage. Die Alternative lautete schlicht: Entweder werden die sogenannten Grünen, die als Berufsverbrecher bezeichneten KZ-Insassen, diese Plätze einnehmen und sich nach ihren Grundsätzen zu Bütteln der SS machen, oder es wird von politisch denkenden, urteilenden und handelnden Häftlingen versucht werden, in diese sogenannte Selbstverwaltung einzudringen, um die begrenzte Macht und den ebenso beschränkten Einfluss, der dadurch zu gewinnen war, zur Linderung der Pein und der Leiden der Gefangenen einzusetzen. Die Entscheidung, die Grünen zu verdrängen, wurde als richtig angesehen. Das gilt auch für die retrospektive Sicht vieler Häftlinge, die den Tag der Befreiung erlebten. Und es trifft ebenso für das Urteil der Historiker zu, die sich mit der Geschichte des KZ Buchenwald und anderer vergleichbarer Lager befassten. Dabei handelte es sich um die Bilanzierung des Ganzen. Seit langem war aus Berichten und Dokumenten bekannt, dass auch politische Häftlinge nicht dagegen gefeit gewesen waren, sich durch die Übernahme von Funktionen korrumpieren zu lassen. Und ebenso war längst einbekannt, dass die Häftlingsfunktionäre, namentlich die in den sog. Arbeitsstatistiken und in den Krankenbauen eingesetzten, vor Entscheidungen gestellt wurden, die sie bei der Übernahme ihrer Plätze nicht entfernt absehen konnten.

1994 aber begann in Korrelation zu der allgemeinen antikommunistischen Kampagne, die ihr Zentrum im Osten Deutschlands besitzt, eine Boulevard-Zeitung das Thema auf ihre Weise aufzunehmen und die kommunistischen Funktionshäftlinge als Büttel der SS zu denunzieren, die auf deren Geheiß und auch auf eigene Verantwortung sich zu mordenden Gehilfen der SS gemacht hätten.[15] Die erwähnten Dokumente aus dem SED-Archiv sollten dafür als unwiderlegbares Beweismaterial dienen. Die Unlauterkeit der Autoren begann mit der Täuschung, es handele sich hier um eine spezifische Situation und Verhaltensweise von kommunistischen Häftlingen. Diese wären in ihrem eigenen Überlebensinteresse über die Leichen ihrer „Kameraden“ gegangen. Tatsächlich waren sie nach der Übernahme von Funktionen, die Häftlinge ausüben sollten, in Lagen geraten, die auch andere Gefangene der Nazis zu bestehen hatten. So erging es beispielsweise dem dänischen Arzt Paul Thygesen, einem Häftling in einem Außenkommando des KZ-Neuengamme. Ständig hatte er vor sich Leidensgefährten, die an Tuberkulose erkrankt waren, ohne dass er über Medikamente, geschweige denn in ausreichender Menge verfügte. „Aber einige Male“, berichtet er später, „befand ich mich doch in der Lage, Sulfonamid für die Behandlung eines einzigen Patienten zu haben, für die Auswahl lasse man mich niemals Rechenschaft ablegen.“[16]

---

14 Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig u. a., Berlin 1994. (Fortan zitiert als: Dok.) Niethammer wurde auf einen Lehrstuhl an die Universität Jena berufen und war zuvor an der Fernuniversität in Hagen in Nordrhein-Westfalen tätig.

15 Die politische Zielrichtung der in der Zeitung „Bild“ (Ausgabe für Thüringen) am 23. Februar 1994 begonnenen Kampagne, zeigten bereits Überschriften wie „So halfen Kommunisten den Nazis beim Morden“ und „Wer KPD-Bonzen stört, landet im Todesstollen“. Um den vorgetäuschten Sensationswert herauszustellen, wurde die Serie unter dem Titel „SED-Geheimakte Buchenwald“ an den Leser gebracht und behauptet, sie würde von Mitarbeitern der Gedenkstätte in Buchenwald der Öffentlichkeit vorenthalten. In Wahrheit konnte jeder, der ein Interesse nachwies, die Archivalien in Berlin bereits einsehen.

16 Paul Thygesen, Arzt im Konzentrationslager, in: Klaus Bästlein u. a. (Herausgeber), Das KZ-Husum-Schwesing. Außenkommando des KZ-Neuengamme, Bredstedt 1983 (2. Auflage)

Es kam den Anklägern gerade recht, dass das Verhalten der illegalen Leitung der KPD in Buchenwald und die Rolle der kommunistischen Funktionshäftlinge, und eben davon zeugten die Dokumente, nach 1945 zweimal Gegenstand von geheim gehaltenen politischen Auseinandersetzungen geworden war. Zum einen, als Organe des sowjetischen Repressiv-Apparats in Deutschland den langjährigen Lagerältesten von Buchenwald, Erich Reschke, und den ebenfalls langjährigen Kapo des Krankenbaus, Ernst Busse, verhafteten und von einem Militärgericht unter Berufung auf das Gesetz des Alliierten Kontrollrates vom 20. Dezember 1945 wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit", begangen im KZ Buchenwald, zu lebenslanger Haft verurteilen ließen. Der Prozess fand am 27. Februar 1951 in Berlin nach dem üblichen Ablauf Stalinscher Gerichtsverhandlungen statt, ohne Verteidiger, ohne Zeugen der Verteidigung und, wie erwähnt, unter Ausschluss der Öffentlichkeit.[17] Reschke hat das Lager in der UdSSR überlebt und kehrte, nachdem Adenauer in Moskau während seines Besuches die Freilassung der seit dem Kriege in der UdSSR gefangengehaltenen Kriegsverbrecher ausgehandelt hatte, 1956 in die DDR zurück. Busse kam im Lager um.

Die politischen Hintergründe der Verfolgungen der beiden deutschen Kommunisten sind nicht aufgeklärt. Einen Hinweis auf sie könnte die Tatsache geben, dass Reschke Leiter der Zentralverwaltung des Innern, also so etwas wie der Innenminister in der sowjetischen Besatzungszone gewesen war, und Ernst Busse das Innenministerium im Lande Thüringen geleitet hatte. Das könnte eine Spur sein, die jedoch bei der gegenwärtigen Quellenlage nicht klar aufgenommen und gedeutet werden kann. Es ist ebenso möglich, dass die sowjetischen Organe aufgrund von Berichten von Häftlingen, die Bürger der UdSSR waren, die Untersuchung anstrengten und die Verfolgung der beiden ehemaligen Häftlings-Funktionäre aufnahmen.

Die zweite Beschäftigung mit dem Thema „Kommunisten in Buchenwald" fand auf Veranlassung der Führung der SED statt und erfolgte in den Jahren zwischen 1950 und 1955 durch deren Zentrale Partei-Kontroll-Kommission. Die Mitglieder der Partei erfuhren davon nichts. Inhaltlich war diese „Kontrolle" nicht weniger inquisitorisch wie die voraufgegangene sowjetische Aktion, doch unterschieden sich beider Folgen. Diesmal beschränkten sie sich zum Glück für die Betroffenen auf deren Verdrängung aus ihren politischen Funktionen und ihre Zurücksetzung auf weniger einflussreiche Posten. Obendrein wurden nicht alle ehemaligen Funktionshäftlinge in diese Untersuchung einbezogen.

Beim Lesen der Protokolle der Vernehmungen kann man sich schwer darüber schlüssig werden, ob sich im Stattfinden dieser Untersuchung durch die SED-Führung ein Zugeständnis an Forderungen sowjetischer Besatzungs-Organe ausdrückt, ob sie, zweitens, aufgrund eines rational nicht reproduzierbaren „politischen Reinheitskultes" zustande kam oder ob sie, drittens, die Erscheinungsform von politischen Auseinandersetzungen um Macht und Plätze darstellte. Viel deutet darauf hin, dass die Befragungen und Vernehmungen ganz gegenwärtigen Interessen verhaftet waren und nur im Gewande geschichtlicher Aufklärung erfolgten. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich mehrere der genannten Faktoren zu Ursprüngen und Antrieben mischten.

Wie dem auch sein mag, die Quellen die von diesen Untersuchungen zeugen[18], gehören zur Geschichte der SED in ihrer noch ganz von stalinistischen Parteivorstellungen und -geboten geprägten Entwicklungsphase. Sicher ist eins: Weder den Fragestellern, Ermittlern, Anklagenden und Richtenden der sowjetischen Repressiv-Organe noch den Kontrolleuren in der SED ging es in erster Linie um die Wahrheit über Geschehnisse und Verhaltensweisen im Konzentrationslager. Und um sie, wenn auch aus ganz anderen Motiven, geht es gegenwärtig auch jenen nicht, die sich in der Tagespresse zu Interpretatoren dieser Dokumente machten und daraus ihr Zerrbild von den Buchenwälder Kommunisten, ihrer Organisation und einzelnen Personen zeichneten. Handelte es sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre um innere Auseinandersetzungen unter Kommunisten, solchen, die sich mit Recht, und anderen, die sich zu Unrecht so nannten, so wurden die davon existierenden schriftlichen Überlieferungen mehr als vier Jahrzehnte später zur Materialgrundlage eines Generalverdikts benutzt, indem den Kommunisten in Buchenwald eine feste Komplizenschaft mit der SS nachgesagt wird.

---

17 Dok., S. 400 f. Die Prozessakten sind in der UdSSR nicht zugänglich.

18 Ebenda, S. 403-472.

Schon der Vorstoß der Boulevard-Presse hatte eine geharnischte Reaktion überlebender Häftlinge ausgelöst, denen die Anklagen nicht neu waren. Nahezu schärfer noch fiel ihre Antwort auf die Publikation Niethammers und seiner Mitarbeiter[19] aus, die nach ihrem Anliegen eindeutig auf die Geschichte des Lagers (und erst in zweiter Linie auf die andere Perspektive: die Geschichte der SED und ihren Umgang mit der Vergangenheit ihrer Genossen) fokussiert ist. Die Herausgeber hatten ihre Absicht erklärt, die Diskussion durch die (bisher nur auswahlweise erfolgte) Publikation der Quellen auf eine sachliche Grundlage zu stellen, und den Anspruch erhoben, eine Rettungstat zugunsten der politischen Häftlings-Funktionäre vollbringen zu wollen.[20] Das letzte mochte den noch lebenden einstigen Lagerinsassen als Anmaßung erscheinen, das erstere kam ihnen wegen der Art und Weise der einführenden und begleitenden Interpretation der Dokumente jedenfalls völlig misslungen vor.

Inzwischen haben zwischen den Herausgebern der Edition, Sprechern der Lagergemeinschaft sowie anderen Interessierten, darunter Studenten der Jenaer Universität, öffentliche Diskussionen stattgefunden. Weitere sind für die nächsten Wochen in Jena, Potsdam und Berlin angekündigt. Die Zeit, die seit dem Erscheinen des Bandes verflossen ist, war zu kurz, als dass Rezensenten in Fachzeitschriften schon hätten reagieren können. Der Autor kann und will daher im Folgenden nur seine Meinung dartun, zumal er der Ansicht ist, dass es sich keineswegs nur um eine auf das KZ Buchenwald beschränkte Diskussion handelt. Vielmehr wird an einem, nur vorgeblich neuentdeckten, Einzelfall eine Debatte wiederbelebt, die seit langem auch über die Rolle der Judenräte und der jüdischen Organisationen in Ghettos und anderen Zwangslagern im Gange ist und die auch in Publikationen über andere Konzentrationslager geführt wurde. Das Thema existiert in aller Memoirenliteratur und ebenso in einschlägigen Geschichtswerken. Allein die Erweiterung des Blicks auf diese Tatsache, konnte das Lesen und Interpretieren der neu zugänglichen Quellen, von jenen absichtsvollen antikommunistischen Verengungen wegführen, die nur durchsichtige politische Interessen bedienen. Doch gerade dieser Blickerweiterung haben sich die Herausgeber entzogen. Die Behauptung, die Quellen würden vorgelegt, um „eine vorschnelle Urteilsbildung zu erschweren“[21], erweckt einen doppelt falschen Eindruck. Erstens ergeben die Quellen, soweit sie die Geschichte des KZ Buchenwald (anders steht es im Hinblick auf die Geschichte der SED) betreffen, keinerlei neue Erkenntnisse von Gewicht, und zweitens sind die bekannten Sachverhalte längst beurteilt worden, so dass von Vorschnelligkeit keine Rede sein kann.

Die Herausgeber hätten sich den vorhandenen Urteilen von Zeitgenossen und ebenso denen ihrer Vorgänger in der Historikerzunft stellen und sich mit ihnen kritisch auseinandersetzen können. Das gilt im Besonderen für zwei der wichtigsten Darstellungen von Buchenwald-Häftlingen, denen von Eugen Kogon[22], der kein Kommunist war, und von Hermann Langbein[23], der sich von der Kommunistischen Partei Österreichs später trennte. Die Herausgeber berufen sich, sie lobend, auf beide Autoren, aber sie umgehen eine Stellungnahme zu deren grundlegenden Aussagen. Mehr noch: ihre Berufung ist unaufrichtig. Kogon kann nicht als Zeuge dafür herangezogen werden, dass die Häftlings-“Selbstverwaltung“ eine „Zwischenstellung“ zwischen der SS und der Masse der Lagerinsassen eingenommen hätte.[24] In seinem Bild von der Kräftegruppierung im KZ Buchenwald figurieren die

---

19 Die Stellungnahme der internationalen Lagergemeinschaft, als deren Autor Emil Carlebach gilt, siehe in: „Neues Deutschland“ (Berlin), 12. Dezember 1994. Dazu auch eine Leserschrift des Historikers Fritz Klein in: ebenda, 29. Dezember 1994.

20 Walter Benjamin zitierend, bezeichneten die Herausgeber ihr Vorhaben als eine „rettende Kritik“. Dok., S. 19.

21 Dok., S. 19.

22 Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, zuerst erschienen 1946 in Frankfurt am Main und fußend auf einem Bericht, den Kogon noch in Weimar im April/Mai 1945 im Auftrage einer amerikanischen militärischen Dienststelle angefertigt hatte. Das Buch erlebte viele Auflagen. Im Folgenden wird zitiert nach der Paperback-Ausgabe München 1980 (9. Auflage). Kogon war 1938 in Wien von der Gestapo verhaftet und 1939 nach Buchenwald verschleppt worden, wo er bis zur Befreiung am 11. April 1945 gefangen gehalten wurde.

23 Hans Langbein, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938-1945, Frankfurt am Main 1980. Langbein, der in Wien geboren wurde, kam nach der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg in den Reihen der Internationalen Brigaden in ein französisches Internierungslager, von dort 1941 in das KZ Dachau, 1942 nach Auschwitz und 1944 in das KZ-Neuengamme, wo er 1945 befreit wurde.

24 Dok., S. 11.

Häftlinge, ob Funktionäre oder funktionslos und natürlich mit Ausnahme derjenigen, die sich zu Spitzeldiensten und als Büttel hergaben, gemeinsam auf der einen, die SS ebenso eindeutig auf der anderen Seite.

Kogon schreibt den politischen Häftlingen und der Organisation der Kommunisten im Lager das Verdienst zu, zum (natürlich relativen) Schutz aller Häftlinge gegenüber der SS eine „undurchdringliche Mauer", eine „elastische Trennungswand" errichtet zu haben.[25] Mit Bezug auf den 1942 in Buchenwald geschaffenen „Lagerschutz" der Häftlinge spricht er von einer „Ordnungstarnwand gegenüber der SS", die er als tadellos bezeichnet.[26] Mit diesen und anderen Begriffen markiert der einstige Häftling den Graben zwischen den Inhaftierten und der SS. Es gehört zu den Verdiensten des authentischen Berichterstatters, dass er faktisch unmittelbar nach der Befreiung für die komplizierten Beziehungen innerhalb der Häftlingsgesellschaft und zwischen ihr und der SS eine bildkräftige Terminologie gefunden hat, die auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Doch findet sich in der Einleitung zur Dokumentation eine indirekte Abgrenzung von dieser Begrifflichkeit und das kann nicht als ein Zufall angesehen werden.

Kogon resümierte: „Das Verdienst der Kommunisten um die KL-Gefangenen kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. In manchen Fällen verdanken ihnen die Lagerinsassen buchstäblich die Gesamtrettung ..."[27] Für die „Roten", heißt es wenig später, bestand aus „politischen Gründen" eine „unübersteigbare Schranke zum erklärten Feind und Unterdrücker"[28], der das Lager beherrschenden SS. Langbein erklärt bestimmt, dass der Kampf der politischen Häftlinge um die Schlüsselstellungen in der „Selbstverwaltung" weit mehr war „als ein Ringen um privilegierte Posten".[29] Der Kampf um „die interne Macht im Lager" sei „im wesentlichen" eine Auseinandersetzung „zwischen skrupellosen Egoisten, moralisch labilen Opportunisten und Demoralisierten auf der einen Seite, und diese rekrutierten sich mehrheitlich eben aus der Masse der Grünen und denjenigen Roten, die sich an sie akklimatisiert hatten, und politisch Bewussten und charakterlich Ungebrochenen auf der anderen Seite, denen die mit Funktionen verbundenen Privilegien eine Verpflichtung bedeuteten; und das waren vor allem politische Gegner, die ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus auch hinter dem elektrisch geladenen Stacheldraht fortsetzten und ihre Moral durch das Bewusstsein stärkten, selbst an diesem Ort noch etwas Nützliches leisten zu können."[30] Langbein äußert sich auch zu den Anklagen, denen nach der Befreiung gerade „manche Rote" ausgesetzt waren, die sich im Kampf um die „Führung in der Häftlings-Selbstverwaltung exponiert hatten". Seine Stellungnahme macht auf die Grenzen der Urteilskraft der Historiker aufmerksam: „Wie weit derartige Anklagen zu Recht erfolgten, kann nur der beurteilen, der sowohl die Lagerverhältnisse als auch die konkreten Umstände in dem besonderen Fall kennengelernt hat."[31]

Hinter den Urteilen, die Kogon und Langbein abgaben, steht die Erfahrung von hundert und tausend Jahren KZ-Haft, denn die beiden Autoren stützten sich nicht nur auf ihr eigenes Erleben, sondern zogen die Erinnerungen vieler ihrer Mithäftlinge heran.[32] Unter diesen, Angehörigen vieler Nationen, befanden sich nicht nur den kommunistischen Funktionshäftlingen politisch Nahestehende, sondern auch einstige KZ-Insassen, die andere und konträre Anschauungen und Überzeugungen besaßen. Das letztere trifft auch für Kogon selbst zu. In dessen Bericht war einzelnen Kommunisten aus der Gruppe der Buchenwald-Häftlinge ein Denkmal gesetzt worden: „Leuchtend hebt sich aus den Scharen verkommener Gestalten, die als Kapos fungiert haben, eine Reihe alter Häftlinge hervor, die ... vom

---

25 Kogon, S. 327 und 329.

26 Kogon, S. 92.

27 Kogon, S. 330. Dabei liegt es dem Autor fern, die objektive Leistung zu heroisieren. Er erörtert (ebenda) differenziert die Motive der Kommunisten.

28 Kogon, S. 331.

29 Langbein, S. 43.

30 Langbein, S. 45/46.

31 Langbein, S. 55.

32 Kogons erstem für eine amerikanische militärische Dienststelle bestimmten Rapport waren Erlebnisberichte von mehr als 150 Häftlingen des KZ Buchenwald beigefügt. Langbein konnte sich auch auf zahlreiche bereits gedruckte autobiographische Berichte von Insassen vieler Konzentrations- und Vernichtungslagern stützen

Anfang bis zum Ende des Lagers ein Beispiel der Sauberkeit, Menschlichkeit und des persönlichen Mutes gegeben haben.“ Namentlich nannte Kogon hier den aus Chemnitz stammenden Robert Siewert und den aus Aachen herkommenden Baptist Feilen.[33]

Weder die generellen noch die individuellen Beurteilungen dieses Inhalts werden in der vorliegenden Dokumentation auch nur erwähnt. Sie passten offenbar nicht in das Gegenbild, das von der Rolle der politischen Funktionshäftlinge bezeichnet wird. Ihre Heranziehung würde auch den Anspruch (oder sollte man sagen: die Selbsttäuschung) widerlegt haben, mit dieser Veröffentlichung der „tödlichen Heroisierung“ der Kommunisten in Buchenwald entgegenzutreten, die eine Folge der DDR-Geschichtsschreibung gewesen wäre. Tatsächlich ist die Frontstellung der Erzeuger eines „neuen Blicks auf den Widerstand der KPD in Buchenwald“[34] nicht allein gegen Auslassungen, Überzeichnungen, Vereinfachungen und Entproblematisierungen gewandt, die sich im Geschichtsbild des untergegangen deutschen Staates nachweisen lassen und deren Korrektur notwendig und verdienstvoll ist (und auch nicht durch den Hinweis darauf verweigert werden sollte, dass die Geschichtskritik in Deutschland derzeit nur von einem der beiden deutschen Staaten handelt, die vierzig Jahre nebeneinander existierten).

Kritikwürdig erscheint dieser angebotene „neue Blick“, [er] bietet keine vollständige Geschichte des KZ-Buchenwald, schlägt aber die Pflöcke ein, die das Feld der künftigen Geschichtsschreibung begrenzen sollen, vor allem wegen seiner verwandtschaftlichen Nähe zu den erwähnten Positionen der Boulevard-Presse. Sie erweist sich an der Zuordnung der kommunistischen Funktions-Häftlinge an die Seite der Herren über das Lager. Da findet sich der sprachlich missglückte Satz: „Es war der KPD in Buchenwald gelungen ..., *diesseits der Terrorherrschaft der SS über das Lager* zur entscheidenden Macht innerhalb der Häftlingsgesellschaft zu werden.“[35] *Diesseits*, d. h. genau genommen: auf der Seite der SS, scheint so aber doch wieder nicht gemeint zu sein. Unzweideutig und wahrheitsgemäß würde die Formulierung lauten: *im Widerstand gegen die Terrorherrschaft der SS*, doch gerade das entspricht nicht der Meinung der Herausgeber und ihrem „neuen Bild“. Kennzeichnungen der Funktions-Häftlinge als „herrschende Zwischenschicht im Machtgefüge des Lagers“ offenbaren eine Bewertung, die jener von Kogon, Langbein und anderen gerade entgegengesetzt ist. Sie werden auch durch den Zusatz nicht abgeschwächt, dass es sich um eine „abgeleitete Herrschaft“ gehandelt habe, denn selbstredend gilt das, wenn auch in anderem Sinne, auch für die Macht der SS-Kommandantur in Buchenwald.[36]

Unter den Kommunisten in Buchenwald, denen in den illegalen politischen Strukturen, die als „parteiliche Hintermänner der Kapo-Schicht“ tituliert werden[37]und denen in den Häftlings-Funktionen hätten sich „mafiose Strukturen“ herausgebildet, ihr Zusammenhalt wäre durch „die materiellen Vorteile der Privilegienwirtschaft gefestigt“ worden, sie seien an die „Fleischtöpfe“ gelangt, hätten diesen Platz 1941 verloren und ihn 1943 „mit Mord und Totschlag“ zurückgewonnen. Von ihnen, den „Roten“ hätten die als Berufsverbrecher bezeichneten „Grünen“ gelernt, „dass sich auch das Verbrechen im Lager organisieren mußte“.[38] Demnach kann es nicht mehr verwundern, dass den politischen Funktionären „menschliche Grundsolidarität“ rundweg abgesprochen und einzig ein „rigides Wir-Bewusstsein“ nachgesagt wird, das sich obendrein auf eine Elite verengt und erst gegen Ende der Existenz des Lagers ein wenig geöffnet hätte.[39] An einer Textstelle heißen die politischen Funktionäre, ohne dass ein Name erwähnt wird, auch die „kleinen Stalins“.[40]

---

33 Kogon, S. 89. Siewerts Name wird in der Dokumentation in der Einleitung wie in den Dokumentenwieder und wieder erwähnt. Dieses Urteil fehlt. Stattdessen wird auf die politischen Auseinandersetzungen über die Rolle der Kommunistischen Partei Opposition, der Siewert vor 1933 angehört hatte, abgehoben Sie fanden nach 1945 in der SED im Zeichen der Kampagne für eine „Partei neuen (stalinschen) Typus“ statt. Siewert habe seine einstigen Kameraden da durch eine Kritik an der KPO „verraten“.

34 Dok., S. 24.

35 Ebenda.

36 Ebenda, S. 32 und 41.

37 Ebenda, S. 48.

38 Ebenda, S. 37/38.

39 Ebenda, S. 54.

40 Ebenda, S. 39. Die Anführungszeichen befinden sich im Text.

Es erscheint daher nicht als eine Überbetreibung, wenn in dieser Publikation der Versuch erkannt wird, eine grundlegende Revision, und keineswegs nur eine partielle Korrektur oder Ergänzung, des Bildes von der Rolle der politischen Häftlinge im KZ Buchenwald zu geben. Das bestätigt sich auch anhand der Behauptung, zwischen dieser Häftlingsgruppe und der SS habe es nicht nur eine sich aus der Funktion der „Selbstverwaltung“ ergebende praktische Zusammenarbeit gegeben, sondern eine den Kommunisten unbewusste Verbindung. Beide hätten nämlich die „deutschen Sekundärtugenden“ geteilt, die im Folgenden aufgezählt werden: formale Ordnung und militärische Disziplin, Einordnungs- und Leistungsbereitschaft, Verdrängung von Spontaneität, Natur und auch Spiel.[41] „Die Buchenwalder Kommunisten waren Deutsche“ und teilten mit der SS und den „meisten Deutschen“ auch den „konventionalisierte(n) alltägliche(n) Sozialrassismus“. Dies konkretisierend heißt es weiter: Die „meisten Deutschen“ hätten die „Ostjuden als unerschöpfliche Immigrationsreserve des mitteleuropäischen Ganoventums“ betrachtet. Daran wird beweislos die Frage geknüpft: „warum sollten sie (die deutschen Kommunisten in Buchenwald, K. P.) darin eine Ausnahme machen“?[42]

Es bedeutet dann nicht mehr als eine unwesentliche Differenzierung, wenn am Schluss dieses revidierten Bildes angemerkt wird, dass den kommunistischen Funktions-Häftlingen eine „gefahrenvermindernde Disziplinierung des Gesamtlagers“ gelungen sei, so dass „das Leben aller anpassungsbereiten Häftlinge kalkulierbarer“ wurde.[43] Die in wohlgesetzten Worten niedergeschriebene Formulierung verrät Distanz bis Widerwillen und hebt sich klar von den Urteilen derer ab, die wie Kogon und Langbein die Wirklichkeit der Häftlings-“Selbstverwaltung“ kritisch erörtern, aber deren Verdienste um das Leben einer ungezählten Masse von KZ-Insassen präzise beschreiben. Langbein zitiert u. a. den holländischen nichtkommunistischen, tief gläubigen Häftling Floris B. Bakels, der in dem KZ Natzweiler litt: „Es war im KZ buchstäblich von lebenswichtiger Bedeutung, ob sich die Lagerprominenz aus gewöhnlichen Kriminellen oder aus politischen Gefangenen (vor allem Kommunisten) zusammensetzte.“[44] Die mit der Dokumentation wiederbelebten Fragen betreffen mithin keineswegs nur das Lager Buchenwald und die dort inhaftierten politischen Häftlinge.

Es muss sich erst noch zeigen, ob der Vorstoß dieses Revisionismus, dessen weitere Dimension darin zu sehen ist, dass ein Kommunistenbild verbreitet wird, das politische Herrschaftsinteressen bis weit in die Zukunft befriedigen kann, erfolgreich ist. Dass sich die Debatte gerade an dem Thema des Antifaschismus der deutschen Kommunisten in Buchenwald entzündet, ist bei aller Zufälligkeit des Dokumentenfundes doch insgesamt keineswegs zufällig. Der Widerstandskampf der Kommunisten gegen das Naziregime bildet eine ihrer politischen und moralischen Legitimationen. Sie soll gleichsam eingezogen werden.

Die vieljährige Beschäftigung mit der Geschichte der Konzentrations- und Vernichtungslager hat indessen auch manchem älteren und jüngerem Historiker, der dieses Martyrium nicht durchleiden mußte, die Phantasie ausgebildet und geschärft. Wo dies geschah entstand die Erkenntnis, dass sich über den Gegenstand nicht ein wahrer Satz schreiben lässt, solange nicht bedacht ist, dass hier von Menschen gehandelt wird, die auf der Grenze zwischen Leben und Tod existierten. Ihnen ist womöglich die Feststellung des Spaniers Jorge Semprun, der 1944 nach Buchenwald verschleppt wurde, im Gedächtnis haften geblieben, der besagt, die Funktions-Häftlinge hätten Entscheidungen fällen müssen, die nicht einmal der liebe Gott hätte treffen wollen. Vielleicht lässt sich auf dieses Wissen Vertrauen. Dann stünden die Aussichten dieses Revisionismus schlecht.

PS. Das Manuskript wurde am 15. Februar 1995 beendet.

---

41 Ebenda, S. 50.
42 Ebenda, S. 52.
43 Ebenda, S. 58.
44 Langbein, S. 56.

Prozess gegen die Besetzer der Neuen Wache in Berlin (9. November 1993).

Einführende Bemerkung zur Veranstaltung am 3. August 1995 im Haus der Demokratie, Berlin, aus Anlass des am folgenden Tage beginnenden

Die Begegnung der Mehrheit der Menschen mit der Geschichte findet nicht beim Lesen von Geschichtsbüchern statt. Sie ereignet sich in Kirchen, Schlössen, Burgen, Klöstern, Rathäusern, auf Marktplätzen, in Museen, vor Denkmälern und einer Reihe anderer Stätten, an die sie mehr oder weniger zufällig gelangen. In Deutschland wird Einheimischen und Zugereisten da viel geboten und vieles zugemutet. Zum Beispiel links und rechts der Altmühl, einem Nebenfluss der Donau in bayrischen Landen.

I.

Eine Inschrift in der Frauenkirche zu Dietfurt/Altmühltal, die an den Ersten Weltkrieg erinnert, lautet:

Ruhet sanft in fremder Erde

Bis am großen Auferstehungstag

Jedem wird die Posaune rufen

Auch aus dem großen Massengrab.

Merke: Autor und Auftraggeber unterließen jeden Hinweis darauf, wie die männlichen Einwohner der Ortschaft in die „fremden“ Lande gelangten und warum, was von ihnen übrigblieb, in ein Massengrab versenkt wurde, während sie beim Gedanken an das eigene Ende doch vermutlich mit einem Platz auf dem heimatlichen Friedhof gerechnet hatten.

II.

Im Prospekt, das für das Altmühltal wirbt (Altmühltal aktuell), heißt es von Eggersberg und dem Museum auf dessen Schloss (Hofmarkmuseum): „Ein Museumsstück liegt dem passionierten Jagd- und Turnierreiter Rechtsanwalt Robert Weigand besonders am Herzen: eine Saufeder aus dem persönlichen Besitz des Kaisers Wilhelm II. Als der Kaiser ins Exil gehen musste, kam das Jagdutensil nach Eggersberg.“

Merke: Deutschlands letzter Kaiser tat, was seine Vorfahren und die vieler Blaublütiger seit Jahrhunderten taten. Sie schossen und machten das Wild in deutschen Wäldern nieder. Dass ein paar Hunderttausend von Wilhelms Untertanen in Massengräbern endeten, hat mit seinem Wirken nichts zu tun.

III.

Ebenda über Kloster Weltenburg und seine in Privathand befindliche Klosterschänke:

„Doch unvergessen ist das Jahr 1935, als am zweiten Pfingstfeiertag 94 Hektoliter braunes Weltenburger Bier ausgeschenkt wurden –, das waren immerhin 18.800 Halbe ein bis heute nicht mehr erreichter Tagesumsatz“.

Dort wird auch erzählt, eine SS-Einheit habe das Kloster gegen Kriegsende sprengen sollen, sei vom Wirt aber zur Besichtigung des wundervollen Gebäudes und zu einem Essen eingeladen worden und danach wieder abgezogen.

Merke: (Schon) 1935 waren die Deutschen Biertrinker und es kam auf den rechten geschichtsbildenden Umgang mit der SS an.

Das ist die Art, in der sich die Deutschen an ihre Vergangenheit 1995 erinnern und in das zu Ende gehende Jahrhundert ihrer Geschichte zurückblicken können, wenn sie durch deutsche Landschaften fahren. Und das ist vergleichsweise die noch harmlosere Art der Erinnerung. Kurioses und Erbauliches, Groteskes und Skurriles, Vergangenheit als Unterhaltung umfasst das Angebot für den Wanderer, der sich schließlich erholen und entspannen, sich ablenken lassen will. Täuschen wir uns nicht:

Hier liegt ein verbreitetes Bedürfnis vor. Es wird am Leben erhalten und verstärkt, in dem es genährt wird. Das ist im weitesten Sinne das Umfeld der Zentralen Gedenkstätte Berlin, Unter den Linden.

Die Geschichte wird entsorgt zunächst einmal von beunruhigenden Fragen, die aus ihrem tieferen Verständnis erwachsen und sich auf dieses Verständnis wiederum richten. Daraus entsteht eine Vorliebe der Gestalter neuer Erinnerungsstätten für Einrichtungen, die von den eigentlichen Orten der Ereignisse weit abliegen. Sie ist nicht neu. In den Jahren der Weimarer Republik wurde lange über eine Zentrale Gedenkstätte für die deutschen Toten des Ersten Weltkriegs nachgedacht. Viele Orte in Deutschland bewarben sich darum, dass sie in ihrer Umgebung errichtet würde. Da war selbstredend die Erfahrung schon im Spiel, dass auf diese Weise mit einem Besucher- und Touristenstrom auch Geld in die eigenen Kassen gelangen würde. Ein Projekt – keines wurde schließlich verwirklicht – betraf eine riesige Anlage inmitten Deutschlands in der Nähe der thüringischen Stadt Bad Berka, also weit genug entfernt von allen Schlachtfeldern. Jede „Kriegerwitwe“, so sah der Plan vor, sollte mit einer vom Reich – der Republik – gestiftete Freifahrkarte einmal im Jahr zu dieser Denkmalsanlage fahren dürfen –nach Bad Berka und nicht auf die Schlachtfelder Frankreichs und Belgiens, in einen Park und nicht zu den Massengräbern.

Daran sei erinnert, damit nicht vergessen wird, dass die Vorgänge von heute mit den vollendeten und den noch geplanten Gedenkstätten ihre Vorgeschichte in Deutschland haben. Und nicht nur die deutschen Verursacher des Ersten Weltkriegs besaßen ein Interesse daran, die Kriegsgeschichte für die einen zu sterilisieren, anderen durch deren Verherrlichung Appetit auf Heldenkampf und Heldentod zu machen. Damit ist gesagt, es liegt eine internationale Erfahrung vor, wie Menschen durch ein Vis-à-Vis mit gestalteten Gesteins- oder Metallmassen Einsichten „ästhetisch“ verbarrikadiert werden. Die das heute tun, tun es wieder. Sie sind Nachahmende, keine Erfinder.

Zugegeben: sie arbeiten auf erschwertem Terrain. Buchenwald liegt in Thüringen, Dachau in Bayern, Neuengamme in Niedersachen, Ravensbrück in Brandenburg, Sachsenhausen ebenda und vor den Toren Berlins. Das wäre der geographisch nächstgelegene Ort, den Staatsbesuche in der deutschen Hauptstadt rasch erreichen könnten. Diese Gedenkstätten aber geraten in allen Planungen in die zweite Reihe. Sie sprechen nämlich, auf ihrem Territorium erheben sich Fragen, mit Betroffenheit und dem lächerlichen Herumrücken an Kranzschleifen ist es da nicht getan. Es ist nämlich nicht wahr, dass alle Steine reden, und manche reden in sehr verschiedener Lautstärke.

Es steht nicht zu erwarten, dass sich deutsche Richter 1995 auf derartige Zusammenhänge einlassen wollen und werden. Ein politischer Protest soll vor den Schranken eines Gerichts entpolitisiert werden. Das ist nicht einfach Botmäßigkeit von Beamten gegenüber den Machthabern. Es ist etwas mehr. Tatsächlich geraten einige Juristen in die Lage, eine Handlungsweise strafrechtlich zu beurteilen, die sie – und das wäre ihnen, wenn sich irgend Gelegenheit dazu bietet zu sagen – selbst mit verursacht haben. Dies eingestehend, müssten sie erklären, dass sie ihre Rolle als Staatsanwälte und Richter wegen ihrer Befangenheit nicht wahrzunehmen in der Lage seien. Denn dass Proteste gegen die Verfälschung der deutschen Geschichte derartige Form angenommen haben und annehmen müssen, haben sie selbst mit zu verantworten zu verantworten als Teil der deutschen Intelligenz, die von ihren Schul- und Universitätsjahren an genügend Zeit hatte (niemand verfügte über mehr als sie), die Folgen jenes Umgangs mit der deutschen Geschichte zu studieren, der derzeit im Staate um sich greift. Es darf und muss gefragt werden, ob diese Zentrale Gedenkstätte hätte etabliert werden können, wenn sich – um von meiner Zunft zu reden – Historiker der Neuzeit so engagiert geäußert hätten, wie sie das in den Auseinandersetzungen des „Historikerstreits“ in der Mitte der achtziger Jahre taten. Die seinerzeitigen Stellungen sind aber von ihnen und obendrein kampflos geräumt. Und es waren die Besetzer der „Neuen Wache“, die mit ihren Mitteln – gleichsam und unbeabsichtigt stellvertretend – in Aktion traten.

„... erwarte ich restlosen Einsatz aller Kräfte“

Vor 60 Jahren begann die Deportation der deutschen Juden „nach dem Osten“

Die Sitzung im Reichluftfahrtministerium in Berlin drohte sich am 12. November 1938 in Einzelheiten zu verlieren. Hermann Göring drängte die Chefs der Ordnungs- und der Sicherheitspolizei, die Juwelen wieder zu beschaffen, die eben bei der Plünderung jüdischer Geschäfte abhandengekommen waren. Heydrich, der Sipo-Kommandeur, lenkte die Debatte über die weitere Judenverfolgung auf das Thema zurück, das ihm als das Wichtigste erschien: „Bei allem ... bleibt das Grundproblem doch immer, dass der Jude aus Deutschland herauskommt“. Das würde selbst bei koordinierten Anstrengungen 8 bis 10 Jahre dauern, meinte er. Während dieser Zeit sei zu sorgen, dass die pauperisierten Juden nicht von nichtjüdischen Deutschen ernährt werden müssten. Zwangsarbeit sei einzuführen.

Es verging kein Jahr und Heydrich nahm eine neue Perspektive. Der Krieg war sieben Tage alt, als er seinen Amtschefs die Linie bezeichnete, wie Juden nun aus dem durch Eroberung erweiterten Reichsgebiet herausgebracht werden sollten. Nicht mehr, in dem man sie durch wirtschaftlichen und politischen Druck zur Auswanderung drängte, sondern durch gewaltsame Deportation. Diese wurde den Juden bestimmt, die in den neuen Reichsgauen im einstigen Nord- und Westpolen lebten. Sie sollten in größeren Städten konzentriert und, sobald es der Kriegsverlauf erlaubte, auf Schienenwegen ostwärts geschafft werden. Wohin? In ein „Reichsghetto“ um Lublin, also vor der Grenze zur Sowjetunion. So geschah es – bei weitem nicht vollständig. Die Aktion war noch nicht beendet, als der Schaffung eines „Judenreservats“ im zweiten Halbjahr 1940 das Interesse entgegentrat, Aufmarschraum für den Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Aus ihm wurden dort ansässigen Juden westwärts getrieben, wenn sie der Wehrmacht im Wege waren.

Hitler ließ Anfang Oktober 1941 verkünden, dass die Sowjetarmee geschlagen sei. Den Deutschen im Reich bildete sich die Vorstellung, vor den eigenen Truppen befänden sich nur noch verstreute Einheiten des Gegners, alsbald sei auch dieser „Blitzkrieg“ siegreich beendet. In diesem Moment begann die planmäßige Deportation der deutschen Juden aus dem Reich. Ihr Anfang fällt mithin in die Zeit vollständiger Siegesgewissheit. Im Besitz der Reichtümer des Ostens werde Deutschland unschlagbar sein und einen beliebig langen Krieg führen können. Dass die Deportation der Juden zu ihren Mördern Reaktion auf die drohende eigene Niederlage gewesen sei, die Bestimmung eines Ersatzzieles für den nicht mehr erreichbaren Kriegssieg, ist Legende.

Denn um die Deportation zu den Mördern handelte es sich im Frühherbst 1941. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei waren bereits dabei, von Einheiten der Ordnungspolizei, der Wehrmacht und Kollaborateuren unterstützt, die in der UdSSR in ihre Hand gefallenen Juden systematisch niederzumachen, sie auszurotten. Den Juden aus dem Reich war nichts anderes bestimmt. Und wie in den Tagen des Pogroms funktionierten die Deutschen. Die meisten sahen und – sahen weg. Doch die Zahl der in Abstufungen aktiv Beteiligten war ungleich größer, als noch immer geglaubt wird. In der ersten Reihe der Mitwirkenden standen nächst Beamten der Gestapo Angehörige jener SA, die drei Jahre zuvor die Synagogen angezündet, Geschäfte und Wohnungen zerstört und jüdische Männer in die KZ Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald transportiert hatten. Nun fanden sie sich beispielsweise am 19. Oktober 1941 in Frankfurt a. M. vor dem Eingang zum Palmengarten in Uniform mit umgeschnallter Pistole ein, um nach vorbereiteten Listen Juden aus ihren Wohnungen zu holen und zum Sammelplatz im Keller der Markthalle zu bringen. So oder ähnlich geschah dies in den folgenden Monaten in allen deutschen Städten. Tanzsäle, leere Fabrikräume, auch ein Gebäude auf einem Schlachthof waren die Konzentrationspunkte, in denen die Herbeigeschleppten noch einmal identifiziert und ihr Gepäck überprüft wurde. Dann mussten sie die Waggons besteigen.

Doch wie viele standen hinter den Tätern der ersten Reihe! Da waren Beamte, welche die Wohnungen sicherten und versiegelten, denen später die Gerichtsvollzieher folgten, welche die Beute an „Arier“ brachten. Sodann die Angestellten der Wohnungsämter, die den begehrten Wohnraum verteilten. Andere wieder löschten die Namen der Juden in den Dienststellen, die für die Verteilung der Lebensmittelkarten zuständig waren. Solche „Löscharbeiten“ leisteten auch diejenigen in Banken, Sparkassen und bei Versicherungen. An den Sammelplätzen hatten Aktivisten der „Nationalsozialistischen

Volksfürsorge“ jene Gegenstände sorgsam erfasst und als Spenden für bedürftige und würdige Volksgenossen bereitgelegt, die vordem aus dem gefilzten Gepäck der Juden entnommen, also gestohlen worden waren, weil sie nicht zum Erlaubten gehörten. Dann war da das Polizeikommando, bestehend aus einem Offizier und 15 Mann, das den Transportzug bis zu seinem Zielbahnhof begleitete. Und der Zug brauchte, um dahin zu gelangen, mitwirkende Rangier- und Stellwerksarbeiter und natürlich Lokomotivführer und -heizer.

Und über alle diesen erhob sich jeweils eine Pyramide von planenden, Weisungen formulierenden und erteilenden Vorgesetzten, welche die Voraussetzungen dafür schufen, dass sich die deutschen Tugenden der Zuverlässigkeit und Exaktheit ungehemmt betätigen konnten. Misshandlungen und Schikanen gegen die Juden waren zu vermeiden, hieß es im Befehl an die SA-Leute. Als wäre nicht die ganze Aktion eine fortgesetzte Misshandlung gewesen. Auch die nichtjüdischen Deutschen hätten nicht gewusst, wohin die Fahrt ging? Wer hätte denn seinen Platz mit dem eines Deportierten tauschen wollen? Genügte das nicht? Aufbegehren sei gefährlich gewesen? Gewiss. Nur Tage nach dem Beginn der Deportation erging aus Heydrichs Amt ein Erlass, der „Arier“, die „nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden§ unterhalten, mit zeitweiliger KZ-Haft von bis zu drei Monaten bedrohte. Doch verlegt das nur die Frage. Die Mehrheit der Deutschen hatte sich selbstverschuldet in eine Lage gebracht, in der Mitmenschlichkeit abgestraft wurde. Denn sie hatte seit Jahren die Unmenschlichen gewähren lassen.

Was Deportation bereits vor der Ankunft an den „Zielorten“ bedeutete, haben die wenigen, die aufgrund außerordentlicher Widerstandsfähigkeit, einer Kette von Zufällen und der Wiederentdeckung der Juden als Ausbeutungsobjekte überlebten, in Erinnerungen geschildert. Eine Sammlung solcher Zeugnisse der erlittenen Qualen hat Erika Schwarz für ein Buch über den Mann zusammengestellt, der über Jahre in Gemeinschaft mit Beamten des Reichsverkehrsministeriums die Züge orderte, mit denen die Juden aus mehreren Staaten Europas „nach dem Osten“ geschafft wurden – von Düsseldorf nach Riga, von Poitiers nach Auschwitz, von Stuttgart nach Theresienstadt, von Compiègne nach Ravensbrück, von Tönsberg in Norwegen, von Berlin, von Erfurt, von Westerbork in den Niederlanden, von Carpi in Italien ... zu den Mördern.

Kurt Pätzold/Erika Schwarz, „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof.“ Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Metropol Verlag Berlin 1994.

Rückblick nach einem halben Jahrhundert

Der 8. Mai 1945 im Widerstreit der Meinungen

Vortrag in der Bibliothek Schlüsselkorb in Bremen, 25.4.1995

Ein halbes Jahrhundert nach dem 8. Mai 1945 erscheinen, nein sind die Deutschen in ihren Ansichten über den Platz dieses Tages in ihrer Geschichte gespaltener als je zuvor. An diesem Befund dürfte sich kaum etwas ändern, wenn in wenigen Tagen staatsoffizielle Reden Einheitlichkeit im geschichtlichen Denken der „Nation“ vorzutäuschen sich bemühen werden. Die Gelegenheit zu einem orientierenden Wort, mit dem Irr- und Abwege des Erinnerns markiert werden konnten, haben Bundestag und Regierung schon verpasst. Und, um von der Zunft zu reden: die Historiker versammelt hatten, sich vorzugsweise diejenigen aus den alten Bundesländern beschlossen, auf ihrem letzten Verbandstag im vergangenen Jahr in Leipzig eine Resolution zu ihrem eigenen Umgang mit der Zeitgeschichte in der Öffentlichkeit, in der vom 8. Mai 1995 nicht einmal die Rede war. Sie enthielt einige sich auf dem Niveau proseminaristischen Unterrichts befindende Forderungen, wie mit Geschichte umzugehen sei und befand sich damit fernab von dem schon absehbaren Streit um eines der wichtigsten Daten der deutschen Zeitgeschichte. Man mag darüber nachgrübeln, woher diese Enthaltsamkeit kommt. Sie besitzt jedenfalls eine Vorgeschichte. Zwischen dem Historikerstreit und dem Gedenken 1995 liegt das Stillschweigen zu der summierenden These von den zwei deutschen Diktaturen, die 1933 begannen.

1945 waren sich die Deutschen weithin darin einig, dass der 8. Mai das Ende eines Krieges bezeichnete, der ihnen wenig Ruhm und Ehre und mit seiner Länge immer mehr Unheil eingetragen hatten. Sie stellten zunächst vor allem erleichtert fest, dass für sie selbst das Leiden und Sterben dieses Krieges, der mehr als fünfeinhalb Jahre gedauert hatte, ein Ende gefunden hatte. Sie wussten auch, dass es ein Ende ohne ihr Zutun gewesen war anders als 1918, da doch eine erkennbare Minderheit von Deutschen den Regierenden mit der Parole „Brot und Frieden“ die Gefolgschaft verweigert hatte.

So oder so ähnlich spiegelte sich der 8. Mai 1945 damals in den Köpfen der Deutschen. Das waren nicht eben tiefe Einsichten in das Geschehen, aber sie waren entwicklungsfähig, denn es verbanden sich mit ihnen doch schon ein paar selbstkritische Fragen. Die wichtigste von ihnen lautete, ob dieser Krieg überhaupt hätte stattfinden, ob man diesem dann rasch vergessenen und aus dem Gedächtnis verdrängten „Führer“ überhaupt hätte folgen sollen. Alsbald hatte sich Hitlers Gefolgschaft mit den Enthüllungen des Hauptkriegsverbrecher- Prozesses auseinanderzusetzen.

Und nun, 1995, geistert durch das vergrößerte Deutschland von der Oder bis an die Saar eine Debatte darüber, ob es sich bei diesem 8. Mai 1945 um einen Tag der Befreiung oder einen der Niederlage gehandelt habe. Sie wird nicht nur von Politikern und politisch exponierten Personen getragen. Sie findet längst schon unter Teilnahme der sog. „einfachen Leute“ statt. Sie hat Aussicht, das Geschichtsbewusstsein umzuprägen. Nicht, dass sie es gleichsam auf den Kopf stellen würde, doch weist die generelle Tendenz deutlich darauf hin, dem Blick zurück kritische Noten zu nehmen. Die Versuche sind nicht neu. Vielmehr handelt es sich um einen weiteren unter den schon nicht mehr gezählten Anläufen der Verfechter eines Geschichtsrevisionismus.

Zum Beweis des Gesagten: Während der nach Thüringen importierte Ministerpräsident Vogel aufforderte, am historischen Maitag auch der tapferen deutschen Soldaten zu gedenken, erscheinen in der „Saarbrücker Zeitung“, die nicht zur rechtesten Presseszene zu zählen ist, private Annoncen, in denen Nachfahren eines Vaters oder Großvaters gedenken, der, wie es heißt, in zwei Kriegen für seine Heimat kämpfte. Der Krieger wird in der Uniform der deutschen Wehrmacht mit Trauerrand abgebildet.

Beide Äußerungen verdeutlichen den Kern des gegenwärtigen Streits: es geht um die Bewertung des Krieges, der diesem 8. Mai 1945 vorausging. Er bildete schon ein wichtiges Teilthema des Historikerstreits, der vor einem knappen Jahrzehnt geführt wurde und damals in den Grenzen des Staates stattfand, der heute zur Unterscheidung von der Gegenwart mitunter die „Altbundesrepublik“ genannt wird. Das Wort könnte demnächst einen viel weiteren Sinn erhalten. Es könnte etwa besagen, dass

das demokratische Niveau von kritischer Betrachtung der eigenen Geschichte am Beginn des Weges in die neue und größere Republik aufgegeben wurde und sich die Deutschen mit einem neuen Geschichtsbild von sich selbst sich ausgerüstet haben.

Dieses neue Geschichtsbild soll, wie die verschiedensten Initiativen erkennen lassen, nicht nur dieses jetzt zu Ende gehende Jahrhundert und die Rolle der Deutschen darin in neuem Lichte darstellen. In einem kleinen Gebiet im Osten der Republik, dem sog. Oderbruch, dessen Trockenlegung auf eine Initiative des Preußenkönigs Friedrichs II. zurückgeht, feiert die Verehrung des „alten Fritzen“ fröhliche Urständ. Sein Name bezeichnet u. a. wieder kleine und große Gaststätten. Das ist indessen nicht die geradlinige Fortsetzung einer schon zu Zeiten des DDR-Staates begonnenen Korrektur einseitiger Geschichtsbetrachtung. Sie war durch das Hinzufügen von bis dahin Weggelassenem charakterisiert. Jetzt aber wird Weggelassen. Davon, dass der Preußenkönig drei verheerende Kriege um eine reiche und ausgedehnte Provinz, um Schlesien, führte, in deren Verlauf eine der blutigsten Schlachten in eben diesem Oderbruch-Gebiet nahe der Ortschaft Kunersdorf stattfand, ist nicht mehr die Rede. In ihrem Verlauf kamen allein 18.500 Soldaten des Preußenkönigs um, dessen Truppen in wilde Flucht geschlagen wurden. Insgesamt gab es auf beiden Seiten mehr als 35.000 Getötete.

Und im Norden der Bundesrepublik bereitet man sich auf eine Jahrhundertfeier vor, welche die Verdienste eines anderen Hohenzollerns aus dem geschichtlichen Dunkel hervorholen soll: die Erinnerung an die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, der bei seiner Eröffnung einmal Kaiser-Wilhelm-Kanal hieß und von Wilhelm II. im Juni 1895 für die Schifffahrt freigegeben wurde. Diesmal 1995 werden vier leibhaftige Hohenzollern-Prinzen anwesend sein, die Zeremonie soll von ihnen wiederholt werden. Es erscheint fraglich, ob sie darauf zurückverweisen werden, dass ein Antrieb für die Schaffung des Schifffahrtsweges darin bestand, die kaiserlichen Kriegsflotten der Ost- und der Nordsee rascher zusammenführen zu können, deren Stärkung ihrem Vorfahren so sehr am Herzen lag.

Die Deutschen sind offenkundig dabei, ihre Geschichte zu „normalisieren“ und d. h. sie zu schönen. Sie bestehen auf dem Recht, sich der erhabenen Seiten ihrer Vergangenheit zu erinnern. Dagegen, würden wirklich die verdienstvollen Seiten des Wirkens von Deutschen ins Visier genommen, nichts einzuwenden. Wäre da nicht der trutzige Ruf: Schluss mit der „Nestbeschmutzung“, als deren Verursacher nun aber nicht diejenigen gelten, auf die dieses Bild aus der Ornithologie zutrifft, sondern diejenigen, die von solcher Verunreinigung reden. Im Ruf nach dem „Schlussstrich“, der an einen Zecher erinnert, der seine Rechnung verlangt, um sie ein für alle Mal begleichen zu können, drückt sich nicht mehr nur die Forderung einer Minderheit aus, die sich als Ewig-Gestrige abtun ließe.

Nun lässt sich ohne lautstarken Einspruch Friedrich II. wohl, wenn auch nur verfälschend, auf den „Eroberer einer Provinz im Frieden“, so die Bezeichnung für die Kolonisierung des Oderbruchs, reduzieren. Hitler aber kann nicht auf den Autobahn-Erbauer verkürzt werden, ohne dass es europaweit zu Protesten käme. Also soll dieser Hitler von den Deutschen oder sollen diese von ihm abgetrennt werden. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, die Heimat verteidigt, dieser nur besaß größenwahnsinnige Pläne, Europa und die Welt zu erobern. Seine Landsleute teilten sie nicht, nicht die deutschen Eliten und nicht der sprichwörtliche „Mann auf der Straße“. Diese Sicht ist nicht eben originell. Sie prägte sich bald nach dem Ende des Krieges aus und trug damals dem Rechtfertigungsbedürfnis der Zeitgenossen Rechnung: Wir sind’s nicht, Adolf Hitler ist es gewesen.

Die Menschen und Mächte der Anti-Hitler-Koalition haben die Sache so nicht ansehen wollen und können. Sie wussten, dass die Landstriche ihrer Länder von der Sowjetunion bis nach Frankreich und von Nordnorwegen bis nach Italien und Griechenland nicht von einem Mann zerstört, dass die Millionen Europäer nicht von diesem allein umgebracht worden waren. Sie stellten fest, dass die Deutschen Mitverantwortung und Mitschuld für Krieg und Zerstörung und das Massenmorden traf. Und sie schrieben diese ihre Ansicht fest: in den Nachkriegsbestimmungen über Deutschland: durch die Neuziehung seiner Grenzen im Osten, die zeitweilige Übergabe des Saargebiets an Frankreich, die Pflicht zu Reparationszahlungen und durch die jahrelange Tätigkeit von Regierungsorganen der Besatzungsmächte in Deutschland.

Die Siegermächte haben die Deutschen wegen der Rolle, die sie unter der Führung der Nazidiktatur in Europa spielten, bestraft. Die Bestrafung traf alle, wenn auch nicht unterschiedslos und nicht gleichmacherisch. Dennoch nimmt diese unbestreitbare Tatsache nichts von der Feststellung, dass Deutschland und die Deutschen befreit wurden und noch die nachgeborenen Deutschen allen Grund haben, sich dankbar vor allen zu verneigen, die diesen Tag, den 8. Mai 1945, in ihre Geschichte brachten. Denn: an diesem Tage endete die Rolle der Deutschen als Träger und Täter eines verbrecherischen Systems, das in der deutschen Geschichte kein Beispiel kennt, in einem System, das ihnen nicht übergestülpt worden war, sondern an dessen Entstehung, Festigung und Entwicklung sie selbst massenhaft aktiv beteiligt gewesen waren.

Befreit wurden die Deutschen aus einem System, das sie selbst aus eigenen Kräften nicht loswerden konnten, ja, dass sie bis in das Frühjahr 1945 hinein durch eigenes Tun und Lassen am Leben erhielten. Denn selbst in diesem Frühjahr 1945 gab es noch deutsche Marschälle und Generale, die weiterschießen ließen, und massenhaft deutsche Soldaten, die diesen Befehlen folgten. Die einen hätten sie weiter erteilt, die anderen weiter befolgt, wäre ihnen nicht die Mittel ausgegangen, den Krieg fortzuführen. Doch war die deutsche Kriegswirtschaft total zusammengebrochen und die materielle Voraussetzung dafür, nun auch das eigene und vielbeschworene Vaterland restlos in Trümmer zu legen.

Die Deutschen waren am 8. Mai 1945 gewaltsam und wider ihr eigenes Streben von der Mitwirkung an einem verbrecherischen politischen Großunternehmen befreit worden, zu dessen Instrumenten sie sich freiwillig und vielfach begeistert gemacht hatten oder unter mehr oder weniger großen Druck machen ließen. Die Unterschiede waren nicht so sehr groß und die Übergänge fließend. Wessen Rückbesinnung sich angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache einzig auf die Erinnerung an die Kriegs- und Nachkriegsleiden der Deutschen beschränkt, sich auf die Trauer um die „eigenen Landsleute“ verkürzt, sich auf die Unbill der Besatzungszeit richtet sich in allgemeinen Klagen über die Opfer der Kriege erschöpft, Ungerechtigkeit gegen Ungerechtigkeit, Verbrechen gegen Verbrechen aufzurechnen sucht, hat das Denkprogramm verfehlt, das den Deutschen, den wenigen Zeitgenossen des Kriegsendes und der Mehrheit der Nachgeborenen, an diesem Jahrestag aufgegeben ist und für alle Zukunft aufgegeben bleiben dürfte. In seinem Zentrumsollte die Frage stehen: Wie kamen jene Generationen von Deutschen dahin, ihre geistigen, physischen und psychischen Kräfte auf dieses Regime zu verwenden und zu verschwenden, auf ein Regime, das sie auf viele Jahre hinaus bei nahezu allen ihren Nachbarn tief verhasst machte? Wie kamen sie dazu, Menschen in, gemessen von ihren eigenen Wohnsitzen, entlegensten Gegenden der Welt dazu zu zwingen, in Waffen nach Deutschland, nach Berlin und München, nach Düsseldorf und auch nach Bremen aufzubrechen, sich auf einen Weg zu begeben, auf dem sie Tausende und Millionen ihrer Kameraden verloren und begruben?

Der geistige Betrug, der in diesen Tagen erfolgt, besteht vor allem in der Ablenkung von diesen Fragen und in der Hinlenkung auf die aus allen Zusammenhängen herausgelösten Ereignisse der Monate und Wochen des Frühjahrs 1945, als dieser Krieg nach Deutschland zurückgekehrt war, von wo er am 1. September 1939 ausging. Der Begriff der Kriegsniederlage wird absichtsvoll oder gedankenlosmit den Bildern der zerstörten deutschen Städte, der Flüchtlingsströme von Deutschen, dem Leben der unbehausten Landsleute inmitten von Trümmern, den in Kriegsgefangenschaft geratenen deutschen Soldaten verbunden, und dieser Begriff wird damit verengt, verbogen und verfälscht. Denn, so schmerzlich alle diese Tatsachen des Kriegsendes waren, bedeuteten sie doch einzig unvermeidliche Begleiterscheinungen der militärischen Niederlage.

In Wahrheit und im geschichtlichen Sinne war am 8. Mai 1945 eine politische Niederlage besiegelt worden, das vollständige Scheitern jenes Programms, das sich auf die Errichtung eines „großgermanischen Weltreiches“ gerichtet hatte und um dessen Willen die deutschen Soldaten bis an die französisch-spanische Grenze, in den Norden Norwegens und Afrikas und schließlich bis auf die Berge des Kaukasus und an die Wolga gestürmt waren. Wer auf dieses Programm zu reden kommt, dem stellen sich folgerichtig eine Anzahl von Fragen: Wer stellte seine Entwürfe her? Wer gab ihm die definitive Fassung? Wer plante seine Verwirklichung? Wessen Interessen drückten sich in ihm aus? Wer glaubte, dass auch er von seiner Verwirklichung profitieren könne? Und: Warum ist dieses Programm total gescheitert?

Auf alle diese Fragen sind in Deutschland und von der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 kontroverse Antworten gegeben worden. Die gedankliche Linie, entlang der sich die Auseinandersetzungen abspielten, war nicht mit der Grenzlinie der beiden deutschen Staaten identisch. Auch in der Bundesrepublik bildeten sich zwei Grundrichtungen des Blicks auf Faschismus und Zweiten Weltkrieg heraus. Der Verkürzung aller Antworten auf die Person Hitlers und seine engsten Gefolgsleute in Braun und Schwarz stellte sich seit den sechziger Jahren eine liberale und demokratische Gruppe von Historikern (viele von ihnen standen parteipolitisch der SPD nahe) entgegen, die auf die besondere Rolle und Verantwortung der deutschen Eliten in Staat, Diplomatie, Militärwesen, Wissenschaft und Wirtschaft verwies.

Man kann sich fragen, ob ihre historische Kritik das Niveau erreicht hätte, das viele Publikationen aufweisen, wäre da nicht die Herausforderung gewesen, welche die Geschichtsschreibung im „zweiten deutschen Staat“ darstellte. Unbestritten war beispielsweise, dass die Erforschung der Neuordnungs- und Nachkriegsprogramme der deutschen Wirtschaft, jener vorwiegend 1940/1941 niedergeschriebenen Projekte, kaum je so weit getrieben worden wären, hätten dafür nicht Geschichtswissenschaftler in der DDR den Auftakt gegeben. Diese Herausforderung existiert nicht mehr, und das mag sich mit der Anschlussfrage verbinden, ob die kümmerliche Rolle, welche die Historikerzunft in diesen Monaten und Wochen vor dem 8. Mai 1995 spielt, ob ihr Schweigen angesichts einer deutlich spürbaren konservativen Offensive, womöglich auch eine Folge des 3. Oktober 1990 darstellt.

Die Frage lässt sich stellen, aber nicht beantworten. Zu beobachten ist aber, dass Historiker, von denen eine geschichtswissenschaftliche, vor allem tatsachengesättigte Untersetzung des Begriffs „Befreiung“ erwartet werden konnte, derzeit mehr mit der Umgestaltung von Gedenkstätten auf dem einstigen DDR-Gebiet befasst waren und wohl noch sind. Das betrifft nicht nur die Vorbereitung der inzwischen neueröffneten Stätte im einstigen Konzentrationslager Buchenwald, um deren Gestaltung es eine – weiteres Aufsehen erregende – Diskussion gab. In diesem Zusammenhang wurde u. a. in scholastischer Manier die Frage erörtert, ob sich die Häftlinge des Lagers unter Führung der Kommunisten im April 1945 selbst befreiten oder ob sie von den amerikanischen Truppen befreit worden waren. Indessen ist für jeden Laien zweierlei einsichtig: Selbstredend konnten sich die Häftlinge Buchenwalds nicht von ihren Peinigern befreien, solange die amerikanischen Truppen am Rhein, sondern erst als sie unweit des Lagers standen. Und ebenso: dass die Häftlinge den eintreffenden amerikanischen Soldaten von ihnen gefangengesetzte SS-Leute übergeben konnten, war doch nicht deshalb möglich, weil sich diese Schwarzuniformierten freiwillig in die Gewalt ihrer jahrelangen Opfer begeben, sondern weil diese sie hinter Schloss und Riegel gesetzt hatten.

Gestalterische Umwandlung erfuhr auch die Stätte auf dem Seelower Höhen, die seit Jahrzehnten an den Auftakt der letzten großen Offensive der Roten Armee im April 1945 erinnert. Mit ihr wurden der Vorstoß bis zu Elbe und das Zusammentreffen mit den amerikanischen Streitkräften eingeleitet, die Einschließung Berlins bewirkt, Hitler in den Selbstmord und die Besatzung der „Festung Berlin“ am 2. Mai zur Kapitulation gezwungen. Die Stätte heißt nun nicht mehr, wie ursprünglich „Gedenkstätte der Befreiung“, sondern einfach „Gedenkstätte Seelow“. Unweit davon, im ersten Dorf, das Truppen der Roten Armee diesseits der Oder erreichten, gibt es die „Straße der Befreiung“ noch, andernorts sind die Umtaufen bereits erfolgt.

Buchenwald und die Seelower Höhen, soweit sie räumlich auseinanderliegen, so nahe beieinander ist doch der Antrieb, der ihre Umgestaltung leitete. Hierbei ging es nicht um die Beseitigung von im Falle Buchenwald unbestreitbaren Vereinfachungen und Lücken geschichtswissenschaftlicher Darstellung aus DDR-Zeiten, sondern um die Verwirklichung der Absicht, dass Begriffe wie Befreiung im Zusammenhang mit Kommunisten, seien es solche im gestreiften Zwangsanzug der KZ-Insassen, seien es solche in der Uniform der Roten Armee, nicht mehr auftauchen sollen. Der Begriff des Kommunismus soll sich für alle deutsche Zukunft mit Charakteristika wie Unterdrückung, Unrecht oder Unrechtsstaat verbinden.

Das ist eine, aber wie erwähnt, nicht die einzige Seite des Geschichtsrevisionismus unserer Tage. Die Rückseite dieser Bestrebungen besteht in dem seit Jahren andauernden Versuch, die kapitalistische

Gesellschaft von jedem Zusammenhang mit der Nazidiktatur und dem Krieg loszusprechen. Die Verfechter dieser apologetischen Darstellung sind nun in personam in die neuen Bundesländer eingezogen. Einen Lehrstuhl der Berliner Humboldt-Universität besetzt nach einer Neuberufung Ludolf Herbst, vordem in München. Er beschrieb in einem 1989 aus Anlass des 50. Jahrestags des Kriegsbeginns publizierten Aufsatz die Grundorientierung „der Großindustrie“ (mit Ausnahme der von ihm sogenannten „Partei-Wirtschaft“) während der Jahre der Naziherrschaft als friedlich und an einem Kriege ganz und gar desinteressiert. „Was sollte die deutsche Großindustrie im Übrigen von einem Krieg erwarten, besaß sie doch eine hegemoniale Position in Europa bereits ...?“ Erst nach dem Sieg über Frankreich habe sie 1940 den Kurs der friedlichen Expansion verlassen, am Ergebnis dieses Feldzugs „gefallen“ gefunden und 1941 sei sie den „kleine(n) Schritt zur Befürwortung kriegerischer Expansion“ gegangen. Den Begriff „Krieg“ vermeidend, schreibt der Zeithistoriker, die Planer der Industrie hätten sich „auf die Methoden des ‚Machtaustrags‘ als Mittel der Außenwirtschaftspolitik eingelassen“. Dieses Bild zeichnet einen unerklärten Wandel und die Mächtigen der deutschen Wirtschaft in der Rolle von verführten Gelegenheitsdieben.[1] Sein Autor ist kein Rechtsaußen der deutschen Geschichtswissenschaft.

Mit solcher Sicht auf die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts setzen sich ihre Verfechter freilich in Gegensatz zu Forschungen der englischen und amerikanischen Historiographie. Damit widerrufen sie zudem die gerichtsnotorischen Feststellungen der internationalen und insbesondere der amerikanischen Gerichtshöfe, die sich zwar als Tribunale der Sieger verunglimpfen und denunzieren lassen, deren dokumentarisches Material indessen nicht widerlegt werden kann. Damit entsteht eine Gefahr der Isolierung von der internationalisierten Wissenschaft. Es scheint, dass sie leichthändig in Kauf genommen wird. Deutschland beherrscht die Märkte und Germania docet.

Der gedankliche Hauptstrom, dem an diesem 8. Mai 1995 in Deutschland ein breites Bett geschaffen werden soll, zielt darauf, die soziale und politische Welt der Deutschen als in ihren Grundlagen auf Dauer festgefügt darzustellen, historisch alternatives Denken zu liquidieren und jedweden Gedanken an Veränderungen fortan nur noch im Maßstab von Schönheitsreparaturen zuzulassen. Das Datum wird regierungs- und staatsoffiziell mithin eingepasst und instrumentalisiert für jenen Geschichtsunterricht, der den Deutschen seit 1990 erteilt wird. Diese Art von Gegenwartssicht und Zukunftsorientierung drückte sich im Slogan aus: Weiter so, Deutschland.

Ganz ohne Konzessionen geht es freilich nicht ab. Die Gedenkveranstaltungen, die im zu Ende gehenden Monat in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück stattfanden und die nicht zuletzt mit dem Blick auf ihre auslandspropagandistische Wirkung inszeniert waren, bilden solche Konzessionen. erschöpfen sich aber in ihrer Wirkung darin nicht. Denn es regten sich in nahezu allen politischen Richtungen und Parteiungen der Bundesrepublik Kräfte, die auf einen selbstkritischen Blick in die deutsche Vergangenheit bestanden und sich zu deren Sprecher machten. Noch besitzen auch die deutschen und internationalen Verbände der Widerstandskämpfer Gewicht und Einfluss. Doch kann über diesen Tatsachen nicht übersehen werden, dass der konservative Geschichtsrevisionismus, den mancher am Ende des sog. Historikerstreits fälschlich als den Unterlegenen wähnte, dreister auftritt, und dies auch tun kann, weil die von seinen Verfechtern eingenommene Haltung keine gesellschaftliche Ächtung erfährt. Sie wird eher entschuldigend in die Kategorie von menschlichen Verirrungen eingeordnet. Der Pluralismus der Volksparteien ist weit genug, für Leute Platz zu lassen, deren Gesinnungen an die gedankliche Hartleibigkeit erinnern, mit der sich die Mehrheit der deutschen Gesellschaft im Weimarer Staat kritischen Einsichten über den Ersten Weltkrieg widersetzte. Diese Verweigerung war seinerzeit ebenfalls kein Zufall. Denn Geschichtskritik erforderte schloss auch damals schon die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle ein. Dagegen sperrten sich nicht nur die Parteien, die zum 4. August 1914 hingetrieben hatten, sondern auch diejenigen, die erst an diesem Tage auf den Kriegskurs eingeschwenkt waren. Selbstgerechtigkeit gehörte in der ersten Republik schließlich zum guten Ton.

---

[1] Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industriekonzerne in der Zwischenkriegszeit, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.) Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 132-134.

Die zweite Republik befindet sich auf dem Weg, der solcherlei Selbstgerechtigkeit erneut zur dominierenden Denkweise der Deutschen über ihre Geschichte machen könnte. Die Hauptthesen, mit denen dieser Weg gepflastert ist, lauten: Wir haben wiedergutgemacht. Wir haben uns geändert. Wir haben jedwede Möglichkeit einer Wiederholung der Vergangenheit verbarrikadiert. Deshalb wollen wir auch eigentlich an sie nicht erinnert werden. Nach diesem 50. Jahrestag, so war schon vor Monaten in der deutschen Zeitung zu lesen, die das intellektuelle Flaggschiff der Konservativen bildet, wird es ausgestanden sein.

Das ist ein Wunsch, der vordergründig scheitern dürfte, weil die Geschichte des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 nicht einfach beendet war. Es folgten die Potsdamer Konferenz und nach ihr der Prozess gegen die sogenannten Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg, der ebenfalls noch 1945 begann, bis 1946 dauerte und an den sich die sog. Nachfolge-Prozesse anschlossen, unter anderem der gegen die Reichsministerialbürokratie (der „Wilhelmstraßen-Prozess“) und die Prozesse gegen die IG-Farben-Chefs, eine Gruppe von Ärzten und andere. Gerichtsprozesse gegen Deutsche und ihre einheimischen Kollaborateure fanden in vielen europäischen Ländern, den Niederlanden und Italien, in Frankreich und Polen statt.

Doch sollte, wer in Deutschland dauerhaft eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte befördern will, nicht auf die Wirkung solcher Jahres- und Gedenktage setzen. Was künftige Generationen von dieser Geschichte wahrnehmen und wissen, wird nirgendwo mehr als in den Klassenzimmern der Schulen entschieden, und was sie davon behalten oder gar vertiefen, entscheidet sich nicht zuletzt an Gedenkorten, in großen und kleinen Museen, in Gedenkstätten, vor Denkmälern und an Erinnerungstafeln. Deshalb besitzen die Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme auf den Unterricht in Schulen und auf die öffentliche Erinnerung in allen ihren vielfältigen Formen, sei es auf Straßen und Plätzen, in Kirchen oder in industriellen Gebäuden, einen höher einzuschätzenden Rang als Demonstrationen. In ihnen mag sich eine Absichtserklärung ausdrücken und manifestieren, die folgenlos bleiben kann, schlösse sich an sie nicht die beharrliche Arbeit und, wo nötig, der aus der Gesellschaft kommende Dauerdruck, der für kritisches Geschichtsbewusstsein Raum schafft und es gegen die Gegenwehr eines deutschnational-konservativen Geschichtsrevisionismus durchsetzt. Auf diesem Wege wurden in vielen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik und hier in Bremen Orte des jahrelangen Beschweigens zu Orten, die eine Sprache zurückerhielten.

Nur möge sich niemand täuschen: Es muss nicht erst ein Staat untergehen, damit schon Errungenes wieder verloren geht. Die gegenwärtige Hauptmethode, das öffentliche Bild von der deutschen Geschichte zu revidieren, besteht, von den neuen Bundesländern abgesehen, nicht in Denkmal- und Bilderstürmerei, sondern in der Relativierung oder anders ausgedrückt: in der Neuverteilung der Gewichte. Die schleichende Neugewichtung bevorzugt die Methode des Hinzufügens. Da reitet Kaiser Wilhelm I. wieder, dort schreitet, die Hand am Degen, sein Vorfahr König Friedrich II. Da werden die verlogenen Historiengemälde eines Anton von Werner kommentarlos präsentiert, und dort wird das Dritte Reich aus der Optik der Fotoapparate des Hitlerfreundes Hoffmann ausgestellt. Der Steuerbürger zahlt meist zu oder ganz. Doch macht das noch seinen geringsten Verlust aus. Der entsteht erst peu à peu und als nicht vorherzuberechnende Summe, die möglicherweise eines Tages beglichen werden muss.

Wie Geschichte erinnert wird, bestimmen in hohem Grad die Politiker. Diese Feststellung entlastet keinen Historiker von seiner besonderen Verantwortung. Nicht wenige deutsche Historiker haben dazu beigetragen, die Wahrheit über den Krieg, auch die über seine Verursachung aufzudecken und erkennbar zu machen. Doch gibt es keinen Grund, weder den Politikern noch diesen Fachleuten die Art und Weise des Erinnerns allein zu überlassen. Zudem hat das Jahr 1990 mit seinen Folgen die Historiker selbst nicht unbeschädigt gelassen. Es stellte, verglichen mit Jahren wie 1933 oder 1939 auf eine geradezu harmlose Weise auch ihren Bekennermut auf die Probe, wog ihre Parteinahme für Liberalismus. Demokratismus, Pluralismus. Je mehr Deutsche kritische Geschichtserinnerung als eine öffentliche Angelegenheit und damit als ihre Sache verstehen, umso mehr scheint mir für die Zukunft gewonnen.

Der Schreihals aus dem Obdachlosenasyl – eine Legende

Die Deutschen haben sich an ihre Obdachlosen gewöhnt, die meisten der Heutigen nicht anders als die meisten ihrer Vorfahren. Zeit war dazu seit Jahrzehnten. Die Entwöhnungsphase scheint auch für die Ostdeutschen zu kurz gewesen zu sein. Nirgendwo auf der „Insel des Wohlstands“ (Roman Herzog) treibt es Massen für jene um, denen an deren Rändern das Wasser nicht nur bis an den Hals steht.

Die *junge Welt* hat an das mörderische Kapitel in der Geschichte von Obdachlosen in Deutschland erinnert. Das ist ein Verdienst. Nachdenken und Parteinahme werden provoziert. Unerfindlich bleibt, warum der Aufsatz mit einer Legende eingeleitet werden musste. Ihr Autor kann für sie kein Copyright beanspruchen. Er ist älterer Literatur aufgesessen. Vor ihm passierte das anderen. Den Vorläufern aber aus Mangel an verlässlichen Quellen und häufig im Eifer antinazistischen Gefechts. In ihm schienen alle Informationen recht, die sich gegen Hitler wenden ließen. Indessen: die Legende verklärt und verfälscht dessen frühen Lebensweg. Sie verstellt auch den Blick auf seine späteren Antriebe.

Ganz unten?

Über seine Zeit in Wien hat Hitler im „Kampfbuch“ und gesprächsweise Lüge auf Lüge gehäuft. Vor allem vermied er nachprüfbare Angaben. Inzwischen sind Wohnadressen und Aufenthaltsorte des Mannes, der an der Kunstakademie der K. u. K.-Hauptstadt studieren wollte, dafür durch Waisenrente und Erbschaft zunächst ausreichende Mittel besaß, jedoch in zwei Anläufen 1907 und 1908 scheiterte, nahezu lückenlos rekonstruiert. Die Liste umfasst vier Wiener Wohnungen, in denen der Junggeselle als Untermieter gemeldet war und den Mietzins entrichtete. Auf ihr steht ein Obdachlosenasyl und das Männerheim in der Meldemannstraße, in dem sich Hitler die längste Zeit aufhielt.

Nur für zwei kurze Zeitspannen existiert Ungewissheit. Die erste betrifft sein Eintreffen und Verlassen des Asyls in Meidling. Dort fand er sich zwischen nicht exakt zu ermittelnden Daten im November und Dezember 1909 allabendlich in einem Schlafsaal zur Nachtruhe ein. Die zweite bezieht sich auf eine Abmeldung Hitlers aus dem Männerheim für nur wenige Tage. Gegen Entrichtung eines geringen Mietzinses war er dessen Bewohner von Dezember 1909 bis zum 24. Mai 1913. Dann meldete er polizeilich seinen Weggang nach München. Dies ermöglichte es österreichischen Behörden, die später nach dem „Wehrflüchtigen“ fahndeten, ihn an der Isar ausfindig zu machen. Hitler verließ Wien mit ersparten Geldmitteln. Sie setzten ihn in die Lage, sich in der Hauptstadt Bayerns als Untermieter einzuquartieren.

Interieur des Männerheims

Die Lebensverhältnisse im Männerheim, das am Jahrhundertbeginn zu den Vorzeigeobjekten der „Sozialpolitik“ des Kaiserreichs gehörte – S. M. Franz Josef besuchte es nach seiner Einrichtung höchstselbst – waren alles andere als gemütlich. Sie werden von einem Insassen, der das Heim „das Modernste auf dem Gebiet der Massenbeherbergung“ nennt, in einer Aufzeichnung für das NSDAP-Hauptarchiv 1939 so beschrieben: „Neu daran war, dass jedem Gast eine eigene Schlafkabine zur Verfügung stand ... sie mochte etwa 1½ × 2½ Met. im Geviert messen und enthielt nichts als eine weitüberzogene, ziemlich reine, einfache Schlafstelle, ein Tischchen, einen Kleiderrechen und einen Spiegel.“ Die Bettwäsche sei alle sieben Tage gewechselt worden. In der Kantine war, nach diesem Zeugnis, das Essen gut, die Portionen reichlich. Es existierte eine Bücherei und ein Schreibzimmer (in dem sich die „Intellektuellen“ trafen). Im Keller befanden sich Bäder. Es gab Schließfächer, in denen gegen Gebühr diejenigen Habseligkeiten sichern konnten, die nicht allen Besitz am Leibe trugen. Zum Innenleben des Heimes gehörten Schneider- und Schusterwerkstatt sowie Friseurstube. So war Hitlers Mikrowelt für nahezu dreieinhalb Jahre beschaffen. Er habe dort im Schreibzimmer an einem Fensterplatz gesessen und nach Postkarten Zeichnungen und Gemälde angefertigt. Durch deren Verkauf verdiente er das Geld für Behausung, Ernährung, Kleidung und seine Malutensilien.

Dieses Dasein bedeutete für ihn einen Absturz aus sorgenfreien und geborgenen Verhältnissen. Von ihm berichtete der Parteiführer und Diktator nur in Andeutungen: Er habe die Härte des Lebens kennengelernt, dadurch eine besondere Schule absolviert. Wert legte Hitler darauf, sich als ein Arbeiter

auszugeben. Er sei „am Bau“ gewesen. Kein Zeugnis steht dafür. Niemand hat später berichtet, er habe mit diesem „Adi“ Ziegelsteine und Mörtel über Gerüste geschleppt. Das kontrastiert mit der Zahl seiner Kriegskameraden, die Kontakt mit dem Emporgekommenen suchten, von ihm auch empfangen und ausgezeichnet wurden.

Der „Bauarbeiter Hitler„ gehört zum Werbekrieg des Faschistenführer „um den deutschen Arbeiter“. Der Bewohner des Heims, der in den vier Wänden, die nicht die seinen waren, keinen Tropfen Alkohol trinken und seinen Schlafplatz erst aufsuchen durfte, wenn der Zugang dazu abends aufgesperrt wurde, war am Boden der österreichischen Gesellschaft angekommen. Noch eine Stufe darunter lebten die Unbehausten, die sich nicht einmal für eine Nacht einen Liegeplatz kaufen konnten. Frei und theaterreif erfunden ist jener Hitler, der sich über vier Jahre sommersüber unter freiem Himmel herumtrieb und während der Winter im Asyl unterkroch.

Verklärung nicht Stolz

Kein Dokument stützt die These, Hitler sei zurückblickend „stolz auf die Zeit im Dreck“ gewesen. Gleiches gilt für das Bild vom ewig politisierenden Schreihals. Es übertreibt Hitlers frühes Interesse für Politik weit. Zu dieser Darstellung steuerte er selbst freilich kräftig bei. In der Autobiographie schildert er sich als einen ständig um die Erkenntnis tiefster Weltzusammenhänge bemühten jungen Mann, als kommenden Denker, dem schließlich nichts verborgen bleiben konnte.

Bezeugt ist einzig, dass Hitler von seiner Malarbeit im Schreibzimmer leicht abgelenkt werden konnte, wenn im Kreis der sich dort Versammelnden über Gott und die Welt gestritten wurde. Glaubhaft erscheint auch ein Bericht, demzufolge das geistige Kauderwelsch seiner Beiträge ihn noch stärker als seine Lebensweise als Sonderling erscheinen ließen. Doch steht und bleibt es um die Kontrollierbarkeit dieser Überlieferungen schlecht bestellt.

Verzeichnete Antriebe

Aus seinen Wiener Jahren blieb Hitler eine nie gestillte Abneigung gegen Wien. Er bestritt sie zwar immer wieder, doch drückte sie sich ebenso oft in seinen phantastischen Plänen für Linz aus. Abenteuerlich erscheint indessen die These, der zufolge Hitler als Reichskanzler „in praktische Politik“ umgesetzt habe, was er in Wien als Obdachloser lernen musste. Unvergessene „Demütigungen der Vergangenheit“ gelten als Urquell für die Verfolgung und Vernichtung einer womöglich nie feststellbaren Zahl von „Nichtsesshaften“ und als Schlüssel zur Deutung des Verbrechens. Das lässt aus dem unbekannten Exoten (mit der erfundenen vierjährigen Obdachlosen-Erfahrung) einen exotischen Politiker von Weltruf werden. Dessen Antriebe für den Massenmord erscheinen als Reaktion auf eine durchlittene Lebensphase. Die Erforschung von Geschichte wird an die Individualpsychologie verwiesen. Versuche, Hitlers Politik mit deren Instrumentarien zu deuten, liegen vor und bezeichnen eine Spur des Scheiterns. Sie führen aus den Kontinuitätslinien deutscher Geschichte heraus. Das Verfahren bedient zudem Interessen, deren Wirkungsgrad der Autor der Legende von „Adolf dem Obdachlosen“ wahrscheinlich nicht erhöhen wollte.

PS 1: Die benutzten Quellen finden sich, ausführlicher zitiert, in Anton Joachimsthaler, Hitler in München 1908-1920, Frankfurt a. M. 1992 und dort im einführenden Kapitel „Der Kunstmaler“. (Wien und München).

PS 2: Mit dem en passant gegebenen Bild vom „Altonaer Blutsonntag“ in S. Adameks Artikel steht es nicht besser als mit jenem vom Hitler. Es lässt die Toten des 17. Juli 1932 aus Straßenschlachten entstehen, bei denen „auch Wohnungslose“ mitprügelten. Diese Darstellung ähnelt dem Zerrbild, das polizeiliche Täter und deren Anwälte gaben. Deren Fälschungen und die von Staatsanwälten hat der französische Naturwissenschaftler Léon Schirman anhand von Gerichtsakten nachgewiesen: Zuletzt in seinem 1995 im Verlag Typographica Berlin erschienenen Buch „Justizmanipulationen“.

Am Beginn des Holocaust: Judenmord in Litauen

Seit wenigen Jahren erst lassen sich die Fragen an den Beginn der Geschichte des „Holocaust“ auch auf der Basis von Quellen untersuchen, die einst auf sowjetischem Staatsgebiet lagerten und über die nun Nachfolgestaaten der UdSSR verfügen. Die Forscherarbeit ist unter intensiver Beteiligung deutscher Historiker rasch vorangekommen. Man würde dies erfreulich nennen können, böte nicht nahezu jede Seite der daraus erwachsenen Veröffentlichungen grauenhafte und bis in die Details reichende Rekonstruktionen dieses Großverbrechens.

Wie andere Forschungsprojekte auch stand das von Stang in Verbindung mit Aufträgen, die von der War Crimes Section Ottawa/Kanada vergeben wurden. Nach Anlage und Ausführung geht sein Buch aber weit über deren spezielle Interessen hinaus. Der Autor hat die – angesichts des Entwicklungsgrades der litauischen Historiographie für jene Zeit – schwierige Aufgabe auf sich genommen, einleitend ein Bild von der innenpolitischen Situation des kurzzeitig zum sowjetischen Einfluss- und Machtbereich gehörenden Landes zu zeichnen. Er hat dargestellt, in welch hohem Grade Nationalismus unter der Bevölkerung grassierte, im Lande selbst und über dessen Grenzen hinauswirkend. Er verweist auf die antisemitischen Stimmungen, Exzesse und Pogrome, die von politischen Kräften Litauens entfacht wurden, namentlich denen, die dem deutschen Faschismus eng verwandt waren, sich an ihm selbst soweit orientierten, dass sie einzelne seiner Aktionen der Judenverfolgung im Deutschen Reich imitierten. Damit hat er eine stabile Grundlage dafür geschaffen, sich auf die scheußliche Spur der Mördereinheiten, der deutschen und ihrer Kollaborateure, zu begeben. Was Stangs Arbeit vor anderen auszeichnet, sind der Nachweis und die Betonung des Zusammenhangs des Judenmords mit den allgemeinen Interessen und Zielen der deutschen Besatzer. Begründet wendet er sich dagegen, das Verbrechen einzig als Ausfluss eines sinn- und ziellosen Vernichtungswillens misszuverstehen. Von seinem Beginn an zeigt er, wie die Instanzen der allgemeinen Okkupationsverwaltung mit den speziellen Dienststellen und Organisationen zusammenarbeiteten, deren Aufgabe es war Litauen „judenfrei“ zu morden.

Dass sich Stang vor dieser Arbeit mit kriegsgeschichtlichen Fragen befasste, (er hat sich ihnen für das 18. und 19. Jahrhundert wieder zugewandt), ist jedenfalls indirekt seiner Herangehensweise zugutegekommen. Es mag in ihm auch eine Neigung zum „historischen Generalstäbler“ ausgeprägt haben. Diese schlug sich in einem Kapitel zur Vorgeschichte des „Unternehmens Barbarossa“ nieder. Es steht beziehungslos neben dem Gegenstand und bietet – im Unterschied zu allen anderen – wenig Eigenes. Ausgenommen eine Spekulation. Stalin, meint er, habe am Vorabend des 22. Juni 1941 angenommen, es ginge Hitler einzig um die Okkupation Litauens. Das führt er zu dem Schluss, der Rückzug sowjetischer Truppen aus dem Territorium der damaligen Sowjetrepublik ordne sich dieser Annahme zu und bestätige sie. Aus gleicher Sicht spricht Stang vom „Einmarsch der deutschen Truppen“, nicht von Eroberung. Seine eigene Beurteilung („Ein Beweis dieser Darstellung nur anhand des bisher verfügbaren Materials ist fast unmöglich.“) verweist diese Konstruktion selbst in den Rang eines Hirngespinstes.

Knut Stang, Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden. Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M. 1996. 286 S.

„Abwanderung mit allen Mitteln“

Die Abkürzung SD ist auch denen, die sich mit der Geschichte der faschistischen Diktatur nicht forschend beschäftigen, geläufig. Zum einen durch die Bezeichnung jener Spezialeinheiten, die 1939 in Polen, seit 1941 vor allem in der Sowjetunion unter der Bezeichnung Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD halfen, ein blutiges Regiment zur Unterdrückung der Bevölkerung zu errichten und vor allem den Massenmord an den Juden verübten. Zum anderen aus der Biographie des Reinhard Heydrich. Als er sich 1931 der SS anschloss, erhielt er von Himmler den Auftrag, einen Nachrichtendienst aufzubauen, der eben als Sicherheitsdienst (SD) bezeichnet wurde.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde aus kleinen und geradezu unscheinbaren, der Öffentlichkeit unbekannten Anfängen zuerst ein Amt, dann ein Hauptamt der SS, das sich wie die ganze Führung der Organisation in Berlin etablierte, seinen Platz im Herrschaftsapparat suchte und fand. Im Bereich des SD-Inland entstand auch eine Abteilung, die sich langfristig mit der Verfolgung der Juden befasste und in Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei bestrebt war, auf deren Ausrichtung dominierenden Einfluss zu gewinnen, so etwas wie das zentrale Führungs- und Planungsorgan des praktischen Antisemitismus zu werden. Diese Tatsache und die auf dieses Ziel gerichteten Aktivitäten waren durch eine Vielzahl von Forschungen erwiesen. Nun kann das Bild dadurch vertieft werden, dass im Moskauer „Sonderarchiv“ lange als vermisst angesehene Aktenbestände auch aus der Hinterlassenschaft dieser Abteilung zugänglich wurden. Sie bilden die Masse der in dieser Dokumentation abgedruckten Protokolle, Berichte, Schreiben etc. Früher schon von der Forschung benutzte Stücke aus dem Bundesarchiv wurden ergänzend aufgenommen.

Michael Wildt hat ihnen eine konzentrierte Einleitung vorangestellt. Deren Hauptaussagen lautet: Diese SD-Leute, zu deren bekannteren Adolf Eichmann und Dieter Wisliceny gehören, der eine in Israel, der in Bratislava gehenkt, waren Treibende, die einem Konzept folgten, nicht die durch „Sachzwänge“ Getriebenen. Sie leitete der Ehrgeiz, Deutschland judenfrei zu machen, und, elitär gesinnt, wie sie waren, vermeinten sie, dass niemand die Wege und Methoden dahin besser kennte als sie selbst. So, die Generallinie befolgend und sie ausarbeitend, gewannen sie mit dem SD an Einfluss. Sie wurden an Beratungen beteiligt, zu denen sich die Spitzen der Obersten Reichsbehörden mal in dieser, dann wieder in einer anderen Zusammensetzung trafen. Sie kamen dem Ziel, in allen die Judenvertreibung betreffenden Fragen, entscheidend mitzureden, Zug um Zug näher. Doch eine Monopolstellung und die totale Koordinierung aller Maßnahmen konnten sie schon deshalb nicht gewinnen, weil es in diesem Herrschaftsapparat in allen Machtzentren Personen und Personengruppen gab, welche auf Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen erpicht waren, die den Juden in Deutschland das Leben erschweren, unerträglich machen und sie zur Flucht zwingen sollten. Da Wildt die Rolle des SD herausstellen will, gerät dieses Wetteifern ein wenig außer Sicht. Und fraglos ist es unmöglich zu entscheiden, welche Drangsal stärker zur Vertreibung beitrug, die politischen Schikanen die der SD mit der Gestapo inszenierte, oder die planmäßigen Maßnahmen, mit denen durch Entscheidungen der Ministerien immer mehr Juden die Möglichkeit entzogen wurde, in Deutschland ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Aktionen waren nicht „konzertiert“, aber sie wirkten in die gleiche Richtung. Die mitunter entbrennenden Streitigkeiten über das erfolgreichste Vorgehen, ergaben sich nicht aus alternativen, sondern aus nuancierten Standpunkten. Wildt sieht diese Politik 1938 in eine selbstverursachte „Sackgasse“ einmünden, weil die Bereitwilligkeit der Juden zu fliehen, sich nicht in dem gewünschten Grad entwickelte und die Barrieren gegen deren Einwanderung in vielen Ländern nicht niedergerissen, in manchen gar erhöht wurden. Das Bild ist falsch, wie er selbst zeigt. Sackgassen erfordern Umkehr. Die deutschen Judenaustreiber aber blieben auf ihrer Straße und erweiterten sie. Das geschah mit dem Pogrom vom November 1938, den Morden, der Verschleppung von Männern und Jünglingen in die Konzentrationslager, dem vernichtenden Schlag gegen die Handels- und Handwerks- und alle anderen Wirtschaftsbetriebe der deutschen Juden, durch die Entfachung von Panik und die Verbreitung des Bewusstseins, das es gelte, das eigene Leben zu retten. In einem Ausblick verweist der Autor darauf, dass mit den „Judenspezialisten“ des SD sich die Spitzengruppe jener Verbrecher formierte, die alsbald die Schreibtischtäter der „Endlösung“ wurden.

Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation. Hrsg. und eingeleitet von Michael Wildt. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 71, R. Oldenbourg Verlag München 1995, 220 S.

Vortrag in einer Veranstaltung der Jüdischen Landesgemeinde Sachsen-Anhalt

Magdeburg am 24. Januar 1996

Während eines Colloquiums im Rahmen des Stuttgarter Historiker-Kongresses im Jahre 1985 sagte der israelische Historiker Moshe Zimmermann sinngemäß: Die Zahl der in Deutschland lebenden Juden sei viel zu klein, als dass sie selbst in der Lage wären, die Geschichte der Juden in Deutschland zu erforschen und darzustellen. Daraus folge: Entweder würden die nichtjüdischen Deutschen sich dieses Gegenstands ihrer Vergangenheit annehmen, oder sie würde unergründet bleiben, nicht dargestellt werden können und früher oder später weitgehend in Vergessenheit geraten sein.

Als diese Feststellung getroffen wurde, galt sie für beide deutsche Staaten, wenn auch gar nicht zu übersehen war, dass der Geschichte der Juden in Deutschland in der Bundesrepublik weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet worden war als in der Deutschen Demokratischen Republik. Namentlich in den größeren Städten, jedoch nicht nur in ihnen und für sie existierten in Westdeutschland lokalgeschichtliche Studien zur Geschichte der Juden. In Ostdeutschland aber fehlten sie weitgehend.

Seit einigen Jahren bahnt sich auf diesem Gebiet ein erfreulicher Wandel an. Am deutlichsten zeigen sich die Fortschritte in den Bezirken Berlins, die einst Hauptstadt der DDR waren. Die Mehrzahl von ihnen besitzt heute Darstellungen der Geschichte der Juden. Das gilt für u. a. für Treptow, Pankow, Köpenick, seit jüngstem auch für Lichtenberg. An der Erforschung des Lebens der Juden in anderen Teilen der Stadt wird gearbeitet. Man könnte sagen, dass sich die Historiker gleichsam an diejenigen Wohngebiete Berlins „heranschreiben“, in denen der prozentual größte Anteil von Juden lebte. Natürlich werden die entsprechenden Bände für Berlin-Prenzlauer Berg und Berlin-Stadtmitte, für die weit umfangreichere Forschungen notwendig waren und sind, in der Reihe dieser Veröffentlichungen einen besonderen Platz einnehmen. Von den Erfahrungen der bisherigen Arbeit muss noch die Rede sein.

Dieser Aufschwung und mit einem gewissen Recht ließe sich hier sagen: diese Wende hatte ihre Voraussetzungen und Bedingungen. Die wichtigsten davon sind: 1. die allgemeine Geschichte der Juden in Deutschland, in den einstigen Feudal- und Teilstaaten und später im 1871 errichteten, 1945 untergegangenen Deutschen Reich, war so weit vorangekommen, dass es für Regional- und Lokalforscher leichter geworden war, sich über die generellen Entwicklungsprozesse zu orientieren und sich Voraussetzungen für die Inangriffnahme ihrer Vorhaben zu erwerben 2. in den alten Bundesländern lag eine Masse von Erfahrungen und beispielhaften Publikationen zur Lokal- und Regionalgeschichte des Judentums in Deutschland vor, die eine Orientierung boten 3. in der DDR hatte sich seit den siebziger und mehr noch in den achtziger Jahren das Interesse für die Geschichte der Juden verstärkt und es waren hier und da – insgesamt aber vereinzelt – forscherische Initiativen ergriffen worden, 4. es änderte sich mit der Entstehung der neuen Bundesländer die Haltung der lokalen Autoritäten, sprich und lies: der staatlichen und kommunalen Geldgeber zur Finanzierung entsprechender Forschungen und es fanden sich auch Private, die zu finanziellen Aufwendungen bereit waren, 5. es waren ganz neue Voraussetzungen für die Kommunikation derer entstanden, die sich dem Gegenstand forschend zuwandten, der Zugriff zu Fachliteratur und zu -bibliotheken war erleichtert, und ähnliches galt für die Benutzung von Archivalien, 6. viel leichter ließen sich nun Verbindungen zu den wenigen Überlebenden des Massenmords im Ausland und/oder zu deren Nachfahren herstellen, und 7. – und ohne diesen „Faktor“ hätten alle bisher genannten nicht in der erkennbaren Weise wirken können – es hatte sich in den neuen Bundesländern eine zahlreiche erwerbslose und Arbeit suchende Gruppe von Intellektuellen gebildet, von denen ein Teil eine Chance darin sah, sich der Lokal- und Regionalgeschichte zuzuwenden. Tatsächlich reicht die Skala der derzeit damit befassten von ausgebildeten und forschungserfahrenen Historikern, die vordem an wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR tätig waren, über Hochschullehrer der verschiedensten gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen bis zu Schriftstellern und Journalisten von Presse und Rundfunk.

Bevor von den noch zu lösenden Aufgaben und den sich aus ihnen ergebenden Arbeitsproblemen die Rede sein soll, scheint ein – wenn auch nur knapper – Rückblick auf das seit Jahren kontrovers diskutierte Thema „Die DDR und die Erforschung der Geschichte der Juden“ nicht überflüssig. Im

Grunde handelt es sich dabei wieder um eine Teilfrage eines umfassenderen Streits, den die These von der „antisemitischen DDR“ ausgelöst hat. Die zu deren Stützung vorgetragenen Beweise sind dermaßen dürftig, dass auf sie hier nicht eingegangen werden muss.

Die Durchmusterung der Tatsachen zeigt: In der DDR existierte weder an der Akademie der Wissenschaften noch an einer der Universitäten ein spezielles Institut zur Erforschung der Geschichte der Juden oder auch nur der neueren Geschichte von Juden, Judenverfolgung und Judenmord. Es war daran gedacht, eine derartige Einrichtung beim Centrum Judaicum zu schaffen, doch waren die Überlegungen dazu nicht über erste Vorstellungen hinausgekommen. Weiter gediehen war in einigen Archiven, vor allem in Potsdam und Leipzig, aber auch in Stadtarchiven wie Görlitz, die Erfassung der sogenannten Judaica, d. h. der Archivalien, die sich auf die Geschichte der Juden beziehen. (Auf diesem Felde ist ein grundlegender Wandel durch aufwendige Recherchen erfolgt, die in den letzten Jahren unter der Leitung der Historischen Kommission in Berlin erfolgten und deren Veröffentlichung bevorsteht.)

Die Forschungen zur Geschichte der Juden wurden zu DDR-Zeiten von einigen wenigen Historikern unternommen. An erster Stelle ist der kürzlich verstorbene Helmut Eschwege zu nennen. Er war maßgeblich an der Entstehung der Monographie über die Geschichte der Judenverfolgung beteiligt, die auch Klaus Drobisch und Werner Müller zu Autoren hatte und im Deutschen Verlag der Wissenschaften erschien. Dem Dresdner Historiker ist weiter der Text-Bild-Band über die Geschichte der Synagogen in Deutschland zu danken, sowie – gemeinsam mit dem in Australien arbeitenden Historiker Kwiet – eine Darstellung des Widerstands der Juden, die in der (Alt-)Bundesrepublik erschien. Eschwege hat in seinen Memoiren die Erfahrungen seiner Forscherarbeit niedergelegt und von den Bedingungen und den Hindernissen berichtet, unter denen seine Bemühungen um die Erforschung der jüdischen Geschichte erfolgten. Wer sich über den Gesamtumfang der DDR-Forschungen zur Geschichte der Juden informieren will, der kann das anhand eines Vortrags tun, den Walter Schmidt darüber in den USA hielt und der 1989 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft veröffentlicht wurde.

Woran es vor allem fehlte, war zweierlei: Erstens ein gerade auch für die Hand der Lehrer benutzbarer Überblick über die Rolle der Juden in der deutschen Geschichte, namentlich seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, also im Verlauf des Emanzipations- und Integrationsprozesses. Ein Werk dieser Art wurde bisher weder in West- noch in Ostdeutschland vorgelegt. Noch immer gibt die beste Auskunft darüber Arnold Zweigs Schrift „Bilanz der deutschen Judenheit“. Die Rechte daran besaß der Aufbau Verlag. In der Bundesrepublik erschien eine Neuauflage des 1934 bei Querido in Amsterdam erschienen Buches in den sechziger Jahren, die aber kaum beachtet wurde. In der DDR erwarb der Reclam-Verlag das Recht, eine Neuherausgabe zu veröffentlichen. Sie erschien 1990 und kam zu einer Zeit auf den Markt, als die Bewohner der Neuen Bundesländer kaum Bücher kauften.

Zweitens fehlte in der DDR völlig die Möglichkeit, sich über die Religion der Juden, die Geschichte ihrer Religionsgemeinden, die Riten des jüdischen Glaubens zu informieren. Dem muss angefügt werden, dass zudem eine Situation entstanden war – und es ist zu bezweifeln, dass sie inzwischen behoben wurde –, in der nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch die Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen kaum noch etwas über den Glauben der Christen. die Geschichte der christlichen Kirchen und deren Rolle zu sagen wussten.

Die beiden erwähnten Defizite erlauben bereits zwei Schlussfolgerungen, die auch und gerade für regional- und lokalgeschichtliche Forschungen bedeutsam sind, ja wegweisend sein könnten. Zum einen sollten diese nicht auf die Geschichte der Verfolgung und deren Steigerung bis zum Massenmord eingeengt werden, sondern verdeutlichen, welche Leistungen die jüdische Minderheit auf den verschiedensten Gebieten hervorbrachte, welchen Beitrag sie zum Leben des ganzen Volkes gab, dem sich die Mehrheit der Juden assimilierte. Dabei ist nicht nur an Philosophie, Wissenschaft und Kunst zu denken, sondern ebenso an die Technik und die Publizistik (das Pressewesen und die Verlage), an die Industrie, an Handel und Gewerbe. Zum anderen soll und darf die Geschichte der jüdischen Gemeinden, der privaten und der öffentlichen Synagogen, der jüdischen Feste, die Biographien der

Rabbiner, kurzum: die Entwicklung der Lebensweise der frommen Juden nicht ausgespart bleiben. Die subjektiven Voraussetzungen, sich dieses Themas anzunehmen, sind bei Nichtjuden – wie schon angedeutet – besonders ungünstig, und gleichzeitig ist gerade auf diesem Gebiet auch die archivalische Überlieferung extrem schlecht. Das zusammen bildet indessen eine Herausforderung, keinen Resignationsgrund.

Auf regional- und lokalgeschichtlichem Feld gab es zu DDR-Zeiten einige Pioniere, die es nicht verdienen, vergessen zu werden. Im April 1988 fand in Berlin, veranstaltet von der Humboldt-Universität, der Historiker-Gesellschaft und dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer eine Arbeitstagung statt, die sich mit dem Thema befasste, das uns auch heute hier zusammenführt. Sie machte deutlich, wieviel von der Initiative einzelner Personen abhing und wie unterschiedlich sich Stadtverwaltungen gegenüber deren Trägern verhielten. Ohne vollständig sein zu können, mag aufgezählt werden: In Görlitz gingen die Forschungen zur jüdischen Geschichte vom dortigen Stadtarchiv aus, wo Roland Otto seine Untersuchungen im Rahmen eines Fernstudiums an der Berliner Universität unternahm. Ähnliches gilt für Frank Schröder, der Stadtarchivar in Rostock war. Er hatte, was damals Wenigen gelang, auch persönliche Verbindungen zu einem aus Rostock stammenden, in Israel lebenden Juden hergestellt, ihn als Gast einladen und sich auf dessen Wissen und Mitarbeit stützen können. Diese Arbeit führten nicht nur zu einer Publikation zur Geschichte der Juden in der Hansestadt, sondern nach 1990 auch zur Gründung des Max-Samuel-Hauses, das heute ein Zentrum der Beschäftigung mit der Geschichte und der Gegenwart der Juden ist.

Gemeinsam mit Christine Schläfer, einer Mitarbeiterin der Gedenkstätte Ravensbrück, hatte Frank Schröder auch eine Arbeit über die Geschichte der Juden im Konzentrationslager Ravensbrück angefertigt, die an der Humboldt-Universität als Diplomarbeit angenommen und bald auch über die Fernleihe abgefordert wurde. Das Unternehmen fand von der damaligen Leitung der Gedenkstätte wenig Aufmerksamkeit und Unterstützung. Mit der Geschichte der Juden in Plauen befasste sich ein von dort herstammender, inzwischen in Berlin lebender Schriftsteller. Das Resultat seiner Forschungen konnte nach Überwindung von Hindernissen schließlich zum Druck gelangen. In Suhl hatte ein in Ruhestand befindlicher Laienforscher, der vordem der Volkspolizei angehört hatte, mit archivalischen Forschungen zur Geschichte der Juden in der südthüringischen Stadt begonnen. Das daraus erwachsene Buch ist inzwischen gedruckt.

In keiner der genannten Städte gab es eine besondere Konzentration von jüdischen Bürgern. Das galt aber für Leipzig, der einzigen Großstadt, in der koordinierte Forschungen zu ihrer Geschichte unternommen wurden. Als deren Motor muss der Direktor des Staatsarchivs, Manfred Unger, erwähnt werden, der auch an der Leipziger Universität dazu Seminare veranstaltete. Diese Aufzählung ist – wie gesagt – keine exakte Bilanz, aber sie illustriert das Wesentliche der Situation, wie sie sich gegen Ende der achtziger Jahre darstellte. Gemessen an der zu leistenden Arbeit war die Lage in Berlin (Ost) am rückständigsten.

Es ist aber, dass sei hier angemerkt, irreführend, von der Situation in der lokal- und regionalgeschichtlichen Forschung geradlinig darauf zurückzuschließen, welchen Platz das Thema Juden, Judenverfolgung, Judenmord im geistigen Bezirk DDR insgesamt einnahm. Wenn der zu beschreiben wäre, was heute und hier nicht verlangt ist, müsste von Schriftstellern, Theater- und Filmregisseuren und den Verdiensten vieler anderer die Rede sein. Doch deren Arbeiten konnten den Mangel nicht aufheben, dass sich aufgrund des Rückstands der Territorialgeschichte zu wenig oder gar keine konkreten Vorstellungen über die Geschichte der Juden in der engeren, unmittelbaren Lebenswelt der Heutigen herauszubilden vermochten. Das Wort: Es geschah in unserer Mitte. also vor den Augen der Vorfahren und der ältesten Generation der noch Lebenden, blieb so bild- und man könnte sagen: blutarm.

Was versäumt wurde, mag eine Initiative verdeutlichen, die in die Altbundesrepublik in die Stadt Rothenburg a. d. Wümme führt. Dort hatte eine antifaschistische Initiative zumeist junger Leute sich das Ziel gesetzt, die Judenverfolgungen, die in der Kleinstadt nicht anders als im ganzen Reich gewütet hatte, zu verdeutlichen. Sie zielten darauf, dass sich das Unheil inmitten der Stadt und für jeden ihrer Bürger erkennbar ereignet hatte. Dort befand sich ein kleines jüdisches Kaufhaus, dessen Betrei-

ber verfolgt wurden. Auch gegen dieses Vorhaben, das andere Aufmerksamkeit provozierte als die Reste des am Stadtrand gelegenen Friedhofs, erhoben sich Hindernisse. Die Laienforscher waren inzwischen den Spuren der beiden überlebenden Töchter des Eigentümers gefolgt. Sie wussten, dass sich die eine in Südamerika verlor. Die andere führte aus dem britischen Exil in die DDR. Es brauchte nur wenige Tage und einen Glücksumstand, dass sich deren Adresse ausmachen ließ. Inzwischen war die aus ihrer Geburtsstadt Vertriebene in Rothenburg zu Gaste und es gibt dort ein öffentliches Zeichen der Erinnerung an die Familie Jacobsohn.

Die Episode liegt etwa zehn Jahre zurück. Und das will besagen: Die Zahl der Überlebenden der faschistischen Judenverfolgungen und des Massenmords ist noch kleiner geworden. Wer ihr Wissen gewinnen und verwerten, wer private Dokumente auftreiben und bekanntmachen will, muss sich beeilen. Resignation ist vorerst noch nicht gerechtfertigt, aber es geht im buchstäblichen Sinne häufig um Monate und Wochen, manchmal um Tage. Wenn das Sprichwort „Was Du heute kannst besorgen ...“ für den Geschichtsforscher, der mündliche Quellen erschließen will, je eine direkte Bedeutung besaß, so ist das heute und in dieser Hinsicht der Fall. Dabei kann als ein begünstigendes Moment wirken, dass Überlebende und Nachfahren derzeit Restitutionsansprüche u. a. für Grundstücke geltend machen und dadurch Verbindungen zu Städten und Gemeinden hergestellt werden, die sich für die Zwecke der Geschichtsforschung nutzen lassen. Das hat sich u. a. auch bei den Recherchen in Berlin erwiesen.

Geschichte lebendig machen, dass erforderte immer gerade im Hinblick auf das Auffinden von Quellen Spürsinn und Phantasie und dann praktische Initiativen in die unterschiedlichsten Richtungen. Und Erfolge stellen sich vielfach gerade auf Bahnen ein, die auf den ersten Blick als Abwege galten. Wenn von der mündlichen Überlieferung gesprochen wird, richtet sich die Aufmerksamkeit gemeinhin in erster Linie und mitunter ausschließlich auf die Juden. Aber wie steht es mit den Nichtjuden, mit den „christlichen Nachbarn“, den einstigen Mitschülern, den „arischen“ Käufern in jüdischen Geschäften usw.? Erfahrungen besagen, dass es noch schwerer ist, diese Zeitzeugen zum Sprechen zu bringen. Die Ursachen dieser Schwierigkeit sollen hier unerörtert bleiben. Auch sie sind nicht unüberwindbar. Es muss nicht unbedingt der Historiker und nicht er allein sein, der das vermag. Wenn ein Pfarrer die ältesten Mitglieder seiner Gemeinde auffordert, sich zu erinnern und das Thema der Nächstenliebe anhand von Unterlassenem oder Verweigertem zu erörtern, kann das eher zum Erfolg führen.

Alle so gewonnenen Zeugnisse werden aus naheliegenden Gründen quellenkritisch gewogen und immer als die Sicht aus einem mehr als 50-jährigem Abstand gewertet werden müssen. Doch sie können jedenfalls dazu beitragen, die Frage zu beantworten, die sich bei jeder Beschäftigung mit der Vergangenheit einstellt und die Friedrich Schiller bei seiner philosophischen Antrittsvorlesung in Jena so formulierte: Warum und zu welchem Ende betreiben wir Universalgeschichte?

Also: Warum und zu welchem Ende befassen wir uns mit der Geschichte der deutschen Judenheit und namentlich mit ihrem Untergang in den Jahren von 1941 bis 1945? Um eine Schuld, eigene oder die der Vorfahren, abzutragen?

Das wäre vermessen, denn diese Schuld ist nicht abtragbar wie eine Ruine oder ein Berg. Um ein Andenken zu ermöglichen? Das ist gewiss ein Aspekt. Um Verdienste von Menschen im Gedächtnis zu bewahren? Das ist mit Sicherheit ein anderer. Um die deutsche Geschichte ganz in den Blick zu bekommen? Das trifft auch zu. Um den nach Deutschland – vor allem aus osteuropäischen Gebieten – kommenden Juden etwas von der Geschichte der Juden mitzuteilen, die vor ihnen in diesen Städten lebten? Das wäre als Vorhaben auch nicht gering zu schätzen. Um geschichtliche Erfahrungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und – wie es oft heißt – Lehren aus der Geschichte ziehen zu können? Das betrifft den politisch-pragmatischen Aspekt der Beschäftigung mit jeder Geschichte.

Dieser Erwartung, Lehren gewinnen zu können, wird entgegengehalten, es sei aus der Geschichte nichts zu lernen. Jedenfalls aber kann der Historiker ein Wissen bereitstellen, das besagt: Wenn Menschen sich in einer Situation so oder so verhalten haben, dann sind diese oder diese Folgen eingetreten.

Daraus lassen sich Bekräftigungen für eigenes Tun und Lassen oder auch Warnungen vor eigenem Verhalten ableiten.

Daraus ergibt sich weiter die Forderung auch die Geschichte der Juden als Aktion und Reaktion von Menschen und Menschengruppen aufzufassen und sie vor jeder Dämonisierung oder verwandten Formen der Verschleierung und Vernebelung zu bewahren. Diese Geschichte war wie jedes andere Resultat des Verhaltens der Menschen, von Juden und von Nichtjuden. Wird die Darstellung auf die Juden und deren Verhalten, also auf die Minderheit der Handelnden mit ihren begrenzten Handlungsmöglichkeiten beschränkt, sind Verzeichnungen unvermeidlich. Die Bedingungen des Lebens der Juden in der deutschen Gesellschaft – im Guten wie im Schlechten und schließlich im mörderischen Sinne – hat die Mehrheit, haben also die Nichtjuden geschaffen. Doch enthält – dies ist ein für die Vermittlung der Geschichte der Juden an die vielen Nahgeborenen besonders wichtiger Aspekt – die Vergangenheit des Judentums in Deutschland keineswegs nur „Lehren“ für die Juden selbst. Sie werden wohl am meisten und oft erhitzt in Israel umstritten. Die Erfahrungen der Juden in Deutschland sind spezifische einer Minderheit und allgemein-menschliche zugleich. Es lässt sich aus deren Leben für den Staatsbürger der Bundesrepublik 1995 mehr Nachdenkenswertes gewinnen, als die meisten auch nur ahnen. Man denke nur an die Probleme der Wahrnehmung von Gefahren und an deren Verdrängung, an die Schwierigkeit vorbeugend-abwehrender Reaktionen, an das nüchterne Abwägen der eigenen Handlungsmöglichkeiten, an die Grenzen der menschlichen Phantasie und die Anstrengung zu ihrer Erweiterung. Jedes dieser Themen lässt sich an der Verfolgungs-, Leidens- und Behauptungsgeschichte der Juden in den Jahren der faschistischen Diktatur erörtern.

Die Sinnfrage gehört jedenfalls an den Anfang auch jeder territorialgeschichtlichen Arbeit. Und zugleich zählt dazu auch eine nüchterne Abwägung der Möglichkeiten, die sich für die Forschungen und deren Ergebnisse abzeichnen. Eins kann der Historiker mit Sicherheit nicht: sich seine Quellen herstellen. (Es hat solche Versuche, die gegen das Ethos der Geschichtswissenschaft verstoßen, immer wieder gegeben, wenn auch eher indirekt. Man denke an die Besorgungen von Quellen auf dem freien Markt und an den Anbieter Kujau, bei dem auch renommierte Historiker sich bedienten.) Aus diesem Unvermögen freier Quellenschöpfung ergibt sich die Notwendigkeit zeitiger Abwägung, welchem Ziel zugesteuert werden kann. Als das Erstrebenswerteste gilt – wie auf anderen Gebieten auch – eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Juden in einem bestimmten Territorium. Dabei handelt es sich nicht darum, einem abstrakten Vollständigkeitsprinzip zu frönen, sondern vielmehr um die Erfassung des historisch Zusammengehörenden, des Zusammen (d. h. auseinander) wirkenden. Letztlich haben sich alle Anstrengungen darauf zu richten.

Jedoch sind solche Überblicke oder Aufsichten, ausführlich oder nicht, nicht unbedingt auch die wirksamste Form, Geschichte zu vermitteln. Wer die erwähnten Publikationen über die Berliner Stadtbezirke durchmustert, wird auf ganz unterschiedliche Herangehensweisen stoßen. Für Lichtenberg wurde jüngst eine Geschichte in Episoden vorgelegt, zu der eine beträchtliche Zahl von Autoren beigetragen hat. Sie lieferten Mosaiksteine und fordern dem Leser ab, sie sich selbst zusammenzusetzen, eigene Vorstellungskraft auf ein Gesamtbild zu richten, das der skrupelöse Historiker sich noch scheut, nach seinen strengen Regeln, anzubieten.

Das Vermitteln von Geschichte durch Geschichten von Familien, Betrieben und Geschäften, Synagogen und Schulen, Friedhöfen und sozialen Einrichtungen, Geschichten, in denen das Konkrete überwiegt und das Allgemeine zurücktritt, bedarf keiner besonderen Rechtfertigung. Es kann eine Zwischenstufe zu einer Gesamtdarstellung sein, es kann aber auch Endstufe bedeuten, wenn und wo die Quellen begrenzt und ausgebeutet sind.

Das Plädoyer für die weitere Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, die sich nicht auf die Verfolgungen beschränkt, wäre missverstanden, würde nicht hinzugesetzt: Es bleibt die Geschichte des Untergangs der Judenheit in Deutschland als Folge von Verfolgung, Deportation und Mord auch das Thema der Territorialgeschichtsforschung. An ihm lassen sich zugleich die Tücken einer räumlich auf Teile eines Staats reduzierten Fragestellung besonders klar verdeutlichen. Aus regionalgeschichtlicher Sicht können Vorgänge und Abläufe beschrieben, Urheber und Interessenten

erfasst, Opfer und Täter benannt, lokale Voraussetzungen und Bedingungen von Prozessen, die sich in Deutschland reichweit zutrugen, erkennbar gemacht werden. Sie vermag aber keinerlei zureichende Antwort auf die Frage nach den Triebkräften der Ereignisse, nach der Grundstruktur der Motive und der Ziele, nach den Hauptakteuren zu geben. Anders ausgedrückt: Die Antwort auf die Frage nach dem Warum von Judenverfolgung und Judenmord liegt nicht im Teil, sondern im Ganzen. Die Regie des Ganzen aber erfolgte nicht in Magdeburg oder in Halle, sondern in den Zentren der Macht. Das bedeutet wiederum nicht Verkürzung des Verhältnisses auf Führer und Geführte, Befehlende und Gehorchende, Mächtige und Ohnmächtige. Denn: Wird von dem mehrschichtigen Verhältnis von Ganzem, dem Reich, und seinen Teilen, der Region, der Stadt und Gemeinde, abgesehen, dann kann Regionalgeschichte zur bloßen Beschreibung verkommen, die nach Ursache und Folge nicht fragt. Sie vermag dann immer noch Emotionen zu wecken, aber denen würde dann ein sehr wenig tragfähiger „Unterbau“ von Wissen zugrunde gelegt. Eine generelle Antwort oder gar ein Rezept, wie dieses Problem nahezu jeder Territorialgeschichtsschreibung zu lösen ist, existiert nicht. Es bleibt die Kunst der Darstellung, diese Dialektik zu erfassen und auszudrücken. Eine ihrer Voraussetzungen besteht freilich darin, dass sich der Erforscher der Geschichte einer Region, einer Stadt oder Gemeinde auf dem neuesten Stand der generellen wissenschaftlichen Diskussion bringt und hält. Die bietet Antworten ebenso wie Verunsicherungen, man denke nur an die – nirgendwo mehr als in Israel umstrittene – Frage, wer denn ein Jude sei, oder an das in der internationalen Geschichtsschreibung kontrovers diskutierte Problem, welches die Antriebe des Übergangs von der Vertreibung zur Ermordung der Juden waren.

In den Tagen, da zum ersten Mal ein Staatsoberhaupt Israels die Bundesrepublik besuchte, wurden die Resultate einer Umfrage veröffentlicht, die von Hatikva, der in Dresden ansässigen Begegnungsstätte für Geschichte und Kultur der Juden in Auftrag gegeben und vom Institut für Soziologie der TU Dresden ausgeführt wurde. Sie stützte sich auf die Befragung von 1102 Schülern im Alter von 16 bis 18 Jahren, also auf Personen, die beim Inkrafttreten des Einigungsvertrages 1990 zwischen 11 und 13 Jahren alt waren. Auf die Frage, ob sie Juden zu ihren Nachbarn haben möchten, antwortete jeder vierte mit „Nein“. Das allgemeinste Resultat der Erhebung bestätigt eine früher auf gleiche Weise ermittelten Kenntnis, dass es zwischen dem Bildungsgrad und dem Vorurteil ein direktes Abhängigkeitsverhältnis gibt. Das lässt jedenfalls wieder hoffen, dass mehr Wissen, mehr Aufklärung zu mehr Humanität in Deutschland führen könnte.

Die „Abwicklung“ der Geschichtswissenschaft der DDR

Unter besonderer Berücksichtigung der Vorgänge an der Humboldt-Universität zu Berlin

Vortrag vor Studenten der Universität Marburg am 28. Mai 1996 auf Einladung der Roten Uni-Gruppe und des ASTA-Referats gegen Sozialabbau und Bildungsnotstand

Die Geschichtswissenschaft der DDR war – ähnlich anderen und vergleichbaren Disziplinen – ein über Jahrzehnte entwickeltes Gefüge, bestehend aus wissenschaftlichen Einrichtungen (Instituten an Universitäten und Hochschulen, an Akademien und im Umfeld von politischen Parteien und Organisationen), deren Mitarbeitern und ihren Arbeitsresultaten und Arbeitsvorhaben. Zu ihm gehörten Verlage oder Verlagslektorate, Zeitschriften und deren Redaktionen, wissenschaftliche Gesellschaften, Universitäten und – seltener – Disziplinen übergreifende Arbeitsformen. Die Geschichtswissenschaft der DDR pflegte viele internationale Beziehungen in konstanten und variablen Organisationsweisen. Die Historiker des ostdeutschen Staates waren, nachdem langanhaltender Widerstand der westdeutschen überwunden worden war, seit 1970 in corpore Mitglieder der Internationalen Historiker-Organisation und auch vieler ihr angeschlossenen Vereinigungen.

Für die Beurteilung der Vorgänge, die sich mit dem Ende der DDR und dem Anschluss ihres Gebiets an die Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 verbinden, erscheint erwähnenswert, dass sich etwa seit der Mitte der siebziger Jahre anfänglich sehr labile, dann im Verlauf der achtziger Jahre verfestigte Beziehungen zwischen Spezialisten beider Staaten entwickelt hatten. Ihre Kontakte und Treffen gehörten in manchen Teildisziplinen zum Alltag. Die Diskussionen miteinander waren offen, vielfach streitbar. Sie wurden gleichberechtigt geführt. Sie galten den Teilnehmenden als Gewinn. Er bestand im Minimum in der Möglichkeit und oft auch in der erlebten Herausforderung, den eigenen Standpunkt, eigene Gedanken- und Forscherwege neu und zusätzlich angeregt zu durchdenken. In diesem Prozess wurden Kenntnisse über die Theorie, die Methode, das Leistungsvermögen, die Spezialisierung und natürlich auch über die Schwächen der jeweils anderen Seite gewonnen.

Während über Jahre die Historiker der DDR sich weitaus gründlicher mit der geschichtswissenschaftlichen Produktion in der BRD befassten, als dies die Spezialisten in der Bundesrepublik taten, begann sich auch da eine Änderung anzubahnen. Alte oder veraltete Urteile und auch Vorurteile wurden korrigiert. Das galt ebenso für die Geschichtswissenschaftler der DDR. Betrachtet man diese Entwicklung aus dem Gesichtswinkel der Individuen, könnte man erwähnen, dass sich in ihrem Verlauf auch angenehme kollegiale Beziehungen herstellten. Deren Grundlage stellte jedenfalls der Respekt vor der Leistung des anderen dar. Mitunter und seltener kam das Bewusstsein hinzu, in bestimmten Hinsichten gleiche politische Anliegen zu vertreten – beispielsweise über die Beschaffenheit der staatlichen Beziehungen zwischen BRD und DDR, als deren unentbehrliche Basis das Prinzip der friedlichen Koexistenz galt.

Die Wende kam abrupt. Man wird gerechterweise auch den Historikern zubilligen müssen, dass ihnen – in Ost wie in West – wenig Zeit zur eigenen Orientierung blieb. Freilich schienen sie, obzwar keiner von ihnen später behauptete, er habe vorhergesehen, was sich anbahne, allein durch ihre Kenntnis jäher geschichtlicher Veränderungen im Vorteil. Inzwischen ist jedoch unschwer erkennbar geworden, dass in der Zunft nicht anders als in der gesamten Gesellschaft im Jahre 1990 die mannigfachsten Illusionen aufkeimten. Manche erhielten sich lange. Die „gelernten Historiker“ wiesen insgesamt kein Plus an Orientierungsvermögen. Das gilt selbst für die vorausschauende Beurteilung bereits in Gang gekommener Prozesse und selbst für diejenigen, die sie nicht nur beobachtend verfolgten, sondern an denen sie direkt und handelnd beteiligt waren.

1. Ein nicht ganz neuer Begriff: Abwicklung

Die Geschichtswissenschaftler lernten, kaum dass die DDR untergegangen war, einen Begriff kennen, der für die meisten von ihnen bis dahin nicht einmal zum passiven Wortschatz gehört hatte. Lediglich einige Spezialisten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts mochten er schon geläufig sein. Abwicklung – diese Kennzeichnung benannte vordem beispielsweise den Vorgang der Reduzierung des kaiserlichen deutschen Massenheeres auf das im Versailler Diktat zugestandene

Reichswehrniveau. Dieser Schritt wurde nach der militärischen Niederlage im 1. Weltkrieg durch die Sieger erzwungen. Ganze Teile der Armee mussten „abgewickelt“ werden. Das besaß weitreichende Folgen in die gesamte Gesellschaft.

Das gleiche Wortbild tauchte im Faschismus auf. 1938 bei der Liquidierung des österreichischen Staates wurden viele seiner Einrichtungen abgewickelt. Der Begriff findet sich in den Texten von Reichsgesetzen, so in dem über die Abwicklung der österreichischen Nationalbank. Für die kleine Ausstellung, die am Rande von Terezín im Krematorium des einstigen Ghetto-KZ Theresienstadt zu sehen ist, wurde ein Dokument reproduziert, das beweist, dass auch die schwarzuniformierten Terroristen des deutschen faschistischen Regimes den Begriff und die Praxis „Abwicklung“ kannten und benutzten. Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes und stellvertretender Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, unterschrieb einen Erlass, wonach die von Tschechen bewohnte Stadtgemeinde Theresienstadt „abzuwickeln“ war, damit in den Grenzen der Stadt Platz für die tschechischen, später auch für die deutschen und andere Juden gemacht würde.

Ersatzlos liquidieren – das meint „Abwicklung“ in allen diesen Fällen. Daran schließen sich fragen: In wessen Interesse, zu wessen Gunsten, mit wessen Vorteilen wurde dieses Verfahren in unterschiedlichen Situationen angewendet? In den genannten drei Fällen sind sie klar erkennbar und Kommentare daher überflüssig. In der späteren Anwendung durch die Bundesrepublik Deutschland liegen die Verhältnisse nicht ganz so übersichtlich. Obendrein wurde viel getan, um das Wesen der Sache zu verbrämen und zu verschleiern.

Der Begriff „Abwicklung“ wurde in den 1990 produzierten politisch-juristischen Papieren des sog. Einigungsprozesses wiederverwendet. Hier bereitete er das dann – ähnlich der Situation des Jahre 1938 – praktizierte einfache und rasche Verfahren vor, Einrichtungen im ehemaligen Gebiet der DDR aufzulösen, deren materielle Hinterlassenschaft frei verfügbar zu machen, Mitarbeiter komplikationslos zu entlassen, Gehälter, Löhne und andere mit der Existenz von Behörden und deren Arbeitskräften zusammenhängende Ausgaben einzusparen. Sofort gelangten unter diese Prozedur beispielsweise alle staatlichen Einrichtungen der DDR auf zentraler Ebene. Gleiches geschah bei der Auflösung der Bezirke und der Gründung der Länder mit den Staats- und manchen Verwaltungsorgane auf dieser territorialen Ebene. Davon war ein erheblicher Teil der Angestellten und Arbeiter betroffen. Sie verloren nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern zumeist auch Rechte und Ansprüche, die ihnen bis dahin als gesichert oder erworben galten.

Das Verfahren „Abwicklung“ besaß für diejenigen, die es anwandten, nicht nur den Vorteil, dass sie rasch zum Ziele kamen, sondern sie ersparten sich auch arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen. Diese Möglichkeiten gerieten zur Verführung. Es wurde versucht, diese Praxis im Vollgefühl des Sieges und der neugewonnenen Macht auch auf Bereiche auszudehnen, für die sie nach dem Einigungsvertrag rechtens nicht anwendbar war. Dies geschah auch in Berlin an der Humboldt-Universität in den Jahren 1990/1991. Der Vorstoß, einem Frontal- und Überraschungsangriff vergleichbar, scheiterte jedoch.

2. Ein Wort über die Ziele

Es muss hier nicht begründet werden, dass sich die Herrschenden in der Bundesrepublik mit dem Zustand der Universitäten am Ausgang der DDR nicht abfinden wollten und nach allen ihren Interessen auch nicht abfinden konnten. Wie auf anderen gesellschaftlichen Feldern so galt für das aus DDR-Zeit überkommene Hochschulwesen die Devise, seine Zustände den in der (Alt-)Bundesrepublik existierenden juristisch, politisch und in jeder anderen Hinsicht vollständig anzugleichen. Was geschehen sollte, wurde später auch mit dem Wort vom „Überstülpen“ des westdeutschen Hochschulwesens bezeichnet. Dieses Vorgehen war vor allem durch geistige und auch durch ganz praktische Herrschaftsinteressen begründet. Hinzu kamen individuelle und Gruppeninteressen. Für Wissenschaftler entstand augenblicklich ein erweiterter Arbeitsmarkt. Für andere ergaben sich Bewährungs- und Aufstiegs- oder auch nur vermehrte Verdienstmöglichkeiten.

Diese „Gleichschaltung“ erforderte Kräfte, die sie vollzogen. Sie mussten erst formiert, manche überhaupt erst gefunden werden. Das schaffte den DDR-Wissenschaftlern eine – wenn das Wort nicht auf die Goldwaage gelegt wird – Galgenfrist und ließ bei politisch naiven Gemütern und solchen, die Schwierigkeiten mit der ungeschönten Wahrnehmung des Kommenden hatten, Hoffnungen und Illusionen aufkeimen. Inzwischen wurde bald klar, wie und in welcher Reihenfolge die neuen Machthaber vorgehen würden. Sie war eigentlich nicht schwer vorherzusehen gewesen. Wiederum muss nicht erklärt werden, warum sich ihr Hauptinteresse auf die Gesellschaftswissenschaften und deren Vertreter richtete. Die Liquidierungsabsicht galt vorzugsweise jenen Bereichen, die als eigenen Interessen besonders abträglich oder gar gefährlich angesehen wurden. Diejenigen, die sich mit den „Bestandteilen des Marxismus“ befassten, standen obenan und mit ihnen die Geschichts-, die Erziehungs-, die Rechtswissenschaften und einige weitere Disziplinen. Während die Akteure dieses Prozesses mit der „Abwicklung“ von Einrichtungen wie der Sektion Marxismus-Leninismus und, um einen ganz anderen Bereich zu nennen, dem Universitätsbauhof ungehindert zum Ziele kamen, weil sie diese wirklich ersatzlos beseitigten, misslang – wie erwähnt – der Vorstoß im Hinblick auf weitere insgesamt sechs Teilbereiche der Humboldt-Universität. Darunter befand sich die Geschichtswissenschaft. Von Gerichtswegen wurde festgestellt, dass die durch den Senat der Stadt Berlin (also die Landesregierung) und den zuständigen Senator (den Landesminister), der übrigens ein aus bundesdeutschen Kernregionen stammender Jurist mit Professorentitel war, eingeleitete Prozedur nicht zulässig wäre. Es sei, so die Begründung, ja nicht vorgesehen, die Ausbildung von Studenten in den sechs Bereichen wirklich zu beenden.

Das hauptsächliche Verdienst am Scheitern dieser Abwicklung gebührt dem damaligen Universitätsrektor Heinrich Fink. Auch deshalb wurde er für die neuen Machthabern, insbesondere für seinen direkten Vorgesetzten, den Wissenschaftssenator, zum bestgehassten Angehörigen der Universität Unter den Linden.

3. Das modifizierte Vorgehen

Der Übergang zu einer anderen zum Ziel führenden Methode erfolgte indessen problem- und gleichsam nahtlos. Inzwischen waren mit dem Blick auf die freiwerdenden Lehrstühle und die weiteren alsbald leeren wissenschaftlichen Arbeitsplätze bereits durch den Senator (Landesminister) als seine Hilfsorgane sog. Struktur- und Berufungskommissionen geschaffen worden. Deren Aufgabe war es, für den Wissenschaftsbereich ihrer jeweiligen Zuständigkeit die künftige Lehrstuhlstruktur festzulegen und die Berufungslisten aufzustellen. Mit dieser Tätigkeit war ungeachtet des damals noch schwebenden Klageverfahrens gegen die Abwicklung begonnen worden. Faktisch entzog der Richterspruch diesen Kommissionen die Legitimations- und Handlungsbasis. So stellte sich der juristische Widerspruch aber den politischen Machthabern nicht dar.

Es war der einzige schwerwiegende Fehler, der Rektor Fink und seinen Mitstreitern unterlief, dass er nach erfolgter Zurückweisung des Abwicklungsverfahrens nicht augenblicklich die Einstellung der Arbeit dieser Kommissionen verlangte und sich weiterer Zusammenarbeit mit ihnen verweigerte. Tatsächlich erwiesen sich diese Kommissionen im weiteren Verlauf der Ereignisse als diejenigen Instrumente der Staatsmacht, welche die nun einsetzende modifizierte Vorgehensweise durchsetzen halfen. Sie ist von den Betroffenen allgemein weiter als „Abwicklung“ bezeichnet, weil ihr Resultat mit dieser als identisch vorhergesehen wurde und dann auch so erfahren worden ist. Korrekt im juristisch-politischen Sinne ist diese Kennzeichnung – dies nebenbei – nicht.

Den staatlichen Lenkern und Organisatoren des Umwandlungsprozesses an den Universitäten lag überall daran, den Eindruck zu erwecken und zu erhalten, dass es die Wissenschaftler selbst seien, die eine – so die bevorzugte offizielle verbale Kennzeichnung – „Erneuerung“ der Universität wollten und betrieben. Die Staatsmächtigen wünschten als eine Kraft zu erscheinen, die nicht mehr tat, als den Fachleuten für ihre Arbeit die gesetzlichen und anderen Grundlagen, Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen. Obendrein sollte dieses erneuernde Werk als Resultat gemeinschaftlicher Aktion von Wissenschaftlern aus Ost und West wahrgenommen werden. Davon waren schon die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Struktur- und Berufungskommissionen mitbestimmt worden und beabsichtigt, nach denen die Berufungen erfolgten.

Besonders wählerisch war der Berliner Senat, soweit es die Person der aus den alten Bundesländern berufenen Wissenschaftler und deren persönliche Integrität anging, jedoch nicht verfahren. Das erwies sich an der der Person des Ökonomen Krelle, der die entsprechende Kommission für die Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität leitete und nach getaner Arbeit von den befugten Gremien der Universität dafür mit einer Ehrendoktorwürde bedacht wurde. Krelle war, wie dokumentarisch nachgewiesen, SS-Obersturmbannführer, in einer SS-Division und zeitweilig deren Kommandeur und vor allem ein fanatischer Durchhaltekrieger des Naziregimes gewesen. Derzeit kann eine Kommission der Universitätsleitung offenkundig keine Entscheidung finden, wie im Hinblick auf das Ehrendoktorat verfahren werden soll.

4. Die Täter

Die treibenden Kräfte dieser modifizierten „Abwicklung" waren überall die jeweiligen Landesregierungen. Über deren „Anleitung" aus der Regierungshauptstadt Bonn wird sich erst abschließend urteilen lassen, wenn auch interne Dokumente zur Verfügung stehen. Unzweifelhaft ist, dass die Wissenschaftsminister sich mit der Bundesregierung und untereinander über ihr Vorgehen verständigten und ihre Erfahrungen wiederholt austauschten.

Die Aktion der Regierenden und der ihnen nachgeordneten Beamten wäre nicht möglich gewesen, ohne eine zweite Gruppe von Akteuren: die Parlamentarier, genauer ihre diese Politik juristisch sanktionierenden Mehrheiten. Im Falle Berlins waren das die Mitglieder von CDU und SPD im Abgeordnetenhaus. Beide Parteien stellten für die längste Zeit dieser „Abwicklung" auch gemeinsam eine Koalitionsregierung. Eine weitere wesentliche und unentbehrliche Hilfskraft in diesem Prozess bildete die nach ihrem Leiter benannte Gauck-Behörde.

Vor Ort aber waren die Tätigkeit und der Eifer der Struktur- und Berufungskommissionen ausschlaggebend. Unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Zusammensetzung, auf die zum Zwecke der Schönung sich post festum mancher beruft, herrschte in ihnen die Dominanz der Professoren aus den alten Bundesländern. Sie war gewollt und wurde gesichert. Das geschah auch dadurch, dass wissenschaftlich renommierte Fachvertreter einen Ruf zur Mitwirkung erhielten und annahmen. In der Kommission für die Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität wirkte kein einziger Professor aus ihrem alten Bestand mit. Ihr gehörten jedoch stattdessen zwei Historiker aus Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR an, von denen der eine erkrankte und verstarb, der andere aus nichtgenannten Gründen alsbald lebend ausschied, ohne dass für beide Nachfolger berufen wurden. Vom Universitätspersonal wirkten in der Kommission einzig zwei Mitarbeiterinnen, eine Dozentin und eine Assistentin, und dazu ein Vertreter der Studentenschaft. Damit war das spezifische Gewicht der Kommissionsmitglieder klar und unbezweifelbar.

Wie in den Parlamenten und den Regierungen arbeiteten auch in den Struktur- und Berufungskommission Akteure von ganz unterschiedlicher politisch-weltanschaulicher Orientierung einträchtig zusammen. Für die Humboldt-Historiker gilt, dass sie vorwiegend durch Personen „abgewickelt" wurden, die Mitglieder der Sozialdemokratie waren oder ihr nahestehen. Das war kein Zufall. Die sozialdemokratische Opposition im Bundestag hat nie zu erkennen gegeben, dass sie im Hinblick auf den Umgang mit der ostdeutschen Wissenschaft ein alternatives Konzept besaß, geschweige denn, es verfocht.

Treibend wirkten in dem Prozess, jedenfalls was Berlin angeht, obendrein lautverstärkt durch ihre vielen Möglichkeiten, sich öffentlich zu artikulieren, einzelne mehr oder weniger langjährige Mitarbeiter der Humboldt-Universität, die mit der Staatsmacht DDR in Konflikt geraten waren oder das behaupteten. Zu ihnen gehörte in den Geschichtswissenschaften ein Dozent für mittelalterliche Geschichte, der seit Jahrzehnten unter Sonderbedingungen arbeiten durfte. Er hatte bei aller Beredsamkeit die unüberwindlichsten Schwierigkeiten, sich im Schriftlichen auszudrücken, so dass von ihm keinerlei nennenswerte Veröffentlichungen vorliegen. Kürzlich ist in einem Nachruf wahrheitswidrig behauptet worden, er hätte in der DDR nichts veröffentlichen dürfen.

Mit diesem schon vor dem Jahr 1990 emeritierten Dozenten wirkte eine Gruppe von jüngeren Historikern zusammen, die den Unabhängigen Historiker-Verband gebildet hatten. Dessen erklärtes Ziel

war es, entscheidend zur „Säuberung“ – das ist der für das Denken der Mitglieder dieses Verbandes adäquate Ausdruck – an der Humboldt-Universität beizutragen. Unter den Aktivisten dieses anfänglich nicht einheitlich zusammengesetzten mitgliederschwachen Bundes, der inzwischen seine Rolle schon gespielt hat und kaum noch hervortritt, befanden sich auch Studenten, denen durch Entscheidungen über ihre dauernde und zeitweilige Entfernung von der Universität in DDR-Zeiten Unrecht getan worden war. So kamen zu den sozialen auch individuelle Rache- und Revanchegelüste ins Spiel. Das ist bei jedem gesellschaftlichem Umbruch der Fall und soll auch deshalb hier ganz wertfrei festgestellt werden.

Schließlich: Von dem Augenblick an, da die ersten der neuberufenen Geschichtsprofessoren an der Humboldt-Universität eingetroffen waren, die Führung innerhalb des Instituts beanspruchten und per Regierungsdekret auch sofort erhielten, war ein Zusammenspiel zwischen der Kommission, die diese Berufungen vorbereitet hatte, und den Ordinarien möglich. Es kam rasch arbeitsteilig in Gang.

5. Die Methode individueller „Säuberungen“

Aus dem Scheitern der Abwicklung in ihrer ursprünglichen und eigentlichen Konzeption und Funktionsweise ergab sich seit dem Studienjahr 1991/1992, dass das neue und an Zahl allmählich anwachsende Personal neben dem vorhandenen, noch nicht abgebautem alten Mitarbeiterbestand existierte. Dieser war von da an mit minderen Rechten ausgestattet. Die Frage lautete nun: Wie ließ sich dieser Altbestand in seinem Einfluss einschränken (das geschah rasch auch durch Lehrverbote), wie reduzieren und wie schließlich ganz verdrängen.

Das nun gedachte einfachste Verfahren war nicht in dem Maße anwendbar, wie erhofft. Die Zahl der sog. „positiven“ Gauck-Bescheide, die zur sofortigen fristlosen Kündigung von einstigen Informellen Mitarbeitern (IM) der Staatssicherheit der DDR führten (sofern ihnen nicht zugestanden wurde, selbst ihre Entlassung zu beantragen), konnte das Hauptinstrument zur Problemlösung nicht abgeben. Als weithin angewandtes, aber nicht durchweg greifendes und vielfach vor Arbeitsgerichten gescheitertes Instrumentarium wurde daraufhin mit Kündigungen „aus Mangel an Bedarf“ operiert. In Wirklichkeit war dieser Mangel aber soeben erst durch die erfolgten Neuberufungen und durch Neueinstellungen künstlich geschaffen worden. Dies lag zutage. Eine erhebliche Zahl von Verfahren vor Arbeitsgerichten ging für die Universität verloren.

Nolens volens mussten individuelle Kündigungsschreiben formuliert und versandt werden, die gegenüber dem Urteil von Arbeitsrichtern, klopffest, d. h. juristisch einwandfrei waren. Denn die Rolle dieser Gerichte und der Richter der ersten und zweiten Instanz war keineswegs immer staatskonform. Nicht alle wollten sich leichthändig zu Mittätern machen. Womöglich spielte in manche Verhaltensweise auch die Erinnerung an frühere Etappen der Rechts- und Justizgeschichte in Deutschland hinein. Jedenfalls trat nun als Aufgabe der Neuberufenen und der Kommissionen in den Vordergrund, Faktenmaterial für Kündigungen zusammenzutragen, das auf den jeweiligen Mitarbeiter zugeschnitten war.

Dies bedeutete eine veränderte Rolle der Kommissionen, die den Lack bloßer wissenschaftlich begründeter Interessen und Urteile blättern lassen würde. In der Kommission für die Geschichtswissenschaften konnte deshalb ein gewisses Zögern vor diesem Schritt wahrgenommen werden. Doch wurde er getan. Die Gespräche, zu denen nun alle Mitarbeiter aus DDR-Zeit bei Wahrung der Freiwilligkeit in die Kommission gerufen wurden, dienten wesentlich der Beschaffung von Tatsachen, die in Kündigungsschreiben verwertet werden konnten. Dennoch war das Resultat dieser Arbeitsphase auch zwiespältig. Kündigungsempfehlungen ließen sich nicht durchweg begründen und mischten sich mit Empfehlungen für zeitweiliges weiteres Verbleiben von Mitarbeitern. Danach waren bei den Neuberufenen und den neueingestellten Mitarbeitern Formulierungskünste gefordert, damit den Zeichnungsberechtigten die Entwürfe für die Kündigungen zur Unterschrift vorgelegt werden konnten.

6. Das Resultat im Spiegel weniger Zahlen

Im Jahre 1990 waren am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität 27 Professoren und Dozenten tätig. Davon waren bis 1995 18 ausgeschieden. Weitere sechs haben die Univer-

sität bis Ende 1996 verlassen. Für die drei Verbleibenden enden die Arbeitsverträge für zwei 1988 bzw. 1999, ein Vertrag ist unbefristet.

Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter betrug 1990 insgesamt 41. Davon sind bis 1995 28 ausgeschieden. Ihnen folgen bis zum Jahresende 1996 weitere 8. Von den verbleibenden fünf scheidet ein weiterer 1997 aus, zwei können wegen besonderen gesetzlichen Schutzes aufgrund von Behinderungen schwer gekündigt werden, zwei Arbeitsverträge sind unbefristet. Dieses Zahlenbild würde sich für beide gesondert aufgeführten Kategorien noch anders und krasser darstellen, hätte nicht eine beträchtliche Anzahl von Hochschullehrern und Mitarbeitern die zeitweilige Weiterbeschäftigung durch Arbeitsgerichtsurteile erzwungen. Denn für die meisten der noch bis Ende 1996 an der Universität befindlichen Mitarbeiter aus dem „Altbestand" gilt, dass ihr Verbleib (mitunter ohne jede Lehrberechtigung) aufgrund von Gerichtsurteilen erzwungen wurde. Insofern erscheint die lautgewordene, den Entscheidungen von Richtern schon vorauseilende Klage, dass die Arbeitsgerichte die Intentionen der „Abwickler" zunichtemachen könnten, nun nicht völlig unberechtigt.

Als Fazit lässt sich festhalten: Trotz aller Schwierigkeiten und einer zeitweilig erfolgreichen Gegenwehr, die freilich nicht mehr als aufschiebende Wirkung tat, konnte der Mitarbeiterstamm der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität binnen etwa fünf Jahren mehr als halbiert werden. Was den verbliebenen Rest angeht, so lässt sich dessen Arbeitsverträgen ablesen: Bevor das Jahrzehnt nach dem „Beitritt der neuen Bundesländer" zur BRD vollständig vergangen sein wird, dürften die einstigen Professoren, Dozenten und weiteren wissenschaftlichen Kräfte der früheren Sektion Geschichtswissenschaften mit zwei Ausnahmen der Humboldt-Universität nicht mehr angehören. Diese Ausnahmen bilden vermutlich die beiden Mitarbeiterinnen, die der „westlich"-dominierten Berufungs- und Struktur-Kommission angehört haben. Erwähnenswert noch: Ein einziger Angehöriger des Instituts für Geschichtswissenschaften, der aus DDR-Zeiten den Titel eines (a. o.) Professors besitzt und bis 1999 geduldet werden wird, kann rechtens ein „Wendehals" genannt werden. Seine Bereitschaft, das Horrorbild von der total reglementierten DDR-Universität ausmalen zu helfen, hat er rechtzeitig in einem Zeitungsinterview mit der frei erfundenen Behauptung bekundet, er hätte damals seine Vorlesungen zur Kontrolle und Genehmigung vorlegen müssen, bevor er sie halten durfte. Und er hat sich zur Mitarbeit in einer von der Landesregierung berufenen Kommission bereitgefunden, zu deren unvergessenen Werken der inzwischen verwirklichte Vorschlag gehört, die an die Universität grenzende Straße mit dem Namen Clara Zetkin wieder nach der Frau des ersten Preußenkönigs zu benennen. Die Quote solchen Verhaltens ist so gering, so dass die Betreiber der „Abwicklung" ihr Vorgehen wohl auch aufgrund dieser Erfahrung als vollständig zielgerecht ansehen können.

Zeitverzögert zwar, aber dennoch ist bewirkt, was erreicht werden sollte. Die Wissenschaftler, die vom theoretisch methodischen Ansatz des historischen Materialismus her Geschichte erforschten und betrieben (Mitglieder der SED oder nicht), sind als Gruppe „abgewickelt" – im erwähnten Sinne von: ersatzlos liquidiert.

7. Ein Nachwort über die Verbrämungen

Heutzutage kann in den sogenannten modernen Gesellschaften kein Prozess von dem beschriebenen Charakter und Ausmaß vor sich gehen, ohne dass er öffentliche Aufmerksamkeit, auch Teilnahme erregt. Beides reicht mitunter über die eigenen Staatsgrenzen hinaus. Das war auch im Hinblick auf die „Abwicklung" der Wissenschaft in Ostdeutschland zu erwarten. Folglich wurden die Geschehnisse wie der gesamte „Anschluss" Ostdeutschlands von einer Propagandawelle begleitet. Ihr Kern und ihr Ziel bestand darin, dass imperialistische Wesen des Prozesses zu verbergen und ihn als die Befriedigung nationaler Bedürfnisse und vor allem des Verlangens der Bewohner der neuen Bundesländer hinzustellen. Daraus war abgeleitet und dem war zugeordnet, was man die Verbrämung der Abwicklung (mit und ohne Anführungszeichen) nennen kann.

Den Eröffnungszug bildete das dreist verlogene Bild von der *Wissenschaftswüste DDR*, der komplementären Behauptung zu den Thesen von der maroden Wirtschaft, der unfähigen Verwaltung, dem leistungsunfähigen Gesundheitswesen usw. So schritten Wissenschaftler aus den alten Bundesländern in der Toga derer ostwärts, die es unternahmen, eine Wüste – ganz im Sinne des von dem „Kanzler

der Deutschen“ vorgegebenen Gesamtbildes – in eine blühende Wissenschaftslandschaft zu verwandeln.

Für weite Bereiche der Gesellschaftswissenschaften verband sich diese Diffamierung mit der weiteren, es habe sich bei ihnen und ihren Hervorbringungen nicht eigentlich um Wissenschaft, sondern um die bloße als Wissenschaft verkleidete Legitimation und Verherrlichung von Herrschaftsinteressen der „Politbürokratie“ gehandelt. Beweise, die diese These glaubhaft machten, ließ sich gewinnen und zusammenstellen, im Ganzen war und bleibt sie eine Lüge. Deren funktionelle Tragweite und Wirksamkeit wird aber erst deutlich, wenn bedacht wird, dass sich diese legitimierende Tätigkeit ja auf einen Staat bezogen haben sollte, dessen Wesen Unrecht und Verbrechertum gewesen sei.

Auf dem Höhepunkt der Kampagne zur Zerschlagung von wissenschaftlichen Institutionen und Arbeitszusammenhängen war den Machthabern buchstäblich auch das gemeinste Mittel willkommen und recht, mit dem sich ihr Werk vorantreiben und gegen denkbare Einwände und Proteste schützen ließ. Doch sind auch die skrupellosesten Vorwürfe rasch vergessen worden. Sie richteten sich gegen Mediziner und das mag als ein Beweis gelten, dass es in dieser Auseinandersetzung nicht nur um Ideologie und die Ideologiebildner ging. Es wurde versucht, medizinische Einrichtungen, Forscher und Ärzte in die Nähe der Nazimedizin zu manipulieren. Darauf liefen die Vorwürfe der faktischen Tötung von frühgeborenen Kindern in geburtshilflicher Klinik ebenso hinaus, man erinnere sich des Terminus vom „unwerten“ Leben, wie die Anklage wegen unmenschlicher Praktiken der Organtransplantation. Niemand will an diese keineswegs nur von der Boulevard-Presse getragenen Propagandawellen mehr erinnert werden. Sie erfüllten ihre Funktion und schufen das gewünschte „einheitliche“ Bild von der moralischen Verderbtheit der Wissenschaft und der Wissenschaftler in der DDR.

Zu dieser allgemeinen Linie von erfundenen Anklagen kamen an den jeweiligen Universitätsorten und in einzelnen Disziplinen spezielle Anklagen hinzu, die zusätzliche Rechtfertigungen des Vorgehens im Ganzen wie in Einzelfällen ergeben oder schaffen sollten. Die Historiker an der Humboldt-Universität wurden als diejenigen hingestellt, die sich skrupellos über das Schicksal jener Studenten hinweggesetzt hätten, welche eine nicht partei- und staatskonforme Haltung eingenommen hatten. Die Geschichte der Sektion erschien derart als eine einzige Kette von Verfolgungen von Studenten. Eine sachliche Untersuchung der dauernden oder zeitweiligen Verweise vom Studium wurde aus eigenen Kräften, anfänglich zögernd und schleppend, öffentlich in Gang gesetzt. Doch erwies sich bald, dass die Instrumentalisierung der Ereignisse aus den sechziger und siebziger Jahren mehr interessierte als deren Aufklärung. So wurden auch Studenten, die zeitweilig in Industriebetriebe strafweise versetzt worden waren, dann zur Universität zurückkehrten, später in Einrichtungen der DDR-Wissenschaft Karriere machten und Mitglieder der SED geworden waren, der Gruppe der Opfer zugeordnet.

8. Über die Folgen

Es erscheint verfrüht über die Folgen urteilen zu wollen, die sich aus einem Prozess ergeben, der eben erst im Wesentlichen zu einem Anschluss gekommen ist. Geurteilt wird in solchem Falle, wie es in einem treffenden Bilde heißt, über Geschichte, „die nicht qualmt“. Das Folgende trägt also in nahezu jeder Hinsicht den Charakter der Vorläufigkeit. Nur bei wenigen Aussagen handelt es sich um unumstößliche und also bloße Tatsachen-Feststellungen. Das gilt genau genommen nur für die persönlichen Folgen für die Betroffenen, einstigen Mitarbeiter der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität.

Die einstigen Hochschullehrer, nach DDR-Recht die Professoren und Dozenten, befinden sich derzeit in der Rente, in einer Versorgung durch Altersübergangsgeld oder in der Arbeitslosigkeit. Frühere Rentenansprüche sind nicht adäquat akzeptiert worden, was bedeutet, dass jedermanns Bezüge so bemessen wurden, dass sich Forschungen daraus „privat“ nicht finanzieren lassen (wobei hinzugefügt werden kann, dass sich Forschungen für in Berlin wohnende Historiker, wenn sie Spezialisten der deutschen Geschichte sind, wegen der vergleichsweise günstigen Archivsituation noch ermöglichen lassen). Schwieriger noch erscheint das Problem der Drucklegung und der Verbreitung von Forschungsresultaten.

Das subjektive Verhalten der Angehörigen dieser Gruppe weicht weit voneinander ab. Während die einen ihre wissenschaftlichen Arbeiten weiter betreiben, haben andere sie eingestellt oder einstellen müssen. Betätigen sich die einen noch öffentlich, beispielsweise in politischen Organisationen und Vereinen der Linken und in wissenschaftlichen Gesellschaften, so haben sich andere ganz in das Privatleben zurückgezogen. Der Zusammenhalt ist, da gemeinsame wissenschaftliche Unternehmungen fehlen, auf gelegentliche Treffen zusammengeschmolzen, die keine gesellschaftliche Relevanz besitzen.

Ungleich schwerer und komplizierter ist die soziale Situation der jüngeren Mitarbeiter, der einstigen Oberassistenten und Assistenten, der Lektoren und Aspiranten. Unter ihnen wiederum haben diejenigen, die etwa vierzig Jahre oder älter sind, die größten Probleme, Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu finden, die ihrer Qualifikation entsprechen. Die Situation dieser größeren Gruppe von einstigen Angehörigen der Universität braucht nicht weiter geschildert zu werden. Sie deckt sich mit der in den alten Bundesländern weitgehend, mit dem nicht zu ignorierenden Unterschied, dass für diejenigen, die in fortgeschrittenem Alter in die veränderte Lage gestürzt wurden, erhebliche zusätzliche Schwierigkeiten entstanden, sich zu orientieren und einzustellen. Aus dem bezeichneten Kreis fanden eine Reihe von Frauen und Männern zeitweilige Beschäftigungen an Projekten in ihrem Beruf, d. h. sie erhielten ABM-Stellen, die in Berlin in erheblich größerer Zahl verfügbar waren als in anderen Universitätsstädten Ostdeutschlands.

Einige wenige jüngere Wissenschaftler haben Kraft und Möglichkeiten gefunden, ihre wissenschaftliche Ausbildung weiter zu treiben bis zum mehr oder weniger nahen Ziel der Habilitation. Es kann derzeit nicht gesagt werden, ob sich daraus Chancen ergeben werden und wie sich für sie die Konkurrenz um Berufungen gestalten wird. Unter diesen wenigen ist in Berlin niemand, der sich mit der neuesten Geschichte beschäftigen würde.

Ungleich schwieriger lässt sich sagen, wie sich die Folgen der „Abwicklung“ für diejenigen gestaltet haben und noch auswirken werden, die als Wissenschaftler zur Gruppe der Täter zu zählen sind. Es ist nicht vorstellbar, dass ihre – gemessen an der Lebensarbeitszeit – nur eine Episode darstellende Tätigkeit für eigenes Denken und Verhalten folgenlos bleibt. Gewiss scheint einzig, dass dieses Wirken als verlängerter Arm der Regierungspolitik im sogenannten Vereinigungsprozess Bindungen an Staatsmacht und Obrigkeit verstärkt hat. Es hat erkennbar private und öffentliche (auch internationale) Rechtfertigungsbedürfnisse und auch -zwänge entstehen lassen. Es könnte sich auch hier das Dichterwort bewahrheiten, dass man beim ersten Schritt frei, beim zweiten aber Knecht sei. Doch ist nicht sicher, wer diesen ersten Schritt ging und wer als Staatsdiener bereits beim zweiten oder dritten angekommen war. Jedenfalls dürfte das Zusammenwirken von Regierenden und Wissenschaftlern auf dem Boden der neuen Bundesländer die Einheit von Macht und Geist gestärkt haben, was immer – das zu erörtern ist hier nicht Zeit und Raum – ihr Inhalt sein und werden mag.

Folgenlos kann dieser Prozess der Zerschlagung einer wissenschaftlichen Disziplin mit ihrer spezifischen Ausrichtung aber auch für diejenigen nicht geblieben sein, mögen sie das schon selbst wissen oder nicht, die im Englischen treffend als by-standing benannt werden, also in etwas unakademischer Übersetzung: diejenigen waren, die gaffend und, wenn auch nicht immer laut so doch vielfach innerlich zustimmend, gleichsam dabeistanden, die zur Mitwirkung nicht gerufen wurden und vielleicht darüber auch befriedigt waren. Für sie gilt in großer Zahl, dass sie mindestens wider besseres anderes Wissen die skrupellosen Attacken gegen die Wissenschaft und die Wissenschaftler in Ostdeutschland geschehen ließen, die der Rechtfertigung und Verbrämung der „Abwicklung“ dienten. Durch ihr Schweigen machten sie sich selbst zum Objekt von Disziplinierung, die der Staatsmacht nur willkommen sein konnte und die künftig weiter ausnutzbar ist.

Damit sind weit über das Individuelle hinaus soziale, d. h. hier gesamtgesellschaftliche Folgen bereits benannt. Zu ihnen gehört zuvörderst, dass in einem neugewonnenen Teil des Staates BRD ein Potential an wissenschaftlicher Intelligenz zerschlagen und lahmgelegt worden ist. Dies erschien den Herrschenden absolut entbehrlich. Unter dem Gesichtspunkt der Bürgerinteressen, erkannten oder unerkannten, stellt sich dies freilich anders dar. Einsichten könnten sich da noch ergeben. Derzeit ist aber

selbst die Tatsache nahezu unbeachtet geblieben, dass in den zurückliegenden wenig mehr als fünf Jahren, in denen sich die Zerschlagung der Geschichtswissenschaften aus DDR-Zeit vollzog, eine erhebliche Reihe von Wissenschaftlern von unterschiedlichem, aber jedenfalls beachteten Ruf verstarb. Jedes dieser Tode hat seine eigene Vorschichte, doch erscheint es immerhin bedenkenswert, dass keiner der Verstorbenen – ausgenommen der hochbetagt verstorbene Jakobinismus-Forscher Heinrich Scheel, der Erforscher der französischen Revolution Walter Markov, beides Teilnehmer am Widerstandskampf gegen den Faschismus, und der Greifswalder Universitätsprofessor und Spezialist für die Erforschung der Geschichte der Hanse, Walter Stark – das siebzigste Lebensjahr erreicht hatte. Ich erinnere an Wolfgang Schumann, dessen Name mit der Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs auch durch die Begründung und Leitung großer publizistischer Unternehmen verbunden bleibt, an den Spezialisten der Bismarckzeit und Engelberg-Schüler Gustav Seeber, an den Revolutionsforscher, Markov-Schüler und Spezialisten für die Geschichte Lateinamerikas Manfred Kossok, des Weiteren an Ludwig Nestler, der gemeinsam mit Wolfgang Schumann bei der wissenschaftlichen Dokumentation der Verbrechen des deutschen Imperialismus in den seit 1938 okkupierten Ländern wirkte, an Olaf Groehler, der zu den Spezialisten der Weltkrieg-II-Geschichte gehörte und insbesondere über die Geschichte des Luftkriegs forschte und publizierte, an den Rostocker Geschichtsprofessor Lothar Elsner, der Arbeiten zur Geschichte der Zwangs- und Fremdarbeiter in Deutschland vorlegte. Die Namensliste allein macht die ganze Infamie offenkundig, die sich mit der Diffamierung einer Leistung verband, die zur deutschen und in manchen ihrer Bestandteile zur internationalen Wissenschaftsgeschichte gehört, aber aus ihr gestrichen werden soll.

Eine weitere sich abzeichnende Folge kann in den Auseinandersetzungen um die deutsche Geschichte beobachtet werden, die sich gegenwärtig wieder verstärkt auf die Zeit der faschistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs beziehen. Die Kontroversen können nun ganz oder doch weitgehend unter Ausschluss der Verfechter historisch-materialistischer Positionen geführt werden. Die letzten Nutznießer dieser Tatsache stehen weit rechts in dieser Gesellschaft. Abgesehen von dieser geschichtspolitischen Wirkung ist insgesamt die geistige und politische Provokation verloren gegangen, welche die DDR-Geschichtswissenschaft eingestandenermaßen darstellte. Was das bedeutet, dürfte sich erst über einen längeren Zeitraum herausstellen und beurteilen lassen.

Léon Schirman. Rezension

So ungewöhnlich der Lebensweg des Léon Schirman in jungen Jahren, so außergewöhnlich sein Entschluss im Alter. Er, den der Weg von Odessa über Konstantinopel nach Berlin und von da nach Paris geführt hatte und der in Frankreich als Physiker und Hochschullehrer gearbeitet hatte, entschloss sich, Historikern Konkurrenz zu machen und Fragen der Geschichte neu zu untersuchen, an denen sich „gelernte“ Fachleute vor ihm im sprichwörtlichen Sinne die Zähne ausgebissen hatten. Die unbestechliche Sachlichkeit des Naturwissenschaftlers, der sich von keiner Autorität beirren lässt, ist seinen Untersuchungen sehr zugute gekommen. Zunächst betraf das seine Arbeit, über den Prozess gegen die niederländische Tänzerin Mata Hari, die im ersten Weltkrieg in Frankreich als Spionin hingerichtet wurde. „*Le Monde*“ schrieb damals, das Buch enthalte das Material für einen neuen Film über die berühmte Affäre. Dann wandte sich Schirman Themen der deutschen politischen Kriminalgeschichte zu. Nach der schon unter Teilnahme Carl von Ossietzkys untersuchten Geschichte der Ereignisse des 1. Mai 1929, des „Blut-Mai“, machte sich Schirman an die Durchsicht der Justizakten über den „Altonaer Blutsonntag“. Nachdem er dessen Ereignisse rekonstruiert hatte, verfolgte er über sechs Jahrzehnte – von 1932 bis in die Gegenwart – seine Justizgeschichte. Was Richter und Staatsanwälte, die sich mit dem Vorkommnis in drei deutschen Staaten befassten, herausfanden oder unterschlugen, wie sich die Spur von vier Justizmorden darstellt, das hat der französische Forscher akribisch recherchiert und überzeugend dargestellt. Ein Buch, das jedem empfohlen werden kann, der sich nicht mit Urteilen und Schlussfolgerungen zufriedengibt, sondern selbst überprüfbares Material geboten bekommen will.

Wie rechts ist der Zeitgeist

Der Begriff „Zeitgeist“ ist durch die Veranstalter in unser Thema gelangt und es soll ihnen zugutegehalten werden, dass sie ihn in provokatorischer Absicht gewählt haben. Was mich anlangt, so ist das gelungen.

„Zeitgeist“ – dieser schwammige und meist undefiniert verwandte Begriff – geistert durch die Artikel der Presse und die Kommentare der Rundfunkstationen. In einer einzigen Ausgabe der Zeitung „*Neues Deutschland*“, der vom 4. November 1997, prangte er gleich aus zwei Überschriften. Der eine der so offerierten Artikel befasste sich mit einer Aufführung im Deutschen Theater, mit Gerhart Hauptmanns „Roter Hahn“. Da wurde im Hinblick auf die Figur der Fielitz gesagt, nicht bittere Not, sondern der „Zeitgeist“ habe sie zu der Untat angestiftet, ihre alte Behausung anzuzünden, damit Platz für ein neues Mietshaus entstünde, das Aussicht auf Mietzins eröffne. Hier wird „Zeitgeist“ decouvriert: Gemeint ist das verbreitete, eben ansteckende Streben nach Gewinn auf rascheste und bequemste, also betrügerische Weise. Im zweiten Falle spricht in einem Interview die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständige Mitarbeiterin des Deutschen Historischen Museums vom „Zeitgeist des Publikums“, der es ein Ausstellungsthema annehmen lässt (oder auch nicht). Hier wird über die Bedeutung, in der der Begriff verwendet wird, nichts weiter ausgesagt. Es ist irgendein Geist, der zwischen dem Schlossplatz und dem Forum Fridericianum in Stadtmitte herumzuwehen und die Passanten in das Haus Unter den Linden 3 zu wehen scheint. Bei den beiden zitierten Überschriften handelt es sich nicht um Zufallsfunde. Zwei Tage später wird in der gleichen Zeitung von der Vorstellung eines Buches über Erich Mielke berichtet und mit Bezug auf die darin anzutreffenden Tatsachen festgestellt: Natürlich sei deren „Auswahl durch den Zeitgeist vorgeprägt“ worden. Das ist offenbar ein anderer Geist als jener, der die Besucher ins Museum weht, und beide sind wieder andere als derjenige, welcher die Fielitz regierte. Offenbar wäre es zweckmäßig, die Zeitgeister zu nummerieren, ähnlich wie das mit preußischen und anderen Monarchen geschah und noch immer geschieht. Oder sollte dieser Schwamm von Begriff besser irgendwo zum Trocken und Vertrocknen abgelegt werden?

Kurt Tucholsky schrieb 1930 einen Artikel unter der Überschrift „Die Zeit“ und eröffnete ihn mit der Feststellung, dass von zwei Worten, die in einer beliebigen Zeitung am meisten zu finden seien, das eine „Zeit“ heiße. Die Menschen, fährt er fort, verkröchen sind hinter ihm „hinter einer Kulisse“. Es sei vorwiegend „der mondäne Geistige“, der sich „auf seine Zeit“ beruft, während in Wahrheit – so Tucholsky –“was der Mensch tut, unter welchen Umständen auch immer, ... der Ausdruck seiner selbst oder Ausdruck seiner Klasse“ sei. Und weiter: „Das, was die Herren Zeit zu nennen belieben, ist oft nur die Dominante eines zahlenmäßig kleinen Kreises, der sich gern als den Vorläufer der großen und groben Massen denkt.“ Heute würde man die Angehörigen dieses Kreises mit einem Modewort als „Vordenker“ bezeichnen, was doch nichts anderes heißt, als dass ihnen zugeschrieben wird, sofern sie es nicht selbst für sich beanspruchen, heute schon zu denken, was andere morgen nicht nur denken, sondern auch tun sollen.

Tucholsky entwickelt aber auch, was seiner Überzeugung nach einzig die Kennzeichnung als „Zeit“ verdient. Wenn man durch die Zeit einen Querschnitt ziehe, dann würde man auf „vielerlei Schichten stoßen, „schon“, also soeben entstandene, „noch“ existierende, die demnächst vergehen oder absterben oder vernichtet werden, „alte“ und „ganz „alte“, die sämtlich nebeneinander existieren. Und dann heißt es: „Nur, was allen diesen Schichten gemeinsam ist: das macht die Zeit aus.“ Darüber darf nachgedacht und auch gestritten werden. Gibt es das überhaupt, ein allen gemeinsames Interesse, Verhalten, gar Denken. Wäre am Ende des 20. Jahrhunderts die Friedensidee und das Friedensinteresse ein solches Gemeinsames, bildet diese den „Zeitgeist“ und jenes „die Zeit“? Und für welche politisch-geographischen Breiten der Erde träfe das überhaupt zu?

Mithin: Die Frage „Wie rechts ist der Zeitgeist“ ist genau genommen so sinnlos und irreführend wie beispielsweise die andere „Wieviel Milch gibt eine Biene?“ Die verkorkste Frage zielt ja auch auf etwas anderes, auf die Klärung der Stärke jener geistigen und politischen Strömung, die wir als „rechtes Denken“ zu erfassen suchen, auf die Beantwortung der Frage nach ihren Perspektiven. Nachdem wir also den „rechten Zeitgeist“ gleichsam vor die Tür gesetzt haben, erhebt sich jedoch das Problem,

wie es mit der politischen Begriffsbestimmung „rechts“ steht, die eine nicht weniger inflationäre Verwendung findet wie der „Zeitgeist“. Was taugt sie denn? Wer oder was wird gemeint, wer oder was gebündelt? Schon die gleichzeitige und häufige Verwendung des Begriffs „Rechtsextreme“ verweist darauf, dass den „Rechten“ wiederum verschiedene und unterscheidbare Strömungen zugerechnet werden. Und dann werden unter den „Rechtsextremen“ wieder die äußerten Rechten, wie es auch im Titel einer antifaschistischen Zeitschrift geschieht, die „Der rechte Rand“ heißt, herausgefiltert, Faschisten, die auch Neofaschistischen genannt werden.

Nun schaffen sich die Analytiker der Gesellschaft gleich welcher Couleur ihre Begriffe nicht selbst, sondern finden sie, wenn sie mit ihrer Analyse beginnen, bereits als Resultat politischer Bestrebungen oder auch Kämpfe vor. Und da ergibt sich heute, dass die Mehrheit der Politiker und die Parteien, welche (noch?) die Wählermehrheit hinter sich haben, sich strikt dagegen wehren, als „Rechte“ bezeichnet zu werden. Sie besetzen und verteidigen die Mitte. Die Mehrheit will und wünscht offenbar Politiker, die einen mittleren und weder einen linken noch einen rechten Kurs steuern und das nicht nur in Deutschland. Regierungskoalitionen, die angesichts des Kräfteverhältnisses in europäischen Ländern entstehen, werden als „Mitte-Links-“ oder auch als „Mitte-Rechts-Regierungen“ bezeichnet. Mitte ist immer dabei und steht voran.

„Mitte“ – das ist deutlich ein positiver Wert geworden, während er in der Geschichte doch auch schon als der Sumpf galt, und es in der Bibel heißt: „Wenn Du doch warm oder kalt wärst, weil Du aber lau bist, will ich Dich ausspeien aus meinem Munde.“ „Mitte“ – damit verbinden sich Vorstellungen von Beständigkeit, Dauerhaftigkeit, Gleichgewicht, auch Ausgleich bis hin zur ausgleichenden Gerechtigkeit, im Klartext also die Vorstellung von einer Kraft, die den Besitzstand der gut Begüterten, wenn schon nicht mehrt, so ihn doch wahrt. Extreme – rechts wie links – hingegen sind zumindest verdächtig, ihn zu gefährden. Sie stehen für Experiment, Wagnis, gar für Abenteuer, jedenfalls für eine Entwicklung mit ungewissem Ausgang. Der Abneigung gegen Veränderungen ins Ungewisse trug die Losung Rechnung „Weiter so, Deutschland“, die freilich ihre größte Zugkraft besaß, als das Realeinkommen der Massen noch wuchs oder wenigstens nicht absank. Politisch gilt die Mitte als überzeugt demokratisch und liberal, in ihr darf man auch noch konservativ sein, aber jedenfalls nicht rechts, nicht einmal dezidiert „rechtskonservativ“. Konservativ aber ist nach Jahrzehnten des Makels, der dem Begriff anhaftete, endlich entkleidet. Die Berufung auf die „konservativen“ Werte hat Konjunktur, und sie bezeichnen vor allem die deutschen, nein die als preußisch bezeichneten Tugenden. Schließlich gehört Potsdam wieder zum Reich, die Särge der Könige sind zurück-, nein heimgekehrt. Mit und vor ihnen die Legenden. Also: fleißig, arbeitsam, sozial ...

Wie soll angesichts des politischen Gedränges in der Mitte, des Gerangels um Begriffe, die in dieses Bild von der Mitte eben noch hineinpassen, da Ordnung entstehen, also Orientierung gefunden werden? Als „Politik der Mitte“, wird derzeit eine Politik bezeichnet, die Reichtum oder Güter der Mehrheit der Deutschen in Gegenwart und Zukunft bewahrt und das deutsche Staatsschiff sicher in den Hafen Europa steuert. Diesen Anspruch aufrecht zu erhalten und ihn überzeugend zu propagieren wird zunehmend schwieriger. Wenn Politiker das bemerken, suchen sie den Fehler erfahrungsgemäß zunächst beim unverständigen Volk, dem besser erklärt werden muss, dass Ziel und Kurs richtig gewählt sind und es zu ihnen keine Alternative gibt.

Wohin aber geht die Reise wirklich? Dieser Staat, die Republik, verändert sich und für die Mehrheit ihrer Bewohner zum Schlechteren, ohne dass sogleich auf eine Veränderung der Staatsverfassung, also des Grundgesetzes, ausgegangen wird. Mehr noch: die Reise wird unter ständiger Berufung auf die Verfassung und ihre Wahrung angetreten. Dass für erhebliche Teile der Bevölkerung Nachteile entstehen und weiter entstehen werden, wird bereits nicht mehr geleugnet. Sie erfahren wortreiche Begründungen durch Hinweise auf „globale Entwicklungen“, denen Rechnung getragen werden müsse, auf „demographische Entwicklungen“, die Vorsorge verlangen usw. Unstreitig existierende Probleme werden zu Argumenten gemacht, die diese „Politik der Mitte“, des angeblichen Ausgleichs, der angeblich gleichmäßigen Verteilung von Lasten (oder auch von Opfern) rechtfertigen und eben als die einzig mögliche, vor allem auch das Höchstmaß an Gerechtigkeit bietende erscheinen lassen. Im Zeichen des Wahlkampfes entsteht das Gegenbild: Die Anderen erscheinen als die Führer ins

Ungewisse, ja ins Chaos. Das wirkt und setzt diese „Anderen“ unter den Zwang, klar und überzeugend zu sagen, was sie denn zu bieten haben. Damit tun sie sich schwer, von den Personen bis zu den Programmen.

Literatur

Benthin, Rainer, Die Neue Rechte in Deutschland und ihr Einfluss auf den politischen Diskurs der Gegenwart, Frankfurt a. M. Peter Lang 1996, 158 S.

Jungk, Sabine (Hrsg.) Zwischen Skandal und Routine? Rechtsextremismus in Film und Fernsehen, Marburg 1996, 224 S.

Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet, hrsg. von der Stiftung DÖW, Wien 1997, 304 S.

Die Katastrophe des Jahres 1933 und die Folgen

Vortrag an der Akademie Sankelmark am 1. Oktober 1996

Haben wir, die Deutschen, überhaupt ein Recht mit Bezug auf dieses Jahr 1933 von einer Katastrophe zu reden? Davon, mit ihrem Wort Shoah, sprechen Juden angesichts der Vernichtung von etwa 6 Millionen Europäern, die Juden waren oder zu Juden nur erklärt wurden.

Der Vergleich macht deutlich, dass die Benennung des Jahres 1933 als Katastrophe einer Erläuterung bedarf. Die Mehrheit der deutschen Zeitgenossen verstand die Ereignisse dieses Umbruchs so, wie die Herrschenden ihn schilderten: als „nationale Erhebung“ oder als den Beginn des Weges in das „Dritte Reich“. Sie waren voller Hoffnungen und Illusionen. Der Begriff „Katastrophe“ kam ihnen zumeist erst im Jahr 1945 in den Sinn und von den Lippen. Und einer der deutschen Historiker, der zuerst das Wort zur Zeitgeschichte ergriff, nannte sein Buch, das die Geschehnisse hochgradig mystifizierte, „Die deutsche Katastrophe“.

1945 galt also weithin als das Jahr der Katastrophe: Da waren Millionen Deutsche im Krieg umgekommen. Weitere Millionen befanden sich in der Gefangenschaft der Siegermächte, viele von ihnen unter lebensgefährdenden Bedingungen. Wiederum Millionen hatten ihre Heimat verloren. Sie mussten ihre angestammten Wohnsitze, zumeist mit wenig Habe, verlassen und waren auf der Suche nach einer dauernden Bleibe.

Nur den wenigsten unter den Überlebenden erschien damals das Jahr 1933 als der Ausgangspunkt- wenn denn Geschichte einen Ausgangspunkt besitzt ihres Unglücks. Viele erblickten ihn noch in der militärischen Niederlage. Andere waren allenfalls bereit, den Krieg, also das Jahr 1939, so zu sehen und dafür verantwortlich zu machen, was ihnen nun geschah. Dass es dahin gekommen war, setzten sie zu eigenen Handlungen und Unterlassungen nicht in Beziehung. Sie nahmen die eigene Person gleichsam aus der Geschichte heraus. Diese Sichtweise rechtfertigten sie aus der Gewissheit, dass sie den Krieg nicht gewollt hatten. Doch schon die naheliegende Frage, dass sie Hitler und den Politikern um ihn Gefolgschaft leisteten, als er 1938 laut mit dem Säbel rasselte, und dass sie danach und bis in den August 1939 darauf vertraut hatten, er werde den abenteuerlichen Kurs am Rande des Krieges beibehalten und mit ihm erfolgreich sein, stellten sie sich nicht. So schien ihnen Selbstmitleid gerechtfertigt. Mehr noch: Sie glaubten, anderen Mitleid abverlangen zu können.

Erst Jahrzehnte später war in beiden deutschen Staaten gleichsam offiziell anerkannt, dass das Unheil auch für die Deutschen am 30. Januar 1933 begonnen hatte und dass sie es von Anfang an in ihrer Mehrheit mitverschuldet hatten. In der BRD lässt sich der Durchbruch mit der vielzitierten Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes datieren. Im Gebiet der DDR lagen die Dinge deshalb anders, weil zum einen die an die Spitze der politischen Entwicklung tretenden Antifaschisten das Jahr 1933 anders erlebt hatten als die Mehrheit der Deutschen und ihre Geschichtserfahrung vermittelten, und weil zum anderen die eingreifende Reparationspolitik der UdSSR dazu zwang, die Frage nach Verantwortung und Schuld und Mitverantwortung und Mitschuld öffentlich zu stellen.

1985, vierzig Jahre nach Kriegsende, waren die Zeitgenossen des Machtantritts des Faschismus, diejenigen, die, als Hitler Reichskanzler wurde, das 18. Lebensjahr erreicht hatten, wenn sie denn noch am Leben waren, siebzig Jahre alt geworden und bildeten eine kleine Minderheit der deutschen Bevölkerung. Die Frage, was in diesem Schicksalsjahr deutscher Geschichte von den Zeitgenossen falsch gemacht worden war, richtete sich damit mehr an die Toten, die sie nicht mehr hören und nicht mehr beantworten konnten. Und dennoch war und bleibt die Feststellung, dass kritische Auseinandersetzung sich auf das Jahr 1933 zu richten habe und auf dessen Vorgeschichte, bedeutungsvoll. Sie vermag heute vor allem die Nachdenklichkeit der Nachgeborenen anzuregen. Unter ihnen sieht man von Ausnahmen ab, bildet die Frage, mit welchem Jahr deutscher Geschichte der Weg in das Unheil begann, inzwischen wohl keinen Streitpunkt mehr.

* * *

Nun ist unsere heutige Bezugnahme auf das Jahr 1933 nicht auf die unmittelbaren Folgen des schicksalsschweren Jahres gerichtet. Sie zielt ebenso wenig auf die Beantwortung der von der Geschichtswissenschaft noch immer kontrovers erörterten Frage nach den Kräften, die den Faschismus an die Macht gelangen ließen oder ihn dorthin beförderten. Auch nach juristischer und moralischer Schuld soll hier nicht geforscht werden, so nahe wie uns das heutige Datum diesen Gesichtspunkt auch legt. Denn: vor exakt 50 Jahren, am 1. Oktober 1946, wurde im Gerichtssaal zu Nürnberg das Urteil im Prozess gegen die sogenannten Hauptkriegsverbrecher verkündet. Damit erfolgte der orientierende Eröffnungszug für die juristische Abrechnung mit dem deutsch-faschistischen Regime und seinen Trägern und Bütteln. Damals erfuhren Göring und zehn seiner Mitangeklagten das Urteil, das lautete: Death by hanging. Andere wurden zu vieljährigen Haftstrafen verurteilt.

Gefragt wird heute nach der Hinterlassenschaft und den Fernwirkungen dieses Jahres, das einen qualitativen Sprung deutscher Geschichte markiert, die von seinen Urhebern als Revolution gedeutete Wende von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zur faschistischen Diktatur nationalsozialistischer Prägung. Eine dieser Fernwirkungen besteht in der Tatsache, dass sich eine wie groß sie auch immer sein mag Minderheit von Deutschen mit diesem geschichtlichen Vorgang noch immer beschäftigt und sich durch ihn herausgefordert fühlt. Wäre dem nicht so, würde das Thema kaum Gegenstand dieses Vortrags und unseres Abends geworden sein.

Eben nur erwähnt werden soll, dass eine Hinterlassenschaft des Regimes, die vielen Deutschen im Alltag begegnet, kaum noch wahrgenommen wird. Gemeint sind ihre materiellen Zeugnisse, von denen zwar die meisten in den Jahren des strategischen Bombenkrieges der Alliierten in Trümmer gingen, einige sich aber erhalten haben. Der Blick richtet sich auf sie bewusst meist nur dann, wenn über ihre Verwendung oder Zukunft gestritten wird. Neuerdings ist die SS-Siedlung in Oranienburg bei Berlin zum Gegenstand von Auseinandersetzungen geworden, weil die einen, unter ihnen namentlich der Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, sie für denkmalwürdig halten, andere und natürlich deren heutige Bewohner sie wie normale Behausungen behandelt wissen wollen. Sie fürchten obendrein, dass ein derartiger Denkmalkomplex zu einem Wallfahrtsort von (Neo-)Nazis werden könnte.

Im Allgemeinen aber gehen die Deutschen an den Gebäuden, die Zeugnisse des „Tausendjährigen Reiches“ sind, achtlos vorbei oder arbeiten in ihnen, ohne daran irgendeinen Anstoß zu nehmen. So geschieht es in Berlin in den Riesenbürokomplexen des einstigen Reichsluftfahrtministeriums, in dem Hermann Göring Hausherr war, und in dem Zentralgebäude der Reichsbank, in dem Hjalmar Schacht präsidierte und nach ihm Walther Funk, der eine in Nürnberg unter den vier Punkten der Anklage freigesprochen, der andere zu einer Zeitstrafe verurteilt.

Auch andernorts erinnern Bauten, die seinerzeit die „Bauten des Führers“ hießen, an die Herrschaftswirklichkeit und die Herrschaftsphantasien der Nazidiktatoren in Nürnberg und in München und selbst in Weimar, wo mit dem Bau einer Reichsstatthalterei begonnen und zu diesem Zweck ein Teil der Innenstadt zerstört worden war, in der Fritz Sauckel, auch einer der in Nürnberg verurteilten und hingerichteten Führer, regierte. Und zur materiellen Hinterlassenschaft des Regimes, das sich nach dem Januar 1933 etablierte, gehört schließlich, dass es am Ende des 20. Jahrhunderts keine deutsche Großstadt mehr gibt, deren historische Bausubstanz erhalten geblieben wäre. Einzelne Gebäude erstehen in unseren Tagen neu, das Berühmteste ist wohl die Dresdner Frauenkirche. Am Gesamtbefund lässt sich damit nichts ändern. Was der Verlust bedeutet, wird bei einem Besuch von Städten wie Wien oder Prag deutlich, in denen die Kriegszerstörungen schmerzlich, aber was das Gesamtbild der Stadt angeht, reparabel waren.

Die nichtmateriellen Wirkungen, die vom Jahre 1933 ausgingen, bilden ein kompliziertes und nicht leicht zu entwirrendes Geflecht. Der 1. September 1939 folgte auf den 30. Januar 1933, aber er war nicht dessen unvermeidliches gesetzmäßiges Resultat. Das mag schwer einleuchten, doch lassen sich Alternativen der europäischen Politik zwischen diesen beiden Daten denken, Entwicklungen, in denen sich die Chance auftat, dem Geschichtsverlauf eine andere Richtung zu geben, als sie tatsächlich eingeschlagen wurde. Solch vertane Chancen können etwa mit dem Blick auf die internationale Konstellation des Jahres 1935 und selbst noch im Frühjahr 1939 aufgespürt werden. Ihre Bemessung macht freilich Schwierigkeiten.

Auch war der 8. Mai 1945 nicht das automatische Resultat des 1. September 1939. Zwar erscheint es zwischen diesen beiden Daten noch schwieriger, sich andere Entwicklungen vorzustellen, als diejenigen, die zur Niederlage Deutschlands mit der bedingungslosen Kapitulation führten. Dennoch wurden Charakter und Ausmaß der deutschen Niederlage erst durch den Verlauf des Krieges und unter anderem dadurch bestimmt, dass der einzige unternommene Versuch, durch die Tötung Hitlers zum Abbruch des Krieges zu gelangen, scheiterte. Selbst ein solcher Abbruch zum Zeitpunkt, da die alliierten Truppen die deutsche Reichsgrenze erreicht hatten, musste auf das Kriegsende modifizierend wirken. Doch fand sich niemand, der einen derartigen Entschluss noch hätte erzwingen können oder wollen.

Und wie steht es mit der Beziehung vom Ende des Zweiten Weltkrieges zum Beginn der neuen Systemauseinandersetzung, die gemeinhin Kalter Krieg genannt wird? Besaß die Entstehung eines militärisch neutralisierten, bündnisfreien, man denke an die Existenz Österreichs, deutschen Nachkriegsstaates nie eine reale Chance? All das sind Fragen an ungeschehene Geschichte, und sie sind am meisten unter Historikern verpönt, so sehr gerade sie sich solchen Gedankenexperimenten immer wieder stellen und aussetzen müssen. Umgekehrt gar: Geschichtsschreiber, wenn sie die realen Prozesse schildern, neigen dazu, die Folgerichtigkeit, ja Zwangsläufigkeit der Abläufe zu verdeutlichen Sie erwecken dadurch unbeabsichtigt den Eindruck, dass es stets nur so „kommen“ konnte und musste, wie es eben „gekommen“ ist. Dabei geben die gleichen Geschichtsschreiber, wenn sie vom allgemeinen Gang der Entwicklung reden oder sich auf das Terrain der Geschichtsphilosophie begeben, unumwunden zu, dass die Geschichte, wie häufig gesagt wird „nach vorn“, das soll heißen: zur Zukunft hin „offen“ ist.

Jüngst hat das Jahr 1989 Historikern ganz unterschiedlicher theoretisch-methodologischer Strömungen dieses Eingeständnis mehrfach entlockt. Nur ist der Grad dieser Offenheit in verschiedenen Momenten höchst unterschiedlich; anders ausgedrückt: die Chancen, dem Gang der geschichtlichen Entwicklung eine andere als die eingeschlagene Richtung zu geben, existieren mitunter nur für kurze Momente. Deren Nutzung hat als erste bei weitem nicht einzige Voraussetzung, dass sie auch erkannt werden.

Wenden wir uns also der realen Geschichte zu und fragen: Welche Entwicklungsprozesse sind von jenem Jahr 1933 aus in die deutsche Geschichte gelangt? Von diesem Jahr mit seinen Folgen ist ein bis auf den heutigen Tag andauernder Streit darüber ausgegangen, wer für dieses Ereignis und die von ihm ermöglichten und verwirklichten Entwicklungen im historischen Sinne Verantwortung und Schuld zu tragen habe. Diese Frage erweiterte sich immer wieder, fächerte sich auf: Sind die Deutschen in ihrer Geschichte einen Sonderweg gegangen? Worin wurzelte er und wann begann er? Was sind seine wesentlichen Marksteine? Bis in die Zeiten von Reformation und Gegenreformation wurde zurückgefragt nach Verursachungen von Abläufen, die in unser Jahrhundert mit Krieg, Faschismus und wieder Krieg ausmündeten.

Und damit verband sich eine andere Fragerichtung, die in die Zukunft wies? Ist das Geschehene prinzipiell wiederholbar? Und: Wenn das gedacht werden kann, welche Gegensteuerungen sind dann zu gewinnen und zu behaupten? Die Deutschen und ihre Rolle in ihrer eigenen, in der europäischen und der Weltgeschichte war und blieb ein Dauerthema. Und es war und ist keineswegs allseits beliebt. Die Versuche, von ihm loszukommen, sind permanent. Die Anstrengungen, das Fragen zu entschärfen, lassen nicht nach. Denn: Wer wollte Täter gewesen sein, nachdem es „schief gegangen“ war? Wer, wenn auf dem zu begleichenden, d. h. auf dem zu verantwortenden geschichtlichen Konto Millionen Tote stehen? Mancher mochte oder mag darauf hoffen, dass der Streit erst, aber doch schließlich eine biologische Lösung finden werde. Der nahe Zeitpunkt, da sich unter den Lebenden kein Zeitgenosse von Faschismus und Zweitem Weltkrieg mehr befinden wird, dürfte mit Sicherheit das Fragen weiter modifizieren. Doch die Fragen selbst werden darauf deutet vieles hin, sich nicht erledigt haben und nicht zum bloßen Lehr- und Lernstoff des Schulunterrichts geworden sein. Es ist nämlich nur nicht die Erinnerung, die diese Fragen am Leben erhält. Auch die Gegenwart belebt sie immer wieder.

„Ich bin's nicht, Adolf Hitler ist es gewesen", lautet der Titel eines (schlechten) Theaterstücks, das seit Jahren in Berlin gespielt wird. Doch er drückt aus, was der „Mann auf der Straße" ebenso wie Feldmarschälle und Generale, Minister, Diplomaten und das Heer der Beamten glaubhaft machen wollten. Die historisch-idealistische These von den „Männern, die Geschichte machen", wurde 1933 und wieder 1945 wenn auch mit wechselndem Vorzeichen noch einmal verkürzt: *ein* Mann hatte angeblich Geschichte gemacht: Hitler, er allein, sollte ihr Urheber sein, ihr Schöpfer und folglich auch allein Verantwortung und Schuld tragen. Hitler ein ins Gigantische aufgetriebener Sündenbock, der nicht einmal in die Wüste gejagt zu werden brauchte, denn er war tot.

Gegen dieses Zerrbild deutscher Geschichte haben auch in der BRD viele Historiker angekämpft, die in dieser Frontstellung mitunter sogar die Rolle des Diktators verkleinert haben mögen, aber jedenfalls der geschichtlichen Wahrheit nahekamen und mit ihren Mitteln gegen die bequeme Beruhigung angingen. Was sie in der Öffentlichkeit erreicht haben, zeigen Fernsehproduktionen, die nach wie vor Hitler zum Alleinherrscher stilisieren. Diese Sicht beweist: Noch immer ist das Jahr 1933 samt seinen zwölfjährigen direkten Folgen ein Thema, dem von Deutschen (und zwar keineswegs aus bloßer Unkenntnis der Tatsachen) weithin unaufrichtig begegnet wird. Die ungeschminkte Wahrheit wird schwer oder nicht ertragen. Das zeigte sich zuletzt an den Reaktionen auf die Ausstellung über die Wehrmacht und die Verbrechen an der Bevölkerung in den okkupierten Gebieten. Und das offenbarte sich erneut und mehr Aufmerksamkeit erregend in bezeichnenden Passagen der sogenannten Goldhagen-Diskussion.

Eine Folge dieses Jahres 1933 besteht also fraglos darin, dass die Deutschen bis heute mit ihrer Geschichte besondere und offenkundig mehr Schwierigkeiten haben als die nahen und fernen Nachbarn mit der ihren, um auf den Ort unserer Zusammenkunft Bezug zu nehmen, also etwa die Dänen, deren seinerzeitige Regierung den besetzten Staat, der sich offiziell mit Deutschland nicht im Kriege befand, zu einem Bündnispartner im Antikominternpakt machte. Solche Schwierigkeiten bekamen die Deutschen 1945 nicht zum ersten Mal. Schon bei der Auseinandersetzung mit den Ereignissen und Entwicklungen, die in das Jahr 1918 führten, scheiterte eine erhebliche Zahl von ihnen. Nun ist es gewiß kein nationales Spezifikum der Deutschen, dass ihnen historische Selbstkritik schwerfällt und weitgehend abgeht. Ihr zu entkommen, erforderte nach dem Mai 1945 aber langfristige und ausgeklügelte Anstrengungen. Es war eine Situation entstanden, in der sich nicht mit den Thesen vom „im Felde unbesiegt" und vom „in den Rücken gestoßenen Dolch" davonkommen ließ. Es konnte nicht darauf verwiesen werden, dass beide Seiten mit den gleichen Waffen gekämpft hatten, wie von 1914 bis 1918, als die einen wie die anderen den Gaskrieg führten. Diesmal existierte eine deutsche Leporelloliste, die mit Dachau begann und mit Auschwitz nicht endete. Nicht nur Verbrechen während Kriegshandlungen waren massenhaft vorgekommen, sondern Verbrechen im Kriege und mit dem festen Blick auf den Endsieg, die keinerlei Zuordnung in die Rubrik „in der Hitze der Gefechte" zuließen.

Dennoch ertönt heute im vergrößerten Deutschland wieder und wieder der Ruf „Die Andern auch". Erstrebt wird eine Bescheinigung, auf der drei Worte stehen sollen und unter ihnen die Unterschriften der Tschechen, der Polen, der Russen und anderer osteuropäischer Völker bzw. von deren Regierungen. Diese drei Worte sollen lauten: „Wir sind quitt." Es hat nicht den Anschein, dass ein Grundstrom die Deutschen zu tieferen Einsichten in ihre Vergangenheit führen würde.

Denn die Aussichten darauf sind jüngst eher geringer geworden als gewachsen. Das Ereignis des Jahres 1990 mit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit eröffnete einen neuen Abschnitt deutscher Geschichte. Es bewirkte, dass die Jahre von 1933 bis 1945 zur Vorvergangenheit der Lebenden geworden sind. Zwischen jenen zwölf Jahren im dritten und vierten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts und unserer Gegenwart liegt ein geschichtlicher Zeitraum von mehr als vierzig Jahren, der ebenfalls bereits abgeschlossen ist. Er bietet seine eigenen gedanklichen und praktischen Herausforderungen, und dies wiederum bringt es mit sich, dass die unabgeschlossene (und nicht abzuschließende) gedankliche Auseinandersetzung mit den Jahren der faschistischen Herrschaft in den Hintergrund der Aufmerksamkeit und des Interesses gelangt. Einen neuerlichen Beweis für diesen Vorgang bot der kürzlich beendete Deutsche Historikerkongress, der in München stattfand. Von vierzig Vortrags- und Diskussionskreisen befasste sich ein einziger mit dem Zeitraum der Geschichte des „Nationalsozialismus".

Dieses Interesse richtet sich auf die Jahre von 1945 bzw. 1949 bis 1990. Vor allem und ganz natürlich versuchen die Deutschen, sich in ihren neuen Verhältnissen zu orientieren und in sie einzuleben. Das gilt in erster Linie für diejenigen im „Beitrittsgebiet“, in erster Linie, also nicht nur für sie.

Die deutsche Zweistaatlichkeit war eine vermittelte, d. h. über Stufen eingetretene Folge des Naziregimes. Über ihr Zustandekommen wird heute am eifrigsten gestritten. Wer war dafür verantwortlich, dass auf einen untergegangenen deutschen Staat zwei neue folgten? Zweifellos: Hitler hatte damit etwas zu tun. Doch seine Verantwortlichkeit betraf das Ende des einen und dabei handelte es sich fraglos um ein ungewolltes Resultat seiner Politik. Wer also dann waren diejenigen, die wie es anklagend hieß: Deutschland spalteten? Die derzeit und wohl für länger dominierende Antwort lautet: die „Russen“, die Sowjetunion und die Herrschenden in der DDR sowie auch deren Parteigänger außerhalb des sowjetisch geführten Blocks, also etwa die Kommunisten in der Bundesrepublik usw. Nichts ist weniger in Sicht als eine abwägende Geschichte der Entstehung und Wirkung des sogenannten Kalten Krieges.

Die ostdeutschen Urheber der ausschließlich als Unheil begriffenen Zweistaatlichkeit mit ihren Ausprägungen, der geschlossenen, militärisch bewachten und befestigten Grenze sind inzwischen auch amtlich markiert. Das geschah vielbändig durch eine parlamentarische Enquête-Kommission. Personen, die dafür verantwortlich sind oder gehalten werden, stehen vor Gerichten. Diesmal wird die Schuld an geschichtlichen Entwicklungen mehreren zugemessen, anders als es nach 1945 der Fall war. Kommunisten, das waren mehrere, Faschisten, das war einer, ließe sich angesichts dieses bezeichnenden Wandels sagen. Und das könnte man dennoch als einen Fortschritt im Geschichtsverständnis bewerten. Doch es artikuliert sich darin vor allem das aktuelle Interesse der Abrechnung mit einem lange konkurrierenden System und dessen Trägern.

„Ich bin’s nicht, Honecker (oder Ulbricht oder wer immer da benannt wird) ist es gewesen“, wird zwar auch gedacht und gesagt, aber nicht akzeptiert. Zehn- und Hunderttausende Ostdeutsche werden mitverantwortlich gemacht, die einen juristisch, die anderen materiell, alle zusammen jedenfalls moralisch. Inzwischen kommen Politiker aus dem Regierungslager und der Opposition über die Wirkungen dieser Praxis ins Grübeln, selbst wenn sie eine jüngst erschienene Arbeit nicht zur Kenntnis genommen haben, in denen die segensreichen Wirkungen des großzügigen Umgangs mit den Trägern der faschistischen Macht für die entstehende und junge Bundesrepublik festgestellt und beschrieben worden sind.

Mit der fortdauernd geübten Praxis wird und auf diese Feststellung kommt es im Zusammenhang mit unserer Fragestellung an, im Grunde anerkannt, dass die deutsche Zweistaatlichkeit nicht einfach zu den Fernfolgen des 30. Januar 1933 gerechnet werden kann. Sie besitzt ihre Wurzeln auch nicht nur in der internationalen Mächtekonstellation nach Kriegsende, sondern ebenso im Verhalten von Deutschen und in deren Ideen, Plänen, Handlungen. Zwar wird die DDR noch immer als ein sowjetisches Implantat im (ost)deutschen Boden hingestellt. Doch verbindet sich mit dieser These kein absoluter Wahrheitsanspruch. Denn gleichzeitig richtet sich seit 1990 der im Verständnis seiner Gegner „Endkampf“ gegen den Marxismus, gegen eine in Deutschland entstandene geistige Strömung, die nicht einfach als Importware denunziert werden kann.

Zur Erinnerung: Die deutschen Kommunisten waren 1933 in den Kämpfen gegen den Faschismus unterlegen wie auch andere politische Kräfte. Und wie diese sahen und besaßen sie 1945 eine Chance, die durch den militärischen Sieg der Alliierten erkämpft worden war. Denn so vieler Ehren der Widerstandskampf der deutschen Minderheit wert ist, sein Beitrag zum 8. Mai 1945 blieb marginal. Die gewonnene Chance aber wollten alle nutzen, die Handlungsspielräume erhielten. Die einen in Bündnissen, die anderen als Rivalen, die dritten in feindschaftlicher Konfrontation. Jeder schwor „Nie wieder 1933“. Wie dessen Wiederkehr aber zu verhindern sei, darüber gab es ganz unterschiedliche und unvereinbare Projekte. Alsbald standen sie auf deutschem Boden konkurrierend gegeneinander. befehdeten sich ihre Verfechter.

Keines dieser Projekte hat sich mit den damals formulierten Inhalten und Zielen durchgesetzt – man lese das in den Parteiprogrammen von 1945 nach. Doch das Jahr 1990 erwies, dass auf die Dauer

diejenigen erfolgreich waren, die alle wesentlichen Veränderungen auf politische Umbauten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, auf ihren Wandel in eine parlamentarische Demokratie konzentrierten oder, wie Kritiker sagen, beschränkten. Es siegten jene, die nicht über den Kapitalismus hinauswollten. Den totalen Misserfolg ihrer Bestrebungen erlitten diejenigen, die den Totalumbau versucht hatten und dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft zugestrebt waren.

Die Debatte über diese beiden Wege, von denen jeder aus den Bahnen deutscher Geschichte von 1933 bis 1945 herausführte, aber in grundverschiedene Richtung wies und verlief, wurde schon während der Existenz der beiden Staaten permanent und, weil es um die Rechtfertigung der jeweiligen Entscheidungen und mehr noch: um eine geschichtliche Legitimation ging, meist unversöhnlich geführt. Sie dauert unter nun veränderten Kräfteverhältnissen an. Heute herrscht die Meinung vor, sie ist bereits zu einer von vielen akzeptierten und verbreiteten Lehrmeinung geronnen, dass nur einer der beiden Wege, der in die BRD führende und in ihr gegangene, sich historisch (und moralisch) legitimieren lasse. Der im Osten gescheiterte wird als Irrweg von Anfang an markiert. Die Auseinandersetzung um die Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD, die im Frühjahr dieses Jahres intensiv geführt wurde, hat das ganz sinnfällig gemacht.

Daran schließt sich das Geschichtsbild von den verspätet befreiten Deutschen im Osten direkt an, das Bild von den nicht so ganz unschuldigen Opfern zweier Diktaturen. Die DDR erscheint als die zweite deutsche Katastrophe dieses Jahrhundert. Sie erfasste allerdings nur eine deutsche Minorität, die schließlich zur 16-Millionen-Grenze herabgesunkene Zahl von Ostdeutschen, die manche bis heute noch immer Mitteldeutsche nennen. Diese Version deutscher Geschichte hat aber einen großen Haken. Denn es ist diese Zeit der Zweistaatlichkeit und das Dasein in der DDR von der Mehrheit ihrer Bewohner und Bürger, und das macht einen Unterschied zu der Befindlichkeit der Deutschen bei Kriegsende 1945, nicht als Katastrophe empfunden worden. Das führt logisch zu der Anschlussfrage: Sind diese Ostdeutschen außerstande zu begreifen, wie sie gelebt haben? Muss ihnen das jetzt (und von Westdeutschen) erklärt werden? Einen Klärungsbedarf gibt es zweifelsfrei. Das Bild von der Geschichte der DDR und damit von der Rolle ihrer Bürger, von denen viele, selbst wenn sie sich nicht über lange Jahre mit ihrem Staatswesen nicht ohne Einschränkungen identifizierten, doch die gesellschaftlichen Zustände guthießen, muss kritisch korrigiert werden. Nur glaubt niemand, dass die Mehrheit der Bewohner der neuen Bundesländer damit gegenwärtig befasst wäre. Einzig eine schwer zu quantifizierende Minderheit sucht Klarheit über ihr Leben zu gewinnen oder über das von Eltern und Großeltern. Das ist mit der Hinwendung zu bitteren Wahrheiten verbunden, vor allem mit der Kenntnisnahme von schwerem und schwerstem Unrecht, das Bürgern dieses Staates angetan wurde, darunter nicht wenigen, die alles andere denn dessen Feinde waren. Niemand schlägt sich mit diesen Wahrheiten mehr herum, als viele derjenigen, die zu den bewussten und aktiven Trägern dieses Staates DDR gehörten. Sie durchleben einen schmerzhaften Prozess. Denn konsequenterweise mündet das Erkennen in die Frage: Und wo warst Du? Was hast Du dagegen getan, wenn Du denn gewusst hast, was geschah?

Diese Auseinandersetzung, die sich zu einem erheblichen Teil innerhalb und im Umfeld der PDS vollzieht, also gerade in Kreisen denen Lernunwilligkeit ebenso eifrig wie unbewiesen attestiert wird, wäre weiter vorangeschritten, wenn ihr nicht mehrere Faktoren im Wege stünden. Sie können keineswegs den unvermeidlichen Folgen der Einheit zugezählt werden. Da ist die erwähnte blockierende Bestrafung von Zehn- und Hunderttausenden. Dazu gehört im Kontrast die penetrant selbstgefällige Behandlung der westdeutschen Geschichte, die stets ausgesprochen oder nichteigene Belobigung einschließt. Demgegenüber werden selbst die Motive des Handelns von DDR-Bürgern missachtet und ihnen jedwede Leistung bestritten.

Sechs Jahre nach dem Beginn des Einigungsprozesses sind Begriffe und Geschichten schon weithin vergessen, die als Munition des Generalverdikts dienten. Zu den Begriffen gehörte der von der DDR als einer „Wissenschaftswüste“, in der dann doch wie in einer richtigen Wüste Oasen entdeckt wurden. Zu den Geschichten zählt die vom angeblichen Mord an den sogenannten Frühchen in geburtshilflichen Kliniken und von der gewaltsamen Organentnahme an Menschen, die angeblich noch nicht tot waren. Die Begriffe sind preisgegeben und die Geschichten haben ihre Rolle gespielt. Doch eine

Korrektur des Geschichtsbildes von der „zweiten deutschen Diktatur“ steht und bleibt, weil sie ja um möglichst nahe Verwandtschaft mit der „ersten“ gebracht werden soll. Niemand erwartet einen Widerruf offenkundiger Lügen in irgend absehbarer Zeit.

Vielmehr wird die notwendige Arbeit, die von den älteren Generationen der Ostdeutschen an ihrem eigenen Gedanken- und Gefühlshaushalt zu leisten ist, nur als hinreichend angesehen, wenn sie den Boden differenzierender Kritik verlässt und eine Totalabsage an alles und jedes einschließt, was gesellschaftliche Wirklichkeit DDR war. Was unterhalb dieser Sprunglatte liegt, wird als ungenügend abgetan und die Moral wird stets mit ins Spiel gebracht auch als unaufrichtig denunziert, als Ausdruck von Unfähigkeit oder Unwilligkeit hingestellt, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und –wie auch gesagt wird – in der Bundesrepublik „anzukommen“.

In diesen Zusammenhang gehört, dass Forschungen zur Geschichte der DDR in bestimmten staatlichen Instituten konzentriert und weitgehend für Forscher der alten Bundesländer monopolisiert wurden. Es muss eigentlich nicht weiter begründet werden, dass dieser Umgang mit den Neubürgern der Bundesrepublik perspektivlos ist. Die nicht zu bestreitenden Erscheinungen der Nostalgie sind wesentlich das Produkt der neugewonnenen Erfahrungen mit der sozialen und der Verfassungswirklichkeit BRD, das Ergebnis von Wahrnehmungen der Gegenwart, die freilich und selbstverständlich vor dem Hintergrund früherer Lebenserfahrungen und im Vergleich mit der Vergangenheit erfolgen. Es erscheint als einfältig und ist zugleich Ausflucht, für diese Erscheinungen, die in einem Fall einen völlig unkritischen Umgang mit der DDR-Vergangenheit einbegreifen mögen, im anderen sich mit schärfster Absage an deren staatliches System vertragen, als politische Mache von Ostpolitikern misszuverstehen.

Zudem ist die Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1996, wie in diesen Tagen wieder und wieder zumeist im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Situation bemerkt wird, nicht mehr die des Jahres 1990. Hat dieser Wandel wirklich nur die Wirtschaft erfasst? Wie steht es um die Außenpolitik, ihre schon geübte Praxis und ihre erhobenen Ansprüche? Es wird von Analytikern der verschiedensten Richtungen nicht bestritten, dass die herrschenden und einflussstarken Kräfte an einer neuen Bundesrepublik bauen. Das mag beurteilt werden, wie immer es will, es bedeutet jedenfalls, dass die Ostdeutschen in ein Haus gekommen sind, in dem sich anders als viele von ihnen annahmen oder glauben wollten, Veränderungen abzeichnen, deren Ergebnisse sich nicht klar abzeichnen und die daher Unsicherheit und auch Ängste erzeugen.

Und wie steht es um die Entwicklung der geistigen Verfassung der Gesellschaft, nachdem die Deutschen und mit ihnen die in Deutschland lebenden Ausländer in einem größeren Staat sich befinden? Die Schwüre, dass sich nichts ereignet habe, was an Nationalismus und Großmannssucht gemahne, sind wohlfeil zu haben. Doch unübersehbar ist eine Haltung, aus der gleichsam über die Staatsgrenzen hinweg spricht: Wir Deutsche haben unsere geschichtlichen Schularbeiten gemacht, nun seid endlich ihr an der Reihe. Befasst euch mit den Verbrechen und Verbrechern in eurer eigenen Vergangenheit, beispielsweise mit den Kollaborateuren der Okkupanten.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Dass in vielen europäischen Staaten noch eine erhebliche wissenschaftliche und aufklärerische Arbeit über die eigene Geschichte während der dreißiger und vierziger Jahre geleistet werden muss, liegt zutage und ist unbestritten. Das gilt für viele osteuropäische Staaten, aber nicht nur für sie. Die derzeit in der deutschen Presse breit behandelte Rolle von Schweizer Banken gehört zur „unbewältigten“ Geschichte des Nachbarlandes. Wahr ist auch, dass in einigen aus Zerfallsprozessen größerer Staaten entstandenen neuen europäischen Kleinstaaten Geschichtsbilder propagiert werden, die deutlich hinter den Stand an Selbsterkenntnissen zurückführen, der erreicht war oder erreicht zu sein schien. Das betrifft baltische Staaten ebenso wie die Neugründungen der Slowakei und Kroatien. Hier vollziehen sich Prozesse, die eindeutig einer Gegenaufklärung zuzuordnen sind.

Aber sind in Deutschland die erwähnten Schularbeiten wirklich erledigt, die doch ein weit umfangreicheres Pensum enthalten? Wer diese Frage beantworten wird, ist nicht auf Mutmaßungen angewiesen. Ein Weg, auf dem sich Auskunft erhalten lässt, ist die Durchmusterung der öffentlichen Räu-

me, der Städte mit ihren Straßen und Plätzen, der Museen und Gedenkstätten, der Denkmäler und Gedenksteine und -tafeln. An allen diesen Orten drückt sich Haltung gegenüber der Geschichte aus und wird Haltung zu ihr erzeugt und zwar häufig mehr als im Fernsehzugriff auf Auge und Ohr und Verstand. Hier in Schleswig-Holstein wäre über den Skandal des im Weichbild der Landeshauptstadt gelegenen Marineehrenmals Laboe zu reden. Doch kann der als bekannt vorausgesetzt werden, und es wäre das ein allzu billiger Beweis für das Unerledigte. Aufschlussreicher ist wie die lokalen Autoritäten und die Bevölkerung in deutschen Universitätsstädten der ermordeten Juden gedenken. In Heidelberg heißt es am Platz der Synagoge, sie sei durch „frevlerische Brandstiftung“ vernichtet worden. So etwas passiert alle Tage. In Göttingen wird am entsprechenden Ort geschrieben, die Synagoge sei ruiniert worden „in dunkler Zeit“. Das ist jene Art schonender Behandlung deutscher Geschichte, die unter einem wie treffend gesagt worden ist, sanften Schlussstrich bilanziert werden soll. Nach- und Nebenwirkungen sind nicht zu befürchten, brauchen nicht erfragt zu werden.

Das Hauptfeld der Kontroverse aber betrifft seit Monaten und Jahren schon die deutsche Wehrmacht mit ihrer Vorgeschichte, der Reichswehr der Weimarer Republik. Wider alle dichten Forschungen, die deren tatsächliche Rolle weitgehend aufgeklärt haben, dauern die hartnäckigen Versuche an, ihren viel berufenen Schild als ritterlich und rein darzustellen. Die wütenden, ja hassschnaubenden Reaktionen auf Ausstellungen, die dem entgegenwirkten, bezeugen absolute Lernunwilligkeit. Und die Kontroverse, die kürzlich im Bundestag wiederum über gesetzliche Regelungen geführt wurde, die endlich Menschen gerecht wird, die aus dieser verbrecherischen Wehrmacht desertierten, steht auch dafür, dass die Generalaussage der Parlamentspräsidentin „Wir haben gelernt“ schon im Umkreis ihrer eigenen Fraktion fragwürdig wird.

Und da ist die Auseinandersetzung um ein diplomatisches Papier mit dem Staat Tschechien. In ihr artikuliert sich überdeutlich das schon erwähnte Interesse, die historische „Rechnung“ deutscherseits als beglichen anzusehen, dem Nachbarn aber zu sagen: Du bist der Schuldner. Das ist derzeit gerichtet an die Bevölkerung des Staates Tschechien. Dessen Bewohner mussten, nachdem die Tschechoslowakei 1938/1939 unter hochverräterischer Massenbeteiligung der deutschen Bevölkerung zerstört worden war, die faschistische Okkupation länger als jedes andere Opfer imperialistischer Gelüste erdulden. In ähnlicher Weise redete in Nürnberg vor einem halben Jahrhundert auch Hans Frank, der sich den Namen „der Henker Polens“ erworben hatte. Von der Anklagebank erklärte er in seinem Schlusswort, dass, was immer die Deutschen während der zurückliegenden Kriegsjahre anderen Völkern angetan hätten, beglichen sei durch die Verbrechen der Russen, der Polen und der Tschechen an den Deutschen.

Was sich da mit Berufung auf die Sudetendeutschen und deren Interessenvertretung ereignet, erschwert das ist vielleicht ein zu schwaches Wort nicht wenigen Ostdeutschen, sich in der neuen Haut des Staatsbürgers der Bundesrepublik wohl zu fühlen. Denn es ist die These, diesen Bewohnern der DDR wäre der Antifaschismus, der ein freundliches Verhältnis zu den Nachbarn jenseits der Grenzen einschließt, nur verordnet worden, eine Legende. Bei aller unbestrittenen Ritualisierung und Funktionalisierung von Antifaschismus die Instrumentalisierung von Geschichte war übrigens nichts weniger denn ein Monopol der DDR existierte da eine antifaschistisch gesinnte und gestimmte Gesellschaft. Ihr Mangel war nicht das Fehlen gegen den Faschismus gerichteter, kritischer Gesinnung, sondern die Tatsache, dass diesem Antifaschismus der Demokratismus „verloren“ gegangen, dass er auf das Anti reduziert, um das Pro vermindert und also entstellt worden war.

Wer das begriffen hat, wer vor sich selbst und vor anderen bekennt, dass er diesen Demokratismus nicht eingefordert hat, obwohl er um seinen Verlust wusste, sucht selbstredend in dem Staat, in dem er nun lebt, sich als Citoyen zu bewegen und bewegen zu können. Dazu gehört sein abwägend-kritisches Verhältnis zu staatlichen wie allgemein-gesellschaftlichen Zuständen. Und da wieder machen Neubürger nicht selten die Erfahrung, dass solcher Gewinn von denen nicht gemeint und gewollt ist, die sie gleichsam in die Schulbank drücken. Denn, auch das ist nahezu schon vergessen, in der Kampagne gegen den DDR-Antifaschismus schwang ausgesprochen oder nicht immer der Anspruch mit, dass die Altbundesbürgerwie mitunter zugegeben wurde zwar auf einem verschlungenen, aber doch selbstbestimmten und selbstgewählten Wege sich mit der „braunen“ Vergangenheit auseinanderge-

setzt hätten, während die Ostdeutschen nun Nachhilfestunden erteilt werden müssten. Nicht nur in diesem Punkte ist den Bewohnern der neuen Bundesländer Hochmut entgegengeschlagen. Sich in andere politisch-geographische Richtung wendender nationaler Hochmut war es übrigens auch, der zumindest die erste Phase der Diskussion charakterisierte, die über das Buch Goldhagens inszeniert wurde. Historiker, denen abgewogenere, ja souveräne Urteile zuzutrauen waren, reagierten nicht als Fachleute, sondern als Deutsche.

Oft wird gesagt, nun sei nach der politischen und wirtschaftlichen noch die innere Einheit der Deutschen zu verwirklichen. So lautet auch eine Formulierung in der Einladung zu dieser Veranstaltung. Was aber bedeutet „innere Einheit“? Wie verhält sie sich zur Politik und Praxis von Ausgrenzungen? Und wohin driftet der Staat, dessen Bürger eine „innere Einheit“ bilden sollen? Die Orientierung, soll sie diskutiert werden, setzt begriffliche, wenn nicht definitorische Klärung voraus. Eine Art Volksgemeinschaft kann nicht gemeint sein. Was aber dann? Und muss nicht auch mitgedacht werden, dass, waren sich die Deutschen innerlich sehr einig, dies wiederholt Europäern schlecht bekommen ist?

Indessen: die Prämisse ist auch falsch. Es handelt sich keineswegs nur um wie immer zu beschreibende geistige und massenpsychologische Prozesse, aus denen eine neue Situation, dauerhafte Formen des Zusammenlebens der Deutschen erst entstehen müssen. Wird über sie gesprochen, sollte nicht ignoriert werden, dass diese Prozesse nicht unbeeinflusst von Tatsachen verlaufen können, die mit Begriffen wie Renten und Löhne, Eigentums- und Besitzansprüche, soziale Chancen und anderen markiert sind.

Die Zeit der fröhlichen Botschaften ist vorbei. Glaubensbekenntnisse stoßen auf immer mehr Skeptiker. Nachdenklichkeit scheint auf dem Wege. Sie kommt langsam voran. Doch sie könnte Perspektive gewinnen.

Anregung für antifaschistische Täter

Vor fünfzig Jahren wurden in Nürnberg die Urteile im Prozess gegen Göring und andere verkündet

Am 1. Oktober 1946 trat der Internationale Gerichtshof nach mehrwöchiger Unterbrechung im Nürnberger Justizpalast zu seiner 218. Sitzung zusammen. Der Vormittag verging mit der Verlesung des Urteilstextes, den die Richter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR formuliert hatten. In ihm wurde begründet, nach welchen der vier Anklagepunkte die zivilen und militärischen Führer des Naziregimes für schuldig befunden waren. – Gegen 15 Uhr begann die kurze Nachmittagssitzung. Deren Szenerie wich von den üblichen Regeln ab. Die Angeklagten wurden einzeln und nacheinander in den Gerichtssaal geführt. Sie erfuhren das gegen sie ausgesprochene Urteil. Elf hörten, dass ihnen der Tod durch den Strang bevorstand. Manche traf das nicht überraschend. Arthur Seyß-Inquart, zuletzt Reichskommissar in den Haag, hatte vorhergesagt, sein Strick werde aus niederländischem Hanf sein. Das war dessen Hauptbestandteil. Ein wenig polnischer war beigemischt. Der aus Österreich stammende Reichsminister hatte zuvor als stellvertretender Generalgouverneur im besetzten Polen gewirkt. Dort sammelte er seine ersten Erfahrungen in faschistischer Kolonialpraxis.

Fünfzig Jahre nach dem Ereignis sind die Zeitgenossen, die sich nicht Augen und Ohren zuhalten, über die Leporelloliste der Verbrechen, die auf das konnte derer gehört, die als Hauptkriegsverbrecher angeklagt und abgeurteilt wurden, weithin informiert. Aktenfunde, Zeugenaussagen, Gerichtsprozesse, geschichtswissenschaftliche Forschung haben eine für einen einzelnen längst unübersehbar gewordenen Faktenmasse angehäuft, die das Unheil bezeugt, dass die Initiatoren des zweiten deutschen Griffs nach der Weltmacht über weite Teile des europäischen Kontinents brachten – gemeinsam mit ihrer deutschen Gefolgschaft und mit ausländischen Verbündeten und Hilfskräften. Doch gibt diese Tatsache keinen Grund dafür, dass dem Verlauf des Nürnberger Prozesses aus dem Abstand eines Halbjahrhunderts in der deutschen Öffentlichkeit so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde und ein öffentlich-rechtlicher Fernsehsender vor Jahresfrist, als sich die Eröffnung des Verfahrens gerade zum fünfzigsten Male jährte, exakt den Mann ins Visier nahm, der auf Platz eins der Anklagebank fehlte. Wieder wurden die Scheinwerfer auf Hitler gerichtet. Selbst die engsten seiner Mittäter blieben im Schlagschatten. Dabei ist der Prozess nicht nur deshalb eine Erinnerung wert, weil sie zu dem seinerzeit erworbenen gemeinsamen Verdienst der Juristen, Staatsanwälte und Richter, mit ihren Stäben zurückführt. Ohne ihre Anstrengungen, die Untaten unverzüglich zu untersuchen, sie unwiderlegbar festzuschreiben und die Täter zu überführen, wäre vieles der Vergessenheit anheimgefallen.

Vor allem aber bietet der Prozess gegen Göring und andere – insgesamt 22 Angeklagte – eine Vielzahl von Bezügen zur Gegenwart. Sie finden sich nicht nur in den Reden der Ankläger und den Bekundungen der Zeugen. Auf sie stößt auch, wer die Strategie der Verteidigung verfolgt, die der Angeklagten und die ihrer Anwälte, die in der Mehrzahl aller Fälle abgesprochen, ja abgekartet war. Da lassen sich überraschende Entdeckungen machen.

Die von allen Naziführern in Zivil oder im gestutzten Militärrock übereinstimmend eingeschlagene Generallinie bestand darin, jedwede Kriegsabsicht zu leugnen. Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath wollte immer nur für Völkerversöhnung eingetreten sein. Göring, sagte sein Verteidiger, sei beherrscht gewesen von Friedenswillen, um dann zu erklären, dass die berechtigten Forderungen Deutschlands an seinen östlichen Nachbarn 1939 in friedlicher Form hätten erledigt werden können, wenn auf Seiten Polens nur ein Funken guten Willens vorhanden gewesen wäre.

Nein, mit der Verantwortung für diesen Krieg wollte niemand auf der doppelreihigen Anklagebank belastet werden. Freilich, so wiederum Görings Verteidiger: „Ein gewisses Spiel mit der Gewalt, solange es nur nicht ausartete, wird man ihm (Hitler – K. P.) daher zugestehen müssen.“ Das war schon nackte Apologie auf die Vorkriegspolitik, als das Regime, wie Goebbels 1938 öffentlich jubelnd eingestand, „mit dem Säbel gerasselt“ hatte und zu seinen ersten Eroberungen gelangt war. Ein gewisses Spiel mit der Gewalt – die Formulierung allein kann mit dem Blick auf die Gegenwart grüblerisches Nachdenken hervorrufen. Gedanken an den nahen Balkan und den Nahen Osten und nicht nur an sie.

Was die Angeklagten zu ihrer eigenen Haltung sagten, könnte in vielen Passagen jedem Kabarett als Stoff dienen, freilich kein befreiendes Lachen erzeugen. Feldmarschall Wilhelm Keitel hätte sich „Tag und Nacht im steten Kampf“ nicht gegen die Alliierten, sondern „mit Hitler“ befunden. Admiral Erich Raeder wollte vom Judenmord nichts gewusst haben, war er doch darauf konzentriert, mit den Feinden einen „ehrenvollen Seekrieg“ zu führen. Hans Fritzsche, Kriegsaufhetzer vor Rundfunkmikrophonen, vermochte sich nur an die „Jahre des friedlichen Aufbaus“ zu erinnern. General Alfred Jodl hatte nichts denn seine „Pflicht gegen Volk und Vaterland erfüllt“. Hjalmar Schacht, in der Vorkriegszeit Reichsbankpräsident, Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Rüstung, – war stolz auf seine Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hitlernachfolger Karl Dönitz, sprach aus, dass er den „ehrenhaften Kampf“ wieder so führen würde, wie er es bis ins Frühjahr 1945 den auf „Himmelfahrtkommandos“ befohlenen zumeist jungen Soldaten auf den U-Booten befohlen hatte.

Die Millionen Deutsche so lange angeführt hatten, taten das im Gerichtssaal zum – letzten Mal. Sie präsentierten sich als die Avantgarde der Einsichtslosen, der Vernagelten, der Unbußfertigen. Die Militärs schwafelten vom „reinen Schild“ der Wehrmacht und von „unbefleckter Flagge“. Und auch das bewirkt bis in unsere Tage Nachdenklichkeit. Sie richtet sich beispielsweise auf das reaktionäre Echo auf die Wehrmachtsausstellung, auf das sture Festhalten an Kasernennamen, die auf das Heldengedenken orientieren, auf den Streit im Bundestag um die Bewertung der Desertion, auf Vorkommnisse in Bundesdeutschland.

Am bemerkenswerten aber erscheinen die von der Anklagebank und aus der Verteidigerreihe im Prozessverlauf wieder und wieder unternommenen Versuche, jede Verurteilung durch den Nachweis zu blockieren: Die andern auch. Die Eröffnung des barbarischen Bombenkriegs auf die offene Stadt Warschau, die Zerstörung Rotterdams und die Kette der Luftmassaker über britischen Städten? Die anglo-amerikanischen Tiefflieger hätten sogar deutsche Radfahrer angegriffen! Die Millionen zählende Reihe der – Vertriebenen, an ihrer Spitze deutsche Antifaschisten und Juden, nach Kriegsbeginn gefolgt von Polen und Juden aus den zur „Germanisierung“ – bestimmten Reichsgauen, mit den Todesmärschen reichend bis in die Tage der Agonie des Regimes? Was geschähe denn derzeit den Deutschen?

Es war Hans Frank, der „Henker Polens“, der in seinem Schlusswort erklärte, es sei durch die Untaten der Russen, der Polen und der Tschechen an Deutschen, wovon er während des Prozesses erfahren habe, alles beglichen, was Deutsche den anderen angetan haben könnten! Blieb also „Auschwitz“, aber davon hatten sie alle nichts gewusst, nicht einmal Ernst Kaltenbrunner, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, dem Adolf Eichmann und sein Apparat unterstand.

Mit dieser Attacke gegen „die Anderen“ suchten die Angeklagten ihrer Verurteilung zu entgehen und zugleich sich jenen Deutschen anzubiedern, die von ihnen noch nicht genug hatten. Sie schwangen sich zu Verteidigern derer auf, die unter ihrem eigenen Kommando massenhaft selbst an Verbrechen teilgenommen hatten. Baldur von Schirach, einst Reichsjugendführer, beschwor die Unschuld der deutschen Jugend, die er mit national- und rassenchauvinistischen Parolen vollgestopft und durch Drill für die bedingungslose Befolgung der Befehle reif gemacht hatte, die sie in Wehrmacht, Polizei und SS ausführten. Fritzsche wollte, dass künftig „der deutsche Idealismus“ berücksichtigt werde.

Die These von der ohne Rest aufgehenden Rechnung und Gegenrechnung geistert fünfzig Jahre später wieder und neubelebt und – nota bene – modifiziert durch deutsche Lande. Ganz sei die Bilanz aber nicht – ausgeglichen. Das diplomatisch ausgefertigte Schuldbekenntnis „der Anderen“ stehe aus. Zuerst soll es in Prag abgeholt werden. Die weiteren Adressen sind notiert und unschwer zu erraten.

Brechen wir hier ab. Das Protokoll der Verhandlungen gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher und die vom Gericht akzeptierten Dokumente umfasst eine 42-bändige Ausgabe. Ihr Extrakt wurde vor Jahren in der DDR durch den Juristen und Berliner Universitätsprofessor Peter Alfons Steiniger auf zwei Bände verdichtet. Das war 1957, zu frühen Zeiten des „verordneten Antifaschismus“. Durch deren Ende hat die in mehreren Auflagen erschienene Ausgabe nichts an Lesewert eingebüßt. Gerade das hartnäckige Beschweigen der Denkwürdigkeiten des Nürnberger Prozesses könnte antifaschistischen Tätern Anstoß sein, dessen schriftliche Hinterlassenschaft neu nach ihrem Nutzen zu befragen.

Anregung für antifaschistische Täter

Vor fünfzig Jahren wurden in Nürnberg die Urteile im Prozess gegen Göring und andere verkündet

Am 1. Oktober 1946 trat der Internationale Gerichtshof nach mehrwöchiger Unterbrechung im Nürnberger Justizpalast zu seiner 218. Sitzung zusammen. Der Vormittag verging mit der Verlesung des Urteilstextes, den die Richter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR formuliert hatten. In ihm wurde begründet, nach welchen der vier Anklagepunkte die zivilen und militärischen Führer des Naziregimes für schuldig befunden waren. – Gegen 15 Uhr begann die kurze Nachmittagssitzung. Deren Szenerie wich von den üblichen Regeln ab. Die Angeklagten wurden einzeln und nacheinander in den Gerichtssaal geführt. Sie erfuhren das gegen sie ausgesprochene Urteil. Elf hörten, dass ihnen der Tod durch den Strang bevorstand. Manche traf das nicht überraschend. Arthur Seyß-Inquart, zuletzt Reichskommissar in den Haag, hatte vorhergesagt, sein Strick werde aus niederländischem Hanf sein. Das war dessen Hauptbestandteil. Ein wenig polnischer war beigemischt. Der aus Österreich stammende Reichsminister hatte zuvor als stellvertretender Generalgouverneur im besetzten Polen gewirkt. Dort sammelte er seine ersten Erfahrungen in faschistischer Kolonialpraxis.

Fünfzig Jahre nach dem Ereignis sind die Zeitgenossen, die sich nicht Augen und Ohren zuhalten, über die Leporelloliste der Verbrechen, die auf das konnte derer gehört, die als Hauptkriegsverbrecher angeklagt und abgeurteilt wurden, weithin informiert. Aktenfunde, Zeugenaussagen, Gerichtsprozesse, geschichtswissenschaftliche Forschung haben eine für einen einzelnen längst unübersehbar gewordenen Faktenmasse angehäuft, die das Unheil bezeugt, dass die Initiatoren des zweiten deutschen Griffs nach der Weltmacht über weite Teile des europäischen Kontinents brachten – gemeinsam mit ihrer deutschen Gefolgschaft und mit ausländischen Verbündeten und Hilfskräften. Doch gibt diese Tatsache keinen Grund dafür, dass dem Verlauf des Nürnberger Prozesses aus dem Abstand eines Halbjahrhunderts in der deutschen Öffentlichkeit so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde und ein öffentlich-rechtlicher Fernsehsender vor Jahresfrist, als sich die Eröffnung des Verfahrens gerade zum fünfzigsten Male jährte, exakt den Mann ins Visier nahm, der auf Platz eins der Anklagebank fehlte. Wieder wurden die Scheinwerfer auf Hitler gerichtet. Selbst die engsten seiner Mittäter blieben im Schlagschatten. Dabei ist der Prozess nicht nur deshalb eine Erinnerung wert, weil sie zu dem seinerzeit erworbenen gemeinsamen Verdienst der Juristen, Staatsanwälte und Richter, mit ihren Stäben zurückführt. Ohne ihre Anstrengungen, die Untaten unverzüglich zu untersuchen, sie unwiderlegbar festzuschreiben und die Täter zu überführen, wäre vieles der Vergessenheit anheimgefallen.

Vor allem aber bietet der Prozess gegen Göring und andere – insgesamt 22 Angeklagte – eine Vielzahl von Bezügen zur Gegenwart. Sie finden sich nicht nur in den Reden der Ankläger und den Bekundungen der Zeugen. Auf sie stößt auch, wer die Strategie der Verteidigung verfolgt, die der Angeklagten und die ihrer Anwälte, die in der Mehrzahl aller Fälle abgesprochen, ja abgekartet war. Da lassen sich überraschende Entdeckungen machen.

Die von allen Naziführern in Zivil oder im gestutzten Militärrock übereinstimmend eingeschlagene Generallinie bestand darin, jedwede Kriegsabsicht zu leugnen. Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath wollte immer nur für Völkerversöhnung eingetreten sein. Göring, sagte sein Verteidiger, sei beherrscht gewesen von Friedenswillen, um dann zu erklären, dass die berechtigten Forderungen Deutschlands an seinen östlichen Nachbarn 1939 in friedlicher Form hätten erledigt werden können, wenn auf Seiten Polens nur ein Funken guten Willens vorhanden gewesen wäre.

Nein, mit der Verantwortung für diesen Krieg wollte niemand auf der doppelreihigen Anklagebank belastet werden. Freilich, so wiederum Görings Verteidiger: „Ein gewisses Spiel mit der Gewalt, solange es nur nicht ausartete, wird man ihm (Hitler – K. P.) daher zugestehen müssen.“ Das war schon nackte Apologie auf die Vorkriegspolitik, als das Regime, wie Goebbels 1938 öffentlich jubelnd eingestand, „mit dem Säbel gerasselt“ hatte und zu seinen ersten Eroberungen gelangt war. Ein gewisses Spiel mit der Gewalt – die Formulierung allein kann mit dem Blick auf die Gegenwart grüblerisches Nachdenken hervorrufen. Gedanken an den nahen Balkan und den Nahen Osten und nicht nur an sie.

Was die Angeklagten zu ihrer eigenen Haltung sagten, könnte in vielen Passagen jedem Kabarett als Stoff dienen, freilich kein befreiendes Lachen erzeugen. Feldmarschall Wilhelm Keitel hätte sich „Tag und Nacht im steten Kampf“ nicht gegen die Alliierten, sondern „mit Hitler“ befunden. Admiral Erich Raeder wollte vom Judenmord nichts gewusst haben, war er doch darauf konzentriert, mit den Feinden einen „ehrenvollen Seekrieg“ zu führen. Hans Fritzsche, Kriegsaufhetzer vor Rundfunkmikrophonen, vermochte sich nur an die „Jahre des friedlichen Aufbaus“ zu erinnern. General Alfred Jodl hatte nichts denn seine „Pflicht gegen Volk und Vaterland erfüllt“. Hjalmar Schacht, in der Vorkriegszeit Reichsbankpräsident, Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Rüstung, – war stolz auf seine Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hitlernachfolger Karl Dönitz, sprach aus, dass er den „ehrenhaften Kampf“ wieder so führen würde, wie er es bis ins Frühjahr 1945 den auf „Himmelfahrtkommandos“ befohlenen zumeist jungen Soldaten auf den U-Booten befohlen hatte.

Die Millionen Deutsche so lange angeführt hatten, taten das im Gerichtssaal zum – letzten Mal. Sie präsentierten sich als die Avantgarde der Einsichtslosen, der Vernagelten, der Unbußfertigen. Die Militärs schwafelten vom „reinen Schild“ der Wehrmacht und von „unbefleckter Flagge“. Und auch das bewirkt bis in unsere Tage Nachdenklichkeit. Sie richtet sich beispielsweise auf das reaktionäre Echo auf die Wehrmachtsausstellung, auf das sture Festhalten an Kasernennamen, die auf das Heldengedenken orientieren, auf den Streit im Bundestag um die Bewertung der Desertion, auf Vorkommnisse in Bundesdeutschland.

Am bemerkenswerten aber erscheinen die von der Anklagebank und aus der Verteidigerreihe im Prozessverlauf wieder und wieder unternommenen Versuche, jede Verurteilung durch den Nachweis zu blockieren: Die andern auch. Die Eröffnung des barbarischen Bombenkriegs auf die offene Stadt Warschau, die Zerstörung Rotterdams und die Kette der Luftmassaker über britischen Städten? Die anglo-amerikanischen Tiefflieger hätten sogar deutsche Radfahrer angegriffen! Die Millionen zählende Reihe der – Vertriebenen, an ihrer Spitze deutsche Antifaschisten und Juden, nach Kriegsbeginn gefolgt von Polen und Juden aus den zur „Germanisierung“ – bestimmten Reichsgauen, mit den Todesmärschen reichend bis in die Tage der Agonie des Regimes? Was geschähe denn derzeit den Deutschen?

Es war Hans Frank, der „Henker Polens“, der in seinem Schlusswort erklärte, es sei durch die Untaten der Russen, der Polen und der Tschechen an Deutschen, wovon er während des Prozesses erfahren habe, alles beglichen, was Deutsche den anderen angetan haben könnten! Blieb also „Auschwitz“, aber davon hatten sie alle nichts gewusst, nicht einmal Ernst Kaltenbrunner, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, dem Adolf Eichmann und sein Apparat unterstand.

Mit dieser Attacke gegen „die Anderen“ suchten die Angeklagten ihrer Verurteilung zu entgehen und zugleich sich jenen Deutschen anzubiedern, die von ihnen noch nicht genug hatten. Sie schwangen sich zu Verteidigern derer auf, die unter ihrem eigenen Kommando massenhaft selbst an Verbrechen teilgenommen hatten. Baldur von Schirach, einst Reichsjugendführer, beschwor die Unschuld der deutschen Jugend, die er mit national- und rassenchauvinistischen Parolen vollgestopft und durch Drill für die bedingungslose Befolgung der Befehle reif gemacht hatte, die sie in Wehrmacht, Polizei und SS ausführten. Fritzsche wollte, dass künftig „der deutsche Idealismus“ berücksichtigt werde.

Die These von der ohne Rest aufgehenden Rechnung und Gegenrechnung geistert fünfzig Jahre später wieder und neubelebt und – nota bene – modifiziert durch deutsche Lande. Ganz sei die Bilanz aber nicht – ausgeglichen. Das diplomatisch ausgefertigte Schuldbekenntnis „der Anderen“ stehe aus. Zuerst soll es in Prag abgeholt werden. Die weiteren Adressen sind notiert und unschwer zu erraten.

Brechen wir hier ab. Das Protokoll der Verhandlungen gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher und die vom Gericht akzeptierten Dokumente umfasst eine 42-bändige Ausgabe. Ihr Extrakt wurde vor Jahren in der DDR durch den Juristen und Berliner Universitätsprofessor Peter Alfons Steiniger auf zwei Bände verdichtet. Das war 1957, zu frühen Zeiten des „verordneten Antifaschismus“. Durch deren Ende hat die in mehreren Auflagen erschienene Ausgabe nichts an Lesewert eingebüßt. Gerade das hartnäckige Beschweigen der Denkwürdigkeiten des Nürnberger Prozesses könnte antifaschistischen Tätern Anstoß sein, dessen schriftliche Hinterlassenschaft neu nach ihrem Nutzen zu befragen.

In Memoriam: Karl Brundig

Am 23. Februar 1996 wurde im Ehrenhain der Opfer des Faschismus auf dem Hauptfriedhof zu Weimar die Urne Karl Brundigs beigesetzt Der aufrechte Mann, der 1909 geboren wurde und Holzbildhauer und Modelleur gelernt hatte, gehörte zu jenen Nazigegnern, die am längsten hinter Zuchthausgittern gefangen gehalten wurden. Er war 1934 von einem Sondergericht in Jena mit 16 seiner Kampfgefährten – einer illegalen Gruppe von Mitgliedern der KPD-Opposition, die hauptsächlich im Zeiss-Werk arbeiteten – angeklagt worden. Als Hauptbeschuldigter lautete das gegen ihn ausgesprochene Urteil 12 Jahre Haft. Die längste Zeit davon verbrachte er im Zuchthaus Halle, von wo die Insassen schließlich gegen Kriegsende noch bis in die Tschechoslowakei verschleppt wurden. Karl Brundig, gebürtiger Hamburger, den es nach Thüringen verschlagen hatte, kehrte dorthin zurück. Er arbeitete als Jugendleiter in Jena und gründete und leitete die antifaschistische Jugendschule in Schwarzburg Dann war er im Landesjugendamt, einer Einrichtung innerhalb des Thüringer Ministeriums für Volksbildung tätig. Schließlich studierte er selbst noch Staats- und Verwaltungslehre. Mehr als zwanzig Jahre wirkte er an der Jenaer Universität, lehrend und als Bibliothekar. Von seinen Publikationen wird insbesondere die von ihm gefertigte Chronik der Geschichte der Jenaer Arbeiterbewegung von 1841-1905 noch vielen Forschern als unentbehrliche Hilfe dienen können.

Reinhard Kühnl zum Sechzigsten

Als sich kürzlich Genossen und Freunde nahe Marburg trafen, um gemeinsam mit Reinhard Kühnl, dem Schüler Wolfgang Abendroths, dem angesehenen Hochschullehrer und durch sein antifaschistisches Engagement in Wort und Schrift weithin bekannten Politikerwissenschaftler und Historiker, dessen 60. Geburtstag zu begehen, wurde das Zusammensein auch zum Ort einer Buchvorstellung. Die neue Publikation ist in jenem Verlag erschienen, in dem der Jubilar veröffentlicht, seit ihm im Zeichen eines nur postulierten „Pluralismus“ frühere Möglichkeiten entzogen wurden, seine Manuskripte an die Leser zu bringen.

Mehr als 50 seiner Freunde, Weggefährten und Mitstreiter Kühnls hatten sich zur Autorenschaft eines Sammelbandes zusammengeschlossen, in dem der vergangene wie den zeitgenössischen Faschismus und ihnen verwandte Erscheinungen analysiert und mit Überlegungen zu Geschichte und Gegenwart antifaschistischen Strategien verbunden werden. Die Beiträge sind von Politik-, Rechts-, Erziehungs-, Kultur- und Geschichtswissenschaftlern, von Philosophen, Psychologen, Kunsthistorikern und Ärzten geschrieben worden. Sechs der Autoren stammen aus den neuen Bundesländern, andere arbeiten in Israel, den USA, Großbritannien und Italien. Es entstand, wie der Verlagstext formuliert, „eine Summe antifaschistischer Argumentation gegen den Zeitgeist der Beliebigkeit“.

Antifaschismus. Hrsg. von Frank Deppe, Georg Fülberth, Rainer Rilling, Distel-Verlag Heilbronn 1996, 619 S. (= Distelhefte Bd. 31) (1996).

Manfred Messerschmidt zum Siebzigsten

Heute veranstaltet die Freiburger Universität ein Kolloquium zur deutschen Militärgeschichte. Es bewegt sich in den Zeitmarken, in denen das Forschungsinteresse des Mannes liegt, zu dessen Ehren es stattfindet. Manfred Messerschmidt hat sich mit der Rolle des deutschen Militärs vor allem zwischen 1871 und 1945 forschend beschäftigt. Freiburg war seine hauptsächliche Arbeitsstätte. Hier wirkte er als Leitender Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr und als Professor.

Im letztverflossenen Jahrzehnt seines Wirkens ist er über die Zunft hinaus weiter bekannt geworden, als durch seine vielen monographischen Arbeiten vorher. In diesen untersuchte er den Zusammenhang von Militärwesen und Gesellschaft in deren Wechselwirkungen, fragte nach dem Einfluss der Militärführer auf die Politik und ebenso nach dem Einwirken von Politiker auf die Armee in Frieden und Krieg. Früh wandte er sich der Geschichte der Wehrmacht zu. Dabei brachte er seinen Blick für Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur Geltung. Er bereicherte die Beweisführungen, die dafür stehen, dass der Geist der Aggressivität nicht erst durch und nach 1933 entstand, sondern Wurzeln hatte, die in Republik und Kaiserreich zurückreichen. Bestimmt wandte er sich dagegen, kriegerische und kriegstechnische „Leistungen“ ohne jeden Bezug zur Frage zu beurteilen, wofür Generale, Offiziere und Soldaten kämpften. Maßgeblichen Anteil gewann Messerschmidt an der Zerstörung verbreiteter und beliebter Legenden. Erst kürzlich wieder im Hinblick auf den angeblichen Befehlsnotstand, in dem sich Priebke befunden haben soll.

Gerade für die Bewertung von historisch-juristischen Sachverhalten besitzt Messerschmidt, der Geschichte, Philosophie und Rechtswissenschaft studierte, Voraussetzungen wie wenige. Folgerichtig gelangte er gedanklich in die noch immer andauernde Auseinandersetzung über Desertion und Deserteuren im Zweiten Weltkrieg. Er unterstützt diejenigen, die den meist toten Opfern – den ermordeten wie den inzwischen eines natürlichen Todes verstorbenen – jener deutschen Richter in feldgrau, marine- und luftwaffenblau zu Gerechtigkeit und ehrendem Andenken verhelfen, den wenigen Überlebenden und Hinterbliebenen auch die materielle Anerkennung des Widerstands gegen den Krieg erstreiten wollen. Schon 1987 stellte er sich dem internationalen Ausschuss zur Verfügung, der sich mit der Rolle Kurt Waldheims im Kriege befasste. Das differenzierende Resultat verriet deutlich auch Messerschmidts Handschrift. Nicht an Kriegsverbrechen teilgenommen habe der Wehrmachtsoffizier, doch von ihnen Kenntnis besessen und auch dort nicht eingegriffen, wo offenkundiges und zweifelsfrei erkanntes Unrecht vorlag. Da war keine Konzession an die politisch diktierten, um Fakten wenig bekümmerten Anklagen und auch kein Anflug von Beschönigung oder Vertuschung. So lesen sich Messerschmidts Darstellungen zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs generell. Fairness ist eine der Eigenschaften des Mannes, der sich übrigens früher als andere mit der Militärgeschichtsforschung der DDR befasste – beispielsweise mit ihren auf Liebknecht zurückgehenden Auffassungen über den Militarismus – und ihre Ergebnisse aus seiner Sicht erörterte und kritisierte, fernab aller Herablassung.

Was der Historiker über die Verantwortung anderer in der Vergangenheit feststellt, lässt er in der Gegenwart für sich gelten. Er wirkt öffentlich dort, wo die Kompetenz des Spezialisten nützlich oder unentbehrlich ist. Auch die für die Errichtung eines zentralen „Holocaust“-Museums in Deutschland sprechen, wissen ihn an ihrer Seite.

Nach wohlgewogenem Urteil fehlt seinem Auftreten nichts an Bestimmtheit. Er nennt unerträglich, was er im Lande so empfindet. Dazu gehört die Tatsache, dass die Aufhebung des Urteils gegen Carl von Ossietzky noch immer nicht erfolgt ist. Die dafür eintreten, verdanken ihm den auch anhand britischer Akten geführten Nachweis, dass in der „Weltbühne“ über die Reichswehr nichts veröffentlicht wurde, was dem Geheimdienst im Inselreich nicht schon bekannt, der Vorwurf der Spionage und des Landesverrats gegen den Herausgeber der Zeitschrift mithin haltlos war. Die deutsche Gesellschaft braucht Forscher wie Manfred Messerschmidt zunehmend. Deshalb alle guten Wünsche – und weil unsere erste gegenseitige Wahrnehmung sich auf polnischem Boden zutrug: Sto lat. (1996)

Hans Paucker zur Ehrenpromotion in Potsdam

Als Jude 1935 in Deutschland verfolgt, war Arnold Paucker zunächst nach Palästina gelangt. 1941 trat er in die britische Armee ein und nahm u. a. am Feldzug in Italien teil. Seit 1950 studierte, lebte und arbeitete er in England. Der Historiker machte er sich als Forscher ebenso einen Namen wie als Editor und Leiter wissenschaftlicher Unternehmungen. Sein eigenes Spezialgebiet wurde die Geschichte der deutschen Juden. Insbesondere befasste er sich mit deren Selbstbehauptung und ihrer Teilnahme am Widerstand gegen eine zunehmend feindliche und schließlich lebensbedrohlich werdende Umwelt. Weithin bekannt wurde Paucker als Direktor des ersten der inzwischen drei Leo-Baeck-Institute, das sich in der britischen Hauptstadt etablierte und durch die Herausgeberschaft des gleichnamigen Jahrbuchs. Die Potsdamer Universität ehrte den Gelehrten, der dort kürzlich als Gastprofessor wirkte, durch ein Ehrendoktorat. Wer dem feierlichen Akt beiwohnte und aus Berlin gekommen war, konnte sich des Kontrasts besonders bewusstwerden, den diese Wahl zu jener bildete, die von der Berliner Universität mit dem einstigen Durchhalte-Faschisten Krelle getroffen wurde und bis heute nicht korrigiert ist. (1996)

Dr. h.c. Arnold Paucker

„Was aber meine Generation in den Jahren zwischen 1936 und 1939 am stärksten prägte, war der Spanische Bürgerkrieg. Es ist schwer, heute zu vermitteln, was uns der Freiheitskampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus bedeutete. Zu jung, um selbst in den Internationalen Brigaden zu kämpfen, standen wir völlig im Bann der Ereignisse.“ Die drei Sätze finden sich in der Rede, die Arnold Paucker an der Universität Potsdam hielt, nachdem ihm die Philosophische Fakultät (I) soeben das Ehrendoktorat verliehen hatte.

Der heute wegen seiner Forschungen zur Geschichte namentlich jener der deutschen Juden und infolge seiner vieljährigen Tätigkeit als Leiter des Londoner Leo-Baeck-Instituts weithin bekannte und geachtete Historiker, beobachtete aus weiter Ferne, wie der folgenschwere Kampf auf der Pyrenäen-Halbinsel verlief. Er selbst lebte damals am Ostrand des Mittelmeers in Palästina. Dorthin war er als Folge seiner Vertreibung durch die deutschen Faschisten 1936 gelangt war. Fünf Jahre später gehörte er zu den Soldaten der britischen Armee und nahm am Feldzug in Italien teil. Nach Kriegsende waren wiederum fünf Jahre vergangen, als er sich nach Großbritannien wandte. Dort studierte er und nahm dann seinen Weg als Geschichtswissenschaftler.

Bleibende Spuren seiner Forscherarbeit finden sich vor allem auf zwei Feldern. Paucker befasste sich mit der Geschichte der größten jüdischen Organisation, die bis zu ihrem Verbot durch die deutschen Machthaber die „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ in einem Centralverein (CV) zusammengeführt hatte. Pauker ist vor allem dessen Rolle in der Auseinandersetzung mit den Antisemiten, insbesondere den nazistischen nachgegangen und widerlegte dabei die Reduzierung der CV-Geschichte auf bloße Ein- und Unterordnung. Und er befasste sich – wieder Vereinfachungen aufbrechend – mit den Anstrengungen der in Deutschland lebenden Juden, sich gegen eine ihnen immer feindlicher werdende Umwelt zu behaupten und ihr Widerstand entgegenzusetzen. Vielfach war dieser Widerstand am Rande oder außerhalb der jüdischen Religionsgemeinschaft geleistet worden, u. a. in sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen. Das wiederum hatte, wie sich Paucker erinnerte, „die Abneigung einer älteren, mehr konservativ eingestellten jüdischen Historiker-Elite“ hervorgerufen, sich mit diesen Personen und Gruppen zu befassen. Solcher Ausgrenzung sei man nun schon lange Herr geworden, meinte er, denn „eine großzügigere Definition von Judesein“ werde heute allgemein akzeptiert. Der Satz konnte im Hinblick auf Auseinandersetzungen über den Widerstand mehr als nachdenklich stimmen, die in deutschen Landen noch immer stattfinden. Paucker sprach wie selbstverständlich vom Antifaschismus und verwunderte sich darüber, dass der Begriff wie die Sache als kommunistisch abgetan wird. Dagegen spräche allein schon seine Herkunft.

Die Potsdamer Universität ehrte mit dem britischen Wissenschaftler eine Persönlichkeit, die durch Leben und Werk manchen ihrer Studenten wegweisend sein könnte. Dem aus Berlin kommenden Gast der Feierlichkeit konnte der Kontrast nicht entgehen, in dem diese Ehrung zu jener sich befindet, die von der Humboldt-Universität noch immer nicht getilgt ist. (1996)

Titel und Preis – Justizmanipulationen

Nahezu ein halbes Jahrhundert brauchte die Hamburger Justiz nach dem Ende der Nazidiktatur, bis die 21. Kammer des Landgerichts in Hamburg die Urteile aufhob, mit denen ein Altonaer Gericht (die vordem preußische Stadt Altona gehört bis 1937 zu Hamburg) vier kommunistische Hitlergegner 1933 durch einen vollendeten Justizmord unter das Fallbeil und ums Leben gebracht hatte. Léon Schirman, der mit Büchern über die Geschichte des „Blutmai 1929“ und des „Altonaer Blutsonntag“ (1932) dem historisch interessierten Lesepublikum schon bekannt ist, hat nun die Geschichte der „Blutsonntag-Prozesse“ samt der ihnen in den letzten Monaten des Weimarer Staates voraufgehenden Ermittlungen geschrieben. Dam sind die Anstrengungen hinzugefügt, in der Bundesrepublik die Aufhebung bzw. Revision dieser Urteile durchzusetzen.

Über drei deutsche Staaten wird ein Stück deutsche Justizgeschichte anhand von Akten aufgerollt, das von Anfang bis Ende den Obertitel des Buches „Justizmanipulationen“, wenn auch nicht in gleicher Weise, vollständig rechtfertigt. Noch vor dem 30. Januar 1933 wurde in der Justiz Altonas mit der Fälschung von Beweisdokumenten begonnen, die während des 1. Prozesses (Mai/Juni 1933) die Todesurteile begründeten. In der zweiten deutschen Republik hatten Hamburger antifaschistische Bürger bereits lange durchgesetzt, dass eine Schule, zwei Parks und eine Straße nach den Opfern der Terrorjustiz benannt worden waren, die zuständigen Staatsanwälte und Richter aber weigerten sich hartnäckig, die Urteile aufzuheben und sie als Mord im Amt und Staatswegen zu qualifizieren. Und selbst, als sie sich dazu 19092 entschlossen, operierten sie noch mit Erklärungen, die den 1933 beteiligten Juristen Irrtümer zubilligten, wo schlechterdings antikommunistische richterliche Kaltschnäuzigkeit. Schirman erspart dem Leser den langwierigen und komplizierten Weg nicht, den er – denn der Autor ist der Hauptinitiator des schließlich teilerfolgreichen Revisionsbemühens – bei der Aufdeckung der Tatsachen gehen mußte. Wer nicht auf leichte Lesekost festgelegt ist, sollte sein Bild von deutscher Zeitgeschichte anhand des Buches vervollständigen.

Entnazifizierung

Vortrag in Frankfurt a. O. am 29. Januar 1997

Die Geschichtswissenschaft wendet sich mehr und mehr der Zeit nach 1945 zu. Dieser Vorgang bahnte sich in beiden deutschen Staaten bereits an und setzt sich gegenwärtig verstärkt fort.

Nach 1990 konzentrierte sich das Interesse jedoch vorwiegend auf die Geschichte der DDR und war zudem weniger von wissenschaftlichen, denn von politischen Interessen geleitet. Das ist bis heute der Fall, wenn sich auch, trotz manch weiterwirkender politischer Blockaden, mehr und mehr die nicht neue Erkenntnis verbreitet, dass sich die Geschichte des einen deutschen Staates ohne die des anderen nicht verstehen lässt. Das gilt auch für den Gegenstand unseres heutigen Vortrags, die Entnazifizierung genannte Kampagne der Jahre von 1945 bis 1948, die ein Teil der Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des Naziregimes bildete. Diese Auseinandersetzung erfolgte, nachdem die militärische beendet war, auf verschiedenen Ebenen. Eine davon betraf die handelnden Personen.

Es bleibt der Beschäftigung mit der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte aber und wohl für längere Zeit die Schwierigkeit, die sich aus der ungleichen Möglichkeit ergibt, an die Quellen zu gelangen. Nach dem Zusammenbruch der DDR liegt nahezu ihre gesamte dokumentarische Hinterlassenschaft der Geschichtsforschung offen. Ganz wenig wurde vernichtet, eigentlich nur Bestände des Ministeriums für Staatssicherheit. Die übergroße Masse, ausgenommen einige spezielle Dokumente, etwa die aus dem Bereich des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR –, können in Archiven von Forschern benutzt werden. Diese Feststellung schließt nicht aus, dass es wie stets einen bevorzugten und also auch einen benachteiligten Kreis von Interessenten gibt.

Zu unserem heutigen Gegenstand:

Die einfältigste Äußerung, die in diesem Zusammenhang mitunter zu hören ist, lautet: Es sei doch schon das Wort „Entnazifizierung“ ein zu hässlicher Begriff. Damit soll gleichsam auf einem ästhetischen Wege, über das Sprachempfinden der Nachgeborenen, eine dem Urteil vorausgehende Abneigung gegenüber einem Vorgang erzeugt werden, der denkwürdig ist und das aus mehreren zu untersuchenden Gründen.

In der Tat der Begriff „Entnazifizierung“ assoziiert sprachlich andere wie: Entrümpelung, Entlausung, Entwesung, verweist also auf Tätigkeiten, die meist unbeliebt, schmutzig, gar gefährlich sind. Im Übrigen: der Duden (Bd. 7), der sich mit der Herkunft unseres Wortschatzes befaßt, kennt in seiner Ausgabe des Jahres 1989 das Wort „Entnazifizierung“ schon nicht mehr, auch nicht den Nazi, wohl aber den Nationalsozialisten. Wer den Begriff heute benutzt, muß erklären, wovon die Rede ist. Und er hat es dabei mitunter bereits mit allerlei höchst unvollständigen und durch Vorurteile geprägten Vorstellungen zu tun.

Noch einmal aber: Warum sollte ein Vorgang, der es mit einer so widerwärtigen Sache wie dem Nazismus zu tun hatte, auf dessen Überwindung zielte, eigentlich eine besonders wohllautende Bezeichnung erhalten? Denkbar wäre sie schon gewesen, doch ist kaum anzunehmen, dass andere angemessene Wortbildungen den Deutschen besser gefallen haben würden. Es hätte nämlich auch mit Recht gesagt werden können, es handele sich um die Rehumanisierung der Deutschen, also um die Überwindung ihres extrem antihumanistischen Gedanken- und Gefühlshaushalts, denn mit dem waren sie an den 8./9. Mai 1945 gelangt. Zwar atmeten die Deutschen damals auf, dass der Krieg beendet war. Mit einer deutlichen Distanzierung von der, wie seinerzeit häufig gesagt wurde, „braunen Vergangenheit“ ist das jedoch nicht gleichzusetzen, nicht einmal mit der Bereitschaft, sich über die eigene Rolle zwischen 1933 und 1945 Rechenschaft zu geben.

Erst im vergangenen Jahr schlugen die Wellen einer durch einen amerikanischen Bestseller, das Buch von Daniel J. Goldhagen, ausgelösten Diskussion hoch, das eine umstrittene Antwort auf die Frage gab, wie stark waren die Deutschen in ihren Gedanken und in ihrer Mentalität von einer Kernidee des deutschen Faschismus durchdrungen, dem Antisemitismus. Das Thema, ohne das es so erörtert wurde, besitzt einen deutlichen Bezug zu jenem „Entnazifizierung“ genannten Vorgang. Bei dem

ging es nicht um den Antisemitismus allein. Über Jahre waren die Deutschen vollgestopft worden mit der Ideologie ihrer Überlegenheit, mit den Lehren, wonach sie als „Rasse“, die sie nicht waren und nicht sind, höherwertig und daher bevorrechtigt seien, andere Länder erobern, andere Menschen sich unterwerfen, ihnen Lebensrechte zuteilen oder auch ganz entziehen, ja selbst sie ermorden könnten. Die Deutschen waren in allen ihren sozialen Klassen und Schichten „nazifiziert“, nun also sollten sie „entnazifiziert“ werden. Niemand besaß ein Rezept, wie das geschehen könnte.

Das Thema „Die Deutschen nach Hitler“ hatte zuerst die deutsche Emigration in ihren verschiedenen Teilen und Strömungen beschäftigt. Anfänglich war davon ausgegangen worden, dass die Mehrheit der Deutschen sich in diesem Regime selbst als Unterworfene und Beherrschte fühlten und wünschten, diese Führer loszuwerden. Die solche Vorstellungen hegten, wurden je länger das Regime dauerte, je mehr sich die Hoffnungen auf eine antinazistische Erhebung in Deutschland als glatte Illusion erwiesen, nicht nur enttäuscht. Sie mußten sich korrigieren und erkennen, dass es nicht nur darum gehen würde, eine sehr begrenzte Gruppe von Führern und die kleine Minderheit von deren Gefolgsleuten zur Verantwortung zu ziehen. Die Bindung der Deutschen an die Naziorganisationen bei Kriegsende gibt keine vollständige Auskunft über die Tiefe, mir der sie sich dem Regime verbunden, es gestützt, seine Aktionen erst ermöglicht hatten. Aber ein Indiz ist damit gewonnen, selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Zahlen nicht völlig verlässlich sind und eine kritische Interpretation verlangen. In der erbeuteten Mitgliederkartei der NSDAP war ausgewiesen, dass 10, 7 Millionen Deutsche einmal der NSDAP angehört hatten. Gefunden wurden die Personalakten von 61.000 SS-Führern und 238.000 SS-Mitgliedern. Den Listen zufolge hatten 491.000 Personen dem NS-Lehrerbund angehört. 72.000 dem NS-Ärztebund. Die Bestandsaufnahme ergab, dass 15 Prozent der Bevölkerung der NSDAP angehört hatten, oder berücksichtigt man nur die erwachsene Bevölkerung, jeder sechste Deutsche.

In führenden Kreisen der Alliierten beschäftigte man sich schon im Verlaufe des Krieges, und lange bevor sie den militärischen Sieg errungen war, mit der Frage, in welcher Verfassung sich die Deutschen befänden und wie sie die Millionen Nazianhänger vorfinden würden, wenn die Truppen der Verbündeten nach Deutschland kämen und das Regime liquidiert haben würden. Klar war, dass sich eine erhebliche Zahl von Deutschen der verschiedensten Verbrechen schuldig gemacht hatte und ebenso klar war ausgesprochen worden, dass sie zur Verantwortung gezogen werden sollten. Über ihre Zahl wurden Schätzungen angestellt. In den USA rechneten Kenner mit einer Million solcher Täter. Schon die Frage, wie mit ihnen zu verfahren sei, war umstritten. Kurzer oder juristischer Prozess, das war zu entscheiden. Doch betraf das gleichsam nur die Spitze des Eisbergs.

Die auf Deutschland und die Deutschen betrafen zunächst die Sicherung der Besatzungsherrschaft. Leine der alliierten Mächte vermochte mit Sicherheit zu sagen, was sie in Nachkriegsdeutschland erwartete. Es gab frühe und irritierende Erfahrungen, als die ersten Truppen der Antihitlerkoalition deutsches Gebiet erreichten. In der Nähe von Aachen war es ein „Werwolf“-Kommando, dass einen Deutschen tötete, der sich bereit erklärt hatte, mit den amerikanischen Truppen zusammenzuarbeiten. Notwendig stellte sich die Frage: Wie stark würde dieser faschistische Untergrund sein, welche bewaffneten Aktionen waren zu erwarten? Erst in den April und Maiwochen 1945 wurde deutlich, dass es für eine derartiger Bewegung in keiner der besetzten Zonen einen Boden gab.

Zu keinem Zeitpunkt war die Frage leicht zu beantworten, wie das erklärte Kriegsziel erreicht werden sollte, Deutschland und die Deutschen für alle Zukunft kriegsunfähig zu machen. Da lagen die Lehren der Nachkriegspolitik des Ersten Weltkriegs zutage. Die bloße militärische Entwaffnung, Verbote gegen eine Wiederbewaffnung, Kontrollmechanismen der Siegermächte, das alles hatte nichts bewirkt, ausgenommen eine gewisse Verzögerung des Weges vom Ersten zum zweiten Weltkrieg. Diesmal sollte es einen deutschen Weg in den Dritten nicht geben. In diesem Zusammenhang lag die Grundsatzentscheidung der Siegermächte, die Staatsmacht in Deutschland zunächst und auf noch zu bestimmende Zeit selbst zu übernehmen. Deutsche Kräfte, die das tun könnten, waren zunächst nicht verfügbar und konnte allenfalls in einem, ebenfalls nicht voraussehbaren Zeitraum formiert werden. Diesmal also wollten die Sieger sich nicht mit den Zielen Entwaffnung und Wiedergutmachung (Reparationen) zufriedengeben. Sie suchten politische Garantien gegen den deutschen Militarismus auf

Dauer zu schaffen. Die aber konnten nur entstehen, wenn sich die deutsche Gesellschaft gründlicher veränderte, als sie es nach dem Ersten Weltkrieg in den Jahren der Weimarer Republik getan hatte.

Zunächst war auf diesem Kurs die Frage zu beantworten, wie mit den Deutschen und den zu unterscheidenden Kategorien von Aktivisten des Naziregimes zu verfahren sein würde. Die vielzitierte Formel Stalins, wonach die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibe, war viel zu grob. Wer waren „die Hitler“? In den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens von 1945 wurde formuliert: „Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.“ Das war eine in der Richtung klare, im Einzelnen aber auch verschiedene Interpretationen zulassende Formulierung.

Faktisch wurden von den Siegermächten folgende Gruppen unterschieden:

1. die Führungsgruppe des Regimes, deren Angehörige gesucht, gefangengesetzt und gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, um juristische Prozesse vorzubereiten. Das geschah in Deutschland und in den zeitweilig besetzten (und auch verbündeten) Staaten Europas von Frankreich bis in die UdSSR und von Norwegen bis Italien. Die juristische Verfolgung dieser Gruppe wurde mit dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher eingeleitet, der 1945/1946 stattfand und heute gemeinhin als der Jahrhundertprozess bezeichnet wurde. Er besaß auch eine Signalfunktion und lieferte Orientierungen für das weitere Vorgehen. Zu den Folgeprozessen, die international Aufmerksamkeit fanden gehören die 12 Prozesse, die in Nürnberg vereinbarungsgemäß vor amerikanischen Gerichten stattfanden und die unter der Bezeichnung Fall I bis Fall XII bekannt wurden. Dazu gehörten weiter, um zugleich die „Größenordnung“ der Prozesse aus dieser Kategorie anzudeuten, die in Polen geführten Prozesse gegen den Stellvertreter des Generalgouverneurs, Josef Bühler, gegen den mehrjährigen Kommandanten des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, Rudolf Höß, der vor einem französischen Gericht durchgeführte Prozess gegen den nazistischen Saarindustriellen Hermann Röchling u. a.

2. die nach ihrer Zahl nicht zu übersehenden Gruppe von Deutschen, die an den unterschiedlichsten Verbrechen an Nichtdeutschen beteiligt war. Auch nach ihnen wurde angestrengt gefahndet, auch sie wurden vor Gerichte gestellt und abgeurteilt. Zu den bekanntesten Prozessen gehörten die frühen gegen die Funktionäre und weitere Angehörige des Wachpersonals der Konzentrationslager, der sowjetische Sachsenhausen-Prozess und der vor einem amerikanischen Gericht stattfindende Buchenwald-Prozess. In den sechziger Jahren folgten in der BRD die weithin Aufsehen erregenden beiden Auschwitz-Prozesse und der Majdanek-Prozess. Bis heute besitzt die Geschichtswissenschaft keinen Überblick über die Zahl dieser Prozesse, der Angeklagten und der Verurteilten aus diesen Gerichtsverfahren. Ein internationales Handbuch dieser Prozesse existiert als ein gedankliches Projekt von Forschern, doch ist der Weg dahin weit und es ist noch fraglich, ob er überhaupt je beschritten werden kann.

3. die Gruppe der aktiven deutschen Faschisten, die zum Kernbestand der Gefolgschaft des Regimes gehörte und von der bekannt war, dass sie mit besonderer Energie dazu beigetragen hatten, die Politik der Führungsgruppe zu verwirklichen. Die Alliierten kamen darin überein, dass diese Personen zeiteilig isoliert werden sollten, ohne dass gegen sie juristische Anklagen erhoben werden müßten. Der Sinn dieser Maßnahme bestand nicht in der Bestrafung dieses Personenkreises, sondern in seiner zeitweiligen und vollständigen politischen Ausschaltung. Diese Naziaktivisten, so der damals sich einbürgernde Name, sollten keine Möglichkeit besitzen, auch nur auf die Meinungsbildung in Deutschland Einfluss zu nehmen, Komplizen Hilfe oder Unterschlupf zu gewähren, Tatsachen zu verdunkeln usw. Das war die Absicht der Bildung von Internierungslagern Es lag in der Logik dieser Maßnahme, dass eines Tages entschieden werden mußte, wie mit den Gefangengesetzten weiter

verfahren werden sollte: Wie lange sollten sie in den Lagern verbleiben, wie waren die Taten im Einzelnen zu ermitteln, deren sie sich schuldig gemacht hatten, wie zu beurteilen usw.

Umso gleich hier anzuschließen: Diese Maßnahme der Entnazifizierung ist in jüngster Zeit am stärksten in die Diskussion geraten und sie hat sich an der Praxis der sowjetischen Internierungslager in Deutschland, der sogenannten Speziallager entzündet. Das war unter anderem die Folge der Tatsache, dass auch aus dem Abstand von Jahrzehnten und nach dem Ende des Systems des Gulags in der DDR nie eine historisch-kritische Darstellung des Geschehenen erfolgte. So war und blieb der Weg frei, der nach ihrem Ende beschritten wurde und an die Stelle des Schweigens nicht nur Wissen, sondern auch Legenden setzte. Thesenartig sei gegen sie festgestellt: 1. das wird nicht bestritten, aber auch nicht durch umfassende Forschungen gezeigt, die Errichtung dieser Lager war kein Alleingang der UdSSR. 2. in diesen Lagern wurden überwiegend solche Naziaktivisten gefangen gehalten, für die diese Isolierung vorgesehen war. 3. eine Minderheit von Insassen dieser Lager gehörte nicht in sie. Das trifft zu auf eine noch zu bestimmende Zahl der dort gefangengehaltenen Jugendlichen und auch auf Menschen, die nicht wegen ihrer Taten in der Nazizeit oder wegen Anschlägen gegen die Besatzungsmacht dort gefangen gehalten wurden, sondern wegen politischer, nichtnazistischer Überzeugungen und Verhaltensweisen, die lediglich nicht mit den Interessen der sowjetischen Militärregierung übereinstimmten. 4. die Praxis dieser Lager war inhuman. Sie orientierte sich am sowjetischen Strafvollzug und Gulag-System. In einem entscheidenden und wichtigen Punkte aber tat sie das nicht. Die Gefangengehaltenen wurden in ihrer Masse nicht zur Arbeit eingesetzt. Das bedeutete eine psychische Folter. 5. die Inhumanität dieses Vorgehens zeigte sich aber vor allem darin, dass über Jahre keinerlei ernste und systematische Anstrengungen unternommen wurden, die Gefangenen auf ihre wirkliche Rolle hin zu überprüfen. Das war selbst noch nicht geschehen, als nach der Gründung der DDR ein erheblicher, nach Tausenden zählender Rest nicht auf freien Fuß gesetzt worden war, sondern den deutschen Behörden zur Aburteilung übergeben wurde. Die geschah dann in den sogenannten „Waldheim-Prozessen“, so genannt nach dem Ort, an dem die Übergebenen konzentriert wurden. Sie waren Prozessfarcen. Es genügt, sich die Tatsache zu vergegenwärtigen, dass Hermann Göring in Nürnberg zu seiner Verteidigung insgesamt mehr als 50 Stunden reden durfte, um sich zu verdeutlichen, dass die Praxis der Spez.-Lager keiner Kritik standhält und keinerlei „historische“ Argumente das Verfahren zu entschuldigen vermögen.

Weiter in unserer Aufzählung der gleichsam sortierten Gruppe von Deutschen:

4. war da die Gruppe der Gefolgsleute des Naziregimes, die zwar auf freien Fuß belassen wurden, über die aber, unter zunehmender Mitwirkung deutscher Organe, entschieden werden sollte, ob gegen sie weitere Ermittlungen anzustellen waren, womöglich aufgrund von Gerichtsurteilen gegen sie Haftstrafen ergehen würden, vor allem aber war darüber zu befinden, ob Angehörige dieser Gruppe, im Sinne des zitierten Beschlussteils der Potsdamer Konferenz für eine längere oder kürzere Zeit von bestimmten Ämtern, Funktionen, Tätigkeiten, ganz allgemein also von Rechten in der Gesellschaft ausgeschlossen werden sollten.

Die Auseinandersetzung mit Angehörigen dieser Gruppe wird heute im engeren Sinne „Entnazifizierung“ genannt und ist damals auch als „Säuberung bezeichnet worden. Sie blieb vielen Zeitgenossen deshalb im Gedächtnis, weil von ihr die nach ihrer Zahl größte Menschengruppe erfasst wurde. Selbstredend blieb denjenigen, die vor die mit verschiedenen Bezeichnungen operierenden Ausschüsse (in der sowjetischen Besatzungszone hießen sie „Entnazifizierungs“-Ausschüsse oder Kommissionen, in der amerikanischen wurden sie Spruchkammern genannt) geladen wurden, dieser Teil ihres Lebens in besonderer Erinnerung. Dort hatten sie Rede und Antwort zu stehen, sich Anklägern, auch Opfern ihrer Handlungen gegenübergestellt gesehen, für sie schmerzliche Entscheidungen entgegenzunehmen. Viele fühlten sich ganz ungerecht behandelt. Sie sahen sich selbst als Opfer und gar nicht als Täter. Sie betrachteten sich als Verführte, Betrogene, Ausgenutzte. Und häufig genug war an alledem etwas Wahres, ein Körnchen Wahrheit oder auch mehrere. Doch es blieb die Grundtatsache, dass in aller Regel diese Leute Instrumente der Herrschenden gewesen waren, selbst ein Stück Herrschaft besessen und ausgeübt, nicht selten auch genossen hatten. Sie gehörten zu den Tätern.

Der Begriff bedarf womöglich einer Erläuterung, denn er ist weit und kann die Abstufungen verwischen. Täter, das bedeutet nicht auch Verbrecher in einem juristisch fassbaren und zu ahndenden Sinne. Täter, das meint hier eine historische Rolle, die Betätigung im Sinne, zum Nutzen, für die Ziele eines im Ganzen verbrecherischen Regimes, des unmenschlichsten, das die Weltgeschichte kennt. Es lag keineswegs im Interesse der Alliierten, diese Täterschaft über einen Leisten zu schlagen. das hatte bereits der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozess deutlich gemacht durch seine Abstufung der Strafen und durch seine Freisprüche, Freisprüche, die besagten, dass drei Personen, Hjalmar Schacht, Hans Fritzsche und Franz von Papen im Sinne der Anklage, also der vier Punkte der Anklageerhebung, von der Mehrheit der Richter nicht als schuldig angesehen wurden.

Auch in den Entscheidungen der Entnazifizierungs-Ausschüsse drückte sich deutlich dieser Wille zur unterscheidenden Gerechtigkeit aus. Die Beschlüsse differenzierten zwischen den Graden der sogenannten Belastungen. Es wurden im Besonderen die sogenannten „Mitläufer“ ausgesondert, ein Begriff, der deren Rolle vielfach eher unter- als übertrieb. Und es wurden differenzierte Strafen und Auflagen, die man Strafen nicht nennen kann, ausgesprochen. Was geschah dieser Gruppe von Deutschen, die derartigen Verfahren unterworfen wurden: Sie verloren einen Teil ihres Eigentums oder sie hatten Geldspenden zu entrichten, die für gemeinnützige Zwecke verwendet wurden. Sie verloren ihre Wohnungen und/oder ein Teil von deren Einrichtungen. Sie verloren ihre Arbeitsplätze und mußten sich in aller Regel um schlechter bezahlte und anstrengende Arbeiten kümmern. Sie verloren das Recht, politische und andere Funktionen auszuüben, zu wählen und gewählt zu werden. Sie hatten in den milderen Stufen von Auflagen einfach eine bestimmte Zahl von Stunden an Enttrümmerungs- und anderen öffentlichen Arbeiten teilzunehmen.

Das Hauptinteresse der Tätigkeit der Ausschüsse oder Kammern aber bestand darin, diejenigen zu finden, deren Einfluss in der Gesellschaft gemindert oder ganz ausgeschaltet werden sollte. Und zum anderen wurde darauf gezielt, durch das Verfahren und seine Entscheidungen die ganze Gruppe dazu zu bringen, über die eigene Rolle nachzudenken. Ob und inwieweit das zweite erreicht worden ist, läßt sich nicht entscheiden, zumal im beginnenden Kalten Krieg alsbald ideologische Gegenwirkungen einsetzten. Erreicht wurde jedenfalls, und auch das war von gesellschaftlicher Relevanz, eine hochgradige Verunsicherung der meisten Angehörigen dieser Gruppe von Naziaktivisten, und das war unter dem Gesichtspunkt, Freiräume für die ungehinderte Betätigung antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu schaffen, fraglos ein Gewinn.

Die Arbeit der Entnazifizierungs-Ausschüsse wurde in allen Besatzungszonen in erster Linie eine Sache der Deutschen, die selbstredend überall der besonderen Beaufsichtigung und Steuerung durch die Besatzungsorgane unterlag. Da daran Angehörige verschiedener antifaschistischer geistiger und politischer Richtungen beteiligt wurden, bildete diese Tätigkeit, nicht anders als jene in anderen Organen und Gremienzugleich ein Element ihres Zusammenschlusses, im Osten Deutschlands der Bildung des Blocks der demokratischen Parteien.

Wirkten in den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren in erheblichem Grad zwischen den Alliierten noch gemeinsame Interessen, so fächerte sich doch die Praxis der „Entnazifizierung“ in den Besatzungszonen auf. Sie war anfänglich auch in den drei westlichen Zonen durchaus nicht einheitlich, so dass nicht wenige, die sich als Personen selbst einstuften, die eine solche Prozedur zu erwarten hatten oder ihr entgehen wollten, sich entschieden, in die eine oder die andere der westlichen Zonen zu gehen. Es kann nicht gut bestritten werden, denn die Zahlen liegen vor, dass in der sowjetischen Besatzungszone eine besonders nachhaltige und tiefgreifende Auswechslung des führenden Personals in der Gesellschaft erfolgte. Ein indirektes Eingeständnis dieses Sachverhalts erlebten viele jüngst, als es um die Rechtfertigung von Maßnahmen ging, mit denen in den neuen Bundesländern der Wiedereinzug des Kapitals notwendig verbunden war. Es wurde erklärt, dass man aus den Versäumnissen zu lernen habe, die nach 1945 beim Umbau der Gesellschaft im Westen unterlaufen seien. Diese Formulierung beschönigt die Vorgänge. Erstens und vor allem handelte es sich nicht schlechtweg um Versäumnisse oder unerwünschte Resultate, die aus mangelnder Erfahrung hervorgegangen waren. Und zum anderen: Die Eliminierung der Nazis verband sich nach 1945 in den Westzonen mehr und mehr mit der Ausschaltung der Kommunisten und anderer auf tiefergreifende Umgestaltungen

zielenden Personen und Gruppen. 1990 aber ging es ausschließlich darum, die Kommunisten oder auch die Personen, die dafürgehalten wurden, zu bestrafen und gesellschaftspolitisch im weitesten Sinne ins Abseits oder ins Aus zu drängen.

In der sowjetischen Besatzungszone, von der im Folgenden vor allem die Rede sein soll, lassen sich, wie es auch Wolfgang Meinecke tut, vier Phasen der Entnazifizierung unterscheiden. Die erste und kürzeste fällt in die ersten Nachkriegsmonate und reicht bis zur Bildung der deutschen Landes- und Provinzialverwaltungen im Juli/August 1945. Hier agierten in Verbindung mit der Besatzungsmacht die antifaschistischen Komitees und sorgten für die, keineswegs vollständige, Entfernung der besonders belasteten Personen. Daran schließt sich die bis Ende 1946 reichende zweite Phase, in der die neugebildeten Personalabteilungen in Verwaltungen und Betrieben weitere Entlassungen von Personen vornahmen. Am 1. Januar 1947, wiewohl die Arbeit vor allem in allen Bereichen der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, man denke an die Lehrer, weit vorangeschritten war, erging eine sowjetische Weisungen, die eine Neuorganisation der Arbeit zur Überprüfung der Rolle einstiger Nazis bestimmte. Es wurden Entnazifizierungs-Kommissionen aus Vertretern der deutschen Parteien gebildet. Diese unterzogen das Personal von Verwaltungen, Industrie- und Handwerksbetrieben und anderen Zweigen des öffentlichen Lebens einer nochmaligen Durchsicht. Kamen die Kommissionen dabei Verbrechen auf die Spur, so war das weitere durch die sowjetische Militäradministration zu entscheiden. Aber unterhalb dieser Grenze erschienen die Kompetenzen nicht vollständig geklärt bis in der vierten und abschließenden Etappe der Prozess zu einem Ende kam. Sie wurde eingeleitet durch den Erlaß des Befehls 201 der SMAD vom 16. August 1947. Jetzt wurden als nominelle Mitglieder der NSDAP eingestuften Personen das Wahlrechtaktiv und passivwieder zugebilligt. Auch andere Beschränkungen ihrer Rechte wurden aufgehoben. Die Zahl der Entnazifizierungs-Kommissionen reduzierte sich, so dass in den Kreisen und kreisfreien Städten nur noch jeweils eine dieser Kommissionen tätig war.

Aufgrund eines weiteren Befehls der SMAD stellten die Kommissionen ihre Tätigkeit im März/April 1948 ein. Von da an regierten die Bestrebungen, die einstigen NSDAP-Mitglieder in die Bestrebungen zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einzubeziehen. Das war freilich nicht identisch mit den vielen Wünschen und Anträgen, auf die alten Arbeitsplätze zurückkehren zu können. Doch faktisch galt als gesühnt, was sich die Betroffenen zu Schulden kommen ließen. NSDAP-Mitglieder konnten jetzt Mitglieder der Parteien des Blocks werden, die auch durch die Bildung der Nationaldemokratischen Partei (NDPD) vermehrt worden war, die eigens diese ehemaligen Mitglieder zu erfassen suchte.

In Zahlen stellte sich die Bilanz für die sowjetische Besatzungszone so dar: Mehr als eine halbe Million Menschen, 520.734, wurden aus ihren Tätigkeiten entlassen bzw. in sie nicht wieder eingestellt. Nicht wenige von ihnen kehrten in den folgenden Jahren auf verantwortungsvoll Posten zurück oder besetzten sie. Das galt namentlich für die verschiedensten Bereiche der Wirtschaft. Am strengsten blieben die Bestimmungen in den Bereichen des Justiz- und des Innenministeriums, der Polizei und später der Nationalen Volksarmee bzw. von deren Vorläufer. Auch an ihren Platz als Lehrer kehrte nur eine Minderheit der vollständig entlassenen NSDAP-Mitglieder zurück.

Heute, aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts wird die Entnazifizierung im engeren Sinne, also die Sondierung, Kategorisierung und Bestrafung (denn, wiewohl es sich nicht um Gerichtsurteile handelte, handelte es sich doch zumeist um eine Bestrafung oder um Sprüche, die zwangsweise Auflagen erteilten, die als Strafe empfunden wurden) vor allem als negativ, verfehlt, ja als den beabsichtigten Wirkungen entgegengesetzt angesehen. Der Frage, welche Alternative es zum seinerzeitigen Verfahren gab, wird zumeist ausgewichen. Die massenhafte Tatsache, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen unbußfertig war und zum Nachdenken über sich erst gezwungen werden mußte, bleibt ebenfalls außerhalb der Erörterung.

Fraglos war dieses Vorgehen mit einer erheblichen Zahl von Mängeln behaftet und die meisten von ihnen erscheinen nüchterner Betrachtung als unvermeidliche Begleiterscheinungen der Kampagne, denn es handelte sich um eine Kampagne, die überall, d. h. in allen Besatzungszonenschließlich rasch

zu einem Abschluss gebracht werden sollte, bildete sie doch einen Unruheherd in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, der nicht unter allen Gesichtspunkten gewollt war. Zu diesen Mängeln zählt. und die Aufzählung mag unvollständig sein, aber doch das Wesentliche oder auch nur Nennenswerte erfassen:

1. das Vorkommen von Fehlurteilen und von Disproportionen zwischen den Entscheidungen der vielen an den Verfahren beteiligten Gremien,

2. das Auftauchen von Denunzianten, die nicht der Wahrheitsfindung voran helfen wollten, sondern irgendwelche jenseits der zu entscheidenden Fragen liegende Rechnungen zu begleichen wünschten,

3. die Unvollständigkeit der Überprüfungen der aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße geflohenen, vertriebenen oder ausgesiedelten Personen, deren jeweilige Rolle als Naziaktiven ungleich schwerer ermittelt werden konnte. (So kursierte etwa der Witz: „Waren Sie Mitglied der NSDAP?“ Antwort: „Nein. Ich komme aus Schlesien.“)

4. die unnötige Bürokratisierung von Verfahren wohlgemerkt: die unnötige, denn jeder grundlegende Umsturz einer neuzeitlichen Gesellschaft bringt bürokratische Verfahren hervor, deren bekanntestes Instrument der Fragebogen ist. (1933 wurde mittels Fragebogen zuerst nach den Juden gesucht, die Kommunisten und Sozialdemokraten, führende Pazifisten und andere Nazigegner waren ohnehin bekannt, 1945 wurde nach den Taten der Naziaktivisten gefragt, 1990 wurden per Fragebogen diejenigen gesucht, die für ihre gescheiterte Rolle bei dem geschichtlichen Versuch, über den Kapitalismus hinaus zu gelangen, bestraft und/oder von Plätzen in der Gesellschaft entfernt oder ferngehalten werden sollten.)

5. Im Osten Deutschlands wirkte in die Maßnahmen der Entnazifizierung auch das Interesse der Beteiligten hinein, mit den Angehörigen der herrschenden oder auch nur einflussreichen Oberschicht abzurechnen. Folglich hatten die Bourgeois schlechtere Chancen als die Arbeiter. Doch können erst weitläufige Recherchen aufklären, in welchen und in wie vielen Fällen einzelne Angehörige bürgerlicher Schichten dafür bestraft, dass die deutschen Eliten die Hauptverantwortung für das Aufkommen und Festigung des Naziregimes trugen.

Diskreditiert wurde das Verfahren dieser Entnazifizierung auf der untersten der vier genannten Ebenen aber vor allem anderen dadurch, dass auf der ersten und zweiten dieser Ebenen die juristische Ahndung von begangenen Verbrechen in den westlichen Besatzungszonen alsbald zum Erliegen kam. Zu langjährigen Haftstrafen verurteilte Personen gelangten 1951 aufgrund von Entscheidungen des Hohen Kommissars der USA auf freien Fuß. Vor allem dadurch entstand in der Bundesrepublik nachträglich das Bild vollständiger Unangemessenheit der Maßnahmen gegen die sogenannten „kleinen“ Nazis. Doch gelangten diese, soweit sie nicht das Rentenalter erreicht hatten und ihre in der Zeit des Faschismus erworbenen Ansprüche durchsetzen konnten, in übergroßer Zahl wieder auf Arbeitsplätze, die mit ihren vorherigen nach Bedeutung und Entlohnung vergleichbar waren. Diese Regelungen zogen selbstredend auch Betroffene der Entnazifizierung aus der Sowjetischen Zone westwärts, die selbstredend später erklärten, sie seien aus der „Diktatur“ geflohen ...

Die Wirkungen der Entnazifizierung in die deutsche Gesellschaft werden gewiss weitere Untersuchungen der Historiker erfordern und hervorbringen. Im Kern sind überraschende Neuentdeckungen nicht zu erwarten. Doch müsste vor allem die schwierige Frage weiter aufgeklärt werden, wie dieser Prozess auf das Denken der Beteiligten, der Freiwilligen und der Unfreiwilligen zurückwirkte.

Erfahrungen aus Faschismus- und Antifaschismus-Debatten, nicht nur aus DDR-Zeit

Vortrag in einer Veranstaltungsreihe des Vereins für angewandte Konfliktforschung (1997)

I.

Die Frage, wie zu DDR-Zeit mit den Themen Faschismus und Antifaschismus verfahren wurde, gehört zu den in den gegenwärtigen politisch-ideologischen Auseinandersetzungen besonders umstrittenen. Auch deshalb wäre mir sehr daran gelegen, wenn Sie in unserem sich anschließenden Gespräch möglichst viele ihrer Erfahrungen und Eindrücke aus Begegnungen mitteilen würden, die Sie mit Teilnehmern des Widerstandskampfes hatten, oder die aus dem Umgang mit älterer oder neuer Literatur herrühren.

Heute erscheint es mehr denn je – jedenfalls in Deutschland – notwendig, die eigene Verwendung des Begriffs „Antifaschismus“ zu bestimmen und das nicht nur deshalb, weil ihm in unterschiedlichen Mündern und Federn sehr verschiedene Inhalte beigelegt werden. Damit könnte man sich immerhin abfinden. Jetzt aber verfestigt sich mein Eindruck, dass sich Bestrebungen verstärken, den Begriff „Antifaschismus“ ganz aus dem allgemeinen politisch-historischen Sprachgebrauch zu entfernen und ihn gleichsam in eine Sondersprache abzudrängen. Mögen diejenigen, die sich als Antifaschisten verstehen, ihn in ihren Reihen weiter gebrauchen. Außerhalb, in der Mehrheit der Gesellschaft, aber soll „Antifaschismus“, dahin zielen die erwähnten Bestrebungen, obligatorisch mit einem negativen Vorzeichen versehen und als Tarnbegriff ausgedeutet werden, hinter dem sich die geschlagenen Kommunisten verbergen, da sie anders neuen Einfluss sich nicht verschaffen können. Wo das Wort „Antifaschismus“ auftaucht, so wird der Bundesbürger neuerdings belehrt, sei Misstrauen und Wachsamkeit angeraten.

Würden diese Versuche politischer „Sprachreinigung“ zum Zuge kommen, dann würde das auch eine internationale Isolierung bedeuten. Franzosen und Italiener, um nur sie zu nennen, denken nicht daran, diesem Umgang zu folgen. Denn „Antifaschismus“ bezeichnet ihnen als Idee und Tat in ihrer nicht anders als in der deutschen Geschichte eine unvergessene Leistung, die sich mit denkwürdigem Opfermut verbindet, in unseren Nachbarländern mit dem von Millionen, in Deutschland mit dem einer ungleich geringeren Minderheit der Gesamtbevölkerung.

Von diesen Bestrebungen zu unterscheiden ist die auch unter Antifaschisten in der BRD geführte Debatte, ob mit dem Begriff „Antifaschismus“ ihre gegenwärtigen Interessen und Ziele vollständig bezeichnet sind oder er nicht mehr in die Vergangenheit verweist denn in die Gegenwart und Zukunft. Muss, so lautet die Schlussfolgerung aus solchen Überlegungen, dieser Kennzeichnung nicht eine weitere hinzugesetzt werden? Darüber wird weiter nachgedacht, debattiert und auch gestritten werden. Die Attacken gegen den Begriff und seine absichtsvolle Verfälschung sollten nicht bewirken, dass die in der DDR lange verdrängte Problematik unerörtert bleibt, die sich mit seiner Verwendung verbindet. Dabei muss mitbedacht werden, dass allgemeine Begriffsbildungen, welche die Gesellschaftswissenschaften in der Regel ja aus der Politik übernehmen, häufig mit Dilemmas verbunden sind, aus denen es keine eleganten Auswege gibt.

Der Begriff „Antifaschismus“ gehört zu den hochgradig verallgemeinernden. Er fasst sehr verschiedene Ideen, Programme, Bewegungen, Strömungen, Prozesse zusammen, denen gemeinsam war und ist, dass sie sich dem Faschismus konfrontierten – seit dessen frühesten Zeiten. Über diese in sich widerspruchsvolle Vielfalt und Differenziertheit wurde in DDR-Zeit weniger gesprochen als über antifaschistische Einheit, gemeinsame Überzeugungen und vereintes Handeln, die es in der Geschichte des Antifaschismus nur als einen Sonderfall gab. Wie viele Gegner des Faschismus formierten sich seit den frühen zwanziger Jahren in den Staaten, in denen der Faschismus sein Haupt erhob! Wie viele schlossen sich in den verschiedensten Gruppen, Verbänden und Parteien zusammen! Und wie lange dauerte es, bis sie – und keineswegs alle und überall – zu gemeinsamer Aktion fanden! Wie rasch verlor sich die zeitweilig gewonnene Einheit des Handelns meist wieder! Diese allbekannten Tatsachen bieten bis heute viel Denkstoff. Doch ihm gegenüber haben sich Propaganda und Publizistik

in DDR-Jahren weitgehend verweigert. Die meisten Anstöße für Fragen und für kritische Rückblicke fanden sich seinerzeit in der reichen Romanliteratur, in Lyrik und Novellistik, in Spielfilmen und Theateraufführungen.

Im Unterricht der Schulen war viel von Antifaschismus und Antifaschisten die Rede und das bleibt ein Verdienst. Doch es wurden häufig und zunehmend äußerst naive Bilder vermittelt, Klischees, die beschönigten und wenig von der ihnen zugrunde liegenden Realität erkennen ließen. Wem wurde hinter den üblichen sprachlichen Verschlüsselungen der mitunter nichtachtende, geradezu dumme Umgang klar, den Sektierer in der Führung der KPD mit Antifaschisten anderer Gesinnung pflegten und der so verhängnisvoll wirkte? Wer erfuhr etwas von der spannungsreichen Arbeit im Pariser Volksfrontausschuss? Wie wenige wussten um die sehr verschiedenen Wege der einstigen Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland, das 1943 bei Moskau gegründet worden war? Doch nur einige Spezialisten und wenige besonders Neugierige, die sich in Spezialliteratur umtaten oder Bücher „aus dem Westen“ gelesen hatten. So entstand in DDR-Zeit eine Mythologisierung der Antifaschismus und eine Legende vom antifaschistischen Kampf. Mit ihr, ihren Ursachen, Inhalten und Wirkungen ist eine kritische und bereinigende Auseinandersetzung notwendig. Sie kann einen geistigen Terraingewinn gegen die aktuellen Anfeindungen bedeuten, den Antifaschisten ausgesetzt sind.

Der Begriff „Antifaschismus“ ist das Resultat einer hochgradigen Abstraktion. Er umgreift mehrere und verschiedene geistige und praktisch-politische Strömungen. Welche waren, wir reden von der Geschichte, die hauptsächlichen, deren Unterscheidung notwendig ist? Zum einen existierte eine demokratische antifaschistische Strömung, in der selbst wieder unterschiedliche Vorstellungen über die Methoden des Kampfes gegen den Faschismus anzutreffen waren und auch weit voneinander abweichende Ansichten über die alternativen Ziele. Daneben gab es in den zwanziger Jahren und auch während der faschistischen Herrschaft in Deutschland eine ungleich schwächere konservative Gegnerschaft des Faschismus. Mit ihr, die selbst auf autoritäre Gesellschaftsstrukturen aus war, tat sich Geschichtswissenschaft und Publizistik in der DDR besonders schwer, wie sich namentlich in der langwierigen Auseinandersetzung um die Bewertung der Akteure und Parteigänger des 20. Juli 1944 zeigte. Zum Zwecke der Differenzierung wurde auf sie meist der Begriff Hitlergegner verwendet und so zwischen ihnen und den Antifaschisten unterschieden. Das hatte gute Gründe und war dennoch nicht ganz korrekt, weil es diesen Gegnern der Nazibewegung und des faschistischen Regimes nicht nur um den Hitler ging, sondern um eine andere staatliche (und manchen auch um eine andere soziale) Ordnung. Jedenfalls wollten sie das faschistische Regime nicht entstehen lassen und es später beseitigen, aus welchen Gründen auch immer.

Fortschrittlich wird man die meisten aus dieser Gruppierung nicht nennen können. Manche wollten die elitären Zustände des deutschen Kaiserreichs wiederherstellen und das von den Faschisten propagierte Bild der Volksgemeinschaft war ihnen ein Gräuel. Indessen gab es zwischen der Ideologie dieses Konservatismus und der des Faschismus Berührungspunkte oder auch ganze Berührungsflächen. Konservatives Denken war leichter in faschistische Bahnen überzuleiten als demokratisches. Dafür stehen die Mitglieder der Hitlerregierung, die aus eben diesen Kreisen stammten – beispielsweise der langjährige Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath oder auch Franz von Papen.

Auf den Begriff „Hitlergegner“ wird die Geschichtsschreibung zum Zwecke der Differenzierung nicht verzichten können, doch muss sie ihm keinen pejorativen Beiklang geben. Der gebührt nun freilich jenem Flügel dieser Kategorie von Gegnern, die einen anderen Faschismus wollten als die NSDAP. Österreich liefert für sie das gleichsam klassische Beispiel. Dort kämpften zwei faschistische Strömungen, die nazi- und die klerikal-faschistische, erbittert gegeneinander und jede von ihnen wollte an die Staatsmacht. Die 1938 Unterlegenen fanden sich in den deutschen Konzentrationslagern, in Dachau und in Buchenwald, wieder.

Was die Ziele der demokratischen Antifaschisten in Deutschland an der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren betrifft, so wünschten die einen, die bestehende bürgerliche Republik von Weimar zu behaupten und sie allenfalls in Grenzen zu reformieren, andere wollten über sie hinaus in eine sozialistische Gesellschaft, über die es zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten unverein-

bare Vorstellungen gab. Dem Anti also ein verbindliches und zukunftsträchtiges Pro beizufügen, erwies sich als unmöglich. Dabei existierten für die radikale Alternative gute Gründe. Die Weimarer Republik hatte den gesellschaftlichen und staatlichen Boden abgegeben, aus dem der Faschismus hervorgegangen war. Ihn einzig zu entsorgen, galt den Antifaschisten nicht nur in den Reihen der Kommunisten nicht eben als ein anziehendes oder gar attraktives Kampfziel. Doch die Entgegensetzung „Sowjetdeutschland“ isolierte ihre Verfechter mehr, als dass sie werbend wirkte. Sie errichtete zusätzliche Schranken zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Antifaschisten, die nie niedergerissen werden konnten. Abgestoßen wurden durch die Revolutionsstrategie auch die demokratischen und liberalen Gruppen von Antifaschisten, die sich um zumeist kleinere Zeitungen, Zeitschriften, Verlage gruppierten. Die linken Demokraten bildeten eine Minderheit, wenn die Namen ihre Häupter – man erinnere sich Ossietzkys, Tucholskys und des Autorenkreises der *„Weltbühne“* – sich auch dem Gedächtnis der Nachgeborenen noch eingeprägt haben.

Zu einem hoffnungsvollen Zusammenschluss dieser verschiedenen Ströme des Antifaschismus ist es, als Hitler ante portas stand, nie gekommen. Das Ergebnis der darauf zielenden Anstrengungen der KPD überhöhte die Geschichtspublizistik der DDR weit. Gleichzeitig wurde über die Barrieren und diejenigen, die sie aufgerichtet hatten, geschwiegen oder nur in Andeutungen geschrieben. Der Durchbruch zu einer wirklichen antifaschistischen Front, wie sie 1934 zeitweilig in Frankreich entstand, wäre nur unter der Voraussetzung gelungen, dass alle Beteiligten ihre Ziele neu und gemeinsam bestimmten und das hieß auch, dass die Kommunisten sich von ihrer Parole und Zielsetzung „Sowjetdeutschland“ trennen mussten. Auch für die anderen denkbaren Hauptkräfte eines Zusammenschlusses galt, dass sie ihre Strategie neu zu durchdenken hatten. Auch dafür wurden rechtzeitig Kräfte nicht gefunden.

II.

Mit dem Sieg des Faschismus im Januar 1933 trat eine grundlegend veränderte Situation ein. Die Deutschen bestimmten massenhaft ihre Parteinahme neu. In zunehmender Zahl fanden sie an der Ideologie und Politik der Machthaber „positive“ Seiten [und] befolgten deren Befehle, Weisungen und Anordnungen willig. Die Zahl der unbeirrten Antifaschisten schmolz alsbald zusammen und mehr noch die derer, welche den Mut zu illegalem Widerstand besaßen. Nun ist in der Wissenschaft gefragt worden, ob es zwischen den Faschisten und deren Millionengefolgschaft auf der einen, den Antifaschisten auf der anderen Seite, nicht eine beachtliche Bevölkerungsgruppe gab, die weder der einen noch der anderen zugeordnet werden könne. Der früh verstorbene Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München und um die antifaschistische Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik hoch verdient, hat vor Jahren im Zusammenhang mit einem Großprojekt, das sich auf die Untersuchung der Geschichte Bayerns in den Jahren 1933 bis 1945 bezog, den Vorschlag gemacht, das Verhalten dieser „Zwischengruppe“ Resistenz zu nennen. Damit sollten besondere Formen des Widerstehens, des Widerstrebens, der Verweigerung von Ein- und Unterordnung und der Anpassung, der Nichtbeachtung von Weisungen und Befehlen, also ein Verhalten im Alltag gekennzeichnet werden, das nicht sogleich erfassbar war und sich nicht sofort zum Zugriff der Gestapo aussetzte. Meine Einwände gegen diese Begriffsbestimmung habe ich seinerzeit in einer Rezension geltend gemacht. Sie bezogen sich nicht auf die Feststellung der beschriebenen Erscheinung, die es massenhaft gab und die sich gegen Regimeende verstärkte. Sehr häufig entsprang solches Verhalten einem elementaren menschlichen Anstand und war subjektiver Protest gegen ein unmenschliches Regime. Doch war das keineswegs immer und womöglich nicht einmal in den meisten der denkbaren Fälle die Triebfeder des beschriebenen Verhaltens, so dass sich das Problem, es zu erfassen, als komplizierter erweist.

Vergegenwärtigen wir uns an einem nicht konstruierten Beispiel. Manche Bauern verweigerten die vollständige Erfüllung ihrer Ablieferungsverpflichtungen und gingen das erhebliche Risiko der „Schwarzschlachtung“ ein. Das konnte eigentlich nur verdeckt geschehen. Es wurde also ein „Kalb mit zwei Köpfen“ geschlachtet, das hieß, das eine wurde zum Schlachten angemeldet, und das zweite heimlich getötet – wenn schon einmal im Stall Blut floss. Nun konnte das aus sehr verschiedenen Motiven geschehen. Es ließ sich solches Fleisch teuer und zum Zwecke eigener Bereicherung verkaufen. Es konnte aber auch dazu verwendet werden, sich selbst, die „eigenen“ in der Landwirtschaft arbeitenden Fremd- und anderen Zwangsarbeiter besser zu versorgen. Resistenz unterscheidet solche

subjektiven Antriebe und Ziele. Es konnte – um ein weiteres Beispiel zu geben – ein Arbeiter im Rüstungsbetrieb langsam arbeiten und dadurch den Produktionsausstoß mindern, weil er von Natur aus ungeschickt oder faul war, und ein anderer konnte sich den Anforderungen verweigern, weil er sich sagte, was ich hier weniger verrichte, bremst die Kriegsproduktion, vielleicht nur minimal und kaum messbar, – aber letztlich doch.

Diese abgestuften Verhaltensweisen können nicht durchweg als Resistenz erfasst und als Aktion gegen das Regime betrachtet werden. Der Einwand löst aber das Problem nicht und die Frage, wie die Massen des Volkes sich im Alltag gegenüber den Forderungen der Machthaber verhielten, bleibt schwer zu erforschen. Angemessener erscheint mir die Verwendung der Kennzeichnung „nicht systemkonformes Verhalten“, die freilich sperrig ist und einen Oberbegriff darstellt. Er erfasst sowohl den aktiven Kampf der aktiven Antifaschisten wie das Verhalten derer, die aus unterschiedlichen Motiven, bewusst oder unbewusst, willentlich oder beiläufig dem Regime ihre Kräfte ganz oder partiell verweigerten.

III.

Gegenwärtig wird über den Antifaschismus der Jahre 1933 bis 1945 erneut gesagt, er sei eine zu vernachlässigende Größe und ganz erfolglos gewesen, denn eine das System schädigende Wirkung sei von ihm nicht ausgegangen. Damit ist – gemessen an seiner Überhöhung – gleichsam das andere Ende der Bewertungsskala erreicht. Augenblicklich wird das Thema auch in der Zeitung „junge Welt“ nach einem Artikel von W. Droste, der erklärt hatte, es ist bei allem Widerstand nichts herausgekommen. Als habe es Bilanzversuche des Widerstands nie gegeben! Die fallen für die einzelnen Phasen des Kampfes verschieden aus. Vor allem erscheint, wenn die Frage beantwortet werden soll, eine Vorverständigung über die Maßstäbe notwendig, die zur Beantwortung der Frage benutzt werden können.

Hartnäckige Diskussionen entwickelten sich am Institut für deutsche Geschichte an der Akademie der Wissenschaften, als versucht wurde, nur diejenigen Bestrebungen als dem Antifaschismus zugehörig zu betrachten, die anti-imperialistische Ziele verfolgten. Besonders der Faschismusforscher Kurt Gossweiler wandte sich damals gegen die unsinnige Einengung des Begriffs, die in der Antifaschismus-Debatte der DDR nie vollständig überwunden worden ist. Es gab in dieser Debatte ein Auf und Ab, zeitweilig dominierte eine gedankliche Öffnung im Sinne des differenzierenden Verständnisses von Antifaschismus als einer großen breiten Bewegung, dann wieder drängten sich sektiererische Versionen in den Vordergrund. Daran sind die Zeitzeugen nicht ganz schuldlos. Das gilt auch für die Entstehung und Propagierung von Legenden.

Eine davon – Siegfried Prokop hat sie aus dem Munde von Walter Bartel vermutlich so oft gehört wie ich, was an unserer Verehrung für das Mitglied des illegalen Lagerkomitees in Buchenwald nichts änderte – betraf die Legende vom faschistischen Terror als dem Mittel, das die Einheit von bis dahin sich bekämpfenden Mitgliedern von Arbeiterparteien herstellte. So unstreitig das Erlebnis des Faschismus Gegensätze in der Arbeiterbewegung relativierte, Kommunisten und Sozialdemokraten ihr Verhältnis zu einander überprüfen ließ, sie einander näherbrachte, so unstreitig erfolgte dieser Wandel nicht ohne innere Bereitschaft, ihn belehrt zu vollziehen. Kurt Schumacher hat, schwerverletzt im Ersten Weltkrieg, unter dem Faschismus und in den langen Jahren seiner Zuchthaushaft entsetzlich gelitten. Aber er prägte den Begriff von den rotlackierten Faschisten. Sein Verhältnis zu den Kommunisten hatte sich während der Jahre der gemeinsam erlittenen Verfolgung nicht ein Jota geändert. Ernst Heilmann, Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preußischen Landtag, also ein herausragender Funktionär der Sozialdemokratie, wurde über Jahre in Buchenwald gefangen gehalten und dort umgebracht. Auch er ist bis zu seinem Tode bei einer die Kommunisten strikt ablehnenden Haltung geblieben. Ich habe im Ohr Walter Bartels Worte: „Erst als wir, Kommunisten und Sozialdemokraten, an einer Handfessel abgeführt wurden, haben wir begriffen, dass wir zusammengehören.“ Das waren schöne Bilder. Nur die Wirklichkeit deckte sich mit ihnen in vielen Fällen nicht. (Da hier wiederholt von Antikommunismus die Rede sein musste, lassen Sie mich einfügen: Davon gibt es verschiedene Ausgaben und die monolithische Verwendung des Begriffs führt in die

Irre. Es macht einen Unterschied, ob jemand einem Kommunisten mit Argumenten entgegentritt oder mit dem Fallbeil.)

Die Forderung, sich von den Legenden über den antifaschistischen Kampf zu trennen und seine Realität ungeschminkt wahrzunehmen, würde gleichsam umkippen, würde nicht berücksichtigt, dass unter den Bedingungen des Widerstands in der Illegalität und während der Haft in Gefängnissen, Zuchthäusern und Lagern unvermeidlich legendenbildende Situationen entstanden, deren Bilder nachwirken können und nichts mit späteren Verklärungen zu tun haben. Leider werden solche subjektiv gefärbten Erinnerungen neuerdings von der Forschung auch unbesehen benutzt. Was sich aber an jedem Bericht von fünf Zeugen eines Verkehrsunfalls beobachten lässt, eine stark voneinander abweichende Wahrnehmung des Geschehens, das musste unter den äußersten physischen und psychischen Dauerbelastungen einer Haft erst recht vorkommen.

Kurt Goldstein hat den Vorgang drastisch und einprägsam illustriert anhand seiner Haftzeit in Auschwitz-Monowitz, wo er zeitweilig Kapo einer Arbeitskompanie jüdischer Häftlinge war, die unter Tage arbeiten mussten. Er hat eines Tages von einem, der in dieser Arbeitskompanie gewesen ist, einen Bericht gehört oder gelesen, in dem dieser eine Situation schilderte, die sich auf dem Appellplatz zugetragen hatte. Die Häftlinge waren angetreten, und sie wurden wieder einmal selektiert. Einer der Angetretenen, der so schwach war, dass ihn die Inspektion für Birkenau und in den Tod bestimmen würde, berichtete darüber und davon, dass er sein Leben Goldstein verdanke. Der habe ihn rechtzeitig zu Arbeiten in die Baracke abkommandiert. Goldstein erinnerte sich der Episode anders und sagte das dem Geretteten: Richtig sei, dass ich Dich aus der Reihe geholt habe. Doch habe ich Dich nicht einfach weggeschickt, sondern Dich im Angesicht der nahenden Leute – auf gut Deutsch gesagt – furchtbar angeschrien und in den Arsch getreten. Der wegen seines unvollständigen Berichts Kritisierte habe darauf entgegnet: Ja, Kurt Goldstein, so erinnere ich mich auch. Aber ich wollte nicht sagen, dass ein Jude den anderen Juden vor den Augen der SS misshandelt hat.

Nun mag sich jeder vorstellen, dass hundert oder zweihundert Meter vom Ort dieser Handlung entfernt jemand, der den Zusammenhang nicht kennen konnte, die Szene beobachtet hätte. Was würde der über die erzählen, vor Gericht oder vor einem Historiker? Daraus aber folgen Überlegungen zur Quellenkritik. Die Geschichten vom Widerstand und vom Überleben wurden aus naheliegenden Gründen mit Rücksichten erzählt, unter anderem auch deshalb, damit nicht Kräfte bedient würden, denen an der geschichtlichen Wahrheit nicht gelegen ist.

Eingedenk dessen habe ich ein einziges Mal in eine Publikation eine Quelle nicht eingeordnet. Es handelte sich um eine Postkarte eines jüdischen Schlossers, der in Oberschlesien gelebt hatte und nach dem Tode seiner nichtjüdischen Frau nach Auschwitz gebracht wurde. Der Mann schrieb seinen Verwandten, sie sollen ihm aus seiner Werkstatt ein Vorhängeschloss schicken, damit er seine Sachen verschließen könne. Sie sollten ihm auch Lebensmittel schicken, die ihn unverdorben erreichen würden. Der Text war mir der missbräuchlichen Verwendung verdächtig, zumal sich nicht klären ließ, wo und unter welchen Umständen der Mann im Komplex der Auschwitzlager gefangen gehalten wurde. Unkommentiert konnte sich mit dieser Postkarte die Rotte der „Auschwitzleugner“ bedienen.

Kurzum: die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes verlangt einen besonders umsichtigen Einsatz aller quellenkritischen Methoden, über die der Historiker gebietet. Und – mehr noch – es wird eine entwickelte Phantasie derer gefordert, die nicht „dabei gewesen“ sind. Damit ist auch das Notwendige zu dem seinerzeit viel diskutierten Buch über die „roten Kapos“ von Buchenwald gesagt, das inzwischen einer erheblichen Zahl von jungen Wissenschaftlern, die sich neu mit der Geschichte der Konzentrationslager befassen, zur Desorientierung dient.

IV.

Zurück in die Chronologie des Widerstands nach dem Sieg des Faschismus 1933. Am Anfang stand das Eingeständnis einer schweren Niederlage und das Begreifen von deren Ausmaß. Schon das machte Schwierigkeiten. Sie entstanden nicht aus bloßer Verweigerung gegenüber den Tatsachen. Verbreitet war die Vorstellung, es könne sich dieses System in Deutschland nicht stabilisieren und

noch weniger seine Versprechen einlösen. Es würden folglich alsbald seine inneren Widersprüche hervortreten und damit sich neue Chancen bieten. Noch existierte der Glaube, der Faschismus könne sich als eine kurze historische Episode erweisen. Niemand wollte und konnte sich Ende 1933 vorstellen, dass das Regime noch 1939 existieren und dann gar imstande sein werde, nahezu die ganze Welt herauszufordern, dass erst eine militärische Niederlage es stürzen würde.

Bis heute wird – wie auch damals – diskutiert, wie die deutschen Antifaschisten und namentlich die Kommunisten auf eine denkbare Regierung Hitlers vorbereitet waren, wie es im Besonderen um ihre Vorbereitung auf eine Illegalität stand. Dabei sind wohl noch immer unhistorische und ahistorische Überlegungen im Gedankenspiel. Eine Partei – mit Ende 1932 sechs Millionen Wählern –, will den Sieg des Faschismus verhindern, mobilisiert dafür alle ihre Möglichkeiten, muss ihre Mitglieder und Sympathisanten ermutigen – welchen Kraftaufwand kann sie dann noch treiben, um für den Fall ihres Misserfolgs vorzusorgen? Wenn sie den übertreibt, wirkt sie dann nicht schon demoralisierend in ihre eigenen Reihen? Hier war offenkundig ein schmaler Pfad, um nicht zu sagen: ein Seil. Der historischen Situation gerecht werden, heißt fragen: Welche praktikablen Möglichkeiten sind in solchen kritischen Zeiten, wo es das Du-Musst-Steigen-oder-Sinken geht, gegeben.

Nach dem 30. Januar 1933 wirkt diese Situation nach: in den Schwierigkeiten und Fehlern beim Übergang in die Illegalität, in der frühen Verhaftung Thälmanns, die sicher auch, aber doch nicht in erster Linie mit seinem Charakter zu tun hat, in der Tatsache, dass eine erhebliche Zahl von Führern rasch in die Hände der Faschisten fiel. Dass der Faschismus mit solcher Radikalität und in einem solchen Tempo hereinbrechen würde, dass die Konzentrationslager praktisch nach fünf Wochen [entstanden], nachdem die Regierung Hitler installiert worden war, hatten sich auch Pessimisten nicht vorgestellt. Und das italienische Beispiel wirkte zusätzlich beirrend. Nur wenige sahen früh, dass die Entscheidung auf lange Zeit gefallen war. Dazu gehörte Kurt Tucholsky, der sich etwa sagte: Es ist nichts mehr auszurichten. Ich habe alle meine Argumente ausgebreitet, alles, was ich gegen dieses System und gegen diese Partei vorbringen konnte, es hat nichts geholfen.

Noch im Dezember 1933 – XIII. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale – gab es hingegen die Verweigerung des Eingeständnisses, dass die deutsche Arbeiterbewegung eine schwere und langwirkende Niederlage erlitten hatte. Noch da herrschte die Vorstellungen, man müsse sich auf bald nahenden Tag vorbereiten, da das Nazisystem in Deutschland in seine Krise geraten würde. Aus welchen Gründen auch immer – in sozialdemokratischen Organisationen ist das früher anders gesehen worden. Sie haben sich – obwohl es anfänglich viel Parallelität zum Verhalten der Kommunisten im Widerstand gab – die Basis in der Tschechoslowakei, das Schmuggeln von Flugblättern über die Grenze usw. – alsbald auf eine Politik umgestellt, die zunächst nicht mit dem Ausbruch von Konflikten in Deutschland rechnete.

Nehmen wir den antifaschistischen Widerstandskampfes noch unter einer anderen Perspektive, die der sich formierenden Gestapo, die – so die Devise Heydrichs, ihres faktischen Leiters – jeglichen Widerstand vollständig unmöglich machen wollte. Er wollte von seinen Untergebenen nicht gemeldet haben, wieviel Nazigegner sie ergriffen hatten, sondern die Meldung sollte lauten, dass es keinerlei regimefeindliche Aktionen mehr gegeben habe. Wie organisierte sich diese unmittelbare Gegenkraft, mit der es die Antifaschisten zutun bekamen? In Deutschland gab es 1933 keine Reichspolizei. Die Polizei war eine Sache der Länder, der Länderhoheit. Jedoch sicherte das Reichsinnenministerium eine gewisse Koordination und in Preußen war eine besondere politische Polizeiabteilung etabliert, welche über die Landesgrenzen hinweg für den Austausch von Informationen und Erfahrungen sorgte. Eine der sofort ergriffenen Maßnahmen bestand darin, die Polizeien der Länder zusammenzuführen, sie zu „verreichlichen“, wie der bürokratische Ausdruck lautete. Dabei richtete sich das vorrangige Interesse auf die politische Polizei, die 1934 zur reichsweiten Geheimen Staatspolizei formiert wurde. Das weitere geschah über mehrere Schritte. Anfang 1936 war der Prozess abgeschlossen. Himmler, der Reichsführer der SS – so bis dahin seine offizielle Bezeichnung – wurde nun auch Chef der Deutschen Polizei und erhielt gleichzeitig den Titel eines stellvertretenden Reichsministers des Innern. Das begründete jedoch keine Unterstellung unter den Reichsminister Wilhelm Frick, seinen formalen direkten Vorgesetzten. Praktisch war ein eigenständiges Polizeiministerium geschaffen,

auch wenn es so nicht genannt wurde. (Im Falle der Umbenennung der Reichswehrministeriums in Kriegsministerium walteten keine Bedenken, so dass die Annahme entfällt, es sollten die Dinge nicht bei ihrem Namen genannt werden. Vielmehr dürfte die Rücksichtnahme auf den „alten Kämpfer" Frick bestimmend gewesen sein, einer Optik den Vorzug zu geben, die seine Kompetenzen unbeschädigt ließ.)

Himmlers deutsche Polizei wurde gegliedert in die Sicherheitspolizei (Gestapo und Kriminalpolizei) unter Reinhard Heydrich und in die Ordnungspolizei, die Kurt Daluege befehligte. An der Spitze der Geheimen Staatspolizei stand Heinrich Müller, ein bayerischer Polizeibeamter, der wie andere Münchener, die in Bayern 1933 mit Himmler und Heydrich zusammengearbeitet hatten, in die Reichszentrale nach Berlin geholt worden war. Die Kriminalpolizei, den anderen Zweig der Sicherheitspolizei, leitete Arthur Nebe. Er und Heinrich Müller – in der Literatur kurz als „Gestapo-Müller" bezeichnet – sind die beiden bekanntesten Personen aus der Führungsgruppe um Heydrich und unter den Führungsfiguren des „Dritten Reiches", über deren Ende nichts bekannt geworden ist. Kürzlich wurde in Hamburg eine Dissertation verteidigt, die Müllers Spuren folgt und die inzwischen im Druck erschien. Damit vervollständigt sich die biographische Literatur über die höchstgestellten SS-Bürokraten im Terrorapparat. Soeben wurde eine weitere über Alfred Six publiziert, der ebenfalls im Berliner Reichssicherheitshauptamt arbeitete und zudem Gründer und Chef der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität war. Neben dem Apparat Müllers existierte der sogenannte Sicherheitsdienst, SD, weiter, der ursprünglich Überwachungsdienste innerhalb der SS verrichtete, inzwischen aber eine besondere Rolle bei der Aufklärung der „Gegnerarbeit" gewonnen hatte. Während die Gestapo für die Ermittlung und Verfolgung der konkreten Personen und Gruppen des Widerstands zuständig war, also wenn jemand ergriffen war oder wenn es Anzeichen für die Illegalität gab, befassten sich die SD-Leute gleichsam im Vorfeld mit den Methoden der antifaschistischen Arbeit, sozusagen mit den Grundsatzfragen. Sie saßen beispielsweise bei Vernehmungen ergriffener Nazigegner, um daraus Aufschlüsse nicht in erster Linie über die einzelne Tat, sondern über deren generelle Vorgehensweise zu gewinnen. Sie erarbeiteten die Expertisen, an denen sich die Gestapoleute im gesamten Reichsgebiet orientieren konnten. Auf dem Wege zum Kriege wurden diese Kräfte, Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst, an beiden Spitzen stand Heydrich, dann im Reichssicherheitshauptamt zusammengefasst, das seinen Sitz im Zentrum Berlins – Haupteingang Wilhelmstraße – hatte. Als Heydrich an den Folgen des auf ihn gerichteten Attentats in Prag starb, wurde Ernst Kaltenbrunner 1943 sein Nachfolger.

Heute existiert über diesen Teil des faschistischen Machtapparats eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur, zu der – wie erwähnt – ständig weitere Werke aus der Feder von Historikern vieler Länder hinzukommen. Dabei haben sich zeitweilig auch Modeströmungen entwickelt. Die aktuelle ist neben der Arbeit an Biographien die Hinwendung zum Thema „Denunziation", über das detaillierte Untersuchungen bereits vorliegen. Wie meist bei derartigen Neuerungen, fällt es manchen Autoren schwer, ihre Forschungsresultate ins schon vorliegende Ganze einzuordnen. Überbewertungen sind unausbleiblich. So erschien Forschern (sie gingen Fragen nach wie beispielsweise: Mit welchem Anteil waren Frauen an der Denunziation beteiligt, mit welchem Anteil Männer? Waren die Denunzianten Nachbarn, Familienangehörigen, Betriebskollegen, NS-Funktionäre? Von welchen Motiven wurden die Zuträger geleitet – von Neid, Missgunst, Hass, geboren etwa aus einer Ehekrise?) die Denunziationsbereitschaft von Massen gar als das eigentliche Fundament des ganzen Systems. Diese Sicht mündet in traditionsreiche Versuche, irgendwelche Bösewichte mit ihren schlechten Eigenschaften zu den eigentlichen Trägern und den Verantwortlichen für die faschistische Diktatur zu machen. Von Interessen, von Klassen, Gruppen und Schichten braucht dann nicht mehr die Rede zu sein.

Damit ist über die Erforschung der Helfershelfer des Polizeiapparats, einer Erscheinung, ohne die Polizei zu keiner Zeit auskam, keineswegs der Stab gebrochen. Doch gewann dieser Apparat seine hohe eigenständige Effektivität fraglos in erheblichem Maße daraus, dass an seiner Spitze intelligente und agile Leute, zu einem erheblichen Teil Juristen konzentriert waren, die ihre Karrieren machten. Später dienten ihnen ihre in Deutschland gesammelten Erfahrungen häufig in den besetzten Ländern Europas. Diese Berufsterroristen verfügten, von Hitler ausdrücklich gedeckt, über ein hohes Maß an

Unabhängigkeit auch und gerade gegenüber den Einrichtungen der herkömmlichen, rasch faschisierten Justiz. Sie entschieden eigenmächtig, ob sie ihre Gefangenen an die Gerichte übergaben oder sie direkt und ohne Gerichtsverfahren und -urteil in die Konzentrationslager verschleppten. Später wurde zwischen der Politischen Polizei und der Justiz vereinbart, politische Häftlinge, die ihre Haftzeit abgesessen hatten, wieder an die Gestapo zu übergeben, die sie unverzüglich in einer der Konzentrationslager transportierte.

Damit ist schon erwähnt, dass zum Terrorapparat der faschistischen Diktatur die Justiz gehörte, ermittelnd, anklagend, verurteilend und inhaftierend nach alten und novellierten oder neu beschlossenen Gesetzen, die sich auf die Herstellung von Friedhofsruhe im Reich richteten. Über die Rolle dieser „unheimlichen Juristen“ wurde aus bekannten Gründen, von denen die Kontinuität des Personals vom Naziregime zur Bonner Republik der wichtigste war, zumeist nur Außenseiter forschten. Darüber und auch über das Echo im nach rechtsstaatlichen Grundsätzen regierten Ausland auf die Rolle dieser deutschen Justiz wird noch viel aufzuklären sein. Dazu gehört die Verarbeitung solcher Tatsachen wie das Stattfinden des Internationalen Gefängniskongresses, der 1935 in Deutschland tagte und dessen Teilnehmer unter anderem dessen „vorbildliche“ Haftstätten besichtigten. Dieser weniger bekannte Skandal übertrifft in der Sache, sicher nicht in der Wirkung, noch den der Olympischen Sommer- und Winterspiele des folgenden Jahres 1936. Da kamen nicht nur und ohne Not Juristen in das Land der Fallbeile und Konzentrationslager. Eine ihrer Delegationen, die der Briten, berücksichtigte sogar, welche ihrer Juristen den deutschen „Rechtsführern“ als unerwünschte Personen galten. Zu diesen gehörten vor allem jene, die 1933 sich pro Dimitroff und pro van der Lubbe ausgesprochen hatten. Die auf dem Kongress Versammelten ließen sich von dem obersten der nazistischen Rechtsführer, Hans Frank, freundlich begrüßen, dem Manne, dessen verbrecherischer Ruhm ihm später den Namen „der Henker Polens“ eintrug. (Und dies war übrigens nicht der Einzige der Internationalen Kongresse, mit denen sich das Regime schmücken konnte; ein anderer vereinigte die Straßenbauer mehrerer Länder.)

Wichtiger als der summarische Überblick über die Terrorapparate erscheint für die Beschäftigung mit der Geschichte des Widerstandskampfes die Kenntnis der Methoden, deren sich die Machthaber bei der Bekämpfung und der Minimierung ihrer Gegner bedienten. Die waren nicht durchweg so starr, rachedurstig und vernichtend, wie häufig angenommen. In der DDR-Literatur konnte kaum etwas über die absichtsvollen Entlassungen aus Konzentrationslagern nachgelesen werden, die selbstredend auch ihre Folgen zeitigten. Mitunter entstand der falsche Eindruck, die Kurve der inhaftierten Häftlinge sei unausgesetzt nach oben verlaufen und in manchen Publikationen wurden die Zahlen des November 1938 wenig kommentiert hervorgehoben, die außerordentlich waren, denn sie erfassten die nach dem Pogrom in die Lager verschleppten Juden.

Ende 1933 gab es beispielsweise, als sich das Regime nach seinem Prestigeverlust infolge des Reichstagsbrand-Prozesses gesittet zu zeigen wünschte, eine „Weihnachtsamnestie“, wodurch eine Anzahl von Inhaftierten aus den Konzentrationslagern freikam. Etwa zur gleichen Zeit wies Göring in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident und Innenminister Preußens an, nicht jeden Sozialdemokraten wegen seiner Vergangenheit zu verfolgen, sondern zu versuchen, frühere Gegner zu integrieren und die Tore der „Volksgemeinschaft“ für diejenigen öffnen, die sich bekehrt zeigten. (In diesem Punkte – die Systeme sind unterschiedlich – gingen die Faschisten klüger vor als jüngst die Regierung Kohl, obwohl das Rachebedürfnis in beiden Fällen wirkte.) In Österreich 1938 wurden Sozialdemokraten, die aus der Wiener Verkehrsgesellschaft vom österreichischen Regime herausgesetzt worden waren, von den neuen faschistischen Machthabern wieder eingestellt. Wer sich anpassen wollte, wer im Sinne der Nazis wiedergutmachen, wer „Volksgenosse“ sein wollte, wurde von einem frühen Zeitpunkt an aufgenommen.

Es gab bis in das Jahr 1939 Entlassungen aus Konzentrationslagern, darunter auch von Antifaschisten, aber vor allem von Menschen, die außer jedem Verdacht standen, sich noch einmal gegen das Regime äußern zu wollen, die nicht infolge schwerwiegender regimefeindlicher Taten inhaftiert worden waren. Was die Forschung bisher kaum untersucht hat, aber ein zeitweilig wirksames Element der Disziplinierung war, das bestand in der Praxis, Leute zu verhaften und sie in den örtlichen Gestapo-

Gefängnissen zwei, drei Tage gleichsam „schmoren“ zu lassen, ihnen die Vorhölle zu zeigen. Jeder der so Behandelten wusste, welches die nächste Station sein konnte. So wurden, um mit dem Galilei in Brechts Stück zu reden – den Widerspenstigen die „Werkzeuge“ gezeigt. Das erzeugte Furcht und Schrecken genug und entsprechende Verhaltensweisen. Denn die Existenz der Konzentrationslager war seit 1933 nichts weniger denn ein Geheimnis. Weisenborn überlieferte, dass in München ältere Kinder ihre jüngeren Geschwister auf der Straße mit der Drohung disziplinierten, wenn Du nicht folgst, kommst Du nach Dachau. Wer illegal sich gegen das Regime wandte, der wusste, dass er es unter der Drohung dieser Lager oder auch des Fallbeils tat. Nach 1945 ist dieser Situation u. a. dadurch Rechnung getragen worden, dass die durchgängige Anerkennung der Mitgliedschaft in der kommunistischen oder sozialdemokratischen Partei nicht davon abhängig gemacht wurde, ob jemand am Widerstandskampf teilgenommen hat. Damit war ohne Kommentar eingestanden, dass nicht von jedem früheren Mitglied der KPD oder der SPD oder einer anderen Arbeiterpartei verlangt werden konnte, dass er sich der tödlichen Gefahr aussetzte.

V.

Die Parole Sowjetdeutschland fiel auf Seiten der Kommunisten definitiv 1935. Schon die Zielsetzung der Bezirksorganisation der KPD für den Kampf gegen den Anschluss des Saargebiets an Nazideutschland kündete diese Änderung sichtbar an. 1935 aber wurde die Frage gestellt, was soll auf die Herrschaft der Nazis folgen, welcher Staat, welche Gesellschaft, wenn nicht die sozialistische? Die Auseinandersetzung darüber wurde in Darstellungen der DDR-Historiographie auch zu „glatt“ formuliert. Es entstand der Eindruck, dass damals ein antifaschistisches Bündnis propagiert wurde, das bis in die Reihen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie reichen solle. Doch in einer damals schon nachlesbaren Rede von Wilhelm Pieck, die er 1939 auf der Parteikonferenz der KPD nahe Paris hielt [Berner Konferenz], verwahrte er sich ausdrücklich gegen den Verdacht, es würden auch diese Mittel- und Großbürger in die antifaschistische Volksfront aufgenommen werden. Ähnlich ungenau und begradigend wurde die allgemeinere Frage behandelt, wie fest eigentlich die neu gewonnenen Erkenntnisse saßen. Die Entscheidungen, die 1939 an der Spitze der Kommunistischen Internationale getroffen wurden, stellten in vieler Hinsicht einen glatten Widerruf der Positionen von 1935 dar.

Nichtsdestoweniger: Festgehalten wurde an der Bestimmung, Nachkriegsdeutschland würde nicht Sowjetdeutschland sein. Mit dieser Aussage verband sich natürlich ein Problem: Die Kommunisten hatten ja nicht abgeschworen, dass sie auf eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus hinauswollten. Also waren sie vor sich selbst und gegenüber ihren gedachten Partnern verpflichtet, auch die Frage zu beantworten, wie sie sich das weitere Verhältnis zueinander vorstellten. Tatsächlich haben sie sich, dann in der SED, nie darauf festgelegt, dass der Übergang von der – nach ihren Vorstellungen – ersten Stufe in die zweite, die sozialistische Gesellschaft von der demokratischen Entscheidung der Massen abhängig gemacht werden würde. Schon auf dem Wege der gedanklichen Wende in den dreißiger Jahren liegen offenkundig Defizite, fehlte eine Auseinandersetzung mit dem Weg Sowjetrussland, der Sowjetunion, der kanonisiert blieb und immer mehr kanonisiert wurde bis hin zur dogmatisierten „Pionierrolle der UdSSR“.

Nichtsdestoweniger besaß das Konzept der antifaschistisch-demokratischen Republik, das in den Jahren 1935/36 bis 1938 ausgearbeitet worden war, Anziehungskraft und Tragfähigkeit. Dagegen konnte, seine Defizite geschickt ausnutzend, eigentlich und adressiert an die Adresse von nichtkommunistischen Antifaschisten nur eingewendet werden: Ihr werdet alle von den Kommunisten nur gebraucht, ihr werdet ausgepresst wie eine Zitrone, und der Schalenrest wird dann weggeworfen werden; ihr werdet alle für die Kommunisten nur Instrumente auf ihrem Wege zur Macht sein. Diese Version kann im Augenblick wohlfeil nachgelesen werden, zuletzt in dem soeben erschienen Buch über die Geschichte der jüdischen Gemeinden, dessen Autorin das Verhältnis der Mitglieder und Funktionäre und Politiker der SED zu den Juden in der DDR als ausschließlich von Machtgelüsten bestimmt glaubt.

Die Frage nach dem Verhältnis der Kommunisten zu ihren gesuchten und gefundenen oder auch den sich ihnen verweigernden antifaschistischen Partnern konnte vor dem Maitag 1945 stärker und

öffentlich nur im Exil diskutiert werden. Aus jener Zeit existiert eine reiche und lange nicht zur Kenntnis genommene Literatur. Damals schon wurde von Seiten der Sozialdemokraten, zum Beispiel in Großbritannien, die Distanzierung von den Volksfront-Bestrebungen damit begründet: Letzten Endes wollen die Kommunisten doch Sowjetdeutschland. Und da dagegen nie eine schlüssige Argumentation entwickelt worden ist, hatte diese Anklage auch Zugkraft. Und was konnten die Erfahrungen der russischen Sozialdemokraten aus der Zeit der Oktoberrevolution anders sein als eine Warnung an alle ihre Gesinnungsgenossen wo auch immer? Wer glaubhaft sein wollte, musste sich davon distanzieren. Das wäre am wenigsten von der Spitze der KPD im Moskauer Exil zu leisten gewesen. Und sollten sich die Kommunisten in Großbritannien, in den USA oder in Mexiko von denen in Moskau distanzieren, die in der UdSSR Stalins lebten. Es wird erst, in DDR-Zeit lag das außerhalb aller Möglichkeiten, noch untersucht werden müssen, ob und wo es überhaupt Überlegungen gab, die sich mit dem Bewusstsein verbanden, wie hoch die Barriere war, die aus der Geschichte der UdSSR in alle nichtkommunistischen Erörterungen über Nachkriegsdeutschland hineinragte. Die hauptsächlichen Hindernisse, die einer Verwirklichung des Volksfrontgedankens im Wege standen, rührten nicht nur aus den mörderischen Ereignissen her, die die Geschichte der UdSSR vor allem zwischen 1936 und 1938 kennzeichnen. Ob deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten zusammengehen oder sich auch nur annähern könnten, setzte mithin nicht nur ein glaubhaft kritisches Verhältnis zur Geschichte der KPD aus den Jahren vor 1933 voraus. Doch da erhob sich eine nie aufgehobene Grenze, denn es musste die Führungsmacht UdSSR und die KPdSU mit ihrer Geschichte buchstäblich zu Gericht sitzen.

VI.

Ein sicher viel zu kurzes Wort zu dem weiten Thema: Die christlichen Kirchen und der deutsche Faschismus. In der DDR wurde eine ganze Anzahl von Publikationen herausgegeben, die sich mit Christen im Widerstand befasste, mit Laien und Pastoren, Priestern und Mönchen, die Gegner des Faschismus waren und dem Regime in unwandelbarer Feindschaft gegenüberstanden. Manche von ihnen standen in Verbindung mit Kommunisten, andere gewannen zu ihnen ein neues Verhältnis. Und umgekehrt? Wie konnten frühere Angehöriger des Freidenkerverbandes, Atheisten zu Gläubigen ein neues Verhältnis gewinnen? Auf der besonderen ZK-Sitzung, auf der die achtbändige Geschichte der Arbeiterbewegung „verabschiedet“ wurde, schilderte Karl Mewes die Probleme, welche Kommunisten mit der Forderung des Jahres 1935 hatten, eine ganz breite Front zu schaffen und in sie auch Christen einzubeziehen. Damit waren viele einfach überfordert, die nie in ihrem Leben mit einem Pfarrer oder einem aktiven Laien diskutiert hatten und deren Gedankenwelt auch nicht entfernt kannten. Leute, die eine 8-Klassen-Schule, danach im besten Falle eine Berufsschule besucht hatten standen vor einer nur schwer vorstellbaren intellektuellen Herausforderung, vor einem ungeheuren Anspruch. Sie sollten mit Menschen in politischen Kontakt treten, die aus bürgerlichem Hause kamen und zwischen Büchern groß geworden waren, an Universitäten studiert hatten. Dennoch wurde die Aufgabe gelöst, zu einem kleineren Teil vor, zu einem größeren erst nach dem Mai 1945. Leider sind diese Erfahrungen nicht bewahrt worden. Wie konnte in der DDR das Zueinander funktionieren, wenn die christlich erzogenen Kinder und Jugendlichen obligatorisch mit dem marxistisch-atheistisches Denken bekannt gemacht wurden, die nicht christlich erzogenen Altersgenossen aber nicht die geringste Ahnung davon hatten, was eine Religion ist und Menschen bedeuten kann. Die Geschichte der Religionen, von Kirchen und von Synagogen kam im Schulunterricht nicht vor und das hatte zur Folge, dass auch immer mehr Lehrer unfähig waren, außerhalb der Lehrpläne Fragen zu stellen und zu beantworten. An dieser Ignoranz gegenüber einem Erbe waren auch die Universitäten schuld, die für Lehrer keine Vorlesungen und Seminare zur Kirchen- und Religionsgeschichte anboten.

Was aber die Evangelische und die Katholische (Amts-)Kirche anlangt, so hat weder die eine noch die andere gegen das Naziregime im Widerstand sich befunden. Maßgebliche Kirchenführer und -gremien leisteten früh dem Regime Zutreiberdienste. Einzelne und auch ganze Gruppen mögen sich wie andere im Hinblick auf dessen Charakter geirrt haben, aber aufs Ganze gesehen war das Verhältnis nicht von Fehlurteilen, sondern ideologisch und von Interessen bestimmt. In der evangelischen Kirche bildeten sich gegen den Hauptstrom die Bekennenden Kirche heraus, deren Anhänger selbst keine

übereinstimmende Position bezogen. Die eine Gruppe beschränkte sich weitgehend auf die Verteidigung der Rechte der Kirche, wie es auch die katholischen Bischöfe taten, die hauptsächlich die ihrer Kirche zugestandenen Möglichkeiten des Wirkens einklagten, wie sie im Reichskonkordat von 1933 festgeschrieben worden waren. Die andere erhob prinzipielle Einwände gegen die antihumanen Verhältnisse. Sie war viel kleiner, aber in ihrer Auffassung vom tätigen Christentum konsequenter, das ihre Parteigänger leben wollten. Dies führte zu ganz anderen Konfliktsituationen auch mit dem Terrorapparat des Regimes, in dem es besondere Abteilungen und Referate zur Beobachtung der Kirchen und Religionsgemeinschaften gab.

Viel diskutiert wurde, wenn auch kaum in schriftlichen Formen, bereits in DDR-Zeit das Thema „Juden und Widerstand“. Es war und ist belastet von politischen und anderen Interessen, und das dürfte sich in naher Zukunft auch nicht ändern. Die Frage kann ernsthaft nicht erörtert werden, wenn nicht berücksichtigt wird, dass die deutschen Juden im Weimarer Staat keine eigenen und besonderen politischen Organisationen und keinerlei Tradition eines Widerstandes gegen den aufkommenden Faschismus besaßen. Die jüdischen Verbände und Vereinigungen hatten in der Republik versucht, durch die Gravamina, die sie den republikanischen Regierungen vortrugen, diese zum Einschreiten gegen den um sich greifenden Antisemitismus und die judenfeindlichen Aktionen zu mobilisieren und derart die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen. Auf den 30. Januar 1933 waren diese Zusammenschlüsse in keiner Weise vorbereitet, und es fiel ihren Funktionären schwer, sich auf die veränderte Situation einzustellen. Für den illegalen Kampf existierten keinerlei Voraussetzungen, er lag ganz außerhalb des Denkens und stand im Gegensatz zu den Jahrhunderte alten Erfahrungen, welche die Juden mit ihren Peinigern gemacht hatten. Entsprechend zurückhaltend und abwartend reagierte der Central-Verein [CV] deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der – bei einer 1933 gezählten halben Million Juden in Deutschland – etwa 60.000 Mitglieder umfasste und die größte jüdische Organisation bildete. Also ist das eine beträchtliche Zahl. In der Weimarer Republik hatten er und andere Zusammenschlüsse der jüdischen Deutschen Zeitungen und Verlage besessen, waren der Judenfeindschaft durch Aufklärung, durch Ausstellungen entgegengetreten. Petitionen waren an Reichspräsident Hindenburg und die Regierungen gerichtet worden, sie möchten gegen die Schändung von Friedhöfen und Synagogen einschreiten. Manche Juden meinten, sie könnten den Antisemitismus zurückzudrängen, wenn mehr Juden sich in der Gesellschaft anders orientierten und Handwerker oder Bauern würden. Das zeugte nicht eben von viel Einsicht in das Funktionieren der Antisemitismus und die Arbeitsmethoden seiner Vorkämpfer.

Neben dem CV spielte die Zionistische Vereinigung für Deutschland bis 1933 eine Nebenrolle. Sie erfasste eine unbedeutende Minderheit, die an sich selbst nicht einmal die Grundforderungen der Zionisten stellte und die bestand in der Zielvorgabe: Leben in Palästina. Die deutschen Zionisten sollten im Lande der Väter an den heiligen Stätten gewesen sein und gebetet haben und regelmäßig Geld spenden für Landkauf in Palästina. Diese Organisation orientierte sich nach dem Januar 1933 sofort auf die neuen Bedingungen faschistischer Herrschaft um und propagierte nun die Auswanderung der Juden in ihr heiliges Land. Da die Nazis auch wünschten, dass die Juden aus dem Reich „verschwänden“, ergab sich eine Kooperation, die den Namen Kollaboration nicht verdient.

Einflussreicher als die Zionisten war unter den Juden in Deutschland der Reichsverband jüdischer Frontkämpfer (RjF), eine Organisation, zu deren Gründung es nur deshalb gekommen war, weil der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten antisemitisch eingestellt war und jene, mit denen seine Mitglieder einst im kaiserlichen Heer und in der Marine gemeinsam gekämpft hatten, aus seinen Reihen ausschloss. In diesem Reichsverband jüdischer Frontkämpfer wurden 1933 wohl die meisten Illusionen über das Kommende gehegt: Man werde doch die Verdienste der jüdischen Offiziere und Soldaten „um Deutschland“ [nicht] ignorieren können und wenn es wieder zum Kriege käme, würde jedes Regime die Juden wieder brauchen. Diese Denkweise ermöglichte einen besonderen Grad von Anpassungsbereitschaft, die jedoch mit ihrer Zurückweisung mehr und mehr verkümmerte. Als die Juden dann durch das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht vom März 1935 für wehrunwürdig erklärt wurden, waren die Illusionen verflogen. Schließlich und nur der Vollständigkeit halber ist von den jüdischen Organisationen in Deutschland der Verband Nationaldeutscher Juden, der ideologisch und

politisch eine deutliche Verwandtschaft zu reaktionären, autoritären Projekten aufwies und sich dem faschistischen System als Organisation eingegliedert haben würde, hätten deren Führer das nur akzeptiert. Dieser einflussschwache Nationalverband, der für strikteste Assimilation eintrat, verfiel als erste aller jüdischen Organisationen dem Verbot, wollten die Nazis doch alle Juden vertreiben und folglich widerstrebten ihnen diese Anbiederungsversuche am meisten.

Wer also von jüdischem Widerstand spricht, muss von diesen Gemeinschaften wissen, denn mit dem Blick auf sie erledigen sich eine Reihe von Fragen von selbst. Im deutschen Judentum entwickelten sich nach 1933 vielfältige Methoden des Widerstehens und sie prägten sich mit der immer schärferen Verfolgung aus. Es wurden praktische Antworten auf die jeweilige Situation gesucht: Wie kommen wir durch die Jahre, die noch nicht gezählt sind? Bis zu welchem Grad muss man sich diese veränderte deutsche Gesellschaft anpassen, die man aus eigener Kraft nicht stürzen kann. Zudem war es für Juden, wenn sie sich nicht bereits in der Republik Arbeiterorganisationen angeschlossen hatten, nun besonders schwer, zu ihnen Kontakt zu gewinnen. Wer Kommunist und Jude war, wurde doppelt überwacht, war in einer illegalen Organisation selbst besonders gefährdet und konnte so auch seine Genossen in zusätzliche Gefahr bringen. Wenn ein Jude als politischer Gegner ergriffen und in ein Konzentrationslager verschleppt wurde, fand er sich dort auf der untersten Stufe des Elendsdaseins wieder. Er wurde am schlimmsten schikaniert, am ehesten geschlagen, er galt den „Ariern“ nicht als besserungsfähig. Die Haltung der Juden zum Widerstand ist, berücksichtigt man ihre Voraussetzungen und Bedingungen, erklärungs-, aber nicht kritikwürdig.

Lassen Sie mich hier mit dem Blick auf die Uhr abbrechen. Eine Doppelstunde zur Fortsetzung des Themas steht in der nächsten Woche ja noch vor uns.

Zu Fragen der Teilnehmenden

Über die Geschichte der Juden in den Jahren von 1933 bis 1941 lässt sich mit den wenigen Überlebenden und ebenso mit Nachgeborenen kritisch diskutieren, nicht mit jedem und jeder, aber doch mit den meisten. Auf diesem Gebiet haben wir demnach unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Wie mit anderen Diskussionspartnern auch ergeben sich oft Meinungsverschiedenheiten darüber, was als Widerstand zu bewerten ist. Da schwingt dann doch immer auch mit, dass in DDR-Zeit, wenn auch nicht durchgängig, deutliche Tendenzen vorherrschten, den Begriff „Widerstand“ für bestimmte Gruppen und Handlungen zu monopolisieren. Seine konsequenteste Form bestand gewiss vor dem 30. Januar 1933 darin, sich dem Machtstreben der Faschisten wehrhaft zu widersetzen und ihren Weg in die Berliner Wilhelmstraße zu blockieren. Nach dem verhängnisvollen Tag 1933 konnte das Generalziel nur darin bestehen, die faschistische Herrschaft zu stürzen.

Die Juden waren, wie erwähnt, in einer anderen Situation, die durch Denkweisen, Traditionen, Organisationen charakterisiert ist. Sie befanden sich im „Dritten Reich“ von den ersten Wochen an gleichsam auf ganz ungedecktem Felde, sie waren bekannt, registriert, statistisch erfasst. Dieses System vervollständigten die neuen Machthaber bis zur Perfektion. Adolf Eichmann, als er nach Berlin sich versetzen ließ, wurde anfänglich damit beschäftigt, die Judenkartei zu ergänzen. In dieser Lage, in Gruppen zersplittert, nicht frei von Illusionen, orientierten sich die meisten von ihnen auf das Wider- und Überstehen, nicht auf die Teilnahme am illegalen Widerstand. Sie waren selbstverständlich daran desinteressiert, dass sich dieses Regime festigte und Dauerhaftigkeit gewann, aber sie besaßen keine Möglichkeiten, es ernstlich zu schwächen.

Die Barriere, die es gegen diese Unterscheidung von Widerstand und Widerstehen gibt, rührt zu einem Teil aus einem Missverständnis her. Es wird gemeint, Widerstand hätte mehr Anstrengungen erfordert als Widerstehen, eine gefestigtere Haltung, einen höher zu bewertenden mehr Charakter und dergl. Wer weiß, was von Juden unternommen und geleistet worden ist, um die Pläne der Machthaber nicht zu voller Wirkung gelangen zu lassen, kann auf viele Aktivitäten der Verbandsfunktionäre und Aktivisten nur ein hohes Lied singen, auf diejenigen, die als Lehrer an den jüdischen Schulen unterrichteten, auf alle, die sich um die Kinder und die Jugendlichen sorgten, die ihnen Lebenswillen gaben und ihnen das Dasein erleichterten. Ähnliches gilt für Betreuung der Alten und der Kranken, die keinen Gedanken auf die Flucht mehr richten konnten. All das verlangt großem Respekt vor beispiel-

hafter Zivilcourage und humanitärem Einsatz. Es geht bei der begrifflichen Erfassung und Differenzierung also um politische und nicht um moralische Bewertungen, um die Kennzeichnung unterschiedlicher Inhalte und Ziele von denkwürdigen Bestrebungen. (Damit ist auch die Frage nach Überleben und Widerstand in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern berührt.)

Die Veröffentlichungen in der DDR-Zeit, meine eigenen eingeschlossen, nahmen hauptsächlich die Schritte der Verfolger ins Visier. Die Geschichte des Widerstehens der Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1939 blieb demgegenüber vernachlässigt, was Folgen im allgemeinen Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung zeitigte. Das wirkte umso nachteiliger, weil – worauf unter anderen Moishe Zimmermann, Historiker in Israel, 1980 in einer kleinen Arbeitstagung während des Internationalen Historiker-Kongress in Stuttgart hinwies – die deutschen Juden, der Rest der von ihnen geblieben und in alle Welt verstreut wurde, ihre Geschichte nicht schreiben können. Das erlegt den Nichtjuden eine Verpflichtung auf.

Das Plädoyer für die Differenzierung wäre falsch verstanden, würde verabsolutiert. Die Geschichtsschreibung bleibt ebenso auf Verallgemeinerungen orientiert und, die Gefahr ist akut, sollte sich nicht im Einzelnen verlieren. Das würde ihren Wert katastrophal herabsetzen. Die Erforschung der Geschichte ist daher auch ständig mit der Arbeit an ihrer Begrifflichkeit verbunden und gegenwärtig in den Auseinandersetzungen in Deutschland auch mit der Verteidigung von Begriffen, die gesellschaftliche und politische und andere Zustände und Prozesse treffend charakterisieren. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, den Begriff „Antifaschismus“ preiszugeben, wenn bei seiner Verwendung auch bedacht wird, dass er – mit Verlaub – eine Art Eintopf ist. Verallgemeinerung und Unterscheidung bilden Aufgaben der Wissenschaft, und es steht im Widerspruch zu aller Wissenschaftstradition, wenn neuerdings erklärt wird, das Größte und Einzig-Wahre sei die Arbeit an Differenzierungen und Verallgemeinerungen in das Reich der von Fälschungen aussortiert werden.

Die Geschichte der Widerstandsforschung durchlief in der DDR verschiedene Phasen. Ihr kommt das Verdienst zu, den Arbeiterwiderstand und den der „kleinen Leute“ überhaupt ins Blickfeld gesetzt zu haben. Während er stattfand, besaß die Mehrheit der den Machthabern folgenden Deutschen von ihm nicht die Spur einer Ahnung. Nach 1945 wurde er im Westen Deutschlands, von Ausnahmen abgesehen, missachtet oder ignoriert. Aber auch in dem früh erschienenen und verdienstvollen Dokumentenband des Schweizer Historikers Hofers fehlt jedes Dokument zum Arbeiterwiderstand und zur Rolle der Arbeiterparteien. Erwähnt wird einzig der konservative und christliche Widerstand. Es existierte in der Erforschung des Widerstands auf beiden Seiten eine Frontstellung und alle Bewertung wird falsch oder schief, wenn sie außerhalb der Betrachtung bleibt.

Doch mehr und mehr vereinseitigte sich der Blick der DDR-Forschung auf die Kommunisten und diejenigen, die als ihre Gefolgsleute gewertet wurden. In diesem Zusammenhang spielte das Forschungs- und Kontrollmonopol des Instituts für Marxismus-Leninismus eine verschärfende Rolle. In der DDR kam es nicht zu Gründung einer Einrichtung, wie sie in Wien in Gestalt Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandskampfes geschaffen wurde, woran Kommunisten, Sozialisten, Christen, Konservative beteiligt waren und geblieben sind. Das hat zeitweilig eine Art Koalitionsgeschichtsschreibung begünstigt, doch überwogen die Vorteile die Nachteile bei weitem – verglichen mit der Kommandowirtschaft, die in der DDR auf diesem Felde der Historiographie wohl die schlimmsten Blüten zeitigte. Das hat der Wissenschaft ungemein geschadet und notwendige Diskussionen behindert. So wurden auch erinnernswerte Seiten des antifaschistischen Kampfes der Vergessenheit anheimgegeben, wie beispielsweise solche aus der Geschichte der verteufelten Kommunistische Partei Deutschlands Opposition (KPDO) und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), in deren Reihe vielfach treffendere Urteile und Vorschläge gemacht wurden als in den beiden großen Arbeiterparteien, in denen auch Verständigungen leichter erreicht werden konnten.

Über die „Eigengesetzlichkeiten“ von politischen Großgruppen, wie sie die KPD darstellte, über die Rolle von Führern, Apparaten und Mitgliedern ist unter soziologischen Gesichtspunkten in der DDR nie geforscht worden. Die Partei wurde als Monolith dargestellt, abzüglich gelegentlicher „Abweichungen“ und „Fraktionen“, die nach dem Urteil der amtlichen Geschichtsschreibung auch

nicht in einem Detail ein Recht auf Wahrheit oder bessere Einsicht beanspruchen konnten. Über die Eigenheiten dieser Großgruppen, der Kommunisten mit 6 Millionen Wählern, wurde auch in anderer Hinsicht wenig nachgedacht, so beispielsweise über ihre Schwierigkeiten, sich in veränderten Situationen neu zu orientieren. Ausgeklammert wurde, welche Rolle die einzelnen Gruppen in der KPD spielten und einnehmen konnten, die Künstler und Schriftsteller, die Intellektuellen insgesamt. Das erschien offenkundig als ein besonders heikles Thema. Ähnliches trifft auch auf die Last der Tradition und die Folgen zu, die sich aus der Tatsache ergaben, dass die KPD doch aus einer Strömung und Abspaltung der Vorkriegssozialdemokratie hervorgegangen war und bis zum Ende der Weimarer Republik die einflussschwächere der beiden Rivalen blieb. Die „Alten“ hatten sich von der Sozialdemokratie getrennt und hätten spätestens 1930 angesichts des drohenden Faschismus ein neues Verhältnis zu ihr gewinnen müssen.

Nun noch einmal zu der Entwicklung der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten. Der sowjetrussische Weg seit 1917/1918 wurde, wie erwähnt, abgelehnt, ja verdammt, Weg und Ziel wurden anders bestimmt. Zwischen beiden Standpunkten gab es keinen Kompromiss. Diejenigen Sozialdemokraten, die dennoch mit den Kommunisten in irgendeiner Weise zusammen gehen wollten, wurden aus der Partei hinausgedrängt. Die Forschung wird noch aufzuklären haben und es ist ungewiss, wie weit sie damit kommen wird, wie die Erfahrungen der Jahre 1936/1938 mit den sogenannten Schauprozessen, den Massenverhaftungen, dem System der Verschleppung in den Gulag in den antifaschistischen Widerstandskampf und die Beziehungen ihrer verschiedenen Teilnehmer hineinwirkten. Diese Wirkung war nicht zu allen Zeiten gleich stark und sie schwächte sich während des Krieges seit 1941 ab. Seitdem faszinierten ein Staat und seine Bevölkerung, die kämpften und die Hauptlast des Krieges trugen. Bedeutete das eine Wende auch in der sowjetischen Innenpolitik? Es war nicht ganz unbekannt, dass Gefangene aus Lagern entlassen wurden und als hohe Offiziere wieder Verwendung fanden. War das nur Episode und würde der Terror nach dem Kriege zurückkehren?

Das waren offene Fragen. Daher wäre die These von dem „doppelten Kampf“ erst weiter zu erforschen. Es würde weiter zu fragen sein: Welche Rolle haben in den Stellungnahmen von Kommunisten im Moskauer Exil solche Erwartungen auf eine sich wandelnde UdSSR gespielt? Welche Rolle, welche Überlegung, hat es sie überhaupt gegeben? Und – wie schon berührt – ob Kommunisten, wenn sie im Exil in Mexiko oder in Großbritannien eine Erklärung beschlossen und druckten, nicht mit bedachten, was dies für ihre Genossen in Moskau bedeuten könne. Angesichts der kommunistischen Parteidisziplin erscheinen diese Überlegungen nichts weniger als abwegig. Lässt sich vergessen, dass Stalin die polnische Partei liquidieren ließ und massenhaft deren Funktionäre? Welche Garantien gab es eigentlich dagegen, dass Argumente und gerade im Kriege nicht auch hätten gefunden werden können, die das gleiche Vorgehen gegen die deutsche kommunistische Partei gerechtfertigt haben würden? Die Möglichkeiten, Anklagen gegen sie zu fabrizieren, um die Stalin und seine Helfer nie verlegen waren, lagen zutage. Das ist ein Plädoyer für die Überlegung, die nach einer geschichtswissenschaftlichen Arbeit zweckmäßig anzustellen ist: Könnte es nicht ganz anders sein? Gewiss scheint zu sein, dass das Kämpfen und das Sterben der sowjetischen Armeen im Kampf gegen Hitler vieles Vergangene zunächst zudeckte und Hoffnungen aufkeimen ließ.

Sicher ist auch, dass der Terror in der Sowjetunion immer als ein Hauptargument zur Verteidigung des Antikommunismus in anderen Strömungen der Arbeiterbewegung diente. Doch kann auch nicht übersehen werden, dass die rechten Sozialdemokraten – und sie stellen in der SPD seit 1914 die Führung – in keiner Situation sich auch nur bereitfanden, die Prüfung darauf zu machen, ob sich die Kommunisten als Demokraten verhielten. Es galt axiomatisch: Mit denen nicht, unter keinen Umständen. Helmut Kohl schrieb in seiner Dissertation, die sich mit der Wiedergründung der Parteien im Gebiet der Rheinpfalz nach dem Jahre 1945 befasste und weitgehend faktologisch ist, dass Sozialdemokraten, die damals an einer kommunistischen Konferenz teilgenommen hatten, aus der Partei gefeuert wurden. Ob das, was da beredet worden war, akzeptabel war oder nicht, erzeugte kein Interesse.

Der Umstand, dass die geschichtliche Erforschung der kommunistischen Bewegung jetzt ohne ideologische Vorgaben erfolgen kann, erledigt nicht die ebenso kritische „Aufarbeitung“ der anderen, der sozialdemokratischen Seite. Doch wirken die gegenwärtigen Frontstellungen und nicht nur die ver-

gangenen nach wie vor hindernd. Immerhin, wenn auch vereinzelt, fragen auch sozialdemokratisch orientierte Historiker, ob Vorschläge der Kommunisten, an denen es in der Geschichte der Beziehungen der beiden Parteien nicht fehlt, beim Wort zu nehmen und wenigstens auf ihre Ernsthaftigkeit hin zu prüfen waren. Umgekehrt gilt das genauso, etwa für das sozialdemokratische Angebot von 1933, Kritik und Polemik gegeneinander für eine gewisse Zeit im Interesse des Kampfes gegen die Faschisten ruhen lassen. Wer diesen Fragen nachgeht, wird auf Bewusstseinslagen, auf Ursachen von Starrheit und auf Impulse für Bewegung [stoßen]. Sie sind schwer zu rekonstruieren, aber ein Nutzen ihrer Befragungen, dass die Erkenntnisse über den kommunistischen wie den sozialdemokratischen „Zeitgeist“ vervollkommnet werden und darüber, wie über den jeweils „Anderen“ gedacht und geurteilt wurde. Das betrifft auch die Frage, wie offen die Beteiligten 1945 für neue Entscheidungen waren. Wie verhielten sich damals, um einen erst viel später in Gebrauch gekommenes Bild zu bemühen, altes und neues Denken?

Soviel kommentierend und ergänzend zu den gestellten Fragen und Ihren Beiträgen.

Unsere Befreiung vom verbrecherischen Mittun

Rede im Ehrenmal in Berlin-Treptow am 8. Mai 1997

Jeder, der an einem Tag wie dem heutigen hierhergekommen ist, hat für diesen Weg wohl seine eigenen guten Gründe. Das gilt für die Zeitgenossen des 8. Mai 1945 ebenso wie für die Nachgeborenen Und dies umso mehr, als die Zeit der staatsamtlichen Rituale und der vorbestimmten Delegationen vorbei ist. Viele könnten von diesen ihren Gründen hier sprechen. Ich rede von den meinen. Es sind vor allem zwei. Der eine reicht bis in die Zeit zurück, von der uns nun 52 Jahre trennen. Der andere hat mit ihr zu tun, rührt aber aus unserer Gegenwart her.

Deutsche und in viele andere Geschichtsbüchern verzeichnen den 8. Mai 1945 als der Tag, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa endete. Endlich war die politische und militärische Führung Deutschlands gezwungen, den Bankrott ihrer Welteroberungspläne einzugestehen. Daran besitzen viele ihr Verdienst. Die Liste ihrer Namen ist länger, als dass sie hier genannt werden könnte. Auf ihr sind verzeichnet Menschen aus unseren polnischen und tschechischen Nachbarländern. Aus ihrer Heimat vertrieben, kämpften sie in Europa, im Norden Afrikas, auf den Meeren gegen die deutsche Wehrmacht. Auf ihr stehen die Namen von Norwegern, die als Seeleute und bei Kommandounternehmen für die Befreiung ihres und anderer Länder eintraten. Einen besonderen Platz beanspruchen die Partisanen Jugoslawiens, die, wie grausam gegen sie operiert wurde, nie zu besiegen waren. Und dann finden sich in endlosen Reihen die Namen der Soldaten, die in den millionenstarken Armeen der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition die Deutschen bekriegten: Franzosen und Briten, Amerikaner, Australier, Inder, Afrikaner. Ein riesiges, alle Vorstellungskraft sprengendes Aufgebot von Menschenmassen und Kriegswerkzeugen war notwendig, um diesen Tag des Sieges über den deutschen Faschismus und seine Verbündeten herbeizuführen. Das geschah auf einem Weg, den der britische Premierminister Winston Churchill 1940 mit drei Worten bezeichnet hatte: Blut, Schweiß und Tränen.

Dass dieser Tag des Sieges das Datum des 8. Mai 1945 und kein späteres trägt, darum haben sich viele verdient gemacht, Menschen, deren Namen weithin bekannt wurden – wie die Marschälle und Generale Shukow und Eisenhower, Montgomery und de Gaulle. Ungleich größer aber ist die Zahl derer, die für alle, die in den Genuss des Friedens kamen, keine Namen, kein Gesicht und keine Biographie haben. Niemand und niemandes Verdienst um diesen historischen Maitag ist herabgesetzt, wenn hier und heute wieder daran erinnert wird, dass das Tempo der Vernichtung der faschistischen Friedensstörer vor allen anderen von den Armeen der Sowjetunion bestimmt wurde. Der Untergang des Staates UdSSR hat an dieser Wahrheit nichts geändert, auch wenn viele sie seit jeher nicht einbekennen und andere viele heute daran nicht erinnert werden wollen in beflissenem neugewonnenem und zeitgerechtem Antikommunismus.

Und das bildet den ersten Grund meines Hierherkommens und Sprechens. Es gibt in Deutschland viele Orte, an denen Erinnerung an diese Tat möglich ist: Grab- und Gedenkstätten, einstige Kriegs- und Zwangsarbeitslager, auch Orte von Schlachten und Plätze, an denen vom Tode bedrohte Menschen in buchstäblich letzter Minute gerettet wurden. Es gibt kaum einen zweiten Ort wie diesen hier, der so viel Platz ließe, sich an die Millionen von Menschen zu erinnern, an die Toten und an die Überlebenden, an die für immer Schweigenden und an die in vieler Völker Zungen Redenden, an alle, die nach Europa den Großen Frieden zurückbrachten. Sie brachten den Deutschen mit der erzwungenen Kapitulation ihrer Führer, mit der Niederlage in einem ruchlosen, verbrecherischen Kriege auch Befreiung. Die Befreiung aus einem politischen System, in dem die Deutschen in ihrer übergroßen Mehrheit zunächst und vor allem Instrumente zur Verwirklichung der schlechtesten Sache gewesen waren, der sie sich in ihrer Geschichte je verschrieben und dienstbar gemacht hatten. Erst Instrumente – dann auch sie massenhaft Opfer.

Stünde in den Daten dieses Jahrhunderts nicht der 8. Mai 1945 als Tag der Zerschlagung des Naziregimes, wäre für mich eine Drohung wahr geworden: Sie hieß Flakhelfer, Volkssturm, Wehrmacht. Sie ist von mir abgewendet worden, nicht durch mein Zutun, nicht durch eine überirdische Gnade, sondern von Menschen, die ihr Leben einsetzten und von denen es viele verloren. Das will ich nicht

vergessen, nicht den vielen aus anderen Völkern und nicht den deutschen Widerstandskämpfern gegen Hitler, den revolutionären nicht und auch nicht den konservativen.

Der zweite meiner Gründe rührt aus dem Heutigen. Es ist das der Tag und der Ort, Widerwillen auszudrücken gegen den im vergangenen Jahr in deutschen Landen von München bis Bremen und von Potsdam bis Frankfurt erneut und verstärkt unternommen Versuch, sich aus der Geschichte der Deutschen davonzuschleichen. Widerwillen also gegen das Geschwätz von Gehorsam und Ehre, von Treue und Tapferkeit und vom unbefleckten Schild der Wehrmacht, gegen das Hervorkramen der Lügen aus dem letzten Wehrmachtsbericht vom 8. Mai 1945, hergestellt im nazistischen Oberkommando von den alsbald als Kriegsverbrechern hingerichteten Feldmarschall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl und gebilligt von dem nicht hingerichteten Karl Dönitz. In unseren Tagen sind neue Bündnisse derer entstanden, die der Gedanke verbindet, das größere Deutschland benötige für seine Politik auch eine „größere Geschichte“. Die ist nur durch Schönen und Verbiegen, nur durch Weglassen und Hinzudichten zu haben. Das geschieht und das ist den Deutschen schon einmal nicht gut bekommen. Schon einmal in den zwei Jahrzehnten nach dem Ersten der beiden Weltkriege wollten Deutsche millionenweise nicht dazu stehen, was sie unter den kaiserlichen Fahnen in Europa angerichtet hatten.

Es ging damals und es geht heute schon gar nicht in erster, zweiter oder dritter Linie um Schuld. Schulden können vererbt werden, Schuld ist nicht vererbbar. Es geht um ein von Verantwortung bestimmtes Nachdenken darüber, was vor der Schwelle eines neuen Jahrhunderts aus deutscher Vergangenheit folgt – gegen Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit, gegen die selbstgefällige Haltung: Wir sind nun quitt, denn wir haben gezahlt. Und wir haben gelernt und jetzt sind die „Anderen“ an der Reihe. Dagegen meinen Widerwillen auszusprechen, das eben ist der zweite Grund meiner Wortmeldung.

Und obendrein: Wir sind nicht quitt. Es gibt ein paar offene Rechnungen, materielle und immaterielle. Daran wurde im vergangenen Jahr mehrfach erinnert. Die es taten, taten recht. Die sich verweigerten, fügten einer alten Schande [eine] neue hinzu. Zu diesen Rechnungen gehört diejenige mit der Aufschrift: Überlebende und Hinterbliebene aus dem Kampf der deutschen Interbrigadisten für die spanische Republik. Eine andere trägt die Aufschrift: Wehrmachtsdeserteure und Opfer der Wehrmachtsjustiz sowie deren Hinterbliebene. Über einer dritten, und sie ist die längste, steht geschrieben: schamlose todbringende und lebenslange Krankheit erzeugende Ausbeutung von zivilen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in staatlichen und privaten Betrieben Deutschlands.

Es ist nicht einzusehen, dass in einem der reichsten Staaten der Welt nicht endlich in allen diesen Fragen reiner Tisch gemacht wird. Und es ist anekelnd zu sehen, dass – wie im Falle der Debatten um die Wehrmachtsdeserteure – eine lange ausstehende Würdigung einer guten Tat zum Schacher zwischen Parlamentariern und Regierenden verkommt.

In schöner deutscher Tradition berufen sich diejenigen, welche die Auseinandersetzung um die kriegerisch-verbrecherische Seite deutsche Vergangenheit wie einen Kuhhandel betreiben, auf das Volk und geben vor, dessen Gefühle schützen zu wollen. Sie möchten, ist zu hören, das deutsche Volk – oder auch wie neuerdings in Berlin die Angehörigen einer Universität – nicht spalten. Jedermanns Gefühlshaushalt solle geschont werden. Gegenüber solchen schielenden Beteuerungen, schielend auf jene, denen das erworbene oder ererbte Eiserne Kreuz und anderes Kriegslametta eine Reliquie ist, sei an einige Vorsätze erinnert, die viele Deutsche in allen Landesteilen bald nach dem 8. Mai 1945 teilten. Da war zum ersten der ganz praktische Vorsatz, sich wieder zu behausen, ein Dach über den Kopf zu bekommen und eine Stube, in der niemand friert oder erfriert. Das war 1945. 1997 gibt es in Deutschland diese Dächer und diese Stuben und eine Million Menschen ohne Obdach und es gab im vergangenen Winter eine Zahl von Kältetoten in diesem hausreichen Lande, nach der nur noch wenige auch nur fragen und es existiert kein Plan, der Geisel der Obdachlosigkeit Herr zu werden. Da war zum zweiten der Vorsatz, allen nach diesen Jahren des Marschierens, Schießens, Eroberns, Mordens, Waffenproduzierens inmitten eines zertrümmerten Landes eine sinnvolle Arbeit zu geben. Das war 1945. 1997 gibt es nach den Zählungen dieser Tage nach wie vor weit mehr als vier Millionen Ar-

beitslose und keinen Plan, der Geisel der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Da war zum dritten der Vorsatz, den aus dem Krieg als dauernd Behinderte zurückkehrenden Männern einen Platz in – und nicht am Rande – der Gesellschaft zu geben. Das war 1945. 1997 gibt es eine sechsstellige und anwachsende Zahl von Behinderten, die arbeiten wollen und keine Arbeitsplätze erhalten, so dass sich die Lasten von Belasteten vermehren. Da war zum dritten der Vorsatz, zunächst gewonnen von wenigen, sich mit den Europäern ringsum, denen so viel Leid zugefügt worden war, zu vertragen, wiedergutzumachen, um Beziehungen der Freundlichkeit und der Mitmenschlichkeit bemüht zu sein. Das war 1945. 1997 leben unter uns Menschen aus europäischen und außereuropäischen Staaten in Unruhe und Angst, werden benachteiligt, ausgewiesen, belästigt, geschlagen, mörderisch hingemacht.

1945 wurde zögernd und von einer Minderheit die Frage nach der Schuld gestellt und der Begriff Verantwortung mit neuen humanen Inhalten gefüllt, während die Mehrheit der Deutschen die Schuldfrage abdrängte oder mit bequemen Antworten abtat. Ich bin’s nicht, Adolf Hitler ist es gewesen. 1997 scheint die Frage nach der Schuld verdrängt, abgeschoben in das Dickicht von unpersönlichen Sachzwängen. Schwadroniert wird über den Preis der Freiheit. Wer es sich nicht so bequem machen will, der stehe also auf. Wer aufgestanden ist, lasse sich nicht dadurch beirren, dass wir wenige sind und wohl auf längere Zeit bleiben werden.

Die Tage und die Vorsätze des 8. Mai 1945 sind, genauer besehen, nicht so fern, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Es gibt Rechnungen, die nicht beglichen sind, und Vorsätze, die nicht verwirklicht wurden. Das waren meine dritten Gründe hier zu sprechen.

Buchvorstellung. Braunschweig den 27.9.1997

Der Einladung hier und an diesen Tisch bin ich gefolgt, weil mich die Energie beeindruckte und anzog, mit der Lothar Steinbach ein Unternehmen verfolgt, das ich ohne Bedenken als einen Versuch bezeichne, in die deutsche Geschichte einzugreifen. Und zwar auf eine Weise einzugreifen, die dem Hauptstrom der inneren Entwicklung bis zu einem gewissen Grad zuwiderläuft. Denn: Das Interesse der Deutschen in (einst) Deutschland-West und (einst) Deutschland-Ost aneinander ist schwach entwickelt. Das hat viele Gründe, individuelle und gesellschaftliche. Die letzteren sind einfacher auszumachen. Es dominiert ein Bild von der Vergangenheit der Ostdeutschen, das vieles Weiterfragen erübrigt. Es wurde von einer Kommission des Bundestags auf formelhafte Nenner gebracht. Unter dem Strich also stehen: Unrechtsstaat. zweite deutsche Diktatur, Wissenschaftswüste und ein paar weitere Floskeln. Diese Charakteristik wird nicht dauern. Aber es kann nicht gesagt werden, wann sie fällt. Sicher erscheint mir nur, dass nicht Aufklärung sie erledigen kann und wird, sondern erst veränderte Zustände, die ein verändertes und neues Fragen herausfordern und notwendig machen. Das mag sich als eine sehr düstere Prognose für die Absichten des Steinbachschen Unternehmens anhören. Doch hat Vorläuferschaft in der Geschichte noch immer ihr Verdienst sich erobert.

Also eine, meine Geschichte in Deutschland. Sie umfasst 67 Jahre, an sechzig kann ich mich selbst erinnern. Zweimal hatte ich während meines Lebens ganz unverdientes Glück. 1945 war ich ein Jahr zu jung, als dass ich in die schlimmsten und mörderischen Turbulenzen des Untergangs des „Dritten Reiches“ geraten konnte und die Wahl zwischen Galgen und Volkssturm gehabt hätte. Ich entkam dem Krieg aus Schlesien westwärts. Er war für mich am 9. April 1945 in Staßfurt, der mitteldeutschen Kleinstadt, beendet. Auch mein Vater und meine Mutter überlebten. „Nie wieder Krieg“ brauchte mir niemand anzuraten, einzuprägen oder gar einzuhämmern. Ein entscheidendes Motiv meines gesellschaftlichen Einsatzes in der DDR und zu DDR-Zeit außerhalb von deren Grenzen war und blieb, dazu beizutragen, dass aus dem Kalten Krieg kein „heißer“ wurde. Und dieses Motiv verstärkte sich vor allem mit dem Blick auf und den Gedanken an die eigenen Kinder und Enkel. Die Vorstellung vom zu erhaltenden Frieden verband sich mir zeitig mit der vom zu schaffenden Sozialismus auch als einer Friedensgarantie. Ich wollte diese andere, antikapitalistische Gesellschaft. Das Vorhaben ist gescheitert und ich in diesem Punkte mit ihm. An diesem Untergang, durch welche Faktoren auch immer er hervorgerufen wurde, messe ich mir eine Schuld zu. Darüber habe ich im Oktober 1990 in der Humboldt-Universität das erste Mal öffentlich gesprochen. Darauf stürzte sich die in Westberlin herausgegebene Presse. Das war keine Einladung für andere, sich über ihre Vergangenheit auszusprechen. Vor allem aber sind die Sichten auf die Schuld vollständig gegensätzlich, unvereinbar, unversöhnlich. Die einen – sie dominieren – sehen die Schuldhaftigkeit in dem Versuch, über den Kapitalismus hinauszugelangen. Die anderen – und zu denen gehöre ich – erblicken sie in einem vielgestaltigen praktischen Verhalten, das der Idee, dem Vorsatz, dem Anspruch zuwiderlief. Nun gibt es ein tödliches Scheitern und ein belehrendes. Darüber wäre zu reden.

1990 – um nun vom zweiten und ganz anders gearteten Glücksumstand zu reden – war ich ein Jahr zu alt, um vollends in die Turbulenzen zu geraten, die auf den Untergang der DDR für die Ostdeutschen folgten. Nachdem mir die Humboldt-Universität, weil die Gauck-Behörde nichts zutage förderte, Ende 1992 „ordentlich“ gekündigt hatte, kam ich über Arbeitslosigkeit und Vorruhestand gleichsam planmäßig in die Verhältnisse eines Rentners, der ich heute bin. Die Schläge, die nicht die des Schicksals sind, trafen und treffen meine jüngeren Kolleginnen und Kollegen.

Welche Motive, die über das eigene Ich hinausgehen, treiben mich heute an? Vor allem ist das der Wunsch, der schon zu DDR-Zeit zu meiner Arbeit gehörte, Erkanntes „unter die Leute“ zu bringen. Dieses eigene Erkenntnisinteresse richtete sich seit dem Ende der sechziger Jahre vor allem auf die Geschichte von Antisemitismus und Judenmord in der faschistischen Diktatur. Dabei bin ich geblieben. Mit Hilfe des Leiters des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin konnten meine Kollegin Erika Schwarz und ich zuerst 1992 – Sie erinnern sich, das war das Jahr meines Rauschmisses – ein Buch über die Wannseekonferenz publizieren, dem 1994 ein weiteres über den Transportoffizier von Adolf Eichmann, Franz Novak, folgte. Dann lud uns, meinen Jenaer Kollegen

und Freund Manfred Weißbecker und mich, ein neugegründeter Leipziger Verlag ein, eine Biographie Hitlers zu schreiben. Dazu war es in den DDR-Jahren nicht gekommen. Wir taten das, auch in dem Bewusstsein, so etwas wie eine Nacharbeit, nicht Strafarbeit zu leisten. Daran schloss sich 1996 im gleichen Verlag ein Band mit dem Titel „Stufen zum Galgen“, der biographischen Studien von sechs Autoren vereint, die sich mit den im Oktober 1946 gehängten Naziführern befassen. Derzeit schreiben Manfred Weißbecker und ich die „Geschichte der NSDAP“ neu, die wir in einer ersten Auflage 1981 in Berlin und Köln publizieren konnten. Genug der Aufzählung von den Resultaten meiner „Nachwendearbeit“ aus Jahren, in denen ich mehr frei verfügbare Zeit erhielt, als jemals zuvor in meinem Leben.

Und wie habe ich die Beziehungen der Deutschen aus der Altbundesrepublik und denen aus den Beitrittsländern zueinander erlebt? Über die verwandtschaftlichen ist nicht viel zu sagen. Sie existieren, waren aber nie besonders eng. Die Alten und Älteren sind verständlicherweise stark mit sich selbst beschäftigt. Und die „kollegialen“? Ich besaß eine ganze Anzahl von Verbindungen zu westdeutschen Fachkollegen, die sich seit der Mitte der siebziger bis in die Mitte der achtziger Jahre entwickelt hatten. Man traf sich auf Konferenzen, bei Symposien, mitunter in Bibliotheken und Archiven, manchmal nahezu oder ganz privat. Diese Beziehungen existieren nicht mehr. Die Anlässe sind erledigt. Außerhalb von ihnen haben sich Bedürfnisse nicht eingestellt. Mein Eindruck lautet: Es gibt eine Scheu vor solchen Zusammentreffen. Auf Seiten der Westdeutschen mag sie größer sein als auf Seiten der Ostdeutschen. Das wäre auch verständlich. Man kann sich nicht an dem Vorgang, der „Erneuerung“ der Wissenschaft genannt worden ist, in den verschiedensten staatlichen Kommissionen beteiligen, ohne sich selbst zu verändern. Selbst, wenn man sich von diesem Vorgang abgewandt hat, einfach nur schwieg, schwimmt man nicht mehr in demselben Fluss. Das mag wie ein Vorwurf klingen, soll aber nur als eine Feststellung aufgenommen werden. Die deutsche Intelligenz war immer in hohem Grad staatstreu. Was das zum Ruhme oder zur Schande besagt, ergibt sich erst aus dem, was der jeweilige Staat war oder ist. Und darüber gehen nun wieder die Meinungen auseinander.

Wie sehe ich, dazu uns einleitend auch knapp zu äußern, hat Lothar Steinbach aufgefordert, die Chancen des Wissenschaftlers auf Menschen und deren Denken und Verhalten einzuwirken? Kurz gesagt: Ungleich skeptischer als vor einem oder gar vor zwei Jahrzehnten. Die pädagogische Narretei, und die gehört zum Hochschullehrer ja wohl, ist verflogen. Mein Verhältnis zu den Ideen der Aufklärung wurde viel kritischer. Die aufklärende (nicht die verdummende) Mund-zu-Ohr-Beatmung funktioniert im Allgemeinen nur, wenn das Ohr sich an einem Kopf befindet, der Schläge schon erhalten hat, die ihn hör- und lernfreudig gemacht haben. Resignation bedeutet das nicht. Gelegen oder ungelegen sage ich meine Meinung, wenn ich dazu aufgefordert werde, wie eben hier vor ihnen und bedanke mich für ihr Zuhören.

Zwischenbilanz. Jugoslawien

Während diese Zeilen geschrieben werden, rufen die Urheber des Krieges auf dem Balkan „Sieg“, rühmen sich die zivilen und militärischen Führer des Kriegsbündnisses der Erreichung ihrer Ziele, dringen die militärischen Verbände ausländischer Mächte in Jugoslawien ein, fliehen Serben aus dem Kosovo, kehren Kosovaren in ihre Ortschaften zurück. Wer sind die Verlierer? Nach ihnen wurde schon gefragt, als der Versuch, den Staat an der Donau in die NATO-Mitgliedschaft – denn darauf zielt die Absicht, das gegenwärtige Regime in Belgrad zu stürzen, mittelfristig – zu bomben, noch allnächtlich auf die Bewohner des Landes niederging, die so oft in ihrer Geschichte geschunden wurden. Die Bilanz ist unübersichtlich, vorläufig und vor allem nicht geschlossen.

Die einen verloren ihre Väter und Großväter, ihre Söhne und Töchter, ihre Brüder und Schwestern, andere ihre Wohnungen, ihre Habe, ihre Arbeitsplätze. Sie leben in einer verpesteten Umwelt. Sie schmerzt, was sie unwiederbringlich einbüßten oder was nur schwer und in mancher Lebenszeit nicht wird ersetzt werden können. Anderer Verluste verblassen demgegenüber momentan. Manche sind verdient, denkt man an den zählbaren Rückgang von Wählern und Mitgliedern, den Parteien verzeichnen, welche den Krieg unterstützten. Oder an das gesunkene Ansehen von Wissenschaftlern, Künstlern, Schriftstellern, die sich für die Politik aussprachen, an deren Spitze der Präsident der transatlantischen Weltpolizeimacht steht, oder die bekannten, sie vermöchten sich in den Informationen nicht mehr auszukennen, zwischen wahr und falsch nicht mehr zu unterscheiden und die sich derart aus der Verantwortung abzumelden versuchten. Oder die einfach berechnend schwiegen.

Doch so berechtigt der Blick in den vergangenen Wochen auf die Kriegsurheber und Kriegsgewinner und auf jene Gruppen gerichtet worden ist, die sich als die Eliten der Nationen verstehen, es kann nicht davon abgesehen werden, dass die Mehrheit der Europäer in den NATO-Staaten während der zurückliegenden Wochen eine Rolle spielte, für die ihnen in persona oder ihren Nachfahren die Rechnung noch gemacht werden wird. Die muss nicht so ausfallen wie diejenige für den „Irrtum“ von Millionen ihrer Vorfahren, die sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre so gründlich darüber täuschten, was den Frieden bringt und was den Krieg gebiert, die seinerzeit meinten, sie würden glimpflich davonkommen, als sie der Bürgerkrieg in Spanien nicht scherte und sie die Tschechen ungerührt ihre Haut zum Markte tragen ließen. So sicher die Geschichte nicht zu Ende ist, so gewiss werden die Folgen des Slawen- und Serbenhasses, der Gewaltanbetung, der Gleichgültigkeit, der Trägheit der Gedanken und der Herzen und der meist selbstverschuldeten Blindheit zu tragen sein. Dafür wurde in der jüngsten Geschichte noch nie Absolution erteilt.

Zu den Verlusten gehören Hoffnungen auf ein Europa, das mit berechtigter Aussicht auf Frieden über die Jahrhundertschwelle tritt. Diese Hoffnungen verbanden sich mit Illusionen, antreffbar bis weithin in jene Kreise, die sich als links und aufgeklärt gelten. Und so gesehen, wäre dem Verlust nicht nachzutrauern. Es könnte aus ihm ein Gewinn erwachsen. Nicht automatisch, denn auf verlorene Illusionen folgt oft genug nichts anderes als Resignation. Nicht notwendig, denn die liebgewonnenen Zukunftsvorstellungen erweisen sich nicht so selten als zählebig. Die Ostdeutschen insbesondere haben Anlass, über die Welt, in die sie geraten sind und ankommen sollten, neu nachzudenken. Das gilt für alle, wenn der gewonnene Denkstoff auch nicht derselbe ist. Für diejenigen die vermeinten, sie wären mit revolutionärem Schritt aus dem „Reich des Bösen“ hinausgelangt, stellt er sich anders dar, als für jene, die manche Lektionen über die Geschichte des Kapitalismus in diesem Jahrhundert nicht vergessen hatten und sich nun doch neubelehrt sehen. Die Projektanten, die sich mit der Reformfähigkeit dieser Gesellschaftsordnung befassen, werden die Erfahrung in Sachen „Außenpolitik“ in Erinnerung an das Richtige, was sie womöglich in Sachen Dialektik einmal gelernt hatten, auf das Feld der Innenpolitik übersetzen müssen. Wer, wie, von welchen Interessen geleitet, Geschichte macht, kann und muss neu studiert werden. Vor allem anderen aber werden diejenigen, die sich jetzt mehr denn noch vor Wochen in der Rolle des Sisyphos sehen, einander Mut machen müssen. Denn es sind uns Machtverhältnisse vorgeführt worden, die das Fürchten lehren sollten. Und wer, wenn er denn ein Mensch ist, ist frei von Furcht?

Dokumente gegen Legenden

Zur Buchvorstellung am 22. Oktober 1997 in einer Veranstaltung des Ostdeutschen Geschichtsforums

Den gedanklichen Ausgangspunkt für diese Veranstaltung bildete die Absicht im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsreihe des Ostdeutschen Geschichtsforums ein Buch vorzustellen. Seine Autoren sind Historiker, die an der Humboldt-Universität arbeiteten und die von einigen ihrer einstigen Kollegen unterstützt wurden, die zur Zeit der Entstehung des Textes noch an dieser Universität tätig sein konnten, und von wenigen, die es bis heute sind. Der Titel des Buches lautet: Dokumente gegen Legenden. Das klingt polemisch und so ist das Unternehmen auch gemeint. Es bietet einer breiteren Öffentlichkeit Zeugnisse, die ohne ihren jetzigen Druck auf Jahre hinaus in Schriftgutverwaltungen und Archiven liegen würden, für die Forschung mit dem Verweis oder unter dem Vorwand des Datenschutzes unzugänglich, oder die verstreut im Privatbesitz bleiben würden, eines Tages von Kindern und Enkeln irgendwelcher umständehalber vernichtet.

Die insgesamt 44 Dokumente, Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse des Konzils, Reden des Rektors, Kommissionsberichte, Einsprüche gegen Kündigungen, Arbeitsgerichtsurteile u. a., sind durchweg aus der auf den Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik folgenden Universitätspolitik hervorgegangen. Sie bestand darin, den Universitäten und Hochschulen im einstigen DDR-Gebiet das System der westdeutschen überzustülpen, d. h. sie auf deren Funktion und Zielsetzung zuzurichten. Dieser Prozess ist heute abgeschlossen.

Die vorliegende Veröffentlichung befasst sich vor allem mit seinem Beginn. Da erfolgte die Auswechslung des Personalbestands auf dem Wege der „ordentlichen“ und der „außerordentlichen“ Kündigungen, der zwangsweisen Umwandlung von unbefristeten in kurzfristige Arbeitsverträge. Dieser Eröffnungszug lag die verständliche Auffassung zugrunde, dass ohne die Ausräumung des alten Personals, zumindest seine Reduzierung auf einen wissenschaftlich wie politisch irrelevanten Rest, nicht erreicht werden könnte, was erreicht werden sollte. Ich vermag keinen Grund zu erkennen, sich über dieses Vorgehen der Politiker und Kulturpolitiker der Bundesrepublik sowie ihrer vielen Helfer aus der Wissenschaft zu verwundern oder sich gar und noch nachträglich deswegen an irgendeine Adresse beschwerdeführend zu wenden. So ist auch die Publikation der Dokumente nicht gemeint. Niemand würde sich, klagend über die Geschichte, so lächerlich machen, wie gerade Historiker. Also keine Kampfschrift gegen die beteiligten Institutionen und Ämter, seien es solche in der Universität oder die Arbeitsgerichte gewesen, keine Anklageschrift gegen die handelnden Personen, die Täter. Oder genauer gesagt: gegen sie nur dann und insoweit, wie sie Legenden in die deutschen Zustände setzten oder sie verbreiten halfen. Denn: „Gegen Legenden“, das ist ernst gemeint, da liegt die Frontstellung.

Glaubt man den Erklärungen, welche die Umwandlung der ostdeutschen Universitäten in Einrichtungen vornahmen, die kapitalismusdienlich, mindestens aber kapitalismusverträglich sind, so bewirkten sie eine „Reinigung“ oder „Säuberung“ oder, in einen am stärksten positiv besetzten Begriff gefasst, eine „Erneuerung“ dieser Anstalten. Warum war sie notwendig? Die Akteure antworteten darauf: Weil die Kommunisten diese Einrichtungen und das Erbe, das sie repräsentierten, herunter- und schließlich verwirtschaftet hatten. Was Wissenschaft war, sei zu bloßer Legitimationswissenschaft missraten für die Politik eines „Unrechtsstaates“. Die Universitäten im Ganzen und die Berliner zumal sei zu einem Dienstleistungsunternehmen des verteufelten Politischen Büros der SED verkommen. Ihre Mitarbeiter eine Spezies von Prostituierten.

Die damals gemalten Bilder sind womöglich schon zu rasch vergessen worden. Sie besaßen indessen einen Mangel. Sie trafen in dieser Version allenfalls die Gesellschaftswissenschaftler. Auf sie sollte die Ausräumung des wissenschaftlichen Universitätspersonals jedoch nicht begrenzt bleiben. Dieses totale, sich auf alle Disziplinen richtende Vorhaben bediente die Generalthese von der DDR als einer „Wissenschaftswüste“. Die Behauptung von der durchweg maroden Wirtschaft des untergegangenen Staates ergänzte und stützte ein vernichtendes Bild von dem Leistungsunvermögen der Natur- und der technischen Wissenschaften. Am ärgsten aber wurde auf ausgewählten Gebieten den Vertretern der Medizinischen Wissenschaften zugesetzt. Erinnern wir uns nur der Horrorbilder von den Ärzten, die mit ge-

zückten Instrumentarien neben den noch eben Lebenden standen, erpicht auf die Organe, die ihnen entrissen und anderen, natürlich Privilegierten im DDR-Staat, transplantiert werden sollten. Vergessen wir nicht die Anklage, der zufolge Geburtshelfer in staatlichen Kliniken Frühgeborene, die angeblich für das Leben hätten gerettet werden können, in irgendwelchen Behältnissen verrecken ließen.

Wenn die Geschichte des Einigungsprozesses geschrieben, und nicht wie jetzt, vielfach: zusammengedichtet werden wird, für die doch niemand das vielbändige Druckwerk der Enquête-Kommission des Bundestages nehmen kann, dann dürften diese verlogenen, aber massenwirksamen Begleittexte nicht unbeachtet bleiben. Denn, um hier sogleich von ihrer Funktion zu sprechen, sie zielten zum einen auf die äußerste Verstärkung der sich ohnehin unter den gewesenen DDR-Bürgern ausbreitenden Unsicherheit, sie sollten zu ihrer entschiedensten gedanklichen und emotionalen Distanzierung von der DDR-Vergangenheit, ja zu deren vorbehaltloser Verurteilung beitragen und, das wird vielleicht übersehen, sie waren darauf angelegt, eine besondere Form der Intelligenzfeindlichkeit zu erzeugen. Auf deren Erzeugung und Ausbeutung sind in Etappen deutscher Geschichte viele berechnend ausgegangen.

Die Anprangerung von Angehörigen der Intelligenz als eine unmoralische, ja korrupte Gruppe von Staatsdienern trug 1990/1991 der Tatsache Rechnung, dass die Wissenschaft und die Wissenschaftler in der DDR in weiten Kreisen der Bevölkerung ein beträchtliches Ansehen genossen. Das hatte mehrere Gründe. Der wesentliche war, dass die Angehörigen der Intelligenz in erster und dann auch in zweiter Generation zumeist aus Kreisen der Arbeiter und Bauern stammten. Ein anderer bestand darin, dass den meisten dieser Intellektuellen elitäres Gehabe und akademischer Dünkel fremd waren. Und ein weiterer ging aus der vielfältigen Öffentlichkeitsarbeit von Wissenschaftlern hervor, die in Organisationen wie der URANIA oder dem Kulturbund geleistet wurden.

Die nun vorgetragenen Angriffe sollten dieses Verhältnis vollständig auflösen und ordneten sich dem Gesamtversuch zu, die Gruppen der Bevölkerung gründlich und weiter zu fraktionieren, als sie es Ende der achtziger Jahre ohnehin waren, damit sie jeweils gesondert behandelt werden konnten. Die verleumderischen Attacken gegen die Intelligenz und gegen maßgebende und herausragende Persönlichkeiten aus ihren Reihen waren bestens geeignet, die Verantwortung für das Geschehen in den DDR-Jahrzehnten von den „einfachen Leuten“ wegzulenken, ihnen die bequeme Jacke des Opfers hinzuhalten, damit sie hineinschlüpften, und eine Minderheit von Angehörigen der Intelligenz nächst und mit den Regierenden für alles verantwortlich zu machen, was schlecht, unzulänglich, kritikwürdig, verderblich war. Tatsächlich konnte der gezielte Schlag gegen die DDR-Intelligenz, die unbestritten eine besondere Verantwortung besaß und sich ihr bis heute nicht ausreichend gestellt hat, erfolgen, ohne dass dies in der Masse der ostdeutschen Bevölkerung nennenswert beachtet worden wäre. Dazu trug am meisten bei, dass alle ihre Gruppen gab, sich mit eigenen Problemen, Sorgen und Ängsten auseinandersetzen müssten. Desolidarisierungsprozesse gingen nicht nur von Individuum zu Individuum, von Kleingruppe zu Kleingruppe, sondern auch zwischen den sozialen Großgruppen vor sich.

Mit dem Gesagten sollte klargestellt werden, dass die Historiker nicht diejenigen waren, gegen die sich die ungeheuerlichsten Angriffe richteten. Doch ins Zentrum von Attacken gerieten sie und da gehörten sie auch nach den speziellen Interessen, derer hin, die in Berlin mit ihnen bereits am 30. Juni 1991 auf dem Wege der „Abwicklung“ fertig sein wollten. Das misslang aufgrund einer vor allem vom Universitätsrektor Heinrich Fink getragenen und, wie es mir vorkommt, zu wenig gewürdigten Initiative. Der Weg zur Abwicklung wurde als deren Folge und aufgrund eines Gerichtsurteils weiter und er konnte nur durch die Anwendung vieler Methoden freigemacht und bestritten werden. Sie sind in unserem Buch dokumentiert. Von den einst mehr als 70 Mitarbeitern der Sektion Geschichte sind derzeit noch zwei Angehörige des Mittelbaus unbefristet an der Universität beschäftigt, das sind weniger als 3 Prozent des einstigen Personalbestands. Dass es die überhaupt noch gibt, leitet sich aus der allgemeinen Bestimmung her, wonach Angehörige der Struktur-Berufungs-Kommissionen weiter zu beschäftigen waren.

Ein Vergleich mag erhellen, in welchem Grade hier „gesäubert“ wurde. Eine jüngst veröffentlichte Arbeit, deren Verfasser Leiter eines Forschungsbereichs in der Behörde des Bundesbeauftragten für

die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ist, teilt Zahlen über die Entfernung und den Verbleib von Richtern und Staatsanwälten im Justizdienst der Bundesrepublik mit. Demnach wurden im sozialdemokratisch regierten Brandenburg 55,4 Prozent der Staatsanwälte und 44,9 Prozent der Richter übernommen, im christdemokratisch regierten Sachsen lauten die entsprechenden Zahlen 45,1 und 44,9 Prozent. Nur damit über die derzeitige Besetzung der Justiz keine falschen Vorstellungen entstehen, sei dem hinzugefügt, dass als Folge der Ausweitung dieses Teils der Staatsbürokratie der Anteil von ehemaligen DDR-Richtern in den neuen Bundesländern total 18,3 Prozent und jener der Staatsanwälte 33,9 Prozent beträgt.[1]

Zur Rechtfertigung der Politik der Verdrängung sind auch spezielle politische und wissenschaftliche Argumente vorgetragen worden. Die politischen bezogen sich auf die Teilnahme von Lehrkräften an Disziplinar- und anderen Verfahren gegen Studenten, die zu dauernden, in der Mehrzahl zu zeitweiligen Ausschlüssen von der Universität geführt hatten. Darüber fanden öffentliche Veranstaltungen statt, über die in der Presse berichtet wurde. Die Verantwortung für diese Verfahren, wie immer man sie beurteilt, traf wenige, einige von ihnen waren nicht mehr unter den Lebenden. Nur in einem Fall, meinem eigenen, gab die Beteiligung an solchen Verfahren einen Kündigungsgrund ab, dessen Erörterung das zuständige Arbeitsgericht mit Gründen vermied. Auch die Entlassungen und Auflösungen von Arbeitsverträgen wegen informeller Mitarbeiterschaft bei Organen der Staatssicherheit erwiesen sich ihrer Zahl nach als unergiebig. So richtete sich gegen die Mehrheit der Sektions- und späteren Institutsangehörigen der Vorwurf mangelnden wissenschaftlichen Leistungsvermögens. Doch fand, anders als an den vergleichbaren Instituten der Akademie eine Evaluierung, die nach dem unbestrittenen Verständnis bundesrepublikanischer Praxis einen öffentlichen Vorgang darstellt und deren Ergebnisse also öffentlich zu machen sind, nicht statt. Stattdessen maßen sich Historiker aus dem Westen Urteile über Forschungsergebnisse an, zu denen sie aus Gründen fehlender Kompetenz geschwiegen haben würden, wären ihre Autoren nicht Ostdeutsche gewesen.

Welches Ziel wurde im Hinblick auf die Geschichtswissenschaft verfolgt, nicht nur in Berlin, sondern an allen Universitäten im Osten? Nach den öffentlichen Erklärungen bestand es in der Durchsetzung eines pluralistischen Wissenschaftsverständnisses. Als ich daran in einem Presseartikel Zweifel setzte, wurde mir in einem privaten Brief vom damaligen Leiter des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen, Rudolf Vierhaus, entgegengehalten, sie seien unnötig. Es handele sich einzig darum, das Monopol der marxistisch orientierten Geschichtswissenschaft zu brechen und deren Vertreter gleichberechtigt gleichsam dem scharfen Wind anderer Auffassungen auszusetzen. Unhöflicherweise habe ich diesen Brief nie beantwortet. Er schien mir nur zu einer überflüssigen Polemik zu führen. Zudem kann der Historiker länger warten als, beispielsweise der Internist, der es mit einem Herzinfarkt zu tun hat. Über das Thema dürfte heute kein ernsthafter Streit mehr entbrennen. Während sich an den Universitäten im Gebiet der Altbundesrepublik als Folge von Entwicklungen, die mit dem Jahr 1968 möglich gemacht wurden, noch einzelne Vertreter materialistischer Geschichtsauffassung behaupten, allerdings ohne die Aussicht, ihre Schüler als ihre Nachfolger sehen zu können, wurde in den neuen Bundesländern im Zeichen eines heuchlerischen oder sollte treffender gesagt werden: eines bürgerlichen Pluralismusverständnisses die Arbeit schon getan. Im Westen des Landes darf auf die „biologische Lösung“ gesetzt werden.

Die erwähnte Praxis ist auch mit dem Argument gestützt worden, es handele sich bei den im Osten angetroffenen Vertretern des Marxismus ohnehin nur um Dogmatiker, Leute, die jedes schöpferischen Gedankens in der Wissenschaft unfähig wären. Dass es die gab, ist unbestritten. Doch das Argument entlarvt sich als bloße Rechtfertigung eigenen Handelns angesichts der Tatsache, dass die Entscheidungen durchaus nicht von der Antwort auf die Frage geprägt wurden, ob in einem Institut oder von einzelnen Personen das marxistische Theoriengebäude fruchtbar gemacht oder ruiniert wurde. Wer des Verdachts verdächtig war, durchgerüttelt und belehrt durch die Erfahrungen der Jahre 1989 und 1990, seine eigenen Positionen radikal zu überdenken, konnte zum wenigsten erwarten,

---

[1] Hans Hubertus von Roenne, Politisch untragbar ...? Die Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten der DDR im Zuge der Vereinigung Deutschlands, Verlag Arno Spitz Berlin 1997.

akzeptiert zu werden. Das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR bietet dafür den beredten Beweis, der lange Erörterungen erspart. Mit den dort tätigen Wissenschaftlern wäre eine Sicht in die deutsche Wirtschafts- und Industriegeschichte, wie sie eben erst anlässlich des 150. Gründungsjubiläums des Siemenskonzern geboten wurde, nicht zu machen gewesen. Und das bildet den Kern der Sache.

Was ist durch die „Abwicklung“ Tausender Wissenschaftler, die Historiker bilden im Ganzen eine sehr kleine Gruppe davon, eigentlich bewirkt worden? Die Vernichtung eines kritischen Potentials, denn in ihrer Masse waren und sind gerade die forschenden Wissenschaftler bereit, über die untergegangene, aber eben auch über die Gesellschaft neu nachzudenken, in der sie nun leben. Dieses Potential hätte Deutschland nötig. Selbst aus den Reihen der führenden Regierungspartei sind, freilich aus machtpolitischen Antrieben, neuerdings halblaute und verschämte Stimmen zu hören, die sich gegen die alle Problemsicht totschlagende Losung wenden: Weiter so Deutschland. Sie prangt zwar nicht mehr von Werbeplakaten, aber sie ist weithin Handlungsgrundsatz geblieben. Was Reformen genannt wird, hat die kritikwürdigen Zustände nicht behoben, sondern sie, wenn schon nicht hervorgebracht, so doch verschlimmert, sie jedenfalls nicht gemildert, geschweige denn sie behoben.

Auf vielen Spezialgebieten hat die „Abwicklung“ die denkbare Produktion wissenschaftlicher Ergebnisse herabgesetzt. Das ist kein Verdacht, keine Mutmaßung, sondern erwiesen und zwar durch Arbeiten der wenigen aus der DDR herkommenden Wissenschaftler, die Möglichkeiten erhielten oder fanden, weiter zu forschen und zu publizieren. Dafür stehen auf meinem engeren Fachgebiet allein aus allerjüngster Zeit drei Publikationen von Autoren, die der mittleren Generation angehören und also ihre Ausbildung in der „Wissenschaftswüste“ erfahren haben. Mario Keßler, der sich als einen Schüler des Leipziger Historiker Hans Piazza bezeichnet, hat die Monographie „Die SED und die Juden“ vorgelegt, die sich kritisch, aber ohne jeden Schaum vorm Maul mit diesem Verhältnis auseinandersetzt und seine verschiedenen Etappen bis in die Mitte der sechziger Jahre analysiert. Angelika Timm, die an der Humboldt-Universität arbeitet, verfasste eine Untersuchung über das Verhältnis der DDR zu Israel, von der Gründung Israels bis zum Ende der DDR. Was sie vorgelegt hat, macht sie zur ersten Anwärterin auf den heute noch von Michael Wolffsohn besetzten Lehrstuhl an der Hochschule der Bundeswehr in München, falls dort je eine Evaluation stattfinden sollte. Sigrun Mühl-Benninghaus, die am Bundesarchiv tätig ist, konnte ihre Arbeit zur Beamtenpolitik des faschistischen Staates zwischen 1933 und 1938 drucken lassen, die ebenso quellengesättigt ist wie diejenigen von Keßler und Timm. Dass in dieser knappen und zufälligen Aufzählung zwei Forschungsresultate von Wissenschaftlerinnen genannt werden, ist auch zufällig. Dennoch wird dadurch kommentiert, dass zur „Erneuerung“ des Personals der Humboldt-Universität eine drastische Reduzierung des weiblichen Anteils wissenschaftlicher Kräfte gehörte.

Politisch motivierte Eingriffe in die Wissenschaft und in deren Personalbestand sind in der deutschen Geschichte mehrfach vorgekommen. Wenn auch jeder seine unverwechselbaren Züge aufweist, wenn auch keiner der früheren Eingriffe Menschen in solcher Zahl aus ihren Berufen und Tätigkeiten verdrängte wie der eben erfolgte, so sind Gemeinsamkeiten doch feststellbar. Wer sich wie ich immer wieder mit den Ereignissen des Jahres 1933 und seinen Wirkungen und Folgen forschend befaßt hat, der wurde nolens volens auch durch die Vorgänge, die auf das Jahr 1990 folgten, an sie erinnert. Lange erschien mir der Vergleich gewagt und dies umso mehr, weil viele auf 1933 Bezug nehmende Vergleiche einzig Interessen der politischen und moralischen Diffamierung Vorschub geleistet haben. Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der seinerzeit von ihren Arbeitsplätzen in staatlichen und privaten Unternehmen verdrängten Menschen Juden waren oder solche, die den Faschisten als Juden galten. In die Nähe von deren weiteren Lebenswegen kann und darf nichts gestellt werden, was Wissenschaftlern im Osten geschehen ist.

Der Vergleich gilt also einzig den Motiven der Handelnden und den Wirkungen ihrer Handlungen. Da ergibt sich erstens: Damals wie heute richtete sich die Verdrängung darauf, das Kapitalismus- und Imperialismuskritische intellektuelle Potential auszuschalten. Das ist für 1933 weithin außerhalb des Bewusstseins geblieben, weil dieses Potential in der Weimarer Republik nicht sehr groß gewesen war und die faschistischen Machthaber mit seiner Liquidierung wenig Arbeit hatten. Es genügt aber mit

Bezug auf die Berliner Universität an den unübertroffenen Lassalle-Forscher und Engels-Biographen Gustav Mayer zu erinnern, der es als Marxist schon in der Republik nie bis auf einen Lehrstuhl bringen konnte und den die Faschisten als Marxisten und Juden außer Landes trieben, wodurch er den Boden für seine Produktivität weitgehend verlor. Und es genügt den viel jüngeren und früh verstorbenen Ekkehard Kehr zu erwähnen, der sich mit der deutschen Großmachtpolitik auseinandergesetzt hatte und für den es in Deutschland an einer Universität auch keinen Platz mehr gab. Unter diesem Aspekt kann und muss von einer Wiederholung der deutschen Geschichte gesprochen werden und der Vorgang gewinnt dadurch nichts Beruhigendes, dass heute in Deutschland die konservative Strömung in der Geschichtsschreibung schwächer, vielleicht müsste man einfügen: noch schwächer, die liberale, noch stärker ist als in den Zeiten der Weimarer Republik.

Denn und dies zweitens: 1933 richtete sich der mit und nächst den Marxisten und anderen unliebsamen Strömungen wissenschaftlichen Forschens, man denke an die Anhänger der Theorien Freuds, der Hauptschlag gegen die Juden. Das geschah unter der Anklage, Juden könnten nicht deutsch denken, also keine „deutsche Wissenschaft“ treiben. Jedoch stellten die jüdischen Gelehrten in Deutschland den bei weitem stärksten Anteil an den demokratisch und liberal gesinnten Wissenschaftlern und deshalb wurden sie ebenso verfolgt wie wegen ihres Jude-Seins. Wenn auch in ganz anderen Zusammenhängen als 1933 richtete sich die Intelligenzpolitik, die auf das Jahr 1990 folgte, eben gegen die Vertreter demokratischer und liberaler Strömungen in der Wissenschaft. Damals geschah das direkt, jüngst ereignete es sich indirekt, wobei es so etwas wie die List der Geschichte darstellt, dass Historiker, die sich an den Prozessen der Abwicklung hochaktiv beteiligten, sich nun aus dem konservativen Lager angegriffen sehen, weil sie angeblich oder wirklich vor 1989 nicht genügend zur Destabilisierung der DDR beigetragen hätten. Insgesamt, das kann heute schon nicht mehr übersehen werden, hat die „Erneuerung“ der Wissenschaft im Osten in den Westen zurückgewirkt und im Staatsganzen die liberalen Strömungen wohl nicht nur in der Geschichtswissenschaft zu schwächen begonnen. Wohin dieser Prozess führen wird, mögen Propheten sagen.

Drittens: Die Prozesse der Verdrängung stellten nach dem 30. Januar 1933 und nach dem 3. Oktober 1990 einen Eingriff der Politik in die Wissenschaft dar, gewiss einer voneinander klar zu unterscheidenden Politik, und ein derartiger Vorgang war für die Wissenschaft noch immer von Nachteil. An dieser Grundtatsache ändert auch nichts, dass dieser Eingriff zu einem erheblichen Teil von Wissenschaftlern selbst vorgenommen wurde. Sie handelten unter politischer Führung und mit ihr vielfach kooperierend. Das machte sie keineswegs zu bloßen Werkzeugen. Unter den so handelnden Fachleuten gab es stets Überzeugungstäter, also 1933 überzeugte Antisemiten und 1990 überzeugte Antisozialisten.

Blickt man nun aber von den gefächerten Motiven und subjektiven Zielen der Beteiligten auf die Folgen ihrer Aktion, dann erweist sich, dass in dieser „Einigung“ genannten Prozess-Politik und Wissenschaft in der Bundesrepublik zueinander in ein neues Verhältnis getreten sind. So und derart parteienübergreifend war vordem in der Geschichte dieses Staates nie zusammengearbeitet worden. Dies wirkt auf alle Beteiligten zurück und bewirkt mit Sicherheit nicht, dass in einem Augenblick, da die Wissenschaft doch auf vielen Feldern sich dem politischen Hauptstrom in die Abgründe kritisch entgegenstellen müsste, Alternativen, die diesen Namen wirklich verdienen, mit Entschiedenheit und Schärfe ins gesellschaftliche Bewusstsein gehoben werden. Und diese Rückwirkung wiederum könnte sich auf die Dauer als die folgenschwerste Auswirkung erweisen. Doch nirgends ist darüber bisher eine Beunruhigung entstanden. Auf der einen Seite dominiert noch das Bedürfnis, sich ob des eigenen Beitrags zu dieser „Erneuerung“ der Wissenschaft im Osten ein Verdienst zuzuschreiben, auf der anderen Seite, unter den von der „Abwicklung“ Betroffenen, herrschen weithin erklärliche Stimmungen vor. Deren Quelle ist eine Behandlung ist, die als unverdient und ungerecht empfunden wird. Unter einem auf die Zukunft gerichteten Blickwinkel wäre fern von Selbstgefälligkeit und ohne Selbstgerechtigkeit zu ergründen, was diese jähe Wende deutscher Geschichte in die Wissenschaft gebracht hat und was sie für die Wahrnehmung des Platzes bedeutet, den Wissenschaft in dieser Gesellschaft einnehmen kann und den sie sich deshalb von der Politik nicht nehmen oder auch nur beschneiden lassen sollte. Auch in diesem Punkte warnen die Erfahrungen aus DDR-Zeit.

Markstein in der Editionsarbeit zur Faschismusgeschichte

Robert M. W. Kempner berichtete in seinen Erinnerungen, welche Überraschung es für ihn bedeutete, als er das mit einem Flugzeug vom Fundort Berlin nach Nürnberg gebrachte Exemplar der Niederschrift vor Augen hatte, die – fälschlich – unter der Bezeichnung „Wannsee-Protokoll“ in die Geschichtsschreibung und -publizistik eingegangen ist. So viel der leitende Mitarbeiter der amerikanischen Anklagevertretung auch bereits an Dokumenten gesehen hatte, die Verbrechen befahlen oder von deren Ausführung in Wort und Zahl berichteten, er hatte es bis dahin doch für unmöglich gehalten, dass eine Besprechung dieser Art statt- und dann noch einen schriftlichen Niederschlag gefunden haben könnte.

Spätestens seit diesem Fund aus dem Jahre 1947 war nicht mehr zweifelhaft, dass die archivalische Beute der Alliierten weitere Überraschungen barg und die Dunkelzone des Entstehens von Entschlüssen, Entscheidungen, Weisungen, Gesetzen, Erlassen, Verfügungen und Befehlen während der Jahre 1933 bis 1945 geringer sein würde, als ursprünglich angenommen. Die internationale Historiographie zur Geschichte des deutschen Faschismus hat sich dieser Masse von Archivalien seit einem halben Jahrhundert bedient und geht heute, auch nach dem jetzigen Zugang zum Beutegut der UdSSR, davon aus, dass sich kaum noch ein Papier finden lassen dürfte, das in die Kategorie der sog. Schlüsseldokumente einzuordnen wäre.

Indessen existiert seit langem ein merkwürdiger Widerspruch zwischen der Intensität der Forschungen, die zum einen zu dem Resultat geführt haben, dass kein anderer Abschnitt der neueren deutschen Geschichte derart gründlich erforscht wurde, wie eben die Jahre zwischen 1933 bis 1945 (und darin noch einmal herausragend die Kriegsjahre), zum anderen aber nur wenige Quellen-Editionen entstanden, die ein vollständiges Bild einer Gruppe von Dokumenten eröffnen. Dieses Fehlen berührt nicht nur und nicht einmal in erster Linie die Möglichkeiten des leichten Zugriffs, die ohnehin kein Fachmann unterschätzen will. Wenn von der Rolle von Institutionen des Staates, von Organisationen und Gliederungen der NSDAP, auch von der von Einzelpersonen ein verlässliches Bild entstehen soll, dann ist der Blick auf die Totale ihrer Aktivitäten zu richten. Die lassen sich aus der schriftlichen Hinterlassenschaft gewiss nicht erschöpfend erschließen, aber ohne deren Inspektion müssen die Urteile immer vorläufig bleiben.

Martin Moll, der Herausgeber dieser Edition, hat sich selbstredend auch die Frage nach den Ursachen dieser merkwürdigen Inkongruenz von Forschungs- und Editionsniveau gestellt. Mit ihrer Beantwortung hält er sich aber zurück. Tatsächlich ist sie nicht leicht zu haben. Die Kärrnerarbeit, denn um nichts Geringeres handelt es sich, die unter Mediävisten nicht nur selbstverständlich, sondern auch hochgeschätzt ist, hat im Bereich der neuesten Zeitgeschichte offenkundig den ihr gebührenden Platz noch nicht gefunden. Mitunter werden auf diesem steinigen Acker auch zu rasch Erfolge gesucht, wie das Dilemma der Herausgabe der Goebbels-Tagebücher anzeigte. Seit dem Beginn der achtziger Jahre sind, soweit es die Rolle Hitlers angeht, nur zwei Quellensammlungen erschienen, die editorischen Ansprüchen genügen. Für die eine, die Herausgabe von Hitlers Sämtlichen Aufzeichnungen (1905-1924), die Eberhard Jäckel und Axel Kuhn 1980 besorgten, gilt das nur, wenn man die später eingestanden und markierten Ankäufe von Fälschungen abzieht. Und dann begann 1991 aus der Initiative des Münchener Instituts für Zeitgeschichte die auf 10 Bände berechnete Herausgabe von Reden, Schriften und Anordnungen Hitlers aus dem Zeitraum von Februar 1925 bis Januar 1933.

Doch wirkten auch ernsthaftere Faktoren mit, die den gegenwärtigen Zustand hervorriefen und manchen Zweifel am Wert derartiger Sammlungen entstehen ließen. Dazu gehörten die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Mono- und Polykratie in der faschistischen Diktatur in Deutschland, um die Frage, ob Hitler denn ein „schwacher“ oder ein „starker“ Diktator gewesen sei, ob der mündlich eingeholte oder kundgetane „Führerwille“, mitgeteilt etwa in Briefen Bormanns, nicht eine wichtigere Befehlslinie dargestellt habe als jene „Erlasse“, die mit Hitlers Unterschrift (oder mit der in seinem direkten Auftrag geleisteten) auf den Weg zu den Ausführenden gebracht wurden.

Diese Sammlung wird die Debatten nicht beenden, aber sie auf eine ungleich solidere Grundlage stellen. Selbstredend besitzt sie besondere Bedeutung für die biographische Forschung über Hitler.

Moll hat über Jahre nach „sämtlichen überlieferten nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckten, von Hitler während des Zweiten Weltkriegs schriftlich erteilten Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung“ gefahndet. Diese Aufzählung, die den Untertitel der Edition bildet, lässt „Erlasse“ zur Kriegführung durch die Wehrmacht aus. Die aber sind anzutreffen. Das letzte der insgesamt 406 Dokumente, datiert vom 24. April 1945, dem Tage an dem eine Abschrift in Rechlin (gez. Speer) angefertigt wurde, und erlaubte den Wehrmachtseinheiten den direkten Zugriff auf die auf „Bahnhöfen rückgestauten Waffen und Geräte für die Truppe“, sofern sie länger als 8 Tage da herumstanden, ohne an ihren Bestimmungsort gebracht werden zu können. Danach schwieg der „Führer“ bzw. seine letzten „Erlasse“ erhielten keine schriftliche Form mehr.

Die sogleich ins Auge fallende Herausforderung, die sich aus der Sammlung ergibt, betrifft die Notwendigkeit, durch weitere Forschungen zu sondern, welche Entscheidungen, die den „Erlassen“ zugrunde liegen, dem Reservat zugehörten, das Hitler beanspruchte und von dem in seiner Umgebung bekannt war, dass seine Unterschrift unumgänglich eingeholt werden musste, um das eine in Bewegung zu setzen, das andere zu verhindern. Das gilt etwa für die zahlreichen Erlasse, die der Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche der Militär- und der Zivilverwaltung in den eroberten Gebieten galten. Für die nur Tage nach dem Ende der 6. Armee in Stalingrad unterzeichnete Verfügung, wonach die Uniform der Leiter der Arbeitsbereiche Osten der NSDAP „mittelbraun“ zu sein und der Ärmelstreifen „in goldgelber Schrift auf dunkelbraunem Grund“ zu tragen wäre, mag das nicht zutreffen. Hier kann es schwerlich auch darum gegangen sein, einer Regelung durch die „höchste“ Unterschrift strikteste Beachtung zu verschaffen. Vielmehr drängt sich die Vermutung auf, dass der jede Witterung nehmende Bormann den „Führer“ von den dauernden düsteren Meldungen von der Ostfront auch auf diese Weise abzulenken und ihn mit Fragen zeitweilig zu befassen verstand, die Hitler zu entscheiden vermochte, ohne dass ihm ein Gegner dazwischenkam.

Die jetzt vorliegende Sammlung wird, in gehöriger Weise vom Zufälligen gereinigt, also ein genaueres Urteil darüber erlauben, welche Bereiche und Fragen der Diktator für dem Kampf um den „Endsieg“ für so wichtig ansah, dass allein er sie zu beurteilen und zu entscheiden vermochte. Unter Berücksichtigung anderer Sammlungen, vor allem der Weisungen zur Kriegführung und der Entscheidungen zur Rüstungswirtschaft, die Hitler nach Speers Vorträgen traf, scheint sich – worauf Moll in seiner Einleitung verweist – doch abzuzeichnen, dass sich Hitler namentlich um eine Vielzahl von Einzelfragen kümmerte, welche die Rolle und die Funktionstüchtigkeit der NSDAP unter den Kriegsbedingungen sichern sollten. Seine deren Tätigkeit betreffenden Verfügungen nahmen nach dem England-Abflug seines „Stellvertreters“ und der Ernennung Martin Bormanns zum Leiter der Parteikanzlei, vor allem aber seit der Jahresmitte 1942, erheblich zu und reichten bis zu der 1945 getroffenen, aber seit 1933 in der NSDAP umstrittenen Entscheidung, ob auf regionaler Ebene die Funktion eines Parteikreisleiters und eines staatlichen Landrates in einer Hand vereint sein sollten.

Zehn Jahre nach seiner Promotion hat der österreichische Historiker, dessen Forscherarbeit durch einen Fonds der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gestützt wurde und den der Verlag nun als „freischaffend“ ausweist, mit dieser – höchsten Ansprüchen genügenden – Edition seinen Namen definitiv in die Geschichte der Faschismusforschung eingetragen.

„Führer-Erlasse“ 1939-1945. Zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll, Franz Steiner Verlag Stuttgart 1997.

Wohin führt der Vergleich der „zwei deutschen Diktaturen“?

Vortrag im Klub in Kleinmachnow am 24. Oktober 1997

Beginnen wir mit einigen methodologischen Überlegungen, die dem umstrittenen Thema nicht seine Brisanz nehmen sollen, aber seine Diskussion auf einen festen Grund führen können. Vergleiche von Erscheinungen und Prozessen gehören zum Alltagsleben wie zur tagtäglichen Arbeit auf allen Feldern der Wissenschaft. Wir vergleichen Dinge, die uns begegnen, mit allen unseren Sinnen: Es sieht so aus wie, es hört sich so ähnlich an wie, es riecht anders als, es fühlt sich ganz gleich an wie, es erinnert mich an usw. Resultate von Vergleichen werden nicht so selten in festen Redewendungen ausgedrückt: Sie gleichen sich wie ein Ei dem anderen, sehen sich zum Verwechseln ähnlich, sind nicht zu unterscheiden usw.

Die Menschen eignen sich eine neuartige Erscheinung offenkundig dadurch an, dass sie diese mit ihnen schon bekannten Erscheinungen in Beziehung setzen, eben vergleichen und dabei versuchen, das Übereinstimmende und das Unterscheidende zu erfassen. So ordnen wir unsere Vorstellungen von der Außenwelt. Zugleich lernen die Menschen früh, dass ein gleiches äußeres Erscheinungsbild, also die gleiche Ansicht, der gleiche Geruch, der gleiche Laut usw. nicht bedeuten müssen, dass es sich um die gleichen Dinge handelt. Wird das ignoriert, kann es tödliche Folgen haben, nicht nur in Kriegen Jeder Pilzkundige weiß das. Genießbar oder giftig? Mitunter sind intimere Kenntnisse notwendig, das zu unterscheiden. Gleiche oder annähernd gleiche Erscheinungsbilder können also sehr verschiedenen Ursprungs sein, tote und lebende Wesen, die einander ähnlich sind, ganz unterschiedliche Eigenschaften besitzen.

Um das Problem an weiterem und allgemein bekanntem Beispiel zu veranschaulichen: In der medizinischen Ausbildung lernt jeder Student früh, dass das gleiche äußere Bild durch sehr unterschiedliche Prozesse im menschlichen Körper hervorgerufen sein kann. Um welchen es sich handelt, hat er auf dem Wege einer mitunter weitläufigen Diagnose zu klären. Von ihrer Gründlichkeit hängt ab, ob er die Ursprünge einer Krankheit aus einer Anzahl von Möglichkeiten herausfinden, diese Möglichkeiten also differenzieren und dann die angemessene Behandlungsmethode wählen kann.

Unser vorläufiges Fazit lautet: Vergleiche können für die Aneignung der Wirklichkeit von Nutzen sein, oberflächlich durchgeführt aber rasch auf Holzwege führen oder in Sackgassen enden. Heute werden in unseren Breiten Millionen Menschen indessen zu oberflächlichem Vergleichen angehalten, gar fortgesetzt und für sie unmerklich erzogen. In wenigen Sekunden fordert sie ein Fernsehwerbespot dazu auf, sich durch einen „Vergleich“ davon zu überzeugen, dass dieses Angebot „unvergleichlich“ günstiger sei als jenes oder als alle bisher unterbreiteten. Die wenigsten können das beurteilen. Hersteller von Waschmitteln wissen natürlich, dass die chemischen Variationen, nach denen diese Mittel hergestellt werden können, außerordentlich begrenzt sind. Doch dem Verbraucher wird eingeredet: Noch „schonender“, „noch sparsamer“, „noch weicher“, eben ganz anders als alles bisher Dagewesene. Ausgenutzt wird, dass sich die Umworbenen in aller Regel kein eigenes oder nur ein sehr begrenztes eigenes Urteil zu bilden vermögen. Ähnliches geschieht fortgesetzt auch in komplizierten Fragen der Gesellschaft und der Politik. Vergleiche werden von Politikern häufig mit keiner anderen Absicht vorgenommen, mit der auch die Reklamefachleute arbeiten. Während die aber aufgrund von feststehenden Regeln nicht sagen lassen dürfen, der Siemens-Automat ist besser als der von AEG, sondern formulieren müssen, der Siemens-Automat ist besser als alle herkömmlichen, herrscht in der Politik geradezu Regellosigkeit. Hier wird Klartext geredet und der diffamierende Vergleich ist erlaubt. Gorbatschow wird mit Goebbels verglichen und zwar nicht, um, was noch anginge, beider besondere Zungenfertigkeit herauszustellen, sondern um den einstigen Kremlchef als jenen als einen skrupellosen und begabten Lügner darzustellen. Was könnte in Deutschland das überzeugender tun als der Verweis in die „Goebbels-Ecke“. Damit sind wir nach einer etwas zu weiten Einlaufkurve nun endlich bei unserem Thema.

Die Verfechter sozialistischer Ideen haben den Vergleich des Sozialismus mit dem Nationalsozialismus immer als die Herabsetzung ihrer Ideale, ihrer Bestrebungen und ihrer Ziele angesehen. Darum ging es nun vielen, die diese Vergleiche anstellten, unstreitig. Man denke an Kurt Schumachers For-

mel von den „rotlackierten Nazis“ oder an die von Franz Josef Strauß bevorzugte „Rot gleich braun“. Unter Politikern, die so verfuhren, waren Überzeugungstäter und andere, von denen gesagt werden kann, dass sie sich über die politischen Zwecke nüchtern Rechenschaft gaben, die sie mit diesen Vergleichen verfolgten. Der Vergleich zu Lasten der Sozialisten hat bewirkt, dass in deren Reihen jeder Gedanke, sich auf ihn einzulassen, abgewiesen wurde. In Deutschland hatten Tausende von ihnen im Kampf gegen die „Nationalsozialisten“ gestanden und ihr Leben gelassen. Was war da zu vergleichen? Hier Feuer und das Wasser. Seriösere Gegner der Sozialisten verwiesen indessen darauf, dass die äußersten Linken wie die äußersten Rechten gegen Demokratie und Republik gestanden hätten. Daraus wurde die These, dass beide für den Untergang des Weimarer Staates verantwortlich zu machen wären. Er sei im Würgegriff der Rechten und der Linken, der „totalitären“ Kräfte, zugrunde gegangen.

Auf diese Argumentation, die auf das jeweilige Verhältnis zur Demokratie abhebt, hat sich auch die Geschichtswissenschaft der DDR nie vollständig eingelassen. Dabei gab es dazu nicht nur im Hinblick auf die KPD und die von ihr sich herleitenden Traditionen und Erbstücke gute Gründe. In der österreichischen Arbeiterbewegung, nicht nur in der kleinen kommunistischen Strömung, galt: „Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel“. Dass aber die Anwendung der vergleichenden Methode auf zwei so unterschiedliche gesellschaftliche Bewegungen, wie sie der Sozialismus und der Nationalsozialismus darstellen, von Sozialisten als die Verletzung eines Sakrilegs, von den Teilnehmern des Kampfes gegen den Faschismus als Herabsetzung ihrer Person empfunden wurde und zur Totalverweigerung führte, sich polemisch auf ihn einzulassen, hat aber mit Sicherheit dem Anliegen der Sozialisten selbst geschadet. Denn das Verhältnis zur Demokratie war tatsächlich kritisch und neu zu bestimmen und zwar nach innen wie nach außen, d. h. als innerparteiliche ebenso wie als staatliche Demokratie.

In der Wissenschaft war diese Verweigerung nicht üblich und nicht durchzuhalten. Die marxistischen Theoretiker und die Historiker haben sich mit der Totalitarismus-Doktrin immer wieder auseinandergesetzt. Doch eine öffentliche Auseinandersetzung gerade auf den Feldern, wo diese Doktrin sich als massenwirksam erwies, fand nicht statt. Nur in der war Frühgeschichte der DDR schien es notwendig zu sein, sich von dem jüngst geschlagenen System öffentlich begründet zu distanzieren. Das geschah, als die Kasernierte Volkspolizei gegründet wurde. Damals wurde erklärt, Waffen in den Händen der Arbeiterklasse seien nicht identisch mit denen in den Händen der Imperialisten, vereinfacht wurde gesagt: Waffe ist nicht gleich Waffe. Doch die nicht weit davon liegenden, sich gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und vis-à-vis der westdeutschen These vom Staatsbürger in Uniformaufdrängenden Fragen blieben schon undiskutiert: Braucht der Sozialismus alljährliche Militärparaden in seinen Städten und dieses ganze Tschingderassassa? Müssen seine Orden und Medaillen Brüste füllen und die Uniformen seiner Generale und Offiziere immer zahlreicher und teurer und die seiner Soldaten stets bunter werden? Nicht einmal das in diesem Punkte anders vorgehende China lieferte dafür Gedankenanstöße, und die Erinnerung an die Anfänge der Roten Armee war auch lange verblasst. Kurzum: Die gedankliche Verweigerung des abgrenzenden Vergleichs setzte bald ein und herrschte vor, wenn es sich nicht darum handelte, die Hinterlassenschaft des Naziregimes mit dem inzwischen Veränderten und Erreichten zu vergleichen.

Diese Haltung kann unter den zurückgekehrten Bedingungen des Kapitalismus und angesichts der Politik der „Enthüllungen“, die 1990 einsetzte und bis heute fortdauert, nicht aufrechterhalten werden. Mit dem Ende des sozialistischen Systems in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa erleben wir eine Revitalisierung der Totalitarismus-Doktrin. Sie findet ihren kürzesten Ausdruck in der formelhaft verwendeten Sprachregelung von den „zwei deutschen Diktaturen“. Mit ihr wird eine Sicht in die ostdeutsche Geschichte transportiert, die eine Kontinuität von der faschistischen zur kommunistischen Diktatur herstellt und der Mehrheit der Ostdeutschen bzw. deren Vorfahren die doppelt gefütterte Opferjacke hinhält. Der Bundesrepublik wird hingegen zugeschrieben wird, sie habe nach 1945 im Verlauf von etwa anderthalb Jahrzehnten einen gewiss komplizierten Bruch mit der deutschen Geschichte vollzogen. Der sei im Osten erst 1989/1990 begonnen worden, eingeleitet von den Bewohnern der „Heldenstadt Leipzig“, ermöglicht aber dadurch, dass die Westdeutschen und deren

Regierende an der Idee und dem Plan des einheitlichen Deutschlands immer festgehalten und die „Brüder und Schwestern im Osten“ nie aufgegeben hätten. Inzwischen wird dies nebenbei über den jeweiligen Anteil an der Destabilisierung der DDR heftig gestritten, man denke an die neueren Ausdeutungen der seinerzeitigen Beziehungen zwischen SPD und SED. Neuerdings verstärkt sich dieser Streit auch zwischen westdeutschen Historikern.

Politisch geht es bei dem Vergleich DDR-Staat (und Gesellschaft) und Nazistaat (und Gesellschaft) also eindeutig um die Herabsetzung der DDR, ihre Kriminalisierung und Verteufelung. Nicht wenige westdeutsche Forscher und Publizisten haben inzwischen darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Vorgehen dazu führt, den deutschen Faschismus zu verharmlosen. Schließlich könne bei allen Methoden der Repression dieser Staat auch nicht in die Nähe jener Politik gerückt werden, die nach Stalingrad und nach Auschwitz geführt habe. Obwohl diese Stimmen nicht so ganz vereinzelt zu hören sind, blieben sie doch im Hinblick auf das Verfahren der Machthaber wirkungslos. Diese Situation drängt nun viele einstige Bürger der DDR, überzeugte Sozialisten zumal, zu einer Haltung der bloßen Abwehr der Behauptungen und Gemeinheiten, die sie über sich zu hören bekommen. Das ist verständlich, aber der Sache nicht angemessen. Mehr noch: Gleichsam in einer Art Gegenangriff wird an die Adresse der Sieger mitunter erklärt, dass sie sich in der Kontinuitätslinie zur Politik der Faschisten befinden. In dieser Woche erst war in der Zeitung „Neues Deutschland“ die These vom „Palmiri der ostdeutschen Intellektuellen“ zu lesen. Sie entschlüsselt sich als ein Vergleich mit dem Verbrechen, dass die Faschisten in dem kleinen Ort in der Nähe Warschaus begingen. Sie ermordeten dort 1700 Angehörige der polnischen Intelligenz. Und dann wird in dem Leserbrief geschrieben: „Der Umgang mit den Intellektuellen der ehemaligen DDR droht als das „deutsche Palmiri“ in die Geschichte einzugehen.“ Das läuft auf darauf hinaus, den deutschen Faschismus und seine Untaten zu verheimlichen. Hier wird mit der gleichen falschen „historischen“ Münze heimgezahlt. Verstanden ist weder die Vergangenheit noch die Gegenwart und also auch nichts für eine politische Auseinandersetzung gewonnen.

Wer sich der mit der Totalitarismusthese stellt, der besitzt genügend Beweise, um die geschichtliche Herkunft und den geschichtlichen Ort der faschistischen Diktatur und der als Diktatur des Proletariats bezeichneten Staatsmacht klar zu unterscheiden. Geistig kommt die eine als eine Gegenbewegung gegen die Aufklärung her, die andere ist selbst ein Zweig dieser aufklärerischen Bewegung und zwar der stärkste, der aus ihr hervorgegangen ist. Politisch wurzelt die eine in gegen die Massen gerichteten Herrschafts-, Ausbeutungs-, Kriegs- und Eroberungsinteressen, die andere ist ihr vollständiger Gegenpart, zielt auf die Befreiung von Ausbeutung, Krieg, Länderraub und Völkerunterdrückung. Ökonomisch festigte die eine das Kapitalverhältnis, die andere suchte es zu überwinden und hat, wie immer heute die Richtung dieses Vorgehens bewertet wird, doch ein neues Verhältnis zwischen den Produzenten herzustellen vermocht. Nur wer diese grundlegenden geistigen, politischen und ökonomischen Tatsachen ignoriert oder marginalisiert, kann den Vergleich beider mit einer Gleichsetzung enden lassen.

Dass so angelegte Versuche letztlich fehlgehen, gestehen auch diejenigen ein, die sie unternehmen. Thesen wie die vom „Auschwitz der Seelen“, das es, was immer man sich darunter vorzustellen hat, in der DDR gegeben habe, sind daher auch nicht Allgemeingut geworden. Die Vergleiche, die beide deutsche Staaten aneinanderrücken und ihnen die gleiche Kappe überziehen wollen, konzentrieren sich auf die politischen Herrschaftssysteme, messen diese mit dem Maßstab der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und kommen zu dem Ergebnis, das sie so geprüft, beide die gleichen Defizite ausweisen, mehr noch: dass politische Herrschaftsansprüche, -apparate und -methoden zweifelsfreie Ähnlichkeiten aufwiesen. In dieser Tatsache liegt nicht zuletzt die Überzeugungskraft, die den Bildern innewohnt, mit denen die Totalitarismus-Doktrin gestützt wird. Eine Auseinandersetzung mit ihr muss sich also auf die Frage der Ideologie und der Praxis der Herrschaft im einen wie im anderen Falle einlassen.

1. Von der grundsätzlichen Verschiedenheit der Herkunft und der Inhalte beider Ideologien war schon die Rede, aber: die Verfechter der einen wie der anderen hatten doch etwas gemeinsam. Die einen

wie die anderen beanspruchten, im Besitz der ganzen Wahrheit über die Gesetze der Geschichte zu sein und mit ihnen im Einklang zu handeln.

2. Die Politiker des Faschismus und des Sozialismus behaupteten, (das tut übrigens jeder moderne Politiker) im Interesse und zum Wohle der Massen zu handeln, mit dem wesentlichen Unterschied, dass die Faschisten unter Massen immer nur die Deutschen und allenfalls noch deren Blutsverwandte verstanden, während die Sozialisten ihre Politik als Bestandteil der Menschheitsbefreiung sahen. Während die Politiker des Faschismus, die gelegentlich von der „germanischen Demokratie“ faselten, die Massen im Grunde verachteten, wenn sie diese auch brauchten, mobilisierten, an die verschiedensten Fronten schickten, waren die Politiker des Sozialismus der Meinung, dass die Massen mit planen, arbeiten und regieren müssten, schlossen sie aber doch vom mitregieren und mitplanen weitgehend aus.

3. Während die Politiker des Faschismus die beschränkten Formen des bürgerlichen Demokratismus restlos zerschlugen, schufen die Politiker des Sozialismus anfänglich in der vor- oder frühsozialistischen Etappe diese Formen mit gleichen oder veränderten Inhalten wieder, ließen sie dann aber verkümmern, höhlten sie aus oder schafften sie ganz ab. Ähnlich wie die Politiker des Faschismus suchten die des Sozialismus aber unausgesetzt die Einheit von Führung und Volksmassen nach innen wie nach außen zu demonstrieren. Das ergab ganz ähnliche Erscheinungsbilder von Festen, Kundgebungen, Aufmärschen.

4. In beiden Systemen breitete sich zunehmend ein Führerkult aus, den die Faschisten begründeten, als eine Errungenschaft priesen und zudem sie sich also bekannten, dessen Existenz die Sozialisten aber bestritten, wissend, dass er im Widerspruch zu ihrem Geschichtsverständnis von der Rolle der Persönlichkeit und der Volksmassen stand. Der Unfehlbarkeitsanspruch und das Entscheidungsmonopol gingen mit dieser Stellung des einen Führers einher und wieder gilt: Während sich die Faschisten dazu bekannten (Der Führer hat immer recht), leugneten das die Sozialisten, sangen laut, „Die Partei hat immer recht“ und wussten doch, dass mit „der Partei“ nur noch eine sich verengende Führungsgruppe gemeint war und ahnten vielleicht auch, dass die wiederum auf den einen Führer fixiert war.

5. Und das Gesagte wendend und zusammenfassend: In der Tat verhielten sich beide politischen Systeme gegenüber der Tradition der bürgerlichen Demokratie strikt ablehnend, wobei die Faschisten behaupteten, dieses System würde nur Mittelmaß und Unfähigkeit hervorbringen, die Sozialisten aber die These vertraten, sie hätten eine neue Demokratie geschaffen und die befände sich zu der des Kapitals in einem völligen Gegensatz. Das in diesem Zusammenhang auch verwendete Bild von der „höheren Stufe“ bedeutete nicht, dass die niedrigere in irgendeiner Weise als eine in der Geschichte entstandene Errungenschaft angesehen und darauf geprüft wurde, welche ihrer Elemente im schöpferischen Sinne aufzuheben seien. Die bürgerliche Demokratie galt nicht als „nicht viel“, sondern als bloße Methode des Volksbetrugs, das Parlament einzig als Schwatzbude.

6. Alles im allen, wie unterschiedlich die verfolgten und erreichten Ziele beider Systeme auch waren, die Menschen waren als Bürger (nicht als Arbeitende) im Konfliktfall mit dem Staat gegenüber dem Staat rechtlos. Eine Instanz, an die der Einzelne appellieren und seine Ansprüche verteidigen konnte, existierte nicht. Das öffnete auch im sozialistischen Staat der Bürokratie samt allen ihren Folgeerscheinungen die Türen weit. Mehr noch: der mit dem Staat in Konflikt geratende Bürger wurde eo ipso als Feind der ja richtigen Linien der Führer angesehen und je nach der Schwere dieses Konflikts behandelt. Diese Denkweise führte das faschistische Regime unter den Bedingungen seines Kriegskurses zum immer weiteren Ausbau seines Überwachungs- und Terrorsystems. Und es brachte unter den Bedingungen des Kalten Krieges eine uferlose Ausweitung des Überwachungsapparats im sozialistischen Staat hervor.

Ganz unterschiedlich aber waren die Rückwirkungen dieser ähnlichen Herrschaftspraktiken im Faschismus und im Sozialismus. Im ersten Falle wirkten sie systemstabilisierend, im zweiten behinderten sie die Entfaltung seiner denkbaren und vorhandenen Kräfte und trugen zu seinem Scheitern bei. Das verweist nun gedanklich auf einen ermutigenden Zusammenhang. Während der Faschismus ohne

die gekennzeichneten Herrschaftsbegründungen und -praktiken undenkbar ist, können sozialistische Verhältnisse von Bestand sich nur entwickeln, wenn sie ihre eigenen Herrschaftsformen unter Aufnahme derjenigen hervorbringen, die im Kampf gegen absolutistische, autoritäre und andere antidemokratische schon entstanden waren.

Der Vergleich der beiden Ideologien, der politischen Systeme und ihrer Politik führt also keineswegs notwendig in die Arme der Totalitarismus-Doktrinäre, kann aber in nützliches, kritisches Nachdenken über den gescheiterten Sozialismus münden und damit zu Schlussfolgerungen, die Bedeutung gewinnen können, wenn oder falls es eine „zweite Chance“ gibt.

Der Streit um die Wehrmacht*

Am 5. Dezember 1930 wurde in Berlin der in den USA gedrehte Film „Im Westen nichts Neues“ uraufgeführt. Seine literarische Vorlage bildete der gleichnamige Roman von Erich Maria Remarque. Der Tonfilm hatte zwei Wochen zuvor die Filmprüfstelle Berlin passiert und war von ihr zur Aufführung freigegeben worden. Die damit verbundenen Auflagen lauteten, er dürfe nicht vor Jugendlichen gezeigt werden und es seien aus dem Original 12 Filmmeter herauszuschneiden, welche die Kommission für deutsche Augen und Ohren als nicht geeignet ansah. Die Meinung der Mitglieder dieses Gremiums war nicht einheitlich gewesen. Der Vertreter des Reichswehrministeriums trug die Freigabe nicht mit.

Doch schon am 11. Dezember zog die Oberprüfstelle die erteilte Genehmigung zurück. Weitere Aufführungen von „Im Westen nichts Neues“ waren deutschlandweit verboten. Diese Entscheidung hatte schon am Tage nach der Uraufführung das Sächsische Innenministerium in Dresden verlangt. Zwei Tage danach forderten die zuständigen Minister in Thüringen und Braunschweig, beide Mitglieder und Führer in der NSDAP, das Verbot und erließen es für ihre Länder. Einen weiteren Tag später waren diesem Verlangen auch die Ministerien in Bayern und in Württemberg beigetreten. Kaum anzunehmen, dass die Antragsteller das Objekt ihrer Jagd überhaupt angesehen hatten.

Das galt auch für diejenigen, die in Berlin unter der unmittelbaren Regie des Berliner NSDAP-Gauleiters Joseph Goebbels die Uraufführung gesprengt hatten. Das geschah. Im Kinoraum hatten er und die von ihm dirigierten Faschisten einen Skandal inszeniert, die Zuschauer mit Stinkbomben und Nießpulver attackiert, weiße Mäuse ausgesetzt und auch Anwesende verprügelt. Es kam nicht nur zur Konfrontation zwischen der Polizei und den in Zivil und in Uniform agierenden „Nationalsozialisten“. Die Front gegen den Film erwies sich als ungleich breiter.

Die Episode gehört in die deutsche Geschichte und in ihr zur Auseinandersetzung von Militaristen und Nationalisten auf der einen und Kriegsgegnern auf der anderen Seite. In einem weiteren Sinne muss sie dem Streit unter Deutschen über ihr Verhältnis zur Geschichte – damals zum etwas mehr als ein Jahrzehnt zurückliegenden Ersten Weltkrieg – zugezählt werden. Interesse finden in diesem Zusammenhang noch heute vor allem die Argumente, die damals von denen ins Feld geführt wurden, die das zeitweilige[1] totale Aufführungsverbot erzwangen bzw. erließen.

Die faschistischen Demagogen erklärten, der Film verhöhne das „deutsche Nationalgefühl“ und setze „das Ansehen Deutschlands im Auslande“ herab, gemein und niederträchtig verunglimpfe er das „heldenhafte Heer“ und die „deutschen Frontsoldaten“. Er lähme die Volkskraft und untergrabe den Wehrgedanken. Die NSDAP-Landesminister traten diesen Argumenten im Wesentlichen bei, während ihre Amtskollegen aus den vermeintlich republiktreuen Parteien die „Typisierungen“ des Films kritisierten und seine entsittlichende, verrohende und Unruhe stiftende Wirkung feststellten oder zumindest befürchteten.

Die Oberprüfstelle machte sich für die Begründung ihres revidierenden Urteils diese Argumente, jene der NSDAP-Minister, -Abgeordneten und -Presse eingeschlossen, zu eigen. Sie befand auch, dass das Ansehen des deutschen Volkes durch die Aufführung dieses Films Schaden nehme würde. Denn es sei zum einen Entwürdigung, sich die eigene Niederlage im Kriege aus ausländischer Produktion auf der Leinwand vorspielen zu lassen, und zum anderen könne, geschähe das, dies im Ausland gar als Zustimmung zur Originalversion aufgefasst werden. Zudem würden vorauszusehende fortdauernde Auseinandersetzungen (also im Klartext: die Provokationen der NSDAP) die öffentliche Ordnung

---

* Aktualisiertes Manuskript eines Vortrages, der in Wiesbaden in einer Veranstaltung der Anna-Seghers-Gesellschaft e. V. am 21. Februar 1997 gehalten wurde.

1 Am 8. Juni 1931 wurde „Im Westen nichts Neues“ unter Auflagen, die das Publikum auf bestimmte Personenkreise eingrenzten, wieder zugelassen. Zu den Quellen und zu weiteren Einzelheiten über die Geschichte der Aufführungen des Films und insbesondere über die gegen ihn organisierten Kundgebungen s. Bärbel Schrader/Jürgen Schebera, Die „Goldenen Zwanziger“ Jahre. Kunst und Kultur der Weimarer Republik, Leipzig 1987, S. 218 ff., Dies., Kunstmetropole Berlin 1918-1933, Berlin 1987, S. 239 ff., Thomas Hanna-Daoud, Die NSDAP und der Film bis zur Machtergreifung, Köln 1996, S. 23 ff. Aus letzterem auch die folgenden Zitate aus Stellungnahmen zum Film.

gefährden. Die Kernaussage lautete: Es werde dieser Film dem Empfinden des deutschen Volkes nicht gerecht.

Charakteristisch war, dass die Gegner des Films sich nicht mit seiner inhaltlichen Aussage oder der einzelner seiner Sequenzen auseinandersetzten, sondern sich über erzeugte und verletzte Gefühle, Wirkungen und Folgen in Deutschland und außerhalb seiner Grenzen äußerten. Die Frage nach wahr oder falsch wurde von ihnen ausgespart. Und erinnernswert ist auch, dass die militantesten unter denen, die den Film (und vorher bereits das Buch) anfeindeten, nicht vergaßen, auf seine Hersteller hinzulenken und deren angeblich dunklen Absichten und Zwecke ausmalten. Der Urheber war „ein Filmjude", der Streifen ein „amerikanisch-jüdisches Produkt" und von Feinden des deutschen Volkes zu dessen „Verblödung" und „Verhetzung" bestimmt. Die NS-Propaganda erwähnte in diesem Zusammenhang obendrein das „Interesse des Weltkapitals".

1. Wirkungen einer Ausstellung

In der Bundesrepublik ist nicht zum ersten Mal ein Streit entbrannt, der die deutsche Wehrmacht und ihre Rolle in der deutschen und europäischen Geschichte betrifft. Er wird nicht nur in Wort und Schrift ausgetragen und in Parlamenten – von Kommunen bis in den Bundestag[2] – geführt. Er ist auch von Demonstrationen und rüden verbalen Attacken gegen eine Ausstellung begleitet. Ihr Thema: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944".[3] Dokumentiert werden Untaten, die von deutschen Truppen während des Zweiten Weltkriegs begangen wurden, nicht im Verlauf von Kriegshandlungen, sondern hinter den Fronten. Die Orte der grausigen Handlungen waren besetzte Gebiete der UdSSR und Jugoslawiens.

Diese Ausstellung ist seit 1995 in fünfzehn deutschen Städten und in Österreich[4] gezeigt worden. Mehrfach und zunehmend[5] war das von heftig ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten darüber begleitet, wo die Dokumentation platziert werden sollte. Manchen Landes- und Stadtvätern erschienen Parlamentsgebäude und Rathäuser dafür als ungeeignete Orte. Argumente, die das begründen sollten, stimmen nachdenklich: Die Ausstellung, so wurde gesagt, spalte die Bevölkerung – eine merkwürdig antipluralistische Haltung, in welcher Sehnsucht nach der einheitlichen Geschichtsauffassung aller „Volksgenossen" mitschwingt – einer Einheit obendrein auf dem Niveau derer, die sich längst erwiesenen Tatsachen noch immer verweigern. Treffend ist in der Debatte bemerkt worden, dass jene, die jetzt wieder und lauter noch nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit der Jahre von 1933 bis 1945 rufen, nie *angefangen* haben, sich mit ihr zu beschäftigen.[6]

Zu den verbreiteten Einwänden gegen die Aussagen der Ausstellung gehört die Behauptung, sie sei „einseitig", ohne dass freilich Vorschläge darüber zu hören waren, welche weiteren Seiten der Geschichte der Wehrmacht zur Vervollständigung des Bildes aufzuschlagen wären. Der These von der

---

2 Das Parlament diskutierte in einer Sitzung Ende April 1997 mehrere Anträge, in denen zur Ausstellung Position bezogen wurde. Während einer interfraktionellen Vorbesprechung (unter Ausschluss der PDS) war der Versuch, einen gemeinsamen Entwurf einer Stellungnahme in das Plenum zu bringen, gescheitert. Die Mehrheit der Regierungsparteien stimmte den von ihnen eingebrachten Antrag zu. Auch die oppositionellen Fraktionen hatten sich nicht als fähig erwiesen, einen gemeinsamen Entwurf vorzulegen. Die mehr oder weniger voneinander abweichenden dem Anliegen und dem Inhalt der Ausstellung mehr oder weniger deutlich zustimmenden separaten Texte von SPD, Grünen und PDS erhielten jeweils die Stimmen der Antragstellenden und von deren Fraktionen. (Nachtrag: 30. April 1997)

3 Hamburger Institut für Sozialforschung. Dazu Ausstellungskatalog, Hamburger Edition HIS 1996. Und im April 1997 erschienen, mit dem Katalog titelgleich, aber nicht identisch: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, hrsg. von Hannes Heer und Klaus Naumann. Weiterhin: „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen". Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995, hrsg. von Hannes Heer.

4 Während die Ausstellung in Wien gezeigt wurde, hat Ruth Beckermann einen dokumentarischen Film gedreht („Jenseits des Krieges"), der Diskussionen und Interviews von Besuchern erfasste. Er ist inzwischen in deutschen Kinos zu sehen.

5 Die ersten Präsentationen – unter anderem die in Berlin im Foyer der Humboldt-Universität Unter den Linden – verliefen noch, ohne dass es zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen gekommen war.

6 So Ralph Giordano in einer Fernsehdiskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) am 25. Februar 1997, die auszugsweise dokumentiert wurde. „Konkret", Heft 4, April 1997, S. 25. Fortan: ZDF-Debatte.

„Einseitigkeit“ bediente sich auch das bayerische Kultusministerium zur Begründung seiner Haltung, diese Ausstellung sei Schulen zum Besuch nicht zu empfehlen. Dagegen protestierten sowohl die Gewerkschaft Erziehung/Wissenschaft wie der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband.[7]

Seinen Tiefpunkt erreichte der Streit mit den Versuchen, die Urheber und Autoren der Ausstellung und deren Fürsprecher zu diffamieren. Angeblich agierten sie nicht in aufklärerischer Absicht, sondern als „professionelle Vergangenheitsbewältiger“ und politisch interessierte Publizisten, die keinerlei wissenschaftliche Kompetenz besäßen. Sie führten – war im „Bayern-Kurier“ in grotesker Verkehrung des Titels der Ausstellung zu lesen – einen „Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“.[8] Die Ausstellung sei „demagogisch“ und habe gar „einen terroristischen Beigeschmack“. Zudem werden Zweifel in die Echtheit des Bildmaterials gesetzt. Sie sollen den Verdacht der Fälschung nahelegen.[9]

Die letzten Meldungen, die der Eröffnung der Ausstellung im Münchener Rathaus – sie wird dort durch die Entscheidung der regierenden Stadtväter aus der Sozialdemokratischen und der Grünen Partei platziert und ab Ende Februar besichtigt werden können[10] – vorausgingen, deuten darauf hin, dass die Gegner der Ausstellung jetzt erst eigentlich mobilmachen. Dabei treffen bei den Aktionen in der mit so viel einschlägiger Geschichte beladenen Isarmetropole zwei Kräfte zusammen: diejenigen der bayerischen Christlichsozialen und die weitgefächerten Kleingruppen der äußerten Rechten, die faschistische eingeschlossen und voran. Sie treten gemeinsam als Bewahrer nationaler Ehre und Würde, Beschützer des Andenkens an die Toten und mit dem Anspruch auf, schlechthin die Deutschen gegen Verleumdungen verteidigen zu müssen. So entsteht eine Momentaufnahme der geistigen und politischen Zustände in der Bundesrepublik, die zu einer Zeitaufnahme wird, weil die Auseinandersetzung inzwischen deutschlandweit in Gang gekommen ist. Sie bezeugt eine Stimmung, die besagt: Das werden und brauchen „wir“ uns nicht mehr gefallen zu lassen. Sie hat sich – dies nebenbei – auch in Attacken gegen das Buch Daniel J. Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ und gegen das jüngst erschienene von Tina Rosenberg „Die Rache der Geschichte“, les- und hörbar gemacht.

Derart erwarben sich die Urheber der Ausstellung ein Verdienst, das möglicherweise gar nicht in ihrem Visier war. Ihre Arbeit half, das Verhältnis zu den geschichtlichen Tatsachen der Jahre von 1939-1945 sichtbar zu machen, wie es sich 1996/1997 von der Staatsspitze bis an deutsche Stammtische darstellt, denn nicht diese Ausstellung hat die Deutschen gespalten, wie gelegentlich zu lesen war, sondern sie machte einen geistigen Graben sichtbar, der vordem längst, nämlich seit den Tagen des Kriegsendes existierte.[11] Es hat sich ein Zustand offenbart, für dessen Bewertung es nur eine

---

7 Dazu auch das Interview mit Kultusminister Hans Zehetmair in: „Deutsche Lehrerzeitung“, 20. März 1997.

8 Zitiert in: Hermann L. Gremliza, Die Ehre der Nazis. In: „Konkret“, Heft 4, April 1997, S. 9.

9 Die Versuche, die Authentizität des Bildmaterials in Zweifel zu ziehen dauern an, wie sich an einer Initiative der Redaktion der Zeitschrift „Focus“ zeigt. Der Hinweis auf die Ungeklärtheit des Kontextes eines in der Ausstellung gezeigten Fotos dient dem untauglichen Versuch, die Gesamtaussage der Schrift- und Bilddokumente mindestens in Frage zu stellen.

10 Die Ausstellung in München ist inzwischen eröffnet und war von Demonstrationen und Gegendemonstrationen in der Stadt begleitet. Über die Vorgänge fand im 11. März 1997 auch eine Debatte im Bayerischen Landtag statt. Die weiteren Ausstellungsorte sind Frankfurt/Main und Bremen, wo der Ort der Aufstellung lange umstritten blieb. S. dazu weiter unten. Inzwischen haben sich auch in Hessen CDU-Stimmen hörbar gemacht, welche die Ausstellung attackieren. Unter anderem geschah das mit der These, sie trete das Andenken der „Männer des 20. Juli“ mit Füßen. S. die Meldungen in „Neues Deutschland“ (fortan: ND), 8./9. März 1997 und „junge Welt“ (fortan jW), 13. März 1997. (S. auch Anm. 17, 20-22.)
Nachtrag 30. April 1997: Inzwischen ist die Ausstellung, die in München von ca. 90.000 Besuchern gesehen wurde, in Frankfurt/M. in demonstrativer Abwesenheit der Oberbürgermeisterin und weiterer Politiker der lokalen CDU-Organisation eröffnet worden. In Halle überstimmte der Stadtrat die Haltung des dortigen Oberbürgermeisters (CDU), der sich dagegen zu sperren gesucht hatte, die Ausstellung in die Stadt zu holen. Mehrfach diskutiert wurde die Frage, in welcher deutschen Stadt sie einen ständigen Platz erhalten könnte. Ein Antrag der PDS-Fraktion, die Ausstellung dauernd in Potsdam zu beherbergen, scheiterte im Stadtparlament. Inzwischen ist von gleicher Seite eine Initiative für Berlin ergriffen worden, über die bisher nicht entschieden wurde.

11 Zur Eröffnung der Ausstellung in Frankfurt/M. sprach in der Paulskirche u. a. Jan Philipp Reemtsma. Den Text seiner Rede, die Absichten der Ausstellung klarstellt und deren Wirkungen zwischenbilanziert, s. in: „Frankfurter Rundschau“, 15. April 1997. Im weiteren Sinne zur Arbeit des Hamburger Instituts für Sozialforschung s. „Auf spezifische Weise ratlos und verstört“. Interview mit Reemtsma, in: „Freitag“, 21. März 1997. Hannes Heer

untergeordnete Rolle spielt, ob die Politiker, die das Wort nahmen, populistisch nach der Volksstimmung und ihren Wählern schielen oder ob auch sie tatsächlich „gefehlt“ haben, als die Geschichte des Zweiten Weltkriegs an Schulen, Universitäten, in der wissenschaftlichen wie in der „schönen“ Literatur dargestellt, auf Bühnen und in Filmen wieder und wieder abgebildet wurde. Mitverantwortlich sind Politik und Politiker für die geistigen Zustände in deutschen Landen allemal.

Das gilt nicht minder für die Historiker, von denen einige mit dem noch näher zu betrachtenden Feldzeichen der „Differenzierung“ sich ebenfalls auf den Kampfplatz begeben und die Ausstellung attackiert haben. Der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel, dabei ausdrücklich auf seine Berufspflicht Bezug nehmend, hat sich gegen „gewisse simple und eingängige Interpretationen“ gewandt, der Wehrmacht eine „kollektive“ Unschuld attestiert. Dies wird mit der generalisierenden Behauptung verbunden, „Kollektive können nicht schuldig sein“; eine Unterscheidung zwischen juristischer und historischer Schuld wird nicht vorgenommen. Hitler, so seine Sicht, war ein „Verbrecher“, der Staat, an dessen Spitze er stand, „verbrecherisch“ und dann seien „natürlich und selbstverständlich alle Teile des Staatsapparats da hineingezogen worden.“[12] Jäckel geht es nicht mehr nur um das Bild der Wehrmacht, sondern des Staates insgesamt und seiner Bürger. Mit einem Rückgriff auf das Ergebnis der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 (und das Resultat des 5. März 1933 ebenso ignorierend wie die massenhaften Beweise ihrer Einstellung zum Regime in den folgenden Jahren) erklärte Jäckel, „zwei Drittel aller Deutschen haben für die NSDAP niemals ihre Stimme abgegeben“.[13] Es liegt zutage, dass in einem Augenblick, da nicht nur die geistige Nähe von Millionen Deutschen zum faschistischen System, sondern vor allem ihre praktische Rolle als Zivilisten und als Angehörige militärischer Formationen konkret wie selten zuvor in Rede gekommen ist, hier mit dem Anspruch intimer Geschichtskenntnis und penibler Fakteninterpretation der Versuch unternommen wird, die vorgebliche Distanz zu behaupten. So erweist sich, dass der Streit zwar in erster Linie um die Wehrmacht geführt wird, jedoch die ganze Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945 betrifft. Unbeschädigt bleiben soll das gedanklich wie im Hinblick auf die gegenwärtige politische Parteinahme gleichermaßen bequeme Bild von den „Hineingezogenen“ oder „von der ehrbaren Wehrmacht“, welche den „kranken Plänen eines irren Führers folgte“.[14]

2. Von Tapferen und von Feiglingen

Der erste Präsident der Bundesrepublik Theodor Heuss, der selbst manche Aktie an der Vernebelung der deutschen Vergangenheit besitzt – man denke nur an seine nach seiner Amtszeit 1961 gehaltene Rede anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Kruppwerke in Essen[15] –, forderte in einer Rede, die er zuvor in Bergen-Belsen hielt, die Deutschen zur „Tapferkeit“ gegenüber den bitteren Wahrheiten ihrer Geschichte auf.[16] Dieser Appell lässt sich auch 1997 noch mit Nutzen bedenken, ja er scheint in jüngster Zeit geradezu an Gewicht noch zu gewinnen. Denn diejenigen Deutschen, die den Deserteuren aus der Wehrmacht heute, wie es vor einem halben Jahrhundert die Militärrichter taten, „Feigheit vor dem Feind“ vorwerfen, bezeugen eine Haltung, die „Feigheit vor der Wahrheit“ genannt werden kann. Bis in das höchste deutsche Parlament ist es mit der Tapferkeit nicht eben weit her und Drückebergertum verbreitet, welches jenen unterstellt wird, die sich nicht länger zu Instrumenten eines verbrecherischen Regimes machen ließen.

äußerte sich zum gleichen Thema und zu den gegen ihn erhobenen Verdächtigungen in einem Interview „Mein Vater hat darüber nie gesprochen“, in: jW, 12./13. April 1997 (Nachtrag vom 30. April 1997)

12 Das geschah während der erwähnten Fernsehdiskussion, die sich an eine Sendereihe über „Hitlers Helfer“ anschloss, in der engste politische und militärische Mitführer Hitlers porträtiert worden waren, nicht aber Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl, was angesichts des Streits um die Wehrmacht von besonderer Aktualität gewesen wäre. ZDF-Debatte, a. a. O., S. 26-27. S. auch: Peter Berger, Deckel hoch und runter. In: ND, 27. Februar 1997.

13 ZDF-Debatte, S. 26.

14 Die letzte Formulierung ist die Rudolf Augsteins. Zitiert in: Hermann L. Gremliza, a. a. O., S. 9.

15 Dazu: Kurt Pätzold, Weißwäsche für Krupp. In: ND, 4./5. Mai 1996.

16 Die Rede wurde am 30. November 1952 gehalten. Auszugsweise in: Theodor Heuß. Der Mann, das Werk, die Zeit. Eine Ausstellung. Hrsg. vom Theodor Heuß Archiv Stuttgart und dem Schiller Nationalmuseum Marbach a. N. (1967), S. 347.

Damit ist das schwer erträgliche parlamentarische Geschwätz um das Verhalten einer Minderheit deutscher Soldaten erwähnt, das fraglos das Ganze betrifft und den Streit um die Wehrmacht auf eigenartige Weise beleuchtet. Gerhard Zwerenz, selbst ein Deserteur, hat den Abgeordneten des Bundestags, die den überfälligen Beschluss noch immer aufschieben und auf eine biologische Lösung spekulieren mögen, in einer einminütigen Rede gesagt: „Sie beglaubigen damit nichts anderes als die Marschbefehle der Wehrmacht. Sie legitimieren im Nachhinein den deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg.“[17]

Die Haltung des Deutschen Bundestags gegenüber den deutschen Deserteuren des Zweiten Weltkriegs (und ihnen sind die Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ hinzuzurechnen) berührt das Leben von zwei- bis allenfalls dreihundert Menschen direkt. Sie kämpfen mit zu wenig öffentlicher Unterstützung und deshalb noch immer vergeblich darum, dass ihr Entschluss und ihre Tat, nicht länger an einem imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg teilzunehmen, endlich als eine Handlung anerkannt wird, die ideell zu würdigen ist und materiell eine entsprechende Regelung ihrer Rentenansprüche verlangt.[18] Der Deutsche Bundestag ist bis heute zu keiner Bereinigung dieses skandalösen Zustands gelangt. Dies hat seinen Grund nicht in einer ohnehin undiskutablen Rücksichtnahme auf die tagtäglich beschworene und tagtäglich verletzte Losung des Sparens. Die erforderlichen finanziellen Mittel könnten, wie treffend bemerkt worden ist, an die Lebenden und Hinterbliebenen aus der Portokasse bezahlt werden. Vielmehr verschließt sich eine Mehrheit der Abgeordneten einem konsequent-kritischen Bild von Faschismus und Krieg und befördert damit ein mehr oder weniger offene Herabsetzung der Deserteure.

Es gehört in diesen Zusammenhang und bildet die komplementäre Erscheinung zum Streit um die Naziwehrmacht, dass auch im Jahre 1996 den Deutschen, die von 1936 bis 1938 in den Internationalen Brigaden in Spanien kämpften, – als dort die europäische Hauptfront der Auseinandersetzung mit dem Faschismus verlief –, die Anerkennung versagt wird. Zur Veranstaltung, die anlässlich des 60. Jahrestag der Gründung dieser militärischen Einheiten in Berlin stattfand, sandte der Botschafter Spaniens in Bonn eine Begrüßung. Aber es erschien kein Vertreter der Bundesregierung. Der Historiker Wolfgang Wippermann hat das als „unanständig“ bezeichnet und gemeint, an diesem Tag und aus diesem Anlass hätte das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik das Wort nehmen müssen.[19]

Mit diesem Verhalten lässt sich das französische vergleichen. Die Regierung in Paris erkannte den Interbrigadisten, gewiss auch spät genug, den Rang von Kriegsveteranen zu. Und die Regierung Spaniens hat ihnen ihre Staatsbürgerschaft angetragen und verliehen, was sich für die Deutschen auf die Übergabe von Ehrenurkunden reduzierte, da das deutsche Staatsbürgerrecht eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht erlaubt.[20]

Die regierenden deutschen Politiker haben so die Chance, das Bild des spanischen Bürgerkriegs und die Rolle von Deutschen auf den Schlachtfeldern der Halbinsel zu korrigieren, wieder vertan. Dabei gab es Grund genug für eine Wende. Dass es in Berlin-Zehlendorf eine Spanische Allee gibt, die ihren Namen – vordem hieß sie Wannseestraße – nach der Rückkehr der deutschen Interventionstruppe erhielt, gehört noch zu den harmlosesten Andenken an den deutschen Anteil bei der Vernichtung der spanischen Republik. Eine Hans-Beimler-Straße, benannt nach einem vor Madrid zu Tode gekomme-

---

17 Rede Gerhard Zwerenz’. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 13. Wahlperiode, 104. Sitzung, 9. Mai 1996, S. 9182.

18 Inzwischen hat Ende April ein Antrag mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD den Rechtsausschuss des Bundestages passiert, demzufolge die Opfer und ihren Angehörigen eine einmalige Zahlung von 7500,00 DM erhalten sollen. Eine monatliche Rentenzahlung, wie von den Grünen beantragt, die sich auf 50,00 DM im Monat belaufen sollte, wird demnach nicht gewährt werden. Eine Einzelfallprüfung, welche die Umstände der Desertion feststellt, soll deshalb nicht erfolgen, weil sie praktisch nicht mehr möglich sei. Eine Entscheidung im Parlament soll im Mai erfolgen. (Nachtrag: 30. April 1997)

19 ND, 29. Oktober 1996.

20 Es handelte sich um die späte Einlösung eines Versprechens, das der letzte Ministerpräsident der spanischen Republik den das Land verlassenden Interbrigadisten 1938 gegeben hatte. Ein entsprechender Beschluss wurde von der Regierung Spaniens unter Felipe Gonzales im November 1995 gefasst. Über die Umstände der Verleihung 1996 s. „Nicht wir waren die Abenteurer“, in: „Freitag“, 29. November 1996.

nen deutschen Interbrigadisten, aber durfte es in Berlin-Mitte nicht länger geben. Sie gehörte umgetauft, und das ist geschehen.[21] Hingegen werden noch immer die von den deutschen Faschistenführern ausgeschickten Freiwilligen öffentlich in Schriften und auf andere – auch offizielle – Weise geehrt. Das gilt für den Flieger Johannes Trautloft, der in seinem Buch „Als Jagdflieger in Spanien“ geschrieben hatte: „Wohl nichts vermag den Soldaten tiefer zu befriedigen als der Anblick einer kopflosen, panischen Flucht des Feindes.“ Trautloft brachte es in der Bundeswehr bis zum Generalleutnant und Kommandierenden General. Höher noch, bis zum Generalinspekteur der Bundeswehr, stieg Heinz Trettner, der ebenfalls freiwilliger Angehörigen der deutsch-faschistischen „Legion Condor“ war. Das letzte gilt auch für Werner Mölders, den bei Beginn des Zweiten Weltkriegs hochgefeierten und höchstdekorierten Jagdflieger, den Namensgeber zweier Bundeswehrkasernen und eines Kriegsschiffes der Bundesmarine. Drei Kasernen der Bundeswehr sind bis heute nach Hitlers Vorzeigegeneral aus dem Ersten Weltkrieg benannt, nach August von Mackensen, der 1944 einen aufpeitschenden Aufruf an die deutsche Jugend zeichnete und sich so an seinem 95. Geburtstag Mitschuld am Tod von Halbwüchsigen und Kindern direkt auflud.[22]Längst wäre es an der Zeit, um ein von Victor Klemperer für die deutsche Nachkriegssituation mehrfach gebrauchtes Wort auf die Traditionspflege der Bundeswehr anzuwenden, „auszumisten“ und einer demokratisch-republikanischen Geschichtsbetrachtung Bahn zu schaffen. Davon ist nicht die Rede.

Unser Thema – das sollte der Verweis auf die „Deserteur“-Debatte exemplarisch ebenso zeigen wie der auf den Umgang mit den Interbrigadisten des Spanischen Bürgerkriegs – betrifft also keineswegs und nicht einmal in erster Linie Ansichten und Meinungen aus jenen politischen Randgruppen der äußersten Rechten, die sich auch durch Fahnen kenntlich machen, die Kriegsflaggen der Wehrmacht gleichen oder zum Verwechseln ähnlich sind. Der Streit um die Wehrmacht wird in der Mitte der Gesellschaft geführt, und Positionen der Unwahrhaftigkeit werden von Personen verfochten, die sich als musterhafte Demokraten verstehen und brüsten.

In der deutschen Gegenwart lebt so eine Auseinandersetzung fort, die eine lange Geschichte besitzt. Sie kann bis in das Jahr 1918 zurückverfolgt werden. Am Ende des Ersten Weltkrieg standen die Deutschen schon einmal vor der Notwendigkeit, sich mit dem Charakter eines Krieges geistig auseinanderzusetzen, den Millionen von ihnen in den Streitkräften – damals des kaiserlichen Heeres – begeistert und dann stur geführt hatten. Damals siegten Fremd- und Selbsttäuschung in einer nicht zu sondernden Mischung. Das ist eine Erfahrung, die warnen könnte. Die Lesart von Geschichte, der zufolge Deutschland 1914 von Feinden rings umgeben gewesen sei, sich tapfer gegen die Übermacht gewehrt habe, ihr ehrenvoll unterlegen wäre („im Felde unbesiegt“), ja nur wegen der Unzuverlässigkeit des Hinterlandes hätte kapitulieren müssen („Dolchstoß in den Rücken der Front“), war bequem. Ihre Schlussfolgerung lautete, dass da noch eine Rechnung unbeglichen sei. Sie ist den Deutschen selbst schlecht bekommen.

Diese seinerzeitige Verklärung des imperialistischen Krieges von 1914 bis 1918 hat selbst die zweite Nachkriegszeit vielfach überstanden. Das lässt sich an Inschriften auf Kriegerdenkmalen lesen, auf Tafeln in Kirchen und Gedenkstätten. Da kehren Floskeln vom Tod fürs Vaterland in vielen Variationen wieder. Die Verfechter der Wahrheit aber, die besagte, dass das deutsche Kaiserreich einen von seinen Eliten gewollten, vorbereiteten und bis in die Katastrophe getriebenen Krieg führte, hatten schon in der Republik Verfolgungen zu erleiden und bereits vor dem 30. Januar 1933 verloren. Zwar konnten sie zeitweilig eine beträchtliche Minderheit erreichen, doch die Mehrheit des Volkes glaubte der Kriegsunschuldslüge der führenden deutschen Politiker und Militärs bereits. Als die faschistische Diktatur errichtet wurde, war so ihren militärischen Plänen bereits geistig weit vorgearbeitet. Das war kein ungewolltes Resultat des Wirkens der Militärbefehlshaber, die in den Jahren der Republik an der Spitze der Reichswehr standen. Sie taten, was in ihrer Macht stand, „damit Wehr und Volk eines Tages bereit seien“.[23]

---

21 Ihr neuer Name: Otto-Braun-Straße.

22 Mölders; Mackensen und Co., in: jW, 26./27. Oktober 1996.

23 Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1954, S. 408.

Geschmäht und bekämpft worden waren nicht nur die antimilitaristischen und pazifistischen Arbeiterorganisationen, sondern auch bürgerliche Kriegsgegner, die in Kleingruppen und als Einzelne gegen den Militarismus kämpften. Es genügt, an den „Weltbühnen"-Prozess gegen Carl von Ossietzky zu erinnern. Und diese Erinnerung führt sogleich wieder vom Weimarer in den heutigen deutschen Staat. Denn in ihm mussten lange Zeit vergebliche Anstrengungen unternommen werden, bevor eine Universität – die in Oldenburg – den Namen des Friedensnobelpreisträgers und Opfers des Faschismus erhalten konnte.

3. Ein Lug- und Zerrbild

Heute nun wird wieder ein Lug- und Zerrbild der eigenen Militärgeschichte in die deutsche Gesellschaft getragen, in ihr wachgehalten oder erneuert. Anstrengungen, die darauf zielen, reihen sich wie eine lange Kette aneinander. Nicht alle hatten Erfolg. Das trifft etwa auf die Absicht zu, den 50. Jahrestag des ersten Abschusses einer V2-Rakete in Peenemünde auf der Insel Usedom zu feiern.[24] Auch die Mitgliederversammlung der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e. V.", die im Oktober 1996 in Dresden stattfand, verlief infolge vielfacher Proteste nicht nach dem ursprünglichen Programm. Zwar war sie vom Befehlshaber des Wehrkreises VII (Dresden) und Kommandeur der 13. Panzerdivision, Generalmajor Michael von Scotti, in der – wie er formulierte – „altehrwürdigen Residenz- und Garnisonsstadt" freudig bewillkommnet worden, doch hielten es manche Politiker – so auch der Oberbürgermeister der Stadt – mit Rücksicht auf ihr Ansehen in der Bevölkerung für besser, sich dem Treffen fernzuhalten. Indessen scheiterte der Versuch, eine gemeinsame Erklärung aller Stadtratsfraktionen zum Auftauchen der ungeladenen Gäste zustande zu bringen, am Widerstand der Christdemokraten.[25]

Zurückweisungen, wie sie die „Helden" mit dem Ritterkreuz erfuhren, bilden indessen eher die Ausnahme. Hunderttausende besuchen alljährlich das Marineehrenmal in Laboe[26] nahe Kiel und stehen protestlos vor den riesenhaften Lettern „Sie starben für uns". Bisher erfolglos haben Einzelne und Organisationen die Ersetzung der Dauerausstellung über die deutsche Seekriegsgeschichte (denn mit einer Teilreparatur ist es nicht getan) verlangt, in der auch der Überfall auf Dänemark und Norwegen als eine Maßnahme zur Verteidigung Deutschlands hingestellt wird. Der Eigentümer des Monumentaldenkmals, der Deutsche Marinebund e. V., blockiert den Abschied von Legenden, Verdrehungen und blanken Lügen.

Zwar mit anderen Mitteln als es auf dem Boden Schleswig-Holsteins geschieht, wirkt in Bayern eine Gesellschaft für Münzeditionen doch in die gleiche Richtung. Sie gab eine „Edition 175 Jahre Eisernes Kreuz" heraus und nennt sie eine einzigartige Ehrenchronik „über die soldatische Geschichte einer großen deutschen Epoche". In der auf Käuferwerbung zielenden Begleitschrift heißt es: „Hohe Militärs und einfache Soldaten, große Strategen und kühne Helden erhielten als Dank des Vaterlandes für vorbildliche Tapferkeit und selbstlose Pflichterfüllung das Eiserne Kreuz, ewiges Symbol des Ruhmes und der Ehre deutschen Soldatentums."[27] Für diese Lesart zeichnet ein als renommierter Historiker vorgestellter Berater mitverantwortlich. So begegnet uns an vielen Orten der Geist, aus dem die Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung ebenso herstammen wie die Herabsetzung der Deserteure.

4. Zum Beispiel: Bremen

Das hat der in Bremen erscheinende „*Weser-Kurier*" dadurch zutage gebracht, dass seine Redaktion über Wochen und lange vor dem gedachten Termin der Eröffnung der Ausstellung die Spalten der Zeitung für Leserzuschriften[28] öffnete, die ein Panorama des Geschichtsdenkens über den Zweiten

---

24 S. dazu das Interview des Militärhistorikers Manfred Messerschmidt. In: „taz", 29, Oktober 1992.

25 S. die Berichte in: jW, 17. Oktober 1996 und in: ND, 18. Oktober 1996.

26 Dessen Geschichte wurde kürzlich in einer von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel angenommen Dissertation in einem Stil ausgebreitet, der jedem Buchhalter Ehre machen würde. Diese Schrift (Thorsten Pange, Das Marine-Ehrenmal in Laboe, Geschichte eines Nationalsymbols) hat der Deutsche Marinebund e. V. 1996 im Druck herausgegeben.

27 S. auch: Kurt Pätzold, In Eichentruhe und auf Samt. In: ND, 22. Oktober 1996.

28 Die im Folgenden zitierten Passagen finden sich in den Ausgaben vom 13., 19., 21., 22. und 28. November 1996.

Weltkrieg geben. Die Bürger der Stadt, die sich für die Ausstellung aussprachen, taten das mit Argumenten. Sie hoben vor allem hervor, dass man sich der Wahrheit zu stellen habe, und merkten an, dass Verurteilungen und Angriffe vielfach aus blanker Kenntnislosigkeit über den Inhalt der Ausstellung herrührten und sich auf das Vorurteil gründeten, sie erkläre jeden deutschen Soldaten zum Verbrecher. Das half jedoch wenig. Die einen wollten die Ausstellung am liebsten vernichtet sehen, andere sie wenigstens an einem Ort außerhalb des Rathauses marginalisieren. Für das letzte wurde auch das „Stuttgarter Beispiel" zitiert – dort war das ursprünglich vorgesehene Landtagsgebäude verweigert worden.

Es lohnt, die ablehnenden Begründungen zu analysieren. *Erstens* drückte sich in Leserbriefen ein verständliches, aber zugleich verbildetes Interesse aus, das Andenken an tote Verwandte unbeschädigt zu bewahren. Es äußerte sich naiv in einer Zuschrift mit den Worten: „Meine Mutter hat immer beteuert, dass alle drei (die Rede ist vom Vater und den Brüdern dieser Mutter – K. P.) nie auf einen Menschen hätten schießen können."[29] Das Zeugnis schließt mit der Forderung: „Lasst doch endlich einmal die Toten ruhen!" In diesem Appell zur Pietät dominieren Emotionen, gegen die Argumente meist machtlos bleiben. Das Denken derer, die solche Einwände und Appelle vortragen, befindet sich im Grunde noch immer auf dem Niveau der Zeitungsannoncen, mit denen der Kriegstod eines Angehörigen mitgeteilt wurde. Da ließ – es ist ein beliebig herausgegriffenes Beispiel – die Ehefrau eines Oberwachtmeisters in einem längeren Text drucken: „Seine Kompanie verliert ihren besten Fernsprechzugführer, sein Chef einen persönlichen, aufrichtigen Kameraden". Politischer, aber in die gleiche Richtung weisend, lautet die Forderung eines anderen Teilnehmers an der Zeitungsdebatte in Bremen: „Nach 50 Jahren muss endlich einmal Schluss sein mit dem Aufreißen alter Wunden." Hier muss angemerkt werden: Es gehört zu den Tricks derer, die sich gegen den redlichen Umgang mit geschichtlichen Tatsachen sperren, dass sie diejenigen, die ihn für unumgänglich halten, in doppeltem Sinne als Friedensstörer denunzieren. Angeblich würden sie den Frieden der Toten wie den unter den Lebenden stören. Diese Verdrehung erreicht ihren Gipfel, wenn eine der Gruppen, die derzeit gegen die Ausstellung mobilmacht, unter der Bezeichnung „Friedenskomitee 2000" firmiert.

Zweitens wiederholt sich in den Briefen die Behauptung, die deutschen Soldaten und Offiziere hätten von 1939 bis 1945 einen Krieg geführt wie die Angehörigen der gegnerischen Streitkräfte auch und sich nicht anders verhalten, wie dies in Kriegen eben seit Jahrhunderten geschah und geschieht. Von allen Seiten seien Kriegsverbrechen begangen worden, „sicher auch von deutschen Wehrmachtsangehörigen." Eine andere Äußerung gibt einen Satz Richard von Weizsäckers wieder: „Ohne Zweifel hat es auch innerhalb der Wehrmachtsverantwortung (sic!) schwere Verbrechen gegeben." Der sprachliche Umgang mit den Tatsachen ist ebenso interessant wie verräterisch: „Ohne Zweifel" – das erweckt den Eindruck von Bekennertum oder gar -mut, als ob fünf Jahrzehnte nach dem Kriegsende überhaupt ein Grund vorläge, einen Zweifel in Rede zu bringen. Und das Wörtchen „auch" öffnet das Tor zur gewünschten Relativierung. Es verweist auf die anderen, die SS mit ihren Einsatzgruppen und Verfügungstruppen oder aber sogleich auf die „Feindseite".

Drittens schließen sich dieser Herangehensweise Leserbriefautoren unumwunden an, die direkt verlangen, eine Ausstellung der Verbrechen aller Kriegsteilnehmer zu veranstalten und nur sie heutzutage überhaupt für gerechtfertigt erklären. Welche Vorstellung sich damit verbindet, drückte ein anderer Bremer aus: „Die Völker haben sich durch Kriege genommen, was sie nicht besaßen und durch Kriege verteidigt, was sie besaßen und durch Kriege zurückgewonnen, was ihnen durch Kriege genommen wurde. Die ganze Menschheit gehörte demnach an den Pranger." Die Schlussfolgerung ist klar: Was regt Ihr Euch da auf, so ist eben der Gang der Welt.

Viertens wenden viele ein, die Ausstellung gäbe ein ganz einseitiges und also falsches, ungerechtes Bild von der deutschen Wehrmacht. Nun haben die Urheber gar nicht in Anspruch genommen, ein Totalbild

---

[29] Die neonazistischen Gegner der Ausstellung haben diese Stimmungen aufgegriffen, operieren mit der nicht erhobenen Beschuldigung, die Wehrmachtsangehörigen seien ausschließlich Killer gewesen und ließen beispielsweise am 1. März 1997 in München ihre Marschierer unter anderem mit Plakaten werben, auf denen erklärt wird: „Unsere Großväter waren keine Verbrecher."

zu liefern. Doch diese Zuschriften provozieren den Gedanken, wie eine solche Ausstellung wohl aussehen, welche Tatsachen welchen anderen Fakten gegenübergestellt werden könnten? Da schreibt ein Bremer, die einheimische Bevölkerung habe in der Ukraine ein so gutes Verhältnis zur Einheit seines Vaters gehabt, dass sie selbst zu dessen Beerdigung erschienen wäre. Die Episode erscheint dem Leserbriefschreiber als „Beispiel von vielen, wie wir Soldaten mit der Bevölkerung (der besetzten Länder – K. P.) gelebt und gelitten haben." Ja, in einer auf das Ganze zielenden Ausstellung ließen sich auch die Wehrmachtsbordelle in Frankreich und in anderen besetzten Staaten dokumentieren. Doch was würde dies und was würde der deutsche Soldat, der irgendwo einem Bauern bei der Feldarbeit im okkupierten Land zur Hand ging, daran ändern, dass diese Wehrmacht Europa auch kahlgefressen hat und auf diese Weise am Hungern und Verhungern von Menschen tagtäglich beteiligt war? Was würde der Hinweis auf die Rettung von Kunstschätzen im italienischen Monte Cassino[30] vor den Luftangriffen der Kriegsgegner besagen gegenüber der massenhaften Zerstörung von Kathedralen, Kirchen und ungezählten sakralen und profanen Bauten, Gemälden und Skulpturen?

Fünftens wird dazu aufgerufen, gegen das Vorhaben aufzustehen. „Noch nie hat eine Nation solche Selbstbeschimpfung zugelassen." Eine andere Stimme konstatiert: „Meisterschaft in Selbstzerfleischung: Welches Volk tut es uns gleich?" Und noch schärfer: „Meines Wissens gibt es kein Land auf dieser Erde – außer Deutschland – wo die eigenen Soldaten derartig in den Schmutz getreten werden." Mit dieser Ausstellung würden, heißt es vom Thema ganz abweichend, die Verdienste der Aufbaugeneration „kaputtgeredet." Eine bei Thomas Mann belesene Bremerin zitiert aus dessen „Betrachtungen eines Unpolitischen" das Folgende, auf den Ersten Weltkrieg Gemünzte: „Die Tatsache besteht, dass die deutsche Selbstkritik bösartiger, radikaler, gehässiger ist, als die jeden anderen Volkes ... eine zügellose Herabsetzung des eigenen Landes nebst inbrünstiger, kritikloser Verehrung anderer." Das sind allesamt mehr oder weniger unverblümte Aufrufe zum Handeln.

Sechstens bedienen sich Ausstellungsgegner einer Methode, mit der sie jeder sachlichen Auseinandersetzung ausweichen. Sie nehmen Initiatoren, Urheber und Befürworter der Ausstellung ins Visier. So ergibt sich ein Blick auf das, was in Deutschland mitunter auch „Streitkultur" genannt wird. Die erste Zielscheibe – das mag auch mit der räumlichen Nähe von Bremen und Hamburg zusammenhängen – ist Jan Philipp Reemtsma, aus dessen finanziellen Mitteln die Arbeit des Hamburger Instituts gespeist wird, das die Ausstellung anfertigte. Gefragt wird: „Und Herr Reemtsma? Ich unterstelle ihm nichts Unehrenhaftes. Aber wurde seine Familie nicht noch reicher durch die großen Zigarettenlieferungen an die Wehrmacht und die Waffen-SS?" (Ganz ähnlich ließ sich jüngst auch der Vorsitzende der Christlich-Sozialen in München hören, der Reemtsma riet, er möge eine Ausstellung machen, deren Thema die „Toten und Verletzten" seien, „die der Tabak angerichtet hat, den er verkauft hat".) Ein anderer Schreiber denunziert im *„Weser-Kurier"* offen: „Meines Erachtens soll mit der Ausstellung schlicht linke Politik gemacht werden (man beachte die Lebensläufe der Herren Reemtsma und Heer!)" Und da solcher Verdächtigung auch Wissenschaftler des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, früher Freiburg, jetzt Potsdam, mit ihren Forschungen und Aussagen im Wege stehen, wird auch ihnen lautere Absicht ab- und der Versuch der Unterminierung von Staat und Gesellschaft zugesprochen: „Der Verweis auf vermeintlich (sic!) angesehene Wissenschaftler des MGFA ist wenig hilfreich, wenn man Kenntnis davon hat, dass hier ehemals ‚Rote Zellen' existiert haben, die ideologische Forschung betrieben haben." Der schon zitierte Münchener Vorsitzende der Christlich-Sozialen ging noch einen Schritt weiter, als er die Urheber des Vorsatzes zieh, sie wollten mit ihrem „Tribunal" von den Untaten der Linken ablenken.[31] Den Autoren der Ausstellung wird schließlich unterstellt, sie hätten gewartet, bis die Kriegsgeneration „dezimiert" sei und sie der ohnehin einseitig unterrichteten Nachkriegsgeneration nur noch unter wenig Protest „diese Diffamierung besser zu schlucken" geben könnten.

---

30 Darauf wies ein Oberst im Führungsstab der Bundeswehr in einer Diskussion in München, die im Zusammenhang mit der Ausstellung stattfand, ausdrücklich hin. Soldaten könnten Mörder werden. In: jW, 21. März 1997.

31 Im „braunen Bündnis" gegen Wehrmachtskritik. In: ND, 21. Februar 1997. S. auch: Propagandaschlacht in München. In: jW, 20. Februar 1997.

Siebtens: Bemerkenswert ist auch die ohne Pendant anzutreffende Zuschrift eines Pragmatikers, der offenkundig Sympathien für die Sozialdemokratie hegt. Er erinnerte deren heutige Funktionäre in Bremen daran, dass ihre Vorgänger alsbald nach Kriegsende im „Vorwärts“ ein Gedicht veröffentlicht hätten, in dessen Versen es heißt: „... sie waren an Wolga und Don, sie haben geraubt und gestohlen und wissen jetzt gar nichts davon.“ Darauf hätten Arbeiter die Sozialdemokraten nicht gewählt. Nun sollten die Nachfahren nicht den gleichen Fehler machen und derart Wähler verspielen.

Achtens verrät in einigen Fällen allein ein einziges Wort, in welcher geistigen Welt die Autoren sich noch immer bewegen. Da wird in einer Zuschrift dagegen protestiert, „jeden Partisanen-Häuptling zum Freiheitskämpfer hochzustilisieren“, und in einer anderen formuliert, die deutschen Soldaten hätten an „einer fast 2.000 km langen Frontlinie im Überlebenskampf gestanden“. Das ist die Sprache der PK (= Propagandakompanien)-Berichterstatter und der Wehrmachtsberichte.

Die Juristin und Rechtswissenschaftlerin Jutta Limbach sprach 1995, auf die Situation des unmittelbaren Nachkriegs und die Deutschen zurückblickend, davon, es habe damals eine „unterentwickelte Wahrheitsliebe“ gegeben.[32] Das ist eine wahrlich akademische und schön verträgliche Formulierung. In einer Rede im Bundestag hat dessen Präsidentin im vergangenen Jahr mit Bezug auf die deutsche Geschichte ebenfalls in einem Rückblick schlicht gesagt: „Wir haben dazugelernt.“[33] Das war nicht nur auf die Abgeordneten gemünzt, sondern – wie bei Volksvertretern gang und gäbe – auf das ganze Volk. Die Aussage kann in dieser Absolutheit durch das Konvolut dieser Briefe von Bürgern einer deutschen Stadt, die sich nicht zu den verschlafenen zählen muss, nicht gestützt werden.[34] Der Streit um den Ausstellungsort wurde in Bremen auf Verlangen der Christdemokraten übrigens im Koalitionsausschuss fortgesetzt.[35] In ihm kam es zu einem Kompromiss. Die Ausstellung wird im Mai 1997 in der unteren Halle des Rathauses gezeigt werden, doch soll ihr eine weitere bald folgen, die sich mit dem Widerstand von Wehrmachtsangehörigen befassen wird. Zudem ist vorgesehen, dass begleitende Texte außerhalb der Ausstellung pauschalisierende Urteile zurückweisen.[36]

5. „Musketier Meier III“

Die deutsche Wehrmacht, später großdeutsche Wehrmacht genannt, datiert vom 15. März 1935, als die Reichsregierung kraft des ihr erteilten Ermächtigungsgesetzes beschloss, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Im Oktober des gleichen Jahres rückten die auf der Grundlage dieses Gesetzes eingezogenen Rekruten in die Kasernen, im Gleichschritt, in Zivil, mit den „Persilkartons“ in den Händen. Das Ereignis wurde gefeiert. Die Propaganda erklärte es als Akt der „Wiedererlangung der Wehrhoheit“. Wiederum sei eine der „Ketten von Versailles“ zerrissen. Ein erheblicher Teil der Deutschen begrüßte diesen entscheidenden Schritt der Militarisierung – den entscheidenden, denn ohne ein Massenheer wäre der Zweite Weltkrieg nicht zu beginnen gewesen. Doch die wenigsten glaubten, dass nur viereinhalb Jahre bis zu dessen Beginn vergehen würden. Männer der älteren Weltkriegsgeneration meinten, es würde den jungen „Burschen“ guttun, wie einst sie, Zucht und Ordnung zu lernen. Andere glaubten den Phrasen von der „Volksgemeinschaft“, die sich nun darin äußern würde, dass der Sohn des Generaldirektors und der des Arbeiters in einem Glied standen. In den

---

32 „Tribüne“ (Frankfurt/M.), 3. Quartal 1995, Heft 135, S. 32.

33 Rede Rita Süßmuths. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 13. Wahlperiode, 104. Sitzung, 9. Mai 1996, S. 9077. Ein von Abgeordneten des Parlaments unterbreiteter Vorschlag, die Ausstellung im Foyer des Bundestages in Bonn zu zeigen, wurde von der Präsidentin kürzlich unter Hinweis auf deren polarisierende Wirkung abgelehnt. Inzwischen hat sich auch die Mehrheit des Parlaments nach einer Debatte dieser Haltung angeschlossen. Daraufhin wurde von der sozialdemokratischen Oberbürgermeisterin von Bonn erklärt, sie werde sich für die Unterbringung der Ausstellung in einem geeigneten Gebäude der Stadt verwenden.

34 Die Diskussion ist in Bremen, wo die Ausstellung erst im Mai 1997 gezeigt werden soll, nicht beendet. Inzwischen wurde sie auch im Fernsehen unter Beteiligung des Bürgermeisters Hennig Scherf geführt. Einen Kommentar dazu gab Karl-Heinz Hansen, Freier Fall. In: „Konkret“, 1997, Heft 2, S. 53. Kürzlich fand zudem in Bremen eine „Fachtagung“ statt, die sich zum Wert der Ausstellung äußerte. An ihr nahmen u.a. die Historiker Hans-Adolf Jacobsen (Bonn) und Günther Gillessen (Freiburg) sowie einstige Offiziere der Wehrmacht (ein Generaloberstabsarzt) und der Bundeswehr (ein Generalmajor) teil. „Münchner Merkur“, 27. Februar 1997.

35 S. Alte Kameraden mobilisieren. Fachtagung in Bremen versammelt vor allem Gegner. In: ND, 28. Februar 1997.

36 Fauler Kompromiss um die Wehrmacht. In: jW, 6. März 1997.

folgenden Jahren liefen die Deutschen zu Hunderten und Tausenden in die Kasernen und zu anderen militärischen Einrichtungen, um sich die neuen Waffen und deren Vorführung anzusehen und drängten sich um die Gulaschkanonen, um den Erbseneintopf zu löffeln. Wiederum Tausende besuchten die Kinos, in denen nicht nur Streifen gezeigt wurden, die Episoden des Ersten Weltkriegs verherrlichten, sondern ebenso das überaus lustige Soldatenleben in Friedenszeiten unterhaltsam darboten. Schon mancher Filmtitel wie etwa „Musketier Meier III“ ließ die Absicht erkennen, keinen Gedanken an einen neuen Krieg aufkommen zu lassen. Die Deutschen hatten wieder ihre „schmucken Soldaten“, „Platzkonzerte“ usw. Von den damals eingezogenen Jahrgängen junger Deutscher überlebte nur eine Minderheit den Zweiten Weltkrieg unversehrt. Die meisten starben oder kehrten mit mehr oder weniger schweren Verletzungen und Schädigungen aus Krieg und Gefangenschaft zurück.

Der Aufbau der Wehrmacht ging mit einer aufwendigen, aber ebenso plumpen wie wirkungsvollen Friedensdemagogie einher. Hitler selbst machte sich wiederholt zum Sprecher reinster Friedensliebe. Er kenne den Krieg als einfacher „Meldegänger“ und also könne niemand glauben, dass er wieder einen wolle. Zudem: Deutschland hätte keine Ansprüche, so hieß es anfangs. Es wolle sich nur in den Stand setzen, sich zu verteidigen. Dabei konnte nicht gesagt werden, wer von seinen Nachbarn es bedrohte. Das Lügengespinst zu zerreißen, war in Deutschland nur durch illegale Arbeit möglich. Sie bedeutete einen Kampf unter der Drohung des Konzentrationslagers und des Fallbeils.

Doch auch im Ausland geschah von offizieller Seite wenig oder nichts, den Europäern die Gefahr zu signalisieren. Im Gegenteil: Großbritannien schloss wenige Wochen nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit Deutschland jenes Flottenabkommen, das einen wichtigen Teil der deutschen Aufrüstung legalisierte und eine maritime Aufrüstung erlaubte, die auf Jahre hinaus die deutschen Werftkapazitäten überforderte. Der einseitige Schritt der Regierung in London war auch ein politisch-diplomatischer Torpedo gegen die sich anbahnende Korrektur des französisch-sowjetischen Verhältnisses und die Politik der kollektiven Sicherheit.

Anfang 1936 trat die Wehrmacht das erste Mal in Aktion. Sie liquidierte die entmilitarisierte Zone vor den Grenzen zu Frankreich und Belgien und schuf sich den Aufmarschraum, von dem aus vier Jahre später der Einfall in die beiden Nachbarstaaten unternommen wurde. Der Coup erfolgte unter Ausnutzung eines Krieges im fernen Osten Afrikas, denn der italienische Überfall auf Abessinien hatte Spannungen zwischen den drei wichtigsten Signatarmächten des Versailler Vertrags – Großbritannien, Frankreich und Italien – ausgelöst. Ihre Antwort auf den Schritt der Hitlerregierung reduzierte sich auf ein diplomatisches Papier. Es erzeugte und hinterließ in Berlin keinerlei Eindruck.

Von 1938 an wurde die Wehrmacht zum Hauptinstrument der Außenpolitik. Im März marschierte sie in Österreich ein. Der Jubel des „Blumenfeldzugs“ verdeckte, dass das faschistische Deutschland einen ersten europäischen Staat im Handstreich liquidierte und daraus weitere Kräfte auf dem Weg in den Krieg sog. Im Oktober, gedeckt vom Münchener Abkommen, erfolgte der erste Schritt zur Zerschlagung der Tschechoslowakei, im März 1939 unter Bruch dieses Abkommens der zweite, die Liquidierung des Reststaats. Der Doppelschlag gegen den Nachbarstaat war jeweils – wie kaum einem Deutschen entgehen konnte und von den Machthabern auch offen eingestanden wurde – mit dem Rasseln des Militärsäbels eingeleitet worden. Deshalb beschlich im September 1938 eine nennenswerte Zahl von Deutschen zum ersten Mal ein ungutes Gefühl. Doch die meisten beruhigten sich bei dem Gedanken, der „Führer“ werde seine Politik am Rande des Krieges entlang steuern. Gegen die erkennbar erpresserischen Methoden und die zu Tage liegende Verletzung des verkündeten Grundsatzes, nur von Deutschen besiedelte Gebiete zu beanspruchen, (Hitler: „Wir wollen gar keine Tschechen“) erhoben sich kaum Einwände. Die Wehrmachtsangehörigen erhielten ihre Medaillen für die Eroberungen ohne Schuss.

6. Von der Ausgangs- zur Endlüge

Am 1. September 1939 waren die Illusionen verflogen. Indessen glaubten nicht wenige Deutsche, dass ihnen nun ein Krieg „aufgezwungen“ worden sei. Das bildete die Ausgangslüge. Und welcher Jubel erhob sich über die ersten leicht errungenen Siege. Dem militärischen Triumph über Frankreich, den in diesem Ausmaß und Tempo niemand erwartet hatte, folgten hysterische Kundgebungen zur

Begrüßung der heimkehrenden Truppen. Schon schien der Endsieg nahe, der Frieden greifbar. An Biertischen wurde über die Großzügigkeit der Kapitulationsbedingungen schwadroniert, die Frankreich, dem „Erbfeind“, auferlegt wurden. Deutschland besaß nach von Richthofen und Mücke wieder seine umjubelten Kriegshelden, den U-Boot-Kommandanten Prien, den Gebirgsjägergeneral Dietl, den Jagdflieger Mölders.

Die Deutschen hatten an den Kriegszügen und -siegen Geschmack gefunden, und die Wehrmacht stand in höchstem Ansehen. Wer fragte da noch nach Recht oder Unrecht? Wer scherte sich um das zerbombte Warschau und um Rotterdam? Wer um die Trümmer in Belgrad? Wer erschrak bei dem Hass-Wort vom Ausradieren der britischen Städte? Es war zu amüsant, den Krieg in Wochenschauen mitzuerleben: die lustigen Bilder von polnischen Juden, die angeblich das erste Mal lernten, körperlich zu arbeiten, die erhebenden von der Harmonie, die deutsche Besatzer mit den Einwohnern Frankreichs verband, die exotischen von den Soldaten des „Afrika-Korps“, die sich auf den stählernen Platten ihrer Panzer lachend und glückstrahlend Eier brieten. Das war doch ein ganz anderer Krieg als der von 1914-1918.

Dann kam der 22. Juni 1941, auf den die Schlachten vor Moskau und ein Jahr darauf bei Stalingrad folgten, welche die Kriegswende einleiteten. Im Herbst 1944 schlug der Krieg vollends, d. h. auch als Landkrieg auf Deutschland zurück. Die Alliierten erreichten die deutschen Grenzen. Bevor das 1918 geschehen war, hatten die Militärs insgeheim ihren Bankrott eingestanden und die Politiker des Kaiserreichs aufgefordert, den Weg zum Waffenstillstand und zum Frieden zu suchen. Diesmal fixierte sich die Generalität in ihrer Mehrheit an der Seite des politischen und militärischen Oberbefehlshabers auf die Fortführung des Kampfes auf deutschem Boden und bis „fünf Minuten nach 12“. So führte sie ihn – bis zum 8./9. Mai 1945. Bevor sie abtrat, verbreitete sie in ihrer letzten Verlautbarung die „Wehrmachtslegende“.

Das geschah mit dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht, ausgearbeitet am letzten Zufluchtsort im äußersten Nordzipfel des Reiches. Darin versuchten die Geschlagenen zu bestimmen, wie sie und ihre Untergebenen in die Geschichte eingehen würden. Verglichen mit den immer knapper formulierten Berichten aus den Vortagen entstand unter dem Datum des 9. Mai 1945 ein wortreiches Dokument.[37] Gefeiert wurde der Widerstand eingeschlossener Wehrmachtstruppen in Kurland, an der Weichselmündung und auf der Frischen Nehrung in Ostpreußen. Bekanntgegeben wurde die zwei Tage zuvor erfolgte Kapitulation der Besatzung der „Festung“ Breslau. Gedacht wurde der Einheiten in den Atlantikstützpunkten, auf den Ägäischen Inseln und in Norwegen. Namentlich gerühmt wurden deutsche Generale als Führer ihrer Truppen. Nicht einen Anflug aufkommender Nachdenklichkeit ließ dieser Bericht erkennen.

Freilich: Die Legende, die am Ende des Ersten Weltkrieg verbreitet worden war – „im Felde unbesiegt, aber vom Dolch in den Rücken getroffen“ – ließ sich angesichts der für jedermann wahrnehmbaren Tatsachen nicht noch einmal verbreiten. Dennoch wurde sogleich, wie nach 1918, an der Verherrlichung und Verklärung des Kriegsgeschehens gewirkt. Unvergänglicher Schlachtenruhm, die Wahrung der „Waffenehre des deutschen Soldaten“, das „fast sechsjährige heldenhafte Ringen“, einmalige und „unvergessliche Leistungen“ – mit diesem Vokabular kennzeichnete das OKW den Krieg. Und das Fazit: An seinem Ende könne jeder deutsche Soldat aufrecht und stolz die Waffe aus der Hand legen. Das war die Ausgangslegende. So begann die apologetische deutsche Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und die Rolle der Wehrmacht. Ihre Autoren waren Großadmiral und Hitler-Nachfolger Karl Dönitz, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Generaloberst Alfred Jodl und die Offiziere, der ihm unterstehenden Abteilung für Wehrmachtspropaganda.

7. Anders als nach 1918

Aufrecht und stolz – das Gespinst wurde zerrissen, als wenige Monate später der Internationale Gerichtshof in Nürnberg tagte und auf der Anklagebank auch fünf deutsche Militärs Platz nehmen mussten: die drei eben Erwähnten, mit ihnen der frühere Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Erich Raeder

---

37 Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Bd. 3: 1. Januar 1945 bis 9. Mai 1945, München 1985, S. 568-569.

und – auf Platz eins – der zweite Mann im Nazireich und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring. Gegen drei von ihnen wurde die Todesstrafe ausgesprochen. In einem Falle lautete der Spruch „lebenslange Haft“. Nur Dönitz kam mit einer Zeitstrafe davon.

Das war erst der Auftakt der juristischen Auseinandersetzung mit der zivilen und militärischen Führerschaft des Regimes. Es folgten vor amerikanischen Gerichtshöfen im Rahmen der sog. 12 Nürnberger Nachfolgeprozesse weitere Anklagen und Verurteilungen hochrangiger deutscher Militärs im sogenannten OKW-Prozess. In dem auch als Fall XII bezeichneten Verfahren wurde Generalfeldmarschall Ritter von Leeb und weitere hohe Militärs angeklagt und am 27./28. Oktober 1948 wegen Verbrechen an Kriegführenden, Kriegsgefangenen und Zivilpersonen verurteilt.[38] Bereits zuvor war der sog. Fall VII, das Verfahren gegen die „Südost-Generale“ verhandelt und am 9. Februar 1948 mit Verurteilungen des Generalfeldmarschalls List und weiterer Offiziere wegen Plünderung, Raub und Geiselerschießungen abgeschlossen worden. Andere Generale und Offiziere wurden in verschiedenen Staaten der Antihitlerkoalition vor Gerichte gestellt und abgeurteilt. Das dokumentarische Material, das in diesen Prozessen ausgebreitet wurde – seit 1947 sind das vollständige Protokoll und die vom Gericht herbeigezogenen Dokumente des ersten der Nürnberger Prozesse auch in deutscher Sprache zugänglich –, schien keinen Platz für eine Legendenbildung zu lassen. Indessen begann die Distanzierung von den Prozessen und deren Urteilen in der Bundesrepublik früh. Die Regierenden in Bonn setzten sich mit Erfolg für die Freilassung der Verurteilten ein. Geheimgehaltene Bemühungen, an denen der erste Bundespräsident und der erste Bundeskanzler beteiligt waren, richteten sich auch auf die vorzeitige Entlassung von Personen, deren Strafen aus dem Hauptkriegsverbrecherprozess herrührten. Am 9. September 1958 rechtfertigte der Bundesgerichtshof den Standpunkt der Regierung, die „aus grundsätzlichen Gründen ausländische Verurteilungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen“ nicht anerkannte. Im Zeichen des Kalten Krieges war es folgenlos möglich, die Entscheidungen der inzwischen entzweiten und verfeindeten Alliierten zu desavouieren. Mit dem Wort von den „angeblichen Kriegsverbrechen“ bezogen die Richter einen Standpunkt, der kürzlich auch in der Wochenzeitung „Die Zeit“ angetroffen werden konnte, als anlässlich des 50. Jahrestags des Urteils von Nürnberg von den „zehn sogenannten Hauptkriegsverbrechern“ geschrieben wurde.[39]

Im vergangenen halben Jahrhundert haben dann Historiker in beiden deutschen Staaten, gewiss nicht im Gleichschritt, zu den von den Staatsanwälten der Alliierten und ihren Stäben sogleich nach Kriegsende beigebrachten Dokumenten massenhaft weitere gefunden und bekanntgemacht. Historiker in der Bundesrepublik, hier vor allem im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, und in der DDR, hier in erster Linie im Institut für Militärgeschichte in Potsdam und im Zentralinstitut für deutsche Geschichte an der Akademie der Wissenschaften, haben Berge von Tatsachen angehäuft und in z. T. vielgelesenen Monographien die Geschichte des „Ostkriegs“ gegen die UdSSR, darin die Besatzungspolitik und die Behandlung der Kriegsgefangenen dargestellt.[40] Zwei Namen seien stellver-

---

38 Die umfassende Auswertung des Prozessmaterials gab Jörg Friedrich mit einem Mitarbeiterkreis. Jörg Friedrich, Das Gesetz des Krieges. das deutsche Heer in Russland 1941 bis 1945. Der Prozess gegen das Oberkommando der Wehrmacht, München 1993. Mit der Interpretation des Autors setzte sich kritisch auseinander: Werner Röhr, „Das Gesetz des Krieges“ und der Freispruch der Generale. In: ND, 1. September 1994.

39 Ausführlicher dazu: Manfred Weißbecker, Das Nürnberger Urteil – rechte Zweifel und Eindeutigkeiten, ein halbes Jahrhundert später. In: *antifa*, 1996, Heft 12, S. 17-20.

40 Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978; Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall Barbarossa, Heidelberg 1981. S. auch: Omer Bartov, The Eastern Front 1941-1945. German Troops and the Barbarization of Warfare, London 1985. Diese und weitere Literaturangaben finden sich im Ausstellungskatalog (s. unsere Anm. S. 220. Dort bleiben die Publikationen von DDR-Forschern – wie mittlerweile gängig – ebenfalls unerwähnt. Ausdrücklich sei verwiesen auf: Fall 7. Urteil, Anklageschrift, Dokumente und Materialien zum Geiselmordprozess, hrsg. von Martin Zöller und Kazimierz Leszczynski, Berlin 1965; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann, Berlin 1973; Okkupation – Raub – Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941-1944, hrsg. von Norbert Müller, Berlin 1980, sowie den ebenfalls von Norbert Müller herausgegebenen Band: Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944), Berlin 1991. (In der achtbändigen Dokumentenedition – s. die folgende Anm.)

tretend für viele verdienstvolle Historiker genannt, weil sie zugleich als Organisatoren von Forschungsgruppen wirkten: der des langjährigen Leitenden Direktors in Freiburg, Manfred Messerschmidt, und der des frühverstorbenen Wolfgang Schumann, der viele Jahre die Abteilung zur Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs am Berliner Akademieinstitut leitete. Erst kürzlich erschien der abschließende Band einer Dokumenten-Edition, die er und Ludwig Nestler unter dem Titel „Europa unterm Hakenkreuz“ 1988 eröffnet hatten.[41] Sie überdauerte die Zeit, in der von der DDR-Historiographie als einem bloßen politischen Legitimationsunternehmen geredet und geschrieben wurde. Zudem bezeugt sie, dass die inzwischen eingestandenen Verdienste sich keineswegs nur auf Themen längst vergangener Zeiten beziehen.

Es sei die Aufgabe des Gerichts, hatte einer der Juristen der Alliierten in Nürnberg während des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses gesagt, unglaubliche Tatsachen durch glaubhafte Beweise ein für alle Mal festzustellen. In diesem Sinne wurde von Geschichtsforschern weitergearbeitet. Das schloss nicht aus, dass auch aus der Zunft – bis 1990 beschränkt auf die Bundesrepublik in ihren alten Grenzen – einzelne Publikationen erschienen, die der Legendenbildung dienten oder ihr Vorschub leisten konnten. Ihre Autoren – wie etwa die Verfechter der These vom Präventivkrieg gegen die UdSSR – blieben nicht einflusslos, denn die Presse nahm sich mitunter ihrer Erzeugnisse an. Aber im Bezirk der Wissenschaft blieben sie Außenseiter und stießen auf entschiedenen Widerspruch.

8. Grunderkenntnisse

Nach alledem sind die Grundaussagen über die deutschen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg fest gegründet. Diese lauten: 1. Die deutsche Wehrmacht war das Hauptinstrument eines imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges, eines Krieges, der mit verbrecherischen Mitteln geführt wurde und sich auf verbrecherische Ziele richtete. 2. Die deutsche Wehrmacht war auf diesen – und auf keinen anderen – Krieg planmäßig vorbereitet worden. Die Militärführer wussten – die höchstgestellten u.a. direkt durch den Mund Hitlers –, dass es nicht um die Verfechtung nationaler Interessen, die Durchsetzung historisch zu rechtfertigender Ansprüche oder die Rettung bedrohter Deutscher im Ausland ging, sondern dass vom ersten Schlachtentag an um die Schaffung eines noch größeren Großdeutschland Krieg geführt werden sollte, für ein Ziel, das sich hinter der Formel vom „Lebensraum“ kaum verbarg. 3. Die deutsche Wehrmacht beging verbrecherische Handlungen gegen Zivil- und Militärpersonen der gegnerischen Mächte vorsätzlich. Die Masse dieser Verbrechen ereignete sich nicht während der Kampfhandlungen im engeren Sinne, sondern im Rahmen der Besatzungs-, d. h. Ausbeutungs-, Versklavungs- und Ausrottungspolitik. 4. Mit der Länge des Krieges nahm die Zahl der Verbrechen und die Zahl der an Verbrechen beteiligten deutschen Wehrmachtsangehörigen zu. Anfängliche Bedenken gegen den Terror im Feindesland wichen einer gnaden- und seelenlosen Eroberungs- und Besatzungspraxis, die ihre schlimmsten Exzesse auf dem Territorium der UdSSR und in Jugoslawien hervorbrachte. Zu ihnen zählte auch die Teilnahme an Aktionen der Judenvernichtung.

Zug um Zug ist das falsche, aber stur und zäh verteidigte Bild zerstört worden, wonach die Wehrmacht lediglich das Land erobert hätte, die Geschicke der Einwohner aber von anderen Kräften bestimmt worden wären – den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, Einheiten der Waffen-SS, den verschiedenen Besatzungsorganen und allen möglichen Dienststellen, nur eben nicht von der Wehrmacht. Diese „saubere“ Arbeitsteilung existiert nur in realitätsfernen Bildern vom Kriege. Sie werden auch und gerade von Kräften verbreitet, die wider besseres Wissen handeln.

Gegen das Real-Bild der Wehrmacht werden – wie am Beispiel Bremens gezeigt – schließlich Witwen, Töchter und Söhne, vollständig inkompetente Zeugen, ins Feld geführt. Auf welche eigene Beobachtung stützen sich deren Aussagen? Wurde nicht längst vor Gericht erwiesen und in Memoiren dargestellt, dass auch unter den abscheulichsten der mörderischen Schreibtischtäter große Tierfreunde und sorgende Familienväter waren, die ihre Frauen mit Berichten über ihr Tagewerk ver-

---

41 Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, zuletzt herausgegeben vom Bundesarchiv, Bd. 8: Analysen – Quellen – Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin 1996.

schonten oder die Angehörigen des weiblichen Geschlechts nicht für würdig befanden, in derart „männliche“ Angelegenheiten auch nur gedanklich einbezogen zu werden? Man denke etwa an das „Zeugnis“ der Frau des Reinhard Heydrich, des Lenkers des Massenmords an Juden, sowjetischen Politischen Kommissaren und kriegsgefangenen jüdischen Offizieren und Soldaten.

Manfred Messerschmidt, einer der besten Kenner der Materie unter den Militärhistorikern, hat die Beziehung zwischen der Forscherarbeit und dem Inhalt der Ausstellung in einem Satz ausgedrückt: „Was in der Forschung unbestritten ist, wird von der Dokumentation aufgenommen und im Detail ergänzt, der Befund nämlich, dass Wehrmachtführung, Heeresführung, Heeresgruppen- und Armeeoberbefehlshaber, Territorialbefehlshaber u. a. an der verbrecherischen Befehlsgebung mitgewirkt haben.“ Nachdem er sich gegen die Kriminalisierung einer ganzen Soldatengeneration gewandt und darauf verwiesen hatte, dass im Ausstellungs*katalog* in einer Textpassage dieser Auffassung Vorschub geleistet wird, besteht Messerschmidt darauf, dass es gerechtfertigt sei, „vom Vernichtungskrieg der Wehrmacht zu sprechen“. Denn: „Es handelte sich bei den Vernichtungsaktionen nicht um Übergriffe untergeordneter Einheitsführer und Soldaten – die ebenfalls häufig genug vorgekommen sind –, sondern um planmäßiges Vorgehen“. Neu sei an dieser Ausstellung „das reichhaltige Fotomaterial und die Synopse von Bild, Befehl und Vollzug.“[42]

9. Und „die Anderen“?

Zu den Argumenten, die einzig Voreingenommenheit und Ablehnung erzeugen sollen, gehört schließlich und nicht einmal an letzter Stelle, der Verweis darauf, dass doch die Anderen nicht annähernd so kritisch mit ihrer Geschichte umgingen, wie sie es von den Deutschen verlangten. Die aber hätten das Ihrige vorbildlich getan. Also seien jetzt die Anderen und nicht wir an der Reihe. Die Deutschen geben sich in der Rolle von Entwicklungshelfern auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Vergangenheit. Der Vorgang war soeben im Zusammenhang mit der sog. deutsch-tschechischen Erklärung eindrucksvoll zu beobachten.

Gerade diejenigen, die sich sonst auf Deutschlands wirkliche oder eingebildete führende Stellung – sei es in einem Zweig der Wirtschaft, der Forschung oder in einer Sportart – etwas zugutehalten, erweisen sich als genügsam und durchschnittsorientiert, wenn es um geschichtliche Tatsachen und deren Verbreitung geht. Und vor allem: Deutschland war nicht der Durchschnitt. Seine Wehrmacht ist in einen Krieg gezogen, dessen – freilich nicht öffentlich erklärtes – Ziel es war, Millionen Menschen umzubringen, die einen direkt, die anderen, indem man sie ihrer Nahrungsquellen beraubt und hungern lässt.

Die Emotionen aufladenden Argumente schaffen jedoch erst den Boden für die Aufnahme von weiteren und subtileren. Dem kommt auch eine aus Unkenntnis oder aus Berechnung hervorgehende begriffliche Verwirrung entgegen. Wird schlechthin von Kriegsverbrechen gesprochen, entsteht der Eindruck, es handele sich bei den in Rede stehenden Untaten um Vergehen, wie sie in Kriegen noch allemal vorgekommen sind und bis auf den heutigen Tag sich ereignen, also um Ereignisse im Verlauf von Kriegshandlungen. Indessen sind zwei große Gruppen von Verbrechen zu unterscheiden: Kriegsverbrechen, also Taten die gegen die vereinbarten Gesetze der Kriegführung oder gegen allgemein anerkannte Kriegsbräuche – was immer das ist – verstoßen und von denen die Tötung von Kriegsgefangenen und die Geiselmorde zu den bekannteren gehören. Davon zu unterscheiden sind die kriminellen Vorgänge, die meist als NS-Verbrechen bezeichnet werden, eine Kennzeichnung, die auch zu allerlei Missverständnissen Anlass gibt. Diese sind aus den faschistisch-imperialistischen Zielen des Regimes, aus seinen vielschichtigen Endlösungsplänen hervorgegangen. Sie könnten besser als Regimeverbrechen, weil aus dem Wesen des Regimes entsprungen, bezeichnet werden. Sie ereigneten sich zwar im Kriege, aber durchweg außerhalb von Kriegshandlungen, und sind deshalb schon begrifflich geschönt, wenn sie unter die Kriegsverbrechen eingeordnet werden. Beide Gruppen von Verbrechen sind von der Wehrmacht verübt worden.

---

[42] Pädagogen wollen nicht im Dunkeln verharren. Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. In: „Deutsche Lehrerzeitung“, 20, März 1997.

10. Mehr Ausflüchte denn Einsichten

Mit der emotionalen Formierung und der begrifflichen Verwirrung gehen dann Aussagen einher, die sich auf die Geschehnisse selbst beziehen. Gesagt und geschrieben wird: Verbrechen seien wohl vorgekommen aber 1. seien sie im Eifer der Gefechte geschehen, 2. stellten sie die provozierte Reaktion auf das Verhalten der Bevölkerung im besetzten Feindesland dar, 3. wären sie aufgrund von Befehlen einzelner vorgesetzter Personen geschehen und von deren Untergebenen im Zustand des Befehlsnotstands ausgeführt worden und 4. – und dies wird als das durchschlagende unter allen Argumenten angesehen – hätten die Anderen, die Verbündeten in der Antihitlerkoalition, Verbrechen gleichen Charakters, gleichen oder gar noch größeren Ausmaßes begangen. Dieses behauptete „Du auch" dient dann der Ableitung „Ihr hattet zu keiner Zeit ein juristisches und moralisches Recht über uns Deutsche zu Gericht zu sitzen". Alle diese Argumente münden in der Forderung, endlich einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit der Jahre 1933 (speziell 1939) bis 1945 zu ziehen, unter dem eine Nullsumme steht, ausgedrückt in den knappen Worten „Wir sind quitt".

Dieses Bild von der Bilanz des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen wurde schon von einem der Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses, dem Reichsminister und Generalgouverneur Hans Frank, in seinem Schlusswort entworfen. Nachdem er im Verlaufe des Prozesses zum Missfallen anderer Angeklagter so etwas wie ein Schuldbekenntnis abgegeben hatte, konnte er in seinen letzten Worten sagen; er sei aufgrund von Nachrichten, die ihm während des Prozesses zugekommen wären, zu dem Ergebnis gelangt, dass alles, was Deutsche im Verlauf des Krieges anderen angetan haben könnten (er gebrauchte den Konjunktiv), erledigt sei, durch das, was ihnen – den Deutschen – von Russen, Polen und Tschechen nun geschehen wäre.

Auch andere Angeklagte spielten sich in ihren Schlussreden als Verteidiger der Deutschen auf und als Kronzeugen von deren Unschuld. Baldur von Schirach, Reichsjugendführer und zuletzt seit 1940 Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter in Wien, beteuerte die Schuldlosigkeit der „deutschen Jugend", die unter seiner Führung zu bedenkenlosen Rassekriegern erzogen worden war. Wilhelm Frick, der langjährige Innenminister des Reiches, wünschte sich für die Unschuld seiner Beamten zu verbürgen. Keines dieser Zeugnisse war auch nur das schlechte Nachkriegspapier wert, auf das sie später gedruckt wurden. Doch sie stehen am Beginn jener Traditionslinie von Geschichtsfälschung, die bis in unsere Tage reicht und namentlich seit den Veränderungen des Jahres 1990 in ganz Deutschland an Einfluss gewinnt.

Diese Feststellung mag unter dem Eindruck der öffentlichen Diskussion bezweifelt werden, die sich an das Erscheinen der deutschen Ausgabe des Buches von Daniel J. Goldhagen anschloss und während des Besuchs des Autors in Deutschland in übervollen Sälen stattfand. Die auf Fernsehbildern und auf andere Weise erkennbare Bereitschaft eines Teils der Deutschen, namentlich auch jüngerer Deutscher, den Dingen, und d. h. den Verbrechen, auf den Grund und den Verbrechern auf die Spur zu kommen, soll nicht geringgeschätzt, aber ebenso wenig unzulässig verallgemeinert werden. Man erinnere sich, dass die Diskussion in Deutschland augenblicklich mit einem gedanklichen Ablenkungsmanöver eingeleitet wurde. Eine sich als liberal verstehende Zeitung stellte die desorientierende Frage, ob von einer deutschen Kollektivschuld die Rede sein könne. Damit wurde das Denken eines an Zahl nicht feststellbaren Teils von Deutschen, der die Ansicht des Autors nicht kannte, sogleich in die bereits bewährte Abwehrstellung gebracht. Zudem ist die Auseinandersetzung um dieses Buch offenkundig an zahlreichen deutschen Kleinstädten vorübergegangen. Und schließlich wird, planvoll oder nicht, mit der Durchschlagskraft der Fernsehsender – die doch die Wirkung jedes Zeitschriften- oder Buchverlags weit übertrifft – dafür gesorgt, dass die Mitführer Hitlers wie er selbst als irgendwelche Exoten erscheinen, die der Zufall in die deutsche Geschichte gebracht hat. Sie werden immer wieder ins Schlaglichtfeld des Geschichtsbildes gerückt, während die Masse der Gefolgschaft und vor allem die charakteristischen Zusammenhänge des Geschehens im Schlagschatten bleiben.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Rolle der Wehrmacht ungeschönt und unverschleiert darzustellen, bedeutet nicht, jeden ihrer Angehörigen zu einem Verbrecher zu erklären, der eigentlich vor die Schranken eines Gerichts und dann in eine Haftanstalt gehört hätte. Das wird häufig angenommen und von manchen auch absichtsvoll so dargestellt. Dazu trägt auch bei, dass der in diesem

Zusammenhang notwendig verwandte Begriff Täter undefiniert bleibt und nicht zwischen einer juristisch erfassbaren kriminellen Täterschaft und einer schuldhaften historischen Handlung unterschieden wird. Diese Unterscheidung ist notwendig. Doch dabei handelt es sich nicht, wie häufig genug suggeriert wird, um die Scheidung von Verbrechern und „sauberen" Kerlen unter der unbefleckten Fahne. Goldhagens These, es standen mehr Mörder bereit als benötigt wurden, kann schwerlich bewiesen, aber auch nicht widerlegt werden. Wahr ist, dass die einen nie in die Lage gekommen sind, sich an Verbrechen der einen oder der anderen Kategorie zu beteiligen, weil sie – beispielsweise – während des gesamten Krieges Fliegerabwehrkanonen in Deutschland bedienten oder etwa als Wirt einer Wehrmachtskantine in einem Mittelmeer- oder Schwarzmeerhafen und auf ähnlich schussfernem Platz eingesetzt waren. Andere kamen in solche Lage, aber sie vermochten sich ihr zu entziehen, die einen, weil sie die ergangenen Befehle gegenüber ihren Vorgesetzten begründet ablehnten, manche, weil sie sich vom Mordplatz „verdrückten". Wieder andere befanden sich in Urlaub, auf Lehrgängen oder in Lazaretten, als „ihre" Einheit kriminell in Aktion trat. Wer nicht beteiligt war, hat sich nicht unbedingt, ja nicht einmal im Regelfall verweigert.

Heute, 1997, richtet sich das Interesse doch nicht oder allenfalls in ganz selten gewordenen Fällen – wie im Fall des vor einem Militärgericht in Rom eröffneten Prozesses gegen die ehemaligen SS-Offizieren Erich Priebke und Karl Haas[43] – auf den einzelnen Wehrmachtsangehörigen. Die Täterfahndung ist praktisch so gut wie abgeschlossen. Es geht stattdessen um die Bewertung einer nach Millionen zählenden Militärorganisation, der größten in der deutschen Geschichte. Und da trifft für ausnahmslos jeden ihrer Angehörigen zu, dass er an einem verbrecherischen Unternehmen beteiligt war, das in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht. Begriffe wie „Verdienst", „Ehre", „Ruhm" sind in diesem Zusammenhang deplatziert und verlogen. Nichtsdestoweniger bewegen sich deutsche Politiker gedanklich noch immer ganz im Banne des letzten Wehrmachtsberichts, wie die Erklärung eines Bundestagsabgeordneten beweist: „Die weit überwiegende Zahl der Soldaten der Wehrmacht hat im Zweiten Weltkrieg ehrenhaft gekämpft."[44] Auch der Kapitän zur See Dieter Stockfisch, Referatsleiter im Führungsstab Marine des Verteidigungsministeriums, räumte in einem Artikel „Verstrickungen" – das verharmlosende Sprachbild taucht wieder und wieder dort auf, wo im Klartext von Teilnahme gesprochen und geschrieben werden müsste – der Wehrmacht in Verbrechen ein. Doch nach dieser angesichts der Tatsachenwucht unumgänglichen Feststellung folgt dann, wie nun schon üblich und eingeübt, die Aussage, dass die Väter und Großväter der heute dienenden Soldaten tapfer mit Hingabe und Gehorsam gekämpft hätten.[45]

Ohne die Erfolge der Kriegführung, die von den Millionen „tapferer" Offiziere und Soldaten erkämpft wurden, kein Massenmord an den Juden und an den Zigeunern, ohne die Besetzung weitester Territorien der Gegner und die Gefangennahme von Millionen Soldaten der Feindmächte nicht die Verbrechen im Hinterland und in den Gefangenenlagern usw. Dieser kollektive Beitrag aller Wehrmachtsangehörigen ist unbestreitbar. Er wurde vom ersten bis zum letzten Kriegstag geleistet, von den einen freiwillig und begeistert, von anderen unfreiwillig, aber nicht unbedingt widerwillig. Und dieser Beitrag, bestehend aus einer ununterbrochenen Kette von Handlungen, häufte von Tag zu Tag historische Schuld auf, die nach Vergeltung schrie und Vergeltung befürchten ließ.

11. Brüchige Argumente

Den Zeitgenossen mag noch erinnerlich sein, dass 1944/1945, als die Niederlage sich auch den Wundergläubigsten mehr und mehr abzeichnete, ein Wort unter den Deutschen kursierte, das etwa besagte: „Wenn uns geschieht, was wir den Anderen angetan haben, werden von den Deutschen nicht viele übrigbleiben." Was war das anderes als das Eingeständnis des (später vielfach wieder bestrittenen, auch vergessenen) Wissens von dem Unheil, das im Zeichen des Hakenkreuzes über Millionen von

---

43 Die Beschuldigung richtet sich auf die Rolle der beiden Angeklagten bei dem Massaker in den Ardeatischen Höhlen im März 1944, bei dem 335 Geiseln ermordet wurden.

44 Es handelt sich um Karl Lamers, den CDU-Abgeordneten und Kreisvorsitzenden seiner Partei in der Universitätsstadt Heidelberg. „Rhein-Neckar-Zeitung", 12. April 1996.

45 S. „Soldat und Technik", Juli 1996; zitiert in: Bernd Verter, Der deutsche Soldat soll wieder Markenzeichen werden, jW, 27./28. Juli 1996.

Europäern gebracht worden war. So sprach sich auch die Furcht aus, die eigene Schuld könnte aufgerechnet und deren Begleichung gefordert werden. Angesichts der vorherrschenden Neigung des Verdrängens und Vergessens erscheint es notwendig, sich mit den Lügen, Legenden und Ausflüchten ebenso prinzipiell und systematisch wie bis in die Einzelheiten auseinanderzusetzen.

1. Es ist unbestreitbar, dass nicht Millionen schwerstbewaffneter Männer gegeneinander Krieg führen können, ohne dass „im Eifer des Gefechtes“, also spontan Verbrechen geschehen. Das erscheint unvermeidlich, denn erstens sind unter den Soldaten selbst Typen, die bereits vor dem Kriege Verbrechen begangen haben oder Verbrechen begehen wollten, aber aus welchem Grunde auch immer daran gehindert wurden. Und zweitens entstehen während der Kampfhandlungen Situationen, in denen Menschen das ihnen auch ins faschistische Wehrmachtssoldbuch geschriebene Gesetz verletzen und – beispielsweise – Gegner umbringen, die schon die Hände erhoben oder die weiße Flagge gehisst haben, also Taten begehen, die sie sich selbst niemals zugetraut hatten und vor denen ihnen noch im Nachhinein grauen mag. Der Krieg verroht. Die beschriebenen Vorgänge jedoch machten noch nicht aus, was die Wehrmacht charakterisierte und sie von allen deutschen Streitkräften davor und danach unterschied. Der Krieg, den sie 1940 in Nord- und Westeuropa führte, ist auch – das Wort nicht auf die Goldwaage – „Normalkrieg“ genannt worden. Ganz anders traten die deutschen Eroberer 1941 an, als sie in die Sowjetunion einfielen. Zuvor oder in den ersten Tagen und Wochen des Feldzugs war ihnen vom Feldmarschall bis zum Soldaten erklärt und von ihnen auch akzeptiert oder hingenommen worden, dass dies ein völlig anderer Krieg sein würde, der anders geführt werden müsste. Heute wird er meist als „rassenideologischen Vernichtungskrieg“ bezeichnet und so vom „Normalkrieg“ unterschieden. Diese Kennzeichnung ist ungenau, denn es ging nicht nur um Vernichtung, und die Rassenideologie war nicht ihr einziger Antrieb.

Kriegsgeschehen und Kriegsziel verwoben sich von Anbeginn. Es sollte sofort und unter Ausnutzung des Kriegszustands daran gegangen werden, dieses als riesiges Reservoir für den weiteren Kampf um die Weltvorherrschaft gedachte Gebiet so zu gestalten, dass es den Nah- und Fernzielen der deutschen Imperialisten dienen konnte. Eines der erstrangigen Kriegsziele aber war die Dezimierung der Bevölkerung im eroberten Land, der zivilen wie der uniformierten. Sie galt zu Millionen als überflüssige Esser, die nur die Ausplünderung der Nahrungsmittelvorräte des eroberten Landes behinderte. Zu diesem Kriegsziel, der Vernichtung der in die eigenen Hände gefallenen Menschen, steuerte die Wehrmachtspolitik kräftig bei, vor allem dadurch, dass sie in ihren Kriegsgefangenenlagern die Mehrheit der 1941 gefangengenommenen Sowjetsoldaten umkommen ließ und der Bevölkerung in den großen Städten des Besatzungsgebietes planvoll die Subsistenzmittel entzog, ohne die sie nicht überleben konnte. Der Versuch, die Ereignisse auf das unmittelbare Kampf- und Kriegsgeschehen oder auf dessen unbeabsichtigte und unvorhersehbare Folgen – auf ungewollte und unbeherrschbare Sachzwänge – zu reduzieren, ist wahrheitswidrig.

2. Die These, wonach das Vorgehen der deutschen Wehrmacht im Hinterland die provozierte Antwort auf das Verhalten der Bevölkerung gewesen sei, wird mittlerweile auch in geschichtswissenschaftlicher Literatur verbreitet. Akademisch gestelzt formulierte Karlheinz Weißmann in seinem inzwischen vom Verlag „zurückgerufenen“ Buch: „... die Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen stand insofern in Zusammenhang mit der außerordentlich schwierigen Situation, in der sie sich angesichts der Ausdehnung des Gebietes und der Feindseligkeit der Bevölkerung befand.“[46] Daraus spricht eine Denkweise, die unterstellt, die ins deutschbesetzte Gebiet geratenen Menschen hätten sich ihrem Schicksal willen- und widerstandslos ergeben sollen, dann wären sie gleichsam am besten „weggekommen“. Völlig vorbeigesehen wird an der Tatsache, welches Schicksal ihnen zugedacht war. Sie waren eben nicht wie andere Menschengruppen in früheren Kriegen einzig vorübergehend der Gewalt eines Okkupanten ausgeliefert, sondern einem Eroberer, der auf die physische Vernichtung eines Großteils der Bevölkerung zielte. Um das gewahr zu werden, brauchten die Russen und Ukrainer keine Kenntnis der geheim gehaltenen deutschen Generalpläne.

---

[46] Zitiert nach: Ulrich Schneider, Der „wissenschaftliche“ Weg in den Abgrund. In: „Der rechte Rand“ Nr. 39, März/April 1996, S. 7.

Es ist merkwürdig: Die Verfechter des Arguments vom Besatzerterror als Antwort auf das Verhalten der Bevölkerung lassen das Recht der Ureinwohner Amerikas gelten, die sich gegen die auf ihre Ausrottung ausgehende Eindringlinge zur Wehr setzten. Ja, sie haben sich in ihrer Jugend an derlei „Indianerbüchern“ begeistert. Sie heroisieren auch die Partisanenaktionen preußischer Kommandos – etwa eines Majors Schill – gegen die napoleonische Besatzung. Sie bewundern mit den Gemälden Goyas den Kampf und das Martyrium der Spanier. Aber für die west- und südslawischen Völker des 20. Jahrhunderts wollen sie das Widerstandsrecht nicht gelten lassen. Derart entlarven sie ihre Argumente als eine Ausflucht und sich selbst als eine besondere Spezies von Rassisten. Die Massaker unter der Bevölkerung ganzer Ortschaften, das Niederbrennen ihrer Behausungen, die Deportation der Einwohner in Lager und nach Deutschland – diese Blutspur fällt auf die Täter. Zu einem erheblichen Teil waren das die sogenannten Sicherungsdivisionen der Wehrmacht. Die schriftlichen wie die Bilddokumente dieser „Aktionen“ sprechen eine Sprache, die keine Gegenrede verträgt. Das mag ein Grund sein, dass man über die Boten herfällt, der Konfrontation mit der Botschaft aber auszuweichen trachtet.

3. Die Masse der Verbrechen, die von Angehörigen der Wehrmacht verübt wurden, rührten nicht aus eigenmächtigen Entscheidungen von Befehlshabern der mittleren und unteren Ebene her. Deren Befehle gab es, doch zumeist wurde vor ihrer Ausgabe die Zustimmung der Vorgesetzten eingeholt. Die Verbrechen waren auch nichts weniger als „Handlungen von Einzelpersonen“, wie das der Heidelberger Bundestagsabgeordnete der CDU Karl Lamers gegen eine andere Ausstellung einwandte, die das gleiche Anliegen wie die Hamburger verfocht.[47] Nein, die Untaten, das machten bereits die Verhandlungen in Nürnberg 1945/46 und insbesondere die Vernehmungen Keitels und Jodls aktenkundig, besaßen ihren Ursprung an der Regimespitze. Dort wurden sie geplant, beraten, in Befehlen formuliert, von da per Funk oder Kurier, offen oder verschlüsselt, ausgesandt. Die einen besagten ganz konkret und exakt, wie sich die Befohlenen zu verhalten hatten. In diese Kategorie gehört die Weisung, die wieder eingefangenen britischen Offiziere, die aus einem Lager der Luftwaffe bei Sagan in Schlesien entflohen waren, zu erschießen. Andere Befehle waren von genereller Natur. Sie bezeichneten den Rahmen des Vorgehens für umgrenzte Fälle und Möglichkeiten. So wurde bestimmt, gegnerische Soldaten, die bei sogenannten Kommandounternehmen gefangengenommen würden, zu töten. Beide Typen von Befehlen verstießen gegen geltendes Kriegsrecht. Beide ergingen aus dem Hauptquartier, in dem es eine eigene Wehrmacht-Rechtsabteilung gab, deren Offiziere sich im einschlägigen deutschen wie im internationalen Recht vollständig auskannten.

4. Das Argument, das die Rolle des Schlusssteins bildet, der das ganze Gebäude gleichsam wetterfest und regendicht machen soll, aber bildet eine Falschrechnung, unter der geschrieben steht: Die anderen auch! Weder quantitativ noch qualitativ kann davon die Rede sein, dass die Kriegsgegner Deutschlands Verbrechen verübt hätten, die jenen der deutschen Militärorganisation gleichkämen oder sie aufwiegen würden. Die das dennoch beweisen wollen, legen abenteuerliche Rechnungen vor. Sie halten diese für besonders überzeugend oder glaubwürdig, wenn sie als Rechenmeister Nichtdeutsche, insbesondere Bürger und vorzugsweise Wissenschaftler aus Staaten präsentieren können, die der Antihitler-Koalition angehörten. Solche vorgeblich unvoreingenommenen Wahrheitsfanatiker finden sich allemal. Kürzlich wurde aus kanadischer Feder ohne auch nur den Versuch eines Beweises behauptet, die Politik der USA habe bei und nach Kriegsende 1945 planmäßig zum Hungertod von mehr als 5 Millionen Deutschen geführt. Mit besonderer Vorliebe wird mit den deutschen Soldaten argumentiert, die in Kriegsgefangenschaft zu Tode kamen, wobei die Umstände ihres Sterbens meist keinerlei Erwähnung finden.

Im Kern laufen diese Darstellungen allesamt darauf hinaus, den Siegermächten den Vorsatz zu unterstellen, sie hätten die deutsche Bevölkerung dezimieren wollen und das auch getan. Anders als im Falle des deutschen „Generalplans Ost“ mit seinen verschiedenen Fassungen kann dafür kein einziges Dokument beigebracht werden. Und die unschwer überprüfbaren Tatsachen sprechen von anderem. In den besetzten Zonen zwischen Oder und Saar sind Deutsche, die solange auf Kosten der hungern-

---

47 S. „*Rhein-Neckar-Zeitung*“, 12. April 1996.

den und verhungernden Bevölkerung weiter Teile Europas gut ernährt worden waren, an Unterernährung gestorben, an Krankheiten infolge des Mangels an ärztlicher Hilfe und Versorgung und als Folge des Fehlens von Medikamenten zugrunde gegangen, auch Opfer von Seuchen geworden. Doch es ist ebenso erwiesen, dass den Deutschen die Grundlagen ihres Überlebens belassen wurden. Hätte die sowjetische Besatzungsmacht nach dem Grundsatz „Auge um Auge" gehandelt und wäre von Moskau ein Befehl ergangen, die im Nachkrieg weiter darbende sowjetische Bevölkerung aus den vorgefundenen deutschen Beständen zu ernähren, dann wären die Folgen ganz andere gewesen. Die Deutschen sollten nach der Übereinkunft der Alliierten für alle Zeit kriegsunfähig, nicht aber lebensunfähig gemacht werden.

12. Verdienst: Kampf gegen die „roten Gefahr"

Wo immer sich heute Kritik an der Wehrmacht äußert, wird Kritikern sogleich ein Verdienst entgegengehalten: Der Kampf gegen den Bolschewismus. Er hätte 1945 Europa überflutet, wären nicht die tapferen deutschen Soldaten an der Ostfront gewesen. Das ist die nochmalige Wiederholung jener noch im letzten Kriegsfrühjahr benutzten Begründung, mit der nicht nur NS-Führungsoffiziere die Untergebenen anfeuerten, damit sie Leib und Leben weiter für eine verbrecherische und verlorene Sache einsetzten. Europa und dessen Schutz vor der „roten Gefahr", die an den Häuserwänden in Deutschland auf Plakaten scheußlich und mit den bekannten Zügen des „asiatischen Untermenschen" ausgemalt wurde, spielte in der Nazipropaganda seit 1942/1943 eine immer größere Rolle. Inzwischen kann der Krieg im Osten, die Zugehörigkeit zur Waffen-SS und die Forderung, ihren einstigen Angehörigen – beispielsweise auch denen in den Niederlanden – Renten zu zahlen, längst offen gerechtfertigt werden. Das geschah kürzlich auch in einem von der Zeitung „*Die Welt*" veröffentlichten Leserbrief: „Diese Soldaten (die SS-Freiwilligen – K. P.) haben die feldgraue Uniform nicht angezogen, weil sie Nationalsozialisten oder Antisemiten waren, sondern weil sie die Gefahr des Kommunismus erkannt zu haben glaubten."[48] Einer Dokumentaristin sagte ein Ausstellungsbesucher in Wien unbekümmert in Mikrophon und Kamera: „Wenn wir nicht gewesen wären, wäre doch ganz Europa von den Russen besetzt worden." Er berief sich wieder auf einen ausländischen „Kronzeugen". Schließlich habe Churchill nach dem Kriege erklärt: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet."[49]

Das Verdienst der „Rettung vor dem Bolschewismus" wird in den apologetischen Darstellungen breit geschildert. Es sei der Wehrmacht und namentlich der Kriegsmarine zu danken, dass Millionen Deutsche aus Ost- und Westpreußen über den Seeweg der Ostsee dieser Gefahr entrissen wurden. Die nicht Geretteten, die in den Fluten der Ostsee ertrunkenen Zivilisten werden umstandslos den sowjetischen Streitkräften und ihrer Kriegführung angelastet. Es kommt diesen „Historikern" gar nicht die Idee, dass es die Pflicht der deutschen Militärführung gewesen sein könnte, spätestens im Herbst 1944, als die Alliierten im Westen und im Osten die Reichsgrenze erreichten, ihre Niederlage einzugestehen und in Kapitulationsverhandlungen einzutreten.

Wie hätte Deutschland ausgesehen, wenn es zu einer Besetzung des Landes ohne Kampf gekommen wäre? Wie viele deutsche Städte – von Pforzheim bis Jena – wären unzerstört geblieben, wie viele deutsche Soldaten am Leben? Was wäre den Zivilisten nicht nur im Osten erspart geblieben? Die „Rettungslegende" verkleistert bis heute die Köpfe gegen jede dieser Fragen. Obendrein wird sie dazu benutzt, in der Debatte um die Desertion von deutschen Soldaten die Forderung zu rechtfertigen, es müsse eine Einzelfallprüfung eintreten. Denn, so auch die Befürworter dieses Verfahrens im Bundestag 1996, wer 1944/1945 in Ostpreußen übergelaufen sei oder sich sonst unerlaubt von der Truppe entfernt habe, der hätte doch nicht nur seine Kameraden, sondern auch die zu Rettenden im Stich gelassen.

Die Apologie auf die Endphase der Kämpfe im Osten lieferte übrigens schon der inzwischen verstorbene Kölner Historiker Andreas Hillgruber. Sie bildete eine Facette im „Historikerstreit" der Jahre 1986/1987. Damals schien es manchem so, als sei der Versuch, den Krieg im Osten in einen verbre-

---

48 Ausgabe vom 11. Februar 1997.

49 Jörg Magenau, Das Überleben der Erinnerung. In: „Freitag", 28. Februar 1997 und auch Carsten Otto, Nichts gewusst, a. a. O.

cherischen und einen zu rechtfertigenden zweizuteilen, durchschlagend zurückgewiesen. Ein Jahrzehnt später liegt dies als Irrtum zutage. Heute wird von Vertretern der Regierungsfraktion die Fortdauer des Krieges in das Jahr 1945 unumwunden als ein Verdienst bezeichnet.

Dabei ist diese „Rettungslegende“ zugleich brüchig und unaufrichtig. Die Evakuierung von Teilen der deutschen Bevölkerung, die an allen Fronten versucht, aber in großem Stil nur im Osten vollzogen werden konnte – hier wirkte die planvoll erzeugte „Bolschewistenfurcht“ und die Vorahnung einer Vergeltung mit dem Druck der Nazibehörden auf die Einwohner zusammen –, war nicht in erster Linie eine humane, sondern eine Maßnahme, mit der die Weiterführung des Krieges gesichert werden sollte. Dem vordringenden Feind möglichst menschenleere Gebiete zu überlassen, in denen er sich nicht auskannte und keine Hilfskräfte gewinnen konnte, galt bereits in früheren Kriegen als geeignete Maßnahme, ihm auch indirekt Hindernisse in den Weg zu legen. Doch darum ging es nicht allein. Die deutsche Militärführung war sich der Schwierigkeit bewusst, die entstehen musste, wenn deutsche Soldaten zwischen deutschen Frauen und Kindern Krieg führten. Das war zuletzt in dem von 1813 geschehen. Damals schlugen sich die Truppen Blüchers an der schlesischen Katzbach und die Alliierten bei Leipzig. Seitdem befanden sich die Schlachtfelder jenseits der jeweiligen deutschen Grenzen, auf dem Boden Dänemarks und Böhmens, in Frankreich, Belgien, Italien, Serbien, Russland und Rumänien.

Nun entstand die Frage: Wie würden die ohnehin kriegsmüden deutschen Soldaten weiterkämpfen, wenn sie ihre engsten Angehörigen bereits jenseits der Front und in Gebieten wussten, die bereits das Hinterland des „Feindes“ darstellten? Diese Lage würde den Anspruch aushöhlen, Europa vor dem Bolschewismus zu verteidigen. Kurzum: Es waren kriegspraktische und kriegspropagandistische Gründe gleichermaßen, die das Interesse der Militärführer an der Evakuierung mindestens ebenso bestimmten wie die Vorstellung, die deutsche Zivilbevölkerung in höchst zweifelhafter Sicherheit zu wissen.

An manchen Kampforten, so in den sog. Festungen wie dem mehr als eine halbe Million Einwohner zählenden Breslau, kam hinzu, dass Hunderttausende von Menschen entfernt werden sollten, die angesichts der begrenzten Vorräte kaum lange ernährt werden konnten. Und schließlich, und das zeigt die Hohlheit der Legende vollends, war es Alfred Jodl, der im März 1945 befahl, dass bei den Kampfhandlungen auf die eigene Bevölkerung keine Rücksicht mehr genommen werden könne.[50] Derweil ließ er seine Ehefrau aus dem von der Einschließung bedrohten Berlin in die Bayerischen Alpen fliegen.[51]

In der „Rettungslegende“ lebt auch die nazistische Propaganda von der „Einheit von Front und Heimat“ fort. Beide fielen bei Kriegsende räumlich zusammen, bewegten sich tatsächlich aber weit auseinander. Die Mehrheit der Deutschen wünschte das Ende des Krieges herbei. Generale und Offiziere jedoch hatten noch immer nicht genug davon. Ihre letzte Hoffnung war das Auseinanderbrechen der Antihitlerkoalition. Das aber kam für sie zu spät.

Die Summe dieser Überlegungen lautet: Die den Krieg in das Jahr 1945 weiterführten, haben mehr tote Deutsche auf dem Gewissen, als infolge einer letztlich von Deutschen verursachten Verwilderung von Teilen der Roten Armee umkamen.[52] Die dumpf und stumpf weiterschießenden Männer aus Ostpreußen können die Verbrechen anklagen, die von sowjetischen Soldaten beim Erreichen deutscher Dörfer verübt wurden. Aber können sie sich von Mitschuld freisprechen, dass der Krieg auch noch in diesen Gebieten weitergeführt werden konnte? Und die funktionierenden Sachsen aus dessen Hauptstadt Dresden können auf die alliierten Luftflotten-Kommandeure zeigen, die den vernichten-

---

50 Bodo Scheurig, Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis. Biographie, Frankfurt a. M 1991, S. 313.

51 Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1996, S. 362. S. auch die Rechtfertigungsschrift: Luise Jodl, Jenseits des Endes. Der Weg des Generaloberst Jodl, München 1987.

52 Dazu neuerdings: Manfred Zeidler, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschland östlich von Oder und Neiße 1944/45. München 1996. Dazu Rezension Kurt Pätzold, Wider Hetze und Ignoranz. In: „antifa“, 1996, Heft 12, S. 28. Die abwägende, auf Ursachenforschung orientierten Monographie hat einen merkwürdig falschen Untertitel. Es geschah gerade keine „Besetzung“, vielmehr eroberten sowjetischen Truppen das Gebiet in hartnäckigen und blutigen Kämpfen.

den Angriff auf die Stadt planten und befahlen. Aber können sie ihre Mitschuld am Tode ihrer Frauen und Kinder leugnen?

13. Lieblingsthema: Kollaboration

Kollaboration und Kollaborateure gehören in vielen europäischen Staaten, die ganz oder teilweise von Deutschen besetzt gewesen waren, zu den ungeliebten Geschichtsthemen. Mit Landsleuten, die sich Verbrechen während der Okkupationszeit hatten zuschulden kommen lassen, wurde 1944 und 1945 vielfach juristisch und anfänglich auch im kurzen Prozess „abgerechnet". Später war und blieb das Interesse, die Kollaboration in ihren vielen Seiten – der militärischen, wirtschaftlichen, ideologischen, geheimdienstlichen, judenmörderischen – aufzudecken und ihren Ursachen, d. h. den sie verursachenden Interessen, nachzugehen, von Frankreich bis in die Sowjetunion gering. Das hat sich sehr langsam zu ändern begonnen. Die Bevölkerung, auch dort die Nachgeborenen, wurde in mehreren europäischen Staaten von der Geschichte eingeholt. Gleichzeitig aber gingen mit der Entstehung neuer Staaten nach 1990 in ihnen deutlich erkennbare Bestrebungen einher, selbst hinter den unbefriedigenden Grad der kritischen Geschichtssicht, der bis dahin erreicht war, noch weit zurückzugehen. Dies war in Kroatien ebenso zu beobachten wie in der Slowakei und in Litauen.

Aus dieser Entwicklung suchen manche deutschen Politiker und Publizisten ihren Honig zu saugen. Die willkürliche Verbreitung von Schatten, Nebel oder Sonnenschein über der Geschichte von nahen und fernen europäischen Nachbarn dient in Deutschland als Kontrastbild, vor dem man sich selbst ins rechte Licht rücken und bequem nachweisen kann, die Vergangenheit „aufgearbeitet" zu haben. Der Vergleich von Soll und Haben, für den deutscherseits unbestreitbare Leistungen vorgewiesen werde können – sie wurden zumeist nicht von denen erbracht, die sich auf sie berufen –, könnte hingenommen werden, wäre er mit zwei Zusätzen versehen. Erstens hatte kein anderes europäisches Volk so viel grausigen Grund, sich mit seinen Handlungen und Unterlassungen zu befassen wie die Deutschen. Zweitens wurden die Kollaboration und die meisten der von Kollaborateuren begangenen Verbrechen überhaupt erst ermöglicht, weil die Deutschen „kamen" und ihren Hilfskräften Handlungsspielräume zuwiesen oder einräumten.[53]

Und dann und vor allem wird die schwerfällig vorankommende Aufklärung in anderen Ländern benutzt, um mit Genugtuung und gar mit Genuss darauf zu verweisen, dass die Deutschen nicht allein ihr historisches Schandkonto besitzen. Nun würden „die Anderen" endlich zugeben müssen, welche Rolle sie gespielt hätten. So auch die Tendenz nicht weniger Kommentare, die sich jüngst in deutschen Zeitungen und Zeitschriften mit der Rolle von Schweizer Banken vor dem Kriege und in seinem Verlauf befassten. Deren Gegenstand waren die blutigen Geschäfte und Gewinne, die insbesondere durch Judenverfolgung und Judenmord ermöglicht wurden sowie aus den Lieferungen von Kriegs- oder kriegswichtigem Material an Deutschland erwuchsen.

Es kann dem Nachdenken über die Gegenwart und die Zukunft des eigenen Landes und Europas dienlich sein, wenn die Geschichte der Banken und anderer Kriegsinteressenten in den seinerzeit neutralen Ländern geschrieben wird und die weißen Flecken in den Schulbüchern der Schweiz und Schwedens getilgt werden. Doch von einem deutschen Vorlauf kann gerade in diesem Punkte nicht die Rede sein. Das gilt zunächst für die Forschung. Karl Heinz Roth fasst seine Untersuchung so zusammen: „Die deutschen Archivquellen, die letztlich die entscheidenden Informationen über die gold- und devisenpolitischen Weichenstellungen zur Ausweitung des rüstungswirtschaftlichen Molochs enthalten und Auskunft über den social death der europäischen Juden in der Falle von Zwangsauswanderung und Vermögensenteignung geben, sind noch weitgehend unerschlossen oder werden unter Verschluss gehalten."[54] Es ist – dies nebenbei – offenbar kein Zufall, dass bei allem Erneuerungstrieb und aller Reformwut, die sich an den Fachrichtungen für Geschichte in den Neuen Bundesländern betätigte, Lehrstühle für Wirtschaftsgeschichte nicht errichtet worden sind. Sie brauchten,

---

53 Dazu vor allem: Okkupation und Kollaboration 1938-1945. Beiträge zu Konzeption und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, hrsg. von Werner Röhr, Heidelberg 1994.

54 Karl Heinz Roth, Der Splitter im Auge des andern. Teilweiser Vorabdruck eines Artikels in der Zeitschrift „1999", in: jW, 8./9. Februar 1997.

und das mag mehr noch verwundern, dort allerdings auch nicht abgeschafft zu werden. In ungleich höherem Grad trifft die Feststellung der erwähnten Lücken auf die deutsche Publizistik zu. Sie nimmt bis auf den Tag Hitler und immer wieder Hitler und dazu allenfalls einige seiner engsten Gehilfen ins Visier und dabei obendrein mehr deren Privatleben, deren Eigenheiten bis zu ihren Marotten, denn ihre tatsächliche Rolle.

14. Stimmen von „Rechtsaußen"

Im Streit um die Ausstellung über die Wehrmachtsverbrechen fehlen selbstredend die Stimmen derer nicht, die seit Jahren in ihren Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Veranstaltungen ihr Heldenlied auf die faschistischen Streitkräfte anstimmen. Ihre Angriffe stimmen mit jenen zum Teil überein, die von Anhängern demokratischer Ansichten stammen. So bezeichnet auch die „*Junge Freiheit*" es als das Hauptziel der Ausstellung, sämtliche Wehrmachtsangehörigen zu diffamieren und zwar „durch die Verallgemeinerung tatsächlicher Verbrechen kleiner Teile zum Pauschalwurf gegen mehr als 15 Millionen ehemalige Soldaten". Unter Berufung auf Entscheidungen des Nürnberger Gerichtshofes von 1946 wird erneut die Legende vom normalen, den allgemeinen Kriegsgesetzen und -regeln entsprechenden Kampf der Wehrmacht verbreitet. Denn: Verbrecher waren die Himmler unterstellten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und die „hatten mit der Wehrmacht nichts zu tun".[55] Zur Bekräftigung der eigenen Ablehnung werden die Stimmen von Politikern der Regierungsparteien zitiert. Und wie ein Leserbriefschreiber im *„Weser-Kurier"* möchte auch die *„Junge Freiheit"* in eine solche Ausstellung die „Kriegsverbrechen von Rotarmisten an deutschen Soldaten sowie die Kampfweise und Verbrechen anderer Staaten" aufgenommen wissen.

Im Kern nicht anders verfährt „Europa vorn", das Proteste gegen die Ausstellung mit der Behauptung provozieren will, durch sie würden „18 Millionen Wehrmachtsangehörige" ohne Ausnahme zu „Banditen, Plünderern, Vergewaltigern, Mördern" erklärt. Eine „Fälscherkampagne" sei im Gange, eine „Anti-Wehrmacht-Hetzkampagne, die alles in den Schatten stellt, was von Ulbricht und Honecker fabriziert worden war". So etwas habe es „selbst unter Stalin„ nicht gegeben. Verbrechen seien geschehen, „wo Himmler das Sagen hatte" und „seine sadistische Verbrecherclique" agierte. Diese „Clique" wird bezeichnenderweise nicht einmal mit ihren zeitgenössischen Namen benannt, womit die Möglichkeit der Differenzierung ohne Grenzen offengehalten ist. Zudem fallen alle diese Verbrechen letztlich auf die Kommunisten zurück, war doch Himmler ein „gelehriger Schüler der Jagoda, Jeschow, Berija„. Ernst Noltes Lehre vom „Prius" des Klassenmordes, der dem Rassenmord vorausging, hat ihre Fortsetzer gefunden.

Die Herausgeber dieses Organs begnügen sich damit nicht. Für sie bleiben die deutschen Wehrmachtssoldaten das unübertroffene Vorbild militärischer Kämpfer, die besten Krieger aller Zeiten, die „moralischen Vorbilder". Und wieder fehlen Leihstimmen aus dem Ausland nicht. Ein gleichgesinnter Italiener wird mit der Erklärung zitiert: „Die deutschen Soldaten von heute können sich ohne zu zögern am Beispiel ihrer Väter orientieren".[56] Diese Väter haben die Italiener, die bis 1943 Verbündete waren und dann entwaffnet und gefangengesetzt wurden, besonders schlecht und vielfach lüstern nach Vergeltung für den „Verrat" des Bundesgenossen be- und misshandelt. So ergibt ein Vergleich von Publikationsorganen, die sehr verschiedenen politischen Kräften zuzuordnen sind, dass sich bei der Verteidigung der Väter und Großväter im wehrmachtsfeldgrau eine breite Front gebildet hat.

15. Die „Vogelsche"-Geschichtsauffassung

Schärfer noch als der Streit um die Rolle der deutschen Wehrmacht sind die schon mehrfach erwähnten Debatten um die Deserteure geführt worden. Vor allem entbrannten sie dort, wo Initiativen hervortraten, die in öffentlichen Räumen Erinnerung und Ehrung für die Deserteure und die Opfer der Militärjustiz verlangten. Es entwickelten sich über Jahre andauernde Kontroversen mit unterschiedlichen Ergebnissen. Eine von ihnen fand in der thüringischen Hauptstadt Erfurt statt. Sie führte zur

---

55 Kritik zur Anti-Wehrmachts-Ausstellung. In: „Junge Freiheit", 7. Februar 1997

56 Die Tapfersten waren die Deutschen. In: „Europa vorn", Nr. 112, Januar 1997.

Errichtung eines Denkmals auf dem Petersberg in der Nähe eines Ortes, an dem Militärangehörige gefangen gehalten und aufgrund von Justizurteilen umgebracht worden waren.[57]

In den Jahren, die der Einweihung vorausgingen, wurde das gesamte Arsenal von politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Argumenten aufgeboten, über das die Gegner des Mahnmals geboten. Die letzte Entscheidung lag beim Stadtparlament. In ihm fiel sie mit den Stimmen der Grünen, der PDS und eines Teils der sozialdemokratischen Abgeordneten zugunsten der Errichtung. Damit war auch der „Landesvater" überstimmt, der sich in dem Dafür und Dawider als Denkmalsgegner engagiert hatte. Seine Argumente nahmen das Muster auf, nachdem andernorts – auch in Bonn – vordem vorgegangen worden war. Ministerpräsident Bernhard Vogel konnte in einer Parlamentsrede nicht unerwähnt lassen, dass „auch von Einheiten der deutschen Wehrmacht schlimme Untaten begangen worden sind". Das gehört auf derartigen Bühnen zum obligatorischen Minimum. Dann fuhr er fort: „Aber es stimmt auch, dass viele Millionen deutscher Soldaten nichts anderes als ihre Pflicht getan haben ..." Ein paar Einheiten der Wehrmacht also gegen die vielen Millionen unbescholtener Deutscher. Und wie sich die Neonazis mit Vorliebe einen ausländischen Kronzeugen für ihre Geschichtssicht leihen, so tat es auch der CDU-Politiker. Er zitierte aus dem einschlägigen Schatzkästlein die Rede, die François Mitterand am 8. Mai 1995 im Berliner Schauspielhaus gehalten hatte: „Sie (die Soldaten) waren mutig. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin für eine schlechte Sache, aber ihre Taten hatten damit nichts zu tun, sie liebten ihr Vaterland." Das ist zwar ein armgeistiges, aber gewiss kostbares Zeugnis aus dem Lande des einstigen „Erbfeindes".

Mit der Miene und dem Anspruch äußerster Sachlichkeit, ja Wissenschaftlichkeit wird in allen Streitfällen für ein differenzierendes Denken und Urteilen plädiert und Vereinfachung be- und angeklagt. Vogel verlangte, die Deserteure, die Helden waren, weil sie ihrem Gewissen folgten, von denen zu trennen, die ihre Kameraden im Stich gelassen hätten. Und darauf folgt nahezu im gleichen Atemzug die Erklärung, dass er gegen dagegen sei, die Bevölkerung zu teilen, was geschähe, würde ein solches Deserteur-Denkmals errichtet. Er verweigere sein Ja auch, weil er nicht ohne Not Menschen kränken wolle, deren Angehörige „als Soldaten gefallen sind."[58] Damit ist er wieder dicht an der Ferse des Bundeskanzlers und bringt dessen Auftritt in Bitburg in die Erinnerung. „Gefallen" – ein die tausend Weisen des Todes im Kriege verhüllendes Wort – sind auch nicht wenige, die Exekutoren der Massaker waren, Mörder von Juden und von Kriegsgefangenen, von Zivilpersonen, Frauen und Kindern, Gesunden und Kranken. Die Differenzierung wird nicht durchgehalten, sie gilt nicht als ein Grundsatz, sondern dient als ein fallweise angewendeter Trick.

Was charakterisiert diese Geschichtsbetrachtung? Die Tatsache, dass jede Aussage über Wesen und Ziele des Krieges sorgsam unterlassen wird, den die einen – es war die übergroße Mehrheit – bis in den Mai 1945 führten und dem die anderen – ganz wenige – sich verweigerten. In diesem hartnäckigen Beschweigen der Tatsache des imperialistischen Eroberungskrieges liegt der eigentliche intellektuelle Skandal, der zugleich ein moralischer ist. Das Aussparen der Kernfrage besitzt zudem durchaus eine politische Dimension. Listig stützte Vogel seine Forderung, Wehrmachtdeserteure zu sortieren, mit der beiläufigen Bemerkung, die auf die Bewohner des neuen Bundeslandes Thüringen zielte, es sei doch auch nicht jeder Deserteur aus der Armee der DDR ein Held gewesen. So wird auf dem „differenzierenden" Gedankenweg en passant noch die Gleichsetzung von Wehrmacht und NVA erreicht, und darüber hinweggeredet, dass jene einen Eroberungs-, Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte und diese im Kalten Krieg ein sehr schwankendes militärisches Gleichgewicht schaffen half, das – so unwohl sich jeder darin auch fühlte – militärische Ambitionen zügelte, die einen dritten Weltkrieg hätten hervorbringen können.

---

57 Die Geschichte dieses Denkmalbaus ist festgehalten in: Dokumentation einer Erfurter Initiative für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur, hrsg. vom DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. Erfurt o. J. (fortan: Erfurter Initiative).

58 Rede Bernhard Vogels in der Debatte des Thüringer Landtags (auszugsweise), in: Thüringer Allgemeine, 20. Mai 1995, auch im Faksimile in: Erfurter Initiative, S. 17.

Diese Vogelsche Geschichtsbetrachtung – und der Name steht hier für viele andere, die an seine Seite gesetzt werden könnten – führt weit hinter längst erarbeitete Standpunkte zurück. Einen formulierte der Hochschullehrer und Romanist Victor Klemperer, der verfolgte „Rassejude", der sich mit seiner „arischen" Frau nach dem Erlebnis des Zweiten Weltkriegs und des Schicksals so vieler seiner Verwandten, Freunde und Bekannten vornahm, den Rest ihres Lebens daran zu setzen, „dass es in Deutschland noch einmal menschlich werde." Die unlängst mit so viel Beifall aufgenommene Publikation seiner Tagebücher nützten nicht wenige in der „Goldhagen-Debatte" als eine Art Selbstbedienungsladen, in dem jeder sich heraussuchen kann, was immer ihm gerade passend vorkommt.

Mit einem Brief, den Klemperer vor 50 Jahren schrieb, lässt sich derart nicht verfahren. Sein Adressat war ein Mann, der in der Weimarer Republik in die Reichswehr eingetreten war und es in der Wehrmacht bis zum Major im Generalstab gebracht hatte. Dieser bat, aus der Gefangenschaft früh zurückgekehrt, den Antifaschisten um ein Leumundszeugnis, das damals im Volksmund auch „Persilschein" genannt wurde. Klemperer lehnte das Ansinnen mit einer denkwürdigen Begründung ab: „Sie und alle die anderen mussten wissen, welchen wahnsinnigen Verbrechern Sie dienten, welche unausdenkbaren Gräuel Sie durch ihre Diensttreue in Schutz nahmen und ermöglichten." Und dann weiter: „Sie und so viele mit Ihnen sagen immer: wir sind schuldlos, wir haben es nicht gewusst. Aber hat denn nicht einer von Ihnen den Hitler-Kampf (gemeint ist das Buch „Mein Kampf" – K. P.) gelesen, wo doch alles nachher Ausgeführte mit schamloser Offenheit vorher geplant ist? Und haben denn all diese Morde, all diese Verbrechen, wohin man auch den Blick wandte, nur uns – ich meine jetzt keineswegs nur die Juden, sondern alle Verfolgten – offengelegen?" Und schließlich, sich mit dem verbreiteten Argument auseinandersetzend, man habe seinen Platz nur behauptet, um Schlimmeres zu verhüten: „Aber es musste doch längst vor dem 20. Juli offenbar sein, dass sich da nicht mehr mildern ließ – und nach dem 20. Juli hat man den Wahnsinn noch fast ein ganzes Jahr weitergeführt. Nein, wenn ich die Dinge rein sachlich sehe, kann ich nirgends volle Schuldlosigkeit anerkennen."[59]

Das waren Fragen und Urteile eines Mannes, dem es fern lag, sich zum Richter über Personen aufzuschwingen, der aber auch wusste, dass wissenschaftliche Methodik Differenzierung *und* Verallgemeinerung kennt und verlangt. Klemperer bestand bei aller Abstufung darauf, dass gerade die deutschen Intellektuellen, und dazu zählte er einschränkungslos auch die ausgebildeten deutschen Offiziere in der Heeresführung, auf die oberen Stufen gesetzt würden, wenn es sich um die Bestimmung von Schuld und Verantwortung handelte.

* * *

Der Streit um die Wehrmacht besitzt eine historische und zugleich eine politische Dimension. Geschichtlich führt er zu der Frage, was war dieses Deutsche Reich, das sich das Dritte nannte? Wie kam es in die deutsche Geschichte? Und: Wie weit und wie gewiss haben wir uns aus dieser Vergangenheit entfernt?

Politisch präsentiert sich in den Auseinandersetzungen um Ausstellungen und Denkmäler die deutsche Mitte. Da drängt sich viel, und ihre Fraktionen können nicht leicht unterschieden werden. Bemerkenswert ist die Rolle sozialdemokratischer Lokalpolitiker und Abgeordneter in Kommunalparlamenten, die zwischen ihren Überzeugungen und einem opportunistischen Taktieren um Wählergunst daher schwanken. In München unter einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister steht das Rathaus für die Ausstellung „Vernichtung" zur Verfügung. In Erfurt stimmten Abgeordneten dieser Partei für das Deserteur-Denkmal. In Bremen, wo eine große Koalition die Stadt verwaltet, werden Sozialdemokraten offenkundig von dem Gedanken geleitet, das Regierungsbündnis mit der CDU nicht zu gefährden. Im hessischen Dillenburg, wo sich eine politische Konfrontation für oder gegen die Wiederaufstellung eines Heldendenkmals ergab, das an den Krieg 1870/71 erinnert, operierte die

---

[59] Brief an Hans Hirche, 6. Januar 1947, in: Victor Klemperer, Und so ist alles schwankend. Tagebücher Juni bis Dezember 1945, hrsg. von Günter Jäckel unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1996, 3. Auflage. S. 222/223.

sozialdemokratische Fraktion im Stadtrat mit dem Verweis auf die Stadtkasse und die Kosten, welche das Unternehmen verursachen würde.[60] In Göppingen haben Auseinandersetzungen um Erhalt oder Beseitigung eines 1939 errichteten Kriegerdenkmals bis vor das Amtsgericht geführt.[61] Dabei hätte man sich im einen wie im anderen Falle, was den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei gewiss schwer gefallen wäre, eines Wortes von Kurt Tucholsky erinnern können, der aus der Perspektive des Jahres 1932, das Verhältnis von deutsch-französischem und Erstem Weltkrieg im Blick, lakonisch feststellte: „Jede Glorifizierung eines Menschen, der im Kriege getötet worden ist, bedeutet drei Tote im nächsten Krieg."

Berührt – das ist womöglich ein zu schwaches Wort – sind durch diesen Streit die Bundeswehr und insbesondere die Traditionspflege unter den „Bürgern in Uniform". Wie es um sie steht, wurde durch das lange, schließlich erst unter Dauerdruck aufgegebene Festhalten an Kasernennamen wie denen von Dietl und Kübler überdeutlich. Manches weist darauf hin, dass der Umgang mit der deutschen Militär- und Kriegsgeschichte auf das unterste „europäische" Niveau gebracht werden soll. Davon zeugt etwa die Berufung eines Offiziers auf die neue deutsch-französische Waffenbrüderschaft und sein Hinweis, dass die Nachbarn denen keine Achtung entgegenbringen könnten, „die sich des Lebens und Sterbens ihrer Vorfahren schämen."[62] Dem mag man den Standpunkt des österreichischen Bildhauers Alfred Hrdlicka gedanklich konfrontieren, der seinem vor Leningrad umgekommenen Bruder ein Grab wünscht, aber erklärte, dessen Name habe auf einer Gedenktafel nichts zu suchen. Zwischen beiden Denk- und Verhaltensweisen liegen Welten und kein Niemandsland.

Die Beschäftigung mit den Taten der Millionen deutscher Wehrmachtssoldaten kann (sie muss nicht) gerade die Angehörigen der jüngeren Generation an ein Goethe-Wort gemahnen, das besagt, man sei beim ersten Schritt frei, beim zweiten aber Knecht. Insbesondere mag es diejenigen nachdenklich stimmen, die den Schritt vom Staatsbürger in Zivil zum Staatsbürger in Uniform vor sich haben. Solche Nachdenklichkeit junger Leute aber hat deutschnationale Politiker zu allen Zeiten gestört. Das erwies wiederum auch die erneute Debatte über das Tucholsky-Diktum: „Soldaten sind Mörder". Die Geschichte der Auseinandersetzung um diese drei Worte, die sich in einem Kommentar des Publizisten aus dem Jahre 1931 finden, wurde inzwischen vorbildlich dokumentiert.[63] Ihr jüngstes Kapitel verrät, worum es denen geht, die das Zitat, wie schon im Jahre 1932 vergeblich versucht worden ist, kriminalisieren wollen. Sie sorgen sich um den „Ehrenschutz der Bundeswehr". Schon ist eine Gesetzesinitiative im Bundestag auf den Weg gebracht, die mit Haftstrafen zu drei Jahren diejenigen bedroht, die einer Herabwürdigung der Bundeswehr und ihrer Soldaten angeklagt werden. Dieses Bestreben hat Otto Schily treffend der „sakralen Erhöhung alles Militärischen" zugeordnet.[64] Gegen den Vorsatz hat sich ein auch durch die Zahl der Teilnehmenden beachtlicher Widerspruch vor allem von Schriftstellern und Künstlern erhoben.[65]

Es mag der geistige Kampf um die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg uns wie ein Kampf gegen Windmühlen erscheinen und die ihn führen, dem Ritter von der traurigen Gestalt mitunter zum Verwechseln ähneln. Dennoch: Es gibt Chancen, gegen die Verfälschung der Geschichte anzugehen,

---

60 Neunzehn tote Krieger von 70/71. In: „Die Zeit", 19. April 1996.

61 Ein „herrliches Kriegerdenkmal" wird verteidigt, In: jW, 3. März 1997. Auch in Göppingen wurde die Auseinandersetzung u. a. auf den Seiten der Lokalpresse geführt. Es dürfte für künftige wissenschaftliche Untersuchungen eine lohnende Aufgabe sein, den „Zeitgeist" anhand gerade der veröffentlichten und unveröffentlichten Leserbriefe zu rekonstruieren.

62 Zitiert ebenda. Auch in Dillenburg fand eine Leserbrief-Debatte in der Lokalzeitung statt.

63 Michael Hepp/Viktor Otto, Soldaten sind Mörder. Ch. Links Verlag, Berlin 1996.

64 Tucholsky-Diskurs unterm Heiligen Kreuz. In: ND, 24. Oktober 1996. Jüngste Meldungen besagen indessen, dass innerhalb der regierenden Parteien Bedenken gegen dieses Vorhaben geäußert werden und der vorhandene gesetzliche Schutz als ausreichend angesehen würde. S. Sterbehilfe für Soldaten-Ehrenschutz. In: ND, 25. Februar 1997.

65 Gegen Ehrenschutz für Soldaten. In: ND, 20. Februar 1997. Inzwischen musste das Vorhaben aufgegeben werden, dessen Wirkung offenkundig auch an der Spitze der Bundeswehr nicht einheitlich bewertet sein mochte. Jedenfalls waren sich auch die als aktive Offiziere an einer öffentlichen Diskussion in München Teilnehmenden mit Zivilisten auf dem Podium darüber einig, dass ein derartiges Gesetz überflüssig sei. S. Soldaten können Mörder werden. jW, 21. März 1997.

hierzulande viele und dabei mehr Mitstreiter, als es flüchtigem Blick mitunter vorkommen mag. Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass der Streit um die Ausstellung auch zu manchem Nachdenken in den Reihen derer geführt hat, die sich als Streiter gegen Rechtskonservative und Neonazisten verstehen. Die blanke Faust und der ratlose Ruf „Nazis raus“ erweisen ihre Untauglichkeit gegenüber einer Denk- und Stimmungslage, die Millionen gemein ist und sie – wenn auch mit unterschiedlichen Bindekräften – zueinander führt. Die geistige Auseinandersetzung ist notwendig. Dass sie nicht nur in Sälen, sondern auch auf der Straße erfolgen kann, wurde in München bewiesen, wo Demonstranten an der Spitze ihrem gegen die Ausstellungsgegner gerichteten Zuges ein Transparent mit der Feststellung vorantrugen: „Ohne Wehrmacht kein Holocaust“. Diese Wahrheit betrifft den Kern des Streits. SS und Holocaust – das konnte bisher zusammengedacht und -gesagt werden. Aber: Wehrmacht und Holocaust? Das Thema ist aus den weithin ungelesenen und von den Medien ignorierten Monographien der Historiker in die Öffentlichkeit der Bundesrepublik gelangt. In mancher Hinsicht bildet es für Deutsche eine „Wiederentdeckung“. Dass die Wehrmacht im besetzten Gebiet Massaker unter Zivilisten anrichtete, wurde schon vor einem halben Jahrhundert Millionen ins Bewusstsein gebracht. Im ersten deutschen Nachkriegsfilm der DEFA mit dem Titel „Die Mörder sind unter uns“. Er wurde am 15. Oktober 1946 uraufgeführt.

Nachtrag: Letzte Meldung.

Am 2. April 1997 als dieser Aufsatz abgeschlossen wurde, verbreiteten Agenturen eine Meldung aus Potsdam, die am folgenden Tage in Zeitungen nachgelesen werden konnte. In einer kürzeren Version lautet sie: „Mit 22 zu 18 Stimmen sprachen sich die Potsdamer Stadtverordneten am Mittwoch gegen den Vorschlag der PDS-Fraktion aus, die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ dauerhaft nach Potsdam zu holen. Die Gründe reichten von absoluter Ablehnung der Ausstellung durch die CDU bis zur Meinung vom Bürgerbündnis, Potsdam würde mit der Ausstellung erneut zum Sündenbock für preußisch-deutsche Militärgeschichte missbraucht. Auch OB (d. i. Oberbürgermeister) Horst Gramlich (SPD) stimmte gegen den Antrag.“[66] Debatte und Entschluss haben Aussicht, in die Geschichte Potsdams und namentlich seiner Stadtväter einzugehen wie übrigens auch die Auseinandersetzungen, die in anderen deutschen Städten zuvor stattfanden und sich wohl weiter fortsetzen werden. Denn darin sind sich die Befürworter mit manchen Gegnern der Dokumentation einig: Ein Schlussstrich soll, aber kann nicht verordnet werden.

Vortrag in der Anna-Seghers-Gesellschaft Wiesbaden am 21. Februar 1997.

Auszug in: Informationen (Hrsg.) Studienkreis Widerstand, Frankfurt/Main 1997/Nr. 45, S. 34-37.

66 Potsdam lehnt Ausstellung ab. In: ND, 3. April 1997.

Attentat auf Reinhard Heydrich

Vor 55 Jahren wurde in Prag ein Attentat auf den Stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich verübt, der gleichzeitig der Chef des Reichssicherheitshauptamtes und als solcher der oberste Lenker des Mordens an den Juden und Roma war. Die deutsch-faschistischen Eroberer antworteten auf den Akt des Widerstands mit einem blutigen Massaker, das jeden Gedanken an weitere Gegenwehr ersticken sollte. Die am weitesten und von den Tätern selbst ruhmredig bekannt gemachte Bluttat dieser Racheorgie war die Ermordung der männlichen Einwohner des Bergarbeiterdorfes Lidice nahe Kladno und die Verschleppung aller Frauen und Kinder der Ortschaft, die dem Erdboden gleichgemacht wurde. Unser Autor fragt, wie ehrlich inzwischen mit der Vergangenheit umgegangen wird und prüft das an einer 1996 verbreiteten Erklärung, die von deutschen und tschechischen Historikern verfasst und in der Absicht verbreitet wurde, zur Verständigung der beiden Völker beizutragen.

Eines der ersten Wohnheime für Studenten, das nach 1945 in der in ihrem Zentrum weitgehend zerstörten Universitätsstadt Jena eingerichtet worden war, erhielt den Namen „Jan Opletal“. Beantragt hatte das die Hochschulgruppenleitung der FDJ beim Rektor am 17. November 1949. Einige Jahre später beherbergte es mit deutschen auch die ersten ausländischen Studenten, die nach Kriegsende in den Osten Deutschlands kamen, um hier zu studieren – Chinesen, Koreaner, Vietnamesen. Die Namengebung erinnerte an einen Prager Studenten, der bei einer Demonstration gegen die deutschen Okkupanten tödlich verwundet worden war. Sie wurde vorgenommen als ein Zeichen dafür, dass an die besseren Traditionen der Salana angeknüpft werden sollte. Zu ihnen hatten auch Beziehungen zu Tschechen gehört, die für den Ausbruch ihrer Heimat aus dem habsburgischen Vielvölkergefängnis eingetreten waren.

Nun erst lese ich, welchem größeren Zusammenhang jene Taufe zuzuordnen ist: Denn, dass die Regierung der eben gegründeten DDR, die noch kein Jahr alt war, am 6. Juni 1950 mit ihren Partnern in Prag eine Erklärung über Freundschaft und Zusammenarbeit beschloß, gehörte „zu den Konsequenzen des Kalten Krieges“. Diese Erkenntnis formulierten in einem Thesenpapier deutsche und tschechische Historiker. Sie gehören einer Kommission an, welche wiederum aufgrund einer Vereinbarung der Regierungen in Bonn und Prag ins Leben gerufen worden war. Die Spezialisten verfassten ihren ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Rückblick in die Beziehungen von Deutschen und Tschechen „ohne politische Vorgaben“.

Wenn das wahr wäre, fiele es erschwerend ins Gewicht. Es ist aber der Angabe schwer zu glauben, wenn man auch nicht annehmen muss, dass den Mitgliedern der Kommission die Federn geführt wurden. Das Resultat könnte der vieljährigen geistigen Domestizierung entsprungen sein. Darauf deutet jedenfalls hin, dass sich die (west-)deutschen Geschichtswissenschaftler, aus der angeschlossenen östlichen Wüste wurde niemand bemüht, offenkundig auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nicht entschließen konnten, endlich klar zu formulieren, dass das Diktat von München nicht nur ein erpresserischer, sondern auch ein völkerrechtswidriger Akt gewesen war. Die Regierungen in London und Paris hatten das längst getan. Die Historiker beließen es, unabhängig wie sie nun einmal formulierten, bei der Aussage, die sich bereits in einem diplomatischen Papier findet, dass Prag und Bonn 1973 vereinbarten. Es erklärte das Werk aus der diplomatischen Küche der vier imperialistischen Großmächte für „nichtig“, was so viel besagt wie: Es wollte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die sudetendeutschen Gebiete nicht „wiederhaben“. Der Völkerrechtsbruch geschah nach der Ansicht der Historiker und ihrem Text zufolge erst, als die Wehrmacht den zweiten, von keinem Komplizen gedeckten Schlag führte und die Tschechoslowakei ganz von der europäischen Landkarte auslöschte.

Wollten die Autoren in diesem Fall den ausstehenden Entschlüssen der Außenpolitiker in Bonn nicht vorgreifen, so in einem anderen nicht der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Deren Führern und Mitgliedern steht erst noch bevor, rückhaltlos offen die eigene Rolle (oder die ihrer Vorfahren) bei der Einleitung und Durchführung des Verbrechens an den Tschechen, den geflohenen deutschen und österreichischen Antifaschisten und den im Lande lebenden oder dahin geflohenen Juden einzubekennen. Denn: Wenn, um ein – womöglich – zu schwaches Bild zu gebrauchen, ein Räuber eine Tür

aufreißen will und ihm dieses Handwerk dadurch erleichtert wird, dass sie ihm freundlicherweise von innen aufgeschlossen und aufgeklinkt wird, dann muss diese Handlung als eine Beihilfe zu einem Verbrechen angesehen und die wiederum nach der Schwere der eingetretenen Folgen bewertet werden. Das aber war die Rolle der überwiegenden Mehrheit der Sudetendeutschen vor dem Oktober 1938, die den Räuber zudem als ihren „Befreier" jubelnd begrüßten und gemeinsam mit ihm die anderen Besitzer der bis dahin geteilt genutzten, gemeinsamen Wohnung verjagten oder sie allenfalls in entrechtete Dienstboten verwandelten.

Im vereinbarten Text liest sich das hingegen so: „Den Einmarsch der Wehrmacht ... feierten die Deutschen der Sudentengebiete mit Kundgebungen, aber auch Angriffen auf ortsansässige Tschechen, Juden und bekannte Gegner des Nationalsozialismus." Dabei „kam es" – eine Wendung, welche die Benennung von Tätern vermeidet und an den Sprachstil der Berichterstattung über Verkehrsunfälle erinnert – „auch zur Flucht und Vertreibung vieler im Grenzland lebender Tschechen, deutscher Gegner des Nationalsozialismus und der Juden". Was die weitere Entwicklung angeht, die sich nach Aufrichtung der „Protektoratsherrschaft" vollzog, so habe es in der dortigen deutsch-faschistischen „Elite" auch „Vertreter der härtesten Linie" gegeben. Ein darüber hinaus gehendes Urteil aber sei nicht möglich, denn: „Der Anteil der Sudetendeutschen an diesem Regime verlangt weitere Erforschung."

Das erinnert an Annoncen unter der Dachzeile: „Gilt immer". Sprachliches Unvermögen muss hinter diesen Formulierungen, jedoch nicht vermutet werden. Kommt die Rede nämlich auf die Geschehnisse nach dem Mai 1945, dann wird vom „Ruf nach Rache", „von gewalttätigen Aktionen mit zahlreichen Todesopfern", von „brutalen Aktionen des Hasses" der Tschechen geschrieben, an – offenbar im Gegensatz zu den geordneten Vertreibungen sieben Jahre zuvor – „chaotische Verhältnisse", „Exzesse" und an die „deutschen Vertreibungsopfer" erinnert. Dass dies das geschichtlich unvermeidliche Echo auf die Erlebnisse und Leiden, auf das Martern und Morden, das Erhängen und Vergasen war, wissen auch die Autoren natürlich. Nur wie national krümmten sich da ihre Federn bis zur Verfälschung, wenn sie dozieren, dass die „Radikalisierung der Vertreibungspläne und deren Durchführung" nur richtig beurteilt werden können, wenn „die im Laufe der Kriegsjahre allgemein gewachsene Barbarisierung und insbesondere die bekanntgewordenen deutschen Kriegsverbrechen" berücksichtigt würde. Was sucht vor der unbestrittenen Wahrheit der „Barbarisierung" als Folge jedes Krieges das Wörtchen „allgemein", wenn es im konkreten Falle nicht dem Zweck dient, Ursache und Wirkung zu verwischen? Und warum wird auf „Kriegsverbrechen" abgehoben, während es doch in erster Linie die vom Nürnberger Gerichtshof als „Verbrechen gegen die Menschheit" qualifizierten beispiellosen Untaten waren, die den Ruf nach Bestrafung und auch nach Rache länderweit laut und Tat werden ließen?

Mit der Urheberschaft von Entwicklungen und Prozessen hatten die Autoren mehrfach ihre besonderen Schwierigkeiten. Es liest sich schon grotesk, wenn mit der Unterschrift von Leuten, die im Streit um die Frage, ob Hitler nun ein „starker" oder ein „schwacher Diktator" gewesen sei, sich für den Schwachen entschieden hatten, über Seiten von „Hitlers Wahlerfolgen", „Hitlers getarnter (es steht da tatsächlich: getarnter) Aufrüstungspolitik", dann von „Hitlers Filialpartei", der „Annexionsabsicht Hitlers„ und schließlich und unvermeidlich von „Hitlers Krieg" zu lesen ist, und immer wieder davon, dass Hitler „wollte", „bediente", „verwarf", „nutzte" usw.

Ganz allein war er indessen auch nicht beteiligt. Ein aktiver „Gehilfe Hitlers„ ist ihm zugebilligt: Karl Hermann Frank, der Anführer der Mehrheit der Sudetendeutschen, der dann ihr Gauleiter und als stellvertretender Reichsprotektor einer der obersten Peiniger und ein Henker der Tschechen wurde. Jenseits der Pläne und Interessen des „Führers" scheinen andere nie im Spiel gewesen zu sein.

Nur einmal führt die Erörterung doch in ihre Nähe. Denn wo die „Konstanten der Protektoratspolitik" aneinandergereiht werden, heißt es im abschließenden der aufgezählten Punkte: „Das jüdische Eigentum wurde ‚arisiert', wichtige tschechische Banken und Großunternehmen wurden in deutsche Hand überführt". Da taucht sie wieder auf, die unsterbliche magische „deutsche Hand", die an keinem Körper hängt und folglich auch von keinem berechnenden Zentrum gelenkt und geleitet wurde und mal

hier, mal dort in Europa plündernd, raubend, mordend herumschlenkerte – das beliebte Organ, ohne das die Geschichtsbetrachtung von Generationen in Bonn regierender Politiker noch immer nicht auskommt. Und auch die Historiker nicht, die ihrem Bekenntnis zufolge selbst darauf verfielen, dass an dieser Stelle so hässliche Begriffe wie glatte Erpressung, Enteignung mit Staatshilfe und schamlose Bereicherung unverwendet bleiben sollten. Dabei hatten sie doch wohl alle den Spruch gehört, der damals entstand und lautete: „Wer kommt gleich hinter dem ersten Tank? Das ist Direktor Rasche von der Dresdner Bank."

Das war und ist jener von der mit dem „grünen Band". Er kam nicht allein. Wer sich über seine Gesellschaft belesen will, kann zum Eröffnungsband einer Dokumentationsreihe greifen, die „Europa unterm Hakenkreuz" heißt. Er bietet Dokumente über die Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei aus den Jahren 1938 bis 1945, entstand aus der Forscherarbeit von DDR-Historikern und -Archivaren und wurde vor zehn Jahren vom einstigen, nun in „westdeutscher Hand" befindlichen Deutschen Verlag der Wissenschaften verlegt und verkauft. Wer sich von den inzwischen erreichten Fortschritten der Geschichtswissenschaft in deutschen Landen ein Bild machen will, mag Helma Kadens Einleitung mit den entsprechenden Passagen dieses deutsch-tschechischen Kompromisspapiers vergleichen. Nebenbei wird er rasch finden, warum die Autorin und die anderen Mitarbeiter der Dokumentation jetzt unberücksichtigt bleiben mussten.

Warten auf den Verzweiflungsschrei?

Beim Lesen einer Rezension, woher ist mir der Rat unlängst nur untergekommen, habe man den Zustand des Rezensenten mit zu berücksichtigen. Das Verfahren mag mitunter auch beim Lesen eines Buches helfen. R. C. Schneider gibt über sein Innenleben selbst freimütig Auskunft. Am Beginn der Arbeit habe er Wut empfunden, gegen Ende sei ihm Melancholie angekommen. Das erste ist auf den Seiten nachprüfbar. Gewettert wird gegen Zustände und nicht zu knapp auch gegen Personen. Das zweite erscheint eher als gedämpfter Pessimismus. Denn: „Es wird also immer so weitergehen. Es sei denn, dass sich aus den Tiefen unserer Seelen, immer wieder ein Verzweiflungsschrei Raum verschafft, der die Schamlosigkeit erzittern lässt...“

Schamlosigkeit, das meint den „Umgang“ mit dem Mord an den europäischen Juden, gemeinhin „Holocaust“ genannt. Der werde vermarktet, an ihm werde viel Geld verdient, er habe sich zu einem großartigen Geschäft entwickelt, an ihm profitierten viele: Autoren und Verlage, Fernsehstationen und Filmhersteller, Eigentümer von Zeitungen und Zeitschriften und manche anderen. Das Verbrechen nutzen Politiker, Künstler, Journalisten längst, um sich an die Bühnenrampen der Gesellschaft zu spielen. Er diene der Rechtfertigung von Politik in Deutschland wie in Israel. Überraschende Eröffnungen sind das nicht. Sie lesen sich passagenweise als Selbstanklage und Schuldbekenntnis.

Schneider tut nicht so, als sei er nicht dabei, als verdiene nicht auch er sein Geld als Journalist an und mit diesem „Thema“. Instrumentalisierung von Geschichte, das kann aus diesem Buch lernen, wer es nicht schon weiß, war kein typisch ostdeutsch-kommunistisches Verfahren. Auf einem Weg, der von Daniel J. Goldhagens Buch bis zu den Tagebüchern des Victor Klemperer führt und dabei Steven Spielbergs „Schindlers Liste“, Yad Vashem und das Holocaust Memorial in Washington passiert, bringt der Autor für die zentrale These des Buches massenhaft Beweise bei. Was aber tun, wenn derzeit die den Markt regulierenden Interessen so wenig abzuschaffen sind wie der Markt, die Politik nicht und also auch nicht die Politiker? Antworten auf diese Frage zu finden, bleibt den Lesern.

Schneider, selbst mitten im Getriebe, sieht offenbar – will man dafür nicht das Lob gelten lassen, das er Claude Lanzmann spendet – keine Alternativen. Darauf verweisende Erfahrungen scheinen außerhalb seiner Wahrnehmung zu liegen. Bemühungen, die sich gegen die Übermacht der politischen und ökonomischen Vermarktung richten, wendet er sich jedenfalls nicht zu. Und er könnte sie wohl auch schwerlich bewerten. Einerseits beklagt er, dass die Frage, warum sechs Millionen ermordet wurden, letztlich Nebensache geworden sei. Und andererseits bescheinigt er einer Gruppe, die das forschend zu ergründen sucht: „Die Geschichtswissenschaft wird weitermachen. Und sie wird weiter in einer eher stillen, sachlichen Art die Ursachen des Holocaust erforschen. Das gesellschaftliche Bewusstsein braucht etwas anderes.“ Das sei die Emotionalisierung, meint er.

Dem kann entgegengehalten werden: Wenn die Deutschen, und das sind jetzt vor allem und bald allein die Nachgeborenen etwas brauchen, dann ist es die freilich nur unter Anstrengungen zu gewinnende Einsicht in die geschichtlichen Zusammenhänge, welche die Untat ohne Beispiel hervorbrachten. Hans Mommsens Antwort dazu ist nicht die meinige. Sie aber pervers zu nennen, bezeugt allenfalls Wut, möglicherweise hervorgerufen durch die Unfähigkeit, sich auf Wissenschaft ernsthaft einlassen zu können. Für dies letzte spricht eine Frage des Autors: Wenn die Ausrottung der Juden „tatsächlich erst im Laufe des Zweiten Weltkriege ein neuer Gedanke des NS-Führungsriege gewesen wäre, wieso, um einmal ganz persönlich zu werden, wieso sind dann bereits 1938 mein Großvater und mein Vater in der Slowakei in die Synagoge zum Gebet gegangen, um Gott zu bitten, er möge verhindern, dass die Deutschen die Juden umbringen?“ Schneider teilt reichlich aus. Womöglich verträgt er auch den Hinweis, dass der sogenannte gesunde Menschenverstand ein hausbackener Bursche ist. Da habe ich die Quelle parat: Friedrich Engels. Es liegt nicht nur an der Materie, dass der lesenswerten Beschreibung nichts folgt denn der Bezug auf Seelentiefen.

Richard Chaim Schneider, Fetisch Holocaust. Die Judenvernichtung – verdrängt und vermarktet, Kindler Verlag GmbH München 1997, 287 S.

„... und was war im Oktober?“

So variiert hätte die Zeile aus dem Lied, das der Oktoberklub sang, über der Veranstaltung stehen können, die inzwischen in eine Reihe vielfältiger Zusammenkünfte gehört, auf der Leute, die sich zur linken Seite der Gesellschaft zählen, ihre heutige Haltung zu den Revolutionen bestimmen, die Russland im Jahre 1917 erschütterten und veränderten. Das Bild, wonach die Schüsse der „Aurora“ eine neue Etappe der Weltgeschichte einleiteten, mit ihnen ihr „Kapitel II“ erst begann, ist durch den Gang der Ereignisse zerstört. Welches soll an seine Stelle gesetzt werden?

Danach fragten in einer Veranstaltung, zu der „Utopie kreativ“, die Vereine „Helle Panke“, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung und der Berliner PDS-Landesvorstand eingeladen hatte, zuerst Wolfgang Küttler, Geschichtstheoretiker und Kenner der russischen Geschichte in einem, nach ihm der Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski und schließlich eine theoretisch beschlagene grün-rote Politikerrunde (Michael Jäger, Frieder Otto Wolf, Wolfgang Gehrcke), jeweils unter Teilnahme des Publikums. Darin stimmten sie überein: Es sei nahezu am Jahrhundertende auf ein Ereignis zurückzublicken, dass nicht deshalb als erledigt betrachtet werden kann, weil die Jahrzehnte gepflegten Hoffnungen, die sich an seine Wirkungen knüpften, zerstoben waren wie draußen gegenwärtig das Herbstlaub. Da der Begriff des historischen Erbes am Orte, den Räumen am Köllnischen Park, so oft und so oberflächlich gedacht und benutzt worden war, wollte ihn niemand in die Debatte bringen. Dennoch ging es im Kern genau darum: Wie gehen linke Leute mit diesem Erbe heute um? Vor allem anderen nachdenklich, bekundeten Redner, Diskutierende und Fragende.

Von der Oktoberrevolution reden, heißt die Bilanz von 150 Jahren Geschichte des Sozialismus und der sozialistischen Bewegungen in Betracht ziehen. Das Revolutions-, Staats- und Parteiverständnis von Marx kam ebenso in Rede wie das Lenins und mit ihm die Frage, welche Chancen die Revolutionäre um den großen Russen von dem Augenblick an noch hatten, als 1921 zwar der Bürgerkrieg und die Kämpfe gegen die Interventen gewonnen waren, sich zugleich jedoch alle Hoffnungen auf eine Ausweitung des revolutionären Prozesses nach Mittel- und Westeuropa zerschlagen hatten. Wie würden wir heute hier reden, fragte Kuczynski, wenn die Akteure in Moskau in diesem Moment einfach aufgegeben hätten? Doch welche Alternativen besaßen sie da noch? Nicht die heute denkbaren, sondern diejenigen, die sich im Rahmen ihrer eigenen durch Herkunft und Erfahrung bestimmten und also auch begrenzten Welt- und Geschichtssicht vorstellen lassen?

Das Ja zu dem Entschluss „Ich hab’s gewagt“, verband sich fern jeder Beckmesserei mit gefächerter Kritik an dem Weg, der danach eingeschlagen wurde. Er müsse aus der geschichtlichen Situation ebenso erklärt werden, wie aus den Vorstellungen – darunter Irrtümern und Defiziten – von denen die Theoretiker und Politiker beherrscht wurden. Die Revolution habe zeitweilig Veränderungen in Russland hervorgebracht, die ihre Anziehungskraft weit über die Staatsgrenzen hinaus begründeten, Beobachter auch über vieles hinwegsehen ließen, was die Gebrechen des Unternehmens signalisierte. Doch sei sie nie in eine Phase der Normalität eingetreten. Das verhinderten ihre äußeren Gegner ebenso wie die erstarrten, von Selbstüberschätzung und Selbstgerechtigkeit geprägten Reaktionen auf wirkliche und eingebildete Bedrohungen.

Zu den heute weithin vergessenen Wirkungen der Revolution und den Nachwirkungen des nicht überlebensfähigen Systems, das sie hervorbrachte, gehöre vor allem die Tatsache, dass sie ihren Widerpart herausgefordert und dessen Wandel in seinen heutigen Zustand bewirkt oder mitbewirkt habe. Von Russland und der UdSSR gingen selbst bis in die Jahrzehnte, in denen deren Attraktivkräfte schon nachgelassen hatten, in die bürgerliche Welt ein Zwang zu systemverändernden und -stabilisierenden Maßnahmen aus, vergleichbar dem erloschenen Stern, dessen Lichtschein zu anderen Planeten noch immer „unterwegs“ ist.

Wie in früheren Debatten zum gleichen Gegenstand löste auch diesmal die Frage die meiste gedankliche Verlegenheit aus, was mit dem schwer erworbenen Wissen, dass durch das Scheitern in einer Sackgasse angehäuft wurde, heute zu machen sei. Töricht wäre es, meinte Küttler, daran zu glauben, wir lebten noch in jenem Revolutionszyklus, dem die russischen Revolutionen des Jahres 1917 zugehörten. Doch für ebenso abwegig wurde es gehalten, zu übersehen, dass die Probleme, die dessen

Akteure geschichtlich lösen wollten, sich mit den Veränderungen von acht Jahrzehnten erledigt hätten. Da war sie wieder: die Frage nach dem Subjekt der Weltveränderung, deren Notwendigkeit niemand bezweifelte und für die ein Ausgangspunkt gesucht wird. Der sei nicht zu schaffen, lautete die Absage an alle voluntaristischen Vorstellungen.

Unterschiedlich fiel die Antwort auf die Frage aus, inwieweit sich unter Heutigen in unseren geographischen und politischen Breitengraden ein die tatsächliche Situation widerspiegelndes Krisenbewusstsein entwickelt habe. Das Unbehagen darüber, dass „Weiter so, Deutschland (und Westeuropa)“ nicht gelten könne, gehe weithin mit dem Eindruck einher, es lasse sich am Gang der geschichtlichen Entwicklung doch nichts ändern, so dass die separate Sorge um das begrenzte eigene Wohl und Wehe schließlich die angemessenste „politische“ Antwort wäre. Ist der Befund richtig, dann stünde vor den Linken als erste aller ihrer Aufgaben, diese Stimmung und Haltung aufzubrechen. Dann also müsste Veränderbarkeit und das heißt: die Humanisierbarkeit der Zustände nicht nur postuliert, sondern deren Möglichkeit überzeugend nachgewiesen werden. Reformen der Gesellschaft, die diese Kennzeichnung verdienen, wären dann nicht allein wegen ihrer Augenblickswirkung bedeutsam, sondern auch als so etwas wie Mutmacher.

Jedenfalls: An diesem Oktober 1917 und seinen Folgen hängen zu viele schwer errungenen Erfahrungen, zu viele zeitweilig erfüllte und dann dauernd enttäuschte Hoffnungen, mit ihnen verknüpfen sich massenhaft Blut, Schweiß und Tränen, als dass der Blick zurück jenen überlassen bleiben sollte, die in der langen Traditionsreihe der eigennützigen Revolutionsgegner stehen oder sich ihnen neugewendet jüngst zugesellt haben. Deren einziger politischer Kommentar ist fix und lautet: Wer heute noch sich mit der Idee eines nichtkapitalistischen Weges befasse, führe wissentlich oder nicht in „die Diktatur“. Wolle man dem durch überzeugende Dementis begegnen, meinte der Politologe Michael Jäger, dann müsse sich mit der Kritik an den Institutionen der Kapitalherrschaft und an denen des „realen Sozialismus“ eine theoretische Vorstellung davon verbinden, welche Einrichtungen sich Menschen schaffen müssten, die ihre Geschicke selbst und frei bestimmen wollten. Auf Visionen, hieß das auch, könne nicht verzichten, wer sich nicht hilflos und wundergläubig dem ergeben wolle, was als Menetekel auch von Millionen Menschen gelesen werden könnte, die sich ihm gegenüber derzeit jedoch noch wie Analphabeten verhalten.

Wieder ein Laienkriminalist auf der Spur des „Stellvertreters“

Müssen die Hemden mit seinem Konterfei verbrannt werden? Sind nun andere Wallfahrtsorte als Ziele für seine ruhelosen Nachfahren zu bestimmen? Wer soll fortan die Galionsfigur am Bug ihres schlingernden braunen Schiffes abgeben, von dessen Mast die zerschlissene Fahne mit den Haken schlaff herabhängt? Diese und verwandte Fragen mögen sich beim Lesen der dieser Tage auf den Buchmarkt gelangten Biographie einstellen. Denn sie zeigt den Rudolf Heß, den Hitler 1933 zu seinem „Stellvertreter des Führers“ (für die Parteiangelegenheiten) bestimmte und der acht Jahre später Richtung Schottland aus der Führungsgruppe des Regimes abflog, als einen Einfaltspinsel besonderen Grades. Er sei dem britischen Geheimdienst auf die wohlpräparierte Leimrute hüpfte. Winston Churchill, auf das Kommen vorbereitet, habe sich gleichsam schon die Hände gerieben, als er den Genasführten zu sich unterwegs wusste.

Eignet sich ein solcher Mann nicht nur fürs Spottlied? Gemach. Die Story, die in der in Würzburg 1996 angenommenen Habil-Schrift geboten wird, ist erstens nicht neu. Sie bewegte bereits in den Kriegsjahren die Phantasie da und dort. Und also lägen Gründe schon länger vor, über die politische Weiterverwendung des Rudolf Heß nachzudenken. Zweitens und wichtiger: Es steht die Geschichte auch in ihrer neuen und erneut ausgeschmückten Version auf schwachen Füßen. Bei ihr so wenig wie ihren Vorgängern lohnt sich längerer geistiger Aufenthalt. Raum ist in Fakultäten deutscher Universitäten demnach gelassen für Vergabe und Annahme weiterer universitäre Preisschriften und auf dem deutschen Buchmarkt für „Neuentdeckungen“ von Autoren, die sich als Schreiber von Kriminalgeschichten möglicherweise mehr Verdienst erwerben könnten als im Schulterschluss mit Clio.

Die Fragen, wie Heß auf die Idee des Fluges nach Großbritannien verfiel, wer von seiner Absicht ein Vorwissen besaß, ob er ein Bote war oder auf eigene Faust handelte, dazu die technischen Einzelheiten der Vorbereitung seines Unternehmens und der Bedingungen von dessen Gelingen, sind mittlerweile auf Stößen bedruckten Papiers erörtert worden. Und diese türmen sich vor der diese merkwürdige Reise betreffenden Kernfrage wie Barrieren: Was hat der Mann eigentlich im Kopfe gehabt, als er auf schottischem Boden aufgefunden wurde? Die seit langem bekannte Antwort lautet: Ein imperialistisches Programm zur Aufteilung Europas und weiter Teile der Welt zwischen der großdeutschen Weltmacht und seinem britischen Rivalen. Europa und die Europäer den deutschen, und was sie an Kolonialländern in Übersee binnen Jahrhunderten zusammengeraubt und -erobert hatten, den britischen Machthabern (minus der deutschen Kolonien von einst).

Friedensmission? Das Wort geistert auch durch dieses Heß-Buch und es erzeugt wieder nur Nebel. Welcher Friede war da gemeint? Welcher für die Polen und für die Inder, für die Einwohner Griechenlands und für die Südafrikas? Der ungebetene Gast wurde als Verhandlungspartner nicht akzeptiert (und dies nicht aus Gründen der höheren Moral). Nachdem er seine fixe Idee entwickelt hatte, gelangte er in eine sehr noble Kriegsgefangenschaft. Das aber macht aus einem faschistischen Herrenmenschen keinen Friedensengel. Es belegt einzig, dass die Bäume dieser deutschen Typen doch nicht in den Himmel wuchsen.

Gefragt wird, ob Heß nicht in anderer Weise einen partiellen Realitätssinn noch besaß? Hat Heß den „deal” vorgeschlagen, weil ihn eine Vorahnung der Schwierigkeiten beschlich, die sich ergeben würden, wenn Deutschlands Führung am 22. Juni 1941 den Befehl zum Überfall auf die UdSSR geben und aus eigenem Entschluss den Zweifrontenkrieg eröffnen würde? Das ist denkbar, aber nicht bewiesen. Es erscheint eher als unwahrscheinlich, denkt man an die protokollierten militärischen Drohungen, die der „Stellvertreter“ dem britischen Gegenüber aussprach. Und wenn dem Heß vor diesem Feldzug in Richtung Moskau wie anderen Bedenken gekommen wären, warum ist er dann mit dem Preis für eine Verständigung zwischen den Räubern nicht etwas heruntergegangen? Warum hat er, was ihm sehr viel später doch als etwas hochgegriffen vorgekommen sein soll, selbst erklärt, dem „Führer“ könne nicht zugemutet werden, mit Churchill zu verhandeln, weshalb der vorher wegmüsse? Es gibt ein paar Ungereimtheiten, die das Auftreten des herbeigeflogenen Faschisten in Großbritannien betreffen. Doch um welche fixe Idee gibt es die nicht? Es bleibt da ein Rest, den der Historiker an eine medizinische Abteilung überweisen möchte. Dort wird der „Fall“ wiederum als so sonderlich

interessant nicht betrachtet, zumal sich deren Beschäftigte auftragsgemäß mehr um die Lebenden als um Tote kümmern.

R. F. Schmidts Buch zu lesen, lohnt sich wegen der beiden einleitenden Kapitel. Die machen kaum ein Schock Seiten aus. Sie fassen zusammen, was über Denken und Rolle des „Sekretärs“ und späteren „Stellvertreters“ Hitlers bekannt ist. Das ist gemessen am Umfang der Heßliteratur wenig genug. Es haben seine Biographen, indem sie sich gerade nicht oder meist nur am Rande mit den Jahren beschäftigten, in denen der Mann diktatorische Macht besaß, an einer Schaltstelle des verbrecherischen Regimes wirkte, nicht nur dem in dieser Gesellschaft auf vielerlei Weise gezüchteten Sensationsbedürfnis Rechnung getragen. Nolens volens wurden auch diejenigen „bedient“, die gerade darüber schweigen wollen. Eine Wende, um das wenigste zu sagen, stellt auch diese Arbeit nicht dar.

Rainer F. Schmidt, Rudolf Heß. „Botengang eines Toren“? Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941. Econ Verlag GmbH Düsseldorf 1997, 384 S., 44,00 DM.

Zur Geschichte der sozialen Demagogie

Das Beispiel des Nazifaschismus*

In einer von den Jungen Nationaldemokraten herausgegebenen Flugschrift findet sich mit anderen auch die Parole „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national“. Verfochten werde, so heißt es darin weiter, ein „volksbezogener Sozialismus“. Die Prägung und Verwendung des Begriffs zeigen zum einen, dass in einem Moment, da sozialistische Bestrebungen nach dem Scheitern des Realsozialismus weithin (und fälschlich) als historisch erledigt angesehen werden, Gruppen im äußersten rechten Winkel der Politik offenbar glauben, dass antikapitalistische Parolen nach wie vor ihre Zugkraft besitzen. Und zum anderen verweist die Wortwendung vom „volksbezogenen Sozialismus“ zurück auf ähnliche, sich vom „internationalen Sozialismus“ abgrenzende und ihm entgegengesetzte Begriffe. Unter denen gewann die Losung vom „nationalen Sozialismus“, zu „Nationalsozialismus“ verkürzt und so in den Parteinamen der NSDAP aufgenommen, unter Millionen Deutschen zu Beginn der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts die größte Anziehungskraft. Mit ihm wurde zugleich die ärgste Verwirrung geschaffen. Sie entstand aus der bis in den Antikapitalismus gesteigerten sozialen Demagogie. Wie sich zeigt ist sie nicht tot, nicht mit dem Ende des Dritten Reiches untergegangen.

„Volksbezogener Sozialismus“ – so wird erklärt – wende sich „gegen alle lebensfeindlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen“, woran die Forderung geknüpft ist: „Nicht der arbeitende Mensch darf als Ausbeutungsobjekt für das Kapital da sein, sondern das Kapital muss der Arbeit und dem arbeitenden Menschen dienen.“ Hier nun wird die Verwandtschaft zur Demagogie Hitlers und seiner Mitführer überdeutlich. Der „volksbezogene Sozialismus“, erfahren wir auf diese Weise, verträgt sich durchaus mit einer bestimmten „dienenden“ Spezies von Kapital. Da fehlt, würde man ein Reinheitsgebot als Maßstab anlegen, nur noch die wesentliche Unterscheidung, dass das „arische“ Kapital das dienende, das „jüdische“ hingegen das ausbeuterische sei.

Wenden wir uns von den Epigonen zu den Urhebern, von der Imitation dem Original zu, also der *Nationalsozialistischen* Deutschen Arbeiterpartei, die sich auf dem Weg an die Macht und an der Macht unausgesetzt der sozialen Demagogie bediente, also während der gesamten Zeit ihrer 25jährigen Existenz zwischen 1920 und 1945. Zuvor aber sei daran erinnert, dass, wer sich in der DDR kurz und knapp über die Bedeutung von Demagogie unterrichten wollte, von Nachschlagewerken im Stich gelassen wurde. Im zweibändigen Philosophischen Wörterbuch (10. Auflage von 1974) war der Begriff „Demagogie“ nicht aufgenommen worden. Und ebenso fehlte er, wo er mit Sicherheit einen Platz beanspruchen musste, im zweibändigen Sachwörterbuch der Geschichte (1969). In ihm kann jedoch das Stichwort „Demagogenverfolgungen“ nachgelesen werden. Darin wird an die bekannteste neuzeitliche Verwendung des Begriffs Demagogie erinnert und auf die Jahre von 1819 bis 1825/26 verwiesen, in denen die Vertreter einer antifeudalen Opposition als Demagogen – Volksverführer – bezeichnet und unter diesem Vorwand verfolgt wurden. (Das ist die geschichtliche Bezugnahme, die sich auch in älteren Nachschlagewerken anderer Provenienz hauptsächlich findet.) Dabei hätten doch die meisten Deutschen, würde man sie nach dem Jahre 1945 danach gefragt haben, mit dem Begriff des Demagogen vor allem die Figur Hitlers und einiger seiner Mitführer, vor allem die des Propagandaministers Josef Goebbels, des Führers der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley und einiger anderer in Verbindung gebracht haben. Nicht so selten wurde dieser gedankliche Bezug damals freilich auch aus dem Bedürfnis geboren, sich selbst als Verführte, als Opfer dieser Verführer, zu begreifen und auszugeben, die der Raffinesse des/der Demagogen zum Opfer gefallen sei. Nun ist das ganz gewiss massenhaft der Fall gewesen. Dennoch erschöpft sich die Beziehung zwischen der deutschfaschistischen Führungsgruppe und ihrer Gefolgschaft nicht auf Betrug.

Da aber im Folgenden vor allem davon die Rede sein wird, soll vorab wenigstens in aller Kürze daran erinnert, eigentlich eben nur erwähnt werden, dass die Unterwerfung der Massen unter die Diktatur und zwar zum Zwecke ihrer beliebigen Verwendung auf drei Fundamenten stand: Erstens auf dem des Terrors, zweitens auf dem der Demagogie und drittens auf dem der Korruption oder – wie sich

* Nach dem Manuskript eines Vortrags, der am 19. April 1997 in Berlin gehalten wurde.

auch und wohl besser sagen ließe – auf dem der Erfolgsbestechung, die nicht nur ein materieller, sondern ebenso ein immaterieller – zu denken ist an die späteren Erfolge der Außenpolitik – Vorgang war. Einmal an der Macht, wuchsen die Möglichkeiten der deutschen faschistischen Machthaber, sich dieser Instrumentarien zu bedienen. Zu ihrer Untersuchung ist durch die Geschichtswissenschaft der DDR nicht eben viel geleistet worden. Das Thema beschäftigte uns Anfang der achtziger Jahre auf einer wissenschaftlichen Konferenz in Halle. Ihre Gedanken sind seinerzeit über den Kreis der teilnehmenden Historiker wohl kaum hinausgelangt. Wir blieben dabei, den Faschismus anzuklagen, was richtig war und bleibt, und taten zu wenig, seine Funktionsweise zu untersuchen.

Heute wird dieses Versäumnis nicht mitunter damit erklärt, dass es in den Erscheinungsbildern des Nazistaates und der DDR unübersehbare Ähnlichkeiten gab. Wie hätten wir etwa – um ein Beispiel zu nennen – Rolle und Wirkung der Großkundgebungen des Naziregimes, das Gehabe und Getue der Führer und die ihnen zujubelnden Massen – untersuchen können, deren Bilder den unsrigen so ähnelten? Doch scheint mir auch hier der Verweis auf Wünsche und Weisungen des Politbüros zu kurz zu greifen. Die Wissenschaft hatte ihre eigene Verantwortung und verfügte über Möglichkeiten, die sie nicht ausschöpfte. Indessen ist das nicht unser heutiges Thema.

Wenn von der Demagogie des Hitlerfaschismus, so auch der Titel einer Monographie von Joachim Petzold (mit dem Untertitel: Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, 1982), die Rede ist, so haben wir – wie bei allen geschichtlichen Erscheinungen von einiger Dauer – Etappen ihrer Entstehung und ihres Wirkens zu unterscheiden, sie in ihren Konstanten und Variablen, in ihrer der jeweiligen Situation und den Zielen angemessenen Anwendungsweise zu begreifen und zu analysieren. Zu unterscheiden sind vor allem die Jahre, in denen die NSDAP-Führer als die vorgebliche entschiedenste Opposition im Weimarer Staat agierten, und diejenigen der faschistischen Diktatur, als sie für die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände zwar anfänglich noch immer ihre Vorgänger verantwortlich machten (das angeblich „marxistische System“), dann aber mehr und mehr für sich in Anspruch nahmen, was die „Volksgemeinschaft“ geschaffen habe.

Unerlässlich ist es auch, sich mit der Struktur dieser Demagogie zu befassen. Vier ihrer Elemente sind da unschwer zu erkennen und voneinander zu scheiden: Die Rassendemagogie, die nationale Demagogie, die soziale (oder sozialistische) Demagogie und schließlich die Friedensdemagogie, die ebenfalls zum festen Bestand des Repertoires Hitlers und der braunen Agitatoren gehörte und zwar – wie die Formel „vom uns aufgezwungenen Krieg“ belegt – auch während aller Kriegsjahre. Die Aufzählung allein macht deutlich, dass sich diese Elemente zu einander nicht widerspruchsfrei verhielten. Während die Rassendemagogie das Vorrecht der „arischen Rasse“ postulierte, sich andere angeblich nicht zur Staatsbildung, zur Kulturschöpfung etc. befähigte „Rassen“ zu unterwerfen und dienstbar zu machen, ja sie auch zu vernichten, behauptete die Friedensdemagogie, die deutschen Volksgenossen wünschten nichts anderes, als dass die Anderen sie in Frieden ließen, damit sie in der von Goethe verheißenen Weise Sümpfe trocken legten – ihre eigenen – und Länder dem Meere abgewännen – an ihren eigenen Küsten.

Es ist immer wieder gefragt worden, ob diese absolute Unvereinbarkeit der faschistischen Thesen, Lehren und Parolen, die gleichsam greifbare Ungereimtheit ihrer Versprechungen nicht abstoßend, abschreckend, ja entlarvend gewirkt haben müssten. Das haben sie nicht. Und dies mag den einen Zweifel an Aufklärbarkeit und Urteilskraft von Menschen erzeugen, während andere diese schwer zu entschlüsselnde Erfahrung in Ansatz zu bringen suchen, um sie für die heutige Auseinandersetzung mit den Epigonen nutzbar zu machen und deren Kreise einzuengen.

Wer sich mit der sozialen Demagogie der Nazifaschisten – wie gesagt – einem Element ihrer Demagogie befasst, muss sich bewusst bleiben, dass dies mit einer nachträglichen gedanklich-gewaltsamen Herauslösung verbunden ist, einer Separierung, die in der politischen Praxis der Demagogen nie existierte. Die Elemente wurden ständig ineinander verwoben. Das Vorrecht der Rasse umfasste stets auch das Vorrecht besser zu leben, reicher zu sein, sich besser zu bekleiden, zu ernähren, zu behausen, einen Volkswagen zu besitzen, mit „Kraft durch Freude“ zu verreisen, kinderreich zu sein usw. Die nationale Demagogie, denken wir an die Hetze gegen den Versailler Friedensvertrag und die unausge-

setzte Berufung auf die kettende „Tributpflicht“ gegenüber den Siegermächten – ein in vielen Variationen benutzter Begriff der Nazidemagogen – verwob sich immer auch mit dem Gedanken, es würde der „deutsche Aufstieg“ beginnen, wenn erst dieses „Joch“ abgeschüttelt wäre, in das die Deutschen vom „internationalen Bank- und Börsenkapital“ mit Hilfe einheimischer „Erfüllungspolitiker“ gepresst worden seien. Von der sozialen Grundkomponente der Friedensdemagogie war mit dem Verweis auf das Schlussbild des „Faust“ schon die Rede. Und später dann als zum äußersten Kriegseinsatz aufgehetzt wurde, verband sich auch das wieder mit Verheißungen vom glücklichen Endsieg in einem reichen Großdeutschland, in dem alle auch materiell gewonnen haben würden.

Die soziale Demagogie, die übrigens ein Kennzeichen aller faschistischen Bewegungen und Regime war und ihre jeweiligen nationalen Ausprägungen besaß, war keine Erfindung dieser Parteien und ihrer Führer und Ideologen. Was sie aber bald nach dem Beginn dieses 20. Jahrhundert neu in die Geschichte der Demagogie brachten, war deren Steigerung zur *sozialistischen* Demagogie, eine Aufgipfelung, deren Verfechter sich nicht scheuten, sich als Vorkämpfer für eine Revolution – in Deutschland der „deutschen“, im Gegensatz zur internationalen – und als Webereiter einer Überwindung des Kapitalismus auszugeben. Dabei bedienten sie sich eines Wortradikalismus, den es bis dahin nicht gegeben hatte.

Die politischen Anklagen gegen die gesellschaftlichen Zustände, die in den Reden der braunen Demagogen erhoben wurden, könnten ein umfängliches Lexikon füllen. Man möchte meinen, dass da in der deutschen Sprache kaum noch etwas wirklich Neues hinzugefügt werden kann. Dabei erfolgte, wenn von Kapital und Kapitalismus gesprochen wurde, ein kräftiger Rück- und Zugriff auf die Terminologie, die in und aus der Arbeiterbewegung vielen geläufig war. Beliebter und gebräuchlicher aber als sachlich-nüchterne Kennzeichnungen waren den NSDAP-Reichs- und Gaurednern Wortwendungen, die eher Emotionen anheizen, denn Nachdenken herausfordern sollten. Gegenüber der Kennzeichnung Republik des Kapitals bevorzugten die Faschisten etwa den Ausdruck „Geldsackrepublik“ und anstatt der Analyse von Zuständen attackierten sie Personen und Personengruppen, die „Bonzen“ und vorzugsweise wieder und wieder die Juden.

Von den Anfängen ihres politischen Hervortretens kam den faschistischen Führern zugute, dass sie eine politische Bewegung repräsentierten, mit der es keinerlei politische Erfahrungen gab. Das galt für die Herrschenden wie für die Beherrschten, für die Ausbeutenden wie für die Ausgebeuteten, für diejenigen, die Adressaten und auch Opfer dieser Reklame waren, und für diejenigen, die schließlich ihre Nutznießer wurden. Wer die ersten Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung mit dieser neuartigen Erscheinung, die später treffend eine „bürgerliche Partei neuen Typs“ genannt worden ist, zur Hand nimmt, der spürt in ihnen ein Tasten und Suchen, diese Partei zunächst geistig gleichsam fest in den Griff zu bekommen, um ihr mit Erfolg entgegentreten zu können. Und wer die dabei erzielten Ergebnisse etwa mit den Expertisen der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsbank vom Anfang der dreißiger Jahre vergleicht, der wird von den ersteren womöglich mehr Respekt bekommen als er bisher besaß.

Die soziale Demagogie der Faschisten war die an ihnen am meisten irritierende Erscheinung und in ihren Wirkungen galt sie denen, die auf Bündnisse mit der NSDAP-Führungsgruppe aus waren, dann mit ihr sich gar in Regierungen verbinden wollten, als der Unsicherheitsfaktor schlechthin. Gerätselt wurde, was Programm, was Etikett sei. Gemutmaßt wurde, ob Hitler ein Sozialist sei oder nicht eher dieser im „roten Berlin“ werbende Goebbels. Vor allem aber wurde gefragt, ob es diesen Führern, wenn sie vom Standpunkt der großen Bourgeois aus gesehen schon „gemäßigt“, „vernünftig“, „echt“ waren, gelingen würde, die mit sozialen Versprechungen vollgestopften Massen auch dann noch unter ihren Fahnen zu halten, wenn die unausweichliche Ernüchterung eintreten müsste. Manche bezweifelten das ganz und gar. Anderen erschien das möglich, aber der Grad der Wahrscheinlichkeit unbestimmbar und das Risiko daher zu groß. Dritte beurteilten Hitler und seine Mitführer als gerissen genug, nicht in die Rolle des Zauberlehrlings zu geraten.

Für deren Weg an die Macht war es unerlässlich, dass sie die Mächtigen der Wirtschaft, da doch auf die sozialistische Phrase nie verzichtet werden konnte, zum einen von ihrer „Echtheit“ als Verfechter

von innen- und außenpolitischen Kapitalinteressen überzeugten, zum anderen auch Vertrauen in ihre massenbeherrschenden Kräfte und Künste verbreiteten. Das erforderte ständige „Aufklärung“ in persönlichen Gesprächen und durch Reden, die nicht für die Ohren und Augen der Massengefolgschaft bestimmt waren, und auch Handlungen, die als Beweis für solche Fähigkeit genommen werden konnte. Die 1930 erfolgende Trennung von Otto Strasser („Die Sozialisten verlassen die NSDAP“) galt als ein solcher Nachweis und ebenso, was weniger bekannt ist, die 1930/31 geübte Regierungspraxis von Wilhelm Frick in Thüringen. Dort stimmte die NSDAP-Landtagsfraktion sozialpolitische Anträge nieder, die sie aus der Opposition selbst gestellt hatte und die inzwischen von der Sozialdemokratie übernommen worden waren. Nur eben ein Land von der Größe Thüringens war nicht das Reich. Und letztlich gab es keine andere Möglichkeit, als die, von der das englische Sprichwort sagt „The proof of the pudding is the eating“. Interne Aufschlüsse Hitlers und anderer Führer über die Rolle ihres „Sozialismus“ hatte es genug gegeben.

Gewöhnlich und kurz wird der Inhalt der sozialen Demagogie des deutschen Faschismus mit den Worten beschrieben: Die Nazis haben allen alles versprochen. Das ist wahr und kann in dieser Allgemeinheit doch wieder missverstanden werden. Sie haben – gewiss – allen, die sie umwarben, das Versprechen gegeben, ihre soziale Lage zu bessern, sie von sozialen Ängsten zu befreien, sie aus dem Elend zu erlösen. (Die Differenz springt ins Auge: Sangen die Arbeiter, sie könnten sich aus dem Elend nur selbst erlösen, priesen die Agitatoren Hitlers ihren Führer als den Erlöser an.) Und sie versprachen, das rasch und gründlich und für immer zu tun. Kein kurzfristiger Aufschwung, keine zeitweilige Beruhigung, sondern das Dritte, das Tausendjährige Reich, eine geschichtliche Wende ohne Beispiel. Das „Reich“ als verheißungsvoller Gegenpol zum „System“, wie die Republik von Weimar verächtlich genannt wurde. Mit solchen „Lösungsangeboten“ konnte weder ein Kommunist noch ein Sozialdemokrat konkurrieren, der für seine Partei und deren Programm warb.

Indessen waren die Versprechungen der Faschisten doch nicht uferlos. Auf dem Weg zum 30. Januar 1933 wurden sie gegenüber denen aus den Startzeiten der NSDAP deutlich eingeschränkt. Und diese Reduzierung besaß ihre Ursachen und Antriebe. Am bekanntesten ist, dass Hitler selbst das angeblich für unabänderlich erklärte Programm durch eine „Konkretisierung“ ergänzte und sich vom Vorhaben einer Bodenreform distanzierte. Das geschah mit dem Blick auf die anders nicht zu gewinnende Unterstützung aus Kreisen des Großgrundbesitzes und des Adels, der wiederum mit der Militärkaste versippt und verfilzt war. Nun ging es also gegen den „jüdischen Grundbesitz“, von dem doch jeder Bauer wissen konnte, dass er auf dem Lande ganz geringfügig war. Und das führt wieder zu der bohrenden Frage, warum dieser Hitler und seine Werber ihre Glaubwürdigkeit nicht an einem Punkte ihres Wirkens einbüßten.

Die zweite „Konkretisierung“ erfolgte nicht durch eine Ex-Cathedra-Erklärung des obersten Führers, sondern durch eine permanente Interpretation dessen, was die Demagogen mit Kapitalismus und Sozialismus meinten oder zu verstehen behaupteten. Demnach war, um es kurz zu machen, das Elend der Massen nicht Resultat der Existenz des Kapitals, des Konkurrenzkampfes und der Profitinteressen der Kapitaleigner, sondern Ergebnis eines falschen, schädlichen, im Kern „jüdischen“ Gebrauchs des Kapitals. Es ließe sich dieser angebliche Missbrauch aber bei Weiterbestehen der Eigentumsverhältnisse abschaffen, wenn der Staat und die ihm gebietende Partei nur dazu gewillt und fähig seien. Damit war die antikapitalistische Spitze der Demagogie hinreichend abgestumpft und die Attacke wieder in erster Linie gegen die Juden und gegen das ausländische Kapital gerichtet. Doch auch diese Version konnte die einheimischen „arischen“ Bourgeois nicht vollends zufriedenstellen: Denn damit war doch – selbst wenn man sich kein Schreckensszenario vorstellte – die Befürchtung nicht ausgeräumt, es werde – ließe man diese Führergruppe an die ökonomischen Hebel der Staatsmaschinerie – eine höchst unwillkommene Einmischung des Staates in Sphären erfolgen, welche die Kapitaleigner als ihre ureigenen ansahen. Anders ausgedrückt: Auch in seiner auf die schiedlich-friedliche Volksgenossenschaft reduzierten, kastrierten Form blieb dieser „Nationalsozialismus“, ohne noch als Sozialismus verdächtigt werden zu können, doch noch immer unruhestiftend und mit genügend vielen Unklarheiten behaftet.

Unter dem Druck der großbürgerlichen Förderer, und den Ratschlägen Schachts folgend, hat Hitler seit dem Frühjahr 1932 verstärkt Maßnahmen ergriffen, die mittelständischen Kräfte in seiner Partei zu zähmen, von denen fortgesetzt Initiativen ausgingen, ein Wirtschaftsprogramm der NSDAP zu formulieren und es für verbindlich zu erklären. Hitler selbst ließ sich gegenüber diesem Drängen von dem Grundsatz leiten, dass je unbestimmter die Aussagen über die künftige Wirtschaftspolitik wären, umso weniger könnte die eine oder andere Gruppe, auf die seine Werbungen zielten, daran auszusetzen finden und umso weniger könnte später die Einhaltung konkreter Zusagen gefordert werden. Diese Haltung mündete in seiner nach der Machtübergabe im letzten Wahlkampf theatralisch-gebetsartig vorgetragenen „Bitte“, ihm vier Jahre Zeit für die „Rettung des Bauern“ und die „Rettung des Arbeiters“ zu geben.

In diesem Sinne waren diejenigen Parolen die Besten, die so nichtssagend waren wie die von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ oder so buntschillernd wie die Losung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, eine Devise, die jedem Schrebergärtnerverein gelten kann. In sie ließen sich viele Erwartungen hinein- und ebenso viele Erklärungen herauslesen. Und also stellt sich wieder die Frage, die mit anderem, aber ähnlichem Bezug Kurt Tucholsky berlinisch so formuliert hat: Merkt Ihr nischt? Es greift zu kurz, wenn die Gefolgsleute Hitlers kurzerhand als dumm abgetan werden. Die Wirkung der sozialen Demagogie der Faschisten ist offenkundig nicht nur und womöglich gar nicht in erster Linie aus deren ebenso verwegenen wie unbestimmten Inhalten zu erklären, sondern in erheblichem Grad aus der Art und Weise, wie die Versprechungen und Verheißungen unter die Leute gebracht wurden. Die Entschlüsselung des Geheimnisses erfordert mithin mehr Aufwand als die bloße Aufzählung der Inhalte. Dazu weniger Bemerkungen, als eine eingehende Analyse erfordern würde.

Erstens – und das war zum wenigstens das Verdienst der faschistischen Demagogen – existierte in einem beträchtlichen Teil der Werktätigen ein Erlösungsbedürfnis und ein Erlöserglaube. Beides besitzt eine lange Geschichte. Und auch die kapitalistische Gesellschaft, an deren Wiege mit der Aufklärung sich die größten Hoffnungen auf die Kraft des menschlichen Verstandes richteten, produzierte in den Massen nicht Kraftbewusstsein, sondern in viel stärkerem Maße das Bewusstsein eigener Ohnmacht. Somit konnte eine Partei, die behauptete, sie besitze einen Mann, der die Macht hat, umstürzend zu wirken, von vornherein auf Aufmerksamkeit rechnen und dies umso mehr, wenn er vor der langen Reihe der wirklichen oder angeblichen Versager präsentiert wurde.

Zweitens: Die faschistischen Demagogen erwarben sich – je länger je mehr – genaue Kenntnisse nicht nur der allgemeinen Lage der werktätigen Schichten, sondern machten sich auf ihren Werbetouren auch mit den regionalen und lokalen Besonderheiten der Situation bekannt. So ausgerüstet, klagten sie die Zustände des „Systems“ konkret und auf die Gruppe bezogen an, an die sie sich wandten. (Die Schärfe und Genauigkeit dieser Anklagen unterschied sich von jener kaum, die auch Agitatoren der Arbeiterparteien vortrugen.) Auf diese Weise wiesen die Naziredner wiesen nach, dass sie sich mit den existentiellen Sorgen der Menschen befassten und sie beseitigen wollten. Das verschaffte ihnen Gehör und Zustimmung und erzeugte Vertrauen.

Drittens: Die faschistischen Führer verstanden es, und niemand verstand es so perfekt wie Hitler selbst, sich als Leute aus dem Volke darzustellen. Hitler log, er sei „auf dem Bau“ gewesen und verschwieg, dass er aus einer wohlsituierten österreichischen Beamtenfamilie stammte. Sauckel berief sich auf seine Zeit als Seemann. Und selbst wer sich solche Biographie nicht andichtete oder sie schönte, suchte sich doch wie ein Prolet oder ein Bauer zu geben. Das war auch die Funktion des schlichten Braunhemds, das sich erst später in eine lamettabehängte Verkleidung verwandelte. Sorgfältig, wenn auch nicht immer mit Erfolg, wurde versucht glaubhaft zu machen, dass man – anders als die regierenden Politiker – das Los der Massen teile. Anträge auf die Senkung von Ministergehältern und im Grunde billige Tricks, wie etwa Hitlers Fernbleiben vom Festessen der Führer der „Harzburger Front“, dienten dieser Maskierung.

Viertens: Die soziale Demagogie war immer gepaart mit der Zurschaustellung von Kraft, von Entschlossenheit, von Unüberwindlichkeit, von Siegessicherheit. Sie sollten ausdrücken, dass es dieser und nur dieser Partei und ihren hemdsärmeligen, robusten, rabiaten Führern zuzutrauen war, dass sie

auch verwirklichten, was sie sich vorgenommen hatten. Immer wieder hoben sich in Wort und Geste Hitler und seine Mitführer von den Politikern der anderen bürgerlichen Parteien scharf ab. Sie boten sich sozusagen als die leibhaftige Alternative an und sie vergaßen nicht, auf ihr Alter zu verweisen, wie es Hitler tat, als er 1932 mit Hindenburg um das Amt des Reichspräsidenten konkurrierte.

Erst wenn die Inhalte der Demagogie mit der politischen Persona und der Szenerie ihrer Auftritte zusammengedacht werden, lässt sich über die Ursachen urteilen, von denen die verheerenden Wirkungen ausgingen. Freilich: von der Dummheit kann nicht abgesehen werden, von der Verdummung in Schulklassen und in Kirchen, während der Jahre des Militärdienstes, durch die herkömmliche Presse und – in den Anfängen schon – auch durch moderne Medien. Gemessen an den Instrumenten, die am Jahrhundertende zu Gebot stehen, mögen deren Vorläufer mehr oder weniger zwergenhaft erscheinen. Doch es war gerade das Neue, Noch-nie-gesehene und Noch-nie-gehörte etwa des Tonfilms, dass die für Reklamezwecke eingesetzten Filmstreifen der NSDAP – verwendet zuerst in den Wahlkämpfen des Frühjahrs 1932 – besonders eindrucksvoll, ja zu einer Sensation machte. Und nie zuvor war ein deutscher Politiker mit einem Flugzeug von Kundgebung zu Kundgebung gerast, was die Parole stützte „Hitler über Deutschland“.

Der Historiker ist nicht in der Lage zu sagen, zu wie vielen Anteilen die soziale Demagogie der Hitlerfaschisten ihren Erfolg sicherte. Das scheitert, ich kehre zu einem Gedanken des Anfangs zurück, allein schon daran, dass es soziale Demagogie in irgendeiner reinen Wirkungsform ja nie gegeben hat, sondern sie stets in Mischformen existierte und angewendet wurde. Auf sichererem Terrain sind wir indessen infolge weitläufiger Untersuchungen, wenn es um die Frage geht, wen die Werber auf dem Wege zur Macht überhaupt erreicht und gewonnen haben. Sie profitierten, das ist seit langem unbestritten, von der Weltwirtschaftskrise und der Geißel der Arbeitslosigkeit. Aber sie gewannen, wie lokale und territoriale Forschungen erwiesen, nicht die Arbeitslosen, jedenfalls nicht in einem prozentual erheblichen Maße. Die Masse ihrer Anhänger rekrutierte sich vor 1933 aus dem Mittelstand, weshalb auch die Versuche, die NSDAP in die Gruppe der sog. Volksparteien einzuordnen, heute weitgehend auf Widerspruch stoßen. Die Angehörigen des alten wie des neuen Mittelstandes aber zeigten sich gerade für eine soziale Demagogie besonders empfänglich, die sich radikal gab, ohne radikal zu sein. Im Kern wollten sie wohl auch nichts als einen anderen Kapitalismus, in dem sie mit ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt gewinnen, auskömmlich leben und ihre Nachkommen eine vergleichbare Perspektive eröffnen konnten. Den anderen Kapitalismus haben sie bekommen, freilich wieder und ganz anders, als sie sich ihn vorstellten.

Der Streit um die Wehrmacht – und kein Ende?

Vortrag anlässlich der in Konstanz gezeigten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945“ gehalten in Konstanz und Singen am 18. und 20. November 1997

> „Es ist schwer, jene Zeit unparteiisch ins Auge zu fassen, sie ist seit ihrem Verschwinden hochmütig getadelt oder albern gelobt worden.“
> Annette von Droste-Hülshoff, Die Judenbuche

Um die Ausstellung, die derzeit in Konstanz gezeigt wird, ist es, verglichen mit den politischen Eruptionen im zeitigen Frühjahr 1997 geradezu still geworden. Bis zu einem gewissen Grad ist das ein normaler Vorgang, der nicht nur der gemeinhin und undurchdacht herbeigerufenen „Schnelllebigkeit unserer Zeit“ zugeschrieben werden kann. Jedoch waren an einem bestimmten Punkte die Argumente des Dafür und des Dawider ausgetauscht. Wer sich für sie interessierte, hatte sie wahrgenommen und seine Meinung sich gebildet. Befürworter, Gegner, Desinteressierte hatten sich gruppiert. Geistig-politische Auseinandersetzungen verlaufen stets so. Erinnern wir uns der Aufregungen des Historikerstreits, die rund ein Jahrzehnt zurückliegen oder der noch frischer im Gedächtnis befindlichen sog. „Goldhagen-Debatte“, die sich jetzt nicht einmal neubelebt, da die Auseinandersetzung in den USA grenzübergreifend nach Kanada unerwartet Juristen beschäftigen wird.

Mitunter wird in der Phase des Abschwellens solcher Streite gefragt, wer denn der Sieger, wer der Besiegte sei. Doch derartige geistige Feldschlachten sind mit denen in Kriegen nicht vergleichbar. Erst viel später stellt sich heraus, welche der miteinander ringenden Auffassungen und Strömungen die Oberhand gewonnen hat, will sagen: Welche von ihnen von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt und dauerhaft getragen wird. Das hängt nicht nur, und manchmal zum wenigsten von der Überzeugungskraft der vorgetragenen Argumente ab, sondern von den sich unter vielerlei Einflüssen wandelnden geistigen Bedürfnissen einer Gesellschaft und der in ihr wirkenden Kräfte. Diese deutsche Gesellschaft befindet sich, wie immer wieder gesagt wird, auf dem nicht mehr zu verlassenden Wege nach Europa. Mit welchem Geschichtsbewusstsein, das doch jedenfalls ein wichtiger Teil ihres Selbstbewusstseins ist, sie dort ankommen will und wird, mögen Propheten vorhersagen.

Wer sich über den Verlauf der Debatte informieren will, sieht sich gegen Ende 1997 einem reichen Angebot an Druckerzeugnissen gegenüber. Einige dokumentieren das Gesagte und in vielen Zeitungen und Zeitschriften Geschriebene. Darunter beansprucht die von Hans-Günther Thiele herausgegebene „Dokumentation der Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997 und der Bundestagsdebatten am 13. März und 24. April 1997“ besondere Aufmerksamkeit, erschienen bei Edition Temmen Bremen 1997. Die Debatte im Parlament kann selbstredend auch in dessen Drucksachen nachgelesen werden. Es sind das die der 163. und der 172. Sitzung der gegenwärtigen (13.) Wahlperiode. Umfassender noch wird der Streit in und um Bremen in einem Buch dargestellt, das den provozierenden Titel „Befreiung von der Wehrmacht?“ trägt und an dessen Ende die Herausgeber Helmut Donat und Arnd Strohmeyer eine viele Seiten füllende Bibliographie zur Debatte zusammengestellt haben. Eine instruktive, analytische Betrachtung der Auseinandersetzungen, die entbrannten und ihren Höhepunkt erreichten, als die Ausstellung in München, Frankfurt am Main und in Bremen gezeigt wurde, legte Johannes Klotz unter der Überschrift „Anständige Deutsche“ in einem von ihm und Ulrich Schneider herausgegebenen Sammelband unter dem Titel „Die selbstbewusste Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten“ vor, der 1997 in Köln bei PapyRossa erschienen ist. Längst liegt der Stoff für Magisterarbeiten von künftigen Historikern, Soziologen und Politologen bereit.

Wer heute über die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ und den Streit spricht, der sich an ihr entzündete, steht vor der Qual der Wahl. Er kann sich auf die Vorgänge in einer Stadt, auf die Darlegungen in einer Zeitung, auf die Äußerungen von Bundes- und Lokalpolitikern, auf die Stellungnahmen von Parteien und Verbänden beziehen und jede dieser Herangehensweisen wird immer das Durchschreiten eines Tores in die deutsche Gesellschaft sein, eines kleineren oder größeren, eines „rechts“ oder „links“ gelegenen, aber eben eines Tores. Ich habe mich dafür entschieden die Perspektive Bonn zu nehmen. Jedoch nicht die der Stadt, deren Stadtväter sich jüngst dafür entschieden, die Ausstellung im Jahre

1998 in die Beethovenhalle zu holen, sondern die des Bundestages, dessen Präsidium schon vor den beiden bereits erwähnten Debatte der Abgeordneten bekanntgegeben hatte, dass das Parlamentsgebäude kein geeigneter Ort sei, an dem diese Ausstellung platziert werden könnte. Zwischen diesen beiden Entschlüssen, dem der Stadtväter und dem des Bundestagspräsidiums war auch erwogen worden, der Ausstellung Platz im „Haus der Geschichte“ einzuräumen. Auch das wurde unter Hinweis auf organisatorische und technische Gründe abgelehnt.[1]

Zur Debatte im Bundestag, soviel zur Erinnerung vorweg, kam es nicht, weil eine Mehrheit der Abgeordneten es für richtig gehalten hätte, in diesen Streit einzugreifen und in ihm Flagge zu zeigen, sondern weil maßgebliche Mitglieder einer im Parlament vertretenen Fraktion, die der Gruppe der Regierungsparteien gehört, mit Äußerungen über die Ausstellung hervorgetreten waren, die bei anderen Abgeordneten ein gewisses Bedürfnis der Klarstellung erzeugt hatten. Weniger akademisch ausgedrückt: Es hatte sich in München ein Schulterschluss von Parlamentariern, die für sich den Platz in der politischen Mitte beanspruchen, mit anderen Kräften gezeigt, die den Verfassungsschutz beschäftigen. Der bayerische Kultusminister hatte zudem erklärt, dass die Ausstellung für den Besuch durch Schüler ungeeignet sei.

Also und gedanklich: Auf in den Sitzungssaal in Bonn und zurück in das zeitige Frühjahr 1997. Diese Wahl scheint, wie zu zeigen sein wird, auch dadurch gerechtfertigt, weil in den Reden der Sprecher der im Parlament vertretenen Parteien nahezu alle gewichtigen Argumente zur Sprache kamen, die auch in den Kreisen ihrer Wähler eine Rolle spielten. Von denen bezeichneten die einen die Ausstellung als nützlich, notwendig, herausfordernd, entmythisierend, aufklärend und daher als empfehlenswert. Die anderen meinten, sie sei einseitig, unauthentisch, undifferenziert, pauschal, ungerecht, unversöhnlich, sie spalte die Deutschen, wirke gar gegenaufklärerisch und begründeten so ihre Ablehnung. Auch die Herangehensweise an die Geschichte des Zweiten Weltkriegs unterschied sich im Parlament nicht prinzipiell von jener, die sich in der Öffentlichkeit beobachten ließ. In den Äußerungen der Redner aller Fraktionen widerspiegelten sich unverfälscht und ungebrochen die Gedanken und die Stimmungen im Lande. Irgendein Vorsprung oder ein Rückstand der Abgeordneten gegenüber dem Denk- und Gefühlshaushalt ihrer Wähler war nicht erkennbar. Das wird behauptet und muss nun erst bewiesen werden.

Das Material dieser Analyse bilden ausschließlich die an den beiden Tagen gehaltenen Reden. Die vier Anträge, welche die Parteien stellten, bleiben außer Betracht, weil deren Texte den vorgetragenen Argumenten Neues nicht hinzufügten. Doch bildet das nicht den Hauptgrund der Auslassung. Historiker, aber nicht nur sie, müssten darauf bestehen, dass es nicht Aufgabe des Bundestags oder eines beliebigen anderen Parlaments sein sollte, sich zu Fragen der Geschichte per Mehrheitsbeschluss oder auch in Minderheitenvoten zu äußern. Die Feststellung der geschichtlichen Wahrheit, wieviel davon immer gefunden und geboten werden kann, ist nicht Sache eines Übereinkommens von Politikern, denen doch – das sei ohne Vorwurf gesagt – Geschichte vor allem zum Argument für die Richtigkeit ihrer Politik dient. Aber auch Historiker, wie groß ihre Fachkompetenz immer sein mag, pflegen übrigens ihre Ansichten, wenn sie denn – was selten genug vorkommt – ganz übereinstimmen, nicht auf dem Wege von beschlossenen Papieren zu verbreiten. Selbst die Bekräftigung von Aussagen über die Vergangenheit, die nicht mehr umstritten sind, bedürfen der Bekräftigung durch Parlamentarier und andere Politikergremien nicht, zumal sie notwendig mit keinerlei besonderem Sachverstand erfolgt. Mehr noch, solche Äußerungen können für die Wissenschaft geradezu diskriminierend sein. Das illustrieren auch die beiden Bundestagsdebatten.

Welchen Erkenntnis- und Wahrheitswert hat etwa die Äußerung eines Abgeordneten, den seine Fraktion als Sprecher zu dieser Materie für geeignet ansah, der dem nicht einmal staunenden Parlament unter Bezug auf das eben erschienene Buch des inzwischen nach Freiburg berufenen Historikers Ulrich Herbert über den leitenden SS-Offizier im Reichssicherheitshauptamt Werner Best mitteilt, „erst jetzt“ würden die Verbrechen dieses Reichssicherheitshauptamtes aufgearbeitet. Der Mann bekannte doch nur, dass er vordem nichts Einschlägiges wahrgenommen, geschweige denn gelesen hat.

---

1 Wolfgang Rex, Obdach bei Beethoven. In: *Neues Deutschland*, 5. November 1997.

Welcher Wert kommt dem Abstimmungsverhalten des an Jahren ältesten Ministers der Regierung zu, der in seiner Rede gestand, er habe den Namen von Harro Schulze-Boysen erst kennen gelernt, als er sich kürzlich in Berlin in dem Gebäude – es handelt sich um das ursprüngliche Haus des Reichsluftfahrtministeriums in der Leipzigerstraße – umsah, in das er und seine Behörde demnächst von Bonn übersiedeln werden. Die Offenlegung solcher später Wahrnehmungen mag nachdenklich stimmen, sie bezeichnen aber auch keine Schande. Nur eben: eine Qualifikation, über Geschichte zu urteilen, weist sich in ihnen nicht aus. Verwunderlich erscheint in diesem Zusammenhang einzig die Tatsache, dass das von vielen Parlamentariern bei anderen Gelegenheiten erwähnte Thema „Die SED und die Geschichtswissenschaft“ und der dahinein gehörende Hinweis, dass die Staatspartei in der DDR beschloß, welche Sicht in die Geschichte die „richtige“ zu sein habe, offenbar keinerlei Warnung hergibt.

In den beiden Bundestagsdebatten wurden zwei Themen erörtert: (1.) die Geschichte der Wehrmacht in den Jahren des Krieges von 1939 bis 1945 mit wenigen gedanklichen Rückgriffen in die Vorkriegszeit und (2.) die Darstellung dieser Geschichte in der Ausstellung „Vernichtungskrieg“, die keine Wehrmachtsausstellung ist, aber gleichsam unbeabsichtigt und nebenher gezeigt hat, dass eine derartige Dauerausstellung den Deutschen nützlich, ihnen womöglich nötig wäre. Fragen wir zunächst, welche historische Fakten in der Aussprache erwähnt wurden und beginnen wir mit den geschichtlichen Akteuren. Den Spitzenplatz aller Namensnennungen besetzte Hitler. Neben und hinter ihm wurde – von dem bereits erwähnten Werner Best abgesehen – kein weiterer Name aus der Gruppe der Täter genannt. Niemand erwähnte einen Feldmarschall oder einen General der Wehrmacht, der verbrecherische Befehle erteilte, weitergab, rechtfertigte, deren Ausführung kontrolliert hatte. Kamen die Untaten in Rede, wurden „Teile der Wehrmacht“ apostrophiert, ohne nähere Bezeichnung einzelner Einheiten, oder auf namenlose Einzeltäter abgehoben. Das könnte aus einer Scheu herrühren. Denkbar ist freilich auch, dass die Namen der Verbrechenbeladenen gedanklich weniger verfügbar sind als der Name des Grafen Claus Schenk von Stauffenberg. Der fiel mit anderen Widerstandskämpfern. Von der Entdeckung Harro Schulze-Boysens war schon gesprochen worden. Genannt wurden im Verlauf der Debatte auch Henning von Tresckow, die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner, der Konservative Carl Goerdeler, der Militärbefehlshaber in Frankreich General Carl-Heinrich von Stülpnagel, der Major Axel von dem Bussche-Streithorst. Ein Redner erwähnte die Geschwister Hans und Sophie Scholl. Und wie mit den Personen, so auch mit den Orten. Es scheint die Geographie der Schlachten besser bekannt zu sein als die Geographie der Verbrechen.

Selten wurde von Diskussionsrednern auf die Arbeiten von Historikern und anderen Forschern Bezug genommen. Es fielen im Zusammenhang mit ihren Veröffentlichungen die Namen des Briten Liddel Hart und der Deutschen Eugen Kogon und Joachim Fest. Der Bundesminister der Verteidigung erwähnte, dass sich das ihm unterstehende, ehedem in Freiburg, jetzt in Potsdam etablierte Militärgeschichtliche Forschungsamt „bei der Aufarbeitung der Geschichte“ besonders verdient gemacht und in der internationalen Wissenschaft Anerkennung erworben habe. (197) Freilich wurden dessen und anderer Meriten durch den Minister falsch datiert, als er sagte, sie stammten erst aus den letzten Jahren. (Rühe, 195) Dann aber erklärte Volker Rühe, „zahlreiche Fachhistoriker“ – Namen blieben ungenannt – hätten „teilweise erhebliche Kritik“ an „der Zielsetzung, an der inhaltlichen Ausgestaltung und am wissenschaftlich-methodischen Ansatz“ der Ausstellung geübt. (Rühe, 197) Insgesamt dominierte bei den Sprechern der Fraktionen jedoch die Praxis, zur Begründung oder Bestätigung des eigenen Standpunktes sich auf Autoritäten außerhalb der Wissenschaft zu berufen. Die Reihe derer umfasste vorzugsweise amtierende oder gewesene Staatsoberhäupter: Boris Jelzin, François Mitterand, Charles de Gaulle, Dwight David Eisenhower und den sowjetischen Marschall Georgi Konstantinowitsch Shukow.

Damit ist bereits zur Herangehensweise an den historischen Gegenstand und an die Geschichte überhaupt übergeleitet, wie sie sich in den Parlamentsreden erkennbar machte. Mit größter Selbstsicherheit äußerten sich mehrere Sprecher darüber, wie die Wahrheit über die Vergangenheit zu gewinnen ist. Dabei wurden nicht einfach Ratschläge erteilt, sondern einige Gebote aufgestellt. Das erste und von den meisten nahezu rituell und bekenntnishaft beschworene war das Gebot der Differenzierung.

Das zweite: das Gebot der Gerechtigkeit gegenüber Lebenden und Toten. Das dritte: das Gebot der Versöhnung. Das vierte – eher implizit formulierte – besagte, es müsste vor allem das Subjekt, und das meinte: das Individuum ins Visier genommen werden. Die Aufzählung zeigt ein buntes und nur schwer zu sonderndes Gemisch von wissenschaftlichen Forderungen und moralischen Ansprüchen, denen beim Umgang mit der Geschichte Genüge getan werden soll. Betrachten wir sie etwas näher.

Erstens: Differenzierung. Selbstredend wird sich kein Wissenschaftler der Forderung nach differenzierendem Denken und Urteilen entziehen. Indessen kann die Geschichtswissenschaft so wenig wie jede andere von der Natur und der Gesellschaft auf die Aufgabe eingeschränkt werden, Erscheinungen und Prozesse voneinander zu unterscheiden. In der Realität existieren das Einzelne und das Besondere ebenso wie das Allgemeine. Nichts ist von dem anderen absolut zu trennen, es sei denn gedanklich, für einen Moment und für die Zwecke einer Untersuchung. Wird diese Trennung prinzipiell vorgenommen, so war auch aus der Debatte im Parlament zu ersehen, dann entstehen Abbildungen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben, dann lässt sich der einzelne Soldat vorführen, der mit dem Wesen der Wehrmacht und den von ihr verfolgten Zielen nichts gemein zu haben scheint und nichts war denn der tapfere und ehrenvoll kämpfende „Landser“. Die tatsächliche Beziehung zwischen dem Teil und dem Ganzen erscheint allenfalls noch als eine tragische geheimnisvolle Verbindung. Dieser Einzelne oder Vereinzelte, um den aus solchen Verfahren zu ziehenden Nutzen doch nicht völlig beiseite zu lassen, kann dann Held (aus eigenem Entschluss) und als Opfer (als Folge der Entschlüsse anderer) vorgeführt werden. So eignet er sich für die Traditionsbildung der Bundeswehr. Der Jagdflieger Werner Mölders, der irgendeinen Privatkrieg geführt zu haben scheint, kann für allerlei Kriegsgerät als Namensgeber dienen. Dieses Differenzierungsgebot meint nicht Wissenschaft, sondern Vernebelung, wobei freilich gefragt werden kann, ob ihr nicht auch durch Historiker Vorschub geleistet wird, denen der unerlässliche Umgang mit der Faktenmasse zur Flucht ins Einzelne wurde und die gegenüber theoretischen Fragen der in Mode gekommenen Abstinenz huldigen.

Zweitens: Gerechtigkeit. Die Forderung, den Zeitgenossen der faschistischen Herrschaft bei der Beurteilung ihrer Taten wie ihrer Unterlassungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, führt zur Erörterung von Fragen nach ihrer Verantwortung und ihrer Schuld. Der Historiker hat mit ihnen, weil die Geschichte von Menschen gemacht wird und ständig in den gesellschaftlichen Beziehungen Herrschende und Beherrschte, Täter und Opfer wirken, unausgesetzt zu tun. Doch seine Fragestellung ist nicht die der Staatsanwälte und Richter. Er fragt allenfalls in biographischen Forschungen auch im juristischen Sinne nach schuldhaftem Verhalten. Generell interessiert ihn die Antwort auf die Frage nach der historischen Schuld.

Indessen wurde im Bundestag so wenig wie in der Öffentlichkeit zwischen juristischer und historischer Schuld unterschieden. Der Historiker, befasst er sich mit dieser Wehrmacht, einer riesenhaften Organisation, der insgesamt etwa 18 Millionen Menschen, hauptsächlich Männer, angehörten, will wissen, welche Rolle sie bei dem imperialistische Gewaltunternehmen „Europa unter das Hakenkreuz“ spielte. Dieses Vorhaben war allein schon nach seinen Zielen verbrecherisch und aus ihnen folgte, dass der Versuch, sie zu erreichen, bereits im Stadium der Planung die Vorbestimmung verbrecherischer Methoden, also verbrecherische Befehle verlangte. Geschichtlichen Schuld trifft mithin alle, die an dem Unternehmen beteiligt waren, gleichgültig ob freiwillig oder gezwungen. Sie ist unteilbar, aber nicht einmal diese geschichtliche Schuld lastet auf den 18 Millionen gleichermaßen. Der Eine mußte sich eingestehen, dass er Hitler gewählt und damit erst den Weg mitbereitet hatte, auf den er nun befohlen wurde. Ein anderer konnte sich sagen, dass er, als die Weichen deutscher Geschichte in Richtung auf den Zweiten Weltkrieg gestellt wurden, gerade erst das Buchstabieren oder Lesen gelernt hatte. Ein dritter war schon früh ein Marschierer in der SA oder in der SS gewesen usw. Diese Differenzierung nach Lebenswegen von Einzelnen und ganzen Gruppen ändert am grundlegenden Sachverhalt nichts.

Zudem kann eine Ausstellung über die Phase des Vernichtungskrieges und die in ihr begangenen Wehrmachtsverbrechen nicht leisten, was eine noch zu schreibende Sozialgeschichte des Zweiten Weltkriegs bieten müsste. Noch weniger vermag sie den Anforderungen an eine vergleichende Studie über die unterschiedlichen Typen von Wehrmachtangehörigen zu genügen. Die Urheber der Ausstel-

lung hatten nicht die Absicht, den Besuchern die Lebensbilder ihrer eigenen Väter und Großväter zu zeigen, aber die Photographien und Texte stellen fest, in welchem Großverband diese Vorfahren gedient haben, und sie lassen Menschen auf den Gedanken kommen, ob diese ihre Vorfahren gegen die da Abgebildeten und gegen diese Schreiber von Briefen austauschbar sind. Jedenfalls können die Nachfahren anhand authentischer und in ihrer Zahl und Dichte bedrückender Dokumente, wenn sie das nicht bereits zuvor erkannt haben, endlich am Jahrhundertende lernen, welchen Krieg die Generation der Väter und Großväter führte. Darüber ließe sich dann sagen, dass die Nachfahren ihnen historisch gerecht geworden sind.

Drittens: Versöhnung: Das Gebot der Versöhnung findet sich in vielen Religions- und Morallehren und in einer von ihnen wird gesagt, es sei die Erinnerung das „Geheimnis“ der Versöhnung. Andere hingegen meinen wieder, es könne das Vergessen zur Versöhnung führen. Nicht beim Vergessen, wohl aber beim Erinnern kann die Geschichtswissenschaft dadurch helfen, dass sie diese Erinnerung vom Zufälligen befreit und ins Allgemeine hebt, Erinnerung also mit Erkenntnis verbindet. Versöhnung ist hingegen ungeeignet, den Ausgangspunkt, die Triebkraft, die Leitlinie geschichtswissenschaftlicher Arbeit abzugeben. Die Wissenschaft zielt auf Wahrheit und der Historiker kann mit genügend Tatsachen dienen, die beweisen, dass Versöhnungen ohne und gegen die Wahrheit, also Formen individuellen und hauptsächlich kollektiven Selbstbetrugs, neues Unheil hervorbrachten oder begünstigten. Erinnert sei an die Versöhnungskundgebungen deutscher, französischer und britischer „Frontkämpfer“-Organisationen, die in den Vorkriegsjahren des Zweiten Weltkriegs diesseits und jenseits der deutschen Grenzen stattfanden. Sie atmeten den Geist solcher Unwahrhaftigkeit, vermieden es, die Frage von Verantwortung und Schuld zu stellen und tauchten stattdessen die Vergangenheit in einen Brei aus bloßer Gefühlsduselei.

Wenn nun aber gar das Versöhnungsgebot mit der Forderung verbunden wird, sich mit allen Toten auszusöhnen, wenn seine Befolgung im Bundestag von einem Minister als Nachweis dafür bezeichnet worden ist, dass sich die Deutschen an einer „ der großen kulturellen Leistungen der Zivilisation“ orientieren (Waigel, 207), dann muss gefragt werden: Sind die Himmler und Heydrich, der Gestapo-Müller, der Höß und der Eichmann und einige Zehntausend deutscher Mörder in schwarz und in feldgrau da auch einbegriffen, denn nicht einmal Post mortem lassen sie sich aus der deutschen Nation expedieren. Übrigens scheint, wenn von dieser allgemeinen Versöhnung die Rede ist, das verabsolutierte Differenzierungsgebot bereits vergessen zu sein, was nur beweist, wie es gemeint war.

In anderer Weise aber wird das Versöhnungsgebot dann doch wieder aufgefächert und zwar durch Entscheidungen und Haltungen von Parlamentsmehrheiten. Das erweist sich an der Behandlung der deutschen Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg, die auf Seiten der Republik standen, ebenso wie an dem der Deserteure. Wer in Spanien gegen Franco, Hitler und Mussolini stritt, wer diesem Hitler und seinen Feldmarschällen die Gefolgschaft aufkündigte, wird nach wie vor besonders und unversöhnlich behandelt. Es gilt, die Wehrmachtsoldaten hätten ihr Vaterland verteidigen müssen. Nach wie vor wird behauptet, ihr Tun und Lassen sei alternativlos gewesen. Und mit Lob wird nicht gespart. Jeder deutsche Kriegsteilnehmer habe seine „eigene Würde“ besessen. Viele wären „im Einsatz an der Front“ und durch Tapferkeit, Aufopferung und ehrenhaftes Handeln traditionsbildend. (Rühe, 195) Der Eroberungs- und Vernichtungskrieg, den die Wehrmacht von 1939 bis 1945 führte, wird nicht von der Feststellung ausgeschlossen, dass „vorbildliche soldatische Haltung und hervorragende militärische Leistungen aus allen Epochen deutscher Militärgeschichte in die Tradition der Bundeswehr zu übernehmen“ seien. (Rühe, 197) Wider die Fakten erfolgt eine strikte Unterscheidung zwischen den „großen Kriegsherren“ auf der einen Seite und Militärpersonen von den Generalen bis zu den Gefreiten vorgenommen, die angeblich gemeinsam auf irgendeiner anderen Seite gestanden hätten. (Dregger, 194) Keine Frage: Gerade auch die Debatte im Parlament hat bewiesen, dass die Sicht der Deutschen in ihre Geschichte tief gespalten ist. Die Ausstellung brachte dies zutage, sie hat die Spaltung nicht verursacht.

Dem Zweck fauler Versöhnung dient eine vielbenutzte Vokabel. Sie lautet: Verstrickung. Und sie wird, anders als etwa bei Joachim Fest, durchweg ohne Anführungszeichen benutzt, die doch wenigstens eine sprachlich-begriffliche Verlegenheit anzeigen könnten. Verstrickung besitzt in dem

Gebrauch, von dem hier die Rede ist, einen besonderen Sinn. Es meint eigentlich Fesselung und soll besagen, dass die Individuen und Gruppen in jenem deutschen Regime, das sich Drittes Reich nannte, und in dessen Wehrmacht praktisch entscheidungs- und bewegungsunfähig gemacht worden seien. Das NS-Regime, so wurde im Bundestag gesagt, habe gezielt eine „Verstrickung“ selbst der verschiedensten Organisationen in seine Ziele und Praktiken herbeigeführt. „Dieser Verstrickung,“ sagte ein früherer Minister, „haben sich viele (wieder ungenannte – K. P.) Befehlshaber nicht entzogen.“ (Lambsdorff, 186) Und ein gegenwärtiger Minister fasste das Verhältnis von „Nationalsozialismus“ und Wehrmacht in die Feststellung, dass ebendiese Wehrmacht „mit ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten“ in die Verbrechen des Reiches „verstrickt“ war. (Rühe, 195) Und ein dritter Redner konstatierte: „Der „Vorwurf der persönlichen Beteiligung und der Verstrickung gilt sicher für weite Teile der Generalität ...“ (Geißler, 204) Bei alledem erinnert man sich unwillkürlich der Worte einer Figur Brechts: Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert ...

Verstrickung – dieser undefinierte, verschwommene Begriff gibt zugleich die Brücke zu jener Geschichtsbühne ab, auf der die Tragödien geboten werden. Ihre Akteure sind schuldlos-schuldig, nahezu jeder hat das anhand von Goethes Drama „Iphigenie“ beigebracht bekommen und wenn er sich sonst daran nicht weiter erinnert, so erkennt er doch die Worte wieder, denen zufolge alle irdischen Gebrechen durch reine Menschlichkeit gesühnt werden können. Auch in einer der Bundestagsreden waren die Aussagen über den Weltkrieg ganz auf die Moll-Tonlage gestimmt. Benannt wurde nacheinander, die Aufzählung folgt dem Text linear: „die schreckliche Tragödie“, „jene schreckliche Tragödie“, wiederum „jene schreckliche Tragödie“, danach „diese Tragödie“, dann „eine solche Tragödie“, schließlich „eine große historische Tragödie für unser Volk“. (Scholz, S. 210 f.) Hier verkommt das Wort auch zur Phrase, dient es der Einnebelung, nicht der Charakterisierung von Vorgängen. Vor allem steht dieser Begriff doch den Opfern zu und nicht in erster Linie den Tätern.

Wie die öffentliche Auseinandersetzung so verdeutlichte auch die Bundestagsdebatte: Die Tatsache der Wehrmachtverbrechen und die massenhafte Täterschaft lassen sich schlankweg nur noch von Ignoranten bestreiten. Niemand hat sich im Parlament denen zugesellen wollen. Indessen wird das Ausmaß des Geschehens und der an ihm Beteiligten von den einen – alle Kennzeichnungen sind Zitate aus der Debatte – „kleingeredet“ (Beck 179), von anderen in „Wortgeweben“ (Schily, 181) versteckt, von dritten im „Wagnerschen Opernton“ (Zwerenz, 188) verfälscht. Das eigentliche Defizit dieser Debatte – und auch darin spiegelte sie das in der Öffentlichkeit anzutreffende – bestand aber darin, dass die Beziehung zwischen den unleugbaren Verbrechen und ihrer Verursachung und Zielstellung beschwiegen wurde. Ein Redner kam doch darauf und sagte: „Die falschen Menschenbilder waren die Ursache für die schlimmsten Verbrechen in diesem Jahrhundert.“ (Geißler, 203) Die Fragen aber beginnen hinter dieser Feststellung: Woher kamen sie in die deutsche Geschichte und die Köpfe der Deutschen? Wer hatte ein Interesse an ihrer Verbreitung und wer brachte sie unter die Massen? Warum stellten andere Menschenbilder keine hinreichenden Barrieren gegen die „falschen“ dar? Und wenn dieser unbeholfenen These dann noch hinzugefügt wird, dass „der eigentliche Mensch“ doch „in seiner Würde unteilbar“ ist, dann entschwindet, was als gedanklicher Höhenflug erscheinen mag, erdenfern und alle Berührung mit der Geschichte ist verloren. Es tritt das frömmelnde Geschwätz hervor.

Die Parlamentarier im Bundestag haben für die Bewertung ihrer Debatte am 13. März die Vokabeln und Noten sich selbst sogleich gegeben. Zuerst wurde noch mit einem Anflug von Zweifeln gesagt, sie sei „vielleicht stilbildend“ gewesen (Nickels, 193) Aus dem Rückblick war einem Abgeordneten bereits gewiss, sie habe auf die allgemeine Diskussion „in wahrhaft stilbildender Weise Einfluss genommen“. Ein dritter vermeinte, gerade die Reden, die auf eigene Erfahrungen Bezug nahmen, hätten inzwischen „sehr zu einem Stil und einem Klima im Geiste der Aufklärung“ beigetragen. (Duve, 212) Das alles wurde unbekümmert um die Tatsache gesagt, dass einer der Hauptredner zwischen der ersten und der – kürzeren – zweiten Debatte die Wahl der Frankfurter Paulskirche, wo die Ausstellung inzwischen zu sehen war, als „Blasphemie“ und „Entwürdigung der Weihestätte der deutschen Demokratie“ bezeichnet hatte. (zitiert durch Beck, 214) Doch es sollte dabeibleiben, es sei eine „gute Debatte“ geführt worden (Beck, 216), „mit Würde und Stil“ (Stadler, 217). Ein Redner sah in dieser

Sitzung eine Berechtigung von diesem Parlament als von „unserem vornehmsten Institut der Aufklärung“ sprechen zu können (Duve, 214). Und da vom Erhabenem zum Lächerlichen bekanntlich nur ein Schritt ist, geriet die positive Eigenzensur einem Abgeordneten in die beiden Sätze: „Es wurde miteinander gesprochen. Das allein ist ja schon bemerkenswert.“ (Beck 214) So viel zu jener Geschichtsstunde im Bundestag, veranstaltet von freigewählten Männern, es sprachen tatsächlich mit einer Ausnahme Männer, die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind. Es ist unbestreitbar, diese Abgeordneten bewiesen sich als Fleisch vom Fleische des Wahlvolkes. Was ihnen zugutegehalten werden kann ist: Sie haben nicht beansprucht, neue Erkenntnisse auszusprechen und zu vermitteln. Nur im Stil wollten sie Vorbild sein.

Bleibt zu fragen, wie sich also diese Einsichten der Parlamentarier zu den Forschungsergebnissen von Historikern verhalten, die sich auch im Hinblick auf die Wehrmacht um ein ungeschöntes Geschichtsbild verdient gemacht haben und es zu verbreiten suchen. Verknappt sind deren Resultate samt ihrer Entstehungsgeschichte in der soeben erschienenen „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“ so zusammengefasst: „In den ersten Nachkriegsjahren bestimmten Aussagen und Memoiren früherer deutscher Generäle und Offiziere das Geschichtsbild von der ‚sauberen‘ Wehrmacht, die im Gegensatz zu den die verbrecherischen Mordaktionen ausführenden SS- und Polizei-Verbänden eine weiße Weste behalten habe, weil sie fair nach den Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts gekämpft habe. Mit Rückgabe der früheren Wehrmachtsakten durch die Westalliierten in die Obhut der Bundesrepublik Deutschland und durch deren Offenlegung und Auswertung wurde allerdings deutlich, dass sich diese Legende nicht aufrechterhalten ließ; stattdessen kann man heute von einer problematischen Verstrickung der Wehrmacht in die NS-Verbrehen während des Krieges ausgehen. Exemplarisch hinzuweisen ist z.B. auf den Nachweis der oft bezweifelten Durchführung des berüchtigten Kommissarbefehls, der die Erschießung gefangen genommener sowjetischer Kommissare (Politoffiziere) durch Wehrmachtstruppen regelte. Neuere historische Forschungen in den achtziger und neunziger Jahren anhand von Zeugenaussagen und Prozessunterlagen, Feldpostbriefen oder persönlichen Tagbüchern sowie anderen ergänzenden Dokumenten verdichteten diese Sichtweise zu der Erkenntnis, dass Wehrmachteinheiten an vielen Massakern bei der Vernichtung der europäischen Juden und an Kriegsverbrechen – insbesondere während des Ostkrieges sowie in den eroberten und besetzten Gebieten Ost-, Süd- und Südosteuropas – unmittelbar beteiligt waren und dort auch einen rücksichtslosen Vernichtungskrieg führten, so dass die Wehrmacht letztlich als ’Komplize des Bösen’ und ‘stählerner Garant’ und nicht als vermeintlich unpolitischer Bereich des NS-Staats anzusehen ist.“

Das ist der Text eines langjährigen Mitarbeiters jenes vom Verteidigungsminister ausdrücklich gewürdigten Forschungsamtes und er steht in einer Veröffentlichung, die ihr Zustandekommen früheren und gegenwärtigen Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte in München verdankt, einer Einrichtung, deren Mitarbeiter unter der Leitung von Martin Broszat gegen viele Legenden über Faschismus und Krieg argumentierten. Keine Frage, dass auch dieser Text in aufklärerischer Absicht geschrieben und publiziert wurde und nur gewünscht werden kann, dass – wo Geschichte unterrichtet wird – von diesen Grundtatsachen und – Grundwahrheiten die Rede ist.

Nur eben: Den ganzen bekannten Teil der Wahrheit erfassen diese Sätze des Handbuchartikels nicht und das liegt wiederum nicht an der gebotenen Kürze. Er ist selbst nicht frei von Beschönigungen. (1.) In seinem einleitenden Teil wird der Eindruck erweckt, nein behauptet, es habe nach 1945 so etwas wie ein Geheimnis um die Rolle der Wehrmacht gegeben, das in langwierigen Forschungen gelüftet werden mußte und das deutsche Forscher erst nach der Rückgabe von Akten aus dem Beutegut enthüllen konnten. Darin zeigt sich eine merkwürdige Bewertung der Tatsachen, die schon durch den Nürnberger Prozess 1945/1946 zweifelsfrei bekannt- und gerichtsnotorisch gemacht worden waren. In Wirklichkeit ging es seitdem nie darum, ob die Wehrmacht an Verbrechen beteiligt war, sondern allen falls um das Ausmaß ihrer Beteiligung und die Auffindung der Orte der Verbrechen und der Beteiligten. (2.) Das Bild vom „Komplizen des Bösen“ lässt die Deutung zu, wenn sie nicht nahegelegt wird, dass das ursprünglich Gute von dem oder den Bösen in dessen Tun und Lassen verstrickt wurde. Sie ist durch die Entwicklung in der Reichswehr und in der Wehrmacht nicht gedeckt. In Wirklichkeit waren jedenfalls die Spitzen der Wehrmacht aktiv an der verbrecherischen Planung,

Befehlsgebung, Kontrolle usw. in Vorkrieg und Krieg beteiligt und deren Initiativen setzten sich „nach unten“ massenhaft fort. (3.) Es spricht sich auch in diesem Text eine Haltung aus, die mit souveräner Ignoranz an der Tatsache vorbeigeht, dass die Wege der Geschichtswissenschaft in Deutschland-West und Deutschland-Ost nach 1945 auch in dieser Frage – im Blick auf den zweiten Weltkrieg – keineswegs parallel liefen. Das führt zu einem anderen Thema, das ich hier nicht zu erörtern habe. Auf die Dauer aber wird sich, nur dies sei gesagt, dieser „weiße“ oder blinde Fleck nicht behaupten lassen.

Alle Seitenzahlen verweisen auf die Wiedergabe der Stenographischen Protokolle der beiden Sitzungen in: Hans Günther Thiele (Hrsg.) Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997.

Der vergessene Jahrestag

Vor einem dreiviertel Jahrhundert entstand der italienische Mythos vom „Marsch auf Rom“

Die Frage wird schwer zu beantworten sein: Warum ist hierzulande, wo Redaktionen von Zeitungen und Rundfunk- und Fernsehstationen gemeinhin über verlässliche historische Kalender verfügen, so wenig aus Anlass dieses fünfundsiebzigsten Jahrestages zu lesen und zu hören gewesen? Weil alle auf den konkurrierenden achtzigsten fixiert waren? Weil das Ereignis in Petrograd eine denkwürdigere Spur in die Geschichte des Jahrhunderts gezogen hat als das in Rom? Und weil die einen an dieser tieferen Spur manipulieren, sie breittreten, verwischen, oder gar tilgen möchten, die anderen – wenigen – ihre Konturen neu und exakter aufnehmen wollen als sie selbst und andere es vordem getan hatten? Weil da also ein regelrechtes Gedränge entstand?

Also: die Rede sei vom „Marsch auf Rom“, jenem Ereignis vom Oktoberende 1922, zu dem die Anführungszeichen so gehören, wie zur „Machtergreifung“ ein reichliches Jahrzehnt später. Denn wie die Sturmabteilungen des deutschen Faschismus in Berlin erst marschierten, als Hitler vom Feldmarschall-Präsidenten zum Reichskanzler bereits berufen worden war, so kamen die – im wahrsten Wortsinn – Vorläufer auch erst in Rom an, als ihr Führer Mussolini die Urkunde schon erhalten hatte, mit der ihn Italiens König zum Ministerpräsidenten gemacht hatte. Schon die deutschen Zeitgenossen haben sich um diese Uraufführung zu wenig gekümmert. Zu ihrem Schaden. Sie war und ist aber erinnernswert. Denn, und insbesondere im Vergleich mit der Erfahrung des Jahres 1933, vermittelt sie manche Einsichten über die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen Faschisten an die Staatsmacht gelangten. Apropos: Vergleich. Dieser hier ist derzeit wohl auch aus der Mode.

Mussolini wurde vom Führer einer (seiner) 1919/20 gegründeten Partei und deren militärisch organisierten Terroristen zum Staatsmann und „Duce“, nachdem sich die revolutionären Kräfte der Arbeiter und der Bauern in Italien erschöpft hatten und ein erheblicher Teil ihrer einstigen Parteigänger und Sympathisanten zum Faschismus übergelaufen war, weil er sich nun von ihm die Lösung seiner sozialen Probleme erhoffte. Er profitierte anfänglich von der großen Zahl der enttäuscht und ziellos aus dem Kriege zurückgekehrten Offiziere und Unteroffiziere, von deren Erbitterung darüber, dass Italien durch die Friedensverträge nicht gegeben worden war, was sie zu erobern gewünscht hatten, und von der Unfähigkeit des italienischen bürgerlich-liberalen Nachkriegsregimes, die politisch und sozial Herabgekommenen und Vagabundierenden aufzusaugen und zu neutralisieren. Den Massenzulauf gewann Mussolini, nachdem die sich schließlich in drei Strömungen und Parteien zersplitternde Linke in den Augen der Bauern und Landarbeiter, des städtischen Kleinbürgertums und vieler Arbeitsloser versagt hatte. Frei wurde ihm der Weg nach Rom, den er übrigens von Mailand in die Hauptstadt nicht an der Spitze seiner Marschierer, sondern in einem Schlafwagen der Eisenbahn zurücklegte, jedoch nicht durch diesen Massenzulauf. Auf Grün standen die politischen Signale für ihn erst, als die sozialen Oberschichten Italiens, Regierende, die Aristokratie der Beamten, Wirtschaftsmagnaten, Großgrundbesitzer, Militärs, der Klüngel um die „Krone“, sich davon überzeugt hatten, dass dieser Mann, der einmal Redakteur der Zeitung der Sozialisten gewesen war, sich auch von seinem ursprünglichen Programm als Führer der Kampfbünde vollkommen losgesagt hatte. Da waren noch Ziele wie die Bodenreform und die Nationalisierung der Rüstungsindustrie angegeben worden. Diese exklusiven Kreise hatten ein doppeltes Risiko abgemessen: die Gefahr, mit Mussolini auf das Gleis sozialer Experimente zu geraten, und die Möglichkeit, dass seine Berufung noch einmal zu schweren inneren Kämpfen führen werde. Gegen die nicht so große Wahrscheinlichkeit von Experimenten sollte seine Einbindung in eine Koalition mit den Nationalen, die Verbindung von Schwarz- und Blauhemden, wirken. Und eine erneute Erhebung der antifaschistischen Kräfte ließ sich nahezu ausschließen. Der Generalstreik, der im Sommer im Zeichen des Abwehrkampfes gegen die Faschisten stattfand, war kläglich geendet und wurde gar zum zusätzlichen Argument derer, die mit Mussolini endlich und vollständig „Ordnung“ schaffen wollten.

Selbst wer von dieser Vorgeschichte des ersten faschistischen Staates in Europa nicht mehr wahrgenommen hatte, als diese grobe Skizze, der konnte sich eigentlich schon gegen das Abrutschen in die Selbstberuhigung schützen, Deutschland könne nicht Italien werden. Doch war zu vielen nördlich der

Alpen die Geschichte dieses Landes, das so „schnöde“ und wider deutsch-patriotisches Erwarten sich 1915 auf die Seite der Entente-Mächte geschlagen hatte, gedankliche Vertiefung nicht wert. Soweit mochte die Herablassung nicht gehen. Dabei konnte der Blick über den Brenner eine Erkenntnis eintragen, die so klar nicht einmal aus der Frühgeschichte des „Nationalsozialismus“ zu entnehmen war. Die Faschisten um Mussolini formierten sich als eine Gruppe der breiter gefächerten „Interventionisten“ mit der Forderung, endlich in dieses – 1914 begonnene – imperialistische Völkermorden einzutreten. Krieg war ihr buchstäblich erstes Wort gewesen wie Frieden das erste der proletarischen Revolution.

Doch bleiben wir bei dem Fünfundsiebzigsten: Das Ereignis in Rom hat den Hitler animiert, es seinerseits mit einem „Marsch auf Berlin“ zu versuchen. Mit dieser Absicht putschte er ein Jahr später in München. Der Start ging schief. Mussolini hatte für Machtverhältnisse ein besseres Gespür bewiesen. Er konnte, als er seine wenig bewaffneten, für einen Bürgerkrieg ungerüsteten Anhänger zu Marschformationen zusammenfasste, darauf rechnen, dass die Armee auf die Seinen nicht schießen würde. Mancherorts hatten die Führer der Schwarzhemden und die Militärs den Machtwechsel im Quirinal schon gemeinsam gefeiert, bevor er überhaupt stattgefunden hatte. Zudem konnte er seinen Kolonnen einige Generale voranmarschieren lassen. Nun erst legte sich Hitler Mussolinis Nase zu und nahm genauer Witterung.

Am Beginn der dreißiger Jahre ähnelte die Situation in Deutschland dann derjenigen, die in Italien existiert hatte, in einem Grad, der es aus der Retrospektive kaum verständlich macht, warum die Alarmglocken nicht wenigstens in allen Büros der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften Dauerton schrillten. Jetzt hatte auch die NSDAP Massenzulauf erhalten. Sie gewann von Wahl zu Wahl. Sie beherrschte im Norden Deutschlands ganze Ortschaften und Kleinstädte. Sie beutete die Enttäuschung über zehn Jahre Republik und die in ihr regierenden angeblich „marxistischen“ Parteien aus. Sie rekrutierte sozial nahezu exakt, wenn auch in anderen Anteilen, die gleichen Schichten wie vordem die Partei Mussolinis. Sie bediente sich der Stimmung gegen die „Schmach von Versailles“. Sie sah sich, wie ihr italienischen Vorgänger, mit immer mehr Sympathien aus Kreisen des Staatsapparats, das Militär eingeschlossen, bedacht. Spürbar war das vielverheißende Nachlassen der Bedenken gegen den Regierungseintritt von NSDAP-Führern, von Bedenken, die jenen ganz ähnlich waren, die auch in Italien überwunden worden waren. Und diese Führer wussten seit dem 20. Juli 1932, dem Staatstreich Papens in Preußen, das die denkbare Gegenwehr der Arbeiter zu besiegen sein würde. Der Generalstreik war hier – anders als ein Jahrzehnt zuvor – nicht einmal inszeniert worden und als Folge der Abwieglung die Demoralisierung von Arbeiterschichten schon weit vorangeschritten.

Alledem gegenüber fielen die Unterschiede nicht schwer ins Gewicht. Der Weg in die Wilhelmstraße verlief, so viele deutsche Antifaschisten (und auch an den politischen Kämpfen ganz Unbeteiligte) terrorisiert, zusammengeschlagen, ermordet wurden, im Vergleich zu der Spur von Gewalt, Zerstörung und Blut, welche die Kampfbünde Mussolinis durch Italien gezogen hatten, weniger brutal. (Das Bild änderte sich nach dem 30. Januar 1933 rasch.) Getötete Arbeiter- und Bauernfunktionäre, niedergebrannte Büros ihrer Organisationen, verwüstete Redaktionen von Zeitungen und Verlagen – das bildete die Fährte der Schwarzhemden, bevor sie sich zu dem Marsch zusammenrotteten, dessen theatralische Bedeutung größer war als seine erpresserische Wirkung.

Von dieser Grausamkeit des Terrors ist in das Bewusstsein der Deutschen bis heute wenig gelangt. Und das zeitigt Folgen bis in die Theorie und das Faschismus-Verständnis auch der Linken. Die Ablehnung des Begriffs „Faschismus“ für die deutschen Zustände und stattdessen die Benutzung des Etiketts „Nationalsozialismus“ stützt sich nicht zuletzt auf den auf Unwissen gegründeten Irrtum, es handele sich bei der von Mussolini geführten Bewegung und der Diktatur, die er repräsentierte, – verglichen mit dem „deutschen Fall“ – um so etwas wie eine gesittetere Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft. In diesem Missverständnis zählen die nach dem Anschlag auf den italienischen Marschall Graziani in Addis Abeba Gemarterten und die niedergebrannten Hütten der Landeseinwohner weniger als die erschossenen und verschleppten Bewohner des total dem Erdboden gleichgemachten Lidice, weniger als die „Rache für Heydrich“. Nein, nicht weniger, sondern nichts, denn sie sind außerhalb allen Gedächtnisses. Der feine Unterschied, auf den in informierten Kreisen bestanden

wird, ist jener zwischen dem „klassischen“ Kolonialmörder Mussolini und dem „mordenden“ Rassemörder Hitler.

In der eben erschienenen „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“ lässt sich zwischen den Ausführungen zu den Stichworten „Faschismustheorien“ und „Faschismus“ ein manchen Leser verwirrender, andere womöglich ermutigender Widerspruch entdecken. Dem Autor des ersten scheint es so, als sei der Faschismusbegriff nur mit der Studentenbewegung der 60er Jahre „noch einmal“ zurückgekehrt. Jetzt würde er als entbehrlich angesehen. Der Verfasser des zweiten hält ihn nicht für erledigt. Er meint, von einem deutschen Faschismus lasse sich „im Hinblick auf die strukturellen und entwicklungsgeschichtlichen Gemeinsamkeiten der faschistischen Regime“ sprechen, freilich nur „allenfalls“. Davon, von der gemeinsamen, nicht identischen Ideologie, von den gemeinsamen Entwicklungen (Herkünften, Wachstums-, Aufstiegs-, Erfolgs- und Siegesbedingungen) und von den Strukturen (gesellschaftlichen, staatlichen, solchen des Parteiengefüges u.a.) war doch aber unter denen, die sich mit dem Faschismus in Deutschland, Italien und anderswo befassten vor allem die Rede. Allerdings nicht allenfalls, sondern jedenfalls.

Die Beschäftigung mit dem „Marsch auf Rom“ und seinen Folgen spricht gegen den sich seit der Wende auch zwischen Elbe und Oder ausbreitenden gedankenlosen Gebrauch von „Nationalsozialismus“. Interessant auch, wie Hitler noch 1926 über den Vorteil seines späteren „Freundes“ Mussolini meditierte. Der habe eben doch die Unterstützung der italienischen Industriellen genossen, während er von den deutschen im Stich gelassen werde. Na, das blieb ja kein Dauerzustand, der Unterschied verlor sich, die Gemeinsamkeit trat auch in diesem Punkt der Punkte hervor.

Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß. Mit zahlreichen Abbildungen, Karten und Grafiken, Klett-Cotta Stuttgart 1997, 900 S. 98,00 DM.

Früh forderten deutsche Emigranten: „Wiedergutmachung an den Juden“

Bescheidener war die Aufmachung der Druckschrift schwer denkbar. Die sie verfassten, den 24 Seiten umfassenden Text „Zur Frage der Wiedergutmachung an den Juden“ betitelten und für ihre Verbreitung sorgten, waren nichts weniger denn Krösusse. Die Rede ist von den Mitgliedern des Freien Deutschen Kulturbundes, einer Organisation deutscher Emigranten in Großbritannien. Sie besaß ihr Zentrum in der Hauptstadt des Landes, das ihnen Asyl geboten hatte und unter ihren Mitgliedern spielten deutsche Kommunisten eine wichtige, keine kommandierende Rolle.

Am 15. November 1942 fanden sich die Bundesmitglieder mit deutschen und britischen Gästen zu einer Versammlung in der Londoner Stern Hall zusammen. In diesen Wochen war es, wenn auch das Ausmaß der Untaten noch nicht ermessen werden konnte, zur entsetzlichen Gewissheit geworden, dass die deutschen Machthaber und deren Helfer „Polen zum Schlachthaus der Juden Europas“ gemacht und auf dem Territorium der UdSSR bereits Abertausende Juden hingemordet hatten. Den Zeitpunkt dieser Initiative des Kulturbundes wir nur angemessen würdigen können, wer sie vor dem Hintergrund der nahezu zeitgleichen Aktionen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten sieht, die Welt über das ungeheuerliche Morden an den Juden im faschistisch-besetzten Europa aufzuklären, einen Vorgang, der das Vorstellungsvermögen so vieler weit überforderte. Erst am 17. Dezember 1942 kam es zu jener denkwürdigen gemeinsamen Erklärung von elf Regierungen und des Französischen Nationalkomitees, welche half, den inzwischen aber noch keineswegs weithin bekanntgewordenen Nachrichten über den „Holocaust“ ihre unbezweifelbare Glaubwürdigkeit zu geben.

Die „Freien Deutschen“, denen sich die Mitglieder des Bundes zuzählen konnten, hatten auf jener Veranstaltung, deren Zeitpunkt auch im Gedenken an die Pogromnacht 1938 gewählt worden war, eine Erklärung verlesen. Ihr Kernstück war die Forderung nach „Wiedergutmachung“ des Unheils, das seit 1933 in Deutschland und nun auch in den eroberten Ländern über die Juden gebracht wurde. Die Verfasser versicherten, sie würden nach der Zerschlagung des Naziregimes für ein Gesetz eintreten, das sich eben darauf richten müsse. Und sie formulierten dessen Kernaussagen: Aufhebung aller Ausnahmegesetze, Strafandrohung gegen Rassenhetze, Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft für die Ausgebürgerten, Finanzierung der Rückkehr der Vertriebenen auf Staatskosten, Wiederaufbau der Synagogen, Rückerstattung des geraubten Gemeindeeigentums, besondere Maßnahmen zur Schaffung jüdischer Schulen, Unterstützung der Schaffung eines jüdischen Nationalstaates im Rahmen einer internationalen Regelung. Im kommenden Deutschland müssten spezielle Gesetze erlassen werden, die materielle Wiedergutmachung sowohl „Rückkehrer“ wie für „Weiterwanderer“ zu bestimmen hätten. Das sei, hieß es in einem Kommentar, auch eine „moralische Verpflichtung des deutschen Volkes“, das dafür Mittel und Wege finden könne und werde. Man werde sich an alle, welche die Juden ausgeplündert hatten, und vor allem an jene halten, die das am schamlosesten und erfolgreichsten getan hätten.

Unter denen, die als Angehörige des Klubvorstands die Deklaration unterschrieben hatten, befanden sich Deutsche, deren Namen später namentlich im Osten des Landes weithin bekannt wurden: John Heartfield, der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski, der Historiker Alfred Meusel, der Musikwissenschaftler Ernst Hermann Meyer, der Schriftsteller Max Zimmering. Mit weiteren findet sich unter dem Text auch die Unterschrift des Bildhauers Heinz Worner, der heute hochbetagt in Berlin lebt. Ihre gemeinsame Erklärung fand Aufmerksamkeit und erregte Zustimmung vor allem auch unter emigrierten deutschen Juden, die dem Bund nicht angehörten, sowie unter britischen Juden und bei deren Organisationen. Oberrabbiner J. H. Hertz richtete an den Vorsitzenden des Bundes, Johann Fladung, am 24. Dezember 1942 Worte des Dankes und der Hoffnung im Hinblick auf einen „siegreichen Frieden“. Rabbiner L. Gerald Graf schrieb ihm, es sei in der „Erklärung“ die „Redeweise jener Menschen wiedererwacht, die einst für das Recht und die Gleichberechtigung der deutschen Juden ihre Stimme erhoben“. Dr. F. Mainzer versicherte, es falle schwer auf diesen Ruf „eine andere Kritik zu finden als einen Händedruck“.

Andere bezogen mit ihrer Zustimmung zu Themen und Fragen Stellung, die mit der Äußerung des Kulturbundes aufgeworfen worden waren. Strittig war, ob aus Deutschland vertriebene Juden, nach

allem, was ihnen und ihren Angehörigen geschehen war, je wieder in das Land zurückkehren könnten und sollten. Einige kündigten an, dass sie das tun wollten, andere hielten es für ausgeschlossen. Umso mehr wurde begrüßt, dass die Forderung nach Wiedergutmachung unterschiedslos erhoben worden war. Mehrere teilten dem Bundesvorstand ihre Meinung zur Mitverantwortung der Deutschen an den Verbrechen mit. Walter Eisen wandte sich gegen die Annahme, „dass gerade das deutsche Volk besondere, es von allen anderen Völkern abhebende schlechte Eigenschaften habe“. F. Demut, einer „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Exil“ zugehörend, bemerkte, dass die Wiedergutmachung nicht nur den Betroffenen gelte, sondern auch der Wiederherstellung „der Ehre und des Anstands der ganzen Menschheit“. Max Breslauer machte sich Gedanken über eine internationale Zentralstelle für Wiedergutmachung, für deren und einer künftigen deutschen Regierung Aufgaben auch die von den Faschisten ins Ausland verbrachten Geldbeträge und anderen Werte herangezogen werden könnten.

Die Druckschrift des Bundes, kleiner als ein Oktavheft, wurde durch zwei – in meiner Ausgabe inzwischen rostig gewordene – metallene und durch zwei geistige Klammern zusammengehalten. An ihrem Anfang war Johannes R. Bechers Ballade „Der Jude“ abgedruckt. Sie erzählt die Geschichte eines Juden, dessen Peiniger von ihm die Entwürdigung seiner selbst fordern und der, niederbrechend schon, den Mördern nicht sagt, was sie aus ihm herausprügeln wollten, sondern: „Ich bin ein Mensch!“ Am Ende der Texte wurde aus einer Rede zitiert, die der von der Nazipropaganda verteufelte Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Rabbiner Stephen I. Wise, in Mexiko als Gast der Organisation „Menorah“, eines Zusammenschlusses antifaschistischer Juden deutscher Sprache, gehalten hatte: „Wäre ich ein deutscher Jude, ich würde mich meines deutschen Charakters nicht berauben lassen durch Hitler und Goebbels. Deutschland, das deutsche Volk werden weiter bestehen bleiben und werden Hitler um Jahrhunderte überleben.“ Diese Verklammerung war nichts weniger als zufällig. In der Anklage im Gedicht des kommunistischen Emigranten in Moskau wie in der Zuversicht, die aus der Rede des Rabbiners sprach, drückte sich die Gedanken- und Gefühlswelt jener Deutschen aus, die sich nicht nur in London Antifaschisten nannten.

Hitler, Generalfeldmarschall von Hindenburg, die Reichswehrführung und der 30. Januar 1933

Vortrag in Koblenz am 22. Juni 1998

Unser Thema steht in einem erklärten Bezug zu der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, die demnächst hier in Koblenz gezeigt werden wird und die auf ihren vorherigen Stationen seit München so viel Aufsehen und so viele Diskussionen, ein beschämtes Willkommen und einen lauten Protestschrei hervorgerufen hat. In alledem spiegelte sich der Zustand einer Gesellschaft, der in der Bundesrepublik, ein halbes Jahrhundert nach den Ereignissen, von denen da in Wort- und Bilddokumenten berichtet wird. Inzwischen ist eine kaum noch von einem einzelnen, wenn er sich nicht als Spezialist mit der Materie befasst, konsumierbare Literatur zur Ausstellung entstanden, welche den Streit nachlesbar macht, der sich in Zeitungen und Zeitschriften und vor parlamentarischen Gremien abgespielt hat. Dem Dafür und Dawider ist nichts mehr hinzuzufügen. Die Argumente sind ausgetauscht und einander konfrontiert. Jeder verfügt über genügend unbezweifelbare Tatsachenangaben, von denen aus er seine eigene Position zu bestimmen vermag. Offen geblieben ist jedoch weitgehend, welche Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen zu ziehen wären, die vorwiegend in deutschen Groß- und Mittelstädten mit dieser Ausstellung gesammelt worden sind. Ergibt sich, so lautet die Frage, aus diesen Erfahrungen etwas für die Bildungspolitik des Staates, der Parteien, der anderen politischen und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen, für die Tätigkeit von Schulen und von Universitäten. Das beschäftigt uns heute hier nicht. Doch soll daran erinnert werden, dass auf diesem weiten Feld praktische Antworten noch ausstehen.

Ich bin der Einladung, mich dem angekündigten Thema zu stellen, zum einen gefolgt, weil es zu dem Gegenstand der Ausstellung eine Beziehung besitzt. Es betrifft die Vorgeschichte des dort Dokumentierten. Ich konnte ihr zum anderen auch deshalb folgen, weil Manfred Weißbecker, Historiker in Jena, und ich kürzlich in einer „Geschichte der NSDAP“, die im PapyRossa Verlag Köln erschienen ist, uns gerade auch zu dem frühen Verhältnis dieser Partei zur Reichswehr zu äußern hatten. Der Versailler Vertrag von 1919 gestand dem Deutschen Reich bekanntlich nur ein Heer von 100.000 Mann und eine Reichsmarine von 15.000 Angehörigen zu. Luftstreitkräfte waren ihm ganz verboten und die Ausrüstung mit Waffen unterlag erheblichen einschränkenden Bestimmungen. Das gleiche galt für deren Produktion. Bis 1927 wachte, mit welcher Intensität auch immer, eine Internationale Kommission in Deutschland selbst über die Einhaltung dieser Bestimmungen.

Mit Hunderttausenden Soldaten und Offizieren war auch eine erhebliche Zahl der NSDAP-Führer, freiwillig oder unter dem Zwang der Umstände, aus den Streitkräften ausgeschieden, als die kaiserliche Armee in die Reichswehr umstrukturiert wurde. Das galt für Hitler, der in München demobilisiert worden war und seine politische Karriere schon während der letzten Monate seines Militärdienstes eingeleitet hatte. Rudolf Heß, anfänglich und bis 1932 sein Sekretär, hatte es im Fliegerkorps bis zum Leutnant gebracht. Hermann Göring, der erste Führer der SA; gehörte zu den hochdekorierten Fliegerassen des Krieges und war als Hauptmann ausgeschieden. Mit dem gleichen Rang hatte Ernst Röhm die Armee verlassen. Der spätere Führer des Reichsarbeitsdienstes, Konstantin Hierl, bekleidete gar den Rang eines Obersten. Heinrich Himmler, jünger an Jahren, hatte sich 1917 kriegsfreiwillig gemeldet. 1918 erst war Martin Bormann Soldat geworden. Alle diese Parteiführer, das unterschied sie übrigens nicht von denen anderer Parteien, hielten sich auf ihr „Frontsoldatentum“, ihre Ränge und Orden etwas zugute, sie sahen sich dadurch gleichsam veredelt.

Unser heutiges Thema fragt indessen nicht nach diesen frühen Beziehungen, sondern richtet sich auf den Moment, da der Führungsgruppe der NSDAP der Sprung an die Macht gelang. In Beziehung gesetzt werden sollen zwei Personen, Hitler und Hindenburg, und dazu eine Gruppe, die Militärs an der Spitze der Reichswehr, zu einem Ereignis, dem verhängnisvollsten in der deutschen Geschichte im Verlauf des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts. Ohne den Sieg des deutschen Faschismus am vorletzten Januartag des Jahres 1933 ist der Weg in den Zweiten Weltkrieg und sein Verlauf so nicht vorstellbar. Dieser Sieg war der gewollte erste Schritt zu diesem Krieg hin. Öffentlich haben die Machthaber das zunächst abgestritten und tief im Nebel ihrer Friedensdemagogie verborgen. Insge-

heim aber verständigten sie sich darüber am 5. Tage von Hitlers Kanzlerschaft bei einem quasi-privaten Treffen, in dessen Verlauf der neue Kanzler den Spitzen der Reichswehr und der Reichsmarine unumwunden das Kriegsziel einbekannte. Unklar blieb nur noch, in welche Hauptrichtung der Schlag zielen und welches Territorium in das Zentrum der eroberischen Begierde gerückt werden sollte. Hitler hatte darauf zwar schon in „Mein Kampf“ eine bündige Antwort gegeben, doch wünschte er an diesem 3. Februar 1933 nicht, sich darüber in eine verfrühte Debatte einzulassen. Vorerst kam es darauf an, gemeinsam auf den gedachten und noch nicht zu fixierenden Tag X hinzuarbeiten.

Die knappe Aufzeichnung, die über das Treffen vorliegt, deren Korrektheit aber niemand bezweifelt hat, spielte bereits während des ersten Nachkriegsprozesses eine Rolle. Natürlich wollte sich niemand von den beteiligten Militärs so genau an diesen Auftakt erinnern. Man habe, wurde erklärt, diese Ausführungen nicht weiter ernst genommen. Damit war aber eingestanden, dass sich niemand gegen die Grundidee wandte, auf den nächsten Krieg loszusteuern, um sich für die Niederlage im Jahre 1918 zu revanchieren. Darauf richtete sich das Bestreben der Reichswehrspitze seit sie sich nach Revolution und Gegenrevolution von der Innenpolitik praktisch abwenden konnte und sich ganz auf die Vorbereitung einer bewaffneten, kriegerischen Außenpolitik zu konzentrieren vermochte. Hitler versprach im Februar 1933 den Reichswehrführern nichts anderes, als die Erfüllung von deren eigenen, dem NSDAP-Führer selbstredend bekannten Wünschen. Zielstrebiger, weil von allen Hindernissen befreit, sollten sie sich dem Neuaufbau der „schimmernden Wehr“ widmen können. Mit innenpolitischen Aufträgen im Kampf gegen die „Kommune“ würden sie sich nicht zu beschäftigen brauchen. Das erledige die SA, die nicht als Konkurrent der Reichswehr auftreten werde.

Was hatten die Führer der Reichswehr in den mehr als 13 Jahre der Republik getan und erreicht? 1. Sie hatten die Kader für den Aufbau einer Massenarmee geschaffen, wie sich 1935 bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erwies. 2. Sie hatten die Zeit genutzt, um den Weltkrieg auf seine Erfahrungen hin nach allen Regeln der Kriegskunst auszubeuten. Das betraf Fragen der Strategie und Taktik auf den Schlachtfeldern und während der Feldzüge ebenso wie die Verwendbarkeit und die Modernisierung von Waffen. Beidem waren unter den Bedingungen des Versailler Vertrages – wie erwähnt – Grenzen gesetzt, aber die hatten sich nicht als unübersteigbar erwiesen. 3. Sie waren sich in Umrissen über den Charakter des folgenden Krieges klar geworden. Die hauptsächliche Erkenntnis lautete: Wenn Deutschland erneut Krieg führen werde, so werde es –wie sich Seeckt ausgedrückt hatte – wiederum ein Krieg gegen „Übermacht“ sein. Dieser Krieg würde vor allem auf dem Lande geführt werden, wobei die Luftwaffe, die bald der dritte Wehrmachtsteil hieß, eine besondere, im Einzelnen noch nicht geklärte Rolle zu spielen hätte. Da der kommende Krieg ungeheure Ansprüche an Menschen- und Materialeinsatz stellen würde, kam schon seiner Vorbereitung eine noch größere Rolle zu als jener, die dem Jahr 1914 vorausgegangen war. Im Vorkrieg sollte ein derartiger Vorsprung an Rüstung und allgemeiner Kriegsbereitschaft gegenüber den künftigen Kriegsgegnern erreicht werden, dass der Sieg faktisch bereits garantiert war. Mit dem Beginn der Kampfhandlungen müsste raschestes „blitzartiges“ und brutales Handeln ihn sicherstellen.

Im Denken der deutschen Militärführer zeichneten sich jedoch nicht nur die militärischen Konturen des künftigen Krieges ab. Gleiches galt für die politischen. Der Schock des 9. November 1918 saß tief, wenngleich die Militärs natürlich wussten, dass es nicht der Dolch in den Rücken der Armee gewesen war, der die Niederlage verursacht hatte. Schließlich war sie bereits Monate vor dem Novembertag von den Heerführern gegenüber den zivilen Politikern eingestanden worden. Dennoch: Dass ihnen im fünften Kriegsjahr schließlich weithin das Kommando über eine Masse von Soldaten entglitten war, dass die nach Hause gewollt hatten, das war nicht vergessen und das sollte sich in deutscher Geschichte kein zweites Mal ereignen. Es muss nicht besonders begründet werden, dass der Weg zur Revanche nicht aus Startlöchern heraus erfolgen konnte, die in der Republik gegraben worden waren. Kriegsgegner und Pazifisten, ob kommunistisch, sozialdemokratisch oder christlich motiviert, mussten zum Schweigen gebracht werden. Der Prozess gegen Carl von Ossietzky machte 1932 sinnfällig, dass diesem Denken zu Folge hinter Schloss und Riegel gehörte, wer die deutsche Wiederaufrüstung und Militarisierung störten.

Angesichts dieses Generalkurses der Reichswehrführer war im Kern deren – um es gelinde auszudrücken – Kooperationsbereitschaft mit einem Politiker vom Typ Hitler vorgeprägt. Dass sich nach dem 30. Januar 1933 der Bund so komplikationslos herstellte und erst 1938 ein partieller Streit über den Zeitpunkt des bewaffneten Losschlagens entstand, konnte also nicht Wunder nehmen. Eher ergeben sich Fragen danach, weshalb die Militärführer auf dem Wege zur Inthronisation der faschistischen Macht vergleichsweise weniger aktiv waren als eine Gruppe von Bankiers, Industriellen und Großagrariern, welche Hindenburg, – von dem die Rede noch sein wird – im November 1932 gezielt unter Druck setzten, damit er die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler doch endlich vornähme. Mit einer Verweigerung des eigenen Eingriffs in die Innenpolitik hat das nichts zu tun. Andere Faktoren wirkten: Zum einen die traditionell konservative Haltung der Militärs, von denen ein erheblicher Teil dem Adel entstammte und mit dessen grundbesitzendem Teil versippt war. Diese Kreise waren monarchistisch gewesen, manche waren es geblieben, andere auf ein autokratisches Regime ohne monarchische Spitze orientiert. Parteipolitisch standen diese Kreise den Deutschnationalen lange Zeit näher als der NSDAP. Sie wünschten die ungehemmte Herrschaft der alten Eliten.

Zum anderen war da mancherlei Unbehagen an dieser NSDAP und ihrer Führung, das wiederum aus Ungewissheit und vielen Irritationen erwuchs. Wie „sozialistisch“ war diese Partei? Wie verlässlich auch diejenigen ihrer Führer, die nicht im Verdacht standen, abenteuerliche gesellschaftliche Pläne zu verfolgen? Welche Absichten hegten die einstigen Kameraden aus Kriegszeiten, die inzwischen an der Spitze der Sturmabteilungen (der SA) standen und einen anwachsenden paramilitärischen Verband befehligten, in dem viel soziales Rebellentum angetroffen werden konnte? Und: Was war mit diesem Hitler selbst, dessen Biographie von der aller bisherigen Regierungspolitiker soweit abwich und der es in vier Kriegsjahren zwar als „Frontsoldat“ zum Eisernen Kreuz der 1. Klasse, aber nicht über den Dienstgrad eines Gefreiten hinaus gebracht hatte?

Was den Reichswehrgeneralen, ungeachtet aller Bedenken und Einwände, an dieser NSDAP am meisten imponierte war zweierlei: Zum einen der Geist, der die SA und die ganze Partei beherrschte. Der war geprägt von Nationalismus und Nationalchauvinismus, von der Verherrlichung des Weltkriegs und von der Entschlossenheit, sich mit dem Friedensvertrag nicht abzufinden. Und zum anderen war da die militärische Disziplin dieser Sturmabteilungen, in deren Reihen die Militärs das „Material“ erblickten, das sie brauchten, und in denen jene Haltung anzutreffen war, die sie in weiten Kreisen nicht nur der Arbeiterbewegung vermissten. Wenn diese SA innenpolitisch keine Extratouren unternahm, nicht wieder putschte, dann war sie in dem Sinne brauchbar, der den Feldherren von morgen vorschwebte.

Dennoch entwickelte sich das Verhältnis von NSDAP und Reichswehr in den Jahren bis 1930 keineswegs völlig konfliktfrei. Das Ja der Faschistenführer zur Haltung der Reichswehr bezog sich auf deren generelle Ziele, war aber dadurch eingeschränkt, dass die Generalität nach ihrer Ansicht zu wenig tat, um die Republik zu unterminieren. Zustimmung und Kritik Hitlers drückten sich 1929 in einer grundlegenden Rede aus, die er in München hielt. Das Zentralblatt der Partei, der „Völkische Beobachter“, veröffentlichte ihren Wortlaut in einer Sondernummer. Der Text wies Hitler als intimen Kenner der Stimmungen im Offizierskorps und Mannschaftsbestand aus. Seine Rede knüpfte an die im tiefsten Innern republikfeindliche Haltung der Militärs an. Unverblümt forderte Hitler, die „unpolitische“ Haltung zugunsten einer Parteinahme aufzugeben, die „Herrschaft der Bürogenerale“ zu beenden und sich am italienischen Beispiel zu orientieren. Dort habe das Heer die Partei Mussolinis ergriffen. Die Reichswehr stünde vor der Entscheidung für oder gegen den Marxismus, denn wenn sie weiterhin die Ruhe und Ordnung des gegenwärtigen Staates verteidigen würde, liefen ihre Offiziere Gefahr, eines Tages „politische Kommissare“ zu werden.[1] Die NSDAP-Führer glaubten damals noch, sie könnten die Aktivierung der Reichswehr gegen den Weimarer Staat auch durch die Bildung von eigenen Zellen in deren Truppenteilen vorantreiben. Zunächst wurden einstige Angehörige der Reichswehr unter den NSDAP-Mitgliedern erfasst, um über sie Einfluss auf militärische Kommandostellen und in Kasernen zu gewinnen.

---

[1] Ära Brüning, S. 131.

So freilich hatte sich die Reichswehrgeneralität die Entwicklung nicht gedacht. Zum Eklat kam es, als das Wirken einer solchen Zelle in der Ulmer Garnison aufgedeckt, drei Reichswehroffiziere, Sympathisanten der NSDAP, die sich offenkundig mit Umsturzgedanken getragen und sie auch verbreitet hatten, verhaftet und in Leipzig durch das Reichsgericht angeklagt wurden. Im Verlauf des Gerichtsverfahrens erhielt Hitler Gelegenheit, seinen Legalitätseid zu schwören und sich öffentlich dafür zu verbürgen, dass seine Gefolgschaft – ausschließlich – seinen Befehlen folgen werde und die würden nicht auf eine Unterminierung oder gar eine Konfrontation mit der bewaffneten Staatsmacht zielen. Die Republik sollte mit anderen Mitteln ausgehebelt werden.

Diese Erklärung des obersten NSDAP-Führers räumte auf Seiten der Reichswehrführer viele Vorbehalte aus. Zudem nahm die NSDAP eine strikte Frontstellung gegen Kritik an der Politik ein, die in den Weltkrieg geführt hatte, verherrlichte ihn und wandte sich gegen die schonungslose Darstellung der Kriegswirklichkeit. Das imponierte den Reichswehrführern selbstredend. Sie begrüßten gegen Jahresende 1930 besonders die Kampagne, die unter der direkten Teilnahme von Josef Goebbels gegen die deutsche Version des in den USA nach Remarques Roman gedrehten Film „Im Westen nichts Neues“ in Berlin entfacht wurde. Störtrupps der NSDAP sprengten am 5. Dezember die Uraufführung mit Tumult, Stinkbomben, Nießpulver und weißen Mäusen. Auch an den folgenden Tagen wurden Gegendemonstrationen veranstaltet, Kinobesucher belästigt und verprügelt. Die Aktion begleitete eine wüste antisemitische Hetze. Der Regisseur hieß „Filmjude“, eine Eingabe der NS-Abgeordneten im Reichstag beschimpfte das „amerikanisch-jüdische Produkt“ und im Kinosaal hatten die von Goebbels Ausgesandten gerufen „Juden raus“. Eigenmächtig verboten die NSDAP-Minister Frick in Weimar und Franzen in Braunschweig den Film für ihre Länder. Weitere Innenminister verlangten seine Absetzung. Es folgte – nur sechs Tage nach der Auslösung der Skandale – das Verbot weiterer Aufführungen durch die oberste staatliche Prüfstelle. Erreicht war, was der Vertreter des Reichswehrministeriums bei den Vorverhandlungen nicht hatte durchsetzen können. Und die NSDAP feierte ihren Sieg bei der Verteidigung der „Ehre der Frontsoldaten“ und des „deutschen Nationalgefühls“.[2]

So fehlte es der Reichswehrführung nicht an Beweisen dafür, dass diese Partei sich für die „Wehrfreudigkeit“ einsetzte. Reichswehrminister Groener erblickte darin „eine der erfreulichsten Erscheinungen der nationalsozialistischen Bewegung“.[3] Den „nationalen Teil des Programms kann wohl jeder unterschreiben“, konstatierte in einer Besprechung des Ministeriums sein engster Mitarbeiter Kurt von Schleicher, der das Wehrmachtsamt leitete. Nachdem Hitler versichert habe, dass seine Partei eine intakte militärische Kraft wünsche, begrüßte der General ausdrücklich die „durch die nationalsozialistische Bewegung in Gang gebrachte Entrüstungswelle gegen Bolschewismus, Landesverrat, Schmutz usw.“ Es sei durchaus möglich, dass sie von der Regierung benutzt werden könne, „um viele Gesetze jetzt vorwärtszubringen, die bisher stecken geblieben sind.“

Das bedeutete noch keine Distanz gegenüber der Brüning-Regierung, doch es bahnte sich ein im Verlaufe des Jahres 1931 ein Bündnis an, das den Zentrumskanzler und sein Kabinett überdauern sollte. Der neue Chef der Heeresleitung von Hammerstein-Equord zeigte sich über die Situation der Militärführung aufs höchste zufrieden. „Es geht uns zur Zeit sehr gut“ konnte er in einem Moment von der Generalität und dem hohen Offizierskorps sagen, da sich das Massenelend in Deutschland ausbreitete und vertiefte, um dann zur Begründung fortzufahren: „Wir haben den Feldmarschall als Reichspräsident, einen ausgezeichneten Mann als Reichskanzler, der neben seinen sonstigen Fähigkeiten auch außerordentlich viel Herz für alles Militärische hat“.[4] Hitler war sozusagen noch nicht an der Reihe.

Von der neuen Beziehung zwischen der Reichswehr- und der NSDAP-Führung zeugte auch der Entschluss der Militärs, Mitglieder der NSDAP und der SA nicht länger vom Dienst in Heer und Marine

---

2 Zu weiteren Einzelheiten: Thomas Hanna-Daoud, Die NSDAP und der Film bis zur Machtergreifung, Köln 1996, S. 23 ff.

3 Schreiben Wilhelm Groeners an Reichskanzler Brüning vom 10. November 1930. In Ära Brüning, S. 170.

4 So wiederum nach Aufzeichnungen des Generalmajors Curt Liebmann von einer Ansprache Hammersteins vor Offizieren des Gruppenkommandos 2 (Kassel) am 24. April 1931. In: Brüning, S. 194.

als unverlässlich auszuschließen. Zuvor war ihnen bereits ermöglicht worden, in militärischen Staatsbetrieben als Zivilisten beschäftigt zu werden. Damit hatten die führenden deutschen Militärs von der Faschistenpartei das Stigma des Revoluzzertums genommen und sie als Partner zu akzeptieren begonnen. Zwischen Hitler und weiteren NSDAP-Führern und hochstehenden Militärs, so dem Reichswehrminister Groener und dem General Schleicher, wurden persönliche Kontakte aufgenommen. Diese betrafen nicht nur Einzelfragen des beiderseitigen Verhältnisses, sondern Anfang 1932 auch die Frage, wie diese Partei insgesamt zu einer Stütze des in eine politische Krise geratenen Regimes werden könnte.

Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener hatte an der Jahreswende 1931/1932 zum ersten Mal selbst mit Hitler verhandelt. Hitler war auch dem Chef von dessen Ministeramt, General Kurt von Schleicher, wiederbegegnet, dem er bereits bei einem Treffen am 29. Oktober 1931, die Beteuerung seines Leipziger Eides nur wiederholend, versichert hatte, es werde keine Zellenbildungen der NSDAP in Reichswehreinheiten geben.[5] Nun hörten die Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber der Reichswehr bei einer Besprechung am 11./12. Januar 1932 aus dem Munde ihres Ministers, Hitler habe ihm einen „sympathischen Eindruck“ gemacht. Er sei ein „bescheidener und ordentlicher Mensch, der Bestes will“. Groener unterschied scharf zwischen dem Führer und den Unruhestiftern in dessen Partei. „Absicht und Ziele Hitlers sind gut“, lautete sein Generalurteil. Er kündigte an, dass nun allen NSDAP- und SA-Mitgliedern, wollten sie in Heer oder Marine eintreten, Gerechtigkeit widerfahren werde. Die „volle Legalisierung der Nazi wird in absehbarer Zeit kommen.“[6]

In den entscheidenden Monaten und Wochen vor dem 30. Januar 1933 waren die Heeres- und die Marineführung jedoch nicht an jener Intrige beteiligt, die Hitler das Tor in die Berliner Wilhelmstraße schließlich öffnete. Es war eher eine Pikanterie, dass für den neuen Mann der Weg in das Amtszimmer, in dem einst Bismarck regiert hatte, über den Sturz eines Generals, des Kurt von Schleicher, führte. Dessen ohnehin illusionäres Konzept, die Staatsmacht durch die Einbeziehung der Gewerkschaften und von Teilen der NSDAP-Führerschaft zu festigen und die republikanischen Freiheiten weiter zu verkürzen, war unter den kommandierenden Generalen wenig populär und Schleicher selbst galt auch ihnen als ein politisierender Bürogeneral ohne eigentliche Herrschaftsperspektive. Hitler stand ante portas. Reichspräsident Paul von Hindenburg und von Beneckendorff war bereit, die notwendige Unterschrift unter die Urkunde zu setzen, die den NSDAP-Führer zum Reichskanzler machte.

Man kann nicht sagen, dass dieser Weltkriegsgefreite seit längerem schon der Favorit Hindenburgs, des einstigen Chefs der kaiserlichen Obersten Heeresleitung gewesen wäre, der zum größten aller Weltkriegshelden schon während der Kriegsjahre stilisiert worden war und von diesem Glanz auch nichts eingebüßt hatte, als der Krieg verloren gegangen war. Der Feldmarschall, der sich im neunten Lebensjahrzehnt befand, war von ganzem Herzen Monarchist und Anhänger der gestürzten Hohenzollern-Dynastie. Er verstand sich als deren Platzhalter, bis die Rückkehr eines der Kaisersöhne an die Staatsspitze wieder möglich sein würde. Doch bedeutete diese Grundhaltung nicht, dass sich das Staatsoberhaupt jeden Kontakts mit Hitler verweigert haben würde. Zum ersten Mal hatte Hindenburg ihn, ohne dass dafür ein zwingender Grund vorlag, bereits am 10. Oktober 1931 empfangen. Das geschah einen Tag nach der von Brüning vorgenommen Umbildung seiner Regierung.

Hitler, den Göring begleitete, erfuhr dadurch eine erhebliche Aufwertung. Der Empfang war ein Zeichen dafür, dass großbürgerliche und großagrarische Kreise die Nazipartei als hof- und regierungsfähig ansahen. Da tags darauf das Harzburger Treffen stattfand, dessen Partner Wege zum Sturz der Regierung Brüning berieten, drückte diese Begegnung zum einen aus, dass die Kamarilla um Hindenburg das Verhältnis zur „nationalen Opposition“ nicht zuzuspitzen wünschte. Zum anderen konnte sich der Führer der NSDAP erst recht nach dieser Audienz als künftiger erster Anwärter auf die Führung der Staatsgeschäfte aufführen. Etwa zehn Monate später stand Hitler das zweite Mal vor dem Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall. Das war nach dem Wahlsieg der NSDAP bei den

---

5 Ära Brüning, S. 210. Über das Treffen war auch in der Presse berichtet worden.

6 Ära Brüning, S. 270 ff.

Reichstagswahlen am 31. Juli 1932. Diesmal erwarteten der Geladene, seine Mitführer und deren Millionenanhang, das Staatsoberhaupt werde Hitler mit der Regierungsbildung beauftragen. Aber Hindenburgs Favorit war und blieb zunächst der ohne eine nennenswerte parlamentarische Basis agierende Reichskanzler Franz von Papen. Als dessen Stellung an der Regierungsspitze nach erneuter Reichstagsauflösung und -wahl im November 1932 gänzlich unhaltbar geworden waren, wurde Hitler wieder ins Reichspräsidentenpalais geladen. Diesmal sollte er Kanzler werden, wenn er eine Reichstagsmehrheit hinter sich zu bringen verstünde. Dieses Angebot lief darauf hinaus, Hitler in eine Koalition nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit der Zentrumspartei zu zwingen, da anders eine Mehrheit von Abgeordnetenstimmen nicht zu haben war. Das lehnte Hitler ab. Erst im Januar 1933 erhielt der NSDAP-Führer das akzeptable Angebot. In Umkehrung der im August 1932 gedachten, aber nicht zustande gekommenen Konstellation wurde nun Hitler Kanzler und Franz von Papen erhielt das Amt des Vizekanzlers. Der Generalfeldmarschall hatte sich mit der Berufung des, wie er irrtümlich meinte, böhmischen Gefreiten an die Regierungsspitze einverstanden erklärt.

An dieser Entscheidung hatten eine Reihe von Militärs mitgewirkt, in erster Linie der eigene Sohn des Präsidenten, Oskar von Hindenburg, der den Rang eines Obersten besaß und der persönliche Betreuer und auch der engste Ratgeber seines Vaters war. Von ihm ist treffend als von einer in der Verfassung nicht vorgesehenen Person gesprochen worden. Wichtig war für den Feldmarschall aber vor allem, dass er sicher sein konnte, seine Entscheidung würde keineswegs auf die Kritik der aktiven Generalität treffen. Auf den Platz des Reichswehrministers, der zwei Jahre später dann in beachtenswerter Offenheit Kriegsminister hieß, setzte er einen Mann seiner eigenen Wahl, den General Werner von Blomberg. Überhaupt waren in dieser Regierung des 30. Januar 1933 die Konservativen reichlich und in der Überzahl vertreten, darunter nicht wenige mit Adelstiteln: von Papen und Blomberg war schon die Rede, dazu kamen der Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, der Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, der Verkehrsminister Freiherr Eltz von Rübenach.

Kurzum: die Reichswehrführung trug diesen Schritt in die faschistische Diktatur mit. Es hätte dessen Inszenierung nur gestört, wenn sie ihn lautstark oder auch nur deutlich hörbar positiv kommentiert haben würde. Sie wartete hoffnungsvoll ab, erlebte, wie die SA mit den Kommunisten und Sozialisten und anderen Republikanern und Pazifisten aus eigenen Kräften und mit denen der Polizei vereint „aufräumte“, brauchte sich dabei selbst die Hände nicht blutig zu machen und registrierte beifällig, dass der neue Reichskanzler, was in den verflossenen Jahren zur Aushöhlung und Unterminierung des Versailler Vertrags meist im Stillen geleistet worden war, nicht durch überstürzte Handlungen gefährdete. Schon 1933 spürten die Generale auch, dass nach der Beseitigung der Parteien mit Ausnahme der NSDAP und der Selbstausschaltung des Parlaments die finanziellen Mittel für die Armee reicher zu fließen begannen. Es setzte die Umstrukturierung der Landtruppen in sogenannte Divisionsrahmen ein, in die dann die Wehrpflichtigen einrücken sollten, wenn erst die Allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt sein würde.

Unruhe in den Beziehungen zwischen der Führung der Streitkräfte und dem neuen Regime entstand anfänglich einzig aus der Spitze der SA heraus. Eine Gruppe von deren ehrgeizigen Führern um Ernst Röhm glaubte, mit der traditionellen Militärelite in Konkurrenz treten und deren Plätze einnehmen zu können. Das Problem wurde am 30. Juni 1934 mit der sog. Röhm-Affäre blutig und definitiv gelöst. Und wieder brauchten sich die Militärs die Hände nicht blutig machen. Das erledigte die SS, die auch zwei Generale ermordete, den erwähnten ehemaligen Reichskanzler und Reichswehrminister von Schleicher und Kurt von Bredow, einen General, der in der Republik einen führenden Platz im Reichswehrministerium bekleidet hatte, ohne dass dagegen aus dem Kreis der Standesgenossen auch nur ein Protest wegen des gerichtlosen Verfahrens geltend gemacht wurde. Der Oberbefehlshaber der Reichswehr, Minister von Blomberg, stützte im Kabinett mit dessen Beschluss das Massaker als vorgeblich rechtens. Die Generale, Offiziere und Soldaten der Reichswehr leisteten nach dem Tode Hindenburgs den Eid, nicht auf eine Verfassung, sondern auf die Person des Führers Adolf Hitler. Die SA wurde eine den vormilitärischen Dienst betreibende und Wehr-, d. h. Kriegspropaganda verbreitende Organisation. Zwischen deren Führern und der Generalität entwickelten sich effektive und störungsfreie Kooperationsbeziehungen.

Was aber haben diese frühen Ereignisse und Entwicklungen mit den Dokumenten und Tatsachen zu tun, die von der Ausstellung „Vernichtungskrieg“ präsentiert werden? Sind das nicht zwei verschiedene Kapitel der Geschichte, zwischen denen ein Bruch liegt? Können die beteiligten Militärführer nicht für sich in Anspruch nehmen, was sie nach Kriegsende je auch getan haben, dass sie nur für Deutschlands Gleichberechtigung und Verteidigungskraft eingetreten wären, schließlich aber in die Rolle dessen geraten waren, der beim ersten Schritt frei, beim zweiten aber schon Knecht gewesen ist? Zunächst und vor allem: dass sie mit diesem Reichskanzler und Obersten Befehlshaber auf einen Angriffskrieg zusteuerten konnte am wenigsten in den Kreisen der Generalität ein Geheimnis sein. Die Führung von Angriffskriegen war aber inzwischen durch einen internationalen Vertrag, dem auch Deutschland beigetreten war, geächtet. Dass sie sich mit Hitler und unter dessen Führung in ein Kriegsverbrechen einließen, konnte ihnen nicht verborgen bleiben, hat sie aber offenkundig nicht beunruhigt. Sie waren in der herkömmlichen Denkweise vom vorgeblichen Recht zum Kriege befangen und gingen davon aus, dass Deutschland noch eine Rechnung zu begleichen habe.

Doch das war es nicht allein. Erkennbar war auch, auf welch ein barbarisches Unternehmen da hingesteuert wurde. Hitler hatte das in seinem „Kampfbuch“ wünschenswert klar auseinandergesetzt. Ohne dass er so plump gewesen wäre, seine Kritik an einzelne kaiserliche Heerführer zu adressieren, hatte er darin doch die schärfsten Rügen gegen die Art und Weise der Vorbereitung und der Führung des Weltkriegs geäußert. Dieser war nach der Ansicht des faschistischen Oberstrategen erstens zu inkonsequent vorbereitet, zu spät begonnen und zu unentschieden geführt worden. Fragen des Völkerrechts spielten in dieser Kritik keinerlei Rolle. Klar war formuliert, dass, um zum Sieg zu gelangen, nach außen und nach innen die brachialsten Mittel gegen alle Kriegsgegner angewendet werden sollten.

Zynisch war von Hitler behauptet worden, die Juden seien die letztlich Verantwortlichen für die Kriegsniederlage gewesen und hätte man nur 12.000 von ihnen unter Gas gehalten, so wäre der Krieg anders ausgegangen. 12.000, das war exakt, wie nachgewiesen worden war, die Zahl der jüdischen Kriegsteilnehmer im kaiserlichen Heer, die während der Kriegsjahre umgekommen waren. 12.000 von insgesamt 100.000 jüdischen Soldaten des Weltkriegsheeres. Solche Passagen haben die „alten Kameraden“ nicht gestört. Der Antisemitismus war in der Reichswehr und in den Traditionsverbänden des Kaiserheeres, so im „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten“ und in den verschiedensten Vaterländischen Verbänden eine konstante Größe. Erst Judenfeindschaft hatte ja die jüdischen Kriegsteilnehmer dahin gebracht, sich ihren eigenen Bund der Frontsoldaten zu gründen, der etwa 60.000 Teilnehmer zählte. Sie gipfelte im Verbot dieser Organisation und in dem 1935 angenommenen Wehrgesetz, das „Juden“ im Sinne der Nürnberger Gesetze von der allgemeinen Wehrpflicht ausschloss. Damit waren sie im „nationalen“ Sinne als unzuverlässig eingestuft worden.

Gewiss, die Ausmaße von Brutalität und Barbarei, die dem Geschehen im Verlauf der Feldzüge und in den okkupierten Ländern dann das verbrecherische Gepräge gaben, waren von niemandem vorhersehbar. Doch dass dieser von den deutschen Militärs vorbereitete Krieg nicht nur nach dem Einsatz von modernen Waffen und dem Grad der Zerstörungen ein anderer sein würde als der Weltkrieg 1914 bis 1918, stand jedem dieser Fachleute klar vor Augen. Die Auflösung von Begriffen wie Front und Hinterland allein als Folge des Einsatzes der Luftstreitkräfte und die ungleich stärkeren Auswirkungen des Kriegsgeschehens auf die an ihm nicht unmittelbar beteiligte Bevölkerung war ebenso wenig zu bezweifeln. Schließlich konnte keinem der führenden Militärs entgehen, dass dieser Krieg hinter einer Nebelwand von Friedensbeteuerungen vorbereitet wurde und dass keine deutsche Regierung ihre eigene Politik und deren Ziele derart verlogen dargestellt hatte, wie es die Hitlerregierung tat.

Der späteste Termin, an dem die Befehlshaber der drei Teilstreitkräfte und die führenden Generalstäbler darüber informiert wurden, dass nun direkt auf eine Kette von kriegerischen Provokationen und Kriege zugesteuert werden sollte, war der 5. November 1937. Von da an war auch kein Zweifel daran möglich, dass es sich nicht um den Plan handelte, die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags gewaltsam zu korrigieren, ja, dass sich dieser Oberste Befehlshaber auch nicht damit zufriedengeben würde, die verfehlten Kriegsziele des Weltkriegs zu erreichen, sondern das ein maßloses

Eroberungsprogramm verwirklicht werden und Deutschland die dominierende Macht in Europa werden sollte.

Die Inangriffnahme und Verwirklichung dieses Programms erheischten ihre Mittel: die Ausplünderung der eroberten Gebiete, die rücksichtslose Inanspruchnahme ihrer lebendigen Kräfte, die ungehemmte Unterdrückung jedes Widerstands und jeder Verweigerung, das mit Todesdrohungen versehene und durchgesetzte Verlangen nach vollständiger Unterwerfung der Besiegten. Es bedurfte keiner besonderen Ausstattung mit Phantasie oder gar eines Hellsehertums sich diesen kommenden Angriffskrieg Deutschlands vor das geistige Auge zu stellen. Zudem waren es doch Vorkriegsereignisse in Deutschland selbst, die davon zeugten, dass hier der Weg einer Politik ohne Moral eingeschlagen worden war. Wer in deutschen Landen den tödlichen Anschlag auf einen deutschen Diplomaten zum Anlass nahm, die Juden zu jagen, sie in erpresserischer Absicht zu Tausenden in Konzentrationslager pferchte, Synagogen niederbrannte, verwüstete, ausraubte, wie würde der denn in Feindesland verfahren? Die Fragen hätten sich die deutschen Militärführer nicht gestellt? In den Kasernen hätte man von diesem Geschehen nichts gewusst, was Helmut Schmidt für sich, den damaligen Wehrmachtssoldaten in einer Stadt wie Kiel, vor Jahren behauptete? Das ist kaum zu glauben und wenn es geglaubt wird, dann besagt es auch nicht mehr, als dass die Uninformierten von verbrecherischen Tatsachen nichts wissen wollten, über die man sich in jeder der angebotenen Zeitungen im buchstäblichen Sinne ins Bild setzen konnte.

Was besagt dieser Befund für die Tatsachen, welche die Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“ dokumentiert? Es kann keine Rede davon sein, dass sie das Ergebnis von mehr oder weniger zufälligen Kriegssituationen waren, entstanden gar „im Eifer des Gefechts“, dass die Untaten aus dem bloßen und unvermeidbaren Wirken freigesetzter mörderischer Kräfte entstanden, die sich in allen Kriegen äußerten und austobten. Diese Art, Krieg zu führen, hatte ihr System und besaß ihre Voraussetzungen. Das erste Prinzip, in Befehlen fixiert, die schon in Nürnberg präsentiert wurden, lautete einfach: Erlaubt ist, was dem deutschen Endsieg nützt. Und das zweite hieß: Was nach dem sicher geglaubten Endsieg die Aufrichtung der eigenen Herrschaft auf Dauer sichert, das soll möglichst schon im Verlauf des Krieges „erledigt“ werden. Das aber hieß, es war Methode, terroristische und massenmörderische Aktionen als Kriegsnotwendigkeit zu tarnen, während sie in Wahrheit auf die Realisierung von Interessen nach dem Sieg zielten.

Was die Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“ so wenig wie jede Vergleichbare leisten kann, das ist Antwort zu geben auf die Frage nach dem Warum. Doch ihre schriftlichen und fotografischen Dokumente machen die Suche, darauf eine Antwort zu finden, unabweisbar. Und zugleich lassen die Zeugnisse dieser Ausstellung fragen, wo und wann für einzelne Personen und ganze Personengruppen, Täter und Tätergruppen, denn der Weg begann, auf dem sie bis zu diesen Mordstätten gelangten, an denen die einen kommandierten, die anderen schossen, die dritten gafften, geführt hat? Der geschichtliche Ausgangspunkt liegt im Ereignis des Ersten Weltkriegs und mehr noch in der Art, in der er in den Köpfen der Mehrheit seiner Teilnehmer, der Generale, Offiziere und Soldaten, fortlebte. Zwischen der Reichswehr, der Armee in einer Republik, die nie eine republikanische Armee war, und diesem Krieg von 1914 bis 1918 wurde zu keiner Zeit ein klarer Trennungsstrich gezogen. Es regierte die Beschönigung und Verherrlichung der Kriegstaten. Jeder wollte an ihnen beteiligt gewesen sein. Diese Haltung reichte bis in die Arbeiterbewegung hinein. Die Literatur vom Roman bis zum Gedicht sang das Loblied der Teilnehmer an den Feldzügen, Schlachten und Gefechten und pries selbst das mörderische Wüten der „Baltikumer“ gegen die „Roten“, die „Bolschewiken“. Bei der ersten Uraufführung eines Spielfilms, zu der sich Hitler als Reichskanzler mit den kommandierenden Generalen und Admiralen einfand, wurde ein den U-Boot-Krieg und das Sterben in den stählernen Särgen verklärender Streifen mit dem Titel „Morgenrot“ vorgeführt. Die Deutschen, lautete die Kernaussage des Films, könnten miteinander nicht immer gut leben, aber gemeinsam sterben, das könnten sie gut. Mit Bezug auf diese politischen und ideologischen Entwicklungen hatte Kurt Tucholsky die Deutschen schon Jahre vorher auf berlinisch gefragt: „Merkt Ihr nischt?“

Der Streit um die Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“ hat sich zumeist auf einem außerordentlich niedrigen intellektuellen Niveau abgespielt. Dabei ist nicht einmal von denen die Rede, die ohnehin

nur Emotionen hochputschen und jede Nachdenklichkeit ersticken wollten. Selbst die debattierten Fragen bewegten sich auf den Vorfeldern der eigentlichen Probleme: Ist diese Ausstellung repräsentativ? Sind alle Dokumente authentisch? Welche Absichten verfolgen ihre Urheber und welche deren Gegner? Tatsachen, die seit Jahrzehnten durch historiographische Forschungen oder durch Ermittlungen von Juristen außer jeden Zweifel gestellt worden sind, wurden mit unnötigen Fragezeichen versehen. Die geistige Auseinandersetzung, soweit sie nicht überhaupt aus Scheingefechten bestand, berührte die großen geschichtlichen Themen kaum: Wo lagen die Ausgangspunkte, Interessen und Antriebe für jene Entwicklung, deren mörderische Endpunkte in Wort und Bild besichtigt werden können. Das führt weit vor den 1. September 1939 und auch vor den 30. Januar 1933 zurück und hin zu den von der deutschen Nation unverdauten Erfahrungen des Ersten Weltkriegs.

Von da führt ein gedanklicher kurzer Weg zu der „Anschlussfrage!“, wie weit die Deutschen ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit jener Tätigkeit gekommen sind, die von den einen „Bewältigung“, von anderen „Aufarbeitung“ der Geschichte genannt wird. Soll und Haben wurden durch die Debatte um das Buch des amerikanischen Soziologen und Historikers Daniel J. Goldhagen und dann durch die Reaktionen auf die Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“ deutlich gemacht. In anderer Weise kann die Bilanz auch aus den Diskussionen über das eben in deutscher Übersetzung erschienene „Schwarzbuch des Kommunismus“ ersehen werden. Und wenn auch die Stimmen, die sich in Sachsen-Anhalt zu den nahezu 13 Prozent Wählern der DVU vereinten, nicht in erster Linie der Geschichtspropaganda der Rechtsextremen geschuldet sein mögen, wenn sie auch vor allem sozialen Protest ausdrücken, so wäre es doch irrig, von der geistigen Verfassung, von den geschichtlichen und aktuellen Vorstellungen derjenigen abzusehen, die sich zu eben diesem Protest versammelt haben.

Wider den Zeitgeist

„Zeitgeist“ – der schwammige, vielverwendete Begriff geistert durch Artikel der Presse und Kommentare von Rundfunkstationen. Er scheint sich auch in dieser Zeitung fest einzunisten. In einer Ausgabe (4. November 1997) sprang er selbst den eiligen Leser gleich aus zwei Überschriften an. Die eine offerierte einen Artikel, der sich mit einer Aufführung im Deutschen Theater befasste, mit der von Gerhart Hauptmanns „Roter Hahn“. In ihm wurde über die Figur der Fielitz gesagt, nicht bittere Not, sondern der „Zeitgeist“ habe sie zur Untat angestiftet, ihre alte Behausung anzuzünden, damit Platz für ein neues Mietshaus entstünde, das Aussicht auf Gewinn verspräche. Hier wird „Zeitgeist“ noch decouvriert: Gemeint ist das verbreitete, gleichsam ansteckende Streben nach Geld, das auf rascheste und bequemste, also gerade auch auf betrügerische Weise erlangt werden kann.

Im zweiten Falle sprach in einem Interview die für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Mitarbeiterin des Deutschen Historischen Museums vom „Zeitgeist des Publikums“, der es ein Ausstellungsthema annehmen lasse (oder auch nicht). Hier wird über die Bedeutung, in welcher der Begriff verwendet wird, keine Andeutung gegeben. Es scheint irgendeinen nicht zu beschreibender Geist zu sein, der in der Stadtmitte Berlins zwischen Schlossplatz und Forum Fridericianum Besucher und Einheimische in das Haus Unter den Linden 2 weht, sich das eine Mal königlichen, dann wieder alltäglichen Plunder anzusehen.

Dass es sich bei den beiden zitierten Überschriften nicht um Zufallsfunde handelt, erwies sich schon zwei Tage später. Da wird von der Vorstellung eines Buches über Erich Mielke berichtet. Von den Tatsachen, die sein Autor anführt, heißt es, deren Auswahl sei natürlich „durch den Zeitgeist vorgeprägt“ worden. Das ist offenbar ein anderer Geist als jener, der die Besucher ins Museum wedelt, und diese beiden sind wieder mit jenem nicht identisch, welcher die Fielitz antrieb. Offenbar wäre es zweckmäßig, die Zeitgeister zunächst wenigstens zum Zwecke vorläufiger Unterscheidung zu nummerieren, ähnlich wie das mit preußischen und anderen Monarchen gleichen Namens geschah. Denn nun gar (Ausgabe vom 14. November 1997) und da in einem politischen Interview, ist es wiederum ein anderer, offenbar erst seit kurzem agierender „Zeitgeist“, der „Äußerungen auch in der Politik“ legitimiert, „die vor Jahren noch als eindeutig rechtsextremistisch gegolten hätten“.

Da der „Duden Etymologie“ letzter Hand zwischen „Zeitalter“ und „Zeitgenosse“ den „Zeitgeist“ noch nicht ausgemacht hat, kann man sich aushilfsweise mit Kurt Tucholsky beraten. Der schrieb 1930 einen Artikel unter der Überschrift „Die Zeit“, zudem ihm seine Feststellung Anstoß wurde, dass von zwei Worten, die in einer beliebigen Zeitung am meisten zu finden seien, *dass* eine „Zeit“ heiße. Die Menschen, fuhr er fort, verkröchen sind hinter ihm wie „hinter einer Kulisse“. Dabei sei es vorwiegend „der mondäne Geistige“, der sich „auf seine Zeit“ beruft, während in Wahrheit – so Tucholsky – „was der Mensch tut, unter welchen Umständen auch immer, ... der Ausdruck seiner selbst oder Ausdruck seiner Klasse“ sei. Denn: „Das, was die Herren Zeit zu nennen belieben, ist oft nur die Dominante eines zahlenmäßig kleinen Kreises, der sich gern als den Vorläufer der großen und groben Massen denkt.“ (Heute lassen sich die Nachfahren dieses Kreises mit einem anderen Modewort gern als „Vordenker“ poussieren, das ihnen zuschreibt, heute schon zu denken, was andere morgen nicht nur ihnen nachdenken, sondern häufig auch tun sollen.)

Tucholsky beließ es nicht bei der Bloßstellung. Er entwickelte, was nach seiner Überzeugung im erörterten Zusammenhang die Kennzeichnung „Zeit“ allein verdiene. Wer durch die Zeit einen Querschnitt ziehe, der stoße auf „vielerlei Schichten“. Er treffe auf die Schicht „schon“, also die soeben entstandene, auf die darunter liegende „noch“, die demnächst vergehen oder absterben oder vernichtet werden wird, dann auch auf die „alte“ und – die „ganz alte“ und sie alle würden nebeneinander existieren. Das Resümee lautete: „Nur, was allen diesen Schichten gemeinsam ist: das macht die Zeit aus.“

Was dieses Gemeinsame an Gedankenwelt und Gefühlshaushalt, Verhaltensweisen und Verweigerungen heutzutage in deutschen Landen sei, darüber darf gerätselt, nachgedacht und auch gestritten werden. Jedoch: Wie sich 1930 entschlüsseln und benennen ließ, was hinter der handlichen Verwendung von „Zeit“ sich verbarg, so könnte auch 1997 auf verständliche Begriffe gebracht werden, was

hinter dem „Zeitgeist“ interessiert oder gedanken- und absichtslos versteckt wird. Und in einer sich als links verstehenden Zeitung zumal, in der Redakteure und Autoren doch gelegentlich gegen ihn anschreiben. Dagegen ließe sich nun freilich wieder vorbringen, dass deren in Sachen Gesellschaft geschulte Leser nicht um das Vergnügen gebracht werden wollen, dies von Fall zu Fall selbst herauszufinden.

Faschismus oder Nationalsozialismus. Nur ein Streit um Begriffe?

Angesichts des inflationären Gebrauchs des Wortes „faschistisch“ täte eine genaue Bestimmung schon not. Die klassische Definition Dimitroffs trifft das politische Wesen, doch die Erscheinungsformen differieren sehr. Gemeinsam im Ideologischen scheint mir bei allen Spielarten jüngster Vergangenheit und Gegenwart: elitäre Massenverachtung bei gleichzeitiger Sehnsucht nach dem Aufgehen im Anonymen („Magie der Viererreihe“); militanter Nationalismus bei gleichzeitigem Bemühen, eine Internationalität herzustellen; starres Schwarz-Weiß-Denken; Verherrlichung des Brutalen, Grausamen, Blutigen, Vorgesellschaftlichen bei gleichzeitiger Faszination durch Technisch-Industrielles; Verlangen nach Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen, ja persönlichen, ja privaten Lebens bei gleichzeitiger Bejahung des anarchischen Kampf aller gegen alle; Denunziation von Vernunft, Gewissen und Bewusstsein; Führerprinzip; Demagogie; Fanatismus; extremer Antikommunismus, und eben dies alles zusammen, nicht isoliert.

Aus: Franz Fühmann, Zweiundzwanzig Tage oder Die Hälfte des Lebens Rostock 1973, S. 94.

Mit dem Untergang von Staaten und mehr noch mit dem von gesellschaftlichen Systemen ist auch ein Wandel der Sprache unausweichlich verbunden. Die veränderte Wirklichkeit verdrängt Begriffe, die gestern noch zur Alltagssprache gehörten, in die Erinnerung der Zeitgenossen und nach deren biologischem Ende erhalten sie sich allenfalls in historischen Darstellungen. Das haben wir soeben erlebt. Im Falle des Endes der DDR sind nicht nur in den Alltag, sondern auch in die Sprache der Publizisten und von Wissenschaftlern jedoch Begriffe eingedrungen, die nicht allein und direkt aus den neuen materiellen Verhältnissen herrühren, wie es im Falle des Ersatzes von HO durch eine Begriffsgruppe wie Kaisers, Plus, Aldi u. a. beobachtet werden kann. Es vollzog sich auch eine weitgehende Aneignung der Fachsprache an die bis dahin nur „im Westen“ gebräuchliche. In der Geschichtswissenschaft und Geschichtstheorie kann das allenthalben beobachtet werden. So ist auch der Begriff „Faschismus“ weithin durch „Nationalsozialismus“ ersetzt worden. Wer im einstigen Gebiet der DDR noch Faschismus sagt, gibt zu erkennen, dass er jedenfalls in diesem Punkte unangepasst ist, wenngleich der Begriff, wie weniger bekannt ist, keineswegs nur von denen gebraucht wird, die sich in der gedanklichen Tradition des historischen Materialismus bewegen. Ernst Nolte gibt das im deutschen Sprachraum bekannteste Gegenbeispiel.

Bleibt zu fragen, warum dieser rasche Wechsel möglich war? Gewiss, er bildet nur eine einzelne Tatsache aus der Tatsachenmasse, die von der geistigen Überwältigung der einstigen DDR-Bevölkerung zeugt. Doch ihre Mehrheit war mit dem Begriff „Faschismus“ gleichsam großgeworden. Warum also dieser rasche und komplikationslose Abschied? Gehört der Geschichtswissenschaft des untergegangenen Staates daran auch eine Aktie? Sie scheint mir nicht bestreitbar zu sein. Die Frage führt uns auf ein wenig beackertes, nein, wenig betretenes Feld: das der vergleichenden Faschismusforschung. Streng genommen kann von ihr für DDR-Zeiten nicht die Rede sein. Dabei hätte die staatliche Gemeinschaft in Osteuropa und auch die Existenz bilateraler Historikerkommissionen, man denke an die mit Ungarn oder mit Bulgarien einen Boden dafür abgeben können, sich vergleichenden Fragestellungen zu widmen. Das wäre auch die unerlässliche Voraussetzung dafür gewesen, den Gebrauch des Begriffs Faschismus über die Zunft hinaus auf einen festeren Boden zu stellen. Das ist offenbar nicht geschehen, und das ergibt eine Antwort darauf, warum die Barrieren gegen den Einzug des Begriffs „Nationalsozialismus“ in den Sprachgebrauch der Ostdeutschen, die sprachliche Unterwerfung auch in diesem Punkte, ziemlich problemlos vor sich ging.

Davon ist hier und heute die Rede, weil, wer die Arbeiten von Kurt Gossweiler kennt, doch weiß, dass in ihnen mehrfach Anstöße für die vergleichende Untersuchung faschistischer Strömungen und Staaten gegeben wurde. Wie gesagt, ohne dass sie aufgenommen worden sind. Nun sehen wir uns auch in diesem Punkte dem Zwang gegenüber, Nacharbeit zu leisten, und wissen doch, dass sie zunächst nur der unterlassenen Selbstverständigung derer wird dienen können, die sich das „neue Geschichtsbild“ nicht leicht aufzwingen lassen. Im Folgenden wird nicht mehr unternommen, als eine, durch die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit bedingtflüchtige Auseinandersetzung mit den politischen und den wissenschaftlichen Einwänden gegen den Begriff „Faschismus“.

In der Geschichtswissenschaft wie allgemein in der Soziologie sind drei voneinander unterschiedene Einstellung zu erkennen. (1.) Eine Minderheit von Wissenschaftlern sehr verschiedener theoretisch-methodologischer Strömungen vertreten die Auffassung, dass der Begriff „Faschismus“ internationa-

len, namentlich europäische Bewegungen und Staaten der zwanziger bis vierziger Jahre unseres Jahrhunderts zutreffend charakterisiert. In dieser Gruppe rekrutieren die historischen Materialisten gleichsam die stärkste Fraktion. (2.) Die Mehrheit lehnt ihn mit der Begründung ab, bei ihm handele es sich um eine falsche und irreführende Abstraktion, um eine Konstruktion. (3.) Wieder andere billigen ihm eine begrenztes, auch von ihnen nicht einheitlich bestimmtes Feld zu, auf dem seine Anwendung zu rechtfertigen sei.

Auf die wissenschaftlichen, geschichtstheoretischen und geschichtsmethodologischen Gründe wird zurückzukommen sein. Im Vordergrund aller Begründungen, die sich gegen die Verwendung des Begriffs Faschismus auf deutsche Zustände wehren, stehen aber eindeutig politische Argumente, die freilich als wissenschaftliche ausgegeben werden und erscheinen. Besonders klar und in einer bemerkenswerten Konzentration lässt sich das an den Äußerungen des Publizisten Ralph Giordano zeigen. Wer in Deutschland und für deutsche Herrschaftszustände den Begriff verwende, schreibt er wie immer in Ritterrüstung, der befleißige sich des „alten SED-Stils", begehe eine „geschichtsverfälschende Relativierung des staatlich instituierten Nationalsozialismus" und eine fälschliche „Gleichsetzung mit anderen Gewaltregimen". Er meint, von einer NS-bagatellisierenden Falschformel und von einer stalinistischen Sprachregelung sprechen zu müssen, die eigens erfunden worden sei, um mit dem Begriff „Nationalsozialismus" nicht den geschändeten Begriff Sozialismus nennen zu müssen.[1] Lässt man das Geschrei beiseite, dann bleibt ...: Wer nicht „Nationalsozialismus" sage und schreibe, der verharmlose das Regime und seine Verbrechen. Dieser Vorwurf, inspiziert man die einschlägige Literatur, hat nun aber bemerkenswerte Adresse, denn mitunter trifft man die zustimmende Bezugnahme auf den Begriff „Faschismus" an unvermuteter Stelle. In einer Publikation des Bundeszentrale für politische Bildung wird der schon im Generaltitel „Nationalsozialismus" stehende Begriff benutzt, dann aber, und zwar dort, wo hervorgehoben werden soll, dass dieses verbrecherische Gedanken- und Herrschaftssystem nicht „typisch deutsch" genannt werden darf, heißt es, dass „der Faschismus erwiesenermaßen eine weit über Deutschland hinausreichende Erscheinung darstellt."[2] Giordano [befindet sich] also nicht nur in der Kampfbahn gegen SED und Stalinisten, sondern auch gegen die staatliche politische Bildungszentrale.

Unter den westdeutschen Historikern, die in besonderem Maße für die Übernahme des begrifflichen Etikettenschwindels der Hitler, Eckart, Goebbels etc. in die Geschichtswissenschaft der BRD gesorgt haben, besetzt Karl Dietrich Bracher, zugleich ein Streiter für die Totalitarismusdoktrin gegen den Kurt Gossweiler früh argumentiert hat, einen exponierten Platz. Er lässt jedoch die Charakteristik „faschistisch" nicht nur für Italien, sondern auch für politische Bewegungen in Staaten Süd- und Südosteuropas gelten, sieht sie aber auf Deutschland völlig zu Unrecht angewendet. Faschismus und Nationalsozialismus, meint er, seien „weit und prinzipiell verschieden".[3] Mit der Bestimmtheit dieser Aussage kontrastiert eine andere. Denn aus der gleichen Feder, die sich so entschieden gegen die Verwendung des Begriffs „Faschismus" auf deutsche Verhältnisse wendet, war 1986 nicht weniger bestimmt zu lesen, dass die Wissenschaft von „einer brauchbaren Theorie" noch weit entfernt sei.[4] Theoriebildung und Begriffsarbeit gehen hier offenbar nicht miteinander, sondern diese eilt jener voraus, ist fixiert, bevor in einer Forschungsstrategie auch nur der Hauptweg zurückgelegt ist. Gerade darin besteht, wie in jedermanns frischer Erinnerung, ein keineswegs in allen Belangen ungerechtfertigter Vorwurf gegen die Marxisten.

Ohne dies weiter im Einzelnen darzutun lässt sich feststellen. Der geistige Aufwand innerhalb wie außerhalb der Wissenschaft, der zur Fundierung des eigenen Standpunkts gegen den von Anhängern der materialistischen Theorie vertretenen betrieben wird, ist nicht eben groß. Weithin begnügen sich die Widersacher überhaupt mit dem Verweis, dass Marxisten sich des Begriffs „Faschismus" bedie-

---

1 So in einer Zuschrift an die Redaktion von *„Kalschnikow"* vom Sommer 1997, den mir die Redaktion freundlicherweise zur Kenntnis gab.

2 Der Nationalsozialismus. Informationen zur politischen Bildung Nr. 123/126/127. Hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Neudruck 1978, S. 62

3 Karl Dietrich Bracher, Faschismus. In: Staatslexikon in 5 Bde., Freiburg 1986, S. 550 und 555.

4 Karl Dietrich Bracher, a. a. O., S. 558.

nen, um die Frage mit ihm gleichsam en passant zu erledigen. Gegen seine Verwendung für die Ideologie, die Bewegung und Partei, die Diktatur, die sich mit dem Führer Hitler verbindet, werden in der Wissenschaft wie in der Publizistik vorzugsweise politische Argumente vorgetragen. Das gängigste lautet, es handle sich um einen politischen Begriff, was schlechterdings niemand bestreitet, was aber nicht eo ipso bedeutet, dass es sich um einen außerwissenschaftlichen, von der Wissenschaft nicht zu definierenden Begriff handeln würde. Diese Abweisung steigert sich in dem Hinweis, Faschismus sei ein Kampfbegriff gewesen, was ebenso wenig in Abrede gestellt wird. Aber ist nicht auch Frieden seit Jahrzehnten ein Kampfbegriff, der in vielen Sprachen „Peace now"-Demonstrationen von Hunderttausenden und gar von Millionen Menschen vorangetragen wurde? Es sei, wird weitergesagt, mit ihm wieder und wieder interessierter Missbrauch getrieben worden, was wahr und ebenso blauäugig ist. Denn wieviel größerer und in seinen Wirkungen verhängnisvollerer Missbrauch wurde mit dem angebotenen Begriff „Nationalsozialismus" getrieben. Schließlich, wir hörten es bei Giordano, richtet sich gegen die „Linke" der Vorwurf, sie wolle „Nationalsozialismus" nur deshalb nicht sagen, weil sie im Hinblick auf den Begriff Sozialismus ein Monopol beanspruche und so etwas wie ein Reinheitsgebot befolge. Diese Hemmung soll nicht in Abrede gestellt werden. Durch sie verstärkt sich gewiss die Ablehnung des Begriffs „Nationalsozialismus", doch ergibt sich daraus nicht die Begründung für die Verwendung von „Faschismus". Emotionale Faktoren haben schon bei den Zeitgenossen eine Rolle gespielt, mehr noch aber, dass sie erfahren mussten, wie erfolgreich ihre Gegner für den „nationalen Sozialismus" Reklame machten, während sie mit der Propagierung des internationalen Sozialismus deutlich ins Hintertreffen und an, freilich nicht bemerkte oder nicht eingestandene, unübersteigbare Grenzen gerieten.

Der Vorwurf, der gegen die Verfechter des Begriffs „Faschismus" in einer allgemeinen Bedeutung vorgetragen wird, ist der des mangelnden Unterscheidungsvermögens. Damit ist der theoretische Kernpunkt des Streits bezeichnet. Er lautet, in eine Frage zusammengefasst: Besitzen die Bewegungen, die nach dem ersten Weltkrieg vor allem in Staaten Europas entstanden, Gemeinsamkeiten des Wesens (der Herkunft, der Wurzeln, der Interessen, der Ziele), die ihre verallgemeinernde Zusammenfassung unter *einen* Begriff rechtfertigen oder überwiegen deren Unterschiede, so dass eine derartige Subsumierung eine schlechte, falsche Abstraktion bedeutet, die wiederum Missverständnisse und Fehlurteile befördert. Am Beginn der marxistischen Analyse des Faschismus stand die Feststellung einer engen Verwandtschaft der in mehreren europäischen Ländern entstehenden neuartigen Bewegungen. Sie war allein äußerlich wahrnehmbar. Auf sie deuteten schon die Bilder ihrer martialischen Männerkolonnen, ihre Propaganda- und anderen Kampfmethoden, insbesondere ihre Gewalttätigkeit, aber ebenso das militaristische Gehabe der Führer, die Grußgesten und anderes.

Wie aber stand es um die innere Verwandtschaft? Da kamen nicht nur Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten, sondern auch Unterschiede ins Blickfeld und ihr jeweiliges Gewicht war alsbald umstritten. Das galt insbesondere für die Perspektiven, die diesen Gegenrevolutionären in den jeweiligen Ländern zugebilligt wurden. Doch wurde bei allen Unterscheidungen früh erkannt, dass das Gemeinsame überwog: die Kampfstellung gegen die Arbeiterbewegung und den Sozialismus, gegen die Sowjetunion, gegen Demokratie und Liberalismus und alle republikanischen Staatsformen, gegen jedwede geistige und politische Strömung, die sich aus der Aufklärung herleitete, und also auch gegen die Idee und die Praxis des Friedens. Überall erwiesen sich die Faschisten, wenn auch mit deutlich unterschiedenen und unvereinbaren Stoßrichtungen, als extreme Nationalisten, als Nationalchauvinisten und auch als Vertreter von Rassentheorien. Der italienische Faschismus war mit seiner Vorgeschichte im Interventionismus der Jahre 1914/1915 geradezu eine Kriegsgeburt. Krieg gegen die Mittelmächte, Österreich und Deutschland, und Eroberung von habsburgischen und slawischen und arabischen Gebieten, war buchstäblich sein erstes Wort. Und wenn der deutsche Faschismus auch eine Nachkriegsgeburt war, so trug er doch die ganz ähnlichen kriegerischen Züge von Anfang an. Hier richteten sie sich auf Revanche und wie Hitler bald einbekannte, nicht nur auf sie, sondern auf Eroberungszüge, die den gescheiterten weit übertreffen sollte. Die programmatischen Grundaussagen und die praktischen Grundlinien der faschistischen Politik waren wesensverwandt und erwiesen diese Verwandtschaft überall, wo die Faschisten an die Macht kamen. Das zeigte sich von den Methoden

der Unterwerfung und der Korrumpierung der Arbeiterklasse bis in ihre außenpolitischen Aktionen. Großdeutschland, Großitalien, Großungarn, Großrumänien, so lassen sich knapp die Ziele formulieren, die ihre jeweiligen eher entlarvenden, denn verhüllenden Parolen besaßen.

Diese Gemeinsamkeiten können schlechthin nicht bestritten werden und tatsächlich läßt sich auch kaum jemand darauf ein, an ihnen mit dem Hinweis auf erhebliche quantitative Unterschiede herumzudeuteln. Diese, etwa das Ausmaß der Repression der Gegner oder den geographisch, demographisch und ökonomisch geprägten Umfang der Expansionsziele betreffend, werden ohnehin von niemandem geleugnet. Im Grunde ist die Auseinandersetzung, mit der die Untauglichkeit und das Irreführende des Faschismusbegriffs bewiesen werden soll, auf ein Argument gestellt. Es lautet: Holocaust. In der Tat geht die Idee und die Programmatik des Massenmords an den europäischen Juden und der ganz überwiegende Teil ihrer Ausführung auf die Initiative der faschistischen Machthaber in Deutschland zurück und eine Reihe bekannter Tatsachen steht dafür, dass manche ihrer Verbündeten und Kollaborateure zur Mitwirkung an dem Verbrechen gedrängt, auch gepresst werden mußten.

Die das Argument ins Feld führen, sehen sich zunächst einigen logischen Schwierigkeiten gegenüber, denen aber kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird. Denn wer sich auf den Standpunkt stellt, der Massenmord an den europäischen Juden verbiete es, die deutschen Faschisten „Faschisten“ zu nennen, der muß sich doch der Tatsache stellen, dass das Verbrechen im Jahre 1941 befohlen und begonnen wurde und seine Ausführung nicht viel früher, im Verlauf der Vorbereitungen des Überfalls auf die UdSSR, erdacht und geplant worden ist. Da existierte der deutsche (und der internationale) Faschismus etwas mehr als zwei Jahrzehnte. Besagtes Verbot besitzt derart rückwirkende Kraft. Das würde eine Begründung verlangen. Sie wird nirgendwo geboten. Das Argument genügt allein logischen Anforderungen nicht, denn es ließe sich mit nicht weniger Recht postulieren, es habe erst um 1941 eine Sonderentwicklung des deutschen Faschismus eingesetzt, durch die er sich von allen anderen Faschismen abzuheben und eben abzusondern begann. Das Dilemma ist nicht behoben, wenn der Antisemitismus zum dominierenden Charakteristikum des deutschen Faschismus, des „Nationalsozialismus“, erklärt wird, denn das geschieht wieder die Fakten, weshalb heute auch in der Geschichtswissenschaft mehrerer Strömungen die Auffassung vertreten wird, das von einem geplanten Massenmord seit den frühen zwanziger Jahren nicht gesprochen werden kann.

Da nicht begründet werden kann, dass Wesen und Ziele des deutschen Faschismus sich auf den Antisemitismus reduzieren lassen, wird von einer Gruppe von Forschern und Publizisten die Auffassung verbreitet, dass imperialistische Eroberung von „Lebensraum“ und Judenmord von den deutschen Machthabern als zwei gleichrangige Ziele nebeneinander existiert und verfolgt worden seien. Mehr noch: In dem Grad wie das erste, die Eroberung, sich als unerreichbar erwiesen habe, wäre das zweite in den Vordergrund getreten und schließlich als das alleinige übriggeblieben. So erscheint das Regime letztlich, hier gemeint als: in seinem letzten Stadium, allein als judenmörderisch. Diese Sicht wird mit der Behauptung gleichsam angereichert, dass im Konfliktfall der Sieg im Kriege gegen die feindlichen Mächte hinter dem Sieg im „Krieg gegen die Juden“ hätte zurücktreten müssen. Die dafür vorgetragenen Argumente sind gut bekannt: es ist die zweifach aufgefächerte These, wonach der personelle und materielle Kräfteaufwand, den die Judenmörder verlangten, vor dem rangiert hätte, den die Wehrmachtsführung beanspruchte. Indessen sind die dafür beigebrachten Beweise nicht stichhaltig. Sie bestehen aus Behauptungen, für die kein einziges Dokument beigebracht werden konnte.

Wer sich mit der Ansicht, der Holocaust spräche für die Einzigartigkeit des deutschen Faschismus und damit gegen die auf ihn gemünzte Verwendung des Begriffs „Faschismus“ nicht nur auf dem bisher begangenen Wege, dem Nachweis der Unzulänglichkeit der dafür beigebrachten Begründungen auseinandersetzen will, der muß vor allem den Platz des Judenmords im „Dritten Reich“ bestimmen und so die Auffassung widerlegen, dass er die alleinige Spitze oder (gemeinsam mit der Eroberung) die Doppelspitze im Zielsystem der deutschen Machthaber gebildet habe. Diesem Vorgehen steht eine inzwischen errichtete Barriere entgegen, denn es wird unterstellt, dass jede Zuordnung des Großverbrechens zu Krieg und Kriegsziel seine Relativierung bewirke. Das ist zwar nicht einsichtig, besitzt aber nichtsdestoweniger die Wirkungskraft eines Bannfluchs. Die Tatsache, dass es im Zentrum Berlins und unweit der einstigen Lenkungszentrale des Judenmords ein separates Denkmal für

die 5 bis 6 Millionen Opfer des Holocaust geben wird, muß, unabhängig von allen Absichten der Urheber, exakt einer Geschichtsauffassung zu arbeiten, die den Judenmord aus seinen ideologischen und politisch-praktischen Bezügen herauslöst. Da wird nicht nur eine Barriere, sondern so etwas wie ein Wall entstehen, der Zusammenhänge schwer-, wenn nicht unerkennbar macht. Dass wir es in der Geschichtswissenschaft der DDR nicht dahin gebracht haben, eine Definition des Faschismus an der Macht zu entwickeln, welche die Massenvernichtung, die 1933/1935 nach ihrem Charakter und Ausmaß nicht annähernd vorausgesehen werden konnte, einbegriff und gedanklich-theoretisch verarbeitete, erleichtert es bis heute, den Faschismus auf den Massenmord und die an ihn zu richtenden Fragen auf die Täter und die Opfer einzugrenzen, auf Fragen, die notwendig gestellt werden müssen und keineswegs hinreichend beantwortet sind. Die aber, die Goldhagen-Debatte zeigte es ebenso wie die Diskussion um die Ausstellung „Vernichtungskrieg“, von der Analyse der materiellen gesellschaftlichen Zusammenhänge wegführen. Diese Ausrichtung des Denkens und Forschens besitzt in der Art wie die einstigen Konzerne Zeiss und Siemens 1997 ihre jeweiligen 150. Geburtstage begingen, eine komplementäre Erscheinung. Von Kapitalismus und Kapital wird im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus nun wirklich immer weniger geredet. Das mag angesichts des Anlasses, der uns hier zusammengeführt hat, und angesichts der Verdienste Kurt Gossweilers um die Enthüllung dieses Wechselverhältnisses als eine düstere Feststellung gehört werden. Doch war es nie die Sache der Historiker, frohe Botschaften zu vermitteln. Wo sie sich dennoch darauf eingelassen haben, begaben sie sich über die Grenzen ihres Handwerks.

Wir brauchen eine Mobilmachung gegen die faschistischen Werber

Referat auf der Landestagung der VVN/Bund der Antifaschisten in Dachau am 9. Mai 1998

Die Zahl, die wir in christlicher Tradition in unseren Kalendern finden, bietet zwei Jahre vor der Jahrhundert- und Jahrtausendwende, eine immer stärkere Verleitung für Rückblicke auf dieses zu Ende gehende zwanzigste Jahrhundert. Manche, die es das kurze genannt haben, meinen gar, es sei im Grunde schon vorüber. Sie datieren es zwischen die Jahre von 1917 und 1990. Das könnte sich von einem späteren Standort aus doch wieder anders ansehen. Sei dem, wie es sei. Solche weiteren Blickwinkel können die Analysen schärfer und weniger kurzlebig, die Bilanzen genauer machen.

Am Beginn dieses Jahrhunderts kannte niemand den Begriff Faschismus und folglich auch seinen komplementären nicht, den des Antifaschismus. Das änderte sich kurz nach dem Ende des Weltkriegs, der später als der erste bezeichnet werden musste. Antifaschismus – das bedeutete seit 1922 in Italien Arbeit und Kampf für den Sturz einer neuartigen Diktatur, an deren Spitze eine reaktionäre Partei ganz neuen Typus stand. Antifaschismus besagte in einer Reihe weiterer und an Zahl zunehmender Länder alsbald Arbeit und Kampf gegen die Übernahme und den Sieg des italienischen Modells. Die Zerschlagung dieses ursprünglichen Typs von faschistischen Parteien, Bewegungen und Regimen gelang jedoch erst, nachdem sie einen Krieg ohne Beispiel angezettelt und geführt hatten und sie erfolgte mit dem größten militärischen Aufwand, der bis dahin von Menschen aufgeboten worden war. Da schrieb man nahezu die Jahrhundertmitte. Der Faschismus war auf das Äußerste diskreditiert, sein Name zum Synonym für Krieg und Zerstörung, millionenfaches Sterben und millionenfaches Morden geworden. Der Wunsch, die Hoffnung, die Forderung der Überlebenden drückte sich in der populärsten aller damaligen Losungen aus: „Nie wieder Faschismus“.

Die die von Deutschland geführte faschistische Mächtekoalition zur Strecke gebracht hatten, als Soldaten in den Armeen der Antihitler-Koalition, als Partisanen, als Widerstandskämpfer, genossen das höchste Ansehen. Die gegen ihn unter den Bedingungen des Terrors kämpften, in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern litten und befreit worden waren, waren wie sonst niemand legitimiert, Plätze in der ersten Reihe derer einzunehmen, die neue Wege für ihre Völker und Nationen suchten. Hätte sich in dieser Stunde des Neubeginns jemand vorstellen können, dass mehr als fünf Jahrzehnte später in einer Reihe europäischer Staaten – und zwar von Russland bis nach Frankreich, vom Ural bis an den Atlantik – faschistische Ideen aufleben, faschistische Kräfte sich regen und an Einfluss gewinnen könnten und dass – und dies in noch größerer Zahl – politische Bestrebungen sich geltend machen würden, die ihre mehr oder weniger enge Verwandtschaft mit dem Faschismus zwar tarnen, aber doch nicht vollständig unsichtbar machen können?

Gewiss, dieser europäische Kontinent ist in den zurückliegenden mehr als fünf Jahrzehnten gründlich verändert worden. Nirgendwo steht ein Hitler, ein Mussolini, ein Franco direkt vor den Türen der Staatsmacht. Doch stellen jene, die darauf verweisen, auch in Rechnung, in welchem Tempo sich geschichtliche Situationen in der ersten Jahrhunderthälfte wandelten, wie schnell die Machtverhältnisse sich veränderten? Wer hätte, als 1928 in Deutschland der Sozialdemokrat Hermann Müller an der Spitze einer Koalitions-Regierung, deren wichtigster Partner die katholische Zentrumspartei war, zum Reichskanzler gewählt wurde, daran gedacht, dass fünf Jahre später Hitler Regierungschef sein würde? Welche ernsthaften, d. h. einer gründlichen Prüfung standhaltenden Argumente können dafür angeführt werden, dass sich – in welcher Modifikation und Variation auch immer – nicht wiederholen kann, was einmal geschehen war?

Seit der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts existiert mit antidemokratischen Bewegungen und Herrschaftsformen eine Erfahrungsmasse, die doch nur den einen zur Warnung dient, von anderen hingegen als Orientierung und Ermutigung angesehen wird. Demgegenüber stoßen wir in Deutschland auf eine breit gefächerte Skala von Reaktionen. Auch bei ihnen handelt es sich nicht um Neuerfindungen, sondern um Wiederholungen von schon einmal Dagewesenem. Die einen reden die Gefahren klein, stiften unausgesetzt Beruhigung, bekunden ihr festes Vertrauen in die Selbstheilungs- und Abwehrkräfte der demokratischen Gesellschaft, beteuern, Bonn sei doch nicht Weimar, und erklären mitunter

das Auftreten von Faschisten und deren Verwandten zu einem Preis, der für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung nun einmal bezahlt werden müsse. Also: Man müsse es sich eben mit diesen Faschisten, an denen kaum irgendetwas zu entdecken ist, dass den Zusatz „Neo“ verdient, einrichten und sie als eine Randerscheinung der politischen Zustände hinnehmen.

Anderen malen die Gefahren ins Überdimensionale, übertreiben die Chancen dieser Faschisten, sehen sie auch dort, wo es sich in Wirklichkeit um Konservative und andere Reaktionäre handelt und versprechen sich von ihrem Verfahren eine alarmierende Wirkung. Diese Sicht geht gewöhnlich mit einem erneuten inflationären Umgang mit dem Begriff „Faschismus“ einher, der die trüben, die Sache des antifaschistischen Kampfes schwer schädigenden Erfahrungen ignoriert, die im Weimarer Staat mit Konstruktionen wie dem „Seeckt-Faschismus“, dem „Brüningfaschismus“, dem „Papen-Faschismus“ und vor allem mit dem „Sozialfaschismus“ gemacht wurden.

Abwiegelung und Übertreibung, das sind die beiden Haltungen, welche die Endpunkte dieser Skala markieren. Während die beruhigende Botschaft, die bequem ist, in der Gesellschaft weithin und leichten Glaubens angenommen wird, wird die andere mit der Forderung, sich zu beunruhigen, ebenso weithin zurückgewiesen. In der Tat lässt es sich doch in diesem Lande leben, ohne diese Faschisten anders wahrzunehmen als auf den Bildschirmen der Fernsehgeräte. Wer aus seiner gesitteten Wohngegend mit dem Auto morgens zu seiner Arbeitsstätte und gegen Abend von ihr wieder in sein Heim fährt, hat auch keine Kleingruppe dieser Sorte je aus der Nähe erlebt. Wer sich namentlich in Großstädten in öffentlichen Verkehrsmitteln bewegt, besitzt eine andere Anschauung. Heute fahren ungleich mehr Deutsche Auto als 1929 oder 1930. Und die meistgelesene regionale Tagespresse platziert ihre Meldungen über Gewalttaten der Faschisten auch so, dass sie ohne Schwierigkeiten überlesen werden können.

Was sich in Schulen abspielt, in welchem Grade in nicht wenigen von ihnen der Ton von Jugendlichen angegeben wird, die sich an reaktionären Mustern orientieren, die Druck auf die Verhaltensweisen ihrer Mitschüler ausüben, wie viele Lehrer die Parteinahme gegenüber dieser Situation inzwischen bereits scheuen, welcher Handel mit Erzeugnissen der einschlägigen Musikproduktion getrieben wird – das gehört zu den weithin ignorierten Tatsachen, über die in der überregionalen Presse wenig zu lesen ist. In der regionalen dominieren ohnehin die erfreulichen und ans Herz greifenden Berichte über Wiedersehenstreffen von Absolventen, aus denen inzwischen „etwas geworden“ ist, und über die guten Taten von braven Schülern, Lehrern und edlen Sponsoren.

Erforderlich ist statt Abwiegelung und Übertreibung eine redliche und nüchterne Bilanz. Zu ihr zu gelangen, erfordert nicht allein intellektuelle Anstrengung, sondern schließt bereits die politische Auseinandersetzung voraus. Denn die Mächtigen im Staate Bundesrepublik – das hat sich zuletzt noch im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden von faschistischen und anderen rechtsextremen Erscheinungen in der Bundeswehr deutlich gezeigt – verleihen ihrer Botschaft auch dadurch mehr Glaubwürdigkeit, dass sie die faktischen Gründe der Beunruhigung zu verheimlichen suchen. Wenn und wo in Deutschland von Ursprüngen und Antrieben von Nationalismus und Rassismus dennoch gesprochen werden muss, dann und dort werden sie mit Vorliebe in der Geschichte der DDR entdeckt. Die Argumente haben gleichsam die Seite gewechselt. Zu DDR-Zeit wurden von deren Führung erklärt, es schwappe Rechtextremismus einzig von Westen her über die Grenze. Nun heißt es, er sickere und gluckere noch immer aus dunklen Quellen sozialistischer Vergangenheit und verunreinige die schöne deutsche Einheitsrepublik. Die Zu- und Abweisungen von Schuld besitzen immer dann Hochkonjunktur, wenn das Hervortreten von skandalösen und nicht zu verheimlichenden Tatsachen „Erklärungen“ verlangt und allzu grobe Ausflüchte unmöglich macht. Das ist der Fall, wenn wieder eine Wohnstatt von Ausländern in Flammen aufgeht oder ein ähnliches Verbrechen ruchbar wird oder wenn – wie jüngst in Sachsen-Anhalt – ein jedenfalls in diesem Zahlenverhältnis unerwartetes Wahlergebnis die Politiker und Teile der Öffentlichkeit aufscheucht.

Wer nicht aus der Klemme, sondern den Erscheinungen auf die Wurzel kommen will, wird von der Gesellschaft als Ganzem reden und sich auch geschichtlicher Erfahrungen versichern müssen. Der Faschismus entstand in der ersten Jahrhunderthälfte auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft. In ihr konnte er Wurzeln schlagen und seinen Nährboden finden. Diese Gesellschaft existiert bis heute

in ihrer sozialen Grundstruktur fort. Sie war für das Aufkommen von faschistischen Parteien und in einigen Ländern für deren Sieg eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung. Während in den einen kapitalistischen Staaten Europas nämlich die faschistischen Führer an die Staatsmacht gelangen konnten, blieben sie in anderen weit von ihrem Ziel entfernt und in dritten gelangten sie nur mit ausländischer Hilfe an das Regierungsruder. Anders ausgedrückt, und eine alte Erkenntnis wiederholend: Der Faschismus ist keine gesetzmäßige Erscheinung, er stellt keine notwendige Durchgangsstufe gesellschaftlicher Entwicklung dar und er bildet auch nicht so etwas wie den von den Profiteuren dieser Gesellschaft heimlich erstrebten Idealzustand. Zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Situationen kann das faschistische System ihren Herrschaftsinteressen zuträglich, zu anderen auch abträglich sein.

Damit der Faschismus in Italien und Deutschland zu einer ins Gewicht fallenden oder gar zu einer Massengefolgschaft gelangen konnte und bevor ihn einflussstarke Kräfte 1933 an das Staatsruder lancierten, mussten spezielle Faktoren und Interessenlagen hinzukommen. In Italien war das in der krisenhaften, nachrevolutionären Situation zu Anfang der zwanziger, in Deutschland unter den Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe am Anfang der dreißiger Jahre der Fall. Ähnliche politische und soziale Lagen existieren heute nicht. Die Herrschenden sehen ihre Macht nicht erschüttert oder gar gefährdet. Vielmehr sind sie, nachdem der realsozialistische Widerpart untergegangen ist, der Unerschütterlichkeit, ja der Unentbehrlichkeit ihrer Stellung und Rolle, in einer Weise gewiss wie seit Jahrzehnten nicht. Revolutionsfurcht und Revolutionsangst sind für sie zu Fremdwörtern geworden. Davon zeugt auch die Tatsache, dass sie ihre Instrumente mit einer Rigorosität gebrauchen, vor der sie kürzlich noch zurückschreckten. Politisch verfügen sie im Rahmen der bürgerlichen Republik über hinreichende Alternativen, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Das zeigt sich sinnfällig soeben in den wahlpolitischen Auseinandersetzungen um die Frage zeigt, wer in Bonn bzw. in Berlin regieren soll. Die Frage, ob sie es mit schwarz-gelb, rosa-schwarz oder rosa-grün zu tun bekommen, ist in den Kapitalkreisen nicht gleichgültig, doch eine Angelegenheit der Präferenz, der voneinander abweichenden Traditionen, Vorlieben und Kalküle, aber keine dieser Kombinationen gilt im Ernst als bedrohlich oder gefährlich.

Die Politiker, Parteien und Gruppen, die sich mehr oder weniger an faschistischen Vorbildern orientieren, mögen von ihnen allenfalls als nützliche Auffangbecken für Suchende und Irrende angesehen werden, für namentlich junge Leute, die sonst womöglich sich auf der linken Seite des politischen Spektrums orientieren könnten. Als Prätendenten für das Regieren im Staate und in einem seiner Länder werden Leute vom Schlage eines Gerhard Frey nicht angesehen. Nützlich aber können sie im Innern in mehrfacher Hinsicht sein. Sie geben unter anderem auch das Material für wenig wirksame, aber umso lautstärker vorgetragene Attacken gegen diese Rechten ab, hinter denen sich gut verstecken lässt, was – wie treffend formuliert worden ist – als „Extremismus aus der Mitte“ verborgen werden soll. Neuerdings dienen Erfolge dieser Politiker des äußersten rechten Randes gar dazu, den „Zusammenschluss aller Demokraten“ zu einer großen Koalition zu rechtfertigen, wo doch eben noch von einer politischen Wende die Rede war. Er gilt als sichere Gewähr für die Bewahrung der „Mitte“, wobei niemand darüber redet oder gar programmatisch formuliert, was am Tage nach einer Koalitionsgeburt getan werden soll, um den sich ausbreitenden Sumpf trocken zu legen.

Was ruft dennoch derzeit die Erinnerung an die frühen dreißiger Jahre wach? In erster Linie bewirkt das die Arbeitslosigkeit von Millionen und die aus ihr herrührenden Leiden und Ängste der Betroffenen und auch der Bedrohten. Unter diesen Millionen lebt zusätzlich bedrückend die Gewissheit oder auch nur die Ahnung mit, dass ihre Lage diesmal nicht durch eine zyklische Wirtschaftskrise verursacht wurde, deren Ende ihnen die Chance für die Rückkehr an einen Arbeitsplatz bieten würde, sondern dass in und mit dieser kapitalistischen Gesellschaft ein Wandel vor sich gegangen ist und sich fortsetzt, der die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft dauernd dramatisch senkt. Die Begriffe der Langzeit- und der Dauerarbeitslosen reflektieren, dass sich die veränderte und für Millionen hoffnungslose Situation im Denken festgesetzt haben. Wir leben mit diesem Wissen und für viele enthält es schon so wenig eine Beunruhigung wie die Zahlen über die Obdachlosigkeit. Nicht nur unter den Politikern herrscht die Meinung vor, dass sich diese Millionen doch beherrschen lassen

werden. Die einen meinen, sie würden sich auch in einem weitmaschigeren Netz auffangen, richtiger wäre es zu sagen, einfangen lassen und diskutieren darüber, ob sich die Maschen nicht folgenlos noch etwas vergrößern ließen. Andere rechnen sich und anderen vor, dass die Mehrheit der Arbeitslosen – beispielsweise bei den letzten Landtagswahlen in Niedersachsen – doch demokratisch, genauer sozialdemokratisch gewählt habe. Als hätte es in deutscher Geschichte nie die Erscheinung von politischen Erdrutschen gegeben. Jetzt, nach dem Wahltag in Sachsen-Anhalt, ist das Bild übrigens wieder hervorgekramt worden, fälschlich und verfrüht. Die Vokabel könnte für Erscheinungen fehlen, die womöglich erst noch bevorstehen.

Und zudem, was sich an sozialem Sprengstoff bereits angehäuft hat, der nicht in eine TNT-Zahl umgerechnet, d. h. in seiner denkbaren, Demokratie zerstörenden Kraft nicht vorherberechnet werden kann, wird nun ein ungewisser Weg eingeschlagen. Auf dem von Großbanken und Großkonzernen angeführten „Marsch nach Europa“ entstehen zusätzliche Risiken, neue und vermehrte Ungewissheiten und also insgesamt eine Situation, welche die eigene Lebenswelt für Millionen immer undurchschaubarer werden lässt. Wo die aber nicht verstanden werden kann, wird nach einfachen und begreifbaren Antworten gesucht, und nicht nur nach Antworten, sondern vor allem nach rascher wendender Abhilfe. Wer sie glaubhaft anbieten kann, darf mit Gefolgschaft rechnen. Das war stets auch die Stunde der politischen Betrüger und der gewissenlosen Scharlatane, die nie Bedenken trugen, nicht nur einen radikalen, sondern auch einen baldigen Wandel zu versprechen, und die sich für ihn verbürgten, vorausgesetzt nur, ihnen würde nur bedingungslos Gefolgschaft geleistet.

Niemand vermag heute sicher vorherzusagen, welche ökonomischen und sozialen Folgen die gesteuerten und ungesteuerten Prozesse europäischer Entwicklung in den nächsten Jahren zeitigen werden. Dennoch: die Politiker geben sich auch in dieser Frage so, als würden sie, was immer eintreten könnte, [sie] beherrschen. Dabei ist bisher nur so viel gewiss, dass nichts auf den Weg gebracht wurde, was beispielsweise vorbeugend gegen denkbare katastrophale soziale Folgen wirken könnte, die aus den veränderten Bedingungen der Kapitalverwertung entspringen können. Was spricht dann gegen die Möglichkeit, dass auf die bereits abgefeierten Tage und die noch bevorstehenden Festlichkeiten an künftigen Wegmarken zu diesem Europa ganz andere Tage folgen könnten, die dann als Gegenreaktion auf enttäuschte Erwartungen den Rechtsextremen Zulauf in Massen eintrügen? Wie werden sich die mehr als zwei Drittel der Wahlbevölkerung ausmachenden Deutschen, die dem Euro mit Skepsis oder ablehnend gegenüberstehen, politisch verhalten, wenn das Experiment nachhaltig gegen ihre Interessen läuft? Mehr als zwei Drittel, die nach ihrer Meinung nicht definitiv gefragt, nicht, wie in anderen Staaten geschehen, zu einer Volksabstimmung gerufen wurden? Werden sie sich dann darauf entsinnen, dass sie durch ihre Wahlentscheidung eben jene Politiker in das Parlament gebracht haben, die ohne alle angemessenen Sicherungen einen Beschluss von einem Ausmaß fassten, das jene des Jahres 1990 erheblich übertrifft?

Sicherheiten gegen unerwünschte politische Rückwirkungen werden derzeit von den Herrschenden und Regierungen indessen nur in einer Richtung gesucht und geschaffen: gegen die wirkliche oder vermeintliche Linke. Sie, durch den Untergang des Sozialismus aufs äußerste irritiert und diskreditiert, soll den Rest erhalten. Nach ihrer historischen Niederlage wird zielstrebig daran gearbeitet, sie auch politisch-moralisch zu vernichten. „Links“ wird zunehmend zu einem Gleichwort für Chaos, Gewalt, Terror, für Gulag und Stalinismus, die „Linken“ werden für die größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verantwortlich gemacht. Über deren Untaten sei über jenen der Faschisten zu lange zu wenig gesprochen worden. Hier also bestünde der Nachholbedarf. Die Fernsehsendungen über die Nazivergangenheit und den Zweiten Weltkrieg, die an Zahl diejenigen über den „realen Sozialismus“ gewiss übertreffen, können darüber hinwegtäuschen, wie raffiniert unterschieden die Interpretationen der „beiden deutschen Diktaturen“ ausfallen. Der deutsche Faschismus und seine Verbrechen werden letztlich, manche glaubten, das sei schon erledigt, als ein historischer Betriebsunfall, als das Resultat der Anhäufung zufälliger Faktoren, als das Wirkungsfeld von Bösewichten und Unholden wie Hitler, Himmler, Heydrich, Eichmann und anderen hingestellt, deren Erscheinen und Häufung niemand so recht erklären könne. Die faschistische Herrschaftsform hat aus dieser Sicht mit dem Kapitalismus nichts zu tun. Die bolschewistische, stalinistische, parteidiktatorische, politbürokratische

Herrschaftsform aber sei die unausbleibliche, mit der Kraft eines Naturgesetzes eintretende Folge jedes Versuchs, über den Kapitalismus hinaus und in sozialistische Zustände zu gelangen. Alle Bestrebungen, die Welt zu humanisieren, dürften folglich nur als Reformen innerhalb des Kapitalismus unternommen werden.

Warum ist es notwendig, dass Antifaschisten sich über diese ideologisch-politische deutsche Antilinksfront verständigen, die nach der Wende des Jahres 1989/1990 ihre Reihen fest geschlossen hat? Weil die Vernichtungsabsicht gegen die Linken, und das ist allerdings unausweichlich, auch die Interessen des Antifaschismus betrifft, gehörten doch die Linken, seit es Antifaschismus gibt, zu dessen entschiedensten, opferbereiten, mitunter todesmutigen – nicht immer auch zu dessen geduldigen, toleranten und klugen – Verfechtern. Der gezielte Schlag gegen die Linke trifft aber den Antifaschismus nicht nur aufgrund dieser Tatsache und gleichsam objektiv, er erfolgt von denen, die ihnen führen, in voller Absicht. Die Wirkung ist gewollt. Seit nahezu acht Jahren erleben wir in Deutschland eine fortdauernde, mit vielen Mitteln vorangetriebene Kampagne, die den Antifaschismus – wie das schon in den kältesten Zeiten des Kalten Krieges geschah – zu einer bloßen Mache der Linken erklärt, zu einem Instrument der Tarnung ihrer wahren Ansichten. Den Linken, den Kommunisten zumal, sei es schon immer nur um ihre eigenen Interessen und Machtgelüste gegangen. Hier ordneten sich auch die scheinheilige Attacke gegen die „roten Kapos“ ein, deren Diffamierung gleichsam den schlüssigen Beweis dafür abgeben sollte, dass die Kommunisten nur an sich dächten und bedenkenlos über die Leichen anderer gingen.

Zu den ständig wiederholten Anklagen, denen sich der Antifaschismus ausgesetzt sieht, gehört die Behauptung, er sei ohnehin nichts anderes als ein Konstrukt zur Legitimation der eigenen Person und Politik gewesen und habe dem Zweck der Instrumentalisierung von Menschen gegen deren wirkliche, aber missverstandene Interessen gedient. Dieser Vorwurf richtet sich vor allem gegen die führenden Kräfte in der DDR, wird von da ausgehend aber verallgemeinert und zielt auf die Herabsetzung der Idee und der Praxis des Antifaschismus überhaupt. Damit aber wird die Geschichte der DDR nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern im ganzen Staat zu einem geistigen Kampffeld ersten Ranges. Das wird zwar von vielen erkannt, zugleich aber beobachten wir zum einen die Verneblung dieses Feldes und zum anderen das Bestreben, es am besten zu fliehen. Weder die Erfüllung der fortgesetzten Abforderung, sich von der DDR total zu distanzieren und sie zu einem Unrechtsstaat zu erklären, noch die sinnloseste unter den verlangten Beteuerungen, dass man ihn nicht „wiederhaben“ wolle, werden diejenigen befriedigen, die doch vor allem und mit einem sehr aktuellen Interesse verhindern wollen, dass ein differenziertes Urteil über den untergegangenen deutschen Staates gefällt, noch auf irgendeinem Felde ein sachlicher Vergleich zwischen der sozialen Wirklichkeit der DDR und jener der Bundesrepublik angestellt wird.

Zunächst aber: Wer die Instrumentalisierung von Geschichte für politische Zwecke abschaffen wollte, müsste die Politik abschaffen. Davon ist nichts in Sicht. Verdienst, das wurde schon gesagt, kann einen Anspruch in einer Gruppe oder Partei, in einem Staat, einer Gesellschaft begründen. Verdienst ist ein Ausweis von Haltung, von Wissen und Können, ganz allgemein von Vermögen. Es ist daher gelinde gesagt lächerlich, die Antifaschisten zu beschuldigen, sie hätten den Anspruch erhoben und durchgesetzt, sich an die Spitze eines Weges zu stellen, der von diesem Endpunkt des Naziregimes wegführte. Sodann aber: Kritikwürdig wurde dieser Anspruch erst, als er in einer späteren Phase der Entwicklung der DDR über das zunehmende Unvermögen einer nicht nur an Lebensjahren überalterten Führungsgruppe hinweghelfen sollte, die veränderten geschichtlichen Aufgaben zu lösen. Das ist aber nie der Kritikpunkt der Gegner der DDR gewesen. Sie wissen, dass sie in der End-Krise dieses Staates gerade vom Unvermögen dieser Führer profitieren konnten. Ihre Kritik richtet sich seit eh und je gegen die Tatsache, dass deutsche Antifaschisten überhaupt den praktischen Nachweis führen konnten, dass sich der Faschismus einschließlich seiner sozialen Wurzeln ausroden ließ. Nicht die Entscheidungen der ersten Jahre haben in Ostdeutschland die Geleise in eine Sackgasse gelegt. Das ist erst später geschehen, als sich auf dem Wege jenseits des Kapitalismus international die Reformunfähigkeit des neuen Systems erwies und es im ökonomischen Wettbewerb auch als Folge seiner verkrusteten inneren politischen Strukturen unterlag.

Eine gleichsam mildere Variante unter den Attacken gegen den Antifaschismus postuliert, legt das Schwergewicht der Anklage nicht auf seine angebliche Tarnungsfunktion oder seinen bloßen Dienst für Zwecke der Legitimation von Politik, sondern erklärt ihn unter Berufung auf die Gegenwart für überflüssig, ja für schädlich. Seine Überflüssigkeit ergäbe sich aus der Tatsache, dass Staat und Gesellschaft über hinreichende Mittel verfügten, sich gegen faschistische Bestrebungen und Umtriebe zu schützen, so dass nichtstaatliche Initiativen an sich nur störend wirkten. Die Schädlichkeit aber resultiere daraus, dass erst die Existenz und das Hervortreten von Antifaschisten die Faschisten reize, sie interessant und mobil mache. Sonst, so wird suggeriert, würden sich diese Nachfahren und Epigonen einfach totlaufen. Am besten also, man ließe sie unter sich und gewähren. Auf diese Weise wird dem anspruchslosen Bürger die Erklärung zugemutet, der Faschismus sei die Folge des Antifaschismus. Es ist nicht erinnerlich, dass in der ersten deutschen Republik, wie der Weimarer Staat mitunter bezeichnet wird, irgendjemand diesen Unsinn hätte in die Welt setzen können. Doch die praktischen Auswirkungen dieser Betrachtungsweise erweisen sich sowohl an den Gerichtsentscheiden, welche den Demonstranten erst das Recht auf die Straße zusprechen, als auch und zuletzt noch in Leipzig an der Strategie der Polizeieinsätze.

An welchem Punkte der geistigen Auseinandersetzung, um sie handelt es sich ungeachtet des Niveaus der Argumente, sind wir also angelangt? Bei dem Versuch, den Begriff „Antifaschismus“ aus dem allgemeinen deutschen Sprachgebrauch zu entfernen, ihn öffentlich nur noch mit einer abwertenden Bedeutung zu gebrauchen, ihn am besten ganz in die Sondersprache von gesellschaftlichen Randgruppen zu verweisen. Diese Arbeit an der politischen Sprache sollte niemand in ihren Folgen unterschätzen. Sie ist auf dem Wege und wird keineswegs nur von Konservativen geleistet. Ein Historiker, der seine Verdienste um ein demokratisches Geschichtsbild in der Bundesrepublik besitzt, setzt das Wort Antifaschismus in seiner jüngsten, eben erschienenen Publikation, einer Sammlung von Aufsätzen über den 20. Juli 1944, in distanzierende Anführungszeichen. Ein sozialdemokratischer Minister in Brandenburg, dem Lande, das im Hinblick auf die rechtsextremen Gewalttaten die Spitze in Deutschland hält, möchte nicht mehr von antifaschistischer, sondern von „antinationalsozialistischer Bewegung“ sprechen. Anders ausgedrückt: Dieser Staat und seine Bevölkerung haben die Auseinandersetzung um die Behauptung und die Ausgestaltung von Gedenkstätten an Leiden und Kampf von Antifaschisten, die Auseinandersetzung um die Benennung von Straßen und Plätzen, von Kriegsmaterial und Kasernen zwar noch nicht abgeschlossen, sind aber dennoch bereits darüber hinausgelangt. Es wird der Schritt vom Konkreten zum Allgemeinen getan. Mit der Erinnerung an den einzelnen Antifaschisten soll das Ganze verschwinden. Noch figuriert in den gebräuchliche Dudenausgaben der Begriff „Antifaschismus“ mit der knappen Erläuterung „Gegner des Faschismus“, doch ist das Ziel bereits erkennbar, deren Austausch gegen die Erklärung zur „kommunistischen Tarnbezeichnung“. Die „deutsche Gründlichkeit“ ist keine Erfindung.

Ist dieser Befund richtig, was folgt dann aus ihm? In erster Linie die Notwendigkeit, alle Chancen zu nutzen und, wenn es denn möglich ist, sie zu erweitern, um dem Zerrbild ein mit der historischen Wirklichkeit übereinstimmendes, sich ihr wenigstens weitgehend angenähertes Bild von der Geschichte und der Gegenwart des Antifaschismus entgegenzusetzen. Ohne die Verteidigung der vergangenen Leistungen, und das sind die – gerechnet seit den frühesten zwanziger Jahren – eines dreiviertel Jahrhunderts, kann unsere Sache in der Gegenwart nicht vorgebracht werden. Das bedeutet, sich dieser Leistungen und Verdienste forschend und lernend zu versichern und dies nicht nur im Hinblick auf die deutsche, sondern auf die europäische Geschichte, denn der Kampf zwischen Faschismus und Antifaschismus hat sich vor allem auf diesem Kontinent zugetragen. Und es verlangt, sich dieser Vergangenheit kritisch zu versichern.

Es ist diese Forderung, die immer wieder auch Diskussionen und Kontroversen in den Reihen der Antifaschisten auslöst. Doch niemand kann daran vorbeigehen, dass über Jahrzehnte hinweg Irrwege und Fehlleistungen, Unterlassungen und vulgäre Dummheiten, Illusionen und Blindheiten, die zur Geschichte der antifaschistischen Bewegungen und Kämpfe gehören, entweder ganz ausgeblendet oder nur nach einer Methode behandelt wurden, die durch das Sprichwort bezeichnet wird: „Wasch’ mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ Folglich war es notwendig, Nacharbeit zu leisten. Unver-

meidlich hat sich dabei ergeben, dass die Aufmerksamkeit nun wiederum einseitig auf die Defizite gelenkt wurde, welche in einer bloß verherrlichenden Geschichtsbetrachtung nicht vorkamen. Die Arbeit über die „roten Kapos“, was immer ihre beabsichtigte und erzeugte Wirkung sein sollte, bedeutete eine Herausforderung, die Wirklichkeit des antifaschistischen Kampfes ungeschminkt und ungeschönt darzustellen. Diese Herausforderung ist anzunehmen und nicht abzuwehren, weil viele der Herausforderer ihrerseits mit wirklichkeitsfremden, beckmesserischen, idealtypischen Klischees an die Beurteilung von Situationen herangehen, in denen sie sich nicht befunden haben und für die ihr Vorstellungs- und manchmal auch ihr Empfindungsvermögen nicht ausreicht. Diese Herausforderung sollte auch nicht mit dem Argument abgewehrt werden, dass die Schattenseiten in der Geschichte des Antifaschismus schon von „den anderen“ beleuchtet würden. Diese „anderen“ tun das entweder auf für ihre Zwecke auszubeutende Weise und – aus welchen Antrieben und Motiven auch immer – jedenfalls nicht so, dass an die Stelle eines einseitigen ein ausgewogenes und wirklichkeitsnahes Geschichtsbild gesetzt wird, sondern wiederum ein diesmal allerdings in anderer Richtung einseitiges.

Die Schwere und Schwierigkeit dieser Aufgabe liegt zutage. Die eigenen Möglichkeiten und Mittel sind begrenzt, die „der anderen“ erheblich. In den einschlägigen Forschungsstätten und Archiven arbeiten seit Jahren in beachtlicher Zahl vor allem jüngere Historiker über Magister- und Doktorarbeiten nach geistigen Vorgaben, die sich in einem Punkte zusammenfassen lassen: Es ist deren erklärte Aufgabe, die „Legende des Antifaschismus“ zu zerstören. Sie widmen sich der Untersuchung des Verhältnisses der politischen und nationalen und sonstigen Gruppen von KZ-Häftlingen und setzen sich, mit Scheuklappen ausgerüstet, auch auf die geringste Spur, die auf Widersprüche, Rivalitäten, Interessenkämpfe hinweist. Das ist wahr und doch nicht die ganze Wahrheit. Noch immer gibt es genug Leute, die sich offenen und hellwachen Auges in die Vergangenheit begeben. Es kommt darauf an, sie herauszufinden, ihnen Mut zu machen, ihre Arbeit zu würdigen und sie zum Weitermachen und zum Zusammenwirken zu gewinnen. Die Politik, die Mahn- und Gedenkstätten umzumodeln, sie zu reduzieren, den verbleibenden die Möglichkeiten über finanzielle Einschränkungen zu beschneiden, resultiert nicht zuletzt aus der Absicht, die geistige Wirkung, die weiterhin von ihnen ausgeht, zu minimieren. Daher bleibt deren Verteidigung eine antifaschistische Aufgabe ersten Ranges und dies umso mehr, da die Zeit der Zeitzeugen unausweichlich zu Ende geht. Außerhalb des Bundes der Antifaschisten und seiner Organisationen wirken nach wie vor Menschen, welche die Demontage der antifaschistischen Tradition kritisieren und sich ihr mit ihren eigenen Mitteln entgegensetzen. Unter ihnen sind nicht nur in den neuen Bundesländern gerade auch Frauen und Männer aus der Lehrerschaft. Von den Möglichkeiten und Initiativen, mit ihnen Kontakt zu gewinnen, ihre Arbeit zu unterstützen, hängt für die Tradierung einer antifaschistischen Grundhaltung an die jüngsten Generationen viel ab.

Das führt noch einmal zum Thema der kritischen Versicherung des Vergangenen zurück: Wir können darauf setzen, dass in einer Gesellschaft, deren politische Klasse vor Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit strotzt, die immer offener beansprucht, statt des Volkes zu denken und zu entscheiden, eine Haltung, die sich davon prinzipiell unterscheidet, die eigene Tradition, die eigene Gruppe und nicht zuletzt das eigene Ich kritisch – kritisch, das ist nicht selbstquälerisch – betrachtet, die nichts verschämt unter den Teppich kehrt, die redlich Soll und Haben scheidet, gerade auf jüngere Leute gewinnend auszustrahlen vermag, die sich mit den alltäglichen Betrugsmanövern nicht abfinden wollen und von ihnen angewidert sind. Nicht nur, aber gerade, weil man uns Antifaschisten allgemeinmenschliche moralische Überzeugungen und Antriebe absprechen will, sollten wir nicht darauf verzichten, von den anständigen Gedanken und ehrlichen Gefühlen zu sprechen, die uns leiten und die vor uns anderen Leitstern waren. Wir betrachten uns nicht als die besseren, als die Edelmenschen, aber wir haben auch keinen Grund, unsere Motive verleumden und in den Dreck treten zu lassen.

Hierbei geht es nicht allein um die Verteidigung unserer selbst. Es geht um das Verhältnis zu „den anderen“. Zur Geschichte des Antifaschismus gehören auch falsche Einordnungen und Einstufungen, Sektierertum, die Begründung überflüssiger Abgrenzungen und erbittert ausgetragener Feindschaften bis hin zur Aufrichtung falscher Fronten. Die Linken und namentlich die Kommunisten unter den Antifaschisten verfügen da über eine lange und denkwürdige Liste von Sünden. Gegenüber der

Mehrheit dieser anderen geht es heute in erster Linie darum, zunächst einmal bekanntzumachen, was Antifaschisten in dieser Gesellschaft und wie sie diesen Staat wollen. Es gilt gegen die Masse von Vor- und Fehlurteilen in Wort und Tat zu argumentieren. Möge sich niemand etwas vormachen: Für einen erheblichen Teil der Bundesbürger verbindet sich die Vorstellung von Antifaschisten mit den Fernseh- und Zeitungsbildern, die ihnen ganz oder halbvermummte Gestalten zeigen, ausziehend, sich mit anderen Extremisten zu prügeln und also Ordnung und Ruhe störend. Es kommt immer wieder darauf an, diese Vorstellung zu zerstören. Hier liegt auch ein nicht wegzuredendes Problem im Verhältnis zu jenen Gruppen, für die sich „Antifaschismus“ auf die gewalttätige Konfrontation auf der Straße reduziert und die bewusst oder nicht eine Linie fortsetzen, die einmal unter der Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ befolgt wurde.

In diesen Zusammenhang gehört auch immer aufs Neue ein Selbstverständigung darüber, wer das sind: „die Faschisten“. Angesichts der nahezu 13 Prozent Wähler, welche die Deutsche Volksunion in Sachsen-Anhalt gewann, entbrannte sogleich auch eine Debatte über die Frage: Sind das nun alles oder überhaupt Faschisten? Und natürlich wurde auch sie mit deutscher Gründlichkeit und mit biblischer Schärfe gestellt, die nur die Antworten „Ja“ oder „Nein“ zuließen. Die positiven Antworten, die dem „Nein“ hinzugesetzt wurden, sagen viel über Ratlosigkeit. Es seien das Verführte, hieß es – als hätte der Weg für die Masse der Anhänger von Faschistenführern nicht stets mit einer gedanklichen und praktischen Verführung begonnen. Es seien das Protestwähler – als hätten die 13 Millionen Wähler im Juli 1932 nicht auch die NSDAP gewählt, weil sie gegen die sozialen Zustände der Republik protestieren wollten. Im Kern soll das Gerede von den Verführten und den Protestierenden doch nur besagen, es ist nicht so schlimm und das wird sich schon irgendwie „auswachsen“. Die Entgegnung auf dieses Gewäsch sollte aber nicht darin bestehen, darauf zu insistieren, eben das seien die Faschisten und erst in dieser Feststellung die Begründung dafür zu finden, den eigenen Platz und die eigene Rolle zu befestigen.

Unter denen, die sich da, wahrscheinlich doch zu ihrer eigenen Überraschung in solch hoher Anzahl, als Wahlvolk der DVU zusammengefunden haben, befinden sich geschulte, wenn das nicht mit Bildung verwechselt wird, und überzeugte und aktionserfahrene Faschisten, Leute aus deren Umfeld, Sympathisanten und auch solche, die sich gleichsam in einer Last-minute-Entscheidung auf diese Reise begeben haben, von der sie sich kaum Rechenschaft gegeben haben, wohin sie auf ihr hingeführt werden. Diese Mischung ist nicht zu sondern, ihre Anteile nicht zu wägen, und sie ist mit dem Zuruf „Ihr Faschisten“ nicht zu charakterisieren. Doch trägt diese Gefolgschaft, wie sehr oder wie wenig sie sich verfestigt haben mag, deutliche Züge, die jenen des „klassischen Faschismus“ gleichen. Das gilt insbesondere für ihren extremen Nationalismus, ihre dumpfen Vorstellungen vom eigenen Wert und der Minderwertigkeit der Angehörigen anderer Völker und Nationen. Dieser Nationalismus ist mit dem Wort „Ausländerfeindlichkeit“ – das ohnehin irreführend ist, denn es handelt sich keineswegs um durchweg gegen Ausländer gerichtete Aggressionen – keineswegs erfasst. Die wollen nicht nur „Deutschland den Deutschen“, sondern fühlen sich zu Höherem berufen und befähigt. Diesem Nationalismus und Nationalchauvinismus aber mit einem Nationalnihilismus begegnen zu wollen, darauf mit Parolen wie „Scheißdeutschland“ und ähnlichen zu antworten, ist ebenso hirnlos und beweist nur eine andere Art von elitärem Wahn. Die gelehrten Verkünder der These, wonach die Nation nur ein Konstrukt sei, nur eine demagogische Einrede, vorgenommen von den Herrschenden an den Beherrschten, um sie besser an die Kandare nehmen zu können, gehen souverän darüber hinweg, dass geistige und mentale Bindungen an eine Nation oder ein Volk in der Geschichte keineswegs nur eine reaktionäre Rolle gespielt haben. Gerade der antifaschistische Kampf gegen das Naziregime, seine Manifeste wie die aus ihm hervorgegangenen Dichtungen, die Zeugnisse vieler seiner Teilnehmer und die Ideen und Empfindungen, von denen sie geleitet und angetrieben wurden, bieten dafür eine Kette überzeugender Beweise.

Was kann praktisch getan werden, die erkennbar zunehmenden faschistischen und dem Faschismus verwandten Erscheinungen zu bekämpfen? Was kann tun, wer nicht auf den denkbaren, aber ungewissen und jedenfalls extrem langwierigen Weg setzen will, an dessen Ende der soziale Boden trockengelegt wäre, auf dem sie wachsen? Niemand besitzt dafür einen Fahrplan. Zuerst gilt es, die

entstandene Beunruhigung nicht durch Panikbilder, sondern durch klare analytische Aussagen zu begründen und zu verfestigen und vor allem auch in den Kreisen der jüngeren Generation zu fragen: Wollt Ihr Euch mit diesem Zustand abfinden? Denn er wäre nicht abgeschafft, selbst wenn eine jetzt rasch gewonnene, aber nicht rasch entstandene Wählerschaft sich in den nächsten Jahren wieder verlaufen sollte und diejenigen Recht behielten, die von einer Wellenbewegung sprechen. Das antidemokratische Potential bliebe, ob im Wellenhoch oder im Wellental, doch erhalten. Es kommt darauf an, die Beunruhigung vieler Eltern und Großeltern aufzunehmen, die fürchten, dass ihre Kinder und Enkel in das braune Milieu abgleiten. Es wäre viel gewonnen, wenn Eltern in Schulen fragten, was während des Unterrichts getan wird, um Schüler gedanklich gegen das Abrutschen in faschistische Denkbahnen zu schützen. Es müssten die Gewerkschaften ihren Einfluss geltend machen, wo es um die Ausbildung von Lehrlingen geht. Unerlässlich ist es, dass insbesondere in den Universitätsstudien für Lehrer, und zwar nicht nur für die der Geschichte, Politik und Religion, das Tatsachenwissen zusammen mit dem methodischen Instrumentarium angeboten wird, das künftige Pädagogen befähigt, sich mit faschistischen Argumenten auseinanderzusetzen. Wünschenswert ist, dass die Kirchen alle ihre vielfältigen Einflussmöglichkeiten einsetzen.

Kurzum: Es geht um die Herstellung einer Atmosphäre, die von den einen antifaschistisch, von anderen antinazistisch, von dritten antinationalsozialistisch, von vierten demokratisch oder republikanisch oder auch einfach aufgeklärt genannt werden mag, die den Politikern und Werbern der NPD, der Republikaner, der DVU und allen ihren Verwandten einen scharfen Wind entgegenbläst. Dass dies erreichbar ist, dagegen wendet sich viel Skepsis, erhebt sich auch Resignation. In den politischen Auseinandersetzungen steht die Frage weit im Vordergrund, welche Partei und insbesondere – der Führerkult lässt grüßen – welcher Kanzler das Hauptgeschäft in der Gesellschaft der Wohlstandswahrer am besten oder überhaupt leisten kann. Fragen des geistigen und des moralischen Zustands im Staate rangieren demgegenüber weit hinten. Bestätigt hat das – wie erwähnt – noch einmal der Verlauf der Untersuchungen, welche sich wider den Willen der Regierenden und des zuständigen Ministers doch auf die Bundeswehr und deren inneren Zustand richteten. Ja, die intellektuellen und die mentalen Blockaden sind hoch und sie werden nicht nur von der Staatsspitze aus errichtet. Was besagt das? Doch nur, dass die altbekannte Entscheidungssituation reproduziert ist, sich in einer wenig verheißungsvollen Situation für den Versuch zu entscheiden, die eigenen Vorstellungen zur Geltung zu bringen, um sie mit denen anderer zu vergleichen, abzustimmen und zu verfechten, oder zu kapitulieren. Doch nur, dass immer wieder gewählt werden muss zwischen Hoffnung und Verzagen, zwischen Wagen und Verzichten, zwischen Mut und Angst, zwischen dem aufrechten und dem kriechenden Gang, vielleicht sogar zwischen der Rolle der Sisyphos und der Haltung des Laissez faire – laissez aller. Es ist nicht ausgemacht, dass faschistische Konzepte und Einflüsse sich am Ende dieses Jahrhunderts weit ausbreiten. Versicherungen dagegen sind aber nur handelnd und nicht abwartend zu gewinnen.

Bürgerliche Geschichtswissenschaft

Vorbemerkung zu 50 Jahre Gründung der BRD und der DDR

Ein halbes Jahrhundert nach der Zerschlagung der faschistischen Mächtekoalition ist die bürgerliche Geschichtsschreibung zu keiner allgemein anerkannten Theorie des Faschismus gelangt. Das lässt sich als Zeichen ihres Pluralismus deuten, aber auch als Zeichen des Versagens oder der Verweigerung interpretieren. Für letzteres spricht das in den neunziger Jahren im Anschluss an den Untergang der „realsozialistischen" Staaten zu beobachtende Wiederaufleben der Totalitarismusdoktrin. Es ist nicht dem Umstand geschuldet, dass neue Quellen oder frisch gewonnene Erkenntnisse sie stützen würden. Vielmehr ging diese neue Konjunktur aus dem politisch geleiteten Bestreben hervor, die eben untergegangenen Systeme möglichst nahe an die faschistischen und namentlich an das deutsch-faschistische heranzurücken, ja sie möglichst zu vollständiger Kongruenz zu bringen. Von verschiedenen Seiten wurden dazu angemerkt, dass auf diese Weise auch denen ein Dienst erwiesen würde, die nach wie vor an der Beschönigung der faschistischen Diktaturen arbeiten und erklären, es sei auch im Faschismus nicht alles schlecht gewesen. Kurzum: das Wiederaufleben dieser Doktrin bedeutet für die Erfassung des Faschismus einen erneuten Rückschlag. Dem kann auch dadurch kaum ausgewichen werden, dass – beispielsweise von den sozialdemokratischen Mitgliedern und Experten der Enquête-Kommission des 13. Bundestages, die sich mit der DDR-Geschichte befasste – eine „modifizierte" Fassung dieser Doktrin gefordert und ihr bisheriges Fehlen erneut bedauert wurde. Obendrein forderte diese Gruppe in einem Sondervotum, dass im Schulunterricht die DDR mit der Nazidiktatur obligatorisch verglichen werden müsse.

Die Geschichtswissenschaft und insbesondere die Experten der Faschismusforschung zeigen sich von dieser Konjunktur wenig beeindruckt. Jedoch treten sie ihren Erzeugnissen auch nicht mit dezidierten Arbeiten entgegen. Durchmustert man die jüngeren Resultate der Forschungen soweit sie sich zu zentralen Fragen der Geschichte des deutschen Faschismus äußern, kann man sich leicht davon überzeugen, dass deren Autoren wenig Neigung zu theoretischen Erörterungen zeigen. Zugleich aber kommt keiner von ihnen um Aussagen herum, in denen sich allgemeine Vorstellungen vom Wesen des Faschismus äußern. Das sei an zwei jüngst erschienenen Publikationen klargemacht. Soeben ist der erste Band einer auf zwei Bände angelegten Biographie Hitlers auf den Buchmarkt gelangt, deren Autor ist der britische Historiker Ian Kershaw, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Sheffield und einer der vor allem durch Arbeiten zum Hitler-Mythos und zur Volksmeinung über das Naziregime ausgewiesenen Fachleute. Dieser Band reicht bis in den März 1936 und natürlich erfordert das eine charakterisierende Stellungnahme zu dem Regime, das 1933 in Deutschland entstand. Wie nimmt Kershaw sie vor? Er weiß, dass die Kernfrage der Bestimmung der faschistischen Macht deren Verhältnis zum Kapital darstellt und urteilt darüber so: Der Kapitalismus blieb zwar „unangetastet, fungierte aber als Gehilfe des Staates." Es habe wenig Zweck, für ein solches „Wirtschaftssystem" Begriffe zu dessen Beschreibung zu erfinden. Kershaw bietet mithin zum einen das Bild eines gleichsam kopfstehenden Kapitalismus an und gleichzeitig verweigert er sich, seinen Befund auf den Begriff zu bringen. Von den entscheidenden Kräften der deutschen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten stellt er fest, sie hätten eine „Gegenrevolution" gewollt, aber nicht sie, sondern eine „Rasserevolution" bekommen. Mit diesem Begriff wird indessen nur eine Phrase Hitlers in den Rang eines historiographischen Begriffs erhoben, die lautete: „Ich kenne nur eine Revolution, die Revolution der Rasse".

Ebenso taufrisch ist auf dem Buchmarkt die Monographie des in London lehrenden deutschen Historikers Peter Longerich gelangt, die trägt den Titel „Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung". Darin wird als Wesen und Ziel des deutschen Faschismus eine „biologische Revolution" bezeichnet, zu ihr habe der Krieg hinführen sollen. Der Mord an den Juden, an Behinderten und Kranken und an den Zigeunern werden als Schritte zu dieser „Revolution" hin interpretiert. Es muss nicht weiter begründet werden, dass sich – wenn auch auf jeweils eigene Weise – Kershaw wie Longerich in den Bahnen jener Faschismusinterpretation bewegen, die in dem neuartigen System nur den Bruch mit der deutschen Geschichte sehen und dass beide das

immer aufs Neue in der Geschichte sich erhebende Problem von Kontinuität und Bruch verfehlen. Gewollt oder nicht: der Faschismus erhält bei beiden eine besondere exotische Färbung. Und ausgesprochen oder nicht, ob mit theoretischem Anspruch oder eher beiläufig formuliert, jede dieser Aussagen enthält eine Abgrenzung vom materialistischen Verständnis des Faschismus, die doch der Forderung genügen muss, die an jedwede Geschichtsschreibung zu richten ist und die in Eric Hobsbawm in dem sicher wichtigsten Buch, das 1998 in die deutschen Buchhandlungen gelangte, in die Worte gefasst hat: Es müssten wenigstens die Fragen gestellt werden, die Marx an die Geschichte richtete. In deren Zentrum aber steht die Bloßlegung der Interessen der Handelnden und deren Wirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Prozesse.

Die DDR und die öffentliche Aufarbeitung des Völkermords an den Juden

Vortrag auf der Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg in Potsdam am 7. November 1998

Sie wissen wohl, meine Damen und Herren, dass in der DDR die Begriffe „Aufarbeitung“ und „Bewältigung“ der Vergangenheit eher ungebräuchlich waren. Gesprochen wurde zumeist davon, dass aus der Geschichte Lehren gewonnen werden müssten und dass viele bereits gezogen worden seien. Dazu, die Aufgabe so zu bezeichnen und nach solchem Nutzen zu streben, bekenne ich mich nach wie vor. Bei dem Wort „Aufarbeitung“ stellt sich mir die Erinnerung an eine heute kaum noch anzutreffende Tätigkeit ein, die darin bestand, aus der Mode gekommene Kleidungsstücke wieder tragfähig zu machen. Gerade darum geht es nicht. Alexander und Margarete Mitscherlich bezeichneten die Aufgabe, die noch immer ungelöst gewesen sei, im Jahre 1967, einen Begriff Siegmund Freuds aufnehmend, als die „politische Durcharbeitung der Vergangenheit“ und erblickten in ihr den „geringsten Versuch der Wiedergutmachung“.[1] Durcharbeiten, damit verbindet sich die Vorstellung von einer Anstrengung, die notwendig ist, einen Widerstand zu überwinden. Und was unser Thema im engeren Sinne anbetrifft, so schien es ihnen klar, „dass man millionenfachen Mord nicht ‘bewältigen’ kann.“[2] Arge Wege der Erkenntnis waren und sind zurückzulegen, denn nur Eitelkeit kann behaupten, am Ziel angekommen zu sein. Das haben Menschen aus den ältesten und vorwiegend solche aus den nachgeborenen Generationen seit ein paar Jahre fester in den Blick genommen. Es gehört zu den erfreulichen Erscheinungen unserer Zeit, dass sich in mehreren Staaten Initiativen herausbildeten, die sich sowohl auf vorbehaltlose Forschungen, angemessene Formen der Aufklärung („holocaust teaching“) und auch auf die Tilgung von nach dem Ende des Naziregimes entstandenem Unrecht richten. Zuletzt gelangten Nachrichten dieses Inhalts aus Schweden in die Medien.[3] Diese Unternehmungen richten sich vielfach nicht nur auf die Vergangenheit, sondern sollen zugleich (Neo-)Nazis das Wasser abgraben.

* * *

Das Verhältnis der DDR zu Judenverfolgung und Judenmord ist in Politik, Forschung und Publizistik umstritten. Das hat mehrere Gründe. Zum einen ist das Thema einfach trotz aller wissenschaftlichen Unternehmen und der aus ihnen hervorgegangenen beachtlichen Resultate nicht hinreichend erforscht. Das Missverhältnis zwischen Bekanntem und Unbekanntem aber ergibt erfahrungsgemäß immer einen Boden für verschiedene und kontroverse Sichten. Er verkleinert sich in dem Masse, wie Grauzonen und Blindflecke beseitigt werden. Zum anderen spielten in die Forschungen der letzten Jahre viele Interessen hinein, die keineswegs durchweg von negativer, aber eben auch nicht zur Gänze von förderlicher Wirkung sind. Mancher erinnert sich an die Versuche, die Gleich- oder Parallelsetzung von DDR und faschistischer Diktatur dadurch glaubwürdig zu machen, dass die DDR zu einem antisemitischen Staat erklärt wurde auf dessen geschichtliches Schuldkonto ein „Auschwitz der Seelen“ zu schreiben wäre. Als eine beziehungsreiche Gegenrede zu dieser Sicht kann die Frage gelesen werden, die Gerhard Zwerenz kürzlich stellte: „Gab es für Kommunisten und Juden, für kommunistische Juden und jüdische Kommunisten nicht allerhand gute Gründe für ihr DDR-Engagement?“[4]

Nun gibt es Anzeichen einer Versachlichung des Streits. In einem plastischen Bild ist geschrieben worden, es zöge „der Pulverdampf über dem Schlachtfeld der DDR-Forschung langsam ab“.[5] Dazu trägt die Besinnung (oder vielleicht auch Rückbesinnung) auf in der Wissenschaft erprobte methodologische Verfahren bei. Urteile sind mehr gefragt als Verurteilungen. Entwicklungen und Veränderungen kommen in den Blick. Es wird danach gefragt, von welchem Jahr oder welchen Jahren in der 40jährigen Existenz des Staates DDR gehandelt wird, ob ihre Voraussetzungen und Anfänge gemeint sind

---

1 Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, Stuttgart 1967, S. 21

2 Ebenda, S. 24.

3 Vgl. Jochen Reinert, Holocaust-Aufklärung als Chefsache. In: *Neues Deutschland*, 22. Oktober 1998.

4 Gerhard Zwerenz, In Erwartung diverser Entschuldigungsbriefe. In: *Disput*, 9/1998, S. 27.

5 Dietmar Keller/Reinhard Mocek in Ansichten zur Geschichte der der DDR. Im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bd. 9/10, Berlin 1998, S. 13.

oder ihre Abstiegsphase und Agonie. Dieses übliche Vorgehen wird zwar noch immer der Absicht verdächtigt, es sollten die besseren Jahre der DDR gegen ihre schlechteren aufgerechnet werden, damit unter dem Strich ein historisches Plus vorzuweisen sei. Mit solchen Unterstellungen wird die Forschung wohl noch eine ganze Zeit lang weiterleben müssen, doch muss sie sich darum nicht weiter kümmern. Sie hat vor allem die Fragen, die sie an ihren Gegenstand richtet, möglichst präzise zu fassen. Geschieht das nicht oder nicht ausreichend, werden auch die Antworten verschwommen und im Grunde indiskutabel ausfallen. Das alles mag zu selbstverständlich erscheinen, als dass es hier gesagt werden müsste. Jedoch das Selbstverständliche muss erinnert werden, wenn es so häufig missachtet wird.

Unser Thema kann zweckmäßig in vier Fragen oder Fragengruppen aufgeschlüsselt werden. Die erste: Wurde in der DDR das Verbrechen des Massenmords an den Juden deutlich, also ohne jedes Wenn und Aber benannt, und wurde denjenigen, die es dreist ableugneten oder gar rechtfertigten, entschieden entgegengetreten? Die zweite: Wurden in der DDR die für dieses Verbrechen Verantwortlichen, die Täter auf allen Stufen und die Mittäter benannt und – soweit sie ermittelt und greifbar waren – ihrer Verbrechen wegen angeklagt, verurteilt und bestraft? Die dritte: Wurden in der DDR die historischen und strukturellen Voraussetzungen und Bedingungen des Verbrechens bewusst gemacht und versucht, der einzig möglichen Wiedergutmachung gerecht zu werden, die diese Bezeichnung wirklich und uneingeschränkt verdient: zu sorgen, dass es nicht wieder geschieht? Die vierte: Wurde der übergroßen Mehrheit der DDR-Bevölkerung bewusst gemacht, dass sie selbst wie der Staat gegenüber dem verschwindend kleinen Rest der mit ihr lebenden Juden eine besondere Fürsorgepflicht besitzt und dass sie mit einzustehen hat für das Wohl und das Wehe von vertriebenen Juden und Holocaust-Überlebenden außerhalb ihrer Grenzen? Schon die Aufzählung dieser Fragen und deren flüchtige Inspektion macht deutlich, dass die Antworten sehr verschieden ausfallen und ihre Summe schwer zu ziehen ist. Nur manche von ihnen lassen sie mit einem klaren Ja oder Nein beantworten. Entsprechend sperrig erweist sich das Thema gegen eine einfache Summierung der Antworten.

Bevor auf die genannten Fragegruppen eingegangen wird, soll daran erinnert werden, dass die ideologische und psychologische Ausgangssituation nach Kriegsende in allen vier Besatzungszonen die gleiche war. Überall wurde versucht, wie Alexander und Margarete Mitscherlich feststellten, das „allgemeinmenschliche Bedürfnis“ zu befriedigen, „sich von der quälenden Erinnerung an Schuld und Scham abzusetzen“.[6] Oder sollte man sagen: diese quälende Erinnerung erst gar nicht aufkommen zu lassen? Die Situation begann sich in Ost und West alsbald aber dadurch zu unterscheiden, dass die Kräfte, die diesen Fluchtversuchen entgegenwirkten, in den einzelnen Besatzungszonen sehr unterschiedliche Stärke gewannen.

Ad 1.

Das Verbrechen des Massenmords an den europäischen Juden ist in der DDR während ihrer gesamten Existenz auf vielerlei Weise ins allgemeine Geschichtsbewusstsein gerückt worden. Daran besaßen Ideologen, Politiker, Künstler, Schriftsteller, Historiker, Philosophen und andere Gesellschaftswissenschaftler, vor allem aber Pädagogen und noch vor diesen einige der Überlebenden einen denkwürdigen Anteil. Der wachste Teil der Ostdeutschen und insbesondere die Beginner in den ersten Nachkriegs- und Gründerjahren der DDR erinnern sich einiger schmalbrüstiger Schriften gegen Rassismus und Antisemitismus. Viele Studenten jener Jahre lasen, nein: verschlangen Victor Klemperers LTI, das Buch, das sie wie kein zweites befähigte, sich mit ihrem eigenen Gedanken- und Gefühlshaushalt auseinanderzusetzen. Weiter noch wirkte der in Potsdam-Babelsberg hergestellte DEFA-Film „Ehe im Schatten“.[7] Und weil kürzlich die Feststellung des Anteils der Wehrmacht an den Verbrechen so viel Aufsehen und Streit hervorrief, sei erwähnt, dass der Täter im ersten Film dieser Nachkriegsproduktion „Die Mörder sind unter uns“ kein SS-Offizier war, sondern ein Hauptmann der Wehrmacht.[8] Niemand hielt das 1946 für eine Erfindung oder Verunglimpfung.

---

6 Ebenda, S. 32/33.

7 Der Film (Regie Kurt Maetzig) wurde am 3. Oktober 1947 uraufgeführt.

8 Die Uraufführung des unter der Regie von Wolfgang Staudte hergestellten Films fand am 15. Oktober 1946 statt.

Was das Verbrechertum dieses Regimes angeht, das seine praktische Vorgeschichte in den Untaten der SA in der Weimarer Republik besitzt, so wurde an ihm in der DDR-Gesellschaft nie ein Zweifel gelassen. In diesem Punkte besitzt der ostdeutsche Staat – da drücke ich mich klar aus – für die längste Zeit seiner Existenz eine blütenweiße Weste. Daran besaß auch die Geschichtswissenschaft ihren und nicht den geringsten Anteil. Nur ein einziges ihrer wissenschaftlichen Großprojekte überstand die Wende des Jahres 1989 und das war bezeichnender Weise die Edition „Europa unterm Hakenkreuz", in deren Bänden Staat für Staat und Gebiet für Gebiet dokumentiert wird, was deren Eroberung durch die Wehrmacht für die Bewohner für Folgen besaß.[9] Die Weste, um im Bilde zu bleiben, bekam – außerhalb der Wissenschaft – in der Endphase der DDR-Existenz böse und ekelhafte Flecke. Das geschah in der Zeit des Verfalls von Staat und Gesellschaft. Es obsiegte die Tendenz, die nicht ins Selbstbild passenden Tatsachen und Prozesse zu ignorieren, anstatt vorhandene Abwehrkräfte zu mobilisieren. Noch wurden Bücher geschrieben und gelesen, noch auf den Theatern Stücke inszeniert und gezeigt, noch Filme gedreht und aufgeführt, die aus der beschriebenen Tradition herkamen und sie fortsetzten, aber die können nicht gegen die Passivität aufgerechnet werden, die sich gegenüber den eindeutigen Vorkommnissen auf Schulhöfen und Fußballplätzen breitmachte.

Die Befragungen, die nach 1990 in der Bundesrepublik zu ergründen suchten, wie es ihre Bürger im Hinblick auf Anti- und Philosemitismus halten, bezeugten die Nachwirkungen aufklärerischer Einflüsse aus DDR-Zeit, wenn sie – auch zu meiner Enttäuschung – nicht so vollkommen und vor allem nicht so nachhaltig waren, wie viele glaubten, die sich daran einen mehr oder weniger großen Anteil anrechnen konnten. Diese Ernüchterung bleibt, wenn auch die beiden ersten, im Oktober 1990 vorliegenden Studien, die auf der Grundlage von Umfragen entstanden, übereinstimmend besagten, dass – verglichen mit Westdeutschland – in den neuen Bundesländern der Antisemitismus „eine wesentlich geringere Verbreitung" besaß, ein Befund, der durch spätere Ermittlungen bestätigt wurde.[10] Am stärksten aber zeugt auch gegen das Bild von der DDR als einem antisemitischen Staat, dass sich deren einstige Bürger das Klischee vom „verordneten Antifaschismus" nicht verpassen ließen. Die Mehrheit dieser Bürgerschaft unterstützte auch die Unterdrückung aller Regungen der Juden- und ganz allgemein von Fremden- und Völkerfeindschaft, eine generalisierende Feststellung, die zu erläutern wäre.

Da insbesondere über den Geschichtsunterricht zu DDR-Zeit und da wieder vor allem über die Darstellung der Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945 Legenden in Umlauf gebracht worden sind, sei hier eine Ergänzung angebracht, die sich auf die Darstellung von Judenverfolgung und Judenmord in den vom Ministerium für Volksbildung in Auftrag gegebenen, begutachteten und zugelassenen Lehrbüchern im Fach Geschichte bezieht.[11] Im 1956 eingeführten Lehrbuch für die 8. Klasse wurde von der Rassenlehre und deren hauptsächlicher Funktion ausgegangen und dann festgestellt, dass sie sich insbesondere gegen Juden und slawische Völker richtete. Dann werden genannt: die Nürnberger Gesetze sowie Schritte, die den Juden Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten nahmen, die Schändung von Friedhöfen und Gotteshäusern, die Ghettoisierung am Beispiel Warschaus, der Massenmord an den europäischen Juden, deren Opferzahl mit „etwa 5 Millionen" angegeben wurde. Erwähnt wird die verbrecherische Rolle der Einsatzkommandos und weiterer „Sondereinheiten" und deren Gräueltaten, wobei die in Kiew, auf der Krim und in Riga besonders bezeichnet wurden. Geschildert werden die

---

9 Die Reihe Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945, hrsg. von einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler wurde eröffnet mit dem Band. Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Helma Kaden, Berlin (DDR) 1988. Sie schloss mit Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen, Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996, (= Bd. 8, hrsg. vom Bundesarchiv).

10 Zu den Quellen und deren Beurteilung s. Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in Deutschland 1945-1996. In: Wolfgang Benz/Werner Bergmann, Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg 1997, S. 406 ff.

11 Im Folgenden stützt sich der Beitrag auf Angaben und Zitate aus einer kürzlich erschienenen Arbeit des Potsdamer Historikers Kurt Finker, Faschismus, Antifaschismus und „verordneter Antifaschismus". In: Ansichten zur Geschichte der DDR hrsg. im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Berlin 1998, S. 178 ff.

barbarischen Tötungsmethoden, die Erschießungen und die Vergasungen in fahrbaren und stationären Anlagen. Genannt werden der Warschauer Ghettoaufstand und seine barbarische Niederschlagung.

Zweiunddreißig Jahre später, 1988, wurde – ebenfalls für die 8. Klasse – das letzte der zu DDR-Zeit entstandenen Schulgeschichtsbücher eingeführt. Darin sind die Tatsachenangaben zahlreicher und konkreter im Hinblick auf die Nürnberger Gesetze, den Pogrom vom November 1938, die Schikanen gegen die jüdischen Deutschen, ihre Ausraubung durch den Staat und die Gewinne, welche die „Arisierer" erzielten. Vermehrt sind die Fakten über den Ghettoaufstand in Warschau. Die Zahl der ermordeten Juden wird mit über 6 Millionen angegeben. Unbefriedigend, weil lückenhaft ist in beiden Lehrbüchern die Darstellung von Gesinnung und Haltung der nichtjüdischen Deutschen. Das gilt im weitesten Sinne. Zwar wird kein Zweifel daran gelassen, dass Rassenlehre und Judenhass sich im Volke verbreiteten, und ausdrücklich wird 1956 festgestellt, es müsse „zur Schande unseres Volkes gesagt" werden, dass sich auch viele Wehrmachtssoldaten auf den Raubzügen persönlich bereicherten, doch bleibt das Bild in jeder Hinsicht unvollständig. Von den Konzernen, die an der Ausraubung und Tötung der Juden beteiligt waren, fallen einzig die Namen von IG Farben und von Flick. Es kann keine Rede davon sein, dass der Antisemitismus in Ideologie und Praxis einzig der Bourgeoisie, dem Kapital oder dem Monopolkapital angelastet worden wäre. Unterbelichtet blieb auch die Rolle der Wehrmachtführung.

In einem der letzten Geschichtsbücher, das zu DDR-Zeit geschrieben und autorisiert wurde, 1990 noch in einer provisorischen Ausgabe erschien, aber nicht mehr in den Unterricht einbezogen wurde – es war für die Abiturstufe bestimmt und entstand im Zusammenhang mit der beschlossenen obligatorischen Wiedereinführung eines systematischen Unterrichts im Fach Geschichte – wurden der Antisemitismus und dessen Funktionen (ausgewiesen in den Formeln des „jüdischen Bolschewismus" und des jüdischen Plutokratismus") im Zusammenhang mit der Entstehung und der Rolle der NSDAP erwähnt. Später werden der Massenmord an den europäischen Juden in einem eigenen Abschnitt behandelt und Passagen aus der Niederschrift über die „Wannsee-Konferenz zitiert sowie dieser Mord in Beziehung zu dem an den Sinti und Roma gesetzt.[12]

Ad 2

In der DDR wurde von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende jener Verengung des Täterbildes entgegengetreten, von dem Alexander und Margarete Mitscherlich schrieben: „...plötzlich waren nur noch die unauffindbaren oder abgeurteilten Führer für den in die Tat umgesetzten Völkermord zuständig."[13] Die beiden Psychologen bestanden demgegenüber darauf, „dass sich der Mord an Millionen schutzlos Verfolgter aus sehr vielen schuldhaften Entscheidungen und Handlungen einzelner zusammensetzt".[14] Doch wurde die hitlerzentristische Ansicht nicht nur von Verfechtern apologetischer Interessen verfochten. Rudolf Hagelstange meinte, das Verbrechen habe sich ereignet, „weil ein Tyrann es befahl." Und Gerald Reitlinger, der sich das Verdienst der ersten Gesamtdarstellung der Geschichte der „Endlösung" erwarb, führte die Untat auf den „pathologischen Hass von Hitler und einigen weniger seiner Spießgesellen" zurück, welche die „große Maschinerie" der Judenausrottung in Gang gehalten hätten.[15]

Im Unterschied dazu lautete die Grundthese der Geschichtspropaganda schon in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bestimmt: Hitler und wenige seiner Komplizen waren es nicht allein.[16] Dabei wurde in erster Linie die Rolle der Beamtenschaft, der Wirtschaftsführer, der maßgeblichen

---

12 Geschichte, Lehrbuch für die Abiturstufe, Teil 2, Vorläufige Ausgabe, Berlin 1990, S. 67 u. 102.

13 Mitscherlich, S. 25.

14 Ebd., S. 31.

15 Das Zitat von Rudolf Hagelstange findet sich bei Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 – 1945, Berlin 1957, 2. Aufl., S. XIII, das folgende Zitat ebd. S. 549.

16 Alexander Abusch wandte sich gegen Darstellungen, die das deutsche Volk von der Verantwortung für das Aufkommen und den Sieg der Faschisten freisprechen und es in toto als deren Opfer hinstellten und schrieb: „Das ist historisch falsch und dazu ein schlechter Dienst für das deutsche Volk, wenn es künftig als ein mündiges und demokratisch verantwortliches Volk denken und handeln lernen soll." Irrweg einer Nation, Berlin 1947, S. 254 f.

Wissenschaftler und weiterer Angehöriger der sogenannten Eliten erwähnt, charakterisiert und erforscht, aber auch diejenige der Millionen von Mitgliedern der NSDAP und ihrer wichtigsten Verbände betont. Diese Herangehensweise wurde auch durch die – heute vielgeschmähte -Geschichtsauffassung begünstigt, die historische Entwicklungen prinzipiell gerade nicht als das alleinige Resultat des Wirkens von großen Männern mit ihren einsamen Ideen und ihrem übermenschlichen Willen betrachtet. Karl Marx war und blieb in diesem Punkte ein verlässlicher Ratgeber.

Einer der ersten Prozesse, die in Berlin stattfanden, war der gegen die Täter der Köpenicker Blutwoche, das waren die kleinen, aber blutbesudelten SA-Leute aus dem Mordsturm 33. Die Verfolgung der Judenpeiniger und Judenmörder durch die Justiz der DDR, was sonst über sie gesagt werden muss und mag, ist vergleichsweise gut dokumentiert und auch statistisch erfasst. Ein vollständiger Vergleich des Vorgehens in den beiden deutschen Staaten wird möglich werden, wenn das dokumentarische Großunternehmen des niederländischen Strafrechtlers Rüter weiter fortgeschritten und abgeschlossen sein wird. Doch der kürzlich auf einer internationalen Tagung unternommene, wirklich ernsthafte Versuch, die NS-Prozesse in der DDR als bloße Methode zu kennzeichnen, an das Eigentum von Kapitalisten zu gelangen, gibt sich selbst der Lächerlichkeit preis.

Die Ostzone und die junge DDR standen lange unter einem besonderen Zwang, die aus ihrer Mittäterschaft herrührende Verantwortung der Massen für das Regime, seine Entstehung, seine Existenz und also auch für seine Untaten auszusprechen. Dieser Zwang ergab sich aus den Reparationsleistungen, die tief und zusätzlich verarmend in das Leben von Millionen eingriffen und keineswegs nur oder auch nur in erster Linie die – übrigens meist in die westlichen Zonen gegangenen – Eigentümer der Betriebe trafen, die ihrer Anlagen und ihres Maschinenparks entleert wurden. Es war nichts weniger denn populär, den Ostdeutschen zu sagen: Ihr müsst eine Zeche bezahlen, die ihr mit gemacht habt. Dieser äußere Druck, über die Vergangenheit und den eigenen Anteil daran nachzudenken und zu reden, ließ mit der Zeit nach. Die Systemkonfrontation, dann die von 1947 datierende Entstehung des Kalten Krieges und dessen rasche Eskalation wirkten in die gleiche Richtung.

Das begünstigte gedankliche und mentale Schlussstriche, die schweigend in den Familien gezogen wurden, führte zur Verdrängung eigener Biographien und zu Erinnerungsverlusten. (Das hatte in den siebziger und achtziger Jahren zur Folge, dass Studenten der Geschichte erst durch Universitätsseminare angeregt wurden, ihre Eltern und dann zumeist schon ihre Großeltern nach der Familiengeschichte in den Jahren des Faschismus zu befragen, wobei sie überraschende Entdeckungen machten.) Wer am Aufbau teilnahm, und wer tat das eigentlich nicht, der vermeinte und dem wurde auch bescheinigt, dass er durch sein Tätigsein ein anderer und neuer Mensch zu werden begann, später es dann womöglich schon geworden sei. Bloße Phrasendrescherei war das nicht. Viele Menschen hatten sich wirklich verändert. Nur in welche Richtung und bis zu welchem Grad? Die Antwort lautete: Vom Faschisten oder deren Gefolgsmann zum Antifaschisten. Doch was war das für ein Antifaschismus? Welchen Inhalt besaß er oder welcher wurde ihm in den sich bewegenden Verhältnissen beigegeben?

Mit den Wandlungen der Gesellschaft im Osten Deutschland verschwand zwar das Verständnis des Antifaschismus der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und der Kriegszeit nicht, aber er wurde eines wesentlichen Teils seines Inhalts, der Idee des Demokratismus, beraubt, reduziert also und mehr und mehr verunstaltet. Dies erscheint als ein wesentlicherer Vorgang denn die nachweisbare Formalisierung und Ritualisierung seiner Erscheinungsformen. Mit der Idee des demokratischen Antifaschismus, die sich im Zeichen von Volksfrontbestrebungen herausgebildet hatte und die sprachlich-programmatisch aufbewahrt wurde im Begriff der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“, verband sich ein selbstbewusstes Bürger- und humanistisches Menschenbild. Es verblasste mit den Jahren zunehmend und ging weitgehend verloren. Für kurze Zeit und auf eine wohl noch zu erforschende und zu interpretierende Weise schien es 1989 wieder auf in den Demonstrationen unter der Losung „Wir sind das Volk!“

Ad 3

Das Eingehen auf die Frage, ob in der DDR der Massenmord an den europäischen Juden in seine geschichtlichen Zusammenhänge gestellt wurde, woraus sich dann ja erst tiefere Einsichten und aktu-

elle Schlussfolgerungen ergeben könnten und herleiten ließen, verlangt eine Vorbemerkung: Immer wieder haben sich Forscher zu Worte gemeldet, welche das ganze System des Faschismus und den von ihm angezettelten Krieg schlechtweg für sinnlos halten[17], was auch bedeutete, dass es sich jeder rationalen Erklärung entzöge. Unter Wissenschaftlern ist bis heute umstritten geblieben, ob die Frage nach dem Warum des Judenmords überhaupt beantwortbar ist. Forscher, die um die Aufdeckung der Vorgeschichte des Holocaust sich erhebliches Verdienst erwarben, antworteten mit einem bestimmten Nein. Diese Auffassung wurde von Historikern in der DDR nicht geteilt, wenn auch die Antworten derer, die keine agnostizistische Position bezogen, keineswegs einhellig ausfielen.[18]

Zudem: Jede Antwort, die nicht vereinfacht, nicht nur auf Hitler, Himmler, Bormann, Heydrich und einige wenige andere verweist, die sich nicht mit Zauberformeln wie der Wirkung des „eliminatorischen“ Antisemitismus bescheidet, verlangt eine erhebliche geistige Anstrengung. Nur wer sich zu einem Gesamtverständnis des Ganzen, das der Faschismus darstellte, emporgearbeitet hat, wer – ohne dies ist das nicht zu erreichen – eine erhebliche Zahl von geschichtlichen Tatsachen und Prozessen sich geistig verfügbar macht und sie kombinieren kann, wird eine ihm vorgetragene Antwort nicht einfach übernehmen müssen, sondern ihrem Zustandekommen nachdenken können. Es gibt auch im Geschichtsverständnis ein Scheitern und nicht nur vor der höheren Mathematik.

Diese Schwierigkeit ist sozusagen „staaten-unspezifisch“. Von der Wissenschaft abgelehnte oder hinter sich gelassene vereinfachende Deutungen des Faschismus waren in der DDR weit verbreitet und betrafen auch das Verständnis von faschistischem Antisemitismus und Judenmord. Die Verkürzung auf Interessen des großen Kapitals und den „Imperialismus“ besaß eine hohe Popularität. Diese Vorstellungen lagen gewiss näher bei der Wahrheit als die Antwort „Hitler„ aber vom Erkenntnisziel trennte sie der bei weitem größere Teil der Gedankenstrecke. Ausgespart waren in diesem Bild, und das machte und macht es bequem, die Massen der an dem Verbrechen mitwirkenden Deutschen und der nichtdeutschen Kollaborateure. Die intellektuelle, politische und moralische Herausforderung, welche der Holocaust darstellt, blieb damit unerreicht. Denn: Ihr konfrontiert sich erst, wer sich vergegenwärtigt, dass in einer Gesellschaft, deren übergroße Mehrheit es für vollständig unmöglich ansah, dass Zehn- und Hunderttausende von Menschen ihres Lebens- und Kulturkreises in einer geplanten Aktion umgebracht werden könnten, eben dieses Verbrechen ein Jahrzehnt später geschah, weil sich Täter, Mittäter, Zustimmende, Gleichgültige, auch Hilflose millionenweise fanden. Erst an diesem Punkte entsteht wirkliche Verunsicherung, aus der Nachdenklichkeit hervorwachsen kann und die Bereitschaft, um es mit Eric Hobsbawm zu sagen, „das Denkbare auch zu Ende“ zu denken. Diese Verunsicherung passte nicht in das „Programm DDR“ und das war nicht der kleinste Nagel zu ihrem Sarge.

Ad 4

Die übergroße Mehrheit der in der DDR lebenden Bürger besaß keinerlei persönliche Beziehungen zu der auf einige hundert Personen zusammengeschmolzenen Judenheit, zu Überlebenden des Holocaust und zu deren Nachfahren. Wie sie in diesen Staat gekommen, warum sie in ihm geblieben waren, welche Rolle sie in ihm spielten, war weitgehend unbekannt und interessierte nur wenige. Die Frage, wer unter den maßgeblichen Politikern oder unter herausragenden Wissenschaftlern und Künstlern Jude war, hätte viele in Verlegenheit gebracht, die sich für politisch informiert oder – in welchem Sinne auch immer – für gebildet hielten. Das besaß wiederum sehr verschiedene Gründe. Doch machte, auch schon in den achtziger Jahren Stephan Hermlin in einem Aufsehen erregenden Artikel in der damals meist gelesenen Tageszeitung der DDR klar, was es in diesem Lande eigentlich bedeute, wenn jemand von sich sagte, er kenne gar keinen Juden und dies obendrein für einen Vorzug hielt.

---

17 So meinte auch der bereits zitierte Reitlinger, das System des Faschismus sei „auf Grausamkeit und Sinnlosigkeit“ aufgebaut gewesen. A.a.O., S. 552.

18 Die Auseinandersetzungen mit einem historisch-materialistischen Forschungsansatz zur Verursachung des Judenmords, seinen Zwecken und Zielen haben sich nicht wenige Historiker durch die Behauptung erspart, ein solcher Ansatz existiere nicht, ja er könne gar nicht existieren, weil vor ihm als Barriere gerade der „Histomat“ und die Faschismustheorie der Komintern stünde. So z. B. bei Michael Kohlstruck, Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen, Berlin 1997, S. 51.

So wenig wie unter den Nichtjuden die jüdischen Bürger zur Kenntnis genommen wurden, so wenig und folglich auch deren materielle Existenzbedingungen. Dass Verfolgte des Faschismus besondere Renten erhielten, war bekannt und wurde akzeptiert, während Bevorzugungen ihrer Nachkommen mitunter unverstanden blieben und kritisiert wurden. Die Unterscheidung zwischen den Kämpfern gegen den Faschismus und den in eine mindere Stufe gerückten Opfern spielte, wenn sie überhaupt bekannt war, im öffentlichen Bewusstsein keine Rolle. Nur die wenigsten haben sich je darüber Gedanken gemacht, welchen Unterschied es bedeutet, zu wissen, dass Mutter oder Vater oder die Großeltern oder sie alle in einem Bett starben oder in einer Gaskammer ermordet worden sind. Die menschliche Situation dieser Minderheit von Überlebenden machte sich nur klar, wer mit ihnen sprach und sich anhand von Erinnerungen belas.

Von den Fragen und Problemen, die sich für die Juden 1945 auftaten, von ihrem Auftauchen aus dem Untergrund, ihrer Rückkehr aus den Fluchtländern nach Deutschland, von den Entscheidungen der Verschleppten über ihre weiteren Wege besaßen nur wenige und dann auch diese zumeist nur ein ungefähres Wissen. Eigentlich gab erst Jurek Beckers Roman „Der Boxer“ davon eine partielle Vorstellung, die auch nur sein allerdings großes Lesepublikum erreichte. Das Leben der kleinen und kleiner werdenden jüdischen Gemeinden war der Mehrheit der DDR-Bevölkerung unbekannt. Wer von den Berlinern wusste von der Synagoge in der Rykestraße und wer hatte die Gelegenheit benutzt, sie zu besuchen? Wer sich über Judentum, seine Geschichte, Kultur und Religion anhand von Literatur informieren wollte, stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten, die er nur in Spezialbibliotheken oder mithilfe „westlicher“ Lieferanten überwinden konnte. Helmut Eschweges mehrfach aufgelegter Text-Bild-Band zur Geschichte der Synagoge[19] stellte eine Ausnahmeerscheinung im Literaturangebot des Volksbuchhandels dar. Spät erschien das Buch „Der gelbe Fleck“ von Rosemarie Schuder und dem kürzlich verstorbenen Rudolf Hirsch[20], das mit der Geschichte der Judenverfolgungen im Verlauf von Jahrhunderten auch eine Vorstellung vom Leben und Glauben der Judenheit gab. Es löste bei seinem Erscheinen in Berlin einen Käuferansturm aus.

Aus verständlichen Gründen bildete die Verfolgung der Juden das Hauptthema der in der DDR erscheinenden Literatur. Mit dieser Konzentration war aber der Nachteil verbunden, dass über die Leistungen von Juden und über ihren herausragenden Beitrag zur Entwicklung von Wissenschaft, Literatur, Kunst, Wirtschaft, Verlags- und Pressewesen und auf weiteren Gebieten nur punktuelle Vorstellungen, geknüpft an einzelne Namen, Biographien oder Orte, existierten. Das verhinderte, dass der Verlust ins allgemeine Bewusstsein trat, den Vertreibung und Vernichtung der deutschen Juden bedeutet hatte. Arnold Zweigs „Bilanz der deutschen Judenheit“, eine bis heute nicht übertroffene Darstellung dieses Beitrags, war erst auf dem Umweg einer Lizenznahme durch den Leipziger Reclam Verlags zum Druck zu bringen und erschien erst nach dem Ende der DDR und zu einem Zeitpunkt, da Bücherkauf und Bücherkonsum in den neuen Bundesländern einen Tiefpunkt erreicht hatten.[21] Den Neudruck nahmen dann wohl weniger diejenigen zur Kenntnis, für deren Gebrauch er eigentlich gedacht war, die Lehrer.

In einer Zuspitzung ließe sich sagen: Die Mehrheit der atheistisch orientierten Staatsbürger interessierte sich für das religiöse Leben der Juden in Vergangenheit und Gegenwart so wenig wie für das der Christen, von den Inhalten beider Religionen besaßen sie allenfalls vage Bilder. Nur hätten diese Atheisten Ursachen gehabt, dem einen wie dem anderen mit Aufmerksamkeit und Teilnahme sich zuzuwenden und sich die Fragen zu stellen und zu beantworten: Wer waren, wer sind die Juden. Eben erst ist die Geschichte der jüdischen Gemeinden in der DDR von deren Anfängen bis über das Ende des Staates hinaus von Ulrike Offenberg in einer Monographie[22] dargestellt worden, die das Thema

---

19 Helmut Eschwege, Die Synagoge in der deutschen Geschichte. Eine Dokumentation, Dresden 1980.

20 Rosemarie Schuder/Rudolf Hirsch, Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte. Essays, Berlin 1987.

21 Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit. Ein Versuch, hrsg. und mit einem Nachwort von Kurt Pätzold, Leipzig 1991

22 Ulrike Offenberg, „Seid vorsichtig gegen die Machthaber“. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990, Berlin 1998.

in alle Richtungen kritisch ausschreitet und die selbst wieder Gegenstand der Kritik sein, vor allem aber weiteren Forschungen Impulse geben dürfte. Ihre Aufnahme setzt die Öffnung aller einschlägigen Archive voraus.

Die Frage, ob die Ostdeutschen nicht über die eigenen Staatsgrenzen hinaus zur Wiedergutmachung für Überlebende des Holocaust verpflichtet seien, spielte im öffentlichen Bewusstsein der DDR-Bevölkerung über die längste Zeit keine Rolle. Es geriet erst ins Bewusstsein, als die Regierung Wege suchte, der Anklage zu entkommen, sie wolle diese Dimension deutscher Geschichte und ihrer Folgen dauernd ignorieren. Angelika Timm hat jüngst gezeigt, dass es zu kurz greift, die Verweigerung von Zahlungen an Israel oder in andere Fonds auf Antisemitismus und Antizionismus zu reduzieren.[23]

Ohne dass darüber verlässliche Daten vorliegen, dürfte die Annahme zutreffen, dass die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Ansicht vertrat, sie habe ihren Teil der Reparationen gezahlt und obendrein einen größeren, als ihr aufgrund ihrer Bevölkerungszahl und ihrer wirtschaftlichen Potenz hätte aufgebürdet werden dürfen. Über die politisch-geographischen Richtungen, so weiter, in welche diese Lieferungen gelangt wären, hätten zudem nicht sie – die ostdeutsche Bevölkerung – und nicht einmal die Regierung in Ostberlin entschieden. Das taten vereinbartermaßen oder nicht die Sieger. Und der Abschluss eines Friedensvertrags, in dem die Frage der Wiedergutmachung nicht anders als 1919 hätte zur Regelung kommen müssen, blieb schließlich aus. Nun bestätigen nachprüfbare Schätzungen, dass „der Osten“ zweifelsfrei und mit Folgen die Hauptlast der materiellen Wiedergutmachung tragen musste. Dennoch ging die Art und Weise, die Dinge so zu betrachten, mehrfach an den Realitäten vorbei. Und diese Sicht, welche verschiedenartigen Motive ihr immer zugrunde gelegen haben mögen, besaß ebenso ideologische Voraussetzungen wie sie ideologische Konsequenzen zur Folge hatte. Ein neuer Ausgangspunkt wurde erst 1990 gefunden, als Ministerpräsident Modrow an die Adresse der Regierung Israels schrieb: „Die DDR anerkennt ihre humanitäre Verpflichtung gegenüber den Überlebenden des jüdischen Volkes, die unter Naziunterdrückung gelitten haben und bekräftigt ihre Bereitschaft zur solidarischen und materiellen Unterstützung ehemaliger Verfolgter des Naziregimes jüdischer Herkunft.“[24]

Lassen Sie mich an dieser Stelle eher abbrechen, denn enden. Was ich Ihnen, meine Damen und Herren, dargestellt habe, ist nicht nur aus einem Dabeisein, sondern durch Mittun geprägt, also hat es zur Quelle auch subjektive Erfahrung, es ist nicht frei von der Absicht, eine Arbeit zu verteidigen, über deren Ergebnisse ich Grund zum Nachdenken, nicht aber zur Abwendung habe, es ist vor allem aber zu knapp, zu thesenhaft, daher ergänzungsbedürftig, und in seiner Verknappung Missverständnissen ausgesetzt. Doch hat uns hier die Absicht einer Diskussion zusammengeführt. Das Vorgetragene ist dazu bestimmt, dafür einen von mehreren denkbaren Ausgangspunkten abzugeben.

---

23 Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

24 Zitiert in: Angelika Timm, DDR-Israel. Anatomie eines gestörten Verhältnisses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/1993, S. 54.

Vom Sinn der Faschismus- und Hitlerforschung

Anlässlich des Erscheinens von Ian Kershaws Hitler-Biographie

I.

1998 trennen die Zeitgenossen vom Tode des Adolf Hitler 53 Jahre. Wie bemisst sich diese Zeitspanne im historischen Vergleich? Als Bismarcks Tod solange zurücklag, schrieb man das Jahr 1951. Wer fragte da nach dem „Eisernen Kanzler“, dessen Reich soeben im Feuer eines verheerenden Krieges untergegangen war? Oder: Rechnet man nach dem Ableben Napoleons I., der 1821 starb, den gleichen Zeitabstand weiter, dann trifft man auf den geschlagenen Neffen. Welchen Franzosen rührten nach der Niederlage Frankreichs im deutsch-französischen Krieg die Zeiten, von Jena und Auerstedt und von Tilsit? Weltenfern schienen sie entrückt zu sein. Hingegen: dieser Hitler geistert durch unsere Jahre. Er hat eine noch an der Schwelle des neuen Jahrhunderts kaum verwischte Spur hinterlassen – in Staaten und unter Völkern, in Familien und nicht zuletzt in den Köpfen von Menschen vieler Nationen, vor allem in denen der Deutschen, denn er war nach Sprache und Herkunft einer der ihren. Ja, wir werden diesen Hitler über diese Schwelle in das Einundzwanzigste mitnehmen.

Woran liegt das? Warum werden wir ihn nicht los? Warum lassen wir ihn nicht hinter uns? Warum versinkt er nicht im Dämmerlicht oder gar im Dunkel der Geschichte? Auf diese Fragen sind viele Antworten schon gegeben worden. Diejenigen der Engländer fallen anders aus oder wurden zumindest anders akzentuiert, als diejenigen der Russen, und diese wieder unterscheiden sich von denen der Juden in Israel oder eben von denen der Deutschen. Selbstverständlich erinnern sich nicht alle, die diesen Völkern zugehören, des Mannes. In ihnen leben nicht wenige Menschen, die von Hitler nicht mehr wissen als seinen Namen und ihn nirgendwo in die Geschichte einzuordnen vermögen. Das trifft, wie verlässliche Befragungen ergaben, inzwischen auch auf viele Heranwachsende im Staat zwischen Saar und Oder zu.

Doch es geht nicht in erster Linie um die Folgen und Anregungen eines Geschichtsunterrichts in den Schulen. Wie viele und wie oft werden Gedanken durch Erinnerungen oder Erlebnisse während ihres Alltags auf das Dasein dieses Politikers gelenkt. In Deutschland und jenseits der Grenzen. Unter den Bewohnern des Kontinents leben Menschen, deren Großeltern umgebracht oder umgekommen waren, bevor sich die Enkel ihrer noch zu erinnern vermochten. Noch wird nach hochbetagten Verbrechern gesucht, die in jungen Jahren halfen, das imperialistische Programm zu verwirklichen, das sich mit Hitlers Namen verbindet. Erinnerungen wecken Altstädte, welche die Nachgeborenen nur von Bildern her noch kennen, denn sie sind in Bombenhageln untergegangen. Nachdenklichkeit bewirken Gedenksteine und Denkmäler an Orten, an denen Menschen erschossen, gehenkt, vergast, geköpft wurden, erfrieren oder verhungern mussten. Blicke in die Vergangenheit richten sich vor Zeugnissen verschiedensten Art, so vor Prunkbauten der einstigen Machthaber und vor Resten militärischer Anlagen, die Sprengung und Witterung widerstanden. Immer wieder sind es Gräber und Friedhöfe, die auf die Zeit verweisen, da Hitler von den einen vergottet, von anderen verflucht wurde, Führer und Repräsentant des verbrecherischsten Regimes war, das je in Europa existierte.

An den Mann und seine Zeit werden die Heutigen auch dadurch erinnert, dass beide unausgesetzt auf den Seiten von Zeitungen und Zeitschriften und in Filmen auftauchen. Das geschieht zum einen in der Absicht, zu mahnen und zu warnen. Doch, mehr noch, wurden beide Gegenstand von geschichtlicher Unterhaltung, die Langeweile vertreibt, Ablenkung bietet, die verschiedensten Gelüste befriedigt und deren Produzenten nicht tätig wurden, ohne mindestens zugleich das Ziel Gewinn bringender Auflagen und Einschaltquoten zu verfolgen. Hitler ist auch zur Ware im bunten Angebot der deutschen Unterhaltungsindustrie geworden.

Schließlich existiert im direkten Sinne ein politischer Alltag, der Hitler gleichsam verlebendigt. In Deutschland marschieren Anhänger von Parteien mit Fahnen und Symbolen, die denen gleichen oder zum Verwechseln ähneln, die sich mit dem Aufstieg dieses Mannes und mit seiner Herrschaft verbinden. Grußformeln, die er benutzte oder die ihm galten, werden in aller Öffentlichkeit benutzt. Politische Plakate verweisen durch ihre Machart an diejenigen der NSDAP. Musikgruppen beziehen

ihre Namen aus der Welt der faschistischen Begriffe. Bei ihren Auftritten und mit ihren Tonträgern verbreiten sie Gesinnung und Stimmung, die auch dieser Hitler gutgeheißen haben würde. Vor allem aber sind es die Taten dieser (Neo-)Faschisten und ihrer nächsten Anverwandten, ihre mörderischen Attacken gegen Menschen und Sachen, auf Fremde ebenso wir auf politischen Gegner, die Hitler gegenwärtig machen. Am meisten ereignen sich solche Untaten in den deutschen Landen. Aber auch in einem Staat wie Schweden, dessen Bewohner das Glück hatten, von Faschismus und Krieg verschont zu werden, marschieren Kleingruppen hinter dem Bilde des Stellvertreters des Führers Hitler.

Erschreckend greifen die Beschönigungen, ja, die positiven Bewertungen von verbrecherischen Taten um sich, die unter dem Hakenkreuz begangen wurden. Man dürfe, fordern Autoren, die jeden Faschismusverdacht empört von sich weisen, nicht nur die „schlechten Seiten“ des Regimes sehen. Die angeblich guten schildert eine massenhaft verbreitete, skrupellose Geschichtspublizistik. Aber mitunter steigert sich solches Schönen zur Huldigung und das in aller Öffentlichkeit und Gemeinschaft. In einigen Nachfolgestaaten des einstmals realsozialistischen Teils von Europa, im Baltikum, auf dem Balkan und in der Slowakei werden Kollaborateure Hitlers geehrt und ihre Verdienste im Kampf gegen den verteufelten „Kommunismus“ herausgestrichen, mitunter mit zusätzlichen Renten bedacht und belohnt. In Spanien kündet die Begräbnisanlage für den Caudillo von der ausstehenden Auseinandersetzung mit seiner Rolle.

Doch alle diese Beweise, die direkt oder indirekt für die Nachwirkungen und die Gegenwärtigkeit Hitlers stehen, verbleiben im Bereich des Vordergründigen, so ernst sie auch im Einzelnen und im Ganzen zu nehmen sind. Der letzte Grund des Phänomens ist ein anderer. Er liegt in der Tatsache, dass wir über die Epoche nicht hinausgelangt sind, die diesen Hitler hervorbrachte, seinen Aufstieg ermöglichte und ihn zu einer ihrer zentralen Figuren werden ließ. Dass er seinen herausragenden Platz für eine vergleichsweise kurze Zeitspanne einnehmen konnte, ändert nichts. Die Historiker und nicht nur sie sind sich heute, was immer sie sonst trennen mag, darüber einig, dass Hitler nicht eine Episode unserer jüngsten Geschichte verkörpert, dass er nicht durch einen geschichtlichen „Betriebsunfall“ weite Teile der Welt in seinen Bann schlagen konnte, sondern dass er von den Umständen, von Voraussetzungen und Bedingungen gemacht wurde, wie er – umgekehrt – auf diese Bedingungen selbst zurückwirkte. Die hat er, auch darüber besteht weitgehend Einigkeit der Auffassungen, nicht umgestürzt, nicht revolutioniert, aber doch tiefgreifend und nachhaltig verändert.

Hitler wurde in der Welt, die national und international durch den Widerspruch von Kapital und Arbeit charakterisiert war, Parteiführer und Staatsmann und Feldherr. Und er verließ aus eigenem, nicht freiem Entschluss diese Welt in eben jener sozialen Verfassung, in der er sie – im Wesentlichen – auch vorgefunden hatte. Das aber ist im Kern unsere Welt geblieben, so sehr sie sich materiell veränderte und sich Lebensstandard und Lebensgewohnheiten von Millionen sich wandelten. Das ist der tiefste Grund, warum wir Hitler nicht entronnen sind. Der darauf bewusst gerichtete, in den europäischen Staaten des Realsozialismus weit getriebene Versuch mündete in einer Sackgasse. Obendrein erwies sich, dass die geistigen und mentalen Barrieren, die diese Regime gegen den Faschismus errichteten, nicht so hoch und vor allem auch nicht so haltbar waren, wie deren Erbauer gemeint hatten.

Für die Beschäftigung mit der Person Hitlers existieren mithin gute und prinzipielle Gründe. Ihnen Genüge zu tun, bedeutet nicht zu glauben, dass die intellektuelle, gemeinhin Aufklärung oder auch „Bewältigung“ der Vergangenheit genannte Arbeit allein ans gedachte Ziel führen könnte. Von Hitler wirklich und ganz wegzukommen, hieße die Epoche hinter sich lassen, der er entsprang. Welche war und ist das? Mit ihrer Benennung hat es seine Schwierigkeiten weithin. Im Hauptstrom sozialen Denkens wird immer häufiger auf den Begriff „Moderne“ zurückgegriffen, er schillert bunt und wird verschieden und häufig unscharf definiert. Wie immer das aber auch geschieht, Hitler und der deutsche Faschismus wie die Spielarten des Faschismus überhaupt erscheinen als Ab-, Um- oder Sonderwege vom Hauptweg in die oder in der „Moderne“. Die aber lässt sich bei näherem Hinsehen unschwer als eine gesellschaftliche Ordnung auszumachen, in der das Kapital dominiert, d. h. ökonomisch, politisch und geistig vorherrscht und prägend wirkt. Früher nannte man dieses System Kapitalismus. Nicht nur Marxisten halten diese Kennzeichnung nach wie vor für zutreffend und benutzen sie deshalb.

Doch damit ist eine nähere Epochenbestimmung für unsere Zwecke nicht vorgenommen. Anders ausgedrückt: diese Kennzeichnung ist zu weit, um Hitler einen präzisen Platz in der Weltgeschichte, in die er gehört, zuzuweisen. Denn es sind in dieser kapitalistischen Gesellschaft Zeiten denkbar, in die er auf keinerlei Weise hineinpasst. Das trifft etwa für das erste Jahrzehnt unseres Jahrhunderts zu, als ein Politiker seines Typs weder in Deutschland noch anderswo „verlangt“ wurde. Ihn und Mussolini kann man sich aus nachprüfbaren Gründen nicht als den Regierungschef an der Seite der damals regierenden Monarchen vorstellen. Erst der Erste Weltkrieg und die auf ihn folgenden Revolutionen haben den Aufstieg der beiden möglich gemacht, ihnen auch als Person Chancen geboten und die Welle erzeugt, die den Duce und den Führer nach ganz oben spülte.

Wären die Marxisten vor einem Jahrzehnt gefragt worden, welcher Epoche Hitler zugehört, hätten die meisten von ihnen – im Anschluss an Lenin und anderer materialistische Imperialismustheorie – bedenkenlos geantwortet, der des untergehenden, sterbenden Kapitalismus und des seinem Sieg im Weltmaßstab zustrebenden Proletariats. Zweifelsfrei ging Hitlers Aufstieg und Sieg aus diesem Spannungs- und Kampfverhältnis hervor. Ernst Nolte war nicht deshalb zu kritisieren, weil er das feststellte, sondern weil er diesen Widerspruch verabsolutierte.

Erinnert man sich dieser im Marxismus verbreiteten geschichtlichen Verortung Hitlers, die durch die praktische Widerlegung Lenins erledigt zu sein scheint, ergibt sich die Frage, wie diese „Jahre und Jahrzehnte mit Hitler„ neu im Ablauf der Geschichte festgemacht werden können. Nachdem die Hoffnungen auf die Überwindung des Kapitalismus durch proletarische Revolutionen kaum noch einen geschichtsträchtigen Nährboden finden, nachdem die Konfrontation der antagonistischen Systeme durch den Untergang des einen aufgehoben wurde, lässt sich da nicht sagen, dass dieser Hitler einer hinter uns liegenden Epoche angehört habe, in denen die einen fürchteten und die anderen hofften, der Kapitalismus läge auf dem Sterbebett, dem er nicht entkommen könne, und der Sozialismus in der Wiege, in der er nicht zu erwürgen sei? Dann ließe sich in einem geschichtlichen Sinne Entwarnung geben. Hitler und seine nächsten Verwandten wären so in eine Krisenzeit des Kapitalismus eingeordnet, die der Weltkapitalismus überwunden hat und deren Konstellation nicht wiederkehren könne.

Also wäre auch der Bedarf nach Hitler und die mit ihm gewonnene Erfahrung Hitler erledigt. Aber dagegen erhebt sich ein Einwand. Ließe sich aus dieser Vergangenheit nicht der Stoff gewinnen, aus dem wiederum Herrschende, gerieten sie in eine Systemkrise, ihre Rüstung sich schneidern könnten. Diese Überlegung trägt der vielfach belegten Tatsache Rechnung, dass im Verlauf der Geschichte gewonnene Erkenntnisse und Erfahrungen nie ganz verloren gehen, sich nie vollständig verflüchtigen, auch nie total entwertet werden, sondern im Gedächtnis nachfolgender Generationen auf eine schwer darzustellende Weise aufgehoben bleiben und deshalb auch reaktivierbar sind. Das feststellen, heißt sich Hannah Arendts These erinnern, wonach etwas, was einmal in der Geschichte passierte, sich wiederholen kann und diese Wiederholung, eben weil es sich um eine Wiederholung handelt, umso wahrscheinlicher, weil leichter ins Werk zu setzen sei.

Aus diesem Gedankengang, der in die Erwähnung einer vermuteten Möglichkeit ausmündet, folgt nun aber logisch, dass der Ort Hitlers in der Geschichte erst in dem Maße genauer bestimmbar sein wird, wie diese Geschichte selbst fortschreitet und uns ihre unwiderruflichen Antworten liefert. Gegenwärtig kann lediglich mit Bestimmtheit gesagt werden: Hitler ist durch eine Krise des Kapitalismus im Stadium der Vorherrschaft der Bank- und Industriemonopole ermöglicht worden, er war ihr Produkt, er vermochte diese Krise zeitweilig zu mildern, die ihr zugrunde liegenden sozialen Gegensätze zu dämpfen. Doch da er sich eine Doppelaufgabe wählte, den Zweiten Weltkrieg anzettelte und mit den Weltherrschaftsplänen scheiterte, erzeugte und hinterließ er den Kreisen, die ihn in sein Amt brachten, seine Politik wollten und mittrugen, eine neue und noch schlimmere als die gebannte Krise. Er war, wie Günter Paulus formulierte, einmal deren bester Mann und er trat ab als deren schlechtester, er war – ließe sich hinzufügen – der Erhobene, Gefeierte und Bewunderte und wurde der Gescheiterte, Störende und Verachtete.

Dass andere kapitalistische Systeme ihre gleichzeitigen Krisensituationen auf andere Weise meisterten, besagt nichts gegen diese Interpretation, beweist aber, dass es keine allgemeine Gesetzmäßigkeit

gibt, wonach solche Herrschaftskrisen im 20. Jahrhundert auf faschistische Weise gelöst werden müssten. Es konnten andere Lösungswege in Abhängigkeit von den aktuellen Lagen, den Herrschaftserfahrungen und den Traditionen gewählt und begangen werden. Ehrlicherweise müssen die Soziologen und Historiker dann wohl eingestehen, dass sie heute nicht zu entscheiden vermögen, ob der Beschäftigung mit der Geschichte des Hitler-, des Mussolini- und des Franco-Faschismus noch einmal eine grundlegende politische Bedeutung zukommen wird. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Künftige mit Bezug auf die Faschismusforscher am Ausgang des 20. Jahrhunderts äußern werden: Die hatten damals aber Sorgen! Die Faschismusforscher, ob Deutsche, Briten, Amerikaner, Israelis oder was sonst, zumeist politische Menschen, stellen aber, und nicht, weil sie von Eitelkeit beherrscht wären, die Möglichkeit in Rechnung, dass ein Rückgriff auf die Methoden des Faschismus erfolgen könnte. Diese waren derart von abgrundtiefer Menschenfeindlichkeit und einem Verbrechertum gekennzeichnet, dass der Gedanke an eine solche Möglichkeit modifizierter Wiederkehr allein genügt, gegen sie rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen – selbst auf die Gefahr hin, dass es sich bei allen ihren intellektuellen Anstrengungen um eine geschichtliche Fehlinvestition handeln könnte. Anders und knapp gesagt: die Faschismusforschung will Menschen mit Abwehrkräften gegen eine denkbare Gefahr ausstatten. Diese Verhaltensweise ist nicht so ungewöhnlich und in anderen Fällen in einem Grad verbreitet, dass ihn kaum noch jemand zur Kenntnis nimmt. Es ist fiel unwahrscheinlicher, dass der Blitz in all jene Gebäude einschlägt, die mit Blitzableitern ausgerüstet wurden, als dass auf dem Erdball Herrschaftsformen sich etablieren, die sich zumindest an denen des Faschismus aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts orientieren.

Wer den Gedankenbogen so weit nicht spannen mag, kann doch erkennen, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit Hitler, deren Ausmaß manchen als übertrieben gelten mag, sich mit mehreren anderen Gründen rechtfertigen lässt. Zum einen wirkt sie auf eine verwickelte, aber nachweisbare Weise bereits in unsere Gesellschaft in ihrem jetzigen Zustand hinein. Sie setzt ihre Hinweis-, Warn- und Gefahrenzeichen, die freilich oft von den Regierenden nicht beachtet werden. Dennoch übt auf sie gleichsam eine disziplinierende oder begrenzende Wirkung aus. In Deutschland kann beispielsweise von Parlamentariern über Bürger-, Justiz- und Polizeirechte nicht diskutiert und entschieden werden, ohne dass das Gegenbild der faschistischen Herrschaft zumindest gedanklich gegenwärtig ist.

Zum anderen sucht die Faschismusforschung eine unerlässliche Aufgabe zu lösen: Sie will den Heutigen und für die Kommenden ein Stück deutscher Vergangenheit erklären, das beklemmend, bedrückend bleibt und den Menschen ihre Entscheidungs- und Entwicklungsmöglichkeiten unabweisbar vor Augen führt. Wer sich auf diese Geschichte intellektuell und moralisch einlässt, hat für sich zwischen Lebensmöglichkeiten zu wählen. Das führt zu antifaschistischer Aufklärung und Erziehung, in der Familie und der Schule, im Betrieb und in der Bundeswehr und anderswo. Beide Überlegungen relativieren die Aussage über die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Faschismus als Investition in die Zukunft. Diese Zukunft ist nicht etwas von der Gegenwart total Abgetrenntes. Die Möglichkeiten jener kündigen sich in den Wirklichkeiten dieser an. Die Barrierefunktion der Forschungen über den Faschismus kann heute schon wirken.

II.

Für Ian Kershaw gehört Hitler zu den geschichtlichen Gestalten, welche die Erkenntnisfähigkeit des Historikers in besonders hohem Maße und mit extremen Ansprüchen herausfordern. Doch erschöpft sich seine Absicht nicht in der intellektuellen Entschlüsselung der Person, an dem sich vor ihm schon so viele versucht haben. Dabei kam der britische Geschichtswissenschaftler, der an der Universität in Sheffield lehrt, sich in Deutschland zu längeren Studienaufenthalten, aber zeitweilig auch als Hochschullehrer tätig war, auf einem weiten Wege zur Biographik. Lange konzentrierten sich seine Interessen, nachdem er von der Mediävistik zur Erforschung der deutschen Geschichte der neuesten Zeit übergegangen war, auf die Volksmassen im Nazireich. Doch gelangte er wie andere seiner Zunftgenossen zu der Überzeugung, dass die faschistische Diktatur nicht adäquat erfasst werden könne, wenn von ihrer Zentralfigur abgesehen oder sie an den Rand des Blickfeldes gerückt würde. Die Frage war und blieb nur, wie die Scheinwerfer auf das auszuleuchtende Feld gerichtet werden müssten und ob ihre Konzentration auf die Person des Hitlers nicht unvermeidlich zu vieles in den Schlagschatten

bringen, so dass der Gewinn sich schließlich als geringer denn die Verluste erweisen müsste. Von letzterem jedenfalls waren die deutschen Vorkämpfer sozialgeschichtlicher Methodik fest überzeugt, weshalb sie die Erforschung auf dem Wege über das Leben und die Rolle Hitlers als eine Falle betrachteten und sie ablehnten. Gerade diesen Vertretern aber stand Kershaw wissenschaftlich nahe und er war und ist mit ihnen auch persönlich verbunden. Diese Haltung wirkte auch bei ihm nach und nur zögernd, teilt er mit, habe er sich dazu entschlossen, das Angebot eines britischen Verlages anzunehmen und unter die Hitlerbiographen zu gehen.

Möglicherweise aber hatten die Verleger zur Kenntnis genommen, was Kershaw 1988 schrieb, als er den damaligen Stand der Faschismusforschung in Deutschland inspizierte. Da nämlich hatte er die Ansprüche an eine Biographie des Diktators bereits (und womöglich schon für sich) formuliert und sich zu den Verdiensten und den Grenzen derer geäußert, die jetzt als seine Vorläufer zu gelten haben. Kurz gesagt lautete die zentrale Forderung, es müsse die Zeit und der Mann, die Gesellschaft und das Individuum zusammengedacht und in ihrer dialektischen Beziehung dargestellt werden. Hitler, hat er an anderer Stelle formuliert, sei nicht aus Hitler zu erklären. Kershaws Vorhaben stellt allein deshalb eine Pioniertat dar, weil er dem unbefriedigenden Zustand ein Ende gesetzt hat, der Nichtfachleute dazu zwang, jene Arbeit zu verrichten, die gerade von den Fachleuten zu lösen war. Bisher ließen sich Monographien über die Diktatur und Biographien über den Diktator lesen. Nun liegt der Versuch vor, sie gleichsam zu vereinen, freilich in einem Werk, dessen Aneignung unterhalb der Kenntnisnahme von nahezu 2.000 Textseiten nicht zu machen ist. Die Nörgelei über den Buchumfang, von einigen Journalisten geboten während der Vorstellung der deutsch-sprachigen Buchausgabe in Berlin, sprach einfach vom Unverstand gegenüber dem zu lösendem Problem.

Kershaw hatte sich, wie nun festgestellt werden kann, mit seiner Kritik an der Hitler-Biographik 1988 auch eine Messlatte gelegt, an der nun seine Arbeit gemessen werden kann. Damals schon hatte er, sich auf den früh verstorbenen Tim Mason beziehend, als einen Rat für die Annäherung an Hitler auch Marx zitiert.

Einige Überlegungen zur Gründung der BRD und der DDR vor 50 Jahren

1. Im kommenden Jahre wird es 50 Jahre her sein, dass am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde. Unmittelbar dürfte das Anlass sein, sich mehrfach ihres 40. Jahrestags zu erinnern, der in der Stunde der Agonie des Systems begangen wurde. Es ist nicht schwer vorherzusagen, dass das Thema des Untergangs der DDR und die Frage nach dessen Ursachen weithin die Diskussion beherrschen, Geschichtsbetrachtung also von ihrem Ende her erfolgen wird.

2. Dem Datum des Oktobertages geht das des Maitages voraus, an dem vor 50 Jahren die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, der westdeutsche Staat, auf den die Etablierung des ostdeutschen erst folgte. Welche Regierung auch immer im Mai 1999 an der Spitze der BRD stehen wird, keine dürfte sich die Gelegenheit entgehen lassen, das Ereignis zu feiern und mit ihm ihre eigenen Verdienste. Dafür gibt es Gründe, einige liegen zutage. Kein Staat der modernen deutschen Geschichte hat auch nur ein halbes Jahrhundert gedauert. Das 1871 gegründete Kaiserreich wäre 1921 ein halbes Jahrhundert alt geworden. Es ging im Feuer des Weltkriegs und der Revolution unter. Die Weimarer Republik brachte es auf eine Lebensdauer von knapp 14 Jahren, sie erlag dem vereinten Angriff der faschistischen und anderer, vorwiegend konservativer antirepublikanischer Kräfte. Das faschistische Reich dauerte etwas mehr als zwölf Jahre, bis es mit den militärischen Instrumenten der Antihitlerkoalition beseitigt wurde. Die DDR, Konkurrent der BRD auf deutschem Boden, existierte 40 Jahre. Ihr unvollständiges 41. Jahr wurde weniger das ihres Umbaus als das ihres Abrisses.

3. Doch geht es nicht allein um die Zeitdauer des jeweiligen Daseins der deutschen Staaten, worin sich zweifelsfrei eine mehr oder weniger große Stabilität ausdrückt. In keinem Staat der deutschen Geschichte seit 1871 hat sich das Leben der Mehrheit der Bevölkerung derart gravierend verändert, ihr materieller Reichtum in solchem Grad vermehrt wie in den Jahrzehnten der Bundesrepublik. Das geschah vor dem Hintergrund und Ausgangspunkt immenser Zerstörungen, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte. Das Wort vom „Wirtschaftswunder“ bedeutete keine Propagandaphrase, wenn es auch als solche gebraucht worden ist. Die regierenden politischen Kräfte und die an den Regierungen beteiligten Parteien haben sich in diesen Jahren den Ruf von Organisatoren einer Gesellschaft erworben, die im Wohlstand lebt. Darauf vor allem gründet sich die Stabilität des Staatswesens BRD bis heute. Diese Kräfte und Parteien zehren von diesen Verdiensten, sie bilden ihren Kredit. Es wird ihnen in einer sich verändernden Situation zugetraut, die Rolle der Wohlstandsbewahrer erfolgreich zu übernehmen, wobei ein Teil der Bevölkerung, diese, ein anderer jene Partei oder Parteiengruppe bei der Lösung dieser Aufgabe favorisiert. Die vorzugsweise soziale Marktwirtschaft genannte kapitalistische Gesellschaft ist in der BRD ungefährdet. Dass es in ihr chronische Krisenerscheinungen gibt, wird nicht bestritten, aber sie erscheinen oder gelten als beherrschbar.

4. Auch außenpolitisch stellt sich die Bilanz der BRD beachtlich dar. Sie hat in den Jahrzehnten des Kalten Krieges sich nicht nur ökonomisch und politisch gegenüber der sozialistischen Konkurrenz behauptet, sondern sie wurde durch ihren materiellen Reichtum weithin in der Welt zu einem bewunderten Staat und sie vermochte ihre wachsenden materiellen Mittel für ihre Außenpolitik einzusetzen. Heute ist die BRD in Mittel- und Westeuropa nicht nur der bei weitem wirtschaftlich stärkste, sondern auch der volkreichste Staat. In ihm leben auch Millionen Ausländer, die zuerst als gesuchte Arbeitskräfte, später meist als sog. „Wirtschaftsflüchtlinge“, auch als politisch Asylsuchende in das Land gekommen sind. Die Wirtschaftsmacht Deutschland lockt und in anderer Weise droht sie auch. Doch wird dieser deutsche Staat jedenfalls militärisch von seinen Nachbarn nicht als Bedrohung empfunden, was für sie ein Novum in der Geschichte ist: für die Franzosen und die Belgier, die Österreicher und auch die Nordeuropäer. Heute existieren nicht nur wirtschaftliche, sondern auch vieljährige politische und militärische Bündnisse, in denen die BRD eine maßgebliche Rolle spielt. Die neuen ost- und südosteuropäischen Regime suchen mit der BRD politische und wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen, die ihnen helfen, sich selbst zu stabilisieren und aus verbreitet elenden materiellen Zuständen heraus zu gelangen. Es gibt also um Deutschland herum eine Anzahl grundsätzlicher, aber auch pragmatisch-berechneter Gründe, sich mit der BRD auf guten Fuß zu stellen oder auf ihm zu bleiben und also die eine halbjahrhundert lange Existenz mit zu feiern.

5. Gegenüber dieser Bilanz lassen sich andere Tatsachen summieren. In diesem reichen Deutschland existiert eine permanent hohe Arbeitslosigkeit, die jüngst Rekordzahlen erreichte. Armut ist nicht nur eine Erscheinung der auf soziale Hilfsleistungen angewiesenen, sondern existiert bereits auch unter einem Teil der Arbeitenden mit geringfügigen Löhnen. Sie bestimmt das Leben von Hunderttausenden von Kindern. Groß ist die Zahl der Obdachlosen und anderer an den Rand der Gesellschaft gedrängter Menschen. Es polarisieren sich deutlich Reichtum und Armut. Die Chancen für junge Menschen, sich Wissen und Bildung und damit berufliche Chancen zu erarbeiten, werden immer stärker abhängig von der sozialen Situation ihrer Eltern. Bedrohlich wächst die Gefahr der Verarmung und Vereinsamung alter Menschen. Alkohol- und Drogensucht breiten sich in der Gesellschaft aus. Die Vorsorge für Gesundheit und die Behandlung von Krankheiten geraten ebenfalls mehr und mehr in Abhängigkeit von der Zahlungsfähigkeit der Bürger. Kritisch geworden ist auch der Aufwand der Gesellschaft und des Staates für Wissenschaft und Kultur, was demonstrative Großprojekte weithin noch verdecken.

6. All diese Tatsachen verbreiten unter den Bürgern der BRD das Lebensgefühl eines Wandels zum Schlechteren hin oder – vorläufig mehr noch – einer Bedrohung des eigenen Lebensstandards und der eigenen und der familiären Lebensperspektiven. Demgegenüber zeigt sich verbreitet ein Zustand der Hilflosigkeit und daraus wiederum erwächst die Bereitschaft der Verdrängung. Zugleich befinden sich alle Erscheinungen in einem Wachstumszustand, die sich im Begriff von der „Ellenbogengesellschaft“ bündeln. Der Individualismus nimmt quer durch die sozialen Schichten zu, die Solidarität, wo je vorhanden gewesen, nimmt ab. Besonders drastisch zeigt sich dieser Vorgang an dem Verhältnis von Ost- und Westdeutschen zueinander, aber auch in den Neuen Bundesländern selbst. Die ehemals „armen Brüder und Schwestern“ gelten jetzt den einen als undankbare, anderen als lernunfähige oder lernunwillige Mitbürger, denen entweder nur schwer geholfen werden kann oder denen genug geholfen worden ist, und die sich folglich von nun an selbst um ihr Weiter- und Fortkommen zu kümmern hätten.

7. Es gibt also im Mai 1999 zum einen eine stattliche Anzahl von Gründen, dass sich diese Bürger der Bundesrepublik und namentlich die Angehörigen der älteren Generationen auf ihre Arbeit etwas zugutehalten, mit deren Ergebnissen sie zufrieden sein können. Gleichzeitig existiert innerhalb der Staatsgrenzen eine Großgruppe, deren Masse sich im Osten konzentriert und die seit nahezu 10 Jahren BRD-Bürger sein wird, die keinerlei Ursachen zum Feiern besitzt. Die Regierenden werden auf diese widersprüchliche Situation nicht anders reagieren als alle Regierenden in gleicher oder ähnlicher Situation vor ihnen: Sie werden sich und die Erfolge bejubeln und die Schäden der Gesellschaft, die den Charakter von Krebsschäden besitzen oder annehmen, als bloße Defizite kleinreden, die noch zu beheben seien. Vor der PDS steht die Aufgabe, sich zu dieser Wirklichkeit der BRD im Ganzen und insbesondere in den Neuen Bundesländern ein objektiv-kritisches Bild zu machen und im Zusammenhang mit dem Mai-Jahrestag begründet darzulegen, wo sich dieser Staat befindet und wohin er steuert.

8. Es lässt sich schwer sagen, in welchem Grade der 7. Oktober 1999 in diesem Staate überhaupt ein Tag der Erinnerung sein wird. Für eine Partei, die sich sozialistisch nennt, und deren Mitglieder in ihrer Mehrheit den untergegangenen Staat lange als den ihren betrachtet hat, erscheint es aber unumgänglich, sich an diesem Datum zu erinnern. Auf den einzelnen wie auf die Gruppe insgesamt gesehen, erscheint das einfach als ein Akt der Selbstachtung. In diesen Staat und seine Gesellschaft wurde die Arbeits-, ja die Lebenskraft von Generationen investiert und das allein provoziert die Frage, war das alles eitel, irrtümlich und waren die Resultate geschichtlich nur Schutt und Asche? Das wird den einstigen DDR-Bürgern seit Jahren gesagt. Sie hätten ihr Leben, heißt es, an eine falsche, wertlose, verderbliche, verdorbene, ja verbrecherische Sache gewendet oder wenden müssen. Gegenüber dieser Grundaussage hat die PDS die Bürger gleichsam im Dauerregen stehen lassen. Nun war und ist die Situation nicht so, dass die Mehrheit der Bewohner in den Neuen Bundesländern sich darauf erpicht hätte, Klarheit über die verflossenen Jahrzehnte zu gewinnen. Daran hinderte allein schon die Tatsache, mit welcher Wucht sie von den neuen Verhältnissen überrollt wurden und sich in ihnen zu behaupten suchen mussten. Antwort auf die Frage: Was war diese DDR? erscheint zunächst und zuerst

einmal aus dem erwähnten Grunde als ein innerparteiliches Thema der SED. Es hat indessen nicht den Anschein, dass es als solches auch angenommen wird.

9. Als sich die Bundestagsfraktionen mit der Enquetekommission über die Geschichte der DDR hermachten mit einem klaren politischen Auftrag, antwortete die PDS darauf auf ihre Weise, durch Mitarbeit, soweit man sie mitarbeiten ließ, und durch die separate Herausgabe der Reihe „Ansichten der DDR“, die jedoch kaum eine intensive innerparteiliche Auseinandersetzung auslöste. Es waren stets besondere Attacken gegen die DDR-Geschichte, die Reaktionen der Abwehr hervorriefen, etwa die These vom „verordneten Antifaschismus“ oder die Debatte über die als Enthüllungsliteratur daherkommende Arbeit zu den „roten Kapos“ von Buchenwald. Bestimmte Seiten des untergegangenen Staates wurden gegen besonders drastische Verleumdungen verteidigt und seine nach allgemeiner Überzeugung der älteren Ostdeutschen besseren Anfänge hervorgehoben. Eine breitere Debatte über das Wesen der DDR, über ihren geschichtlichen Platz, ihre Rolle in Europa und also über ihr Erbe kam nicht zustande. Das war nicht allein das Resultat der Vernachlässigung, die sich fraglos daraus ergab, dass die Partei sich auch im Osten zunächst gegen die schärfsten und unflätigsten Angriffe behaupten musste. Die Debatte über die genannten Fragen scheint die Parteimitgliedschaft bis heute zu überfordern, ja sie zu entzweien, denn es gehen die Ansichten über den untergegangenen Staat weit auseinander. Dabei geht es nicht um die bis zur Lächerlichkeit erhobene Beschuldigung, es wollten viele PDS-Leute die DDR „wiederhaben“. Übereinstimmung herrscht in den Parteireihen doch darüber, dass dieser Staat nicht von ungefähr untergegangen ist, dass das System, dem er angehörte, sich nicht imstande zeigte, die reichen Möglichkeiten der eigenen Behauptung zu nutzen, die es zwischen Pazifik und Ostsee besaß, dass es sich als ohnmächtig erwies, eben die Ziele zu erreichen, die es sich selbst gesetzt hatte. Soviel Geschichtsverständnis hatten sich die allermeisten Sozialisten im Osten Deutschlands doch angeeignet, dass sie die Ereignisse des Jahre 1989 und 1990 nicht als ein Zufallsspiel der Geschichte anzusehen vermochten.

10. Die eigentliche Frage, auf die sich die meist unausgesprochenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der PDS richten, ist eine Vorfeldfrage und sie lautet: Ist es überhaupt möglich und notwendig, sich mit diesem untergegangenen Staat in einer geschichtlichen Soll-und-Haben-Rechnung auseinanderzusetzen. Die einen meinen offenbar, dass dies allein schon eine Beschönigung ergeben könnte. Andere sind in den Verdacht gestellt, darauf auch deshalb verzichten zu wollen, um sich nicht den Pfeilen derjenigen auszusetzen, welche die PDS als eine Verlängerung der SED denunzieren. Dritte mögen meinen, es werde auf diese Weise nur zusätzlich die Zusammenarbeit mit parteipolitischen Kräften der gegenwärtigen Opposition erschwert. Vielen wieder erscheint die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte als ein Kräfteaufwand, entweder ganz überflüssig oder jedenfalls zur Unzeit unternommen. Alle diese Argumente lahmen schwer, denn die politische Praxis erweist, dass eine sozialistische Partei permanente Anziehungskraft nicht gewinnen kann, wenn sie ausschließlich einer noch so begründeten Kritik an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen entwickelt und Vorschläge anbietet, wie diesen Zuständen im Rahmen der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse mit den Mitteln begrenzter Reformen und Initiativen abgeholfen werden kann. Wenn eine sozialistische Partei in Deutschland sich per definitionem unter den Zwang setzt, am Bild einer Alternative gedanklich, also theoretisch zu arbeiten, dann kommt sie auch nicht umhin, Aussagen über die Vergangenheit zu treffen, die konkret sind. Wenn eine sozialistische Partei mit einer Vergangenheit, wie sie die PDS aufweist, namentlich – und das ist für sie in besonderem Maße eine Existenzfrage – junge, geistig frische und interessierte Leute ansprechen will, dann muss sie sich auf eine Debatte nicht nur über die DDR, sondern darüber hinaus über die Ideen des Sozialismus und Kommunismus bis zu deren geschichtlichen Anfängen und Vorläufern einlassen. Sie muss, allgemein gesprochen, ihre Bildungsarbeit betreiben.

11. Auf dem letzten, dem Wahlparteitag der PDS wurde ein Zusatz angenommen, der von den Angehörigen des Diskussionskreises „Marxistisches Forum“ eingebracht worden war und in dem einfach gesagt wurde, dass die kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte auch geeignet sein könnte, Menschen Mut zu machen, sich weiter und erneut zu Anstrengungen zu entschließen, über den Kapitalismus hinauszugelangen. Die Kommission, die den Endtext herstellte, hat diese beschlos-

sene Passage einfach unter den Tisch fallen lassen und, darauf angesprochen, erklärt, dass sie diese Ansicht nicht mittragen könne. Nun hat dieses Verhalten zunächst einmal eine Seite, welche das demokratische Verständnis in der Partei betrifft. Ebenso wichtig und für unseren Zusammenhang interessant ist aber, dass Ideologen oder Strategen an der Parteispitze es für unzulässig halten, im Zusammenhang mit der DDR-Vergangenheit davon zu sprechen, dass sich ihrer Geschichte auch eine Ermutigung entnehmen ließe, die Gesellschaft grundsätzlich anders einzurichten, als sie heute beschaffen ist. Dieses Verhalten schließt die Totalkapitulation vor jenem DDR-Bild ein, das jetzt auch als Zusatz in der deutschen Übersetzung des „Schwarzbuches des Kommunismus“ nachzulesen ist. Demnach existiert keine Erfahrung aus diesen vierzig Jahren, deren produktive Verwendung denkbar wäre. Antifaschismus, Frauenemanzipation, Sozialstaat – das waren und sind demnach alles nur Mythen, denen zwar noch immer einstige Bürger der DDR anhängen, von denen sie sich aber befreien müssten. Was es in der DDR gegeben habe, seien einzig individuelle Glückserlebnisse gewesen, die jetzt obendrein noch als Erinnerung beim Beschreiten des neuen Weges hinderlich wären.

Kurzum und als Fazit: Wenn die PDS sich nicht damit begnügen will, einzig den radikal-reformerischen Platz einzunehmen, den die Sozialdemokratie freigemacht hat, sondern wenn sie eine neue sozialistische Partei werden will, dann kann sie nicht so tun, als beginne sie auf der grünen Wiese. Sie trägt ein Erbe, und das hat sie gefälligst zu sondern. Sie kann sich nicht darauf beschränken, die DDR-Geschichte als die Enthüllungsgeschichte von Machtintrigen, Unrecht und Verbrechen zu betreiben und gleichzeitig zu erklären, es seien Kennzeichnungen wie Unrechts- und Verbrecherstaat aber nichts als politische Knüppel. Eine redliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des untergegangenen Staates, mag man ihn als ein Versuch, als ein Experiment oder einfach als eine geschichtliche Wirklichkeit nehmen, die sich nicht auf ein sowjetisches Implantat in die deutsche Geschichte herunterreden lässt, ist – das sollte klar sein – nicht nur ein Erfordernis der Ostdeutschen, die „dabei waren“, sondern es erweist sich nicht weniger wichtig auch für alle Nachgeborenen und diejenigen, die in Westdeutschland als Linke diesen Staat unterstützten, kritisierten, mitunter auch befeindeten und die heute innerhalb der PDS oder als Sympathisanten zu ihr stehen.

Kleiner Lauschangriff in die Frühgeschichte der Burschenschaften

Der Autor des Gastbeitrags lebt als Historiker in Berlin und gehört zu den Spezialisten der Faschismusforschung. Er schrieb seine Abschlussarbeit an der Universität Jena über das politische Wirken des Historikers Heinrich Luden, der mit anderen Professoren dieser Universität zu den geistigen Gründervätern der Burschenschafts-Bewegung gehörte.

Von der Redaktion dieser Zeitung aufgefordert, über die Burschenschaften nachzudenken, die derzeit von meinem eigenen Forschungsinteresse viel weiter entfernt liegen als gegen Ende meiner Studentenzeit, entsinne ich mich, in Vorlesungen und anderen akademischen Veranstaltungen während vieler Stunden vor dem Gemälde des Schweizer Malers Hodler gesessen zu haben, das den „Aufbruch der Jenaer Studenten 1813“ zeigt. Es füllt die gesamte Stirnwand der Aula der Jenaer Universität aus. Hodlers Darstellung idealisierte die historische Szene erheblich und dennoch war sein Bild nicht jener mordspatriotischen Sorte zuzurechnen, die das Geschehen blind verherrlichte und feierte. Das taten auch wir Studenten der Geschichte nicht, denen erst die grundstürzenden gesellschaftlichen und politischen Wandlungen des Jahres 1945 das Tor auch zu dieser ostdeutschen Universität geöffnet hatten.

Friedrich Engels „Deutsche Zustände“, die Frühschrift des späteren Sozialisten, gehörte zu den ersten, die in einer nur wenige Seiten ausmachenden Broschüre nach der Zerschlagung des Faschismus in der Sowjetischen Besatzungszone wieder gedruckt worden waren. Wir hatten sie schon gelesen. Sie war uns eine kräftige Medizin gegen den Kult, der im Unterricht unserer Schulzeit um Figuren im Spektrum zwischen Friedrich Ludwig Jahn, dem Turnvater, und Andreas Hofer, dem Sandwirt, gemacht worden war. Wir lernten, zwischen den „Mordspatrioten“, die uns im Zeichen des Hakenkreuzes als Vorbilder hingestellt worden waren, und den demokratischen und republikanischen Patrioten zu unterscheiden, und meinten, dass die von den letzteren sich herleitende Tradition der Aufnahme wert sei, zumal die Teile Deutschlands immer mehr auseinanderdrifteten.

Die Studentenbewegung des Jahres 1813, entstanden in den antinapoleonischen Kämpfen, besaß eine Zeit lang ihr gedankliches und organisatorisches Zentrum in Jena. Dort erhielt sie auch von einer Gruppe von Professoren weltanschauliche und politische Impulse. Sie war Ausdruck und Bestandteil der schleppend einsetzenden bürgerlichen Entwicklung in Deutschland. Was sich an den Universitäten unter den Studenten bewegte, war Vorbote und Teil einer größeren Bewegung, deren Anwachsen ebenso widerspiegelnd wie alsbald auch alle ihren Schwächen aufweisend. Und wie diese Bewegung sich auf dem Wege zum Jahre 1848, dessen wir aus „rundem Anlass“ derzeit uns besonders erinnern, mehrfach spaltete, so auch die der Studenten. Hie Konservative, da konstitutionelle Monarchisten, dort die Radikalen, welche die Republik und einen sozialen Wandel der Gesellschaft forderten, vor allem die bis an die Wurzeln reichende Überwindung der feudalen Gesellschaft und deren Folgen. Die Studentenbewegung der Burschenschaften war und blieb in ihren Ausprägungen und Wandlungen dieser in einen historischen Umbruch eintretenden Gesellschaft verhaftet. Woher auch sonst hätte sie Ideen, Antriebe, Ziele nehmen sollen? Sie konnte ihr einen Schritt voraus sein, kaum mehr.

Warum fällt mir, da angekommen, das Lied von der entschwundenen Burschenherrlichkeit ein? Die sich heute präsentierenden Burschen verkörpern eine Traditionslinie, die genau genommen auf vorburschenschaftliche Zeiten verweist. Da existierten an den wenigen und vergleichsweise kleinen Universitäten in den deutschen Staaten landsmannschaftliche Zusammenschlüsse, geprägt von ihren feudal privilegierten Mitgliedern. Dort liegt der Anknüpfungspunkt der heutigen Nachfahren. In deren elitärer Gesinnung, in ihrem vulgären Dünkel, in ihrem akademischen Hochmut, in ihrer sich hinter vornehmer Kulisse notdürftig verbergenden Kulturlosigkeit werden Gesinnungen konserviert und Haltungen gepflegt, von denen die Urburschenschaftler, namentlich ihr schwacher republikanischer Flügel sich abgrenzten und gegen die sie ankämpften.

Kann der Blick zurück bei einer Orientierung heute helfen, da nach dem Jahre 1990 auch an „meine“ Universität die Burschenschaftler „zurückgekehrt“ sind, ihnen dort alsbald die Ehre des Empfangs durch einen neuen Rektor zuteilwurde, der sich selbstredend als Demokrat verstand – ein Vorgang, der uns vor Jahrzehnten, als kein Student „im Wichs“ auch nur zu einem der seinerzeit berühmten Faschingsbälle erschienen wäre, nicht einmal im Traume geplagt haben würde? Es hilft der Blick

zurück womöglich, diese Burschen nicht nur als Exoten oder als eine Randerscheinung abzutun, sondern sie als das zu nehmen, was sie – jeweils mit ihrem zunehmenden oder absinkenden Einfluss – stets waren: ein Anzeiger eines allgemeineren Zustands der Gesellschaft und ihrer Tendenzen. Dass sich diese Burschen – ein Wort übrigens, das in meiner Heimat begrenzte Bewunderung wie vollständige Verachtung auszudrücken – nun mindestens mausig zu machen versuchen, dreister in die Öffentlichkeit treten, Abnehmer für ihre sozialreaktionären Utopien suchen und finden, könnte folglich und eben nicht nur im engeren Bereich der Universitäten die „Schwarzen“ mobilisieren. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Die Schwarzen, wurden jene republikanischen Studenten genannt, die ihr Zentrum an der Universität Gießen besaßen und den radikal-republikanischen, also den fortschrittlichen Flügel in der Studentenbewegung zu einer Zeit ausmachten, da an sozialistische Gruppen in den heiligen Hallen der Wissenschaft wohl noch kaum jemand dachte.

Erinnerungswelt ohne Zusammenhang

Sehe ich die Bilder von den Angriffen der britischen und amerikanischen strategischen Luftflotten auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkriegs, denke ich an einen meiner Schulkameraden, den es in den Tagen des nahenden Kriegsendes nach Dresden verschlagen hatte. Er verlor an jenem Februartag des Jahres 1945 seine Mutter spurlos, kroch unter einem toten Anverwandten hervor und irrte durch das Inferno der Straßen. Wer ohne eigene Erinnerung an solche Tage in die Gesichter derer blickte, die sich vor Fernsehkameras kürzlich ihrer Erlebnisse erinnerten, kann nicht ungerührt geblieben sein. Über die Art und Weise aber, wie die Rückblicke der Deutschen und der Angehörigen der Royal Air Force am letzten Sonntagabend im Fernsehen gemixt wurden – übrigens nach den eben beendeten, bevorstehende „Luftschläge" auf Jugoslawen rechtfertigenden Kommentaren, von denen die Nachrichtensendungen voll waren – sind ein paar Sätze zu verlieren. Denn dieser Luftkrieg gegen Nazideutschland dient Verfälschern des Zweiten Weltkriegs bis auf den Tag als ein von Fragen an die deutsche Geschichte ablenkendes Starargument. Er gibt den Hauptnenner für die Gegenrechnung ab, der lautet: „Die anderen auch".

Eben diese Art der „Aufarbeitung" deutscher Geschichte hat die Propagandakompanie um Knopp erneut bedient. Nicht mit offenem Visier freilich. Also: Wie? Indem sie die Mär von der weitgehenden, wenn nicht völligen kriegswirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit dieses Bombardements erneut verbreitete und damit die Sicht stützte, es sei dies lediglich auf ein Morden an Frauen, Kindern und anderen kriegsuntauglichen Personen hinausgegangen. Über die materiellen Auswirkungen des Krieges der Bomberkommandos stritten in Großbritannien Historiker und Militärs der Air Force bereits in den frühen sechziger Jahren. Ernüchternde Wertungen schienen damals das Andenken an diejenigen Angehörigen der Luftflotten zu beschädigen, die zu den Kriegstoten zählten.

Heute, nachdem die Geschichte der Kriegswirtschaft weitgehend durchgearbeitet ist, kann darüber sachlicher und auf Quellen gestützt geurteilt werden. Dass dieser Teil der Kriegführung in seinen Wirkungen unter den Erwartungen derer blieb, die sie planten, befahlen und ausführten, ist unbestritten. Doch die den Zuschauern präsentierte These, wonach der Ausstoß der deutschen Kriegsproduktion 1941 dreimal so groß gewesen sei wie 1944, bewegt sich auf dem Niveau der „Tonnenmessung". Nicht erst die vor dem Beginn der Invasion im Juni 1944 erfolgenden konzentrierten Angriffe auf Hydrier- und Flugzeugwerke beschränkten Möglichkeiten der deutschen Gegenwehr schwer. Zunehmend richteten sich die Angriffe dann gezielt auch gegen das gesamte Transportwesen, auf den Schienen ebenso wie auf den Wasserstraßen. Darüber lassen sich die Einzelheiten nachlesen, beispielsweise bei Dietrich Eichholtz, einem der besten Kenner der Materie, in dessen dreibändiger „Geschichte der Kriegswirtschaft".

Die Zerstörungen von Wohnungen und von Industrie- und Verkehrsanlagen banden schon seit 1942 einen zunehmenden Teil von Menschen, die mit der Beseitigung der Trümmer und der Wiederingangsetzung der Produktion beschäftigt werden mussten: deutsche Zivilarbeitskräfte, Insassen von Gefängnissen und Konzentrationslagern, Kriegsgefangene und zivile Zwangsverschleppte, die sonst und anders zur Fortführung der Waffenproduktion hätten eingesetzt werden können. Sie erforderten den aufwendigen Bau von Bunkern und anderen, meist nutzlosen Vorkehrungen. Die im Hagel der Bomben elend starben – und darunter waren absolut unschuldige Kinder ebenso wie Frauen und Männern aus den überfallenen Ländern, die zu Kriegsdiensten nach Deutschland gelockt oder gepresst worden waren – wurden vordergründig und direkt Opfer dieses Luftkriegs. Doch entfaltete der seine massentötende Wirkung erst vollends, als die militärischen und zivilen Führer Deutschlands 1942 den Entschluss fassten, den erkennbar nicht mehr zu gewinnenden Krieg weiterzuführen in der Hoffnung, aus ihm möglichst glimpflich herauskommen zu können. Und eben das war nicht Hitlers Entschluss allein.

Der wurde – wie schon obligatorisch – mit wenigen seiner Mitführer wieder als der Verantwortliche hingestellt.

So schon für das Luftbombardement auf Warschau im September 1939. Als hätte er und Göring nicht ein paar Generalstäbler der Luftwaffen zur Seite gehabt, die skrupellos entschieden, eine nicht zur

Festung erklärte Stadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Dass sich so viele Angehörigen der deutschen Eliten, Manager der kapitalistischen Industrie, Techniker und Ingenieure, Wissenschaftler der verschiedensten Institute tagaus und tagein anstrengten, ihren Beitrag zur Weiterführung dieses Krieges zu leisten und sich dafür mit Kriegsverdienstkreuzen behängen ließen, das erst hat doch dazu geführt, dass sich deutsche Städte wie Pforzheim, Dresden, Chemnitz, Jena oder deren Zentren noch 1945 in Trümmerhaufen verwandelten.

In stumpfem und dumpfem Gefolgschaftstrott machten die Deutschen weiter und die Millionen Männer in der Wehrmachtsuniform, die „heldenhaft" kämpften, trugen ihren Teil dazu bei, dass im nicht mehr existierenden Hinterland ihre eigenen Familien zugrunde gingen. Das sind schreckliche, aber unabweisbare Zusammenhänge. Wer den Nachgeborenen erklären will, was im zu Ende gehenden Jahrhundert geschah, sollte und dürfte um sie keinen Bogen machen. Dürfte vor allem nicht so tun, als lastete die moralische Verantwortung für die Opfer des Bombenkrieges auf denen, die in Großbritannien mit der todbringenden Last starteten und nicht wussten, ob ihre Frauen morgen Witwen und ihre Kinder morgen Waisen sein würden. Das altgewordene britische Kriegsteilnehmer heute selbst mit Grauen an die Befehle denken, die sie damals ausführten, spricht für ihre Nachdenklichkeit jenseits von allem kriegerischen Mordspatriotismus. Dass deutsche Fernsehmacher deren Äußerungen geschickt montieren und sie als Kronzeugen für die erwähnte Sicht „Die anderen auch" erscheinen lassen, spricht für etwas anderes.

Der Krieg konnte angesichts des Funktionierens dieses Naziregimes bis in die Stunde seiner Agonie nicht anders verkürzt werden als durch die Anwendung aller Mittel, mit denen die Deutschen kleinzukriegen waren und ihre Führer schließlich zur widerwilligen Kapitulation gezwungen wurden. Von der Dauer des Krieges hing ab, wie viele Insassen von Konzentrationslagern lebend angetroffen werden, wie viele Juden, Sinti und Roma den Tag der Befreiung sehen würden, wie lange zuletzt noch die Polen unter der Knute ihrer Peiniger leben mussten. Darauf hat einer der interviewten britischen Soldaten zurückhaltend verwiesen. Und darüber hätte ein redlicher Kommentar vertiefend reden müssen. Beispielsweise auch durch den Hinweis, dass das Kriegskabinett in London den ihr schon 1942 nahegebrachten Gedanken ablehnte, eine deutsche Stadt mit der veröffentlichten Begründung zu zerstören, es sei dieser Luftangriff erfolgt, um das Massenmorden an den Juden zu rächen und auf diese Weise womöglich die deutschen Führer zu bewegen, mit deren Vernichtung einzuhalten. Stattdessen wurden die Zuschauer mit der Frage entlassen, ob es sich bei dem Bombardement auf deutsche Städte nicht um ein Verbrechen gehandelt habe und ihnen auch die Richtung der Antwort bereits gewiesen. Uneingeschränkt werden sie mit der apologetischen Geschichtsdeutung von den Neonazis und deren Verwandten dann weiterversorgt. Derweil empören sich Fernsehmoderatoren beiderlei Geschlechts und deren Gesprächspartner über den Anschlag auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg" ...

Fritz Stern, emeritierter Professor der Columbia University in New York, hat im vergangenen November in München eine Rede gehalten, in der sich die Sätze lesen lassen: „Noch gefährlicher sind die Medien, die mit dem Grauen der Vergangenheit spielen, die das Höllische trivialisieren." Und: „Wir wissen, dass Bilder aus Fernsehen oder Film Eindrücke vermitteln, die viel unmittelbarer sind als unsere Worte – und dass in der heute gepflegten Erinnerungswelt der historische Kontext oft völlig vergessen wird."

Verdienst und Versagen von Antifaschisten

Zum Interview von Ulrike Schulz mit Lothar Bisky

Im zeitigen April 1989 wurden Schüler einer in Berlin-Köpenick befindlichen Schule auf die örtlich zuständige Stelle der Polizei und zu einem Mitarbeiter geladen, der sich als Angehöriger der „Kriminalpolizei“ vorstellte. Die mündliche Aufforderung war von einer Lehrerin nur Stunden vorher in die Wohnungen gebracht worden. Sie teilte mit, dass Geladene vom Unterricht befreit seien. Wie sich herausstellte, hatte der Vorgang einen politischen Hintergrund. Es war den Ordnungshütern zu Ohr gekommen, Schüler besagter Schule wären daran beteiligt, aus Anlass des 100. Geburtstags von Adolf Hitler eine Feier vorzubereiten.

Später ergab sich, dass die Nachricht den Wahrheitswert besaß, über den es in einem bekannten Witz von Radio Jerewan so hieß: Ist es wahr, dass Iwan Iwanowitsch aus Kiew bei einer Lotterie ein Auto gewonnen hat? Antwort: Im Prinzip ja. Aber es war nicht Iwan Iwanowitsch, sondern Pawel Pawlowitsch und der Vorgang trug sich nicht in Kiew, sondern in Charkow zu und es handelte sich nicht um ein Auto, sondern um ein Fahrrad, und er hat es nicht gewonnen, sondern es ist ihm gestohlen worden. Also: Es war nicht der 100., sondern der Jubilar lebte noch, und er hieß nicht Adolf, und er war auch nie ein Führer gewesen und wollte auch keiner werden.

Die Eltern der Schüler waren – mindestens in einem Falle – von dem Verdacht, der sich in der Schule ergeben hatte, nicht unterrichtet worden. Sie sollten auch von dem Gespräch, erklärtermaßen handelte es sich nicht um eine Vernehmung, ferngehalten werden. Das war, da es sich um nicht volljährige Personen handelte, rechtswidrig. Der Leiter der Schule wurde Tage danach gefragt, warum er Mütter und Väter nicht zur Aufklärung des Vermuteten herbeigezogen habe. Seine Antwort lautete: Er habe die „Organe“ nicht informiert. Doch könne er sich denken, wer es von seinen Kollegen gewesen sei. Es war offenkundig, dieser Pädagoge wollte mit der Sache nichts zu tun gehabt haben.

Die Episode wird hier berichtet, weil sie das politische Klima in der DDR während der Phase ihrer Agonie zu illustrieren vermag. In ihr begegnen wir einer Hilflosigkeit der Staatsmacht, die sich noch als Wachsamkeit gegen faschistische Umtriebe versteht, einer Anmaßung der gleichen Macht, die Elternrechte glatt zu ignorieren versucht, einer Blödheit im Umgang mit jungen Leuten, und schließlich Lehrern, die in mehrerlei Richtung versagten und von denen manche vor ihrer Aufgabe auch kapituliert hatten. Dennoch oder gerade wegen dieser ihrer Seiten hilft die Vergegenwärtigung der Szenen die unlängst in einem Interview zwischen Ulrike Schulz und Lothar Bisky diskutierte Frage beantworten, was die DDR geduldet hat und was sie nicht zu tolerieren bereit war.

Darüber redeten nicht zuletzt aus Anlass des 60. Jahrestag des Novemberpogroms gegen die Juden einstige Bürger des untergegangenen Staates in privatem Kreis und in öffentlichen Veranstaltungen, unter sich und gemeinsam mit (Alt-)Bundesbürgern. Wo sich die „Gesamtdeutschen“ trafen, zeigte sich wiederholt das Bestreben, durch den Verweis auf Unterlassungen der DDR jene Politik des anderen deutschen Staates zu entlasten, die nicht gerade zu dessen Vorzeigeseiten gehörte. Auf diesem Felde wird der Vergleich merkwürdigerweise herbeigezogen, der in das bekennende Lied ausmündet: „Wir waren allzumal Sünder, jeder nach seiner Art ...“ Das Generalurteil, es verzöge sich der „Pulverdampf über dem Schlachtfeld DDR-Geschichte“ erwies sich bei solchen Begegnungen zumeist wiederum als das von Optimisten, um nicht zu sagen: von Leuten, die doppelt geschlagen sind, durch Blindheit und einen fehlenden Geruchssinn.

In den achtziger Jahren machten sich in der DDR unter einer kleinen, aber deutlich in Erscheinung tretenden Minderheit von Jugendlichen unabweisbare Anzeichen dafür bemerkbar, dass ihnen, soweit sie diese je besessen hatten, die geistige und mentale Distanz zum Faschismus – und das bedeutet immer: auch zu dessen Verbrechen – verloren gegangen war. Die „Judenwitze“, die auf den Höfen von Berliner Schulen erzählt wurden, bezeugten das ebenso, wie die Skandale auf Fußballplätzen. Vereinzelt randalierten Trupps mit faschistischen Parolen. Jüdische Grabstätten wurden geschändet. Vergleichbares hatte es früher gegeben. Jetzt wurde eine Häufung deutlich.

Es war das Verdienst dieser Zeitung, dass sie einen Mann ausfindig machte, der zur Sprache brachte, was die Medien sonst einhellig beschwiegen. Sie veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 16. September 1988 ein Interview mit Stephan Hermlin. Dessen Grundaussagen waren unmissverständlich. Die Tatsachen sollten nicht unter den Teppich gekehrt oder verniedlicht, die Mängel im Unterricht und der Erziehung müssten zur Sprache gebracht werden. Hermlin äußerte seine Sorge, dass aus einer Traditionsverletzung ein Traditionsbruch werden könne. Drei seiner entscheidenden Sätze lauteten: „Über die Judenverfolgung, über die Vernichtung wird in unseren Schulen viel gesprochen. Ich möchte da auch keine Ungerechtigkeit zulassen; die DDR hat sich in dieser Frage stets ... ehrenhaft verhalten. Aber ich möchte eben auch, dass das weiter so bleibt."

Diese Wortmeldung blieb gesellschaftlich folgenlos. Sie passte insbesondere nicht in die vielfältigen Vorbereitungen auf den 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht". Die mögen manchen sogar als die angemessene Antwort auf die Besorgnis erregenden Erscheinungen gegolten haben. Denen gegenüber aber waren die fraglos verdienstvollen Initiativen jenes Herbstes aber so etwas wie ein Schattenboxen. Mehr noch: Auch sie dienten den Staatsoberen dazu, vom Eigentlich-Notwendigen abzulenken und sich selbst und andere zu beruhigen.

Keine Frage: In der DDR wurden in ihrer Endphase ideologische und politische Erscheinungen geduldet, die ihr wesensfremd waren. Doch beruhte diese Duldung nicht auf irgendeiner Art von geheimem Einverständnis. Wie kam sie dann aber zustande? Warum fiel in diesem zentral und diktatorisch geleiteten Staat denen, welche die Macht noch besaßen, nichts anderes ein, als schließlich die Polizei, die Staatssicherheit und die Justiz in Bewegung zu setzen? Auch darauf werden weitere Forschungen von Historikern eine vollständige Antwort noch geben müssen. Hier folgt eine vorläufige. Erstens und vor allem, weil ihnen insgesamt angemessene Reaktionsfähigkeit auf unvorhergesehene und womöglich auch unvorhersehbare Entwicklungen mehr und mehr verloren gegangen war. Insofern handelte es sich bei diesem Versagen um den Spezialfall eines allgemeineren Prozesses.

Zweitens: In dieser Gruppe der Staatsführer befanden sich nach wie vor Personen, die sich im Kampf gegen den Faschismus vielleicht nicht immer klug, aber jedenfalls entschlossen und mutig gezeigt hatten. Das ihnen nun nichts mehr in den Sinn kam, entsprang auch der von ihnen offenbar aus tiefer Überzeugung verbreiteten Vorstellung, dass die Arbeit, zu der sie 1945 angetreten waren, längst getan und abgeschlossen sei. Sie verstanden nicht, dass – wenn auch als eine marginale gesellschaftliche Erscheinung – die Vergangenheit sich nicht als vollständig vergangen erwies. Drittens, und da führt der Spezialfall wieder ins Allgemeine, sie verweigerten sich jedem tieferen Nachdenken über die Mängel und die sich zu Gebrechen ausweitenden Erscheinungen in der DDR-Gesellschaft. Das Nachdenken über diese Minderheit von jungen Leuten hätte nämlich viele Fragen aufgeworfen, deren Adressaten in besonderem Maße die Ministerin für Volksbildung und im eigenen „Hohen Hause" die Leitung von Presse, Propaganda usw., also letztlich sie selbst sein mussten. Dass – viertens – wie stets der Gedanke mitgespielt haben mochte, eine öffentliche Debatte würde ein „schlechtes Bild" auf den eigenen Staat und die eigene Arbeit werfen, ist hochwahrscheinlich. Doch dass er festgehalten und dem praktischen Verhalten zu Grunde gelegt werden konnte, hängt mit den erstgenannten Faktoren zusammen.

So unterblieb, was notwendig und möglich war: Die Mobilisierung jener Millionen Menschen in der DDR-Gesellschaft, die sich nach ihrem Ende zu Recht gegen den Vorwurf wehren konnten, ihnen sei der Antifaschismus nur verordnet worden. Ein entschlossenes Aufstehen gegen diese im inneren Kräfteverhältnis doch hoffnungslos unterlegenen organisierten Gruppen von nazistisch-infizierten zumeist jungen Leute hätte das Ende der DDR nicht aufgehalten und nicht einmal verzögert. Doch wäre dadurch ein Klima geschaffen worden, das nach den grundstürzenden Veränderungen der Jahre 1989/1990 weiterwirken konnte.

Es nun zu schaffen, erweist sich als ungleich schwieriger. Man mag das Bild, das Stephan Hermlin damals gebrauchte und das als Überschrift seiner denkwürdigen Wortmeldung genommen wurde – sie lautete: „Dies ist das Schicksal der Antifaschisten: Sisyphus sein" – für zutreffend halten oder nicht. Nachdenklich, herausfordernd stimmt es allemal. Und da stellt sich noch die Vorfrage ein: Warum hat es nicht mehr Hermlins gegeben?

Nun aber sind zu den Fragen an die Vergangenheit solche an die Gegenwart hinzugekommen: Warum begegnet uns so viel Furcht, über diese Seiten, die in das noch zu schreibende redliche „Geschichtsbuch DDR“ gehören, offen und rückhaltlos zu reden? Weil ständig die Erfahrung mitspielt, dass sie für das Ganze ausgegeben und dazu benutzt werden, das gewünschte Zerrbild des gescheiterten Systems herzustellen. Sich von dieser Erfahrung leiten zu lassen, hieße aber doch nur, zum Honeckerschen Besen zu greifen und wieder den Teppichrand anzuheben. In puncto Antifaschismus besteht dessen Hinterlassenschaft zum einen und hauptsächlich aus einem Erbe, das, kritisch durchgesehen, aufgenommen zu werden verdient. Das ist aber nicht das Ganze. Wer dieses Erbe verteidigen und bewahren will, sollte es nicht absolut setzen. Sonst verliert er seine Glaubwürdigkeit.

Vier zu sechzehn

Zum konjunkturellen Bild über die Geschichte der DDR gehört die These, in ihr sei von den Regierenden bis zu den Regierten der Antisemitismus weit verbreitet gewesen, und das von den Tagen ihrer Gründung an bis in die Stunde ihrer Agonie und ihres Untergangs. Wie auch ließe sich überzeugender die Behauptung rechtfertigen, es existiere zwischen den „beiden deutschen Diktaturen“ eine enge Verwandtschaft. Da stört selbstredend die Erinnerung daran, dass in dieser Sache altbundesrepublikanische und ausländische Ermittler bereits kurz nach dem Ende des ostdeutschen Staates dessen Bevölkerung ins Gehirn griffen, um sich in Zahlenangeben vor und nach dem Komma zu vergewissern, wie viele Judenfeinde zur DDR-Erbschaft gehörten.

Die Ergebnisse, so wenig sie viele Ostdeutsche befriedigen mochten, enttäuschten die Auftraggeber. Der neue Osten der Bundesrepublik wies mit 4,1 Prozent der Befragten erheblich, und zwar ein Viertel weniger als Antisemiten zu bezeichnenden Personen auf als der Westen (16,4 Prozent). Ein Interpret hat sich nicht entblödet, dieses Ergebnis als Gegenreaktion der DDR-Bürger auf den Versuch der Herrschenden zu erklären, ihnen den Antisemitismus zu verordnen. Darauf antwortete ein findiger Kopf: Wenn dieser Erläuterung von Bürgerverhalten allgemeinere Bedeutung zukomme, verwundere es immerhin, dass sich innerhalb der alten Grenzen der Bundesrepublik nicht mehr Kommunisten finden ließen, denn da sei doch seit Jahrzehnten der Bewohnerschaft zweifelsfrei Antikommunismus verordnet worden...

Ins verzerrte Bild passte sich unlängst die in einem Artikel, geschrieben aus Anlass von des Dichters 100. Geburtstag, enthaltene Darstellung ein, es sei Arnold Zweigs Buch „Bilanz der deutschen Judenheit“ in der DDR nicht gedruckt worden, weil das die Dirigenten des Verlagswesens verhindert hätten. Diese Version ist auch mit der sich ausbreitenden einfältigen Sicht in die DDR-Zeit passfähig, der zufolge jede Frage von einigem Belang im inneren Führungszirkel entschieden worden sei. Mochten die Führer einst eitel daran geglaubt haben, dem sei so, so muss doch nun nicht, mit ausgewechseltem Vorzeichen, dieser ihr Irrtum in den Rang geschichtlicher Wahrheit erhoben werden. Es existierten in diesem Staat Zonen und Räume für Entscheidungen zu Taten und Unterlassungen auf vielen Ebenen. Da konnten sich Dummheit, Anpassung, Übervorsicht, Gehorsam bis zur Unterwürfigkeit ebenso geltend machen wie – gewiss in jeweils zu erwägenden Grenzen – eigene ungedeckte Initiative, Risikofreude, Zivilcourage. Vor allem deshalb verdient die gebotene Version über die Geschichte von Zweigs Bilanzbuch über den Antisemitismusverdacht hinaus eine Anmerkung.

Wer über vierzig Jahre DDR schreibt, wird häufig anmerken müssen, von welchem Stadium ihrer Geschichte er handelt. Es gab in den späteren Jahren der DDR niemanden, der an der Staatsspitze die Herausgabe dieses Bandes blockiert oder auch nur mit Forderungen belegt hätte, wie das in den fünfziger Jahren der Fall gewesen war. So standen auch der Inangriffnahme des Vorsatzes, das Buch in der vom Amsterdamer Querido Verlag 1934 publizierten Fassung wieder zu drucken, Hindernisse von nicht mehr im Wege. Der erste Anstoß, ein halbes Jahrhundert nach seinem ersten Erscheinen Zweigs „Versuch“ ostdeutschen Interessenten zugänglich zu machen, war übrigens während einer obligatorischen Weiterbildung für Lehrer gegeben. In ihrem Verlauf gestand eine Teilnehmerin unumwunden, es fehlten ihr Kenntnisse, um mit Schülern über die Leistungen zu sprechen, die von deutschen Juden auf den Feldern von Wissenschaft und Kunst, Zeitungs- und Verlagswesen, Medizin und Wirtschaft und auf weiteren Gebieten vollbracht worden waren. Zweigs Buch schien dafür noch immer die erstrangige Quelle zu sein, zumal die in der Spezialliteratur enthaltenen weit verstreut zu findenden Angaben schwerlich im Arbeitspensum eines Lehrers Platz hatten.

Das Weitere wird in den Einzelheiten zu rekonstruieren sein nicht aus dem Archiv der Gauck-Behörde, sondern aus den Aktenbeständen des Aufbau Verlags Berlin Weimar. Der nämlich vergab, da in seinem Programm das Werk zumindest aktuell nicht figurierte, die Lizenz an den Leipziger Reclam Verlag. Das Unternehmen zog sich hin, nicht zuletzt deshalb, weil sich der Neudruck – seiner gedachten Bestimmung entsprechend – mit dem Vorhaben verband, dem Band ein Personenregister beizufügen und für die mehr als 700 von Zweig Genannten, meist Juden, auch die Geburts- und Sterbedaten sowie die entsprechenden Orte anzugeben. So kam das Bändchen erst auf den Buchmarkt,

als die DDR eben auch juristisch zu Grabe gebracht worden war und – schlimmer noch – selbst vergleichsweise billige Bücher es schwer hatten, in den neuen Bundesländern Käufer zu finden.

Es bleibt die Aktie von Gesellschaftswissenschaftlern und Verlegern, dass sie nicht früher auf den Gedanken kamen, Zweigs unter kaum vorstellbaren Schwierigkeiten geschriebenes Buch unter die Leser zu bringen. Darauf hätten auch Leute ganz anderer Couleur verfallen können. Denn die Arbeit des Dichters aus dem Jahre 1933 klingt mit einem dringenden Wunsch an die Juden aus, die sich in Palästina schon befanden oder sich dorthin freiwillig oder vertrieben noch wenden würden. Vor Zweigs Auge stand nicht nur die Vision eines friedlichen Zusammenlebens von Juden und Arabern, sondern ein Land, das nicht einfach ein Abklatsch der sozialen Zustände Europas und Nordamerikas sein dürfe, sondern dessen Aufbau von sozialistischen Ideen verschiedensten Ursprungs gespeist werden müsste. Denn: Nur zwei Gruppen von Menschen hätten versucht, „den Trieb nach schrankenloser Verwendung und ichsüchtigem Gebrauch erzeugter Güter einzudämmen: die Frommen und die Sozialisten“.

Ein hochinformatives Buch mit einem merkwürdigen Vorwort

Die Regionalisierung der historischen Forschungen, diejenigen zur Geschichte des Faschismus in Deutschland in besonderem Grad, ist en vogue. Selten jedoch, dass eine auf ein begrenztes Territorium zielende Forschungsstelle mit der Bezeichnung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ ihre Perspektive buchstäblich um 180 Grad wechselt. Das tat die seit 1992 bestehende Einrichtung für den „deutschen Südwesten“, die an der Universität Karlsruhe existiert. Sie hat sich mit ihrem erheblichen Aufgebot auf die Erforschung von Machthaber-Biographien geworfen und die Lebensläufe von Männern und einigen Frauen untersucht, die aus der Region hervorgingen, an verschiedenen Plätzen des Regimes Herrschaft ausübten oder in den beiden südwestlichen Ländern des Reiches verblieben und da regierten, kommandierten, anwiesen und anführten. Es kann nur darüber spekuliert werden, warum – nachdem sich frühere Forschungen auf den 20. Juli 1944 und den Widerstand gegen die Judenverfolgung richteten – nun das in dieser Gedankenlinie liegende und anstehende Thema des Arbeiterwiderstands nicht aufgenommen worden ist.

Sei dem wie immer: Es ist eine verdienstvolle wissenschaftliche Arbeit entstanden. Sie umfasst die Biographien von etwa einem halben Hundert Führern und Funktionären des faschistischen Regimes. Diese waren mit einer einzigen Ausnahme Eigengewächse der beiden Länder Baden und Württemberg. Manche stiegen hoch auf. Zu ihnen gehörten der Reichsaußenminister und spätere „Reichsprotektor“ in Böhmen und Mähren, Konstantin Freiherr von Neurath, der SS-Obergruppenführer und Leiter des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, der Führer der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD, Franz Stahlecker, sowie der Reichsstudentenführer und spätere Gauleiter von Salzburg, Gustav Adolf Scheel. Die meisten der in den Band aufgenommenen Personen machten jedoch Karriere im Lande ihrer Herkunft. Sie waren Gauleiter und Reichsstatthalter, Ministerpräsidenten und Minister, bekleideten höchste Ämter in der Justiz, wirkten als Parteifunktionäre. Von den letzteren fanden die Lebensläufe der NSDAP-Kreisleiter von Karlsruhe, Ulm, Heidelberg und Heilbronn, nicht aber derjenige des Stuttgarters, Aufnahme. Auch zwei im Grad ihres Einflusses gegenüber der männlichen Personage abfallende Funktionärinnen der Frauenorganisation fehlen nicht. Das wie üblich in sehr unterschiedlichem Grad zur Verfügung stehende Quellenmaterial ist durchweg eingehend und akribisch aufgearbeitet worden, der Informationswert des Bandes hoch. Im Hinblick auf den soziologischen Befund auch dieser Führerclique werden die bisherigen Urteile bestätigt: Ihre Angehörigen kamen in aller Regel aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verhältnissen und hatten – anders als Hitler – eine Karriere bereits begründet oder sie sich zumindest bereits eröffnet. Sie mussten sich als Glücksritter nicht in die faschistische Politik begeben.

Eine Besonderheit des Bandes besteht darin: Seine Autoren, 23 Historiker, Archivare, Bibliothekare und Journalisten, unter ihnen 11 Frauen, waren zum Zeitpunkt ihrer Teilnahme an dem Forschungsprojekt zu einem erheblichen Teil Doktoranden und Studenten, die ihre Magisterarbeiten anfertigten. Sie erhielten Gelegenheit, ihr Vermögen als Forscher eindrucksvoll auszuweisen. Durch die Dichte ihrer Mitarbeit wird zugleich auch erkennbar, was an westdeutschen Universitäten offenbar immer weniger gelernt wird: Die Fähigkeit, Lebenswege von Menschen, die in der Geschichte eine Rolle spielten, in das System zu stellen, das sie (zumeist) mit installieren halfen, später stärkten und in dem sie führend tätig blieben. Mit der Kennzeichnung der sozialen und politischen Verhältnisse hapert es total. Dafür fehlt bereits jede wissenschaftliche Begrifflichkeit. Angeboten werden beispielsweise: der „zentralisierte Einheitsstaat Adolf Hitlers“, das „Terrorsystem Hitlers“, „die Pläne Hitlers und Himmlers“ (88). Mit ihnen muss selbst der neumodische Begriff „Unrechtsstaat“, den weder ein Jurist noch ein Historiker sauber definiert hat, eine Krücke abgeben, an der die Verfasser sich um jede präzise Kennzeichnung des Herrschaftssystems herumhumpeln. Auch von dessen Zielen und mithin denen, welche diese Nazi-Elite verfocht, ist kaum die Rede. Wo der Begriff „imperialistisch“ fällt, erscheint er aus unerfindlichem Grunde in Anführungszeichen.

Anstelle jeder Anstrengung, die Handelnden in realen gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Interessenlagen mit deren Widersprüchen zu zeigen, bleibt die Fragestellung auf jener banalen Ebene von Ehrgeiz und Eitelkeit, Karrierewillen und Machtgelüst, wird des Langen und Breiten davon gehandelt, wer wessen Förderer, Freund, Rivale, Konkurrent oder Feind gewesen war.

Am kuriosesten wird die Flucht vor jeder tiefer lotenden Analyse in den Biographien der Wirtschaftsminister, in denen doch die Vernichtung der Gewerkschaften, die Rolle der Arbeitsfront, die Herstellung der Betriebsführerschaft auf der Grundlage des Arbeitsordnungsgesetzes, die Tätigkeit von Industrie- und Handelskammern und der Wirtschaftsvereinigungen in Rede kommen müßte und mit ihnen weitere Tatsachen, die für den idealen Verwertungsprozeß des Kapitals grundlegende Bedeutung besaßen. Doch da wird von den Tagen des Württembergischen Wirtschaftsministers Oswald Lehnich berichtet, dass er „fleißig im Lande, aber auch in der Welt umherreiste, Vorträge hielt, Werke besichtigte, Messen eröffnete und sich für die ‚Ostland'-Kolonisierung stark machte". (348) Na, was eben Wirtschaftsminister hierzulande in diesem Jahrhundert so zu tun bekamen und bis auf den heutigen Tag verrichten.

Einigen anderen Beschäftigungen müssen der und sein Kollege im Badischen aber doch nachgegangen sein, zumal sie dem in Karlsruhe besonders gelohnt wurden. Ihm, einem gewissen Walter Köhler, der sich immerhin für den Autobahnbau, die Spielbank Baden-Baden, Heereslieferungen und das „Gelingen der badischen Rüstungsproduktion eingesetzt hatte (304), haben „mehrere führende Wirtschaftsvertreter, darunter der Vorstandsvorsitzende der Schnellpressenfabrik AG Heidelberg und der Vorstandsvorsitzende der Brown, Boveri & Cie AG Mannheim „seine Kompetenz und seine unparteiische Haltung" bestätigt. Das geschah und war auch nötig, weil der „alte Kämpfer", einstige stellvertretende Gauleiter und SA-Obergruppenführer, nach 1945 in der Klemme saß, gar als „Belasteter" eingestuft wurde, jedoch mit einer dreijährigen Internierungshaft und einer Geldstrafe davonkam. Mysteriöser noch bleiben die segensreichen Beziehungen, welche dem engen Himmler-Gefährten Berger von der Robert Bosch AG vergolten wurden. Deren Chefs haben den SS-Obergruppenführer, der von einem amerikanischen Militärgericht zu 25 Jahren Haft verurteilt worden war, aber schon nach etwa 6 Jahren wieder auf freien Fuß geriet, sogleich an freilich abgelegener Stelle, aber auf gut dotiertem Platz in ihrem Betrieb untergebracht, ihm Rechtsbeistand bei Auseinandersetzungen um seine Pensionsansprüche geleistet und ihn auch sonst mit einer „Beihilfe" unterstützt. (104, 107 f., 109)

Jedenfalls werden die Tabuzonen dieser Geschichtsforschung früh eintrainiert, so dass ihre Beachtung womöglich schon in jungen Jahren nicht einmal mehr wahrgenommen wird. Ein heikles Thema war in den biographischen Skizzen freilich nicht zu umgehen. Es betrifft das Weiterleben dieser faschistischen Politiker, Polizeibeamten und -kommandeure, Juristen, Ideologen, Parteiführer, nachdem das Nazireich untergegangen war. Da mag bei letzter Durchsicht der Texte dem Leiter der Forschungsstelle, Professor Rudolf Lill, ein wenig plumerant geworden sein. Im Vorwort erklärt er den Nachweis zu einem Nebenergebnis dieser Arbeit, dass die Entnazifizierung keineswegs durchweg gescheitert sei. Da die drei aufgrund von Urteilen der Alliierten Hingerichteten dafür ebenso wenig stehen können wie die drei anderen, die vorzogen, selbst Hand an sich anzulegen, und auch zwei weitere nicht, die in den Jahren der Internierung starben, vereinfacht sich die Nachprüfung. Von Berger war schon die Rede. Der Vorsitzende eines der blutbesudelten Sondergerichte kam 1950 auf freien Fuß. Der berüchtigte Rassenkundler Professor Günther wurde zuerst als „Minderbelasteter", im Berufungsverfahren sodann als „Mitläufer" eingestuft. Ein weiterer Vorsitzender eines Sondergerichts gelangte in die Kategorie „nicht belastet". Lehnich, an Goebbels Seite zeitweilig Präsident der Reichsfilmkammer, wurde ein „Minderbelasteter". Der Württembergische Ministerpräsident, Mitglied der NSDAP von 1922, galt als „Hauptschuldiger", kam dennoch 1949 aus Internierungshaft und 1953 zu Versorgungsbezügen eines Studienrats „im Wege der Gnade". Usw. usf.

Welcher Maßstab mag Lills Urteil zugrunde liegen? Offenbar nur die Tatsache, dass diese regionalen Führer keine Verwendung à la Globke, Oberländer, Kiesinger fanden. Und warum war der Beschönigungsversuch überhaupt vonnöten? Es wurde doch, wie immer wieder betont, seit 1990 die Gelegenheit genutzt, alle Lehren aus allem Versäumten zu ziehen, so dass es wirklich keinen Grund gab, auf die alten Geschichten auch nur en passant wieder zurückzukommen.

Michael Kißener u. a., Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Universitätsverlag Konstanz (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 2), 875 S.

Ortschaft für Ortschaft

In den alten Grenzen der Bundesrepublik legte sich seit den siebziger Jahren jede Stadt von einiger Größe eine Geschichte der einst in ihren Mauern lebenden Juden zu. Viele Darstellungen beruhten auf soliden Forschungen in Stadtarchiven und auf Befragungen von vergleichsweise wenigen – mitunter über den Erdball verstreut lebenden – Zeitzeugen aus der Gruppe der Opfer. Es entstand eine breite Faktenbasis, auf der sich ein Urteil über das Verhalten von örtlichen NS-Funktionären, lokalen Staatsbeamten und der Öffentlichkeit fällen ließ, freilich ohne, dass es möglich geworden wäre, Taten und Unterlassungen zu quantifizieren. In allen diesen Publikationen, die von manchen Auftraggebern auch als ein hinreichender Ausweis in Sachen „Bewältigung" der Vergangenheit gedacht waren und genutzt wurden, blieben die Namen der antijüdischen Täter anonymisiert. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch die Verfasserin des hier anzuzeigenden Buches hat deren Schutz, seien es Lebende oder – wie zumeist – Tote, Rechnung tragen müssen. Dennoch hat es mit dieser Publikation eine besondere Bewandtnis. Es wird in ihr nämlich Ortschaft für Ortschaft, und in der Mehrzahl sind sie nicht sonderlich groß und daher übersichtlich, dargestellt, was in der Nacht des Pogroms und in den folgenden Tagen geschah. Die Vorstellungen, die sich daran bilden können, sind einprägsam. Fotos von Opfern und Orten unterstützen sie. Die Mär, es hätten nur die organisierten SA-Leute gehandelt wie die sprichwörtlichen Vandalen, wird erledigt. Vor allem aber sind die Ermittlungen gegen die Tatverdächtigen erfasst und ebenso Prozesse und Urteile (nicht die Fakten ihrer Verbüßung), die nach der Zerschlagung des faschistischen Regimes zumeist vor dem Landesgericht in Saarbrücken durchgeführt und ausgesprochen wurden. Zusammen genommen ergeben sie eine Bilanz der „zweiten Schuld". Es wäre interessant gewesen, etwas über die Biographien der Staatsanwälte und Richter zu erfahren, die an dieser juristischen Durcharbeitung der Geschehnisse beteiligt waren. Am Ende des Bandes löst sich die Darstellung von den Orten und geht zu Querschnitten über. „Täter", „Vollstrecker und Aktivisten", „Mitläufer", „Plünderer", „Jugendliche als Täter", „Beifallklatscher", „Gaffer" lauten hier die Überschriften. Viel knapper konnte sich Eva Tigmann fassen, als sie „Ablehnung" und „Hilfe" dokumentierte. Der Arbeit ist zu wünschen, dass sie Nachfolger findet.

Eva Tigmann, „Was geschah am 9. November 1938?" Eine Dokumentation über die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung im Saarland im November 1938, hrsg. vom Adolf-Bender-Zentrum in St. Wendel 1998.

Noch in 20 Jahren?

Gelegentlich hatte er sich auch zu den Autoren der *„Weltbühne“* gesellt: Ilja Ehrenburg. Daran erinnerte mit zwei Blättern, das eine die Aufmachung der Zeitschrift reproduzierend, das andere eine Textseite des Schriftstellers zeigend, kürzlich eine Ausstellung, die seinem Leben und Wirken galt. Sie wäre zu Zeiten, da sie noch angesehen werden konnte, in diesen Heften anzuzeigen gewesen, wenn es eben *„Ossietzky“* da schon gegeben haben würde. Und diese Empfehlung wäre bedenkenlos auszusprechen gewesen, obwohl es sich bei nahezu allem Ausgestellten um die in Museen ungeliebte „Flachware“ handelte. Eine Ausnahme machte eine Vitrine, in der die im (Ost-)Berliner Verlag Volk und Welt erschienene stattliche Reihe von Werken Ehrenburgs besichtigt werden konnten. Daneben nahmen sich die drei derzeit im Buchhandel anzutreffenden Publikationen aus seiner Feder etwas mickrig aus.

Jetzt kann nurmehr von deren Ende berichtet und angeregt werden, sich womöglich um das Resultat der verdienstvollen Arbeit zu bemühen, um es an anderem Ort zu präsentieren. Buchstäblich vor Toresschluss also fand sich etwa ein halbes Hundert Besucher zu einem Gespräch mit drei Experten, einer Literaturhistorikerin und zwei Geschichtswissenschaftler versammelten. Zwei von ihnen kamen von der Oder, wo Christa Ebert und Karl Schlögel an der Frankfurter Viadrina lehren, einer von der Elbe, Manfred Zeidler am Hannah-Arendt-Institut arbeitet. Sie debattierten, sanft dirigiert von Peter Jahn, dem Direktor des „Deutsch-russischen Museums Berlin Karlshorst“, von dem die Ausstellung angeregt, hergestellt und gezeigt wurde, zunächst à la Mode an einem Podiumstisch miteinander. Die Rede kam etwas schleppend auf den „Weltchronisten“, der als Mensch von sich nichts preisgegeben habe, auf das Verhältnis des Bohemien zu den Bolschewiki, des Russen und Juden zu Frankreich und den Franzosen, auf das Urteil, wonach er mehr ein Mensch des 19., denn des 20. Jahrhunderts gewesen sei und schließlich auf das allseits als ein Spiel des Zufalls angesehene Faktum, dass der Mann, der mit Bucharin befreundet gewesen sei, dessen Prozess und Verurteilung beiwohnte, wiederholt in schwierige Situationen mit dem Machthaber im Kreml geriet, dem Gulag oder einem Erschießungskommando entgangen war und schließlich eines natürlichen Todes starb.

Ja, des Opportunismus könne man Ehrenburg zeihen, entgegnete Schlögel auf eine Aufzählung Zeidlers, der zusammengestellt hatte, welche unterschiedlichen Kräfte der Schriftsteller in seinem Leben „bedient“ habe. Doch was besage das in den „Tumulten“ dieses Jahrhunderts und dieses Lebens? Was über Verhältnisse, von denen jene, die nicht dabei waren, sich nur schwer, wenn überhaupt eine Vorstellung zu machen wüssten? Auch vermöchte er, Schlögel, in den berühmten Brief, den Ehrenburg kurz vor Stalins Tode an den Diktator schrieb und in dem er sich gegen die beabsichtigten Massendeportationen der Juden wandte, keine listige Anpassung an die Denkweise des grausamen Kremlherren oder gar einen typischen Fall des Umgangs mit „totalitären Herrschern“ zu entdecken. Ehrenburg habe klar und in einem Sinne gegen die Untat an den Juden argumentiert, die ebenso in der Denklinie der Marxisten wie der vieler anderer Zeitgenossen gelegen habe. Die „jüdische Frage“ sei keine ethnische, sondern genau genommen eine Frage der Antisemiten und aufzuheben durch das Ende der Diskriminierung der Juden.

Als das Publikum teilnehmen durfte, kam die Rede genauer auf Ehrenburg, den hochgeachteten Agitator in den Reihen der Roten Armee, der seine Landsleute zum Kampf gegen die deutschen Eroberer anfeuerte und schließlich zur Ordnung gerufen wurde, als er die inzwischen an der Staatsspitze eingetretene Wendung gleichsam verpasst hatte: den Übergang zu einem Umgang mit den Deutschen, der bereits auf die veränderte Situation der Sowjetunion als Besatzungsmacht und den bevorstehenden, nicht mehr militärisch auszutragenden Kampf um die Zukunft Deutschlands zielte. Es hatte zu den Vorzügen der Fotografien und Dokumente der Ausstellung gehört, dass über die mörderische Verursachung des gegen die Deutschen gerichteten Hasses nicht mehr geredet werden musste. Und gezeigt worden war auch, dass Ehrenburg wie nur ganz wenige andere schon bald und vor allem durch Augenzeugenberichte über das unsägliche Ausmaß und die Grausamkeit der Menschenvernichtung im zeitweilig eroberten Gebiet des Sowjetwestens unterrichtet. Was Wunder also, dass er zwischen den Machthabern an der Spitze des Regimes und ihrer feldgrauen und anderen Gefolgschaft

nicht mehr zu unterscheiden wusste. Es waren die Tatsachen, die eine Unterscheidung erledigt hatten, an die sich niemand mehr und mitunter geradezu verbissen geklammert hatte als die Kommunisten.

Und was, wurde dann gefragt, habe es mit dem immer wieder zitierten Flugblatt auf sich, wonach der Schriftsteller die Rotarmisten aufgefordert haben soll, den „Rassehochmut der deutschen Frauen“ zu brechen, sie also sämtlich zu vergewaltigen? Tatsächlich sei es nie vorgewiesen worden, sagte Zeidler, und wagte die Behauptung, dass es einen derartigen Text nie gegeben habe. Ehrenburg selbst hätte schon bald nachdem die Behauptung aufkam, noch schrieb man das Jahr 1945, sie als Verleumdung zurückgewiesen. Freilich: Das tat er in einer Art und Weise, die es denen, die ihn über Kimme und Korn nahmen, es geradezu erleichterte, ein nicht urteilsfähiges Publikum glauben zu machen, dass der „bolschewistische Rassist“ wohl „auch das noch“ geschrieben habe könne. Bekannt geworden und dann in die einschlägige Literatur übernommen aber wurde die beweislose Anklage erst dann, als sie kein geringerer als der Hitler-Nachfolger Dönitz kolportiert habe. Aber wie lange, fragte ein offenkundig noch nicht illusionsfreier Neubürger, werde denn dann à la Großadmiral weiter argumentiert werden? Da sei nichts auszurichten, wurde er beschieden. So werde man es auch in zwanzig Jahren noch lesen können.

Gegraben am Wedding

Roter Wedding, damit verbinden sich für manchen unter den ältesten Einwohner Berlins noch Vorstellungen. Aber „Juden im Wedding“? Ihr prozentualer Anteil an der Wohnbevölkerung dieses Berliner Stadtbezirks lag Ende der zwanziger Jahre kaum über einem Prozent. Die machten wiederum nicht mehr als zwei Prozent aller in der Reichshauptstadt wohnenden Juden aus. Nur in Neukölln und in Reinickendorf war der Prozentsatz jüdischer Einwohner, ermittelt nach deren Angaben über ihre Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, noch geringfügiger. Dennoch gab es für nicht wenige Berliner Juden Gründe, ihre Schritte gelegentlich in den proletarisch geprägten Bezirk zu lenken. Hier befand sich ein Altersheim der Gemeinde, und – in der Iranischen (einstmals: Exerzier-) Straße – das durch ärztliche und pflegerische Leistung herausragende Jüdische Krankenhaus.

Auch davon handelt das anzuzeigende Buch. Es entstand aus der Forscherarbeit von sieben Frauen in einer Geschichtswerkstatt. Mit seinem Erscheinen vervollständigt sich die Gruppe von Publikationen, in denen vom Leben deutscher Juden in Berlins Stadtbezirken dargestellt wird. Nicht durch ihr Anliegen, aber durch ihre Anlage unterscheiden sich diese Bücher zum Teil erheblich. Das ist Folge der unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen der Autoren und bedingt durch die ungleiche Verfügbarkeit schriftlicher Quellen. Mit wechselndem Erfolg ging auch die Suche nach Zeitzeugen aus, zumeist Überlebenden des „Holocaust. Ohne deren Auffindung und Mitwirkung wären viele Tatsachen der Vergessenheit und unersetzliche private Dokumente früher oder später der Vernichtung anheimgegeben.

Im Zentrum dieses Bandes stehen Lebensgeschichten Einzelner und ganzer Familien. Zum Beispiel: Geschildert wird der Weg des Uri Givon, Sohn der Mitbesitzer des „Huthauses Monopol“, der sechzehnjährig und eben noch rechtzeitig Berlin verließ und in Israel in einem Kibbuz ausfindig gemacht werden konnte. Berichtet wird die Geschichte der „Halbjüdin“ Marianne Kaufhold, Tochter der Besitzer eines Hutgeschäfts, die heute in Pankow wohnt. In den Wedding zurückgekehrt war Ruth Nathonson, die in Shanghai überlebte. Wie eine Legende mutet die Biographie der „nach dem Osten“ verschleppten Helga Verleger an, die Lager auf Lager durchlitt und überlebte, bis ihre Peiniger vor der Roten Armee flohen. Geboten wird eine Skizze über Georg Benjamin, den Bruder des auf seinem Fluchtweg vor den deutschen Faschisten verzweifelten Walter. Als Schularzt setzte sich der Kommunist für den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiterkinder ein. Er verlor sein Amt schon in Republikzeiten, kämpfte illegal gegen die Nazimacht, wurde verhaftet, zu Zuchthaus verurteilt, dann nicht freigelassen, sondern der Gestapo übergeben und im KZ Mauthausen umgebracht. Wer in der Badstraße 40 nach einem Zeichen sucht, das an den Mann erinnert, tut das an der Front des Hauses vergeblich, wird aber in dessen Eingang fündig.

Von dem Buch sollte einen Anstoß ausgehen, wie sich die Erinnerung an Juden, die am Wedding lebten, in unseren Alltag zurückholen ließe. Denn wie immer der Streit über das „Holocaust“-Monument im Zentrum der Stadt weiter und ausgeht, bleibt es doch eine weiter einzulösende moralische Verpflichtung, die vielen Steine zum Reden zu bringen, die noch stumm sind – aus ihnen sind manche unserer Häuser und Schulen erbaut, mit ihnen Straßen und Plätze gepflastert, jedenfalls der Teil der die Faschistenzeit und die Jahrzehnte danach überdauerte.

Am Wedding haben sie gelebt. Lebenswege jüdischer Bürgerinnen und Bürger. Hrsg. von einer Projektgruppe der Berliner Geschichtswerkstatt e. V., Metropol Verlag Berlin 1998, 241 S.

Zwei Bücher zur deutschen und europäischen Rechtsgeschichte

Wer sich je mit der Geschichte der Prozesse befasste, die in der Bundesrepublik gegen Täter sog. NS-Verbrechen stattgefunden haben, der ist auch auf die seit 1968 erscheinende und bis zum 22. Band angewachsene Sammlung gestoßen, welche einen wesentlichen Teil der in diesen Verfahren ergangenen Urteile dokumentiert. Das Verdienst, dieses unentbehrliche Quellenwerk geschaffen zu haben, gebührt dem niederländischen Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht C. F. Rüter. Er begab sich auf die Spur der Justizakten, konnte sie mitunter erst nach langwierigen Recherchen ermitteln (einige wenige Texte gelten als verloren), ordnete sie und trieb die Finanzen für die Drucklegung auf. Doch blieb die Arbeit mit dem Opus beschwerlich und unpraktisch, solange für seine Benutzung jedes Findmittel fehlte.

Seit Rüter vor zwei Jahren auf einem internationalen Kongress in Wien dessen Teilnehmern eine erste Orientierungshilfe überreichen konnte, hat sich die Situation gründlich verändert. Die Sammlung wurde über eine CD-ROM erschließbar und es erschien das hier anzukündigende Buch, ein verlässlicher Wegweiser zu den gesuchten Urteilstexten ist. Wer sich mit einem Verfahren eingehender befassen will, wird auf die Standorte der Akten verwiesen. Sie befinden sich zumeist bei den Gerichten, zu einem geringeren Teil in Landeshauptarchiven der (Alt-) Bundesrepublik.

Insgesamt wurden in deren ursprünglichen Grenzen (einschließlich Westberlin) mehr als 900 Strafverfahren wegen Tötungsverbrechen durchgeführt. Sie bilden einen unvollkommenen, aber wohl den wesentlichen Ausschnitt aus der gesamten einschlägigen Prozessmaterie, werden mit dieser Prozesskategorie doch alle Anklagen erfaßt, die auf Mord, Totschlag und einige weitere Verbrechen lauteten, die den Tod eines Menschen verursachten oder verursachen wollten. Berücksichtigt wurden alle diese Verbrechen, sofern sie während des Zweiten Weltkriegs begangen worden waren. (Wie wünschenswert wäre es, dass deutsche Rechtshistoriker diese Sammlung historisch „nach vorn“ vervollständigten und ein Überblick über die Ahndung der Untaten entstünde, die unmittelbar nach dem 30. Januar 1933, während der „Röhm-Revolte“, bei den antijüdischen Pogromen und in den Konzentrationslagern begangen wurden!) Zeitlich endet die Sammlung mit dem noch nicht rechtskräftigen Urteil, das vom Landgericht Köln im Jahre 1997 gegen einen Angeklagten wegen der Erschießung von 19 jüdischen Kindern auf dem Territorium der UdSSR gesprochen worden ist.

In chronologisch geordneten Tabellen sind Tatland, Tatort, Tatzeit, Dienststelle oder -einheit des Täters, die Opfer, deren Nationalität, der Tatkomplex bzw. der Gegenstand des Verfahrens und – soweit ergangen – dessen Urteil verzeichnet. Mehrere Register ermöglichen direkte Wege zu den Namen der Angeklagten, den entscheidenden Gerichten und weiteren Suchzielen. Über seinen Hauptzweck hinaus vermittelt der Band einen ersten Überblick über die juristische Arbeit binnen eines halben Jahrhunderts. Der Amsterdamer Rechtshistoriker macht inzwischen weiter. Für 1999 ist eine Übersicht über die einschlägigen Verfahren aus DDR-Zeit angekündigt. Dann werden die Bände auch mit diesen Urteilstexten folgen.

Das dürfte nicht nur ein großer Gewinn für sich sein, sondern die vergleichende Erforschung der Geschichte der beiden deutschen Staaten – von manchem gefürchtet wie vom Teufel das Weihwasser – in diesem Punkte auf eine solide Grundlage stellen und das Kolportieren von Vorurteilen erschweren. Denen ist Rüter mit den ersten von ihm gewonnenen oder überprüften Daten schon während der Wiener Konferenz entgegengetreten. Auf ihr riskierte eine (west-)deutsche Oberstaatsanwältin, deren Verdienst um die Ahndung von NS-Verbrechen unbenommen ist, die These, es habe im eigentlichen Sinne in der DDR eine Verfolgung von Naziverbrechen nicht gegeben. Was so genannt werde, soll sich auf die Enteignung von Kapitalisten, die Verfolgung von „Antikommunisten“ und auf andere Ziele gerichtet haben. Dabei hat sich die Spezialisten-Runde nicht aufgehalten, wie im Protokollband der Veranstaltung jetzt nachgelesen werden kann. Zwar vermochte sie das von den Einberufern gedachte Ziel, das Großunternehmen „Internationalen Handbuch der NS-Prozesse“, nicht auf den Weg zu bringen, dem – von politischen Hindernissen abgesehen – der ganz unterschiedliche Stand ihrer Erfassung, der nicht überall mögliche Zugang zu den Akten und – last but not least – die Schwierigkeit

entgegenstehen, die erheblichen Summen aufzutreiben, mit denen die Forscher- und Editionsarbeit in den zu beteiligenden Staaten finanziert werden müsste.

Doch besitzt der jetzt von den beiden Mitarbeitern des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes herausgegebene Band eigenes Gewicht. Er bezeugt, dass Historiker vieler Länder den Wert von Gerichtsakten für ihre Arbeit zunehmend erkennen und Erfahrungen über deren Nutzung angehäuft sind. Und er gibt einen hochinformativen Einblick in die Gerichtsbarkeit in Österreich, Polen, Ungarn, Norwegen, Griechenland und den Niederlanden, soweit sie die Verfolgung von NS-Verbrechen betrifft. Das gilt auch für die deutschen Staaten. Der frühverstorbene Alfred Streim referierte über Tätigkeit und Zukunft der Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung dieser Verbrechen. Günter Wieland erörterte die Auswirkungen des Kalten Krieges auf die Verfolgung der NS-Verbrechen, dabei das Verdienst der DDR-Justiz ebenso abwägend wie deren Grenzen und Versagen markierend.

Rüter überraschte mit dem Resultat eines Vergleichs zwischen der Tätigkeit der Gerichte in den beiden deutschen Staaten und den Niederlanden während der ersten Nachkriegsjahre. Die politischen Koordinaten vermessend, in denen angeklagt und verurteilt wurde, wies er nach, dass sie allein das justizielle Geschehen nicht zu erklären vermögen. Vor ungeheuerlichen Verbrechen stehend, hätten sich die Gerichte in allen drei Ländern zunächst an die „tatnahen Täter“ gehalten, an Mörder und Totschläger, an Denunzianten und dies im Hinblick auf Untaten, die sich im eigenen Lande zugetragen hatten. Die geplanten Bände werden die Sammlung auf ein halbes Hundert anwachsen lassen. Den wissenschaftlichen Bibliotheken sei der Etat gewünscht, der es ihnen erlaubt, das Werk (Band-Subskriptionspreis 362,- DM) anzuschaffen.

Die westdeutschen Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1947. Eine systematische Verfahrensbeschreibung. Bearbeitet von Prof. Mr C.F. Rüter und Dr. D. W. de Mildt, APA Holland University Press Amsterdam & Maarssen u. K. G. Saur Verlag München 1998, 323 S. plus Tatortkarten.

Claudia Kuretsidis-Haider, Winfried R. Garscha (Hrsg.) Keine „Abrechnung“. NS-Verbrehen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945. Akademische Verlagsanstalt Leipzig – Wien 1998, 488 S.

„Keine Oststimme in der Goldhagen-Debatte“. Interview

Frage: Zehn Tage vor der Bundestagswahl veröffentlichte *Die Zeit* (Ausgabe vom 17. September 1998) in einem Artikel die Behauptung: „Keine Oststimme in der Goldhagen-Debatte“. Der hatte der Autor empört hinzugesetzt: „Das fällt im Westen gar nicht auf.“ Unsere Zeitung, die auch „im Westen“ gelesen wird, hat mit anderen Autoren aus Ost und West auch Sie damals um ihre Meinung zum Buch Daniel J. Goldhagens gebeten und diese veröffentlicht. Sie haben der Behauptung von den fehlenden „Oststimmen“ schon einmal widersprochen. Nun ist sie wiederholt worden und obendrein zu einem Zeitpunkt, da sie eigentlich quer zu den vorherrschenden Anstrengungen so vieler lag, den Ostdeutschen schöne Augen und vor allem neue Wahlversprechen zu machen, statt sie zu schelten. Werden Sie sich erneut äußern?

Antwort: Die Behauptung vom Schweigen der Ostdeutschen war in der gleichen Zeitschrift, die sie jetzt druckte, tatsächlich vor nahezu exakt zwei Jahren (Ausgabe vom 27. September 1996) schon einmal zu lesen. Damals in einem Bericht über den Deutschen Historikertag, der in München stattgefunden hatte. Es hieß seinerzeit wörtlich: „Kein Historiker aus Ostdeutschland hat in der Goldhagen-Debatte ernsthaft interveniert.“ Und daran wurde die dümmliche Frage geknüpft: „Hat der ritualisierte Antifaschismus sie alle verstummen lassen?“ Die unwahre These von der Sprachlosigkeit passte vor allem in das Klischee von der DDR- Historiographie, die zu Antisemitismus, Judenverfolgung und Judenmord angeblich nie etwas zu sagen gewusst hätte und ordnete sich dem Gesamtbild von der „antisemitischen DDR“ zu. Deshalb habe ich damals versucht, an gleicher Stelle zu Worte zu kommen.

Frage: Das ist ihnen misslungen. Und heute?

Antwort: Erinnere ich mich an die Erfahrung von vor zwei Jahren. *Die Zeit* war nicht bereit, ihrer Verzeichnung einen richtigstellenden Artikel folgen zu lassen. Darauf gab ich ihn an die Redaktion des *Neuen Deutschland*, die ihren Lesern den Text in wesentlichen Auszügen (Ausgabe vom 7./8 Dezember 1996) bekanntmachte.

Frage: Daran hätten sich *Die Zeit*-Redakteure doch 1998 erinnern und ihren Autor, wenn der sich schon nicht korrekt informiert hatte, korrigieren können. Wollten sie nicht in dessen Manuskript eingreifen, wäre eine redaktionelle Anmerkung „mit Sternchen“ denkbar gewesen?

Antwort: Ihr Gedanke liegt nahe, überfordert aber nach meiner Beobachtung das liberale Blatt und dessen Verständnis von Pluralismus und Redlichkeit erheblich. Lesen Sie den postalischen und elektronischen Schriftwechsel, den wir damals hatten, und sie werden mir einen Kommentar zu ihrer Idee erlassen. Sie können sich dann selbst Ihren Vers darauf machen, wie aussichtsreich ein Versuch sein würde, einer unwahren Tatsachenbehauptung, die ja der Ausgangspunkt meiner Intervention war, am gleichen Ort zu widersprechen.

Frage: Erinnert Sie die Episode nicht an den Versuch, alle Forschungen von DDR-Historikern zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs tot zu schweigen, wie er unlängst in einer Bibliographie unternommen wurde, die das Internationalen Komitee zur Erforschung dieses Krieges herausgab. (Wir dokumentierten die Erwiderung darauf in unserer Zeitung.) Ohne Einverständnis oder zumindest stillschweigender Kenntnisnahme des (west)deutschen Mitglieds, das diesem Gremium angehört, kann schwerlich so verfahren worden sein.

Antwort: Wem der Vorgang zur Last zu legen ist, lasse ich dahingestellt. Er ist aber, und hierin besteht der von Ihnen erwähnte Zusammenhang tatsächlich, ein Symptom für das viel weiter greifende Bestreben, die Geschichte der DDR im Allgemeinen, insbesondere aber die der in diesem Staate wirkenden Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler, sagen wir es milde, „zu verschlüsseln“ und danach gleichsam den Schlüssel selbst zu behalten, damit keiner hinter die Tür mit den diversen Aufschriften von „marode“ bis „antisemitisch“ gelangen kann. So richtig funktioniert das Verfahren nicht. Daran sind nicht nur die Zeitzeugen und deren Erinnerungen Schuld. Verdammungsurteile und Verteufelungsbilder, wie sie derzeit angeboten sind, verursachen oder verstärken jedoch erfahrungsgemäß Skepsis gerade auch bei denen, die „nicht dabei gewesen“ sind. Und was die erwähnte

spektakuläre Bibliographie angeht, so ist unser Einspruch nicht ohne mehrfaches Echo geblieben, obwohl die Zahl der Zeitungen, die ihn verbreiteten oder auf ihn hinwiesen, nicht eben groß war. Darüber werden die Initiatoren des von *Junge Welt* bekannt gemachten Schreiben sicher noch berichten.

PS. Wir hatten nach der Einsicht in die Originale des Briefwechsels tatsächlich weitere Fragen nicht zu stellen, fanden die Texte aber nicht nur für Zeitungswissenschaftler und -historiker interessant. Nachstehend veröffentlichen wir sie daher unter Weglassung der Anrede- und Grußformeln auf unserer Seite.

Begleitschreiben des Historikers Kurt Pätzold zur Übersendung seines Artikels an die Redaktion *Die Zeit* vom 8. Oktober 1996: „...der beiliegende Artikel stellt eine Erwiderung auf einen kürzlich in Ihrer Zeitung veröffentlichten Beitrag von Gunter Hoffmann dar, in dem im Zusammenhang mit einem Bericht über den Historikertag in München das generelle Verhalten der „Ostdeutschen“ (Historiker) in der Goldhagen-Debatte charakterisiert worden war. Die Publikation des Textes könnte vor allem einer richtigstellenden Information dienen. Überflüssig anzumerken, dass es sich nicht um einen Leserbrief handelt.“

Drei Wochen später brachte der Historiker in der Redaktion *Die Zeit* bei Dr. Volker Ullrich, der die Debatte eröffnet und sie in den folgenden Wochen redaktionell betreut hatte, seine Zusendung zum ersten Mal in Erinnerung. Der Text des Fax vom 29. Oktober lautete: „Kurt Pätzold erbittet auf gleichem Wege um Rückäußerung, ob die Veröffentlichung seines Beitrages ‘Das Schweigen der Ostdeutschen’ beabsichtigt ist.“ Darauf erfolgte keine Antwort. Auf eine zweite, wieder als Fax an die Redaktion geleitete Anfrage vom 8. November antwortete V. Ullrich drei Tage später nun: „Ihr Manuskript ‘Das Schweigen der Ostdeutschen’ hat mich erst heute erreicht. Ich fürchte, es kommt zu spät. Aber ich werde es gleich an das Ressort ‘Politik’ weiterleiten mit der Bitte zu prüfen, ob eine Veröffentlichung noch in Frage kommt. Sie werden von dort eine Nachricht bekommen.“

Danach verging eine weitere Woche ohne eine Äußerung. Am 18. November faxte der Historiker daher an Dr. Volker Ullrich: „Bitte erinnern Sie doch die Dame oder den zuständigen Herren im Ressort Politik an die zugesagte Antwort.“ Die ging nach weiteren zwei Wochen vom Ressortleiter Politik ein und lautete: „Es tut mir leid, dass die Antwort auf Ihre Manuskript-Zusendung länger als üblich auf sich warten ließ. Wir haben über Ihre Idee und den Text diskutiert. Ich bitte Sie nun sehr um Verständnis, dass wir, so interessant der Artikel ist, von einer Veröffentlichung Abstand nehmen. Wir haben die Goldhagen-Debatte in der *Zeit* lange geführt und sie nun abgeschlossen. Das muss sie auch bleiben, nicht zuletzt, weil wir eine ganze Reihe interessanter Zusendungen mit eben dieser Begründung abgewiesen haben. Sehen Sie uns bitte nach, dass wir auch in Ihrem Falle dabeibleiben.“

Geschichtliche und aktuelle Befunde zum „Rechtsextremismus“

Referat auf einer Konferenz zum Antifaschismus am 5. September 1998 und am 24. Oktober 1998 im Klub in Woltersdorf

Es vergeht in Deutschland kein Tag, an dem nicht Politiker, Wissenschaftler, Kirchenleute einzeln oder in Gemeinschaften sich „Gegen den Rechtsextremismus“ erklären und vor den von ihm ausgehenden Gefahren warnen. Die so entstandenen Schriftstücke würden, in Büchern gedruckt, inzwischen ganze Regalreihen füllen können. Es vergeht in Deutschland kein Tag, an dem nicht in Parteien, Vereinen, religiösen Gemeinschaften, hier und da auch an „runden Tischen“ beraten wird, wie der Sammlung von vorwiegend jungen Deutschen an einem Ort entgegengewirkt werden kann, die gemeinhin als der „rechte Rand“ der Gesellschaft bezeichnet wird. Wer sich die Resultate dieser vielen Anstrengungen, denn darum handelt es sich zweifelsfrei, vor Augen hält oder sie zu addieren sucht, kommt – bildlich gesprochen – nicht in die schwarzen Zahlen. Es entsteht der Eindruck, dass die Erklärungen und Beschlüsse, die Vorsätze und Programme eher die Hilflosigkeit der Gesellschaft gegenüber diesem Zustand verdecken, denn Abhilfe schaffen. Und in der Tat: Die Verlautbarungen bleiben zu einem erheblichen Teil folgen- und wirkungslos und derart erweisen sie, dass diese Gesellschaft doppelt hilflos ist – geistig wie praktisch.

Ihr Dilemma beginnt damit, dass es über Jahre hinweg an der Spitze eben dieser Gesellschaft und insbesondere in den Kreisen der Regierenden an der Bereitschaft fehlte, auch nur auszusprechen, was ist, was sich entwickelt hatte und welche Tendenzen sich verstärkten. Der Umgang mit den vorgeblichen „Einzelereignissen“ in Einheiten der Bundeswehr lieferte für diese Praxis das denkwürdige Paradebeispiel. In dieser Hinsicht wurde das Wahlergebnis im Lande Sachsen-Anhalt mit seinen nahezu 13 Prozent Stimmanteilen der Deutschen Volks-Union, das entsprach etwa 200.000 Wählern, zu einer gewissen Barriere. Es erschwerte die unredliche Reduzierung der Bestandsaufnahme auf allzu oberflächliche Befunde. Dennoch liegen sie keineswegs hinter uns. Tagtäglich wird die Analyse gedanklich auf Nebengeleise geschoben und um Tatsachen herumgeredet, klaren Urteilen wortreich ausgewichen. Beklagt wird, dass in West- wie in Ostdeutschland gleichermaßen „die Praxis des Verschweigens und Verdrängens“ dominiere.[1] Schon wenige Monate nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat eine Ministerin der Regierung in Magdeburg das Ergebnis einer Studie vorgestellt und hervorgehoben, dass sich der „ideologisch in sich gefestigte rechte Kern“ unter den 18 bis 27-Jährigen „allenfalls“ auf einen Anteil unter 3 Prozent belaufen würde. Zu denen kämen dann allerdings weitere 8 Prozent hinzu, die einigen nicht näher als rechtsextrem bestimmten Ansichten zustimmen würden.[2] Erinnern wir uns auch der mit Vorliebe diskutierten Fragen: Wieviel von diesem meist „Rechtsextremismus“ genannten Denken und Verhalten geht auf das Konto der untergegangenen DDR, wieviel auf dasjenige der (Alt-)BRD und wieviel auf der gegenwärtigen Gesellschaft? Wieviel Ideologie drückt sich in einer Gewalttat der „Rechtsextremen“ aus? Handelt es sich nicht eventuell um eine „Gewalttat an sich“, ohne irgendwelchen politischen Hintergrund, so dass die Untat in der Statistik in eine andere Verbrechengruppe aufgenommen werden kann? Dabei ist, um es hier gleich zu sagen, für die geplanten wie für die spontanen Gewaltaktionen der Rechtsextremisten einwandfrei nachgewiesen, dass keine von ihnen ungezielt erfolgte, sondern die „Fremden“, die „Zecken“ und wer ihnen immer als Feind gilt, als Ziel und Opfer vorher ausgemacht waren.

Die Vernebelung der Tatsachen und Zusammenhänge beginnt auch bereits mit ihrer häufig schwammigen begrifflichen Kennzeichnung. So wenig sich auf die übergreifende Charakteristik „Rechtsextremismus“ verzichten lässt, so unzulässig erscheint es, seine Fraktionierung zu übergehen und über dessen äußerste Gruppierung zu schweigen. Denn in diesem „Rechtsextremismus“ existiert ein Flü-

---

1 So der Professor für Pädagogik an der Universität Bielefeld Wilhelm Heitmeyer auf einem öffentlichen Forum der SPD in Erfurt, der kritisierte, dass Parteien, Gewerkschaften und Kirchen über öffentliche Erklärungen hinaus nicht zur Formierung einer „Gegenöffentlichkeit“ gelangen würden. Praxis des Verschweigens beklagt. In: Neues Deutschland, 3. Dezember 1998.

2 So nach einem Bericht in „Der Tagesspiegel“ unter der bezeichnenden Überschrift „Kein Hort rechtsextremen Gedankenguts“ (Ausgabe vom 28. Oktober 1998), in dem die Ansicht übernommen wird, die jungen Leute seien nicht eigentlich rechtsextrem, sondern unzufrieden mit der parlamentarischen Demokratie.

gel, der keine andere Bezeichnung verdient als „Faschisten“. Wenn sie sich auch so nicht nennen, sondern wie ihre Vorläufer als „Nationalsozialisten“, auch „National-Sozialisten“, andere wieder in Anlehnung daran als „Volkssozialisten“ auftreten, so sagen ihre Parolen, ihre Farben, ihre Fahnen, ihre Grußformeln und Rituale, ihre Lieder und die Namen ihrer lärmenden Musikstürme genug.

Dass die Faschisten nicht „Faschisten“ genannt werden, kommt zunächst einmal ihnen zugute, ihrer Tarnung und ihrer Behandlung, die durch Polizei und Justiz eingeschlossen. Zweitens und wichtiger aber: Wenn die Faschisten, an denen wirklich wenig „Neo“ zu entdecken ist, als solche markiert würden, dann ergäbe sich ein Fixpunkt, von dem aus sich auch der Charakter anderer Strömungen des „Rechtsextremismus“ exakter beurteilen ließe. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen ihnen träten dann deutlicher hervor und es würde ausgesprochen werden müssen, ohne sie alle über einen Leisten zu schlagen, dass in diesen verschiedenen Strömungen ideologisch wie meist auch politisch und taktisch ein „Stück Faschismus“ steckt. Anders ausgedrückt, dass zwischen ihnen bei aller Rivalität, ja mitunter auch offener Verfeindung politische Verwandtschaften und Sippschaften bestehen, die doch bewusst gemacht werden müssten, anstatt über sie schamhaft hinwegzugehen. Auf geistigem Gebiet erweist sich diese Verwandtschaft vor allem auf den Feldern der nationalistischen, der rassistischen und der sozialen Demagogie. Dabei ist leicht zu sehen, dass die Rechtsextremisten noch dabei sind, ihre reaktionären Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands in die zugkräftigsten Parolen zu gießen. Auf dem Felde des Nationalismus („Deutschland den Deutschen [...]“ ist ihnen das in Verbindung mit sozialdemagogischen Losungen („Arbeit zuerst für Deutsche“) bereits gelungen. Den Rassismus, der sich in der Bundesrepublik in Stadt und Land schlagend austobt, auf den agitatorischen Punkt zu bringen, erweist sich vor dem Hintergrund der Genozid-Politik und angesichts der Strafandrohung wegen „Volksverhetzung“ offenbar als schwieriger. Nichtsdestoweniger soll nach hitlerfaschistischem Beispiel die „rassistische Gefahr“ furchtbar an die Wand gemalt werden. Nun drohe die „Islamisierung“, wird unter Berufung auf Pläne erklärt, welche die Gleichstellung der islamischen Religionsgemeinschaft mit den anderen in Deutschland anerkannten und geschützten vorsehen.[3] Auf diese Weise werden Ängste geschürt und ausgebeutet und der „innere Feind“ markiert. Der Zweck lässt sich, wie erwiesen, umso vollkommener erreichen, wenn von diesem „Feind“ geheimnisvolle Bilder gezeichnet und ihm alle Gemeinheiten und Schlechtigkeiten eingefügt werden. So wurden seinerzeit mit den „Bolschewiken“ und mit den Juden verfahren. In den Büros der KPD, so die Lügen im Februar/März 1933, seien die entsetzlichsten, später nie vorgewiesenen Pläne geschmiedet worden. In den Synagogen, so die Lügen seit 1933, würden in erster Linie gegen Deutsche gerichtete Weltherrschaftspläne ausgeheckt. Nun werden, gegen die türkischen Anhänger des Islam gerichtet, Horrorbilder ähnlichen Typs entworfen. So wurde jungen Mitgliedern und Anhängern der „Republikanern“ in München bei einer „Schulung“ über den „Koran“ erzählt, Moslems würden mit der Absicht nach Deutschland kommen, das Land zu unterwandern und gegen das Christentum vorzugehen. Was die Tempel der Juden gewesen sein sollen, sind nun die Moscheen, hinter deren Türen niemand sehen und hören könnte, und in denen sich Verschwörer verabreden würden. Wozu den Hitlerfaschisten die erfundenen „Protokolle der Weisen von Zion“ dienten, dafür suchen deren Nachfahren den „Koran“ zu nutzen. Wie einst werden Ahnungs- und Urteilslosigkeit und die Blödheit von provinziellen Deppen ausgebeutet.[4]

Doch lässt sich auf dem Wege des historischen Vergleichs auch unschwer erkennen, wie oft und wie genau die Nachfolger ihr Original auf dem Gebiet taktischen Verhaltens imitieren und sich den Bedingungen einer bürgerlich-demokratischen Republik anpassen. Sie wissen, dass sie bei völlig offenem Visier leicht mit einem Verbot belegt werden können, dass sie eben so fürchten wie seinerzeit die Führung der NSDAP, die es als ein Geschenk der Richter des Leipziger Reichsgerichts ansehen konnten, dass Hitler 1930 Gelegenheit gegeben wurde, vor dessen Schranken einen „Legalitätseid“ zu schwören. Die Führer der Rechtsextremisten lassen es daher nicht an wohlfeilen Beteuerungen zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ fehlen und suchen sich auf jede Weise gegen ein Verbot

---

3 So die Argumentation des Vorsitzenden der REP, Rolf Schlierer, gegen den Bundesinnenminister. S. Claus Dümde, Schlierer schließt auf. In: *Neues Deutschland*, 2. Dezember 1998.

4 Claudia Peter, Hilfe, die Scharia kommt. *Neues Deutschland*, 11. September 1998.

rückzuversichern. Zu ihrem demagogischen Repertoire gehört, dass sie sich sogar für eine Ausweitung der Bürgerrechte durch die Einführung von Volksbefragung und Volksentscheid einsetzen. DVU-Vorsitzender Frey erklärte auf einer Pressekonferenz auch: „Wir sind keine Ausländerfeinde, wir begrüßen auch die integrierten Ausländer und die wirklichen Asylanten.“[5]

Dabei würde es zu kurz greifen, würden alle diese Erklärungen und Beteuerungen nur als der Versuch gewertet, sich die Pfoten weiß zu schminken. Wie einst im Weimarer Staat so streiten die Rechtsextremen auch heute über den aussichtsreichsten Weg zu Masseneinfluss und Erfolg. Da passt ihnen womöglich ein Volksentscheid genauso ins Konzept, wie er 1929 ihren Vorgängern in deren demagogischem Kampf gegen den Young-Plan nutzte. Dessen eingedenk, und natürlich auch, um aus den Berichten und mehr noch aus den Aktivitäten des Verfassungsschutzes herauszukommen, versuchen die „Republikaner“ sich als eine gemäßigte Rechtspartei zu präsentieren, Seriosität und Kompetenz nachzuweisen und zu letzterem bieten ihnen selbstredend die Podien von Landtagen – in Baden-Württemberg den Republikanern[6], in Sachsen-Anhalt den Abgeordneten der DVU – besondere Gelegenheit.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Es kann sich nicht darum handeln, in deutschen Landen möglichst viele Faschisten auszumachen. Es muss – ganz im Gegenteil – immer wieder daran erinnert werden, wieviel Unheil der falsche und leichtfertige Umgang mit der Bezichtigung des „Faschismus“ (Sozial-, Brüning-, Papen-Faschismus) in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angerichtet hat. Diese Warnung zu bedenken sollte aber nicht verhindern, die Berührungspunkte und ganzen Berührungsflächen zu benennen, die es zwischen den Strömungen der äußersten Rechten damals gab und heute gibt. Daraus erwächst, und auch das bestätigen geschichtliche Erfahrungen, nämlich die Möglichkeit für ihre Bündnisse zur Aktion und ihre organisatorischen Zusammenschlüsse. Franz von Papen, der 1932 kein faschistisches, wenn auch ein antidemokratisches Herrschaftskonzept verfocht und sich stark genug glaubte, Hitler und dessen Partei in Dienst nehmen wollte, hatte 1933 keine Schwierigkeit, als Vizekanzler an Hitlers Seite in eine Regierung einzutreten, die faschistisch war.

Obwohl solche Besinnung erhellend ist, verläuft die Bestandsaufnahme des „Rechtsextremismus“ bis in die Reihen der Linken hinein weitgehend geschichtslos oder geschichtsarm. Mitunter, wie in einer lesenswerten Broschüre, die von der IG Metall herausgegeben wurde, wird einfach und ohne jeden Vergangenheitsbezug von der „neuen Rechten“ geschrieben, ohne dass deren Neuigkeitswert überhaupt in Frage gestellt wird. Dabei gibt es kein zweites Land in Europa, in dem es so viele Gründe dafür gäbe, sich gerade vis-à-vis von DVU, Republikanern, Nationalen und wie sich sonst nennen mögen, der Geschichte zu erinnern. Und es sind – bei allen Unzulänglichkeiten, von denen wohl ein Gutteil aus Unwissenheit herrührt – zweifelsfrei die Linken, die sich von allen Beteiligten am stärksten darum kümmern, die deutsche Vergangenheit auch in diesem Punkte zum Reden zu bringen. Nun verbindet sich der Blick in die Geschichte aber immer mit Gefahren, die nicht gering veranschlagt werden sollen. Die einen machen sich gedanklich dadurch zu ihren Sklaven, dass sie eine vollständige Wiederholung des Vergangenen erwarten und nicht selten in die Gegenwart Fakten und Tendenzen hineinsehen und hineinreden, aus denen sie dann wiederum herauslesen können, dass die Faschisten ante portas stünden und läuten Daueralarm. Andere wieder fixieren sich ganz oder vorwiegend auf die Differenzen, die sich bei einem Vergleich der zwanziger und der neunziger Jahre unschwer feststellen lassen, und geben sich und ihrer Umgebung Entwarnungssignale.

Was also geben die Erfahrungen der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre, von denen uns doch nun schon ein Menschenalter trennt, für unsere gegenwärtigen Überlegungen, Entscheidungen und Handlungen her? Oder: Wie begann die Formierung der Kräfte, die nach nur 12 oder 13 Jahren der Republik den Garaus machten? Davon seien einige Grundtatsachen genannt. *Erstens*: Die militante Rechte formierte sich nach Krieg und Revolution in einem gegenrevolutionären Prozess, und sie

---

5 Dieter H. Michel, DVU sieht sich bereits im Bundestag. In: *Neues Deutschland*, 12./13. September 1998.

6 Neuere Einschätzungen zeugen partiell jedoch vom Sieg des Flügels bei den baden-württembergischen Republikanern, der sich der DVU annähert. So beantwortete das Innenministerium in Stuttgart eine Anfrage der Landtagsfraktion der CDU. Republikaner immer näher an der DVU. In: *Neues Deutschland*, 11. Januar 1999.

besaß alsbald einen Führerkader, der sich aus befehlserprobten Offizieren des Krieges rekrutierte oder aus Menschen, die sich an diesem Kader ein Vorbild nahmen und ihm nacheiferten. Der Gefreite Hitler war nach seinem Militärrang die Ausnahme. Die Mehrheit stellten Figuren wie der höchstdekorierte Hauptmann Hermann Göring, der erste Führer der SA, der ebenfalls aus dem Fliegerkorps stammende Leutnant Rudolf Heß, der Sekretär des „Führers“ wurde, der Leutnant Julius Streicher, der eine eigene faschistische Partei in Nürnberg gegründet hatte, die er der NSDAP zuführte, die später hinzugestoßenen Oberleutnant Gregor und Leutnant Otto Strasser, der Hauptmann Ernst Röhm, keiner von ihnen ohne die Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz.

Zweitens: Die antirepublikanische, auf Revanche versessene Rechte existierte anfänglich in einer Vielzahl von Gruppen, die konkurrierten, sich befehdeten, um den Führungsanspruch rangen, über Strategie und Taktik stritten und die allesamt den Durchstoß zu einer Massenpartei suchten. Das gelang nur der NSDAP, die seit ihrer Wiedergründung 1925 das Feld beherrschte. Sie wurde das Sammelbecken und dabei spielte keine geringe Rolle, dass sie es war, die einen charismatischen Führer aufzuweisen hatte, über den die Konkurrenz nicht verfügte. Niemandem hat Hitler später mehr Dankbarkeit bezeugt als denen, die in dieser Frühzeit ihre Organisationen der seinen unterstellten und sich zu seinen Paladinen machten. Das gilt für Streicher, den „Frankenführer“ und Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“. Niemanden hat er schärfer verfolgt, als jene, die diese Einheit der Faschisten gefährdeten. Das erfuhr Gregor Strasser, der in einem kritischen Moment, Ende 1932, sich auf eine Extratour begab und dafür anderthalb Jahre später während der „Röhm-Affäre“ ermordet wurde.

Drittens: Diese zunächst organisatorisch zersplitterte und ideologisch zerfahrene, dann sich konzentrierende Rechte bediente sich von Anfang an der schamlosesten Demagogie. Sie betraf geschichtliche Vorgänge wie Krieg und Revolution. Sie bezog sich auf die Rivalen und Kontrahenten, deren Absichten bedenkenlos verteufelt wurden. Und sie galt insbesondere der Vernebelung der Ursachen für nationales und soziales Elend, die auf „Versailles“, auf „die Juden“, auf „die Marxisten“ und andere zurückgeführt wurden. Was immer sich hochtrabend und werbend als „nationalsozialistische Weltanschauung“ präsentierte und zweifelsfrei auf Teile der jungen Intelligenz wirkte: Der geistige Anspruch, der an die Masse der Gefolgschaft gestellt wurde, war äußerst gering. „Glauben, gehorchen, kämpfen“, lautete die zentrale Forderung des italienischen Faschismus an die Mitgliedermasse seiner „Bünde“ und wiewohl diese Losung von der NSDAP nicht wortwörtlich übernommen wurde, galt sie doch exakt auch in ihren Reihen. Von Wissenschaft, zu der Kritik und Zweifel gehören, war nicht die Rede.

Viertens (und das ist womöglich am meisten vergessen oder auch am wenigsten wahrgenommen worden): Diese Rechte besaß nicht von allem Anfang an jenes Profil, das sich am deutschen Faschismus an der Macht erkennen lässt. Hier hat innerhalb der Linken oft eine irreführende Verlängerung der vielgeschmähten „Dimitroff-Formel“ zurück in die zwanziger Jahre gewirkt. Dabei wurde übersehen, dass die soziale Demagogie der NSDAP anfänglich gegen die Schwerreichen zielte. Als solche wurden zunächst vor allem aber nicht nur die „Juden“ ausgemacht und hingestellt. Doch appellierten die Werber Hitlers am Beginn ihres Weges deutlich an die kleinen, natürlich „arischen“ Kapitalisten, die mit den Folgen des Krieges und der Inflation mehr zu kämpfen hatten als die Konzerne. Und in der Tat stehen ja an der Wiege und in den frühen Kindheitsjahren als Ziehmütter und Ziehväter der NSDAP Personen, Familien, Unternehmer, die nach dem heutigen Sprachgebrauch zum Mittelstand gerechnet werden würden. Die von Hitler geführte Partei durchlief auch gemessen an ihren programmatischen Verlautbarungen zwischen den Jahren 1920 und 1928/29 eine Metamorphose. Von ihr gingen viele irritierende Wirkungen aus. Nicht zufällig wurde von Fachleuten in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Reichsbank noch 1930 und 1931 bei der Abfassung von Expertisen darüber gerätselt, was eigentlich das Wesen dieser Partei sei und ob – wie es in einem Bilde hieß – als ihr Endprodukt ihres erkannten Wandels Wein oder Essig zu erwarten wäre. Im Verlaufe des Jahres 1932 fielen die Urteile dann schon klar aus: Die Führungsgruppe um Hitler hatte in mehreren Schritten durchgesetzt, dass die deutsche Großbourgeoisie und der deutsche Großgrundbesitz von der Partei schließlich nicht mehr befeindet und die soziale Demagogie auf das internationale angeblich jüdische Kapital gerichtet wurde. Unklar und ungewiss und unentscheidbar blieb nun nur noch, ob die Führerschaft, einmal an

die Staatsmacht gebracht, dieses ihr Konzept gegenüber der eigenen Gefolgschaft, die auf eine „Revolution“ orientiert worden war, würde durchsetzen können.

Um es hier gleich anzufügen: Die an die kleine und mittlere Unternehmerschaft adressierte Reklame charakterisiert auch heutige rechtsextremistische Parteien, die Wähler und Förderer suchen. Deshalb wird gefordert: „Statt einseitig Großkonzerne (mit ihrer Lobby in Bonn) fördern, den Mittelstand unterstützen, denn er ist der größte Arbeitgeber, nicht die Bosse der Multis.“[7] Die NPD gab die Existenz eines in ihren Reihen gegründeten Wirtschaftsausschusses „gegen den globalen Internationalismus des Großkapitals“ bekannt.[8] Das erinnert an die Existenz einer gewiss ungleich besser ausgestatteten Wirtschaftspolitischen Abteilung, über welche die Reichsleitung der NSDAP in München verfügte. Die dort 1932 ausgearbeiteten Programme besaßen freilich einen „Mangel“. Die Führungsgruppe und namentlich Hitler scherten sich schon zum Zeitpunkt von deren Ausarbeitung keinen Deut um sie, und der oberste Führer hielt sich seine eigenen engen Wirtschaftsberater.

Fünftens: Der Durchbruch von der Kaderpartei zur Partei mit Masseneinfluss gelang den Hitlerfaschisten 1923 nur in Bayern, reichsweit erst sechs Jahre später am Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der kündete sich regional bereits an und zwar zum einen in den Gebieten, die von den Segnungen der sehr kurzen „goldenen Zwanziger“ unberührt geblieben waren. Dazu gehörten die damals auch staatlich ausgewiesenen Armuts- und Elendsgebieten, beispielsweise in Mittelgebirgsgegenden wie denen das Thüringer Waldes. Zum anderen wurde die NSDAP auf der von ihr miterzeugten Welle von Wut und Hass hochgespült, die sich 1929 gegen den Young-Plan erhob. Der sah eine Umschuldung und mit ihr vor, dass Deutschland seine aus dem Krieg her gerechneten Zahlungen Mitte der achtziger Jahre beendet haben würde. Aus dieser Kampagne rührte auch das erste Bündnis der beiden Hauptrivalen auf der seinerzeitigen Rechten, der konservativen Deutschnationalen Volkspartei Alfred Hugenbergs und der NSDAP, die zunächst die Rolle des Juniorpartners einnahm, davon aber erheblich profitierte.

Sechstens: Die NSDAP – hier nun begebe ich mich in die Rolle des rückwärtsgewandten Propheten – bezog ihre Kräfte nur zu einem Teil aus sich selbst, der sich zwar nicht bemessen lässt, der aber doch beträchtlich war. Hitler wusste schon, warum er in der nach 1933 immer wieder vorgetragenen „Parteierzählung“ darauf bestand, es sei nur sein und seiner Anhänger Glaube gewesen, der sie zum Sieg trug. In Wahrheit haben sie aus dem Zustand dieser Gesellschaft Nähr- und Kraftstoffe die Masse bezogen, auf ideologischem Felde am meisten dadurch, dass sich die Hauptkräfte und -parteien dieser Weimarer Republik nie von der Vergangenheit klar losgesagt, nie zu einem Schlussstrich gefunden haben. Bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein – hier machten wirklich einzig die Kommunisten eine Ausnahme – war man stolz darauf, im Kriege, und nicht nur das, sondern auch Frontsoldat gewesen zu sein. Und die NSDAP sah sich begünstigt von der Lässigkeit, mit der diese Republik sich gegenüber den Umtrieben der Faschisten verhielt. Es war sicher von den Herausgebern, dem Historiker Schönhoven und dem Politiker Vogel, beides Sozialdemokraten, nicht beabsichtigt, mit ihrer kürzlich erschienenen Veröffentlichung davon abzulenken. Darin finden sich – mit antipluralistischer Auslassung der Kommunisten – Parlamentsreden von Politikern der Weimarer Republik gegen den Faschismus zusammengestellt und gedruckt. An sie zu erinnern und auch aus ihnen Anregungen und Argumente für die Gegenwart zu beziehen, erscheint geboten. Unvergessen soll auch bleiben: Wer sich in den Parlamenten der Weimarer Republik den Fraktionen der NSDAP entgegenstellte, Ziele und Methoden dieser Partei bloßlegte, brauchte nicht nur Wissen und Überzeugung, sondern auch Mut, denn er setzte sich damals schon den Drohungen und Angriffen der Entlarvten aus. Doch was folgte auf diese Debatten? Was nahm beispielsweise Reichsminister Carl Severing davon in sein Innenministerium und in den Regierungsalltag mit?

Am 3. Juni 1929, das war eben jene Zeit, da den deutschen Faschisten Flügel zu wachsen begannen, antwortete er einem besorgten Bürger, der ihm aus Ulm geschrieben hatte: „So sehr ich Ihre Auffas-

---

7 So in der Sonderausgabe von Deutsche Wochen-Zeitung, September/Oktober 1998, die als Wahlzeitung vor der Bundestagswahl 1998 verbreitet wurde.

8 Zitiert in: René Heilig, Glatzen sind nicht nur Hohlraumdeckel. *Neues Deutschland*, 11. September 1998.

sung von dem ständig im ‚Stürmer' erscheinenden Satze ‚Die Juden sind unser Unglück' verstehe und teile, so bedaure ich doch, mit Verwaltungsmaßnahmen gegen die Zeitung nicht einschreiten zu können, da mir das Gesetz hierzu keine Handhabe bietet. Im Allgemeinen können Herausforderungen dieser Art nur strafrechtlich verfolgt werden. Ob im vorliegenden Fall der Tatbestand einer strafrechtlichen Verfolgung gegeben ist, lasse ich dahingestellt, möchte Ihnen aber vorschlagen, den Satz nicht gar zu ernst zu nehmen und ihn am besten mit Nichtachtung zu übergehen." Dieser Text legt den Gedanken nahe, wie heute denen geantwortet wird, die meinen, es sollte nicht länger gestattet sein, diese Parole auf die verschiedenste Weise zu variieren, jedoch so, dass alle ihre Varianten immer nur besagen: „Die Ausländer sind unser Unglück." Und dies führt zurück in die Gegenwart und zu einem nun womöglich Tatsachen gestützteren Vergleich zwischen den zwanziger und den neunziger Jahren deutscher Geschichte.

Dieser Vergleich muss aber nicht auf der Ebene der Organisationen von einst und jetzt, nicht mit der direkten Konfrontation heutiger „Rechtsextremisten" und deren fernen Vorfahren und Gründervätern beginnen. Die einen wie die anderen sind in ihre Zeit zu stellen, wenn insbesondere ihre Strategie und Taktik und ihre Chancen nüchtern beurteilt werden sollen. Hinter der Mehrheit der heutigen Einwohnerschaft der Bundesrepublik Deutschland liegen Jahrzehnte des „Wirtschaftswunders" und des Aufstiegs zu einem der reichsten kapitalistischen Länder der Erde. Als die parteipolitischen Architekten dieser Entwicklung gelten der Mehrheit der Bevölkerung CDU und CSU und die Sozialdemokratie, in einem schwer zu ermessenden Umfang auch die FDP. Diese Parteien zehren bis heute von diesen zurückliegenden, aber nachwirkenden Resultaten ihrer Politik. Ihnen wird zugetraut, dass sie die „Wohlstandswahrungsgesellschaft" schaffen und die weithin wahrgenommenen oder dumpf befürchteten Gefahren abwenden können, die Labilität und Brüchigkeit der aktuellen sozialen Zustände anzeigen. In einem erheblichen Grad sind die Großparteien der Bundesrepublik heute „Rentner aus der Vergangenheit". Deshalb bezweifelt niemand ernsthaft, dass die genannten Parteien zusammengenommen demnächst bei der Bundestagswahl weit mehr als zwei Drittel des Wahlvolkes zu rekrutieren vermögen.

Und das macht den grundlegenden Unterschied zur Weimarer Republik aus, in der sich die „Parteien der Mitte" (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei – sämtlich strikt die kapitalistische Gesellschaft verteidigend) sich als die große Krise nicht auf eine derartige, über Jahrzehnte erwiesene Bewährung berufen konnten, weshalb, 1930 einsetzend, ihr Wählerschwund rasch und alsbald galoppierend vor sich ging. Dieser ganz andere Sachverhalt setzt, auf das Ganze der Bundesrepublik gesehen, die momentanen Chancen des „Rechtsextremismus" bei bundesweiten Wahlen erheblich herab. Niemand würde aus deren Reihen einen Mann oder eine Frau benennen können, dem das Amt eines Wirtschafts- oder Finanzministers zugetraut werden würde. Das zeigte sich dann auch am 27. September 1998 im Wahlverhalten. Einem Teil der potentiellen Wähler galten die Stimmen für eine der drei rechtsextremen Parteien offenbar als verloren, denn keiner von ihnen wurde der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde wirklich zugetraut, zumal sie nicht nur getrennt marschierten, sondern sich teils erbittert bekämpften. Dennoch war das erzielte Ergebnis nicht einfach ernüchternd. In Sachsen kamen die Rechtsextremen, zählt man den „Bund Freier Bürger" hinzu, zusammen auf 6,2 Prozent der Stimmen, wobei der Kurort Rathen mit mehr als 15 Prozent wohl den absoluten Spitzenreiter stellte. In einer Anzahl von Städten, Stadtbezirken und Ortschaften können die Rechtsextremen bei Kommunalwahlen damit rechnen, demnächst in die Parlamente zu gelangen. Das gilt für alle Stadtbezirke im Osten Berlins und für einige auch im Westteil der Stadt. Dadurch werden ihnen neue Profilierungsmöglichkeiten entstehen. Sie vermögen dann ihre eigenen Kader herauszustellen und sie auch auf ihre Fähigkeiten hin zu prüfen.

Denn generell – und nun also zum direkten Vergleich – fehlt es dieser politischen Strömung an einer Führungsgruppe ebenso wie an einer herausragenden Führungsfigur. Vereinzelt wurde bereits bei der Bundestagswahl versucht, seriöse Personen sichtbar auf den Listen zu platzieren. In Sachsen warb die DVU mit einem ehemaligen Mitglied der CDU, das bereits Erfahrungen als Angehöriger des Bundestags besitzt, und die NDP setzte an die Spitze ihrer Landesliste einen Rechtsanwalt aus Zittau. Von Besetzungen mit ehrgeizigen Leuten, die eine politische Karriere suchen, gehen nicht selten zusätzlicher Antrieb aus, die gegen eine Vereinigung oder auch nur ein Zusammenwirken der Rechtsextremis-

ten wirken. Doch wird ihre Zersplitterung, deren Ergebnisse ja an den Wahlergebnissen des 27. September ablesbar sind, auch als ein Hemmnis empfunden. Schon liegen Namen für eine Einheitsfront vor, wofür „Vaterländisches Bündnis“ oder als „Patriotische Liga“ vorgeschlagen wurden. Doch dürfte das Gegeneinander – schon hat die in Sachsen stärkste der rechtsextremistischen Parteien, die NPD, ihre eigene Liste für die 1999 kommende Landtagswahl aufgestellt[9] – kaum zu überwinden sein, solange sich nicht wenigstens in einer dieser Parteien eine Personage von Führern und ein ideologisch-politisches Kraftzentrums herausgebildet hat. Versuche, Bündnisse über Parteigrenzen hinweg anzubahnen, wurden angesichts der Ergebnisse der Bundestagswahl unternommen, wobei schwer zu entscheiden ist, ob es neue Berechnungen der Personen an den Spitzen der Organisationen sind, die dahin wirkten, oder ob die Mitgliedschaft einen erfolgversprechenderen Kurs verlangt. Jedenfalls trafen sich am 17. November 1998 der Bundesvorsitzende der Republikaner, der als Rechtsanwalt praktizierende Mediziner und Jurist Dr. Rolf Schlierer, mit dem Chef der Deutschen-Volks-Union, wonach Absprachen bei bevorstehenden Wahlen angekündigt wurden.[10]

Welche Wirkung das Auftreten eines als geeignet angesehenen Führers haben könnte, zeigt eine Befragung in Sachsen-Anhalt unter 834 jungen Leuten im Alter von 18 bis 27 Jahren an. Von ihnen meinte ein Drittel, Deutschland brauche „wieder einen starken Mann“.[11] Erhebungen, die jüngst in ausgewählten deutschen und ausländischen Städten unter Angehörigen der jüngeren Generationen angestellt wurden, bestätigten die weite Verbreitung von Vorstellungen, dass ein herausragender Führer den jeweils gewünschten Wandel durchzusetzen imstande sei. Rechtsextremisten in Deutschland empfanden sogar einen Erklärungsbedarf für das Fehlen einer Führergestalt. Sie fassen eine besondere, der geschichtlichen Erfahrung entgegengesetzte Abfolge der Überwindung ihrer Schwäche ins Auge. Nachdem es heißt, „ein Adolf Hitler wird einem Volke nur einmal in tausend Jahren geschenkt“ und so die Vergeblichkeit des Wartens auf einen zweiten Führer seiner Größe ausgesprochen ist, wird Hoffnung darauf geweckt, dass sich eine Führung doch herausbilden könnte, wenn alle Kräfte „der Rechten“ zusammenrücken würden.[12]

Also: Entwarnung? Die Antwort „Nein“ gründet sich auf eine Anzahl weiterer Beobachtungen. *Erstens* auf die erwiesene und in vielen Umfragen in Zahlen erfasste Tatsache, dass es in dieser Gesellschaft ideologisch und moralisch ein erhebliches Potential an völkischem, nationalistischem und rassistischem Denken gibt. Es drückt sich gegenwärtig nicht annähernd im Wahlverhalten der Bürger aus, doch gibt es keine Sicherheit dagegen, dass es im Weiteren nicht in einen Zustand des politischen Vagabundentums übergehen kann. Vorerst fallen das ideologisch-politische und das Wählerpotential also auseinander. Doch wenn das erstgenannte sich zusammenschließen würde, hätte das fraglos auf seine Anziehungskraft eine verstärkende Wirkung und es wäre dann die Entstehung eines Sogs denkbar, der Wähler aus CSU, CDU und anderen Parteien herauszieht, zeichnet sich eine Vereinigung dieser Potentiale nicht ab, doch ist es auch nicht unstrukturiert.

Wenn die Größe rechtsextremistischer Gefährdung beurteilt und abgeschätzt werden soll, dann dürfen nicht nur die organisatorischen Stützpunkte der bekannten Parteien (Republikaner – REP –, Nationaldemokraten – NPD – und Deutsche Volks-Union – DVU) sowie deren Mitglieder- und Wählerzahlen ins Blickfeld genommen werden. Sie besitzen ihr strukturiertes Reservoir in den vielen ihrerseits um Vernetzung bemühten örtlichen, in keinem Vereinsregister, sondern allenfalls in den Überwachungsberichten erfassten Zusammenschlüssen, in denen militante Kräfte dominieren. Deutlich

---

9 Die Angaben über Sachsen sind entnommen: Was droht bei einer „rechten Einheitsfront“? In: *junge Welt*, 12. Oktober 1998.

10 Claus Dümde, Schlierer schließt auf. In: *Neues Deutschland*, 2. Dezember 1998. S. auch: Konfusion um Kooperation. Widersprüchliche Stimmen bei den „Republikanern“ zur Zusammenarbeit mit der DVU. In: junge Welt, 10. Dezember 1998. Verabredet war im November unter dem Eindruck von Stimmenverlusten bei der Bundestagswahl, dass die DVU bei der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 zugunsten der Republikaner nicht antritt. S. auch Republikaner immer näher an der DVU. *Neues Deutschland*, 11. Januar 1999.

11 Durchgeführt wurde die Befragung vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum in Berlin-Brandenburg e. V. S. „Kein Hort rechtsextremen Gedankenguts“, in: *Der Tagesspiegel*, Ausgabe vom 28. Oktober 1998. Nahezu der gleiche Anteil – 34 Prozent – stehe Ausländern „ablehnend“ gegenüber.

12 René Heilig, Glatzen sind nicht nur Hohlraumdeckel. *Neues Deutschland*, 11. September 1998.

erkennbar bemühen sich die rechtsextremen Parteien um deren Gewinnung, wobei sie beachten, dass sie ihre Legalität nicht gefährden. Deshalb distanzieren sie sich öffentlich von den verbrecherischen Gewaltaktionen dieser Kleingruppen („braunen Kameradschaften“[13]) und versuchen sogar, zum Zwecke von deren Indienstnahme an ihnen eine gewisse Umerziehungsarbeit zu leisten, die sich offenkundig nicht auf die Ideologie, aber auf die Taktik des Vorgehens bezieht. Wer durch Nazipropaganda und fremdenfeindliche Gewalttaten in Erscheinung getreten ist, dem wird derzeit von der DVU auch die Aufnahme als Mitglied verweigert.[14] Frey erklärte in der schon erwähnten Pressekonferenz gar: „Wer mit ihnen (kriminellen Banden) Kontakt hält, wird aus der DVU gefeuert.“[15] Zur gleichen Zeit, und das zeigt, wie weit die Rechtsextremisten taktisch auseinanderliegen können, aber suchte die NPD in Rostock einen Aufmarsch ihrer Anhänger an eben jenem Ort durchzusetzen, an dem sechs Jahre zuvor ein Asylheim für Ausländer in Brand gesetzt wurde.

Jenseits der Parteien und Kleingruppen aber existiert ein Massenpotential, das die in ihnen nicht vertretene Bürgerschaft bildet. Das zeigte sich zuerst und am drastischsten in Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen. Gewalt gegen Menschen, Fremde und Einheimische, wurde akzeptiert, beklatscht und das konnte von den Tätern nur als eine Ermutigung und Bestätigung verstanden werden. Weit über den Kreis der Brandstifter, Totschläger und Mörder hinaus hat sich in der Gesellschaft ein neues Verhältnis zur Aggression gegen Individuen und Gruppen herausgebildet. Dieses Verhältnis zur Gewalttätigkeit, das die Naziführer von den Schlachtfeldern und aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs mitbrachten, verbreitet sich heute in Generationen, die glücklicherweise keinen Krieg erleben mussten. Die Quelle ihrer gedanklichen und emotionalen Einstellung zu Menschenleben missachtender Tat erwächst aus dem Boden einer Gesellschaft, in der die Konkurrenz unter und zwischen Kapitalisten, kleinen Warenproduzenten, Arbeitern und Angestellten an Schärfe extrem zugenommen hat.

Die ethischen, vom Christentum, von der Aufklärung und in der Arbeiterbewegung postulierten Werte wirken immer weniger Menschen orientierend. Das Ja zur Gewalt dringt durch die verschiedensten Poren in die Gesellschaft und sie schwitzt es auf vielerlei Weise wieder aus. Nur wenige nehmen den alltäglichen Vorgang überhaupt wahr. Nach dem jüngsten Fall von Rowdytum auf der Rennstrecke in Belgien erschien eine Boulevardzeitung mit der Balkenüberschrift „Schumacher, der Hass fährt nun mit“. Wie kann das noch von Aufhetzung zum Totschlag mittels eines Mordfahrzeugs unterschieden werden? Welcher Presserat zuckt da überhaupt noch? Denn gegen wen richtet sich dieser Hass? Gegen wen soll er sich entladen? Gegen den Ausländer am Lenkrad des anderen Rennwagens, der „dem Deutschen“ den Weg zur Weltmeisterschaft versperren will, wie es unlängst bei einem anderen Geschäft angeblich ein norwegischer Schiedsrichter getan haben soll.

Wenn irgendwo in diesem Deutschland eine Gewalttat an einem Fremden begangen wird, lautet die erste Frage, war es eine politische Untat und war sie ideologisch geprägt? Geschah es nicht vielleicht „nur“ aus Langeweile und hervorgerufen durch „unpolitische Trunkenheit“? Auch an den Ursachen, aus denen sich die DVU-Wähler in Sachsen-Anhalt formiert hatten, wurde mit Vorliebe herumgerätselt. Wollten sie den Politikern nicht einfach einen „Denkzettel“ verpassen? Hatten sie ihre Entscheidung nicht aus Protest getroffen, das meint: „nur“ aus Protest getroffen? Und war reaktionäre, gar faschistische Ideologie daran ganz unbeteiligt? Zum einen ist die Alternative konstruiert, und zum anderen ist zu fragen: Wieviel nationalistische, rassistische geistige Aufladung muss es denn sein, bis jemand als ideologisiert angesehen wird. Angesichts solchen Fragens fühlt man sich an die SA-Leute Görings, Pfeffers und Röhms und die SS-Leute Himmlers erinnert. Die werden zu Recht als geistig faschisiert wahrgenommen, ihre Nachfahren und Nachahmer hingegen merkwürdigerweise nicht. Welche Vorstellungen haben fahndende Kriminalpolizisten und ermittelnde Staatsanwälte im Jahre 1998

---

13 Zu den Erscheinungsweisen dieser Kleingruppen, ihrer Kleidung, ihren Zeichen und Symbolen, ihrer Grußformeln und anderer Codes s. Markus Wallenberg, „Mit verbotenem Gruß!“ In: *Neues Deutschland*, 12./13. September 1998.

14 Nach der Auskunft des Vizepräsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt Werner Sprado. In: Weniger dumm als erhofft. *Neues Deutschland*, 11. September 1998.

15 Dieter H. Michel, DVU sieht sich bereits im Bundestag. In: *Neues Deutschland*, 12./13. September 1998.

von der Ideologisierung der Mörder von Potempa 1932? Die hätten doch auch keine Prüfung über „Mein Kampf“, Darrés Blut-und-Boden-Mythologie oder Rosenbergs „Mythos“ bestanden. Es genügte ihnen völlig, den Arbeiter, den sie zu Tode trampelten – dem Opfer wurde die Halsschlagader durch Fußtritte zerrissen – als einen „linken und polnischen Hund“ auszumachen. Ein paar dürftige Versatzstücke menschenverachtender Ideologie reichten damals und reichen heute hin, um Täter zu formieren. Das Orakeln über deren Geistesverfassung ist gekünstelt und die These von den Verführten mehr dazu geeignet, von den Sachverhalten abzulenken, als Hilfestellung für nüchterne Bilanz und zur Bekämpfung der „Rechtsextremisten“ zu geben. Denn für die übergroße Masse der Gefolgsleute der äußersten Rechten galt noch stets, dass sie verführt, also gegen ihre eigenen Grundinteressen ausgerichtet wurde. Es ist geradezu zynisch, über Irrtum und Verführung daher zu reden, wenn Körperverletzung und Totschlag, Verwüstung und Brandstiftung, Jagd und Vertreibung sich immer wieder auf die ideologisch markierten Opfer richten. Von Verführung kann und muss indessen geredet werden, wenn nach Barrieren gefragt wird, welche den weiteren Zustrom in diese Gruppen verhindern könnten.

Zurück zur Antwort auf die Frage: Warum keine Entwarnung. *Zweitens*: Das erwähnte Massenpotential, geprägt durch – allgemein gesprochen – reaktionäres Denken und eine verdorbene Gefühlswelt kann in Bewegung geraten und unter veränderten Bedingungen neues politisches Gewicht gewinnen. Eine solche Veränderung ist angesichts der Unwägbarkeiten der Entwicklungen und Folgen von Europäisierung und Globalisierung von niemandem wirklich auszuschließen. Ein erheblicher Teil der Deutschen wird heute, ohne darauf selbst mit einer direkten Entscheidung Einfluss genommen zu haben, auf den Weg nach Europa geführt. Und diese Mehrheit geht ihn jedenfalls geistig mit einem Übergepäck von fremdenfeindlichem und nationalistischem Denken. Sie ist davon überzeugt, dass die Deutschen die leistungsstärksten unter allen Europäern sind. Die Ergebnisse der Arbeit von Millionen während der Nachkriegsjahrzehnte werden als Beweis für besondere biologische und charakterliche Eigenschaften der „Nation“ gewertet. Diese Mehrheit vermag sich ihre Stellung im Europa der Zukunft nur als herausragend zu denken, sich aus ihr nur Nutzen und Vorteil zu errechnen (das schließt Befürchtungen ganz anderer Art nicht aus). Sie zieht nach Europa mit dem festen Willen den „Standort Deutschland“ zu verteidigen, was nichts anderes heißt als wirtschaftlich, sozial und geistig auf dem Kontinent den führenden Platz zu beanspruchen. Und wenn diese Knabenträume nicht reifen? Wessen Weizen wir dann blühen?

Drittens schleppt die deutsche Gesellschaft auf diesem in seinem Verlauf unbestimmten Zug nach Europa im Kopf wie im Bauch eine Unmasse eigener unverdauter Geschichte mit sich. (Dass das auch für die anderen Züge gilt, schafft keine Beruhigung und ergibt keinen Gleichstand, denn diese deutsche Geschichte ist gravierend anders verlaufen als die aller anderen Europäer.) Wer sich über dieses Unverdaute nach der Goldhagen-Debatte noch täuschen mochte, der wurde spätestens durch den immer wieder aufflammenden Streit um die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ eines anderen belehrt und zwar sowohl durch die Bilder aus den Straßen Münchens, wie auch durch die Texte mehrerer Bundestagsreden und die in Bonn getroffenen Entscheidungen.

Dabei nehmen die verschiedenen Lager der Rechtsextremisten zur Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkriegs keine einheitliche Haltung ein. Während eine Minderheit sich auf das Leugnen auch der längst und unabweisbar erwiesenen Verbrechen verlegt, bezieht die Mehrheit und beispielsweise auch die Führungsgruppe der DVU eine flexiblere, aber nicht weniger verlogene Haltung. Sie beteuert: „Wir bedauern zutiefst das NS-Unrecht“, setzt dem aber die Zurückweisung deutscher „Kollektivschuld“, die kaum jemand behauptet, voran und lässt darauf die Attacke gegen die „ewigen Sühnekampagnen“ folgen. Auf diese Weise wird das unverbindliche und folgenlose „Bedauern“ gegenüber den härtesten Verweigerern der Wahrheit entschärft und für sie verträglich gemacht. An anderer Stelle des DVU-Wahlprogramms folgt dann jedoch Klartext mit der bekannten Formel „Ehrenschutz für ehemalige und gegenwärtige deutsche Soldaten“. Unaufrichtigkeit gegenüber der jüngsten deutschen Geschichte ist allen Strömungen und Färbungen des „Rechtsextremismus“ gemein, die – nicht anders als einst die NSDAP – das deutsche Volk als ein Opfer von Herabsetzung und Misshandlung durch ausländische Kräfte erscheinen lassen wollen, denen deutsche Politiker dienstbar sind.

Die heutige geistige Befindlichkeit von Millionen Deutschen ist jedoch, und das erinnert auch an die zwanziger Jahre, nicht das Produkt des Wirkens der „Rechtsextremen“ allein und nur zu einem geringen Teil ihr Werk. Diese profitieren – wie damals die NSDAP – von den unrühmlichen Leistungen der Parteien und Politiker, die sich als diejenigen der Mitte bezeichnen. Wie nach dem Ersten Weltkrieg, so wurde nach dem zweiten zu politischen Zwecken ein Zerrbild der Rolle der Deutschen, ihrer Führer wie der Massen verbreitet. Der Weg für die Fälscher war im zweiten Falle wegen vieler unabweisbarer Tatsachen und Erkenntnisse länger. Sie sind ihn dennoch gegangen und massenhaft an ihr Ziel gelangt. Es ist gelungen, in den Köpfen von Millionen Wesen und Rolle des deutschen Faschismus zu beschönigen.

Die Geschichte dieses geistigen Betrugs und Selbstbetrugs ist lang. Sie begann nicht nur in Rede und Schrift, sondern mit gezielten Aktionen, von denen politische und geistige Wirkungen auf die Masse der Bevölkerung in der (Alt-)Bundesrepublik ausgingen. Konrad Adenauer und Theodor Heuss setzten sich, ohne dafür Reklame zu machen, für die Freilassung derjenigen, die in Nürnberg 1945 von den Alliierten zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Dann wurde den eben Freigelassenen die Möglichkeit eingeräumt, ihr Geschichtsbild unter die Bewohner der Bundesrepublik zu bringen. Da das weithin vergessen worden ist, sei an die zweibändigen Memoiren des aus Spandau entlassenen Oberkommandierenden der Kriegsmarine Erich Raeder erinnert, in denen er 1956/57 sich als „ein Seemann und Soldat“ vorstellte, der „voll Mühe und Arbeit“ einem „herrlichen Beruf“ nachgegangen sei und nur „für den Schutz des Reiches nach außen“ eintrat. 1958 folgten die Erinnerungen des ebenfalls aus dem Gefängnis in Spandau entlassenen Großadmirals, des Hitler-Verehrers und Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz. Der konstatierte: „Es war im Kriege meine wie unser aller Pflicht als Soldaten, unter vollem Einsatz alles zu tun, um ihn militärisch zu gewinnen.“ Und an anderer Stelle: „Niemand sollte das Soldatentum des letzten Krieges herabsetzen.“ Das wurde vor vierzig Jahren gedruckt und diese Denkweise erhielt sich und gehört eben zu jenem Übergepäck, mit dem so viele Deutsche nach Europa kamen. Was Väter einst als Lektüre gierig verschlangen, wirkte – wie in München und anderswo demonstriert – unter den leiblichen und geistigen Nachkommen der faschistischen Krieger nach. Diese Art, deutsche Geschichte zu betrachten, gipfelt in der These, die Deutschen würden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ungerecht behandelt und in einen Sonderstatus gezwungen. Daraus folgt dann beispielsweise die von der DVU ebenso wie von anderen Rechtsextremen erhobene rein demagogische Forderung: „Gleichberechtigung für das deutsche Volk muss durch konsequente Politik endlich Wirklichkeit werden.“[16]

So viele Verdienste sich die demokratische Strömung der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung um die Charakterisierung der Naziideologie und der Methoden, sie unter die Massen zu bringen, erworben hat, soviel sie zur Aufhellung der Ursachen der Geschichte des Zweiten Weltkriegs leistete, nicht sie hat je das Geschichtsbewusstsein der Massen in der Bundesrepublik zu bestimmen vermocht. Doch geht es inzwischen nicht nur um den verklärten Blick in die Jahre von 1933 bis 1945, für den das Wort „Verharmlosung“ die falsche Vokabel ist. Längst ist ein weit in die deutsche Vergangenheit zurückreichendes, von nationalistischer Überheblichkeit geprägtes Bild deutscher Geschichte gezeichnet und unter die Leute gebracht worden, dass zum einen deren durch imperialistischen Expansionismus gekennzeichnete Besonderheit zum Normalfall moderner Staatengeschichte erklärt („... die anderen auch [...]“) und zum anderen – wie erwähnt – den Deutschen besondere und einmalige Eigenschaften beilegt, die sie schon immer über andere Völker herausheben würden. Dazu greift in der extremen Rechten ein Germanenkult, wie er sich etwa im Namen „Café Germania“ ausdrückt[17], eines Treffpunktes in Berlin-Lichtenberg, um sich, der aus grauer mythischer Vergangenheit angeblich den Deutschen allein zuzuschreibenden Tugenden herleitet: Geschlossenheit und Disziplin, Treue und Gemeinsinn, Arbeitsfreude, Ehrlichkeit und Sauberkeit usw. Da hinein ordnet sich auch, dass die rechtsextremen Parteien wie die DVU in ihrem Wahlflugblatt für die Bundestagswahl und bei vielen anderen Gelegenheiten sich als diejenigen anbieten, die den entschlossensten Kampf gegen „Kriminalität“ zu führen beabsichtigen und fordern, gegenüber den „Schwerverbrechern“ die Samthand-

---

16 DVU-Wahlprogramm 1998. Zitiert nach Flugblatt.

17 Einig gegen Neonazi-Treff, *Neues Deutschland*, Berliner Ausgabe, 16. September 1998.

schuhe auszuziehen und der angeblichen „weichen Welle“ ein Ende zu machen. In einer Volksbefragung – da tauchte der gedachte Zweck der Demokratisierung der Verfassung wieder auf – soll über die „Einführung der Todesstrafe bei Kindesmord“ entschieden werden.[18]

Solche Sicht braucht geradezu Gegenbilder und erhält sie – wie einst – nicht nur in Gestalt der verschiedensten Fremden, sondern auch in derjenigen von Deutschen, deren Verhalten diesem Ideal nicht entspricht und die dieses ganze Geschwätz allein durch ihr Dasein ad absurdum führen. Jedenfalls und im Widerspruch zu allen Erklärungen, denen zufolge sich die Deutschen unter der Führung ihrer gewählten Politiker an der Spitze des Zuges nach Europa befänden, verbreitet sich – und dies noch bevor überhaupt negative Erfahrungen vorliegen – in Deutschland von der Oder bis zum Rhein ein nationalistisch betonte Gesinnung, über deren mögliche Transformation in politische Voten und Haltungen derzeit niemand etwas Genaues vorhersagen kann.

Genügen diese drei Überlegungen nicht, um im Hinblick auf Möglichkeiten, die künftige geschichtliche Entwicklung prägen können, Phantasie zu entwickeln und die gegenwärtigen Erscheinungen des „Rechtsextremismus“ in eine denkbare Perspektive zu bringen? Es geht nicht um Horrorszenarien und schon gar nicht darum, vor deren Hintergrund sich selbst in Pose zu setzen. Zu erinnern ist vielmehr daran, dass es schon einmal ein Mangel an geschichtlicher Phantasie war, der den Faschisten und anderen Rechtsextremisten der zwanziger Jahre zugutekam. „Deutschland ist nicht Italien“, lautete damals eine der Fehldiagnosen, die Beobachter sehr verschiedener politischer Couleur stellten. Damals verbanden sich die Hoffnungen auf die Behauptung der Republik mit dem Vertrauen darauf, es werde so schlimm schon nicht kommen, nach dem in diesen Bereichen deutlich als falsch erwiesenen Sprichwort, wonach nichts so heiß gegessen wie gekocht wird. Die Krise, so wurde gehofft, werde abflauen und das Potential der Nazis sich so rasch wieder verlaufen würde, wie es sich gesammelt hatte. Dabei hatten diese Prognostiker einen wesentlichen Faktor in ihre Rechnung nicht eingeführt, das Interesse des Kapitals zum Zwecke der Behauptung und Befestigung des eigenen Herrschaftssystems an Stelle der verlorenen eine neue Massenbasis zu gewinnen, gleichgültig unter welcher Flagge. Kurzum: Es fehlt nicht an Gründen, die Gefahren, die den bürgerlich-demokratischen Zuständen drohen, eingedenk der Warnung, den Anfängen zu wehren, ernst zu nehmen und zu sorgen, dass ihnen keine Fortsetzungen folgen.

Das führt zurück zu der Eingangsthese von der Hilflosigkeit der Gesellschaft. Ist sie es wirklich oder hat sie nur die existierenden Kräfte in ihr nicht freigesetzt. Und wenn das letztere zutrifft: Hat sie es bisher einfach nicht für nötig gehalten, weil der „Rechtsextremismus“ als eine marginale Erscheinung galt oder wird sie von anderen gesellschaftlichen Kräften daran gehindert? Ernstlich beunruhigt vom gegenwärtigen Anwachsen des „Rechtsextremismus“ und den daraus möglicherweise entstehenden Folgen ist in der Bundesrepublik Deutschland nur eine Minderheit der Gesellschaft. Diese Minderheit ist nicht weniger fraktioniert als ihre Gegner. Getrenntes Operieren kennzeichnet sie stärker als Aktionsbündnisse und „runde Tische“. Notwendig aber wäre eine Bündelung der verstreut wirkenden oder gefesselten Energien. Was steht ihr entgegen? Zuvörderst jener aggressive Antisozialismus, der nicht nur gegen die Sozialisten und alle Linken zielt, sondern alle disziplinieren soll, die sich nicht an Vorurteilen orientieren, sondern anhand ihrer eigenen praktischen Erfahrungen und die haben vielen erwiesen, dass es auf der Linken eine verlässliche und zunehmend kritisch aufgearbeitete Tradition des Kampfes gegen die Rechtsextremen gibt. Kooperation wird weiterhin von der verbreiteten Spielart des Anti-Antifaschismus behindert, dessen Verfechter behaupten, der Antifaschismus sei nur ein Etikettenschwindel der Linken oder diene ihnen als Tarnkappe.

Doch täuschen wir uns nicht darüber, in welchem Masse in den Flüssen, Bächen und Rinnsalen der Linken, die insgesamt auch keinen Strom ergeben, sich zumindest missverständliche Losungen, elitäres Auftreten, verkrustete Vorstellungen und Praktiken über Strategien und Taktiken antreffen lassen, die auf denkbare Partner nur abschreckend wirken können. Nicht zuletzt tut das der bornierte Antinationalismus jener „Antideutschen“, die sich offenbar für eine besonders fortgeschrittene Elite von Inter- oder Transnationalen halten und deren intellektueller, aber dummer Hochmut unbeschreibbar ist.

---

18 DVU. Was wollen wir wirklich? Flugblatt 1998.

Dämlichen Losungen wie „Nie wieder Deutschland“ oder „Nie wieder Heimat“ mögen von manchen ihrer Verfechter subjektiv vernünftig und durchdacht gemeint sein. Doch was ist eine Parole, deren Erklärungs- und Einschränkungsbedarf einen Text im Umfang einer Broschüre verlangt? In mancher linken Reihe scheint zudem ein aus unheilvoller deutscher Vergangenheit bekannter Grundsatz noch immer zu gelten, der besagte: „Viel Feind', viel Ehr'“. Der ist erwiesenermaßen aber halsbrecherisch.

Ohne einen Führungsanspruch geltend zu machen, können deutsche Linke sich jedoch mit vollem Recht darauf berufen, dass ihnen aus ihrer Geschichte im Kampf gegen die „Rechtsextremen“, in der es rühmliche und unrühmliche Seiten gibt und – leider – häufiger Niederlagen als Siege, über Erfahrungen zugewachsen sind, die andere nicht besitzen und die sie nicht als ein zu wahrendes Monopol betrachten. Deren kritische Aufarbeitung scheint nicht in allen gegenwärtigen Strömungen der Linken gleichermaßen fortgeschritten zu sein. Diese Erfahrungen liegen nicht ungeordnet vor, sondern sind schon von denen, die sie gewannen, auch theoretisch verarbeitet worden. Das führte frühzeitig zu dem Versuch, Wesen und Erscheinung des eben aufgekommenen Faschismus zu sondern und dessen Wesen zu erfassen. Gründlich wurde die Ideologie des Faschismus analysiert, seine Programmatik, die Praxis seiner Politik auf dem Wege zur Macht, die Ursachen seines Massenzulaufs u. a. m.

Heute hindern wohl vor allem eine Tatsache und zwei Argumente die angemessene Berücksichtigung dieser verdienstvollen theoretischen Arbeit, an der Marxisten vieler Länder – Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten – beteiligt waren. Die Tatsache lässt sich schlicht in das Wort *Unkenntnis* fassen. Dafür trifft auch die Gesellschaftswissenschaftler der DDR ein gerütteltes Maß an Schuld, denn sie haben sich dieser Erbschaft, angehäuft in den zwanziger und dreißiger Jahren, in seiner ganzen Fülle verweigert und es stattdessen nur selektiv zur Kenntnis genommen und verbreitet. Und von den beiden Argumenten lautet das eine, schon erwähnte: Wir hätten es mit einem völlig neuartigen „Rechtsextremismus“ zu schaffen, so dass die Rückbesinnung auf Geschichte und Theorie für dessen Erfassen nur hinderlich sei. Und das andere verkürzt die marxistische Faschismustheorie auf die sogenannte „Dimitroff-Definition“ und sieht in ihr eine Leerformel, die weder zum Verständnis des seinerzeitigen noch des heutigen Phänomens irgendetwas tauge. Es erfordert Geduld, sich mit diesen Fehl- und Vorurteilen auseinander zu setzen.

Tatsächlich führt der Rückgriff auf die Definition des Komintern aus dem Jahre 1933 nicht weit. Sie bezog sich auf den *an die Macht* gelangten Faschismus. Mit dem hat es in Deutschland und Europa heute niemand zu tun. Eine vergleichbar verknappte definitorische Bestimmung des Faschismus *vor der Macht* wurde nie gegeben, was aber eben nicht bedeutet, dass sein Auftauchen kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs von Marxisten nicht augenblicklich auch als eine theoretische Herausforderung begriffen worden wäre. Ohne den Weg der Erfassung des neuartigen Phänomens des Faschismus in seinen Erscheinungsweisen als Partei, Ideologie, Organisation und Bewegung hier nachzeichnen zu können, soll doch der Extrakt dieser Arbeit summiert werden. *Erstens*: Die marxistischen Theoretiker haben den Faschismus schon im Stadium seines Entstehens als eine politische und geistige Strömung entlarvt, die nicht über den Kapitalismus hinauswollte (also nicht radikal gegen ihn, sondern extrem in ihm platziert war), sondern auf eine andere Verfasstheit dieser Gesellschaft aus war, die sie ein für alle Mal von allen kritischen Zuständen befreien und ihr eine nie gekannte Stabilität geben werde. Sie haben nachgewiesen, dass in den faschistischen Parteien und Gruppierungen die Interessen des Kapitals und nicht die der Arbeiter und der Kleinbürger vertreten wurden. *Zweitens*: Die Marxisten haben innerhalb der faschistischen Bewegung von vornherein zwischen der Führungsgruppe berufsmäßiger Politiker, die eine Karriere suchten und dann von Parteiführern zu Staatsmännern und historischen Größen aufsteigen wollten, und deren Anhängern unterschieden, die sich diesen Führern leichtsinnig und gläubig anvertrauten. Auf diesen Widerspruch gründete sich ein Gutteil ihrer Gegenstrategie. *Drittens*: Sie haben Politik und Programm der Faschisten als ein Angebot an die Herrschenden und Mächtigen in der kapitalistischen Gesellschaft angesehen und herausgearbeitet, dass das Echo darauf zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern unterschiedlich ausfiel und *dass* es in einem erheblichen Grad nicht nur von der Situation, sondern auch von den jeweiligen Traditionen abhängig war. *Viertens*: Sie haben den antihumanen Charakter der Ideologie und der Ziele des Faschismus herausgearbeitet und nachgewiesen, dass es sich beim Faschismus nicht nur um eine Bewe-

gung gegen die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter handelte, sondern um eine Totalabsage an jede aufklärerische Idee und Programmatik. Die Faschisten wurden als die gefährlichste Spezies der Dunkelmänner dieses Jahrhunderts begriffen und bloßgestellt.

Von diesen fest gegründeten Urteilen marxistischer Faschismusanalyse ist heute kaum noch die Rede, indessen und umso mehr von ihren Irrtümern und Irrwegen. Diese Verfahrensweise schädigt die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen und ihrem äußersten Flügel, den (Neo-)Faschisten. Denn es ist heute wie damals notwendig, die Führer und ihre Programme zu entlarven – und eben dafür bietet der vor einem Menschenalter ausgetragene antifaschistische Kampf, der in Italien, Deutschland und Spanien mit Niederlagen, in Frankreich mit einem Erfolg endete, Anregungen die Menge. Wie die Rechtsextremisten und die (Neo-)Faschisten, man sehe sich ihre Farben, Zeichen, Losungen, Symbole, Plakate, Zeitungen und Programme an, das Fahrrad nicht neu erfunden haben, so brauchen das auch ihre Gegner nicht zu tun. Heute wie damals ist es unerlässlich, der Gefolgschaft dieser rechtsextremen Führer, statt sie als Verführte und Missbrauchte zu bedauern oder gar zu hätscheln, unmissverständlich zu sagen, mit wem und worauf sie sich da eingelassen haben, und ihnen zu verdeutlichen, dass sie einer Übermacht entgegenstehen. An letzterem mangelt es vor allem und an einer Verständigung darüber, wie das zu bewerkstelligen ist. Es geht nicht nur und nicht einmal im ersten Schritt darum, Rechtsextreme eines Besseren zu überzeugen, sondern sie einfach zu entmutigen, sie einer spürbaren Verachtung auszusetzen, ihnen ihr Außenseiterdasein zu veranschaulichen.

Damit habe ich mich schon – abschließend – auf Gedanken zur praktisch-politischen Auseinandersetzung mit dem „Rechtsextremismus“ eingelassen. Das führt über das mir gestellte Thema hinaus und ist nicht mehr als ein Beitrag zur Diskussion über die anti-rechtsextremistische Strategie und Taktik, über die mehr gestritten und die vor allem breiter erprobt werden sollte. Die direkte Konfrontation mit den dreist hervortretenden Rechtsextremisten, die nach alter Devise verfahren – sie lautete „Die Straße frei den braunen Bataillonen [...]“ und sie heißt heute in der Formulierung des Führers der NPD Udo Voigt wenig verändert: „Kampf um die Straße“[19] – ist notwendig, erfordert Mut und verlangt Respekt. Mittlerweile sollte aber darüber geredet werden, ob diese Aktionen nicht etwas Rituelles gewonnen haben und worin dann ihre Effekte bestehen. Gefragt werden muss auch, ob Antifaschisten und Anti-“Rechtsextremisten“ mit ihren Gegendemonstrationen nicht ein geschichtliches Muster verabsolutieren, dass damals schon seine Grenzen besaß. Wäre nicht in viel stärkerem Maße zu versuchen, die Kräfte zu mobilisieren, die über ungleich mehr Mittel und Macht verfügen, mit denen die Ausuferung dieses rechtsextremen Stroms verhindert werden könnte? Sind die Demonstrationen und Forderungen also immer richtig adressiert? Ergäbe es nicht – beispielsweise – einen Sinn, zu den Ministerien der Justiz und für Volksbildung und vergleichbaren Einrichtungen zu ziehen und von deren Leitern Rechenschaft darüber zu verlangen, wie sie ihre Mittel einsetzen und ihre in aller Regel doch schon gemachten Versprechungen erfüllen? Die Lehrerschaft an allgemeinbildenden und Berufsschulen besitzt ihre Möglichkeiten den Zustrom zu den Rechtsextremisten zu blockieren? Aber wie weit sind die entwickelt? Und was hat das Familienministerium eigentlich getan, um Tausenden heute noch ratlosen Eltern zu helfen, in der eigenen Wohnung zu verhindern, dass immer mehr Kinderstuben in ihrer Drapierung von Devotionalienläden der Rechtsextremen nicht unterschieden werden können? Ein demokratischer Rückenwind könnte helfen, Bildungs- und Trainingsprogramme gegen den „Rechtsextremismus“ für alle durchzusetzen, die mit jungen Leuten zu tun haben, also den erwähnten Lehrern ebenso wie den Richtern und Staatsanwälten und auch den künftigen und den bereits tätigen Bundeswehroffizieren. Ihr Wissen und ihre pädagogisch-psychologischen Fähigkeiten wären auf einen der Bedrohung angemessenen Stand zu bringen. Das mag manchem viel zu staatsfromm erscheinen oder als wenig erfolgreich vorkommen. Doch ist die Probe aufs Exempel nicht ernsthaft gemacht. Und tatsächlich gibt es bereits eine Vielzahl von Initiativen, deren Ansätze, Pläne, Verlauf und Ergebnisse meist wenig bekannt gemacht werden. Das führt notwendig zu der Frage nach der Rolle der Medien, von denen nicht wenige darauf spezialisiert sind, Neugier und Sensationslust auf die Untaten der Rechtsextremisten zu richten, statt über Widerstand und Gegnerwehr zu berichten.

---

19 René Heilig, Glatzen sind nicht nur Hohlraumdeckel. *Neues Deutschland*, 11. September 199*8.*

Gewiss, um zu meinem Ausgangspunkt zurückzukehren, diese Gesellschaft leidet gegenüber der Erscheinung des „Rechtsextremismus“ auch an einer strukturellen Hilflosigkeit. Diese war und ist deren Nährboden, und der Verweis auf das Treiben von eben solchen Gruppen, die in der Krise der DDR-Gesellschaft aufkamen und begannen, ihr Unwesen zu betreiben, vermag daran nichts zu ändern. Wir haben es auch im Osten nicht in erster Linie mit unbestreitbar vorhandenen Nachwirkungen aus DDR-Zeit zu tun, sondern mit den aus der kapitalistischen Gegenwart und deren materiellen und geistigen Wirkungen hervorwuchernden Antrieben. Diese letzte Quelle der Hilflosigkeit kann von heute auf morgen nicht ausgetrocknet werden. Doch lassen sich erwiesenermaßen auch unter der jetzigen sozialen und politischen Verfassung unausgeschöpfte Möglichkeiten mobilisieren, den „Rechtsextremismus“ zurückzudrängen. Doch scheint der entschiedene, den gegenwärtigen Trend wendende Schritt von der Möglichkeit in die Wirklichkeit undenkbar ohne eine erhebliche Verstärkung des außerparlamentarischen wie des parlamentarischen Drucks auf die Regierenden im Bund und in den Ländern und auch auf die Politiker an der Spitze von Kommunen. Dazu gehört auch die entschiedene Einflussnahme auf diejenigen Verwaltungsgerichte, die entgegen den Wünschen der Legislative und der Exekutive in Städten und im Widerspruch zu den Interessen und Forderungen von deren Bewohnern immer wieder Genehmigungen für Aufmärsche von militanten Rechtsextremisten aussprechen und damit zudem Ländern und Kommunen immense Summen aufbürden, die für den Einsatz der Polizei erforderlich werden. So hat allein eine am 11. Juli 1998 in Chemnitz erlaubte Kundgebung der NPD den Freistaat Sachsen 1,56 Mill. DM gekostet, die an benachbarte Bundesländer für die aus ihnen herbeigerufenen Polizisten zu zahlen waren. Zu diesem Betrag kamen die Kosten für den eigenen Aufwand hinzu.[20] Zumindest in ähnlicher Größenordnung dürften sich die Kosten für die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern bewegt haben, als das Oberlandesgericht in Greifswald für den 20. September 1998 einen als Wahlkundgebung deklarierten Aufmarsch der NPD in einem Stadtteil Rostocks zuließ. Der Bürgermeister der Stadt, die erste juristische Instanz und die Mehrheit der Bewohner hatte sich gegen den Auftritt der Rechtsextremen gewandt, dessen provokatorischer und ausländerfeindlicher Charakter die Tatsache sinnfällig zum Ausdruck brachte, dass der Aufmarsch – wie schon erwähnt – ursprünglich für exakt den Ort (Rostock-Lichtenhagen) beantragt wurde, an dem Jahre zuvor ein Aufnahmelager für ausländische Flüchtlinge in Flammen gesetzt worden war.

Wie viele dieser und weiterer Möglichkeiten sich letztlich mobilisieren lassen, ist keine Frage eines akademischen Streits über den Charakter dieser Gesellschaft und dieses Staates, sondern wird in der praktischen Aktion entschieden. Auch wenn 1998 kein Hitler vor den Toren steht, bleibt eine geschichtliche Erfahrung der frühen dreißiger Jahre zu bedenken, die zugleich die Erinnerung an einen verderblichen Irrtum der Kommunisten wachruft. Die verkannten, dass der Kampf gegen die von den Faschisten verkörperte Gefahr des „Rechtsextremismus“ in den Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft geführt werden musste, solange die nicht aufgesprengt werden konnten. Damals waren die Potenzen für eine geschichtliche Alternative nicht vorhanden und es bestand keine begründete Aussicht dafür, dass sie sich in relevanter Zeit schaffen ließen. Heute gilt das nicht anders als 1932.

---

[20] Diese Angaben wurden als Antwort auf eine Anfrage im Landtag des Freistaats gemacht. S. Marcel Braumann, Teure Nazis: Des einen Freud, des andern Leid. Neues Deutschland, 18. September 1998.

Rache für Riga

Als die Polizei in Montevideo der Nachricht, die sie von einem Journalisten erhalten hatte, nachging, fand sie in einem unbewohnten Haus in einer kofferähnlichen Kiste eine männliche Leiche und auf deren Körper eine mit Schreibmaschine geschriebenen Zettel, wonach der Mann von denen getötet worden war, „die niemals vergessen“. Begangen hatte die Tat ein fünfköpfiges Kommando des israelischen Geheimdienstes am 23. Februar 1965. Der Angehörige der Gruppe, der sie unter der Tarnung eines österreichischen Kaufmanns namens „Künzle“ vorbereitet hatte, erzählt mehr als dreißig Jahre danach den Hergang des Unternehmens von dem Moment an, da er von einem Vorgesetzten in Paris instruiert wurde, bis zu dem Augenblick, da die Gruppe auf dem Luftweg Uruguay verließ. Deren Einsatz rächte den Tod von etwa 30.000 Juden in der von deutschen Truppen besetzten Stadt Riga. An ihrer Ermordung war der Lette Herbert Cukurs, ein Sadist, der Massaker kommandiert hatte, mit eigener Hand beteiligt gewesen.

Mit wenigen Stricken zeichnen die Autoren ein Bild vom Lebensweg des Mannes, eines einstigen Fliegerhauptmanns in der lettischen Armee, der nach einem in den zwanziger Jahren unternommenen Non-Stopp-Fluges von Lettland nach Gambia als einheimischer Lindbergh gefeiert worden war. Was auf Cukurs’ Verbrechenskonto gehörte, lässt sich ausschnittweise nur zitierten Schriftstücken entnehmen, die entstanden, als wenige der wenigen Überlebenden ihr Wissen vor Kommissionen zu Protokoll gaben. Inzwischen war der Täter vor der heranrückenden sowjetischen Armee zunächst nach Deutschland dann weiter nach Frankreich geflohen. Alsbald hatte er es wie viele seinesgleichen vorgezogen, sich ans andere Erdenende zu begeben. Anders als Eichmann lebte er mit seiner Familie dort unter bürgerlichem Namen. „Künzle“, der in Deutschland geboren und zur Schule gegangen war und dessen Eltern die Nazis ermordet hatten, brauchte Wohnort und Adresse des Cukurs in Sao Paolo nicht erst zu ermitteln. Sein Auftrag lautete, den Massenmörder (mit Rücksicht auf befürchtete Racheakte von Nazis an den in der brasilianischen Großstadt lebenden Juden) unter einem Vorwand außer Landes zu locken und die Vorbereitungen zu treffen, damit das Kommando in Aktion treten konnte. Wie das geschah, lässt sich auf den Seiten des Buches in nüchterner, von aller Ruhmredigkeit freier, nur manchmal ins literarisierende abgleitende Schildern lesen. Wer sich für Praktiken der Geheimdienste, gleich wo und für wen sie operieren, interessiert oder auf deren Tätigkeit nur ein wenig Phantasie verwendet hat, wird freilich Überraschendes nicht entdecken.

„Künzle“ begründet den Entschluss für das Unternehmen in erster Linie mit den Verbrechen des lettischen Faschisten und der Aussichtslosigkeit des Versuchs, ihn in Brasilien vor Gericht gestellt und abgeurteilt zu sehen. Dem fügt er hinzu, dass der Zeitpunkt des Handelns auch dadurch bestimmt worden sei, dass in der Bundesrepublik Deutschland über die Verjährung auch der scheußlichsten Verbrechen debattiert, ein entsprechender Beschluss vorbereitet und befürchtet worden sei, andere Staaten könnten sich daran ein Beispiel nehmen. Dazu ist es nicht gekommen. Am 23. Februar 1965, es war zufällig der gleiche Tag, an dem zwei Pistolenschüsse Cukurs töteten, beschloß das Bonner Parlament, den Beginn der Verjährungsfrist um vier Jahre nach vorn – von 1945 auf 1949 – zu verlegen. Davon, dass diese halbherzige und unangemessene Entscheidung auch unter dem Eindruck der Gesetzgebung im ostdeutschen Staat zustande kam, hat der einstige Geheimdienstoffizier auch nach seiner Pensionierung ebenso wenig etwas erfahren wie der Journalist, dem er über seine Erlebnisse und die Motive seines Handelns berichtete. Das fügt sich hierzulande günstig ins Beschweigen der Seiten der Geschichte des untergegangenen Staates, die auch mit Anstrengung nicht ins staatsoffizielle Bild gepresst werden können.

Anton Künzle und Gad Shimron, Der Tod des Henkers von Riga, Aus dem Hebräischen von Christina Mulloli und Elisabeth Hausen, Bleicher Verlag Gerlingen 1999, 240 S.

Wilhelm von Oertzen, Rittergutsbesitzer auf Roggow nahe Rerik

Lothar Elsners hinterlassene Monographie

Für den mecklenburgischen Rittersgutsbesitzer Wilhelm von Oertzen war der Marxismus ein undeutsches Produkt „jüdischer Weltanschauung“. Seine Töchter, weitere Nachkommen und Anverwandte trugen ein halbes Jahrhundert später keine Bedenken, mit einem Manne Kontakt aufzunehmen, der sich Zeit seines Lebens als Historiker der Marxschen Schule zu erkennen gab und von dem sie erfuhren, dass er sich seit Jahrzehnten mit der Biographie ihres Vaters forschend befasste. Die Rede ist von Lothar Elsner, dem Rostocker Hochschullehrer, der nach 1990 alsbald an seinem Arbeitsplatz nicht länger geduldet und an das Arbeitsamt verwiesen wurde. Auch das hielt die Adligen nicht davon ab, sein Unternehmen durch eigenes Wissen und Erinnern zu fördern. Die Drucklegung seines Manuskripts erlebte der Autor nicht mehr. Erst dessen Witwe und Martin Koch haben den Text aus Elsners Nachlass herausgeben können. Das Buch ist fortan nicht zu ignorieren, wenn es um die Aufhellung des Verhältnisses des grundbesitzenden Adels zur Weimarer Republik und zur faschistischen Herrschaft geht. An ihm kann begründet auch nicht vorbei, wer sich der Vorgeschichte jener Bodenreform zuwendet, die 1945 ins Werk gesetzt wurde.

Wilhelm von Oertzen gehörte einem Adelsgeschlechts an, das seine Vorfahren in Mecklenburg bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen konnte. 1911 wurde er, der Sohn des höchstgestellten Beamten am Hofe des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, Erbe des Stammsitzes der Familie. Er übernahm das hochverschuldete Rittergut Roggow unfern von Rerik. Nach Verstand, Ausbildung und Interessen passt Oertzen zum wenigsten in das Klischeebild vom ostelbischen Krautjunker. Vielmehr überragte er viele seiner Standesgenossen weit. So war es nichts weniger als ein Zufall, dass Oertzen 1926 die Initiative ergriff, Männer seinesgleichen zu einer Vereinigung zusammenzuführen. Gemeinsam mit den von Bassewitz, von Plessen, von Brandensteins, von Vierecks und weiteren Grundbesitzern gründete er die „Herrengesellschaft Mecklenburg“. Sie ordnete sich einem Gefüge von ähnlichen regionalen Vereinigungen zu, als deren Zentrale der Berliner „Herrenclub“ wirkte. Oertzen, obgleich eher Herr eines kleineren unter den großen Anwesen der Landeigentümer, blieb Mittelpunkt dieser Gesellschaft bis ihre Tätigkeit in den zweiten Kriegszeiten zum Erliegen kam. Das geschah, ohne dass dadurch noch irgendwelches Aufsehen erregt worden wäre.

Doch in der Mitte der zwanziger Jahre, eben war des Kaisers einstiger Feldmarschall zum Staatsoberhaupt der Republik gewählt worden, wodurch auch in Adelskreisen Hoffnungen auf deren baldigen Tod aufkeimten, hatte die Gründung einem politischen Bedürfnis entsprochen. Obwohl sie an ihre Mitglieder strenge soziale und politische Maßstäbe anlegte, für Neueintretende auch Bürgen verlangte, wuchs sie vergleichsweise rasch. Als der Weimarer Staat liquidiert wurde, zählte die „Herrengesellschaft“ nahezu 300 Mitglieder. Sie und Oertzen an ihrer Spitze konnten sich ein Verdienst daran zuschreiben, dass der „Misthaufen“ – so ein Ausdruck ihres Vorsitzenden, der sich sonst anderer Wortwahl zu befleißigen wusste – schließlich doch und nach seinem Gefühl zu langsam verrottet war.

Denn die Feindschaft gegen die Geburt aus Revolution und Gegenrevolution bildete das stärkste politische Band, das die in der Vereinigung dominierenden Adligen mit buchstäblich „handverlesenen“ Angehörigen des Großbürgertums, evangelischen Kirchenführern mit dem Landesbischof an der Spitze, einigen Ärzten, Rechtsanwälten, Professoren und Lehrern zusammengeführt hatte. In den vornehmsten Hotels der Städte traf man sich regelmäßig, um im Gespräch Erfahrungen auszutauschen und Vorträge anzuhören. Redner warb Oertzen unter den Gegnern des parlamentarischen Regimes deutschlandweit. Oft setzte er ihnen schon mit der Einladung ausführlich auseinander, auf welche Stimmungen sie unter der Zuhörerschaft stoßen und wie sie Vorbehalte abbauen könnten, die sich etwa gegen eine anstehende Reichsreform oder gegen die aufkommende neue Kraft der Hitlerfaschisten richteten.

Mit den Nazis befasste sich Oertzen früher als viele seiner nahen und ferneren Gutsnachbarn. Schon 1928 setzten seine Versuche ein, Hitler als Redner zu gewinnen. Einer Zusage folgte zu seiner Enttäuschung eine fadenscheinig begründete Absage aus der Feder von Rudolf Heß, damals des „Füh-

rers“ Sekretär. Doch Oertzen war von hartnäckigem Typ. 1931 schickte er einen der mecklenburgischen Herzöge, der der „Herrengesellschaft“ ebenso angehörte wie der NSDAP, als Werber vor, um den begehrten Gast zu engagieren. Wieder vergeblich. Auch dessen persönlicher Wirtschaftsberater, Walter Funk, der später zum Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten aufstieg, versagte sich. Merkwürdig, dass ein Mann von der Intelligenz Oertzens diese Distanzhaltung sich nicht zu deuten wusste und sie einzig unbegründeten Vorbehalten gegenüber dem Adel zuordnete.

Jedoch: Wer sich auf die Masse der Landproletarier als Stimmvieh orientierte und dabei beste Erfolge erzielte, konnte sich diesem Kreis nicht folgenlos präsentieren. Obendrein war Hitler auf ein anderes und völlig gefahrloses Verfahren gekommen, um Vorbehalte abzubauen, die unter großen Grundbesitzern gegen sein Programm und seinen Aufstieg auf den Reichskanzlerplatz existierten. In Friedrich-Wend Fürst zu Eulenburg-Hertefeld aus Liebenberg/Mark fand sich ein Mann, der sich auf dem Wege des Versands von privaten Briefen – erst viel später der Forschung bekanntgewordenen Dokumenten – zum einflussreichen Reklamechef für die Politikergruppe um Hitler machte und sich für deren Verlässlichkeit und Ungefährlichkeit verbürgte. Es war die exponierte Stellung Oertzens in dieser „Herrengesellschaft“, die 1931 auch seinen Versuch scheitern ließ, seine Mitgliedschaft bei der Deutschnationalen Partei gegen die der NSDAP einzutauschen. Die mecklenburgischen Regionalgrößen der Nazipartei hatten die Vor- und Nachteile berechnet. Doch vergingen keine drei Jahre bis ein weiterer Anlauf Oertzens glückte, Pg zu werden. Er übersprang nun sogar die allgemeine Sperre, die gegen Neuaufnahmen in die Partei noch immer in Kraft befindlich war.

Da war aus der „Herrengesellschaft“ inzwischen der „Deutsche Klub Mecklenburg“ geworden. Der Name biss sich weniger mit der modischen Phraseologie der Volksgemeinschaft. An Exklusivität hatte man damit nichts aufgeben müssen. Die kosmetische Gleichschaltung stellte die neuen Machthaber zufrieden, zumal die Herren aus der „undeutschen“, „marxistischen“ und „kranken“ Republik stramm – so Oertzen – in den „Beginn eines völlig neuen Zeitalters“ marschiert war. 1934 gehörte die Hälfte der Erlesenen einer der para-militärischen Organisationen der NSDAP an, war also SA, SS oder Mitglied einer anderen uniformierten Truppe geworden. Für Oertzen waren die herausragenden Tage der Konsolidierung der Diktatur festliche Ereignisse gewesen. Da am Wahltag, dem 5. März 1933, zählbar wurde, dass Roggow, sah man von zwei Ausnahmen ab, „sozialistenfrei“ geworden war, ließ er für seine Leute „ein paar Fässchen Bier anrollen“. Den Tag von Potsdam feierte der Gutsherr als Redner vor SA, Stahlhelm und Kriegervereinen im Scheine eines brennenden Holzhaufens.

Vollkommen honoriert sah Oertzen seinen und seiner Standesgenossen Anteil am Untergang der Republik und am Aufbau des „Dritten Reiches“ jedoch nicht. Noch schleppten er und seine Mitstreiter an der Spitze der Herrengesellschaft an der Last, die sie sich im Sommer und Herbst 1932 dadurch aufgeladen hatten, dass sie – als sich die Beziehungen zwischen dem an die Macht strebenden Hitler und Reichskanzler Franz von Papen aufs äußerste verschärft hatten – für ihren Standesgenossen eingetreten waren, der ja auch zum Direktorium des „Herrenclubs“ gehörte. Doch heilte Zeit die Wunde. Die Gesellschaft lebte ungefährdet fort. Nun lud Oertzen vornehmlich Spezialisten ein, die Vorträge über die Außen- und Wehr- d.h. die kriegsvorbereitende Politik hielten.

Oertzen wäre nicht der soziale und geistige Aristokrat gewesen, hätte er sich in diesem von ihm anfänglich so enthusiastisch gefeierten „neuen Deutschland“ völlig heimisch gefühlt. Er war dafür eingetreten, dass eine neue Führungsschicht an die Steuerpulte des Reiches gelangte. Dabei mochte er nicht zuletzt an die Gruppe junger Adliger gedacht haben, auf deren Formierung er in der „Herrengesellschaft“ besonderen Fleiß gewendet hatte. Nun erlebte er, dass unterhalb des „Führers“, den er bald zu bewundern begann und als „genial“ (150, aber auch 156) ansah, auf den Sprossen der vielen Karriereleitern Leute hinaufkletterten, die er für ungeeignet hielt. Der mecklenburgischen Gauleiter galt ihm ebenso als unfähig wie ein Aufsteiger, den er aus nächster Nähe kannte, seinen früheren Diener, den er an die Spitze einer Vereinigung von Landarbeitern lanciert hatte und der schon 1932 in Schwerin ein Landtagsmandat der NSDAP gewinnen konnte. Oertzen zählte diese und andere – wie er sich wiederholt ausdrückte – verächtlich zur „Mittelware“. Besorgt sah er die „Herrschaft der Minderwertigen“ heraufziehen.

Doch stammten Oertzens Urteile nicht nur aus jener dünkelhaften Denkwelt, die wohl auch seine Kommentare noch beherrscht haben würde, hätte er als einstiger Gutsherr den Weg von Töchtern und Söhnen mecklenburgischer Landarbeiter zu den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten noch mitbeobachten müssen. Der Mann, dem eine Herrschaft vor Augen stand, deren Entscheidungen Führer fällten sollten, die sich durch Herkunft, Eibettung in Traditionen und soziales Schwergewicht auszeichneten (selbstredend mit einem gehörigen Anteil aus seiner Kaste), erkannte die Möglichkeiten früh, die sich aus der äußersten Konzentration der Staatsmacht in den Händen einer Person ergeben konnten. Hatte er sich zeitiger als andere der NSDAP zugewandt, so kamen ihm früher als vielen aus seiner Umgebung nun Bedenken. Erstmals artikulierten er sie, als er am 30. Juni 1934 die lückenhaften und, wie er erkannte, auch verlogenen Nachrichten über die Ermordung der SA-Führer erhielt. Hätte sich das nicht aufgrund eines Urteils eines Kriegsgerichts, statt auf den Befehl eines Einzelnen erledigen lassen, fragte er und schrieb: „Etwas Undeutsches, Asiatisches, Japanisches ist in dem Bilde Hitlers aufgetaucht.“ (117)

Vermeintlich Undeutschem begegnet er wieder am Tage des Pogroms gegen die Juden, für die er kein Wort des Mitgefühls übrighatte. Das Attentat in Paris war ihm ganz im Gleichklang mit der Propaganda von Goebbels, den er sonst als einen bedenkenlosen Demagogen ablehnte, „ein abgekarteter Racheakt jüdischer internationaler Kreise“, der „gegen Deutschland als solches gerichtet“ gewesen sei (152). Schließlich, so hatte er es bald nach 1918 gelernt, seien die Juden „unser Verderb“ gewesen, „denen wir den Verlust des Weltkrieges zu verdanken haben und die meisten unserer früheren Krisen und Nöte“. Jedoch sei der „Zwischenfall“ und „Fehler“ (154), als die er das Mörder-, Brandstifter- und Zerstörungswerk bezeichnete, dem deutschen Ansehen im Ausland abträglich und geeignet, die Hochwelle der Erfolge zu dämmen, die das Regime soeben auch jenseits der Grenzen hatte verbuchen können. Und zugleich entging ihm nicht, dass auf den Pogrom ein Raubzug an den Milliarden des jüdischen Eigentums erfolgt: „Das war vielleicht der eigentliche Zweck des ganzen Unternehmens.“ (153)

Doch Bedenken, Einwände und Vorahnungen verdrängte Oertzen immer wieder rasch. Er billigte die Aufrüstung ganz, wenn er auch hinnehmen muss, dass in ihrem Gefolge sich die Landflucht verstärkte, weil sich für immer mehr Menschen Gelegenheiten boten, aus den armseligen dörflichen Verhältnisse zu fliehen. Er beklagt den Mangel an Arbeitskräften, Baumaterial und Industrieerzeugnissen für seine Wirtschaft. Doch er jubelte über jeden außenpolitischen Erfolg und vermeinte noch im August 1939, es könne am Rande des Krieges so weitergehen. Dann folgt die Ernüchterung. Die Grenzen seiner Gabe zu Beobachtung und Analyse erweist seine Feststellung, diesen Krieg habe nur einer gewollt und herbeigeführt: Er! Dieses Urteil über Hitlers geschichtsbeherrschende Rolle kontrastierte deutlich mit Oertzens früherem, demzufolge es ganz falsch sei, den 30. Januar 1933 diesem Manne allein zuzuschreiben.

Zunächst aber ist der Herr auf Roggow ganz Triumph. Aus Frankreichs Kapitulation könnte „ein Wendepunkt der ganzen europäischen Geschichte und Geographie“ hervorgehen, „sogar der Weltgeographie“ (161), notiert er sich begeistert. Auch die beiden Söhne der Familie überleben die Feldzüge mit den leicht errungenen Siegen in der Wehrmacht unverletzt. Anderthalb Jahre später, die Schlacht vor Moskau ist verloren, erkennt der Weitsichtige aber den „Anfang der Niederlage“. Er glaubt fortan nicht mehr an eine Wende. Klar übersetzt er sich die Schockmeldungen vom nahen zerstörten Lübeck, vom Tod seiner männlichen Nachkommen und das Bild, das ihm bei einem Besuch die noch rauchenden Trümmer Rostocks vermitteln. Oertzen beginnt, sich über die Ursachen der herannahenden Niederlage Rechenschaft zu geben.

Doch über die Antwort „Hitler“ kam er in keinem seiner Anläufe hinaus. Hinter dem nun verdammten „Führer“ tauchte ihm das Irrationale auf, womit er sein geistiges und moralisches Fluchtfeld gefunden hatte. Auf ihm ist er viel früher angekommen als die vielen, die erst nach dem Mai 1945 den Alleinschuldigen ausmachten und dann wie er über das rätselhafte Schicksal zu philosophieren begannen. Oertzen beklagt das Unglück, „in diese Zeit hineingeboren zu sein“. (194) Über den Augenblick, den er als Deutschlands Untergang betrachtet und der ihm auch das Ende seines nun ohne männlichen Erben gebliebenen Besitzes bedeutet, vermag er nicht hinauszudenken. Keinen Gedanken kann er

darauf richten, die ihm, dem Fünfundsechzigjährigen, verbliebenen Kräften darauf zu verwenden, sich mit der Hinterlassenschaft auseinanderzusetzen, die er doch mit angehäuft hat. Das überlässt er seinem Gesinde. Von dessen Dasein ist auf den Seiten dieses Buches ebenso wenig zu erfahren wie von den ausländischen Zwangsarbeitern, die auf dem Gut für Deutschlands Sieg und Durchhalten schuften mussten. Nur indirekt lässt sich ein Bild von deren Leben gewinnen. Dass 1037 ha große Gut ist seinen Eigentümern Basis für einen Lebensstil gewesen, der einen hochaufwendigen Haushalt, Studien des Sohnes in den USA mit anschließender Weltreise, regelmäßige Besuche zu den Festspieltagen in Bayreuth, exklusive Feste, die Bewirtung auserwählter Gäste und – schon im Kriege – den Ankauf eines weiteren für einen der Söhne bestimmten Gutes ermöglichte. Dies alles, spürt Oertzen mit der nahenden Kriegsniederlage, ist vorbei. Ihn beschäftigt, wie er schreibt, die Frage, wie man sich am sichersten umbringt. Stunden nach dem Eintreffen der Sowjetarmee erschießt der Herr auf Roggow seine Frau und sich.

Lothar Elsner hat das Leben des Rittergutsbesitzers so plastisch zeigen können, weil ihm ein Glücksumstand half. Er war auf dessen verloren geglaubtes Tagebuch gestoßen, dessen letzte Aufzeichnungen bis nahe an die Todesstunde seines Verfassers heranführten. Der Historiker hat es für die Rekonstruktion eines Lebens ausgewertet, fern jeder Absicht, aus Bekenntnissen und Geständnissen ein billiges Verdammungsurteil zu liefern. Die Zitate aus der Feder des Aristokraten sprechen zudem für sich und beredt vom „Adel im Untergang“. An diesem Befund ändert die durch den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik möglich gewordene „Rückkehr“ von Erben auf Teile des enteigneten Besitzes nichts. Die gesellschaftliche Stellung des Großgrundbesitzes, die sich gegenüber dem Bank- und Industriekapital in der Weimarer Republik – verglichen mit dem Kaiserreich – zwar stark verringert hatte, einzelnen ihrer Exponenten aber ermöglichte, verhängnisvoll in die deutsche Geschichte einzugreifen, erweist sich als nicht wiederherstellbar.

Die Herrengesellschaft. Leben und Wandlungen des Wilhelm von Oertzen, Bearbeitet von Eva-Maria Elsner und Heinz Koch, Weymann Bauer Verlag Rostock 1998, 219 S.

Faschismus gestern und heute oder: Ist die Vergangenheit vorbei?

Vortrag in der Universität Innsbruck am 1. April 1998 auf Einladung des Kommunistischen Studentenverbandes Österreichs

Das Thema dieses Vortrags, das mir die Veranstalter, die Sie und mich hier zusammengeführt haben, stellten, lässt sich wohl, ohne seinen Sinn zu verändern im zweiten Teil auch so formulieren: Kann die Vergangenheit zurückkehren? Der so bezeichnete Vorgang hat sich in der Geschichte ja vielfach ereignet und wir erleben ihn nahezu täglich. Nicht nur, dass, um mich eines beliebigen Beispiels zu bedienen, sich Dynastien, von denen niemand glaubte, dass sie jemals wieder auf ihren Thron zurückkehren könnten, doch wieder an dem angestammten Platze etablieren, den sie hatten räumen müssen. Schließlich ist und der Prozess kann nicht als abgeschlossen geltender Kapitalismus in erhebliche Teile des Erdballs „zurückgekehrt“, in Längen und Breiten, in denen er definitiv überwunden zu sein schien. Das heißt jedoch, dass zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit kein hermetischer Abschluss existiert, dass jede Gegenwart mit einer nicht bestimmbaren Zahl von Fäden und Strängen noch mit der Vergangenheit verbunden, womöglich auch mit Ketten an sie gebunden ist. Schwer bestimmbar, das bedeutet wiederum, dass sich die Zeitgenossen darüber leicht täuschen können, wie weit sie das Vergangene bereits hinter sich gelassen haben oder wie stark sie von der Gefahr ihres Wiederauflebens noch bedroht sind. Das eben war der Fall des realen Sozialismus und die verhängnisvolle Wirkung des Irrglaubens, schon der „Sieger der Geschichte“ zu sein.

Gleichzeitig zeigen die erwähnten und viele andere Beispiele, dass Vergangenes in der Geschichte zwar wiederkehren kann, dass dies aber nie auf die gleiche Weise geschieht, wie sehr sich auch auf den ersten Blick die Erscheinungen gleichen mögen und verwechselt werden können. Damit ist eine weitere Irrtumsmöglichkeit schon angedeutet: Wer allzu stark auf bestimmte Ereignisse und Abläufe der Vergangenheit fixiert ist, kann die Möglichkeit einer gefährlichen Wiederkehr mitunter deshalb nicht wahrnehmen, weil er sich über die Gefahren deshalb täuscht, weil er sie mit einer untauglichen historischen Elle bemisst. Ins Positive gewendet: Warnungen sind der Vergangenheit nur zu entnehmen, wenn veränderte gegenwärtige Konstellationen in die Erwägungen einbezogen werden. Einen methodischen Schlüssel dafür gibt der Vergleich der Interessenlagen der Handelnden her. Und ohne Phantasie geht es nicht ab, wenn bestimmt werden soll, welche Alternativen auf dem Wege vom Heute zum Morgen, vom jetzt zum Danach liegen.

Genug der Anmerkungen zu diesem Thema und zur Sache: Ich hätte es mir, als ich mich 1945 in der thüringischen Stadt Weimar der kleinen Gruppe der antifaschistischen Jugend Anschloss, natürlich nicht träumen lassen, dass ich mehr als ein halbes Jahrhundert später in die Lage kommen würde, über den vergangenen und den gegenwärtigen Faschismus zu sprechen. Ich meinte damals, die Zeitungen berichteten von dem eben begonnenen Prozess der gegen die sog. Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg stattfand, dass die Menschen vom Faschismus doch ein für alle Mal genug haben müssten. Offenbar verstand ich vom Faschismus wenig und auch von den Menschen und obendrein leitete mich ein historischer Optimismus, den ich schwer hätte begründen können. Und dann in Innsbruck über ein derartiges Thema reden? Die Stadt kannte ich aus dreierlei Unterricht: im Geographischen war sie eben nur kurz erwähnt worden. Im Gesangsunterricht hielten wir uns bei dem nicht eben sehr beliebten Lied auf, das wir im mehrstimmigen Chor schwer zu singen vermochten und verstanden obendrein nie, warum wir die Stadt eigentlich lassen mussten. In den geschichtlichen Unterweisungen aber wurden wir in Wort und Bild mit dem Andreas Hofer und seinen Heldentaten bekanntgemacht, wobei wir uns schwer vorzustellen vermochten, was das sei, ein Sandwirt.

Nun also erachten Sie hier und ich und mit mir viele in Deutschland, insbesondere in Berlin und in seinem brandenburgischen Umland es für unerlässlich zu fragen, wie es denn mit den Gefahren von Seiten der äußersten Rechten steht, die meist Rechtsextreme genannt werden und nicht Faschisten, unter denen aber zweifelsfrei Leute mit faschistischen Überzeugungen und Absichten sind, an denen sich zumeist wenig Neues entdecken lässt, so dass genau genommen der Ausdruck *Neofaschistischen* sich mehr auf die Zeitumstände ihres Agierens als auf sie selbst bezieht. Sie bemerken bereits an diesen einleitenden Sätzen, dass ich vorwiegen von der deutschen Situation sprechen und es ihnen

überlassen will, aus ihrer ungleich intimeren Kenntnis der Zustände in ihrem und in anderen Ländern im Vergleich zu entnehmen, ob und wie sich die Entwicklungen gleichen, ähneln oder auch weit voneinander unterscheiden.

In der Tat lässt sich in den neuen wie übrigens auch in den alten Bundesländern das Thema Faschismus nicht anschlagen, ohne dass nach sehr kurzer Zeit der Historiker in die unbequeme Situation gerät, in der er sich zum echten Propheten machen und nicht der „rückwärtsgewandte“ bleiben soll. Die Fragestellungen zeigen, dass in einem Lande, in dem nicht wenig über den 30. Januar 1933 gesprochen, unterrichtet, gelehrt worden ist, denn das alles gilt für die DDR und ihre Zeiten zweifelsfrei, das eigene Orientierungsvermögen von Generationen nicht sehr weit entwickelt worden ist. Ganz allgemein: die Gefahren, die aus diesem äußersten rechten Bezirk drohen werden gesehen, aber sie werden weithin überschätzt. Das ist kein Plädoyer für Selbstberuhigung, wie ich noch nachzuweisen hoffe. Die Beunruhigung entsteht in weiten Teilen der Bevölkerung vor allem aufgrund der buchstäblich jeden Tag verbreiteten Nachrichten über Gewalttaten bis zum offenen Mord an wirklich oder vermeintlich linken Gegnern, aber auch an ganz unbeteiligten Personen, Deutsche wie – und das vorwiegend – Ausländer. Und wer würde nicht an die schwärzesten Untaten der deutschen Faschisten um Hitler erinnert, wenn die Rufe „Juden raus“ ertönen, wenn behinderte Menschen angefallen werden, wenn sich befehdende Gruppen sog. Fußballfans sich gegenseitig „ins Gas“ wünschen. Bei Demonstrationen der Rechtsextremisten, verbotenen und erlaubten, werden Zeichen mitgeführt, die jenen aus Zeiten des „Dritten Reiches“ nachgebildet sind. Flugblätter operieren nahezu mit den gleichen Losungen. Es ist wohl überflüssig, darüber weiter in die Einzelheiten hinein zu sprechen. Gefragt wird: Sind die auf dem Vormarsch? Kommen die zum Zuge?

Diese Beobachtungen verbinden sich mit einer anderen Quelle der Beunruhigung, der Massenarbeitslosigkeit, vor allem auch unter Jugendlichen, die, wenn sie denn eine Lehrstelle überhaupt erhalten haben, nach dem Ende ihrer Lehrzeit sofort in die Erwerbslosigkeit geraten. Erinnert wird die Tatsache, dass die deutschen Faschisten zur Massenpartei durchstießen und an die Macht gerieten, als eine zyklische Krise Millionen von Arbeitern auf die Straße geworfen hatten und Jugendliche eben auf diese Weise in das Leben der Erwachsenen eintraten, wie es heute deren Nachfahren vielfach auch tun. Sie leben in Elternhäusern, in denen entweder Erwerbslosigkeit zu Hause ist oder als permanente Bedrohung empfunden, womöglich bereits mehrfach erfahren worden ist. Sie wohnen in Vierteln, in denen mit ihnen die Tristeste wohnt. Der Weg, die Wut über das eigene Dasein im Angriff gegen andere und an diesem Dasein ganz Unschuldige zu entladen, dadurch für einen Moment in einer Gesellschaft, in der sie vereinzelt die Schwächsten sind, stark sein zu können, ist gedanklich kurz und reicht praktisch mitunter nur von einer Straßenecke bis zur nächsten.

Nun war es aber nicht die Mehrheit der Arbeitslosen die den Nazifaschismus stark machten. Neuere Forschungen bestätigen zwar, was jeder Zeitgenosse wusste, dass nämlich die sozialen Folgen der Krise den Hitlerleuten die Argumente für ihre Reklame nur so zuspielten und dass sie von Elend und Ängsten profitierten, doch bedeutete dies nicht, die Faschisierung der vom Kapitalismus aus allen Lebensbahnen und Zukunftshoffnungen geworfenen Menschen, denn viele von ihnen waren auf die sozialdemokratische oder die kommunistische Bewegung orientiert oder schlossen sich ihr jetzt an. Diesmal existiert eine Linke mit vergleichbarer Anziehungskraft nicht und ob die Zahlen, die angeben, bei den letzten Wahlen in Niedersachsen hätten 60 Prozent der Erwerbslosen SPD und damit den Kanzlerkandidaten Schröder gewählt, sich bei der Bundestagswahl oder demnächst schon im Lande mit den größten Arbeitslosenzahlen in Deutschland, in Sachsen-Anhalt, bestätigen werden, muss füglich abgewartet werden. Weit verbreitet aber scheint, dass ein erheblicher Teil der Erwerbslosen oder von Erwerbslosigkeit bedrohten sich derzeit jeder politischen Parteinahme enthalten, was aber doch nur bedeuten kann, dass sie ein Potential darstellen, das möglicherweise unter veränderten Umständen mobilisierbar ist und eben auch für die Rechtsextremen. Daher wird gefragt: Kann sich nicht dieser Durchbruch einer rechtsextremen Partei zur Massenpartei wiederholen, wie er sich in Deutschland 1929/1930 auf einer nationalen Welle ereignete und wie er sich dann auf einer sozialen zur überschwemmenden Flut ausweitete.

Als dieser Vorgang sich ereignete, existierte in Deutschland eine in den Jahren von 1925 bis 1928/29 (wieder)aufgebaute Kaderpartei, die NSDAP. Sie war klar gegliedert, besaß auch bereits im Parteivorfeld eigene Verbände, wie die SA und die Hitlerjugend. Sie verfügte über einen Stab von Politikern, die in einer zehnjährigen Erfahrung im Kampf gegen die Republik auf den Feldern der Demagogie viel gelernt hatten. Sie war in ihrer Führung auf eine Taktik fest fixiert, wenn diese auch und vor allem an der Parteibasis immer wieder umstritten wurde. Sie hatte an ihrer Spitze einen anerkannten Führer mit Charisma und mit Machtwillen ausgestattet, dessen Stellung von keinem seiner Mitführer gewollt und erstrebt wurde. Eine solche Partei existiert in Deutschland nicht. Kann sie aber nicht entstehen? Da existiert die NPD, deren Anhänger sich Nationaldemokraten nennen, die DVU, die Deutsche Volksunion und schließlich die Partei mit dem Namen die Republikaner, in einer auf Popularität zielenden Abkürzung die Reps genannt. Wie steht es um deren Chancen und Perspektiven? Keine dieser Parteien besitzt eine sonderliche Sogkraft, wie auch die letzten Wahlen in Niedersachsen und die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, einem Land mit einer vergleichsweise signifikant hohen Zahl von rechtsextremen Gruppen, ausgewiesen haben.

Wer die wenigen unzusammenhängenden programmatischen Äußerungen aus diesen Parteien, etwa deren soziale und sozialpolitische Forderungen, analysiert, stößt auf viel Bekanntes aus der Frühzeit der NSDAP und wird geradezu an deren damaliges Werben erinnert. Die Schuldigen an allem Unbehagen an den Zuständen waren damals die ausländischen Politiker, namentlich die Urheber des Versailler Vertrages, die wiederum als Juden bezeichnet wurden. Ähnliche Aussagen finden sich heute, doch wirken sie eher als ein abstruses Konstrukt und ungleich wirksamer sind heute die Parolen gegen die ja zu Millionen im eigenen Lande lebenden Ausländer. Ist diese Stoßrichtung auf die Werbung unter Nationalisten und Nationalchauvinisten und auch unter Erwerbslosen gerichtet, so wenden sich andere Parolen an den Mittelstand und beklagen die faktische Benachteiligung, dass kleine Unternehmer ihre Betriebe nicht wie die Großen dorthin verlagern können, wo sie auf billige Arbeitskräfte treffen. Diese Gruppe bildete auch die frühen bevorzugten Adressaten der Naziwerber von einst. Sie erlaubten es sich zunächst auch, deutliche Attacken gegen die Konzerne vorzutragen und das geschieht heute, beispielsweise im Hinblick auf den Siemenskonzern und dessen Ausbau von Produktionsanlagen jenseits der deutschen Grenzen ebenfalls. Diese und weitere Tatsachen ließen sich zu der Vorstellung bündeln, es säßen die noch zersplitterten faschistischen und ihnen eng verwandten politischen Organisationen schon auf dem Sprung hinüber über die Schranke, die sie aus dem Bezirk ihrer (aufs Staatsganze gesehen) Bedeutungslosigkeit herausdringen lässt. Also: auf dem Sprung vom Rand gleichsam in die Mitte der Gesellschaft.

Gegen dieses Bild lassen sich Zweifel sehr unterschiedlicher Art anmelden. Zum einen vertraut die Masse der Deutschen, wenn auch mit deutlich absinkender Tendenz, auf die sich als Volksparteien ausgebenden traditionellen Parteien und fühlt sich noch immer von diesen vertreten. Deren Kredit als Architekten der Wohlstandsgesellschaft ist nicht aufgebraucht und sie präsentieren sich heute als die Fähigen, die allein in der Lage seien, die Wohlstandswahrungsgesellschaft zu behaupten und wenn von der Sozialdemokratie die Rede ist, sie zu reparieren, wo sie beschädigt wurde, wobei dies nebenbei über das Ausmaß der erstrebten Reparaturen wenig gesagt wird und über das gedachte Reparaturwerkzeug noch weniger. Aber: die überwiegende Mehrheit der Deutschen, das weisen die Wahlergebnisse unwiderlegbar aus, vertrauen auf diese Kräfte. Wenn etwa die NPD sich als Erlöser offeriert, wie dereinst Hitler sich als Erlöser anbot, so löst das doch eher mitleidiges Lächeln aus. „Hitler über Deutschland“ ein Werbespot aus dem Jahre 1932, das aber wurde als Erlöserbild durchaus ernst genommen, herbeigewünscht, ja ersehnt. Also: Kein Bedarf? Ja, derzeit nicht. Nur bleibt zu fragen, könnte dieser erwähnte Kredit nicht auf dem jetzt eingeschlagenen Wege der Politik, und niemand in Deutschland glaubt an eine bevorstehende Wendung, in ein oder zwei Wahlperioden vollständig aufgebraucht sein und dann eine Enttäuschung um sich greifen, die nach ganz anderen Programmen und Politikern verlangt? Das ist nicht undenkbar, aber es ist auch ungewiss.

Zudem, und das kompliziert die Analyse zusätzlich kann gefragt werden, ob die Zeit der Massenparteien nicht überhaupt sich einem Ende entgegen neigt und ob dieser Vorgang nicht auch die Rechtsextremen betrifft. Setzt also das „zum Zuge kommen“ unbedingt voraus, dass Politiker über Massen-

parteien verfügen wie die NSDAP einst eine war? Gestaltet sich nicht in Deutschland das Verhältnis von relativ kleinen politischen Führungsgruppen und Millionenmassen von wählenden Anhängern neu? Machen wir uns nicht womöglich zum Sklaven eines bereits nicht mehr stimmenden Bildes, wenn wir meinen, rechtsextreme Politik käme auf einem Erfolgswege voran, der jenem de Hitler, Goebbels, Rosenberg sehr stark ähneln müsse? Da wäre sie wieder die Tatsache, dass die geschichtliche Rückerinnerung ebenso Fessel wie Flügel der Gedanken sein kann. Eine sichere Prognose lässt sich offenbar nicht anstellen. Niemand hat sie vorgelegt. was sich einzig mit Sicherheit sagen lässt ist dies: Es lassen sich rechtens keine Argumente für eine Selbstberuhigung vortragen. Doch geschieht das unausgesetzt. Die Deutschen sind Demokraten geworden, heißt es wieder und wieder, wobei den Ostdeutschen ein mehr oder weniger großer Nachholbedarf nachgesagt wird, den sie erledigt haben werden, wenn die Partei des demokratischen Sozialismus von ihnen in eine Sekte verwandelt worden ist. Wer, als Ausländer nach Deutschland kommend, diesen Wandel bestätigt, ist willkommen und preiswürdig wie jüngst Daniel J. Goldhagen. Vor allem aber: Die marginale Existenz der Rechtsextremen, wie sie jede Wahl ausweise, bestätige diesen Befund. Das wird kein Soziologe als eine ernsthafte Beweisführung anerkennen können. Die Probe auf diese Demokratiefestigkeit ist nämlich nicht gemacht. Wer das anerkennt, der verlangt heute nach Sicherungen, fordert, die relative Gunst der Stunde für die Auseinandersetzung und Zurückdrängung der Rechtsextremen aller Färbungen zu nutzen, besinnt sich auf die klassische Forderung, zeitig klüger zu sein, tritt selbst in Aktion und/oder sucht die weitgehend untätige Politikerschaft dahin zu drängen, durchgreifende Maßnahmen einzuleiten, anstatt dauernd abwiegelnde Erklärungen über die Zustände zu liefern. Das betrifft die Strategie und Taktik der Ab- und Gegenwehr, die ein eigenes Thema bildet.

Indessen gibt es zwischen dem geringen Grad der nationalen Organisiertheit und dem ebenso geringen zählbaren Einflusses der Rechtsextremen, der sich noch immer an Wahlentscheidungen ablesen lässt, und dem Gedanken- und Gefühlshaushalt von Millionen Deutschen, wie er wieder und wieder in Befragungen ausgewiesen wird, einen bemerkenswerten Widerspruch. Diese Umfragen zeigen unter anderen, dass ein erheblicher Teil von Deutschen in Ost wie in West meint, es befänden sich zu viele Ausländer im Staate, ihre Zahl müsse reduziert werden. Während die einen diese Forderung mit der permanenten Arbeitslosigkeit begründen, argumentieren andere mit der kulturellen und zivilisatorischen Bedrohung, die von Türken, Jugoslawen u. a. ausginge und dritte wieder stellen in den Vordergrund, dass diese Ausländer einen zu großen Teil der sozialen Leistungen beanspruchen. Diese Meinungen schlagen sich aber nicht in der offenen Parteinahme für Organisationen und Parteien nieder, die am entschiedensten für Abschottung und Ausweisung eintreten. Offenkundig also existiert in den Köpfen dieser Bundesbürger – nicht anders als wohl in jedem Lande – eine Hierarchie, nach der die politischen Präferenzen ausgedrückt werden. Für das Wahlverhalten der Mehrheit ist die sog. „Ausländerfrage“ nicht entscheidend, sondern offenbar ausschlaggebend, wem der Ausbau und die Befestigung des „Standortes Deutschland“ zugetraut wird, ein Begriff, der ökonomische Vorherrschaft als Grundlage sozialen Wohllebens der Nation meint. In der Tat zweifeln Beobachter bereits nicht mehr daran, dass Deutsche, welche die sog. Parteien der Mitte wählen, und von CSU bis zu den Grünen beanspruchen alle, Mitte zu sein, gleichzeitig deutliche Sympathien für diejenigen politischen Kräfte erkennen lassen, die offen ihre nationalistische und nationalchauvinistische Haltung zur Schau tragen. Deren Akzeptanz ist offenkundig gewachsen. Man will sie nicht an der Regierung, aber sieht sie zumindest als Druckmittel sowohl gegen die Ausländer wie gegen die unentschlossenen unter den Regierungs- und Kommunalpolitikern an. Die Frage, die sich an diese Beobachtung anschließt, lautet wieder: Wie stabil ist diese Hierarchie von Bewertungen? Sind nicht Wandlungen denkbar, da sie gleichsam umkippen können? Um diese Möglichkeit zu erkennen, braucht es nicht übermäßig viel Phantasie.

Bisher sind wir nur der Frage nachgegangen, die gemeinhin mit der fragenden Metapher umschrieben wird: Wie rechts ist in Deutschland der Zeitgeist? Die sie stellen, richten sie meist undifferenziert an die Staatsbürger, wobei allenfalls zwischen denen in den alten und den neuen Bundesländern unterschieden und festgestellt wird, dass die Zahl der polizeilich als rechtsextrem eingestuften Straf- und meistens Gewalttaten gegen Ausländer in den neuen Bundesländern im Osten prozentual höher liegt

als im Westen und das, worauf in diesem Zusammenhang verwiesen wird, bei einer viel geringeren Anwesenheit von Ausländern in diesen Gebieten.

Wenn aber von faschistischer Gefahr die Rede ist, dann muss doch die historische Erfahrung mit in Ansatz gebracht werden, dass der Massenanhang der faschistischen Politiker in den beginnenden dreißiger Jahren in Deutschland zwar eine unerlässliche Voraussetzung für die Errichtung der Diktatur war, aber dass es nicht diese Massen waren, die sie zu installieren vermochten. Vom Standpunkt der Hitler, Göring, Goebbels und der anderen NSDAP-Führer waren die Massen, die sie tief verachteten, ihr Faustpfand, mit dem sie politisch wucherten, eine Anmeldung für ihren Machtanspruch, aber nicht mehr. Hitler kam in die Berliner Wilhelmstraße nicht aufgrund eines Massenentscheids oder eines Massenansturms, sondern als Folge einer Intrige, an der Politiker, Wirtschaftsführer, Militärs und auch diese Faschisten beteiligt waren. Die Interessen dieser Akteure und der Schichten und Gruppen, die sie vertraten, rissen schließlich die letzten Barrieren nieder, welche bis dahin die Aufrichtung der faschistischen Diktatur behindert hatten. Für Hitler und die Seinen gilt keineswegs, dass sie kamen, sahen und siegten. es war der siebente Anlauf, der aus dem Parteiführer schließlich den Staatsführer machte. In dieser Vorgeschichte von Siegen und Niederlagen spiegelte sich gebrochen auch die Tatsache, dass diese Politikergruppe mit dem Hakenkreuz in den sozialen Oberschichten und bei der Großbourgeoisie durchaus umstritten war. Erst als andere Projekte der Herrschaftsbefestigung gescheitert waren, gelangte eine Minderheit von großen Kapitalisten und Agrariern mit ihrem Projekt Hitler zum Zuge.

Von dieser hier äußert verkürzt wiedergegeben, in Wirklichkeit viel verwickelteren Vorgeschichte des 30. Januar 1933 kann nicht abstrahiert werden wie im Übrigen auch die des Oktober 1922 in Italien herangezogen werden müsste –, wenn die Perspektiven der heutigen Faschisten und ihrer engsten Verwandten. Zum einen und ganz vordergründig besagt sie zweierlei: Erstens, dass Kreise des Großbürger- und des Großagrariertums, die sich gestern noch nicht vorstellen konnten, sich überhaupt mit einem Herrn Hitler zu befassen, heute mit ihm frühstückten und morgen für seine Kanzlerschaft eintraten. Zweitens, dass andere, die gestern einen Herrn Hitler strikt ablehnten, sich heute neutral verhielten und sich morgen mit ihm abfanden. Anders ausgedrückt: auf den Anti-Hitlerismus in diesen Kreisen war nichts weniger denn Verlass. Ihr Urteil war zum wenigsten von weltanschaulichen Überzeugungen, politisch-verfestigten Optionen oder gar ästhetischen Grundsätzen geleitet, sondern wurde von Interessen geprägt, und diese wiederum orientierten sich an Geschäfts- und Profiterwartungen. Diejenigen, die Hitler und den Mitführern den Weg an die Macht freimachten, waren bereits den Zeitgenossen namentlich, wenn auch bei weitem nicht vollständig bekannt. Dass der Bankier von Stauß engste Verbindungen mit Göring und Hitler hielt, war ebenso wenig ein Geheimnis wie die Beraterrolle, die Schacht für die NSDAP-Spitze spielte.

Heute gibt es keine vergleichbare Konstellation. Wie ein erheblicher Teil des deutschen Wahlvolkes meint, mit den Politikern der „Parteien der Mitte“ seine Wohlstandsinteressen sichern zu können, so meinen auch die Mächtigen des Bankwesens und der Industrie mit den gleichen Politikern ihre ökonomischen Profit- und Expansionsinteressen nach innen und außen durchsetzen zu können. In den Wirtschaftsverbänden der Großen, die heute ihre politische Rolle noch unverdeckter spielen als vor 1933, herrscht nur keine vollständige Übereinstimmung darüber, welcher Politiker in welcher Regierungskonstellation derzeit der am besten geeignete sei, aber dass er aus der CDU oder der SPD kommen müsse und werde, daran zweifelt niemand. Das führt aber zu dem Fazit: Weder die Masse der Angehörigen der Mittel- und der Unterschichtenfrüher redete man klarer noch von Arbeitern, Bauern, Angestellten, Kleinhändlern und Handwerkern noch die Masse der Oberschichtender Kapitaleigner sucht derzeit nach einem Erlöser jenseits der etablierten Parteien. Gesucht wird ein unverbrauchter Macher aus deren Reihen, wobei die Erwartungen darüber, was der machen soll, freilich, wenn auch nicht völlig weit auseinanderlaufen. Anders ausgedrückt: Hitler steht nicht ante portas. Also: Entwarnung? Gegen sie spricht, wie erwähnt allein schon das Vorhandensein und die Anhäufung von Potentialen, deren Entwicklungsweise und Bewegungsrichtung sich nicht sicher voraussagen lassen. Mindestens ebenso wichtig aber ist die Tatsache, dass bereits heute ein Umbau der Gesellschaft und des Staates vor sich geht, den man als vorfaschistisch bezeichnen könnte, wenn damit nicht zu viele

falsche Assoziationen verbunden würden. Was ist gemeint? Bevor der Faschismus in Deutschland an die Macht gelangte, vollzogen sich in der Weimarer Republik gravierende Veränderungen, in deren Ergebnis eine Republik entstand, die vom Projekt ihrer Gründer bereits erheblich abwich. Darüber, wie dieser Wandel zu bewerten sei, existierten unter den politischen Kräften der deutschen Linken und auch in den Reihen der Minderheit von überzeugten Republikanern sehr verschiedene Ansichten. Während die einen fälschlicherweise von Brüning- und Papen-Faschismus sprachen und meinten, es lohne schon nicht mehr, sich um diese Republik auch nur einen Deut zu scheren und unter der Parole „Sowjetdeutschland“ über sie hinauswollten, sahen andere in diesen Veränderungen eine zeitweise, unvermeidliche Abweichung vom Normalen, die nicht so gravierend wäre, als dass sich mit ein paar „Reparaturen“ nicht zu ihr zurückkehren ließen. Weder die einen noch die anderen haben ihre Vorstellungen verwirklichen können.

Heute ist in Deutschland die Rede davon, dass als Folge des Anschlusses nicht nur aus der Bonner nun sukzessive die Berliner Republik würde, sondern dass die Deutschen in dem Sinne eine andere Republik bekämen, die weniger demokratisch, weniger sozial, weniger militärisch und militaristisch sei als die 1949 gegründete und danach entstandene. Dafür gibt es viele Beweise und noch mehr Anzeichen. Dieser Wandel, der von den Herrschenden im Ganzen bestritten wird, kann im Einzelnen gar nicht geleugnet werden, nur wird er als eine Reihe von Veränderungen dargestellt, die in einer fortgeschrittenen Zeit den Bedürfnissen der Bürger Rechnung trügen. Dabei stellt sich deren Reaktion erheblich anders dar als in der Endzeit der Weimarer Republik. Die Verschlechterung der Bürgerrechte wird weitgehend hingenommen, wie etwa jüngst die Debatte um den Großen Lauschangriff, also eine Einschränkung eines Grundrechtes, des Rechtes auf Unverletzlichkeit der Wohnung, zeigte. Sie ließ die übergroße Zahl der Bürger ungerührt. Und allein diese Beobachtung ließe fragen, ob die Kronzeugenschaft für das gewonnene demokratische Bewusstsein der Deutschen sich legitimieren kann. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung will mehr Schutz von Persönlichkeit und Eigentum und ruft nach der Polizei und der Justiz, nah schärferem Zugriff und nach rigoroseren Urteilen und einem schärferen Strafvollzug.

Der spürbare Abbau der sozialen Sicherungen, das grobmaschigere soziale Netz, schafft mehr Unruhe, führt zu Demonstrationen und anderen Formen des Protestes. Doch erfolgen sie meist streng fraktioniert. Das bewirkt zusätzlich, dass sie sich in Grenzen bewegen, die in jeder Weise gut herrschaftsverträglich sind. Rückzug ins Individuelle, verbunden mit der Hoffnung oder dem Glauben, schon selbst irgendwie durch- und zu Recht zu kommen auf der einen, Resignation auf der anderen kennzeichnen sie Situation. Solange die so bleibt, gibt es für die Oberschichten der Gesellschaft keinen Grund, mit der politischen Klasse, gleich welche Partei sie repräsentiert, unzufrieden zu sein und sie generell auswechseln zu wollen.

Nun erweist sich an der Endphase der Weimarer Republik aber auch die Wahrheit des Goetheworts, wonach man beim ersten Schritt frei, beim zweiten Knecht ist. Die sozialen Veränderungen unter der Regierung Brüning, der fälschlich für ein Republikaner gehalten wurde, Veränderungen, die sowohl spontanen Krisenprozessen wie einer planmäßigen die Lage der Massen verschlechternden Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprangen, zeitigten unvorhergesehene und auch ungewollte Folgen. Die verschärften gesellschaftlichen Widersprüche wuchsen denen, die sie zwischen 1930 und 1932 zusätzlich verschärft hatten, gleichsam über den Kopf, und mündeten in deren politischen Bankrott. Auch die Wiederholung dieses Vorgangs ist nicht auszuschließen. Aus dieser von der Regierung eines Zentrumskanzlers eingeleiteten Entwicklung mußte die faschistische Diktatur nicht notwendig hervorgehen. Es konnte dieser Prozess der „Rechtsverschiebung“, der Reduzierung der republikanischen Zustände, an einem Punkt zum Stehen kommen. Doch war das nicht der Fall. Und eben das lässt sich auch als eine Warntafel entziffern.

Der Historiker hat keine Botschaft zu überbringen, aus der sich die Zukunft entnehmen ließe. Er kann schlüssig zeigen, was geschah, wenn Menschen sich in dieser oder jener Weise in den von ihnen vorgefundenen, teils auch erzeugten Umständen verhalten haben. Er kann, und vielleicht ist das gelungen, nachweisen, dass wir uns von der Vergangenheit nicht so weit entfernt haben, wie „optimistische“ Politiker das dem Volke einreden möchten. Er vermag, indem er an die Unwägbarkeiten der

Geschichte erinnert, allzu große Selbstgewissheit zu erschüttern und immer wieder zu der Frage herausfordern: Könnte es nicht ganz anders kommen, als es zu kommen scheint. Er ist imstande, durch den Hinweis auf die Alternativen, welche geschichtlichen Entwicklungen meist bieten, den Gedanken nahezulegen, von zwei denkbaren schlechten Entwicklungsrichtungen sich am besten gegen beide zu sichern. Er kann durch den Nachweis, dass nicht jede geschichtliche Stunde gleichermaßen Chancen von Richtungsänderungen bietet, mit seinen Mitteln bestätigen, dass noch immer der Appell gilt: Lerne zeitig klüger sein.

Es sind in diesem Vortrag eine Reihe von Fragen ausgelassen worden, die zum Thema gehören. das trifft vor allem auf die schwer zu beurteilenden Prozesse und deren Rückwirkungen zu, die sich auf dem vielberufenen „Weg nach Europa“ vollziehen. Schwerwiegender noch ist die Auslassung, was der hier vorgetragene Befund für eine Gegenstrategie bedeuten und hergeben kann. Doch ist das Gesagte ohnehin nur als eine Einladung zur Diskussion, zu Nachfrage, Ergänzung und Einwand, zum Zu- und mehr noch zum Widerspruch zu verstehen.

Vier zu Sechzehn

Noch einmal zur Debatte „Antisemitismus in der DDR“

Wenige Wochen wurde sie in Zeitungen, zu deren Lesern vorwiegend Bürger in den neuen Bundesländern gehören, geführt, die Debatte über den gegen den ostdeutschen Staat gerichteten Vorwurf, gegen den Antisemitismus nicht nur nichts getan, sondern ihn gar gefördert zu haben. Ausgelöst worden war sie durch eine Ausstellung, die zuerst im Berliner Bezirk Lichtenberg zu sehen war und inzwischen auf Wanderschaft geschickt wurde. Das Dafür und Dawider endete in der Presse, ohne dass die Redaktionen, die ihm Raum gewährt hatten, auf eine Zwischenbilanz oder gar ein Fazit ausgegangen wären. Der mündige Teilnehmer hatte geschrieben und der mündige Leser bildete sich aus Argument und Entgegnung seine Meinung, kompetent wie beide sind, universalgebildet eben. Wer wollte jemandem auch mit Fakten zu nahetreten. Jedem sei seine Wahrheit gelassen, die er sich aufgrund eigener mehr oder weniger zufälliger Erlebnisse, mehr noch beim Lesen der immer gleichen Behauptungen sich gebildet hat. Was ihm an Informationen unterschlagen worden ist, bleibt ihm meist verborgen.

Zu letzteren gehören Ergebnisse einer Umfrage, die bald nach dem Ende der DDR unter den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer vorgenommen worden war. Sie gehörte zu von verschiedensten Seiten angeregten und betriebenen Forschungen, die ein Gesamtbild von den Überzeugungen und Meinungen der nun in einem Staat lebenden Deutschen geben sollten. Auf deren Ergebnisse waren nicht zuletzt die Nachbarn des vergrößerten Landes gespannt. Sie besaßen ihre Erfahrungen mit „Großdeutschland“ und wenn auch das nicht wiederhergestellt wurde, so waren sie doch besorgt und wollten wissen, mit wem sie es da fortan zu tun bekämen.

Eine der Ermittlungen richtete sich auf das Verhältnis der Deutschen zum Antisemitismus. Festgestellt wurde, dass seine Ideologie und Mentalität unter 16 Prozent der Bewohner der alten, und unter 4 Prozent in den neuen Bundesländern angetroffen werden konnte. In anschaulichen Zahlen bedeutete das: Unter 25 Ostdeutschen war eine Person, die als antisemitisch gestimmt ermittelt wurde, während von etwa 6 befragten Westdeutschen eine Person so zugeordnet werden musste. Soziologen haben die Korrektheit der Ermittlung nicht infrage gestellt. Werner Bergmann und Rainer Erb, der eine noch, der andere ehemals Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin publizierten und diskutierten die Ergebnisse vor 12 Jahren (Wie antisemitisch sind die Deutschen? Meinungsumfragen 1945-1994. in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995). Viel gelesene Presseorgane haben für die Verbreitung der Zahlen nicht gesorgt. Benz der Leiter des Zentrums erwähnt sie und merkt das sich in ihnen ausdrückende Gefälle auch in seinem Buch „Was ist Antisemitismus?“ (München 2004) an. Die Fakten hätten den 2007 am Thema Interessierten Anstoß für vergleichende Analyse werden können. Nichts davon. Ein Mitarbeiter der Ausstellung, darauf angesprochen, rettete sich in das Winston Churchill zugeschriebene Bonmot, er glaube nur Statistiken, die er gefälscht habe. So muss der große Brite herhalten, wenn Zahlen nicht gelegen kommen.

Lassen wir den Zuständigen die Analyse der 16 Prozent. Eine seriöse Diskussion über die ostdeutschen Zustände im Moment des Untergangs der DDR und über deren Erbschaft hätte sich zwei Fragen zu stellen: Warum, wie und wem gelang es zu erreichen, dass 96 Prozent der im Osten Lebenden antisemitische Lehren und Parolen ablehnten? Und: Warum blieb dort dennoch ein Rest von Bürgern, die Juden gegenüber ablehnend feindlich gesinnt und gestimmt waren? Und sodann und weiter: Spricht das von der vergeblichen Hoffnung auf vollständigen Erfolg oder von der Unzulänglichkeit des Getanen? Die Beantwortung der Fragen könnte für die Bewältigung des ungelösten Problems, denn das ist das Verhalten einer Minderheit von Deutschen zu den Juden, hilfreich und nutzenbringend sein. Es ließe sich daraus eine Teilantwort auch auf die Frage gewinnen, welche politische Bildung die Deutschen brauchen. Bis so gefragt und geforscht wird, dürfte es dauern, Vorerst sind mit staatlichen Mitteln die am Werk, die dagegen Barriere auf Barriere aufbauen.

Plädoyer für den „aufrechten Gang“ – diesmal der Pädagogen

Wer sich nur etwas in der Überfülle der Literatur zur Pädagogik, Erziehung und dem Schulwesen unter der faschistischen Herrschaft auskennt und das unausgesetzte Anwachsen der Masse von Detailuntersuchungen beobachtet – deren Themen reichen von der Geschichte einzelner Lehranstalten bis zu Erinnerungsberichten früherer BDM- und HJ-Führer –, der wird diese gedanklich weitgreifende und doch kompakte und übersichtliche Gesamtdarstellung besonders willkommen heißen. Und sich bei deren Lesen zugleich davon überzeugen können, warum diese Art „aufs Ganze“ zu gehen, so aus der Mode gekommen ist. Sie setzt nämlich nicht nur souveräne Beherrschung eines immensen Stoffs voraus, verlangt nicht allein die Fähigkeit zur Begrenzung und Verdichtung, sondern sie ist ohne die Auseinandersetzung mit Kernfragen der Zeit und ohne Parteinahme nicht zu bewältigen.

Keim setzt nach einer knappen Skizze der „Grundlagen der nationalsozialistischen Erziehungspolitik“ mit der pädagogischen Situation in der Endzeit der Weimarer Republik ein und endet mit der in der (Alt-) Bundesrepublik lange ausgebliebenen Auseinandersetzung auch mit diesem Teil deutscher Vergangenheit. Immer wieder neue Beweise häufend, kehrt er zu seinem hauptsächlichen Befund zurück: Das Verhalten der Pädagogen erklärt sich während der Nazi-Diktatur nicht aus Anpassungsdruck und Terror allein und nicht einmal in erster Linie, sondern es war das Resultat einer hochgradigen Affinität, die erzieherische Ideen, pädagogische Systeme und deren Träger zur deutsch-faschistischen Ideologie bereits vor dem 30. Januar 1933 aufwiesen. Damit war die Vorbedingung für den massenhaften Vollzug der Selbstgleichschaltung geschaffen. Die wog schwerer als die Befolgung der von den Machthabern abgeforderten oder erzwungenen Gleichschaltung.

Keims Buch zeichnet sich weiter dadurch aus, dass den abgestuften ablehnenden und gegnerischen Haltungen von nicht- und antifaschistischen Pädagogen ebenso Raum eingeräumt ist wie den im Exil entwickelten erziehungswissenschaftlichen Ideen und Initiativen. Dargestellt wird auch die Praxis an Schulen und anderen Lehrstätten, in denen die ausgegrenzten jungen deutschen Juden lernten und sich auf die Auswanderung vorbereiteten.

Im Zentrum des Überblicks aber bleibt der Nachweis, welchen Anteil die Masse der Pädagogen daran besaß, die deutsche („arische“) Jugend ideologisch und moralisch fest in den Griff der Machthaber zu bekommen, sie mit dem Gift des Rassismus und der Lehre vom Herrenmenschen zu infizieren und sie derart auf ihre Rolle im Kriege vorzubereiten. Wenn sich angesichts der Spannweite von Fragen und des Angebots durchdachter Antworten eine Fehlstelle markieren ließe, dann beträfe sie wohl das vielfach berührte, aber nicht ausgelotete Thema, welche Rolle der Führerkult bei der Formierung der Schüler unter den Hakenkreuzfahnen gespielt hat.

Keim legt am Ende seiner Darstellung klar, was aus der Beschäftigung mit der Nazi-Pädagogik bis und für heute zu gewinnen ist. Er sieht die Aufgabe, überzeugte Demokraten, Menschen, die menschenfreundliche Überzeugungen besitzen und für sie einstehen, keineswegs als gelöst an, ja sie nicht einmal schon auf festes Fundament gegründet. Dass er dabei schließlich die „Mund-zu-Ohr-Beatmung“ überschätzt, den makrosozialen Umständen, unter denen Erziehung erfolgt, zu wenig Gewicht beimisst, mag man als eine Art „Berufskrankheit“ ansehen, die jedoch in einer Zeit, in der „pädagogische“ Resignation sich ausbreitet, nicht eben bekämpft werden muss. Keim ist davon überzeugt, dass die rückhaltlos offene Auseinandersetzung mit dem Anteil wie mit dem Weg- und Vorbeisehen an den Ungerechtigkeiten und Verbrechen, die sich während der Jahre 1933 bis 1945 ereigneten, sodann mit der Selbstgerechtigkeit, der Unbußfertigkeit und dem Lernunwillen der Nachkriegsjahre notwendig ist, um solche demokratische Erziehung fest und unwiderruflich in der Gesellschaft zu verankern. Deshalb erinnert er daran, was zu leisten ist – bis hin zur erklärten Absage an jene Nachkriegspolitik, die Pädagogen, welche der Nazi-Erziehung Bahn brachen, nicht nur ungeschoren weiter tätig sein ließ, sondern den einen mit einem Ehrendoktorat einer Universität und den anderen mit einem Bundesverdienstkreuz bedachte.

Dieses Buch liegt in mehr als in einem Punkte nicht im Hauptstrom. Der Autor brauchte offenkundig nicht der Anfechtung zu widerstehen, Parallelen zwischen der west- und der ostdeutschen Nachkriegspädagogik kunstvoll zu konstruieren, um daran faule Ausreden zu knüpfen. Er presst unter-

schiedliche Entwicklungen nicht auf einen Nenner, sondern teilt in einer Anmerkung am Ende des zweiten Bandes mit: „Eine detaillierte Untersuchung des erziehungswissenschaftlichen Personals an den Hochschulen der SBZ und der DDR, einschließlich seiner biographischen Hintergründe, steht zwar noch aus, gleichwohl kann als sicher gelten, dass fast sämtliche, durch ihre NS-Vergangenheit als belastet geltenden Erziehungswissenschaftler nach 1945 im Westen ihre Karriere fortsetzten, während in der SBZ und DDR ein weitgehender Personalaustausch stattfand, bei dem gerade auch durch das NS-Regime verfolgte und vom Berufsverbot betroffene Pädagogen wie Robert Arlt und Heinrich Deiters Berücksichtigung fanden.“ Damit sind die Fragen an die DDR-Pädagogik zum wenigsten erledigt. Gerade jene Passagen des Buches, welche die pädagogischen Vorsätze aus dem Widerstand und Exil behandeln, werfen die Frage auf, wie im Osten Deutschlands mit der Vielfalt dieses und älteren demokratischen Erbes umgegangen wurde. Keim plädiert mit Ernst Bloch für den „aufrechten Gang“ der Erzieher, so kommt er auch selber daher.

Wolfgang Keim, Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Bd. 1: Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung, Bd. 2: Kriegsvorbereitung, Krieg, Holocaust, Primus Verlag Darmstadt 1997, 218 und 505 S.

Arthur Seyß-Inquart und das Reichskommissariat der Niederlande

Vortrag, gehalten in Saarbrücken am 31. August 1999 aus Anlass der Anne-Frank-Ausstellung

Meine eigene Beschäftigung mit der Geschichte der Niederlande galt einem etwas früheren Zeitraum als demjenigen, der uns heute hier beschäftigen wird. In den frühen sechziger Jahren stieß ich bei Arbeiten im Zeiss-Archiv in Jena auf Akten, die in die Geschichte zwischen den Weltkriegen zurückführten. Am ersten dieser Kriege hatten die Niederlande nicht teilgenommen. Deshalb gehörten sie auch nicht zu den Staaten, die den Deutschland 1919 diktierten Friedensvertrag unterzeichnet hatten. Sie fühlten sich an seine Bestimmungen so wenig gebunden wie andere in diesen Krieg nicht hineingezogen Staaten, also beispielsweise die Schweiz oder Schweden oder Spanien. Das machten sich die deutschen Konzerne und namentlich die unter ihnen zu Nutze, die mit Waffengeschäften ihre Profite realisierten. Ihnen war durch mehrere Bestimmungen des Versailler Vertrags ein Riegel vorgeschoben. Das 100.000-Mann-Heer – samt der einschränkenden Festlegung hinsichtlich seiner Bewaffnung – bot im Innern keinen sehr großen Markt für einschlägige Geschäfte mit der Reichsregierung. Und das Verbot der Herstellung vieler und insbesondere neuartiger Waffen wie der Flugzeuge, U-Boote und der damals Tanks genannten Panzer drohte, die deutsche Industrie vollständig von den modernen Entwicklungen der Waffentechnik abzukoppeln und ihr auch den internationalen Markt zu verbarrikadieren. Der aber lockte umso mehr, als sich auf ihm die Verluste im Inland bis zu einem gewissen Grad kompensieren ließen. Denn auch nach dem verheerenden Kriege wurde weiter gerüstet, wurden Waffen gekauft, die in den jeweiligen Staaten nicht selbst produziert werden konnten. Überall werteten Techniker, unter ihnen nicht wenige Offiziere, die am Weltkrieg teilgenommen hatten, die Erfahrungen der Feldzüge und Schlachten aus. Sie sonderten Material und Konstruktionen nach Bewährung und Versagen.

Der Ausweg für die deutschen Waffenproduzenten fand sich auf dem Wege über die neutral gebliebenen Staaten, über Schweden zuerst, dann über Spanien und vor allem über die geographisch so nahegelegenen Niederlande, die zudem über so günstige Transportwege in alle Welt verfügten. Unternehmen im Ruhrgebiet, in Kiel und eben auch die Zeiss-Werke in Jena benutzten das kleine Land an der Nordsee als Endfertigungstätte von Waffen, errichteten dort Fertigungshallen oder zumindest Zwischenlager und Verkaufsbüros. Sie bedienten sich für ihre Zwecke einheimischer „Strohmänner“, die Firmen ihren Namen gaben, sie in die Handelsregister eintragen ließen und für eine freilich dürftige Tarnung sorgten. Auch der niederländische Staat und seine Regierungen waren großzügig. Der optische Konzern in Jena baute eine Produktions- und Endfertigungsstätte in der Stadt Venlo, die ganz in der Nähe der Grenze lag. Es führte ein Eisenbahngleis direkt vom deutschen auf das niederländische Werksgelände, so dass der Herantransport der zu montierenden Teilebeispielsweise für die Ausrüstung von Kriegsschiffen leicht und bequem zu bewerkstelligen war. Bequemer konnten es die deutschen Waffenproduzenten, zu ihnen gehörten auch die von Flugzeugen und Kanonen, wirklich nicht haben. Den Niederländern aber sollte diese Hilfe für die deutsche Aufrüstung schlecht bekommen. Denn es war dieses Geschäft Bedingung dafür, dass Deutschland schon zu Zeiten der Weimarer Republik auf dem Spitzenniveau der Waffenkonstruktion und -produktion blieb. Entwürfe für Waffen nur „auf Halde“ gelegt, also in gegen Spionage gesicherten Stahlschränken verborgen, bis sie an einem Tage X hervorgeholt werden konnten, das hätte sich schwerlich machen, weil nicht finanzieren lassen. Die Zusammenhänge, von denen hier die Rede ist, waren mir in Jena auch auf andere Weise gegenwärtig. Mein Arbeitsweg führte mich mehrmals während der Woche über den Nordfriedhof der Stadt. Dort befand sich ein Grab- und Gedenkstein, der an die während eines Bombenangriffs umgekommenen Niederländer erinnerte, die in der Rüstungsindustrie der Stadt verlockt oder verschleppt Zwangsarbeit geleistet hatten.

Im Übrigen war die erwähnte Rolle der Niederlande während der zwanziger und der beginnenden dreißiger Jahre, dann kümmerte sich die faschistische deutsche Regierung nicht mehr um die Vertragsbestimmungen, keineswegs geheim. Französische Zeitungen schrieben über sie und in der Kammer der Abgeordneten in Paris wurde darüber gesprochen. Das geschah folgenlos. Nicht anders erging es den späteren Warnungen. Einer der in Berlin etablierten niederländischen Korrespondenten

schrieb nicht nur Berichte für seine Zeitung, sondern auch vertrauliche Einschätzungen, die nur für die Augen von Politikern in den Haag bestimmt waren. In seinem Bericht vom 9. Dezember 1935 hieß es: „Deutschland will keinen Krieg und kann keinen Krieg führen. Aber man erhöht die Kriegsbereitschaft (wozu auch gehört, beruhigend auf die Nachbarn zu wirken). Deutschland wird sich in den Maß, in dem es weniger zu befürchten braucht, immer weniger gefallen lassen und, davon abhängig, unter Kriegsandrohung höhere Forderungen stellen. Und diese Methode ist sehr gefährlich.“ Das war eine zutreffende Prognose. Nur hat die Regierung des Königreichs mit ihr nichts anzufangen gewusst. Das führt zu der Anschlussfrage, ob es denn überhaupt in ihrer Macht stand, die denkbare Gefahr von den Bewohnern des Landes abzuwenden.

Die Niederlande gehörten zu den wenigen glücklichen Ländern auf dem europäischen Kontinent, die seit Generationen keinen Krieg geführt hatten und deren Einwohner seit langem keine Kriegstoten zu betrauern hatten. Die Zeiten, da die Niederlande in kriegerische Verwicklungen geraten waren, lagen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zurück. Damals, in den Kämpfen gegen die feudale Mächtekoalition, hatte Frankreich das Land besetzt und später war durch Napoleon dessen jüngerer Bruder an die Spitze des Königreichs der Niederlande gesetzt worden. Diese Herrschaft endete mit dem Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums. Ähnliche friedvolle Zeiten hatten nur die Bewohner der nordeuropäischen Staaten erlebt. Bündnisse waren das Königreich der Oranier und dessen Regierungen in den Haag nicht eingegangen. Sie erklärten sich für neutral und erwarteten die Respektierung dieser Haltung. 1914 erfolgte sie. Der Angriff der deutschen Heeresmasse auf Frankreich war im Spätsommer über das belgische Nachbarland erfolgt und hatte die Niederlande unberührt gelassen. Doch fünfundzwanzig Jahre später war es leichtfertig, darauf zu hoffen, dass sich diese Entwicklung wiederholen würde, wenn es zu einem neuen Krieg käme. Angesichts der fortgeschrittenen Kriegstechnik veränderte sich die Bedeutung des Landes.

Jedoch: Als in Europa die politisch-diplomatischen Erörterungen und zögernde Schritte darüber einsetzten, wie sich von Deutschlands Aufrüstung bedrohte Staaten keine eine Aggression vorbeugend schützen könnte, waren die Niederlande nicht beteiligt. Dabei hätten sie wie auch andere kleinere europäische Staaten sehr wohl eine vorwärtstreibende Rolle in jenem Prozess spielen können, der auf kollektive Sicherheit zielte, aber vor allem wegen der britischen Sabotage nicht voran und zu keinem brauchbaren Ergebnis kam. Dabei unterwarf sich die Regierung in den Haag nicht einfach den Interessen des unwillkommenen Nachbarn, den sie durch die Ereignisse des 30. Januar 1933 erhalten hatte. Das Land spielte als eine Sicherheits- und Aktionszone für Deutsche, die den faschistischen Machthabern entfliehen mussten, eine Zeit lang eine ähnlich bedeutende Rolle wie die Tschechoslowakei und die Schweiz. Dabei spielte die geographische Nähe ebenso eine Rolle wie die Nähe der Sprachen. In den Niederlanden wurde in dem berühmt gewordenen Querido-Verlag wichtige Bücher und auch Periodika der deutschen Emigration gedruckt und herausgegeben. Es genügt an die mit dem Lande verbundene antinazistische Tätigkeit von Klaus Mann zu erinnern, der hier die Zeitschrift „Die Sammlung“ herausgab, oder an Arnold Zweigs 1934 in den Niederlanden hergestelltes Buch „Bilanz der deutschen Judenheit“, eine Kampfschrift gegen den Antisemitismus und die Judenverfolgung. Die Hefte der Sammlung sind übrigens bis heute lesenswert für alle, die sich für die Geschichte der Saar in den dreißiger Jahren interessieren. In einem der Hefte des 1. Jahrgangs 1934 findet sich ein journalistischer Bericht über die Eindrücke, die bei einem Besuch des Landes vor der nahenden Abstimmung gewonnen worden waren. Er schloss mit denkwürdigen Sätzen: „Optimisten rechnen, dass das Jahr 1934 dem Dritten Reich schwere Erschütterungen bringen wird und dem Saargebiet, auch dem nationalistischen, die egoistische Besinnung oder die revolutionäre Tat. Pessimisten zeigen auf die befestigten Höhen im West und sehen das Land als Trümmerhaufen unter dem Trommelfeuer und den Giftgasen eines nahen Krieges.“ (S. 181) Die deutschen Emigranten waren, wo sie Zuflucht gefunden hatten immer auch Warner vor dem Drohendem, doch fanden sie wenig Gehör, weder in den Niederlanden noch in dem ungleich stärker bedrohten Frankreich.

Als der Zweite Weltkrieg begann, das Datum jährt sich morgen zum 50. Male, erklärten sich die Niederlande ebenso wie der belgische Nachbar für neutral und die Regierung in Berlin hatte keine Skrupel, die Zusage zu geben, sie werde diese Neutralität respektieren. Das geschah offiziell ausdrücklich noch

einmal am 27. August 1939. Diese Zusage galt bis zum 10. Mai 1940 tat sie das und keinen Tag länger. Nach dem einen Monat zuvor erfolgten Überfall auf Dänemark und Norwegen konnte dies im Grunde schon niemanden mehr überraschen. Es war für die deutsche Führung, die zivile wie die militärische, ausschließlich eine Frage der Zweckmäßigkeit, in welche Staaten sie ihre Truppen entsandte. Und diesmal, anders als 1914, sprachen die militärstrategischen Überlegungen, wie Großbritannien zu bekriegen und zu besiegen sei, dafür, die gesamte Nordseeküste in Besitz zu nehmen und vor dem Ruhrgebiet und den deutschen Nordseehäfen und -werften ein Vorfeld zu gewinnen. Der Einfall in die Niederlande war von Beginn des Krieges an im Kalkül und keine ad-hoc-Handlung. Bereits in den Plänen für den Westfeldzug, die im Oktober unter der Bezeichnung „Gelb“ ausgearbeitet und festgelegt wurden, war der Einfall in die Niederlande vorgesehen. Die Haltung der Regierung und der Bevölkerung spielte bei dieser Planung nicht die geringste Rolle.

Die deutsche Propaganda benutzte für die Rechtfertigung des Angriffs einen Vorwand, der ganz der Devise entsprach, die Hitler bereits im August vor der versammelten Generalität einbekannt hatte. Es werde ein Grund für den Kriegsbeginn geliefert werden, glaubhaft oder nicht. Der Sieger würde schließlich später nicht gefragt werden, ob er die Wahrheit gesagt oder gelogen habe. Nun also wurde wieder wie schon im September beim Überfall auf Polen wiederum ein Grund für den Überfall frei erfunden. Angeblich hätte die Regierung in den Haag mit der britischen konspiriert. Sie wolle das Land für den Krieg gegen Deutschland zur Verfügung stellen. Diese Gefahr sei abzuwenden gewesen usw. Militärisch bedeutete die Inbesitznahme des Nachbarstaates kein Problem. Seine eigene Armee, die am 28. August 1939 während der Vorkriegskrise mobilgemacht wurde, war hoffnungslos unterlegen. Dass französische oder britische Truppen zu seiner Verteidigung des Landes heranrücken würden, konnte ausgeschlossen werden. Das lag außerhalb des Planes, mit dem die beiden Mächte einem erwarteten, über Belgien geführten Angriff mit eigenen Kräften begegnen wollten. Für den Eindringling kam es darauf an, das gesamte Territorium möglichst rasch und weitgehend unzerstört in Besitz zu nehmen, namentlich die zahlreichen Brücken und Flussübergänge, von denen diejenigen über die Rheinmündungsarme die wichtigsten waren. Das gelang nach Plan. Indessen verbindet sich die Eroberung der Niederlande mit einem der ersten verheerenden Luftangriffe dieses Krieges. Er traf die Hafenstadt Rotterdam am 14. Mai 1940, als die Kapitulation bereits abzusehen war.

Sie erfolgte am 6. Kriegstag angesichts der Tatsache, dass weiterer Widerstand sinnlos war. Das Königshaus und die Regierung flohen nach Großbritannien ins Exil. Die Generalsekretäre, also die Staatssekretäre an der Spitze der Ministerien und der gesamte Beamtenapparat wurde beauftragt, die Geschäfte weiter zu führen und sich dabei auf die Normen des internationalen Kriegsrechts zu berufen. Zu denen, die in jenen Tagen auf das britische Inselreich flohen gehörte, das ist wegen seiner Einmaligkeit ein denkwürdiger Vorgang, ein deutscher Diplomat niederen Ranges. Sein Name: Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz, ein Nachkomme eines alten brandenburgischen Adelsgeschlechts. Bald nach Kriegsende veröffentlichte er in der DDR seine Memoiren unter dem Titel „Unterwegs nach Deutschland“. Nahezu überflüssig zu sagen, dass er von seiner Kaste verstoßen worden war.

Die eroberten Niederlande besetzten in den Plänen der deutschen Führung einen besonderen Platz. Wie jedes andere eroberte Gebiet sollten sie mit ihren Ressourcen vor allem der weiteren deutschen Kriegführung dienstbar gemacht werden. Diese Absicht gewann an Gewicht, als sich im Verlauf des Sommers 1940 herausstellte, dass Großbritannien nach der katastrophalen Niederlage seines französischen Hauptverbündeten nicht bereit war, zu kapitulieren und der Krieg sich in die Länge zu ziehen begann. Ausnutzung des Potentials des Landes, seiner Arbeitskräfte und Rohstoffe, seiner industriellen und insbesondere seiner Werftanlagen, das setzte voraus, dass im Lande eine dem Okkupanten in die Hände spielende Ruhe herrschte. Und dies wiederum verlangte die gewaltsame Ausschaltung aller politischen Kräfte, die auch nur verdächtig waren, dem Eindringling Widerstand zu leisten und seine Vorhaben zu sabotieren. Kombiniert wurden folglich von Anbeginn die Methoden des Terrors, die sich in erster Linie gegen die organisierte, aber nicht sehr starke niederländische Arbeiterbewegung richteten, und Maßnahmen, die der Einwohnerschaft die veränderten Verhältnisse erträglich machen und sie nicht zusätzlich gegen die deutsche Besatzung aufbringen sollten. Sie sollte sich nicht in ein Reservoir für die Kräfte des Widerstands verwandeln.

Zu den auf Beruhigung zielenden Gesten gehörte die auf einen Erlass Hitlers vom 1. Juli 1940 zurückgehende baldige Entlassung der niederländischen Kriegsgefangenen, mit Ausnahme der Berufssoldaten. Der Sinn der Maßnahme wurde an der Festlegung deutlich, es sollten zunächst 50 Prozent der Gefangenen freikommen und zwar vorwiegend diejenigen, die in der Landwirtschaft, in Bergwerken, in der Nahrungsmittel- sowie in der Bauindustrie tätig waren. Doch die erste Erfahrung, welche die Niederländer, nachdem die Waffen schwiegen, mit den deutschen Soldaten zuerst machten, wirkten nachhaltig. Sie erlebten die Ausplünderung ihres Landes, in dessen Geschäften es Waren die Menge gab, die in Deutschland bereits nicht mehr zu kaufen waren. Bert Brecht hat die Situation in seinem Gedicht „Und was bekam des Soldatenweib“ ebenso knapp wie einprägsam festgehalten. Doch das war erst der zwar demütigende, aber noch weniger schmerzhafte Anfang der Okkupationszeit.

Die Niederlande erhielten, vom ursprünglichen Besatzungsplan abweichend, nicht eine deutsche militärische Verwaltung wie Belgien und Nordfrankreich, sondern ein quasi-ziviles Besatzungsregime übergestülpt. Sie figurierten nach dem in Norwegen geschaffenen Beispiel als „Reichskommissariat der Niederlande“. Der oberste deutsche Machthaber wurde mit dem Titel eines „Reichskommissars“ Arthur Seyß-Inquart, ein österreichischer, oder wie es aktuell hieß: ostmärkischer Faschist, der beim „Führer“ hohe Wertschätzung genoss. Er war aus mehreren Gründen für diese Aufgabe frei und schien für ihre Lösung besonders geeignet. Seyß-Inquart gehörte zu jenen österreichischen Großdeutschen, die in Wien früh ihre Sympathie für Nazideutschland entdeckt und die austrofaschistische „Lösung“ abgelehnt und bekämpft hatten. Seyß-Inquart gehörte in Österreich jenem Kreis führender auf Deutschland orientierter Faschisten an, die sich gegen die 1934 vergeblich praktizierte Taktik des Putschismus wandten und einen schleichenden Weg des „Anschlusses“ bevorzugten, auf dem sie auch zum Erfolg kamen. Ins Licht der europäischen Öffentlichkeit war der Mann für kurze Zeit Anfang 1938 getreten, als er unter dem Druck der deutschen Machthaber einen Platz als Minister im Kabinett des österreichischen Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg erhielt. Den nutzte er ausschließlich dazu, die Legalität der österreichischen Hitlerfaschisten wiederherzustellen, den souveränen Staat auszuhebeln und ihn an Deutschland „anzuschließen“. Auf diesem Wege war Seyß-Inquart am 12. März 1938 für eine Stunde der selbst ernannte Bundeskanzler Österreichs geworden, was bedeutete: der Vordermann unter den Leichenträgern des ersten europäischen Staates, der ein Opfer der deutschen Aggressionslust während der Phase der friedlichen Eroberungen wurde.

Als der Anschluss erreicht war, wurde der Mann jedoch überflüssig. Den Prozess der raschesten Eingliederung des Territoriums in das dem Krieg zustrebende Regime konnte ein mit weniger Rücksichten belasteter Faschist wie Bürckel, der die saarländische Erfahrung mitbrachte, jedenfalls besser vorantreiben. Für kurze Zeit blieb Seyß-Inquart noch als Statthalter in Wien, faktisch aber liefen alle Fäden der Macht bei dem aus der Saarpfalz herbei beorderten Gauleiters zusammen. Die alsbald erfolgende Berufung von Seyß-Inquart zu einem Reichsminister ohne Geschäftsbereich war Belohnung und Trostpflaster in einem. Indessen fand sich alsbald für den offenkundig auf eine politische Karriere fixierten Mann, einen ausgebildeten und in Wien finanziell erfolgreichen Rechtsanwalt, eine andere Verwendung. Der Krieg schuf die augenblicklich.

Nach der Eroberung Polens schickte Hitler Seyß-Inquart an der Seite des „Reichsrechtsführers“ Hans Frank als stellvertretenden Generalgouverneur nach Krakau, der Stadt, die ausersehen war, Zentrum dieser ersten osteuropäischen Kolonie des deutschen Faschismus zu werden. Zwischen Oktober 1939 und Mai 1940 sammelte Seyß-Inquart dort Erfahrungen bei der Etablierung des deutschen Herrschaftsapparats in einem Lande, dessen polnische und jüdische Bevölkerung keine Hoffnung hegen konnte, aus eigener Kraft dem Zwangsregime zu entkommen. Mit zwei Reichsministern, die an die Spitze der „Regierung des Generalgouvernements“ gesetzt wurden, war fraglos eine Überbesetzung vorgenommen worden. Es kann als wahrscheinlich gelten, dass schon bei dieser merkwürdigen Entscheidung in Hitlers Kopfe war, dass für den einen seiner Paladine dieser Posten nichts anderes bedeutete, als die Gelegenheit für ein Training, das ihn auf kommende Aufgaben vorbereiten sollte. Als solches erwies sich die kurze Zeit auch, die der „Ostmärker“ in Krakau verbrachte.

Nun war die Aufgabe, die Seyß-Inquart Ende Mai 1940 übertragen erhielt, mit derjenigen in Polen zwar verwandt, aber doch nicht identisch. Das Generalgouvernement sollte in noch zu bestimmender

Zeit germanisiert werden. In den Niederlanden hatte es der Reichskommissar aber mit „Germanen“ zu tun, die anders als die Slawen im Osten, den faschistischen Rassepolitikern als blutsverwandt galten. So wenig die deutschen Machthaber aber je Polen wieder verlassen und den Nachbarstaat wieder herstellen wollen, so wenig lag es in ihren Plänen, die Niederlande eines Tages zu räumen, das Königshaus und dessen Regierung zurückkehren und die Bürger wieder frei über ihre Belange entscheiden zu lassen. Die Niederlande sollten am Ende nichts anderes werden als ein Reichsgau wie Westpreußen oder Elsass und Lothringen. Nur waren die Verhältnisse nicht so, dass dies offen ausgesprochen werden konnte, denn es war Rücksicht auf die Volksstimmung zu nehmen und die richtete sich zweifelsfrei auf die Zukunft eines von Fremdherrschaft freien Landes. Die Mehrheit der Einwohner fand am Faschismus nichts Verlockendes. Die kleine Minderheit, die sich in der am Muster der NSDAP 1931 gebildeten „Nationalsozialistischen Sammlung“ zusammengeschlossen und einen gewissen Mussert zu ihrem Führer erhoben hatte, war im Volke isoliert, verachtet und alsbald auch wegen ihrer kollaborationistischen Dienste verhasst. Mussert selbst glaubte, die deutschen Machthaber würden ihn, wie es mit Vidkun Quisling in Norwegen geschehen war, an die Spitze einer Regierung von Deutschlands Gnaden setzen. Doch schreckten die dortigen Erfahrungen bereits eher ab, als dass sie zu diesem Schritt ermutigt hätten. So beschränkte sich das Besatzungsregime darauf, auf die Mitglieder von Musserts Partei als Helfer zurückzugreifen und sie vor allem auf die lokalen und regionalen Verwaltungsposten zu setzen. Kollaborateure auch ohne das Mitgliedsbuch der Faschistenpartei fanden sich auch in den Niederlanden unter Kapitalisten, Wirtschaftsführern, auch unter Militärs und Verwaltungsbeamten. Nicht wenige von ihnen wurden das Ziel von Terroranschlägen der Widerstandskämpfer. So endete auch der frühere Chef des Generalstabes der niederländischen Armee Hendrik Alexander Seyffardt, der sich nach dem Überfall auf die UdSSR als Chef einer niederländischen Legion zur Verfügung stellte, deren Mitglieder am Krieg gegen die UdSSR teilnahmen. Mussert entging diesem Schicksal, nicht aber dem Gericht, das ihn 1945 nach der Befreiung anklagte und zum Tode verurteilte. Nein, die Niederländer, seit langem an demokratische Rechte gewöhnt, waren nicht geneigt, sie preiszugeben und auf eine Zukunft als Satellit Deutschlands zu setzen.

Zum anderen, und dies war der zweite Grund, weshalb von den Fernzielen der Eroberer besser nicht geredet wurde, wollten die deutschen Machthaber, die vom „uns aufgezwungenen Krieg“ sprachen, generell nicht vorzeitig deutlich machen, wie groß und unersättlich ihr Appetit nach Eroberungen war. Also war es besser, nicht öffentlich zu sagen, wie, um ein Wort Hitlers zu gebrauchen, das auf die UdSSR gemünzt war, der „Kuchen handlich“ verteilt werden sollte. Deshalb wurden Erörterungen über die Zukunft der Niederlande schon 1941 aus der Propagandazentrale in Berlin generell verboten. Es sollte, wies Goebbels Ende dieses Jahres an, das Thema der weiteren staatlichen Behandlung der Niederlande nicht mehr aufgegriffen werden. Da war vor Moskau die Zeit der Blitzkriege eben zu Ende gegangen und der Widerstand gegen die Eindringlinge auch in den Niederlanden deutlich im Wachsen begriffen.

Es gehört in diesen Zusammenhang und zugleich zu den Kuriosa dieses Krieges, dass Rudolf Heß, als er in Großbritannien 1941 den Besuch des britischen Lordkanzlers Simon erhielt, der von Churchill an den Ort der Gefangenschaft des ehemaligen „Stellvertreters des Führers“ gesandt worden war, sich auch zur Zukunft der Niederlande äußern sollte. Simon wollte etwas genauer wissen, was die von Heß offerierte Formel bedeuten solle, für Deutschland den Kontinent und Großbritannien das Empire. Dabei geriet der „Friedensbote“ ziemlich ins Schleudern und konnte nur beteuern, Deutschland wolle nicht alles behalten, was es bisher in seinen Besitz gebracht hätte. Dem fügte er unbeholfen hinzu, der „Führer“ habe sich auch auf sein, Heß’ Drängen hin, noch nicht zu der Frage der Zukunft der Niederlande geäußert, da er vorerst mit anderen Fragen beschäftigt gewesen sei.

In Wirklichkeit sollte Seyß-Inquart in den Niederlanden deren Anschluss langfristig vorbereiten, nur eben und anders als in Österreich konnte er sich an seinem neuen Arbeitsort dafür auf keine einzige ernstzunehmende Kraft stützen. Ebenso wichtig aber sollte werden, dass die praktische Politik der Besatzungsmacht von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr nur den Wunsch verstärkte, die Deutschen so bald wie möglich loszuwerden. Denn auf die Phase der ersten, noch regel- und ziellosen Plünderungen folgte die der systematischen Ausbeutung alles Brauchbaren, was sich in den Nieder-

landen finden oder mobilisieren ließ. Und das war nicht wenig, vor allem unter dem Gesichtswinkel der Ausweitung der Basis der deutschen Rüstungsindustrie, denkt man allein an die Produktion des Philip-Konzerns, den insbesondere die Luftwaffe in Anspruch nahm. Die Eingliederung und Mobilisierung der Arbeitskräfte und der materiellen Ressourcen des Landes in die immer stärkeren Beanspruchungen unterliegende deutsche Rüstungsproduktion bildete alsbald den Dreh- und den Angelpunkt der Okkupationspolitik. Um sie durchzusetzen, stand Seyß-Inquart direkt oder indirekt ein nach Tausenden zählender Apparat von deutschen militärischen und zivilen Beamten zur Verfügung, die sich im Lande breitmachten.

Zu den engsten Mitarbeitern des Reichskommissars gehörten vier Generalkommissare, von denen übrigens drei Österreicher waren, die einzelnen Machtbereichen vorstanden, sowie die regionalen Vertreter der Okkupationsmacht in den niederländischen Provinzen. Unter den Generalkommissaren war der für die „Sicherheit“ der wichtigste. Den Posten hatten Hitler und Himmler Hanns Albin Rauter, einem SS-Offizier im Generalsrang übertragen, der sich Höherer SS-und-Polizeiführer (HSSP) Nordost nannte. Während Seyß-Inquart in Nürnberg 1946 vom alliierten Gerichtshof zum Tode verurteilt wurde, geschah Rauter dasselbe durch ein niederländisches Gericht, das ihm im Einklang mit dem Grundsatz angeklagt hatte, dass Naziverbrecher, deren Untaten sich lokalisieren ließen, dort abgeurteilt werden sollten, wo sie gewirkt hatten. Beide Urteile wurden vollstreckt. Ungleich glimpflicher kam der dritte in diesem unheiligen Bunde der herausragenden Figuren des Besatzungsregimes davon. Der Militärbefehlshaber in den Niederlanden, General der Flieger Friedrich Christiansen, der übrigens auch Führer des Göring unterstehenden NS-Fliegerkorps gewesen war, erhielt von einem niederländischen Gericht zwar eine vieljährige Haftstrafe ausgesprochen, doch profitierte auch er davon, dass der westdeutsche Beitritt zur NATO vorbereitet wurde, der allen deutschen Militaristen zu einer Neubewertung verhalf und die Bundesrepublik zu einem Verbündeten der Niederlande machte. So gelangte Christiansen alsbald wieder auf freien Fuß. Wie seine Rolle in der frühen westdeutschen Geschichtspublizistik dargestellt wurde, sei hier nur deshalb angefügt, weil sich an einer knappen Textstelle verdeutlichen lässt, wie lang der Weg zur auch in hier Saarbrücken gezeigten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ war und warum er so lang war. In einem 1952 publizierten Buch, dessen Gegenstand, so auch der Titel, der „Opfergang der Generale und Admirale“ der Wehrmacht, der Polizei und der SS war, hieß es: „Die Holländer schickten den langjährigen deutschen Wehrmacht-Befehlshaber, General der Flieger Christiansen, eine sehr beliebte Persönlichkeit und unter den Namen ‚Krischan‘ weithin bekannt, für zwölf Jahre ins Gefängnis.“[1]

Diese Äußerung mag zu der Frage führen, was nahezu ein halbes Jahrhundert nach dieser Art, deutsche Okkupationsgeschichte zu beschweigen, unter Deutschen wirklich über das Leben der Menschen bekannt ist, die in Westeuropa unter die Herrschaft der Welteroberer geraten waren und wie die Niederländerunter ihr nahezu vier volle Jahre leben mussten. An kritischer Literatur, die darüber informiert, fehlt es inzwischen nicht. Am bekanntesten wurde, nicht zuletzt durch das „Tagebuch der Anne Frank„, welche Verbrechen an den Juden des Landes begangen wurden. Filmaufnahmen, die im Fernsehen mehrfach gezeigt wurden, haben den Moment festgehalten, da in Westerbork, dem niederländischen Vorhof von Auschwitz, ein Eisenbahntransport „abgefertigt“ wird, Aufnahmen, die verfälschend so etwas wie eine geordnete Aussiedlung vortäuschend, niemand weint, niemand bricht zusammen, niemand schreit seine Ohnmacht heraus. Es ist auch zu fragen, ob vor dem Hintergrund der grausamen Herrschaft über Bewohner in den eroberten Gebieten Ost- und Südosteuropas das Bild der deutschen Okkupationsherrschaft in Westeuropa nicht in einer Weise erscheint, die vergessen lässt, dass es sich doch nur um eine Abstufung auf der Skala der Barbarei handelte.

Nächst den politischen Widerstandskämpfern waren die Juden des Landes die von den Okkupanten am meisten verfolgten Menschen. Sie bildeten die zahlreichste Gruppe der Opfer. Nur wenige hatten, als die deutsche Wehrmacht eindrang oder später noch, sich südwärts über Belgien nach Frankreich und in die nur einen sehr relativen Schutz bietende (bis 1942) unbesetzte Zone Südfrankreichs durchschlagen können. Für die Masse begann der Leidensweg, dessen Ende zunächst nicht abzusehen war,

---

1 Josef Folttmann/Hanns Möller-Witten, Opfergang der Generale, Bernard & Graefe, 1957, S. 82.

mit der ersten antijüdischen Anordnung der Eindringlinge. Deren antijüdische Politik kopierte jene Praxis, die im Reichsgebiet seit 1933 von Stufe zu Stufe gesteigert worden war. Sie begann mit der Erfassung der jüdischen Bevölkerung, setzte sich mit ihrer Isolierung fort, richtete sich auf die Ermittlung ihres Eigentums zum Zwecke künftigen Raubes und ging über die Arisierung und Ghettoisierung weiter bis zur Deportation. In der berüchtigten Liste, die Adolf Eichmann für die Rede von Reinhard Heydrich am 20. Januar 1942 in der Wannsee-Villa zusammengestellt hatte, war unter den 11 Millionen zur Vernichtung bestimmter europäischer Juden auch die geschätzte Zahl von 160.800 Juden aufgeführt, die in den Niederlanden vermutet wurden. Tatsächlich gelangten von den 140.000 jüdischen Bewohnern des okkupierten Landes 110.000 in die Fänge der deutschen Judenjäger und ihrer Kollaborateure. 105.000 von ihnen wurden ermordet, darunter, wie das Schicksal der Anne Frank zeigt, auch Juden, die sich aus Deutschland in das Nachbarland zunächst gerettet hatten.

Mit gleicher Konsequenz und Brutalität wie die Juden wurden, und das schon vor ihnen alle verfolgt, die sich zum Widerstand formierten. In erster Linie waren das die Mitglieder der kleinen kommunistischen Partei des Landes. Die Erfahrung der deutschen Faschisten, dass sich ihnen im eigenen Lande die Kommunisten schon auf dem Wege zur Macht am entschiedensten entgegengestellt hatten, ließ sie beim Eindringen in alle fremden Länder, und dies zu Recht erwarten, dass sie auch dort auf den organisierten Widerstand der Mitglieder der Kommunistischen Parteien treffen würden. In mehreren Verhaftungswellen, gleich nach der Besetzung und dann wieder im Zusammenhang mit dem Überfall auf die UdSSR, wurden die Mitglieder der KPN ergriffen und in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager verschleppt. Nicht anders erging es den unter der Bezeichnung „Geusen“ agierenden illegalen Kämpfern für die Freiheit der Niederlande. Gegen sie fand im März 1941 der erste Gerichtsprozess statt mit 31 Todesurteilen und dem Ausspruch von insgesamt 160 Jahren Haftstrafen. Zweihundert Angehörige dieses Zusammenschlusses wurden in das KZ Buchenwald deportiert. In den Niederlanden etablierte deutsche Sondergerichte fällten während der Okkupationszeit insgesamt 2. 213 Urteile, von denen sich 762 gegen Teilnehmer an Widerstandsaktionen richteten. 112 Mal wurde die Todesstrafe verhängt. Zu denen, die auf die Nachrichten vom Widerstand in den Niederlanden für alle besetzten Gebiete die schärfsten Gegenmaßnahmen von erpresserischen Geldstrafen bis zum Mord am Galgen forderten, gehörte schon im März 1941 auch der Propagandaminister Goebbels.[2]

Im Herbst 1942 begannen die Geiselmorde und mit ihr eine zweischneidige Praxis der Terrorisierung, mit deren Anwendung gezögert wurde und die auch nach dem Urteil der Mörder den Hass und die Bereitschaft zur Gegenwehr nur noch zu steigern vermochte. Schon vor dem Beginn der Mordpraxis waren bis März 3500 Geiseln als Reaktion auf die Internierung der Deutschen in den indonesischen Kolonien der Niederlande festgesetzt worden. Und es war übrigens der schon erwähnte Fliegergeneral und Militärbefehlshaber Christiansen, der sich mit der Forderung hervortat, die Quote der Geiselerschießung hoch zu setzen und in einem Falle nicht fünf, sondern 20 bis 30 Geiseln umzubringen. Diesem Vorschlag folgte nicht einmal Seyß-Inquart.

Die Hoffnungen der Niederländer auf das Ende der Besetzung erhielten die kräftigste Nahrung durch die Landung der Alliierten in Frankreich am 6. Juni 1944. Niemand mochte da ahnen, was dem Lande in den folgenden 11 Monaten erst noch bevorstand. Zwar drangen die Alliierten nach dem Ausbruch aus der Halbinsel, auf der sie sich zuerst festgesetzt hatten, rasch ins Innere Frankreichs und nach Belgien vor. Am 3. September 1944 wurde Brüssel befreit. Doch dann kam der Angriff vor der sog. Deltastellung etwa an der Südgrenze der Niederlande zum Stehen. Der Versuch, durch den Einsatz von Luftlandetruppen voranzukommen, scheiterte. Und bis in den Mai 1945 blieben die weitesten Teile des Landes besetzt. Erst am 4. Mai 1945 unterzeichnete Generaladmiral von Friedeburg im Hauptquartier Montgomerys die Teilkapitulation der deutschen Truppen in Norddeutschland, den Niederlanden und Dänemark.

Diese Zeitspanne zwischen dem Sommerende 1944 und dem Frühjahr 1945 übertraf an Leiden für die Bevölkerung des Landes nahezu alles, was sie bis dahin hatte erdulden müssen. Am 4 September 1944

---

[2] So nach einer Nachricht von Tießler, dem Verbindungsmann des Ministeriums zum Amt „Stellvertreter des Führers“. Akten der Parteikanzlei, Mf. 77 250 f.

wurde über das Besatzungsgebiet der Ausnahmezustand verhängt. Weite und fruchtbare Gebiete des Landes, darunter die ganze Provinz Seeland wurden geflutet, um das weitere Vordringen der Alliierten zu behindern. Angesichts des drohenden Verlustes des Landes begann jedoch seine rigorose Ausraubung, die sich vor allem auf die Demontage von Produktionsmitteln richtete. Mit ihnen sollten im Reichsgebiet die Einbußen ersetzt werden, die unausgesetzt durch die Schäden eintraten, welche durch die Bombenangriffe in deutschen Industriebetrieben angerichtet wurden. Im September 1944 begann auch die Ausraubung der Philips-Werke. Von den Ergebnissen dieser Praxis zeugen Zahlen wie die folgenden: Von den 1940 im Lande vorhandenen Lastkraftwagen waren 1945 bei Kriegsende noch etwa 20.000 vorhanden, von 21.000 Binnen schiffen noch etwa 10.000. Die Zahl der Lokomotiven war auf 16, die der Güterwagen auf 2 Prozent des ursprünglichen Bestandes reduziert worden. Auch mit dem Abtransport von Eisenbahnschienen wurde begonnen. Nach dem Prinzip, dem Feinde die „lebenden Kräfte“ nicht zu überlassen, erfolgten wiederum Razzien, die dazu dienten die ihrem Arbeitseinsatz im Reichsgebiet widerstrebenden Niederländer zu ergreifen und sie noch in dieser Phase als Arbeitskräfte buchstäblich zu verschleppen. Das war in den Jahren zuvor Hunderttausenden von ihnen geschehen. Da die Werbungen immer weniger Erfolg gezeitigt hatten und viele Niederländer den Befehlen, sich zu diesen Arbeitseinsätzen zu stellen, nicht mehr nachkamen, war bereits am 29. April 1943 die deutschen Arbeitskräfte wurden als Folge der Einberufungen immer rarer, angewiesen worden, dass sich alle entlassenen niederländischen Kriegsgefangenen zu melden hätten, um nach Deutschland verbracht zu werden. Die Anordnung, die gleichzeitig auf die Schwächung der potentiellen Widerstandskräfte zielte, wurde in weiten Gebieten des Landes mit einem Streik beantwortet. Ihn schlug die Besatzungsmacht blutig nieder. Dabei wurden 95 Niederländer erschossen und gegen 80 Todesurteile gefällt, deren Vollstreckung folgte.

Der Widerstand nahm zu. Der Terror grassierte. Allein nach einem missglückten Anschlag auf den HSSPF [Höherer SS- und Polizeiführer] Rauter wurden 263 Geiseln erschossen. Unter der Beschuldigung es sei ein deutsches Militärfahrzeug beschossen worden, wurden in dem Dorf Putten am 1. Oktober 1944 7 Personen erschossen, 600 Einwohner zuerst in das KZ Amersfort und von da nach Neuengamme deportiert. Die Zahl der Überlebenden beträgt 44. Die entsetzlichsten Folgen aber hatte die Politik der Aushungerung der Bevölkerung. Auf einen Streik der Eisenbahner antwortete das Besatzungsregime mit der Unterbindung von Lebensmitteltransporten, so dass im Winter von 1944 auf 1945 weite Teile vor allem des Westens des Landes von der Zufuhr von Nahrungsmitteln abgeschnitten waren. Die Zahl der buchstäblich Verhungerten überstieg die Marke von 20.000.

Das sind die nüchternen Zahlen und Daten aus der Endphase einer Besatzungszeit, die vier Jahre dauerte und die sich dem Geschichtsgedächtnis der Niederländer tiefer eingeprägt haben als dem der Deutschen. Der Mann, der diese Politik in erster Linie zu verantworten hatte, hieß Seyß-Inquart. Über das, was unter seiner Regie angerichtet worden war, zeigte er sich vollständig unterrichtet. Er machte sich unter den Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses wenig Illusionen darüber, was ihn erwartete. Und er täuschte sich nicht. Er endete am Galgen nicht anders als Hans Frank, an dessen Seite er als einer der Hauptakteure bei der Unterdrückung fremder Völker im September 1939 zu agieren begonnen hatte,

Die deutschen Eliten und der Zweite Weltkrieg

Vortrag im Zusammenhang mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg“. Saarbrücken, 18. März 1999

Wer sich in einem aktuellen Duden darüber informieren will, wie er sich den aus dem Französischen ins Deutsche geratenen Begriff „Elite“ zu erklären hat, findet einen kurzen und knappen Hinweis auf die Wortbedeutung. Er liest „Auswahl der Besten“. Nur wenig gesprächiger war der mittlerweile nahezu ein Jahrhundert alte vielbändige Jubiläums-Brockhaus aus dem Jahre 1901. In ihm steht: „Unter der Elite einer Gesellschaft versteht man die durch Stellung, Bildung und Talent ausgezeichnetsten Glieder derselben“. Hier vermisst man sogleich das Wort „Verdienst“.

Also: die Besten, die Ausgezeichneten. Damit lässt sich, wenn von den Eliten aus der Zeit des deutschen Faschismus geredet wird, nicht eben weit kommen. Das würde nämlich – wegen der Teilnahme der Angehörigen solcher Eliten an den Untaten – auch bedeuten: die ausgezeichneten Sklavenhalter oder die besten Massenmörder. Das trifft es. Mörder geht zusammen mit skrupellos, gefühllos, bedenkenlos, gnadenlos und seelenlos, auch mit brutal und barbarisch, aber nicht mit gut – besser – am besten. Nähere Entschlüsselung scheint notwendig. Der Begriff muss gleichsam aufgebrochen werden, Zwecke und Ziele in Betracht kommen. Die für eine bestimmte Aufgabe am besten sich eignenden, weil am besten vorbereiteten und geschulten Personen oder Menschengruppen. Der positive Beiklang des Begriffs „Elite“ muss weg. Er scheint ohnehin von denen herzustammen, die sich der Elite zugehörig betrachten.

Nach 1945 hatte das Wort Elite, wenn es auf die deutschen Zustände gemünzt wurde, einen eindeutig negativen Beiklang erhalten. Von der „Elite der Nation“ waren die Deutschen binnen dreier Jahrzehnte zweimal in Verderben und Tod, in ein soziales Chaos gestürzt, das Ansehen der Deutschen aufs tiefste herabgewirtschaftet worden. Jeder der Zeitgenossen hatte sich zu fragen, was sein Anteil daran war. Die Angehörigen der Elite, um Worte, Argumente, Einfluss, Beziehungen nicht verlegen, suchten den ihren nach 1918 ebenso wie nach 1945 zu verdecken. Beide Male gelang das in den entscheidenden Nachkriegsphasen. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch nicht so vollkommen wie nach dem Ersten. Die Fragen waren drängender geworden. Die Mitsprache der Gerichte der Alliierten und die Enthüllungen aus Justizprozessen wirkten ebenso mit wie die Zweistaatlichkeit, will sagen: die Existenz der DDR, in der – wie es neuerdings akademisch heißt – nach 1945 ein „Elitenaustausch“ erfolgte.

Doch und merkwürdigerweise: erst nachdem der ostdeutsche Staat nicht mehr existierte, hat sich in den neunziger Jahren die Debatte über die Eliten von einst öffentlich entwickelt und verschärft. Das spricht dafür, dass es im Osten Deutschlands nicht einfach darum ging, soziale Umbrüche zu rechtfertigen. Nachdem die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und andere Finanzinstitute ihre Filialen in den neuen Bundesländern errichten konnten, sind sie mit Verweisen auf ihre Geschichte stärker als alle Jahre zuvor bedrängt worden. Das ist nicht leicht zu erklären. Zutage liegen hingegen die Themen und Fragen. Gefragt wird nach der Rolle von Managern der Industrie und der Banken, was freilich schon in den Nachkriegsprozessen in Nürnberg vor amerikanischen Gerichten und im Falle des Saarindustriellen Röchling vor einem französischen Gerichthof geschehen, aber dann wieder vergessen gemacht worden war. Geforscht wird nach dem Anteil von Wissenschaftlern der verschiedensten Disziplinen. Ärzteversammlungen distanzieren sich ein halbes Jahrhundert nach den verbrecherischen Ereignissen ausdrücklich von der Mitwirkung der Mediziner, bei denen manche der noch heute Praktizierenden wissend oder nicht in die Lehre gegangen waren. Im vergangenen Jahr sahen sich die Organisatoren des Historikertages in Frankfurt a. M. genötigt, zur Rolle der Theodor Schieder und Werner Conze, die nach dem Kriege in hohe akademische und organisationspolitische Ämter aufgestiegen waren, eine eigene Veranstaltung anzuberaumen. Deren inzwischen auch auf der Schwelle der Emeritierung stehende oder bereits emeritierte einstige Schüler wurden auch danach noch ausgeforscht, ob sie denn als Studenten und Doktoranden nichts bemerkt hätten. Sie sollen erklären, warum sie sich auch später nicht weiter um die Geschichte der eigenen „Zunft“ gekümmert haben. Und sie sehen sich dem Verdacht ausgesetzt, aus Opportunismus und um ihrer Karriere willen geschwiegen zu haben.

Vom Individuellen gerät das Fragen rasch ins Allgemeine und Soziale: Was haben denn diese Leute mit den braunen Flecken auf den Innenseiten ihrer gewendeten Westen in den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik bewirkt, inwieweit prägten sie die Verhältnisse und was ist von solch denk- und auch nachweisbaren Prägungen erhalten geblieben. Schließlich gerät das Nachdenken zu dem generellen und eigentlich interessierenden, weil die Gegenwart betreffenden Vergleich: Wie gestalteten sich in Nazizeiten die Beziehungen von Gesellschaft, Staat und Wissenschaft und wie verhält es sich mit diesem „Dreieck“ heute. Unter jungen Leuten, die sich wissenschaftlich ausbilden, macht sich das Bedürfnis hörbar, sich gerade darüber klarzuwerden. Sie verspüren das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik nicht selten schon gleichsam am eigenen Leibe. Sie bemerken, dass das Kommandieren der Forschung und ihre Ausrichtung durch wissenschaftswidrige Einflüsse kein Spezifikum von Diktaturen ist, sondern auch in parlamentarisch-demokratischen Staatszuständen angetroffen werden kann.

Die Frage nach der Rolle der Eliten in der deutschen Geschichte, namentlich während der Jahre zwischen 1933 und 1945, betrifft mithin keineswegs nur die Vergangenheit. Zu klären ist nicht nur: Wie und warum konnte es geschehen, sondern auch wie weit sind wir von dem Vergangenen entfernt und wie und warum könnte es wiederkehren? Über das historische Thema liegen Forschungsergebnisse seit langem vor. Um nur von der Wissenschaft zu reden: Selbstverständlich konnte keine Geschichte einer deutschen Universität in Ost oder in West geschrieben werden, ohne dass die Darstellung auf die das Regime stützende, seine verheerenden Wirkungen erst ermöglichende Rolle von Wissenschaftlern nahezu aller Disziplinen einzog. Vokabeln wie Affinität, Indienstnahme, Instrumentalisierung, Verstrickung waren allerdings den realen Zuständen ganz unangemessen und mitunter erschienen die Mittäter als Mit-Opfer.

Die erreichten Zwischenergebnisse der Forschung in kompakter Form zu präsentieren, das war die Absicht eines Vorhabens, welches gegen Ende der achtziger Jahre auf den Weg gebracht wurde. Zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs sollte eine Gemeinschaftsarbeit von Historikern der BRD und der DDR erscheinen, die sich eben diesem Gegenstand widmete und ihn bilanzierte. Es ist dahin nicht gekommen und das, weil der weitgediehenen Arbeit von Seiten des Politbüros der SED aus dummen politisch-taktischen Gründen unübersteigbare Hindernisse in den Weg gelegt wurden. So erschienen zwei gesonderte Bände, zuerst der „westliche“, dann – schon in der Phase der Agonie der DDR – auch der „östliche“. Die Titel lauten gerade gleich.

An dieses Unternehmen wird hier aus mehreren Gründen erinnert. Erstens machte es vor einem Jahrzehnt deutlich, dass Historiker verschiedener methodologischer Schulen gemeinsam zu der Ansicht gekommen waren, dass die Rolle der Eliten aufgeklärt werden müsste. Jede der beiden Gruppen wusste, dass die jeweils andere dazu durch ihre Forschungen Wertvolles beigetragen hatte. Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass die als Eliten bezeichnete Minderheit des deutschen Volkes eine besondere Verantwortung für Deutschlands Weg in den Krieg trug. Das bleibt denkwürdig, denn bis heute regiert jene Betrachtungsweise, die – um es im Sprichwort zu sagen – alle Katzen grau sein lässt, also so tut, als wäre die Landarbeiterin in einem vergessenen Dorf für das Unheil ebenso verantwortlich wie der Generalfeldmarschall an Hitlers Seite. Zweitens, weil an das Verdienst der Hauptbeteiligten erinnert werden soll, die ihr Unternehmen nicht lange überlebten – das gilt für Martin Broszat, den Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, ebenso wie für Wolfgang Schumann, den Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR, und für Ludwig Nestler, den Leiter des Dokumentationszentrums der DDR. Und drittens, weil durch die Anlage des Vorhabens bei aller durch den Forschungsstand bedingter Lückenhaftigkeit verdeutlicht wurde, wer da eigentlich gemeint ist, wenn von den „deutschen Eliten“ geredet wird. Also die Spitzen aus der Politik, der Diplomatie, der Staatsbürokratie, dem Militärwesen, den Kirchen, der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft. Sie bilden ihre Teile oder Fraktionen. Jeder oder jede von ihnen spielte eine eigene Rolle, ihre Anteile am Ganzen sind verschieden zu bemessen und zu bewerten, aber niemand könnte in einer Buchreihe ausgelassen werden, die Gruppe für Gruppe sich vornimmt und ihre Taten und Unterlassungen dokumentieren würde. Die Inangriffnahme eines solchen Projekts steht noch aus.

Der Militärelite des faschistischen Staates gehört selbstredend ein besonderer Anteil und mit ihm kommt ihr auch eine besondere schuldhafte Verantwortung an dem Kurs zum 1. September 1939 zu. Damit ist gesagt, ihre Rolle als Pfadfinder und Wegbereiter setzt nicht erst mit dem Beginn des Krieges ein. Es genügt auch nicht, ihr nur zurück bis zum 30. Januar 1933 nachzuspüren. Sie beginnt vielmehr schon in den Jahren des Ersten Weltkriegs. Dabei geht es, so viel Interesse die Biographie eines Einzelnen der führenden Militärs auch beanspruchen mag, nicht in erster Linie darum festzustellen, was der einzelne Generalfeldmarschall, General oder Generalstäbler – sie zusammen bilden die Gruppe, die als Militärelite bezeichnet werden kann – getan und gelassen hat, welchen Befehl er gab und unterzeichnete. Wesentlicher erscheint, woher diese Gruppe in die deutsche Geschichte kam, wie sie entstand und wie sie in die Lage kam, so viel Unheil in Europa und noch über dessen Grenzen hinaus anzurichten.

Diese Fragen führen in die Jahre des Krieges von 1914 bis 1918, denn die Generale und Marschälle des Zweiten waren die Offiziere des Ersten Weltkriegs gewesen. Haltung und Erfahrung aus dieser blutigen Zeit haben sich auf die spätere Rolle dieser Militärs prägend ausgewirkt und ihre Entschlüsse und Entscheidungen bestimmt, die sie auf der Karriereleiter immer höher klettern ließen. Vor Verdun, um es in einem Ortsnamen zu sagen, der für viele andere steht, haben die damals relativ jungen Kommandeure des kaiserlichen Heeres und der Kriegsflotte eine tiefe Menschenverachtung ausgebildet, nicht nur gegenüber den Soldaten der Gegner, sondern auch gegenüber denen in der eigenen, von ihnen befehligten Truppe. Deren Angehörige haben sie wieder und wieder in Feuer, Kugel und Gas gehetzt, und das auch noch zu einem Zeitpunkt, an dem ihnen klar geworden war, dass es keine Siegeschance mehr gab. Im Zeichen einer „Ermattungsstrategie“ luden sie sich Hunderte und Tausende toter Untergebener auf ihr Gewissen. Die Marineoffiziere machten mit, als die Mannschaften der deutschen Hochseeflotte noch im Herbst 1918 in einer sinnlosen Seeschlacht hingemordet werden sollten.

Davon distanzierte sich nach dem Ende des Krieges nur eine Handvoll von Offizieren, die auf die Seite der Demokratie und des Pazifismus übergingen. Die Masse hat ihre Untaten verherrlichen lassen und selbst verherrlicht, die Legende vom „Im-Felde-unbesiegt“ verbreitet und nach Revanche gedürstet. Diese Militärs waren Gegner der Republik, obwohl sie von ihr nicht schlecht behandelt, gefördert und bezahlt wurden. Sie werteten die strategischen, taktischen, technischen und organisatorischen Erfahrungen des Völkermordens aus. Sie wirkten mit der Industrie zusammen bei der Konstruktion immer vernichtenderer Waffen und befassten sich mit dem Drill des Unterführerkaders für den kommenden Krieg. Sie waren maßgeblich an der Schaffung der feindlichen Atmosphäre gegen alle Kriegsgegner und Antimilitaristen beteiligt. Es genügt an ihre Aktivitäten gegen die Aufführung von Filmen zu erinnern wie den amerikanischen „Im Westen nichts Neues“ oder den sowjetischen „Panzerkreuzer Potemkin“. Sie haben mithin ihren Anteil daran, die Republik auf die Leichenbahre zu bringen, wenn sie auch die Arbeit der Totengräber anderen überließen.

Über das Verhältnis dieser Militärs zu den neuen, den faschistischen Machthabern wurde bald nach 1945 auf dem Gebiet der Bundesrepublik in vielen Büchern eine unsinnige und verlogene Darstellung verbreitet. Die Grundlinie der Rechtfertigung bestand darin, dass es für Generale und Offiziere ja geradezu normal gewesen wäre, sich für einen Staat und dessen Regierung zu entscheiden, die für Gleichberechtigung auf dem Felde des Militärwesens und der Rüstungen eintrat. Es wurde der Eindruck erweckt, die Militärführer hätten nicht weitergedacht als bis in die Jahre 1935/1936, als die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erfolgte, Großbritannien Deutschlands nahezu die Gleichberechtigung bei den Seerüstungen zugestand und die militärische Wiederbesetzung des Rheinlandes erfolgte. Dazu seien ein paar „Unbedachtsamkeiten“ gekommen, die auf das Konto einzelner geschoben wurde. Schwierigkeiten für die Beantwortung dieser Frage ergeben sich zunächst daraus, dass es die Militärs waren, die sich 1934 nach Hindenburgs Tod sofort bereitgefunden hatten, die auf dem Wege zur Wehrmacht befindliche Reichswehr den Eid auf Hitler schwören zu lassen. Wie manches andere wurde dies allenfalls als ein fahrlässiger Irrtum hingestellt.

Als hätten die Generale der Reichswehr nicht gewusst, wohin die politische Führung und deren Programmatik steuerte. Als wären sie nicht in der Lage gewesen zu erkennen, dass Deutschland und in

der Praxis sie selbst befähigt werden sollten, die Politik mit militärischen Mitteln „fortzusetzen“, wenn sich die nichtmilitärischen erschöpft haben würden. Hitler hat einem ausgewählten Kreis von Spitzenmilitärs diesen Kurs auseinandergesetzt und fest versprochen. Das geschah am 3. Februar 1933, also am 5. Tage seiner Kanzlerschaft. Die darüber vorliegende Niederschrift gehört zu den Schlüsseldokumenten jener Zeit.

Hitlers missbrauchter Bart

Wer in diesen Tagen sich auf einer Kundgebung gegen den Krieg zusammenfindet, den die NATO gegen Serben, Montenegriner, albanische Kosovaren, Zigeuner, Ungarn und wen immer führt, der das Land an Adria und Donau bewohnt, bekommt mehr zu lesen, als er vor Ort aufnehmen kann. Kleingedrucktes und Großgeschriebenes, Vor- und Selbstgefertigtes, Originelles und Abgesehenes. Standpunkte, Hoffnungen, Erwartungen, Forderungen, Proteste werden ausgedrückt. Nicht selten leidenschaftlich, mitunter provokativ. Noch für den Nachhauseweg gibt es Denkstoff.

Keine dieser Äußerungen erregt derzeit so viel Aufregung wie ein Plakat, das mit ein paar Strichen auf einem Konterfei eine Beziehung zwischen der Politik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers und des faschistischen Reichskanzlers herstellt. Abgrenzungen von Seiten der Veranstalter und Redner folgen dann nahezu obligatorisch. Nein, sollen sie wohl besagen, so schlecht lassen wir uns den Amtierenden nicht machen. Und: bei uns wird sachlich und nicht diffamierend argumentiert.

Wer aber glaubt ernstlich, dass der eine vom Typ und Format des anderen ist? Jedoch: Darüber, was bittere und empörte Satire darf, kann weiter gestritten werden. Da sollte auch nicht ausgeschlossen bleiben, wer nichts daran findet, dass in diesem Lande Kommunisten und Sozialisten tagaus und tagein in Büchern, Artikeln und Reden gleichsam der Bart Stalins unter die Nase gehängt wird. Zu reden wäre vor allem darüber, warum sich beim entsetzten Blick nach Jugoslawien, bei Reden und Kommentaren von Bonner Politikern Bilder einstellen, die in das Jahrzwölft verweisen, das nun schon fast ein Menschenalter hinter uns liegt. Wie kommt man vom Schröder auf den Hitler? Aus Einfalt oder aus Bosheit? Oder weil historische und aktuelle Wirklichkeit diesen Gedankenweg unabweisbar aufdrängen?

1. Das Feindbild

Noch bevor die erste Bombe in Jugoslawien einschlug, wurde den Deutschen erklärt, es gäbe im Lande dort nur einen einzigen Feind, der ausgeschaltet werden müsse. Sein Name sei: Milosevic. Das war und ist eine Wiederaufführung. Doch können ihre Veranstalter darauf vertrauen, dass sich die Mehrheit der Uraufführung nicht zu erinnern vermag. Hitler hatte sich strikt an den Grundsatz gehalten, die Volksgenossen durch das einfachste aller denkbaren Feindbilder aufzuputschen. Nach kurzem Vorspiel, als im Frühjahr 1938 der österreichische Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg der Schurke war, wurde nur wenige Monate später der Regierungschef der Tschechoslowakischen Republik, Edvard Beneš, zum alleinigen Feind erklärt, der in Europa Ruhe und Frieden störe. Hasserfüllt fiel Hitler in Reden über ihn her, als handle es sich um einen persönlichen Gegner und es stünde ein Zweikampf bevor. Dann vergingen keine zwei Jahre und Churchill war das Ungeheuer. Nie richteten sich Drohungen und Kriegsmittel gegen Völker. Die angeblich blutsverwandten „Ostmärker“ liebte der Führer, die slawischen Tschechen waren ihm gleichgültig und er wollte sie gar nicht, mit den rasseverwandten Engländern suchte er sich gar verständigen. Nur war da jeweils eine Figur, der klargemacht werden musste, wer die stärkeren Bataillone besaß. Einfältiger können Geschichte und ihre Triebkräfte kaum dargestellt werden. Nicht nur die Nazischule hatte auf derlei Kost vorbereitet ...

2. Die Kriegsgründe

Wiederum schon Wochen bevor die Mörderei der NATO begann, wurde den Deutschen auseinandergesetzt, ihre Regierenden hätten gar keine andere Wahl, als notfalls auch mit kriegerischen Mitteln einzugreifen. Anders würde mitten in Europa ein kleines, nach Freiheit und Selbstbestimmung strebendes Volk vernichtet. Das ist auch eine Reprise. Das Bild, das im Nazireich 1938 vom Leben der Sudetendeutschen verbreitet wurde, war grauenvoll. Die Minderheit stehe schutzlos vor ihrer Ausrottung. In Wahrheit hatten Trupps, vom Reich aus gelenkt, nachdem die Phase zurückhaltender Forderungen nach kultureller Autonomie durchlaufen war, mit bewaffneten Provokationen gegen tschechische staatliche und andere Behörden begonnen. Die antworten. Wem Verhaftung drohte, suchte sein Heil jenseits der Grenze. Das wiederum gab das gewünschte Material für die Vorführung von schreckensgeplagten Flüchtlingen. Nach dem nämlichen Schema wurde den Deutschen ein Jahr später eröffnet, dass der Führer nicht länger der Drohung zusehen könne, dass die „Volksdeutschen“ in Po-

len ausgerottet würden, und dass er den Gräueltaten ein Ende setzen müsse. Ihm, dem durch vier Kriegsjahre erzogenen Friedensfreund werde der Krieg geradezu aufgezwungen. Alsbald ging es an das Zerteilen des geschlagenen Staates und seiner Ländereien.

3. Die Kriegsmittel

Als die NATO das Bomben begann, wurden die Deutschen glauben gemacht, es werde dieser Krieg, für den die verschiedensten verhüllenden Bezeichnungen rasch ersonnen waren, nur Tage dauern und die Lage in Jugoslawien müsste sich wandeln. Milosevic würde sich nicht an der Macht zu halten vermögen. Mit seinem Nachfolger ließe sich die ersehnte „Verständigung“ herbeiführen. Dieses Szenario war womöglich nicht nur eine Ausgeburt der Verlogenheit, sondern auch ein Irrtum. Das werden definitiv Historiker erst in späteren Jahren aufklären können. Sicher ist jedoch schon heute, dass diese Vorstellung vom Geschichtemachen aufs Haar derjenigen gleicht, der sich Hitler hingab, als er in totaler Überschätzung seiner und der Wehrmacht Mittel – Frankreich hatte gerade kapituliert – vermeinte, es genüge das Zerbomben militärischer und ziviler Ziele auf den britischen Inseln und binnen Wochen müssten über London die weißen Flaggen aufgezogen werden. Der Wunschtraum verband sich mit der Erwartung, unter dem Hagel der deutschen Bomben würde Churchill gestürzt werden und an seine Stelle ein Mann treten, der sich und Großbritannien unterwerfe. Das Gegenteil trat ein. Diejenigen Briten, die bis dahin nicht verstanden hatten, mit welchem Gegner sie es diesmal zu tun hatten, begriffen nun. Ihr Widerstandswille wuchs. Hitler vergingen die abfällig-höhnischen Reden über den Mann in Downingstreet 10.

4. Die Kriegsziele

Nein, irgendwelche eigenen Kriegsziele hätten die Deutschen in Jugoslawien nicht, wird denen versichert, die sich fragen, was nach der Wehrmacht nun die Bundeswehr auf dem Balkan eigentlich zu suchen habe. Es werde lebensbedrohten Europäern nur uneigennützig Hilfe geleistet und Freiheit und Recht errungen, die sie aus eigenen Kräften sich nicht erkämpfen könnten. So dreist argumentierten Hitler und die Nazipropaganda erst, als sie in die Klemme und die Wehrmacht auf die Rückzüge geraten war. Da entdeckten sie ihre europäische antibolschewistische Befreiungsmission. In Wirklichkeit galt den deutschen Imperialisten der Grundsatz, wer sich unserem Vorherrschaftsanspruch widersetzt, muss auf und aus dem Felde geschlagen werden. Denn: Wie Europa auszusehen hat, bestimmen wir.

Dieses Europa unterm Hakenkreuz, das seit 1940 blutig Gestalt annahm, war gewiss etwas anderes als das Europa unter der NATO-Flagge heute darstellt und künftig sein soll. Der Kontinent muss nicht mit Galgen, Konzentrations- und Vernichtungslagern überzogen werden. Es ist nicht vorgesehen, Millionen von Menschen zu vernichten und anderen nach eigenem Maß Lebensrecht zuzuteilen oder zu entziehen. Doch das Verfahren der Neuordnung am Jahrhundertende steht zum gescheiterten nicht im Verhältnis des Bruchs. Das Recht des ökonomisch, demographisch und militärisch Stärkeren wird barbarisch durchgesetzt – schließlich lässt sich doch nicht dulden, dass ein kleines Land sich dem Strom der in die NATO einrückenden Staaten seiner Umgebung verweigert und versucht, wie schon zu Hitlers und Stalins Zeiten eigene Wege zu gehen. Und dieses Recht funktioniert in den Interessengrenzen der Krupps und nicht in denen der Krauses.

Womöglich haben sich die Demonstranten mit dem provozierenden Plakat also doch mit Geschichte und Gegenwart nachdenkend beschäftigt? Und es waren nicht Hirngespinste, sondern Reden und Handlungen des Kanzlers und seines Fischers, die den Autoren die Zeichenhand führten? Ganz gelungen erschien einem der kritischen Beobachter ihr Werk nicht. Er wandte ein, es stünde dem Abgebildeten, und weil die Unterschiede doch sinnfällig gemacht werden müssten, nur die eine Hälfte des Bartes an und zu. Das eröffnet womöglich jedoch nur neuen Streit, wäre doch zu klären: Welche von beiden? Die Schwierigkeit ließe sich freilich und beispielsweise umgehen, würde im Goethejahr demonstrierend aufs Dichterwort zurückgegriffen. Gleichsam im Angebot wäre da: „Ich hasse alle Pfuscherei wie die Sünde, besonders aber die Pfuscherei in Staatsangelegenheiten, woraus für Tausende und Millionen nichts als Unheil hervorgeht.“ Ohne Kommentar ist das freilich auch wieder missverständlich.

Die frühe Geschichtsschreibung in der DDR über den Zweiten Weltkrieg

Germanistenkonferenz 1.8.1999

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bleibt das Ereignis noch immer von Legenden und Mythen umrankt. Jedoch die Reichweite der Legenden über Deutschland und die Deutschen erwies sich nach dem Jahre 1945 als ungleich kürzer als nach dem Jahre 1918. Das Ende dieses Zweiten Weltkriegs war legendenunfreundlich. An der totalen Niederlage gab es nichts zu deuteln. Auch die Aufdeckung der Verbrechen, die im Verlauf des Krieges begangen worden waren, hatte bereits vor der deutschen Kapitulation begonnen.

Zunächst besaß die Geschichtswissenschaft weder in Ost noch in West einen besonderen Anteil an der Aufhellung der Vergangenheit. Wer sich mit der Konstituierung der Geschichtswissenschaft in der DDR und namentlich mit der einsetzenden Beschäftigung mit der Geschichte des 2. Weltkriegs befasst, stößt auf das Phänomen der Ungleichzeitigkeit. Als sich DDR-Historiker mit diesem Gegenstand zu befassen beginnen, waren auf dem Feld, das sie betraten, Pflöcke bereits eingeschlagen. Die einen trugen das Zeichen von Hammer und Sichel, die anderen den Bundesadler.

Beginnen wir mit denen, die das Werk der westlichen Nachbarn waren. In der Bundesrepublik gab es zwar keine kritische Geschichtswissenschaft, wohl aber ein vollständig ausgearbeitetes Geschichtsbild über den Zweiten Weltkrieg. Bereits 1951 befanden sich auf dem Buchmarkt zwei umfängliche Darstellungen des zweiten Weltkrieges.[1] Die eine hatte der frühere General der Infanterie Kurt von Tippelskirch vorgelegt. Der Autor kannte für das Geschehene nur einen Verantwortlichen: Hitler. Er

---

[1] Bevor die erste von einem deutschen Autor verfasste Weltkriegsgeschichte in der Bundesrepublik erschien, war eine Arbeit des englischen Militärschriftstellers übersetzt worden: J. F. C. Fuller, *Der zweite Weltkrieg 1939-1945*, Wien-Stuttgart 1950. Dann folgten: (General der Infanterie und Chef der Abteilung Fremde Heere im Generalstab des Heeres) Kurt von Tippelskirch, *Geschichte des zweiten Weltkrieges*, Bonn 1951 (2. neubearbeitete Aufl. ebd., 1956), und Walter Görlitz, der als Schriftsteller zwischen 1933 und 1945 vor allem mit Biographien historischer Persönlichkeiten hervorgetreten war, mit: *Der zweite Weltkrieg 1939-1945*, 2 Bde., Stuttgart 1951, ein Jahr darauf bereits in 2. Aufl. In einem Aufsatz, der in einem der ersten Hefte der seit 1953 erscheinenden *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*" (fortan: ZfG) Berlin-Ost erschien, wurde eine die in die Einzelheiten gehenden Kritik der beiden Werke gegeben. Günter Paulus, *Zur Verfälschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges in der westdeutschen Geschichtsschreibung*. In: *ZfG*, I, 1953, H. 3, S. 445 ff. Die Zeit des Krieges behandelten auch Hermann Mau/Helmut Krausnick, *Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933-1945. Mit einem Nachwort von Peter Rassow*, Tübingen 1956. – Zum Vergleich: In der DDR wurde während der gesamten fünfziger Jahre kein Werk publiziert, das sich ausschließlich mit der Geschichte des Weltkriegs befasst hätte. Es waren auch keine Berufshistoriker, sondern kommunistische Funktionäre, die sich zuerst an Überblicksdarstellungen zur Geschichte der faschistischen Herrschaft in Deutschland wagten, um einem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen. Walter Bartel, Funktionär der KPD, Emigrant, Häftling in Buchenwald und dort Mitglied des illegalen Internationalen Lagerkomitees, veröffentlichte ein aus der Arbeit an Lehrbriefen hervorgegangenes Buch (*Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933-1945*, Berlin 1956), das auch in allgemeinbildenden Schulen verwendet wurde. Aus anderer Perspektive schrieb Otto Winzer, der Funktionär der KPD und Emigrant während der Jahre von 1949 bis 1956, als er als Chef der Privatkanzlei des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck arbeitete später wurde er Außenminister der DDR über den gleichen Zeitraum (*Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933-1945*, Berlin 1955). Das Buch war aus Vorlesungen an Bildungseinrichtungen der SED hervorgegangen und erschien 1957 in 3. Aufl. – Zwei Jahre später wurde in deutscher Übersetzung die erste Gesamtdarstellung des Krieges veröffentlicht: G. A. Deborin, *Der zweite Weltkrieg*, Berlin 1959. (Die Aufnahme des Werkes lässt sich ablesen an der Rezension Helmut Schnitters in: *Militärwesen*, IV, 1960, H. 4, S. 784 ff. Sie bietet nichts als eine Inhaltsangabe und ist typisch für die Unmöglichkeit, die Arbeit einer sowjetischen Autorität kritisch zu besprechen.) Daran orientierten sich drei Jahre später Gerhard Förster, Heinz Helmert und Helmut Schnitter, *Der Zweite Weltkrieg. Militärischer Verlauf und Chronik*, Leipzig 1962 (eine Taschenbuch-Ausgabe). Die Autoren waren erst nach dem Kriege zu Historikern ausgebildet worden. Darauf fußend veröffentlichten die gleichen Autoren zehn Jahre später *Der zweite Weltkrieg. Militärhistorischer Abriss*, Berlin 1972. Im gleichen Jahr erschien eine Quellensammlung: *Der zweite Weltkrieg. Dokumente. Ausgewählt und eingeleitet von Gerhard Förster und Olaf Groehler*, Berlin 1972. Schon vordem war in der DDR die erste Publikation erschienen, die den Krieg in einen weiteren Betrachtungswinkel nahm: Wolfgang Bleyer, Karl Drechsler, Gerhard Förster, Gerhart Hass, *Deutschland von 1939 bis 1945 (Deutschland während des zweiten Weltkrieges*), Berlin 1967 (=Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beiträge, Bd. 12). Eine überarbeitete 2. Aufl. erschien 1975. Jedoch ließ auch diese die Bereiche von Ideologie und Kultur nahezu vollständig aus.

behauptete, 1939 sei ein Krieg begonnen worden, an dem „nur eine Macht wirklich interessiert sein konnte – die Sowjet-Union“.[2]

Während der ersten zehn Jahre der Existenz der westdeutschen Staates, erschienen die Memoiren des Reichsfinanzministers der Hitlerregierung[3], des Reichswirtschaftsministers, Präsidenten der Reichsbank, und Generalbevollmächtigten für die Aufrüstung[4], des Staatssekretärs und Leiters der (Präsidial-)Kanzlei des „Führers“[5], des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt[6],des Pressechefs der Hitlerregierung[7], des obersten Führers des Reichsarbeitsdienstes[8], des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine[9], des von Kriegsbeginn bis 1942 amtierenden Generalstabschefs des Heeres[10], des vorletzten Chefs des Generalstabs[11], zweier Generalfeldmarschälle[12], eines Generaloberst der Waffen SS[13], mehrerer Generale und Generalstabsoffiziere der Wehrmacht[14], darunter die des Stabschefs der Feldmarschälle Erwin Rommel, Albert Kesselring und Gerd von Rundstedt[15], des deutschen Generals beim italieni-

---

2 Tippelskirch, *Zweiter Weltkrieg*, S. 6 u. 605.

3 Lutz Graf Schwerin von Krosigk, *Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts*, Tübingen 1951.

4 Hjalmar Schacht, *Abrechnung mit Hitler*, Hamburg 1949, ders.,*76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953.

5 Otto Meissner, *Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler*, Hamburg 1950 bereits in 3. Aufl.

6 Ernst von Weizsäcker, *Erinnerungen*, München 1950.

7 Otto Dietrich, *Zwölf Jahre mit Hitler*, München 1955.

8 („Reichsarbeitsführer) Konstantin Hierl, *Im Dienst für Deutschland 1918-1945*, 1954.

9 (Generaladmiral) Erich Raeder, *Mein Leben*, 2 Bde., Tübingen 1956/57.

10 (Generaloberst) Franz Halder, *Hitler als Feldherr. Der ehemalige Chef des Generalstabes berichtet die Wahrheit*, München 1949. (Dazu auch Peter Bor, *Gespräche mit Halder*, Wiesbaden 1950.) Bald nahmen sich Historiker und Publizisten der Biographien von Angehörigen der obersten militärischen Führungsgruppe an. Den Auftakt gab wiederum Walter Görlitz, *Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe und Dokumente des Chefs OKW*, 1961.

11 (Generaloberst) Heinz Guderian, *Erinnerungen eines Soldaten*, Heidelberg 1951. Vordem: ders., *Kann Europa verteidigt werden?* Göttingen 1950. Nach Guderians Tode im Jahre 1954 erschien*: Panzer marsch! Aus dem Nachlass des Schöpfers der deutschen Panzerwaffe.* Bearbeitet von Oskar Munzel, München 1956.

12 Erich von Manstein, *Verlorene Siege*. Bonn 1955. Das Buch gehörte zu dem am weitesten verbreiteten und erlebte 1964 seine 8., 1991 seine 12. Aufl. Ders., *Erinnerungen*, Bonn 1959. Albert Kesselring, *Soldat bis zum letzten Tag*, Bonn 1953. Ders., *Gedanken zum zweiten Weltkrieg*, Bonn 1955.

13 Paul Hausser, *Waffen-SS im Einsatz*, Göttingen 1953 (im gleichen Jahr bereits in 7. Aufl.).

14 B. von Lossberg, *Im Wehrmachtsführungsstab. Bericht eines Generalstabsoffiziers*, Hamburg 1949, 1950 in 2. Aufl. (Generaloberst) Lothar Rendulic, *Gekämpft, gesiegt, geschlagen*, Wels Heidelberg 1952, 1949, ders., *Gefährliche Grenzen der Politik*, Salzburg 1954. Unter den Memoirenschreibern gab sich der promovierte Rendulic, einer der von Hitler bis zum Kriegsende hochgeschätzten und von Schlachtfeld zu Schlachtfeld kommandierten Heerführer, der besondere Verantwortung für das Aushalten bis „fünf Minuten nach zwölf“ trug, als Geschichtsphilosoph. Rendulic war auch ein maßgeblicher Mitarbeiter am *Weltkrieg 1939-1945. Ehrenbuch der deutschen Wehrmacht. Den Gefallenen zur Ehre, den Lebenden zur Erinnerung. In Gemeinschaftsarbeit auf Grund persönlicher Kenntnis aller Kriegsschauplätze hrsg*., Stuttgart 1954. In dessen Einleitung schrieb er militärisch knapp: „Die Wurzeln des zweiten Weltkrieges liegen im Diktat von Versailles.“ (S. XV) und in dessen Nachwort benannte er als Ursachen für den verlorenen Krieg drei Faktoren: die Fehler der Obersten Führung, die falsche Entwicklung der Luftwaffe und die unrichtige Verwendung der Volkskraft. Unter letzteren verstand er die nach seiner Meinung ungenügende Konsequenz bei der Mobilisierung aller Männer für das Heer. (S. VII des Nachworts). (General) Hans Speidel, *Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal*, Tübingen 1949, 1950 bereits in dritter Aufl. und wieder als Ullstein-Buch Frankfurt a. M. 1974, (General) Adolf Heusinger, *Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923-1945*, Tübingen 1950, (General) Otto Lasch, *So fiel Königsberg. Kampf und Untergang von Ostpreußens Hauptstadt*, München 1958, 1961 in 3. Aufl. (Der Autor war der letzte Kommandant der zur Festung erklärten Stadt Königsberg gewesen und hatte am 9. April 1945 mit den Resten seiner Truppen kapituliert und sich in Gefangenschaft begeben. Daraufhin war er in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, was der Bericht des OKW bekanntgab. Zu tieferen Einsichten gelangte der General jedoch nicht. Er heroisierte in der Einleitung des Bandes die 1941 erreichten Anfangserfolge der Wehrmacht und insbesondere die Eroberung Rigas, an der er als Oberst teilgenommen hatte.)

15 Siegfried Westphal, *Heer in Fesseln. Aus den Papieren des Stabschefs von Rommel, Kesselring und Rundstedt*, Bonn 1950. Das Buch des nach dem Kriege (1955) als Abteilungsleiter in der Ruhrstahl AG beschäftigten Autors erlebte englische, amerikanische und spanische Ausgaben. Westphal verfocht unter Berufung auf Thomas Carlyle die These, der Soldat hätte zu gehorchen und nicht zu fragen und verband sie mit einer Darstellung, der zufolge sich um die Wehrmacht „die Fesseln der Unfreiheit“ eng gelegt hätten. S. 8. Er kam nicht umhin, Untaten der Wehrmacht, die er im Einzelnen nicht benannte, zu erwähnen, schrieb sie jedoch Kriminellen zu, die unver-

schen Hauptquartier[16], des deutsche Generals beim finnischen Oberkommando[17], des Leiters der Kriegsgeschichtlichen Abteilung der Kriegsmarine[18], des Chefadjutanten der Wehrmacht bei Hitler in den Vorkriegsjahren[19], des Adjutanten der Kriegsmarine im „Führerhauptquartier“[20], des höchstdekorierten Offiziers der Wehrmacht[21], des zum Kriegshelden stilisierten und bis zum General beförderten Jagdfliegers[22], des Leiters des Auslandsnachrichtendienstes des Reichssicherheitshauptamtes[23], des Chefdolmetschers des Auswärtigen Amtes[24] und von Diplomaten, die unter anderem in London[25], Rom[26], der Schweiz[27], im okkupierten Frankreich[28], der Sowjetunion[29], in Finnland[30], in der Berliner Zentrale[31] des Auswärtigen Amtes und im Reichsministerium für die besetzten Ostge-

---

meidlich in ein derartiges Massenheer eindringen würden und nicht nur als einfache Soldaten. Es sei, hieß es in bezeichnender Wortwahl, die „dem Nationalsozialismus eigentümliche Rücksichtslosigkeit gegenüber anderen Völkern“ nicht ohne Auswirkungen auf die deutsche Mentalität geblieben. Insgesamt aber habe der deutsche Soldat „seinen alten Ruf“ behalten. (S. 26)

16 (General und Militärattaché in der Botschaft in Rom) Enno von Rintelen, *Mussolini als Bundesgenosse. Erinnerungen des deutschen Militärattachés in Rom 1936-1943*, 1951.

17 Waldemar Erfurth, *Die Geschichte des deutschen Generalstabes von 1918-1945*, Göttingen 1957 (= *Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung*, Bd. 1). Die Publikation nimmt unter den hier aufgereihten eine Sonderstellung ein. Erfurth, der zeitweilig als Oberquartiermeister V Leiter der kriegsgeschichtlichen Abteilung gewesen war, schrieb keine Memoiren, sondern im eigentlichen Sinne als ein versierter Militärhistoriker. Zur Kritik von DDR-Seite s. die Rezension von Helmut Schnitter in: *ZfG*, VII, 1959, H. 3, S. 687 ff.

18 (Vizeadmiral) Kurt Assmann, *Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte*, Wiesbaden 1950. Assmann hatte in den dreißiger und vierziger Jahren das Amtliche Seekriegswerk zur Geschichte des Ersten Weltkrieges (6 Bde.) herausgegeben.

19 (General) Friedrich Hoßbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938*, Wolfenbüttel 1949, Göttingen 1965 in 2. Aufl. Ders., *Die Schlacht um Ostpreußen (1944-1945)*, Überlingen 1951, mit den Erinnerungen des Generals aus der Endphase des Krieges, als er die 4. Armee kommandiert hatte. Vor diesen Publikationen hatte der einstige Wehrmachtsadjutant bei Hitler das Rechtfertigungsbedürfnis der Militärführer in einer kleineren Schrift bereits auf den Punkt gebracht, der er den Titel gab: *Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1948 Der schmale Band war ein Vorabdruck von Hoßbachs Erinnerungen und lobte die Leistungen der deutschen Soldaten, die das Vaterland über alles gestellt und ihre Pflicht erfüllt hätten. Hoßbach bezeichnete es als seine Schuld, dass er den Grad der Meinungsverschiedenheiten, der am 5. November 1937 während der Besprechung der kriegerischen Vorhaben zwischen Hitler und Göring einerseits und den Führern des Heeres andererseits deutlich geworden sei, in der von ihm in seiner damaligen Eigenschaft als Wehrmachtsadjutant bei Hitler angefertigten Niederschrift nicht angemessen festgehalten habe. Diese von der Forschung nicht überprüfbare Darstellung lag selbstredend im Interesse der Beteiligten und unterbaute die These von den friedenswilligen Militärs.

20 (Konteradmiral) Karl Jesko von Puttkammer, *Die unheimliche See. Hitler und die Kriegsmarine* Wien 1952 (= *Dokumente zur Zeitgeschichte*, 2).

21 (Oberst der Luftwaffe) Hans Ulrich Rudel, *Trotzdem*, Bad Ischl 1951.

22 (General) Adolf Galland, *Die Ersten und die Letzten. Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 1953.

23 (SS-Obersturmführer) Walter Schellenberg, *Memoiren*, Köln 1956.

24 (Gesandter) Paul Otto Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-.1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas*, Bonn 1949.

25 Freiherr Geyr von Schweppenburg, *Erinnerungen eines Militärattachés London 1933-1937*, Stuttgart 1949. Als General kommandierte der Autor im Kriege unter anderem 1944 einen Panzerverband, der bei dem Versuch scheiterte, die aus ihrem Brückenkopf ins Landesinnere Frankreichs vordringenden Truppen der Alliierten zu stoppen.

26 (Botschafter in Rom und Fasano/Oberitalien) Rudolf Rahn, *Ruheloses Leben*, Düsseldorf 1949. (General, Militärattaché und seit 1940 zugleich deutscher General im italienischen Hauptquartier) Enno von Rintelen, *Mussolini als Bundesgenosse. Erinnerungen des deutschen Militärattachés in Rom 1936-1943*, 1951.

27 (Vizekonsul, Abwehrbeauftragter beim Deutschen Generalkonsulat in Zürich) Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, 2 Bde., Hamburg 1946 und dann in weiteren Auflagen.

28 (Beauftragter des Auswärtigen Amte beim Militärbefehlshaber in Paris u. Botschafter bei der Vichy-Regierung) Otto Abetz, *Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik*, 1951.

29 (Legationsrat) Gustav Hilger, *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen. Erinnerungen eines Diplomaten 1918-1941*, Frankfurt a. M. 1956. Hilger hatte seine Memoiren in den USA geschrieben. Dort: ders./ Alfred G. Meyer, *The incompatible Allies. A Memory-History of German-Soviet Relations*, New York 1953.

30 Wipert von Blücher, *Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie, Erinnerungen aus den Jahren 1935-44*, Wiesbaden 1951.

31 (Zuletzt im persönlichen Stab des Reichsaußenministers, vordem seit dessen Gründung im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete) Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin 1929-1945*, Bonn 1950 und (Legationsrat und Chef im Ministerbüro des Auswärtigen Amtes, dann 1941-1943 Gesandter in Tokio, anschließend bis 1945 in Nanking) Erich

biete[32] gewirkt hatten. Zudem lagen aus der Feder von Militärs der Wehrmacht mehr oder weniger stark autobiographisch gehaltene Darstellungen des U-Bootkrieges[33], des Krieges in Nordafrika[34], des Krieges in Finnland[35], der Geschichte der sog. Lapplandarmee[36], des Luftkrieges, über den bereits mehrere Bücher vorlagen[37] und des Seekriegs[38] vor, zudem Analysen einzelner Kriegshandlungen[39] und Feldzüge[40]. Diese Aufzählung ist unvollständig.[41]

Das Bild vom „unbefleckten Schild" der Wehrmacht, schreibt ein Kenner der Materie, sei in der Bundesrepublik jahrzehntelang ungemein erfolgreich inszeniert worden.[42] Es lag auf diesem Wege, dass in einer Debatte des Deutschen Bundestages am 17. September 1952 gefordert wurde, „das Wort ‚Kriegsverbrecher' allgemein zu vermeiden; es sind ja im Wesentlichen keine Verbrecher, sondern unschuldig Verurteilte."[43] 1954 erschien ein *Ehrenbuch der deutschen Wehrmacht*, dessen Grad von unverfrorenem Umgang mit der Geschichte schon an dessen Bebilderung erkennbar wird. Eine darin gedruckte Propaganda-Fotografie zeigt beispielsweise einen Wehrmachtssanitäter, der einem sowjetischen Kriegsgefangenen einen Verband anlegt.

Die Ungleichzeitigkeit der Herausbildung der Weltkrieg-II-Historiographie im west- und im ostdeutschen Staat war eine Ursache dafür, dass die DDR-Geschichtsschreibung an ihrem Beginn vor allem durch Polemik geprägt wurde. Eigene detaillierte Forschungsresultate hatte sie diesem Geflecht aus Irrtümern, halben Wahrheiten und ganzen Lügen anfänglich kaum entgegenzusetzen. Die Phase der Kärrnerarbeit stand ihr noch bevor. Erst „seit den sechziger Jahren gewann im Zuge der Modernisierung der DDR-Gesellschaft ihre Geschichtswissenschaft an Professionalität und internationaler Anerkennung", so lautet das Urteil eines westdeutschen Historikers, abgegeben 1991 auf einer wissen-

---

Kordt, *Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches.* Hrsg. unter Mitwirkung von Karl Heinz Abshagen, Stuttgart 1947, 1948 2. Aufl. Ders., *Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928-1945*, Stuttgart 1950, (Sonderbeauftragten für die Wirtschaftsfragen im „Südosten") Hermann Neubacher, *Sonderauftrag Südost 1940-1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten,* Göttingen 1956.

32 Otto Bräutigam, *Überblick über die besetzten Ostgebiete während des Zweiten Weltkriegs*, Tübingen 1954 (= Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen, 3). Der Autor war im Range eines Hauptmanns Verbindungsoffizier des Auswärtigen Amtes im Oberkommando des Heeres und wechselte von da, nachdem weite Gebiete der UdSSR erobert worden waren, in das Reichsministerium unter Alfred Rosenbergs Leitung, wo er in der Hauptabteilung Politik die Abteilung Allgemeine Politik leitete. Die Darstellung wurde mit dem Anspruch vorgelegt, einen Überblick über Rolle und die Tätigkeit des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete zu geben, gibt dessen Mitarbeiter aber vor allem als Gegner des mörderischen Terrors gegen die Bevölkerung aus. Das Wort „Jude" taucht in den mehr als 150 Zwischenüberschriften nicht ein einziges Mal auf.

33 Frank Wolfgang, *Die Wölfe und der Admiral. U-Boote im Kampfeinsatz. Triumph und Tragik*, Oldenburg 1953.

34 Hans Gerd Freiherr von Esebeck, *Afrikanische Schicksalsjahre. Geschichte des deutschen Afrikakorps unter Rommel,* Wiesbaden 1949. Dessen Darstellung und die Glorifizierung der Rolle Rommels als des ritterlichen Generals schienen besonders geeignet, die massenhaften Tatsachen einer Kriegführung ohne Moral zu verstellen. Früh und dann alsbald in mehreren Auflagen erschien: Erwin Rommel/Lucie-Maria Rommel, *Krieg ohne Hass,* Heidenheim 1950, bereits in 3. Aufl.

35 Waldemar, Erfurth, *Der finnische Krieg,* Wiesbaden 1950. Der Autor war als General bereits vor dem Beginn des Überfalls auf die UdSSR am 13. Juni 1941 zum finnischen Oberkommando abgeordnet worden.

36 Hermann Hölter, *Armee in der Arktis. Die Operationen der deutschen Lappland-Armee*, Nauheim 1953.

37 Werner Baumbach, *Zu spät? Aufstieg und Untergang der deutschen Luftwaffe*, München 1950 und Georg W. Feuchter, *Geschichte des Luftkrieges*, Bonn 1954.

38 Friedrich Ruge, *Der Seekrieg 1939-1945*, Stuttgart 1954, 1962 in 3. erweiterter Aufl.

39 Alfred Philippi, *Das Pripjetproblem*, Darmstadt 1956 (russ. Moskau 1959).

40 Hans Doerr, *Der Feldzug nach Stalingrad*, Darmstadt 1955.

41 S. auch Friedrich Gerstenberger, *Strategische Erinnerungen. Die Memoiren deutscher Offiziere.* In*: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*. Hrsg. von Hannes Heer und Klaus Naumann, Hamburg 1995, S. 620 ff.

42 Wolfram Wette, *Befreiung von der Wehrmacht. Die letzte große Legende der Nazizeit fällt,* In: Helmut Donat/Arnst Strohmeyer: *Befreiung von der Wehrmacht?* Bremen 1997, S. 21.

43 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode, Stenografische Berichte*, Bd. 13, S. 10505.

schaftlichen Konferenz in den USA[44], dem sich zustimmen lässt und allenfalls ein Hinweis auf wenige in das Ende der fünfziger Jahre zu datierende Vorläufer hinzuzusetzen wäre.[45]

„Modernisierung" – das ließe sich freilich entschlüsseln. Sie war das Ergebnis des nun mit eigenen Forschungen hervortretenden Kreises junger Wissenschaftler, die ihre Ausbildung an den Universitäten erst nach 1945 und zumeist als Folge der Brechung des Bildungsprivilegs hatten beginnen können. Diese DDR-Historiker begaben sich gleichsam, das war auch ihr Selbstverständnis auf ein Gefechtsfeld. Sie taten das in Gemeinschaft vor allem mit Historikern der UdSSR – und das führt zur zweiten ihrer Entstehungsbedingungen – mit Verbündeten also, die sich aus der dogmatischen Erstarrung des geschichtswissenschaftlichen Denkens nicht gelöst hatten. Auch diese Historiographie kannte eine Anzahl von Tabus[46], die augenblicklich und auf Jahrzehnte hinaus für die DDR-Historiker Verbindlichkeit gewannen. Sie betrafen vor allem die Außenpolitik der UdSSR zwischen August 1939 und Juni 1941 und viele Einzelheiten der Kriegsgeschichte. Nicht weniger wichtig wurden für die Geschichtswissenschaft der DDR Urteile, die sich insbesondere die in der UdSSR lebenden Exilpolitiker der Kommunistischen Partei Deutschlands über Faschismus und Krieg gebildet hatten. Sie galten nicht als überprüfungsbedürftig und diskussionsfähig. Jedoch und heute meist vergessenes existierten im Konstituierungsprozess der DDR-Historiographie auch ihr Anliegen begünstigende Faktoren. Zu ihnen gehörte, dass an der Spitze von Staat und Gesellschaft Personen standen, die eine kritische Abrechnung mit der „braunen" Vergangenheit anstrebten. Kräfte, die ihre verbrecherische Rolle leugneten, besaßen auf die Formulierung von Forschungsaufgaben keinen Einfluss. Das Klima wurde von dem Bestreben bestimmt, aus den Weltkriegserfahrungen alle irgend gewinnbaren Lehren für Friedenszwecke abzuleiten.

---

44 Christoph Kleßmann, *Das Problem der doppelten „Vergangenheitsbewältigung" in der früheren DDR*. In: Rainer Eckart u. a., *Krise-Umbruch-Neubeginn*, a. a. O., S. 277.

45 Hingegen fehlte es den erfahrenen Historikern der älteren Generation in der Bundesrepublik nicht an Professionalität, aber an der Bereitschaft, sie für eine kritische (und in vielen Fällen hätte das auch bedeuten müssen: selbstkritische) Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg einzusetzen. Erst gegen Ende der fünfziger und am Beginn der sechziger Jahre begann eine jüngere Generation von Historikern, sich systematisch mit den Tatsachen zu befassen, Dokumente zu publizieren und zu kommentieren und – freilich – ohne eine Aufsehen machende Konfrontation mit den Verfälschungen und deren Urhebern zu suchen, Prinzipien wissenschaftlicher Methodik auf die Weltkrieg-II-Forschung anzuwenden. (Hans Adolf Jacobsen, *Der Zweite Weltkrieg. Chronik und Dokumente*, Darmstadt 1959.) Über die gesellschaftliche Lang- und Kurzzeitwirkung dieser Forscherarbeit, die von vielen Beteiligten zu hohem internationalem Ansehen geführt wurde, ist ins Nachdenken gekommen, die Auseinandersetzungen um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" verfolgt hat. Es scheint, dass das in vier Jahrzehnten erreichte Niveau der wissenschaftlichen Erkenntnisse über Deutschland und die Deutschen im Zweiten Weltkrieg und das aktuelle allgemeine Geschichtsbild darüber erheblich weiter auseinanderklaffen als auf jedem anderen Gebiet der neuesten Geschichte. Dazu dürfte beigetragen haben, dass über Jahrzehnte im Zeichen des „Pluralismus" von Sichten, Meinungen und Urteilen das geschönte oder glatt verlogene Bild von Krieg und Wehrmacht mit einem zumindest partiell und dann zunehmend kritischen friedlich koexistierte.

46 Da die Tabuisierung von Fragen an die Geschichte mitunter als ein Spezifikum der DDR und generell der „realsozialistischen" Gesellschaften dargestellt wird, sei hier verwiesen auf: Klaus Naumann, *Wenn ein Tabu bricht. Die Wehrmachtausstellung in der Bundesrepublik*. In: *Mittelweg 36*, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 1996, H. 1, S. 11 ff.

Die frühesten Anfänge der Arbeit über den Zweiten Weltkrieg und dessen Vorgeschichte verbinden sich mit zwei internationalen Konferenzen, die 1957 in Leipzig[47] und 1959 in Berlin[48] jeweils von der gemeinsamen Historiker-Kommission der DDR und der UdSSR veranstaltet wurden. Bei der Gelegenheit betrat die Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland gleichsam sichtbar die Bühne nationaler und internationaler Auseinandersetzungen. Durchmustert man die Themen der Hauptbeiträge der Konferenzen, so springt sogleich ins Auge, dass die Art und Weise, in der von Historikern in der UdSSR Fragen an die Geschichte gestellt wurden, prägend wirkte. Der Charakter eines Prozesses, die Rolle einer sozialen Klasse oder politischen Gruppe, die Periodisierung einer Entwicklung, die Bedeutung eines Ereignisses wurden in das Zentrum gestellt. Darstellung und Wertung bewegten sich häufig in krassem Missverhältnis. Theoretische Erörterungen, welchen Tief- oder Flachgang sie auch immer besitzen mochten, überwucherten die ärmliche faktische Rekonstruktion. Spürbar waren das Missverhältnis von Verallgemeinerung und Differenzierung, die erstarrte Sichtweise auf die Rolle der Führer und der Volksmassen, die vollständige Kritiklosigkeit gegenüber der Politik der KPdSU und des sowjetischen Staates, das jongleurartige Hantieren mit Begriffen wie Fortschritt und Reaktion, Gesetz und Gesetzmäßigkeit u. a. Vor allem aber litt diese Arbeit unter der – in die DDR nicht nur importierten – Selbstgewissheit, im Besitze der Wahrheit, zumindest aber aller Schlüssel zu ihrer Pforte zu sein.

Diese verkürzte Charakterisierung mündet in die Frage, ob die jungen und am Beginn ihrer wissenschaftlichen Arbeit stehenden Weltkrieg-II-Forscher in der DDR nicht denkbar schlechte Lehrmeister hatten? Doch bei aller Vereinfachung und Vergröberung: das Marxsche Erbe war nicht gänzlich verschüttet. Und es wirkten gegenüber der erwähnten Schulung korrigierende Einflüsse. Zum einen stammten die Hochschullehrer dieser Generation noch aus dem Kreis der bürgerlichen Historiker-Elite. Eine ganz andere Gruppe von Lehrern bildeten Nazigegner, die ihre wissenschaftlichen Erfah-

---

47 Diese Konferenz befasste sich mit zwei Themen. Das erste galt aus Anlass ihres 40. Jahrestages der Oktoberrevolution und deren Wirkungen auf Deutschland. (Dazu s. die spätere, freilich ganz zeitverhaftete, den Forschungsstand im Detail referierende Bewertung durch Walter Schmidt, *Der 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR.* In: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 20, Berlin 1979, S. 203 ff.) Das zweite Thema galt den „wichtigsten Richtungen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg" und war mithin ausschließlich polemisch angelegt. Die Konferenzbeiträge wurden von der Kommission herausgegeben: *Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957* in zwei Bdn., von denen der zweite unser Thema behandelte (Berlin 1958). Die drei Hauptreferate hielten Leo Stern, *Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg*, P.A. Shilin, *Die Rolle der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg in der bürgerlichen Geschichtsschreibung* und D. J. Melnikow, *Die Ursachen für die Niederlage Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg in der westdeutschen Geschichtsliteratur*. Daran anschließend befassten sich drei Arbeitskreise mit (1.) der Vorbereitung (2.) dem Verlauf und (3.) dem antifaschistischen Widerstand jeweils wiederum unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit der „bürgerlichen Geschichtsschreibung". Die drei Hauptreferate erschienen (mit leicht veränderten Titeln) gemeinsam mit weiteren Konferenzbeiträgen auch in der Ausgabe: *Der zweite Weltkrieg 1939-1945. Wirklichkeit und Fälschung*, hrsg. von der deutschen Sektion der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, Berlin 1959 (= Schriftenreihe: *Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg*, hrsg. Leo Stern u. a.) im gleichen Jahr in mehreren Auflagen.

48 Das Generalthema der Konferenz lautete „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg". So auch der Titel des Protokolls (5 Bde., Berlin 1960-1962). Doch waren seine 8 Hauptreferate ihm nicht durchweg zugeordnet. E. A. Boltin befasste sich mit Entstehungsgeschichte und „politischem Charakter" des Krieges; s. auch ders., *Über den Stand und einige Probleme der Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion.* In: ZfG, VI, 1958, H. 5, S. 990 f. Weitere sowjetische Beiträge galten der Rolle der UdSSR und der Bilanz des Krieges. Leo Stern referierte über die *Gesetzmäßigkeit der Niederlage des deutschen Imperialismus in den beiden Weltkriegen*. Dem eigentlichen Thema wandte sich von den sowjetischen Teilnehmern nur A.S. Jerusalimski zu, der über *Die Ideologie des deutschen Imperialismus eine Ideologie des Krieges* sprach. (Zur Person des sowjetischen Gelehrten s. Erika Stoecker, *Leben und Wirken A. S. Jerusasalimskis. Ein Beitrag zur Geschichte der Beziehungen zwischen den Historikern der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion.* Diss.-Phil., Humboldt-Universität Berlin 1974 u. dies., *A. S. Jerusalimski, deutsche Geschichte im Leben eines sowjetischen Historikers und Kommunisten*.) J. Zukertort, ehemals Wehrmachtsbefehlshaber im Generalsrang, setzte sich mit der *Legende vom Präventivkrieg*" gegen die UdSSR auseinander. In den sich thematisch anschließenden Arbeitskreisen kamen mit quellenfundierten Beiträgen eine Reihe von jüngeren Historikern zu Wort, deren Namen sich später mit anerkannten Leistungen der Geschichtswissenschaft der DDR verbanden (Hans Radandt, Wolfgang Schumann, Joachim Petzold). Die Weltkrieg-II-Forschung blieb in der DDR weitgehend eine Sache von Forschern. In einschlägigen Publikationslisten finden sich Historikerinnen nur selten. In Berlin sprach 1959 Marion Einhorn, eine aus Großbritannien zurückgekehrte Emigrantin jüdischer Herkunft, über ihr spezielles Forschungsthema, die Rolle Spaniens bei der Aufrüstung der deutschen Kriegsflotte.

rungen, nachdem sie aus Deutschland vertrieben worden waren, in vieler Herren Länder angereichert hatten, Alfred Meusel[49] und Jürgen Kuczynski in Großbritannien, Albert Schreiner[50] in Frankreich und den USA, Hermann Duncker[51] in mehreren europäischen Staaten und in den USA, Ernst Engelberg in der Türkei usw.

Seit dem Ausgang der fünfziger Jahre zeichneten sich einige bevorzugte Felder der Forschung zum Weltkrieg II in der DDR-Historiographie ab. Erstens: die Beschäftigung mit der Vorgeschichte des Krieges und insbesondere mit den Kräften, welche die Kapitulation des 11. November 1918 nur als einen Waffenstillstand betrachtet hatten. In diesem Zusammenhang wurden Kriegszielvorstellungen erforscht, die in strategischen Abteilungen von Reichsbehörden und in den Führungsetagen deutscher Konzerne und Industriellenverbände gehegt worden waren. Dem Thema sind mehrere Dokumentenbände gewidmet. In ihnen schlug sich der Ertrag von Forschungen zur Geschichte von Industrie- und Bankkonzernen nieder, des Mansfeld-Konzerns[52], des Zeiss-Konzerns[53], des IG Farben[54] Trusts, von Konzernen der Zementindustrie.

Zweitens: Ein früh aufgenommenes Thema bildeten die während der Jahre der Okkupation begangenen Verbrechen an der Bevölkerung weitester Teile Europas. Dabei stand die Geschichte der unmittelbaren Nachbarn der DDR, der Tschechoslowakei und Polens, anfänglich deutlich im Vordergrund.[55] Das unerschöpfliche Thema führte Jahrzehnte später zur einzigen DDR-Publikation zur neuesten Geschichte, die den Kahlschlag des Jahres 1990 überdauerte. Die achtbändige Dokumentenreihe *Europa unterm Hakenkreuz* deren erster Band[56] 1988 erschien, wurde vom Bundesarchiv herausgegeben. [57] In diesen Zusammenhang gehört als ein Sonderfall der Konfrontation mit dem Antislawentum die früh einsetzende Arbeit des Instituts für sorbische Volksforschung in Bautzen.[58]

Unverwechselbar war die DDR-Geschichtsschreibung nicht minder im Unzulänglichen und Negativen. Vor allem gilt das für die Erforschung der Geschichte der Volksmassen. Es haperte schon bei der Beschreibung des Tatsächlichen. Kritische Aussagen blieben allgemein. In ihrer Allgemeinheit entbehrten sie jeder Herausforderung. In die Verweigerung, das Thema aufzunehmen, spielten viele Gründe hinein. Die Marxisten waren über Georgi Plechanows Studien nicht hinausgelangt. Auch in diesem Punkte stagnierte das historisch-materialistische Denken nicht nur. Es verkümmerte unter dem Diktat des Personenkultes bis zur Unkenntlichkeit. Rund ein Jahrzehnt nach dem Kriegsende

---

49 Horst Haun, *Alfred Meusel*, a. a. O., 149 ff.

50 Joachim Petzold, *Albert Schreiner*, a. a. O., S. 280 ff.

51 Heinz Deutschland, *Hermann Duncker*, a. a. O.

52 Hans Radandt, *Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld*, Berlin 1957, Wolfgang Jonas, *Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924-1945*, Berlin 1957 u. ders. *Erlebnisberichte der Mansfeld-Kumpel*, Berlin 1957. Es handelt sich um die ersten drei Bände der Reihe: *Geschichte der Fabriken und Werke*. Der letztgenannte Band wurde in einer Rezension mit den üblichen ideologischen Angriffen attackiert. Die Kritik ließ Schwierigkeiten erkennen, sich auf die Methode der oral history einzulassen und das Verhalten von Arbeitern in der kapitalistischen Gesellschaft vorurteilslos zu erfassen. S. *ZfG*, VII, 1959, H. 2, S. 401 ff.

53 Wolfgang Schumanns Aufsatz, *Die Beteiligung des Zeiß-Konzerns an der Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges.* In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena*, 1959, H. 2/3, S. 305 ff. war ein Vorbote der Gemeinschaftsarbeit, aus der eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Zeiß-Werkes und des gleichnamigen transnationalen Großunternehmens hervorging: *Carl Zeiss Jena einst und jetzt.* Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1962.

54 S. Quilitzsch, *Zur verbrecherischen Rolle der IG-Farben während der faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion. Am Beispiel der Filmfabrik Agfa-Wolfen*, Wolfen 1961.

55 In diesen geschichtspolitischen Kontext gehört auch R. Goguel/H. Pohl, *Oder-Neiße. Eine Dokumentation*, Berlin 1955.

56 Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler (Hrsg.), *Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945)* Achtbändige Dokumentenedition. Bd. 1: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei, Dokumentenauswahl und Einleitung von Helma Kaden u. a. Berlin 1988.

57 *Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen Register.* Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996.

58 Martin Kasper/Jan Solta, *Dokumente zur faschistischen Unterdrückungspolitik gegenüber der sorbischen nationalen Minderheit, Aktenpublikationen*. In: *Letopis*, Jahresschrift des Instituts für sorbische Volksforschung, Bd. 7, 1960 und dies., *Aus den Geheimakten nazistischer Wendenpolitik*, Bautzen 1960. Martin Kasper, *Ein faschistischer Plan zur Aussiedlung sorbischer Lehrer*, In*: Letopis*, 8, 1961, S. 127 ff.

entwickelte sich in der eben formierten Geschichtswissenschaft eine denkwürdige Diskussion, die sich auf das Verhältnis von imperialistischen Staatsmännern, sozialistischen Parteiführern und den Volksmassen bezog. Sie entzündete sich jedoch nicht an der Vorgeschichte des Zweiten, sondern an Ereignissen des unmittelbaren Vorabends des Ersten Weltkriegs.

Nun folgte aus dem verlegenen Schweigen der Historiker in diesem Punkte nicht, dass von der Mehrheit der Deutschen – Arbeitern, Bauern und Angestellten – überhaupt nicht gehandelt worden wäre. Doch erschienen sie, wo sie erwähnt wurden, als Verführte, Irregeleitete, Missbrauchte, freilich auch als Schuldige, das letzte in einer vollständig berechtigten, aber auch überzeichneten Abstufung zu den Eliten in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft. Tatsächlich waren ja Millionen zwischen Memel und Saar Opfer geworden. Doch bevor sie Opfer wurden, waren sie doch zumeist begeistert, willig, skrupellos oder skrupelhaft, führend, vorangehend oder gehorsam mitlaufend Parteigänger dieses Regimes gewesen. Die Motive, die in der DDR rasch dazu führten, die Frageperspektive zu verengen und das offizielle Geschichtsbild auf Minderheiten (das Monopolkapital, den Großgrundbesitz, die Generalität, die Parteiführerschaft und – am anderen Ende der Skala – die Widerständler) zu verkürzen, bedürfen weiterer Untersuchung. Dass dabei politische Interessen wirkten, ist unbestritten, aber nicht zu verabsolutieren.

Zu den in der Forschung vernachlässigten Fragen an die Geschichte des Weltkriegs II gehörte der Mord an den europäischen Juden. Auch dafür liegen neuerdings rasch niedergeschriebene Erklärungen bereit. Wer historisch und nicht politisch-moralisch werten will, wird sich anhand der seinen wissenschaftlichen Lebensweg schildernden Memoiren Raul Hilbergs,[59] über die internationale Frühgeschichte der später allgemein „Holocaustforschung“ genannten Arbeit informieren können. Der Weg bis auf jenen Platz, den diese Forschung heute besetzt, war vielerorts lang. Gegen die Vermutung, dass die kaum nennenswerte Zahl eigener Publikationen aus früher DDR-Zeit für ideologische Vorbehalte und antisemitische Haltungen spricht, zeugen damals publizierte Übersetzungen. 1955 wurde das Buch des Lord Russel of Liverpool, *Geisel der Menschheit* herausgegeben. 1957 lag der Bericht von Bernard Mark *Der Aufstand im Warschauer Ghetto* übersetzt vor.[60] 1958 erschien *Im Feuer vergangen*, eine Anthologie mit Berichten von Augenzeugen über das Warschauer Ghetto, ebenfalls eine Übersetzung aus dem Polnischen.[61] Aus gleicher, nämlich jüdischer Quelle in Warschau stammte die 1960 in deutscher Sprache zugängliche Quellensammlung über den Massenmord an den Juden in Polen und deren Widerstand.[62]

Die Produktion von DDR-Autoren war demgegenüber bescheiden. 1957 gab der an der Humboldt-Universität lehrende Rechtshistoriker Peter Alfons Steiniger eine zweibändige Sammlung von Dokumenten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses heraus.[63] Im gleichen Jahr erschien *SS im Einsatz*, ein Buch, das in den folgenden 10 Jahren 8 Auflagen erlebte.[64] 1960 begann eine Reihe mit Quellensammlungen zu erscheinen, durch die Dokumente aus den „Nachfolge“-Prozessen, die in Nürnberg vor Militärgerichtshöfen der USA stattgefunden hatten, zugänglich gemacht wurden. Der

---

59 Raul Hilberg, *Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers*, Frankfurt a. M. 1994.

60 Er war 1953 in Warschau in polnischer Sprache zuerst veröffentlicht worden. Bernard Mark, *Der Aufstand im Warschauer Ghetto Entstehung und Verlauf*, Berlin 1957. 3. überarbeitete und erweiterte Aufl.: Berlin 1959. (Zuvor war erschienen: Z. Lubetkin, *Die letzten Tage des Warschauer Ghettos*, Berlin 1949).

61 *Im Feuer vergangen.* S. 8/9.

62 *Faschismus-Ghetto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkriegs*, Hrsg. vom jüdischen Historischen Institut Warschau. Ausgewählt, bearbeitet und eingeleitet von Tatiana Berenstein u. a., Berlin 1960 und weitere Auflagen noch 1960.

63 *Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof.* Ausgewählt und eingeleitet von Peter Alfons Steiniger, 2 Bde., Berlin 1957, bereits im folgenden Jahr in 3. Aufl. In der Einleitung bot Steiniger eine bis heute Aufmerksamkeit verdienende geschliffene juristische Auseinandersetzung mit den Angriffen auf das Nürnberger Tribunal. Ein Jahr zuvor war erschienen: *Geheime Kommandosache. Aus den Dokumenten des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher*. Zusammengestellt von F. Köhler, Berlin 1956.

64 *SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS.* Berlin 1957, 3. Aufl.: 1960, 8. verb. Aufl. 1967.

erste dieser Bände befasste sich mit dem letzten der 12 Prozesse, dem sog. OKW-Prozess.[65] Jedoch wurde in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wohl nur an einer Dissertation zum Thema Judenverfolgung und Judenmord gearbeitet.[66] Ein Jahr zuvor hatte Siegbert Kahn[67] einige Dokumente publiziert, die unbekannte Stellungnahmen der KPD aus Exil und Illegalität gegen Judenverfolgungen lesbar machten.[68] Im gleichen Jahr war eine Quellensammlung erschienen, die ihre Entstehung dem Rabbiner der jüdischen Gemeinde Berlin verdankte.[69]

Als die Historiker der DDR 1955 das Projekt einer umfassenden Darstellung der deutschen Geschichte diskutierten, kamen auch die Haltung der Volksmassen und des Widerstands zu Juden und Judenverfolgung in die Debatte. Es müsse gesagt werden, wurde verlangt, dass es den Machthabern gelungen sei, „sehr große Teile des deutschen Volkes mit der faschistischen Ideologie zu verseuchen."[70] Ein anderer Vorschlag verwies ganz ähnlich darauf, „dass sich mit den ersten Siegen, besonders gegenüber Frankreich, eine den Krieg bejahende Räuberideologie breit machte."[71] Erwähnenswert sei, hieß es in einer Ausarbeitung, dass die in Konzentrationslagern eingekerkerten Kommunisten „die Juden vor den faschistischen Banditen schützten und ihnen halfen, soweit das in ihren Kräften stand".[72] Albert Schreiner, der Autor der Disposition, schrieb: „Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass das deutsche Volk zu seinem eigenen Schaden der antisemitischen Vergiftung in einer Weise verfallen war, die ihm die Hemmungen nahm, der Nazibarbarei anderen Völkern gegenüber Widerstand entgegen zu setzen. Aus sachlichen und moralischen Gründen halte ich es für gerechtfertigt, der Judenverfolgung in Deutschland den ihr gebührenden Platz einzuräumen."[73]

Dass Judenverfolgung und Judenmord in das Forschungsprogramm der DDR-Historiographie gehörten, ging auch aus einem Referat Leo Sterns auf einer Zusammenkunft von 60 Historikern am 17. Dezember 1958 hervor. Zu ihren Teilnehmern gehörten Walter Ulbricht und Kurt Hager. Stern sagte, nachdem er auf die Rolle der rassistischen und der sozialdarwinistischen Dogmen während der ideologischen Vorbereitung der Deutschen auf den Zweiten Weltkrieg eingegangen war: „Die übelste Rolle (...) spielte jedoch der brutale Antisemitismus." Er konstatierte: „Von dieser massiven Judenhetze bis zur Ermordung und Vergasung von Millionen Juden und anderen sogenannten minderrassi-

---

65 *Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28. Oktober 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin 1960. Darauf folgte zwischen 1963 und 1970 die Publikation von Dokumenten aus den „Fällen" 3 (Juristen-Prozess), 5 (Flick-Prozess), 6 (IG Farben-Prozess), 7 (Geiselmord-Prozess), 9 (SS-Einsatzgruppen-Prozess), die jeweils von kompetenten Fachleuten hrsg. und eingeleitet wurden.

66 Henry Görschlers Arbeit wurde 1963 an diesem Institut angenommen und verteidigt und trug den Titel: *Das soziale Wesen und die politisch theoretischen Voraussetzungen des faschistischen Rassenantisemitismus in Deutschland 1933-1945*. Eine detaillierte Kritik der Auffassungen Görschlers gibt Mario Keßler, *Die SED und die Juden zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1995, (= Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, 6) S. 110 ff. Keßler verdankt der Vf. dieses Aufsatzes Hinweise auf frühe Arbeiten und Publikationen, die in der DDR in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenverfolgung gedruckt wurden.

67 Er hatte zuvor veröffentlicht: *Antisemitismus und Rassenhetze*, Berlin 1948. Im gleichen Jahr erschien: Stefan Heymann, *Marxismus und Rassenfrage*, Berlin 1948.

68 Siegbert Kahn, *Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung*. In: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin)*, 1960, Nr. 31, 552 ff.

69 Martin Riesenburger, *Das Licht verlöschte nicht. Dokumente aus der Nacht des Nazismus*, Berlin 1960.

70 So die Formulierung von Walter Schmidt/Wilhelm Wehling, *ZfG*, 1955, H. 2, S. 264.

71 In der von Schreiner in seiner Antwort zitierten Stellungnahme aus dem Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED. *ZfG*, 1955, H. 3, S. 428. Vom Platz der Debatte in der Historiographie der DDR zeugte auch, dass sich am 23. Und 24. Juni 1955 etwa 60 Historiker zur Diskussion der Disposition, der eingesandten Zuschriften und der Antwort Schreiners zusammenfanden. Dort wurde vor allem über die Novemberrevolution, die Frühgeschichte der KPD und über deren Verdienste und Fehler in den Jahren der Weimarer Republik und im Kampf gegen den Faschismus gesprochen. S. den Bericht Fritz Kleins, in dem wiederum auf die Bedeutung der Erforschung der Tatsachen verwiesen wurde, in: *ZfG*, 1955, H. 5., S. 750. Zu den Teilnehmern der Diskussion gehörte auch der damals an der Berliner Humboldt-Universität lehrende sowjetische Gastprofessor W. G. Brjunin, dessen schriftliche Äußerung in: *ZfG*, 1955, H. 2, S. 251.

72 Karl Fugger (Direktor der Gewerkschaftshochschule Bernau bei Berlin), Ebenda, S. 274.

73 *ZfG*, 1955, H. 3, S. 423.

gen Völkern, zu denen die Slawen und die Zigeuner zählten, in den KZ und Nazi-Folterkammern ging ein gerader Weg."[74]

Wenn aber die Aufgabe mehrfach formuliert war und rechtens nicht angenommen werden kann, sie sei durch außerwissenschaftliche Einflüsse blockiert gewesen wäre, dann muß nach anderen Gründen oder Einflüssen gefragt werden, die zur nur schleppenden Inangriffnahme von Lösungen führten. Zu den gemeinhin vergessenen Hürden gehört der Schwierigkeitsgrad des Gegenstandes. Die unbestrittene, wenngleich unterschiedlich definierte „Einmaligkeit" des Massenmords an den europäischen Juden allein bedeutet bereits, dass die Historiker in keinem Lande sich mit einem ausgefeilten theoretisch-methodischem Instrumentarium an die Aufgabe machen konnten, Voraussetzungen, Triebkräfte, Bedingungen, Verlauf und Ziele des sich gegen alle Vorstellungskraft sperrenden Verbrechens zu erforschen. Diejenigen von ihnen, die der historisch-materialistischen Richtung zugehörten, betraten das Forschungsfeld zudem mit einer eigenen Erblast, die sich in einer übertrieben starken Bindung von Antisemitismus und Judenverfolgung an zutage liegende wirtschaftliche Interessen und der nicht gemeisterten Schwierigkeit ausdrückte, das Gewicht und die relativ verselbständigte Wirkungsweise der Ideologie zu bemessen und zu bewerten. Ein Zugang zur Beantwortung der Frage nach dem „Warum", auf die jede marxistische Analyse obligatorisch zu zielen hat, war damit in der erforderlichen Breite und Tiefe noch nicht eröffnet. Auch die Faktoren, die zu der unbestreitbar verspäteten Hinwendung zur Erforschung von Judenverfolgung und Judenmord führten, bedürfen weiterer Aufklärung.

Der knappe und also lückenhafte Blick auf die Frühgeschichte der Weltkrieg-II-Forschung in der DDR zeigt uns eine Teildisziplin im Aufbruch, stärker gekennzeichnet durch Vorsätze und Vorhaben, als durch Leistungen und Verdienste. Das Terrain der Forschungen wird noch mehr abgesteckt, als ausgeschritten. Der eigene geschichtspolitische Ort wird gerade erst bestimmt und mit ihm die Frontstellung gegenüber jenen, die als wirkliche oder vermeintliche Gegner wahrgenommen werden. Das Ziel hieß: Beitrag zur Überwindung der geistigen Hinterlassenschaft des Naziregimes und darüber hinaus Einleitung eines Prozesses, der die deutsche Geschichte namentlich seit der Reichsgründung in einem kritischen Licht erkennbar machen und auch ihr dadurch neue Wege öffnen sollten. Dieser Ansatz und sein Fortwirken bleiben denkwürdig. Aus ihm ist ein Beitrag zur Historiographie des Zweiten Weltkrieges erwachsen, der erst noch redlich zu bestimmen ist. Darauf lässt sich hoffen, wenn auch nicht kurzfristig. Noch gilt, was 1991 in einer österreichischen Zeitschrift gedruckt wurde: „Ergebnisse wie die sechs Bände der Geschichte Deutschlands im Zweiten Weltkrieg[75] (...) werden wohl einen Platz in der deutschen Geschichtswissenschaft behaupten, auch wenn sie zur Zeit kaum jemand lesen will (...)."[76]

---

74 Leo Stern, *Die westdeutsche Geschichtsschreibung im Dienste der psychologischen Kriegführung.* In: *Einheit* (14) 1959, H. 2, S. 250 ff. Hier: S. 254. Diese Hervorhebung ergänzte jedenfalls die von Stern in seinem Referat auf der 1957er Konferenz gegebene Aufzählung der Forschungsaufgaben, in der die Erwähnung der Okkupation und der während der Besatzungszeit begangenen Verbrechen fehlte und die Konzentrationslager nur im Zusammenhang mit der Erforschung des Widerstands erwähnt worden waren. Leo Stern, *Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg.* In: *ZfG*, 1958, H. 1, S. 89. Sterns Bilanz über den Stand der Weltkrieg-II-Forschung in der DDR fiel 1958 insgesamt kritisch aus. Mit der Thematik hätten sich bislang „vor allem Partei- und Staatsfunktionäre beschäftigt", von denen er Walter Ulbricht, Otto Winzer, Paul Wandel und Albert Norden nannte. (S. 260) Von den Historikern wurde festgestellt, sie würden „zu sehr aus der Defensive" arbeiten (S. 259 f), ein erneuter Hinweis auf das weitgehende Fehlen eigener quellengestützter Forschungen. Dieser Zustand berechtigte Stern zu der Vorhersage, eine „umfassende Gesamtdarstellung" des Weltkriegs sei „noch nicht zu erwarten." (S. 261) Das erwies sich als richtig. Es verging noch ein Jahrzehnt bis das ins Auge gefasste und von Schreiner zuerst konzipierte Vorhaben in Form des Hochschullehrbuchs verwirklicht worden war. Dass dessen Pionierarbeit keinerlei Erwähnung fand (s. das Vorwort zu: Wolfgang Bleyer u. a., *Deutschland von 1939 bis 1945*, Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beiträge, Bd. 12, Berlin 1969) erscheint als Missachtung eines denkwürdigen Verdienstes. In der ersten und zweiten Aufl. (1975) erfolgte eine klare Kennzeichnung der Verbrechen, wenn deren Darstellung auch nicht auf angemessenem Raum erfolgte (s. für 1975 den Abschnitt *Die faschistische Barbarei in Deutschland und in den okkupierten Ländern*, S. 201 ff.)

75 *Deutschland im Zweiten Weltkrieg*, von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass, 6 Bde., Berlin 1974-1985.

76 Die Autorin des Beitrags arbeitete bis zu dessen Abwicklung am Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Helga Schulz, *Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR.* In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichte*, II, 1991, 1, S. 22-40. Auch in: Rainer Eckart u. a., *Krise-Umbruch-Neubeginn*, a. a. O., S. 455.

Die Geschichtsschreibung der DDR über Faschismus und Zweiten Weltkrieg

Bedingungen – Ergebnisse – Tendenzen – Grenzen

Vortrag vor Studenten der Universität Bielefeld am 14. Januar 1999

I.

Wer sich heute, ein Jahrzehnt nach ihrem Ende mit der Geschichtsschreibung zu DDR-Zeit befasst, kann sich den Weg zu seinem Ziel dadurch erleichtern, dass er bei deren Analyse sich keiner anderen als der bewährten Methoden bedient, die in ähnlichen Fällen ihre Tauglichkeitsprobe bereits bestanden haben. Die Forschung hat folglich mit den Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der wissenschaftlichen Disziplin zu beginnen. Die werden bis heute aber zumeist auf einen einzigen Aspekt reduziert, den zu allen Zeiten und überall anzutreffenden Zusammenhang von Politik und Geschichtswissenschaft. Der wurde in den Begriff von der „Legitimationswissenschaft“ gefasst. Er fand nur auf jene Forschungen und deren Resultate keine Anwendung die wirklich oder vermeintlich weit außerhalb aller politischen Interessen standen.

Hier ist nun freilich nicht der Ort und nicht das Anliegen, die Bedingungen, unter denen sich eine eigene Geschichtswissenschaft in der DDR gegen Ende der fünfziger Jahre konstituierte und unter denen sie sich bis zu deren Untergang entwickelte, in alle Richtungen auszuleuchten. Lediglich einige Grundtatsachen können genannt und sogleich auf unser eigentliches Thema hin konkretisiert werden: *Erstens* nahm die Geschichtsschreibung von ihrem Beginn an Traditionen, Fragestellungen und Antworten auf, die sich in der Geschichtsschreibung und Geschichtspublizistik des antifaschistischen, namentlich des kommunistischen Exils zu den Themen Faschismus und Krieg entwickelt hatte. Diese Aufnahme wurde durch die Rückkehr und das Wirken von Historikern und anderen Gesellschaftswissenschaftlern, die aus Deutschland ins Exil vertrieben worden waren, erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht. Genannt seien: Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski, Ernst Engelberg, Hermann Duncker. In der gleichen Weise wirkten Hitlergegner, die in Deutschland verfolgt worden waren. Walter Markov wurde von ihnen wohl der bekannteste. Zu diesen Gruppen gehörten auch Erich Paterna, Walter Bartel und von den Jüngeren Joachim Streisand und Heinrich Scheel. *Zweitens* spielte im Entstehungsprozess der Geschichtswissenschaft die Tatsache eine lange nachwirkende Rolle, dass die Geschichtsschreibung der UdSSR als ihr Vorbild galt und dies zu einer Zeit, da die sowjetischen Historiker noch mit keiner kritischen Auseinandersetzung mit ihren Wegen und Resultaten begonnen hatten. Zur Lektüre der später in der DDR hervorgetretenen Generation von Historikern – es waren das meist Angehörige der fünf Geburtsjahrgänge zwischen 1927 und 1931 –, die auf die Entwicklung der Disziplin maßgeblichen Einfluss gewannen, gehörte während ihrer Studentenjahre die Werke des noch als vierter Klassiker des Marxismus geltenden Josef W. Stalin, sowie dessen amtliche Biographie, die ebenso amtliche Geschichte der KPdSU. Kurzer Abriss von 1938 und die frühen Veröffentlichungen zur Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkriegs aus den Federn sowjetischer Militärhistoriker. *Drittens* hatte die Entstehung einer eigenen Geschichtswissenschaft zur Voraussetzung, dass sich unter den nach 1945 rasch gänzlich veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in Ostdeutschland eine Gruppe von Fachleuten entwickelte. Deren Lehrer waren meist Historiker der alten Schule, kaum jemand, der zur ersten Reihe der deutschen Historiker gehört hatte, niemand, der sich während der Nazijahre dem System besonders angedient hatte, jedoch zumeist Leute, die ihr Handwerk verstanden und von denen doch manche bereit waren, über die Art und Weise kritisch nachzudenken, in der sie es bisher ausgeübt hatten. Die Mehrheit der späteren Historiker, die bei diesen Hochschullehrern studierte, kam über Sonderwege zu den Universitäten. Ihre soziale Zusammensetzung spiegelte die damals erfolgte Brechung des Bildungsprivilegs wider. Daraus folgte – *viertens* – eine Erscheinung, die sich mit dem Begriff der Ungleichzeitigkeit (oder auch mit dem der Verspätung) fassen lässt. Geschichtsforschung und -schreibung hatten sich in der Bundesrepublik Deutschland früher entwickelt. Deren grundlegende Aussagen über Faschismus und Krieg lagen gegen Ende der fünfziger Jahre vor. Zum einen in Gestalt der Flut von Arbeiten aus der Feder von Militärhistorikern und ehemaligen Wehrmachtsgeneralen. Zum anderen als monographische Arbeiten jüngerer Historiker, nicht selten einstiger junger Offiziere, die sich später in der westdeutschen

und internationalen Geschichtsschreibung einen Namen machten wie u. a. Hans-Adolf Jacobsen, Jürgen Rohwer, Andreas Hillgruber. Dieses Spätkommen erzeugte schon in den Anfängen der DDR-Geschichtswissenschaft eine extrem polemische Ausrichtung, mitunter auch Fixierung auf den „ideologischen Gegner“ und vor allem auf Deutungen des Faschismus zwischen „schicksalhaft“ und „zufällig“ (Stichwort: Betriebsunfall). Die ersten Äußerungen junger Historiker auf den in Leipzig und Berlin stattfindenden deutsch-sowjetischen Historiker-Konferenzen von 1957 und 1959, die sich mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges befassten, erschöpften sich vielfach in Widerlegungen von Auffassungen, die sich nur selten auf eigene Quellenforschungen gründeten. Diese Startbedingung hatte übrigens zur Folge, dass sich die DDR-Historiker in den Arbeiten der Historiker der Bundesrepublik gemeinhin besser auskannten als das umgekehrt der Fall war. *Fünftens* – und das scheint mir diejenige Ausgangsbedingung gewesen zu sein, die am stärksten nach- und weiterwirkte – verstanden sich diejenigen, die sich auf den Weg machten, Historiker zu werden, als Marxisten. Das bedeutete, dass zu ihrer permanenten Lektüre die zunehmende Zahl von erneut publizierten Werken von Marx und Engels, von August Bebel und Karl Kautsky, von Franz Mehring und Clara Zetkin gehörten. Von da wurden nicht nur die theoretischen Standpunkte, sondern vor allem die Fragestellungen an die Geschichte bezogen. Das bedeutete nicht nur die strikte Ausrichtung auf die Frage nach dem Warum, deren Rang kürzlich Fritz Stern aus seiner Sicht in der lesenswerten Rede bezeichnet hat, die er aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels hielt. Dort anknüpfen hieß vor allem, nach dem das Denken und Handeln von Menschen und namentlich von großen Menschengruppen regierenden Interessen zu fragen. Eine Geschichtsforschung, die davon absieht, erschien uns früh flach. *Sechstens* standen schon an der Wiege der Geschichtswissenschaft in der DDR die Erwartungen der Politik und der Politiker, die – wie zu allen Zeiten – wünschten, ihre Entscheidungen und Schritte historisch legitimiert zu sehen. Das Problem bestand und besteht nicht in diesem Ansinnen, sondern darin, wie sich Politiker und Historiker in diesem – solange es Politik gibt unaufhebbaren – Spannungsbogen jeweils zueinander verhalten. Anders ausgedrückt: Die Resultate werden davon bestimmt oder zumindest mit beeinflusst, wie viele nicht- oder widerwissenschaftliche Forderungen aus dem Bezirk der Politik (oder der Wirtschaft oder des Militärs) gestellt werden und wie sich die Auftragnehmer in der Wissenschaft dazu verhalten. Es liegt zutage, dass sich die beschriebenen Erwartungen von Politikern immer in besonderem Maße an die Zeithistoriker richten. Auch in der DDR waren davon diejenigen, die sich mit dem 20. Jahrhundert und insbesondere mit der deutschen Geschichte seit 1918 befassten, besonders betroffen. Ein besonderes Interesse derer, die am Widerstand teilgenommen hatten, richtete sich wiederum auf die Darstellung der Kämpfe, an denen sie teilgenommen, und der Leiden, die sie hinter sich hatten.

II.

Die Kernfragestellung der Historiker der DDR richtete sich über alle Jahrzehnte nicht auf den 1. September 1939, sondern auf den 30. Januar 1933. Die Bedeutung dieser Perspektive hat auch Richard von Weizsäcker später in seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus deutlich gemacht. Wer hatte die deutsche Geschichte zu jenem verhängnisvollen Tag hingetrieben? Warum hatten diejenigen, die eine „faschistische Lösung“ ablehnten, ja sie fürchteten, ihre Chancen nicht nutzen können? Antworten auf diese Fragen wiesen schon die frühen Dokumentenpublikationen von Albert Schreiner und Fritz Klein und später die Monographien von Wolfgang Ruge, Kurt Gossweiler, Joachim Petzold. Die Kritik, dass in diesen Arbeiten die Rolle der sogenannten gesellschaftlichen Eliten, namentlich die führenden Kreise des deutschen Großkapitals und des großen Grundbesitzes überhöht, diejenige der Volksmassen aber zu gering veranschlagt worden ist, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Doch handelte es sich um eine Überhöhung und auch um eine vorschnelle Verallgemeinerung, nicht um eine bodenlose Konstruktion. Es war nicht das Monopolkapital, das insgesamt und im Gleichschritt den Weg in den Faschismus bahnte und freimachte, aber ihn ebneten zweifelsfrei maßgebliche Kreise davon, während andere ohne hinreichende Gegenprojekte waren, so dass eine und wohl die entscheidende Bedingung der Erfolgsweges für eine an Zahl schwer zu bemessende Minderheit frei wurde. Denn der Faschismus wäre nicht an die Herrschaft gelangt, hätten ihn nicht gesellschaftliche Kräfte gewollt, die ihr Projekt auch durchzusetzen vermochten.

Ungleich schwerer tat sich die Geschichtswissenschaft mit der Analyse der Kräfte, die den Sieg des Faschismus zu verhindern suchten. Das Bild, das von ihnen gegeben wurde, war beständig zugunsten der Kommunisten und deren Strategie und Taktik geschönt. Zudem wurde die Vorstellung verbreitet, der von einer antifaschistischen Aktion geführte Widerstand gegen eine von Hitler geführte Regierung sei 1932 im Ansteigen gewesen. In Wahrheit verschlechterten sich die Chancen, einen Zusammenschluss der Gegenkräfte zu erreichen mehrfach und dramatisch: zuerst während der Reichspräsidentenwahlkämpfe im März/April, dann durch den Papen-Staatsstreich in Preußen im Juli. Das berührte natürlich auch die Voraussetzungen für die Weckung und Vereinigung von Kräften des Widerstands unter den späteren Bedingungen ihrer Illegalität. Es gab zwischen 1930 und 1932 weder auf der Seite der Kommunisten noch auf der Seite der Sozialdemokraten – und bei den Führungen beider Parteien lag das Schlüsselproblem –, eine grundlegende Wende in den strategischen und taktischen Vorstellungen ihres Antifaschismus. Selbst im Angesicht einer tödlichen Gefahr konnte der 1914 entstandene, 1918 vertiefte Graben zwischen den beiden Hauptströmungen nicht überbrückt oder gar zugeschüttet werden. Über ungeschehene Geschichte reden, heißt zumeist den Weg in den Sumpf antreten. Nichtsdestoweniger kann sich der Historiker Fragen nach ihr wohl am wenigsten entziehen. Doch ist die Frage, ob große Parteien, in denen alternatives Denken keinen Platz gehabt hatte, sondern die eherne Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Weges herrschte, in Krisensituationen jähe Wendungen überhaupt vollziehen können, natürlich gerade für das Jahr 1932 naheliegend.

III.

Die Geschichtswissenschaft der DDR, wiewohl ihre Vertreter aktuell der Überzeugung waren, dass ein erneuter Weg in den Krieg abgewendet werden soll, befassten sich merkwürdiger Weise intensiver mit den Kriegsjahren von 1939 bis 1945 als mit der Vorkriegszeit. Wie diese Differenz von aktuellem politischem Interesse und geschichtswissenschaftlicher Arbeit entstand, ist nicht leicht zu beantworten. Ähnliches lässt sich womöglich auch für die Historiographie der Bundesrepublik für eine längere Zeitspanne sagen. Gewiss haben diese „Abweichung“ mehrere Faktoren verursacht, die von autobiographischen Situationen und dem Bedürfnis nach Selbstvergewisserung bis zum Einfluss eines internationalen Trends reichen dürften. Bei der Bestimmung des Schwerpunkts neuzeitlicher historiographischer Arbeit spielten in der frühen Bundesrepublik wohl auch Generäle und hohe Offiziere eine Rolle, die – anders als es noch im letzten Wehrmachtsbericht vom 8. Mai 1945 geheißen hatte – das Urteil über dem Krieg und damit auch über sich doch nicht der Geschichte überlassen, sondern es selbst formulieren wollten. Jedenfalls wurden in Ostdeutschland nach einer kurzen Frühphase, in der sich die Aufmerksamkeit – auch da unter dem Eindruck internationaler Kontroversen – vor allem auf die Vorgeschichte des Krieges gerichtet hatte, also u. a. auf den Weg zum Münchener Abkommen, die diplomatischen Aktionen des Jahres 1939, das letzte unter gehorsamer Auslassung der deutsch-sowjetischen Geheimabkommen vom August (und September) 1939, die Hauptkräfte der Zeithistoriker auf die Kriegsjahre gerichtet. Monographische Unternehmen gingen hier seit den siebziger Jahren mit Großvorhaben einher, die Ergebnisse jener flossen zum Teil direkt in diese ein. Spezialuntersuchungen erschienen in separaten Drucken vielfach erst später. Die Rede ist von der sechsbändigen Darstellung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ und der darauffolgenden Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz“, deren Zustandekommen sich vor allem mit dem Namen von Wolfgang Schumann und weiter mit denen von Gerhart Hass, Dietrich Eichholtz, Karl Drechsler, Ludwig Nestler, Klaus Drobisch, Werner Röhr u. a. verbindet.

Schon im Erscheinen des ersten Bandes der Gesamtdarstellung hat Andreas Hillgruber, der die Entwicklung in der Historiographie der DDR aufmerksam verfolgte, eine Herausforderung und, mehr noch, eine Warnung gesehen. Es könne, schrieb er, der Vorsprung der eigenen Zunft auf diesem Felde verloren gehen. Das Zustandekommen und auch die Anlage des westdeutschen Unternehmens, das bisher bis Band 6 (mit Teilbänden) gediehen und auf insgesamt 10 Bände projektiert ist, wurden durch diese Initiative, deren Zentrum das inzwischen nicht mehr existierende Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR war, mit beeinflusst.

An diesem Sechsbänder lassen sich die Felder deutlich erkennen, auf denen die Geschichtsforschung in der DDR tiefer pflügte. In einer stichwortartigen Aufzählung lauten sie: Kriegsursachen und

Kriegsziele, Planung, Leitung und Entwicklung der Kriegswirtschaft, Arbeits- und Lebensbedingungen im Bereich der sog. Heimatfront, Besatzungspolitik, Nachkriegspläne in wirtschaftlichen und politischen Führungsgruppen in der Phase der sich abzeichnenden Niederlage, Widerstand. Demgegenüber traten militärstrategische und militäroperative Fragestellungen zurück, hier fußt die Darstellung wesentlich auf Forschungen anderer. Zu kurz ist die Erörterung der unmittelbaren Kriegsfolgen gekommen.

Das zweite der beiden Großunternehmen „Europa unterm Hakenkreuz“ bildet insofern ein Unikat, als es das einzige begonnene Vorhaben der DDR-Geschichtswissenschaft darstellt, das die Wendemarke des Jahres 1990 überdauerte, d. h. es wurde nicht wie andere eingestellt, sondern – dies ein Verdienst des Bundesarchivs – weiter und von den Historikern und Archivaren zu Ende geführt, die es begonnen hatten. Die Einleitungen der jeweiligen „Länderbände“ und die Analysen im abschließenden (achten) Band bezeugen die Breite des wissenschaftlichen Anliegens, das die Okkupationspolitik in ihren ökonomischen, ideologischen, situationsbedingten und kriegszielstrategischen Motiven und Antrieben ausleuchtete. Eine gewisse, nicht vorhersehbare Aktualität kommt dieser Dokumenten-Edition auch in den Diskussionen zu, die sich nun schon seit Jahrzehnten auf die Wehrmacht und deren Rolle richten.

Unter den Lücken, das sind nicht die nahezu sprichwörtlich gewordenen „weißen Flecken“, welche die Geschichtswissenschaft der DDR bei der Beschäftigung mit den zivilen und militärischen Führungskräften des Faschismus und des Krieges gelassen hat, springt die Vernachlässigung biographischer Forschungen besonders ins Auge und sie fällt auch ins Gewicht. Den Faschismus historiographisch erfassen, heißt natürlich auch, sich über den „Faktor Hitler„ und die Rolle seiner Mitführer klar werden. Die ostdeutschen Historiker aber sind über die Analyse von Ereignissen, Prozessen, Ursachen, Strukturen bis dahin nicht gekommen. Das hing auch mit der Begrenztheit ihrer Kräfte zusammen und nicht – wie mitunter vermutet worden ist – mit dem Vorhandensein von politischen Tabus. Behindernd war zudem das Wissen, dass die materialistisch orientierten Historiker auch theoretisch nicht über Plechanow hinausgekommen waren und dies obwohl sie sich mit historischen Personen wie Lenin, Hitler, Mussolini, Stalin, Mao-Tse-tung oder auch Fidel Castro in dieser Hinsicht eine Herausforderung darstellten.

Mehr mag aus dem Geschichtsverständnis des historischen Materialismus heraus verwundern, dass die DDR-Geschichtswissenschaft keine beachtenswerte Analyse der Massengefolgschaft der NSDAP und des Regimes sowie über deren Zustandekommen und Rolle vorlegen konnte. Anfänglich war Zurückhaltung auf diesem Gebiet durch Ratlosigkeit, aber auch durch die Befürchtung verursacht, der Verweis auf die Haltung jener Millionen Deutschen, die sich zu Stützen des Faschismus machten oder machen ließen, würde apologetische Interessen anderer und einflussstarker sozialer Kräfte bedienen. Dann kam ein innenpolitisches Interesse deutlich behindernd hinzu. Die wirklich oder vermeintlich für einen neuen Weg deutscher Geschichte gewonnenen Bürger der DDR sollten nach der Ansicht der Politiker nicht mehr an ihre jüngst vergangene Rolle erinnert werden. Angeblich war das auch nicht notwendig, sie – diese Bürger – hätten durch ihr praktisches Verhalten bewiesen, dass sie sich ein für alle Mal vom Ungeist des Faschismus befreit und alle faschistische Mentalität hinter sich gelassen hatten. So wurde das Thema – etwa die methodischen Verfahren und die Wirkungen von Manipulation in den Vorkriegs- und Kriegsjahren – zwar wissenschaftsintern in den siebziger und achtziger Jahren immer wieder diskutiert, in für einen weiteren Leserkreis bestimmten Publikationen aber weit an den Rand gerückt. Hier existierte ein zählebiges Tabu, dessen Ursachen sich nicht auf den naheliegenden Verdacht reduzieren lassen, es hätten „die schlafenden Hunde“ nicht geweckt werden, also Vergleiche zwischen dem eigenen Regime und dem des Faschismus gemieden werden sollen.

IV.

Die Beschäftigung mit dem Widerstand gegen das Naziregime gehörte zu den bevorzugten Themen der Geschichtswissenschaft in der DDR seit ihren Anfängen. Doch wurde während aller Jahre kein Forschungsresultat hervorgebracht, das etwa der Publikation „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ an die Seite gestellt werden könnte, in deren Bände freilich viele Ergebnisse der Widerstandsfor-

schung eingingen. Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang die unter der Bezeichnung „Exilreihe“ erschienene siebenbändige Darstellung des Widerstands deutscher Antifaschisten im Exil, in deren Zentrum – es ist eine Gemeinschaftsarbeit von Literaturwissenschaftlern und Historikern – das Wirken vertriebener deutscher Schriftsteller steht, das jedoch in Verbindung mit den politischen und kulturellen Organisationen und Vereinen gesehen wird, die vielerorts entstanden waren.

Jedoch: eine gewichtige Gesamtgeschichte des Kampfes deutscher Nazigegner gegen den Weg in den Krieg und für seine Beendigung, das waren ja die zentralen strategischen Anliegen des Widerstands, wurde nicht vorgelegt. Sie hätte nur aus einer Gemeinschaftsarbeit vieler hervorgehen können, von den Erforschern der Arbeiterbewegung bis zu den Historikern, die sich mit der Geschichte der christlichen Kirchen befassten. Für ein solches Vorhaben fehlten in der DDR bereits die organisatorischen Voraussetzungen. Eine Einrichtung, vergleichbar dem in Wien etablierten österreichischen Dokumentationszentrum des Widerstands, dem die nach den Ereignissen in den einzelnen Bundesländern gegliederten Dokumentenbände zu verdanken sind, fehlte und niemals wurde deren Gründung ins Auge gefasst. Die Forschungen zum Widerstand waren konzentriert im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED und folglich geschah deren Ausrichtung nach parteipolitischen Ansprüchen und Erwartungen, die in Beschlüssen formuliert wurden. Darüber hinaus, mit weniger Gewicht und geringeren Mitteln, existierten an einigen Universitäten Forscher oder Forschergruppen, die sich mit Fragen des Widerstands befassten. Von ihnen hat die Gruppe um Kurt Finker an der Potsdamer Hochschule wohl über die Grenzen der DDR hinaus einen gewissen Bekanntheitsgrad gewonnen. Was aber, wo auch immer, zu diesem Gegenstand publiziert wurde, unterlag besonderer Kontrolle und Selbstkontrolle.

Auch für die Widerstandsforschung gilt, dass sie von ihren ersten Hervorbringungen an in besonderem Maß durch eine polemische Note charakterisiert wurde. Denn bevor noch die ersten Untersuchungen über die Geschichte des vor allem von Arbeitern, Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten, getragenen Widerstands gegen das Regime vorlagen, waren in der Bundesrepublik Arbeiten zur „Bewegung des 20. Juli“ (1944) erschienen, die nicht nur die eigentlichen Helden des Widerstands bezeichnen wollten, sondern diese Aktion auch als die einzig perspektivreiche nicht nur unter allen anderen geschehenen, sondern unter allen denkbaren charakterisierte. Die Antwort aus der DDR lautete: Das waren keine Widerständler, keine Antifaschisten, sondern Oppositionelle, deren einziges Motiv gewesen sei, möglichst billig aus der nahenden und unabwendbar gewordenen Niederlage herauszukommen, und das am besten durch einen Wechsel der Koalitionen und Fronten. Das von patriotischen Antrieben geprägte Verdienst Stauffenbergs und seiner engsten Mitakteure wurden nicht bestritten, aber im Kern doch gesagt, eigentlich gehörten sie nicht in die Gesellschaft von Carl Goerdeler und der anderen Konservativen.

Nun lässt sich mit Gründen meinen, wenn die politisch einflussstärksten Persönlichkeiten des 20. Juli zum Zuge gekommen wären, dann hätte in Deutschland noch eine Revolution stattfinden müssen, um die Zustände der Bundesrepublik und deren Grundgesetz zu erreichen. Einen späten Nachklang hat die hier nur skizzierte Herangehensweise noch in Diskussionen gefunden, die kürzlich in einer Berliner Zeitung nach der in Leipzig erfolgten Errichtung eines Denkmals für Carl Goerdeler geführt wurden und in denen wenig zwischen der Frage nach der Bewertung einer Tat, ihrer Bewertung in der Geschichtswissenschaft und ihrer Würdigung und Darstellung in öffentlichen Räumen unterschieden wurde.

Erst etwa zum vierzigsten Jahrestag des Attentats in der „Wolfsschanze“, also 1984, setzte sich auch in der Öffentlichkeit der DDR eine Neubewertung durch. Das war auch methodologisch ein Schritt nach vorn, wurde nun doch zwischen der Tat und den Plänen der inhomogenen Kräfte dieser Bewegung unterschieden und im Urteil berücksichtigt, dass auch für diesen Fall die „Geschichte offen“ war. Insbesondere die Zahl der Toten, die in den nahezu 10 Monaten umkamen, die der Krieg nach dem 20. Juli 1944 noch fortdauerte, waren ein überzeugendes Argument, das für die gerechte Beurteilung des Plans, der Tat und aller an ihnen Beteiligten sprach und zu ihr hinführte. Mit Berufung auf diesen Wandel und angesichts deutlicher Veränderungen in der Wahrnehmung des Widerstands durch die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik ist konstatiert worden, dass die Widerstands-

forschungen in den beiden deutschen Staaten sich in Fragestellungen und zum Teil auch in ihren Resultaten aufeinander zu bewegten, ohne kongruent zu werden. Die einen kamen, verkürzt man die Ausgangspunkte auf Personen, von Goerdeler und Beck her, die anderen von Thälmann und von Breitscheid, wobei es in der Bundesrepublik stets auch einen „Nebenstrom“ von Geschichtsinteresse und -publizistik für den Arbeiterwiderstand gab. Die Verdienste Wolfgang Abendroths ragen hier heraus. Es war übrigens Gustav Heinemann, der während seiner Amtszeit als Bundespräsident in einer denkwürdigen Rede auf einer Bremer Schaffermahlzeit eindringlich, wenn auch zunächst mit wenig Echo dazu aufgerufen hatte, sich der Geschichte der im Volke wurzelnden sozialen und politischen Bewegungen anzunehmen.

In dieser Hinwendung liegt ein Verdienst der DDR-Historiographie, die sich mit der Geschichte von Arbeiterbewegung und Arbeiterwiderstand, von Illegalität und Verfolgung, den Aktionen einzelner regionaler und lokaler Widerstandsgruppen, von Konzentrationslagern und Zuchthäusern befasste. Darin drückte sich über den Gegenstand und seine Themenfelder hinaus die Absicht aus, der weitgehenden Missachtung der jeweiligen Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der herkömmlichen Geschichtsschreibung ein Ende zu machen. Berechtigt lässt sich fragen, ohne dass innere Antriebe eines Wandels der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik ignoriert werden, wie die zeitgenössische Historiographie in Deutschland heute beschaffen sein würde, hätte es diese Herausforderung „aus dem Osten“ nicht gegeben. Dass die Arbeiten zum Widerstand, die in DDR-Zeit geleistet wurden, nie zu einem ausgewogenen Gesamtbild gerieten, verstärkt die Gefahr, dass vieles davon verloren gehen könnte. Dass eine solche Darstellung nie erreicht worden ist, war nun keineswegs einem Zufall zuzuschreiben.

Schon der Bezirk des Arbeiterwiderstands war höchst ungleich ausgeleuchtet. Forschungen zur Geschichte der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Arbeiterpartei fielen im Umfang gegenüber jenen zur KPD an Zahl steil ab. Der Widerstand der Kommunistischen Partei (Opposition) bildete, sieht man von biographischen Erwähnungen ab, eine Blindstelle. Und bei der Darstellung der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands verstärkten sich von Ulbricht zu Honecker hin die apologetischen Züge, so dass der fünfte Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, der 1966 erschien, bis zum Ende der DDR mit der Darstellung der Verdienste der KPD die wohl kritischste Einschätzung bot, die öffentlich gemacht wurde. Vor allen in den achtziger Jahren, und man wird fragen, welchen Zusammenhang das mit einer allgemeinen und schließlich vorherrschenden gesellschaftlichen Tendenz zu Verkrustung und Stagnation besaß, ging die Bereitschaft, über Fehler, Irrtümer und Versäumnisse zu schreiben, durch welche die Politik der Kommunisten auch fehlgeleitet wurde, immer weiter und bis auf eine Stufe zurück, die unterhalb der in DDR-Publikationen vielfach dokumentierten Kritik des Jahres 1935 lag, also der Bewertungen, die Georgi Dimitroff und Wilhelm Pieck während des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gegeben hatten. Das Bestreben, die SED-Führung als ein stets allen Herausforderungen gewachsenes, souveränes Zentrum darzustellen, schlug auf die Historiographie zur KPD-Geschichte ungehemmt durch.

Was die Bewertung des Widerstands der Kommunisten angeht, so tun sich in diesem Zusammenhang heute methodologische Fragen auf, die denen gleich sind oder ähneln, die im Hinblick auf die „Bewegung des 20. Juli“ gestellt worden sind. Einige glauben, sie hätten über diesen Widerstand mit dem Hinweis auf seine „totalitären Ziele“ alles gesagt und dieses Herangehen führt – wie im Falle Goerdeler dereinst – zu einer Ausgrenzung, die geradezu gleichlautend ist, denn es werden die Kommunisten ebenfalls nur als eine konkurrierende, nicht aber als eine widerständige Kraft angesehen und abgetan. Andere haben gemeint, es sei der Arbeiterwiderstand ganz allgemein perspektivlos gewesen und von einem frühen Zeitpunkt an hätten nur die Militärs, die Inhaber der bewaffneten Gewalt also, Aussicht gehabt, das Regime aus den Angeln heben zu können. Selbst wer dieser Bewertung zustimmt, hat über die Handelnden auf der linken Seite des Widerstands wenig gesagt, denn sie konnten für eine gewisse Zeit davon ausgehen, dass innerhalb des Regimes sich Situationen ergeben könnten, die ihrer Aktion Chancen eröffnen würden. Dieser „Fall“ ist weder im Vor-Krieg noch im Krieg eingetreten. Doch vermochten das erst diejenigen bestimmt zu sagen, die rückwärts zu sehen imstande waren. Nicht aus dem Verständnis der Handelnden, aber objektiv wurde der Widerstand, der von den

Resten der Arbeiterbewegung geleistet wurde, im Wesentlichen und Ganzen eine Investition in die Zukunft. Es genügt, um das zu verstehen, sich einen Augenblick Deutschland im Mai 1945 (oder im Mai oder Oktober 1949) vorzustellen, ohne dass es diese Minderheit von Menschen gegeben haben würde, die durch ihr Wirken im Untergrund oder im Exil ausgewiesene (und nicht nachträglich erfundene) Antifaschisten waren. Diese gedankliche Konstruktion begreift selbstredend alle ein, gleich aus welchen Bezirken sie kamen und in welchen Gliederungen sie verwurzelt waren und handelten. In diesem Sinne hat die DDR-Geschichtsschreibung sich früh dafür eingesetzt, jenem Widerstand Aufmerksamkeit entgegenzubringen und Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, der nicht annähernd an sein ursprünglich selbstgesetztes Ziel gelangte, aber deswegen nicht nur als moralisch ehrenwert anzusehen ist, denn er erlangte nach 1945 eine Bedeutung, die er ohne das Davor nicht hätte gewinnen können.

Wenig Forschungsinteresse hat die DDR-Geschichtsschreibung hingegen jenem Verhalten von Deutschen während der Nazijahre zugewendet, die Martin Broszat mit dem Begriff „Resistenz“ bezeichnet hat, den er – und dagegen lassen sich Einwände erheben – auch als Oberbegriff verwendet wissen wollte, unter dem sowohl der aktive politische Widerstand wie andere Verhaltensweisen subsumiert werden sollen, die den Forderungen der Machthaber nicht entsprachen oder nicht vollständig genügten. In der ostdeutschen Historiographie ist demgegenüber an der begrifflichen Unterscheidung zwischen einem politisch, religiös oder allgemein-humanistisch motiviertem Widerstand und anderen nicht systemkonformen Verhaltensweisen im Alltag festgehalten worden. Womöglich liegt hier noch ein Feld weiterer Forschungen und Erörterungen, die insgesamt das Bild der deutschen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 plastischer werden lassen. Ein Vorhaben, das Historiker aus der BRD und der DDR zusammenbringen und dem „Bayernprojekt“ ein norddeutsches Pendant hinzufügen sollte – mit ihm trug sich der früh verstorbene Detlef Peukert – ist leider nicht zustande gekommen. Die Aufgabe harrt noch ihrer Lösung.

Zu den theoretischen Arbeiten der DDR-Historiker gehörte es, die in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung entstandenen Wesensbestimmung des Faschismus und der faschistischen Regime zu fundieren. Auch hier waren die Frontstellungen nicht zu schaffen, sondern überkommen. Die Definition des Faschismus an der Macht – um an ihren Text zu erinnern: Der Faschismus ist die offen diktatorische, am meisten chauvinistische, am meisten imperialistische staatliche Herrschaftsform des Finanzkapitals – die 1933, also noch in der Etablierungsphase der Diktatur in Deutschland, im Hauptstrom der kommunistischen Bewegung gegeben worden war, kann nur verstanden werden, wenn sie zum einen als das Zwischenergebnis theoretischer Anstrengungen genommen wird, die bis in die frühen zwanziger Jahre zurückreichen, zum anderen als Ausdruck des Bestrebens, sich anderen und konkurrierenden Deutungen des Faschismus entgegenzustellen, auch wenn gegen diese nicht ausdrücklich polemisiert wird.

Die DDR-Geschichtsschreibung ist in ihren Ergebnissen, beispielsweise mit der kürzlich in einem Reprint erneut erschienenen dreibändigen „Geschichte der Kriegswirtschaft“ von Dietrich Eichholtz über diese Charakteristik der faschistischen Diktaturen erkennbar hinausgelangt. Jedoch hat sie das 1933 gegebene, 1935 auf dem VII. Weltkongress in politischer Absicht – nämlich im Zusammenhang mit einer Volksfronttheorie – bestätigte Resultat nie ergänzt und korrigiert, obwohl über dessen auch zeitbedingte Begrenztheit Zweifel nicht existierten. 1933 und auch 1935 waren der künftige Verfestigungsgrad des Regimes noch keineswegs abzusehen und es wurde bezweifelt, dass er erreicht werden könnte. Die Stabilität, die das Regime durch seine Massengefolgschaft gewann, gehört ebenso zu den späteren Erfahrungen wie seine beispiellos massenmörderische Aufgipfelung im Kriege. Letztlich mag eine gewisse Festungsmentalität dazu beigetragen haben, dass an die naheliegende Aufgabe nicht gegangen wurde.

V.

Lassen Sie mich noch einmal zu allgemeineren Fragen zurückkehren, die an die Geschichtswissenschaft in DDR-Zeit zu stellen sind. Sie lauten: Welchen Platz kann die Disziplin in der Geschichte der Historiographie in diesem Jahrhundert beanspruchen? Welche Verdienste haben sich die Beteilig-

ten womöglich erworben? Diese Fragen besitzen zwei Aspekte, einen gleichsam innerwissenschaftlichen und einen weitwinkligeren, der sich auf die Rolle der Wissenschaft in der jeweiligen Gesellschaft bezieht. Und diese sind wieder zu differenzieren in die Fragen: Was war? Und: Was bleibt? Sich der so bezeichneten Aufgabe auch nur vorurteilsfrei zu nähern, macht heute noch Mühe. Da ist die bald nach 1990 errichtete Barrikade von der „Wissenschaftswüste DDR“, die zwar ihre Funktion verloren hat, aber nicht abgerissen wurde.

Für eine begründete Beantwortung der Frage: Was bleibt? erscheint der Abstand von einem Jahrzehnt zu kurz. Zudem wird sie sich erst im Fortgang von Entwicklungen entscheiden, die nicht nur und zum wenigsten von den Wegen der Clio abhängig sind. Festeren Boden betritt, wer sich fragt, wie die Geschichtswissenschaft der DDR in ihre Zeit und in die ostdeutsche Gesellschaft hineingewirkt hat und das haben diejenigen, die sich den Fragen von Faschismus und Krieg zuwandten, absichtsvoll und angestrengt getan. Dabei stießen sie auf ein ausgesprochenes Interesse vieler. Zum einen besitzt die Geschichtswissenschaft der DDR unstreitig einen Anteil daran, dass sich die Zeitgenossen und nachfolgende Generationen kritisch mit der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 und vor allem mit der friedensbrecherischen und zerstörerischen Rolle Deutschlands und der Deutschen in Europa auseinandersetzen konnten. Zum anderen hat sie in zwei sehr verschiedenen Situationen sich geltend gemacht, in der Phase des Kalten Krieges und jener der ihn allmählich und zögernd verdrängenden europäischen Entspannung. In beiden hat sie Gedanken des Friedens verfochten und einen – wie gering man ihn immer bemessen mag, verglichen mit den Anteilen anderer – Beitrag dazu geleistet, dass heute in den Beitrittsgebieten ein Pazifismus weit verbreitet ist, der sich während des Krieges der NATO gegen Jugoslawien erfahrbar gemacht hat und als Antiamerikanismus falsch verortet ist.

Der Gedanke, dass das Erforschen und Darstellen von Geschichte etwas mit der Verbreitung der Friedensidee zu tun hat, hier lassen sie mich nun auch ausdrücklich als Zeitzeugen reden, bestimmte nicht zum geringsten die sich seit der Mitte der siebziger Jahre entwickelnden Beziehungen zwischen den Zeitgeschichtlern in den beiden deutschen Staaten erheblich. Dazu trug auch bei, dass die sich auf Konferenzen und Kolloquien hier wie dort Begegnenden der gleichen Generation angehörten, die man als die Flakhelfer- oder Hitlerjugend bezeichnet hat. Manche waren auch noch Wehrmachtssoldaten gewesen. Dieser Lebenshintergrund spielte, ohne dass darüber viele Worte gemacht zu werden brauchten, in diese Beziehungen positiv hinein. Dass und warum sie nach 1990 abrupt abgebrochen wurden, ist eine nicht mehr hier zu erörternde Frage. Umso mehr aber weiß ich die Einladung zu schätzen, die mir Gelegenheit gab, hier über ein Thema zu Ihnen zu sprechen, das zu jener Geschichte gehört, die – wie treffend gesagt worden ist – „noch qualmt“.

Schlag(etot)wort: Instrumentalisierung der Geschichte

Zu den von den einen gezielt vorgebrachten, von anderen gedankenlos nachgesprochenen Vorwürfen gegen die Geschichtswissenschaft in DDR-Zeit, aber ebenso gegen Politik und Publizistik, gehört, sie habe die Geschichte „instrumentalisiert“. Mitunter erscheint diese unbestreitbare Tatsache allein als besonders frevelhaft, als die Verletzung eines Sakrilegs. Walter Grab, von den deutschen und österreichischen Faschisten aus seiner Heimatstadt Wien vertrieben, von einer Tante in Palästina gerettet, erzählt in seinen soeben erschienenen Erinnerungen die folgende Episode. „Ich hielt in einer der Versammlungen (einberufen um gegen den Krieg der USA in Vietnam zu protestieren – K. P.) eine Rede, in der ich einen längeren Abschnitt aus einem Dokument vorlas; dort hieß es, dass die Kolonialpolitik einer Großmacht verdammungswürdig sei, weil jedes Volk das natürliche Recht habe, seine Regierung selbst zu bestimmen, und nur Gesetzen gehorchen dürfe, die es selbst beschlossen habe; es sei die Pflicht jedes einzelnen Bürgers, sich gegen die Unterjochung durch fremde Herrscher zu wehren und zu den Waffen zu greifen, wenn Soldaten aus Übersee den gerechten Freiheitswillen unterdrücken wollten. – Alle Anwesenden glaubten, dass ich eine Bekanntmachung Ho Chi Minhs aus Vietnam vorgelesen hätte; am Ende meiner Rede aber rief ich, dass diese Sätze von niemandem anders als von Thomas Jefferson, dem Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, stammten und ursprünglich gegen die englische Regierung gerichtet waren. Dies sei der Beweis, wie weit die Vereinigten Staaten sich von ihren Gründungsidealen entfernt hätten, auf die sie sich angeblich noch immer stützten.“

Soweit dieser ersichtlich besonders krasse Fall einer „Instrumentalisierung“ von Geschichte. Dem israelischen Historiker spendeten obendrein mehrere seiner Fachkollegen ausdrücklich Beifall. Sie befanden, er hätte einen Beweis geliefert, „wie aktuell die Geschichtswissenschaft sein kann, wenn man sie zu handhaben versteht.“ Diese Feststellung war keine Neu-, sondern eine Wiederentdeckung. Dass Geschichte nicht nur zum Zwecke der Befriedigung von rückwärtsgewandter Neugier, zu Erbauung oder frommer, nach innen gewendeter Heldenverehrung betrieben wird, hatte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon weit herumgesprochen.

Worum geht es also im Kern? Um zweierlei. Zunächst darum, wie diejenigen, die sich auf die Geschichte berufen, das Geschehene abbilden. Tun sie das wahrheitsgemäß, was auch heißt, soweit sie oder die Forscher, auf deren Ergebnisse sie sich stützen, bei der Durcharbeitung geschichtlicher Vorgänge zu ihrem Wesen vorgedrungen sind, oder verbreiten sie über die Vergangenheit Legenden, Mythen oder glatte Lügen. Das letzte hat am krassesten und verhängnisvoll die Generation der Großeltern in den Schulungen und Schulen des deutschen Faschismus erlebt. „Die ewige Straße“, so der Titel eines der Schulbücher, mündete in der Schlussfolgerung, dass die Preußen und dann die staatsvereinten Deutschen seit langem schon die Größten waren, vor allem die unbesiegbaren Krieger und dass sie diese ihre Eigenart einzusetzen hätten, um sich den notwendigen Lebensraum zu erkämpfen. Das war die „Instrumentalisierung“ einer infamen Geschichtskonstruktion zum Zwecke imperialistischer Eroberung, während die Art, in der sich Grab eines unverfälschten geschichtlichen Zeugnisses bediente, der Bloßstellung einer imperialistischen Intervention diente. Und damit ist das zweite erwähnt: der Zweck und das Ziel, dem Berufung auf Geschichte dient.

Nun vermag die Mehrheit derer, an die sich Interpreten der Geschichte wenden, um sie unter Berufung auf ihre Erkenntnisse oder Erfahrungen zu diesem Handeln und jenem Unterlassen aufzufordern, meist – mitunter bei einiger Anstrengung – zu erkennen, zu welchem Verhalten ihnen da geraten wird und für welche Zwecke sie eingespannt werden sollen, Die Krux besteht darin, dass die Mehrheit aber nur im Ausnahmefall in der Lage ist, die jeweiligen Berufungen darauf zu prüfen, ob ihre Aussagen wahr oder falsch sind. Sie ist denjenigen, die sich als geschichtskundig ausgeben, ausgeliefert. Die Lage ähnelt der des Patienten, dem der Zustand seiner Unkenntnis jedoch nicht verborgen bleibt und der immerhin dem Rat folgt, er möge sich an den „Arzt seines Vertrauens“ wenden. Je ferner die Ereignisse zeitlich oder räumlich und je komplexer die Zusammenhänge, von denen gesprochen wird, desto ärger dieses Abhängigkeitsverhältnis. Beispielsweise: (Alt-)Bundesbürgern, die sich weder mit dem Wesen des deutschen Faschismus befassen konnten, noch eine Ahnung vom Leben in der DDR

besitzen, lässt sich die Totalitarismus-Doktrin leichter andrehen, als jenen, die aus Kenntnis und Erfahrung zu eigenem Urteil zu gelangen vermögen.

Meist hat der Geschichtsunterricht der Schulzeit schon für solches Ausgeliefertsein zugerichtet. Da spielt das Thema der Verfälschung der Geschichte und der ihr zugrunde liegenden Interessen und Absichten, wenn überhaupt, nur eine randständige Rolle. Merkwürdigerweise. Denn im Unterricht für angehende Autofahrer wird hingegen anders und ungleich sorgsamer verfahren und bei der Abschlussprüfung verlangt, dass der Verkehrsteilnehmer Mindestvoraussetzungen besitzt, um Katastrophen vermeiden zu helfen. Und dabei verhalten sich die Unfälle auf den Straßen, so furchtbar ihre Folgen zunehmend auch sind, dennoch zu den „Unfällen“ der Geschichte etwa wie der Müggelsee zum Pazifik.

Was also ist zu tun, da die „Instrumentalisierung“ von Geschichte nicht abgeschafft werden muss und auch nicht abgeschafft werden kann? Der erste Schritt wäre, die Phrase von der Instrumentalisierung außer Verwendung zu setzen und stattdessen, zwischen dem Gebrauch und dem Missbrauch von Wissen zu unterscheiden. Der zweite könnte darin bestehen, die wirkliche Ausplünderung der Vergangenheit für menschen- und letztlich menschheitsfeindliche Zwecke immer wieder bloßzustellen und so eine Warnung zu gewinnen. Die bietet so wenig einen Totalschutz wie das Verkehrsschild am Straßenrand, das auf eine gefährliche Kurve aufmerksam macht. Aber einer Vor-Orientierung kann sie doch dienen.

P.S. Wer in Walter Grabs Erinnerungen lesen will: Meine vier Leben. Gedächtniskünstler, Emigrant, Jakobinerforscher, Demokrat, PapyRossa Verlag Köln 1999, 432 S., 48,00 DM.

Das Zusammendenken zweier Massenmorde

Der Autor wurde bekannt, als er kürzlich in einer Arbeit die These vertrat, Hitler habe am 12. Dezember 1941 in einer Rede, die er in Berlin vor Reichs- und Gauleitern hielt, den Massenmord an den Juden bekanntgegeben. Daran schloss sich die Behauptung, der Entschluss, das Verbrechen gegen ausnahmslos alle Juden im faschistischen Machtbereich zu richten und es im Kriege zu verüben, sei erst unmittelbar davor gefallen. Von da an datiere ein „grundlegender politischer Kurswechsel“, eine neue, die eigentliche Phase der Judenvernichtung. In diesem Bilde erscheinen die Tötungen im besetzten Gebiet der UdSSR seit dem Juli des gleichen Jahres, die Morde mittels „Gaswagen“ in Chełmno im eroberten Polen, die Anfang Dezember, also vor dieser Rede bereits ins Werk gesetzt waren, die erfolgten Massenerschießungen von Juden in Serbien unter dem Vorwand der Bekämpfung des Widerstands, die Transporte deutscher und österreichischer Juden „nach dem Osten“ als Vorgeschichte des „Holocaust“, nicht als dessen Beginn und einem anderen Kurs zugehörig. Darüber sind Fachleute in einen wissenschaftlichen Streit geraten, der nicht als beendet angesehen werden kann. Gerlachs Publikation bildet, geringfügig erweitert, das Zentrum des Bandes, in dem er in einem Nachwort sich mit den Einwänden auseinandersetzt, die seine Kritiker erhoben haben.

Was dem Buch Aufmerksamkeit verspricht, ist der in zwei weiteren Untersuchungen gegangene Schritt, den Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen, die zu Millionen an Unterernährung und infolge von Kälte, nicht in erster Linie durch Seuchen, in den deutschen Gefangenenlagern zugrunde gingen, und die Ausrottung der osteuropäischen Juden „zusammenzudenken“. Das ist nicht neu. Vor allem in historisch-materialistischen Analysen wurden, ausgehend von den imperialistischen, rassistisch geprägten Zielvorstellungen der Faschisten, auch das Verbindende betont, dass zwischen den Strängen der menschenmordenden Strategie existiert. Gerlach konzentriert sein Interesse nicht auf diese von Endsiegvorstellungen über das „Europa unterm Hakenkreuz“ bestimmten Grundsatzentscheidungen. Er hat für seine Forschungen die Scheinwerfer gleichsam neu platziert.

Seinen gedanklichen Ausgangspunkt bilden die Berechnungen und Planungen darüber, wie die Deutschen, namentlich die in die UdSSR einfallenden drei Millionen deutscher Soldaten, die zunehmende Zahl der „Fremdarbeiter“ im Reichsgebiet, die Menschen in den eroberten Gebieten Nord- und Westeuropas und die Polen ernährt werden sollten. Er weist nach, dass die lange vor dem 22. Juni 1941, schon seit Jahresbeginn, getroffenen Entscheidungen ziviler und militärischer Stellen des Reiches darauf hinausliefen, 30 Millionen Menschen im Gebiet westwärts des Ural dem Hungertod preiszugeben. Diese Entscheidung, die er zu Recht einen „Hungerplan“ nennt, habe zuerst und vollständig diejenigen getroffen, die sich – schärfer noch als die Juden in den Ghettos – von aller eigenen Beschaffung von Nahrungsmitteln abriegeln ließen: die sowjetischen Kriegsgefangenen in den Lagern, die sich auf dem Territorium der UdSSR, Polens und Deutschlands befanden. Gerlach führt die fundamentale Arbeit Christian Streits („Keine Kameraden“), der nicht viel Nachfolge gefunden hat, verdienstvoll weiter.

Auch bei der Ausrottung der Juden im sowjetischen Gebiet und in Polen, so der Autor, hätten Überlegungen, „unnütze Esser“ loszuwerden, eine besondere und in vielen Dokumenten nachweisbare Rolle gespielt. Sie vollständig zu erfassen und zu werten, setzt weitere Forschungen in Regionen und Städten voraus. Doch ist offenbar bereits erwiesen, dass zumindest mancherorts die Reihenfolge der Tötungen durch das durchgesetzte Interesse mitbestimmt wurde, Lebensmittel zu sparen, um sie der Wehrmacht am Orte, für Lieferungen ins Reich oder auch der unterernährten nichtjüdischen Bevölkerung am Orte zur Verfügung zu stellen, die für die Besatzer schuften sollten. Gerlach vermerkt ausdrücklich, dass damit die zentralen Stellen nicht entlastet würden. Doch werde deutlich, wie viele zivile Dienststellen in Osteuropa für das Massenmorden mitverantwortlich seien. Wiederholt vermerkt er auch Deutungsgrenzen für seine Befunde. Das Generalinteresse, arbeitsunfähige oder als Arbeitskräfte nicht benötigte Juden zu ermorden, unentbehrliche jüdische Arbeiter durch nichtjüdische zu ersetzen, um sie ebenfalls umbringen zu können, sei zusätzlich, aber indirekt durch das der „Einsparung“ von Lebensmitteln und der Unterbindung des „Schwarzhandels“, dem einzigen Ausweg der hungernden Juden, ihr Leben zu verlängern, vorangetrieben worden.

Die Herausarbeitung und Überbetonung der momentanen Motive und der Rolle von regionalen und lokalen deutschen Dienststellen und Verwaltungen kann nichtsdestoweniger Verzeichnungen begünstigen. Zudem lässt Gerlach eine deutliche Neigung zu Mutmaßungen erkennen und knüpft an manche Dokumente, aus denen er „Absichten“ und „Hinweise“ filtert, Schlussfolgerungen, die in erster Linie Phantasie bezeugen. Freilich, wer sich gegen die etablierten Forscher zur Geltung bringen will, muss klappern. Gerlach verfügt dafür über ein solideres Instrumentarium als Goldhagen, dessen vielfach faktenferne Interpretation er auch kritisiert. Nur hat die Goldhagen-Debatte“ gezeigt, wie viel davon abhängt, dass dem Instrumentalisten auch Lautverstärker zu Hilfe kommen. Auf Gerlachs Dissertation, die sich mit dem Massenmord an den Juden in Bjelorussland befasst, darf man gespannt sein.

Christian Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburger Edition, Hamburg 1998, 308 S., DM 24,00.

An der Schwelle eines geschichtsträchtigen Jahres

Ein halbes Jahrhundert nach der „doppelten Staatsgründung“ (Erfurt 1998)

Im kommenden Jahr wird ein halbes Jahrhundert vergangen sein, seit im Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, der westdeutsche Staat, nachdem sich im Oktober der ostdeutsche auf etablierte. Im als Folge des Krieges geteilten Lande, dessen Teile politisch, sozial und ideologisch immer weiter auseinanderzudriften begannen, war die Entwicklung solchen Staatsgründungen entgegengetrieben. Versuche, diesen Prozess anzuhalten, hatten sich als erfolglos erwiesen. Es begann die mehr als vierzig Jahre währende Periode der Zweistaatlichkeit, während der sich zwei unterschiedliche Gesellschaften[1] herausbildeten.

I.

Der Maitag 1999 wird Gelegenheit bieten, die westdeutsche Staatsgründung zu feiern und die Politiker an der Spitze des Staates werden sie nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Zudem gibt es zum Feiern Gründe, wenn auch nicht für alle Bürger gleichermaßen. Einige dieser Gründe liegen zutage. Kein Staat der modernen deutschen Geschichte hat auch nur ein halbes Jahrhundert gedauert. Das 1871 gegründete Kaiserreich endete 1918, also nach einer knapp 47jährigen Existenz. Die Monarchie ging im Feuer des Weltkriegs und der Revolution unter. Die darauffolgende Weimarer Republik brachte es auf eine Lebensdauer von nur knapp 14 Jahren. Sie erlag dem vereinten Angriff der faschistischen und anderer, vorwiegend konservativer antirepublikanischer Kräfte. Das faschistische Reich dauerte etwas mehr als 12 Jahre. Es wurde mit den militärischen Instrumenten der Anti-Hitlerkoalition und durch die Anstrengungen von Millionen Soldaten und Zivilisten vieler Länder beseitigt. Die DDR, Konkurrent der BRD auf deutschem Boden, existierte 40 Jahre. Ihr unvollständiges 41. Jahr wurde weniger das ihres Umbaus als das ihres Abrisses.

Doch geht es nicht allein um die Existenzdauer der deutschen Staaten, wenngleich sich in ihr eine mehr oder weniger große innere und äußere Stabilität ausdrückt. In keinem Staat der deutschen Geschichte seit 1871 veränderte sich das Leben der Mehrheit der Bevölkerung derart gravierend, vermehrte sich ihr materieller Reichtum in solchem Grad wie in den Jahrzehnten der Bundesrepublik. Das geschah nach Überwindung der immensen Wunden und Zerstörungen, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte. Das Wort vom „Wirtschaftswunder“ bedeutete keine Propagandaphrase, wenn es auch als solche gebraucht worden ist. Die regierenden politischen Personen und Parteien und andere Kräfte erwarben sich in diesen Jahren den Ruf von Initiatoren und Organisatoren einer Gesellschaft, die im Wohlstand lebt. Darauf vor allem gründet sich die Stabilität des Staatswesens BRD bis heute mehr als auf die Überzeugungen ihrer Bürger.

Die Parteien und Kräfte, die auf diesem historischen Wege vorangingen, zehren von ihren Verdiensten, diese bilden ihren Kredit. Es wird ihnen in einer sich in Europa und weltweit spürbar verändernden Situation zugetraut, auch als Wohlstandsbewahrer erfolgreich zu sein. Für diese Rolle favorisiert ein Teil der Bevölkerung diese, ein anderer jene Partei oder Parteiengruppe. Nicht wenige erblickten kürzlich in einem möglichst weiten Zusammenschluss der Großparteien die sicherste Gewähr dafür, das gewünschte Ziel wirklich zu erreichen. Doch ist es dazu nicht gekommen. Jedenfalls existiert die soziale Marktwirtschaft genannte kapitalistische Gesellschaft in der BRD ungefährdet. Dass es in ihr Krisenerscheinungen gibt, die teils akuten, teils chronische Charakter besitzen, wird nicht bestritten. Doch erscheinen oder gelten sie als beherrschbar. Eine Mehrheit der Bevölkerung glaubt zudem, dass sie von ihnen nicht ernsthaft betroffen werden kann.

---

[1] Dass auf deutschem Boden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch zwei grundverschiedene Gesellschaften entstanden waren, wird immer weniger thematisiert oder auch nur erwähnt. Gegenüber dieser Kennzeichnung dominieren Begriffe wie „Zweistaatlichkeit“, „doppelte Staatsgründung“, zwei „Vergangenheiten“ oder „zwei Lebenswelten“. Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Ansichten zur Geschichte der der DDR. Im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS, hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bd. 9/10, Berlin 1998, S. 19) vermuten, dass das Vermeiden des Begriffs auch darauf zurückzuführen sei, dass er sich nicht in das von der Totalitarismus-Doktrin angebotene Erklärungsmuster einfügt, das gerade das Ganze aus dem Blick zu transportieren sucht. Jedenfalls bedient diese Ignoranz die Bedürfnisse von Totalitarismus-Theoretikern.

Auch außenpolitisch stellt sich die Bilanz der BRD beachtlich dar. Der Staat hat in den Jahrzehnten des Kalten Krieges sich nicht nur ökonomisch und politisch gegenüber der sozialistischen Konkurrenz behauptet, sondern er wird wegen seines materiellen Reichtums und seiner inneren Stabilität in der Welt weithin auch bewundert. Er vermochte seine wachsenden materiellen Mittel für seine Außenpolitik effektvoll einzusetzen und sich unter den mittel- und westeuropäischen Staaten im Prozess der „Europäisierung“ eine maßgebliche Rolle zu erobern. In Mittel- und Westeuropa ist die BRD nicht nur der wirtschaftlich stärkste, sondern auch der bevölkerungsreichste Staat. In ihm leben auch Millionen Ausländer, die zuerst als gesuchte Arbeitskräfte, auch als sog. „Wirtschaftsflüchtlinge“ und als politisch Asylsuchende in das Land gekommen sind.

Die Wirtschaftsmacht Deutschland lockt und in anderer Weise droht sie auch. Doch muss dieser deutsche Staat von seinen Nachbarn militärisch nicht als Bedrohung empfunden werden. Das stellt für sie ein Novum in ihrer Geschichte dar, für Franzosen und Belgier, Österreicher und Nordeuropäer. Mit ihnen ist die BRD durch wirtschaftliche, politische und militärische Bündnisse verzahnt. Auch die neuen ost- und südosteuropäischen Regime suchen mit ihr ähnliche Beziehungen aufzunehmen. Von ihnen erhoffen sie sich eine Beihilfe, die sie stabilisiert und sie aus verbreitet elenden materiellen Zuständen hinausgelangen lässt. Deutschlands Nachbarn haben eine Anzahl grundsätzlicher wie pragmatischer Gründe, sich mit der BRD auf guten Fuß zu stellen oder auf ihm zu bleiben. Manche werden die Eineinhalbjahrhundert lange Existenz deshalb auch begrüßen.

Gegen diese Bilanz lassen sich andere Tatsachen summieren. Im reichen Deutschland existiert eine permanent hohe Arbeitslosigkeit, die jüngst Rekordzahlen erreichte. Armut ist nicht nur eine Erscheinung der auf soziale Hilfsleistungen des Staates und karitativer Organisationen angewiesenen Bürger. Sie kann auch unter einem Teil der Arbeitenden angetroffen werden. Sie bestimmt das Leben Hunderttausender Kinder. Groß ist die Zahl der Obdachlosen und anderer Menschen am Rand der Gesellschaft. Deutlich polarisieren sich Reichtum und Armut. Die Möglichkeiten junger Menschen, sich Wissen und Bildung und damit berufliche Chancen zu erarbeiten, geraten in immer stärkere Abhängigkeit von der sozialen Situation ihrer Eltern. Bedrohlich wächst die Gefahr der Verarmung und Vereinsamung alter Menschen. Alkohol- und Drogensucht breiten sich in der Gesellschaft aus. Die Vorsorge für die Erhaltung der Gesundheit und die Behandlung von Krankheiten hängen mehr und mehr von der Zahlungsfähigkeit der Bürger ab. In kritische Zonen ist der Aufwand der Gesellschaft und des Staates für Wissenschaft und Kultur hineingeraten. Doch mit welcher selbstgefälligen Ignoranz wurde am „Tag der deutschen Einheit“ über diese Seite der deutschen Zustände hinweggeredet, wenn beispielsweise das Staatsoberhaupt mit einem „vernünftigen und gelassenen Selbstbild“ verlangte, „Erreichtes zu schätzen und dann auch ein bisschen Genugtuung darüber zu empfinden“.[2] Worauf soll sich denn der maßvolle „Stolz auf die eigene Leistung“ bei den Langzeitarbeitslosen und den Schulabsolventen richten, die keine Lehrstelle erhalten haben?

All diese Tatsachen, an deren Entstehung die Politik der soeben abgetretenen Regierung unter dem Kanzler Kohl schuldhaften Anteil besitzt und an dem sie noch im Wahlkampf herumgedeutelt hat, verbreiten unter vielen Bürgern das Lebensgefühl eines Wandels zum Schlechteren hin oder – vorläufig mehr noch – die Furcht vor einer Bedrohung eigener oder familiärer Lebensperspektiven. Während die einen ihre Hilflosigkeit spüren, prägen andere das Klima der „Ellenbogengesellschaft“ mit. Individualismus und Egoismus nehmen quer durch alle sozialen Schichten zu. Gleichzeitig sind Mitmenschlichkeit und Solidarität, wo je vorhanden gewesen, deutlich im Abnehmen begriffen.

Einerseits geht diese Gesellschaft also dem Mai 1999 mit einer stattlichen Anzahl von Gründen entgegen, die das Selbstbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken vermögen. Denn viele Bürger der Bundesrepublik und namentlich die Angehörigen der älteren Generationen können sich auf ihre Arbeit etwas zugutehalten und werden mit deren Ergebnissen zufrieden sein können. Zum anderen existiert innerhalb der Staatsgrenzen eine Großgruppe, die keinerlei oder sehr wenig Ursache zu solcher Zufriedenheit und folglich keinen Anlass zum Mitfeiern besitzt. Die Regierenden werden auf diese wider-

---

[2] Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog am 3. Oktober 1998 in Hannover. In: Bulletin der Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 66 (6. Oktober 1998), S. 828.

sprüchliche Situation nicht anders reagieren als alle ihre Vorgänger es in gleicher oder ähnlicher Situation taten: Sie werden sich und die Erfolge bejubeln und die Schäden der Gesellschaft klein zu reden suchen und sie als zeitweilig und behebbar hinstellen.

II.

Was diesem 50. Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland aber seine besondere und einmalige Note gibt, ist die geschichtliche Tatsache, dass sie vor nahezu einem Jahrzehnt um die Neuen Bundesländer, das einstige Gebiet der DDR und dessen Bevölkerung, vergrößert und vermehrt wurde. Als Folge dieses Ereignisses kompliziert sich die Bilanz erheblich. Denn nach wie vor tun sich die Herrschenden, aber nicht nur sie, praktisch und geistig mit dem „Erbe“ schwer, das ihnen 1990 plötzlich zugefallen war. Eben erst, am 3. Oktober 1998, hat der Staatsakt in Hannover das erneut bezeugt. Die von der Regierung in Bonn vorgegebene Generallinie, die auf ideologischem Gebiet bis heute dominiert, will den untergegangenen ostdeutschen Staat und die Gesellschaft am besten ganz in Vergessenheit geraten lassen oder die Erinnerung auf Gedanken und Gefühle des Unbehagens, der Ablehnung und der Verdammung reduzieren. Diese Linie ist indessen bereits weitgehend gescheitert. Die Gegenwart der Bundesrepublik mit ihren alltäglichen Erlebnissen und nicht irgendwelche Agitation bewirkt, dass einstige Bürger der DDR sich auf ihr Leben im untergegangenen Staat anders besinnen.

Die Zahl derer, die das mit dem Blick auf den Oktobertag 1949 tun können und werden, ist womöglich nicht sehr hoch zu veranschlagen. Hat sich denn 1921, als am 18. Januar der Gründungstag des (Zweiten) Deutschen Kaiserreichs exakt ein halbes Jahrhundert zurücklag, das Staatswesen aber zwei Jahre zuvor von einer Revolution beseitigt worden war, ein nennenswerter Teil der Deutschen dieses Datum noch erinnert? Eine Minderheit von Monarchisten tat das gewiss, und die wollte zumeist ihren „alten Kaiser Wilhelm„ wiederhaben und mit ihm all die anderen gekrönten Häupter von den beiden Mecklenburg bis nach Bayern. Doch die übergroße Mehrheit der Deutschen entsann sich, dass dieser Hohenzoller an der Spitze jener Kräfte gestanden hatte, die sie in den mörderischen vierjährigen Krieg geführt hatten, in dem Millionen gestorben, verkrüppelt, verwitwet, verwaist und verarmt waren.

1918 – das war ein anderer Staatsuntergang gewesen als derjenige des Jahre 1989. Beide unterschieden sich durch ihre Vorgeschichte. Grundverschieden waren nach Herkunft, Zielsetzungen und Rolle auch die Herrschenden, die mit diesen Staaten „abtraten“. Im einen wie im anderen Falle aber waren es Massen der Bevölkerung, die eine geschichtliche Wende erzwangen. Und von beiden Ereignissen kann gesagt werden, dass sich die Massen „in ihrem dunklen Drange“ des positiven Zieles nicht vollständig bewusst waren, an das sie gelangen wollten. Wie noch stets in der Geschichte entsprach das Ergebnis des Handelns den Vorstellungen und Absichten der Handelnden nur zu einem Teil. Die eine Gruppe der Beteiligten oder Betroffenen mochte mit dem Resultat zufriedener sein als eine andere, eine dritte sich mit ihm opportunistisch oder schicksalsergeben aussöhnen.

Generationen, die im Verlaufe ihres Lebens in zwei aufeinander folgenden verschiedenen Staaten gelebt haben, neigten immer und überall dazu, ihre jeweiligen Lebensweisen nach Vor- und Nachteilen zu vergleichen. Manchen verklärte sich dabei das Vergangene. 1999 aber ist neu, dass diese Situation zum einen nur für eine Minderheit des Staates zutrifft, und dass zum anderen – und wichtiger noch – die Gegenstände des Vergleichs sich viel mehr voneinander unterscheiden als in früheren „Fällen“ deutscher Geschichte. Das Wort „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“ charakterisierte knapp eine Seite von Bruch und Kontinuität zwischen der Monarchie und der Republik. Derer gab es aber viele. Und 1933, als der „Führer“ kam, blieben die Generale mit wenigen Ausnahmen und die Mehrheit der Beamtenschaft ebenso wie die Industriellen und die Großgrundbesitzer.

1989 aber ging nicht nur der „Generalsekretär“, es gingen auch die Generale, die Staatsangestellten, die Masse der Wissenschaftler. Es wechselten die Eigentümer nahezu aller Betriebe und vieler Immobilien. Den Ostdeutschen wurde, wie treffend gesagt worden ist, das westdeutsche Staats- und Gesellschaftssystem „übergestülpt“. Nachträglich sollen sie sich mit ihm identifizieren, sich als die Erlösten und Geretteten, als die Befreiten sehen und fühlen. Diese Besonderheit wird zumindest zu einem Teil auch die Staatsakte prägen, die 1999 an die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland

erinnern werden. Sie geben erneut Gelegenheit, die historischen und politischen Gewichte zwischen dem untergegangenen und dem durch diesen Untergang vergrößerten Staatswesen zu bestimmen. Die Hauptredner des Festes werden wie üblich von der führenden Regierungspartei, diesmal also der Sozialdemokratie, gestellt werden. Es wird eine andere Stimme zu hören sein, als die des Vorgängers, der sich das Hauptverdienst an der „Einheit“ zuschrieb und sich mit dem Prädikat „Kanzler der Einheit“ schmücken ließ, ohne dass ihm daraus dauerhafter politischer Platzvorteil erwuchs. Aber ist auch auf neue Inhalte zu hoffen?

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird den einstigen DDR-Bürgern bescheinigt werden, dass auch sie sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs um die Überwindung von dessen Folgen verdient gemacht hätten. Doch seien sie unter den Bedingungen der „zweiten deutschen Diktatur“ und – wie etwas leiser hinzugefügt werden dürfte – nicht völlig schuldlos um die Früchte ihrer Anstrengungen gebracht worden und dergleichen mehr. Was in Staatsreden in aller Regel nicht gesagt wird, inzwischen aber bis zum Überdruss an das Ohr der Ostdeutschen gedrungen ist, darf und muss hinzugedacht werden: Die Bürger in den neuen Bundesländern hätten eine Erblast in die Bundesrepublik dadurch hineingeschleppt, dass sie aus einem anderen und, wie behauptet wird, völlig verfehlten Wertesystem herkämen. Von dem würden sie sich nicht rasch genug trennen, weshalb sie auch nicht verstünden, was sie durch den Eintritt in das Staatswesen mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eigentlich gewonnen hätten.

Was diesen Ostdeutschen bevorstehe und was sie zu bewerkstelligen hätten, hat einer der Fanatiker unter den Antisozialisten in die Worte von „Ostdeutschlands Rückkehr in die europäische Zivilisation“ gekleidet.[3] Demnach hätten sich die Ostdeutschen eines Tages ganz „aus Asien zurück“ zu melden. Dieses Bild lässt sehr ungute Erinnerungen aufkommen – an die „asiatische Tat“ und den „asiatischen Bolschewismus“ und auch an die „asiatischen Untermenschen“. Hier äußert sich jene Geschichtsbetrachtung, die – wie Primo Levi schrieb – den Strom der Menschheitsgeschichte auf Konflikte und Zweikämpfe nach dem Schema „wir“ und „sie“ reduziert. Dem stellte er die Feststellung gegenüber: „Der größte Teil der historischen und natürlichen Phänomene ist nicht einfach oder zumindest nicht so einfach, wie wir es gerne hätten.“[4]

Indessen geschah und geschieht viel, solche Vereinfachung wenigstens optisch dadurch zu erreichen, dass in den öffentlichen Bezirken abgeräumt wird, was sich von der materiellen Hinterlassenschaft immer abräumen lässt, und nicht zuzulassen, dass Erinnerung auch nur angeregt wird. Davon zeugt die jahrelange Auseinandersetzung um die Zukunft des Palastes der Republik in Berlin, bei der es zum wenigsten um den verbauten Asbest geht. Das belegt das Gerangel darum, ob ein Künstler wie Bernhard Heisig an der Ausgestaltung des einstigen Reichstagsgebäudes beteiligt werden dürfe, oder die wortreichen Erläuterungen, die für notwendig gehalten wurden, um die Übernahme von einigen Noten aus der DDR-Hymne in eine Komposition für politisch ungefährlich zu erklären. Vereinfachung geschichtlicher Zusammenhänge wird in jedem der Justizprozesse praktiziert, auf deren Anklagebänken Zivilisten und Militärs Platz zu nehmen haben, die im DDR-Staat Funktionen ausübten. Sie werden Richter und Staatsanwälte auch zehn Jahre nach dem Anschluss weiter beschäftigen und ernähren. „Wir“ – die Sieger, Gewinner, Ankläger, „sie“ – die Unterlegenen, die Verlierer, die Angeklagten, diese Erfahrung erneuert sich für viele Bewohner der neuen Bundesländer und mit ihr werden sie auch in das zweite Jahrzehnt nach dem Ende des ostdeutschen Staates gehen. Diese alltägliche Erfahrung ist durch keine salbungsvolle Festrede weg zu schwatzen.

Kurzum: die ideologisch-politischen Geleise für den Blick zurück sind von den Herrschenden gelegt, die Weichen gestellt, Unglücke auf der Fahrt zum Jubiläumstag kaum zu erwarten. Wer sich über das Bevorstehende informieren will, kann das anhand der vereinbarten Berichte der Enquête-Kommissionen tun. So viel „Geschichte“ wurde nie zuvor in einem deutschen Parlament beschlossen. Selbst

---

3 So sieht der Leiter der Stelle für Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR die Aufgabe an. Vgl. den Beitrag des Autors.

4 Primo Levi, „Die Grauzone“. In: ders., Die Untergegangenen und die Geretteten, übers. von Moshe Kahn, München 1993, S. 33 f.

das in diesem Punkte besonders rührige Politische Büro an der Spitze der SED könnte darob neidisch werden. Ein Vergleich mit der nach dem befreienden Jahr 1945 im benachbarten Österreich entwickelten Geschichtsbetrachtung drängt sich hingegen auf: Es entstand, was den Namen Koalitionsgeschichtsschreibung erhielt, die sich jedoch gegen die Kritik einer fortschreitenden Wissenschaft nicht zu behaupten vermochte.

III.

Die Bundesrepublik wurde durch die Veränderung des Jahres 1990 kein anderer Staat, aber sie erhielt als deren Folge doch manche andere politische Einfärbung, wie durch die Wahlen am 27. September 1998 bewiesen wurde. Sie besitzt nun eine linke Partei, deren Marginalisierung und baldigen politischen Tod alle anderen Parteien – von der bayerischen Christlich-Sozialen Union bis zu den „Grünen" – wünschten und auch zu erreichen suchten. Diese Partei des Demokratischen Sozialismus hat eine Zukunftschance gewonnen, nicht mehr und nicht weniger. Sie könnte sich möglicherweise – wie ähnliche Parteien in anderen europäischen Staaten – dauernd in Fraktionsstärke im Parlament festsetzen. So etwas war aber seit dem Ausscheiden der Abgeordneten der Kommunistischen Partei aus dem Bundestag im Staate nicht mehr vorgesehen. Diesen Wandel der politischen Parteienlandschaft und die mit ihm verbundenen Aussichten haben vorwiegend ostdeutsche Wähler bewirkt. Da sie nicht einmal die freilich tatsachenwidrige Behauptung schreckte, diese Partei gehöre in die Nähe der Verfassungsfeinde, muss folgerichtig, aber falsch in deren Wahlverhalten ein Mangel an demokratischer Gesinnung erblickt werden.

Wie wird in dieser Partei, deren Herkunft mit ihm am stärksten verbunden ist und die sich von der SED zur PDS-SED und dann zur PDS gewandelt hat, 50 Jahre nach der Gründung der DDR und zehn Jahre nach ihrem Untergang dieser Staat bewertet und beurteilt. Gleichsam im Vorfeld des geschichtsträchtigen Jahres hat sich in der Partei des Demokratischen Sozialismus erneut ein, wenn auch nur momentweise aufflammender Streit über ihr Verhältnis zur Vergangenheit entzündet. Den Funken, der ihn auslöste, gaben Erklärungen ab, in denen von exponierten Mitgliedern und Funktionären wiederum Entschuldigungen für Vergangenes ausgesprochen wurden. Auf diese folgte aber alsbald eine mehr oder weniger demonstrative Distanzierung. In der Mitgliedschaft war vordem Unwille laut geworden. Es wurde – wie früher schon – und nicht nur von Parteimitgliedern in den alten Bundesländern gefragt, wer sich bei wem und wofür noch oder überhaupt zu entschuldigen habe. Nicht alle mussten oder konnten das Thema ganz ernst nehmen. Mancher antwortete spottend, wie es der Schriftsteller Hermann Kant tat. Wie ebenfalls bei früheren Gelegenheiten schon geschehen, wurde angemerkt, dass Menschen und Menschengruppen, die ganz anderes auf ihrem geschichtlichen Kerbholz aufweisen würden als der Vorläufer der PDS, sich für nichts und bei niemandem entschuldigt hätten. Das lässt sich nicht bestreiten.

Wie die Entschuldigungen selbst blockieren derartige Vergleiche aber im höchsten Grad die Klärung dessen, was aufgeklärt werden muss. Die Diskussion über das Ja oder das Nein und über die Adressaten von Entschuldigungen liegt wie eine gedankliche Barriere vor dem eigentlichen Problem und den sich aus ihm ergebenden Aufgaben. Sie bestehen darin, sich mit der geschichtlichen Rolle der DDR rückhaltlos offen auseinanderzusetzen. Das ist im Vorbeigehen und mit wenigen rasch gefertigten Etiketten nicht zu erledigen. Denn die DDR entstand nicht aus einem Zufallsspiel der Geschichte. Sie wird auch nicht, wie vermutet worden ist, als eine bloße Fußnote in das Buch der deutschen Geschichte eingehen, wenn auch vieler Wünsche noch immer sich dahin richten. Die DDR werde, war neuerdings in einem Ausstellungskatalog zu lesen, „als Gegenstand historischer Auseinandersetzung bald aus dem Rennen sein".[5]

Dagegen spricht deutlich auch die Büchermasse, deren Gegenstand der untergegangene deutsche Staat bildet. An ihr gemessen, wurde wohl auch mit einem Anflug von Distanz gegenüber dem Wert des Produzierten kürzlich bemerkt, sei „die DDR doch noch Weltspitze geworden, tonnenideologisch

[5] Katalog, hrsg., von der Berlinischen Galerie, zur Ausstellung „100 Jahre Kunst im Aufbruch", die in Bonn gezeigt wurde.

gesehen“.[6] Selbst manche seiner strikt antisozialistischen Kontrahenten haben bemerkt, dass mit seiner Ablehnung, Verurteilung, Brandmarkung und Verteufelung diese Seite deutscher Geschichte nicht „abgehakt“ und dann zur gesamtdeutschen Tagesordnung übergegangen werden kann. Der bislang weniger zur Kenntnis genommene Beitrag nichtdeutscher Historiker, die Forschungen zur DDR-Geschichte vorlegten, unterscheidet sich vom Hauptstrom der deutschsprachigen Publikationen. Seine Autoren lehnen es zumeist ab, sich bei ihrer Arbeit an der Totalitarismus-Doktrin auszurichten, deren Verbindlichkeit für alle DDR-Geschichtsforschung die bis zum Herbst 1998 regierenden Parteien bzw. deren Abgeordnete und Sachverständige im Bundestag im Schlussbericht der zweiten Enquête-Kommission wollten. Nicht ohne einen Seitenhieb auf Historiker und Politiker, die der Sozialdemokratie angehören oder nahestehen, vermerkten sie ausdrücklich, dass diese Doktrin vis-à-vis der DDR „von einigen ausgeblendet und von vielen verworfen“ worden sei, und verlangten, nach dem Ende des ostdeutschen Staates ihr nun wieder zu ihrem vorgeblichen Recht zu verhelfen.[7] Dem hatten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder und Sachverständigen die Erinnerung entgegenzusetzen, dass von ihnen schon zu DDR-Zeit eine „Weiterentwicklung der Totalitarismus-Theorien angemahnt“ worden sei, welche jedoch „bis heute“ noch ausstünde.[8] Daran basteln und bosseln nun viele, auch die mit der DDR befasste Sigrid Meuschel (Leipzig), welche die Grundaussagen der Doktrin und ihre politische Funktion dadurch zu retten hofft, dass sie zwischen einem Totalitarismus der Vernichtung und einem Totalitarismus der totalen Kontrolle unterscheidet.[9]

Die eng verwandten Standpunkte der Vertreter der beiden Großparteien, die nach dem 27. September 1998 ihre Rollen wechselten, lassen für den ostdeutschen Staat nur einen Vergleichsmaßstab zu, die faschistische Diktatur der Jahre 1933 bis 1945. Auf diesem Wege lassen sich mit ahistorischen und tatsachenwidrigen Ermittlungen leicht Urteile wie „weniger schlimm“, „gleich schlimm“, „schlimmer“ fällen. Um die letztgenannte Bewertung zu stützen, werden von neudeutschen Staatshistorikern, beispielsweise vom Leiter der Forschungsstelle beim Bundesbeauftragten für die archivalische Hinterlassenschaft der DDR-Staatssicherheit, geradezu abenteuerlich-verallgemeinernde Thesen über „den Kommunismus“ verbreitet.

Alle ernstzunehmende Forschung, die über Details und Teilprozesse hinauswill, zielt letztlich auf eine – gewiss vorläufige – Antwort auf die Frage, welcher Platz dem untergegangenen Staat in der deutschen und europäischen Geschichte zukommt. Dafür gibt es einen in den meisten deutschen Medien nahezu täglich zitierten und aus den Sozialwissenschaften unausgesetzt gespeisten „Vorschlag“. Er lautet: „die zweite deutsche Diktatur“. Diese soll wiederum als ein den Ostdeutschen aufgezwungener weiter Sonder- oder Umweg aus der faschistischen Diktatur in eine freie, von sozialer Marktwirtschaft geprägte Wohlstandsgesellschaft erscheinen. Vorerst überzeugt dieses Geschichtsbild diejenigen am wenigsten, von deren vergangenem Leben die Rede ist. Angenommen werden mag es nur von jenem nicht geringen, aber keineswegs dominierenden Teil einstiger DDR-Bürger, der in den neuen Bundesländern lebt oder „in den Westen“ ging, fest im Wohlstand angekommen ist und bedauern mag, dass ihr Lebenswandel nicht früher geschah.

Vor allem politische Interessen und die Emotionen von Millionen bewirkten, dass die Geschichtsschreibung von wissenschaftlich begründeten Antworten auf die genannte Kernfrage, welche an die Vergangenheit DDR zu stellen ist, trotz mancher Anstrengungen weit entfernt geblieben ist. Und weit verbreitet sind nach wir vor sprachliche Floskeln, die jedes ernste und tieferlotende Herangehen vermeiden und behindern. Zu ihnen gehören: „Im Ganzen schlecht, im Einzelnen gut“ (im Anschluss an Jürgen Kuczynski) oder auch die bloße Vertauschung dieser Bewertung. Gleichermaßen nichtssagend sind Beteuerungen wie „Wir wollen die DDR nicht wiederhaben“, die übrigens von einer Minderheit

---

6 So jedenfalls wird Lutz Niethammer zitiert. T. A. Ziethus, Never change a winning history. In: junge Welt, Ausgabe vom 4. November 1998.

7 Schlussbericht der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11000 (10. Juni 1998), S. 159.

8 Ebenda, S. 161.

9 So nach dem Bericht über eine Tagung von DDR-Forschern in Otzenhausen (Saarland) von Stefan Bollinger, Im Westen nichts Neues. In: *Neues Deutschland*, 28./29. November 1998.

in der PDS nicht akzeptiert werden. Solche Aussagen befriedigen das Bedürfnis immer weniger, sich über das Vergangene – für einen erheblichen Teil der Mitglieder und Sympathisanten der PDS bildet es den größten Teil ihres von politischer Aktivität bestimmten Lebens – klar zu werden.

Entscheidend ist jedoch etwas anderes: Es kann in Deutschland keine sozialistische Partei geben, die diesen Namen verdient und Perspektive besitzt, wenn sie sich nicht ein klares Urteil über die DDR-Gesellschaft und den „realsozialistischen" Staat erarbeitet hat, der Teil eines um die Großmacht UdSSR geschaffenen Staatenverbundes war, dem lange Zeit und keineswegs nur von seinen Parteigängern historische Dauerhaftigkeit zugebilligt wurde. Um dieses Urteil wird naturgemäß am meisten von denen gerungen, die sich nach dem Untergang der DDR fragten, warum sie es zuließen, dass Ideal und Wirklichkeit immer weiter auseinanderklafften und die nicht bereit waren, mit der begrabenen Wirklichkeit auch ihren Idealen abzuschwören. Diese Herangehensweise wird von denen für abwegig gehalten, die nichts anderes als Widerruf und Abschwur erwarten und verlangen. Die es heute noch wagen, sich in Deutschland Sozialisten zu nennen, stehen seit Jahren unter einem Dauerdruck. Sie gelten als unbelehrbar und werden Betonköpfe genannt.

Dieser Druck ist nicht wirkungslos geblieben und manche der Bedrückten glauben, es läge in ihrer Macht, ihn mindestens abzuschwächen. Angesichts der hartnäckigen wissentlich betrügerischen Gleichsetzung von SED und PDS fehlt es nicht an Äußerungen von Politikern, die nachweisen wollen, wie kritisch in der neuen Partei mit dem Vorläufer umgegangen wird und wie groß die programmatische Distanz der demokratischen Sozialisten zur DDR ist. Zum Beweis dessen können viele handfeste und nachprüfbare Argumente vorgebracht werden. Die Adressaten, an die sich diese Verlautbarungen richten oder richten könnten, erweisen sich aber von ihnen viel weniger beeindruckt als von 5,1 Prozent Wählerstimmen und der hauchdünnen Mehrheit, die das Zustandekommen einer und doch wohl der einzigen linken Bundestagsfraktion ermöglichte. Um nicht missverstanden zu werden: Dieses politisch-pragmatische Abheben auf die Distanz zum untergegangenen Staat und das wahrheitsgemäße Herausstellen des eigenen Neuwertes sind verständlich und wenn schon nicht nützlich, so doch notwendig. Auf dem Wege von Erkenntnissen und zu einem ausgewogenen Urteil hilft beides indessen nicht weiter.

IV.

In den vergangenen 10 Jahren wurde über die Geschichte der DDR eine auch für Spezialisten nicht mehr überschaubare Masse von Literatur produziert, Monographien, Biographien, Nachschlagewerke verschiedener Art, Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze. Es genügt, sich daran zu erinnern, wie es 1955, zehn Jahre nach dem Ende des Nazireichs, um deutschsprachige Literatur über die faschistischen Jahre stand, oder auch, was schwerer fällt, sich zu vergegenwärtigen, was 1928 über die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs vorlag, um sich das ganz außerordentliche der Situation zu vergegenwärtigen. Hunderte von Publizisten, Soziologen, Historikern und weitere Spezialisten schienen in den alten Bundesländern geradezu in Startlöchern zu sitzen, um sich über die archivalische Hinterlassenschaft der DDR herzumachen. In den Archiven ergab sich ein Stau von Benutzern, denen Platz und Arbeitszeit zugeteilt werden mussten. Die Ergebnisse der DDR-Forschung überholte diejenigen der BRD-Forschung mit Längen. Ein in Mannheim befindliches Forschungsinstitut gab die Zahl der mit der DDR befassten, offenbar hauptberuflichen Sozialwissenschaftler mit etwa 500 an.[10]

Die weit überwiegende Mehrheit des Gedruckten hat „Wessis" zum Autor. Ein kleinerer Teil wurde von Wissenschaftlern verfasst, die in der DDR arbeiteten oder in ihr ausgebildet worden waren. Die Grenze zwischen Wert und Unwert des Gefundenen verläuft nicht zwischen diesen beiden Gruppen. Auf die Masse des Produzierten hin lässt sich aber konstatieren, dass Voreingenommenheit und Vorurteile der Westdeutschen auf ihre Arbeitsresultate stärker durchschlugen als die Befangenheiten der Ostdeutschen auf die ihren. Letztere besaßen und nutzten in erheblicher Zahl den Vorteil, nahezu frei von jeder äußeren Rücksichtnahme zu Werke gehen zu können. Viele empfanden das als eine

---

[10] Nach der Angabe des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung, wiedergegeben in: Ansichten zur Geschichte der der DDR. Im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bd. 9/10, Berlin 1998, S. 13.

hochwillkommene Erleichterung, hatten sie sich doch lange außerwissenschaftlichen Vorschriften unterworfen gesehen und diese stillschweigend akzeptiert, mitunter auch regelrecht verinnerlicht. Nun aber erfolgten für die „andere Seite“ politische Vorgaben bis in das begriffliche Instrumentarium und beeinflussten, wenn auch auf andere, aber nicht minder wirkungsvolle Weise die Gedanken und Projekte von Forschenden.

Das Buch über die „roten Kapos“ in Buchenwald stellte eine Richtungsweisung aus der Wissenschaft selbst dar, eingefügt in die zuerst vom damaligen Bundesaußenminister formulierte politische Absicht, nicht nur die DDR zu delegitimieren, sondern die Kommunisten zu einem *eo ipso* nach innen gerichteten Bund zu erklären, der auch moralische, insbesondere solidarische Ansprüche nicht geltend machen könne. Von der Wirkung dieser Wegweisung kann man sich anhand der Arbeiten jüngerer Wissenschaftler, Studenten und Doktoranden, leicht überzeugen. Gefahndet wird mit Vorliebe nach den politisch, sozial, national oder ethnisch geprägten Widersprüchen und Auseinandersetzungen zwischen Häftlingsgruppen. Ebensolcher Eifer richtet sich darauf, den öffentlichen Umgang mit der Geschichte der Konzentrationslager zu DDR-Zeit als bloße „Instrumentalisierung“ für Herrschaftszwecke herabzustufen.

Zwischen der Masse der produzierten Literatur zur DDR-Geschichte und dem Lesebedürfnis scheint aber ein erhebliches Loch zu klaffen. Der Durchschnittsbürger der Altbundesrepublik sieht zumeist keine Veranlassung, sich mit der Geschichte des ostdeutschen Staates zu befassen. Er verhält sich nicht anders als die Deutschen im Alt-Reich 1938, die kein Interesse besaßen, sich mit der Geschichte Österreichs vor dem „Anschluss“ zu befassen. Ein Teil dieser Altbürger weiß von Besuchen in „der Zone“ her ohnehin alles Wesentliche und hat sich sein Urteil längst gebildet: ärmlich, eintönig, farblos, trist, verschlafen, aber auch ein wenig gemütlich. Die Bundesbürger werden unausgesetzt nach diesem und jenem in ihrem Denken und Verhalten befragt. Es wäre aufschlussreich, wenn untersucht würde, wie stark das Verlangen in Ost und West ausgeprägt ist, sich mit den Früchten der bisherigen Forscherarbeit zu befassen. Jedoch: Ein Buch, das außerordentliches Interesse beansprucht hätte und zum „Bestseller“ geworden wäre, ist im verflossenen Jahrzehnt über die DDR nicht erschienen. Auf den einschlägigen Listen rangierten die 1996 bzw. 1997 erschienenen deutschen Übersetzungen von „Hitlers willige Vollstrecker“ und des „Schwarzbuches“ gegen den Kommunismus ganz oben, und mit einem gewissen Abstand könnte die soeben erschienene Hitlerbiographie des britischen Historikers Ian Kershaw 1998 diese Reihe fortsetzen.

Auch die übergroße Mehrheit der Ostdeutschen und viele einstige Mitglieder der SED lassen nicht erkennen, dass es sie drängt, sich mit der erlebten eigenen Geschichte intensiv zu befassen. Die einen haben andere Sorgen, die anderen fühlen sich zu solch anstrengender Beschäftigung nicht hingezogen, dritte glauben, mit der Vergangenheit ganz abgeschlossen zu haben, vierte wieder wenden sich lieber der Gegenwart zu. Den größten Käufer- und Leserkreis haben flott geschriebene und polemische Darstellungen wie jene von Daniela Dahn, die den Hochmut der Sieger zurückweisen, und einige Memoiren gefunden, vor allem die von Markus Wolf und von Hans Modrow. Demgegenüber hat keines der Bücher, die von einem einstigen Mitglied des Politischen Büros an der SED-Spitze geschrieben wurde (oder aus Gesprächen mit ihnen hervorging), auch nur nennenswerte Aufmerksamkeit erregt.

V.

Was von den Historikern, die zu den Mitgliedern oder Sympathisanten der PDS gehören, zur Geschichte der DDR vorgelegt worden ist, entstand unter zumeist äußerst widrigen Umständen. Es trägt zum allergrößten Teil deskriptiven Charakter. Diese Tatsache erscheint als negativ, vergleicht man sie mit den analytischen Beiträgen von Ökonomen, Philosophen und Juristen. Doch bildet die geleistete Arbeit, die ihrem Umfang nach beachtlich ist, die erste und nicht zu überspringende Stufe jeder Geschichtsschreibung. Viel wurde getan, um „weiße Flecke“ zu tilgen, welche die Historiographie in DDR-Zeit gelassen hatte. Manchmal entwickelte sich dabei ein geradezu manischer Eifer, so dass der Eindruck entstehen konnte, auf diese Weise wurden auch ganz individuelle Probleme durchgearbeitet, die aus DDR-Zeit herrühren.

Zu den bevorzugten Themen gehörten die bis 1989 durchweg verfälscht dargestellten, meist in Kampagnen (gegen „Titoismus“, „Trotzkismus“, „Kosmopolitismus“ u. a.) geführten politischen Auseinandersetzungen innerhalb der SED, die sich auf die „Einheit und Geschlossenheit“, d. h. auf die Disziplinierung der Gesamtpartei oder einzelne ihrer Mitgliedergruppen richteten. Untersucht wurde die von Vorurteilen und Verdächtigungen, aber auch von Berechnung geprägte Behandlung einstiger Mitglieder von SAPD und KPD-O, von jüdischen Mitgliedern und einstigen „Westemigranten“. Erforscht wurden politische Maßregelungen und juristische Verfolgungen, das Suchen nach Fraktionen und Feinden, die Reglementierung des geistigen Lebens, vor allem von Künstlern und Schriftstellern. Diese Arbeiten waren notwendig und wirkten illusionären Rückblicken entgegen.

Doch summierten sich diese Forschungen unvermeidlich zu neuer Einseitigkeit und boten ein Horrorbild der SED. Das führt in manchen Köpfen nun bereits ein Eigenleben. In der Nachfolgepartei bewirkt es zusätzlich das Bedürfnis, immer wieder zu betonen und zu beteuern, dass die Mehrheit ihrer Mitglieder zwar „von da“ herkommt, aber mit dieser Tradition vollständig gebrochen hat.

Dieser Geschichtsbetrachtung geht nahezu ganz verloren, dass Millionen Ostdeutsche und unter ihnen in besonderer Weise wieder Mitglieder der SED, schwer und ausdauernd arbeitend, sich für ein sozial gerechtes Gemeinwesen eingesetzt haben und dass sie auf diesem Wege, auf dem sie furchtbar scheiterten, auch Denkwürdiges geleistet haben. Zugespitzt ließe sich sagen: Aus dem Bestreben, die weißen Flecke zu tilgen, ist ein Geschichtsbild im Entstehen begriffen, dass solche weißen Flecke an anderen Stellen aufweist und das nicht weniger politische Interessen bedient wie das einstige.

Zu diesem Resultat ist es auch deshalb gekommen, weil jenseits des Hauptstroms und im Widerspruch zur marxistischen Tradition nur ganz wenige wirtschaftsgeschichtliche Bestandsaufnahmen entstanden sind[11], die freilich ungleich weniger Attraktivität besitzen. Selbst in der linken Tagespresse wird nur selten an die Anstrengungen erinnert, zu denen sich Menschen im Osten vereinten, um die Nachkriegsnot zu überwinden. Charakteristisch dafür ist die Tilgung des Andenkens an den Bergmann Adolf Hennecke im sächsischen Lugau, wo heute an den Kaiserin-Augusta-Schacht erinnert wird und nicht an den später nach Karl Liebknecht umbenannten.[12] Der untergegangene Staat und das Leben seiner Bürger, die Richtung wurde bereits im Bonner „Haus der Geschichte“ vorgegeben, sollen vorwiegend als grau und ärmlich erscheinen. Entsprechend gestaltete Ausstellungen über die in seinen Betrieben erzeugten Waren des Massenbedarfs setzen diese Absicht in einer Weise um, die jeden Zusammenhang auslässt. Solche geistig anspruchslosen „Vorführungen“ können in ihrer Wirkung umso weniger unterschätzt werden, weil diese pure „Sehkost“ inzwischen auch von der Mehrheit der jungen Leute gedankenlos bestaunt und konsumiert und als Zeugnis einer grotesken, letztlich unverständlichen Welt der Eltern- und Großelterngeneration genommen wird. Gegenüber solchen Einflüssen scheinen diejenigen, die mit ihren begrenzten und vergleichsweise bescheidenen Mitteln gegen diese „Schlüsselloch“-Perspektive auf die DDR anschreiben und versuchen, Generationen und Personen historisch gerecht zu werden, nahezu auf verlorenem Posten zu stehen.

Doch gerade deshalb wird, wer Inhalt und Umfang der Beiträge zur Geschichte der DDR betrachtet, die im Umfeld der PDS entstanden sind, den Autoren der Bücher und Artikel rechtens Respekt nicht versagen. Die meist unter forschungswidrigen Umständen entstandene Literatur widerlegt sinnfällig die Beschuldigung, die neue Partei ließe es an Aufmerksamkeit für die Geschichte fehlen. Dagegen spricht schwergewichtig nicht zuletzt die auf 11 Bände angewachsene Reihe „Ansichten zur Geschichte der DDR“[13], die von der Bundestagsgruppe der PDS in Auftrag gegeben wurde und in vielem ein Gegenbild zu dem von den Enquête-Kommissionen des 12. und 13. Bundestages anbot. Darin

---

11 Einer der wenigen, die sich weiterforschend mit der Wirtschaftsgeschichte der DDR befassen, urteilte jüngst: „Die Wirtschaftswissenschaftler der ehemaligen DDR, einst zahlreich an Instituten und Hochschulen, sind nach ihrer Abwicklung fast vollständig verstummt. Die Zahl der Wirtschaftshistoriker, die sich mit der DDR befassen, hat sich auf vielleicht ein halbes Dutzend reduziert.“ Jörg Rösler, Rez. zu Siegfried Wenzel, Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin), 10/1998, S. 959.

12 Detlef Balke, Spurensuche in Lugau, der Stadt des Aktivisten Adolf Hennecke. In: ND, 13. Oktober 1998.

13 Der 11. Band schloss die Reihe 1998 ab, die zuletzt von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek herausgegeben wurde.

finden sich auch aus der Feder von Historikern erste Einschätzungen, die sich nicht nur auf einzelne Ereignisse, Prozesse und Sektoren aus DDR-Zeit richten, sondern generelle Fragen an ihre Geschichte betreffen. Dennoch: Das Resultat der bisherigen Forschungen, das ist zum wenigsten eine Kritik an den „Ostautoren“, lässt sich bildlich etwa so beschreiben: Jetzt besitzen wir über die DDR zum einen eine Vielzahl von Zerrbildern und im Unterschied zu ihnen als Produkt der Arbeit einer Minderheit, die sich der Linken zurechnet, eine Art Puzzle, dessen Teile sich zu einem Ganzen nicht fügen, weil sie unvollständig sind. Zudem befinden sich die Urheber dieser Teile untereinander noch in einer Diskussion darüber, wie sie zu ergänzen und zusammenzufügen sind.

VI.

Wo von der Beschreibung zu Bewertung übergegangen wurde, zeigte sich erst die Höhe der Hürden, die noch zu nehmen sind. Es ist erwiesen, dass eine bloße Konzentration auf das „Innenleben“ von DDR und SED nicht annähernd ans Ziel führt. Das Ende dieses Staates war Teil jenes Implosionsprozesses, der die „realsozialistischen“ Staaten zerstörte und dessen ausschlaggebenden Vorgang der Zusammenbruch ihrer Führungsmacht bildete. Das erweitert die Fragen an die Geschichte immens und macht sie zugleich für deutsche Historiker allein unbeantwortbar. Erklärt werden muss, wenn die äußeren und inneren Ursachen des Untergangs der DDR erfasst werden sollen, warum die euroasiatische Großmacht scheiterte und auseinanderfiel.[14] Was dazu bisher publiziert wurde, erscheint in hohem Grad auf Personen und insbesondere wieder auf Gorbatschow zentriert, den die einen noch feiern, andere verdammen und viele schon vergessen haben. Diese Herangehensweise bedeutet methodologisch einen Rückfall auf Positionen, die auf anderen Feldern als überwunden gelten können.

Doch geht es nicht nur um die Aufklärung der Ursachen des Untergangs. Es muss näher bestimmt werden, welche Rolle die UdSSR schon an der Wiege des ostdeutschen Staates und in der Phase seiner Etablierung spielte. Das kann ohne intensive Archivstudien in Moskau nicht erreicht werden. Damit ist gesagt, dass wir uns mit völlig befriedigenden Antworten wohl noch länger werden gedulden und uns mit vorläufigen und Teilantworten werden begnügen müssen. Es ist ein Irrtum zu glauben, die Forscher müssten die Wahrheit nur wollen, sich in ein ruhiges Zimmer zurückziehen und scharf nachdenken, damit wir besser verstehen können, was geschehen ist. Vor den Historikern liegt ein weiter Weg. Es ist nicht abzusehen, ob sich in etablierten Forschungseinrichtungen in absehbarer Zeit Kräfte formieren werden, die sich von politikgeleiteten Vorgaben werden lösen können und gegen den Strom zu schwimmen vermögen.

Noch regiert das Bestreben, die DDR zu verteufeln und wenn schon nicht die Gleich-, so doch die Parallelsetzung von DDR und faschistischer Diktatur glaubwürdig zu machen. Die von der SPD benannten Mitglieder und Gutachter der Enquête-Kommission forderten in einem Sondervotum zur Schulpolitik ausdrücklich, bei „der Behandlung der SED-Diktatur [...] muss (! – K. P.) auch ein notwendiger und differenzierender Vergleich mit der NS-Diktatur angestellt werden“. Ein derartiger „Verbund“, wird mit einem Zitat dann argumentiert, werde ein „qualitativer Sprung“ sein, „weil er eine neue Dimension der historischen Einsicht und eine Schärfung des historischen Sachurteils oberhalb des derzeitigen Niveaus mit sich bringen würde“.[15] Noch ist der Versuch nicht gänzlich aufgegeben, die DDR zu einem antisemitischen Staat zu erklären, auf dessen geschichtliches Schuldkonto ein „Auschwitz der Seelen“ zu schreiben wäre.

Dennoch gibt es erste und schwer zu beurteilende Anzeichen einer Versachlichung des Streits. Beobachter haben gemeint, es zöge „der Pulverdampf über dem Schlachtfeld der DDR-Forschung langsam ab“[16], ohne sich dazu zu äußern, was auf ihm als das Zurückgebliebene nun sichtbar werde. Zarte

---

[14] Das Urteil von Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Ansichten zur Geschichte der der DDR. Im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bd. 9/10, Berlin 1998, S. 27): „Die DDR musste scheitern. Die Gründe dafür sind ausreichend benannt“ erscheint sehr verfrüht und nur akzeptabel, wenn „ausreichend“ auf jene bekannte Benotungsskala bezogen wird, die von ausgezeichnet bis ungenügend reicht.

[15] Schlussbericht, S. 147 f.

[16] Ansichten zur Geschichte der DDR. Im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bd. 9/10, Berlin 1998, S. 13.

Hoffnungen auf die Besinnung (oder vielleicht auch Rückbesinnung) auf in der Wissenschaft erprobte methodologische Verfahren scheinen indessen gerechtfertigt zu sein. An Stelle pauschaler Wertung wird gefragt, von welchem Jahr oder welchen Jahren in der 40jährigen Existenz des Staates DDR gehandelt wird, ob dessen Voraussetzungen und Anfänge gemeint sind oder seine Abstiegsphase und Agonie. Entwicklungen und Veränderungen kommen allmählich in den Blick. Urteile sind mehr gefragt als Verurteilungen. Nichtdeutsche Forscher traten mehrfach mit der Forderung hervor, sich bei der Beschäftigung mit der deutschen Geschichte einer objektiven Beurteilung der DDR nicht auszuweichen. Das tat beispielsweise auf einer kürzlichen Tagung in Otzenhausen Jonathan Osmond (Cardiff), der sich zur Malerei im ostdeutschen Staat äußerte: „Ein Ausschluss der DDR führt nur zu einer entstellten Version deutscher Kulturgeschichte.“[17] Es entbehrt nicht des Grotesken, dass die gleichen politischen Kräfte, welche die DDR während ihrer Existenzzeiten international der Nichtachtung aussetzen wollten und dabei schließlich erfolglos waren, sich nun vom Ausland her aufgefordert sehen, das Totschweigen des untergegangenen Staates aufzugeben.

Dabei kann nicht übersehen werden, dass auf dieser Stufe des Umgangs mit der DDR-Vergangenheit sich wiederum neue Verfahren entwickeln, die das alte Ziel, die Verteufelung des ostdeutschen Staates und seiner Regierungspartei, unbeschädigt lassen. Da einfach nicht abgeleugnet werden kann, dass viele Bürger des untergegangenen Staatswesens mit den verflossenen Jahren auch viele angenehme Erinnerungen verbinden, werden diese gleichsam entpolitisiert und entstaatlicht. Was positiv erinnert wird, soll als Leben in der Nische oder als Zugeständnis erscheinen, die den Herrschenden abgetrotzt worden seien. Unter allen Umständen muss der Eindruck vermieden werden, es seien den Bürgern aus der Politik von Partei und Staat etwas anderes erwachsen als Nachteile, Bedrückung, Missbrauch, Verdummung, verordnete mindere Lebensqualität. Es gibt Anzeichen für eine partielle Übermalung des bislang dominierenden und von den Regierenden vorgegebenen DDR-Geschichtsbildes. Denn es stimmt dieses Zerrbild mit den Erfahrungen der übergroßen Mehrheit der Dabei-Gewesenen nicht überein. Nun denken manche darüber nach, wie die Glaubwürdigkeitslücke in ihrer Staatsreklame geschlossen werden könnte.

Ein Produkt dieses Nachdenkens, das auf das Erzeugen von Abscheu gerichtet ist, sind kontrafaktische Überlegungen, die sich auf die Propagierung von Horrorszenarien richten und den einstigen Bürgern der DDR suggerieren sollen, was ihre Machthaber für sie an Scheußlichkeiten noch geplant hätte und zu verwirklichen imstande gewesen wären. Den bisherigen Gipfel erreichte diese Methode mit einem im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gezeigten Film, der die Entstehung eines Dritten Weltkriegs vorführt, welcher wiederum aus dem „Reich des Bösen“ (Reagan) entspringt. Derart soll sich Genugtuung darüber verbreiten, diese ungeheuerlichste aller Menschheitsgefahren mit dem „Kommunismus“ glimpflich losgeworden zu sein. Zur gleichen Methode und in den gleichen Zusammenhang gehört es, wenn der erheblichen Minderheit von ehemaligen Staatsbürgern der DDR, die als „staatsnah“ eingestuft und auf die verschiedensten Weisen bestraft und benachteiligt werden, von dem Konstanzer Geschichtsprofessor Wolfgang Schuller erklärt wird, sie hätten doch 1990 auch in Lager kommen können, doch hätten sie nur ihre Arbeit verloren und wären mit Renten versorgt worden.[18]

Es gibt, wie hier angefügt werden muss, für das Zustandekommen des bis zur Groteske entstellten Bildes von der DDR-Wirklichkeit außer der politischen Berechnung und Niedertracht natürlich auch weitere Gründe, unter denen das Unvermögen von Forschern einen nicht unwichtigen Platz besetzt. Schon während der Jahre der Existenz zweier Staaten machten sich in der Bundesrepublik Stimmen hörbar, die im Interesse der Beendigung des Kalten Krieges verlangten, sich mit Ostdeutschland und den Ostdeutschen seriös zu befassen. Die DDR existierte nahezu zwei Jahrzehnte, als Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 über die Situation im westdeutschen Staat schrieben: „Wir haben uns [...] nie um eine ernstliche Auseinandersetzung mit dem Marxismus bemüht.“ Und weiter: der Kommunismus sei „nichts als eine Irrlehre für uns geblieben wie einst der Mohammedanismus oder der Protestantismus, uns als Rechtgläubige braucht das nicht zu interessieren, es genügt, wenn wir verab-

---

17 Zitiert in: Stefan Bollinger, Im Westen nichts Neues. In: Neues Deutschland, 28./29. November 1998.

18 Siehe ebenda.

scheuen.“[19] Da diese Traditionslinie ungebrochen blieb, haben sich der DDR-Geschichte seit 1990 auch Leute angenommen, die buchstäblich von Tuten und Blasen keinerlei Ahnung besitzen und ihr Unwissen durch anmaßendes Gehabe zu kompensieren trachten. Erst das Interesse, ihre Grundhaltung auszubeuten, ermöglicht ihr Wirken.

Mit einer dem tatsächlichen historischen Prozess gerecht werdenden Herangehensweise hat auch der erwähnte Umbau wenig oder nichts zu tun. Wer unvoreingenommen an die Geschichte der SBZ und der DDR herangeht, muss wirklich differenzieren und kann nicht nur taktisches Kalkül befriedigen. Er darf über Vergeblichkeit, Versagen, Unrecht und Verbrechen Leistungen, Verdienste oder gar Vorzüge nicht ausblenden und sich nicht von der Verdächtigung schrecken lassen, er wolle die besseren Jahre oder Seiten der DDR gegen ihre schlechteren aufrechnen, damit unter dem Strich ein historisches Plus vorgewiesen werden könne. Das kann bei keiner redlichen Rechnung „herauskommen“, denn die notwendigen Teilrechnungen führen zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen. Unrecht lässt sich nicht von Recht subtrahieren, hirnloses Kommandieren nicht gegen Erfindergeist aufrechnen.

Dennoch werden immer wieder derartige Gegenrechnungen angestellt, die in Pluswerten enden. Provoziert werden sie dadurch, dass als wesentliche Resultate der DDR-Geschichte unausgesetzt eine marode Wirtschaft, eine öde Wissenschaftswüste, eine in allen Belangen geschurigelte, der Freiheit entwöhnte, zur Demokratie unfähige Bevölkerung und ein rechtsextremistisches, teils neonazistisches Potential präsentiert werden. Im eben publizierten Abschlussbericht der zweiten Enquête-Kommission des Bundestages wird allen Ernstes behauptet, es sei das Grundprinzip der Bildungspolitik im ostdeutschen Staat gewesen, Unwissenheit zu erhalten und zu erzeugen.[20] Das ruft begründeten Widerspruch hervor, der – je mehr er von verständlichen wütenden Regungen begleitet ist – Einseitigkeiten zumeist auch nicht vermeiden kann und so seinerseits wieder anfechtbar wird. Vor allem jedoch dient diese Gegenwehr den Provozierenden dann zum willkommenen Beweis für angebliche Lernunwilligkeit. Es ist schizophren und gehört doch inzwischen zu den Alltagserfahrungen von Bürgern in den neuen Bundesländern: Wer die vorgegebenen Bewertungen für sich und seine Vergangenheit nicht gelten lässt, wird als unverbesserlich deformiert hingestellt und im besten Falle noch einer besonderen Opferkategorie der „SED-Herrschaft“ eingeordnet. Der Ruf zum selbständigen Denken erweist sich so erneut als bloße Aufforderung nachzusprechen, was die Herrschenden vorsagen. Eben das hatten die Ostdeutschen schon und in dieser für viele schmählichen Erfahrung liegt ihr nicht gering zu schätzender Vorteil gegenüber den Westdeutschen.

VII.

Als das intellektuell und durch seine politische Bedeutung Faszinierende an der DDR-Geschichte – das mag nun auch als Herausforderung gehört werden – erscheint aber ihr Untergang und dessen Vorgeschichte. Um ihn zu erklären, müssen innere und äußere, politische, wirtschaftliche und geistige Faktoren zusammengedacht werden. Gefragt worden ist: Wo liegen die Anfänge dieses Untergangs? War er die Folge, der Ausbruch einer Erscheinung, die sich als „Erbkrankheit“ verstehen lässt? Bis zu welchem Zeitpunkt existierte eine Möglichkeit, sie zu bekämpfen und zu besiegen?

Darüber wird auf der Linken nachgedacht und vielleicht zu wenig gestritten. Doch gilt auch und gerade hier die Forderung Eric Hobsbawms, „das Denkbare zu Ende zu denken“, d. h. mit den Gedanken nicht auf halbem oder noch kürzerem Wege stehen zu bleiben. Diese Gefahr existiert nach wie vor. Sie machte sich in den zurückliegenden Jahren vor allem daran bemerkbar, dass nicht weiter als bis zu Stalin zurückgedacht wurde. Lenin als Theoretiker wie als Praktiker der Revolution wurde von dieser Fragestellung ausgenommen. Wer gar auf Karl Marx zu sprechen kam, geriet rasch in den Verdacht des Antimarxismus und Antisozialismus. Dabei können, stürzt ein Haus zusammen und sollen die Ursachen des Unglücks gefunden werden, doch die Fundamente nicht unbesichtigt bleiben.

---

19 Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, Stuttgart 1967, S. 70.

20 Schlussbericht, S. 139.

Inzwischen ist dieses Verfahren weithin prinzipiell akzeptiert und der Verdacht erledigt, wer es anwende, wolle dem Marx die Verbrechen des Stalin anlasten. Der zurückzulegende Gedankenweg, der auf eine Erneuerung des Sozialismus als Idee und Bewegung zielt, umfasst mithin eineinhalb Jahrhunderte. Eine riesenhafte Arbeit ist zu leisten und das unter den Bedingungen ihrer permanenten Anfeindung und Behinderung. Die diese Erneuerung nicht wollen, geben zudem vor, sie hätten die grundlegende Antwort schon gefunden. Das Angebot des „Schwarzbuches“ steht und wirkt und seine Offerte lautet schlicht: Eine unmenschliche Idee, eine Utopie gebar ein unmenschliches System und würde in jeder Variation nur aufs Neue Unmenschlichkeit hervorbringen. Verlangt wird die Aussöhnung mit dem Kapitalismus, der zur einzigen modernen, dem Wesen des Menschen angemessenen Gesellschaft erklärt wird. These und Gebot lassen sich nur entkräften, wenn die wirkliche Ideen- und Realgeschichte des Sozialismus von den Tagen des Kommunistischen Manifestes an neu analysiert, kritisch verstanden und rückhaltlos offen dargestellt wird. Zu diesem Zweck sind für das Ganze und die Geschichte der realsozialistischen Staaten sowie ihrer Bündnisse Periodisierungen anzustreben und vorzunehmen. Geschieht das nicht oder nicht ausreichend, werden die Antworten verschwommen, indiskutabel und daher leicht abweisbar ausfallen und nur diejenigen bedienen, denen an den erwähnten diffamierenden Verallgemeinerungen gelegen ist und die das Kambodscha Pol Pots und das Ungarn János Kádárs auf den einen Nenner „Kommunismus“ festschreiben wollen.

Die Auseinandersetzung um die DDR-Geschichte im engeren Sinne beginnt mit der Frage, ob die Gründung dieses Staates historisch zu legitimieren sei, ob er eine aus eigener deutscher Tradition hervorgegangene Antwort auf die zerschlagene faschistische Macht darstellte oder ob es sich bei ihm um ein sowjetisches Implantat handelte. Die Historiographie in DDR-Zeit hat einen erheblichen Aufwand getrieben, um nachzuweisen, dass dieser Staat in deutscher Vergangenheit wurzelte, was ihr im Geburtsland von Marx und Engels, und an der Wirkungsstätte von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, von dessen Sohn Karl und von Rosa Luxemburg nicht eben schwerfiel. Im öffentlichen Geschichtsdisput blieb auch klar, dass die 1918 vertane Chance, eine Wende der deutschen Geschichte herbeizuführen, erst aus dem im Bündnis mit den anderen Armeen der Anti-Hitler-Koalition errungenen Sieg der Roten Armee neu entstand.

Tieferer Analyse wurde diese zu Tage liegende Feststellung aber nicht unterzogen. Die Revolution war nicht importiert, aber auch nicht ein vollständiges Produkt aus Eigenem. Die Mehrheit der Ostdeutschen wurde von einer Minderheit auf einen Weg mitgenommen, den sie zunächst einmal mitging, weil er ihr als eine plausible Antwort auf die Hinterlassenschaft der faschistischen Herrschaft und des Krieges erschien. Diesen Weg hatte die Mehrheit der Ostdeutschen nicht vorgedacht und folglich hatte sie sich auch für ihn nicht aus irgendeiner tieferen Einsicht heraus entscheiden können. Gemessen an allem, was zum revolutionstheoretischen Arsenal der Marxisten gehörte, bezeichnete dies einen Geburtsfehler. Es ist später nie versucht worden, ihn bewusst zu machen und zu korrigieren. Das hätte nur durch die Entwicklung von Alternativen geschehen können. Jedoch liefen alle Propaganda und Agitation in der DDR, jedenfalls was prinzipielle Entscheidungen betraf, gerade gegen alternatives Denken und darauf hinaus, die Beschlüsse von Parteiführung und Regierung als die einzig mögliche und richtige Antwort auf die jeweils zu lösenden Aufgaben darzustellen, die keinem Zweifel ausgesetzt werden durfte.

Entscheidender aber war wohl, dass diejenigen, die auf diesem Wege das Monopol der Führung beanspruchten und durchsetzten, vollkommen davon überzeugt waren, dass sie über einen unfehlbaren Wegweiser für alle ihre Entschlüsse verfügten. Sie gewannen gegenüber den Vorstellungen, die sie über Inhalt und Methoden zur Gestaltung der Gesellschaft besaßen und die aus der Praxis Sowjetrusslands und der UdSSR herstammten, nie ein kritisches Verhältnis. Zwar wurde anfänglich und keineswegs mit Täuschungsabsicht festgestellt, die deutschen Kommunisten wollten den sowjetischen Weg nicht gehen. Doch hieß das nur: Sie wollten ihn zunächst nicht einschlagen. Spätestens als die Stalin’sche „Geschichte der KPdSU“ zur verbindlichen und kritiklos zu akzeptierenden Lektüre der deutschen Sozialisten erklärt und im Parteilehrjahr angeeignet wurde, war klargestellt, wohin die geschichtliche Reise gehen sollte. Später kam die Losung auf „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ und noch später wurde die Wendung von der „Pionierrolle der Sowjetunion“ geprägt.

Die Pieck und Ulbricht, Ackermann und Dahlem standen ideen- und organisationsgeschichtlich in einer Traditionslinie, die zu Lenin und den bekannten 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale zurückführte. Auch wenn es diese Organisation nicht mehr gab, so prägten die von ihr niedergelegten und praktisch verfestigten Vorstellungen von der Partei und ihren Grundsätzen auch das ostdeutsche Sozialismus-Projekt. Nie wurde die Geschichte von KPD und Komintern und namentlich deren Innenansicht kritisch befragt. Davor lag auch der unter Honecker riesenhafte Formate annehmende Kult um Thälmann, den auch eine Biographie stützte, der es an Wahrhaftigkeit fehlte.

Der Anspruch, in der Vergangenheit, abgesehen von wenigen Ausnahmen, an denen, wenn sie zur Sprache kamen, fortgesetzt herumgedeutelt wurde, immer Recht gehabt zu haben, bildete die Basis für das Selbstverständnis, den Zugang zur Wahrheit ein für alle Mal zu besitzen und daher die Führung beanspruchen zu können. Diese letztlich eitle (und auch von elementaren Bildungsdefiziten zeugende) Vorstellung wurde schon vor der DDR-Gründung wirksam. Sie besaß eine Wurzel auch in der unbezweifelbaren, aber nun fehlgedeuteten und in anderer Zeit falsch bewerteten Tatsache, dass so viele Kommunisten sich im Kampf gegen den Faschismus bewährt hatten.

Aus dieser Grundhaltung folgten für das innerparteiliche Leben Vorschriften, die für Bedenken und Zweifel und oft selbst für Fragen keinen Raum mehr ließen. Disziplin und Gefolgschaft wurden in einem Grad und auf Gebieten verlangt, die davon strikt ausgenommen werden mussten. Das bedeutete vielfach das Ende jedes schöpferischen Denkens und Handelns und erzeugte die epidemische Ausbreitung von Gedanken- und Verantwortungslosigkeit. Die Behandlung derer, die in der Weimarer Republik sich von den Hauptströmen, dem reformistischen und dem revolutionären, getrennt und sich in sogenannten Splitterparteien zusammengeschlossen hatten, zeigte früh und deutlich an, dass es an der Parteispitze keinerlei Bereitschaft gab, die einstigen Wege der Partei und die auf ihnen entstandenen Konflikte produktiv durchzuarbeiten. Anders ausgedrückt: die Prinzipien des antifaschistischen Demokratismus stellen in der Vorgeschichte der DDR nur eine sehr kurze Episode dar.

Das führt zu der schwer zu beantwortenden Frage, was diese Prinzipien eigentlich denen bedeuteten, die sich einst zu ihnen durchgerungen und sie beschlossen hatten. Vielzitiert wurde und wird Ulbrichts Wort, wonach das Demokratische nur als Kulisse verstanden und benutzt werden sollte, zumal es so ganz in die Aussage vom nahtlosen Übergang von der einen in die andere Diktatur hineinzupassen scheint. Denn mitunter bezeichneten sich auch die deutschen Faschistenführer als Demokraten, dies mit dem Zusatz, sie seien die Verfechter einer „germanischen Demokratie“, die freilich nur eine andere Bezeichnung für das Führer-Gefolgschafts-Prinzip darstellte. Repräsentierte die Ansicht Ulbrichts aber die Mehrheitsmeinung an der Parteispitze? Und entsprach die Wirklichkeit in dieser Frühzeit dieser Devise? Kurzum: Auch dort, wo die Vor- und Frühgeschichte der DDR einsetzt, müssen sich die Blicke auf das Fundament richten, von dem Schicht für Schicht abzuheben und auf die Mängel seiner Tragfähigkeit hin zu untersuchen ist. Diese Arbeit kann und wird niemand anders verrichten als die Linken, die bei ihrem Versuch, über den Kapitalismus hinaus zu gelangen, gescheitert sind, die aber nicht an das „Ende der Geschichte“ glauben, nicht nur, weil das gegen sie und ihre Vorsätze sprechen würde, sondern weil alle Menschheitserfahrung dieser Vorstellung widerspricht.

VIII.

Mit dem Blick auf einen langen und kargen Weg der Erkenntnis lässt sich dennoch fragen, ob eine geschichtliche Einordnung der DDR schon möglich, ihr Platz in der deutschen und der europäischen Geschichte schon und jedenfalls vorläufig zu bestimmen ist? Sie kann zum einen, aber wohl zum geringeren Teil das Produkt der sozialen, politischen und geistigen Auseinandersetzungen gesehen werden, die zwischen Kapital und Arbeit in den deutschen Teilstaaten im 19. Jahrhundert entbrannt waren und die im 1871 gegründeten Reich bis zu dessen Untergang in wechselnden Formen fortdauerten. Zum größeren Teil aber ging die DDR-Gründung aus weltgeschichtlichen Prozessen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervor. Erst die schärfste militärische Auseinandersetzung zwischen den Kräften des faschistischen deutschen Imperialismus und der nichtkapitalistischen Großmacht UdSSR schuf jene Situation, in der die Kommunisten als die einflussstärkste Gruppe innerhalb der SED ihre

Vorstellungen von staatlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zu verwirklichen begannen. Anders – etwa nach einem Kriege zwischen ausschließlich kapitalistischen Mächten – wären sie mit ihrem Programm historisch nicht zum Zuge gekommen. Sie vermochten im Augenblick der katastrophalen Niederlage die weitgehend orientierungslose Masse der ostdeutschen Bevölkerung unter ihrer Führung zu formieren und diese Gefolgschaft während Jahrzehnten tendenziell zu festigen. Der Versuch, einen sozialistischen deutschen Staat aufzubauen, stand aber von Anfang an nicht nur im Zeichen des Kalten Krieges, sondern ergab sich genau genommen erst aus dessen Entstehung. Ohne den Weg zu einer atomaren Konfrontation der beiden Weltmächte USA und UdSSR wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit ein erheblich anderes deutsches Staatsgebilde entstanden. Unter diesem Kalten Krieg litt die DDR ebenso wie unter den Folgen des Weltkriegs. Hinzu kam später der Mangel an eigenen schöpferischen Ideen, über den das laute Gerede von Kreativität kaum hinwegtäuschte. Durch ihn wurde die Gemeinschaft der „realsozialistischen" Staaten bei allen Unterschieden insgesamt gekennzeichnet.

Die DDR war mithin nach ihrer Entstehung und während ihrer Existenz Produkt einer internationalen und nationalen Konfrontation, eines Kräfteverhältnisses, wie es sich in Europa und im Weltmaßstab in der Jahrhundertmitte entwickelt hatte. „Sie hing", wie Harald Neubert im Gespräch mit Hermann Axen bemerkte, „auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal der Sowjetunion zusammen. Der Niedergang der Sowjetunion und deren veränderte Deutschland- und Europapolitik unter Gorbatschow und Schewardnadse musste nun zur Liquidierung der DDR führen, selbst wenn sie eine bessere Politik gemacht hätte."[21]

National und international hat der ostdeutsche Staat in den Auseinandersetzungen um Krieg oder Frieden eine wichtige Rolle gespielt und im Rahmen seiner Möglichkeiten mehrfach auf die Stabilisierung des labilen Friedens hingewirkt. Sein frühes und klares Bekenntnis zur Unabänderlichkeit der Grenzen zu Polen und der Tschechoslowakei bleibt denkwürdig. Er hat mit seinen begrenzten Kräften Staaten – beispielsweise Kuba und Chile – und Bewegungen – wie die der Palästinenser – in aller Welt unterstützt, die sich ihrerseits von fremdbestimmten Wegen lösen wollten. Die weltweiten antikolonialen Prozesse lassen sich selbstredend ohne Anteilnahme der DDR denken, doch wurden sie von ihr jedenfalls auf vielerlei Weise gefördert. Das geschah unter großer Anteilnahme ihrer Bevölkerung. Die DDR wirkte, seit die Hallstein-Doktrin überwunden war, für manche Staaten als ein hochwillkommenes Gegengewicht gegen Anmaßungen und Forderungen des rivalisierenden Weststaates. Nach dem Ende des ostdeutschen Regimes gelangte der westdeutsche beispielsweise gegenüber Nicaragua in die Rolle des Gläubigers.

Die außenpolitische Bilanz der DDR scheint mehr Aktiva aufzuweisen als ihre innenpolitische. Denn insgesamt versagte die DDR mit der gesamten Gemeinschaft „realsozialistischer" Staaten vor der Aufgabe, den Nachweis der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu erbringen. Manchem will es scheinen, sie sei dabei von vorn herein in einer aussichtslosen Lage gewesen. Auf sichereren Boden begibt sich, wer nach den Mängeln der Alternative fragt, die in Ostdeutschland aufgebaut wurde. Zum einen ergaben sie sich aus den dogmatischen Leitvorstellungen über die „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus des Sozialismus", von denen die gesamte staatliche Struktur, die juristische Konstruktion und die Regierungs- und Herrschaftspraxis beeinflusst wurde. Dieses Prokrustesbett ließ keinerlei Experimente, ein Vorgehen nach der Methode Versuch – Irrtum zu. Erfolg zu haben, war permanent zur Pflicht erklärt worden. Vor allem der Regierungs- und Herrschaftsstil, der politbürokratisch genannt worden ist, zeitigte seine bremsenden und schließlich verheerenden Auswirkungen in Wirtschaft und Wissenschaft wie in der ganzen Gesellschaft. Doch berechtigt diese Bilanz nicht dazu, ökonomische und soziale Leistungen zu ignorieren, mit denen sich Millionen eine Lebenswelt schufen, die sie mit vielen Einschränkungen als die ihre ansahen und mit der sie sich zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichem Grad auch identifizierten.

Mit den Jahren mehr als an ihrem Anfang ermangelte es der DDR an überzeugenden Zielvorstellungen, die den Namen Alternative wirklich verdienten. Diese wurden weitgehend von den „Vorgaben"

---

21 Hermann Axen, Ich war ein Diener der Partei, Berlin 1996, S. 406.

des immer reicher werdenden Westens geprägt. Das Defizit an Ideen war in der Führung anzutreffen und es beeinflusste zunehmend auch Denken und Stimmung der Bürger. Während jene sich über das auf einem immer unklarer werdenden Weg Erreichte aber in die Tasche und in die Statistiken log, wurde sich die Bevölkerung über die Differenz zwischen Vorsatz und Resultat immer klarer. Sie spürte Ratlosigkeit, Stagnation und schließlich die Unaufrichtigkeit und Sprachlosigkeit der Obrigkeit angesichts so vieler beunruhigender Tatsachen – vom Verfall der Stadtzentren bis zur Massenflucht vor allem junger Bürger nach der Bundesrepublik. Die Frage, ob in der Nachbarschaft eines der reichsten Staaten des Kapitalismus, mit dem Millionen seiner Bürger, Arbeiter und Angestellte, ihren großen Frieden geschlossen haben, eine Gesellschaft aufgebaut werden konnte, deren Werteskala erheblich anders strukturiert werden musste, als es die Losung vom Überholen (obendrein: ohne einzuholen) umriss, wird wie jede „Phase“ ungeschehener Geschichte wohl lange umstritten bleiben. Gewiss ist, noch einmal wird aus dem Gespräch Neubert-Axen zitiert, dass der Sozialismus „den Kapitalismus zu Fortschritten gezwungen hat, die er selbst zu verwirklichen [...] nicht fähig war.“[22] Das mag ebenso tragisch wie grotesk erscheinen.

Von den gescheiterten „Erbauern des Sozialismus“ haben sich nach dem Untergang ihres Systems viele rasch und fest auf die Wertewelt der Wohlstandsgesellschaft fixiert. Der Kapitalismus hat, anders als von Lenin und vielen anderen seiner Gegner am Jahrhundertanfang angenommen, Kräfte hervorgebracht, die ihm ungeahnte Möglichkeiten der Massenbeherrschung und Massenbindung schufen. Für das Wirken aller antikapitalistischen Kräfte entstanden dadurch erst spät erkannte veränderte und neue Bedingungen. Das erfordert nicht nur, über die Methoden zur Erreichung der alten Ziele, sondern über diese Ziele selbst neu nachzudenken. Dazu gehört unabdingbar die kritische Durchsicht der Erfahrungen aus DDR-Zeit. Wird die unterlassen, kann nur doppelter Schaden entstehen: Erstens im Hinblick auf den denkbaren praktischen Gewinn, auf den solche Gedankenarbeit zielt, und zweitens im Hinblick auf unsere Glaubwürdigkeit. Denn wer wird Leuten glauben, die sich achtlos oder gar nichtachtend gegenüber ihrer Vergangenheit verhalten? Sie setzen sich dem Verdacht aus, sich kopflos von einem Abenteuer ins nächste zu stürzen ...

***

Manchem mag die Beschäftigung mit der Geschichte der DDR in einem Jahr wie dem bevorstehenden aus einer anderen Perspektive als Flucht in die „falsche“ Vergangenheit vorkommen. Sollten die Bürger des untergegangenen Staates sich nicht vielmehr mit der ihnen weitgehend unbekannten Geschichte des Staates befassen, in den sie nun aus eigenem oder fremdem Entschluss geraten sind? Das ist zweifelsfrei nötig, wenn auch mit anderen Schwierigkeiten verbunden. Die Verweigerung einer vorbehaltlosen kritischen Bilanz beider Staaten scheint bei realistischer Betrachtung der beteiligten Kräfte derzeit nicht aufzubrechen zu sein. Möglich ist ein gleichsam vorbereitender Beitrag dafür, der den ostdeutschen Staat unter die historische Lupe nimmt. Das kann dem Zusammenführen der Geschichte der beiden deutschen Staatswesen dienen, der Erforschung der Jahrzehnte währenden Bedingtheit ihrer Existenz, der Ergründung von Wechselwirkungen und Ausstrahlungen. Gegenwärtig ist dieses Ziel nur ein Wunschtraum, vor seiner Erfüllung liegen die Mentalität der Sieger, die Rechtfertigungsbedürfnisse der Unterlegenen wie der Einheitsarchitekten, das sich unausgesetzt reproduzierende Verlangen, den nächsten politischen Schritt zu begründen und – last but not least – das Drängen auf das historische Podest und von da auf das Denkmal.

Die Deutschen hatten nach der Reichseinigung von 1871 ihre Hohenzollern-Legende. So wenig der Vorgang von 1990 dem des vergangenen Jahrhunderts auch nur ähnelt, ihre Legende haben sie wiederbekommen und diese ähnelt allerdings jener, in deren Mittelpunkt einst die preußischen Monarchen standen. Von denen erzählte sie nämlich, sie hätten seit eh und je keine andere Sehnsucht gekannt als die nach „Deutschland, einig Vaterland“.

---

22 Ebenda, S. 407.

Kein neues Denkmal, auch keine neue Büste für Stalin

Die *junge Welt* hat (Ausgabe vom 22. Dezember 1999) ihren Lesern aus der Feder oder dem Computer eines Dr. Seltsam zwei Thesen zur Biographie J. W. Stalins angeboten, die sie besser alsbald und so schnell vergessen sollten wie das in diesem Zusammenhang besprochene Buch wohl in Vergessenheit geraten wird.

Die erste der beiden behauptet, Stalin habe immer für die andere (das will besagen: die Gegen-) Seite mitgedacht und die Logik seiner Feinde „zu Ende geführt". Genau das hat er keineswegs immer getan und in einem entscheidenden Moment, im Hinblick auf das Ereignis, das sich mit dem Datum des 22. Juni 1941 verknüpft, ganz unterlassen. Seinen zur fixen Idee gewordener Vorsatz, die UdSSR zumindest zunächst aus dem ausufernden Eroberungskrieg der deutschen Imperialisten herauszuhalten, ernährte er aus der Erwartung, die deutsche Führung und namentlich Hitler könnten doch nicht in die Sowjetunion einfallen, solange sie mit einem so mächtigen, entschlossen geführten, über so viele eigene Reserven verfügenden, sich immer mehr auf die Hilfskräfte der USA stützenden Kriegsgegner wie Großbritannien nicht „fertig" sei. Diese Idee ließ ihn alle Warnungen in den Wind schlagen und dies selbst dann noch, als vor der sowjetischen Westgrenze die polnischen und jüdischen Einwohner sich ebenso wie die Deutschen weit im Hinterland schon seit Wochen nur noch fragten, wann und nicht mehr ob es gegen die UdSSR „losgehen" werde.

Stalins Fehlrechnung entsprang seiner eigenen Logik und berücksichtigte eben nicht die „seiner Feinde". Denn Hitler und nicht er allein spekulierten in anderen Denkbahnen. Würden sie die UdSSR in einem „Blitzfeldzug" niedergeworfen und sich in den Besitz von deren europäischer Ressourcen gesetzt haben, dann Indien bedrohen, wären sie imstande, einen beliebig langen Krieg gegen Großbritannien und dessen Verbündete zu bestehen und zu gewinnen. Es war die Unfähigkeit Stalins, sich in die Denkweise dieser „seiner Feinde" hineinzuversetzen, verbunden mit der gleichen Unfähigkeit oder Unterwürfigkeit seiner Berater, die für das Land und Millionen seiner Bewohner, Zivilisten und Militärangehörige, verheerende und tödliche Folgen haben sollte. Dies ad 1.

Ad 2. Die These, Stalin hat gegen „die Supermacht seiner Zeit", das meint den deutschen Faschismus und seine Kriegsverbündeten und Hilfskräfte, gewonnen und eine historische Leistung vollbracht, die pflichtgemäß gegen Antikommunisten zu verteidigen, zu loben und für die Gott zu danken sei, verengt nicht nur die Fragestellung, sondern greift einer geschichtswissenschaftlichen Analyse über die wirklichen Anteile am historischen Kriegssieg der sowjetischen Streitkräfte weit vor. Diese Anteile hat eine Forschung anhand von ungezählten Quellen erst noch zu leisten und das im Kampf gegen Fälschungen und Legenden, die in den verschiedensten Etappen der Geschichte der UdSSR angehäuft worden sind. Da wird nicht nur das Ende des Mai 1945 zu betrachten sein, das niemand im Ernst einschränkungslos glücklich wird nennen wollen, sondern da werden auch die Teilschritte dahin analysiert werden müssen. Das bedeutet unter anderem, es kann ebenso wenig von dem Preis an Leben und Gesundheit sowjetischer Soldaten abstrahiert werden, der unvermeidlich war, wie von jenem „Überpreis", der einer „Kriegskunst" Stalins entsprang, die sich beispielsweise auf dem Weg zum Sieg darin äußerte, dass Kommandeuren von Armeen vom grünen Tisch aus befohlen wurde, wegen eines Feiertages und zu seinen „Ehren" eine Linie zu erreichen oder eine Stadt zurückzuerobern – als sollten zum „Festtag der Werktätigen" neue Produktionserfolge vorgewiesen werden.

Schenken wir dem Dr. Seltsam, der mit der Kühnheit des Unwissenden Marx anruft schon, dass er nur auf andere Weise als es der Generalissimus selbst tat, nämlich mit negativem Vorzeichen, diesen zum Schöpfer der Geschichte erklärt, wenn er behauptet, er habe die Weltrevolution um ein Jahrhundert zurückgeworfen. Hatte er dabei nicht ein paar Helfer? Und wie errechnen sich die prognostizierten 100 Jahre?

Meine Sicht auf unsere Auseinandersetzung mit Faschismus und Zweitem Weltkrieg

Schlussbeitrag anlässlich des Colloquiums „Faschismus und Antifaschismus“ am 6. Mai 2000

Um es nur sogleich und zu meiner Erleichterung und frei von aller Koketterie zu bekennen, dieses Schriftliche hat mir mehr Kopfzerbrechen bereitet, als mancher Text zuvor. Zum einen hat unter den Beteiligten eine gemeinsame kritische Verständigung über unsere zu DDR-Zeit unternommenen Forschungen zwar eingesetzt, erscheint mir aber nicht weit genug getrieben. Allzu viel Zeit sollten wir uns damit nicht lassen. Zum anderen fürchte ich, mit diesem Beitrag verbinden sich besondere Erwartungen, wenngleich verständliche Gründe dafür nicht vorliegen, ausgenommen womöglich der Verdacht, dass sich der Redner, nun zum ersten Mal als Jubilar angesprochen, bei dessen Vorbereitung gehörig angestrengt habe. Dabei riss ich mich von einer Arbeit los, die demnächst zu einem Buch gedeihen soll, das Ursprung und Geschichte der Wehrmachtslegende zum Gegenstand haben wird. Joachim Streisand, der Frühverstorbene, der mich so freundlich empfing, als ich mich ihm unfreiwillig als sein neuer Mitarbeiter vorstellte – das war 1965 buchstäblich in der Mitte des Erdenwandels eines Atheisten – sagte an dem letzten „runden“ Geburtstage, den er begehen konnte, es sei für ihn ein glückliches Datum, könne er doch von sich behaupten, er habe schon etwas geleistet und es werde ihm zugetraut, dem manches noch hinzuzufügen. Da wurde er 50. Wer in sein achtes Lebensjahrzehnt eintritt, männlichen Geschlechts und von ostdeutschem Vorleben ist, weiß dass es nun schnurstracks auf die Schwelle der durchschnittlichen Lebenserwartung zugeht.

Zur Sache: Meine Beschäftigung mit Faschismus und Krieg gliedert sich mir aus dem Rückblick in drei deutlich voneinander zu unterscheidende Abschnitte. Der erste umfasst das bewusste Miterleben dieser Jahre. Soweit eigene Erinnerung zurück reicht, begann es mit dem 9. November 1938 und dauerte dann bis zum 9. April 1945. Da sah ich im Sachsen-Anhaltinischen an der Nahtstelle der ostwärts vorrückenden amerikanischen und britischen Streitkräfte die letzten Gewehrbehängten Hitlerjungen über die Bahngeleise türmen, die nach Magdeburg führen. Der zweite schloss sich daran direkt an und war anderthalb Jahrzehnte lang angefüllt mit dem Versuch, lesend, lernend, studierend, – auch schon selbst an der Arbeiter- und Bauernfakultät zu Jena lehrend – ein begründetes Bild vom Geschehen jener Jahre zwischen 1933 und 1945 zu gewinnen. Vierzig Jahre dauert inzwischen der letzte Abschnitt, dem der Entscheid vorausging, auf eine denkbare politische Karriere zu verzichten und meinen mit dem Ende des Studiums für sechs Jahre unterbrochenen Weg in der Geschichtswissenschaft wieder aufzunehmen. Diesen Entschluss habe ich nur ein einziges Mal neu geprüft. Das geschah am 7. Oktober 1989. Da wurde mir der freundlich gemeinte und treffliche Rat, die berufsmäßige Politik lieber Jüngeren zu überlassen.

Was, um in ein paar Worten vom ersten dieser Abschnitte zu berichten, meine eigenen Eindrücke aus Kindheit und früher Jugend über Faschismus und Krieg anlangt, so waren sie sozial und politisch verglichen mit vielen meiner Altersgenossen und Schulkameraden wohl außergewöhnlich. Sie reichten vom Alltag im proletarischen Milieu meines Elternhauses bis in das Leben von Kleinbauern und Landarbeitern auf niederschlesischen Gutsdörfern, deren Mittelpunkte Schlösser und Flachsfabriken bildeten. Sie stammten von Besuchen und der Mithilfe auf einer Verdienststelle meiner Mutter her, die als Aufräumfrau bei einer Familie arbeitete, deren eindrucksvollste Person eine Dame von baltischem Adel war, eine derer von Samson-Himmelstjerna, ein Name der mir romantische Vorstellungen verursachte wie jener einer Gräfin Bethusy-Huc, zu der ich meinen arbeitslosen Vater begleitete, als er deren Teppiche klopfte. Sie rührten aus jener tristen von den Eltern meines Vaters betriebenen Kneipe her, die von wenigen Kleinbürgern besucht wurde und in deren Hinterzimmer Lotterievereine tagten. Sie entstammten Beobachtungen der Verelendung jenes jüdischen Ehepaares, das aus seiner behaglichen Wohnung im Süden meiner Geburtsstadt Breslau in die Enge des Judenhauses am Anfang der Neuhofstraße hinabgestoßen wurde, seiner wohl vorletzten Lebensstation. Sie entsprangen aus der Mitarbeit in einer Jugend- und einer Theatergruppe der evangelischen Salvatorgemeinde und den allwöchentlichen Lesestunden im Alten Testament, veranstaltet von einem Pfarrer dieser Gemeinde, der

sich früh um theologischen Nachwuchs sorgte. Sie waren bezogen aus dem Dienst in der Hitlerjugend, in einer Sanitätseinheit, in die ich mich auf väterliches Anraten begeben hatte, um der Ödnis des Marschierens und anderer militaristischer Vorübungen wenigsten zu einem Teil zu entgehen. Und vor allem lebte ich natürlich in Schulklassen, am längsten in denen jener preußischen Mittelschule, in der eine in ihren jeweiligen Fächern solide ausgebildete, mit Kriegsbeginn reaktivierte national-konservative und überalterte Lehrerschaft unterrichtete, die in der Kaiserzeit gelernt hatte, wie Menschen zu Knechten zu erziehen waren.

Parteipolitisch gehörte in meine Erlebniswelt jene Gruppe von Verwandten, die zum Millionenheer der „kleinen“ Faschisten zu zählen war. Die Erinnerung an sie verbindet sich mit Familienfesten in jener schon erwähnten Kneipe, die in den frühen zwanziger Jahren einer der beiden ältesten Treffpunkte der Nationalsozialisten gewesen war. Damit kontrastierte die elterliche Umgebung. Von deren verloren gegangener politischer Heimat, der Sozialdemokratie, dann der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands kannte ich nicht einmal den Namen. Dass Vater wie Mutter aber ihre Hoffnungen auf das Ende des Naziregimes setzte, konnte mir schon früh nicht verborgen bleiben. Wie beide ohne viele Worte mir ihre Haltung deutlich und anziehend machten, vermag ich nicht zu schildern. Es war ihr Verdienst, dass ich das Frühjahr 1945 nicht als Katastrophe empfand, sondern es zeitig als ein aufgestoßenes Tor ins Freie zu verstehen begann, als den Beginn eines Weges voller Rätsel und Ungewissheiten. Früh wurde mir auch begreiflich, dass für diesen Faschismus und für ihren Krieg die Deutschen und also auch ich zu bezahlen haben würden. Unser Verschlagensein ins Thüringische gehörte zu diesen Zahlungen. Erlebnisse und Eindrücke aus diesen Jahren eines erwachenden Bewusstseins haben später forschendes Interesse mit beeinflusst.

Der zweite Abschnitt beginnt im Spätsommer und Herbst 1945 mit den Abenden in der kleinen Gruppe antifaschistischer Jugendlicher am Weimarer Goetheplatz und im Hause der Frau von Stein und mit einem Lehrgang für junge Sozialdemokraten und Kommunisten auf der Camburg im Saaletal. Zu den Glücksumständen dieses Anfangs gehörten die Begegnungen und Vorträge mit Stefan Heymann, Walter Wolf, Wilhelm Girnus, Kurt Goldstein, die aus Konzentrations- und Vernichtungslagern befreit worden waren, und dann auch mit Fritz Heilmann, der aus dem sowjetischen Exil zurückkehrte und da – was wir nicht ahnten – im doppelten Sinne überlebt hatte. Dann begann Kenntnisnahme und Vertiefung in die Literatur der Zeitschriften, der Broschüren und der ersten Bücher, in Artikel der wieder erscheinenden *„Weltbühne“*, in die rot-weißen sozialistischen Bildungshefte, die Parteizeitschrift *„Einheit“*, in Aufsätze der *„Täglichen Rundschau“*, in Broschüren des Thüringer Volksverlages, in denen Häftlinge erste Berichte über ihre Zeit in den Lagern drucken ließen, die Aufnahme alles dessen, was irgend greifbar war und von aufklärendem Nutzen sein konnte. Die Gedichte Johannes R. Bechers gehörten dazu. Es begann das Ordnen des Erlebten mit Hilfe neu gewonnener Begriffe wie Rassismus, Antisemitismus, Geopolitik, Sozialdarwinismus. Vertraute Begriffe wie Führer, Gefolgschaft, Volksgemeinschaft und Dutzende wurden durchschaubar. Logische Begründungen und zwingende Beweise an die Stelle von blindem Glauben und abgefordertem Vertrauen zu setzen – das war auch faszinierend.

Eine im eigentlichen Sinne systematische Beschäftigung mit dem Faschismus war das nicht. Dafür fehlten in der Gesellschaft noch zu viele Voraussetzungen. So blieb das noch während der Jenaer Studienjahre. Die am weitesten an die Gegenwart heranreichende Vorlesung eines Universitätsprofessors galt dem Dreikaiserjahr und näher noch lag ein Vortrag, den Karl Griewank über den Reichskanzler Wirth hielt. Der deutsche Faschismus bildete unter keinem Gesichtswinkel ein Thema von Vorlesungen und Seminaren. Aber die Menge der Informationen und die Zahl der gedanklichen Zugänge für dessen Durcharbeitung mit Freunden und Genossen nahm erheblich zu. Daran hatte die Unterweisung im Wissenschaftlich-Methodischen ebenso ihren Anteil wie Lehrveranstaltungen von Georg Klaus und Bruno Warnke in der Philosophie und der Politischen Ökonomie. Die einschlägige Lektüre bestand hauptsächlich aus übersetzten sowjetischen Schriften, deren Gegenstand der unmittelbare Vorkrieg und der Krieg ausmachte. Gelesen wurden die Reden Stalins aus den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges, die Geschichte der KPdSU(B), dann gar – horribile dictu – die Biographie des als „vierter Klassiker“ geltenden Herren im Kreml, die Geschichte der Diplomatie und

die ersten Gesamtdarstellungen des Krieges von Minc und von Deborin. Stark waren diese Publikationen aus Moskau und die zunehmende Zahl von in der DDR entstandenen Veröffentlichungen von den ideologischen Folgen der inzwischen entstandenen neuen politischen und militärischen Konfrontation geprägt.

Auf den ersten Blick mag es heute scheinen, dass diese Literatur mehr Barrieren gegen das Verstehen von Geschichte aufhäufte als ihm Brücken baute. Inzwischen wird zu ihrer Charakteristik meist auf nicht mehr verwiesen als auf die „weißen Flecken“, die ihre Autoren gelassen hatten. Nun gaben zum einen gerade die erkennbaren Auslassungen der Minderheit sozialistischer Studenten ungleich mehr Gesprächsstoff als die unabweisbaren Interpretationen des Ganzen. Zum anderen und wichtiger noch: Ließ sich auch über viele Antworten streiten, die Fragestellungen wiesen in Richtungen, in denen Geschichtsprozessen und deren Antrieben doch auf den Grund zu kommen war. Dass die Rolle von Klassen, Schichten, Gruppen und Einzelpersonen zu erforschen, geschichtliche Prozesse zu charakterisieren, Ereignisse zu gewichten, ohne den Begriff Interesse nicht auszukommen, dialektische Beziehungen von Gesellschaft und Staat, von materiellen und ideellen Entwicklungen aufzuspüren warendies und einiges andere konnte als eine Herausforderung aus jenen Publikationen entnommen werden, selbst dann, wenn sie – was zweifellos meist der Fall war – hinter den eigenen Postulaten erheblich zurückblieben. Und Fragen an einen Gegenstand zu stellen, die sein Erkennen und Begreifen ermöglichen, diese Fragen während des Studierens und Forschens zu präzisieren, vielleicht die eine oder andere sogar aufzugeben, das ist zwar nicht schon der Erfolg, aber die unerlässliche Voraussetzung wissenschaftlicher Arbeit. In diesem Punkte also genossen wir keine Schmal- oder Schonkost.

Im Verlaufe dieses insgesamt anderthalb Jahrzehnte umfassenden Abschnitts entstand mir ein Bild vom Charakter und von der Geschichte des deutschen Faschismus, das später zwar wieder und wieder ergänzt, in wesentlichen Teilen auch korrigiert, aber nicht völlig ausgewechselt und verworfen werden musste. Der Schritt von den Ansichten zu den Einsichten war getan. Diesem Bild fehlte es an Tiefenschärfe. Es gab auch keine Möglichkeit des Vergleichs der deutschen mit anderen faschistischen Bewegungen und Diktaturen. Und die Wahl seiner Farben war mitbestimmt durch die polemische Haltung gegenüber den dominierenden Darstellungen der nationalsozialistischen Jahre im anderen deutschen Staat.

Den dritten Abschnitt füllt seit dem Frühjahr 1960 die forschende Beschäftigung mit einer ausgewählten Zahl von Fragen, die an die Jahre von 1933 bis 1945 und deren Vorgeschichte zu stellen sind. Die ihn eröffnende Arbeit im Archiv der Zeiss-Werke in Jena war vorwiegend wirtschaftsgeschichtlich orientiert, betraf die Jahre der Großen Krise, bedeutete einen vertiefenden, gleichsam praktischen Kurs in Ergänzung des Studiums von Marx’ „Kapital“ und führte vor allem auf die Spur einer Managergruppe, die Hitler und die NSDAP nicht favorisiert hatte, aber nach dem 30. Januar 1933 sofort sich zur Stütze des neuen Regimes machte und strikt den Weg zu einem NS-Muster(rüstungs)betrieb beschritt. Daran schloss sich eine Episode – nun schon an dem neuen Arbeitsplatz an der Akademie der Wissenschaften in Berlin – eine Beschäftigung mit der Geschichte der katholischen Kirche. Aus ihr ging nicht mehr als ein schmaler Aufsatz hervor. Doch hatte mir die Arbeit im Wrocławer Archiv des Kardinals und Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz Adolf Bertram die Bekanntschaft mit der Hinterlassenschaft einer anderen sich zur deutschen Elite zählenden Gruppe eingetragen, die auch die Nazibewegung nicht auf ihren Schild gehoben hatte, aber nicht minder schnellfestzumachen an ihrer Entscheidung vom 28. März 1933 für die Diktatur Partei nahm und sich für deren Befestigung zur Verfügung stellte. Das Frageraster war auf diesen Wegen enger geworden.

Von nachhaltiger Wirkung aber wurde erst gegen Ende der sechziger Jahre der Auftrag, an dem damals konzipierten, zu den ehrgeizigen Plänen Walter Ulbrichts gehörendem Vorhaben mitzuarbeiten, eine vielbändige Darstellung der deutschen Geschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart vorzulegen. Ich begann dafür Forschungen zu betreiben, die sich auf den Beginn der Innenpolitik der neuen Machthaber im Jahre 1933 richteten. Diese Beschäftigung, nun an der Humboldt-Universität zu Berlin unternommen, führte auf eine Vielzahl von Wissens- und Forschungslücken unter denen mir eine, diejenige über die Zwecke von Antisemitismus und Judenverfolgung im Etablierungsprozess, besonders aufklärungsbedürftig erschien. Das Thema begann mich zu fesseln und mein Vorha-

ben Kollegen zu interessieren. Es wurde das ein Schritt mit Folgen. Auf diesem Felde führt jede Analyse in das Gestrüpp ideologischer und materieller Faktoren. Wer sich des Themas annimmt, hat sich mit Grenzen geschichtswissenschaftlichen Vermögens bekanntzumachen. Immer wieder erhob sich die Frage nach dem Warum, nach den Antrieben und Gründen und Interessen, die jenes sich aller Phantasie verweigernde Verbrechen hervorbrachten. Schon bei der Verteidigung der Habilitationsschrift, die 1973 fertiggestellt war, gingen die Fragenden souverän über das eigentliche Thema der Arbeit hinweg und hin zu jenen Entwicklungen des Jahres 1941, in dem das Massenmorden begann.

Das mag an Autobiographischem nun aber und vor allem deshalb genügen, weil meine gewonnenen Ansichten über Faschismus und Krieg nur zu einem geringen Teil aus eigener Arbeit, zu einem ungleich größeren aus Erträgen vieler Kollegen gewonnen wurden, aus deren Büchern und Artikeln und nicht zuletzt während vieler Gespräche, öffentlichen und privaten. Die forschende Hinwendung zu den Jahren deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 begann in der DDR gegen Ende der fünfziger Jahre und sie wurde die meist lebenslange Beschäftigung von Zugehörigen jener Generation, die erst nach dem Ende des Krieges ihre Studien begonnen und beendet hatten. Auf den deutsch-sowjetischen Historikerkonferenzen der Jahre 1957 und 1959 traten zum ersten Mal Angehörige dieser sich dann rasch vergrößernden Gruppe von Spezialisten hervor, die auf dem Terrain, das sie betraten, gleichsam zwei Pflöcke schon eingeschlagen fanden. Der eine trug den Sowjetstern, der andere den Bundesadler. Das erste wurde dafür mitbestimmend, dass die Erforschung der Kriegsjahre an Intensität und Ergebnisreichtum die Jahre des Vorkrieges bald überwog. Das blieb so bis zum Ende der DDR und stand im merkwürdigen Kontrast zu der Tatsache, dass im Selbstverständnis aller Beteiligten die Verursachung von Kriegen und deren Verhinderung ein größeres Interesse beanspruchen konnte als deren Führung. Das würden wohl auch die Fachleute für sich gelten lassen, die in der Bundesrepublik mit dem zwölfjährigen Zeitraum sich befassten. Doch hatte dieser Krieg in Europa und im Leben von Millionen derart unauslöschliche Spuren hinterlassen, dass die Historiographie in den beiden deutschen Staaten in ein selbstgewähltes Abseits geraten wäre, würde sie sich nicht in den Hauptstrom der internationalen Forschung begeben haben.

Ungeachtet dieses Einsatzes der Hauptkräfte und unter deren Beteiligung blieb das Fragen und Antwortsuchen aber doch auf das Ganze gerichtet: das faschistische Regime in Deutschland, seine Herkunft, seinen Charakter, seine bewegenden Kräfte, seinen Platz in der deutschen Geschichte und seine wahrlich verheerende Rolle in der Geschichte Europas. Mit Bezug auf diese Arbeit ist nach dem Ende der DDR-Geschichtswissenschaft – nicht anders als es auf anderen Feldern ihres Wirkens geschah – gefragt worden: „Was bleibt?“ Wer sich in der Geschichte der Geschichtsschreibung umtut, wird es sich mit einer Antwort kaum leicht machen können und rasch herausfinden, dass Vergängliches und Bleibendes erst im Fortgang gesellschaftlicher, politischer und geistiger Prozesse gesondert werden. Erst allmählich lassen sich die Bestands-, Halbwerts- und Verfallszeiten erkennen. Doch wer würde Johann Gutenberg nicht ehren, weil die Zeiten der von ihm in Bewegung gesetzten Lettern vorbei sind?

Zehn Jahre nach dem Ende der DDR und der in ihrem gesellschaftlichen und staatlichen Rahmen betriebenen Geschichtswissenschaft bleibt oder gewinnt sichereren Boden, wer sich oder anderen mit Antworten auf die Frage nach dem Bleibenden also Zeit lässt und sich zu vergegenwärtigen sucht, wie die Geschichtsforschung in die verflossenen Zeiten hinein gewirkt hat, in Jahren, da eine hochorganisierte Schar von Fachleuten zwischen Rostock und Greifswald und Jena und Dresden an ihrem Leisten arbeiten konnte. Sich darauf zu konzentrieren erscheint auch deshalb gerechtfertigt, weil wir uns doch als politische Menschen verstanden, die ihre Gegenwart, immer auch mit und nach Zukunftsvorstellungen, zu gestalten wünschten. Die Eitelkeit, auf Gedenksteine oder Monumente hin zu arbeiten, war uns fremd Viele gaben sich zudem darüber Rechenschaft, dass alle Energie nicht vollständig jene Folgen auszugleichen vermochte, die sich aus unseren Verhältnissen und unseren Umwegen in die Wissenschaft ergaben.

Erstens: Zu Zeiten, da im westdeutschen Staat eine auf Hitler zentrierte Geschichtsbetrachtung dominierte, befleißigten sich die Historiker in der DDR einer weit gefächerten Fragestellung, die – in den Bahnen von Marx – den realen wie eingebildeten Interessen derjenigen nachging, deren Handeln

die Entwicklung der politischen Prozesse in Deutschland seit dem Beginn der dreißiger Jahre entscheidend bestimmt hatte. Dies verband sich mit einer Auseinandersetzung mit dem deutschen Historismus und ihm verwandten Vorstellungen, welche die Geschichte auf das Denken und Entscheiden der großen Männer, die Rolle von Ideen und Staaten sowie deren Diplomatie und insbesondere auf die Kriege reduzierten. Historisch-materialistische Analyse, einhergehend mit einem grundstürzenden gesellschaftlichen Wandel, brachte die Rolle und Verantwortung, die Schuld oder Mitschuld vieler Deutscher in das Blickfeld. So folgte für Millionen, die den Krieg überlebt hatten, auf den ihnen rasch von den Lippen gekommene Seufzer „Nie wieder“ der Gewinn neuer Einsichten und begründeter Vorsätze. Daran war die Faschismusforschung zunehmend beteiligt. Jahre bevor das bi-staatliche Projekt. Die deutschen Eliten und der Zweite Weltkrieg auf den Weg und dann durch das Eingreifen der DDR-Führung in die Sackgasse geriet, richtete sich die Aufmerksamkeit von Historikern im Osten Deutschlands auf die Führungsgruppen. Es entstand ein Bild des unterschiedlichen Anteils und folglich der abgestuften Verantwortung der Deutschen für die Geschehnisse des 30. Januar 1933, des 9. November 1938, des 1. September 1939 und des 22. Juni 1941.

Indessen blieb unser antiimperialistisches politisches Grundverständnis nicht ohne Folgen. Es hat Einäugigkeit nicht erzeugt, aber – um im Bilde zu bleiben – eine unterschiedliche Sehschärfe bewirkt. Kapitalisten und die planende und befehlende Gruppe der Militärs wurden in ihrer Rolle schärfer gefasst als die proletarischen und kleinbürgerlichen Massen zwischen dem Saargebiet und der Provinz Ostpreußen. Diese Herangehensweise entbehrte strenger Objektivität. Doch sie hat in ihrem richtigen Kern, will mir scheinen, eine späte Anerkennung gefunden. Davon kann sich überzeugen, wer die sich hinschleppenden Auseinandersetzungen verfolgt, die noch immer über symbolische Geldzahlungen an einstmals nach Deutschland verschleppte Arbeiter stattfinden. Die Forderungen lauten, es sollen diejenigen zahlen, die sich Menschen ausbeutend und buchstäblich aussaugend am meisten bereicherten. Und da eben kommt die Rede auf die großen und die weniger großen Industriellen und nur am Rande etwa auf deutsche Bauern.

In diesem Standpunkt begegnet uns nicht die DDR-Geschichtswissenschaft pur. Diese hat im Wissen, dass in der Geschichte und nicht nur im Alltag gilt, dass Gelegenheit Diebe macht, doch darauf ihren Befund nicht reduziert, sondern nach den Installateuren und den Verfestigern der faschistischen Macht gefragt. Das von ihnen gegebene Bild, festgeronnen in der fälschlich Georgi Dimitroff zugeschriebenen Definition, die in der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 beschlossen wurde, war gewiss so etwas wie ein Holzschnitt, unfertig zudem, aber doch von Niveau. Was in den geschichtswissenschaftlichen Arbeiten bis 1989 nicht gelang, war eine angemessene gedankliche Weiterarbeit. Es wurde nicht genügend scharf zwischen den sich rasch wandelnden Situationen der Jahre 1932 und 1933 unterschieden. Überbetonung des Kontinuierlichen verband sich mit der Vernachlässigung des Diskontinuierlichen. Hinzu kam die Frontstellung gegen Auffassungen, die den Faschismus als einen Einbruch der Dämonie in die deutsche Geschichte interpretierten, ihn als Zufall nahm oder als Betriebsunfall bezeichnete.

Was mich anlangt, so hat mir erst die Beobachtung der weltgeschichtlichen Szene an der Wende von den achtziger zu den neunziger Jahren vollends klargemacht, dass in Augenblicken großer sozialer und politischer Auseinandersetzungen, in denen die Mehrheit einer Interessengruppe ratlos und neutralisiert ist, Minderheiten zum Zuge kommen. Das aber war der Fall in dem entscheidenden Vierteljahr, das dem Einzug des Adolf Hitler in die Wilhelmstraße vorauf ging. Als der dort einmal angekommen war, sagte der ausgeprägte Klassen- und Herrschaftsinstinkt vielen weiteren Angehörigen der Oberschichten, dass ein Punkt überschritten worden war, hinter den nicht ohne nachteilige, womöglich strafende Folgen zurückgegangen werden konnte. Der Formierungsprozess der neuen Macht vollzog sich rasant. Italiens viel längerer Weg zur faschistischen Machtbefestigung erschien nun als nahezu blasses Vorspiel.

In vielen Einzelforschungen war die Geschichtswissenschaft in der DDR dazu gelangt, die vor allem zeitbedingte Unvollkommenheit der tradierten Faschismusanalyse zu erkennen, die aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale stammte. Doch zu einer konzentrierten geschichtstheoretischen Arbeit sind wir nicht durchgestoßen. Politische Einflüsse und Rücksichten mögen dabei

mitgespielt haben. Sicherer ist mir, dass manches Versagen aus Eigenem herrührt. Die analytische Arbeit etwa zur Rolle von Persönlichkeiten in der Geschichte wurde trotz der Herausforderung, die Namen wie Lenin und Stalin, Hitler und Mussolini, Churchill und Roosevelt, Mao Tse-tung und Fidel Castro darstellten, eben so wenig vorangetrieben wie die zur Rolle der Volksmassen, obwohl wir uns doch damit befassten, dass und wie die reaktionäre Idee materielle Gewalt geworden war. Weitgehend außerhalb unserer Wahrnehmung und Analyse lag das Wirken von sozialen und politischen Mentalitäten, ohne deren Erfassung alle Interpretation lückenhaft bleiben musste.

Zweitens: Zu einer Zeit, da in den herkömmlichen Bahnen deutschen geschichtswissenschaftlichen Denkens die Volksmassen nicht ins Visier genommen waren, hat die Historiographie in der DDR begonnen, sich mit der Lage der arbeitenden Massen zu beschäftigen, sich der Geschichte von Industrieregionen und -betrieben zugewandt. Feste und institutionalisierte Gestalt hat diese Forschungsrichtung nicht angenommen. Es blieben die Kräfte stets in Überzahl, die sich mit der politischen Geschichte befassten. Auf die Länge der Zeit haben Kollegen, deren Forscherarbeit anderen Epochen und Perioden deutscher Geschichte galt, in dieser Hinsicht angemessenere Proportionen für ihren forscherischen Aufwand gefunden. Nachteilig wirkte zudem eine wenig verarbeitete Auffassung der Verelendungstheorie, durch die das – zu enthüllende – Geheimnis der braunen Massengefolgschaft eher noch vertieft, denn gelüftet wurde.

Bis zu einer Darstellung der Geschichte des Faschismus als einer Folge von Entscheidungen –1932 wählten von 5 Deutschen 2 die NSDAP und in weiten Gebieten des Landesnordens tat das eine knappe Mehrheit der Bevölkerung – und praktischen Verhaltensweisen von Millionen haben wir es nicht gebracht. Darstellungen, die den Namen einer Volksgeschichte verdienten, sind für diesen Zeitraum nicht entstanden. Demagogie, die Praktiken der Verführung von Millionen, Zwang bis zum Terror, Verbrechen bis zum Massenmord gerieten berechtigt immer wieder ins Zentrum von Untersuchungen. In dezidierten Arbeiten wurde nachgewiesen, wer den 1933 antretenden Machthabern in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, willentlich oder nicht, vorgearbeitet und so dieses „Führertum“ vorbereitet hatte. Jedoch von Erfolgsbestechung und nackter Korruption wurde wenig gehandelt.

Das besaß Folgen und machte es Kindern und Enkeln, die in der DDR aufwuchsen, schwer, ihre Eltern oder Großeltern in ihrem einstigen Verhalten und in ihrer Zeit zu verstehen. Bis zu einem Generationenübergreifenden öffentlichen Dialog wurde die gesellschaftliche Durcharbeitung des Faschismus nicht getrieben. Studenten bekannten mir, dass sie erst unter dem Eindruck von Universitätsseminaren in der eigenen Familie schließlich gefragt hatten: Und Ihr? Die demokratische Auseinandersetzung mit der Geschichte jener Jahre, im frühen Nachkrieg unter Minderheitsbeteiligung und ohne Auslassung der schmerzenden Fragen begonnen, war abgebrochen, den Herrschenden galt sie als nicht mehr notwendig und wir die Zeithistoriker haben auf ihre Wiederaufnahme nicht gedrungen.

Gelungen ist der DDR-Geschichtsschreibung die Heraushebung jener Deutschen, rekrutiert vor allen aus den arbeitenden Schichten, die sich dem Faschismus entgegenstellten. Der übergroßen Mehrheit, der einstigen Gefolgschaft des Faschismus, traten so Menschengruppen und Individuen ins Bewusstsein, die ihnen vordem völlig fremd und nahezu unbekannt waren: die Illegalen in Deutschland, die Insassen von Zuchthäusern und Gefängnissen, die Kämpfer auf Seiten der spanischen Republik, die in der Emigration für ein anderes und anständiges Deutschland stritten, die in den Reihen der Nationalkomitees Freies Deutschland und im Bund Deutscher Offiziere wirkten. In diesem Punkte vermochten sich die daran Beteiligten jeder zeitgleichen Konkurrenz zu stellen. Das wird im Wissen um viele Defizite behauptet. Die Widersprüche zwischen den Lagern und Gruppen der Antifaschisten wurden bei weitem nicht ausgeleuchtet, die Verantwortlichkeiten für deren Fortdauer und mitunter auch Vertiefung ungleichmäßig verteilt. Da war auch – ich denke an Aussagen über die Kommunisten im September 1939 – Unwahrhaftigkeit beteiligt. Die Bewertung der Verdienste der Hitlergegner nahm unter politischen Auflagen, durch Erscheinungen des Personenkultes und als Folge von de-facto-Verboten nicht selten willkürliche Züge an. Dennoch, wer seine Betrachtung nicht aus der Zeit herausführt, erkennt, dass die DDR-Geschichtsschreiber einen Anteil daran besitzen, die Fixierung auf die sogenannte Militäropposition aufgebrochen zu haben. Ihr gegenüber setzte sich erst in den

achtziger Jahren ein angemessenes, die Handelnden nicht nur nach ihren Motiven und gesellschaftlichen Projekten bewertendes Urteil durch.

Drittens: Die DDR-Historiographie hat einen Beitrag dazu geleistet, ins Bewusstsein vieler Deutscher zu rücken, was sie oder ihre Vorfahren vor allem in Europa angerichtet hatten. Dieser Beitrag dürfte in seiner Wirkung in das allgemeine Bewusstsein gewiss geringer gewesen sein als derjenige der Schriftsteller, der Romanciers, Dramatiker und Lyriker, der Theater- und Filmregisseure, der Schauspieler, bildenden Künstler und Dokumentaristen. Doch bleibt er auch deshalb denkwürdig, weil die ihm zugrunde liegende Forscherarbeit sich nicht auf die politische und militärische Führungsclique verengte, weil sie von Anbeginn nicht nur auf die Untaten der SS, der Waffen-SS, der Gestapo, und des Sicherheitsdienstes fixiert war, sondern das eroberungswütige System als Ganzes zu analysieren trachtete und dessen Täter von den Schreibtischen bis an die Erschießungsgräben und Gaskammern sah. Auch das führte unabweisbar vor die Frage nach dem Warum? Dass auf sie mitunter kurzschließende Antworten gegeben wurden, ist unbestritten. Doch dass der verbrecherische Wahnsinn methodisch gehandhabt wurde, dass er auf das imperialistische Projekt Europa unter das Hakenkreuz zielte, dass dieses Projekt nationalistisch, rassistisch, imperialistisch und von einem Denken geprägt war, das sich am materiellen Vorteil ausrichtete, dass der Faschismus in jener Gesellschaft verblieb und sie zugleich umgestaltete, aus der er kam – dies jedenfalls lässt sich mit Argumenten in den besseren Büchern von DDR-Historikern nachlesen.

Indessen: Auch ihnen mag letzte Überzeugungskraft in mancher Hinsicht fehlen. Unbeantwortete Fragen wurden auch– jedenfalls öffentlich – nicht markiert. Die Forschungen, die eine extreme Herausforderung an die Beherrschung der dialektischen Methode stellten, waren zu keinem Ende gelangt. Heute werden ihre Ergebnisse als dogmatisch leichthin abgetan. Zu Zeiten eines die Grenzen der beiden deutschen Staaten überschreitenden Dialogs geschah das nicht. Jetzt ist der Faden der kontroversen Gespräche zwischen historischen Materialisten und Angehörigen anderer Schulen – ich hatte das Glück und das Privileg an ihm vielfach beteiligt gewesen zu sein – in Deutschland nahezu vollständig abgerissen. Und auf den Märkten der Politik sind Interpretationen auf dem Vormarsch, die keinerlei analytischen Verstand mehr erkennen lassen. Das Zu-Erfragende und Zu-Erforschende wird durch mit tieftrauriger Miene und Stimme vorgetragene Klagen darüber erstickt: Wessen der Mensch fähig ist und was er seinesgleichen doch anzutun vermag. Das gehört in Kirche und Beichtstuhl und führt aus den Bezirken der Wissenschaft hinaus.

Viertens: Die DDR-Historiographie über Faschismus und Zweiten Weltkrieg entstand, als ihr Gegenstand noch erheblich qualmte. Der Krieg lag kaum anderthalb Jahrzehnte zurück und der Kalte Krieg hatte begonnen. Das schuf und hinterließ viele Spuren. Es war und blieb ein Vorsatz und auch ein an die Geschichtsforscher gegebener Auftrag, Vorkrieg und Krieg als eine Warnung zu begreifen und beizutragen, dass die Deutschen sich dauernd von dem Gedanken verabschieden, ihr Heil und Glück auf Eroberungswegen und auf Kosten anderer Völker zu suchen. Aus diesen Zusammenhängen entstanden die Forschungen und Publikationen über den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Die sie verrichteten, besaßen dafür Antriebe auch in ihrer eigenen Biographie. Sie haben zur Qualität dessen, was in Gesamtdarstellungen, Monographien und Dokumentenreihen vorliegt nicht unwesentlich beigetragen. Und mehr noch: gemeinsam mit wissenschaftlicher Neugier, dem Interesse am Erproben und Bemessen der eigenen Kräfte gingen aus dieser Lebenserfahrung auch Initiativen hervor, die ergründen sollten, ob jenseits der Westgrenze arbeitende Forscher nicht von gleichen oder ähnlichen Motiven geleitet würden und was das für ein begrenztes Miteinander bedeuten könnte. Darüber sind inzwischen aus der Erinnerung und aufgrund von Quellenstudien erste Arbeiten entstanden. Auch sie zeigen, dass das Zurückschneiden der Arbeit der DDR-Historiker auf politisch-legitimatorische Zwecke zugunsten einer verknöchernden und versteinernden Herrschaft nichts denn ein Klischee bietet. Was die Zeithistoriker in der DDR zugunsten der Erhaltung und Gestaltung einer sozialistischen Ordnung unternommen haben, gehört in den Bereich des Vergeblichen. Hingegen: Ihr Beitrag zur Verbreitung von Ideen des Friedens, der freundlichen Beziehungen zu Polen und Tschechen, den nächsten Nachbarn, und zu allen und insbesondere zu den von Deutschen am meisten verletzten und geschundenen Völkern, zur Verbreitung von Gedanken der inneren wie der Staatsgrenzen überschrei-

tenden Solidarität verlangt – wie die Wissenschaft der DDR in allen ihren Erscheinungen – eine andere und redliche Bewertung. An ihr dürfen und sollen die Beteiligten mitarbeiten. Das gebietet uns auch die Erinnerung an diejenigen, die das nicht mehr tun können. Für sie mögen hier die Namen zweier Faschismusforscher stehen: Wolfgang Schumann, dem ich seit Jenaer Studienzeiten freundschaftlich verbunden war, und Ludwig Nestler, mit dem ich in der Berliner Zeit ein offenherziges Verhältnis gewann.

* * *

Genugtuung, gar Zufriedenheit sind für meinen Rückblick auf die in vielen Gemeinschaften erlebten Arbeitsjahre so wenig geeignete Begriffe wie Enttäuschung, Resignation oder Zorn. Ich hatte das Glück, nachdem wir auf einem geschichtlichen Wege, den wir mit hohen Zukunftshoffnungen verbanden, der sich aber als ein Irrweg erwies, auch durch eigenes Verschulden gestrauchelt und gestürzt waren, mehr Beistand zu erfahren als Tritte zu erhalten. Die ihn mir gaben, verpflichteten mich zu Dank, der nur hier anonym ausgesprochen wird, und mehr noch zu Gegengabe. Alte und auch neu gewonnene Weggenossen haben mir Mut gemacht. Zu meinem Neuanfang gehören Abkehr und Bewahrung. Mit der Sondierung von beidem bin ich noch beschäftigt, wie das hier Mitgeteilte wohl gezeigt haben mag.

Nicht ganz neue Tendenzen in der Betrachtung des Zweiten Weltkrieges

In diesen Maitagen des Jahres 2000 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum 55. Male. Das besagt, dass die Generationen, die daran eigene Erinnerungen besitzen, in allen beteiligten Staaten immer weniger werden. Mit deren Angehörigen stirbt mit jedem Tage gleichsam auch die Erinnerung, überall und also auch hierzulande. Die jungen Burschen, die 1945 noch zu den Kampfgruppen der Hitlerjugend liefen, haben das siebzigste Lebensjahr erreicht, ihre Mütter und Väter, wenn sie denn noch am Leben sind, ein Alter, das biblisch genannt wird. Dies gibt zusätzlichen Grund zu der Frage, was die Generationen der Zeitzeugen denen an erarbeiteten Einsichten und Erkenntnissen hinterlassen, für die der Zweite Weltkrieg aus gewisser Perspektive so weit entfernt ist wie die Seeschlacht bei Salamis. Er ereignete sich vor ihrer Geburt oder in einer Zeit, an die sie sich nicht zurück zu erinnern vermögen.

Allerdings: Zwischen dem 54. Und dem 55. Jahrestag besagten Kriegsendes fand unter deutscher Beteiligung ein weiterer Krieg statt, derjenige der NATO gegen Jugoslawien, der von seinen Propagandisten nicht als Krieg bezeichnet wurde, sondern als irgendeine nicht definierte „Aktion“. Heute heißt er verbreitet gedankenlos und falsch „Kosovokrieg“. Er scheint vielen Deutschen merkwürdig rasch aus dem Gedächtnis entglitten. Seine Wahrnehmung unterschied sich auch von den vordem unter deutscher Beteiligung geführten Kriegen des 20. Jahrhunderts erheblich. Erstens war er extrem kurz. Zweitens nahmen – gemessen an der zu Gebot stehenden deutschen Kriegsmacht – nur verschwindend kleine Teile davon am Kriege teil. Drittens gab es im herkömmlichen Sinne keine Schlachtfelder, auf der eigenen Seite keine Toten und also auch keine „Heldenfriedhöfe“. Von den Eigenen geriet niemand in Gefangenschaft. Viertens existierte keine Heimatfront. Unberuhigt wie in der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges konnten die daheim Kinos, Theater und Sportplätze besuchen oder Hochzeiten feiern. Fünftens musste keiner der am Kriege teilnehmenden oder für ihn verantwortlichen deutschen Soldaten oder Zivilisten fürchten, dass er für sein Tun oder Unterlassen zur Rechenschaft gezogen werden würde.

Betrachtet man die Aufzählung, schweifen die Gedanken von diesem Krieg am Jahrhundertende zu einem, der unter deutscher Beteiligung am Jahrhundertanfang geführt worden war. Das war der in China. Auch dort standen Sieger und Besiegte von Beginn an fest und auch damals wurde für mehr oder weniger heiliggesprochene Rechte gemordet. Von jenen Zeiten kann niemand mehr berichten. Geblieben ist aus jenen fernen Tagen der Slogan „Germans to the Front“: Nun also waren Deutsche wieder an der Front. Wie damals gibt es in der „Heimat“ eine Minderheit von Leuten, die in einer internationalen Gemeinschaft dabei sind, diesen Krieg durchzuarbeiten, um wenigsten den Nebel zu lichten, der schon vor seinem Beginn über seine Verursachung gelegt worden war. Denn wieder einmal waren die Deutschen in einen „uns aufgezwungenen Krieg“ gelangt. Die Formel, weil hitlerbelastet, war so zwar nicht kopiert worden, aber die Aussagen sollten genau das glaubhaft machen. Nur der Name des Aufzwingers hatte sich verändert. 1939 hieß er Chamberlain, 1999 Milošević.

Gibt es zwischen der Art und Weise, in der sich die Deutschen mit dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzten, und derjenigen, in der sie das im Hinblick auf den Krieg gegen Jugoslawien – in den Wochen des Bombens und danach ihren Geschäften nachgehend – zumeist nicht taten, einen Zusammenhang? Darauf kommt, wer nicht vergessen hat, dass die Reaktion auf das Ereignis in der Bevölkerung in der BRD nicht überall vollkommen identisch war. Die in den alten ließ sich von jener in den neuen Bundesländern klar unterscheiden. Die Zahl derer, die zwischen Ostsee und Thüringer Wald den Krieg auf dem Balkan ablehnten war, wie verlässliche Befragungen auswiesen, erheblich größer als die Gegnerschaft der Einwohner zwischen der Nordsee und den Alpen. In Ostdeutschland überwog die Verurteilung des Einsatzes kriegerischer Gewalt. Das wurde infamer Weise und beweislos als Folge von Antiamerikanismus gedeutet, der in DDR-Zeit erzeugt worden sei, und also auf das Konto der „Roten“ geschrieben. Denn es durfte nicht näher gefragt werden, ob bei diesem Teil der Bevölkerung aus dem Leben im inzwischen untergegangenen Staate zu Krieg und Frieden eine andere innere Haltung übriggeblieben war und ob diese womöglich von einer anderen geistigen und emotionalen Durcharbeitung des Zweiten Weltkrieges herrührte.

Das letztere in den beiden deutschen Staaten nach 1945 sehr verschieden erfolgte, kann schwerlich bestritten werden. Inzwischen ist die westdeutsche Machart jedoch auch in die neuen Bundesländer eingezogen, beispielsweise in Gestalt der Bücherangebote in Fachgeschäften wie in Kaufhäusern. Wer will, der kann in ihnen die unter dem Titel „Verlorene Siege“ in 15. Auflage vorliegenden Memoiren des Generalfeldmarschalls Erich von Manstein ebenso kaufen wie die Erinnerungen des Generaloberſten Heinz Guderian „Soldat unter Soldaten“, die in gleicher Auflage zu haben sind. Wer will, kann in Buchabteilungen der sogenannten Konsumtempel aus Regalen mit der Kennzeichnung „Natur und Technik“ sich mit der reich bebilderten „Geschichte der deutschen Panzer 1916-1945“ bedienen, die aus der Feder eines Wehrmachtsgenerals neu aufgelegt ist und dort harmlos zwischen den illustrierten Büchern über Autos vom Typ Trabant, Wartburg oder Opel aufgereiht ist.

Gemeinsam ist allen diesen Produkten, dass die Frage nach den Ursachen des Zweiten Weltkrieges entweder ganz ausgeklammert oder mit einem beiläufigen Fingerzeig auf Hitler und einige Figuren seiner engsten Umgebung abgetan wird. Diese Frage aber war in DDR-Zeit nun unstreitig das Thema der Beschäftigung mit nicht nur diesem Kriege schlechthin. Die darauf gegebenen Antworten sind in ihrem Kern richtig. Sie markierten diesen Krieg als ein imperialistisches Unternehmen, das dem Ziel diente, ein deutsches Groß- und Kolonialreich faschistischer Prägung zu schaffen. An dieser Zielsetzung gibt es auch in den wissenschaftlichen Prinzipien folgenden Geschichtsschreibung, die sich seit etwa dem Ende der sechziger Jahre in den Grenzen der damaligen Bundesrepublik entwickelte, keinen Zweifel. Die auf diesem Wege begangenen Untaten wurden in vielen Büchern beschrieben. Nur koexistiert im Zeichen des Pluralismus ungeschminkte Wahrheit mit unverfrorener Lüge. Und es blieb und bleibt dem mündigen Bürger überlassen, zu entscheiden, was er für „richtig“ hält, zumal die Vertreter der Zunft, von rühmenswerten Ausnahmen abgesehen, keinen besonderen Drang erkennen lassen, sich unerfreulichen Zuständen zu konfrontieren. Jedenfalls nicht zu jenem Zeitpunkt, da sie politisch relevant sind. So weit, so wenig Neuigkeiten.

Nahezu übersehen worden ist vielfach, und das bedeutete eine Herausforderung gerade an die Historiker, dass im Zusammenhang mit dem weltgeschichtlichen Wandel von den achtziger zu den neunziger Jahren auch eine Bewertung des Zweiten Weltkrieges in die Mitte der Gesellschaft gerückt wurde, die sich vordem nur an ihrem rechten Rand antreffen ließ. Dass ein Mann wie der SS-General Felix Steiner in einem 1958 erschienenen Band das Hohelied der SS-Freiwilligen aus den Niederlanden, aus Norwegen, Dänemark und anderen okkupierten Staaten sang und ihnen das Verdienst des „Kampfes gegen die rote Flut“ zuschrieb, daran und an ähnliches hatte man sich in West wie in Ost inzwischen gewöhnt. Nach dem Ende des Kalten Krieges scheint dieses Bild im Zusammenhang mit der definitorischen Charakteristik der UdSSR als Verbrecherstaat, der andere seinesgleichen geboren habe, vollständig salonfähig geworden zu sein.

Das zeigt ein Blick in das 1994 erschienene Buch „Zwischen Front und Heimat“, dessen Autor den Versuch unternahm, den schon erwähnten Generalfeldmarschall Manstein von allen Vorwürfen freizusprechen, die im Jahre 1948 ein britisches Gericht, das in Hamburg (im nach den Ort des Stattfindens des Verfahrens sogenannten „Curio-Prozess“) tagte, zu dem Urteil führte, der Oberbefehlshaber der 1942/1944 im Süden Russland operierenden Heeresgruppe habe eine Haftstrafe von 18 Jahren verdient. Manstein, um zunächst von ihm zu reden, hatte 1941 einen vielzitierten Befehl erlassen, in dem er während der Kämpfe um den Besitz der Krim Verständnis seiner ihm Untergebenen für das völkerrechtswidrige Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, namentlich gegen die Juden forderte, mit deren massenweiser Tötung die Einsatzgruppen bereits begonnen hatten. Dieser Befehl war Manstein zuerst von dem Vertreter der amerikanischen Anklagevertretung Telford Taylor während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in einem Kreuzverhör vorgelegt worden. Das machte den Versuch des als Zeugen zitierten Feldmarschalls zunichte, sich als unwissend und unbeteiligt darzustellen und das Bild vom ritterlichen Kampf der Wehrmacht zu stützen. Zu diesem peinlichen Auftritt, der auf Erinnerungsvermögen und Wahrheitsliebe Mansteins ein kennzeichnendes Licht warf, war es dank der Findigkeit der Fahnder gekommen, die das schriftliche Beutegut aus den Beständen der deutschen Wehrmacht rasch sondiert hatten. Und es war Robert M. W. Kempner gewesen, der Taylor für das Verhör mit dem Manstein-Befehl versah.

Der 1948 Verurteilte brauchte die Strafe nicht zu verbüßen. 1952 war er wieder auf freiem Fuße und alsbald einer der Berater beim Aufbau der Bundeswehr. Manstein wurde anlässlich seines 80. Geburtstages mit einer Festschrift gefeiert, zu der auch der seinerzeitige Generalsinspekteur der Bundeswehr, mehrere von Mansteins alten Kameraden und der Historiker Andreas Hillgruber beitrugen. Letzterer kam nicht umhin, eine Bewertung jenes Befehlstextes vorzunehmen. Hillgrubers Argumente sind erinnerungswürdig. Zum einen, meinte er, würde eine genauere Analyse ergeben, dass andere schon vor Manstein Befehle in einer schlimmeren, gegen die „Untermenschen“ aufhetzenden Sprache herausgegeben hätten. Zweitens aber könne aus dem Wortlaut nicht herausgelesen werden, dass der Befehlsgeber sich geistig auf der Stufe der faschistischen Rassenideologie befunden habe. Es dürften vielmehr Erinnerungen an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gewesen sein und namentlich an die Anfänge des „Bolschewismus“, die ihn dazu bestimmt hätten, sich dermaßen zu äußern. Ein autobiographisch bedingter Fehltritt also. Wären die Revolutionäre nicht gewesen, nicht der blutige Bürgerkrieg, dann, ja dann ... Das lässt einen nicht nur ein wenig auf den Spruch kommen, der zufolge der Ermordete schuldig sei.

Manstein ist inzwischen tot. Er erreichte ein Lebensalter wie andere seinesgleichen das viermal so lang war als dasjenige der jungen Soldaten und Offiziere, die er in den Kampf und zum Sterben befehligte. Der Mann wurde mit militärischen Ehren der Bundeswehr begraben. Vordem schon war er zum Idol unter den Heerführern der faschistischen Wehrmacht erhoben worden, stammte von ihm doch die Grundidee, nach der der Feldzug gegen Frankreich 1940 zu einem raschen Sieg und einer katastrophalen Niederlage des westlichen Nachbarn geführt hatte. Und auch im Osten, so war inzwischen festgestellt, sei er in der Phase der Rückzüge und Niederlagen der geniale Denker und Lenker gewesen, der größte deutsche Feldherr dieser Jahre, ja womöglich des ganzen Jahrhunderts. So jedenfalls urteilt in dem Buche zu Mansteins später Verteidigung Hans Breithaupt, Jahrgang 1915, der es im Zweiten Weltkrieg selbst bis zum Offizier im Generalstabsdienst gebracht hatte und nach 1945 in der Bundeswehr und in NATO-Stäben in gleicher Weise verwendet wurde.

Das Verdienst, das Breithaupt dem Manstein zuschreibt, ist klar formuliert. Er habe in der Krise Ende 1942 Anfang 1943 im Süden der UdSSR ein Zusammenbrechen der Front verhindert und es auch später verstanden, mehrmals einen wirksamen Riegel vor die angreifenden sowjetischen Armeen zu legen. Von solcherlei Verdienst war im sogenannten Historikerstreit in den achtziger Jahren in der Alt-Bundesrepublik festgestellt worden, dass es letztlich nur kriegsverlängernd wirkte, wodurch die Möglichkeit des Tötens von Juden, Sinti und Roma, wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranken erhalten geblieben seien, die Leiden der Insassen der Konzentrationslager und der Gefangenen und Verschleppten verlängert wurden, wodurch wiederum viele zu Tode kamen.

Diese damals mühsam und spät gewonnene Perspektive ist wieder verloren gegangen. Nun kann aus der Feder des Bundeswehroffiziers a. D. gelesen werden, es müssten sich die Kritiker Mansteins „aus heutiger Sicht die Frage stellen, ob ihnen ein Zusammentreffen von Sowjets und Westalliierten am Rhein oder gar schon an der Seine lieber gewesen wäre, als erst (sic!) an der Elbe.“ Das ist das Verlangen, die Hände gefälligst an die Hosennaht zu pressen und endlich anzuerkennen, dass Manstein zu den Vorkämpfern, Vorläufern und zu jenen Traditionsbildnern gehörte, in deren Spuren schließlich die NATO eintrat. Wörtlich und unmissverständlich schrieb Breithaupt: „Die jüngste Entwicklung mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Lagers in Ost- und Mitteleuropa zeigt die historische Dimension des Leistung Mansteins.“ So hatte schon der SS-General Steiner die Dinge schon 36 Jahre vorhergesehen. Und was den Befehl aus dem Jahre 1941 betreffe, so wäre der damals existierende Zwang zu berücksichtigen, sich den „semantischen Besonderheiten“ der Sprache des Regimes anzupassen.

Was immer die Deutschen zu dem barbarischen Einfall in die UdSSR veranlasste, was immer das für ein Krieg war, er wird nun gewertet als die Auseinandersetzung zweier „totalitärer Regime“. Die alten Kameraden ergreifen ungehemmt Partei nicht nur im Blick auf jene Phase dieses Krieges, die 1942/43 mit der Wende im Osten beginnt. Nicht nur von da an behaupten sie, den ihnen aufgezwungenen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus ausgetragen zu haben. Die Legende vom Präventivkrieg fehlt nicht und auch sie ist auf dem Vormarsch. Die Geschichte werde immer wieder umgeschrieben? Unbestreitbar. Zu beurteilen ist nur, ob sie dabei an Nähe zu einer vergangenen Wirklichkeit gewinnt oder – um das im Klartext zu sagen – an Verlogenheit.

Öfter unterwegs

Irgendwann in tiefer DDR-Zeit wurde in den Trakten der Bürokratie der Begriff „Reisekader“ erdacht und damit eine Bezeichnung für jene Bürger geschaffen, die aus Gründen ihrer Arbeit in Staaten reisen durften, in die der Mehrheit der Staatsbürger der Weg verschlossen blieb. Politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und andere Interessen konnten die Aufnahme in diese Kategorie bewirken. Sie hatte zur Folge, dass alle weiteren Anträge auf Dienstreisen in das nichtsozialistische Ausland (im Jargon: NSW) ohne besondere Verzögerung entweder genehmigt oder abgelehnt wurden. Von diesen „Reisekadern“, deren politische Durchleuchtung stattgefunden hatte, wurde angenommen, dass sie den eigenen Staat im Ausland mindestens korrekt vertreten und alles unterlassen würden, was auf ihn ein schlechtes Licht werfen könnte. Das schloss ein, dass die nicht eben reichlich bemessene, weil immer rare harte Währung auftragsgemäß verwendet und nicht versonstwast werden sollte. Es wurde natürlich erwartet, dass die so Ausgesandten in die DDR zurückkehrten, wo sie, nicht anders als das in anderen Staaten üblich war, über ihre Eindrücke und Erfahrungen zu berichten hatten.

Der Autor dieses Buches gehörte von einem ihm mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt an zu diesen „Reisekadern“. Diese Regelung war ohne sein Wissen bewirkt worden, einfach dadurch, dass in Amtszimmern bemerkt wurde, dass sich die Reiseanträge, die ich aufgrund von Einladungen und Aufträgen stellte, häuften und deren Entscheidung vereinfacht werden sollte. Gab es keine finanziellen Gründe, die eine Ablehnung bewirkten, war nicht Schlamperei im Spiele, ließ sich eine ausländische Botschaft nicht übermäßig Zeit, die erforderlichen Stempel und Unterschriften zu leisten, erhielt ich meine Papiere, dazu gehörte die selbst geschriebene, von der Obrigkeit bestätigte, mit allerlei meist stereotyp formulierten politisch-moralischen Bekenntnissen gespickte Reisedirektive aus eigener Feder, mit allen Vermerken rechtzeitig und packte dann meine sieben Sachen.

Die Ausflüge, in vielen Fällen waren sie das im Wortsinn, stellten ein Privileg dar. Von ihm war nach 1990 mehr die Rede als vor diesem Datum. Wer es genossen hatte, zählte zumeist zu jenen, die nun ihre Arbeitsplätze verloren. Ein erheblicher Teil, der Betroffenen gehörte der sozialistischen Intelligenz an. Mit dem Hinweis auf deren Vorrechte ließ sich zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und dieser Minderheit eine Distanz schaffen. Die war von den neuen Machthabern gewollt, war dieser Teil der DDR-Bevölkerung doch des Verdachts verdächtig, sich nicht flugs geistig zu wenden und unter diejenigen zu mischen, welche die geschichtliche Wende zukunftsfroh feierten und bejubelten. Das Schüren von ein wenig, wenn auch meist nicht offen einbekannter Intelligenzfeindlichkeit, die Klopffechter der jeweiligen Herren ausgenommen, hat bis auf den heutigen Tag in vielen Regimen seine populistischen Zwecke erfüllt.

Genug davon. Auf den Seiten dieses Buches wird von Reisen die Rede sein, die hauptsächlich in Geschäften unternommen worden sind, die der Geschichtswissenschaft galten. Sie führten mich, um die weitesten Entfernungen zu benennen, bis nach Kalkutta und nach Princeton. Doch ist nicht beabsichtigt, mit diesen Berichten in erster Linie das Interesse an der Historie zu bedienen. Vielmehr werden in ihren Begegnungen, Eindrücke, Vorkommnisse und Episoden geschildert, die aus jenen Reisen stammen. So kann eine ungefähre Vorstellung davon gegeben werden, wie sich ein Weltbild formte, das zunächst nur im Inland gewonnen worden war, aus Erfahrungen im Nazistaat, später im Osten Deutschlands gewonnen war und aus dem Lesen und Studieren in Büchern herstammte.

Die Deutschen, ist häufig zu lesen, seien heute Weltmeister im Reisen. Die Bürger der neuen Bundesländer machen davon, wenn auch ihre Mittel bescheidener sind als diejenigen in der Alt-BRD, keine Ausnahme. Doch viele Erfahrungen beweisen, wie wenig sie aus anderen Ländern an Denkstoff mitbringen, die Minderheit derjenigen gewiss ausgenommen, die sich auf sogenannte Studien- oder Bildungsreisen begibt. In Italien die Sonne genießen und über die Makkaronifresser maulen, lautet eine grobe Kennzeichnung eines verbreiteten Reiseverhaltens. Vielleicht können diese Berichte auch anregen, unterwegs genauer hinzusehen, aufmerksamer hinzuhören und eigene Anschauungen über Gott und die Welt zu vervollkommnen, wenn nötig auch zu berichtigen. Keine Angst: Es handelt sich nicht um eine methodische Belehrung.

Ich beginne mit meiner letzten Reise, die ich im Frühherbst 2000 antrat. Sie führte mich wieder nach Italien und war doch außergewöhnlich. Sie galt der Vorstellung eines in die Landessprache übersetzten Buches, war von einem Verlag inszeniert, führte mich in fünf norditalienische Städte und machte mich binnen weniger Tage mit vielen Menschen, deren Ansichten und Fragen, bekannt.

Freilich, am Ende wird es doch nicht ohne ein paar Worte über den Gesamtertrag dieser Reisen abgehen und eine Antwort auf die Frage gesucht werden: Bildet Reisen wirklich? Genug der Vorrede.

* * *

Meine Reise in die fünf norditalienischen Städte, die mich aus einem schon unwirtlich gewordenen Frühherbst in die Sonne führte, besaß eine lange Vorgeschichte. Sie umfasst nahezu ein Jahrzehnt. Nach dem 3. Oktober 1990 zeichnete sich rasch ab, dass meine Tätigkeit als Hochschullehrer an der Berliner Humboldt-Universität nicht anders als diejenige vieler meiner Kollegen rasch zu Ende gehen würde. Ob sich fernerhin Forschungs- und Publikationsmöglichkeiten noch bieten wurde, war zu prüfen. Wann meine Kollegin Erika Schwarz und uns darauf verständigten, eine Arbeit in Angriff zu nehmen, die sich mit der Konferenz befassen sollte, die am 20. Januar 1942 stattgefunden hatte und in der Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden einen näher zu bestimmenden Platz einnahm, ist mir nicht erinnerlich. Sicher jedoch ist, dass wir uns dazu auch mit dem Blick auf den bevorstehenden Jahrestag des Ereignisses entschlossen. Als die Arbeit am Text, der Sammlung von Dokumenten, die dem Buch beigegeben werden sollten, und an den Biographien der Beteiligten einigermaßen fortgeschritten war, wandten wir uns an den Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Wolfgang Benz sagte uns ohne Zögern und Umschweife zu, den Weg zum Druck des Manuskripts freizumachen. Das war nötig angesichts der Tatsache, dass die „Ostverlage“ um ihre Existenz kämpften, dabei bald auch zumeist unterlagen, und sich also wenig Chancen boten, frühere Zusammenarbeit fortzusetzen.

[„Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der ‚Endlösung‘“,] so der Titel des Buches erschien Ende 1991 [1. Januar 1992]. Es wurde in dem kleinen, sich bald aber einen Namen erwerbenden Metropol-Verlag in Berlin gedruckt. Mit dessen Leiter Friedrich Veitl lernten wir einen Mann kennen, der mehr ist als ein Manager auf dem Büchermarkt. Um das Erscheinen des Bandes wurde in der Presse trotz des Jahrestages nicht viel Aufhebens gemacht. Das lag an den Ostberliner Autoren. Die gehörten zu der Gruppe deren Zerschlagung auf dem Wege der Schließung ganzer wissenschaftlicher Institute, der Abwicklung einzelner ihrer Teile oder der „Evaluierung“ gerade im Gange war und an Tempo gewann. Zur Rechtfertigung des Vorgehens wurde für die Wissenschaftslandschaft in der eben untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik der einprägsame Begriff „Wissenschaftswüste“ geprägt. Es sollte nicht beschädigt werden. Einzig ein in Westberlin lebender Historiker, Götz Aly, nahm sich des Textes in einer aktuellen Rezension an und schrieb, wie zwei hätten gleichsam die Ehre der Zunft dadurch gerettet, dass wir zum denkwürdigen Jahrestag dieses Buch vorgelegt hätten. Soweit hatte unsere Absicht nicht gereicht. Für uns war es ein Beweis dafür, dass wir nicht aufgeben mussten. Die uns dabei geholfen hatten, erschienen uns im Vergleich mit den Erfahrungen anderer Zunftgenossen, ein wenig exotisch und sie sind es wohl auch. Eine Einladung, das Buch in der Villa am Wannsee vorzustellen, die eben als eine Gedenkstätte eingerichtet worden war, ist an uns nie ergangen. Besucher konnten es dort indessen erwerben, und das hat dazu beigetragen, dass es inzwischen in mehreren Auflagen gedruckt worden ist.

Zwischen dem Erscheinen von *Tagesordnung Judenmord* und dem Anruf Friedrich Veitls, ob wir der Absicht eines italienischen Verlegers zustimmten, der das Buch unverändert übersetzt herausbringen wolle, lagen andere Unternehmen. Natürlich sagten wir erfreut zu und stießen uns nicht an der Mitteilung, dass das freilich mit einem gewichtigen Honorar nicht verbunden sein werde. Dann folgte eines Tages aus Turin, wo der Verlag Bollati Boringhieri etabliert ist, überraschend die telefonische Anfrage, ob ich bereit sei, das Buch in mehreren Städten Italiens vorzustellen. Dass ich das nicht in Italienisch tun könne, werde kein Hindernis sein. So flog ich eines Morgens in der letzten Septemberdekade nach Mailand, wo ich am Abend die erste von fünf Veranstaltungen zu bestreiten hatte.

Erika, inzwischen auf einer der vielen „prekären“ Arbeitsstellen, auf denen Geschichtswissenschaftler aus DDR-Zeit meist schändlich ausgebeutet werden und dort mit der Erforschung der Geschichte der Außen- und Nebenlager des KZ Ravensbrück vollbeschäftigt, hatte sich nicht dazu entschließen können, die Reise mit anzutreten. Das war doppelt schade. Denn zum einen besaß sie an dem Buch ihren direkten Anteil als Historikerin, zum anderen einen mittelbaren dadurch, dass sie in den unruhigen Zeiten sich gegen die Herabsetzungen gewehrt hatte, denen sie wie andere Angehörige des universitären Mittelbaus ausgesetzt worden waren. Zu den aufreibenden Gesprächen, zu denen die Mitarbeiter in die „Evaluierungskommissionen“ geladen wurden und die in erster Linie dazu dienten, Kündigungsgründe zu sammeln, war sie, da es dafür keinerlei gesetzliche Grundlage gab, einfach nicht hingegangen, sondern hatte stattdessen gearbeitet.

Die Tour begann in Milano wenige Stunden nach meiner Ankunft und setzte sich an den folgenden vier Tagen jeweils in einer anderen Stadt fort. Überall hatte der Verlag Partner für die Buchvorstellungen gefunden. Überall war das die erste einige Jahre alte Organisation Figli della Shoah. Mitunter traten andere Organisationen und Institute hinzu, mehrmals die Jüdischen Gemeinden der Städte. Nirgendwo waren mehr als 45 Besucher erschienen, in Venezia waren es in einem beeindruckenden Saal nahe dem Theater de Feniche, mit dessen Wiederaufbau nach dem Brand begonnen worden ist, mehr als 100. Merkwürdigerweise hatte der Verleger nirgendwo eine Buchhandlung animiert, die Gelegenheit zum Verkauf der Bücher zu geben, was bedauert wurde und einen geschäftsuntüchtigen Eindruck machte.

Angenehm war der Stil, in dem die Buchvorstellung ablief. Der Autor spielt dabei eine und keineswegs die Hauptrolle. Statt seiner stellen zunächst mehrere andere, die den Text gelesen haben, dar, was ihnen an ihm besonders auffiel und womöglich, wozu sie eine kritische oder ablehnende Sicht haben. Letzteres war aber kaum der Fall und geschah wohl nicht nur aus Höflichkeit. In Turin hatte diesen Part unter anderem Brunello Mantelli übernommen, der an der dortigen Universität Geschichte lehrt und den ich von seinem lange zurückliegenden Forschungsaufenthalt in der DDR her kannte. Später war ich ihm bei einer Konferenz in Rom begegnet war. Dabei und je nach Wissen und Neigung nutzen die am Podium Beteiligten die Gelegenheit, ihre eigenen Auffassungen zum Thema und zu aktuellen Fragen und Ereignissen darzustellen. An ihnen mangelte es nicht, und es waren nicht so sehr erfreuliche Tatsachen, auf die mehrere Redner Bezug nahmen.

Italien hat auch seine Skinheads und soeben hatten sich einige von ihnen gewalttätig bemerkbar gemacht. Dieses Treiben hat nicht das Ausmaß dessen erreicht, das es inzwischen in Deutschland gibt, wo der Rechtsextremismus nahezu ein Markenzeichen der Gesellschaft zu werden droht. Aber die Dreistigkeit des Hervortretens nimmt auch in Italien vermutlich zu. In Venezia verursachte das Hervortreten eines Lehrers, der zu den die geschichtliche Wirklichkeit leugnenden Rechten gehört, Aufsehen vor allem deshalb, weil sich zeigte, dass es keine Handhabe gab, ihm den Einfluss auf Schüler zu nehmen, obwohl sich nachweisen ließ, dass sein Standpunkt vom Widerspruch zur Wissenschaft steht. So entbrannte eine Diskussion darüber, ob die staatlichen Gesetze ausreichen würden, sich vor einer derart demagogischen Propaganda zu schützen. Dieser Lehrer war übrigens zur Veranstaltung in der Stadt an der Adria erschienen und nahm, sobald das Publikum dazu aufgefordert wurde, als erster das Wort. Das tat er nicht ungeschickt. Er habe das hier eben vorgestellte und ein weiteres Buch gelesen (ich habe nicht verstanden, welches der von „Revisionisten“ verbreiteten er eigentlich meinte) und da hatte ihn natürlich dasjenige aus meiner und Erikas Feder überzeugt. Je weiter er in seiner Rede kam, umso unruhiger wurden die Zuhörer. Doch konnte er zu Ende sprechen. Danach sagte Roberto Bassi, ein Professor der Dermatologie, der den Vorsitz der jüdischen Gemeinde innehat und die Veranstaltung leitete, einen einzigen Satz: „Aber die sechs Millionen sind doch tot“ und die Versammelten hielten sich bei dem Beitrag nicht weiter auf.

Natürlich war es ein Handicap, dass ich die Worte meiner Vorredner nur in einem Konzentrat aufnehmen konnte, das mir die Übersetzer vermittelten. Doch konnte ich mich, als ich selbst zu Wort kam, überall auf deren Dienste verlassen. Je nach eigener Kenntnis schaltete sich die eine oder der andere in die Übersetzung selbst ein und wich von dem ein wenig ab, was ich gesagt hatte. Am meisten tat das wohl die engagierte Susanna Kuby, die an der Universität von Udine Germanistik lehrt.

Sie lebt mit ihrem Ehemann, dem bekannten Publizisten Erich Kuby, in Venezia, wo er seine allwöchentlichen Kolumnen für die Zeitung *Freitag* schreibt. Auch der in Bologna übersetzende Steffen Prauser, der an der Europa-Universität in Florenz unterrichtet, war so freundlich, sich gelegentlich durch Erläuterungen einzuschalten, wenn er meinte, dem Publikum müsse die eine oder die andere zusätzliche Information gegeben werden.

Schwierigkeiten machte mir der in Italien geübte Stil solcher Veranstaltungen, in denen es erlaubt ist, vom Podium ungleich länger zu reden als in Deutschland. Die Anwesenden haben aber durchweg eine Vorstellung von der Dauer eines solchen Treffens, halten aus oder gehen, wenn sie etwas anderes vorhaben. Geschieht letzteres, lässt das die Redner ganz ungerührt, die zumeist, was sie zu sagen haben, mit dem Temperament der Bewohner des Mittelmeerrandes vortragen, in hohem Sprechtempo, gestenreich und, wie gesagt, ohne einen Blick auf die Uhr.

Ich vereinbarte mit den Übersetzern vorab, dass wir gemeinsam nach etwa 20 oder allenfalls 25 Minuten fertig sein würden. Das erforderte Konzentration auf Weniges. Ich sprach darüber, was uns bewegt hatte, das Thema zu wählen und nannte dafür drei Gründe: die Tatsache, dass damals dazu keine spezielle Arbeit vorlag, den Umstand, dass sich um das Ereignis eine Legende rankte (die wir nicht aus der Welt geschafft haben), und die Herausforderung, den Platz der Tagung in der Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden zu bestimmen. Darüber mussten ein paar Worte gesagt werden. Und abschließend sprach ich in wenigen Thesen über die am meisten umstrittene Frage der „Holocaustforschung“. Sie betrifft die Zwecke und Ziele des Verbrechens und mithin seine historische Einordnung in die Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges. Es war erstaunlich, dass niemand der Polemik gegen eine rein ideengeschichtliche sich einzig auf den wahnhaften Antisemitismus der Hitler, Himmler, Goebbels u. a. beziehende Interpretation widersprach, und mein in angreifbarer Verknappung vorgetragener Ansatz, es müsse das Zusammentreffen der Geschichte des barbarischen Antisemitismus mit einem auf Welteroberung ausgehenden Imperialismus bedacht werden, akzeptiert wurde.

Von dem, was es in den Städten Italiens, die ich passierte, zu sehen gab, konnte ich einschließlich Venezia wenig wahrnehmen. In Mailand reichte der Vormittag, um zum Domplatz zu fahren und mir das nahegelegene burgähnliche Schloss und darin eine Ausstellung anzusehen. In Turin ging ich auf dem Wege von dem von scharf bewaffneter Polizei bewachten Jüdischen Altersheim, wo ich die Nacht verbrachte, eine Magistrale entlang zum Gebäude des Verlages und kam nicht einmal bis an das Ufer des Po. Venezia, wo ich am Markusplatz ausstieg, empfing mich mit einer Überschwemmung und ich balancierte mein geringes Gepäck gegen einen Touristenstrom, der sich auf den rasch errichteten Stegen bewegte. Am Morgen vor der Abreise blieb eben Zeit, auf den Campanile zu fahren, den Dom und den Dogenpalast wenigstens von außen eingehender zu betrachten und durch die Gassen und Gässchen der Stadt zu passieren. Vor allem aber kam ich vor meiner Weiterreise dazu, mir den einstigen Ghettobezirk anzusehen, mit einer Empfehlung Professor Bassis mich im Jüdischen Museum einzustellen und mich durch drei der dort erhaltenen Synagogen führen zu lassen. In Bologna genoss ich bei einem abendlichen Spaziergang und noch einmal am Morgen die unvergleichliche Innenstadt mit ihren weiten Wegen unter den gegen Sonne wie Regen Schutz bietenden Arkaden, warf einen Blick in eine der ältesten Kirchen und beobachte im Zentrum die demonstrierenden Radfahrer, von denen es übrigens in Italien nicht so wenige gibt, die sich aber zumeist auf Vehikeln bewegen, die eine Entrostung vertragen würden. (Es war gerade der Tag, an dem in einer Anzahl europäischer Städte wieder einmal und so vergeblich wie eh und je dafür Reklame gemacht wurde, Autos dort nicht zu benutzen, wo es nicht nötig ist.)

Die letzte Station meiner Reise war Pisa. Dort hatten sich, nachdem das Programm der Veranstaltungen bereits fertig und gedruckt war, beim Turiner Verlag noch weitere Interessenten gemeldet und so endete meine Reise nicht, wie ursprünglich gedacht, nahe der Adria, sondern an jenen Küsten des Mittelmeeres, von denen mir Kenner gesagt hatten, die Toskana und ihre Badeorte wären noch schöner als die im Osten des Landes. Die Eisenbahnfahrt von Bologna südwestwärts führte durch eine Kette von Tunneln und zwischen ihnen erhielt ich eine Vorstellung davon, wie sehr sich das zerklüftete Mittelgebirge als Aktionsgebiet für die italienischen Partisanen geeignet haben mochte, die nach

dem Ausscheiden von Deutschlands Hauptverbündeten aus dem Kriege gegen die Wehrmachtsbesatzung und für ein Ende des Regimes der „Republik von Salo“, eines Marionettenstaates per excellence gekämpft hatten. Von diesem Kampf hatte erst unlängst eine Ausstellung von Fotos berichtet, die von einer Gruppe Berlin-Brandenburgischer Jungsozialisten, die der Organisation „Die Falken“ angehörten, nach Berlin und Potsdam geholt hatten. Sie war in Räumen der Humboldt-Universität und danach in denen einer Fachhochschule im Zentrum Potsdam gezeigt und von Eröffnungsveranstaltungen begleitet worden, auf denen ich ein paar Worte über das deutsch-italienische Bündnis, sein Zustandekommen und sein Ende und zu der merkwürdigen Tatsache gesagt hatte, dass der italienische Führer Mussolini in Deutschland hochpopulär war, nicht aber seine Landsleute und dass sich der aufgestaute Hass gegen den unverlässlichen und nach teutonischen Maßstäben schwächliche Verbündete entlud, als der Duce gestürzt worden war und die Soldaten nicht weiterkämpfen wollten.

Im sonnenüberfluteten Pisa wurde ich am Bahnhof wieder von einer freundlichen Deutschen empfangen, die zur jüdischen Gemeinde gehörte. Sie geleitete mich, vorbei an einem der unvermeidlichen Denkmäler für Vittorio Emanuele, zu einem Hotel am Arno, das auf den Namen „Victoria“ getauft worden war, im 19. Jahrhundert eingerichtet zu sein schien und seine Preise offenkundig aus seiner malerischen Lage herleitete. Es war inzwischen Freitag, der Vorabend des Sabbats geworden, so dass der Beginn dieser meiner letzten Buchvorstellung vergleichsweise zeitig bestimmt worden war. Den Einladenden ließ der Tag am Wochenende und das zu einer Fahrt an das nahe Meer einladende Wetter die Besorgnis aufkommen, es würden sich zur angegebenen frühen Stunde wohl nicht eben viele Leute einfinden. Das war jedoch nicht der Fall. Das wieder aus etwa einem halben hundert Zuhörern Publikum war im Durchschnitt das Jüngste und diesmal hatten sich die Veranstalter auch ausdrücklich und mit einigem Erfolg an die Lehrerschaft gewendet.

Unter den Mitwirkenden im Hörsaal eines schmucklosen Gebäudes der Universität, am Rande der Stadt gelegen, befand sich Professor Luzzati und so kam es, dass diesmal, und auch das war eine Premiere, das Buch, das den Anlass dieses ganzen Unternehmens war, von einem Mediävisten vorgestellt wurde. Der wiederum wurde mir zu meiner Überraschung von Wolfgang Huschner vorgestellt, einem inzwischen habilitierten früheren Studenten der Humboldt-Universität, den ich vom Beginn seines Studiums an kannte und der sich inzwischen nicht nur zu einem Spezialisten mittelalterlicher Geschichte durchgearbeitet, sondern es aufgrund seines Könnens auch fertiggebracht hatte, seinen Weg zu gehen, freilich ohne feste Bestallung und mit einer nur vagen Aussicht, eines Tages womöglich eine Vertretung an einer Hochschule in Deutschland zu erlangen. Im Augenblick war er im Begriff, auf der Basis eines weiteren Forschungsstipendiums ein Jahr am Deutschen Historischen Institut in Rom zu arbeiten. Bei Huschners Weg hatte eine wenn auch untergeordnete Rolle der Umstand gespielt, dass die Mediävisten anders als die Neuzeitler nach 1990 von den neuen Machthabern nicht als besonders „staatstragend“ eingestuft worden waren.

Wie in anderen Städten vorher wandte sich auch in Pisa die Diskussion wieder aktuellen Fragen zu. Es müsse vor allem in den Schulen und durch die Lehrer etwas gegen das Wiederaufkommen von Antisemitismus getan werden. Der Preis des Buches sei aber seiner Verbreitung nicht dienlich. (Tatsächlich war es in unsere Währung umgerechnet nahe 20,- Mark teurer als die deutsche Ausgabe und für 48,- DM zu kaufen.) Zu denen, die das Wort ergriffen, gehörte auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde. Eine Minderheit, die die Juden darstellten, nähme Veränderungen in der Gesellschaft wohl sensibler und deshalb früher wahr als die Mehrheit es tue. Und aus diesem Vermögen lasse sie sahen, dass sich im öffentlichen Leben etwas verschiebe und nicht zum Besseren hin.

Abends saßen wir mit meiner „Betreuerin“ und dem Ehepaar Luzzati in einem kleinen Restaurant und später nach der Sabbatfeier stieß der Vorsitzende der Gemeinde zu uns, der eine Zeit lang im diplomatischen Dienst tätig und in einem in der Schweiz befindlichen Konsulat für die soziale Betreuung italienischer Arbeiter zuständig gewesen war. Sein von jenem Aufenthalt, er lebte in der deutschsprachigen Schweiz, wohlklingend eingefärbtes Deutsch machte unser Gespräch zu einem zusätzlichen Vergnügen. Die erste Stunde des neuen Tages hatte schon begonnen, als er mir anbot, mich in Pisa nicht ins Bett zu legen, ohne wenigstens den unvergleichlichen Komplex gesehen zu haben, den der Dom der Campanile, weltberühmt als der „schiefe Turm von Pisa“ und das Baptisteri-

um bilden, gesehen zu haben. So kam ich zu dem außergewöhnlichen Erlebnis, dass ein italienischer Jude einem deutschen Atheisten jene bewundernswerten Bauten zeigte und erklärte, die aus der Geschichte des Christentums herstammen. Als wir dort eintrafen, war das Terrain menschenleer, was ich erst bei Besuchen an den folgenden Tagen als einen besonderen Vorzug begreifen lernte. Die Steine gaben die Wärme des Tages ab. Das kräftige Grün lebte selbst noch im Lichte der wenigen Scheinwerfer, die ein Bühnenbilder angeordnet zu haben schien. Sie blendeten nicht, sondern ließen die Silhouetten der Gebäude hervortreten und die Schönheit der Details ahnen. Dieser nächtliche Weg und der sich anschließende Besuch auf dem kaum weniger berühmten Platz mit einer der ältesten hohen Schulen Europas waren ein Geschenk.

Nun also hatte ich die Gewalttour durch die fünf italienischen Städte beendet. Am folgenden Tag war ich für ein paar Stunden mit Wolfgang Huschner verabredet, der mich in die Stadt einführte und mir zudem ein paar praktische Ratschläge gab, die ich in meiner verwandelten Rolle als Tourist gebrauchen konnte. Mit seiner Hilfe wechselte ich das Hotel, von dem aus ich es nun drei Minuten zum Domplatz hatte. Nun blieben mir bis zum Abflug von Milano noch drei volle Tage, ein Umstand, den ich bei so vielen früheren Reisen vermisst hatte, die häufig endeten, wenn das letzte Wort in einem Konferenzsaal oder einem Tagungszimmer gewechselt war. Ich entschied mich für einen Ausflug nach Lucca und einen weiteren an das nahe Meer, das mit einem Bus in zwanzig Minuten erreicht werden kann. Dann hieß es, von der Toscana Abschied nehmen.

Welche Frage war mir während der zu Ende gegangenen Tage am häufigsten gestellt worden? Sie lautete: Was denken Sie über Haider? Und sie war sogleich mit der Zusatzfrage versehen worden: Ist er ein Nazi? Es schien mir, als ob darin auch der Gedanke oder die Befürchtung mitschwang, es könne sich dabei nicht nur um ein politisches Phänomen des Nachbarstaates handeln, mit dem Italien die längste Grenze besitzt, sondern um einen Vorboten im sich neu organisierenden Europa. Wenn ich an österreichische Nazis denke, fallen mir zuerst die hingerichteten Ernst Kaltenbrunner und Adolf Eichmann ein, der eine endete am Galgen in Nürnberg, der andere in Jerusalem. Und das sind nur die bekanntesten. Haider mit ihnen in eine Reihe zu stellen, heißt ihm die willkommene Chance bieten, sich als eine ganz andere Figur darzustellen. Dass er aber mit den Wünschen, den Besorgnissen und Ängsten von Menschen spielt und sie benutzt, dass er einen dumpfen Nationalismus verbreitet und auf seinen Mühlen leitet, dass dies und weiteres ihn zu einem engen Verwandten von Praktiken macht, deren sich auch die österreichischen Faschisten der zwanziger und dreißiger Jahre bedienten, ist augenfällig. Doch auf diesen Bestand von Geschichtserfahrungen, die aus der Tradition der Massenmanipulation hervorgegangen sind, greifen wieder und wieder Politiker zurück, die als Demokraten gelten. Was denke ich also über Haider? Mit dem Etikett „Nazi“ ist er so wenig treffend gekennzeichnet wie mit der Aufschrift „Populist“. Aber er ist gewiss auch einer der Vorboten jener politischen Auseinandersetzungen, die Europa bevorstehen, wenn sich zeigen wird, wie es sich in dem unter der Flagge des Neoliberalismus errichteten Haus, für das es weder einen sozialen noch einen geistigen Entwurf gibt, leben läßt und wie für wen. Wer die Haider als Mitbewohner nicht haben will, darf die Zukunft des Kontinents nicht den Reichen und deren Politkern und Ideologen überlassen. Dass dies verhängnisvoll sein könnte, hat sich wenig herumgesprochen. Und das Unbehagen entwickelt sich umgekehrt proportional zur Fähigkeit, der Geschichte gleichsam in die Speichen zu greifen.

Einleitende Bemerkungen zur Buchvorstellung

Tagesordnung Judenmord. Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942. Mailand, September 2000

Das Buch, das Ihnen, meine Damen und Herren, heute vorgestellt wird, besitzt zwei Verfasser. Frau Dr. Erika Schwarz, die heute in einer zeitbegrenzten Arbeitsstelle in der Gedenkstätte des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück damit befasst ist, die Außenlager dieses KZ zu erfassen und deren Geschichte zu erforschen, und mich, der heute die Vorzüge eines Rentnerdaseins genießt. Als unser Buch im deutschen Original erschien, arbeiteten wir gemeinsam an der Humboldt-Universität zu Berlin. Natürlich hat uns die Nachricht erfreut, dass ein italienischer Verlag Bolatti Boring, das Entstandene für werthielt, in die Sprache ihres Landes übersetzt zu werden und damit einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen. Für die gelungene Arbeit des Übersetzens, Lektorierens und Gestaltens möchten wir uns bei allen Beteiligten herzlich auch hier öffentlich bedanken.

Und damit zur Sache.

I.

Dass es eine Tagung wie diejenige, die am 20. Januar 1942 am Stadtrand von Berlin in einer Villa in einem der exklusivsten Wohnviertel der Reichshauptstadt stattfand, überhaupt gegeben haben könnte, wurde für unmöglich gehalten. Das schlossen auch diejenigen aus, die sich nach Kriegsende als Staatsanwälte bereits intensiv mit Dokumenten befassten, die von den Siegermächten erbeutet worden waren, und die an Gerichtsprozesse gegen militärische und zivile Führer des Regimes beteiligt gewesen waren oder weitere vorbereiteten. Im Verlauf dieser Arbeit war der Massenmord an den europäischen Juden, für den später die Begriffe Holocaust und/oder Shoah üblich wurden, in vielen grausigen Einzelheiten enthüllt worden. Mehr noch war freilich unaufgeklärt geblieben. Doch eines Tages konnte kein Zweifel mehr sein, dass eine derartige Zusammenkunft wirklich stattgefunden hatte. Ort, Zeitpunkt, Teilnehmer und Ergebnisse waren einer Niederschrift zu entnehmen. Die hatten US-amerikanische Fahnder in Berlin entdeckt. Ohne den sensationellen Fund würden wir über dieses Zusammentreffen nie etwas erfahren haben. Denn seine Teilnehmer hatten kein Bedürfnis, darüber vor denen zu reden, die sie über ihre Rolle befragten und vernahmen. Manche waren auch nicht mehr am Leben.

Nein, es war nicht für möglich gehalten worden, dass sich Politiker in einem Lande, an dem die europäische Aufklärung nicht vorbeigegangen war, dessen Denker vor Generationen zu ihr Erhebliches beitrugen, zusammensetzen könnten, um zu hören und zu beraten, dass Millionen Europäer ermordet werden sollten, Juden und andere Menschen, die den Juden zugezählt wurden. Und dennoch: Genau das war geschehen. Niemand, der die Beratung verließ, konnte im Zweifel sein, worauf sich die Staatssekretäre und hohen SS-Führer verständigt hatten: auf die „Endlösung“ genannte vollständige Vernichtung des europäischen Judentums. Sie beschlossen die Untat nichtverständigen, das will besagen: sie vereinbarten einige praktische Regelungen und Verantwortlichkeiten, erörterten offene Fragen und waren fortan imstande, Schlussfolgerungen für ihre eigene Rolle zu ziehen. Die Grundsatzentscheidung war vordem gefallen, das Verbrechen bereits ins Werk gesetzt. Seit Juni 1941 geschah es auf dem eroberten Territorium der UdSSR, seit Anfang Dezember in einem kleinen westpolnischen Ort namens Chełmno, das die Faschisten Kulmhof nannten. Dort fanden die Massaker mit Gewehren und Maschinenwaffen statt, hier mittels präparierter sogenannter Gaswagen.

Der Fund dieses Dokuments gab Historikern zunächst die Frage auf: Warum hat unter diesen Voraussetzungen dann ein derartiges Treffen überhaupt stattgefunden? Sie wird bis heute nicht einhellig beantwortet. Unsere Antwort, die Beweisbares und Vermutetes einbegreift, ist auf den Seiten dieses Buches gegeben. Wir setzen vor allem auseinander, dass in dem Augenblick, da das Massenmorden begonnen worden war, die alte Frage, wo die Grenze zwischen Juden und Nichtjuden eigentlich gezogen werden sollte, sich verschärft stellte und beantwortet werden musste. Nun war das die Grenze zwischen Töten und Lebenlassen geworden. Hitler hatte sich im Hinblick auf die sog. „Halbjuden“ noch nicht entschieden und die wegen ihrer innenpolitischen Folgen diffizile Frage sollte ihm zur

Entscheidung vorgelegt werden. Das kann im Einzelnen nachgelesen werden und ebenso die Rolle, welche die Teilnehmer während der kurzen Aussprache spielten und was aus ihnen später geworden ist. Summarisch sei letzteres hier genannt. Reinhard Heydrich wurde 1942 durch ein tschechisches Kommandounternehmen in den Straßen Prags tödlich verwundet. Ein Teilnehmer kam 1945 bei einem Luftangriff in Berlin um. Zwei weitere starben im gleichen Jahr kurz vor oder direkt nach Kriegsende. Ein weiterer nahm sich das Leben. Einen verurteilt ein polnisches, einen anderen ein britisches Militärgericht aufgrund ihrer in Polen bzw. in den Niederlanden begangenen Verbrechen zum Tode. Den nach Heydrich bekanntesten Teilnehmer, Adolf Eichmann, bestimmte ein israelisches Gericht für den Galgen. Zwei wurden vordem von US-amerikanischen Gerichtshöfen in Deutschland angeklagt. Ein Strafausspruch lautete auf 25 Jahre, wurde später auf 10 Jahre reduziert, aber auch diese zum Teil nur verbüßt, Das andere Urteil warf die unangemessene Strafe von knapp vier Jahren Haft aus, die bei Prozessende als verbüßt galt. Ein Beteiligter war 1947 krankheitshalber aus der Untersuchungshaft entlassen, in einem Krankenhaus in Nürnberg verstorben. Gegen zwei weitere ermittelten westdeutsche Justizorgane. In einem Falle wurde ein Verfahren eröffnet, 1950 aber eingestellt. Im anderen Fall kam es nicht einmal zur Anklageerhebung. Der Betroffene lebte als Rechtsanwalt und starb 1987 als der letzte überlebende Teilnehmer der Tagung. Nur einer der Anwesenden, der vielgesuchte Chef der Gestapo, war nach Kriegsende unauffindbar geblieben.

II.

Die ungleich schwerwiegendere Frage, die sich mit dem Treffen am Wannsee verbindet, lautet: Warum Judenmord? Darüber gehen die Meinungen in der Fachwelt weit auseinander. Manche Forscher, und das sind keineswegs Anhänger jenes Postmodernismus, der nicht erklären will, halten sie für unbeantwortbar. Sie vermeinen, hier sei eine Grenze erreicht, an der alle Versuche des Erklärens und Ergründens versagen. Sie beschränken sich folglich auf das Beschreiben. Zu der verwickelten und umstrittenen Frage will ich wenige Gedanken äußern. Das ist in der Kürze der Zeit freilich ein Abenteuer. Ich könnte mich darauf nicht einlassen, gäbe es nicht Gelegenheit zu Gespräch, Frage und Gegenrede.

Wer den historischen Ort jener Tagung vom 20. Januar 1942 bestimmen will, muss einen Blick auf die Geschichte jener Judenverfolgung in Deutschland werfen, die 1933 nach der Machtübergabe an die deutschen Faschisten begann. Ihr Ziel war die Vertreibung aller Juden aus dem Deutschen Reich. Die Methode bestand darin, Juden die Möglichkeit zu nehmen, ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten, ihre Kinder ausbilden zu lassen und dieser Minderheit von insgesamt etwas mehr als einer halben Million Menschen das Leben in den Grenzen Deutschlands zur Hölle zu machen. Die Politik der Vertreibung, mit deren Resultat die Machthaber unzufrieden waren, wurde 1938 forciert. Das liquidierte Österreich, die Ostmark, wurde zum Exerzierfeld der verschärften Praxis. Der Pogrom vom 9./10. November gab den Auftakt für deren Durchsetzung im gesamten Staatsgebiet, das nun Großdeutschland genannt wurde.

Diese Politik war nicht an ihr Ziel gelangt, als die deutschen Imperialisten den Krieg begannen. Im eroberten Polen fielen ihnen sogleich Millionen Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Abkunft in die Hände. Es begannen neue Planungen für eine „Gesamtlösung der Judenfrage“. In Ostpolen sollte ein Reservat entstehen, das ist ein harmloser Name für eine verbrecherische Deportationsabsicht, die in Teilen verwirklicht, aber bald wieder aufgegeben wurde. Dann entstand der sog. Madagaskar-Plan. Nach dem nahegeglaubten Endsieg, Frankreich hatte kapituliert, sollten die Juden auf die Insel verschleppt werden, die in ein großes Konzentrationslager verwandelt werden sollte. Das ließ sich nicht verwirklichen. Doch die Idee, die Juden allesamt unter Bedingungen zu zwingen, unter denen sie zugrunde gehen müssten und sollten, war geboren. Der Schritt vom mörderischen Denken zum mörderischen Planen war getan. Vertreibung, Deportation verband sich hier, 1940, bereits mit einer gigantischen Tötungsabsicht, verwirklicht fernab auf einer Insel zwischen Afrika und Asien. Der definitive Schritt von der Politik der Vertreibung, die, wie angedeutet, selbst eine qualitative Entwicklung durchliefen, zur Politik der Vernichtung wurde während der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR getan. Ob die Entscheidung in einem Zuge oder in mehreren kurz aufeinander fol-

genden Entschlüssen fiel, ist umstritten, wohl nicht aufklärbar, aber auch nicht von gravierender Wichtigkeit.

Die Rede ist von einer *Politik* und das lässt die Frage entstehen, ob die Judenverfolgung, seit sie in das Stadium des systematischen Mordens überführt worden war, überhaupt Politik genannt werden kann und nicht als bloßer Ausfluss mörderischen Denkens angesehen werden muss. Hier scheiden sich die Betrachtungsweisen und Urteile. Allseits unbestritten ist: Ohne dieses menschenfeindliche rassistische Denken der deutschen Faschisten lassen sich weder Vertreibung noch Vernichtung erklären. Sind sie aber darauf reduzierbar? Für die Vorkriegsjahre wird von Forschern verschiedener Ansätze und Richtungen nicht infrage gestellt, dass sich in der Praxis des Antisemiten, auf welcher Stufe sie auch ihre Untaten planten und verübten, Judenhass und nüchternes politisches Kalkül verbanden. Der Gewinn der Machthaber für die Stabilisierung ihrer Herrschaft und die Verhüllung ihrer wahren Ziele liegt ebenso zutage wie jener der großen und kleinen „Arisierer".

Aber dann: Massenmord? Was hat das noch mit Politik zu tun? Ist er nicht der Ausbruch eines Irrationalismus, der nach politischen Zwecken und Zielen nicht mehr fragt, sondern nur noch seine Absicht verwirklicht: zu vernichten? Wo ist da noch eine Vorteil-Nachteil-Rechnung? Der Kapitalismus ist durch die Nachfrage, die Verwendung und Ausbeutung von Arbeitskräften charakterisiert, nicht durch deren millionenweise Ausmordung. Also, so ist behauptet worden, liege hier doch zudem ein unwiderlegbarer Beweis auch dafür vor, dass es sich bei dem deutsch-faschistischen System, dem Nationalsozialismus, um ein transkapitalistisches Gebilde gehandelt habe, das sich herkömmlichen Erklärungen verweigere-

Wer die Niederschrift der Zusammenkunft am Wannsee durchliest, kommt bei der Beantwortung dieser Fragen keinen Schritt weiter. „Der Jude" wird als Hauptfeind unterstellt, jetzt und für alle Zukunft, und mußte daher bekämpft und soll nun restlos ausgerottet werden. Doch der Kontext der Untat war von der Planung bis in alle Stufen ihrer Verwirklichung der Krieg. Erst wer ihn als Einheit von Absicht, Verlauf und *Ziel* nimmt, stößt zu der Frage vor, ob zwischen dem allgemeinen Kriegsziel und diesem Massenmorden nicht einen Zusammenhang existiert? Meine verkürzte Antwort lautet: Ja. Als die deutschen Machthaber drei Millionen bewaffnete Deutsche auf die Wege nach Moskau, Leningrad und Kiew befahlen, glaubten sie sich dem Endsieg nahe. Sie befassten sich intensiv mit Plänen, wie sie Europa „neuordnen" würden. Dabei war ihnen bereits bevor der Partisanenkampf entbrannte klar, dass sie sich in Permanenz Herrschaftsproblemen gegenübersehen würden, wenn sie ihre Kolonisierungspläne verwirklichen wollten. Zu den Ursachen dieser Probleme zählten sie den Umstand, dass in ihrem Herrschaftsbereich Millionen von Menschen lebten, für die sie momentan und auf Dauer keine Verwendung hatten, die ihnen als unnütz galten, als unwillkommene Esser, als Störenfriede. Diesen durchaus realen Planungen, denen Herrschafts- und materielle Interessen zugrunde lagen, ordneten sie ihre judenmörderische Praxis zu, die nun Auftakt und Mittelpunkt umfassenderer Tötungs- und Vernichtungspläne wurde. Von ihnen ist derjenige, der sich auf die Abdrängung von Bewohnern des europäischen Teils der UdSSR in Gebiete, in denen sie sich nicht würden ernähren können, in diesem Zusammenhang war die Rede von 30 Millionen Toten, der bekannteste. In den gleichen Zusammenhang gehört, das Ende von mehr als drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, die verhungerten, erfroren, an Mangel an medizinischer Versorgung zugrunde gingen oder einfach niedergemacht wurden. Das Massenorden im Kriege war Bestandteil von Vorstellungen und Planungen, die sich auf Nachkriegseuropa richteten. So erscheint der Judenmord, und mit ihm der hier nicht analysierte Mord an den Sinti und Roma und an den wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranken und Behinderten, als das entsetzliche Resultat des Zusammentreffens zweier in Deutschland extrem ausgeprägter Entwicklungslinien. Die eine wurde gebildet durch die Geschichte von Rassismus und Judenfeindschaft. Die andere durch die Geschichte eines extremen Imperialismus, der sich im Zeichen des Hakenkreuzes das Ziel setzte, weltbeherrschende Macht zu werden.

Mitunter wird gesagt, eine derartige Analyse des Geschehens stelle sich wie ein Block vor die Fähigkeit des Trauerns um die Toten. Die Entgegensetzung von Verstand und Gefühl, von Erkenntnis und Trauer ist mir fremd. Der nüchterne medizinische Befund, ein Freund sei an Krebs oder an einer Herzkrankheit gestorben, macht mir seinen Verlust nicht leichter. Die Arbeit des Historikers hat mir

das Andenken an jene uns bekannte, später befreundete jüdische Familie nicht getrübt, die ich zuletzt mit anderen zusammengepfercht in einer engen Wohnung in Breslau sah, bevor auch sie deportiert wurden. Und es hat diese forschende Beschäftigung mir nie die Frage verdrängt, ob sie nicht doch zu retten gewesen wären.

Kurzbericht über Eindrücke während der Buchvorstellungen in fünf italienischen Städten

1. Das Buch* ist in Italien offenkundig zu einem Zeitpunkt übersetzt erschienen, da es aufgrund interner und internationaler Erscheinungen von Rassismus und Antisemitismus eine besondere Aufgeschlossenheit für dieses Thema gibt und danach gefragt wird, was sich gegen diese Erscheinungen tun lässt. Die Anfragen und Beiträge bezogen sich daher auf historische wie auf aktuelle Aspekte. Immer wieder wurde der nun auch in Italien zu einem besonderen Tag des Gedenkens bestimmte 27. Januar erwähnt und darüber gesprochen, wie er gestaltet werden könnte.

2. Die Veranstaltungen waren allesamt gut besucht. Ich habe die Teilnehmer nicht gezählt, aber nach meinen Schätzungen waren es in Mailand etwa 65-75, in Turin etwa 45, in Venedig jedenfalls 100, in Bologna wiederum etwa 45 und in Pisa etwa 50 Anwesende. In Mailand war das Durchschnittsalter wohl am höchsten, in Pisa am niedrigsten. Dort war es auch gelungen, Lehrer zu gewinnen.

3. Die Referierenden haben das Buch durchweg als nützlich und solide gearbeitet vorgestellt. Es wurde mehrfach bedauert, dass es während der Veranstaltungen nicht gekauft werden konnte (in Pisa gab es wohl einzelne Exemplare, aber nur dort). In Pisa wurde auch gesagt, dass der Preis des Buches in einer Höhe läge, die seine Verbreitung nicht fördere. In Bologna wurde vorgeschlagen, der Verlag solle eine billigere Ausgabe für die Verwendung in Schulen herstellen. Offenbar planen jüdische Gemeinden und andere Initiativen, den entsprechenden Stellen der Schulverwaltung eine Liste mit Büchern zu unterbreiten, die für die Hand der Lehrer und Schüler gedacht ist.

4. Die Kooperation mit den jüdischen Gemeinden und der Figli de Shoah erwies sich als besonders wertvoll. In Venedig, Bologna und Pisa haben diese Gemeinden bei der Veranstaltung eine besondere Rolle gespielt. In Venedig und in Pisa sprachen jeweils die Vorsitzenden der Gemeinden zum Publikum und bezogen aktuelle Fragestellungen ein.

5. In Bologna war ein kleines Polizeikommando vor dem Veranstaltungsort anwesend. In Venedig war der Lehrer erschienen, der jüngst in der italienischen (regionalen?) Presse Aufmerksamkeit erregt hatte, weil er mit revisionistischen Thesen im Unterricht hervorgetreten war. Er nahm auch als erster das Wort, stieß auf Protest und auf eine Abweisung von Professor Bassi, der die Veranstaltung leitete. Auch an anderen Orten wurde diskutiert, wie es um die gesetzlichen Grundlagen Italiens im Hinblick auf das Verbot von offensichtlichen Geschichtslügen steht.

6. Es gibt offenbar einige Orte, an denen das Buch ständig angeboten werden könnte. Beispielsweise in der Verkaufsstelle im Ghetto in Venedig, wo Besucher eintreffen, die für derartige Themen besonders interessiert sind.

7. Ich habe mich bei vielen Gastgebern und Mitveranstaltern für die Aufmerksamkeit zu bedanken, die mir zuteilwurde. Leider kann ich das nicht bei allen persönlich tun. Wenn es irgendwelche Nachkontakte seitens des Verlages mit diesen Mitwirkenden gibt, würde ich die Übermittlung meines Dankes schätzen.

---

* Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“. Gemeinsam mit Erika Schwarz, Metropol Verlag, Berlin 1992, 257 S.

Prora – und die Legende von den Lichtseiten des Nationalsozialismus

Vortrag am 2. September 2000 in Prora

In den letzten Tagen waren die Zeitungen voll von Meldungen, die über den Umgang mit der Geschichte des deutschen Faschismus berichteten. Manche dieser Nachrichten besitzen einen direkten regionalen oder doch geographisch engen Bezug zu dem Ort unseres Zusammentreffens. Zum einen haben junge Neofaschisten den 13. Todestag des „Stellvertreters des Führers", Rudolf Heß, der hochbetagt im Gefängnis der Alliierten in Berlin-Spandau seinem Leben ein Ende setzte, wiederum zum Anlass für ihre „Gedenkaktionen" genommen und namentlich in Mecklenburg-Vorpommern mit Aufklebern und Plakaten auf sich aufmerksam gemacht. Die Papiere waren in Hamburg gedruckt und von da verbreitet worden. Rudolf Heß ist in diesen Kreisen so etwas wie eine Lichtgestalt, der Mann, an dem sich die angeblich hehren Ideen des Nationalsozialismus rein und unverfälscht festmachen, wieder aufgreifen und propagieren lassen, während eine Person wie Heinrich Himmler als dafür ungeeignet eher der Vergessenheit anheimgegeben wird. Auf diese Bezugnahme wird zurückzukommen sein.

Eine andere Nachricht besagte, es habe in dem Wahlkampf um den Posten des Staatsoberhauptes in unserem Nachbarstaat Polen einer der Kandidaten erklärt, „Adolf Hitler habe auch viel Gutes getan – habe er doch für die Deutschen Einfamilienhäuser und gute Autobahnen bauen lassen." (ND, 28. August 2000, S. 7). Es bedarf wohl keiner weiteren Beweise, dass das für den Abschluss der Ausstellung gewählte Themen Aktualität beanspruchen kann. Es ist zudem nicht neu entstanden, sondern besitzt selbst eine längere Geschichte, die mindestens dazu beiträgt, der Legende von den Lichtseiten des Nationalsozialismus, der Begriff bedeutet die Übernahme eines Etikettenschwindels, besondere Zählebigkeit zu verleihen.

Siegfried A. Kaehler hat Legenden als „die feinere Form der Unwahrheit" bezeichnet und ausgeführt, dass sie der unverhohlenen Lüge dadurch überlegen seien, dass sie einen Tatsachenanteil besitzen, der unkritische Geister eben dazu verführe, ihnen aufzusitzen.[1] Jedoch wird sich in vielen Fällen, die uns beschäftigen werden, zeigen: Je stärker eine Geschichtslegende aus dem Reich der Wirklichkeit in das Reich der Wünsche und der Lügen führt, je kräftiger sie Interessen an einer verfälschten Vergangenheit Rechnung zu tragen sucht, umso grobschlächtiger auch ihre Gestalt. Worin besteht, der Tatsachenanteil, auf den sich die Legendenbildnern berufen können in unserem Falle? Wohnungen sind in den Jahren nach 1933 tatsächlich gebaut worden, u. a. und wie üblich mit viel Propagandaaufwand solche für Kinderreiche. Doch der Wohnungsbau ging von Jahr zu Jahr rapide zurück und es sind ungleich mehr Wohnungen im Kriege zerstört als vor dem Kriege gebaut worden. Den Beginn des Massentourismus in Gestalt der KdF-Reisen hat es tatsächlich gegeben, aber von denen, die diese Reisen antraten, waren viele wenig später nicht mehr am Leben oder verkrüppelt oder unbehaust und verarmt. Prora ist – um auf unseren Gegenstand im engeren Sinne zu kommen – wirklich gebaut worden, wenn auch nicht fertig geworden, während hingegen die exklusiven Wohnstätten und Erholungsvillen der Naziführer perfekt waren und zudem in Gegenden lagen, in denen deren Familien während der Bombenjahre sicher und ruhig zu leben vermochten. War das eine, das Gute oder Akzeptable, wie behauptet wird, der Kern des Nationalsozialismus? Und was war dann, das andere, das „Schlechte", das Inakzeptable? Ein Produkt des Zufalls, ein Werk Abtrünniger, ein Ergebnis widriger Umstände?

Woher stammt eigentlich die Legende von den Lichtseiten des Nationalsozialismus? Sie ist ein Resultat des unmittelbaren Nachkriegs und sehr realer Interessen. Es herrschte nämlich unter vielen Deutschen, die Parteigänger des Faschismus gewesen waren, nach dem Mai 1945 ein Rechtfertigungsbedürfnis oder zumindest ein Bedürfnis anderen und womöglich auch sich selbst zu erklären, warum sie unter die Fahnen mit dem Hakenkreuz getreten waren. Was lag da näher als darauf zu

---

[1] So in seinem am 14. Dezember 1946 auf dem Lehrgang des Göttinger Instituts für Erziehung und Unterricht. gehaltenen Vortrag: Neuere Geschichtslegenden und ihre Widerlegung. In: Siegfried A. Kaehler, Vorurteile und Tatsachen. Drei geschichtliche Vorträge, Hameln 1949, S. 5. Kaehlers Vortrag war als ein Beitrag zur Neuorientierung des Geschichtsunterrichts gedacht und befasste sich kritisch mit der Dolchstoßlegende und der Propagandalüge des eben untergegangenen Regimes vom „uns aufgezwungenen Krieg".

verweisen, dass man sich durch das Gute und Verheißungsvolle in der Idee und der Propaganda und der Wirklichkeit der nationalsozialistischen „Bewegung“ habe anziehen und eben verführen lassen. Das ist „ganz oben“ – etwa während der Verhandlungen des ersten Kriegsverbrecherprozesses in Nürnberg 1945/1946 – ebenso erzählt und ausgeschmückt worden, wie „ganz unten“ in den Entnazifizierungskommissionen für die kleinen und an Stamm- und Familientischen. Damit ist aber schon gesagt, dass es nicht das Bestreben nach Wahrheitsfindung, sondern nach Entschuldigungsfindung war, dass diese Unterscheidung der „zwei Seiten“ des Nationalsozialismus entstehen ließ.

Genau genommen hat diese Legende aber noch eine Vorgeschichte in den Jahren des Faschismus selbst. Vielen Zeitgenossen blieb es doch nicht verborgen, dass dieses Regime deutlich verbrecherische Züge aufwies. Die Konzentrationslager waren nicht so geheim, wie später behauptet. Die Judenverfolgung und später der Judenpogrom geschahen mitten unter den „Ariern“. Und dies gebar schon in den Vorkriegsjahren eine Denkweise, die nicht zu leugnende „Schlechte“ und das angebliche „Gute“ gleichsam in die Waagschalen legte und zu dem Ergebnis kam, das letztere wiege doch schwerer. Viele Einwände wurden mit dem Generalargument zum Schweigen gebracht: „Aber sie haben doch Arbeit geschaffen“ – dessen Gewicht sich heute auch in den neuen Bundesländern ermessen lässt, stellt man sich nur vor, es würde eine Regierung dieser Republik sagen können, sie hätte Arbeit geschaffen und Vollbeschäftigung erreicht. Freilich: Nach dem Mai stellten sich angesichts der Millionen Toten und der Trümmerwüsten und der verlorenen Heimaten die Gewichtsverteilungen anders dar, aber das Bild von den beiden Schalen existierte noch immer und auch diejenige, die so viel an Gewicht verloren hatte, war doch nicht ganz entleert.

Kurzum: der Legende ging eine selektive, sezierende Betrachtungsweise voraus, die charakteristische Züge der Amoralität und des Egoismus trug. Dann geriet sie, es waren seit der Zerschlagung der Diktatur nur wenige Jahre vergangen, in die Literatur. Das war zu einer Zeit, da von Neofaschismus noch keine Rede sein konnte. Ein Beispiel für andere: 1950 erschien in der Bundesrepublik ein Buch, das wohl die erste Gesamtsicht auf die Jahre von Faschismus und Krieg gab. Es stammte aus der Feder des Vizeadmirals Kurt Assmann und trug den Titel *Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte*.[2] Die Darstellung setzte im Jahre 1933 und mit einer Charakterisierung Hitlers ein. Der „Führer“ dürfe nicht schwarz in schwarzgemalt werden, forderte der Autor. Denn: „Es hat auch bei Adolf Hitler, vor allem in seinen Anfängen, manche weißen Stellen gegeben, das Unglück wollte es, dass sie von den schwarzen allmählich überwuchert und schließlich ganz erstickt wurden.“ Hitler sei nicht auf Krieg, sondern auf seine Friedensaufgaben aus gewesen. Mit dieser Behauptung folgte der Verfasser uneingeschränkt jener Selbstdarstellung des „Führers“, der behauptet hatte, er wäre von den „plutokratischen Kriegstreibern“ bei seinem Friedenswerk gestört worden. Assmann dann weiter: Keine Rede könne von Plänen zur Erringung der Weltherrschaft sein. Hitler habe doch von Großbritannien nichts gewollt, wenn man von den einzig aus Prestigegründen zurückverlangten einstigen deutschen Kolonien absehe. Nicht Expansion, sondern „Bekämpfung des Kommunismus“ hätte sich Hitler zur Lebensaufgabe gemacht. Dass die Wehrmacht im Kriege dann in Land für Land einfiel, wäre jeweils durch militärische Gründe gefordert gewesen und bezeuge Eroberungsabsichten nicht.[3] Hier war schon deutlich – mit dem Bild von schwarz und weiß, von Licht und Schatten also – formuliert, dass das Ausland für die Wege des Nationalsozialismus verantwortlich zu machen sei, nicht etwa dessen eigene Programmatik.

Das Angebot war schon angesichts der zutage liegenden und während vor dem Hintergrund der Nachkriegsprozesse dokumentierten und bezeugten Tatsachen nicht behaupten können. Aber: Wo das Interesse fortdauerte, sich als durch Worte und Fakten Irregeführte darzustellen, entstand und kräftigte sich eben auch die Legende. Dieses Interesse geht mit dem Tode derjenigen nicht verloren, denen ihre Verbreitung zustattenkam. Zudem: Das Problem der Massengefolgschaft des Faschismus bleibt. Seine Entschlüsselung macht zusätzliche Schwierigkeiten, wenn nicht danach gefragt wird, welche

---

2 Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte, Wiesbaden 1950.

3 Ebd., S. 537 ff.

Prädisposition die Geschichte des deutschen Kapitalismus und Imperialismus bereits bis zum Jahre 1933 für dieses Absinken in den Faschismus und in diesen Krieg bedeutete. Das Thema ist ungeliebt. Und die allgemeine und sich ausbreitende Tendenz weist dahin, gesellschaftliche Prozesse zu erklären oder besser: sie zu verklären.

Geblieben ist auch eine Denkweise über den Faschismus, die bei dem schwarz und dem weiß, dem Licht und dem Schatten oder – nahezu akademisch – bei dem Einerseits und dem Andererseits stehen geblieben ist. Nicht jeder, der bei dieser Warte der Geschichtsbetrachtung stehen geblieben ist – oder sollte man lieber sagen: in diesem Loch der Geschichtsbetrachtung hocken blieb, ist jenen zuzuzählen, die auf diese Weise ihre politischen Geschäfte betreiben. Nicht jeder Tischler, der einen wackeligen Stuhl verfertigte, wollte das auch. Motive und Resultate können weit auseinanderfallen. Vermögen und Unvermögen sind immer im Spiel und waren es vielleicht auch bei der Formulierung des folgenden Satzes über Prora: „Die Rolle der KdF, insbesondere der geplanten Groß-Seebäder, ist widersprüchlich. *Einerseits* sollten sie kulturelle Bedürfnisse der Arbeitenden befriedigen, kostengünstige Urlaubsplätze – auch für kinderreiche Familien – zur Verfügung stellen, *zum anderen* bildeten sie eine wirksame Form der ideologischen Beeinflussung im Sinne der NS-‚Volksgemeinschaft', der geistigen Kriegsvorbereitung und ermöglichten in einem festen Rahmen die permanente Kontrolle der KdF-Urlauber." (Aus: Befreit Lichtblau, Prora – das erste KdF-Bad, S. 42.)

Das ist übrigens die einzige historisch-politische Aussage in einem Band, der inzwischen 1998 in sechster Auflage erschienen ist und also eine gewisse Verbreitung erfahren haben dürfte. Das Plädoyer, dem sich auch dieser Autor zeitgemäß anschließt, für eine „konsequente Auseinandersetzung mit diesem Denkmal" trägt dieser Satz nicht. Schenken wir uns die falsche Zeitperspektive. In Wahrheit haben diese Seebäder nichts gebildet und nichts ermöglicht – glücklicherweise. Die meisten sind nicht begonnen und dieses hier nicht vollendet worden – glücklicherweise.

Es geht wie seit den dreißiger Jahren um das Einerseits und Andererseits der Betrachtung, das doch besagt: Wären da nicht Ideologie und Kontrolle geplant gewesen, dann ließe sich über das Unternehmen ja reden. Die Stichworte lauten dann: Kulturell, kostengünstig, kinderfreundlich. Und wer wünscht sich 2000 nicht einen solchen Urlaubsplatz? Um es noch einmal zu sagen und um nicht missverstanden zu werden, das ist gewiss keine Parteinahme für faschistische Praktiken, doch es spricht sich in dem Satze zumindest ein Miss-, wenn nicht ein Unverständnis über den Faschismus aus. Und eine Methode des Rückblicks in die Geschichte, die denkbar eng ist und im vollständigsten Sinne – das Wort ist etwas aus der Mode gekommen, gehörte aber keineswegs nur zum Wortschatz der geschmähten historischen Materialisten – undialektisch. Diese Art, die Geschichte von Faschismus und Krieg zu bewältigen, teilt, was zusammengehörte. Massenhaft verbreitet war sie in den Memoiren derer, die an führendem oder kommandierendem Platz gestanden hatten, namentlich in den Memoiren der Generale und Generalstäbler, welche in der BRD seit den fünfziger Jahren auf den Buchmarkt gelangten und teils Bestseller wurden. Sie schrieben über den Krieg, genauer: über Kriegshandlungen und -abläufe, ohne ein Wort über die Gesellschaft zu sagen, aus der dieser Krieg geboren wurde, ohne einen Satz darüber zu verlieren, welchen Zwecken und Zielen dieser Krieg gedient hatte. Die Militär- und Kriegsgeschichtsschreibung ist über diese Praxis seit den siebziger Jahren hinweggegangen und hat sie – wenn auch vielleicht nicht deutlich und nicht laut genug – kritisiert.

Heute, und davon überzeugt der Gang in nahezu jede Buchhandlung des Landes, hat sich dieses Verfahren weitgehend in die Technikgeschichte zurückgezogen. Den jüngsten Beweis dafür bietet eine Ausstellung des Deutschen Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven, die sich mit dem U-Boot-Konstrukteur Hellmuth Walter, einem Techniker befasst, wozu der 100. Geburtstag Walters zum Anlass diente. Der aus Wedel bei Hamburg stammende Ingenieur entwickelte während des Zweiten Weltkrieges spezielle Antriebe für Torpedos, Raketen und vor allem für U-Boote. Zunächst hatte er bis 1935 im Auftrag des Oberkommandos der Marine bei der Germaniawerft in Kiel an der Entwicklung einer Gasturbine teilgenommen und bereits 1933 versucht, diese auch für U-Boot-Triebwerke zu verwenden. Als Treibstoff wählte er Wasserstoffsuperoxid, was die Boote bei der Unterwasserfahrt von Sauerstoff unabhängig machen sollte. Die meisten seiner Projekte gelangten vor 1945 nicht mehr in ein nutzungsfähiges Stadium. Gegen Vorwürfe, die sich schon vor der Eröffnung der Ausstellung am 26. August erhoben,

erklärten die Initiatoren, in der „relativ kleinen“ Ausstellung selbst sei kein Platz, sich ausführlich mit dem Leben des Konstrukteurs auseinanderzusetzen, der nach dem Zweiten Weltkrieg wie andere deutsche Fachleute für die US-amerikanische Raumfahrtbehörde NASA gearbeitet hat und der 1980 verstarb.

Doch niemand muss sich in solche Vorführungen bemühen. In großen Formaten werden Bild-Text-Bände angeboten, in denen sich der Leser an den Fortschritten der Kriegstechnik delektieren kann, ohne etwas Aufklärendes darüber zu erfahren, was geschah, als sie eingesetzt wurde, beispielsweise – um ein Ereignis zu erwähnen, das sich dieser Tage zum 60. Male jährt – beim Masseneinsatz der Heinkel- und Junkers- und Messerschmitt-Flugzeuge gegen die Wohnviertel Londons, womit ein neues Blatt in der Luftkriegsgeschichte aufgeschlagen und zum ersten Mal das Ziel verfolgt wurde, die Zivilbevölkerung des Feindes gegen die Weiterführung des Krieges aufzubringen, damit sie den Sturz der Regierung – damals der Churchills – bewirkte und die Kapitulation erfolgte. Das erinnert, wie sich leicht erkennen lässt, an die Praxis, die in Jugoslawien 1999 geübt wurde – wobei die Regierung Milošević nicht ein Pendant zu der Churchills darstellt so wenig wie zu der Hitlers.

Die Faszination der Technik betrifft einen Bezirk, dem die Architektur benachbart ist. Und in der Tat kann kaum jemand an den Bauten in Prora vorbeigehen, ohne ins Nachdenken oder auch ins Grübeln darüber zu geraten, was waren das für Leute, die solche Gebäude errichteten, was war das für eine Zeit, in der sie entstanden und wie weit – das wäre schon ein hoher Anspruch – haben sich Bewohner der mitunter Germanengrills genannten Betonburgen an den Stränden vorzugsweise des Mittelmeeres von jenen Leuten und von jener Zeit entfernt. In dieser geistigen und emotionalen Herausforderung liegt eine Chance. Nur welche? Für das Geschäft ebenso wie für die Aufklärung.

Reden wir von der Aufklärung und machen wir uns die Sache nicht zu einfach. Fragen wir also zunächst: In sie in diesem Punkte wirklich noch nötig? Und wenn ja, worauf soll sie dann zielen? Diese Fragen stellen sich zudem in einer Zeit, in der unter Deutschen immer wieder aufs Neue diskutiert wird, ob wir nicht bereits zu viele Stätten des Gedenkens, des Erinnerns und des Aufklärens über diese Jahre besitzen und was denn ihr Nutzen sei, wenn Tatsache geworden ist, dass sich in der Bundesrepublik seit Jahren und sich häufend politisch motivierte Morde an „Fremden“, an „Ausländern“, an Dunkelhäutigen, allgemein an Angehörigen anderer Minderheiten aneinanderreihen.

Sinn macht Aufklärung offenbar doch nur, wenn sie erklärt, wie menschliche Gesellschaften in faschistische Zustände geraten sind und warum das geschehen konnte. Beschreibung ist ebenso verlangt wie Analyse, die das Warum einbegreift, nachdem freilich immer seltener noch geforscht wird. Und was die übergroße Zahl der Nachgeborenen anlangt, die Zeitzeugen sterben aus, so gewinnt der Rückblick in Zeiten vor deren Geburt erfahrungsgemäß nur Interesse, wenn von Alternativen menschlichen Verhaltens und Handelns die Rede ist, die mit den heute existierenden eine gewisse Parallelität oder Ähnlichkeit aufweisen. Warum haben sich meine Großeltern oder Urgroßeltern so und nicht anders verhalten? Wie haben sie sich in der begrenzten Zahl von Möglichkeiten verhalten können und wann und unter welchen Bedingungen erweiterten oder verengten sich diese Möglichkeiten?

Also, was haben sich denn diese Vorfahren so gedacht, als ihnen der Hitler mit dem KdF-Urlaub, den KdF-Schiffen und den KdF-Seebädern und dem Volkswagen kam? Haben sie das begeistert begrüßt, es womöglich als die goldenen Ketten in einem erträglichen Leben angesehen, das sich vorteilhaft vom Elend der Krisenzeit abhob? Haben sie sich, im Einklang mit der Nazipresse, als die gegenüber den Fremden herausgehobene Arbeiterschaft gesehen, als die „deutschen Arbeiter“, die Urlaub machen könnten wie der „deutsche Generaldirektor“? Was haben sie sich gedacht, als sie am Eingang von Urlaubsorten lasen, Juden seien hier unerwünscht oder als sie die entsprechenden Fotos in ihren Zeitungen sehen konnten? Warum haben sie sich, nimmt man die Summe unter dem großen Endstrich, so grundlegend und schließlich für viele von ihnen folgenreich und für nicht wenig verhängnisvoll geirrt?

Prora gehörte in ein gesellschaftspolitisches System und wie es selbst im Werden war, befand sich auch dieses System im Werden. Folglich ist es nur in ihm zu begreifen. Die faschistische Diktatur war auf dem Wege, die vollständige Versöhnung und Harmonisierung der Deutschen zu erreichen,

unabhängig davon, welche Stellung sie ganz oben oder ganz unten in dieser Gesellschaft einnahmen. Jeder sollte, wenn er nur als „Arier“ anerkannt war, in dieser Gesellschaft und durch sie gewinnen und zwar in ganz materiellem Sinne. Niemand sollte verlieren. Eine Umverteilung der Reichtümer der Gesellschaft war nicht vorgesehen. In der Propaganda wurde diese Besserung und Begüterung allen versprochen. Erreicht werden sollte sie auf dem Wege von „deutscher Arbeit“, „deutscher Volksgemeinschaft“, einer Wirtschaft ohne Streiks und andere Störungen. „Deutschland arbeitet“ – lautete eine der Losungen. Wofür? Zu einem erheblichen und unausgesetzt wachsenden Teil für die Hochrüstung und für den bereits seit den Tagen seiner Etablierung fest ins Visier genommenen Krieg, der schon in den Zeiten der Weimarer Republik der Fixpunkt der deutschen Revanchisten und namentlich der Naziführer gewesen war. Den wollte die Masse der Deutschen nicht, aber sie schufteten für ihn, sich selbst – seit 1938 und in den Monaten der Vorkriegskrise – mit dem Gedanken betrügend, der Führer werde die Geschichte schon am Rande des Krieges entlangsteuern.

Prora gehörte in ein Konzept, das die Bereicherung aller Deutschen auf dem Wege von Krieg und Eroberung vorsah und deshalb lässt es sich nicht wahrheitsgemäß mit der Formel „Einerseits – andererseits“ darstellen. Dieses und die künftigen ähnlichen Unternehmen – im Kriege war dann auch schon von solchen auf der Krim die Rede – waren nur zu verwirklichen, wenn die Deutschen auf Kosten der Nichtdeutschen lebten. Diese Behauptung ist massenhaft belegt durch die Vorstellungen der Machthaber in Politik und Wirtshaft, aber auch durch die überlieferten Erwartungen vieler kleiner Leute. Wenn man nur etwas riskiere, sagte Göring vor Flugzeugindustriellen, dann käme auch die Zeit, da „wir“ reich seien und uns die Welt gehöre. Hitler bezeichnete den Generalen die Bodenschätze anderer Länder als Kriegsziele, während öffentlich von dem „uns aufgezwungenen Krieg“ geredet wurde. Goebbels sprach im Kriege dann vom Gesundstoßen. Der „Führer“ sorgte dafür, dass die führenden Militärs, wenn sie es denn wollten, zu Gütern kamen, oder ließ ihn Dotationen zukommen, die sie zu reichen Leuten machten. Von diesem „Kuchen“ sollte jeder etwas abbekommen. Nicht jeder gleich viel. Aber doch auch die Arbeiter. Schon im Kriegsverlauf, in diesen Monaten wird daran erinnert und auf eine beschämende Weise zudem, dass die Deutschen bereits im Kriege daran gewöhnt wurden, immer mehr andere für sich schuften zu lassen und das zumeist zu Bedingungen, die niemand von ihnen hätte teilen wollen. Prora wäre – keine Frage und keine rückwärtsgewandte Prophetie – unter Verwendung von Kriegskontributionen fertig gebaut und unterhalten worden. Wer, so ließe sich eine bekannte Forderung abwandelnd sagen, von Prora reden und vom Krieg und dessen Zielen schweigen wollte, der sollte nicht zu reden beginnen.

Und wo wären diejenigen hergekommen, die sich hier nach dem „Endsieg“ erholen sollten? Aus welchem besetzten Land, aus welchem der Reichsprotektorate, Generalgouvernements und Reichskommissariate wären die Sommergäste hier angereist? Und von welchen Arbeiten und Werken hätten sich die deutschen Arbeiter und Angestellten, die auf irgendeiner Stufe der Herrenrasse rangierten, hier entspannen sollen? Lassen sich solche Fragen von Prora wegdenken? Nein, es bleibt nichts für das „Einerseits“ und das „Andererseits“. Nur wem der Gedanke gefällt, dass die Deutschen auf Kosten anderer leben und wohl leben sollten, dem kann der Gedanke an diesen Ort, wie die Faschisten sich ihn vorstellten und wie er gestaltet worden wäre, gefallen.

Die Legende von den schönen Seiten des Nationalsozialisten braucht indessen nicht nur Stoff wie den beschriebenen, sie kann sich nicht nur an tote Gegenstände und Projekte knüpfen. Sie braucht, namentlich wenn sie junge Leite erreichen soll, Vorbilder. Da steht es schlecht. Es werden nur drei Personen aus der Zeit des Aufstiegs und der Herrschaft des deutschen Faschismus angeboten, auf die in der Absicht zurückgegriffen wird, sie als die „wahren Nationalsozialisten“ zu präsentieren. Zum einen ist das Horst Wessel, der Berliner SA-Sturmführer, der das Opfer von individuellem Terror wurde. Zum anderen Gregor Strasser, der als „linker“ Nationalsozialist angesehen wird, bis Ende 1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP war und 1934 während der als Röhm-Putsch bezeichneten Aktion umgebracht wurde. Beider Konturen – die Wessels wie die Strassers – verschwimmen und sind nicht markant genug, um das Idol abzugeben. Anders steht es mit Rudolf Heß, dessen Leben ungleich plastischer war und dargestellt werden kann. Er ist in der Tat der Bezugspunkt von Neonazis geworden und dafür schien er ihnen aus mehreren Gründen geeignet. Erstens war er eine auch in

älteren Jahren noch sportliche Erscheinung. Er verstand sich auf das Fliegen und errang dabei Preise in Wettbewerben. Zweitens stach er auch im Bewusstsein der Zeitgenossen von manchen und nicht wenigen Nazigrößen dadurch ab, dass er nicht dazu neigte, protzend hervorzutreten. Er war der Mann im „schlichten Braunhemd“, der treue Gefolgsmann seines Führers, der sich nirgendwo in den Mittelpunkt stellte. Drittens war er nicht mehr an jener Phase des Regimes beteiligt, da die Massenverbrechen begangen wurden, die Ermordung der Juden und der Sinti und Roma und die millionenfachen Tötungsverbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen. Denn er verließ Deutschland am 10. Mai 1940. Viertens tat er das – angeblich – in friedenstiftender Absicht, was ihn geeignet macht, den „wahren Nationalsozialisten“ und den Krieg weit auseinanderzurücken und als Gegensätze darzustellen. Fünftens eignet sich sein Leben nach 1945 dazu, ihn zu einem Opfer der Siegermächte zu stilisieren, ihn in den Rang eines Märtyrers für seine – eben die reine Idee – zu erheben. Das ist ziemlich fiel an Nutzungsmöglichkeit und zu der kam hinzu, dass so niemand recht wusste, was der Mann eigentlich in den Jahren getan und getrieben hat, in denen er als Hitlers Stellvertreter für die Parteiangelegenheiten, als Reichsminister und in weiteren Funktionen für die Festigung des Regimes sorgte und dessen Weg in den Krieg ebnen half. Unwissen und Halbwissen, wobei „Halb“ bereits eine Übertreibung darstellt, bilden auch hier den Boden für die Heß-Legende, die ein personifizierter Spezialfall der Legende von den schönen Seiten des Nationalsozialismus darstellt.

Worauf es ankommt, ist die Klarstellung, dass der Faschismus und seine deutsche Spielart zumal, ab ovo, d. h. von der Idee an und mit ihr beginnend von verbrecherischer und antihumaner Natur war. Das unterscheidet ihn von vielen anderen gesellschaftlichen Konzepten grundsätzlich, auch von der des auf Marx und andere Theoretiker zurückgehenden Sozialismusidee und -programmatik, wie selbst ziemlich hartgesottene Parteigänger der Totalitarismus-Doktrin zugeben müssen. Um diese Natur der Ideologie der Faschisten wahrzunehmen, genügen wenige Blicke in Hitlers Schrift „Mein Kampf“, deren Erscheinen auf dem deutschen Buchmarkt sich eben zum 25. Male jährte. Geballt findet sich dort Rassismus, Antisemitismus, die Verherrlichung der Gewalt und des Krieges, der Eroberung und der Unterdrückung und – nicht zu vergessen – eine abgrundtiefe Verachtung auch der Masse des eigenen Volkes, die nur als knetbarer Stoff angesehen wurde, brauchbar als die unentbehrliche, massenhaft und beliebig verfügbare Hilfskraft zur Aufrichtung und – wie gedacht – Behauptung eines Weltreiches.

Ein Urlaubsplatz in Prora unter den Hakenkreuzfahnen – das hatte aus der Sicht der Führer nichts mit einer inneren Beziehung zum Volke und dessen kultureller Erhebung zu tun. Wie eine Maschine geölt werden müsse, damit sie reibungslos funktioniere, schrieb einer der Propagandisten von KdF, so müssten ab und zu auch die Menschen überholt werden. Prora sollte ein solcher Öl-Platz sein für Menschen, die nach den Zwecken und Zielen, denen sie sich dienstbar machten, nicht fragen sollten und nicht einmal durften. Das Seebad für 20.000 deutsche Herrenmenschen, die sich am Schicksal der Sklaven uninteressiert zeigten.

Was war? Was bleibt?

Schlussbemerkungen auf dem Kolloquium am 13./14. Oktober 2000 in Jena

Vielleicht ist es am Ende dieses Treffens von Historikern, die in DDR-Zeit ausgebildet wurden und arbeiteten, doch nicht überflüssig, noch einmal zu Protokoll zu geben, dass es weder Trotz und Trutz noch nostalgische Empfindungen waren, die uns zusammenführten. Der Inhalt der Stunden, in der wir miteinander redeten oder uns zuhörten, unterschied sich doch wohl spürbar, um zwei Enden einer denkbaren Skala anzugeben, von jenen Begegnungen, die etwa von den „Peenemündern“ oder den „Ostpreußen“ veranstalteten. Das heißt nicht auch, dass es mir nicht Freude bereitet hätte, alte und mitunter vertraute Bekannte nach Jahren hier wiederzusehen. Das gibt mir Gelegenheit, alle zu bitten, die einstigen Zunftgenossen begegnen werden, die hier aus Gründen des Alters oder der Gesundheit nicht teilnehmen konnten – ich erwähne Ernst Engelberg, Günter Rosenfeld, Werner Berthold für leider zu viele weitere –, unser aller Grüße und gute Wünsche zu übermitteln. Ein Dankeswort sei auch an diejenigen gerichtet, die unsere Zusammenkunft organisatorisch bewerkstelligten. Es gilt insbesondere Manfred Weißbecker und Vera Haney.

Und nun zur Sache: Niemand erwartet oder verlangt gar ein Resümee unserer Debatte. Ihr Ertrag mag sich in schriftlichen Äußerungen Einzelner niederschlagen, vielleicht auch weitere Arbeitsvorhaben beeinflussen. Wir sahen, dass die Scheinwerfer, die unsere Arbeit vor und nach 1990 ausleuchten, sehr verschieden aufgestellt werden können. Das gilt für jeden Blick in die Geschichte und also auch für den unsrigen auf die eigene mehr oder weniger fern zurückliegende Arbeit.

Reden wir auch von den Blickwinkeln, die nicht gewählt oder vernachlässigt worden sind, so ließe sich zuerst erwähnen, dass niemand unter soziologischen Gesichtspunkten fragte, was aus den Hunderten von Historikern wurde, die sich zu DDR-Zeit mit der Geschichte befassen konnten. Über die sehr unterschiedlich verlaufenden Lebenswege nach 1990 besitzt jeder nur mehr oder weniger zufällig gewonnene Informationen. Ein zahlengestützter Überblick würde indessen zu einer vollständigen Bilanz gehören. Ausgelassen wurde auch eine Analyse der politischen Wege der ostdeutschen Historikerzunft nach dem Wendejahr, als sie sich unter dem Eindruck neuer Erfahrungen, Wertungen und sich auffächernder Lebensumstände sehr verschieden zu gestalten begannen. Für beide Fragerichtungen gilt wohl, dass sie – erstens – kaum jemand ausschreiten wird, wenn nicht einer aus dem Kreis der betroffenen Zeitzeugen sich an die Aufgabe macht, und dass – zweitens – sich viele Spuren verwischen werden, wenn sie nicht alsbald aufgenommen werden können.

Uns beschäftigten vor allem zwei Fragen an unsere Arbeit. Die eine eröffnet die Perspektive auf Leistungen, Versäumnisse und Versagen zu Zeiten der DDR und sucht eine Antwort auf die Frage, welche Wirkungen von der Historiographie in die verflossenen Zeiten ausgingen. Sie lautet: Was war? Was wurde bewirkt? In das Politische übersetzt heißt die Frage, welchen Anteil sich Historiker daran zuzuschreiben haben, dass die DDR war, wie sie wurde, und dass sie, unfähig zu Kräften der Erneuerung, unterging.

Die zweite Frage lautet: Was bleibt? – so hat sie Helga Schulz bald nach 1990 in einem Aufsatz formuliert, der in einer österreichischen Fachzeitschrift erschien – und sie würde nach etwa einem Jahrzehnt heißen: Was ist geblieben und was durch die Fortsetzung von Arbeiten bewahrt und vermehrt worden? Thomas Kuczynski sagte in einer Rede während der letzten Zusammenkunft der Historikergesellschaft der DDR in Berlin, es würde vom Vorhandenen nur etwas bleiben, wenn wir ihm etwas hinzufügen könnten. Da waren unsere Vorstellungen von den widrigen Umständen, unter denen das allenfalls geschehen konnte, noch unausgebildet.

Beide Fragen – das „Was war“ und „Was ist geblieben“ – führen nicht in entgegengesetzte Richtungen. Der kritische Blick in die Arbeitsjahre zu DDR-Zeit erscheint als eine unabdingbare Voraussetzung dafür, heute nützlich zu sein. Manfred Weißbecker hat einleitend mit wenigen Bemerkungen deutlich gemacht, dass das Schweigen der (ostdeutschen) Historiker eine Legende darstellt. Dass Eckhard Müller-Mertens, Günter Benser, Fritz Klein, Wolfgang Jacobeit die Kraft und den Mut aufbrachten, sich zu ihrer Arbeit autobiographisch zu äußern, ist aus meiner Sicht aller Ehren wert. In die Reihe

dieser Wortmeldungen gehört an ihrem Anfang auch die von Walter Markov. Andere haben das nicht mehr tun können: die Leipziger Ernst Werner, Gustav Seeber, Manfred Kossok, die Greifswalder Johannes Schildhauer, Konrad Fritze, die Berliner Wolfgang Schumann, Ludwig Nestler, der Jenaer Siegfried Schmidt. Und da so viel Vergleiche zwischen der DDR und der Nazidiktatur angestellt werden, lässt sich fragen, wie viele von den in den Jahren 1933 bis 1945 aufgestiegenen und etablierten Historikern denn zu ihrer Rolle nach dem Ende der faschistischen Herrschaft – und da gab es der Gründe mehr – sich überhaupt oder gar aus freien Stücken geäußert haben. Jetzt erst befassen sich wie auf den jüngsten Historikertagen die selbst inzwischen in die Jahre gekommenen Schüler dieser Lehrer mit deren Biographien. Sie haben wenig Mühe, Selbstbekenntnisse zu analysieren.

Im verflossenen Jahrzehnt haben sich an vielen und meist auch entlegenen Stellen weitere Historiker aus DDR-Zeit über Details geäußert, naturgemäß zumeist über ihr eigenes Arbeitsfeld. Untersucht wurde – um Beispiele aus meinem eigenen Interessengebiet zu nennen –, wie das war mit unserer Darstellung der Haltung der Volksmassen in den Jahren der faschistischen Diktatur oder wie nahe wir einer historisch gerechten Bewertung etwa der Bewegung des 20. Juli 1944 gekommen waren. Früh und kontrovers wurde erörtert, ob und wie sich die DDR-Geschichtsschreibung mit dem Thema von Judenverfolgung und Judenmord befasste. Ähnlich prüften Spezialisten anderer Zeiträume, was von Geschriebenem und Gesagtem mit Überzeugung vertreten werden konnte, wo Auslassungen, Verzeichnungen, Blindstellen vorlagen und woher sie rührten. Es wäre hilfreich, eine Bibliographie dieser publizistischen Äußerungen zu besitzen.

Gegenüber der Aufmerksamkeit für das – in aller Regel wesentliche und nicht abseitige – Detail, traten Fragen, die wir früher Grundfragen genannt hätten, in den Hintergrund. Das erscheint nicht als ein Zufall, war doch zu DDR-Zeit der geschichtsphilosophische Schwung, den mindestens die älteren von uns während ihrer Studienzeit erlebt hatten, weitgehend verloren gegangen. Das geschah gewiss unter dem Eindruck der „Mühen der Ebenen“, aber war doch auch Folge eines sehr genügsamen Selbstverständnisses von Wissenschaft und geschah vielleicht auch mit dem Vorwissen oder der Vorahnung, ein Terrain zu betreten, das nicht nur wenig gefragt war, sondern auch eine Masse von Zweifeln bereithielt.

In der DDR-Geschichtswissenschaft gab es nicht nur eine zunehmende Konfliktschau im Hinblick auf die ausrechenbaren Reaktionen der Obrigkeit. Umfassendere theoretische Fragestellungen an die Geschichte wurden arbeitsteilig mehr und mehr an wenige Spezialisten delegiert, die zudem als Exoten erschienen und von denen wieder nur wenige feste Arbeitskontakte mit Philosophen besaßen. Die Historikerzunft der DDR als ganze erfassende, ins Theoretische reichende Diskussionen gab es öffentlich nicht mehr. Die Debatten in Leipzig zur Revolutionsgeschichte, an die unlängst während eines Gedenk-Kolloquiums für Manfred Kossok anlässlich von dessen 70. Geburtstag erinnert wurde, waren eine Ausnahme und sie endeten zeitlich vor dem Jahr 1917.

Irgendeine Historikerdebatte – in Gewicht, Ausmaß und gesellschaftlicher Ausstrahlung etwa vergleichbar der „Fischer-Kontroverse“ oder dem „Historikerstreit“ in der BRD – hat es in der DDR-Gesellschaft nicht gegeben. Die Auseinandersetzung der fünfziger Jahre, die über die Volksmassen am Beginn des Ersten Weltkrieges stattfand und durch eine Arbeit von Jürgen Kuczynski ausgelöst worden war, vermied bereits die naheliegende Betrachtung des Gegenstandes aus dem Gesichtswinkel von 1939 und sie endete mit Disziplinierung und Parteiverfahren. Die politischen Barrikaden waren früh genau an jenen Stellen errichtet, an denen im ureigensten Sinne unsere Interessen berührt waren. Wir haben sie in unserem öffentlichen Wirken respektiert. Und darin sehe ich den – unseren – Hauptbeitrag zum Ende der DDR. Es gab im Staate DDR vielfältige Erscheinungen eines geistigen Todes, der dem politischen Tod des Staatsganzen vorausging. Und dieser geistige Tod war nicht im Politbüro und dessen Dunstkreis allein anzutreffen.

Nicht dass, um ein Missverständnis zu vermeiden, nicht auf vielen Teilgebieten der Geschichtswissenschaft bis in das Jahr 1989 solide gearbeitet, Ergebnisse vorgelegt, Vorhaben geplant worden wären, deren Nichtzustandekommen nur bedauert werden kann. Dieses Leben konnte jeden internationalen Vergleich aushalten. Man sehe sich die Rednerliste des Madrider Kongresses von 1990 an. Und

als sozialistische Agitatoren sind Historiker der DDR doch nicht in den verschiedensten Ländern als Diskussionspartner zu Tische gebeten worden. Doch die doppelte Aufgabe der Wissenschaft, Gewissheiten zu vermitteln und zugleich Zweifel zu säen, rücksichtslos Herausforderungen an sich selbst und an andere zu formulieren, blieb ungelöst. Nicht allein Politiker, aber sie doch, von außergewöhnlichen Erscheinungen abgesehen, in erster Linie verlangen Gewissheiten, wollen von Zweifeln nicht irritiert sein, um Zuversicht und Optimismus und am besten Siegesgewissheit überzeugt und überzeugend verkünden zu können. Die Wissenschaft aber gebiert den Zweifel. In dem daraus erwachsenden Spannungsfeld haben wir im realsozialistisch genannten System einen angemessenen Platz nicht eingefordert und im Kern versagt, uns dafür schon in den eigenen Reihen nicht ausreichend präpariert. Die Forschungen – wieder bleibe ich bei meinem Leisten – über die Geschichte des deutschen Faschismus hatten über das theoretische Verständnis, das in die bekannte Faschismus-Definition der Komintern gegossen worden war, erheblich hinausgeführt, ohne dass daraus auch nur wissenschaftlich relevante Konsequenzen gezogen worden wären. Und das war, gemessen am ganzen, noch eine Frage des Details. Die Geschichte, die vor unseren Augen ablief oder uns aus Forschungen gegenwärtig war, bot Herausforderungen die Masse, denkt man an Fragen an das Massenverhalten – ausgelöst durch die Ereignisse in den Jahren von 1953, 1956 und 1968 im eigenen „Lager“ – oder die Rolle von Führern von Fidel Castro bis Kim Il Sung. Nein, Beunruhigung oder gar Unruhe haben wir in die Gesellschaft nicht getragen und die These, dass dies unmöglich gewesen sei, greift kurz und erscheint mir auch als eine Ausrede.

Und nun – seit 1990 – liegt da vor uns der gigantische Scherbenhaufen eines beispiellosen geschichtlichen Unterfangens, das aus den in widerstreitende Klassen gespaltenen Gesellschaften von Herrschenden und Unterdrückten, von Ausbeutern und Ausgebeuteten herausführen sollte. Nun sind wir in einer Gesellschaft angekommen, in der, wie manch erwartungsgeladene frühere DDR-Bürger ohne besondere Vorbildung erstaunt bemerkt haben, bei ganz anderen Zielsetzungen wiederum und übermäßig die Gewissheiten gefragt sind und die Mehrheit der bestallten Historiker – wieder beziehe ich mich auf das Feld eigener Interessen – mehr durch geschichtspublizistische Äußerungen von Daniel Goldhagen oder Norman Finkelstein herausgefordert zu sein scheint als durch die deutschen Zustände. Während in der Gesellschaft seit Monaten in Parlamenten und in der Öffentlichkeit darüber beratschlagt wird, was sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit tun lässt, die ein Markenzeichen der BRD zu werden drohen, haben sich die für die Vorbereitung des Historikerkongresses in Aachen Verantwortlichen spät entschlossen, zusätzlich zur geplanten Sektion „Nationalsozialismus und SED-Herrschaft im Diktaturen-Vergleich“ eine ursprünglich nicht vorgesehene Diskussion in das Programm aufzunehmen, deren Thema lautete: „Rechtsradikalismus: Was kann die Geschichtswissenschaft tun?“

An diese Beobachtung knüpft sich die keineswegs nur rhetorisch gemeinte Frage: Haben wir durch unsere Biographien in DDR-Zeit das Recht verwirkt, uns als Wissenschaftler einzumischen? Sind wir gleichsam auf Lebenszeit disqualifiziert, uns neu belehrt gesellschaftlich bemerkbar zu machen, wie gering mancher Möglichkeiten auch sein mögen? Die Antworten darauf werden von vielen Möglichkeiten, Motiven und Erwägungen bestimmt. Ich habe mich an den Rat eines früheren Studenten nicht gehalten, in den Schrebergarten zu gehen und bin nicht sicher, ob er ihn heute wiederholen würde. Für diese Entscheidung gab es einige Gründe und sie haben sich unter dem Eindruck des letzten Jahrzehnts verstärkt.

Erstens empfinde ich die Pflicht, denen, an die ich mich früher in Wort und Schrift gewandt habe, offen zu sagen, was ich von dem damals Mitgeteilten nach wie vor für richtig halte und wovon ich mich getrennt habe und warum das geschah. Es gibt in den ostdeutschen Bundesländern, aber auch in den alten, eine nicht so geringe Anzahl von Menschen, die das erwartet und auch erwarten kann. Man mag über unsere Arbeit denken, was man immer will, jedenfalls hatten wir das Privileg und das war doch vielfach auch ein Vergnügen, uns über Jahrzehnte geistig zu beschäftigen – hauptberuflich.

Zweitens sehe ich in der Hinterlassenschaft der DDR-Geschichtswissenschaft ein zwar zu sondierendes, aber nicht zu verwerfendes Erbe deutscher Geschichte und in einem Teil Deutschlands geleisteter wissenschaftlicher Arbeit, deren Abfertigung als bloßer Beitrag für politische Legitimationszwecke

sachlich ungerechtfertigt, politisch intendiert und obendrein dumm ist. Darauf zu bestehen, dass die von der DDR-Historiographie erzielten Forschungsergebnisse nicht wie viele Bücher auf dem Müllhaufen landen, ist auch eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber denen, die sie hervorbrachten. Aber dies steht nicht im Vordergrund. Letztlich geht es darum, ob eine geschichtstheoretisch fundierte Strömung fortlebt oder einem unausgesprochenen Verdikt anheimfällt. Die These, was vom historisch-materialistischen Geschichtsdenken brauchbar sei, wäre kritisch in den anderen Strömungen aufgehoben worden, ist – gelinde gesagt – eine Übertreibung und die sie vertreten, sollten bei der Besichtigung von vielem, was nicht einfach nur als Geschichtsinterpretation angeboten wird, sondern im Zentrum der „Volkspädagogik“ steht, mindestens rot werden.

Drittens hat die Entwicklung des letzten Jahrzehnts die Hoffnungen vieler zerschlagen, dass das Ende des Kalten Krieges zwischen den beiden bis dahin die weltgeschichtliche Szene beherrschenden Blöcken, erreicht durch den Untergang des einen, die Menschheit in ruhigere Fahrwasser gelangen lassen werde. Die Geschichtswissenschaft der DDR kann dazu beitragen, die großen innen- und außenpolitischen Themen unserer Tage aus einer Perspektive zu betrachten, die Gefahren besser wahrnehmen lässt. Das gilt natürlich nur, wenn sie von Irrtümern, Einseitigkeiten und anderen Mängeln befreit ist.

Das sind drei Gründe für mich, ein wenig weiterzumachen. Es scheint mir, dass in der Geschichte nichts verloren geht, bevor es nicht verloren gegeben wird.

Ich gebe hier abschließend meine und muss spätestens hier sagen, dass das wiederholte Vorkommen der Worte „wir“ und „uns“ in diesen Schlussbemerkungen niemanden zu vereinbaren beabsichtigt. Doch erscheint es mir durch viele Gespräche gerechtfertigt, darauf zu bestehen, dass der kritische Blick zurück unter den Historikern der DDR nicht als Ausnahmeerscheinung angetroffen werden kann und – das wäre eine eigene Erörterung wert – die Kritiken sich in mancher Hinsicht verschärft, in anderer aller auch abgeschwächt haben.

Da das Datum dieses Schlusswortes übereinstimmt mit dem Datum des davor befindlichen Beitrags „Legenden und Fakten“, ist anzunehmen, dass beides zusammengehört. Jedoch ist das Schlusswort nicht in der Quelle abgedruckt.

Aus linker Perspektive

Anzuzeigen ist das Erscheinen eines außergewöhnlichen Buches. Es setzt im doppelten Sinne ein Denkmal. Zum einem jener Welt jüdischen Lebens in Osteuropa, die es nicht mehr gibt. Zum anderen dem jüdischen Fotografen, den ukrainische Judenmörder 1941 in Tarnopol erschlugen, als ihnen die erobernden Deutschen die Mörderhände freigemacht hatten. Bis dorthin war Alter Kacyzne auf der Flucht vor der Wehrmacht gelangt. Zunächst 1939 bis nach Lwów, die damals sowjetische Stadt. 1941 hatte ihn der Angriff auf die UdSSR weiter ostwärts getrieben, aber er gelangte nicht weit genug. Zwei Jahre später brachten die Judenmörder seine Frau in der Vernichtungsstätte Belzec um.

Kacyzne, im zum Zarenreich gehörenden Wilna geboren, im Süden der Ukraine zum Fotografen ausgebildet, hatte in den zwanziger Jahren im eben wieder und neu gewordenen Staat Polen mit seinen Apparaturen weite und mitunter beschwerliche Reisen in bekannte Städte und entlegene Dörfer unternommen. Zuerst im Auftrage einer US-amerikanischen Hilfsorganisation, sodann in Diensten der in den USA erscheinenden jüdischen Zeitung *Forverts* machte er Aufnahmen in einer Lebenswelt, der diejenigen, die sie betrachteten, bereits entrückt oder richtiger wohl: entflohen waren. Ermahnung, sich den in Armut und vielfach in elenden Zuständen Lebenden solidarisch zu erweisen, und Erinnerung an Menschen und Orte, in denen die Leser der Zeitung Kindheit und Jugend und manche auch schon die längste Zeit ihres Lebens verbracht hatten – das war die ursprüngliche Bestimmung dieser Fotografien.

Ihr Bestand, insgesamt 700 Stücke umfassend, befindet sich heute im Institut für Jewish Research (YIVO) in New York. Auf ihn haben Publizisten immer wieder zurückgegriffen. Nun liegt zum ersten Mal eine Auswahl jener Bilder vor, die 150 Aufnahmen umfasst. Was sie von ähnlichen – es sind nur wenige – Überlieferungen unterscheidet ist der Blickwinkel des Mannes hinter dem Apparat. Er habe, heißt es einleitend, eine besondere Beziehung zu seinen Fotomotiven besessen und sei den Menschen, die auf Bildern festhielt, tief verbunden gewesen. Welche Beziehung? Welche Menschen? Davon zeugt am stärksten die unter der Überschrift „Bei der Arbeit“ zusammengefasste Bildergruppe. Wer den Frauen und Männern – Stickerinnen und Näherinnen, Schneidern und Schustern, Schlossern und Tischlern, Seilern und Sattlern, Schmieden und Uhrmachern – in das Gesicht blickt, auf ihre Hände sieht, ihre Haltung wahrnimmt, entdeckt, wenn es ihm nicht schon früher begegnete, das jüdische Proletariat und Kleinbürgertum Polens, der Mehrheit dieser damals 3, 1 Millionen Menschen ausmachenden Minderheit, die unter Polen, Ukrainern, Deutschen und weiteren Bevölkerungsanteilen des Landes lebte.

Bei Kacyzne sind wirklich wohlhabende und moderne, städtische Juden eher selten zu finden, bemerkt der Herausgeber. Der hält sich bei der politischen Standortbestimmung des Fotografen, der sich auch als Dichter und Verleger bekanntmachte, auffällig zurück und es scheint, dass er vom Hass der faschistischen Antisemiten auf die „jüdischen Bolschewisten“ und den der Wehrmacht erteilten Befehlen nie etwas gehört hat, wenn er von Kacyzne schreibt, er „glaubte“ (!) sich beim Herannahen der deutschen Truppen wegen seiner Arbeit für die kommunistische Presse besonders gefährdet.

Der außergewöhnliche Mann, in Warschau lebend und dort zu den begüterten Kreisen der jüdischen Intelligenz gehörend, war 1935 Herausgeber der kommunistischen Tageszeitung *Der Fraynd* geworden und hatte an seinem Zufluchtsort Lwów unter anderem als Redakteur eines jiddischen Programms im sowjetischen Rundfunk und als künstlerischer Leiter des Jiddischen Theaters gearbeitet. Worauf Kacyzne seine Hoffnungen setzte, drückt wohl am deutlichsten eine Fotografie aus, die - anders als die meisten anderen – „gestellt“, gleichsam komponiert ist. Sie zeigt eine Gruppe von Lederarbeitern, Mitglieder des „Bundes“, der mitgliederstärksten sozialistischen Partei der polnischen Juden, in einer genossenschaftlich betriebenen Werkstatt: kraftvolle Gestalten, intelligente und nachdenkliche Gesichter, nicht ausgerichtet, nichts demonstrierend, selbstbewusst, zusammengehörend. Wie anders die Aufnahme, die den Band beschließt! Sie zeigt in einem Eisenbahnabteil Frauen, Männer und Kinder dicht gedrängt auf der Fahrt nach Gdánsk, wo die Überfahrt zu neuen Lebensufern angetreten werden soll.

Dem 1999 in New York erschienenem Buch wurde der Originaltitel nicht gelassen. *Poyln. Jewish Life in the Old Country* – das drückte exakt die Perspektive derer aus, die in der Neuen Welt angekommen waren, allein oder mit ihren Familien, manche diesen vorausreisend, in der Absicht, die Ihren nachkommen zu lassen, wenn erst das Geld für eine Reise erschuftet, für den Lebensunterhalt an neuem Ort gesorgt war. Für deutsche Leser erschien das dem Verleger wohl zu anspruchsvoll. Das ersatzweise gefundene *Eine untergegangene jüdische Welt* – bezeugt auch für Vergesslichkeit, hatte doch – es liegt nicht mehr als eineinhalb Jahrzehnte zurück, der in Köln lehrende Historiker Andreas Hillgruber mit seiner Wortwendung vom „zweierlei Untergang" einen der Stoffe für jene „Historikerstreit" genannte Auseinandersetzung geliefert, während der sich westdeutsche Geschichtswissenschaftler über eine der Wirklichkeit angemessene oder sie einnebelnde Darstellung deutsch-faschistischer Verbrechen stritten. Damals schon war darauf bestanden worden, dass da nichts untergegangen sei. Diese Welt ist ausgemordet worden. Wann, wie und von wem und mit welchen Zielen, darüber hätten sich in einem Anhang zur deutschen Ausgabe ein paar Worte mehr, nüchterne Angaben über Zeiten, Orten und Täter, denken lassen.

Alter Kacyzne, Poyln. Eine untergegangene jüdische Welt. Hrsg. Marek Web. Aus dem Englischen von Chris Hirte und Gunnar Cynybulk, Aufbau Verlag 2000.

Hitlers Weg begann in München

Wer sich mit der Biographie Adolf Hitlers und der Frühgeschichte der NSDAP beschäftigt, kommt um die Arbeit nicht herum, die Anton Joachimsthaler geleistet hat. Das gilt jedenfalls seit 1988, als er sein Buch „Korrektur einer Biographie. Hitler 1908-1920“ vorlegte. Und so ist es kein Zufall, dass dieser „Nachfolger“ ein knappes Geleitwort des britischen Hitler-Biographen Ian Kershaw erhielt, dessen zweiter (und letzter) Band eben auf den Buchmarkt gelangt ist. Es drückt Empfehlung und Dank aus. Nun also hat sich der Verfasser ganz auf das erste Jahrzehnt von Hitlers Münchener Zeit konzentriert, das freilich ein Jahrzehnt nicht war, sondern von den mehr als vier Jahren unterbrochen wurde, die der spätere „Führer“ im kaiserlichen Rock hauptsächlich an der deutsch-französischen Front zubrachte.

Wo der Mann, der in den Moment, da ihn Darstellung verlässt, immerhin mehr als 33 Jahre alt war, seine ideologische und politische Prägung erhalten hat, das wird immer wieder einmal in der Zunft debattiert und auch kontrovers beurteilt. Doch ist der Sicht Joachimsthalers, so wenig sich da Anteile exakt herausfiltern und sondern lassen, im Ganzen zuzustimmen, dass die Wiener Zeit nicht überschätzt werden darf und dem großsprecherischen Anspruch nicht zu folgen ist, den Hitler selbst erhob, als er – sich als das frühfertige Genie ausgebend – behauptete, er sei von der Donau an die Isar mit einem fertigen Weltbild gekommen. Zu Recht verweist der Autor auf die Prägungen, die im Denken und in der Mentalität Hitlers der Erste Weltkrieg vornahm – das später immer wieder beschworene und von ihm wie von allen Mordspatrioten als „Fronterlebnis“ gefeierte Dahinvegetieren in Dreck und Schlamm und Blut und zwischen Sterbenden und Toten.

Diese Hervorhebung des Autors ist hoch aktuell und kann, richtig verstanden, als eine Warnung gelesen werden. Denn am „Fall Hitler„ lässt sich deutlich machen, was es für die moralische Enthemmung eines Menschen bedeuten kann, wenn er an solchem Morden teilnimmt und nach dessen Ende zu ihm kein anderes als ein verklärendes und rühmendes Verhältnis zu gewinnen vermag. Die gegenwärtigen Marschierer mit der Reichskriegsflagge sind von diesem Typus und die Tatsache, dass sie selbst nahezu ausnahmslos um derlei „Erlebnis“ herumkamen, macht die Sache weder besser, noch zu einer ungefährlichen Schwärmerei. In Hitlers Biographie fand die hassgeleitete Menschenverachtung, die er aus dem Kriege mitbrachte, ihre geradlinige Fortsetzung: in der kaltblütigen Führung der mörderischen innenpolitischen Auseinandersetzung, die von den Sturmabteilungen favorisiert wurde. Und diese Spur setzte sich über die frühe Praxis der Konzentrationslager und die spätere der Vernichtungsstätten fort bis zu dem Wunsche, das deutsche Volk möge mit ihm untergehen, denn es habe, da es nicht zu siegen vermochte, das Überleben nicht verdient. Folglich: Wer über Deutschland und den Zweiten Weltkrieg nicht Klartext redet, soll sich nicht als Gegner jenes gewalttätigen Treibens aufspielen, das zu einem Markenzeichen der Bundesrepublik zu werden droht.

Joachimsthaler liegt nichts ferner als die Geschichtsschreibung „großen Stils“ wie sie – das ist kein Gesamturteil über dessen Publikationen – etwa Sebastian Haffner beherrschte, mitunter unbekümmert um das Detail, das er nicht kannte und das ihn mitunter auch nicht zu interessieren schien, namentlich dann nicht, wenn es in die Schneisen nicht hineinpasste, die er dem Geschichtsdenken immer zu schlagen wusste. Hier hingegen wird der Finger auf jedes Datum, jede Ortsangabe, jedes Zitat gelegt und mit einem bewundernswerten Fleiß und Spürsinn noch in den letzten Winkel eines Lebens geleuchtet und weiter geforscht, wo andere schon aufgaben. Und dennoch: zur Krümelkackerei missrät diese Vorgehensweise nicht. Sie verdient in einer Zeit umso mehr Lob, in der Argumente, häufig nur schwungvoll daher gesagte Behauptungen, solide Beweisführungen mehr und mehr verdrängen und sich – in Fernsehredaktionen – immer ein stehendes Bild oder ein Filmstreifen findet, die zur vorgefassten Vorstellung passen und die sodann einzeln oder in Summe einen Scheinbeweis dafür hergeben müssen, wie es wirklich gewesen sein soll. Zweifelsreste, die vermutet werden, hat eine wortreiche Reklame aus eigenem oder fremdem Munde zu ersticken, bevor sie überhaupt geäußert werden.

Was dem mit sorgsam ausgewählten Fotografien, faksimilierten Dokumenten, Karikaturen angereichertem Band merkwürdigerweise fehlt, ist jeder Ansatz eines Fazits. Er endet, als hätte sein Autor

an dem Punkte, an dem er nun angekommen ist, einhalten wollen, um dann noch weiterzumachen. Vielleicht drückt sich darin aber auch ein kluges Verhältnis zur Arbeitsteilung aus.

Anton Joachimsthaler, Hitlers Weg begann in München 1913-1923. Geleitwort von Professor Dr. Ian Kershaw, mit 212 Abbildungen, Herbig München 2000, 400 S.

Luitwin Bies – Rede zu seinem 70.

Dieser Bericht von einem zufälligen menschlichen Zusammentreffen und seinen langanhaltenden Folgen beginnt mit einer Entschuldigung, denn er setzt nicht dort ein, wo er eigentlich beginnen müsste: bei der Hauptperson dieses 8. Januar 2000. Doch wird unsere Geschichte alsbald darauf kommen. Und damit schon genug der orientierenden Vorrede.

Die Hand des Zufalls führte im direktesten Sinne eine heute meist nur noch mit Schmäh und Hohn bedachte einstige Institution im Staate Deutsche Demokratische Republik, nämlich das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, genauer dessen Abteilung Wissenschaften. Von der war der Leiter des Berliner Instituts, an dem ich damals arbeitete, angestiftet worden, mich mit Gründen, die hier keine weitere Erwähnung verdienen, zu entlassen. Ich wechselte buchstäblich die Straßenseite und gelangte an den mir strafweise neu zugewiesenen Arbeitsplatz. Es war kein Verbannungsort, sondern die Humboldt-Universität zu Berlin und das dortige Institut für deutsche Geschichte, damals geleitet von Joachim Streisand, dem Frühverstorbenen. Dessen „Deutsche Geschichte in einem Band“, durch einen Druckfehler einmal angekündigt als „Deutsche Geschichte an einem Band“, steht bis heute in manchen Bücherwänden und ist jedenfalls lesbarer als das meiste, was sich derzeit in Buchhandlungen zu dem großen Thema findet. Joachim Streisand, Sohn aus bürgerlichem Hause, nach faschistischen Kriterien Halbjude, als Verfolgter an die Seite der Arbeiterbewegung geraten, eröffnete mir schon bei unserem ersten Gespräch, als wir über das mir zugewiesene Aufgabengebiet redeten: Es gäbe da einen Fernstudenten „aus dem Westen“, dessen Universitäts-Abschlussarbeit ich zu betreuen haben würde. Gelegentlich fände er sich hier in Berlin ein. Sein Name sei Luitwin Bies.

Das ist die knappste Vorgeschichte einer Bekanntschaft, aus der eine Freundschaft erwuchs, die wie sich heute mit Verwunderung nachrechnen lässt, jeweils schon unser halbes Leben anhält und diese Zeitmarke hoffentlich noch eine Weile überschreiten wird. Damals nämlich schrieben wir das Jahr 1965, wir waren, da vom selben Krisenjahrgang 1930, fünfunddreißig Jahre alt. Heute multipliziert sich das mit der Ziffer zwei, in Worten: zwo. Nebenbei: Es beweist dieser zufällige Auftakt des Aufeinandertreffens eines Berliners und eines Saarländers und deren Auswirkungen, dass aus dem Hause jenes Zentralkomitees keineswegs immer nur Anweisungen für Terror und Repressalien hervorgingen, sondern eben auch manch andere Anstiftung, in unserem Falle allerdings eine mit ganz und gar unbeabsichtigten und unvorhergesehenen Folgen, so dass besondere Dankespflichten nicht abzustatten sind.

Unser erstes Zusammentreffen ist mir auf den Tag nicht erinnerlich. Es fand wohl in einem Zimmer an einem verwinkelten Gang in der obersten Etage des Hauptgebäudes der Universität Unter den Linden statt, das wir aber bald gegen das angenehmere Interieur eines nahegelegenen Kaffees eintauschten. So lernte ich denn einen Völklinger in persona kennen, den Bewohner einer Stadt, von der ich nicht mehr wusste, als dass sie ein Industriezentrum in Deutschland war. Das unverwechselbare Bild des Eisen- und Stahlwerkes mit der gewaltigen Halde im Hintergrund hatte sich ebenso in dem geographischen Atlas befunden, den ich an der Schule benutzte, wie das Bild von der zu einer Art „deutschem Naturheiligtum“ erklärten Saarschleife. Ansonsten war ich in den nahezu dreieinhalb Jahrzehnten meines Lebens und also auch des Reisens nie weiter westwärts gekommen als bis auf den Gipfel des Brockens und von da ist es ja bis an die Saar noch ein stückweit. Nun begann ich bei Luitwin über das Land einiges zu lernen, aus dem er stammte und herkam, angefangen damit, dass es inzwischen Saarland heißt und nicht Saargebiet, dass ich es also mit einem Länder und nicht mit einem Gebieter zu tun hatte.

Die Aufgabe, die sich Luitwin Bies damals stellte, betraf, wie hierorts bestens bekannt, eine Etappe aus Saargebietszeiten, genauer die Jahre 1933 bis 1935, in denen sich die nächste Zukunft der Einwohner des Landstrichs entschied und das – wie auch bekannt – zu deren gewaltigem Nachteil und für manche mit tödlichen Folgen. Über das Resultat der Forscherarbeit muss hier nicht weitergeredet werden. Es liegt gedruckt vor und viele in dieser Runde haben es gelesen. Nur so viel: Diese Arbeit, erweitert und damals schon gedruckt, wurde an der Karl-Marx-Hochschule zu Luitwins Überraschung und meiner Freude zum Gegenstand eines Promotionsverfahrens gemacht. Als dem Urheber diese Nachricht zukam, das darf nun hier öffentlich gesagt werden, plagten ihn Skrupel, er rief mich

an, ließ seine Aufregung aber mit dem Bemerken beruhigen: Endlich hat es einmal den Richtigen getroffen.

Das bezog sich auf das nachgewiesene Verdienst und, was gewöhnlich nicht weiter erwähnt wird, ebenso auf die Art und Weise seines Zustandekommens. Ich habe keinen weiteren „Doktoranden“ vorzuweisen, der sein Vorhaben unter derart abnormen Umständen hätte voranbringen müssen und es auch zu einem guten Ende gebracht hat. Das letzte bezieht sich insbesondere auch auf die Wirkung des Ergebnisses, an dem spätere Forscher, wie nah oder wie fern sie den darin die Hauptrolle gebenden Antifaschisten und Hitlergegnern, vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten des Saarlandes, immer stehen mochten, doch später nicht vorbeikamen.

Von Dissertationen wird gesagt, sie seien ein Versprechen. Erst was folgt, beweist dann, ob es auch eingelöst wird, will heißen, ob – in unserem Falle auf den doctor philosophiae – die Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit folgt oder ob der Titel zum bloßen Renommée oder zum bequemen Ruhekissen gereicht. Wie das ausging, darüber ist nun kein Zweifel möglich und ich werde nicht Eulen nach Völklingen tragen. Luitwin Bies kennt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Saarlandes aus wie andere nicht in ihrer Westentasche und – was wichtiger ist – er hat sich ein Verdienst daran erworben, dass gerade diejenigen mit ihren Biographien und Leistungen ins Bewusstsein historisch interessierter Menschen getreten sind, die bei vielen gemeinhin noch immer als nicht geschichtswürdig gelten und die folglich zu Unrecht der Vergessenheit anheimfallen. Gewiss, heute ist – zögernd noch – in diesem Punkte eine Wende eingetreten. Luitwin hat sich daran in dieser Region ein bleibendes Verdienst erworben. Aber täuschen wir uns nicht: Die Masse der kleinen Leute blickt, nein, starrt noch immer zu denen auf, die ihnen als groß vorgeführt werden. Und so bleibt viel zu tun, dem entgegenzuwirken und vor allem die Anschauungs- und Denkweisen zu verändern. Arbeitslosigkeit droht in diesem Punkte nicht, vorausgesetzt, Arbeit wird nicht mit der Vorstellung und Erwartung von bezahlter Arbeit verbunden.

Bis hierher war die Rede von Luitwin Bies als einem Historiker und das war die längste Zeit seines bisherigen Lebens nicht einmal der halbe Mann. Die Meriten, die er sich auf den verschiedensten Feldern politischen Wirkens und an seinen Arbeitsstätten in Merzig, in Völklingen, in Saarbrücken, dann in Frankfurt am Main, schließlich wieder in seiner engeren Heimat erworben hat und die er bis heute mehrt, können viele beurteilen. Was sich aus der Ferne und als Folge häufiger, aber doch gelegentlicher Zusammentreffen vielleicht eher noch erkennen lässt als aus der Nähe, das sind ein paar charakterliche Eigenschaften des – nun muss es ja doch einmal gesagt werden – Jubilars. Und damit wendet sich die Rede nun im eigentlichen Sinne der politischen Person, dem deutschen Kommunisten und Internationalisten Luitwin Bies zu, der solche Rede nicht mag, weil er von sich überhaupt nicht viel Wesen macht. Heute muss er sich ein paar Worte doch mit anhören.

Mir, dem Gleichgesinnten aus der DDR und nun also aus DDR-Zeit herkommend, ist Luitwin immer auch als ein Vorbild erschienen und das meint den Punkt, den ich etwas unbeholfen eine natürliche, menschlich-politische Ausstrahlung nenne. Er ist die leibhaftige Widerlegung jener infamen Verleumdung der Kommunisten, die heute weithin im Schwange ist, und die da behauptet, denen sei es stets nur um sich und ihr Leben und vor allem um ihre Macht gegangen. Wer es mit Luitwin je zu tun hatte und sich ihm ohne Vorurteil näherte, der muss bemerkt haben, dass es ihm um die Anderen und dabei um sich in Gemeinschaft mit diesen Anderen ging und niemals um ihn allein. Den „roten Bies„ mögen Menschen von anderer, abweichender oder gar entgegengesetzter Grundgesinnung als eine Einzelerscheinung wahrgenommen haben, die sich ihnen ins vorgefasste Gesamtbild nicht fügte. Es kam aber für uns immer darauf an, möglichst viele solcher Einzelerscheinungen vorweisen zu können. Sie sind mindestens so wichtig wie die Idee, die wir vertreten. Luitwin Bies hat, um es kurz und bündig zu sagen, von niemandem eine Arbeit gefordert, die er sich nicht auch selbst abverlangt hätte. Und – das ist eine wichtige Ergänzung – er hat aber nicht von allen anderen die Arbeit gefordert, die er zu verrichten imstande war, er sucht, die Menschen nicht mit seiner Elle zu messen, sondern mit einer ihnen jeweils zumutbaren.

Spätestens hier wird Luitwin mich nun unterbrechen wollen, was er aus Anstand und Verlegenheit natürlich unterlässt, um seine ungerechtfertigten Abzüge an dieser Lobrede vorzubringen. Ich komme

auch schon zu den Defiziten, genauer: zu einem einzigen Mangel, der hier heute an einer nicht zu ignorierenden Schwelle in ein – sehen wir den Dingen ins Auge – Gefahren behaftetes Lebensjahrzehnt ausgesprochen werden muss. Also: der Mann besitzt eine bis heute ungeschmälerte Fähigkeit sich zu erregen, meist, und das ist besonders schädlich, in sein Inneres hinein. Gewiss nicht über Kleinigkeiten. Diese Fähigkeit hat ihm nicht einmal Traudl, die ihm lang Angetraute, abgewöhnen können, was auch nichts heißen will, denn Ehepartner kapitulieren vor den jeweiligen Schwächen des anderen zumeist zuerst und dann dauerhaft. Das geschieht, wie in diesem Falle unzweifelhaft aus Liebe, manchmal aber auch aus Resignation oder aus einem Gemisch von beidem. Aber könnte wir uns miteinander und jeder für sich, da Luitwin sich doch die Geschenke verbeten hat, nicht den Vorsatz fassen, dass wir die Anlässe von Ärger, welche die Quellen jener unwillkommenen Zustände sind, ein wenig verringern helfen. Dann bleiben, wie ich Luitwin kenne, für ihn immer noch übergenug, denn die meisten Ärgernisse kommen glücklicherweise doch nicht aus dem Bezirk seiner Weggenossen. Von da rühren aber die schmerzlichsten her.

Nun also zurück zur Danksagung. Mit Luitwin habe ich wie viele andere hier viele schöne und in der Erinnerung gleichsam gespeicherte Stunden verbracht, von denen sich zehren lässt, d.h. aus denen auch und immer wieder Kräfte für neue Unternehmen zu beziehen sind. Würden wir die geographische Karte unserer Reisen, zumeist, aber nicht nur in Sachen unserer Geschäfte herstellen, gäbe es ein Gewirr von Linien und, um es nicht zu verschweigen, der Behälter wäre von erheblicher Größe, der den Kraftstoff aufzunehmen hätte, der freilich unwiederbringlich verfahren worden ist. Wir waren gemeinsam in Bremen, in Bonn, in Marburg, in Frankfurt und natürlich in vielen Städten des Saarlandes, am häufigsten wohl nächst Völklingen in St. Wendel. Wir fuhren ins tschechische Lidice. Ich lernte hier in der Umgebung Orte kennen, in denen Luitwin aufwuchs und wir suchten und fanden in Rheinland-Pfalz den Ort, in dem er vor Jahrzehnten nach seiner kinderlandverschickten Schwester sah.

Und westwärts verdanke ich Luitwin die ebenso flüchtige wie beeindruckende Bekanntschaft mit Mauermünster, Metz und Reims. Ja, es hat uns sogar für nur wenige Tage Erholungssucht bis ins französische Zentralmassiv vordringen lassen, in einen idyllischen Ort, in dem wir durch die Glocken einer mächtigen, kathedral-ähnlichen Kirche geweckt wurden und in dem uns – wer über Luitwin und zu seinen Ehren redet, sollte über das Essen nicht schweigen – ein Fisch serviert wurde, den der angeblich in unserem Nachbarland lebende Gott persönlich zubereitet zu haben schien.

Es hat sich in jenen wenigen Tagen übrigens bei einem Spaziergang durch die anregende Landschaft eine Episode zugetragen, die hier noch berichtet werden soll. Unseren Weg nach einer nicht ganz verlässlichen Karte nehmend, durchschritten wir, um von unserem Ausgangspunkt nicht zu weit abzukommen, mehrere Wiesen und Weiden, überstiegen schließlich auch einen Pferch und bemerkten unerfreut eine in einigem Galopp auf uns zustürzende Rinderherde, deren Absichten wir wegen mangelnder Bekanntschaft mit der französischen Spezies nicht recht zu entschlüsseln wussten. Sie kam aber vor uns rechtzeitig zum Stehen, die hinteren schoben die vorderen auf uns auch nicht gefährlich voran und so gelangten wir beide aufatmend, wenn auch ziemlich ruhmlos aus dem Kral wieder heraus. Unser beider getrennt gesammelte Erfahrungen mit der Landwirtschaft waren wohl doch zu flüchtig, national beschränkt und lagen zu lange zurück.

Das ist hier auch erzählt worden als ein Gegenbild. Außerhalb von Bezirken in denen gehörntes Vieh eingepflockt ist, braucht Luitwin Bies keinen Zuspruch in Sachen Mut und Standhaftigkeit. Da behauptet er seinen Platz, nicht stur, aber fest, nicht eigensinnig, aber voller Überzeugung, nicht besserwisserisch, aber wissend, nicht dogmatisch, aber als ein erfahrener, gebeutelter, zweifelnder und das heißt auch und immer lernender Marxist.

Gesundheit, mein Lieber, Dir, Deiner Traudl, Euren Jungen an diesem besonderen Tag und die Kraft, den Optimismus zu bewahren und zu betätigen, den Du Dir erarbeitest, den wir uns bewahrt haben. Denn wir gehören in einer Weise doch zu den Unbeirrbaren, zu einer besonderen Spielart allerdings, deren Zugehörige, und glaubten sie zu wissen, dass morgen die Welt unterginge, heute doch einen Baum pflanzen würden, am besten einen, der Zuckerschoten trüge. (2000)

Barbara Distel zur Ehrenpromotion

Am 18. Oktober 2000 verlieh die Technische Universität Berlin der Leiterin der KZ Gedenkstätte Dachau die akademische Würde einer Ehrendoktorin. Das geschah vor einem Publikum, dass sich in dem zu kleinen Hörsaal eng drängte und mehrfach bezeugte, wie sehr es die Persönlichkeit und die Arbeit Barbara Distels schätzte.

Der Präsident der Hochschule, der die festliche Veranstaltung eröffnete, begründete, worin die Bindungen der so Geehrten zu Berlin bestehen: Barbara Distel wirke in einer Anzahl von hier angesiedelten und tätigen Gremien, die sich um die Arbeit und die Geschicke der Wannsee-Villa und des Unternehmen Topographie des Terrors kümmern und mitunter auch sorgen müssen, sie wäre gelegentlich an der Ausbildung von Studenten und Doktoranden beteiligt, nehme an der Arbeit des Zentrums für Antisemitismusforschung teil und gebe gemeinsam mit dessen Leiter Wolfgang Benz die Dachauer Hefte heraus. Dies letztgenannte Verdienst allein würde die Ehrung gerechtfertigt haben, wurde doch mit dieser Reihe das gewichtigste Publikationsorgan zur Geschichte der Konzentrationslager geschaffen, die im Zentrum des Terrorapparats des deutschen Faschismus standen. In den Heften kann veröffentlichen, wer Qualität liefert und das Mitzuteilende auf solider Basis zu stützen vermag.

Wolfgang Benz trug die Laudatio vor, ebenso warm wie sachlich. Er verwies auf die Stellung des KZ Dachau im Naziregime als dem Modell für weitere Marterstätten und als Schulungsanstalt für deren brutal-skrupelloses Personal. Er nannte die Gedenkstätte, an deren Aufbau Barbara Distel seit 1964 beteiligt ist, den derzeit meist besuchten unter vergleichbaren Orten geschichtlicher Erinnerung. Er hob hervor, dass es deren Leiterin nicht darum zu tun sei, eine mehr oder weniger flüchtige Betroffenheit zu erzeugen, sondern stabile und dauerhafte Kenntnisse zu vermitteln, die Haltungen und Handlungen zu begründen vermöchten.

Barbara Distel sprach dankend von den Hoffnungen, die sie gehegt hätte, als im Jahre 1995 und am Jahrestag der Befreiung der Überlebenden des Lagers ihre und anderer Arbeit eine besondere Hervorhebung erfahren und es den Anschein hatte, als würde diese Arbeit von Staatswegen und aus der Gesellschaft nun stabile Förderung erfahren. Diese Hoffnungen hätten sich indessen nicht erfüllt. Die wichtigste Feststellung ihrer Ansprache besagte jedoch, dass wir den Opfern die Essenz unseres Wissens verdanken. Das Wort gehört eingerahmt und in die Ohren aller, die das vergessen oder bisher nicht zur Kenntnis genommen haben und glauben, sie könnten am besten allein aus Akten der Täter die reine Wahrheit filtern (und die das mit einem bemerkenswerten Mangel an historischer Phantasie tun), um sie der erstaunten Mitwelt anspruchsvoll mitzuteilen. (2000)

Zehn Jahre Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung

Grußwort aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Haus der Demokratie, Januar 2001

Zehn Jahre sind für eine wissenschaftliche Gesellschaft kein Zeitraum des besonderen Aufhebens verdienen würde. Mit der unsrigen steht es ein wenig anders. Davon gleich mehr. Zuvor aber sei eine Bemerkung zu dem ja nicht selbstverständlichen Umstand verloren, dass ich und nicht eine der Gründungsmütter oder ein Gründungsvater hier das Wort nehmen darf. Bis zum gestrigen Abend war ich noch der Meinung, dass mir dies angetragen wurde, weil ich hochwahrscheinlich für diese Rolle am 20. Geburtstag der Gesellschaft nicht mehr zur Verfügung stehen werde. Mit dieser Begründung ist sie mir freilich nicht angetragen worden. Doch wurde ich eben noch anhand von Dokumenten davon überzeugt, dass ich am 24. März 1992 an der Gründungsversammlung der Gesellschaft teilgenommen habe, auf der anwesend waren: Brigitte Berlekamp, Ursula Adam, Erika Schwarz, Heidi Grünthal, Werner Röhr, Gerhart Hass, Dietrich Eichholtz. Diese Aufzählung kann unvollständig sein. Nachmeldungen werden also noch entgegengenommen.

Was nun folgt ist weder ein Rechenschaftsbericht noch gar eine Bilanz über ein Jahrzehnt. Die stünden dem Vorstand zu und der hätte damit auch nicht zu viele Arbeit sich zu machen, denn die hier Versammelten haben an der Tätigkeit unserer Gesellschaft so viel Interesse gezeigt und so viel Teilhabe, dass ihnen die jüngste Geschichte nicht noch einmal erzählt werden muss. Nein, hier wird nicht mehr geboten als ein Grußwort und das hat unser zehnjähriges Unternehmen wohl verdient. Ich beginne mit dem keineswegs vorhergesehenen Resultat, das mit der Bezeichnung *Wunder* gewiss überhöht gekennzeichnet werden würde. Es lässt sich in vier Worte fassen: Es gibt uns noch. Ist es kein Wunder, so ist es doch auch nichts weniger denn selbstverständlich wie allein die Frage verdeutlichen kann, ob denn jemand einen einigermaßen ansehnlichen Betrag daraufgesetzt haben würde, dass diese Gesellschaft ihren 10. Jahrestag überhaupt erreichen werde. Denn entstanden ist sie ursprünglich doch aus jenen Zerfalls- und Untergangsprozessen der DDR, genauer ihres Akademie- und Hochschulwesens. Ohne diesen Untergang gäbe es diese Gesellschaft nicht. Sie begann sich aus einem Teil einer viel größeren Erbmasse zu entwickeln, die niemand übernehmen wollte. Sie gab anfänglich ein wenig bemerktes Signal, dass diejenigen, die zumeist ihre angestammten Arbeitsplätze verloren hatten, sich ihren Leisten nicht wollten nehmen lassen. Sie entstand aus einer Situation der Selbstverteidigung.

Dass es dabei nicht geblieben ist, war und bleibt eine der Existenz- und Entwicklungsbedingungen dieser Gesellschaft. Der Gefahr, eine Vereinigung der Ehemaligen zu werden, ist sie auf zweifache Weise entgangen. Zum einen dadurch, dass diejenigen, die unter einem Gesichtspunkt unzweifelhaft „Ehemalige“ sind, forschend und publizierend weitergemacht haben, wenn auch unter radikal veränderten Makro- und sehr oft auch Mikrobedingungen. Zum anderen und wichtiger noch, dass sich diese Gesellschaft nicht auf die Teilnahme von einstigen DDR-Bürgern beschränkt, sondern sich erweitert und in einem gewiss unbefriedigenden Grad verjüngt hat. Sie hat, das wäre ein Verdienst schon zu nennen, denen, die bereits auf das Ende ihrer Forscherarbeit zugehen und sich bestimmte Meriten als Historiker verdient hatten, die Gelegenheit gegeben, neue Erkenntnisse (Korrekturen ihrer früheren eingeschlossen) zur Diskussion zu stellen. Und sie hat – und wiederum gilt: wichtiger noch – jüngeren ein Forum geschaffen, von ihren ersten Arbeiten auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaften zu berichten. Veranstaltungen der letzten Art schienen mir immer die besonders wichtigen gewesen zu sein und ich hoffe, dass diejenigen, die hier ihre auf dem Wege befindlichen Arbeiten darstellten, die zu Promotionen oder anderen Abschlüssen und zu Monographien führen sollten, sie auch in angenehmer Erinnerung behalten konnten und das, weil von seltenen Ausnahmen abgesehen, stets eine spürbare Haltung der Gleichberechtigung auch diese Debatten beherrschten und sie den Vortragenden wie den Zuhörenden Nutzen brachten. Dieses Arbeitsfeld sollte nicht aus dem Auge verloren werden, und diese Bemerkung führt mich schon zu wenigen Überlegungen für die Zukunft.

Stärker als wohl nicht nur ich es erwartet habe, sind Faschismus und Zweiter Weltkrieg Forschungsgegenstand nun schon der dritten Generation von Historikern geworden und geblieben. Die Ursachen dafür scheinen im Vergangenen und im Gegenwärtigen zu liegen. Die Jahre zwischen 1933 und 1945

und insbesondere die letzten vier Jahre der Nazidiktatur haben in der krassesten Weise erkennbar gemacht, wessen der Mensch des 20. Jahrhunderts fähig war und niemand vermeint ernsthaft, dass ihm die da bewiesenen Fähigkeiten mit dem Überschreiten der Jahrhundertschwelle verloren gegangen seien. Mithin ist dem Historiker die Frage geblieben, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen Menschen diese oder jene Seiten ihres Vermögens entwickeln und zur Geltung bringen. So sehr sich Fragen an die deutsche Geschichte in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auch im letzten Jahrzehnt in den Vordergrund gedrängt haben und ihren Platz fanden, – er ist etwas ostlastig besetzt wie bekannt –, so hat das vielberufene Ende der Nachkriegszeit doch zu nichts weniger geführt als zu einer weitgehenden Abkehr von den Forschungen über die Kriege der ersten Hälfte und den Faschismus. Worunter mir deren Behandlung und Erörterung aber zunehmend zu leiden scheint, ist eine Vereinzelung des Interesses und damit einhergehend die Vernachlässigung der Klärung übergreifender Fragen. Zwischen Geschichtsschreibung, Geschichtstheorie und Geschichtsphilosophie scheinen sich immer tiefere Gräben aufzutun. Das kann für die Stellung der Geschichtswissenschaft in der Gesellschaft nicht folgenlos bleiben und wird ihr früher oder später einen Aufmerksamkeitsverlust eintragen. Dass die mit den Namen Goldhagen, Finkelstein, Wehrmachtsausstellung bezeichneten Debatten überhaupt die Rolle gewannen, der wir uns erinnern, hing wohl zu einem nicht geringen Teil eben damit zusammen, dass in ihnen ethische, moralische, psychologische und philosophische Fragen zur Sprache kamen, mit wehem Tiefgang, das sei hier dahingestellt. Das wäre eine Überlegung, die – diskutiert – für unsere künftige Arbeit ein Gewicht haben könnte.

Die zweite betrifft auf den ersten Blick eine Merkwürdigkeit. Die Gesellschaft, die sich geradezu stündlich über die Entwicklung von Aktienkursen und andere Wirtschaftsdaten unterrichten lässt, zeigt wenig Interesse für Wirtschaftsgeschichte. Und die Historiker tun bemerkenswert wenig, dem im Rahmen ihrer Möglichkeiten abzuhelfen. Erst die politischen Auseinandersetzungen um die missachteten Ansprüche der Zwangsarbeiter und den Verbleib des den Juden geraubten Eigentums haben hier eine begrenzte gesellschaftliche Aufmerksamkeit bewirkt. Gemessen aber am Platz und Gewicht, den wirtschaftliche und mit ihnen verbundene Herrschaftsinteressen für den Verlauf der Geschichte besitzen, führt die Wirtschaftsgeschichte geradezu ein kümmerliches Dasein. Der gegen die DDR geführte Wirtschaftskrieg wird weitgehend beschwiegen, so viele Arbeiten über deren Geschichte vorgelegt worden sind. Da unsere Gesellschaft über Potenzen verfügt, sich mit den hier nur angedeuteten Fragen auseinander zu setzen, sollten wir auch darüber nachdenken, ob wir das nicht stärker tun müssten

Drittens und hier letztens sei gefragt, ob unsere Zusammenkünfte und jedermanns Arbeit nicht dadurch gewinnen könnten, dass wir uns der Geschichte der Geschichtsschreibung in einem angemessenen Umfang zuwenden. Sie bildet in der Ausbildung der Historiker ein seit langem an den deutschen Universitäten vernachlässigtes Gebiet und dies mit Folgen. Für den Gebrauch der Studenten und nicht nur für diese ist kein – neuere Fragestellungen berücksichtigender – sÜberblick über die Geschichte der Historiographie zur Hand. Und die Historiker können sich am wenigsten damit trösten, dass es in den anderen Wissenschaften mit der Hinwendung zu ihrer jeweiligen nicht besser steht. Die Lage stärkt das Selbstgefühl, Neues gefunden zu haben, während nur das Alte nicht zur Kenntnis genommen wurde. Meine Vorschläge laufen, wie sie wohl bemerkt haben, darauf hin, das Verhältnis zwischen der Detailforschung und deren Zuordnung zum Ganzen programmatisch zu bedenken, theoretischen Fragestellungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und das erfordert gewiss, dass wir uns wenigstens der Mithilfe von Nachbarwissenschaften zu versichern suchen.

Nun aber zurück auf den Boden dieses 10. Jahrestages. Der kann nicht verlassen werden, ohne dass vor allem der Gründer und der Pioniere gedacht und ihnen gedankt wird. Diejenigen, die diese Gesellschaft in das Vereinsregister eintragen ließen, sie also dem Amte bekannt machten, waren Werner Röhr, Gerhart Hass und Brigitte Berlekamp. Wenn aus dieser Gruppe der Beginner einer herausgehoben wird, dann Werner Röhr, der diese Gesellschaft, die zu einem erheblichen Teil sein Kind war, durch die frühen Kindheitsjahre gebracht hat. Dies unter persönlichen Existenzbedingungen, die dieses Verdienst nur zusätzlich als ein besonderes erscheinen lassen. Unlängst beging er seinen 60. Geburtstag und dazu wurden ihm mehrfach die üblichen Wünsche dargebracht. Sein Anteil erscheint

wohl niemandem dadurch gemindert, dass er die Mitgliedschaft der Gesellschaft später nicht glaubte aufrecht erhalten zu können. Unsere Verbindung blieb als diejenige zum Verleger und Herausgeber der Halbjahresschrift erhalten, die diese Gesellschaft und ihre Arbeit in besonderem Grad bekannt gemacht hat und diese Rolle hoffentlich lange weiterspielen kann. Dafür erscheint eine verbindliche Absprache zwischen dem Vorstand unserer Gesellschaft und dem Verleger notwendig. Von dieser Schrift und ihrem Vorgänger, dem Bulletin, reden, heißt einen ausdrücklichen Dank an Brigitte Berlekamp zu richten. Und so geringfügig die Einnahmen dieses Vereins waren und bleiben werden, so groß ist der Anteil, den sich Margarete Piesche erworben hat, die D-Mark und nun deren Nachfolger zählend, verwaltend und unser Vermögen einsetzend mit Verantwortung.

Der NS-Staat

Alte und aktuelle Auseinandersetzungen um sein Wesen und seinen Charakter

Vortrag in Leipzig, 13. Juni 2001

Drei Bemerkungen vorweg:

Erstens habe ich mich auf die Bezeichnung NS-Staat als eines Kürzels im Titel unserer Veranstaltung eingelassen, weil ich annehme, dass sich niemandem damit die Vorstellung verbindet, dies sei ein Abschied von der Verwendung des Begriffs Faschismus. NS, die Abkürzung für Nationalsozialismus und nationalsozialistisch, vorkommend in Verbindungen mit Staat, Diktatur, Führerschaft, Volksgemeinschaft usw., ist mir stets als eine nur verschämte Distanzierung vom Etikettenschwindel derer vorgekommen, die sich nationale Sozialisten nannten, und zugleich als der Versuch erschienen, den Begriff Faschismus zu meiden und sich damit einer Verallgemeinerung zu verweigern, für die es vielmehr gute und überprüfbare Gründe als berechtigte Gegengründe gibt.

Zweitens: Ich bin gar nicht sicher, ob die Veranstalter bei der Formulierung wirklich gemeint haben, die Sicht auf den Faschismus solle sich auf den Staat und die Auffassungen von ihm beschränken. Dennoch habe ich das Angebot wörtlich genommen und werde vor allem von diesem deutsch-faschistischen Staat, der zum italienischen Staat Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufweist. Das schließt ja nicht aus, dass Gespräch, Kritik und Streit das Thema ein wenig ausweiten.

Drittens: Die NS-Diktatur wird heute in den politischen Auseinandersetzungen vor allem im Doppelpack erwähnt, als eine der „zwei deutschen Diktaturen“. Das bezeugt die Wiederbelebung eines Leichnams, der eine Zeit lang nicht nur totgeglaubt wurde, sondern in allen ernsthaften Diskussionen unter Gesellschaftswissenschaftlern auch keine Rolle mehr spielte. Ich habe nicht die Absicht, mich an dieser Galvanisierung zu beteiligen, wenn ich mich auch Fragen zu diesem Gegenstand nicht entziehen will. Notwendig erscheint mir, soll hier Aufklärung bewirkt und nicht Nebel verbreitet werden, dass die Geschichte der DDR – und die ist von der Geschichte des DDR-Staates nicht abzukoppeln, geht aber in ihr auch nicht auf – erforscht und dargestellt wird. Die merkwürdige Trennung, diese Bemerkung erlaube ich mir zum Programmentwurf der PDS, zwischen den Leistungen der einstigen DDR-Bürger und der davon feindlich abgehobenen Rolle der SED, erscheint mir gewaltsam, geschichts- und tatsachenwidrig.

Damit zur Sache:

Es scheint, dass die verschiedenen Strömungen der idealistischen wie der materialistischen Geschichtsschreibung, die sich theoretisch wie methodisch unterscheiden lassen, sich doch an einem Thema oder Gegenstand schließlich erschöpfen oder wie es neudeutsch wohl heißen würde: abarbeiten können. Das hat mehrere Ursachen. Die Zahl der rationellen Antworten auf eine an die Geschichte zu richtende Frage ist endlich. An einem bestimmten Punkte sind diese Antworten gegeben, vorausgesetzt, dass der Gegenstand oder das Thema eingehend untersucht worden ist, so dass für Spekulationen wenig oder kein Spielraum mehr bleibt. Das eben ist wohl im Hinblick auf die deutsche Geschichte und den faschistischen Staat der Jahre 1933 bis 1945 der Fall zu sein. Neue Angebote zum theoretischen Verständnis der Zeitspanne liegen nicht vor, was nicht ausschließt, dass an der Modifizierung oder Begründung der alten weitergearbeitet wird.

Der zweite Grund dafür, dass die Skala der möglichen Interpretationen vollständig entwickelt und alle Marken auf ihr verzeichnet sind, ergibt sich aus der Tatsache, dass das Gebotene alle Interessen befriedigt, die sich auf den Gegenstand richten. Auch davon lässt sich im Hinblick auf die Erklärungen zu Wesen und Rolle des faschistischen Staates sprechen. Wer sich bedienen will, findet ein Angebot, sei es Wahrheit, Legende oder Lüge.

Um von den Interessen auszugehen, die von neuerer Geschichtsschreibung so nachlässig und nichtachtend behandelt und – abwertend – gar zu den robusten Kategorien gezählt werden: Als der deutsche Faschismus geschlagen war, erhob sich die Frage nach den Schuldigen und Verantwortlichen. Das war nicht nur eine abstrakte Frage, sondern für die einen eine Frage von Leben oder Tod, für andere von

Freiheit oder Gefangenschaft, für dritte von Verteidigung ihres Eigentums oder Enteignung, für Millionen von Zurechnung zu den Belasteten oder den Mitläufern usw.

Sogleich standen sich zwei Konzeptionen gegenüber. Die eine suchte die Antwort auf alle an den Faschismus zu richtende Fragen ganz in die Person Hitlers zu legen, was seinen Ausdruck u. a. in Formulierungen wie Hitlerregime, Hitlerdiktatur, Hitlerstaat, Hitlerherrschaft, auch Hitlerverbrechen usw. fand. Es entstand das Bild einer Ein-Mann-Diktatur. Der positive Kult um den Führer schlug in einen ebensolchen negativen um. Einst war Hitler der Quell aller Wohltaten und Siege, nun derjenige allen Elends, jedes Verbrechens und auch der Niederlage.

Die Geschichtswissenschaft ist von diesem Bilde weit abgerückt, das nichts desto weniger in der (west-)deutschen Gesellschaft quicklebendig geblieben ist, weil es unausgesetzt durch das massenwirksamste aller Medien genährt wird. Schon die Hauptüberschriften von Fernsehsendungen machen das deutlich. Dieses Bild, das soll nicht unterschätzt werden, ist zum einen hochbequem. Es stellt ganz geringe geistige Ansprüche. Doch es hat auch seine gesellschaftspolitische Bedeutung nicht eingebüßt und wird sie in absehbarer Zeit kaum verlieren. Sie besteht schlicht darin, die deutschen Oberschichten, die Eliten aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft in den Augen der Zeitgenossen ganz von der geschichtlichen Rolle ihrer Vorgänger zu entlasten und diese von aller Schuld am Aufkommen, dem Machtantritt der Faschisten und dessen Folgen freizusprechen. Derlei Entlastung und Freispruch gilt heute mitunter auch noch Personen, aber mehr noch den Gruppen der Beteiligten, denn deren Klassen-, Schicht- oder Kastengenossen bestimmen doch nach wie vor die Geschicke in Gesellschaft und Staat weitgehend. Das soll nicht nur aktuell gerechtfertigt werden, jede historische Legitimation ist willkommen. Das erwähnte Bild vom Hitlerstaat liefert sie perfekt.

Hier kann eingewendet werden, dass doch inzwischen die zweite und dritte Historikergeneration damit befasst ist, gerade das Bild dieser einstigen Eliten neu zu zeichnen. Ein gewisses Aufsehen erregte die Korrektur der Biographien von Historikern, die nach 1945 die Lehrer der (westdeutschen) Geschichtsprofessoren waren, die heute selbst schon emeritiert sind oder kurz vor diesem Lebenspunkt stehen. Doch zum einen ist in allen diesen Erörterungen die Rede vom Verhalten im faschistischen Regime, von den jeweiligen Rollen im schon existierenden Staat und nicht oder nur selten von denen in der Weimarer Republik. Die kann auch nicht in Sicht kommen, denn die Personen, um deren Biographien es geht, waren zu dieser Zeit Studenten oder Doktoranden und ohne jeden bedeutenden Einfluss. Zum anderen und wichtiger noch: diese Forschungen erreichen die den Massen der Deutschen angebotenen Publikationen nicht, sie spielen sich im Reich der Wissenschaft ab. Das Thema erheischt auch wenig allgemeines Interesse, es sei denn, es würde in einen größeren Zusammenhang gestellt.

Gleiches gilt – um ein weiteres Beispiel zu nennen – von kritischen Forschungen und Darstellungen, welche die Rolle der Kapitaleigner und -manager im faschistischen Staat betreffen. Deren Grenze lässt sich an Publikationen wie denen über die Geschichte des VW-Werkes oder der eben erschienen über die saarländische Röchling-Familie rasch ablesen. Auch neuere Veröffentlichungen beispielsweise über die Geschichte des Jenaer Zeiss-Werkes, diese obendrein im Kontrast zu denen aus DDR-Zeit, lassen das ungestillte Interesse erkennen, die Machtverhältnisse im Nazistaat auf Hitler und wenige Personen seiner Umgebung zu verengen. Die Serie „Hitler und seine Wirtschaftsführer“, wenngleich man sie Apologeten auch zutrauen kann, steht offenbar den Fernsehern demnächst nicht ins Haus.

Um es hier aber gleich zu sagen: Wenn das Bild vom Alleinherrscher Hitler offensiv bekämpft werden soll, dann ist dafür das Vorgehen auf zwei Linien notwendig. Auf der einen muss und kann nachgewiesen werden, dass er keineswegs der einzige Machthaber war, der alles erdachte, entschied, befahl usw. Und auf der anderen ist darzutun, welchen Platz dieser Hitler wirklich besetzte. Es ist darzustellen, was er und was nur er allein entschied, was er anderen überließ oder überlassen musste usw. Das führte in die Biographie des Mannes. Auf dieser zweiten Linie hat die Historiographie in DDR-Zeit versagt. Nicht ganz, denkt man an die Publikationen Wolfgang Ruges, aber doch im entscheidenden Punkte, der Kennzeichnung Hitlers in seiner Rolle als Reichskanzler (1933), Staatsoberhaupt (1934),

auch faktischer Oberbefehlshaber der Wehrmacht (1938) und schließlich als Oberbefehlshaber des Heeres (1941).

Die zweite der eingangserwähnten Konzeptionen – der ich mich nun zuwenden will – suchte gerade die Rolle derer bloßzustellen, die von der erstgenannten ausgeblendet wurden. Auch hier waren politische Interessen von vornherein im Spiel. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um die geschichtliche Begründung der Notwendigkeit einer revolutionären Wende in der deutschen Geschichte. Die Erfahrungen des Faschismus boten dafür hinreichend Fakten und Zusammenhänge, vorausgesetzt eben, dass das Jahr 1933 nicht als Spiel von Zufällen, als historischer Betriebsunfall, als Einbruch einer machtgeilen Clique in die deutsche Geschichte missdeutet wurde.

In dem Bemühen, die Rolle von Angehörigen der herrschenden Klassen und Schichten beim Untergang der Weimarer Republik und bei der Etablierung des faschistischen Staates nachzuweisen, ist in DDR-Zeit viel Holzschnitt geliefert worden. Differenzierung war in der Wissenschaft nicht gefragt, auch schwierig. Vordem war in der Praxis der Enteignungen kaum differenziert worden. Dass die Masse der mittleren und kleinen Kapitalisten auf das Staatsganze ohne Einfluss geblieben waren, dass sie in den Vorkriegsjahren bereits vielfach Geschädigte der Aufrüstungspolitik wurden, dass sie in den Kriegsjahren dann sich mehr und mehr dem in staatlichen Machtorganen organisierten Kräften der Großindustrie zu unterwerfen hatten, das kam in der Geschichtsschreibung kaum vor. Die nicht monopolistische Bourgeoisie war nichts weniger als eine Gegnerschaft des Regimes, sie hatte in Vor-Krieg und Krieg profitiert, sie hatte – nicht durchweg – aus der Judenenteignung Nutzen gezogen, sie war an der Ausbeutung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter und auch von KZ-Insassen beteiligt gewesen. Aber wenn es – von Lokalem und Regionalem abgesehen – um staatspolitische Entscheidungen ging, war sie so bedeutungslos wie die Masse der übrigen Bevölkerung. Auf Sonderinteressen dieser Fraktion der Bourgeoisie musste Rücksicht nicht genommen werden.

Im Hinblick auf „Trusts“ und Konzerne war das anders. Hier existierten von Beginn der faschistischen Diktatur nicht nur ausdrücklich oder stillschweigend vereinbarte gemeinsame Interessen, sondern auch Abhängigkeiten und begrenzte Handlungsspielräume auf beiden Seiten. Das wurde besonders deutlich am Beginn der Expansionspolitik. Das Bild, das Göring auf einem Donaudampfer kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich auf der Fahrt von Tulln nach Wien zeigt, inmitten deutscher und österreichischer Großindustrieller, spricht von dieser Kooperation, die nicht widerspruchsfrei verlief und verlaufen konnten, denn zwischen den Interessen eines einzelnen Konzerns oder einer Gruppe von Konzernen und den strategischen Interessen der politischen Führungsgruppe existierten Widersprüche. Das bei der Besetzung der Tschechoslowakei aufgekommene Wort „Wer kommt gleich hinter dem ersten Tank, das ist Direktor Rasche von der Dresdner Bank“ macht deutlich, mit welchem Feuereifer sich Monopolisten in die eben in deutschen Besitz genommenen Gebiete stürzten, um mit jener Tätigkeit zu beginnen, die harmlos „Neuordnung“ genannt wurde. Mit einem Feuereifer, der mitunter mit dem von den Staatsführern verfolgten nächsten Schritten nicht passgerecht war, denn die wünschten die gewonnenen Potentiale rasch für den weiteren Eroberungskurs zu nutzen. Da musste das Vorgehen ausgehandelt werden, denn die politischen Führer besaßen keine Chance, selbst wenn sie das gewünscht haben würden, etwa die Industrie Österreichs oder der Tschechoslowakei in eigene staatliche Regie zu nehmen. Sie waren und blieben auf die Experten des großen Kapitals angewiesen. Hier existierte ein Zustand gegenseitiger Abhängigkeit, den die 1933 geprägte Formulierung der Kommunistischen Internationale über das Wesen der faschistischen Diktatur nicht gedeckt ist. Indessen, auch das von Marxisten benutzte Bild des „Bündnisses“ der politischen und der wirtschaftlichen Führer scheint dieses Verhältnis voll auch nicht zu treffen und schleppt einen ziemlichen Erklärungsbedarf gleichsam hinter sich her. Bündnisse werden geschlossen, gehalten oder nicht, verletzt oder unbeschädigt gelassen, gekündigt, gelöst, aufgesprengt usw.

Dieses Zusammengehen erwies sich hingegen als von anderer, besonderer Natur. Von denen, die das Regime etablierten, nicht unter dem später behaupteten Zwang einer Revolutionsdrohung, lässt sich mit Goethe sagen, dass sie beim ersten Schritt frei, beim zweiten aber Knecht waren. Eine parlamentarisch zustande gekommene Konstellation lässt sich – wie massenhaft geschehen – relativ leicht wieder beseitigen und durch eine andere ersetzen. Im Falle einer faschistischen Diktatur steht das

anders. Mit Kündigungen ist da nichts mehr zu machen. Eine derartige Staatsmacht bedeutet auch von Seiten der führenden Kreise der Wirtschaft zum einen Machtbefestigung und -gewinn, zum anderen aber doch die Preisgabe eines Teiles ihrer Möglichkeiten, Macht zu beeinflussen und eben vor allem, die Mächtigen außer Dienst zu stellen. Man erinnere sich nur, wie leicht das im Falle des Sozialdemokraten Hermann Müller 1930 und sodann wieder mit Brüning 1932 geschehen war. In gewisser Weise stellt die Etablierung einer Diktatur auch für die mächtigsten Kräfte und Personen der Wirtschaft ein Abenteuer, ein Risiko, ein Unternehmen mit einem in vieler Hinsicht offenem Ausgang dar. Den Grad des Risikos mögen diejenigen, die es eingingen, nicht gesehen haben. Aber dass es existierte, war ihnen doch bewusst. Dies ist allein durch das Bild bezeugt, demnach Hitler und die anderen auf höchste Staatsposten aufrückenden Führer der NSDAP eingerahmt werden müssten, das doch besagen sollte, sie dürften einen gewissen Handlungsrahmen, den sie sich nicht selbst setzen dürften und der ihnen von fremder Macht gezogen werden würde, nicht überschreiten. Das war der Versuch der Risikominimierung, der Namen erhielt: Papen, Schwerin-Krosigk, auch Hugenberg. Die Besorgnisse erwiesen sich dann und auf Jahre hinaus als weitgehend unbegründet, und Hitler erwies sich wirklich wie gewünscht als der beste Mann, den die gegenrevolutionären, auf Großdeutschland fixierten Kreise der Wirtschaft seit 1918 gehabt hatten. Erst später wurde er ihr schlechtester. Diese Kennzeichnungen stammen aus einer frühen, aus den sechziger Jahren stammenden Arbeit des Historiker Günter Paulus, die seinerzeit scharf kritisiert und – schon gedruckt und ausgeliefert – wieder aus den Büchereien und Bibliotheken verschwand. Dieser Umschwung trat mit dem des Krieges ein, als die Siegerstraße verlassen und der Verlierer- und Katastrophenweg erreicht war.

Die marxistischen Historiker haben sich mit diesem Bild vom Rahmen schwergetan und es nur als das genommen, was aus ihm nach 1945 gemacht worden ist. Dann nämlich wurde behauptet, es hätte diese Einrahmung sich auf die Behauptung irgendwelcher gesitteter Herrschaftspraktiken und von Resten des Parlamentarismus gerichtet. Das war eine Zwecklüge. Aber den „Rahmenplan“, mit dem die neuen politischen Machthaber darauf festgelegt werden sollten, sich nicht auf populistische „sozialistische“ Maßnahmen andrängen zu lassen, den hat es wirklich gegeben.

Nun sind die Zeugnisse, namentlich aber nicht nur beigebracht von der marxistischen Historiographie, die davon sprechen, dass in diesem Regime alle Rücksichten auf die Behauptung und Festigung der Position der großen Bourgeoisie genommen wurden, so zahlreich, die Äußerungen äußerster Zufriedenheit der Wirtschaftsmächtigen mit den Schritten der Politiker so greifbar, dass sich das Bild, Hitler hätte allen und jedem gleichermaßen diktiert, dem Boss nicht anders als dem Proleten, sich Schwerreich und Bettelarm gleichermaßen unterworfen, doch nicht recht glaubwürdig machen ließ. Hinzu kam aber vor allem, dass mit dem Wandel in den aktuellen Zielen im Regime neue Prioritäten und Notwendigkeiten entstanden. Felder, auf denen Entscheidungen getroffen wurden, die dann auf anderen Spielräumen verengten, waren bestimmt. Anders ausgedrückt: Auf der Sturmbahn in den Krieg veränderte sich notwendig das spezifische Gewicht der Machtfaktoren im Staate. Notwendig wuchs der Einfluss der Militärs und die Rolle der auf die Kriegsbereitschaft gerichteten Entscheidungen. Hatte Hitler in einer der ersten Kabinettsitzungen, als der Bau einer Wasserstraße in Oberschlesien beraten wurde, noch darauf hingewiesen, dass bei derartigen Projekten auch militärische Überlegungen einzubeziehen seien, so determinierten die Entschlüsse, zum Kriege hinzugelangen, in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre immer auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen. Der Bau von Flugplätzen und Kasernen und schließlich der des sog. Westwalls zog immer mehr wirtschaftliche Potenzen von zivilen Zwecken ab, brachte der Baustoffindustrie riesige Gewinne und den Wohnungsbau weitgehend zum Erliegen.

Das Thema berührt, in einem Begriffspaar ausgedrückt, das Verhältnis von Wirtschaft und Politik, in diesem Falle von (vorwiegend) Rüstungswirtschaft und Militär- und Kriegspolitik. Wie dieses Verhältnis zu gestalten war, darüber existierten Meinungsverschiedenheiten jedoch nicht nur zwischen Finanzkapitalisten und den Regierungen, sondern auch innerhalb der Mächtigen von Bankwelt und Industrie, die ihre Wurzeln in den unterschiedlichen Interessenlagen besaßen. Manchen Wirtschaftsführern – Hjalmar Schachts war ihr Repräsentant – erschienen die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen auf dem Wege in den Krieg als zu alternativlos und zu abenteuerlich und sie wünschten,

sich mehrere Optionen offen zu halten, die Expansion auf friedlichem Wege ebenso wie kriegerische Eroberungen.

Nun sind die wesentlichen außenpolitischen Entschlüsse, wenn einmal der Kriegskurs eingeschlagen ist, nicht erst in faschistischer Zeit zwischen Politikern und Militärs und nicht mit Wirtschaftsführern und deren Gremien ausgehandelt und entschieden worden. Ein Blick in die deutsche Geschichte vor dem Ersten Weltkrieg bezeugt das. Wer den Krieg als Mittel zur Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Interessen akzeptiert, und das taten die führenden deutschen Industriellen, der delegiert notwendig einen weiteren Teil seines Einflusses auf den Staat, an die Politiker und an die Militärs, und er liefert sich ihnen in mehr oder weniger hohem Grad aus, in Abhängigkeit vom Kriegsverlauf. Das lernten die deutschen Wirtschaftsführer nicht erst nach dem 1. September 1939, das wussten sie bereits aus den Erfahrungen, die sie mit den Obersten Heeresleitungen, insbesondere mit Hindenburg und Ludendorff im Ersten Weltkriege gemacht hatten.

Unbestreitbar hat sich im Vor-Krieg und im Kriege dann zunehmend die relative Selbständigkeit der Staatsmacht verstärkt, das Gewicht der Politik und die das Schwergewicht ihrer Entscheidungen gegenüber den Mächtigen der Wirtschaft erhöht. Nachweislich sah nicht nur Hitler das riesige deutsche Einfluss- und Kolonialgebiet Deutschlands in Zukunft im Osten Europas. Aber an der Entscheidung, am 22. Juni 1941 die UdSSR zu überfallen – in diesen Tagen jährt sich das Ereignis zum 60. Male – , waren Bankiers und Industrielle unbeteiligt. Das gilt aber auch für alle Feldzugsentscheidungen vorher und war auch nicht spezifisch „faschistisch“.

Diese hier nur angedeutete Verschiebung der Machtanteile, die keineswegs Einfluss- und Machtlosigkeit der Wirtschaftsführer bedeutet und als Unterwerfung des Kapitals unter die politische Führungsgruppe missdeutet ist, kann mit dem Bilde von einer bonapartistischen Staatsform nicht erfasst werden. Es sind nämlich nicht unterschiedliche und gegensätzliche Klassen und Schichten, mit deren wechselnder Unterstützung die Staatsmächtigen sich behaupten, wie das im Falle des Regimes des dritten Napoleon der Fall war. Hier hat auch kein Machtkampf um Einflüsse mehr stattgefunden, sondern es beugen sich die kapitalistischen Wirtschaftsführer den unabweisbaren Notwendigkeiten der Unter- und Zuordnung aller verfügten Kräfte für die Kriegsvorbereitung und Kriegsführung im Wissen, dass nur durch sie der „Endsieg“ herbeigeführt werden kann. Dieses Verhalten wird ihnen ungemein erleichtert durch die täglichen Erfahrungen, dass sie schon an der Rüstung im Vor-Krieg und dann während des Krieges profitieren und dass sie am führenden Platz über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den Sieg gewährleisten sollen, zu eigenem Vorteil und Gewinn mitbestimmen. Wie das geschehen ist, darüber hat die DDR-Forschung vor allem aufklärend gewirkt. Es wurde gezeigt, dass Machteinbuße in einer Richtung mit Macht- und Profitgewinn in einer anderen einherging. Die Gewinne lagen auf der Seite der zunehmenden Unterordnung der nicht monopolisierten Industrie unter die riesenhaften Unternehmen, im Eindringen in die Wirtschaft der eroberten Länder, in der Anwendung von Methoden des glatten Raubs von Rohstoffen und Maschinen und der Plünderung und vor allem in der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, vor allem der Zwangsarbeiter aller Kategorien, aber auch der deutschen.

Die Politik des faschistischen Staates hätte im Vor-Krieg und Krieg nicht annähernd so erfolgreich sein können, wären die Kräfte der Nation und später die freiwilligen oder erzwungenen Hilfskräfte nicht aufs äußerste gebündelt worden. Zentralismus war ein Grundsatz des Herrschens, föderale Gewalten wurden beschnitten oder beseitigt. Umso merkwürdiger erscheint die in einer Entgegensetzung zur These vom Faschismus als einem Monolithen angebotene Deutung des faschistischen Regimes als einer Polykratie, die in manchen Färbungen bis zum Bilde vom Kampfe aller gegen alle getrieben worden ist und damit den vielen Geheimnissen um den Nazistaat ein weiteres hinzufügt. Wer auch nur einen flüchtigen Blick in die schriftliche Hinterlassenschaft des Regimes auf oberer und mittlerer Ebene geworfen hat, dem begegnet in der Tat ein permanentes Gerangel um Rechte und Vorrechte, Beachtung und Verletzung von Kompetenzen, Klagen und Anklagen der einen Institution oder Person über eine oder mehrere andere usw. Dies hat in der Literatur vielfach sich niedergeschlagen. Wenn es um die führenden Figuren im Nazistaat geht, so wissen auch historisch weniger beschlagene, dass der Heß den Ley nicht gemocht hat und umgekehrt, dass sich Goebbels und Rosen-

berg den Rang im Hinblick auf ihre Position in Ideologie und Propaganda abliefen, dass Göring und andere den Streicher zu Fall bringen wollte und Hitler dem schließlich Rechnung trug. Die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, lauten: Sind die Beziehungen der Politiker in parlamentarischen Systemen eigentlich Liebesbeziehungen oder unterscheiden sie sich von denen in der Diktatur nicht vor allem dadurch, dass Rivalitäten in unterschiedlichen Verhältnissen auch unterschiedlich ausgetragen werden? Wichtiger aber noch: Welche Wirkungen erzeugte dieses unbestreitbare Gerangel um Einfluss, Ansehen, Karriere? Hat es wirklich die Dynamik des Regimes begrenzt oder nicht – umgekehrt – sie verstärkt? Es ist wahr, dass Hitler diese Auseinandersetzungen seiner Mit- und Unterführer lange angesehen und auch geduldet hat. Aber tat er das nur, weil er gegebenenfalls die Rolle des Schiedsrichters beanspruchen konnte? Oder nicht auch, weil er erkannte, dass sich hier Ehrgeiz und Gefallsucht und Machtwille austobten, ohne zerstörerisch zu wirken? Und nicht auch, weil ihm aus diesem Wettbewerb Vorschläge zuwuchsen, aus denen er denjenigen auswählen konnte, der ihm zusagte? Das Bild von der Polykratie ist vor allem ungeeignet, den Effektivitätsgrad des Systems zu erklären. Wahr ist auch, dass in den zwölf Jahren faschistischer Diktatur im Staatsapparat Veränderungen vorgenommen wurden, durch die mitunter ein Wirrwarr der Kompetenzen entstand, was zu Reibungen zwischen Ministerien und anderen obersten Reichsbehörden führte. Bekannt ist dies z. B. als eine Folge der Schaffung der Vierjahresplanbehörde unter Göring 1936. Doch zeigt gerade dieses Beispiel, dass der Haupteffekt solcher Maßnahmen, die an Maßstäben eines „geordneten“ Staates – etwa der Weimarer Republik gemessen, als Kräfte verschwenderisch und chaotisch erscheinen mögen, in einer Konzentration der Staatskräfte und – über den Staatsapparat hinaus – in einer Mobilisierung der Gesellschaft bestand.

Der kritische Punkt in den Auseinandersetzungen um den Faschismus und den faschistischen Staat betrifft aber nicht seine Organisationsformen im Ganzen wie im Einzelnen, sondern das Thema der relativen Verselbständigung der Erscheinungen des Überbaus gegenüber der gesellschaftlichen Basis und den Interessen der sozialen Klassen und Schichten. Die Dimitroff zugeschriebene Definition des Faschismus an der Macht gab dafür nichts her, sondern führte – nicht notwendig, wie ich meine – eher in die Irre. Jedenfalls wurde die Feststellung, dass der Faschismus die Macht von Kräften des Finanzkapitals darstelle, meist entweder zu wörtlich genommen oder nicht weiter durchdacht. Tatsächlich aber waren und blieben die „Kräfte des Finanzkapitals“ und diejenigen im Zentrum der Staatsmacht doch zweierlei, das galt aufs Ganze gesehen wie auf die jeweils beteiligten Personen. Gewiss, unter den Regierenden finden wir nach 1933 mehrfach Personen, die vor ihrer Berufung zu Ministern der Hitlerregierung selbst zu den ökonomisch Mächtigen gehörten. Hjalmar Schacht, der Reichsbankpräsident, der 1933 zunächst wieder dieses Amt einnahm, sodann – 1934 – auch kommissarischer Reichswirtschaftsminister und zudem – 1935 – Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung wurde, gibt dafür das prominenteste Beispiel. Auch Alfred Hugenberg und sein kurzzeitiger Nachfolger im Amt des Wirtschaftsministers Kurt Schmitt – also die beiden Vorgänger Schachts – gehören in diese Kategorie. Ähnliches wird sich noch von dem Grafen Lutz Schwerin-Krosigk sagen lassen. Aber das sind doch Ausnahmen. Also: die Macht des Finanzkapitals *selbst* – das ließ sich nicht stützen. Ist von derlei personeller Besetzung die Rede, dann bietet das Kabinett des Franz von Papen, genannt auch Kabinett der Barone, ein viel beredteres Bild, und auch der Minister Warmbold in der Regierung Brüning tut das.

Doch geht es im Kern der Frage gar nicht in erster Linie um Personen und deren Biographien, sondern um eine Personage, die unter Bedingungen einer Diktatur wirkt, wie sie – trotz des italienischen Vorgängers, der partiell auch Beispiel war – bis dahin nicht gesehen wurde. Die Konstruktion dieses Staatswesens mit seinem übermächtigen Unterdrückungsapparat gab denjenigen, die an dessen Hebel saßen eine ganz außerordentliche Machtfülle an die Hand. Es genügt aus diesem Teil des Staatsapparates die Namen von Heinrich Himmler, von Reinhard Heydrich oder des Vorsitzenden des Volksgerichtshofes Freisler zu nennen, um sogleich zu erkennen, dass kein Mann im Staatsapparat der Weimarer Republik auch nur annähernd eine vergleichbare Macht besaß, die Befugnis, mit ein paar Strichen seiner Unterschrift über Leben und Tod zu befinden. Diese Entscheidungen, unwiderruflich ohnehin, unterlagen keiner Kontrolle und keiner Kritik. „Am meisten terroristisch“ – lautet die darauf

Bezug nehmende Formulierung in der Faschismusdefinition der Kommunistischen Internationale. Wenn darauf Bezug genommen wurde, dann erfolgte der Hinweis auf die blutige Unterdrückung der politischen und anderen Gegner des Regimes, auf die antifaschistischen Kämpfer zumal, auf Zuchthäuser und Konzentrationslager, auf Volksgericht und Fallbeil. Wenig oder nur am Rande und kaum theoretisch wurde thematisiert, dass diese Machtfülle so beschaffen war, dass sie sich auch gegen Angehörige der herrschenden Schichten, Menschen aus den Eliten der Gesellschaft, zu richten vermochte. Das zeigte zuerst blutig der 30. Juni 1934 mit den Morden an einem ehemaligen Reichskanzler, Kurt von Schleicher, der auch Reichswehrminister gewesen war, und einem weiteren General, Kurt von Bredow, Schleichers enger Mitarbeiter im Reichswehrministerium.

Dieser Umstand hat Angehörige der Oberschichten der Gesellschaft früh beunruhigt, und sie haben die Möglichkeit, dass sie selbst oder einer der ihren in einem Konzentrationslager „verschwinden“ konnten, keineswegs als einen Idealzustand angesehen. So kamen gewiss nicht aus Teilnahme an den Opfern aus der Arbeiterklasse und ebenso gewiss nicht nur – das war auch im Spiel – wegen des Ansehens des Regimes im Ausland Gedanken auf, das Terrorsystem mit seinen Konzentrationslagern jedenfalls teilweise abzubauen oder zu modifizieren, nachdem die neue Herrschaft 1934 gefestigt war. Die Führerschaft um Hitler hat sich darauf nicht eingelassen. Zu fest saßen in deren Köpfen auch die Erfahrungen des Weltkrieges und der Novemberrevolution. Es war dann Hjalmar Schacht, der – noch auf dem Zenit seines Ansehens – einen Vorstoß unternahm, die Praxis der Konzentrationslagerhaft den üblichen juristischen Verfahren wenigstens anzunähern. Er wünschte, dass eine Person, die in eines dieser Lager gebracht wurde, eine Möglichkeit erhielt, diese Entscheidung auf juristischem Wege und mit juristischen Mitteln überprüfen zu lassen. Dies haben Hitler und Himmler strikt abgelehnt, und es blieb bei der Praxis, die mit der Errichtung dieser Lager im Jahre 1933 eingesetzt hatte. Was Heydrich vorher – 1934 – schon angeordnet und dann in Erlassen mehrfach wiederholt und seinen Untergebenen eingeprägt hatte, war die Einschränkung der Macht der Staatsorgane auf mittlerer und unterer Ebene. Er hatte einen Riegel vor die Möglichkeit geschoben, dass diese etwa, wie aus den Reihen der NSDAP verlangt, Angehörige der Oberschichten unter der Anklage unsozialen Verhaltens in ein Konzentrationslager einwiesen. Für alle solche – faktisch dann unterlassene Fälle – war seine Entscheidung und Unterschrift als faktischer Gestapochef notwendig. Doch politische Unbotmäßigkeit konnte jeden hinter den Stacheldraht dieser Lage bringen, ohne dass ihm eine Chance blieb, irgendein Recht einzufordern.

Diese Entscheidung über die Fortexistenz des KZ-Systems bewährten sich im Sinne der Machthaber in der Krise des Regimes gegen Kriegsende. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 fand sich eine erhebliche Zahl, insgesamt gesehen freilich eine Minderheit, von Angehörigen namentlich aus Kreisen des Adels, des großen Grundbesitzes und der Diplomatie in Konzentrationslagern wieder, wenn auch unter Sonderhaftbedingungen. Die schlossen Todesdrohung nicht aus. Dass diese Gruppen zumeist überlebten, lag nicht nur in dem dann rasch nahenden Ende des Regimes begründet. Zweifellos hätte Himmler, wie er noch im April 1945 die Ermordung ausgewählter Insassen von Konzentrationslagern anordnete, auch weitere Mordbefehle gegen Personen im Umfeld des 20. Juli erlassen können. Doch Schacht, Adenauer und viele andere überlebten, und man mag sich fragen, was dieser Begrenzung an Kalkülen zugrunde gelegen haben mag.

Kurzum: Die Staatsmacht verselbständigte sich in einem Grad, dass sie alle vernichten konnte, die – aus welchen Gründen oder aus welchen Verdachtsmomenten heraus auch immer – als ihre Feinde auch nur galten. Niemand besaß noch die Macht, hier ein Halt zu gebieten. Und diese Konstruktion des faschistischen deutschen Staates erwies sich gerade in seiner Krisensituation und bis in seine Agonie hinein als stabiler denn der monarcho-faschistische italienische, der mit dem König und in dessen Umfeld ein Kristallisationszentrum der Opposition bilden konnte, das Mussolini durch einen unblutigen Putsch zu stürzen vermochte. Hitler hatte wohl nicht nur aus eigenem Machtgelüst 1933/34 definitiv entschieden, in diesem Punkte dem italienischen Vorbild nicht zu folgen, die vorfühlenden Hohenzollern abschlägig entschieden und die monarchistischen Organisationen verbieten lassen. Auch die Dienste des Kronprinzen und des Prinzen August Wilhelm blieben unbelohnt.

Die Frage der relativen Selbständigkeit der faschistischen Staatsmacht in Deutschland kann nicht „verabschiedet“ werden, ohne dass wenigstens dasjenige Argument berührt wird, das vor allen anderen als Beweis dafür ausgegeben wird, dass sich diese Staatsmacht im Kriege schließlich vollständig von allen rationalen Interessenlagen, namentlich auch denen des Kapitals, löste, ja diese zunehmend verletzte. Als dieses Argument gilt der Massenmord an den europäischen Juden. Nun ist nicht zu bestreiten, dass diejenigen, die sich als Erben von Marx sahen, diese Herausforderung wenig ernst nahmen. Zu koordinierten Anstrengungen, sich ihr zu stellen, ist es nicht gekommen. Das gilt für die Historiographie der DDR und – mehr noch – im Hinblick auf die wissenschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen den sozialistischen Staaten Osteuropas entwickelt hatten.

Zum Grundbestand nicht nur materialistischer Analyse von Antisemitismus und Judenverfolgung gehört die Erkenntnis, dass beide über Jahrhunderte von unterschiedlichsten Kräften kühl kalkulierend zweckvoll und zielgerichtet eingesetzt worden sind. Kalkulierend, d. h. unter genauer Vorausberechnung der materiellen und Herrschaftsvorteile, die sich aus dieser geistigen und praktischen Frontstellung ziehen ließen. Darüber aber ist mitunter vergessen worden, dass sich Machthabende und Machterstrebende des Antisemitismus nicht nur als eines Werkzeugs, also einer Sache außerhalb ihrer selbst bedienten, sondern dass es sich dabei um ein Element ihrer Ideologie handelte, an das sie „selbst besonders fanatisch glaubten“. (Kühnl, S. 209) Der Fanatismus der Antisemiten an der Staatsmacht wurde selbst zum Antrieb für ihre Entscheidungen und Handlungen. Das Problem, das sich im Hinblick auf den deutschen Faschismus hier auftut, ist aber das des Fortschreitens von Judendrangsalierung und -vertreibung zum systematischen Massenmord an allen Juden, die sich im Zugriffsbereich der Machthaber befanden. Diese Entscheidung wird im Staatsapparat vorbereitet und gefällt, ihre Ausführung mit dem Versuch der Geheimhaltung in diesem Apparat geplant, befohlen, zentral organisiert und geleitet. Dieser Schritt war nicht notwendig, aber über Stufen der antisemitischen Politik seit 1933 vorbereitet. Nur gibt die Charakterisierung keiner dieser Stufen eine Antwort auf die Frage her, unter welchem Einfluss es dann zu dem entscheidenden Sprung gekommen ist, der in den „Holocaust“ führte. Er war weder Resultat einer „inneren Logik“ der antisemitischen Ideologie noch unvermeidliche Folge der voraufgegangenen praktischen Schritte. Die Logik des Verbrechens erschließt sich jedoch aus den Hauptzielen der Außen–, das heißt der Kriegspolitik, genauer: aus den fest im Visier befindlichen Zielen, die sich mit der in den Köpfen der politischen Machthaber hausenden Vorstellung vom Endsieg verbanden. Das heißt aber, es geht fehl – und das ist mehrfach versucht worden –, wer den „Holocaust“ unmittelbar auch kapitalistischen Profitinteressen herleiten will. Die Untat bildet zum einen ein Spezialfall jener in Rede stehenden relativen Verselbständigung der Inhaber der staatlichen Macht. Aber machen sie mit diesem Morden von ihr auch einen – wie behauptet wird – Kapitalismus widrigen Gebrauch? Es sei, heißt es, dieses Menschenmorden weder zur Herrschaftssicherung notwendig gewesen, noch habe im Interesse der „ökonomisch Herrschenden“ gelegen. Das kann meines Erachtens nur unter zwei Voraussetzungen und bei zwei Auslassungen gelten. Erstens darf der Begriff Herrschaftssicherung, spricht man von 1941, dann nur Deutschland – also das Reichsgebiet in den Grenzen von 1939 bzw. 1940 – meinen. In den besetzten Gebieten, insbesondere in Jugoslawien und vor allem in der Sowjetunion war Judenmord in seiner unmittelbaren Wirkung auch – nicht allein – ein Element, das eroberte Gebiet, inzwischen zum Hinterland geworden, zu „befrieden“. (Dabei ist die Frage, welche disziplinierenden, abschreckenden Wirkungen von den Massakern an den Juden auf die nichtjüdische Bevölkerung ausgingen, noch immer eine ungelöste Aufgabe der Forschung.) Und zum anderen müssen im Kriege nicht nur die ökonomischen Interessen des damaligen Heute, sondern auch die des damals gedachten Morgen in die Betrachtung einbezogen werden. Die zeigen aber einen faschistischen Herrschaftsbereich, dessen Machthaber sich zunehmend vor dem Problem sehen, in seine Grenzen massenhaft nach den eigenen Kriterien unbrauchbare Bevölkerung gezwungen zu haben, Menschen, die als unnütze Esser, wirkliche oder vermeintliche oder potentielle Störenfriede und Seuchen- und Unruheherde angesehen werden. Kommt also das Zielbild des faschistisch-kolonisierten Osteuropas, wie es die Fassungen des „Generalplans Ost“ überliefern, in den Blick, dann wird erkennbar, dass und wie sich Irrationales mit Rationalem mischt und dass riesige Räume auch durch die Dezimierung der dort lebenden Bevölkerung beherrschbar, ausbeutbar und also profitabel gestaltet werden sollten. Als Entfernung von der Basis der

kapitalistischen Gesellschaft und als Verstoß gegen die in ihr regierenden Interessen kann das schwerlich interpretiert werden. Die Politik der Massenmorde an den Juden, den Slawen, Kriegsgefangenen und Zivilisten, an Sinti und Roma und den Behinderten sollte zum einen herrschaftsstarke „Arier“ nicht nur ideologisch, sondern auch biologisch konditionieren. Das betrifft die Sterilisation der wirklich oder vermeintlich erbkranken oder sonst nach Nazikriterien unbrauchbaren Deutschen und sodann die Tötung zuerst der „arischen“ Behinderten. Sie sollte zum anderen – außerhalb der Grenzen des Reiches – Millionen Menschen ausrotten oder unter tödliche Bedingungen stellen, die kurz- und mittelfristig nicht benötigt wurden. Fazit: dass sich der faschistische Staat an seinem Ende gegen die Basis wandte, aus der er hervorgewachsen war, lässt sich nicht stützen, dass er sich in seinen Schritten hochgradig verselbständigte, erscheint indessen unabweisbar. Und das bleibt eine unabweisbare Lehre, wohin eine Entwicklung führen kann, in deren Verlauf der Einfluss der Bevölkerungsinteressen gegen den Nullpunkt tendiert und ihn schließlich erreicht.

Alte und neue Wunderheiler

Unter den Historikern, die sich mit der Geschichte des Untergangs der Weimarer Republik befassen, existieren bis heute manch umstrittene und höchst unterschiedlich beantwortete Fragen, aber auch Aussagen, in denen sich Übereinstimmung spiegelt. Und diese betreffen nicht nur zweitrangige oder für die Beurteilung der Gegenwart belanglose Themen. Es wird – erstens – nicht bezweifelt, dass ein ganzes Bündel von Faktoren dafür verantwortlich war, dass die von Hitler geführte Nazipartei seit dem Ende der zwanziger Jahre einen massenhaften Zulauf verzeichnete. Unbestritten ist – zweitens –, dass sich unter diesen Faktoren solche von materieller und andere von geistiger Natur befanden und dass nationale, soziale und rassistische Demagogie sich deren Vorhandensein zu Nutze machen konnte. Zugegeben wird – drittens –, dass die Anteile, mit denen diese Faktoren am Aufkommen und dem Durchstoß der deutschen Faschisten zur Macht beteiligt waren, nicht gewichtet werden können, weil der Geschichtswissenschaft dafür eine verlässliche Waage nicht zu Gebot steht. Aber ungeachtet dieses Unvermögens ist außer Frage gestellt – viertens –, dass die sozialen Gebrechen der deutschen Gesellschaft ein Jahrzehnt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dass namentlich die Arbeitslosigkeit von Millionen Arbeitern und Angestellten samt deren Folgen in erheblichem Grad dafür mitverantwortlich waren, dass sich ein Teil der Betroffenen jenen zuwandte, die das Hakenkreuz gehisst hatten und unter ihm eine rasche und radikale Wende versprachen. Deren Locken erwiesen sich namentlich für Jugendliche und junge Leute, die nie in einem Arbeitsprozess gestanden, keine Beziehung zu Gewerkschaften und Arbeiterparteien gewonnen hatten, als anziehender als die Wege, die ihnen die Linke wies. Und schließlich – fünftens – wird auch nicht mehr darüber gestritten, dass den Entscheidungen der seinerzeit in Regierung und Gesellschaft Verantwortlichen nichts Schicksalhaftes innewohnte und dass sie Alternativen besaßen, gerade auch solche auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Felde, denen gegenüber die einen versagten, während sich die anderen mit dem Faschismus verbündeten oder das mindestens zu tun versuchten.

Es kann den Politikern, die heute an der Spitze der Bundesrepublik stehen, zugetraut werden, dass sie sich mit diesen Ergebnissen kritischer Durcharbeitung einer entscheidungs- und folgenschweren Phase der deutschen Geschichte irgendwann einmal bekannt gemacht haben. Dabei muss man nicht einmal in erster Linie an den studierten und promovierten Historiker Helmut Kohl denken. Nur ist nicht erkennbar, dass sie dieses Wissen in irgendeiner Weise für ihre gegenwärtigen Entschlüsse und Handlungen instrumentalisieren, will sagen: es für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit dem sich ausbreitenden Rechtsextremismus nutzbar machen wollen. Denn wenn auch kein zweiter Hitler vor den Toren steht, so ist doch die Frage längst unabweisbar geworden, was heute mit Erfolg (und das heißt auch: zurückgreifend auf geschichtliche Erfahrungen) getan werden kann, um einen Wandel der innenpolitischen Situation herbei zu führen. Die Spur der Getöteten und Verletzten gebietet das ebenso wie das Dasein der in Angst lebenden Ausländer, Obdachlosen, Behinderten, Homosexuellen und Alten, die fürchten müssen, Opfer werden zu können.

Indessen: die Weigerung den Dingen auch nur auf den Grund zu sehen, das ist die unverzichtbare Vorbedingung für Wandel schaffende Schritte, besitzt selbst schon eine – nicht an ihr Ende gekommene – Geschichte. Ein Beispiel? Als die grausigen Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Mölln, aus heutiger Sicht Vorboten einer Entwicklung, die sich erst vollständig entfalten sollte, kaum zurücklagen, waren wenig später Politiker und Ideologen zur Stelle, die für Beruhigung sorgten. Deutschland habe „Weimarer Verhältnisse“ nicht zu gewärtigen. Das würden „eindrucksvolle und machtvolle Kundgebungen“ in vielen Großstädten und die „unübersehbaren abendlichen Lichterketten überzeugend“ beweisen. Das 1994 gedruckte und verbreitete Fazit lautete: „Die übergroße Mehrheit unseres Volkes ist frei von Rassismus und Nationalismus.“ Das musste, so vollmundig sich die Behauptung las, nicht einmal bestritten werden. Nur hat diese „übergroße Mehrheit“, wie spätestens sechs Jahre später einzugestehen war, nichts bewirkt. Die Spur der Gewalttaten, die Reihe der Ermordeten und zu Krüppeln Geschlagenen war länger geworden.

Die zitierte Einschätzung findet sich in einer Publikation aus dem Umfeld des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, dessen Mitarbeiter ihr Augenmerk vorzugsweise auf

die in DDR existierenden rechtsextremen Jugendgruppen, deren Beurteilung und der gegen sie ergriffenen Maßnahmen richteten. Darauf fixiert und nach reaktionärer Mitgift aus dem „Realsozialismus“ fahndend, schrieb einer der Autoren, sich auf ungenannte Quellen berufend, Untersuchungen hätten gezeigt, dass „Frustrationserlebnisse wie Arbeitslosigkeit in keinem Zusammenhang zur Neigung zum Rechtsextremismus stehen.“ Das behaupten heute nicht einmal diejenigen mehr, die im Ganzen nach der freilich nicht mehr zitierten Losung „Weiter so, Deutschland“ verfahren und vor allem meinen, „die Szene“ durch Repression verunsichern und verkleinern zu können und ihr mit pädagogischen Initiativen den Nachwuchs abzuschneiden.

Die Experten des J. Gauck boten 1994 auch eine Prognose an, in der sie auf die Bedingungen zu sprechen kamen, unter denen der Rechtsextremismus anders als durch Kundgebungen und Lichterketten zurückgedrängt werden könne. Davon ausgehend, dass es in Deutschland eine „Asylrechtsfrage“, ja eine ganze „Asylrechtsproblematik“ gebe, die an anderer Stelle schon einmal als „bedrohliche und ausufernde Asylrechtsproblematik“ bezeichnet wurde und von der festgestellt wurde, sie gäbe den wichtigsten Boden für die Erfolge der Nazis und deren Verwandten ab, ja sie sei für deren Zulauf und Einfluss womöglich „sogar maßgeblich kausal“, gelangt der Verfasser zu der Vorhersage: „dass die Erfolgskurve des Rechtsextremismus einen Knick nach unten erhalten wird, wenn diese in der Asylfrage begründete Mitursächlichkeit wegfällt.“ Und deutlicher noch: Wenn „die Asylrechtsprobleme gelöst oder zumindest gemildert“ seien, dann wäre der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland „auf das in einem modernen europäischen Industriestaat übliche Maß zurückgeführt.“

Muss an derlei erinnert werden? Doch wohl, und das zu dem Zweck, damit dieses Wunderheilertum nicht vorzeitig in Vergessenheit gerät in einer Zeit, da andere Staatsautoritäten sich wiederum anheischig machen, probate Mittel zur Eindämmung des Rechtsextremismus anzubieten, und sich für vermögend halten, das Problem von Staates wegen zu meistern. Damals wollten Strategen in der Nähe der Behörde des Bundesbeauftragten den Nazis die Losung „Ausländer raus“ entreißen. Jetzt versprechen andere Strategen, ihnen die Führer zu entreißen, wonach der verbleibende Rest dann zunächst wie eine aufgescheuchte hahnlose Hühnerhorde herumirren und schließlich zu der Lösung Zuflucht nehmen wird, die entschwundenen braunen Hähne zu vergessen und sich nun den rosagrünen anzuschließen.

Gemeinsam haben diese Wunderheiler des Jahres 1994 und des Jahres 2001, dass sie eine doppelte Wahrheit und Erfahrung ignorieren: Ohne namentlich jungen Leuten, aber nicht nur ihnen, Berufsausbildung und Arbeit zu geben oder zumindest und vorläufig eine begründete Hoffnung darauf, wird ein Teil von ihnen ihren Protest gegen die Zustände dadurch ausdrücken, dass er sich auf der äußersten Rechten platziert und dieser Teil wird seine Führer hervorbringen. Und: ohne die existierenden sozialen Gebrechen zunächst einzugestehen und deren Ursachen zu benennen, wird ein Teil die Regierenden in diesem Staate verlogen finden und das wird ihm zusätzliches Argument für einen „Kampf“ sein, den sie auf der falschen Seite, mit untauglichen und verbrecherischen Methoden und letztlich, gemessen an ihren eigenen Grundinteressen, auch ergebnislos führen.

Feindbilder – Geschichtsbilder. Kontinuität und Wandel

Beitrag zur Konferenz: Grenzübertretungen – Umgang mit dem Anderen, Berlin, 7.-9. September 2001

Im deutschsprachigen Jubiläums-Brockhaus, der nahezu einhundert Jahre auf dem Buckel hat, fehlen die Suchworte „Feind“ und „Feindbilder“, nicht aber „Feindschaft“ und die wird definiert als „gegenseitiges Übelwollen zweier Personen“. Auch der Begriff „Erbfeind“ war den Herausgebern nicht wert, in ihr Nachschlagewerk aufgenommen zu werden. Offenbar wollten sie sich auf heikle Erörterungen nicht einlassen. Denn dass sie nicht gewusst hätten, dass den Deutschen Feinde markiert und Feindbilder tagtäglich vermittelt wurden, kann nicht gut angenommen werden. Ganz frisch waren diejenigen, die sich mit der Teilnahme eines deutschen Truppenkontingents an der sog. Strafaktion in China verbanden. Seine Majestät selbst hatten den in den Fernen Osten entsandten Landeskindern in zu mörderischem Vorgehen aufmunternden Worten das Feindbild von diesen Asiaten einprägen helfen. Und das Bild vom französischen „Erbfeind“, seit den Zeiten der napoleonischen Besatzung gepflegt, geisterte in deutschen Schulbüchern und daher auch in deutschen Köpfen mithin seit Generationen. Zwölf Jahre später, bei Beginn des Weltkrieges lauteten die chauvinistischen Devisen „Jeder Stoß – ein Franzos’, jeder Schuss – ein Russ’, jeder Tritt – ein Brit’“. Die Geschichte mancher Feindbilder – sie waren kein Monopol der Deutschen gewiss – ist in akademischen Abhandlungen mehr beschrieben worden als in populären Werken.

Heute lässt sich in deutschen Landen der Eindruck gewinnen, dass die Begriffswelt um den Wort-Kern „Feind“ wieder als heikel angesehen wird. Das Wort wird tunlichst vermieden. Wer es in politischen Zusammenhängen benutzt, gilt mitunter als jemand, der einen gedanklichen oder mentalen Defekt hat. „Feinde“ – so scheint es – sind eine Erscheinung von gestern und vorgestern. „Freund-Feind-Denken“ gilt vielen als Überbleibsel aus der Vergangenheit, insbesondere aus den Jahrzehnten des Kalten Krieges. Die sich von solcher Denkungsart nicht zu lösen vermögen, wirklich oder vermeintlich, erhalten Kennzeichnungen, die selbst wieder Feindbilder sind: „Ewig-Gestrige“, „Dogmatiker“, „Stalinisten“ oder „Betonköpfe“.

In Deutschland herrscht weithin ein Harmoniebedürfnis, mehr noch: eine Harmoniesucht. Wer nur richtig denke, müsse den Begriff „Feind“ eigentlich aus seinem auf die Gegenwart gemünzten Wortschatz streichen, jedenfalls wenn er unsere politisch-geographischen Regionen meint. Der bekannteste Verfechter dieser Sicht war der letzte Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Sein Bild vom „Europäischen Haus“, von dem er später sagte und schrieb, es sei ihm wie ein Geistesblitz in den Kopf gekommen, malte eine einträchtige Mieterschaft aus, die gutnachbarlich zusammenlebte und nur durch die jeweiligen Wohnungseinrichtungen voneinander unterscheidbar sein würde. Inzwischen wird dieses „Europäische Haus“ so uniform eingerichtet wie nur denkbar, als stammten alle Möbel von Ikea oder einem anderen Großlieferanten.

Nun ist nach den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts, das für Europäer und namentlich für die Deutschen geprägt war vom Erleben zweier Weltkriege und deren Folgen, vom Kalten Krieg und der Bedrohung durch einen Atomkrieg nur zu verständlich, dass es niemanden nach Leben tötenden oder auch nur bedrohenden Feindschaften verlangt. Selbstverständlich sind alle froh, die weitab von Gebieten leben, in denen geschossen, geplündert, gemordet, gebrandschatzt wird. Wen verlangt es nach einem Leben in den Kriegsregionen des Balkans? Wen nach Tschetschenien? Wer möchte in umkämpften jüdischen oder palästinensischen Landstrichen wohnen? Und wenn wir Grenzen und nahe Umgebung unseres Kontinents verlassen werden, verlängert sich diese Aufzählung von Gebieten, die besser zu meiden sind, zu einer Leporelloliste.

Dass Widersprüche in unseren Breiten und Längen in diesem Ausmaß nicht existieren, dass die hier vorhandenen anders ausgetragen werden können und sollen, bedeutet freilich nicht, dass es in Deutschland, um nun im eigenen Lande zu bleiben, Freund-Feind-Verhältnisse nicht (mehr) gibt. Zu sondern sind die realen von den fiktiven. Zu ergründen wären die hinter den einen wie die anderen liegenden Interessen. Und Klarheit zu gewinnen ist, wo die wirklichen Grenzlinien verlaufen und was das Gegenüber bedeutet. Kaum jemand dürfte der Feststellung widersprechen, dass die deutschen

Rechtsextremisten unserer Tage ein ganzes Arsenal von Feindbildern besitzen, manche scharf konturiert, andere nebelhaft verschwommen, nichtsdestoweniger aber für Aktionen orientierend. Diese Bilder haben ihre Namen und Aufschriften. Und die reichen bis Z wie „Zecke“ oder wie „Zigeunerjude“. Das letztgenannte sagt etwas – dies in Parenthese – über das unentwickelte Vermögen deutscher Staatsjuristen zwischen einer vulgären Beschimpfung und einem politisch-rassistischen Feindbild zu unterscheiden.

Nichtsdestoweniger, das Grundgesetz und andere Gesetze schränken die Verwendung von Feindbildern ein, bezeichnen Grenzen, die offenbar klarer gezogen werden könnten. Dem tragen die Rechtsextremisten, sich auch die Erfahrungen ihrer Vorfahren aus den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren des 20. Jh. zu Nutze machend, durchaus Rechnung. Entpersonifizierte Feindbilder lassen sich ungefährdeter verwenden. Sie werden insbesondere in Form von Horrorszenarien unter die Leute gebracht. Mit der Losung „Berlin, nicht Byrlyn“ sollte das Schreckbild einer von Türken „überfremdeten“ Stadt verbreitet werden, woran sich dann demagogische Losungen nahtlos anschließen lassen wie „Hamburg den Deutschen, Istanbul den Türken“. Ein anderes Schreckbild dieses Typs ist das immer häufiger aufgerufene von der „Islamisierung“. Wie verbreitet es ist, hat der juristisch noch nicht bis zum Ende ausgetragene „Kopftuchstreit“ um das Arbeitsrecht einer Lehrerin in Baden-Württemberg und einer Krankenschwester in Hessen verdeutlicht. Dass die Mitglieder der NPD und die in den „nationalen Kameradschaften“ Zusammengeschlossenen zu bekämpfende Feinde längst ausgemacht haben, bezeugt allein ihr Aufzug. Wozu denn sonst diese militärisch anmutenden Klamotten, wenn sie nicht dazu dienen, Stärke und Überlegenheit zu demonstrieren, Kampbereitschaft zu bezeugen, Abschreckung zu bewirken. Und von diesen ihren Feinden lebt in Deutschland heute eine auf mehr als 100 geschätzte Zahl nicht mehr, sind andere zu Krüppeln gemacht, dritte psychisch auf Lebenszeit geschädigt worden.

Gegen diese Entwicklung wurde vor mehr als Jahresfrist zum „Aufstand der Anständigen“ gerufen, eine Devise, die aufs Moralische und dessen Betätigung zielt. Anständige Deutsche gegen unanständige Deutsche? War das gemeint, kann das ernstlich gemeint sein? Sind Totschlag und Mord, vollendet begangen oder versucht an Ausländern, Behinderten, Obdachlosen eine Frage von Unanständigkeit? Oder haben wir es nicht mit einem von Feindbildern geleiteten politischen Verbrechertum zu tun? Das ist wünschenswert klar bisher nur in der Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ ausgedrückt worden, die eine treffende Antwort und einen Protest auf eine Fehlqualifizierung durch Karlsruher Richter darstellte.

Kurzum: Es scheint angemessen klar zu sagen, dass diejenigen, die Araber, Türken, Juden, „Neger“, kurzum Fremde zu ihren Feinden erklären, sie beleidigen, beschimpfen, hetzen, schlagen, ja bestialisch umbringen, wegen ihrer verbrecherischen Gesinnung und Untat *Feinde* einer menschenrechteachtenden Gemeinschaft sind und sollten folglich von denen, die in einer solchen Gemeinschaft leben wollen, als ihre Feinde gesehen, genannt und angenommen werden. Damit sind zwei Fragen nicht beantwortet: Erstens, wer oder was sie dazu gemacht hat. Zweitens, wie sie zu bekämpfen sind. Dem Tatbestand aber kann mit Verweisen auf Irrtum, Irreführung, desolates Elternhaus usw. nicht ausgewichen werden. Wir leben in Zuständen, in denen es Feinde gibt. Wenn diese nicht beschönigt werden sollen, dann kann auf den Begriff in unserem Sprachgebrauch nicht verzichtet werden.

Gegen dessen Gebrauch – wird er inflationär, geht er ohnehin fehl – wird mitunter eingewendet, dass dann unter Umständen Menschen, die gewonnen werden sollen, gerade erst in jene Gruppe hineingetrieben werden können, in der sie vorerst nur mit einem Bein stehen. Dem kann entgegengehalten werden, dass auch den jüngsten Anhängern rechtsextremer Gruppen klar gesagt werden muss, auf welchen Weg sie sich begeben. Das Verständnis, das der Erscheinung entgegengebracht wird, kann sich nur darauf richten, die Ursachen und Bedingungen zu verstehen, die das Aufkommen und die Verbreitung von Rechtsextremismus ermöglichen. Er selbst und seine Verfechter dürften nicht Objekte und Subjekte von Verständnis – nach der Devise: Alles verstehen, heißt alles verzeihen – sein, sondern von Widerspruch, Ablehnung und Kampfansage.

In der deutschen Nachkriegspolitik wurde häufig, wenn es um die Bestimmung der Haltung der Deutschen zum Naziregime ging, von Irregeführten gesprochen. In vieler Literatur geschieht das noch

heute. Das gab und gibt eine Entschuldigung ab, traf aber den Sachverhalt doch ungenau. Es lenkte von der eigenen Verantwortung für die eingeschlagenen Wege ab. Denn die Menschen können nicht in Anspruch nehmen, was für an Leinen oder Stricken geführten Hunde oder Rinder gelten mag. Zwischen den gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen für die Entstehung von Rechtsextremismus, zwischen Arbeits- und Perspektivlosigkeit und der individuellen Entscheidung existiert kein Automatismus. Von der Verantwortung des Einzelnen für seine Entscheidung kann nicht erst gesprochen werden, wenn er mit den geschriebenen Gesetzen in Konflikt gerät und vor Gerichtsschranken steht, sondern es sollte darüber Klartext bereits geredet werden, wenn die ungeschriebenen Gesetze des menschlichen Zusammenlebens verletzt worden sind. Insofern war die auf das Moralische hinzielende Losung vom „Aufstand der Anständigen“ durchaus eine richtige Herausforderung. Nur darf sie nicht so missverstanden werden, dass es sich allein um die Grenzlinie zwischen Anstand und Unanständigkeit handelt, was einzig auf Reklame für Tugendhaftigkeit hinauslaufen würde. Und zweitens – und ebenso wichtig und zur Auseinandersetzung direkt gehörend – erschöpft sich Unanständigkeit in dieser Gesellschaft keineswegs im Rechtsextremismus. Richtig verstanden kann die Losung vom „Aufstand der Anständigen“ eine revolutionierende Parole werden, wenn das auch nicht im Sinne ihrer Erfinder liegen mag.

Im zweiten Teil dieser Einleitung sollen einige knappe Bemerkungen über die Bedeutung von Geschichtswissen und Geschichtsverständnis für die Dammbildung gegen den Rechtsextremismus folgen. Dass die Ideologen der Ultrarechten der Verbreitung von Geschichtsbildern – auch da ihren Vorgängern folgend – einen besonderen Platz einräumen, steht außer Zweifel. Jüngst wurde in einer Internet-Aussendung anlässlich des Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges zusammengefasst, was nach den Wünschen der Absender geglaubt werden soll. Deutschland war an den beiden Weltkriegen unschuldig. Die Verantwortung für das Aufkommen des Faschismus tragen die Urheber des Versailler Vertrages. Deutschland führte unter Hitler 1939 einen gerechten Krieg gegen Polen usw. Die sich als Verteidiger der Deutschen gegen ungerechtfertigte Anklagen aufspielen, bieten groteske und zugleich plumpe Zerrbilder von deutscher Geschichte. Sie spekulieren kalt auf das Nichtwissen derer, an die sie sich richten, auf Vorurteile, Denkunwilligkeit und die Bereitschaft, alles abzulehnen, was wirklich oder auch nur vermeintlich von der Mehrheit der Gesellschaft als wahr angesehen wird. Sie präsentieren in langen Reihen Behauptungen und sind sicher, dass sie von ihrer Gefolgschaft nach Beweisen nicht gefragt werden. Sie vertrauen darauf, dass dieses Erwecken des Furor teutonicus nach 1918 schon einmal funktionierte. Und sie können mit den Umfrageergebnissen, in denen die Ausbreitung von Nationalismus in der Bevölkerung signalisiert wird, zufrieden sein. Sie mögen sich das auch als ihr Werk zuschreiben. Das ist es jedoch zum geringsten. Vielmehr wird ihnen zugearbeitet durch die Stifter jenes vorgeblich „gesunden“ Nationalbewusstseins, das sich etwa in den Darlegungen von Schäuble und anderen „Stolzdeutschen“ ausspricht. Mit Parolen wie „Nie wieder Deutschland“ oder „Scheißdeutschland“ ist dem nicht beizukommen.

Wer eines kritischen Blicks in deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts fähig ist, dürfte gegen die Werbungen der Rechten und Ultrarechten gefeit sein. Das heißt nicht, dass die bloße Verbreitung von Geschichtskenntnissen bereits einen Schutzschild gegen das Abrutschen in die NPD oder die sog. nationalen Kameradschaften abgeben würde. Es lässt sich davon ausgehen, dass die Angehörigen der Burschenschaften intelligent genug sind, um aufzunehmen, was ihnen im Geschichtsunterricht der Schulen anhand von Beweisen dargelegt worden war. Doch diese Wahrheiten passen ihnen nicht. Sie sind mit ihren Interessen und Vorstellungen nicht verträglich. Wenn die Schlüssigkeit von Beweisen allein schon die Wahrheitsverbreitung sichern könnte, hätten die Historiker – nicht nur sie, aber diese in besonderem Maße – ein leichtes Amt. Zudem ist berechtigt gefragt worden: Muss man exakt wissen, wie viele Juden von den Deutschen zu Nazi- und Welteroberungszeiten umgebracht worden sind, um sich zu sagen: Ich bringe keinen Juden und auch keinen Zigeuner und auch keinen Behinderten und auch keinen Homosexuellen um? Ich beteilige mich nicht an der Diffamierung eines einzigen von ihnen?

Kurzum: die Bedeutung von Geschichtswissen und -verständnis in der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten kann auch nicht überschätzt werden. Doch wäre es fraglos wichtig, wenn

Gleichaltrige befähigt würden, sich mit den Geschichtslügen auseinanderzusetzen und es so zu einem Streitgespräch in der Generation der Jugendlichen selbst käme. Das wirft die Frage auf, ob sie im Schulunterricht nicht nur gegen die Demagogen gefeit, sondern auch zur Widerlegung von deren Thesen befähigt werden. Da wäre eine gewisse Schwerpunktbildung bei der Behandlung der neuesten Geschichte verlangt. Um ein Beispiel zu nennen: Eine direkte Bedeutung hätte, denken wir an Vorkommnisse am 17. August d. J., die Vermittlung der wahren Biographie des Rudolf Heß. Dabei geht es nicht um die Person, sondern darum, den Neonazis ein von ihnen gepflegtes Idol zu nehmen, denn hier liegt ein Wunderpunkt dieses politischen Unternehmens. Es fehlt ihm an historischen Vorbildern, an Helden (glücklicherweise bisher auch an charismatischen Führerfiguren). Am Einzelfall käme es auch darauf an, die bevorzugten Kriegshelden zu demontieren, auf die man in diesen Kreisen Stolz ist. Das würde freilich voraussetzen, dass sich die Bundeswehr von etwas mehr als drei Dutzend ihrer Namenspatrone trennt, die sich an Kasernentoren und auf Kriegsgerät allen Protesten zum Trotz nach wie vor finden. Namentlich junge Leute suchen Helden, begeistern sich für Märtyrer. Die planmäßige Demontage derer, die den Marschierern als solche gelten, erscheint als lohnende und dringliche Aufgabe.

Nur dürfen die Rechtsextremen in ihren verschiedenen Strömungen, so sehr ihre Zeichen an Kleidung, auf Transparenten und Fahnen, so sehr ihre Parolen auch daran erinnern, nicht als der Aufstand der Vergangenheit gegen die Gegenwart angesehen werden. Dass sie sich so drapieren, besitzt mehrere Gründe. Zum einen ist ihr Aufzug natürlich die ärgste Provokation, der man sich in Deutschland bedienen kann. Neu erfundenes politisches Design würde das gleiche nicht zu leisten vermögen. Zum anderen bietet eine Gesellschaftsformation nur eine begrenzte und nicht beliebig erweiterbare Skala von politischen Verhaltensweisen, sieht man von Verrücktheiten und Clownerien ab.

Der Rechtsextremismus ist in Deutschland wie überhaupt in Europa eine Erscheinung des politischen und gesellschaftlichen Protestes gegen Erscheinungen der Gegenwart und gegen denkbare oder nur erfundene Fehlentwicklungen in die Zukunft. Der Streit darüber besetzt in den Auseinandersetzungen Platz eins. In Abwandlung des bekannten Diktums von Horkheimer ließe sich sagen: Wer nicht von dieser Gesellschaft, der kapitalistischen, reden will, der soll auch vom Kampf gegen den Rechtsextremismus schweigen. Die Historiker sind damit nicht auf die Marginalie gesetzt. Denn sie vermögen zumindest zu sagen: Wenn Menschen sich in der Geschichte so oder so verhalten haben, dann hat das zu diesen oder zu jenen Resultaten geführt. Und das sollten wir dann auch laut machen. Auf dem letzten Kongress des Historikerverbandes ist noch kurz vor seinem Beginn eine besondere Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus eingerichtet worden. Über ihre Ergebnisse war in der Öffentlichkeit nichts zu hören. Das kann an der Lautstärke gelegen haben. Vielleicht aber nicht nur daran.

Die Partei hat immer Recht

Vortrag am 5. Oktober 2001 in Greifswald

Mit keinem Lied, das sie einst sangen, verbanden sich für deutsche Sozialisten nach dem Jahre 1989/90 so beklemmende Erinnerungen wie mit der Hymne, die „der Partei“ galt und die deren Rolle nicht nur überhöhte, sondern sie mystifizierte. Diese Partei hatte jedem Mitglied nicht nur „alles gegeben“, sondern es auch „leise gestreichelt“. Von ihr, die als „Mutter der Massen“ apostrophiert wurde, waren sie „niemals verlassen“ worden und ihr „mächtiger Arm“ hatte sie gehoben. Mitglieder einer Partei, die ihre Geschichte mit guten Gründen auf die Aufklärung zurück zu führen vermochte, tauchten mit diesem Text in das Tiefe Dunkel des Irrationalismus – ein Vorgang für dessen Entschlüsselung es wohl der Gemeinschaftsarbeit von Historikern und Psychologen noch bedarf.

Autor dieses Liedtextes war der Lyriker und Schriftsteller Louis Fürnberg, der als er die Zeilen schrieb, ein bewegtes Leben hinter sich und von Weltzuständen am eigenen Leibe mehr erfahren hatte als die meisten seiner Zeitgenossen. Von ihm stammt auch die im schmissigen Vier-Vierteltakt geschriebene Melodie, die es ermöglichte das Lied selbst auf Märschen zu singen. Doch zumeist erklang es auf besonders heraus gehobenen Veranstaltungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wie Wahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen. Es bekräftigte das Selbstbewusstsein der Sänger, die führende Kraft zu sein und diese Rolle mit vollem Recht beanspruchen zu können, lautete der Refrain des dreistrophigen Liedes doch:

> Die Partei, die Partei, die hat immer recht,
> Und, Genossen, es bleibet dabei!
> Denn wer kämpft für das Recht,
> der hat immer recht
> gegen Lüge und Ausbeuterei!
> Wer das Leben beleidigt
> ist dumm oder schlecht.
> Wer die Menschheit verteidigt
> hat immer recht ...

Die Aussage, auf die es hier ankam, enthielt der erste Vers. Die Partei wurde zu einer Kraft erklärt, die *immer recht* hatte, eine Behauptung, die ihr eine besondere Kraft bescheinigte und zugleich doch mehrdeutig war. Im umgangssprachlichen Deutsch wird recht haben zumeist in dem Sinne verwendet, dass jemand – unter Umständen gegen eine andere Äußerung – das Richtige gesagt, die Wahrheit ausgesprochen habe. In gleicher Weise wird auch „im Recht sein!“ gebraucht. Es kann schwer bezweifelt werden, dass die Mehrheit der Sänger den Text in eben dieser Weise auffasste und damit eine Haltung bezog, die Überlegungen, Einwände, ja Widersprüche von Menschen, die außerhalb der Partei standen, der sie selbst angehörten, wenn nicht völlig abwies, so doch von vornherein abwertete und geringschätzte.

Die Parteimitgliedschaft postulierte mit den einleitenden Versen des Refrains einen Wahrheitsanspruch. Und der war älter als der Liedtext, der ja kaum angenommen worden wäre, wenn ihm nicht ein Selbstverständnis schon vorgearbeitet haben würde, das ebenso anmaßend wie naiv genannt werden muss. Historisch erwiesen war, dass die sozialistischen und kommunistischen Parteien und deren internationale Organisationen im Verlauf ihrer Geschichte als Folge ihrer Orientierung auf die von Marx und Engels begründete Gesellschaftsanalyse Situationen und Entwicklungen häufig richtig beurteilt hatten, während ihre Gegner gleichzeitig weit in die Irre gingen. Daraus wurde schon in den Frühzeiten der Kommunistischen Internationale, inmitten der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts, die eitle, von Stalin und den Ideologen und Politkern, die er an seiner Seite beließ, gepflegte Einbildung, der Alleinbesitzer des Schlüssels zur Wahrheit zu sein und ihn perfekt betätigen zu können. Der Anspruch, Recht zu haben, wurde verabsolutiert und am Ende blamiert. Er entwickelte sich zudem in Zeiten, in denen Theorie und Methode des Materialismus mehr und mehr dogmatisiert und entstellt wurden. Marxens Denkprinzip, an allem sei zu zweifeln, wurde nur noch gegen Andere, gegen Feinde und vor allem gegen so genannte „Abweichler“, die in der Geschichte der kommunis-

tischen Parteien die verschiedensten Namen erhielten, gerichtet. Als Fürnberg sein Gedicht schrieb, hießen sie vorzugsweise „Trotzkisten“ und „Titoisten“.

Im Grunde genügte ein Blick in die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands um sich davon zu überzeugen, dass die Wahrheit keineswegs „immer“ auf ihrer Seite gewesen war. Das betraf sowohl Frontstellungen in den politischen Kämpfen wie die Beurteilung von Situationen und Kräfteverhältnissen. Weitsicht und Kurzsichtigkeit waren da leicht aufzufinden. Neben der Erkenntnis, dass Hitler der Krieg sein werde, stand das Unvermögen, daraus taktisch angemessene Konsequenzen abzuleiten. Nur wer seine Sicht verengte, konnte vermeinen, dass niemand mehr Einsicht in die Geheimnisse der Weltzusammenhänge besessen habe und besitzen könne als die Kommunisten.

Nur gibt der Text, an den doch wie an jeden anderen lyrischen Text nicht das Maß wissenschaftlicher Genauigkeit und Tiefgründigkeit angelegt werden kann, auch eine andere Deutung her. *Die Partei hat immer recht* lässt sich als Ausdruck und Bekräftigung einer Haltung verstehen, die sich historisch im Recht weiß, die ihr Eintreten im vollständigen Einklang mit den Notwendigkeiten der Epoche und den Interessen der Massen glaubt, die in ihr leben. Und dafür sprechen Passagen des Gedichts, die wohl auch vermuten lassen, dass Fürnberg eben diese historische Legitimität im Kopfe hatte, als er schrieb: *denn wer kämpft für das Recht, der hat immer Recht.* Wer gegen *Lüge und Ausbeuterei* antrete, heißt es weiter, der habe *immer recht.* Das ist jedenfalls eine andere Bestimmung. Sie beruft sich schließlich auf das Ausschlaggebende: Recht hat, *wer das Leben verteidigt.* In einem anderen Liedtext Fürnbergs, der in der Freien Deutschen Jugend viel gesungen wurde und der mit den Worten einsetzt „Du hast ja ein Ziel vor den Augen ...“ steht am Ende das Zukunftsbild: „... damit Du einmal besser leben wirst“.

Die Verteidigung des Lebens, die sich in der Geschichte von Sozialismus und Kommunismus vor allem in der strikten Ablehnung von Völkerkriegen geäußert und bewährt hatte, die Gestaltung eines besseren Lebens aus eigenen Kräften, wofür es nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges keiner Begründung bedurfte, bildete für den Lyriker und Schriftsteller offenkundig die zentrale Kategorie, um die sein Denken und seine Hoffnungen gruppiert war. Mithin handelte es sich für ihn um den Rechtsanspruch auf einen historischen Platz, der sich in Kämpfen selbst zu rechtfertigen hatte, und nicht um einen Wahrheitsanspruch oder um die Verkündung eines Wahrheitsmonopols.

Nur: Dagegen, im letzteren Sinne „ausgebeutet“ zu werden, war die Zeile *die Partei hat immer recht* in keiner Weise geschützt. Und Fürnberg kann nicht entgangen sein, dass er denen zuarbeitete, die sich an Stalins Seite als die verblendeten Alleswissenden ansahen. Er kannte die erbitterten Befeindungen, denen Genossen der Partei ausgesetzt waren und ebenso wenig konnte ihm entgangen sein, dass die These von der kollektiven Weisheit der Partei mit der Verkümmerung der Demokratie in den Parteireihen zur bloßen Phrase verkommen war. Der Wahrheitsanspruch reduzierte sich mithin auf Klein- und Kleinstgruppen an der Spitze von Parteien. Wie die Dinge lagen, musste die Verszeile denen besonders gefallen, die an diesen herausragenden Stellen bestimmten, was jeweils das Rechte, d. h. das allein Richtige und außer jeden Zweifel zu Stellende sei. Das mag ein Grund dafür gewesen sein, dass Fürnbergs Lied auch nicht aus dem Repertoire von Kundgebungen verschwand, als dafür Ursache genug vorlag.

Das Lied von der Partei entstand im Jahre 1949, an dessen Ende die Kommunisten den 70. Geburtstag Stalins feierten, des kultisch verehrten Mannes, der vielen von ihnen als ein genialer politischer Stratege und Führer und auch als ein herausragender Feldherr galt. Obwohl das internationale Klima Europas bereits hochgradig vom Kalten Krieg bestimmt wurde, war der Ruhm der Sowjetunion, ihrer Armee und der Kommunistischen Partei des Landes noch unverblasst und folglich glänzte auch der des Marschalls Stalin. Fürnberg feierte ihn im Refrain seines Liedes überschwänglich. Der Geist der Partei sei von Lenin geprägt, von Stalin aber sei sie „geschweißt“ worden. In Prag wurde damals das später abgerissene überdimensionale, das Stadtbild beherrschende Denkmal für den Generalissimus hoch über der Moldau errichtet. Außerhalb der UdSSR gab es kein monumentaleres.

Stalin als der Schweißer der Partei, das hörte sich, kaum dass drei Jahre nach seinem Tode vergangen waren, anders und grausam an. Vor den Tatsachen, die Nikita S. Chruschtschow in seiner zunächst

geheim gehaltenen Rede vor den Delegierten des XX. Parteitages der KPdSU ausbreitete, im Gedenken an die Umgebrachten und Umgekommenen konnte das Bild von der grellen Flamme nur Schaudern und Abscheu erregen. Was geschah? Die Verszeile auf Stalin verschwand aus Gedicht und Lied. Sie wurden in diesem Punkte entpersonifiziert. Und es blieb dabei, dass die Partei immer recht hat.

Diese Selbstbild sollte sich als eine Falle erweisen. So gewiss wie Hochmut allein den tiefen Fall der sozialistischen Bewegung nicht zu erklären vermag, so sicher war er an ihm doch beteiligt. Die sich neuformierenden Parteien der Sozialisten weisen ihren Bruch mit Vergangenem auch dadurch aus, dass sie, die Legitimität ihres Daseins und Wirkens betonen, sich von jedem geistigen Dünkel aber verabschiedet haben. Über Wahrheit und Wahrheiten wird in ihren Reihen nachgedacht, unter äußeren Bedingungen, in denen die Herrschenden im Zeichen von Pluralismus und Beliebigkeit jedem seine Wahrheit lassen, während ihnen doch nur die ihre als der nicht anzufechtende Handlungsgrundsatz gilt.

Die Kommunisten hatten, was ihren einstigen Wahrheitsanspruch anlangt, Zeitgenossen und sie haben Nachfolger, wenn diese davon auch nicht singen.

Der von Stalin gegen Ende der 40er Jahre inszenierte Konflikt mit Titos Jugoslawien sowie die Disziplinierung der osteuropäischen Kommunistischen Parteien im Zeichen der Losung von der „Partei neuen Typus“ spiegeln sich offenkundig noch nicht in dem schon damals von manchem als fragwürdig empfundenen Text des Parteiliedes wider. Dennoch dürften die Schauprozesse 1952 gegen den Generalsekretär Rudolf Slánský und andere Genossen der KPČ-Führung nicht spurlos an ihm (Bezug) vorbeigegangen sein. Als latenter Impuls für die endgültige Übersiedlung Fürnbergs in die DDR nach Weimar sind sie kaum zu ignorieren. Hier lebte er bis zu seinem Tode 1957. Er war stellvertretender Direktor der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur, Generalsekretär der Deutschen Schiller-Stiftung und Mitherausgeber der „Weimarer Beiträge“, einer Zeitschrift für deutsche Literaturgeschichte. 1956 erhielt er den Nationalpreis der DDR.

Von hier aus könnte sogleich mit einem Satz der Übergang erfolgen: Stalin war nicht der erste Führer in der Weltgeschichte, dessen Politik sich mit dem Anspruch verband, In der Menschheitsgeschichte hat es wahrlich nicht an Versuchen gefehlt, im Sinne des Goethe‘schen Faust nicht nur zu erkunden, sondern auch zu deuten, was „die Welt im Innersten zu zusammenhält“. Diesem Streben nach Verständnis der inneren Zusammenhänge – also des Wesens hinter dem äußeren Erscheinungsbild der Dinge – fühlten sich die großen Geister aller Epochen verpflichtet. In geschichtlicher Rückschau wurden sie stets als die großen Denker ihrer jeweiligen Zeit gewürdigt. Ein immenses Erbe, angefangen von den antiken griechischen Philosophen wie Platon oder Sokrates, der Astronomen Ptolemäus, Galilei, Kopernikus oder Bruno, der Universalgenies Leibniz oder Lomonossow bis hin zu den Großmeistern des dialektischen Denkens wie Hegel oder Marx und nicht zuletzt den genialen Forschernaturen wie Einstein, Bohr und anderen, war den jeweils nachfolgenden Generationen der Menschheitsentwicklung zugefallen. Und zwar eigentlich, um es zu Nutz und Frommen aller Völker dieses Planeten zu verwerten. Die Wirklichkeit sah leider ganz anders aus. Die Resultate der menschlichen Denk- und Forschungstätigkeit wurden von den herrschenden Hierarchen in der Regel vorrangig danach bewertet, in wie weit sie sich zur Absicherung oder zum Ausbau der zuvor eroberten Führungspositionen in der jeweiligen Gesellschaft geeignet schienen. So konnte es passieren, dass große Entdeckungen und Erkenntnisse von den jeweils herrschenden Machthabern verkannt und nicht beachtet, andere dagegen nur unter machtpolitischem Gesichtspunkt hervorgehoben wurden. Wiederum andere wurden absichtsvoll diskreditiert oder sogar gänzlich verschwiegen. Die Machthaber und ihre dienstbaren Exekutoren setzten auf diese Weise den herrschaftlichen Anspruch auf die Deutungshoheit nicht nur über die erzielten Erkenntnisse, sondern ebenso über die Sicht auf den jeweils gegenwärtigen Gang der Entwicklungen in der Welt nötigenfalls sogar mit repressiver Gewalt durch. Somit standen Geist und Macht einander letztlich immer nur als Antipoden gegenüber.

Geist und Macht vereinigt zu haben und dies in seiner Person. Und dann etwa: Dass sich dieser Anspruch geltend machen ließ, hing mit der Sehnsucht von Millionen zusammen, die unter sicherer Führung das Elend von Generationen und Jahrhunderten hinter sich lassen wollten.

Mit der Revolution vom Oktober 1917 in Russland schien sich für die Menschheit eine hoffnungsvolle Perspektive einer ausbeutungsfreien Gesellschaftsordnung zu öffnen. Diese Revolution war nicht nur eine Inspirationsquelle und Siegesverheißung für die zuvor seit etwa eineinhalb Jahrhunderten vom Kapitalismus ausgebeuteten internationalen Arbeiterklasse, sondern in bestimmten Grad auch für andere Schichten, so z. B. für Teile des von zunehmender sozialer Entwurzelung betroffenen Kleinbürgertums. Für die Intellektuellen und die schönen Künste schien damit die beglückende Symbiose von Macht und Geist nicht mehr nur ein entrücktes Traumbild zu sein. Mit Blick auf den revolutionären Herrschaftssturz nicht nur in Russland, sondern nach den beiden Weltkriegen auch anderenorts in Europa, schien dieses historische Bündnis bisher stets gegensätzlicher Elemente in greifbare Nähe gerückt zu sein. Als geistige Hauptquelle und symbolische Personifizierung für die revolutionäre Arbeiterbewegung schienen die großen Denker und Verkünder des dialektischen und historischen Materialismus Karl Marx und Friedrich Engels in Hinblick auf den von ihnen vorausgesagten gesellschaftlichen Epochenwandel Recht zu behalten. Aber nicht nur als revolutionärer Theoretiker, sondern mit dem Epitaph des „Machers“ einer gewonnenen Revolution gegen die bisher immer siegreich gebliebenen Herrscher des Ausbeutungssystems wurde auch Wladimir Iljitsch (Uljanow) Lenin keineswegs unberechtigt den „Klassikern“ des Marxismus zugeordnet. Er war der Führer einer politischen Kraft, die den Sieg dieser Revolution ideologisch und organisatorisch vorbereitet und schließlich trotz des Interventionskrieges von 14 kapitalistischen Staaten im Bund mit den Kräften der Konterrevolution gegen das junge Sowjetrussland unter gewaltigen Blutopfern sichergestellt hat. Eine historisch neuartige weltpolitische Konstellation war unter der politischen Führung einer kommunistischen Partei, der späteren KP der Sowjetunion (KPdSU), gegen die Übermacht der alten Ausbeuterordnung erzwungen worden.

Die große Bewährungsprobe für die Sowjetunion war der von ihr geleistete Hauptbeitrag zur Abwehr der Weltherrschaftsansprüche Nazi-Deutschlands und bei der Niederwerfung des Faschismus gemeinsam mit den Westmächten in der Anti-Hitlerkoalition. Dies ließ die Stalin’schen Repressionen der Zeit vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges weitgehend vergessen machen. Auch die in der international weitgehend abgeschotteten Sowjetgesellschaft geheim gebliebenen, aber nach Millionen zählenden Opfer des Stalinismus nach 1945 vermochten den Nimbus Stalins als Feldherr und „Genius der Menschheit“ (so damals eine der gängigen Elogen) nicht zu erschüttern. Zu groß war der Respekt vor den ungeheuren menschlichen und materiellen Opfern der Sowjetunion und ihrer Soldaten. Im sowjetischen Herrschaftsbereich Osteuropas – und natürlich auch im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands – wurde diese durchaus begründete Ehrfurcht machtpolitisch pervertiert und ihrer Form nach auf die Ebene eines neuen Führer- und Personenkults erhoben.

Somit war ein geistig-politisches Klima entstanden, das selbst nach dem Tode Stalins 1953 und den danach einsetzenden mehr oder weniger glaubhaften Versuchen zu einer „Entstalinisierung“ des staatsozialistischen Systems die Prinzipien einer de facto politischen Unfehlbarkeit der kommunistischen Parteiführungen nicht ernsthaft in Frage stellte. Der Marxismus (-Leninismus) mit seinem dereinst scharfen analytischen Instrumentarium der dialektischen Herangehensweise an alle Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung verkam zu einem Katechismus des ideologischen Alleinvertretungsanspruchs der jeweils herrschenden Politbürokraten. Auf geradezu sarkastische Weise bestätigte sich die sinngemäße Feststellung Friedrich Engels´, dass alle großen Bewegungen der Geschichte sich im Verlaufe ihrer Entwicklung eines religiösen Gewandes bedienten. Das Monopol der Römischen Päpste auf Unfehlbarkeit wurde von den Politbüros der kommunistischen Parteien in den Ländern des Staatssozialismus gebrochen, wobei allerdings die ranghöchste Priorität politischer Unfehlbarkeit vom Kreml in Moskau verkörpert wurde. Erst in einem zähen und zum Teil überaus schmerzensreichen Erosionsprozess (Militärische Interventionen in Ungarn 1956; ČSSR 1968; Gorbatschows Perestrojka seit 1985 bis zum Ende der UdSSR) verlor das Politbüro der KPdSU seinen Stellenwert als hierarchischer Übervater gegenüber den zunehmend souveräner agierenden KP-Führungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Das hinderte jedoch die Parteien in diesen Ländern nicht daran, im Zeichen des „demokratischen Zentralismus“ einen zwar etwas milder als zu Zeiten Stalins ausgeprägten Kult um die Person ihrer jeweiligen Generalsekretäre und anderer Spitzenfunk-

tionäre zu betreiben. So schloss der „demokratische Zentralismus“ der SED praktisch jeglichen Streit der GenossInnen oder anderer MitbürgerInnen um den besten Weg zur Lösung größerer gesellschaftlicher bzw. wirtschaftlicher Probleme in der DDR aus, wenn das Politbüro andere Auffassungen vertrat. Dem Beharren auf eigenen, von der Parteiführung nicht gedeckten Positionen, wenn auch als Mitstreiter für die gemeinsame Zielsetzungen des Sozialismus, begegnete man in der Regel mit der inkriminierenden Unterstellung „ideologischer Diversion“ oder der „Nachgiebigkeit gegenüber dem Klassengegner“. Die Konsequenz waren Parteistrafen mit „Bewährung“, Parteiausschluss und letztendlich gesellschaftliche Ausgrenzung, z.T. mit harten sozialen Sanktionen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Rudolf Bahro, der für wirtschaftsreformerische Vorschläge in seinem 1978 in der BRD veröffentlichten Buch „Die Alternative“ nicht nur aus der SED ausgeschlossen, sondern auch noch zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Partei hatte unmissverständlich gezeigt, dass nur sie allein als „Verkörperung der kollektiven Weisheit“ ihrer Führung, d. h. „gesetzmäßig“ recht haben konnte und mußte.

Der politische Unfehlbarkeitsanspruch der SED und der anderen kommunistischen Parteien in den Ländern des Staatssozialismus konnte daher mit tatsächlicher Gesetzmäßigkeit nur zum Kollaps des Gesellschaftssystems in Mittel- und Osteuropa führen. Hierin dürfte bei aller Feindseligkeit und Konfrontation des Westens die Hauptursache für das Scheitern des sozialistischen Experiments zu suchen sein.

Kein Zweifel, Louis Fürnbergs liedhafte Untersetzung dieses Unfehlbarkeitsanspruchs einer Partei war im Bereich von Kultur und Geistesleben von Anfang an nicht von allen mit gleicher Begeisterung aufgenommen worden. Für ihn selbst war es vor allem die Dankesfreude über eine zukunftsträchtige Bilanz, die die Perspektive einer gerechten sozialistischen Gesellschaft nach Ende des Kriegsgeschehens und die Überwindung seiner Folgen eröffnete. Ob ihm am Ende seiner Tage noch wirklich wohl dabei war, wenn er sein Lied von der ewig rechthabenden (rechthaberischen) Partei vernahm, darf angesichts seiner großen intellektuellen Gaben ehrlich bezweifelt werden. Tatsache bleibt aber, dass dieses Lied auf großen feierlichen Veranstaltungen der SED oder FDJ mit Manifestationscharakter (Parteitage, Jugendfestivals, FDJ-Parlamente) bis zum Ende der DDR nicht nur zu Gehör gebracht, sondern auch mitgesungen wurde.

Religiöse Rituale laden zu Gebet und Meditation ein. Politische Rituale jedoch verführten Sozialistinnen und Sozialisten nicht nur in der DDR zu anpasslerischer Gedankenlosigkeit, die sich leider als höchst untergangsträchtig erwies. Hoffentlich bleibt dies eine wirklich beherzte Lehre für alle linken und sozialistischen Parteien. Insbesondere für jene, die sich vielleicht – aus welchen Gründen auch immer – erneut der Versuchung ausgesetzt sehen könnten, auf den pluralistischen Meinungsstreit um den besten Weg zu verzichten ...

Der Autor und Komponist dieses als politisches Massenlied in den Liederbüchern der DDR empfohlenen Opus war der 1909 im mährischen Jihlava (Iglau) geborene und zweisprachig aufgewachsene Louis Fürnberg. Von den deutschen Faschisten 1939 verhaftet, gelang ihm die Flucht nach Palästina. Nach seiner Rückkehr aus der Emigration übernahm er 1946 im Informationsministerium der Tschechoslowakei jene Abteilung, der die Aufnahme und Pflege kultureller Verbindungen mit den deutschsprachigen Ländern oblag. Er war von 1949 bis 1952 erster Botschaftsrat in der Botschaft der ČSR in Berlin. Fürnberg hatte sich in seinem Heimatland nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als angesehener Rundfunkkommentator einen Namen gemacht.

Das finden wir einen gedanken- und geistreichen Beitrag, der in seinem ganzen einleitenden Teil unangerührt bleiben sollte, also bis zur Erwähnung des Nationalpreises. Allenfalls könnte einfach, um den Kontrast zu verdeutlichen noch auf das eine oder andere Werk von F., ohne eine Aufzählung zu riskieren, hingewiesen werden. Auch der Schluss könnte nach oben, dann wäre die Darstellung abgehandelt und es käme zum Problem, das sich mit ihr verbindet:

Für das folgende und schon als Übergang wäre zu überlegen: Hat Fürnberg überhaupt den Text so gemeint, dass die Partei in jeder Frage immer Recht hatte oder dass sie – wie ja gesagt – ein geschichtliches Recht, das Kämpfen für die Unterdrückten, für sich in Anspruch nehmen könnte. Das ist als

Frage aufzuwerfen, möglicherweise aber nicht zu beantworten. (Das wissen wir auch nicht.) Jedenfalls aber ist der Text gegen die Interpretation und Inanspruchnahme nicht ungeschützt, die er dann erfahren hat. Und die wären hier zunächst am besten anzuschließen. A) die Partei hat immer recht gegenüber allen anderen b) die Führung formuliert die Wahrheit, was bedeutete, nicht die Gemeinschaft, sondern ein Gremium c) wer daran zweifelt, wendet sich gegen die Wahrheit und Weisheit d) der muss bestraft werden. Das sind die Gedankenschritte und das waren die Schritte der Praxis.

Und da kommt nachdem das dargelegt worden ist, vielleicht logischer die Frage: Woher leitete sich dieser Wahrheitsanspruch ab. Kam er „nur“ aus dem Stalin’schen Parteiverständnis oder von den Klassikern und wie vertrug sich der Anspruch, im Besitze einer überlegenen Interpretation der Welt und ihrer Geschichte und deren Bewegungsgesetze zu sein mit der gleichzeitigen Forderung „an allem ist zu zweifeln“. Der alte Engels hat niedergeschrieben, worin sie sich geirrt hatten und das betraf nicht das Nebensächliche, Lenin korrigierte politische Entscheidungen usw. Bei Stalin aber war der Anspruch, ein Genie zu sein, der ganze Kult, damit verbunden, die Diskussion jeglicher Fehler, die auf sein Konto ging, zu verbieten (1941 z. B.) Höhepunkt sein siebzigster Geburtstag. Die Autorität die der Sieg über Hitler und überhaupt die Tatsache der Entgegensetzung eintrug, ist sehr eindrucksvoll herausgearbeitet. Die Verführung des Sieges ...

In der Geschichtsschreibung der DDR konnte der Anspruch, die Partei hat immer Recht natürlich nicht nachgewiesen werden. Die Methode war hier, die Fehler entweder als unvermeidlich darzustellen – natürlich gibt es keine Bewegung ohne Fehler, aber die eben sind von verschiedener Kategorie, worauf Lenin mit seinem Bild hinwies, das auch falsch war – unsere Fehler und die der anderen oder und vor allem sie in ihrer Wirkung zu minimieren. Das wurde zu einer Barriere gegen das Lernen aus der Geschichte und gerade in den Fällen, in denen das besonders nötig gewesen wäre. Und den anderen wurden Fehler nicht zugebilligt, sondern nur Verrat und anderes Übles zugeschrieben.

Du kommst bei erwähntem Übergang auf Goethe und die Wahrheitssuche. Das ist aber, wie du ja im Weiteren zeigst, nicht das Problem, sondern der Anspruch im Besitze der Wahrheit zu sein, der einzigen usw., mindestens aber der Schlüsselinhaber zum Tore der W. und da muss alles Weitere stehen bleiben, was den Blick auf den Katholizismus betrifft wie auf jede andere religiöse Lehre. (Du sollst keine anderen Götter haben ...)

Wenn du am Ende noch mal in die Erkenntnistheorie und die Politik abtauchen willst, dann läge es nahe, etwas über das heutige Dahergesage „Jeder hat seine Wahrheit“ die Beliebigkeit der Aussagen bis hin zu der modischen Wendung „Sage ich mal ...“ zu bemerken, knapp freilich nur und zum Weiterdenken.

Aber der jetzige auf die Linken zielende Schluss mit der Anspielung sollte als Gedanke natürlich erhalten oder überhaupt am Ende stehen bleiben.

Über Gewalt in Geschichte und Gegenwart

Ein Fall unpolitischer Gewalt und seine Interpretation

Dieser Tage stehen vor einem deutschen Gericht drei Jugendliche – ein 18jähriger, vor dem Gesetz und dem Gericht also volljährig, und ein 14- und ein 15jahriger. Sie werden angeklagt, einen Menschen getötet zu haben. Ihr Instrument war ein Stein, den sie von einer Autobahnbrücke gezielt auf die Autobahn befahrende Autos warfen. Ihr Opfer eine junge Frau.

Eine deutsche Zeitschrift[1] befragt einen Polizeipsychologen danach, welche Täter solche Verbrechen begehen, denn es handelt sich keineswegs um einen einzelnen Fall. Er unterscheidet in seiner Antwort mehrere Gruppen nach ihren Tatmotiven:

1. Solche Täter, die glauben in der Gesellschaft zu kurz gekommen zu sein. Hier ist das Wort „glauben“ interessant. Sie sind nicht zu kurz gekommen, sie glauben das nur, befinden sich also in einem Irrtum. Diese Sortierung erfüllt den Tatbestand der Verschleierung der Wirklichkeit mit sprachlichen Mitteln.
2. Täter, die ihre Tat einfach aus langer Weile begehen. Hier wäre nachzufragen, warum einige junge Leute ihre Langeweile auf diese, auf verbrecherische und keine andere Weise sich zu vertreiben suchen.
3. Täter aus dem Kreis der Heranwachsenden, die einen zusätzlichen Kick suchen. Hier wäre wieder nachzufragen, warum Menschen einen Kick suchen (und ob es dafür nicht einen treffenden Ausdruck gibt, der die Sache klarmacht: also die Befriedigung eines Bedürfnisses, von dem wieder zu fragen wäre, woher es denn kommt und wer es erzeugt hat).
4. Täter, die der Polizeipsychologe „Möchtegernhelden“ nennt, „die in ihrem Leben endlich etwas bewirken wollen“. Hier ist das Wort „endlich“ von Interesse. Haben sie es also vorher irgendwo vergeblich versucht, etwas zu bewirken und warum ist es ihnen misslungen, so dass sie am Ende auf die verbrecherische Idee verfielen? Und warum wollten sie überhaupt Helden sein und warum hatten sie eine so verfehlte Vorstellung von Heldentum?

Mit allen diesen Fragen lässt das Blatt und sein Autor den Leser allein. Zufall oder nicht? Journalistische Praxis, die dort aufhört zu fragen, wo das Fragen eigentlich beginnen müsste. Eine berechnete Praxis, denn diese Fragen würden in ungeliebte Bezirke führen, in die Abgründe dieser Gesellschaft und schließlich zu der Ursachenfrage: Woher kommen solche Abgründe? Entstehen sie von Menschenhand? Usw. Es gab einmal eine Fernsehsendung im öffentlichen Fernsehen, die mit dem Lied begann: *Wieso, weshalb, warum, wer nicht fragt bleibt dumm.* Die Devise ist trefflich, ihre Befolgung eingrenzt und erfolgt auswahlweise.

* * *

Vorweg noch ein paar Worte zur Etymologie des Wortes „Gewalt“, das bereits im ahd. und dann im mhd. bekannt ist, das uns im 15. Jahrhundert auch schon als gewaltsam begegnet und sich dann in immer weitere Ausprägungen und Wortverbindungen verzweigt. Im 19. Jahrhundert findet sich der Gewaltakt später der Gewaltverzicht und das Gewaltverzichtsabkommen. Heute sind uns Gewaltherrscher ebenso geläufig wie Gewaltherrschaft, Gewaltverbrechen nicht anders als Gewaltlosigkeit. Aus diesen Erscheinungen der – deutschen – Sprache, darf man nicht nur auf eine immer genauere und differenziertere begriffliche Wahrnehmung der Wirklichkeit schließen, sondern doch wohl auch darauf, dass die Gesellschaften mit dem Thema Gewalt zunehmend befasst waren und dass die Gewalt im Leben der Völker, Nationen und Staaten eine immer größere Rolle zu spielen begann, im inneren wie im äußeren. Wer heute darüber spricht, hat ein Semesterprogramm vor sich ...

Zunächst ist also eine Gliederung notwendig, danach eine Entscheidung, welchen Erscheinungen von Gewalt in der Gesellschaft wir uns zuwenden wollen. Eine Perspektive fragt: *Gegen wen richtet sich die Gewalt?*

---

1 *Stern*, 48/2000, S., 112.

Die Antworten lauten allgemein und in der Sprache der Juristen formuliert: Gegen Personen und/oder gegen Sachen. Der gleichsam „klassische“ Fall solcher Gewaltanwendung in der jüngeren deutschen Geschichte ist der Pogrom vom 9. November 1938. Heute äußert sich Gewalt gegen Sachen immer wieder in Schändungen von Denkmälern und Friedhöfen der Juden, neuerdings in Anschläge auf Synagogen. Schreiten wir zum Konkreten weiter fort, dann lautet die Antwort: Gewalt richtet sich gegen Personen des gleichen Volkes und der gleichen Nation/und oder gegen Fremde, gegen Ausländer oder auch gegen als Fremde angesehene eigene Leute.

Allen diesen Erscheinungen begegnen wir in Deutschland heute: Gewaltakte betreffen eigene (Behinderte, Obdachlose, zufällige Straßenpassanten, Alte und Schwache, politische Gegner, Mitschüler) und Fremde, Ausländer (Asylsuchende, Einwanderer), gegen Juden, die Deutsche sind und für Fremde gehalten werden.

Gegen Fremde richtet sich auch die Form der Gewalt, die wir als Krieg bezeichnen, gegen die Kriegsgegner. Doch alle modernen Kriege betreffen auch eigene Leute (politische Gegner des Krieges im eigenen Lande, Wehrdienstverweigerer, Deserteure, Soldaten, die zur Selbstverstümmelung greifen usw.). Gegen die „Eigenen“ wird in den Bürgerkriegen gekämpft, ob – um zwei der bekanntesten zu nennen – in Sowjetrussland 1919 ff. oder in Spanien 1936 ff. In beiden Bürgerkriegen wirkten auch Ausländer mit, als Kämpfende oder auch als Politiker von Staaten, die intervenierten.

Eine zweite Perspektive stellt die Frage anders und damit auch die Scheinwerfer**:** *Wer übt Gewalt aus? Oder auch: Wer ist nach Ansicht des Staates berechtigt, Gewalt auszuüben* und folglich, wer nicht. Unumstritten ist das Recht des Staates, Gewalt anzuwenden. Die dafür eingesetzten Instrumente sind die Armee, die Polizei, die Geheimpolizei, die Justiz. Die Staaten lassen sich u.a. auch daran unterscheiden, in welchem Grad sie sich das Recht zubilligen, Gewalt gegen Bürger auszuüben, beispielsweise – um wieder ein aktuelles Thema zu erwähnen, ob sie sich erlauben, Todesstrafen zu fällen und zu vollstrecken wie etwa im Falle der USA, von denen jüngst geschrieben wurde, dieses Verfahren gehöre eben zu ihrer Kultur. Ein weniger schwerer Fall betrifft die Entscheidung darüber, wann und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen ein Staat sich als berechtigt ansieht, Bürger ihrer Freiheit zu berauben und gefangen zu setzen. Das ist in demokratischen Staaten teils minutiös durch Grundgesetze und weitere Gesetze geregelt.

Staaten beanspruchen für sich das Gewaltmonopol, aber es gibt keinen Staat, der es auch hätte verwirklichen können. Am deutlichsten machen den Bruch dieses „Monopols“ Revolutionen, Aufstände, Putsche, Bürgerkriege. Doch dieses „Monopol“ wird alltäglich durchbrochen, wie sich selbst in Staaten zeigt, die als besonders zivilisiert angesehen werden. In ihnen, beispielsweise in der BRD, ereignet sich Gewalt auf Straßen und Plätzen in aller Öffentlichkeit bei Tage und bei Nacht während Großveranstaltungen in und vor Fußballstadien weniger öffentlich, aber keineswegs heimlich in Schulen, auf Schulhöfen und Schulwegen (damit sind nicht Raufereien gemeint, die keinen kriminellen Hintergrund besitzen) am wenigsten öffentlich – und daher statistisch nur mit einer hohen Dunkelziffer zu erfassen in Familien als Gewalt gegen Ehefrauen und als Gewalt von Eltern gegen Kinder. Diese sog. häusliche Gewalt hat ein Ausmaß angenommen, dass die Bundesregierung jüngst den Entwurf eines Gesetzes verabschiedet hat, das dem Bundestag im März 2001 vorgelegt werden soll und das dem Schutz der insbesondere betroffenen Frauen gegen Gewalt von Männern verbessern soll.[2]

Eine besondere Form der Gewaltdrohung und -anwendung ereignet sich auf den Autopisten und dies immer häufiger.

In den Fällen A-C nimmt diese Gewaltanwendung häufig den Charakter von Gruppen-(Banden-, Cliquen-) Kämpfen an. Zum Alltag dieses Landes gehört die kriminelle Gewalt von Mord und Totschlag über Entführung und Gefangennahme zu erpresserischen Zwecken, Raub, Körperverletzung, Brandstiftung etc.

---

[2] Mehr Schutz für Frauen vor Männergewalt, *Neues Deutschland*, 14. 12. 2000, S. 4.

Viele Menschen in den sog. zivilisierten Staaten, namentlich in deren Städten sagen, ihr Leben sei unsicherer geworden. So verschieden die Urteile über die DDR ausfallen, unbestritten ist, dass es zu ihren Zeiten nicht annähernd so viele und nicht annähernd so grausame Gewaltverbrechen gab wie das heute der Fall ist. Nahezu täglich gibt irgendein Schwerverbrechen die Schlagzeile für die Boulevardpresse her, wodurch die Furcht vieler Menschen, davon betroffen zu werden, noch gesteigert wird. Als in einem Stadtteil Kölns eine medizinische Klinik für Straftäter eingerichtet werden sollte, kam es zu Massenprotesten. Es entwickelte sich eine Stimmung, die augenblicklich von rechtsextremen Kräften ausgenutzt wurde. Forderungen nach einem rabiatem, sich an den Praktiken der USA orientierenden Vorgehen gegen Straftäter wurden laut.[3] (Unterhalb dessen hat sich die sog. Kleinkriminalität entwickelt, die für die Presse kaum noch Stoff hergibt und allenfalls in Statistiken erwähnt wird. In Berlin warnt eine Durchsage in einer Buslinie, die häufig von Touristen genutzt wird, beständig über Lautsprecher vor Taschendieben. Wer in das Ausland fährt oder fliegt, bekommt von seinem Reiseveranstalter gesagt, wie es um die Kleinkriminalität steht.) in den einzelnen Staaten und selbst in deren Regionen ist Kriminalität höchst unterschiedlich verbreitet. Offenbar gibt es makro- und auch mikrosoziale Faktoren, die Verbrechertum und auch die Anwendung von Gewalt begünstigen oder sie auch bremsen und eindämmen.

Die Frage lautet: Müssen die Menschen, die seit frühen Zeiten mit der Gewalt gelebt haben, immer mit der Gewalt leben? Sind sie nicht fähig, sich auf ihre Zurückdrängung zu verständigen, im Innen- wie im Außenleben der Staaten? Was das Äußere angeht, existieren zwischen Staaten Gewaltverzichtsabkommen. Eine andere Frage ist, wie sie eingehalten wurden. Will man sich ein Bild von den Aussichten machen, muss man sich fragen: Woher rührt die Gewalt? Und diese Frage wiederum auffächern, denn nicht jegliche Form der Gewalt besitzt die gleichen Ursachen. Woher also kommt es zur Gewaltanwendung von Staat zu Staate, also zum Kriege, und woher kommt Gewalt im Innenleben von Staaten. So sehr der Krieg der NATO gegen Jugoslawien als Fallbeispiel für die Erörterung der ersten Frage einlädt, soll sie jetzt hier doch unterbleiben. Konzentrieren wir uns auf die Frage der Gewalt im Innenleben von Staaten und ziehen wir hierzu den Staat heran, in dem wir leben und über den wir die meisten Informationen besitzen.

Zunächst und zum Vorverständnis: Die in der Philosophie und da namentlich in der Ethik umstrittene Frage, ob der Mensch gut oder schlecht/böse, wird ernsthaft nicht mehr debattiert. Die Antwort lautet weithin: Er besitzt die Fähigkeit zu beidem. Mit einigen Ausnahmen, woran wir erst jüngst erinnert wurden. In Sonderfällen sind Menschen mit einer nicht oder kaum zu beeinflussenden kriminellen Aggressivität anzutreffen, auf die Staaten mit deren lebenslanger Verwahrung hinter Schloss und Riegel reagieren. Die Rede ist von sog. Triebtätern, was immer das im Einzelnen bedeutet, haben Mediziner und Psychologen zu erklären. Für die Masse der Menschen aber gilt solches triebhafte Verhalten nicht. Indessen können sie durch äußere Faktoren zu diesen oder jenen Handlungen angetrieben werden, diese oder jene Anlage entwickeln oder auch unterdrücken. Dabei folgen sie ihren wirklichen oder den vermeintlichen Interessen.

Das drastischste Beispiel dafür, geben die Jahre der faschistischen Herrschaft. Ohne Sieg des Faschismus wären viele Deutsche in der SS, In den Einsatzgruppen, in der Wehrmacht nicht zu Massenmördern geworden, zu Tätern oder Mittätern, Gehilfen in dieser oder jener Weise und Form. Die Rede war in diesem Zusammenhang von der „Gnade der späten Geburt“. Doch muß dem hinzugefügt werden, dass sie Umstände (die faschistische Herrschaft und der Krieg) das Verhalten der Menschen keineswegs total determinierten. Alternativen blieben auch da. Wer nicht an den organisierten Massenmorden sich beteiligen wollte, mußte das nicht tun. Aber unbestreitbar: Faschismus und Krieg haben im Deutschen Reich das Schlechteste in vielen Menschen freigesetzt und mobilisiert. Die sich unter solchen Umständen Humanität bewahrt haben, sind aller Ehren wert.

Der Faschismus – das ist eine soziale und politische und geistige (Propagierung eines mörderischen Rassismus von Staatswegen) Extremsituation, der deutsche zumal. Aber nun heute unter den Bedingungen einer parlamentarisch verfassten bürgerlichen Gesellschaft, woher kommt da die Gewalt in

[3] S. den Bericht in *junge Welt*: „Schickt sie doch in die Wüste“, Ausgabe vom 14.12.2000, S. 4.

die Gesellschaft in einem beunruhigendem, allerdings nicht permanent und nicht gleichermaßen beunruhigendem Grad, der die Bürger nach dem Staat (und seiner Gewalt) und den Staat nach den Bürgern (deren Gewissen und einem Aufstand des Gewissens) rufen lässt. Darauf gibt es verschiedene und viele Antworten. Ernst genommen werden können nur die, in denen das Umsichgreifen von Gewalt im zivilen und im politischen Alltag als ein Zeichen von Spannungen in der Gesellschaft gewertet wird, als ein Signal für krisenhafte Zustände, für Widersprüche, allgemein gesprochen dafür, dass diese Gesellschaft ihr relatives Gleichgewicht verloren hat. Welche Spannungen sind das: 1. die zwischen Steinreichen und hochgradig Verarmten, 2. zwischen Menschen mit und ohne eine verlockende Lebensperspektive, 3. zwischen Arbeitenden, also Verdienenden, und Arbeitslosen, vor allem Langzeitarbeitslosen, 4. zwischen Behausten und Unbehausten, also Obdachlosen, 5. zwischen den in Familien Verankerten und – mehr oder weniger Umsorgten und denen, die meist hilflos sich selbst überlassen sind, also etwa den geschätzt 100.000 Straßenkindern, die in Deutschland leben. Also: zunächst einmal wurzelt Gewalt massenweise in sozialen und da wieder in materiellen Verhältnissen, deutlicher: Übeln, die in dieser Gesellschaft nicht behoben werden und an die sich die Mehrheit der Mitglieder bereits mehr oder weniger gewöhnt hat, weil sie von ihnen direkt nicht oder jedenfalls nicht schwerwiegend betroffen ist.

In der gegenwärtigen Diskussion über Gewalt in Deutschland spielt diese Seite der Sache kaum eine Rolle, nach den Wurzeln der Gewalt wird meist nur oberflächlich gefragt, nach den Flachwurzeln sozusagen. (Die Fragen lauten etwa: Wie verteilt sich Gewalkt zwischen Ost und West? Wie steht welche politische Partei zu welchen Vorschlägen zur Bekämpfung der Gewalt? Wie verlässlich sind die über das Gewaltgeschehen bekanntgemachten Statistiken? Das sind keine unwichtigen Fragen, aber sie gehören doch samt und sonders einer sekundären Frageebene an, die primäre ist die nach den Ursachen.)

Eine andere Gruppe von Ursachen wird dagegen mehr oder weniger klar benannt: sie lässt sich mit dem Stichwort *Verlust von Werten und Normen* bezeichnen. Schon in einer frühen Phase der kapitalistischen Entwicklung haben Denker verschiedener Richtungen abgesehen, dass der Weg in eine Richtung, die wir heute als Moderne bezeichnen, zu einem immer extremeren Verlust von Werten führen muss, beispielsweise denen, die das Christentum u.a. in seinem 10 Geboten gelehrt, gepredigt und – unter ganz anderen gesellschaftlichen Zuständen – wenn auch keineswegs vollständig durchgesetzt hat (Zur Erinnerung: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.)

Selbstredend haben auch Ideologen, Politiker, ganz allgemein: die in der Gesellschaft Herrschenden diesen Werteverlust bemerkt und als einen Nachteil für ihre Interessen empfunden. Daher kommt die Herausstellung von Werten, die meist Tugenden genannt werden und nach denen sich die Bürger eines Staates, die Angehörigen einer Nation usw. richten sollten. Die Stichworte, die in deutscher Vergangenheit gegeben worden und auf die sich konservative (und auch neofaschistische) Kreise bis heute berufen, lauten: Treue, Ehre, Arbeitsamkeit, Disziplin, Opfer. Diese Forderungen werden auch als sekundäre Tugenden bezeichnet, d. h. als auf einer zweiten nachgeordneten Stufe stehen, Tugenden, die folglich sehr verschiedenen Zwecken und Zielen zugeordnet werden können, humanistischen und antihumanistischen. Die Losung der SS lautete: SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue. Hier wurde eine Tugend auf eine andere bezogen. Wer bestimmt, was Ehre ist, wer bestimmt, wem Treue zu halten ist? Der Führer ...

Eine ganz andere Antwort kam aus der Arbeiterbewegung, die in ihrem sozialistischen Zweig atheistisch war und ihre eigenen Werte bestimmte. Solidarität stand da an der Spitze – mit dem Arbeitskameraden, mit dem Mitleidenden, mit allen Entrechteten und Ausgebeuteten, mit Menschen jeglicher Hautfarbe, Solidarität national und international. In der Arbeiterbewegung entstanden eigene Organisationen der gegenseitigen Hilfe und der Hilfe für andere. Heute werben politische Kräfte mit der Losung „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ Spenden für die Milchversorgung kubanischer Kinder.

Eine eigene Werteskala wurde dann in Sowjetrussland und in den realsozialistischen Staaten entwickelt. An ihrer Spitze stand die Arbeit für allgemein-nützliche gesellschaftliche Zwecke und Ziele,

dicht gefolgt von der Formulierung von Bildungsidealen, die ebenfalls aus der Arbeiterbewegung stammten, etwa das Bild des „lesenden Arbeiters“, der sich mit seiner dürftigen Schulbildung und seiner Verbildung durch den Staat nicht zufriedengibt, sondern selbst weiter und neu lernt. Daraus entstand die proletarische Volkshochschulbewegung. Jüngst wurden Ergebnisse von Befragungen über das Leseverhalten der Deutschen veröffentlicht. Ein Resultat lautete: In den neuen Bundesländern werde noch mehr gelesen als in den alten. Das Wort, das hier Aufmerksamkeit verdient, lautet *noch* und soll wohl besagen, das werde sich bald ändern und an das Verhalten dem westlichen Niveau angleichen. Die Zivilgesellschaft also als eine Gesellschaft, die weniger liest als die „realsozialistische“ las und deren Hinterbliebene nachwirkend noch zehn Jahre nach dem Tode der sozialen Zustände lesen.

Heute reden alle Parteien und schwätzen viele Politiker über die verlorenen und die wieder oder neu zu gewinnenden (humanistischen, konservativen u. a.) Werte, schweigen aber darüber, dass sie selbst dafür zuständig waren und sind, dass Werte nicht nur verloren gingen, sondern vor allem, dass sie heute Werte propagieren oder propagieren lassen, die gegenüber der Anwendung von Gewalt enthemmen. Als das allgemeine und höchste Ziel gilt das einer Gesellschaft, die neoliberal genannt wird.

Die Parolen dieser Gesellschaft besitzen im Hinblick auf den Liberalismus nicht nur „Neo“-Erscheinungen, sondern nehmen auch sehr viel Frühes aus den Ursprungzeiten des Liberalismus wieder auf, darunter die Losung „Bereichert Euch“, jeder nach seinen Kräften. Zum Beweis dessen genügt es, sich die verlockenden Einladungen zum Aktienhandel im Internet anzusehen. Ein Berliner Radiosender propagiert stereotyp: „Jeder Tag eine neue Show“. Eine verbreitete Devise lautet: „Fit for Fun“. Show und Fun, wie sie in dieser Gesellschaft angeboten werden, verlangen Barzahlung, also den Besitz von Zahlungsmitteln, Geld oder Scheck oder eine Sicherheit. Mit dem Begriff von der neoliberalen Gesellschaft, der wissenschaftlich daherkommt, konkurriert ein anderer, der gleichsam hemdsärmelig ist und der heißt „Ellenbogengesellschaft“.

Die Gewalt ist ein Ausdruck und zugleich ein sehr vielfarbiger Protest gegen diese Gesellschaft, der gezielte oder auch der ungezielte und ganz hilflose Versuch, sie entweder zu beseitigen oder in ihr irgendwie zurecht zu kommen, sich zu behaupten. Am einen, am politischen Ende der Gewaltskala finden sich die Gruppen von Ausländer- und Fremdenfeindlichen, die glauben oder vorgeben, bessere Zustände durch die Vertreibung von Asylanten und Einwanderern oder zeitweilig in Deutschland arbeitenden Ausländern erreichen zu können. Am anderen unpolitischen Ende der Skala wären diejenigen einzutragen, die auf eigene Faust ein Stück vom Reichtum dieser Gesellschaft ergattern wollen, durch Straßenraub beispielsweise oder auch durch Bedrohung und Erpressung derjenigen, die u.U. nicht mehr besitzen als sie selbst. Solche Erpressungen spielen sich inzwischen ja auch in Schulen und auf Schulwegen ab.

Die Gewalt ist jedoch nicht nur im Spiel, wenn es um die Mehrung von Reichtum oder die Verbesserung der materiellen Lage geht, sie wird auch angewendet zur *Aufbesserung des psychischen Befindens von Menschen* und Menschengruppen. Gesellschaftlich Ohnmächtige suchen einen Machtgewinn und Machtgenuss, wo sie ihn finden können. Der Erfolg der Gewaltanwendung kompensiert den Misserfolg oder die Erfolglosigkeit, die Gewalt des Stärkeren über den Schwächeren erzeugt Befriedigung, der am Bodenliegende erfreut den Stehenden, der Getretene den Tretenden, das Zerstörte den Zerstörer. In dieses Umfeld gehört auch die Gewalt, die sog. Fans in Fußballstadien gegeneinander richten. Den Erfolg, den ihre Mannschaft nicht erreicht hat, suchen sie mit Fäusten zu erreichen, oder selbst: den erreichten Erfolg „vertiefen“ sie gewalttätig. Ganze und kostspielige Polizeiaufgebote suchen solche Zusammenstöße zu verhindern, während sie von der Boulevardpresse vor den Spielen tagelang angeheizt werden, einer Presse, die wenn solche Ereignisse dann geschehen sind, daraus wieder ihre Schlagzeilen macht.

Das führt zu den von der Gesellschaft und dem Staat geduldeten *Faktoren, die gewaltfördernd sind* – wenn schon nicht in erster Linie gewaltverursachend. Das ist zum einen und kaum beachtet die auf den Verkauf von Waren und also auf die Realisierung von Profiten und das Erreichen von Gewinnen gerichtete *Reklame*, die ja nicht nur den Effekt besitzt, Käufer anzulocken, sondern die zugleich den

nicht Kaufkräftigen vor Augen führt, worauf sie verzichten, was sie auf legalem Wege nicht erlangen können, was sie entbehren müssen usw. In der gleichen Weise wirkt die Zurschaustellung des Reichtums selbst durch diejenigen, die ihn besitzen. (Hier gilt natürlich, dass diese Wirkungen sich nicht auf alle Benachteiligten erstrecken. Die einen fühlen sich durch den Reichtum der anderen provoziert, andere lässt er gleichgültig, für dritte, die Leser der „bunten Presse", die sich an Bildberichten über Hochzeiten des Hochadels ergötzen, bildet das Leben der Reichen einen Gegenstand von Ablenkung, befriedigter Neugier, eigener Unterhaltung, Stoff für geistlosen Tratsch mit Gleichgestimmten oder Stimulans für harm- und nutzlose Träume.)

Wesentlicher noch als diese Zurschaustellung aber ist diejenige, die Gewalt vorführt und Gewaltanwendung gleichsam lehrt. Das geschieht rund um die Uhr im *Fernsehen*, namentlich im Privaten, bis hin zur Vorführung einer Gruppe von Menschen, die mit einem Baseballschläger, der bevorzugten Waffe von Faschisten und Skinheads, einen Menschen verfolgen und ihm den Kopf abschlagen. Das wird von Staatswegen geduldet, der „Selbstkontrolle" der Betreiber überlassen und insgesamt offenkundig als unverzichtbares Verhalten in einem Lande mit „freier Meinungsäußerung" angesehen. Gewalt bis zum brutalen Mord ist in dieser Gesellschaft für einen Teil ihrer Mitglieder, der sich an den Einschaltquoten ablesen lässt, längst und für viele tagtäglich zu einem Gegenstand ihrer Unterhaltung geworden. Eine Studie der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen fand schon vor acht Jahren heraus, dass durchschnittlich pro Woche über alle Fernsehkanäle hinweg bis zu 4.000 Leichen in fast 500 einzelnen Mordszenen zu sehen sind. Die Mehrheit, die vielleicht nicht zu diesen Konsumenten gehört, nimmt das hin. Bescheiden fordert die Vorsitzende der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien Franziska Hundseder, es müsse die Identifikation mit den Tätern in den Filmen aufhören und bemerkt, die Opfer kämen zu kurz.[4] Inzwischen ist das Angebot virtueller Gewalt auf das Internet ausgedehnt.

Dazu gehören schließlich auch und zunehmend die in den PC nutzbaren *Kampf- und Kriegsspiele*, während denen Maschinengewehre, Flammenwerfer, Abfangjäger u.a. eingesetzt werden kann. Wie auch im Falle des Fernsehens ist die Wirkung dieser Art von Unterhaltung auf diejenigen, die sie bevorzugen, umstritten, was nicht wundert, allein angesichts der Geschäfte die mit der Ware aufgrund der Massenfrage gemacht werden kann, die sich beispielsweise in der Vorweihnachtszeit 2000 zeigte. Jedoch sind auch Wissenschaftler, Psychologen, Pädagogen, Soziologen u.a., die Wirkungsforschung betreiben und sich nicht um die Profite der Produzenten kümmern über die Auswirkung dieses Konsums durchaus uneinig. Es erscheint nicht überflüssig, zunächst darauf hinzuweisen, dass die Muster dieser Kriegsspiele in der US-Armee eingesetzt wurden, um die Hemmschwelle von Soldaten, Menschen zu töten, herabzusetzen. Die Sozialpädagogin Elke Ostbomk-Fischer (Köln) urteilt, erst sterbe bei den Nutzern das Mitgefühl, dann werde zugeschlagen", und vermerkt, dass aus ihrer Sicht die Wirkungsforschung „weitgehend unseriös" sei. Der Bremer Diplompsychologe Ralf Streibl (Universität Bremen) verwies darauf, dass diese Spiele Feindbilder produzieren, in denen sich der Spielende als gut absieht, während er „die anderen" als hässlich, böse, charakterlos, schmutzig, schlecht, unwert ansieht. Es erfolge eine Hinlenkung zum Führerprinzip und zur Akzeptanz des Rechtes des Stärkeren. Die offerierten Handlungsstränge ließen keine Alternative zur Anwendung von Gewalt. Der virtuelle Krieg bewirke die Verdrängung und den Verlust des Schreckens vor Gewalt und Krieg. Dass Kinder auf diese Weise emotional abstumpfen und ihre Hemmungen gegen aggressives Verhalten einbüßen, meint auch der Psychologe Clemens Trudewind (Universität Bochum).[5]

Die Durchmusterung dessen was wir in Geschichte und Gesellschaft an Gewalt antreffen, mündet natürlich in die Fragen derjenigen, die sich mit den Zuständen nicht abfinden wollen: Was lässt sich dagegen in Deutschland heute und aktuell mit Erfolgsaussicht tun? Was kann der Staat tun, was vermögen die Bürger? Was können elterliche Erziehung und schulische und außerschulische Aufklärung bewirken und wo sind deren Grenzen? Was kann erreicht werden, solange Gesellschaft und Staat so

---

4 Mord vor der Tagesschau. ND, 28. November 2000, S. 5.

5 Alle Angaben nach dem Bericht „Tod durch Mausklick – statt Friede in der Krippe". *Neues Deutschland*, 16./17. Dezember 2000, S. 14.

beschaffen sind wie sie jetzt existieren? Was lässt sich erst nach eingreifenden Veränderungen in die Gesellschaft erreichen? Schließlich: Ist die Gesellschaft ohne Gewalt nichts denn ein schöner Traum? Vor der Beantwortung all dieser und weiterer Fragen aber steht *das klare Erkennen und das unumwundene Aussprechen dessen, was ist* und dazu gehört nicht nur das Beschreiben der Erscheinungen, sondern der Rückgriff auf ihre Ursachen. Das ist in der Gesellschaft im Ganzen nicht anders als in der Medizin. Wer auf einen Arzt stößt, der nur an den Symptomen einer Krankheit herumdoktert, sucht sich vernünftigerweise einen anderen.

Vor 60 Jahren tobte die Winterschlacht vor Moskau

Redaktionelle Vorbemerkung: Der folgende Beitrag wurde mit dem Blick auf den 5. Dezember 2001 geschrieben, dem Tag, an dem der Beginn jener sowjetischen Offensive 60 Jahre zurück liegt, mit der die militärische Wende des Zweiten Weltkrieges eingeleitet wurde. Die Leser werden leicht herausfinden, warum wir mir seiner Veröffentlichung nicht bis zum Jahrestag warten wollten.

Mit den Generationen verschwinden Wörter und Wortwendungen, die diese in einem bestimmten Moment ihres Lebens aufgenommen haben und für sie dann zeitlebens keiner Übersetzung oder Erläuterung mehr bedürfen. So wird es demnächst der „Ostmedaille“, jener Auszeichnung ergehen, die deutschen Soldaten vom „Führer“ verliehen wurde, weil sie an den Kämpfen an der deutsch-sowjetischen Front im Winter 1941/1942 teilgenommen hatten. In der langen, sodann beständig zunehmenden Reihe von Orden, Ehrenzeichen und weiterem Kriegs-Klimbim stand sie nicht eben hoch im Kurs. In Soldatenmund erhielt sie die Bezeichnung „Gefrierfleischmedaille“.

Die kam wohl nur denen leicht über die Zunge, die den ersten „russischen“ Winter ohne bleibende Schäden überstanden hatten. Das galt gewiss nicht für jene, von denen ein Leutnant im Stab des 185. Infanterie-Regiments am 7. Dezember 1941 in sein Kriegstagebuch schrieb: „Insgesamt werden über 80 Leute vorgestellt, von denen etwa 40 mit Erfrierungen zweiten und dritten Grades ins Lazarett überwiesen werden müssen (von einer einzigen Schützenkompanie). Ich nahm Gelegenheit, einige abgestorbene Glieder zu sehen. Es ist ein bejammernswerter Anblick. Dick geschwollene Füße, mit Blasen bedeckt, völlig unförmig, manchmal schon schwarz ... Die Leute fallen dort um, wo sie stehen.“

An diesem 7. Dezember, zwei Tage zuvor hatte der sowjetische Angriff begonnen, der die zweite Etappe der Schlacht vor Moskau einleitete, hieß es im deutschen Wehrmachtsbericht nichtssagend: „An mehreren Stellen der Ostfront wurden sowjetische Angriffe abgewiesen.“ In Wahrheit waren die deutschen Truppen, Anfang Oktober zum Angriff auf die sowjetische Hauptstadt befohlen, am 1. und 2. Dezember 1941 im Weichbild der Stadt endgültig stecken geblieben. Physisch und psychisch erschöpft traf sie drei Tage später der Angriff frisch herangeführter Truppen des Gegners. Der deutsche Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, der nach 1945 ein von den US-amerikanischen Militärs hochgeschätzter Experte des „Ostkrieges“ wurde, mochte sich in diesem Augenblick seiner Eintragung in das Kriegstagebuch vom 11. August 1941 erinnern: „Und wenn ein Dutzend davon (gemeint sind sowjetischen Divisionen – K. P.) zerschlagen wird, dann stellt der Russe ein neues Dutzend hin.“ Zu tieferen Einsichten hatte ihn diese Beobachtung aber nicht geführt, nicht einmal dazu, den Generalquartiermeister anzuweisen, für ausreichende Winterbekleidung zu sorgen.

Diese Unterlassung hatte nicht nur für die deutschen Soldaten schwerwiegende und für viele tödliche Folgen. Sie führt auch in ein Kapitel deutscher Kriegsverbrechen, das über der Masse anderer kaum in jemandes Bewusstsein blieb. Denn wenn von den Kämpfen vor Moskau mit „deutschen Federn“ geschrieben wurde, war zumeist nur von den Leiden der eigenen Leute die Rede und davon, dass die „Sibirier“ auf das Gegners Seite an die Kälte angeblich gut gewöhnt und vor allem mit entsprechender Kleidung ausgestattet gewesen wären.

Was geschah, lässt sich u.a. den 1991 als Buch herausgegebenen Briefen entnehmen, die der Oberstleutnant i. G. Hellmuth Stieff, damals Ia in einem Armeestab, später Generalmajor und Leiter der Organisationsabteilung im Heeresgeneralstab und als Teilnehmer der Bewegung des 20. Juli 1944 hingerichtet, von der Front an seine Ehefrau schrieb: „... wir greifen jetzt zur Selbsthilfe und nehmen den Panjes für unsere Leute die hier üblichen Filzstiefel und Bekleidungsstücke fort. Es ist besser, die Bevölkerung verhungert und erfriert als wir.“ Und in einem weiteren Brief vom 7. Dezember: „Die Gefangenen laufen jetzt barfuß und kommen um, und unsere Leute ziehen sich die Sachen an.“

Ein anderes Zeugnis stammt von Hans Meier-Welcker, der sich zu dieser Zeit als Ia-Offizier in einem Divisionsstab im sog. Mittelabschnitt befand, später in der Bundeswehr Chef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes wurde, aber erst, nachdem er diesen Platz geräumt hatte, sich dazu entschloss, seine Tagebuchaufzeichnungen zu veröffentlichen. Nur ein „Rest ritterlichen Handelns“, ist da zu lesen, sei noch geblieben. Auch er erlebte, dass der Bevölkerung die Winterbekleidung gestohlen und

sodann, als sich die Truppen zurückzogen, deren Häuser in Brand gesetzt wurden, damit die gegnerischen Truppen nur Asche vorfanden. Und am 30. Dezember notierte sich der schon erwähnte Infanterieleutnant: „Die aus den Ortschaften ausgewiesene Bevölkerung kehrt in Scharen zurück, um sich Nahrungsmittel zu beschaffen. Wir aber müssen hart bleiben, der kleine Rest bleibt für uns. Durch Drohungen werden die Leute abgewiesen. Mag der Hunger vollenden, was die Waffen nicht vermögen ...“

Jede dieser Handlungen stand im Widerspruch zur Haager Landkriegsordnung und manche von ihnen waren im deutschen Militärstrafgesetzbuch ausdrücklich mit schweren Strafen bedroht. So war es verboten, einen Kriegsgefangenen zu berauben oder ihm auch nur unter Drohung etwas zu entwenden oder abzupressen. Hier handelte es sich, und dies denen mit dem Spruch „Die anderen auch“ ins Stammbuch, nicht um die auch bei US-amerikanischen Soldaten beliebte Wegnahme einer deutschen („Schweizer“) Uhr, sondern um Beraubung mit Todesfolge. Zumindest die Offiziere, die auf Kriegsschulen und -akademien ausgebildet worden waren, konnten für sich nicht in Anspruch nehmen, dass sie kein Unrechtsbewusstsein besaßen. Sie ließen die Soldaten gewähren und auch diese waren wie der Generalstäbler Stieff natürlich der Meinung; Besser sie als wir.

Am 9. Oktober, da war die Offensive Richtung Moskau gerade eine Woche alt, teilte der Beauftragte des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete im Führerhauptquartier seinem Vorgesetzten, Alfred Rosenberg, mit, was er da gehört hatte: „Der Führer hat angeordnet, dass kein deutscher Soldat Moskau betreten soll. Die Stadt wird zerniert und vom Erdboden weggewischt.“ Wenn auch auf andere Weise als gedacht, ist ein Teil des Wunsches des „Führers“ verwirklicht worden. Deutsche Wehrmachtssoldaten haben die sowjetische Hauptstadt nur als Kriegsgefangene betreten. Was sie auf dem Wege dahin, die einen früher, die anderen später verübt haben, übersteigt das Vorstellungsvermögen selbst von Menschen, die sich an der Geschichte interessiert zeigen. Unter den vielen Aspekten, unter denen an die Schlacht vor Moskau erinnert werden kann, ist hier der eine erwähnt worden. Und dies, weil uns in diesen Tagen wieder weisgemacht werden soll, dass Krieg die Zivilbevölkerung nicht meint und nur im Ausnahmefall trifft. Von Afghanistan heißt es, dass der Wintereinbruch bevorstünde.

Festschrift für Wolfgang Benz

Welche geistigen, parteipolitischen und andere Voraussetzungen fanden die deutschen Faschisten vor, als sie daran gingen, in den von ihnen eroberten Staaten und in denen ihrer Verbündeten die Politik zu verwirklichen, die ein Europa unterm Hakenkreuz, einen Kontinent ohne Juden schaffen sollte? So ließe sich die zentrale Frage formulieren, der die Mehrheit der Autoren dieses Bandes nachgegangen ist. Auf eine Analyse der Rolle des Antisemitismus in der NSDAP (Ian Kershaw) folgen solche für faschistische und verwandte Parteien in Italien, Österreich, Frankreich, Spanien, Belgien, den Niederlanden, Rumänien, Ungarn Griechenland, sowie in den drei nordeuropäischen Staaten Finnland, Norwegen und Dänemark. Ein Beitrag richtet sich auch auf die neutrale Schweiz und die in ihr existierenden „Fronten“ (Daniel Gerson). Verschieden weit greifen die Autoren in die Geschichte zurück und verdeutlichen soziale, politische, religiöse andere ideologische Wurzeln des Rassenantisemitismus. Und verschieden nahe begeben sie sich in die Gegenwart, manche bis zur Beantwortung der Frage, was Schulkinder im Geschichtsunterricht der heutigen (Nachfolge-)Staaten über die mörderische Politik gegen die Juden und den Beitrag, den ihre eigenen Regierungen oder ihre Landsleute als Kollaborateure dazu geleistet haben. Plastisch treten die gemeinsamen, verwandten und auch besonderen Rechtfertigungen der Judenfeindschaft hervor, die sich immer wieder mit der Diffamierung von revolutionären, namentlich sozialistischen Strebungen verband und überlappte. Deutlich werden Abstufungen und Schattierungen im Antisemitismus und die unkomplizierte Möglichkeit, ihn bis in das Extrem zu steigern. Von Ausnahmen abgesehen standen auch die „Gemäßigten“ unter den Judengegnern gleichsam mit „Verständnis“ und verschränkten Armen dabei, als es an das Deportieren der Juden ging und wenig Zweifel bestanden, was ihnen bestimmt worden war. Und erschreckend in einem der beiden Beiträge über Rumänien (Mariana Hausleitner u. Brigitte Mihok) zu lesen, dass einem Politiker, der am Mord der rumänischen, aus Rumänien stammenden oder nach 1941 in die Hand der rumänischen Armee gefallenen Juden führend beteiligt war, dem 1946 hingerichteten Ion Antonescu, im vergangenen Jahrzehnt Ehrungen zu teil und Denkmäler gesetzt wurden und Politiker, die das dulden oder inszenieren, gleichzeitig den Anspruch erheben, den von ihnen geführten Staat zum Mitglied einer europäischen Gemeinschaft zu machen, die sich auf die Achtung von Menschenrechten festgelegt hat. Derlei Huldigungen, glaubte man, seien nur im fernen Japan für Anführer des Chinesenmordens denkbar.

Die Aufzählung der inspizierten politischen Räume lässt leicht erkennen, wo die blinden Stellen liegen. Zwar existierten in den damals sowjetischen Republiken des Baltikums beim Eindringen der Wehrmacht 1941 faschistische und andere judenfeindliche Organisationen nicht mehr, aber ein erheblicher Teil von deren Mitgliedern stand den deutschen „Befreiern“ ungewandelt zur Seite, als die Einsatzgruppen Reinhard Heydrichs auftauchten. Zum Ganzen gehört auch, was an Antisemitismus in jenen eroberten Gebieten der UdSSR angetroffen und mobilisiert werden konnte, die seit 1917 oder bald danach sowjetisch geworden waren. In beiderlei Hinsicht wird es nicht ohne Recherchen der Historiker abgehen, die sich vor Ort mit früher und vielfach – bis jetzt – ungeliebten Seiten ihrer Geschichte befassen sollten und dafür wenig öffentlichen Beifall zu erwarten haben. Und zu Vervollständigung gehörte auch eine Studie über Polen, für das ein Beitrag (Beate Kosmala) Gewalt gegen Juden in den Nachkriegsjahren bis 1947 behandelt.

Trotz dieser Lücken bietet sich das ausgebreitete und verarbeitete Tatsachenmaterial bereits in seiner jetzigen Ausdehnung für eine vergleichende Betrachtung an, die dem Zusammenhang von Vorkriegsantisemitismus, dessen Trägern, Ausdrucks- und Organisationsformen und der Judenmassaker seit 1940/1941 nachgehen könnte. Diese Arbeit zu leisten haben die Herausgeber des Bandes am ehesten wohl dem Manne zugetraut, dem die Sammlung gewidmet ist. Wolfgang Benz erhielt sie aus Anlass seines 60. Geburtstages zu seiner vollkommenen Überraschung. Wer sich über die Spur informieren will, die der Historiker während seiner Münchener Jahre und nun seit über einem Jahrzehnt in Berlin in der Historiographie des 20. Jahrhunderts schon gezogen hat, wer wissen will, welche Ansicht Benz über die gesellschaftliche Rolle der Historiker vertritt und vorlebt, kann sich am Beginn des Bandes darüber von Hermann Graml konzentriert und einfühlsam informieren lassen. Er und die beiden anderen Herausgeber haben am Schluss auch Platz für Autoren gelassen, deren Beiträge unter anderen

Aspekten das Forschungsgebiet betreffen, dem die mitunter ein wenig unheimlich anmutende Arbeitskraft des Leiters des Zentrums für Antisemitismus an der Technischen Universität gilt.

Vorurteil und Rasenhass. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas. Hrsg. von Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Metropol Verlag Berlin 2001, 455 S.

Stimmungen und Erwartungen am Vorabend des Überfalls auf die Sowjetunion

Gab es an jenem 22. Juni 1941 jemanden, der diesen Augenblick nicht nur hatte herannahen sehen, sondern auf ihn gewartet, ihn erhofft hatte? Die Frage scheint dem Rückblickenden absurd. Dennoch: Es gab in jenem Frühjahr vor 60 Jahren an sehr weit auseinander liegenden Orten Menschen, die wünschten, die Wehrmacht werde in die UdSSR einfallen. Das waren zum einen Regierungskreise Großbritanniens, die um den Aufmarsch vor der sowjetischen Grenze wussten, und diejenigen, die den Angriffstermin aus Geheimdienstinformationen kannten. Ihr Interesse lag zu Tage: Wie lange auch der Krieg in Osteuropa dauern würde, er brächte dem Inselstaat erneut eine Atempause, mit ihr die Chance, sich für die Weiterführung des Krieges zu wappnen, diplomatische Initiativen zu verstärken und namentlich die Unterstützung durch die USA-Administration zu aktivieren. Und naheliegend: Würde die deutsche Luftwaffe hauptsächlich im Osten eingesetzt, musste das eine Verminderung der Angriffe auf britische Städte und Industriezentren bedeuten.

An anderem Ort, wo die Vorbereitungen des Überfalls direkt beobachtet werden konnten und zu weiteren Drangsalierungen der Bewohner führten, lebte die Hoffnung auch. So im Osten des Generalgouvernements vor der sowjetischen Grenze, Dort glaubte niemand, die Konzentration deutscher Truppen diene ihrer ungestörten Vorbereitung auf eine Invasion des Inselstaates, von der Hitler 1940 prahlerisch gesprochen hatte. Die Berichte der Kreishauptleute besagen, dass vor allem die zahlreiche jüdische Bevölkerung auf den Kriegsbeginn hoffte. Was auch komme, es würde die bolschewistische Herrschaft ihnen erheblich bessere Lebensbedingungen verheißen als die faschistische Besatzung. Wünschten die Londoner, die sowjetische Armee solle die Kräfte der Wehrmacht möglichst lange binden, so die Juden, es möchte ihr gelingen, die Deutschen aus ihren Städten und Gemeinden zu vertreiben.

Und die Deutschen selbst? Ihre Grundstimmung im Hochsommer 1940, als Frankreich kapituliert hatte, war die Hoffnung auf baldigen Frieden, zu dem Großbritannien gezwungen werden könnte. Den faschistischen Demagogen bereitete es Schwierigkeiten, die Bevölkerung auf einen länger währenden Krieg einzustellen. Die Konfrontation mit neuen Kriegsgegnern wünschte kaum jemand. Dann wurden Jugoslawien und Griechenland zwar rasch erobert, aber es war nicht zu übersehen, dass die eigenen Kräfte an immer mehr Stellen eingesetzt werden mussten, einschließlich der Nordküste Afrikas. Und dann waren da die Nachrichten aus dem Osten des Generalgouvernements.

Wie sie verstanden, erörtert und gedeutet wurden, hielten die geheimen, Woche für Woche erstatteten Meldungen des Sicherheitsdienstes fest, der sich auf eigene Beobachtungen und die seiner Informanden stützte. Sie sagen viel über die geistige Verfassung, in der sich die Deutschen nach acht Jahren faschistischer Herrschaft und nahezu zwei Jahren Krieg befanden. Seit Jahresbeginn, hieß es am 3. März würden „die Ereignisse in erster Linie dahin gewertet werden, ob sie geeignet seien, den Krieg abzukürzen oder zu verlängern." Hofften die einen, sein Ende werde mit einer Invasion erzwungen werden, meinten andere, der U-Boot-Krieg würde die Kapitulation des letzten Gegners bringen. Dritte spekulierten auf einen Angriff via Türkei in den Vorderen Orient und zum Suezkanal.

Das Interesse, die Beziehungen zu „Russland" möchten sich nicht verschlechtern, äußerte sich bereits in Fragen, die nach der Hitlerrede vom 30. Januar 1941 gestellt wurden: Warum war „der Führer" nicht auf dieses Land zu sprechen gekommen, als er einen Lagerundblick unternommen hatte? Dann wurden Besorgnisse laut, als deutsche Truppen in Bulgarien einrückten. War das mit dem Einverständnis Moskaus geschehen? Im Bericht vom 25. März hieß es zum ersten Mal kompakt, dass „die Frage Russland nach wie vor einen breiten Raum" einnimmt. Man wolle wissen, dass „viele deutsche Divisionen zum Einmarsch an der Grenze bereitstünden", glaube aber an eine Vorsichtsmaßnahme. Die von da an ins Kraut schießenden Spekulationen besaßen alle eine Tendenz Hoffnung auf den Abbau vermuteter Spannungen: Der japanische Außenminister hätte bei seinem Besuch in Moskau dahin gewirkt. Molotow wolle den weniger deutschfreundlichen und – natürlich jüdischen Einflüssen ausgesetzten – Stalin stürzen.

Am 3. April werden zum ersten Male Gerüchte festgehalten, wonach „im Frühsommer dieses Jahres mit einer deutschen Offensive gegen Russland zu rechnen sei." Wenig später glauben „Volksgenos-

sen“, die UdSSR werde zugunsten des eben überfallenen Jugoslawiens militärisch eingreifen. Drei Wochen darauf war hingegen von Gerüchten die Rede, deutsche Truppen würden von der russischen Grenze zurückgezogen. Anfang Mai wurde „Russlandgerüchten und deren Auswirkungen“ ein eigener mehrseitiger Abschnitt gewidmet. Denn inzwischen hatte die Diskussion über das Verhältnis der beiden Staaten ganz Deutschland erfaßt. Viele begannen, sich Gründe für einen Krieg zurecht zu legen: Deutschland sei Russland zu mächtig geworden, betreibe eine Politik auf eigene Faust, bedrohe die Flanken des östlichen Nachbarn, werde daher ökonomisch nicht mehr unterstützt. Vielfach sei jedoch „der Wunsch ausgesprochen“ worden, „dass es vielleicht noch eine friedliche Lösung geben möge.“ In derlei Gespräche mischte sich im Mai auch Beunruhigung. Sie richtete sich nicht auf das Vermögen, die sowjetische Armee zu besiegen. Bezweifelt wurde, ob Deutschland vorläufig „genug Menschen habe, um auf die Dauer dieses Land halten zu können.“

Inzwischen bildeten Briefe deutscher Soldaten, geschrieben vor der Grenze zur UdSSR, die Hauptquelle der Gerüchte und es wurde gefragt, so in Frankfurt/M. und Halle, ob Deutschland nicht der Urheber der „Spannung“ sei, denn es wolle für die Weiterführung des Krieges sowohl die Getreidefelder der Ukraine wie die Erdölfelder in seinen Besitz bringen. Angesichts gekürzter Lebensmittelrationen sprachen sich auch so wachsende Bedenken aus, wie lange Deutschland wirtschaftlich würde bestehen können.

Im letzten Monat vor dem Überfall war Deutschland, nachdem die Aufregung über den Flug von Rudolf Heß nach England abgeklungen und Kreta erobert war, eine einzige Küche wilder und einander widersprechender Gerüchte. Russland werde die Ukraine auf 99 Jahre an Deutschland verpachten, die baltischen Provinzen übergeben, die mit deutschen Bauern besiedelt würden, habe deutschen Truppen das Durchmarschrecht gewährt, die sich im Kaukasus auf dem Wege in den Irak befänden. Stalin wolle nach Berlin oder München kommen, mit der massenweisen Herstellung sowjetischer Fahnen sei begonnen worden. Kurzum: Es wäre „noch einmal gut gegangen.“ Niemand glaubte, Russland werde Deutschland in den Rücken fallen.

Dass es genau das habe tun wollen, davon suchte die Erklärung Hitlers vom 22. Juni zu überzeugen. Die Nachricht von der erneuten Ausweitung des Krieges löste, besonders unter Frauen, die um das Leben von Söhnen und Männern bangten, anfangs Bestürzung aus. Die Mehrheit der Bevölkerung, namentlich die Biertischstrategie, hatte ihr neues Thema? Wie lange werde der Feldzug im Osten dauern? Am Sieg zweifelten die wenigsten, denn: der russische Soldat tauge nichts, die Militärführer seien beseitigt, das Gelände böte deutscher Technik keine Schwierigkeiten, die Ukraine und die baltischen Gebiete würden abfallen, in Moskau ein Umsturz stattfinden usw.

Beschlich Deutsche an jenem Junitag eine Vorahnung, dass der Schritt zum Abgrund getan war? „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich,“ so eine der Bevölkerung eingehämmerte Propagandaparole. Die Berichte vom neuen „Kriegsschauplatz“ schienen das zu bestätigen. Nur ganz vereinzelt tauchten „Befürchtungen“ auf, ob angesichts des Mangels an deutschen Menschen, Raum und Menschen beherrscht werden könnten. „Verhältnismäßig selten ist bisher der Hinweis auf das Schicksal Napoleons,“ hieß es, eine Information, in die merkwürdigerweise das Wort „bisher“ geraten war, das sich als prophetisch erweisen sollte.

Dem Verdienst angemessen

Festschriften stehen noch immer unter Verdacht, Ansammlungen von Artikeln zu sein, die mehr oder weniger gewaltsam unter ein Dach gebracht werden. Im vorliegenden Falle erweist sich das als Fehlurteil. Geliefert wird Zwischenbilanz und Erweiterung eines in den letzten Jahren zunehmend aufgehellten Forschungsfeldes, dessen Gegenstand die Medizin im faschistischen Deutschland bildet. Diese war schon zu Zeiten, da sich die führenden Vertreter des Faches an westdeutschen Universitäten gegen seine kritische Durcharbeitung noch mit Erfolg sperrten, Gegenstand von Forschungen des Mannes, dem der Bd. gilt und Dank sagt. Walter Wuttke begann in den sechziger Jahren sich mit der billigen Ausflucht auseinanderzusetzen, es seien nur ganz wenige Ärzte gewesen, die sich an den Verbrechen in weißen Kitteln beteiligt hätten. Er meinte auch, dass die wissenschafts- und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen für diese Beteiligung nicht in das 19. Jahrhundert verwiesen und zur bloßen Folge des Eindringens naturwissenschaftlicher Methoden in die Medizin erklärt werden könnten.

Karrierefördernd ist Wuttkes Drängen, die Geschichte von Medizin und Gesundheitswesen umfassend zu erforschen, den Einflüssen von Rassismus, Rassenhygiene und anderen reaktionären Ideologien nachzugehen, für ihn nicht geworden. Es machte ihn zu einem befeindeten Außenseiter. Nach Assistentenjahren in Tübingen und da am Universitätsinstitut für Geschichte der Medizin war ihm weiterer Verbleib an der Universität verschlossen. Vom Beginn des 80er Jahre an verband sich sein Wirken mit vielen „Projekten“, aus denen sein Anteil an der Ausstellung „Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus“ herausragt. Sie wurde in vielen Städten der Bundesrepublik gezeigt. Das auf ihn zurückgehende Begriffspaar – Heilen und Vernichten – zielte darauf, die Rolle der Medizin im Naziregime als ein Ganzes zu begreifen. Das richtete sich gegen die Konstruktion eines absolut widerstreitendes Gegensatzpaares, von dem der eine angeblich dominierende Teil uneingeschränkt humanistisch gewesen sei und nur der Andere verbrecherischen Zwecken gedient habe. Wuttke arbeitete die Funktionsweise einer Leistungs- und Billigmedizin heraus, durch welche die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Aufgaben im Kriege, auf Eroberungszügen und bei der Unterdrückung fit gemacht und gehalten werden sollte, während die „Unbrauchbaren“ Missachtung, Vernachlässigung, schließlich der Vernichtung anheimgegeben wurden.

Hervorstechend, dass der Band, zu dem 17 Autoren – Mediziner, Psychiater, Soziologen, Psychologen, Historiker, Politikwissenschaftler und Juristen, darunter ostdeutsche Fachleute, die ihre Arbeitsplätze nach 1990 verloren – beisteuerten, von Tätern wie Opfern handelt. Erstere kommen mit ihren Institutionen (Kanzlei des Führers, Innen- und Justizministerium) wie in persona in das Blickfeld. Die Beiträge, die von der juristischen Ahndung der sog. Euthanasie-Verbrechen in den beiden deutschen Staaten handeln, beleuchten noch einmal, dass der westdeutschen Justiz, die schwerstbelastete Täter straffrei davonkommen ließ und Freisprüche grotesk begründete, keineswegs – wie später behauptet – „Fehler“ und „Versäumnisse“ unterliefen, sondern es sich um systembedingte Erscheinungen handelte. Von Richtern, die selbst dem Naziregime auf die unterschiedlichste Weise gedient hatten und von denen manche, wenn sie nicht auf die Anklagebank gehörten, lebenslang unter Berufsverbot gestellt werden mussten, war nicht zu erwarten, dass sie angemessene Strafen auswarfen.

Die Beiträge zeigen in beeindruckender Breite das Spektrum der Opfer, das gemeinhin nur selektiv wahrgenommen wird. Zu ihnen gehörten nicht nur, was in das Bewusstsein der Nachgeborenen drang, Juden, Behinderte, Kranke und Insassen von KZ, die Opfer von barbarischen medizinischen Experimenten wurden, sondern Zwangsarbeiterinnen, an denen Abtreibungen vorgenommen und deren Kinder umgebracht, Homosexuelle, die „entmannt“ wurden, Prostituierte und pflegebedürftige Alte, die lebensnotwendige Beistand unter anderem verloren, weil sich Pflegeheime in Wehrmachtslazarette verwandelten. Alte Menschen siechten dahin, starben und wurden im buchstäblichen Sinne umgebracht, damit junge Männer, genesen, an die Fronten zurückkehren konnten: Vernichten und Heilen.

Aus den durchweg sachlichen Aufsätzen fällt eine Passage über den Jenaer Kinderarzt Jussuf Ibrahim heraus. Er wird als NS-Massenmörder bezeichnet, der eigenhändig Kinder ermordet habe, die seinem „arischen“ Ideal nicht entsprochen hätten. Was immer an dem Bilde des einstigen Professors der

Jenaer Universität zu korrigieren war, diese Aussage ist durch den (hier demagogisch angemerkten) Bericht der vom Universitätssenat eingesetzten Kommission mitnichten gedeckt. Sie gehört in das Magazin jener Horrorgemälde über die Medizin der DDR, die 1990 Konjunktur hatten

Christoph Kopke (Hrsg.). Medizin und Verbrechen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Wuttke, Verlag Klemm + Oelschläger 2001.

Aus Gerichtssaal und Grand Hotel

Im Jahre 2001 hat Steffen Radlmaier, Feuilletonchef der *Nürnberger Nachrichten*, eine Anthologie veröffentlicht, in der er zeitgenössische Berichte versammelte, die von Beobachtern des Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher verfasst und vor allem in Zeitungen und Zeitschriften des Auslands veröffentlicht worden waren. Es war die Hebung eines Schatzes. Was die damals aus dem Ausland, nicht wenige aus Ländern ihres Exils, angereisten Schriftsteller und Reporter sahen, beschrieben und analysierten, kann bis auf den Tag nachdenklich stimmen. Das gilt besonders für Passagen, in denen Erwartungen an die Zukunft ausgesprochen wurden, in der wir nun angekommen sind.

Manches vom Autor Entdeckte und Ausgewählte hätte einen erklärenden oder berichtigenden Kommentar verlangt. Doch sind Hörbücher, und in dieser Version liegen die Texte aus den Jahren 1945/1946 jetzt verkürzt vor, keine Lehrbücher. Anmerkungen können da nicht gut hineingesprochen werden. Wohl aber hätte sich, dem Zitierten voran, knapp sagen lassen, wer denn das war, der das einst schrieb. Alfred Döblin, Erika Mann, diese Namen dürfte der eine oder andere Gymnasiast noch entschlüsseln können. Jaroslaw Halan aber? Selbst die der russischen Sprache Mächtigen werden Schwierigkeiten haben, im Internet Näheres über den ukrainischen Schriftsteller zu erfahren, dessen Beitrag übrigens einer Hymne auf das unstrittige Verdienst der sowjetischen Ankläger gleicht, während er die Darlegungen der westlichen Juristen völlig ungerechtfertigt als monoton und langweilig vorgetragen herabsetzt.

Die Berichte führen nicht nur in den Gerichtssaal, nicht nur in das Grand Hotel, in dem sich abendlich Juristen, Dolmetscher, Stenotypistinnen und das ganze vielgestaltige Personal versammelten, das den Prozess gemeinsam erst möglich machte. Sie geben auch ein Bild von den eingesessenen Nürnbergern, die wie viele andere Deutsche in Groß- und Mittelstädten inmitten von Trümmern lebten. Janet Flanner hat sich von einem „deutschen Professor“, dessen Namen sie nicht nennt, deren Reaktion auf das Gerichtsverfahren erklären lassen: Sie seien erdrückt von privaten Sorgen, nach Jahren der Nazipropaganda misstrauisch gegenüber politischen Informationen von Zeitungen und Rundfunkstationen, apathisch und in Abwehrhaltung gegen die Konfrontation mit den Verbrechen des Regimes, die ohne ihre Mitwirkung oder Duldung nicht hätten geschehen können. Wie der vor fünf Jahren erschienene Band nimmt auch dieses Hörbuch, sprachlich angemessen gestaltet von drei Schauspielern, eine Sonderstellung in der „Nürnberg-Literatur“ ein. Beide bereichern das, was Juristen und Rechtswissenschaftler, namentlich Völkerrechtler, und Historiker über das denkwürdige Ereignis schon geschrieben haben.

Steffen Radlmaier (Hrsg.): „Der Nürnberger Lernprozess“ mit Beiträgen von Willy Brandt, Alfred Döblin, Erika Mann u. a., inszenierte Lesung mit Wolf Frass, Sascha Icks und Josef Tratnik, Produktion Eichborn Lido.

Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik

Remigrierte Historiker in der frühen DDR. Vorwort von Georg G. Iggers, Böhlau Köln 2001. Rezension

Wenn über die Geschichtsschreibung in der DDR ein redlicher Bericht geschrieben werden wird, dürfte sich die vorliegende Arbeit als unverzichtbarer Quell erweisen. Und als Warnung, sich die Aufgabe nicht leicht zu machen. Hier ist von den Gründervätern der marxistischen Historiographie in der DDR die Rede, genauer von ihrer Mehrheit. Das waren nicht mehr als neun Personen. Sie kehrten aus dem Exil zurück, manche schon in die Sowjetische Besatzungszone, andere später in die DDR. Nur drei von ihnen hatten eine universitäre Ausbildung hinter sich, als sie das Nazireich flohen.

Ins Bild kommen die Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski und Hans Mottek, die aus Österreich geflohenen Leo Stern und Arnold Reisberg, und Alfred Meusel, Karl Obermann, Ernst Engelberg, Albert Schreiner und Wolfgang Ruge. Nur unter zwei Gesichtswinkeln bildeten diese eine Gruppe. Sie hatten sich in frühen Lebensjahren den revolutionären Kräften der Arbeiterbewegung zugesellt. Und: sie waren an der (zeitweiligen) Beheimatung der marxistischen Geschichtsbetrachtung an ostdeutschen Lehr- und Forschungsstätten maßgeblich beteiligt. Denn sie stellten Direktoren von Geschichtsinstituten in Berlin, Halle, Leipzig und Potsdam und an der Akademie der Wissenschaften. Mehrere von ihnen wurden zu Mitgliedern der Akademie gewählt. Zwei wirkten als Präsidenten der Historikergesellschaft. Sie waren Mitglieder von staatlichen Beiräten.

In vieler Hinsicht aber kann diese Gruppe bunter nicht gedacht werden. Das gilt für soziale Herkunft, Bildungswege, politischen Tätigkeiten und das Leben während der Emigrationsjahre. Geboren waren sie zwischen Rheinland und Baden und Galizien und der Bukowina. Zwischen ihren Geburtsjahren – 1892 und 1917 – lag nahezu der Abstand einer Generation. Unter ihren Vätern waren Studienräte, ein Volksschullehrer, ein Getreidehändler, ein Pächter, ein Sattler und Metallarbeiter. Nur wenige hatten einen praktischen Beruf erlernt und sich durch seine Ausübung im Exil den Lebensunterhalt verdienen können. Von der Unterschiedlichkeit ihres Eintritts in die Wissenschaft zeugt, dass zwischen den Jahren ihrer Promotion – 1922 und 1959 – eine Zeitspanne von 37 Jahren klaffte. Größer noch war jene zwischen ihren Habilitationen. Zwei hatten an Kriegen teilgenommen. Schreiner, der älteste, war Soldat in der kaiserlichen deutschen Armee gewesen und Offizier in den in Spanien kämpfenden internationalen Brigaden. In denen hatte auch Leo Stern die Republik verteidigt. Später gehörte er zur Sowjetarmee und schied aus ihr im Range eines Oberstleutnants aus.

Damit ist angedeutet, dass diese Neun über eine Summe ganz außerordentlicher Lebenserfahrungen verfügten. Sie rührte aus ihrer Teilnahme an den Kämpfen um Bestand oder Untergang zweier nach 1918 entstandener Republiken, der deutschen und der österreichischen, her. Sie entstammte der Zugehörigkeit zu ausnahmslos allen mehr oder weniger einflussreichen Arbeiterparteien, die es nach 1917 in Deutschland und Österreich gab. Die waren aus Differenzierungs- und Abspaltungsprozessen hervorgegangen und ihre Führungen wie ihre Mitglieder hatten sich zeitweise auf das Äußerste befehdet. Alle waren früh publizistisch tätig geworden. Unmöglich, auch nur die Liste der politischen und kulturellen Zeitschriften anzuführen, an denen sie mitgearbeitet hatten. Deren Erscheinungsorte befanden sich in Frankreich, der Schweiz, den USA, Großbritannien, der UdSSR, der Tschechoslowakei und Mexiko. Damit sind auch Exilländer genannt, in denen sie sich zeitweilig aufhielten, zu denen noch Dänemark, die Türkei und Palästina gehörten. Reich waren die Erfahrungen, die Mitglieder dieser Gruppe als politisch Verfolgte gemacht hatten. Dazu gehörten Aufenthalte in Gefängnissen in Berlin, Aachen und Wittlich bei Trier, in Wien sowie im „Anhaltelager“ Wöllersdorf bei Wiener-Neustadt. Engelberg saß verurteilt im Zuchthaus in Luckau. Ruge und Reisberg wurden in Lager der stalinistischen Herrschaft deportiert und an Verbannungsorten festgehalten. Man wird, wie immer zusammengestellt, keine zweite Gruppe deutscher Historiker auffinden, die sich dieser an Lebenserfahrungen an die Seite stellen ließe.

Mario Kessler hat die Wege der neun Männer untersucht und den Schwerpunkt auf die Jahre gelegt, in denen sie in der DDR wirkten. Vorrangig galt sein Interesse, was den Texten mitunter eine Schlagseite gibt, der gesellschafts- und parteipolitischen Rolle der Historiker. Für manche währte sie kurz.

Meusel starb 1960. Andere erlebten den Untergang des ostdeutschen Staates. Kuczynski konnte vom Vf. noch befragt werden. Gleiches gilt natürlich für Engelberg und Ruge.

Kenntnisreich und knapp äußert sich Keßler zu den wissenschaftlichen Verdiensten, die, wenn sich um eine Achse gruppieren lassen, vor allem in der Hinwendung zur Geschichte von Massen und da insbesondere der Arbeiter liegt. Und die, thematisch weit aufgefächert, mit der Ausnahme von Stern im 19. und frühen 20. Jahrhundert liegen. Motteks Forschungen verbinden sich mit Erkenntnissen zur Geschichte der Industrialisierung in Deutschland, Obermanns mit Einsichten über die Revolution 1848. Engelbergs Bismarck-Biographie wurde zu Zeiten der Zweistaatlichkeit als außerordentliche Bereicherung empfunden. Nur Ruge, der Jüngste aus dieser Gruppe, betrieb eingehende Studien zu Aufkommen und Macht des Faschismus.

Keßler hat kein Problem umschifft, auf das er bei der Verfolgung dieser Lebensweg stieß. Er ließ keinen Konflikt aus, in den diese Historiker untereinander und mit der Obrigkeit in der DDR geraten waren. Immer wieder kehrt er zu der Frage zurück, warum diese Wissenschaftler sich zu keiner Phase für eine Erneuerung in der DDR stark zu machen vermochten, so dass mehrere von ihnen das kontinentweite Scheitern jenes gesellschaftlichen Vorhabens erlebten, dem sie so viele Kräfte gewidmet hatten. Widersprüche im Leben von Menschen werden deutlich und die Motive für Handeln und Unterlassen.

Mit deren Darstellung macht es sich Kessler nicht leicht. Mit Urteilen hält er sich eher zurück, als dass er sich hervor zu tun trachtet. Die Wahrhaftigkeit der Darstellung ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass der Autor, ohne ins Marginale abzugleiten, niemandem etwas schenkt. Kuczynski nicht die Eloge auf Stalin anlässlich von dessen 70. Geburtstag. Und ihm und anderen nicht die durch menschliche Schwächen verstärkten Streitigkeiten, die – mitunter nur im wissenschaftlichen Gewande – untereinander ausgetragen wurden. Da vermeint man nicht, dass die Beteiligten sich einem Bunde von Gleichgesinnten zuzählten. Keßler, der Abstiege aus dem Reich der Wissenschaft in die Einöden der Agitation ausgemessen hat, hätte das als Warnung selbst dienen lassen können. Sein eigener Tribut ist da nicht eben gering. Er reicht von „der SED-Führung und ihren sowjetischen Schutzherren“ über die „von Moskaus Gnaden“ und das „Moskauer Imperium“ bis zu den „hinter Mauer und Stacheldraht eingesperrten DDR-Bürgern“. Hierhin gehört, dass er im Hitler-Stalin-Pakt eine „deutsch-sowjetische Freundschaft besiegelt“ glaubt. Ein Anhauch des Zeitgeistes äußert sich wohl auch darin, dass an Stellen, wo der Autor aus Rücksichten nicht polemisieren will, er das Urteil seinen Lesern überlässt. Die werden, ungeachtet dessen, Ihren Gewinn ziehen. Ein Hundsfott, der vor dem Leben und den Leistungen derer, von denen hier berichtet wird, keinen Respekt zu empfinden vermag.

Die Schüler und ihr Lehrer

Wer über Lügen schreibt, sollte Interessenten und Nutznießer nicht verschweigen

Beim Stichwort „Geschichtslügen“ mag Lesern, die sich in deutscher Geschichte auskennen, eine Menge einfallen. Zuvörderst mag an das eben zu Ende gegangenen Jahrhundert gedacht werden, in dem die Bedrohungslüge wiederholt herhalten musste, dem deutschen Michel einen Krieg zu begründen, der auf Aggression zielte. In diese Sparte gehört als eine Untergruppe die Einkreisungslüge, die ganze Staatengruppen des Komplotts gegen das Deutsche Reich zieh und zweimal, vor 1914 und dann wieder 1935, dazu diente, die Deutschen darauf vorzubereiten, sich aus der drohenden Umklammerung zu befreien. Dann findet sich da die Lüge vom Präventivkrieg, die den Einfall in die Sowjetunion rechtfertigte und die, wiewohl als reine Erfindung von Historikern sehr unterschiedlicher Strömungen bloßgestellt, eine außer ordentliche Zählebigkeit besitzt und prompt, totgeglaubt, nach dem Ende der UdSSR auflebte. Sodann wäre da die Kriegsunschuldslüge, mit der deutsche Historiker, Publizisten und Politiker auf die von den Kriegsgegnern verbreitete und im Versailler Vertrag festgeschriebene Alleinschuldlüge antworteten.

Doch nicht nur vor, in und nach Kriegen blühten die Geschäfte der Lügner. Davon zeugt das Lügenpaket, das den Deutschen mit und nach dem Ende der DDR vorgesetzt wurde und nichts anderes beabsichtigte, als die Rechtfertigung der Praxis des Anschlusses. Da war die Lüge von der „Wissenschaftswüste“ und von Ärzten, die Mörder von Frühgeborenen gewesen seien und einige weitere, die allesamt darauf zielten, die Intelligenz des untergegangenen Staates zu diffamieren und umso leichter mit den Ostdeutschen fertig zu werden.

Wird das Thema gar auf die Verwandten der nackten Lügen, auf Legenden ausgedehnt, von denen der Historiker Siegfried A. Kaehler sagte, sie wären die feinere Form der Unwahrheit, so wird der Stoff unerschöpflich, denn dann kommen das „im Felde unbesiegte“ deutsche Heer, der „Dolchstoß“ und vieles andere hinzu. Lügen wie Legenden steht das Interesse gleichsam auf die Stirn geschrieben und zwar nicht dasjenige, von dem der einzelne Verbreiter geleitet wird. Da mag skrupellose Geld- oder Karrieresucht und anderes regieren. Was den wahrheitswidrigen Geschichtsbildern hingegen leicht abzulesen ist, eigene Informiertheit und Urteilskraft freilich vorausgesetzt, ist das soziale Kasten-, Gruppen- oder Klasseninteresse, das sie bedienen. Und insofern ergibt sich das der Beschäftigung mit dem weitläufigen Thema durchaus ein Nutzen. Sie kann dazu führen, gewarnt zu sein und – mehr noch – schon mit dem Blick auf politische Situationen vorauszusehen, mit welchen Rechtfertigungen die Kontrahenten ihr Verhalten ausstatten werden. Den Initiatoren des NATO-Krieges gegen Jugoslawien argumentierten, es seien alle diplomatischen Mittel erschöpft gewesen und mit ihnen auch die Geduld, denn man konnte nicht länger zusehen usw. So sei nur dies geblieben: Gewalt. Die Liste der Vorläufer dieser Argumentation ist lang. Hitler figuriert auf ihr an herausragendem Platze.

Die Autoren des vorliegenden Bandes zeigen sich an alledem desinteressiert, wenngleich sie versichern, das schillernde Phänomen habe sie in den Bann geschlagen. Zwei Fallbeispiele, die sie vorführen, sind weit hergeholt. Das eine befasst sich mit Lügen, mit denen sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts Ideologen und Propagandisten der beiden großen christlichen Kirchen bekriegten. Das andere mit der These vom „erfundenen Mittelalter“, die kaum über die Fachinteressierten hinausgelangt und mausetot ist. Der dritte Beitrag bescheinigt den Abgeordneten des Bundestages unter Berufung auf deren 1997 spät geführte Debatte über die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ das Vordringen zu hoher Erinnerungskultur. Das hatten die Parlamentarier an sich schon selbst gelobt. Zustimmend wird zitiert: „Die Geschichtslügen zählen eben einmal zu jenen Würmern, die nicht sterben, desto öfter aber müssen sie getreten werden.“ Wenn Historiker sich aus der Terminologie ihres Faches – was oft geschieht – wie hier in jene der Biologie oder der Medizin oder der Wetter- und Klimakunde flüchten, wollen oder vermögen sie ihren Gegenstand nicht zu analysieren und seine Bewegung nicht zu erfassen. An anderer Stelle wird ernsthaft erklärt, Geschichte entstehe „erst durch den konstruierenden Akt der historischen Erzählung.“ Die Herausgeber dieses Bandes sind zwischen 33 und 36 Jahren alt. Und sie kommen aus der „Mitte der Gesell-

schaft“. Die kann so wissen, was an geschichtswissenschaftlicher Altersweisheit auf sie zukommen wird.

Die spricht sich am Bandschluss in einem Interview aus, für das sich Hans Mommsen, kürzlich an seinem 70. Geburtstag ob seiner Verdienste geehrt, zur Verfügung stellte. Der konstatiert, und das begünstigt Lügner wie Legendenbildner zweifellos, dass Neuzeithistoriker in Deutschland auf dem Felde der Quellenkritik nicht so gut trainiert wären wie die Spezialisten des Mittelalters und „dass sie die politischen Intentionen von Fälschungen nicht bemerken.“ Da möchte man mit dem Manne, der bis vor kurzem an der Ruhruniversität lehrte, in ein weiteres Gespräch darüber eintreten, woher dieser Doppelzustand rühre und wie ihm abgeholfen werden könne. Für deutsche Zustände scheint es Mommsen charakteristisch, dass die Medien wenig auf „Ergebnisse der Geschichtswissenschaft“ Rücksicht nähmen. Das müssten sie aber tun, meint er und auch die weitgehende Ausklammerung der Fachwissenschaft aus öffentlichen Diskussionen müsse „nach Möglichkeit reduziert“ werden. Das sind rücksichtsvoll formulierte, berechtigte Forderungen eines Historikers, der sich selbst über mangelnde Medienpräsenz nicht beklagen muss. Mommsen sieht einen Unterschied zwischen Großbritannien und Deutschland darin, dass im Inselstaat schon erreicht ist, was er hierzulande verlangt. Dort erfolge die Rücksichtnahme, „womit natürlich auch der Anteil der Scharlatane im historischen Feld geringer wird“. Schließlich teilt Mommsen seine Beobachtung aus einem schönen Seminar mit, die lautet: es sei „das historische Bewusstsein der neuen Bundesrepublik merkwürdig kurzatmig“. Das klingt ein wenig orakelhaft, denn auch hier begegnet dem Leser der Ausbruch aus der Terminologie der eigenen Zunft und die Anleihe bei Alltagsbefindlichkeit oder Medizin, die nicht etwas schon Gesagtes nur illustriert, sondern mehr Fragen aufgibt anstatt eine zu beantworten. Nicht in einem Falle kommt die Frage nach den Ursachen der kritisierten Zustände auf. Das legt den Verdacht nahe, es handele sich bei den Autoren des Bandes um Schüler des Gelehrten.

Es dauere, schließt Mommsen mit dem Blick auf Deutschland mehr tröstend als resignierend „meist mehrere Generationen“ bis sich gegen Lügen und Legenden im öffentlichen Geschichtsbild die Wahrheit durchsetzt. Das wird an dem Verdienst Eckart Kehrs dargetan, der schon in jungen Jahren mit seinem Blick auf die Rolle des deutschen Imperialismus vor 1914 in der Zunft ein Außenseiter war und Erkenntnisse über die Rolle Deutschlands bei Kriegsausbruch formulierte, die erst Jahrzehnte später und auch da und bis heute nur zögernd Anerkennung fanden. Was Mommsen weiß, aber merkwürdigerweise nicht sagt, ist, dass es in den Kreisen der deutschen Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten und einiger weniger bekennender Demokraten schon in den 20 er Jahren ein kritisches Bild von der Rolle des Kaiserreichs auf dem Weg in den August 1914 gab. Nur wenn „Linke“ oder auch nur solche, die dafürgehalten wurden, geschichtliche Wahrheiten aussprachen, wurden sie als Nestbeschmutzer abgetan. In diesem Punkte ist in Bonn doch von Weimar viel geblieben und mehr davon scheint in die „neue Bundesrepublik“ zurückzukehren.

Tillmann Bendikowski/Arnd Hoffmann/Diethard Sawicki, Geschichtslügen. Vom Lügen und Fälschen im Umgang mit der Vergangenheit. Westfälisches Dampfboot Münster 2001, 153 S.

Reinhard Kühnl

Rede bei seiner Verabschiedung in der Universität Marburg

Lieber Reinhard Kühnl,

es ist noch nicht lange her, dass du mir die Freude machtest – auch zu einem besonders biographischen Anlass – über unsere Begegnungen zu sprechen und vordem schon Zeit und Kraft als ein Herausgeber und Autor einer Festschrift aufzuwenden. Das kann und will ich dir heute heimzahlen, allerdings mit sehr viel kleinerer, aber nichtsdestoweniger harter Münze.

Meine erste persönliche Bekanntschaft mit Reinhard Kühnl verdanke ich jenen wissenschaftlichen Veranstaltungen, die auf Initiative meines Jenaer Kollegen Manfred Weißbecker zustande kamen und von denen er soeben gesprochen hat. Unser Bekanntwerden rührt aus den siebziger Jahren her. Von da an sahen wir uns zu verschiedenen Zeiten und aus sehr unterschiedlichen Anlässen: bei einer wissenschaftlichen Konferenz im damals jugoslawischen Zagreb, woher übrigens auch meine laienhafte Bewunderung des Schachspielers Kühnl rührt, bei Begegnungen im Rahmen der sog. Lidice-Initiative, deren westdeutsches Zentrum eine Gruppe von Bremern bildete, an deren Spitze Pfarrer standen, die sich frühzeitig für einen Wechsel in den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur damals auf sozialistischem Pfad sich bewegenden Tschechoslowakei einsetzte – zwei Erwähnungen, die sogleich verdeutlichen, dass unsere Zusammentreffen in einem sehr weiten Sinne der Geschichte angehören.

Zu den Begegnungen während eines Vierteljahrhunderts zählen auch diejenigen, die mich auf Reinhards Einladungen hin hier in die Räume der Universität führten und mich mit Studenten der Marburger Universität referierend und diskutierend zusammenbrachten. Aus einem kollegialen, anfangs auch ein wenig tastenden Zueinander wurde ein herzliches und wiederholt produktives Miteinander.

Was mich in den Gesprächen mit Reinhard Kühnl früh anzog, war seine theoretische Beschäftigung mit der Geschichte vorwiegend (aber nicht nur) des deutschen Faschismus und folglich seine kritische Auseinandersetzung mit den seit den frühen zwanziger Jahren einsetzenden Bestrebungen, die neuartige Erscheinung zu erfassen und ihren Platz in der Geschichte des (von uns damals meist mit dem Zusatz „spät“ versehenen) Kapitalismus zu bestimmen. Im Zentrum standen – was nicht begründet zu werden braucht – das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, die Beziehung der Hauptklassen zur faschistischen Partei und später zum faschistischen Regime. Kapitalisten und große Grundbesitzer machten da gleichsam die Hauptschwierigkeiten. Kühnl versuchte, diese Beziehungen von einer bestimmten Stufe an mit dem Begriff Bündnis zu fassen. Das wurde ein Gegenstand der Diskussion, denn diese Bestimmung ließ einen freien Umgang mit dem Erbe erkennen, das meist und ungerecht einzig Georgi Dimitroff zugeschrieben wurde und das doch insgesamt eine Hinterlassenschaft der Kommunistischen Internationale war – einen Umgang, freier als wir ihn in der DDR praktizierten. Kühnl hat dieses unser Verhaftetsein früh und bestimmt und berechtigt kritisiert. Mir ist bis heute fraglich geblieben, ob sich das verwickelte Geflecht von Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen – um es auf zwei Namen zu bringen – Hitler und Krupp überhaupt auf einen einzigen Begriff bringen lässt. Darauf will ich mich hier nicht einlassen, sondern mich einer anderen, aber damit durchaus verwandten Frage zuwenden, die uns wiederholt Grund zum Gedankenaustausch gab.

Wer sich als ein von Marx herkommender Forscher je in die geistigen Auseinandersetzungen um den auch klassisch genannten deutschen Faschismus begeben hat, stieß bald auf die These, dessen – also Marxens – Methode, Geschichte zu analysieren, scheitere vor der Aufgabe, sich mit der Judenverfolgung und insbesondere mit dem Judenmord auseinander zu setzen. Das Großverbrechen wurde wieder und wieder zum Argument, das meist kurz und knapp besagte, der historische Materialismus sei unfähig, auf diesem Fragenfelde irgendetwas beizusteuern und erweise auf ihm geradezu beispielhaft seine generelle Untauglichkeit. Nun ist nicht zu bestreiten, dass diejenigen, die sich als Erben von Marx sahen, diese Herausforderung, die – wer immer sie absichtsvoll intelligent oder dümmlich formuliert hat – doch hauptsächlich in der Sache selbst liegt, wenig ernst nahmen. Zu koordinierten Anstrengungen, sich ihr zu stellen, ist es nicht gekommen. Das gilt für die Historiographie in der

DDR und – mehr noch – im Hinblick auf die wissenschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen den sozialistischen Staaten Osteuropas entwickelt hatten. Es schien dieses Thema dort wenn auch nicht tabusiert, so doch und fälschlich nur minderes Interesse beanspruchen zu können.

Vor diesem Hintergrund scheint mir eine kurze, aber inhaltsreiche Darstellung Reinhard Kühnls zum Thema Faschismus und Antisemitismus erwähnenswert, die aus den späten siebziger Jahren stammt und die ich hier knapp diskutieren möchte. Sie findet sich in seiner Schrift „Faschismustheorien. Texte zur Faschismusdiskussion 2. Ein Leitfaden“, erschienen im März 1979. Darin findet sich ein thesenhafter Exkurs: „Antisemitismus und Massenmord an den Juden“.

Zum Grundbestand nicht nur materialistischer Analyse von Antisemitismus und Judenverfolgung gehört die Erkenntnis, dass beide über Jahrhunderte von unterschiedlichsten Kräften kühl kalkulierend zweckvoll und zielgerichtet eingesetzt worden sind. Kalkulierend, d. h. unter genauer Vorausberechtigung der materiellen und Herrschaftsvorteile, die sich aus dieser geistigen und praktischen und dann verbrecherischen Frontstellung ziehen ließen. Darüber aber ist mitunter vergessen worden, dass sich Machthabende und Machterstrebende des Antisemitismus nicht nur als eines Werkzeugs, also einer Sache außerhalb ihrer selbst bedienten, sondern dass es sich – wie Kühnl im Hinblick auf die faschistische Führungsgruppe schrieb – bei dabei um ein Element ihrer Ideologie handelte, an das sie „selbst besonders fanatisch glaubten“. (S. 209) Das aber hieß, auf den Umstand verweisen, dass dieser Fanatismus selbst zu einem Antrieb ihrer Entscheidungen und Handlungen geworden war, wobei für einzelne Personen – also mit den Mitteln der Biographie – jeweils zu entscheiden ist, welchen Anteil der kalkulierende Verstand und welchen ein irrationaler Judenhass am jeweiligen Verhalten besaß.

Kühnl sah, dass seine eingangsvorgenommene Hervorhebung dieser Seite der Sache mindestens ein Missverständnis hervorrufen konnte und bemerkte dem vorbeugend, dies bedeute nun nicht, dass der faschistische Antisemitismus gleichsam in das Dunkel der Irrationalität getaucht werde. (ebd.) Also kommt er auf die Funktionen des Antisemitismus zu sprechen, die er – in den geistigen Traditionslinien der deutschen Arbeiterbewegung – bereits im Kaiserreich darin sieht, „soziale Unzufriedenheit gegen ‚Sündenböcke’ zu lenken und so für das bestehende Herrschaftssystem unschädlich zu machen.“ (ebd.)

Das Problem, das sich im Hinblick auf den deutschen Faschismus hier auftut, ist aber das des Fortschreitens von Judendrangsalierung und -vertreibung zum systematischen Massenmord an allen Juden, die sich im Zugriffsbereich der Machthaber befanden. Dazu Kühnl: Es wäre falsch, diese barbarische Ausmündung als „notwendig“ zu betrachten. (S. 210) Es sei noch viele Forschungsarbeit zu leisten, kann der Autor 1979 schreiben, um die einzelnen „Stufen der antisemitischen Politik nach 1933“ herauszuarbeiten. (ebd.) Nur eben: Wie wir heute wissen, gibt die Charakterisierung keiner dieser Stufen eine Antwort auf die Frage her, unter welchem Einfluss es dann zu dem entscheidenden Sprung gekommen ist, der in den „Holocaust“ führte. Zunächst warnte Kühnl vor dem Irrweg, diese Entwicklung aus einer „inneren Logik“ der antisemitischen Ideologie herleiten zu wollen. Woher aber dann? Seine Antwort: Es sei „die jeweilige politische Lage, mit den jeweiligen Hauptproblemen und Hauptzielen der faschistischen Innen- und Außenpolitik“ in Betracht zu ziehen. (ebd.) Das ist richtig und bewährt sich, im Hinblick auf die von taktischen Überlegungen diktierten Vorgehensweisen der Faschisten in den Jahren 1933 und 1935, auf die verwiesen wird. Später gäbe es die Radikalisierung nach Kriegsbeginn. Die Schlussfolgerung, eine Art Zwischenbilanz, liest sich dann so: „Von einer totalen irrationalen Verselbständigung des Antisemitismus ... kann also gewiss nicht gesprochen werden.“ (S. 211) Die gleichsam auf der Lauer liegenden Verfechter des historischen Idealismus zunächst mit dieser Behauptung zurückweisend, folgt dann das Eingeständnis, es bleibe der Massenmord „ein äußerst schwieriges Problem“. (ebd.) Nun richtet sich die Polemik beispielhaft an eine andere Adresse, wenn festgestellt wird, das Massenmorden könne weder aus einem Interesse an der Herrschaftssicherung noch „direkt von kapitalistischen Profitinteressen her erklärt werden.“ (ebd.) Derlei Interpretationen hielt Kühnl in einer bekenntnishaften Formulierung entgegen: „Ich sehe ... keine Möglichkeit, um die These von der partiellen Verselbständigung der faschistischen Ideologie und Staatsgewalt sowohl gegenüber den Profitinteressen des Monopolkapitals wie auch gegenüber den Herrschaftssicherungsinteressen des Systems herumzukommen.“ (ebd.) An anderer, späterer Stelle seines

Buches in einer Polemik gegen Kurt Gossweiler heißt es dann, auch „beim besten Willen“ ließe sich der Massenmord an den Juden nicht aus „dem Profitinteresse des Monopolkapitals“ erklären. (S. 230)

Kühnl sieht diesen Massenmord aus einer eigenen Dynamik des gesellschaftlichen Überbaus hervorgehen, betrachtet ihn als einen Spezialfall seiner relativen Verselbständigung. Nicht „jedes Ereignis und Moment des ideologischen und institutionellen Überbaus der Gesellschaft „könne nämlich „direkt ... aus den Produktionsverhältnissen, oder sogar direkt aus den Profitinteressen der herrschenden Klasse abgeleitet werden“. (S. 212) Das sei kein Abschied von den „Grundsätzen marxistischer Geschichtsanalyse“, aber von einem „vulgärmaterialistischen, ökonomistischen Missverständnis“. (ebd.)

So weit, so gut. Aber spricht sich in dieser überzeugenden Argumentation nicht so etwas wie eine dem großen Kapital erteilte totale Absolution im Hinblick auf den Judenmord aus? Entscheidende seiner Exponenten haben zwar die Naziführer an die Staatsmacht gebracht, in den anfänglichen Phasen des Antisemitismus von diesem auch profitiert, aber dann? Wäre mithin die materialistische Interpretation von der idealistischen und irrationalen auch unterscheidbar, so würden doch ihre Resultate im Hinblick auf den Freispruch der ökonomisch Herrschenden übereinstimmen? Kühnl spricht explizit davon, dass der Judenmord (vordem schon bestimmte, aber nicht genannte Maßnahmen der Verfolgung) weder zur Herrschaftssicherung notwendig gewesen sei, noch im Interesse der „ökonomisch Herrschenden“ gelegen habe. (S. 209)

Das kann meines Erachtens nur unter zwei Voraussetzungen und bei zwei Auslassungen gelten. Erstens darf der Begriff Herrschaftssicherung, spricht man von 1941, dann nur Deutschland meinen. In den besetzten Gebieten, insbesondere in Jugoslawien und vor allem in der Sowjetunion war Judenmord in seiner unmittelbaren Wirkung auch – nicht allein – ein Element, das eroberte Gebiet, inzwischen zum Hinterland geworden, zu „befrieden“. Dabei ist die Frage, welche disziplinierenden, abschreckenden Wirkungen von den Massakern an den Juden auf die nichtjüdische Bevölkerung ausgingen, noch immer eine ungelöste Aufgabe der Forschung. Und zum anderen müssen im Kriege nicht nur die ökonomischen Interessen des damaligen Heute, sondern auch die des damals gedachten Morgen in die Betrachtung einbezogen werden. Die zeigen aber einen faschistischen Machtbereich, dessen Machthaber sich zunehmend vor dem Problem sehen, in seine Grenzen massenhaft nach den eigenen Kriterien unbrauchbare Bevölkerung gezwungen zu haben, Menschen, die als unnütze Esser, wirkliche oder vermeintliche oder potentielle Störenfriede und Seuchen- und Unruheherde angesehen werden. Kommt das Zielbild des faschistisch-kolonisierten Osteuropa, wie es die Fassungen des „Generalplans Ost“ überliefern, in den Blick, dann wird erkennbar, dass und wie sich Irrationales mit Rationalem mischt und dass riesige Räume auch durch die Dezimierung der dort lebenden Bevölkerung beherrschbar, ausbeutbar und also profitabel gestaltet werden sollten. Kühnl hat sich diesem Zusammenhang, dessen überzeugende Durchforschung und Darstellung bis heute aussteht, genähert, als er darauf verwies, dass das „gigantische Expansions- und Ausplünderungsprogramm“ nur mit äußerster Brutalität der Methoden durchgesetzt werden konnte. (S. 210) Und die habe nicht nur Juden betroffen.

Der richtige Verweis auf den Massenmord an den Slawen, wovon heute in Deutschland kaum geredet wird, berechtigt indessen nicht zu der Feststellung, dass der „Völkermord“ – es sei hier dahingestellt, inwiefern die Ermordung der Juden als „Völkermord“ bezeichnet werden kann, denn die Umgebrachten bildeten kein Volk und verstanden sich auch nicht als solches – sich „keineswegs auf die Juden beschränkte“. (ebd.) Denn: Während von anderen Gruppen mehr oder weniger große Rest bleiben sollten, im Falle der Behinderten und auch der Sinti und Roma begutachtet und sortiert wurde, galt das für die Juden nicht. Dennoch kann ich Kühnl – wenn auch nicht in der Begründung, so doch in der Sache – noch heute folgen, wenn er 1979 schreibt: Es dürfe „der Mord an den europäischen Juden ... nicht als etwas ganz Singuläres betrachtet werden – das müsste zu Fehlurteilen führen.“ (ebd.) In der Tat verstellt die Singularitätsthese nach wie vor die Erkenntnis, dass die Massenmorde an unterschiedlichen Gruppen von Menschen im Koordinatensystem faschistischer Zielvorstellungen zusammengehörten (weshalb ein Zusammendenken der Untat und ein Zusammengedenken der Opfer vielen als angemessener erschien als jede Separierung). Diese Tötungen und Morde sollten zum einen herr-

schaftsstarke „Arier“ nicht nur ideologisch, sondern auch biologisch konditionieren. Das betrifft die Sterilisation der wirklich oder vermeintlich erbkranken oder sonst nach Nazikriterien unbrauchbaren Deutschen und sodann die Tötung zuerst der „arischen“ Behinderten. Sie sollten zum anderen – außerhalb der Grenzen des Reiches – Millionen Menschen ausrotten oder unter tödliche Bedingungen stellen, die kurz- und mittelfristig nicht benötigt wurden. Mit dieser Politik wurde nicht gewartet, bis der Sieg erreicht war. Sie begann in dessen Erwartung mitten im Kriege und wurde weit vorangetrieben, am weitesten gegen die Juden, die auf der untersten Stufe der Untermenschenskala standen, kaum weniger weit gegen Angehörigen der Völker der UdSSR, Kriegsgefangene und Zivilisten.

Wenn ein Buch zur Geschichte, das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschrieben wurde, nahezu ein Vierteljahrhundert auf dem Buckel hat und sich nicht nur mit Interesse an der Geschichte der Geschichtsschreibung, sondern auch mit aktueller Anregung lesen lässt, ist das allein eine Auszeichnung. Diesen Orden wollte ich Reinhard Kühnl aus dem besonderen Anlass, der uns hier zusammenführt, – aber hier stocke ich mit dem Vergleich schon – anheften. Denn diese Prozedur würde mehr Schwierigkeiten als die Lösung mancher wissenschaftlichen Frage machen, bevorzugt er doch, und auch das hat mir ihn sympathisch gemacht, Kleidungsstücke, an denen derlei Gepränge sich komisch ausnehmen und auch nicht haften würde.

Lassen Sie mich mit einer generellen Beobachtung schließen, die den Hochschullehrer und Forscher Reinhard Kühnl betrifft. Wenn ich die Rolle, die er spielte, knapp charakterisieren sollte, würde ich mir einen Satz von Peter Hacks aus dessen kürzlich (2001) erschienenen Betrachtungen „Zur Romantik“ leihen. In aphoristischer Schärfe und Verkürzung ist da formuliert: „Die Art von Wissenschaft, deren sich die Gegenrevolution befleißigt, ist die Wissenschaft, falsche Fragen zu stellen, und dann auch die, keine richtigen Fragen zuzulassen.“ Dagegen ist Reinhard Kühnl angegangen, sowohl durch den Nachweis, welche Fragen auf Abwege, ins Unwesentliche, in den Dschungel der Beliebigkeit führen, wie durch die Formulierung von der Wirklichkeit angemessenen Fragen, zu deren Beantwortung er Beiträge geleistet hat. (2001)

Aufkommen und Sieg des Faschismus in Deutschland

Drei umstrittene Fragen und drei ebensolche Antworten. Vortrag in Rostock am 30. Juni 2001

Gegenüber anderen Themen und Gegenständen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ist die Geschichte der Weimarer Republik seit Jahrzehnten schon merklich in den Hintergrund des Interesses getreten. Platz eins besetzen, trotz der Hinwendung zur Geschichte der DDR, nach wie vor der Faschismus an der Macht und insbesondere der Zweite Weltkrieg. Das weisen die Benutzeranalysen von Archiven, aber natürlich vor allem die gedruckt erscheinenden Arbeitsergebnisse aus. Und das Interesse von Forschern korrespondiert mit dem der Öffentlichkeit, wenn auch die zumeist in Monographien ausgebreiteten Resultate geschichtlicher Kärrnerarbeit und das allgemeine Geschichtsbewusstsein offenkundig immer weit auseinanderfallen.

Der geschilderte Befund könnte sich ändern, müsste es aber nicht. Aktuelle Entwicklungen in Deutschland lassen wiederum fragen, woher extrem reaktionäres Denken und Verhalten von Menschen kommt, was junge und alte Leute veranlasst, sich von ideologischen Angeboten wie dem Nationalismus und Rassismus einnehmen zu lassen, woher die Gewalttätigkeit einzelner und von Gruppen gegen politische Gegner und Minderheiten rührt usw. Daran schließen sich Fragen, die sich auf die Bekämpfung dieser Erscheinungen richten. Es liegt nahe, von der Gegenwart her den Blick in Zeiten zurück zu wenden, in denen auf bezeichnetem Felde Erfahrungen und zudem außerordentliche bittere schon gemacht worden sind, und zu überlegen, ob sie uns etwas zu sagen haben oder ob die geschichtlichen und die aktuellen Zustände sich derart voneinander unterscheiden, dass jede gedankliche Anleihe aus der Vergangenheit nur in die Irre führen könnte.

Bisher scheint die Meinung vorzuherrschen, dass aus der deutschen Geschichte der Jahre 1929 bis 1932/33 zur Bewältigung gegenwärtiger Probleme nichts zu holen sei. Nur eine Minderheit auf der Linken sieht das anders. Dort wird oft das Wort von dem Schoß zitiert, „aus dem das kroch“ und der noch fruchtbar sei. Dabei sind kurzschlüssige Vergleiche nicht zu übersehen, die solche Bezugnahmen diskreditieren und es ermöglichen, sie als Gebilde einer allzu weit schweifenden politischen Phantasie und als Horrorszenarien abzutun. Im Anschluss an das durch einen Buchtitel weithin bekannt gewordene Wort „Bonn ist nicht Weimar“, wird jetzt – und jetzt erst recht – unausgesprochen davon ausgegangen, dass Berlin, also die Berliner Republik, selbstredend nicht Weimar sei. Was in ihr an Rassismus und Antisemitismus, an Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, an politisch der äußersten Rechten zuzuordnenden Gruppen, Organisationen, Redaktionen, Verlagen, Internetseiten usw. anzutreffen ist, hat – meint die Mehrheit der vielen, die sich mit diesen Erscheinungen beschäftigen – ganz andere Ursachen als die faschistische Bewegung der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre.

Diese Sichtweise verbindet sich mit dem Fingerzeig auf die neuen Bundesländer, deren Bild die These zu stützen scheint, der Rechtsextremismus und der Faschismus in ihm sei eine Mitgift aus den Zeiten der DDR, wurzele mithin also nicht in den existierenden Zuständen des Kapitalismus, sondern in denen des untergegangenen Sozialismus und den Prozessen einer – wie die Rückkehr des Kapitalismus genannt wird – Transformation. Diese Sicht führt immerhin noch in die Geschichte, wenn auch auf eine im Ganzen falsche Fährte. Ihre Glaubwürdigkeit ist aber permanent gefährdet und bröckelt mit den unabweisbaren Meldungen, die besagen, dass in den alten Bundesländern ähnliche und sich ebenfalls häufende Erscheinungen von Rechtsextremismus anzutreffen sind, was einige Interpreten zu der infamen Deutung veranlasste, dass sei das Resultat eines Imports aus dem Osten der Bundesrepublik.

Auch wird der Versuch, die Ursachen der Ausbreitung von rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen bis hin zu brutalen und barbarischen Untaten zu erklären, immer häufiger an Wissenschaften wie die Pädagogik, die Psychologie und auch die Psychiatrie verwiesen. Nicht, dass Wissenschaftler dieser Disziplinen nicht dazu beitragen könnten, aufzuhellen, was aufzuhellen ist. Doch bleibt, was wir erleben müssen, in erster Linie ein politisches Phänomen, das seinen sozialen Boden besitzt. Und also sollten Historiker darauf bestehen, in den Auseinandersetzungen um Diagnose,

Prophylaxe und Therapie ihren Platz einzunehmen. Der Andrang dahin ist freilich nicht groß, wie der letzte Kongress des Verbandes der Historiker in Aachen zeigte. Spät wurde ein Tagesordnungspunkt bestimmt, der sich mit dem Rechtsextremismus befasste. Seine Resultate müssen geringfügig gewesen sein. Irgendwelche Verbreitung haben sie nicht einmal in der Zunft, geschweige denn in der Öffentlichkeit gefunden.

Umso mehr ist zu begrüßen, dass eine kleine, aber kompetente Gruppe von Forschern sich hier heute daran macht, die Geschichte der eigenen Region erneut darauf zu befragen, was sie an Einsichten darüber hergibt, wie faschistische Bestrebungen sich gebildet und durchgesetzt haben. Auch wenn der Vergleich mit dem Gegenwärtigen in dem Programm nicht vorgesehen ist, so darf doch mitgedacht werden, ob und inwieweit das Gefundene von aktuellem Belang sein könnte. Mein eigener Part besteht nun darin, bevor wir auf die beiden Mecklenburg und Pommern zu sprechen kommen, dem einen breiteren Rahmen zu geben, einen Rahmen, der überschritten werden kann, also kein Prokrustesbett zu zimmern. Wegen der Kürze der Zeit will ich mich drei Fragen zuwenden, die wiederholt einfach formuliert und gestellt worden sind und doch in weitläufige Zusammenhänge führen: 1. Wer verhalf Hitler – der Name steht hier für die politische Führungsgruppe des deutschen Faschismus – zur Macht? 2. Welche Rolle spielte bei der Machtübergabe die Massengefolgschaft des Faschismus? 3. Welche Chancen besaßen die antifaschistischen Kräfte, den Sieg des Faschismus zu verhindern? Dabei ist unvermeidlich, hier und auch verknappt, jeweils einige Worte darüber zu verlieren, worin der bleibende Wert der Antworten besteht, die von der Geschichtswissenschaft der DDR gegeben wurden und worin die Grenzen, Irrtümer eingeschlossen, dieser Antworten liegen.

Zuvor aber soll doch in groben Strichen gesagt sein, welche Allgemeinheiten und welche Besonderheiten sich im Norden und Nordosten des Deutschen Reiches zu Zeiten der Weimarer Republik antreffen ließen, die für den Aufstieg der NSDAP Bedeutung gewannen.

Unter regionalem Gesichtspunkt hat die Geschichte des Faschismus in Deutschland die Aufmerksamkeit vor allem auf zwei politisch-geographische Felder gelenkt. Das waren Bayern als dasjenige Land, in dem die faschistische Bewegung entstanden war, und demnächst die norddeutschen Gebiete und Länder, in denen sie zuerst einen tiefen Einbruch in die Wählerschaft erreichen konnte. Zu den sozialen, politischen und geistigen Prägungen des Nordens des Deutschen Reiches gehörte erstens sein überwiegend agrarischer Charakter, zweitens sein ebenso überwiegend durch den Einfluss der evangelischen Kirche bestimmtes religiöses Leben und drittens seine seit dem Beginn der Weimarer Republik zu beobachtende Fixierung auf rechte und rechtsextreme Parteien und Organisationen, was sich parteipolitisch in der Wählerschaft der DNVP und kleinerer, auch kurzlebiger regionaler Parteien ausdrückte, die allesamt nichts weniger denn republikanisch genannt werden können. Von da und aus den Organisationen der „Grünen Front“ zu den Faschisten war der Weg kurz, wie sich erweisen sollte und zuerst in der nördlichsten preußischen Provinz zeigte.

Der Durchbruch der Nazipartei zum Masseneinfluss in einer ländlichen Region erfolgte 1928 in Schleswig-Holstein und wirkte sich auf die Orientierung der NSDAP in den Kämpfen um Wählermassen orientierend aus. Im Vergleich mit den Städten und den industriellen Gebieten ließen sich auf dem sog. platten Lande, soweit es nicht eine Domäne des Katholizismus war, ungleich leichter und mit weniger Aufwand Erfolge erreichen. Die ideologisch-politische Vorarbeit der rechten Parteien und Organisationen hatte den Boden schon bereitet und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise sowie die Agrarpolitik der Regierung Brüning mit dem Landwirtschaftsminister Schiele ließen überall das Bedürfnis nach einem Retter anwachsen. Die NSDAP bot ihn, er hieß Hitler. Das Gesagte illustrieren zwei Zahlenreihen: In Schleswig-Holstein gewann die DNVP bei den Reichstagswahlen 1928 noch 23 Prozent der Stimmen, was bereits einen Rückgang um 10 Prozent gegenüber 1924 bedeutete. 1930 sackte ihr Wähleranteil in der Provinz auf 6 Prozent ab. Demgegenüber stieg jener der NSDAP von 1928 zu 1930 von 4 auf 27 Prozent an.

Wohin die Entwicklung trieb, hatte in den norddeutschen Gebieten warnend schon 1929 das Volksbegehren gegen den Young-Plan verdeutlicht, bei dem DNVP und NSDAP gemeinsam, wenn auch jeweils mit eigener Rechnung agierten. Hier, in einer Atmosphäre, die sich gegen die Siegermächte

des Weltkriegs richtete und Nationalismus und Nationalchauvinismus hochpeitschte, zeigte sich ein vierter Faktor, der besonders in den ost- und nordostdeutschen Gebieten wirkte: die Grenznähe, die bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung die Anfälligkeit gegenüber jenem Gemisch von sozialer und nationaler Demagogie hervorrief, welche die deutschen Faschisten am skrupellosesten betrieben. Während im Reichsdurchschnitt für das am 22. Dezember 1929 gescheiterte Begehren 13, 8 Prozent der Stimmen votierten, waren es in den (Grenz-)Wahlkreisen Pommern 33, in Ostpreußen 26 und in Frankfurt a. d. O. 24 Prozent.

Den sozialen Hintergrund des politischen Trends, der sich zwischen 1930 und Hochsommer 1932 entwickelte, mögen zwei Zahlen aus dem tiefsten Krisenjahr verdeutlichen, in dessen Mitte sich dann auch eine Wende abzuzeichnen begann. In diesem Jahr wurden in Deutschland 18.400 Bauernhöfe zahlungsunfähig und 7.060 Betriebe mit einer Fläche von 153.000 ha versteigert. Preisverfall für die Erzeugnisse der Bauern, dazu ein Rückgang des Absatzes aufgrund der Massenarbeitslosigkeit in den Städten führten immer mehr Selbständige in den Ruin und ließen über immer mehr Bauernhöfen den Pleitegeier kreisen, die Drohung des Konkurses und der Zwangsversteigerung. Faschistische Parolen wie „Rettung des Bauernstandes heißt Rettung der Nation“ und das Versprechen, den „Nährstand“ wieder zum ersten unter allen deutschen „Ständen“ zu machen, mussten da auf einen aufnahmebereiten Boden fallen. Bei den Juliwahlen 1932 belief sich in den protestantischen Agrarregionen im Norden der Anteil der NSDAP Wähler dann auf 41 Prozent, während er in den anderen Gebieten des Reiches 31 Prozent ausmachte.

Betrachtet man die Ergebnisse in den nordostdeutschen Wahlkreisen im Einzelnen, so blieb der Wahlkreis Pommern, der 1928 noch geringfügig hinter Mecklenburg gelegen hatte, in allen folgenden Jahren an der Spitze (1928: 1,5, 1930: 24,3, 1930 – I: 47,9, 1932 – II: 43,1), was bedeutete, dass in Pommern 1930 bereits jeder vierter und Mitte 1932 nahezu jeder 2. Wählende für die NSDAP gewonnen war. Der dann folgende Wahlkreis Ostpreußen weist von einem Ausgangspunkt 1928 von 0,8 eine ähnliche Steigerung über die Positionen 22,5, zu 47,1 und dann einen Abfall zu 39,7 auf. Und für Mecklenburg lautet die Zahlenreihe: 2,0 – 20,1 – 44,8 – 37,0.

Lagen 1928 die Ergebnisse in den drei nordostdeutschen Wahlkreisen noch unter dem Reichsdurchschnitt, der damals zu vernachlässigende 3,5 Prozent ausmachte, so übertrafen sie bei allen drei folgenden Reichstagswahlen diesen erheblich. Am stärksten waren die Abweichungen bei den Juliwahlen 1932. Im Reichsdurchschnitt verbuchte die NSDAP ihr bestes Ergebnis mit 37,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen, übrigens bei einer Wahlbeteiligung von 84,0 Prozent, der höchsten, die in den Jahren der Weimarer Republik erzielt wurde und mit der selbst die Beteiligung an den Januarwahlen 1919 noch übertroffen wurde, die dann zum November auf 80,6 (das ist in absoluter Zahl ein Minus von 1,4 Millionen Wählern, die nach dem Abstimmungsmarathon des Jahres nicht mehr an die Urnen gingen) absank. Mecklenburg lag im Juli um 7,6 Prozentpunkte, Ostpreußen um 9,9 und Pommern gar um 10,7 über dem Reichsdurchschnitt. Die drei nordostdeutschen Wahlkreise 1: Ostpreußen, 6: Pommern und 35: Mecklenburg können daher wirklich als die Hochburgen der NSDAP bezeichnet werden, gefolgt von den nordwestdeutschen. Das drückte sich auch in den aufgrund von Wahlergebnissen zustande gekommenen Landesregierungen aus. In Mecklenburg-Schwerin regierte 1932 die NSDAP bereits absolut, wie übrigens auch in Oldenburg. In Mecklenburg-Strehlitz tat sie das gemeinsam mit der Deutschnationalen Volkspartei wie auch in Anhalt-Dessau. (Und in Thüringen war der Landbund der Partner der NSDAP.)

Für die Wahlforschung gibt es keinen Zweifel, dass die Urteile schon der Zeitgenossen stimmen, wonach das ländliche Kleinbürgertum, die sogenannten Mittelschichten, für diese Wahlergebnisse verantwortlich sei, also die in der damaligen Statistik unter den Selbständigen geführten Bauern. Einen schwer zu bestimmenden, aber jedenfalls beträchtlichen Teil der Wählerschaft Hitlers stellten offenkundig die Land- und Forstarbeiter, die unter der Arbeiterschaft der Weimarer Republik selbst insgesamt 17 Prozent ausmachten. Es wird geschätzt, dass die Zahl der NSDAP wählenden Landproletarier sich zur Betriebsgröße umgekehrt proportional verhielt, d. h. je kleiner der Betrieb, umso eher und umso mehr wählten die dort Beschäftigten die Nazis und umgekehrt, was doch wohl bedeutet, dass dort, wo es eine Konzentration von Landarbeitern bei Großbauern und auf großen Gütern gab, sich gegen die Werbun-

gen der NSDAP auch andere Einflüsse durchzusetzen vermochten, während die relative Vereinzelung in mittleren Betrieben dahin wirkte, dass Eigentümer und Lohnabhängige häufiger gemeinsam „braun“ wählten.

Zu den Wahlergebnissen der NSDAP haben in einem auch zahlenmäßig nicht zu ermittelnden Teil die Pfarrer der evangelischen Kirchen beigetragen. Das betrifft nicht nur die wenigen, die sich bereits offen zur Nazipartei bekannten und ihre Schäflein aufriefen, ein Gleiches zu tun, sondern vor allem die größere Zahl, die sich parteipolitisch neutral gab, wie das von den kirchlichen Obrigkeiten – mit welchem Ernst auch immer – gefordert wurde. Der Beitrag der evangelischen Geistlichkeit dürfte vor allem darin bestanden haben, dass sie mit wenigen Ausnahmen permanent vor Wahlen dazu aufrief, nur solche Parteien zu wählen, die sich gegen Bolschewismus, Gottlosigkeit und Atheismus aussprachen. Da war die NSDAP mit ihrem taktisch geschickten Bekenntnis zum „positiven Christentum“ eingeschlossen, gehörte mithin zum Favoritenkreis. Auch hier erwiesen sich Zeitgenossen als scharfe Beobachter. Mit Bezug auf die Reichspräsidentenwahlen 1932 schrieb die „Neue Züricher Zeitung“ am 12. Juni 1932: „Gewiss hat die evangelische Kirche also solche politisch keine Stellung bezogen. Sie hält sich neutral, aber die Tatsache ist eben doch, dass viele ihrer führenden Persönlichkeiten vor allem in der Geistlichkeit, insbesondere in deren jüngerer Generation, weithin durch das ganze Reich zu einem beträchtlichen Teil mit Hitler sympathisieren oder offen sich für seine Partei betätigen.“ Was diese Parteinahme ebenso wie die der reaktionären großen Grundbesitzer und ihrer Organisationen charakterisierte, war nicht die Frontstellung gegen bestimmte Grundsätze und Maßnahmen der jeweiligen Regierungspolitik, sondern die Bekämpfung des ganzen republikanischen „Regierungssystems“.

Nun aber zu den drei schon bezeichneten Fragen.

Zu 1.

Wegen der folgenden Stichworte: Schuld und Verantwortung, war die Frage, wie der deutsche Faschismus „in den Sattel“ gelangte, naturgemäß die umstrittenste, die sich an das Ende der Weimarer Republik richtete. Es genügt, auf die Auseinandersetzungen zu verweisen, die um den Wert der sog. (das ist eine Falschbezeichnung) Industrielleneingabe vom November 1932 geführt wurden, um sich die Zähigkeit vor Augen zu halten, mit welcher das Geschichtsbild zurückgewiesen wurde, das Mächtige der deutschen Wirtschaft für den Weg zum 30. Januar 1933 als haupt-(mitunter auch fälschlich als allein-)verantwortlich kennzeichnete. Heute kann nicht gut bestritten werden, dass sich führende Kreise des deutschen Bank- und Industriekapitals mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zunehmend für das wirkliche Programm der NSDAP-Führer – nicht die 25 Reklamepunkte – zu interessieren begannen, zu ihnen Kontakt aufnahmen, sich durch Begegnungen auch selbst einen Eindruck von dem Typ unbekannter Politiker zu machen wünschten und vor allem sie auch zu fördern begannen, materiell – da mag das Ausmaß der Zuwendungen mitunter übertrieben worden sein – und ebenso und wichtiger noch gesellschaftlich, ideell und organisatorisch.

Die Frage ist, was diese Mächtigen dabei leitete. Die vereinfachende und zugleich entschuldigende Antwort lautet noch immer: Revolutionsfurcht. Und die Gegenantwort, die nicht bestreitet, dass es den Oberschichten immer um Herrschaftssicherung geht, verweist darauf, dass sich die Rechnungen und Kalküle darin nicht erschöpften, sondern dass die Faschistenführer als eine Spezies angesehen wurden, mit der sich die nie aufgegebenen außenpolitischen Expansionsprogramme verwirklichen lassen würden. Hitler sei in diesen Kreisen also auch gewählt worden im Wissen, dass, wer ihn wähle, einen Kriegsherrn bekommt. Heute sind es nicht nur die Marxisten, die diesen Zusammenhang herstellen. Nicht nur für die Mächtigen der Wirtschaft, sondern viel weitergehend für die deutschen Eliten ist zunehmend der Nachweis geführt worden, dass sie sich mit den Ergebnissen des später Ersten genannten Weltkrieges nie abgefunden haben und die Revanche für sie eine laut oder stillschweigend verabredete Sache war.

Das bedeutet nun nicht, dass ihr Kriegsbild mit demjenigen Hitlers damals und später vollständig kongruent gewesen sei. Diese Vorstellung erledigt sich allein mit der Feststellung, dass weder das eine noch das andere bereits feste Konturen besaß. Doch im Denken dieser Schichten galt der Krieg als ein legitimes Mittel der Außenpolitik, wie weit man auch noch von der Aussicht entfernt war, es

einsetzen zu können. Hitler verhieß, dem mit einem geschlossenen Volke näher zu kommen. Er sicherte das und mehr den Generalen bereits in seiner Rede am 3. Februar 1933 zu, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass über diese Fragen während der ebenfalls geheimen Treffen in den Jahren zuvor mit Kapitalisten und Großagrariern nicht gesprochen worden wäre, wenn darüber verständlicherweise auch keine Protokolle existieren.

Die Schwäche des von den Marxisten vertretenen Bildes von der Rolle der Wirtschaftsmächtigen beim Aufstieg und Machtantritt der Naziführer bestand darin, dass zwischen ihnen nicht genügend differenziert und der Eindruck erweckt wurde, es habe sich auf dem Wege zum 30. Januar hin um einen monolithen Block des Kapitals gehandelt. Auch das Prozesshafte und Widersprüchliche dieses Weges ging mitunter verloren. Kaum gesehen wurde, dass sich die Favorisierung des Faschismus für die Herrschaftsgewohnten auch als ein Risiko darstellte und nicht alle gleichermaßen bereit waren, sich ihm auszusetzen. Die aber führend hervortraten, vermeinten zuversichtlich, sie würden einen „Rahmen“ schaffen können, in dem sich die neue und unerfahrene Staatspolitikergruppe dann bewegen müsse. Es zeigte sich, das führt über mein Thema hinaus, dass dies überflüssig war und sich die Befürchtungen rasch erledigten. Hitler erwies sich zunächst und lange als des Kapitals bester Mann. Doch fielen die Interessen der politischen und der Wirtschaftsführer – Kapitaleigner und Manager –, was auch zu gering veranschlagt wurde, nie vollständig zusammen. Das ergab sich allein schon aus der Grundtatsache, dass die Macht dieser originär und geschichtlich fest gegründet, die der anderen abgeleitet war und Dauerfundament – Stichwort: Tausendjähriges Reich – erst gewinnen sollte.

Ende 1932 war es nach allem unserem Wissen eine Minderheit von einflussreichen Personen aus den Kreisen des Kapitals und des großen Grundbesitzes, die sich für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler aussprach und mit Politikern jene Intrige inszenierte, die den Führer der NSDAP und einige seiner Mitführer in die Wilhelmstraße gelangen ließen. Gegen sie sind Gegenkräfte aus den eigenen Schichten in erkennbarer Zahl und von Gewicht nicht aufgetreten. Die Möglichkeiten, aus der ökonomischen und politischen Krise heraus zu kommen, schienen sich in deren Denken offenbar erschöpft zu sein. Ein aussichtsreiches vom großen Kapital oder Teilen davon betriebenes Anti-Hitler-Projekt existierte nicht. Schleicher bewies das eher, als dass er eine solche Alternative dargestellt hätte. So kamen diejenigen ungehindert zum Zuge, die längst gemeint hatten, Hitler oder einer seiner Paladine müsse in die Reichsregierung, und die nun dafür eintraten, dass er eine solche Regierung anführen solle. Das Argument, es hätte in jenen kritischen Monaten doch eine Mehrheit der Oberschichten die Deutschnationalen favorisiert, erweist sich bei näherer Betrachtung als wenig stichhaltig. Die nachgewiesene Unterstützung, welche die Partei Hugenbergs bei den Wahlen im Herbst 1932 erhielt, war kein Weg, der um Hitler herumführen sollte, sondern bezeugt den Versuch, den Partner der NSDAP möglichst stark zu machen, und dies wieder war Ausdruck und Bestandteil der Politik der Risikobegrenzung.

Hitler ist, wie noch vor Jahren ein Bundespräsident – es war Walter Scheel – während einer Gedenkrede behauptete, nicht gewählt worden. Er kam durch eine Intrige der an seiner Berufung zum Reichskanzler Interessierten an die Machthebel. Und derlei konnten nicht die sog. einfachen Leute spinnen. Hindenburg hätte sich um deren Eingaben und Drängen so wenig geschert, wie ihn das Lebensinteresse seiner Untergebenen beschäftigte, als er an der Spitze der Obersten Heeresleitung stand. Das Bild der Intrige stammt nicht aus einer späten Erkenntnis der Geschichtswissenschaft. Zeitgenossen, wie etwa Carl von Ossietzky in der „Weltbühne“, haben das Treiben gesehen und davor gewarnt. Indessen waren die Intrige und die Intriganten nur die Erscheinungsform. Das Wesen des Vorgangs bestand darin, den politischen Aktionsradius der Massen dauernd radikal zu beschneiden, um das Heft selbst und durch keinen Widerstand von Volksteilen unbehindert in die Hand zu bekommen. Die zwölf Jahre lang von der Republik am meisten profitiert hatten, weinten ihr keine Träne nach.

Zu 2.

Hitler wäre nicht in die Wilhelmstraße gelangt, hätte er nicht Millionen Deutscher hinter sich gehabt. Sie bildeten sein politisches Kapital. Ohne sie wäre er schlechthin uninteressant gewesen, der nur als Exot angesehene Guru einer Sekte. Damit ist gesagt, dass die Gefolgschaft dieses Mannes, die ihn

zwar nicht auf den Platz des Reichskanzlers bringen konnte, doch eine notwendige Bedingung dafür schuf, dass er dahin gelangen konnte. Dies wiederum erfüllt etwa – juristisch gesprochen – den strafbaren Tatbestand der Beihilfe, wobei es eine sekundäre Frage ausmacht, ob diese im klaren Wissen um die Ergebnisse eigenen Tun und Lassens geleistet wurde. Jedenfalls wollte die Gefolgschaft Hitlers ihren „Führer“ an der Staatsspitze und viele feierten das, als er dahin gelangt war, auch in einem Zustand politischer Trunken- oder richtiger: Besoffenheit.

War auch der Anteil, den die Masse der Mitglieder und Wähler, die sich irrtümlich das Alleinverdienst am Aufstieg ihres Idols zuschrieb und die dies auch von diesem schmeichlerisch bescheinigt bekam, zu Hitlers Inthronisation beigetragen hatte, gegenüber dem Anteil von Bank- und Industrieherren und von Großagrariern abzustufen, so existierte er doch. Er bildete keine von der Geschichtswissenschaft zu vernachlässigende Größe. Anfänglich, d. h. in den ersten Jahren nach 1945, war davon in der Sowjetischen Besatzungszone die Rede, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Deutschen von den Alliierten eine Inhaftnahme für die Folgen des Regimes erlebten und ihnen erklärt werden musste, dass dies kein Unrecht sei. Gedächtnisse waren zu beleben, denn zu viele wollten sich nicht erinnern.

In der Geschichtswissenschaft gibt es über diese Zusammenhänge kaum noch einen ernsthaften Streit, wenn auch die Gewichte von Verantwortung und Schuld auf die einzelnen Klassen, Schichten und Gruppen sehr ungleich verteilt und häufig die geschichtsmächtigen Faktoren vermischt und verschmiert werden. Max Horkheimers Diktum, formuliert in den USA, der Zweite Weltkrieg hatte gerade begonnen, „Wer nicht vom Kapitalismus reden will, soll vom Faschismus schweigen“ erfuhr in der Bundesrepublik Deutschland längst eine charakteristische Abwandlung, die etwa lautet „Wer hier schon vom Faschismus reden muss, sollte wenigstens über den Kapitalismus schweigen.“ Dem folgend, wird über die Volksmassen, den greinenden Lümmel, der eingelullt worden sei, geredet, geschrieben und philosophiert. Von Deutschen und durch Ausländer. Das Groteskeste, was in den letzten Jahren zu diesem Thema beigesteuert worden ist, stammte von Daniel J. Goldhagen, der im Jahre 1933 den erfüllenden Moment erblickte, da die Deutschen, eine Phalanx von Antisemiten, endlich den Mann gefunden hatten, der sie zum Massenmord an den deutschen – und nicht nur den deutschen – Juden führte.

Welche Motive haben – rundgerechnet – von fünf erwachsenen Deutschen zwei unter die Hakenkreuzbanner geführt, eine Zahl, die sich ergibt, wenn man das Wahlergebnis des Juli 1932 ansieht. In manchen Bereichen und namentlich in den norddeutschen Ländern und Provinzen stellt sich die Zahl noch dramatische dar. Hier entschied sich wirklich eine Mehrheit der Wähler für die NSDAP – wir werden davon noch hören –, was sich aber im Reichsdurchschnitt nicht niederschlagen konnte, da in den Landesteilen, in denen sich die Arbeiterklasse konzentrierte und die drei Parteien – SPD, KPD und Zentrum – stabile Anhängerschaften besaßen, diese verheerenden Ergebnisse kompensiert wurden. Doch in einer Reihe von Ländern kamen sie zur Geltung. Es ist wenig in das Bewusstsein selbst historisch Interessierter gedrungen, dass im Deutschen Reich schon vor 1933 die Nazis in sechs Länderregierungen saßen (oder gesessen hatten): in Thüringen, Oldenburg, Anhalt-Dessau, Braunschweig und in den beiden Mecklenburg.

Von welchen Motiven die Entscheidungen für die NSDAP bestimmt wurden, kann der Historiker exakt nicht angeben, zumal seinerzeit die Befragungen der Menschen, wie immer man deren Wert auch ansehen mag, sich noch in einem sehr frühen Stadium befanden. Sicher, und nicht nur für jenen Zeitabschnitt gilt, dass es zumeist nicht ein einzelner Faktor war, der Handlungen oder Unterlassungen bestimmte. Das trifft für den ideologischen Bereich mehr noch als für den materiellen zu. Nationalismus und Rassismus, Antikommunismus und Antibolschewismus, Antikapitalismus und „Antiplutokratismus“ existierten nicht nur in der Ideologie und der Demagogie, die sind nicht identisch, als ein Gemisch, das sich durch kein Scheidewasser trennen lässt. Als solches fanden sie sich auch in den Köpfen der Anhänger.

Eindeutiger mag hingegen jener Teil der Antriebe gewesen sein, der aus der sozialen und materiellen Lage derjenigen herrührte, die so viele Millionen in das Lager der Faschisten lockte und trieb. Dass

Arbeitslosigkeit und Verlust jeder akzeptablen Lebensperspektive Menschen zu Parteigängern der NSDAP machten, ist unbestritten. Sie wünschten und drängten auf einen raschen Wandel, den ihnen die Demagogen versprachen. Zu wenig beachtet erscheint noch immer, dass es nicht nur und womöglich gar nicht in erster Linie die bereits ins soziale Nichts Gefallenen waren, die verzweifelt nach dem Retter Ausschau hielten und ihn in Hitler gefunden zu haben glaubten, sondern dass es zu einem gewiss hohen Prozentsatz gerade diejenigen waren, die am Abgrund standen und in ihn zu stürzen drohten.

Damit existierte ein allgemeiner Boden, der zum Erfolgselixier der Nazis wurde, ein Boden, auf dem sich die ehrliche Argumentation der Kommunisten wie der Sozialdemokraten, denn in diesem Punkte machten beide keinen Unterschied, viel weniger festsetzen konnte. Denn die einen wie die anderen waren außerstande, einen raschen Wandel zu versprechen, herbeigeführt einzig durch eine Stimmabgabe in Wahllokalen und das Marschieren hinter einer Fahne. Ohne das soziale Elend von Millionen, ohne das Heer der Erwerbslosen, Arbeitern und Angestellten, ohne die bankrotten oder den Bankrott fürchtenden Bauern, Kleinhändler und Handwerker, ohne die keiner Nachfrage gegenüberstehende junge Intelligenz wären die 13 Millionen Wähler der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 nicht zu formieren gewesen.

Eine weitere Frage lautet aber: Wenn die sozialen Versprechungen der Hitler-Demagogen so anziehend waren, warum ist deren Wirkung nicht durch die anderen Seiten von deren Werbungen wieder aufgehoben worden? Warum nicht durch die doch kriegsdrohende nationalchauvinistische Aufputschung, gerichtet gegen die Siegermächte des Weltkrieges? Warum nicht durch den wütenden und widerwärtigen Antisemitismus? Warum nicht durch die massenhaften geistigen Zumutungen, die diese „Geisteshelden“ jedem denkenden Verstand zuteilwerden ließen? Die Antwort liegt im Zusammentreffen einer ideologischen in Krieg und Nachkrieg entstandenen Bereitschaft, schärfste reaktionäre Parolen aufzunehmen, mit dem Ausbruch einer sozialen Katastrophe, die an die sozialen und d. h. immer menschlichen Verheerungen der nur wenige Jahre zurückliegenden Inflation erinnerte.

Dass Erziehung oder fehlende Zuneigung im Elternhaus, dass Bildungsgrad, dass eine Prädisposition für Aggressivität u. a. Faktoren bei der Entscheidung für den Faschismus oder zu seinen Gunsten eine Rolle spielten, wird niemand ernsthaft bezweifeln. Die Wege der Einzelnen in die Reihen der NSDAP oder von deren Wählerschaft sind vielfältig und auch von Zufällen abhängig gewesen. Doch den Gegenstand der Historiker macht nicht die Frage aus, wie kamen Müller aus dem Hinterhaus und Meier aus der Laube unter das Hakenkreuz, sondern welche Voraussetzungen und Bedingungen führten dahin, dass einige Millionen Müllers und Meiers der falschen Flagge folgten. Und da muss von den kapitalistischen Zuständen die Rede sein, zu denen Bildung und Unbildung gehörten. Der auch gegenwärtig beliebte Hinweis auf Bildungsdefizite, die den Demagogen ihr Werk erleichtern, besitzt seine Berechtigung, verlangt aber zwei Zusätze. Zum einen führt die Betrachtung dieses begünstigenden Faktors keineswegs aus dem Kapitalismus heraus, denn es geht doch um dessen Schulen. Zum anderen gehörten in einer übermäßig hohen Zahl gerade Studenten zu den Aktivisten der deutschen Faschisten, und an den Hochschulen waren die Allgemeinen Studentenausschüsse früh fest in deren Hand. Bei diesen Söhnen der Begüterten und Reichen sowie aus dem Kleinbürgertum mag die Übereinstimmung mit der Ideologie der Hitler, Rosenberg, Goebbels u. a. eine größere Rolle gespielt haben als etwa bei Kleinbauern oder Landarbeitern, die von einem regierenden Hitler materielle Sicherheit oder Besserstellung verlangten. Für die Mehrheit der Gefolgschaft – das lässt sich ohne Risiko sagen – waren die Perspektiven auf einen ungefährdeten Arbeitsplatz oder auf das Ende der Konkursdrohung ausschlaggebend. Dafür stehen auch die Entwicklungen nach dem 30. Januar 1933, als die Versprechungen auf den Prüfstand gerieten und die aufgepulverten Erwartungen nicht zu arg enttäuscht werden durften.

Noch immer wird in der Geschichtsschreibung darüber diskutiert, ob diese Gewinnung und Rekrutierung von Millionen – wie sich am Ende zeigte – gegen ihre Grund- und vielfach auch direkt gegen ihre Lebensinteressen – als Verführung richtig bezeichnet ist und ob von den Verführten nichtzutreffend als Opfer gesprochen werden muss, eine Kennzeichnung, die gewiss eine Entlastung von Verantwortung einschließt. Die Parteigänger des Faschismus wurden zu einem großen Teil später eine

besondere Kategorie von Opfern des Systems, aber bevor sie das wurden, waren sie seine Instrumente und Täter, viele wurden es schon vor 1933 und sie waren es nicht willen- und alternativlos geworden. Jeder Deutsche besaß unter den Bedingungen des bürgerlich-parlamentarischen Regimes der Weimarer Republik die Möglichkeit, sich so oder auch anders zu entscheiden. Für manchen mag das nur eine abstrakte Möglichkeit gewesen sein, für viele aber eine konkrete, auch da sind die einen von den anderen zahlenmäßig nicht zu sondern. Erst die Tatsache vorhandener Auswahl- und Entscheidungsmöglichkeiten rechtfertigt überhaupt, von Verantwortung und Schuld zu sprechen. Historische Schuld bezieht sich auf die Zeitgenossen. Sie vererbt sich nicht – das geschieht nur in der Sage und Dichtung. Anders steht es mit der Verantwortung.

Zu 3.

Die Frage, ob die Machtübergabe an die deutschen Faschistenführer zu verhindern gewesen wäre, führt unvermeidlich in den Bezirk der ungeschehenen Geschichte. Der Historiker begibt sich mit ihr aus der ihm oft zugeschriebene Rolle des „rückwärtsgewandten Propheten“. Er betritt das Reich, in dem Mutmaßungen angestellt werden, mitunter Spekulationen wuchern, und schreitet er da hurtig aus, führt es in den Sumpf. Gegen eine Einheitsfront der Arbeiter mit dem Kern ihrer beiden großen Parteien und den Gewerkschaften wäre der Faschismus in Deutschland nicht durchgekommen, lautet eine These, und deren Akzeptanz hat nicht zum geringsten im Osten Nachkriegsdeutschlands zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien geführt, ein Schritt, in dem sich bei den Zeitgenossen des Jahres 1933 doch auch ein Schuldbekenntnis ausdrückte und die Bereitschaft, verspätet zwar, sich lernend zu korrigieren. Mitunter ist gar behauptet worden, noch in letzter Minute wäre der Faschismus zu verhindern gewesen, selbst dann noch, als Hitler schon in dem vordem von Bismarck genutzten Regierungszimmer saß, wären nur – so meist die Fortsetzung – die ehrlich gemeinten Angebote der KPD-Zentrale an die Führung der SPD angenommen worden.

Hier ist viel Wunsch- und Wegdenken im Spiel. Seit den Augusttagen des Jahres 1914 klaffte in der deutschen Arbeiterbewegung ein tiefer Graben. Von keiner der beiden sich seit 1919 bekämpfenden Parteien war nach der Kriegsniederlage ein Versuch gemacht worden, ihn auch nur teilweise zuzuschütten. Das Verhalten in den Tagen von Revolution und Gegenrevolution – Stichwort: Noske und die Januarkämpfe –, das konträre Verhältnis zur russischen Revolution, zu Sowjetrussland und zur UdSSR, die ebenso konträre Stellung zur und in der Weimarer Republik hatten im Gegenteil diesen Graben vertieft. Und auch der Aufstieg des Faschismus wurde in den Parteizentralen nicht zum Anlass genommen, einen neuen Ausgangspunkt in den gegenseitigen Beziehungen zu gewinnen. Eine solche Chance bot sich, als die bürgerlichen Parteien die Koalitionsregierung Hermann Müller aufsprengten und die Sozialdemokratie wieder in die Opposition verwiesen. Das Krisen- und Entscheidungsjahr 1932 hat – anders als es eine in der DDR gepflegte Legende besagte – keinerlei wirkliche Annäherung der beiden Parteien, von Vorgängen an einzelnen Orten abgesehen, gebracht, sondern im Ganzen diesen Graben eher noch weiter verbreitert und vertieft. Das geschah zum einen durch die Parteinahme der SPD zugunsten der Wiederwahl Hindenburgs und durch die lahme und bedeutungslose Reaktion auf den Preußenstaatsstreich des Kabinetts von Papen. Zum anderen dauerten die Versuche der KPD an, die Konkurrenz der „Sozialfaschisten“ durch die Gewinnung von Mitgliedern aus deren Reihen und durch „Entlarvungen“ zu schwächen, mit dem Ziel, sie von den Arbeitern zu isolieren.

An der Spitze beider Parteien wurden unrealistische Konzepte verfochten. Vermeinten die Kommunisten, ihre revolutionäre Parole der faschistischen, gegenrevolutionären im außerparlamentarischen Kampf entgegenstellen und dafür Anhänger gewinnen zu können, so verblieben die Sozialdemokraten innerhalb der Bannmeile bürgerlich-parlamentarischen Vorgehens und glauben gar, sie könnten „in der Stunde der Gefahr“ davon abgehend und ohne die störenden Kommunisten mit den Nazis fertig werden. Um diesen jeweiligen Kurs aufzugeben, wäre auf jeder Seite eine Berserkerarbeit notwendig gewesen, die rechtzeitig begonnen werden musste. Deren Inangriffnahme hätte wiederum eine Führerschaft von einem Weitblick, mit einer historischen Phantasie und einem Mut zum politischen Risiko vorausgesetzt, die weder hier noch dort angetroffen werden konnte. Ihre klügsten Köpfe hatten beide Parteien vor die Türe gesetzt.

Dieses Bild könnte den Verdacht erregen, dass der Faschismus nicht aufzuhalten gewesen sei. Von einem bestimmten Punkte an war das der Fall. Die Entscheidungen, wohin und wieweit geschichtliche Prozesse führen, fällt meist nicht an den Daten, die später in den Geschichtsbüchern stehen, sondern bereits mehr oder weniger lange vorher. Sie fallen zudem meist unspektakulär, nicht an einem und also bestimmbaren Tage, nicht durch ein festzumachenden Großereignis. Sie fiel lange vor dem 30. Januar 1933, als Reformismus und Revolutionarismus als absolut feindliche Entgegensetzung angesehen und daraus abgeleitet wurde, es gäbe nur das Entweder-Oder und der Andere müsse das Feld ganz räumen oder wenigstens völlig marginalisiert werden, damit der Weg zum „richtigen Sozialismus“ frei werde. Wo war dieser point of no return? Vermutlich lag er schon zwischen dem Rauswurf der sozialdemokratischen Politiker aus der Reichsregierung und der Entscheidung für die Tolerierung der Regierung Brüning, also im Frühjahr und Sommer 1930. Das ist eine Hypothese. Aber da glaubte noch niemand, dass die NSDAP mit einem für den Zustand der Republik dann „Erdrutsch“ genannten Sieg mit mehr als 18 Prozent der Wählerstimmen würde aufwarten können. Das tat sie am 14. September dieses Jahres.

Selbst wenn diese Hypothese stimmt, besagt sie doch nichts über die Bedeutung, die der Kampf gegen den an die Macht drängenden Faschismus in den folgenden knapp drei Jahren besaß. Denn es kommt in der Geschichte nicht nur darauf an, welche Kräfte an die Staatsruder gelangen, sondern wie sie das vermögen, leicht oder durch Kämpfe geschwächt. Spanien und der „Fall Franco„ lieferte dafür 1939 ein lehrreiches Beispiel. Unter den Niederlagen gibt es extrem entmutigende und solche, die bei aller Schwächung der Geschlagenen doch das „Trotz alledem“ für viele der Besiegten noch lassen. Die Art und Weise, wie in Deutschland Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, ihre Niederlage und den Triumph ihrer Gegner hinzunehmen hatten, war weithin von entmutigender, ja demoralisierender Wirkung. Umso höher bleiben die Anstrengungen zu schätzen, die von jenen unternommen wurden, die weitermachten und die wir weiterhin antifaschistische Widerstandskämpfer nennen sollten und die zu unserem eigenen Nutzen ein ehrendes, d. h. nicht ein unkritisches Gedenken verdienen.

Rezension: Ulrich Völklein, Geschäfte mit dem Feind

Die geheime Allianz des großen Geldes während des Zweiten Weltkrieges auf beiden Seiten der Front, Europa Verlag Hamburg Wien, 2002, 160 S. 17,90 Euro.

Aufwändige Ausstellungen wie die Wehrmachtsausstellung (zweite Fassung), die noch in Bielefeld zu sehen ist, demnächst in der Heldenstadt Leipzig gezeigt werden wird, und die des Deutschen Historischen Museums über den „Holocaust“, die in Berlin besichtigt werden kann, signalisieren „Deutschland lernt“ – vor allem aus den „dunklen Jahren“ seiner Geschichte – und sie besitzen ihre Nebeneffekte. Sie verstellen mitunter den Blick darauf, dass zwischen Rhein und Oder seit Jahren eine Auseinandersetzung um die geschichtliche Erinnerung in öffentlichen Räumen geführt wird. Örtliche und andere Initiativen sind bemüht, überfällige Aufräumungsarbeit zu leisten. Sie stoßen dabei auf Barrieren. So gilt nach wie vor: Die Ausstellungen öffnen und schließen, die nach Heinrich von Treitschke benannte Straße, in Berlin ehemals West gelegen, bleibt und erinnert an jenen Universitätsprofessor, der die Deutschen für ihre Fundgrube nationalistischer und rassistischer Parolen mit „Die Juden sind unser Unglück“ belieferte, geschrieben im Aufsatz „Unsere Aussichten“, den 1879 die „Preußischen Jahrbüchern“ veröffentlichten.

Nicht nur, dass Altes nicht getilgt wird. „Neues“ ist nach dem Jahre 1945 hinzugekommen. Die bundesrepublikanische Armee kann gut mit dem Namengeber Werner Mölders leben, der schießend half, einer Republik – der spanischen – den Garaus zu machen. Das ist nicht an ein Ende gekommen und nach der „friedlichen Revolution“ ostwärts geschwappt. So ins südwestthüringische Städtchen Zella-Mehlis. Dort erhielt ein Gymnasium kürzlich den Namen eines Rüstungsindustriellen, der vordem bereits an den Ort einstigen Wirkens wieder heimgeholt worden war. Sein Konterfei – es fand sich und bezeugte, dass der kommunistische Bildersturm mit dem der Reformation nicht annähernd in Konkurrenz treten konnte – hatte im Rathaus wieder einen Ehrenplatz gefunden und auch eine Straße war inzwischen erneut nach ihm benannt. Der Mann, ein erfinderischer und kaufmännisch versierter Kopf, wurde reich und von Paris bis nach Petersburg bekannt durch die Fabrikation von vielerlei Kriegsgerät, mit dem er nicht nur das Deutsche Kaiserreich versorgt hatte, sondern teils durch Verkauf seiner Fabrikate, teils durch Vermarktung seiner Patente auch nahezu alle Staaten, mit denen Deutschland 1914 in den Weltkrieg geriet.

Die Schultaufe geschah nicht ohne Widerspruch aus Kreisen der Lehrer, von Schülern und deren Eltern, aber sie erfolgte. Der Segen der Vogel-Regierung in Erfurt war unschwer zu erhalten gewesen. Die Episode wird hier berichtet, um den Platz zu bestimmen, den ein eben erschienenes Buch beanspruchen kann, der sich mit der Fortsetzung jener Traditionslinie befasst, an deren Anfang mit anderen der Zella-Mehliser Rüstungsfabrikant steht. Es hat „Geschäfte mit dem Feind“ zum Gegenstand, namentlich jene, die nach dem Ersten Weltkrieg zwischen dem geschlagenen Deutschland und den USA permanent getätigt wurden. Das Thema ist nicht neu und auch für ähnliche Beziehungen zu anderen Staaten, die 1939 und später zu Deutschlands Kriegsgegnern wurden, mehrfach erörtert. Besiegte lernen in der Geschichte gewöhnlich rascher als Sieger. Das galt für die deutschen Militärs nach 1918 und auch für das Gebiet der Kriegstechnik. So kaufte die britische Regierung für ihre Kriegsschiffe schon zu Weimarer Republikzeiten aus deutscher Produktion Stabilisierungskreisel für ihre Kriegsschiffe, damit deren Artillerie beim nächsten Mal besser treffen konnte als im Skagerrak 1916.

Die Deutschen waren derweil in ihrer Staatskasse noch etwas klamm, die Aufrüstung, wie der Streit um den Bau des Panzerschiffers A 1928 zeigte, wurde umstritten und Bestimmungen über Rüstungsbegrenzungen ließen sich aus außenpolitischen Rücksichten noch nicht brüsk ignorieren. 1933 trat ein Wandel ein. An Deutschlands Aufrüstung konnte zunehmend verdient werden. Ganz unkompliziert von jenen, die vor Ort waren und denen in ihre Geschäfte mit den Waffenämtern der Wehrmacht niemand hinein zu reden vermochte. Dazu gehörten im Reichsgebiet befindlichen Firmen in ausländischem Besitz. Die Adam Opel Werke (Hauptsitz Rüsselsheim) und die Ford-Werke zählten zu den namhaftesten unter ihnen und zu den leistungsstärksten.

Ob sich die Beziehungen jener Vorkriegsjahre, die Ulrich Völklein zunächst darstellt, als „Geschäfte mit dem Feind“ bezeichnen lassen, kann bezweifelt werden. Die Entscheidung, wer in der kommenden kriegerischen Auseinandersetzung, deren Konstellation keiner Gesetzmäßigkeit entsprang, Freund, wer Feind sein würde, war noch nicht gefallen. Es ließen sich diese Geschäfte – was sie nicht sympathisch macht – für eine gewisse Zeit auch als Beihilfe zum erwarteten Krieg gegen den „Bolschewismus“ ansehen, der dann aber erst verspätet und nicht in den vorgedachten geschichtlichen Koordinaten begann.

Die Situation änderte sich nach dem 15. März 1939, wenn auch nicht abrupt. Der Einmarsch in Prag und die Liquidierung der Tschechoslowakei zeigten, dass die Londoner und Pariser Lenkungsmechanismen gegenüber den deutschen Machthabern versagten. Der „Krieg im Westen“ musste als eine Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Wenn auch nicht damit zu rechnen war, dass er unter Beteiligung der USA beginnen würde, so war – wie 1917 geschehen – seine Ausweitung über den Atlantik nicht auszuschließen. Wie sollten sich dann die kooperativen, vertraglich fundierten Beziehungen entwickeln, die zwischen der IG Farben AG und der Standard Oil of New Jersey segensreich bestanden? Wie sich die Tätigkeit US-amerikanischer Firmen in Deutschland gestalten? Wie konnte deren Behandlung als Feindvermögen verhindert oder zumindest abgefedert werden?

Wie das geschah und mit welchem (Teil)erfolg, wie die Zeit zwischen Kriegsbeginn am 1. September 1939 und der deutschen Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 genutzt wurde, um Firmen, Aufsichtsräte und Vorstände zu „entamerikanisieren, andere in den Staaten oder im Falle von Schweizer Töchtern auch zu „entdeutschen“, wie vor dem Beginn des Krieges bereits die Zeit nach dessen Ende vorbedacht und für sie vorgesorgt wurde – das kann auf den Seiten dieses Bändchens kompakt nachlesen, wer weder Zeit hat noch Lust verspürt, sich in das reichliche Dutzend hochspezialisierter Monographien zu vertiefen, aus denen der Autor seine Kenntnisse weitgehend oder ausschließlich geschöpft hat.

Mit dem Erscheinen des Buches verbindet sich ein doppeltes Ärgernis. Das eine geht zu Lasten des Autors, der nicht eine Fundstelle seiner vielen Zitate benennt. Das andere betrifft den Verlag und dessen irreführende Buchreklame, die mit einem „Hitler-Roosevelt-Wirtschaftspakt“ operiert und sensationell neue Einsichten, geschöpft aus bislang unzugänglichen Archivbeständen, verspricht (worüber das Vorwort nichts mitteilt und auch keinen einzigen Bestand angibt). Geschäftsschädigend ist solches Klappern inzwischen nicht mehr. Denn: Cosi fan tutte.

Der Autor stellt den von ihm und Manfred Weißbecker herausgegebenen Band „Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte“ am 21. 3. 2002 im Rahmen der Leipziger Buchmesse vor.

Zur Vorstellung des Buches „Schlagwörter und Schlachtrufe“ ...

... am 21. März 2002 in Leipzig, Foyer des Museums der Bildenden Künste

In das weite und in manchen Dimensionen unergründliche Reich der Geschichte der Menschen und der Menschengesellschaften lässt sich durch verschiedene Tore eintreten. Das eine ist mit Wirtschaftsgeschichte überschrieben, ein anderes mit Geschichte der Ideen und Ideologien, ein drittes mit Staaten und Diplomatiegeschichte, wieder ein anderes führt über die Geschichte großer Persönlichkeiten und deren Spuren zum Ganzen hin. Auf einen einzigen Blick ist das Ganze nicht zu erfassen. Das ist den Menschen und ihrer Wahrnehmungsfähigkeit nicht gegeben.

In dem Buche, das heute hier vorgestellt wird, wird ein Tor geöffnet, das sich vielleicht eine Nebenpforte nennen lässt, gewiss aber keine Hintertür ist. Dazu haben Schlagwörter und Schlachtworte in der Geschichte eine zu bedeutende Rolle gespielt und sie tun es bis heute. Sie haben, um das Wichtigste zu sagen, zu Krieg und zu Frieden aufgerufen. Sie entstanden in geistigen und politischen Kämpfen zwischen Menschengruppen innerhalb eines Landes oder Staates. In ihnen drückten sich hehre und edle Hoffnungen ebenso aus wie – offen oder versteckt – schandbare Absichten und Ziele.

Dennoch war mit diesem Buch nicht beabsichtigt, den Leser in ein Wechselbad der Gedanken und Gefühle zu setzen. Von Geschichte sollte in ihm auch unterhaltsam berichtet werden. Durchweg konnte das nicht geschehen. Schlachtworte wie „Juda verrecke“ oder „Die Juden sind unser Unglück“ können und dürfen so nicht geschrieben werden. Andere, die sich auf den ersten Blick dem auch zu widersetzen scheinen, gaben bei genauerem Hinsehen aber doch unvermutete Seiten her. Doch sollten in unserem Unternehmen wo immer das angeht, Unterhaltung und Kenntnis- oder gar Erkenntnisgewinn miteinander gehen. Es wurde auf die Vermittlung von Wissen angelegt, aber nicht nur und vor allem nicht auf jene sterile Weise, die jede Parteinahme meidet. Derlei Enthaltsamkeit verbietet sich angesichts der Tatsache, dass Schlachtrufe bis heute erschallen und eine höchst unheilvolle Rolle spielen. Das wird im zweiten Band des Unternehmens noch deutlicher werden als im jetzt vorliegenden, weil er in einigen Passagen der Gegenwart näher ist.

Die zeitliche Beschränkung, die sich Herausgeber und Autoren auferlegten, kann dem Untertitel entnommen werden. Er lautet „Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte“ und meint die beiden letzten, das 20. und das 19. also. Und dies bedeutet, ausgewählt wurden Parolen, Losungen, Sprüche auch Redewendungen, denen der Charakter von Schlagworten und Schlachtrufen zukommt, die in diesen beiden Jahrhunderten so oder so eine Rolle spielten. Ihr Ursprung kann viel weiter zurückführen und das ist mehrfach der Fall, in die Zeiten des alten Rom und Griechenland, wie „Jedem das Seine“, oder in biblische Vergangenheit wie „Gott mit uns“. Wo sich die Entstehung und Verbreitung solcher Worte und Rufe genau bestimmen lässt, haben wir auch etwas gemogelt. Das „Üb’ immer Treu’ und Redlichkeit“ ist zuerst im Jahre 1797, also am Ausgang des 18. Jahrhunderts, zuerst vom Turm der Potsdamer Garnisonskirche erklungen.

Dass das Unternehmen nun zwei Bände erfordert, war nicht vorgesehen. Es hätten derer noch mehr werden können, wenn die Herausgeber der Ehrgeiz der Vollständigkeit geleitet haben würde. Für Kritik an Fehlendem ist Platz gelassen und das gilt für ganze Bezirke, die nur andeutungsweise vertreten sind. Beispielsweise für das weite Feld der Kunst, worüber es nur einen Beitrag gibt, „Kunst ist Waffe“. Aber wie reichhaltiges Material bieten die erbittert ausgetragenen Kämpfe, denkt man allein an die Beschimpfungen „Rinnsteinkunst“ oder „Asphaltliteratur“, aber auch an „Formalismus“. Weit stärker als geschehen hätten wir uns auch aus dem Gegenwärtigen bedienen können. Was wird da alles in den Kämpfen zwischen politischen Parteien und auch zwischen Richtungen in ihnen geschleudert, geschossen usw. Die PDS wird hartnäckig als SED-Nachfolgepartei bezeichnet und das ist weder historisch noch juristisch objektiv gemeint, sondern soll doch besagen, jene sei die getarnte Fassung von dieser. Und in ihr, da die lange Reihe von Schlachtrufen wie Trotzkisten, Titoisten, Maoisten, Revisionisten usw. nicht gut fortgesetzt werden kann, ohne Verdacht zu erregen, heißt es jetzt schlicht und ohne den Anspruch theoretischer Zuordnung einfach „Betonköpfe“.

Das Beste, was einem Herausgeber passieren kann, ist wohl, dass er aus den Texten der Autoren selbst vieles erfährt, was er bis dahin nicht wusste, dass er aus ihnen lernen kann. Dieses Vergnügen gehabt zu haben, will ich nun hier bekennen, und ich hoffe, es ist nicht nur das Resultat von vorheriger Unbildung. Zwei solcher Aha-Erlebnisse seien beispielhaft genannt. Die Parole „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ hatte ich immer der Bebelzeit in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zugeordnet und daran natürlich auch des Öfteren gedacht, angeregt durch das Wissen, für wie viele (Waffen-)Systeme die Sozialdemokratie in der Schröderzeit inzwischen Geld ausgibt und wie viel. Der Leipziger Historiker Wolfgang Schröder, ehemals Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, hat in seinem Beitrag dezidiert die in die Zeit der 1848er Revolution zurückreichende „Vorgeschichte“ des Wortes in einer spannend zu lesenden Darstellung geschrieben. Und zweitens: „Hitler kaputt“ schien mir immer ein Schlacht- und Triumphruf zu sein, der in der Sowjetischen Armee nahe dem Kriegsende aufgekommen wäre. Elke Scherstjanoi, mit ihrem Beitrag schließt Band I, ist den Spuren nachgegangen und zu einem verblüffenden Resultat gelangt, das hier verschwiegen wird, denn das ist ja heute auch und in hohem Grad eine Reklameveranstaltung. Zu den Entdeckungen, die ich bei einem meiner eigenen Beiträge als Autor gemacht habe, gehört die Herkunft jener nach den Mordtaten des 30. Juni 1934 der SS gegebenen Parole „SS-Mann, deine Ehre heißt Treue“. Dass dies auf den Vers aus einem Gedicht zurück geht, der aus der Feder eines Mannes stammt, der den Himmler und Heydrich als Rasseschänder gegolten haben würde, gehörte auch zu den Überraschungen.

Was erscheint mir an der Entstehung des Buches bemerkenswert? Erstens die Zusammensetzung seiner Autoren. Historiker, Philosophen, Juristen wirken bei manchen Unternehmen zusammen, dass sie sich aber mit einem Psychologen, einem Theologen, einem Pfarrer, einem Filmdokumentar zusammentun, ist eher ungewöhnlich und dürfte zu einer vermehrten Zahl von Herangehensweisen und Sichten beigetragen haben. Zweitens auch unter dem Gesichtspunkt des Alters der Autoren geht es nicht alltäglich zu. Sie gehören drei Generationen an, der älteste unter ihnen ist Karl Gass, der unlängst seinen 85. Geburtstag beging und mit der Leidenschaft, die mancher Jüngere nicht aufzubringen vermag, das lässt sich hier in Sachsen ja ungefährdet sagen, gegen den blöden Preußenkult ficht. Die jüngsten Autoren haben vierzig Jahre weniger auf dem Buckel. Drittens haben an diesem Unternehmen Wissenschaftler mitgewirkt, die derzeit in der Gesellschaft sehr verschiedene Plätze einnehmen. Ein erheblicher Teil sind Rentner. Unter den Jüngeren sind (noch) aktive Hochschullehrer, Mitarbeiter von wissenschaftlichen Einrichtungen, Kollegen in so genannten prekären Arbeitsverhältnissen und Arbeitslose. Viertens: Beteiligt waren überwiegend Wissenschaftler, die ihre Ausbildung in der DDR erhalten haben und in ihr ihre Berufe ausübten, aber auch Kollegen, deren Biographien mit der Geschichte der Bundesrepublik seit Jahrzehnten verbunden sind. Als ein hoffnungsvolles Zeugnis eines Zusammenwachsens wäre das missinterpretiert. Es spricht aber davon, dass die geistigen Anliegen zwischen Ost und West nicht total abgegrenzt waren und dass dies auch heute nicht der Fall ist. Denn – um es noch einmal zu sagen – ein Anliegen verbindet sich mit dem Buche. Hier in Leipzig hat der Bundesinnenminister im vergangenen Jahr in einer Rede davon gesprochen, dass sich in Deutschland eine Tendenz der Verblödung verstärke. Unaufgefordert wird dagegen ein Beitrag vorgelegt.

Was ist das Beste, dass Herausgeber eines Buches sagen können, an dem eine solche Schar von Autoren mitwirkten? Dass wir in deren Verzeichnis hinter keinem Namen ein Kreuz zu machen haben. Möge das auch bei Nachauflagen so bleiben.

Nicht-Knoppsche Geschichtspublizistik

Wer in jüngerer Zeit einen der vielen Artikel gelesen hat, in denen Götz Aly seine Ergüsse zum Missverständnis des Naziregimes drucken ließ, dieses als nationalsozialistischen Volkswohlstaat charakterisierte und die „kleinen Leute“ als Hauptnutznießer von Ausplünderung und Judenmord denunzierte, mag sich beim Lesen des Titels des neuen Buches sagen: Davon aber genug. Falsch. Das wenigste darin zusammengefasste – insgesamt 27 meist in Tageszeitungen erschienene Artikel – lässt sich unter „Rasse und Nation“ subsumieren und kann verlustlos überblättert werden. Dann bleibt immer noch der Lesegewinn einer Publizistik, die sich auf das Aufspüren von Quellen gründet, sie gekonnt kritisch verarbeitet und die gewonnenen Einsichten und Erkenntnisse gut lesbar, mitunter geschliffen scharf darstellt. Aly beherrscht die Kunst, vom Einzelnen, ja auf den ersten Blick Abseitigen, her den Blick auf das Ganze zu eröffnen. Zudem weisen die gewählten Themen und Gegenstände, ohne jede aufgesetzte Aktualisierung, mehrfach erkennbare Beziehungen zu (insbesondere europäischen) Problemen unserer Gegenwart aufweist. Das gilt etwa für den knappen Abriss jener nationalen „Entflechtungen“, Umsiedlungen und Vertreibungen von Millionen Menschen, die – international vereinbart – nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Austausch von Millionen Landesbewohnern zwischen der Türkei und Griechenland einsetzten. Und gleichermaßen trifft es auf die Episode zu, die uns in das Jahr 1914 zurückführt, an den „Fürsten“ des eben neu geschaffenen Albanien, einen deutschen Prinzen, erinnert und die zu der Frage herausfordert, wohin der Weg dieses in einem Fadenkreuz sehr verschiedener Interessen existieren Staates nahezu ein Jahrhundert später hinführen wird.

Es waren verschiedenste Anlässe die Aly zur Feder greifen ließen. Das Erscheinen eines Buches wie im Falle der „Memoiren“ des Adolf Eichmann oder der Fund in einer Akte, die zur Biographie jenes baltischen Alt-Nazis führte, der als Oberpräparator an der „Reichsuniversität“ Posen zu Tode kam[*], als er mit unfachmännisch behandelten Leichenteilen von Juden und Polen hantierte, deren Präparate und Abdrücke er nach Wien an ein dortiges Museum verkaufte, oder auch der Streit um eine Erinnerung im öffentlichen Raum, so über die Wiederaufnahme des Nikolai Bersarin in die Liste der Ehrenbürger der Stadt Berlin. Dass Aly fragt, wie Hindenburg, der Hitler mit installierte, und Bersarin, der half, ihm gleichsam den Garaus zu machen, sich miteinander auf einer Ehrenbürgerliste vertrügen, hinderte ihn nicht, wenig später zu verlangen, es möge dieser Militarist Ehrenbürger bleiben. Die Neigung zur Polemik mag man mit Vergnügen lesen auch noch die Lust an der Provokation – bis sie sich zu einer Sucht nach Originalität von Inhalt und Diktion steigert wie etwa, wenn der Nazistaat, „Zustimmungsdiktatur“ und „Deutsche Demokratische Diktatur“ geheißen wird. Aber: siehe oben. Götz Aly, Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, S. Fischer Frankfurt a. M. 2003, 254 S.

Vom gleichen Autor, der kürzlich den Preis erhielt, wurde ebenfalls von Fischer eine seiner frühen, 1983 erschienenen, damals mit Karl Heinz Roth geschriebenen Veröffentlichungen neu herausgegeben: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus.

[*] Gemeint ist Gustav von Hirschheydt († 1942)

Eine denkwürdige Wende in der Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena

Um es vorweg zu sagen: Dieser Vortrag kann nicht frei sein von Gedanken und Erinnerungen, die sich aus der eigenen Biografie ergeben. Ich wurde im Oktober 1948, also drei Jahre nach ihrer Wiedereröffnung, an der Jenaer Universität immatrikuliert und begann zunächst Germanistik und Geschichte zu studieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Leben an der Salana bereits weitgehend normalisiert. Ich profitierte von den Aufbauleistungen derer, die den Studienbetrieb nach dem Ende des Krieges früh wieder in Gang gesetzt und dafür tragfähige personellen und materiellen Voraussetzungen geschaffen hatten. Freilich: Nachwirkungen von Faschismus und Krieg waren auf Schritt und Tritt noch spürbar: am augenfälligsten im Stadtbild und dies in unmittelbarer Nachbarschaft des zur 350-Jahrfeier der Universität aus Mittel der Carl-Zeiss-Stiftung errichteten Hauptgebäudes der Universität, das das Bombardement so kurz vor Kriegsende im Ganzen überstanden hatte. Aber verglichen mit dem Eindruck, den ich bei meinem ersten Besuch in der Stadt im Januar 1946 gewonnen hatte, ließ sich nicht daran zweifeln, dass wir dabei waren, uns aus dem Abgrund herauszuarbeiten, in den wir, die Deutschen, aus eigenem Verschulden, am Ende aus Instrumenten zu Opfern des Faschismus geworden, uns gestürzt hatten.

Ich gehörte zu den Studienanfängern des Jahres 1948 für die noch bis vor kurzem das Wort Universität zwar kein Fremdwort, aber die Bezeichnung einer ihnen fernen und unerreichbaren Einrichtung gewesen war, so dass ich in den ersten anderthalb Jahrzehnten keinen Gedanken darauf verschwendet hatte, sie je zu beziehen. Deutlich entsinne ich mich, wann davon mir das erste Mal geredet wurde. Es war auf einer Station der Flucht vor der herannahenden Ostfront im Februar oder März 1945 in Görlitz, wo die – nach faschistischem Maßstab – halbjüdischen Bekannten meiner Eltern, zwei Schwestern, bei denen ich untergekommen war, mir sagten, ich solle doch daran denken, wie ihr früh verstorbener Bruder Jurist und Rechtsanwalt zu werden. Das hat mich wenig beeindruckt. Erst später begriff ich, dass das nahe Ende von Krieg und Faschismus hier richtig als eine Chance vorgedacht wurde.

In meiner Familie gab es einen Müller und einen Schlosser, eine Waschfrau und eine Verkäuferin und sogar die Inhaberin einer kleinen Gaststätte, aber studiertes Personal fehlte unter allen meinen Vorfahren ganz. Doch gehörte ich zu der privilegierten Minderheit von jungen Leuten, die aus den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße stammten und denen sich – aus nahezu allen Bahnen geworfen – früh, nämlich schon im Herbst 1945, die Perspektive eröffnete, zu einer zum Abitur und damit zur Hochschulreife führende Schulausbildung überzugehen. Die hatte ich – wie erwähnt – drei Jahre später erlangt. Doch die solide Ausbildung an der Internatsschule in Wickersdorf, in der wir die Tradition des Schulreformers Wyneken wieder aufzunehmen begannen, vermochte die sozial bedingte Fremdheit, die ich gegenüber der Universität nach wie vor empfand, keineswegs auch nur zu mildern.

Die ersten Eindrücke, die ich von dieser Stätte gewann, verstärkten sie eher noch. Denn die Jenaer Hochschule war, so empfand ich es, was die innere Atmosphäre anlangte, 1948 natürlich mit den Ausnahmen der neugegründeten gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und der Vorstudienanstalt noch ungleich stärker von der Vergangenheit geprägt als durch einen Aufbruch zu neuen Ufern. Das bemerkte, wer beispielsweise die Tür zur Bibliothek der Germanisten passierte und bei der dort platzierten Aufsicht vorbeimusste. Die trug nicht nur die übliche Überheblichkeit gegenüber den Erstsemestern zur Schau, sondern schien mir zudem ein sicheres Gespür dafür zu besitzen, wer der traditionellen Studentenschaft zuzuzählen war und wer auch im geschichtlichen Sinne zu den Neuen gehörte. Will sagen: die Professorenschaft in der Philosophischen Fakultät entstammte dem Bürgertum, wo sollte sie auch herstammen angesichts der Geschichte des Schul- und Hochschulwesens in Kaiserreich, Republik und Faschismus, und die Assistenten und Hilfsassistenten taten das auch, denn sie waren die ersten und einzigen gewesen, die 1945 eine Hochschulreife vorweisen oder sie in Kurzlehrgängen erlangen konnten, also an die wiedereröffneten Hochschulen kamen und inzwischen ihre Studien beendet oder nahezu bis an deren Abschluss getrieben hatten.

In ihrer sozialen Zusammensetzung hatte sich in der Professorenschaft nichts, in der Studentenschaft vorerst wenig geändert. Aber die Dinge waren doch in Fluss geraten und dessen Geschwindigkeit nahm zu. Das Jahr 1948 stellte in dieser Hinsicht eine gewisse Marke dar. Und – um diese einleitende persönliche Reminiszenz zu beenden – es war mir aufgetragen, auf diese Entwicklung beschleunigend Einfluss zu nehmen. Ich gehörte zu den Arbeiterstudenten, in meinem Falle hieß das: aus der Arbeiterklasse herstammenden Studierenden, die ihre Möglichkeiten einsetzen sollten, den Wandel mit zu bewirken, der in Grundzügen geplant und Teil eines gesellschaftsweiten revolutionierenden Projekts war. Und ich wurde, bevor ich noch einen Fuß über die Schwelle eines Universitätsinstituts gesetzt hatte, auf diese mir und anderen zugedachte Rolle durch einen dreiwöchigen „Lehrgang für Studienbewerber“, die der Sozialistischen Einheitspartei angehörten, flüchtig vorbereitet. Ein wenig hatte dieser Kursus von jenem Verfahren an sich, von dem Sprichwort sagt: dem Blinden von der Farbe reden. Jedenfalls kam ich nach Jena mit einem doppelten Auftrag, der im Kern doch einer, wenn auch widerspruchsgeladen war – studierend diese Universität verändern zu helfen. Dem habe ich gerecht zu werden gesucht. Und ich stehe hier, mehr als ein halbes Jahrhundert später, nicht mit der Absicht des Widerrufs, weder im Hinblick auf die Idee, die mich mit vielen leitete, noch in Hinsicht auf die Art und Weise, in der ich dazu beitrug, ihr Geltung zu verschaffen.

Die Stalingrader Schlacht

Ihre seinerzeitigen und gegenwärtigen Wirkungen in die deutsche Gesellschaft

Die militärischen Kämpfe, die am 21. August 1942 mit dem Vorstoß der 6. deutschen Armee über den Don begannen und am 2. Februar 1943 mit der Kapitulation der Reste dieser Armee endeten, sind als die Stalingrader Schlacht in die Geschichte des Zweiten Weltkrieges eingegangen. Sie ragt deutlich aus jenem Prozess heraus, der die Wende dieses Krieges in Europa markiert. In der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges besetzt die Schlacht folglich einen ähnlich herausragenden Platz wie es Jahrzehnte zuvor die von Verdun im Jahre 1916 getan hatte. In beiden Fällen verband sich die Forschung mit der Frage nach Verantwortung und Schuld, waren doch in den Schlachten, von denen sich ihre Strategen kriegsentscheidende Wirkungen errechnet hatten, Hunderttausende von Soldaten umgekommen.

1. Hergang und Ergebnis der Schlacht. 11 Thesen

Ohne dass hier auf die Geschichte dieser Forschungen, die auf deutscher Seite im Wesentlichen als abgeschlossen gelten können, eingegangen werden müsste, – sie ist zusammenhängend erst noch zu schreiben – sei thesenhaft von Resultaten die Rede, die als unumstritten gelten können: (1.) Dem deutschen Feldzug für das Jahr 1942 („Blau“), der am 28. Juni begann und aus dem die Stalingrader Schlacht hervorging, lag eine extrem risikobehaftete Planung zugrunde, deren Charakteristikum eine Überschätzung der eigenen und eine Unterschätzung der gegnerischen Kräfte bildete. (2.) Die Anlage des Feldzuges war nach den verfehlten Zielen für 1941 und dem Kriegseintritt der USA davon bestimmt, die wirtschaftlichen Bedingungen für das Durchhalten in einem langen Kriege zu gewinnen. (3.) Das Risiko des Feldzugsplans verwandelte sich ins Abenteuerliche, als nach Anfangserfolgen die ursprüngliche Planung geändert und die Aufeinanderfolge der gesetzten Ziele – Erreichung der Wolga, sodann Eroberung des Kaukasus und Gewinnung der türkischen Grenze – als ein Nebeneinander formuliert wurde. (4.) In die geschwächten deutschen Truppen stieß am 19./20. November 1942 der erwartete, in seiner Anlage missdeutete und in seiner Wucht weit unterschätzte sowjetische Gegenangriff, der zur Einschließung der 6. Armee und weiterer deutscher, rumänischer und kroatischer Truppen führte und sie nach der Verweigerung des Ausbruchsbefehls binnen Tagen in eine ausweglose Lage brachte. (5.) Der am 12. Dezember 1942 unternommene „Entsatzversuch“, dessen Ziel umstritten war, wurde in Ermangelung starker Verbände mit zu schwachen Kräften eingeleitet und scheiterte nach zehn Tagen. (6.) Der „Stalingrad-Armee“ blieb die Rolle, gegnerische Verbände zu binden, damit zur Stabilisierung der deutsch-sowjetischen Hauptkampflinie westwärts beizutragen, das befürchtete Vordringen der Roten Armee von Norden her nach Rostow verhindern zu helfen und den Rückzug der in den Kaukasus vorgestoßenen deutschen Truppen zu ermöglichen. (7.) Die Verweigerung der Kapitulation, auch nachdem die Armee kaum noch Kampfkraft besaß, machte aus der Niederlage eine Katastrophe für etwa 90.000 Soldaten, die Ende Januar/Anfang Februar 1943 die Waffen streckten, in Massen vom Tode gezeichnet. (8.) Von den in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten und Offizieren überlebten 5.000 bis 6.000. Von den 22 sich gefangen gebenden Generalen kehrten 21 nach Deutschland zurück, einer war an einem Krebsleiden verstorben. Zwei weitere Generale hatten vor ihrer Gefangennahme ihrem Leben ein Ende gesetzt. (9.) Als Hauptverantwortliche für dieses Ende der 6. Armee gelten Hitler, Göring, in unterschiedlicher Bewertung der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don, Generalfeldmarschall Erich von Manstein, und der Armeeoberbefehlshaber Friedrich Paulus. (10.) Zu verschiedenen Zeiten und jeweils als Einzelne erhoben wenige deutsche Generale Einwände gegen die operativen Entscheidungen. Das blieb folgenlos. Sie verloren ihre Kommandos oder Posten oder wurden auch nur mit ihren Vorschlägen zurückgewiesen. (11.) Die außerordentliche Bedeutung der Schlacht ist unumstritten, jedoch wird ihr Platz im gesamten Kriegsgeschehen verschieden bestimmt. Debatten ranken sich nach wie vor um den Begriff „Wende des Krieges“, die zumeist als ein Prozess verstanden wird, dessen Beginn und Ende jedoch unterschiedlich markiert und dessen Faktoren auch abweichend gewichtet werden. Manche Historiker datieren die Wende mit dem Überfall auf die UdSSR, weil die deutschen Aggressoren damit einen Schritt gingen, der sie unvermeidlich auf die Verliererstraße bringen musste. Andere beziehen sich auf das

Scheitern des Blitzkriegsplans und die Niederlage vor Moskau, mit der nach ihrer Auffassung die Wende einsetzte. Zu ihren Faktoren werden nächst den Ereignissen an der Front in Osteuropa die sich anbahnende Niederlage in Nordafrika gezählt, die im Mai 1943 mit der Kapitulation der deutschen und italienischen Truppen in Tunesien endete. Den deutschen Truppen war, wie die Schlacht bei Kursk zeigte, jede Chance genommen, die strategische Initiative zurück zu gewinnen.

2. Die Wirkung der Niederlage im Osten in die deutsche Gesellschaft (Februar/März 1943)

„Seit Stalingrad hatte jeder gewusst, dass die Niederlage Deutschlands nur noch eine Frage der Zeit war." Der Satz Eric Hobsbawms aus seinem Buch „Das Zeitalter der Extreme"[1] wurde aus europäischer Perspektive geschrieben. Bedeutet das Wort „jeder" in ihm auch „jeder Deutsche"?

Den Machthabenden in Deutschland geriet die Kennzeichnung der Situation, in die das Reich nach der Niederlage bei Stalingrad gestürzt worden war, wieder und wieder in den Begriff Krise. Freilich nur für ihren internen Gebrauch. Das Geschehen war demnach die „erwartete Winterkrise, die sich (allerdings) zu einer Katastrophe" ausgeweitet habe, „mehr eine psychologische als eine materielle" Krise, eine „ernsthafte", die „gegenwärtige" oder auch die „gegenwärtige militärische und politische Krise".[2] Diese Bezeichnungen ließ sich nicht vermeiden, wollte man sich auch nur selbst mobilisieren. Grob verzeichnet, auch ganz verdrängt wurden hingegen die Ursachen dieser Krise. Hitlers Rede, Anfang Februar den NSDAP-Gauleitern gehalten, kann dafür als Musterbeispiel gelten. Politiker und Ideologen suchten sich davon zu überzeugen, dass das Scheitern an der Ostfront reparabel war. Dazu musste es falschen Verursachungen zugeordnet werden. Wie aber stand es – um zum Zentrum unseres Anliegens zu gelangen – mit der Masse der Bewohner des Reichsgebietes, nicht aller also – ungeachtet der Juden, ungeachtet der Millionen Zwangsarbeiter, die Deutschland bevölkerten, ungeachtet der Hitlergegner, all jener Minderheiten, für die unter unserer Fragestellung eigene Studien notwendig wären.

Seit jenem 1. September 1939 hatte die Mehrheit der Deutschen ein Wechselbad von Gefühlen und Gedanken schon durchlebt. Dann kam am 3. Februar 1943 per Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht die niemanden mehr überraschende Mitteilung vom Ende der Stalingrader Schlacht. Indessen waren schon ein Jahr zuvor an die Stelle von Gewissheiten Fragen getreten. Bereits nach der Niederlage in der Schlacht vor Moskau hatte die deutsche Führung ein um sich greifendes Unbehagen in Teilen der deutschen Bevölkerung festgestellt und zu bekämpfen [versucht]. Dabei nutzte sie aus, dass viele Deutsche keine Vorstellung davon besaß, was und mit welchen erkennbaren Folgen an der Ostfront eigentlich geschehen war. Noch ließ sich Optimismus verbreiten. Doch die Frage nach der Dauer des Krieges gegen die UdSSR wurde – anders als 1941 – von den Propagandisten jetzt offengelassen. Sie bereiteten auf einen weiteren Kriegswinter (1942/43) vor. Es käme nicht darauf an, wie lange ein Krieg dauere, sondern wie er ende.[3] Doch vermochten hinhaltend-beruhigende Verlautbarungen den Wunsch der Deutschen nicht zu schmälern, der „Bolschewismus" möge noch im Jahre 1942 besiegt werden.[4]

Das Schlimmste, so die von Hitler Ende April 1942 verkündete Botschaft, läge im Osten hinter den Soldaten.[5] Gleichzeitig machte seine Rede – nach dem Urteil des Sicherheitsdienstes – einem großen

---

1 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Aus dem Englischen von Yvonne Badal, München 1995, S. 61 u. 63.

2 Tagebücher des Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands hrsg. Elke Frölich, Teil II Diktate 1941-1945, Bd. 7 Januar-März 1943. Bearbeitet von Elke Fröhlich München 1993 (fortan: Goebbels II/7) S. 287, 291, 261, 243, 285, 244.

3 Anlässlich einer Verlautbarung zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1942, Bd. 10, S. 3662 (23 April 1942).

4 Bd. 10, S. 3802 ff. (11. Juni 1942) sowie S. 3685 f. (30. April 1942).

5 So in seiner Rede aus Anlass des 9. Jahrestages der „Machtergreifung". Bd. 9, S. 3235. An diese und die darauffolgende Rede Hitlers vor dem Reichstag Ende April waren jeweils große Erwartungen geknüpft, von ihr verbindliche Aussagen über den weiteren Verlauf der Kampfhandlungen im Osten erhofft worden. Indessen sagte Hitler, es käme nicht darauf an, wo wir uns am Ende des Jahres 1942 befänden und verlangte bessere Vorbereitungen der Reichsbahn auf den Winter, eine Formulierung, aus der sofort herausgelesen wurde, dass der Krieg im Osten eben in den nächstfolgenden Winter gehen, bis dahin nicht beendet sein werde. Bd. 10, S. 3671 (27. April 1942).

Teil der Bevölkerung klar, dass sie sich „*auf einen totalen Krieg* einstellen“ müsse, eine Formulierung, die in der öffentlichen Propaganda noch nicht gebraucht wurde.[6] Goebbels erklärte, man habe das Kunersdorf Friedrichs II., dessen Truppen am 12. August 1759 in der Nähe der Ortschaft östlich von Frankfurt a. d. O. eine verheerende und extrem verlustreiche Niederlage erlitten hatten, hinter sich gebracht.[7] Ein anderer Rückgriff in die Geschichte, schon unternommen in Hitlers Botschaft anlässlich des Parteigründungs-Jubiläums im Februar 1942, bezeichnete es als Erfolg, dass es gelungen sei, dem Schicksal der Truppen Napoleons im Jahre 1812 zu entgehen.[8] Das Scheitern des ursprünglichen Kriegsplans erschien als Episode, als einer jener Wechselfall, die sich im Verlauf militärischer Auseinandersetzungen eben zuzutragen pflegen.

Im Frühjahr 1942 wurden Erwartungen auf eine baldige Wiederaufnahme der versprochenen Offensive enttäuscht. Nun drängten sich Erörterungen in den Vordergrund, ob es bis zum Winter gelingen werde, im Osten ganz Herr der Lage zu sein.[9] Es wurde auf Erfahrungen mit der Dauer des Ersten Weltkrieges verwiesen[10] und besorgt die spürbare Aufrüstung der USA und Großbritanniens verfolgt.[11] Auch das Bild des Gegners im Osten begann sich zu wandeln. Unwillig wurden Formulierungen wie die von „Stalins letzten Reserven“ gelesen.[12] Die Kriegsstimmung in Deutschland verfiel im Frühjahr 1942 zudem infolge der sich verschlechternden Ernährungslage. Die Brotrationen wurden herabgesetzt und die Qualität des Brotes schlechter, Obst und Gemüse waren rar und verteuerten sich, so dass sie in vielen Arbeiterkreisen unerschwinglich wurden. Selbst Magermilch unterlag inzwischen der Rationierung.[13] Einsparungen begannen zum Kriegsalltag zu gehören. Zeitungen wurden dünner. Besorgnisse richteten sich in den Städten vor allem auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Ein Teil der Bevölkerung klagte über dauernde Hungergefühle.[14] Psychische und physische Belastungen der Kriegsjahre schlugen sich in der Öffentlichkeit in einem raueren Ton nieder. Eine Höflichkeitskampagne wurde inszeniert.[15] Militärisch galt vielen der Krieg weiter als gewinnbar, aber es wuchsen Zweifel, ob er wirtschaftlich „noch mehrere Jahre“ durchzuhalten sein werde.[16]

Dann ertönte nach Monaten doch wieder die Siegesfanfare vor einer Sondermeldung des OKW.[17] Und Anfang Juli wurde der Beginn der Offensive an der Südfront bekannt gegeben. Dort war sie mit dem

---

6 Bd. 10, S. 3685 f. (30. April 1942), die Hervorhebung im Original. Öffentlich wurde der Begriff „totaler Krieg“ erstmals in einem „Führererlass“ am 13. Januar 1943 gebraucht, der die umfassende Mobilisierung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften betraf. Karen Hagemann, „Jede Kraft wird gebraucht“. Militäreinsatz von Frauen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann, Paderborn 2002, S. 95.

7 So Goebbels in einer Rede aus Anlass des Geburtstages Hitlers am 20. April 1942, Bd. 10, S. 3660 ff. (23. April 1942).

8 Bd. 9, S. 3365 (26. Februar 1942). Hitler kündete in dieser Botschaft neue Offensiven im Osten an, und prompt setzten, sobald es in Deutschland zu tauen anfing, Spekulationen ein, wann sie denn beginnen würden.

9 Wie jene, die sich fragten, wie der riesige eroberte Raum dauernd besetzt gehalten und beherrscht werden könne. Bd. 10, S. 3752 (28. Mai 1942).

10 Bd. 10, S. 3802 f. (11. Juni 1942).

11 Bd. 10, 3639 (20. April 1942).

12 Bd. 10, S. 3825 (15. Juni 1942)

13 Es mag die ausschließliche vergleichende Bezugnahme auf die Jahre des Ersten Weltkrieges sein, die zu dem vereinfachenden Urteil führt: „Die Ernährungslage der Jahre 1939-1945 werden – auf Kosten der besetzten Gebiete – innerhalb Deutschlands stabil gehalten.“ oder „Die Zivilbevölkerung leidet ... keinen Mangel ...“ Ute Daniel, Zweierlei Heimatfronten: Weibliche Kriegserfahrungen 1914-1918 und 1939 bis 1945 im Kontrast. In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann, Paderborn 2002, S. 394 u. 400.

14 Bd. 10, S. 3789 ff. (4. Juni 1942).

15 Zur gespaltenen Reaktion auf die Aktion „Wir suchen die höflichsten Berliner“, s. Bd. 10, S. 3719 f.

16 Bd. 10, S. 3719 (11. Mai 1942). Die Frage tauchte wieder und wieder auf. Bd. 10, S. 3746 f. (18. Mai 1942).

17 Von der Erleichterung berichtet Bd. 10, S. 3729 (14. Mai 1942). Am 19. Mai 1942 verbreitete das OKW die Sondermeldung von der vollständigen Eroberung der Halbinsel Kertsch nach erbitterten Kämpfen. Die Wehrmachtsberichte 1939-1945, Bd. 2, München 1985, S. 134.

Blick auf das Erdöl in manchen Kreisen der Bevölkerung auch erwartet worden.[18] Nun hofften Millionen, es werde der Krieg im Osten bis zur Unfähigkeit des Gegners, die deutschen Stellungen noch anzugreifen, geführt werden. Dunkle Vorstellungen von einem Ostwall wurden gehegt. Fotos deutscher Soldaten „am Wolgastrand“ und mit der Reichskriegsflagge auf dem Elbrus ließen wiederum schönste Siegeserwartungen aufkeimen. Erneut festigte sich die Einheit von Führung und Volksmassen. Das Prinzip „Erfolgsbestechung“ funktionierte. Wenn die Deutschen auch nicht eine seit 1933 hinter Hitler dicht marschierende Kolonne waren, ohne Fragen und Zweifel, so stellte sich die Einheit von Führer, Führung und Volk immer wieder in Prozessen neu und in veränderter Qualität her. Die Siegesmeldungen bewirkten 1942 zunächst eine solche Befestigung, ohne dass die Hochstimmung des Sommers 1941 wiederkehrte.

Mitte Januar 1943 wurde in einem OKW-Bericht eingestanden, dass die 6. Armee in Stalingrad eingeschlossen war und von Tag zu Tag wurde deutlicher erkennbar, dass sie ihrem Untergang nicht entrinnen konnte. Die Propaganda begann, die Deutschen darauf einzustimmen. Noch vor dem Ende der Schlacht sank die Stimmung im Reich auf den Tiefpunkt. Der Sicherheitsdienst schrieb von einer die Menschen „bedrückenden Entwicklung“[19], von „bedrückter Stimmung“[20] und „bedrückten Gemütern“[21], von „bedrückenden Gefühlen“[22], „bedrückenden Tatsachen“[23] und „allgemein bedrückter Einstellung“[24], von „hartem und bedrückenden Ernst“[25], „besorgten Fragen“[26] und ebensolchen „Erwägungen“[27], von „ernster Besorgnis um die Zukunft“, die auch in der NSDAP existiere[28], von „großer Sorge“[29], von „absinkender Stimmung“[30], von „zermürbenden“ Einflüssen gegnerischer Propaganda[31], immer wieder von „tiefer Erschütterung“[32], auch von „ausgesprochen kopfhängerischer Stimmung“[33], von Volksgenossen, die „jetzt schon den Kopf hängen lassen“[34] und anderen, die „nahe daran“ wären, „den Mut sinken zu lassen“[35], von „ernster und nachdrücklicher Verfassung“[36] und „ernsten Gesprächen“[37], von „bedenkenvollen Äußerungen“[38], von „allgemein bedrückter Einstellung“ und „pessimistischen Betrachtungen“[39].

Erst als die Berichterstatter – verfrüht – glaubten, die psychologische Situation habe sich zu ändern begonnen, gebrauchten sie den Ausdruck „Schock“.[40] Schließlich gerieten in die Informationsberichte Formulierungen wie die von der „Furcht vor der weiteren Entwicklung“ und von einer „verängstigten Sicht der zukünftigen Ereignisse“[41] und vom „Austausch der Befürchtungen“ in jedenfalls

---

18 Bd. 10, S. 3729 (14. Mai 1942).
19 S. 4734 (1. Februar 1943).
20 S. 4753 (4. Februar 1943)
21 S. 4732 (1. Februar 1943).
22 S. 4801 (15. Februar 1943) und S. 4825 (18. Februar 1943)
23 S. 4823 (18. Februar 1943).
24 S. 4784 (11. Februar 1943)
25 S. 4802 (15. Februar 1943).
26 S. 4734 (1. Februar 1943).
27 S. 4761 (8. Februar 1943).
28 S. 4783 (11. Februar 1943).
29 S. 4781 (11. Februar 1943).
30 S. 4733 (1. Februar 1943).
31 S, 4736 (1. Februar 1943).
32 S. 4750 f. (4. Februar 1943).
33 S. 4751 (4. Februar 1943)
34 S. 4825 (18. Februar 1943).
35 S. 4732 (1. Februar 1943).
36 S. 4735 (1. Februar 1943).
37 S. 4750 f. (4. Februar 1943).
38 S. 4751 (4. Februar 1943).
39 S. 4762 (8. Februar 1943).
40 S. 4761 (8. Februar 1943). Nicht sie allein machten sich anfänglich keine Vorstellung von der Nachhaltigkeit des Stimmungsverfalls. Goebbels meinte schon nach seiner Rede vom 30. Januar 1943, das Regime sei „wenigstens stimmungsmäßig über den Berg“. Goebbels II/7, S. 231.
41 S. 4824 (18. Februar 1943).

zum Teil erregt geführten Gesprächen.[42] Die Nachricht von Kämpfen in Charkow sei mit „sehr großer Bestürzung“ aufgenommen worden, vom denkbaren Verlust Kiews werde schon gesprochen.[43] Berichte von den planmäßigen Rückzügen und Begradigungen der Front galten als geschönt, da auf anderen Wegen Nachrichten gewonnen worden waren, die zweifelsfrei von Fluchten zeugten. Das Volk, lautete ein Befund, „gehe nicht mehr mit“.[44]

Soweit die Kennzeichnung der Emotionen. Wie aber stand es um die geistige Verarbeitung des Geschehens, die doch in ihren Wirkungen anhaltender zu sein pflegt? Nach der Bekanntgabe des Endes der Schlacht lassen sich zwei Phasen erkennen. Die erste, relativ kurz, war durch Fragen nach den Ursachen der veränderten Kriegslage[45] gekennzeichnet: Wie konnte es geschehen? Und: Musste es so geschehen? Die erste ließ sich außerhalb der Kreise eingeweihter Militärs nicht beantworten. Doch dass Fehlrechnungen der Führung mitgewirkt hatten, lag zu Tage. Deutlich äußerte sich ein doppelter Zweifel: er betraf die Richtigkeit der Entschlüsse der Führung und die Wahrhaftigkeit der Begründungen, mit denen sie gerechtfertigt wurden.[46] Zwei Wochen nach der Kapitulation der 6. Armee lautete eine verallgemeinernde Feststellung, dass sich die Bevölkerung den „Führungsmitteln“ entzöge.[47]

Bedrängender noch war die zweite Frage, betraf sie doch das Leben und Sterben einer unbekannten Zahl von Wehrmachtsangehörigen. Sie stellte die Führung unter einen Begründungszwang. Die Antwort bestand in der Hauptthese vom „Beitrag der 6. Armee zur Rettung Europas“. Doch die Erklärung, es habe zur Opferung dieser Armee keine Alternative gegeben, schlug nicht durch. Vor allem Frauen fragten nach dem „Sinn des Opfers von Stalingrad“[48] und gerade die Angehörigen von Soldaten der Paulus-Armee lehnten „die offizielle Sinngebung des Opfers“ ab.[49] Allenthalben traten bald an die Stelle der Suche nach den Ursachen der Wende Versuche, sich ein möglichst reales Bild des so arg veränderten Zustands zu machen und dessen Folgen zu erwägen. Mitte Februar lautete eine Einschätzung, es existierten „Anfänge einer Vertrauenskrise“.[50] Im Volke wachse die Zahl derer, die sich frage, „wie das alles enden solle“.[51]

Was also dachten die Deutschen über die Kriegslage? Allgemein war die Überzeugung, dass der Krieg im Osten entschieden werden würde. Dem musste nun zugeordnet werden, dass alle Gebietsgewinne des Jahres 1942 verloren gegangen waren oder dass dies bald eintreten werde.[52] Jedoch galten Raumverluste nicht als schwerwiegend. Wichtiger erschien die Beurteilung des Potentials, über das jede Seite gebot. Nun trat eine vollständige Neubewertung der sowjetischen Armee ein. Erklärungen, diese habe in der Winterschlacht ihre letzten Kräfte nahezu aufgebraucht, wurden nicht geglaubt. Es herrschte die Meinung vor, der Sommer 1943 müsse im Osten die Entscheidung bringen.[53] Ein dritter Kriegswinter würde die Aussicht auf einen Sieg dort und folglich generell zunichtemachen.[54] Gefürchtet wurde die Ausweitung des Bombenkrieges gegen deutsche Städte. Zweifel betrafen insbesondere die Stabilität der deutschen Kriegswirtschaft. Würde die Ukraine verloren gehen, müssten andere besetzte Gebiete stärker ausgebeutet werden, was die Verstärkung des Widerstandes der Bevölkerung nach sich ziehen müsste.[55] Wieder wurden Vergleiche mit dem Jahre 1918 geäußert. Die Zeit „arbeite“ gegen die Deutschen und deren Verbündete. Selbst wer meinte, es werde gelingen, die

---

42 S. 4823, (18. Februar 1943).
43 S. 4821 (18. Februar 1943)
44 S. 4821 (18. Februar 1943)
45 S. 4733 (1. Februar 1943).
46 S. 4751 (4. Februar 1943).
47 S. 4823 f. (18. Februar 1943).
48 S. 4734 (1. Februar 1943).
49 S. 4761 (8. Februar 1943).
50 S. 4800 (15. Februar 1943).
51 S. 4784 (11. Februar 1943) und S. 4799 (15. Februar 1943).
52 S. 4761 (8. Februar 1943) und S. 4800 (15. Februar 1943).
53 S. 4800 (15. Februar 1943).
54 S. 4761 (8. Februar 1943).
55 S. 4782 (11. Februar 1943).

UdSSR auszuschalten, fragte sich doch besorgt, wie die geschwächten eigenen Kräfte sodann mit den erstarkten westlichen Kriegsgegnern fertig werden sollten.

Übereinstimmend urteilten die Deutschen, dass man sich an einem Wendepunkt befand. Während aber die einen dies im Sinne der Führung nur als Übergang zu exzessiven Kriegsanstrengungen deuteten, aus denen der Endsieg hervorgehen werde, betrachteten andere das Geschehen als Wende vom Sieg zur Niederlage und sahen im „Fall von Stalingrad den Anfang vom Ende".[56] Zwischen Rostow und Kaukasus existiere die Gefahr eines zweiten Stalingrads. Auch Tunesien, wohin sich das Afrikakorps zurückgezogen hatte, werde verloren gehen.[57] In jenen Wochen wurde im Reich erstaunlich freimütig geredet.[58] Das war mehr – um die Formulierung von Goebbels zu gebrauchen – als der „Stuhlgang der Seele". Es wurde nicht nur räsoniert und herumgeschimpft, sondern gefragt und abgewogen. Dagegen konnte das Regime nicht rundum schlagen, und es brauchte das auch nicht. Es konnte darauf rechnen, dass die Stimmung nicht in Kriegsunwilligkeit umkippen werde, und in Ansatz bringen, dass die Deutschen in ihrer Mehrheit *die Niederlage mit ihren Folgen fürchteten*.

Klar erschien, dass nur extrem vermehrte Anstrengungen die kritische Situation zu beheben vermochten. Sie hatten schon vor dem 3. Februar in den spontanen Debatten in der Bevölkerung eine Rolle gespielt. Gefragt worden war, woran sich Zukunfts- und d. h. Siegesglaube noch festmachen ließe. Die zweifache Antwort der Propaganda lautete: an der – freilich unverlässlichen – „Gerechtigkeit des Schicksals" und an einem Mehr an Kräfteanspannung.[59] Das war schon in vielen Köpfen, als der Propagandaminister am 18. Februar im Berliner Sportpalast sprach, und macht deutlich, dass seine Rolle keineswegs die eines Wundertäters war. Die Versammelten in der Halle und viele Deutsche im Reich, führergläubig geblieben, erwarteten nichts sehnlicher, als dass ihnen Mut gemacht und ein Ausweg gezeigt würde.[60]

Um diese Kundgebung rankt sich eine Legende. Dort seien ein gewiefter Demagoge und eine jeden eigenen Urteils unfähige Masse von Volksgenossen (Berlinern) aufeinandergetroffen und diese hätten sich in blindeste Kriegswut reden lassen. Gewiss: Das Ansehen des überlieferten Filmstreifens verursacht bis heute Beklemmung. Er verlangt wie jedes andere Dokument eine Interpretation und die Aufklärung des Kontextes. In Deutschland herrschte und befahl eine zivile und militärische Führungsgruppe, die durch den Willen geeint war, diesen Krieg unter keinen Umständen zu verlieren. Das allein unterschied sie nicht von ihren Vorgängern. Den Unterschied machte erst die Perspektive einer Niederlage aus. Sie würde diese Gruppe sozial und politisch abstürzen lassen, manche bis vor die Schranken eines Gerichtes der Sieger. Die Nachkriegsbiographien der Machthabenden des Ersten Weltkrieges würden sich für sie nicht wiederholen. Nicht Flucht und Exil in den Niederlanden oder in Schweden. Kein nahtloser Rückzug ins Privatleben. Diese Gruppe reichte von den „alten Kämpfern", den Reichs- und Gauleitern, über die Generalität und die hohe Reichsministerialbürokratie bis zu den Spitzen der Repressivorgane.

Entscheidend wurde nun, dass das Ziel dieser Minderheit sich von jenem der übergroßen Mehrheit der Deutschen nicht unterschied, wiewohl deren Nachkriegsperspektive im Falle einer Niederlage nicht mit jener der Minderheit identisch war. Auch diese Mehrheit wollte den Krieg nicht verlieren. Nur manche schienen sich schon darauf einzurichten. Nichts hat die Beobachter der Massenstimmung und jene, für die deren Informationen bestimmt waren, stärker aufgeschreckt als Informationen, wonach eine nicht zu bestimmende Zahl von Deutschen, ihre eigene Zukunft, ginge der Krieg verloren, nicht an diejenige der Führerschaft gebunden sah. Äußerungen wie, es könnten Arbeiter unter bolschewistischer Herrschaft auch nicht mehr als schuften, galten als Alarmsignal.[61] Doch geschah es

---

56 S. 4751 (4. Februar 1943).

57 S. 4762 (8. Februar 1943).

58 S. 4762 (8. Februar 1943).

59 S. 4762 (8. Februar 1943).

60 Von dieser Notwendigkeit hatte schon der SD-Bericht vom 1. Februar 1943 gesprochen, S. 4732.

61 Auch Goebbels klagte, dass „im Innern", d. h. im Reich, der Bolschewismus nicht ernst genommen werde. Goebbels II/7, S. 256 (Eintragung 4. Februar 1943).

Anfang 1943 wohl nur vereinzelt, dass darüber gesprochen wurde, man werde selbst minder betroffen sein, käme man doch in das Besatzungsgebiet der Westmächte.

Die Furcht vor der Niederlage brauchten die Machthaber mithin nicht zu erzeugen, sondern nur zu verstärken und das taten sie in einer Weise, die treffend, die Parole „Kraft durch Freude“ abwandelnd, als „Kraft-durch-Furcht-Propaganda“ bezeichnet worden ist. Kriegsniederlage bedeutete demnach Ansturm Asiens, der Steppe, wilder Horden aus nie gesehener und unvorstellbarer Wildnis, Triumph, Herrschaft, Würgegriff des Bolschewismus, Untergang des Abendlandes. Auf Kinoleinwänden erschienen in einem Spielfilm aus den Kriegszeiten Friedrich II. preußische Kadetten, Milchbärte noch, in russische Gefangenschaft geraten, mit einem Tau gebündelt wie sonst Garben mit Stricken und dieses Tau geknüpft an einen Pferdesattel, auf dem ein finsterer Bursche thronte, so ging es ab nach Sibirien.

Mit dem Wunsch der Mehrheit, den Krieg nicht zu verlieren, existierte – bildlich gesprochen – der Haken, an den sich die Millionen durch die Staatsführung nehmen und immer tiefer in das Elend des Krieges ziehen ließen. Die Einheit zwischen Führung und Volk konnte durch diese Übereinstimmung im Generalziel neu fundiert werden. Das führte aus der Stimmungskrise und erleichterte die Aufgabe sehr, die sich Goebbels mit der Sportpalastkundgebung stellte.[62] „Das Volk“, notierte er in den Tagen, „ist im Augenblick bereit, alles, was man ihm anbietet, zu schlucken, wenn wir nur den Krieg gewinnen können.“[63] Der Minister hatte seine Zuhörerschaft nicht für ein Ziel einzunehmen, sondern für Schritte und Methoden, Gesetze und Maßnahmen, von denen er behauptete, dass sie dorthin sicher führen würden. Hier lag der prekäre Punkt. Das Ziel musste als erreichbar gelten.

Wie war der „Endsieg“, eine unaufgebbare Formel, also glaubhaft zu machen, wie eine entschlossene, wieder mit einem Schuss Optimismus gestärkte Kriegsfortsetzungsstimmung zu schaffen? Auf dreierlei Weise: durch die Verdrängung von Tatsachen, durch Missdeutungen der Ursachen der eingetretenen Niederlagen und durch phantasievolle Überbewertung der Möglichkeiten, die zur Mobilisierung eigener Kräfte noch existierten. So brachte sich auch Goebbels selbst in Form. Und nicht anders der „Führer“. Operiert wurde mit dem Argument, dass die faschistische Militärmacht noch stark war, dass sie weiteste Teile Europas in ihrem Griff hielt. Sodann aber ließ sich nachweisen, dass vermehrte Anstrengungen möglich seien und der eigene Kriegseinsatz erheblich gesteigert werden könne. Dafür sprach, und das verlieh der Propaganda zusätzlich Überzeugungskraft, der alltägliche Augenschein, denn im Reich existierten offenkundig ungenutzte Arbeitskraft- und andere Reserven.

In den geheimen Berichten über die Stimmung wurde wiederholt, gerade in Arbeiterkreisen würden „totalste“ Maßnahmen verlangt und ein Mangel an Entschlossenheit der Führung kritisiert, sie durchzusetzen.[64] Das vermittelt ein Bild, als seien die Proletarier auf den totalen Krieg mehr als alle anderen erpicht gewesen. Was ist der Kontext dieser Zeugnisse? Der bereits seit längerem existierende Unwille derer, die Tag für Tag in den Rüstungsfabriken schufteten, über die ungleiche Verteilung der Kriegslasten. Diese verbreitete Stimmung ließ sich nun nutzen. Wie, das exerzierte Goebbels, als er zwischen seinen bekannten Reden vom 30. Januar und 18. Februar 1943, in einem Berliner Panzer produzierendes Werk vor Arbeitern sprach. Seinen Auftritt dort bezeichnete er selbst als teilweise demagogisch[65] und diese Bemerkung lässt sich entschlüsseln.

---

62 Dass er sie vorbereitete, notierte Goebbels schon am 3. Februar 1943 in sein Tagebuch. Goebbels II/7, S. 253 (Eintragung 3. Februar 1943).

63 Ebenda, S. 279 (Eintragung 7. Februar 1943).

64 S. auch die entsprechenden Eintragungen von Goebbels, der sich auf die Wünsche des „Volkes“ bezieht, denen Rechnung getragen werden müsse. Z. B. Goebbels II/7, S. 253 (Eintragung vom 3. Februar 1943).

65 Er habe dort, notierte er, eine „ziemlich radikale, um nicht zu sagen demagogische Rede“ gehalten. Goebbels II/7, S. 258 (Eintragung 4. Februar 1943). Alkett, die Märkische Kettenwerk GmbH, unterhielt Zwangsarbeiterlager in Berlin-Spandau, Freiheit 4-7 (Sowjetische. Zwangsarbeiter), Ausländerlager ebenfalls in Berlin-Spandau, Freiheit 16-17 (niederländische Zwangsarbeiter), Gemeinschaftslager Berlin-Borsigwalde, Holzhauser Str. (u. a. 330 sowjetische, polnische und tschechische Zwangsarbeiter, ein weiteres Ausländerlager Berlin-Falkensee. Nach: Laurenz Demps, Zwangsarbeiterlager in Berlin 1939-1945, Berlin 1986.

Goebbels, auf dem Felde der sozialen Demagogie seit der „Kampfzeit“ geübt, entwickelte, dass die „Totalisierung“ des Krieges vor allem eine veränderte Haltung der oberen und der Mittelschichten der Gesellschaft verlangen würde.[66] Schon die im Januar erfolgten noch unbestimmten Ankündigungen ließen erkennen, dass von den Zwangsmaßnahmen diese Kreise und das städtische Kleinbürgertum, Händler und Handwerker, vor allem betroffen sein würden. So galt der Beifall, den Goebbels von den Metallarbeitern erhielt, seiner Ankündigung, von nun an würden die Abforderung von Arbeitsanstrengungen unterschiedslos alle treffen. Der Minister hatte zu einem aus seiner Sicht ein wenig anrüchigen Trick gegriffen und Zuflucht zu einer „klassenkämpferischen“ Aufmöbelung seiner Zuhörer genommen. Er und die folgende Propaganda sprachen, wenn auch ausbalanciert, Gefühle der Missgunst und des Neides an. Sie betrafen u. a. auch das heikle Thema der nicht arbeitenden Ehefrauen von Wehrmachtsangehörigen. Goebbels’ Siegesverheißung sollte an Attraktion auch durch die Behauptung gewinnen, der „totale Krieg“ werde der kürzeste Krieg sein. So lautete auch die einzige am 18. Februar plakatierte Parole im Sportpalast.

Die Aufnahme dieser Rede wie der gesamten sich an sie anschließenden Propaganda kann nicht ohne jene noch unverlorenen Vorstellungen vieler Deutscher erklärt werden, Vorstellungen, die Frucht vieler und nicht nur nationalsozialistischer ideologischer Einflüsse waren. Eine und die wohl wesentlichste betraf das Selbstverständnis der Volksmehrheit, die sich noch immer als eine außergewöhnliche Nation (oder wie Faschisten sagten: Rasse) sahen, mit Eigenschaften und Fähigkeiten, die jene aller anderen Nationen überragten. In den Worten von Goebbels: „Wir sind doch das Elitevolk der Erde. Man nenne uns eine Nation, die gleiches zu ertragen und zu leisten in der Lage wäre.“[67] Dieses Vorurteil aus Hochmut hatte 1941/42 in den Wehrmachtseinheiten, die am Ostfeldzug teilnahmen, gewiss „einen ersten Knacks“ bekommen.[68] Doch wurde es hartnäckig gegen die Anfechtung verteidigt, die ihm ausgerechnet durch slawische und asiatische „Untermenschen“ erwuchs. Behauptet wurde: Es sei deren Massenhaftigkeit, welche in zeitweilige Schwierigkeiten gestürzt hätte. Dieser Vorteil aber würde mit den immensen Menschenverlusten des Gegners im Abnehmen begriffen sein. Zudem wäre es die Ausstattung dieser Minderwertigen mit Waffen aus dem Westen, die ihnen Erfolge ermöglicht hätten. Daraus ergäbe sich eine Aufgabe für die U-Boot-Waffe, die auch für lösbar gehalten wurde.

Widerspruchsfrei und unbezweifelbar war dieses Bild von den Kriegsaussichten nicht mehr zu machen. Dass die Gegner und insbesondere ihre zivilen und militärischen Führer weder dumm noch primitiv seien, ließ sich nach allen Erfahrungen nicht mehr wegdenken. Dennoch: der „Führer“ galt vielen noch immer als der Alle überragende Mann, freilich nicht länger unangefochten. Es kriselte auch das Hitlerbild. Stalingrad brachte die „erste Beschädigung des Führer-Mythos“.[69] Goebbels notierte Anfang Februar 1943, dass „zum Teil sogar das Vertrauen zur Führung, wenn nicht gar zum Führer selbst, angeknackt ist“.[70] Doch der „Faktor Hitler„ stand in der Kriegsbilanz der Deutschen auf der Habenseite noch immer obenan.[71] Hitler wurde als die Inkarnation der Willensqualitäten der

---

66 Die Klagen über deren Leben betrafen nicht nur die Verfügbarkeit von Dienstmädchen (und dies keineswegs nur bei „Parteibonzen“, wie Ute Daniel, Zweierlei Heimatfronten: Weibliche Kriegserfahrungen 1914-1918 und 1939 bis 1945 im Kontrast, a. a. O., S. 395), sondern in vielen bürgerlichen und großbürgerlichen Haushalten. Sie richteten sich nicht weniger gegen exklusive Bade-, Kur- und Winterreisen u. a. Lebensweisen, die gepflegt wurden wie in Friedenszeiten.

67 „Das Reich“, 23. April 1942. Zitiert in: Helmut Heiber, Joseph Goebbels, München 1974.

68 Jürgen Förster, Weltanschauung als Waffe. Vom „Vaterländischen Unterricht“ zur „Nationalsozialistischen Führung“. In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann, Paderborn 2002, S. 294.

69 Ebenda, S. 295.

70 Goebbels II/7, S. 266 (Eintragung 3. Februar 1943). Goebbels sah dies nicht als Resultat der veränderten Kriegslage, sondern als Folge der angeblich zu unentschlossenen Maßnahmen, der Rechnung zu tragen.

71 Das Urteil: „Die Frauen in den Warteschlangen ... blieben vielfach doch dem charismatischen ‚Führer‘ verbunden“, dürfte nicht nur auf sie, sondern auch für einen erheblichen Teil der männlichen Bevölkerung zutreffen. Gerd Krumeich, Einführende Bemerkungen. In: Jürgen Förster, Weltanschauung als Waffe. Vom „Vaterländischen Unterricht“ zur „Nationalsozialistischen Führung“. In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Ver-

Nation angesehen. Führergläubigkeit und extremer Voluntarismus befähigten, wenn Rechnungen über die Zukunft nicht aufzugehen schienen, sie wunschgerecht durchzuführen. Der Wille, der Wege findet, der Glaube, der Berge versetzt, die Moral nicht als ein, sondern als der kriegsentscheidende Faktor[72] usw.

Fazit: Die Überwindung der politisch-psychologischen Krise im Reich war im späten Winter und zeitigen Frühjahr 1943 in kurzer Zeit möglich, weil, nachdem sich – wovon hier die Rede nicht war – die militärische Lage im Süden der Ostfront im März noch einmal hatte stabilisieren lassen, sich das Interesse von Führung und Volk geltend machen ließ, die Kriegsniederlage zu vermeiden, was durch rücksichtslosen Zugriff auf die eigenen Reserven weithin für möglich gehalten wurde. Mit diesem Pfund wucherten die Machthabenden ungehindert. Sie sahen sich – auch dieser Aspekt lag außerhalb unserer Betrachtung – nicht mit politischen Gegenkräften von Gewicht konfrontiert, welche die Krise hätten ausnutzen können. Nichts rückt das stärker in unser Blickfeld als die einsame unvergessene Tat des Geschwisterpaares Sophie und Hans Scholl und ihrer Mitstreiter, die Konstantin Wecker mit dem ebenso treffenden wie nachdenklich stimmenden Vers besungen hat: „Es ging ums Tun und nicht ums Siegen“.

3. Stalingrad im Rückspiegel der Bundesrepublik Deutschland (2002/2003)

Unser Gegenstand lässt sich, eingedenk des Selbstverständnisses unserer Leibniz-Gesellschaft nicht verlassen, ohne dass in gebotener Kürze auf das Erinnern an Stalingrad eingegangen wird, das sich in den eben verflossenen Monaten zutrug.[73] Es hat – den Anlass bot der 60. Jahrestag des Geschehens – Tendenzen deutlich gemacht, die einen Wandel im Geschichtsbewusstsein ankündigen, von dem vorerst nicht gesagt werden kann, ob und inwieweit er sich prägend geltend machen wird. Eine früh getroffene verallgemeinernde Feststellung lautet, es gehe „eine große Verschiebung der geschichtspolitischen Fundamente der Bundesrepublik“ vor sich.[74]

Die Kampagne „60 Jahre Stalingrader Schlacht“ entwickelte sich seit Mitte November 2002 in einer nicht vorausgesehenen Intensität. Sie war von Medien inszeniert und erreichte mit Sendefolgen des Hör- und Fernsehfunks Millionen Deutsche. Keine Zeitung, die das Thema ausgelassen hätte. Die Initiativen, die sich geltend machten, dürften Stoff für mehrere Magisterarbeiten von Studierenden der Geschichte hinterlassen haben. So luden Geschichtsvereine in kleinen Orten, Organisationen des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge e. V., evangelische wie katholische Kirchengemeinden zu Veranstaltungen, in denen Überlebende der Schlacht oder, wenn diese verstorben waren, deren Angehörige oder Nachkommen das Wort ergriffen. Geschichten wurden erzählt, Feldpostbriefe verlesen, Erinnerungen hervorgekramt. Auf vorweihnachtlichen, weihnachtlichen und Neujahrstreffen bezogen sich Geistliche, Funktionäre und regionale Autoritäten auf Stalingrad. Den aktuellen Kontext dieser Kampagne bildeten die drohenden Vorbereitungen des Krieges der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak, worauf sich manche direkt, andere nur in Andeutungen bezogen. Die aufgerufenen Bilder des Kriegsgrauens mögen in einem schwer bestimmbaren Grad dazu beigetragen haben, Menschen zur Parteinahme gegen einen militärischen Überfall auf das Land im mittleren Orient zu bewegen. Die Spitzen des Staates hielten sich hingegen mit derlei klaren Aktualisierungen zurück. Das gilt für den Bundestagspräsidenten, er sprach im November 2002 anlässlich des sogenannten Volkstrauertages auf einer Kundgebung des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge im Berliner Reichstag, und ebenso für

---

gleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann, Paderborn 2002, S. 370.

72 S. Helmut Heiber, a. a. O., S. 285 und 299.

73 S. dazu auch den Beitrag des Verfassers: Der Stachel der Niederlage. Deutschland gedenkt der Stalingrader Schlacht. In: *Neues Deutschland*, 8./9. Februar 2003, S. 19.

74 Das Böse. Was rechtfertigt Bomben? John Rawls über den Luftkrieg. In: FAZ, 28. November 2002, Nr. 277, S. 35. Die Diskussion übe die deutschen Opfer entzündete sich in den letzten Monaten des Jahres 2002 zusätzlich durch die Veröffentlichung des Buches von Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, München 2002. S. dazu auch die Rezension: Armin Jähne, Darf man Barbarei mit Barbarei vergelten? In: *Neues Deutschland*, 15./16. Februar 2003, S. 21.

den Bundespräsidenten, der am 30. Januar 2003 die Geschwister-Scholl-Vorlesung in der Münchner Universität hielt. Der Kanzler schwieg.

Dieses außerordentliche Interesse, an die Schlacht zu erinnern, besaß keinen Antrieb aus dem Bezirk der Wissenschaft. Neues war da gegenüber dem 50. Jahrestag nicht gefunden. Niemand zeigte auch Neigung, kontroverse Standpunkte, die etwa den Platz der Schlacht im Kriegsganzen betreffen, wieder aufzurufen. Die russische Geschichtsschreibung hat noch nicht derartige Fortschritte gemacht, dass ihre Ergebnisse mit den deutschen erneut konfrontiert werden mussten.[75] Die renommierten Militärhistoriker der Bundesrepublik haben dem Jahrestag keine weiteren Publikationen oder Zusammenkünfte gewidmet. Einzig der an der Universität Potsdam in Nachbarschaft des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr etablierte Lehrstuhl für Militärgeschichte veranstaltete in Gemeinschaft mit dem Russischen Museum in Berlin-Karlshorst eine Konferenz, angeregt zudem von der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, die sich mit ihren Kräften daran beteiligte. Für April 2003 ist eine wissenschaftliche Tagung an der Wolgograder Universität angekündigt, zu der auch bundesdeutsche Historiker geladen sind und deren Thema hochaktuell formuliert ist: „Was haben Russen und Deutsche in 60 Jahren aus Stalingrad gelernt?“

Die Erinnerung an Stalingrad war und blieb ein Vorkommnis auf der Ebene der Geschichtspublizistik. Für den betriebenen beträchtlichen Aufwand wurden auch Begründungen gegeben. Eine lautete: Jetzt existiere die letzte Gelegenheit, Zeitzeugen zu befragen und zu Worte kommen zu lassen, die so lange geschwiegen hätten.[76] Eine andere, ähnliche, besagte: Es existierte unter den letzten Zeitzeugen das Bedürfnis sich zu äußern und der Wunsch, ihr Wissen nicht unausgesprochen ins Grab zu nehmen. Journalisten erschienen als Individual- und Gruppentherapeuten, die eine befreiende öffentlichen Beichte anboten. Eine dritte Begründung behauptete, nun könne über Tatsachen geredet werden, welche die Gesellschaft bislang in eine Tabuzone verwiesen habe.

Sieht man von jenen Äußerungen ab, die sich in der gemeinhin als links bezeichneten Presse finden ließen, so waren die Geschichtsbetrachtungen durch eine bemerkenswerte Einheitlichkeit des Fragens und Antwortens gekennzeichnet. Ihr hervorstechendes Merkmal bildete das nahezu absolute Absehen von allen größeren Zusammenhängen des Krieges und selbst des Feldzuges im Osten im Jahre 1942. Die Scheinwerfer wurden so platziert, dass der Krieg als Dreck, Blut und Tod ins grelle Licht trat. Drama, Tragödie, Grauen, Entsetzen, Leiden, Sterben dürften die am Häufigsten gebrauchten Begriffe und Wörter gewesen sein, deren sich die Kommentatoren bedienten. Ins Zentrum der Schilderungen rückte der Alltag des Krieges der deutschen Soldaten und des unteren Offizierskorps auf dem Weg nach Stalingrad und im Stalingrader Kessel. Das wurde als neu und als ein Fortschritt in der Darstellung des Zweiten Weltkrieges markiert. Doch war das weder neu, denn die Militärgeschichts-

---

75 Im Urteil von Wolfram Wette lautet der Befund: „Eine detaillierte Rekonstruktion der Anteile der Roten Armee an der Schlacht gibt es bislang ebenso wenig wie eine Analyse, warum eigentlich über eine Million Rotarmisten sterben mussten. Nur in Andeutungen bekannt sind die terroristischen Gewaltmaßnahmen – massenhaftes Erschießen von Deserteuren und anderen Unwilligen vor versammelter Mannschaft –, mit denen die Führung der Roten Armee die Disziplin in den eigenen Reihen erzwang.“ Der Mythos einer Schlacht. In: *Die Zeit*, 23. Januar 2003, S. 12.

76 Diese Zeitzeugen wurden gleichsam inthronisiert und auch deren absonderlichsten Aussagen unkontrolliert und unkommentiert Hörern und Lesern bekannt gemacht, als sei nicht längst erwiesen, wie unverlässlich das menschliche Gedächtnis ist. Beispiele: Eine Zeitung ließ Viktor Perfiljew, einen Verteidiger Stalingrads, der als 13jähriger Junge zur sowjetischen Armee gestoßen war, berichten, dass ihnen gegenüber „Truppen des Generals Wlassow“ gelegen hätten, offenbar eine Verwechslung mit den im Kessel eingeschlossenen russischen und anderen Hilfswilligen, die zu Diensten in der Wehrmacht gelockt oder gepresst worden waren. *Sächsische Zeitung*, 1./2. Februar 2003, S. M5. Der Arzt Jakob Voigt berichtet, dass ihnen Anfang Januar 1943 der Befehl erteilt worden sei, sich zu erschießen, denn kein deutscher Soldat solle in Gefangenschaft gehen. S. Carl Schüddekopf, Im Kessel. Erzählen von Stalingrad, München 2002, S. 257. In Wahrheit lautete der Befehl aber: Kämpfen bis zur letzten Patrone. Und der gleiche Zeitzeuge behauptete, abgeschossene deutsche Piloten hätten ihm in der Kriegsgefangenschaft von einem Befehl berichtet, sie sollten Kriegsgefangenenlager, so sie diese auf ihrem Flug über sowjetischem Gebiet erkennen könnten, woraus er geschlussfolgert habe, Hitler hätte nicht gewollt, dass ein deutscher Kriegsgefangener überlebt. Ebenda, S. 263. Diese Geschichte kann getrost den sogenannten Latrinenparolen zugeordnet werden.

schreibung hat sich seit Jahren von der bloßen Operationsgeschichte gelöst[77], noch war es ein Fortschritt. Es war eine Ausblendung. „Nützt es also etwas, wenn man noch über die Ursachen spricht? Ich glaube kaum.“[78] So wird ein Arzt zitiert, der die Schlacht und die Gefangenschaft überlebte und sich – 2002 – in einer Zeit glaubt, in der seine Erfahrungen durch den Fortgang der Geschichte bereits vollständig entwertet sind. Die Wahrheit, wird erklärt, würde nun im Kriege gesucht, nicht durch die Beschäftigung mit den „Kriegsparteien“. Sie soll demnach in den Feldzügen, auf den Schlachtfeldern, in den Gefechten und den Schützengräben und auch in den Luftschutzkellern aufgefunden werden, während die Ziele der Kriegsgegner mindestens in den Hintergrund rücken. Angesichts dieses fortgeschrittenen Wechsels der Blickwinkel liest es sich wie ein frommer Wunsch, dass über „der Betonung des menschlichen Leids auf den verschiedenen Seiten ... Ursache und Wirkung nicht verschwimmen“ dürften.[79]

Charakteristisch für dieses jüngste Stalingrad-Erinnern war – zweitens – die Darstellung der deutschen Soldaten und Offiziere, namentlich der 6. Armee, als eine geschlossene Opferkolonne. Geradezu trutzig wurde das Recht der Deutschen eingefordert (und dessen Wahrnehmung wiederum als Beweis für die Gewinnung vollständiger Gleichberechtigung ausgegeben), sich wie jedes andere Volk als Opfer zu sehen, wobei schon mal darauf verwiesen wurde, dass im Jahre 1945 beim verheerenden Bombenangriff auf Pforzheim ein höherer Prozentsatz der Einwohnerschaft ums Leben kam als beim wenig später erfolgenden Atombombenschlag auf das japanische Nagasaki. Dieses Bild kann für die alte Bundesrepublik gewiss nicht als neu gelten. Kennzeichnungen wie „verratene Armee“ oder generalisierend „Opfergang eines Volkes“[80] besitzen seit Jahrzehnten Konjunktur und Akzeptanz. Mitunter erschienen die Leiden der deutschen Soldaten geradezu als Sühne für alles, was sie dem eroberten Lande angerichtet hatten. Dennoch liegt hier nicht nur eine Fortschreibung vor. Während der neunziger Jahre war zeitweilig, ausgelöst durch Debatten über die sogenannte Wehrmachtausstellung (in ihrer ersten Fassung, zuerst gezeigt 1995) und auch über Daniel Jonah Goldhagens Buch, *verstärkt durch Auseinandersetzungen über den Arisierungsprozess und dessen Organisatoren und Gewinner* von den Deutschen als einer Täterkolonne gehandelt worden. Das eine wie das andere Bild bietet ein Klischee, doch ist nicht zu verkennen, dass es derzeit um die Zurückgewinnung des Ursprünglichen geht.

In diesem Zusammenhang wurden Vorstellungen von der faschistischen Herrschaft in Deutschland neubelebt, die vor einem halben Jahrhundert entstanden und von der Wissenschaft längst widerlegt sind. Ursprünge, Entwicklungen und Folgen der Diktatur werden einigen Bösewichten angelastet. Hitler wird wie gehabt nach Österreich exportiert, er heißt in der Diktion des ZDF-Geschichtsmix der Außenseiter aus dem Innviertel und wird – das ist nun ältester Müll – als „ein Fremder“ bezeichnet, der „in die deutsche Nationalgeschichte“ einbrach. An Hitlers Seite werden, soweit es um die Militärs geht, wenige Generale gestellt – ihnen voran Friedrich Paulus –, sofern sie nicht am Aufbau der Bundeswehr beteiligt waren.

Die Darstellung des Opfergangs der Deutschen erfolgt – dies wäre das dritte erwähnenswerte Charakteristikum – im ausdrücklich betonten Zeichen von Verständnis und Versöhnung[81] und benutzt

---

77 Das mag pars pro toto der Band Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Hrsg. Wolfram Wette und Gerd R. Ueberschär, Frankfurt a.M. 1992 verdeutlichen, der anlässlich des 50. Jahrestags der Schlacht erschien und in dem sechs Beiträge in einem Kapitel „Lebenserfahrungen des ‚kleinen Mannes‘ „zusammengefasst sind. „In der (west)deutschen Geschichtsschreibung kam es seit den achtziger Jahren durch eine sich neu entwickelnde ‚Militärgeschichte von unten‘ zu einem Perspektivenwechsel. Jetzt fand der deutsche und russische ‚kleine Mann‘ in Uniform, der die Schlacht erleiden musste, das verstärkte Interesse der Historiker.“ Wolfram Wette, Der Mythos einer Schlacht. In: *Die Zeit*, 23. Januar 2003, S. 12.

78 Carl Schüddekopf, Im Kessel. Erzählen von Stalingrad, München 2002, S. 285.

79 Norbert Haase, Die Mythen sind allmählich verblasst. In: *Sächsische Zeitung*, 1./2. Februar 2003, S. M3.

80 Erich Kern (d. i. Erich Knud Kernmayr), Opfergang eines Volkes, Göttingen 1962.

81 An anderen Zeichen der Versöhnungsbereitschaft, die vorwiegend als neue Erscheinung seit dem Jahre 1990 charakterisiert wird, wobei die Entwicklung der Beziehungen der DDR und der UdSSR ausgeblendet werden, fehlte es auch in diesen Monaten nicht, so wenn der Volksbund Kriegsgräberfürsorge im November 2002 in Stalingrad dem dortigen Veteranenverband einen Scheck über 50.000 Euro überreichte, eine Summe, die für die Anschaffung von Hörgeräten bestimmt war.

viele aussagestarke Bilder auch vom Leiden und Sterben der „Anderen“, der Kriegsgegner, der sowjetischen Soldaten und Zivilisten. Mit Eingeständnissen der eigenen Beteiligung, späten Bekundungen des Bedauerns, seltener jedoch der Schuld, berichten ehemalige Wehrmachtsangehörige beispielsweise davon, dass sie Einwohnern Stalingrads, die der Schlacht nicht entkommen waren, die Holzhäuser abrissen, um Brennbares für die Öfen in ihren Unterständen zu gewinnen. Das geschieht in Rahmenhandlungen mit der Aufschrift: So ist eben der Krieg, furchtbar und wir waren in diesem Falle die Stärkeren. Doch selten fehlt in ihnen der deutsche Soldat, der irgendwo ein Stück Schokolade aufgetrieben und aufbewahrt hat, das er einem ihm zufällig begegnenden Kind zusteckt.[82]

Diese Darstellung mündet, wo sie generalisiert, in eine totale Ignoranz gegenüber den jeweiligen Rollen und einer Gleichsetzung des Opferdaseins. Die Aussagen über die gegnerischen Soldaten lauten: Wir haben sie, sie haben uns totgeschlagen (totgeschossen). Einem ehem. Panzeroffizier, der noch am 20. Januar 1943 schwerverwundet aus dem Kessel geflogen wurde, sei zuvor die Erkenntnis geworden: „... da sind gegenüber genau solche wie wir, denen es auch nicht besser geht“[83] und ein Soldat, der ebenfalls verwundet noch vor der Einschließung westwärts entkam, formuliert: „Sie waren genauso arme Schweine wie wir.“[84] Eigentlich hatte man doch nichts gegeneinander, war lediglich auf irgendeine immer noch rätselhafte Weise in die Geschichte und diese Schlacht geworfen worden. Kaum jemand, der zugab, ein überzeugter oder gar fanatischer Nazi gewesen zu sein, kaum jemand, der einräumte, sich mit den Eroberungszielen identifiziert zu haben. Ja, ein wenig angegangen war man von der Naziideologie schon, aber wer denn nicht?[85]

Zu den Kennzeichen des jetzt verstärkt verbreiteten Geschichtsbildes gehört – viertens – die Reduzierung des Charakters des Krieges im Osten auf eine Auseinandersetzung zweier Diktatoren, die über ergebene Mittäter, Helfershelfer und vor allem, Stalin mehr als Hitler, über einen gnadenlosen Repressivapparat verfügten. Der Kampf um den Besitz von Stalingrad wird bei nur gelegentlicher Erwähnung seiner rüstungswirtschaftlichen, verkehrs- und kriegsgeographischen Bedeutung als Prestigekrieg dieser beiden Diktatoren dargestellt, auch schon – in einer nicht in Bayern erscheinenden Zeitung – als deren Armdrücken benannt. Gemeinsam sei beiden die absolute Verachtung gegenüber dem Leben der eigenen Soldaten gewesen, wobei auch da Stalin als der grausamere erscheint. Zum Beleg wird der berühmt-berüchtigte Befehl 227 „Kein Schritt zurück“ angegeben und Zahlen über von den eigenen Einheiten wegen Ungehorsam exekutierten sowjetischen Soldaten genannt, deren Überprüfung und Zuordnung zumeist aussteht.

Dieses Bild, das dem bekannten faschistischen von den bolschewistischen Kommissaren eng verwandt ist, wird als Korrektur der Kriegsheldendarstellung der Sowjetperiode offeriert und als notwendiger Schritt zur Entmythologisierung der Stalingrader Schlacht ausgegeben. Unzweifelhaft vereinfachte die sowjetische Geschichtsschreibung, übrigens seit längerem konterkariert von der Romanliteratur, die Wirklichkeit. Doch gewiss bewirkt das dieses Angebot auch. Sollte im früheren Fall die Sowjetarmee ohne Makel erscheinen, so geht es diesmal darum, die Tatsache auszublenden, dass Millionen Menschen sich und ihr Land von einer Todesdrohung befreiten, für die nach den Plänen der Okkupanten das Kriegsgeschehen nur ein Vorspiel gewesen wäre. Wird davon gelegentlich noch eine Andeutung gegeben, so hätte doch niemand die Prämie auch zahlen müssen, der sie für den Finder des Satzes in einer deutschen Zeitung ausgesetzt haben würde: Mit der Stalingrader Schlacht wurde die Hoffnung zur Gewissheit, dass es ein Europa unter dem Hakenkreuz nicht geben werde. Dem untergegangenen Staat UdSSR soll kein geschichtliches Verdienst gelassen werden.

Propagandaminister Goebbels stieß im Februar 1943 in seinen Informationen auf eine britische Quelle, in der formuliert worden war, dass Stalingrad die größte Niederlage der deutschen Militärgeschichte bedeute und kommentierte dies in seinem Tagebuch mit der Feststellung, dass dies nicht

---

82 Friedrich Lohstein in: Carl Schüddekopf, Im Kessel. Erzählen von Stalingrad, München 2002, S. 351.

83 Friedrich Lohstein in: Ebenda, S. 334.

84 Hans Horn, in: ebenda, S. 113.

85 S. als eine Äußerung für viele Otto Thalheimer in: Carl Schüddekopf, Im Kessel. Erzählen von Stalingrad, München 2002, S. 289.

ganz falsch sei. Das lässt sich nicht leugnen, aber selbst daran wurde in den letzten Wochen doch gedeutelt. Keinen anderen Sinn hatten die in den Darstellungen nie fehlenden Hinweise darauf, dass die Verluste des Gegners ungleich höher gewesen seien als die eigenen. Diese Differenz wird der „bolschewistischen" Menschenverachtung zugeschrieben, was umso leichter geschehen kann, als die sowjetische und nun die russische Geschichtsschreibung sich der Entzifferung des Ursachenbündels bisher nicht angenommen hat, das die hohen eigenen Verluste zur Folge hatte. Der Beiklang der gegenwärtigen deutschen Darstellungen ist nicht zu überhören: Wir, die Wehrmacht, hatten nicht nur die fähigeren Führer, die geübteren Soldaten, sondern humaner waren auch die Grundsätze des deutschen Einsatzes der kämpfenden Truppe.

In diesen Zusammenhang gehört die Entdeckung einer Quelle aus dem NKWD-Archivbestand, die angeblich dafürsteht, dass sich am 2. Februar 1943 in Stalingrad keineswegs alle deutschen Soldaten ergeben, sondern Tausende sich der Gefangennahme entzogen hätten, wovon wiederum viele weiterkämpften. Kein Überlebender dieser angeblich insgesamt 10.000 kapitulationsunwilligen Deutschen hat während der verflossenen Jahrzehnte darüber ein Wort berichtet. Dieses Dokument wurde an das Ende eines eben erschienenen Stalingrad-Buches platziert unter der Überschrift „Anstelle eines Nachwortes"[86] und wenn es da einen Sinn macht, dann besagt es: So eben sei der deutsche Soldat noch im Moment der tiefsten Niederlage gewesen.

Die Stalingrad-Erinnerung in der deutschen Medienkampagne hat angezeigt, dass im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg (und namentlich den „Ostkrieg") Geschichtswissenschaft und Geschichtspublizistik weit auseinandergedriftet sind. Die forschende Zunft lässt das weitgehend ungerührt geschehen, betrachtet das auch als einen unvermeidlichen Vorgang. Dessen Ausweitung könnte freilich auf die Wissenschaft zurückschlagen.

---

[86] Guido Knopp, Stalingrad. Das Drama. In Zusammenarbeit mit Rudolf Gültner. Redaktion Mario Sporn, München 2002, S. 309.

Geschichtserinnerung als politisch-ideologische Kampagne

Es scheint, dass die geschichtspolitischen Kampagnen, die in der Bundesrepublik eine nach Millionen zählende Minderheit erreichen und sie über Wochen, manchmal Monate lang, selten aber länger als ein Jahr beschäftigen, in immer kürzer werdenden Abständen aufeinander folgen, ja einander zu jagen beginnen. Zur Erinnerung: Goldhagen-Debatte, Streit um die Verbrechen der Wehrmacht, hervorgerufen durch die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte, Auseinandersetzung über die Beteiligten an der Auspowerung der Fremdarbeiter und die Geste, die als Wiedergutmachung fehlbezeichnet war. Dies noch im vergangenen Jahrhundert. Und nun 2002/2003: Gedenken an die Opfer der Stalingrader Schlacht, die deutschen mehr als die der „Anderen", Gedenken an die Opfer des strategischen Bombenkrieges gegen Deutschland mit gelegentlicher Erwähnung Guernicas, Warschaus, Rotterdams, Londons und Coventrys, seltener von Belgrad und Stalingrad, Flucht und Vertreibung der Deutschen mit der Ausrichtung auf die Tragödien, die „Wilhelm Gustloff„ und „Goya„ heißen. Dieser Geschichtsstoff wird vorläufig nicht ausgehen.

Sind die Deutschen oder zumindest ein erheblicher Teil von ihnen auf Geschichte versessen? Stellen sie die begeistertsten unter allen Verehrern der Clio? Trifft zu, was behauptet wird, dass sie ihre Lektion gelernt und den Rang von Meisterschülern erlangt haben? Vor alledem steht die Beantwortung der Vorfrage: Wie kommen diese geschichtspolitischen „Wellen" oder Kampagnen zustande? Wer erzeugt, wer verstärkt sie und was lässt sie verebben? Und was bildet ihren Ertrag?

Spontaneität, Planung, Lenkung – diese und weitere Begriffe kommen in Rede, wenn nicht einfache Antworten gesucht werden. Denn es sind von Fall zu Fall durchaus nicht die gleichenAuslöser und Antriebe, die derlei Kampagnen entstehen und dauern lassen. Am leichtesten festzustellen sind die Anlässe, häufig geliefert durch – insbesondere sogenannten „runde" – Jahrestage. Doch werden die mitunter ausgelassen oder unabhängig von dem Platz, den das Ereignis in deutscher Geschichte beanspruchen kann, auch nur am Rande behandelt. Man vergleiche nur den Medienaufwand und -einsatz mit dem Blick auf die Stalingrader Schlacht, als sie sich zum 60. Male jährte, mit dem, der auf den 70. Jahrestag der Errichtung der Nazidiktatur gewendet wurde. Im Geschehen des Jahres 1943 zwischen Wolga und Don ließen sich die mehr als 200.000 deutschen Täter doch auch wieder als Opfer betrachten. In dem des Jahres 1933 hingegen hätten die keineswegs durchgearbeiteten Fragen nach der unbefohlenen, von keinem Militärstrafrecht bedrohten Massengefolgschaft behandelt werden müssen, die Hitler zwar nicht in die Wilhelmstraße zu bringen vermochte, aber eine Bedingung dafür war, dass die Intrige derEinflussreichen überhaupt inszeniert wurde. Offenbar gibt es willkommene, wenn nicht beliebte Jahrestage und andere, die mit nichtssagenden, flüchtigen Vermerken „begangen" werden.

Apropos beliebt. In unserer obigen Aufzählung fehlen der 17. Juni 1953 und dessen 50. Jahrestag. Der stellt insofern einen Sonderfall dar, als die zu seiner Erinnerung ablaufende Kampagnein ihrer Entstehung so durchsichtig war, wie sich die Berliner Spree und Havel selbst nach derweitgehenden Abschaffung der ostdeutschen Industrie erst noch wünschen mögen. Von der Bundeszentrale für politische Bildung bis zur Bundesbeauftragten und (damals fünfjährigen) Zeitzeugin Birthler, von Opferverbänden bis zur Historischen Kommission der PDS begaben sich Experten und solche die sich dafür bloß hielten oder es immerhin werden wollten, früh indie Startlöcher. Keine Rede von Spontaneität. Kinkel stand auf: Die Chance zur Delegitimierung der DDR wurde erkannt, würde in derlei Gestalt so bald nicht wiederkehren. Jedenfalls, und da nicht gleichermaßen ausbeutbar, nicht vor dem Jahre 2018 und ob sich da nicht ein nochgrößerer Teil der Deutschen für die ihnen dann verordneten Agenden und Reformen interessieren wird, ist hoch ungewiss.

Am Ende lief die Kampagne aus allen Rudern. Niemand, der etwas auf seinen Antitotalitarismus hielt, wollte zurückstehen, ihn bei dieser Gelegenheit unbekundet lassen. Ob „Viel hilft viel" wirklich zum Ziele geführt hat, blieb öffentlich unerörtert. Die Historiker werden sich, wenn sie Zugang zu den Akten haben, quellenkritisch mit den Berichten befassen und darunterden Jubel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" auf seinen Wahrheitsgehalt abklopfen, der sich auf den angeblich erheblichen Erfolg bezog, der bei der Aufklärung der Jugend erreicht wurde. Der Versuch, das Ereignis in eine

Traditionsreihe zu stellen, die mit der Großen Revolution der Franzosen beginnt, dürfte kurzlebiger sein, als das immerhin Jahrzehnte währende Abfeiern eines „Tages der deutschen Einheit“.

Doch nicht immer sind planende, Gelder verteilende, Abstimmungen vornehmende Kräfte, diesich in der Summe ihres Einflusses und ihrer Wirkung durchaus mit der Agitationskommissiondes ZK der SED messen können, am Werk. Eine geschichtspolitische Kampagne kann mit demErscheinen eines Buches einsetzen, mit einem Vorgang, der je nach den Erfolgsprognosen einesVerlages, seinen Mitteln für Reklame und – nicht zuletzt – der Reichweite seiner gesellschaftlichen Beziehungen auch inszeniert wird, d. h. als Verkaufsauftakt nicht weniger präzise geplantwird wie die Einführung einer neuen Parfümmarke. So erinnerlich im Fall des Buches von Daniel J. Goldhagen in den USA nicht anders als in der Bundesrepublik. Und so auch geschehen mit Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“, der Abhandlung über den „Bombenkrieg“. In wieder anderen Fällen erblicken mehrere Medienzentralen in einem sich jährenden geschichtlichen Ereignis die Chance für hohe Zuschauer- oder Zuhörerquoten oder sie wittern ihre Bilanzen erhöhende Verkaufszahlen von gedruckten oder tönenden Erzeugnissen der verschiedensten Art. Wer sie auf die jeweilige Idee gebracht hat, bleibt häufig unbekannt. Anregende Ideen existieren in dieser kapitalistischen Gesellschaft des Gedränges Arbeit, Aufträge und Verdienst suchender Menschen, die eine Hochschul- oder anderweitige Spezialausbildung besitzen, und des – unausgesetzt schärfere Formen annehmenden – Konkurrenzkampfes, der auch diese Anbietervon geistiger oder Unterhaltungskost umtreibt, im Überfluss. Wer sie nicht hat, braucht auf dem einschlägigen Markt nicht zu erscheinen.

Der Erfolg lockt an und längst ist erprobt, wie er sich erweitern und ausbeuten lässt. Auf den Film folgt das Buch oder umgekehrt. Debatten in Zeitungen und Zeitschriften und vor Kameras,am besten heftig und streitbar, erhöhen den Werbeeffekt. Gefragt sind Teilnehmer mit klangvollen Namen, bevorzugt jene, bei denen sich vermuteter Sachverstand und schauspielerische Fähigkeiten paaren. Ferngehalten werden Spezialisten, sofern sie einer geschichtswissenschaftlichen Betrachtung für verdächtig gehalten werden, die allzu eindringlich nach obwaltenden Interessen, womöglich gar materiellen und – horribile dictu – Profit geleiteten fragt. Einstige Bewohner der Wissenschaftswüste DDR bleiben ohnehin ausgeschlossen, denn es soll nicht konfrontiert werden, was Zuschauer und Zuhörer allzu nachdenklich stimmen könnte. Wer immerwieder das Gespräch zu Hitler zurückführen hilft und – wenn es sich denn einflechten lässt – zu Stalin, ist persona grata und darf mit einer weiteren Vormerkung rechnen.

Erfolgen gar, wie im Falle der Bewertung des Einsatzes der britischen RAF im strategischen Luftkrieg gegen Deutschland, Einsprüche von jenseits der Grenzen, gewinnt das Ganze an Pikanterie und erheischt zusätzliche Aufmerksamkeit. Was in der Presse erschienen ist, wird in Sammelbänden vereint. Was auf Fernsehschirmen zu sehen war, kann als Kassette zum Zweckebeliebiger Wiederaufführung gekauft werden. Leserbriefe, deren Tendenz sich mit der Angebotenen weitgehend decken oder zart kritisch formuliert wurden, werden dankbar angenommenund nach Gutdünken der Redaktionen gedruckt. Anderes werden auch da erst künftige Benutzervon Archiven vorfinden und ans öffentliche Licht bringen, dann zu Zeiten arg verminderten und gewandelten Interesses und verblichener Aktualität.

Dieses Getriebe, in dem sich geistige Ausrichtung hinter einem mehr oder weniger dichten Schleier von begrenzter Pluralität geschickt zu verbergen versteht und mit Geschäftsinteresse vereint, besitzt eine Voraussetzung. Die heißt – wie auch sonst auf Märkten – das massenhafte Vorhandensein kaufkräftiger Konsumenten. Sind die nicht oder nur in nicht ausreichender Zahlund kurzzeitig zu gewinnen, geht es wie im Fall jenes Buches, dessen Autor den erbrachten Nachweis beanspruchte, Hitler als Homosexuellen überführt zu haben. Das interessierte nur wenige, erregte Widerspruch von Homosexuellen, die sich den „Führer“ nicht unterschieben lassen wollten, und traf auf einen Moment, da Geschichtsinteressierte gerade mit der Betrachtung der deutschen Opferkolonnen vollständig in Anspruch genommen waren, denen sie sich entweder selbst noch zurechnen konnten oder deren Erinnerung auf eigene Familiengeschichtengerichtete Emotionen wachrief und Stimmungen des Mitleids erzeugte.

Die Art der Darbietung dieses Geschichtsstoffes bot zudem vergleichsweise wenig Herausforderung, über Ursachen des eigenen Unglücks oder des Unheils nachzudenken, dass über die Vorfahren gekommen war. Begleittexte verteidigten zusätzlich diese Fokussierung auf den Opferstatus, über den könne nun endlich und ohne Skrupel geredet werden, nachdem doch von deutscher Täterschaft hinreichend gehandelt worden sei. Die Klarstellung von Ursache-Wirkungs-Beziehungen und die Beantwortung der Frage nach dem Warum, worauf alle ernsthafteBeschäftigung mit Geschichte schließlich zielt, gilt nicht als obligatorisch, wird mitunter einfach als lehrhaft herabgesetzt oder auch im Fernsehen als nicht erreichbar bezeichnet. Gewiss,diese Art ins Vergangene zurückzublicken, besitzt keinen Unterhaltungswert.

Die Frage, wann sich eine erhebliche Zahl von Deutschen für welche Zeit ihrer Geschichte interessieren ließen, ist jüngst auch wieder durch die Beobachtung aufgekommen, dass es nach1945 – und anders als der Autor von „Der Brand“ behauptet – kein Beschweigen des Luftkrieges gab. Festgestellt wurde stattdessen, dass das Interesse an Romanen und Erinnerungen, die davon berichteten, lange gering geblieben war. Kein Angebots- sondern ein Rezeptionsloch also. Es entstand, wurde vermutet, weil die Mehrheit der damals lebenden Deutschen ja durchlebt und erlitten hatte, wovon da erzählt wurde. Doch war das Thema, sobald darüber in Zusammenhängen nachgedacht wurde, auch nicht für jedermann einladend. Es warf zu unangenehme Fragen zur eigenen Rolle auf: Denn vordem war da der Jubel über die „Erfolge“ der deutschen Luftwaffe. Und die Verehrung der „Helden der Luft“, der „deutschen Adler“ etc. Und sodann die stoische Disziplin, mit der unter den Bedingungen der Bombardements auf deutsche Städte weiter geschuftet wurde. Jedoch wurde für die damaligen Erzeugnisse der Literatur nicht annähernd jene Reklame gemacht, die heute das Geschäft in Gang bringt und hält.

Wie es vor Jahrzehnten offenkundig ein schwer aufzuschnürendes Bündel von Faktoren war, die Aufmerksamkeit oder Desinteresse entstehen ließen, so auch heute. Unter ihnen steht die Übermacht der Reklame obenan, die vor allem an Skrupellosigkeit zugenommen hat. Wahr oder vorgetäuscht: Dem voyeuristisch geschulten Zuschauer werden nie gesehene sensationelleBilder angekündigt. Er wird mit der Ankündigung sensationeller Dokumentenfunde geködert (wie in der jüngsten Stalingradserie des Zweiten Staatsfernsehens), die vorgeblich ganze Geschichtsbilder einstürzen lassen. Das, zudem das Versprechen von Zeitzeugen vom Typus „Leute wie Du“, sind die Lassos, mit denen die auf allen Marktplätzen auf Reklame gedrillte, geradezu Reklame süchtige Konsumentenschar eingefangen wird, die ähnlich wie bei der Neueröffnung eines Supermarktes nichts verpassen will.

Wer hockt sich vor das häusliche Fernsehgerät, wenn zur besten Abendsendezeit im wieder einBlatt deutscher Vergangenheit aufgeschlagen wird und in der Summe – das ist die angepeilte „Quote“ – mehr als 4 Millionen Deutsche unterhaltsam „belernt“ werden. Die Mehrheit stellennach verlässlichen Feststellungen des Senders über Sechzigjährige. Je jünger die Gruppe an Jahren, umso geringer ihre Teilnahme. Das mag zunächst einmal mit Zeit und Belastung erklärtwerden, ist aber doch auch Ausdruck einer Erscheinung, die sich als das Interesse von Zeitgenossen wahrnehmen lässt, mit ihren Biographien, ihren Kindheits- und Jugenderlebnissen, auchmit den Erinnerungen an die eigenen Eltern und Großeltern zurecht zu kommen und, wenn schon nicht lachend, so doch versöhnt, sofern es da je einen Konflikt gab – von ihrer Lebensgeschichte Abschied nehmen wollen, bevor es ans Unwiderrufliche geht.

Die Mainzer machen das den Leuten dieser Generation leicht. Namentlich die „Zeitzeugen“, die keinen Zusammenhang herzustellen vermögen und im jagenden Gang bewegter und in Bewegung gebrachter Bilder und Töne Sätze, die doch nur Fetzen davon sind, über Erlebtes absondern, sorgen für Möglichkeiten der Zustimmung und lassen das Bier nicht schal werden. Längst ist wie beim Selbsteinseifen mit einer bestimmten Rasiercreme Gewöhnung eingetreten.Das muss man gesehen (weniger: gelesen) haben, sei es nur, um in die Langeweile des Fernsehangebots Abwechslung zu bekommen oder morgens mitreden zu können, wenn man den Altersgenossen beim Einkauf trifft und sich gemeinsam die Stimmung nicht sofort wieder verderben will, wenn das Gerede auf die Politik oder die Gesundheit oder das kommt, was – kurioserweise und doch nicht zum Lachen – Gesundheitspolitik genannt wird.

Und dann sind da die Bildungsbeflissenen vieler Altersstufen, die, lesend, hörend und fernsehend, mit Fakten über die Geschichte schon angereichert, nun sehen wollen, ob sich ein Zugewinn noch ergibt und ob sie mit ihren Ansichten Recht und die Fernsehmacher nichts vergessenhaben. Demnächst wird sich in einer Runde weniger Wissender dann darüber sprechen lassen. Auftritte der langjährig verbildeten Laien, denen – von bloßen Tatsachen abgesehen – nie die Idee gekommen ist, was ihnen da eigentlich wer vorsetzt und was ihnen vorenthalten werden wird. Die Naivität der Zuschauer gegenüber den Intentionen der Produzenten dieser Dokumentationen ist eine weithin hergestellte Bedingung, ohne die diese Art von Geschichtsunterhaltungnicht funktionieren könnte, sondern entlarvt würde als das, was sie ist: die Herstellung eines Geschichtsbildes der Nation, in dessen Vordergrund momentan und abschließend als Hauptpersonen die deutschen Opferkolonnen hineingestellt werden, länger und größer an Zahl, dennalle denkbaren anderen. Denn wer hätte mehr als etwa 600.000 Tote im Luftkrieg aufzuweisen,wer eine Armee wie die deutsche sechste mit einem gleichermaßen elenden „Untergang“, wer eine annähernd so große Millionenmasse an Flüchtlingen und Vertriebenen und vor allem werhätte das alles hingenommen ohne einen Gedanken an Rache? Hier wird eine in der Sache nichtneue Selbstgerechtigkeit erzeugt, die in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten schon angetroffenwerden konnte, nun aber Ausbreitung und Tiefeneinfluss gewinnt. Und damit wird auch für weiter veränderte Geschichtsbücher für den Schulgebrauch vorgearbeitet.

War und ist folglich aus diesen geschichtspolitischen Kampagnen nichts zu lernen, ausgenommen, dass guttut, wer sich ihrem Sog zu entziehen vermag? Nein. In ihrem Umfeld entstandenAbhandlungen, die sich mit den Deutungen, die den Hauptstrom bilden, auseinandersetzen. Ernstzunehmende wissenschaftliche Institute, deren Leiter die jeweiligen Wellen nutzen, um zu Geld, in diesem Falle zur Forschungsmitteln zu gelangen, legen Ergebnisse vor, die das Prädikat „aufklärend“ rechtens beanspruchen können. Es entstehen lesenswerte Ausgaben von erstmals gedruckten historischen Dokumenten, die – wie beispielsweise im Umfeld der 17. Juni-Kampagne geschehen – nicht nur das Interesse bedienen, jeden Gedanken an sozialistische Zustände als Bekenntnis zu menschenfeindlicher Diktatur zu denunzieren. Auf den Märkten der Meinungen diese Angebote herauszufinden, mag sich als nicht weniger schwierig erweisen, als sich unter den konkurrierenden Angeboten der Pharmaindustrie zu orientieren. Obendrein gibt es nicht einmal Packzettel mit Hinweisen zu Nachteilen und Nebenwirkungen, auf die doch Produzenten von Arzneimitteln aus Rückversicherungsgründen nicht verzichten können.

Wo mündet die Diskussion über den Bombenkrieg?

Seit mehr als Jahresfrist wird in der Bundesrepublik in Zeitungen und Zeitschriften, in Text- und mit Bildbänden, in Sendungen von Rundfunk und Fernsehen konzentriert auf jenen Teil der Geschichte des Zweiten Weltkrieges Bezug genommen, der verkürzt „Bombenkrieg“ genannt wird und in der Sprache der Militärhistoriker die strategische Luftoffensive der anglo-amerikanischen Luftstreitkräfte gegen Deutschland heißt. Zusätzliche Nahrung erhält inzwischen gewonnenes Bürgerinteresse durch die aufeinander folgenden „runden“ 60. Jahrestage der Zerstörung deutscher Groß- und Mittelstädte im Verlauf verheerender Luftattacken. Sie stellen in der Geschichte dieser Städte tiefe Einschnitt dar, vergleichbar nur mit den vernichtenden Bränden, die sie in früheren Jahrhunderten häufiger heimsuchten denn Kriegsereignisse.

Jüngst wurde an die Zertrümmerung Hamburgs in jener Folge von Angriffen erinnert, die als „Operation Gomorrha“ bezeichnet worden ist. (s. *junge Welt* 25. Juli 2003). In der Stadt an der Elbe fanden Gedenkgottesdienste und verschiedenste Gedenkveranstaltungen statt. Ausstellungen zeigten fotografierte und gemalte Bilder des Grauens. Junge und alte begaben sich zu wirklichen oder den nur vermuteten oder an symbolische Grabstätten von Verwandten, Freunden und Bekannten. In der Stadt, wurde mitgeteilt, leben noch 200.000 Menschen, die sich an den „Feuersturm“ zu erinnern vermögen. Die einen beherrschte Trauer, andere Nachdenklichkeit, dritte fragten sich, ob aus dem zeitlich fernen Geschehen irgendetwas für das Verhalten in der Gegenwart herzuleiten sei.

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde dieses gemeinsame Gedenken als neu bewertet. Gelegentlich fand Erwähnung, dass sich die DDR „regelmäßig Dresden-Gedenkfeiern“ geleistet habe. Eine Feststellung, der sogleich hinzugefügt wurde, sie wären im Kalten Krieg zu finsteren politischen Zwecken genutzt worden. Das sollte besagen: Jetzt und hier könne jeder selbst entscheiden, wie er es mit der Erinnerung hält, unbedrängt und unausgerichtet von Politikern und Ideologen. Das eben behaupten – wie üblich – insbesondere die Produzenten von Ideologie selbst und untermischen derart ihr Tun – der eine mehr, die andere weniger – mit Falschheit. Dabei braucht es keine bergmännischen Fähigkeiten um bis zu den Schichten zu gelangen, in denen sich die aktuellen und längerfristigen Interessen finden lassen, welche die Geschichtsbilder formen, die über den „Bombenkrieg“ unter die Leute gebracht werden. Das geschieht wie üblich in zunftbekannten und beachteten Grenzen eines Pluralismus. Dessen Wahrnehmung setzt Kenntnisse voraus. Sie gehören nicht zum Kanon des Schulwissens.

Zunächst: Mit Berufung auf das Kriegsvölkerrecht – die Haager Landkriegsordnung von 1907, denn das Abkommen von 1923 über den Luftkrieg ist von den beteiligten Mächten nie ratifiziert worden – wird der „Bombenkrieg“ der Alliierten während der Jahre von 1940/41 bis 1945 als rechtswidrig und zum Kriegsverbrechen erklärt. Von den einen in Gänze, von anderen in seiner Endphase. Militärs die ihn planten, genehmigten oder befahlen, werden als Kriegsverbrecher eingestuft. Das tun die einen unumwunden, andere legen diese Bewertung nahe. Neu ist das nicht. Rudolf Augstein bezeichnete Winston Churchill 1985 als den „Oberbomber von Dresden“ und meinte, nach den Maßstäben, die nach Kriegsende während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses und einige Nachfolge-Prozesse angewendet worden seien, hätte der britischen Premier und Oberbefehlshaber der Streitkräfte hängen müssen. Das war nicht einmal in der Sache korrekt. Göring wurde nicht wegen der Bombardements der deutschen Luftwaffe auf Warschau, Rotterdam und London für den Galgen bestimmt.

Seit Jahren werden „Unverdächtige“ zitiert, die ähnliche Sichten verfochten. Zu ihnen gehört der britische Labour-Abgeordnete Richard Crossman, der mit Bezug auf Dresden davon sprach, dass die Urheber seiner Zerstörung in Nürnberg hätten angeklagt und verurteilt werden müssen, was aber verhindert worden sei, weil der Gerichtshof zu einem „bloßen Instrument der Rache pervertiert“ wäre. Auch Mahatma Gandhi wird in diesem Zusammenhang mit Vorliebe angerufen, der vom Luftkrieg sagte, in seinem Verlauf sei „Hitler mit Hitler besiegt“ worden. Manche unterscheiden Phasen des Luftkrieges und differenzieren zwischen „Massakern“ und „reinen Massakern“. Letzteres dient auch dem Historiker Hans-Ulrich Wehler zur Kennzeichnung des Angriffs auf Dresden im Februar 1945, doch meint

er, dass die Verwendung der Bezeichnungen Kriegsverbrecher und Kriegsverbrechen nicht weiterführen würde.

Wo solche zeitlichen Markierungen vorgenommen werden, wird zu ihrer Begründung in aller Regel vorgetragen, es sei von einem – von manchen in den Januar 1945 gelegten – Termin an, der Krieg doch definitiv entschieden gewesen und mindestens von da an hätte das Bombardieren von Städten eingestellt werden müssen. Dass Anfang dieses – dem Kalender nach letzten – Kriegsjahres die sowjetischen Truppen an der Weichsel standen, die der westlichen Alliierten die deutsche Ardennen-Offensive gerade verlustreich zerschlagen und deren Streitkräfte die Forcierung des Rheins vor sich hatten, dass die Stäbe keineswegs vorausahnen konnten, was ihren Formationen auf dem Wege nach Berlin noch bevorstehen werde und sie die Kraft der Gegenwehr der Wehrmacht mitunter überschätzten, kommt in derlei Erörterungen nicht vor. Suggeriert wird: den Sieg in der Tasche machten sie weiter.

Weithin sind die Produzenten von Geschichtsbildern des „Bombenkrieges“ auf die Erhaltung oder Weckung von Emotionen aus. Dazu dient auch das verwendete sprachlich-begriffliche Material. Von Massakern war schon die Rede. Hier ist eine Sammlung aus einer einzigen aktuellen Publikation der Zeitschrift *„Der Spiegel“*, die zwei Dutzend Autoren zu Worte kommen lässt: Arthur Harris, der Oberkommandierender der gegen Deutschland eingesetzten Streitkräfte heißt der „bullige Feldmarschall“, der die „Strategie der Zivilisten-Vernichtung“ plante und befehligte, „reine Bestrafungsaktionen“ und „reine Vergeltungs- und Strafaktionen“ ausführen ließ und dazu „fliegende Terroristen“ aussandte, welche die „Hinrichtung“ deutscher Städte vollzogen hätten. Es sei ein „Ausradierungskurs“ befolgt worden, „Ausrottungswut“ hätte sich ausgetobt. Der Angriff auf das pommersche Swinemünde wird als „Monsterangriff“ bezeichnet von einem Autor, der deutsche Soldaten „Seehelden“ und „U-Boot-Krieger“ nennt. Der Stil, den Jörg Friedrich in „Der Brand“ bevorzugte und der von Historikern und Publizisten kritisiert wurde, hat in deren Reihen selbst reichlich Nachahmung gefunden.

Der Kern des Geschichtsbildes über den Bombenkrieg wird aber durch die These gebildet, er habe keines der angestrebten, mehrfach formulierten Ziele erreicht, Weder sei es gelungen, die Deutschen zu demoralisieren und sie gegen ihre Regierung aufzubringen, noch hätte das materielle Potential des Gegners so getroffen werden können, dass er zu einer frühzeitigeren Beendigung des Krieges gezwungen worden wäre. Der Kriegsaufwand namentlich der Briten, aber auch jener der US-Amerikaner und die Zehntausende von toten Soldaten ihrer Luftstreitkräfte müssten daher als ganz vergebliche Anstrengung und als ebensolche Opfer gelten. So postuliert der Historiker Hans Mommsen, dieser Luftkrieg sei „kein Beitrag zur vorzeitigen Kriegsbeendigung“ gewesen. Andere gehen einen Schritt weiter und erklären, das Bombardements habe nicht nur sein Ziel verfehlt, sondern geradezu das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt und den Krieg gar verlängert.

Die das behaupten, berufen sich auf zwei „Beweise“. Erstens: Die unbestrittene Tatsache, dass die deutsche Kriegsmaterialproduktion erst im Jahre 1944 ihren Gipfelpunkt erreichte, gerät ihnen zur Herstellung eines merkwürdigen Zusammenhangs, der eine Ursache-Wirkung-Beziehung vortäuscht: „Denn je mehr Bomben fielen, desto mehr produzierten Hitlers Waffenschmieden“. (Übergehen wir hier die falsche Zuordnung des Eigentümers, denn die Rede ist doch von den Rüstungswerken der Krupp, Heinkel, Flick und anderer Großkapitalisten.) Und zweitens: Die Tatsache, dass die Deutschen nicht gegen die Weiterführung des Krieges rebellierten, wird in den Worten von Joachim Fest in ein rührendes, an das Verhältnis der Küken zu ihrer Glucke erinnerndes Gegenbild verformt, wonach die so arg Getroffenen „gleichsam schutzsuchend so nahe wie selten zuvor an das Regime“ herangerückt wären. Das liest sich merkwürdig, denkt man allein an die Zehn-, ja Hunderttausende Bewohner von Großstädten und Industriezentren, die Schutz ganz andere Art suchten und auf das platte Land oder weit in den Osten des Reiches flüchteten. Gehen wir von den Behauptungen zu den Tatsachen.

Selbst Verfechter der These von der kriegswirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit der Angriffe geraten ins Schleudern, wenn es an die Konkreta geht. Vor der Attacke auf Hamburg arbeiteten in den

Werftanlagen von Blohm & Voss 9.400 Arbeiter, wird berichtet. Einen Monat nach dem Ende der „Operation Gomorrha“ hätte die Belegschaft wieder 5.000 betragen. Zwei weitere Monate später – also Anfang November – wäre sie auf 7.500 angewachsen, die Werft sei da „weitgehend wieder produktionsfähig“ gewesen. Diese Zahlen mögen für außerordentliche Leistungen bei der Instand- und Wiederingangsetzung stehen, aber doch nicht für eine zu vernachlässigende Wirkung der Angriffe auf das kriegswirtschaftliche Potential. Wer glaubt denn im Ernst, dass eine nahezu halbierte Belegschaft, die sich zu einem erheblichen Teil um ihre Behausungen und die Herstellung primitiver Lebensverhältnisse zu kümmern hat, zu leisten vermag, was sie vollbrachte, als das Leben der Stadt noch wenig beeinträchtigt verlief.

Ist von Wirkungen des Luftkrieges zu sprechen, greift der Blick auf dessen direkte Folgen ohnehin zu kurz. Erzwungen waren, bevor er noch seine barbarische Hochform erreicht hatte, verschiedenste hochaufwändige Schritte, um erwartete und befürchtete Konsequenzen gering zu halten oder zu vermeiden. Sie begannen mit dem Bau von Luftschutzbunkern und der Herrichtung von Luftschutzkellern in Wohnbauten und anderen Gebäuden und mit der aufwändigen als „erweiterte Kinderlandverschickung“ bezeichneten Verbringung von Schulkindern in entlegene Gebiete. (Manche gelangten bis in Deutschbesiedelte Dörfer in Ungarn.) Sie setzten sich mit dem Aufbau der 1935 geschaffenen Organisation des Luftschutzes und seiner materiellen Ausstattung fort. Sie erforderten Fliegerabwehreinheiten (Flak) und deren Einsatz erst ermöglichende militärische und zivile ergänzende Kräfte.

Ungleich größer noch die zu bewältigenden Folgen nach verheerenden Angriffen. Zu ihnen gehörten die Kräfte verschlingenden Einsätze: Beerdigung oder Verbrennung der Toten, dazu Anfertigung von Särgen, soweit die Leichen nicht in Papiersäcken in Massengräber versenkt wurden, Bekämpfung von Seuchen, Versorgung der Verletzten, Verteilung von zusätzlichen Lebens- und Genussmitteln, Evakuierung der Bevölkerung, Kampf gegen Plünderer, Reparatur von Wohnraum, der sich noch nutzbar machen ließ, Instandsetzung der Verkehrsmittel und der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsstränge, Versorgung der am ärgsten Betroffenen mit Kleidung und den nötigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs. Das ist der Anfang einer Leporelloliste, die vom Abzug von arbeitsfähigem Personal und materiellen Mitteln spricht, die allesamt anderen kriegswichtigen Aufgaben zugedacht waren.

Mit ihr drängt sich gemeinsam mit der Bilanz der direkten Zerstörungen von Fabriken und Werften die Frage auf, worüber die deutschen Militaristen für ihre Zwecke hätte gebieten können, ohne diese – um einen von Goebbels in seinem Tagebuch benutzten Ausdruck zu gebrauchen – „offene Wunde“. Die Frage, die sich auf die Wirkung der Bombardements bezieht, lautet nicht, ob in jenen Monaten die deutsche Kriegsproduktion – unter der Regie von Speer – Steigerungsraten aufwies, was der Fall war, sondern wie hoch diese noch angewachsen wären, wenn nicht unter dem Druck der Zerstörungen beständig Aushilfen hätten gesucht werden müssen, von der Verlagerung von Betrieben nach dem Osten bis zu deren Platzierung unter die Erde.

Zudem: ohne jede nähere Erklärung wird bemerkt, die Wiederingangsetzung der Produktion auf der berühmten Hamburger Werft sei „mit drakonischen Maßnahmen“ bewerkstelligt worden. Das berührt die Behauptung, der zufolge die deutschen Arbeiter – von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen wird selten und en passant geredet – in einer Trotz- und Trutzhaltung zu Werke gegangen wären, die sie in freiwilliger (bis heute Ver- wenn nicht Bewunderung erregender) Anstrengung Verluste und Einbußen kompensieren ließ. Nun bildete der Alltag der Arbeiter in den Produktionsbetrieben vor und während des Krieges hierzulande nie ein bevorzugtes Thema geschichtswissenschaftlicher Forschungen. Die Herstellung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem realen Anstieg der Produktionsergebnisse der Rüstungsindustrie und der Kriegsideologie und -moral der Arbeitenden ist schlicht kurzschlüssig. Diese Leistungen wurden vollbracht, als jedes Ausscheren mit Strafen bedroht war, gegebenenfalls juristischen, vordem aber mit der als Strafe und tödliche Bedrohung geltenden Einziehung zur Wehrmacht. Höchste Arbeitsdisziplin war Grundvoraussetzung, die eigene uk-Stellung auch über den nächst folgenden Einziehungsschub zu behaupten. Die 60-Stunden-Arbeitswoche wurde verordnet, ohne dass die Betroffenen eine Chance der Gegenwehr noch besessen hätten. Denn wer in dieser sich vertiefenden Krise aktiver wurde, getrieben von speziellen Ängsten, das waren all die kleinen

Nazibonzen. Nach zeitweiliger Schwächung in chaotischen Zuständen funktionierten die Kräfte der Überwachung von der Gestapo und ihren Spitzeln bis zu den Blockwarten in den Wohngebieten und den NS-Funktionäre in den Betrieben. Funktionstüchtig blieb oder wurde rasch wieder die Justiz.

Auch andere Faktoren waren im Spiel und mobilisierten die Verausgabung der körperlichen und geistigen Kräfte der „Volksgenossen“ an der „Heimatfront“. Zu ihnen gehörte die Angst vor der Niederlage der psychologische Druck auf die Arbeitenden, den Soldaten – ihren Söhnen und Enkeln – an den Fronten die besten Waffen in hoher Zahl zu geben und – permanent – die verbreitete resignierende Haltung, die eine Alternative zum Sich-Unterwerfen unter die Forderungen der Obrigkeiten nicht erblickte und also das Sich-Schicken in das vermeintlich Unausweichliche. Keiner dieser Faktoren kann quantifiziert oder auch nur in seinem ungefähren Anteil an der gesteigerten Kriegsmaterialproduktion geschätzt werden. Doch angesichts der Skala der Antriebe ist die Zurückführung auf einen Faktor einfach einfältig. Ebenso verfehlt ist die verbreitete Deutung der gegenseitigen Hilfe der Menschen zur Beseitigung der materiellen Folgen der Bombardements, ihnen diktiert vom Willen oder der Unausweichlichkeit zum Weiterleben in Trümmern, zum Zusammenschluss um das Regime und zur Fortsetzung des Krieges.

* * *

Was ist das Fazit jener Argumentation der haltlosen Beweise? Es lautet: dieser „Bombenkrieg“ war *barbarisch*, eine Feststellung die niemand bestreitet, und er war obendrein *sinnlos*. Folglich erscheint er als *Barbarei an sich*, die schlimmste aller ihrer Formen, die auch nach ihrem Ausmaß europaweit alle anderen Schrecken und Gräuel des Krieges übertroffen hätte. Jörg Friedrich, den Krieg auf dem Territorium der UdSSR glatt ignorierend, behauptet, das größte Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges sei Deutschland gewesen. Die Deutschen an der Spitze aller im Kriege Leidenden. Irgendwie müssen sie immer an der Spitze sein, wenn nicht als Sieger, dann als Opfer.

Kaum eine Darstellung des Bombenkrieges gegen Deutschland kommt ohne Erklärung wie die aus dem Munde des Ersten Bürgermeisters von Hamburg stammende aus: „Wir dürfen nicht vergessen, dass es unser Land war, dass diesen Krieg, auch den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, begonnen hatte“. In anderer Version lautet der sinngleiche Text: „Gewiss, das Krieg war von Deutschland begonnen und vor allem im Osten ...“ usw. Doch daran schließt sich, ausgesprochen oder angedeutet, die Frage, aber war deshalb der anglo-amerikanische Bombenkrieg „gerechtfertigt“. Da weiß der Leser die Antwort schon, wenn er sie nicht vor dem Lesen des ersten Buchstabens bereits parat hatte. Unter Berufung und Fokussierung auf die barbarischen Methoden der Kriegführung wird, so Friedrich, behauptet, es seien in diesem Krieg „die Seiten nicht mehr zu unterscheiden“. Kriegsinteressen, Kriegsursachen, Kriegsziele bleiben ausgeblendet, verdienen auch keine marginale Erwähnung. Und die deutsche Luftkriegsbarbarei hatte doch meist einen wenn auch nicht mehr zu billigenden (behaupteten) militärischen Sinn.

Weltkriege im Vergleich

In den Wissenschaften ist der Vergleich längst unentbehrliches und tagaus und tagein benutztes Mittel geworden, mit dem angehäuftes Wissen überprüft und vertieft wird und auch neue Fragestellungen und Perspektiven gewonnen werden können. Im Umgang mit geschichtlichen Personen, Ereignissen und Entwicklungen drängen sich vergleichende Untersuchungen häufig geradezu unabweisbar auf. Das gilt gewiss für die beiden Weltkriege, die in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts tobten. Der Ertrag solcher Vergleiche hängt in hohem Maße davon ab, wie gründlich die in einbezogenen Personen, Ereignisse und Prozesse forschend durchgearbeitet worden waren. Gilt nur für einen der zueinander in Beziehung Gesetzten, dass über ihn solides Wissen existiert, für den anderen hingegen, dass über ihm noch mehr oder weniger dichter Nebel liegt, dann muss das Resultat dürftig bleiben. Es drohen dann auch Verzeichnungen.

Für die zwischen 1914 und 1918 und zwischen 1939 und 1945 in Europa geführten Kriege trifft nun zu, dass Generationen von Forschern sich mit deren Vorgeschichte und Geschichte sowie mit ihren Folgen gründlich auseinandergesetzt haben. Häufig geschah das freilich mit vorgefasster wissenschaftsfremder politischer oder auch persönlicher Absicht. Die Rechtfertigungsliteratur von Politikern, Militärs und deren Gehilfen füllt Bibliotheken. Doch deren Autoren beherrschen das Feld längst nicht mehr. So konnten die Veranstalter der 43. internationalen Tagung für Militärgeschichte, die 2001 in Potsdam stattfand und vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) ausgerichtet wurde, darauf vertrauen, auf ihrem Wege von thematisch breit angelegten Vergleichen zu neuen Ergebnissen, Sichten und Anregungen zu gelangen. Der vorliegende Band, der die dort gehaltenen Beiträge enthält und sie durch weitere ergänzt, belegt das überzeugend. Und er bestätigt, dass die Militärgeschichte, deren Kernbestand die Kriegsgeschichte bleibt, als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft zum Ganzen unwiderruflich eine neue Beziehung gewonnen hat. Sie ist durch das Verlassen ausgetretener Bahnen bloßer Darstellung von Feldzügen, Schlachten und Gefechten von deren Planung bis zum blutigen Vollzug gekennzeichnet und – wie Amtschef Jörg Duppler im Vorwort schreibt – durch die Teilnahme der Militärhistoriker an einer „kulturgeschichtlichen Erneuerung der Geschichtswissenschaft“ charakterisiert. Die Verwendung des Begriffs Kultur muss da auf die Apothekerwaage nicht gelegt werden. Es ließe sich auch von einem geistigen Prozess reden, der den dialektischen Beziehungen der Wirklichkeit Rechnung zu tragen sucht.

Sieben Gruppen, denen orientierende Einführungen vorangesetzt sind, wurden die 37 Beiträge des Bandes zugeordnet, der nach Abhandlungen zur Charakterisierung der Weltkriege als „Kriege neuen Typus“ und zur Entwicklung des „deutschen Führungsdenkens“ sich den jeweiligen „Welten“ der Soldaten, der Zivilisten und der Besatzer und Besetzten in beiden Kriegen zuwendet., sodann „Erinnerungskulturen und Nachkriegszeiten“ in den Blick nimmt, worunter auch Aufsätze zu Möglichkeit und Wirklichkeit der Ahndung von Kriegsverbrechen subsumiert wurden, und schließlich die „Epoche der Weltkriege als Methodenwerkstatt für eine interdisziplinäre Militär-, Gesellschafts- und Erfahrungsgeschichte“ betrachtet. Beiträge zur literarischen, künstlerischen und kinematografischen Auseinandersetzung mit den Kriegen stehen am Ende des Bandes. Nicht immer konnte das Prinzip des Vergleichens durchgehalten werden. Beispielsweise hätte sich zur Abhandlung über die Begleitung (das ist ein schwaches Wort) und Deutung (das ist ein schillerndes) der beiden Kriege durch evangelische Theologen eine komplementäre über die katholischen Amtsbrüder denken und wünschen lassen.

Wo Tücken des Vergleichs lauern wird etwa deutlich, wenn aus dem, ersten der beiden Kriege sich schlimmste Erfahrungen dem Gedächtnis von Millionen tief eingeprägt haben, die selbst den Nachgeborenen noch geläufig sind, und sich die Wirklichkeit des folgenden Krieges davon krass abzuheben scheint. Das gilt für die Ernährungssituation der deutschen Zivilbevölkerung, die zwischen 1914 und 1918 in eine katastrophale Situation führte (Stichwort: Kohlrübenwinter), während es zu ähnlichen Mangelerscheinungen bis Kriegsende 1945 nicht kam. Nur darf, bei völlig zutreffender Hervorhebung der Ausplünderung der besetzten Gebiete, die einen Teil von deren Einwohnern dem Hungertod preisgab oder sie massenhaft lebenslang schädigte, die Ernährungslage im Reich trotz dieser

Unterschiede nicht als eine von den Machthabern perfekt gemeisterte Aufgabe hervortreten. Denn schon Anfang 1942 häuften sich Klagen von Ärzten über Folgen von Mangel- und Fehlernährung insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Bemerkenswert ist an diesem mit Anstößen für weitere Forscherarbeit gespickten Band, dass es in ihm keine Beiträge zu zwei besonders umstrittenen Themen gibt: zu Kriegsursachen und Kriegszielen. Die Gründe für diese Abstinenz, die ins Bild der zu beobachtenden Abwendung von geschichtstheoretischen Fragen passt, könnten nur die Herausgeber erklären, Nur, en passant kommen Autoren auf diese Fragen zu sprechen, ohne sich auf die Materie selbst angemessen eingelassen. Formulierungen wie die von „den mit wechselnden Intentionen geführten Kriegen“ oder von den „beiden Anläufen des Deutschen Reiches zur Weltmacht“ oder der (jedoch nicht geleisteten) „Analyse zunehmend totaler Kriegsziele“ oder schließlich – um die unvollständige Aufzählung abzubrechen – der Hinweis auf „ein künftiges Kolonialimperium“ bezeugen, dass eine Militärgeschichte, die Kriege als Ereignis, Erlebnis und Erfahrung neu in den Blick nimmt, sich offenbar von der alten Frage „Wie und mit welchen Zielen Kriege eigentlich gemacht werden“ nicht vollständig verabschieden kann, ohne einen schweren Gewichtsverlust zu erleiden.

Angemerkt sei schließlich, dass in dem Band, der allein aus Platzgründen Vergleiche der deutschen Geschichtsschreibung mit jener in anderen an den beiden Kriegen beteiligten Staaten unterlässt, auch die einschlägigen Arbeiten im west- und ostdeutschen Staat nicht zueinander in eine Beziehung gesetzt sind. Das mag, wie die Dinge wenig mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende der Zweistaatlichkeit noch liegen, eher klug, wenn nicht weise genannt werden – selbst dann, wenn vom MGFA nicht zu gewärtigen war, dass sich seine Forscher der Kinkelschen Delegitimierungsforderung unterworfen haben würden.

Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Ferdinand Schöningh Paderborn 2002, 882 S.

Vorstellung des Buches „Geschichte der NSDAP“ in Köln

Als Manfred Weißbecker und ich das Angebot des PapyRossa Verlages in Köln annahmen, unsere vor anderthalb Jahrzehnten zuerst, damals in Verlagen in Berlin und Köln erschienene „Geschichte der NSDAP“ für eine Neuherausgabe zu bearbeiten und selbst als die Arbeit am Manuskript nahezu abgeschlossen war, ahnten wir nicht, dass das Thema im Jahre des Erscheinens des Buches jene Aktualität besitzen würde, die es nun zu erlangen scheint. Das gilt freilich nicht in dem Sinne, dass in Deutschland ein neuer Hitler, in Italien ein zweiter Mussolini oder in Spanien eine Neuausgabe des Franco vor den Türen stehen würden. Jedoch hat die Tatsache, dass eine Partei, die mit Parolen ähnlich jenen der NSDAP hervortritt, in einem deutschen Land binnen relativ kurzer Zeit einen Massenanhang von Wählern erreichen konnte, die Frage aktualisiert, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen und wie es den Hitlerfaschisten gelang, Millionen Deutsche binnen kurzem auf ihre Seite zu ziehen und gegen die Republik zu formieren. Ist Bonn doch Weimar? wird gefragt und damit ein Vergleich gefordert. Und: Was lässt sich aus dem Ende des 1919 geschaffenen Staates lernen?

Nun hat, wer zum besseren Verständnis von Gegenwärtigem in die Geschichte zurückgreift, und das geschieht tagtäglich, sich zweier Gefahren bewusst zu sein. Die Beschäftigung mit der Geschichte kann einerseits zu einer Fessel werden. Das geschieht dann und dort, wann und wo sich Vorstellungskraft allzu eng an das Vergangene bindet und sich auf dessen Wiederholung auf eben jene Weise fixiert, die zur Erfahrungswelt bereits gehört. Aber: die Geschichte wiederholt sich nie auf die gleiche Weise, sie liefert keine Abziehbilder. Andererseits kann der Blick in die Geschichte der Phantasie wieder allzu große Flügel verleihen und dann wird angenommen und erwartet, dass das Vergangene bereits tief und unwiederholbar versunken wäre. Beide Haltungen münden politisch übrigens in der gleichen Konsequenz. Sie liefern die Argumente dafür, sich über gefahrdrohende Zeichen nicht weiter zu beunruhigen. Denn die einen leiten aus ihrem Verfahren die Aussage ab: Es ist ja noch nicht so weit, während die anderen aus ihrer Sicht die Vorhersage entnehmen: Es kann gar nicht mehr so weit kommen.

Zur Sache: In der Geschichtsschreibung über die Geschichte der Weimarer Republik und deren Untergang wird nicht bestritten, dass die entscheidenden objektiven und subjektiven Bedingungen für den Erfolg derer, die diesen Staat zur Strecke bringen und an seine Stelle eine faschistische Diktatur setzen wollten, durch die zyklische Krise entstanden, die 1929 auch Deutschland erreichte und das Leben von Millionen eingreifend verschlechterten, für viele bis zu katastrophalen Folgen. Nicht die Linke, sondern die äußerste Rechte profitierte von dieser Entwicklung. Das Massenelend und die Furcht von Massen, zu verelenden, erwiesen sich als das Aufstiegs- und Erfolgselixier namentlich der NSDAP. Bei den Wahlen am 14. September 1930 erzielte sie einen Erfolg, der als ein politischer Erdrutsch bezeichnet wurde. Nahezu jeder fünfte deutsche Wähler, exakt 18,3 Prozent, votierte für die Hitlerpartei und machte sie gleichsam mit einem Schlage zur stärksten bürgerlichen Partei. Angekündigt hatte sich dieser Erfolg zuvor bereits bei Landtags- und Kommunalwahlen in einzelnen deutschen Regionen, in diesem Ausmaß aber war er nicht vorausgesehen worden.

Wer stellte die Masse des Wahlvolkes der NSDAP und machte sie mit ihrem Massenanhang für die Herrschenden erst attraktiv? Darüber wurde lange gestritten. Heute herrscht eine Auffassung vor, welche die frühen zeitgenössischen Analysen im Kern bestätigt. Ein erheblicher Teil des deutschen ländlichen und städtischen Kleinbürgertums, das in seiner Existenz bedroht war oder sie bereits vernichtet sah. Arbeiter und Erwerbslose und unter ihnen vorwiegend Angehörige der jüngeren Jahrgänge die bisher keine Bindungen an proletarischen Organisationen besessen hatten. Unter diesen Arbeitern befanden sich wiederum viele aus Kleinbetrieben, in denen quasi-patriarchalische Verhältnisse herrschten und gewählt wurde, wie der „Chef“ es anriet. Indessen wurde inzwischen auch nachgewiesen, dass es nicht die Erwerbslosen waren, die sich in ihrer Mehrheit der NSDAP zuwandten. Deren Bindungen an die traditionellen Organisationen der Arbeiter erwiesen sich die Rede ist immer – von der Zeit vor dem 30. Januar 1933 – als stabil. Insgesamt ergaben die Untersuchungen, dass es nicht die schon eingetretene Verelendung sein muss, die nach einem Retter suchen lässt, der sofortige Abhilfe verspricht, sondern dass es häufig gerade der Dauerstress einer Bedrohung der eigenen Lage

und die absolute Ungewissheit über die Zukunft waren, welche die NSDAP ausbeuten konnte. Zudem taten deren Demagogen alles, um ihrerseits die Urheber dieses Zustands, die wirklich wie die vermeintlichen, auf das Schärfste anzugreifen, wobei sie die ohnehin um sich greifenden panischen Reaktionen noch zusätzlich nährten. Je weniger die Menschen noch ein anderes denn ein düsteres Bild von ihrem Morgen sich zu machen vermochten, umso aufdringlicher erklärten die Werber der NSDAP, an ihrer Spitze wäre einer, der das alles nicht nur durchschaue, sondern auch zu ändern vermöchte – Hitler, ihr „Führer" – der Führer der Deutschen werden müsse. Das war der Appell an das Erlösungsbedürfnis von Millionen und die Spekulation auf den Erlöserglauben, der in christlichen Landen seit nahezu zwei Jahrtausenden vorgeprägt war. Es würde eine eigene Darlegung erfordern, die ideologischen, organisatorischen und technischen Mittel auch nur aufzuzählen, die eingesetzt wurden, um diesen Ausweg unter der Führung Hitlers glaubhaft zu machen.

Wenn die Feststellung, dass die später auch Große Krise genannte zyklische Krise der Jahre 1930-1932/33 den Boden lieferte, auf dem der Giftweizen der Faschisten wucherte, dann erhebt sich die Frage, ob die Entwicklung der NSDAP zu einer Massenpartei, die im Juli 1932 schließlich nahezu vierzig Prozent der deutschen Wähler hinter sich zu bringen vermochte, ein unausweichlicher Prozess gewesen ist? Diese Frage lässt sich mit Gründen verneinen. Die politischen Kräfte in der Republik standen dieser Entwicklung nicht mittellos gegenüber, aber ihre Entscheidungen und Maßnahmen förderten den Aufstieg der von Hitler geführten Partei mehr, als dass sie ihn verhindert hätten. Das gilt zunächst einmal für den Regierungskurs, den das seit März 1930 amtierende Reichskabinett unter der Leitung des Zentrumskanzlers Heinrich Brüning. Es war zustande gekommen, nachdem die großbürgerlichen Parteien die vordem bestehende Große Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller aufgesprengt hatten, um an die Staatsspitze eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu setzen. Dem lag die Absicht zugrunde, im Sinne der Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie den Weg für eine Krisenpolitik freizumachen, welche die Lasten dieser Krise den Massen der Arbeitenden aufbürdete und die Verluste der deutschen Großbanken und industriellen Großunternehmen möglichst geringhielt. Praktisch bedeutete das: verschärfte Senkung der Löhne und Gehälter, Minimierung der staatlichen Unterstützungen für Arbeitslose und Rentner und aller weiteren sozialen Leistungen, also den Weg in eine Massenarmut, wie sie Jahre zuvor als Folge von Krieg und Inflation bereits erfahren worden war. Diese ökonomische Strategie ließ den Binnenmarkt mit der unausgesetzt nachlassenden kaufkräftigen Nachfrage der Massen zusätzlich schrumpfen und das wiederum wirkte sich verheerend auf diejenigen aus, die diesen Verfall besonders zu spüren bekamen: die Bauern, die auf ihren Ernten sitzen blieben, ihre Hypotheken und Schulden nicht zu tilgen vermochten, so dass die Gerichtsvollzieher und Zwangsversteigerer auf dem platten Lande zu Dauergästen wurden. Kurzum: Die Regierungspolitik verschärfte die sozialen Auswirkungen der Krise zusätzlich und vermehrte sie erst bis zu jenem katastrophalen Ausmaß, das die Verzweifelten und Hoffnungslosen in die Arme derjenigen trieb, welche ihnen rascheste Abhilfe versprachen, wenn sie nur an die Staatsmacht gelangten. Die Losungen der NSDAP in den Wahlkämpfen waren denkbar einfach, eine von ihnen, auf Plakaten prangend und diese Lage ausbeutend, lautete knapp „Schluss jetzt".

Diese Kabinettspolitik erweiterte zugleich den Spielraum für die Großunternehmen, in ihren Betrieben die als Krisenrationalisierung bezeichneten technischen und organisatorischen Maßnahmen voranzutreiben, mit denen sich die Möglichkeit ergab, weitere Arbeitskräfte entbehrlich zu machen, die verbleibenden Beschäftigten intensiver auszubeuten und derart die Produktionskosten ihrer Waren zu verbilligen. Damit wiederum verschafften sich die Großen unter den deutschen Industriellen bessere Chancen, ihre Positionen auf den schrumpfenden ausländischen Märkten zu behaupten und zu verhindern, dass sie Positionen preisgeben mussten, die sich in den Nachkriegsjahren zum Teil schwer zurückerobert hatten. Der Begriff „Standort Deutschland" und die mit ihm verbundenen demagogischen Kunststücke waren damals noch nicht erfunden, doch ging es auch in der zyklischen Krise jener Jahre genau darum, die eigenen Marktfelder gegen die Konkurrenz zu verteidigen, sie nach Möglichkeit zu erweitern, und dies auf dem Rücken und den Knochen der Arbeiter und Angestellten.

Bis zum heutigen Tage wird in der Geschichtsschreibung darüber gestritten, welchen direkten Anteil die deutsche Großunternehmerschaft am Massenzulauf zur NSDAP besitzt und welche Verantwor-

tung sie für deren Sieg trifft. Es wird erörtert, wer und seit wann diese Partei finanzielle unterstützte, welche Angehörigen der deutschen Wirtschaftselite früh für sie und ihre Einbeziehung in die Staatsmacht eintraten, welche Bankiers und Industriellen zum Beraterstab Hitlers gehörten, wer demgegenüber und in welchem Ausmaß mit der NSDAP konkurrierende Parteien bevorzugte und finanzierte, wer gar weiter auf die Zusammenarbeit mit den ausgebooteten sozialdemokratischen Führern setzte. Jede dieser Fragen verdient Aufmerksamkeit. Doch unabhängig von ihrem unterschiedlichen direkten Verhältnis zur faschistischen Partei war es in erster Linie die gemeinsame und schon 1929 vereinbarte Linie der deutschen Wirtschaftselite, die nazifördernd wirkte.

Damit gewinnt unsere Frage nach der Aufhaltsamkeit oder Unaufhaltsamkeit des Aufstiegs des deutschen Arturo Ui einen weiteren Aspekt. War es nicht zu verhindern, dass die Regierung Brüning, die bis in den Mai 1932 regierte und dann von einem noch reaktionäreren Kabinett unter Franz von Papen abgelöst wurde, das den Generalangriff auf die Tarife und damit eine wesentliche Errungenschaft der Novemberrevolution führte diesen sozialreaktionären und politisch folgenschweren Kurs steuerte? Konnte sie nicht in einem Maße unter außerparlamentarischen Druck gesetzt werden, der sie zum Einlenken zwang? Von den Arbeiterorganisationen ist dieser Druck nicht erzeugt worden. Das verhinderten der in den Gewerkschaften weit verbreitete Glaube, dass sich erfolgreiche Abwehrkämpfe unter den Bedingungen einer solchen Krise nicht organisieren ließen. Die Desolidarisierung, die unter solchen Bedingungen unvermeidlich eintritt, die Erscheinungen der Resignation und der Lethargie, die Haltung, man müsse die Durststrecke eben durchstehen, die schließlich durch eine Neubelebung der kapitalistischen Wirtschaft beendet werden würde, banden oder lähmten die Kräfte. Doch hätten sich solchen Erscheinungen von Arbeiterführern zumindest entgegenwirken lassen, wenn dazu der politische Wille vorhanden gewesen wäre. Die sozialdemokratischen Politiker, damals mit der ganzen Partei noch auf das sozialistische Ziel festgelegt, scheuten die Konfrontation mit der Regierung Brüning, weil sie im größten deutschen Land, in Preußen die Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei nicht gefährden und sich nicht von dem in seiner Bedeutung überschätzen Teil der Macht trennen wollten, den sie noch behauptet hatten. Mit Brüning kämpften sie schließlich für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und es vergingen nur 10 Monate und dieser Herzensmonarchist ernannte Hitler zum Reichskanzler. Der Druck der kampfbereiten Anhänger wurde derart nicht gegen diejenigen gerichtet und gebündelt, die im beschriebenen Sinne für den Aufstieg der NSDAP den Boden bereiteten, sondern gleichsam gespeichert so etwa in den Reihen der Eisernen Front für den „Ernstfall“, falls Hitler nach der Macht greifen sollte. Wie das geendet, ist bekannt.

Und die Kommunisten? Sie waren bereit, den außerparlamentarischen Kampf gegen den Brüning-Kurs und die großunternehmerische Politik zu führen und mobilisierten in den Grenzen ihrer Möglichkeiten ihre Anhänger. Da sie in den Betrieben schwach und immer schwächer verankert war, bedeutete das mehr und mehr die Demonstration auf der Straße. Doch für ihre begrenzte Reichweite wurde ausschlaggebend, dass die KPD sich mit der Losung „Sowjetdeutschland“ als Alternative zu Hitlerdeutschland von der Masse der Arbeiter und Angestellten trotz ihrer beeindruckenden Wahlerfolge isolierte und sich selbst bündnisunfähig machte. Die Zersplitterung der Arbeiterkräfte und die unausgesetzten Kämpfe zwischen ihren Strömungen hat deren Anziehungskraft erheblich gemindert. Und wiewohl in allen diesen großen und kleinen Abteilungen der deutschen Arbeiterbewegung gesungen wurde „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“, erwies sich auf erhebliche Teile der Werktätigen die Verheißung des Erlösers Hitler als zugkräftiger. Die beiden großen Arbeiterparteien, das lässt sich an ihren Wahlergebnissen deutlich ablesen, vermochten in den Jahren der Wirtschaftskrise von 1930 bis 1932 nicht entscheidend in proletarische und kleinbürgerliche Wählerschichten einzubrechen, die bis dahin den bürgerlichen Parteien der sogenannten Mitte gefolgt waren. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 erhielten die beiden Parteien gemeinsam 13, 2 Mill. Stimmen. Bei den infolge einer vorzeitigen Auflösung des Reichstags anberaumten Wahlen gewannen sie nah zwei Krisenjahren 13, 3 Millionen und waren gemeinsam knapp hinter das Aufgebot der NSDAP zurückgefallen. Bei den letzten Parlamentswahlen, die in der Weimarer Republik stattfanden, im November 1932 waren es wiederum 13, 2 Millionen, die für KPD oder SPD votierten. In diesem Zeitraum hatte sich eine Verschiebung der Arbeiterwählerschaft von der Sozialdemokratie zu

den Kommunisten hin ergeben, aber insgesamt stagnierten die Anhänger der beiden großen Arbeiterparteien. Keine Rede konnte davon sein, dass die Linke aus der Krisensituation von Wirtschaft und Politik profitiert hätte.

In Prozenten ihres Stimmenanteils stellt sich die Entwicklung so dar: 1930 gewannen die beiden Parteien 37,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den ersten Wahlen des Jahre 1932 verbuchten sie 36,2 Prozent, verloren also geringfügig, und bei den zweiten erreichten sie 37,3 Prozent, womit sie aber die Bilanz des Jahres 1930 noch nicht wieder erreicht hatten. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Ergebnis, das aus den sogenannten Goldenen Zwanzigern, aus dem Jahre 1928 stammt, als die Sozialdemokratie einen beeindruckenden Erfolg gelang und die Kommunisten gegenüber 1924 erheblich hinzugewannen, dann lässt gar ein Rückgang des Wähleranteils feststellen. 1928 nämlich wählten 40,4 Prozent die beiden verfeindeten Arbeiterparteien. Die katholisch gläubigen Arbeiter folgten dem Rat ihrer Bischöfe und blieben als Wahlvolk der Zentrumspartei und ihrem bayerischen Ableger, der Bayrischen Volkspartei treu. Die in ihrem Wesen antirepublikanische Deutschnationale Volkspartei verlor einen erheblichen Anteil ihres Wahlvolkes an Hitlers Agitatoren. Doch auch die Schritte von der Wahl der Parteien der Mitte hin zum Votum für die NSDAP erwiesen sich als ungleich kürzer, die ideologischen und politischen Barrieren als viel weniger hoch, als diejenigen nach der linken Seite des Parteispektrums. Auch dieser Vorgang bewies, dass die Partei mit dem Hakenkreuz nach ihrem Charakter eine bürgerliche Partei, wie seinerzeit bereits hinzugesetzt wurde, von neuem Typus war. Insgesamt lässt sich feststellen: Aus dem durch die Krise vergrößerten Wählerreservoir derer, die eine radikale Veränderung der Machtverhältnisse wollten, hatten die Faschisten geschöpft.

Es zeigte sich, dass gerade in Zeiten extremer sozialer und existentieller Not diejenigen im Vorteil sind, die den Verzweifelnden skrupellos rasche Lösungen anbieten. Denn, wie ein russisches Sprichwort sagt: „Der Hungrige denkt nur ans Brot“. Den faschistischen Werbern kam zudem zugute, dass sie keine hürdenhohen intellektuellen Ansprüche stellten. Es wurde nicht verlangt, sich in komplizierte gesellschaftliche Zusammenhänge hineinzudenken und immer wieder die eigene strategische und taktische Konzeption zu überprüfen. Appelliert wurde an Glauben und Treue, Glauben an die erlösenden „Idee“ und Treue zum erlösenden „Führer“. Obwohl auch Hitler und seine Clique wussten, dass die Verhältnisse keine einfachen Lösungen erlaubten, operierten sie vorsätzlich und wider ihr eigenes anderes Wissen mit den einfachsten und einprägsamsten Losungen. Nationalismus und Nationalchauvinismus, Judenfeindschaft und Rassendogmen mussten sie Millionen Deutschen nicht erst lehren. Sie konnten an die geistige Vorarbeit anknüpfen, die von den unterschiedlichsten Fraktionen bürgerlicher Parteien und Verbände, vom Staat und von den Kirchen geleistet worden war, und sie vermochten diesen bereits angerichteten Brei aus wirren Ideen und dumpfen Gefühlen hoch zu kochen. Ja, diese von der NSDAP versammelten Anhänger drückten einen Protest aus und hätten damals rechtens auch „Protestwähler“ genannt werden können. Wenn darunter aber verstanden wird, dass sich ihre Gesinnung und Haltung auf das entschiedenste Nein zu den herrschenden sozialen und politischen Zuständen und auf sonst nichts beschränkte, dann wird übersehen, dass diese Protestierenden, ohne das ihnen eine zeitaufwendige Lektüre abgefordert wurde, über herausgeschriene und plakatierte Losungen, durch aufputschende Flugblätter und ebensolche Reden ihrer Führer reaktionär ideologisiert waren. Auf viele dieser damaligen Wähler und NSDAP-Anhänger trifft auch zu, dass sie verführt worden waren. Wenn jedoch darunter begriffen wird, sie hätten sich in einem unbedachten Moment dazu missleiten lassen, in einer Wahlkabine ihr Kreuz hinter der Spalte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu machen nah der Art wie jemand seinen zufällig erworbenen Lottoschein ausfüllt, dann werden die bereits entstandenen geistigen und mentalen Bindungen dieser Wähler an einen bestimmten Verführertyp erheblich unterschätzt. Diejenigen, denen seinerzeit der Aufstieg der NSDAP als rätselhaft erschien, haben sich ihn durch Bilder erklären wollen, die aus den verschiedensten Bezirken außerhalb von Politik hergeholt wurden, etwa aus der Medizin. Die Rede war von Krankheit und Epidemie. Damals wie heute tauchte das Legenden- und Sprachbild des Rattenfängers von Hameln auf, der ja nicht nur Ratten zu fangen verstand, sondern als unbezahlter Arbeiter sich an der Stadt durch die Verführung von Kindern rächte. Ob der Vergleich nun auf die Ratten

oder auf die Kinder zielt, in jedem Falle assoziiert er doch eine entweder nicht vorhandene oder eine unentwickelte Urteilskraft. Gemeinsam war und ist allen diesen Bildern, dass sie das Denken im Hinblick auf die Kernfrage trübten und missleiteten: Wodurch war dieser rasche und sichtlich leicht errungene Erfolg der faschistischen Werber möglich? Die Antwort wird im Zustand und in der Lage der „Verführten“ gesucht oder in den angeblich besonderen Fähigkeiten und Mitteln der „Verführer“ oder in beidem und da kann viel gefunden werden. Doch da stehen bleiben, heißt die tiefergreifende Frage vermeiden, warum in dieser Gesellschaft, von der die regierenden Politiker immer wieder ihr festgegründetes demokratisches Fundament beteuern, eine erhebliche Zahl von Menschen gegen nationalistische und rassistische Ideen und Stimmungen nicht nur nicht immunisiert ist, sondern sich für sie rasch mobilisieren lässt. Mit anderen Worten: Wird nicht auch heute und nicht erst seit gestern solchen Erfolgen der Rechtsextremen vorgearbeitet und säen und ernten die nicht auch, wo andere den Boden bereits präpariert haben?

Heute ist mit Bezug auf die DVU und deren Erfolg in Sachsen-Anhalt von einer „Phantompartei“ die Rede. In gewisser Hinsicht galt das regional 1929/30 auch für die NSDAP. In weiten Gebieten des flachen Landes besaß sie zunächst keine organisatorischen Strukturen, verfügte über keinerlei Mitgliederbasis und folglich auch über keine örtlichen Führer. Zunächst entsandte sie ihre Redner in kleinere Ortschaften und auf Dörfer, die sich mit den lokalen Verhältnissen bekanntmachten und auch aus ihnen ihre Argumente gegen „das System“ schöpften. Vereinfacht ließe sich sagen: die Organisation folgte der Agitation, in deren Ergebnis und aufgrund von deren Erfolgen sich erst Stützpunkte der Partei herausbildeten, aus denen Ortsgruppen entstanden. Ob dieser Effekt wieder eintritt, lässt sich schwer voraussagen. Sicher aber ist aus der Erfahrung der NSDAP-Geschichte jener Zeit, dass die Enthüllungen von dunklen Seiten in den Biographien ihrer Führer und Funktionäre bei der Masse ihrer sich formierenden Anhänger nicht den beabsichtigten, sondern den gegenteiligen Effekt hervorriefen. Solche Attacken wurden – wahr oder falsch – nur als Verleumdungen und Versuche der Feinde abgetan, der großen Sache zu schaden.

Lassen sich aus dem Gesagten irgendwelche nutzbringenden Schlussfolgerungen für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit den Rechtsextremisten ziehen? Zumindest machen sie deutlich, wie wichtig es ist, durch den Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates das Feld einzuschränken, auf dem die Demagogen ackern, säen und ernten. Zu meinen, dass seine Sache der Parlamentarier und der Gesetzgebung allein, heißt zu kurz greifen. Die heutigen deutschen Regierungen, gleich von welcher Koalition sie gebildet und gestützt, werden sich wie bisher dem permanenten Druck der Organisationen und Institutionen des Großkapitals ausgesetzt sehen und natürlich nicht nur eines Drucks in Worten und Resolutionen. Nur wenn dem ein Druck der Organisationen der Lohnabhängigen und der Erwerbslosen entgegengesetzt wird, kann überhaupt erreicht werden, dass dieser Gesellschaft die Möglichkeiten ausgenutzt werden, die in ihren Grenzen existieren, eine politische Wende herbeizuführen, von der so oft und von so vielen gesprochen wird. Für den Wahlkampf bedeutet das, nicht nur über Kandidaten und künftig denkbare Konstellationen zu sprechen und zu spekulieren, sondern den klar zu sagen, eine wie begrenzte Chance der Stimmzettel bietet, selbst wenn am Ende das Resultat erreicht wird, das der jeweilige Wähler wünschte. „Und Du sollst es jedem sagen: Hindenburg wählen heißt Hitler schlagen“, lautete die Parole der Sozialdemokratie im März und April 1932. Darin drückte sich nicht nur schlechthin ein Irrtum aus. Darin widerspiegelte sich bereits jene wachsende Distanz zu außerparlamentarischen Kämpfen und mithin das Misstrauen in die eigenen Kräfte. Und darin schlug sich auch nieder, wie weit die von Marx und Bebel herkommende Partei sich bereits von jeder materialistisch orientierten gesellschaftlichen Analyse entfernt hatte und ihrer Führer in den Kategorien von Personen dachten und argumentierten, die angeblich die Geschichte machen. Die Verengung des Bodens für rechtsextreme und faschistische Werber ist in dieser zweiten deutschen Republik ebenso wie in der ersten, der Weimarer, denkbar, aber sie ist heute wie damals nur denkbar in einer Kombination von parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen von Dauer. Ob das von denen, die eine Wende in der Situation der Massen in Deutschland wirklich wollen, ausreichend klargemacht wird, daran lassen sich Zweifel anmelden.

Zum Schluss und zu einer Ausgangsbemerkung zurückkehrend, muss aber noch einmal betont werden, dass die Veränderung der Strategie der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter allen Maßnahmen gegen eine rechtsextremistische Gefahr sicher die wichtigste bildet, aber dass sie zugleich nur über längere Fristen und als Folge der Veränderung der Haltung von Millionen Bürgern und zwar ihres Dauerverhaltens gedacht werden kann. Das kann schwerlich von heute auf morgen erreicht werden. Notwendig und als rascher erreichbar erscheinen Maßnahmen einer politischen und ideologischen Mobilisierung derjenigen Kräfte, die für eine demokratische und soziale Republik eintreten. Diese Operationsrichtung wird, wie sich soeben am Verhalten der CDU in Sachsen-Anhalt und am Kurs der CSU, welche die „rechten" Felder besetzen will, massiv blockiert. Doch gebieten Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, die vielen demokratischen Organisationen und im Osten Deutschlands die PDS, Berufs- und Laienkräfte in den Kirchen und deren Zusammenschlüssen über hinreichende Potenzen, durch deren Einsatz sich ein Klima schaffen ließe, dass den Werbungen und Initiativen von DVU, Republikanern, Nationaldemokraten und ihren Ablegern schwer abträglich wäre. Über die meisten Mittel dafür verfügt freilich der Staat, der seinen Einfluss durch Gesetzgebung, Justizpraxis, durch Lehrer- und Schul- und allgemeine politische Bildung, durch eine von republikanischem Geist geprägte innere Führung in den Streitkräften und in der Polizei geltend machen könnte. Doch so wenig in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Veränderungen als bloße Frucht parlamentarischer Initiativen zu erwarten sind, so wenig sind sie in der Innen-, der Justiz-, der Kultur- oder der Bildungspolitik allein mit dem Stimmzettel denkbar. Das Klima, um nur an eine von vielen Tatsachen zu erinnern, das sich im Zusammenhang mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht" zeigte, charakterisiert die Resultate einer Politik, die zwar noch behauptet, Mitte zu sein, die aber diese Kennzeichnung längst nicht mehr verdient.

Das entschiedene Ja zu Initiativen, die im Rahmen dieser Gesellschaft Barrieren gegen den Rechtsextremismus schaffen will, wäre aber unehrlich, würde nicht ebenso bestimmt gesagt werden, dass die am Beginn dieses Jahrhunderts von Lenin ebenso wie von Hilferding konstatierte antidemokratische Tendenz den kapitalistischen Zuständen nach wie vor innewohnt und sich weiter verschärft hat. Am Ende dieses Jahrhunderts werden die Bürger vieler Staaten von immer mehr sie betreffenden Entscheidungen ausgeschlossen, wird für sie, was sie auch nur in allernächster Zukunft erwartet, immer unübersichtlicher und weniger durchschaubar. Ja, diese Entwicklung wird manchen Politikern geradezu zum Argument, den Bürger zu entmündigen und das Entscheidungsmonopol für sich zu monopolisieren, denn dieser Bürger sei ja doch außerstande, darüber zu befinden, was ihm am Ende nützt und was ihm schadet. Diese Überlegung führt über mein Thema und über das Machbare hinaus. Doch sollte nicht ungesagt bleiben, dass von den Linken zu einem erfolgreichen Kampf gegen die Rechtsextremisten, die ein verschwommenes Bild von einem zukünftigen Deutschland entwerfen, das angeblich „den Deutschen" gehören wird, ein klar konturiertes Gegenbild verlangt werden muss. Es allein zu entwerfen, fällt nach dem Ende des „Realsozialismus" offenbar schwerer als am Anfang der modernen sozialistischen Bewegung vor mehr als 150 Jahren. Doch ist diese Anstrengung unumgänglich.

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt

Kein vertontes Gedicht deutscher Sprache ist in seinem Text und in seiner Nutzung so umstritten worden und geblieben, wie das 1841 während eines Aufenthalts auf der damals englischen Nordseeinsel Helgoland geschaffene „Lied der Deutschen“. Sein Verfasser: August Heinrich Hoffmann (1789-1874), der seinem Namen nach seinem Geburtsort den Zusatz von Fallersleben gab, Es wurde von bürgerlichen Demokraten ebenso als Kampflied gesungen wie von rassistischen Antisemiten. Deutsche Parlamente haben über die Wahl dieses Liedes zur Hymne zu keiner Zeit entschieden. Es wurde von einem sozialdemokratischen Reichspräsidenten, dann von der faschistischen Führung, später von christlich-demokratischen Bundeskanzlern (zweimal) zur Nationalhymne erklärt. Seit 1991 gilt die 3. Strophe des Liedes, mit den Worten beginnend: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“, als Nationalhymne der BRD. Sie wird bei Staatsattacken, militärischen Zeremonien, auch bei internationalen Sportwettkämpfen gespielt und gesungen, ohne jene Popularität erlangt zu haben, welche die „Marseillaise“ oder „God save the king (the queen)“ besitzen.

Das noch 1841 bei Julius Campe (Hamburg) gedruckte und nach einer Melodie aus Joseph Haydns Kaiserquartett Opus 76, Nr. 3 G-Dur gesungene, später auf ein halbes Hundert verschiedene Weisen vertonte Lied, dessen Text wieder und wieder auch in Spottliedern abgewandelt wurde, nahmen Demokraten in der Frankfurter Nationalversammlung 1848 auf. Zu des Verfassers Enttäuschung wurde es 1871 nicht Staatshymne, da dem Text die Verherrlichung der Monarchie und ihrer Spitze fehlte. Benutzt wurde es im Kaiserreich jedoch u.a. als Kampflied gegen Juden, die Arbeiterbewegung wegen des Internationalismus der angeblich „vaterlandslosen Gesellen“ und mehr noch zur nationalistischen Aufputschung, beschrieb die erste Strophe ein Reichsgebiet („Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“), das sich tatsächlich soweit nicht erstreckte. Hier könnte noch erwähnt werden, dass der Text Aufnahme in nahezu alle Schulbücher und Soldatenliederbücher fand und den Titel einer Unmenge an nationalistischer Literatur lieferte Am 17. August 1922 erklärte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert das Lied zur Nationalhymne der Weimarer Republik. Die Faschisten übernahmen sie 1933 und setzten ihr ein SA-Kampflied ihres Idols Horst Wessel („Die Fahne hoch“) hinzu.

Während sich die DDR 1949 nach einem Text Johannes R. Bechers in der Vertonung von Hanns Eisler eine eigene Hymne schuf, scheiterten in der BRD alle Versuche, ein Gleiches zu tun. Die 3. Strophe des Deutschlandliedes wurde, obzwar es zu einem Schlachtgesang von Kriegstreibern, Eroberern und Massenmördern geworden war, durch eine überraschende Aktion des Bundeskanzlers Konrad Adenauer 1950 wieder gesungen und 1952 gegen den Widerstand vieler offiziell zur Hymne des westdeutschen Staates erklärt. Die Versuche, 1990 nach dem Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik dies zu ändern und an ihrer statt das sog. „Kinderlied“ Bert Brechts zu setzen (Schlussstrophe: „Und weil wir dies Land verbessern/lieben und beschirmen wir’s. Und das Liebste mag’s uns scheinen/so wie anderen Völkern ihrs.“) verliefen sich – analog zu den Bemühungen um eine neue Verfassung -trotz prominenter Unterstützer aus Politik, Kunst, Literatur und Wissenschaft, ohne dass darüber eine breite Diskussion stattgefunden hätte, im Leeren.

Karl Gass zum Fünfundachtzigsten

Auf den Seiten dieser Zeitschrift sind umfassende Grußadressen aus Anlass von Geburtstagen, Ehrungen, Jubiläen, Verleihungen von Orden und dergleichen unüblich. Das ist ein Glück und vermeidet Peinlichkeiten. Denn solches missrät mit der Aufzählung der Verdienste zumeist zu einer Art verfrühtem Nachruf. Den hat Karl Gass zum wenigsten verdient. Er begeht dieser Tage seinen 85. Geburtstag, unverdrossen und angestrengt arbeitend, Einladungen zu Vorträgen und Diskussionen folgend und dafür weite Reisen auf sich nehmend, so sein Leben ausfüllend und bereichernd.

Auf die Idee, es mit seinen Meriten um den Dokumentarfilm genug sein zu lassen, wodurch er in DDR-Zeit weithin bekannt geworden war, konnte er nicht verfallen. Es war ihm nämlich um die Anhäufung von Lob und die Erhöhung seines Bekanntheitsgrades nicht gegangen. Worum dann? Er wünschte um sich mehr Wissen über die deutsche Geschichte zu verbreiten, namentlich über jene Jahre, die gemeinhin die „dunkelsten“ genannt werden. Wird er heute beispielsweise zu einer Wiederaufführung seines Dokumentarfilms über Karl Dönitz, den Befehlshaber der U-Boot-Flottillen, späteren Oberkommandierenden der Kriegsmarine, sodann Nachfolger Hitlers als Oberhaupt des Deutschen Reiches in Agonie eingeladen, dann braucht ihm um ein interessiertes Publikum in alten wie neuen Bundesländern nicht bange zu sein.

Indessen hat Karl Gass das Metier gewechselt und sich den schreibenden Historikern zugesellt. Auch der Schwerpunkt seines Interesses ist neu gesetzt. Im häuslichen Quartier an der Grenze zwischen Berlin und Brandenburg und in Potsdams Nachbarschaft ist ihm auch durch geographische Nähe der alsbald nach 1990 nach Ostdeutschland zurück gekehrte Preußenkult früh bitter aufgestoßen. Von der „Heimkehr“ der Särge der preußischen Herrscher aus dem Hechinger Exil an den einstigen Herrschaftssitz bis zu meist unsäglichen Feiern im eben verflossenen Jahr, in dem an die Erhebung des Kurfürstentums zum Königreich erinnert wurde, hat er sich als Beobachter und Analytiker nichts erspart, sich in Quellen und Darstellungen wieder und neu belesen und gegen die weitgehende Amputierung der Geschichte Preußens auf Musik und Tanz, auf Schlösser und Kirchen, auf Gärten und Kartoffeln angeschrieben.

Es sei, so wurde ihm kürzlich auf einer Veranstaltung in Berlin-Treptow gesagt, seine Darstellung doch nicht ausgewogen. Er hat darauf geantwortet, er bekenne sich zu Einseitigkeit. Dem vielerfahrenen Manne scheint das gemäßigte „Ja, aber“ keine angemessene Reaktion auf einen Vorgang, der im Nachdenken über deutsche Vergangenheiten einen Siebenmeilenschritt zurück bedeutet und dazu geführt hat, dass einem Manne wie Franz Mehring zwar in Berlin noch der Name eines Platzes geblieben ist, er aber gemeinhin behandelt wird wie ein toter Hund.

Wie sich Gass Erholung von derlei Strapazen verschafft, die ihm beim Studium der Wirklichkeit wie der zeitgenössischen Geschichtspropaganda doch auch fortgesetzt intellektuell schmerzen? Er hat sich jüngst dem kurzen Leben eines preußischen Revolutionärs zugewandt und die erste Biographie des Maximilian Dortu vorgelegt, den sein König niederschießen ließ. Am Ende dieses Bändchens finden sich Angaben zur Biographie des Autors, der im Jahr 1917 in Mannheim geboren wurde.

Gruß nach Kleinmachnow: Sto lat, Karl. (2002)

30. Januar 2003. Gedanken zu einem Jahrestag

Wenn uns von einem geschichtlichen Ereignis siebzig Jahre trennen, rückt es aus der Zeitgeschichte. Die bestimmt sich nach freilich aus subjektiver Sicht gewonnener Auffassung danach, ob vom Vergangenen noch Zeitgenossen berichten können, die eigene Erinnerungen an die Geschehnisse besitzen. Für den 30. Januar 1933, den Tag da Hitler, zum Reichskanzler ernannt wurde, gilt das nur noch für wenige der unter uns Lebenden. Aussagefähig sind zudem sind keineswegs alle, die damals jung waren, denn wie zu allen Zeiten gab es auch damals nicht wenige, die Politik eben Politik sein ließen. Am schärfsten erinnern sich hingegen die Geschlagenen, für die, wenn sie nicht resignierten, Jahre gefahrvollen antifaschistischen Kampfes begannen. Kurt Goldstein, einer von ihnen, hat uns unlängst zugerufen: Fragt uns, wir sind die letzten.

Umso mehr Aufmerksamkeit kommt der Literatur über die Machtübergabe an den Faschismus in Deutschland zu. Was aus materialistischer Sicht geschrieben wurde, ist vom Buchmarkt und aus öffentlichen Bibliotheken verschwunden. Die einen begingen diese Unkulturtat vorsätzlich, andere aus Anpassungssucht oder Dummheit. Wer bewahrt hat, was Wolfgang Ruge, Fritz Klein, Joachim Petzold, Manfred Weißbecker und andere damals schrieben, mag es kritisch wieder lesen und an Kinder und Enkel weitergeben. Damit sie nicht mit Legenden und Fälschungen abgespeist werden. Die jüngst von den großen bürgerlichen Zeitungen in Umlauf gesetzten besagen, dass die Nationalsozialisten eine besondere Bewegung in die Moderne dargestellt hätten, dass sie auf einen „totalitären Volksstaat“ aus gewesen seien, dass Judenverfolgung und Judenmord vor allem den einfachen Leuten zugutegekommen seien. Tief verborgen wird, was in Monographien von Historikern nachzulesen ist: dass einflussreiche Kräfte der deutschen politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Eliten auf den Untergang der Republik hinarbeiteten und schließlich Hitler und seine Partei an die Macht brachten. Auf dem Wege einer Intrige, wie Carl von Ossietzky in einem seiner letzten Artikel in der *„Weltbühne“* treffend schrieb. Nicht zu vergessen, Millionen Deutsche stellten zuvor das Stimmvieh und die Gefolgschaft dieser Partei und ohne sie wären die Faschistenführer uninteressant gewesen. Doch gewählt wurde Hitler von einer Bevölkerungsmehrheit nicht. Erst auf der Woge des Sieges gewann er die Majorität, dann aber rasch.

Das Ereignis des 30. Januar 1933 steht am Beginn eines verhängnisvollen Weges in den Krieg, in dessen Verlauf die Deutschen in Europa Beispielloses anrichteten, bis sich viele, die Instrumente des Regimes gewesen waren, selbst eine besondere Kategorie von Opfern bildeten. Die Erinnerung bietet eine Warnung. Sie entschlüsselt sich nicht durch Gleichsetzung von Gestern und Heute. Sie muss erarbeitet werden. Ohne den durch Wissen geschärften Blick in die Vergangenheit kann das nicht geschehen.

In Memoriam Willy Hundertmark

Ende des vergangenen Jahres wurde in Bremen Willy Hundertmark zu Grabe tragen. Die Trauerrede hielt ihm Hartmut Drewes, bis vor kurzem Pastor in dem bremischen Ortsteil Oslebshausen. Beide lernte ich vor Jahren an ein und demselben Tage kennen. An „drittem Ort“, in Kladno in der Tschechoslowakei, in jener Stadt, in der viele Männer des Dorfes Lidice bis zu jenem Tage schwer gearbeitet hatten, da die deutschen Faschisten sie in einem Akt blinder barbarischer Rache ermordeten.

Anlass unseres Aufeinandertreffens war ein Seminar der Lidice-Initiative, einer Gründung, die in er Hansestadt in der erklärten Absicht erfolgt war, das Verhältnis der Bundesrepublik zu diesem Nachbarstaat zu bessern und dazu ein Gegengewicht gegen die im Süden dominierenden Landsmannschaften der einstigen Sudetendeutschen zu gewinnen, die auch nur jede Normalisierung der staatlichen Beziehungen blockierten. Das besondere, ja außergewöhnliche an dieser Initiative war ihre Zusammensetzung. In ihr mischten sich Vertreter von Organisationen und Institutionen, darunter der durch einen Prorektor vertretenen Universität, und Frauen und Männer, die nur sich selbst „vertraten“. Pfarrer der evangelischen Kirchen Bremens, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Angehörige von Jugendorganisationen kamen da zusammen. Sie begegneten sich mit ihren Partnern in Lidice/Kladno, Prag, Banská Bystrica und Terezín/Theresienstadt auf tschechischem und slowakischem Boden, in Bremen und in Marburg, einmal auch in der DDR. In der westdeutschen Stadt ihrer Gründung war die Initiative zu Zeiten, da die Leitung der Stadt in sozialdemokratischen Händen lag, akzeptiert. Tagte sie dort, verfehlten die Bürgermeister nicht, die Teilnehmer zu einer Begrüßung zu laden. Ein Jugend-Begegnungshaus erhielt die Namen „Lidice“.

Das also war das Feld, oder sollte ich sagen: der Acker, auf dem ich Willy kennen lernte, den, wo er mitwirkte, kaum jemand übersehen konnte. Dabei war er extrem klein von Körperwuchs, ohne dass ihm dadurch auch nur der Anflug eines Napoleon-Komplexes geworden wäre. Es fehlte ihm weder an Selbstbewusstsein noch an Bestimmtheit des Auftretens, das durch eine Stimme unterstrichen wurde, die aus einem mächtigen Brustkorb hervorkam. Wo er war, suchte er eine Sache voran zu bringen, immer mit dem Blick darauf, dass Veränderung nicht aus bloßen Erklärungen hervorgeht, sondern die Tat braucht, immer darauf bedacht, dass aus den Wenigen ein Mehr werden müsste, wenn Kräfte sich geltend machen sollten.

Willys praktisches Verhalten ging einher mit dem Wissen um die Bedeutung aller Anstrengungen, zunächst geistig hinter die Verhältnisse zu kommen. Auch in dieser Hinsicht erwies er sich als „gelernter Kommunist“. Was ihn von manchen seiner Herkunft und Erfahrung, die Faschisten hatten ihn schon bei der ersten Verhaftungswelle am 3. März 1933 in ein Konzentrationslager geschafft, war seine Geduld, auch seine Fähigkeit, eine angespannte Debatte mit einem Scherz oder einem Witz aufzulösen. Sollte ich Willy Hundertmark herausragende menschliche und politischen Eigenschaft nennen, so würde mir ein Wort genügen: Glaubwürdigkeit.

In Bremen werden den Mann, der 1989 übrigens mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde und auch andere Ehrungen erfuhr, der bis an sein Lebensende den Ehrenvorsitz der VVN innehatte, viele in lebhafter Erinnerung behalten: Jene, die sich noch an seine Zeit als Betriebsrat erinnern, als Gewerkschaftsfunktionär, an seine Tätigkeit in gewiss mehr als einem halben Dutzend weiterer Rollen, die im aufgetragen wurden oder die er sich selbst aufhalste. Vielen Jüngeren dürfte Willy als „Zeitzeuge“, mehr noch als ihr Führer auf einem der vielen antifaschistischen Stadtrundgänge im Gedächtnis bleiben. Ich verdanke ihm eine ganz private Veranstaltung dieser Art und fand, dass selten ein Zugereister ein so enges Verhältnis zu einer Stadt und ihrer Geschichte gewinnt und sie zu ihm.

Ein erworbenes Verdienst und die Versuche, es zunichte zu machen

Nach letzten Meldungen beendet die „Wehrmachtsausstellung“ ihre Rundreisen in und durch deutsche Lande. Nachdem sie in Peenemünde gezeigt worden war, wird sie noch in Dortmund zu sehen sein. Über ihre weitere Verwendung muss entschieden werden. Der Gedanke, sie auf Dauer an einem Ort zu stationieren, wurde schon erwogen. Wo immer die Entscheidungen münden, es erscheint angemessen, eine Zwischenbilanz der Wirkungen zu ziehen lässt, die mit der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ erzielt werden konnten.

Mehrfach wurde festgestellt, ihren Urhebern sei etwas gelungen, was die Geschichtswissenschaft vordem nicht zustande brachte. Hunderttausende Besucher vertieften oder korrigierten ihre Vorstellung von der Rolle der deutschen Streitkräfte während der Jahre, da sie weiteste Gebiete Europas eroberten und besetzt hielten. Auch wenn in Wort und Bild vom imperialistischen Zug ohne Beispiel nur Ausschnitte gegeben werden konnten, erledigte sich durch sie jene in der Bundesrepublik seit frühester Nachkriegszeit gepflegte Vorstellung, wonach es nur Spezialeinheiten des Faschismus gewesen waren, auf deren Konto Verbrechen gegen Kriegsrecht und Menschenrechte zu schreiben wären.

Dieses Bild stand von Anbeginn in Widerspruch zu dem, was schon 1945/46 der Hauptkriegsverbrecher-Prozess und dann die Gerichtsverhandlungen gegen Angehörige des Oberkommandos der Wehrmacht und die „Südostgenerale“, führende Militärs, die auf dem Balkan in Jugoslawien und Griechenland blutige Spuren hinterlassen hatten, zu tage förderten. Auf diese Tatsachen hatte nicht nur der „kleine Mann“, gestern noch Wehrmachtssoldat, unwillig und abweisend reagiert. Adenauer, sich an ihn, den nunmehrigen Wähler in der Bundesrepublik, heranschmeißend, plädierte im Bundestag für die Abschaffung des Wortes „Kriegsverbrecher“. Es seien ja nur ganz wenige gewesen ...

Niemand weiß, wie tief die jüngst gewonnenen Erkenntnisse reichen. Manches spricht dafür, dass es hinter den neu gewonnenen Aussichtspunkt in die Vergangenheit kein Zurück geben wird. Das Bild der Täterkolonne, stempelte nicht jeden der insgesamt 18 Millionen Angehörigen der Wehrmacht zum Verbrecher, machte aber deutlich, dass die militärisch Großorganisation insgesamt an einem verbrecherischen Unternehmen beteiligt gewesen war. Es dürfte sich nicht leicht wegwischen lassen. Indessen wird an Gegenbildern gearbeitet. Ihr Hauptstück bildet die Darstellung der deutschen Opferkolonne, reichend von den „Gefallenen“ der Stalingrader Schlacht über die Opfer des Luftkrieges in deutschen Städten bis zu denen, die im Osten des Reiches vor der Front flohen und später vertrieben oder ausgesiedelt wurden. Meinen die einen, damit sei Sühne schon geleistet worden, erheben andere den Anspruch, die Deutschen in die internationale Opferkolonne hinter den Juden auf Platz einzuordnen. Seit Monaten wird eine Kampffront für ein Vertriebenen-Zentrum mit Sitz in Berlin organisiert. Machen wir uns besser keine idyllischen Vorstellungen vom Wandel des Geschichtsbewusstseins hierzulande.

Was gewonnen ist, wird sich behaupten lassen, wenn das Thema in Schulen, Bildung und Kultur der Bundesrepublik seinen festen Platz erhält. Den braucht es auch deshalb, weil die Gegenwart mit Kriegen und Kriegsverbrechen auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten denen Stoff die Menge liefert, die auf „die Anderen“ weisen, auf Serben, US-Amerikaner oder Israelis. Spätere Untaten werden benutzt um frühere zu relativieren und sie allesamt als normale Begleiterscheinungen von Kriegen erscheinen zu lassen. Unterschiede werden eingeebnet.

Die äußerste Rechte hat sich darauf verlegt, unabweisbaren Tatsachen mit blödelnden Sprüchen zu begegnen wie „Opa war in Ordnung“. Ungleich mehr Erfolgsaussicht versprechen auf vielerlei Weise – in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen – unter die Deutschen gebrachten Thesen, die wissenschaftlich und geschichtsphilosophisch gewandet daherkommen. Zu lesen ist: Im totalen Krieg seien „die Seiten nicht mehr zu unterscheiden sind“. In ihm erfolge die „Grenzauflösung zwischen Tätern und Opfern“. Es gäbe weder ein „Täter- noch ein Opferland“. Niemand sei sicher auf der richtigen Seite zu stehen usw. Derlei ließ sich vor den Bilddokumenten der Ausstellung nicht dozieren. Die Sprüche sollen deren Aussagen infrage stellen und in ihrer Wirkung abschwächen.

Es war nicht die Absicht der Urheber der Hamburger Ausstellung, die Besucher mit den Kriegsursachen und den Kriegszielen bekannt zu machen. Manches Begleitprogramm hat die unvermeidliche Lücke schließen helfen. Hier bleibt im Geschichtsbewusstsein der Deutschen das erheblichste Defizit, zumal eifrig daran gearbeitet wird, die Kernfragen aus der rationalen Welt ins Irrationale zu transportieren. Ein Rückfall in die frühesten Nachkriegszeiten, in denen das schon einmal gelang. Das primitive Schema „Hier das Gute, da das Böse“ erscheint für das Verständnis von Geschichte und die Orientierung im Jetzt hinreichend. Wiederum ins Gehobene formuliert: „Das Böse ist Selbstzweck geworden“. Imperiale Vormachtinteressen? Die Inbesitznahme strategischer Räume? Fehlanzeige. Es war einmal. Wir scheinen unversehens in einen völlig gewandelten Kapitalismus geraten zu sein. Vergessen werden kann, ja muss, was Lenin und Hilferding und nach ihnen viele andere, keineswegs durchweg Marxisten, je schrieben.

Das große Verdienst der Ausstellung ist nicht gemindert, wenn festgestellt wird, sie habe in der Wissenschaft längst Unumstrittenes bekannt gemacht, und wenn auf Grenzen verwiesen wird, die sich ihre Urheber setzten oder die ihnen gesetzt waren. Die Aufklärung der Frage, woher Kriege rühren, und wie sie inszeniert werden, bleibt uns. Das Böse ist Selbstzweck geworden.

Rückblick aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts

Gegenwärtig wird eine spezielle Flut von Neuerscheinungen in die Buchhandlungen gespült. Ihr Thema: der 17. Juni 1953. Eben noch waren es Bücher zur Stalingrader Schlacht und zum „Bombenkrieg“. Sind die Deutschen so etwas wie geschichtsversessen, gar historiesüchtig? Schwer zu sagen. Wer weiß verlässlich, wie viele der Druckwerke wirklich gelesen werden? Das gilt namentlich für Texte zu einem Ereignis, das anders als die 60 Jahre zurückliegende Schlacht und die zwischen 1941 und 1945 tobende Luftoffensive gegen Deutschland nur zur Vergangenheit eines Teils, einer Minderheit von Deutschen, der Ostdeutschen, gehört. Auch von diesen Zeitgenossen lebt nur noch ein Rest.

Inzwischen haben sich, gleichsam ersatzweise, Personen mit Erinnerungen zu Worte gemeldet, die seinerzeit wenig bis nichts verstehen konnten. Zu ihnen gehört die damals fünfjährige Marianne Birthler. Auch aus deren Hause und Umfeld kamen zu diesem Jahrestag mehrere Interpretationen in den Buchhandel. Gewichtiger war die kurze Wortmeldung des inzwischen 81jährigen Egon Bahr, der als Berater eines Fernseh-Spielfilms zum gleichen Thema mitgewirkt hatte und nach dessen Voraufführung in einem Interview noch einmal auf seine Rolle im Rundfunk des amerikanischen Sektors (RIAS) zu sprechen kam. Dem wird u. a. zugeschrieben, die Forderungen, die Streikende unbeholfen formuliert hatten und mit denen sie im Gebäude des Senders erschienen waren, nicht nur verbreitet, sondern sie auch wenig geordnet und „sprachlich“ bearbeitet zu haben.

Das Hineinwirken „des Westens“ ist inzwischen kein Tabu mehr. Ein Lautsprecherwagen der SPD, heißt es in einem zugänglichen Westberliner Polizeibericht, sei an der Sektorengrenze während der Demonstrationen am Potsdamer Platz und nahe der Leipzigerstraße aufgefahren und habe die VP-Angehörigen aufgefordert, zu den Protestierenden überzulaufen. Aus gleicher Quelle wissen wir, dass Angehörige der westlichen „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ eine sogenannte Ballonaktion starten wollten, die von der zuständigen britischen Militärbehörde untersagt wurde und auch unterblieb.

Wie viel aber auch über solch interessiertes, ideologisch-propagandistische Dazutun und die spontane und organisierte Teilnahme von Westberlinern an den zu Krawallen mutierenden Demonstrationen in Ostberlin noch bekannt werden dürfte (die Quellen der westlichen Geheimdienste sind nach wie vor verschlossen), es wird sich doch das abwegige und ablenkende DDR-Bild vom US-amerikanisch und westdeutsch gesteuerten faschistischen Putschversuch auch damit nicht stützen lassen.

Auf drei Neuerscheinungen sei hier empfehlend verwiesen, weil sie zugleich einen Einblick in Dokumente geben. Siegfried Prokop (1) hat Berichte publiziert, die aus dem Bestand des Kulturbundes stammen, dessen Leitung im Frühjahr 1953 sich aus allen Bezirken über Lage und Stimmung in der Intelligenz informieren ließ. Wilfriede Otto (2) veröffentlichte an entlegener Stelle Dokumente, die den Beginn der Proteste in Berlin überliefern und den vergeblichen, später gar strafverfolgten Versuch von Gewerkschaftsfunktionären, die Regierung zur rechtzeitigen Korrektur des Diktats der Normenerhöhung [zu bewegen]. Schließlich konnten ungekürzt die Berichte der Polizeichefs aller Bezirke (3) über die Ereignisse zwischen dem 16. und dem 21. Juni 1953, die auf Befehl schon wenige Tage danach angefertigt wurden, gedruckt erscheinen. Sie geben die Möglichkeit, sich wesentliche Abläufe zu vergegenwärtigen, werfen ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Polizei und auf die selektierende, sich der ganzen Wirklichkeit verweigernde Denkweise, die jene frühesten Schlussfolgerungen bestimmte, die aus der unerwarteten Erfahrung gezogen wurden.

Im Zentrum des Interesses an der Erinnerung aber steht der erkennbare, von Historikern, Publizisten, Journalisten und Fernsehmachern getragene Versuch, die Politiker werden sich noch zu Worte melden, dem Tag, der einmal im Westen zum „Tag der deutschen Einheit“ erklärt (was eine Komponente der erhobenen Forderungen maßlos übertrieb und obendrein missinterpretierte), jedoch als arbeitsfreier Tag von den Westdeutschen höchst unpolitisch begangen und vorzugsweise für erholsame Fahrten in den Frühling genutzt wurde, und der im Osten öffentlich planmäßig und erfolgreich der Vergessenheit anheim gegeben wurde, im allgemeinen Geschichtsbewusstsein dauerhaft einen Platz zu verschaffen.

Dafür bietet sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzung an, das Geschehen von 1953 als ein Beispiel für die Verteidigung oder Rückerkämpfung von Arbeiterrechten zu nehmen. So aber ist die Sache nicht gemeint und auch in der PDS, siehe deren Erklärung aus der Feder ihrer Historischen Kommission, hat den geschichtlichen Bezug, so nahe er liegt, in dieser Weise doch nicht gesehen und zugespitzt. Generell herrscht nicht der Blick aus der Vergangenheit in die Gegenwart vor, sondern beliebt ist die Konstruktion großer Gedankenbogen, mit denen der 17. Juni in die deutsche Geschichte eingeordnet werden soll. Er gehöre, war wieder und wieder zu lesen, in eine Reihe mit den deutschen „Freiheits"-Revolutionen von 1848 und 1918, über deren soziale Antriebe und Ziele auch nichts gesagt wird. Wiederum Marianne Birthler will den Tag gar in die Tradition stellen, die mit der Großen Revolution der Franzosen 1789 begründet worden sei. Wer bietet mehr, kann mehr offerieren? Zu deutlich das Bemühen, den Jahrestag zu nutzen, um das ins Stocken geratene Delegitimierungswerk an der DDR „von ihren Anfängen an" erneut aufzunehmen und voran zu treiben, das zum Ziele nicht gelangt ist, nicht wegen der „Nostalgie" der Neubürger, sondern wegen der Vernachlässigung von zu vielen Tatsachen, die zur Geschichte der DDR gehören. Und die beherrscht auch diese Kampagne wieder. Daher der Rat: Ad fontes. Zu den Quellen! Die lesen sich für Sozialisten ernüchternd genug.

(1) Siegfried Prokop, Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditzer Buchverlag 2003, 348 S.

(2) Wilfriede Otto, „Die Bauarbeiter ... erkennen die ihnen diktierte 10%ige Normenerhöhung nicht an". In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2/2003, S. 150-159.

(3) Torsten Diedrich/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.) Alarmstufe „Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni, Metropol Verlag Berlin 2003, 464 S.

In Memoriam Ernst Hoffmann (1880-1952)

Kurz nach seinem 91. Geburtstag verstarb in Berlin Ernst Hoffmann. Wer dieses biblische Alter erreicht, dem können kaum Weggenossen das letzte Geleit geben. Seiner erinnerten sich viele jüngere Mitstreiter und mancher, der zu seinen Hörern gezählt hatte. Hofmanns letzte Arbeitsstätte wurde seit 1962 die Humboldt-Universität, wo er lehrte. Sein „Fach“ war sein Anliegen: Er vermittelte, dass zum Verständnis von Geschichte Faktenkenntnis nicht genügt, sondern dass es dazu der theoretischen Anstrengung bedarf, einer Arbeit, die ohne die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Marxismus nicht zu leisten ist.

Wie viel Lebenserfahrung in sein Wirken einfloss, davon redete er kaum: Der als Gymnasiast vollzogene Anschluss an den Kommunistischen Jugendverband. Die Verhaftung 1933. Mehr als zweieinhalb Jahre Gefängnis. Flucht in die Tschechoslowakei, sodann nach Großbritannien. Jahre als Arbeiter in Manchester und auf allen diesen Stationen Teilnahme am Kampf gegen die Nazidiktatur, aus der sein Verdienst um die Gründung der Freien Deutschen Jugend im Exil herausragt.

Der Aufbau eines neuen Hochschulwesens bildete den Mittelpunkt seines Wirkens, seit der in Elberfeld Geborene 1946 in die sowjetisch-besetzte Zone kam. Auf dem Gräberfeld in Pankow in der Nachbarschaft von Menschen seines Schlages befindet sich der Gedenkort für Ernst Hoffmann.

Einleitende Bemerkungen für ein Gespräch ...

... über Wolfgang Ruges Buch Berlin – Moskau – Sosswa in Jena am 17. Oktober 2003

I.

Morgen soll hier auf einer Tagung eine gedankliche Rückkehr in die fünfziger Jahre unternommen werden. In deren zweiter Hälfte – 1956 – kehrte Wolfgang Ruge aus der Verbannung via Moskau nach Berlin zurück und begann seine Arbeit als Historiker am Akademie-Institut für Geschichte. Ein paar Jahre später lernten wir uns dort kennen. Wir gehörten der gleichen Abteilung an. Das Zusammensein beschränkte sich indessen auf Beratungen von Manuskripten der Mitarbeiter und auf den Besuch von Parteiversammlungen. Ruge war damals schon einer der Produktivsten und bei der Lieferung von Arbeiten für ein Gemeinschaftsunternehmen der Pünktlichste. Das wusste ich auch aus unserer Arbeit am Nachschlagewerk „Deutsche Geschichte in Daten“, die ich zu leiten hatte. Über seine Vergangenheit hat er nicht geredet und wir haben ihn nicht gefragt. Nur in groben Zügen war sie dem einen oder der anderen bekannt. Ruge nahm im Leben des Instituts nur insoweit eine Sonderstellung ein, als er nach meiner Erinnerung nie für die Wahl in irgendwelche Funktionen, etwa der Partei oder der Gewerkschaft, zur Verfügung stand. Er konzentrierte seine Kraft ganz auf die wissenschaftliche Arbeit. Irgendjemand sagte einmal, er habe seine „gesellschaftliche Arbeit“, wie damals die oft zeitraubende Tätigkeit in solchen Funktionen auch genannt wurde, bereits in der Sowjetunion geleistet.

Schon 1965 führten uns die Wege auseinander, der meine an die Universität. Ich las seine Bücher. Jedoch riss die Verbindung nie ab. Gemeinsam traten wir in Delegationen Reisen ins Ausland an, so zum Internationalen Historikerkongress nach Moskau 1970 und zu einer Tagung im jugoslawischen Zagreb. Jüngst noch besuchte ich ihn in seinem Sommersitz auf dem Mönchsgut in Rügen, einem bescheidenen Häuschen in einer der reizvollsten Landschaften im Nordosten des Landes. Bücher werde er nicht mehr schreiben, sagte er. Das heute uns beschäftigende, an dessen Herausgabe der Marburger Historiker und Pädagoge Friedrich-Martin Balzer einen Löwenanteil besitzt, ist mithin sein letztes.

II.

Der Blick in die fünfziger Jahre aus der „Jenaer Perspektive“ verbindet sich für mich unter anderem mehrfach mit Wegen nach Berlin, darunter solchen, deren Ziel die Teilnahme an Parteitagen und -konferenzen der SED waren. Die sind für mir auch wegen der Einförmigkeit und auch Eintönigkeit dieser Inszenierungen weitgehend ununterscheidbar geworden, ausgenommen die Quartiere, in denen ich während der gemeinhin eine ganze Woche dauernden Aufenthalte untergebracht worden war. Eine Ausnahme bildete jene Veranstaltung, die wenige Wochen nach der Rückkehr Wolfgang Ruges nach Deutschland stattfand und von ihr auch nur eine Sondersitzung. Sie fand ohne die Teilnahme ausländischer und einheimischer Gäste, ohne Journalisten, ohne Filmkameras statt. Das Präsidium war unbesetzt gelassen worden. Die Atmosphäre in der riesigen, inzwischen abgerissenen Werner-Seelenbinder-Halle wirkte befremdlich, wenn nicht gar ein wenig gespenstisch. Dann las Karl Schirdewan, damals nächst Ulbricht der zweite Mann an der Parteispitze, den Bericht vor, den Nikita Chruschtschow einige Monate vorher den Delegierten des 20. Parteitages der KPdSU gegeben hatte. Weite Teile davon wirkten Satz für Satz wie ein Faustschlag. Ohne einen Kommentar des eigenen ZK oder Politbüros wurde die Sitzung, die letzte an diesem Tage, geschlossen. Die Delegierten gingen wortlos zu den Autobussen, die sie in ihre Quartiere fuhren. Anders als sonst kamen abendliche Gespräche dort schwer auf. So unsicher und skeptisch ich angesichts des Fehlens von Aufzeichnungen im Hinblick auf meine geistige Verfassung in so lang zurückliegenden Zeiten und gar Situationen bin, für diesen Moment des Endes der Sondersitzung vermag ich sie wohl verlässlich zu benennen. Sie mündete in der Frage: Was wird, was kann die sowjetische Gesellschaft mit diesem nun öffentlich gemachten Wissen, mit dem Eingeständnis des Ausmaßes der Verbrechen, mit dieser unabwägbaren Last eigentlich anfangen? Welcher Schritt führt ins Freie? Und ich besaß nicht den Ansatz einer Antwort.

III.

In den Seiten der Bücher der Ginsburg, von Buber-Neumann, nun auch von Wolfgang Ruge lässt sich nicht lesen, ohne dass einen nahezu von jeder Seite die Frage anstarrt: Wie viel Menschenkraft, die sich doch auf die Verbesserung der Weltzustände richten wollte, ist hier unwirksam gemacht, vertan, ausgelöscht worden? Ruge fühlt sich, nachdem er das Wunder eines Universitätsabschlusses in Swerdlowsk, einer Stadt, die er eigentlich nicht betreten darf, fertiggebracht hat, nicht erhoben, sondern unter den geisttötenden Bedingungen der Verbannung „scheibchenweise“ um sein Leben gebracht. Wie viele Bücher und Aufsätze des Mannes hätten wir lesen können, wäre der Grundsatz verwirklicht worden, „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nah seiner Leistung“?

Zudem, wie zufällig die Verhaftungen, die Urteile, die Erschießungen, die Verschleppung in die Lager und die Bestimmung von Verbannungen auch im Einzelnen gewesen sein mochten, im Ganzen trafen sie doch die nachdenklichen, kritischen Geister, Menschen, die nach ihrem Charakter auch bereit waren, ihre Ansichten zu äußern, wenn nicht zu verfechten. Und über die Rückwirkungen dieser Politik in die Gesellschaft auf allen Stufen, diejenigen, die sie konzipierten, guthießen oder passieren ließen eingeschlossen, kann Zweifel nicht sein. Auch da wirkte sie erstickend. Wir werden nie genau bemessen können, welchen Anteil diese Ausschaltung und Vernichtung von Menschenkraft an der Sterilisierung der sowjetischen Gesellschaft besaß, die in Stagnation verfiel und unterging. Denn selbst als diese Herrschaftspraxis des Terrors aufgegeben worden war, waren ihre sozialen Folgen keineswegs beseitigt. In ihr hatten sich Verhaltensweisen eingeübt, Mentalitäten festgesetzt, deren Beseitigung ganz andere Schritte erfordert haben würden, als sie tatsächlich gegangen wurden.

IV.

Die Frage, die Sozialisten, naturgemäß vor allem die Zeitgenossen der Ereignisse, nicht loslassen wird, wenn sie ihre eigene Geschichte analysieren, lautet: Besaß die Gesellschaft der UdSSR in der Mitte der fünfziger Jahre und später eine Chance zu den Idealen des Sozialismus zurückzufinden und sie zum Kompass ihrer Schritte in eine wirklich neue Welt zu machen. Dafür lassen sich zwei Möglichkeiten denken, eine Revolution von oben oder eine Revolution von unten. Dass das alte Personal, die Millionen Partei- und Staatsdiener, die doch in die Praxis der Repressionen und des Terrors verwickelt waren, die Bahn selbst freimachen könnte, wurde geglaubt, war aber eine Illusion. Ihnen widerstrebte schon die Analyse des Geschehenen, die verlangt hätte – die Forderung war nicht neu und in anderen Fällen schon ignoriert worden – den Marxismus auf den Marxismus anzuwenden, d.h. die Grundlagen und Methoden, mit denen Marx und Engels die Gesellschaft analysiert hatten, nun auch gelten zu lassen, wenn es darum ging, mehr als drei Jahrzehnte sowjetische Geschichte zu erklären. Stattdessen erfolgte ein Rückgriff in im Wesen historisch-idealistische Betrachtungen, wie die beharrliche Kennzeichnung des Zeitraums als der des Personenkultes verriet.

Und die Revolution von unten? Wer hätte ihre Träger, wer ihre Führer sein können? Wir wissen nicht einmal, ob die alten Führungskader um Stalin, den sie hatten balsamieren lassen, sie fürchteten, worauf deuten könnte, dass sie nach dessen Tode zwar die sogenannten Kriminellen frei ließen, nicht aber die unter politischen Vorwürfen mit oder ohne Urteil in den Gulag Verschleppten. Zudem: Von den Angehörigen der obersten Führungsgruppe, die Stalin wirklich oder auch nur vermuteter Weise im Wege gestanden hatten, erlebte niemand mehr dessen Tod. Keine populäre Person konnte, aus Haft oder Verbannung kommend, auf der politischen Szene erscheinen. Selbst eine andere Praxis der Freilassungen und der Wiedergutmachung, der Einsetzung in die geraubten Rechte hätte schwerlich eine andere Entwicklung bewirkt. Zugegeben: Das sind Mutmaßungen über ungeschehene Geschichte. Unbestreitbar ist hingegen, dass die sowjetische Gesellschaft diese Vergangenheit mitschleppte bis zu ihrem Ende. Abuladses Film, auf den die Führung der SED mit ihrem Instrument, dem Zentralorgan, mit einem Verdikt reagierte, hat das eindrucksvoll gezeigt. Auch Gorbatschow ließ nicht erkennen, dass er zu dem Punkt zurückkehren wolle, da an der Weggabelung aus dem stalinistischen die Richtung in das poststalinistische System eingeschlagen worden war.

V.

Ruge hat in seinem Erinnerungsbuch die Frage nach den Alternativen, die mit dem Jahr 1953 denkbar waren, nicht aufgeworfen. Doch allein die Schilderung, dass es nahezu drei weitere quälende Jahre dauerte, bis er 1956 kurz vor dem 20. Parteitag die UdSSR verlassen und sich dorthin wenden konnte, wohin er wollte, illustrierte die Situation und lässt sich als Menetekel lesen. Nach 1953, was immerhin nach Berijas Sturz nahe lag, gab es offenkundig auch kein drängendes Verlangen der deutschen Parteiführung an die sowjetische, Verbannte wie Ruge unverzüglich freizulassen. Schließlich kam er erst nach den letzten in der Sowjetunion befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, unter denen sich verurteilte Kriegsverbrecher befanden, auf freien Fuß. Wie Ruge dann in Berlin von einem Angehörigen der Parteiführung in Empfang genommen und begrüßt wurde, damit endet sein Text, das lässt sich nicht allein auf den Einfluss seiner Mutter, einer Funktionärin, zurückführen, sondern kann auch als ein stilles Bekenntnis von Versagen gelesen werden. Dabei ist es generell geblieben. Ärger ist, dass bis jetzt nirgendwo im Nachlass eines der deutschen Parteiführer, der im sowjetischen Exil lebte und es überlebte, ohne in die terroristischen Verfolgungen zu geraten, Blätter aufgetaucht sind, auf denen sich Pieck oder Ulbricht oder Ackermann über jene Jahre aussprechen. Das lässt sich moralisch werten. Wichtiger erscheint mir der unterlassene Versuch, den Dingen aus der eigenen Sicht auf den Grund zu kommen.

Judenmord – warum? Zu einem unverwirklichten Denkmal

Vortrag an der Universität Hamburg am 30. Oktober 2003

Nach einem anfänglich in engere Wahl gezogenen, dann aber nicht berücksichtigten Entwurf, der für das Holocaust-Denkmal in der Mitte Berlins eingereicht worden war, hätten sich Besucher beim Betreten des Ortes einem einzigen Wort gegenübergesehen: Der Frage *Warum*, geschrieben in sämtlichen, den insgesamt 39 Sprachen, in denen sich die Ermordeten verständigt hatten. Die Wörter sollten auf einer Eisenplatte zu lesen sein und dem Nachdenken eine Richtung weisen. Gedacht war zudem an einen Entstehungsprozess des Denk-Mals. An seiner Vollendung würden seine ersten Betrachter beteiligt werden. Sie hätten ihre Antworten zu formulieren. Die wiederum würden – so war das Projekt weiter beschrieben – später in eine das Areal vollständig bedeckende Metallplatte graviert werden.

Die Idee war originell. Anders als konkurrierende Entwürfe und auch derjenige, dessen Ausführung derzeit geschieht, sprachen aus ihr nicht nur Gedenken und Trauer. Sie forderte zum Nahdenken heraus. Ihr gleichsam zweiter Teil hingegen konnte nur waghalsig und auch abwegig genannt werden. Er lief auf die Sammlung von mehr oder weniger zufälligen Antworten hinaus. Zustandekommen konnte im besten Fall eine Häufung von Zitaten aus Geschichtswerken. Zudem würde da auszusondern gewesen sein. Denn es hätte, wie die Dinge hierzulande liegen, dieses erste steinerne oder metallene Besucherbuches, doch vor Eintragungen geschützt werden müssen, die noch einmal die Mörder zu Worte kommen lassen wollten. [1]

Dem Urheber des Entwurfs mit dem Vorschlag der Besucherbeteiligung mag man zugutehalten, dass er keine rechte Vorstellung davon besaß, welcher Schwierigkeitsgrad Fragen nach dem Warum in der Geschichte innewohnen kann. Auf den Massenmord an den europäischen Juden trifft dies in besonderem Maße zu. Das Verbrechen gehört mit seinen Zusammenhängen zu den extrem schwierig aufzuklärenden Fragen, die das 20. Jahrhundert hinterließ. Die Historiker vieler Länder sind mit ihm seit Jahrzehnten befasst. Wer zu einer wissenschaftsfesten Antwort gelangen will, hat weite Gedankenwege zurückzulegen. Manche Forscher halten sie für unbegehbar, sie führten zu keinem Ziele, sondern ins Leere. Andere wieder sind überzeugt, eine bündige Antwort schon gefunden zu haben. Dritte, und ihnen zählt sich der Verfasser zu, haben sich auf Wege gemacht, ohne Zweifel an dem Gefundenen ganz losgeworden zu sein.

* * *

Das politische Großverbrechen, das die einen Holocaust, die anderen Shoah nennen und das von Historikern begrifflich unverkleidet als der Massenmord an den europäischen Juden bezeichnet wird, hat schon Zeitgenossen unabweisbare Fragen aufgegeben. Den Nachgeborenen haben sie sich mit den weitläufigen Forschungen über den Hergang und dem Eindruck von Gerichtsprozessen gegen Täter noch vermehrt. Seit Jahrzehnten sind die Untaten Gegenstand und Thema einer nicht mehr übersehbaren internationalen Publizistik. Welchen Umfang hat allein die Literatur angenommen, in der Überlebende in Biographien und Interviews berichten. An den Forschungen waren und sind Historiker, Sozial- und Religionswissenschaftler vieler Sparten und Richtungen beteiligt, Immer wieder äußern sich auch Politiker, Schriftsteller und Journalisten. Dokumentar- und Spielfilme entstanden in vielen Ländern und werden noch immer durch weitere vermehrt. Der Holocaust besetzt nach dem Maß der ihm öffentlich zugewandten Aufmerksamkeit und der auf seine Erforschung verwendeten Kräfte und Mittel bei weitem den ersten Platz in der Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Faschismus („Nationalsozialismus“).

---

[1] Der Entwurf stammte von Jochen Gert, der auch das Denkmal in Harburg gestaltete. Der Entwurf ist beschrieben in: Ute Heimrod u. a., Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Eine Dokumentation, Berlin 1999, S. 883. S. dazu auch den Kommentar: Rayk Wieland, Dialog mit den Kunden. Zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal. In: Wolfgang Schneider (Hrsg.), Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit, Hamburg 2000, S. 94.

Die Öffnung von bis 1990 in Osteuropa weitgehend oder ganz verschlossenen Archiven oder Archivbeständen hat dieser Forschung, die derzeit von der dritten Forschergeneration vorangetrieben wird, einen mächtigen Impuls gegeben, Hergang und Topographie des Massenmordens werden immer genauer rekonstruiert. Untersucht wurden das Wer (also die Frage nach den Tätern, Mittätern und den Opfern), das Wo (die Feststellung der Orte der Verbrechen), das Wann (die Fixierung oder Eingrenzung der Daten), das Wie (die Instrumentarien und Methoden, deren sich die Verbrecher bedienten), und weitere Fragen, die u. a. den lokalen und regionalen Umständen, den allgemeinen und spezifischen Rechtfertigungen des Mordens gelten. Mit keiner ihrer Fragen ist die Historiographie an ein Ende gelangt. Genauigkeitsgrad und Überzeugungskraft der Antworten unterscheiden sich erheblich. Erörtert wird auch – Stichwort: Holocaust-Pädagogik –, wie an das letztlich doch unvorstellbare Geschehen zu erinnern, seiner zu gedenken und wie mit dem Wissen zu leben sei.

Am umstrittensten blieb die Frage, die am Ende der Kette steht. Es ist die nach den Ursachen des Geschehenen, nach den Interessen, die es auslösten, nach den Zwecken, denen es diente. Sie lautet: *Warum*. Die Frage ist jedem Historiker spätestens seit seinen Studententagen bekannt und die Geschichtswissenschaft stellt sie ständig an unterschiedlichsten Ereignissen und an Entscheidungen von Personen oder Personengruppen. Häufig gehen die Antworten weit auseinander, z.B. wenn sie Revolutionen und Kriege und ähnliche tief in das nationale Leben oder internationale Entwicklungen betreffend. Warum kam es zum Ersten Weltkrieg? Es genügt, die Frage zu stellen, um eine Massel von Erklärungen und Geschichtsbildern aufzurufen, an erbitterte politische Fehden und wissenschaftliche Kontroversen zu erinnern. Eben sind die beim 100. Jahrestag des Ereignisses wieder aufgestellt.

Die Frage *Warum* – und daran liegt ihre Brisanz – führt, anders als Fragen, die sich auf Tatsachen und Ereignisfolgen richten, auch an Grenzen geschichtlicher Aufklärungsmöglichkeiten. Das liegt in der Zahl und Qualität der beteiligten Faktoren, der Eigenart ihres Aufeinanderwirkens und der Unmöglichkeit ihrer exakten Gewichtung begründet. Zudem treffen die gegebenen Antworten, wie immer sie lauten, auf gesellschaftliche oder individuelle Interessen, die im einen Fall Recherchen vorantreiben, sie in einem anderen hemmen oder völlig blockieren können. Antworten auf die Frage *Warum*, namentlich wenn sie auf eine geschichtliche Wirklichkeit zielt, die gleichsam „noch qualmt", verlangen Parteinahme und drücken sie aus. Ob ein Forscher den Ersten Weltkrieg aus einer Kette von Irrtümern von Politikern und Diplomaten hervorgegangen und ihn letztlich als Ergebnis einer Anhäufung von Zufällen sieht, die sich vermeiden ließen, oder ob er ihn als Ergebnis politischer, wirtschaftlicher und geistiger Kämpfe betrachtet, die selbst wieder Produkt von Macht- und Expansionsbestrebungen kapitalistischer Mächte waren, drückt Unterschiede nicht nur auf dem weiten Feld der Geschichtsmethodologie aus. Das eine wie das andere berührt Interessen. Zunächst das von Zeitgenossen. Wenn die tot sind, von Nachkommen, das können Personen, Gruppen, soziale Schichten oder Klassen, sofern nicht ein Umsturz ganz neue Verhältnisse geschaffen hat.

Die Frage nach dem *Warum* führt von der Oberfläche und den Untiefen geschichtlicher Entwicklungen auf deren Grund, zu Gesetzen und Regeln, nach denen sich Gesellschaften bewegen. Wenn und solange diese nicht untergegangen sind, haftet Antworten ein Bezug zur Gegenwart an. Und sie sind von anderem Gewicht als Aussagen über ohnehin zu Tage Liegenden, auch wenn diese zu „Erkenntnissen" oder „Eingeständnissen" aufgeblasen werden. Anders als die „Anerkennung" von seit langem gerichtsnotorisch Gemachtem, etwa vom Typ „Deutsche haben den Holocaust begangen". Derlei kann nur vor einem Hintergrund aus Desinteresse, Gleichgültigkeit, Verdrängung, Abwendung und Leugnung als aufrichtig und bekennerhaft erscheinen. Die banale Aussage „Deutsche haben den Holocaust begangen" bedient aber auch einen anderen Zweck. Sie ebnet den höchst unterschiedlichen Grad von Beteiligung und Verantwortung ein. Das tun ebenso Formulierungen wie die von „einer Gesellschaft, die in ihrer Gesamtheit in den Mord an den Juden verwickelt" war oder in der jeder zumindest indirekt von „Arisierungen" profitiert hat".[2]

Bedenkt man den Rang, den die Frage nach der Verursachung von Ereignissen und Entwicklungen für den Gewinn eines tiefenscharfen Geschichtsbildes besitzt, dann verwundert, dass im Hinblick auf

[2] Mariam Lau, Der Holocaust als Erbsünde. In: *Die Welt*, 28.Oktober 2003.

den Holocaust darüber vergleichsweise wenig geforscht, publiziert und gestritten wird. Seit Jahrzehnten finden zur Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden Konferenzen, Symposien, Kolloquien mit interdisziplinärer Anlage und internationaler Beteiligung statt. In der Bundesrepublik besitzt eine 1984 in Stuttgart abgehaltene Konferenz besonderen Erinnerungswert, Sie befasste sich mit der damals noch heiß umstrittenen Frage nach der „Entschlussbildung", also dem Weg zu der Entscheidung, die das Verbrechen in Gang setzte. Die Teilnehmer diskutierten, wann die definitive Entscheidung gefallen war, die Juden „auszurotten", und wer an ihr beteiligt gewesen sei. Über eine vergleichbare Veranstaltung, die sich mit der Frage *Warum* befasst hätte, ist nichts bekannt. Dabei hätte diese sicher zum „deutschen Programm" zu gehören. Die Historiker hierzulande sind zuständig, denn die Antworten liegen jedenfalls in der Geschichte des Reiches und nicht in der eines anderen europäischen Staates. Das wird angemerkt, weil es in der Tat Versuche gibt, die Frage zu exportieren, ein in der Geschichtswissenschaft nicht so ungewöhnliches Verfahren. In diesem Falle jedoch hat sich der Hauptstrom der Forscher darauf nicht eingelassen.[3]

Die Frage nach dem *Warum* des Massenmordens, dessen Opfer europäische Juden, aber auch Angehörige osteuropäischer Völker, Sinti und Roma und Behinderte wurden, besitzt zwei Aspekte. Der eine lautet: Warum sollten die Juden und andere Menschengruppen ermordet werden? Sie richtet sich auf die Motive und Antriebe derer, die das unsägliche Verbrechen ersannen, planten, befahlen und es in Gang hielten. Zu ergründen ist, ob sie Ziele verfolgten, die über bloße Vernichtung hinausreichten, und welche, wenn es sie denn gab, das waren. Der andere fragt: Warum der Vorsatz, die Juden Europas zu vernichten, so weitgehend verwirklicht werden konnte. Er richtet sich auf die Ermittlung der Täter- und Mittäterscharen, auf die Voraussetzungen und Bedingungen für deren Formierung und Einsatz. Sie schließt die nicht direkt Beteiligten ein, war deren Stillhalten doch eine Bedingung für die Aktionsfreiheit der Mordenden. Auch damit wird nach Gründen für Tun und Unterlassen gefragt, aber auf anderer Ebene, denn die Motive, Antriebe und Ziele der Planenden und Befehlenden an der Regimespitze konnten, aber sie mussten mit denen der Ausführenden nicht identisch sein. Denn unter den Mordenden vor Ort befanden sich stumpfe und dumpfe Befehlsempfänger, die heue den und morgen jenen „Feind" niederschossen.

Während der erste Aspekt zu einer Minderheit von Personen führt, richtet sich der zweite auf die Haltung von Hunderttausenden und Millionen. Nicht wenige Publizisten subsumieren sie – wie erwähnt – vorzugsweise unter dem Begriff „Deutsche". Täter, Mittäter und untätige Zeitgenossen, die allesamt Deutsche waren und sich durch nichtdeutsche Kollaborateure verstärkten, als „die Deutschen" zu bezeichnen, kann auch in der Absicht geschehen, das Fragen aus dem Dickicht des Allgemein-Menschlichen „Warum können Menschen so etwas tun" und sich daran anschließenden Erörterungen über „das Gute und das Böse im Menschen" heraus zu führen. Es kann die Täterfrage in einem ersten Schritt konkretisiert, gleichsam „nationalisiert" werden. Folgen dem weitere in die deutsche Geschichte, wird in ihr nach Voraussetzungen für das Geschehen der Jahre 1941 bis 1945 geforscht, so besitzt das Vorgehen unstreitig Berechtigung. Verliert es sich jedoch in Spekulationen über den „deutschen Nationalcharakter" ist der nächste Holzweg erreicht.

Fragwürdig ist bei der Gegenüberstellung von Opfern und Tätern schon die Konfrontation von Juden und Deutschen. Unter den Hingemordeten war eine sechsstellige Zahl jüdischer Deutscher, Manschen, von denen ein Vorkämpfer der Assimilation der Juden in den deutschen Staaten im Vormärz gesagt hatte: „Deutschland ist unser Vaterland, wir haben kein anderes." Diesen jüdischen Deutschen, religiös an den Glauben der Väter gebunden oder nicht, sollte nicht – nach den deutschen Faschisten ein zweites Mal – ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation abgesprochen werden, auch jenen nicht, denen sie unter der Last unerwarteter Verfolgungen schon zweifelhaft geworden war. Und es sollte

---

[3] Die Methode des Exports ist denkbar einfach. Es wird behauptet, die Steigerung des Antisemitismus bis zu jenem Judenhass, der in den Massenmord ausmündete, sei Resultat einer Aufgipfelung von Antibolschewismus (Antikommunismus) und Antisemitismus. Ohne die Revolution in Russland 1917 wäre es nie zu einem so mörderischen Hass gegen das seitdem als „bolschewistisch" zusätzlich verteufelte Judentum gekommen. Die so konstruierte Ursachenkette endet, wo sie enden soll: bei Lenin und seiner Partei der Revolutionäre.

nicht außer Betracht und Bewertung bleiben, dass zum Holocaust die Ermordung Deutscher durch Deutsche gehörte, jüdischer Deutscher durch getaufte Deutsche gehörte.

Und – zweitens – gab es Deutsche, eine Minderheit nur, Antifaschisten vieler Couleur, aber auch Leute, die sich nicht um den menschlichen Anstand hatten bringen lassen, die das Regime bekämpften, das Morden verurteilten, Solidarität mit Verfolgten übten. Was ist mit deren Nationalcharakter und Zuordnung? Waren sie, wie die Nazis behaupteten, dieses Charakters durch „Juden", namentlich durch „jüdische Bolschewisten" beraubt und folglich „verjudet"? Sie verdienen nicht, in Geschichtsbildern der Deutschen „vergessen" zu werden.

Schon ein flüchtiger Blick in Bibliographien der Holocaust-Literatur lässt erkennen, dass der zweite der beiden genannten Aspekte – Warum konnte das Verbrechen verübt werden? – seit mehr als einem Jahrzehnt ein bevorzugtes Thema wissenschaftlicher Untersuchungen bildet. Wer waren die SS-, die Polizei-, die Wehrmachtseinheiten, wer die lettischen, ukrainischen und anderen Kollaborateure, wer die Naziautoritäten vor Ort, die das Ausrottungs-"Programm" verwirklichten, und was trieb sie an? Demgegenüber trat das Interesse für die „Programmatiker" und Lenker des Mordens an der Regimespitze in den Hintergrund. Über Hitler, Himmler, Rosenberg, Heydrich, Eichmann, Novak, Wisliceny, Höss liegen Biografien vor. Die sie betreffenden Fragen schienen abgearbeitet.

Was ist mit der minutiösen Rekonstruktion der Wege und Taten der Mörderschwadronen erreicht worden? Ungemein bereichert wurde das Wissen darüber, in welchem Umfange die Initiativen von Judenmördern in den eroberten Städten, Regionen oder ganzen Staaten -Ungarn – den Ablauf der Verbrechen und den „Erfolg" der Täter und Mittäter beeinflussten. Nachgewiesen ist, dass lokale und regionale Interessen, auch der bloße Ehrgeiz von Personen das Ausmaß des Tötens vorantreiben konnten, während anders gerichtete Interessen es zeitweilig abzubremsen vermochten. Wir wissen, dass die Vorantreibenden gegenüber Vorgesetzten und Untergegebenen nicht verlegen waren, ihr eigenmächtiges Vorgehen zu begründen. Kurzum: Das Geschichtsbild, das uns die grausige Vorstellung von den Verbrechen, der Rolle der Täter und dem Ende der Opfer gibt, hat an Realitätsnähe gewonnen. Das ältere, das den Ablauf auf bloßes Erteilen und Befolgen von Befehlen aus der Reichshauptstadt und dem Führerhauptquartier deutete und in frühen Fassungen stark von den apologetischen Bemühungen der Täter („Befehl ist Befehl") geprägt war, ist bei den Akten.

Doch – auch das ist im Gang wissenschaftlicher Forschungen nicht ungewöhnlich – das Neugefundene wurde mitunter überinterpretiert. Der Holocaust erschien nun als ein aus einer Masseninitiative und aus spezifischen Situationen *hervorgegangenes* Verbrechen. Das Pendel war – wiederum – nach der entgegengesetzten Seite ausgeschlagen. Dazu trug bei, dass anfängliche Erwartungen, in Archiven Russlands, Weißrusslands, der Ukraine und baltischer Staaten würden sich Dokumente finden, die Rückschlüsse auf zentrale Entscheidungen zuließen, sich nicht erfüllten. Zudem hatte sich die Entschlussbildung an der Regimespitze, die 1984 Gegenstand des erwähnten Kongresses war, auch auf anderen Wegen lückenlos nicht rekonstruieren lassen. Gleiches gilt für die Befehlslinien aus der Zentrale „nach unten". Doch wie viele Tatsachen auch bekannt wurden und noch zutage kommen werden, die beweisen, dass lokale und regionale Massaker auf Entscheidungen von Machthabenden vor Ort zurückgingen, sie erfolgten in einem ihnen vorgezeichneten Rahmen. Diese Faschisten waren sich bewusst, dass sie, was sie taten, nicht nur mit ausdrücklicher Billigung, keineswegs nur in der Gewissheit der schweigenden Zustimmung der höchsten Führung verrichteten, sondern in allerhöchstem Auftrag; Diese Gewissheit beruhte auf Erfahrungen aus den Vorkriegsjahren. In ihnen waren die Akteure, ob sie nun in Amsterdam oder Paris, in Kiew oder Athen befahlen, darauf trainiert, sich strikt an die Weisungen der Führungsgruppe des Regimes zu halten. Die hatte 1933 Judenverfolgung und -vertreibung und 1941 den Judenmord in Gang gesetzt und deren jeweiligen Platz im Rahmen der Gesamtpolitik bestimmt. Da ließ sich namentlich Hitler von niemandem hineinreden, er verkündete, dass er auf diesem Gebiet keine Ratschläge benötige. Diese Politik und das mörderische Projekt, in dem sie gipfelte, lief den Machthabenden nie aus dem Regierungsruder. Zu keinem Zeitpunkt kamen sie in die Rolle jener Figur, welche Geister rief und ihrer dann nicht mehr Herr werden konnte.

Welchen Platz aber besetzten Judenverfolgung und dann das Judenmorden in den politischen Tages- wie in den Zielkoordinaten der Machthaber? Welchen in der von den Faschisten so genannten „Kampfzeit“, welchen in den Jahren 1933 und 1938 und den dann folgenden? Für die erste Etappe, die der Vertreibung, die im Jahr der Machtübergabe einsetzte und bis in die ersten Kriegsjahre hinein dauerte, wenn da aus dem Strom er Flüchtenden auch ein Rinnsal wurde, ist das nicht rätselhaft. Deutschland sollte „judenfrei“ und durch die Ausplünderung der Vertriebenen ein Reibach gemacht werden, der die Rüstungskasse auffüllte. Die Regierenden prüften und erprobten Vor- und Nachteile ihrer „Judenpolitik“, verschärften oder verlangsamten ihr Vorgehen nach Zweckmäßigkeit. Sie verfolgten dabei unbeirrt das Ziel, auch den letzten Juden aus dem Reich zu treiben, wohl wissend, dass ihnen ein Rest vor allem alter Menschen bleiben würde, und also erörternd, wie und wovon die bis zu ihrem Tode alsdann unter „Ariern“ Lebenden ihren Unterhalt bestreiten würden. Die Nutznießer dieser Etappe sind ermittelt. Sie reichen von kleinen Lebensmittelhändlern, die ihre Konkurrenz loswurden, bis zu den Großverdienern der „Arisierung“ von Betrieben, Banken, Warenhäusern, Immobilien aller Art, von Ärzten, Juristen, Wissenschaftlern und Lehrern, für die Arbeitsplätze und Aufstiegsmöglichkeiten frei gemacht wurden, bis zu Käufern von Villen und komfortablen Wohnungen, deren bisherige Bewohner in so genannten Judenhäusern zusammengepfercht wurden. Die Aufzählung ist unvollständig. Und selbstredend sammelten die Machthaber auf diesem Pfad Sympathien unter Judenfeinden.

Diese mehrfache Nutznießung entstand nicht nur als willkommenes Neben- oder Abfallprodukt der Exekution einer Ideologie. Sie war kalkuliert und besaß in den. Judenverfolgungen vergangener Jahrhunderte ihre Vorläufer. Sie waren als Herrschaftsinstrumente wie als Quelle der Bereicherung erprobt und brauchten den veränderten Zeiten nur ein- und angepasst zu werden. Ideologische, politische und materielle Antriebe bildeten in der 1933 einsetzenden Etappe der Vertreibung ein Geflecht. Ihr jeweiliger Anteil am Geschehen ist nicht zu quantifizieren. Doch dass sich die Antisemiten an der Staatsspitze mit ihrer judenfeindlichen Politik einzig und allem ideologisch befriedigt gesehen hätten, ist Legende. Görings Rede am 12. November 1938, mit der er die letzte unverhüllt räuberische Etappe der „Arisierungspolitik“ einleitete und in der er verlangte, das letzte Schmuckstück aus jüdischem Eigentum herbeizuschaffen, zeigt welche Erbschaft die Faschisten auch hier angetreten hatten

Doch so wenig einzig die judenfeindliche Ideologie den Treibstoff der Verfolgungen abgab, so wenig sind Diffamierung, Drangsalierung, Demütigung, Beraubung und Vertreibung denkbar, ohne deren Rolle, ohne Vorurteile, ohne abstrus-groteske Bilder von der Rolle der Juden, ohne Arierwahn und tiefe Hassgefühle, ohne die Kampfstellung gegen die humanitären Ideen der Aufklärung, Die Judenfeindschaft der Nazis war nicht nur vorgetäuscht, nicht nur Instrument zur Rechtfertigung ihrer Politik, sie wurzelte in wie immer gewonnenen widerwissenschaftlichen Überzeugungen. Diejenigen, die die Judenverfolgung in Gang setzten und vorantrieben, mögen als Einzelne höchst unterschiedlich motiviert gewesen sein, der Mischungsgrad von Irrationalismus und Rationalismus, von Wahn und Kalkül mag sich von Judenfeind zu Judenfeind unterschieden haben. Aufs gesellschaftliche, also faschistische Ganze indessen wirkte beides ineinander, konnte der Wahn das Kalkül und dieses jenen verstärken.

Für die Phase der Vertreibung sind die Geschichtsbilder der Holocaust-Forscher nicht so weit von einander entfernt. Niemand kann angesichts der Quellen bestreiten, dass die judenfeindliche Politik mit nüchternen politischen und ökonomischen Rechnungen einherging. Scharf unterscheiden sich die Bilder aber, wenn vom Übergang in die zweite Etappe, die des Mordens, und ihrer Bewertung gehandelt wird. Als die erreicht war, so eine verbreitete Behauptung, triumphierte die Ideologie, hinter der angeblich jede rationale Erwägung zurück zu treten hatte. Von da an hätte ein Verbrechen ohne Sinn und Nutzen seinen grausigen Anfang und Fortgang genommen. Wo diese Interpretation regiert, wird durchaus zugestanden, dass Nutzenkalküle an Orten, an denen Juden in die Gewalt der Eroberer gerieten, noch angestellt wurden. Durch sie konnte Beschleunigung oder Verlangsamung des Mordens bewirkt werden. Letztere vermochte in seltenen Fällen den zum Tode Bestimmten das Leben zu erhalten. Doch sind ebenso genügend andere Tatsachen bekannt, die vom geraden Gegenteil zeugen. Gruppen von Juden wurden niedergemacht, obwohl Personen und Institutionen der Besatzer sie

zunächst für ihre Zwecke verwenden und daher noch leben lassen wollten. Sie stehen dafür, dass das Endziel über Teil- und Zwischenziele obsiegte.

Beide „Fälle“ aber betreffen Details, wird von Historikern erklärt, die die Auffassung vertreten, im Ganzen gelte, dass der Massenmord an den europäischen Juden ohne rationale Erwägungen und gegen sie geschah. Zum Beweis dessen werden mehrere Argumente vorgetragen. Eines lautet, es seien massenhaft Arbeitskräfte umgebracht worden, was in Zeiten ihres Mangels rational nicht erklärt werden könne. Diese These verknüpft sich übrigens mit der sich anschließenden, wonach der Judenmord geradezu der Beweis sei, dass das Naziregime über den Kapitalismus hinausgelangt wäre, der Arbeitskräfte brauche, nutze, ausbeute, aber nicht vernichte. Damit, dies eine weitere Schlussfolgerung, sei auch das marxistische Verständnis des Faschismus insgesamt blamiert. Das Starargument, dass den Widersinn aber geradezu sinnfällig machen soll und weiteste Verbreitung fand, besagt, der Judenmord habe selbst vor Kriegs- und Wehrmachtsinteressen Vorrang besessen und das würde bewiesen durch den Aufwand an sogenanntem rollendem Material für den Herantransport der Opfer zu den Mördern. In äußerster Zuspitzung ist behauptet worden, das Regime hätte schließlich, da es den Kriegssieg nicht zu erreichen vermochte, wenigsten den „Krieg gegen die Juden“ total gewinnen wollen.

Beide Argumente stehen auf tönernen Füßen. Das erste unterstellt ein prinzipielles Interesse kapitalistischen Gesellschaften an Menschen, die sich als Arbeitskräfte verwenden lassen. Das ist aber, wie ein Blick in die Geschichte des Kolonialismus zeigt, nicht der Fall. Dieses Interesse war stets eingeschränkt auf die kurz- und mittelfristig verwertbaren Kräfte, nie auf alle Menschen, welche die Eroberer in ihre Hand brachten. Das zweite lässt sich im direkten Nachweis widerlegen. Dass der Entzug von Lokomotiven, Waggons und Schienenwegen zu Ungunsten der Kriegszwecke erfolgt sei, gehört schlicht in das Reich der Legenden.

Verfechter der These von der Sinn- und Nutzlosigkeit des Judenmords räumen mitunter ein, dass Antisemitismus, selbst in seiner mörderischen-deutschfaschistischen Ausprägung *für sich allein* das Verbrechen nicht zu erklären vermöge. Was aber dann? Was muss – zumindest noch – bedacht, in die Analyse aufgenommen werden? Die Antworten lauten: Das gesamte Weltbild der Machthaber, ihre Vorstellungen vom Erdball oder großen Teilen davon nach ihrem Kriegssieg. Die Frage lautet dann: Wie dieses Weltbild – manche sprechen von einer Utopie, andere von einer Vision – beschaffen war, wie es zu beschreiben ist und welche Bodenberührung es besaß. Anders ausgedrückt mündet diese Fragereihe, wenn sie nicht, was freilich vielfach geschieht, abgebrochen, sondern konsequent verfolgt wird, doch wieder darein, ob es sich bei diesen Zielvorstellungen der deutschen Machthaber um Hitler nicht um ein Produkt, eine Mischung handelte, die aus Irrationalem und Rationalen hervorging und worin die rationalen Elemente und Faktoren bestanden. Letztere lassen sich aus den Quellen entnehmen. Je mehr im Verlaufe des Krieges an Menschen, Ländereien und Reichtümern erobert und zusammengeraubt wurde, desto schärfer stellte sich das Problem der Bedingungen ihrer Beherrschung und Verwertung (Ausbeutung). Hitler sprach – oft zitiert – davon, dass man den Kuchen handlich zerteilen müsse. Erörtert wurde, was angesichts des zunehmenden Partisanenkampfes nahe lag, wie Aufstände militärisch nieder zu schlagen waren. Und in diesem Zusammenhang wurde, wie bekannt, bereits vor dem Eroberungszug zur Zerschlagung der Sowjetunion die Frage gestellt, wie viel überflüssig Menschen (Esser) sich im deutschen Einflussgebiet befänden und was mit ihnen zu geschehen habe. Als solche wurden die Juden im Reich bereits angesehen, bevor es zu Ausarbeitungen wie der Grünen Mappe und dem Generalplan Ost kam. In die Zielvorstellungen vom germanischen Weltreich flossen reale Macht- und Ausbeutungsinteressen an Kohle, Erzen, Erdöl, Lebensmitteln zusammen mit der Ideologie von Herren- und Untermenschen. Die dieses Projekt der Weltvorherrschaft schufen, prägten seine älteren Bilder „nationalsozialistisch“ um.

Um es noch einmal zu sagen: Ohne ideologische Voraussetzungen und Dispositionen konnte der Massenmord an den Juden nicht beschlossen und in Gang gesetzt werden. Diese Voraussetzungen erschöpfen sich geistig jedoch nicht im Antisemitismus. Zu ihnen gehörte eine menschenfeindliche Ideologie, deren Verfechter und Anhänger die Ideen der Aufklärung mit Devisen wie „Von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt“, „Raum für alle hat die Erde“ und „alle Menschen

werden Brüder“ strikt ablehnen. Es bewahrheitete sich, dass eine Ideologie, die von Massen Besitz ergreift, zur materiellen, in diesem Falle zur mörderischen Gewalt werden kann. Wahn und Kalkül gingen im Massenmorden eine Verbindung ein und beide waren auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gewachsen. Den Holocaust als bloßen „Rückfall in die Barbarei“ in die Geschichte einzuordnen, verortet das Geschehen falsch. So stark die nazistischen Judenverfolgungen an Vorgänge früherer gesellschaftlicher Systeme erinnern mochte, sie entsprang ursächlich den gegenwärtigen Zuständen und orientierte sich an ihrem Endpunkt auf Zukunftsvisionen, nicht an Vergangenheitsbildern aus voraufklärerischen Zeiten. Das „Großgermanische Weltreich“, ein Staat ohne Juden und nicht nur ohne sie, sondern auch ohne andere als überflüssig geltende Menschengruppen – man denke an das den Tschechen Zugedachte – war nach allen Planungen und, was Hitler angeht, auch Versprechungen an die Führer der deutschen Industrie kein mittelalterliches, sondern ein kapitalistisches Gebilde. In ihm sollten die deutschen Arbeiter unter allen Ausgebeuteten weitaus am besten leben, belohnt für ihre Rolle als unentbehrliche Helfer bei der Auspowerung der „Fremdstämmigen“, worauf ein Teil von ihnen schon während der Kriegsjahre eingeübt wurde.

Der Zusammenhang von Judenmord und Kapitalexistenz mit den daraus hervorwachsenden Tendenzen und Interessen ist nur aus der Analyse der tatsächlichen Bewegung und Zielorientierung des Regimes als Ganzes zu erschließen. Sich nur auf die blutigen Spuren – um den eben wieder angerufenen „Fall“ zu nennen – von Degussa oder eines anderen einzelnen industriellen oder Bankunternehmens zu setzen, vermag die Frage nach dem Warum nicht zu klären. Die Geschichte von Vorteilsnahmen, Gewinnen und Profiten der „arischen“ Kapitaleigner ist lang. Sie setzt 1933 unblutig und da noch juristisch fixierten staatlichen Spielregeln folgend ein: Mitglieder von Aufsichtsräten und Vorständen werden, wenn sie als Juden gelten, aus den Gremien entfernt und abgefunden und haben ihre Plätze für Nichtjuden freizumachen. Alsbald folgten die nicht ausgelassenen Bereicherungsmöglichkeiten, die sich ergaben, weil Juden ihr Eigentum unter dem wachsenden Verfolgungsdruck losschlugen. Die letzte Stufe dieses Prozesses wird bezeichnet durch die buchstäbliche Aussaugung der Lebenskräfte der in KZ und Vernichtungslager deportierten Juden, durch ihre Ausbeutung als billigste Arbeitskräfte. Diese Geschichte belegt für Kapitaleigner und Manager, was für das Regime insgesamt gilt, deren rasch fortschreitende Verrohung bis zur Barbarisierung. Wie diese Geschichte sprachlich bewältigt wird, dafür gibt die *„Süddeutsche Zeitung“* jüngst ein Beispiel mit der Formulierung: „Weil die Vernichtung der Juden in bürokratisch-industrieller Form vollzogen wurde, haben sich viele deutsche Firmen kompromittiert.“ Zudem so die übliche Fortsetzung dieses „Eingeständnisses“ hätten sie sich gewandelt, die Tatsachen in ihren Firmengeschichten nicht ausgelassen, für Zwangsarbeiter in den entsprechenden Fonds eingezahlt usw.

Der Zusammenhang zwischen Kriegszielpolitik, Endsiegvorstellungen und der sozialökonomischen Basis, aus der sie hervorgingen, ist mit dem Verweis auf diese Gruppe von skrupellos erzielten Profiten jedoch nicht enthüllt. Der Judenmord war das am weitesten vorgetriebene Verbrechen, das auf der Schwelle zum Endsieg, welche die Machthaber schon überschritten glaubten, begonnen wurde, verwies in die Nach-Endsieg-Zeit. Das Verbrechen war, das nimmt ihm von seiner Ungeheuerlichkeit und Einzigartigkeit nichts, gemessen an den Planungen der deutsch-faschistischen Imperialisten ein Vorspiel. Diese Sicht bezeichnet das Verdienst aller, die erreichten, dass dieser Imperialismus nicht weiterkam.

Diese nüchterne Sicht setzt sich dem Verdacht aus, das Andenken der Opfer zu schmälern, zu beschädigen. Mitunter war zu hören: Für die Opfer sei es schließlich ganz und gar gleichgültig, warum sie umgebracht wurden. Sie seien tot und zu betrauern und sezierende Analysen beschädigten nur die Fähigkeit des Gedenkens und des Trauerns. Doch wer Geschichte auf die Quelle der Stille und der Tränen reduziert, begibt sich der Möglichkeit, die Gegenwart und die ihr innewohnenden Gefahren klaren Blickes wahrzunehmen. Nach meiner Überzeugung gibt es keinen anderen Weg, diesem Andenken an die Opfer gerecht zu werden, als eben den Versuch, dem Geschehenen auf den Grund zu gelangen und stabile Voraussetzungen dafür zu sorgen, das ist die einzige mögliche Form der Wiedergutmachung, dass es nicht wieder geschieht. Die Forderung, den „Hitler in uns“ zu suchen, mag gut gemeint sein und auf das gleiche Ziel sich richten. Sie erweist sich aber auch als geeignet, von

den gesellschaftlichen Zuständen und den aus ihnen erwachsenen Verursachungen wegzulenken. Das ist nicht die Aufgabe des Historikers.

Als die frühesten Kunden vom Massenmord an den europäischen Juden in Staaten der Antihitlerkoalition gelangten, war die erste Frage, die sich stellte, nicht die nach dem Warum. Sie lautete vielmehr einfach und mit jeder neuen Nachricht bedrängender: Was geschieht da eigentlich? Diejenigen, die sie sich stellten, waren Mitarbeiter jener hochgeheim arbeitenden militärische Stelle, beschäftigt mit dem Knacken verschlüsselter Funksprüche, die deutsche Funker in den Äther absetzten und sich aus ihm gleichsam herausfischen ließen. Der Erfolg dieser Fachleute brachte die ersten Informationen über die Massaker, die von den deutschen Eroberern unter Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion verübt wurden, nach Großbritannien. So wurden Orte, Zeiten und Opfer des Tötens, von den Mördern erfasst und ihren Vorgesetzten gemeldet und von den unsäglichen und unvorstellbaren Ereignissen bekannt.

Damit entstanden vor der Phantasie der Empfänger und derjenigen, denen die entschlüsselten Texte zu Gesicht gebracht wurden, erneut grausige Bilder, andere, als sie der Krieg bis dahin massenhaft schon geboten hatte. Doch fügten sie sich, nicht nur weil nicht alle aufgefangenen Nachrichten in Klartexte übersetzt werden konnten, zu keinem Gesamtbild. Zum einen war das Verbrechen eben erst in Gang gebracht worden. Zum anderen: Wer wollte selbst aufgrund sich summierender Meldungen, die im Kern gleichen Inhalts waren, denn glauben, dass die Deutschen begonnen hatten, den Vorsatz zu verwirklichen, in ihrem Machtbereich die Juden auszurotten, Männer und Frauen, Greise und Kinder, Gesunde und Kranke, Intelligente und Schwachsinnige. Ausnahmslos alle. Wer die Nachrichten so interpretiert hätte, wäre womöglich selbst einer krankhaft-grausamen Phantasie geziehen worden. Und dennoch: Eben das geschah.

Zunächst erhob sich da also die Frage nach dem Ausmaß des Geschehens und seiner Tendenz und schon sie ließ sich zunächst nicht sicher beantworten. Dann verdichteten sich die Informationen. Sie gelangten auf unterschiedlichsten Wegen aus dem faschistischen Machtbereich heraus. Die Forschung hat sie heute nahezu vollständig rekonstruiert. So wissen wir, was, durch wen, über welche Stationen und wann zu Personen und an Stellen gelangte, die fähig waren, die zivilen und militärischen Machtzentren der Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu informieren und das auch taten. In der Sowjetunion, wo die geographischen Wege von den Mordstätten im besetzten Gebiet nach Moskau vergleichsweise kurz waren, die Nachrichten aber eine Frontlinie zu überwinden hatten, an der ein verbissener Kampf tobte, dürften vor allem Partisanen dafür gesorgt haben, dass die Massaker zur Kenntnis der staatlichen Zentralen gelangten, welche die Verteidigung planten und leiteten. Darüber wissen wir noch am wenigsten. Gleiches gilt für die Informationen, die jene mitbrachten, die den Mördern entkommen und durch die Frontlinie ostwärts gelangt waren. Aber was für die Abhör- und Dechiffrierzentrale und deren Vorgesetzte auf der britischen Insel galt, traf auch für die sowjetischen Stellen zu. Hier mochten die Bilder noch irritierender sein, denn die Informationen bezeugten das tagtägliche Morden der Eindringlinge, deren Opfer Juden ebenso wie Nichtjuden waren.

Doch mit der Verdichtung der Nachrichten, die auf ein systematisches Morden hindeuteten, das dann aufgrund der Kenntnis von der Existenz des Vernichtungslagers Auschwitz zur Gewissheit wurde, ergaben sich weitere Fragen. Unabweisbare. Was sollte mit dem gewonnenen Wissen geschehen? Sollte es amtlich bekanntgemacht werden? Und wenn ja, welche Worte müssten dann verwendet werden, von dem Verbrechen zu berichten? Welche Reaktionen würde die Nachricht hervorrufen, beispielsweise in den Armeen unter kämpfenden Soldaten und Offizieren, nicht nur den jüdischen? Wichtiger aber noch war die zweite sich anschließende Fragengruppe: Ließ sich dieses Morden auf andere Weise beenden als durch den raschesten Sieg über die Staaten der faschistischen Koalition und deren Kernmacht Deutschland? War es vordem möglich, einem Teil der Bedrohten Fluchtwege zu öffnen? Würde eine öffentliche Warnung, gerichtet an die deutschen Führer, etwa die Androhung ihrer späteren Bestrafung, diese zum Einhalten bei ihrem Mordwerk bewegen oder sie nur noch entschlossener vorantreiben? Gab es irgendwelche anderen Druckmittel, die Entscheidungen in der deutschen Führungsclique zu beeinflussen, etwa die zum Revancheakt erklärte Zerstörung einzelner deutscher Städte, eine Kriegshandlung, die freilich ohnehin geschah? Ließen sich Einrichtungen durch

den Einsatz der Luftwaffe zerstören, welche die Mörder geschaffen hatten, um die Untat mit höchsten Erfolgsquoten zu verrichten?

Alle diese Fragen sind später von der Forschung und der historisch-politischen Kritik aufgenommen und wieder gestellt worden, dann im Wissen um das Ausmaß des Verbrechens und also drängender noch als zum Zeitpunkt, da sie zum ersten Mal aufgeworfen werden mussten. Erörtert wurde, ob die gewonnenen Informationen überhaupt konsequent ausgewertet und zu einem Bilde zusammengeführt wurden, das zur Grundlage angemessener Entschlüsse hätte werden können? Das betraf die generellere Frage, welchen Platz das damals Gewusste besetzte, als die Entscheidungen über die Strategie und Taktik der Alliierten fielen. Umstritten wurden auch rückblickend schon die Reaktionsmöglichkeiten. Gefragt wurde nach den Verantwortlichen für Tun und für wirkliches oder vermeintliches Unterlassen. Es steht auch heute nicht zu erwarten, dass die unterschiedlichen Antworten nur angenähert werden können. Dazu sind nicht nur nach wie vor zu viele Emotionen beteiligt. Es existiert vor allem die Schwierigkeit, sich in eine Situation zurückzudenken, als etwas geschah, was selbst die Mörder in den Planungs- und Schaltstellen des Judenmords noch wenige Jahre zuvor nicht für möglich, d.h. in ihrem Denken: nicht für machbar gehalten hatten.

Vom eigenen Denk- und Wissenshorizont auf den Horizont früherer Generationen zurückzugehen und sich davon auch nur eine annähernd richtige Vorstellung zu machen, ist immer schwierig. Da lauern Anklagen, die nicht einer allgemein moralischen Berechtigung entbehren mögen, wohl aber sich historisch nicht legitimieren können. Dies sagen, bedeutet nicht, alles für angemessen zu halten, was entschieden oder getan wurde. Doch wer sich auf diesem Felde zum Richter macht, muss sich doch – um ein Beispiel für viele zu nennen – vorzustellen suchen, was ein britischer Offizier tun sollte, dem gemeldet worden wäre, ein ihm untergebener jüdischer Soldat hätte deutsche Kriegsgefangene kurzerhand niedergemacht und seine Tat sei ausgelöst gewesen durch seine von der Nachricht des Massenmordens gebildete Vorahnung, seine Verwandten seien schon ausgemordet worden. Auf diesen Soldaten wartete das Kriegsgericht ...

Heute wissen wir nicht nur, was geschehen ist. Der Ablauf der grausigen Ereignisse wird von der zweiten und dritten Generation von Forschern, die sich mit dem „Holocaust“ befassen, minutiös rekonstruiert. Die Gesamtzahl der Opfer ist mit akribischen Methoden eingegrenzt worden. Die Namen der Getöteten werden in dem Wissen erfasst, das sich deren schier endlosen Listen auch nicht annähernd vervollständigen lassen werden. Jedoch haben viele Tote durch Erinnerungen, Dokumente, Biographien, Fotografien auch für die Nachwelt ein Gesicht erhalten. Die Geographie der Orte, an denen die Untaten geschahen, wird insbesondere durch Forschungen in Osteuropa unausgesetzt vervollständigt. Die Erfassung der Täter und Tätergruppen, der Deutschen wie ihrer Kollaborateure, ist weit vorgeschritten. Das Wissen vom Beginn und der Ausweitung des Ausmordens, das die nichtjüdischen Deutschen besaßen, – ein in der Bundesrepublik Deutschland unter den Zeitgenossen, aber auch unter Nachgeborenen besonders umstrittenes Thema –, wurde dokumentiert, wenngleich die dafür nutzbaren Quellen besonders dürftig sind, denn dieses Wissen hat naturgemäß nur wenig schriftlichen Niederschlag gefunden. Die insgesamt viel zu wenigen Helfer – ihre Zahlen unterscheiden sich von Land zu Land erheblich –, die den bedrohten Menschen beistanden und zu deren Lebensrettern wurden, haben ihren Platz in der Literatur ebenso gefunden wie die anderen, die den Faschisten durch zufällige Denunziationen oder systematische Spitzeldienste zur Mörderhand gingen.

Das Was, das Wie, das Wo, das Wer sind in die verschiedensten Fragerichtungen hin weitgehend, wenn auch nicht lückenlos beantwortet. Immer stärker aber trat in das Zentrum des Forschens die Frage, deren Entstehen auch schon auf die Zeit zurückgeht, da ein annäherndes Gesamtbild des Geschehenen, jedenfalls was dessen Resultat betraf, gewonnen war. Das Fragen knüpfte sich an die unvorstellbare Zahl: 6 Millionen. Von ihr war bereits während der Verhandlungen des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses gesprochen worden. Die Formulierungen lauteten: Wie konnte es geschehen? Wie war es möglich? Das meinte und meint zweierlei: Wie konnte aus einer abstrakten Möglichkeit eine reale Möglichkeit werden? Und: Wie wurde aus dieser Möglichkeit die Wirklichkeit des Barbarentums? Auch diese Fragen besitzen ihren Fächer. Eine besetzt gegenwärtig den Mittelpunkt des Forschens: Was waren das für Menschen, die solchen Verbrechens fähig waren, es ersan-

nen. planten, organisierten, ausführten, seine Ergebnisse registrierten, es vor ausgesuchtem Kreis bekanntgaben, rechtfertigten, ja sich seiner gar rühmen, es zugleich vor der Masse der eigenen Landsleute und vor dem Ausland zu verheimlichen und zu vertuschen suchten? Was beherrschte ihr Denken? Was prägte ihre Gefühlswelt – ein Begriff, der zu ihrem Handeln genau genommen nicht passt. Was ließ sie zu Massenmördern und also das vordem unvorstellbar Gewesene möglich und wirklich werden? Dazu äußern sich Historiker, Philosophen, Psychologen und weitere Experten immer wieder. Das Spektrum ihrer Antworten ist weit, wie zuletzt die leidenschaftlich geführte Debatte um die These verdeutlichte, die den Deutschen eine historisch vorgeprägte nationale Hinneigung zu einem Antisemitismus nachsagte der „eliminatorisch" genannt wurde.

Die Frage, wie konnte es geschehen, ist die engste Verwandte der Frage nach dem Warum? Hat sich jene auf die kollektive Geschichte der Tatbeteiligten und Tatzeugen im weitesten Sinne konzentriert und damit in gewisser Weise auch verengt, so zielt diese auf die Zwecke und Ziele, die denen vor Augen standen, die das Morden beschlossen, planten und ins Werk setzen ließen. Da individuelle Mord- und Rachegelüste als hinreichende Erklärungsgründe ausscheiden, muss sich das Forschen auf die gesellschaftlichen Ursprünge und Interessen richten. Dagegen ist die Behauptung gesetzt worden, es wäre dieser „Holocaust" vollkommen sinn- und ziellos geschehen. Er stelle ein einzigartiges Geschehen dar, das sich jeder derartigen Frage verschließe. Wer das akzeptiert, nimmt das Verbrechen im Grunde aus der Geschichte heraus und fordert von der Wissenschaft, die sich mit dem Herkommen und der Entwicklung des Menschengeschlechts bis auf unsere Tage befasst, dass sie abtritt, kapituliert, ihr Unvermögen bekennt, ihren Bankrott erklärt – jedenfalls in diesem einzigen Falle. Was den anlangt, mögen sich die Historiker auf das Niveau ihrer fernen Anfänge zurückbegeben, sich als Chronisten genügen und damit zufrieden sein, zu beschreiben und zu beklagen, was geschah. Darauf konnte sich die Historiographie in einzelnen ihrer Angehörigen, aber doch nicht insgesamt einlassen. Nicht wegen ihres Gesichtsverlustes. Und nicht wegen ihres Selbstverständnisses und des Ranges, den sie im Gefüge der Wissenschaften beansprucht. Denn es handelt sich ja nicht, um das Eingeständnis eines „Wir wissen es noch nicht", sondern um das „Wir können und werden es nicht wissen". Historiker haben folglich die Frage nach dem Warum angenommen. Wie und inwieweit sie das taten, davon wird zu handeln sein. Denn diese Frage besitzt stärker als alle anderen eine Art Brückenfunktion. Die Morde an den Juden, den Sinti und Roma, den Behinderten, den sowjetischen Kriegsgefangenen, den aus politischen Gründen Verfolgten besitzen alle ihre eigene Geschichte. Sie mögen an verschiedenen Orten geschehen, auf unterschiedliche Weise und von verschiedenen Mördergruppen verübt worden sein, also ihre jeweiligen Besonderheiten aufweisen und diejenigen, die mit der Erforschung der Untaten befasst sind, vereinzeln, denn sie haben deren Spuren zu folgen. Das Warum ist geeignet, das Denken vom Einzelnen und Besonderen wieder auf das Ganze zu richten, Ergebnisse des Forschens zusammenzuführen und zu vergleichen und sich zu fragen, was dem Geschehenen an Gemeinsamem innewohnt. Das führt schließlich zu der Aufgabe, den Platz zu bestimmen, den das Verbrechen in der Geschichte, vor allem in der deutschen, jedoch auch in der europäischen und der Weltgeschichte einnimmt. Und das ist ein anderer, als derjenige, den es im Denken und in den Zielen der Mörder besetzte. Wollen wir also sehen, was erreicht ist.

Für die Opfer sei es schließlich ganz und gar gleichgültig, warum sie umgebracht wurden. Sie seien tot und zu betrauern und sezierende Analysen beschädigten nur die Fähigkeit des Trauerns. Doch wer sich damit begnügt, die Geschichte nur als eine Quelle der Tränen betrachtet, begibt sich der Möglichkeit, die Gegenwart und die ihr innewohnenden Gefahren klaren Blickes wahrzunehmen.

Knopps Hitlerland. Eine Streitschrift

Vorbemerkung

Die auf den folgenden Seiten zu Lesenden Beiträge entstanden im eben verflossenen Jahr. In dessen Verlauf kam, selbst wenn sein oder ihr Geschichtsinteresse nicht sonderlich ausgeprägt ist, kein Zeitungsleser oder Fernsehender um die Wahrnehmung rasch aufeinander folgender Kampagnen umhin, die sich an so genannte runde Jahrestage herausragender geschichtlicher Ereignisse knüpften. Davon entstammten die meisten der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Das Interesse daran wird immer aus neue geweckt, belebt und erscheint unstillbar. Aktuell verstärkten es die Vorbereitungen der USA und ihrer Verbündeten auf den Krieg gegen den Irak, den sie ungeachtet aller Proteste dann auch führten.

Die Serie des Gedenkens begann mit der Erinnerung an die Stalingrader Schlacht. Sie setzte sich mit der an den „Bombenkrieg“, die strategische Luftoffensive der anglo-amerikanischen Luftflotten gegen deutsche Städte und Industriezentren, fort. Sie gelangte sodann zu dem wieder und wieder behandelten Thema der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Gebieten, in denen sie einst gelebt hatten, wobei die in der Ostsee ertrunkenen Flüchtlinge in grelles Licht gerückt wurden. Die Deutschen erscheinen in dieser Folge als eine unendlich lange Opferkolonne.

Mit letzterem war zeitlich die Schwelle des Krieges bereits überschritten und von seinen Folgen die Rede. Daran schloss sich die Inszenierung der Erinnerung an den 17. Juni 1953, ein markantes Ereignis aus der Frühgeschichte der DDR, das Beziehungen sowohl zum Zweiten Weltkrieg wie zu dem auf ihn folgenden Kalten Krieg aufweist. Der mit dem Blick auf das 50 Jahre zurückliegende Datum getriebene planende, lenkende und organisierende staatliche und sonstige Aufwand übertraf allen vorangegangenen Einsatz weit. Er erinnerte an das Übermaß von Angeboten, die älteren ostdeutschen Bürgern aus DDR-Zeit bekannt ist, wenn Festlegungen der politischen Führung aus Anlass eines Jahrestages oder Jubiläums verwirklicht wurden.

Diese Kampagnen gaben mir den Anstoß, ihren Antrieben, Inhalten, Methoden und Zielen nachzugehen. Um mein Vorhaben zu signalisieren, schien ein bei Wulf Kansteiner, einem US-amerikanischen Forscher, entliehener Titel geeignet. Er verweist auf die staatlichen Einrichtungen, die mit stärkstem Einfluss hochgradig vereinfachte, durch Hervorhebungen und Weglassungen auf aktuelle Interessen zurechtgeschnittene Geschichtsbilder verbreiten. An diesem gemessen, verblassen Bemühungen und Wirkungen der forschenden Zunft, die gegenüber dieser Konkurrenz schon kapituliert zu haben scheint. Keine andere Wissenschaft ist in eine der Historiographie vergleichbare Lage geraten, die gegen Mythen, Legenden und Scharlatanerie ihr Terrain zu verteidigen hätte und sich dafür in wenig aussichtsreicher Position befindet. Denn auch in ihren eigenen Reihen sind jene nicht zu übersehen, die politische und weltanschauliche Interessen vertreten und mehr bedienen, als dass sie fähig oder bereit wären, Zusammenhänge aufzudecken, deren Bloßlegung Kapital- und Herrschaftsinteressen stört.

Was auf den folgenden Seiten gelesen werden kann, wurde zumeist in Zeitungen und Zeitschriften schon gedruckt. Nun folge ich dem Anraten von Freunden, das Erschienene zusammenzufassen. Zwei Beiträge fallen aus dem bezeichneten Rahmen. Der eine betrifft einen Jahrestag, der hinter den genannten im öffentlichen politischen und im Medienecho weit zurücktrat, den deutschen 30. Januar 1933. Der andere hat die DDR-Geschichtsschreibung über die Verschwörung des 20. Juli 1944 zum Gegenstand, was sich durch die Tatsache rechtfertigen mag, dass bereits jetzt intensive Vorbereitungen getroffen werden, um im kommenden Jahr an den gescheiterten Versuch zu erinnern, das verbrechenbesudelte Naziregime und den schon verlorenen Krieg loszuwerden.

Textabweichungen, die sich aus Kürzungen ergaben, welche Redaktionen vornehmen mussten, oder die heute nicht mehr interessierende Passagen betreffen, sind nicht derart bedeutend, dass sie besonders kenntlich gemacht werden mussten. Die Angaben über den Erstdruck finden sich am Ende des Büchleins. Ebenso ein Personenregister. Auf Anmerkungen wurde in der Regel verzichtet.

Der Autor verdankt seinen Kollegen Walter Schmidt (Berlin), Erika Schwarz (Rehfelde), Manfred Weißbecker (Jena), Richard Lakowski (Erkner) und Dietrich Eichholtz (Borkheide) Hinweise zu den einen oder den anderen der hier versammelten Texte. Vielleicht können sie, das der Wunsch des Autors, beitragen, eine Erscheinung besser zu verstehen, die gemeinhin verkürzend und nichtssagend Geschichtspolitik genannt wird und deren Anliegen es zumeist ist, Geschichtsbilder und Vorstellungen von Geschichtsabläufen zu verbreiten, die allesamt Barrieren gegen jedes tiefere Verständnis der Vergangenheit wie der Gegenwart bilden.

1. Im August 2003

Der Sommer 2003 begann erst zu brüten, als in einem vollklimatisierten Saal der Mainzer Universität sich ein bemerkenswertes Treffen zutrug. Historiker diskutierten gemeinsam mit Fachleuten des Fernsehens und des Rundfunks und weiteren Journalisten das Thema „Der Zweite Weltkrieg in Fernsehdokumentationen“. Der Ort konnte beziehungsreicher nicht gewählt worden sein. Wer ans Rednerpult trat, blickte auf den „Fernsehberg“, Sitz des zweiten deutschen Staatsfernsehens. Das Verdienst an der Einberufung dieser Veranstaltung hatte sich das Deutsche Komitee zur Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges erworben, dessen Mitglieder sich mit Interessenten einmal im Jahr zu wissenschaftlicher Debatte begegnen, von der aber weder Referate noch Diskussionsbeiträge zum Druck gelangen. So muss der Leser dem Berichterstatter vertrauen, wenn geschrieben wird, es war nicht sonderlich aufregend und der Ertrag blieb mäßig.

Das lag nicht an Inkompetenz der Teilnehmer, auch nicht am Mangel an Konfliktstoffen, sondern wohl auch an der Art, wie das Programm ablief. Plangemäß wurde kein einziges Beispiel eines Filmstreifens gezeigt, an dem hätte diskutiert werden können, was da an Eindrücken und Wissen transportiert wird, welche Emotionen geweckt werden und was zum Ausgelassenen gehört. Trockenschwimmen von geübten Schwimmern also, denn die Produktionen, ihre Machart und ihre Aussagen waren den Anwesenden schon bekannt. Besitzer und Benutzer von Fernsehgeräten herrschten vor und – mehr noch – es war auch mancher Streitpunkt, wenn nicht vormarkiert, so doch leicht erahnbar, über den da hätte geredet werden können. Was strittig war, wurde jedoch in sehr allgemeiner Form einzig benannt. Die ihnen schon geläufigen Einwände von Historikern wiesen Filmproduzenten und deren Helfer ebenso freundlich wie leicht mit dem Verweis ab, deren Vorschläge würden das Metier schlicht verkennen und überfordern. Fernsehfilme mit aufklärerischem Tiefgang seien nicht zu machen, zumal dann nicht, wenn sie in günstigster Abendsendezeit laufen sollen und also Millionenquote zu erbringen hätten. Für später in die Nacht gesetzte Beiträge sei das möglich und würde ja auch unternommen. Anschaubare Beispiele des einen wie des anderen: Fehlanzeige. Siehe oben.

Das hätte man sich billig auch schriftlich mitteilen können. Und auch die Versicherung des Verbindenden: dass weder die forschenden, schreibenden und Gedrucktes publizierenden Historiker, noch die recherchierenden Dokumentarfilmemacher irgendwelche ideologische Ziele im Visier hätten oder mit ihren jeweiligen Angeboten gar politisch bedeutsame Haltungen bewirken wollten. Selbsttäuschung der Ideologen über ihre Ideologielosigkeit. Da war es fünf Jahre zuvor schon einmal bei einem Aufeinandertreffen von Historikern in Universitäts- und in Fernsehanstaltsdiensten anders hergegangen. Ulrich Herbert hatte gesagt, das ZDF produziere „Nazikitsch“ und verbreite „Naziästhetik“.

Das Treffen 2003 wäre womöglich anders verlaufen, wenn zum Thema Wulf Kansteiner, Assistenzprofessor an der State University of New York at Binghamton geladen gewesen wäre, der in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (51. Jg. Nr. 7/2003) einen Beitrag unter der Überschrift „Hitler und das ‚Dritte Reich‘ in den Fernsehproduktionen von Guido Knopp„ veröffentlichte. Der ist gespickt mit Komplimenten darüber, was an Innovationen des Dokumentarfilms, die seine Anziehungskraft und Wirkung steigerten, in der rheinpfälzischen Metropole erreicht worden ist. Knopp wird als Schöpfer einer neuen Geschichtsdokumentation vorgestellt, die auch „Hochgeschwindigkeits-Dokumentation“ genannt wird und als deren Kennzeichen schnelle Schnitte, bildhafte Verweise, der Wechsel von schwarz-weiß zu Farbe, die dramatisierender Musik, eine Aura von Authentizität und ein erzählerisches Gerüst aufgelistet werden, dessen kurze „Texthappen“ Aufmerk-

samkeit einfordern würden, u. a. m. So und durch weitere Neuerungen hätten die Mainzer dem Erfolgsstil des kommerziellen Fernsehens Paroli bieten können.

Es soll hier nicht ausgestellt werden, dass Kansteiner Vergleiche mit den Arbeiten eines Karl Gass oder von Heynowski & Scheumann nicht unternimmt. Die Kunde von DDR-Erzeugnissen mag zum Autor nicht gedrungen sein. Darüber konnte während der Mainzer Tagung berichtet werden, freilich auch nach der Art, in der Blinden von der Farbe geredet wird, denn es erwiesen sich die altbundesrepublikanischen Teilnehmer als nicht informierter, als der Professor in den USA in seinem Artikel zu erkennen gab.

Als ein Merkmal der neuen Praxis wird erwähnt, dass das Skript auf den zweiten Platz verwiesen worden sei, und eben das habe zur Folge gehabt, dass die intellektuellen Kommentare dürftig wurden, es gegenüber dem visuellen Angebot an kritischer Distanz und den Filmen insgesamt an jedem analytischen Tiefgang mangelte, der historische Zusammenhang unterschlagen werde und jede geschichtswissenschaftliche Interpretation unterbleibe. Das hätten auch deutsche Kritiker Knopp wieder und wieder vorgehalten, der davon ungerührt und bei seinem Verfahren geblieben sei, die Quote zu sichern und sie nicht zu gefährden, dem Zuschauer bequem Identifikation zu ermöglichen und vor allem zu vermeiden, ihn zu selbstkritischer Betrachtung herauszufordern. Auf „Hitler, eine Bilanz“, „Hitlers Helfer“, „Hitlers Krieger“, „Hitlers Kinder“, „Hitlers Frauen“ sei daher die schon angekündigte Serie „Hitlers Volk“ nicht gefolgt.

Präzise wird sodann, der Autor schreitet von den unzweifelhaft ehrlich gemeinten Streicheleinheiten zum Verabreichen von Backenstreichen voran, freilich beispielhaft nur, benannt wie das „deutsche Gedächtnis“ durch diese Art Dokumentation erhalten oder aufgefrischt wird. Die Sendung über den Generalfeldmarschall Erwin Rommel sei „in die Wiederentdeckung eines deutschen Militäridols“ gemündet. In einer Sendung aus der Serie „Hitler, eine Bilanz“, wären „die Leiden und die Leistungen der deutschen Truppen und der Zivilbevölkerung vor und nach dem Kriege gewürdigt, ja sogar aufgewertet“ worden. In der Serie „Der verdammte Krieg“ sei geradezu zur „nachträglichen Identifikation mit der Perspektive des deutschen Militärs (einen Präventivkrieg zu führen, K. P.) eingeladen worden“.

Das Fazit fällt entsprechend aus. Die „visuelle Sprache“, die Knopp entwickelte, habe „mehr mit der Nazikultur gemein als mit den visuellen Strukturen moderner Dokumentarklassiker“, von den Kansteiner, Resnais, Ophüls, Syberberg und Lanzmann nennt. Gerufen wird nach einem sich auf deutschen Bildschirmen geltend machenden „Gegengewicht gegen Knopps ambivalente Verherrlichung der NS-Gewalt“. Würde das nicht gefunden, bleibe die Fortsetzung dieser Geschichtsdokumentation „eine schreckenerregende Vorstellung“. In einem dürfte sich der Kritiker gewiss irren. Er vermeint, es könnten den Mainzern und ihrem Chef der Stoff allmählich doch ausgehen, sei doch vor längerem schon gespottet worden, wann denn die Serie „Hitlers Hunde“ folgen werde. Vorerst wurde Stalingrad „wiederaufgeführt“. Darauf der „Bombenkrieg“. Wer sich in der Denkweise derer auskennt, die heute die Scheinwerfer auf die Deutschen als endlose Opferschar richten, der kann sich eine ungefähre Vorstellung davon machen, was noch folgen kann und – wird.

2. Ein Hitler heute – wozu?
Über den historischen Platz des Faschismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts

„Wo unser Ort im Hinblick auf die Vergangenheit ist, welche Beziehungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bestehen, das sind nicht nur Fragen von höchstem Interesse für alle, sie sind schlechterdings unerlässlich.“ Der Satz stammt aus einem Vortrag, den Eric Hobsbawm 1984 an der University of California in Davis hielt. Er bezeichnet eine erkennbar andere Fragestellung als jene, die in deutscher Gegenwart ständig nachmisst, wie weit wir uns aus den Zeiten des Faschismus fortgearbeitet haben, und das Bandmaß alsbald zufrieden wieder beiseitelegt.

I.

Die Bestimmung des historischen Platzes des deutschen Faschismus wäre wohl nicht nur mir fünf Jahre nach dem Ende des Regimes leichter gefallen als jetzt aus dem Abstand von mehr als einem

halben Jahrhundert. Die ebenso bekannte wie angefeindete Definition, die auf dem XIII. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 gegeben worden war, markierte die faschistischen Diktaturen als Ausgeburten der imperialistischen Phase des Kapitalismus. Diese wiederum hatte Lenin als die Epoche des Verfaulens und Absterbens des Kapitalismus gekennzeichnet. Das ergab zusammengenommen, dass der Faschismus uns als Auswurf einer Gesellschaftsordnung galt, die auf dem Totenbett lag.

Inzwischen erlebten wir, dass diese Prognose ein gewaltiger Irrtum war. Nur ein Jahrfünft nach Ende des Zweiten Weltkrieges begann „eine Zeit des Triumphs für einen reformierten und restaurierten liberalen Kapitalismus“. (Hobsbawm) Die Macht des Kapitals scheint nun beim Eintritt in das 21. Jahrhundert befestigt und ganz ungefährdet zu existieren. Ob das richtig ist, sei dahingestellt. Aber: Unser einstiges Geschichtsbild hat sich als ein Wunschbild erwiesen. Wir befanden uns an einem anderen weltgeschichtlichen Ort.

Die Schwierigkeit, die es mit der Beantwortung dieser Frage hat, ergibt sich zunächst aus der Tatsache, dass die Zustände, die heute weite Teile des Erdballs prägen, nicht auf den Begriff gebracht sind. Das vermeint nur, wer sich mit Kennzeichnungen wie moderne, postindustrielle, Informations-, Konsumgesellschaft oder auch Globalisierung abspeisen lässt. Dass es sich um kapitalistische Verhältnisse handelt, kann ernsthaft nicht bestritten werden. Dass sich in ihnen permanent imperialistische Bestrebungen geltend machen, andere als zu Zeiten gegeneinander geführter Kriege europäischer Großmächte, liegt ebenfalls zutage. Doch existieren erhebliche Schwierigkeiten, das jetzt von dem Davor exakt abzugrenzen.

Wie stets in der Geschichte lassen sich auch in der Entwicklung der letzten 100 Jahre Kontinuitätslinien und Bruchstellen erkennen. Die heute immer wieder angestellten Vergleiche zwischen Ereignissen und Personen, die in die Vorgeschichte und die Geschichte des Faschismus gehören, und zeitgenössischen Entwicklungen und Politikern geben zumeist politische Knüppel her, sind in der Regel schief, bilden aber keine reinen Produkte der Phantasie. Sie weisen – richtig oder falsch – darauf hin, dass sich „etwas“ erhalten hat und ideologische Elemente und politische Praktiken, die zum Arsenal der Faschisten gehörten, nicht vollkommen ungebräuchlich geworden sind.

II.

Was wir, in einem Lande lebend, in dem der Faschismus in seiner barbarischsten Form entstanden war, kaum würdigten, ist die Tatsache, dass – weltgeschichtlich gesehen – faschistischen Bewegungen sich nur in einem kleinen Gebiet des Erdballs herausbildeten. In entwickelten kapitalistischen Staaten gelangten sie nur zweimal an die Macht, wobei hinter dem Entwicklungsgrad Italiens, wo sich der Faschismus zuerst durchsetzte, obendrein ein Fragezeichen zu machen war. Die anderen faschistischen Regime etablierten sich mit deutscher und italienischer Hilfe, das spanische, slowakische, kroatische und schließlich das ganz kurzlebige ungarische. Daneben existierten Diktaturen, die als halbfaschistisch oder autoritär bezeichnet wurden. In Frankreich konnte die faschistische Gefahr 1934 im Keim erstickt werden. In Großbritannien, in den Niederlanden, in Belgien und den nordeuropäischen Saaten besaßen Faschisten zu keinem Zeitpunkt eine Chance, die parlamentarisch-demokratischen Systeme auszuhebeln. Ließe sich nicht fragen, ob die Entstehung der beiden originär faschistischen Staaten so etwas wie ein Zufallsspiel der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen war?

Als „gesetzmäßig“ hat historischen Materialisten der Sieg des Faschismus nie gegolten. Wir haben den 30. Januar 1933 als vermeidbar angesehen, diese Aussage aber womöglich zu eng an die Aktionen der Arbeiterbewegung und namentlich an das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten gebunden.

Die Stellung des Faschismus in der europäischen Geschichte des zurückliegenden Jahrhunderts ist eine Folge des Weges der Hitlerleute an die Spitze eines Staatswesens, das zu den führenden Wirtschaftsmächten gehörte, an die Spitze von zunächst 65, dann nahezu 80 Millionen Menschen mit einem mobilisierbaren Potential von insgesamt etwa 18 Millionen Soldaten und in einer geographi-

schen Position, die Landkriege nach Osten wie nach Westen ermöglichte. Ohne diesen Sieg wäre der Faschismus Episode geblieben, über die in Geschichtsbüchern außerhalb Italiens wenig zu sagen gewesen wäre.

III.

Der Faschismus wurde in einer von sozialen und nationalen Kämpfen erschütterten Zeit als gegenrevolutionäre Bewegung geboren, die aus ihr hervorgegangenen Regime waren ihrem Wesen nach gegenrevolutionär und zwar nicht nur im Blick auf das Jahr 1917/1918, sondern auch in Hinsicht auf 1789. Wann immer sie sich als revolutionär ausgaben oder von anderen so dargestellt wurden (letzteres geschieht bis heute), handelte es sich um Schaum und Gischt, um Begriffsmüll. Die Hauptkennzeichen dieser Zeit waren: das Ende des Zarenreiches, der Habsburger Monarchie und des Osmanischen Reiches, Revolutionen in Berlin, Wien und Budapest, den Hauptstädten der geschlagenen Mächte, aber auch das bedrohliche Rumoren in Staaten, die zu den Siegermächten des Weltkrieges zählten. Von alledem war der Sieg der Bolschewiki das Wichtigste. Die Herrschenden in Deutschland kamen glimpflich davon, aber sie hatten doch in den Abgrund ihres sozialen und politischen Untergangs geblickt und manchen ihrer Angehörigen war jede politische Macht genommen, einigen nur Flucht ins Exil geblieben. Regierende Häupter, bislang als von Gottesgnaden verehrt, büßten dauernd oder zeitweilig das Verfügungsrecht über erhebliche Teile ihres Eigentums ein. Solche Vorgänge verändern die Mentalität einer Klasse oder Schicht nachhaltig. Die allgemeinste Bedingung für den Aufstieg des Faschismus in Deutschland war das Bedürfnis der Oberschichten der Gesellschaft nach dauerhafter Stabilisierung der Kapitalmacht, die ihnen nach innen wie nach Außen neue Bewegungsfreiheit schaffen sollte.

Die Antwort der Bedrohten oder sich bedroht Fühlenden war nicht nur über und mit Hitler möglich. Dass sie so erfolgte, hing auch mit den geistigen und praktisch-politischen Fähigkeiten von bürgerlichen Politikern bzw. Politikergruppen zusammen, die strikt oder halbherzig Gegenspieler der Faschisten waren. Der jüngst wieder diskutierte wirtschaftspolitische Kurs Brünings war auch bei strikter Wahrung der Kapitalinteressen keineswegs der einzig mögliche. Erst durch seine sture Beibehaltung entstand die kritische Masse, die zur „nationalsozialistischen Explosion“ führte.

Auf die subjektive Seite der Analyse gehört auch das hochgradige politische Talent des Revolutionsfeindes Hitler. Ein Führer dieser Partei, weniger herausgestellt und also in den eigenen Reihen stärker angreifbar, in geringerem Maße lernfähig, weniger zögernd in seinen Entscheidungen, solange nicht eine gewisse Übersichtlichkeit der Situation eingetreten war – und die ganze „Bewegung“ hätte im Gemisch skandalöser Erfolge und enttäuschter Hoffnungen ins Schleudern geraten können, noch und gerade im zweiten Halbjahr 1932. Hitlers Platz entstand in Verbindung mit dem Bedürfnis äußerster Machtkonzentration. Vorausgesetzt war eine sich ausbreitende Stimmung, der die existierenden Regierungsverfahren als ineffektiv und schädigend auch deswegen galten, weil zu viele in die Politik hineinredeten. Träger solcher Stimmung waren gerade Wirtschaftsführer. Hitlers Rede im Düsseldorfer Industriellen-Klub 1932 bezeugt das.

IV.

Der Faschismus war der Auswurf eines Völkerkrieges ohne Beispiel, der später die Bezeichnung Erster Weltkrieg erhielt. Als die Völker in ihn hineingetrieben wurden, wussten sie nicht, was ihnen bevorstand. Vor ihren Augen befanden sich Bilder von 1870/71 und den Balkankriegen. Dann kamen Verdun und Ypern und die Millionen Toten. Von da führt eine Spur in die europäische Geschichte, zunächst in die Innenpolitik mehrerer Staaten. Welches Aufsehen 1913 um die Zabern-Affäre, in deren Verlauf es doch keine Toten gab! Und kaum sechs Jahre später: Welche Gleichgültigkeit gegenüber der Mörderei, mit der das Militär, die Reichswehr, „Ordnung“ schuf! Die Faschisten traten als diejenigen hervor, die solche Gewalt rechtfertigten, praktizierten und verherrlichten. Undenkbar, dass eine Partei dieses Typs in der Vorkriegsgesellschaft angenommen worden wäre.

Doch die Hauptspur, die sich aus Weltkriegsjahren namentlich im geschlagenen Deutschland ausmachen lässt, war das Nachdenken über eine Wiederaufnahme des Krieges in neuer Dimension. Sie

gerann den einen zu Bekenntnis und Aktion gegen einen künftigen Krieg, anderen, ungleich Einflussstärkeren, in Projekte, das Ergebnis von 1918/19 zu korrigieren – durch das Aufgebot einer beispiellosen Militärkraft, mit überlegener Bewaffnung, einem früh kriegsgedrillten Volk, mit vorteilhaftesten Bündnissen, bei richtiger Auswahl des Zeitpunktes des Kriegsbeginns und durch Bekämpfung aller Kriegsgegner schon vor dem ersten Schuss. Hier floss das öffentliche einbekannte Denken der Faschistenführer und das mehr oder weniger geheime Planen der „überparteilichen" Militärs zusammen. Der 30. Januar 1933 ist nicht vorstellbar, würde die Spitze der Reichswehr nur entfernt den Eindruck gehabt haben, dieser Hitler könnte ihr die Pläne verderben. Der Faschismus war revanchistisch, setzte auf eine gewalttätige Außenpolitik von Anfang an, mobilisierte die im Krieg vollends verhunzten nationalen Gefühle neu, mischte sie mit Rassismus und Antisemitismus.

Mithin gehört der Faschismus einem Zeitraum an, da Führungsgruppen europäischer Staaten noch glauben konnten, ihre ökonomisch und machtpolitisch geprägten Gegensätze könnten auch auf dem Wege von Kriegen ausgetragen werden. Ideen zum Zusammenschluss aller kapitalistischen Staaten des Kontinents waren schon geboren. Auch existierte bereits ein Zusammenschluss von Staaten, der Völkerbund, aber die Geschichte seines Unvermögens steht für das Desinteresse der Regierungen an einer Politik, die Krieg ausschließt. Diese Denkweise in Führungsschichten namentlich in London und Paris und ebenso in Hauptstädten kleinerer europäischer Staaten bildete eine Bedingung für den Aufstieg des Faschismus zur Macht. Ein rechtzeitig vorgenommener Abbau der wirtschaftlich, politisch und ideologisch folgenreichen Bestimmungen des Friedensdiktats hätte die Chancen der „Nationalsozialisten", die sich als die entschlossensten Gegner des Versailler Systems postierten, fraglos verschlechtert.

V.

Der Aufstieg des Faschismus gehört einer Entwicklungsetappe in den kapitalistischen Industriestaaten an, in welcher der Grad der erreichten Produktivität es nicht erlaubte, in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Verelendung von Millionen beträchtlich zu bremsen. Der Durchbruch des Faschismus zur Staatsmacht ist ohne das Elend der Weltwirtschaftskrise, ohne die Millionenzahl Erwerbsloser, ohne massenhaft zerstörte Kleinbetriebe, ohne grassierende Existenzängste und fehlende Zukunftsaussichten, ohne Hungernde, Frierende, Obdachlose nicht denkbar. Vor dem Hintergrund heutiger Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik von offiziell über 4,2 Millionen mag es schwer geworden sein, sich Krisendeutschland 1929/30 bis 1932/33 vorzustellen. Diese Arbeitslosen der „großen Krise" wurden in bitterste Not gestürzt. Extrem unterernährt, wintersüber in schlecht oder unbeheizten Behausungen, man denke an die Zahl der Kellerwohnungen in Städten wie Berlin, verwandelte sich ihr Leben in eine nur schwer zu ertragende Last. Ausgrenzung und Demütigung gehörten zu ihrem Alltag, das unsinnige Warten vor Arbeitsämtern auf einen Stempel, die nahezu kriminalpolizeilichen Bedürftigkeitsprüfungen, die Verpflichtungen zu irgendeiner Zwangsarbeit, nicht so selten auf Friedhöfen, wohin ein knappes Jahrzehnt später die Juden geschickt wurden. Die NSDAP war nicht die Partei der Arbeitslosen, doch die Faschisten profitierten stärker als alle anderen Parteien von diesem Massenelend, das sie ausbeuteten. Skrupellos waren ihre Versprechungen. Der Hungrige denkt nur ans Brot – die Nazis versprachen Arbeit und Brot.

Der Durchbruch des Faschismus in Deutschland erfolgte auf einer Stufe der kapitalistischen Entwicklung, auf welcher der Umverteilung des Verfügbaren durch Staatseingriffe enge Grenzen gesetzt waren. Die Experimentierfelder der Politiker waren begrenzt, das Kabinett Brüning aber hat sie gar nicht erst ausgeschritten. Dafür besaß es kein Konzept, daran besaß es kein Interesse. Das deutsche Großkapital wollte den seit Kriegsende wieder eroberten Platz auf den internationalen Märkten verteidigen und suchte ihn zu vergrößern. Mit der Unterstützung der Regierung senkte es Löhne und Gehälter, trieb die Krisenrationalisierung voran, wehrte sich gegen Preissenkungen und scherte sich den Teufel um die politischen Folgen. Der geschichtliche Platz des Faschismus verbindet sich also mit einer Entwicklungsetappe des Kapitalismus, in der Turbulenzen des Wirtschaftszyklus extremes Elend, bis zur Panik gesteigerte Ängste und das verbreitete Bedürfnis hervorbrachten, in der Gesellschaft das Unterste zuoberst zu kehren.

VI.

Zur Bestimmung des Platzes, den die faschistischen Regime einnahmen, gehört schließlich die Beschäftigung mit einem Gegenstand, mit dessen Bewertung sich die Historiographie besonders schwertut: die geistige und mentale Verfassung von Gesellschaften. Der Krieg hinterließ einen massenhaft verbreiteten Nationalismus, Hass auf die Sieger, der immer neue Nahrung erhielt, wenn wieder einmal über die Verwirklichung des Versailler Vertrages gestritten wurde oder – wie 1923 – bei der provozierten Besetzung weiterer westdeutscher Reichsteile. Die bis in die Sozialdemokratie reichende Weigerung, Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges kritisch durchzuarbeiten, hatte zur Folge, dass Deutschlands Behandlung als willkürlich angesehen wurde. Dass Wiedergutmachungspflichten erwuchsen, weil die Deutschen mit dem Krieg Verwüstungen in andere Länder getragen hatten, spielte im Denken breiterer Volksschichten keine Rolle.

Schließlich gehört zur Befindlichkeit der deutschen Nachkriegsgesellschaft das Verhältnis zum 1919 entstandenen Staatswesen. Später ist von einer Republik ohne Republikaner gesprochen worden. Die goldenen Zwanziger, ohnehin bemessen auf die Zeitspanne von 1924 bis 1929, erfassten nicht die Masse der Bevölkerung. Der Republik wurde auch für die Zukunft nicht viel zugetraut, namentlich als die Wirtschaftskrise hereinbrach. Politiker mochten eine Durststrecke sehen, Millionen hingegen spürten nicht nur, dass gegen ihre Interessen regiert wurde. Sie bemerkten auch die Ratlosigkeit der Führung. Das ist die Situation, in welcher der Gedanke des Umsteigens in ein anderes Boot mit einem anderen Kapitän nahe liegt und der Glaube sich ausbreitet, es könne nicht noch schlechter kommen. Hinzu kam das Agieren einer Staatselite, die im Volke nie Kredit besessen, also keinen zu verlieren hatte. Die Faschisten brauchten die mehr oder weniger dumpfe rebellierende Stimmung nur aufzunehmen und sich als Energie geladene Verfechter dieses Protestes und eines „revolutionierenden“ Wandels auszugeben.

VII.

Aus der hier vorgeschlagenen Platzierung des Faschismus folgt die Frage, ob er im historischen Sinne, d. h. unwiderruflich der Vergangenheit angehört. Wird sie bejaht, dann hätte das vielzitierte Brechtwort vom Schoß, der noch fruchtbar sei, seine Berechtigung verloren und die damit gegebene Warnung ginge ins Leere. Gegen diese Feststellung widerstrebt viel. Doch mit dem Fingerzeig auf die als Nachfolger sich kenntlichmachenden Rechtsextremisten ist nichts erwiesen. Diese Mannschaft hat keine Aussicht, an ein Staatsruder vorzudringen. Sie zu bekämpfen und zu illegalisieren, gibt es Gründe genug. Doch unsere Frage heißt, anders gewendet, ob die Vorstellung begründet werden kann, dass der Regimetyp der zwanziger bis vierziger Jahre rekonstruierbar ist. Und da lautet meine Antwort: Das Interesse an ihrer Installation fehlt.

Die Ausgangslage für das Kapital ist heute eine gänzlich andere als vor 1933. Dieses Kapital hat weder eine überstandene Revolution hinter sich, noch wird es von revolutionären Kräften bedroht. Es hat Territorien des Erdballs zurückgewonnen, von denen es auf Dauer vertrieben schien. Kämpfe zwischen konkurrierenden Kapitalgruppen können mit Nutzen nicht mehr dadurch ausgetragen werden, dass hochindustrialisierte Staaten mit schwerstbewaffneten Armeen aufeinander losgehen. Es sind militärische Konstruktionen geschaffen worden, deren erste Funktion darin besteht, sich gegenseitig zu kontrollieren. Und: Die hochindustrialisierten Länder haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Prozessen, die in der Bundesrepublik als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurden, ein Niveau der Produktivität erreicht, das ihnen erlaubt, in Krisenzeiten Widersprüche so weit zu dämpfen, dass sie sozialrevolutionäre Eruptionen nicht fürchten müssen.

Was soll in diesen Verhältnissen ein Hitler oder ein Mussolini? Was angesichts der Tatsache, dass „Proletarier alle Länder, vereinigt euch“ so fern klingt wie Kampfrufe aus Bauernkriegszeiten? Die Herrschaft des Kapitals lässt sich umso vieles eleganter organisieren, unblutiger, drapiert mit dem Anspruch, humanste Verhältnisse weltweit herzustellen. Die Faschistenführer gehörten in Zeiten, da es nicht nur eine von ihnen als jüdisch diffamierte Kommunistische Internationale, nicht nur die Herrschaft des angeblich „jüdischen Bolschewismus“ auf einem Sechstel des Erdballs gab, sondern auch noch eine sozialreformerische international verbundene Sozialdemokratie, von der seitdem nur der

Name geblieben ist. Zwischen Bebel und Schröder liegen Welten, selbst zwischen Schumacher oder Wehner und diesem „Enkel“ oder „Urenkel“. Das Entstehen dieser Distanz kann nicht nur den Veränderungen der Kapitalzustände und des Lebens der Bevölkerungsmehrheit im Verlaufe eines Halbjahrhunderts zugeschrieben werden. Zwischen diesen und jenem liegt eine politisch-moralische Distanz, die bis zur de-facto-Aussöhnung mit den aktuellen Verbrechen einer Gesellschaft reicht, deren Repräsentanten nicht müde werden, anklagend auf die Mörder von sechs Millionen toten Juden, seltener auf die von mehr als drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, auf die der Behinderten und der Zigeuner zu verweisen, um sich so einen Glanz aufzuschminken, der verbirgt: Diese kapitalistische Gesellschaft muss nicht faschistisch geprägt sein, um barbarisch zu werden. Sie ist es.

VIII.

Also gehören die faschistischen Staatsregime dem 20. Jahrhundert und nur ihm an? Dem Ja folgt eine Einschränkung und keine marginale. Sie betrifft nicht das System, sondern seine Praktiken. Die waren von der Friedensdemagogie bis zur Kriegsrechtfertigung, von den Geheimdiensten bis zu den Konzentrationslagern, von den Vertreibungen bis zum Genozid nicht der Faschisten ureigene Erfindungen und Schöpfungen. Sie bedienten sich aus dem Arsenal an Erfahrungen, das Herrschaft binnen Jahrtausenden angehäuft hatte. Und sie waren nicht wählerisch. Sie nahmen ihre Anleihen bei der spanisch-katholischen Inquisition ebenso wie bei britischen Kolonialherren, bei den Eroberern der Neuen Welt und wohl auch bei der zaristischen Ochrana. Dass die Faschisten mit diesen Mitteln weit, aber doch nicht zu ihren Endzielen gelangten, ist – wie wir heute sehen – keineswegs als Warnung oder Beweis für die Unmöglichkeit verstanden worden, sich den Erdball von einem Machtzentrum aus total unterwerfen zu können.

3. Sein Tag – Hjalmar Schacht und der 30. Januar 1933

Der Begriff „Kanzlermacher“ war zu Zeiten der Weimarer Republik noch ungebräuchlich, aber der Typ existierte schon. Ihn verkörperte in denkwürdiger Weise Hjalmar Schacht. Das wird ihm bis heute nicht gebührend angerechnet, wie sich ausgerechnet in der Stadt erfahren lässt, in der er seine Jugendjahre verbrachte. Dort hätte er, nach Ansicht anderer, am besten bleiben sollen, vielleicht als leitender Angestellter der Filiale der Sparkasse.

Die Rede ist von Friedrichsstadt, einer schönen, nach holländischem Vorbild in regelmäßigem Viereck erbauten norddeutschen Stadt, die 1900 nicht mehr als 2401 Einwohner zählte. In ihr hätte sich für den jungen, eben dreiundzwanzigjährigen Mann Betätigungsmöglichkeit die Menge geboten, im Amtsgericht oder Nebenzollamt, im Bankverein oder Postamt zweiter Klasse, auch in einer der Fabrikationsstätten, die sich mit der Produktion verschiedenster Waren von Parfümen bis zu Dungstoffen befassten. Aber nein, den Mann zog es weg von Eider und Treene, den Flüsschen, welche das Stadtbild angenehm beleben. Doch in ihr wird an der Straße mit dem Namen „Am Markt“ an ihn erinnert. Ein Schild, nicht übermäßig groß, jedoch auffallend platziert, tut das. Es erwähnt den Reichsbankpräsidenten a. D. und verzeichnet seine Lebensdaten. Kein Wort mehr, als gälte die 1934 gewonnene Stellung eines Reichsministers nichts und nichts auch die 1935 hinzugekommene des Generalbevollmächtigten für die Aufrüstung, in der er Hermann Göring, seinem Ministerkollegen und alten Kampfgefährten Hitlers, voraus ging.

Ja, die wortkargen Norddeutschen. Dabei erschöpfte sich Dr. Hjalmar Schachts nachhaltiger Einfluss auf die deutsche Geschichte nicht mit den Ämtern und Posten, die sich mit seinem Namen schon verbanden, als er sie noch innehatte. Niemand konnte mit gleichen Recht wie er beanspruchen, der Kanzlermacher des 30. Januar 1933 gewesen zu sein. Nicht, dass er während der später gefeierten „Kampfjahre“ in Reih’ und Glied je hinter einer Hakenkreuzfahne marschiert wäre. Nicht, dass ihn jemand in Republikzeit je auf einer NSDAP-Kundgebung im Berliner Sportpalast oder an vergleichbarem Ort gesehen hätte. Doch es stand sein Name unter der Eingabe der Wirtschaftsführer, die im November 1932 den Reichspräsidenten von Hindenburg höflich aber bestimmt zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler drängten. Schacht besaß am Zustandekommen dieses Schrittes besonderen Anteil. Er hatte sich 1930 vom Posten des Präsidenten des Reichsbankdirektoriums zurückgezogen, lebte auf seinem Gut und hatte Zeit, sich mit Politik zu befassen. Hitler war ihm der kommende Mann an der

Reichspitze. Doch zeigte sich Schacht gegen Ende 1932, als sich der Weg des Faschisten in die Wilhelmstraße hinzog, zunehmend besorgt, dass der oberste NSDAP-Führer auf der letzten Wegstrecke dahin nervös werden und sich mit seiner pseudo-revolutionär aufgepulverten Sturmmannschaft, womöglich durch sie gedrängt, in ein putschistisches Abenteuer stürzen und damit einen nicht wieder zu korrigierenden Fehler begehen könne.

Diese Besorgnis war nicht unbegründet und besaß eine Vorgeschichte. Bisher waren alle seit mehr als zwei Jahren unternommenen Versuche der NSDAP-Führergruppe, in die Staatsmacht zu gelangen, gescheitert. Schon nach den Septemberwahlen 1930, deren Ergebnis als ein Erdrutsch bezeichnet wurde, weil die Nazis 18 Prozent Wählerstimmen erhalten hatten, standen sie das erste Mal zum Sprung in eine Reichsregierung bereit. Doch zum Ziele, einer Regierungsbeteiligung, gelangten sie nicht. 1931 hatten sie mit den Deutschnationalen versucht, die Regie rung Brüning zu stürzen und Hitler in die Reichskanzlei zu bringen. Auch vergeblich. Darauf folgte im Frühjahr 1932 Hitlers Kandidatur gegen Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl. Die Niederlage war knapp, aber – gemessen am Ziel – eben vollständig. Dann kam es am 31. Juli 1932 zum unwiederholbaren Reichstagswahlsieg der NSDAP. Nun wurde erwartet, „der Führer“ müsse mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Hingegen: Erneut nur Enttäuschung.

Diese Erfahrungen waren nicht folgenlos geblieben. In Hitlers engster Umgebung breitete sich, zumal nach den deutlichen Stimmenverlusten bei der Novemberwahl 1932, die eine Trendwende anzukündigen schienen, die Befürchtung aus, es könnte der Zeitpunkt des Griffs nach der Staatsmacht schließlich ganz verpasst werden. Damit das nicht geschehe, dachten manche der Paladine Hitlers daran, die eigenen Forderungen herunterzuschrauben. Zugleich wurden in der unausgesetzt auch mit Siegeshoffnungen vorangetriebenen Gefolgschaft Zweifel laut, ob statt des „legalen“ Kurses nicht doch der Putsch der einzig erfolgversprechende Weg sei, der zur „nationalsozialistischen Revolution“ führe.

Die Frage war, wie Hitler sich unter diesem doppelten Druck verhalten, wie lange er ihn aushalten können würde. Schacht stellte sie sich und hielt es für geboten, Hitlers Widerstandskräfte gegen – wie er es sah – die falschen und alles verderbenden Ratgeber und Revoluzzer zu stärken. So entstand sein Brief, in dem er Herrn Hitler zunächst seine „besonderen Glückwünsche“ zu der „festen Haltung“ ausdrückte, die dieser angesichts von zwei Millionen verlorener Anhänger eingenommen habe. Sodann versicherte er, dass er keinerlei Zweifel daran hege, „dass die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft.“ Freilich und stillschweigend vorausgesetzt, dass die schon eingefädelte politische Intrige nicht durch Hitlers Mitführer und Anhänger zunichtewürde, deren gewalttätige Aktion, was nicht erwähnt zu werden brauchte, nur in einen Konflikt mit der bewaffneten Staatsmacht, der Polizei und womöglich auch der Reichswehr führen könne. Hitler verstand.

Von dieser Vorgeschichte der „Machtergreifung“ war nach 1933 in keiner Schilderung von Hitlers Aufstieg die Rede. Zum Sieg geführt habe ihn, wie er selbst auf Massenkundgebungen immer wieder beteuerte, einzig sein „Glaube“. Brecht hat die Lüge in „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ bloßgelegt und Ekkehard Schall des „Führers“ Clownerie unvergessen auf die Bühne des Theaters am Schiffbauerdamm gebracht. Schachts Brief wurde auch erst bekannt, nachdem Hitler sich aus der Geschichte gestohlen hatte. Für seinen Autor blieb er nahezu folgenlos. Das Kanzlermachen sahen die Siegermächte nicht als strafwürdige Tat an. Schacht gelangte 1946 von der Anklagebank des Nürnberger Gerichtssaals, auf der er mit Göring, Heß, Keitel und anderen hatte Platz nehmen müssen, auf freien Fuß. Auch sein Anteil an der Hochrüstung Deutschlands zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges, geleistet zwischen 1933/34 und 1937/38 als (erneuter) Reichsbankpräsident und (kommissarischer) Reichswirtschaftsminister, war nicht unter die statuarischen Bestimmungen des internationalen Gerichtshofes gefallen, die einen Strafauswurf gerechtfertigt hätten. Er verlebte seine Altersjahre so sorglos wie die seiner Jugend. Er starb, dreiundneunzigjährig, in München, der einstigen „Hauptstadt der Bewegung“, deren Führer er an das Staatsruder geholfen hatte.

4. Stalingrad – konkurrierende Erinnerungen

Was die deutsche Militärgeschichtsschreibung in den beiden deutschen Staaten zur Schlacht zwischen Don und Wolga 1942/1943 an Wesentlichem herausgefunden hatte, lag schon zum 50. Jahrestag des Ereignisses gedruckt vor. Da war dieser Zweig der Historiographie auch über das bloße, traditionsverhaftete Fragen nach der Bewegung von Armeekorps, Armeen, Divisionen und Regimentern auf Schlachtfeldern und den ihr zugrundeliegenden Entscheidungen und Befehlen hinaus und dahin gelangt, Zusammenhänge zu ergründen und bloßzulegen. Im Verlauf eines weiteren Jahrzehnts konnte Neues dem kaum hinzugefügt werden. (Das bleibt von russischer Seite zu erwarten.) Doch erfuhr die deutschsprachige Literatur über die Schlacht jüngst durch lokale Initiativen Ergänzung, die, wenn sie auch nicht durchweg Bereicherung genannt werden kann, Beachtung verdient.

Der Geschichtsverein im schwäbischen Zwiefalten brachte Tagebücher und Briefe eines jungen Mannes heraus, der nach Abitur und Arbeitsdienst Berufssoldat geworden war und – vierundzwanzigjährig – in den ersten Januartagen 1943 im Stalingrader Kessel durch den Kommandeur seiner Division zum Hauptmann befördert wurde. Der General entkam Tage später westwärts, der Zurückgebliebene war wenig später tot. Die Herausgeber präsentieren die Texte als Zeugnisse der verlorenen Jugend eines Idealisten. Das ist eine merkwürdige Kennzeichnung. Alfons Metzger, klug, belesen, kunstinteressiert, wenn auch kaum gebildet, mit schriftstellerischen Ambitionen, träumte, einst in fernem Land als Kolonialoffizier mit seiner Gattin die Beine baumeln zu lassen und – naturliebend wie er war – sich am Anblick schöner Landschaften und Gegenden zu erfreuen. Derlei musste erst erobert werden. Dabei ging er zugrunde. Er starb als in der Wolle gefärbter Faschist, angefüllt mit nationalem Hochmut, getränkt mit Rassedünkel, wie seine Eintragungen über Polen, französische und britische Soldaten und bolschewistische Untermenschen bezeugen. Edelmut hier grenzenlos – Hinterhältigkeit dort überall. Dazu die „schmierigen Juden“, auch ein „getürmter“, in dessen Haus er sich auf einem der Eroberungszüge für kurze Zeit einquartierte. Unter deutscher Führung, was in Knute übersetzt werden muss, könnte aus den Völkern im Osten ja was werden, meinte auch er.

Warum fällt es den Herausgebern noch 60 Jahre später schwer, zu qualifizieren, was sie da aus der Feder eines Katholiken lesen, der in Kirchen Orgel spielte, Feldgottesdienste besuchte und solche Andachten gar selbst organisierte? Warum kann er – nicht im Gestus des Anklägers dahin gewiesen, aber aufgrund der zutage liegenden Tatsachen – noch immer nicht den Platz erhalten, den er in der Täterkolonne jener Jahre einnahm? Warum kein befreiendes Wort über jene von ihm berichtete, nur Beklemmung erzeugende Szene, da er, Besatzungssoldat in Polen, gegen Weihnachten 1939 einem kleinen Mädchen in Łódź, das ihm vordem zufällig begegnet war, ein Geschenkpaket ins Haus trägt? Deutsches Gemüt, das sich über das Wissen um die deportierten Juden und Polen vor dem Gang zur Beichte beruhigen will. Darüber wäre zu reden gewesen in Zwiefalten: Wie aus dem Sohn einer frommen Katholikin und eines Zentrumspolitikers, der 1933 sein Bürgermeisteramt verlor, dieser Endsieg sichere Offizier wurde, der an die Lüge vom Präventivkrieg ebenso glaubte wie an die Verteidigung Europas. Auch darüber, ob der Familienkreis bei Urlaubsaufenthalten nie darüber sprach, was aus den aus der „Zwiefaltener Anstalt“, deren Verwaltung der Vater inzwischen leitete, weggeschafften Insassen geworden war?

Contra oblivionem [gegen das Vergessen], haben die schwäbischen Geschichtsfreunde ihrer Edition vorangestellt. Dem Vergessen aber kann nur entgegenwirken, wer an die Vergangenheit Fragen zu stellen weiß. (Diese selbst vermag das nicht.) Gerade die noch immer unangenehmen eingeschlossen. Stattdessen: Geist und Nerven schonende Besichtigung der Geschichte. Profitieren kann aus dem Lesestoff dennoch, wer sich en detail informieren will, dass und wie die Wehrmacht in kurzer Zeit Zug- und Kompanieführer heranbildete, ohne die sie nicht bis Stalingrad gekommen wäre. Aber eben doch nicht weiter. Dort war dieser im Vor-Krieg gebildete Kader auf einen Rest zusammengeschmolzen, der zwar rasch ergänzt wurde, aber nie mehr die Qualität erreichte, in der diese Streitmacht 1939 ausgezogen war und 1940/41 gesiegt hatte.

Ein gänzlich anderes Verdienst erwarb sich ein Kölner Verein, der die Städtepartnerschaft der Rheinmetropole mit Wolgagrad fördert. Er konnte nach mehrjähriger Arbeit Anfang Januar in beiden

Städten, hier in deutscher, dort in russischer Sprache, das Buch „... und die Wolga brannte“ vorlegen. Es fasst Erinnerungsberichte von Menschen zusammen, die in der mehr als eine halbe Million Einwohner zählenden Stadt lebten, als die Wehrmacht in sie eindrang und sie zu erobern suchte. Die einen berichten, dass und wie sie in die Hände der Wehrmacht fielen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland transportiert worden waren. Andere, Männer und Frauen, hatten anfänglich während der Kämpfe, von den Angreifern überrollt, mehr oder weniger lange in Stalingrad gelebt, waren dann auch aus der Stadt nach Westen getrieben worden, entkamen aber aus unterschiedlichen Gründen (Alter, Schwangerschaft, Arbeitsunfähigkeit, durch Zufall oder eigene Schlauheit) der Verschleppung ins Reich und überlebten westwärts des Don in Dörfern u. a. im Gebiet Rostow.

Die betagt zur Feder griffen, waren, als Stalingrad umkämpft wurde, zwischen 4 und 15 Jahren alt. Naturgemäß mischen sich in ihren Niederschriften eigene Erinnerungen und was sie von Eltern, älteren Geschwistern oder anderen Leidensgefährten erfuhren, auch mit dem, was sie über die Schlacht später hörten und lasen. Einige Eindrücke kehren in den Schilderungen immer wieder: Die am 23. August 1942, als deutsche Truppen nördlich von Stalingrad die Wolga erreichten, einsetzenden verheerenden Luftangriffe auf die Stadt, denen (geschätzt) 40.000 Menschen zum Opfer fielen, ein erheblicher Teil davon durch gezielte Menschenjagd deutscher Piloten auf Fliehende entlang des Stroms und in Booten, mit denen sie das Rettung versprechende Ostufer erreichen wollten. Sodann der Weg zu jenen teils verbrannten Vorräten noch genießbaren Weizens nahe dem markanten Getreidespeicher, woraus Fladen gebacken wurden. Das mit Todesgefahren verbundene Herantransportieren trinkbaren Wassers. Das Frieren in Behausungen, aus denen sie deutsche Soldaten vertrieben, als diese selbst Unterkünfte suchten oder Häuser abrissen, um Holz für ihre Öfen zu gewinnen. Das Sterben der Verwandten, das Verscharren der Leiche der Mutter oder eines der Geschwister.

„Waren wir reich?“, hat eine Autorin, 1942 ein vierzehnjähriges Mädchen, in einer Lehrerfamilie aufwachsend und später selbst zur Pädagogin ausgebildet, sich im Rückblick gefragt: „Nein, aber wir waren mit allem versorgt. Der einzige Schatz waren die Bücher.“ Das erinnert an das Staunen deutscher Soldaten, die beim Eindringen in die nördlichen Bezirke der Stadt auf kleine, gut eingerichtete Wohnungen trafen mit Spielsachen für Kinder und Weihnachtsschmuck und in die Heimat schrieben, deren Bewohner befänden sich auf dem „Niveau der Zivilisation“.

Der Band besitzt einen aktuellen Bezug, den seine Urheber kaum im Sinn gehabt haben konnten. Zu den Fragen, die den Auskunftswilligen gestellt worden waren, gehörte auch die, warum sie die Stadt nicht verlassen hatten. Die Antworten geraten in den Kontext, den Zeitungen der Bundesrepublik jüngst mit Vorliebe hergestellt haben. Da wurden die Toten der barbarischen Bombardements nicht dem Oberbefehlshaber der deutschen Luftflotte, Oberst von Richthofen und seinem Stab angelastet, auf deren Konto sie in erster Linie gehören, sondern Stalin, der die Evakuierung der Stadt angeblich verboten habe. Kein Zeitzeugnis steht für diese Behauptung. Eine Autorin schreibt, es seien die Familien der Funktionäre frühzeitig aus der Stadt gebracht worden, um sie habe sich hingegen niemand gekümmert. Andere berichten, sie seien nicht geflüchtet, weil sie reiseunfähige Familienmitglieder nicht zurücklassen oder auch sich nicht trennen wollten, wenn Vater oder Mutter an einem Platz in der Stadt standen, den sie nicht räumen durften usw.

Offenbar rechnen die Herausgeber dieser Sammlung mit größerem Echo nicht. Sie vertreiben das Buch gegen geringe Gebühr selbst. Zunächst einmal gehört es in jede Schulbibliothek Kölns. Leichter dürfte es dorthin eine Sammlung Carl Schüddekopfs haben, der sich von acht deutschen Soldaten ihre Lebensgeschichten erzählen ließ und sie – auch offenkundige Irrtümer nicht korrigierend – niederschrieb. Dem fügte er mitunter weitschweifende Angaben über die Kriegssituation hinzu. Fünf seiner Interviewpartner, zwischen 1914 und 1922 geboren, waren vor ihrem Eintritt in die Wehrmacht Arbeiter, ein Abiturient, ein anderer Student und einer übte den Beruf des Arztes aus. Sie gerieten sämtlich in die Stalingrader Schlacht, einige im Rang von Offizieren. Manche entkamen Tod und sowjetischer Gefangenschaft, weil sie schwerverwundet ausgeflogen worden waren. Einer von ihnen lebte nach Kriegsende kurze Zeit in der sowjetischen Besatzungszone. Ausnahmelos alle, wiewohl sich unter ihnen ein freiwilliger Angehöriger der Allgemeinen SS und ein HJ-Führer befanden, wollen Nazis nie so richtig gewesen sein. Sie sehen sich als Opfer und auch der Autor sieht sie nicht anders.

Er betrachtet seine Arbeit als eine Art Wiedergutmachung und behauptet: „Das Unrecht, das ihnen der nationalsozialistische Staat und seine Eliten angetan haben, ist nie thematisiert worden.“ Sie erscheinen als Opfer des Naziregimes, während sie doch zuvor dessen funktionierende Instrumente waren.

Wie schon ein Jahrzehnt zuvor hat Guido Knopp zur ZDF-Serie ein Buch vorgelegt – damals „Entscheidung Stalingrad“, nun „Stalingrad. Das Drama“. Die Publikation bedient sich aus einer Masse von Auszügen aus inzwischen publizierten Briefen, Tagebüchern und Erinnerungen und bietet mit ihnen einen Einblick mehr in die Gefühls- als in die Gedankenwelt von Soldaten und Offizieren der 6. Armee. Das wird mit anderen Dokumenten wie gehabt zu einem Gemisch verarbeitet, zugeschnitten auf anspruchslose Leser und stärkt denen das falsche Bewusstsein, es nun ganz genau zu wissen: Adolf Hitler, der Starrsinnige, der gewissenlose Scharlatan, der Außenseiter aus dem österreichischen Innviertel, der – das ist nun ältester Müll – als „ein Fremder in die deutsche Nationalgeschichte“ eingebrochen sei, wo er sich ein paar befehlsgehorsame Generale zurichtete. Dazu die Reduktion des Krieges auf „Dreck, Blut und Tod“, worin jedes reale Interesse und Ziel, das mit den Eroberungszügen verfolgt wurde, samt seinen Trägern versinkt. Stalingrad wäre militärisch gar nicht wichtig gewesen, nur der Name reizte den „Führer“ und der traf da auf den starrsinnigen Stalin, der es ihm nicht überlassen wollte. Gute Nacht. Zwischen dem, was Geschichtswissenschaft zutage gebracht hat und dieser Fernsehkost klaffen Welten. Beides ist durch eine Grenze geschieden. Sie trennt Einsicht in die Geschichte und Verdummung, die sich nur das Gewand historiografischer Aufklärung übergestülpt hat.

Literatur:

Alfons Metzger. Eine verlorene Jugend in Deutschland, Tagebuchaufzeichnungen und Briefe 1937-1943. Hrsg. Geschichtsverein Zwiefalten. Zusammengestellt und kommentiert von Hedwig Butz-Metzger, o. O. o. J., 336 S. (Tel. 07373 205-0 FAX 205-55.)

„... und die Wolga brannte. Überlebende aus Stalingrad erinnern sich. Eine Dokumentation. Hrsg. Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd e.V., Köln 2002, 319 S.

Carl Schüddekopf, Im Kessel. Erzählen von Stalingrad, Piper Verlag GmbH München 2002, 391 S.

Guido Knopp, Stalingrad. Das Drama. In Zusammenarbeit mit Rudolf Gültner, Redaktion: Mario Sporn, C. Bertelsmann Verlag München 2002, 320 S.

5. Stalingrad im Rückspiegel

Munzingers Vorausblick auf Tage, an denen sich mehr oder weniger bedeutsame geschichtliche Ereignisse jähren oder aus besonderem Anlass dieser oder jener Person der Geschichte gedacht werden sollte, gehört, wie Journalisten versichern, zu ihrem unentbehrlichen Handwerkszeug. Allein darauf aber haben sie sich im letzten und im angebrochenen Jahr mit Sicherheit nicht verlassen. Sonst wäre den Tagen, da vor 60 Jahren die Reste der deutschen Truppen in Stalingrad die Waffen streckten, entkräftet, dreckig, unsäglich verlaust, von Krankheiten geplagt, nicht wenige auch schon vom Tode gezeichnet, Aufmerksamkeit in den Medien nicht zu teil geworden. Indessen begannen Rundfunk- und Fernsehsender, Zeitschriften und Zeitungen lange vorher – seit November 2002 – sich des Themas anzunehmen. Wie das geschah, das erlaubt mehr Rückschlüsse auf den Zustand der deutschen Gesellschaft und ihrer Geschichtspublizistik, auch darauf, was von Autoren Lesern, Hörern und Zuschauern angeboten und zugemutet werden kann, als auf den Stand des Wissens, das wir von dem Ereignis inzwischen besitzen.

Den Anfang machte im Herbst 2002 ein Aufruf des einstigen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, der im Auftrag eines Rundfunksenders Briefe von Soldaten der „Stalingrad“-Armee erbat, die in einer Sendefolge verlesen werden sollten. Das geschah. Auswahl und Anordnung wurden so getroffen, dass ein Bild von den Leiden der Soldaten und dem elenden Untergang der 6. deutschen Armee entstand. Damit war ein Grundton angeschlagen, der die folgende Kampagne dominierte. Geschichtliche Zusammenhänge kamen durch diese Quellengruppe nicht in Sicht. Wer sich jedoch die verlesenen Dokumente aus dem Internet zog und sie neu gruppiert las, gewann einen Eindruck von der politisch unterschiedlichen Verfassung, in der Offiziere und Mannschaften der Armee sich

befanden. Beim bloßen Hören drängte sich der Eindruck der in einer Kriegskameraderie leidenden Deutschen vor, das Bild vom Weg der Opferkolonne.

Noch in der Frühphase des Gedenkens ereignete sich ein Zwischenfall, den die meisten Medien nur am Rande vermerkten. Der als Redner zu einer Kundgebung am Volkstrauertag eingeladene Bundestagspräsident Wolfgang Thierse machte seinen Auftritt vor dem vom Volksbund Kriegsgräberfürsorge in den Reichstag gerufenem Publikum von einigen Änderungen im Beiprogramm abhängig. Die Brieftexte, die der französische Komponist Aubert Lemeland in seiner Stalingrad-Symphonie verarbeitet hatte, sollten nicht verlesen, sondern durch andere ersetzt werden, deren Authentizität außer jedem Zweifel stand. Und das Lied „Ich hat' einen Kameraden" sollte aus diesem Anlass nicht erklingen. Prinzipielle Bedenken gegen den 1809 von Ludwig Uhland gedichteten mordspatriotischen Text waren damit nicht ausgedrückt. Friedrich Silzers 1825 entstandene Vertonung kann hierzulande jeder ältere deutschnationale Mann mindestens mitsummen. Bei militärischen Begräbnissen und Gedenken wird das herzig-markige Werk mit Vorliebe gespielt. Das geschah beispielsweise auch, als der für die Stalingrader Schlacht hoch verantwortliche Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don, Erich von Manstein, von einem britischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechens zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt, betagt gestorben war und in der Bundesrepublik mit eben diesen martialischen Ehren beigesetzt wurde.

Thierses Einwand war von rein taktischer Natur. Er ergab sich aus der dem sozialdemokratischen Politiker rechtzeitig gewordenen Erinnerung, dass das Lied am 3. Februar 1943, nachdem die Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht das Schlachtende an der Wolga mitgeteilt hatte, über alle Sender des Großdeutschen Rundfunks gehört werden konnte. Damals hatte Goebbels Regie geführt. Sein Befehl lautete: Stillgestanden in stolzer Trauer. In Heldenpose aber konnte das Stalingrad-Erinnern 2002 nicht geschehen. Die Inszenierung besaß eine andere Richtung und ein anderes Ziel.

Was also bot sich dann über Wochen und Monate dem Geschichtsinteressierten, wenn er in die für ihn bereit gehaltenen Rückspiegel sah? Bilder, die deutsche Soldaten im ungewohnten und untrainierten Häuserkampf zeigten. Einblicke in Dokumente eines unvorstellbaren Grauens und triumphierender äußerster Kriegsbarbarei. Das Vis-à-vis mit Zeitzeugen, von denen behauptet wurde, nun könnten sie endlich und im Angesicht ihres nahen Lebensendes von ihren Leiden berichten. Dabei wurde, um die Legende von der eben gelösten Zunge aufrecht zu erhalten, verschwiegen, wie alt die Konserven waren, die Zuschauer in Sendungen des Fernsehens geboten wurden. Kommentare schonten die deutsche Militärführer, die später – bei der Gründung der NATO – Pate gestanden oder sie wenigstens gutgeheißen hatten – und verteufelten andere. Kaum fand Erwähnung, dass der extrem abenteuerliche Feldzugsplan für das Jahr 1942 eine Ausarbeitung des Heeresgeneralstabes unter Franz Halder und Walter Warlimont war und nicht allein aus einer fixen Idee des Obersten Befehlshabers Hitler herrührte.

Zu den Angaben, die wie üblich ohne Beleg wieder und wieder gegeben wurden, damit sie sich einprägten, gehörte das angebliche Verbot Stalins, die Zivilbevölkerung der Stadt rechtzeitig zu evakuieren, so dass die Schuld an den etwa 40.000 Zivilisten, die seit dem 23. August 1943 im Bombenhagel der Geschwader des Feldmarschalls von Richthofen umkamen, wenn nicht ganz so mindestens in erheblichem Anteil auf das Konto des sowjetischen Diktators zu schreiben waren. (Hingegen ist noch niemand auf die Idee gekommen, die Toten von Lübeck, Rostock oder Hamburg derart dem Hitler anzulasten, weil er die Zivilisten aus diesen Städten nicht aufs platte Land umgesiedelt hatte.) Genug: Dieses und vieles andere vom Angebot der Redaktionen mag in frischer Erinnerung noch sein.

Unter den Text-, Ton- und Bildserien zur Stalingrader Schlacht sollte diejenige der Mainzer Fernsehhistoriker einen, wenn nicht den abschließenden Höhepunkt bilden. Anders als alles bis dahin Gebotene wurde ihre Ankündigung mit dem Bemerken verbunden, sie werde Neues, bisher ganz Unvermutetes aus sowjetischen Archiven enthalten. Denn, so schon in den Reklamespalten, es hätten sich, wie nun sicher festgestellt, an jenem 2. Februar 1943 die Reste der 6. Armee gar nicht vollständig in Gefangenschaft begeben. Tausende deutsche Männer würden die Waffen noch nicht gestreckt, einige

von ihnen den Kampf auch danach noch fortgesetzt haben. Wer nur mit einiger historischer Phantasie begabt war, bedachte da schon: „Wenn das der Führer gewusst hätte!“ In welches Wechselbad von Gefühlen wäre er gestürzt worden. Der erhebende Gedanke an diese Helden aus seinem Holze und der erneute niederschmetternde Beweis, wie sehr ihn diese Generale betrogen, die ihm unwillig oder unwissend davon nichts zu berichten gewusst, sondern ihn dahin gebracht hatten, verfrüht und falsch das Ende der Kämpfe bekannt geben zu lassen. Doch die Mainzer kamen mit ihrer Entdeckung zu spät.

Was sie präsentierten und im unvermeidlichen Buch zum Film „Anstelle eines Nachworts“ platzierten, war ein im März 1943 angefertigter „NKWD-Bericht“, in Teilen wieder gegeben, ohne Adressaten, ohne Unterschrift, ohne näheres Datum. Demnach hätten bewaffnete Banden, wie die deutschen Gegner da heißen, vereinzelt in Gebieten der Stadt bis zum 20. Februar 1943 sich versteckt gehalten und Widerstand geleistet. Von den mehr als 11.000 Aufgespürten seien etwa zweieinhalbtausend Soldaten und Offiziere getötet, die anderen gefangengenommen und in Lager gebracht worden. Merkwürdig, dass von diesen Überlebenden niemand nach Deutschland zurückgekehrt und – etwa bei einem Treffen im Bund der Stalingradkämpfer – sich als einer von jenen erkennbar gemacht hat, die dem Führer am längsten den Treueid hielten. Merkwürdig, dass sie alle in echtdeutscher Bescheidenheit ihr Heldentum beschwiegen, ihr Wissen ins Grab genommen haben. Merkwürdig schließlich, dass diejenigen, denen dieser Bericht vor die Augen kam, nicht einen quellenkritischen Gedanken darauf wendeten, dass sich mit dem Namen NKWD erwiesenermaßen auch das Wirken einer der größten geheimdienstlichen Lügen- und Märchenfabriken verbindet, und dass ihnen auch nicht beiläufig in den Sinn kam, hier könnten Leute berichtet haben, die sich vor ihrer Obrigkeit einen Anteil an der Schlacht zuschreiben (oder ihn erheblich aufwerten) wollten, den sie in Wahrheit nicht besaßen.

Jedenfalls passte dieser Fund haargenau in jenes Konzept, das in Hitlers großsprecherischen Worten hieß „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich“. Der hatte, auch das wurde in den Berichten über die Schlacht wieder und wieder hervorgehoben, mehr Gegner umgebracht, als er in den eigenen Reihen an Verlusten verzeichnen musste. Kritische Erörterungen der divergierenden Angabe, die inzwischen in der russischen Geschichtsschreibung vorgenommen wurden, blieben unerwähnt. Auch sie sprechen dafür, dass die Verluste der beteiligten sowjetischen Verbände während der Schlacht doppelt so hoch waren wie die der deutschen, aber gegen die phantastischen Angaben die hierzulande wiederum in Umlauf und in keine Beziehung zu den mörderischen Vorhaben gesetzt wurden, die nach dem „Endsieg“ bis zum Ural ins Werk gesetzt werden sollten.

Zu den primitivsten Angeboten, die im auf Stalingrad gerichteten Rückspiegel zu finden waren, gehört die Deutung der Schlacht als ein Kampf zweier Diktatoren, die borniert einzig von Prestigedenken geleitet gewesen seien. Dass es im gesamten Kriegsverlauf auch um das Ansehen derer ging, die an der Spitze der Streitkräfte standen, war keine neue Erscheinung des Zweiten Weltkrieges. Dass namentlich Hitler um die Folgen der Niederlage für seine eigene Stellung besorgt sein musste und als Folge der verlorenen Schlacht, wie Goebbels notierte, sich auch eine den Führer erfassende Vertrauenskrise entwickelte, ist längst bekannt.

Die dumme Verkürzung der Feldzugsziele ins Persönliche aber, die in einer – nicht in Bayern erscheinende – Zeitung ihren Tiefpunkt in der Erklärung des Ausgangs der Schlacht „zum gewonnenen Armdrücken Stalins gegen Hitler„ fand, besitzt den Vorteil, dass von gesellschaftlichen Interessen an Krieg und Kriegszielen nicht gehandelt werden muss. „Hitlers Angriff auf die Sowjetunion“, „Angreifer Hitler„ „Hitlers Eroberungspläne“, „nun will der Gröfaz“, „Hitler beschließt nun“, „Hitler will Stalingrad sturmreif schießen“, das ist eine unvollständige Auswahl aus einem einschlägigen Text eines Nachrichtenmagazins. Wäre da auf dem gedachten Weg an die türkische Grenze nicht nächst dem Weizen des Kuban-Gebietes das Erdöl gewesen. Das wollte, so war wieder und wieder zu erfahren, aber auch nur Hitler und auch er nicht eigentlich auf Dauer, sondern nur damit er den Krieg „wirtschaftlich“ weiterführen könne, was er den unökonomisch denkenden Generalen so schwer klar machen konnte.

Von der gemischten, von Staaten und Privatfirmen gegründeten Gesellschaft, die sich mit ihrem Geld und ihrem Personal auf dem Sprung nach Maikop, Grosny und Baku befand, von den in Südrussland hinter der Front bereit liegenden Teilen jener in Frankreich bereits abgebauten Ölraffinerie und von langfristigen Kriegszielen war kaum irgendwo die Rede. Und diese Abstinenz gegenüber Zusammenhängen mündete in die Weigerung, den Charakter und den Platz der Schlacht zwischen Wolga und Don auf den Begriff zu bringen. Harmlos noch die nichtssagende Wendung von der „einzigartigen Schlacht". Anders die Formulierung, die Stalingrad „die berüchtigtste (was doch wohl heißt: die im schlechtesten Ruf stehende) Schlacht des Zweiten Weltkrieges" nannte.

Wer eine Prämie für den ersten Journalisten ausgesetzt haben würde, der in einer der traditionellen großen Zeitungen der Bundesrepublik darauf verwiese, in jenem Winter 1942/1943 sei aus der Hoffnung Gewissheit geworden, dass es das Europa unter der Geisel des Hakenkreuzes nicht geben werde, hätte sie nicht auszahlen müssen. Wie überhaupt in diesem Rückspiegel die Reaktion auf das Schlachtgeschehen in den deutsch-besetzten Gebieten, in Gefängnissen und Zuchthäusern, in Konzentrations- und Zwangsarbeiterlagern, im deutschen Widerstand (mit Ausnahme der Münchener Studentengruppe), im neutralen Ausland, in den verbündeten Staaten und im deutschen Exil kaum auftauchte.

Kommt Geschichte, zumal Zeitgeschichte, ins Blickfeld, wird nach Lehren und Nutzen für Gegenwart und Zukunft gefragt. Das blieb auch im Hinblick auf Stalingrader nicht aus. Der rheinland-pfälzische Finanzminister, Gastredner eines Neujahrsempfangs in Trier, verglich die Lage der Deutschen heute mit den Zeiten von Stalingrad und des Bombenkrieges, um festzustellen, wie viel besser sie sei. Vordem schon hatte sich in einem Heimatblatt ein aus dem Niederschlesischen stammender Pfarrer auf „unsere deutschen Soldaten" Bezug genommen, „die am Rande der Verzweiflung gekämpft haben, bis zum Letzten" und lobend herausgestellt, dass „unsere allein von der Truppenstärke her unterlegenen Männer" sich nicht aufgaben, auch weil sie aus dem Anblick der „Stalingrad-Madonna" Kraft schöpfen konnten. „Angesichts solchen Heldentums" existierte auch für ihn kein Recht, über die Gegenwart zu jammern. In Weiden/Oberpfalz, wo sich zu Jahresanfang Vertreter von 72 lokalen und regionalen Vereinen zusammenfanden, bemerkte der Chef der Dachorganisation, aus den Briefen der in Stalingrad Eingeschlossenen lasse sich ermessen, „was Heimat ist".

Je drohender die USA ihre und ihrer Verbündeten Truppen vor den Grenzen des Irak aufmarschieren ließen, desto bestimmter wurden Warnungen, die aus der Erfahrung Stalingrad schöpf ten. Während eines Gottesdienstes anlässlich des Volkstrauertages erinnerte ein Pfarrer in Meppen an die Stalingrader Schlacht, erwähnte die Kriegsdrohung gegen den Irak und die Verantwortung des US-Präsidenten George W. Bush. Andernorts erklärte ein früherer Wehrmachtssoldat: „Die Schlacht um den Irak stelle ich mir noch schlimmer vor als Stalingrad, mit noch grausameren Waffen. Wenn ich jetzt einen Sohn hätte, würde ich ihn jedenfalls nicht opfern, um einen solchen Krieg mitzumachen."

Dann war es Norman Birnbaum, Politologe und emeritierter Professor der Georgetown Universität, der Anfang 2003 in einer deutschen Zeitung einen Offenen Brief an seinen Landsmann, den Direktor des Aspen-Instituts in Berlin, Jeffrey Gedmin, schrieb und auf die Erwähnung, dass die USA in Saigon knapp „ihrem eigenen Stalingrad" entgangen seien, die Vorhersage folgen ließ, dass, werde Politikern wie Verteidigungsminister Rumsfeld nicht Einhalt geboten, „auch unser Stalingrad kommen (wird) – wenn nicht in Bagdad, dann anderswo und das recht bald." Einen völlig anderen Bezug stellte ein deutscher Professor her, der an der Berliner Humboldt-Universität lehrt und ein Experte der Militärgeschichtsschreibung ist. Er wurde mit den Worten zitiert: „Die Lehre von Stalingrad heiße nun nicht mehr ‚Nie wieder Krieg', sondern ‚Nie wieder ein *solcher* Krieg', in dem eine deutsche Regierung ihre Soldaten in eine vergleichbare fatale Lage manövriert." Nicht das Verbrecherische des unprovozierten Einfalls in ein benachbartes Land erscheint hier verwerflich, sondern die elende Situation, in welche die eigenen Soldaten im Verlaufe eines Krieges gebracht worden sind. Der Gedanke darf weitergedacht werden: Ein Hubschrauberabschuss bei Kabul, sieben Tote, das mag gerade durchgehen. Ähnliche, mitunter schlimmere Unfälle tragen sich auch in der Heimat Tag für Tag zu. Solange Zeitungen melden können: „Bislang keine Toten bei Kampfeinsätzen", von den Toten „der Anderen" ist nicht zu reden, können demnach die Lehren von 1943 als beherzigt gelten.

Inzwischen ist Stalingrad aus den deutschen Rückspiegeln schon entschwunden. Bald werden auf ihnen anstelle der T 34-Panzer, die in der Steppe zwischen Wolga und Don operierten, Fahrzeuge gleichen Typs auftauchen, diesmal jedoch an der Spree und der Pleiße. Der Zehn-Jahres-Sprung „nach vorn“ wird zum 17. Juni 1953 und in einen anderen geschichtlichen Bezirk führen, in dem sich die deutsche Geschichtspublizistik gedanklich so viel freier und leichter wird bewegen können. Und wieder werden sich die Deutschen als Opfer vorführen lassen.

6. Nach der Stalingrader Schlacht – Goebbels in Aktion

Kein zweiter Filmstreifen ist nächst dem vom Marsch der SA-Kolonnen durch das Brandenburger Tor am Abend des 30. Januar 1933 Zeitgenossen und den Nachgeborenen im Fernsehen so oft vor die Augen gebracht worden wie jener, der eine Ansammlung ausgesuchter Berliner im Sportpalast zeigt, wo sie am 18. Februar 1943 eine aufhetzende Rede des Propagandaministers Goebbels anhörten. In der Halle prangte ein einziges Transparent. Es trug die Aufschrift „Totaler Krieg – kürzester Krieg“. Das war Verheißung und Eingeständnis. Wer zu lesen verstand, entnahm ihr, dass die Mehrheit der Deutschen den Krieg, der inzwischen ins vierte Jahr gegangen war, gründlich satthatten. Vor einem Jahr noch, als aus dem Blitzkrieg gegen die Sowjetunion nichts geworden war, ihnen aber der Sieg im Osten als Voraussetzung für die Erreichung des „Endsiegs“ gelten musste, hatten die Fragen gelautet, wie lange dieser Kriege denn *noch* dauern werde. Jetzt wurde anders gefragt: *Wie werde er enden?* Diesen Wandel hatte das zweite Scheitern des Versuchs bewirkt, die sowjetischen Armeen zu besiegen. Sein Name hieß: Stalingrad.

Damit war die Aufgabe von Joseph Goebbels klar: Er hatte gegen die sich ausbreitende Stimmung anzureden, dass Deutschland angesichts der Macht seiner Gegner diesen Krieg nicht mehr gewinnen könne. Das hatte er schon am 30. Januar am gleichen Orte getan. Doch war die Wirkung dieses Auftritts schon drei Tage später wie weggewischt gewesen durch die amtliche Bekanntgabe des „Endes der Schlacht“ zwischen Don und Wolga. Danach hatte sich Goebbels sofort entschlossen, durch eine neue und wohl inszenierte Kundgebung die Kriegsstimmung wieder hochzureißen. Als Gauleiter von Berlin gab er Weisung, dafür ein ausgesuchtes Personal in die Halle zu beordern. Vor ihm saß, obwohl er gerade das in seiner Rede behauptete, keineswegs ein „Querschnitt“ der Nation.

Jedoch waren die Gefühle und Gedanken derer im Saal von jenen der Millionen „draußen“ zwischen Ostpreußen und Bodensee auch wieder nicht grundverschieden. Die einen wie die anderen fürchteten die Niederlage, für die eben Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill bei einem Treffen in Casablanca die Formel der „unconditional surrender“, der bedingungslosen Kapitulation, bestimmt hatten. Die Älteren mochten sich des Ausgangs des Ersten Weltkrieges erinnern, der Besatzung, der Inflation, der Reparationszahlungen. Andere sich fragen, wie hoch die Zeche diesmal sein werde. Dritte im Wissen um die begangenen Kriegsverbrechen überlegen, was aus ihnen folgen werde. Nicht mehr Siegeszuversicht, Furcht begann in deutschen Landen also umzugehen. Goebbels gedachte mit ihr zu wuchern. Bald schrieb eine britische Quelle, die Naziparole „Kraft durch Freude“ abwandelnd, der Minister betreibe eine „Kraft-durch-Furcht-Propaganda“. Auf Blättern seines Tagesbuches gestand der erste Propagandist des Reiches, dass dies nicht ganz falsch sei. Dabei bezeichnete der 18. Februar nicht einmal eine Wendung in der demagogischen Praxis. Vordem schon hatte Hitler in Person von der Devise „Sieg oder Niederlage“ auf die Alternative „Überleben oder Untergang“ umgeschaltet.

Das Geschrei nach dem „totalen Krieg“, die Tausende im Sportpalast auf die provokatorischen Fragen des Propagandaministers anstimmten, war die schrille politische Begleitmusik zu jenen innenpolitischen Maßnahmen, mit denen nun der Kurs auf den rücksichtslosen Verschleiß aller verfügbaren Volkskräfte gelegt wurde, mit Folgen, die noch Jahre nach dem Ende des Krieges spürbar sein sollten. Aus dem Prinzip „Jeder frontdiensttaugliche Wehrmachtsangehörige in die bevorstehenden Schlachten“, folgte die Mobilisierung weiterer Männer für den Dienst in militärischen Einheiten im Reich und den besetzten Gebieten und die vermehrte Eingliederung von Frauen in den Kriegsdienst, als Helferinnen im Heer, in der Luftwaffe und der Marine und als Schwestern in Lazaretten.

Der Entzug von Arbeitskräften auch aus kriegswichtiger Produktion und anderen unverzichtbaren Diensten zog wiederum die Mobilisierung derer nach sich, die bisher entweder an als kriegsunwichtig

geltenden Plätzen oder gar nicht gearbeitet hatten. Betriebe des Handwerks und des Einzelhandels wurden geschlossen und bisher dort Beschäftigte in die Rüstungsindustrie gelenkt. Zögernd wurde auf die Ehefrauen von Wehrmachtsangehörigen zugegriffen, die wegen der finanziellen Zuwendungen, die ihnen gewährt wurden, keinem ökonomischen Arbeitszwang unterlagen. An sie richteten sich vor allem auch „patriotische“ Appelle, sie sollten durch ihren Einsatz an die Seite ihrer kämpfenden Männer treten. Vor allem aber wurde in den Betrieben, die Kriegsgüter erzeugten, das Arbeitstempo gesteigert, der Arbeitstag ausgedehnt, die Bereitschaft von Arbeitern ausgenutzt, ihre so genannte UK (für: Unabkömmlichkeit)-Stellung zu erhalten und mit ihr der Einberufung zur Wehrmacht zu entgehen. Sie und der ältere Stamm von deutschen Spezial- und Facharbeitern bewirkten gemeinsam mit der Ausbeutung der Millionen herbeigeschleppter Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen das Weiterfunktionieren der Versorgung der Wehrmacht und sogar noch einmal eine Steigerung der Produktion von Waffen und anderem Kriegsgerät.

Dass der totale Krieg der kürzeste Krieg sei, erwies sich als eine platte Lüge. Das Gegenteil war richtig. Und die antifaschistischen Kräfte, die warnten, das Ergebnis des totalen Krieges werde die totale Niederlage sein, prophezeiten, was kommen werde. Doch sie drangen nicht durch. Die Deutschen befolgten, willig oder einfach stumpf und dumpf weitermachend, die Forderungen der militärischen und zivilen Machthaber. Drakonische Verfolgungen von „Defätisten“ half, die Disziplin aufrechterhalten. Am Tage der Goebbels-Rede warfen in der Münche ner Universität die Geschwister Scholl jene Flugblätter, die dazu aufriefen, dem Regime die weitere Gefolgschaft zu versagen. Das war eine verzweifelte Tat. Jahrzehnte später sang darauf Konstantin Wecker: „Es ging ums Tun und nicht ums Siegen“. Denn da hatte die Mehrheit der Deutschen noch gehofft, sie könnte den Krieg vielleicht doch auf irgendeine wundersame Weise gewinnen oder ihn wenigstens billig loswerden.

7. Geschichtserinnerung als politisch-ideologische Kampagne

Es scheint, dass die geschichtspolitischen Kampagnen, die in der Bundesrepublik eine nach Millionen zählende Minderheit erreichen und sie über Wochen, manchmal Monate lang, selten aber länger als ein Jahr beschäftigen, in immer kürzer werdenden Abständen aufeinander folgen, ja einander zu jagen beginnen. Zur Erinnerung: Goldhagendebatte, Streit um die Verbrechen der Wehrmacht, hervorgerufen durch die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte, Auseinandersetzung über die Beteiligten an der Auspowerung der Fremdarbeiter und die Geste, die als Wiedergutmachung fehlbezeichnet war. Dies noch im vergangenen Jahrhundert. Und nun 2002/2003: Gedenken an die Opfer der Stalingrader Schlacht, die deutschen mehr als die der „Anderen“, Gedenken an die Opfer des strategischen Bombenkrieges gegen Deutschland mit gelegentlicher Erwähnung Guernicas, Warschaus, Rotterdams, Londons und Coventrys, seltener von Belgrad und Stalingrad, Flucht und Vertreibung der Deutschen mit der Ausrichtung auf die Tragödien, die „Wilhelm Gustloff„ und „Goya„ heißen. Dieser Geschichtsstoff wird vorläufig nicht ausgehen.

Sind die Deutschen oder zumindest ein erheblicher Teil von ihnen auf Geschichte versessen? Stellen sie die begeistertsten unter allen Verehrern der Clio? Trifft zu, was behauptet wird, dass sie ihre Lektion gelernt und den Rang von Meisterschülern erlangt haben? Vor alledem steht die Beantwortung der Vorfrage: Wie kommen diese geschichtspolitischen „Wellen“ oder Kampagnen zustande? Wer erzeugt, wer verstärkt sie und was lässt sie verebben? Und was bildet ihren Ertrag?

Spontaneität, Planung, Lenkung – diese und weitere Begriffe kommen in Rede, wenn nicht einfache Antworten gesucht werden. Denn es sind von Fall zu Fall durchaus nicht die gleichen Auslöser und Antriebe, die derlei Kampagnen entstehen und dauern lassen. Am leichtesten festzustellen sind die Anlässe, häufig geliefert durch – insbesondere sogenannten „runde“ – Jahrestage. Doch werden die mitunter ausgelassen oder unabhängig von dem Platz, den das Ereignis in deutscher Geschichte beanspruchen kann, auch nur am Rande behandelt. Man vergleiche nur den Medienaufwand und -einsatz mit dem Blick auf die Stalingrader Schlacht, als sie sich zum 60. Male jährte, mit dem, der auf den 70. Jahrestag der Errichtung der Nazidiktatur gewendet wurde. Im Geschehen des Jahres 1943 zwischen Wolga und Don ließen sich die mehr als 200.000 deutschen Täter doch auch wieder als Opfer betrachten. In dem des Jahres 1933 hingegen hätten die keineswegs durchgearbeiteten Fragen

nach der unbefohlenen, von keinem Militärstrafrecht bedrohten Massengefolgschaft behandelt werden müssen, die Hitler zwar nicht in die Wilhelmstraße zu bringen vermochte, aber eine Bedingung dafür war, dass die Intrige der Einflussreichen überhaupt inszeniert wurde. Offenbar gibt es willkommene, wenn nicht beliebte Jahrestage und andere, die mit nichtssagenden, flüchtigen Vermerken „begangen“ werden.

Apropos beliebt. In unserer obigen Aufzählung fehlen der 17. Juni 1953 und dessen 50. Jahrestag. Der stellt insofern einen Sonderfall dar, als die zu seiner Erinnerung ablaufende Kampagne in ihrer Entstehung so durchsichtig war, wie sich die Berliner Spree und Havel selbst nach der weitgehenden Abschaffung der ostdeutschen Industrie erst noch wünschen mögen. Von der Bundeszentrale für politische Bildung bis zur Bundesbeauftragten und (damals fünfjährigen) Zeitzeugin Birthler, von Opferverbänden bis zur Historischen Kommission der PDS begaben sich Experten und solche die sich dafür bloß hielten oder es immerhin werden wollten, früh in die Startlöcher. Keine Rede von Spontaneität. Kinkel stand auf: Die Chance zur Delegitimierung der DDR, wurde erkannt, würde in derlei Gestalt so bald nicht wiederkehren. Jedenfalls, und da nicht gleichermaßen ausbeutbar, nicht vor dem Jahre 2018 und ob sich da nicht ein noch größerer Teil der Deutschen für die ihnen dann verordneten Agenden und Reformen interessieren wird, ist hoch ungewiss.

Am Ende lief die Kampagne aus allen Rudern. Niemand, der etwas auf seinen Antitotalitarismus hielt, wollte zurückstehen, ihn bei dieser Gelegenheit unbekundet lassen. Ob „Viel hilft viel“ wirklich zum Ziele geführt hat, blieb öffentlich unerörtert. Die Historiker werden sich, wenn sie Zugang zu den Akten haben, quellenkritisch mit den Berichten befassen und darunter den Jubel der *„Frankfurter Allgemeinen Zeitung“* auf seinen Wahrheitsgehalt abklopfen, der sich auf den angeblich erheblichen Erfolg bezog, der bei der Aufklärung der Jugend erreicht wurde. Der Versuch, das Ereignis in eine Traditionsreihe zu stellen, die mit der Großen Revolution der Franzosen beginnt, dürfte kurzlebiger sein, als das immerhin Jahrzehnte währende Abfeiern eines „Tages der deutschen Einheit“.

Doch nicht immer sind planende, Gelder verteilende, Abstimmungen vornehmende Kräfte, die sich in der Summe ihres Einflusses und ihrer Wirkung durchaus mit der Agitationskommission des ZK der SED messen können, am Werk. Eine geschichtspolitische Kampagne kann mit dem Erscheinen eines Buches einsetzen, mit einem Vorgang, der je nach den Erfolgsprognosen eines Verlages, seinen Mitteln für Reklame und – nicht zuletzt – der Reichweite seiner gesellschaftlichen Beziehungen auch inszeniert wird, d. h. als Verkaufsauftakt nicht weniger präzise geplant wird wie die Einführung einer neuen Parfümmarke. So erinnerlich im Fall des Buches von Daniel J. Goldhagen in den USA nicht anders als in der Bundesrepublik. Und so auch geschehen mit Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“, der Abhandlung über den „Bombenkrieg“. In wieder anderen Fällen erblicken mehrere Medienzentralen in einem sich jährenden geschichtlichen Ereignis die Chance für hohe Zuschauer- oder Zuhörerquoten oder sie wittern ihre Bilanzen erhöhende Verkaufszahlen von gedruckten oder tönenden Erzeugnissen der verschiedensten Art. Wer sie auf die jeweilige Idee gebracht hat, bleibt häufig unbekannt. Anregende Ideen existieren in dieser kapitalistischen Gesellschaft des Gedränges Arbeit, Aufträge und Verdienst suchender Menschen, die eine Hochschul- oder anderweitige Spezialausbildung besitzen, und des – unausgesetzt – schärfere Formen annehmenden Konkurrenzkampfes, der auch diese Anbieter von geistiger oder Unterhaltungskost umtreibt, im Überfluss. Wer sie nicht hat, braucht auf dem einschlägigen Markt nicht zu erscheinen.

Der Erfolg lockt an und längst ist erprobt, wie er sich erweitern und ausbeuten lässt. Auf den Film folgt das Buch oder umgekehrt. Debatten in Zeitungen und Zeitschriften und vor Kameras, am besten heftig und streitbar, erhöhen den Werbe-Effekt. Gefragt sind Teilnehmer mit klangvollen Namen, bevorzugt jene, bei denen sich vermuteter Sachverstand und schauspielerische Fähigkeiten paaren. Ferngehalten werden Spezialisten, sofern sie einer geschichtswissenschaftlichen Betrachtung für verdächtig gehalten werden, die allzu eindringlich nach obwaltenden Interessen, womöglich gar materiellen und – horribile dictu – Profit geleiteten fragt. Einstige Bewohner der Wissenschaftswüste DDR bleiben ohnehin ausgeschlossen, denn es soll nicht konfrontiert werden, was Zuschauer und Zuhörer allzu nachdenklich stimmen könnte. Wer immer wieder das Gespräch zu Hitler zurückführen hilft

und – wenn es sich denn einflechten lässt – zu Stalin, ist persona grata und darf mit einer weiteren Vormerkung rechnen.

Erfolgen gar, wie im Falle der Bewertung des Einsatzes der britischen RAF im strategischen Luftkrieg gegen Deutschland, Einsprüche von jenseits der Grenzen, gewinnt das Ganze an Pikanterie und erheischt zusätzliche Aufmerksamkeit. Was in der Presse erschienen ist, wird in Sammelbänden vereint. Was auf Fernsehschirmen zu sehen war, kann als Kassette zum Zwecke beliebiger Wiederaufführung gekauft werden. Leserbriefe, deren Tendenz sich mit der Angebotenen weitgehend decken oder zart kritisch formuliert wurden, werden dankbar angenommen und nach Gutdünken der Redaktionen gedruckt. Anderes werden auch da erst künftige Benutzer von Archiven vorfinden und ans öffentliche Licht bringen, dann zu Zeiten arg verminderten und gewandelten Interesses und verblichener Aktualität.

Dieses Getriebe, in dem sich geistige Ausrichtung hinter einem mehr oder weniger dichten Schleier von begrenzter Pluralität geschickt zu verbergen versteht und mit Geschäftsinteresse vereint, besitzt eine Voraussetzung. Die heißt – wie auch sonst auf Märkten – das massenhafte Vorhandensein kaufkräftiger Konsumenten. Sind die nicht oder nur in nicht ausreichender Zahl und kurzzeitig zu gewinnen, geht es wie im Fall jenes Buches, dessen Autor den erbrachten Nachweis beanspruchte, Hitler als Homosexuellen überführt zu haben. Das interessierte nur wenige, erregte Widerspruch von Homosexuellen, die sich den „Führer“ nicht unterschieben lassen wollten, und traf auf einen Moment, da Stauffenberg, von interessierter Seite gerade mit der Betrachtung der deutschen Opferkolonnen vollständig in Anspruch genommen waren, denen sie sich entweder selbst noch zurechnen konnten oder deren Erinnerung auf eigene Familiengeschichten gerichtete Emotionen wachrief und Stimmungen des Mitleids erzeugte.

Die Art der Darbietung dieses Geschichtsstoffes bot zudem vergleichsweise wenig Herausforderung, über Ursachen des eigenen Unglücks oder des Unheils nachzudenken, dass über die Vorfahren gekommen war. Begleittexte verteidigten zusätzlich diese Fokussierung auf den Opferstatus, über den könne nun endlich und ohne Skrupel geredet werden, nachdem doch von deutscher Täterschaft hinreichend gehandelt worden sei. Die Klarstellung von Ursache-Wirkungs-Beziehungen und die Beantwortung der Frage nach dem Warum, worauf alle ernsthafte Beschäftigung mit Geschichte schließlich zielt, gilt nicht als obligatorisch, wird mitunter einfach als lehrhaft herabgesetzt oder auch im Fernsehen als nicht erreichbar bezeichnet. Gewiss, diese Art ins Vergangene zurückzublicken, besitzt keinen Unterhaltungswert.

Die Frage, wann sich eine erhebliche Zahl von Deutschen für welche Zeit ihrer Geschichte interessieren ließen, ist jüngst auch wieder durch die Beobachtung aufgekommen, dass es nach 1945 – und anders als der Autor von „Der Brand“ behauptet – kein Beschweigen des Luftkrieges gab. Festgestellt wurde stattdessen, dass das Interesse an Romanen und Erinnerungen, die davon berichteten, lange gering geblieben war. Kein Angebots- sondern ein Rezeptionsloch also. Es entstand, wurde vermutet, weil die Mehrheit der damals lebenden Deutschen ja durchlebt und erlitten hatte, wovon da erzählt wurde. Doch war das Thema, sobald darüber in Zusammenhängen nachgedacht wurde, auch nicht für jedermann einladend. Es warf zu unangenehmen Fragen zur eigenen Rolle auf: Denn vordem war da der Jubel über die „Erfolge“ der deutschen Luftwaffe. Und die Verehrung der „Helden der Luft“, der „deutschen Adler“ etc. Und sodann die stoische Disziplin, mit der unter den Bedingungen der Bombardements auf deutsche Städte weiter geschuftet wurde. Jedoch wurde für die damaligen Erzeugnisse der Literatur nicht annähernd jene Reklame gemacht, die heute das Geschäft in Gang bringt und hält.

Wie es vor Jahrzehnten offenkundig ein schwer aufzuschnürendes Bündel von Faktoren war, die Aufmerksamkeit oder Desinteresse entstehen ließen, so auch heute. Unter ihnen steht die Übermacht der Reklame obenan, die vor allem an Skrupellosigkeit zugenommen hat. Wahr oder vorgetäuscht: Dem voyeuristisch geschulten Zuschauer werden nie gesehene sensationelle Bilder angekündigt. Er wird mit der Ankündigung sensationeller Dokumentenfunde geködert (wie in der jüngsten Stalingradserie des Zweiten Staatsfernsehens), die – vorgeblich – ganze Geschichtsbilder einstürzen lassen. Das, zudem das Versprechen von Zeitzeugen vom Typus „Leute wie Du“, sind die Lassos, mit denen die auf

allen Marktplätzen auf Reklame gedrillte, geradezu Reklame süchtige Konsumentenschar eingefangen wird, die ähnlich wie bei der Neueröffnung eines Supermarktes nichts verpassen will.

Wer hockt sich vor das häusliche Fernsehgerät, wenn zur besten Abendsendezeit wieder ein Blatt deutscher Vergangenheit aufgeschlagen wird und in der Summe – das ist die angepeilte „Quote“ – mehr als 4 Millionen Deutsche unterhaltsam „belernt“ werden. Die Mehrheit stellen nach verlässlichen Feststellungen des Senders über Sechzigjährige. Je jünger die Gruppe an Jahren, umso geringer ihre Teilnahme. Das mag zunächst einmal mit Zeit und Belastung erklärt werden, ist aber doch auch Ausdruck einer Erscheinung, die sich als das Interesse von Zeitgenossen wahrnehmen lässt, mit ihren Biographien, ihren Kindheits- und Jugenderlebnissen, auch mit den Erinnerungen an die eigenen Eltern und Großeltern zurecht zu kommen und, wenn schon nicht lachend, so doch versöhnt, sofern es da je einen Konflikt gab – von ihrer Lebensgeschichte Abschied nehmen wollen, bevor es ans Unwiderrufliche geht.

Die Mainzer machen das den Leuten dieser Generation leicht. Namentlich die „Zeitzeugen“, die keinen Zusammenhang herzustellen vermögen und im jagenden Gang bewegter und in Bewegung gebrachter Bilder und Töne Sätze, die doch nur Fetzen davon sind, über Erlebtes absondern, sorgen für Möglichkeiten der Zustimmung und lassen das Bier nicht schal werden. Längst ist wie beim Selbsteinseifen mit einer bestimmten Rasiercreme Gewöhnung eingetreten. Das muss man gesehen (weniger: gelesen) haben, sei es nur, um in die Langeweile des Fernsehangebots Abwechslung zu bekommen oder morgens mitreden zu können, wenn man den Altersgenossen beim Einkauf trifft und sich gemeinsam die Stimmung nicht sofort wieder verderben will, wenn das Gerede auf die Politik oder die Gesundheit oder das kommt, was – kurioserweise und doch nicht zum Lachen – Gesundheitspolitik genannt wird.

Und dann sind da die Bildungsbeflissenen vieler Altersstufen, die, lesend, hörend und fernsehend, mit Fakten über die Geschichte schon angereichert, nun sehen wollen, ob sich ein Zugewinn noch ergibt und ob sie mit ihren Ansichten Recht und die Fernsehmacher nichts vergessen haben. Demnächst wird sich in einer Runde weniger Wissender dann darüber sprechen lassen. Auftritte der langjährig verbildeten Laien, denen – von bloßen Tatsachen abgesehen – nie die Idee gekommen ist, was ihnen da eigentlich wer vorsetzt und was ihnen vorenthalten werden wird. Die Naivität der Zuschauer gegenüber den Intentionen der Produzenten dieser Dokumentationen ist eine weithin hergestellte Bedingung, ohne die diese Art von Geschichtsunterhaltung nicht funktionieren könnte, sondern entlarvt würde als das, was sie ist: die Herstellung eines Geschichtsbildes der Nation, in dessen Vordergrund momentan und abschließend als Hauptpersonen die deutschen Opferkolonnen hineingestellt werden, länger und größer an Zahl, denn alle denkbaren anderen. Denn wer hätte mehr als etwa 600.000 Tote im Luftkrieg aufzuweisen, wer eine Armee wie die deutsche sechste mit einem gleichermaßen elenden „Untergang“, wer eine annähernd so große Millionenmasse an Flüchtlingen und Vertriebenen und vor allem wer hätte das alles hingenommen ohne einen Gedanken an Rache? Hier wird eine in der Sache nicht neue Selbstgerechtigkeit erzeugt, die in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten schon angetroffen werden konnte, nun aber Ausbreitung und Tiefeneinfluss gewinnt. Und damit wird auch für weiter veränderte Geschichtsbücher für den Schulgebrauch vorgearbeitet.

War und ist folglich aus diesen geschichtspolitischen Kampagnen nichts zu lernen, ausgenommen, dass guttut, wer sich ihrem Sog zu entziehen vermag? Nein. In ihrem Umfeld entstanden Abhandlungen, die sich mit den Deutungen, die den Hauptstrom bilden, auseinandersetzen, ernstzunehmende wissenschaftliche Institute, deren Leiter die jeweiligen Wellen nutzen, um zu Geld, in diesem Falle zur Forschungsmitteln zu gelangen, legen Ergebnisse vor, die das Prädikat „aufklärend“ rechtens beanspruchen können. Es entstehen lesenswerte Ausgaben von erstmals gedruckten historischen Dokumenten, die – wie beispielsweise im Umfeld der 17. Juni-Kampagne geschehen – nicht nur das Interesse bedienen, jeden Gedanken an sozialistische Zustände als Bekenntnis zu menschenfeindlicher Diktatur zu denunzieren. Auf den Märkten der Meinungen diese Angebote herauszufinden, mag sich als nicht weniger schwierig erweisen, als sich unter den konkurrierenden Angeboten der Pharmaindustrie zu orientieren. Obendrein gibt es nicht einmal Packzettel mit Hinweisen zu Nachteilen und

Nebenwirkungen, auf die doch Produzenten von Arzneimitteln aus Rückversicherungsgründen nicht verzichten können.

8. Gesagtes und Gedrucktes zum 17. Juni 1953

Der 27. Januar dieses Jahres 2003 war erreicht, die Veranstaltungsreihe zum Tage, an dem der Befreiung des Vernichtungslager Auschwitz gedacht wird, vollständig noch nicht vorüber, als sich der Kulturausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses mit dem nächsten Jahrestag befasste, den seine Mitglieder für besonders erinnerungswürdig hielten. In ihr Visier geriet keiner jener Tage, an dem sieben Jahrzehnte zuvor in Berlin deutsche Geschichte mit europaweiter Wirkung gemacht wurde, nicht also der Reichstagsbrand oder das Verbot der Gewerkschaften. Der Blick richtete sich auf den 17. Juni 1953.

Der zuständige Senator erbat sich noch Zeit. Die Planung sei nicht perfekt. Aber eine Veranstaltungsliste existiere schon. Sie umfasse 25 Positionen. Vier davon würde die Behörde von Frau Birthler bestreiten, die selbst übrigens – damals fünfjährig – wie sie einer Zeitung berichtet hatte, noch Erinnerungen an den Tag besitzt. Eingeprägt habe sich ihr das Bild ihrer Mutter, die beim Anblick auffahrender sowjetischer Panzer weinend am Fenster gestanden hätte. Das dürfte, käme es zu einem Wettbewerb um den jüngsten Zeitzeugen, einen vorderen Platz sichern. Später hat ihr diese Aussicht nicht genügt. Sie trat als Historikerin hervor. Die inzwischen mehrfach vorgenommene Platzierung des Tages auf eine deutsche Geschichtslinie, die von den Jahreszahlen 1848 und 1918 markiert wird, übertreffend, schlug sie dessen weltgeschichtliche Zuordnung in jene Ereignisflucht vor, die mit dem Jahre 1789 beginnt. Das könnte ihr, wie unsere Nachbarn im Westen so sind, demnächst bei einem Einreiseversuch nach Frankreich Schwierigkeiten bereiten.

Jedenfalls liegt Zeitzeugin Birthler erheblich günstiger als jener Elfjährige, der seinerzeit „wildgewordene Sturmkräfte – neuzeitlich Chaoten und Randalierer genannt – aus Richtung Berlin-West sich über die Oberbaumbrücke wälzen“ sah, die „in Berlin-Ost an der Warschauer Brücke alles kurz und klein schlugen“. Da waren sie wieder, die gedungenen „Sambajünglingen“, welche die Arbeiterklasse aufgeputscht hatten. Früh zeichnete sich mithin Zündstoff ab. Historiker, sofern nicht beim Fernsehen verdingt, mochten Bekundungen dieses Typs wiederum ins Grübeln geraten lassen. Sind Zeitzeugen nicht doch ihre Hauptfeinde?

Zurück zu den frühen Plänen in Berlin: Fünf Veranstaltungen bereitete die Konrad-Adenauer-Stiftung vor, vier die Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, nur zwei die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die sich über gekürzte Staatszuwendungen beklagte. Zu einer Konferenz lud die Evangelische Akademie zu Berlin und die Friedrich-Ebert-Stiftung, für die sie die in keiner Phase kapitalistischer Herrschaft ausbleichende Losung wählten „Kollegen, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“ Eine PDS-nahe Stiftung begann zur Winterszeit eine Vorlesungsreihe. Später erklärte sich die Historische Kommission dieser Partei zum Ereignis (!) und erregte mit der Aussage Verwunderung, seit 1989 blockiere „keine Staatsräson“ mehr einen sachgerechten Meinungsstreit. Doch atmet der Text, weshalb öffentliche Aufmerksamkeit und Beifall gering blieben, nicht die Unterwürfigkeit jener Präambel zur Berliner SPD-PDS-Koalitionsvereinbarung, der die demokratischen Sozialisten, bevor G. Gysi seinen Kurzauftritt als Wirtschaftssenator gab, ein paar Mitglieder und mehr noch Ansehen kostete.

Einträchtig waren die Berliner Abgeordneten im Januar auseinandergegangen. Gemeinsam würden sie den Tag angemessen begehen. Drei Wochen später kamen CDU-Parlamentariern Bedenken, ob der „rot-rote“ Senat wirklich ein Gesamtkonzept verfolge. Der Kultursenator sah sich verdächtigt. Er sagte, es werde „selbstverständlich eine große Veranstaltung“ geben. In der Sprache, in der Kulturpolitiker in der Hauptstadt sich verständigen, beteuerte er, „mit dem 17. Juni was am Hut zu haben“. Ideen müssten noch her, mahnte eine rote Abgeordnete. Ein grüner Kollege forderte, das Datum auch als Ereignis europäischer Geschichte zu begreifen. Einig entrüstet war man, dass der Lotto-Rat es abgelehnt hatte, eine – wiederum große – Ausstellung zu fördern. Volksvertretern erregte die Besorgnis die Vorstellung, es könne ein Programm zustande kommen, das Jugendliche desinteressiere. Gerade denen sollte ein Eckstein fürs Geschichtsbild geliefert werden. Anfang April war klargestellt, der Senat werde am Vor-

abend des 17. Juni „Akteure und Jugendliche“ ins Rote Rathaus laden, um, wie der Regierende Bürgermeister verkündete, den Tag „dem schleichenden Vergessen zu entreißen“. Der Bildungssenator hatte inzwischen einen Wettbewerb ausgelobt, um Schüler auf die Spuren des Tages anzusetzen. Der „Gedenkrummel“, schrieb eine Zeitung schon im Februar, lief langsam an. Dann kam er auf Touren.

Wer sich Wochen später noch einen Überblick über das bundesweite Vorhaben verschaffen wollte, brauchte die Dienste eines Forschungsinstitutes. Ersatzweise konnte man sich an den Vorsitzenden der Staatsstiftung zur „Aufarbeitung“ der SED-Diktatur wenden. Die investierte ein Fünftel ihres Jahresetats, eine halbe Million Euro, in das Gedenken, wovon wiederum ein Viertel in Berlin „hängen“ bleiben sollten. Der Pfarrer in R. hatte bundesweit nahezu 150 Projekte vom Buch bis zur Lehrerfortbildung erfasst. Kläglich nahm sich das Angebot des Saarlandes aus, das damals noch nicht Teil der Bundesrepublik gewesen war. Es offerierte einzig einen „multimedialen Journalistenvortrag“. Als Höhepunkt kündigte Rainer Eppelmann einen „Rentnermarsch“ vom Strausberger Platz durch Berlins östliches Zentrum an. Er solle die überlebenden Helden von einst zusammenführen.

Lange vor dem Jahrestag und ohne Lärm zu schlagen, ließen zwei staatliche Fernsehsender an Spielfilmen arbeiten, die inzwischen ausgestrahlt wurden. Sie waren den Auftraggebern insgesamt 6, 5 Millionen Euro wert. Für die Produktion des einen war Egon Bahr als Berater gewonnen worden. Gelernt werden könne, hieß es in einer Ankündigung, welche die Darstellung von „linientreuen Parteischranzen“, „Stasi-Agenten“, „SED-Jüngern“ und eines „Parteibonzen-Bruders“ angekündigt wurde, dass das Scheitern des Sozialismus im System angelegt gewesen sei. Inzwischen sind sie über die Bildschirme geflimmert. Eine Dokumentation wird am Gedenktag selbst noch auf andere Weise an die „deutsche Tragödie“ erinnern.

Das Vorspektakel verriet, worauf es den Initiatoren ankam: Die Neubelebung jenes unbeendeten Vorhabens, das der seinerzeitige Bundesaußenminister Klaus Kinkel 1991 vor dem in Köln stattfindenden 15. Deutschen Richtertag so charakterisierte: „Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das [...] in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland“. Vokabeln, mit welchen das Befinden der Ostdeutschen 1953 gekennzeichnet wird, heißen folglich „Leidensdruck“ und „Leidensfähigkeit“. Nachdem die Bevölkerungsmehrheit im Weststaat den schon am 2. Juli 1953 durch Beschluss des Bundestages zum „Tag der deutschen Einheit“ deklarierten 17. Juni zum bloßen Frühlingsausflugstag hatte herunterkommen lassen, selbst das Parlament seine rituellen Gedenkfeiern einstellte und alles Gedenken verschüttet war, wird nun aus der Distanz eines Halbjahrhunderts gefordert, das Ereignis in den „historischen Erinnerungsschatz“ der Nation aufzunehmen und dazu eine „Chance für neue Sinnstiftung“ gesehen.[1] Das lässt der Phantasie Raum. Der Tag könnte doch Arbeiter in Neudeutschland 2003 zu der Überlegung anstiften, wie sich die derzeit von der Regierung ins Werk gesetzten asozialen Schikanen abwehren ließen. Jedoch ist weder in den Gewerkschaften noch bei den demokratischen Sozialisten jemand auf den Gedanken solcher aktuell-politischer Sinnstiftung verfallen. Offenbar liegt er der Geschichtserinnerung hier wie dort zu fern.

Auch Clios Jünger haben dem Tag seit langem kräftig vorgearbeitet. Schon vor einem Jahr wurde mitgeteilt, dass Bundeszentrale für Politische Bildung, Deutschland Radio und dem Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam gemeinsam eine „einzigartige multimediale Webseite“ schaffen werden. Zeitzeugen wurden gesucht, Dokumente und „Erinnerungsstücke“ erbeten, was immer sie sein mochten – ein auf einen sowjetischen Panzer geworfener Stein oder ein den Bauarbeitern diktatorisch verordneter volkseigener Schutzhelm. Wen Interesse an einem unbezweifelbar denkwürdigen geschichtlichen Ereignis leitete, der hatte es bald nicht leicht, Publikationen zu finden, die sich auf nachprüfbare Recherchen in Archiven gründen und Dokumente anbieten. Meist, wenn überhaupt, gelangten sie mit geringerem Reklameaufwand auf dem Buchmarkt. Zu ihnen zählt eine – an entlegener Stelle – gedruckte, zehn Seiten umfassende Dokumentation, die durch Akten aus dem Büro des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl Einblicke in die Stunden vor dem Ausbruch des Aufruhrs

[1] So in einem Bericht der Tageszeitung (taz) vom 24. Februar 2003 über die Vorbereitungen auf den Jahrestag am 17. Juni 2003.

gewährt und die Unfähigkeit des bürokratisierten Apparats erkennen lässt, selbst die klaren, durchaus nicht feindlichen Signale zu verstehen, die ihnen Gewerkschafter buchstäblich in die Amtsstuben stellten.

Jede ernsthafte Beschäftigung mit dem 17. Juni 1953 schließt zwei Dimensionen ein. Die eine nimmt die durch den Kalten Krieg charakterisierte internationale Situation in den Blick, die andere, damit verbundene, lässt die Vorgeschichte des Ereignisses mit jenen Entscheidungen beginnen, die auf die Einbeziehung der DDR in das politisch-militärische Bündnissystem zielten, das die UdSSR führte. Darüber sprach Stalin, dessen Spekulation auf ein neutrales (oder wenigstens außerhalb der militärischen Blöcke gehaltenes) Deutschland schwand, wie wir durch die quellengestützte Publikation W. K. Wolkows genauer wissen, mit Wilhelm Pieck, Grotewohl und Walter Ulbricht am 1. April 1952 im Kreml. Dabei wurden der Umfang künftiger DDR-Streitkräfte, deren Bewaffnung (Panzer, Artillerie) durch die UdSSR und die Taktik erörtert, die in ihrer Aufbauphase befolgt werden sollte. Seitdem kamen auf den ökonomisch schwachen, durch Reparationsleistungen schwer belasteten ostdeutschen Staat neue unproduktive Aufwendungen hinzu. Sie mussten die Überwindung von Kriegs- und der wachsenden Spaltungs- und Konfrontationsfolgen zusätzlich erschweren.

Diese Situation zu meistern überforderte auch die regierungs- und verwaltungsunerfahrene neue Elite und verstärkte in ihren Reihen die Zuflucht zu bürokratisch-administrativen Methoden. Der Gedanke, einen – wie gemeint wurde – akut drohenden Krieg durch einen eigenen, Abschreckung bewirkenden Rüstungsbeitrag vermeiden zu helfen, schien jeden innenpolitischen Verzicht und Verzug zu rechtfertigen. Jedenfalls in den Vorstellungen führender deutscher Kommunisten. Nicht erst der Tod des Diktators im Kreml verursachte eine konfliktträchtige, dann krisenhafte Entwicklung in der DDR (und verwandte Erscheinungen in der ČSSR und in Ungarn). Diese war Folge der Unfähigkeit der sowjetischen Führung, sich und ihre Verbündeten auf die Herausforderungen des Kalten Krieges so einzustellen, dass es nicht zur Entfremdung der Führungen und der Massen kam.

Mit der Erbschaft ungelöster Fragen befassten sich nach dem 5. März 1953, Stalins Todestag, im Kreml Politiker, die nun zwar bisher ungekannte Freiräume für ihr Denken und ihre Entschlüsse besaßen, aber nicht die Statur, sich mit den „Bruderparteien“ gleichberechtigt über den Umgang mit dieser Hinterlassenschaft des Diktators zu verständigen. Wie Stalin beorderten sie deren Führungspersonal zu – wie immer verbrämten – Befehlsempfängen. Als sie gewahr wurden, dass sich – im Inneren der DDR – Konfliktstoff zu Zündstoff verdichtete, verordneten sie – bildlich gesprochen – das Befahren einer Kurve, in der das ostdeutsche Regime mächtig ins Schleudern geraten musste. Übereilt und unvollständig wurden jene Maßnahmen außer Kraft gesetzt, die das materielle Dasein der DDR-Bevölkerung und die Zukunftsaussichten vieler verschlechtert hatten: Unpopuläre Verordnungen, eben noch als unumgänglich dargestellt und von Zehntausenden Funktionären verfochten worden, wurden eine nach der anderen annulliert. Ausgenommen eine: Die ohne jede Rücksicht auf die höchst unterschiedliche Situation in den Betrieben verfügte zehnprozentige Erhöhung der Arbeitsnormen. Das und die Folgen sind mehrfach dargestellt worden.

Auch nach einem halben Jahrhundert konkurrieren in Literatur und Propaganda zur Charakteristik der Juni-Ereignisse mehrere Begriffe. Es war das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, später: für innerdeutsche Beziehungen, das den im Bundestag am 17. Juni – bevor ein Bild vom Ganzen überhaupt gewonnen worden war – geprägten Begriff „Volksaufstand“ (zur Wahl stand zudem „Freiheitskampf“) aufnahm und verbreitete. Vollständig drang es damit nicht durch. Häufig wurde vom „Juni-Aufstand“ oder vom „Aufstand vom 17. Juni“ geschrieben. Seit 1990 kam „Volksaufstand“ wieder vermehrt in Gebrauch, ergänzt durch den mit dem Zusatz „flächendeckend“. (4) Auch „Aufstand gegen die Diktatur“ und „aufstandsähnliche Demonstrationen“ ließ sich lesen. Dabei wird von 1953, der „ungestümtesten aller deutschen Revolutionen“ zu 1989 ein Gedankenbogen geschlagen. Einer „Generalprobe“ wäre 46 Jahre später die erfolgreiche historische Aufführung gefolgt. Die von „zwei Diktaturen“, erst faschistisch, dann kommunistisch, geknechtete ost-(früher: mittel-)deutsche Bevölkerung, die sich im vierten Jahr der DDR vom „enormen Leidensdruck“, hätte befreien wollen, ihn aber vier furchtbare Jahrzehnte habe ertragen müssen, sei doch an ihr Ziel gelangt. Vom Misslingen zum Gelingen, zur „Vollendung“.

Diese politische Romantik verbreitet auch das in anderen Geschichtsabschnitten sich seriös bewegende Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr mit Sitz in Potsdam in einem Buch „Waffen gegen das Volk“. Ohne derlei lotterhaftes ideologisches Ausschweifen geht es wie in der DDR offenbar nicht und umso weniger ab, je näher die Geschichtsbetrachtung an die jeweils herrliche Gegenwart heranrückt. Geschichte wiederholt sich eben doch, wenn auch nie auf die gleiche Weise. Doch scheint inzwischen mit dem Bogen über die Jahrzehnte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dem 17. Juni historischer Glanz noch nicht genug aufgeschminkt. Der Tag gehöre in die Reihe großer deutscher Freiheitsbewegungen. „Einzelheiten“ stören solche Andacht. Das erweist sich, sobald der Schritt von den Phrasen zu den Fragen getan wird: Was wollten Streikende und Demonstrierende 1953 und was die nach der Gewährung von Volksrechten rufenden mehr als viereinhalb Jahrzehnte später, jeweils Menschenmassen, die nach Herkunft, Erfahrung, sozialer Lage, geistiger wie mentaler Befindlichkeit sich voneinander sehr unterschieden.

Hier interessieren die Akteure von 1953, von deren Forderungen uns geöffnete Archive mehr Auskunft erteilt haben. Ein publizistischer Coup gelang Siegfried Prokop (7), der in Papieren des Kulturbundes die seinerzeit weithin unbekannt gebliebene Kritik der mit dem DDR-Staat verbundenen Teils der Intelligenz, namentlich ihrer Spitzenkräfte (Klemperer, Zweig, Brugsch, Deiters u. a.), referiert und analysiert. Doch sind die Akten nicht durchweg leicht zugänglich (und die der westlichen Geheimdienste bis heute verschlossen). Das Ende der staatseigenen DDR-Betriebe führte zu Vernichtung und Wegschaffung ihrer papiernen Hinterlassenschaft in Depots. Zum Teil sind Totalverluste zu verzeichnen. Sicher ist, dass Parolen und Forderungen, die am 16./17. Juni von betrieblichen oder lokalen Streik- und Gewerkschaftsleitungen ausgegeben wurden – sie kamen in Versammlungen oft auf bloßen Zuruf zustande –, von der Zurücknahme der diktierten Normerhöhungen bis zur Absetzung der Regierung und zur Abhaltung freier Wahlen. Da umfassende vergleichende Studien bisher nicht existieren, in denen das Verlangen der Streikenden und Demonstranten auf Häufigkeit, Übereinstimmung und Abweichung untersucht worden wäre, stellen die unaufgearbeiteten Quellen einen Selbstbedienungsladen dar, in dem sich Argumente für diese oder jene Deutung finden lassen.

Wie von diesem Angebot Gebrauch gemacht wird, lässt sich in einer Veröffentlichung Volker Koops lesen, die beansprucht, der Legende die Wirklichkeit entgegenzusetzen. Behauptet wird, es sei „weniger um niedrigere Normen gegangen ... als um Freiheit und die Wiedervereinigung“. Das Weniger ist falsch, denn es ging nicht um niedrigere, sondern um die Ablehnung von Normerhöhungen, und das Mehr ist nicht bewiesen. Unsinnig ist wenig später die Formulierung, es habe sich der Protest „gegen die SED und ihre Politik und nicht etwa vorrangig gegen Normenerhöhungen“ gerichtet, stand doch gerade deren Erhöhung im Zentrum der Wirtschaftspolitik der führenden Partei. Darüber schrieb der Historiker Christoph Kleßmann 1997: „Rein volkswirtschaftliche betrachtet war diese Forderung nach Steigerung der (viel zu niedrigen) Arbeitsproduktivität zwar richtig, wenn es mit der Wirtschaft aufwärts gehen sollte.“

Nur erschienen die Arbeiter, da die Regierung begonnen hatte, unpopuläre Maßnahmen auf anderen Feldern und gegenüber anderen Schichten der Bevölkerung zurückzunehmen, als diejenigen, gegen deren Interessen regiert werde. Und das provozierte in der Kulisse „Arbeiterstaat“ umso mehr. Arbeitermassen waren mit den ihre Lage merklich verschlechternden Beschlüssen ebenso wenig einverstanden wie mit der Art und Weise ihres Zustandekommens. Sie wollten sich nicht zu Objekten der Politik machen lassen. Dabei regierten nicht alle gleich. „In vielen Betrieben“ liest man nicht in einer alten SED-Propagandaschrift, sondern im erwähnten vom MGFA herausgegebenen Buch (6), hatten sich während der Unruhen eine „große Zahl von Arbeitern bereitgefunden, Streiks zu verhindern und das Vordringen von Demonstranten auf das Werksgelände zu verhindern.“ Also richteten sich die Waffen doch wieder nicht gegen das ganze Volk?

Das gewünschte 17. Juni-Bild à la Kinkel erfordert die Unterschlagung oder Marginalisierung von Tatsachen. Kopfschüttelnd fragte ein Journalist, der eine Konferenz besucht hatte, die dem Ereignis vorausging, wie man sich mehrere Tage mit ihm befassen könne, ohne von der Existenz der Bundesrepublik zu sprechen. Das meinte nicht das Stichwort „RIAS“, den in Berlin-West etablierten Sender, der lange vor dem 17. Juni frühmorgendlich, bevor die Arbeiter sich auf den Weg in Betriebe und zu

Baustellen aufmachten, zusätzlich für regierungsfeindliche Stimmung sorgte. Seinen Redakteuren wurde inzwischen eine hilfreiche Rolle bei der politischen Lenkung der Ostberliner Aktionen und ihre dramatisierte Bekanntmachung in der DDR anerkennend zugeschrieben. Zu handeln wäre vom permanenten ideologischen und dem sich entfaltenden „US-geführten“ Wirtschaftskrieg, der seine Wurzeln im durchaus verständlichen Interesse besaß, den Konkurrenzstaat nicht groß werden zu lassen, sondern so instabil zu halten, wie er sich befand. Sodann von der seinerzeit ungerührten Kenntnisnahme, in welchem Grad die „Brüder und Schwestern in der Zone“ – später mir Paketen bedacht, die in Berlin-West abgeholt werden konnten – dafür zahlten, was die Deutschen doch insgesamt namentlich in Osteuropa angerichtet hatten. Weiterhin über ungeachtet bestehender Handelsvereinbarungen, die heute als Zeichen wohlwollender Unterstützung des notleidenden Ostens durch die Regierung Adenauer interpretiert werden, ergriffene, später sich radikalisierende Maßnahmen, mit denen ostdeutschen Betrieben der Weg auf internationale Märkte blockiert werden sollte.

Worüber heute, nachdem ein industrieller Rest aus DDR-Zeit „rechtmäßigen“ alten oder ebensolchen neuen Eigentümern gehört, geredet werden könnte, das wird genierlich noch beschwiegen: die seinerzeitigen Pläne des bei der Bonner Regierung etablierte Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung. Der befasste sich 1953 u. a. mit der „Rückabwicklung“ der Bodenreform und der Rückgabe enteigneter Betriebe. Weder das eine noch das andere tauchte auf irgendeiner Losung von Bauern oder Arbeitern in den Junitagen auf, weshalb dieser Rat seinen Jahresbericht besser geheim hielt. Kommen dessen Zukunftsvorstellungen in den Blick, dann gewinnt das Wort „Vollendung“ freilich einen Sinn.

Literatur:

(1) Erklärung der PDS zum 17. Juni in Presse- und Informationsdienst von deren Parteivorstand, Nr. 17 vom 24. April 2003, S. 7-9.

(2) Wilfriede Otto, „Die Bauarbeiter ... erkennen die ihnen diktierte 10%ige Normenerhöhung nicht an“. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2/2003, S. 150-159.

(3) Harald Neubert (Hrsg.) Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940-1968. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow, edition ost Berlin 2003, 288 S.

(4) Volker Koop, 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Siedler Verlag Berlin 2003, 428 S.

(5) Hubertus Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, Propyläen Verlag München 2003, 486 S.

(6) Torsten Diedrich, Waffen gegen da Volk. Der 17. Juni in der DDR. Hrsg. MGFA, R. Oldenbourg Verlag München 2003, 259 S.

(7) Siegfried Prokop, Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditzer Buchverlag 2003, 348 S

9. Aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts

Der 17. Juni wurde von den Westdeutschen jahrzehntelang als arbeitsfreier Tag höchst unpolitisch begangen und vorzugsweise für erholsame Fahrten in den Frühling genutzt, während er im Osten öffentlich planmäßig und erfolgreich der Vergessenheit anheimgegeben wurde. Im Zentrum des Interesses steht heute der von Politikern, Historikern, Publizisten, Journalisten und Fernsehmachern getragene Versuch, dem im Westen einst zum „Tag der deutschen Einheit“ erklärten Datum im allgemeinen Geschichtsbewusstsein dauerhaft einen Platz zu verschaffen.

In diesen Tagen wird eine Flut von Publikationen zum Thema in die Buchhandlungen gespült, in denen eben noch die Stalingrader Schlacht und der „Bombenkrieg“ die Renner waren. Sind die Deutschen geschichtsversessen, gar geschichtssüchtig? Schwer zu sagen. Wer weiß schon, wie viel wirklich gelesen wird? Das gilt namentlich für Texte zu einem Ereignis, das anders als Stalingrad und Bombenkrieg nur zur Vergangenheit einer Minderheit von Deutschen, der Ostdeutschen, gehört. Auch von diesen Zeitgenossen leben nur noch wenige.

Inzwischen haben sich Personen mit Erinnerungen zu Wort gemeldet. Zu ihnen gehört die damals fünfjährige Marianne Birthler, aus deren Haus mehrere Interpretationen in den Buchhandel kamen. Gewichtiger war die Wortmeldung Egon Bahrs, der in einem Interview noch einmal seine Rolle im

Rundfunk des amerikanischen Sektors (RIAS) beschrieb. Dem Sender wird attestiert, die Forderungen, die Streikende unbeholfen formuliert hatten und mit denen sie im Rundfunkgebäude erschienen waren, „ein wenig geordnet“, „sprachlich bearbeitet“ sie sodann verbreitet zu haben.

Das Hineinwirken „des Westens“ ist inzwischen kein Tabu mehr. Ein Lautsprecherwagen der SPD, so ein Westberliner Polizeibericht, habe an der Sektorengrenze die VP-Angehörigen aufgefordert, zu den Protestierenden überzulaufen. Die gleiche Quelle weiß, dass Angehörige einer Westberliner „Kampfgruppe“ eine Ballonaktion starten wollten, die von der britischen Militärbehörde untersagt wurde und unterblieb.

Wie viel aber auch über so ein interessiertes ideologisch-propagandistisches Dazutun und die spontane und organisierte Teilnahme von Westberlinern an den zu Krawallen mutierenden Demonstrationen in Ostberlin noch bekannt werden dürfte, (die Quellen der westlichen Geheimdienste sind verschlossen), es wird sich doch das offizielle DDR-Bild vom US-amerikanisch und westdeutsch gesteuerten faschistischen Putschversuch auch damit nicht stützen lassen.

Auf drei Neuerscheinungen sei hier empfehlend verwiesen, weil sie Einblicke in Dokumente geben. Siegfried Prokop hat Berichte aus dem Bestand des Kulturbundes publiziert, dessen Leitung im Frühjahr 1953 sich aus allen Bezirken über Lage und Stimmung in der Intelligenz informieren ließ. Wilfriede Otto veröffentlichte Dokumente, die den Beginn der Proteste in Berlin überliefern und den vergeblichen, später gar strafverfolgten Versuch von Gewerkschaftsfunktionären belegen, die Regierung zur rechtzeitigen Korrektur der Normenerhöhung zu drängen. Schließlich konnten Berichte der Polizeichefs aller Bezirke (3) über die Ereignisse zwischen dem 16. und 21. Juni 1953 ungekürzt gedruckt erscheinen. Sie erhellen wesentliche Abläufe, werfen ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Polizei und auf die selektierende, sich der Wirklichkeit weitgehend verweigernde Denkweise, die jene frühesten Schlussfolgerungen bestimmte.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzung bietet es sich geradezu an, das Geschehen von 1953 als Beispiel für die Verteidigung oder Rückerkämpfung von Arbeiterrechten zu nehmen. So aber ist die Sache nicht gemeint, und auch in der PDS wird der geschichtliche Bezug, so nahe er liegt, in dieser Weise nicht gesehen und zugespitzt. Generell herrscht nicht der Blick aus der Vergangenheit in die Gegenwart vor. Beliebt ist hingegen die Konstruktion großer Gedankenbogen, mit denen der 17. Juni in die Geschichte eingeordnet werden soll. Er gehöre, war wieder und wieder zu lesen, in eine Reihe mit den deutschen „Freiheits“-Revolutionen von 1848 und 1918, über deren soziale Antriebe und Ziele indes nichts gesagt wird. Marianne Birthler will den Tag gar in die Tradition der Großen Französischen Revolution von 1789 stellen. Wer bietet mehr, kann mehr offerieren? Zu deutlich das Bemühen, den Jahrestag zu nutzen, um das ins Stocken geratene Delegitimierungswerk an der DDR „von ihren Anfängen an“ aufzunehmen und voran zu treiben, das seine Ziele nicht erreicht hat, nicht wegen der „Nostalgie“ der Neubürger, sondern wegen der Vernachlässigung von zu vielen Tatsachen, die zur Geschichte der DDR gehören. Und die beherrscht auch diese Kampagne wieder. Daher der Rat: Ad fontes. Zu den Quellen! Die lesen sich für Sozialisten ernüchternd genug.

10. Die Selbststilisierung eines Tabubrechers. Olaf Groehlers Anteil an der Erforschung der Geschichte des Luftkrieges

Würde sich heute ein Mann auf einen Markt einer deutschen Stadt stellen und auf ein neben ihm platziertes Fernsehgerät mit den Worten zeigen, das habe er soeben erfunden, gingen Passanten kopfschüttelnd oder milde lächelnd ihrer Wege. Auf dem Markt der Bücher geht es anders zu. Da kann mit der Unkenntnis eines Teils der an Auslagen Herantretenden gerechnet werden, denen aufwändige Reklame schon gesagt hat, was sie Neues gelesen haben müssen, um mitreden zu können. Das funktionierte bei der Verbreitung des Buches „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel J. Goldhagen perfekt, da niemand mit dem Bemerken durchdrang, sein Kollege und Landsmann Christopher Browning habe mit „Ganz normale Männer“ das Thema ungleich solider und mit sicherem Gespür für Differenzierung vordem schon angeschlagen. Das Stereotyp von den eliminatorisch-antisemitisch gestimmten Deutschen ließ sich zudem leicht merken und daher sagen. Sich Mörderschwadronen, bestehend aus ideologisch und charakterlich sehr verschieden geprägten, mehreren Gruppen

zuzuordnenden Männern vorzustellen, ist anspruchsvoller und führt vor allem zu der beunruhigenden Frage, wie relativ rasch Menschen sich zu Verbrechern zurichten lassen.

Der beschriebene Vorgang hat sich soeben mit einem Band wiederholt, von dem Autor, Verlag und auch Rezensenten, die den eingangsbeschriebenen Fernseher möglicherweise für eine Neuheit gehalten hätten, behaupteten, er biete etwas bisher nicht Lesbares. Der Autor selbst erklärte mit vorgetäuschtem Erstaunen, es sei im nationalen Gedächtnis, was immer das sein mag, bislang eine „befremdliche Lücke“ geblieben, die er, offenbar zu seiner eigenen Überraschung, zu füllen in die Lage gekommen wäre. Die Rede ist von einer Geschichte des Bombenkrieges über Deutschland in den Jahren 1940 bis 1945. Sie erschien im November 2002, justament, und das mag Zufall gewesen sein, als sich die Deutschen auch ihrer bei Stalingrad „gebliebenen“ Opfer, mehr als 200.000 Männer, entsannen. In Zeitungen wurde behauptet, nun sei die Zeit gekommen, auch über die Deutschen als Opfer zu reden und zu schreiben.

Wohin mit dieser Publikation das Opferverständnis gerückt wurde, haben Rezensenten mit einer Zurückhaltung angemerkt, die sich schwer verstehen lässt. Wenn Luftschutzkeller „Hinrichtungsstätten“ und „Krematorien“ genannt werden, Bombenopfer „Ausgerottete“ heißen, eine Einheit der britischen Luftwaffe als „Einsatzgruppe“ bezeichnet, und vom „Vergasen“ geschrieben wird, dann bleibt kein Zweifel, dass es – via Vokabular – darum geht, im Denken der Zeitgenossen unterscheidbare historische Vorgängen gleichzusetzen, die auf keinen gemeinsamen sprachlichen Nennern gehören – eine Absicht, die freilich sogleich bestritten wird, wenn der Täter sich zur Rede gestellt sieht.

Zudem findet sich da die Erwähnung, ein Plan für ein vorsätzliches Bombardement ziviler Ziele sei den deutschen Luftwaffenakten nicht zu entnehmen, wohl aber denen der Allliierten und das wird mit dem Satz kommentiert: Doch obwohl ein Mord und ein Mordplan zu einander passen, sind sie keineswegs dasselbe.“ Die Differenzierung ist klar: die deutschen Bomberpiloten hätten zwar auch Zivilisten gemordet, aber doch nicht wie die britischen und amerikanischen, die das nach Plan taten. Da fallen einem, um nicht wiederum an Warschau, Rotterdam und Coventry zu erinnern, die etwa 40.000 Toten Stalingrads, die am 23. August 1942 und in den folgenden Tagen Opfer verheerender Angriffe wurden, einschließlich von Angriffen mit Bordwaffen auf Zivilisten, die sich über die Wolga zu retten suchten. Obendrein sind nach dieser Deutung die Briten irgendwie selbst daran schuld, dass die deutschen Bomber über sie herfielen, denn das wäre nur die Folge der Nichtannahme der deutschen Friedensangebote gewesen. Sie hätten, formuliert der Mann schnoddrig, nach der Kapitulation Frankreichs „den Krieg lassen sollen“.

Einer der Rezensenten, der vom Gegenstand mehr verstand, hat Leser – freilich an entlegener Stelle – darauf verwiesen, wo Bartel den Most geholt hatte und in welchen weiteren Keltereien er sich noch hätte bedienen können, etwas mehr Informiertheit vorausgesetzt, und so blieb – summa summarum – von dem Anspruch der völligen Neuartigkeit des Werkes wenig übrig. Es wäre noch etwas weniger gewesen, existierte nicht auch bei diesem Kritiker die eingeübte nachwirkende Ignoranz aus Zeiten deutscher Zweistaatlichkeit plus dem 1990 hinzugefügten Klischee von der Wissenschaftswüste im Osten Deutschlands.

In eben diesem Jahr erschien das Buch „Bombenkrieg gegen Deutschland“, das der unzweifelhaft beste Kenner der Geschichte des Luftkrieges geschrieben hatte, der in der DDR arbeitete. Nur kam die Publikation Olaf Groehlers, der 1995 sechzigjährig starb, zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt und in ebensolchen Umständen heraus. Die DDR existierte in ihrem 41. und erklärtermaßen letzten Jahr. Die „Westmark“ war in Sicht. Ein Buch, das zwei Jahre zuvor nur Leute mit Beziehungen, Stammkunden von Buchhandlungen und dergleichen hätten ergattern können, wurde im Wissen, dass die Ostdeutschen in den unsicher geworden Zeiten ihre verfügbaren Geldmittel zusammenhielten, in geringer Auflage hergestellt. Dazu wechselte der Akademie-Verlag, in dem das Buch erschien, den Besitzer und dessen Interesse an historischer Literatur war gedämpft. Von wirkungsvoller Reklame konnte nicht die Rede sein. Werner Müller, auch er verstorben, schrieb im „Neuen Deutschland“ eine Rezension, die mit den Worten begann: „Bis heute reagiere ich allergisch auf Sirenengeheul“, und auch Groehler hatte in einer Vorbemerkung bekannt, Bombennächte gehörten zu den prägenden

Erinnerungen seiner Kindheit. Kurzum: dieses Buch wurde von einer breiteren Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Das kam zwölf Jahre später dem Verfasser von „Der Brand“ sehr zugute, der das Buch des ostdeutschen Historikers kennt und erwähnt, aber dabeibleibt, sich als Tabubrecher darzustellen.

Groehler konnte für seine Arbeit ausgedehnte Studien in London, Washington, in polnischen und tschechischen und in Archiven der beiden deutschen Staaten treiben. Er hat in großer Zahl regionale und lokale Veröffentlichungen herangezogen, in denen er Informationen über die Luftangriffe auf Mittel- und Kleinstädte fand. Allein zur Aufklärung der noch im Jahre 1945 erfolgten Angriffe auf Städte, die später im Gebiet der DDR lagen, benutzte er Angaben über Anklam, Cottbus. Zerbst, Nordhausen, Halberstadt, Zwickau, Plauen und weitere Orte, die in den letzten Kriegsmonaten verwüstet wurden. Wo sich Gedrucktes nicht auftreiben ließ, schrieb er an Stadtarchivare und erhielt von ihnen Auskünfte. Gewiss: Es war nicht Groehlers Absicht, die Leser von einer Horrorszene in die nächste zu versetzen. Doch erspart hat er ihnen mit der Schilderung der Angriffe auf Lübeck und Rostock und vor allem der „Operation Gomorrha“, der Kette von Luftattacken gegen Hamburg nichts, auch nicht die Fotos der auf den Straßen der Hansestadt herumliegenden bis zur Unkenntlichkeit verkohlten Leichen.

Groehler hat die Geschichte dieses Luftkrieges aus der Sicht der britischen und US-amerikanischen Planungsstäbe minutiös nachgezeichnet, das Denken der Militärs geschildert, die verwirklichten und die verfehlten Absichten beschrieben, die Tötung von Zivilisten, die Vernichtung von Wohnquartieren zur Zerstörung von Industrie- und anderen kriegswichtigen Anlagen in Beziehung gesetzt. Er hat die technischen Möglichkeiten dieses Luftkrieges dargestellt und ihre Erweiterung im Kriegsverlauf und das mit einer Detailversessenheit, über die sich streiten lässt. Er hat seine Meinung über die Fortsetzung dieses Luftkrieges bis in dessen Endphase mitgeteilt, ein Thema, das spät Gegenstand von Auseinandersetzungen in London wurden, die freilich für das weitere Vorgehen im Ganzen folgenlos blieben. Und er wandte sich im letzten Satz seines verdienstvollen Buches so an die deutschen Leser: „Kein anderes Volk in Europa muss eingedenk derartiger historischer Erfahrungen und Verantwortungen mehr daran interessiert sein, dass vom deutschen Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, sondern dass der Frieden erhalten bleibt.“

11. „… wir müssen den größten Teil der Stadt Hamburg abschreiben“

Am 24. Juli 1943 diktierte Joseph Goebbels, Propagandaminister und NSDAP-Gauleiter von Berlin für sein Tagebuch, dass er sich mehr und mehr mit dem Luftbombardement auf deutsche Städte zu befassen hätte, vor allem auch mit der begonnenen Evakuierung jener Stadtbewohner, die nicht oder nicht in als kriegswichtig geltenden Betrieben und Verwaltungen arbeiteten, also entbehrlich waren. Die Gruppe nannte er an anderer Stelle den „Ballast von Frauen und Kindern“, der „abgestoßen“ werde müsse. Kennzeichnend, und sein die Wirklichkeit mehr und mehr verdrängendes Denken verratend, war das Vokabular, dessen er sich bediente. Die verwüsteten Städte nannte er „Luftnotgebiete“, und was den Menschen in den Nächten, da sie Leben, Gesund, Glauben oder Verstand verloren, hieß bei ihm „Unbequemlichkeit“ und „Ungemach“.

In der folgenden Nacht erlebten die Einwohner Hamburgs einen der schwersten Luftangriffe, welche die Royal Air Force bis dahin auf deutsche Städte unternommen hatten. Es war dies der Auftakt einer Kette von Tag- und Nachbombardements britischer und US-amerikanischer Bomberverbände, die als „Operation Gomorrha“ bezeichnet worden war und in ihrer Summe alles in den Schatten stellte, was bis dahin an Tod und Verderben auf eine deutsche Stadt nieder gegangen war. Bis heutigen Tages kann – ähnlich wie nach der Zerstörung Dresdens- die Zahl der Getöteten nur geschätzt werden. Sie wird mit mehr als 41.000 angegeben.

Zunächst erfuhren die Deutschen durch die vorletzte Meldung im täglichen Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom 25. Juli 1943 dies: „Ein starker Verband britischer Bomber führte in der vergangenen Nacht einen Terrorangriff gegen die Stadt Hamburg, durch den schwere Verluste – unter der Bevölkerung und starke Zerstörungen an Wohnvierteln, Kulturstätten und öffentlichen Gebäuden – entstanden.“ In den Notizen von Goebbels las sich das Geschehene so und

weit drastischer: „In der Nacht hat ein außerordentlich schwerer Angriff auf Hamburg stattgefunden. Er ist von den verheerendsten Folgen sowohl für die Zivilbevölkerung als auch für die Hamburger Rüstungsproduktion. Mit diesem Angriff werden die Illusionen, die sich viele (und bis zu einem gewissen Grad auch er selbst – K. P.) bezüglich des Weiteren Fortgangs der Luftoperationen des Feindes gemacht hatten, endgültig verblasen."

Wer die wohlabgewogenen Texte aus dem Führerhauptquartier zu entschlüsseln verstand, konnte sich drei Tage später eine Vorstellung davon machen, dass es noch schlimmer gekommen war. Da hieß es im Bericht gleicher Herkunft: „Starke feindliche Bomberverbände setzten ihre Terrorangriffe in der vergangenen Nacht gegen die Stadt Hamburg fort. Es entstanden weitere Verwüstungen und zum Teil ausgebreitete Brände in mehreren Stadtteilen. Die Bevölkerung erlitt wieder Verluste." Diesmal ließ Goebbels notieren: „In der Nacht hat der bisher schwerste Luftangriff auf Hamburg stattgefunden ..." Kaufmann, der NSDAP-Gauleiter der Stadt, „berichtet mir über die angerichteten Schäden, die wahrhaft entsetzlich sind. Ich glaube, wir müssen den größten Teil der Stadt Hamburg abschreiben." An die Stelle des eben noch benutzten verhüllenden „Ungemach" trat nun das nackte Wort „Katastrophe".

Nur Tage darauf waren viele Deutsche, selbst wenn sie im Reich weitab von der Stadt an der Elbe lebten, eingehender unterrichtet. Zu Hunderttausenden hatten die Einwohner, die einen schon obdachlos, die anderen den nächsten Angriff fürchtend, ihre Stadt verlassen. Aus dem Reichsgebiet wurden Züge in Vororte oder zu der Stadt nahegelegenen Bahnhöfen dirigiert, welche die Flüchtenden aufnahmen, die Hamburg verließen, auf dessen Straßen und Plätzen noch Tage lang Leichen und Leichenreste herumlagen, chaotische Zustände herrschten. Bald, entgegen dem Fluchtstrom, wurden KZ-Häftlinge herbeigebracht, die begannen, für die Zurückgebliebenen die Stadt bewohnbar, die Werften und Rüstungsbetriebe – von denen in den OKW-Berichten keine Rede war – wieder betriebsfähig zu machen. Denn zunächst, so wieder Goebbels am 2. August, konnte dort „außerhalb der Werften von eine Rüstungsproduktion noch mehr die Rede sein".

In Berlin gingen Goebbels und seine Mitarbeiter indessen daran, die „Lehren von Hamburg" zu ziehen. Der Minister war nicht einen Moment im Zweifel, dass Berlin ein ähnlicher Angriff bevorsteht und er erwartete ihn von Tag zu Tag, dennoch hoffend, dass Zeit bleiben werde, Vorkehrungen zu treffen, um die Folgen in Grenzen zu halten. Zuvörderst wurde die Evakuierung, im Sprachgebrauch beschönigend „Umquartierung" genannt, vorangetrieben. Dem Unternehmen kam entgegen, dass Millionen Berliner über das ihnen Bevorstehende nicht anders dachten als ihr Gauleiter und oberste Propagandist des totalen Krieges. Doch ließ sich das Vorhaben nicht geordnet abwickeln. Die grauenvollen Nachrichten und Gerüchte über den Untergang Hamburgs erzeugten in der Reichshauptstadt panikartige Reaktionen. Auf den Postämtern und vor den Frachtgutschaltern der Reichsbahn drängten sich die Menschen in langen Schlangen, um wenigstens einen Teil ihrer Habe in „bombensichere" Dörfer und Kleinstädte transportieren zu lassen. Chaotisch ging es auch in den so genannten Kartenstellen her, wo rasch verlassenden Einwohner Berlins sich abzumelden hatten, damit sie an ihren Zufluchtsorten Anspruch auf ihre Versorgung mit den rationierten Lebensmitteln geltend machen konnten. Goebbels ließ Aktivisten der NSDAP und die Hitlerjugend mobilisieren, um dem, wie er sich später eingestand, Tohuwabohu, einigermaßen Herr zu werden und damit die „Volksaufläufe" nicht explosiven Charakter annahmen.

Unbeschreiblich zeitweilig auch das Gedränge auf den Bahnhöfen der Stadt, von denen Züge die zur Flucht Berechtigten, die nicht bei Verwandten unterkamen, in ihnen vorbestimmte Gegenden – so genannte „Aufnahmegaue" – brachten oder die Hochverängstigten einfach aus der Stadt fuhren. An einem einzigen Tage, dem 2. August, trafen allein 2.800 Berliner im Kreis Beeskow-Storkow ein, von denen viele nach vergeblicher Quartiersuche wieder nach Berlin zurückkehrten. Dem gleichen Bericht zufolge begaben sich Einwohner der Reichshauptstadt bei den hochsommerlichen Temperaturen abends in die Wälder der Umgebung, „um dort zu kampieren". Nur in den entlegenen Vororten, wo Menschen sich sicher glauben, stieß die Verdrängung der nach Nazimaßstäben unbrauchbaren und störenden Einwohner auf Schwierigkeiten. Doch sollte es aber für Frauen mit schulpflichtigen Kindern keine Alternative geben, denn die Schulen schlossen. Vorsorglich werden Militärlazarette

und Krankenhäuser aus der Stadt verlegt. So sollte Platz für die Opfer der künftigen Angriffe geschaffen werden.

Fortgesetzt wurde auch die Verlegung von staatlichen Dienststellen ins Umland, eine Maßnahme, die sich rasch herumsprach und von Berlin mit dem Bemerken kommentiert wurde, dass die Regierung „auskratzen" wolle. Schon alle diese Schritte erforderten einen immensen Kräfte- und Mittelaufwand, der anderen Kriegseinsätzen entzogen werden musste. Auch Goebbels klagte, dass nahezu sein gesamter Arbeitstag durch die Beschäftigung mit den Folgen des Luftkrieges in Anspruch genommen wurde. Dennoch – er war nicht anders als seine politischen Komplizen nicht von dem Typ des braven Mannes, der an sich selbst zuletzt denkt – fand er Zeit, mit seiner Frau Magda die Wohnung im Stadtzentrum und das Haus in Schwanenwerder eines nachmittags „von Kunstgegenständen und wertvollen Möbeln" zu beräumen. Er ließ sie er auf sein Anwesen in Lanke im Brandenburgischen in Sicherheit bringen. Dort lebten auch seine Kinder in Sicherheit.

Als komplizierter noch erwies es sich, den politisch-psychologischen Folgen der allgemeinen Wahrnehmung zu begegnen, die intern genannt wurde. Die Bevölkerung deutscher Städte, weithin von einer „Luftterrorpsychose" ergriffen – in den letzten Tagen waren auch Remscheid, Kassel, wiederum Essen und Hannover angegriffen worden – sah sich den Luftattacken der Bomberpulks hilflos ausgeliefert. Denn die Mitteilungen über abgeschossene gegnerische Flugzeuge bewegten sich in Größenordnungen, die nicht den Eindruck zu machen vermochten, dass sich die gegnerischen Luftstreitkräfte der RAF und USAAF, die sich in die Nacht- und Tagangriffe teilten, noch ernsthaft geschwächt werden könnten. Leute mit technischem Verstand erkannten, dass die Kriegsgegner zur Luft inzwischen einen weiten Vorsprung besaßen und die einschlägige eigene Forschung und Technik vollständig „überflügelt" war.

Berichte des Sicherheitsdienstes und aus anderen Quellen besagten übereinstimmend, dass sich die Urteile der Bevölkerung über den weiteren Gang des Luftkrieges verändert hatten. Bisher glaubten viele noch an eine vorübergehende Situation, die enden werde, wenn erst die deutsche „Vergeltung" einsetzen und in ihrer Wucht die Gegner zwingen werde, klein bei und ihre Angriffe auf das Reichsgebiet aufzugeben. Nun aber wurde in der Evakuierung Hunderttausender der Beweis gesehen, dass auf diese Wende nicht zu hoffen war. Die Entleerung der Städte von den „Überflüssigen" galt als Eingeständnis der Rat- und Hilflosigkeit der Militärs, als „nunmehr offiziell zugegebene Ohnmacht". Der Propagandaminister wies an, den Begriff ‚Vergeltung' vorläufig wenigstens aus der deutschen Propaganda verschwinden zu lassen." Aus der Öffentlichkeit seit längerem verschwunden war auch der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Göring. Erst Anfang August begab er sich zu Kurzauftritten nach Hamburg und in eine Berliner Markthalle. Und „der Führer" schwieg, verschanzt in seinem ostpreußischen Hauptquartier, weiter, wiewohl Goebbels ihn drängte, das Volk aufzurichten.

Selbst der Nazipresse konnte entnommen werden, worauf die Großstädter sich einzurichten hatten. Sie bot Unterweisungen, wie man sich bei Angriffen zu verhalten habe und berichtete vom Einsatz Tausender Berliner, die so genannte Splittergräben aushoben, in denen Menschen Schutz suchen sollten – ein sprechender Kommentar, was die in ihrer Masse ihren Namen längst nicht verdienenden Luftschutzkeller, die in den Altbaugebieten nicht anders an die in den Wohnneubauten, wirklich wert waren. In Hamburg waren sie zur Falle für Tausende geworden, die in den Löchern erstickten oder in tötender Hitze umgekommen waren.

In einem Artikel, den der *„Völkische Beobachter"* in seiner Berliner Ausgabe am 1. August 1943 veröffentlichte und der Hilflosigkeit schon in der Überschrift „Trotzt dem Feind mit Mut" anzeigte, hieß es geradezu entlarvend: „Nicht in den Trümmern des Ruhrgebietes und nicht in den Ruinen von Hamburg, sondern in der Standfestigkeit unserer unerschütterlichen und opferbereiten Herzen wird der Krieg entschieden ...". Wer so schrieb, pfiff, was seine eigenen kriegerischen Mittel anlangte, buchstäblich auf dem letzten Loch.

Wie schon Ende Januar/Anfang Februar 1943, als das ferne Ende der 6. Armee in den Trümmern von Stalingrad eingestanden werden musste, so verstärken sich auch jetzt die Erörterungen über die Perspektiven des Krieges. Sie griffen in der Bevölkerung allenthalben um sich. Und wie ein halbes Jahr

zuvor fanden sie auch diesmal keineswegs nur in vertrauten Freundeskreisen statt. Sie wurden öffentlich und zwischen Menschen geführt, die einander fremd waren, so etwa in den Berliner Verkehrsmitteln. Und wiederum konnte die Gestapo darauf nicht mit Verhaftungen reagieren, sondern vermochte angesichts des allgemeinen Stimmungsverfalls nur zu registrieren, aber darauf kaum mit repressiven Mitteln zu reagieren. Ein Bericht vom 2. August resümierte in umwundenen Formulierungen: „Der Unglaube, dass wir den Krieg noch gewinnen können, fresse mehr und mehr um sich. Bevölkerungsteile, die der Partei ablehnend gegenüberstehen oder durch das Verhalten führender Persönlichkeiten skeptisch geworden sind und meinen, dass das ‚auf die Dauer nicht gut gehen könne' erwarten insgeheim auch im Reich eine Wendung, mit der vielleicht auch die NSDAP bald ‚kaltgestellt' werde."

Derlei Vorstellung war an den jüngsten, mit der Zerstörung Hamburgs zeitlich zusammenfallenden Entwicklung in Italien gebildet, die nach dem Sturz Mussolinis und der Bildung der Badoglio-Regierung noch völlig im Fluss sich befand und nach der Ansicht vieler auf eine Militärdiktatur hinauslief. Mit solchen Spekulationen konnten die Machthaber jedoch leben, zumal die – verglichen mit Italien – andere und strikt diktatorische, in der Person Hitlers zusammenlaufende Führungskonstruktion des Naziregimes eine gewisse Vorsorge gegen Überraschungen darstellte, wie sie der entmachtete Duce erlebt hatte.

Anders waren Informationen über eine im Reich mitunter anzutreffende „Novemberstimmung" zu werten, mit der sich die Erwartung ausdrückte, dass das Volk die Marter des Bombenkrieges dauern nicht werde ertragen können und sich daher eines Tages auflehnen müsse. War nach dem gescheiterten Blitzkrieg gegen die UdSSR Anfang 1942 gefragt worden, wie lange der Krieg denn noch dauern werde, hatten sich diese Frage ein Jahr später nach der Schlacht von Stalingrad in die Formulierung verwandelt, wie er denn zu Ende gehen werde, so wurden nun – im Hochsommer 1943 – mehr und mehr Stimmen hörbar, die ihn angesichts der Wende in Italien, des Verlaufs des Luftkrieges und der eintreffenden Nachrichten von weiteren Niederlagen an der Ostfront verloren gaben. So war es, anders als Goebbels in seinem Tagebuch schrieb, nicht der Luftkrieg allein, der sich als eine „blutende Wunde" erwies und wie „das Damoklesschwert ... über unseren Häuptern hängt".

Auch die dem Propagandaminister unterstehenden Gau-Ämter, die sich um die Volksstimmung sorgten und sie zu beeinflussen hatten, berichteten ihm, „dass der bedingungslose Glaube an den Sieg nur noch vereinzelt zu finden sei" Doch dann, und im Text direkt fortfahrend, meldeten die Untergegebenen: „Allerdings wirkt sich das nicht in den Handlungen der Menschen aus. Alle schuften bis zur Bewusstlosigkeit für den Sieg; aber kaum einer hält ihn noch für sicher." Und ähnlich an anderer Stelle: Zwar würden viele Deutsche am Siege zweifeln, aber „Trotzdem erfüllt jeder seine Pflicht und wartet auf ein Wunder."

Diese Urteile über die Verhaltensweise der deutschen Proletarier und Angestellten, der Bauern und Landarbeiter bedeutete, wie die folgenden mehr als zwanzig Kriegsmonate erweisen sollten, keine Schönfärberei. Die Rechnung der britischen Strategen des Bombenkrieges ging nicht auf. Und die Gegenrechnung der Naziführer liest sich in den Worten des Propagandaministers so: „Die Menschen gewöhnen sich in diesem Kriege an alles; die größten Scheußlichkeiten werden am Ende zu eine Alltagserscheinung." Die Deutschen erhoben sich nicht zu einem „Schluss jetzt", und die Frage, warum sie das nicht taten, ist nicht leicht und nicht mit einem Verweis zu beantworten. Aber in der Hierarchie der Erwägungen, Antriebe und Motive, die sie den Befehlen und Weisungen der verbrecherischen Führung weiter folgen ließen, standen wohl die Ahnung und zunehmend auch das Bewusstsein obenan, dass und wie sie ihr Tun und Unterlassen im Krieg und das anderen Völkern angetane beispiellose Leid nach der Niederlage würden bezahlen müssen. Sie glaubten, und das verband sie mit den Führungskreisen lange und eng, aus dem Krieg auf irgendeine billigere Weise „aussteigen" zu können. Der Irrtum erwies sich für sie als zusätzlich verhängnisvoll.

12. Der „Feuersturm". Vor 60 Jahren zerstörte eine Welle von Luftbombardements Hamburg

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli 1943 begann jene Kette von Angriffen der Royal Air Force und von Verbänden der US-amerikanischen Luftflotte, die aus Hamburg binnen neun Tagen und Nächten

– neben dem – Monate zuvor – von der deutschen Luftwaffe und in Bodenkämpfen zugrunde gerichteten Stalingrad – den größten Trümmerhaufen machte. Die Zahl der in Hamburg Getöteten war ebenso wenig exakt auszumachen wie die der Verwundeten. Geschätzt, aber gesichert erscheint die Zahl von mehr als 41.000 Umgekommenen. Zu Hunderttausenden flüchteten Menschen aus der Stadt, die einen schon ohne Obdach, nahezu aller Habe beraubt, am Rande des Wahnsinns und manche auch in ihn getrieben. Andere flohen, der nächsten todbringenden Angriffswelle gewärtig. Mit ihnen verbreitete sich im Reichsgebiet vom Bodensee bis nach Schlesien Kunde vom alle Vorstellungen Unbeteiligter überforderndem unglaublichen Geschehen.

Die Geschichte der Kriege besaß eine neue blutige Seite. Sie erhielt die Bezeichnung „Feuersturm“, eine bis dahin unbekannten Erscheinung, die das Ergebnis der gewaltigen Brände waren, entfacht durch den kombinierten Abwurf von Spreng- und Brandbomben, befördert noch durch die Gluthitze jener Sommertage. Die ersten schriftlichen Berichte über die Folgen jener Operation britischer strategischer Fliegerverbände, die den „Gomorrha“ erhalten hatte, verfassten lokale NSDAP-, Polizei-, Feuerwehr-, Luftschutz. und anderen staatlichen Dienststellen. Deren Autoren kamen bei der Darstellung dessen, was sie erlebt und gesehen hatten, mit dem nazibürokratischen Amts- und Kriegsdeutsch nicht aus. Es entstanden Schilderungen, die literarisch geübte Chronisten vermuten lassen.

Darauf verweist der Herausgeber der „Zeugnisse des Feuersturms“, Volker Hage, der in seinen Sammelband auch einen Text dieser Herkunft beispielhaft aufgenommen hat. In dem Buch dominiert freilich, was sich in Tagebucheintragungen, Briefen, Romanen, Erzählungen und Gedichten von Schriftstellern und Dichtern findet. Es entstand in den Jahren zwischen 1943 bis 2002. Das Überlieferte und Vorliegende, zum Teil und zu Recht auch längst Vergessene erzwang Auswahl. Doch widerlegt der Band auch in seiner Verkürzung noch einmal die These von der Nichtachtung, welche die Literatur dem grausigen Ereignis entgegengebracht haben soll. Eine andere Frage betrifft deren über Jahrzehnte geringfügige Rezeption, eine Tatsache, deren Gründen Hage in einem weiteren Band nachgeht, in dem er die Entstehung dieser Literatur akribisch verfolgt, über ihre Autoren schreibt und von den Kontroversen berichtet, die sich über angemessene Formen der Darstellung des Infernos entzündeten.

Überraschen mag, wie rasch sich Informationen über Ausmaß und Folgen des Luftbombardements außerhalb Deutschlands verbreiteten und wie zutreffend folglich schon die ersten Urteile sein konnten. Bert Brecht am 26. Juli 1943, da war die „Operation“ noch nicht zur Hälfte beendet, notierte in den USA: „Hamburg geht unter.“ Ernst Jünger in Paris am 29. Juli 1943: „Sodom ist erreicht.“ Hermann Hesse am 16. August 1943: „Es gab einmal eine Stadt ... Die Stadt hieß Hamburg.“ Klaus Mann in einem Artikel aus dem Jahre 1943: „Das Hamburg, welches ich kannte, wird es niemals mehr geben.“ Nach Kriegsende erschienen schon 1946 Darstellungen sehr unterschiedlichen literarischen Niveaus, die teils noch im Kriege geschrieben worden waren. Szenen des Grauens kehren in ihnen immer wieder: die anfangs noch ahnungsarme Flucht in Keller und Bunker, das Hereinbrechen des Lärms der Flugzeugmotore, das Hoffen aufs Überleben, die sich ausbreitende Hitze, das Lärmen des Sturmes, der Mangel an Atemluft, das würgende Warten auf den Tod, absolute Hilflosigkeit, Verzweiflung, Lähmung, Panik, schließlich das Entkommen aus einer Welt der Leichen und der Leichenreste, der bis zur Unkenntlichkeit entstellten von Menschen geformten Materie, die einmal Straßen, Häuser, Kirchen hieß, einer Welt, die nicht mehr verstanden wurde, für Wirklichkeit nicht mehr gehalten werden kann. Hatten die einen der Autoren erlebt, was sie beschreiben, so stützen sich Nachgeborene auf überlieferte Dokumente und Berichte der Zeitzeugen. Aus der Fülle von Publikationen, die aus Anlass des 60. Jahrestags der Zerstörung Hamburgs erscheinen, dürften beide Bände, wiewohl und gerade weil ihr Autor sich dem Gegenstand nicht zum ersten Mal zugewandt hat, einen Dauerplatz besetzen können.

Hamburg 1943. Literarische Zeugnisse zum Feuersturm. Hrsg. Volker Hage, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt a. M. 2003, 318 S.

Volker Hage. Zeugen der Zerstörung. Die Literatur und der Luftkrieg S. Fischer Verlag Frankfurt a.M. 2003, 301 S.

Kriegsgeschichten. Hergestellt auf dem Potsdamer Brauhausberg

In keiner Bücherwand eines historischen Seminars zwischen Freiburg und Königsberg fehlte es: Das „amtliche deutsche Geschichtswerk“ über den Ersten Weltkrieg. 10 weitere dickleibige Bände waren den beiden ersten 1925 erschienenen bis November 1939 gefolgt. Da befand sich das Deutsche Reich bereits wieder in einem Kriege. Ein Teil der Autoren musste zur Wehrmacht einrücken. Die verbleibende Gruppe war stark genug, um den „Rest“ zu bewältigen. Er wurde auf zwei Bände limitiert. In kleinerer Auflage kam im August 1942 der 13. Band heraus und wenig später, am 15. Januar 1943, die in Stalingrad Eingeschlossenen gingen ihrer Vernichtung entgegen, galt das Unternehmen als beendet. Seine Urheber wurden mit dem von der Preußischen Akademie der Wissenschaften verliehenen Verdun-Preis geehrt. Der Versuch, diesen letzten Band zum Druck zu bringen, scheiterte im Inferno eines Bombenangriffs auf Leipzig. Da sich der Text erhielt, wurde die Reihe schließlich in der frühen Bundesrepublik doch noch komplettiert.

Da befand sich das öffentliche Interesse am Ersten Weltkrieg auf dem Nullpunkt. Der Krieg, der 1945 geendet hatte, bot seinen Zeitgenossen in der BRD mit Memoiren und Filmen Denk- und auch schon Unterhaltungsstoff genug. Die Zahl der Militärs, die wie nach 1918 interessiert waren, ihre Rolle zu rechtfertigen und zu schönen, war größer noch als Jahrzehnte zuvor. Bis dann der Hamburger Historiker Fritz Fischer 1961 schon im Titel eines Buches bekannt gab, was zu den gehüteten Geheimnissen der Weltkrieg-I-Schreiber gehört hatte. Deutschland war nicht erst unter Hitler, sondern schon 1918 mit einem „Griff nach der Weltmacht“ gescheitert. Es entwickelte sich die „Fischer-Kontroverse“, in deren Zentrum Fragen nach Kontinuität und Wandel in der deutschen Geschichte standen.

Im Osten Deutschlands verlief der geistig-kulturelle Prozess der Durcharbeitung der jüngeren deutschen Geschichte anders. Nicht nur der Staatspräsident der DDR hatte zu den verfolgten Gegnern der Kriegspolitik der deutschen Imperialisten gehört. Das Bild, das in ostdeutschen Schulgeschichtsbüchern über den Vorkrieg und den Krieg vermittelt wurde, gründete sich auf Urteile Lenins, Luxemburgs und Liebknechts und anderer, die das Völkermorden bekämpft hatten. In der Akademie der Wissenschaften war eine Gruppe jüngerer Historiker dabei, eine Geschichte dieses Ersten Weltkrieges zu schreiben. Dreibändig kam sie auf den Buchmarkt. Vom Leiter des Unternehmens, Fritz Klein, – die beiden Bandredakteure Willibald Gutsche und Joachim Petzold sind verstorben –, war jüngst zu hören, ein Verlag trage sich mit dem Gedanken, die Bände wieder mit einer Einleitung herauszugeben. Das passiert Geschichtswerken, die ein Vierteljahrhundert und mehr auf dem Buckel haben, höchst selten. Es geschieht, weil bis heute ein konkurrierendes Unternehmen nicht zustande kam, so viel wir auch durch Detailforschungen über die Geschehnisse an Wissen gewonnen haben. Die Wissenschaftswüste DDR besaß ein paar Oasen mehr, als selbst die Wohlwollenden unter den vornehmlich nichtdeutschen Fachkollegen 1990 vermerkten.

Wer wollte konnte sich ein reichliches halbes Jahrhundert nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in einem kritischen Geschichtswerk orientieren. Das zu verhindern, war – wenn auch nicht öffentlich – erklärtermaßen Ziel jenes amtlichen Unterfangens gewesen, das in der Weimarer Republik von Autoren in Angriff genommen wurde, von denen sich kaum jemand Republikanern hätten nennen lassen, in Arbeitsgruppen, deren Herren sich mit ihrem militärischen Dienstgrad anredeten und sich eine Arbeit ungerührt aus dem vom „kleinen Mann“ gefüllten Steuersäckel bezahlen ließen, deren Ziel es war, den nächsten Krieg als gewinnbar darzustellen. Denn: diese einstigen Generalstabsoffiziere waren an der Niederlage unbeteiligt gewesen. Sie hatten schon in den ersten Bänden entwickelt, wie knapp und durch wessen Schuld die Niederlage im Spätsommer 1914 zustande gekommen sei. (Kritik im Einzelnen war erlaubt, namentlich an Toten, wenn sich dadurch Kritik am Ganzen vermeiden ließ.)

Auf wessen Konto die Verheimlichung der Wahrheit und die Masse der Lügen geht, mit denen heute siebzig- und achtzigjährige Deutsche in den dreißiger Jahren in den Schulen heranwuchsen, das hat Markus Pöhlmann, in seiner Dissertation (Universität Bern 2000) dargestellt. Sie handelt von drei Gruppen: Natürlich von den Autoren des amtlichen Schundes, zumeist Generalstabsoffizieren des kaiserlichen Heeres, die bereits vor ihrer 1919 endenden aktiven Dienstzeit mit kriegsgeschichtlicher Arbeit befasst gewesen waren. Sie versammelten sich, als der Große Generalstabes 1919 aufgrund

von Art. 160 des Versailler Vertrages aufgelöst werden musste, in einer neuen, ihren wahren Zweck tarnenden, als Reichsarchiv bezeichneten Einrichtung, die ihren Sitz auf dem Potsdamer Brauhausberg in schon zuvor militärisch genutzten Gebäuden nahm. Die diese Gruppe verbindende Absicht war es die Darstellung ihrer Rolle selbst in die Hand zu nehmen, Zivilisten von Mitarbeit und Mitbestimmung auszuschließen, Darstellungen aus der Feder von Kriegsgegnern (evtl. auch von einsteigen Verbündeten) die eigene Version entgegen zu setzen, die Auswertung der Kriegserfahrungen für die Offiziere der Reichswehr vorzunehmen und führenden Einfluss auf die gesamte Betrachtung der Jahre 1914 bis 1918 zu gewinnen.

Dass es dazu überhaupt kommen konnte, daran waren die ersten Regierungen der Republik beteiligt, welche Gründung und Ausrichtung dieses besonderen Archivs beschlossen, zu seinem Präsidenten einen kaiserlichen Offizier machten, der vordem schon einschlägige Erfahrungen gesammelt hatte und dem jeder Gedanke fern lag, die deutsche Geschichte dauerhaft in friedliche Geleise zu bringen. Das restliche Führungspersonal des mit Mitteln noch in der Inflation reichlich ausgestatteten Reichsarchivs war von gleichem Zuschnitt. Ja, ein erheblicher Teil drängte Hermann Mertz von Quirnheim, sich entschlossener noch jeder zivilen „Einmischung“ zu widersetzen und verlangte, die Unterstellung unter das Reichsinnenministerium durch faktische Orientierung auf die Weisungen des Reichswehrministers auszuhöhlen.

Die dritte Gruppe machte etwa ein Dutzend Historiker aus, die sich als Beirat des Reichsarchivs konstituierten. Manche besaßen einen klangvollen Namen: Hans Delbrück, übrigens der Einzige, der ein Spezialist für Militärgeschichte war, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, Erich Marcks, Erich Brandenburg. Ihnen war bei aller Differenziertheit der Standpunkte, die sie während der Kriegsjahre eingenommenen hatten, eines gemeinsam: Keiner hatte sich zu einer kritischen Stellungnahme zu seiner und seiner Zunft Rolle aufgerafft. Unter ihnen war der Trompeter des Siegfriedens anzutreffen und der Harfinist des Verständigungsfrieden, der Kesselpauker für die Annexion Belgiens und der Posaunist für den Besitz Elsass-Lothringens. In diesem Orchester spielte nur der später aufgebotene Gustav Mayer, Lassalle-Biograph und Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, der an der Berliner Universität nie einen Lehrstuhl erhielt und als Sozialist und Jude 1933 aus Deutschland vertrieben wurde, eine Außenseiterrolle. Eine unhörbare obendrein. Bis zur letzten Sitzung im März 1933 hielt er aus an der Seite zu der sich vergrößernden Gruppe von Militärs im Beirat aus, die nie nach der Stimmenmehrheit zu streben brauchte. Die Zivilisten ließen durchgehen, was die Militärs im und außer Dienst wünschten, wiewohl da ein Werk entstand, das in der Tradition der Generalstabsgeschichtsschreibung verblieb, das Leben der Menschen an der Front und im Hinterland beiseiteließ und die umstrittenste aller Fragen, die nach den Kriegsursachen und -verantwortlichen ausklammerte. Dann wurden sie nicht mehr gebraucht. Die Kriegsgeschichtsschreibung kehrte 1934 in den Schoß des Heeres zurück.

Zwei Dinge erscheinen an dem Band, der ein treffliche Aussicht bietendes Fenster in die Geschichte der Weimarer Republik öffnet, bemerkenswert. Strikt hält sich der Autor an jenes höhere akademische Begriffsblech, wo es um die Bestimmung der ideologischen Verfassung der deutschen Professoren geht. Sie hätten „eine positive Disposition zum nationalen Machtstaat und zum Kriege“ und eine „affirmative Einstellung zum Militär“ besessen, sie seien der „obrigkeitsstaatlichen Tradition“ verhaftet gewesen. Ob dies das Äußerste ist, was Doktorvätern an Urteil angeboten werden darf, ist unentscheidbar.

Und es wird dem Manne das Verdienst gelassen, den der Autor als einen seiner Vorgänger ansieht. Das Buch „Militärgeschichte und Kriegspolitik“ biete noch immer den maßgeblichen Längsschnitt zur Geschichte der deutschen Militärhistoriografie. Diese Arbeit, methodologisch ein Klassiker der DDR-Geschichtsschreibung, interpretierte die Geschichtsschreibung der Militärs „streng im Gesamtzusammenhang der Generalstabstätigkeit, was vielen westdeutschen Kollegen seinerzeit noch schwerfiel.“ Die Rede ist von einem 1973 in der DDR erschienenem Buch. Sein Autor Reinhard Brühl, einst Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts und später General der NVA, lebt in Potsdam.

Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die Amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956. Ferdinand Schöningh Paderborn 2002, (= Krieg in der Geschichte, Hrsg. Stig Förster, Bernhard R. Kroener, Bernd Wegner, Bd. 12).

Aus einem Leben in der zweiten Reihe

Dass Politiker der ersten Reihe, bevor sie noch aus ihren Ämtern geschieden sind, Lebenserinnerungen, schreiben oder anfertigen lassen, gehört inzwischen zu den Alltagserscheinungen des Büchermarktes. Es handelt sich meist um Reklameschriften. Trotz aller Werbung erklimmen diese auf Bestsellerlisten selten obere Plätze. Restbestände der Massenauflagen sind bald billig zu haben. Naturgemäß sinkt mit dem intellektuellen Niveau dieser Kastenangehörigen und ihrer Charakterstatur auch der Wert dessen, was sie da präsentieren. Zwischen Lügen in der Politik und diesem Buch-Typ existiert eine direkt proportionale Beziehung. Und wer will sich in der gleichen Sache schon zweimal nasführen lassen.

Weniger mediale Aufmerksamkeit erheischen Erinnerungen von Autoren, die einmal in den so viel längeren zweiten und dritten Reihen der Politik agierten. Zu Unrecht. Sind auch sie von Rechtsfertigungsbedürfnissen nicht frei, so doch in den meisten Fällen davon ungleich weniger geprägt. Aus dieser Gruppe gelangten, zumeist in Ostdeutschland und sonst nur von Spezialisten für die Zeitgeschichte gelesen, jüngst zahlreiche Druckwerke an die Öffentlichkeit. Frühere Protagonisten der sozialistischen Bewegung und Mitarbeiter im Staatsapparat der DDR berichten aus ihrem Leben. In die Kategorie der Rara gehören hingegen Publikationen, mit denen sich Forscher der Biographie von Personen dieser Politiker- und Funktionärsstufe zuwenden. Geschieht das, ergeben sich häufig Nahaufnahmen und Geschichtsbilder von einer Tiefenschärfe, die, wenn die Scheinwerfer der Clio „weiter oben“ aufgestellt werden, nicht zu erzielen sind. Bewiesen hat das eindrucksvoll Katharina Riege mit einem Lebensbild des Hans Mahle bewiesen, eines Mannes, dessen Name, der nur in der Gründergeneration der DDR und noch in jener Kleingruppe Erinnerungen wachruft, die sich in der Frontstadtatmosphäre Westberlins zum Sozialismus bekannte. Die Lebensgeschichte des Funktionärs im Kommunistischen Jugendverband, der das sowjetische Exil nicht ohne schwere Enttäuschungen erlebte, aber doch dem Gulag entging, Redakteur und Sprecher deutschsprachiger Sendungen ist, Kriegsgefangene auf neue Wege zu führen trachtet, dann den Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone aufbauen hilft, eines Tages – wie viele – die Funktionärstreppe herunter fällt und in Mecklenburg auf einen Leiterposten in der Konsumgenossenschaft abgeschoben, dann doch wieder als Presseredakteur gebraucht, schließlich zum Chef der in Westberliner SED-Zeitung „*Die Wahrheit*“ gemacht wird, nach 1961 in den Westteil übersiedelt und dort wirkt, solange das seine Kräfte zulassen – das ergibt eine Geschichte voller Wechsel, Spannungen und Widersprüche, lässt in ein Leben blicken, zudem Überzeugung, Risikobereitschaft und ein Schuss Abenteuerlust gehörten. Einfühlsam geschrieben, Sympathie ebenso wenig verheimlichend wie die Schwierigkeiten, die sich im Verständnis von Generation zu Generation insbesondere ergeben, wenn zwischen dem Leben der Schreibenden und ihrer Helden dramatische Wandlungen liegen.

Katharina Riege, Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie. VSHA Verlag Hamburg 2003, 470 S.

Der rote Terror

Zu den Unerfreulichkeiten des Bandes gehört, dass die Verweise auf die – ganz überwiegend sekundären – Quellen, auf die sich der Professor für osteuropäische Geschichte stützt, gebündelt sind. Mag sich der Leser, an einer Textstelle angekommen, Absätze später also heraussuchen, woraus geschöpft wurde. Wer sich der Mühe unterzieht, findet beispielsweise dies: In einer Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus von Michael Burleigh heißt es von sowjetischen in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten im Jahr 1945: „Eine weitere halbe Million war entweder selbst geflohen oder von der vorrückenden Roten Armee befreit worden." Ohne sein Zitat kenntlichzumachen, schreibt der an der Humboldt-Universität zu Berlin Lehrende das so ab: „… eine weitere halbe Million (war) geflohen oder von der Roten Armee befreit worden". Wenige Zeilen davor ergibt die Übernahme von Burleigh dies: „Bis zu einer Million waren bereits vorher auf freien Fuß gekommen, viele von ihnen, um mehr oder weniger freiwillig in den Dienst der Wehrmacht zu treten, sei es als Kämpfer an der Front oder in irgendwelchen Hilfsfunktionen." Daraus wurde: „... eine Million Soldaten waren in den Dienst der Wehrmacht eingetreten". Das Gestrichene gebiert eine Entstellung. Weder wird noch der Gedanke zugelassen, dass die Gefangenen sich unter dem Zwang der elenden, häufig todbringenden Verhältnisse in den Lagern zu dieser ihrer Verwendung entschlossen, noch die Unterscheidung zwischen denen vorgenommen, die sich der „Wlassow-Armee" anschlossen und anderen, die sich für Hilfsdienste mobilisieren ließen.

Diese Art der Abhandlung sowjetischer Geschichte kann als Markenzeichen des Autors angesehen werden, der einen besetzten Begriff wie den der „Endlösung" benutzt, um die mörderischen Praktiken des „Stalinismus" zu charakterisieren und dem die letztlich unvorstellbaren Gräuel der „Säuberungen", „Vernichtung der Feinde" usw., von denen wir gesicherte Quellen besitzen, nicht ausreichend zu sein scheinen, so dass er dem Leser mitteilt: „In Moskau sollen ... zur Tötung der Häftlinge auch Gaswagen zum Einsatz gekommen sein".

Das Fazit des Verfassers: Der Stalinismus („Stalins Gesellschaftsmodell war die Räuberbande") wird als Krieg der einem Wahn verhafteten Bolschewiki (des „Bundes extremistischer Sektierer", „der reißenden Wölfe") gegen das Volk bezeichnet, Er "war eine Terrorherrschaft, die aus dem sowjetischen Kontext erwuchs. Es war ein Versuch, neue Menschen in die Welt zu setzen und alte aus ihr zu entfernen." Welche Verallgemeinerung! Wie sich die Millionen Opfer, politische Gegner und Konkurrenten, irgendwelche Unliebsamen, einzelne Personen, Zivilisten und Militärs, kleine und große Gruppen, ganze Völkerschaften, unter den Begriff „alte Menschen" zusammenfassen lassen, bleibt des Autors Geheimnis. Der meint, der Terror sei in letzter Instanz ein Produkt der Köpfe der Führungsgruppe, deren Angehörige aus dem Dorf kamen, einer Umgebung von Unkultur und Unzivilisiertheit, die sich Herrschaft nur als Gewaltherrschaft hätten vorstellen können. Dann folgt der Satz, der mir als der ungeheuerlichste des Bandes erscheint: „Von der Zivilisierung der Sitten, von der die Bolschewiki sprachen, waren die Täter ebenso weit entfernt wie ihre Opfer." Das wird daher geschrieben, als wären die einen wie die anderen Analphabeten gewesen. Die Namen der hingemordeten Intelligenz aus Wissenschaft und Kunst tauchen nicht auf. Damit korrespondiert die Fortsetzung der sich ausbreitenden Unsitte: Personenregister – Fehlanzeige. Vieles in dieser publizistischen Neuerscheinung erweist sich übrigens als Rache für Vorurteile. Im mehr als 100 Veröffentlichungen umfassenden Literaturverzeichnis fehlt die frühe Studie *Werner Hofmanns, Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikt* aus dem Jahre 1967 wie auch der unter dem Eindruck der Wende geschriebene Text *Wolfgang Ruges Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte* von 1991.

Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Deutsche Verlags-Anstalt München 2003, 288 S.

Neuere Literatur zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord

Anzeige und Kommentar

I.

Die Geschichte der Verfolgung und des Massenmordes an den europäischen Juden während der Jahre der faschistischen Diktatur in Deutschland (1933-1945) wird nach wie vor auf verschiedenste Weise in das öffentliche Bewusstsein der Bürger der Bundesrepublik gebracht. Dafür geben nicht nur spezielle Tage des Gedenkens besonderen Anlass, so der 9. November, wenn alljährlich an den Pogrom des Jahres 1938 erinnert wird, und der 27. Januar, der Tag an dem man der „Befreiung" des Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz gedenkt. An solchen Tagen werden allgemeine Reden über Betroffenheit gehalten, aber nicht nur. Es kommen mitunter Tatsachen und Zusammenhänge zur Sprache, über die bisher Schweigen gelegt war. Das geschah jüngst als auf einer Gedenkveranstaltung von der Rolle der Berliner Kassenärztliche Vereinigung gesprochen wurde, die sich 1933 aktiv bei der Vertreibung der jüdischen Konkurrenten der „arischen" Ärzte hervortat.[1]

Zugleich weitet sich der Blick auf die Geschichte der Juden im 1871 gegründeten Deutschen Reich und in dessen Vorgängerstaaten. Als 2002 der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, anlässlich der Vereidigung von Soldaten der Bundeswehr in Berlin eine Ansprache hielt, kam er auf die im Ersten Weltkrieg im kaiserlichen Heer und der Marine umgekommenen jüdischen Soldaten und Offiziere zu sprechen. Er erklärte, ihr Einsatz für das Vaterland sei ihnen nicht gedankt worden. Wenig später, am so genannten Volkstrauertag im November, legte ein General der Bundeswehr auf dem Friedhof in Berlin-Weißensee an Gräbern jüdischer Soldaten, die im Kriege 1914-1918 umgekommen waren, zum ehrenden Gedenken einen Kranz nieder. Hier soll, auf die – um das mindeste zu sagen – historisch unkritische Wertung dieses Einsatzes von Leib und Leben nicht eingegangen, aber doch auf die Schwierigkeit verwiesen werden, die sich ergibt, wenn der Teilnehmer eines imperialistischen Krieges ehrend gedacht wird, der eines anderen, des zweiten, hingegen nicht. Es ist zu hoffen, dass im Sinne von Arnold Zweigs 1934 in den Niederlanden gedruckter „Bilanz der deutschen Judenheit" vor allem jene Beiträge bewusst gemacht werden, die deutsche Juden zu Fortschritten von Wissenschaft, Kultur, Bildung und Wirtschaft leisteten und denen ohne jede Einschränkung gedacht werden kann.

Im eben zu Ende gehenden Jahr 2002 sind zwei künstlerisch außergewöhnliche Filme in deutsche Kinos gelangt, die in die Jahre der mörderischen Judenverfolgung zurückführen, „Der Pianist" und „Epsteins Nacht". Der erste erhielt in Cannes die höchste dort zu vergebende Auszeichnung, die Goldene Palme. Roman Polanski hat die Geschichte des Władysław Szpilman (1911-2000), eines polnischen Künstlers, verfilmt, der in Warschau den Mördern entkam. Der hatte seine Lebenserfahrungen nach Kriegsende niedergeschrieben, veröffentlicht wurden sie jedoch erst kurz vor seinem Tode.[2] Der zweite Film (Regisseur Urs Egger) schildert die Wiederbegegnung dreier Juden, die Auschwitz überlebten, mit einem der Massenmörder, der inzwischen unter den Talar eines Geistlichen gekrochen war. Er gibt einen tief berührenden Einblick in das Dasein jener, die, von eigenen Erinnerungen und Bildern ihrer ermordeten Leidensgefährten verfolgt, weiterleben mit der Frage: Warum ich und nicht sie? Eine viel besuchte Ausstellung veranstaltete das Deutsche Historische Museum in Berlin, unter dem Thema „Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung". Ihr Begleitband versammelt hochinformative Studien, Abbildungen der Exponate in Auswahl und macht deren Textkommentare nachlesbar.[3] Dass wie üblich von der Mitwirkung ostdeutscher Fachleute abgesehen wurde, schlug sich freilich im Resultat nieder und war wohl auch in diesem Falle beabsichtigt.

---

1 Siehe den Bericht „Erinnern an Mord und Vertreibung" über eine Veranstaltung im Berliner Centrum Judaicum. In: *Neues Deutschland*, 11. November 2002, S. 16.

2 Szpilman, in Sosnowiec geboren, hatte in Warschau und Berlin Musik studiert und beherrschte, von seinem Aufenthalt in Deutschland her, die deutsche Sprache perfekt. Er arbeitete seit 1935 als Pianist am Warschauer Rundfunk. An diese Arbeitsstelle kehrte er nach Kriegsende wieder zurück.

3 Katalog: Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung. Hrsg. von Burkhard Asmuss im Auftrag des Deutschen Historischen Museums, o. O., o. J.

All dessen und weiterer Verdienste ungeachtet ist in der Bundesrepublik in jüngster Vergangenheit vermehrt gefragt worden, wie es um die Ausbreitung des Antisemitismus steht. Dazu gaben Aktionen von Nazis und anderen Rechtsextremisten gegen Friedhöfe und Synagogen Anlass, doch ebenso Vorfälle wie jene um die Rückbenennung einer Straße in Berlin-Spandau, die nach ihrer Umtaufe während der Naziherrschaft ihren ursprünglichen Namen „Jüdenstraße“ zurückerhalten sollte, was schließlich geschah. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, sprach 2002 auf einer Veranstaltung aus Anlass des Jahrestages des Pogroms von 1938, die in der Gedenkstätte KZ-Dachau stattfand, davon, dass Antisemitismus und Judenhass in Deutschland Alltag geworden seien, und forderte, sich daran nicht zu gewöhnen.[4]

Am meisten und nachhaltige Aufmerksamkeit erregte die Kritik des stellvertretenden Vorsitzenden der Freien Demokraten (FDP) und Vorsitzenden ihres nordrhein-westfälischen Landesverbandes, Jürgen W. Möllemann, zuerst an der Tätigkeit des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Michel Friedman, als Moderator einer Fernseh-Talkshow. Mehr noch tat das sodann Möllemanns Flugblattaktion, die während der Bundestagswahl 2002 auf Wählerwerbung zielte. Der Politiker und frühere Bundesminister griff Friedman gemeinsam mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon an. Dem Regierungschef in Tel Aviv warf er vor, gegen die Bildung eines palästinensischen Staates zu agieren und einschlägige Beschlüsse der UNO zu ignorieren. Gegen Friedman wandte er sich wegen dessen Unterstützung für diese Politik, zugleich wies er Vorwürfe zurück, antiisraelisch und antisemitisch eingestellt zu sein.

Die Beurteilung der Massenstimmung ist schwierig, weil sich die berechtigte Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern und der verkappte Antisemitismus häufig voneinander schwersondern lassen. Das schlägt sich auch in voneinander abweichenden Bewertungen der bundesrepublikanischen Situation nieder. Der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, Wolfgang Benz, zeigte sich davon überzeugt, „dass Antisemitismus in Deutschland im Rücklauf ist“. Und an anderer Stelle eines Interviews sagte er: „Antisemitismus ist in Deutschland heute weniger verbreitet als in anderen Ländern, etwa in Frankreich oder Polen, in den baltischen Ländern oder in Russland ...“. Jedoch würden 10 bis 20 Prozent der Deutschen „ihre Feindbilder, ob gegen Juden oder Ausländer, weiterhin pflegen“. Der Antisemitismus sei durch „stetige unaufgeregte Aufklärung über Ursachen, Motive und Wirkung von Judenfeindschaft“ zu bekämpfen.[5] Dazu suchen Wissenschaftler und namentlich Historiker mit ihren Mitteln beizutragen.

II.

Peter Longerich sieht das Interesse der gegenwärtig an der Holocaust-Forschung Beteiligten vor allem auf folgende Problemkreise konzentriert (1.) die Frage nach Motivation und Mentalität der Täter und da wieder vor allem der Funktionäre im SS und Polizeiapparat und in den Besatzungsverwaltungen, (2.) die Stellung der traditionellen Eliten (der Generalität, der Angehörigen der Bürokratie auf verschiedenen Stufen, der Mediziner, der Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen und weiterer Gruppen) zur so genannten Judenfrage und ihre Beteiligung am Völkermord (3.) die Untersuchung der Judenverfolgung auf regionaler Ebene und der Handlungsspielräume der dort zuständigen Instanzen, woran sich die Frage nach dem Verhältnis des Macht- und Befehlszentrums und der ihm nachgeordneten Kräfte knüpft, (4.) die Untersuchung des Wissens der deutschen Bevölkerung über den Judenmord, deren Reaktion und die Klärung der in diesem Zusammenhang kontrovers debattierten Frage, ob es in Deutschland unter den Massen einen besonders radikalen Antisemitismus gab und, wenn sich das erweisen ließe, woher er dann rührte.

Longerich bezeichnet diese Liste als unvollständig.[6] Ihr ließen sich hinzufügen: (5.) die Vervollständigung der Topographie der Judendeportation und des Judenmords (6.) der Umfang, die Verwendung und der Verbleib des geraubten jüdischen Eigentums im Reich und in den besetzten Gebieten, (7.)

---

4 „Judenhass ist Alltag“. In: *Mittelbayerische Zeitung*, 11. November 2002.

5 „Haben die Deutschen ihre Lektion gelernt?“ Interview mit Wolfgang Benz in: *Neues Deutschland*, 9./10. November 2002, S. 3.

6 Peter Longerich, Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München 2001, S. 13 f.

das Ausmaß der Kollaboration, ihre personellen Kräfte und deren Antriebe bei der gemeinsam mit Deutschen oder auch eigenständig begangene Verbrechen. Schließlich gewinnt auch die Geschichte der Historiographie des Holocaust an Bedeutung, deren Erforschung jedoch ganz in den Anfängen steckt, wiewohl sie für weitere Unternehmungen sehr nützlich sein könnte und wohl auch immer unentbehrlicher wird.

Im Folgenden soll in Auswahl durchmustert werden, was auf den deutschsprachigen Buchmarkt gelangte. An den Anfang unserer Inspektion kann Raul Hilbergs neuestes Buch[7] gestellt werden, für das er Anfang Dezember 2002 in München mit dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet worden ist. Dies allein würde diese Platzierung noch nicht begründen. Der US-amerikanische Historiker, vordem in der Bundesrepublik bereits auf andere Weise geehrt, unter anderem durch die Verleihung eines großen Bundesverdienstkreuzes, hat vordem gewichtigere Publikationen vorgelegt. Doch der nun vorliegende nicht voluminöse Band ist womöglich am stärksten in die Zukunft gerichtet. Er bezeugt des Autors Vertrauen, dass der Forschungsweg, an dessen Anfang n ach dem Buche Gerald Reitlingers sein eigener großer Beitrag steht, von Historikergenerationen weiter beschritten werden wird. Welchen Sinn hätte ohne diese Erwartung eine Art Lehrbuch, in dem vom Entschlüsseln und Interpretieren der Quellen gehandelt wird, die uns die Spuren des Holocaust aufnehmen und verfolgen lassen? Studenten, wo immer sie Geschichte studieren, ist zu wünschen, dass sie so in Quellenkunde und -kritik ihres Faches eingeführt werden, wie es durch dieses Buch geschieht, das darüber hinaus alle Gewinn bringend benutzen können, denen die Beschäftigung mit der Geschichte mehr als nur unterhaltendes Hobby ist.

Hilberg schöpft aus einem langen Gelehrtenleben als Forscher und Hochschullehrer in Buffalo. Auf die immense Masse von Dokumenten, die durch seine Hand gingen, hat er die Scheinwerfer nun in Auswahl nicht wie bisher in der Absicht gerichtet, Abläufe geschlossen darzustellen, sondern gleichsam auf die Tücke der einzelnen Objekte aufmerksam zu machen und zu zeigen, wie ihr beizukommen ist. Wo lauern Gefahren von falschen Zuordnungen, Missdeutungen, Verwechslungen, Über- oder Unterbewertung? Welche Rüstung ist notwendig, damit Forschende nicht in die Lage von Menschen geraten, die Wasser mit undichtem Gefäß oder gar mit einem Sieb schöpfen wollen? Wie genau muss sich ein Forscher in deutscher Sprache auskennen, wenn er begriffliche und andere Verschleierungen von Sachverhalten herausfinden will? Was muss er von den denkbaren Wegen wissen, die Schriftstücke hinter sich haben, bevor sie ihm vor Augen kommen?

Antworten auf diese und weitere Fragen werden an einer Fülle von konkreten Beispielen gegeben. Dass sie sich alle auf Quellen beziehen, die zwischen 1933 und 1945 sowie in den Jahren nach der Zerschlagung des Naziregimes in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren entstanden, bedeutet nicht, dass nur Faschismusforscher angesprochen sind. Was bei Mikroverfilmungen von Aktenstücken verlorengeht, was sich auf Fotographien oder -kopien nicht mehr findet, betrifft thematisch und zeitlich viele weitere Bezirke. Zudem verweist der Autor auf Probleme der Bewertung von Dokumenten anderer Provenienz, darunter solche, die auf das Wirken von Judenräten zurückgehen. Ein Kabinettstück der Quelleninterpretation und -kritik liefert Hilberg anhand der vom Autor mit äußerster Zurückhaltung formulierten Aufzeichnung eines Gesprächs, das Franklin D. Roosevelt mit Vertretern jüdischer Organisationen am 8. Dezember 1942 in Washington führte. Dennoch lässt sich aus dem Dokument entnehmen, dass der Präsident, monologisierend Zeit schund, so jeder verbindlichen Stellungnahme auswich, die dem Ansinnen der Delegierten geworden wäre.[8]

Geradezu nebenbei vermerkt Hilberg, dass der Gegenstand der Holocaust-Forschung „in immer kleiner werdenden Bestandteilen bearbeitet“ wird, und er verweist auf die Notwendigkeit, die „einzelnen Teile in ein umfassenderes Gefüge“ einzupassen. Auf die damit verbundenen Fragen und Schwierigkeiten lässt er sich weiter nicht ein. Davon ist in der Publikation eines anderen US-amerikanischen Forschers mehrfach die Rede.

---

7 Raul Hilberg, Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren, S. Fischer, Frankfurt am Main 2002.

8 Ebenda, S. 140 ff.

III.

Christopher R. Brownings 2000 zuerst in englischer Sprache veröffentlichte Vorlesungen, die im Jahr zuvor an der Cambridge University gehalten worden waren, liegen nun auch in deutscher Sprache vor.[9] Unter den sechs Beiträgen, deren wichtige Erträge hier nicht einmal referiert werden können, bilden die beiden ersten deshalb die bemerkenswertesten, weil in ihnen dargestellt wird, in welchen Kernfragen der Holocaust-Forschung die internationale Forschung – von Außenseitern abgesehen – sich übereinstimmende Positionen erarbeitet hat und in welchen anderen nach wie vor Kontroversen existieren und ausgetragen werden. Gegenstand dieser beiden Vorlesungen bildeten „die Entscheidungsfindung und die politische Weichenstellungen im Nervenzentrum des NS-Regimes, die zur so genannten ‚Endlösung' führten".[10]

Als das „umfassendere Gefüge", dem der Genozid an den Juden zugehört, gilt Browning ein „nach Osten gewendeter rassistischer Imperialismus". Die Judenverfolgung begreift er als eine „Komponente" davon. Das führte seine Forschungen an den Punkt, da dieser Imperialismus den ersten Schritt vom Programm zu dessen Verwirklichung zurücklegte und sodann zu den Folgen dieses Schrittes. Diesen erblickt er in der Eroberung und Zerstörung Polens. Die „Endlösung" habe sich aus jenem „Rassenimperialismus der Nazis in Polen" entwickelt, der die Vergrößerung des Reiches, die Vertreibung der Polen und Juden aus dem eroberten Gebiet nach dem Osten in das so genannte Generalgouvernement und die Herbeiholung und Ansiedlung Deutscher aus Osteuropa umfasste.[11] Bei dem Versuch, diese Ziele in hohem Tempo zu erreichen, hätten sich die „deutschen Imperialisten und Völkerverschieber ... in ein Labyrinth hineinmanövriert". Die gesteckten Ziele, festgelegt in den so genannten Nahplänen eins bis drei, wurden nicht – jedenfalls nicht vollständig und nur mit Verspätungen – erreicht. Auf die Idee der Schaffung eines Judenreservats im südöstlichsten Zipfel des Generalgouvernements folgte die der Verbringung aller Juden Europas in ein Deportationsgebiet in Afrika (Madagaskar). Letztere blieb ganz und gar auf dem Papier und wurde Makulatur, als Ende 1940 an der Regimespitze in Köpfen von Zivilisten und Militärs. der Plan Gestalt annahm, die UdSSR zu bekriegen und zu zerschlagen.

Damit gerieten die Vorstellungen über die Zukunft der Juden in neue Koordinaten. Die ergaben sich aus einem Krieg, in dessen Verlauf und als dessen Ergebnis Millionen Einwohner, Juden und Slawen, vernichtet werden sollten, direkt durch die Mörderhände der Eroberer, indirekt durch Vertreibung in unwirtliche Gebiete und durch Aushungerung, um das gedachte riesige Kolonialreich beherrsch- und mit größtem Nutzen ausbeutbar zu machen. Neue, die bisherigen ersetzende Entscheidungen betrafen die relativ separaten Pläne im Hinblick auf die Juden, deren Ausarbeitung und Vorlage Himmler und federführend dem Reichssicherheitshauptamt und dessen Leiter Reinhard Heydrich oblagen. Wie und wann sind sie gefallen?

Browning verweist darauf, dass sie in einem Prozess erfolgten, der zu voraufgegangenen Entschlüssen kontinuierliche wie diskontinuierliche Elemente aufwies. Zum Zeitpunkt des Einfalls in die UdSSR, auch darin stimmen die Historiker weitgehend überein, war entschieden, dass unter der jüdischen Bevölkerung des Landes Massaker angerichtet werden sollten, um sie zu dezimieren. Aber es war, worauf das Vorgehen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD hinweist, offenkundig noch nicht befohlen, ausnahmslos alle jüdischen Bewohner – Frau, Mann, Greis, Kind – auszurotten. Schritte, Signale, Aufträge die diese Eskalation ins Werk setzten, erfolgten jedoch seit Ende Juli 1941. Da schien die Rechnung eines erneuten „Blitzfeldzuges" und der Plan, den Gegner in einem Vierteljahr besiegt zu haben, vollständig aufzugehen.

Die am meisten umstrittene Frage schließt sich an: Wann wurde entschieden, alle Juden Europas, die sich in der Gewalt der deutsch-faschistischen Machthaber befanden, zu töten? Brownings schon früher gegebene, hier noch einmal ausgebreitete Antwort besagt, Hitler habe in jenem Juli 1941 Himmler

---

9 Christopher R. Browning, Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Heinz Siber, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt a. M. 2001.

10 Ebenda, S. 9.

11 Ebenda, S. 12 f.

und Heydrich beauftragt, für dieses beispiellose Vorhaben, für das es keine Erfahrungswerte gab, so etwas wie eine „Machbarkeitsstudie“ vorzulegen. Die sei Anfang Oktober fertig gestellt gewesen und gebilligt worden, Von da an habe an der Staatsspitze der klare und nie aufgegebene Vorsatz existiert, die Juden Europas auszumorden, damit im Kriege zu beginnen und spätestens nach dessen Ende das gesamte Herrschafts- und Einflussgebiet „judenfrei“ zu machen.

Die Eröffnungsschritte zur Verwirklichung des zunächst vagen Plans wurden ohne Verzug eingeleitet, wofür Browning noch einmal die Liste der im Herbst 1941 ergriffenen Maßnahmen präsentiert. An diese grundsätzliche Entscheidung, getroffenen im Moment der stärksten Siegeserwartung, der Autor spricht von „Siegestrunkenheit“, schlossen sich in den folgenden Monaten bis in das Jahr 1942 weitere an, die ebenfalls auf höchster Ebene fallen mussten, galt es doch, den jeweiligen Situationen angemessene Möglichkeiten und Schritte zu bestimmen, mit denen das Verbrechen vorangetrieben werden sollte. Erst nach und nach wurde entschieden, „wie, wann, wo, in welchem Tempo und mit welchen vorläufigen Ausnahmen“ das Massenmorden durchgeführt werden konnte und sollte.[12]

IV.

Brownings Darlegungen sind überzeugend. Das betrifft insbesondere seine detaillierte, Tatsachen und Dokumente Schritt für Schritt durchmusternde Auseinandersetzung mit Argumenten Christian Gerlachs, der heraus gefunden zu haben meinte, dass Hitler die in Rede stehende „Grundsatzentscheidung“ erst am 12. Dezember 1942 getroffen habe. Auf den Streitpunkt kommt Browning im Nachwort noch einmal zurück. Dort geschieht das mit Bezug auf eine inzwischen erschienene Arbeit Peter Longerichs.[13] Die ist aus zwei für die Publikation ergänzten und zusammengeführten Gutachten hervorgegangen, die der Verfasser für den Zivilprozess „Irving gegen Lipstadt„ angefertigt hatte, der im April 2000 mit einer Niederlage des britischen Klägers endete. Die Ausarbeitungen hatten den „Systematischen Charakter der nationalsozialistischen Politik zur Vernichtung der Juden“ und „Hitlers Rolle bei der Verfolgung der Juden durch das NS-Regime“ zum Gegenstand.[14] Dem Streit vor Gericht gemäß konzentrieren sie sich auf Hitler, dem bei Planung und Inszenierung der Judenvernichtung die „führende Rolle“ und das Wirken als Motor und Antreiber zugeschrieben wird.[15] Den „Führer“ bezeichnet Longerich als notwendige, jedoch für sich allein genommen nicht als hinreichende Bedingung für das Geschehene.[16]

In dieser Bewertung stimmen alle seriösen Forscher überein. Nachgewiesen wird klopffest, dass sich Hitler mit dem Massenmorden nahezu kontinuierlich befasste, dass er dafür ein Klima schuf (durch seine öffentlichen und geheimen Reden und in zahllosen dienstlichen und privaten Gesprächen), sich besonders in Unterredungen mit Heinrich Himmler über dessen Fortgang unterrichtet ließ und direkt auf ihn Einfluss nahm, den Vorschlägen des Reichsführers SS zustimmend, sie genehmigend, sie auch modifizierend. Es hat nicht den Anschein, dass auf diesem Felde der Holocaust-Forschung noch überraschende Entdeckungen bevorstehen. Für den Anteil anderer Führer des Regimes gilt das durchaus nicht.

Das war neuerdings aus einer Monographie von Susanne Willems zu lernen.[17] Ihr Beitrag betrifft ein unbekanntes Thema der Geschichte Berlins am Ende der dreißiger und zu Beginn der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Er schöpft aus Akten des Oberfinanzpräsidenten und beleuchtet das immer elendere ausgegrenzte und drangsalierte Dasein der Juden in der Reichshauptstadt zwischen dem 1938er Pogrom und ihrer Deportation „nach dem Osten“. Erfasst wird die soziale Lage der Ver-

---

12 Ebenda, S. 260.

13 Peter Longerich, Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München 2001. Die Arbeit fußt natürlich auf der voraufgegangenen und umfänglichen Monographie des Autors: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.

14 Ebenda, S. 10f. u. 20.

15 Ebenda, S. 185.

16 Ebenda, S. 13.

17 Susanne Willems, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2002 (= Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, hrsg. von Norbert Kampe, Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberner, 10).

folgten unter der Fragestellung: Wie wohnten sie und wie waren sie behaust, nachdem ihnen der Mieterschutz per Gesetz genommen worden war, sie ihre Wohnungen verlassen mussten und in Judenhäusern zusammengepfercht wurden. Ausgewählte Familiengeschichten hätten ein plastischeres Bild vom quälenden, zermürbenden, mancher Lebenskräfte schon überfordernden Abstieg geben können. Scharf arbeitet die Verfasserin die Besonderheit des Geschehens in Berlin heraus, wo sich die Judenverfolgung mit den Plänen zu dessen Umbau in das gedachte Germania verband. Die Stelle, die dieses Vorhaben seit 1937/38 vorantrieb, war das Amt des Generalbauinspekteurs Albert Speer. Sie fand in den von Juden bewohnten Räumen die willkommene Reserve, auf die sich zugreifen ließ, um jene „Arier" unterzubringen, deren Häuser zum Abriss bestimmt wurden. Durch ihn sollten Plätze und Fluchten entstehen, insgesamt ein riesiges Areal, auf dem sich der auch größenwahnsinnige Leibarchitekt Hitlers in Gemeinschaft mit seinem „Führer" auszutoben gedachte. Nachgewiesen wird, dass Speer und sein Amt Initiator der Liquidierung des Mieterschutzes für Juden war, dass sie schon im Frühjahr 1941 auf den Beginn der Deportation drängten und Aufnahmen von Juden in die Deportationslisten in Zusammenarbeit mit der Gestapo maßgeblich mitbestimmten. So liegt ein weiterer Beitrag gegen die „Speer-Legende" vor. Dass sie durch ihn den Todesstoß erhalten wird, ist so unwahrscheinlich wie ein Schritt Joachim Fests, der sein einschlägiges Buch vom Markt nehmen und es umschreiben müsste. Willems Arbeit wirft erneut die Frage auf, wie das Urteil über Speer gelautet haben würde, wenn seine alliierten Richter 1946 gewusst hätten, worüber Lesende sich nun informieren können.

V.

Das wissenschaftliche Interesse und die aus ihm erwachsenden Anstrengungen, die sich auf die Rekonstruktion der Geschichte des Judenmordes bis in alle seine irgend zu ermittelnden Einzelheiten (Zeitpunkt der Planung, Zeitpunkte und Orte des Verbrechens, spezielle Umstände, Täter, Opfer) richten, wurden eingangs schon erwähnt. Einschlägige Arbeiten haben seit Beginn der neunziger Jahre einen mächtigen Auftrieb dadurch erhalten, dass osteuropäischen Archive in Polen und vor allem in den Nachfolgestaaten der UdSSR allgemein zugänglich wurden und – freilich in Abhängigkeit von den für ihre Benutzung nicht unbeträchtlichen finanziellen Aufwendungen – von vielen Forschern genutzt werden konnten. In mancher Hinsicht gilt das auch für Bestände in Archiven westlicher Staaten. Als spektakulär galt der Zugang zu langegehüteten Dokumenten, die entstanden waren aufgrund der frühen Brechung des Codes der deutschen Ordnungspolizeitruppen, die auf dem eroberten Territorium der UdSSR operierten. Dieses Wissen hat auch in der Öffentlichkeit Fragen nach der seinerzeitigen Verarbeitung der Informationen und nach folgenden oder ausgebliebenen Reaktionen neu belebt.

Die aufgrund intensiver Archivstudien entstandenen, meist umfänglichen Publikationen über das Morden in den eroberten Territorien der UdSSR haben keinen Zweifel mehr gelassen, dass mit den Einsatzgruppen A bis D der Sicherheitspolizei und des SD weitere SS-Verbände, Bataillone der Ordnungspolizei, Truppenteile der Wehrmacht, sowie kollaborierende Formationen aus Litauern, Letten, Ukrainern u. a. Nationalitäten am Judenmorden beteiligt waren und dabei deutsche und „einheimische" Zivilverwaltungen mitwirkten. Vor allem dieses Wissen dringt aus dem Kreis der Spezialisten nur langsam und gegen Widerstände in das allgemeine Geschichtsbewusstsein. Haltungen wie die „Es reicht" oder der Verweis auf die Deutschen, die doch auch und mehr noch als andere Opfer des Krieges gewesen seien, stellen intellektuelle und emotionale Blockaden gegen jene Fragen dar. Welche sich an die unabweisbaren Tatsachen anschließen. Unter diesen Fragen stellt die von Browning formulierte eine der bedrängendsten dar: Wie konnten „ganz normale Männer", ohne auf ihre Rolle hinweisende Biographien zu besitzen, Täter und Mittäter eines geschichtlich beispiellosen Massenmordens werden? Und: lässt sich aus diesem Vorgang irgendeine Warnung entnehmen?

Da sich nicht erwarten lässt, dass über den Kreis von Fachleuten hinaus die vorliegende Spezialliteratur gelesen werden wird, sind alle Publikationen zu begrüßen, die Ergebnisse weitläufiger Forschungen zusammenfassen und konzentriert gleichsam verdolmetschten. Haben doch bis in die unmittelbare Gegenwart Debatten um die so genannte (erste) Wehrmachtsausstellung gezeigt, welche Bedeutung der Bekanntmachung von Text- und Bild-Dokumente im Informations- und Aufklärungs-

prozess zukommt. Auch deshalb soll hier das Erscheinen eines 1997 herausgegebenen Bandes[18] hervorgehoben werden, der Darstellung und Dokumentation der Geschichte des Mordens der Einsatzgruppen A bis D in den eroberten Gebieten der UdSSR vereint. Nach einer Einführung des Herausgebers, der die Geschichte der Gruppen bis zum Angriff auf die Sowjetunion verfolgt, geben Spezialisten (Wolfgang Scheffler, Christian Gerlach, Dieter Pohl, Andrej Angrick) knappe Überblicke zur Geschichte jeder dieser Gruppen, deren Schwerpunkt wiederum die „Startphase" ihres Einsatzes bildet. Die personelle Zusammensetzung, die Auswahl und der Wechsel des Führungspersonals, die blutigen Wege vom Baltikum bis zur Krim und in das Vorland des Kaukasus, Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Handelns, letzteres vor allem begründet durch voneinander erheblich abweichende Bedingungen, die für die Erfüllung des verbrecherischen Auftrages vorgefunden wurden – das sind Stationen des Buches. Darauf folgt erstmals die geschlossene Publikation der „Tätigkeits- und Lageberichte der Einsatzgruppen 1941/1942", die schon im Fall 9 vor dem Militärtribunal der USA bei Anklage und Urteil als Beweismaterial die Hauptrolle eingenommen hatten. Daran schließt sich der Abdruck von Einsatzbefehlen und von Instruktionen des RSHA für die Tätigkeit der Einsatzgruppen sowie eine Zusammenstellung von „ergänzenden Dokumenten" an.

VI.

Während am Schluss dieses Bandes die höchst lückenhafte und kritikwürdige Ahndung der Verbrechen der Einsatzgruppen durch die Justiz der Bundesrepublik knapp erwähnt wird, besetzt dieses Thema in Michael Wildts Monographie über das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes[19] einen besonderen Platz und gehört zu den darin enthaltenen vielen Einzelstudien entlang biographischer Stränge. Das Tatsachenmaterial dazu musste mitunter in entlegenen Archiven wie im Marbacher Literaturarchiv „zusammengetrommelt" werden. Seine dort unternommenen Recherchen setzten den Autor beispielsweise in den Stand, den beruflichen Nachkriegsweg eines Ideologen des RSHA[20] nachzuzeichnen, der ihn als Cheflektor des Münchener Piper Verlages in den Rang eines Gutachters von Manuskripten Hannah Arendts aufsteigen ließ. Die Schilderung des Versuchs des einstigen SD-Führers, aus dem Untertitel von deren Rahel Varnhagen von Ense-Biographie die Kennzeichnung „Jüdin" zu eliminieren, gibt eine Episode und zeigt zugleich etwas Allgemeines an: die geistige Lernunfähigkeit (nicht zu verwechseln mit praktisch raschem und gewandtem Anpassungsvermögen) und die Verdrängungskunst einer ganzen Gruppe von NS-Führern und -Beamten.

Die Untersuchung der Biographien und der gemeinschaftlichen, komplizenhaften Rolle von geschlossenen, klar abgrenzbaren Führergruppen im deutsch-faschistischen Regimes, die auf höheren oder mittleren Machtebenen operierten (Gauleiter der NSDAP, Höhere SS- und Polizeiführer[21], SD-Experten[22] u. a.), hat ebenfalls beachtliche Fortschritte gemacht. Wildt, gestützt auf die Durcharbeitung von Lebensläufen von mehr als 200 Angehörige des RSHA, bringt vor allem die Entschlüsselung der Frage voran, wie und warum dieses Staatswesen so effektiv funktionierte und – bei so kurzer Existenz – in deutscher und europäischer Geschichte eine beispiellose Spur an Toten und Zerstörungen hinterlassen konnte.

Der Autor verfolgt die Lebenswege der Täter ausgehend von ihren Erfahrungen aus den Jahren des Ersten Weltkrieges, geht ideologischen Einflüssen insbesondere ihrer Studienjahre nach und schildert ihre anfängliche politische und berufliche Betätigung bis zu ihrem Eintritt zur haupt- oder nebenamtlichen Arbeit in NS-Organisationen und staatlichen Institutionen. Dann wendet er sich der Planung,

---

18 Peter Klein (Hrsg.) Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997 (= Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Hrsg. Norbert Kampe, Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberner, 6)

19 Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002. Angaben zu den Bildungswegen der Gruppe s. S. 74, Anm. 7.

20 Es handelt sich um Dr. Hans Rößner, seit Mai 1934 im SD, Mitglied und Führer der SS, Mitglied der NSDAP, der unter III C 3, Volkskultur und Kunst firmierte. Ebenda, S. 386 und insb. Abschnitt „Heinz Rößner oder die Taubheit deutschen Geistes", S. 797 ff.

21 Ruth Bettina Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986.

22 Jens Banach, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Paderborn 1998.

Konzeption und Struktur des RSHA zu und charakterisiert dessen Akteure. Damit ist an den Krieg zeitlich bereits herangeführt. Von da an richten sich die Scheinwerfer der Untersuchung auf das RSHA-Personal beim Judenmord im Reich und in den besetzten europäischen Ländern, wobei Staat für Staat inspiziert wird. Verfolgt werden die Schritte von Plan zu Plan, nachgewiesen die Rolle der Untergebenen Reinhard Heydrichs (später Ernst Kaltenbrunners) in den Kommandostäben von Einsatzgruppen und deren Teilformationen. Andere Aufgabenbereiche, Aktionen wie die nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, auch vergleichsweise abseitige („Unternehmen Zeppelin"), werden erwähnt, treten demgegenüber aber in den Hintergrund. Eingehend befasst sich Wildt mit den Wegen der SS- und SD-Führer nach dem Mai 1945, dabei freilich sein umfängliches Werk durch die Wiederholung von zu vielem Bekannten (Nürnberger Prozesse, referierende Wiedergabe der Forschungen Norbert Freis[23] u.a.) unnötig anschwellen lassend. Rücksichten auf die Zeitökonomie von Spezialisten sind hier, sofern nur die Druckkostenzuschüsse zur Hand sind, wie meist nicht mehr im Spiel.

VII.

In den neunziger Jahren ist es – wie erwähnt – möglich geworden, die Holocaust-Forschung auf eine breitere Quellenbasis zu stellen. Zugänglich wurden zivile und militärische, zentrale, regionale und lokale Archive in Osteuropa, so etwa – um nur Beispiele zu nennen – Bestände im Militärarchiv in Prag, im Zentralen Archiv in Moskau, in Archiven in den Städten Brest und Shitomir oder auch in Lettland. Nun lassen sich die Spuren des Genozids, welche die deutschen Eroberer in Osteuropa zogen und hinterließen, viel genauer verfolgen als bisher, so dass sich dessen Topographie in großer Dichte rekonstruieren ließ, ohne dass diese Arbeiten abgeschlossen wären.

Diese Ausweitung verband sich mit unterschiedlich großen Erwartungen, soweit sie den Gesamtertrag, also das Resultat für das Verständnis des Ganzen betrafen. Durch sie, meint Raul Hilberg, werde ein fester Boden geschaffen, „von dem aus dann wieder weitere Detailforschungen betrieben werden können. Insgesamt wird sich ein neues dichteres Gewebe an Erkenntnissen ergeben."[24] Das gilt auch für die anfänglich zögernd, in den einzelnen Staaten höchst unterschiedlich in Gang gekommenen Forschungen über die Kollaboration und die Mittäter, sei es bei der Verfolgung und Deportation, sei es bei der Tötung der Juden. Von dieser, so wiederum Hilberg, „geografischen Detailforschung" sei „für die Zukunft noch sehr viel zu erwarten, denn sie schafft einen festen Boden, von dem dann wieder weitere Detailforschung betrieben werden können. Insgesamt wird sich ein neues dichteres Gewebe an Erkenntnissen ergeben."[25]

Doch was für ein Gewebe? Welche Art von Erkenntnissen? Die erwähnten Erwartungen richteten sich vor allem darauf, vom Verlauf des Mordens Rückschlüsse auf zentrale Entscheidungen und Befehle ziehen zu können, womöglich Hinweise auf Entschlüsse zu finden, von denen kein Aktenstück aus dem Zentrum der Macht Kunde gibt. Dies erwies sich aber als zu hochgeschraubt. Was nun deutlicher wurde, ist das Zusammenwirken von „oben" und „unten". Dabei ergab sich dreierlei: Die an der Verfolgung und der Tötung von Juden Beteiligten verhielten sich, im Wissen um ihren Generalauftrag zu den zentralen Weisungen (a) zeitlich vorauseilend, (b) zeitkonform, also strikt befehlsgemäß, sich womöglich rückversichernd, (c) aber in manchen Fällen auch abweichend. Während der Fall a vorwiegend bei den eigentlichen Mördertrupps angetroffen werden kann, ist der Fall c vor allem bei Besatzungsinstanzen feststellbar, die im Konflikt zwischen der auch ihnen als Ziel bewussten Ausmordung und der zeitweiligen Ausbeutung der Juden als Arbeitskräfte für dringend gebotene Kriegszwecke sich für den Nutzen entschieden und „ihre", das heißt die in ihrem Machtbereich noch lebenden Juden zunächst leben lassen wollten. Endziel und pragmatische Aspekte traten zu einander in Konkurrenz und bei der Abwägung von Vorteilen und Nachteilen verhielten sich die in die besetzten Gebiete entsandten Deutschen keineswegs gleich und die Unterschiede in ihrem Agieren und Reagieren erklären sich nicht nur in Abhängigkeit von deren jeweiliger Stellung und Funktion und

---

23 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

24 Interview, „Auch die Täter sind Teil der Geschichte". *Rheinischer Merkur*, Nr.45/2002, S. 23.

25 Ebenda.

auch nicht nur aus der Berücksichtigung ökonomischer Kalküle oder der ihnen gegenüber gezeigten Ignoranz.

Das Bild vom Fortschreiten des Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung in Polen und der UdSSR, wurde mit diesen Forschungen differenzierter und Goldhagens Deutung, die Deutschen seien eine nationale, unter Hitlers Führung sich austobende Bande von „eliminatorischen Antisemiten“ gewesen, ist wenige Jahre nachdem ihr auch in der Bundesrepublik so viel spektakuläre Reklame zu teil geworden war, in Kreisen der Wissenschaft erledigt (freilich nicht auch in der Öffentlichkeit, zumal es den Vorteil aufweist, ohne besondere Anstrengungen einprägsam zu sein).

Für das Zusammenwirken von „oben“ und „unten“ im deutsch-faschistischen Regime beim Judenmord ist auch der Begriff der „Interaktion“ eingeführt worden, der verdeutscht die Wechselbeziehung zwischen Personen und Gruppen bezeichnet. Mit dieser Kennzeichnung, zumal wenn deren Erläuterung unterbleibt, gerät die Abbildung des Geschehenen doch ins Rutschen. Eingebracht werden muss eine ergänzende Charakteristik der jeweiligen Gewichte, mit denen die Akteure ausgestattet gewesen waren. Darauf hat Browning in seinen schon erwähnten Vorlesungen aufmerksam gemacht und damit ein Historiker, der sich in der Holocaust-Feldforschung exzellent auskennt, ja sie unter dem Gesichtspunkt der Täterforschung auf der untersten Handlungsebene als spezielle Richtung wegweisend eröffnet hat. Neuerdings sind ihm ein Abriss über die Ausnutzung der als arbeitsfähig angesehenen Juden im so genannten Generalgouvernement[26] zu verdanken und dazu Studien, die sich auf einen Komplex von Arbeitslagern für Juden in Ostpolen beziehen, dort platziert wegen eines zum Hermann-Göring-Konzern gehörenden ehemals polnischen Stahl- und Munitionswerkes[27], sowie über die Ausbeutung der Juden im Ghetto von Brest-Litowsk[28]. So wenig ihm eine Unterschätzung solcher Regionalforschungen im Sinne liegen könnte, so sehr er in ihnen „gewichtige Beiträge und „profunde Interpretationen“ erblickt, so bestimmt formuliert er: „Dennoch halte ich ein mahnendes Wort für angebracht: Lokale Initiativen waren ganz sicher von Bedeutung, aber dasselbe gilt für Aufforderungen, Anstiftungen und explizite Befehle von oben.“ Es sei doch unter dem Strich so gewesen, „dass die Politik des NS-Regimes nicht nur die Ziele definierte, auf die die lokalen deutschen Behörden und Machthaber hinarbeiten mussten, sondern auch die Rahmenbedingungen, innerhalb derer diese nach eigenem Ermessen vorgehen konnten.“[29] Und wenn Verhaltensweisen unterer Instanzen bekannt wurden, die den Auffassungen der Obrigkeit über das jetzt zu verfolgende Vorgehen oder auch nur über den nächsten Schritt widersprachen, dann seien diese „schlicht vom Tisch gewischt“ worden.[30]

VIII.

Im verflossenen Jahrzehnt hat sich ein Zweig der „Holocaust“-Forschung besonders kräftigt entwickelt: die so genannte Täterforschung. Wer das jetzt zutage gebrachte mit dem Bild vergleicht, das während des Nürnberger Prozesses 1945/1946 Angeklagten von sich selbst, sodann Verteidiger sowie den von ihnen beigebrachten Zeugen gaben, sieht besonders klar, welch große Wegstrecke inzwischen zurückgelegt wurde. Dabei sind zwei relativ selbständige Richtungen forscherischen Interesses unschwer zu unterscheiden. Die eine konzentrierte sich auf die Rolle der Deutschen in militärischen Verbänden (SS-, Polizei- und Wehrmachtseinheiten), die in den besetzten Staaten und Gebieten operierten, den antijüdischen Terror organisierten, Ghettos schufen, regierten und räumten, Konzentrations- und Vernichtungslager errichteten und betrieben, Kollaborateure formierten, ausrüsteten und bis zur Teilnahme oder an Massakern lenkten. Dieser Teil der Forschungen rückte in den neunziger Jahren vor allem infolge der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945“ in das Blickfeld von Millionen Menschen, die – wenn überhaupt – nur sehr lückenhafte

---

26 Jüdische Arbeitskräfte in Polen. Existenzkampf, Ausbeutung, Vernichtung. In: Christopher R. Browning, Judenmord, S. 93 ff.

27 Die „Arbeitsjuden“ und die Erinnerung der Überlebenden. Der Fall des Arbeitslagers Starachowice. In: Ebenda, S. 139 ff.

28 Deutsche Mörder – Befehle von oben, Initiativen von unten und der Ermessensspielraum der örtlichen Instanzen. Das Beispiel Brest-Litowsk, S. 179 ff.

29 Ebenda, S. 181

30 Ebenda, S. 206.

Vorstellungen vom Grad der Beteiligung von Wehrmachtseinheiten und -personen am Judenmord besessen hatten. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Rolle der zivilen und halbmilitärischen deutschen Besatzungsorgane (Zoll-, Forst- und andere Verwaltungen) aufmerksam gemacht, ohne dass die Forschungen da schon weit gediehen wären.

Die andere Richtung hat die Teilnahme der Deutschen an der Judenverfolgung im Reichsgebiet in Vorkriegszeit zum Gegenstand und setzte sich mit Ereignissen und Entwicklungen auseinander, die im März/April 1933 begannen und bis zur Deportation der Juden aus Deutschland reichten. Auch da hat ist das Bild breiter und genauer geworden. Es besteht kein Zweifel mehr, dass eine viel größere Zahl von Deutschen, Männern und Frauen, an den Verfolgungen entweder aktiv beteiligt waren oder in Maßnahmen „verstrickt" wurden, die sich in deren Gefolge ergaben. Viele wussten allein schon durch ihre berufliche Tätigkeit um die Deportation der Juden und kannten die – schlimmste Befürchtungen wachrufenden – Umstände, unter denen die Vergewaltigten „nach dem Osten" verschleppt wurden. Manche der aktiv Beteiligten meinten gar, ihr Mittun werde ihnen eines Tages noch als der im August 1941 in einem Bericht prophezeite, künftige Forscher würden aus seiner Niederschrift erkennen, dass „auch die deutschen Pfandleihanstalten zu ihrem geringen Teil an der Lösung der Judenfrage in Deutschland mitgearbeitet haben."[31]

Was, um, zunächst davon zu handeln, die erstgenannte Richtung der Täterforschung angeht, so hat sie nicht mehr zu erforschen, ob Polizei- und Wehrmachtsformationen sich am Judenmord beteiligten. Darüber existierte, wenn auch der Umfang unbekannt geblieben war, übrigens seit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess 1945/1946 schon Gewissheit. Das Interesse betraf nun die Ermittlung der Tätertypen und deren Motive. Beides bereitet angesichts der Quellenlage hochgradig Schwierigkeiten. Es kann auf offizielle Berichte, Briefe und Tagebücher Beteiligter, Akten aus disziplinarischen Untersuchungen gegen Einzelpersonen, seien es Angehörige militärischer Formationen oder von Besatzungsorganen, sodann auf Zeugnisse von wenigen Überlebenden der Massaker und – ebenfalls weniger – verlässlicher Unbeteiligter und schließlich auf Erkenntnisse zurückgegriffen werden, die aus den Ermittlungs- und Gerichtsverfahren nach Kriegsende stammen.

Browning hat im Bestand der formierten Mörder, den „Vollstreckern am unteren Ende der Befehlskette", zwischen drei Tätertypen unterschieden, die im Folgendem mit seinem begrifflichen Vokabular beschrieben werden sollen.[32]

Die erste bezeichnet er als den „harten Kern", den die ehrgeizigen, sadistischen, blutrünstigen, passionierten Mörder bildeten. Sie seien ideologisch verbohrte Rassisten und Judenmörder gewesen und bildeten die vorwärtstreibende Minderheit.[33] Der zweite Typ, der eine „Mittelgruppe" und die Mehrheit ausmachte, hätte einen „Block von Mitläufern"[34] dargestellt, aus „Werkzeugen", aus passiven Befehlsvollstreckern bestanden, zumeist nicht handelnd aus ideologischen Überzeugungen, auch keine eigene Initiative entwickelnd, sich nicht irgendwie hervortuend. Doch, in „situative und organisatorische Zwängen" gestellt, funktionierten sie verlässlich, wenn es an das Töten ging. In dessen Verlauf unterlagen Täter dieses Typs Veränderungen ihrer Persönlichkeit, die in manchen Fällen dazu führten, dass sie zu eifrigen Mördern wurden. Die dritte Gruppe wiederum hätte aus Nichtbeteiligten bestanden, Männern, die sich von den Massakern fernhielten, andere Aufträge übernahmen und ausführten, teils stillschweigend, teils ausdrücklich erklärend, dass sie unfähig seien, auf unbewaffnete Menschen zu schießen. Diese Minderheit, etwas mehr als 10, jedenfalls weniger als 20 Prozent der jeweiligen Formationen, sei von der Mehrheit geduldet worden und ohne Nachteile geblieben. Ihre Existenz habe für die Opfer nichts bewirkt, denn auch diese Personen füllten doch keine andere Rolle als die von Helfern aus und sorgten – gleichsam am Rande der Erschießungsgruben – doch für den Fortgang der Mörderei. Die derart zusammen gesetzten Formationen durchliefen nach dem Beginn

---

31 Konrad Kwiet, Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung. In: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945, München 1993, S. 564f. Hier zitiert nach: Raul Hilberg, a. a. O, S. 49.

32 Die Vollstrecker des Judenmords. Verhalten und Motivation im Lichte neuer Erkenntnis. In: Browning, Judenmord, S. 219ff. Hier: S. 265.

33 Ebenda, S. 247 u. 266.

34 Ebenda, S. 251.

ihres Einsatzes einen Prozess der Brutalisierung, dessen Tempo durch ihre Aufträge und ihr Einsatzgebiet bestimmt worden wären. Browning versieht seine Bilanz ausdrücklich und mehrfach mit Verweisen auf die Lückenhaftigkeit der Quellenbasis, die insbesondere der Erforschung der Motive Grenzen setze, es aber erlaube, Hass, Karrieresucht, Anpassungsbereitschaft als treibende Kräfte zu benennen.

Was die Täterforschung im Reich und während des Vorkriegs angeht, so hat auch sie sich verlagert, weg von den NS-Aktivisten, die Boykotte organisierten, Synagogen schändeten, Geschäfte und Wohnungen ruinierten und andere Gewaltakte begingen, hin zur weit gefächerten Skala der Nutznießenden der Judenverfolgung und -vertreibung, einer Skala von Handlungen, die von der Inbesitznahme der von den Juden 1933 zwangsweise geräumten Arbeitsplätze bis zu Aneignung oder „Ankauf" von Gegenständen reicht, welche die Deportierten in Deutschland und in den anderen Staaten, aus denen sie verschleppt wurden, zurücklassen mussten. Es liegt nahe sich zu fragen, ob die von Browning für die Mörderschwadronen gewonnene Unterscheidung nicht auch für die Handelnden in der Vorkriegssituation fruchtbar zu machen ist.

In den Vordergrund des Interesses gerieten unter den Nutznießern – und dies zu Recht – für längere Zeit Banken und Versicherungen. An deren Management richtete sich die in den Jahrzehnten Zeiten des Kalten Krieges immer wieder unterdrückte Frage, was aus Einlagen und Policen geworden war, deren Eigentümer ermordet wurden oder die wegen des Fehlens von Erben oder deren Unkenntnis nicht abgerufen werden konnten. Das Fragen und Forschen weitete sich dann mehr und mehr aus. Es betraf bald auch Privatbetriebe, Kommunen, kirchlichen u. a. Einrichtungen. Deren Leiter, oft schon durch zwei Generationen von den Organisatoren und Nutznießern der Ausbeutung getrennt, fanden es angesichts des auf ihnen lastenden Drucks am besten, einen „sauberen Schlussstrich" zu ziehen, sich durch „Eingeständnisse" von einem bislang unter Decken gehaltenen Makel zu befreien und damit einem gleichermaßen allgemeinen politischen wie ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang wurden der Geschichtswissenschaft Anstöße, die nicht – wie vielfach vorher – auf apologetische Firmenfestschriften zielten. Mit ihnen flossen, was nicht weniger wichtig war, Forschern und Forschungseinrichtungen Geldmittel zu, jedenfalls solange das ursprüngliche doppelte Interesse vorhielt und nicht befriedigt war.

Politisch und finanziell ist das Thema inzwischen von der Agenda. Schon schmücken sich Städte in der BRD – so das südthüringische Suhl – im öffentlichen Raum mit dem Hinweis, welche Summe sie in den für Zwangsarbeiter bestimmten so genannten Entschädigungsfonds der Wirtschaft gezahlt haben. Doch sollte bewusst bleiben, dass die Kriegsgefangenen, die in erheblicher Zahl entgegen vom Deutschen Reich nie aufgekündigten, demnach verbindlichen internationalen Verträgen Zwangsarbeit leisten mussten, von den inzwischen abgemachten finanziellen Regelungen ausgenommen waren und geblieben sind.

Die Arbeit der Historiker in Untersuchungskommissionen, als Gutachter und als Autoren von Firmengeschichten mit dem Schwerpunkt der Jahre von 1939 bis 1945 öffnete Archive oder Bestände. Sie brachte eine eigene „Literatur" und Sammlungen von Dokumenten hervor, die künftig Ausgangspunkt und Quelle weiterer Forschungen sein könnten. Zugleich werden diese Spätfolgen des „Holocaust" selbst wieder Gegenstand von Forschungen bilden und Kontroversen zur Folge haben, die sich bereits abzeichnen. Auf das Thema in einem Zeitungsinterview angesprochen, sagte Hilberg, dass Zahlen, die – in welcher Höhe auch immer – den Forderungen an Banken zugrunde gelegt wurden, falsch seien: „Wenn nun, wie im Fall der Schweizer Banken, den abenteuerlichen Forderungen der jüdischen Organisationen aus strategischen Gründen nachgekommen wird, so bleibt doch das Bewusstsein, erpresst worden zu sein. Dass sich diese unglaublichen Vorgänge am Judentum irgendwann rächen werden, davon bin ich fest überzeugt." [35]

Die Untersuchungen, die über die Bedingungen angestellt wurde, unter denen Zwangsarbeiter – Nichtjuden und Juden – in Deutschland lebten, ergaben, wie schon nach oberflächlicher Kenntnis nicht anders zu erwarten gewesen war, übereinstimmende und unterschiedliche Bilder. Für Überle-

---

35 Interview, „Auch die Täter sind Teil der Geschichte". *Rheinischer Merkur*, Nr.45/2002, S. 23.

bende konnte je nach der Abfolge ihrer bisherigen und unmittelbar voraufgegangenen Aufenthalts- und Arbeitsorte ein und derselbe Arbeitsplatz als dramatische Verschlechterung oder aber als bemerkenswerte Verbesserung erscheinen, so dass sich mit ihren Aussagen beweisen lässt, was eben bewiesen werden soll. Schon aber wird versucht, beschönigende Darstellungen in Umlauf zu setzen, wie jüngst in einem Foto-Text-Band zur Geschichte der thüringischen Stadt Zella-Mehlis, die neben ihrem selbständigen auch wegen ihrer engen Beziehung zu den benachbarten Suhler Waffenbetrieben einen besonderen Rang in der Waffenproduktion besaß. Vom Dasein der in einem Barackenlager wohnenden Zwangsarbeiterinnen, die von den Autoren „ausländische Bürger" genannt werden, wird ein geradezu idyllisches Bild gezeichnet.[36]

Dass die Scheinwerfer, mit denen Gewinne und weitere Erträge, herrührend aus der Ausbeutung von Juden und Nichtjuden und dem „Holocaust" ausgeleuchtet wurden, so grell auf Banken, Industrielle und andere Unternehmer gerichtet wurden, konnte den unbescholtenen Nachfolgern der einstigen – für diese Kategorie gilt: und sämtlich verstorbenen – Täter selbstredend nicht gefallen. Schließlich ging es um nicht mehr und nicht weniger als um das Geschichtsbild einer Klasse. Dauerhaft sollte das im Moment Erhellte daher in die Geschichtsbücher doch nicht eingehen. Willkommen sind alle Darstellungen, in denen die eben festgestellten Unterschiede im Grad von Initiativen, Vorteilsnahmen, Aneignungen und Gewinnen eingeebnet werden. Zufriedenstellend ist hingegen in dieser Hinsicht die Betonung des kollektiven Handelns und die daraus erwachsenen „Kollektivschuld" der Deutschen. Damit aber nicht genug. Neuerdings – wovon noch die Rede sein muss – zielen Publikationen darauf, die „kleinen Leute" als hauptsächliche Nutznießer von Judenverfolgung und -mord erscheinen zu lassen.

IX.

Indessen geht die Wissenschaft ihre eigenen Wege. Nachwachsende Forschergenerationen finden „Lücken" vor und sehen in deren Ausfüllung ihre Chance, sich selbst hervorzutun. Da blieb auf dem Gebiet der „Arisierung", ungeachtet der frühen Arbeit von Genschel und den jüngeren von Werner E. Mosse, Peter Hayes, Avraham Barkai und anderen, viel Platz, Neues zu Tage zu fördern, alte Bilder zu korrigieren oder in der Tiefe zu schärfen. Davon zeugt auch ein Band, in dem 12 Autoren sich speziellen Themen dieses Prozesses zuwandten.[37] Neu ist an ihren Fragestellungen, dass sich die Recherchen über die „Arisierung" im Reich, im „Protektorat" Böhmen und Mähren und im Reichskommissariat Ostland nicht allein auf die NSDAP und den Staatsapparat mit seinen Besatzungsorganen richten: Der „Eigentumstransfer", der mit verstecktem und offenen Raub einherging oder auch sich auf glatte Räuberei reduzierte, wird stärker als gesellschaftlicher Vorgang wahrgenommen, der ungleich mehr aktive Beteiligte besaß als Braunhemden und Zivilbeamte.

In diese Sicht führt Frank Bajohr ein, der wie andere Autoren Entscheidungs- und Handlungsräumen nachspürt, die bedrängte jüdische Eigentümer von Aktien und anderen Geschäftsanteilen, von Betrieben und großen und kleinen Handelsunternehmen anfänglich noch besaßen, die sie sich aber bald nach 1933/34 verengten bis sie nicht mehr existierten. Zugleich gruppiert er das Verhalten derer, die als „arische" Käufer auftraten, wobei er selbst jenen, die bei Firmen- und Geschäftsübernahmen sich noch an einen herkömmlichen Kodex gebunden sahen, nur attestieren kann, sie hätten die Situation „nicht über Gebühr zum eigenen Nutzen" ausgebeutet. Wiederum gesehen einzig von seltenen Ausnahmen, da Käufer, staatliche Gesetze oder Verordnungen mehrfach verletzend, aus der Wirtschaft vertriebenen Juden Redlichkeit bekundeten.[38]

Aus den durchweg anregenden Beiträgen sei der – dem Bajohrs durch Thema und Fragestellung eng verwandte – Martin Fiedlers über die „Arisierung" der Wirtschaftselite hervorgehoben. In ihm wird anhand von 106 nichtfinanziellen Großunternehmen untersucht, wie und in welchem Tempo Juden

---

36 Edelgard und Harry Ansorg, Heimat im Talkessel, Schleusingen 2001 (Hrsg. vom Förderverein des Stadtarchivs Zella-Mehlis).

37 Fritz Bauer Institut (Hrsg.), „Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Frankfurt a.M. 2000.

38 Frank Bajohr, „Arisierung" als gesellschaftlicher Prozess. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer" Erwerber. Ebenda, S. 27.

aus Vorständen und Aufsichtsräten verdrängt wurden, womit 1933 ein Prozess begonnen wurde, den die Machthaber mit zunächst zurückgehaltenen gesetzlichen Regelungen 1938 abschlossen. Der Autor schildert seinen Ablauf, der durch den Platz der Unternehmen im Wirtschaftsgefüge, ihren Zustand gegen Ende der Weltwirtschaftskrise, ihre Größe, ihre Binnen- und Außenmarktorientierung, auch durch das Verhalten nichtjüdischer Mitglieder von Vorständen und Aufsichtsräten samt deren taktischer Fähigkeiten und Möglichkeiten beeinflusst wurde – freilich ohne irgendetwas am Endresultat zu ändern. Fiedler bekräftigt das aus dem zeitigen Frühjahr 1933 stammende Urteil Georg Solmssens, eines jüdischen Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bank, der das Fehlen jedweden Solidaritätsgefühls derjenigen konstatierte, mit denen die nun Ausgegrenzten bis eben noch „Schulter an Schulter gearbeitet hatten.[39] Unter den aufgezählten Faktoren, die jüdischen Wirtschaftsführern so etwas wie eine „Galgenfrist“ verschaffen konnten, fehlen Befürchtungen, die sich übrigens gleichermaßen auf jüdische Wissenschaftler und Ingenieure richteten, sie könnten ihr Wissen im Ausland in konkurrierenden Unternehmen verwerten. Auch diese Überlegung lässt daran denken, wie nützlich Untersuchungen darüber wären, wohin die Lebenswege der Angehörigen dieser Elite nach ihrer Vertreibung von ihren leitenden Posten führten.

Gemessen am roten Faden des Bandes nimmt die Studie eine Randstellung ein, die der schwerzu ermittelnden Geschichte des Vernichtungslagers Belzec[40] gilt. Sie setzt mit den frühesten Nachrichten über dessen Existenz eins und führt über die Rekonstruktion seiner Bauzeit, seines Funktionierens, der Schließung und der Verwischung seiner Spuren, der Aufgabe des Lagers durch die SS ist zum skandalösen Abbruch des Münchener Gerichtsprozesses, bei dem 8 ehemalige SS-Leute angeklagt worden waren. Am Schluss werden Initiativen erwähnt, die in den sechziger Jahren geschaffene Gedenkstätte neu zu gestalten.

X.

Seitdem der Spielfilm „Schindlers Liste“ in Deutschland Menschen in die Kinos zog, die sonst nicht zu deren regelmäßigen Besuchern gehören, ist auch das Augenmerk in der Öffentlichkeit darauf gerichtet worden, dass es für die Zeitgenossen der faschistischen Herrschaft mehr Alternativen eigenen Verhaltens gab, als gemeinhin angenommen und in der Bundesrepublik über Jahrzehnte zu dem Zweck behauptet worden war, die Masse der Deutschen als wehrlose Opfer im Schraubstock einer Diktatur erscheinen zu lassen.

Während der Zivilist Schindler überlebte, verurteilte den aus Wien stammenden Feldwebel Anton Schmid, als sein ganz außergewöhnlich mutiger Einsatz für große Gruppen von Juden in Litauen, die von den Mördern unmittelbar bedroht waren, ruchbar geworden war, ein Militärgericht zum Tode und ließ ihn erschießen. Die Darstellung seiner Tat eröffnet eine von Wolfram Wetter herausgegebene Sammlung von Aufsätzen, die von Wehrmachtsangehörigen berichten, die Menschen retteten.[41] Die Autoren von 11 Beiträgen befassen sich mit zwölf solcher Täter und spüren deren Biographien nach. Schon die Aufzählung der Dienstränge, sie reichen vom Feldwebel bis zum Oberst, macht deutlich, dass eine gewisse Stellung und ein mit ihr verbundener Einfluss notwendig waren, um überhaupt in die Lage zu geraten, Menschen in den von der Wehrmacht eroberten und besetzten Gebieten vor dem Zugriff der Mörderschwadronen zu schützen. So begegnet man auf den Seiten des Bandes Kommandanten besetzter Städte und deren Adjutanten, einem Baurat und anderen Militärangehörigen mit Befehlsgewalt oder Weisungsrecht ausgestatteten Funktionen. Wo sich ein Schutzversuch auf ganze Gruppen erstreckte, setzte er zudem voraus, dass die in Aktion tretenden Deutschen – wie Schindler – für deren kriegswichtige Verwendung als Arbeitskräfte zuständig zeichneten oder sich zumindest als Personen ausgeben konnten, die für deren Verfügbarkeit verantwortlich waren.

---

39 Martin Fiedler, Die „Arisierung“ der Wirtschaftselite. Ausmaß und Verlauf der Verdrängung der jüdischen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in deutschen Aktiengesellschaften (1933-1938). Ebenda, S. 78.

40 Michael Tregenza, Belzec, Das vergessene Lager des Holocaust. Ebenda, S. 241 ff.

41 Wolfram Wette (Hrsg.) Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Frankfurt a. M. 2002 (Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe, Hrsg. Walter H. Pehle, 15221.

Die Skizzen von den Menschenleben rettenden Aktionen führen in das besetzte Osteuropa, nach Wilna, Warschau, in das polnische Krenau bei Krakau, in das ukrainische Horodenka und in das polnische Przemyśl, in Gebiete also, in denen die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung am frühesten begann und mit einem maximalen Erfolg der Mörder ins Werk durchgesetzt wurde. Die Mehrheit der Helfenden kalkulierte – anders als Schmid[42] – das Risiko, das sie eingingen so, dass es ihnen eben noch beherrschbar zu sein schien. Verdächtigungen, Denunziationen konnten sie nicht vermeiden. Versetzungen an andere Einsatzorte erfolgten. Doch kam niemand von ihnen vor Gericht.

Zwei Berichte bezeugen die Hilfe zugunsten von Einzelpersonen oder Familien. Bekannt geworden ist jüngst durch die eingangs schon erwähnte Verfilmung die Rettung des polnischen Pianisten Władysław Szpilman, der sein Überleben in den letzten Wochen vor der Befreiung Warschaus durch die sowjetische Armee dem Hauptmann Wilm Hosenfeld verdankte, dem er – völlig entkräftet –in den Trümmern der Stadt zufällig begegnete.[43] Ebenso zufällig traf Oberleutnant Heinz Drossel schon gegen Kriegsende während eines Genesungsurlaubs auf eine in einem Berliner Vorwort anonym lebende, vom Zugriff der Gestapo akut bedrohte Familie, der er half zu entkommen und zu überleben. Diese Episode stellt am Ende des Bandes der Herausgeber dar[44], der zu den an diese Geschehnisse zu stellenden Fragen zurückführt. Sie gelten dem „Vorleben“ der Retter, ihren durch elterliche, schulische und kirchliche Erziehung erworbenen Denk- und Verhaltensweisen, Einflüssen aus Kindheits- und Jugendjahren also. Sie betreffen die nachhaltige Wirkung einprägsamer Erlebnisse aus der Vorkriegszeit, damals noch gewonnen in zivilen Verhältnissen. Sie richten sich auf Motive ebenso wie auch den Moment ihrer denkwürdigen Entschlüsse, in das mörderische Räderwerk einzugreifen. Wette verweist auf Untersuchungen, wonach die übergroße Zahl der Retter sich zu ihrem Schritt binnen Minuten und also ohne die Möglichkeit der Beratung mit anderen entschloss.

Viele Retter jüdischer Menschen haben in Israel eine Ehrung erfahren. Erfolgte sie posthum, sind Angehörige dazu nach Yad Vashem geladen worden. Die Bundesrepublik hat derlei, worauf Wette hinweist, Menschen wie Drossel bis heute verweigert. Dabei würde deren öffentliche Heraushebung im Hinblick auf die Geschichte der Wehrmacht mehr Klarheit schaffen helfen und zugleich dazu ermahnen, Handlungsspielräume zur Betätigung humanistischer Prinzipien zu nutzen, wo immer und solange sie existieren. Das Thema ist unabgeschlossen und angesichts der Tatsache, dass sich die Bundesrepublik jüngst an Kriegen beteiligte, nicht mehr nur von einer allgemeinen ideologischen und moralischen Dimension. Es hat in der deutschen Gesellschaft, gewiss unter anderen Bedingungen, wieder aktuelle praktisch-politische Bedeutung gewonnen.

Die Lebensgeschichte von Menschen, ob Zivil-, ob Militärpersonen, die entgegen der barbarischen Lehre von den Herren- und den Untermenschen ihresgleichen vor dem Zugriff der faschistischen Mörder zu schützen suchten, hat in anderen Staaten früher als in Deutschland Aufmerksamkeit gefunden. Davon zeugte auch ein Buch über Hermann Friedrich Gräbe, einen Bauingenieur und Manager, der in Betriebsteilen seines Unternehmens in der besetzten Ukraine Juden beschäftigte und beim Herannahen der Roten Armee 1944 bis dahin vor der Ermordung Gerettete nach Deutschland transportieren ließ. Sie lebten, als US-amerikanische Truppen diesen Teil des Reichsgebietes erreichten und konnten sich endlich in Sicherheit wähnen. Ein Buch, das in den USA 1985, einem Jahr vor dessen Tode, über Gräbe erschien, hat 2002 eine deutsche Ausgabe erfahren.[45]

---

42 Arno Lustiger, Feldwebel Anton Schmid. Judenretter in Wilna 1941-1942. In: Ebenda, S. 45 ff.

43 Dirk Heinrichs, Hauptmann d. R. Wilm Hosenfeld. Retter in Warschau. In: Ebenda, S. 69 ff.

44 Wolfram Wetter, Oberleutnant Heinz Drossel. Judenretter in Berlin 1945. In: Ebenda, S. 209 ff.

45 Douglas K. Huneke, In Deutschland unerwünscht. Hermann Gräbe. Biographie eines Judenretters. Aus dem Amerikanischen von Adrian Seifert und Robert Lasser. (Titel der Originalausgabe: The Moses of Rowno. The Stirring Story of Fritz Gräbe, a German Christian Who Risked His Life to Lead Hundreds of Jews to Safety During the Holocaust. Wolfram Wette verweist in einer Rezension insbesondere auf dem in dem Buch enthaltenen Beitrag des Solinger Regionalhistorikers Horst Sassin über die „beschämende Geschichte der Wahrnehmung“ Gräbes in seiner Heimatstadt Solingen. In: Ossietzky, 5. Jg. Nr. 25 (Ausgabe vom 14. Dezember 2002), S. 884 f.

Am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität in Berlin wird an einem Forschungsprojekt mit dem Thema „Solidarität und Hilfe für Juden 1933 bis 1945“ gearbeitet. Bisher wurden datengestützt 3000 Rettungsversuche erfasst. Diese Zahl, erklärte der Leiter des Zentrums, sei gänzlich ungeeignet, um mit ihr „den hässlichen Deutschen durch den guten Deutschen zu verdrängen“. Und: „Zudem erweisen sich viele Fälle als überhaupt nicht so glorreich. Dem Juden wurde Unterschlupf gewährt, solange er zahlte. Gab es bei ihm nichts mehr zu holen, wurde er der Gestapo ausgeliefert. Der Koffer mit Wertgegenständen oder Familienerbstücken, den der Jude beim Bekannten zur Verwahrung unterstellte, war nach 1945 nicht mehr auffindbar.“[46]

XI.

Ganz außerhalb der Möglichkeiten dieses Beitrags liegt es, auf die vielen Artikel auch nur knapp zu verweisen, die nach wie vor in Zeitschriften und Sammelbänden zum Thema Judenverfolgung und Judenmord erscheinen. Erwähnt sei, weil er ebenso erfreuliche Fortschritte der regional- und lokalgeschichtlichen Forschung in den Neuen Bundesländern wie deren bisherige Grenzen bezeugt, lediglich ein Beitrag von Steffen Held, der einen Überblick über die Geschichte der nazistischen Judenverfolgung in Sachsen bietet.[47] In diesem Land lag am Ende der Weimarer Republik der Anteil der jüdisch-gläubigen Bevölkerung mit 0,4 Prozent (absolut 20.584 Personen) unter dem Reichsdurchschnitt. Doch konzentrierte diese sich zu nahezu 90 Prozent auf die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz (absolut 18.348), mehr als die Hälfte wohnte in der Messestadt (absolut 11.564). Aus Sachsen fuhr wohl auch der letzte Deportationszug mit 169 Frauen, Männern und Kindern. Er verließ Leipzig am 14. Februar 1945 und sein Ziel war Theresienstadt.

Im Beitrag wird für die Aktionen und Maßnahmen des 1. April 1933, des 15. September 1935 und des 9./10. November 1938 im Detail gezeigt, dass ihnen jeweils gesteigerte antisemitische Umtriebe lokaler Nazi-Organisationen vorausgingen, die das Erreichen einer weiteren Stufe der Judendrangsalierung und -vertreibung vorbereiteten. Was neuerdings mit dem schon kritisch erwähnten Begriff der „Interaktion“ von Machthabern an der Staatsspitze und deren Gefolgschaft an der Basis gefasst werden soll, war mithin nicht erst eine Erscheinung der Kriegsjahre und der Besatzungspolitik. Schon im Vorkrieg hatte die antijüdisch aufgeputschte Gefolgschaft Erfahrungen gesammelt, die ihnen jeweils Freiräume bezeichneten, die im „Kampf“ gegen die Juden existierten, und zugleich war sie auch an Ordnungsrufe gewöhnt, mit denen ihr entweder unerwünschtes Agieren signalisiert oder auch die Beendigung einer Kampagne bezeichnet wurde.

Zugleich macht dieser Beitrag die aus den alten Bundesländern übernommene Zurückhaltung deutlich, die sich noch immer zeigt, wenn es im Zusammenhang mit der anfänglich schleichenden, dann gesetzlich erzwungenen „Arisierung“ darum geht, Ross und Reiter zu benennen, also von Akteuren, Gewinnern, Nutznießern etc. zu handeln. Wieder fühlt man sich an jene Figur Brechts erinnert, die der Dichter sagen lässt: Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert. Für die Jahre vor und bis 1938 wird niemand erwähnt, der als „Nachfolger“ der aus der sächsischen Wirtschaft vertriebenen Juden in Erscheinung trat. Erst für die Kriegsjahre benennt der Autor die Ausbeutung der zur Zwangsarbeit getriebenen Dresdener Juden (insgesamt mehr als 400 Personen) in einem Betrieb der zum Jenaer Zeiss-Konzern gehörenden Zeiss Ikon AG und die Juden in sogenannten Außenlagern der KZ Buchenwald und Ravensbrück. die im Hauptwerk und einem Betriebsteil der Erla Maschinenwerke GmbH und in der Hugo Schneider AG (Hasag) sowie in Rüstungsbetrieben in Freiberg, dort in der Fa. Hildebrand und den Aradora-Flugzeugwerken, schuften mussten.

An anderer Stelle des Sammelbandes wird vermerkt, dass sich die Herren der Chemischen Fabrik von Heyden AG in Radebeul um einen Anteil an der in der Tschechoslowakei zu holenden Beute erfolgreich bemühten und gemeinsam mit der IG Farben AG das Unternehmen Aussiger Verein in Besitz

---

46 „Haben die Deutschen ihre Lektion gelernt?“ Interview mit Wolfgang Benz in: *Neues Deutschland*, 9./10. November 2002, S. 3.

47 Steffen Held, Von der Entrechtung zur Deportation: Die Juden in Sachsen. In: Clemens Vollnhals (Hrsg.) Sachsen in der NS-Zeit, Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig 2002, darin: S. 200-223.

nehmen konnten.[48] Kein Zweifel: Es ist noch ein weiter Weg bis beispielsweise die Geschichte des seinerzeit überwiegend in jüdischem Eigentum befindlichen Rauchwarenhandels in Leipzig so präzise dargestellt sein wird wie das für die Stadt Wien vorbildlich geschehen ist.[49]

XII.

Ein völlig anderes Bild von der Ausplünderung und Ermordung der in die Hände der Faschisten geratenen Juden gab im Jahre 2002 in mehreren, weitgehend identischen Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften Götz Aly. Es fußt auf einer abstrusen, nicht neuen Faschismustheorie und steht konträr zu der in den letzten Jahren immer stärker verbreiteten und begründeten Sicht, dass für das Aufkommen, die Festigung, die Zielsetzung und die Politik des an die Staatsmacht gelangten deutschen Faschismus vor allem Angehörige deutscher Eliten – Wirtschaftsführer, reaktionäre Politiker, die keine Nazis waren, konservativ eingestellte Wissenschaftler und Ideologen u. a. – die hauptsächliche Verantwortung tragen.

Aly hingegen erblickt in der Nazibewegung, diese Forschungen, zu denen er übrigens auch selbst beigetragen hat, ignorierend, eine autonome Bewegung von „Nationalsozialisten“, welche auf die soziale „Homogenisierung“ der deutschen Gesellschaft gerichtet gewesen sei und damit ein nicht nur in Deutschland erfolgreiches Konzept verfolgt habe.[50] Diesem wäre auch der Krieg zugeordnet worden, dessen gedachtes wichtigstes Ergebnis, das eroberte Kolonialreich im Osten, sich auf die „Gewinnung von Siedlungsland als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage“ gerichtet hätte. Am Horizont habe vor den Augen der Naziführer diese „konkrete Utopie für einfache Deutsche“ gestanden und auch „Soldatenbräute träumten zu Hunderttausenden von Rittergütern in der Ukraine“. Unterdrückt sei die Frage, worauf diese Schätzung fußt. Jedenfalls solle – so Alys Wunsch – nicht länger angenommen werden, es sei um den „Vorteil von Junkern und Monopolisten“ gegangen. Die „soziale Aufwärtsmobilisierung“ (was immer das gewesen sein mag) hätte die „zentrale Triebkraft des Nationalsozialismus“ gebildet. [51]

In dieses tatsachenferne Bild werden sodann Judenausplünderung und der Massenmord an den europäischen Juden implantiert als Maßnahmen, die „zu Gunsten und zum Vorteil von Millionen Deutschen“ durchgeführt wurden, inszeniert von der NSDAP, der „Sachwalterin der kleinen Leute“. Industrielle und Bankfirmen seien zwar am Raub nicht unbeteiligt gewesen, doch wäre für sie nur der „weitaus kleinere Teil des Erbeuteten“ geblieben. Nach Aly gehört die „Arisierung“ in „die Kette von Eigentumsrevolutionen des 20. Jahrhunderts“, über deren Glieder er sich nicht auslässt, und in den „größeren Zusammenhang der elitären Bewegungen und Utopien im 20. Jahrhundert“. Die „Ermordung der europäischen Juden“ sei als „Teil einer Politik zu begreifen, die ihre Kraft aus der Gleichheitsidee bezog“.[52]

Zum Beweisversuch dieses Unsinns reichen dem Autor wenige Bezugnahmen auf die Steuerpolitik der Reichsregierung namentlich in den Kriegsjahren, welche einen erheblichen Teil der Angestellten

---

48 Michael C. Schneider, Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende. In: Ebenda, S. 79.

49 Tina Walzer/Stephan Templ, Unser Wien. „Arisierung“ auf österreichisch, Berlin 2001.

50 Dies und das weitere nach dem Artikel Götz Alys, Hitlers Volksstaat. In: Gegen Vergessen – für Demokratie, Nr. 33/2/2202, S. 22ff. Dabei handelt es sich um den Text der Rede, die Aly anlässlich der ihm zuteil gewordenen Verleihung des Heinrich-Mann-Preises der Akademie der Künste am 22. Mai 2002 hielt. Sie stand unter dem Titel. „Hitlers Volksstaat. Anmerkungen zum Klassencharakter des Nationalsozialismus“. In der Tendenz ganz ähnlich äußerte sich der Autor vordem schon in mehreren Artikeln, an deren Anfang eine Veröffentlichung in der „Berliner Zeitung“ 15. Februar 1999 („Zwangsarbeit für alle Deutschen“) stand, mit der er sich an der Debatte über die späten Zahlungen an den Rest der einstigen Zwangsarbeiter einschaltete und meinte, es hätten heute die kleinen Leute vor allem zu zahlen, denn ihre Vorfahren seien die Nutznießer der Zwangsarbeit gewesen. Auf diese Linie folgten dann weitere Veröffentlichungen so in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10. Mai. 2002 („Anmerkungen zum Klassencharakter des Nationalsozialismus: Wem kam zugute, was Himmler den ‚Sozialismus des guten Blutes‘ nannte?“) in „*Die Zeit*“ vom 25. Juli 2002 („Nazi-Erbe“) und im „*Freitag*“, 10. Mai 2002 sowie ebenda in der Ausgabe vom 14. November 2002. S. 51

51 Ebenda, S. 24, Sp. 1.

52 Ebenda, S. 29, Sp. 1.

und der Arbeiter von schwerwiegenden zusätzlichen Belastungen ausnahm. Dass diese Politik keineswegs Sachwaltung der Interessen der Bevölkerungsmehrheit war, sondern der insbesondere Hitler verfolgenden Furcht vor einem zweiten 9. November 1918 entsprang, ist nachgewiesen, ficht aber den Faschismustheoretiker nicht an, der postuliert, es seien die in die Staatskasse gelenkten Gewinne aus dem Raub des jüdischen Eigentums gewesen, die diese angeblich volksfreundliche Steuerpolitik ermöglicht hätte. Und aus der Staatskasse sei sogar ein Teil des Geldes aus jüdischem Ursprung in Gestalt des Soldatensoldes wiederum an den kleinen Mann geflossen, und von diesem via Feldpostpaket an die Soldatenfrau, so dass über mehrere Verwandlungen von Ware in Geld und Geld in Ware sie schließlich die Nutznießerin von Judendeportation und Judenmord geworden sei.

Gegen Horkheimers vielzitiertes Diktum gewandt, schließt Aly: „Wer von den vielen kleinen Vorteilen für die Millionen einfacher Deutscher nicht reden will, der sollte vom Nationalsozialismus und vom Holocaust schweigen.“[53] Den Vorteil, den diese Interpretation allen bietet, die Verantwortung und historische Schuld gleichmacherisch darstellen wollen, damit ihren Anteil verkleinernd und den anderer vergrößernd, liegt zu Tage. In einer Lobrede wurde er knapp beschrieben: Alys „Art der Historisierung macht Schluss mit dem Weiterreichen des Schwarzen Peters zwischen aufgeputschten Massen und herrschenden Klassen, Finanzkapital und Kleinbürgern, Reaktionären und Fortschrittlern, Gebildeten und Aufgehetzten. Niemand ist auf der sicheren Seite.“

Doch die Entdeckung des Nachteils macht auch keine Schwierigkeiten. Diese Deutung ist zu spitzfindig, trickreich und abenteuerlich konstruiert, und das begrenzt ihren Gebrauchswert doch sehr. Wer je über Bert Brechts Unterscheidung zwischen dem Einbruch in eine Bank und der Gründung einer Bank nachgedacht hat, wird auf den angerichteten Mansch nicht hereinfallen. Vor allem aber sind die Forschungen über die treibenden Kräfte der „Arisierung“, deren Lenkung durch staatliche Institutionen wie durch Banken zu weit fortgeschritten, als dass mit Erfolg derart hinter sie zurück gegangen werden könnte. Diese Forschungen haben auch um Vorteile und Gewinne kleiner Leute, von Kaufleuten, Händlern, Handwerkern, nach einer Wohnung Suchende, Käufern bei Versteigerungen, Empfängern von „Gaben“ der NS-Volkswohlfahrt und weiteren keinen Bogen gemacht, zeichnen sich aber durch das Vermögen von Autoren aus, Vorgänge zu gewichten und verweigern sich mithin einer Verdunklung, die alle Katzen grau erscheinen lässt.

XIII.

Angesichts der Fülle und Vielfalt geschichtswissenschaftlicher Literatur über Judenverfolgung und Judenmord wurde erneut und mehrfach gefragt, wie es um die Verbreitung und Kenntnisse dieses Wissens in breiten Teilen der Bevölkerung der Länder steht, in dessen Sprache (oder Sprachen) diese Bücher erscheinen. Raul Hilbergs Urteil darüber lautete, dass sich „zwischen dem, was in der historischen Zunft bekannt ist, (was Historiker, K. P.) auf dem Wege kontinuierlich betriebener strenger Forschung erarbeitet haben, und dem, was das breite Publikum weiß“ zu unterscheiden sei, ja „zwischen beiden tut sich eine gewaltige Kluft auf“. Hilberg glaubt nicht, „dass diese Kluft überbrückt werden kann“ und er begründet das anhand der Erfahrungen in den USA. Dort gehe man, und dieses „man“ meint offenkundig Verleger von Zeitungen und Zeitschriften und die Herrscher über Rundfunk- und Fernsehstationen, kurzum all jene, welche einen dominierenden Einfluss auf die Meinungsbildung haben, davon aus, dass Historiker sich nicht allgemein verständlich auszudrücken vermögen und greife deshalb auf „Übersetzer“, auf „agile Zeitungs- und Magazinschreiber“ zu. „Bei dem, was auf diese Weise einem breiten Publikum vermittelt wird, handelt es sich um eine höchst skurrile Mischung aus Tatsachen, Fehldeutungen und Erfindungen.“[54]

Lässt sich dieser Befund auf die deutschen Verhältnisse ausweiten? Hier wie dort existiert das nicht zu vernachlässigende Problem (es stellt sich für die Naturwissenschaften im Kern nicht anders dar als für die Geschichte), dass das erwähnte breite Publikum weder Zeit noch Interesse besitzt, sich in alle Verästelungen hinein mit den Abläufen der Geschichte und deren häufig kontroversen Deutungen zu

---

53 Ebenda. Eine eingehende Auseinandersetzung mit den Auffassungen Alys bietet Dietrich Eichholz in: *Marxistische Blätter*, Heft 5/2002, S. 75-82.

54 Interview, „Auch die Täter sind Teil der Geschichte“. *Rheinischer Merkur*, Nr. 45/2002, S. 23.

befassen. Weglassungen sind unerlässlich, und auch Vereinfachungen können nicht vermieden werden. Zu fragen aber ist, ob das Wesentliche vermittelt wird oder so etwas wie eine Karikatur davon, ob das gegebene Bild, wenn auch nicht so tiefenscharf wie in einer umfänglichen wissenschaftlichen Abhandlung, mit dem der Wissenschaft übereinstimmt oder ob es sich um ein Zerrbild handelt oder gar um ein ganz und gar über die Wirklichkeit täuschendes. Und da gilt, wie sich namentlich an deutschen Fernsehreihen zur Geschichte des „Nationalsozialismus“ nachweisen ließe, dass sie das Informations-, Unterhaltungs- und Sensationsbedürfnis der Zuschauer stärker bedienen und mehren, als dass sie wirkliche Kenntnisse zu vermitteln bemüht sind. Ein Beispiel dafür war das Interesse, mit dem sich Medien auf eine Buchpublikation stürzten, in der ein Historiker nachzuweisen suchte, dass Hitler homosexuell gewesen sei.[55] Serien in Magazinen knüpfen weniger an neue Forschungen an, sondern bieten irgendwelche „Knüller“ und werben mit der Ankündigung von Neuigkeiten, ohne dass derlei Versprechen eingelöst werden können. Der Masse des Publikums, das – wie insbesondere die Werbereise Daniel J. Goldhagens für sein Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ zeigte – einfache, leicht einzuprägende Antworten mag, wird fortgesetzt mit ihnen bedient und das bewirkt natürlich, beabsichtigt oder nicht, dass es auch den komplizierten Zusammenhängen der politischen Gegenwart, der Zeitgeschichte, die sie erleben und auch „machen“, gedanklich ziemlich hilflos ausgeliefert bleiben.

Jedoch wird sich, im Unterschied zu den Feststellungen Hilbergs, für Deutschland nicht durchweg sagen lassen, dass die Historiker an diesem Vorgang vollkommen unbeteiligt, von ihm gänzlich abgekoppelt wären. Zum einen gibt es in ihrer Zunft selbst die großen Vereinfacher und die avancieren mitunter zu Lieblingen von Redakteuren. Doch lassen sich auch Wissenschaftler, die in dieser Hinsicht außerhalb jedes Verdachts stehen, als Gutachter zur Mitwirkung an Fernsehsendungen anwerben, ohne dass sie für das ganze in Schneidwerkstätten ohne ihr Zutun und Wissen fertiggestellte Produkt und die den Bildern unterlegten Texte einstehen mögen.

Zugleich kommen, freilich nur in einer von Minderheiten gelesen Presse, Wissenschaftler zu Wort, die in Artikeln und Interviews von ihren Forschungen und deren Ergebnissen berichten. „Wir Wissenschaftler müssen und können damit leben, dass unsere Arbeiten erst nach spektakulären kulturellen oder politischen Ereignissen, dem Film ‚Schindlers Liste‘ oder den Entschädigungsverhandlungen, wahrgenommen werden,“ sagte Benz gelassen in dem schon zitierten Interview. Die Frage ist, wie die Gesellschaft mit solchen „Verspätungen“ leben kann und ob es bei ihnen bleibt und nicht etwa, ähnlich wie mitunter im öffentlichen Verkehrswesen zu Lande und in der Luft zu ganzen Streichungen kommt.

XIV.

Die so produktive und vielseitige Holocaust-Forschung entwickelt sich zurzeit merkwürdig abgekoppelt von Bestrebungen zur Fortentwicklung von Faschismus-Theorien, denn die Darlegungen Alys lassen sich als solche doch nicht werten. Merkwürdig verdient dies auch genannt zu werden, weil sich in Veröffentlichungen zu Judenverfolgung und -mord wie selbstverständlich Formulierungen finden wie „Das Spezifikum des ‚Dritten Reiches’ ist in seiner Rassenpolitik zu sehen.“[56] An anderer Stelle wird – auch nicht überraschend neu – das Massenmorden als Racheakt Hitlers hingestellt, der die Kriegsniederlage geahnt haben müsse.[57] Meist gilt das Mordprogramm als ausschließlich auf das Konto des „Führers“ zu setzen, es sei vor allem durch ihn „ideologisch bestimmt“ gewesen.[58] Das korrespondiert mit der verbreiteten Verkürzung, die auch die Kriegsziele einzig Hitler zuschreibt, und mit der Auffassung, auch sie seien einzig oder vor allem Ausfluss der „nationalsozialistischen“ Ideologie gewesen, nach deren Herkunft und Urgrund wiederum nicht – jedenfalls nicht über das Personelle hinaus – gefragt wird. Hierhin gehört auch die verabsolutierende, offenkundig gedankenlos permanent wiederholte Kennzeichnung des Krieges gegen die UdSSR als „Weltanschauungskrieg“.

---

55 Lothar Machtan, Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators, Berlin 2001.

56 Steffen, Held, a. a. O., S. 223

57 Arno Lustiger, Feldwebel Anton Schmid. In: Retter in Uniform, a. a. O., S. 51.

58 Norbert Haase, Oberleutnant Dr. Albert Battel und Major Max Liedtke. Konfrontation mit der SS im polnischen Przemyśl im Juli 1942. In: Ebenda, S. 186.

Während für die einen also die Fragen nach dem Platz des Verbrechens im NS-Regime und dessen Beziehung zu Krieg und Kriegszielen beantwortet und erledigt zu sein scheinen, suchen andere Forscher darauf noch immer eine überzeugende und schlüssige Antwort zu geben. Und in der Tat: Ohne gewonnene Klarheit über den Platz des Holocaust in der Geschichte des Staates, in dem das Verbrechen geschah, werden auch die Bestrebungen kaum gesichert fortschreiten, es in die Geschichte Europas nach der Aufklärung oder gar in die der Menschheit einzuordnen. Das führt noch einmal zu der jüngsten Publikation Peter Longerichs zurück, die mehrfach, in stereotyper Formulierung eine solche Platzierung anbietet. Sich, wie erwähnt, gegen die Verabsolutierung der Rolle Hitlers wendend, spricht der Autor vom „zentralen Stellenwert" der antijüdischen Politik „innerhalb des Nationalsozialismus".[59] Die Formulierung wird auf der nächsten Seite wiederholt und auf der dann folgenden ist die „zentrale Bedeutung der Judenverfolgung innerhalb der nationalsozialistischen Politik" erneut erwähnt.[60] Später postuliert Longerich, dass „die deutsche ‚Judenpolitik' ... einen ganz entscheidenden Stellenwert innerhalb der deutschen Kriegführung einnahm". Wenig später fährt er fort: „die ‚Beseitigung' der Juden Europas war zentrales Ziel in diesem (dem Zweiten Weltkrieg – K. P.) Krieg".[61]

Zentraler Stellenwert, *zentrale* Bedeutung, *zentrales* Ziel. Jeweils der einzige, die alleinige, das alle überragende? Existierte da noch etwas im Zentrum? Nun sieht auch Longerich die Politik des Judenmords nicht als isolierte Erscheinung, sondern konstatiert deren Zusammenhang „mit anderen Feldern nationalsozialistischer Politik", von denen er die Ernährungs-, die Arbeitskräfte-, die Besatzungs- und die Politik der „Menschenumsetzungen" aufzählt. Zwischen diesen Bereichen und der Judenverfolgung hätten Wechselbeziehungen existiert.[62] Die „Entfernung" der Juden, heißt es, galt den Nationalsozialisten als „Grundvoraussetzung für die Errichtung einer rassisch homogenen ‚Volksgemeinschaft' und wurde zugleich Schlüssel für die Durchsetzung ihrer Herrschaft – zunächst im Deutschen Reich und später in Europa". Also war vielleicht doch die *Herrschaft* über den Kontinent mit ihren Möglichkeiten *das zentrale Ziel* des Regimes und des Krieges? Und die Vernichtung der Juden (und nicht der Juden allein) ein von den Faschistenführern als unabdingbar angesehener Schritt auf dem Wege dahin, eingeleitet im Kriege und fortgesetzt und zu Ende gebracht nach dem Endsieg? Verknüpften sich so ideologischer Wahn und imperialistisches Kalkül?

Warum wird der naheliegende Schritt, sich dieser Frage mit Konsequenz zu stellen, nicht nur von Longerich nicht getan? Das könnten die Autoren definitiv nur selbst beantworten. Einige der nicht genommenen Hindernisse auf dem zu beschreitenden Gedankenwege lassen sich ausmachen. Erstens gerät die Tatsache, dass das Naziregime sich von Anfang an – und lange bevor die Vernichtung der Juden auch nur vorgedacht wurde – auf Krieg und Eroberung in den Bahnen der imperialistischen Pläne von 1914 und sie erweiternd und übertreffend festgelegt hatte, nicht ins Visier der Holocaustforscher oder sie erfährt keine annähend angemessene Gewichtung. Zweitens entwickelte sich in Jahrzehnten eine Hochspezialisierung mit der Folge, dass sich die Holocaustforschung und viele ihrer Aktivisten kaum um das Geschehen kümmern, das tatsächlich im Zentrum der Ereignisse stand. Das war seit 1939 zweifelsfrei der Krieg und der Kriegssieg, später, als der in den Bereich des Unmöglichen entglitt, der Versuch, ihn billig loszuwerden. Er gerät mit seinen Planungen, aktuellen Situationen, unmittelbaren und fernen Zielen meist nur in die Betrachtung, wenn die Kriegslage für die Entscheidungen über den Fortgang von Deportation und Vernichtung forcierende oder – zumeist – hemmende Folgen zeitigte. Drittens ist da die selbstgebaute sprachlich-begriffliche Falle, die in der Kennzeichnung „rassischer Vernichtungskrieg" besteht, womit das Wesen des Krieges, den Deutschland in Ost- und Südosteuropa führte, nicht getroffen werden kann. Die Bezeichnungen von Kriegen, sofern sie nicht allein geographisch gegeben werden (Nordischer, Krimkrieg, Balkankriege, Weltkrieg) oder – sodann vielfach ergänzend – Zahlen bieten (dreißigjähriger, erster, zweiter schlesischer, Weltkrieg usw.), markieren in den meisten Fällen Ziele, um derentwillen sie geführt wurden: Sezession,

---

59 Longerich, Der ungeschriebene Befehl, S. 17 f.
60 Ebenda, S. 18 f.
61 Ebenda, S. 176.
62 Ebenda, S. 14.

Befreiung, Einigung, Eroberung, letzteres ergänzt durch Hinzufügungen wie koloniale oder imperiale oder imperialistische.

Bloße Vernichtung war in keinem der Kriege das zentrale Ziel, wie viele Menschen und Objekte in ihrem Verlauf und noch nach ihrem Ende auch immer getötet oder zerstört wurden. Es ging um Raub, Land, Unterwerfung, Herrschaft. Die weitgehende Ausrottung der nordamerikanischen Indianer war nicht das Endziel ihrer Mörder, sondern die ungestörte und dauernde Inbesitznahme des Landes mit seinen Reichtümern zu eigenem Vorteil. Nicht anders verhielt es sich mit der Ausrottung der Juden, die den deutschen Faschisten als die Hauptgruppe unter allen Menschen galten, die den europa- und weltweiten Herrschaftsplänen des deutschen Imperialismus im Wege standen.

Nun ist die Frage, wie sich eine auf zweifelsfrei sehr materielle Ziele und weltbeherrschende Macht zielende Politik und ein mit ihr verbundener Wahn zueinander verhalten, wieder Gegenstand aktueller Kontroversen geworden. Das hat die Politik der USA bewirkt. Daraus könnten aktuelle wie rückwärtsgewandte Denkanstöße erwachsen. Sie werden blockiert durch Behauptungen, es gehe um Menschenrechte und Demokratie und die Abwehr der Gefahr des Terrorismus, was daran erinnert, dass einst zur Rechtfertigung eines wesensverwandten Zieles der Schutz – erst des eigenen Landes, dann des ganzen Kontinents – vor dem Bolschewismus postuliert wurde. Es muss diese Blockade aber nicht funktionieren. Vielmehr könnten sich aus unverstellter Wahrnehmung der Gegenwart sogar Anstöße für die Betrachtung ihrer „Vorgeschichte“ ergeben. Ruhmesblatt angerechnet werden. So beispielsweise der Leiter der Dortmunder Städtischen Pfandleihanstalt,

Mr. Bush, Ihr historisches Kostüm ist ein Fetzen

Um Hitler und die Seinen zu bändigen brauchte es keinen Präventivkrieg

Je zerschlissener das Lügengewebe, dass den Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak rechtfertigen soll, um so konzentrierter und abenteuerlicher die Anstrengungen der Flickschneider. Der Eroberungszug soll historische Weihen erhalten und als beherzigte Lehre, gewonnen aus der europäischen Geschichte der dreißiger Jahre des verflossenen Jahrhunderts, erscheinen. Damals, so die inzwischen auch von deutschen Medien kritiklos referierte These, sei ein Präventivkrieg gegen Hitlerdeutschland unterlassen worden, ein Versäumnis, das später habe schwer bezahlt werden müssen. Nicht nur, dass damit – wie vordem schon in anderen Zusammenhängen geschehen – Saddam mit Hitler auf eine Stufe gestellt wird. Die tatsächliche Bedrohung, die von Deutschland ausgehend sich über mehreren Staaten Europas zusammenbraute, wird mit der nur behaupteten und durch keinerlei Beweise gestützten Bedrohung gleichgesetzt, die der Irak angeblich für die USA, das britische Inselreich und weitere Staaten dargestellt habe.

Was im Gewande einer Geschichtserkenntnis daherkommt und auf die Schlussfolgerung zielt, Drohung lasse sich nur durch frühzeitige militärische Schläge bannen oder beseitigen, ist in Wahrheit haltlos und eine Spekulation auf die Unfähigkeit vieler, die alternativen Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und sich die wirklich ungenutzten Chancen zu vergegenwärtigen, die aus der Bedrohung durch Nazideutschland den Zweiten Weltkrieg werden ließ. Hitler setzte den Generalen schon im Februar 1933 bei ihrem ersten Zusammentreffen auseinander, dass Deutschland auf dem Wege seiner forcierten Rüstung gestört und ihm der Weg in den Eroberungszug verwehrt werden könnte. Dabei dachte er vor allem an das Aktivwerden Frankreichs.

Doch die ersten, die in Europa auf die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland außenpolitisch-diplomatisch reagierten, waren die Machthaber im Kreml. Sie suchten das Verhältnis zu Frankreich, das ihnen bis dahin als die Führungsmacht der antisowjetischen Kräfte gegolten hatte, zu ändern. Und in der Tat, nur wenige Wochen, nachdem Deutschland im März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt und den Aufbau einer Luftwaffe demonstriert hatte, kam es im Mai zu einem politischen Vertragssystem zwischen Frankreich, der UdSSR und der Tschechoslowakei, das erkennbar gegen die expansiven Ambitionen Deutschlands gerichtet war.

Die Nazipresse reagierte darauf mit dem Versuch, die Deutschen gegen diese Konstellation zornig aufzubringen. In der Presse erschienen geographische Karten, die, an die Propaganda vor dem Ersten Weltkrieg anknüpfend, deutlich machen sollten, dass sich das friedfertige Deutschland wiederum von einer Einkreisung bedroht sehe. Wie die Beobachter der Volksstimmung damals jedoch feststellten, fielen Absicht und Resultat dieser Darstellung weit auseinander. Sich der Übermacht erinnernd, der das kaiserliche Deutschland 1918 unterlegen war, zeigten sich viele Deutsche ernüchtert. Es war nicht gelungen, den furor teutonicus zu wecken.

Die UdSSR unternahm viel, um aus der eben gewonnenen politischen Konstellation eine militärische zu machen und so eine Politik der kollektiven Sicherheit zu etablieren. Die Absicht lag zutage: Nicht Präventivkrieg also (wofür nach dem eben anderthalb Jahrzehnte zurückliegenden Völkergemetzel schwerlich Menschen zu gewinnen waren), sondern Abschreckung durch die erkennbare Entschlossenheit, einer Aggression, wenn nötig gemeinsam entgegenzutreten. Damals wurden französische und tschechische Militärs zu Manövern der Roten Armee in die Ukraine geladen, mit denen, sichtlich an die Adresse der ausländischen Beobachter vorgeführt wurde, dass die UdSSR in der Lage war, auf dem Luftwege erhebliche Truppenkontingente nach Zentraleuropa, also in die Tschechoslowakei zu deren Verteidigung, zu transportieren.

Das Torpedo gegen diesen Kurs war da schon aus London gefeuert worden. Im Juni 1935, das bedeutete eine deutlich Distanzierung Großbritannien vom ohnehin zögerlichen Kurs Frankreichs und der Tschechoslowakei, vereinbarten die britische und die deutsche Regierung ein Flottenabkommen, womit dem Reich – die Bestimmungen von Versailles liquidierend – maritime Aufrüstung in einem Umfang gestattet wurde, der auf Jahre die deutschen Werften auslastete, ja überforderte. Die denkbare

militärische Koalition, die 1941 unter dem Zwang der von den deutschen Machthabern geschaffenen Situation zustande kam, war sechs Jahre vorher nicht zu schaffen.

Über die ernüchternde Wirkung, die sie auf die deutsche Generalität ausgeübt haben würde, braucht nicht spekuliert zu werden. Als Hitler im November 1937 seine gegen die Tschechoslowakei gerichteten Kriegsabsichten im engsten Kreis bekannt gab und zum ersten Mal einen Termin nannte, wann er den großen Krieg spätestens beginnen wollte, stieß er auf Bedenken und Widerspruch, wiewohl da schon zu erkennen war, dass die Wehrmacht es beim gedachten Angriff auf den kleineren Nachbarstaat nicht mit einer französisch-sowjetischen Koalition zu tun bekommen werde. Der Generalstabchef des Heeres Ludwig Beck zog sich zurück. Er wäre schwerlich der einzige Opponent geblieben, hätten die anderen europäischen Großmächte die Trauben so hoch gehängt, wie ihnen das gemeinschaftlich möglich war.

Kurzum: dass ein Präventivkrieg die einzige erfolgversprechende Methode gewesen wäre, den Aggressor zu bändigen und von einem Abenteuer abzuschrecken, ist ein zu politischen Zwecken erfundenes Konstrukt. Diese Kostümierung aus dem Arsenal der Geschichte erweist sich als ebenso durchsichtiger Fetzen wie das aktuelle Angebot an Argumenten, mit denen wieder einmal die These vom alternativlosen „uns aufgezwungenen Krieg“ glaubhaft gemacht werden soll.

Ob man aus der Geschichte lernen kann?

Beitrag zur Veranstaltung am 3. Oktober 2003

Die Frage, ob sich aus der Geschichte etwas lernen lässt, ist umstritten seit über Vergangenes nachgedacht wird. Ohne das repräsentative Erhebungen vorlägen, lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, dass die Zahl der Menschen, die auf unsere Frage hierzulande verneinend antworten, derzeit zunimmt oder doch nur in einem sehr eingeschränkten Sinne einräumt, dass Geschichte etwas lehren könne. Die Deutschen scheinen, hält man sich an die Einschaltquoten von Geschichtsdokumentationen, die das Fernsehen im Verlauf des letzten Jahres sendete, auf Informationen über Geschichte geradezu versessen zu sein. Doch ihr Anspruch an diese Darbietungen scheint die Frage „Und was lernt uns das“ nicht zu berühren.

Geschichte in Wort, Schrift und Bild gilt weithin als eine Erscheinung der gehobenen, will sagen: vom üblichen Schund abgehobenen Unterhaltung, namentlich dem in Fernsehsendungen gebotenen. Für Millionen ist dieses Fernseh-, seltener auch das Kinoangebot zur wichtigsten Quelle ihrer Geschichtsvorstellungen geworden. Die Zunft hat gegenüber dieser Entwicklung nahezu vollständig kapituliert, fast ist man – an den ehrenwerten Don Quichote denkend – versucht zu sagen: klugerweise. Ein Zwischenruf wie der von Wolfgang Benz gegen den Authentizitätsanspruch des Films „Rosenstraße“ gehört zu den seltenen Protesten. Indessen erleben wir nur das Vorspiel, wie ein Blick auf die Perspektiven eines Fernsehens zeigt, dass mit seinen neuen technischen Mitteln alsbald Filme herstellen wird, die mit bloßem Auge von Dokumentarfilmen nicht zu unterscheiden sein werden.

Zugleich, das lässt das Bild noch unübersichtlicher werden, versichern Politiker nahezu bei allen wesentlichen und vor allem bei umstrittenen Entscheidungen, sie hätten aus der Geschichte, die sie unter dem Blickwinkel ihrer aktuellen politischen Verwertbarkeit durchmustern (lassen), etwas und zwar das Richtige gelernt. Wie oft wurde, kamen krisenhafte ökonomische Entwicklungen in den Blick, wurde nicht beteuert, es sei aus der „Großen Krise“ der Jahre 1930 bis 1932 das Nötige gelernt worden. Und, um ein analoges Beispiel aus der Geschichte der internationalen Beziehungen in Erinnerung zu rufen, wie häufig wurde und wird erklärt, es müssten die „Lehren aus München“ (1938) gezogen werden und eben das sei mit dieser oder jener Haltung und Handlung geschehen. Gegen Hitler, hieß es jüngst, sei der Präventivkrieg als angeblich einziger Schritt, das drohende Unheil abzuwehren, unterlassen worden – eine These, die sich um die Erörterung der Alternative drückt, die im Projekt „Kollektive Sicherheit“ tatsächlich als Idee und Angebot vorlag. Auch dieses behauptete Versäumnis sei Lehre geworden, als 2003 der Entschluss zum Krieg gegen den Irak Saddam Husseins von den Führern der USA und Großbritanniens getroffen wurde. Neuerdings war die Aufforderung zu lesen, es müsse aus dem Scheitern des Sozialstaates DDR, der seine Möglichkeiten weit überzogen habe, das Nötige für den Umbau der sozialen Marktwirtschaft gelernt werden. Wieder und wieder wird Politik durch die Behauptung legitimiert, es werde, nachdem vor mehr oder weniger weit zurückliegender Zeit etwas falsch gemacht worden sei, nun, dies berücksichtigend, richtig gehandelt.

Hören wir, gleichsam zur Einstimmung, einige Äußerungen zum Thema, die von ganz verschiedenen Autoren und aus verschiedenen Zeiten und Situationen stammen und zufällig ausgewählt sind. Merkwürdig liest sich in den Memoiren Werner Eberleins der Satz: „Ich will nicht in der Vergangenheit wühlen, sondern Lehren für die Zukunft erschließen.“ (S. 496) Gerade dazu aber wäre, um bei der Wortwahl zu bleiben, das Durchwühlen, richtiger; das Durcharbeiten der Erfahrungen nötig. An anderer Stelle konstatiert der gleiche Autor, einen in der an Misserfolgen reichen Geschichte der Arbeiterbewegung wiederholt anzutreffenden Gedanken äußernd, mit Bezug auf die Implosion des sozialistischen Systems: „Eine Niederlage ... kann auch lehrreich sein“ und eine nüchterne Analyse „gebietet Schlussfolgerungen für die Zukunft.“ (S. 497) Das liest sich auch trostreich: Ist die Hinterlassenschaft auch nicht die Gedachte und Gewollte, so besteht sie doch aus Erfahrungen, die zur Lehre dienen können.

Ganz anders hingegen Jewgenia Ginsburg, die 1937 in Kasan verhaftete Universitätsdozentin, die sich erinnert: „Nein, nicht nur aus fremden, sondern auch aus eigenen Erfahrungen lernt man nichts... In zwölf Jahren (Haft und Verbannung – K. P.) hatten wir nichts gelernt.“ (S. 334) Das meint ein

Doppeltes. Zum einen, dass die „Unlogik des Bösen“ keine Chance zum Lernen ließe. Zum anderen die subjektive Weigerung, sich die mitunter schier tragbare Erkenntnislast aufzubürden, die sich abzeichnet, wenn namentlich leidvoll Erfahrenes auf seine Lehren hin durchmustert wird.

Nun aber Friedrich Engels mit Ratschlägen aus seinem letzten Lebensjahrzehnts. In einem Brief an die amerikanische Sozialistin Florence Kelley-Wischnewetzky aus dem Dezember 1886 schreibt er ihr, es gibt „keinen besseren Weg“ zur Klarheit theoretischer Erkenntnisse, als „durch eigene Fehler lernen, durch Schaden klug zu werden.“ Und aus der gleichen Zeit, vom August 1887, stammt ein Brief an Friedrich Albert Sorge, in dem er ebenfalls die von Geschichtsoptimismus geprägte Hoffnung ausdrückt, dass die Sozialisten sich über die „Riesenhaftigkeit ihrer Böcke“ ... endlich zur Klarheit durcharbeiten werden.“

Die Frage, ob sich aus der Vergangenheit etwas lernen lässt, kann nur auf der Basis der Erkenntnis diskutiert werden, dass es auch in der Geschichte Wiederholungen von Situationen gibt. Und in der Tat sind solche Wiederholungen unbestreitbar wie an einer Vielzahl von historischen Entwicklungen gezeigt werden kann, die keine besonderen Kenntnisse verlangen. Stichworte: die Herausbildung von Nationalstaaten, die bürgerlichen Revolutionen, die Entstehung von Kolonialreichen, die Abfolge vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, Mussolini und Hitler u. a. m. In allen diesen Entwicklungen haben die Nachfolger von den Vorgängern etwas gelernt. Erfahrungen wurden sortiert, gesondert, aufgenommen, modifiziert oder abgelehnt. Indessen: Geschichte wiederholt sich nie auf die gleiche Weise. Im naturwissenschaftlich-technischen Instrument lassen sich die Bedingungen für dessen Wiederholung exakt wiederherstellen. Nach der Katastrophe einer Weltraumfähre besteht die Möglichkeit der genauesten Untersuchung der verantwortlichen Ursachen und somit auch die Chance, diese für eine erneute „Mission“ auszuschalten. In der Geschichte hingegen lauert bei der Beobachtung eines Vorgangs, der einen oder mehrere Vorläufer besitzt, immer auch die Gefahr, das Übereinstimmende, sich Wiederholende zu überschätzen und die Veränderungen in der historischen Situation nicht genügend in Ansatz zu bringen. Das bildete beispielsweise den Hintergrund der Auseinandersetzungen um den Charakter der 1905er Revolution in Russland und die in ihr einzuschlagende Strategie und Taktik der Revolutionäre, in deren Verlauf Lenin seine überragende analytische Fähigkeit bewies, das Ereignis richtig in die Revolutionskette einzuordnen.

Halten wir also als eine Art Zwischenbilanz thesenhaft fest: *Erstens*: Die Meinung, dass sich aus der Geschichte lernen lasse, ist verbreitet, aber ebenso auch deren Gegenteil. *Zweitens:* Die Behauptung, aus der Geschichte gelernt zu haben, gehört zu den Lieblingsbegründungen, mit denen Politiker ihre Handlungen rechtfertigen. Nähere Betrachtung wirft indessen weitere Fragen auf. Als Beispiel mag uns dienen, dass und wie Lehren aus dem Ersten Weltkrieg gezogen wurden, von einer besonderen Gruppe von Teilnehmern, den Generalstäblern und deren Schülern, und dies in zwei konträren Gruppen, von deutschen und von französischen Kriegsspezialisten. Für die Franzosen folgte aus der Tatsache, dass der Feind weit in ihr Land eingedrungen war, der Krieg auf ihrem, nicht auf dessen Boden ausgetragen worden, dort zum Menschenleben und Natur verheerenden Stellungskrieg geronnen war, die Schlussfolgerung, eine Wiederholung auszuschließen. Diese erhielt einen Namen, er lautete: Maginotlinie. Sie war die in Stahl und Beton gegossene Lehre der Jahre von 1914 bis 1918. Für die Deutschen hingegen führte die gleiche Erfahrung zu einer ganz anderen Ableitung. Die hieß: Schaffung von beweglichen gepanzerten Heeresverbänden, die mit der Luftwaffe zusammenwirkten und das Scheitern in einem zermürbenden Stellungs- und Materialkrieg ausschlössen. Das Jahr 1940 gab die Antwort auf die Frage, wer die „richtigen“ Lehren aus der Kriegsgeschichte gezogen hatte, wobei das Wort „richtig“ die Goldwaage nicht verträgt.

Der Fall aus der Geschichte des militärischen und kriegerischen Denkens zeigt, das führt uns zu einer *dritten* These, dass Fragen an die Geschichte und deren Antworten – und das ist meist so – von Interessen und Zielen geleitet werden. Im Fall der französischen Militärs von dem Gedanken, bei erneut notwendiger Verteidigung gewappnet und rasch siegreich zu sein, sollten sich die deutschen Eindringlinge dann schon an der Grenze ausbluten, woran sich der eigene Angriff nach Osten schließen sollte. Die Deutschen aber wollten als Angreifer diesmal siegen (und der im Kriege 1940 ebenso wie

1944/45 nahezu auch bedeutungslose Westwall war gebaut worden, um während des Angriffs nach Osten eine Drohkulisse zu besitzen, die Frankreich von einem Angriff abschreckten sollte).

Die französische Schlussfolgerung bildet zudem den nahezu klassischen Fall einer dogmatisierten Verwertung historischer Erfahrungen, der es an Voraussicht und Phantasie im Hinblick auf die rasche Entwicklung der Kriegstechnik und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten mangelte. Fast möchte man sagen an Esprit, nicht durchweg freilich, es gab auch in Frankreich Militärs, die anders darüber dachten, wie ein künftiger Krieg mit dem deutschen Nachbarn verlaufen könnte. Zu ihnen gehörte der erst später berühmt gewordene Charles de Gaulle. Aber die kamen nicht zum Zuge. Es erscheint vorteilhaft, sich bei den Fragen an die Geschichte der Interessen bewusst zu sein, aus denen sie entstehen.

Der deutsch-französische Vergleich führt zu einer *vierten* These: Historische Erfahrungen und die aus ihnen gewonnenen Schlüsse alias Lehren besitzen offenkundig ein Verfallsdatum. Es lässt sich nicht vorhersehen oder gar -berechnen, sondern ergibt sich aus dem Tempo, in dem sich die Bedingungen verändern, in denen Menschengruppen handeln. Je rascher sie sich verändern, um so früher ist das Verfallsdatum erreicht. Je gründliche sie sich verändern, um so vollständiger ist entwertet, was gestern noch als unentbehrlicher Gewinn aus einer geschichtlichen Erfahrung gelten konnte. Die Geschichte kennt beides: das vor- oder frühzeitige Verwerfen von Erkenntnissen und eben auch das Festhalten an ihnen, ohne dass sich dafür noch eine historisch-logische Begründung liefern ließe.

Das praktische Problem besteht nun aber darin, dass das Vergangene in aller Regel besser bekannt und analysiert ist als das Gegenwärtige und – schlimmer noch – als das ins Auge gefasste gewollte Zukünftige. Der Vergleich der Bedingungen, unter denen gestern gehandelt worden ist, mit jenen, unter denen heute gehandelt werden soll oder muss, enthält mithin immer Unbekanntes. Auch deswegen hatte ja ein Rat von Marx gelautet, dass die sozialistische Arbeiterbewegung jeden ihrer Schritte, so wie sie ihn geht, sogleich der Kritik zu unterwerfen hat, (anstatt, um dies in Erinnerung zu rufen, ihn nach bürgerlichem Beispiel beifällig zu beklatschen, bevor er noch gegangen ist).

Zum Lernen aus der Geschichte gehören offenkundig das Vorhandensein von Interessen und deren Abwägung ebenso wie intellektuelle Voraussetzungen. Hinzukommen psychologische Faktoren, die als Antriebe, aber auch als Barrieren wirken können. Verlierer – das ist freilich keine Gesetzmäßigkeit – lernen häufig gründlicher und ihren Interessen angemessener als Sieger. Die neigen dazu, ihren Sieg der eigenen Überlegenheit (nicht der unerwarteten oder erwarteten Schwäche des Gegners), dem eigenen Genie (und nicht dem möglicherweise viel gewichtigeren Dusel und dem Mangel an Intellekt auf des Gegners Seite) zuzuschreiben. Das war, um noch einmal in den Bereich der Militär- und Kriegsgeschichte zurück zu kehren, der Fall nach dem deutschen Triumph im Jahre 1940 im Westen. Bei Hitler hieß das alsbald: Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich. Die Feldmarschälle stimmten dem zu, wie ihr Verhalten gegenüber dem Plan zeigte, die UdSSR in einem Sommer-Herbst-Feldzug zu besiegen. Weder der „Führer“ noch seine „Gehilfen“ vermochten sich eigentlich zu erklären, warum sie Frankreich, gegen das sie ein Vierteljahrhundert zuvor als Offiziere oder als Gefreiter des kaiserlichen Heeres vier Jahre vergeblich angerannt waren, binnen sechs Wochen hatten überrennen können. Auch anhand der Geschichte der Arbeiterbewegung ließe sich mehrfach zeigen, dass Niederlagen kräftigere Denkanstöße bilden können denn Siege und dass diese in einer mitunter überfälligen Korrektur eigenen Handelns münden. Dafür spricht – nach der verheerenden Niederlage des Jahres 1933 in Deutschland – der VII. Weltkongress der Komintern, allerdings mehr im Text seiner Reden und Beschlüsse und nicht in seinen auch nur mittelfristigen Wirkungen.

Doch ist auch die umgekehrte Erscheinung anzutreffen: Der Blick in den Abgrund, in den man eben gestürzt ist, macht noch nachträglich schwindelig und schwach, erzeugt die Weigerung, sich genaue Rechenschaft abzulegen, wohin man eben geraten war und wovon man nur mit Mühe entkam. Niederlagen vermögen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte anzuspornen, aber auch zu einer Abstinenz zu führen, wenn sie als definitiv angesehen werden. Ist der Gedanke, dass die Enkel es besser ausfechten könnten, erst aufgegeben, erlischt das Interesse an Geschichte mehr oder weniger ganz, entartet es allenfalls ins Akademische. Das ist das Lebens- und Zukunftsgefühl, an dessen Verbrei-

tung seit der weltgeschichtlichen Wende am Ende des vergangenen Jahrhunderts von den Mächtigen gearbeitet wird. Die Lehre aus den Jahrzehnten, die auf das Jahr 1917 folgten, heißt in einer Version: „Gute Idee, aber nicht machbar“ (das ist sozusagen die Trostfassung) und in einer anderen „Verbrecherische Idee, daher in allen Keimen zu ersticken“ (das ist die Signal- und Mobilisierungsfassung für alle Ideologen des Antikommunismus). Dem werden andere Lernvorschläge kaum entgegengesetzt. Viele scheuen sich gerade in den Reihen der Linken auch nur zu fragen, ob sich in diesem Abschnitt der Weltgeschichte etwas findet, was nicht nur Ablehnung und Abscheu erzeugt und das stets erneut beteuerte Bekenntnis stützt, sich gründlich vollkommen gewendet und also verdient zu haben, in die Großgemeinschaft der Demokraten aufgenommen zu werden. Stattdessen wäre eine von derlei pragmatisch-aktuellem Interesse unbeeinflusste, allein den Prinzipien gesellschaftswissenschaftlicher Analyse unterworfene und gehorchende Bestandsaufnahme des geschichtlichen Ablaufs notwendig. Eine riesenhafte Aufgabe, müsste doch die Geschichte vom Stillen Ozean bis zur Ostsee und zur Adria über sieben Jahrzehnte durchgearbeitet werden.

Begegnung in Bremen. Hommage für Margot Meerwald

Es mag noch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre gewesen sein, dass mich Vorträge nach Hamburg und Bremen führten. Wie wir kurz zuvor bei einem Treffen mit meinem Mitschüler Hannes Rothen, der in Uhlstädt bei Rudolstadt wohnt, wo er über Jahrzehnte als Lehrer und Schulleiter gewirkt hat und sich jetzt der Erforschung der Flößerei auf der Saale widmet, darauf gekommen waren, dass unsere einstige Lehrerin Margot Meerwald in Bremen lebt, ist mir nicht erinnerlich. Da Hannes zudem ihre Adresse besaß, entschloss ich mich, nach Jahrzehnten – wir hatten uns wohl seit meinem Abitur in Wickersdorf nicht wieder gesehen, allenfalls, wenn sie da noch auf der Schule in Wickersdorf war, 1949 im März bei einem Besuch noch flüchtig gesprochen – nach Bremen einen Brief zu schreiben und anzufragen, ob ihr ein Wiedersehen angenehm wäre. Die zusagende Antwort kam prompt. Bald darauf rief ich von Hamburg aus an, um mich zu erkundigen, ob Margot Meerwald auch in einer aktuellen Verfassung wäre, die es ihr erlaube, sich mit mir zusammen zu setzen. Ich solle nicht so spät kommen, damit wir bis zum Abend genügend Zeit hätten, miteinander zu reden, hörte ich.

Der so vereinbarte Besuch blieb mir denkwürdig. Während der kurzen Bahnfahrt von Hansestadt zu Hansestadt, fragte ich mich, wie ich die Frau nun antreffen würde, die mehrere Jahre nahezu Tag für Tag vor uns gestanden, Deutsch, Englisch, zeitweilig auch Französisch unterrichtet hatte. Ich suchte mir das Bild wieder vor Augen zu rufen, dass ich von ihr in den nahezu drei Jahre des gemeinsamen Lebens in der Freien Schulgemeinde Wickersdorf zwischen November 1945 und Juni 1948 gewonnen hatte. Damals war sie eine Mitdreißigerin. Klein von Wuchs war ihr Alter schwer zu bestimmen gewesen. In ihr dunkles und dünnes Haar hatten sich erste graue Strähnen schon geschlichen. Schön war sie weder von Angesicht noch von Statur zu nennen. Das freilich galt mehr noch für die Russisch- und eine weitere Sprachlehrerin, die mit ihr zum Lehrpersonal gehörten. Für dessen weibliche Angehörige traf zu, dass sie – nicht anders als viele Schüler – nur über wenige aus Kriegszeit stammende und also meist abgetragene und farbarme Kleidungsstücke verfügten. Und dies, so schien es uns, benachteiligte diese noch mehr als uns und unsere männlichen Lehrer. Vor allem aber: In viele Gesichter waren die eben durchlebten Jahre gezeichnet. Hilfsmittel, um Müdigkeit oder Abgespanntheit zu übertünchen, waren nicht zur Hand. Aber: Auf Äußerlichkeiten wurde viel weniger wert gelegt als späterhin.

Margot Meerwald stand während der kälteren und unwirtlichen Jahreszeit, und die dauert in mehr als 600 Meter Höhe auf dem Thüringer Gebirgskamm erheblich länger als im Tal, vor uns in einem ihrer schmucklosen Pullover und einer dunkelblauen „Überfallhose“, die ihren schmächtigen Körper unschön verpackten. Doch wer hätte aus solchem massenhaft anzutreffenden Aufzug irgendeinen Schluss auf Eigenschaften und Vorlieben der Träger gezogen? Wichtig war, wenn man viele Stunden einander zuzuhören und miteinander zu reden hat, dass Margot Meerwald über eine ruhige, bestimmte, meist leise eingesetzte und nicht unangenehme Stimme verfügte und uns – wie wir seinerzeit wohl dachten und sagten – ganz im Gegensatz zu der uns anfangs im Russischen Unterrichtenden Deutschbaltin nie „auf den Docht“ ging. Sie respektierte die Meinungen, die Schüler vortrugen. Sarkasmus oder gar Zynismus, von unserem Physiklehrer meisterhaft eingesetzt, waren ihr fremd. Sie wirkte auf uns mehr als zeitgemäß sittenstreng und erregte uns Burschen den Verdacht eines durchweg jungfräulichen Lebens, ohne dass wir uns bei dieser Vermutung je gesprächsweise länger aufgehalten hätten.

Als sie die Hauslehrerstelle im Marstall übernehmen musste, wo die Schüler der 5. bis 8. Klasse in drei großen Schlafsälen untergebracht waren und Hannes und ich – bis dahin dort als Helfer des Lehrerehepaars wohnend, das die Schule verließ – botete sie uns aus. Ersetzt wurden wir durch zwei unserer Mitschülerinnen. Sie meinte wohl, dass von deren nahezu mütterlicher Ausstrahlung auf die Kinder und Heranwachsenden ein kultivierender Einfluss ausgehen werde. Uns schien, Margot Meerwald wollte keine Jungen im Nachbarzimmer und als ihre Helfer sehen. Erörtert wurde auch das nicht weiter. Hannes und ich trugen ihr die Entscheidung nicht nach. Wir hatten auf diese Weise mehr Zeit und waren den vor allem morgens und abends zu erledigenden beaufsichtigenden Pflichten (Seid ihr

gewaschen und gekämmt? Ist euer Taschentuch sauber? Sind die Finger vorzeigbar? Sind eure Betten ordentlich? Ist niemand krank? Seid ihr rechtzeitig aus dem oder im Bett?) enthoben.

Die Miss, um nun endlich ihren Spitznamen zu nennen, war Klassenlehrerin unseres Abiturjahrgangs 1948 gewesen. Sie unterrichtete uns nahezu täglich und niemand stöhnte, wenn wir mit ihr und sie mit uns wieder an der Reihe waren. Zu ihr existierte ein besonderes Verhältnis gemischt aus Zuneigung und Respekt, geprägt von Achtung vor ihrem Wissen und auch – die Mädchen unserer Klasse wohl ausgenommen – nicht ohne eine gewisse Distanz, an deren Aufrechterhaltung sie durch ihr Wesen selbst nicht unbeteiligt war und blieb. Im Gemisch der deutschen Dialekte fiel sie, die ein nicht regional zu identifizierendes Deutsch sprach, als Norddeutsche nicht auf. Dass sie aus Westpreußen stammte und mit einer Gouvernante ausgewachsen war – beides erfuhr ich aus erst an jenem Nachmittag in Bremen – erklärte mir spät manches in ihrem Verhalten in einer Gegend und in Umständen, in die zu geraten sie sich so wenig wie viele andere von uns vordem etwas hatte träumen lassen.

Um unsere Kenntnis in deutscher Sprache und Literatur hatte sich Margot Meerwald herausragendes Verdienst erworben und für mich gehört sie zu einem Dreigestirn, dem ich meine sprachliche Ausbildung verdanke. Zudem gehören sie und vordem meine Eltern uns die Breslauer Lehrer Schnabel und Kant.

Meerwalds exakt vorbereiteten Unterrichtsstunden waren wie die meisten der anderen Lehrenden prall angefüllt mit Wissens- und bei ihr zudem mit Denkstoff. Langeweile kam kaum auf. Aber auch Begeisterung nicht. Die Devise, es müsse beim Lernen zuzüglich Spaß sein, spielte für sie eine höchst untergeordnete Rolle. Aber auch das bildete keine Ausnahme und galt für die meisten anderen Lehrer und Fächer ebenso. Margot Meerwald hatte sich 1945 und 1946 – wie auch andere unserer Pädagogen – besondere Meriten dadurch erworben, dass Schüler, die von Volksschulen und als Folge der Kriegszeiten mit besonders lückenhaften Vorkenntnissen nach Wickersdorf gekommen waren, von ihr in „Privatstunden“ dahin geführt wurden, von wo an sie Anschluss an das für alle obligatorische Morgenpensum gewinnen konnten.

Wichtiger aber als all das war in meinen Erinnerungen etwas anderes. Mit dieser Lehrerin hatten wir phasenweise in erheblichem Streit um weltanschauliche Fragen gelegen, die sich vor allem in der damals reichlich bemessenen Zeitspanne ergaben, während der wir uns mit der sog. Klassischen deutschen Literatur befassten. Während sie selbst bei strenger Analyse der Text ein gewisses schwelgerisches Verhältnis beispielsweise zu „Iphigenie“ zu erkennen gab, vermochten wir ihr dahin doch zumeist nicht zu folgen. Prinzipien der Humanität waren für uns nach den Kriegserlebnissen eine praktische Frage. Sie zu postulieren erschien uns nicht als besonderes Verdienst. Wir fragten uns nach den faschistischen Jahren und angesichts der Nachrichten über die Weiterentwicklung der Kriegstechnik, wie menschliche Zustände in die Welt zu bringen wären und verstanden nicht, dass wir Margot Meerwald mit diesem Interesse glatt überforderten. Wie sehr, dass sollte ich nach unserem Wiedersehen erst vollends begreifen.

Margot Meerwalds Wohnung lag nahe dem Zentrum von Bremen. Sie befand sich im Untergeschoss eines der stadttypischen niedrigen Häuser, die lange Reihen bilden und Bremens Architektur unverwechselbar machen. Pastor Hartmut Drewes, dessen Gast ich war, fuhr mich dahin. Ein paar Stufen auf einer Außentreppe führten hinauf zum Eingang. Dann eine Begrüßung ohne jede Förmlichkeit. An einem vorbereiteten Kaffeetisch begann unser Gespräch ohne Umschweife und Hemmungen. Nichts hätte einen Zuhörer darauf bringen können, dass zwischen unserer letzten Begegnung und diesem Zusammentreffen Jahrzehnte lagen, die wir zudem in zwei Staaten und auf sehr verschiedene Weise verbracht hatten. Darauf kamen wir im Weiteren und um es hier gleich vorweg mitzuteilen: Margot Meerwald brachte die Unterhaltung an einem Punkte auch auf ihren Weggang aus Saalfeld, wo sie zuletzt als Leiterin einer Oberschule gearbeitet hatte. In dieser Eigenschaft, erzählte sie, sei sie auch zur sowjetischen Kommandantur geladen worden und habe bemerkt, dass ihr Informationen über Kollegen abverlangt werden sollten, die sie zu geben nicht bereit gewesen wäre. Das sei ein Grund gewesen, der sie 1953 veranlasst habe, noch vor den Ereignissen des 17. Juni nach „dem

Westen“ zu gehen. Mir war, als ich von ihrem Schritt zuerst gehört hatte, er keineswegs überraschend und verwunderlich erschienen. Nach ihrer ganzen Haltung schien mir Margot Meerwald viel eher in eine bürgerliche Gesellschaft hinein zu passen als in jene, die bei uns ihm Entstehen erst begriffen war. Und dass sie Bremen als den Ort gewählt hatte, an dem sie leben wollte (und an dem sie starb), wurde mir aus weiterem klar.

Für unser Gespräch, für das es so viel Stoff und gewiss zu wenig Zeit gab, hatte ich mir eine Anzahl von Fragen zurechtgelegt und, damit ich nicht ins uferlose Erzählen kam, auch vorgenommen, die meinen zuerst los zu werden. Und diesen Vorsatz trieb ich bis an die Grenze der Ungehörigkeit voran, denn natürlich würde die Lehrerin wissen wollen, was aus einem ihrer Schüler und dessen Mitschülern geworden war. Wie erwartet drängte sie mich wiederholt: Erzählen sie doch von sich ... Doch der „Eröffnungszug“ hatte bei mir gelegen. Er bestand in der Feststellung und Frage: Wir haben so lange gleichsam unter einem Dache gelebt und von ihnen und ihrem Leben doch eigentlich kaum etwas gewusst, ausgenommen drei mir erinnerliche Tatsachen, dass sie „aus dem Osten“ stammten, dass ihre französischen Kenntnisse von einem Aufenthalt im Lande stammten, in dem sie sich als Dienstmädchen aufgehalten hatten, und dass sie damals Mitglied der Liberaldemokratischen Partei waren. Derlei „Wissenslücken“ waren nicht unüblich und bezeugten zum wenigsten ein Desinteresse an der Biographie der Mitmenschen, das es freilich damals wie zu allen Zeiten auch gab. Jedoch: Der Tag nahm uns damals wieder und wieder in Anspruch und niemand wusste so genau, woran er rührte, wenn er ein anderes Erlebnis erfragte oder gar ausforschen wollte.

Margot Meerwald ließ sich nicht bitten, von sich zu sprechen und so erfuhr ich ein wenig von ihrer Jugend in Westpreußen und davon, dass sie in begüterten und gesicherten Verhältnissen aufgewachsen war, aus denen sie das Kriegsende gestürzt hatte. In den Unglückstagen der Flucht vor der herannahenden Ostfront hatte sie das Glück, wovon sie noch immer angerührt zu sein schien, als einem der ersten ihr begegnenden Rotarmisten auf einen sowjetischen Offizier zu treffen, der ihr nicht als Feind begegnet war. Irgendwie erinnerte mich ihre Schilderung an jenen Offizier der Roten Armee, der in Konrad Wolfs Film auf einen deutschen Intellektuellen stößt, ihn zu begreifen sucht und doch vor Unbegreiflichem steht.

Ins Zentrum des Gesprächs aber rückten alsbald und wie unvermeidlich unsere Wickersdorfer Jahre. Die Rede war von Menschen und Situationen und natürlich vor allem von den gemeinsamen Stunden im Schulhaus und in jenem Klassenzimmer, in dem Margot Meerwald vor der holzgetäfelten Wand vor uns gestanden, sich nur sparsam bewegt und uns unterrichtet hatte. Noch immer gab ich meine Rolle als Fragender nicht auf, jetzt eingedenk der Grundsätze, die der Historiker bei Befragungen beachtet. Wie also stand es mit dem Erinnerungsvermögen Margot Meerwalds, die nicht wie wir einstige Schüler in der Lage gewesen war, Szenen und Episoden in Gemeinschaft zu rekonstruieren und Erinnerungen gegeneinander zu halten, was wir, wenn wir gelegentlich zu zweit oder in größerer Zahl beisammen waren, in Gesprächen doch getan hatten? Rasch stellte sie sich heraus, dass sich ihr die Jahre auf dem Thüringer Wald tief eingeprägt hatten und sie sich nicht nur an die Atmosphäre, sondern an viele Details genau zu erinnern wusste. Wie für mich und viele andere Schulbewohner waren diese Erlebnisse auch für sie mit einem tiefen Bruch und einem Neubeginn verbunden gewesen und hatten mithin besondere Konzentration erfordert, Lebenswachheit verlangt, das Dasein eines und einer jeden intensiviert. Spuren aus solchen Zeiten sind in den Gedächtnissen tiefer eingegraben als solche aus ruhigen und gleichförmigen Lebensphasen.

Ja, sie entsann sich der Schwierigkeiten, die wir miteinander im Literaturunterricht hatten, übergenau. Erst als wir bei Ludwig Börne angelangt seien, wäre es dann wieder besser geworden, sagte sie. Das stimmte und es war kein Zufall und gewiss nicht ihrer Neigung geschuldet, dass sie für das literaturgeschichtliche Thema, das sie für die schriftlichen Abiturarbeit den Woyzeck Büchners ausgewählt hatte, ein Angebot, das nicht nur ich annahm. (Es wurde mir später in DDR-Zeit zum Ärgernis, dass ich auf meine Anfrage an die Schule erfuhr, dass diese Abituraufsätze vernichtet worden wären – in einer Anstalt, die über Platzmangel auf trockenen Böden und in ebensolchen Kellern nicht klagen konnte.)

Margot Meerwald besaß an unsere Deutschstunden nicht so furchtbare Erinnerungen, wie eine meiner Mitschülerinnen, die fest darauf besteht, dass namentlich ich die „arme Lehrerin“ durch Einsprüche wieder und wieder verärgert hätte. Sie erklärte, dass sie in jenen Jahren stets den Eindruck gehabt habe, dass sie uns nicht zu geben vermochte, was wir erwarteten und hätten aufnehmen können. Das war richtig und doch wieder nicht die Wahrheit. Nicht aus Höflichkeit entgegnete ich, dass ihre und unsere Eindrücke an die beiden Betrachter jener Flasche denken lassen, von der der eine sagt, sie sei schon halb leer, wogegen der andere einwendet, sie wäre doch noch halbvoll. Wir jedenfalls, das konnte ich ihr aufgrund unserer Gespräche, die wieder und wieder gerade zu ihren Unterrichtsstunden zurückgekehrt waren, versichern, wüssten, woher wir unsere bleibenden Kenntnisse von Werken Lessings, Goethes, Schillers, Kleists und Hölderlins hätten. Dass wir bei Kleist miteinander in einen Streit besonderer Art geraten waren, wollte ich indessen doch nicht zu später Sprache bringen. Denn es war nach meiner Erinnerung das einzige Mal, das sie unter das sie kennzeichnende Niveau des fairen Umgangs mit uns geraten war, als sie mir auf eine Bemerkung zur Hermannsschlacht mit der Frage gekommen war, wie viel ich denn von Kleist kennen würde. Das führte mich in unsere gut ausgestatte Schulbibliothek (wo mag sie geblieben sein?) und zur Ausleihe der gesammelten Werke von Kleist und ergab eine weitere Literaturstunde. Mir ist nicht erinnerlich, dass bei solcher Gelegenheit das Argument „Aber der Lehrplan“ je von einem Lehrer vorgetragen worden wäre. Wir hätten dann auch wohl eine zusätzliche Stunde beantragt.

Nachdem ich von de Genauigkeit ebenso überrascht wie überzeugt worden war, mit der sich Margot Meerwald der Jahre von 1945 bis 1948 zu erinnern vermochte, brachte ich die Sprache auf eine Episode, die mir seinerzeit gezeigt hatte, dass und wie Lehrer und Schüler selbst unter den Bedingungen eines Internats einander nahe sein und zugleich fremd bleiben konnten. Wir hatten einen der unbeliebten freien Hausaufsätze schreiben müssen, zu dem nur eine Vorgabe erfolgte, es sollte eine wahre Begebenheit geschildert werden, die wir selbst erlebt hatten. Ich schrieb über meine im Februar oder eher noch im März 1945 gewonnenen Eindrücke während eines sonntäglichen Gottesdienstes in einer evangelischen Kirche im Zentrum von Görlitz, in dessen Verlauf plötzlich die nicht so fernen Abwürfe von Sprengmitteln aus einem sowjetischen Flugzeug, der so genannten Nähmaschine, zu hören gewesen waren. Als die Aufsätze zurückgegeben wurden, erhielt ich den meinen fraglos absichtsvoll als letzter zurück mit der knappen Bemerkung, es sei die Schilderung einer erlebten Begebenheit gefordert gewesen. Tonlage und Stil waren ungewöhnlich. Ich hatte darauf ebenso kurz angebunden geantwortet: Haben Sie aber eine Ahnung. Mehr war darüber in Wickersdorf nie gesprochen worden. Nun sagte sie, diese Geschichte habe sie mir einfach nicht glauben können. Offenbar galt ich ihr, die gewiss nicht frei von religiösen Bindungen war, als ein aus Kinderzeit gestandener Atheist.

Dass sich Margot Meerwald über uns und unser Vorleben mehr Gedanken gemacht hatte, als wir das wahrzunehmen vermochten, bemerkten wir in Wickersdorf wohl erst am Tage unserer Abiturfeier. Sie, die Klassenlehrerin der Ausscheidenden, hatte die Rede vor der Übergabe der Zeugnisse zu halten. Zum ersten Mal hörte ich sie über Eindrücke reden, die sie von uns gewonnen hatte, einer Gruppe Heranwachsender, deren Biographien und mehr noch deren Familiengeschichten so weit von der ihren weg lagen. Zum ersten Mal nahm ich auch wahr, wie viel Witz und Schalk in ihr steckten, verschüttet wie vieles unter den schlimmeren, den unsichtbaren Trümmern des Weltkrieges. Am Abend gab es die traditionelle Aufführung eines Theaterstückes. In den Jahren vorher hatten wir „Schauspieler“ Margot Meerwald als Regisseurin erlebt – bei der Gestaltung von Abschlussfeiern für die Abiturienten der Jahrgänge 1946 und 1947, so bei Goldonis „Diener zweier Herren“. Nun waren wir die Zuschauer. Diesmal hatte sie nicht nur Regie geführt, sondern auch die Hauptrolle übernommen – in „Charleys Tante“.

Wie mochte die Frau hier in der Hansestadt, in der ihr als einer im Norddeutschland Geborenen vieles vertrauter anmuten mochte, in anderen Zeiten und Verhältnissen auf ihre Bremer Schüler, vermutlich junge Leute aus begüterten Häusern, gewirkt haben? Das wollte ich, schon gegen Ende unseres Gesprächs, gern wissen, aber direkt doch nicht vorbringen. So fragte ich nach Besuchen ihrer Einstigen aus dem hiesigen Lande. Die Antwort klang merkwürdig, ein wenig enttäuscht und doch mehr noch nachsichtig: „Ach, wissen Sie, wenn es den Leuten gut geht ...“. Das sagte sie einem flüchtigen Gast,

der ihr doch nicht den Eindruck gemacht haben konnte, dass er sich schlecht fühlte und Sorgen auszubreiten wünschte. Offenkundig schaffen geistige Auseinandersetzungen, wenn sie nicht von unversöhnlichen Standpunkten aus geführt werden, sondern mit Geben und Nehmen einher gehen, Bindungen von Dauer.

Wir haben genommen, aber doch wohl auch gegeben. Es sei ihr eine vergleichbare Klasse nicht wieder begegnet. Das, vier Jahrzehnte danach zu hören, war mir so etwas wie ein zweites, nun für eine Gruppe ausgestelltes Abiturzeugnis. Denn dies war nicht der Nachmittag der Komplimente gewesen. Wohl aber von meiner Seite und nicht nur für mich allein, sondern auch im Namen meiner Mitabiturienten eine Ergänzung jener Danksagung, die ich an jenem Junitag 1948 im Musiksaal der Schule für „meine Klasse“ an unsere Lehrer, besonders aber an Margot Meerwald gerichtet hatte.

Im Aufbrechen musste ich mir noch die Bücherregale in einem benachbarten Zimmer ansehen, in denen sich in dem einen Bände reihten, die von ihrer ungebrochenen Sucht zeugten, sich in fremde Sprachen hineinzuarbeiten, in einem anderen Werk, vorzugsweise Romane, von Schriftstellern in der DDR versammelt waren.

Nach diesem Besuch wechselten wir Briefe, dich ich bewahre. Margot Meerwald hatte, als wir uns sahen, nicht nur eine Krebsoperation schon hinter sich, ohne dass sie einen leidenden Eindruck machte. Dann forderte das Alter seinen Tribut. Sie schrieb, dass sie in ein Altenheim gezogen sei. Dort mache sie sich auf die letzte ihr möglich Weise nützlich. Sie helfe denen, die sich selbst nicht mehr behelfen könnten.

Die Nachricht von Margot Meerwalds Tode brachte mir ein Kartenbrief, geschrieben und aufgegeben wohl in einer Stadt am Rhein.

Eine andere Welt ist möglich

Die Losung entstand in der in den neunziger Jahren des 20. Jh. entstandenen neuartigen und vielgegliederten Bewegung der Kritiker der so genannten Globalisierung und findet sich in vielen Sprachen der Welt und auch in Variationen wie „Une autre europe un autre monde c'est possible" und konnte auch in Deutschland – so im Wahlkampf zu den Europaratswahlen 2004 – in Abwandlungen wie „Ein anderes Europa ist möglich" angetroffen werden. Sie drückt Ablehnung, Protest und Widerstand gegen die von mächtigen transnationalen Bank- und Industriekonzernen vorangetriebene Ausweitung ihrer auf höchste Profite zielenden Macht über den ganzen Erdball aus, wider einen Prozess, der immer mehr Menschen von der Mitbestimmung der gesellschaftlichen Weltzustände ausschließt, Millionen und Abermillionen in tieferes soziales Elend stürzt, die Ausbreitung des Hungersterbens bewirkt, Kriege verursacht, die Ressourcen des Erdballs rücksichtslos ausbeutet und ihn zunehmend verwüstet. Sie wendet sich gegen weit verbreitete resignative Stimmungen, die nach der weltgeschichtlichen Wende des Jahres 1990 mit der vom Kapital beherrschten Welt das „Ende der Geschichte" erreicht sehen und Besserungschancen einzig in systembefestigenden Reformen erblicken. Innerhalb dieser Bewegung für eine andere Welt gehen die Vorstellungen darüber, wie aus der erkannten Möglichkeit Lebenswirklichkeit werden kann und wie diese künftige Welt beschaffen sein soll.

Die Sehnsucht nach einer besseren und gerechten Welt, nach menschlicher und sozialer Harmonie, nach einem Leben ohne Krieg und Gewalt reicht bis in die Zeiten der Herausbildung sozial wie politisch differenzierter Strukturen zurück, als sich unterschiedliche und gegensätzliche Gruppeninteressen herausbildeten und deren Verfechter sich konfrontierten. Sie findet sich bereits in den frühesten Zeugnissen europäischer Literatur wie der „Odyssee" Homers oder den „Werken und Tagen" Hesiods. In der „Odyssee" drückte sie sich in der Darstellung des scheinbar idyllischen Lebens auf der Insel der Phäaken aus, bei Hesiod in der Erinnerung an das längst vergangene goldene Zeitalter, aus der rückblickenden Sicht seines eigenen verderblichen, eisernen: „Frucht bescherte die nahrungsspendende Erde immer von selber, unendlich und vielfach. Ganz nach Gefallen schufen sie (die Menschen – K. P.) ruhig ihr Werk und waren in Fülle gesegnet, reich an Herden und Vieh, geliebt von den seligen Göttern". Der Gedanke an eine andere Welt lebte in den großen sozialen Utopien des Italieners Tommaso Campanella, des Engländers Thomas Morus, der Franzosen Claude Henri Comte de Saint-Simon und Francois Marie Charles Fourier, des Engländers Robert Owen.

Seinen geschichtlich mächtigsten Ausdruck fanden Vorstellung und Wille zur Weltveränderung in der sich vor allem mit dem Werken und dem Wirken von Karl Marx und Friedrich Engels verbindenden politischen Bewegung des internationalen Proletariats, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand, von historischem Optimismus getragen wurde und deren Ziel, wie Karl Liebknecht am Tage vor seiner Ermordung schrieb, die „Welt der erlösten Menschheit" war. Mit der Entstehung und den Fortschritten der Sowjetunion glaubten viele das „Kapitel II der Weltgeschichte" (Erich Weinert, 1947) bereits aufgeschlagen. Das erwies sich als fundamentaler Irrtum. Doch jede Bewegung, die im 21. Jahrhundert auf eine „andere" Welt zielt, wird ohne die Verwertung früher gewonnener Erfahrungen, hervorgegangen aus gescheiterten Versuchen grundstürzender Veränderungen, nicht auskommen. Sie muss sich zu einer undogmatischen Antwort auf die Frage voran arbeiten, wie diese Welt beschaffen sein soll, und ihrem Projekt einen Namen geben.

Mir nach, Kanaillen, in den Hitlerbunker

Seit er der Presse und einem ausgewählten Publikum gezeigt wurde, werden die Deutschen auf diesen Film vorbereitet. Mag die ihnen mehrfach bescheinigte Geschichtsversessenheit allein schon genügen, sie zu Millionen an Kinokassen zu bringen, dem Unternehmen, das 13, 5 Mill. Euro verschlungen hat, kann Reklame nicht schaden. So wird Kinogängern und solchen, die es werden sollen, viel versprochen: Sie werden einen Hitler zu sehen bekommen, dem „ein Gesicht“ gegeben wurde *(Die Welt)*. Es wird ihnen möglich sein, den Menschen hinter der Bestie und dem Monstrum zu erkennen (*Berliner Morgenpost u. a.)*, ja überhaupt „Menschen im Bunker“ zu begegnen *(Süddeutsche Zeitung)*. Sie werden, was insbesondere Nachgeborene längst wissen wollten, endlich erfahren, wie der Hitler denn eigentlich so gewesen ist. Denn, so wird resümiert: „Mehr Hitler war nie.“ *(Die Zeit)* Wieder, wie bewährt, wird behauptet, ein weiteres Tabu werde gebrochen, Jahrzehnte geltende Zensur sei außer Kraft gesetzt, statt Vorverurteilung, Dämonisierung, Diabolisierung würde nun der ungetrübte Blick auf die Wirklichkeit regieren.

Was das jenseits der Werbephrase konkret bedeutet, dazu bemerkte eine russische Stimme, es werde Hitler nun als Mensch gezeigt, „der Schokoladentorten liebt“. Und eine britische meinte, Hitler erscheine als „der nette Tatteronkel von nebenan“ präsentiert. Es ist das die des Berliner Korrespondenten der *Daily Mail*, Allen Hall, der den Film in die vorherrschenden Geschichtsbetrachtung einordnet und ihn als den Endpunkt einer Entwicklung ansieht, in deren Verlauf mit der Darstellung der Leiden der deutschen Soldaten (Stalingrad) und des Bombenkrieges in Wort und Bild, der Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Kriegsgefangenschaft die Opferrolle der Deutschen hervorgehoben wird und sich vor die Frage nach der Kriegsschuld schiebt. Was in den Filmen des ZDF von Guido Knopp geboten werde, heißt es da weiter, sei als Geschichtsforschung nur maskiert. Nun also gehe es in den Bunker unter der Reichskanzlei wie auf einer musealen Besichtigungstour, bei der man eine mittelalterliche Burg eben noch mitnimmt. Kritisch äußerte sich auch Kommentaren von Daily Telegraph und BBC.

Die Deutschen werden ab dem 16. September nach der Absicht seines Darstellers, mit dem „Führer“, wenn auch nur für einen Moment, Mitleid empfinden können, der bei allem eben doch ein „erbärmlicher Mensch“ und „armseliger“ und elender Mann war. *(Die Welt)* Ein Vorbericht trug den Titel „Ohne Herz mit Seele. *(Frankfurter Rundschau)* Wen diese Aussichten schrecken, der wird beruhigt. Nein, nicht nur die ominöse Zeit war für diesen Film reif, wie Drehbuchautor und Regisseur Eichinger versichert (*Süddeutsche Zeitung*), auch die Deutschen sind es geworden. Sie könnten sich mit dem Hitler jetzt durchaus zwei und eine halbe Stunde lang „Auf Augenhöhe“ einlassen, ihm „in die Augen schauen“ *(Die Welt)* und das “stille Ende eines Irren unter Tage“ *(Die Zeit)* verfolgen. Sie und ihr „Land sind gefestigt genug, den Film auszuhalten“, stehen sie doch fest in den Lehren, die sie „aus ihrem politischen Versagen“ längst gezogen haben. *(Die Welt)* Ganz Gelassenheit ist aber nicht angekündigt, zumal auch das ausgespielte Ende der Goebbels-Kinder geboten wird. Da wird sich weinen lassen, wie, auch das eine Vorausmeldung, Schauspieler weinten, als sie an der Szene mitzuwirken, die mordende Mama und den Papa zu geben oder sonst wie mitzutun hatten.

Nachdem wir uns für eine Filmlänge im Bunker der Reichskanzlei niedergehockt haben, werden wir besser verstehen, was das war: das Naziregime, das Europa in den Zweiten Weltkrieg stürzte. Das versichert der Drehbuchautor, der, um sich auf eine Aufgabe vorzubereiten, in den 200 bis 250 Büchern, die er zu Hause griffbereit hatte, „nachschaute“ und zudem sich weiteres heranholte. Nichts von allem war ihm jedoch so hilfreich, wie ein Buch Joachim Fests und die Äußerungen der Hitler-Sekretärin Traudl Junge. Die kannte den Führer als Menschen, der zu Frauen immer so nett sein konnte.

Die Rede ist von dem Film „Der Untergang“, der in den nächsten Tagen seine deutsche und internationale Premiere, letztere auf dem Filmmarkt während eines Festivals im kanadischen Toronto, haben wird. Sein Titel ist von Fest übernommen und, indem er an Erdbeben, Flut- und Schiffskatastrophen erinnert, dem Geschehen eine hinreichend weit von der historischen Wirklichkeit abgehobene Etikettierung gibt. Offenherzig Eichinger: „Irgendwann hat sich das Interesse mehr und mehr auf die Person

konzentriert, weg von dieser allgemeinen Betrachtung von Terrorsystemen.“ (Im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagzeitung*) Letzteres, wahrlich, haben Totalitarismus-Doktrinäre genug geliefert. Nur war *das* die Alternative und kein Drittes denkbar? Nicht für einen Regisseur, der Geschichte „von innen“ erzählen, sich „ins Innerste der Geschichte“ begeben will, „wo sich ihr die Sinnfrage nicht mehr stellt“. *(Süddeutsche Zeitung)* Was soll man sich darunter vorstellen? Das ist schlicht Gelaber. Die Geschichte stellt sich überhaupt keine Frage. Die nach ihrem Sinn haben Menschen formuliert und wieder und wieder zu beantworten gesucht. Wer wann und wo immer sich mit Geschichte befasste, betrachtete, untersuchte, analysierte sie „von außen“, selbst wenn er einst ihr Zeitgenosse war. Denn auch für diesen liegen zwischen dem Damals und dem Heute seine weiteren Erfahrungen, Erlebnisse, womöglich auch Erkenntnisse. Vis-à-vis einer Dampf- oder anderen Maschine oder von deren Modellen kann der Mensch sich ganz dumm stellen und es auch wirklich sein. Vis-à-vis der Geschichte kann er das, sobald er den Kinderschuhen entwachsen ist und nicht selten früher schon, nicht. Denn er hat dann die ersten Erfahrungen mit ihr schon gemacht.

Was also hat der Filmemacher mitgebracht? Nach seinem Bekenntnis den Entschluss, nichts zu kommentieren und zu interpretieren, sich jeder Botschaft zu enthalten. Das wird als ein denkbarer Vorzug angesehen. „Wenn der Film einen Wert hat,“ so Eichinger, „dann ist es der, dass er keine Wertung hat.“ (*Frankfurter Allgemeinen Sonntagzeitung*) Eben erzählen, wie es so im Führerbunker gewesen ist – düster, schaurig, gespenstisch. Wer an dieser Hand mitgeht, wird ins Staunen geraten, sich verwundern, sich - natürlich – in eine fremde Welt versetzt fühlen und das ihm Gezeigte einfach unbegreiflich und sinnlos finden. Er wird ihm kein Mittel und kein Maß angeboten, mit dem er feststellen könnte, wie nah oder wie fern er und seine Gesellschaft den Zuständen sind, die da aufscheinen. Damit reiht sich das Kunstwerk in die vorherrschende Tendenz ein, mit der das verflossene Jahrhundert in Büchern und Fernsehfilmen immer häufiger betrachtet wird. Es ist der Blick auf dessen Oberfläche, auf der Erscheinungen Flucht. Doch ist die Objektivität nur vorgetäuscht. Selbst wenn er „in den wesentlichen Passagen nichts erklärt“, werden doch Inhalte „dazugeschmuggelt“. *(Frankfurter Rundschau)* Indessen: Rerum cognoscere causa – das war einmal. Und die eingebunkerte Gesellschaft zumeist fluchwürdiger Gestalten, die Ende April 1945 ihr Leben um Stunden zu verlängern wünschte und für die der Film gewiss keine Sympathiewerbung bietet, sondern gegen die er Abscheu und Ekel erzeugt, ist in den zwölf Tagen, die der Film vorführt, ja der deutschen Gesellschaft auch weit genug entrückt. Deren Mehrheit scherte sich zu diesem Zeitpunkt um den Hitler schon nicht mehr. Die Szenen von draußen, vom Sterben und Morden in den Straßen der gewesenen Reichshauptstadt, holen nicht einmal diesen Teil der deutschen Gesellschaft in den Film und auf die Leinwand.

Das Verfahren, sich den Fragen nach Zusammenhängen, nach Quellen und Ursachen zu verweigern, hat freilich einen großen Haken. Und der ist Köpfen, die sich hierzulande nicht nur für den Augenblick, sondern strategisch ums rechte Denken kümmern, nicht entgangen. Nicht jeder ist mit geistiger Schmalkost zu sättigen und verliert sich im Auge des Führers. Und die Gegenwart tun das ihre, Leute auf die Frage nach dem Woher und dem Warum zu stoßen. Wer als Absolvent einer Schule oder kaum, dass er seine Lehre abgeschlossen hat, sich in Arbeitslosigkeit geworfen sieht, mag sich in Wittenberg oder Wittenberge fragen, warum dies Vater und Großvater erspart blieb. Und so kann er ins Grübeln oder Nachdenken über Geschichte geraten und sich mit der Beschreibung von Wandlitz oder der Normannenstraße nicht mehr zufriedengeben und eben auch nicht mit dem Blick in den Führerbunker. Das geschieht derzeit nicht massenhaft, aber, sagen sich Weiterblickende, die Zeiten ändern sich. Denn ist auf Dauer Verlass auf den „mündigen Zuschauer“, und das meint doch immer den von den Herrschenden in seiner Stimmung und seinem Denken gelenkten? Wohin könnte der Verzicht auf Botschaften, auf die nun glücklich bis an die Oder ausgedehnte Deutungshoheit führen?

Solchem Unbehagen gab *Die Zeit* Ausdruck und konstatierte: „Dieses Deutschland, in dem Hitler möglich war, erscheint dem Zuschauer gänzlich verschwunden.“ Ein Film mit diesem Gegenstand dürfe nicht nur zum Staunen bringen, sondern müsse zum Verstehen beitragen, wozu es auch der „Rekonstruktion der politischen Strukturen“ bedürfe. Sicher, und gewiss nicht nur dieser allein. Der Film aber werde niemanden besorgt machen, „dass Ähnliches noch einmal kommen könnte“. Und, welch Wunder, die Analyse schließt mit einem Appell an „alle Historiker“, die sich empören müssten,

weil sie doch „hoffen und wünschen, dass aus der verbrecherischen Entgleisung (na ja, K. P.) eines ganzen Landes doch etwas gelernt und gezogen werden müsse, und sei es nur eine erhöhte Empfindlichkeit für Tendenzen, die abermals zu vergleichbaren Verbrechen führen könnten.“ So notwendig der Ruf, der sich freilich nicht erst an den „Untergang“ knüpfen ließ, und so notwendig der Zusatz, dass derartige Verbrechen täglich geschehen, so wenig wahrscheinlich, dass er gehört werden wird. Aber wenn auch, und frei nach Peter Hacks: Heute nicht – morgen doch?

Zwei Ausstellungen gegen eine Legende

Sachlich statt provozierend, differenzierend statt pauschal, korrekt statt polemisch, wissenschaftlich, nicht denunziatorisch, weniger Betroffenheit, mehr Distanz. So – lobend zugunsten der Neuschöpfung – wurden in Wort und Schrift die „Wehrmachtsausstellungen“ verglichen, von denen die erste zwischen 1995 und 1999 durch 33 deutsche und österreichische Orte reiste, die zweite, die 2001 folgte, eben in Hamburg auf ihrer letzten Station angekommen ist. Dann wird sie in die Magazine des Deutschen Historischen Museums in Berlin kommen, während ihre Vorgängerin vom Urheber-Institut in Hamburg aufbewahrt werden soll, nachdem eine Idee, sie zu schreddern, doch nicht verwirklicht wurde. Hannes Heer, der die Arbeit an der ersten Exposition leitete und sie begleitete, bis er – nicht nur wegen der Entdeckung weniger nachweislich falscher Bildunterschriften, sondern, wie aus diesem Text ganz deutlich wird, wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten – entlassen wurde, zieht seine Bilanz. Er fragt, woher das nahezu einhellige Lob der bürgerlichen Presse für die zweite Ausstellung rührt. Er zeigt, inwiefern sich die Konzeptionen beider unterschieden. Er verweist auf die Wirkung, die sich aus der Halbierung des Bildbestandes und die Umrahmung des Restes durch Textmassen ergibt. Er prüft, ob die Grundaussage der so viel befeindeten ersten Darstellung, wie behauptet wurde, wirklich erhalten geblieben ist – ein Eindruck, den vor allem die Proteste der Rechtsextremen und Nazis zu bekräftigen schienen. Heers Fazit: Ohne dass das Urteil der zwischen den beiden Ausstellungen tätig gewesenen historischen Kommission es gefordert hätte, sei das „Wendemanöver“ einer „einschneidenden Korrektur“ erfolgt, wären „Akzentverschiebungen“ vorgenommen worden, die bei einem mehr von neu verwendeten, großenteils aber bekannten Bildern ein Weniger an Zusammenhängen zur Folge hatten. Vor allem sei der konkrete, die Gesichter erkennbar machende Bericht von Tätern und Mittätern in den Hintergrund getreten. Gerade der aber hatte in der Fassung 1 erregte Debatten angestoßen. Verursacht wurde, meint der Autor, der Wandel durch einen Entschluss des Institutschefs, der die harte Herausforderung der bundesrepublikanischen Gesellschaft bis in die Schichten von deren Mitte nicht wünschte und daher deren Attacken und Verleumdungen nicht standzuhalten vermochte. So erscheint der Weg von der ersten zur zweiten Ausstellung als Rückzug. Über sein unmittelbares Anliegen hinaus offeriert der Autor eine höchst nützliche und anspruchsvolle Anleitung für das kritische Betrachten informatorischer Angebote in historischen Museen und Ausstellungen.

In den weiteren Kapiteln begründet Heer anhand von Briefen und Tagebüchern deutscher Soldaten und durch Aussagen von Ausstellungsbesuchern noch einmal die feste Basis, auf der die Zurückweisung der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ steht. Rückgriffe in die Geschichte des seit dem Ende des Weltkrieges währenden Streit um die Rolle und den Anteil der deutschen militärischen Verbände an Kriegs- und Menschheitsverbrechen verdeutlichen, wie das Wurzelgeflecht aus Lügen und Mythen entstand. In Auswahl wird gezeigt, wer – namentlich als Produzent von Romanen und Erinnerungen (Peter Bamm, Ernst Jünger, oder als Verfälscher von Erich M. Remarques „Zeit zu leben, Zeit zu sterben“) – daran beteiligt war. Jörg Friedrichs „Der Brand“ bietet dem Autor schließlich die Materialgrundlage, anhand der er analysiert, wie auf die inzwischen erreichte Unabweisbarkeit historischer Tatsachen reagiert wird: weniger die Tatsachen denn die Zusammenhänge werden beschwiegen, geleugnet, marginalisiert oder verfälscht und für die Deutschen wird nach den Juden Rang zwei auf der Kriegsopferliste beansprucht. Die auf dem geistigen Feld Bedrängten haben ihre Taktik geändert, ihre Bewaffnung teils gewechselt, aber nicht nur nicht aufgegeben, sie sind gleichsam zum Gegenangriff angetreten und haben inzwischen Terrain wieder gewonnen. In den gewiss fortdauernden historisch-politischen Auseinandersetzungen um die Beschaffenheit der deutschen Gesellschaft in den Jahren von 1933 bis 1945 und um Tun und Unterlassen von Wehrmachtsangehörigen und Zivilisten führen von Heer verwendete Kennzeichnungen wie das „deutsche Täterkollektiv“ und „die Volksgemeinschaft als Organ des NS-Regimes“ jedoch eher auf Nebenfelder. Leicht werden Leser, aber womöglich in den neuen Bundesländern, bemerken, dass der Autor die Westdeutschen meint, wenn er von Deutschen spricht, und das er die bundesrepublikanischen Historiker als einzige „deutsche“ apostrophiert.

Hannes Heer, Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Aufbau-Verlag Berlin 2004, 395 S.

Hinterlassenschaft und Erbe

Anfang August jährt sich zum 90. Mal der Tag, da der Krieg begann, der später der Erste Weltkrieg genannt werden sollte. 90 Jahre – das bedeutet, dass die Zeitgenossen, die von ihren Erlebnissen berichten könnten, allesamt verstorben sind. Die Zeit der Veteranentreffen, veranstaltet, um der Schlachten, Siege und Toten zu gedenken, ist vorbei. Die Bünde und Kameradschaften, in denen sich die „Kriegsteilnehmer" – ein Begriff, über den es sich immer wieder nachzudenken lohnt – zusammenschlossen, sind aufgelöst und aus den Vereinsregistern gelöscht. Die größeren figurieren noch in Lexika. Bilder von ihrem Wirken können in Museen und Fotobänden angesehen werden.

Den Generationen der Nachgeborenen begegnet die Erinnerung an diesen Krieg in Europa dennoch auf vielfältige Weise. In Kirchen sind aus Holz, Stein oder Metall gefertigte Tafeln mit den Namen der Toten angebracht, die im jeweiligen Kirchspiel gelebt hatten, ob fromm gestimmt oder atheistisch gesonnen. Genannt werden da nur die „Gefallenen", ein betrügerisches und selbstbetrügerisches Wort, das wie Nebel vor den elenden Toden wabert, die in Krieg erlitten werden. Auf den Listen, vor allem denen in Gotteshäusern der Großstädte, wo sie in langer Reihe aufgeführt sein müssten, fehlen die Namen der an Hunger, Seuchen und Krankheiten in der Heimat zugrunde gegangenen Zivilisten, der Frauen und der Kinder. Sie zählten die patriotische Erinnerung nicht und auf sie passten auch die markigen Sprüche nicht, mit denen die Geistlichkeit diese Erinnerungsstücke versehen ließ. An der Wand der Votivkirche inmitten Wiens nahe der Ringstraße ist zu lesen „Sieg oder Tod im Alpenrot". Wie aber läse sich „Zugrunde gegangen an Lungentuberkulose"?

Dann sind da über die Zeiten hinweg erhalten geblieben die Denkmäler auf Friedhöfen, Märkten, anderen Stadtplätzen und Dorfangern. Wie gefährlich würden sich, wenn sie das denn gekonnt hätten, die Balken der meist nahen Kirchendächer gebogen haben, angesichts der feierlich-lügenhaften Reden, die an diesen Orten Jahrzehnte hindurch regelmäßig gehalten wurden. Doch bildeten die Steine mit den Stahlhelmen, Adlern und weiterem kriegerisch anmutenden Zierrat obenauf, zugleich für Hinterbliebene einen Ersatz für die fehlenden, unauffindbaren oder doch sehr fernen Gräber von Vätern und Söhnen, Ehegatten und Brüdern. Denn Gräber von Kriegstoten dieses Weltkrieges gibt es in Deutschland – beispielsweise in Bonn-Bad Godesberg – nur wenige. Dort wurden diejenigen beigesetzt, die es als Verwundete noch bis in die Heimatlazarette geschafft hatten. Bald nach dem Kriege war die Errichtung dieser Gedenkorte und Denkmale eine Quelle der Einnahmen von Steinmetzen, Maurern, Gießereien und von Künstlern sehr verschiedener Grade.

Zu einer zentralen, gleichsam „nationalen" Stätte der Erinnerung an diesen Krieg ist es in Deutschland nicht gekommen. Pläne und Entwürfe dafür existierten. Orte, die für seine Errichtung in Betracht kamen, wurden bereits ins Auge gefasst. Nach 1933 waren sie definitiv begraben. Die einstige Wache inmitten Berlins gab die Kulisse ab, vor der sich die Staatsspektakel an Heldengedenktagen abspielten. Wo aber auf deutschem Boden Schlachten geschlagen worden waren, das geschah nur in einer Provinz, 1914 in Ostpreußen, als russische Heere dort eingedrungen waren, da erhob sich germanischer Trotz und Trutz mächtig-gewaltig – in Tannenberg. Das lag weit und die meisten Deutschen kannten es nur von Bildern her.

Was hinterließ dieser Krieg in diesen Landen noch? Eine Reihe von Begriffsbildungen, die sich über Generationen erhielten, in Köpfen festsetzten, im Sprachreservoir fest einnisteten, auch wenn von den Tatsachen, auf die sie sich bezogen, immer weniger gewusst wurde. Dazu gehören das „Augusterlebnis" und der „Kohlrübenwinter", der „Schützengraben", die „Materialschlacht" und das „Trommelfeuer", der „Frontsoldat" und auch der „Etappenhengst". Die Tatsache, dass zwischen 1914 und 1918, von erwähnter Ausnahme abgesehen, in Feindesland gekämpft wurde, hat unter Deutschen die Kenntnis geografischer Namen von fernen – bis dahin unbekannten – Städten vermehrt, von Land- und Ortschaften, Flüssen und Gebirgszügen, wie übrigens Kriege vorher und danach das auch getan haben. Lüttich, Marne, Flandern, Somme, Yper, Argonnerwald. Manche davon sind verblasst. Inzwischen sind Deutschen die Namen von St. Tropez und Cannes und die der berühmten Weingegenden im Nachbarland vertrauter als die von Orten des Massensterbens von Männern aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, seit 1917 auch den USA und nicht zu vergessen aus Afrika und Asien, aus den damaligen Kolonien der Kriegführenden.

Ein Name hat sich erhalten: Verdun, unauslöschbar wie der von Stalingrad aus dem Zweiten Weltkrieg. Dort starben im Verlauf der um die Festung ausgetragenen Kämpfe 1916 Hunderttausende. Zwischen Februar und November wechselten Waldstücke, die diesen Namen nicht mehr verdienten, Forts und Höhen, von denen durch den Dauerbeschuss die Erde so weit abgetragen wurde, dass sie später neu vermessen wurden, ihren Besitzer. Für den Verlauf des Krieges blieb das mörderische Hin und Her folgenlos, aber es erschöpfte die Kräfte. Verdun wurde Synonym für die Sinnlosigkeit des Schießens, Mordens und Sterbens und als solches wird es bis heute betrachtet und auch missbraucht. Sinnlos, heißt es nach Horrorberichten und unter ebensolchen Bildern, sei der ganze Krieg gewesen und damit wird er als menschliche Verirrung, in Sonderheit als Männerwahn hingestellt und abgetan. Von Interessen, die in ihn führten, keine Rede. Gewinne, die vor seinem Beginn und während seiner Dauer gescheffelt wurden, nicht oder nur am Rande der Erwähnung wert. Der Schock des vor Auge und Ohr Präsentierten als Denkblockade, das unerschöpfliche Angebot der Details als nicht zu bewältigender Gesprächsstoff und als Surrogat fürs Ganze. Man hat es ja doch gesehen und – nichts verstanden. Das liegt nicht an den Bildern, sondern an der Art ihrer Auswahl, Kombination und Kommentierung und dem schon eingeübten verbildeten Draufblick.

Zehn Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs fuhr Kurt Tucholsky, de damals mehrere Monate in Paris lebte, im Juli 1924 nach Verdun. Den Text, den er danach schrieb, nahm er auch in sein Buch *Mit 5 PS* auf. Was heutigen Besuchern von Fremdenführern erklärt wird, brauchte damals weniger Worte. Was sie im Museum und im „Beinhaus“ sehen können, einem Gebäude, das sinnigerweise einen Turm erhalten hat, der einer Artilleriegranate nachbildet ist, war damals in anderer Weise sinnfällig. Tucholsky schrieb: „Es ist eine weite hügelige Gegend, mit viel Buschwerk und gar keinem Wald. Die Gegend sieht aus wie eine mit Gras bewachsene Mondlandschaft, die Felde sind fast gar nicht bebaut, überall liegen Gruben und Vertiefungen, das sind die Einschläge. An den Wegen verbogene Eisenteile, zertrümmerte Unterstände, Löcher, in denen einst Menschen gehaust haben. Menschen? Es waren kaum noch welche.“

Zwei Sätze aus diesem Text, aus dem Entsetzen, Trauer und Zorn sprechen, bezeugen, dass der Mann sich an den Forts Douaumont und Vaux vom Unmittelbaren nicht erschlagen ließ und weitersah, als das bloße Auge reichen konnte. „Hier haben die Konsumenten von Krupp und Schneider-Creusot die heimischen Industrien gehoben.“ Und: „Weit da hinten am Horizont raucht das, was dem deutschen Idealismus 1914 so sehr gefehlt hat: das Erzlager von Briey.“ Zur Erbschaft dieses Krieges gehört die Herausforderung, sich über das Geheimnis kundig zu machen, aus dem er geboren wurde. Reden wir also, was 1924 so nötig war wie es 2004 notwendig ist, von den Interessen und den Zuständen, die sie hervorbringen. Lassen wir uns davon durch keine noch so kurzweilig-unterhaltsam dargebotene Wiedervorführung der Neuheiten dieses Krieges ablenken, nicht von den Maschinengewehren oder den Flammenwerfern, nicht von den Kriegsflugzeugen oder Unterseeboten, nicht von Tanks und vom Gaskrieg und auch nicht von der „dicken Berta“.

Die Dolchstoßlegende

Seit der Antike gibt es keinen Krieg, um dessen Geschehnisse, Schlachten, Gefechte und Scharmützel, ausgetragen zu Lande, zur See oder später auch in der Luft sich nicht Legenden ranken würden. Ihre Zahl wächst gewöhnlich mit der Länge und dem Ausmaß eines Krieges. Viele von ihnen sichern den Nachruhm einer Person oder einer Gruppe von Kriegern. Immer wieder dienten sie dazu, den Nachgeborenen ein Beispiel zu geben oder und mehr noch, ihnen eine moralische Verpflichtung aufzuerlegen. Je mehr die Herrschenden auf die Zustimmung der Beherrschten angewiesen waren, je weniger sich die Völker unmotiviert herum und in Kriege kommandieren ließen, je größer also, der Aufwand, ihnen überzeugende Gründe für Militärpflicht, Kriegsvorbereitung und dann Kriegsdienst zu geben, umso stärker auch das Interesse an diesen Zwecken dienenden Legenden und ihrer Verbreitung, damit beginnend schon in der Bilderwelt der Kinder und im Schulunterricht. Sind diese Legenden nicht Instrument einer aktuellen Manipulation, so doch zumindest seit dem 19. Jahrhundert Quellen nationaler Erbauung und der Pflege patriotischer Gefühle. Sie stellen selbst in wirklich oder vermeintlich tiefen Friedenszeiten dann so etwas wie eine Vorratskammer dar, auf die sich in „Notzeiten“ zurückgreifen lässt.

Aus dem Ersten Weltkrieg ging Deutschland, nachdem die Auflagen seiner Entwaffnung verwirklicht waren, kriegsunfähig hervor. Das galt jedoch nicht nur im materiellen Sinne, sondern auch im Hinblick auf die geistige und mentale Verfassung seiner Bürger. Sie hatten in ihrer Masse den Krieg gründlich satt und das traf nicht nur für jene zu, die sich gegen ihn erhoben hatten. Spontan, also weit über die Minderheit von Parteien und Organisationen hinaus, die den Friedensgedanken verbreiteten, ließ sich pazifistische Gesinnung und Haltung antreffen, Die Anklage gegen den Krieg musste nicht in Wort und Schrift erhoben werden. Die Menschen lebten mit ihr in Städten und Dörfern, auf Straßen und Plätzen bei den Begegnungen mit Kriegsinvaliden, mit Frauen ohne Männer, Kinder, die Kriegswaise waren, und im Angesicht der wenigen Gräber, die jene Soldaten erhalten hatten, die unheilbar verwundet in heimatlichen Lazaretten verstarben.

Sich mit dieser geistigen und mentalen Verfassung der Volksmehrheit abzufinden war die Sache der ungewandelten Militaristen und all jener Unbelehrbaren nicht, denen beim Ausgang des Krieges und angesichts der Niederlage nur ein Gedanke wuchs: der nach künftiger Revanche und Rache. Als erster Schritt musste dem Volke das verlorene Selbst- und besser noch Kraftbewusstsein wiedergegeben werden, das sich an den Bildern der müde, abgerissen und zerschlagen heimkehrenden Millionen Krieger gebildet hatte. Wie stachen sie von jenen ab, die sich vom August 1914 in den Köpfen und durch Fotografien und Bildstreifen erhalten hatten. Von diesen Heimkehrern nun wurde gesagt, sie seien „im Felde unbesiegt“ geblieben. Das ergab eine abstruse Dialektik: der Staat hatte verloren und musste das durch Waffenstillstand und Friedensschluss anerkennen, seine Krieger aber nicht. Hunderttausende, Millionen deutscher Soldaten, die an den Fronten gekämpft hatten, wussten das anders und hätten es bezeugen können. Sie hatten in Frankreich an den letzten verzweifelten Offensiven der deutschen Armeeführung teilgenommen und deren Scheitern erlebt, kannten die Wege ostwärts, eingeschlagen vor dem heranrückenden und übermächtigen Feind. Sie wussten, dass die eigenen Kräfte erschöpft waren, nicht die ihrer Gegner.

Wie ließ sich da die Lüge von den „im Felde Unbesiegten“ dennoch unter weite Teile der Bevölkerung bringen? Subjektiv wurde das dadurch begünstigt, dass sie einem Teil der Krieger offenkundig wohltat. Zu schweigen von den hohen Militärs der kaiserlichen Armee und Flotte, die diese Version jedes Verdachts enthob, die so genannte Kriegskunst nicht sachkundig und erfolgreich betrieben zu haben. Wer, ob General oder Muschkote sieht und fühlt sich schon wohl als ein Geschlagener.

Wichtiger noch waren einige objektive Tatsachen. Die Kriegshandlungen hatten, von der Anfangsphase des Krieges, als zwei russische Armeen in den Osten Ostpreußens eingedrungen waren, das besetzte Gebiet aber im Oktober 1914 nach der Niederlage bei Tannenberg hatten räumen müssen, jenseits der deutschen Grenzen stattgefunden, in Belgien und Frankreich, Russland, Serbien, Rumänien, Italien und sogar in Griechenland. Anders als 1805 nach Austerlitz und 1806 nach Jena und Auerstedt als die fremden Armeen das Land für kürzere oder auch längere Zeit besetzten, und anders

als später nach Stalingrad, hatten die Zivilisten im Reichsgebiet ausländische Soldaten binnen dieser vier Jahre nur als Gefangene wahr-genommen. Die fehlende eigene Erfahrung der Niederlage, die erst nach der Waffenruhe mit dem Einzug von Besatzungstruppen insbesondere in den linksrheinischen Territorien und im Ruhrgebiet gesammelt wurden, schuf den Propagandisten der Legende unverdient Glaubwürdigkeit.

Wenn die Niederlage aber nicht an den Fronten erlitten worden war, dann fragte es sich, wo und wie und wodurch sonst. Darauf lautete die Antwort, sie sei durch einen Dolchstoß in den Rücken der Kämpfenden bewirkt worden. Diese These rief bei den meisten Deutschen Bilder wach, die sie in ihren Sagenbüchern gesehen hatten. Sie zeigten den hinterhältigen und finsteren Hagen Tronje, seinen Speer in die einzige Stelle im Rücken des blonden heldischen Siegfried bohrend, an der er verwundbar war. Ebensolchen Stoß, nur der Speer war durch einen Dolch ersetzt, hätten die Marxisten, die Kommunisten, die Revolutionäre und weitere Pazifisten ausgeführt, vaterlandslose Gesellen allesamt, „Novemberverbrecher“ und – dies propagierte vor allem aber nicht nur die Partei Hitlers – vor allem Juden.

Niemand hat diese Dolchstoßlegende lauter, ausgeschmückter und skrupelloser verbreitet als die deutschen Faschisten, deren Führer, ausgenommen der oberste, zu den Orden geschmückten Weltkriegsoffizieren gehörten. Hitler zufolge wären es nicht Frontsoldaten gewesen, deren Kriegsmüdigkeit er freilich zugeben musste, die die Revolution anzettelten, sondern irgendwelches „Gesindel“ in Etappe und Heimat, Drückeberger und Deserteure, die fälschlicherweise nicht erschossen worden wären.[1] Schon bei Kriegsbeginn hätte man die „jüdischen Volksvergifter“, die ebenso wie die Marxisten an anderer Stelle „Ungeziefer“ und „Pestilenz“ genannt werden, „unbarmherzig ausrotten“ müssen.[2]

So erfüllte die doppelgesichtige Legende vom „im Felde unbesiegten“ Heer und vom gegen dieses Heer geführten Dolchstoß innenpolitisch eine doppelte Aufgabe. Sie machte dem unbelehrten und lernunwilligen Teil des Bürgertums und des Kleinbürgertums, den Kriegsenthusiasten der Jahre von 1914 bis 1918, die Niederlage erträglich, bot ihnen gleichsam Trost und Stärkung, mehr noch: sie ließ sie stolz sein auf „unsere Helden“ und deren Taten. Und: Sie mobilisierte zum Kampf gegen alle, die links standen oder als Linke galten und zudem gegen die jüdischen Deutschen. So lebte der Krieg auf dem innenpolitischen Kampfplatz der Weimarer Republik fort. Und wie der äußere so bedurfte auch der innere der Organisationen. Was da Kompanien, Bataillone und Regimenter gewesen waren, wurden nun Parteien, Bünde, Vereine, studentische Korporationen.

---

1 Mein Kampf, S. 585 ff.

2 Ebenda, S. 185 f.

Gäste und Besucher im Nazireich

Nur von wenigen Autoren, deren Texte der Band „Reisen ins Reich 1933 bis 1945“ versammelt, dürfte über den Kreis von Spezialisten der Geschichte und Literaturgeschichte hinaus bekannt sein, dass sie sich mehrere Jahre in Nazideutschland aufgehalten hatten. Das trifft gewiss zu für die Tochter des US-amerikanischen Botschafters, Martha Dodd, und ebenso für den Journalist William Shirer. Beide haben ihre Beobachtungen, Eindrücke und Urteile in viel gelesenen Büchern festgehalten, die seit langem als seriöse zeitgenössische Quellen gelten und genutzt werden.

Doch dann stößt der Leser auf Namen von Ausländern, die er zu Zeiten, da Thomas, Heinrich und Klaus Mann, Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Bert Brecht, Johannes R. Becher und viele andere dieses Land hatten fliehen müssen, innerhalb von dessen Grenzen auch als kurzzeitige Besucher nicht vermutet hätte: Max Frisch, Albert Camus, Thomas Wolfe, Samuel Beckett. Nicht alle kamen in der Absicht, sich eigenen Auges von der Wahrheit der Berichte zu überzeugen, die deutsche Hitler-Gegner über dieses Reich schon geschrieben hatten, und auch nicht mit dem Vorsatz, aus selbst erworbenem Wissen denen beizutreten, die in Europa und jenseits des Kontinents ihre Warnungen ausriefen.

Was an Niedergeschriebenen zusammengetragen worden ist, war zudem nur zum Teil für die Öffentlichkeit bestimmt. Das aber wurde in Zeitschriften oder Zeitungen oder in selbständigen Reiseberichten alsbald gedruckt. Anderes ist späteren Publikationen entnommen, wurde verarbeitet in Erinnerungen, Romanen oder Novellen, entstammt Tagebüchern oder Briefen, die sich in Nachlässen fanden. Das Gebotene (es bildet eine Auswahl) ist in seinen Inhalten von höchst unterschiedlichem Wert. Manches von nur marginalem Interesse hätte sich verlustlos aussondern lassen. (Was haben mit Erfindungen angereicherte Aufzeichnungen eines schwedischen SS-Freiwilligen, der schwerlich den Reisenden zuzuordnen ist, über den „Endkampf“ in Berlin in dem Band eigentlich zu suchen?)

Die Texte verraten kaum Reisende, die sich auf ihre Fahrt durch das Studieren von Informationen, die über dieses Deutschland im Ausland erreichbar waren, besonders vorbereitet hätten. Viele, mit dem Land der Dichter und Denker wohl vertraut, kamen und suchten nach deren Spuren in den Köpfen und im Verhalten der Deutschen, ein Unterfangen, das bei der Zufälligkeit der Wege und Begegnungen nicht weit führen konnte. In Aufzeichnungen, die auf Eindrücken und Erlebnissen aus der Vorkriegszeit fußen, wird zu erforschen gesucht, ob die Deutschen von den Nazis unterworfen oder hypnotisiert oder durch die Umstände zu deren Gefolgschaft gedrängt worden seien. Selten nur spricht sich eine Stimmung aus, wie sie sich in Becketts Notiz, angefertigt in Berlin am 15. Januar 1937, findet: „Bald werde ich wirklich zu kotzen beginnen. Oder nach Hause gehen.“

Mit dem Krieg verringert sich die Zahl der Reisenden und – nachdem auch den USA der Krieg erklärt ist – sind es noch Journalisten aus Schweden, der Schweiz, aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern Dänemark und Norwegen und dem bis 1943 verbündeten Finnland, die aus dem Reich berichten oder sich später an die dort verbrachte Zeit, namentlich im zunehmend durch Bomben verheerten Berlin, zurückerinnern. Sie lieferten nahezu ausschließlich Beschreibungen, keine Analyse. Eine, die aus dem Jahre 1941 und der Feder des US-amerikanischen Journalisten Howard Smith stammt, betrifft die Frage, warum die Deutschen diesem Regime Gefolgschaft leisteten und kann als eine der frühesten Vorhersagen für die Antriebe gelten, die es den Machthabern ermöglichten, einer „Wiederholung“ des 9. November 1918 zu entgehen. Zwar, so Smith, spiele die Gestapo bei der Disziplinierung des Volkes eine große Rolle, doch die Hauptursache, „warum sich die Deutschen am Schwanz des Löwen festklammern“, seien die sie wie ein Alptraum quälenden Fragen: „Wie wird es ihnen ergehen, wenn sie den Krieg nicht gewinnen? Was werden ihre Feinde, die so lange unter ihnen leiden mussten, mit ihnen tun? Wie werden die gemarterten Völker, ... die Tschechoslowaken, die Polen, die Franzosen reagieren ...? dieses Volk erstarrt vor Angst, wenn es daran denkt, welches Schicksal ihm bevorsteht, falls es aus dem Abenteuer, in das die Nazis es gestürzt haben, nicht siegreich hervorgehen sollte.“

Reisen ins Reich 1933 bis 1945. Ausländische Autoren berichten aus Deutschland. Zusammengestellt und mit einer Einleitung von Oliver Lubrich, Eichborn Verlag, Frankfurt a.M. 2004, 427 S. (= Die Andere Bibliothek. Hrsg. Hans Magnus Enzensberger).

Befreiung – zu einem umstrittenen Begriff

Vortrag, gehalten in Berlin, Russisches Haus, 16. März 2005

Kommt die Rede und richtet sich der Blick auf das Jahr 1945, und das ist in diesen Tagen vor dem 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa oft der Fall, dann konzentriert sich diese wie jener zumeist auf dramatische Vorgänge, wie die Massenflucht aus dem Osten, die Bombardierung einer Stadt oder den Kampf um eine Region im Reich, oder sie wenden sich handelnden Personen zu. Sich in dieser Weise zu erinnern oder zu besinnen, scheint faszinierender, als sich mit dem historischen Platz des Ereignisses zu befassen. Dem nachzuspüren, mutet vielen als zu ernüchternd, Distanz nehmend, und vielleicht gar staubtrocken an. Indessen ist nicht zu übersehen, dass in der Geschichtspublizistik von den Zeitungen bis in das Fernsehen die Fakten und Details, vielfach von Emotionen überfrachtet, in den Vordergrund drängen und darüber deren Analyse weit in den Hintergrund gerät. Es prägen sich so Sprach- und andere Bilder von Trümmern, Flüchtenden, Verführern und Verführten – denkt man an die bewaffneten milchbärtigen Hitlerjungen–, von Leidenden und Toten ein. Verstanden aber wird von den Geschehnissen immer weniger. Wenn nicht überhaupt nur Neugierde befriedigt, Unterhaltung und Ablenkung bewirkt und Gruseln erzeugt wird, so erscheinen die Ereignisse selbst Fragenden letztlich äonenfern und unbegreiflich. So werden sie auch kommentiert.

Die Frage nach dem historischen Ort des 8. Mai 1945, des Endpunktes einer Entwicklung und des Ausgangspunktes einer neuen, befriedigt nicht nur ein Ordnungsinteresse, ohne dessen Verwirklichung der Blick in die Vergangenheit auf ein Chaos fällt. Ihre Beantwortung zielt noch immer darauf, sich zu dem Datum selbst in eine Beziehung zu setzen und aufzuklären, woher wir kommen und wie weit wir uns sicher von jenen Zuständen entfernt haben, die sich mit dem Ereignis verbinden. Dass die Aufgabe auch 60 Jahre später nicht gelöst ist, zeigt allein die Tatsache an, dass die Bezeichnung des geschichtlichen Tages in Deutschland umstritten blieb. Während er in den Staaten der einstigen Anti-Hitler-Koalition als Tag des Sieges über den deutschen Faschismus, die Hauptmacht einer Mächtekoalition, bezeichnet und begangen wird, wechseln die Benennung hier und das nicht zufällig, sondern mit einem mehr oder weniger klar erkennbarem politischen Hintergrund. Hier ist die Reihe der Wörter und Begriffe, die in Rede steht: Kapitulation, Niederlage, Zusammenbruch, Kriegsende, Katastrophe, Stunde null, Besetzung, Erlösung, Befreiung. Die letzte Kennzeichnung ist die bis heute umstrittene. Veranstaltungen werden angekündigt unter dem Thema *Niederlage oder Befreiung*. Indessen handelt es sich bei den zitierten sprachlich-begrifflichen Bestimmungen nicht um Konkurrenten, sondern um Sichten aus verschiedenen, jeweils realen Perspektiven auf ein und dasselbe Ereignis. Keiner dieser Begriffe ist verfälschend, jeder erfasst objektive wie subjektive Seiten dieses 8. Mai. Eine gelungene Verbindung hat der Verlag PapyRossa für ein kürzlich erschienenes Buch gefunden, als er ihm den Titel *Ein Untergang als Befreiung* (Hrsg. Michael Klundt, Köln 2005) gab. Jeder dieser Begriffe ist zudem mehr oder weniger gefühlsbeladen, was den Auseinandersetzungen um des Kaisers Bart eine besondere Färbung gibt.

Doch sind die sprachlichen Charakteristika nicht gleichrangig, bezeichnen sie doch verschiedene Stufen der Wahrnehmung und Erkenntnis. Kapitulation markiert nicht mehr als einen verbindlichen Rechtsakt, das definitive Waffenstrecken der deutschen Wehrmacht vor den militärischen Siegern. Befreiung hingegen sagt etwas über den Zustand der Deutschen vor dem 8. Mai und dessen sich mit diesem Datum verbindende Veränderung. Mit ihm wird eine Wertung gegeben und die ist positiv. Befreiung bezeichnet einen Gewinn. Der eben wurde und wird bestritten. Heute von den einen für alle Deutschen, von anderen für die Ostdeutschen.

Auch im Hinblick auf den 8. Mai weisen die beiden deutschen Staaten während der gesamten Zeit ihrer Existenz eine deutlich zu unterscheidende Geschichte auf. Das gilt nicht nur für die offizielle Lehrmeinung, die gleichsam amtliche Geschichtsschreibung, die ihren Niederschlag in den an staatlichen Schulen zugelassenen und benutzten Geschichtsbüchern findet. Der 8. Mai als Tag der Befreiung war in der DDR nicht nur zeitweilig Staatsfeiertag. Als Ergebnis einer historisch-materialistischen Darstellung von Faschismus und Krieg (die heute als verordneter Antifaschismus abgetan wird)

haben die Bürger des Landes weithin zu erkennen begonnen und begriffen, dass diese Kennzeichnung richtig benennt, was ihnen selbst oder ihren Vorfahren, Eltern und Großeltern, damals geschah. Denn: das Wissen darüber, was Faschismus war (und das ist eben mehr als nur seine für jedermann sichtbare und nicht zu bezweifelnde verheerende materielle Hinterlassenschaft), war und bleibt Voraussetzung dafür, die Bedeutung des Ereignisses auch für die Deutschen zu erfassen und zu bewerten. Und dazu gehört auch die Rechenschaft darüber, welche Perspektiven dieser Faschismus im Falle seines Sieges den Deutschen bot.

In der Bundesrepublik in ihren alten Grenzen hat erst die denkwürdige Rede von Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes den Begriff Befreiung als treffende Charakteristik des Ereignisses benutzt und populär zu machen gesucht. Mit welchem langzeitlichen Ergebnis, das lässt sich zwanzig Jahre später beurteilen. Dass ihn die äußerste Rechte den Begriff nach wie vor ablehnt, braucht hier nicht erörtert zu werden. In der Mitte der Gesellschaft haben sich gegen ihn aber Argumente ebenso erhalten. Die mildere Form der Einwände begegnet uns in zweierlei Gestalt. Es wird gesagt: Die Mehrheit der Deutschen hat sich 1945 nicht befreit gefühlt. Das ist unbestreitbar. Und: Die Alliierten kamen kämpfend nicht in erster Linie nach Deutschland, sie erstürmen Berlin nicht, um die Deutschen zu befreien, sondern um zu siegen und zu triumphieren. Das ist auch unbestreitbar, hat man das direkte Ziel der Mächte der Anti-Hitler-Koalition vor Augen, gilt aber schon nicht, wenn die ferneren Ziele in Betracht kommen. Diese Gegenreden wollen das subjektive Befinden der Handelnden zum Kriterium für die Bezeichnung des Geschehens machen. Sie ignorieren die Tatsache, dass die Realität und ihre Wahrnehmung, ihre Abspiegelung in den Köpfen, nur in seltenen Fällen zusammenfallen. Um von den Empfindungen der Deutschen in jenen Tagen zu reden: Wie sollte eine Frau, die mit ihren Kindern das eigene schlesische Dorf inzwischen unerreichbar fern hinter sich wusste, irgendwo in Bayern untergekommen war, sich in diesem Moment „befreit“ fühlen? Wie ein Soldat, der den Weg in eine ungewisse Gefangenschaft von einer unbestimmten Länge antreten musste? Wie die Masse der kleinen und nicht so kleinen Nazis, die damit zu rechnen hatten, dass die Rede auf ihre Rolle und das nicht ohne Folgen für ihr Leben kommen werde. Usw. Angesichts dieser Tatsachen, die in der Bundesrepublik in Wort, Schrift und Bild seit langem ausgebreitet wurden, denn es ist eine Legende, dass über sie ein Tabu gebreitet worden wäre, wurde der Begriff Befreiung in der Bundesrepublik lange nur gelten gelassen für die in Konzentrationslagern und Zuchthäusern inhaftierten Häftlinge, für die ins Reich verschleppten Zwangsarbeiter, für die kriegsgefangenen Franzosen, Briten, Sowjetsoldaten, US-Amerikaner usw., für die Illegalen, für die wenigen überlebenden Juden. Und die Deutschen in ihrer Mehrheit? Sie waren nach diesen Bildern nicht mehr als Besiegte in einem besetzten und fremd regierten Land geworden. Diesem düsteren Bild hat von Weizsäcker sein helleres entgegengesetzt und den Tag als das charakterisiert, was er war, als Chance für eine Wende, für einen Aufbruch, für einen Neubeginn.

Dieses Bild ist inzwischen doppelt differenziert worden. Erstens im Hinblick auf die Vorgeschichte und Geschichte der Befreiung. Die gerann 2004 in den Satz: Die Befreiung begann in der Normandie und der besagt, dass die Rolle von Befreiern einzig den Armeen der Westalliierten zugestanden wird. Dies verbindet sich mitunter mit Kritik an diesen Befreiern, weil sie nicht früher und nicht rascher erschienen, um die „Russen“ von Berlin und dem deutschen Osten fernzuhalten. Zweitens wird erklärt, die Deutschen erlebten nur in jenen Teilen Deutschlands eine Befreiungsstunde, die Besatzungszone oder -gebiet der Westmächte wurden. Im Osten hingegen wären sie von einer Diktatur in die nächste, von der nationalsozialistischen in die kommunistische, geraten. Diese Betrachtungsweise gewinnt in diesen Wochen an Terrain und wird nicht nur von Publizisten vertreten, denen, sobald sie sich zur Geschichte Ostdeutschlands nach 1945 äußern, Schaum vors Maul gerät. Und sie wird einzig noch durch politische Rücksichten gegenüber Russland gedämpft, auch ganz aktuellen, reist doch der Bundeskanzler am 9. Mai als Gast nach Moskau. Zwei Beispiele: Ein Verlag, der nicht zu der Verlegergruppe am äußersten rechten Rand gehört – die Rede ist vom Propyläen Verlag der zu den Ullstein-Buchverlagen gehört –, kündigte für Ende März ein Buch eines Hubertus Knabe unter dem Titel „Keine Befreiung“ an und versandte dessen Fahnen an Rezensenten. Soeben ließ er mitteilen, dass sich der Buchtitel geändert habe und nun laute: *Befreiung?* Eine Begründung wird nicht mitgeteilt,

doch ist ersichtlich, dass dieser Wandel im Etikett keinem Wandel des Textes folgt. Entweder war der erste Titel falsch gewählt, was sich nach einem Blick in den Inhalt ausschließen lässt, oder, was vermutet werden kann, die Provokation wurde abgeschwächt, um nicht erkennbar in eine politische Gesellschaft zu geraten, die als unangenehm gilt. Der neue Titel ist jedenfalls eine Täuschung, denn für den Autor ist der Begriff Befreiung nicht fraglich, aus seiner Sicht hat sie im Osten nicht stattgefunden. Nicht anders – und dies zeigt an, wohin die Gedankenreise im Lande BRD gehen soll, sehen die Dinge zwei renommierte Militärhistoriker der Bundesrepublik, die in ihrem eben erschienenen Buch (Gerd R. Ueberschär/Rolf-Dieter Müller, 1945. Das Ende des Krieges Primus Verlag Darmstadt 2005) davon sprechen, dass für die Ostdeutschen 1933 eine Odyssee begann, die 1990 endete. Den 60. Jahrestag ihrer Befreiung, einen anderen, hätten Ostdeutsche demnach erst im Jahre 2050 zu begehen.

Der Band verdeutlicht, wohin die Fragestellungen in Historikerkreisen der Bundesrepublik inzwischen weisen.

Gab es damals, fragen seine Autoren, „einen anderen Weg, der die letzte Konsequenz – die Bereitschaft, Stalin notfalls mit Waffengewalt in die Knie zu zwingen und so den Zweiten Weltkrieg um eine weitere Runde (Ring frei – K. P.) fortzusetzen – ausschloss?“ Das sei eine Schlüsselfrage die jetzt einmal aufgeworfen werden müsse. Ihre Antwort lautet: „Die westlichen Demokratien waren 1945 nicht stark genug, beide totalitären Diktaturen und Hitler und Stalin gleichzeitig zu beseitigen ...“ Ein „Fortsetzungskrieg“ mit dem „befreienden“ Einsatz von Atombomben ist nicht die erste Wahl der Autoren. Was aber dann? Sollten die anglo-amerikanischen Mächte ihrem Verbündeten, einem gemarterten, ausgeplünderten und verwüsteten Land das Messer des Wirtschaftskrieges an die Kehle setzen? Und wenn das sich als stumpf erwies, dann doch zur letzten Konsequenz greifen? Ins späte Bedauern über in seinen denkbaren Mitteln nicht näher bestimmtes Versäumtes mischen die Verfasser indessen Trost. Denn, so das Schlussbild am Bandende, es sei „die 1945 von vielen erträumte ‚eine Welt‘ nunmehr zum Greifen nahe gerückt“ sei. Der Sinn dieser Betrachtung ist klar: Der 8. Mai 1945 wird nicht mehr in erster Linie als Triumph über ein menschenfeindliches und -mörderisches Regime, den Faschismus, gesehen, sondern als eine Etappe in der Auseinandersetzung mit den „totalitären Systemen“, als das Unvollendete, das 1990 zur Vollendung erst gelangte.

Wer sich dieser Sicht mit Gründen entgegenstellen will, muss also noch einmal dartun, was dieser Begriff Befreiung für die Mehrheit der deutschen Zeitgenossen bedeutete, welche Tatsachen für ihn sprechen und ihn ausfüllen.

1. Die Deutschen waren am 8. Mai 1945 – Millionen schon in den Wochen und Monaten vorher – endgültig befreit von den Schrecknissen des Krieges. Die Liste ihrer Toten und ihrer Krüppel war damit noch nicht geschlossen, viele starben noch in den Zeiten danach oder kamen in ihnen zu schwerem Schaden. Doch die Masse von ihnen konnte sagen: Wir haben den Krieg überlebt und unsere Chancen, davon gekommen zu sein, wachsen von nun an mit jedem Tag. Auch wenn der Moment, von dem an das Leben wieder lebenswert genannt werden konnte, für viele fern lag und unerkennbar war. Diesen Wendepunkt in ihrer kollektiven Biographie wie auch in ihren persönlichen Lebensläufen hatten die meisten von ihnen ohne ihr Zutun erreicht, ja sie hatten ihn bis dahin durch ihr freiwilliges oder erzwungenes Verhalten immer wieder noch hinausgeschoben. Für Millionen galt, dass sie das, was sie an materiellem Besitz noch gerettet hatten, nun wohl nicht mehr verlieren würden. Das hieß nicht, das die Deutschen an diesem 8. Mai von Zwängen und Ängsten befreit gewesen wären, aber sie hatten auch nicht nur die einen gegen andere vertauscht, ihre Beängstigungen und Besorgnisse besaßen zumeist keinen ihr Leben bedrohenden Charakter mehr.
2. Dieser 8. Mai hat die Deutschen definitiv von der schändlichsten Rolle befreit, die sie in ihrer Geschichte bis dahin gespielt hatten. Sie waren, an sehr verschiedenen Plätzen und mit krass zu unterscheidenden Anteilen die modernen Sklavenhalter für Millionen und Abermillionen Europäern geworden. Kriegerisch hatten sie deren Länder verwüstet und verheert, deren Einwohner zu Millionen umgebracht und ihnen unsagbares Leid zugefügt, Trümmerhaufen von ungeheuren Ausmaßen hinterlassen, Lebenspläne und Hoffnung zerstört, Länder ausgeplündert und ausgeraubt. Nie zuvor war das Ansehen Deutschlands und der Deutschen auf einen derartigen Tiefpunkt herun-

tergewirtschaftet worden. Als sowjetische Soldaten die Reichsgrenze erreichten, errichteten sie Schilder, auf den zu lesen war: Hier beginnt das verfluchte Deutschland.

Und dieser Siegestag der Alliierten hat die Deutschen auf Generationen hinaus von der Möglichkeit einer schandbaren Zukunft befreit. Was ein Sieg der faschistischen Eroberer bedeutet hätte, ist mehrfach beschrieben worden, ohne dass dafür besondere Phantasie notwendig gewesen wäre. Die Pläne für ein Europa unterm Hakenkreuz, namentlich was das Kolonialreich im Osten anlangte, sind fixiert worden und überliefert. Die Deutschen dauerhaft als Herren und Unterdrücker vor allem, aber nicht nur der slawischen und anderen Völker Osteuropas, ihnen Lebensrecht zubilligend oder entziehend, Erhebungen und Aufstände der Unterdrückten brutal niedermachend. Aber es muss auch ein Blick auf das Innere, die gedachte Gestaltung des Kerns dieses Imperiums geworfen werden, um zu erkennen, was ihnen bevorstand und was ihnen erspart blieb: ein Zustand der geistigen Uniformierung ohne Beispiel, die aufgeschobene Endlösung der Kirchenfrage, die Durchsetzung rassistischer Auswahlprinzipien in der Herrenrasse, zu schweigen von Bildern wie das von der deutschen Architektur nach den Entwürfen Speers wie vom gesamten Zustand deutscher Literatur und Kunst nach dem Geschmack der Hitler und Göring. Brecht dichtete 1933 „Deutschland“, dessen erster Vers lautet: „O Deutschland, bleiche Mutter! / Wie sitzest du besudelt / Unter den Völkern. / Unter den Befleckten / Fällst du auf.“ Wer hätte Worte für die Rolle gehabt, die den Deutschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach dem Endsieg zugedacht wurde? Brechts Gedicht endet mit den Versen: „O Deutschland, bleiche Mutter! Wie haben deine Söhne dich zugerichtet. Dass du unter den Völkern sitzest. Ein Gespött oder eine Furcht!“ Nun also, 8. Mai 1945, war Deutschland keine Furcht mehr, aber es war, angesichts dessen was an Grauen Zug um Zug erst noch zu Tage kam, auch nicht mehr ein Gespött. Denn wie hatten seine Söhne inzwischen nicht nur Deutschland zugerichtet.

Ereignis und Erinnerung

Eine historisch-politische Nachlese zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Vortrag in der Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung am 13. September 2005

Zu diesem Lande wie zu vielen anderen gehört seit Generationen eine Kultur der Erinnerung. Sie ist inzwischen hochentwickelt, wenngleich von der Teilnahme an ihren Äußerungen eine wachsende Zahl seiner Einwohner ausgeschlossen ist, infolge von Unwissenheit, Armut, alltäglicher Sorgenüberlast. Diese Kultur transportiert in die Gesellschaft unablässig Erbauung, Anregungen, Nachdenklichkeit, Rechtfertigungen, auch Warnungen und Mahnungen, dazu – wie manche meinen – Lehren. Erinnerung geschieht im privaten wie im öffentlichen Raum und auf verschiedensten Ebenen des Staates. Akademien, Vereine und Gesellschaften erinnern sich anlässlich Geburts- oder Sterbedaten ihrer Namenspatrone, Mitglieder oder Förderer, herausragender Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Technik, Literatur und Kunst. Politische Parteien und Organisationen würdigen aus gleichen oder ähnlichen Anlässen ihre Gründer und andere verdienstvolle Frauen und Männer, die sie ihrer Traditionslinie zugeordnet haben. Rückblicke richten sich auf Daten, an denen herausragende Entdeckungen oder Erfindungen gemacht oder bekannt gemacht, bedeutende Werke geschrieben und gedruckt, Schauspiele uraufgeführt, sportliche Leistungen vollbracht wurden. Jahrestage regen Forscher und Publizisten zu neuen Unternehmen an, animieren Künstler aller Genres zu eigenen Beiträgen, schlagen sich in Buchhandlungen und auf Bühnen nieder. Waren seit langem schon Zeitungen und Zeitschriften Träger und Verstärker (und auch Profiteure) solcher Erinnerungen, so bilden die ungemein vermehrten und vielseitigen Medien unserer Tage (Funk, Film, Fernsehen u. a.) mächtige und weitreichende Instrumente, die Initiativen und Kampagnen nicht nur begleiten und ausweiten, sondern von denen sie mitunter selbst ausgehen und dominiert werden.

Vor allen anderen waren und sind es Ereignisse aus der Landes- und Staatengeschichte, deren namentlich bei „runden“ Jahrestagen gedacht wird – von Staats wegen und, so Zeitgenossen noch leben, auch an Familien- wie an Vereins- und Stammtischen. Im Laufe des letzten Jahrhunderts gab es in keinem der aufeinanderfolgenden oder gleichzeitig existierenden deutschen Staaten wohl eine pompösere, die gesamte Bevölkerung erreichende Veranstaltungsreihe festlicher Erinnerung wie die im Jahre 1913 inszenierte, die der Erinnerung an die Befreiung von napoleonischer Besetzung und insbesondere an die Völkerschlacht bei Leipzig ein Jahrhundert zuvor galt. Das mochte umso mehr erstaunen, als im Festjahr selbst die Kinder der Zeitgenossen der Blücher, Gneisenau, Scharnhorst und Schill das Greisenalter schon erreicht hatten und zwischen der gefeierten Vergangenheit und der Gegenwart der vielverklärte Sieg bei Sedan lag. Hochrepräsentative Bauten, die kein folgender Krieg vollständig zerstört hat und die mehrfach restauriert wurden, wie das berühmte Denkmal in Leipzig und die Jahrhunderthalle in Wrocław, dem einstigen Breslau, die mit einem von Gerhart Hauptmann eigens dafür geschriebenen Festspiel eingeweiht wurde, bezeugen den staatlichen Aufwand, der für solches Erinnern nicht gescheut wurde.

Die Erinnerungskultur eines Landes bestimmt in erheblichem Grad auch das Interesse an der Geschichtswissenschaft und die Nachfrage nach ihren Ergebnissen, mitunter auch die öffentliche Aufmerksamkeit, welche ihren Vertretern von den Spezialisten der Technik- bis zu denen der Ideologiegeschichte zuteilwird. Jedoch vollzieht sich in der Gegenwart ein Prozess, in dessen Verlauf sich die Resultate der Erforschung des Vergangenen von den Inhalten des publizistischen Angebots zunehmend entfernen, auf das die Bürger aus Anlass des Jahrestages einer Staatsgründung, des Inkrafttretens einer Verfassung oder eines bedeutenden Gesetzes, des Beginns oder Endes eines Krieges, des Stattfindens einer folgenreichen Schlacht oder einer wegweisenden Konferenz geistig zugreifen können. Historiker, wiewohl manche von ihnen in den Kampagnen mitwirken, sehen sich in die Lage gebracht, dass von ihnen geschaffene Geschichtsbilder auf ihr Tatsachenmaterial hin zerlegt und zu neuen, ihren eigenen Erkenntnissen und Intentionen bestenfalls noch anverwandten Bildern zusammengefügt werden. Am Ende von Fernsehfilmen erscheint nach der Nennung von deren Produzenten die Einblendung „Wissenschaftliche Beratung Professor usw.“ Daraus entnehmen Kenner nur, wer das Honorar erhalten hat.

Die Art und Weise, wie geschichtliche Ereignisse erinnert worden sind, bildet inzwischen selbst einen Zweig der Geschichtsforschung, dem es an Stoff, Themen und Anstößen nicht mangelt. Das aus einschlägigen Studien zu entnehmende, nicht überraschende Hauptergebnis solcher Untersuchung lautet, dass die Erinnerung an geschichtliche Prozesse, Ereignisse und Personen *von Interessen geleitet wird* und zwar in ihrem Hauptstrom von den jeweils dominierenden, also von vorherrschenden politischen Interessen. Das schließt Zufluss aus Nebenströmen der Gegenkultur nicht aus. Den Vorgang haben an einem für Demonstrationszwecke besonders geeigneten Beispiel jüngst zwei Dubliner Historiker dargestellt, die sich mit der Erinnerung an die Gräueltaten befassten, die von Formationen der kaiserlichen deutschen Armee 1914 in eroberten Städten und Ortschaften Belgiens und Frankreichs begangen worden waren. Sie zeichnen das Bild eines Kampfes um das unverfälschte Wachhalten gegen die Begrenzung oder gar Unterdrückung dieser Erinnerung selbst in den betroffenen Stadt- oder Landgemeinden, wobei sich höchst merkwürdige und quer zu den herkömmlichen liegende Fronstellungen ergaben.

In Kürze: Während die Bürger vor Ort, vielfach Verwandte oder Nachkommen der Opfer, in der Mitte der zwanziger Jahre die Erinnerung bewahren wollten und sich für würdige Gedenkstätten mit einer klaren Aussage über ihren Bezug einsetzten, befürchteten Pazifisten verschiedenster Prägung eine Verengung der Rückblicke auf einzelne Grässlichkeiten, wo ihnen aber doch der Krieg insgesamt als ein Grauen galt und sie deren Urheber und nicht einzelne Übeltäter ins Visier bringen wollten. Die eigentliche Konfrontation aber ergab sich aus dem in Paris und Brüssel vorherrschenden Staatsinteresse, die Beziehungen zu Deutschland nach dem Rückzug aus dem Ruhrgebiet und trotz Fortdauer der Besetzung des Rheinlandes neu zu ordnen und, so die politische Rechte, die Weimarer Republik in den Verbund fest antirevolutionärer und antisowjetischer Staaten einzubinden. Auch um die Geschäfte der Reparationszahlungen ungestört abzuwickeln, sollte durch Schriften, Bekundungen und Denkmäler kein in die Außenpolitik wirkender Zündstoff geschaffen und den nationalchauvinistischen Kräften im Reich keine weitere Munition geliefert werden.

Der Blick in die Vergangenheit und über die Landessgrenzen hinaus vermag das Auge für Vorgänge zu schärfen, die sich in der kürzlich betriebenen staatsweiten Kampagne beobachten ließen, die hierzulande dem Rückblick auf den 8. Mai 1945 lenkte. Methodisch gilt: Wer diese Vorgänge nur unter Fragestellungen wie wahr – falsch, richtig – verlogen, übertrieben – marginalisiert usw. analysieren würde, könnte zwar fündig werden, aber sich und anderen nichts erklären. Auszugehen ist von Interessen, denn die Initiatoren der Erinnerung gingen nicht anders als in Dutzenden ähnlicher Fälle ihre Vorgänger von eben diesen – selbstredend ihren eigenen – Interessen aus: von politischen, ideologischen, auch wirtschaftlichen, und zudem, denkt man an die Politiker, von durchaus persönlichen, ihre Karriere oder Stellung, mitunter auch ihren Ruf und Nachruhm sichernden. Das zu erwähnen heißt nicht, jemandem am Zeuge flicken wollen. Keine einzige dieser Interessen muss von wahrheitswidriger Natur oder Folge sein, jede aber kann es. Jedoch vermag selbst der politisch reaktionärste Antrieb sich im Einzelfall auf Wahrheiten zu beziehen und sich mit ihnen zu schmücken.

Reden wir also von den durch Interessen gezogenen historisch-politischen Koordinaten dieses 8. Mai 2005, vor allen denen, die für das Handeln der Regierenden in der Bundesrepublik viel Bedeutung erlangten. Anders als der 20. Juli 1944 ist der 8. Mai 1945 bis heute ein internationaler Tag des Erinnerns und des Gedenkens, eines befreienden, vieler Orts aber noch immer eines zugleich tief schmerzenden und trauernden Gedenkens. Das Datum bezeichnet das Ende eines beispiellosen Krieges mit Abermillionen Toten, mit nach wie vor aufbrechenden Narben und nie verheilten Wunden Diesen Charakter des Maitages kann kein deutscher Regierungspolitiker unbedacht lassen. Er wirkte in die Bundesrepublik hinein, in der – anders als in Russland oder Frankreich – ein ausgeprägtes innenpolitisches Interesse fehlte, sich dem weltgeschichtlichen Datum in besonderer Weise zuzuwenden. Es war zunächst nur eine Minderheit aus demokratischen, pazifistischen und antifaschistischen Kräften mit ihren Organisationen und Vereinigungen – in ihnen die letzten noch lebenden Teilnehmer am Widerstandskampf innerhalb und außerhalb Deutschlands –, dazu Einrichtungen der Bildung und Kultur, die sich darauf vorbereiteten, an den – wie sie ihn verstehen – Tag der Befreiung auch des deutschen Volkes vom Faschismus zu erinnern. Dabei griffen sie vielfach auf den Reichtum künstlerischer und

publizistischer Leistungen zurück, der im deutschsprachigen Exil und dann nach 1945 in Deutschland in der Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg angehäuft worden war.

Von Staatswegen war nicht beabsichtigt, dem Tag intra muros öffentlich ein besonderes Gepräge zu geben. Eine Art Staatsakt wurde auf den Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, also in den April, gelegt und fand in Weimar statt. Dass der Bundeskanzler, der im Jahre 2004 als erster deutscher Regierungschef an Veranstaltungen zum Gedenken an die 1944 gelungene Landung der Alliierten in der Normandie teilgenommen hatte, nun auch einer an ihn ergangenen Einladung nach Moskau zu den Feiern zur Erinnerung an den schwer erkämpften Sieg folgen werde, war lange zuvor bekannt geworden und aus der CDU/CSU-Rechten mit der Frage versehen worden, was er da zu tun habe. Indessen: Pflege und Verstärkung des diplomatischen Fadens von Berlin nach Moskau gehören längst zu den Forderungen an jede Regierung der Bundesrepublik. Nachdrücklich wird dies von deutschen Bank- und Industrieunternehmen verlangt, jene eingeschlossen, die, ohne eigene Ostgeschäfte zu machen, wie das ganze Land von verlässlichen Öl- und Erdgaslieferungen abhängig ist. „Freundschaften" zwischen Kohl und Gorbatschow, Schröder und Putin waren oder sind erwünscht. Die Reise in die russische Hauptstadt und zur Kundgebung auf den Roten Platz war mithin nützlich und obligatorisch. Die Opposition verstummte rasch. Zudem war darauf Verlass, dass genügend Mittel verfügbar wäre, falsche Ausdeutungen als Folge der Kanzlerreise entgegenzuwirken. Das geschah dann auch. *„Die Welt"* publizierte am 10. Mai, der Regierungschef war gerade zurück, an herausragendem Platz einen Beitrag über die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1939 unter der großbalkigen Überschrift „Komplizen des Krieges".

Eine Änderung des innenpolitischen Konzepts für den Jahrestag ergab sich erst, als die äußerste Rechte ihre Demonstration zum Brandenburger Tor anmeldete. Es musste befürchtet werden, dass Dutzende ausländischer Zeitungen und Fernsehstationen Bilder dieses Aufmarsches verbreiten und so die auslandspropagandistischen Bemühungen der Regierung konterkariert würden, woraus Schaden für die Republik zu entstehen drohte. Den abzuwenden, waren alle Kabinettsmitglieder durch ihren Eid und ebenso die Landesminister verpflichtet. So erging der Aufruf an die Bürger Berlins – ähnlich jenem zum „Aufstand der Anständigen" vom Herbst 2002 – Flagge zu zeigen. Veranstaltet wurde inmitten der Stadt ein „Fest der Demokratie", für den die „Anregung" unfreiwillig von jenen ausgegangen war, denen nur wenige Monate danach Bundesrichter, so den Kommentar von den gelernten Lektionen illustrierend, bescheinigten, dass sie vom Ruf „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" ungestraft öffentlich Gebrauch machen dürften. Freilich: Mit den Zahlen an Menschen, die der Christopher Street Day und der Berlin-Marathon alljährlich in der Bundeshauptstadt auf die Beine zu bringen vermögen, konnte die Teilnehmermenge am 8. Mai nicht konkurrieren.

Denn: Für die Mehrheit der Bundesbürger ist das ein ungeliebter Jahrestag geblieben. Wie es in dieser Hinsicht um die gegenwärtigen Regierungsmitglieder steht, ist nicht zu sagen. Jedenfalls trugen sie dem in corpore Rechnung. War von Befreiung die Rede, dann stets wie auch bei Richard von Weizsäcker in einem Interview uneingeschränkt nur mit Bezug auf die politisch, „rassisch" und aus anderen Gründen Verfolgten. Für die Deutschen in ihrer übergroßen Masse habe Befreiung einen anderen Sinn. Sie bedeute das Ende der Todesdrohung, der sie bis dahin ausgesetzt waren, sei es als Zivilisten durch den Bombenhagel auf ihre Städte, sei es als Soldaten durch den nächsten Angriffsbefehl eines Frontkommandeurs, der sich in die „letzte Schlacht" hetzen wollte. Zudem hätte sich den Deutschen in jenem Mai ein Tor zu einem neuen geschichtlichen Weg geöffnet.

Diese Sicht vertrug sich ganz mit dem sogenannten „Opferdiskurs", der, 2002 ausgelöst durch Erinnerung an die damals sechs Jahrzehnte zurückliegende Stalingrader Schlacht und das zum Bestseller hochgelobte Buch Jörg Friedrichs „Der Brand", in der Bundesrepublik auf Touren gebracht und gehalten worden war. Die vordem im Zusammenhang vor allem mit der ersten Version der „Wehrmachtsausstellung" geführte Debatte über Täter und Tatbeteiligte lebte nicht wieder auf. So geriet die ohne eigenes Zutun und vielfach gegen ihren Willen erfolgte, historisch denkwürdige Befreiung der Deutschen von ihrer Rolle als brutale und barbarische Friedenzerstörer und Eroberer, als beutegierige und gefräßige Länderausplünderer und als Sklavenhalter von Millionen Europäern, der schändlichsten, die sie in den Jahrhunderten ihrer Geschichte gespielt hatten, weit in den Hintergrund. Mehrfach

war – in Verbindung mit der Mär, die deutschen Opfer hätte man bisher beschweigen müssen – zu hören, von Untaten und Verbrechen sei nun genug geredet worden. Was den anderen zugefügt worden sei, gehöre inzwischen, sähe man von ein paar Unbelehrbaren ab, zum Allgemeinwissen der Geschichtsversessensten unter allen Nationen. Und trutzig „Wir haben unsere Lektion gelernt". Das unbestrittene Opferdasein von Millionen Deutschen bei Kriegsende, der Toten der Schlachten und des Luftkrieges, der Geflüchteten und Vertriebenen, der Vergewaltigten und Misshandelten, der Unbehausten und Hungernden, auch, gerade hier in Berlin, der Verhungernden wurde zu einer gedanklichen Barriere angehäuft, die keine Besinnung auf das Ganze, auf Ursachen und Folgen, auf Vor- und Nachgeschichte zuließ. Zudem galt das Opfersein als so etwas wie die erbrachte – wem eigentlich – Wiedergutmachungsleistung. Das endete bei einer Haltung, die besagt: Was wollen „die Anderen" eigentlich von uns? Wir doch auch. Opfer ist Opfer, tot ist tot. Widerreden wurden mit dem Bemerken abgeschmettert: Es gibt keine Toten oder Opfer erster, zweiter usw. Klasse.

Gegen die These von der gelernten Lektion sprach auch 2005 noch und wieder allein schon der Umgang mit dem Begriff Befreiung, selbst dort, wo er verwendet wurde, und mehr noch in den vielen Fällen, in denen zu seiner Vermeidung von Kapitulation, Niederlage, Zusammenbruch, Katastrophe usw. gesprochen und geschrieben wurde, was dieses Ende des Naziregimes alles auch war, worin sich aber der historische Rang und der Platz des Maitages in der deutschen Geschichte nicht ausdrückt. Die Ablehnung – vielleicht sollte man in manchen Fällen konzedieren: Zurückhaltung – gegenüber der Kennzeichnung des Maitages auch für die Deutschen als befreiend zeigte sich u. a. auch in Buchtiteln, die Autoren und Verlage für ihre Neuerscheinungen wählten. Niemanden damit überraschend wählte Guido Knopp für seinen Band die Überschrift „Die letzte Schlacht" und dazu „Hitlers Ende" (Hoffmann und Campe). Zwei Militärhistoriker, die ihren bereits 1995 anlässlich des 50. Jahrestages erschienenen Band ergänzt wieder herausgaben, Gerd R. Ueberschär und Rolf-Dieter Müller, blieben bei „1945. Das Ende des Krieges" (Primus). Andreas Kunz vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebene Monographie heißt im Titel „Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft" (Oldenbourg). Eine Ausnahme macht eine Sammlung von „Erinnerungen (deutscher und nichtdeutscher Autoren) aus sechs Jahrzehnten" mit „1945. Befreiung und Zusammenbruch" (dtv). Im jeweiligen Fall mag die Kennzeichnung im Titel treffend gewählt sein, im Ganzen tut sich darin doch eine Tendenz kund. Eine der dem Ereignis geltende Veröffentlichung war ursprünglich vom Verlag unverhohlen mit dem Titel „Keine Befreiung" angekündigt, dann aber, wie ein Rundschreiben mitteilte, noch geändert worden. Hubertus Knabes Buch erschien nun unter „Tag der Befreiung?" und dazu „Das Kriegsende in Ostdeutschland" (Propyläen). Das Fragezeichen erfüllt den Tatbestand eines Etikettenschwindels, im Text war nichts geändert und der Verfasser vertrat strikt den Standpunkt, den die zuerst beabsichtigte Kennzeichnung ausdrückte.

Statt in diesem Punkte Klarheit zu schaffen, was den herausfordernden Einsatz der Fachhistoriker gelohnt haben würde – der Historiker Reinhart Koselleck ließ ein Interview unter der Überschrift „Ich war weder Opfer noch befreit" veröffentlichen[1] –, wurde jenes Geschichtsbild verbreitet, dass die Deutschen-West als die Befreiten, die Deutschen-Ost als die erneut einer Diktatur unterworfenen Opfer Moskaus, des Kremls, der Kommunisten, Stalins usw. charakterisierte. Diese Version war bereits im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Gedenkens an das Unternehmen „Overlord" popularisiert worden.

Wie das Beispiel des bei Kriegsende in sowjetische Gefangenschaft geratenen Koselleck zeigt, und bei einem Historiker verwundert das schon, werden in der aktuellen Debatte „Befreiung – ja oder nein" individuelle Erfahrungen gegen geschichtswissenschaftliche Erkenntnis gewendet, die Wahrnehmung des Einzelnen dem Urteil über Allgemeines entgegengestellt. Die eigene Lebensgeschichte wird zum Argument wider den wissenschaftlich gesicherten, ein Ganzes charakterisierenden Befund und das darauf sich stützende Urteil oder mit ihr wird zumindest Gleichberechtigung und Gleichstellung für beide beansprucht, was auf die Position hinausläuft „Jeder hat seine Wahrheit" und in die Forderung mündet „Man lasse jedem seine Wahrheit".

---

1 Berliner Zeitung, 7./8. Mai 2005, S. 31.

Ganz in diesem Sinne erklärt auch Koselleck, mit einem Sprachgestus, als wäre er von auf Gedanken und Emotionen erpichten Räubern umgeben, er lasse sich seine individuelle Erfahrung, zu der eine harte Kriegsgefangenschaft gehört, die ihn über Auschwitz nach Kasachstan führte, wo er – so seine Formulierung – nicht Arbeit als Wiedergutmachung, sondern „Sklavenarbeit" leisten musste, die viele seiner Mitgefangenen nicht überlebten, nicht nehmen oder „kollektivieren". Wer aber wollte, wer könne das tun? Das massenhafte Auseinanderfallen von persönlichen Erfahrungen und geschichtlichem Gesamtgeschehen ist unbestritten und nicht nur der Historiker hat sich über sein Ich zu erheben, will er sich zur Einsicht und zum Verständnis des Ganzen hinaufarbeiten. Geschichtliche Erkenntnis bildet sich nicht als Summe der Erfahrungen und Wahrnehmungen aller Einzelnen.

Im Hinblick auf den Inhalt des Begriffs Befreiung lautet die Frage: Ist eine objektive Aussage über die Rolle der Deutschen in Europa im und nach dem Zweiten Weltkrieg möglich und wie lautet diese. Oder besteht diese Möglichkeit nur im Hinblick auf die Biographien und das konkrete Verhalten der Müller, Meier und Krause? Aussagen dieses Typs werden von Politkern übrigens, wovon Veröffentlichungen nahezu jeden Tages zeugen, über die Bundesrepublik und ihrer Bürger fortlaufend gemacht und von den einen bejaht, von anderen abgelehnt. Wie soll die Weigerung, aus dem Rückblick von 60 Jahren begründet werden, den angesichts der veränderten Bedingungen grundlegenden Wandel in den Handlungen, noch nicht im Denken und Fühlen der Deutschen zu charakterisieren, sondern sich auf das Erleben, die Wahrnehmung, die Erinnerung vieler Einzelner zurückzuziehen?

Doch genau das ist in der Öffentlichkeit und in allen Medien in den Monaten und Wochen vor dem Jahrestag geschehen. In Interviews in Zeitungen und Zeitschriften und vor Fernsehkameras wurden Zeitzeugen vorgeführt und mit deren Äußerungen der Eindruck von Authentizität erweckt. Schließlich waren sie ja dabei, haben sie „es" erlebt und erlitten. Zusammenhänge wurden nicht erfragt, denn sie waren nicht gefragt. Es genügte die belegte oder auch tränenerstickte Stimme der Befragten. Emotionen (Modewort: Betroffenheit), nicht Einsichten oder Erkenntnisse wurden auf den Markt gebracht. Auch diese selbstredend in Auswahl. Was sich als Aufklärung ausgab, war in der Masse eine Aneinanderreihung von unerklärten Fakten, die das Opferbild verfestigte und den Eindruck absoluter Sinnlosigkeit des Geschehens (Modewort: Wahnsinn) erweckte. Der Bundeskanzler wurde auf seiner Moskau-Reise auch von Veteranen der Wehrmacht begleitet. Einen von ihnen interviewte nach seiner Rückkehr die *„Bild"*-Zeitung. Über seine Ansicht zum Kriege befragt, erklärte er, so dann auch die Überschrift des Blattes: „Es war alles so sinnlos."

Das befördert einen Vorgang, über den niemand mehr nachzudenken hätte als die Historiker und der sie doch insgesamt nicht auf den Plan rief. Denn wenn geschichtliche Großereignisse, die – wenn auch nach unterschiedlicher Methodik und mit unterschiedlichen Ergebnissen – auf ihre Ursachen und Antriebe hin untersucht worden sind, schlechthin das Etikett der Sinnlosigkeit aufgeklebt wird, dann kann die Geschichtswissenschaft abtreten Auf diese Weise wird eine Einstellung gegenüber der Geschichte verbreitet, die ihr die Fähigkeit zu Beschreibungen von Ereignissen zugesteht und, wenn es um Kriege wie den Zweiten Weltkrieg geht, vermag sie dann allenfalls Entsetzen und Trauer hervorzurufen und dazu noch das Fürchten und Gruseln zu lehren. Hier geht es aber nicht um die Vernichtung von Arbeitsplätzen für Historiker, sondern um ein aktuelles politisches Ziel. Die Enthüllung des Weges in den Krieg und die Antwort auf die Frage, welche Kräfte ihn ausweiteten und seinen Verlauf bestimmten sowie deren Denken und Motive ist nicht folgenlos für das Herangehen der Heutigen an die aktuellen Fragen von Krieg und Frieden. Sie erzeugt Misstrauen gegenüber den zeitgenössischen Beteuerungen, wonach Kriege einzig zur Terrorabwehr und als Bahnbrecher für die Durchsetzung demokratischer Zustände geführt werden. Anders gewendet: Die Genügsamkeit des Erfragens von Zusammenhängen in vergangenen Kriegszeiten, von denen uns kein Epocheneinschnitt trennt, erweist sich so – gewollt oder nicht – als Dienstleistung für jene Kräfte, welche über Antriebe und Ziele ihres Handelns kritisch nicht zur Rede gestellt werden wollen.

Manfred Weißbecker zum 70. Geburtstag

[gemeinsam mit Erika Schwarz, die den Text auch mündlich vortrug)

Werte Anwesende, liebe Kollegen und Freunde, es ist Zeit, über einen Gelehrten zu reden, zu dessen Ehren die heutige Konferenz durchgeführt wurde. Manfred Weißbecker hat das siebte Dezennium erreicht, und wir alle sind stolz, zu der großen Schar von Gratulanten zu gehören, die Dich, lieber Manfred, zu Deinem Ehrentag beglückwünschen und Dir bei dieser Gelegenheit sagen wollen, dass wir uns mit Dir besonders verbunden fühlen. Kurt Pätzold und meine Wenigkeit ist der ehrenvolle Auftrag zugefallen, einige (hoffentlich wichtige) Momente aus Deinem Leben und wissenschaftlichen Tun ins gebührende Licht zu setzen. Wir kennen Manfred Weißbecker seit 5 Jahrzehnten, wir haben zur Kenntnis genommen, was er unlängst an Autobiographischem aus „Wende"-Zeiten öffentlich gemacht hat, wir sind mit seinen Büchern und Artikeln vertraut, und wir haben vor allem mit Bewegung das Wechselspiel von Wissenschaft, Politik und Leben vor unserem inneren Auge vorübergleiten lassen, das seine Persönlichkeit geprägt hat.

Was liegt im Friedrich-Schiller-Jahr 2005 näher, als an die akademische Antrittsrede des Philosophieprofessors anzuknüpfen, die dieser am 26. Mai 1789 im Griesbachschen Haus gehalten hat, die Rede, die sich bekanntlich mit dem großen, weiten Feld der allgemeinen Geschichte beschäftigt. Ganz bestimmt würde unser Jubilar Friedrich Schiller zustimmen, wenn dieser – an seine zahlreichen Zuhörer gewandt – sagt, „es ist keiner unter Ihnen allen, dem Geschichte nicht etwas Wichtiges zu sagen hätte; alle noch so verschiedenen Bahnen Ihrer künftigen Bestimmung verknüpfen sich irgendwo mit derselben; aber eine Bestimmung teilen Sie alle auf gleiche Weise miteinander, diejenige, welche Sie auf die Welt mitbrachten – sich als Menschen auszubilden und zu den Menschen redet die Geschichte." Die Geschichte wurde nicht nur zur großen Leidenschaft des Gelehrten Manfred Weißbecker, mit Clio, der Muse der Geschichte, vermählte er sich auf Lebenszeit.

Die Geschichte in ihrem konkreten Verlauf war es auch, die mit zwei markanten Ereignissen seinen künftigen Lebensweg geprägt hat. Davon spricht Manfred Weißbecker in seiner autobiographischen Skizze. Zum einen waren es die bedrückenden Erlebnisse am Ende des II. Weltkrieges, die Manfred Weißbecker als Zehnjähriger verinnerlichte und aus denen sehr bald das Lebenscredo erwuchs: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" Zum anderen war es der damals von ihm als folgerichtig empfundene und vollzogene Schritt zum aktiven Tätigsein-Wollen, gemeinsam mit anderen und für alle, sein politisches und gesellschaftliches Engagement für eine künftige Gesellschaft, die Frieden, Sozialismus und ein menschliches Miteinander bringen sollte.

Er studierte Geschichte, um Lehrer zu werden. 1958 beendete Manfred Weißbecker sein Studium an der Jenaer Universität, erhielt die Chance, an der Universität Jena zu bleiben und begann seine Tätigkeit am Historischen Institut, das damals von Friedrich Schneider geleitet wurde. Er hat dieser Universität über Jahrzehnte die Treue gehalten. Sie ihm nicht, wie vielen anderen verdienten Gelehrten dieser Alma Mater. Autoren der später noch zu erforschenden Wege der Geschichtsschreibung an der Salana in DDR-Zeit werden sich an seiner Arbeit und seinem Verdienst nicht vorbeischreiben können, so wenig wie an dem – um nur von Verstorbenen zu reden – von Max Steinmetz und Wolfgang Schumann und Siegfried Schmidt. Davon – von dieser Arbeit und diesem Verdienst – sei in der gebotenen Kürze hier eine Skizze gegeben.

Manfred Weißbeckers Name verbindet sich vor allem mit zwei Themenfeldern der Geschichtsschreibung: der Erforschung des deutschen Faschismus in seiner Vielgestalt als Ideologie, Partei, Bewegung und Staat und – davon aus-, aber darüberhinausgehend – mit der Erforschung der Geschichte des deutschen Parteiwesens, namentlich in jener Struktur, die es in und nach der Novemberrevolution angenommen hatte. Aus dieser Arbeit ist eine Vielzahl von Veröffentlichungen hervorgegangen. Sein frühes Verdienst und in diesem Falle lässt sich sagen, das Verdienst eines Pioniers, war die Beschäftigung mit der Geschichte der NSDAP in Thüringen, dem viel zitierten „grünen Herzen Deutschlands", das früher als andere Territorien des Reiches eine Braunfärbung annahm oder, in einem womöglich treffenderen Bilde gesagt, die Braunfäule bekam. Hier gelangte der erste nazistische Landesminister an ein Staatsruder, Wilhelm Frick, der 1946 in Nürnberg am Galgen endete. Hier

formierte sich, wie in fünf weiteren deutschen Klein- und Mittelstaaten schon vor 1933 eine von Faschisten geführte Landesregierung. Mit diesem Land verbindet sich vor allem der Name Fritz Sauckels, des Gauleiters, Reichsstatthalters und späteren Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, des Organisators beim Herbeischaffen von Arbeitssklaven für die deutsche Rüstungsindustrie und Landwirtschaft, der das Ende mit Frick teilte. Davon ist in den Büchern und wissenschaftlichen Aufsätzen Weißbeckers mehr und Erhellendes zu lesen. Und wenn es an einem Tage, an dem doch vor allem dem Jubilar Wünsche ausgesprochen werden, erlaubt ist, auch Arbeitsvorschläge zu machen, dann würde einer davon lauten, dass der für diese Aufgabe viel Gerüstete sich nach seinen anderen biographischen Arbeiten zu deutschen Führern des Faschismus sich der Person des Fritz Sauckels annimmt, auch wenn der (heute noch?) nicht eine Galionsfigur der Rechtsextremen und Neonazis darstellt.

Die Forschungen Weißbeckers zur Faschismus-Geschichte haben sich thematisch und geographisch dann immer mehr ausgeweitet. Das ist nachprüfbar in der ersten Geschichte der NSDAP, die am Beginn der achtziger Jahre in der DDR im Deutschen Verlag der Wissenschaften erschien unter dem Titel Hakenkreuz und Totenkopf. Das Buch wurde, wie damals üblich, vom Pahl Rugenstein Verlag in Köln, den der rührige, im selbst gewählten Exil verstorbene Paul Neuhöffer leitete, mitgedruckt, mit dem angemessenen Titel versehen und auch in der Bundesrepublik vertrieben. In einer gründlichen Neubearbeitung kam es dank der Initiative von Jürgen Harrer im PapyRossa Verlag Köln 1998 wieder heraus. Das ist bis heute die einzige Gesamtdarstellung der Geschichte der NSDAP aus der Feder (oder später aus dem PC) eines deutschen Autors geblieben, die es übrigens nach wie vor auf dem Büchermarkt gibt.

Es war der früh verstorbene Kölner Ordinarius Andreas Hillgruber, der auf die erste Auflage in einer Rezension mit dem Bemerken reagierte, dieses Werk sei zwar marxistisch-leninistisch geprägt, aber „geschickt arrangiert“ und stoße in eine Lücke, die – und nun wörtlich – „bisher von bundesdeutschen Historikern wohl aus Skrupeln gegenüber einer solchen gerafften Zusammenfassung angesichts der höchst komplizierten Materie stehen gelassen wurde.“ Das war in etwa das Maximum an Objektivität, die sich in der Endzeit des Kalten Krieges über weltanschauliche, methodologische und politische Grenzen hinweg aussprach und sich von den heutigen Zuständen geradezu wohltuend unterscheidet. Welch wirkliche Wende.

Manfred Weißbeckers Beitrag zur NSDAP-Forschung hat vor allem die Bedeutung der Organisation für den Aufstieg des Faschismus, seinen Sieg und seine Machtentfaltung herausgearbeitet und damit ein Gegengewicht gegen die bis dahin vorherrschende Betonung und Überbetonung der Bindekraft Ideologie geformt. Ohne dass die Organisiertheit von Millionen, vulgo: ihre Mitgliedschaft im weit verzweigten Organisationsgefüge der NSDAP, in Betracht kommt, so hat er mehrfach gezeigt, ist das „Geheimnis“ Faschismus, sind seine anhaltende Massenwirkung und sein von kaum jemandem vorher gesehener Einfluss nicht zu entschlüsseln oder zu enträtseln.

Auch einer anderen Bindekraft hat Weißbecker forschend seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet: dem Führerkult und seiner Funktion für den Weg zur und an der Macht. Diese Arbeiten flossen auch in die Biographie Hitlers ein, die er (wieder wie schon die Geschichte der NSDAP gemeinsam mit Kurt Pätzold, einem anderen „Jenaer Gewächs“) vorlegte. In gewisser Weise war das eine nachholende, wenn auch keine Strafarbeit. In DDR-Zeiten war mehrfach von diesem Projekt die Rede gewesen, es tauchte auch in Forschungsplänen auf. Aber nur Wolfgang Ruge hatte mit seiner Teilbiographie dafür einen tatsächlichen Eröffnungszug geboten. Das politische Lebensbild Hitlers, es erschien 1995 im Leipziger Militzke Verlag, mit dem und dessen Lektor Dr. Siegfried Kätzel sich damals eine bis heute andauernde Zusammenarbeit anbahnte, ist unter den neuen Verhältnissen von der Kritik der Etablierten gemieden worden, liegt es doch jenseits der früheren und späteren Hitlerbilder, denn darin findet sich eine ziemlich komplette Aufzählung, Darstellung und Wertung des Verhältnisses von Hitler zur Industrie- und zu anderen Eliten der deutschen Gesellschaft.

Unmöglich hier aufzuzählen, was Manfred Weißbecker vor und vor allem nach 1990 geschrieben und publiziert hat, nicht nur in wissenschaftlichen Periodika, auch in Zeitungen und Zeitschriften wie

„Neues Deutschland“, „antifa“, „junge Welt“. Wieder und wieder hat er sich die „Friedrich-Schiller-Frage“ vorgelegt: Warum und zu welchem Ende man eigentlich Geschichte studiert und betreibt. Seine Veröffentlichungen geben darauf seine Antwort. Das gilt für alle, insbesondere aber, was aus naheliegendem Grund, der in aktuellen Tendenzen unserer Gesellschaft zutage liegt, hervorgehoben werden soll, für die Rudolf-Heß-Biographie, deren Entstehung und Druck im Jahre 1999 auf seine Idee und Anregung zurückgeht und die inzwischen zudem in einer Paperback- und einer polnischsprachigen Ausgabe vorliegt. Über ihre Bedeutung in der Auseinandersetzung mit jenen, die sich diesen Mann zum „echten Nationalsozialisten“, „Friedensboten“ und „Märtyrer“ stilisiert haben, muss hier nicht weitergeredet werden. Gleiches gilt für die Sammlung der Biographien über die 1946 nach dem Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes hingerichteten zivilen und militärischen Führer des Faschismus, die unter dem Titel „Stufen zum Galgen“ erschien und auch ins Rumänische übersetzt wurde.

Jahre seines Wirkens als Forscher und Organisator von Forscherkollektiven hat Weißbecker auf die vielbändigen Werke zur Geschichte der Parteien in Deutschland verwendet, ein zweistufiges Unternehmen, in dem er wiederum vor allem für die Darstellungen über die Zeit der Weimarer Republik zuständig war. Das entstandene so genannte Parteien-Lexikon gehört zu den Standardwerken historiographischer Literatur, ist konkurrenzlos geblieben und es besäße wie die dreibändige Wirtschaftsgeschichte von Dietrich Eichholtz und die von Fritz Klein, Willibald Gutsche und Joachim Petzold ebenfalls dreibändige Geschichte des Ersten Weltkriegs wohl die Chance eines Nachdrucks, vorausgesetzt, es ließe sich dafür die finanziellen Mittel auftreiben.

Über Verdienste Manfred Weißbeckers in der Geschichtswissenschaft zu sprechen, heißt auf die Jenaer Faschismus-Kolloquien zu kommen, die seiner Initiative entsprangen und die zu einem festen Bestandteil im Arbeitsleben vieler Spezialisten der Geschichte des Faschismus wurden. Ideenreich und beharrlich hat er Jahr für Jahr junge und alte Fachleute hierher gerufen und sie zu fruchtbaren Diskussionen zusammengeführt. Und sie sind gekommen, die Kurt Gossweiler und Wolfgang Ruge, um hier die beiden an Jahren ältesten zu nennen, und ebenso viele, die erst auf dem Wege zu ihren Dissertationen waren. Was selten geschah, in diesem durch Kontinuität wie durch Wechsel gekennzeichneten Kreis debattierten Forscher aus den Universitäten, den Akademie-Instituten und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR miteinander. Diese Veranstaltungen, deren Ertrag nachgelesen werden kann, haben Marxisten aus der Bundesrepublik mehrmals bereichert und auch nichtmarxistische Historiker und Spezialisten anderer, verwandter Disziplinen kamen nach Jena. Niemand ist wohl ohne Gewinn geblieben. Die Faschismus-Kolloquien halfen, Kontakte zu knüpfen, aus ihnen sind berufliche, politische wie auch freundschaftliche Beziehungen hervorgegangen. Und diese wiederum waren ein die Produktivität steigernder Faktor. Der Rückblick auf diese Serie von wissenschaftlichen Treffen könnte alle, die sich von modischen Klischees lösen wollen, davon überzeugen, dass die DDR-Historiker nichts weniger als eine martialische, im Gleichschritt daherkommende Kolonne gewesen sind, freilich auch kein Hühnerhaufen.

Der Historiker Manfred Weißbecker: „Ein rückwärtsgewandter Prophet“, wie Friedrich Schlegel die Historiker titulierte, war er ganz gewiss nicht. Wohl aber ein Mann der kritischen Wissenschaft, der Friedrich Schillers eindringliche Mahnung beherzigte, dass es das Verhältnis eines historischen Datums, d.h. einer historischen Gegebenheit, zu der *heutigen* Weltverfassung ist, worauf gesehen werden muss, um Materialien für die Geschichte zu sammeln. So hat Manfred Weißbecker sicher sein wissenschaftliches Wirken aufgefasst und Publikationen vorgelegt, deren Leser manche Einsicht in den Gang der neueren und neuesten Geschichte verdanken.

Manfred Weißbecker ist in seinem Leben zwei Ehen eingegangen. Die eine hat er mit seiner Frau Barbara geschlossen. Die andere mit Clio. Unbezweifelbar aber, dass er ihnen – beiden –die Treue gehalten hat. Im Falle der Clio hatte dies unverhoffte Schwierigkeiten, wie bekannt. Er ist dennoch dabeigeblieben. Den Gefallen, dem Programm zu folgen, dass für Historiker seines Typs nach 1990 vorgesehen war, sich aus der Zunft zurückzuziehen und sich fortan mit Haus- oder Schrebergarten zu befassen, hat er den Strategen der Nachwende-Politik nicht getan. Er hätte, ließe sich auch sagen, so viel Lesbares schwerlich geschrieben und zum Druck gebracht, wäre er nicht vor der Zeit von seinen

Universitätspflichten „entbunden“ worden. Das Wort, gewiss, es beschönigt. Doch Entbindungen gehen mit Geburten einher.

Wir können hier auch nur kurz auf die angesprochenen „Universitätspflichten“ in der DDR und auf Manfred Weißbeckers bildungspolitisches Engagement eingehen, weil sein Selbstverständnis als Wissenschaftler das Wirken in akademischen Bereich und in der Öffentlichkeit einschloss. Als Hochschullehrer widmete er sich mit vollem Einsatz seiner Person der Ausbildung von Studenten, mindestens zwei Studentengenerationen haben von ihm das erforderliche Rüstzeug für ihren künftigen Beruf erhalten. Manfred Weißbecker trug maßgeblich dazu bei, das historische Profil der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung an der Friedrich-Schiller-Universität auszuprägen nicht ohne Widerstand bestimmter Kreise an und außerhalb der Universität, die – aus einem verkürzten Verständnis von Politik und Wissenschaft heraus -, in der Behandlung historischer Gegenstände ein Ausweichen vor der wissenschaftlichen Bearbeitung von Gegenwartsthemen erblickten. Völlig unbegründet, war es doch gerade Manfred Weißbecker, der in den 80er Jahren eine interdisziplinär betriebene Friedensforschung an der Universität etablierte. 1983 wurde Manfred Weißbecker zum Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät gewählt. In dieser Position haben ihn viele Universitätsangehörige kennen- und schätzen gelernt. Manfred Weißbecker hat sein Amt sehr ernst genommen, er war ein entschiedener Sachwalter der legitimen Ansprüche der sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen die es als Minderheit an der von Naturwissenschaften und der Medizin dominierten Universität weiß Gott nicht leicht hatten. In der Wahrnehmung seines Dekanats kamen Manfred Weißbeckers unverkennbare Persönlichkeitseigenschaften besonders zum Tragen: seine Fähigkeit, in großen Zusammenhängen zu denken und die Folgen des beabsichtigten Tuns abzuschätzen, den wissenschaftlichen Disput – mag er noch so kontrovers gewesen sein – ruhig und besonnen zu führen und in ihm – frei von extrem zugespitzten Fragestellungen – nach möglichen Antworten zu suchen. Wer mit Manfred Weißbecker zu tun hatte, war gut beraten, sich für das Gespräch mit ihm gründlich vorzubereiten und sich Zeit zu nehmen, das Schlechteste nicht, wenn am Ende beide davon profitierten.

Als Dekan setzte sich Manfred Weißbecker auffallend stark für das Ansehen der Universität nach außen ein. Es gereicht der Universität zur Ehre, dass unter seinem Dekanat Persönlichkeiten ehrenpromoviert wurden wie Stephan Hermlin, Walter Jens, Inge von Wangenheim, Helmut Ridder und Wolfgang Ruge. Dass in seiner Amtszeit als Dekan Wolff von Amerongen die Ehrendoktorwürde erhielt, kann Manfred Weißbecker nicht angelastet werden, denn die Ehrenpromotion in Jena wurde nicht an diesem Ort entschieden.

Es macht die menschliche Größe Manfred Weißbeckers aus, dass er nach der Wende nicht resignierte. Während mancher andere aus seiner akademischen Umgebung, von der noch kurz vorher schrille Töne zu vernehmen waren, sich ins Refugium begab oder sich selbst verleugnend gar den neuen Obrigkeiten anpasste, hast Du, lieber Manfred ein neues Betätigungsfeld gesucht und gefunden. Das geschah nicht von selbst, sondern nach längerer innerer Auseinandersetzung. „Verändert habe ich mich, doch nicht ‚gewendet‘“, schreibst Du bekennerhaft in Deiner autobiographischen Skizze. Die neuen Lebens- und Verhaltenspositionen ließen Dich folgerichtig zum Gründungsmitglied des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft werden, an dessen Spitze Du von 1994 bis 2004 gestanden hast. Wenn irgendwann die politische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Thüringen bilanziert wird, so wird sich zeigen, welchen gewichtigen Beitrag gerade Du zur Diskussion von linken, sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Konzepten der Zukunftsgestaltung und zur Ausarbeitung eines modernen marxistischen Geschichtsbildes geleistet hast.

Damit sind wir zum Historiker Manfred Weißbecker zurückgekehrt. In der Historikerzunft der DDR herrschte, wo immer die ihr Angehörenden arbeiteten und wie spezialisiert sie waren, ein kameradschaftlicher und freundschaftlicher Geist, im Ganzen frei von Konkurrenzbestrebungen und Rivalitätskämpfen. Der erhielt sich – mit wenigen Ausnahmen – über die so genannte Wende hinweg, die in eine Gegenrevolution mündete. Weißbecker hat zu diesem Geist durch seine Freundlichkeit viel beigetragen. Manch andere, die gleiches taten und heute unter Manfreds Gratulanten wären, fehlen uns: Wolfgang Schumann, Willibald Gutsche, Gustav Seeber, um drei zu nennen, die besondere Bindungen zu Jena hatten. Andere, wie Kurt Gossweiler und Wolfgang Ruge, sind aus Altergründen

nicht gekommen. Die hier sind, versichern Dir von Angesicht zu Angesicht unsere persönliche Verbundenheit mit Dir. Wir gratulieren und danken Dir für Dein bisheriges wissenschaftliches und bildungspolitisches Wirken. Wir alle hoffen, dass Du es in stabiler Gesundheit weiterführst. Wir wünschen Dir alles Gute in Deinen künftigen Lebensjahren, weitere anregende wissenschaftliche Ideen und vor allem persönliches Wohlergehen! Wie sagte doch Goethe:

„Wenn Dir's im Kopf und Herzen schwirrt,
was willst Du Bessres haben!
Wer nicht mehr liebt und nicht mehr irrt,
Der lasse sich begraben."

Manfred Weißbecker zum Siebzigsten

Die Geschichte hat den im sächsischen Chemnitz Geborenen schon in früher Kindheit weiter herumgewirbelt, als es in Friedenszeiten der Fall gewesen wäre. Vom Schlesischen gelangte er ins Dänische und von dort erst 1947 zurück und dann nach Weimar. Aus dieser Erfahrung bildeten sich keine Abstoßungskräfte. Im Gegenteil: Es entstand das Interesse, die Vergangenheit zum Gegenstand eigener beruflicher Beschäftigung zu machen. Manfred Weißbecker studierte Geschichte, richtete seine Aufmerksamkeit früh auf jene Zeit, deren Ende ihm noch erinnerlich war, und wurde Historiker. Er blieb in Jena. Und Thüringen, das grüne, früh gebräunte Herz Deutschlands, lieferte ihm auch die ersten Themen für seine forschende Arbeit über die Nazijahre und deren Vorgeschichte, die ihren spektakulärsten Akt in der Ernennung des später in Nürnberg gehenkten Wilhelm Frick zum Innen- und Volksbildungsminister des Landes besaß. Da hatte seine Lehrtätigkeit an der Salana schon begonnen, der Generationen von Studenten und viele Doktoranden über die Lehre hinausreichende Orientierung und Anregung danken.

Manfred Weißbeckers hat sein Forschen im Fragenkreis des *Wie konnte es geschehen* beständig ausgeweitet. Folgerichtig gelangte er zur Anschlussfrage *Kann sich, was geschah, wiederholen* und also über die magische Marke des Jahres 1945 hinaus auch in die jüngere Zeitgeschichte der Bundesrepublik. Einen Löwenanteil besitzt er am Zustandekommen des Lexikons der politischen Parteien und Verbände (4 Bände, erschienen 1983 – 1986), das in keiner Fachbibliothek fehlt, vorausgesetzt, sie wird nicht von DDR-Ignoranten geleitet. Die Geschichte der NSDAP (zuerst 1982, neubearbeitet 1998) bildet bis heute die einzige Gesamtdarstellung über die Partei des deutschen Faschismus. Dieses wie anderes Verdienst haben ihn 1990 nicht vor der Abwicklung geschützt, ihn vielmehr dafür empfohlen. Haus und Garten hieß seine Alternative nicht. Aus seiner Feder stammen Biographien über Hitler (1995) und Rudolf Heß (1999, inzwischen auch polnisch), ein gemeinsam mit in- und ausländischen Kollegen entstandenes Buch über die zum Tode verurteilten Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses (1996, übersetzt ins Rumänische) und viele weitere Publikationen.

Ohne ihn sind Gründung und Wirken der Jenaer/Thüringer Forums für Wissenschaft und Bildung, – heute Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen – einfach undenkbar. Als deren langjähriger Vorsitzender kamen ihm Erfahrungen zugute, die er gesammelt hatte, als er – wie es der verlässliche Muezzin von der Spitze des Minaretts tut – viele Jahre Spezialisten der Faschismusforschung, darunter manchen aus der BRD, in die Saalestadt rief. Wege der Faschismusforschung im ostdeutschen Staat sind dort im Austausch der Gedanken und manchmal auch im sachlichen Streit stärker bestimmt worden als durch Parteibeschlüsse, wenn auch, denn dafür gab es keine Gründe, nicht gegen diese. Manfred wird 70. Spezielle Grüße also ins Mühltal, kollegiale, freundschaftliche, genossenschaftliche, und nicht nur von mir sozialistische. (2005)

Knüppel Staatssicherheit

Setzte sich die Geschichte geradlinig fort, dann wäre im Jahre 2030 hierzulande folgende Szene denkbar: Der Bewerber oder die Bewerberin für ein Wahlamt, sagen wir im Gemeindeparlament eines brandenburgischen Dorfes, das sich über das Sterben der kleinen Gemeinwesen im Lande hinweggerettet hat, würde die folgende Erklärung zu unterschreiben habe. „Ich teile mit, dass mein Großvater väterlicherseits Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik war und distanziere mich von ihm hiermit entschieden. Schritte, die dazu geführt haben könnten, zu einem anderen Großvater (Vizegroßvater) zu kommen, konnte ich nicht mehr unternehmen. Meine Großmutter väterlicherseits war zum Zeitpunkt meiner Geburt bereits verstorben."

Nun verläuft Geschichte meist nicht geradlinig. Sicher ist nur, dass vorerst dafür gesorgt wird, dass der Knüppel mit der Aufschrift „Staatssicherheit" von jenen, die ihn derzeit handhaben, als ein zu vererbendes Stück angesehen wird. Die Versuche einer Minderheit Vernünftiger, für die er nicht bestimmt ist, seinen Gebrauch zu beenden, scheitern in Permanenz. Und das liegt nicht an der Unvernunft der Herrschenden, sondern an deren Wissen um den Gebrauchswert dieses Gegenstandes. Folglich wird da – in Berlin – endlich ein Abkommen zwischen dem Senat und der Behörde der Oberpflegerin des Geräts abgeschlossen, das die Versorgung der Schulen mit einschlägigem Material versorgt, das den Grundton des DDR-Bildes im Geschichtsunterricht bilden soll. Und folglich wird dort – in Brandenburg – endlich ein Pöstchen eingerichtet, dazu bestimmt Licht ins Dunkel der Vergangenheit von Land, Leuten und Linken, vorzugsweise den letzteren, zu bringen. Warum das alles? Weshalb der Aufwand von Personal und Geld? Um auch dem letzten Bundesbürger die Formel einzuprägen: Staatssicherheit gleich Unrechtsstaat gleich Sozialismus. Wie alle solchen Formeln lässt die sich auch rückwärts lesen. Und dann ergibt sich: Sozialismus = Unrechtsstaat = Staatssicherheit. Wer also für den Sozialismus ist, der will die Staatssicherheit wieder haben oder und zumindest: er tritt für ein geschichtliches Projekt ein, bei dem sie wieder kommt.

Ist dieser Befund bis hierher richtig, dann folgt daraus für alle, die sich in der Bundesrepublik Deutschland für eine Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Gegenwart einsetzen (und für das dann denkbar Folgende ist kein anderer Name als Sozialismus bisher gefunden), dass sie um eine solide, d.h. wissenschaftlichen und politischen Ansprüchen standhaltende Stellungnahme zum Thema Staatssicherheit nicht herumkommen. Die ist nicht geleistet mit Beteuerungen, dass man sie und die ganze DDR nicht wiederhaben will. Die ist nicht vorgelegt mit Zustimmungen zu mehr „Stasi" im Schulunterricht und dem Ja zu einer zusätzlichen Beauftragten und einem Untersuchungsausschuss. Die ist nicht erbracht mit einer Mea culpa, mea maxima culpa-Erklärung, wenn einem Abgeordneten ein Papier vorgehalten wird. dass er vor 25 Jahren als 20jähriger unterzeichnet hat, ohne dass damit auch nur die Spur eines nachgewiesenen Schadens oder Nachteils für eine einzige Person entstand. Der Knüppel mit der Aufschrift „Staatssicherheit" ist eine Hauptwaffe gegen die Linke und das war er von Anbeginn. Wer das noch nicht begriffen hatte, dem könnte es spätestens in dem Moment deutlich geworden sein, als sie jüngst gegen die designierte Ko-Vorsitzende der Partei eingesetzt wurde, die in einem Programmentwurf sagt, dass sie den Kapitalismus nicht als das Endstadium menschlicher Organisationsformen ansieht. Nur eben, dies alles hat im Berliner Karl-Liebknecht-Haus noch nicht die Idee gezeitigt, anstatt sich mit diesem Knüppel fortgesetzt in Fluchten treiben zu lassen, sich zunächst einmal umzudrehen.

Und damit das folgende nicht nur als das Wort eines Historikers gelesen wird, der sich über die Staatssicherheit etwas angelesen hat, werden hier zwei Episoden eingeschoben. Vor Jahren schickte mir auf dem Postweg ein früherer Kollege, der die DDR illegal nach Westen verlassen und sich im Hause – damals noch – Gauck – seine Akte angesehen hatte, ein Dokument, das er dort abgelichtet hatte. Aus ihm erfuhr ich, dass sich in meiner Wohnung wiederholt ein Kreis von Personen getroffen habe, der die Aufmerksamkeit der Behörde verdiene. Die Prognose darüber, was sich da ereignete, schloss mit dem Satz „Feindsteuerung nicht ausgeschlossen". Ich habe in einer Veranstaltung in Berlin-Steglitz – es war keine der Linken, wie aus dem Umstand hervorgeht, dass ich dort zufällig als

Nachbar des Professors Schröters ein kleines Präsidium zierte – mich auf dieses Papier bezogen und erklärt: Es ist von A bis Z erlogen. Ich war immer ein treuer Bürger der DDR. Soviel zu den Dokumenten im Hause, das jetzt das der Frau Birthler ist. Übrigens: Im Falle meines vorzeitigen Ablebens wäre ich womöglich als Widerständler, mindestens aber als ein Dissident in DDR-Zeit angesehen worden und hätte mich als Folge einer Feuerbestattung darob nicht einmal im Grabe umdrehen können.

Episode zwei: Eines Morgens zeitig, richtiger unzeitig, im Jahr 1989 klingelte es an unserer Wohnungstür und eine Frau, die sich als Lehrerin ausgab, teilte mir mit, dass unser Sohn an diesem Tage nicht zur Schule zukommen brauche, sondern sich bei der nahen Polizeidienststelle einfinden solle. Ich rief die Genossen an und sagte ihnen, dass ich zur Arbeit müsse und sie mir einen anderen Termin geben sollten. Das erregte ihr Missfallen, was es nicht hätte tun dürfen, denn in diesem Staate waren Heranwachsende ohne Anwesenheit der Eltern nicht zu befragen. Zwei Tage spätere erfolgte der zweite Versuch, den Vater von der Teilnahme an dem Gespräch auszuschließen. Der scheiterte. Gegenstand der Ladung war – wie sich herausstellte – die Tartaren-Nachricht, eine Gruppe Jugendlicher – sagen wir eine Clique – bereite sich auf den 100. Geburtstag Adolf Hitlers vor. Das war immerhin ein Thema, das in die Zuständigkeit der Staatssicherheit fiel, denn um die handelte es sich. Mein nächster Weg führte mich zum Schuldirektor. Wenn ein solcher Verdacht vorläge, warum dann die Staatssicherheit allein, aber nicht Vater und Mutter unterrichtet würden. Er, so die Antwort, sei es nicht gewesen, aber er könne sich denken, wer es gewesen sei. Soviel zur Vergiftung der gesellschaftlichen Atmosphäre durch den geheimdienstlichen, anstatt den öffentlich demokratischen Umgang mit Belangen, die alle, viele oder doch einige angehen. Ich weiß. Die eine wie die andere Episode zählen verglichen mit anderen, nicht episodenhaften Vorkommnissen, die zur Geschichte des Ministeriums gehören, zu den Lappalien. Was sie aber verdeutlichen können, ist doch wohl, dass, wer das Thema Staatssicherheit der DDR erörtert, ein weites Feld betritt. Und auf dem gibt es sehr verschiedene Äcker.

Wer sich mit der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit ernsthaft befassen will, muss wenigstens einen Blick auf dessen Entstehung werden. Die ist verbunden mit der Gründung und der Frühgeschichte des ostdeutschen Staates, die, wieviel zu ihr immer zu sagen ist, in den Zeiten des entwickelten Kalten Krieges erfolgte und – mehr noch – selbst ein Schritt im Kalten Krieg war. Wenn auch nicht gegangen von Kalten Kriegern, sondern vollzogen als Entgegnung auf die Staatsgründung im Westen. Wer diese Gründung nicht wollte, damals oder später, hat naturgemäß keinen Zugang zur Sorge um die Existenz und den Bestand dieses Gegenentwurfs zu einer Gesellschaft, die nach ihrem Wesen eine Fortsetzung derjenigen war, auf deren Boden der Faschismus sich entwickelt und gesiegt hatte. Wer dieser Republik hingegen historische und politische Legitimität zusprach und ihr Zukunft wünschte, der musste ihrem Bestand Dauer wünschen und sich um ihre Sicherheit kümmern. Kalter Krieg – das bedeutete nicht nur scharfe ideologische Konfrontation, sondern den Einsatz aller verfügbaren Mittel unterhalb der Schwelle der kriegerischen diese „Soffjetzone“ ließ sie sich schon in der Wiege nicht ersticken, sie in ihr doch dahinsiechen und verkrüppeln zu lassen. Gegen den ostdeutschen Staat, der Teil des Warschauer Vertragssystems wurde, fanden alle die Mittel Anwendung, die auch gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien eingesetzt wurden und dazu einige weitere, die sich aufgrund der einstigen gemeinsamen und nun auseinanderdriftenden Geschichte der beiden deutschen Staaten anboten. Die Geschichte dieser Anfeindungen ist bisher nicht geschrieben, nicht einmal die der ideologischen Konfrontation und der kulturellen Gefechte, zu schweigen von jenen wirtschaftspolitischen Griffen, von denen früh eine würgende und erwürgende Wirkung erwartet wurde. Wer kennt eigentlich noch auch nur einen Teil der Liste der Waren, auf der die Waren aufgeführt wurden, die in die so genannten Comecon-Staaten nicht ausgeführt werden durften, aufgestellt und überwacht zum Zwecke der – zumindest – Verlangsamung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in den Staaten des geschichtlichen Gegenparts? Und wer besitzt eine Vorstellung von den Aufwendungen, die nötig waren, diese Liste zu umgehen? Die Herstellung von Verbindungen in Drittstaaten, also solchen die weder dem deinen noch dem anderen politisch-militärischen Block angehörten, die Bestechung von Händlern, die sich auf dieses verbotene Geschäft einließen,

die Überbezahlung der begehrten Waren usw. Wer kann sich auch nur annähernd im Dschungel von Wirtschaftsspionage und Gegenspionage aus? Wer hat sich für die wissenschaftlichen Arbeiten interessiert, deren Resultate aus Einrichtungen von Universitäten der DDR westwärts verkauft wurden? Wer hat die ökonomischen Verluste errechnet, die dem ostdeutschen Staat mit dem Weggang von Hochschulabsolventen gen Westen entstanden? Man sehe sich ein beliebiges Schulbuch an, das hierzulande gebräuchlich ist, und wird vergeblich nach Informationen über diesen Wirtschaftskrieg suchen. Stattdessen ist die Rede von wirtschaftlichen Fehlentwicklungen, maroder Wirtschaft, Schulden des Staates.

Wie es in militärischen Kriegen nicht ohne die Waffe der Geheimdienste abgeht, so auch nicht im Kalten Krieg zwischen Staaten und Staatenblöcken und da insbesondere wieder nicht auf dem Felde des Wirtschaftskrieges. Kurzum: Es gab von Beginn der Existenz der DDR ein weites Feld, auf dem Maßnahmen zur Sicherung dieses Staates gegen Schäden und Schwächungen von außen erforderlich, notwendig und unumgänglich waren. Die diese Arbeit getan haben, erwarben sich um die in diesem Staate erzielten materiellen Fortschritte ein Verdienst, wenn ihre Anstrengungen mit denen vier anderen letztlich auch das Scheitern des Projekts „real existierender Sozialismus“ nicht verhindern konnte. Das gilt auch für jene Mitarbeiter deren Zuständigkeit die Abwehr von Schaden war, der im Staatsinneren durch Aktivitäten von Bürgern des eigenen Landes entstehen konnten. Dass es die zu allen Zeiten gab, ist unbestritten. Diejenigen, von denen sie ausgingen, haben sich inzwischen, sofern nicht früher ermittelt, selbst enttarnt und gelten als gut angesehen nach der Devise: Antisozialist prinzipiell gut, Sozialist: zumindest tendenziell verbrecherisch. Kurzum, und das heißt hier auch verkürzt: Ein erheblicher Teil der Mitarbeiter dieses „Organs“ des DDR-Staates war mit keinen anderen Pflichten bedacht, mit keinen anderen Aufgaben befasst als die vergleichbaren Organe in vielen anderen Staaten der Erde, darunter denen in der Bundesrepublik. Die Namen, Organisationsformen und Gliederungen, die Methoden der Verschleierungen wie der Selbstdarstellungen wechselten, an der Sache änderte das nicht. Nur und noch einmal: Wer den Untergang des DDR-Staates seit eh und je wünschte, wird es zu einer sachlichen Beurteilung nicht bringen. Das ist verständlich. Ihm hat diese Einrichtung schon immer als ein Hindernis gegen die Erfüllung seiner Wünsche gegolten.

Nun mag man, und der Autor gehört zu diesen „man“, die Methoden, die Geheimdienste zur Lösung ihrer von Staatswegen gestellten Aufgaben bevorzugen oder eben auch einsetzen, die Mittel ideologischer Überzeugung ausgenommen, für unappetitlich bis ekelhaft ansehen. Das Repertoire füllt eine Leporelloliste: die von Täuschung, Bestechung und Erpressung bis zum Eindringen in Schlafzimmer reicht. Sie gehören zur Methodik einer Kriegführung, weniger blutig, aber doch jener verwandt, die auf Schlachtfeldern von militärischen Formationen praktiziert werden. Wie es keinen humanen Krieg der Marschälle und Generale gibt, so auch keine edlen Methoden der Geheimdienste bei der Verfolgung ihrer Ziele. Die Aktivisten der gegenwärtigen Auseinandersetzungen, die um das Abhören von Telefonaten und das Eindringen in Personal-Computer geführt werden, in allen Ehren, doch erinnern sie in vielem nur an die vielen Abbildungen des Sisyphus. Die Wucherungen, mit denen sich Geheimdienste ausdehnen, wachsen rascher, als dass einschlägige Chirurgen sie entfernen könnten.

Das Bild führt zurück und zu jenen Entwicklungen der DDR-Staatssicherheit, die heute als ihr einziges und dominierendes Kennzeichen gelten: die aufs Totale zielende Überwachung der Bevölkerung des ostdeutschen Staates, dessen papierene Hinterlassenschaft die Behörde der Bundesbeauftragten. verwaltet und für den gegenwärtigen innenpolitischen Krieg, eine Form des Bürgerkriegs ohne Gewehre und Kanonen, aufbereitet. Diese Praxis mit ihren Erscheinungen der Schnüffeleien, Verdächtigungen, Anschwärzungen, Denunziation hat ihren Ursprung, aber keine Rechtfertigung. Dieser Anfang lag in der Suche nach aktiven und insbesondere militanten Gegnern des Staates in dessen Inneren, auch noch im Aufspüren von sich verbergenden Nazis, die an Verbrechen beteiligt waren. Sie mag eine Wurzel auch in dem Misstrauen von nach Deutschland zurückkehrenden Antifaschisten besessen haben, die sich schmerzlich von allen Illusionen befreit sahen, die sie noch über das Jahr 1933 im Hinblick auf die Volksmassen gepflegt hatten. Doch allmählich traten Wandölungen ein, ließen sich neue Erfahrungen sammeln. Mit Rückschlägen, wie jenem, der auf das Datum 17. Juni

1953 festzumachen ist, und dann aber mit Fortschritten, die dem Staatswesen Zustimmung und mit ihr Stabilität zu verleihen begannen.

Wie in und trotz dieser Entwicklung sich in dem Imperium Staatssicherheit ein Konzept der Totalüberwachung entwickeln und Handlungsgrundsatz werden konnte, das hat bis heute eine überzeugende Antwort nicht gefunden. Während die Personen an der Staatsspitze in Reden fortgesetzt betonten, wie einheitlich und geschlossen das „Volk der DDR“ ihrer Politik folge, ließen sie einen Mann aus ihrem engsten Zirkel einen Apparat aufbauen dessen Existenz und Praxis jeden ihrer Sätze über diese Verbundenheit von Volk und Führung Lügen strafte. Schlimmer noch: Wiewohl diese Bindungen weithin tatsächlich vorhanden und nicht erfunden waren, wurden von diesem Apparat mit wachsendem Aufwand selbst jene fortgesetzt ins Visier genommen, denen der Aufbau der neuen Gesellschaft Lebensinhalt und -ziel war. Dass uns über diesen grotesken Widerspruch Quellen Aufschluss geben werden, steht nicht zu erwarten, da anzunehmen ist, dass sich diese Führer ihn selbst nicht einmal eingestanden. Hohe Wahrscheinlichkeit besitzt aber wohl dies: Diese Generalüberwachung war eine Missgeburt, die zum Vater die Überzeugung hatte, dass jeder von den eigenen Gedanken und Plänen abweichende Gedanke eines Bürgers mindestens eine potentielle Staatsgefährdung bedeute, die wiederum den Boden für ein grenzenloses Misstrauen abgab, und zur Mutter das angstvolle Unverhältnis zur Demokratie, die letztlich tödliche Furcht, sich den Ideen, Wünschen, Forderungen der Bürger zu stellen und sie als Partner, nicht als Gefolgschaft zu nehmen. Ist das richtig, dann ist es falsch, den Apparat der Staatssicherheit per se zu verteufeln, wie viel er auch aus Eigenem an tödlichen Giften dieser Gesellschaft DDR injiziert haben mag. Er war Produkt einer in weiten Partien missratenen Vorstellung darüber, wie sich „aus der alten Sauerei“ in den Sozialismus gelangen ließe.

Dazu gehörte, dass diese Staatsführung ein hochgradig reduziertes Verhältnis zum Recht hatte, dass die Bürger gegenüber dem Staat besaßen. Recht galt diesem Staat als Instrument der Macht, aber es wurde von denen, in deren Händen sich die Macht befand, nicht auch als Maß für deren Gebrauch angesehen. Natürlich unter Berufung auf die Rolle, den Staat zu schützen, hat die Staatssicherheit Rechte missachtet, die den Bürgern auf dem Papier zustanden, und sich Rechte angemaßt, die ihr nicht zugestanden worden waren. Sie hat maßgeblich oder ausschlaggebend mitgewirkt, dass Menschen Jahre in Gefängnissen verbrachten, die dort nicht einen Tag hingehörten und damit eben jene Atmosphäre schaffen helfen, in der nicht nur Unaufrichtigkeit und Verlogenheit, Duckmäusertum und Anpassung verschiedenster Grade gediehen, sondern vor allem jene viele Ideen ohne gesellschaftliche Relevanz blieben, die alternative Entwicklungswege im Sozialismus betrafen. Statt ihrer ist dann der alternative Weg aus dem Sozialismus heraus und zurück in die im Kern alte Gesellschaft gegangen worden.

Die verfehlten Praktiken, die dem Staat Sicherheit seiner Existenz bringen sollten, in Wahrheit aber ihn schwächten, sind ohne ein überzogenes Freund-Feind-Denken an der Staatsspitze nicht erklärbar. Feinde brauchte sich die DDR nicht zu erfinden, auch nicht nach dem Ende des Kalten Krieges, denn sie blieb in dem Sinne ein Frontstaat, dass sie doch an der Grenze zweier Systeme existierte, die durch extrem unterschiedliche gesellschaftliche und politische Systeme gekennzeichnet waren. Nicht dass das Politbüro den Träumereien Gorbatschows nicht folge, bezeichnete eine fehlerhafte Linienziehung zwischen Freund und Feind. Im Innern war diese Unterscheidungsvermögen verloren gegangen und partiell durch Gespensterseherei ersetzt worden. Und das nicht erst in der Phase der Stagnation und des Niedergangs. Und dieser Verlust meint nicht Havemann und Biermann, aber die sich in anderem Zusammenhang auch reden ließe. Er meint die Verdächtigungen von Haarschnitten, Kleidungsstücken, Vorlieben für Musik und Tanz als Ausdruck prinzipieller Staatsferne oder von Schlimmeren, Verdächtigungen, die sich namentlich gegen Heranwachsende richteten, sie nicht als die gewünschten Erben galten, während in Wahrheit sich der Dissens auf begrenzte Felder bezog. Die Abschiede von Dogmen zogen sich sehr in die Länge.

Verloren gegangen war, anders ausgedrückt, auch das Unterscheidungsvermögen zwischen Wesentlichem du Unwesentlichen, was mit der Ausbreitung von Kleinlichkeit und Kleingeisterei auf vielen Gebieten einherging und da eröffnen sich dann auch Chancen für Beckmesser, Bürokraten und die vielen nur widerscheinenden Lichter. Es vollzog sich in der Tendenz ein Prozess der negativen

Auslese der Kader. Wo an Arbeitsplätzen und in Arbeitsprozessen vordem Kreativität verlangt worden war, lautete der wichtigste Anspruch nun Disziplin. So verloren Tätigkeiten, die anfänglich etwas gegolten hatten, mehr und mehr an Attraktivität. Viele konnten derlei in ihrer Arbeitsumwelt beobachten. Und manche deuteten die Verabschiedung von Markus Wolf als unverkennbares Zeichen dafür, wer nicht mehr gefragt war und nicht mehr verlangt wurde.

Fazit: Die Sozialisten haben, wenn der Begriff Staatssicherheit fällt, ihre eigenen Fragen zu formulieren und zu beantworten. Damit sind sie, da das ohne Forschungen und tabulose Diskussionen nicht abgehen kann, noch für längere Zeit hinreichend versorgt. Und diese Fragen betreffen keineswegs nur die Vergangenheit, in der sie sich zurechtfinden müssen. Allein das Thema Freund-Feind-Denken besitzt mannigfache Bezüge zur Gegenwart der politischen Kämpfe und der damit verbundene Denk- und Erfahrungsstoff reicht weit zurück in die Geschichte der Arbeiterbewegung in das 19. Jahrhundert und in die Frühgeschichte der proletarischen Bewegung.

Der Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/1946

Vorgeschichte – Leistungen – Kontroversen. Vortrag Leibniz-Sozietät

Am 18. Oktober werden auf den Tag genau 60 Jahre vergangen sein, seit das Internationale Militärtribunal (IMT), das den ersten Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher durchführen sollte, hier in Berlin seine Eröffnungssitzung abhielt. Das geschah in Schöneberg in dem inzwischen vom Alliierten Kontrollrat bezogenen neubarocken Bau, einst errichtet für das Berliner Kammergericht, in dem noch kaum ein Jahr zuvor Verschwörer des 20. Juli vom Volksgerichtshof abgeurteilt worden waren. Die einstige Reichshauptstadt war zwar symbolisch zum Sitz des Gerichts erklärt, Nürnberg und sein Justizpalast aber zum Verhandlungsort bestimmt worden. Die Anklagevertretung übergab dem aus acht Richtern, je zwei der vier beteiligten Staaten, bestehenden Kollegium die Anklageschrift. Sie gliederte sich in vier Punkte: Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (was in korrekterer Übersetzung wohl heißen sollte: Verbrechen gegen die Menschheit). Die Schrift wurde den Angeklagten vereinbarungsgemäß 30 Tage vor Beginn der Hauptverhandlung ausgehändigt, die auf den 20. November festgelegt wurde.

Dem Ereignis, das auch unter der Bezeichnung Jahrhundertprozess in Geschichtsbüchern steht, ist nach sechs Jahrzehnten Aufmerksamkeit noch immer sicher und jüngst wieder zugewendet worden. Vom 17. bis zum 20. Juli 2005 tagte in Nürnberg eine hauptsächlich von Rechtswissenschaftlern besuchte Konferenz, veranstaltet vom US-amerikanischen Touro College Law Center, Huntington NY., und dem Institute of the Holocaust and the Law unter Beteiligung des Oberlandesgerichts Nürnberg und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und weiterer Institutionen. Zu ihr hatten sich auch hochbetagt zwei Akteure des Prozesses noch einfinden können, die als Absolventen von Universitäten und Armeeangehörige zur US-amerikanischen Delegation für Nürnberg beordert worden waren: der Assistent des von den USA benannten Chefanklägers Robert H. Jackson, Whitney R. Harris, der damals im Range eines Hauptmanns insbesondere beim Anklagevortrag gegen den Chef des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner hervortrat, und Benjamin B. Ferencz, Ankläger im Einsatzgruppenprozess, einem der so genannten 12 Nachfolgeprozesse vor US-amerikanischen Gerichtshöfen.[1] Unvermeidlich kam die Rede auf die Frage: Wie hält es die Regierung des Staates, der sich mit seinen Spezialisten einen so herausragenden Anteil am Erfolg des Prozesses gegen Hermann Göring u.a. erwarb, heute mit dem Völkerrecht. Im September 2005 in den USA in Chautauqua, NY. eine wissenschaftliche Konferenz statt, die im Zeichen der Wahrung des Vermächtnisses von Robert H. Jackson stand. Inzwischen wurden hierzulande auch Unternehmen, die auf einen breiteren Interessentenkreis zielen, auf den Weg gebracht. Die Berliner Topographie des Terrors, die permanent eine Internet-Ausstellung über den Prozess unterhält, hat soeben ihre Ausstellung im Gropius-Bau eröffnet.

* * *

Unlängst vertrat während einer Veranstaltung hier in Berlin die Historikerin Bettina Birn, die 14 Jahre lang im Justizministerium in Kanada mit Ermittlungen wegen Kriegs- und Menschheitsverbrechen befasst war, in Rede und Gegenrede die Ansicht, Gerichtssäle seien keine Orte für Geschichtslektionen. Dem ließ sich mit Gründen widersprechen, nicht zuletzt mit dem Hinweis auf den in Rede stehenden Prozess, der sich auf insgesamt 403 Sitzungen dehnte und am 1. Oktober 1946 mit der Verkündung der Urteile schloss. Er bezeichnet einen Meilenstein in der Geschichte des Völkerrechts. Das ist, wie immer die Wertung im Detail ausfällt, unbestritten. Er legte aber auch, das bedeutet keine

---

[1] Beide gehören in den USA zu den hochangesehenen Juristen und lehrten an Universitäten. Harris, geb. 1912, erfuhr die Ehrung, dass die School of Law, Washington, University in St. Louis, ihr Institute of Global Legal Studies nach ihm benannte. Er schrieb: Tyranny on Trial. The Evidence of Nuremberg (1995). Ferencz, geb. 1920 kam als Soldaten von der Normandie bis in die Ardennen. Er wurde dann eingesetzt, die Verbrechen in den KZ zu untersuchen und kam nach der Befreiung in die KZ Buchenwald, Dachau und Mauthausen. Er zählt unter den Juristen der USA zu den Aktivisten, die sich die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofes und für die Teilnahme der USA an dessen Arbeit einsetzen. Zu den noch lebenden Anklägern aus der Delegation der USA gehört auch Henry T. King, der später das Buch The Two Worlds of Albert Speer schrieb.

Geringschätzung der Verdienste deutscher Wissenschaftler im Exil, den Grundstein für die Erforschung des faschistischen Systems nationalsozialistischer Prägung. Und das müsste eigentlich erst noch bemerkt werden, An seinem Beginn stand die berühmt gewordene Formulierung einer seiner Hauptaufgaben durch den Hauptankläger der USA, Robert H. Jackson: „Wir müssen unglaubhafte Tatsachen durch glaubhafte Beweise fundieren." Dieser Vorsatz ist mit jenen durchaus verwandt, die sich Historiker zu setzen haben. In der Tat waren die beteiligten Anwälte und deren Stäbe, wie Robert M. W. Kempner sich erinnerte, in der Vorbereitungsphase des Prozesses lange mehr damit befasst, sich anhand erbeuteter Dokumente ein Bild des Regimes zu machen, denn – worum es für die Zwecke des Gerichts schließlich gehen musste – die Verbrechen einzelnen Personen oder Organisationen zuzuordnen. Niemals wieder haben Gruppen dieses Umfangs so konzentriert und unter solchem Zeitdruck an der Ermittlung historischer Fakten und der Aufhellung von Zusammenhängen gearbeitet wie das in Nürnberg geschah. Um es aus der Sicht des Historikers vorweg zu sagen: Gäbe es einen Nobelpreis, der speziell für Verdienste für Leistungen in der Geschichtswissenschaft verliehen würde, der in Nürnberg agierende internationale Stab hätte ihn hoch verdient.

Der Weg nach Nürnberg, der in Trümmern liegenden Stadt, deren Name durch die Reichsparteitage und die Nürnberger Gesetze einen schrill-abstoßenden Klang erhalten hatte, war im doppelten Sinne lang. Das gilt für den Weg, den die Streitkräfte der Antihitlerkoalition von Stalingrad und dem Kaukasus, von El Alamein und der Normandie bis ins Zentrum des Deutschen Reiches zurückzulegen hatten, um die Führungsmacht des faschistischen Staatenbündnisses militärisch zu schlagen. Und es trifft auch, weniger bekannt, für den Weg der Gedanken, des Abwägens und der Entschlüsse zu – samt der aus ihnen folgenden Vorarbeiten –, die zu diesem Gerichtsverfahren hinführten und seinen Beginn schon ein halbes Jahr nach dem Ende der Kriegshandlungen in Europa ermöglichten.

Wie sich der Kriegsverlauf 1942/1943 zu wenden begann und der Sieg über Nazideutschland in wenn auch noch ferne Sicht kam, stellte sich die Frage, was mit den Führern dieses Verbrechen beladenen Regimes geschehen solle. So war schon einmal bei Ende des Ersten Weltkriegs gefragt worden. Gegen Kaiser Wilhelm I. hatte der Versailler Vertrag eine „öffentliche Anklage" angekündigt (Art, 227). Der folgende Artikel hatte bestimmt, dass ebenso Personen, die „wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges" anzuklagen sind, auf deren Verlangen den alliierten und assoziierten Mächten auszuliefern seien. Das traf vor allem auf Angehörige des Kaiserheeres und der Flotte zu, die in Belgien und Frankreich im Jahre 1914 bzw. während des See- und namentlich während des uneingeschränkten Uboot-Krieges Verbrechen begangen hatten, die nach internationalem Kriegsrecht zu ahnden waren. Auf der Liste mit den verlangten Personen, die später der deutschen Regierung überreicht wurde, standen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, Kronprinz Wilhelm und weitere hochgestellte Generale und Offiziere obenan, aber auch untere Chargen bis zum einfachen Soldaten waren benannt. Das und das Folgende wurde in der Literatur vielfach beschrieben.[2] Deutschland und die Niederlande verweigerten die Auslieferung der Begehrten. Die Sieger reduzierten die Liste der Beschuldigten mehrfach und erklärten sich dann mit Verhandlungen vor deutschen Gerichten einverstanden. Das ergab 1921 Farcen vor dem Leipziger Reichsgericht[3], die Proteste Frankreichs und Belgiens auslösten. Schließlich fanden in beiden Staaten ohne die Tatverdächtigen Prozesse statt, deren Strafauswürfe nur bewirkten, dass die Verurteilten diese Länder fortan besser mieden.

---

2 U.a. bei Friedrich Karl Kaul, Die Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher nach dem ersten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin/DDR), XIV Jg., 1960 H. 1, S. 19 ff. Am umfassendsten: Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003. Neuerdings auch: John Horne und Alan Kramer, Deutsche Kriegsgräuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004. (Der Titel der dt. Übersetzung ist abgeschwächt. Er lautet in der englischen Originalausgabe von 2001: German Atrocities, 1914. A History of Denial.) Hier insb. S. 479-519.

3 Es fanden insgesamt 17 Gerichtsverfahren statt. Zehn endeten mit Verurteilungen und sieben mit einem Freispruch. Hunderte Verfahren wurden eingestellt. Die Liste der „Deutschen Kriegsgräuel 1914: Zwischenfälle mit zehn oder mehr getöteten Zivilisten" und eine Zusammenstellung „Alliierte Forderungen nach einer Auslieferung von Kriegsverbrechern 1920"siehe in Horn/Kramer, Deutsche Kriegsgräuel S. 636-647 bzw. 656-657.

Ein Vierteljahrhundert später, noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges, stellte sich den Alliierten im Hinblick auf die Führungsgruppe und weitere herausragende Zivil- und Militärpersonen des faschistischen deutschen Reiches zunächst die Frage: Gerichtsverfahren oder kurzer Prozess.[4] Bevor sie noch definitiv entschieden war, trafen mehrere Staaten Vorkehrungen, die bereits auf die Entscheidung zugunsten von Prozessen vor Gerichten hindeuteten. Die UdSSR tat das schon in Deklarationen und Noten, so in einer vom 14. Oktober 1942, gerichtet an in London tätige Exilregierungen okkupierter osteuropäischer Staaten. Mit ihren schon 1943 durchgeführten Prozessen gegen deutsche Kriegsverbrecher und deren einheimische Kollaborateure, die in befreiten Städten der Sowjetunion (Krasnodar, Charkow) stattfanden, machte sie zudem praktisch klar, welchen Weg sie zu beschreiten wünschte. Im gleichen Jahr verabschiedeten die Außenminister der drei Hauptmächte der Koalition in Moskau am 30. Oktober eine Erklärung über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Gräueltaten, die jedoch die Frage offenließ, wie mit dem höchstgestellten Personal des Naziregimes verfahren werden solle.

Bereits 1942 hatte eine United Nations War Crimes Commission ihre Arbeit begonnen[5], die in London etabliert wurde und in der die USA und Großbritannien sowie die Exilregierungen arbeiteten. Es begann die Sammlung von Informationen, Dokumenten und weiteren Zeugnissen, die der Vorbereitung von späteren Anklagen dienen konnten. Am Beginn der Tätigkeit dieser Kommission stand die Formulierung einer geschichtlichen Erfahrung: „Was können wir aus Versailles und Leipzig lernen? Zuallererst: Die Vereinten Nationen dürfen nicht noch einmal darauf vertrauen, dass die Deutschen ihren Kriegsverbrechern gegenüber Gerechtigkeit walten lassen In ihren Augen sind das: Helden.“[6]

Auch Juristen publizierten noch während des Krieges in den Staaten der Antihitlerkoalition und in neutralen Ländern ihre Auffassungen zu den Fragen, auf welchen Rechtsgrundlagen, von wem und wo sich Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher durchführen ließen.[7] Wie schon im Zusammenhang mit den Verbrechen des Ersten Weltkrieges erwogen, sollten Täter in den Ländern abgeurteilt werden, in denen sie sich schuldig gemacht hatten oder wenn ihre Handlungen sich so nicht lokalisieren ließen, sich vor einen internationalen Gerichtshof angeklagt sehen, Gegen diese Vorgehensweise und zugunsten anderer Lösungen wurde auch daran erinnert, wie mit Napoleon I. verfahren worden sei, den man auf die Atlantik-Insel St. Helena verbannt, so bestraft und außer Wirkung gesetzt habe.[8] Noch im August 1944, als sich Roosevelt und Churchill in Quebec trafen, ließen sie verlauten, dass sie Gerichtsverfahren für Schwerstverbrecher wie Hitler, Himmler, Göring und Goebbels nicht für geeignet hielten, und erklärten, dass das weitere Vorgehen sie betreffend zwischen den Regierungen der Alliierten noch entschieden werden müsse.[9]

Doch es setzte die Auffassung durch, dass Gerichtsverfahren auch für die zivilen und militärischen Spitzen des Reiches den ohne Prozess erfolgenden Exekutionen vorzuziehen wären. Meinungsverschiedenheiten darüber wurden in der Regierung der Vereinigten Staaten noch im September 1944 ausgetragen. In deren Verlauf obsiegte jedoch der Standpunkt des für ein gerichtsprozessuales Vor-

---

4 Dazu und zum Folgenden s. Arieh J. Kochavi, Prelude to Nuremberg: Allied War Crimes Policy and the Question of Punischment, Chapel Hill 1998.

5 History of the United Nations War Crimes Commission and the Development of the Laws of War, London 1948.

6 Zitiert in: Hankel, Die Leipziger Prozesse, S. 11.

7 Sheldon Glueck, War Criminals. Their Prosecution and Punishment, New York 1944. (S. später ders., Ist der Nürnberger Prozess illegal. In: Die Amerikanische Rundschau (2) 1946, H. 9.) In der UdSSR verfasste der Völkerrechtler A. W. Trainin, der später die UdSSR bei den Verhandlungen in London über das Statut des Internationalen Gerichtshofes vertrat, eine 1944 in englischer, 1945 auch in französischer Sprache gedruckte Stellungnahme The Criminal Responsibility of the Hitlerites, die in Moskau erschien. S. a. Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von P. A. Steiniger, Bd. 1 u. 2, Berlin 1957 (3. Auflage 1961), Einleitung S. 9. fortan: Steiniger, Nürnberger Dokumente.

8 Steiniger, Nürnberger Dokumente. Einleitung S. 53.

9 Leon Goldensohn, Die Nürnberger Interviews. Gespräche mit Angeklagten und Zeugen. Hrsg. und eingeleitet von Robert Gellately. Mit einem Vorwort von Wolfgang Benz. Aus dem Amerikanischen, Düsseldorf/Zürich 2005, Einleitung S. 21 (fortan: Goldensohn, Nürnberger Interviews)

gehen eintretenden Kriegsministers Henry L. Stimson über den gegenteiligen und vor allem von Finanzminister Henry Morgenthau jun. vertretenen[10], den Roosevelt zeitweilig geteilt haben soll. Danach entstand im Kriegsministerium in Washington eine Ausarbeitung unter der Überschrift „Verfahren gegen europäische Kriegsverbrecher", verfasst von Oberst Murray C. Bernays. Damit waren Debatten über das Vorgehen nach Kriegsende jedoch noch nicht beendet. Noch als Robert H. Jackson, der 1945 an die Spitze des von den vier beteiligten Mächten gebildeten Nürnberger Richterkollegiums trat, im April 1945 vor der US-amerikanischen Gesellschaft für Völkerrecht einen Vortrag zum Thema „Die Rolle des Rechts unter den Völkern" hielt, so berichtete später Telford Taylor, wurden Argumente gegen einen Prozess vorgetragen, die u.a. lauteten, niemand würde Hitler freisprechen, so dass ein Verfahren überflüssig und lächerlich wäre, und in ihm wäre auch eine faire Verteidigung kaum zu erwarten. Dessen ungeachtet spielten gerade die USA bei der Vorbereitung des Prozesses eine hochaktive Rolle. Ihr Personal, das in Nürnberg, der in der US-amerikanischen Besatzungszone liegenden Stadt, agierte, stellte mit mehr als 200 Angehörigen die zahlreichste aller Delegationen.

Zur papiernen Hinterlassenschaft des Prozesses (wie der 12 weiteren so genannten Nachfolge-Prozesse vor US-amerikanischen Gerichtshöfen) gehören Aktenberge, die der Forschung heute in Nürnberg und auch in Archiven der beteiligten Staaten zugänglich sind. Schon 1947 wurden die Verhandlungen des Prozesses in einer viersprachigen Ausgabe publiziert, der Text, die nur einen Bruchteil der von den Mitarbeiterstäben gesichteten ausmachen. Das ließ die Edition auf 42 Bände anschwellen.[11] In vielen Publikationen, Memoiren und Monographien, sind Prozessbeteiligte, Richter, Anwälte der Anklage[12] und der Verteidigung[13], Mitarbeiter der Stäbe der beteiligten Staaten[14] unter juristischen und politischen Aspekten auf das Ereignis zurückgekommen.[15] Journalisten, die dem Prozess beiwohnten, haben sich erinnert, darunter Deutsche, von denen Erich Kästner und Markus Wolf zu den bekannteren gehören.[16] Von ihren Eindrücken, die sie während Interviews und in Gesprächen

---

10 S. dazu: Henry L. Stimson – Bundy McGeorge, On Active Service in Peace and War, New York 1948, S. 580, 584 ff.

11 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946 (amtlicher Text in deutscher Sprache), 42 Bde., veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland 1947-1949. Inzwischen existiert ein Nachdruck in einer Taschenbuchausgabe bis zum Registerband (München 1984), jedoch ohne die Dokumentenbände 24-42 und mit dem gleichen Inhalt, eine Ausgabe in der Digitalen Bibliothek bei Directmedia Publishing GmbH, Berlin, de eine Einführung von Christian Zentner vorangestellt ist.

12 Robert H. Jackson, The Nürnberg Case. New York 1947; Taylor, Telford, Die Nürnberger Prozesse, Zürich 1951, ders., The Anatomy of the Nuremberg Trial. A Personal Memoir, New York 1992, dt. Ausgabe: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994. Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M 1983. Dort s. auch eine Liste der Veröffentlichungen Kempners mit vielen weiteren Darlegungen zu den Nürnberger und andere Prozessen gegen NS-Verbrecher. S. 463 – 466.

13 Otto Kranzbühler, Rückblick auf Nürnberg Hamburg 1949. Kranzbühler, einst Flottenrichter in der Wehrmacht, verteidigte seinen ehemaligen Vorgesetzten, den Oberkommandierenden der Kriegsmarine und Hitler Nachfolger Karl Dönitz. In einem der Agentur Reuters gegebenen Interview, inzwischen 88jährig, bestritt er 1995 den Siegern zwar nicht das Recht, den Prozess in Nürnberg geführt zu haben, behauptete aber, er sei als Siegerjustiz deshalb zu qualifizieren, weil es für die Anklage wegen der Führung eines Aggressionskrieges, die er ein konstruiertes Verbrechen nannte, keine Rechtsgrundlage gegeben habe. Im gleichen Jahr veröffentlichte Rudolf Aschenauer (1913-1983) im Selbstverlag seine Abhandlung Zur Frage der Revision der Kriegsverbrecherprozesse, der viele weitere Attacken gegen die Rechtsprechung vor Gerichten der Alliierten folgten, dazu – ein Jahr vor seinem Tode – eine Biographie des Feldmarschalls Schörner. Des Weiteren: Hans Laternser, Verteidigung deutscher Soldaten, Bonn 1950, Carl Haensel, Das Gericht vertagt sich. Aus dem Tagebuch eines Nürnberger Verteidigers, Hamburg 1950.

14 So etwa von dem Mitarbeiter des britischen Anklagestabes Airey Neave, On Trial at Nuremberg, Boston 1978. Und: Poltorak, Arkadi – Saizew Jewgeni, Nürnberg mahnt! Poltorak, Arkadi, Nürnberger Epilog. Aus dem Russischen übertragen von Werner Höppner, Berlin 1971 (1988, 5. Aufl.). Der sowjetische Autor war während des Prozesses Sekretär der UdSSR-Delegation.

15 Telford Taylor, Anatomy of the Nuremberg Trails: A Personal Memoir, Boston 1992. Dt.: Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse: Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994.

16 S. dazu auch Steffen Radlmaier, Der Nürnberger Lernprozess: Von Kriegsverbrechern und Starreportern, Frankfurt a. M. 2001.

mit den Angeklagten gewannen, berichteten ebenfalls schon 1947 der Gerichtspsychiater Douglas M. Kelley[17] und der Nachrichtenoffizier und Psychologe Gustave M. Gilbert.[18] Jüngst erst erschien ein Band mit den Aufzeichnungen des Kelley-Nachfolgers Leon Goldensohn[19], erarbeitet und gekürzt aus Notizen die sich in dessen Nachlass befanden. Natürlich erinnerten sich auch die zu Zeitstrafen verurteilten und die freigesprochenen Angeklagten an den Prozess, doch sind ihre Schriften, die in jene Literaturgruppe der Bundesrepublik gehören, mit der ein verfälschtes Bild von der faschistischen Diktatur verbreitet wurde, für dasjenige vom gegen sie geführten Verfahren und die Bewertung der ihnen zugesprochenen Urteile aber ist es ohne Bedeutung und Belang.[20] Es ist eine wirklich unübersehbare „Nürnberg-Literatur" entstanden; zu der jedoch nur wenige Blicke auf das Ganze gehören.[21] Sie wird vermehrt durch die bis in unsere Tage reichende Fortdauer von Kriegs- und Menschheitsverbrechen (Stichworte: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Ruanda u.a.), die ebenfalls vor allem Abhandlungen über die Stellung des Nürnberger Prozesses in der Geschichte des Völkerrechts angeregten.

Aktuelle Informationen und spätere Dokumentationen

In diesem Zusammenhang kann gefragt werden, was die deutschen Zeitgenossen, an dessen Beginn sei dem Kriegsende nicht mehr als ein halbes Jahr vergangen war, von diesem Gerichtsverfahren bekannt gemacht wurde. Zunächst erfuhren sie darüber aus ihren Zeitungen, die, sofern sie nicht von erklärten deutschen Antifaschisten gemacht wurden, damit Auflagen erfüllten, die von Presseoffizieren der Besatzungsmächte in allen Zonen erteilt wurden Rundfunkstationen berichteten, darunter deutschsprachige des Auslands, wie die von BBC-London, ein Sender, der noch aus Kriegszeiten, eine Hörergemeinde in Deutschland besaß. In den Zeiten äußerster Knappheit von Druckmaschinen

---

17 Douglas M. Kelley, 22 Cells in Nuremberg. A Psychiatrist Examines the Nazi Criminals, New York 1947. Die deutschsprachige Ausgabe 22 Männer um Hitler, Olten/Berlin 1947 vermied im Titel die Übernahme des Begriffs Verbrecher.

18 Nürnberger Tagebuch von G. M. Gilbert, Ehemaliger Gerichts-Psychologe beim Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher; Frankfurt a. M. 1962. Auch Gilberts Buch war in New York bereits 1947 erschienen.

19 Goldensohn, Nürnberger Interviews. Die dt. Ausgabe ist gegenüber der 2004 erschienen US-Amerikanischen gekürzt. In die Reihe dieser Veröffentlichungen gehören auch die Erinnerungen eines in Nürnberg diensttuenden Arztes Roy A. Martin, Inside Nürnberg: Military Justice for Nazi War Criminals, Shippensburg Pa. 2000.

20 Als erster der unter dem Blickwinkel der vier Anklagepunkte Freigesprochenen ließ Franz von Papen seine Erinnerungen unter dem Titel Der Wahrheit eine Gasse – woraus Kritiker alsbald Der Wahrheit eine Gosse machten – noch 1952 in München erscheinen. Im Jahr darauf folgten die Erinnerungen Hjalmar Schachts, 76 Jahre meines Lebens (Bad Wörishofen). Hans Fritzsche schwieg lieber, machte von sich aber durch Zugehörigkeit zum Nauheimer Kreis, einem Zusammenschluss von höheren Funktionären der Diktatur von sich reden. Der zu lebenslanger Haft verurteilte, aber aus Krankheitsgründen 1955 aus Spandau entlassene ehem. Großadmiral Erich Raeder, veröffentlichte zwei Bände unter dem Titel Mein Leben 1956/1957. Sein Nachfolger Karl Dönitz, dessen zehnjährige Haftzeit 1956 vorüber war, publizierte 1958 das Buch Zehn Jahre und 20 Tage, dem er die Erinnerungen Mein wechselvolles Leben (Göttingen 1968) folgen ließ. folgte. Ein Jahr nach der Entlassung des zu 20 Jahren Haft verurteilten Baldur von Schirach kam dessen Ich glaubte an Hitler auf den Buchmarkt. Der Bestseller wurde aber die Erinnerungen des zur gleichen Zeit auf freien Fuß gelangten Albert Speer. Niemand aus dieser Gruppe leistete auch jetzt, da sie außer Verfolgung standen, nur einen geringfügigen selbstkritischen Beitrag, der zur Aufhellung der Vergangenheit. Speer, beispielsweise, dessen Text viele blendete, da er sich als schuldig und bekehrt ausgab und sich zudem als Verteidiger des angeblich unschuldigen deutschen Volkes darstellte, zitierte zwar Passagen aus seinen Reden und Antworten vor Gericht, vermied es aber, auch nur ein ungefähres Bild von der gegen ihn gerichteten Anklage zu geben.

21 Zu ihnen zählt u.a. früh Joe J. Heydecker/Johannes Leeb, Der Nürnberger Prozess. Mit einem Vorwort von Eugen Kogon und Robert M. W. Kempner, zuerst Köln 1958 und dann bis 1995 in mehreren Auflagen. Heydecker gehörte während des Prozesses zu den Berichterstattern. Bradley F. Smith, Reaching Judgement at Nuremberg, New York 1977, dt. Der Jahrhundertprozess: Die Motive der Richter von Nürnberg. Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1977. Maser Werner, Nürnberg – Tribunal der Sieger. Düsseldorf 1977. Robert E. Conot, Justice in Nuremberg, New York 1983, Joseph E. Persico, Nuernberg. Infamy on Trial New York 1994. D'Addario Ray – Kastner Klaus, Der Nürnberger Prozess – Das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945-1946; Nürnberg 1994 Müller-Ballin Gabi, Die Nürnberger Prozesse 1945-1949. Vorgeschichte – Verlauf – Ergebnis – Dokumente8, Nürnberg 1995, (= Materialien des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg, 1) Kürzlich: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943 – 1952, Frankfurt a.M., 2000. Klaus Kastner, Von den Siegern zur Rechenschaft gezogen.. Die Nürnberger Prozesse, Nürnberg 2001.

und Papier erschienen bald auch broschiert Dokumente des Prozesses.[22] Vor allem der Text des Urteils wurde verbreitet. Das Echo des Verfahrens ist damals in westlichen Besatzungszonen in Befragungen ermittelt worden. Die überwiegenden Zustimmungen zur Anklage und späteren Verurteilung der Exponenten des Naziregimes – eine Umfrage vom Oktober 1945 in der US-amerikanischen Besatzungszone ergab, dass 79 Prozent der Befragten den Prozess für fair und nur 4 Prozent ihn für unfair hielten und bei weiteren Umfragen, angestellt zwischen Dezember 1945 und März 1946, hielten 75 Prozent die Angeklagten für schuldig, ein Anteil, er bis August 1946 jedoch auf 52 Prozent gesunken war – sperren sich jedoch gegen eingehendere Ausdeutungen. Vor allem können sie nicht als Beweis für ein Interesse der Bevölkerungsmehrheit daran gewertet werden, sich kritisch mit dem Erlebten und Erfahrenen auseinander zu setzen. Die Masse der Deutschen sah sich – wie Berichte des Sicherheitsdienstes anzeigen, schon in den letzten Kriegswochen und -monaten – als Opfer des Hitlerregimes und des Krieges. Deutsche Politiker, dieser Stimmung Rechnung tragend, bescheinigten ihr das nach Kriegsende früh, und so galten die Angeklagten, wenn auch nicht in toto, als die Schuldigen an allem Unheil, während mit dem Hinweis auf sie der eigene Schuldanteil gedanklich übergangen beschwiegen wurde.

Mit dem fortschreitend restaurativen gesellschaftlichen Prozess und der Entwicklung des Kalten Krieges erlahmte in den Westzonen und der eben gegründeten Bundesrepublik das ohnehin schwach entwickelte Bestreben, sich mit den deutschen Kriegsverbrechen und -verbrechern auseinander zu setzen. Und wie schon nach dem Ersten Weltkrieg verlor sich auch auf Seiten der Sieger, die diesmal auf die Einbeziehung der Besiegten in die neue Mächte- und Militärkoalition wider die Sowjetunion ausgingen, das Interesse, dem Neuverbündeten eine selbstkritische Durcharbeitung der eigenen Vergangenheit abzufordern. Bis heute zitiert Richard von Weizsäcker aus der Frühzeit dieser Entwicklung, dem Jahre 1948, eine Rede Winston Churchills, der sich nun als Abgeordneter der in die Opposition geratenen Konservativen im britischen Parlament gegen Anklage und Verurteilung Ernst von Weizsäckers auftrat, eine Episode, die sich zwar nicht ernsthaft für den Nachweis der Unschuld des einstigen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt verwenden lässt, aber den Wandel in den Auffassungen Churchills und der Situation eindrucksvoll anzeigt. Zum gleichen Zeitpunkt bekamen die Richter und Anwälte der USA, die in Nürnberg noch mit Ermittlungen und Anklagen befasst waren, immer stärker zu spüren, dass ihnen im eigenen Lande jeder Rückhalt verloren ging und gegen die Fortsetzung ihrer Tätigkeit ein Gegenwind entfacht wurde.[23] In dieser Atmosphäre geriet, was im Nürnberger Gerichtssaal verhandelt, gerichtsnotorisch gemacht und bestraft wurde, zunehmend in Vergessenheit. Die entstandene Situation charakterisierte Jerzy Sawicki, ein polnischer Völkerrechter, mit einem Buch unter dem Titel „Als sei Nürnberg nie gewesen“.[24]

Wer sich dennoch informieren wollte, war in Spezialbibliotheken verwiesen, in denen die 42 Bände zur Hand waren. Damit befassten sich jedoch nicht einmal Historiker, aus deren Kreisen später behaupte wurde, erst die Rückgabe der zunächst als Beute in die USA verbrachten Akten des NS-Staates hätten den Beginn von Forschungen übe die Jahre 1933 bis 1945 ermöglicht. In Wirklichkeit existierte weder an der Staatsspitze noch in der Masse der Bevölkerung und eben auch nicht in der Zunft ein Interesse an derlei Untersuchungen. Das Bild von der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 war auf Hitler und wenige seiner Paladine schon verkürzt worden.

In der DDR entstanden hingegen rasch andere gesellschaftliche Voraussetzungen und Bedingungen für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die wichtigste war, dass an der Spitze der Verwaltungen

---

22 Staat und Moral: Zum Werden eines neuen Völkerrechts. Die drei Anklagereden von R. H. Jackson, München 1946. In die nicht sehr lange Reihe von Publikationen aus den so genannten Nachfolgeprozessen gehört: Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, Schwäbisch Gmünd 1950.

23 Das letzte Urteil in einem der so genannten 12 Nachfolgeprozessen erging im „Fall 11“, dem „Wilhelmstraßenprozess“ gegen Reichsminister, Staatssekretäre, leitende Ministerialbeamte, Gauleiter und SS-Führer, am 11.-14. April 1949.

24 J. Sawickis Buch erschien in der DDR übersetzt: Als sei Nürnberg nie gewesen, Berlin 1958. Der Autor 1910 - 1967, Jurist, war von 1936 1941 Advokat in Lwow, von 1944-1953 Prokurator und Ankläger in mehreren Kriegsverbrecherprozessen; 1945/46 Mitglied der polnischen Delegation in Nürnberg und von 1948 -1952 Prof. für Strafrecht in Lodz, danach in Warschau.

und später des Staates Antifaschisten standen, die Zuchthäuser, Konzentrationslager und Emigration hinter sich hatten. Es wirkte mit dem politisch-geistigen Interesse an der Aufklärung, zunächst verfochten von einer Minderheit, zudem ein Zwang zur öffentlichen Erörterung der Rolle der Deutschen in Faschismus und Kriegt, denn die Bewohner der Ostzone – anders und härter als die in den Westzonen – wurden für das in Europa angerichtete und verübte Unheil in Haftung genommen, in Gestalt der Reparationsleistungen, die das Tempo des Wiederaufbaus im Osten erheblich verlangsamten. Doch eine Geschichtswissenschaft, die systematisch an die Erforschung der damals jüngsten Vergangenheit hätte gehen können, hatte sich bis in die sechziger Jahre nicht formiert. In diese Leere stieß 1957 eine zweibändige Publikation[25], herausgegeben von Peter Alfons Steiniger. Diese Auswahl umfasste Protokolle, Dokumente und andere Materialien des ersten der Nürnberger Prozesses, erlebte mehrere Auflagen und enthielt vor allem eine – übrigens am 1, Oktober 1956, dem 10. Jahrestag der Urteilsverkündung, abgeschlossene Einleitung des Völkerrechtlers und Professors an der Humboldt-Universität zu Berlin, die sich mit den Ansichten von deutschen und ausländischen Kritikern des Prozesses befasste, deren Einwände von der Auswahl der Angeklagten über die Anklagepunkte bis zu den Urteilen reichten.

Doch ergab die Veröffentlichung des Völkerrechtlers keinen Auftakt. Die Literatur über Nürnberg blieb, wenn auch in vielen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten und Quelleneditionen Dokumente des Prozesses herangezogen, zitiert und ganz oder in Auszügen gedruckt wurden, was das Verfahren insgesamt wie einzelne Angeklagte anlangt, in DDR-Zeit rar. Zu ihr gehört der informative Abriss von Günther Wieland[26] sowie das gegen Ende der DDR geschriebene, auf die Täter fixierte Buch von Peter Przybylski.[27]

Das Fazit dieser nur flüchtigen Durchmusterung der fachliterarischen Bezugnahmen auf den Nürnberger Prozess in den beiden deutschen Staaten führt zu einer merkwürdigen Identität, zur Feststellung, dass die Historiker hier wie dort – anders als die Juristen und namentlich die Völkerrechtler – das Gerichtsverfahren nicht zum Gegenstand ihrer wissenschaftlichen Forschungen gemacht haben. Würdigung und Kritik der Leistungen der Juristen für die Historiographie sind folglich unterblieben, was auch dazu führte, dass manches Verdienst der eigenen Zunft zugeschrieben werden konnte. Die „Lücke“ sticht, wird zum Vergleich das Interesse für den freilich einer anderen Kategorie von Gerichtsverfahren angehörenden Reichstagsbrand-Prozess herangezogen, besonders hervor. Über die – wohl unidentischen – Ursachen, die das unterschiedliche Interesse verursachten, ließen sich nur Vermutungen aussprechen.

Die Auswahl der Angeklagten

Mit den juristischen, organisatorischen und weiteren Vorbereitungen, die der Prozess erforderte, hatten die beteiligten Mächte vorab vor allem, zu bestimmen, wer die Angeklagten dieses ersten Prozesses gegen zivile und Militärpersonen aus der Führungsgruppe des besiegten Deutschlands sein sollten. Dabei konnte davon ausgegangen werden, dass dem Auftakt weitere Verfahren folgen sollten. Ein französischer Vorschlag der zunächst aber abgewiesen wurde, lautete, alsbald herausragende

---

25 Steiniger, Nürnberger Dokumente Der Initiative von Steiniger folgten weitere Publikationen, die Dokumente und Urteile aus den Nachfolgeprozessen bekannt machten: Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, Berlin/DDR 1960; Fall 9. Das Urteil im ß-Einsatzgruppenprozess. gefällt am 10.April 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof II der Vereinigten Staaten von Amerika Hrsg. Kasimierz Leszczynski mit einer Einleitung von Dr. S. Quilitzsch, Berlin/DDR 1963; Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie übe die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns. Hrsg. vom Autor der Studie Karl-Heinz Thieleke eingeleitet von Klaus Drobisch, Berlin 1965; Fall 3. Das Urteil im Juristenprozeß, Berlin/DDR 1969. Fall 6. Dokumente und Urteile des IG-Farben-Prozesses. Hrsg. und eingeleitet von Hans Radandt, Berlin 1970.

26 Günther Wieland, Der Jahrhundertprozess von Nürnberg. Nazi- und Kriegsverbrecher vor Gericht. Berlin 1986. Der Autor war in der Generalstaatsanwaltschaft der DDR zuständig für Ermittlungen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher. Näheres zu seiner Person und seiner Bibliographie s. Günther Wieland, Naziverbrechen und deutsche Justiz. Hrsg. Werner Röhr, Berlin 2004 (= Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Beiheft 3).

27 Peter Przybylski, Täter neben Hitler, Berlin 1990. Wie Wieland Jurist, war Przybyslki Pressesprecher beim Staatsanwalt der DDR und weithin bekannt durch seine Mitwirkung in der Sendereihe des Fernsehens „Der Staatsanwalt hat das Wort“. Später erschien Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.) Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass und den Hrsg., Leipzig 1996 (als Taschenbuchausgabe 2004).

Wirtschaftsführer des Regimes anzuklagen. Er blieb insgesamt folgenlos. Vor internationalen Gerichtshöfen fanden weitere Verfahren nicht statt. Die 12 so genannten Nachfolgeprozesse, der letzte endete mit dem Urteil 1949, richteten US-amerikanische Richterkollegien aus.

Die Antwort auf die 1945 zu entscheidende Frage fiel in einer Hinsicht nicht schwer. Der in Betracht kommende Personenkreis befand sich schon im Juni nahezu ausnahmslos in den Händen der Alliierten. Ungeklärt war und blieb einzig der Aufenthalt Martin Bormanns, gegen den der Prozess in absentia geführt wurde. Alle anderen einstigen Größen des Dritten Reiches, sofern sie sich nicht wie Hitler, Goebbels und Himmler aus dem Leben gestohlen hatten, waren aufgegriffen worden, teils an Orten, an denen sie vermutet werden konnten, teils bei Identifikationen oder auch durch Zufall; einige hatten sich, angesichts ihres Bekanntheitsgrades die Aussichtslosigkeit des Versuchs unterzutauchen erkennend, mehr oder weniger den Besatzungstruppen gestellt.

Im Einzelnen: Wilhelm Frick, der einstige Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, der sich auf seinen Privatbesitz im bayerischen Kempfenhausen begeben hatte, wurde schon am 2. Mai verhaftet. Fünf Tage später geschah das mit Göring in Berchtesgaden, wohin er sich nach dem 20. April aus Berlin begeben hatte. Dort stellte sich einen weiteren Tag später auch der aus seinem Herrschaftssitz Weimar geflohene Fritz Sauckel, ehem. Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz und NSDAP-Gauleiter von Thüringen. Am 12. Mai 1945 war Ernst Kaltenbrunner, Heydrichs Nachfolger als Chef des Reichssicherheitshauptamtes, in einer Jagdhütte in den Bergen bei Alt-Aussee aufgegriffen worden. Tags darauf wurde Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, der seinen letzten öffentlichen Auftritt bei der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde in Berlin-Karlshorst gehabt hatte, in Flensburg inhaftiert. Eine weitere Woche später kam die Reihe an Alfred Rosenberg, den Reichsleiter der NSDAP und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, der sich nach einer leichten Verletzung in einem Lazarett in Flensburg-Mürwik befand. Am 23. Mai endete mit der Gefangennahme für den von Hitler zu seinem Nachfolger als Staatschef bestimmten Großadmiral Karl Dönitz und für Albert Speer und Alfred Jodl die Flensburger Episode der „Reichsregierung“ und des Oberkommandos der Wehrmacht. Anfang Juni stellte sich Baldur von Schirach, Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien. Vergleichsweise spät, am 14. Juni erfolgte die Verhaftung des einstigen Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop in einer Privatwohnung in Hamburg. Julius Streicher, der sich in die Tiroler Alpen geflüchtet hatte und sich als ein Kunstmaler ausgab, wurde von einem US-amerikanischen Offizier erkannt und festgesetzt. So waren sie nacheinander in Gewahrsam der Briten und der US-Amerikaner gelangt, denn wie auch die Masse der Wehrmachtssoldaten hatte es sie – nicht anders als viele Funktionsträger auf mittlerer Ebene – im Angesicht der Niederlage westwärts gezogen.

Die für den ersten Nürnberger Prozess ausgewählten zivilen und militärischen Führer des Regimes gehörten mehreren Gruppen an. Die erste bestand aus den Figuren der Hitlerregierung mit Göring an der Spitze. Zu ihr gehörten die Reichsminister Rudolf Heß, Wilhelm Frick, Joachim von Ribbentrop und dessen Vorgänger Konstantin Freiherr von Neurath, Walther Funk und dessen Vorgänger Hjalmar Schacht[28], sowie Albert Speer. Ihr ist auch der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner zuzuzählen und – allerdings in einer Sonderstellung, die sich auch im Urteil ausdrückte – der kurzzeitige Vizekanzler der Regierung Franz von Papen[29], später Botschafter in Wien und Ankara. In dieser Reihe fehlte eine Anzahl Kabinettsmitglieder: Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk[30], die Reichsminister für Ernährung und Landwirt-

---

28 Hjalmar Schacht (1877-1970) gehörte mit Hans Fritzsche und Franz von Papen zu den drei Freigesprochenen des Hauptkriegsverbrecher Prozesses. 1947 verurteilte ihn in Stuttgart ein Spruchkammerverfahren zu 8 Jahren Arbeitslager, 1948 hob eine für das Internierungslager zuständige Berufungskammer in Ludwigsburg dieses Urteil auf.

29 Franz von Papen (1879-1969) wurde in Nürnberg nach dem Maßstab der vier Anklagepunkte freigesprochen, dann aber in einem Entnazifizierungsverfahren zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt.

30 Johann Ludwig (Lutz) Graf Schwerin von Krosigk (1887-1977) wurde mit Dönitz, Speer u.a. am 23. Mai in Flensburg inhaftiert. Seine Anklage erfolgte im Wilhelmstraßenprozess. Das am 14. April 1949 gesprochene Urteil lautete auf 10 Jahre Gefängnis. Die Begnadigung erfolgte ein Jahr später.

schaft Richard Walther Darré[31] (bis 1942) und Herbert Backe[32] und der Reichsjustizminister Otto Thierack[33].

Eine zweite Gruppe bildeten die Militärs mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, dem des Wehrmachtsgeneralstabes Alfred Jodl, dem Oberkommandierenden des Kriegsmarine Karl Dönitz und dessen Vorgänger Erich Raeder. Zu ihr zählte auch Göring, der hauptsächlich aber wegen seiner Rolle in anderen Funktionen und Ämtern vor Gericht stehende Oberkommandierende der Luftwaffe. Diese Gruppe erscheint übrigens als die unvollständigste, denkt man an die Rolle des Kriegsministers, Generalfeldmarschall Werner von Blomberg[34] (bis 1938), des Oberbefehlshabers des Heeres, Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch[35] (bis 1941) und des langjährigen Chefs des Heeresgeneralstabes, Generaloberst Franz Halder[36] (bis 1943), die sämtlich an der Planung, Halder auch an der Inszenierung von Aggressionen beteiligt gewesen waren.

Eine dritte Gruppe bestand aus Personen, die im Verlauf der Eroberungen in besetzten Staaten und Gebieten geherrscht hatten. Sie umfasste den in Prag etablierten Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Konstantin Freiherr von Neurath, (der vordem Reichsminister des Auswärtigen gewesen war), den auf der Krakauer Burg residierenden Generalgouverneur Hans Frank, den Reichskommissar in den Niederlanden Arthur Seyß-Inquart und den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg. In diesen Kreis gehörte auch der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz und NSDAP-Gauleiter in Thüringen, Fritz Sauckel, dessen Hauptaufgabe die Herbeischaffung von Arbeitskräften aus den besetzten Territorien ins Reich sowie deren Verteilung in Industrie und Landwirtschaft gewesen war. Hier fehlten vor allem die Reichskommissare Ukraine, der NSDAP-Gauleiter in Ostpreußen Erich Koch[37] und des so genannten Ostlandes, der NSDAP-Gauleiter in Schleswig-Holstein Hinrich Lohse[38].

Zwei Angeklagte waren keiner dieser Gruppen zuzuordnen. Der NSDAP-Gauleiter in Franken und Herausgeber der Wochenzeitschrift „*Der Stürmer*“, Fritz Sauckel, der aktivste Propagandist eines brutalen Antisemitismus und ideologische Wegbereiter des Judenmordens. So schwierig angesichts der Rechtslage seine Verurteilung (er endete am Galgen) sein sollte, gehörte er doch zweifelsfrei unter die Anzuklagenden. Seine „Anwesenheit“ allein widerlegt die bis heute erhobenen Vorwurf, es hätte das später so genannte Verbrechen des Genozids die Alliierten und deren Anwälte und Richter in Nürnberg nicht oder kaum interessiert. Die Anklageerhebung gegen Streicher verdeutlichte zugleich, dass die Verantwortung derjenigen herausgestellt werden sollte, die Millionen Deutsche durch ihren geistigen Einfluss in jene Kondition gebracht hatten, die diesen Krieg als eine seiner notwendigen Bedingungen erst ermöglichte. Darauf zielte auch die Vernehmung Rosenbergs, des Ideologen und für die „weltanschauliche Schulung“ zuständigen der NSDAP Reichsleiters und Herausgebers des „*Völkischen Beobachters*“. Hier fehle sichtbar Goebbels, und es war kein guter Einfall, sondern

---

31 Richard Walther Darré (1895-1953) wurde im Wilhelmstraßen-Prozess am 14. April 1949 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Er kam ein Jahr darauf begnadigt frei.

32 Herbert Backe (1896-1947), dem die Anklage im Wilhelmstraßen-Prozess bevorstand, beging am 7. April Selbstmord.

33 Otto Georg Thierack (1889-1946), der sich im Juristen-Prozess verantworten sollte, brachte sich in britischer Haft am 22. November 1946 um.

34 Werner von Blomberg (1878-1946), der in Nürnberg als Zeuge auftreten sollte, starb dort in einem US-amerikanischen Militärhospital am 22. März 1946.

35 Walther von Brauchitsch (1881-1948) trat im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozess als Zeuge auf. Er starb in britischer Haft, in der ihm ein Prozess noch bevorstand, 18. Oktober 1948.

36 Franz Halder (1884-1972) war nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert und nach Haft in den KZ Flossenburg und Dachau in Tirol befreit worden. Schon im Sommer wurde seine Gefangennahme durch US-amerikanische Streitkräfte aufgehoben. In deren Diensten leitete Halder bis 1961 eine kriegsgeschichtliche Abteilung und wurde danach mit dem höchsten an Zivilisten zu vergebenden Militärorden der USA ausgezeichnet.

37 Erich Koch (1896-1986), in der britischen Besatzungszone untergetaucht, später an Polen ausgeliefert, angeklagt, und 1958 zum Tode verurteilt, wurde jedoch nicht hingerichtet. In Haft verstarb er.

38 Hinrich Lohse (1896-1964), der den Posten des Reichskommissars von dessen Installation 1941 bis zum 8. September 1944 bekleidet hatte, wurde zu einer 10jährigen Haftstrafe verurteilt, kam jedoch 1951 wieder frei.

wohl eine aus Verlegenheit geborene Lösung, dass statt seiner Hans Fritzsche[39], im Propagandaministerium Leiter der Rundfunkabteilung, bekannter durch seine allwöchentlich über den Rundfunk gesendeten Kommentare, zu den Hauptkriegsverbrechern gesetzt wurde. Dass das geschah, hatte eine weitere Ursache darin, dass die drei (aufeinander gefolgten) Staatssekretäre von Goebbels nicht greifbar waren. Der erste war gegen Kriegsende umgekommen, die beiden Nachfolgenden hatten untertauchen können.[40]

Insgesamt verdeutlichte die Besetzung der Bank der Angeklagten das Interesse des Gerichts, gleichsam einen Panoramablick auf das Verbrechen beladene Regimes und seine Eliten zu ermöglichen, und sie bezeugte auch, welche Vorstellungen kurz nach Kriegsende in den Führungskreisen der Alliierten über Stellung und Macht, Einfluss und Verantwortung von Personen an der Spitze des Naziregimes existierten. In dieser Reihe fehlten die Mächtigen der Banken und der Industrie. Das war nicht beabsichtigt gewesen. Auf der Liste der Anzuklagenden hatte auch Gustav Krupp von Bohlen und Halbach gestanden. Die Richter wurden jedoch durch eine Ärztekommission, bestehend aus hochrangigen Spezialisten aller am Prozess beteiligten Staaten, die eigens an das Krankenlager Krupps, der seit 1944 auf seinem Gut Blühnbach in Österreich lebte, gereist war, davon unterrichtet, dass der 75jährige an „seniler Gehirnerweichung“ litt und sich in einem verhandlungsunfähigen Zustand befand. [41]

Ein Verfahren in absentia wurde vom Gerichtshof in diesem Falle ebenso abgelehnt wie der Vorschlag, den Nachfolger des alten Herren, Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, der den nach einer so genannten „Lex Krupp„ in Familienbesitz überführten Konzern seit 1943 geleitet hatte, auf die Anklagebank zu setzen[42], wurde – wohl hauptsächlich – verworfen, da dessen Verwirklichung eine Verschiebung der Prozesseröffnung notwendig gemacht haben würde. Doch zeigten sich die Vertreter der Anklage während der darüber vor Gericht geführten Beratung entschlossen, auch wenn aus dem Bezirk der deutschen Rüstungsindustrie niemand in persona angeklagt wurde, die Rolle der deutschen Industrie während des Prozesses zur Sprache zu bringen und das blieb keine leere Ankündigung.

Der verdrängte Teil des Verfahrens

Schon in der vorbereitenden Sitzung des Gerichtshofes am 14. November 1945 in Nürnberg, als entschieden wurde, ob Gustav Krupp aus der Reihe der Angeklagten genommen und sein Schwiegersohn auf die Anklagebank gesetzt werden sollte, war die Rede auf den Zusammenhang von Politik und Wirtschaft, auf das Zusammenwirken von Naziführern und Industriellen gebracht worden und zwar von allen Vertretern der Anklage. Robert H. Jackson, der zugleich im Auftrag seines französischen und sowjetischen Kollegen sprechen konnte, sagte über die Erfahrungen, welche von den drei Staaten und deren Bewohnern mit der Essener Waffenschmiede gemacht worden waren: „Wir vertreten drei

---

39 Hans Fritzsche (1900-1953) wurde nach seinem Freispruch in Nürnberg zu 9 Jahren Arbeitslager verurteilt, befand sich aber 10950 wieder auf freiem Fuß.

40 Die war Fritzsche zugedacht, weil keiner der drei letzten aufeinanderfolgenden Staatssekretäre von Goebbels greifbar war. Karl Hanke, zuletzt Oberpräsident und Gauleiter in Niederschlesien, von Hitler in dessen Testament zum Nachfolger für den verstoßenen Heinrich Himmler bestimmt, war bei oder nach Kriegsende umgekommen. Leopold Gutterer (geb. 1902) hatte in Bayern auf dem Lande untertauchen können und wurde erst im Oktober 1947 aufgefunden, 1948 zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt, eine Strafe, die jedoch auf ein Jahr reduziert wurde. Werner Naumann (1909-1982), in Hitlers Testament als Nachfolger von Goebbels im Ministeramt vorgesehen, hielt sich unter falschem Namen bis 1949 ebenfalls in Süddeutschland versteckt. Auf der Anklagebank saß der erste (seit 1933) Staatssekretär im Propagandaministerium, Walther Funk, jedoch in seiner Eigenschaft und seiner Rolle (seit 1938) als Reichswirtschaftsminister.

41 Rechtsanwalt Theodor Kleefisch beantragte beim Gerichtshof, seinen Mandanten von der Liste der Angeklagten zu nehmen, da er aus gesundheitlichen Gründen nicht fähig sei, dem Prozess zu folgen oder gar sich gegen die gegen ihn erhobenen Vorträge zu verteidigen. Das Gericht verhandelte darüber am 14. Oktober 1945 während der ersten der vorbereitenden Sitzungen und gab darauf dem Antrag statt. (Auch späterhin wurde der in ärztlicher und pflegerischer Obhut lebende einstige Chef des Unternehmens, der vier Jahre später verstarb, nicht verhandlungsfähig.)

42 Alfried Krupp (1907-1967) wurde 1948 im Krupp-Prozess durch ein Urteil zu 12 Jahren Gefängnis und Einziehung seines Vermögens bestraft, im Jahre 1951 jedoch amnestiert.

Nationen dieser Erde; eine von ihnen wurde dreimal mit Krupp'schen Waffen überfallen, eine andere hat im Verlauf des Krieges im Osten unter der Wucht des Krieges gelitten wie nie ein Volk zuvor, und eine von ihnen hat zweimal den Atlantik überquert, um, soweit es in ihren Kräften stand, Streitigkeiten zu beenden, die durch den deutschen Militarismus entfacht waren."[43] Weiter erinnerte er daran, dass „die Krupp-Unternehmungen seit mehr als 130 Jahren blühten und gediehen, indem sie die deutsche Kriegsmaschine mit Kriegsmaterial versahen." Deren Tätigkeit wäre nicht auf die Ausführung von Regierungsaufträgen beschränkt gewesen. „Die Krupp-Werke waren auch an der Aufhetzung zum Kriege aktiv beteiligt, sowie – durch Deutschlands Ausscheiden – an dem Schiffbruch der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes, und schließlich nahmen die Krupp-Werke an der politischen Agitation zur Unterstützung des gesamten Nazi-Angriffsprogramms ebenfalls aktiven Anteil. Dies war nicht ohne Gewinn für die Kruppschen Unternehmungen, und wir sprachen bereits von dem auffallenden Aufstieg ihrer Gewinne, der ihrer Mithilfe an den deutschen Vorbereitungen für einen Angriffskrieg zuzuschreiben ist." Die Machthabenden hätten die Dienste dieses Unternehmens derart geschätzt, dass sie 1943 es eigens durch eine „Lex Krupp„ Hitlers ermöglichten, die Krupp-Werke in ein Familienunternehmen umgewandelt werden konnten, worauf diese ganz in das Eigentum und unter das Kommando des Sohnes Alfried gerieten.[44]

Der britische Hauptankläger Sir Hartley Shawcross versicherte den Richtern darauf, er sei ebenso von der zu lösenden Aufgabe überzeugt, „vor dem Gerichtshof und vor der Welt die Rolle aufzudecken, die die Großindustriellen bei der Vorbereitung und Führung des Krieges gespielt haben." Und das werde „im Verlaufe dieses Prozesses geschehen, gleichgültig ob Gustav Krupp von Bohlen oder Alfried Krupp als Angeklagte in dem Prozess erscheinen oder nicht."[45] Das Material, fuhr Shawcross fort, dass gegen Krupp vorliege und auch das über die „allgemeine Rolle, die die Großindustriellen gespielt" haben, werde im Prozess unterbreitet werden und zudem würden „je nach dem Ausgang des gegenwärtigen Prozesses andere Verfahren eröffnet werden, möglicherweise gegen Alfried Krupp, möglicherweise gegen andere Großindustrielle".[46] (Das geschah bis 1949 dann auch vor ausschließlich US-amerikanischen Gerichtshöfen, die Prozesse gegen Eigentümer und Direktoren der Kruppwerke, des Flick-Konzerns und der IG-Farben AG führten.) Dann bekräftigte der französische Ankläger Charles M. Dubost die Notwendigkeit, die Vorwürfe gegen Krupp und andere Großindustrielle vorzubringen, von denen er sagte, dass diese „die Machtergreifung der Nazis, die Nazi-Regierung und die Nazi-Propaganda unterstützten, die Nazis finanzierten und schließlich die Wiederaufrüstung Deutschlands förderten, damit es seinen Angriff fortsetzen könnte."[47]

Bemerkenswert bleibt an diesem Auftakt die Einhelligkeit des Urteils der Juristen über ihr Vorgehen und die Benennung der Themen, die dabei zur Sprache kommen mussten. Das waren (1) der Beitrag von Führern der Wirtschaft zum Aufstieg der NSDAP bis in die Staatsmacht, (2.) der Anteil von Personen aus dieser Gruppe an der raschen Etablierung des faschistischen Regimes, eingeschlossen die Finanzierung der Hitlerpartei, (3.) die mithelfende Rolle von Wirtschaftsführern bei der materiellen Vorbereitung des Eroberungskrieges und (4.) der Part der Großindustriellen während der Führung des Krieges. Es wäre zu wünschen – und dies nicht nur nebenbei –, dass diese Themen sich heute in den Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland wiederfinden ließen.

Es waren vor allem die Anklage und die Verhöre Görings, der beiden Reichswirtschaftsminister und des Reichsministers für die Bewaffnung, die Licht in eines der am tiefsten verborgenen Geheimnisse der Entstehung und des Funktionierens der faschistischen Diktatur bringen konnten, eines Regimes, das sich als Staat der Volksgenossen ausgegeben hatte, (eine Fälschung, die in der deutschen Historiographie jüngst, zu „Hitlers Volksstaat" verkürzt, wieder in Kurs gesetzt wurde). Gelingen konnte das Vorhaben freilich nur, wenn die Anklage über Beweisdokumente verfügte, denn es stand nicht zu erwarten, dass einer der Angeklagten aus freien Stücken dabei mithalf. Über solche Dokumente

---

43 NP Bd. 2, S. 11-13.
44 NP Bd. 2, S. 12-13.
45 NP Bd. 2, S. 17.
46 NP Bd. 2, S. 18-19
47 NP Bd. 2, S. 23.

verfügte die Anklage und das aufgrund der bewundernswerten Leistungen von Fahndern, die in der kurzen Phase der Prozessvorbereitung, dass das massenhafte Beutegut aus Schriftverwaltungen und Archiven gründlich durchmustert hatten. Schon damals wurden Schriftstücke gefunden, die den Rang von Schlüsseldokumenten für die Erforschung der deutschen Geschichte von 1932/1933 bis 1945 behielten. Für diese seien hier drei genannt; das stenographische Protokoll der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium vom 12. November 1938, auf der unter Görings Vorsitz die Strategie und Taktik der weiteren Judenverfolgung festgelegt wurden, die Aufzeichnungen des Chefadjutanten der Wehrmacht, Oberst Friedrich Hoßbach, über die Beratung im engsten Kreis der Oberbefehlshaber am, 5. November 1937, in deren Verlauf sich Hitler zum ersten Mal über die späteste Zeitspanne äußerte, innerhalb derer der Krieg zu beginnen sei (das „Hoßbach-Protokoll“[48]) sowie die Aufzeichnungen des Nachfolgers von Hoßbach, Oberstleutnant Rudolf Schmundt, über die Ansprachen Hitlers an die Generalität über den unmittelbar bevorstehenden Krieg und dessen Ziele am 23. Mai („Schmundt-Bericht“[49]) und die stichwortartigen Notizen über die zweite Ansprache Hitlers an die Oberbefehlshaber am 22. August 1939 mit der Erklärung „Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg.“ und den befehlsförmigen Forderungen „Herz verschließen. Brutales Vorgehen.“[50] Die Geschichte der Auffindung dieser Dokumente unter Trümmern, in Auslagerungsstätten und Verstecken wurde nie geschrieben. Sie wäre kaum weniger dramatisch zu lesen als die der Ergreifung der „Größen des Dritten Reiches“.

Die intimsten Kenntnisse über die Beziehungen zwischen den obersten Naziführern, den späteren Staatsführen und Exponenten der deutschen Großindustrie und der Banken besaß fraglos Hjalmar Schacht, bis 1930 und dann wieder ab 1933 (bis 1939) Vorsitzender des Direktoriums der Reichsbank, 1934 (bis 1938) komm. Reichswirtschaftsminister und seit 1935 auch (insgeheim) Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung, noch bis 1943 Mitglied eines nicht mehr tagenden Kabinetts geblieben und nach dem Attentat auf Hitler 1944 inhaftiert worden war. Schacht konnte von sich sagen, dass niemand – selbst Papen nicht – mehr für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler getan hatte als er. Das nahm er freilich für sich nicht in Anspruch, sondern wies sein Eintreten für Hitlers Kanzlerschaft bei „kompetenten“ Personen zurück. Ja, gab er zu, er sei im Dezember 1930 in der Wohnung eines befreundeten Bankiers – in einer späteren Vernehmung fiel dann der Name des Bankiers von Stauß[51] – mit Göring zusammengetroffen. Ja, er habe in dessen Wohnung dann im Januar 1931, wo sich auch Fritz Thyssen einfand, mit Hitler gesprochen. Er habe sich gegenüber „Wirtschaftsfreunden und dergleichen“ auch dafür ausgesprochen, dass Hitler Reichskanzler werden müsse.[52] Ja, er hätte Reichskanzler von Papen zur Zusammenarbeit mit Hitler in einer Regierung geraten und sei an der später als Industriellen-Eingabe[53] bezeichneten Initiative beteiligt gewesen, mit der Industrielle, Bankiers und andere Persönlichkeiten dem Reichspräsidenten von Hindenburg im November 1932 die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler anempfahlen.

Schon diese „Geständnisse“ wären ohne das Robert H. Jackson zur Verfügung stehende Material nicht zu bekommen gewesen. Ihre Bedeutung für die Kennzeichnung des Weges der Faschisten an die Macht war erheblich, doch waren sie – für sich genommen – nicht prozess- und urteilsrelevant. Beihilfe zur Etablierung der Diktatur war kein Anklagepunkt, wenn nicht nachgewiesen wurde, dass sie mit dem Ziel erfolgte, eine Kraft an die Staatsmacht zu bringen, die auf einen Angriffskrieg ausging und diese gerade dabei zu unterstützen. Schacht, der sich als lebenslanger Pazifist darstellte, zog sich auf die Position zurück, er habe nur den Anschluss Österreichs und die Rückgabe der Kolonien, zu erwirken auf dem Verhandlungsweg, im Sinne gehabt und verfochten.

Diesseits der Schwelle des 30. Januar 1933 richtete sich das Interesse der Anklage auf die Initiativen der Industriellen zur Machtbefestigung des Faschismus. Erwähnt wurde, nebenbei, dass sich der

---

48 Dok. 1816-PS, Bd. XXV, S. 403 ff.
49 Dok. 079-L., Bd. XXXVII, S. 547 ff
50 Dok. 1014-PS, Bd. XXVI, S. 523 f.
51 IMT, XIII, S. 45.
52 IMT, XII, S. 621.
53 Dok. 3901-Ps.

„Privatier“ Schacht, der als Pensionär der Reichsbank auf seinem Gut Gühlen im Brandenburgischen lebte, am 30. Januar 1933 in Berlin aufgehalten hatte und dort in der Halle des Hotels „Kaiserhof“, dem bevorzugten Quartier des „Führers“ und seiner engsten Vertrauten, zufällig auf Göring getroffen war, der ihn mit den Worten begrüßte, da komme ja unser künftiger Reichsbankpräsident.[54] Dokumentiert wurde die Zusammenkunft Görings und Hitlers mit Wirtschaftsführern am 20. Februar 1933 im Palais des Reichstagspräsidenten, an der u.a. Gustav Krupp, Georg von Schnitzler und weitere Direktoren der IG-Farben AG, Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken und auch Schacht auch teilgenommen hatte, die mit der Zeichnung einer Wahlfondsspende für die bevorstehenden, und wie Göring ausführte, auf 100 Jahre letzten Reichstagswahlen endete.[55] Zum ersten Mal kam sodann Licht in die Geschichte der „Adolf-Hitler-Spende“ der deutschen Wirtschaft, die 1933 auf Initiative des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Gustav Krupp, eingerichtet worden war. Seitdem flossen in die Kassen der NSDAP regelmäßig Gelder, die den Aktionsradius der Partei erheblich vergrößerten. Ohne freilich eine Bestätigung des Angeklagten Schacht zu erhalten, den er ins Kreuzverhör nahm, erklärte der Vertreter der Anklage, dass die Unterstützung, die das Regime aus diesen Kreisen erfuhr, eine Ursache auch in der Abschaffung der Gewerkschaften gehabt habe.[56]

Es war die wiederum US-amerikanische Anklagevertretung, die beim Vortrag von Hauptmann Harris die Rede auch auf den Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler und die aus ihm hervorgegangenen Spenden brachte. Im Kölner Bankhaus des Baron von Schröder war ein an Himmler gerichtetes Schreiben gefunden worden, in dem er dem eben auch zum Reihsinnenminister ernannten Himmler die Summe von 1.100.00 Reichsmark avisiert, als „eine kleine Entlastung“ und „gewisse Hilfestellung“ bei des Reichsführers „besonderen Aufgaben“. Harris verzichtete mit der Zustimmung des Gerichtsvorsitzenden darauf, die ebenfalls aufgeführten Namen der Spender zu verlesen.[57]

Wichtiger, namentlich für die Anklagen in den späteren Industriellen-Prozessen, wurde, dass schon hier die schamlose, häufig mit Todesfolge einhergehende Ausbeutung der Arbeitskraft von Millionen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zur Sprache kam. Thomas J. Dodd bezog sich, als er das Anklagematerial vorlegte, beispielhaft auf die Situation in den Essener Kruppwerken, wo sich mehrere Massenlager befanden, deren Zustand mit dem von Konzentrationslagern konkurrieren konnte. Der Ankläger verwendete eine eingeholte eidesstattliche Erklärung des Oberlagerarztes, der diese Stätten an verschiedenen Orten besucht hatte: „Die Zahl der erkrankten Ostarbeiter war doppelt so groß wie die der deutschen Arbeiter. Tbc. war besonders weit verbreitet. Prozentual gab es unter den Ostarbeitern 4 × so viel Tbc-Fälle als unter den Deutschen. (Deutsche 0,5 %, Ostarbeiter 2%.) ... Die Tataren und Kirgisen litten am meisten unter dieser Krankheit. Sobald sie davon betroffen wurden, brachen sie wie die Fliegen zusammen. Die Gründe dafür waren die schlechte Unterbringung, die schlechte Qualität und ungenügende Quantität des Essens, Überarbeitung und nicht genügende Ruhe. Flecktyphus war auch unter diesen Arbeitern verbreitet. Läuse, die Träger dieser Krankheit, zusammen mit unzähligen Flöhen, Wanzen und anderem Ungeziefer, plagten die Insassen dieser Lager.“ Die Wachmannschaften würden sich nicht mehr in die Unterkünfte begeben und das Lager besuchende Ärzte wären von den Massen des Ungeziefers angefallen worden. Eingaben an die Direktoren und die Unterrichtung des Leibarztes von Gustav Krupp wären folgenlos geblieben.[58]

Zu den für die Akteure heikelsten Themen aus der Rolle von Banken und Großindustriellen gehörte deren räuberische Initiativen in den eroberten Staaten und Gebieten. Schacht, um ein – aber doch bezeichnendes – Detail zu erwähnen, er sich nach 1938 als Privatmann und an dem Geschehen unbeteiligt darstellte, wurde von Jackson der Schlichterrolle überführt, als sich die Deutsche und die Dresdner Bank 1940 nach dem Sieg der Wehrmacht im Westen um dessen Ausnutzung in Belgien und

---

54 IMT, XIII, S. 46.

55 IMT, XIII, S. 49 ff. Die Kenntnis über den Verlauf stützte sich u.a. auf eine eidesstattliche Erklärung Georg von Schnitzlers. EC-439.

56 IMT, XII, 643.

57 IMT, IV, S. 23 f.

58 MT, II, S. 495 ff., Dok. D 288, US 202.

den Niederlanden als Rivalen gegenübergetreten waren. Arglos erklärte Schacht darauf hin, er habe nur dafür sorgen wollen, dass die beiden Banken friedlich zusammenarbeiteten.[59]

Als die beiden Großbanken sich in dieser Weise in Westeuropa betätigten, vermochten sie sich auf Erfahrungen zu stützen, die sie zwei Jahre zuvor nach der Inbesitznahme des so genannten Sudetenlandes gesammelt hatten, als sie die Filialen der Böhmischen Diskont-Bank und der Böhmischen Unionsbank übernahmen. Deren Zentralen bemächtigten sie sich dann nach dem 15. März 1939, wodurch sie, wie die sowjetische Anklagevertretung darlegte, zugleich auch einen erheblichen Teil der Industrie des zerschlagenen Staates zu kontrollieren vermochten.[60] Gewiss: Gemessen am Gesamttatbestand der gegen das Kriegsrecht verstoßenden Enteignungen, des Raubs und der Plünderungen, der Bereicherung durch Auspowerung von Arbeitskräften war im Nürnberger Prozess nur ein Bruchteil zur Sprache gekommen und nachgewiesen worden. Daran dennoch zu erinnern, heißt nichtsdestoweniger ein Verdienst er Juristen bewusst zu halten und führt freilich auch zu der Feststellung, dass das Interesse, die Rolle der deutschen Wirtschaftseliten im Faschismus bloßzulegen, alsbald erlahmte. Die in Nürnberg mit den Nachfolgeprozesse befassten Juristen erhielten aus Washington neue Instruktionen.[61]

Einsprüche, Kritik und Ablehnung

Ein Gerichtsverfahren wie das in Nürnberg vom Internationalen Militärgerichtshof durchgeführte, das schon vor seinem Stattfinden umstritten war, hat selbstredend auch danach Einsprüche, Kritik und Ablehnung erfahren. Von ihnen werden hier diejenigen Attacken übergangen, die bis heute via Internet von faschistischen und anderen verwandten Autoren, darunter Antisemiten vom Streichertyp, verbreitet werden. In Umkehrung ihrer gerechtfertigten Verwendung auf anderen Feldern wird der Prozess von ihnen mit Vokabeln wie Nürnberger Barbarei, Terrortribunal, Zivilisationsbruch bezeichnet und der Master Sergeant Woods, der die Exekution der zum Tode Verurteilten vornahm, als „jüdischer Henker“ bezeichnet.

Die ernstzunehmenden Einwände, die bis heute vorgetragen werden, sind juristischer, politischer und auch personeller Natur, in manchen verbinden sich diese Perspektiven. Die aus der Rechtswissenschaft und der Gesetzgebung herkommende Kritik kreist (1.) um das Gebot nulla poene sine lege (nullum crimen sine lege)[62], (2.) das ex post facto-Verbot, das so genannte Rückwirkungsverbot, welches die Unzulässigkeit der Wirkung von Gesetzen für einen vor ihrer Verkündung liegenden Zeitraum bestimmt. und (3.) um das tu quoque, also die Zurückweisung, die verlangt, dass sich niemand zum Richter in einem Prozess machen könne, in dem ein Verbrechen abzuurteilen ist, das er selbst auch begangen hat. Keine Strafe, die vordem nicht angedroht worden sei, das verband sich vor allem mit der Bezugnahme auf den Kriegsächtungspakt von 1928, dessen Unterzeichner, darunter das Deutsche Reich, sich darauf verpflichtet hatten, ihre Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Der Krieg, wurde nun argumentiert, wurde da zwar geächtet, aber niemand, der das missachten würde, war mit Strafe bedroht worden. Zudem sei dieser Vertrag auch dadurch obsolet geworden, dass sich die Mächte, die ihn ratifiziert hatten, in den folgenden Jahren, Paradebeispiel: das Gewährenlassen Italiens beim Überfall auf Abessinien 1935, an ihn nicht gebunden gefühlt hätten.

Die politischen Argumente richteten sich vor allem gegen die UdSSR und verwiesen auf deren Aggression gegen Polen am 17. September 1939, aber auch auf die Einverleibung der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen 1940 sowie auf den Krieg gegen Finnland. Und sie betrafen die Vorkriegspolitik der Westmächte, welche die Aufrüstung Deutschlands mindestens begünstigt, zuerst an der Amputation der Tschechoslowakei teil- und dann ihre Liquidierung hingenommen hatten. Personell wurde vor allem auf die am Prozess beteiligten sowjetischen Juristen verwiesen, zu deren Biogra-

---

59 IMT, XII, S. 633 f.

60 IMT, VIII, S. 10 f.

61 Von Erfahrungen, die er in diesem Zusammenhang gemacht hatte, berichtete der Widerstandskämpfer und Journalist Gerhard Leo in: Krupp und die IG Farben. Die Nürnberger Prozesse gegen führende Industrielle. Sendung von Annette Willems. Deutschland Radio, 30. Juli 1998, 19.05.

62 Den Standpunkt des Gerichts trug Francis Biddle in der Urteilsbegründung vor: IMT, XXII, S. 534 ff.

fien ihre aktive noch nicht ein Jahrzehnt zurückliegende Beteiligung an jenen Gerichtsfarcen gehörte, mit denen in der Stalinzeit politische Gegner ausgeschaltet und umgebracht worden waren. Was die Kriegsverbrechen auf See anlangte, die vor allem die Kampfführung der Unterseeboote betrafen, wurde auf die den deutschen entsprechenden Weisungen an die US-amerikanische Flotte für deren Kriegshandlungen im Pazifik Bezug genommen.

Insgesamt ließ das bis dahin fixierte Kriegsrecht, das dazu bestimmt war, die Barbarei der Kriegführung zu begrenzen, genügend Lücken und Grauzonen, die schon in Nürnberg die Operationsmöglichkeiten der Angeklagten und ihrer Verteidiger vergrößert hatten. Die Verständigung über ein Luftkriegsrecht war zwischen den beiden Weltkriegen erfolgreich sabotiert worden. Das Thema wurde in Nürnberg folglich besser gemieden.

Jenseits aller Einwände, die sich aus der Rechtsgeschichte formulieren lassen mögen, bleibt eine einfache und unbestreitbare Tatsache. Das Nürnberger Gericht hatte über die Taten von Menschen zu befinden, welche die Hauptfiguren in einem Krieg ohne Beispiel waren, in dem an den Fronten und in den besetzten Gebieten Verbrechen ohne Beispiel begangen wurden. Ohne Beispiel, das ist in mancher Hinsicht ein zu schwaches Wort. Es wurden Verbrechen verübt, von denen selbst diejenigen, die sie begingen, Jahre zuvor keine Vorstellung besaßen. Die späteren Judenmörder fragten sich vor dem Kriege noch, was sie mit den Juden machen sollten, umbringen könnten sie diese doch nicht. Welcher Gesetzgeber sollte voraussehen, dass sie das tun würden?

Von Ribbentrop zu Springer

Der Kalte Krieg ist beendet. Seine Geschichtsfälschungen werden geschätzt.

Das Bedürfnis einer wie immer zu bemessenden kleinen Schicht von Buchkäufern nach Literatur über die saubere deutsche Wehrmacht scheint, nimmt man die Nachauflagen von Publikationen aus den kältesten Zeiten des Kalten Krieges zum Maßstab, auch ein Jahrzehnt nach der so genannten Wehrmachtsausstellung ungestillt. Dafür stehen auch die Bücher des Paul Carell, die bis heute immer wieder auf den Markt geworfen werden, eines Mannes, der im Außenministerium der Hitlerregierung seine Karriere begann und es dort bis zum Leiter der Presseabteilung brachte, einer Stellung, die nur gewinnen konnte, wer sich als Ideologe und Demagoge des Faschismus erwiesen hatte.

Wigbert Benz ist seit längerem auf der Spur des Nazis, der nach zweieinhalbjähriger US-amerikanischer Internierung in der Bundesrepublik unbelangt zum Erfolgsautor aufstieg. Er konnte nun seine Aufsätze, die u.a. in von Lehrern gelesenen Zeitungen und Zeitschriften publiziert wurden, in einem biographischen Abriss geschlossen vorlegen. Mit der Person hatten sich vor Benz andere, so Otto Köhler, schon vor Jahrzehnten beschäftigt und dargetan, dass in jeder Demokratie, die etwas auf sich hielte, ein Mann wie dieser kaum eine Redaktion oder einen Verlag hätte finden können, der von ihm noch eine Zeile gedruckt haben würde. Zumal Carell über seine vormalige Rolle als Schmidt kein angemessen kritisches Wort je verlauten ließ. Und dafür gab es Gründe genug. Denn u.a. hatte sich der Pressechef im AA 1944 darum gesorgt, dass die eben einsetzende Deportation der Juden aus Ungarn mit dem Ziel ihrer Ermordung im feindlichen und neutralen Ausland Aufsehen erregen werde. Dem zu begegnen, schlug er vor, verdeckt Rechtfertigungen zu schaffen. Durch sie sollten den Juden politische und andere Verbrechen angelastet werden, so dass ihre Gefangennahme und ihr Abtransport als eine Strafe hingestellt werden konnten. Es waren ein Wandel in der Kriegssituation und daraus folgende Überlegungen, welche den Adressaten vor Ort in Budapest die Aufnahme des Vorschlags überflüssig erscheinen ließ. Nichtsdestoweniger bleibt diese Ausarbeitung von Schmidt-Carell Zeugnis seiner skrupellosen faschistischen und rassistischen Gesinnung.

Für eine Weiter- oder Wiederverwendung in der Außenpolitik der BRD war diese Biographie ungeeignet. Folglich wird dieser Schmidt in den vom Außenminister der BRD angekündigten (angesichts des schon gedruckt Vorliegenden überflüssig erscheinenden und lediglich auf nach Außen gerichtete Reklame zielenden) Arbeiten zur Geschichte seines Ministeriums nicht vorkommen. Zu Unrecht. Wenn auch nach 1945 an anderem Platze tätig, so hat Schmidt doch geholfen, die Bonner Außenpolitik des Kalten Krieges nach Kräften zu stützen. Geschätzt von Redaktionen weitverbreiteter Medien, konnte er vor allem im Hause Springer seine zweite Karriere machen. Unter dem Schriftstellernamen Carell hat der studierte Psychologe und Dr. phil. der über Jahrzehnte verfochtenen antisowjetischen Grundlinie ideologisch fleißig zugearbeitet. Diese wiederum wurde zu einer seiner Aufstiegs- und Erfolgsbedingungen.

Nur wenige Geschichtsfälscher haben das Bild von den deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg in der westdeutschen Öffentlichkeit so einflussreich geprägt wie Carell mit „Die Wüstenfüchse“ 1958 und zuletzt 2003, „Unternehmen Barbarossa“ mit dem harmlosen Untertitel „Der Marsch nach Russland“ 1963 zuletzt 2002, “Sie kommen. Die Invasion 1944“, 1960 und 17. Neuauflage 1997, zuletzt 2004 und weitere. Kritische Stimmen, die – wie die Bodo Scheurigs – bemerkten, es diene diese Darstellung des Krieges gegen die UdSSR der Verdummung, gingen Im Lob der Feuilletons unter. Zwar war, um nur dies zu nennen, die Präventivkriegsthese der Nazipropaganda, wonach die Wehrmacht mit ihrem Einfall einem Angriff der Roten Armee zuvorgekommen sei, schon im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess 1945/46 durch die Zeugenaussage des ehem. Feldmarschalls Friedrich Paulus, der an der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR im Generalstab beteiligt gewesen war, eindeutig widerlegt worden, doch hielt sie sich – gegen alle inzwischen in der wissenschaftlichen Literatur vorliegenden Zurückweisungen – auch in den Schriften des inzwischen verstorbenen Carell. Sie wird bis heute verbreitet und das keineswegs nur in Verlagen, die der äußersten Rechten zuzurechnen wären. Kaum jemand in der Mitte der Gesellschaft empfindet das als skandalös. Vielmehr gilt diese Praxis als Beweis von Meinungsfreiheit und Pluralismus. Benz verdienstvolle Arbeit enthält

einige Wiederholungen, die sich verlustlos hätten tilgen lassen. Überflüssiger noch sind die mehrfachen Polemiken gegen Autoren, die sich mit keinem anderen Anliegen wie das vom Autor verfochtene vor ihm mit dem gleichen Thema befassten.

Wigbert Benz, Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, Wissenschaftlicher Psychologe, Verlag Berlin 2005, 112 S. 16, 80,00 Euro.

Geschichtsschreibung. Ein früh erworbenes Verdienst

Judenverfolgung und Judenmord vor dem Nürnberger Tribunal 1945/46

Im Jahre 2005 sind seit der Eröffnung der Verhandlungen des Internationalen Militärtribunals gegen Hermann Göring u. a. sechs Jahrzehnte vergangen. Nur eine Minderheit von Zeitgenossen, Menschen in europäischen und überseeischen Staaten, denen das Stattfinden dieses Prozesses eine Genugtuung war und die seinen Verlauf gebannt verfolgten, ist noch am Leben und vermag sich zu erinnern. Für die Nachwelt wurde, was in Nürnberg von Staatsanwälten, Richtern, Verteidigern, Zeugen und Angeklagten gesagt worden war, dazu die vom Gericht anerkannten und benutzten Dokumente in einem Wortprotokoll festgehalten. Die 42 gedruckten Bände „Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober 1946. Veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland 1947“ (fortan: IMT) bilden bis heute eine unentbehrliche Fundgrube für alle, die mit der Erforschung der Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges befasst sind. Sie bezeugen das Verdienst der Juristen und ihrer Helfer, derer, die im Gerichtssaal auftraten, und der anderen, weniger bekannten, die in bewundernswert intensiver Arbeit die sich türmenden Stöße erbeuteter Schriftstücke sichteten und nach im Prozess verwertbaren Beweisen für die Taten der Angeklagten fahndeten, damit sie im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vorgelegt werden konnten. Denn trotz aller Bestrebungen der Machthaber und ihrer Büttel, ihre schriftliche Hinterlassenschaft zu minimieren und vor allem sie belastende Dokumente zu vernichten, war ihnen das nur zu einem Teil gelungen.

Dabei konnte sich die unmittelbar auf das Gerichtsverfahren richtende Tätigkeit und die weitere, die in seinem Verlauf fortdauerte, auf Vorarbeiten stützen, die in mehreren Ländern der Anti-Hitler-Koalition geleistet worden waren. Sie hatten insbesondere unter dem Dach der International War Crimes Commission stattgefunden, die im Oktober 1943 mit Sitz in London gebildet worden war. Daran hatten sich 17 Länder beteiligt. Gleichzeitig waren analoge Arbeitsstäbe in mehreren Staaten gebildet worden. In Washington existierte im Kriegsministerium ein War Crimes Department. So waren bereits vor Kriegsende auf verschiedenen Wegen gewonnene Informationen über Naziverbrechen, begangen während der Kriegshandlungen und in den besetzten Gebieten, gesammelt worden und Listen von Personen, die an Verbrechen beteiligt waren oder als verdächtig galten, an ihnen mitgewirkt zu haben in Listen erfasst worden.

Das Hauptproblem bestand für die Ankläger und ihre Stäbe darin, die Taten und die Täter zu einem Tatbild so beweiskräftig zusammenzuführen, dass es für die Anzuklagenden, von denen Mithilfe bei der Feststellung des Geschehenen und dem Auffinden der Wahrheit nicht erwartet wurde, kein Entkommen gab. Die Hauptarbeit war freilich erst zu leisten, als der Zugriff zu den Dokumenten erkämpft war, zur papiernen Hinterlassenschaft des Regimes. Um sie zu bewältigen, siedelten die Juristen und deren Helfer in das besetzte Deutschland um. Diese Gruppe wurde mit dem Blick auf den nahenden Termin der Eröffnung der Verhandlungen kontinuierlich ergänzt und vergrößert. Anfänglich konzentrierte sich das Ermitteln noch und fast zu lange, wie Robert M. W. Kempner berichtet hat, auf das „historische Ganze“, bis alle Arbeit strikt auf die anzuklagenden Personen und den hieb- und stichfesten Nachweis ihrer Rolle konzentriert wurde. (Kempner, 1982: 220, 209.

Heute, nach Jahrzehnten intensiver Forschungen, ist es kaum noch möglich, sich vorzustellen, wie viele Fragen die Spezialisten der Siegermächte an das zerschlagene Regime, seine Struktur, die Verteilung von Rechten, Kompetenzen und Aufgaben, die Rolle der Organisationen und ihre Funktionsweise zu stellen hatten, auf die sie zunächst keine oder nur lückenhafte Antworten besaßen. Fragen, auf die heute jeder Student in einem Spezialseminar unschwer Antworten erhalten kann. Rückblickend hat Kempner den „Nürnberger Gerichtsstaat“ als „die größte politologische und historische Forschungsstätte, die jemals existiert hat“, bezeichnet. (Kempner, 1983: 223) Diese Kennzeichnung übertreibt nicht. Wie reich an Personalbestand und verfügbaren Mitteln, die finanziellen einbegriffen, später forschende Einrichtungen, die sich mit dem deutschen Faschismus befassten, ausgestattet worden sind, keine reichte an diesen Apparat heran.

Auch dessen Ziele und die sich aus ihnen ergebende Arbeitsmethodik waren einmalig. In welcher Geruhsamkeit entstehen heute wissenschaftliche Monographien und Gesamtdarstellungen verglichen mit dem Zeitdruck, unter dem 1945/46 die Anklagebehörde mit ihren Helfern tätig war! Während der Prozess stattfand, wurde weiter nach Beweismaterial gefahndet, Gefundenes aufbereitet und in die Verhandlungen eingeführt. Wenn sich Leistung aus Arbeit pro Zeiteinheit errechnet, dann haben die Beteiligten einen Wert vorgegeben, der in späteren Jahrzehnten historiographischer Arbeit nicht zu übertreffen war. Das spricht übrigens beispielhaft für das Gewicht des „Faktors Praxis“, und zeugt von der Rolle einer konkreten Zielvorgabe auch in geistigen Arbeitsprozessen, zumal dann, wenn alle, die sie voranbringen, von der Bedeutung ihres Tuns überzeugt sind.

Zu den Hürden, welche Ankläger und Richter in Nürnberg zu nehmen hatten, gehörte die nicht zu übertreffende Dreistigkeit, mit der die Angeklagten logen. Auch dabei wurden sie von ihren Verteidigern unterstützt. Der einstige Reichsmarschall präsentierte sich, sicher geleitet von Fragen seines Verteidigers, (der seine chronologisch geordneten stichwortartigen Vorgaben freilich besser im Jahr 1938 abbrach), als gemäßigter Antisemit. Als solcher habe er, entgegen den Ratschlägen, die Hitler von Goebbels (IMT, IX, 312, 570) und anderen als Radikale bezeichneten Führer wie Himmler und Heydrich zukamen, in der antijüdischen Politik ausgleichend und abmildernd gewirkt. Seinen Anteil an der justizförmigen per Gesetzen und Verordnungen vorangetriebenen Verfolgung der Juden, die Göring angesichts seiner vielen ihm vorgehaltenen Unterschriften nicht abzuleugnen vermochte, erklärte er als Schritte zur Ordnung des Zusammenlebens der Rassen, notwendig geworden durch das Verhalten der Juden, die sich in Politik, Kultur und Wirtschaft störend vorgedrängt hätten. Radikalisierte und ursprünglich angeblich nicht beabsichtigte Maßnahmen wären durch den Kampf der Juden gegen den Nationalsozialismus verschuldet worden. Vom Judenmorden, das betraf das von allen Angeklagten am meisten gefürchtete Thema, und namentlich von dessen Ausmaß habe er nicht annähernd Kenntnis besessen. Geschweige, dass er es gebilligt haben würde. Nur „Vergehen“ seien ihm in Einzelfällen zur Kenntnis gekommen. Görings Anwalt sagte, sein Mandant hätte erst gegen Kriegsende, als Millionen Juden getötet waren und sich nichts mehr ändern ließ, von der biologischen Vernichtung „Kenntnis erhalten“. Er hätte sich ihr sonst widersetzt. (IMT, XVII, 584)

Fritz Sauckel, einst NSDAP-Gauleiter, antwortete auf die Frage seines Verteidigers Robert Servatius, ob es in Thüringen Judenverfolgungen gegeben habe, mit „Nein“. In seinem Gau hätten nur wenige Juden gelebt, an Ereignisse während des Pogroms 1938 könne er sich nicht erinnern und ebenso wenig an die Existenz von Synagogen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass einige Fensterscheiben zu Bruch gegangen wären. (IMT, XIV, 676) Doch wurde Sauckel anhand von Dokumenten überführt, dass er, im Kriege als Generalbevollmächtigter für die Herbeischaffung von Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft zuständig, die Landesarbeitsämter angewiesen hatte, jüdische Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess „abzulösen“, damit sie „evakuiert“ werden könnten und sie durch andere Kräfte zu ersetzen. Ja, feindlich sei er den Juden schon gesonnen gewesen, aber doch nur so, dass sie aus Stellungen herauskamen, in denen sie zersetzend wirken konnten. (IMT, III, 452f. u. XV, 141f.)

Angeklagte und Verteidiger konnten vor Gericht darauf Vertrauen, dass ihre antisemitische Gesinnung und ihre Teilnahme an Maßnahmen, die den Juden im Reich die bürgerlichen Rechte entzogen, sie benachteiligten und diffamierten, für sich genommen nicht als strafbar angesehen wurden. Erst wenn diese Handlungen als Schritte auf dem Wege zum Aggressionskrieg galten, waren sie dem Statut des Gerichtshofes zufolge zu ahnden und zu bestrafen. Und diesen Nachweis auf die Personen zugeschnitten zu führen, erwies sich als nicht einfach. Denn selbst wenn, wie im Falle der Beraubung der Juden der Zusammenhang zu dem Interesse, die Kriegskasse zu füllen, zutage lag, blieb den Angeklagten die Ausflucht, sie wären nur für die militärische Gleichberechtigung Deutschlands gegenüber den anderen hochgerüsteten Staaten gewesen, nicht aber für einen kriegerischen Einfall in andere Staaten.

So argumentierte Hjalmar Schacht, einst Reichsbankpräsident (1933), komm. Reichswirtschaftsminister (1934) und Generalbevollmächtigte für die Aufrüstung (1935). In einer Diktion, die den Begründungen der NSDAP während der Anfänge der praktizierten Judenfeindschaft folgte, behauptete er, dagegen gewesen zu sein, dass Juden, einen „überwiegenden Einfluss“ auf „Regierungsfragen“

behielten, den sie in der Weimarer Republik in Wirklichkeit nie besessen hatten. Darüber hinaus gehende Maßnahmen habe er verhindert, solange er Minister gewesen sei. (IMT, XII, 643 f.) Kühn sagte sein Verteidiger Rudolf Dix, der Pogrom 1938 wäre nicht geschehen, wenn Schacht, der als der „mutigste und aktivste Schützer der Juden“ gegolten habe, noch sein Amt behalten hätte. (IMT, XII, 492 u. XVIII, 318)

Auch Albert Speer erklärte sich zu einem Beschützer der Juden und dies während der Phase, da sie deportiert und zu Hunderttausenden ermordet wurden. „Ich wusste, dass die Nationalsozialistische Partei antisemitisch ist, und ich wusste, dass die Juden aus Deutschland evakuiert worden sind,“ sagte er dem Gericht im Stil eines Bekenners, doch nur um anzuschließen, er habe sich für den Verbleib der in der Rüstungsindustrie schuftenden Juden an ihren Plätzen eingesetzt – schließlich eingestandenermaßen mit totalem Misserfolg – und diese damit doch vor dem Abtransport zu den Mördern bewahrt. (IMT, XVI, 567 f.)

Folgte man den Aussagen der Angeklagten, ergab sich, dass eine beispiellose, im Massenmorden mündende Judenverfolgung in einem Staat stattgefunden hatte, in dem die erste Reihe der politischen Führer – mit Ausnahme der toten Hitler, Himmler und Heydrich – deren Gegner gewesen war, die lediglich mit ihren Abmilderungs- und Schutzbestrebungen gescheitert seien. So auch der einstige Außenminister von Ribbentrop, von dem der Zeuge Gustav Adolf Steengracht von Moyland, einer seiner ehemaligen Stellvertreter, bekräftigend behauptete, dieser sei gegen die Politik der Judenverfolgung gewesen und habe vom Massenmorden nichts gewusst, sich aber bemüht zu erfahren, was mit den Juden die „verschwanden“ eigentlich geschehe. Himmler vergeblich vorgeschlagen, die „Judenkinder und -frauen“ an Großbritannien und die USA zu übergeben. (IMT, X, 167) Als der Zeuge mit der protokollierten Äußerung Ribbentrops während des Zusammentreffens zwischen Hitler und dem ungarischen Reichsverweser Horthy am 17. April 1943 auf Schloss Klessheim konfrontiert wurde, die Juden müssten vernichtet werden oder in Konzentrationslager, wollte Steengracht das Gericht glauben machen, solche Äußerungen hätten im Widerspruch zur Haltung seines einstigen Chefs gestanden und seien unter dem hypnotischen Einfluss Hitlers geschehen. (IMT, X, 146 ff.)

Und so ging es fort soweit die Angeklagten in Betracht kamen, während des gesamten Prozesses fort. Auch mit Ernst Kaltenbrunner, der 1943 Reinhard Heydrichs an die Spitze des Reichssicherheitshauptamtes nachgefolgt war. In dessen Apparat war Adolf Eichmann, zu dem er keine „dienstliche Berührung“ gehabt haben wollte, mit seinem Stab tagtäglich mit der Organisation des Judenmordens, vornehmlich den Deportationen nach Auschwitz, beschäftigt gewesen. Kaltenbrunner aber erklärte dem Gericht entlang der Fragen seines Verteidigers, er habe erst im Februar/März 1944 Himmler eine Antwort auf die Frage, was in Auschwitz geschehe, gleichsam abgepresst, Mit diesem Wissen hätte er von da an bei Hitler wie Himmler gegen die „Endlösung“ angekämpft, aus „Bedenken humanitärer Art“ und aus der taktischen Überlegung, dass durch sie jedwede außenpolitische Initiative in Richtung auf die Kriegsgegner unmöglich gemacht werde. Dass, was eine glatte Lüge war, die „Judenverfolgung“ im Oktober 1944 eingestellt worden sei, daran habe er den Hauptanteil, wie er überhaupt bei Hitler „mit Selbstverleugnung“ und mehr als jeder andere für eine „andere Lösung“ eingetreten sei. (IMT, XI, 257 ff. u. 305 f.) Geradezu Mitleid heischend sprach er von sich als einem Mann, der das Unglück gehabt hätte, „gegen Ende des Krieges“ ein solches Amt zu bekommen. (IMT, XI, 24)

Ohne die Reihe dieser jämmerlich-verlogenen Auftritte hier vollständig referieren zu können, soll und muss noch von dem des „Frankenführers“, des NSDAP-Gauleiters und Herausgebers der Wochenzeitschrift „Der Stürmer“ Julius Streichers die Rede sein, der in die erste Reihe der intellektuellen Urheber des Verbrechens gehört und da gar – freilich nicht mehr vor dem Tribunal – den ersten Platz beanspruchte. Streicher, der den Namen von Reinhard Heydrich zum ersten Mal im Gerichtssaal gehört haben wollte, konnte nicht leugnen, Antisemit zu sein, überzeugt und einzig in „aufklärerischer“ Absicht. Doch beharrte er darauf, den Pogrom 1938 und die „Arisierung“ des jüdischen Eigentums abgelehnt und eine internationale Lösung der Judenfrage“ erstrebt zu haben, die er in einem zu gründenden „Judenstaat“ gesehen haben wollte. Die Ausdrücke „Vernichtung“, „Ausrottung“ und andere hätten in seinen Artikeln schriftstellerische, nicht wörtliche Bedeutung besessen, vom Massenmorden

habe er nichts erfahren und was er darüber in Schweizer Zeitungen gelesen habe, hätte er einfach nicht glauben können. (IMT, XII, 361 f. u. 377 ff.)

Es war und bleibt das Verdienst der Juristen und ihrer Stäbe, dieses Lügengebäude der von ihren Verteidigern unterstützten Angeklagten zum Einsturz gebracht und von dem Verbrechen ein wahrheitsgemäßes Bild gegeben zu haben, das „Endlösung der Judenfrage“ genannt wurde, heute zumeist als „Holocaust“ bezeichnet wird. Diesem Verdienst wurde später viel und – dennoch wie mir scheinen will – insgesamt zu wenig Respekt erwiesen worden. Im Grunde steht und arbeitet die Geschichtswissenschaft mit ihrem gewiss ungleichreicheren und tiefenschärferen Bild von der grausigen Vergangenheit faschistischen Herrschens auf den damals gelegten Fundamenten, insbesondere auf den dokumentierten Fakten, die im Vortrag der Anklagevertretung dem Gericht und der Öffentlichkeit systematisiert unterbreitet wurden. Während die Namen der um die Erforschung des Massenmordens an den europäischen Juden hochverdienten Historiker von Raul Hilberg bis Christopher Browning, um hier nur die Namen der beiden herausragenden Vertreter der US-amerikanischen Historiographie zu nennen, nicht nur innerhalb der internationalen Zunft gut bekannt sind, gilt das für die Juristen, sieht man von den Hauptpersonen der Anklage und des Gerichts ab, nicht. Am Ende seines Anklagevortrags mit dem Gegenstand Judenvernichtung Major William F. Walsh, Hilfsankläger der USA, diejenigen seiner Mitarbeiter genannt, denen er besonderen Dank auszusprechen hatte: Hauptmann Seymour Krieger; Leutnant Brady Bryson; Leutnant Frederik Felton; Sergeant Isaac Stone und Herrn Hans Nathan. Ihnen und den vielen Ungenannten, die sich durch das besondere Beutegut, die papierne Hinterlassenschaft des Regimes, hindurchgearbeitet hatten oder denen auch durch einen zufällig Schriftstücke in die Hand fielen, die für wichtig erkannten, gehört das Verdienst, dass dieser erste große Prozess auch in seinem Teil, der die Verbrechen an den Juden betraf, im Wesentlichen auf der Präsentation und Interpretation von Originaldokumenten fußte, von denen wiederum ein erheblicher Teil zu jenen Schlüsseldokumenten zählt mit denen sich die Historiographie auch später immer wieder beschäftigt hat.

Das gilt – auch hier wird nur eine Auswahl benannt – für die Zeit des Vorkriegs für das Protokoll der Sitzung, die am 12. November 1938 unter dem Vorsitz Hermann Görings im Luftfahrtministerium stattfand und in deren Verlauf – drei Tage nach dem Pogrom – eine neue Etappe der Judenverfolgung eingeleitet und ihre einzelnen Maßnahmen bestimmt wurden. Den Juristen lag auch der von Göring gezeichnete Auftrag an Heydrich vom 31. Juli 1941 vor, der den RSHA-Chef mit der Vorbereitung der „Endlösung“ beauftragte, ein Text, der später von Forschern auf seine Bedeutung und seine Zwecke hin wieder und wieder geprüft und diskutiert worden ist. In den Prozess wurden von der Anklagevertretung Dokumente eingeführt, die ein lückenloses Bild von dem Verlauf des Tötens und Mordens gaben: von der Unterernährung und Aushungerung, über die Gettoisierung und Deportation bis zur Vernichtung in Gaskammern, Gaswagen und durch Arbeit. Ein Bericht von den „Erfolgen“ der Einsatzgruppe A im Norden der eroberten Sowjetunion gehörten ebenso zu den Beweisstücken wie solche über die Erfahrungen bei der Verwendung jener eigens gebauten Lastwagen, in deren Aufbauten Juden durch die Motorabgase erstickt wurden. Erbeutet worden war auch der aufwändig gestaltete Bericht unter der Überschrift „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr“, der die zu einer Groß- und Heldentat stilisierte barbarische Antwort der SS-Truppen unter dem – später, 1952 in Warschau, zum Tode verurteilten und 1952 hingerichteten – SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Jürgen Stroop auf den verzweifelten Aufstand jüdischer Kämpfer im Ghetto der einstigen Hauptstadt Polens in Wort und Bild dokumentierte. Ein Beweisstück erster Ordnung bildete das umfängliche Dienst-Tagebuch des Generalgouverneurs Hans Frank, in dem dessen Rolle als Henker der Polen und Juden in dem ihm unterstellten Gebiet akribisch dargestellt war und aus dem sich Aufschluss über die Herrschaftsziele und Herrschaftstechniken der Eroberer ebenso gewinnen ließen wie Informationen über viele der daran beteiligten Personen. Dieser Fund brachte Franck nahezu um jede Chance, sich wie seine Mitangeklagten permanent mit Ausflüchten wie „nicht gewusst“, „nicht gesehen“, „nicht beteiligt“ aus der Verantwortung herauswinden zu wollen. Sein generelles Schuldbekenntnis auch am Judenmorden, das er für sich auf die intellektuelle Miturheberschaft eingrenzte, schloss nicht aus, dass auch er von Vorwurf zu Vorwurf Verantwortung und Schuld für verbrecheri-

sche Taten anderen Personen und Instanzen anlastete. In der Reihe gewichtiger Dokumente fehlte hingegen noch die von Adolf Eichmann angefertigte, von Heydrich gebilligte Niederschrift über die Zusammenkunft hoher SS-Führer mit Staatssekretären mehrerer Reichsministerium, die am Wannsee am 20. Januar 1942 stattgefunden hatte. Ein Exemplar davon wurde erst später aufgefunden und stand der Anklage 1948 im so genannten Wilhelmstraßen-Prozess zu Verfügung. (Pätzold/Schwarz 1992: 16)

Kurzum: das grauenvolle Bild vom Verlauf des Verbrechens hätte in der Sache, nicht im Ausmaß, auch gegeben werden können, wenn kein Zeuge, Opfer oder Täter, im Gerichtssaal ausgesagt haben würde. Zu den Dokumenten aus Archiven und Aktenablagen des Regimes kamen Analysen hinzu, die bereits im Verlauf des Krieges aufgrund von Informationen in den Staaten der Anti-Hitler-Koalition zusammengestellt worden waren, so u.a. von Behörden in den USA und von Exilregierungen der Tschechoslowakei und Polens, die in Großbritannien gearbeitet hatten. Doch ließ das Gericht zu den Zeugnissen auch Zeugen zu Worte kommen, teils in persona im Gerichtssaal, teils dadurch, dass deren vorliegende eidesstattliche Erklärungen, die aus anderen Vernehmungen herrührten, verlesen wurden. Aus der Gruppe der Täter kamen, das waren die wichtigsten, Otto Ohlendorf, ehemals zeitweilig Kommandeur der Einsatzgruppe D, und der mehrfach als Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz tätige Rudolf Höß, in den Zeugenstand. Der erste wurde später im Einsatzgruppen-Prozess vor einem US-amerikanischen Militärgericht angeklagt, 1948 zum Tode verurteilt und 1951 in Landsberg am Galgen hingerichtet, Höß, an Polen ausgeliefert und in Warschau vor Gericht gestellt, endete auf die gleiche Weise 1948 am Orte seiner Verbrechen. Ihre Angaben und die Verlesung eines Vernehmungsprotokolls von Wilhelm Höttl, eines stellvertretenden Gruppenleiters im RSHA, ermöglichten mit anderen Informationen dem Gericht auch die Schätzung der Gesamtzahl der jüdischen Opfer, die mit 6 Millionen Toten durch viel später unternommene Untersuchungen als hochwahrscheinlich bestätigt wurde. Schwieriger gestaltete sich die Kette von Verbrechen Tötungsorten und Tötungsarten zuzuordnen; Fehler, so hinsichtlich der Bestimmung der Zahl der in Auschwitz Getöteten, unterliefen beim damaligen Stand des Wissens unvermeidlich. In der Reihe der in den Zeugenstand gerufenen Täter fehlten freilich der RSHA-Chef, Heydrich, der 1942 an den Folgen eines auf ihn verübten Attentats in Prag gestorben war, der Gestapo-Chef (Amt IV des RSHA) Heinrich Müller, dessen Verbleib nach Kriegsende nie aufgeklärt werden konnte, und der im Verlauf des Prozesses mehrfach genannte Adolf Eichmann, von dem damals ungewiss war, ob er überlebt hatte, der in Wahrheit aber während der Gerichtsverhandlungen sich unter falschem Namen zuerst in einem Gefangenlager befand, sodann, nachdem er aus diesem entflohen war, in der britischen Besatzungszone lebte.

Über den Gerichtssaal hinaus machten die Aussagen von Überlebenden des Holocaust weithin Eindruck. Das galt insbesondere für die Berichte, die Marie-Claude Vaillant-Couturier und Severina Schmaglewska, beide einst Häftlinge in Auschwitz-Birkenau gaben. Das Zeugnis der Französin, die 1943 einunddreißigjährig mit 230 Frauen aus dem Widerstand in das Vernichtungslager deportiert worden war, ließ in ihrer Aussage am 28. Januar 1946 (IMT, VI, 227f.) kaum etwas von dem aus, was wieder und wieder die Hölle von Auschwitz genannt worden ist: den Moment des Eintritts in das Lager, die Schikanen der Appelle, die Qual der Arbeit, den Ekel, angesichts von Zuständen, die der Bezeichnung Hygiene nur spotteten, die Brutalität der Aufseherinnen und ihrer Helfer aus den Reihen der Häftlinge, das Grassieren der Seuchen, die Zustände im Revier, die Sterilisationsverbrechen, die Misshandlungen und Tötung von Zwillingen, den Kindermord, das System von Bestrafungen, das Bordell, das Mädchenorchester, das Elend des Zigeunerlagers, die Extraschikanen, denen die nicht sogleich ermordeten Juden ausgeliefert waren, die Selektionen, die Täuschung der Opfer und die Morde in den Gaskammern, die Verwertung und Beseitigung der Leichen, der Umgang mit dem Gepäck, den Kleidungsstücken und aller Hinterlassenschaft.

Vaillant-Couturier schloss: „Für Monate und Jahre hatten wir nur einen Willen, dass nämlich einige von uns lebend herauskommen möchten, um der Welt zu verkünden, was diese Zuchthäuser der Nazis waren.“ (IMT, VI, 254) Ihre Worte und dieser Schluss hat den Verteidiger Streichers nicht gehindert zu fragen, warum die Zeugin sich gewandt auszudrücken vermöge und sie „in so gutem Gesundheits-

zustand zurückgekommen“ sei. Der Gerichtshof hat diese Unverschämtheiten ungerügt durchgehen. (IMT, VI, 255) Einen Monat später, am 27. Februar 1946, sagte, der Befragung durch den sowjetischen Ankläger folgend, Schmaglewska, die sich von Oktober 1942 bis zur Deportation im Januar 1945 im Lager befunden hatte, nur über eine einzige ihrer Erfahrungen in Auschwitz aus: über das Schicksal der Kinder und der Schwangeren. Als sie geendet hatte und der Gerichtsvorsitzende, wiederum an die Verteidiger gerichtet, forschte, ob eine von ihnen noch eine Frage hätte, schwiegen sie ohne Ausnahme. (IMT, VIII, 349 ff.)

Ihrem an Statuten gebundenen juristischen Auftrag entsprechend hatten die Richter der vier Mächte in Nürnberg vor allem festzustellen *wer in den beiden Reihen de Angeklagten, wann, wo, wem, was und mit welchen Folgen getan oder unterlassen hatte*. Bei dieser Arbeit ist ein Bild vom Ganzen des verbrecherischen Regimes entstanden und auch vom Judenmorden in seiner Totalität. Mit beidem drängten sich ihnen Fragen auf, die das Wesen und die Ziele des deutschen Faschismus betrafen und auch den Platz, den die Politik de Ausrottung der europäischen Juden im Gesamtkonzept der Eroberer besetzten. Die Arbeit der Juristen, indem sie die Angeklagten als die exponiertesten Personen des zerschlagenen Staates und der Gesellschaft in beiden zu platzieren und zu ergründen suchten, *warum* sie massenhaft unterstützt ihre Verbrechen verüben konnten, ging gleichsam in die der Historiker über.

Die Staatsanwälte und ihre Helfer zeigten sich – anders als deutsche Historiker in ihren nur wenig später in den Westzonen erscheinenden Veröffentlichungen – zudem nicht geneigt, das Massenmorden, dessen Opfer Juden, Kriegsgefangenen, Geiseln, behinderte und kranke Menschen geworden waren, ausschließlich irrationalen Antrieben zuzuschreiben, es nur Hitler anzulasten oder einzig als Ausbruch eines kollektiven Wahns und der Geisteskrankheit einer politischen Führungsgruppe zu begreifen und damit die Frage nach dem Warum für erledigt zu halten. Sie meinten, es müssten rationale auf konkrete Zwecke und Ziele gerichtete Kalküle mitgewirkt haben, und versuchten, diese zu erfassen. Der britische Hauptankläger Sir Hartley Shawcross nannte das Morden „das *wohl überlegte* Hinschlachten ... so vieler Millionen ihrer Mitmenschen“. (IMT, III, 167, Hervorhebung K. P.) Und – konkreter – im eigens Judenverfolgung und -mord behandelnde Anklagevortrag des Hilfsanklägers der USA, Major William B. Walsh, wurde dieses Verbrechen und das „deutsche Militärprogramm“ in Beziehung gesetzt. (IMT, III, 580)

Worin also bestand das Verdienst der Ankläger und Richter in Nürnberger 1945/1946 über die jeweils direkten Nachweise der Tatbeteiligung der Angeklagten hinaus, bezogen auf den „Holocaust“? *Erstens* in der Feststellung des Ausmaßes des Verbrechens – schon in seiner Anklageerhebung am zweiten Prozesstag sprach der Hauptankläger der Vereinigten Staaten Robert H. Jackson davon, die „meisten und wildesten Verbrechen“ der Nazis hätten sich gegen die Juden gerichtet – und seiner durch keine künftigen Entwicklungen und keine wie immer gearteten Anstrengungen zu behebenden Folgen. Walsh hat sie so ausgedrückt: „Das Gemetzel der Juden in Europa (was in korrekter Übersetzung freilich heißen musste: das Gemetzel an den Juden Europas, K. P.) kann nicht allein in Zahlen ausgedrückt werden, denn die Wirkung dieses Blutbades stellt sich für die Zukunft des jüdischen Volkes und der Menschheit noch weit tragischer dar. Alteingesessene jüdische Gemeinden mit ihrem eigenen reichhaltigen geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben, Jahrhunderte hindurch mit dem Leben der Nationen verbunden, in denen sie sich entwickelten, sind vollständig ausgemerzt. Der Anteil des jüdischen Volkes an der Zivilisation, den Künsten, Wissenschaften, der Industrie und Kultur braucht sicherlich nicht besonders vor diesem Gerichtshof ausgeführt zu werden; ihre Vernichtung, von den Nazis in beständiger, vorsätzlicher, vorbedachter und methodischer Weise ausgeführt, bedeutet für die Zivilisation den Verlust besonderer Qualitäten und Fähigkeiten, der unmöglich ersetzt werden kann.“ (IMT, III, 639) Wer könnte, was die Massenmörder anrichteten, nach einem halben Jahrhundert ausgreifender Forschungen treffender ausdrücken als es am 14. Dezember 1945 im Nürnberger Gerichtssaal geschah? Und Shawcross erklärte in seiner Schlussansprache: „Hätten die Angeklagten kein anderes Verbrechen begangen, dieses eine allein, in das alle verwickelt sind, würde genügen. Die Geschichte kennt keine Parallele zu diesen Schrecken.“ (IMT, XIX, 561) Das Gericht ließ so auch nicht den Rest eines Zweifels, dass es die Untat als einzigartig ansah.

Zweitens, so drastisch in Worten und in Bildern, Fotografien wie Filmen, die Verbrechen des Judenmords auch dargestellt wurden, es wurde schon vor diesem Gericht erklärt, dass das Geschehen zwar menschliches Vorstellungsvermögen übersteigt, aber dennoch die Herausforderung angenommen werden müsse, möglichst weitgehend zu klären, wie es zur Untat kommen konnte, also ihre Voraussetzungen und Bedingungen festzustellen. Einer der Ankläger der USA, Thomas J. Dodd konstatierte: „Die Flut der gegen das jüdische Volk begangenen Verbrechen ist zu groß, als dass der menschliche Verstand sie fassen könnte“ (IMT, XXII, 289) und sprach im gleichen Zusammenhang von einem Verbrechen, „das man nie völlig begreifen, völlig erklären“ können werde. (IMT, XXII, 292) Dennoch haben die Ankläger, nicht nur, was nahe lag, in der Vernehmung Streichers, insbesondere Wert daraufgelegt, die ideologische Saat und geistige Urheberschaft des Verbrechens nachzuweisen. Gegen Ende der Vernehmung des *„Stürmer“*-Herausgebers fragte Oberstleutnant Griffith-Jones, einer der Hilfsankläger Großbritanniens: „War es nun möglich, nach 20 Jahren der Verhetzung und Propaganda durch Sie und andere Nazis auf diese Weise Menschen zu vernichten? War es das, was die Ausrottung möglich gemacht hat?“ (IMT, XII, 411) Damit war eine Spur gelegt, der seitdem Historiker schon in mehreren Generationen gefolgt sind, dabei freilich nicht selten auch die Frage nach den Antrieben ausschließlich ins Ideologische verengend.

Drittens hat das Gericht keinen Zweifel daran gelassen, dass der Judenmord „über die vorher beschlossenen Mittel zu einem vorher bestimmten Ende“ geführt wurde (IMT, III, 639), dass also das gesamte verbrecherische Projekt zentral ausgelöst und gelenkt war und sich mit einer Zielvorstellung verband. Was in den Dokumenten demgegenüber an Begründungen und Rechtfertigungen für das Judenmorden wurde und in der NS-Presse, ohne dass da Verbrechen da eingestanden worden wäre, an Verfolgungsgründen angeführt wurde, war demgegenüber sekundär und mitunter nur Beiwerk. Dazu gehörten Anklagen, Vorwürfe und Bezichtigungen wie die Juden seien die Anstifter des Krieges gewesen, verhielten sich in ihm als „unnütze Fresser“, verbreiteten Hetze, Defätismus, Gräuel- und bolschewistische Propaganda, zeigten ein aufsässiges Verhalten, betätigten sich als Saboteuere, Hamsterer und Schieber gegen die „deutsche Ordnung“, wären Träger von Epidemien. Klargestellt wurde gegen die nach wie vor vorgetragenen Behauptungen von An geklagten (Göring, Streicher), dass die Verfolgung der Juden von Anfang an von ihrem Verhalten völlig unabhängig und allein aufgrund und als Folge von Plänen der faschistischen Machthaber geschah.

Auch damit war ein Forschungsweg bezeichnet, auf dem in Jahrzehnten nachgewiesen wurde, dass die zur Vernichtung der Juden ergriffenen Mittel anfänglich nach der Methode, Versuch, Irrtum, neuer Versuch bestimmt wurden und dass die Bestimmung der wechselnden Ziele über mehrere Stufen erfolgte, bis der Begriff „Endlösung“ jene barbarische Bedeutung erlangte, die er seit 1941 besaß. Erst spätere Gerichtsprozesse und mehr noch in jüngerer Zeit unternommene Forschungen haben die Vielzahl von Initiativen auf den mittleren und unteren Machtebenen herausgearbeitet, die das Erreichen des auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge bezeichneten und seitdem verfolgten Gesamtziels zusätzlich beförderten und die darauf gerichteten Maßnahmen vorantrieben.

Viertens bestand für Ankläger und Richter kein Zweifel, dass Judenverfolgung, -vertreibung und -vernichtung bereits in im Verlauf ihrer Verwirklichung auch Funktionen besaßen, die den Machthabern, vorausberechnet oder zugefallen, in ihr Herrschaftskonzept passten. Zwei von ihnen, die wie das ganze Thema in späteren Forschungen eine zu geringe Beachtung gefunden haben, wurden schon am Prozessbeginn ausdrücklich genannt. Die eine, wirksam in Deutschland und im angeschlossenen Österreich schon im Vorkrieg, bestand in der „bindenden Kraft“ (IMT, II, 150), die vom antijüdischen Terror ausging. Schon vor dem Kriege wurde der Antisemitismus bewusst auch als in das Ausland zielende Werbung eingesetzt worden. Diese Bindekraft verstärkte sich im Kriege mit dem Übergang zum Morden und wirkte innerhalb des faschistischen Mächteblocks. Sie kettete Kollaborateure an die Führungsmacht, von Regierungschefs und Ministern bis zu vor Ort mitmordenden organisierten Hilfskräften Eine andere bestand in der Abschreckung, die von Gettoisierung, Deportation, und Massakern, die „eine Drohung auch gegen andere“ darstellte, eine „Warnung für die besiegten Völker“ (IMT, II 140), sich dem Eroberer zu unterwerfen, um der Strafe der Vernichtung zu entgehen. Mit

dem Judenmord – Jackson nannte ihn die „Lanzenspitze des Schreckens“ (IMT, II, 139) – wurden mithin auch Nebeneffekte erzielt und Nebenziele erstrebt.

Fünftens haben sich die Ankläger und Richter nach dem Verhältnis des Judenmords (der „Endlösung“) zum Generalziel gefragt, das das Regime mit dem Krieg verfolgte und dem es 1941 – also in eben jenem Moment, da der Vernichtungsprozess eingeleitet wurde – nahe zu kommen schien. Zunächst befand sich die Praxis des Judenmords also in den Koordinaten des Kriegsendziels das lautete: Europa ein „großgermanisches“ Reich unter dem Hakenkreuz und ohne Juden. Die SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ verkündete schon am 9. August 1940, den Triumph über Frankreich als den Vorboten des „Endsiegs“ deutend, der „deutsche Friede“ werden „ein Friede ohne Juden“ sein, auch der letzte würde aus Europa vertrieben werden. (IMT, III, 589) Doch diese Relation war in den Vorstellungen der Mörder nicht unauflösbar. Wiederum in den Worten von Walsh: „Ob Sieg oder Niederlage für Deutschland, der Jude war dem Untergang geweiht. Es war die offen ausgesprochene Absicht des Nazi-Staates, dass, was immer das deutsche Schicksal sein möge, der Jude nicht unter den Überlebenden bleiben sollte.“ (IMT, III, 630f.) Die Frage Niederlage jedoch, geschweige denn die einer bedingungslosen Kapitulation stellten sich die Machthaber lange nicht. In der Tat, sie wollten ihre Ausrottungspolitik bis an das vorbedachte Ende treiben. Die Truppen der Alliierten sollten auf ihrem Befreiungsweg nirgendwo noch einen Juden lebend antreffen. Auch die darauf gerichteten Befehle wurden schon in Nürnberg vorgewiesen.

Am 1. Oktober 1946 war die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg getan. Doch wurde, um es in einem geläufigen Bilde zu sagen, der Staffelstab der Ermittlungen und Bewertung der Naziverbrechen und des Massenmords an den europäischen Juden nicht sogleich an die Geschichtswissenschaft weitergegeben. Die begann erst Jahre später sich gleichermaßen akribisch und eingehend damit zu befassen. In fortgesetzter Aktion aber blieben die Juristen vor allem während der so genannten Nürnberger Nachfolgeprozesse, von denen vor allem der Einsatzgruppen- und der Wilhelmstraßen-Prozess weitere Enthüllungen und Einsichten an den Tag brachten.

Literatur: Robert M. W. Kempner 1983: Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Berlin; Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika 1992: Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942.

Vom aufrichtigen Erinnern und Gedenken

Vortrag in der Sitzung des Rombergpark-Komitees in Dortmund, Rathaus am 24. März 2005

Die geistigen Auseinandersetzungen auf dem Wege zum 60. Jahrestag der Befreiung hat ein Historiker, Norbert Frei, bis vor kurzem lehrend in Bochum, nun in Jena tätig, eine „Erinnerungsschlacht" genannt. Der Begriff wirft Fragen auf: Wer erinnert sich hierzulande. Und Woran? Und Warum? Zu erinnern vermag sich an die Ereignisse des Frühjahrs 1945 im eigentlichen Sinne des Wortes nur eine Minderheit der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik, insgesamt etwa 10 Prozent ihrer Einwohner. Die übergroße Mehrheit hingegen kann sich, wenn sie dazu bereit ist, Wissen über und Verständnis für diese Zeit, die ihre Eltern, Großeltern und nun schon Urgroßeltern erlebten, aneignen. Das wird sie nur tun, wenn sie meint oder davon überzeugt werden kann, dass dies von einigem Nutzen für sie selbst sein könnte.

Und dann Schlacht! Wer trägt sie gegen wen aus? Und mit welchen Zielen? Die Geschichtsversessenen gegen die Geschichtsvergessenen? Von beiden ist mit Bezug auf Deutschland die Rede. Geht es um eine Annäherung an die geschichtliche Wirklichkeit und Wahrheit? Gegen deren Vernebelung oder Verklärung? Wer spielt dabei welchen Part? Wer bedient sich dieser, wer jener Mittel und Methoden? Mehr Fragen, als sich in einem halbstündigen Vortrag beantworten lassen.

Unbezweifelbar ist, dass durch Presse, Fernsehen und Filmproduktionen, durch eine erhebliche Menge von Büchern die Aufmerksamkeit von Millionen, im Ganzen aber wohl einer starken Minderheit von Deutschen, auf die Geschehnisse der ersten vier Monate des Jahres 1945 gelenkt werden. Kein Abend, an dem nicht auf irgendeinem Sender ein Spiel- oder Dokumentarfilm oder eine Mischung aus beiden gezeigt wird, dessen Gegenstand Ereignisse dieses Jahres sind. Kein Tag, da Zeitungen und Zeitschriften nicht von diesem oder jenem geschichtlichen Ablauf oder Vorkommnis berichten. Doch nur selten kann das Präsentierte den Anspruch der Aufklärung erheben. Vieles gehört in den Bereich bloßer Unterhaltung, lenkt ab vom Alltag, hilft Zeit totschlagen, erzeugt Gruseln oder Kopfschütteln. Die heutige Ausgabe der Westfälischen Rundschau liefert dafür einen weiteren Beweis. Sie druckt einen der vielen Artikel, die momentan nach dem Erscheinen eines entsprechenden Buches der Frage gelten: Besaß Hitler die Bombe, das meint Atomwaffen? (Woran sich dann Überlegungen knüpfen lassen wie: Hätte nicht doch ...) Und in einer Vorankündigung eines 10-teiligen Fernsehfilms ist zu lesen: „Eine Serie die unter die Haut geht", was doch heißt, die Hersteller zielen auf die Gefühlswelt der Zuschauer und nicht auf deren Köpfe und Gehirne. Und in der Tat, wird weitergeschrieben: „Krieg wird gezeigt, wie er ist – brutal, grausam, menschenverachtend. Hier gibt es keine Sieger, hier gibt es nur Verlierer." Und schon einleitend und kritiklos wird mitgeteilt: „Große geschichtliche Zusammenhänge sucht man hier vergebens." Wahrlich: So ist die Dutzend- und die Massenware beschaffen. Zusammenhänge werden nicht erfragt, Ursachen und Wirkungen zumeist im Dunkeln gelassen, jedenfalls nicht ausgelotet. Geschichte erscheint als eine Mischung individuellen Erlebens, aus dem jeder seine geschichtliche Wahrheit bezieht.

Das Fazit wurde in der *Neuen Züricher Zeitung* vom 16. Februar 2005 treffend zusammengefasst: „Nur darf man sich keine Illusionen über die Geschichtskenntnisse machen. Die deutsche Öffentlichkeit hat keinen scharfen Begriff vom NS-System, ihre klaren moralischen Verdikte beruhen nicht aus ebenso klaren Einblicken in Genese und Funktion der nationalsozialistischen Herrschaft. Der derzeitige Trend zum individuellen Opfergedenken ist nicht frei von einer gewissen Privatisierung und man könnte sich fragen, ob und wie wohl diese Privatisierung irgendwann auf das offizielle Geschichtsbild zurückschlägt."

Nun wächst das Erinnern der Zeitgenossen des Kriegsendes, der heute Siebzig- und Achtzigjährigen, aus einem natürlichen Bedürfnis hervor. Sie blicken auf ihr Leben zurück und manche möchten mit sich ins Reine kommen, ihre Gedanken ordnen, Herr ihrer Gefühle werden. Was sie betrifft, liegen Motive zu tage. Wie steht es aber mit den Nachgeborenen, die sich ernsthaft mit den Zeiten befassen, die sie zu ihrem Glück nicht erlebt haben? Da mögen die Antriebe vielfältiger sein. Einer könnte darin bestehen, dass sie von dem Wissen oder auch nur der Ahnung geleitet oder beschlichen werden, dass

diese Zeiten nicht so fern sein können, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint. Kriege, sofern sie auch von den deutschen Grenzen und von Europa geführt werden mögen oder drohen, dazu die Erklärung der einzigen Supermacht des Erdballs, dieses oder jenes Regime disziplinieren zu wollen, verbunden mit militärischen Drohungen, richten das Fragen an Vergangenes, rücken es den Heutigen wieder näher.

Vor 10 Jahren, als des 50. Jahrestags des Kriegsendes gedacht wurde, meinten manche, das werde das letzte Mal sein, dass sich so viel Aufmerksamkeit den Maitagen 1945 zuwenden würde. Weit gefehlt. In diesem Jahr 1995 wurde die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945“ gezeigt, die dann in mehr als einem halben Hundert Städten der Bundesrepublik und auch in Österreich zu sehen war und in die Hunderttausende strömten, was zusätzlich durch die heftigen, auch auf Straßen und Plätzen ausgetragenen Meinungen über ihren Inhalt bewirkt wurde. Was Historiker mit ihren Publikationen nicht bewirkt hatten, gelang. Es veränderte sich das Bild von den deutschen Verbrechen in den besetzten Ländern und es konnte nicht länger bezweifelt werden, dass es nicht die SS allein gewesen war, die sie verübt hatte. Polizeibataillone, Wehrmachts- und andere militärische Einheiten waren an ihnen beteiligt. Das war, wie gesagt keine Entdeckung und in Büchern konnte das zuvor längst beweiskräftig nachgelesen werden. Doch war es dort, weil unbequem, lästig und das Selbstverständnis vieler erledigend, nicht zur Kenntnis genommen worden. Die Rede kam auf die deutschen Täter, ein Wort, das auch Missverständnisse erzeugte und Chancen zur Gleichmacherei ließ. Hingegen hatten die Alliierten gegen Kriegsende aus guten Gründen solche Nivellierungen vermieden. Es gab eine ganze Skala von Bezeichnungen für den zu unterscheidenden Grad an Beteiligung, an m Belastung mit Verantwortung und Schuld, sie reichte von den Hauptkriegsverbrecher bis zu den Minderbelasteten und den Mitläufern und eben auch Widerstandskämpfer. Nun aber entstand so etwas wie ein Täterbrei und von dem ging es konsequent zum Opferbrei.

Denn die Geschichtsdebatte in Deutschland veränderte sich 2002 grundlegend. Sie wechselte die Perspektive. Den Anstoß dafür gab die Besinnung auf die Stalingrader Schlacht, deren Beginn sich im Sommer dieses Jahres zum 60. Male jährte. Nahezu gleichzeitig erschien „Der Brand“, das zum Bestseller hochgespielte Buch über den Bombenkrieg über Deutschland. Andere Veröffentlichungen befassten sich mit dem Geschehen unter dem Stichworten Flucht und Vertreibung. Keines dieser Themen war neu. Der behauptete Tabubruch war eine Legende, mehr noch, eine glatte Lüge, denn die von ihm sprachen, sei es aus Reklame- oder aus politischen Gründen, wussten es besser.

Niemand hatte den Deutschen in den Jahren vorher das Recht bestritten, sich ihrer Opfer zu erinnern. Zu nehmen war es ihnen ohnehin nicht. Und sie – wir – hatten dazu der Gründe viele, millionenfach. Denke ich darüber nach, wer mir selbst und zuerst einfällt, wenn von den deutschen Opfern von Faschismus und Krieg in den Sinn kommt, dann sind es Kinder im Vorschulalter, die 1945 in einem Kinderheim auf dem Thüringer Wald lebten. Sie waren irgendwo aufgriffen worden, hatten ihre Eltern im Chaos der Endphase des Krieges verloren. Manche wussten ihre Namen nicht und hatten, damit sie angesprochen und gerufen werden konnten, Namen erst erhalten. Sie gehörten zu jenen Deutschen, von denen sich uneingeschränkt sagen ließ, sie waren an dem, was ihnen an Schrecklichem widerfahren war, ohne jede Schuld. Für die Mehrheit der Deutschen aber galt das nicht. Sie erfuhren in jenem letzten Kriegsjahr drastisch und mehr als in allen voraufgegangenen, dass die Geschichte ihre Zahltage kennt.

Es geht folglich nicht darum, die Existenz der Millionen deutscher Opfer zu ignorieren, sie klein zu reden, zu marginalisieren oder sie zu Kriegsopfern zweiter Klasse zu erklären. Doch hat es mit ihnen eine besondere Bewandtnis, die aufklärt werden muss aus einem doppelten Grunde. Zum einen aus Respekt vor eben diesen Opfern, zum anderen mit Rücksicht auf uns selbst, denn das Anrichten eins Opferbreis ist einzig geeignet, Gehirne zu verkleistern, während es doch darum zu tun sein muss, Gedanken zu schärfen. Soll also dieses Gedenken an die deutschen Toten des Zweiten Weltkrieges nicht einen bitter unangenehmen Beigeschmack haben oder auch in bloßem Betroffensein (um die Lieblingsvokabel derer zu zitieren, die einzig auf ihr und unser Seelenheil zielen), dann muss von Zusammenhängen die Rede sein.

1. Aufrichtig ist das Gedenken nur, wenn beim Blick auf die Opfer von Faschismus und Krieg nicht daran vorbeigesehen wird, dass deren lange Reihe mit jenen zumeist aus Arbeiterkreisen stammenden Antifaschisten beginnt, die sich in den Jahren der Weimarer Republik den aufkommenden Faschisten entgegenstellten, nicht immer mit angemessenen Mitteln, aber immer in der Absicht, nicht nur für sich selbst ein Unheil abzuwenden. Es ist falsch und unredlich, diese Konfrontationen und deren Opfer als bloße Händel von politisch extremen Gruppen abzutun. Diese erste Reihe der Opfer setzt sich nach dem 30. Januar 1933 fort. In sie gehören Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und andere Gegner des sich etablierenden Regimes. Diese Reihe wurde in den Vorkriegsjahren lang und länger, in Jahren, in denen die Mehrheit der Deutschen eben dieses Regime unterstützte oder sich mit ihm arrangierte und abgefunden hatte.
2. Aufrichtig ist das Gedenken an die deutschen Opfer nur, wenn auch davon gesprochen wird, dass diese Mehrheit sich nach 1933 und eben bis in da Ende des Krieges hinein, die einen freiwillig und begeistert, die anderen widerwillig und widerstrebend, zu Instrumenten einer Diktatur gemacht hatte, die einem krieg entgegensteuerte und ihn dann gegen nahezu ganz Europa und die USA führte. Für Millionen begann diese Rolle bereits in den Jahren der Weltwirtschaftskrise. 38 Prozent der Deutschen wählten im Hochsommer 1932 die NSDAP und setzten auf diesen Hitler. Mehr als 50 Prozent waren es in den norddeutschen, evangelisch dominierten Landen, aber auch in katholisch geprägten Gebieten war die Gefolgschaft teils erschreckend hoch. In Pforzheim, der Stadt, die im Februar 1945 zehn Tage nach Dresden in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde, gaben damals 45 Prozent der Wähler den Nazis ihre Stimme, absolut etwa so viele, wie dann im Bombenhagel umkamen. Der deutsche Faschismus und sein Führer wäre für diejenigen, die ihn an die Staatsmacht brachten, das waren nicht die Wählerstimmen, völlig uninteressant gewesen, ohne diesen Millionenanhang Und noch im Jahre 1933, viel rascher als es Mussolini in Italien gelungen war, hatte sich eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter die „nationale Regierung“ gestellt, was vor allem durch Zutreiberdienste von bürgerlichen Parteien, vielerlei Organisationen und Vereinigungen und auch der großen Kirchen bewirkt worden war. Und dieser Faschismus hätte den Weg in den Krieg, so wenig seine Anhänger ihn wollten, nicht gehen können, wäre er nicht seiner Macht im Innern so sicher gewesen, wie er es angesichts der Volksstimmung sein konnte. Die Deutschen waren in ihrer Mehrheit, bevor auch sie Opfer des Faschismus wurden, dessen Instrumente gewesen. Und jenes hat dieses nicht aufgehoben oder gar aufgewogen, wenn die Deutschen nach 1945 auch massenhaft meinten, sie wären durch die Ereignisse selbst bestraft genug und hätten so gebüßt, dass über das Davor nicht mehr geredet werden müsse.
3. Zur Erinnerung an die Opfer gehört unablösbar der Gedanke, dass die Mehrheit der Deutschen in den Jahren von 1939 bis 1945, als sie nahezu ganz Europa mit Krieg überzogen und auf dem Wege waren, diesen Kontinent unter das Hakenkreuz zu zwingen, die schändlichste Rolle spielten, die sie je in ihrer Geschichte eingenommen und ausgefüllt hatten. Dieses Land war auf den tiefsten Punkt seines intentionalen Ansehens heruntergewirtschaftet worden, nicht von Hitler allein, nicht nur von den Führern der zivilen und militärischen Eliten, sondern unter Mitwirkung von Hunderttausenden und Millionen Deutscher aller Klassen und Schichten. Schon 1933 dichtete Bert Brecht: Oh Deutschland, bleiche Mutter, wie sitzt du besudelt unter den Völkern. Und als sowjetische Truppen 1944 die Reichsgrenze erreichten, richteten sie Schilder auf, auf denen in kyrillischer Schrift zu lesen stand: Hier beginnt das verfluchte Deutschland.
4. Der Sinn des Wortes Befreiung der Deutschen ist mit dem Verweis auf das Ende der Schrecken des Bombenkrieges, auf die Befreiung der Insassen von KZ und Zuchthäusern, des Endes der an die Soldaten gerichteten Befehle, sich in erneute Schlachten und den Tod zu stürzen, nicht ausgefüllt. Befreiung – das bedeutete aktuell wie geschichtlich, dass für die Deutschen eben diese Rolle, anderen Völkern „eine Furcht“ (Brecht) zu sein, zu Ende ging, ohne, das gilt für die übergroße Mehrheit, ihr eigenes Zutun.
5. Aufrichtig ist das Gedenken an die deutschen Opfer von Faschismus und Krieg folglich nur, wenn es nicht zur nationalen Nabelschau verkommt. Als die Mehrheit der Deutschen vom Kriege noch kaum etwas merkte und meinte, er würde ganz anders verlaufen als der Erste Weltkrieg, befanden sich Polen, bald darauf Franzosen auf der Flucht vor der von den Wehrmachtstruppen erzeugten

Kriegswalze, gingen Bomben der Stukas auf Menschen unseres östlichen Nachbarn nieder, begannen in dessen Städten Massaker. Dann entlud sich der Bombenhagel auf London und andere britische Städte. Es folgte der unprovozierte Einfall in die Sowjetunion mit den unvorstellbaren Folgen an Toten, Ermordeten, Verhungerten, an Zerstörungen. Wer nur an das Kriegsleid der eigenen denkt, wer auf Reisen nur auf deutsche Soldatenfriedhöfe geht und die der Alliierten meidet, wem die Male und Tafeln des Gedenkens für die Partisanen und Widerstandskämpfer in Städten und Ortschaften Italiens, Frankreichs und in anderen Ländern stumm bleiben, der soll von „Bewältigung“ deutscher Vergangenheit und seinem Beitrag zur Verständigung der Völker schweigen. Doch die Nabelschau ist hierzulande noch immer modisch, wie die Reiseofferten des Bundes der Kriegsgräberfürsorge auch für das Jahr 2005 ausweisen. Schon im Vorjahr war das Angebot für Fahrten in die Normandie so gestaltet, dass kein Teilnehmer seinen Fuß auf eine Gräberstätte der einstigen Kriegsgegner setzen musste.

6. Aufrichtig ist das Gedenken an die deutschen Opfer von Faschismus und Krieg nur, wenn jede primitive Gleichsetzung unterbleibt, die mit der Feststellung *Tot ist tot* jedes Nachdenken darüber, wie die einen und wie die anderen zu Tode kamen, erledigt. Der deutsche Fallschirmjäger, der auf Kreta niederging, hatte eine andere Funktion als der britische Soldat, der die Insel vergeblich zu verteidigte suchte. Der griechische Bauer kam aus anderen Gründen um als der deutsche und italienische Eindringling. Weithin sichtbar, denn an exponierter Stelle, hat Bundeskanzler Kohl in Berlin Unter den Linden jene Geschichtsbetrachtung, die Differenzen nicht gelten lässt oder als unwesentlich erachtet, in einer Tafel festschreiben lassen. Ob Mörder oder Ermordeter, Eroberer oder Unterworfener, Sklavenhalter oder Versklavter, Rassist oder Humanist, Jude oder Antisemit – irgendwie sind sie am Ende angeblich alle Opfer gewesen. Auch Hitler, wie eben in einem Spielfilm gezeigt wurde: der Führer gebrechlich und gebrochen, zitternd und gekrümmt sich in seiner Bunkerhöhle dahinschleppend. Ein Elender, ohne Zufluchtsort. Ein wenig zu bemitleiden, wie sein Darsteller ihn erklärtermaßen auch vorführen wollte. Demgegenüber ist darauf zu bestehen, dass die Menschen jener Kriegszeit zu Millionen zweierlei Rollen einnahmen. Die einen verübten, das ist eine Formulierung des Schweizer Theologen Karl Barth, der 1935 von seinem Lehrstuhl und aus Deutschland vertrieben worden war, ein „Attentat gegen die Menschheit“ und die anderen wehrten dieses Attentat ab.

Den besonderen Anlass dieses Treffens bilden die Kriegs- und anderen Verbrechen, die unter dem Begriff Verbrechen der Endphase gefasst worden sind. Es ist verständlich, dass der Blick auf sie besondere Gedanken und Empfindungen wachruft. Zugleich mag in dieser Hinsicht ein Element des Ungerechten liegen. Die polnischen Toten des 1. September 1939, etwa jene, die in der Stadt Wielun das Opfer deutscher Bombenangriffe wurden, verdienen unsere Erinnerung nicht weniger als jene, die nur Stunden vor dem Ende der Kriegshandlungen umkamen. Und dennoch. Diese späten, diese letzten Toten der Kriegstage (nicht des Krieges, denn das Sterben dauerte noch lange) lassen fragen: Warum auch die noch? Konnte das Töten und Sterben nicht früher enden, konnten nicht wenigstens sie noch lebend davonkommen? Wer so fragt, mag sich der Tatsache erinnern, dass die kaiserlichen deutschen Militärs 1918, als sie am Ende ihres militärischen Lateins waren und es absehbar wurde, dass es nur noch kurze Zeit dauern werde, bis die Fronten brachen, der politischen Führung des Reiches erklärten, nun müsse sie einen Ausweg, einen Weg zu Kapitulation und Frieden suchen und rasch beschreiten. Keine Gruppe deutscher Feldmarschälle und Generale hat 1945, als sie den Krieg militärisch längst verloren wussten, diesen Schritt getan. Der Oberbefehlshaber West, Erwin Rommel, bildete eine Ausnahme. Diese deutschen Militärführer konnten einen Krieg beginnen, aber ihn nicht beenden. Sie haben noch unwissende, milchbärtige Hitlerjungen in den Krieg gehetzt. Hier und nicht bei Personen wie Winston Churchill, dem verteufelten „Bomber Harris“ oder den sowjetischen Heerführern und Soldaten ist die Adresse für Schuldzuweisungen. Auf das Konto der Keitel, Jodl, Schörner, Dönitz, Busse und anderer gehen letztlich auch die in Trümmer gelegten Städte Dresden, Pforzheim. Hildesheim, Würzburg und viele weitere, die in den letzten Kriegsmonaten zerstört wurden. Wären die Truppen der Alliierten von Ostpreußen und dem Saarland in ein Deutschland einmarschiert, das kapituliert hatte, dann wäre auch das kein Vergnügen gewesen, aber das Kriegsende hätte für viele Deutsche dann anders ausgesehen und Zehntausende hätten es noch erlebt.

* * *

Gestatten Sie mir am Ende eine persönliche Bemerkung. Sie knüpft an eine Äußerung des vormaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an, der 1985 aus Anlass des 40. Jahrestages des Kriegsendes eine denkwürdige Rede hielt und kürzlich (*Berliner Zeitung,* 26./27. Februar 2005) gefragt worden ist, wie er rückblickend über seinen damaligen Auftritt denke. Schließlich wollte der Interviewer wissen, ob von Weizsäcker im 8. Maitag einen Grund zu feiern erblicke. Das nicht, lautete die Antwort, aber er empfinde an diesem Tage „historische Freude". Nun weiß ich, nachdem ich den Vorzug genoss, mich seit vielen Jahrzehnte mit der Geschichte studierend und forschend beschäftigen zu können, was ein historisches Ereignis oder eine historische Persönlichkeit ist. Mit der Kennzeichnung historische Freude hat es Schwierigkeiten. Folglich: Ich werde am bevorstehenden 8. Mai 2005 ein paar Freunde und Kollegen einladen und sie bitten ein Glas Wodka und ein Glas Whisky zu leeren, so das Andenken aller aus Ost wie aus West ehrend, die diesen historischen Tag herbeiführten. Ihnen schulde ich auch eine besondere Danksagung. Denn, hätten sie ihre Anstrengungen nicht in jenem Tempo unternommen, in dem sie es taten, wäre ich schwerlich am Kriege so vorbeigeschrammt, wie mir das eben noch möglich war und die Einladung, hier zu reden, hätte sich an eine andere oder einen anderen richten müssen.

Nachkriegsdeutschland im Blick

Unter den Büchern, die anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung auf den Markt gelangten, waren einige, die über das Datum hinauswiesen. Auf vier soll hier aufmerksam gemacht werden. Sie stammen von Menschen die bei Kriegsende und im unmittelbaren Nachkrieg nach Deutschland kamen, oder berichten von ihnen. Die einen kamen noch, um die Wehrmacht zu zwingen, die Waffen zu strecken, anderer als Besucher mit dem Auftrag, zu beschreiben, was sie vorfanden und sahen, und damit der US-amerikanischen Regierung Hinweise für ihre Besatzungspolitik zu geben. Die Berichtenden kannten Deutschland aus Vorkriegszeit, entweder weil sie dort gelebt oder sich im Reich länger aufgehalten hatten. Der Vierte, ein sowjetischer Offizier, kämpfte sich ein ihm vollkommen fremdes Land. Aus jener Zeit hinterließ er ein Tagebuch, das der Sohn im Nachlass des Vaters fand.

Wer eine der Autobiographien oder die Lebenserinnerungen von Klaus Mann, Hans Habe, Stefan Heym, Walter Hasenclever oder Hanus Burger gelesen hat, dem sind die Ritchie Boys begegnet, jene Soldaten der US-Armee, die eine zusätzliche spezielle Ausbildung erhalten hatten, um an und hinter der Front ihren Part in der psychologischen Kriegsführung zu spielen. Die Bezeichnung rührt vom Namen der Ausbildungsstätte her, an der sie in kurzen Lehrgängen auf ihre Aufgaben vorbereitet worden waren. Im Sommer 1942 hatte im Camp Ritchie, idyllisch gelegen an den Ausläufern der Blue Ridge Mountains in Maryland, das Military Intelligence Training Center seine Tätigkeit begonnen. Es schulte Soldaten für die Aufgabe, Angehörige der Wehrmacht von der Fortsetzung ihres Kampfes abzubringen und Gefangene nach Informationen auszunehmen, die direkt für taktische militärische Entscheidungen nützlich sein konnten oder das allgemeine Bild von der geistigen und mentalen Verfassung des Gegners konkretisierten und damit indirekt Möglichkeiten eröffneten, seine Kräfte zu schwächen.

Die Minderheit der Überlebenden, die zuerst schon in Nordafrika, dann in Italien und schließlich auf dem Wege von der Normandie bis ins Reichsgebiet auf diese Weise – mit Schreibmaschinen, Mikrofonen, Lautsprechern mehr als mit dem Gewehr – am Kriege teilnahmen, hat heute das neunte Lebensjahrzehnt erreicht. Sie bildete die sprudelnde Hauptquelle für dieses Geschichtsbuch, zumal die amtlichen Akten über die Ritchie-Boys bei einem Archivband großenteils vernichtet wurden. Entstanden ist mehr ist als ein Nebenprodukt aus der Arbeit für einen Dokumentarfilm, der inzwischen in Sondervorführungen gezeigt worden ist.

In das Camp kam, wer des Deutschen in Wort und Schrift mächtig war, am besten außer dem Amerikanischen noch eine weitere Fremdsprache beherrschte, die Staatsbürgerschaft der USA besaß oder in Kürze mit der Einbürgerung rechnen konnte. Das galt insbesondere für deutsche und österreichische Emigranten, Juden zumeist. Sie stammten in der Regel aus bürgerlichen Elternhäusern, hatten an höheren Schulen und teils schon an Universitäten studiert, waren natürlich geistig hochinteressiert und intelligent und hatten mit den deutschen Faschisten gleichsam zusätzlich eine eigene Rechnung zu begleichen. Geboren in Berlin, Wien, Budapest, Prag, im Schlesischen, Hessischen und in Ostpreußen, waren sie in den Jahren 1933 bis 1940, manche über Zwischenstationen, in die USA Geflohenen.

Nun schickten sie sich an, als Angehörige einer siegenden Armee nach Deutschland zurückzukehren, auf eine Weise. die sie sich noch wenige Jahre zuvor, als ihnen bei ihrer Ankunft als Emigranten keineswegs immer ein Willkommen geworden war, nicht hatten vorstellen können. Manche von ihnen landeten bereits mit den ersten Staffeln auf französischem Boden. Sie gaben deutschsprachige Frontzeitungen heraus, verfassten Flugblätter, die von Flugzeugen abgeworfen oder von der Artillerie verschossen wurden, betrieben über Radio Luxemburg weiße und schwarze Propaganda und richteten einen vorgeblichen deutschen Soldatensender ein. Ihre Tätigkeit ähnelte in vielem, was die Autoren des spannungsreich erzählten Buches unerwähnt lassen, der teils voraufgegangenen, teils gleichzeitigen, die von Deutschen in der Roten Armee gemeinsam mit Sowjetsoldaten unternommen wurden. Das gilt u.a. für die Methode, mit Flugblättern „Passierscheine“ über den feindlichen Linien abzuwerfen, die von Überläufern vorgewiesen werden sollten, wenn sie die Front überschritten, wie auch für Texte von Flugblättern (wie das 1943 an der Ostfront verbreitete „Die Lehre von Stalingrad“ und

das von 1944 im Westen über die Frontlinien gebrachte „Die Lehre von Aachen“), mit denen die uninformierten oder irregeleiteten deutschen Soldaten über die tatsächliche Lage unterrichtet wurden.

Ein bemerkenswertes Detail: Eine der Methoden, mit denen in Gefangenschaft geratene deutsche Offiziere, die Auskünfte verweigerten, was ihnen nach Kriegsrecht zustand, zum Reden über gegnerische Absichten und andere wissenswerte Tatsachen gebracht werden konnten, war die Drohung, sie an die Sowjetunion wegen Verbrechen auszuliefern, an denen sie bei früheren Kriegseinsätzen im Osten beteiligt gewesen sein konnten. Dann, als die Waffen schwiegen, suchen die Ritchie Boys ihre Angehörigen, die aus Deutschland nicht hatten entkommen können. Wenige fanden sie lebend, anderen wurde deren Tod zur Gewissheit.

Verfolgt werden die Lebenswege bis zu dem Zeitpunkt, da die Ideale der Ritchies durch die US-amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland und die einsetzende feindliche Distanzierung gegenüber dem sowjetischen Verbündeten auf eine harte Probe gestellt wurden und die Vorstellungen darüber deutlich auseinanderliefen, für welches Deutschland sie eigentlich gekämpft haben. Während Heym nach einigen Jahren in die DDR ging, der Regisseur Hanuş Burger nach Prag zurückkehrte und dort in seinem Beruf arbeitete, Hans Habe, nachdem er in Westdeutschland am Aufbau des Zeitungswesens teilgenommen hatte, in Österreich und der Schweiz lebte, machten die meisten nach Kriegsende demobilisiert Karrieren in den USA, wurden Universitätsprofessoren, Geschäftsleute, Richter und Rechtsanwälte. Manches, zudem leicht überprüfbare berichtete Detail ist unverlässlich. Das gilt für das Zeugnis, es seien in der Ardennenschlacht nach dem Aufklaren des Wetters eine halbe Million Flugzeuge gleichsam erlösend am Himmel erschienen ebenso wie für die Angabe, der US-amerikanische Kommandant von Weimar hätte Bürger der Stadt zur Besichtigung des KZ Buchenwald mit Lastwagen auf den Ettersberg fahren lassen. -

In anderer Mission begab sich nach dem errungenen Sieg der 1939 über die Schweiz und Kuba in die USA emigrierte Carl Zuckmayer (1896-1977) nach Europa. Er hatte sich um eine Stellung als ziviler „Kulturberater“ beim Kriegsministerium in Washington beworben und den Auftrag erhalten, über seine Eindrücke im besetzten Deutschland und Österreich, zu berichten. Aus dem von November 1946 bis März 1947 unternommenen Besuch, der ihn unter anderem nach Berlin, München, Stuttgart, Wiesbaden und Wien führte und unerwartet auf ein Signal seiner Vorgesetzten vorzeitig abgebrochen wurde, so dass auch ein bereits genehmigter Aufenthalt in der sowjetisch besetzten Zone nicht zustande kam, ist ein umfängliches Papier hervorgegangen; das übrigens die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im August 2004 in Folgen zu drucken begann. Zuckmayer beabsichtigte, seine Auftraggeber zu bewegen, sich von klischierten Vorstellungen über Deutschland und die Deutschen zu trennen, und sie zu überzeugen, dass namentlich die jüngeren deutschen Männer, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt waren, von der Naziideologie nicht so tief beeinflusst seien, wie vermutet wurde. Er hielt er Ansatz und Methoden der „Entnazifizierung“, welche die US-Administration praktizierte, für verfehlt und meinte, dass sich die Hinwendung der Deutschen zur westlichen Demokratie in Abhängigkeit von der Unterstützung entwickeln werde, die ihnen beim Kampf gegen den Hunger zuteilwürde. Bei der Beurteilung des politischen Standortes Zuckmayers halten sich die Herausgeber, die den Band mit aufschlussreichen Anmerkungen versahen, auffallend zurück. Zuckmayer, zumindest angekränkelt von totalitarismus-doktrinärem Denken, war überzeugt, dass ein Wandel Deutschlands hin zu einer neuen Rolle in einem friedlichen Europa nicht nur ideologische, sondern auch materielle und soziale Voraussetzungen besitze. Und er erblickte eine Bedingung dafür, dass der Weg in die allgemeine Barbarei verhindert werde, in der Existenz stabiler internationaler Aktionsgemeinschaften. In einem der den Band abschließenden, aus den Jahren bis 1949 stammenden Artikel beschäftigten ihn auch die Aussichten der Nazis. Er sah sie nicht aus einer diffusen Anhängerschaft neu entstehen, ähnlich jener, die sich nach dem ersten Weltkrieg um Hitler geschart hatte: „Nazis ... werden nie hochkommen, wenn man ihnen nicht den Nährboden schafft und wenn nicht Mächte hinter ihnen stehen, die sie stützen, benutzen, mobilisieren. Seid wachsam gegen solche Mächte ...“ Solchen Sätzen fehlt Konkretisierung und es drängt sich der Eindruck auf, dass Zuckmayer sie unterließt, weil er sicher wusste, wohin er in den USA sortiert werden würde, sobald er sie formulierte.

Mit ähnlichem Auftrag wie der aus Hessen stammende deutsche Dichter wurde 1945 der gebürtige Ire James Stern (1904-1993) aus den USA in das besetzte Deutschland geschickt. Danach schrieb er sein Buch The Hidden Damage, das 1947 in New York, 1990 auch in London gedruckt wurde und wohl nicht zufällig jetzt erst in deutscher Übersetzung vorliegt. Stern wurde im Offiziersrang Mitglied einer Gruppe die durch systematische Befragungen ergründen sollte, wie nachhaltig der Bombenkrieg die Deutschen getroffen und beeindruckt hatte, aber auch Informationen über deren Meinung zur Besatzungspolitik einholen. Dazu bereiste er Frankfurt a.M., Stuttgart, München, Kempten, Nürnberg. Sein Buch bezeugt jenes politische Kauderwelsch, eine Mixtur aus Naziideologie, unverstandenen eigenen Eindrücken, bloßen Einbildungen u.a., die in den Köpfen von Deutschen im ersten Nachkriegsjahr herrschte. Repräsentative Ergebnisse werden nicht dargetan. Die Dokumente aus der Tätigkeit des Teams dürften historisch belangvoller sein als diese Schilderung. Wäre es nicht anders geschrieben, könnte der Text, der sich wie ein Reise- und Wiedersehensbericht liest, dahin missdeutet werden, es sei der Journalist eines politisch leicht eingefärbten Unterhaltungsmagazins für Kleinbürger auf Achse gewesen.

Einen ganz anderen auf Berlin begrenzten Eindruck von Deutschland gewann zur gleichen Zeit einer der sowjetischen Eroberer der Reichshauptstadt, Wladimir Natanowitsch Gelfand: zweiundzwanzigjähriger Leutnant, Mitglied der kommunistischen Partei, Jude aus der Ukraine, wo die deutschen Besatzer einen Großteil seiner jüdischen Familie umgebracht hatten. In einer Auswahl liegt dessen zwischen Januar 1945 und September 1946 geführtes Tagebuch nun vor. Es verdankt seine Aufmerksamkeit zum einen der Tatsache, dass es das erste in deutscher Sprache lesbare Zeitdokument dieser Art überhaupt ist, zum anderen, dass Rezensenten glauben, aus ihm vor allem die Bestätigung ihres Horrorbildes der „Armee Stalins“ entnehmen zu können, ähnlich wie die Nazis sich ihnen willkommener Äußerungen von Juden über sich und ihresgleichen bedienten, um zu konstatieren: „Sie sagen es ja selbst!“ Herausgelesen haben sie das Bild von „einem ungebildeten und groben, korrupten und diebischen, durch Missgunst sowie übermäßigen Genuss von Alkohol gefährlichen Haufen“, „einem chaotischen Heer, dessen Angehörige die Gewalt unbarmherzig auch gegeneinander kehren “. In solche Kulisse wird Gelfand als absoluter Außenseiter hineingestellt, naiv und intelligent, neugierig auf die Deutschen, die er mit dem geschlagenen Deutschland, auf das er „spuckt“, nicht gleichsetzt, sensibel und selbstverliebt, attraktiv und lebenshungrig, von Knechtseligkeit gegenüber Vorgesetzten und Befehlen frei, sich durch Berlin mit einem (nicht erbeuteten) Fahrrad bewegend, den Schwarzmarkt besuchend, obendrein deutsche Frauen nicht vergewaltigend, sondern sie „erobernd“ nicht anders als – wenige Kilometer entfernt – seine US-amerikanischen Kampfgenossen von gestern, also unter Zuhilfenahme von mancherlei höchst begehrter Geschenke.

Wer vor Gelfands Tagebuch Sterns Reisebericht las, könnte sich womöglich an die darin zu lesenden Sätze erinnern: „Wen angesichts der Geschichten, die über vergewaltigendem plündernde und mordende Russen in Berlin kursierten, ein Schaudern überkam, der hätte hören sollen, was deutsche Soldaten über die Grausamkeiten zu sagen hatten, die von ihren eigenen Landsleuten auf russischem Boden begangen worden waren. Eine ähnliche, wenn auch weniger starke Angst hatten Deutsche, die in Frankreich gekämpft hatten.“

Christian Bauer/Rebekka Göpfert, Die Ritchie Boys. Deutsche Emigranten beim US-Geheimdienst. Hoffmann und Campe München 2005, 224 S., 19.95 Euro.

Carl Zuckmayer, Deutschlandbericht für das Kriegsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika. Hrsg. Gunther Nickel, Johanna Schrön und Hans Wagener, 312 S., 28,00 Euro..

James Stern, Die unsichtbaren Trümmer. Eine Reise im besetzten Deutschland 1945, Eichborn AG Frankfurt a.M. 2004, 409 S.

Wladimir Gelfand, Deutschland-Tagebuch 1945-1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten. Ausgewählt von Elke Scherstjanoi, Aufbau Verlag Berlin 2005, 356 S. 22,90 Euro.

Hitler, das Regime und die Massen

Vortrag am 5. Dezember 2005

Als der Nürnberger Prozess gegen die sogenannten deutschen Hauptkriegsverbrecher stattfand, von dem Ereignis trennen uns eben sechs Jahrzehnte, wurde in der Presse den Deutschen mitgeteilt, nicht ihr, das Volk, sitzt auf der Anklagebank, sondern diese Führer. Im wörtlichen und juristischen Sinne war das ganz zutreffend. Einer Betrachtungsweise, die Zusammenhänge wahrnahm, musste sie freilich fraglich erscheinen. Jedenfalls war diese Version zunächst nützlich, verhinderte sie doch, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen sich gegenüber dem Gerichtsverfahren von vornherein auf einen ablehnenden Standpunkt stellte. Mehr noch: die Anklage der Führer bot die Chance, von den Geführten nicht zu sprechen. Dabei war doch klar, dass es nicht diese zunächst 24, dann noch 22 Angeklagten allein gewesen sein konnten, die Europa so zugerichtet hatten, wie es 1945 aussah. Die Deutschen bemitleideten sich damals schon, diese Entwicklung setzte noch vor Kriegsende ein, weithin als Opfer. Sie fanden dafür unschwer und massenhaft Gründe. Dieser ihr Zustand wurde ihnen mehrfach bestätigt. Eine in Stuttgart erscheinende Zeitung schrieb 1945, die Deutschen seien überhaupt die ersten Opfer dieser Machthaber gewesen und verallgemeinerte damit völlig wirklichkeitswidrig, was doch nur einer Minderheit von ihnen geschehen war. Indessen sahen sich Millionen nun selbst: betrogen und belogen, getäuscht und verführt, benutzt und missbraucht, schließlich geopfert.

Dabei konnte das Nachdenken darüber, wie es geschehen konnte, nicht stehen bleiben. Die Menschen machen ihre Geschichte, nicht alle aus der gleichen Machtfülle heraus. Wie stand es also um die Volksmassen und ihr Verhältnis zum Regime und der Rolle, die es in der europäischen Geschichte hatte spielen können. Das Thema beschäftigte früh schon den deutschen Widerstand und das deutsche Exil, doch selbst die schärfsten Denker taten sich schwer zu verstehen, was in Deutschland nach dem 30. Januar 1933 geschah. Die Überraschung war allgemein. Auch die schwärzesten Pessimisten hatten sich nicht vorgestellt, dass dieses Regime eine derartige Stabilität würde erreichen können und das binnen kurzer Zeit. Hatte die NSDAP Mitte 1932 etwa 38 Prozent der deutschen Wähler mobilisiert, davon bis November 2 Millionen verloren, so konnte sich die „nationale Regierung“, das war ihre Selbstkennzeichnung, Ende des Jahres 1933, ohne dass sie irgendwelche grundstürzenden Veränderungen im Lande erzielt haben würde, schon auf eine Zustimmung der Volksmehrheit stützen. Die Machthaber im Reich wurden bald von manchen im Ausland deutlich beneidet, die selbst gern über eine derartige Massengefolgschaft geboten hätten. Als 1934 die Regierung Österreichs in Wien den Februaraufstand niederkämpfte und in Arbeiterviertel schießen ließ, veröffentlichte die NS-Presse davon Fotos mit dem Bemerken, wie friedlich es demgegenüber doch in Deutschland sei.

Die bedrückenden Fragen sind geblieben und auch nach Jahrzehnten geschichtswissenschaftlicher Forschung keineswegs befriedigend beantwortet. So viel über Hitlers Attraktivität als Volksführer, über ebenso raffinierte wie skrupellose Propaganda, über den schlauen Demagogen Goebbels, über die Rolle des Rundfunks, der in den Nazijahren ein Massenmedium erst wurde (1933 kamen die Volksempfänger auf den Markt), über die Inszenierung von Kundgebungen, Aufmärschen und Festen, kurzum über die Rolle dessen, was Massenmanipulation genannt wird, geschrieben wurde, es tauchten immer neue Fragen auf. Während sich viele Wissenschaftler der Kompliziertheit des Gegenstandes bewusst blieben, boten andere höchst einfache Antworten an und erzielen mit ihnen, wenigstens zeitweilig Masseneinfluss. Vor einem Jahrzehnt suchte Daniel J. Goldhagen zu beweisen, dass es der „eliminatorische Antisemitismus“ gewesen sei, der die Millionen und diesen Führer und seine Gruppe zusammengeführt und aneinandergebunden hätte. Zehn Jahre später trat mit Götz Aly ein deutscher Forscher hervor und erklärte, es sei schlicht materielle Korruption gewesen, von der die Volksmassen beeindruckt und in ihrer Zustimmung und Gefolgschaft bestimmt worden wären. Diese wären zudem die hauptsächlichen Nutznießer des Regimes gewesen. Zehn Jahre nach dem Erscheinen von Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ redet in der Zunft kein Mensch mehr über dessen Thesen. Es dürfte mit den aus „Hitlers Volksstaat“ nicht anders werden.

Wer das Thema wirklich untersuchen will, hat sich mit einem verwickelten Komplex von Tatsachen auseinander zu setzen. Fragen wir uns zunächst, welche Quellen dem Historiker dafür zur Verfügung

stehen. Die eine Gruppe rührt aus der Hinterlassenschaft des Regimes her, dessen Führer ein Interesse daran besaßen, ein ungeschminktes Bild über Stimmungen und Meinungen des Volkes über die Grundlinien der Politik, erlassene Gesetze, ergangene Verordnungen und Weisungen und die Schritte zu ihrer Verwirklichung zu erhalten, um reagieren zu können. Für die Ermittlungen auf geheimdienstlichem Wege wurden Kräfte im Bereich der Sicherheitspolizei und des späteren Reichssicherheitshauptamtes verantwortlich gemacht. Auch viele Stellen der NSDAP und des Staates fertigten ähnliche Berichte und Analysen an, von denen ein Teil überliefert ist. Rückschlüsse auf Stimmung und Verhalten von Volksteilen erlauben auch Leitartikel in der Nazipresse und vor allem die öffentlichen Reden der Führenden. Schwieriger schon ist es, diese Quellen nach den Motiven der darin beschriebenen Denk- und Verhaltensweisen zu befragen.

Eine andere Quellengruppe haben die Gegner des Regimes hinterlassen, deren Auslandsstellen – so die der SPD und der KPD – aus dem Inland illegal Berichte erhielten, die wiederum Grundlage für ihre in das Reich gerichteten ideologisch-politischen Aktionen abgaben. Sie liefern naturgemäß vor allem Auskunft über das Denken und Reagieren der den jeweiligen politischen Kräften Nahestehenden, also etwa über die Diskussionen innerhalb von Betriebsbelegschaften oder in Arbeiterquartieren. Eine dritte Gruppe rekrutiert sich aus den Beobachtungen, die ausländische Korrespondenten niederschrieben, solche die hier dauernd akkreditiert waren und andere, die nur kürzere Zeit ins Reich kamen. Manche dieser Berichte waren für Redaktionen und zur Veröffentlichung bestimmt, andere flossen in Geheimdienstkanäle. Später wurden manche Eindrücke in Erinnerungs- und Memoirenbänden dargestellt. Mit dieser Gruppe verwandt sind die internen Berichte der Diplomaten an ihre Regierungen.

Schließlich existiert eine Masse von Papieren, die außerhalb dienstlicher Aufträge entstand, wie private Briefe, Aufzeichnungen und Tagebücher. Solche von außerordentlichem Quellenwert befinden sich darunter, denkt man an die spät veröffentlichten Tagebücher Victor Klemperers. Hier ist nicht der Platz, in eine Erörterung der quellenkritischen Anforderungen einzutreten, die dieser Fundus erfordert. Es liegt aber wohl zutage, dass sich mit ihm nahezu jede beliebige These beweisen lässt. Eine derzeit unter einer Minderheit von Jugendlichen besonders beliebte besagt, die Deutschen waren ebenso deppert, sie waren und sind von besonderem Charakter, eine Wertung, auf die sich dann eine Geisteshaltung gründet, die sich „antideutsch“ nennt und ihren Trägern obendrein revolutionär vorkommt.

Was kann heute als gesichertes methodisches und faktisches Wissen über das Thema Naziführung und Volksmassen gelten? Zunächst, dass ihm nicht beizukommen ist, wenn diese Beziehung ungeachtet ihrer relativ kurzen Dauer von nur 12 Jahren nicht in ihrer geschichtlichen Entwicklung gesehen, wenn nicht bedacht wird, dass die Bindungskräfte von Millionen an dieses Regime während dieser Zeitspanne Konstante und Variable aufweisen. Die Gefolgschaft veränderte nicht nur ihre Zahl, sondern sie veränderte sich auch nach ihren Antrieben. 1933 waren diese anders beschaffen und strukturiert als 1938 und wieder anders stellen sie sich im Jahre 1944 dar. Selbstredend differierten diese Antriebe zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Klassen und Schichten zum Teil erheblich, so dass sich Antworten wie „die Deutschen“ ohnehin ganz verbieten oder sogleich mit Einschränkungen zu versehen sind.

Die Massengefolgschaft des Regimes besaß drei Fundamente. Den Terror, die Ideologie/Demagogie und die Erfolgsbestechung. Hinzu kam die Bindung an Organisationen. Gegenwärtig wird in der Literatur trotz aller Untersuchungen über die Gestapo und deren Korps, den Sicherheitsdienst, die Denunziationen, die Geschichte der Konzentrationslager der Terror doch zunehmend untergewichtet. Doch erst seine planvolle und gezielte Anwendung von den ersten Tagen der Diktatur an, hat die entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Aufklärung der antifaschistischen Gegenkräfte nur noch wenige Adressaten erreichte. Die Masse der Deutschen war dem Dauerfeuer der Ideologen und Demagogen ausgesetzt, mit dem die „Weltanschauung“ der Faschisten verbreitet und die politischen Schritte gerechtfertigt wurden. Vorformen und mit dieser Anschauung verwandte Inhalte hatten Millionen Deutsche im Kaiserreich und in der Weimarer Republik aufgenommen, insbesondere militaristische, nationalchauvinistische und antisemitische Lehren. Das erleichterte die Reklame

und beschleunigte die Aufnahme des Angebots der Hitler, Goebbels, Rosenberg und Streicher. Im Grunde unaufgeklärt aber ist, warum und wie es gelingen konnte, dass Millionen Deutsche, die in den Reihen von Sozialisten, Kommunisten oder durch sie ein mehr oder weniger der Wirklichkeit adäquates Weltbild besaßen, sich dieser Manipulation nicht entziehen konnten. Das betrifft die Frage, verstärkt durch jüngste Erfahrungen, nach den Gründen für die Instabilität von Überzeugungen.

Die Naziideologie lässt sich in drei Grundkategorien analysieren: der nationalen, der sozialen und der rassistischen. Oft aber insgesamt letztlich ergebnislos ist erörtert worden, welche von ihnen durchgehend oder in einem bestimmten Zeitabschnitt oder Moment dominierte und die Bindungen an das Regime und an Hitler als Person am stärksten bewirkte. Eine verlässliche Gewichtung ist unmöglich. auch deshalb, weil diese Grundelemente der Demagogie selten rein, sondern in aller Regel vermischt auftraten. Die soziale Demagogie ging stets mit der nationalen und häufig mit der rassistischen Aufpulverung einher. Nur in Ausnahmefällen lässt sich einwandfrei feststellen, dass die Vereinnahmung der Massen mit nationalen Argumenten dominierte. Das war im März 1938 der Fall, als Österreich „angeschlossen“ und Großdeutschland („Ein Volk, ein Reich, ein Führer“) ausgerufen wurde.

Das führt zur Feststellung, dass „reine“ Demagogie, also bloße Zukunftsversprechen, Glückzustände zu schaffen und Elendszustände zu tilgen, ihr Ziel verfehlen. Sie hat ein Verfallsdatum. Darauf rechneten 1933 viele Nazi- und Hitlergegner. Stattdessen aber wies das Regime Erfolge vor, die zum mächtigsten Instrument seiner Machtbefestigung wurden. Hitler hatte in seiner ersten Propaganda-Wahlrede als Kanzler am 10. Februar 1933 sich zur „Rettung des deutschen Arbeiters“ und zur „Rettung des deutschen Bauern“ vier Jahre Zeit erbeten. Die Wendung wurde nach dem Ende des Regimes oft zitiert und mit dem Endresultat dieser „Rettung“ im Jahre 1945 verglichen. Wie aber stand es 1936? Die Arbeitslosigkeit war weitgehend und 1938 bis auf unwesentliche Reste beseitigt. In den Berichten der sozialdemokratischen Informanten wurde geschrieben: So viele Einwände sich auch gegen diese Macht vortragen ließen, die Gespräche mit Kollegen endeten immer mit dem Bemerken: „Aber sie haben Arbeit geschaffen“.

Die Naziführer konnten sich nach dem sogenannten ersten Vierjahresplan Hitlers in der Reichshauptstadt eine Ausstellung ihrer Erfolge leisten, ohne dass die Berliner daran hohnlachend vorbei gegangen wären. Eine der zugkräftigen Losungen, weitgehend vergessen, lautete: „Deutschland arbeitet“. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gelang es, den Glauben zu verbreiten, jeder, der die Segnungen des Neuen Deutschland noch nicht empfangen habe, werde an die Reihe kommen. Diese zwei oder drei letzten Vorkriegsjahre sind nicht mit Vorstellungen vom Wohlstand oder gar vom üppigen Leben der Masse der Arbeitenden zu verbinden. Die Quellen dokumentieren fortgesetzt Klagen über unerträgliche soziale Zustände, etwa die Wohnverhältnisse betreffend. Jedoch vor dem Hintergrund der Jahre 1930 bis 1932/33 ließen sich weithin überzeugende Fortschritte markieren.

Das meint der Begriff Erfolgsbestechung, der mit der offenbar dominierenden materiellen auch eine politisch ideologische Seite besaß. Genährt durch die Schritte der faschistischen Außenpolitik verbreitete sich das Bewusstsein: Wir sind nicht mehr die Verlierer des Weltkrieges, wir leben in einer neuen Zeit, im beginnenden „Tausendjährigen Reich“. Die Bilder von den Olympischen Spielen des Jahres 1936, da war die „Heimkehr der Saar“ und die Remilitarisierung des Rheinlandes schon erfolgt, geben Momentaufnahmen dieses neuen Bewusstseins, mehr noch, eines Lebensgefühls, das die Demagogen geschickt zu bestärken wussten.

Ist von den ideologisch-politischen und mentalen Bindungen von Massen an das Regime im Vor-Krieg die Rede, wird zumeist ein Element vergessen: das demagogische Friedensversprechen der Führer, das sich u. a. auf die bitteren Erfahrungen des „Frontkämpfers“ Hitler berief. Das Regime galt, jedenfalls bis in den September 1938 (und da ging es ja „glücklich“ ab) als friedfertig und der Führer als genialer Politiker, der seine Ziele erreichte, am Rande des Krieges operierend. Goebbels erklärte nach der „Septemberkrise“ und der Inbesitznahme des Sudetenlandes: Weil wir mit dem Säbel gerasselt haben, haben wir den Frieden gerettet. Weil die Führer um die Friedenssehnsucht der Massen wussten, griff Göring in seiner Rede am 1. September 1939 dann zurück auf die Formel vom „uns aufgezwungenen Krieg“, die schon Bethmann Hollweg im August 1914 benutzt hatte. Die

Anfangsversion der Begründung dafür, dass Krieg geführt werden musste, lautete folglich (neben den aktuellen Gründen, die der polnischen Politik angedichtet wurden), das Ausland neide dem neuen nationalsozialistischen Deutschland seine Erfolge und lasse daher die Deutschen und ihren Führer nicht ungestört an ihrem Werk weiterarbeiten. Später wurden zur Mobilisierung für den Krieg ganz andere Töne angeschlagen und eigene Eroberungsziele, die vordem nur intern formuliert worden waren, unumwunden zugegeben.

Zu den Kräften, mit denen die Millionengefolgschaft fest formiert wurde, gehört die sogenannte Führerbindung. Sie hielt lange, wenn nicht überhaupt am längsten. Hitler hatte die Bühne der deutschen Politik nicht nur als ein Politiker betreten, den es bis dahin noch nicht gegeben habe, sondern als Erlöser. So liest sich schon seine Selbstdarstellung am Ende des ersten Bandes von „Mein Kampf". Seit 1933 wurden ihm zumindest die geistige Urheberschaft an allen Erfolgen zugeschrieben. Er war der erste Arbeiter der Nation. Es entstanden die „Straßen des Führers" usw. Dieser Personenkult, der seine lange Tradition besaß, griff vor dem vielschichtigen Hintergrund von Ohnmachtsgefühle und Erlöserbedürfnissen von Millionen Menschen.

„Es rettet uns kein höh'res Wesen" und „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun" daran mochten Millionen glauben, nichtsdestoweniger eine Minderheit von Deutschen. Dann wurde die Aufgabe delegiert. Weithin wurde blindes Vertrauen in die vorgeblich übermenschlichen Kräfte dieses Mannes manipuliert. Gedichte, die Hitler so zeigten, gehörten zur Dutzendware aus der literarischen Produktion. „Führer befiehl, wir folgen" – der Ruf stammt von 1938. Die Zeile wurde im sogenannten Russlandlied vertont und gesungen, als es 1941 gegen die Sowjetunion ging. Auch der Führerglaube wurde zu verschiedenen Zeiten aus unterschiedlichen Quellen gespeist, anfänglich aus Hoffnungen und auch aus Dankesgefühlen, später aus Furcht und Angst.

Es müsste das hier thesenhaft für den Vor-Krieg entwickelte, wenigstens knapp in die Kriegsjahre fortgesetzt werden. Dazu fehlt hier die Zeit. Wie leicht jedoch Quellen, nicht zuletzt fotografische und Filmbildquellen, die von der Gefolgschaft der Massen zeugen, zu missdeuten sind, mag abschließend an einem Beispiel verdeutlicht werden. Beeindruckend sind die optischen Zeugnisse von Massenkundgebungen wie jenen im März 1938 auf dem Wiener Heldenplatz und die von den vielen hysterischen Demonstrationen, die sich 1940 nach dem Sieg über Frankreich beim Einzug Hitlers in Berlin und bei der Rückkehr am Feldzug beteiligter deutscher Truppen in ihre Garnisonsstädte zutrugen. Wofür stehen sie? Gewiss sind sie Beleg für die nationalistische und, was die Tage des Triumphes über den Erbfeind angeht, auch für nationalchauvinistische Hochstimmung. Das Compiègne des Jahres 1918 war getilgt. Aber dokumentieren sie nur großmächtige Trunkenheit? Wer dazu die Berichte des Sicherheitsdienstes liest, gewinnt einen anderen und vollständigeren Eindruck. Diese Freudenkundgebungen hatten zugleich einen sie speisenden Irrtum zur Quelle. Mit dem „Sieg im Westen" verband sich massenhaft die Vorstellung vom unmittelbar nahen Ende des Krieges. Sie stützte sich auf die Vorstellung, dass die Engländer, die angeblich stets andere für ihre Interessen hatten kämpfen lassen, in aussichtslose Lage gebracht seien und den Krieg auf sich allein gestellt nicht fortsetzen würden.

Wie diese Erwartung um sich greifen konnte, die übrigens die Führung sofort besorgt machte und auf die sie reagierte, ist hochgradig rätselhaft. Die Deutschen hatten in ihren Schulbüchern, Kalendern und ähnlicher Literatur die Bilder und Zeichnungen von Blücher und Wellington bei Waterloo gesehen. Da hatten doch Engländer gekämpft. Und sie mochten sich daran erinnern, dass dieser Kriegsgegner zwischen 1914 und 1918 einen wesentlichen Anteil am Scheitern der deutschen Siegpläne besaß.

Die geschichtlichen Zeugnisse über das Massenverhalten gegenüber Hitler und dem diktatorischen Regime des deutschen Faschismus liefern allen Aufklärern nur leicht verdauliche Botschaften, wenn sie als Sonderfall betrachtet werden. Sind sie das aber?

Helden – Täter – Opfer. Eine noch unausgestandene Debatte

Vortrag im Haus der Russischen Kultur, Berlin, 16. März 2005

Der Blick zurück in die Jahre des Zweiten Weltkrieges und namentlich in das letzte Kriegsjahr und den Triumph über den faschistischen Mächteblock verknüpft sich immer stärker mit festgeronnen Begriffen. In der Bundesrepublik rankte er sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts um die beiden Begriffe Täter und Opfer, wobei sich ein Perspektivenwechsel vom einen zum anderen hin vollzog. Wie aber kommt dazu der Begriff des Helden? Zu ihm führt die das Denken der Zurückblicklenden nach wie vor bedrängende Frage, warum es so lange dauerte, bis diesen „Attentat gegen die Menschheit" (Karl Barth) endgültig abgewehrt war oder – aus anderer Sicht gefragt – warum selbst angesichts der sicher bevorstehenden Niederlage die Deutschen so lange standhielten und von ihnen keine Initiative ausging, den Krieg früher zu beenden, etwa als die Gegner an den Reichsgrenzen standen? Warum haben sie, weiterkämpfend ihr Land in weiten Strecken bis zur Unkenntlichkeit ruiniert? Warum mussten sie so viele Tote beklagen und verlangten den anderen so große Anstrengungen und Verlusten an Menschen noch ab?

Die oft gestellten Fragen sind völlig eindeutig nicht zu beantworten. Viele Faktoren wirkten zu diesem Ergebnis hin, die voneinander nicht zu sondern und auch nicht zu gewichten sind: die Angst vor der Rache der Sieger, die den Deutschen eingeimpfte Furcht vor dem Bolschewismus, der Versuch der Soldaten, der Gefangenschaft zu entkommen oder wenigstens in die der westlichen Mächte der Koalition zu gelangen, das Wissen um den Terror der Feld- und Standgerichte, die anerzogene und über Jahre bereits gelebte Dumpfheit und Stumpfheit des Weitermachens nach Befehlen , die Hoffnung, dass Kameraderie am ehesten das Überleben sichern werde (im Jargon der Landser: das Verbleiben beim Haufen), der Wunder- und selbst noch der Führerglaube, dazu Apathie und nicht zuletzt die Alternativlosigkeit des Denkens.

In diese Liste gehört auch die Tatsache, dass bis in die letzten Stunden des Reiches Menschen von einem kriegerischen Fanatismus beherrscht wurden. Hitler stand mit seinen Bildern vom heroischen Untergang nicht so einsam oder nur, wenn man an die Göring und Himmler und die vielen anderen Bonzen denkt, die an ihr Überleben dachten und es zu organisieren suchten. Was aber sagen uns die von den mit Gewehren und Panzerfäusten bewaffneten Jungen in Hitlerjugenduniformen, was die Fotos von den Milchbärten unter den Stahlhelmen? Gewiss, sie haben den Sieg, an den sie noch immer glaubten, nicht errungen, aber den Krieg verlängert haben sie auch. Die Angehörigen dieser Generation, die der heute Mitsiebziger, sind mit Bildern von Helden aufgewachsen und mit dem bestimmten Auftrag ihrer Lehrer, ihrer HJ-Führer, manche auch ihrer Eltern, diesen nachzueifern. Das begann in frühem Schul- und für manchen bereits im Vorschulalter durch das naive Bekanntwerden mit den Helden aus der „germanischen" Sagenwelt. Und immer waren es Krieger: der Dietrich, der Siegfried, der Gunter, der Hagen, verwickelt in blutige Kämpfe, heimkehrend mit reicher Beute nach schrecklichen Kriegsjahren, auf die dann eine lange Friedenszeit gefolgt sei usw. Literatur über sie war wohlfeil und sie fehlten in keinem Lesebuch der Schulen. Das galt erst recht auch für die Helden der „Bewegung" für die angeblich Besten der „alten Kämpfer", für die vorgeblichen Märtyrer, von denen gesagt wurde, dass sie für Deutschland gestorben seien, und von denen es hieß, sie marschierten im Geiste mit, für den Horst Wessel und den Herbert Norkus vor allem, für den Filmhelden „Hitlerjunge Quex". Ergänzt wurde diese Erziehung der Jungen ab dem 10. Lebensjahr durch die auf Raufereien und Prügeleien hinauslaufenden „Geländespiele" die zum HJ-Dienst gehörten.

Die fraglos stärkste Beeinflussung jugendlichen Denkens hin zum Kriege und zu einem Heldenleben ging aber von der Behandlung der Geschichte des Weltkrieges aus, der damals noch nicht den Namen der erste hatte. Bände wie „Helden der See", „Helden der Luft", „Helden der Kolonien" waren billig zu erwerben. Die Namen Richthofen, Boelcke, Immelmann, um nur die der Jagdflieger zu nennen, kannte jeder „deutsche Junge". In wie vielen Zimmern, über wie vielen Betten von Schülern hingen von Decken herab die aus Pappe nachgebauten Modelle von Flugzeugen der kaiserlichen Armee und der Kriegsgegner? Wie viele Schlachtschiffe und U-Boote wurden auf die gleiche Weise gebaut und galten als Schmuck von Kinderzimmern? Dazu die Gedichte und die Lieder: „Fern bei Sedan",

„Argonnerwald“, „Morgenrot, leuchtest mir zum frühen Tod“ und „Das Leben ist ein Würfelspiel“. Das war die Saat.

Doch das war auch erst der Anfang. Als der Krieg am 1. September begonnen hatte, dauerte es nur wenige Wochen bis das Geschäft mit dem Kriege auch auf dem Markt der Bücher, der broschürten Serien mit den neuen Kriegsgeschichten, der Postkarten mit den Fotos der Helden einsetzte. Die hießen nun Prien und Mölders, beide am Anfang einer langen Kette stehend, und beide den Krieg nicht überlebend. Beständig verlängerten Namensnennungen in Meldungen und Sondermeldungen des Oberkommandos der Wehrmacht diese Heldenreihe. Ihre Geschichten lockten ebenso wie die immer neu gestifteten Orden. In den Schulklassen tauchten alsbald verwundete „Kriegshelden“ auf, um von ihren Taten zu berichten, Werber für die zeitige Meldung als Kriegsfreiwilliger zu den Waffengattungen der Wehrmacht und zur Waffen-SS. Viele Ahnungslose und ahnungslos Gehaltene wünschten nicht zu spät zu kommen.

Das ist die Vorgeschichte jener Fotos aus den Frühjahrstagen 1945, die das Fernsehen bis heute wieder und wieder präsentiert oder – die durfte nicht fehlen – jener Spielszene im Hitlerfilm „Der Untergang“, die uns den Führer Burschen tätschelnd zeigt, die den Kindesbeinen kaum entwachsen sind. Sind es aber wirklich Hitler und Goebbels, der in ähnlichen Posen vor einer solchen „Kämpferfront“ uns im niederschlesischen Lauban vorgeführt wird, die das Interesse der Heutigen mit Nutzen beanspruchen können? Oder wären das nicht vielmehr die Lehrer und Erzieher von einst, die Schreiber der „Groschenhefte“ über die Kriegshelden und die Kriegsberichterstatter und ebenso die Eltern von denen manche sich das Leben ihrer Kinder aufs Gewissen luden? Geschichte als Voyeurismus und als Gruselunterhaltung oder als Denkanstoß. So stellt sich hierzulande die Frage sechzig Jahre nach Hitler.

Wie weit haben wir uns von alledem entfernt, davon gearbeitet? Von Helden hatten die Deutschen nach dem Ende des Krieges genug. Die Bilder von den in Gefangenschaft gehenden und dann aus ihr zurückkehrenden Wehrmachtssoldaten zeigten ein anderes Bild vom Kriege. Nie wieder, war der verbreitetste Wunsch in allen Besatzungszonen, für viele auch ein Handlungsvorsatz und ein neuer Kampfruf. Im Osten erhielt der Begriff Held bald nach der Gründung der DDR eine neue und entgegengesetzte Konnotation. Gestiftet wurde der Titel „Held der Arbeit“, ein vor allem moralischer Anreiz, die Anstrengungen auf ein besseres Leben zu richten. Nicht nur die Kinder lernten das Gedicht von Wilhelm Busch „Der „Friedensheld“ (in der 3. Klasse der allgemeinbildenden Schule fanden sie den Text in ihren Lesebüchern) an dessen Ende es vom Igel heißt: er „trotzt der ganzen Welt, bewaffnet, doch als Friedensheld“.

War von Verdiensten in Kriegen und auf den Schlachtfeldern die Rede, und die kam mit dem Kalten Krieg und dem Aufbau einer DDR-Armee, wurde, was anfänglich nicht unumstritten blieb, auf die Befreiungskriege und auf Scharnhorst, Gneisenau, Blücher und Clausewitz Bezug genommen, mit dem Übergang zum Aufbau des Sozialismus auch auf die Helden des Bürgerkrieges in Sowjetrussland. Die wichtigste Traditionslinie, die auf Helden verwies, führte aber zurück in den antifaschistischen Widerstandskampf und in den spanischen Bürgerkrieg, der zur Abwehr des Faschismus ausgetragen wurde. Die Namen von Kasernen und von Schulen, von Straßen, Betrieben und Brigaden bezeugen da ebenso wie Sujets der Malerei und der Bildhauerei. Doch blieb die Erinnerung an Kriege und Kriegstaten stets auch Aufforderung und Mahnung zum Einsatz für den Frieden und seine Dauerhaftigkeit. 1978, nach seinem Flug in einem Raumschiff ins Weltall flog, erhielt Siegmund Jähn gemeinsam mit dem sowjetischen Kosmonauten Waleri Bykowski den 1975 gestifteten Orden „Held der DDR“, der zuvor bereits den Ministern Heinz Hoffmann, Friedrich Dickel und Erich Mielke sowie an Leonid Breschnew verliehen worden war. In anderer Weise tauchte der Begriff Held im Osten Deutschlands in der Kombination *Heldenstadt* 1990 auf, als der Schriftsteller Christoph Hein vorschlug, Leipzig mit diesem Titel auszuzeichnen, was bedeutete, den Montagsdemonstranten den Glanz einer geschichtlich befreienden Mission aufzuschminken.

Auch in diesem Punkte verliefen die geistigen Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten unterschiedlich und gegensätzlich. Am stärksten zeigte sich das in der Buchproduktion, die in der

Bundesrepublik von den Memoiren der Feldmarschälle und Generale der Wehrmacht bis zu den so genannten „Landserheften“ reichte, die in Inhalt und Aufmachung an die deutsche Produktion von 1939 ff. erinnerten. Dazu kamen alsbald auch Spielfilme über die Kriegszeiten und -taten. Die Benennung von Kasernen und von Kriegsgeräte (Schiffen der Bundesmarine) griff deutlich auf einst als Helden vorgestellten Personen zurück. Nicht dass mit alledem Sympathie für den Faschismus, seine Ideologie und Politik ausgedrückt worden wäre, doch erzeugt wurde Respekt und Bewunderung für die Leistungen deutscher Soldaten in einem von ihnen barbarisch geführten Krieg, der auf ein Europa unter dem Hakenkreuz zielte, beherrscht und regiert von Imperialisten rassistischer Couleur. Die Taten wurden aus Zusammenhängen und von Zielen abgelöst, gleichsam aus der Geschichte herauspräpariert wie ein aus einem Leichnam zu Demonstrationszwecken entnommenes Organ. Zumeist wurden diese Taten dann mit dem Bemerken versehen vorgestellt, eigentlich hätten sie für eine bessere Sache gebracht werden sollen.

Diese Art in den Krieg und auf die Wehrmacht zurück zu blicken, die nach 1990 in die Neuen Bundesländer hineinwirkte, ist nach der 1995 entfachten Diskussion über „Verbrechen der Wehrmacht“ nicht überwunden. Der Kampf um die Namen von Bundeswehrkasernen, geführt vor allem von Antifaschisten, ist noch immer nicht beendet. Während in den neuen Bundesländern Denkmäler aus DDR-Zeit geschleift wurden, finden sich solche, die unkritisch der Wehrmacht gedenken, nach wie vor in öffentlichen Räumen, so etwa auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz, wo die Inschrift des 1972 errichteten Mahnmals u.a. lautet: „Allein aus den Reihen des Heeres gaben im Ersten Weltkrieg zwei Millionen und im Zweiten Weltkrieg dreieinhalb Millionen Soldaten ihr Leben für Deutschland. Ihr Opfer, ihre Tapferkeit und ihr Leiden sollen unvergessen bleiben.“ Aus eben dieser Zeit stammt auch die Benennung einer Kaserne der Jagdflieger in Neuburg an der Donau nach dem „Fliegerass“ Mölders, der vom spanischen Bürgerkrieg bis zum Überfall auf die UdSSR an allen kriegerischen Aktionen des Faschismus beteiligt war. Schon 1998 lag ein Beschluss des Bundestages vor, wonach Angehörige der „Legion Condor“, die halfen, der spanischen Republik den Garaus zu machen und also auch dieser Mann in der Bundeswehr nicht mehr als Vorbild gelten sollte. Nur widerstrebend wird er im Hinblick auf die Mölders-Kaserne nach sieben Jahren verwirklicht werden, nachdem eine entsprechende Weisung des zuständigen Ministers vorliegt.

Kürzlich erschien in einem Verlag der Bundesrepublik, er nicht zu denen am äußersten rechten Rand zu zählen ist ein Buch unter dem Titel „Heldenprüfung“. Der Autor empfindet es als einen Nachteil, dass die deutschen Bundeswehrsoldaten anders als die Soldaten der USA, Frankreichs und anderer Länder, mit denen sie bei Auslandseinsätzen zusammentreffen, keine heldischen Vorbilder besitzen. schreibt, die Helden des Ersten Weltkriegs seien vergessen, weil Deutschland ihn verloren habe. Und der Zweite Weltkrieg habe dann den Deutschen die Begeisterung für Kriegshelden gründlich genommen. Unter den deutschen Soldaten des 20. Jahrhunderts seien aber Helden gewesen. Und dann führt er seine Auswahl von Generalen und Offizieren des kaiserlichen Heeres als sein Angebot für die Traditionspflege vor: Vizeadmiral Franz (Ritter von) Hipper, 1916 Oberkommandierender der Aufklärungsflotte in der Skagerrak-Schlacht und später in der Weimarer Republik ein zurück gezogen lebender Staatspensionär, Erwin Rommel, für sein Draufgängertum in der 12. Isonzo-Schlacht mit dem „Pour le Mérite“ dekorierter Infanterieoffizier Seiner Majestät, 1941 Führer des „Afrika-Korps“ und 1944 als Generalfeldmarschall Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, welche die Invasion abwehren sollte, Kolonialkrieger Paul von Lettow-Vorbeck, der seine deutschen und einheimischen Untergegeben in Afrika während aller Weltkriegsjahre wieder und wieder in sie dezimierende Schlachten und Gefechte befahl, Felix Graf Luckner, der auf einem kriegerisch umgerüsteten Segelschiff gegnerische Handelsschiffe jagte, aufbrachte und versenkte und betagt 1953 noch mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert wurde, Ernst Udet, verwegener Jagdflieger an der Westfront, späterer Kunstflieger und Filmheld, der Generalluftzeugmeister der Nazi-Luftwaffe wurde und zu diesen fünf auch noch den einst aus „Stahlgewittern“ davon gekommenen Ernst Jünger, die ihm, dem Besatzungsoffizier in Paris beim zweiten Griff nach der Weltmacht erspart blieben. Der Rezensent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schließt seine wohlmeinende Rezension so: „Und wie war das im Zweiten Weltkrieg? War nur der Widerstandskämpfer ein Held?“

Während die Debatte in er Bundesrepublik für und wider die deutschen Helden der Kriege eher schleichend geführt wird, wurde eine andere vor Jahren bis auf Straßen und Plätze getragen und erregte weithin Aufmerksamkeit. Ihr Auslöser war die so genannte „Wehrmachtsausstellung“, die den Titel trug „Verbrechen der Wehrmacht“. Wo es Verbrechen gibt, gibt es auch Täter. Der Begriff trat ins Zentrum des Streits und das war – in der Gegenüberstellung Täter und Opfer – kein Gewinn, sondern leistete eher Vereinfachungen und auch Missverständnissen Vorschub.

Rede auf Günter Rosenfeld anlässlich seines 80. Geburtstages am 2. September 2006

Lieber Günter,

Du und ich auch, wir haben unsere Erfahrungen mit dem Anhören von Lobreden. Unvermeidlich stellt sich der Gedanke ein: Hoffentlich übertreibt der nicht so schändlich. Hoffentlich wird es nicht wieder so peinlich. Neues über sich selbst erfährt man aus derlei Ansprachen ohnehin kaum. Im besten Falle noch gewinnt man den Eindruck: der hat früher auch schon Klügeres von sich gegeben und angenehmer geklungen. Sei's drum, um ein paar Worte des Rückblicks kommst du heute nicht herum. Er gilt, wie anders nach solchen Jahrzehnten, deiner Arbeit und deinem Wirken.

Um es in wenigen Sätzen zu sagen: Günter Rosenfeld hat seinen Namen in die Geschichte der deutschsprachigen Historiographie als ein Forscher und Lehrer eingetragen, der einer dauerhaft neuen Beziehung zu den Völkern Osteuropas, insbesondere zu denen Polens und Russlands, Bahn brechen half. Das geschah zur Zeit des Kalten Krieges, da nicht ausgemacht war, dass der von 1939 bis 1945 geführte Krieg der letzte sein würde, der nach deutschen Plänen jenseits der deutschen Ostgrenzen ausgetragen wurde. Ihn aber dazu zu machen, das war einer deiner Antriebe. Diese Haltung schloss die Aufnahme der besten Traditionen Verständnis und Frieden stiftender Forscherarbeit des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ein, Verdienste, die freilich von der Politik ignoriert worden waren. Dein Anliegen und die Politik des Staates, in dem du lebtest, waren in diesem entscheidenden Punkte identisch. Das war ein Glücksfall, den sich manche deiner Vorgänger nur wünschen konnten.

Günter Rosenfelds selbst gewähltes Spezialgebiet, sein wichtigstes und nur von ihm soll hier knapp die Rede sein, waren die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen. Deine Forschungen galten einem Zeitraum, der mit den Anfängen deines Lebens identisch war. Dass dir diese Beziehungen, die am 22. Juni 1941 ihren absoluten Tiefpunkt erreicht hatten, als Soldat der Wehrmacht nicht gleichsam auf den Kopf gefallen sind, war Resultat einer Kette von Zufällen und Voraussetzung dafür, dass wir hier heute deine und Gabrieles Gäste sein können. Man mag die Sache drehen und wenden wie man will, betrachten, was „danach" immer mit unserer Generation geschehen ist, die Jahre dieses verheerenden Kriegs haben uns geprägt und – ohne dass wir es vor uns hergetragen hätten – das Grundmotiv auch deiner Arbeit abgegeben. Deren Resultate liegen in Büchern und wissenschaftlichen Aufsätzen vor. Das kann gelesen werden. Ein Wort aber über die Fallstricke und Stolpersteine, die auf diesem Forscherweg lagen. Sie bestanden aus politisch zweckgeleiteten Beschönigungen der Wirklichkeit, die zu korrigieren waren, und auch aus gleichen Quellen entsprungenen Tabus, die nicht gut ignoriert werden konnten. Das begann mit der Verklärung der Motive für Rapallo, setzte sich fort mit dem langen Beschweigen der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee und reichte bis an den Zeitpunkt heran, an dem das verbrecherische Unternehmen „Barbarossa" losbrach. Bequem ließ es sich auf diesem Forschungsfeld nicht einrichten, denn die Gebieter darüber, was in der DDR gedruckt wurde, hatten den Rat des Weimarer Geheimrates verpasst: Was nicht wahr ist, baut nicht. Unsere Anstrengungen, das in Erinnerung zu rufen, waren schwach, unsere Rolle nicht eben ruhmvoll. Die Aufgabe war uns bewusst und Günter hat sie nicht aus dem Auge verloren. Dafür steht sein Referat vor jenem denkwürdigen Arbeitskreis des Historiker-Kongresses zu Anfang 1989, in dem Klartext über die Texte des August und September 1939 geredet wurde. Deutlich höre ich nach dem Ende der Veranstaltung an der Tür des Weißen Saales der Kongresshalle am Alexanderplatz noch Günters Worte: Dahinter gibt es nun kein Zurück. Dass sich ungestraft ein Tabu ignorieren ließ, hätte uns freilich nicht nur befriedigen, sondern auch als sicheres Anzeichen für eine bedrohliche Schwäche des Führungszirkels gelten können.

Günter ist ganz an das Ziel seiner weiten Forscherreise nicht gekommen. Es war mit dem 22. Juni 1941 markiert. Das ist ärgerlich, doch dieses Gefühl des Nicht-Fertig-Geworden-Seins, teilst du mit vielen. Mitunter quält es. Doch lässt sich die Sache auch anders betrachten. Es sind einem doch die Einfälle nicht ausgegangen. Fritz Cremer, um von einem Manne unserer politischen Farbe zu sprechen, hatte noch viele Ideen, doch sie in Stein zu hauen und zu meißeln war ihm von einem Punkte an schon nicht mehr gegeben. So geht es und so wird man an die vertane oder auf weniger Nützliches

oder Nachhaltiges verwendete Zeit erinnert. Dein Konto, darüber hatten wir nach meiner Erinnerung mitunter gewisse Meinungsverschiedenheiten, ist in diesem Punkte nicht so groß und jedenfalls vertretbar.

Günter Rosenfeld hat sich durch seine Arbeit die Achtung vieler erworben. Zuvörderst die von Generationen junger Leute, die bei ihm studierten, Hörer, Absolventen, Doktoranden. Mit dir haben Studenten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen Gelehrtentyp kennen- und wohl auch schätzen gelernt, der etwas aus dem voraufgegangen tradierte. Die Aussage ist missdeutbar und sie ist missdeutet, wenn sie ins Wort Fossil übersetzt wird. Ich spreche von der Liebenswürdigkeit, dem Zugewendetsein, der ausstrahlenden Ruhe, der Ermutigung für Beginner in der Wissenschaft, einer Haltung, die sich immer ein wenig aus der hektischen Betriebsamkeit der modernen Universität heraushob und entfernte und zugleich auch unter ihr litt. So bist du Studenten, Mitarbeitern, Kollegen begegnet, ein Lehrer, dem die Kandare fremd war, der mit der langen Leine hantierte, was die einen genossen haben, während andere über sie stolperten. Der Professor Rosenfeld hat in dem Zimmerschlauch unter den Linden, in dem er und nicht er allein eingeklemmt war, eine Atmosphäre der Nähe und des Miteinander verbreitet. Ich wünschte, viele, die sie genossen haben, fänden Gelegenheiten und Umstände, es dir nachzutun.

Günter Rosenfelds Ansehen reichte weit. Natürlich in erster Linie ostwärts. Es fand seinen besonderen sinnfälligen Ausdruck in der Verleihung des Ehrendoktorats durch die Moskauer Lomonossow-Universität. Von der Achtung und Kollegialität, die ihm in der Sowjetunion entgegenschlug, konnte ich mich 1970 während des Internationalen Historiker-Kongresses in Moskau überzeugen, als ich in Günters Schlepptau am Abschiedsempfang in einer Gaststätte am Arbat teilnahm. Die sowjetischen Kollegen hatten sich in Delegationen um die wie üblich brechenden Tische gruppiert. Günter wurde von vielen als einer der ihren begrüßt und von den Weißrussen zu den Russen, von diesen zu den Ukrainern gereicht und so weiter und er und ich in seinem Gefolge hatten auf die Freundschaft und die Brüderschaft und die Zusammenarbeit und die Gesundheit und so weiter anzustoßen und zu trinken. Und immer sehr Wesentliches.

Bemerkenswerter mag scheinen, dass Günter Rosenfelds Verdienst auch westwärts anerkannt wurde, wozu der Wandel in der Ostpolitik und dessen Wirkungen in die Wissenschaft der Bundesrepublik beigetragen haben. Die Probe auf den Grad, in dem diese Leistungen gesehen und gewürdigt wurden, ist ihm durch seine – mag möchte sagen historisch rechtzeitige – Emeritierung erspart geblieben. Persönlich ist dir diese Wertschätzung nach der „Wende“ mehrfach ausgedrückt worden, wie dir auch Ignoranz begegnete. Mögen die einen dich auch als Bewohner einer Oase eingeordnet haben, einer der Wüstensöhne warst du auch in dieser Sicht. Das hat dich im Ganzen nicht angefochten. Und dir nicht einmal die Fähigkeit zur Nachsicht genommen, wie sich an deinen Rezensionen auch von – mindestens partiell – unerfreulichen Büchern prüfen und nachlesen lässt.

Genug für heute und für diesmal. Doch das noch: Wir haben uns für einander zu wenig Zeit jenseits der Arbeit genommen. Die wir uns aber nahmen, ist dann auch im Gedächtnis haften geblieben. Wie mir unsere gemeinsame – einzige – Autofahrt in ein Schwimmbad ins nahe Fürstenwalde. Wie lange das zurückliegt, wird an der Episode klar, die sich beim Verlassen Berlins zutrug, als wir nach unseren Personalpapieren gefragt wurden. Ich konnte eine Badehose vorweisen. Wer sonst außer Günter hätte einem gestrengen Wächter glaubhaft machen können, dass der Kurzbehoste neben ihm tatsächlich ein harmloser Universitätsprofessor sei? Diese Reise blieb mir, lieber Günter, vor allem in Erinnerung, weil sie zur einzigen flüchtigen Bekanntschaft mit deiner Mutter führte. Da war etwas von jener Atmosphäre, die ich von unseren Begegnungen her kannte.

Nun wirklich Schluss. Dass du bis hierhergekommen bist, hat viele Ursachen und Gründe. Wie du bis hierhergekommen bist, daran hat Gabriele den Anteil, den nur du ganz beurteilen kannst. Euch beiden also rufe ich mit vielen der hier anwesenden und der fernen Gratulanten zu: ad multos annos, Jahre, die ihr euch nach eurem Willen zu gestalten vermögt.

Einige grundsätzliche Erwägungen vorab. Leseprobe

Es könnte den Anschein haben, als ob es müßig sei, heutzutage auf die vor sechs Jahrzehnten geführten Auseinandersetzungen um einen deutschen Weg zum Sozialismus zurückzukommen.[1] Schließlich rechnet derzeit niemand auf dem europäischen Kontinent mit einer unmittelbar realisierbaren sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Zudem ist mit dem Kollaps des „Realsozialismus“ im Jahre 1989 auch ein Urteil über die hier angewandten Wege und Methoden gefällt worden. Somit scheint den früheren Diskursen der Gegenwartsbezug zu fehlen. Aber ganz so einfach liegen die Dinge denn doch nicht.

Zum einen, weil es sich – richtig verstanden – durchaus um ein Lehrstück für die Zukunft handeln kann. Denn es ging um die bleibende Frage, wie sich der nicht für die Ewigkeit bestimmte Kapitalismus überwinden lässt bzw. wie das Tor zu einer Transformation der Gesellschaft aufgestoßen werden kann. Und da sind wir auch bei den Alternativen zum real beschrittenen, letztendlich gescheiterten Weg. Aus Fehlentwicklungen lässt sich mehr lernen als aus vermeintlichen Erfolgen.

Zum anderen, weil eine Geschichtsbetrachtung, die sich nicht mit oberflächlichen Be- und Verurteilungen begnügt, nicht umhinkommt, sich in die Denk- und Handlungsweisen früherer Akteure hineinzuversetzen. Und das wiederum ist nur mit Kenntnis der konkreten Tatsachen möglich.[2] Das gilt in besonderem Maße für die deutsche Linke, die aus ihrer Geschichte nicht einfach austreten kann.

Wenn wir uns mit der Problematik eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus befassen wollen, wie er vor allem zwischen 1946 und 1948 propagiert wurde, so ist es angeraten, uns auf einige gravierende Gegebenheiten zu besinnen.

Erstens – wir reden hier von den Denkweisen, Überzeugungen und Vorstellungen von Menschen, von Kommunisten und Sozialisten. Im konkreten Falle gehörten sie jener Generation an, deren politisches Grunderlebnis der erste Weltkrieg und die aus ihm erwachsenen Revolutionen waren, besonders die Februar- und die Oktoberrevolution in Russland weit mehr noch die Novemberrevolution in Deutschland.[3] Natürlich erfuhren sie auch Prägungen in den Klassenauseinandersetzungen der

---

1 Nach dem Umbruch des Jahres 1989 hat sich das Interesse auch wieder auf Alternativen zur realen Entwicklung im Osten Deutschlands gerichtet, somit auch zu dem hier eingeschlagenen Weg und auf das von Anton Ackermann begründete Konzept. Siehe Heinz Heitzer: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, Inhalt und Wirkung von Anton Ackermanns Arbeit. In: Geschichte und Gesellschaftskunde 1990/2,3; Andreas Malycha: Der „besondere deutsche Weg“ zum Sozialismus. Eine überschätzte Ackermann-Legende? In: Utopie kreativ 1991/6; Jürgen Hofmann: Anton Ackermann – Wegweisung und Ernüchterung. In: „… undemokratisch wird sich rächen. Studien zur Demokratie in der DDR. Zweiter Teil: Fallstudien und Problemanalysen zur realsozialistischen Demokratie in der DDR, Berlin 1995. Einen wichtigen Platz nimmt diese Problematik in der von Frank Schumann herausgegebenen biographischen Dokumentation ein: Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, Berlin 2005. Schließlich wurde diese Problematik auch mit der komparativen Methode untersucht. Siehe Wege aus der Katastrophe. Debatten über ein Nachkriegsdeutschland und nationale Wege zum Sozialismus im europäischen Vergleich. Hrsg. v. Klaus Kinner (= Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 20), Leipzig 2006. In den Darstellungen westlicher Provenienz überwiegen die Pauschalurteile; nach der Ernsthaftigkeit dieses Konzeptes wird kaum gefragt. Demgegenüber finden wir zumindest eine knappe Wiedergabe wesentlicher Aspekte dieses Konzeptes in: Helga Grebing/Walter Endner: Geschichte der sozialen Idee in Deutschland. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 510-512. Die Verdammung des „besonderen deutschen Weges“ behandelt Harold Hurwitz: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949, Opladen 1979, S. 439-448.

2 Die Wegeproblematik hat mich auch schon zu DDR-Zeiten im Umfeld der Arbeiten an der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt. Von ideologischen Überfrachtungen abgesehen und unter Berücksichtigung des damaligen Quellenzugangs haben sich – so scheint mir – die damals vorgetragenen Tatsachen und wesentliche Bewertungen als stimmig erwiesen, einschließlich einer damals nicht selbstverständlichen Bezugnahme auf die Verdienste Anton Ackermanns. Siehe z.B. Günter Benser: Über den friedlichen Charakter der revolutionären Umwälzung in Ostdeutschland. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BzG), 1965/2; ders.: Der friedliche demokratische Weg zum Sozialismus in der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 1965/SH.

3 Siehe Günter Benser: „Keine Wiederholung der Fehler von 1918“. Neubeginn und Altlasten der KPD nach der Befreiung vom Faschismus. In: Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke.

Weimarer Republik, in den Jahren der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges, aber da waren sie bereits Leute, die ihre politischen Grundentscheidungen längst getroffen hatten.[4] Mithin konnte das Nachdenken über Wege zum Sozialismus nur auf dem Boden dieser Grunderfahrungen erfolgen.

Zweitens – wir können nicht über Wege zum Sozialismus reden, ohne uns daran zu erinnern, was damals unter Sozialismus verstanden wurde.[5] Das Sozialismusbild orientierte sich einerseits an den Grundaussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus und andererseits an der Praxis der UdSSR bzw. an dem, was viele für den Gesellschaftszustand der UdSSR hielten.

Was die Vorhersagen marxistischer Theoretiker betrifft, so waren sie genereller Natur, zumal es Marx und Engels abgelehnt haben, eine Zukunftsgesellschaft im Detail auszumalen. Im Allgemeinen besagten die zeitgenössischen Sozialismusvorstellungen vor allem, dass die sozialistische Gesellschaft auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruht, dass das Kapital als Mehrwert heckender Wert verschwindet und der Warencharakter der Produkte und der Arbeitskraft aufgehoben wird, dass die Konkurrenz durch eine Planwirtschaft ersetzt und so die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft wird. Von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel wurden nachhaltige Wirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft erwartet: Gleichheit der Produzenten, Gleichheit der Geschlechter, Aufhebung der Streitigkeiten und Kriege zwischen den Nationen, stetig wachsender Volkswohlstand, Blüte der Kultur und Bildung für alle und letztlich der neue, von den Übeln der Ausbeutergesellschaft befreite neue Mensch. Wenngleich dem subjektiven Faktor insonderheit der Partei der Arbeiterklasse eine unverzichtbare Rolle beigemessen wurde, so doch als Vollstreckerin eines als gesetzmäßig erwarteten historischen Prozesses. Die Frage nach dem Weg zum Sozialismus reduzierte sich genau genommen auf die Frage: Welche politischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit diese Eigengesetzlichkeit sozialistischer Entwicklung in Gang gesetzt werden kann?

Drittens handelt es sich bei der Begrifflichkeit „besonderer Weg“ genau genommen um einen sehr anfechtbaren Wortgebrauch. Was war gegenüber dem Besonderen das Allgemeine? Hinter dem Allgemeinen verbarg sich der bis dahin einzige erfolgsgekrönte Weg einer sozialistischen Revolution, wie er in Russland beschritten worden war. In diesem Sinne hatte Lenin erklärt, dass hinsichtlich der Wirkung der Oktoberrevolution „alle ihre Grundzüge und viele ihrer sekundären Züge von internationaler Bedeutung“ sind.[6] Lenin hatte seinen Kritikern nicht ohne Berechtigung entgegengehalten, dass sich die Praxis einer lebendigen Revolution nicht nach hergebrachten theoretischen Vorgaben richtet. Überdies hoffte er, mit der Revolution in Russland die übergreifende, sich auch in den hochentwickelten Ländern entfaltende Revolution einleiten zu können, wo dann die Pionierarbeit geleistet wird. Doch in der Folgezeit zerstob nicht nur diese Hoffnung, es wurde in der kommunistischen Strömung der Arbeiterbewegung auch zunehmend weniger reflektiert, dass die Entwicklung in Russland in vieler Hinsicht einen Ausnahmefall darstellte.

Denn gemessen an den Realitäten und an den bis dahin dominierenden marxistischen Auffassungen verkörperte die russische Entwicklung eher das Besondere als das Allgemeine. Somit stellt die Begrifflichkeit vom „besonderen Weg“ die Dinge gewissermaßen auf den Kopf. Gerade die revolutionären Prozesse in Russland wiesen viele Besonderheiten, Abweichungen vom erwarteten Gang der Geschichte auf. Hier handelte es sich um ein Land mit unausgereiften kapitalistischen Verhältnissen; hier wurde die Prognose von einem im internationalen Maßstab – zumindest in den fortgeschrittensten europäischen Industriestaaten – gemeinsam oder parallel beschrittenen Weg zum Sozialismus durch den Aufbau des Sozialismus in einem Lande ersetzt; hier kam es zur Inanspruchnahme der Idee der Diktatur des Proletariats zur Begründung einer diktatorischen Einparteienherrschaft und schließ-

---

4 Siehe Günter Benser: Zur sozialen und politischen Struktur der KPD und ihres Kaders (1945/1946). In: BzG 4/1997.

5 Siehe Günter Benser: Mit welchen Sozialismusvorstellungen war die SED angetreten? Die Vision und das Hauptinstrument (= hefte zur ddr-geschichte 60), Berlin 1999.

6 W .I. Lenin: Der “linke Radikalismus”, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 5.

lich zu auf den Generalsekretär zugeschnittenen Machtstrukturen mit schlimmsten Folgen für den emanzipatorischen Anspruch der Bewegung. So gesehen bedeuteten die nach Auflösung der Kommunistischen Internationale von kommunistischen Parteien verkündeten eigenen Wege in vieler Hinsicht die Rückkehr zu einem vor der Oktoberrevolution vorherrschenden Verständnis vom Übergang zum Sozialismus, so gesehen gerade nicht die Orientierung am Besonderen, sondern an dem, was lange Zeit als das Allgemeine galt.

Gleichwohl waren für Marxisten-Leninisten die Sowjetunion und die ihr vorausgegangene Revolution das Maß aller Dinge. Aber an der Beurteilung der UdSSR und des durch Stalin geprägten politischen Systems schieden sich in der internationalen Arbeiterbewegung die Geister. Die im Rahmen der Komintern agierenden Kräfte sahen in der UdSSR das Grundmodell der Zukunftsgesellschaft und den erprobten Weg.[7] Sie neigten dazu, die Realität der sowjetischen Gesellschaft zu idealisieren. Sie zeigten sich stark beeindruckt, als dieses Land der Intervention imperialistischer Mächte widerstand, rasche Fortschritte in der Industrialisierung erreichte und nicht den Verwerfungen der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise unterlag, was allerdings auch mit der geringen Einbindung in die Weltwirtschaft zusammenhing. Mehr noch imponierte, dass die Sowjetunion nach schweren Anfangsniederlagen die deutsche Militärmaschine niederzuringen vermochte. Für diese Kommunisten wie auch für manch linke Sozialisten und linke Intellektuelle boten die schwierigen Ausgangsbedingungen, Bürgerkrieg, Intervention, imperialistische Einkreisung, die deutsche Aggression und Okkupation und später der kalte Krieg hinreichende Erklärungen für Zustände, die sich mit dem sozialistischen Ideal und dem emanzipatorischen Anspruch der Arbeiterbewegung nicht vereinbaren, die sich selbst mit allgemeinen demokratischen und humanistischen Bestrebungen nicht in Einklang bringen ließen.

Unter den linken Kritikern der sowjetischen Verhältnisse, wie sie besonders unter Stalin Gestalt annahmen, reichte das Spektrum von vehementer Ablehnung bis zu kritischer Solidarität mit der UdSSR. Aber auch sich vom Stalinismus distanzierende linke Kräfte sahen nach dem zweiten Weltkrieg meist in der Sowjetunion – in Verbindung mit dem Wahlsieg der britischen Labour-Party – eine unverzichtbare Potenz, die das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus veränderte. Sie hofften, dass das Ende der Isolierung eine Demokratisierung und Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft ermöglichen werde.[8] Jedenfalls führte kein Nachdenken über den Sozialismus an der Sowjet-union und an der am Anfang ihres Weges stehenden Oktoberrevolution vorbei.

Viertens gehörte die Frage nach dem Weg zum Sozialismus zu den Hauptstreitpunkten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Wilhelm Pieck stellte sie auf dem 15. Parteitag der KPD geradezu als Hauptdifferenz und als Hauptursache der Spaltung der Arbeiterbewegung heraus: „Während die KPD die Ansicht vertrat, dass nur durch die Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland der Sozialismus verwirklicht werden könne, war die SPD unter Verkennung der realen Machtverhältnisse der Überzeugung, dass gerade der Weimarer Staat das geeignete Instrument für die Verwirklichung des Sozialismus sei. Zwischen diesen beiden Auffassungen konnte es natürlich keine Versöhnung geben. Heute ist die Lage ganz anders. Beide Auffassungen, die der Kommunisten und die der Sozialdemokraten, sind durch die Geschichte erledigt. Der neue Weg, der sich uns heute angesichts der besonderen Lage in Deutschland eröffnet, ist weder der alte Weg der KPD noch der alte Weg der SPD. Es ist ein völlig neuer Weg“[9]. Und nach Walter Ulbrichts selbstbewussten Worten hatte erst die SED „die alte Kampffrage der deutschen Arbeiterbewegung, die Frage des Übergangs von der

---

7 Allerdings zeigte sich bei Gründung der Komintern, dass die von Lenin geforderte generelle Orientierung auf eine Sowjetmacht zunächst auch Widerspruch fand. Tschitscherin meinte, dass der Typus der Sowjetmacht in Russland nicht der einzige sei, mit dem man in künftigen Revolutionen rechnen müsse und könne“. (Siehe Wladislaw Hedeler: Verordnete Blutsverwandtschaft. Am 4. März 1919 wurde in Moskau die Kommunistische Internationale gegründet – Das Personal der Weltpartei. In: *Neues Deutschland* vom 7./8. März 2009.)

8 Siehe Janos Jemnitz: Some Reflections on a Great Historical Chance. In: The Forward March on the Left and the Problems of its Progress 1945–1948, Budapest 2001, S. 47-63.

9 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946. Hrsg. v. Günter Benser u. Hans-Joachim Krusch, Bd. 5, München/New Providence/London/Paris 1996, S. 214.

Herrschaft der imperialistischen Machthaber zu einer sozialistischen Ordnung unter Auswertung aller deutschen und internationalen Erfahrungen klar beantwortet“.[10]

Es handelte sich also beim Konzept eines „besonderen deutschen Weges“ wesentlich um Einsichten, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit – einschließlich der eigenen erfolglosen Bestrebungen gewonnen wurden. Interpretationen, die hier nur ein taktisches Manöver gegenüber den Sozialdemokraten vermuten, eine Art Bauernfängerei unterstellen, verkennen völlig, wie grundsätzlich und konfliktgeladen die Frage des Weges für die Kommunisten selbst war.

[10] Walter Ulbricht: Strategie und Taktik der SED. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. III: 1946–1950, Berlin.

Politische, künstlerische und wissenschaftliche Publizistik gegen den Antisemitismus. Zum Erbe der DDR

Vortrag auf der Tagung der Fachhochschule Düsseldorf, Arbeitsstelle Neonazismus „Arisierung“ und deutsche Volksgemeinschaft, Köln. 10. Februar 2006

Nach dem Untergang der Deutschen Demokratischen Republik ist ihre Hinterlassenschaft durchmustert und von denen, die das unternahmen, bald entschieden worden, dass dieses Erbe abzulehnen sei. Eine der Feststellungen, das geistige Erbe betreffend, lautete, es bestehe ohnehin aus Dogmen und Defiziten. Der Nachweis erwies sich als schwierig. Das galt insbesondere für das Verhältnis des ostdeutschen Staates und der Gesellschaft zur ihnen voraufgegangenen faschistischen Diktatur. Zu dessen Bestimmung gehörte auch die Frage, wie es Staatsführung und Staatsvolk mit der Durcharbeitung und Erinnerung an Antisemitismus und die Geschichte der Judenverfolgung und des Judenmordens gehalten hatten. Kurzerhand war entschieden worden, die seien im ideologischen Leben der DDR kein Thema gewesen. Was bis 1997 erreicht war, fasste der an der University of Wales in Cardiff lehrende Germanist Helmut Pietsch so zusammen: „Es gibt eine von Psychologen über die Historiker zu Literaturwissenschaftlern reichende Übereinstimmung, dass die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden in der SBZ/DDR ‚tabuisiert‘, ‚vollständig vergessen‘, ‚abgewehrt‘ und ‚vermieden‘ wurde [...]“[1] Ungerührt von den Einwänden, die Pietsch im Folgenden gegen die Darstellung vortrug, befand ein neu berufener Professor der Germanistik an der Berliner Humboldt-Universität wenig später wiederum: „Das jüdische Schicksal konnte [...] keinen besonderen Raum des Gedenkens beanspruchen, sondern fungierte [...] nur als abschreckendes Beispiel unter anderen dafür, wozu nationalsozialistische (Rassen-)Ideologie und die von ihr inspirierte Vernichtungspraxis fähig waren.“[2]

Die Verifizierung der Aussage hätte freilich auch wegen der Befragungen, die auf die Feststellung von antisemitischen Haltungen zielten, einige Probleme bereiten können. Sie waren bald nach 1990 unter einstigen DDR-Bürgern angestellt und mit gleichzeitigen verglichen worden, die in den alten Bundesländern erfolgten. Da diese Ergebnisse in das gewünschte Bild von der ostdeutschen Gesellschaft nicht passten, wurde und blieb gesorgt, dass sie nicht weit unter die Leute gelangten. Dann ereigneten sich in den neuen Bundesländern gewalttätige Feindseligkeiten gegen Ausländer, von denen die Brandstiftung in einem Wohnheim für Ausländer in Rostock-Lichtenhagen und deren Begleiterscheinungen besonders abscheulich und alarmierend. Sie galten als schlüssige Beweise dafür, was die DDR an politischem Denk- und Gefühlshaushalten hinterlassen hatte.

Jede unvoreingenommene Beschäftigung mit der Frage, welche Schritte und Anstrengungen in Ostdeutschland unternommen wurden, um den Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen und in der Bevölkerungsmehrheit eine selbstkritische Haltung zur Geschichte der Judenverfolgungen und des Judenmordens zwischen 1945 und 1990 zu erzeugen, hat sich auf einen weiten Weg zu machen. Die aufzunehmenden Spuren führen auf die Felder der Politik, der Literatur und Kunst, der Bildung und des Schulwesens. Natürlich auch in die Geschichte der Gesellschaftswissenschaften und insbesondere der Geschichtsschreibung. Doch steht der wie immer zu bemessende Anteil von Historikern, soweit es die Verbreitung von Informationen, Wissen und Erkenntnissen und den auslösenden Anstoß für Diskussionen anlangt, hinter dem anderer Professionen erkennbar zurück, hinter dem von Schriftstellern und Journalisten, von Drehbuchautoren, Intendanten und Regisseuren, nicht zu vergessen von Schauspielern. Mit deren Arbeit und Verdienst muss begonnen werden, nicht so sehr aus chronologischen Gründen, die sich zugunsten dieser Vorgehensweise heranziehen ließen, sondern vor allem in Betracht des Wirkungsgrades. Einige der in vierzig und mehr Jahren

---

1 Vortragsmanuskript von Helmut Pietsch, Zur Kritik des faschistischen Rassismus auf dem Ersten Deutschen Schriftstellerkongress. Vorgetragen auf der Internationalen Konferenz anlässlich des 50. Jubiläums des I. Deutschen Schriftstellerkongresses vom Oktober 1947 (2.-4. Oktober 1997, dessen Generalthema lautete: Literatur im politischen Spannungsfeld der Nachkriegszeit. (Humboldt-Universität zu Berlin Institut für deutsche Literatur. Hrsg. Prof. Dr. Ursula Heukenkamp und Dr. Ursula Reinhold, Berlin 1998). Dort siehe auch die Belege für die zitierten Aussagen und für weitere gleiche oder ähnliche.

2 Vortragsmanuskript von Rüdiger Steinlein, Judenverfolgung und Holocaust in der Kinder- und Jugendliteratur der SBZ und der frühen DDT (1945 bis Anfang der 60er Jahre). Vorgetragen ebenda (S. Anm. 1).

erbrachten Leistungen blieben denkwürdig. Davon zeugt, dass auf dieses Erbteil, soweit es sich um Filme handelt, von Direktionen von Fernsehanstalten (nicht nur denen in den Neuen Bundesländern) immer wieder zugegriffen wird. Ein vor mehr als zehn Jahren getroffenes Urteil – „Der Untergang der DDR hat deren Filme in eine bodenlose Ferne gerückt“[3] – scheint in dieser Absolutheit schon nicht mehr zuzutreffen.

Am Anfang steht der bekannte zweite Film, der in den DEFA-Studios von Potsdam-Babelsberg, auf dem einstigen Geländer der UFA, nach Kriegsende hergestellt wurde: „Ehe im Schatten“. Zugrunde lag ihm die wahre Geschichte des Schauspielers Joachim Gottschalk und seiner Ehefrau, die gemeinsam in den Tod gingen, als er – der Künstler – als Preis für die Fortsetzung seiner Arbeit sich von seiner Frau, einer Jüdin, trennen sollte. Hans Schweikart, ein Berufskollege Gottschalks, hatte die tragische Episode[4], eine von Zehntausenden aus der Geschichte der Judenverfolgungen, in einer Novelle erzählt, der er den Titel gegeben hatte Es wird schon nicht so schlimm. Kurt Maetzig war der Regisseur des Films, der 1947 gleichzeitig in Filmtheatern aller Besatzungsgebiete Berlins uraufgeführt wurde. 1949 mit dem Bambi ausgezeichnet, sahen den Film in Nachkriegsdeutschland 10 Millionen Zuschauer. 1953 zeigte ihn auch das DDR-Fernsehen. Staudte hatte den Zuschauern übrigens die ganze Tragödie der Gottschalks erspart. Das Ehepaar hatte auch seinen achtjährigen Sohn, den „Halbjuden“, nicht als Waisen zurück- und den Nazis für deren Schikanen gelassen, sondern ihn mit in den Tod genommen.

Auf Ehe im Schatten folgte noch vor Gründung der DDR, ebenfalls aus Babelsberg und gedreht unter der Regie von Erich Engel, *„Affäre Blum“*. Erzählt wird, wiederum nach authentischem Stoff (dem Haas-Kölling-Prozess von 1926/1927), die Geschichte einer antijüdischen Verfolgung, die fast bis zum Justizmord an einem jüdischen Bankier geführt hätte, der haltlos verdächtigt worden war, seinen Buchhalter umgebracht zu haben. Der Film endet mit einem Gespräch des Ehepaars Blum am Tisch ihrer Wohnung und den Worten der Frau: „Aber es kann uns nichts mehr passieren. Wir leben doch in Deutschland.“ Die Antwort gibt die Schlussmusik des Films, sie mündet in die Melodie des Horst-Wessel-Liedes aus.

Zu den herausragenden Spielfilmen, die ihre Zuschauer herausfordernd in die deutsche Vergangenheit der Jahre 1933 bis 1945 versetzten, gehören die Werke Konrad Wolfs[5], Sohn des Schriftsteller Friedrich Wolf. Dieser hatte, eben aus Deutschland als Kommunist und Jude emigriert, das Schauspiel *„Professor Mamlock“*[6] geschrieben. Es erlebte 1934 seine Uraufführung am Jiddischen Theater in Warschau unter dem Titel *Der gelbe Fleck* und wurde noch im gleichen Jahr von Theatern in Moskau, Tel Aviv und Zürich in ihr Programm aufgenommen. 1938 erfolgte die erste Verfilmung des Stückes in der Sowjetunion. 1945 war es in 14 Sprachen übersetzt. Die erste deutsche Aufführung brachte das Hebbel-Theater in Berlin am 9. Januar 1946. 1961 war die Verfilmung Konrad Wolfs, sein Vater war bereits verstorben, fertig. Erzählt wird die Geschichte eines jüdischen Arztes, eines deutschnational gesinnten Mannes, der aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von seinem Arbeitsplatz, einem Krankenhaus, vertrieben wird, dann aber unter jene „Privilegierten“ fällt, die, weil sie als „Frontsoldaten“ des Weltkriegs gelten, an minderem Arbeitsplatz noch geduldet werden. Sich mit seinen uneingeschränkt verfolgten Kollegen solidarisierend, verzichtet Mamlock auf das zweifelhafte Vorrecht. Er nimmt sich das Leben.

---

3 Wolfgang Gersch, Film in der DDR. Die verlorene Alternative. In: Wolfgang Jacobsen u. a. (Hrsg.) Geschichte des deutschen Films, Stuttgart 1993, S. 323.

4 Der durch viele in der UFA hergestellte Filme, in denen er herausragende Rollen gespielt hatte, bekannte Schauspieler Joachim Gottschalk hatte sich unter dem Druck wachsender Judenverfolgungen und dem Druck, sich scheiden zu lassen, mit seiner Frau, einer Jüdin, und deren noch nicht achtjährigen Sohn in der Nacht vom 6. zum 7. November 1941 das Leben genommen.

5 Wolfgang Jacobsen u. Rolf Aurich haben jüngst über den herausragenden Filmregisseur der DDR das Buch Der Sonnensucher. Konrad Wolf. Biographie (Berlin 2005) vorgelegt, in dem die Charakteristik Wolfs als „filmenden Politiker“ freilich dem Künstler nicht gerecht wird.

6 Friedrich Wolfs Stück wurde 1935 gedruckt bei Oprecht & Hebling Zürich unter dem Titel Doktor Mamlocks Ausweg. Tragödie der westlichen Demokratie. In Deutschland zuerst verlegt bei Aufbau Verlag Berlin 1946 unter dem veränderten Titel und auch seit 1958 mehrfach bei Reclam Leipzig mit dem Zusatz: Ein Schauspiel.

Schon zwei Jahre zuvor hatte Konrad Wolf gemeinsam mit seinem Mitstudenten aus Moskauer Zeit, dem Bulgaren Angel Wagenstein, den Film *„Sterne“* gedreht. Er führt in das Kriegsjahr 1943 und erzählt von sich anbahnender Liebe zwischen einem deutschen Wehrmachtssoldaten und einer griechischen Jüdin, die sich, in ein Lager nach Bulgarien transportiert, bereits auf dem Wege nach Auschwitz befindet. Der Soldat vermag die Absicht, die junge Frau zu retten, auch als Folge eigener Unentschlossenheit und zeitweiligen Zögerns nicht zu verwirklichen. Doch das Erlebte führt seinen Bruch mit dem verbrecherischen System herbei, dem er bis dahin gedankenlos gedient hat. Der 1959 fertige Film wurde im gleichen Jahr beim Festival in Cannes, wo er als bulgarische Produktion gegen den Willen intervenierender Stellen der Bundesrepublik lief[7], mit dem Sonderpreis ausgezeichnet. In dem Buch eines (westdeutschen) Filmkritikers heißt es über die Geschichte der *„Sterne“*: „Der Film lief bei uns (in der BRD, K. P.) fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit.“ So hätte auch die Tatsache kaum auffallen können, dass der Schluss des Originals weggeschnitten worden war. Das geschah aufgrund einer Forderung der Filmbewertungsstelle, die darüber entschied, ob ein Film als „wertvoll“ in die Kinos gelangte, was eine Steuerermäßigung bedeutete. Die Gewährung dieses Prädikats wurde im Fall von *„Sterne“* daran geknüpft, die am Filmschluss gezeigte Wandlung des deutschen Unteroffiziers zu tilgen, denn sie sei „unglaubwürdig und antinational“. Der Verleger ist dem nachgekommen.[8] Und der Rezensent einer in Westberlin erscheinenden Zeitung schrieb: „Dass ein so gerechter und reiner Film ausgerechnet von der sowjetischen DEFA stammt, mag, wie manche sagen, eine Schande sein. Ich weiß eine größere Schande, dass unsere freie Filmproduktion noch immer keine gleichwertige Auseinandersetzung mit dem so schmerzenden Thema zustande gebracht hat, um das es hier geht.“[9]

Mit anderen Argumenten wird bis heute der 1963 von Frank Beyer vorgenommenen Verfilmung des Romans *„Nackt unter Wölfen“*[10] Unglaubwürdigkeit attestiert. Das fünf Jahre zuvor erschienene Buch von Bruno Apitz, selbst Häftling in Buchenwald 8 Jahre lang, wurde in insgesamt 30 Sprachen übersetzt und in mehr als 1 Million Exemplaren verkauft. Die Befeindung der Filmhandlung mit der erzählten Rettung eines jüdischen Jungen dürfte nicht zuletzt daher rühren, dass sie der Version entgegensteht, die organisierten politischen Gefangenen, vor allem die Kommunisten, wären in den Lagern, und namentlich in Buchenwald, wo es eine gefestigte illegale internationale Organisation gab, nichts anderes gewesen als eine Gemeinschaft zum Zwecke der Rettung ihrer selbst.

Zeitlich am nächsten und wegen ihrer herausragenden künstlerischen Qualität wohl am bekanntesten ist die Verfilmung des 1969 erschienenen Romans von Jurek Becker *„Jakob der Lügner“*[11], die Geschichte jenes Mannes, der auf seine, die ihm einzig verbliebene Weise seine Leidensgenossen davor bewahren will, dass ihnen die Menschenschinder den letzten Rest an Lebenshoffnung zu nehmen vermögen. Er gibt vor, einen Radioapparat zu besitzen und damit Nachrichten vom Nahen der Befreier, der sowjetischen Armee, zu empfangen. Der Film kam 1974 in die Kinos, erhielt einen Silbernen Bären und wurde für einen Oskar nominiert.

Jeder dieser Filme vermag einen herausragenden Platz in der Geschichte der deutschen Filmproduktion zu beanspruchen und manche zählen Fachleute zu den besten 100 Filmen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland gedreht worden sind. Deren Inhalte, die hier nur knapp skizziert werden konnten, bezeugen, dass die Geschichte der faschistischen Judenverfolgungen und des Judenmordens in thematisch großer Spannweite künstlerisch verarbeitet wurde, beginnend mit einem Blick in die Praxis des Antisemitismus in den Jahren der Weimarer Republik, fortgesetzt mit der Darstellung der Verfolgungen in der Phase der Drangsalierung zum Zwecke der Vertreibung der Juden in den Vorkriegsjahren und weitergeführt in die Zeit der Deportation und Vernichtung. Vor die Augen der Zuschauer gestellt wurden vor allem die Opfer. Zugleich entsteht ein Bild vom Verhalten der Deutschen, von braunen Aktivisten, die auf ihre Vorteile bedacht sind, von Opportunisten, die keine

---

7 Das Detail gehört zu den Quellenfunden der beiden Autoren der erwähnten Wolf-Biographie (s. Anm. 2).

8 Manfred Barthel, So war es wirklich. Der deutsche Nachkriegsfilm, München 1986, S. 260.

9 Günther Geisler, Berliner Morgenpost Ausgabe vom 19. Juni 1960.

10 Bruno Apitz, Nackt unter Wölfen, Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1959. Das Buch hatte dort 1986 die 52. Auflage erreicht.

11 Jurek Becker, Jakob der Lügner, Aufbau Verlag Berlin 1969.

Nachteile erfahren wollen, von jenen – wenigen – die menschliche Gesittung und Anstand bewahrt haben, die sich nicht nur im Unterlassen, sondern auch im Tun äußern. In den Nachkrieg führte die 1958 erfolgte Verfilmung einer Novelle von Leonhard Frank: Der Prozess wird vertagt (Regie Herbert Ballmann), in dem die Geschichte eines Versuchs erzählt wird, einen Denunzianten einem Gericht in der Bundesrepublik und einer gerechten Strafe zuzuführen.

Herausragend auch der Anteil von Antifaschisten und Opfern des Faschismus an der Entstehung dieser Filme: der Kommunist Bruno Apitz (1900-1979), 1933 zeitweilig, 1934 definitiv verhaftet, durchlitt das KZ Buchenwald bis zu dessen Befreiung, Kurt Maetzig (geb. 1911-[2012]), dessen Mutter Jüdin und ein Opfer der Verfolgungen geworden war, trat 1944 in Deutschland der illegalen Kommunistische Partei bei, Jurek Becker (1937-1997) wurde mit seinen Eltern aus dem Ghetto Litzmannstadt nach Ravensbrück und Sachsenhausen verschleppt, seine Mutter überstand die Qualen nicht, Konrad Wolf (1925-1982) kam als Soldat der sowjetischen Streitkräfte mit deren 47. Armee, in der er der Politischen Abteilung angehörte, nach Deutschland, der aus einer jüdischen Familie in Plovdiv stammende Angel Wagenstein (geb. 1922-[2023], hatte die Verfolgungen in Bulgarien erlebt, der Schauspieler Gerry Wolf kehrte aus englischer Emigration zurück, wohin er sich als Jude gerettet hatte, der Schauspieler Erwin Geschonneck (geb. 1906-[2008]), einer der Hauptdarsteller in der Verfilmung von Beckers Jakob-Roman, als Kommunist 1933 mit einer jüdischen Theatergruppe nach Warschau emigriert, war nach einem abenteuerlichen Weg, der ihn nach Lettland, in die Tschechoslowakei, die UdSSR und wieder nach Prag geführt hatte, 1938 den Faschisten in die Hände gefallen, überlebte die KZ Sachsenhausen, Dachau und Neuengamme und schließlich die Tragödie des Untergangs der *„Kap Arkona“* in der Lübecker Bucht, der Österreicher Wolfgang Heinz (1900-1984), Darsteller des Professor Mamlock, musste als Kommunist 1933 in die Schweiz emigrieren. Diese Auswahl von Biografien Beteiligter spiegelt den personellen Kern der Gründergeneration der ostdeutschen Republik.

Nicht weniger lang würde eine Aufzählung der Dokumentarfilme[12] werden, die sich mit Judenverfolgung und Judenmord auseinandersetzten. Für viele mögen hier drei genannt sein, die Konrad Weiß hergestellt hat. 1967/1970 entstand, noch als studentische Arbeit an der Filmhochschule „Flammen“, ein Film über die jüdisch-kommunistischen Widerstandsgruppe Herbert Baum. 1978 folgte „Davids Tagebuch“, ein Streifen, der an das Leben und Leiden des Dawid Rubinowicz erinnerte, jenes jüdisch-polnischen Jungen, der 1942 ermordet wurde. Sein Tagebuch war 1957 in Polen gefunden, 1960 dort gedruckt und 1961 in der DDR in deutscher Übersetzung publiziert worden.[13] Der Film kam 1981 in die Kinos. Vordem schon, 1957, hatte ein Verlag in Berlin „Das Tagebuch der Anne Frank„[14] herausgebracht, das bald zur verpflichtenden Lektüre an den Schulen gehörte. Am 15. Dezember 1958 hatte der Dokumentarfilm „Ein Tagebuch für Anne Frank„ Premiere, der auch in einer niederländischen, französischen, schwedischen, finnischen und englischen Fassung hergestellt worden war und um dessen Aufführung es wegen seiner aktuellen Bezüge (namentlich der den Staatssekretärs Konrad Adenauers, Hans Maria Globke, betreffenden) in Frankreich wie in Großbritannien zu öffentlichen Auseinandersetzungen kam.

1988 wurde von Konrad Weiß der Filmessay „Ich bin klein, aber wichtig“ gedreht, ein Denkmal für den polnischen Arzt, Pädagogen und Schriftsteller Janusz Korczak. Der Film wurde am 31. August 1989 im Fernsehen der DDR gezeigt – gleichsam ein Schlusspunkt in einer langen Reihe. Vordem schon war an den Mann, der mit seinen Schutzbefohlenen, die er vor den Mördern nicht zu schützen vermochte, in den Tod gegangen war, durch Aufführungen des Stückes „Korczak und die Kinder“ von Erwin Sylvanus erinnert worden, u. a. durch ein Gastspiel des Jungen Theaters Hamburg im Jahre 1959 in Rostock und Putbus, worüber der Augenzeuge, die DEFA-Filmwochenschau, ausführlich berichtete, und 1964 durch die Städtischen Bühnen Magdeburg.

---

12 Siehe zu: Günter Jordan/Ralf Schenk (Red.), Schwarzweiß und Farbe. DEFA-Dokumentarfilme 1946-1992. Hrsg. Filmmuseum Potsdam, Berlin 1996

13 Das Tagebuch des Dawid Rubinowicz, Volk und Welt Berlin 1961.

14 Das Tagebuch der Anne Frank, Union Verlag Berlin 1957.

Hier müsste, was aus Zeitgründen unterbleiben wird, nun weiter durchmustert werden, was auf den Bühnen von Theatern und mit ihren Büchern von Schriftstellern und Publizisten geleistet worden ist, um Menschen zu jenen Sichten zurück- oder sie erstmalig hinzuführen, die sich in Sätzen der Aufklärung wie denen von der Gleichheit alles Menschenantlitzes oder von der Erde, die Raum für alle hat, ausdrückten. Sie waren von den deutschen Faschisten und deren menschenfeindlichen Losungen aus vielen Gedächtnissen gedrängt worden, wenn sie dort überhaupt je beheimatet gewesen waren. Statt einer Bilanz folgen hier wenige aber doch nicht zufällig herausgegriffene Angaben.

In der sowjetischen Besatzungszone nicht anders als in den westlichen eröffneten viele Theater ihre erste Nachkriegssaison mit Lessings *„Nathan der Weise“*, Aufführungen, die damals ebenso einen – freilich nachträglichen – Protest gegen das militärisch geschlagene verbrecherische Regime bezeugten wie sie einem Fluch glichen, der ihm nachgerufen wurde. Das Deutsche Theater in der Berlin Schumannstrasse, das den Nathan seit der eröffnenden Vorstellung im September 1945 über Jahrzehnte ohne Unterbrechung auf den Spielplan nahm, hat mit den Inszenierungen mit Paul Wegener (unter der Regie von Fritz Wüsten), Eduard von Winterstein und Wolfgang Heinz in der Titelrolle deutsche Theatergeschichte geschrieben. Am gleichen Hause wie in vielen anderen Theatern der DDR war Heinar Kipphardts *„Bruder Eichmann„* zu sehen und zu hören. Rolf Hochhuths *„Der Stellvertreter“*, 1961 geschrieben, 1963 in Westberlin an der Freien Volksbühne in einer Inszenierung Erwin Piscators uraufgeführt, 1965 in der DDR als Buch erhältlich[15], gehört mit seinen Aufführungen an ostdeutschen Theatern ebenso in diese Reihe wie Peter Weiss’ *„Die Ermittlung, Oratorium in 11 Gesängen“*, die 1965[16] am gleichen Tage in 15 deutschen Theatern uraufgeführt worden ist.

Größeren Einfluss aber dürfte von den Druckwerken ausgegangen sein, die schriftstellerischer und publizistischer Initiative zu danken sind. Das gilt schon für die frühesten, in der papierarmen Zeit erschienenen Romane, die zwar von späteren Werken an literarischer Qualität und Schärfe des Urteils übertroffen wurden, heute aber zu Unrecht weithin vergessen sind. Dazu gehört Cläre M. Jungs „Aus der Tiefe rufe ich“[17], die ihre Erlebnisse und Beobachtung in Berlin verarbeitete, das Leben der verfolgten Juden ebenso wie das Verhalten der angepassten Volksgenossen. Das Buch ist 2004 von einem kleinen Verlag in den Neuen Bundesländern wieder gedruckt worden. Die Frage nach der Schuld der Deutschen, die er am Ende versöhnlich beantwortet wird, stellte auch Werner Wilk im 1949 erschienenen Roman *„Wesenholz“*[18], in dem es um die unvermuteten Konflikte eines vermeintlich Unpolitischen geht, der eine Jüdin, Schwester eines ins Exil geflohenen Freundes, zu retten vermag. Die Frage nach der Schuld warf auch Liselotte Welskopf-Henrichs 1954 in ihrem Roman *„Jan und Jutta“*[19] auf, in dessen Handlungsverlauf der Versuch scheitert, ein jüdisches Ehepaar vor dem Zugriff der Mörder zu schützen.

Kaum zu überschätzen ist die Wirkung von Victor Klemperers *„LTI. Aus dem Notizbuch eines Philologen“*, dessen frühes Erscheinen (1947)[20] erst vollständig gewürdigt werden konnte, seit wir die Tagebücher des Dresdener Romanisten zur Gänze kennen und zu ermessen vermögen, welche Verdichtung hier vorgenommen worden war.[21] Wie an LTI zu erkennen, widmeten sich viele gegen die Naziideologie geschriebene Bücher nicht ausschließlich dem Thema von Antisemitismus und Judenverfolgung, doch kaum eines ließ es aus. Wiederum beispielhaft nur soll im Jahr, da sich das Ereignis zum, 60. Male jährt, an Peter Alfons Steinigers, des Berliner Völkerrechtslehrers, zweibändige Dokumentenauswahl zum Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher erinnert werden, der ersten Veröffentlichung in Deutschland, die ein Jahrzehnt nach dem Ende des Gerichtsverfahren die

---

15 Rolf Hochhuth, Der Stellvertreter, Volk und Welt, Berlin 1965.

16 Im gleichen Jahr erschien der Text als Buch bei Rütten & Loening Berlin.

17 Cläre M. Jung, Aus der Tiefe rufe ich, Aufbau Verlag Berlin 1946.

18 Werner Wilk, Wesenholz, Rütten & Loening Potsdam 1949.

19 Elisabeth Charlotte Welskopf, Jan und Jutta, Mitteldeutscher Verlag Halle 1955, später erreichte das Buch im Verlag die 18. Auflage.

20 Victor Klemperer, Die Sprache des Dritten Reiches (Lingua Tertii Imperii), Aufbau Verlag 1947, später auch in vielen Auflagen des Reclam Verlag Leipzig.

21 Dazu Helmut Eckert, Intentionen, Entstehungsprozess und Wirkungen von Victor Klemperers „LTI“, Duisburg 1999.

42 Bände zu einer auch für Nichtfachleute lesbaren Quelle reduzierte.[22] Erinnert wird hier an die früh erworbenen Verdienste eines Romanisten und eines Juristen, beides Juden, und dies ist zugleich ein Verweis darauf, dass, wer die Geschichte der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus schreibt, sich auf die Historiker und deren Zunft nicht eingrenzen darf. Einbezogen werden müssen auch Arbeiten von Philosophen und Philosophiehistorikern, wie Wolfgang Heises *„Aufbruch in die Illusion“* (1964)[23], der ebenso knappe wie gründliche Analyse der Naziideologie und ihrer Vorläufer gab.

Die Wirkung dieser Veröffentlichungen wurde freilich weit übertroffen von jener, die von Romanen, Novellen, Erzählungen und auch der Lyrik ausging, die Dichter und Schriftsteller hervorbrachten. Wiederum beispielhaft seien aufgezählt: die stark autobiographische Erzählung Franz Fühmanns *„Das Judenauto“* (1962)[24], in der von den psychologischen Folgen die Rede ist, die Kindern in einer von Judenfeindschaft und -hass geprägten Umwelt erwachsen, die Erinnerungen der Grafikerin und Malerin Lea Grundig, die in Palästina überlebt hatte, *„Gesichte und Geschichte“* (1958)[25] und die ihres Ehemanns des Malers Hans Grundig, *„Zwischen Karneval und Aschermittwoch. Erinnerungen eines Malers“* (1957)[26], das Buch des Grafikers und Schriftstellers Peter Edel *„Die Bilder des Zeugen Schattmann“* (1969)[27], das 1972 verfilmt und vierteilig im Fernsehen ausgestrahlt wurde, sodann Edels Memoiren *„Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte“* (1979)[28], der Roman des aus Wien stammenden Juden, Überlebenden von Auschwitz, Groß Rosen und Buchenwald Fred Wander *„Der siebente Brunnen“* (1971)[29], Jurek Beckers schon erwähnter „Jakob der Lügner“ und sein eine völlig andere und neue Seite aufschlagender Roman *„Der Boxer“* (1976)[30], in dem eine Geschichte aus dem Dasein überlebender Juden in Nachkriegsdeutschland erzählt wird.

Erwähnung verdient in der hier nur unvollständig angezeigten Reihe von Büchern noch eines, in dem sich das Lebenswerk der religiösen Sozialistin und Schriftstellerin Rosemarie Schuder ebenso niederschlug wie der Lebensweg und die politische Erfahrung ihres Ehemannes, der jüdischen Kommunisten Rudolf Hirsch, der in Palästina überlebte. „Der gelbe Fleck“, so der Titel ihrer Publikation, erschienen 1987, verfolgt die Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte.[31]

Wiederum eine eigene Abhandlung würde die Kinder- und Jugendliteratur verlangen, die in Haupt- oder Nebenhandlungen die Geschichte von Juden und namentlich jüdischen Kindern und deren durch Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung, aber auch von Freundschaft und Zusammenhalt charakterisierten Lebenswege erzählt. 1959 gab Karl Heinz Berger eine Anthologie unter dem Titel *„Heuschlacht im Heidedorf“* heraus, in der u. a. Leonhard Franks *„Das jüdische Kind“* und Johannes R. Bechers *„Kinderschuhe von Lublin“*, entstanden in Moskau nach dem Bekanntwerden der grausigen Hinterlassenschaft des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek, zu lesen waren. Schon 1953 war *„Die Jagd nach dem Stiefel“* von Max Zimmering, dessen Emigrationsweg, der eines jüdischen Kommunisten, der von Frankreich nach Palästina, von dort in die Tschechoslowakei und dann nach Großbritannien (von wo er als Internierter nach Australien gebracht worden war) geführt hatte, in deutscher Erstausgabe erschienen. Die Handlung führt in das Deutschland des Jahres

---

22 Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, 2 Bde. Berlin 1957.

23 Wolfgang Heise, Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1964.

24 Franz Fühmann, Das Judenauto Aufbau Verlag Berlin 1962.

25 Lea Grundig, Gesichte und Geschichte, Dietz Verlag Berlin 1958. Die 10. Auflage erschien 1984.

26 Hans Grundig, Zwischen Karneval und Aschermittwoch. Erinnerungen eines Malers, Dietz Verlag Berlin 1957. Dann in vielen weiteren Auflagen, 10. Aufl. 1973.

27 Peter Edel, Die Bilder des Zeugen Schattmann, Berlin Verlag der Nation 1969.

28 Peter Edel, Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte, Verlag der Nation Berlin 1979, 2 Bde.

29 Fred Wander, Der siebente Brunnen, Aufbau Verlag Berlin 1971.

30 Jurek Becker, Der Boxer, Hinstorff, Rostock 1976.

31 Rudolf Hirsch u. Rosemarie Schuder, Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte, Rütten & Loening Berlin 1987.

1932, die Auseinandersetzung mit den aufkommenden Faschisten und in Begegnungen und Abenteuer von jüdischen und nichtjüdischen Kindern. 1962 wurde die Verfilmung (Regie Konrad Petzold) uraufgeführt. Zunächst unter Pseudonym (Jo von Tiedemann) hatte Leonie Ossowski 1959 den Roman *„Stern ohne Himmel“* veröffentlicht, der von der Rettung eines jüdischen Jungen erzählt. Ganz anders Jurij Brězans in „Christa“, in der eines Mädchen der aus Karrieregründen erfolgten Scheidung ihres Vaters von ihrer jüdischen Mutter und deren tödlicher Folge auf die Spur kommt. „Semester der verlorenen Zeit“, vom gleichen Autor publiziert 1960, zeigte die Täter eines Pogroms, dessen Opfer ein jüdisches Mädchen inmitten einer deutschen Stadt wird, in grellem Licht. Das Buch hatte 1974 übrigens die 10. Auflage erreicht. In diese Literaturgruppe gehört schließlich auch die 1965 auf den Buchmarkt gekommene Geschichte Auguste Lazars *„Die Brücke von Weißensand“*.

Aus der Feder von Schriftstellern stammen nicht nur Geschichten, die zum Denken herausforderten und manchen zu tätiger Parteinahme, sondern auch – häufig in der Form von Essays – analytische Abhandlungen, die den später erhobenen Anspruch von Historikern, Neues gefunden zu haben, jedenfalls relativieren. Dafür wiederum ein Beispiel. 1946 wurde in Berlin ein Band mit Aufsätzen Johannes R. Bechers unter dem Titel „Erziehung zur Freiheit“[32] gedruckt, in dem sich diese Sätze finden: „Die eigentliche Wirksamkeit erreichte die Naziideologie aber dadurch, dass sie materielle Vorteile versprach und breiten Schichten solche materiellen Vorteile auch zeitweise gewährte. Am Antisemitismus verdienten nicht nur die Banken, nicht nur die Reisebüros, sondern auch der arische Arzt, der die gutgehende jüdische Kassenpraxis incl. Instrumentarium zu einem Spottgeld, wenn nicht gratis übernahm. [...] selbst die Vernichtungslager hatten ihre Nutznießer. Den eigentlichen Erfolg hatte die Naziideologie als Korruptionsideologie, als Ideologie der nationalen Verklärung aller egoistischen Raffke- und Raubtierinstinkte.“ (S. 97)

Von Kreisen der Schriftsteller gingen mehrfach Anstöße aus, sich darüber kritisch zu verständigen, wie die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenfeindschaft zu erfolgen habe. Eine darauf zielende Debatte entzündete sich im Schriftstellerverband, als der Film des polnischen Regisseurs Andrzej Wajdas *„Das gelobte Land“* (1974)[33] synchronisiert in die Kinos in der DDR kam. Stephan Hermlin, nicht ohne Unterstützung, erhob gegen die Darstellung des jüdischen Kapitalisten den Vorwurf des Antisemitismus. In einer anderen Debatte war er es wiederum und hier mit Recht, der darauf verwies, dass der Geschichte von Juden und Judentum in den Schulbüchern und überhaupt in der Jugendbildung Platz gebühre. Für diese und andere Kontroversen gilt indessen, dass sie breitere Kreise der ostdeutschen Gesellschaft nicht erreichten und so an Nachdenklichkeit nicht zu bewirken vermochten, was aus ihnen hätte erwachsen können.

Wie aber stand es um den Beitrag der Historikerzunft? Deren Zugehörige, Hochschullehrer und andere Leute dieser Profession, haben sich auch in Ostdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren dem Thema wie jedem Versuch der geschichtswissenschaftlichen Analyse des Nazireiches ferngehalten. Die frühesten Schriften, die der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur zugeordnet werden können und für die der Name Pamphlet nicht unzutreffend ist, stammen von politisch hoch engagierten Politikern und Publizisten. Stefan Heymann, ein jüdischer Kommunist aus Mannheim, Journalist, Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, später Kulturfunktionär und Botschafter der DDR in Polen, schrieb „Marxismus und Rassenfrage“. Siegbert Kahn, Mitglied der KPD seit der Endphase der Weimarer Republik, der in der britischen Emigration überlebte, in der sowjetischen Besatzungszone eine Zentralverwaltung und in der DDR später ein wirtschaftswissenschaftliches Institut leitete, veröffentlichte die Abhandlung „Antisemitismus und Rassenhetze“.[34] Beide Schriften erschienen 1948 im SED-eigenen Dietz-Verlag. Sie und vordem schon die Sozialistischen Bildungshefte, Studienmaterial für die beiden Arbeiterparteien auf dem Wege zu deren Vereinigung, die sich u. a. eigens mit den Themen „Der Kampf gegen die Naziideologie“ und „Die Rassenlüge der Nazis“ befassten, standen am Beginn

---

32 Johannes R. Becher, Erziehung zur Freiheit. Gedanken und Betrachtungen, Volk und Wissen Berlin 1946.

33 Die Handlung war frei nach dem 1899 erschienenen Roman Das gelobte Land (neu herausgegeben bei Dieterich Leipzig 1984) des polnischen Schriftstellers und Nobelpreisträger Władyslaw Stanisław Reymont gestaltet.

34 Siegbert Kahn, Marxismus und Rassenfrage. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Dietz Verlag Berlin 1948.

einer die Geschichte der DDR durchziehenden propagandistischen Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Erscheinungen der Naziideologie und -politik.

Im Folgenden wird von der Geschichtsschreibung in der DDR zum Thema faschistischer Antisemitismus und Judenverfolgung gehandelt werden, jedoch – anders als im Falle von Filmen und Büchern – nicht von Autor zu Autor und von Werk zu Werk[35], sondern unter dem Blickpunkt der charakteristischen Fragestellungen die an den Gegenstand gerichtet wurden. Vorab aber muss das Verdienst eines Außenseiters der Zunft, der zugleich ein Pionier war, genannt werden. Der in Dresden lebende Helmut Eschwege gab 1966 *„Kennzeichen J"* heraus, einen Band, der Bild- und Textdokumente sowie Berichte umschloss, für den Arnold Zweig ein Geleitwort und Rudi Goguel, jahrelang politischer Häftling in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, eine Einleitung schrieben.[36] Das Werk, das fraglos zu den Klassikern der deutschsprachigen Literatur zum Holocaust gehört, ist auf die Verbrechen an den deutschen Juden fokussiert, zeigt aber zugleich das ganze ungeheure Ausmaß des Verbrechens, lässt Aktionen der Hilfe, der Solidarität und des Widerstands nicht aus und mündet in Zitaten aus den Anklagereden in Nürnberg.

Eschwege ist bei diesem Thema geblieben und hat es auf seinem Wege nicht leicht gehabt. Dass 1973 das Überblickswerk *„Juden unterm Hakenkreuz"* erscheinen konnte, war wesentlich seinen darauf gerichteten Vorarbeiten geschuldet. Von der Autorengruppe, die den Band schließlich publizierte, wurde das in einer Weise erwähnt, die dem – um das mindeste zu sagen – nicht gerecht wird.[37] Eschwege hat in einem Band mit seinen Erinnerungen von den Schwierigkeiten berichtet, die seiner Arbeit entgegenstanden und sein Befinden im Buchtitel „Fremd unter meinesgleichen"[38] knapp markiert. Er, der nie das Glück hatte, in einer Forschergruppe tätig zu sein, ist ein Einzelgänger geblieben.

Die Würdigung des Verstorbenen führt zu einer generelleren Bemerkung. Nach 1990 entstandene Arbeiten nicht nur zur Historiographie in der DDR, sondern auch zur Literatur-, Film- oder Theatergeschichte haben sich entlang von Dokumenten aus Verlagen, dem Ministerium für Kultur, aus den Archiven des Zentralkomitees der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit darauf kapriziert, die Barrieren aus Dogmatismus und anderer Engstirnigkeit auszuleuchten, die vielfach genommen werden mussten, bis ein Buch erschien, ein Film seine Urtaufführung erlebte, eine Inszenierung ihr Plazet erhielt, oder vor denen ein Unternehmen auch scheiterte. Davon zu handeln, gehört zur Geschichtsschreibung seit jeher. Sich damit aber in einer Weise zu befassen, die schließlich die Inhalte des Hervorgebrachten und seine Wirkungen in die Gesellschaft marginalisiert oder nicht mehr für erwähnenswert erachtet, liegt außerhalb dieser Tradition und ist wohl eher der Absicht zuzuordnen, eine weitere Kammer im Gruselkabinett DDR herzurichten.

Die Historiographie in der DDR ging, von Ausnahmen abgesehen, von einem historisch-materialistischen Verständnis der Geschichte aus. Das drückte sich auch in den Forschungen zum Antisemitismus und den Judenverfolgungen der Jahre 1933 bis 1945 aus und bedeutete vor allem, dass nach den Interessen gefragt wurde, die das Verbrechen und seine Eskalation bis zum Massenmord hervorbrachte, und ebenso nach den Zielen, die mit ihm kurz- wie langfristig verfolgt wurden. Auf diesem Wege wurden in Publikationen auch nur-ökonomische und mitunter vulgärmaterialistische Deutungen angeboten, die vor allem auf den Prozess der sogenannten Arisierungen und später auf die aus den geschundenen Juden herausgepressten Profite der deutschen Groß- und mittleren Unternehmen

---

35 Im Anhang findet sich eine Chronik, die in einer Auswahl künstlerische, literarische und geschichtswissenschaftliche Publikationen, die in der DDR erschienen sind, darunter auch einige Übersetzungen, aus den Jahren 1946 bis 1989 auflistet.

36 Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Hrsg. von Helmut Eschwege. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik der faschistischen Judenverfolgungen von Klaus Drobisch; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1966. Eine zweite Auflage erschien erst 1981. Von Eschwege er-schien ein Jahr zuvor Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Verlag der Kunst Dresden 1980, ein hervorragend gestalteter Bild-Text-Band und eins der wenigen Bücher, die in die Geschichte der jüdischen Religion führten.

37 Klaus Drobisch, Rudi Goguel, Werner Müller unter Mitwirkung von Horst Dohle, Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1973.

38 Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Links Verlag Berlin 1991.

Bezug nahmen. Hergestellt wurde mitunter auch eine so nichtexistierende enge Beziehung zwischen den Kalkülen der wirtschaftlichen und den Entscheidungen der politischen Elite. Die Absicht, „dem Kapital“ derart die geschichtliche Rechnung zu präsentieren, war erkennbar und wurde nicht verheimlicht, aber sie stimmte so nicht. Hinzu kam die Frontstellung gegen die einzig auf die Ideologie zurückgreifenden Interpretationen, die zudem ausschließlich einzelne Personen und deren Wahn und Macht für das Verbrechen verantwortlich machten.

Im Fortgang von Diskussionen und angesichts von Einsprüchen von Vertretern anderer Auffassungen, wovon immer die auch bestimmt sein mochten, wurde der Begriff der Interessen weiter gefasst, kam das politische Herrschaftsinteresse der faschistischen Führungsclique in den Blick, die – in einer langen Traditionslinie der Beherrschung von Massen stehend und diese fortsetzend – Antisemitismus und Judenverfolgung von den ersten Wochen nach der „Machtergreifung“ an auf ihrem Weg der Etablierung einsetzten. Das politische Kalkül war und blieb im Blick, die Demagogie erzeugte und band Gefolgsleute ebenso wie die Praxis der Judenverfolgungen, beginnend mit den Berufs- und Tätigkeitsverboten, die ihre zunehmende Zahl von Nutznießern hatte. Die Forschungen konzentrierten sich mithin auf jene quantitativ nicht in ihre Bestandteile zu trennende Mischung von Wahn und nüchterner Berechnung, aus der sich die geschichtliche Linie der Judenverfolgung ergab. Deutschland ohne Juden, darauf richtete sich von 1933 die Staatspolitik, die nicht ohne taktische Rücksichten auf ungewollte und abträgliche Konsequenzen der Verfolgungsschritte befolgt wurde.

Differenzierter wurde auch der Umgang mit dem Begriff Ziel, vor allem, wenn es um die Antriebe ging, aus denen heraus die Politik der Vertreibung zur Politik der Vernichtung gesteigert wurde. Auf diesem Wege sei, so wird nach wie vor von der Mehrheit der Forscher behauptet, die Ideologie der Naziführer zum allein bestimmenden Beweggrund geworden. Hinter ihr hätten alle realen Interessen zurücktreten müssen. Ja, der Fanatismus der Hitler und Himmler wäre so weit gegangen, dass der Erreichung des mörderischen Ziels selbst militärische Notwendigkeiten geopfert worden wären. Das ist eine Legende, die nichtsdestoweniger den Rang einer Aussage gewonnen hat, die nicht mehr bewiesen werden muss.

Der Historiographie in der DDR ist demgegenüber zugutegekommen, dass in ihren Forschungen die definitiven Kriegsziele und die sich in den Köpfen der Machthaber abzeichnenden Nachkriegsvorstellungen stets eine besondere Rolle spielten, wobei das Kontinuierliche wie das Diskontinuierliche, also die faschistische Umprägung und Ausweitung der traditionellen Eroberungsprojekte abgewogen wurde. In den Koordinaten des deutsch-beherrschten Kontinents war für Juden kein Platz vorgesehen. Aus Deutschland ohne Juden wurde Europa ohne Juden, ein verbrecherisches Projekt, indem sich Wahn und Kalkül wiederfinden, unabhängig davon, ob letzteres die Wirklichkeit richtig oder verzerrt widerspiegelte. Kurzum: diese Forschungen wollten auf die Frage Judenmord – warum eine Antwort zu geben und die Untat ohne Beispiel weder methodologisch aus aller Geschichtswissenschaft herausfallen lassen, noch den Krieg als eine bloße Bedingung des Verbrechens verstehen oder gar ganz von ihm zu abstrahieren.

Die Außensicht auf die Geschichtswissenschaft in der DDR mag auch im Hinblick auf unser Thema ergeben, dass es sich um eine Forschung und Publizistik ohne Debatten handelte. Das trifft nicht zu. Von der Terminologie, mit der dem Stoff angemessen beizukommen ist („Juden“, „deutsche Juden“, „jüdische Deutsche“, „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“ u. a.) bis zu der – eben nur knapp skizzierten – Frage nach den Antrieben von Judenverfolgung und Massenmord (hier vertraten Rudi Goguel und der Autor durchaus verschiedene Standpunkte) wurde in der Zunft und in deren Umfeld (etwa mit Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Berlin-Ost) auch gestritten. Im Grunde blieben das jedoch interne Erörterungen. Hier wie auf keinem anderen Feld kam es zu Auseinandersetzungen, die der Fischer-Debatte, dem durch Ernst Nolte hervorgerufenen „Historikerstreit“ oder – nach 1990 – dem Streit um die sogenannte Wehrmachtsausstellung und das Buch Daniel J. Goldhagens gleichzusetzen wären. Mittlere Beben gab es mehrfach, aber ausgelöst durch außerwissenschaftliche politische Interessen und Eingriffe von Ideologen. Die hatten vor allem Fragen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zum Gegenstand wie deren Zustand am Vorabend des Ersten Weltkriegs, den Charakter der Novemberrevolution, die Politik der KPD am Ende der Weimarer Republik und in den ersten Jahren der Nazidiktatur.

Das führt zu den Defiziten. Erstens: In der DDR ist im System geschichtswissenschaftlicher Einrichtungen nie eine Arbeitsstelle zur Erforschung von Antisemitismus und Judenverfolgung geschaffen worden. Die Zahl derer, die sich an verschiedenen Plätzen eigens mit dieser Forschungsrichtung befassten, blieb gering, folglich das buchhändlerische Angebot an wissenschaftlichen und allgemeinverständlichen Publikationen Zweitens: Wie die Frage nach dem Verhältnis der deutschen Bevölkerungsmehrheit zum Regime, die unmittelbar nach Kriegsende durchaus, wenn auch mit vielen Rücksichten (die der alliierten Besatzungsmächte eingeschlossen), zur Sprache kam, bald immer mehr in den Hintergrund trat, so auch die nach ihrer Haltung zur Judenverfolgung. Die Forschung und Publizistik war fixiert auf die großen „Arisierer" und Ausbeuter. Eingedenk von Brechts Wort. *Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung (in diesem Falle die „Übernahme" einer jüdischen) Bank*. Und fraglos wog ein Aktienpaket schwerer als ein Feldpostpäckchen. Doch kannte ein erheblicher Teil der DDR-Bürger schon das von Gisela May meisterhaft interpretierte Lied von Brecht/Eisler vom Soldatenweib und dessen Geschenken. Drittens: Auch für die Geschichtswissenschaft in der DDR gilt, dass sie sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, sich stärker den Tätern als den Opfern zugewendet zu haben. Zum einen lässt sich sagen, dass niemand mehr Ursache hat, die vielschichtige Gruppe der Täter, Mittäter, Tatbeteiligten etc. zu analysieren, als eben deutsche Historiker. Jedoch: in der Tat – und auch als Folge einer ungerechtfertigten Einengung des Begriffs Widerstand – sind die denkwürdigen Anstrengungen, die ja nicht erst in der Phase der Vernichtungsdrohung und der Vernichtung unternommen wurden, sich gegen die faschistischen Verfolger zu behaupten, von den Initiativen für die Schuldbildung der Juden bis zur Fürsorge für Hilfsbedürftigen wohl noch immer nicht hinreichend gewürdigt worden. Indessen bleibt hier noch eine andere Herausforderung. So berechtigt es ist, das Bild von den Menschen, die wie die Schafe zur Schlachtbank getrieben wurden, als ein Klischee zu markieren, so wenig kann an der nicht nur in die deutsche Geschichte führenden Frage vorbei gedacht werden, wie Zehn- und Hunderttausende, ja Millionen Menschen in die Lage gekommen waren, dass sie ihr Leben nicht mehr verteidigen konnten. Ignoranz demgegenüber würde bedeuten, sich einer Mahnung von bleibendem Wert nicht zu verschließen. Viertens hochgradig zurück gegenüber den Forschungen in der Bundesrepublik waren die ostdeutschen Initiativen auf dem Gebiet der Regional- und Lokalgeschichte. Das galt aufs Ganze gesehen und eben auch auf die Geschichte der Juden in Städten; Gemeinden und Landschaften. Arbeiten die für Görlitz, Leipzig. Rostock, Plauen oder Suhl (deren Veröffentlichung erfolgte erst nach 1990) und wenige andere Orte geleistet wurden, bilden Ausnahmen. Das hatte selbstredend negative Folgen für die Art und Weise, in der das Thema in den Schulen behandelt werden konnte.

Bald nach dem Ende der DDR ist von den einen die These vertreten worden, sie hätte eine Wissenschaftswüste hinterlassen, andere – und nicht nur einstige Bürger des ostdeutschen Staates – haben auch im Hinblick auf die Geschichtswissenschaft gefragt „Was bleibt". Die 1990 gestellte Frage hat eine gewisse Lebensdauer bewiesen, wie sich beispielsweise in einem literaturgeschichtlichen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Wintersemester 2004/2005 zeigte, dass sich mit Analysen zur DDR-Literatur befasste. Teilantworten haben auch Verleger gegeben. Die in DDR-Zeit gerade begonnene Reihe Europa unterm Hakenkreuz ist bis zum abschließenden achten Band fortgesetzt worden.[39] Bei Saur in München ist das grundlegende Werk zur deutschen Kriegswirtschaft von Dietrich Eichholtz wieder gedruckt worden.[40] Der Leipziger Universitätsverlag hat die unter der Leitung von Fritz Klein entstandene Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg wieder aufgelegt. Dennoch: Mir ist es auch 15 Jahre später zu früh, darauf eine weiter greifende Antwort zu geben. Wie sie aber eines Tages ausfallen wird, dessen bin ich sicher, hängt in hohem Grad davon ab, wie sich die Intelligenz der Bundesrepublik zu diesem Erbe verhält und in den kommenden Jahren noch verhalten wird.

---

[39] Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen, Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr. Hrsg. Bundesarchiv Koblenz Hüthig Verlag Heidelberg. Die Dokumentenedition enthält eine Vielzahl von Quellen zur Geschichte der Judenverfolgung-, -deportation und -vernichtung in den von der Wehrmacht besetzten oder eroberten Gebieten.

[40] Es erschien zunächst in dreibändig (1969-1996) im Akademie Verlag Berlin und sodann: Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, 3 Bde. in 5 Teilen Saur Verlag München 1999 und 2003.

Anhang

Chronik (Auswahl) von DDR-Publikationen gegen den Antisemitismus

Georg Lukács, Der Rassenwahn als Feind des menschlichen Fortschritts. In: Aufbau. Kulturpolitische Monatsschrift 1/1945.

Friedrich Wolf, Professor Mamlock, Aufbau Verlag Berlin 1946

Cläre M. Jung, Aus der Tiefe rufe ich, Aufbau Verlag Berlin 1946.

Ernst Sommer, Revolte der Heiligen, Dietz Verlag Berlin 1946 (zuerst 1944 Mexiko).

Ehe im Schatten, (Kurt Maetzig) 1947.

Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Aufbau Verlag Berlin 1947.

Engpass zur Freiheit. Aufzeichnungen der Frau Hilde Hupperts über ihre Erlebnisse im Nazitodesland und ihre wundersame Rettung aus Bergen-Belsen. Manuskript bearbeitet von Arnold Zweig. Verlag der Tribüne 1947 (= Schriftreihe zur deutschen Selbstkritik, Folge 6). 1951 neu herausgegeben unter dem Titel Fahrt zum Acheron, VVN-Verlag Berlin und so auch Union Verlag Berlin 1961.

Siegbert Kahn, Marxismus und Rassenfrage, Dietz Verlag Berlin 1948.

Affäre Blum, (Erich Engel) 1948.

Lion Feuchtwanger, Die Geschwister Oppermann, Rudolstadt, Greifenverlag 1949.

Zivia Lubetkin, Die letzten Tage des Warschauer Ghettos, VVN-Verlag Potsdam 1949.

Willi Bredel, Das schweigende Dorf und andere Erzählungen, Hinstorff Verlag Rostock 1949.

Werner Wilk, Wesenholz, Rütten & Loening Potsdam 1949.

Stephan Hermlin, Das Ghetto, 1949.

Stephan Hermlin, Auschwitz ist unvergessen. Reportage, 1949.

Stephan Hermlin, Die Zeit der Gemeinsamkeit, Verlag Volk und Welt Berlin 1950.

Max Zimmering, Die Jagd nach dem Stiefel, Kinderbuch Verlag 1953 (zuvor tschechisch).

Elisabeth Charlotte Welskopf, Jan und Jutta, Mitteldeutscher Verlag Halle 1955

Hans Grundig, Zwischen Karneval und Aschermittwoch, Dietz Verlag Berlin 1957.

Das Tagebuch der Anne Frank, Union Verlag Berlin 1957.

Jurij Brězan, Christa, Verlag Neues Leben 1957.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Kongress Verlag Berlin 1957.

Bernard Mark, Der Aufstand im Warschauer Ghetto. Entstehung und Verlauf, Dietz Verlag Berlin 1957.

Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Warschauer Ghetto. Rütten & Loening Berlin 1958.

Martin Riesenburger, Also spricht dein Bruder, Union Verlag Berlin 1958.

Ein Tagebuch für Anne Frank. (Joachim Hellwig/Günther Deicke) Dokfilm 1958.

Der Prozess wird vertagt (Regie Herbert Ballmann) 1958.

Lea Grundig, Gesichte und Geschichte, Dietz Verlag Berlin 1958.

Bruno Apitz, Nackt unter Wölfen, Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1959.

Jo von Tiedemann (d.i. Leonie Ossowski), Stern ohne Himmel Verlag der Nation Berlin 1959.

Sterne (Konrad Wolf, Angel Wagenstein) 1959.

Martin Riesenburger, Das Licht verlöschte nicht. Dokumente aus der Nacht des Nazismus, Union Verlag Berlin 1960.

Jurij Brězan, Semester der verlorenen Zeit, Verlag Neues Leben Berlin 1960.

Faschismus-Ghetto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkriegs, Hg. jüdisches Historisches Institut Warschau. Rütten 6 Loening Berlin 1960.

Siegbert Kahn, Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin), 1960, Nr. 31.

Professor Mamlock, (Konrad Wolf) 1961.

Das Tagebuch des Dawid Rubinowicz, Volk und Welt Berlin 1961.

Victor Mika, Tagebücher aus dem Ghetto, Reclam Leipzig 1961.

Thomas Christoph Harlan, Ich selbst und kein Engel. Dramatische Chronik aus dem Warschauer Ghetto, Henschel Verlag Berlin 1961.

Henry Görschler, Rassen, Rassentheorie und imperialistische Politik, Dietz Verlag Berlin 1961.

Aktion J. (Walter Heynowski Dokfilm) 1961.

Franz Fühmann, Das Judenauto, Aufbau Verlag Berlin 1962.

Die Jagd nach dem Stiefel (Regie Konrad Petzold) 1962.

Friedrich Karl Kaul, Der Fall Eichmann, Das Neue Berlin Bebnowski 1963.

Maria Bienias, Begegnung mit Edith Stein, St. Benno Verlag Leipzig 1963.

Henry Görschler, Das soziale Wesen und die politisch theoretischen Voraussetzungen des faschistischen Rassenantisemitismus in Deutschland 1933-1945, Phil. Diss. 1963, Berlin Institut für Gesellschaftswissenschaften.

Nackt unter Wölfen (Frank Beyer) 1963.

Wolfgang Heise, Aufbruch in die Illusion. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1964.

Rolf Hochhuth, Der Stellvertreter, Volk und Welt Berlin 1965.

Peter Weiss, Die Ermittlung Rütten & Loening Berlin 1965.

Friedrich Karl Kaul, Der Fall Herschel Grynszpahn, Akademie Verlag Berlin 1965.

Auguste Lazar, Die Brücke von Weißensand, Kinderbuch Verlag 1965.

Helmut Eschwege (Hg.) von Kennzeichen J. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1966.

Jitzchak Bernstein u. a., Berichte aus dem Warschauer Ghetto 1939-1945, Union Verlag Berlin 1966.

Die Ermittlung von Peter Weiss, Aufzeichnung einer Aufführung im Fernsehen der DDR.

Maria Grigorjewna Rolnikaité, Mein Tagebuch, Union Verlag Berlin 1967.

Heinz Seydel (Hg.), Welch Wort in die Kälte gerufen. Die Judenverfolgung des 3. Reiches im deutschen Gedicht, Verlag der Nation Berlin 1968.

Kurt Meier, Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches, Niemeyer Verlag Halle 1968.

Heinrich Fink (Hg.), Stärker als die Angst. Die sechs Millionen, die keinen Retter fanden, Union Verlag Berlin 1968.

Friedrich Karl Kaul, Ärzte in Auschwitz, Verlag Volk und Gesundheit Berlin 1968.

Jurek Becker, Jakob der Lügner, Aufbau Verlag Berlin 1969.

Peter Edel, Die Bilder des Zeugen Schattmann, Berlin Verlag der Nation 1969.

Flammen, (Konrad Weiß) Dokfilm 1967/1970.

Fred Wander, Der siebente Brunnen, Aufbau Verlag Berlin 1971.

Klaus Drobisch u. a., Juden unterm Hakenkreuz. Dt. Verlag der Wissenschaften 1973

Jakob der Lügner (Frank Beyer) 1974.

Kurt Pätzold, Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung, Dt. Verlag der Wissenschaften, Berlin 1975.

Jurek Becker, Der Boxer, Hinstorff Rostock 1976.

Davids Tagebuch, (Konrad Weiß) Dokfilm 1978.

Peter Edel, Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte, 2 Bde., Verlag der Nation Berlin 1979.

Helmut Eschwege, Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Verlag der Kunst Dresden 1980,

’s brennt. Lin Jaldati. Erinnerungen (Lew Hohmann) Dokfilm 1982.

Kurt Pätzold (Hrsg.), Verfolgung – Vertreibung Vernichtung, Reclam Leipzig 1983.

Rudolf Hirsch u. Rosemarie Schuder, Der gelbe Fleck, Rütten & Loening Berlin 1987.

Kurt Pätzold/Irene Runge, Pogromnacht 1938, Dietz Verlag Berlin 1988.

Jeder konnte es sehen – Novembertage. (Karl Gass) Dokfilm 1988.

Erinnern heißt leben – Weißenseer Friedhof (Róza Berger-Fiedler) Dokfilm 1988

Die Lüge und der Tod (Gerhard Scheumann/Walter Heynowski) Dokfilm 1988.

Ich bin klein aber wichtig – Janusz Korczak, (Konrad Weiß) Dokfilm 1988.

Herr Schmidt von der Gestapo. Filmische Dokumentation einer Beamtenkarriere. (Róza Berger-Fiedler) Dokfilm 1989.

Die Nacht als die Synagogen brannten. (Róza Berger-Fiedler) Dokfilm 1989.

Mann an der Rampe. (Scheumann/Heynowski) Dokfilm 1989.

Wolfgang Benz' 65.

Die Zahl unserer Aufeinandertreffen würde sich heute vermutlich an den Fingern einer Hand abzählen lassen, wäre da nicht jenes Ereignis eingetreten, das die einen die Wende, andere eine Revolution nennen, dritte mit dem Begriff Anschluss bezeichnen und für das vierte gar die Vokabel Kolonisierung als passend ansehen. Jedenfalls waren meine Tage an der Humboldt-Universität zu Berlin, und bevor ich sie nach einem reichlichen Vierteljahrhundert der Lehr- und Forschungsarbeit verließ, schon gezählt. Manches musste geregelt werden. Unter anderem die Zukunft von Doktoranden. Einer von ihnen schien mir in das Profil des Zentrums für Antisemitismusforschung zu passen. So führte mich der Weg zum Friedrich-Ebert-Platz in die Räume des Instituts, das ich schon aus den Zeiten des Vorgängers von Wolfgang Benz flüchtig kannte. Möglicherweise hatten wir einander zuvor auf einer Konferenz da oder dort, jedenfalls aber als Autor lesend schon wahrgenommen. Nun kam ich als Bittsteller. Doch konnte ich mir, um noch einmal auf die Kolonisierung zu kommen, nicht vorkommen wie der Neger, gab doch mein Gegenüber den weißen Master nicht und auch nicht, wie jener Typus modern und verfälschend genannt wird, den Entwicklungshelfer. Benz übernahm ohne lange Erklärungen den Wolf Gruner samt dem gestellten Thema, das der zu bearbeiten schon begonnen hatte. Es betraf die Geschichte deutscher Juden im Nazistaat zwischen dem Pogrom und dem Beginn der Deportationen. Ich war eine Sorge los. Nicht, dass mit der Episode ein Teil jenes Prozesses sich vollzogen hätte, der als Zusammenwachsen dessen, was zusammengehöre, vorhergesagt worden war und missglückte. Mit anderen Fragen beschäftigt, haben wir einander nicht damit aufgehalten, eine Abmachung zu definieren, die ihm aus seiner Perspektive womöglich selbstverständlicher erschien als mir aus der meinen.

Ob schon bei dieser oder einer späteren Begegnung, das vermag ich nicht mehr zu sagen, ging es wieder um eine Hilfestellung. Bevorstand am 20. Januar 1992 der 50. Jahrestag der so genannten Wannseekonferenz. Meine Kollegin Dr. Erika Schwarz und ich waren übereingekommen, den uns an der Universität Unter den Linden noch verbliebenen Zeitrest auf eine publikationsfähige Darstellung dieses Treffens zu verwenden, eines Ereignisses, das auch noch nach den Enthüllungen des Frühjahrs 1945 niemand für möglich gehalten hätte, wäre nicht ein Exemplar der Niederschrift überliefert worden, die Adolf Eichmann davon angefertigt und Reinhard Heydrich gutgeheißen hatte. Wer, da die Verlage, mit denen ich in DDR-Zeit zusammengearbeitet hatte, in dünner werdender Luft unter zunehmender Atemnot litten, würde aber ein Buch dieser Art, verfasst von „zweien aus dem Osten", herausgeben und drucken? Wolfgang Benz hat es in die Reihe seines Instituts aufgenommen, die bei Friedrich Veitl im Metropolverlag zu erscheinen gerade begonnen hatte. Nicht unbesehen. Bei der Gelegenheit stellte sich, nicht unerwartet, unsere Differenz hinsichtlich der Verwendung der Begriffe nationalsozialistisch und faschistisch heraus. Wir mussten sie nicht beseitigen.

Das war in jenen und heute nicht schon hinter uns liegenden Zeiten bemerkenswert, da in manchen Breiten der Historikerzunft Toleranz nur noch sehr auswahlweise geübt wurde. Benz lernte ich als einen Mann ohne Vorurteile kennen. Zu beeindrucken, um nicht zu sagen „zu bestechen", wenn es um wissenschaftliche Arbeit geht, einzig durch solide Resultate. Das hat uns dann auf seine Einladungen hin gelegentlich auch zu weiterem Zusammenwirken geführt. So bei der Enzyklopädie des Holocaust und kürzlich beim Auftakt zu der lexikalisch angelegten Buchserie über die Geschichte der Konzentrationslager. Eigene Sichten sind bei ihm nicht nur erlaubt, sondern erwünscht, vorausgesetzt, sie werden plausibel begründet. Denn der Mann ist mit anderem auch beherrscht von Neugier und leidet an keiner Profilneurose. Entschuldigung. Das wird nicht um seinetwillen hervorgehoben, sondern weil unter den Bedingungen eines immer weiter in die Gefilde der Wissenschaft vordringenden Konkurrenzkampfes diese Erscheinung sich ausbreitet wie eine Seuche. Wo seine Zurückhaltung in der Öffentlichkeit nicht als unhöflich erscheinen kann, schickt er seine jüngeren Mitarbeiter an die Rednerpulte oder Moderatorentische und genießt es erkennbar, wenn sie nun unverkrampft bewältigen, was ihnen eben aufgetragen und zugetraut wurde.

Jenseits der Landesgrenzen trafen wir in Terezin, dem einstigen Theresienstadt aufeinander. 1991: Eingeladen hatte zu einer Konferenz Miroslav Kárný, der diesen Ort, als er ein Konzentrationslager

war, dann Auschwitz und schließlich die Lager bei Kauferring überlebt hatte Mirek würde mit Sicherheit zu den Gratulanten dieses Bandes gehören. Unter allen Tschechen, die nicht Opfer der Mörder geworden waren – ihn hatten die Besatzer als Juden und Kommunisten schon mit dem „Aufbaukommando“ nach Theresienstadt verschleppt –, war er in unserem Nachbarlande der rührigste Erforscher der Geschichte des Holocaust. Er ist nicht mehr unter den Lebenden. Benz hat gesorgt, dass manche Arbeiten Kárnýs über die Grenzen der Tschechoslowakei und Tschechiens hinaus bekannt wurden.

Den nachdrücklichsten Eindruck davon, was Wolfgang Benz an der Spitze des Zentrums für seine Mitarbeiter ist, habe ich indessen nicht in den Räumen seines Instituts oder in einem der Hörsäle der Technischen Universität gewonnen, sondern bei einer Gelegenheit, die uns viel weniger Zeit zu Gespräch oder konzentriertem Wortwechsel ließ. Das geschah im Trubel der fünf Jahre zurückliegenden Feier anlässlich seines Geburtstages. Die Ausgelassenheit des Moments ermöglichte sicheren Rückschluss auf das außergewöhnliche Binnenleben eines Forschungs- und Lehrinstituts. So kann nur nach sauren Wochen gefeiert werden. Mir entschlüsselte sich eine Bedingung von Produktivität. Wolfgang Benz ist für das Zentrum und die Technische Universität ein Glücksfall.

Sto lat! (2005)

Über das Grab der DEFA

Dieses Buch, schreibt sein Autor, will die Filme der DEFA „als historisches Anschauungsmaterial vorstellen, als Zeugnisse eines verschwundenen Landes, das mehr als Mauer, Stasi und Gurken aus dem Spreewald war.“ Eine Filmgeschichte anderer Art werde vorgelegt, über den Blick in seine Spielfilme gleichsam ein Guckloch oder ein Sehschlitz geöffnet, wodurch auf die Geschichte des ganzen Landes geschaut werden kann. Das ist vielversprechend und erweckt die Erwartung, hier werde ein Text vorgelegt, der quer zu jenen alltäglichen Bestrebungen liegt, die Geschichte des untergegangenen Staates auf Repression und langweiligen Alltag herunterzuschreiben.

Die Voraussetzungen des Autors für dieses Unternehmen waren bestens: Studium an der Filmhochschule Babelsberg und an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort auch Promotion, Tätigkeit als Filmkritiker und Filmhistoriker, Hochschuldozent, schließlich Mitarbeiter am Akademie-Institut für Ästhetik. Eine Karriere im ostdeutschen Staat, ohne Stolpern und Hinschlagen. An dessen Ende war Wolfgang Gersch im Staatsapparat der de Maizière-Regierung an Rückbau und Abriss der DDR beteiligt. Von der Ruine schaffte er den Sprung in die neuen gesellschaftlichen Zustände, wieder sturzlos, freilich nicht auf geistigem Feld. Dass manche Filme bei seinem Vorhaben anders gesehen werden als bisher, läge in der Natur des Vorhabens, schreibt er. Das lässt sich richtig wohl auch so lesen; es gründet das nicht im gewandelten Sinn des Autors. Neugierige Interessenten an dessen Biographie könnte das reizen, das nun Geäußerte mit früheren Auslassungen zum Thema zu vergleichen. Lassen wir das.

Wolfgang Gersch musste auswählen: Er setzt mit dem 1946 entstandenen „Freies Land“ ein, führt direkt weiter zu „Die Mörder sind unter uns“, schreibt sich über die Sternstunden der DDR-Spielfilmproduktion, zu denen „Ich war neunzehn“ und “Jakob der Lügner“ zählen, hin bis zu dem 1990 aufgeführten „Architekten“. Insgesamt werden mehr als ein halbes Hundert der Babelsberger Produktionen durchmustert, aufgeführte vor allem, aber auch verbotene, bald aus dem Verkehr gezogene und oder nicht fertiggestellte. Im Zentrum der heutigen Sicht des Autors steht das Spannungsfeld von Politik und Kunst, von Filmkunst – ein unaufhebbares Thema, solange es Politik und Staat gibt, mit seinen Einfärbungen von Staatswesen zu Staatswesen. Die DDR-Führung hat dafür viel Material geliefert, wie auf anderen Feldern gesellschaftlichen Arbeitens auch, aus Unverstand für die Fruchtbarkeit geistiger Auseinandersetzungen und Kämpfe, aus Engstirnigkeit und Furcht vor Machteinbuße als Folge ideologischer Abwege der Bürger, nicht selten aus purer Dummheit. Gersch bedient sich. Nicht mit allzu viel Aufwand. Im Archiv der Akademie der Künste hätte er sich beispielsweise über Diskussionen vor der Aufführung von „Ich war neunzehn“ informieren und sehen können, dass Konrad Wolfs Stellung stark genug war, die Einwände unberücksichtigt zu lassen. Wo das Thema Macht und Geist jenseits der DDR-Grenzen seine Fortsetzung fand, schweigt die Höflichkeit des Angekommenen, so wo in seinem Gedankenrahmen zu erwähnen war, dass auf Drängen der Wiesbadener Filmprüfungsstelle das Ende von „Sterne“ beschnitten werden musste, wenn der Film ein seiner Verbreitung förderliches Prädikat erhalten wollte.

Das Bild von den Spreewälder Gurken aus seiner Einleitung hat Gersch bald vergessen. Von öffentlichen Diskussionen über Filme und von deren Rezeption, die zu den „Szenen des Landes“ gehören, ist kaum die Rede. Die DDR-Obrigkeit präsentiert er als eine einzige Barrikade wider die Kunst. Die hat in der Geschichte prinzipiell falschen Kurs gehalten. Sie stand an der Spitze, wie dem Autor heute erkennbar ist, einer Unternehmung, die im Ganzen von Aussichtslosigkeit gekennzeichnet war, während der größere Teil Deutschlands „erfolgreich an den tradierten Gesellschaftsformen festhielt“. Das sind die Koordinaten, in die hier Filmgeschichte hineinmontiert. Wer „Ich war neunzehn“ gesehen hat, dem ist jene Szene im Gedächtnis geblieben, in der in einem Festsaal eine Kleingruppe eben befreiter KZ-Häftlinge, eingeladen teilzunehmen, auf den Sieg feiernden Offiziere der Sowjetarmee trifft. Die Eintretenden – schüchtern, ungläubig, noch nicht fähig zu begreifen, dass ihnen soeben das Leben wieder geschenkt worden ist, und noch ohne jede Möglichkeit gemeinsam vorzunehmender Orientierung ihrer nächsten Schritte. Vergrämt und mit dem Gedanken an seine hingemordeten Kameraden lässt Wolf einen von ihnen reden. Bei Gersch liest sich der Bericht über diese Szene so: „Die

deutschen Kommunisten, die Wolf als Führungspersonal vorstellt (wovon keine Rede sein kann – K.P.), sind verbitterte, auch rachsüchtige, kleingeistige Leute, von denen nichts anderes zu erwarten war, als was sie in der DDR tatsächlich zustande brachten.“

So geht das durch die historische Filmlandschaft DDR. Wirklich: ein Sehschlitz, keine Warte. Dem Buch ist das Willkommen aller sicher, die sich der schwierigen Aufgabe unterziehen, das staatlich erwünschte DDR-Bild nicht unter Umgehung von Kunst und Literatur so zu schreiben, dass es in eine Geschichtsschreibung hineinpasst, die diesem Land Ideologie (die an sich schlecht), Visionen (die in die Irre leiteten) und Irrtümer (in Permanenz) zubilligt nur eines nicht: irgendeine der Mehrheit seiner Menschen nützende und von ihnen vollbrachte gesellschaftliche Tat. Dumm nur, dass gerade die Wirklichkeit des Jahres 2006 immer wieder und ganz ohne Zutun nostalgischer Propagandisten gerade an letztere erinnert.

Wolfgang Gersch, Szenen eines Landes. Die DDR und ihre Filme, Aufbau-Verlag GmbH Berlin 2006, 226 S., 22. 90 €,

Dokumente, die grübeln lassen

„Da all unsere Verbindungen mit dem Ausland durch den Krieg unterbrochen wurden, erlaube ich mir, Ihnen eine Rarität anzubieten, die Sie nirgendwo in der Welt wiederfinden werden. Ich biete Ihnen zwei wundervolle rotbrüstige Dompfaffen an, handzahm, zwei Volkslieder singend. Ich könnte Ihnen auch die amerikanische Nationalhymne beibringen, was mein Vater schon gemacht hat, bevor unsere Verbindungen durch die wahnsinnige Politik der Nazis unterbrochen wurden. Die Dompfaffen würden Ihnen viele schöne Stunden bescheren. Gern schicke ich ihnen ein detaillierteres Angebot."

Die Sätze entstammen einem Brief, der zu den archivalischen Beständen der Library of Congress in Washington gehört. Er liegt dort im Nachlass von Robert H. Jackson, dem US-amerikanischen Juristen, der 1945 dem Ansinnen des US-Präsidenten Harry S. Truman folgte und die Aufgabe übernahm, mit einem britischen, einem französischen und einem russischen Kollegen als Chefankläger im Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher aufzutreten. In dieser Funktion ist er durch sein herausragendes Verdienst eine Person der Geschichte des Völkerrechts, ja der Weltgeschichte geworden.

Ob Jackson den Brief, einen unter Hunderten, die Deutsche an ihn und seinen Stab richteten, je zu Gesicht bekam, ist ungewiss. Dieser, den ihm der Betreiber einer Züchterei und Abrichtung von Dompfaffen – Versand nach allen Ländern – aus einem Ort bei Fulda geschrieben hatte, gehört noch zu den vergnüglichen, wenngleich auch sein Text darüber ins Grübeln bringen kann, worauf dieses Gerichtsverfahren einen deutschen Vogelzüchter aus Hessen zu bringen vermochte. Von anderen Briefen lässt sich das nicht sagen. Ob sie von bekennenden oder zu erkennenden Nazis geschrieben wurden oder von Deutschen, die das Regime und den Krieg längst satt oder gar von Anbeginn abgelehnt hatten, kein einziger lässt erkennen, dass da ein Absender einen geschichtlichen Zusammenhang auch nur ansatzweise zu verstehen begonnen hatte. So wird die Sammlung, ist sie auch nicht als repräsentativ anzusehen, doch zu einem einzigartigen Zeugnis, das den Umfang der Aufgabe jener belegt, die als Deutsche der alliierten Verordnung des Antifaschismus zur Wirkung zu verhelfen und ihren Landsleuten begreiflich zu machen suchten, was da geschehen und unter Beteiligung der meisten von ihnen in der Welt angerichtet worden war.

Eine ganz andere Gruppe von Briefen bilden jene, die Jackson aus den USA und aus den im Krieg von deutschen Truppen besetzten oder auch aus neutralen Ländern Europas erhielt. Sie enthalten Erwartungen, Meinungen und Ratschläge, wie mit Deutschland und den Deutschen verfahren werden solle. Sind auch die darin unterbreiteten Gedanken, die von Gefühlen der Rache, aber auch von dem Interesse an einem langdauernden Frieden diktiert sind, nicht sensationell, ja nicht einmal überraschend, so vervollständigen und illustrieren sie doch das Bild davon, was über die Deutschen in jenem Moment gedacht wurde, als die Waffen schwiegen und Schritt für Schritt das unvorstellbare Ausmaß der faschistischen Verbrechen an den Tag kam.

Henry Bernhard (Hrsg.): „Ich habe nur noch den Wunsch, Scharfrichter oder Henker zu werden" – Briefe an Justice Jackson zum Nürnberger Prozeß, Mitteldeutscher Verlag, 335 Seiten, 22,00 Euro.

Wege und Irrwege des Antifaschismus

Erfahrungen: Missachtet? Überholt? Aktuell?

Referat auf der Landesmitgliederversammlung der VVN/Bund der Antifaschisten Bayern, 24. Februar 2007 in Dachau.

Aus dem politischen Alltag der Bundesrepublik Deutschland

Am 12. Februar 2007, einem beliebig ausgewählten Tag war in einer einzigen Zeitung, dem in Berlin erscheinenden *„Neuen Deutschland“*, zu lesen. In Leipzig fand ein ostdeutsches Fußballderby statt, Leipzig spielte gegen Aue. Zuerst wurden Spieler und Fans aus der Erzgebirgsstadt in der Heldenstadt als „Juden“ beschimpft, was nichts Neues bedeutete, denn die Anhänger des Leipziger Clubs bevorzugen seit Längerem Rufe wie „Aue und Chemie – Judenkompanie“. Die Provokationen mündeten am Ende des Spiels in eine Schlacht der Leipziger Fans mit der Polizei. Weiter wurde aus Sachsen berichtet: Für den folgenden Tag, den Jahrestag des Luftangriffs auf Dresden im Jahre 1945, habe die Junge Landmannschaft Ostdeutschland (JLO) eine Demonstration angemeldet. Diese Organisation tritt für den „Wiederaufbau Deutschlands“ ein, Schlesien, Ostpreußen und das Sudetenland eingeschlossen. Für diese Haltung fehlt es nicht an Sympathisanten wie jüngst eine Umfrage zeigte, wonach 24 Prozent der Befragten es für falsch halten, dass die Bundesregierung vertraglich auf Gebiete verzichtet hat, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehören. Zu dieser Jungen Landsmannschaft gehören Leute aus dem Umkreis derer, die vom „Bomben-Holocaust“ sprechen. Das kann in Deutschland ungestraft geschehen. Demonstranten, die auf Transparenten die alliierten Flieger Exekutoren des Massenmords nennen, werden von Polizisten begleitet. Die Dresdener Polizei hatte für den 13. Februar den Gegendemonstranten inzwischen einschränkende Auflagen erteilt und ihnen beabsichtigte Gewalttaten unterstellt. Aus Hamburg wurde die Meldung gedruckt, dass 50 Neonazis gegen den Bau einer Moschee in Bergedorf demonstriert hätten. Auch dort kam es zu Zusammenstößen, jedoch zwischen Gegendemonstranten und der Polizei.

Das ist Deutschland und was wird am gleichen Tage aus dem Ausland gemeldet? Aus San Francisco, dass Elie Wiesel. Friedensnobelpreisträger, in einem Hotel von einem Holocaustleugner angegriffen worden sei. Über den Hergang machen Täter und Opfer unterschiedliche Angaben. Aus Paris, dass die sozialistische Präsidentschaftskandidatin als einen Punkt ihres Programms vorgeschlagen hat, jugendliche Gewalttäter in Erziehungszentren zu schicken, wo sie, wenn nötig militärisch „betreut“ werden sollen. Auf der Sportseite wird gemeldet, dass in Italien die Fußballspiele nach den Krawallen mit einem getöteten italienischen Polizisten doch stattgefunden haben, teils vor leeren Rängen. Die Nachricht wird hier angefügt, weil bei den Krawallen in und vor Fußballstadien in Deutschland nachweislich Rechtsextreme maßgeblich beteiligt sind.

Die Mehrheit der Bürger hat sich an derartige Meldungen gewöhnt, wenn sie diese überhaupt zur Kenntnis nimmt und das tut jedenfalls die Mehrheit der Deutschen nicht, wie allein die Zahl der Zeitungsleser ausweist. Das Fernsehen, von Magazinsendungen abgesehen, liefert in den täglichen Meldungen nur selten Informationen aus der nazistischen und rechtsextremen Szene, darum besorgt, das Bild Deutschlands im Ausland nicht zu verdüstern.

In der gleichen Ausgabe waren auch Nachrichten über Gegenaktivitäten zu lesen: So hatte in Potsdam eine Tagung zum Thema „Praxisorientierter Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten“ stattgefunden. Die Neonazis würden, hieß es, immer häufiger entpolitisiert (es erscheint mir fraglich, ob diese Kennzeichnung zutrifft) auftreten und auf Stimmungen in der Bevölkerung setzen, vorwiegend auf Fremdenfeindlichkeit, die nach Angaben eines Instituts der Universität Bielefeld in Westdeutschland 46, in Ostdeutschland 60 Prozent der Befragten teilen würden. Sie unterwanderten auf Dörfern die örtliche Feuerwehr und den Schützenverein und durch demonstrative Aktionen für Sauberkeit und Ordnung gewännen sie Sympathisanten. Mitgeteilt wurde, dass auf der Biennale der Film über Simon Wiesenthal vorgestellt wurde „Ich habe euch nicht vergessen“, den das Zentrum produziert hat, das seinen Namen trägt. Als Spielfilm wurde dort auch ein Streifen gezeigt, dessen Geschichte sich um die Geldfälscher-Zentrale im KZ Sachsenhausen rankt, in der Juden ihr Leben dadurch retteten, dass

sie den Peinigern ausländische Banknoten fälschten. Vom Land Berlin heißt es in einer Notiz, es habe 2006 insgesamt 1,4 Millionen Euro für Projekte gegen den Rechtsextremismus ausgegeben, vor allem an Organisationen, die sich auf diesem Feld engagieren.

Diese Durchmusterung der in Berlin erscheinenden Zeitung lud zu einem Vergleich ein. Am gleichen Tage meldete der *„Weserkurier“* auf der ersten Seite „Ausschreitungen nach einem Fußballspiel“ und im Innern leitete er einen ausführlichen Bericht aus Leipzig mit der Bemerkung, dass „der ostdeutsche Fußball wieder einmal für Negativ-Schlagzeilen gesorgt“ habe. In dem fehlte der Verweis darauf, dass die Randalierer gegen die Fans der Gäste mit dem als Schmäh- und Schimpfwort benutzten Wort „Jude“ gehetzt hatten. Des Weiteren wurde in einem Drei-Spalter unter der Überschrift „Extremisten dürfen marschieren“ aus Hildesheim von der Genehmigung eines Neonaziaufmarsches berichtet, der als Kundgebung gegen Repressalien und Polizeiterror stattfinden solle, denen sie angeblich ausgesetzt wären. Stadt- und Polizeiobere hätten keine Handhabe für ein Verbot gefunden und Proteste angekündigt wären. Auf die Seite der Demonstrationsgegner hätten sich auf die Würdenträger beider großen christlichen Kirchen gestellt.

Geschichte – Fragen, Lehren und Fallen

Seit die Faschisten am Beginn der zwanziger Jahre in Deutschland, Italien und weiteren europäischen Staaten hervortraten, regten sich ihre Gegner, die bald auch Antifaschisten genannt wurden und sich selbst nannten. Und seit es diese gibt, existiert unter ihnen eine mitunter in heftige Auseinandersetzungen führende Debatte darüber, wie die Faschisten erfolgreich zu bekämpfen seien. In Deutschland erhielt diese Auseinandersetzung durch die Erfahrungen des Jahres 1932/1933 die kräftigste Nahrung. Ein Grund für das Dafür und das Dawider bestand bereits in den unterschiedlichen Antworten auf die Frage: Wer sind die Faschisten und woher kommen sie eigentlich in die geschichtlichen Kämpfe. Woher beziehen sie ihren Anhang? Die Reihe des Aufzuklärenden setzte sich dann fort: Wer sind verlässliche Verbündete im Kampf gegen die Faschisten und wer gehört womöglich nur zu den zeitweiligen Gefährten? Welche Rolle spielt die ideologische, welche die politische Konfrontation? Wie verhält sich die Auseinandersetzung mit den Faschisten zu der ebenfalls notwendigen mit anderen Gegnern? Was heißt, den Faschismus mit den Wurzeln beseitigen? Und was eint Antifaschisten über das Anti hinaus, was ist ihr Pro?

Diese Fragenreihe zeigt, dass es nicht eine besondere Streitlust der Antifaschisten ist, die sie mitunter heftig gegeneinanderstellt. Die Antworten, die gesucht werden, betreffen eine komplizierte Materie und sie lassen sich, da die geschichtlichen Situationen wechseln, auch nicht ein für alle Mal geben und dann in einen zeitlosen antifaschistischen Katechismus fassen. Dennoch liefert die Geschichte antifaschistischer Kämpfe Denkstoff die Menge und dies allein, wenn man sich fragt, warum Antifaschisten so oft nicht zu gemeinsamer Aktion finden konnten. Der Standpunkt des Großen Hegel, die Geschichte habe vor allem gezeigt, dass man aus ihr nichts zu lernen vermöge, ist nicht der meine. Sie belehrt uns zumindest über die Folgen, die unvermeidlich eintraten, wenn Menschen sich auf die eine oder andere Weise verhielten.

Zugleich ist Beschäftigung mit der Geschichte und die Berufung auf ihre „Lehren“ so etwas wie eine Bekanntschaft mit einer Verführerin. Zwei Gefahren lauern. Die eine rührt daher, dass geschichtliche Erfahrungen so etwas wie ein Verfallsdatum haben, nur dass dies ihnen nicht wie manchen Lebensmitteln aufgedruckt ist. Das besagt: die Verhältnisse können sich so weit ändern, dass das Erfahrungsmaterial der Vorfahren vollständig entwertet ist. Dann ist Geschichte ganz und gar zur Asche geworden. Wird dann dennoch auf sie zurückgegriffen, ist der Misserfolg das Ergebnis. Wer heute, um es auf eine auch strittige Frage zuzuspitzen, die Weltveränderung auf die Erfüllung der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ gründet, hat den gesellschaftlichen Strukturwandel des 20. Jahrhunderts weitgehend verpasst. Die Frage nach dem historischen Subjekt umwälzender Veränderung muss neu gestellt und beantwortet werden. Die andere Gefahr ergibt sich daraus, dass Handelnde eben dieses historische Rohmaterial für veraltet und vollkommen unbrauchbar halten, während in Wahrheit die Zustände sich soweit noch gar nicht gewandelt haben. Dann müssen missachtete Erfahrungen noch einmal gemacht, muss das unvermeidliche Lehrgeld noch einmal entrichtet werden. Der letztgenannte Fall scheint im Jahre 2007 von besonderem Interesse.

Weithin gelten Erfahrungen der Großelterngeneration heute den Jungen als der „Schnee vom letzten Jahr“. Die Demokratie im Lande scheint ihnen gefestigt und ungefährdet und die Nazis als eine Randerscheinung. Besondere Besorgnisse um die Zukunft seien daher überflüssig. Die aktiven Antifaschisten gelten ihnen womöglich als eine ehrbare, aber doch eigentlich irgendwie merkwürdige Truppe, geleitet von überflüssigen politischen Ängsten oder fixiert auf Schreckensszenarien für die Zukunft. Hitler ante portas? Ein Gespenst düsterer Denker nicht der Wirklichkeit. Damit haben die Antifaschisten ihr erstes Problem. Sie müssen ihre Überzeugung glaubhaft machen, dass wir den Zeiten, die Hitler, Mussolini, Franco und die anderen Faschistenführer geboren haben, die aus kleinen Trupps Massenbewegungen machten, aus Rand- Zentralerscheinungen der Geschichte, nicht entronnen sind. Das erfordert einigen Erklärungsaufwand über die gegenwärtigen Weltzustände. Es genügt nicht, darauf zu verweisen, dass sich vier Jahre vor dem folgenschweren Ereignis des 30. Januar 1933, Anfang 1929 also, kaum jemand Hitler in der Wilhelmstraße und als Reichskanzler denken mochte. Damit allein ist die überraschende Möglichkeit einer Wiederholung nicht bewiesen. Geredet werden muss, mit Brecht zu sprechen, von den Eigentumsverhältnissen und den aus ihnen hervorgehenden Interessen, denn es waren verfochtene Interessen, die den Faschismus 1933 an die Macht brachten. Der 30. Januar 1933 ist ein Lehrbeispiel dafür, dass die Mächtigen der kapitalistischen Gesellschaft deren politische Struktur stets unter pragmatischen Aspekten sehen, den Gesichtspunkt eigenen Vor- und Nachteils wählen und danach entscheiden, für welche Ausprägung dieser Zustände sie eintreten. Sie entschieden sich in Deutschland für die Nazis, als ihnen die Republik, die sie nach der Revolution 1919 und als deren Gegengift favorisiert hatten, nicht mehr taugte. Dabei existiert zwischen einer ökonomisch-politischen Krisenlage der Herrschenden und ihrer Antwort darauf keineswegs eine gesetzmäßige Beziehung, die sie zum Übergang zu faschistisch-diktatorischen Praktiken zwingen würde. Bei gleicher oder ähnlicher Situation können die Antworten sehr verschieden ausfallen, wie gerade auch die Große Krise 1929-1932/33 mit den unterschiedlichen Entwicklungen in Deutschland, Frankreich oder den USA zeigt. Der Faschismus bildet nicht, wie in manchen linken Kreisen angenommen wurde, den Idealtypus kapitalistischer Herrschaft. Jedoch: Ein Narr, wer in diesen Kreisen Herzensmonarchisten, Herzensrepublikaner, Herzensfaschisten sucht. Wandeln sich die Zeiten, wandeln sich die Situationen, wandeln sich dort die Gesinnungen.

Bedingungen antifaschistischer Arbeit heute

Wie also steht es mit den Zeiten, den unsrigen? Die permanente Offensive des Kapitals zur Einsparung lebendiger Arbeit, die Freisetzung von Arbeitskräften, die Senkung oder das Einfrieren der Reallöhne der Arbeitenden und weitere Folgen ungehemmten Profitstrebens haben bislang in Deutschland so schwache Gegenwehr der Betroffenen hervorgerufen, dass diese Geringfügigkeit die Herrschenden zeitweise geradezu beunruhigt hat. So leicht und komplikationslos hatten sie sich die Wende weg von der vielgepriesenen sozialen Marktwirtschaft, eingeleitet unter dem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder, nicht vorgestellt. Strategen des Kapitals raten mitunter, sich nicht verführen zu lassen und es nicht zu übertreiben. In den sich soeben anbahnenden Lohnauseinandersetzungen wird konzediert, dass die Arbeiter und Angestellten vom größeren Kuchen etwas abbekommen sollen, aber natürlich nicht zu viel. Jetzt seien sie, die Fleißigen, an der Reihe. Das meinen auch gewerkschaftlicher Sympathien so unverdächtige Organe wie die Zeitschrift „*Stern*„, die in einer Aufmachung und auf großen Plakaten sich für die Neuaufteilung des Kuchens ausspricht.

Doch es geht fort. Volkes Meinung, möge sie soziale Fragen betreffen, möge sie sich auf die Außenpolitik bis hin zu Kriegseinsätzen beziehen, gilt nicht, solange sie nicht auf die Straßen getragen wird, solange sie nicht zu politischen und wirtschaftlichen Protesten führt. Bloße Meldungen von Umfrageergebnissen. und zeigen sie selbst, dass zwei Drittel und mehr der Bevölkerung eine Regierungsmaßnahme missbilligen, beunruhigen die Parteiführer in der Regierungskoalition nicht. Das Geschimpfe an einer Straßenecke, vor einem Kiosk, in einer Kneipe oder vor dem häuslichen Fernsehgerät ist bedeutungslos. Das hat schon Joseph Goebbels nicht beunruhigt, er da vom erleichternden „Stuhlgang der Seele“ sprach. Derart darf, ja, soll sich das Volk erleichtern, solange es der dominierenden Propaganda glaubt, dass es zu den existierenden gesellschaftlichen Zuständen und auch zu den gerade getroffenen politischen Maßnahmen der Regierenden keine Alternative gibt. Und das tut

es im Kleinen, im Hinblick auf eingreifende Veränderungen in die von Kapitalinteressen dominierte Gesellschaft und erst recht hinsichtlich einer grundlegend anderen, denn mit dem Untergang des sogenannten realsozialistischen Systems ist, wie auch schon einmal nach den Niederlagen der dem Ersten Weltkrieg folgenden revolutionären Kämpfe, ich beziehe mich auf eine Feststellung Clara Zetkins, „der Glaube an den Sozialismus selbst“ weithin verloren gegangen.

Damit ist auch gesagt: Die aktuelle politische Führungsschicht, gebildet aus den Großparteien, funktioniert, nicht jede einzelne Person in ihr, da kann manche verschleißen und ersetzt werden müssen, wie eben im Falle des bayerischen Ministerpräsidenten zu bemerken, aber sie funktioniert als Gruppe. Und Nachschub ist vorhanden, drängt und drängelt nach vorn, zumal Wege in der Politik die Chance auf verlockende Karrieren eröffnen. Die jüngste dieser Lockungen gibt der Sozialdemokrat Gerhard Schröder in der Zeit seiner Nachkanzlerschaft. Kurzum: dieses politische System Bundesrepublik Deutschland in seiner gegenwärtigen Verfasstheit, an der ständig weitergearbeitet wird, sichert für die Herrschaftsverhältnisse Stabilität. Nichts spricht für die Notwendigkeit eines Wechsels, abgesehen von der Favorisierung der jeweiligen Anführer und deren Austausch. Zu unterscheiden ist mithin, ob – das ist ein viel zitiertes Bild – der Schoß einer Gesellschaft noch gebären kann oder ob er wirklich schwanger ist. Das wird in der Agitation von Linken und allgemein von Antifaschisten meist in einen Topf geworfen.

Also: Wozu dann Nazis, wozu die Nachfahren der Hitler und Strasser usw.? Wo doch sie kein Bedarf angemeldet ist. Sie fungieren nicht einmal erkennbar als Reservearmee, als Ersatzheer. Schwer denkbar, dass sich Herr Ackermann oder Herr Hartz mit Herrn Worch verabredet hätte. Die Nazis werden von Staatswegen beobachtet und ihre Aktivitäten registriert (das geschah auch in der Weimarer Republik), sie werden von Spitzeln des Staates unterwandert und manchmal auch gelenkt, ihnen werden Aktivitäten limitiert (das geschah in besagter Republik auch), und sie werden von der bewaffneten Staatsmacht, halten sie sich selbst an Vorschriften und Auflagen, auch geschützt. Straftäter der rechtsextremen Organisationen kommen vor Gericht und werden verurteilt (das geschah in Weimarer Zeit auch und auch dort meist milde). Jüngste Meldungen belegen das. Das in Mannheim vom dortigen Landgericht gefällte Urteil gegen den Hitler-Verehrer und Holocaust-Leugner Ernst Zündel ist mit dem Vermerk „Höchststrafe“ bekannt gemacht worden. Und der Polizeipräsident in Frankfurt/Oder hat den Wunsiedel-Ersatzmarsch für Rudolf Heß in Halbe, das die Nazis zu einem Wallfahrtsort machen wollen, in diesem Jahre verboten. Das ist gut zu heißen, aber nicht zum wenigsten Auslandspropaganda. Die prügelnden „Jungs“, die tagtäglich Antifaschisten und nicht nur sie terrorisieren und einzuschüchtern suchen, kommen in aller Regel mit Bewährungsstrafen davon, die in ihren Kreisen als so etwas wie ein Orden gelten.

Das dem Bürger vermittelte Bild besagt: Verfassungsschutz, Polizei, Gerichte haben die Sache in der Hand. Warum soll er da aufstehen? Zumal er zumeist über das Tun und Treiben der Nazis, Neonazis und anderen Rechtsextremisten wenig bis nichts weiß und das schützt ihn vor Beunruhigung. Und so beginnt die Arbeit der Antifaschisten, ohne für diese Leute Propaganda zu machen und sie zusätzlich aufzuwerten, damit, zu sagen, was in dieser Republik geschieht. Nicht wenige Antifaschisten befassen sich damit, diese unerfreulichen Nachrichten zu sammeln und darüber zu informieren, in der Presse, in Flugblättern, im Internet. Aber über die Reichweite und Wirkung dieser Nachrichten kann man sich schwerlich Illusionen machen. Welche bürgerliche Zeitung hat in jüngster Zeit eine Analyse veröffentlicht, welche einen Blick aufs Ganze unter ihre Leser gebracht? Ab und an erscheinen Kurzmeldungen über Statistiken des Verfassungsschutzes in dem Stil: Haben die Straftaten zu- oder abgenommen, von welchem Charakter sind sie usw. Und da zeigt sich nun freilich, dass die Delikte der Rechtsextremen 2006 gegenüber dem Vorjahr wieder zunahmen. Unter dem Strich ergibt sich, dass der Punkt, da die Nazis und andere Rechtsextremisten zurückgedrängt, auf die Verliererstraße gebracht wären, keineswegs erreicht ist.

Beobachtungen und Erfahrungen in Sachsen

Deshalb ein paar Bemerkungen mehr zur Situation in einem Land, auf dessen Bearbeitung sich die Rechtsextremen offenbar spezialisiert haben, insbesondere seit den Wahlerfolgen bei der jüngsten

Landtagswahl, zu Sachsen also. In Riesa etablierte sich auch der Verlag „Deutsche Stimme“. Hier wie überall bietet die braune Szene ein buntes Bild von Parteien (NPD, DVU, Republikaner, Freiheitliche Partei Deutschlands), Organisationen und Zusammenschlüssen, sie zeigt sich zerstritten, sucht nach Gemeinsamkeiten und strebt Verbindungen für Aktionen an. Sie bewegen sich allesamt hart an der Verbotsgrenze und testen immer aufs Neue, was sie sich in diesem Staate ungestraft erlauben können. Und das ist viel: Man muss schon CDs vertreiben, die von Gruppen mit den Namen „Feuerstoß“, „Spreegeschwader“ und „Stahlkappen“ produziert werden mit Texten wie „Krakenkreuz“ oder „Der Untermensch“, um – wie eben in Dresden – vor einen Richter zu gelangen.

Misserfolge und das bisher vergebliche Suchen nach einem Durchbruch nährt den Streit über die Taktik. Friedliche Demonstration der Stärke oder Gewalttätigkeit bis hin zum individuellen Terror oder beides – das bildet eines der Dauerthemen. Ein anderes: Zivilisierung im Äußeren oder Uniformierung? Kennzeichnend für das Vorgehen sind wie bei den Vorbildern aus Nazizeit in den 20er Jahren Provokation und Randale. Treffpunkte von Antifaschisten, Lokale und Jugendheime werden überfallen. So unlängst in Döbeln, wobei gerätselt wurde, ob das ein Racheakt für einen Überfall Vermummter auf eine Versammlung von Neonazis in einem Lokal in Waldheim in der Vorwoche gewesen sei. Störaktion fand während der Aufführung eines Theaterstückes mit dem Titel „Hass im Herzen“ in Freital, einer Stadt nahe Dresden, statt, in dem die Geschichte eines Skinheads erzählt wird, der aus der Szene aussteigen will. In Leipzig-Lindenau provozierten Nazis, als dort eine Filmvorführung stattfand, die über die rechtsextreme „Szene“ aufklärte. In Mittweida, einer anderen Kleinstadt Sachsens, fanden sich bei 70 Demonstranten, die sich am 27. Januar an einer Gedenkstätte versammelten, etwa 30 Rechtsextreme ein, ohne anders zu stören als durch ihr zur Schau gestelltes Dasein. Wiederholt schon hat ein FDP-Abgeordneten in einem kleinen sächsischen Ort Sachbeschädigung zu beklagen, der mit Erfolg für die Schließung eines Jugendclubs eingetreten war, der Rechtsextremen als Treffpunkt gedient hatte. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass tagtäglich neue Aktionen dieser meist „freien Kräfte“ stattfinden.

Dabei werden nach wie vor vorzugsweise skandalmachende Höhepunkte inszeniert, wie jüngst wieder am 13. Februar in Dresden und anderen Städten, wo unter der – ebenfalls gestohlenen – Losung operiert wurde „Gegen das Vergessen“. Gesucht werden permanent zu den bereits erworbenen – im Bundesgebiet sind es nach Auskunft im Bundestag inzwischen 20 – weitere Immobilien, die sich als Herbergen und Schulungsstätten eignen. Solche Suche wird auch aus Wunsiedel gemeldet, das nicht aufgegeben ist. In Dresden strebt die NPD den Kauf einer Halle an, die sich für das Abhalten von Parteitagen und Festen eignet. Diese Bestrebungen verstärken sich angesichts der Erfahrungen, dass Lokalinhaber, die ihre Räume den rechtsextremen zur Verfügung stellen, vielfach unter den Druck der Öffentlichkeit geraten sind und deren Boykott fürchten. In Sachsen gibt es inzwischen Kontakt zwischen antifaschistischen Kräften und der Organisation des Gaststättengewerbes, der Betreiber solcher Lokalitäten vor unliebsamen Überraschungen schützt.

Eine Minderheit von Bürgern, mitunter aber auch alle Parteien in einem Ort, stellen sich diesem Treiben und solchen Etablierungsversuchen entgegen. Gegenwärtig erleben wir eine Parteinahme für ein NPD-Verbot, die erheblich über die organisierten Antifaschisten hinausreicht. In Klein- und Mittelstädten haben sich Zusammenschlüsse gebildet, welche den Nazis in ihren Mauern keinen Handlungsraum lassen wollen, kein Lokal, kein Stadion keinen Klub. Diese Initiativen, die sich vielfach auf Einwohner stützen, die nur ihre Ruhe haben wollen und, um diese zu sichern, doch ins politische Nachdenken geraten, verdienen mit allen erreichbaren Mitteln bekannt gemacht zu werden. Dies umso mehr, als Antifaschisten, die an anderen Orten auf Umtriebe und Unterwanderungen von Vereinen aufmerksam machen, Entwicklungen, die von Stadtoberen unter den Teppich gekehrt werden, als Nestbeschmutzer Verunglimpfung erfahren.

Und die Staatsmacht? Das Bild entschlossenen Vorgehens täuscht. Sie verschafft Rechtsextremen regelmäßig Handlungsräume mit dem Argument: Solange sie nicht gegen ein Gesetz verstoßen haben oder verdächtig sind, das zu beabsichtigen (und da ist ein breiter Ermessensspielraum), werden sie als rechtschaffene Bürger behandelt und geschützt. Sie erhalten einen ganz unverdienten Bonus, der anderen Bürgern im Zuge der sogenannten vorbeugenden Terrorbekämpfung übrigens nicht zugebilligt

wird. Wer hingegen aufruft, einen Nazi-Aufmarsch zu blockieren, gilt als potentieller Gewalttäter und gerät ins Visier des Verfassungsschutzes. Die Polizei hat, sind sie einmal genehmigt, zu sorgen, dass die Aufmärsche stattfinden können. Die Kosten entrichtet der Steuerzahler, der häufig indirekt den Aufmarsch wie dessen Schutz bezahlt. Und was nach begangener Straftat deren Verfolgung betrifft, so vergehen zwischen Tat und Verhandlung vor einem Gericht lange Zeiträume. Ein Jahr ist keine Seltenheit. In der Öffentlichkeit ist die Untat schon vergessen, die Empörung verraucht, das Interesse erloschen oder überdeckt durch folgende Gewaltakte. Inzwischen haben die Täter hinreichend vorzeigbare Argumente für ihre Harmlosigkeit und Artigkeit angesammelt und können – die Gefängnisse sind ohnehin heillos überfüllt – milde zu Bewährungsstrafen verurteilt werden. Auch diese Kosten zahlt der Bürger, dem nicht gesagt wird, was aus Steuergeldern für ein solches Gerichtsverfahren aufzuwenden ist.

Zur Taktik der Demagogen

Aufmerksamkeit und Sympathie gewinnen, das ist die Hauptlinie der Nazis, für deren Einhaltung es angesichts des dumpfen Anhangs freilich weithin an Kräften fehlt. Für öffentliche Auftritte und neuerdings für Fackelzüge, auch nach altem Vorbild, reicht es. Schwieriger wird es mit dem, was sie mit einem Wortungetüm „Wortergreifungsstrategie“ nennen und meint, dass man sich mit Gegnern in die offene geistige Feldschlacht einlassen und nicht mit dem Hersagen von Parolen begnügen soll. Für den Kampf um die Köpfe fehlt es weithin an Potenz, nicht jedoch an Aktionen und Gesten, die auf andere Weise Eindruck machen sollen und können. Wo Unzufriedenheit aufgespürt wird und sich zu Bürgerinitiativen und Protestbewegungen bündelt, suchen die Rechtsextremen mitzumachen und zu punkten, wobei das Thema nahezu gleichgültig ist. Beispiele: In Mecklenburg agieren sie in einer Kleingruppe von Biobauern gegen die Anwendung von Gentechniken. An einer Universität wenden sie sich gegen Sparmaßnahmen auf Kosten der Studenten. In einem anderen Gebiet treten sie gegen die Errichtung eines Braunkohletagebaus auf. Das kann lokal Wählerstimmen ergeben und Zutritt zu örtlichen Volksvertretungen, wovon neue Einflussmöglichkeiten erhofft werden. Den meisten Honig aber suchen die Nazis gegenwärtig, nicht anders als ihre Vorgänger, aus der Ausbreitung von Armut und elenden Zuständen, aus Verdrossenheit und Zukunftsängsten zu saugen. Aufgenommen wird die Tradition der sozialen Demagogie, die keine Skrupel kennt. Wahlanalysen zeigen, dass – beispielsweise im ostdeutschen Mecklenburg – ein erheblicher Teil der rechtsextremen Wähler aus Kreisen der Erwerbslosen und da wiederum von jungen Erwerbslosen gestellt wird.

Dagegen setzen Antifaschisten, ebenfalls traditionell, die Methode der Entlarvung dieser Demagogie als verlogen. Insbesondere die Kommunisten, nicht sie allein, haben die in der Endphase im Hinblick auf die Hitlerpartei energisch betrieben. Sie verwiesen auf wirkliche Ursachen der gesellschaftlichen Gebrechen und die Wahrheit war auf ihrer Seite. Nur: Geholfen hat es nichts. Notwendig ist, will man den Demagogen das Wasser wirklich abgraben, ein glaubwürdiges Gegenprojekt und das kann nicht allein – wie damals praktiziert – in der Entgegensetzung von Hakenkreuz und Sowjetstern bestehen. Die erwies sich schon 1932 als verfehlt. Welche Grenzen sozialpolitischen Projekten in dieser kapitalistischen Gesellschaft auch immer gesetzt sind, in Gemeinden, Kreisen und Ländern muss praktisch nachgewiesen werden, wer Interessen der Benachteiligten, der Schwachen, der Hilfe Suchenden und Ratlosen vertritt. Da darf den Nazis die Initiative nicht überlassen werden, wenn auch nicht verhindert werden kann, dass sie sich da oder dort anschmieren und als sogenannte Trittbrettfahrer profitieren wollen.

Verbunden wird, wieder nach erfolgreichem Vorbild, die soziale mit der nationalen Demagogie, die aktuell ihren Stoff aus der Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen bezieht, auf die junge Nazis, wie auf ihrem „10. Europäischen Kongress der Jugend“ (der in Bernsdorf Sachsen stattfinden sollte und bei dessen Organisation die Veranstalter auf erhebliche Hindernisse stießen, so dass sie schließlich in ihre Räume der Redaktion „Deutsche Stimme“ in Riesa ausweichen mussten,) die Devise vom „deutschen und europäischen Nationalismus“ entgegenhalten. Sie können daraufsetzen, dass die weithin unverstandenen, hochkomplizierten Prozesse weltwirtschaftlicher Entwicklungen, vorangetrieben von den Großmächtigen der Banken, der Industrie, des Handels und der Dienstleistungen, Raum für ihre agitatorischen Argumente schaffen. Die sind mit Verweisen auf anonyme öko-

nomische Kräfte leicht zu haben, etwa durch die Anprangerung von in der Ferne entschiedenen Schließungen von Werken im eigenen Lande, wobei – wie eben deutlich geworden – das „deutsche“ Kapital keine andere Rolle spielt als das „US-amerikanische“. Auf dieser Linie liegen auch Mobilisierungen rechtsextremer Kräfte gegen den bevorstehenden G-8-Gipfel in Heiligendamm. Mit dieser Haltung können sich die Rechtsextremen freilich, nicht anders als die Hitlerpartei in ihren Anfängen, jenseits von betroffenen Schichten der Arbeiter und Angestellten nur beim Kleinbürgertum und der kleinen Bourgeoisie Sympathien erwerben.

Nun haben auf dem weiten Feld, auf dem sich nationalistische Stimmungen wecken lassen, die Rechtsextremen Konkurrenten bis in die Mitte der Gesellschaft bekommen. Das Kapital hat bei allen Bekenntnissen zu Europa und uneingeschränkter Weltoffenheit den Nationalismus längst als eine segenbringende Kraft wiederentdeckt. Die Kampagne „Du bist Deutschland“ war nicht nur von der äußersten Rechten getragen. Ihr Kern bestand im Appell, mehr Verantwortung zu übernehmen und vor allem am Arbeitsplatz, also angestrengter zu malochen. Die Ideologen und Politiker der gemäßigten Rechten und der Mitte behaupten sämtlich, einen „gesunden Nationalismus“, eine „gesunde Vaterlandliebe“ zu verfechten und nur zu beanspruchen was jeder anderen Nation zugebilligt würde, ihrer Liebe Ausdruck zu verleihen. Dem ließe sich glauben, wäre da nicht stets die Vorstellungen untermischt, die Deutschen müssten immer und überall die Größten sein. Und würde nicht, um ein Kuriosum und eine Groteske in einem zu nennen, nicht die Zeitung „Der Sudetendeutsche“ über den Beginn des Wettkampfes um die Fußballkrone in ihrem Bericht nicht mit der Überschrift versehen haben „Das erste Tor schoss ein Sudetendeutscher“. Der Torschütze war 1983 in München geboren. Die Enttäuschung über den Ausgang der Europameisterschaft ebenso wie der Jubel über den Verlauf der Weltmeisterschaft im Fußball und jüngst der Triumph angesichts des Titels eines Weltmeisters im Handball bewiesen, woher Nationalisten ihre Munition für Stimmungsmache auch beziehen. Dass friedliche Bilder arg täuschen können, darüber bietet die Olympiade des Jahres 1936 ein denkwürdiges Beispiel, ohne dass unterstellt werden soll – weder den Jubelnden von 1936 noch denen von 2007 –, dass sie sich an den Ereignissen und Erlebnissen nicht ehrlich erfreut haben.

Ein vorhandenes, aber unausgeschöpftes Potential

Auf welchen Wegen auch immer: den Nazis und den ihnen verwandten Rechtsextremisten ist kein Durchbruch zu einer Massenbewegung von innenpolitischem Gewicht gelungen und kurzfristig steht der auch nicht in Aussicht. Und das, wiewohl es in der Bundesrepublik weithin ein gedankliches und Stimmungspotential gibt, das mit dem ihren hochgradig verwandt ist. Worin besteht es: Zum ersten aus einer sich ausbreitenden allgemeinen Unzufriedenheit mit der Politik der Herrschenden, einer Haltung, die als Politikverdrossenheit bezeichnet wird und sich vornehmlich in der Abstinenz bei Wahlen und staatlichen Befragungen, jedoch auch im allgemeinen Rückgang des Grades politischer Organisiertheit äußert. Diese Haltung verbindet sich mit der anscheinend unumstößlichen Erfahrung: Wir können ohnehin nichts ändern, wobei keine Selbstbefragung erfolgt, ob man an Änderungsversuchen überhaupt je beteiligt war. Diese Resignation, die den am Wirtschafts- und Staatsruder Stehenden willkommen sein mag, haben Rechtsextreme – nota bene: so wenig wie Sozialisten – aufbrechen können. Ihre Mobilisierungsversuche sind erfolglos geblieben oder nach Anfängen – erinnert sei an die Montagsdemonstrationen – rasch zum Erliegen gekommen. Die Nazis können aber mit Genugtuung die Ergebnisse der eben veröffentlichen Bertelsmann-Studie über politische Ansichten der Deutschen lesen, die ihnen das Vorhandensein so vieler geistiger Sympathisanten erneut bestätigen, ein Potential, das sie bisher nicht zu aktivieren vermochten. Diese Ermittlungen stuften 56 Prozent der BRD-Bürger in die Kategorie nicht antisemitisch ein, während 44 Prozent sich der nicht zurechnen ließen und 15 Prozent eindeutig die Zuweisung zu den Antisemiten verdienten. 40 Prozent der Befragten meinten, der Faschismus habe auch gute Seiten aufgewiesen, ein Urteil, das sich bei einem erheblichen Teil nicht auf eigene Erfahrungen oder seinerzeit gewonnene Vorteile stützen kann. Und eine Mehrheit der Deutschen plädiert, was den „Nationalsozialismus“ angeht, für den Schlussstrich, 60 Prozent in den alten und immerhin schon 50 Prozent in den Neuen Bundesländern. Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Sympathisantenschar der rechtsextremen Parteien und Organisationen auf ideologischem Gebiet erheblich und sehr viel größer ist als auf politischem Ge-

biet. Anders gewendet heißt das auch: Gegen die Parolen der Nazis argumentieren bedeutet einen erheblichen Teil des Gedankenhaushalts von Millionen Deutschen treffen.

Die Rolle der Nazis und der Platz der Antifaschisten in dieser Gesellschaft

Welche Rolle spielen die Nazis und ihre Verwandten also in der Gesellschaft? Sie sind in diese nicht von irgendwelchen geheimnisvollen Mächten installiert zu wohl berechneten Zwecken. Aber einmal in ihr etabliert, nehmen sie da einen Platz ein, den sie unbesetzt finden und der ihnen von der Gesellschaft zugebilligt wird. Sie sind, was schon weitgehend vergessen ist, aber an vielen ihrer Aktionen abgelesen werden kann, 1. eine Kampfgruppe gegen alle Linken und sie beschäftigen durch ihr Dasein und Hervortreten die Linke und darüber hinaus antifaschistisch-demokratische Kräfte, von denen sich manche ausschließlich an ihnen verbrauchen und ihre eigene Aktivität auf Reaktionen auf Naziaktionen beschränken. Das gilt in besonderem Masse für sogenannte autonome Antifa-Gruppen die sich in die verschiedensten Konfrontationen mit Neonazigruppen und sich fragen müssen, welche politische Bedeutung ihnen tatsächlich zukommen und welche Wirkungen in er Öffentlichkeit sie erreichen wollen. In Dresden brachen Autonome in einen Sitz der Rechtsextremen ein und entwendeten dort das von diesen gesammelte Antifa-Antifa-Material, von dem sie annehmen, dass es – so etwa Namenslisten – dem Verfassungsschutz zugespielt wird. Der erschien bald danach und nahm es von denen mit, die es in ihren Besitz gebracht hatten. In Nürnberg besetzten Autonome einen Zug, mit dem Rechtsextreme in das nahe Gräfenberg fahren wollten, wo sie des Öfteren an einem Kriegerdenkmal ihre Kundgebungen abhalten. Sie verwehrten ihnen den Zutritt, worauf diese sich auf die Geleise setzten und die Zugabfahrt behinderten. Dann griff die Polizei ein und, wie es in einem Bericht hieß, trennte die Gruppen. Schließlich durften die Rechtsextremen verspätet reisen. Sind diese Konstellationen nicht allen willkommen, die davon – beispielsweise als Konservative – ihren Vorteil ziehen, denn sie geraten aus dem Visier oder an dessen Rand. Und 2. bilden sie ein Auffanglager für Unzufriedene, die unter Umständen sich eben dieser Linken zuwenden würden. Diese aber gilt den Herrschenden nach wie vor als der unbequemere, prinzipielle und vor allem perspektivisch nicht zu unterschätzende Gegner. Davon zeugt am, stärksten der Dauerdruck der auf die Linke mit dem Ziel ausgeübt wird, ihre Programmatik und Praxis zu entschärfen, womit sie sich dann selbst als eine gesellschaftskritische und – verändernde Kraft diskreditiert und ausschaltet. Davon profitieren indirekt auch die Rechtsextremen, die sich dann als einzige wirkliche Revolutionäre, als nationale Sozialisten, als Kräfte des Widerstands usw. herauszustellen vermögen.

Was aber ist in dieser Konstellation der Platz des Bundes der Antifaschisten? Er konfrontiert sich in erster Linie, wie im Namen gesagt, den Faschisten in allen ihren Spielarten. Das steht im Kern außer der Debatte, wenn auch immer wieder darüber gesprochen werden muss, welche Instrumente am geeignetsten sind, mit Erfolg eingesetzt zu werden. Auch dafür gibt es keine allgemein und dauernd gültige Regeln. Wohl aber lässt sich eine gewisse Einseitigkeit des Vorgehens beobachten. Und manche Vorschläge werden glatt abgelehnt. Das betrifft insbesondere einen, der als ganz und gar untauglich gilt. Vorgeschlagen wird mitunter, den Nazis durch Ignoranz zu begegnen. Das wird mit Unterschätzung, Untätigkeit, womöglich auch Mangel an Mut derer gleichgesetzt, die das empfehlen. Wie aber mag es auf aufmarschierende Kleingruppen von Nazis wirken, wenn sie durch eine zu dieser Stunde absichtsvoll toten Stadt ziehen, in er womöglich aus Fenstern lustige weisen schallen oder bunte Fahnen wehen? Vielfach stärken sich die Burschen und Maiden doch gerade auch an der Aufmerksamkeit, die sie selbst als kleine Häuflein erregen. Das befriedigt sie, gibt ihnen Bedeutung. Noch einmal: es gibt keine Rezepte, es sollte aber auch keine Dogmen geben. Was zu tun ist, sollte in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation entschieden werden. Gleichzeitig und in anderer Weise und mit anderen Zielen konfrontiert sich der Bund aber auch jenen, die den Nazis in irgendeiner Weise Vorschub leisten oder die Mittel, über die sie gebieten, nicht und entgegen eigenen Beteuerungen nicht entschlossen einsetzen. In die Bekämpfung der rechtsextremen Parteien und Kräfte bringt der Bund der Antifaschisten Erfahrungen vieler Generationen ein, die besagen, dass ihnen auf drei Ebenen entgegengewirkt werden muss: politisch, ideologisch und ökonomisch.

Politisch geschieht das in der BRD vor allem durch die Initiativen von Bürgern in Parteien und Organisationen, in permanenten wie spontanen Bündnissen und durch den Einsatz der Mittel des Staates,

von der Aufklärung und Bildung bis zur Repression. Dieser Einsatz des Staates aber ist – Beispiele wurden genannt – nach allen Erfahrungen fragwürdig, weil uneindeutig und inkonsequent und von vielen Vorbehalten und Vorurteilen gegen Antifaschisten begrenzt. Dem erwähnten Mannheimer Urteil gegen Zündel steht das Karlsruher im Falle der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ entgegen. Schutz und Verbote von Nazi-Aufmärschen wechseln einander ab. In der Justiz lässt sich immer wieder ein merkwürdiges Rechtsempfinden gegenüber Erbschaften der Vergangenheit beobachten, so wenn einstige Urteile gegen Naziaktivisten der dreißiger und vierziger Jahre korrigiert werden. 2006 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass nach dem Ausgleichsleistungsgesetz entschädigt werden kann, wer von der sowjetischen Besatzungsmacht enteignet wurde, vorausgesetzt, dass der Vorfahr dem nationalsozialistischen System nicht „erheblich Vorschub geleistet“ hat. So wurde dem Erben eines früheren NSDAP-Funktionärs Ausgleichsleistungen zuerkannt, dessen Vater Mitglied einer NSDAP-Kreisleitung und Vorsitzender des NSDAP-Kreisgerichts war, weil ihm „schwerwiegende Einzelhandlungen [...] nicht vorgeworfen“ werden könnten. Auch die Zuordnung eines Grundeigentümers in die Gruppe der „Hauptschuldigen durch den Kontrollrat der Alliierten“, sagten die Richter, reiche nicht aus, die Entschädigung den Nachkommen zu verweigern. Das kann den Bundeshaushalt noch teuer zu stehen kommen. (Az.: 3 C 39.05) Damit ist verdeutlicht, dass Antifaschismus heute sich nicht nur gegen die Faschisten richten, sondern auch sich jenen konfrontieren muss, die ihnen auf verschiedenste Weise aufhelfen oder ihre Duldung betreiben. Staatsjuristen spielen dabei nicht die geringste Rolle, wie auch die Entscheidung zeigt, die kürzlich in München getroffen wurde, wo die Staatsanwalt München I das Ermittlungsverfahren gegen einen früheren Leutnant einstellte, der an den Erschießungen italienischer Kriegsgefangener, einem Massaker ohne Beispiel, auf Kephalonia teilgenommen hatte. Es handelte sich, lautete die Begründung, um eine Tat, die als „Totschlag“ zu qualifizieren und folglich verjährt sei. Der Leiter der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft hatte die italienischen Soldaten, die nach dem Abfall Italiens vom Kriegsbündnis mit Deutschland sich nicht dem Rest-Mussolini-Regime anschließen wollten, indirekt als „Verräter“ bezeichnet, was er angesichts der in Italien erfolgten Reaktion inzwischen bedauerte. Jetzt liegt ein Klageerzwingungsverfahren beim Münchener Oberlandesgericht, das darüber noch zu entscheiden haben wird. Wenn von der Bundesrepublik als einem „Meister- und Musterschüler“ der Geschichte die Rede ist, kann von diesen Schülern und Lehrern in Roben rechtens nicht abgesehen werden.

Ideologisch leistet der Bund seit Jahrzehnten eine aufopferungsvolle Arbeit zur Aufklärung über den Faschismus und seine Verbrechen, begonnen schon zu Zeiten, da die Kritik an der Nazivergangenheit in der westdeutschen Gesellschaft völlig unentwickelt war und die Kritiker beobachtet und angefeindet wurden. Heute beteiligen sich an der immer wieder berufenen „Bewältigung der Vergangenheit“ viele Kräfte im Umfeld der Kirchen, verschiedenste humanistische Zusammenschlüsse und auch solche aus dem Staatsapparat. Über manche Inhalte dieser Tätigkeit lässt sich diskutieren und auch streiten. Die Aufklärung wird staatlich finanziell gefördert, wobei die Verteilung der Gelder unter die Beteiligten immer wieder für Kritik Ursache gibt. Viel ist erreicht worden, um im öffentlichen Bewusstsein mahnende Erinnerung wach zu halten. Um die Gestaltung von Gedenkstätten, die Wahl von Straßennamen, Benennungen von Kasernen und Kriegsgerät sind lange Auseinandersetzungen mit wechselndem Ausgang geführt worden, zu denen es ohne Beteiligung der Antifaschisten nicht gekommen wäre. Die Bundesrepublik präsentiert sich vor dem Ausland als ein Musterschüler der Geschichte, was im Vergleich mit Japan oder Estland nicht schwerfällt. Dennoch werden im Staate BRD Verzeichnungen und Verfälschungen der Geschichte nicht so selten als Verdienste ausgegeben. Bilder wie die von „Hitler, der auch nur ein Mensch war“, von den „guten Seiten des Nationalsozialismus“, von „Deutschen als Opfer von Verbrechen der Alliierten“ sind wohlfeil und im Schwange. Wer gegen sie angeht, sieht sich gleichsam in der Rolle des Don Quichotte und dessen Kampfes gegen die Windmühlen.

Bis auf den Tag müssen Antifaschisten die andauernden Versuche abwehren, mittels der Formel von den zwei deutschen Diktaturen das „Dritte Reich“ und die DDR in einen historischen Topf zu rühren und so das kritische Faschismusbild zu entschärfen. Einer der jüngsten Versuche, in einer sächsischen Stadt unternommen, bestand darin, in deren Mitte auf dem Markt nach dessen Renovierung an die Stelle einer früheren eine Tafel mit der Aufschrift anzubringen: „An dieser Stelle wurde im Jahre

1961 eine Gedenkstätte geschaffen. Sie wurde vom Dresdner Bildhauer Wilhelm Landgraf gestaltet. Die Nationalsozialisten hatten 1933-1934 auf der Burg ein Schutzhaftlager errichtet. Das Ehrenmal ist den inhaftierten Opfern gewidmet. Von der SED war hier ein zentrales ‚Isolierungslager' für politisch Andersdenkende des Bezirkes Dresden geplant, das jedoch nie zur Ausführung kam." Im Gewande der Erinnerung an den Faschismus wird in Wahrheit auf die Verbreitung antisozialistischer Haltungen gezielt.

Offenbar muss sich der Bund mit der Tatsache beschäftigen, dass die Aufmerksamkeit der älteren Generationen für Fragen der Ideologie, der Geschichte und ihrer Erfahrungen erheblich größer ist als in Kreisen junger Antifaschisten. Hier geht eine in vielem lobenswerte Spezialisierung auf den Kampf um die Straße vor sich, der mit Mut, Einfallsreichtum und Ausdauer geführt wird, während die eigene Ausrüstung für den Kampf um die Köpfe als weniger wichtig angesehen und weithin vernachlässigt wird. Wohin dieses Unwissen führt, wird drastisch erkennbar am Zulauf der „Antideutschen", einer besonderen Spezies von dieser Gesellschaft gut verträglichen Sektierern. Darüber hinaus erscheint geboten, sich nicht nur in den Argumenten, sondern auch in der Taktik der Nazis auszukennen, die sie bei der Verbreitung ihrer Geschichtslegenden befolgen.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus kann nach allen Erfahrungen allein auf den Ebenen von Politik und Ideologie nicht gelingen. Es muss jungen Leuten eine Lebensperspektive im hier und heute gegeben werden damit ein Teil von ihnen nicht zur leichten Beute nazistischer Demagogen wird. Hier kann der Bund direkt nichts bewirken, denn weder betreibt er Ausbildungsstätten noch hat er Arbeitsplätze zu vergeben. Er muss sich folglich mit jenen Kräften – parteipolitischen, gewerkschaftlichen, karitativen – verbünden, die sozialpolitische Forderungen erheben, gerichtet an Gemeinden, Länder und das Staatsganze. Er muss der immer wieder geäußerten Auffassung entgegentreten – im vergangenen Jahr gab das auch der Historiker Hans Mommsen, ein Sozialdemokrat, in der *„Stuttgarter Zeitung"* zum Besten –, dass Erwerbslosigkeit und Auftrieb für Rechtsextreme miteinander nichts zu tun hätten. In diesen Zusammenhang gehört, namentlich in ländlichen wie in städtischen Gebieten und das nicht nur unter dem Gesichtswinkel der ohnehin nicht von heute auf morgen entscheidend einzudämmenden Erwerbslosigkeit, das Freizeitangebot für junge Leute. Die Zahl der Jugendklubs ist in den neuen Bundesländern dramatisch geschrumpft, mit Folgen, die eben diejenigen begünstigen, die ihre Offerten unterbreiten.

Was also ist das PRO des Antifaschismus heute in diesem Deutschland? Das Eintreten für eine durch und durch demokratische Gesellschaft, ohne Massenarbeitslosigkeit, ohne Obdachlose, ohne ein um sich greifendes Verbrechertum, mit Chancen für alle Kinder und Jugendlichen, ihre Fähigkeiten auszubilden, mit einer stabilen Gesundheits- und Altersvorsorge – das alles sind Voraussetzungen und Bedingungen für eine Gesellschaft, in welcher faschistisches Gedankenungut dann wirklich nicht mehr als eine marginale und zu vernachlässigende Rolle spielen kann. Ein derartiger Zustand wird unter den Bedingungen privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse nie zur Gänze erreicht werden können. Immer wird es sich um eine Annäherung handeln, aber nie auch nur um ein Wunschbild. Heute weist die Grundtendenz der gesellschaftlichen Entwicklung in entgegengesetzte Richtung. Das bedeutet nicht, dass sie nicht umkehrbar wäre.

Ein großes Thema des Antifaschismus ist in diesem Text bisher ausgelassen worden. In seiner gesamten Geschichte verband er sich mit dem Eintreten für Völkerverständigung und Frieden, gegen jede Form des Chauvinismus, der Aggression und gegen Völkerkriege. Auch hier gilt, dass diese Grundhaltung nicht nur zu einem Gegenüber mit den heutigen Nazis führt. Seit die Regierungen der Bundesrepublik eine Doppelrolle zu spielen begannen, indem sie sich in einem Fall für friedliche Lösungen von internationalen Konflikten einsetzen, zugleich aber sich an Kriegen beteiligen, ist es unvermeidlich geworden, gegenüber dieser Regierungspolitik partiell Einspruch zu erheben. Mit der allgemeinen Losung, Deutschland müsse – und das obendrein aufgrund seiner Geschichte – mehr Verantwortung übernehmen, kann sich ein nicht von blindem Vertrauen gelenkter Geist doch erst anfreunden, wenn geklärt ist, wofür und in welcher Weise solches Mehr an Verantwortung getragen werden soll. Die ebenso klägliche wie verlogene Reaktion auf die Rede des russischen Präsidenten, zu dessen Politik in anderen Fragen eine einheitliche Meinung auch unter Antifaschisten schwer

denkbar ist, lässt sich nicht kurzerhand ad acta legen. Die meinungsbildenden Medien sind über diese Ansprache als ein Korps hergefallen. Nicht wer die Bewaffnung vorantreibt, seine Waffensysteme vor die Tür des anderen platziert, handelt (zunächst) als Kalter Krieger, sondern wer das beklagt und anklagt, es als Bedrohung gegen sich selbst ansieht. Dieses Echo ist ein Warnsignal. Es ist das Eintreten für eine gefährliche Gefolgschaft. Wie der Bund der Antifaschisten sich innenpolitisch in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einbringt, in ihnen mitwirkt und mitzuhalten versucht, so hat er das aus seinem Traditions- und Politikverständnis und mit der Verpflichtung auf seine Zeile auch außenpolitisch zu tun.

Zwölf denkwürdige, aber zumeist vergessene Prozesse

Als sich im Jahre 2006 der Tag der Verkündung der Urteile und der Strafmaße im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess jährte, das war am 30. September und 1. Oktober geschehen, haben Zeitungen und andere Medien des Ereignisses noch gedacht. Das geschah freilich zumeist, ohne ausdrücklich jene Revolution im Völkerrecht in Erinnerung zu bringen, die Prozess und Urteil vollzogen hatten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit waren nach einem Kriege Politiker des Staates, der den Frieden gebrochen, in das Länder der Nachbarn eingefallen war, wegen dieser Tat, dem Beginn eines Aggressionskrieges, vor Gericht gestellt und zu schweren Strafen verurteilt worden. Das Verbrechen des Krieges war nicht das einzige, das in diesem Prozess geahndet wurde, aber es war das Wichtigste.

Das bis dahin seit Jahrhunderten von Staaten und Staatslenkern in Anspruch genommen Recht, Krieg zu führen, das ius ad bellum, war völkerrechtlich nicht mehr existent, denn die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte sich wenig später diese Auffassung durch Beschluss zu eigen gemacht. Doch ist die Verkündung eines Gesetzes, die Einigung auf ein Verbot die eine, deren Durchsetzung im Leben der Völker eine andere Sache, wie wir in diesen Jahren durch den Krieg gegen Jugoslawien und die Kriege im Nahen und Mittleren Osten immer wieder eingeprägt erhalten. Den einmal erzielten, wenn auch nicht bewahrten Gewinn deshalb aufgeben? Das erscheint nicht als Lösung. Und ebenso wenig natürlich die Praxis, an das einst Errungene nicht mehr zu erinnern. Wer den Rückblick nach Nürnberg verweigerte, half – nolens volens – Bush jr. In Washington und seinen Parteigängern diesseits des Atlantiks und auch in der Bundesrepublik.

Dass die juristische Durcharbeitung der damals jüngsten Vergangenheit mit der Anklage von Hermann Göring und anderen ihr Bewenden nicht haben würde, war bereits während der Prozessdauer deutlich geworden. Vor Gerichten der Alliierten hatten gleichzeitig Gerichtsverfahren gegen Deutsche stattgefunden, die, ungleich weniger exponiert, sich ebenfalls im Zeichen des Hakenkreuzes und der Politik der Eroberung Verbrechen hatten zuschulden kommen lassen. So beispielsweise sahen sich Angehörige des Personals in Kliniken und Heilstätten auf die Anklagebank gesetzt, die sich am Kranken- und Behindertenmord beteiligt hatten. Verantworten mussten sich vor Richtern Deutsche, die Angehörige der gegnerischen Luftwaffe gelyncht hatten, die nach einem Abschuss oder Absturz in ihre Hände gefallen waren. Denunzianten, die ihre Nachbarn wegen des Abhörens feindlicher Sender oder Juden, die sich versteckt hatten, an die Gestapo verraten hatten, wurden vor Gericht gestellt. Nicht *die Deutschen* klagen wir an, hatte der US-amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson bei der Eröffnung in Nürnberg gesagt, wohl wissend, dass von ihnen eine noch zu bestimmende Zahl die verschiedensten Verbrechen begangen hatte. Doch bestand das Gericht darauf, das von Fall zu Fall zu prüfen sei und setzte Schranken gegen jede Pauschalverurteilung von Menschen, etwa allein, weil sie einer nazistischen Organisation angehört hatten, und das selbst, wenn diese als verbrecherisch qualifiziert werden musste wie die Schutzstaffeln (SS), die Geheime Staatspolizei (Gestapo), der Sicherheitsdienst (SD) und andere.

Die hier erwähnen Prozesse sind heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Das gilt selbst für jene, die zu ihrer Zeit immerhin noch breitere Aufmerksamkeit gefunden hatten: die insgesamt zwölf so genannten Nachfolgeprozesse, also Verfahren, die in der Nachfolge des Nürnberger Prozesses von 1945/1946 am gleichen Ort stattfanden. Von jenem Hauptprozess unterscheiden sie sich vor allem dadurch, dass Richterbank und Anklagevertretung nun nicht mehr von den vier Mächten, sondern einzig von den USA besetzt bzw. gestellt wurden, Doch die Grundlage der Verfahren blieb das im Londoner Statut 1945 gemeinsam Vereinbarte und dazu das, was der Alliierte Kontrollrat in dem Gesetz Nr. 10 für die juristische Ahndung von Verbrechen zusätzlich festgelegt hatte.

Einer dieser Prozesse ist Jahre spätere, man schrieb 1961, auf besondere Weise ins Bewusstsein der Deutschen geraten. Der US-amerikanische Filmregisseur Stanley Kramer drehte mit einer Starbesetzung von Schauspielern (Spencer Tracy, Burt Lancaster, Maximilian Schell u.a.) den Film „Das Urteil von Nürnberg“. Die Personen wie die Handlung waren erfunden, doch lehnten sie sich an den Fall III, die Prozesse erhielten Bezeichnungen von I bis XII, den so genannten Juristen-Prozess, dicht

an, der 1947 stattgefunden hatte. Schell erhielt übrigens für die von ihm gespielte Rolle des Verteidigers eines der angeklagten Juristen einen Oscar und niemandem wäre damals eingefallen, einen Geschichtsschmarren wie „Der Untergang“ auch nur für eine solche Nominierung einzureichen.

In den Nachfolgeprozesse, der letzte endete im April 1949 wurden Ärzte, Juristen, Generale, Politiker u.a. Reichsminister, Diplomaten, SS-Führer, Schreibtischtäter und solche, die durch ihre eigene Tat Menschen für die Gaskammern oder für das Schafott bestimmt, andere wieder zur Vernichtung durch Arbeit kommandierten hatten. In den zwölf Verfahren wurden 24 Angeklagte zum Tod verurteilt, 20 zu lebenslänglicher Haft und 98 zu Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und 25 Jahren. Freisprüche ergingen in 35 Fällen. Von den zum Tod Verurteilten wurden 12 hingerichtet, einer an Belgien ausgeliefert, der dort verstarb, während 11 sich später zu lebenslanger Haft begnadigt sahen. Ein zu einer Zeitstrafe verurteilter SS-Führer wurde an Polen ausgeliefert, dort erneut vor Gericht gestellt, verurteilt und hingerichtet. Unter den Angeklagten hatte sich eine Frau befunden, eine Ärztin aus dem KZ Ravensbrück und ein Bankier, der geschäftsführende Direktor der Reichsbank, in deren Tresoren sich die Wertgegenstände befunden hatten, die lebenden wie toten Juden geraubt worden waren.

Die Arbeit der US-amerikanischen Juristen, die Richterbank wurde von Prozess zu Prozess mit Personen neu gebildet, während die Anklagevertretung eine Kontinuität aufwies, denn es bestand ein Interesse, eingearbeitetes, mit der Auffindung, Ordnung und Aufbereitung der Dokumente vertrautes Personal einzusetzen, verdient Erinnerung und Anerkennung. Einige der damals beteiligten haben sich diese Erinnerung auch dadurch erhalten, dass sie über diese Arbeit später Bücher schrieben. Das trifft, denkt man an übersetzte oder deutschsprachige Literatur, vor allem auf den Chef der Ankläger, Brigadegeneral Telford Taylor, zu und auf einen seiner wichtigsten Mitarbeiter, Robert M.W. Kempner, einen deutschen, vor den Nazis und deren Judenpolitik ins Ausland geflohenen Juristen, der vor 1933 in einem preußischen Ministerium gearbeitet hatte. Viele der an der Arbeit in Nürnberg von 1945 bis 1949 oder zeitweilig Beteiligten waren bereits anerkannte Juristen des Völkerrechts, andere wurden es und besetzten später Lehrstühle an Universitäten und Hochschulen ihres Landes. Und, wichtiger noch, sie blieben den Grundsätzen und Ideen treu, die sie in Nürnberg verfochten hatten. Davon gaben zwei von ihnen, hochbetagt, Zeugnis, als sie aus Anlass des 60. Jahrestages des Hauptprozesses in der Bundesrepublik waren.

Sie hatten freilich auch zeitig erlebt, dass der dafür zuständige Hochkommissar der USA, John J. McCloy, 1951 durch einen Gnadenerlass zahlreiche Strafen herabsetzte, lebenslängliche in Zeitstrafen verwandelte, Zeitstrafen verkürzte, so dass noch im gleichen Jahr viele der Strafgefangenen, die im Kriegsverbrecher-Gefängnis der USA Nr. 1 im Bayerischen Landsberg gefangen gehalten wurden, wieder auf freien Fuß gelangten. Bewirkt hatte das die Entwicklung des Kalten Krieges. Sie gab, weil die Bundesrepublik nun Teil der neuen antikommunistischen Front werden sollte, der deutschen Politik im Weststaat und den einstigen hohen Wehrmachtsmilitärs jenes Druckmittel an die Hand, das sie, unterstützt von politischen Parteien (ausgenommen die der Kommunisten) und den großen christlichen Kirchen für die „Befreiung“ der Kriegs- und anderen Naziverbrecher nun einsetzten. 1990 ist rückblickend und angesichts der juristischen Offensive gegen Politiker des untergegangenen deutschen Oststaates. der DDR, erklärt worden, es dürften nicht wieder die gleichen Fehler gemacht werden, die nach der Zerschlagung er „ersten deutschen Diktatur“ begangen worden wären. Das war eine unfromme Lüge. Fehler wurden 1950 und in den Nachkriegsjahren insgesamt auf diesem Felde nicht gemacht, sondern es wurde bei vollem Bewusstsein und nach klarem Konzept eine Strategie durchgesetzt. Übrigens die gleiche wie auch 1990. Die antikommunistische.

Der Autor unseres Beitrags hat im Kölner Verlag PapyRossa 2006 das Buch veröffentlicht: Im Rückspiegel Nürnberg. Der Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/1946. S. auch die Rezension in: Stattzeitung, Ausgabe 67, Dez/Jan/Feb 2006/2007, S. 18/19.

Über Wolfgang Ruges Geschichtsbild von der Zerstörung der Weimarer Republik

Beitrag auf dem Kolloquium am 3. November 2007 aus Anlass seines 90. Geburtstages

Vor zwei Tagen hätte Wolfgang Ruge seinen 90. Geburtstag begehen können. In seinem 90. Lebensjahr ist er am 26. Dezember 2006 in Potsdam nach schwerer Krankheit verstorben. Hinter ihm lagen Jahrzehnte geschichtswissenschaftlicher Arbeit, die sein Leben ausfüllte und ihm als Forscher und Publizist in der DDR und auch über deren Grenzen hinaus hohes Ansehen verschaffte. Dazu trug bei, dass er sein Wissen auf vielerlei Weise unter die Leute bringen konnte: In Monographien und Aufsätzen, die Spezialisten lasen, in Lehrbüchern für die Hand von Studenten, in Biographien, die verschiedenste Schichten von Lesern fanden, in Essays, in Zeitungsartikeln ebenso wie in Rundfunkvorträgen. Wolfgang Ruges Name steht nahezu als Gleichwort für die Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik in DDR-Zeiten. Die Zahl seiner Mitstreiter war nicht groß. Joachim Petzold, der vor ihm früh verstarb, Manfred Weißbecker in Jena, der dann das Wort nehmen wird, Kurt Finker in Potsdam und wenige Mitarbeiter am Geschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaften und dann Forschergruppen, die sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und da wieder auf die der Kommunistischen Partei Deutschlands spezialisiert hatten und deren Zentrum das Institut für Marxismus-Leninismus war. Wolfgang Ruge ragte aus dieser Gruppe heraus, er galt als so etwas wie der Doyen der Historiker, die mit der Geschichte dieser 1919 geschaffenen deutschen Republik befasst waren. Fritz Klein hat ihn als den „wichtigsten Interpreten für die Geschichte der Weimarer Republik in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR“ bezeichnet.

Auf diesen Zeitraum hatte sich das Interesse im Osten Deutschlands nach der Befreiung früh gerichtet. Weimar, das war der Staat, in dem die Wiege des deutschen Faschismus stand, in dem er groß und mächtig wurde. Lange ist er ausschließlich aus diesem Blickwinkel gesehen worden, also ins Verhältnis zu seinem Danach, weniger zu seinem Davor gesetzt worden. Die Bloßlegung der Anatomie der Weimarer Republik durch die DDR-Wissenschaft behielt stets eine weltanschauliche und politische Funktion, die Georg Fülberth so bezeichnete: „Enthüllung des Kapitalismus und Propagierung der besseren Sache.“ Waren auch schon in den Jahren der Entstehung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland die Bezugnahmen auf Weimar zahlreich und knüpften an im Exil entstandene kritische Analysen an, so setzte die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Weimarer Geschichtsperiode doch sehr allmählich erst ein. Sie konnte sich, was die Endphase angeht, auf eine Vorarbeit stützen, die von Juristen der Siegermächte 1945/1946 in Nürnberg geleistet worden war, die zum einen der Entstehung der faschistischen Diktatur nachgingen und zum anderen sich ein Bild von den Biographien der Angeklagten machen wollten. So kamen vor allem die Ereignisse in den Blick des Gerichts, die sich in der Endkrise und der Agonie der Republik zugetragen hatten, Das geschah insbesondere im Zusammenhang mit den Verhandlungen gegen Hermann Göring, Franz von Papen und Hjalmar Schacht, die daran direkt und einflussreich beteiligt gewesen waren. Gegen die später in Mode gekommene antikommunistische These, wonach die Republik im Würgegriff von rechts und links untergegangen sei, meinten Ankläger und Richter, sie sei Opfer einer Intrige gegen Republik und Demokratie geworden, als deren Akteure faschistische politische Führer und großkapitalistische Wirtschaftsführer gerichtsnotorisch ausgemacht wurden. Zudem suchten die Juristen der Siegermächte den Nachweis zu führen, dass deren verabredetes, verschwörerisches Ziel der Weg in den Krieg und zu Eroberungen gewesen sei.

Dieses Geschichtsbild, so lückenhaft es unvermeidlich sein musste, war nicht aus einer marxistischen Geschichtsanalyse hervorgegangen, wohl aber aus einem Geschichtsdenken, dass dem historisch materialistischen insofern verwandt war, als nach den Interessen der Handelnden, der sozialen Schichten wie deren exponiertem Personal, gefragt worden war. So wurde das Ende der Weimarer Republik weder als Zufallsspiel noch als Betriebsunfall, weder als bloßes Resultat des „Versagens“ von Personen, noch als Ergebnis von Fehlkonstruktionen in der Verfassung angesehen, sondern als das gewollte Resultat der Bestrebungen auch und insbesondere von führenden Männern der deutschen Wirtschaftselite. An dieses Bild, das selbst Vorläufer bereits in zeitgenössischen Einschätzungen besaß, hat die

marxistische Geschichtsschreibung in der DDR angeknüpft und ihm durch die aus Quellen gehobenen vielen Details Tiefenschärfe gegeben. Das brauchte Zeit, denn es setzte vor allem ausgebildete Historiker voraus, welche die Bahnen bürgerlichen Geschichtsdenkens verlassen hatten.

Wolfgang Ruge kam nach 15 Jahren Haft und Verbannung, die er, der deutsche Kommunist, in der Sowjetunion erlitten hatte, 1956 in die DDR. Er, der sein Geschichtsstudium unter zweifelsfrei einmalig widrigen und abenteuerlichen Umständen betrieben hatte, entschied sich für die Arbeit als Forscher an der Akademie der Wissenschaften. Dass ihm nach seinem Erleben und Erleiden, wie er 1997 in einem Interview berichtete, als Spezialgebiet die Geschichte der UdSSR angeboten worden sei, ist schwer zu glauben. Jedenfalls wählte er von Anfang an die Weimarer Republik zu seinem Forschungsgegenstand. Die Situation, die er in Ost- und Westdeutschland auf diesem Felde vorfand, mag ein Blick auf den Buchmarkt verdeutlichen. In der Bundesrepublik hatte Karl Dietrich Bracher ein Jahr zuvor – 1955 – seine Monographie über die „Auflösung der Weimarer Republik", wie er deren Zerstörung nannte, herausgebracht, ein quellensattes Werk, dessen 2. Auflage 1961 erschien, dem Jahr, in dem in der Bundesrepublik auch Arthur Rosenbergs „Geschichte der deutschen Republik" (vordem Karlsbad 1935) neu erschien. In der DDR wurden 1956 von Hermann Matern zwei Reden broschiert herausgegeben, die sich mit der deutschen Geschichte in den Jahren der relativen Stabilisierung und der Weltwirtschaftskrise befassten und in deren Zentrum die Arbeiterbewegung und da wieder die Kommunistischen Partei stand. Zu diesem Zeitpunkt war der Thälmann-Kult schon installiert, woran Matern mit einer fünf Jahre zuvor gedruckten Broschüre beteiligt gewesen war. Kurzum: Ruge kam mit seiner Themenwahl nicht in ein Gedränge, sondern betrat eher eine Terra incognita, denkt man an die politischen Vorgaben. Über die Rolle der Kommunisten ließe sich jedenfalls partiell auch von einem verminten Gelände sprechen, das sich begehen ließ, wenn Dogmen geteilt und Tabus respektiert wurden.

Ein Jahrzehnt war nach der Aufnahme der Arbeit durch Ruge vergangenen und er hatte seine Geschichte der Weimarer Republik geschrieben, die 1967 in der Reihe der Hochschullehrbücher erschien. Was damit erreicht war, verdeutlicht ein Blick in Vorlesungsverzeichnisse jener Jahre und das Angebot an Lehrveranstaltungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der Band wurde mehrfach wieder aufgelegt (2. Auflage 1974) und blieb bis zum Ende der DDR konkurrenzlos. „Deutschland 1917-1933" – das war der Auftakt, dem viele weitere Publikationen aus Ruges Feder folgten, die sich mit Prozessen, Parteien und Personen in jenen rund anderthalb Jahrzehnten deutscher Geschichte befassten. Wie Wolfgang Ruge selbst 1988 auf diese seine Arbeit zurückblickte, darüber wird Manfred Weißbecker, dann gleich berichtend und kommentierend, reden. Hier wird nur von seiner Darstellung der Endphase der Republik gehandelt werden.

Ruge hat in seinen Publikationen den Weg zum 30. Januar Schritt für Schritt rekonstruiert und sich dabei auf wesentliche Prozesse und Ereignisse konzentriert. Zusammenfassend geschah das im schon erwähnten Lehrbuch, sodann in seiner Abhandlung „Republik auf Zeit" (1969), des Weiteren in der Biographie Paul von Hindenburgs (1974) und schließlich in „Das Ende von Weimar" (1983), das auch eine Vorarbeit für eine Biographie Hitlers war. Ein Vergleich dieser Abhandlungen bestätigt, was er einmal als seinen Arbeitsgrundsatz bezeichnete: Er übernähme nur Aufträge oder stelle sich selbst nur Aufgaben, bei denen er jeweils etwas Neues lernen könne. Seine Darstellungen leben von stupender Quellenkenntnis und ebenso von intimer Bekanntschaft mit der rasch zunehmenden Fachliteratur aus der Produktion westdeutscher Forscher. Ein Blick in die Anmerkungsapparate seiner Bücher bezeugt, dass ihm da auch Sekundäres nicht entging. Zudem gehörte zu seiner Lektüre die politische Publizistik kluger Köpfe – mit Vorzug die Carl von Ossietzkys –, die zu Beginn der dreißiger Jahre Ereignisse aus der unmittelbaren Sicht des Zeitgenossen beschrieben und bewertet hatten.

Ruges Bild von der Schlussphase der Republik war bestimmt von seinem Urteil über deren Charakter und über die Umstände ihrer Entstehung, von denen er sagte, sie sei aus einer „Rettungsaktion" hervorgegangen. Er hat sie, wie diese Formulierung anzeigt, mehr – womöglich zu stark – unter dem Aspekt der Niederlage der Revolution gesehen als aus dem Blickwinkel ihres Stattfindens, stärker vom Verfehltem denn vom Erreichten her und wieder und wieder darauf verwiesen, dass es letztlich die unangetasteten Eigentumsverhältnisse waren, die den Boden dafür abgaben, dass sich in dieser

Republik und sie prägend eine „14jährige Vorgeschichte des 30. Januar 1933“ ereignen konnte. Republik auf Zeit – diese Kennzeichnung besaß für ihn keinen Anflug von Unausweichlichkeit und Alternativlosigkeit, sondern bedeutete, dass schon an deren Wiege Leute standen, die zwar wussten, dass sie die eben Geborene – wegen des damit verbundenen Risikos – nicht erwürgen konnten, aber die den Vorsatz dazu doch schon gefasst hatten. Was insbesondere die Forschungsrichtung anlangte, die den Spuren des Aufkommens und des Einflussgewinns der Nazibewegung folgte und sie bloßlegte und dabei wiederum sich auf deren Förderung durch Großkapital, Militär und Junkertum konzentrierte, so konstatierte Ruge aus dem Rückblick 1993, dass da „beachtliche Erfolge“ erreicht worden wären, „die z. T international anerkennt, aber auch heftig angegriffen wurden, aber unter dem Strich in den Fundus gesicherten Wissens eingegangen sind.“ (243)

Dass die Faschisten in Deutschland schließlich zum Zuge kamen, erklärte er im Kontext mit den Kräften der Gegenwehr, namentlich denen in der Arbeiterbewegung. Dieser Teil seiner Darstellung gehört gewiss zu den am stärksten diskussionswürdigen und es war wohl dessen Durchmusterung, die ihren Autor in rückblickenden Gesprächen zu einem hyperkritischen Urteil über sein Schaffen veranlasst hat, eine Sicht, die ich nicht teilte. Ruges zunehmender Geschichtspessimismus hat sein Urteil über seine Arbeit jedenfalls beeinflusst. Was an der kampflosen Zerstörung der Weimarer Republik auf das Konto der Kommunistischen Partei und deren Strategie und Taktik ging, hat er nach 1990 öffentlich ausgesprochen und seine Erklärung für das Beschweigen von Tatsachen und Zusammenhängen gegeben, die ihm aus seinen Studien natürlich bekannt waren. Zugleich bestand er in seinem 1998 vorgenommenen Vergleich zwischen der Oktober- und Novemberrevolution darauf, dass die Zementierung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung durch die sozialdemokratischen Führer im Weltkrieg und in der Novemberrevolution erfolgt war. (414)

Wolfgang Ruges Arbeiten zur Geschichte der Weimarer Republik sind, wie vieles aus der Produktion der DDR-Historiographie, planvoll in Vergessenheit gebracht worden. In den alten Bundesländern brauchte das nicht bewirkt zu werden. Dort war dafür gesorgt, dass sie wenig bekannt wurden, ja unbekannt geblieben wären, wenn nicht der Kölner Pahl-Rugenstein Verlag mit seinen Möglichkeiten für ihre Verbreitung gesorgt haben würde. Nun hat der Sieg des Kapitals sich deutschlandweit auch auf geistigem Feld ereignet. Zweifel daran, dass die Großbourgeois und die Politiker, die deren Interessen wahren, Demokraten von Geburt sind, werden in einem Augenblick zum wenigsten zugelassen, da wir mit einem Strom materieller Waren an der Seite der USA auch die Idee der Demokratie auf dem Erdball verbreiten und in Moskau und Kiew wie in Kabul und Bagdad darauf drängen, dass sie Wirklichkeit werde. Was sollen da warnende Erinnerungen?

In der wissenschaftlichen Literatur, das heißt hier: in für Wissenschaftler und andere Intellektuelle mit Anspruch geschriebenen Publikationen lässt sich Erreichtes freilich leicht nicht zurücknehmen. Die bürgerliche Historiographie verficht im Hinblick auf das Ende der Republik von Weimar ein multikausales Geschichtsbild, in dem die republikfeindlichen Eliten nicht fehlen können, die aber einerseits dem Kaiserreich zugeordnet werden (die „alten Eliten“) und andererseits in einer Faktorenfülle, die für die Aufrichtung der Nazidiktatur benannt wird, gut untergebracht und marginalisiert sind. Selbst wo, ohne Namen zu nennen, noch gesagt ist, dass diese Eliten den „obrigkeitlichen Staat“ wollten, wird die Frage, warum sie ihn wollten (damit schlugen sich die Ankläger von Nürnberg herum), unterlassen. Eine gewisse Ausnahme in der Zunft der Ignoranten der ostdeutschen historiographischen Arbeit machte Detlef J. K. Peukert, der in seinem Überblick zur Geschichte der Weimarer Republik (1987) im Literaturverzeichnis auf Ruges Publikation als der eines orthodoxen Marxisten verweist. Peukert steht auch insofern nicht in Reih’ und Glied, als er ausdrücklich hervorhob, dass die „alten Eliten“ die demokratischen Institutionen „willentlich zerstörten“. Sein Verweis darauf, dass es erst dieses „Elitenkartell“ gewesen sei, dass die NSDAP an die Macht gelangen ließ, was die aus eigener Kraft nie hätte bewirken können, rückt ihn geradezu in die Nähe dieser „Orthodoxen“. Das ist noch für die Anspruchsvollen.

Der interessierte oder zur Beschäftigung mit dem Thema angehaltene Durchschnitt hingegen wird anders bedient. In ihrer Reihe historischen Informations- und Lehrmaterials hat die Bundeszentrale für politische Bildung 1985 einen Nachdruck „Die Weimarer Republik“ (109/110) vorgelegt, in dem

für die Ursachen des „Untergangs der Republik“ Erklärungen vorgelegt werden, die partiell schlicht rechtslastig sind. Erstens sei die Republik den Deutschen von den Siegern verordnet worden, zweitens wäre diese „in erster Linie“ (das zweite „in erster Linie“ K. P.) an den Belastungen des Versailler Vertrages und den Kriegsfolgen zugrunde gegangen, drittens habe dabei die Weltwirtschaftskrise mitgewirkt, viertens würden auch „Fehlkonstruktionen“ der Verfassung dazu beigetragen haben und fünftens wären die deutschen Parteien durch „Verantwortungsscheu“ gekennzeichnet gewesen. Die Aufzählung verrät – vor allem unter 4 und 5 –, was Ruge den westdeutschen Historikern zu deren Ärgernis wiederholt attestiert hat, dass sie sich mit oder ohne Wissen und Wollen in den Dienst westdeutscher Politik stellten (was er umgekehrt auch von sich selbst wusste, wobei der formale Unterschied darin bestand, dass er und seine Kollegen in der DDR daraus keinen Hehl machten). Inzwischen, zwei Jahrzehnte später, ist das „mehr Verantwortung übernehmen“ bis in die deutsche Außenpolitik so eingeübt, dass von irgendeiner Scheu nicht mehr die Rede sein kann. Das Material der staatlichen Bildungszentrale endet mit einem Zitat Friedrich Meineckes, das definitiv klarmachen soll, dass Hitler und die Faschisten an der Macht aus dem Gang deutscher Geschichte herausfallen: „Hier hat nichts Allgemeines, sondern etwas Zufälliges, nämlich die Schwäche Hindenburgs, den Ausschlag gegeben.“ Das Deutsche Historische Museum in Berlin, und das ist doch auch eine Adresse mit aufklärerischem Anspruch, stellt in seinem aktuellen Internet-Eintrag fest, dass die Vernunft, die in der Republik sich verkörpert habe, „im Getöse von ‚Sieg Heil‘ und ‚Rot Front‘ untergegangen“ sei. Da ist er wieder, der Würgegriff von Nazis und Kommunisten, zu dessen Demonstration noch immer der Verkehrsarbeiterstreik vom November 1932 – er jährt sich eben zum 75. Mal – am besten geeignet erscheint.

Die letzte Etappe der Republik von Weimar ist weder mit dem Begriff der „Auflösung“ treffend gekennzeichnet, der sich für einen juristischen Akt eines sich verabschiedenden eingetragenen Vereins eignen mag und natürlich auch in der Chemie Verwendung findet, noch lässt sie sich mit dem Begriff „Untergang“ charakterisieren, der sich – siehe den Film über Hitlers letzte Tage im Reichskanzleibunker – wegen seiner Allgemeinheit einer besonderen Beliebtheit erfreut. Diese Republik hat sich auch nicht selbst zerstört, eine andere Deutung, die Kräfte und Personen im Dunkeln lässt. Sie ist planvoll zerstört worden, das ist die Grundaussage, die Ruge in seinen Werken belegt hat. Und dieser Zerstörung lagen Interessen zugrunde, die in Politik übersetzt werden konnten. Für ihn war die Geschichte der Weimarer Republik eine Geschichte großer Klassenschlachten, an denen er gegen Ende selbst noch als Schüler beteiligt war.

Soviel Aufmerksamkeit Ruges Büchern über die Weimarer Republik zuteil wurde, sie kann sich mit der nicht messen, die ihm seine Teilautobiographie eintrug, die 2003 auf den Buchmarkt gelangte. Rasch rezensierten den Band nicht nur marxistische Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch die Frankfurter Allgemeine und Die Zeit. An diesen anrührenden Bericht, in dem das Erleben und Erleiden des in der Sowjetunion Zuflucht Suchenden, in Arbeitslager und in die Verbannung Gezwungenen, dem Tode mehrfach Entgangenen geschildert wird, ist von Rezensenten die Frage geknüpft worden, ob und wie dieses „erste“ Leben mit seinem „zweiten“ in der DDR und dann seinem „dritten“ als Bürger der Bundesrepublik in Beziehung gesetzt werden können, ja, müssen. Inwieweit erklärt sich das folgende aus dem voraufgegangenen? Und dann stellt sich auch mit dem Blick auf Wolfgang Ruges wissenschaftliches Werk die Frage, die der Geschichtswissenschaft der DDR im Ganzen gilt: „Was bleibt“. Er ist an deren Entscheidung nicht mehr beteiligt. Sie fällt mit der Aufnahme und Fortsetzung oder der Missachtung und Verleugnung jenes sich von Karl Marx herleitenden Geschichtsdenkens, das ihn leitete, und von dem er 2002 in seinem wohl letzten Interview Friedrich-Martin Balzer sagte, er halte ihn in bestimmten Gebieten für überholt, aber in manchen nicht.

Noch einmal: Wo war der Opa im Kriege?

Welcher Historiker und ein Spezialist der Zeitgeschichte zumal hätte bei seiner Arbeit nicht schon von Mitteilungen profitiert, die Menschen hinterlassen haben, die das Bedürfnis hatten, aus ihrem Leben zu berichten. Im 19. Jahrhundert taten das nahezu ausschließlich Angehörige der so genannten gehobenen Schichten, denn das Entstehen von derlei Hinterlassenschaft besaß zwei Voraussetzungen. Die eine bestand in dem Selbstbewusstsein, dass das Niedergeschriebene einige Bedeutung besitze. Es wurde aufgezeichnet für die eigene nahe oder fernere Nachkommenschaft, häufig auch mit dem Gedanken an einen weiteren Kreis von Interessierten oder Wissbegierigen. Dieses Bewusstsein fehlte in den unteren Schichten der Gesellschaft, in denen sich das Leben von Generation in einem Gleichmaß vollzog oder zu verlaufen schien. Die andere bestand in der Geübtheit, sich schriftlich auszudrücken, und in der Verfügbarkeit von freier Zeit. Auch damit stand es in den bäuerlichen und proletarischen Schichten schlecht.

Nun scheint jüngst ein besonderes Interesse an den Geschichten von Familien erwacht zu sein und dies vornehmlich mit Bezug auf die Vergangenheit in jenen Jahren, die vielfach „die dunklen Jahre“ genannt werden, also die Zeitspanne von 1933 bis 1945. In Presseorganen wie im Fernsehen begann eine Debatte darüber, ob sich die Deutschen bislang genügend mit den Rollen befasst (oder wie das Modewort heißt: auseinandergesetzt) hätten, die ihre Vorfahren, die Rede war von der Eltern- und Großelterngeneration, einst gespielt hätten. Die Antworten fielen meist negativ aus. Sie hätten nicht.

Ein Filmautor bekannte gar, er habe seinen Film, es handelt sich um „Unsere Mütter, unsere Väter“, eigens hergestellt, angetrieben vom Gedanken, solche Gespräche über Generationsgrenzen hinweg anzuregen. Das mag ihm nicht bestritten werden. Nur kam ihm der Gedanke spät. Die Zeitzeugen sind inzwischen nicht mehr am Leben, jedenfalls in ihrer übergroßen Zahl. Wer 1933 15 Jahre alt war, ist jetzt 95, wer 1940 als Zwanzigjähriger in den Krieg zog, hat auch ein biblisches Alter erreicht. Die da angekommen sind, ringen mehr nach Luft denn nach Worten, um von Kindheits-, Jugend- oder Kriegserlebnissen zu erzählen. Da dies festzustellen keine mathematischen Spezialkenntnisse erfordert, wurde bald der Adressat der Fragen neu bestimmt. Die richteten sich nun an die frühe Nachkriegsgeneration, vielfach die der Großeltern Die sollen sich besinnen, wie es, als die Waffen schwiegen, an Familientischen zuging, worüber der aus Krieg und Gefangenschaft zurückgekehrte Vater oder Onkel geredet und worüber sie geschwiegen hatten, welche Fragen ihnen gestellt, welche unterlassen und welche nicht einmal gebildet wurden. Der Befund konnte niemanden überraschen. Wenn das Thema überhaupt bei Zusammenkünften oder im Alltag der Familien in Rede gekommen war, dann meist ohne das Tun und Lassen der Mitmacher zu beschreiben oder zu bewerten, die, wenn sie in der Nazipartei gewesen waren und das nicht verschwiegen hatten, ohnehin zur Kategorie der „Mitläufer“ geordnet wurden. In der Bundesrepublik erledigte sich vieles Fragen ohnehin, nachdem das Bild von der sauberen Wehrmacht in den Rang einer Geschichtserkenntnis gehoben worden war.

Die Entscheidungen, worüber vor Jahrzehnten gesprochen, worüber geschwiegen wurde, sind aber nicht in einer Art hermetisch geschlossenen Familienkäfig gefallen und der Stoff der, als sei der Stoff jener Unterhaltungen hing nicht nur von Papas und Mamas, Omas und Opas Verhältnis zu Wahrheit und Selbsterkenntnis ab. Wie das geschah, bestimmten auch offizielle Verlautbarungen mit, wie beispielsweise die des Bundeskanzlers Konrad Adenauer aus den frühen fünfziger Jahren, man solle nicht fortgesetzt von Kriegsverbrechern reden, das seien doch nur ganz wenige gewesen.

Wenn die Geschichte jener Jahre auf eine innerfamiliäre Sicht eingedampft wird, kann sich vom Ganzen nur ein Zerrbild ergeben. Gewiss stand jeder Kriegsteilnehmer vor der Frage, was er den Seinen einbekannte, was er unausgesprochen ließ, doch er stand in Deutschland-West darüber hinaus dabei vor der Entscheidung, sich dem schweigenden Strom anzuschließen oder sich gegen ihn zu stellen oder auch sich den Ruhmredigen in den Traditionsverbänden der Wehrmacht zuzugesellen. Jedenfalls blieb er von einer geistigen oder anderen Obrigkeit unbedrängt, sein Verhältnis zu diesem Teil der eigenen Biographie kritisch zu ordnen.

Nun gilt die Familie gemeinhin auch als „kleinste Zelle“ der Gesellschaft, doch die Gesellschaftsgeschichte ist nicht die einfache Summe von Familiengeschichten. Die ergeben im besten Fall so etwas

wie Gucklöcher in Zeiten und Zustände. Jedoch erklärt und entschlüsselt selbst eine Sammlung von hunderten und mehr Familiengeschichten die Geschichte einer Nation, eines Volkes, eines Staates nicht, so eng der Teil mit dem Ganzen auch verbunden gewesen sein mag. Ob eine Gesellschaft von wirtschaftlichen Krisen geschüttelt wird oder eine Entwicklung nimmt, die dann Wirtschaftswunder genannt wird, ob ihre Geschichte in einem Krieg mündet, der Millionen ihrer Angehörigen tötet, wird an keinem Familientisch entschieden. Um darauf Antworten zu finden, muss sich der forschende Blick auf die Strukturen eines Gemeinwesens richten, auf Herrschende und Beherrschte, Mächtige und Ohnmächtige, Führer und Gefolgschaft, geistige Wegbereiter und Halb- und Unwissenden. Und so können die Familiengeschichten auf ein Feld führen, auf dem unbequeme Fragen, die an geschichtliche Prozesse zu stellen wären, um sie zu begreifen, sich entsorgen lassen. So wird dann gefragt, was Opa bei Kiew getan hat und nicht, wer ihn dahin befahl. ergründet, ob Oma in der „Nationalsozialistischen Frauenschaft“ Wollstrümpfe für Opas Mitkämpfer gestrickt hat, und nicht, wie sie in die Lage kam, sich so zu beschäftigen, statt ihre Enkel zu erwärmen, endlich aufgeklärt, was die Altvorderen in diesem Krieg an Vorteil und Nutzen gewannen und ob auch Opa aus Frankreich Päckchen mit Parfüm, Edelseife und Damenstrümpfen schickte, und nicht, wer die Gewinne der Rüstungsproduktion einheimste und sich im Kriege auch jenseits der Grenzen im eroberten Gebiet stink bereicherte. Die Bewältigung der Geschichte, an häusliche Tische verlegt, kann die Funktion von Nebelkerzen gewinnen, sie muss das aber nicht. Sie kann auch der Beginn des Fragens werden, das aus der Wohnungs- oder Haustür gleichsam ins Freie führt.

Das Gesagte stützt jüngste Erfahrung, gemacht in einer Schulklasse in Mahlow im Brandenburgischen vor Berlins Toren. Da hatten Zwölfjährige das in 13 Sprachen übersetzte, in 2 Millionen Exemplaren erschienene, 1961 in der Bundesrepublik gedruckte Buch von Hans Peter Richter (1925-1993) gelesen „Damals war es Friedrich“. Die Geschichte zweier 1925 geborener Freunde, von denen der eine Jude war, verfolgt der Autor bis in das Jahr 1942. Darüber redete eine geistig muntere Schülergruppe, die gründlich gelesen und nachgedacht hatte. Da ließ sich am Schluss zweier Stunden die Frage kaum vermeiden, wer mit seinen Großeltern, geboren 1930 und später, über jene Jahre gesprochen habe. Ein halbes Dutzend der Befragten hatte und erinnerte sich an Berichte von den Erfahrungen mit den Russen, von den Fluchten, vom Hunger und sogar an Omas Diebstahl, um ihn zu lindern. Nein, über die Stunden in der Nazi-Jugendorganisation und der gleichen sei nichts erzählt worden. Und wenn? Dann wäre womöglich von abenteuerlichen Spielen und Fahrten die Rede gewesen.

Sollen Geschichten an Familientischen mit Gewinn für die Jüngeren erzählt werden, ist zweierlei vorausgesetzt: die Zeitgenossen sollten über sich selbst und das Erlebte kritisch nachgedacht haben und die Nachgeborenen ermutigt werden und darauf vorbereitet sein, Fragen zu stellen. Im anderen Fall reduziert sich die Erkenntnis darauf, dass Krieg schlecht und Frieden gut ist. Das wird keine Enkeltochter und keinen Enkelsohn überraschen.

Geschichte der Verlierer: historische Selbstreflexion von hochrangigen Mitgliedern der SED nach 1989. Christian Jung. Heidelberg: Univ.-Verl. Winter, 2007.

In Memoriam Wolfgang Ruge

Heute hätte der Historiker Wolfgang Ruge seinen 90. Geburtstag begehen können. Er verstarb am 25. Dezember 2006. Hinter ihm lagen Jahrzehnte geschichtswissenschaftlicher Arbeit, die sein Leben ausfüllte und ihm als Forscher und Publizist in der DDR und über deren Grenzen hinaus hohes Ansehen verschaffte. Dazu trug bei, dass er sein Wissen auf vielerlei Weise unter die Leute bringen konnte: In Monographien, die Spezialisten lasen, in Lehrbüchern für die Hand von Studenten, in Biographien, die Leser verschiedenster Schichten fanden, in Essays, in Zeitungsartikeln ebenso wie in Rundfunkvorträgen. Wer in der Bundesrepublik Antworten auf Gründe für das Aufkommen der Nazipartei und deren Weg an das Staatsruder suchte und sich mit dort dominierenden Interpretationen nicht zufriedengab, griff zu Ruges Publikationen. Sein Name steht nahezu als Gleichwort für die Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik im ostdeutschen Staat.

Er verfasste das Lehrbuch über die Jahre 1917 bis 1933 für die Hand der Studenten. Er schrieb die allgemeinverständliche Darstellung „Republik auf Zeit“. Er legte Biografien herausragender deutscher Politiker vor, so die Gustav Stresemanns und Mathias Erzbergers, und sein vielgelesenes Lebensbild des kaiserlichen Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten der Republik Paul von Hindenburg. Niemand hat so wie er, der in Potsdam wohnte, wo sich zu DDR-Zeit das Zentralarchiv befand, dessen Bestände für den ihn interessierenden Zeitraum so eingehend durchmustert wie er. Streitbar in der Sache, hartnäckig in der Verfechtung seiner Erkenntnisse und Überzeugungen und sorgfältig die Sache von den Personen trennen, so diskutierte er im Kreise seiner Kollegen wie mit den Verfechtern von Auffassungen, die der seinen entgegengesetzt waren. Ruge galt als so etwas wie der Doyen der Historiker, die mit der Geschichte dieser deutschen Republik befasst waren. Die Jenaer Universität würdigte sein Verdienst durch ein Ehrendoktorat.

Über den Kreis seiner westdeutschen Fachkollegen weit hinaus wurde Ruge bekannt, als er eine Teilbiographie seines Lebensweges vorlegte, die mit seiner Flucht als sechszehnjähriger kommunistischer Antifaschist aus Nazideutschland einsetzte und mit seiner Rückkehr in die DDR 1956 abschließt, nach Jahren der Gefangenschaft und Verbannung, die er in der Sowjetunion durchlitten hatte. Dieses Buch ist mehr als eine Geschichte von Hoffnungen und Enttäuschungen, ein Bericht von erlittenem Unrecht und vom Zufall eines Überlebens. Es gibt eine eigene Antwort auf die Frage nach den Gründen des Scheiterns des Versuchs, die Welt der Ausbeutung und der Kriege zu verlassen. Die damit aufgeworfenen Fragen an die Geschichte des sowjetischen Systems und der Rolle ihrer Führer haben ihn während seiner letzten Lebensjahre beschäftigt. Darüber hat er sich vielfach geäußert, Widerspruch herausfordernd und auch erfahrend. Zu seinem 90. Geburtstag wird eine Sammlung seiner Aufsätze aus den Jahren 1989 bis 1999 vorgelegt werden. Dann nahm ihm fortschreitende Krankheit die Feder aus der Hand.

“The proof of the pudding is in the eating”

Das geflügelte Wort, das in Literatur und Alltag seit einige Hundert Jahren machgewiesen ist, lässt sich in unsere Gegenwart getrost frei in die Worte übersetzen: Trau keiner Reklame, verschaffe dir selbst ein Urteil. Die Notwendigkeit bestätigt der Werbetext des Verlages für ein Buch, von dem behauptet wird, es biete „die erste umfassende Wirtschaftsgeschichte des ‚Dritten Reiches'“. Wer sich in der Materie ein wenig auskennt, weiß, dass der eine dreibändige Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft (1939-1945) des ostdeutschen Historikers Dietrich Eichholtz vorausging, deren erster Band 1969 vorlag und mit der Vierjahresplanpolitik 1936 einsetzte. Der dritte erschien 1996. Inzwischen ist das Gesamtwerk in einer Ausgabe des K. Saur Verlages im Buchhandel. Autoren besitzen auf Reklametexte einen geringeren Einfluss als auf das, was sie zwischen zwei Einbänden veröffentlichen lassen. Welche Verwunderung aber, wird festgestellt, dass Eichholtz' profunder Dreibänder auch im Literaturverzeichnis nicht existiert. Dort wird einzig ein 1969 zusammengestellter aus Archiven geschöpfter Dokumentenband „Anatomie der Kriegswirtschaft“ aufgeführt. Dessen Mitherausgeber Wolfgang Schumann ist auch der Erwähnung nicht wert, wiewohl der mit der Geschichte des Zeiss-Konzerns in den Jahren 1933 bis 1945 eine Pionierarbeit schrieb und aus den dafür angestellten Forschungen eine erhebliche Zahl von Dokumenten dieses Bandes stammt. Welche Verlotterung der Sitten auch außerhalb von Deutschland einig Vaterland.

Das alles besagt noch nichts über die Qualität des eben erschienen dickleibigen Bandes, dessen Autor neuere europäische Wirtschaftsgeschichte in Cambridge lehrt und sich 2005 auch in Deutschland dadurch bekannt machte, dass er einer abenteuerlichen Erklärung der faschistischen Kriegsfinanzierung durch Götz Aly widersprach. Das mögen nur Fachleute zur Kenntnis genommen haben. Dieser Band, das ist sein aus der englischen Geschichtsliteratur gutbekannter Vorzug, wendet sich an ein breites Leserpublikum und der Verfasser meidet den Stil der zunftinternen Monographie. Dass deutsche Rezensenten vermerkten, die Lektüre des Bandes verlange Konzentration und Mühe, spricht nicht gegen den Autor, sondern nur von Gewöhnung an gutverdauliches Fastfood.

Nun hat das wirtschaftsgeschichtliche Geschehen im Nazistaat unter vielen Aspekten seine Darstellung schon gefunden. Dass es auf Krieg zielte, ihn dann in dieser Länge entscheidend gewährleistete und viele andere generelle Fragen bilden keinen Streitpunkt. Den können auch Daten über Produktionsmengen und -anteile nicht bilden. Unstrittig, dass deutsche große und kleine Kapitaleigner wie vordem und nachher von dem Grundsatz geleitet wurden Pecunia non olet. Und in diesem Falle galt das selbst für Blutgeruch. Der Konkurrenzkampf um die Staatsaufträge begann 1933, als sich sächsischen Unternehmer um den Bau von Baracken für Arbeitsdienst- ebenso wie für Konzentrationslager und für die Ausstattung der Naziorganisationen mit Uniformen bewarben, und endete mit der Ausbeutung der für die Gaskammern bestimmten Juden in Auschwitz-Monowitz und der Produktion von Zyklon B. Kontrovers ist vor allem eine Frage geblieben: die nach dem Wechselverhältnis von Politik und Wirtschaft im Nazistaat. Haben die Mächtigen der deutschen Wirtschaft die Grundrichtung der Politik mitbestimmt und in welchem Grad? Und: Welchen Einfluss haben die das Staatsruder bedienenden Faschisten auf das Geschehen in der Wirtschaft genommen? Darauf gaben schon die Richter des Nürnberger Prozesses eindeutige Antworten, die in Vergessenheit gebracht sind.

Wie sieht Tooze sechs Jahrzehnte später die Sache an? Er beginnt merkwürdigerweise mit einer artigen Verbeugung vor den Leistungen von Ideologie- und Politikgeschichte, muss aber dann doch zur Rechtfertigung seins eigenen Unternehmens anmerken, dass die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse arg marginalisiert worden wären. Wer darauf erwartet, dass der Autor mit einem Befund der ökonomischen Situation des deutschen Kapitalismus nach dem verlorenen Krieg einsetzen und die strategischen Überlegungen in Zirkeln und Organisationen des deutschen Finanzkapitals durchmustern würde, täuscht sich arg. Auch Tooze setzt mit Hitlers Ideologie und seinen Phantasien – geäußert in dessen 2. unveröffentlichtem Buch – von deutscher Weltherrschaft ein, die er nach einem Entscheidungskampf mit den USA erreicht sein sollte und dem der Krieg in Europa und gegen die Konkurrenten auf dem alten Kontinent nur als ein Vorspiel sei. Die Fixierung auf den „Führer“ beherrscht schon die Einleitung: Hitlers imperialistische Ambitionen, Hitlers Aggressionslust, Hitlers Aggressi-

on, Hitlers Kriegstreiberei, Hitlers Entscheidungsprozessen, Hitlers Kriegführung usw. Dazu ist es das geschichtsmethodologische Bekenntnis, dass es letztendlich der menschliche individuelle und kollektive Wille sei, der die Geschichte präge und daher zum Ausgangspunkt der Geschichtsbetrachtung gemacht werden müsse, lassen Schlimmes ahnen. Mehr noch, dass sich dies mit einem Verweis auf Marx verbindet, der doch aber darauf bestand, der Frage nachzugehen, wie sich dieser Wille bildet, welche konkreten Interessen ihm zugrunde liegen und sich in ihm verdichten und ausdrücken.

Tooze macht sich dann auf die Spur der Ereignisse, zu deren Verwirrung regelmäßig beiträgt, dass zwischen den grundlegenden politischen Richtungsvorgaben und den sog. Rahmenbedingungen, welche auf Gesetzgebungs- oder Verordnungswege hergestellt wurden, im Detail nicht unterschieden wird. Diese Allianz, so Tooze, ändere nichts an der dominierenden Rolle der Politik, die ihren Willen gegen jede wirtschaftliche Zweckmäßigkeit durchgesetzt habe.

Adam Tooze, Die Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. 2007. Aus dem Englischen von Yvonne Badal, 928 S., Euro 44,00.

Dr. Gertrud Markus – Gruß zum 90.

2. Februar 2007 im Club Spittel Kolonnaden Berlin-Mitte

Liebe Gertrud,

als wir einander vor einigen Tagen erst begegneten, sagte ich Dir, du würdest zum heutigen Tage wohl deine Geburtsurkunde oder deinen Personalausweis mitbringen müssen, damit dir geglaubt wird, dass du heute deinen neunzigsten Geburtstag feiern kannst. Das war kein leichthin gesagtes Kompliment. Wer dich bei unseren Zusammenkünften, im Jahresverlauf nahezu jeden Monat einmal, trifft, und du versäumst kaum eine davon, ist immer wieder von deiner Lebenskraft und Anteilnahme an den Problemen unserer Zeit beeindruckt. Und wer dazu weiß, saß du bis vor kurzem in eurer Wohnung deine kranke Schwester umsorgt hast, bis diese Arbeit über deine Kräfte ging, in dessen Bewunderung mischt sich Respekt. Auch weiterhin umsorgst du sie in ihrer neuen Bleibe.

Auf dem Wege hierher und schon ein wenig vordem habe ich darüber nachgesonnen, wie wir eigentlich zu-(nicht an-)einander geraten sind. Das liegt inzwischen mehr als vier Jahrzehnte zurück und führt in das Jahr 1965. Damals arbeiteten Du, Werner Fischer und Kurt Gossweiler in einer Wissenschaftlergruppe um den früh verstorbenen Joachim Streisand im Hauptgebäude der Humboldt-Universität in einem entlegenen Winkel an der Westseite des Gebäudes. Ich war, gleichsam über die Straße kommend, vom Akademieinstitut für Geschichte zu euch gestoßen. Uns führte neben der täglichen Arbeit, die den Studenten galt, alsbald eine publizistische Herausforderung zusammen. Zu schreiben hatten wir einen Band in der von Studenten so genannten Minolreihe, also in der Folge der Hochschullehrbücher für deutsche Geschichte Er betraf die Jahre von 1033 bis 1939. Streisand war der Sekretär des Gesamtunternehmens, das schließlich 10 Bände ausmachte, darunter mehrere Halbbände, und Erich Paterna, schon emeritiert, für „unseren“ Band zuständig. Heute wäre zu dem Ergebnis vieles und viel Kritisches zu sagen. Doch ginge manches davon auf die Zeiten und anderes auf unser Anfängertum als schreibende Historiker.

Du, liebe Gertrud, hattest für die Sache einen gewissen Vorsprung dir schon durch deine Promotion erarbeitet, die sich mit der Geschichte jenes uns damals fernen Landes befasste, das nach 1919 zum Saargebiet geworden war. Deine Forschungen betrafen den Weg zu dessen „Anschluss“ an das Nazireich im Jahre 1935. Dieses Interesse machte dich auch mit Lutwin Bies bekannt, dem wohl besten Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung im Saarland, der dir, wie ich hörte, schon zu deinem Ehrentag einen besonderen Gruß zugesprochen hat. Jedenfalls brachten wir den Band zustande und ich erinnere mich gern, damals waren wir ja wirklich noch junge Leute, eines das Ereignis feiernden gemeinsamen Essens im exklusiven Ermeler-Haus. So lebten die privilegierten Arbeiter jener Jahre.

Wo immer wir einander sahen, war vor allem von Arbeit und dem, was für uns zum geistigen Leben dazugehörte, die Rede, von einem Roman, einem Film, einem Theaterstück. Über uns und woher wir kamen sprachen wir, wie mir beim Nachdenken über diese kleine Rede wieder bewusstwurde, wenig. Auf die Idee, dass sich die Deutschen ihre Lebensgeschichten erzählen müssten, um einander zu verstehen und nahe zu kommen, sind Agitatoren erst nach 1990 verfallen. Was dabei herauskam, ist bekannt. Die dem Rat folgten, stellten nur fest, was sie vorher wussten: Sie hatten in verschiedenen Welten gelebt und sehr unterschiedliche Ansprüche an ein sinnvolles Leben gestellt. Wir bezogen unser Vertrautsein aus dem Wirken für ein gemeinsames, überindividuelles, also gesellschaftliches Ziel. Für Historiker, deren Quellen ja auch Biographien sind, erscheint es mir aus dem Rückblick aber dennoch verwunderlich, dass wir so wenig von den Lebenswegen des anderen wussten. Von dir war mir kaum mehr bekannt, als dass es dich bald nach Kriegsende an die Universität verschlagen hatte, auf einen „hohen“ Posten. Wer sich damals für die Revolution einsetzte, und das war der Vorgang des Wandels on Ostdeutschland, wie immer wir ihn damals bezeichneten und wie immer er auch heute genannt wird, zögerte nicht lange, wenn ihm ein Platz zugewiesen oder auch nur angeraten wurde. Überfordert waren wir alle und wir waren nicht diejenigen, denen das in der Geschichte das erste Mal geschehen wäre.

Du hast zu denen gehört, die sich sagten, auf der Stufe des Wissens kann es nicht bleiben und begannst, Geschichte zu studieren und erhieltest – das ist ja nicht allen Pionieren jener Jahre widerfahren – dazu den Segen der neuen Obrigkeit. Heute nun sind hier auch einige deiner einstigen Mitstudenten, alle natürlich durchweg jünger als du. Auch ihre Anwesenheit sagt etwas über die Gesellschaft, in der du gearbeitet, studierst und dann wieder gearbeitet hast. Rente ab 67 war damals kein Thema. Wer wollte und konnte, durfte weitermachen, solange Kräfte und Lust eben reichten. Du bist nicht anders verfahren. Und auch danach ist unsere Verbindung, wie diese Runde heute erweist, nie abgerissen. Das hat auch etwas mit deiner Rolle zu tun und über die wirst du dir ein paar Worte mehr heute doch noch anhören müssen.

Gertrud gebietet, wie alle, die mit ihr in Sachen Arbeit zu tun hatten, wissen, über eine knappe und unverfälscht berlinische Ausdrucksweise. Ihre Urteile über Dinge und Menschen sind schnell gesprochen, aber nicht rasch gebildet. Und was Leute angeht, so besitzt sie ein Maß, das ich – etwas anderes ist mir dazu nicht eingefallen – das Markussche moralische Minimum, abgekürzt das MmM, nennen will. Es ist gebildet aus einigen elementaren Ansprüchen, die du an deine Mitmenschen stellst. Ehrlichkeit und Offenheit im Umgang miteinander, Verlässlichkeit bei der Arbeit, Vermeidung jeglichen Geschwätzes und Großgetues, Widerwille gegen bloßes Klagen und Jammern. Nicht zu vergessen: gegenseitige Hilfsbereitschaft. Wer gegen derlei Normen verstieß, andere für sich arbeiten ließ, sich auf anderer Kosten nach vorn drängte, hochnäsig gar über Kollegen hinwegsah, war bei dir „unten durch“. Über den brauchte nicht geredet zu werden: „Ach – weeste“ und das Thema war kein Thema. Solche Haltung kann in einer Kleingruppe von sehr wohltuender Ausstrahlung und ihre Beziehungen prägendem Einfluss sein. Du hattest sie und übtest ihn aus. Ohne ein lebensfremdes Dogma zu verfolgen. Begründete Nachsicht gehörte auch immer dazu. Soviel und Ende der Lobrede, denn ich will mit dir nicht aneinandergeraten.

Dass deine Mitstreiter und Mitstudenten, Arbeitskollegen, Freunde und Genossen, darunter die aus der Gruppe derer, die das Verdienst und das Andenken der spanischen Revolution und des Bürgerkrieges bewahren, sich hier heute um dich versammelt haben, ist Zeichen der Verbundenheit und des Dankes in einem. Auf der Schwelle in dein zehntes Lebensjahrzehnt wünschen wir dir alle und von Herzen gute Jahre. (2007)

Militäreinsätze im Innern des Deutschen Reiches zwischen 1871 und 1945

Einführender Beitrag zu einer Anhörung der Linksfraktion des Deutschen Bundestages über die Absicht von nicht von der Verfassung gedeckten Einsätzen der Bundeswehr im Inland. 22. Mai 2006 im Abgeordnetenhaus zu Berlin

Der Aufforderung, dieser Veranstaltung einen historischen Exkurs voranzusetzen, ließ sich aus zwei Gründen nicht leicht folgen. Der erste rührt aus dem Zweifel her, ob die Anregungen für politisches Handeln, die dieser Rückblick hergibt, nicht zu geringfügig sind, denn es wird von Ereignissen die Rede sein, die in dieser Perspektive ihr Verfallsdatum, schon hinter sich haben. Der zweite ergibt sich aus einer Verleitung, die umso größer ist, je näher der Termin des in Rede stehenden Ereignisses – der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 – rückt, in die politische Satire zu fliehen, die dem Ernst unseres Themas doch nicht gerecht werden kann. Ganz werde ich dieser Gefahr nicht entgehen.

I.

Das Großereignis naht. Die Freude des Vorausblicks ist getrübt, auch und vielleicht gerade für jemanden, der – ohne, ein Fan zu sein – Fußballspielen Unterhaltungswert und mitunter ästhetischen Genuss abgewinnen kann, vorausgesetzt, sie werden von herausragenden Könnern in außerordentlichen Mannschaften und bei deren guten Tagen bestritten. Diese Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland wurde vom Beginn ihrer Vorbereitung an in politische Koordinaten fest ein- und auf Interessen ausgerichtet, die nicht die meinen sind. Geliefert wird ein Beispiel für die Instrumentalisierung eines Sportereignisses für politische Zwecke. Das ist längst internationaler Alltag. Für welche „deutschen“ Zwecke aber nun?

Zugeordnet wurde diese Meisterschaft einer in der Bundesrepublik bereits seit längerem betriebenen Kampagne, die bisher nach dem Urteil derer, die sie organisieren und bezahlen, jedoch nur unbefriedigende, dürftige Erträge gezeitigt hat. Sie wird von Schlag- und Signalwörtern wie „Ein Ruck soll durch Deutschland gehen“, „Standort Deutschland“, „Wir sind Deutschland“ bezeichnet. „Aufbruch“ heißt die Parole wieder, die in deutscher Geschichte zwischen 1813 und 1933 schon den unterschiedlichsten Kräften und Zwecken gedient hat. Gestärkt werden soll das Wir-Gefühl der Deutschen über alle sozialen, politischen und geistigen Schranken hinweg und geweckt ihr angeblich seit Jahrzehnten völlig verschütteter Nationalstolz. Die Deutschen, so der Bundespräsident, sollen sich auf ihren „großen gemeinsamen Vorrat an Zielen“ besinnen. Optimismus zeigen, wird den Deutschen vielstimmig abverlangt und mit ihm Distanz zu allen, die zur Regierung der Großen Koalition und deren Programm und Vorgehen Distanz zeigen oder Kritik äußern. Es dürfe, sagte der Bundespräsident bald nach deren Etablierung, „nicht alles von vornherein zerredet werden“. Die Bundeskanzlerin verlangte, nicht alles mies- und die Zuversicht nicht kaputt zu machen. Der kurzzeitige SPD-Vorsitzende sekundierte, „niemand solle über die Politik herziehen“. Die Erklärungen aus den Tagen und Wochen des Antretens der Merkel-Müntefering-Regierung erinnern politisch-methodisch (nicht durch das verfolgte konkrete Ziel) u. a. an jene 1934 von der Staatsführung betriebene Kampagne gegen „Kritikaster“ und „Miesmacher“, die der Einschüchterung aller diente, die sich nicht uneingeschränkt hinter deren Fahne mit den Haken stellten.

Patriotismus, was immer darunter verstanden werden mag, muss her, denn, so malt eine großbürgerliche Stimme die Gefahr riesengroß, wenn wir uns nicht mit Deutschland identifizieren, explodiert das Land. Nur auf diesem Wege wird doziert, könnten die Deutschen in die rechte Form gelangen, um in den politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen jetzt und in Zukunft zu bestehen. So und nur so werde das Land „nach vorne“ gebracht werden. Die viel benutzte Propagandaformel, die ungeachtet und im Widerspruch zu allem unausgesetzten Verweisen auf die Exportweltmeisterschaft suggeriert, „wir“ seien zu weit nach hinten geraten, findet ihre Interpretation beispielsweise durch „uns Uwe“, wie die Hamburger Fußballbegeisterten einen ihrer Helden von gestern nennen. Uwe Seeler, Ehrenspielführer der Nationalmannschaft, weiß und lehrt: „Der Fußball lebt vom Fleiß, den müssen wir uns insgesamt wieder aneignen.“ Die Ballack & Co. in der Rolle von Vorreitern müssen sich auf deutsche Tugenden besinnen und die Deutschen sich an diesen wiederum ein Beispiel nehmen.

Das Turnier soll die Deutschen, so eine andere, nach der Volksgemeinschaft verlangende Bezeichnung seiner erhofften politischen Funktion, mit ihrem „Land zusammenschweißen“. Wie weit es gelingen wird, diesen Plan der mentalen nationalen Aufrüstung der Deutschen zu verwirklichen, hängt freilich hochgradig davon ab, wie die sportliche Bilanz am Tage danach aussieht. Auf die darf vorerst gewettet werden. Es ist das politische Umfeld dieses Spektakels und es sind die Ziele, die mit ihm verfolgt werden, die junge Leute, die den Sport selbst betreiben oder ihn doch als Zuschauende mögen, wünschen lässt, es möge diese deutsche Nationalmannschaft abschneiden wie in Portugal bei der jüngsten Europameisterschaft.

Jedenfalls feiern wir Deutsche uns schon einmal vorab. Dabei ist jede Zurückhaltung längst aufgegeben, denn es wurden die Eindrücke bereits formuliert, welche die Gäste in unserem Lande gewinnen und welche sie bei dessen Verlassen mitnehmen werden. Ihnen steht nicht mehr und nicht weniger bevor als die Überwindung jenes Klischees, mit dem sie hier einreisen und das besteht, wie der WM-Beauftragte der Goethe-Institute es formulierte, in „Bier, Wurst und bayerischer Gemütlichkeit“. Schon Gerhard Schröder hatte gewünscht, dass das Sportereignis zur „Visitenkarte unseres Landes“ werde. Ihre Beschriftung hat dann seine Nachfolgerin zu Jahresbeginn so formuliert: „Deutschland – das gastfreundlich, fröhliche und moderne Land der Ideen“. Genutzt werden solle die Chance, so der Mann aus der Zentrale der Goethe-Institute weiter, das „Bild der Deutschen im Ausland geradezurücken“ und – bildreicher noch – ausgebracht werden müsse die „Saat der Veränderung“. Dass das gelingt, gilt als sicher. Denn auf wen werden die Gäste an den Spielorten treffen? In Hamburg auf weltoffene Menschen, deren Wort und Handschlag zählt und die Helfer in allen Lebenslagen sind. In Hannover auf Leute von einer ernsten Freundlichkeit. In Nürnberg auf solche, die sich seit Wochen schon in Feierlaune befinden. In Köln warten auf sie großartige Gastgeber, die ohnehin mit offenen Armen herumlaufen. In Leipzig erreichen sie eine Stadt der Gastfreundschaft und der Weltoffenheit. In Kaiserslautern stoßen sie auf aus ihrem Wesen heraus begeisterte Pfälzer. Die zurückhaltenden Schwaben werden die Besucher Stuttgarts als den „Inbegriffe der Weltoffenheit“ wahrnehmen. Ihre Gastfreundschaft werden auch die durch ihren herben Charme bekannten Berliner zeigen. Usw. Die Gelsenkirchener, die mit Fremden gleich per Du sind, werden den Gästen allerdings nur – das ist immerhin eine leichte Warnung – diese Seite zeigen, „wen sie nicht arrogant auftreten.“ München hingegen wird alles übertreffen, denn dort wird nicht nur das richtige Bild von Deutschland gemacht werden, sondern „wir werden alles daransetzen,“ versichert ein ehem. Weltmeister, dass unsere Touristen [...] nach ihrem Besuch das ‚Grüß’ Gott‘ ebenso gut wie ‚Guten Tag‘ über die Lippen geht.“ Hier wird also eine Re-Christianisierungskampagne vorbereitet. Alle diese hymnischen Empfehlungen ließ sich die Zeitung *Welt am Sonntag* (Ausgabe vom 21. Mai 2006, WM 2006 Spezial) von einstigen Fußballstars schreiben.

Soviel zu den beabsichtigten Wirkungen im Hinblick auf die deutsche Auslandspropaganda. Die scheint in ihren Wirkungen gefährdet, fürchtet und warnt ein Berliner SPD-Politiker, wenn der Eindruck des Sportfestes überlagert wird von dem eines „Militärfestes“. In der Tat vermitteln Medien seit Wochen ein Bild, als habe sich Deutschland auf das Hereinbrechen einer Feindesschar vorzubereiten und dagegen zu wappnen. Und das sind die bisher ausgemachten: „Hools, „Hooligans“, „gewaltbereite Hooligans“, „Problemfans“, „deutsche Ultrafans“ und die „gefürchtetsten“ von allen die Hooligans aus Polen. Dagegen ist Vorsorge getroffen worden: Wir haben „Sicherheitszentren“ installiert, verfügen über „Sicherheitsbeamte“ und „Sicherheitskräfte“, sind auf „Sicherheitskontrollen“ vorbereitet und waren imstande „Sicherheitsgarantien“ zu geben. Die aufgebotenen Kräfte befassen sich mit der „Terrorismusgefahr“ und mit „Gefahrenszenarien“, sie organisieren „Ernstfallübungen“ und fassen den „Notfall“ (eine andere noch unbestimmtere Formulierung lautet: Bedarfsfall“) oder auch das „Großschadensereignis“ ins Auge. Für diese undefinierten Fälle stehen mehrere tausend, die Angaben differieren, von Soldaten der Bundeswehr zum Einsatz bereit. Es arbeitet das seit 14 Jahren bestehende ZIS und das eben gegründet NICC, das sind die Zentrale Informationsstelle Sportgewalt und das eben vom Bundesinnenminister etablierte Nationale Informations- und Kooperationszentrum. In letzterem sind Mitarbeiter von acht Bundesministerien vereint, gemeinsam mit Experten des Bundesnachrichtendienstes, des Verfassungsschutzes, der technischen Nothilfe. Die Beteiligten

heißen im Journalistendeutsch inzwischen schon mal „Hooliganjäger“. Dieses Aufgebot kommt, dies nebenbei, die deutschen Steuerzahler allesamt teuer zu stehen.

Kurzum: der Bevölkerung wird ein Bedrohungs- und Schreckensszenarium an die Wand gemalt, dass sie, wenn nicht nach Gegenmaßnahmen verlangen, so diese doch hinnehmen lässt. Denn diese Propaganda kann sich auf einen Boden beziehen auf dem längst Ängste um Eigentum, Leib und Leben und mit ihnen Erwartungen an den Staat entstanden sind, deren Schutz tatsächlich zu gewährleisten. Die Bürger wollen von ihren Besorgungen mit ihrer Geldbörse nach Hause kommen und ihre Kinder sollen ihr Handy noch besitzen, wenn sie aus der Schule und von Sportstätten oder Festen zurückkehren. Frauen wollen in öffentlichen Verkehrsmitteln unbehelligt, alte Menschen in der Öffentlichkeit nicht angepöbelt und verhöhnt bleiben. Alle möchten Nahrungsmittel in der Gewissheit verzehren, nichts Unbekömmliches zu sich zu nehmen. Jeder will am Ende einer Flugreise dort landen, wohin er gebucht hatte. Und niemand möchte sich erst durch einen Anzeiger davon überzeugen müssen, dass aus dem Wasserhahn am Morgen tatsächlich Trinkwasser läuft und nicht eine vergiftete Flüssigkeit. Es sind diese Befürchtungen, die aus eigenen oder fremden Erfahrungen herrühren, die den Ruf nach Sicherheit hervorrufen und mit ihm die Bereitschaft, dem Staat mehr Bewegungs- und Schalträume zuzubilligen, ohne danach zu fragen, welche Weiterungen sich aus der wohlbegründeten Preisgabe von Normen ergeben können, die ein Maß der Macht formulierten.

II.

Militär in einem Inlandeinsatz und nicht auf dem vielgerühmten Feld der Wahrung und Verteidigung der Interessen des Vaterlandes und der nationalen Ehre nach außen, das ist geschichtlich gesehen kein neues Thema, bezeichnet keine Wendung. Indessen soll diese Seite der Militärgeschichte weitgehend in Vergessenheit gebracht werden. Das jüngste Zeugnis dafür lieferte die 100-Fragen-Liste hessischer Herkunft. Wohl eher unbeabsichtigt und doch politisch instinktsicher, denn der Gedanke oder die Rede sollen nicht gebracht werden auf Revolutionen, weshalb nach dem Frankfurter Parlament und der Weimarer Nationalversammlung, nicht aber nach den Ereignissen gefragt werden sollte, ohne die weder das eine noch die andere zustande gekommen wären. Folglich verbindet der deutsche Bürger mit Begriffen wie Militär, Armee, Heer, Streitkräfte und ähnlichen vor allem die Vorstellung von Kriegen mit äußeren Gegnern. Davon hat das Deutsche Reich Zeit seiner Existenz drei geführt, den gegen Frankreich 1870/71, aus dem es hervorging, den Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 und den Zweiten von 1939 bis 1945. Mit diesen Daten aber erschöpft sich die Verwendung deutscher Streitkräfte zu Auslandseinsätzen nicht. Zu ihnen gehören unter jeweils spezifischen Bedingungen, die Niederkämpfung des sogenannten Boxer-Aufstands in China, die Kriege gegen die Bewohner deutscher Kolonien in Afrika und die Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg. Nahezu vollständig vergessen sind die Baltikumer, deutsche militärische Kräfte, die am Interventionskrieg gegen Sowjetrussland teilnahmen.

Doch bevor das Deutsche Reich noch gegründet war, hatte die bürgerlich-spätfeudale Gesellschaft den Sündenfall des Einsatzes der Armee gegen das eigene Volk schon hinter sich. In Berlin, Wien und zuletzt in Baden waren Militäreinheiten deutscher Staaten gegen das eigene rebellierende Volk, gegen die Revolution eingesetzt worden. Die Herrschenden haben diese Erfahrungen übrigens verwertet in einer Weise, die mancherorts trotz des Bombenkrieges bis heute in der Stadtarchitektur von einstigen Regierungssitzen wahrzunehmen ist. Es erfolgten Neubauten von Kasernen, die so gelegen waren, dass die politischen Zentren der Macht ohne lange Anmarschwege zu erreichen und im Wiederholungsfalle zu sichern waren. Dass die Armee ein Instrument sei, dass im „Notfall“ gegen das eigene Volk verwendet würde und deren Angehörige darauf vorbereitet werden müssten, war im Kaiserreich ein öffentlich einbekanntes und durch Wilhelm II. einprägsam formuliertes Prinzip. Auf einer Vereidigung von Rekruten aus den Berliner Vororten sagte der Kaiser am 7. November 1900: „Ihr habt den Feind niederzukämpfen, ihr habt auch im Innern die Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Praktiziert wurde das knapp ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkriegs in der kleinen elsässischen Stadt Zabern, wonach das Vorkommnis seinen Namen hat: die Zabern-Affäre. Als es zu Protesten der Einwohner gegen das missachtende Verhalten eines Offiziers der dort stationierten Infanterie-Einheiten

gegenüber der eingesessenen Bevölkerung und zu Schikanen gegenüber Rekruten aus dieser Gegend kam, verhängte der Regimentskommandeur den Belagerungszustand und das Militär ging mit der blanken Waffe und mit scharfer Munition ausgerüstet gegen die Zivilisten vor, unter denen Verhaftungen vorgenommen wurden. Das Geschehen kam vor den Reichstag, aber es offenbarte mehr die Ohnmacht dieses Parlaments gegenüber dem selbstherrlichen Regime des Kaisers und der Militärgewalten. „Immer feste druff!“ lautete in einem Telegramm des Kronprinzen Wilhelm die Zustimmung zum Vorgehen des Kommandeurs vor Ort, den Wilhelm II. mit einem Orden auszeichnete.

Dem Prinzip, dass das Heer auch eine Ordnungsmacht im Staatsinnern sei, wurde in die Republik nicht abgeschworen, sondern es wurde mitgenommen. Mehr noch: diese Republik wäre in der Form, in der sie existierte gar nicht ins Leben getreten, ohne die militärische Niederschlagung jenes Teils der Revolutionäre, der auf tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung zielte und sich an der russischen Revolution orientierte. Dabei offenbarte sich in der Anfangsphase der Auseinandersetzungen, dass die Reaktion geeignete, das hieß: verlässliche Kräfte erst formieren musste. Diese Erfahrung sollte noch eine Rolle spielen. Die Verwendung des Militärs, nun der Reichswehr, gegen Unruhen und Arbeiteraufstände hat sich in den ersten Jahren der Weimarer Republik bis in das Jahr 1923 hinein mehrfach wiederholt. Jedoch: So wenig Skrupel der Kampf gegen „die Roten“, „die Bolschewisten“ den Generalen machte, so hielt es sie doch von der Aufgabe ab, die „schimmernde Wehr“ wieder und modernisiert aufzubauen. In die sozialen Auseinandersetzungen in der Endphase der Republik griff die Staatsmacht mit Reichswehrformationen nicht ein, das bewältigten – auch schießend – Polizeieinheiten.

Die Frage, wie die politisch organisierten deutschen Arbeiter und die Gewerkschaften die Provokation des 30. Januar 1933 beantworten würden, war noch nicht entschieden, als sich Adolf Hitler am fünften Tage seiner Kanzlerschaft an verschwiegenem Ort mit den Spitzenmilitärs der Reichswehr traf. Was er ihnen dort versicherte, war, dass er sie und die Reichswehr für die Vorhaben der Innenpolitik nicht benötigen werde, sondern entschlossen sei, diese durch seine eigenen paramilitärischen Formationen erledigen zu lassen. In der militärisch knappen Niederschrift eines Teilnehmers des Treffens lautet das: „Der Kampf im Innern nicht ihre (der Reichswehr – K. P.) Sache, sondern der Nazi-Organisationen.“ Das war den Generalen doppelt willkommen, denn es gefährdete ihr Ansehen nicht (eher das der partiellen Konkurrenz) und lenkte sie von der Konzentration auf jene Aufgaben nicht ab, denen sie sich nach dem Weltkrieg mit Vorrang gewidmet hatten. Es ging auch darum, dem weithin pazifistisch gestimmten Volk wieder Geschmack an Militär, Aufrüstung, Wehrpflicht zu machen. Das gelang durch den Einsatz kombinierter Mittel von der Presse und Literatur bis zum Film und erfolgte unter Teilnahme der Wehrmacht, wie die Reichswehr seit 1935 hieß. Der innenpolitische Einsatz des Militärs zielte auf Reklame und die Einnebelung der mit dem Ausbau der Streitkräfte verfolgten Ziele. Dem dienten der sogenannte „Tag der Wehrmacht“ mit den offenen Türen, Luken und Toren der Kasernen, Flugplätze, Kriegsschiffe und weiterer Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche, aber nicht nur sie, in Panzern, auf Geschützen und anderem Kriegsgerät herumkrochen und -krabbelten. Dem Inland wie dem Ausland wurde versichert und demonstriert, dass diese Wehrmacht einzig für defensive Aufgaben bestimmt sei und ihren Auftrag erfülle, das „nationalsozialistische Aufbauwerk“ zu schützen.

Die Olympiaden des Jahre 1936 mit den Sportstätten in Garmisch-Partenkirchen, in Berlin und Kiel gaben Gelegenheit, dem Ausland das harmlos-friedfertige Gesicht dieses „Dritten Reiches“ zu zeigen und – um die Formulierung noch einmal aufzugreifen und abzuwandeln – das Deutschland-Bild des Auslandes zurecht zu rücken. Das war geprägt durch Nachrichten aus Konzentrationslagern, über die brutalen justizförmigen Verfolgungen, über die eigenmächtige, internationale Spannungen riskierende Außenpolitik, die sich bei der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlands eben, im März 1936, offenbart hatte. Die Wehrmacht löste für die Olympischen Spiele logistische Aufgaben der Organisation. Niemand hielt ihren Einsatz für Sicherheitsvorkehrungen für nötig. Dieses Reich wünschte sich so wenig wie möglich militarisiert zu zeigen.

Hitler, der zu seinen Erlebnissen bei Kriegsende und in der Revolution offenbar ein traumatisches Verhältnis besaß, verkündete nicht nur, dass es in Deutschland einen zweiten 9. November nicht

geben werde, sondern er traf dagegen auch Vorsorge. Sie bestand in der Schaffung einer Spezialtruppe unter dem Namen SS-Verfügungstruppe, von stationierten Sonderformationen der Schwarzuniformierten. Die Geschichte des Regimes erwies auch unter den schwersten Belastungen des Krieges, dass deren Einsatz nicht notwendig wurde. Die Einheiten standen, mit anderen Formationen in der Waffen-SS vereint, für Aufgaben außerhalb Deutschlands zur Verfügung. Während die seit 1935 auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht rekrutierte Wehrmacht in den Vorkriegsjahren eine hohe Popularität in Teilen der Bevölkerung gewann, galt das für die Formationen des Schwarzen Korps nicht. Das Ansehen der Wehrmacht aber wurde eine Grundlage für die dann vielbeschworene Einheit von „Front und Heimat“ im Kriege.

Auch in den Jahren von 1939 bis 1944 blieb es dabei, dass die Wehrmacht für die Verwendung zu Zwecken der Eroberung, der Besetzung und Beherrschung fremder Länder eingesetzt wurde. Andere paramilitärische Einheiten wie der Arbeitsdienst, der Luftschutz, die Hitlerjugend usw. verrichteten Arbeiten, die zur Normalisierung des Lebens von Zivilisten unter den Kriegskatastrophen (nach Luftangriffen insbesondere) notwendig wurden. Erst 1945 änderte sich das Bild partiell. Während die Wehrmachtsführung den Kampf auch fortsetzen ließ, als die Gegner das Reichsgebiet erreicht hatten und die Schlachtorte darauf nun Königsberg, Breslau, Lauban, Aachen, Ruhrkessel, Seelower Höhen und Halbe hießen, wodurch sich die Leiden der Zivilisten verlängerten, wurde Militär und namentlich die Kriegsmarine eingesetzt, die Bevölkerung aus dem Osten, vor allem aus Ostpreußen auf dem Schiffswege westwärts zu transportieren. Um diese Transporte, die in weitere Katastrophen wie den Untergang der „Wilhelm Gustloff„ führten, rankte sich früh die Legende, sie seien zum Schutze und zur Rettung von Frauen und Kindern erfolgt. Sie verklärte die Rolle der Wehrmacht insgesamt und rechtfertigte insbesondere den Kampf gegen den „Bolschewismus“ und die Fortsetzung des Krieges durch die Militärführer in Kenntnis der Unabwendbarkeit der Niederlage.

Karl Dönitz konnte diese Legende als Angeklagter im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess dem Gerichtshof ungestört erzählen. Sie gehört zu den zählebigsten der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Bis heute wird ihr kaum die kontrafaktische, aber doch naheliegende Vorstellung entgegengesetzt, dass das Vordringen der alliierten Armeen ins Reichsinnere, ob es der Einzug der sowjetischen Truppen in Berlin oder der französischen in Pforzheim war, sich anders vollzogen haben würde, wenn sie sich nicht Meter um Meter noch hätten vorankämpfen müssen. Der bei weitem beste Schutz der Zivilbevölkerung, die längst fällige Lösung der Hauptaufgabe „nach innen“, wäre die Beendigung der Kriegshandlungen, die Kapitulation gewesen. In Wahrheit lagen diesen Evakuierungen zwei Überlegungen zugrunde, die in der Geschichte der Kriege nicht neu waren. Mit den technischen Mitteln, über welche die Wehrmacht noch gebot, ließ sich der Kampf inmitten der eigenen Bevölkerung nicht weiterführen. Die Divisionen brauchten dafür von den eigenen Leuten entleerte Räume. Und – zweitens – wo sie sich zurückzogen, sollten dem Gegner wie schon in dessen Land zerstörte Gegenden überlassen bleiben, in denen er keine einheimischen Hilfskräfte vorfand.

Fazit: Die Geschichte des Militärs weist im fraglichen Zeitraum, dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, der faschistischen Diktatur keine Situation auf, die sich als Vorgänger oder gar als Vorbild der Absichten und Schritte ansehen ließe, die nun gegangen werden sollen, um einen Eröffnungszug für den inneren Einsatz von Militäreinheiten zu ermöglichen. Erkennbar ist nur, dass in der Verfolgung dieser Absicht Erfahrungen aus diesem weitläufigen Felde der Geschichte mitschwingen. Gesucht und gefunden scheint eine Konstellation, in der eine solcher Schritt von der Bevölkerungsmehrheit akzeptiert wird und das umso mehr, je größer und phantasievoller und zugleich unbestimmt die Gefahr ausgemalt wird, die von den eigenen Bürgern und von einer Million erwarteter Gäste abgewendet werden soll. Es ist der Versuch eine sich bietende und dazu aufgebauschte Möglichkeit beim Schopfe zu fassen. Hinter ihm, wie klar formuliert oder auch nur erahnt, steht der Gedanke, dass die inneren Auseinandersetzungen auch in der Bundesrepublik nicht auf der Stufe bleiben könnten, auf der sie sich gegenwärtig abspielen. Es ist womöglich die Art, wie deutsche Politiker den berühmen Rat verstehen: Lerne zeitig klüger sein oder, weniger hochliterarisch ausgedrückt: Der kluge Mann baut vor.

Ein Tabuverdikt besonderer Art ...

... oder darf man an einen Meisterdemagogen mit Joseph Goebbels vergleichen?

Vergleiche gehören in seinem solchen Grad zu unserem Alltag, dass sie kaum noch jemand registriert. Größer – kleiner, dicker – dünner, klüger – dümmer, schneller – langsamer als – das wird von Kindesbeinen an benutzt und beherrscht. Neuerdings jagen die Aufforderungen einander, dieses mit jenem zu vergleichen. Solcher bedarf es kaum, wenn es darum geht, Benzin-, Strom-, Wasser-, Lebensmittel- und viele andere Preise von gestern mit jenen von heute zu konfrontieren. Verkäufer laden Käufer ein, sich vergleichend von den Vorteilen ihrer Angebote zu überzeugen usw.

Der Öffentlichkeit nicht entzogen, aber weniger Aufmerksamkeit erregend, wird der Vergleich tagaus und tagein auch bei wissenschaftlichen Forschungen genutzt. Um auf meinem Feld zu bleiben: Wie oft sind der Erste und der Zweite Weltkrieg miteinander im Ganzen und in einzelnen ihrer Erscheinungen verglichen worden. Wie häufig wurde der erste gegen den dritten Napoleon gestellt. Wie oft zwischen der Realfigur des Kaisers Barbarossa und der um ihn gewobenen Legenden unterschieden. Wie anhaltend über die Verwandtschaft von Verbrechen wie jene der Türken, begangen an den Armeniern, und der Deutschen, verübt an den europäischen Juden, gestritten. Der Gewinn solcher Vergleiche ist erwiesen, vorausgesetzt, dass Personen, Ereignisse und Entwicklungen, die dazu herangezogen werden, jede und jedes für sich vordem eingehend untersucht wurden. Dann können Gemeinsamkeiten und Unterschiede hervortreten und Charakteristika des einen wie des anderen sich schärfer erkennen lassen.

Auch in der Politik besitzen Vergleiche ihren angestammten Platz. In diesen Tagen, als der USA-Wahlkampf nach Deutschland exportiert und von da für die Bürger jenseits des Atlantiks per Fernsehen reimportiert ward, wurden die Figuren des noch amtierenden Präsidenten und des Bewerbers um seinen freiwerdenden Platz abwägend nebeneinandergestellt. Nun sind gehäuft Stimmen aufgetaucht, die dem Vergleichen eine Grenze ziehen wollen hinter der eine Tabuzone beginnt. Den Anstoß dafür bildet eine keineswegs neue Erscheinung, die Tatsache, dass Vergleiche benutzt werden, um einen Politiker oder – seltener, weil es davon weniger gibt – eine Politikerin herabsetzen, ins Zwielicht zu stellen, schlechter Gesellschaft zuzuordnen oder einzelne ihrer Entscheidungen, Handlungen oder Vorgehensweisen einer Tradition zuzuschreiben, in die sie nicht gehören. Die ärgste Beziehung, die zu diesem Zwecke in Deutschland und Österreich konstruiert werden kann, ist die zu den Jahren der Nazidiktatur. Von da werden Knüppel geholt, mit denen auf den politischen oder ideologischen Gegner eingedroschen wird. Dagegen haben Wissenschaftler Alarm geschlagen: die Düsseldorfer Sprachexperten Thorsten Eitz und Georg Stötzel im „Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung – die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch“ und der Bochumer Geschichtsprofessor Lucian Hölscher mit „Political Correctness – Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen“ sowie in Zeitungsinterviews.

Um die denkbare Vermutung ostdeutscher Leser sogleich zu erledigen: Die Wissenschaftler wurden zu ihrem Hervortreten nicht durch Vergleiche zwischen den „beiden deutschen Diktaturen“ und deren Institutionen erweckt, sondern durch Vorkommnisse, deren politische Absicht und Reichweite verglichen mit der ideologischen Strategie, in die das Bild über den Staat DDR gehört, als zwergenhaft gelten kann. Dass Guido Knopp von Tom Cruise gesagt hat, er trete wie Josef Goebbels auf, und Faruk Şen, Direktor des Zentrums für Türkei-Studien in Essen, die Behandlung der Türken in der Bundesrepublik mit jener der Juden in der Nazidiktatur verglich, lieferten – wie den Presse-Interviews entnommen werden kann – die Steine des Anstoßes, zusammen mit Wendungen wie die vom „Kinder-Holocaust“, mit der von der katholischen Kirchenobrigkeit gegen Schwangerschaftsunterbrechungen Stimmung gemacht wird, oder mit der Losung „Gorleben ist Holocaust“, von der sich Gegner der Atomnutzung auch für friedliche Zwecke eine besonders mobilisierende Wirkung versprechen. Wie gesagt, das DDR-Bild braun zu tünchen, gehört zu den erwähnenswert kritikwürdigen Sünden nach dem Befund der Experten nicht.

Nun hat Geschichtsprofessor Hölscher auf die Frage, ob er generell von Vergleichen der deutschen Gegenwart mit der Nazizeit abrate, geantwortet: „Ja, denn das ist kein Mittel einer demokratischen

Kultur ... Es lenkt außerdem von der Diskussion um die eigentliche Sache ab.“ Das ist für einen Mann der Wissenschaft eine merkwürdige Argumentation. Sie lässt die Frage, ob Vergleiche aktueller Erscheinungen, Vorkommnisse u. dergl. mit solchen aus der Zeit der Naziherrschaft erhellend sein können, gar nicht zu, begibt sich vom Feld der Wahrheitsfindung sogleich auf das der nicht näher bezeichneten „demokratischen Kultur“ und schreibt dem in die Nazijahre zurückführenden Vergleich – ohne Erwähnung eines Beweises – eine von der Untersuchung und Bewertung der in Rede stehenden „Sache“ ablenkende Wirkung zu. Dabei ließe sich der erteilte Rat nur unter *einer* Bedingung rechtfertigen, dann, wenn sich die Wirklichkeit unserer Tage sich so weit von jener der Jahre von 1933 bis 1945 entfernt hätte, dass alles Vergleichen auf die Aussage hinausliefe: Zwischen damals und heute existiert nichts, was die Bezeichnung gleich, ähnlich, verwandt usw. verdienen würde.

Nehmen wir zugunsten des Hochschullehrers an, dass er seinen Rat so apodiktisch nicht gemeint hat, wie er ihn sprach, also dass er mindestens bei der Betrachtung der (Neo)nazis von heute zulässt, sie mit ihren Vorfahren zu vergleichen, weil das doch hilft, deren Denkweise, politische Praktiken und programmatische Verlautbarungen zu verorten. Gewichtiger ist jedoch der Einwand, dass das Befolgen von Hölschers Rat darauf hinliefe, die Hitler-Nazis und Hitler-Jahre aus dem Gang der deutschen Geschichte herauszunehmen. Wir dürften demnach unsere Zustände, was ja auch wieder und wieder geschieht, mit denen der Weimarer Republik vergleichen, auch noch mit jenen des 1871 gegründeten Kaiserreiches, aber eben nicht mit denen der faschistischen Jahre, als bildeten diese nicht eine Periode unserer Geschichte, die zu den vorauf gegangenen in einer Beziehung von Kontinuität und Bruch steht wie die folgenden zu ihr.

Warum darf man ein aktuelles betrügerisches Kunststück der Massenverdummung eigentlich nicht mit jenen des Joseph Goebbels vergleichen, damit klar wird, dass die Methode Tradition besitzt und schon Vorfahren der Heutigen auf sie hereinfielen? Warum darf man nicht daran erinnern, dass die heutigen Argumente, mit denen Lohnforderungen zurückgewiesen werden, wie ein Ei dem anderen denen ähneln, die von Nazis verwendet wurden, als sie erklärten, bevor über höhere Löhne geredet werden könne, müsse jeder Arbeit erhalten – als existierte zwischen der Lohnhöhe der Arbeitenden und der Zahl der Arbeitslosen ein gesetzmäßiger Zusammenhang? Warum soll nicht ausgesprochen werden, auf welche nationalen Eigenschaften der Deutschen die Naziführer setzten und welche davon aktuell wieder angesprochen, gelobt, zusätzlich aktiviert werden? Warum soll beschwiegen werden, dass Bedrohungslügen, mit denen heute Militärausgaben und -politik gerechtfertigt werden, es an Phantasiereichtum mit jenen aufnehmen können, mit denen schon die Vorderen und Altvorderen geschreckt wurden? Würde die vorgeschlagene Tabuzone durchgesetzt, hätten jene davon den hauptsächlichen Nutzen, die – ohne Faschisten zu sein, ohne deren Ideologie anzuhängen, ohne den Fußtapfen von deren Politik zu folgen – doch, namentlich was die Methoden der Massenmanipulation angeht, Nachfolger sind, keine bloßen Nachahmer, keine Kopisten, aber doch Fortsetzer.

Die Antwort auf Kurt Tucholskys Frage „Merkt ihr nischt?“, die modernisiert lautet „Merkt auch ihr wieder nischt?“, wird jedenfalls schärfer und glaubwürdiger, wenn gezeigt werden kann, welche Entwicklungsstufen Herrschaftspraktiken in der deutschen Geschichte durchlaufen haben und welchen gemeinsamen und zu unterscheidenden Endzwecken sie dienten. Und wer sich überzeugen will, was Vergleiche in politischer, eine Dummheit, ja mehr noch: eine Gefahr signalisierender Absicht leisten können, der mag des antifaschistischen Publizisten „Schulaufsatz“ von 1932 lesen, in dem er „zwischen dem mausetoten Goethe und dem mauselebendigen Hitler einen Vergleich“ langzog. Des Geheimrats Bild hat übrigens davon Schaden nicht genommen.

Rede bei der Trauerfeier für Dr. sc. Waltraut Bleiber am 14. November 2008

Lieber Andreas Bleiber,

mit Ihnen wollen wir heute im Gedenken von ihrer Mutter Abschied nehmen, die am 15. Oktober 2008 verstorben ist. Wir bezeugen Ihnen unsere Anteilnahme an einem unersetzbaren Verlust. Niemand wird in einem Leben so schwer vermisst, wie der erste Mensch, der einen schon in den frühesten Stunden des Daseins ernährt, umsorgt und behütet hat.

Wir, das sind Angehörige, Freunde, Kollegen, Bekannte, Genossen auch ehemalige Studenten von Waltraut Bleiber aus vielen Jahren und Jahrzehnten. Mit ihr sind die einen kurze, andere lange Wege gegangen. Sollte, was diese Frau, ihre Mutter, war, in einem Wort ausgesagt werden, würde ich sie unverwechselbar nennen, und das will besagen, wer mit ihr einmal in einem Gespräch sich befunden hatte, sei es über hochkomplizierte Fragen der Wissenschaft oder auch über Dinge des Alltags, dem hat sie sich eingeprägt, der brauchte auch bei einem viel späteren Wiedersehen sich nicht zu fragen: Wer ist das? Unverwechselbar durch die Art ihrer Teilnahme an den Fragen und Problemen ihres Gegenübers, mehr und häufiger zuhörend als redend – so wird sie vielen vor den geistigen Augen bleiben, nachdem sie unseren sehenden entschwunden ist.

Waltraut Bleiber erreichte das 83. Lebensjahr. Die längste Spanne ihres Lebens war angefüllt mit der Arbeit einer Wissenschaftlerin, Forscherin und Hochschullehrerin. Dass sie auf diese Plätze gelangte und diese Rollen einnahm und ausfüllte, hatte für die im Jahre 1926 Geborene, zwei Voraussetzungen. Die eine war die Befreiung der Deutschen durch die alliierten Truppen von ihrer Rolle als Instrumente einer faschistischen Diktatur. Die andere entstand durch die Formierung von Kräften, die in Ostdeutschland, der Sowjetischen Besatzungszone, die gesellschaftlichen Zustände umzuwälzen begannen. So wurde Waltraut Angehörige jener – zu neuen sozialen Ufern aufbrechenden – Generation junger Frauen und Männer aus den Häusern der kleinen Leute, von Arbeitern und Bauern, die der alten kämpferischen Devise folgten: Wissen ist Macht. Die hatte schon in ihrem Elternhaus auf einem Dorf in der Lausitz gegolten, in einer Familie, bestehend aus dem Vater, der ein Dreher und Sozialdemokrat war, der Mutter, einer Weberin, die es durch ihre Arbeit zu einem bescheidenen Wohlstand bringen konnten, einem Häuschen und einem Garten dazu und einem Motorrad, das später in den Krieg eingezogen wird.

Hier, in Nehesdorf nahe Finsterwalde, ist Waltraut gemeinsam mit einer um ein Jahr älteren Schwester aufgewachsen in einer, wie sie sich später erinnert, Großfamilie, zu der mit den Großeltern acht Geschwister ihrer Mutter gehörten und in der zwar viel gelesen und auch vorgelesen wurde, aber nur wenige Bücher greifbar waren. „Niemand besaß eine über die 8klassige Volksschule hinausreichende Schulbildung.“ Keine der Frauen hatte je einen Beruf erlernen können, sie waren angelernte und schlecht bezahlte Industriearbeiterinnen geworden, denn die Industrialisierung hatte auch diese Region erreicht.

Aus dieser Atmosphäre, deren Überwindung Waltraut zeitlebens als eine Kulturtat in Erinnerung haftete, ist sie aufgebrochen wie Zehntausende, denen Hermann Kant mit der „Aula“ ein literarisches Denkmal setzte. Ihre „Aula“ befand sich in Berlin. Hier führte Waltrauts Weg über die an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät 1950 mit Auszeichnung erworbene Hochschulreife zum Fachstudium der Geschichte und nach dessen Abschluss 1954 in die Lehre und Forschung auf einem Felde, das von der Gegenwart weitab lag. Aus der gelernten Buchhalterin wurde in Jahren ausdauernder geistiger Anstrengung, deren Quelle der Wille war, die gebotene Chance zu nutzen, ihrem Leben Inhalt und Sinn zu geben, die Mediävistin, Spezialistin für die europäische Geschichte des frühen Mittelalters.

Schon zwei Jahre nach dem Ende ihres Studiums wurde sie selbst an der Ausbildung von Studenten im Direkt- und Fernstudium beteiligt und darauf hat sie in den folgenden Jahren, 1972 zur Dozentin für allgemeine Geschichte des Mittelalters berufen, einen erheblichen Teil ihrer Lebenskräfte verwendet und dabei ihr außergewöhnlich einfühlsames Wesen zur Geltung gebracht.

Doch hat sie dieser ihr Gedanken- und Forscherweg in längst vergangene Zeiten nicht dazu verführen können, ihr Interesse an ihrer Gegenwart jemals auch nur zu verringern. Mit dem Weg der Gesell-

schaft DDR war sie nach eigenem Zeugnis, entstanden in den frühen neunziger Jahren, aus zweierlei Beweggründen dauerhaft verbunden: durch deren konsequent antifaschistische Orientierung und durch die Chance, die sich ihr selbst geboten hatte, ihr, der in ihrem Lehrzeugnis aus dem Jahre 1944 die Befähigung zu einer „brauchbaren Buchhalterin“ attestiert worden war. Waltraut Bleiber hat jede sich bietende Gelegenheit zu Gesprächen mit jenen ihrer Kollegen gesucht und genutzt, die sich forschend in den Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts bewegten, für die sie eine Zeitzeugin war. Ich entsinne mich keiner dieser Unterhaltungen, die sie nicht mit der Wendung „Sag mal“ eröffnet hätte, worauf sich dann sogleich erkennen ließ, dass ihrem Fragen eigenes längeres Überlegen schon vorausgegangen war. Jemanden gleichsam nebenher mit einer Erkundigung anzugehen, erschien ihr als eine Belästigung, womöglich als Faulheit. Und belästigen wollte sie niemanden und Faulheit war ihr verhasst. Wer mit Waltraut über einen Gegenstand aus Wirtschaft, Politik oder geistigem Leben sprach, musste vor allem auf die Frage *Warum* gefasst sein. Den Dingen auf den Grund kommen, den Entwicklungen auf die Spur, gehörte zu den Grundsätzen ihres Denkens und Forschens, das sich an der Humboldt-Universität in einer anregenden und herausfordernden kollegialen Umgebung vollzog. Die Berliner Mediävistik besaß in DDR-Zeit einen über die Staatsgrenze hinausreichenden Ruf und zu dem hat Waltraut Bleiber beigesteuert. Das begann für sie in den bescheidenen Anfängen marxistischer historiographischer Literatur mit der Mitwirkung an Texten, die für Lehrbriefe zur mittelalterlichen Geschichte abgefasst wurden und dehnte sich dann auf alle Genres geschichtswissenschaftlicher Literatur aus, auf die Mitwirkung an Hochschullehrbüchern und Handbüchern, auf die Abfassung wissenschaftlicher Rezensionen, Aufsätze und Monographien. Ihr Spezialgebiet wurde die frühe Geschichte des Mittelalters und die Übergangsphase von der Spätantike in diese neue Periode geschichtlicher Entwicklung. Das Frankenreich und da wiederum die Merowinger-Zeit wurden gleichsam ihr geistiges Zuhause. Mit Forschungsergebnissen, die sie 1981 in dem Werk „Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen zwischen Somme und Loire während des 7. Jahrhunderts“ vorlegte, hat sie bereichernd in eine Diskussion eingegriffen, an der internationale Berühmtheiten der Mediävistik beteiligt waren. Dazu war sie den weitläufig zu rekonstruierenden Beziehungen zwischen Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen nachgegangen. In dem 1988 erschienen Buch „Das Frankenreich der Merowinger“, das parallel in Berlin und Wien erschien, hat sie dann die Frucht vieler und eben auch ihrer eigenen Untersuchungen, die auf sozialökonomische und gesellschaftliche Veränderungen fokussiert waren, einem weiteren Leserkreis zugänglich zu machen gesucht. Eine Fortsetzung dieser Darstellungen, die zu den Karolingern führen sollte, hatte sie in Kopf und Feder, ohne sie zu einem Resultat führen zu können.

Waltraut Bleiber ist für diese ihre Arbeit mit Würdigungen und Ehrungen nicht überhäuft worden. Freuen konnte sie sich über den René-Kuczynski-Preis, den sie für die beste 1982 im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erschienene wirtschaftsgeschichtliche Arbeit erhielt. Die Untersuchung trug den Titel: *Grundherrschaft und Markt zwischen Loire und Rhein während des 9. Jahrhunderts* und schloss sich an die Forschungen für die voraufgegangenen Jahrhunderte und die weiter westlich gelegenen Regionen Frankreichs an.

Lassen Sie mich noch einmal zu dem zurückkehren, was für viele die Nähe ihrer Beziehung zu der Verstorbenen ausmachte. Waltraut hat am Wohl und Wehe der Menschen, ihren großen oder auch kleineren Sorgen, wie an dem der ganzen Gesellschaft teilgenommen. Darin war auch etwas aufbewahrt, was aus ihren frühen Kindheitseindrücken aus der Lausitzer Dorfgemeinde herstammte. Sie besaß Zuversicht und vermochte sie zu vermitteln, und sie hegte, ja quälte sich mit Zweifeln. Sie hat Rückschläge auf einem gesellschaftspolitischen Weg, auf den auch sie ihre Hoffnungen setzte und für den sie ihre Kräfte mobilisierte, schwer ertragen können. Sie hat unter dem Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit gelitten, wenn sie den für aktuell behebbar ansah. Und sie besaß eine Fähigkeit, die uns weithin verloren zu gehen scheint, sie konnte sich über eine Gemeinheit, eine Untat, ein Verbrechen, mochten sie vor der eigenen Tür oder geographisch weitab sich zutragen, entsetzen und empören. Wer das kann, lebt nicht leicht, doch leicht zu leben war ihre Maxime nicht. So könnten wir uns ihrer erinnern, das Zusammensein mit ihr als einen Gewinn im Gedächtnis behalten, ihr nun zu Ende gegangenes Leben auch als ein Erbe annehmen.

Rudolf Hirsch ist tot

Wir vermissen einen Menschen, dessen Wirken über nahezu die Hälfte seines Lebens auf die besten Seiten der Geschichte des untergegangen DDR-Staates gehört. Und das deshalb, weil er mit jeder Zeile, die er schrieb, seiner Leser zum Nachdenken anregen wollte, über Fragen des Rechts und der Moral, über Vergangenes und mehr noch über Gegenwärtiges, am meisten über sich selbst und über ihre Mitmenschen. Rudolf besaß seine in schweren Jahren erworbenen Ansichten, Urteile und Überzeugungen, aber mit welcher Behutsamkeit hat er sie anderen mitgeteilt. Dass ich ihn nicht nur über seine publizistischen Produkte kennenlernte, ergab sich aus Rosemarie Schuders und seiner, des Ehepaars gemeinsamen Arbeit an einem Buchmanuskript. Es wurde unter dem Titel „Der gelbe Fleck“ in späten DDR-Jahren herausgegeben. Mit seinem Erscheinen verbindet sich eine Episode die über jene Zeit viel und mehr aussagt, als in gemeinhin rasch geschriebenen Büchern und Artikeln gelesen werden kann, die von diesem Staat und dem Verhältnis seiner Bürger zur Geschichte der Juden und des Antisemitismus berichten.

Im Zentrum Berlins war in einer Buchhandlung vom Verlag der Erstverkauf des Werkes aus den Federn der beiden vielgelesenen Autoren bekanntgemacht worden, die durch ihre jeweiligen Veröffentlichungen ein sich in seinen Interessen weit fächerndes Publikum erreichten. Erwartungsvoll, aber ziemlich ahnungslos, erzählte Rudolf, seien er und Rosemarie Schuder an jenem Orte erschienen, wo sie ihr gemeinsames Werk, Frucht jahrelangen angestrengten Erlebens, Studierens und Arbeitens auch signieren sollten. Dort hätten sie sich einem sie geradezu beängstigenden Andrang von Interessenten und Käufern gegenübergesehen. Der habe allerdings sogleich befürchten lassen, dass die herbeigeschafften Buchexemplare bei weitem nicht ausreichen würden, die Gekommenen zu versorgen. Das ahnten auch die in den hinteren Teil der Schlange, die sich gebildet hatte. Schließlich entstand Unruhe und Unwillen, ob der Mitteilung, es könnten jetzt weitere Bücher nicht herangeschafft werden. Das werde am folgenden Tage geschehen und dann...

Gegenüber solchen Vertröstungen waren Lesehungrige im DDR-Land, aufgrund welcher Erfahrungen auch immer, höchst skeptisch und ungläubig. Erst, so schloss Rudolfs Bericht im Tone der Bewunderung für den erlösenden Einfall, als jemand auf den Gedanken gekommen sei, denen, die leer ausgegangen waren, aus einer nahen Garderobe jeweils eine von deren Marken mit der Versicherung in die Hand zu geben, die könnten tags darauf als Ausweis für den erstandenen Anspruch vorgewiesen und eingelöst werden, habe sich die Situation beruhigt. So wäre dann auch verfahren worden.

Schade, dass in dem kürzlich erschienenen klugen Buch der Angelika Timm Rudolf Hirschs Verdienst um die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und den Antisemiten unerwähnt geblieben ist. Er ist zu nennen, wo vom zäh und unverdrossen geführten Kampf gegen die Dunkelmänner unserer Zeit gehandelt wird.

PS. Das Buch „Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte. Essays“ erschien im Jahre 1987 bei Rütten und Loening in 1. Auflage.

Das 20. Jahrhundert im Rückblick eines Historikers

Vortrag in Bremen am 25. Februar 2009

Zwei Bemerkungen vorweg: Das Thema kann reichlich Stoff für eine semesterfüllende Vorlesung geben, womit das Risiko beschrieben ist, es in einem Vortrag von einer knappen Stunde zu erörtern. Und – dies ist das Abenteuer Nr. 2 – für einen tiefenscharfen Rückblick in das verflossene Jahrhundert ist es zu früh und der Abstand zu gering, als dass sich sagen ließe, welchen Platz es in der Menschheitsgeschichte einnimmt. Das wird sich wie in früheren Fällen auch erst im Verlaufe ihres Fortgangs herausstellen und zum gegebenen Zeitpunkt bestimmen lassen. Möglich ist hingegen, das herausragende Neue festzuhalten, das dieses Zwanzigste gebracht hat. Damit soll begonnen werden.

Um deren Summe zu benennen: Es gibt kein Jahrhundert, das so viele einschneidende Veränderungen für das Leben der Menschen erdballweit gebracht hätte wie dieses jüngst verflossene. Entwicklungen, die sich in vorauf gegangenen Jahrhunderten angebahnt oder abgezeichnet hatten, haben sich zu einem Teil explosionsartig vollzogen. Andere, unvorhergesehene sind eingetreten. Um bei Fakten zu beginnen, die sich in Zahlen ausdrücken lassen: Die Erdbevölkerung, die 1927, da liegt eine verlässliche runde Zahl vor, zwei Milliarden betrug, ist bis heute auf – wieder abgerundet – 6,75 Md. angewachsen. Sie nimmt zunächst weiter zu und zwar in einer Größenordnung von 78 bis 82 Millionen pro Jahr. Von dieser Bevölkerung leben 4 Md. in Asien, das sind 60 Prozent, und 20 Prozent allein in China. Was diese Bevölkerung für das Wechselverhältnis von „Mensch und Natur“ bedeutet, ist unter vielen Gesichtspunkten erforscht und erörtert worden, vom Verbrauch oder dem Fehlen von Nahrungsmitteln bis hin zum Ausstoß von Kohlendioxyd allein durch die Atmung der Menschen und den von ihnen zu Nahrungszwecken gehaltenen Tieren.

Eine dramatische Veränderung hat sich in der Verteilung dieser Bevölkerung zwischen Städten und den nichtstädtischen Ansiedlungen ergeben. Noch 1950 lebten 70 Prozent der Menschen auf dem Lande, heute gehört deren Mehrheit zu den Städtern mit Folgen, von denen die Bilder aus den Megastädten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit ihren unübersehbaren Slums erschütternde Eindrücke vermitteln. Wohin diese Massenansammlungen von Hungernden, Elenden, Unbehausten, Seuchengeplagten, Analphabeten führen wird, welche Formen der sich immer drastischer ausprägende Widerspruch zwischen den Reichen und Begüterten und den Armen und Besitzlosen annehmen wird, vermag niemand zu sagen. Was jene tun, das Los dieser zu erleichtern, ist nicht nur unangemessen. Jene tun insgesamt noch immer mehr, diesen Zustand zu verstärken, als ihn zu bekämpfen und zu mildern.

Scharf kontrastiert das Massenelend auch mit der rasanten Entwicklung der Produktivkräfte und der Erzeugung von Gütern, solchen des unerlässlichen Bedarfs und anderen, die Überfluss bewirken und luxuriöse Ansprüche befriedigen. Heute – auch das eine Ursache für die Verschiebung der Bevölkerung von den Landbewohnern zu den Städtern – vermag ein Produzent landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine ungleich größere Zahl von Menschen zu ernähren als 1900. Der Wert, den ein Industriearbeiter heute pro Arbeitsstunde erzeugt, übertrifft den von vor 100 Jahren um ein Mehrfaches, woraus unter anderem folgt, dass in Staaten wie der Bundesrepublik die Industriearbeiterschaft längst nicht mehr die Mehrheit der Arbeitenden bildet und sich die Sozialstruktur eingreifend verändert hat.

Am sinnfälligsten sind die Folgen von Entdeckungen und Erfindungen. Am Beginn des 20. Jahrhunderts steckte das Fliegen in experimentellen Anfängen. Heute bewegen sich täglich Hunderttausende von Menschen in Düsenflugzeugen auf dem Luftweg von Ort zu Ort. Ähnliches gilt für den Verkehr auf dem Lande auf Straßen und Schienen. Von den Tauchapparaten, mit denen sich einzelne Abenteurer um 1900 unter die Wasseroberfläche, von Tiefen war da noch nicht zu reden, begaben, sind wir zu atomgetriebenen Unterseebooten gelangt, Mitteln freilich für ausschließlich kriegerische Bestimmungen. Jeder kann diese Reihe von Aufzählungen verlängern. Zu den alten Träumen, die in diesem Jahrhundert verwirklicht wurden, gehört der Vorstoß des Menschen in das All, seine Landung auf dem Mond. Doch bei aller Befriedigung, ja Bewunderung und Begeisterung für diese Neuerungen sind die Menschen, betrachten sie die Ergebnisse und Perspektiven insgesamt, mit dem Gebrauch des Begriffs Fortschritt zögerlich und unsicher geworden. Was von alledem, von den angehäuften Waffen zu

schweigen, dient wirklich der Menschheit heute und in Zukunft. Was ist Raubbau an den natürlichen Ressourcen? Was verändert die natürliche Umwelt dermaßen, dass dies unvermeidlich, wenn nicht früh auf die Verursacher, so doch später auf deren Nachfahren zurückschlagen muss? Was ist an Irreparablem schon angerichtet? Jeder kann dafür Tatsachen anführen und jeder hat zumindest von den Meinungsverschiedenheiten und Kontroversen der Experten gehört, von denen die einen mit beruhigenden, die anderen mit alarmierenden Befunden und Prognosen aufwarten. Die Frage, wie die Menschen mit der sie umgebenden Natur umgehen sollen, ist eine von Philosophen früh gestellte Frage. Aber auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert hat sie einen eine dramatische Akzentuierung erhalten.

Halten wir hier mit der Zwischenbilanz ein, dass es auf keinen der sich abzeichnenden weitweiten Widersprüche, die an sich oder in ihrem Ausmaß zur Hinterlassenschaft menschlichen Handelns im verflossenen Jahrhundert gehören, angemessene, d. h. auch nur erfolgversprechende Antworten gibt. Die Wissenschaftler sprechen über die Probleme keineswegs mit einer Stimme, auf manchen Feldern äußern sie sich in einem dissonanten Chor. Die Politiker lassen eine Konferenz der anderen folgen, versprechen sich und ihren Wählern bis 2020, dann bis 2040 oder 2050 den heilenden oder korrigierenden Wandel da oder dort – in der Gewissheit, dass keine und keiner aus dieser Gruppe dann noch auf ihrem oder seinem Posten sein wird und die meisten von ihnen nicht einmal mehr unter den Lebenden. Die Herausforderungen sind bekannt, aber sie werden nicht angenommen. Die Besorgten werden beruhigt und vertröstet. Jetzt heißt der Hoffnungsträger für eine Zeit Obama, dem nicht mehr und nicht wenigere zugetraut wird als die Eröffnung einer neuen Epoche in der Geschichte der Weltmacht.

Mit dem Namen des neuen Präsidenten der USA ist ein Wandel von vielen auf dem Felde der Politik erwähnt, die im 20. Jahrhundert eintraten. Kaum jemand hat sich an dessen Beginn deren Ausmaß vorstellen können und manche sind schlicht auch schon in Vergessenheit geraten. Wer, um nur von Europa zu reden, erinnert sich dem Ende oder des Wandels ganzer Großreiche. Die Donaumonarchie, das Reich der Habsburger – verschwunden. Das am Rande des Kontinents gelegene, weit über ihn hinausreichende osmanische Reich – nur noch eine geschichtliche Erinnerung von Spezialisten. Die Romanows – meist nur noch erwähnt im Zusammenhang mit dem Ende der letzten Angehörigen dieser Zarenfamilie. Verblasst nahezu auch schon das in vielen Bereichen dramatische Ende der Kolonialreiche der Briten, Franzosen, Belgier, Niederländer, Portugiesen und US-Amerikaner. Es ist aber noch kein Menschenalter her und noch leben Europäer, die in Algerien, Indonesien, im Kongo und in Mozambique als Soldaten der Armee ihrer Staaten mit Waffengewalt die antikoloniale Freiheitsbewegungen niederzukämpfen suchten und dabei unterlagen. Und vor alledem: China und Indien sind Mächte von einem politischen und ökonomischen Gewicht geworden, an dem kein Politiker der Welt, die einst die „alte“ genannt wurde, mit seinen Berechnungen und Kalkülen mehr vorbeikommt. In New York versammeln sich in der UNO in der Mehrheit die Vertreter von Staaten, die es am Beginn des 20. Jahrhunderts nicht gegeben hat. Und zugleich gerät diese Organisation, ein Erzeugnis der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, zunehmend in den Geruch des 1919 gegründeten und 1939 unrühmlich entschlafenen Völkerbundes.

Das führt zum zweiten Teil dieses Vortrags und zu der Frage: Wie Menschen mit den Erfahrungen der Geschichte umgehen. Was die selbst wert sind, darüber wird seit Generationen gestritten und erlesene Geister haben darüber ganz kontroverse Urteile gefällt. Haben die einen daran gearbeitet, der Geschichte ihre Lehren abzugewinnen, erklärten andere, gewiss sei nur, dass man aus eben dieser Geschichte nichts lernen könne oder die Menschen sich jedenfalls als unfähig erwiesen hätten, sich deren Erfahrungen zum Nutzen gereichen zu lassen. Sicher ist, dass beim Umgang mit der Geschichte zwei Gefahren lauern, denen Menschen auch mehrfach nicht entgangen sind. Die eine besteht darin, dass eine geschichtliche Erfahrung noch für wesentlich und brauchbar gehalten wird, die in Wahrheit verjährt ist. So eingetreten beispielsweise in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, als Generalstäbler Frankreichs glaubten, sie könnten ihr Handeln noch immer an ihren Praktiken des Ersten ausrichten. Die andere besteht – im Unterschied und Gegensatz dazu – darin, eine Erfahrung für verjährt zu halten, auf die dieses Urteil nicht zutrifft. Davon wird im Folgenden die Rede sein.

Wie immer sich die Lebenden auch einstellen, sie sind die Erben der Vergangenheit, dessen, was ihnen ihre Eltern und Großeltern, ihre Vorfahren an Materiellem wie Geistigem hinterlassen haben.

Und wie im bürgerlichen Leben können sie dieses Erbe annehmen, es auf seinen Wert und Nutzen prüfen, oder auch es ausschlagen, es als unbrauchbar oder belastend ablehnen. Das gilt insbesondere für den immateriellen Teil der Hinterlassenschaft. Manche Erlebnisse in unseren Tagen erwecken den Eindruck, als ob die jungen Generationen wenig Neigung besitzen, sich mit der Erbschaft des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Dazu trägt womöglich zum einen das Tempo geschichtlicher Veränderungen bei, das den Eindruck erweckt, wir lebten in ganz und gar veränderten Umständen und die Geschehnisse und Erfahrungen dieses jüngst zu Ende gegangenen Jahrhunderts hätten das Verfallsdatum schon erreicht und überschritten. Wer heute Interesse für einen wachen und sondierenden Umgang mit der Geschichte wecken will, etwa bei den Kindern oder Enkeln, muss häufig zunächst gegen die Vorstellung angehen, dass wir dem Vergangenen schon so weit entronnen sind, dass es nichts mehr hergäbe. Mitunter sind es Ereignisse, die dann zum Nachdenken zwingen und neues Interesse an weit zurückliegenden Ereignissen und Prozessen aufkommen lassen. Plötzlich kommt die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 wieder in Rede und es wird nach den Erfahrungen gefragt, die in ihrem Verlauf gemacht wurden. Oder: Die in deutschen Straßen aufmarschierenden Nazis lassen danach fragen, wie deren Aufkommen seinerzeit bekämpft wurde, warum das nicht erfolgreich war und ob diese Demonstrationen der Hauch von gestern oder die Ankündigung eines Morgens sind. Oder: Die täglich zu beobachtende Tatsache, dass Menschenmassen sich hinter Führern versammeln, die nicht ihre Interessen vertreten, lässt fragen, wie das denn damals war, als die Mehrheit der Deutschen den Führern mit dem Hakenkreuz nachliefen. Nein, die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist nicht vergangen. Freilich, sie schweigt – auch wenn mitunter von den redenden Steinen gesprochen wird – doch kann sie zum Reden gebracht werden. Die darauf verwendete Tätigkeit oder Anstrengung ist stets von aktuellen Interessen geleitet und die können das Unternehmen fördern oder auch verderben.

Die produktive geistige und in ihrer Konsequenz politische Auseinandersetzung mit dem 20. Jahrhundert mag hier an zwei perspektivischen Blicken zurück dargetan werden: Der erste betrifft die Erfahrungen aus einer Kette von Kriegen, aus denen die beiden Weltkriege herausragen, deren Herde jeweils in Europa lagen, Kriege, vor denen Versuche scheiterten, sie zu verhindern. Der zweite soll den Erfahrungen gelten, die Millionen Menschen bei dem Versuch machten, über die bürgerliche, vom Kapital dominierte Gesellschaft hinauszugelangen in eine andere, die sozialistische Gesellschaft, also eine Utopie zu verwirklichen, deren Geburt lange vor Marx lag.

Die Tatsache, dass heute in Europa kein Krieg der Staaten gegeneinander droht – freilich, ohne dass wir von einem befriedeten Kontinent sprechen könnten – hat die Erfahrungen namentlich der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs nicht entwertet. Wird von ihr gehandelt, konkurrieren auch da verschiedene Erklärungen. Die eine legt die Antwort auf alle Fragen in die Person Hitler. Eine andere behauptete das gesetzmäßige Entstehen dieses Krieges, der als die unvermeidliche Fortsetzung des Ersten angesehen wird. Eine dritte bezieht sich auf die Aussage, dass die Menschen ihre Geschichte selbst machen und fragt nach Alternativen und den Ursachen dafür, dass sie nicht gewählt wurden. Unabhängig von diesen differierenden und unvereinbaren geschichtstheoretischen Positionen lassen sich Überlegungen anstellen und Aussagen treffen, die keineswegs nur einen rückwärtsgewandten Erklärungswert besitzen. Erstens: Die Gefahr des heraufziehenden Krieges wurde von vielen Menschen erkannt, aber das Tempo, in dem das geschah, unterschätzten auch erfahrene Politiker. Aus deren Kreisen kamen an die Adresse ihrer Völker – also an die Briten „Peace for our time“ und der Franzosen – beruhigende Erklärungen und die trafen auf den Wunsch von Millionen, dass der Frieden erhalten bleiben möge. Die Beruhigungen waren ihnen also willkommen. Andere traten gegenüber der Gefahr als Kraftprotze auf. Das gilt für Stalin: „Wenn jemand seine Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten stecken sollte [...]“ usw. Was kam, ist bekannt. Politikern die Friedensvorkehrungen oder -sicherungen zu überlassen, erscheint folglich als riskant. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Jugend- und Studentenbewegung gesungen: „Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Friede ist kein Geschenk.“ Zweitens: Die Methoden, mit denen Politiker der Kriegsdrohung, die vom Deutschland der 30er Jahre ausging, zu begegnen suchten, lassen sich so gruppieren: Die eine zielte darauf, die Angriffsunfähigkeit Deutschlands durch die Begrenzung von dessen Rüstungen zu

sichern. Diese Praxis hat sich dauernd nicht verwirklichen lassen. Die zweite schlug die gemeinsame Abschreckung des potentiellen Aggressors vor, die ihm die Aussichtslosigkeit seiner Pläne verdeutlichen sollte. Dazu ist es nicht gekommen. Die dritte bestand darin, die Eroberer durch begrenzte Zugeständnisse friedfertig zu stimmen. Das ist geschehen und fehlgeschlagen. Die vierte richtete sich darauf, den Aggressor dahin zu beeinflussen, dass er wenigstens das eigene Land verschont, ihn abzulenken nach der Methode „Heiliger St. Florian [...]“ Das ist ebenfalls gescheitert. Über diese Liste lässt sich lange nachdenken angesichts der Tatsache, dass heute als Methode der Friedenssicherung wiederum versucht wird, die Rüstung von Staaten zu begrenzen und sie vor allem unterhalb der Schwelle der eignen, nun der atomaren Rüstung zu halten, also erneut den Weg einer allgemeinen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu verweigern. Die Erfolge dieser von den USA angeführten Politik, die inzwischen mehrfach durchlöchert ist, verdienen für die Zukunft jeden Zweifel.

Inzwischen wird die Bevölkerung hierzulande, aber nicht nur hier, durch Literatur, Filme und Fernsehen, in Museum und bei Gedenkfeiern mit der Geschichte der Kriege beschäftigt, mit ihren Verwüstungen und ihrer Barbarei – es genügt die Titel von Streifen wie „Untergang“ „Dresden“, „Gustloff“, die „Lusitania“ usw. auch nur zu nennen –, von der Vorgeschichte der Kriege ist vergleichsweise keine Rede, als gäbe es in ihr keine dramatischen Stoffe, keine Ereignisse, die mehr vermitteln könnten, als die bloße Bebilderung der Tatsache, dass Kriege furchtbar und menschenmordend sind. Dies ist ein deutlicher Rückschritt gegenüber dem Fragen und Antworten in den ersten Nachkriegsjahren, in denen Bücher erschienen unter dem Titel „Der Irrweg einer Nation“, „Wie konnte es geschehen“, „So werden Kriege gemacht“ und ähnliche. In wenigen Monaten wird sich der Tag des Beginns des Zweiten Weltkriegs zum 70. Male jähren und manches spricht dafür, dass nicht vor dem August davon die Rede sein wird und die Deutschen wieder zu lesen bekommen, dass Stalin Hitler für diesen Krieg „Grünes Licht“ gegeben habe. In Wahrheit wurde Hitler und seinen Mitführern die Ampel überlassen und das genügte ihnen – und zwar lange vor dem August 1939 –, sie auf Grün zu schalten.

Der gescheiterte Weg zu neuen geschichtlichen Ufern: Zwischen 1917 und 1989 haben Millionen Menschen, zunächst nur die in der Sowjetunion, dann auch in weiteren Staaten Ost- und Südosteuropas, sodann in Südostasien versucht, Gesellschaften aufzubauen, deren Hauptkennzeichen die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein sollte und der Aufstieg zu ungekannter, vernünftiger Produktivität menschlicher Arbeit als Grundlage einer reichen Gesellschaft. Dieser Versuch ist gescheitert. Das und die Ursachen dieses Ausgangs werden Menschen noch lange beschäftigen. Heute wird die Geschichte dieses historischen Großunternehmens, die Beschreibung seines Verlaufs und seiner Erscheinungen einzig als eine Aneinanderreihung von Schrecken, Unrecht, geistiger Vergewaltigung, materieller Armut und Verbrechen erzählt. Das über die Details hinauszielende Fazit lautet: Menschen dürfen Utopien haben, aber sie sollen jede Anstrengung unterlassen, sie zu verwirklichen, denn das endet bei Hitler oder bei Stalin. Und weiter: Die heutige Gesellschaft muss nicht, ja sie kann nicht grundstürzend verändert werden. Sie braucht zwar Reparaturkolonnen, aber die besitzt sie, kann sie formieren. Ja, der Kapitalismus kann mal entfesselte Formen annehmen, dann aber finden sich Kräfte, die ihn wieder fesseln, oder, ein anderes Bild: er kann mal ein Raubtier sein, doch dann treten die Bändiger hervor. Das ist die den Massen in der Bundesrepublik gegenwärtig gebotene Geschichtsphilosophie. Die wird nicht nur in Worten verbreitet, sie wird eingeübt. Der Staat repariert und damit er dabei erfolgreich ist, nehmen seine arbeitenden Bürger hin, was ihnen an Hilfsdiensten spürbar oder insgeheim abgefordert wird, ihr Geld auf den Märkten auszugeben, verkürzte Arbeitszeiten als Gewinn von Freizeit zu akzeptieren und die vernünftig zu nutzen, Lohnverzicht zu üben, den Optimismus nicht zu verlieren und sich nicht weiter darum zu kümmern, welche Folgen das beispiellose staatliche Schuldenmachen für die und künftige Steuerzahler haben könnte.

Das so regiert und geherrscht werden kann, hat einen Grund jedenfalls auch in jenem Scheitern, das sich mit den Jahren 1989 und 1990 verbindet, und mit dessen Folgen, zu denen seine – ja verständliche und niemanden überraschende – stetige Ausbeutung durch jene gehört, die sich als Sieger der Geschichte fühlen konnten und auch so handelten. Von der Produktion des Filmes „Das Leben der Anderen“ bis zum staatlich organisierten und kofinanzierten Besuch von Schülergruppen aus dem

ganzen Lande im Gefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen wird dafür gesorgt, ein DDR-Bild zu erzeugen, das seine eigene „erzieherische“ Bedeutung besitzt, aber – pars pro toto – für die Geschichte jenes Weges stehen soll, der sich als eine Sackgasse erwies. Wer dieses Bild einseitig nennt, es auch nur korrigiert, wird verdächtigt, es ersetzen zu wollen, Wahrheiten zu leugnen und an Wirklichkeiten vorbei zu sehen. Die Gescheiterten selbst tun sich indessen im Umgang mit ihrem Scheitern schwer. Die einen scheuen sich tatsächlich, auch in die politischen und moralischen Abgründe hinabzublicken, die hinter ihnen liegen. Und andere meinen, sich im Interesse der Behauptung oder Gewinnung ihrer gegenwärtigen gesellschaftlichen Stellung oder Rolle an einer differenzierten Auseinandersetzung vorbeimogeln zu können. Fälschlich wird die Geschichte der DDR weithin als eine Sache der Ostdeutschen und von deren Kindern angesehen. In Wahrheit gibt sie aber einen Stoff für das Nachdenken über Alternativen in der Geschichte und in dieser Perspektive – ich weiß, das ist ein Wunsch – alle Deutschen beschäftigen, jedenfalls jene, die nicht glauben, dass das Ende der Geschichte erreicht sei, in jenem Sinne das Ende, dass die Menschheit die ihr gemäße, zukunftsträchtige Form des Zusammenlebens, und jetzt muss doch ohne Überdramatisierung auch gesagt werden, ihres Überlebens schon gefunden habe.

Zur Erbschaft des 20. Jahrhunderts gehört in unseren Breiten eine in der Gesellschaft weit verbreitete Resignation gegenüber den Herausforderungen, die von vielen doch wahrgenommen werden, denen gegenüber sie aber kapitulieren. Eine durchaus ehrenwerte Kapitulation besteht darin, den Gedanken an einen wie immer beschaffenen Wandel im Grundsätzlichen aufzugeben und die eigene Energie darauf zu verwenden, die Schäden, die diese unsere Form der Organisation des Lebens anrichtet, zu mildern. Aus diesem humanistischen Wollen und Wirken sind die verschiedensten Initiativen hervorgegangen, getragen von Organisationen, Stiftungen, Vereinen, Kirchen. Sie kämpfen gegen Drogensucht und Obdachlosigkeit, Vergewaltigung und anderen Missbrauch von Kindern und Frauen, Hunger, Krankheiten und Bildungslosigkeit in den verschiedensten Ländereien des Erdballs, gegen die unwiederbringliche Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten, sie suchen Kulturschätze der Menschheit zu bewahren, Landschaften gegen zerstörerische Zugriffe zu verteidigen u. a. m. Das alles ist Verdienst und bezeugt in seiner Begrenztheit ein Aufgeben.

Mit welchem Optimismus und Kampfesmut sind Arbeitermassen in das 20. Jahrhundert gezogen, das die Sozialdemokraten der II. Internationale zu ihrem Jahrhundert machen wollten: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Die Arbeiterklasse wurde als das historische Subjekt angesehen, das eine neue Gesellschaft schaffen wollte und dazu in der Lage wäre. Am Beginn des 21. Jahrhunderts wird von denen, die die Weltzustände als revolutionierbar ansehen, hingegen gefragt, wer dieses Subjekt sein könnte. Dass es auch in irgendeiner Keimform nicht erkennbar ist, ist zu einer aktuellen und permanenten Quelle von Resignation geworden. Die Menschen sind nicht so, lautet das Starargument, welches die einen zum bequemen Rückzug aus jeder über die Verfolgung individueller Interessen hinausgehenden Initiative benutzen, andere um in voller Überzeugung die Begrenztheit eigenen Handelns als alternativlos darzustellen.

Lässt sich dem mit Gründen etwas entgegenhalten? Das könnte im Ja oder im Nein ein Ausgangspunkt unseres Gesprächs sein.

Von der Garnisonskirche in die Kroll-Oper

Totengräber der Republik in Aktion

Von den beiden Gebäuden, in denen die denkwürdigen Inszenierungen stattfanden, mit denen sich das definitive Ende der Weimarer Republik verbindet, ist 75 Jahre später nicht viel wahrzunehmen. In Potsdam hat von der Garnisonskirche nur der Turm Kriegszerstörung und Ruinensprengung überstanden. Selbst wenn sich jene durchsetzen würden, die für ihren Wiederaufbau eintreten, ließe sich eine Vorstellung von den Geschehnissen des 21. März nur schwer bilden. Die Umgebung der Kirche ist gründlich verändert. Das machen nicht nur Neubauten. Auch die enge, kopfsteingepflasterte Straße, über welche die braunen und schwarz-weiß-roten Faschisten nach dem Staatsakt im Inneren des Gotteshauses defilierten, gibt es längst nicht mehr. Und von der Kroll-Oper im Berliner Tiergarten, in welche der Reichstag zwei Tage später zu seiner Sitzung auswich, der Wallotbau war eine Ruine, existiert kein Stein mehr. Der letzte wurde 1957, nachdem der im Kriege schwer zerstörte Bau 1951 gesprengt worden war, abgeräumt. Neuerdings gibt es am Orte eine Tafel, die auf Vergangenes hinweist.

Potsdam contra Weimar

Jedenfalls war die Kulisse für die feierliche Eröffnung des am 5. März gewählten Reichstages berechnend gewählt. Potsdam, das war die gewollte Entgegensetzung zu Weimar. Potsdam stand für Macht, Weimar für den Geist. Mit Potsdam verbanden sich Erinnerungen an preußische Könige und deutsche Kaiser, mit Weimar Leben und Werke der Goethe, Schiller, Wieland, Herder und Liszt. Potsdam mit Berlin waren Zentren einer Macht, die Kriege plante und von denen sie in Gang gesetzt worden waren. Weimar hingegen blieb Mittelpunkt eines deutschen Kleinstaates. Potsdam assoziierte absolutes Herrschertum, zu Weimar gehörte seit 1919 die Erinnerung an die Geburt einer Republik. An keinem anderen Ort in Deutschland ließ sich so sinnfällig demonstrieren, welche Traditionslinie die Machthaber mit dem Hakenkreuz aufzunehmen gedachten.

Potsdam war für alle Deutschnationalen und Konservativen ein verehrungswürdiger Ort. Hier fühlten sie sich politisch ganz zu Hause. Und so war von Seiten der Nationalsozialisten, deren Geburtsland Bayern war, die in München die Hauptstadt ihrer Bewegung besaßen und sich Nürnberg zur Stadt ihrer Parteitage erkoren hatten, der Staatsakt in Potsdam so etwas wie ein Lasso, mit dem sie die sozialen und politischen Kräfte fester noch an sich banden, mit denen sie sich soeben zusammengetan hatten und denen sie ihren eigenen Einstieg in die Macht zu einem Teil verdankten. Der, wie er dann bald genannt wurde, „Tag von Potsdam“ war nicht zuletzt an die deutsche Militärelite adressiert, die sich mit der Republik nie angefreundet, aber auch die NSDAP-Führer als Diktatoren nicht eindeutig favorisiert hatte, denn sie erblickte in diesen wenigstens zum Teil und nicht zu Unrecht Konkurrenten und Aspiranten auf ihre Kommandohöhen vermuteten.

Das von Zeitungen und in Büchern am meisten wiedergegebene fotografische Bild zeigt Hitler, angetan im Frack, Hindenburg mit tiefer Verbeugung begrüßend, den einstigen Generalfeldmarschall Kaiser Wilhelms II., dessen Uniform über und über mit den Orden gespickt ist, die ihm Seine Majestät verlieh – für Verdienste, die er sich hauptsächlich während des großen Völkermordens erworben hatte. In der devoten Verbeugung des Kanzlers, der in den Augen von Adligen und Großbürger ein Emporkömmling war, drückte sich eine Beziehung aus, die es so schon nicht mehr gab. In den sieben Wochen von Hitlers Reichskanzlerschaft waren die Machtanteile im Staate bereits neu verteilt worden. Hitler und seine Mitführer hatten die bewaffneten Kräfte der Polizei und der paramilitärischen Verbände der SA zu einem die Linke terrorisierenden Apparat vereint. Mit jedem Tag saß die Führerclique ein weniger fester im Sattel. Hindenburg war für Victor Klemperer nach einer Eintragung in seinem Tagebuch nur noch eine Marionette und von der Atmosphäre am Tag des Spektakels in Potsdam notierte der in Dresden lebende Romanist. „Fürchterlichste Pogrom-Drohungen im „Freiheitskampf“ (der Tageszeitung der NSDAP in Sachsen – K. P.) nebst gräßlichen, mittelalterlichen Judenbeschimpfungen. – Abgesetzte jüdische Richter. – Einsetzung einer Kommission zur Nationalisierung der Universität Leipzig.“ Und in München gab am gleichen Tage der SS-Führer Heinrich Himmler, zum Polizeipräsidenten der Landeshauptstadt erhoben, die Einrichtung des KZ Dachau bekannt, in das tags darauf die ersten Häftlinge verbracht wurden.

Dieser Staatsakt mit seinen Bildern von Gesittung und Normalität war so zugleich ein Vorhang vor den Geschehnissen im Reich. Er machte den Eindruck, als lägen die Staatsangelegenheiten und deren künftige Entwicklung gleichermaßen in den Händen der alten konservativen Kräfte und den sich als „junge Kraft“ präsentierenden Faschisten. Mit Hitler, wenn auch hinter ihm, spreizten sich deutschnationale Politiker in den Kulissen des Preußentums. Ihre eigene Rolle weit überschätzend, glaubten sie an ihre Unentbehrlichkeit. Doch gerade die herausragenden Figuren, die sich für besonders unersetzbar gehalten haben mochten, behielten sie nicht lange. Der „Wirtschaftsdiktator“ Alfred Hugenberg verlor seine Ministerämter noch 1933. Vizekanzler Franz von Papen wurde 1934 auf einen wichtigen, aber doch weit minderen Posten in die Diplomatie abgeschoben. Der Reichswehr-(zuletzt Kriegs-)Minister von Blomberg, den Hindenburg für das Kabinett ausgewählt hatte, wurde 1938 auf eine besonders miese Weise aus seinem Amt entfernt. Bleiben durften die Herren, die Hitler als Kabinettsmitglieder zunächst akzeptiert hatte und die sich ihm als Fachminister für Post, Verkehr und Finanzen und seinem Kurs widerspruchslos mittrugen.

Volksgenossen und Volksschädlinge

Darauf war die Ansprache Hitlers gestimmt, die mit Phrasen von Volk und Reich, Ehre und Größe, Geist, Kultur gespickt war und keine Wendung enthielt, an die sich konkrete Vorstellungen von der „Mission“ der „nationalen Regierung knüpfen ließen. Die nehme ein Reformwerk in Angriff, von Revolution, der nationalsozialistischen, war keine Rede. Hindenburg wurde vor allem wegen seiner Entscheidung, die den 30. Januar ermöglicht hatte, mit verehrungsvollem Dank überhäuft. Nun sei schon in den zurückliegenden Wochen „die nationale Ehre wiederhergestellt“ worden. Kein Begriff tauchte in der kurzen Rede häufiger auf als „Erhebung“. Hitler sprach von der „Wiedererhebung“, der neuen, der deutschen, der stolzen, der einzigartigen und der nationalen Erhebung und suggerierte so, dass es von nun an nur noch vorwärts und aufwärts gehen werde. Wer da Schaden stiften wolle, das war die einzige und zurückhaltend formulierte Drohung, würde unschädlich gemacht werden. Ohne dass die Gegenüberstellung vorgenommen wurde, war zu erkennen, dass künftig zwischen den „Volksgenossen“, die Klassenkampf ablehnten, und den „Volksschädlingen“, die dem Weg zu alter und neuer Größe des Reiches entgegenstanden, unterschieden werden würde. Auch davon, dass die deutschen Juden zu den „Volksschädlingen“ gezählt wurden, kein Wort. Die Beteuerung der Judenfeindschaft war für andere Zeit und anderen Ort bestimmt.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren der Inszenierung in der Garnisonskirche ferngeblieben und die Kommunisten nicht in die Situation gelangt, über ihr Verhalten entscheiden zu müssen. Das hatten ihre Gegner getan. Die Partei war illegalisiert. Ihre Führer, wenn sie nicht ergriffen und in Gefängnisse oder Konzentrationslager gebracht worden waren, lebten im Verborgenen oder waren ins Ausland geflohen.

Zwei Tage später hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut zu wählen: Sollte sie der Einladung zur Sitzung in die Kroll-Oper folgen oder ihr fernbleiben? Die Frage stand schon nicht mehr vor allen ihren Abgeordneten, hatten sich doch besonders bedrohte Politiker besser in Sicherheit gebracht. In einem der unzerstörten Räume des Reichstagsgebäudes fanden trafen sich am Vormittag des 23. März die Parlamentarier der SPD. Einige, unter ihnen Otto Buchwitz, der später über den Tag berichtete, widerrieten jedem Mitmachen. Doch die Mehrheit entschied sich für die Teilnahme, die für sie schon beim Eintritt in den von Nazis umlagerten Bau ein Spießrutenlauf wurde. Wie sie hier herauskommen würden, nachdem sie sich – wie eben beschlossen – dem vorgelegten Gesetzentwurf verweigert hätten, war eine offene Frage.

Totenschein und Begräbnisurkunde

Dem Reichstag lag ein von der Regierung vorgelegter Entwurf eines Gesetzes vor, Totenschein und Begräbnisurkunde für die 1919 geschaffene bürgerliche Republik in einem. Auszufertigen waren die nur, wenn Parteien, so die Zentrumspartei und die inzwischen zur Deutschen Staatspartei mutierte einstige Deutsche Demokratische Partei, die 1919 zu den Geburtshelfern eben dieser Republik gehört hatten, preisgaben, was sie einst als ihre Großtat feierten. Ohne sie war eine Zweidrittelmehrheit nicht zu erreichen und damit lag auf den Parlamentariern der Mitte besondere Verantwortung. Das Gesetz,

das, um es vorweg zu sagen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten von allen Fraktionen gebilligt wurde, so dass sich ein Stimmenverhältnis von 441 zu 94 ergab. ist unter der Kurzbezeichnung Ermächtigungsgesetz in die Geschichtsbücher eingegangen. Sein eigentlicher Titel war wie der vieler Regierungserlasse vorher und nachher demagogisch gewählt und lautete „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“.

Der fünf Artikel umfassende Gesetzestext besagte in einer geringfügigen Verkleidung, dass sich der Reichstag künftig aus der Gesetzgebung ausschalte und diese – einschließlich der Entscheidung über diplomatische Verträge – allein der Regierung überließ. Ihr wurde das Recht eingeräumt, selbst Gesetze zu erlassen, die in Widerspruch zur Verfassung standen. Ein Teil der Bestimmungen sollte verbergen, dass es sich hier nicht um eine auf Zeit berechnete, von einer außerordentlichen Situation diktierte Abweichung von der Verfassung handelte, sondern um eine Regelung, die eine neue Staatsverfassung schuf. Dazu gehörte, dass sich der Reichstag nicht auflöste, was den tatsächlichen Vorgang nackt ausgedrückt haben würde. Einzig der Reichspräsident war noch nicht völlig verabschiedet. Jedoch zweifelte niemand daran, dass, wo dessen Einwilligung erforderlich war, diese komplikationslos eingeholt werden konnte. Das bestätigte sich in dem reichlichen Jahr, das Hindenburg noch lebte. Dann hatte Hitler unter der Bezeichnung „Der Führer und Reichskanzler“ die Doppelrolle von Staats- und Regierungschef in seiner Person vereint.

Was fortan als Reichstag noch bezeichnet wurde, hatte mit dem der Weimarer Republik nach Idee und auch nach Wirklichkeit nichts mehr gemein. Es war diese Versammlung einzig bestimmt, für Auftritte Hitlers eine einmal andachtsvoll schweigende, dann wieder lärmende Kulisse zu bieten und ihnen derart die nötige Aufmerksamkeit im In- und Ausland zu verschaffen. Beraten wurde nichts mehr. Geblieben waren die Diäten, die nun dem nazistischen Führerkorps als arbeitsloses Einkommen zusätzlich zuflossen. „Deutschlands größter Männergesangverein“ (Frauen waren von den Faschisten für eine Neuwahl“ Ende 1933 nicht mehr nominiert worden) lautete eine der spöttelnden Kennzeichnungen, die darauf Bezug nahm, dass am Ende jener Kundgebungen die Nationalhymne der Faschisten, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, gesungen wurde.

Zeugnis des Mutes und des Verfalls

Mit dem 23. März verbindet sich die Erinnerung an die Rede, die für die sozialdemokratische Fraktion deren Parteivorsitzender Otto Wels in der Kroll-Oper hielt. Es war der letzte öffentliche vor der Presse und Vertretern des Diplomatischen Korps erfolgende Auftritt eines Antifaschisten in Deutschland für mehr als zwölf Jahre. Für Wels gilt dieses „Letzte“ noch in einem weiteren Sinne. Zwei Monate später befand er sich wie viele seiner Genossen bereits im Exil. Er starb 1939 in Frankreich, wenige Wochen nach dem Deutschland den Zweiten Weltkrieg begonnen hatte. Von dieser Perspektive hatte er 1933 nicht gesprochen, wiewohl ihm das Kriegsgelüst der braunen Revanchisten doch nicht entgangen sein konnte. Stattdessen setzte er mit der Hervorhebung der gemeinsamen Ablehnung der Politik der Siegermächte des Weltkrieges ein, berief sich auf seine früh ausgesprochene Ablehnung des Versailler Vertrages einschließlich der These von der Schuld Deutschlands am „Ausbruch“ des Krieges von 1914, sprach vom Gewaltfrieden, dem Recht auf deutsche Gleichberechtigung und dies alles, ohne hinzuzufügen, dass die Differenz in den Reihen der Versailles-Gegner in der Politik der friedlichen oder kriegerischen Revision des sich in ihm ausdrückenden Kräfteverhältnisses lag. Demnach hatten andere Nationen gegen Deutschland noch eine Schuld zu begleichen. Genau das sollte Hitler ihnen in den folgenden Jahren vorhalten. Am bedenklichsten, die größte Nähe zu den Deutungen der Nazis ausdrückend, war jedoch, dass Wels dem Diktat von 1919 und nicht Eigentumsstrukturen und den aus ihnen erwachsenden Interessen und politischen Handlungen der Ausbeuterklasse das soziale Elend in Deutschland anlastete.

Diese Eröffnung seiner Rede gegen das Ermächtigungsgesetz war fraglos die ärmlichste Passage seiner Ansprache, die in dieser Situation Bekennermut und Entschlossenheit ausdrückte, zu seinen Ideen und Idealen zu stehen. Wels bekannte sich zur Verfassung, zur Demokratie, zum Sozialismus und bezeugte seinen Genossen Anerkennung für ihre Haltung in diesen Tagen, da sie verfolgt und als vogelfrei behandelt würden. Am häufigsten wurde später an seine Worte erinnert: „Freiheit und Le-

ben kann man uns nehmen, die Ehre nicht," – eine Wendung, die an eine andere erinnert, an den Mann, vor Richtern, den Gegnern seiner Klasse und Bewegung stehend, am 25. August 1915 gesagt hatte: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre." Doch Karl Liebknechts Warte bezeichnete nicht die Höhe, von der dieser Parteivorsitzende sprach.

Manche seiner Passagen waren im Duktus von Belehrungen, Ratschlägen und Warnungen an die Regierung gesprochen, so wenn er meinte, ihre Parlamentsmehrheit verpflichte sie geradezu, verfassungsgemäß, also mit dem Parlament zu regieren, oder sagte, mit Gewalt lasse sich im Innern kein Frieden herstellen, oder "Übertreibungen" in der ausländischen Presse erwähnte, durch welche die inneren Reichszustände falsch charakterisiert würden, und dem anfügte, es läge bei der Regierung, dem durch ihre Politik den Boden zu entziehen und Rechtssicherheit zu schaffen. In alledem spiegelte sich, wohin das sozialdemokratische Denken seit 1914 sich entwickelt hatte. Kein Wort der Analyse, wer und was diesen Machtwechsel ermöglicht hatte. Großbourgeoisie, Großagrariertum, Interessenklüngel der Herrschenden und deren jüngste Rolle kamen in dieser Rede nicht vor. Wels schloss mit einem Gruß an die „Verfolgten und Bedrängten". Die Konzentrationslager der SA, die Verschleppung in die Polizeigefängnisse, die ins Ausland Geflohenen ließ er ebenso unerwähnt wie die fehlenden Angeordneten der Kommunistischen Partei.

Auf Wels Rede meldete sich Hitler zu Wort, um mit der Sozialdemokratie gleichsam abzurechnen. Was er sagte, ist von Zeitgenossen und auch von später Urteilenden als eine besonders gekonnte, politisch geschickte Replik gewertet worden. Das Geheimnis seiner fintenreichen Attacke war nicht groß und ist von Friedrich Stampfer, einem führenden Mitglied der Fraktion, in seinen Erinnerungen 1957 gelüftet worden. Er habe, wie es Gewohnheit gewesen sei, den vorbereiteten Redetext vor der Sitzung bereits an die Presse gegeben. Von da wäre er wohl zu Hitler gelangt, so dass dieser sich schon auf eine Antwort einstellen konnte, bevor Wels das erste Wort sprach. Was sich ein erfahrener Politiker und Herausgeber der SPD Zentralzeitung „*Vorwärts*" gedacht haben mag, dem Auftritt des Parteivorsitzenden den denkbaren Überraschungseffekt zu nehmen, ist schwer vorstellbar. Es ist das eine der Episoden, die den Grad der Unorganisiertheit und Unbeholfenheit auf Seiten vieler Nazigegner ausdrücken, was den Faschisten ihre Sache erleichterte. Auch Stampfers Weg führte als bald nach Prag in die Emigration.

Einst Zentrumsturm. Nun Stimmvieh

Der zweite Redner in dieser letzten Reichstagsdebatte, ein Wort, das nur eingeschränkt verwendbar ist, war der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Ludwig Kaas. Er begründete die Zustimmung seiner Fraktion zum Gesetzentwurf, die er auch vor dem treukatholischen Volk rechtfertigen musste, das sich bei der Wahl nahezu unvermindert hinter die Partei gestellt hatte. Anders als Wels repräsentierte er eine Führungsgruppe, in der seit dem Sommer 1932 Stimmen bemerkt wurden, die ein Zusammengehen mit der NSDAP bis zur gemeinsamen Regierungsbildung nicht ausschlossen. Das war vor allem daran gescheitert, dass Hitler – anders als im Falle eines Zweckbündnisses mit den Deutschnationalen – in einer Liaison mit dieser Partei für seinen Machtantritt Schwierigkeiten entstehen sah, auf die er sich nicht einlassen wollte. Auch und gerade nicht am 30. Januar 1933, als Zentrumsleute noch immer hofften, dass ohne ihre Mitwirkung im Kabinett nicht auszukommen sein würde. Der Irrtum war inzwischen behoben. Sie waren nur noch als Stimmvieh gefragt. Diese Rolle spielten sie, wiewohl es auch in ihren Reihen intern dagegen Einwände gegeben hatte. Auch Kaas befand sich wenige Wochen später nicht mehr in Deutschland. Er fand Aufnahme im Vatikan, wo er noch 1933 am Zustandekommen des Reichskonkordats beteiligt war, von dem der Heilige Stuhl glaubte, mit ihm würde er die Rechte der katholischen Kirche im faschistischen Deutschland sichern können.

Natürlich hätte ein verfehltes Votum, die verweigerte Zustimmung der einstigen Parteien der Mitte, an jenem 23. März 1933 das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg nicht zurück in parlamentarische Spielregeln geworfen. So waren die Diktatoren nicht in die Schranken zu weisen. Doch das Ja hatte eine demoralisierende Wirkung auf jene Teile des Bürger- und Kleinbürgertums, gewiss eine Minderheit, welche die Nazis ablehnten. Die Parteien, von denen die sozialdemokratischen Führer lange geglaubt hatten, mit ihnen ließe sich die Republik retten, unterstützten die „nationale Regierung",

machten sich zu Werkzeugen der „nationalen Konzentration“ und wie die Phrasen sonst lauteten. Nachdem sie zunächst geholfen hatten, die Republik zu ruinieren, halfen sie nun bei deren Abriss mit. Dann wurden sie nicht mehr gebraucht. Es blieb die matte Erinnerung an ihre letzten Wahlauftritte, wie jenem der Staatspartei, die für sich mit der Warnung geworben hatte: Bewahrt Deutschland vor Abenteuern!

Die Geschichte kennt kein Pardon

Kurt Pätzold, der den Lesern dieser Zeitung (jW) nicht vorgestellt werden muss, hat eine Autobiografie geschrieben, Erinnerungen an mehr als dreiviertel Jahrhundert Leben in Krieg und Frieden, in drei deutschen Staaten, als Schüler, Student und Hochschullehrer, Forschere und Publizist, in Hörsälen, Archiven, auf Konferenzen und zumeist am häuslichen Schreibtisch. In unserer Ladengalerie wird der Band morgen vorgestellt. Hier folgen daraus zwei Texte. Der erste aus dem Kapitel „Verschlagen nach Weimar“ berichtet von den Anfängen der antifaschistischen Jugend im Jahre 1945, der zweite aus dem Kapitel „Auf brauner Spur“ von der Arbeit eines Geschichtswissenschaftlers in DDR-Zeit.

Bereits am Abend des Tages, an dem ich in Weimar angekommen war, brachte mich mein Vater, der sich in der Stadt schon ein wenig auskannte, vor die Tür des Hauses der Frau von Stein und verabschiedete sich dort mit dem Bemerken, da drinnen seien die Richtigen. Als ich eintrat, traf ich in einem Interieur, das ein einstiges HJ-Heim verriet, auf ein etwa 12köpfiges Häuflein jüngerer Leute, die sich zu eigenem Gesang eigenartig bewegten. Sie tanzten und trällerten von den Leinewebern, die dem Text zufolge eine saubere Zunft gehabt haben sollen. Das war die Antifa-Jugend Weimars. Ich wurde ohne Fragen und Umstände zum Mitmachen eingeladen. Bei dem *Harum, die scharum, die schrumm, schrumm, schrumm* kam ich mir etwas blöd vor. Zudem hatte ich seit dem Besuch des Kindergartens nicht getanzt und die Aufforderung meiner Vettern in Staßfurt, sie zu Tanzvergnügen zu begleiten, strikt abgelehnt. Gegen Ende des Abends erfuhr ich zu meiner Erleichterung, dass meine neuen Bekannten auf diese Beschäftigung allein nicht spezialisiert waren.

An den folgenden Abenden traf ich die meisten von ihnen in einem Haus mit dem Namen „Erholung“ wieder Dort hörten wir Vorträge von Kommunisten und anderen Nazigegnern. Manche von ihnen waren nach Ihrer Befreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald in der Stadt geblieben, die sich zum neuen politischen Zentrum Thüringens entwickelte. Sie arbeiteten in Zentralen der im Aufbau befindlichen gesellschaftlichen Organisationen oder in der eben konstituierten Landesregierung. Wohl in keiner anderen thüringischen Stadt lebten so viele und so viele kluge Antifaschisten, Menschen, hinter denen abenteuerliche Lebenswege lagen. Über diese Biographien aber wurde nicht gesprochen, wiewohl jede für uns Jüngere eine Geschichtslektion bedeutet haben könnte. Ich hörte bei diesen Treffen über Geschichte und Literatur, von Gott und der Welt sprechen wie nie zuvor. Fragen und Gegenfragen schlossen sich an. Tabus gab es nicht, wir kannten nicht einmal das Wort. Niemand musste fürchten, Unwissen zu verraten. Anfänger waren wir in unserer Gruppe alle, die nicht viel größer war als jene Schar, der ich am ersten Abend begegnete.

Aus jenen Wochen rührt meine Bekanntschaft mit Stefan Heymann, von dem die Rede noch sein wird, mit der Schriftstellerin und bildenden Künstlerin Dora Wentscher, die aus sowjetischem Exil zurückgekehrt war. Auch mit Wilhelm Girnus, dem aus Ostpreußen stammenden Lehrer und Germanisten, du dessen Biographie Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslager gehörten und mit dem ich mehrfach zu tun bekam, als er das Staatsekretariat für Hochschulwesen leitete. Und mit Walter Wolf, einem Lehrer, wie die anderen vor Monaten noch Häftling in Buchenwald, nun Landesdirektor für Volksbildung. Das waren meine ersten Lehrer in den Gesellschaftswissenschaften. Zu den diskutierten Fragen, über die Girnus bald darauf eine kleine Schrift veröffentlichte, gehörte *Wer macht Geschichte?* Die Antwort lautete mit den Worten Brechts *Um uns selber müssen wir uns selber kümmern*. Wir waren entschlossen, uns darauf einzulassen. Dass auf den „Führer“ kein Verlass war, brauchte uns nicht erklärt zu werden. Noch war keine Rede von neuen wundertätigen Führern. Wir schlossen uns in dem Bewusstsein zusammen: Jetzt sind einfach wir an der Reihe.

In unserem Häuflein stach der Anteil derer hervor, die wie ich aus den verlorenen Ostgebieten stammten. Von der Geschichte gebeutelt, aus vertrauter Umgebung gerissen und im wörtlichen wie übertragenen Sinne in Bewegung gesetzt, zählten sie früh zu den Suchenden. Sie ließen sich leichter auf Neues ein als Gleichaltrige, die bis dahin bodenständig gewesen waren und gleichsam am Rande des Krieges gelebt hatten. Das bemerkte ich später wieder, als wir, selbst schon Studenten, zu Beginn der fünfziger Jahre junge Männer und Frauen aus Industriebetrieben im Kreis Eisenach zu überzeugen suchten, die Fabrik oder Werkstätte zu verlassen und sich an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät auf ein Fachstudium vorzubereiten. Mich führte eine Tour in das Autowerk und die Ringspinnerei der

Wartburgstadt, in das Uhrenwerk in Ruhla und das Porzellanwerk Stadtlengsfeld. Zugereiste, Umsiedler, fürchteten auch das Risiko des Versagens weniger als Alteingesessene.

Manche aus unserer Gruppe wurden in DDR-Jahren durch besondere Verdienste bekannt. So Armin Müller und Harry Thürk, die in sehr unterschiedlichen Genres sich als Schriftsteller einen Namen machen sollten. Vieles, was sie schrieben, besaß Bezug zu ihren Jugend- und Kriegserlebnissen. Armin, der aus dem schlesischen Schweidnitz herkam, begann damals schon mit Schreibversuchen. Harry, ein Oberschlesier, war Soldat gewesen. Aus jenen Tagen steht er mir, da er andere nicht besaß, noch immer in seinen Militärklamotten vor Augen. Seine Romane erlebten Massenauflagen und Millionen sahen den Film „For eyes only“, für den er das Drehbuch verfasst hatte. Erst Jahrzehnte später schrieb er über seine Erlebnisse im letzten Kriegsjahr an der ostpreußischen Front. Nicht alle stammten wir aus Familien von Antifaschisten. Doch die Frage *Woher* spielte in unseren Gesprächen keine Rolle, wir redeten über unser *Wohin*.

Zwei Aktionen aus jenen nicht mehr als zweieinhalb Monaten, die ich in Weimar blieb, haften besonders in meiner Erinnerung. Die eine sollte vor allem aufmerksam machen, dass es uns gab. Wir beschlossen, eines Spätnachmittags, als die Straßen der Innenstadt sich belebten, die Denkmäler der Stadt zu reinigen, von denen einige bis Kriegsende zu ihrem Schutz mit Ziegelwänden ummauert gewesen waren. Unser wichtigstes Gerät wurden Luftschutzspritzen, die überall in Häusern noch leicht zu bekommen waren. Es gab am Goethe-Schiller-Denkmal und vor den Standbildern Wielands und Herders für uns ein Gaudium und dazu neugierige Passanten. Darüber schrieb ich ein paar Zeilen, die in der Tageszeitung gedruckt wurden. Es war mein erster „Artikel“. Ich las ihn mit gebührendem Stolz.

Die andere Unternehmung wurde ungleich schwieriger. Unter der Losung „Rettet die hungernden Kinder Berlins“ war die Aufforderung zu Spenden an Obstanbauern in den Dörfern rund um Weimar ergangen. An einem Wochenende fuhren wir nach Oßmannstedt, einem Dorf nahe Apolda, das als vieljähriger Lebensort Wielands zu Berühmtheit gelangt war, von der ich freilich bis dahin nichts gehört hatte. An Toren von – verglichen mit den schlesischen, die ich kannte - stattlichen Gehöften wurden wir mehrfach mit verständnislosen oder versteinerten Mienen abgewiesen. Wir merkten, dass es nicht genügte, unsere Bitte vorzutragen. Es kam darauf an, mit den Dörflern über Zeiten und Nachkriegsnöte in ein Gespräch zu gelangen. Nachdem wir die Häuser, an denen wir klopften, unter uns neu verteilt hatten, unternahmen wir einen zweiten Anlauf. Groß war unsere „Ernte“ nicht, doch kehrten wir nicht mit leeren Händen zurück. Das hätten wir als Beweis unserer Unfähigkeit und eine Blamage empfunden. Andernorts, hörten wir von Freunden, waren sie freundlich aufgenommen und bewirtet worden.

Was sich in jener kleinen Antifa-Gruppe auch lernen ließ, war das Verhalten einer Minderheit. Nicht dass wir angefeindet worden wären. Doch wir waren Exoten. Die Mehrheit unserer Gleichaltrigen wollte von Politik so wenig wissen wie deren Eltern, die allesamt glaubten, völlig unverschuldet politischen Betrügern zum Opfer gefallen zu sein. Dennoch waren wir keine übliche Minderheit, wussten wir doch vor und mit uns Leute, die in den Nazijahren auf der richtigen Seite standen. Die sprachen mit uns auf eine Weise vertrauensvoll, die wir allenfalls aus unseren Familien kannten. Nicht Gefolgschaftsappelle bekamen wir zu hören, sondern Argumente, nicht Befehle, aber Anregungen. In Schulen und HJ-Zügen herumkommandiert, empfanden wir dies als wohltuend. Es half, ein neues Selbstbewusstsein zu gewinnen. Heraus gegen uns, wer sich traut! Wir sangen von den rostenden Maschinen, die in Bewegung zu setzen waren, vom neuen Leben, das anders werden müsse, und von der neuen Zeit, die mit uns zöge.

Dass wir mehr als ein Häuflein waren, spürten wir zum ersten Mal, da war ich schon nicht mehr in Weimar, in den letzten Tagen des Jahres 1945. In Gera fand zwischen Weihnachten und Neujahr die erste Konferenz der antifaschistischen Jugend des Landes Thüringens statt. Sie begann mit der Taufe eines Jugendheims auf die Namen der Geschwister Sophie und Hans Scholl. Kurt Goldstein, in der KPD-Landesleitung zuständig für die Jugendarbeit, hatte die Tagung, die im großen Saal des Wintergartens stattfand, vorbereitet und war ihr Lenker der Tagung. Er hielt das Hauptreferat und griff

ein, wenn sich die temperamentvolle und auch streitbare Diskussion zu verzetteln drohte oder auf sektiererischen Abweg geriet. Die gewollte Breite der im Aufbau befindlichen Organisation der Freien Deutschen Jugend, den Namen gab es schon, kündigte sich in einem Referat des evangelischen Pfarrers Wolf an, der 1933 sein Studium der Theologie begonnen hatte. Soviel Zustimmung sein Plädoyer gegen eine Zersplitterung der Jugend in parteipolitische und andere Bünde fand, so vielstimmig der Widerspruch gegen sein einseitig geratenes Bild von den Kirchen. Sie und ihre Pfarrer stellte er insgesamt als weltanschaulich und politisch verfolgte Gegner des Naziregimes dar. Dem standen Erfahrungen vieler entgegen, auch manche der meinen. So kam es in einer phasenweise hitzig geführten Debatte zu meiner ersten Rede vor größerem Publikum. Ich hielt dem Redner zwei Fakten entgegen: Pfarrer hätten „von der Kanzel herab den Segen auf den ‚Führer' und den Sieg seiner imperialistischen Armeen" erbeten und es sei „weder der Kirche noch einer Partei oder sonst jemanden gelungen, den Faschismus aus Deutschland heraus zu beseitigen." Und unmittelbar daran anschließend: „Die Brechung der Hitler-Tyrannei verdanken wir einzig und allein den Alliierten und an deren Spitze der Roten Armee."

Als gegen Ende der Tagung eine Entschließung zum in Nürnberg stattfindenden Prozess gegen deutsche Hauptkriegsverbrecher angenommen wurde, ahnte ich nicht, wie sehr mich das Ereignis aus historischer Sicht noch beschäftigen würde. Dieses Gerichtsverfahren verpflichte, hieß es in unserem Text, denn die Verbrechen der Führer hätten „niemals ein solches Maß annehmen können, hätte das deutsche Volk und die deutsche Jugend sich nicht unüberlegt und ohne eigenes Urteil für die Durchführung der Befehle jenen Verbrechern zu Verfügung gestellt." Über die angegebenen Voraussetzungen und Motive der Gefolgschaft ließ sich rechten, doch war die schmerzende Tatsache richtig benannt. Die moralische Pflicht zur „Wiedergutmachung" bezweifelte in unserer Minderheit niemand.

***

Bevor eine Biografie Ernst Thälmanns geschrieben und erschienen war, bestand geringe Aussicht eine über Adolf Hitler zum Druck zu bringen. Kein Leiter hatte Lust, sich von einem Subalternen, der seinem Vorgesetzten nicht mit einer ungelegenen Idee kommen wollte, fragen zu lassen: Habt ihr nichts Besseres zu tun? 1979 aber lag die amtliche, mehr als 800 Druckseiten starke Darstellung des Lebens des ermordeten Führers der deutschen Kommunisten vor. Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann und ich verabredeten uns auf eine gemeinsam zu schreibende Hitler-Biografie. Der Vorschlag fand Aufnahme in einen Arbeitsplan des Akademie-Instituts. Nur Ruge verfügte jedoch vorerst über Zeit, sich an die Arbeit zu machen. Schumann kämpfte sich, von fortschreitender Krankheit gezeichnet, bis zum abschließenden sechsten Band von *Deutschland im Zweiten Weltkrieg* voran. Ich war noch mit der Geschichte der NSDAP befasst. Kurzum: das einzige Resultat auf dem gedachten Wege wurde Ruges Buch über Hitlers Weg zum 30. Januar 1933. Das erschien 1983, aber nicht unter einem angemessenen Titel, sondern „getarnt" als *Das Ende von Weimar* und mit dem ungelenken Untertitel *Monopolkapital und Hitler*. Der Kölner Pahl-Rugenstein Verlag brachte den Mitdruck als *Hitler, die Weimarer Republik und die Machtergreifung* auf den westdeutschen Buchmarkt.

Ganz hatte ich den mir zugedachten Part nicht aus dem Visier. Ich bereitete mich wie in anderen Fällen vordem auf das Vorhaben dadurch vor, dass ich ihm thematisch verwandte Lehrveranstaltungen anbot. Eine Spezialvorlesung referierte vorliegende Darstellungen von Hitlers Leben und Wirken kritisch. Sie setzte mit den im Exil verfassten Biographien Rudolf Oldens und Konrad Heidens ein, die 1935 bzw. 1936/37 in Amsterdam und Zürich erschienen waren. Ein Seminar befasste sich mit der Darstellung historischer Personen in Spielfilmen. Vom staatlichen Filmarchiv unterstützt, sahen wir Produktionen, deren Helden Friedrich II. („Der große König", 1942) und Bismarck (1940, mit der Fortsetzung „Die Entlassung, 1942) waren. In deren Nachfolge, sie weit überragend, war Hitler von der Propaganda gestellt worden. Streifen, die Lebenswege von Wissenschaftlern schilderten, so der 1939 in die Kinos gelangte über Robert Koch, den „Bekämpfer des Todes", waren von gleicher Machart: der einsame große Denker, der selbstlose, zunächst unverstandene Mann, der unbeirrt seinen Weg geht, ein Retter. Dem staunenden Volk wurde beim Blick hinauf zu den auf hohen Sockeln Postierten eigene Nichtigkeit und Unwissenheit bewusst gemacht, Ehrfurcht und Unterordnung anerzogen und das Bewusstsein der Führungsbedürftigkeit vermittelt.

Es entstand eine Vorstellung davon, wie viele geistige und mentale Voraussetzungen für Akzeptanz und Wirkung des Kults um Hitler existierten, geschaffen lange bevor er „der Führer“ wurde. Und der zum Übermenschen Erhobene half dann kräftig mit, dieses sein Bild zu pflegen. Das war ein Aspekt des einzigen Aufsatzes, den ich in DDR-Zeit über den Mann publizierte. Er erschien 1989 in einem Sammelband, den Dietrich Eichholtz und ich aus Anlass des 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs herausgaben, und befasste sich mit dem Geschehen am 50. Geburtstag Hitlers. Nach diesem 20. April 1939 vergingen keine 150 Tage und Deutschland war von dem Gefeierten in einen Krieg gestürzt, der sich zum Zweiten Weltkrieg ausweitete. Das verblüffende am Tagesprogramm war, dass es nicht auf die Person zugeschnitten zu sein schien, die nur auf den ersten Blick sich in dessen Mittelpunkt befand. Das Ereignis wurde von seinen Regisseuren vielmehr ganz dem im November 1938 gefassten Vorsatz zugeordnet, das Volk in Kriegslaune zu versetzen. Keine Großkundgebung in der Sporthalle Berlins, keine Massenhuldigung an den Führer auf einem Kundgebungsplatz, wiewohl überschwängliche Bezeugungen von Dank, Verehrung und Gefolgschaftstreue nicht fehlten, keine erhaben-rührselige Antwortrede des Jubilars, auch keine Wagner-Aufführung in der Staatsoper. In das Zentrum gerückt war eine Parade der Wehrmacht, die in deutscher Militärgeschichte kein Beispiel hatte. Die „Musik“ des Tages machten Motore und Ketten des Kriegsgeräts, das sich über die neuerbaute Ost-West-Achse durch das Brandenburger Tor wälzte, und die darüber hinbrausenden Flugzeuge der Luftwaffe. Stumm grüßte Hitler von der Ehrentribüne herab und hinauf. An den Straßenrändern bejubelten zur Verwunderung ausländischer Diplomaten und Journalisten Zehntausende den martialischen Aufzug, das Werk dieses Führers, seiner Militärs, Erfinder, Techniker, Ingenieure und Arbeiter, der Volksgemeinschaft. Die Inszenierung des Tages bewies, dass der Mann an der Regimespitze nach nüchternem Kalkül Hierarchien zu ordnen und Prämissen zu setzen verstand. Die eben noch nach dem überraschenden Einmarsch in Prag gestellte Frage, wohin das alles noch führen werde, – denn dass die Stadt an der Moldau nicht von Deutschen bewohnt war, wussten auch weniger Geschulte –, schien verstummt.

Das Thema, wie die faschistische Vergangenheit durchzuarbeiten sei, eine Formulierung, welche die Mitscherlichs benutzt haben und die ich, weil sie die bildhaftere ist, dem vielzitierten Begriff „Bewältigung“ vorziehe, blieb bis zum Ende der DDR diskutiert und im Einzelnen auch umstritten. Das wurde ich auch gewahr, als mich ein Verlag bat, mir die Kriegsbriefe eines Wehrmachtssoldaten an seine Frau anzusehen, die veröffentlicht werden sollten. Das Unterfangen hatte im Osten keinen Vorgänger, denn der Briefschreiber war Nazi durch und durch. Die Adressatin, eine junge, schon kinderreiche Mutter, inzwischen Schriftstellerin geworden, wollte sich nicht zu erkennen geben, tat das aber, als das Buch vorlag, dann doch. Ich hatte an der Herausgabe mitgewirkt, nachdem ich mich davon überzeugen konnte, dass dieser Helmut N. schwerlich in besetzten Ländern verbrecherisch tätig gewesen sein konnte. Der Flaksoldat hatte sich im Reichsgebiet unter dem Befehl aufgehalten, westdeutsches Industriegebiet vor gegnerischen Luftflotten zu schützen. Bei Kriegsende war er in Erdkämpfen umgekommen. Vor seinem Lebensende hatte er gefragt: „Was haben wir getan?“ Ich schrieb ein Nachwort und Axel Klätte, ein Student höherer Semester, der sich bei mir spezialisiert hatte, schloss eine Vielzahl Textstellen durch Anmerkungen auf.

Der Soldat, wiewohl von höherer Schulbildung, hatte es nicht weiter als zum Unteroffizier gebracht, und war Durchschnitt und Prototyp all derer gewesen, die glaubten und befolgten. War, was er gedacht und geschrieben hatte, von Interesse und Bedeutung? Dazu stellten Rezensenten Fragen, denen eine breitere gesellschaftliche Debatte zu wünschen gewesen wäre. Frank Schumann schrieb in der *Jungen Welt*, die Briefe gäben „weitere Auskunft auf die wohl nie vollständig zu klärende Frage, weshalb ein ganzes Volk bereitwillig bis in die Katastrophe marschierte“. Und in der Wochenzeitung *Sonntag* fragte Carsten Gansel: „Wie lange wirken Erfahrungen des Ein- und Unterordnens, ein Hang zum Funktionieren, Autoritätsgläubigkeit oder Angst vor dem Austragen von Konflikten prägend nach?“ Das Buch stelle, wurde unter Bezug auf Stephan Hermlin bemerkt, der „antifaschistischen Sisyphosarbeit neues Material zur Verfügung.“

Dass im ostdeutschen Staat ungeteilt die Stimmung von Siegern der Geschichte geherrscht habe, und sich seine Bürger nach der Vergangenheit nicht umgedreht hätten, während im Westen die

schmerzhafte Bewältigung des „dunkelsten Kapitel“ nach – zugegebenen – anfänglichen Schwierigkeiten erfolgt sei, gehört auch ins Legendenreich. Nach 1990 erwiesen Befragungen, dass die Bürger des untergegangenen Staates über Faschismus und Krieg kritischer und verständiger dachten als ihre westdeutschen Brüder und Schwestern. Auch nachdem mehr als anderthalb Jahrzehnten vergangen sind und ein neues Jahrhundert erreicht ist, lassen sich davon unter den Altbewohnern der Neuen Bundesländer noch zählbare Zeugnisse ermitteln. Ich bin nicht so bescheiden, mir daran nicht einen Anteil zuzuschreiben.

Dreitausend Seiten für Wilhelm Zwo

Zum Erscheinen des 3. und abschließenden Bandes einer Biographie des letzten deutschen Kaisers

Als mit einem Abstand von 8 Jahren 2001 auf den ersten der zweite Band der Biographie des letzten deutschen Kaisers Wilhelms II. aus der Feder des britischen Historikers John C. G. Röhl folgte, fragte ein Rezensent angesichts von dessen Umfang besorgt, ob es mit einem weiteren Buch getan sein werde und nicht noch ein viertes und fünftes folgen würden. Nein, der Autor hat es mit diesem Teil III genug sein lassen und sich darauf „beschränkt", die Jahre des Hohenzollern als amtierender und dann außer Dienst gestellter Monarch, also die Zeitspanne von 1888, dem Jahre, in dem Wilhelm I. und der 99-Tage Kaiser Friedrich III. verblichen, bis zum Tode des Emigranten 1941 im niederländischen Haus Doorn auf 3100 Seiten abzuhandeln. Emil Ludwig, der 1926 eine Biographie des Geflohenen vorlegte, die noch im gleichen Jahr mit mehr als 100.000 Exemplaren an Käufer gelangte, und der mit den Seien und Sätzen auch nicht geizte, wäre da womöglich neidvoll erblasst. Da aber schon mit dem Blick in den zweiten Band, der das Regiment Wilhelms zunächst bis 1900 abhandelte, auch Zweifel geäußert wurden, ob und wie viele Leser „es denn so genau wissen", sich in eine derartige Flut von Quellen und Details, obendrein bei unterlassenen, notwendigen Blicken nach rechts und links (akademisch: Kontexte), stürzen lassen wollten, erschien zeitige Vorsorge für den Verkaufserfolg des Schlussbandes (vulgo Reklame) angeraten.

Sie war mehrfach angezeigt, denn erstens fehlt es auf dem (west)deutschen Buchmarkt seit Jahren nicht an Lebensbildern des Monarchen. Die Reihe eröffnete 1961 der Politologe und Publizist Christian Graf von Krockow, vor dessen Feder freilich kaum jemand sicher war, nicht Friedrich II. und die Königin Luise, weder Bismarck noch Stauffenberg und auch nicht Luther und Churchill. Dann schlossen sich Golo Mann (1964), Tyler Whitler (1979) mit ihren Darstellungen an, schließlich Hans Rall (1995), dessen biographische Literaturproduktion zudem die Wittelsbacher in toto, König Ludwig II. im Besonderen und dazu die Kurfürsten Max Emanuel und Karl Theodor umfasst. Inzwischen war auch Emil Ludwigs Lebensbild des Kaisers wieder gedruckt worden (1968), dessen Exemplare mit allen Arbeiten des Schriftstellers von den Faschisten verbrannt oder auf den Index gesetzt worden waren.

Weitere Arbeiten haben sich jüngst, d. h. hier seit der Jahrhundertwende, mit dem Kaiser als Flüchtling und Vertriebener, seinen Anteil am U-Boot-Krieg, seiner Rolle als „Kriegsherr", in den Urteilen seiner Zeitgenossen, seinem Bild in der britischen Öffentlichkeit, seiner Zeit als Kronprinz, seinem Verhältnis zur Moderne, seinem Œuvre als Zeichner und Maler, seiner Orient- und seinen Nordlandreisen beschäftigt. Ja selbst der Monarch im Skandal ist erörtert und dessen Bild in der Karikatur wieder entdeckt worden, worüber schon 1928 auf dem Buchmarkt ein Bändchen gelangte. Was nun seine Zeitgenossen anlangt, so haben es diese auch nicht annähernd zu solcher Aufmerksamkeit der Historiker gebracht. Das trifft insbesondere auf Wilhelms Gegner zu, wie ein Blick auf das Angebot des Buchhandels für – beispielsweise – August Bebel, Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg erweist, der, ergänzt durch die Beobachtung ähnlicher Erscheinungen, nahezu den Eindruck hervorrufen könnte, die deutschen Geschichtsschreiber und die Konsumenten ihrer Hervorbringen würden Macht- und Kriegsversessenen mehr Interesse entgegenbringen als Friedensfreunden. Der wäre falsch und würde namentlich für die Historiographie in der DDR nicht gelten, in der sich besagtes Verhältnis anders darstellt. Nur Willibald Gutsche hat eine Biographie Wilhelms geschrieben, sie lag gedruckt vor, als es den Staat schon nicht mehr gab, in dem er ausgebildet worden war und sich mit der Erforschung des Kaiserreiches und insbesondere des Weltkriegs beschäftigt hatte.

Nun gar wird alledem, ebenfalls im September, nicht nur das Werk Roehls angefügt, sondern übersetzt. eine weitere Wilhelm II.-Biographie des – ebenfalls britischen – Historikers Christopher Clark gefolgt, deren Autor obendrein für die 82 Lebensjahre des letzten regierenden Hohenzollerns mit einem Zehntel des Platzes auskommt, den Röhl brauchte, nämlich mit nur 400 Seiten. So ist der in den Niederlanden, als sie besetzt und zu einem deutschen Reichskommissariat erklärt waren, Verstorbene und Verbliebene gleichsam wieder einmal und nun doppelt nach Deutschland zurückgekehrt

und das zur rechten Zeit. Denn wenige Monate nach dem Erscheinen beider Bücher wird hierzulande „Kaisers Geburtstag“ gefeiert werden können, ein besonderer, der 150.

„Die Zeit“ hat dem Verlag den Dienst eines Interviews mit dem Autor geleistet, der sich ein Forscherleben lang mit der preußisch-deutschen Majestät befasst hat. Das war nach dem Muster gestrickt, es werde über den Mann ganz Neues geboten, ja bisher Bestrittenes geboten. Der Forscher habe entdeckt, um es beim rechten Namen zu nennen, dass Wilhelm ein Kriegstreiber war und nicht erst in jenem Jahr, das als der Beginn des Ersten Weltkriegs in die Geschichte einging. So hatten ihn schon Karikaturisten in den Ländern der deutschen Kriegsgegner in Zeichnungen während der Jahre von 1914 bis 1918 dargestellt, und nicht anders die Politiker und Publizisten, die von einem „Krieg des Kaisers“ schrieben, womit freilich eine Übertreibung sich verband, denn der Potentat war nicht der einzige Imperialist vom Typ derer, die Deutschlands Männer und Jünglinge auf die Schlachtfelder trieben. Doch bezeichnet die Gegenthese eines deutschen Historikers, wonach Wilhelm nicht mehr als ein „Schattenkaiser“ gewesen sei, nicht mehr als das andere Ende der Skala von Möglichkeiten im Urteil über die Rolle des Monarchen.

Schon Kritiker des zweiten Bandes, in dessen Zentrum die Aufrichtung des „persönlichen Regiments“ des Monarchen stand, hatten milde angemerkt, dass dessen Einfluss auf den Gang der Geschichte durch die Vernachlässigung anderer objektiver und subjektiver Faktoren überhöht werde. Und so erscheint Deutschlands Weg bestimmt durch charakterliche Eigenschaften des Herrschers. Das hatten wir schon im Hinblick auf einen Nachfolger Wilhelms am Staatsruder des Reiches und diese antiquierte Methode, Geschichte zu rekonstruieren und sie, „wenn es schief gegangen ist“, einem Mann anzulasten, besaß allemal ihre Nutznießer. Und daher wurde aus Rücksicht, die in solchen Fällen in der bürgerlichen Presse waltet, Röhl auch im „Zeit“-Interview nicht gefragt, ob er denn gesellschaftliche Kräfte und Interessen kenne, die zum Kriege hin getrieben hätten.

John C. G. Röhl, Wilhelm II. - Der Weg in den Abgrund 1900-1941, Verlag C. H. Beck München 2008, 1.696 S. und Christopher Clark, Kaiser Wilhelm, DVA München 2008, 400 S.

Rita Schober – Irrtum bei Tische

In der Professoren-Mensa der Universität mit Rita Schober aufeinander zu treffen, versprach stets ein angenehmes Beisammensein, eine gelungene Flucht aus dem Alltagstrubel des Hauses. Sie gehört nicht zu jenem Typ von Gelehrten, der jenseits von Fachsimpelei keinen Gesprächsfaden findet. Auch was sie während vieler Jahre als Dekanin am Steuerruder des Monstrums Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät zu erledigen hatte und ich gelegentlich als „Pro“ an ihrer Seite, wurde in Sitzungen besprochen und nicht kauend. Kamen wir also mittags zusammen, redeten wir über Gott und die Welt minus Universität, Romanistik und Geschichte. Die Gesprächsinhalte sind zumeist vergessen. Einer macht eine Ausnahme und blieb mir wohl daher in Erinnerung. Rita bereitete ein ehrendes Gedenken für Victor Klemperer vor. Das war zu einer Zeit, da niemand daran dachte, dass seine von Walter Nowojski herausgegebenen Tagebücher so weite Verbreitung finden würden und dass sich inzwischen Historiker, wenn sie auf einen Tag Bezug nehmen, über den sie eine Aufzeichnung des Romanisten vermuten, im einschlägigen Band über das Erleben und die Urteile des als Jude ausgegrenzten und schikanierten Wissenschaftlers kundig machen.

Mich hatte Rita eingeladen, einen Kurzvortrag zu dem Unternehmen beizusteuern, das später im Senatsaal ablief. Das gab mir Gelegenheit, eine Dankespflicht auch öffentlich abzustatten. Ein Band von „LTI. Notizbuch eines Philologen“ war mir während meiner Schuljahre in der Freien Schulgemeinde Wickersdorf schon kurz nach seinem Erscheinen 1947 in die Hand gekommen. Er gehörte zu jener Lektüre, die vielen, wenn auch vorerst einer Minderheit meiner Generation, verstehen half, was mit uns bis in das Jahre 1945 hinein in Schulen und während der Dienste in der Nazi-Jugendorganisation veranstaltet worden war. Und das, was mich betraf, wiewohl ich nicht in einem auch nur angebräunten Elternhaus aufwuchs. Nehme ich Klemperers Buch in die Hand, das in vielen Seminaren mit Geschichtsstudenten Nachdenklichkeit und Gesprächsanregungen stiftete, frage ich mich bis heute, wie der Mann aus den Heften seiner Tagebuch-Aufzeichnungen diesen Text in so kurzer Zeit zu verdichten vermochte. Und dies angesichts jener gehäuften Tatsachen, die zu erinnern ihm doch Seite für Seite eine Schwerlast aufbürdete.

Diesmal ging es bei Tische also doch um unsere Arbeit und ums Fachsimpeln. Dass dieses LTI auf Generationen hinaus gelesen werden würde, dessen war ich sicher. Aber, fragte ich die Fachfrau, was von dem Manne als einem Romanisten bleiben werde. Das setzte Rita mir auseinander, um dann mit dem Bemerken zu schließen „... aber von uns beiden nichts.“

Da dürfte sie sich, was ihren Beitrag zur französischen Literaturgeschichte angeht, mehr als ein wenig geirrt haben. (2008)

Rede zu Dr. Richard Lakowskis 70. Geburtstag anlässlich des festlichen Zusammenseins

Liebe Ursula,

mit der Schwelle vom siebenten zum achten Lebensjahrzehnt ist es so eine Sache. Das Volk in seiner Ur-Natur, namentlich in seiner deutschen, singt dann mit Vorliebe „so alt wie du jetzt bist, so alt siehst du nicht aus, du siehst noch immer aus wie einst im Mai“, worauf dann freilich keine Jahreszahl folgt, die uns angeben würde, welcher Mai eigentlich gemeint wäre. In der Tat aber, um meine eigenen Komplimente vorerst zurückzuhalten, hat mir eine mir befreundete Dame, auf deren sach- und fachkundiges Urteil ich etwas gebe, unlängst nahezu zweifelnd gesagt: „dass Richard schon siebzig ...“. Ein anderer Volkschor, um auf die Lyrik zurückzukommen, schmettert schon mit dem Vorausblick auf die heute in Rede stehende Lebensjahrzahl an: „Mit 66 Jahren fängt das Leben erst an.“ Auch darüber lässt es sich streiten. Mit so leichter Kost aber, kommst Du, Richard-Jubilar, mir heute nicht davon. Der Anspruch ist höher gesetzt.

Ich predige über den 90. Psalm, der in der Übersetzung Luthers so lautet: *Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn’s hoch kommt, so sind’s achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist's Mühe und Arbeit gewesen; denn es fähret schnell dahin, als flögen wir davon.* An die Übersetzung des berühmten Textes haben sich viele gemacht. In einer anderen heißt es: *und was sein Stolz ist, ist Mühsal und Elend gewesen.* In einer dritten *und was daran köstlich scheint, ist doch nur vergebliche Müh.* Wir werden uns gleich daran machen, all diese Behauptungen an Deiner Biographie auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen. Vorher aber will ich die Befürchtung ausräumen, ich würde auch noch auf eine der vielen vertonten Fassungen zurückgreifen und hier eine Motette oder Kantate zu Gehör bringen, wofür ich mich bei Georg Philipp Telemann oder einem aus der Bach-Familie bedienen könnte. Soweit ist die Feier bis hierhin noch nicht fortgeschritten. Auch soll hier nicht geschildert werden, wie Heinrich Zille mit Bezug auf jenen Psalm einen Siebzigjährigen in seinem Zyklus „Zwanglose Geschichte und Bilder“ aufs Papier gebannt hat.

Also: wie steht es mit der Arbeit, der Mühsal, dem Elend, der Vergeblichkeit und am Ende mit dem Stolz im Leben Richards? Unser Jubilar ist, um das hier gleich abzumachen, zur Welt gekommen in einem Ort namens Peisern, einem dörflichen Flecken, den Deutsche, Polen und Juden bewohnten. Er ist ein gebürtiger Deutsch-Pole. Ich weiß, so sagt das kein Patriot. Es klingt nicht so nahe und wärmend wie Deutsch-Österreicher. Es stellen sich nicht Vorstellungen von Puszta und Csardas ein wie beim Wort Deutsch-Ungar. Es hört sich schon gar nicht edel an wie Deutsch-Balte. Deshalb wurde und wir lieber von in Polen geborenen und lebenden Deutschen gesprochen, besser noch von der deutschen Minderheit in Polen. Das ist so korrekt wie die Tatsache, dass Jüngst-Richard ein Bürger dieses jungen polnischen Staates war und dass er – Gnade der späteren Geburt – rund zwei Jahrzehnte früher in das Licht der Welt gelangt gar ins Zarenreich geraten wäre.

In ein Reich ist er dann doch gekommen, da, was die Weltgeschichte genannt wird, in sein Leben eingriff, kaum dass er noch richtig zu Fuß war. Man gerät ins Mutmaßen, Spekulieren und Grübeln, denkt man daran, was aus ihm geworden wäre, wenn ein gewisser Adolf, ein Deutsch-Österreicher von der sehr ungemütlichen Sorte, nicht auf die Idee verfallen wäre, auch Richard vor der Ausrottung durch die Polen zu bewahren. Der durch kein Natur- oder Geschichtsgesetz verursachte Wandel lässt fragen: Wohin hätten Richards Wege ohne ihn geführt? Würde er zu einem Admiral der polnischen Ostseeflotte aufgestiegen sein? Hätten Leute wie Jaruzelski oder Walesa gegen ihn eine Chance für ihre Karrieren und für einen Eintrag in die Geschichtsbücher besessen? Wir wissen es nicht. Halten es auch für ziemlich unwahrscheinlich und lassen die Sache am besten im Dunkel des Nichtgeschehenen.

Sicher hingegen ist, Richard wurde zunächst Bürger eines Reichsgaus. Die Familie zog ein paar Kilometer weiter westwärts, wo der Vater Arbeit erhalten hatte. Die Gegend durchfährt, wer die Eisenbahn von Berlin nach Warschau benutzt. Doch entging der Knabe der Aussicht, ein Wehrbauer im Osten zu werden. Eines Tages hatte sich seine Mutter mit ihm und seinen Geschwistern, einem Bruder

und zwei Schwestern, westwärts und ins Ungewisse aufzumachen. Soviel zu Elend und Mühsal, die vollständig vorstellbar werden, wenn des Vaters Geschichte mitgedacht wird, des Soldaten der polnischen Armee, der aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft flieht, dann zur Wehrmacht kommt und in britische Gefangenschaft gerät, wo sich seine Spur verliert.

Nun befand sich Richard ganz im Reich, genauer: im Rest, der davongeblieben war. Aus der Gegend, die wieder Großpolen hieß, hatte es ihn an einen Rand Brandenburgs und vor die Tore Berlins verschlagen. Er wurde Schüler in Erkner, wo die Hiesigen seine frühen Verdienste, er hatte die ersten Buchstaben noch in seiner Geburtsheimat gelernt, nicht anerkannten und ihn wieder ganz von vorn beginnen ließen. Richard fand die neue Schule in Erkner, als er dort eintraf war ihm das Polnische noch vertrauter als das Deutsche, übrigens zuerst doof, eine Abneigung, die sich nicht auf alle an ihm unternommenen pädagogischen Versuche dehnte. Dafür spricht, dass er in Schulbänken in Summe zwölf Jahr ausgehalten hat. Denn „Du hast ja ein Ziel vor den Augen“. Das Seinige war das eines Offiziers der Volksmarine und das anzusteuern, verlangte ein Abiturzeugnis. Wie verfällt ein Inländer, vulgo: eine Landratte groß geworden auf sandigem Grund, darauf, sich auf die schwankenden Planken eines Schiffes zu begeben? Nach seiner Aussage waren es nicht die Seen um seinen neuen Wohnort, wo er kurzzeitig sich auch als GST-Matrose tummelte, die ihn aufs große Wasser zogen. Die Sehnsucht wurde geboren bei der Lektüre von Büchern, die von Piraten und allerlei anderen ehrenwerten Seefahrern handelten.

Richard wurde Soldat, diente auf einem Küstenschutzschiff, hatte nach drei Jahren das Recht erworben, sich an einer Offiziersschule zu bewerben, aber von dieser Volksmarine auch irgendwie genug. Nicht dass sich in ihm schlicht der Zivilist gemeldet hätte, jedoch und um es kurz zu sagen: Die Armee, in die Richard als ein Vorgesetzter hineingepasst haben würde, war noch nicht erfunden und sie ist bis heute noch nicht erfunden worden. Wenn das dereinst geschieht, wird sie allerdings auch nicht mehr notwendig sein. Also musterte er ab, ging an Land, bewarb sich erfolgreich um ein Geschichtsstudium und warf sich in die Arme der legendären Dame namens Clio und dann in die einer realen namens Ursula.

Auch das eine Geschichte, die im oder mehr noch am Wasser spielt, genauer sie begann mit einer Begegnung beim Baden ein paar Steinwürfe von hier. Dieses Zusammentreffen wurde von lebenslangen Folgen und es hat in eine Ehe geführt, die – nun muss endlich mal was Positives über die DDR gesagt werden – was den beruflichen Weg der beiden anlangt, ostdeutsch geprägt ist. Dass aber ihr zwei, wenn auch nicht im Gleichschritt, jeder auf seinem Gebiet, hohe Qualifikation erwarbt, Du, Richard, als Spezialist der Militärgeschichte und Ursula als Fachfrau auf dem komplizierten Feld der Verkehrswirtschaft, dass ihr wurdet, was wir nicht Elite sondern Spitzenkräfte nannten, das ist euer Verdienst aus einem Zusammenleben erwachsen, das von gegenseitiger Achtung, Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und – überflüssig zu sagen – Zuneigung und Liebe geprägt war und geblieben ist. Das musste zum Thema Stolz gesagt werden.

Schwierig wird es mit der Vergeblichkeit. Gegen sie spricht und zeugt zunächst und unübersehbar Ulf mit seiner Frau und eurer Enkeltochter. Dass der Sohn den beruflichen Weg des Vaters einschlug und ging, hat den Erzeuger, da komme ich noch einmal auf den Stolz zurück, mit eben diesem erfüllt und die Mutter nicht minder. Zumal bei Richard ein wenig Wehmut ja geblieben ist und es ihn nicht zufällig immer wieder an die Gestade der Ostsee gezogen hat, lange bevor – daran war nicht zu denken – die Eltern auf des Sohnes Schiff die Weltmeere kreuzten. Für mich verbindet sich Ulfs Weg immer wieder mit einer Erinnerung an einen stürmischen Tag auf dem Darß, an ein aufkommendes Gewitter mit Donner und Blitz und das Bild des sich in den Wellen tummelnden Vaters und dem mit mir in einer Sandkuhle um den Papa bangenden Jungen. Keine Idee wäre da aufgekommen, dass es für den Heranwachsenden eine solche Aussöhnung mit den Elementen geben könnte.

Daran schließt sich ein besonderes Wort persönlichen Dankes. Von Richard habe ich für das Zusammenleben mit Kindern, das mir damals schon nicht fremd war, etwas hinzugelernt. Das stammte auch aus den Wochen des Zusammenseins in Urlaubstagen. Als ob er seinen Stil des Umgangs mit Ulf hätte verteidigen müssen, erklärte er mir: Sieh mal, allein der Größenunterschied. Gegenüber dem

kleinen Kerl sind wir Riesen. Schon das müsse bedacht werden. So redet, es gibt kein Monopol für das Wort, es kann jeder es sich verdienen, ein Humanist. Seitdem, wenn es irgend angeht, setze ich mich zu Kindern auf den Fußboden oder kauere mich vor sie hin und dann unterhalten wir uns Auge in Auge.

Soll ich hier von deinen Verdiensten in der Forschung sprechen? Im Stil eines Telegramms nur und weniges über die Ergebnisse. Richard hat, das lag von seiner eigenen frühen Biographie wie von den Lebenswegen vieler seiner Generation ja nicht fern, sich die Geschichte der Kriege samt ihrer Vorgeschichte und je länger je mehr auch der Kriegshandlungen zum Gegenstand seines wissenschaftlichen Interesses gewählt. Das wurde seine Spezialstrecke. Davon zeugt eine ansehnliche Schriften- und Bücherreihe. Es begann mit der Universitätsabschlussarbeit, die den ersten U-Boot-Krieg, den der Jahre von 1914 bis 1918 zum Gegenstand hatte. Dann, an der „Humboldt“ geblieben, ging es thematisch über die Weltmeere doch wieder auch an Land, an ein fernes. In der Dissertationsschrift befasste er sich mit der deutschen Kolonialpolitik im transsaharischen Afrika.

Sieben Jahre hielt Richard nach dem Ende seines Studiums noch an der Universität aus. Dann wechselte er ganz zur Militärgeschichte und an das Potsdamer Institut, an dem sie vor allem erforscht wurde. Dort hat er über den als Wende bezeichneten geschichtlichen Umbruch hinaus insgesamt 24 Jahre gearbeitet und ist über sein Ausscheiden hinaus bis in jüngste Zeit mit Aufträgen für Forschungs- und Publikationsvorhaben noch bedacht worden. Er ist nicht an deren Ende, wohin er schwerlich gelangen wird und auch nicht hinkommen soll. Zwischendurch ist er jedenfalls gedanklich wieder an Land gegangen, freilich nicht ins see- und küstenferne. Er hält sich derzeit zumeist irgendwo im Ostpreußischen auf. Die Spuren und Fährten, über die sich der Forschende da zu beugen hat, führen auf einen sehr steinigen und partiell auch vereisten Weg. Auf dem, an dessen Ende – sagen wir es klar – ein Alterswerk stehen soll und wird, sei Dir das Beste gewünscht. Soviel zu Gegenständen und Themen, zu Gegenden und Zeiten.

Auf die Ursprungsspur von Richards forscherischen Erfolgen aber gerät erst, wer seine Arbeitsmethodik einbezieht. Zu zweifeln, das ist eine Forderung, der jeder zu genügen hat, der sich auf wissenschaftliches Feld begibt und schon dafür brachte Richard beste Voraussetzungen mit. Hinzu aber kam eine Fähigkeit, die an Menschen im Alltag nicht geliebt wird, ihnen auch selbst zum Nachteil gereichen kann. Richard ist, begibt er sich in die Geschichte, schlechthin misstrauisch. Er traut weder den zutage liegenden Tatsachen, und noch weniger denen, die sich vor ihm mit ihnen befasst und darübergeschrieben haben. Das mag sich zu apodiktisch, ja dogmatisch anhören. Sagen wir also: Er traut den einen wie den anderen niemals ganz. Vor allem aber leitet ihn bei seiner Arbeit als Historiker ein Grundsatz, der ihn mit dem großen Franz Mehring verbindet: er sucht denen, die in der Geschichte wirkten, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Gewiss: Wer sich forschend in die Vergangenheit und die ist zumeist doch auch das Reich der Toten begibt, namentlich wenn er in der Zeit der beiden Weltkriege sich aufhält, der muss auch etwas von den Eigenheiten und Befähigungen eines Staatsanwalts mitbringen. Doch ist Richard erkennbar wohler beim Erklären und Verstehen denn beim Anklagen. Genug und übergenug, denn das heute ist ein Festtag, der für weitere Arbeitstage rüsten, sie nicht vorwegnehmen soll.

Was von wissenschaftlichen Anstrengungen und der aus ihnen hervorgehenden Produktion bleibt und wie lange, ist eine vorab meist nicht zu beantwortende Frage. Vergeblichkeit droht da nicht, Vergänglichkeit ist forschendem Streben immanent. Als vergeblich können so – und das geschieht nicht so selten – indessen jene unserer weiteren Bemühungen angesehen werden, die sich auf eine andere Gesellschaft richteten als jene, die wir nun Kindern und Enkeln hinterlassen werden. Es mag wie ein Trostwort sich anhören, doch es sprechen aus ihm Jahrtausende geschichtlicher Erfahrung: Was je zur Besserung des Menschengeschlechts unternommen wurde, war und ging nie ganz verloren. Warum sollten also gerade von den Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts nur die der Kriege und Katastrophen als verwertbar gelten und bleiben?

Und nun und zum Schluss komme ich noch einmal auf den 90. Psalm, in dessen Fortgang es in einer Fassung heißt: *Lehre uns unsere Tage zählen.* Und in den Worten Martin Luthers: *Lehre uns beden-*

ken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden. Ich wünsche dir in meinem Namen, aber wohl ohne Anmaßung auch in dem aller Deiner Gäste, dass Deine und Uschis Tage währen mögen, in Gesundheit vor allem. Dass ihr mit ihnen klug etwas anfangen werdet, unterliegt für mich keinem Zweifel. (2009)

„Mir kamen stets die Historiker lächerlich vor, die sich über Geschichte beschweren“.

Interview mit Kurt Pätzold. (2009) Das Gespräch führte Alexander Thomas

Den „Erziehungsdiktator“, so nennt Prof. Kurt Pätzold sich selbst in seinen Erinnerungen.[1] Dem Historiker Pätzold ist nach 1989 viel Feindschaft entgegengeschlagen. An der Berliner Humboldt-Universität wurde er wegen seiner Beteiligung an so genannten Relegationen zwischen 1968 und 1976 heftig angegriffen. Damals waren junge Menschen wegen ihrer Sympathien mit dem „Prager Frühling“ von der Universität geworfen worden. Pätzold hatte jedoch nicht ihren Rauswurf, sondern mit „studienverschärfenden Sondermaßnahmen“ ein fachlich anspruchsvolleres Studium gefordert. Die Rolle Pätzolds war umstritten – auch schon während seiner Studentenzeit in Jena. Das Schicksal des Jenenser Historikers Prof. Karl Griewank in den 1950er Jahren sorgt bis heute für den Vorwurf, dessen kommunistische Studenten hätten ihn geradezu in den Selbstmord getrieben.[2] Pätzold bot dann nach 1989 zahlreiche Angriffsflächen, denn er war nicht nur ein akribischer Wissenschaftler, sondern seit seiner Jugend auch ein scharfzüngiger politischer Agitator. Zudem ging er als SED-Mitglied nach 1989 nicht in Deckung, sondern entschuldigte und verteidigte sich beredsam.

Als Historiker ist Pätzolds Spezialgebiet die Zeit zwischen 1933 und 1945 in Deutschland, die Zeit des „Faschismus“. Hier erforschte er insbesondere die Vorgeschichte des Mords an den europäischen Juden. Auch westdeutsche Historiker setzten sich mit seiner umstrittenen marxistischen Deutung auseinander. Er versuchte, den Zusammenhang zwischen dem kühlen Interesse der kapitalistischen Wirtschaft und der wahnhaften Verfolgung und Vernichtung der Juden nachzuweisen.

Pätzold, ein marxistischer Hardliner? Er stellte sich als liebenswürdiger, auskunftsfreudiger älterer Herr heraus, der sich gern bei einer Tasse Kaffee lange und intensiv befragen ließ. Schon in seiner Autobiografie hat mich die Bereitschaft beeindruckt, Rechenschaft auch über menschliche Fehler und politische Irrtümer abzugeben – selbst, wenn mich angesichts seiner ungebrochenen Freude an provokativen Formulierungen wieder ein Unbehagen beschlich: Was würden die wütenden Studenten von damals dazu sagen?

Da wir in dem Gespräch sicher nicht die Wahrheit über diese Vorgänge ermitteln können, interessierten mich hier die Fragen: Wie wurde man nach 1945 Kommunist und politischer Kämpfer ausgerechnet für eine Partei, die aus heutiger Sicht so wenig attraktiv wirkt; und warum letztlich doch nicht Politiker, sondern Historiker? – Wir sitzen am Fenster eines Berliner Altbaus, in einem Raum mit Tisch und Stühlen, einem Bett und der unvermeidlichen Menge an Büchern.

„Von Anfang an wurde mir bedeutet: Das ist nicht unser Krieg.“

Drei Jahre nach Ihrer Geburt kamen die Nationalsozialisten an die Macht, als Sie neun Jahre alt waren begann der Zweite Weltkrieg. Was hat Sie in dieser Zeit geprägt?

Am stärksten das Familienumfeld. Mein Vater, ein Maschinenschlosser, war vor 1933 in der Sozialistischen Arbeiterpartei.[3] Meine Eltern waren keine Widerstandskämpfer, aber sie haben in diesen Jahren versucht, mit Anstand zu leben und diesem Regime keine Konzessionen zu machen. Durch sie erhielt ich einen begrenzten Einblick in die Arbeitswelt jener dreißiger Jahre. Mein Vater arbeitete in einem Betrieb für Schwermaschinenbau, meine Mutter als Aufräumfrau – in Berlin nannte man das wohl ‚Putze‘.

Inwiefern haben sich diese Verhältnisse damals auf Ihren Alltag ausgewirkt?

Innerhalb der Familie herrschte eine gewisse Arbeitsordnung und -teilung. Wenn ‚große Wäsche’ war, hatte ich mich zwei Nachmittage im Waschhaus einzufinden. Es war auch selbstverständlich, dass ich meiner Mutter an ihren Arbeitsstellen die Kohleeimer hoch schleppte und in unserem Haushalt half. Mein Vater – ein aufgeklärter Mann – sagte: „Wenn deine Mutter die ganze Woche bei anderen Leuten den Dreck wegräumt, muss sie das am Wochenende nicht auch noch bei uns in der

---

1 Kurt Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon! Erinnerungen eines ostdeutschen Historikers, Leipzig 2008. Zu den Vorgängen an der Humboldt-Universität vgl. den Aufsatz von Rainer Eckert u. a.: „Klassengegner gelungen einzudringen…“. Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, JHK (1993), 197–225.

2 So Ilko-Sascha Kowalczuk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 1997, S. 206. Zum bürgerlichen Historiker Karl Griewank und Pätzolds Rolle an der Universität Jena: Tobias Kaiser, Karl Griewank Ein Historiker im ‚Zeitalter der Extreme’, Stuttgart 2006.

3 Mit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD, auch SAP) spalteten sich linke Sozialdemokraten in Deutschland 1931 von der SPD ab. Nach 1945 löste sich die Partei de facto auf.

Wohnung machen. Jetzt sind wir dran!“ – So gewann ich ein Verhältnis zu praktischer Arbeit, wenn ich auch nie ein geschickter Handwerker geworden bin. Ich habe es über Fahrradreparieren, Tapezieren und Gartenarbeiten hinaus nicht zu sehr viel gebracht. Aber es gab eben klare Forderungen, woran ich mich zu beteiligen habe. Gleichzeitig genoss ich die größten Freiheiten. Ich konnte aufs Fahrrad steigen und mich mit einem Freund irgendwo in der Umgebung der Stadt im Grünen ’rumtreiben, Unsinn machen. Meine Welt waren Schwimmbäder und Fahrradtouren. Außerdem habe ich viel gelesen. Unter dem Strich: Die Geschichte meiner Privilegien beginnt mit der Atmosphäre in meiner Familie in diesen Zeiten.

Sie haben gerne gelesen. Wo bekamen Sie denn die Bücher her?

Die Stadtteilbibliothek war ziemlich gut bestückt, unsere eigene hingegen lächerlich gering. Mein Vater hatte seine linke Literatur 1933 auf dem Gelände eines Schrebergartens vergraben. Sie verdarb jedoch. Zu meinem eigenen Bücherbestand, der auf einem Bord Platz gehabt hätte, gehörte *Don Quijote*, den ich wieder und wieder gelesen habe, außerdem deutsche Sagen, die irgendwie ins Haus gekommen waren. Und schließlich eine Lektüre, die nicht für mich gedacht war: *Ehe man Ehemann wird* – ein Aufklärungsbuch, in dem ich heimlich las.

Wie standen Sie zum Nationalsozialismus?

Da war eine Distanz. Zuhause haben wir in den Kriegsjahren BBC gehört. Jeden Abend hockte ich mit meinem Vater mit einer Decke über dem Kopf vor dem Radio, bis Mutter dann sagte: „Wann kommt ihr denn endlich essen?“ Von Anfang an wurde mir bedeutet: Das ist nicht unser Krieg. Ich erinnere mich noch, dass mein Vater 1941 unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion mit mir in das Gasthaus ging, das seine Mutter betrieb. Es war schon vor 1933 ein Nazi-Treffpunkt gewesen. Ich vermag nicht zu sagen, was Vater da geritten hat. Möglicherweise hat er sich gesagt: „Na, da wollen wir uns die Nazis mal angucken, wie sie darauf reagieren – das ist ja der Anfang ihres Endes.“ Die waren jedoch schon alkoholisiert und feierten die Sondermeldungen. Als mein Vater nicht mitmachte, sagte sein Schwager zu ihm: „Dich bringen wir auch noch da hin, wo du hingehörst.“ Darauf verließen wir das Lokal. Glücklicherweise blieb die Episode folgenlos.

Konnten Sie diese Distanz auch in der Schule halten?

Zu meinen Klassenkameraden gehörte einer, mit dem ich mich ein wenig befreundete. Er war der Einzige, der nicht dem Jungvolk angehörte, weil er eine medizinische Bescheinigung besaß, dass er ‚den Dienst’ nicht machen könne. Mit dem habe ich mittags schon mal englischen Rundfunk gehört. In der Schule konnte man sich dem Mitmachen kaum entziehen, noch dazu, wenn man einigermaßen reden konnte. Einmal musste ich in der Schule einen Vortrag halten, anlässlich des Jahrestags der NSDAP-Gründung oder eines ähnlichen Jubiläums. Als ich mich wieder in die Bank setzte, fragte mich dieser Freund: „Haste was geglaubt von dem, was du da gerade erzählt hast?“ Da haben Sie in einzelnen Bildern ein wenig von der Atmosphäre, in der ich aufwuchs. Das hatte nichts mit Widerstand zu tun, überhaupt nicht. Aber es war diese Distanz zum Regime da.

Dennoch waren Sie in der Hitler-Jugend und sind als Sanitäter auch HJ-Führer geworden.

Ja, diese Sanitätseinheit war vorwiegend auf das Fachliche ausgerichtet. Wir sind dort auch ‚geschliffen’ worden, wie man damals sagte. Aber insgesamt waren diese Nachmittage am Mittwoch und Samstag ausgefüllt mit ernsthaften Unterweisungen. Die Armee brauchte Sanitäter, wir wurden dafür zu so genannten Feldscheren vorgebildet. Ich bin 1944 drei Wochen zu einem Lehrgang für Feldscher-Führer geschickt worden, in dessen Verlauf auch Ärzte unsere Ausbildung bestritten. Das war etwas anderes als das ewige Marschieren und Exerzieren in den regionalen HJ-Organisationen, lief aber auf die gleichen Zwecke und Ziele hinaus.

„Heute gruselt es mich vor Auffassungen, die ich damals vertreten habe.“

Sie wurden nicht im Krieg eingesetzt und waren bei Kriegsende 15 Jahre alt. Mit Ihrer Mutter sind Sie aus Breslau ins heutige Sachsen-Anhalt geflüchtet und später nach Weimar gekommen. Wie standen Sie als Jugendlicher zum Kommunismus?

Also, ‚Kommunismus' wäre für mich damals ein Fremdwort gewesen. Mein Vater tauchte im August 1945 überraschend wieder auf – bis dahin wussten wir nicht, ob er in der sogenannten ‚Festung Breslau' überlebt hatte. Er sagte zu mir: „Weißt du, die Arbeiterparteien müssen zusammengehen." Er selbst ging in die KPD, und damit es auch in der SPD ein paar Leute gibt, die diese Notwendigkeit begreifen, sollte ich in die SPD eintreten. Die haben dann in Staßfurt auch einen 15jährigen aufgenommen.

Und sind Sie in der SPD geblieben?

In Weimar habe ich mich bei der SPD gemeldet, die machten mir aber eher einen trüben Eindruck. Also schloss ich mich der Antifa-Jugend[4] an. Dort lernte ich Leute kennen, die mehrheitlich Kommunisten waren. Aber die Frage ‚Kommunismus' stellte sich auch dort in diesen Tagen nicht. Über die Antifa bekam ich eine Einladung zu einem Internatslehrgang für junge Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Schulung in Camburg galt im Wesentlichen Fragen wie: Was war nach 1933 in Deutschland geschehen? Und was ist Antifaschismus? Prägend wurde für mich damals in Weimar vor allem anderen die Begegnung mit ehemaligen Häftlingen, die das KZ Buchenwald überlebt hatten: Kurt Goldstein, Stefan Heymann, Ernst Busse, Walter Wolf.[5] Die Fixierung auf Personen trat später mehr und mehr in den Hintergrund. Die Überzeugungskraft der Theorie besetzte einen höheren Platz. Das ist der Gang der Dinge.

Sie meinen, mit der Zeit stieg der intellektuelle Anspruch?

Ja, aber ich habe Schwierigkeiten, mich an den Übergang zum Marxismus-Leninismus zu erinnern. Das geschah wohl erst an der Universität, die ich 1948 bezog. Vorher haben wir diese broschürten Ausgaben von Marx-Engels-Schriften gelesen, die der Dietz-Verlag herausgab: *Lohn, Preis und Profit, Lohnarbeit und Kapital*, vielleicht auch schon die *Deutschen Zustände* von Engels. Ich meine, dass ich während meiner Schuljahre von Stalin nur den Sammelband mit seinen Reden *Über den Großen Vaterländischen Krieg* las.[6] An der Universität studierten wir dann im Parteilehrjahr den *Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)*,[7] der war gerade in der deutschen Übersetzung erschienen.

Wie konnten Sie sich von einem Text wie dem Kurzen Lehrgang beeindrucken lassen? Diese entsetzliche Rhetorik der Gewalt, die Einfachheit und Schlichtheit der Gedanken …

Diese Frage bringt mich absolut in Verlegenheit. Weil es mir schwerfällt, mich in meine damalige gedankliche wie emotionale Situation zurück zu versetzen. Das alles Überwölbende war für uns

---

4 Nach 1945 entstanden (nicht nur) in der Sowjetisch Besetzten Zone vielfältige antifaschistische Zirkel, meist im Umfeld von Mitgliedern der Arbeiterbewegung aus der SPD oder der KPD, die die NS-Zeit in Deutschland verbracht hatten. In ihrem Programm waren sie unterschiedlich und parteipolitisch nicht festgelegt; sie wurden später durch die Machtpolitik der SED unter Führung der aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrten Kommunisten marginalisiert.

5 Kurt Goldstein (1914-2007) und Stefan Heymann (1896-1967) waren jüdische Kommunisten, die im KZ Buchenwald beide dem von deutschen Kommunisten dominierten Lagerwiderstand angehörten. Nach 1945 machten sie in der DDR Karriere als Kulturfunktionäre, Heymann später auch als Diplomat. Letzterer tat sich nach 1945 als Zensor von Veröffentlichungen über das KZ Buchenwalds hervor, insbesondere von Schilderungen ‚unpolitischen' (jüdischen) Leides. Der KPD-Politiker Ernst Busse (1897-1952), Angehöriger des Buchenwalder Widerstands in leitender Funktion, geriet nach 1946 in die Machtkämpfe zwischen Moskau-Emigranten und ‚Altkommunisten', die die NS-Zeit in Deutschland überlebt hatten. Als ehemaliger Funktionshäftling im KZ-Buchenwald wurde er wiederholt der ‚Kollaboration' mit der SS bezichtigt, 1950 vom sowjetischen Geheimdienst verschleppt, 1951 als ‚Kriegsverbrecher' verurteilt. Er kam in einem sowjetischen Straflager (GULAG) in Workuta ums Leben. Walter Wolf (1907-1977) war ebenfalls als Kommunist in Buchenwald inhaftiert und arbeitete dort ab 1944 in einem ‚Volksfrontkomitee' an schulpolitischen Sofortmaßnahmen nach der Befreiung. In der DDR wirkte er zunächst als Bildungspolitiker, später als Professor für Pädagogik.

6 Josef W. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946.

7 Der *Kurze Lehrgang (B steht für Bolschewiki)* ist ein Propagandatext der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), der während der Zeit des stalinistischen Terrors entstand und 1938 das erste Mal in der Sowjetunion erschien. Nach 1945 wurde er innerhalb der KPD/SED offiziell für die politische Schulung der Parteimitglieder und -funktionäre eingesetzt.

damals die Rolle der Sowjetunion und ihrer Armee im Krieg. Ihr Sieg bildete die Voraussetzung, bei allen auch persönlichen Verlusten – wie den der schlesischen Heimat – für einen Neubeginn des eigenen Lebens. Und zwar für einen Neubeginn, zu dem man „Ja!“ sagen konnte. Das ergab die Grundstimmung.

Wie es um die Urteilskraft stand, das habe ich mich wieder gefragt, als mir vor drei oder vier Jahren in einem Bücherregal in unserem Garten zufällig diese kurze Stalin-Biografie in die Hände fiel. Wie man das über die erste Seite hinaus lesen konnte! Ist mir absolut schleierhaft! Eine dermaßen märchenhafte, im Stil unsägliche Darstellung. Und dann waren und blieben wir in meinen Studienjahren schlicht ahnungslos, was den aktuellen Zustand der Sowjetunion und ihre Geschichte anging. Unsere Verehrung Stalins rührte aus einer falschen Vorstellung von seinen Verdiensten als oberster Feldherr. Was die Geschichte der KPdSU anlangte, zumindest wie sie im *Kurzen Lehrgang* beschrieben wurde, so ist vielleicht das Nachteiligste, was man davon aufnahm, die absolut dogmatisierte, verfälschte Darstellung der inneren Auseinandersetzungen in der Sowjetunion.

Welche ‚Auseinandersetzungen‘ meinen Sie?

Die Auseinandersetzungen der 20er Jahre.[8] Wer da alles um des richtigen Weges willen gesäubert werden musste, wer da überwunden werden musste! Diese These, die Partei wachse durch harte innere Kämpfe, diese würden geradezu eine Gesetzmäßigkeit ihrer Höherentwicklung bilden usw. Ich glaube, dies hat verheerend gewirkt. Ein kritisches Verhältnis zur sowjetischen Geschichte, zu schweigen vom stalinistischen Terror in der Partei und Gesellschaft war so nicht zu gewinnen. Warum aber haben wir zu dieser Darstellung der innerparteilichen Kämpfe, nicht nur denen in der KPdSU, nicht wenigstens ein misstrauisches Verhältnis gewonnen? Manche von diesen Kämpfen besaßen ja eine erkennbare Substanz; sie waren, wie die zwischen Revisionismus und Revolutionarismus,[9] notwendig. Wie sie jeweils geführt wurden und ausgingen, das war eine zweite Frage. Heute gruselt es mich, denke ich an Auffassungen, die ich damals vertreten habe. Allerdings ließen sich manche der seinerzeit bezogenen Standpunkte vollständig erst erklären, nicht rechtfertigen, wenn nicht außer Acht gelassen wird, dass wir in der ganzen großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West ja stets die Schwächeren waren.

„Wir wollten die bürgerlichen Professoren mitnehmen...“

Warum haben Sie sich dann eigentlich für ein Geschichtsstudium entschieden?

Ich wollte Lehrer werden, Deutsch und Geschichte. Eine Vorstellung davon, was mir im Einzelnen da an Ausbildung bevorstehen werde, besaß ich nicht. Wie ich darauf verfiel? Ich habe sicher den mehr sagen- und märchenhaften Geschichtsdarbietungen in der Schule gerne zugehört. Doch zunächst waren Geschichtsbücher nicht meine bevorzugte Kindheits- und Jugendlektüre, die bildeten Bücher über geographische Entdeckungen, Abenteuer von Seefahrern und ähnliche. Auf irgendeine Weise hat die Herausforderung des Umbruchs nach 1945 mein Interesse für Geschichte geweckt und entscheidend zu meinem Studien- und Berufswunsch beigetragen.

Sie sind sehr jung, nämlich mit 19 Jahren, Parteisekretär der Universität Jena geworden.

Ja, das war ein Abenteuer. Naja, meine Genossen an vergleichbaren Plätzen waren auch nicht viel älter als ich. Ach, großer Gott, ich kam an die Universität, wurde Leiter einer Zehnergruppe von SED-Studenten im ersten Studienjahr, hatte vorneweg drei Wochen SED-Lehrgang. So ging das auf einer Tippel-Tappel-Tour zu mehr Verantwortung und Arbeit. Da wurde eine oder einer gebraucht, von

---

8 Nach dem Tod Lenins 1924 begann Stalin mit „Säuberungen“ innerhalb der Führungsschicht der KPdSU, die sich rasch zu landesweiten Verfolgungskampagnen vermeintlicher oder tatsächlicher politischer Gegner auswuchsen.

9 Pätzold bezieht sich auf die Auseinandersetzungen, die nach den 1890er Jahren innerhalb der deutschen, aber auch der internationalen Arbeiterbewegung ausgetragen wurden. Darin ging es um die Frage, ob der Sozialismus mit Klassenkampf und revolutionärem Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft (Revolutionismus) oder durch langfristige Reformen zu erreichen sei. Der Reformflügel unterzog die Grundschriften des Marxismus einer Neuinterpretation und wurde daher Revisionismus genannt.

dem man meinte, der könnte den Versuch mittragen, geistigen Einfluss auf die Mehrheit der Studenten zu gewinnen, der wir damals nicht viel zu sagen hatten.

Die ideologischen Grabenkämpfe an der Jenaer Universität haben sich damals vor allem um den Historiker Karl Griewank gedreht, der sich schließlich das Leben genommen hat.

Kurz bevor ich nach Jena kam, gab es die Auseinandersetzung mit dem Philosophieprofessor Leisegang,[10] der daraufhin rausgeschmissen wurde. Das war aber ein Sonderfall. Wir „Neuen" haben die bürgerlichen Professoren wegen ihres Wissens bewundert und auch verehrt. Ich sagte mir ohnehin: Das geistige Niveau, das diese Wissenschaftler besitzen, wirst du sowieso nie erreichen – dazu hast du zu spät angefangen. Die haben als Kinder schon Sprachen gelernt, sind in bürgerlichen Haushalten zwischen Büchern aufgewachsen. Aber gleichzeitig ließ man sich mit denen auf ein intellektuelles Kräftemessen ein.

Und nun zu Griewank. Es existieren zwei Quellen, die radikale Positionen bezeugen und über eine streitbare Diskussion hinausgehen: Ein Historikerstudent hat auf einer Parteisitzung gesagt: „Griewank muss weg!". Und ähnlich lautete eine Äußerung des Universitätsrektors. Beides steht aber nicht für die vorherrschende Meinung. Denn schon auf pragmatischer Ebene war zu fragen: Wer soll denn dann den „Laden" weiterführen? Hochschullehrer, wie beispielsweise der Historiker Hugo Preller,[11] bewegten sich in einer anderen Klasse und einem niedrigeren inhaltlichen Angebot.

Worum ging es denn Ihrer Ansicht nach bei diesen Auseinandersetzungen?

Es ging letzten Endes um unseren totalen Anspruch: Geschichtswissenschaft beginnt mit dem Historischen Materialismus, mit der Wertung der großen Kämpfe der Vergangenheit als Klassenkämpfe. Heute diskutieren wir: Was fehlt im Marxismus? Was bedarf der Ergänzung oder der Korrektur? Derlei Fragen waren uns damals fremd. Und: Wir wollten die bürgerlichen Professoren mitnehmen nach dem Motto: Wenn die Arbeiter den Sozialismus begreifen können, müssten ja diese klugen Leute ihn auch begreifen können und von ihm zu überzeugen sein. Griewank wehrte sich gegen unseren Absolutheitsanspruch aus seiner religiösen Überzeugung heraus und auch mit stichhaltigen Argumenten. Doch er stellte sich der Diskussion mit Leuten, deren Art und Weise, sich in ihre Studien zu stürzen, er auch schätzte. Er wie andere bürgerliche Lehrer – sofern wir ihren und sie unseren Lebenserfahrungen waren – blieben nicht unbeeindruckt von der Intensität und Ernsthaftigkeit von uns „Neuen". Selbst wenn unsere Attacken ungerecht waren und Griewank sie so empfinden musste, hat er sie nie vergolten.

Wie haben Sie denn auf die Nachricht von seinem Selbstmord reagiert, der ja von manchen durchaus mit dem politischen Druck der SED und einiger Studenten in Verbindung gebracht wurde?[12]

Ich entsinne mich, wann ich die Nachricht erhielt, Griewank habe sich das Leben genommen. Sofort begann das Rätselraten über die Ursachen seiner Tat. Den Gerüchten, die Sie meinen, trat auch seine Familie entgegen, die sich gegen die Politisierung seines Todes wehrte. Ich erinnere mich keiner Auseinandersetzung mit einem der Professoren während der fünfziger Jahre, die mit einer Vertreibungsabsicht erfolgt wäre. Auch wenn der gute Vorsatz und seine Ausführung mitunter auseinander-

---

10 Hans Leisegang (1890-1951), Philosoph und Physiker. Er wurde 1948 auf Grund seiner kritischen Äußerungen gegen die kommunistische Hochschulpolitik in der SBZ aus seiner Professur für Philosophie an der Universität Jena entlassen. Leisegangs Kritik richtete sich gegen einige Erleichterungen für Studierende, die aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammten und die für die beabsichtigte soziale Öffnung der ostdeutschen Universitäten eine zentrale Rolle spielten. Leisegang übernahm danach ein Ordinariat für Philosophie an der neu gegründeten Freien Universität in der amerikanischen Besatzungszone in Berlin.

11 Hugo Preller (1886-1968), Historiker, hatte während des Nationalsozialismus politische Schwierigkeiten und wurde sogar zwangsweise in einer psychiatrischen Anstalt untergebracht. In der DDR war er bis zu seiner Emeritierung 1952 als Professor an der Universität Jena tätig.

12 Vgl. zuletzt Lothar Mertens, Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, München 2006, S. 44. Tobias Kaiser führt den Selbstmord dagegen auf eine depressive Grunderkrankung zurück, an der Griewank schon seit seiner Jugend hin und wieder gelitten hat (vgl. Kaiser, Griewank, S. 27 u. ö.), präsentiert aber auch zahlreiche Belege für den Vorgehen der Vertreter der SED (S. 244f. und 263).

fielen: Ziel und Stil unseres Auftretens waren darauf gerichtet, Menschen zu gewinnen, ob sie Studenten oder Professoren waren! Und wir waren von unserer Anziehungskraft sehr und manchmal zu sehr überzeugt!

Aber für Griewank hat es wahrscheinlich so ausgesehen, dass hinter den Angriffen der Studenten die mächtige SED stand. Insofern hatte er dann mit Ihren Polemiken doch auch für seine Person größere Befürchtungen zu verknüpfen?

Ich bin mit Kollegen, mit denen ich mich gelegentlich über Vergangenes unterhalte, der Meinung: Karl Griewank wäre nicht in der DDR geblieben. Das ist eine Vermutung für die vieles spricht. Die Festlegung auf den Historischen Materialismus empfand er als eine geistige Einschränkung, wenn nicht Vergewaltigung. Aber dass er in diesem Kalten Krieg und seinen ideologischen Auseinandersetzungen zerrieben worden ist, wie es später dargestellt wurde, das abstrahiert von sehr persönlichen und privaten Gründen seines Endes. Später erst wurde bekannt, dass Griewank in jungen Jahren schwer erkrankt war und an Depressionen gelitten hatte. Ich bewahre ihm mehr als ein bloßes Andenken. Mit Walter Schmidt, meinem Kollegen und Freund, bin ich im Jahr 2000 zu Griewanks Ehrung in dessen Geburtsort Bützow in Mecklenburg gefahren, als dort seines 100. Geburtstages gedacht wurde.[13] Sein Gutachten für meine Abschlussarbeit, das ich erst vor Jahren lesen konnte, war fair und wohlwollend! Das war lange nach unseren Diskussionen geschrieben und in seiner Kritik wohlfundiert. Ich habe hoffentlich meine späteren Studenten genauso für voll genommen wie er mich...

„Die Judenverfolgung war nicht nur Produkt eines irrationalen Wahns."

Als Historiker haben Sie sich seit Mitte der 1960er Jahre auf Faschismusforschung spezialisiert. Wie kam es zu diesem Forschungsinteresse?

Die Spezialisierung ist relativ zufällig vor sich gegangen. Ich ging in das *Deutsche Zentralarchiv* in Potsdam. Dort begann ich, mich mit den Überlieferungen für die Jahre 1933/34 bekannt zu machen. Da ging mir auf, dass in meinen eigenen Vorstellungen und wohl auch in den bis dahin verbreiteten Darstellungen die Rolle des Antisemitismus und der Judenverfolgung jedenfalls für diese Frühphase der Diktatur unterbewertet oder gar nicht belichtet wurde. Es war zunächst einfach Neugierde, die ja jeder als Historiker mitbringt, und das Gespür, auf eine Fährte geraten zu sein.

Antisemitismus und Judenverfolgung als eigenständige historische Themen spielten in der Diskussion um den Faschismus ja auch nicht gerade eine zentrale Rolle.

Man kann streiten, ob das Thema ‚Juden' damals im Geschichtsdenken den angemessenen Platz besetzte. Übrigens nicht nur in der DDR, sondern auch in der BRD und in anderen Ländern. Zweifelsfrei ist jedoch, auf wie vielen Ebenen von Kunst und Literatur das Thema in der DDR ‚lebte' – bald wird darüber endlich eine bibliografische Übersicht erscheinen. Mein Interesse wurde damals gefördert durch das Zusammentreffen mit Juden, vorwiegend Kommunisten, denen ich in jungen Jahren Orientierung verdankte. Das gilt insbesondere für Stefan Heymann und dessen früh erschienene Abhandlung.[14] Filme wie *Ehe im Schatten*, *Die Buntkarierten* und andere haben das Schicksal der Juden ins Bewusstsein vieler gerückt.[15] Heute wird davon kaum Notiz genommen. Jedenfalls war ich in der Mitte der sechziger Jahre, als ich mich mit der Judenverfolgung forschend zu befassen begann, nicht in der Situation, dass ich irgendeinen Durchbruch hätte erzielen müssen.

---

13 Walter Schmidt (*1930) studierte mit Pätzold ebenfalls bei Karl Griewank in Jena. Er arbeitete vor 1989 zuletzt an der Akademie der Wissenschaften der DDR und war u. a. als Direktor des dortigen Zentralinstituts für Geschichte einer der einflussreichsten Historiker der DDR.

14 Stefan Heymann, argumentierte in seiner Schrift *Marxismus und Rassenfrage* (Berlin 1948) dafür, den Kampf gegen Judenverfolgung und Antisemitismus als Teil des marxistischen Klassenkampfes zu betrachten.

15 Beide Filme entstanden unter der Regie von Kurt Maetzig. *Ehe im Schatten*, 1947, handelt von der Ehe eines jungen Schauspielers mit einer während des Nationalsozialismus als Jüdin verfolgten Frau. *Die Buntkarierten*, 1949, zeigt am Beispiel der Lebensgeschichte eines Dienstmädchens den aufkommenden Antifaschismus im Arbeitermilieu.

Ihnen ging es damals aber auch darum, die Auffassungen eines Kollegen zu widerlegen...

Sie sprechen von Rudi Goguel.[16] Wir kannten einander flüchtig. Ich respektierte ihn nicht nur wegen der Art, in der er seine Sache vertrat, sondern ebenso wegen seiner Biografie – er war als Widerstandskämpfer im KZ gewesen. Unsere fachliche Meinungsverschiedenheit lässt sich knapp so charakterisieren: Er reduzierte das Motiv für die Judenverfolgung auf die faschistische Ideologie. Ich war zwar auch der Meinung: Ohne Ideologie, also ohne den Rassismus und Antisemitismus, lässt sich vom Geschehenen mit Sicherheit nichts erklären! Aber in dem Prozess, in dem sich diese Ideologie in Massenverbrechen umsetzte, wirkten eine ganze Reihe anderer Motive mit. Und zwar politische, wirtschaftliche und taktische Kalküle: Zum Beispiel das Interesse an der Bereicherung am Eigentum der vertriebenen und ermordeten Juden! Und dann im Kriege erwarteten Endsieg das reale Interesse, alte imperialistische Eroberungsziele zu erreichen. Die hatten in der deutschen Außenpolitik schon vorher eine Rolle gespielt, waren nun aber nationalsozialistisch geprägt. Nichtsdestoweniger sind Historiker dabeigeblieben, in der Vernichtung der Juden den Beweis zu erblicken, dass hier „reine" Ideologie regiert habe und nicht imperialistische Interessenpolitik. Da sei nur noch Wahn, nur noch Hass, und da höre dann das Kalkül auf. Und da gehe ich nicht mit. Diese Abtrennung des Holocaust vom Krieg und seinen Zielen scheint mir indessen verfehlt. Die Judenverfolgung war nicht nur Produkt eines irrationalen Wahns.

Wie stehen Sie heute zur berühmten ‚Dimitroff-Formel', die das „Finanzkapital" für den Faschismus verantwortlich macht?[17]

Die Tatsache, dass diese faschistische Diktatur, ob in Italien oder Deutschland, auf der Basis der kapitalistischen Gesellschaft entstanden war, ist nicht zu bestreiten. Dann stellt sich die Frage: War das ein Zufall oder eine mögliche Ausprägung dieser Gesellschaft, die sie unter bestimmten Umständen annimmt. Wir haben uns in den internen Diskussionen unter marxistischen Historikern in den 60er Jahren von der Auffassung getrennt, dass Faschismus ein gesetzmäßiges, zwangsläufiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung sei. Nur: Der Versuch, die Herrschaft des Kapitals von der Verantwortung für die Entstehung faschistischer Diktaturen ‚freizusprechen', dauert fort, obwohl er auf Quellen nicht gestützt werden kann. Er ist – sehen Sie heute in die Schulbücher! – gleichsam verordnet. Der Lernprozess ist auf diesem Felde bisher etwas einseitig verlaufen.

In der Bundesrepublik wurde zum Nationalsozialismus oft auch in gesellschaftskritischer Absicht geforscht. Es ging darum, die Mitverantwortung weiter Bevölkerungsteile zu demonstrieren oder auch Kontinuitäten aufzuzeigen. Hatten Sie ähnliche Intentionen?

Na, da war ich doch in einer anderen Situation als die Historiker in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung um die Frage „Was haben die Deutschen angerichtet?" war in der DDR gesellschaftlich von Anfang an viel breiter angelegt, unabhängig von aller später einsetzenden Forschung. 1950 hat die DDR die Oder-Neiße-Grenze anerkannt, das machte schmerzlich bewusst, was da im Osten angerichtet worden war. Gleiches taten auch die Reparationen, die an die Sowjetunion zu leisten waren. Heute ist kaum noch richtig vorstellbar, was das bedeutet hat! Wenn Tausende von Arbeitern Dinge herstellen, die sie selbst nötig und gut gebrauchen können, und wissen: Das geht alles in Waggons und die fahren Richtung Moskau. Damit war die Vergangenheit gegenwärtig. Es gab einen Zwang zu erklären, warum hier eine Rechnung beglichen werden musste. Damit ist die aufklärerische Leistung der frühen Antifaschisten und der später beteiligten Geschichtswissenschaft nicht ignoriert. Diese Leute waren und blieben zwar eine Minderheit. Doch bestimmte diese Minderheit das gesellschaftliche Klima zunehmend.

---

16 Rudi Goguel (1908-1976) war als Funktionär der KPD zwischen 1934 und 1945 mehrfach in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert. Nach 1945 arbeitete er u. a. als Historiker an der Berliner Humboldt-Universität. Er gab 1973 den Sammelband *Juden unterm Hakenkreuz.* heraus, dessen Interpretation der Judenverfolgung sich deutlich von der gängigen Deutung in der DDR unterschied.

17 Der Faschismus ist die „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Mit dieser Formel deutete der bulgarische Kommunist 1935 Georgi Dimitroff den Zusammenhang zwischen Faschismus und kapitalistischer Gesellschaft. Sie erhielt danach auch für die marxistische Geschichtswissenschaft der DDR einen großen Einfluss auf die Interpretation des Faschismus.

„In der DDR gingen alle Geschichtsabsolventen in den Staatsdienst."

Seit 1965 waren Sie Hochschullehrer an der Humboldt-Universität in Berlin und haben dort auch politische Maßnahmen gegen Studenten unterstützt. Sehen Sie da eine Linie zum Parteisekretär Kurt Pätzold, der damals an der Jenaer Universität aufgetreten ist?

Die Kontinuität besteht darin, dass ich von der Überzeugung geleitet blieb, an diesem Platze kannst du Menschen für eine gute und gerechte Sache gewinnen. Nun ist seit 1990 davon ein Bild entworfen worden, demzufolge das mit Mitteln des ideologischen und sonstigen Drucks geschehen sei. Zum Beweis dafür werden politische Auseinandersetzungen angerufen, die damit endeten, dass Studenten gezwungen wurden, sich die ‚Welt DDR' zeitweilig nicht aus der Perspektive der Hörsaalbank, sondern aus der eines Produktionsbetriebes, von einer Werkbank aus anzusehen. Wir reden in meinem Fall von fünf Studenten, was die Sache nicht besser macht, aber bestimmte, absichtlich übertriebene Vorstellungen korrigiert. Das war ein harter Eingriff in die Biographie junger Menschen. Später habe ich mich gefragt: Wie sähe ich die Sache an, wenn einer der von solcher Entscheidung Betroffenen sich einen Strick genommen hätte? Das habe ich damals nicht bedacht.

Warum nicht?

Wir hatten uns selber eine Falle gestellt: In der DDR gingen alle Geschichtsabsolventen in den Staatsdienst: In Schulen, Museen, Gedenkstätten und andere Einrichtungen, die sämtlich pädagogische Aufträge erfüllten. Das war an ideologische Voraussetzungen geknüpft. Die Kommissionen für die „Berufslenkung" unserer Absolventen konnten am Ende eines Studiums nicht sagen: Wir haben Sie fachlich gut ausgebildet, nur leider genügen sie unseren politischen Anforderungen nicht. Zu der gerade geschilderten Methode, das zu vermeiden, habe ich heute ein kritischeres Verhältnis. Dass mit ihr auch Opportunisten erzogen werden, die sich einfach an die ideologischen Anforderungen anpassten, wusste ich damals schon. Aber ihre negative Folge war vor allem die Rückwirkung in die gesamte Atmosphäre an der Universität.

Im Unterschied zu manch anderen Professoren haben Sie sich diese politische Aufgabe aktiv zu eigen gemacht. In Ihrer Autobiographie bezeichnen Sie sich ironisch als „Erziehungsdiktator" …

Die Verwendung des Begriffs erschöpft sich nicht in Ironie.

1976 wurde ein Geschichtsstudent auf Grund seiner Sympathien für Wolf Biermann für ein Jahr von der Universität geworfen…

Damals war ich Direktor der Sektion Geschichte. Das Verfahren war das gleiche wie vorher. Ich vermied diesmal lediglich ein Disziplinarverfahren. Wir vereinbarten, dass der Student während seiner Arbeit in einem Berliner Industriebetrieb die Verbindung mit einem unserer Professoren halten konnte. Das geschah. Später kehrte er, wie die 1968 aus der Universität Verwiesenen, zum Studium zurück. Er ist dann auch Mitglied der SED geworden und dies nach meinem Eindruck ohne einen Anflug von Anpassung. Soviel zur Erziehungsdiktatur – mit und ohne Anführungszeichen.

„dass es Schwierigkeiten zu meistern gibt, aber kein Zurück zum Kapitalismus."

Wie haben Sie die Zeit vor der so genannten ‚Wende' erlebt?

Ich hatte zu jener Zeit keine Parteifunktion. Aber ich hatte wohl unter meinen gleichaltrigen und jüngeren Kollegen und natürlich auf die Studenten, die sich bei mir fachlich spezialisierten, einen gewissen Einfluss. Ich wusste, dass es an der Universität Genossen gab, die sich mit Reformprojekten beschäftigten, Dieter Klein und andere, die haben mir auch eine ihrer Ausarbeitungen geschickt.[18] Ich war mit meiner Forschung beschäftigt, und ich habe mir von derlei Schreibübungen nicht sehr viel versprochen. Heute erscheint mir auch vieles, was ich 1989 in Parteiversammlungen kritisch gesagt habe, nur als die Bewegung von Luft. Über die Mitglieder im Politbüro ließ sich in der späten

[18] An der Berliner Humboldt-Universität hatte sich Ende der 1980er Jahre ein Kreis von Gesellschaftswissenschaftlern gebildet, die der SED angehörten und nach Möglichkeiten für eine Reform des sozialistischen Staates suchten. Vgl. zuletzt: Dieter Segert, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Wien u.a. 2008, S. 48-73.

DDR eigentlich nur noch sagen: „Geht mit Gott, aber geht“. Das habe ich getan. Es blieb folgenlos für mich, aber ebenso folgenlos in der Sache.

Spätestens als die Ausreisewelle im Mai 1989 via Ungarn einsetzte, hätte die Staatsführung eine grundsätzliche Verständigung mit der Bevölkerung über Weg und Ziel suchen müssen. Die wäre aber nur mit einem Offenbarungseid über die desolate Lage zu eröffnen gewesen. Damit wären immerhin Millionen Parteimitglieder erreicht und davon sicher viele mobilisiert worden. Das hätte die DDR schwerlich vor dem Ende bewahrt, ihr Untergang hätte sich aber anders und mit anderen Folgen vollzogen.

Sie haben diesen Staat von Anfang an mit aufgebaut. Aber wenn er untergeht, wird nicht mehr gekämpft?

Dass der Untergang der DDR bevorsteht, war mir nicht bewusst. Wir waren Sklaven und am Ende Opfer der Vorstellung, dass es zwar noch viele Schwierigkeiten zu meistern gibt, aber kein Zurück zum Kapitalismus. Das lag jenseits unserer Vorstellungen. Die Vorbereitungen auf den 40. Jahrestag der DDR knallten mit der Wirklichkeit zusammen und waren mir zuwider. Meine Reaktion darauf war indessen nicht sonderlich ruhmvoll. Ich bin im Herbst 1989 zu einer Konferenz nach Oldenburg in den Westen gefahren, dann zu meinem guten Bekannten, einem Pfarrer in Bremen. Wir besuchten abends am 7. Oktober eine Aufführung von *Cosi fan tutte*. Danach sahen wir im Fernsehen, was sich in Berlin abgespielt hatte.[19] Am nächsten Morgen ging ich mit einer mir gut bekannten Kollegin die Weser entlang und habe sie gefragt: „Soll ich an der Universität weiter machen oder in die Politik gehen“. Ich erhielt zur Antwort: „Lass da mal die Jüngeren ’ran.“ Ich blieb ihr für diesen Rat bis heute dankbar. Anschließend fuhr ich nach Wien zu einer Konferenz und arbeitete danach dort in einem Archiv. Ein Wissenschaftler, wenn er an seiner Profession hängt, hat immer die Möglichkeit zu solcherlei Flucht.

Nach der ‚Wende‘ gab es an der HU dann große Konflikte. Gerade wegen ihrer Staatsnähe sollte die Sektion Geschichte vollständig abgewickelt werden.

Die Abwicklung ist formal gescheitert, aber dann auf anderem Wege doch durchgesetzt worden. Lassen wir die vorgetäuschten und die wirklichen Gründe für unsere Abwicklung einen Moment beiseite. Zunächst überfiel der noch amtierende Direktor die Kollegen in einer öffentlichen Versammlung mit einer kritischen Betrachtung zur Geschichte der Sektion, an der dieser selbst lange gearbeitet hatte. Das war der Auftakt einer Selbstbefragung, von der später behauptet worden ist, es habe sie nicht gegeben oder sie wäre nur unter Zwang zustande gekommen. Ich sprach in der Debatte über meine Verantwortung für jene Maßnahmen gegen Studenten, von denen wir schon redeten. Darüber erschien dann aus der Feder eines Journalisten, der selbst gar nicht anwesend war, ein Bericht in einer ‚Westzeitung‘.[20]

Sie waren sofort einer derjenigen, die im Zentrum der Kritik standen?

Es gab zunächst eine Kommission aus Angehörigen unserer Sektion, die über die Zukunft der Sektion Geschichte beriet. Die verfiel auf die Vorstellung, wenn wir das Boot erleichtern, schwimmt es weiter. Ich galt als solcher Ballast. Im Grunde wurde da im vorauseilenden Gehorsam gegenüber den zu erwartenden neuen Herren gehandelt. Die traten alsbald selbst in Aktion. Geht ein Staat unter, sei es im Ergebnis einer Revolution oder einer Konterrevolution, haben die ihn prägenden Personen ihre Plätze zu räumen. Sie gelten mindestens als unbrauchbar. Das ist das Normalste in der Geschichte. Mir kamen stets die Historiker lächerlich vor, die sich über Geschichte beschweren. Und ich habe die guten Freunde und Bekannten bestaunt, die im Hinblick auf das ihnen bevorstehende Illusionen hatten und wundere mich bis heute über die dabei zutage getretene Naivität.

---

19 Am 7. Oktober 1989 fanden offizielle Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR statt. Parallel kam es zu zahlreichen Protestaktionen der Opposition, denen mit massiver Polizeigewalt begegnet wurde. Einige Ereignisse in Berlin konnten von Korrespondenten der ARD gefilmt werden.

20 Götz Aly, Deutschstunde: Opfer soweit das Auge reicht. Historiker der Humboldt-Universität rücken die eigene Geschichte zurecht/ Disziplinierte Ex-Studenten wurden geschnitten, abgedruckt in: Rainer Eckert u. a. (Hrsg.). Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994, 325-327.

Meine Entlassung Ende 1992 hat mich nicht überrascht. Allenfalls, dass sie relativ spät erfolgte. Zunächst hatten die Verantwortlichen wohl gehofft, dass sich meine Kündigung mit Hilfe von Stasi-Unterlagen bewerkstelligen ließe, die mich belasten würden. Die gibt es aber nicht. Dann musste für meine Entlassung doch eine andere Begründung verfertigt werden, die vor dem Arbeitsgericht standhält. Das war angesichts der politischen Orientierung der Arbeitsrichter aber keine allzu schwierige Aufgabe.

„Die Idee des Aufbruchs in eine Gesellschaft ohne Krieg, ohne Ausbeutung..."

Sie sind dann arbeitslos geworden und in den Vorruhestand gegangen.

Ich wollte zu einer Beerdigung eines Kollegen nach Leipzig fahren und sollte, um mich aus der Stadt entfernen zu dürfen, dies beim Arbeitsamt beantragen! Darauf habe ich mit einem anderen Antrag reagiert, nämlich dem auf Einritt in den Vorruhestand. Materielle Konsequenzen hatte das auch deshalb nicht, weil meine Frau als Historikern vor allem in der Forschung weiterarbeitete. Die Härte der Abwicklung betraf auf Jahre hinaus und bis heute vor allem meine jüngeren Kollegen, von denen manche unter den Segnungen von Hartz IV leben und dabei forschen und zu publizieren suchen. Das tue ich unter den relativ privilegierten Bedingungen eines Rentners nach Osttarif. Manches ist dabei zum Druck gelangt. Ein früherer Student hat mir bei einer zufälligen Begegnung gesagt: „Wenn man Sie nicht rausgeschmissen hätte, hätten sie sicher nicht so viel geschrieben." Punkt.

Die 40 Jahre in der DDR, waren das für Sie „verlorene Zeiten"?

Für mich, wie für viele andere meiner Herkunft, gilt, dass sich uns 1945 Möglichkeiten eröffnet haben, die sich eben nur durch diesen Weg in die DDR und dann in ihr eröffneten – Wege in die Wissenschaft, ein Tor zur Kultur, Arbeitsfelder, die uns lohnend schienen und es waren. Eine Ökonomin, einstige Jenaer Kommilitonin, sagte mir das mit dem Blick auf ihre Biographie so: „Ohne dieses '45 wäre ich wie meine Vorfahren Näherin in einer Textilfabrik in Gera geworden und geblieben."

Und dann rührt aus diesen Jahren noch etwas anderes her: Die menschlichen Beziehungen, die sich zu Zeiten der DDR entwickelt haben. Diese Idee des Aufbruchs in eine Gesellschaft ohne Krieg, ohne Ausbeutung, mit einem auskömmlichen und allmählich reicher werdenden Leben für alle, hat in Jahren und Jahrzehnten Bindungen geschaffen – auch wenn sie am Ende gescheitert ist! Wenn ich jemandem aus längst vergangenen Zeiten per Telefon anrufe und er spricht mit mir, als hätten wir gestern ein Bier miteinander getrunken und am Ende nur vergessen, uns noch etwas zu erzählen ... Da lebt etwas fort von dem in der DDR praktizierten Verhältnis, in das individuelle und überindividuelle Interessen zueinander gesetzt waren. Jeder besaß seine eigenen Lebensvorstellungen, seine Vorlieben und Abneigungen. Aber darüber stand noch etwas anderes: Eine Vorstellung von einer Welt, die gemeinsam gestaltet werden sollte, ein Optimismus, der zunächst trug und fruchtbar gemacht werden konnte, sich dann aber und endlich als ungerechtfertigt erwies. Die sozialistische Menschengemeinschaft war ein Traumbild. Doch warum sagen Menschen aus der DDR, dass sie in ihren neuen Verhältnissen, bei allen materiellen Gewinnen der ‚Wende', manchmal unter der Kälte leiden? Soviel zu den „verlorenen Zeiten". Und dann – Gewonnenes hin, Verlorenes her – gibt es für mich noch eine moralische Befindlichkeit. Wie zufrieden lässt es sich leben, wenn man für Weltzustände mitverantwortlich ist, in denen es so vielen Menschen einfach dreckig geht, deren Denken bis zur nächsten Mahlzeit reicht, die ihr blankes Überleben sichert?

Das Gespräch führte Professor Alexander Thomas Regensburg.

Krieg auf Leinwänden

Zur Verklärung von Krieg und Soldatentod stand schon während des Krieges und dann nach seinem Ende ein Instrument zur Verfügung, das in seiner Wirkung die der Zeichen öffentlichen Gedenkens und auch die der Literatur weit übertraf: der Film. Je mehr sich seine technischen Möglichkeiten vervollkommneten, der Umgang mit dem neuen Medium sich zur Filmkunst entwickelte und vor allem als der Sprung vom Stumm- zum Tonfilm gelungen war, umso größer wurden die Anziehungskraft der in den Städten aus dem Boden schießenden Kinos oder Lichtspieltheater und umso stärker die ideologische und emotionale Wirkung der Spielfilme, die sich mehr oder weniger stark an Episoden aus den Kriegsjahren anlehnten und sie meist dramatisch überhöhten. Und der Spielfilm erreichte Volksschichten, die weder zu den Besuchern von Theatern gehörten noch zu den Bücherlesenden. Kein Staat, der am Weltkrieg teilgenommen hatte, indem nicht die Produktion von Filmen begonnen wurde, zumal Produzenten mit ihnen mitunter erhebliche Gewinne erzielten.

Auch die Geschichte der deutschen Kriegsfilme zeigt sinnfällig, dass den deutschen Faschisten in den Jahren der Weimarer Republik reichlich vorgearbeitet worden war und sie keineswegs das Land, in dem sie die Macht erhalten hatten, auf allen Feldern umkrempeln und das Unterste zu Oberst kehren mussten, was sie freilich von sich behaupteten. Noch in der Weimarer Republik war der Film *Morgenrot* fertig gestellt worden. Seine Uraufführung fand wenige Wochen nach dem verhängnisvollen 30. Januar 1933 statt. Hitler gehörte mit anderen neuen und alten Größen zu den Ehrengästen. Ein deutsches Unterseeboot geht auf „Feindfahrt“, kommandiert von einem Offizier, dessen Mutter schon zwei Söhne im Kriege verloren hat. Nach eigenen Erfolgen wird das Boot selbst versenkt. Nicht alle der in dem Metallsarg noch lebenden Besatzungsmitglieder können mit Tauchrettern, die ausreichend nicht vorhanden sind, an die Oberfläche gelangen. So beginnt das Gespräch über ein gemeinsames Sterben oder über den Opfergang zweier für die anderen. Es gipfelt in dem Satz „Zu leben verstehen wir Deutschen vielleicht schlecht, aber sterben können wir jedenfalls fabelhaft.“ Das war ganz und gar nach dem ideologischen und volkserzieherischen Geschmack der Machthaber, die den nächsten Krieg da schon fest im Visier hatten. Und so ging es fort, wie eine Auswahl zeigen mag.

Im Jahr darauf war *Stoßtrupp 1917* fertig gestellt, gedreht nach dem Roman von Hans Zöberlein, eines Mitglieds der NSDAP seit 1921. Sein Buch *Der Glaube an Deutschland Ein Kriegserleben von Verdun bis zum Umsturz*, erschien 1931 im Parteiverlag in München, Hitler hatte ein Geleitwort beigesteuert. Ebenfalls 1934 kamen *Die Reiter von Deutsch-Ostafrika* in die Kinos, mit denen an den auch zum Helden stilisierten Generalmajor und Kommandeur der so genannten Schutztruppe Paul von Lettow-Vorbeck und mehr noch an die verlorenen deutschen Kolonien erinnert wurde, Darin gibt es mit einem auf ein dort zurückgelassenes Grab bezogenen Versprechen den Satz, man werde, wenn auch jetzt geschlagen, eines Tages dahin zurückkehren. 1936 zeigten die Kinos *Standschütze Bruggler*, der in den sinnlosen Kampf in den Tiroler Bergen an und zwischen Felswänden und in Schnee und Eis führte und sich rückblickend wie eine Werbung für den 1944 ausgerufenen Volkssturm ansehen ließ. Es sind dort, wegen des Fehlens regulärer Truppen, Standschützen, alte Männer und blutjunge Burschen die sich 1915 den Italienern entgegenstellen. Der Filmheld ist ein Theologiestudent, den keine Verwundung von der Front lange fernhalten kann und den es auch in italienischer Gefangenschaft nicht hält, denn er muss weiterkämpfen. 1937 folgte der Streifen *Unternehmen Michael*, der eine Episode aus der deutschen Frühjahrsoffensive an der Westfront 1918 erzählte, die zu den verzweifelten Versuchen gehörte, die drohende Niederlage abzuwenden. Eine deutsche Truppe kämpft todesverachtend auf verlorenem Posten. Ihr Kommandeur ersucht die Artillerie, da anders der Feind nicht mehr abgewehrt werden kann, ihre Geschosse rücksichtslos auf die eigenen Stellungen zu lenken, eine Nachricht, die eine Brieftaube von den Eingeschlossenen übermittelt.

Jeder dieser Propagandastreifen ergibt ein und dieselbe Endsumme: ein deutscher Soldat kämpft selbst in der hoffnungslosesten Lage weiter. Ihre emotionale Wirkung wurde durch die Auswahl beliebter und befähigter Schauspieler für die Hauptrollen noch verstärkt. Das gilt auch für den im Kriege gedrehten, 1941 uraufgeführten Film ... *reitet für Deutschland.* In ihm trifft der Zuschauer auf eine andere Art von Heldentum. Der im Krieg schwer verunglückte, für sein Leben gezeichnete Offizier

gibt nicht den Kriegsinvaliden. Stattdessen kämpft er sich zu Kräften zurück und bis in eine Form, die im schließlich ermöglicht, sportlichen Ruhm für Deutschland zu erkämpfen. Das sahen Hunderttausende Zuschauer in einem Moment, da die Zahl der vor allem an der Ostfront verwundeten deutschen Soldaten unausgesetzt zunahm. In ihm fehlten übrigens weder die Dolchstoßlegende noch die jüdischen Kriegsgewinnler.

Wie in anderen Medien ergab das Kräfteverhältnis zwischen jenen, die bei der Vermittlung von Wahrheiten im Detail ein im Ganzen verlogenes und verherrlichendes Bild des Ersten Weltkriegs boten, und denen, die gegen das Männermorden Partei ergriffen, eine hochgradige Überlegenheit der ersteren. So bildet *Westfront 1918* auch unter dem Titel *Vier von der Infanterie* – so hieß schon der 1929 auf den Buchmarkt gelangte Roman von Ernst Johannsen, der ihm zur Vorlage diente – in die Kinos gekommen, eine Ausnahme. Der Österreicher G. W. Pabst hatte einen Antikriegsfilm gedreht. Er zeigt das elende Dasein der Soldaten in der Ödnis und im Schmutz der Grabenfront, Verwundete und im Schlamm liegende Tote, den Beschuss durch die feindliche und die (unbestellte) eigene Artillerie, er erinnert an den Hunger in der Heimat und erspart dem Betrachter auch nicht den Offizier, der einen Nervenzusammenbruch erleidet und irre wird. Die Filmautoren bieten zu alledem keine beschönigenden Erleichterungen. Im Feldlazarett stirbt einer der vier mit den Worten: „Wir sind alle schuld“, während ein französischer Leidensgenosse dessen tote Hand ergreift und sagt „Feinde – nein, Kameraden.“ Der Film wurde am 23. Mai 1930 in Berlin uraufgeführt und 1933 verboten.

Ein reichliches halbes Jahr nachdem er in den Kinos zu sehen war, lief dort Lewis Milestone in den USA gedrehter Film nach dem Roman Remarques an *All Quiet on the Western Front*.

Dann lieferte der Zweite Weltkrieg massenhaft Stoff für Filmerzählungen von beispielloser Dramatik. Vor allem in den Ländern, welche die Hauptlast des Krieges getragen hatten, entstanden Werke, deren beste denjenigen ein Denkmal setzten, die den Sieg über den deutschen Faschismus und seine Verbündeten errungen hatten. Folglich verschwand der Erste Weltkrieg mit seinen Ereignissen und Personen als Filmsujet. Nicht auf Dauer und als sich Autoren und Regisseure fanden, die zu ihm zurückkehren, bedeutete das nicht unbedingt, dass die Produktionen von Geschichtsbeschönigungen und -verfälschungen befreit gewesen wären. Beispielsweise wurde 1971 in den USA ein Film über Manfred Freiherr von Richthofen fertig, der den Luftkrieg, wenn auch nicht bei allen, die ihn führten, als einen edlen und ritterlichen Kampf verklärte. 2007 wurde mit immensem finanziellem Aufwand in der Bundesrepublik ein Film gedreht und im Jahr darauf gezeigt, der erneut die Geschichte des „roten Barons“ erzählt, aus ihm einen Krieger macht, der wider seinen Willen von der Propaganda zum Idol erhoben wurde und tief innerlich ein Pazifist gewesen sei. Das geschieht unbekümmert um alle Forschungsergebnisse, lockt eine Viertel Million Deutsche in Kinos und gehört in die Seiten des Buches über die „Bewältigung“ der deutschen Vergangenheit.

Auszüge aus dem Nachwort zur „Geschichte der NSDAP“

[gemeinsam mit Manfred Weißbecker]

Vorbemerkung der Redaktion: Soeben ist im Kölner PapyRossa Verlag die „Geschichte der NSDAP 1920-1945“ von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker wieder erschienen, Die Autoren werden das Buch und dessen Geschichte in der Ladengalerie der jungen Welt vorstellen. Wir veröffentlichen zwei Auszüge aus dem Nachwort, von denen einer von erzielten Forschungsfortschritten, der andere von der Konkurrenz von Geschichtswissenschaft und Historienfilmen handelt.

Seit dem ersten Erscheinen dieses Buches – es wurde in der DDR 1981 unter dem Titel *Hakenkreuz und Totenkopf* veröffentlicht und in der Bundesrepublik im selben Jahr als *Geschichte der NSDAP 1920-1945* herausgegeben – ist mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen. Eine stark überarbeitete Ausgabe des PapyRossa Verlags Köln kam vor mehr als 10 Jahren auf den Buchmarkt. Die einstigen Parteigänger hatten es aufgrund ihrer Stellungen in der BRD-Gesellschaft schon vor dem fertiggebracht, dass über die Rolle der NSDAP an ihrem jeweiligen Lebensort weithin geschwiegen wurde. Als dieses Gebot am Beginn der achtziger Jahre in Passau von einer jungen Frau verletzt wurde, traf sie auf zähen Widerstand, dessen Geschichte inzwischen in einem Spiel- und einem Dokumentarfilm geschildert wurde. Die „Nestbeschmutzerin“ hat Deutschland inzwischen den Rücken gekehrt, 1994. Ein Jahr darauf wurde der Öffentlichkeit die so genannte Wehrmachtsausstellung gezeigt. Sie zog für Jahre die Aufmerksamkeit auf die Streitmacht des deutschen Imperialismus. Im Zusammenhang mit den Debatten über unabgerufene Bankkonten ermordeter Juden und die Entschädigung der überlebenden Zwangsarbeiter, die nach Deutschland verschleppt worden waren, intensivierten sich sodann Forschungen zur Geschichte von Bank- und Industrieunternehmen. Doch wurde auch dort, wo das nahe lag, kaum auf den Anteil der NSDAP-Organisationen, beispielsweise an der Bewachung der ausländischen Arbeiter, eingegangen.

Am deutlichsten zeigte die Erörterung der Geschichte von Wehrmacht und Kriegsgeschehen, dass mehr und mehr jene Katastrophen des Jahres 1945 in den Vordergrund rückten, in deren Zentrum das Elend und die Opfer der „Eigenen“ standen. Sie üben auf Geschichtsschreiber und ihre Leser offenbar hohe Attraktionskraft aus und verknüpfen sich vermeintlich mit denkwürdigerem Geschehen als die alltäglichen Aktivitäten der braunen Bonzen und ihrer Gefolgschaft. Doch kann die Darstellung der vielen menschlichen Tragödien, die aus dem Wirken von Hitlerleuten auf den untersten Ebenen des Regimes erwuchsen, womöglich mehr zum Verständnis der Funktionsweise der Diktatur beitragen – als die spektakulären Ereignisse.

Schon eine erste Durchmusterung der Titel der im letzten Jahrzehnt erschienenen Untersuchungen lässt erkennen, dass sich im Hinblick auf die Geschichte der NSDAP vor allem die Regionalisierung und Lokalisierung des Forschungsinteresses verstärkt haben. Selten sind Publikationen, die das weit verzweigte Parteigefüge, die NSDAP samt ihren Gliederungen und Verbänden als Ganzes in den Blick nehmen. Hingegen wurde die Geschichte territorialer NSDAP-Organisationen in Gauen, Kreisen und Städten bis in viele Details erforscht. Dabei betonen die Autoren vieler Arbeiten die Streitigkeiten innerhalb der NS-Elite um Plätze und Karrieren. Die traten namentlich 1933 nach der „Machtergreifung“ gehäuft auf, begleiteten aber die ganze Parteigeschichte. Doch besaßen sie keineswegs immer dem System abträgliche Folgen. Mitunter machen die Überzeichnung individueller und die Vernachlässigung der das Parteiführerkorps verbindenden Interessen die Erfolge des Regimes rätselhaft. Sie folgen der Missdeutung des deutschen Faschismus als polykratisches Ämterchaos oder als Herrschaft eines „schwachen“ Diktators.

Wie steht es um den Ertrag dieser vielfältigen Anstrengungen? Bei ihrer Durchmusterung ist zu berücksichtigen, dass die Forschungen zur Geschichte des deutschen Faschismus und seiner Partei ein halbes Jahrhundert nach dessen Zerschlagung und dem von den Siegermächten ausgesprochenen Verbot der NSDAP weit getrieben sind. Daher konnten neue Untersuchungen, die sich mit diesem Abschnitt deutscher Vergangenheit befassten, mehrfach bereits formulierte Ergebnisse nur bekräftigen oder, wenn sich mit den vorliegenden vorschnellen Verallgemeinerungen verbunden hatten, Aussagen auf ihren tatsächlichen Geltungsbereich reduzieren. Sie vermochten auch Vorstellungen und

Urteile zu korrigieren, solche eingeschlossen, die auf das Internationale Militärtribunal in Nürnberg zurückgehen. Auch dort, wo Bekanntes erhärtet wurde, hat es dadurch an Farbe und Einprägsamkeit gewonnen.

Vor allem ist ein ungleich genaueres Bild über das Wirken der Partei an der Basis der Gesellschaft gewonnen worden. Bereichert wurde das Wissen über die Tätigkeit in den NSDAP-Kreisen, -Ortsgruppen, -Zellen und den politischen Alltag der in den Leitungen tätigen Hoheitsträger und Amtswalter und das bis hin zu den untersten Funktionären, den Blockleitern, -warten und -helfern. Nachgewiesen wurde, dass die Durchschlagskraft der Innenpolitik der Machthaber ohne den Einsatz der Ortsgruppen-, Zellen- und Blockleiter nicht gedacht werden kann. Die Etablierung dieses Kaders hatte im Vorkrieg mehrere Stufen durchlaufen und war auf die Bewohner eines Gebietes, Mitglieder einer NS-Organisation oder nicht, ausgerichtet worden. Den Blockwarten, unterste Funktionäre des Systems, wurde für ein Wohngebiet mit etwa 40-60 Haushalten die politische Zuständigkeit übertragen, für eine Menschengruppe, die sie überschauen konnten, der – umgekehrt – aber auch sie persönlich bekannt sein sollten. Sie hatten die Mitgliederkartei der NSDAP ebenso zu führen wie eine Kartei der Haushalte. Sie bestückten die 1937 eingeführten Haustafeln mit Nachrichten. Viele ihnen übertragene Aufgaben machten sie in ihrer Umgebung nicht eben beliebt: Sie sammelten an Wohnungstüren Geld und Sachspenden für das Winterhilfswerk, verkauften Reklame und Propagandaartikel wie Abzeichen, Plaketten und Broschüren, ermahnten Volksgenossen, wenn nötig, ihre Fahnen an Festtagen aus den Fenstern zu hängen. Sie waren über vielerlei Verhalten der Menschen, deren Bekenntnis- und Spendenfreudigkeit, die Benutzung oder Vermeidung des Hitler-Grußes, das Abonnement von Zeitungen und Zeitschriften, ihre Teilnahme an Versammlungen, ihre oder ihrer Kinder Zugehörigkeit zu NS-Gliederungen informiert und so imstande, ihre Vorgesetzten mit Daten zu versorgen, wenn die Beurteilungen für Personen anfertigten, die besondere Aufgaben zu erfüllen hatten oder befördert werden sollten.

Sie organisierten und mobilisierten, kontrollierten und überwachten derart die Bevölkerung ihres Bezirks. Besonderes Augenmerk hatten sie auf die einstigen politischen Gegner, die nach Verbüßung von Haft aus Gefangenenanstalten und Konzentrationslagern Entlassenen, und ebenso auf die jüdischen Bewohner zu richten. Kurzum: Von ihnen ging in den Wohngebieten ein Forderungs- und Verhaltensdruck auf die „Volksgenossen“ aus, dem sich diese schwer entziehen konnten, ohne Nachteile gewärtigen zu müssen. Zudem waren die Funktionäre verpflichtet, an internen und öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen: an Versammlungen ihrer Ortsgruppe und an Schulungs- und Zellenabenden, an – Appellen, Kundgebungen und Aufmärschen. Sie sollten einen Sportdienst und Schießübungen absolvieren, denn zu ihrer Uniformierung und Ausrüstung gehörte auch ihre Bewaffnung mit Pistolen. Folglich endeten die Klagen wegen Überbeanspruchung nicht, und gleichzeitig verhinderte dieser Pflichtenkatalog, dass schwerarbeitende Parteimitglieder derart zeit- und kraftaufwändige Funktionen übernahmen. Denn zu alledem sollten die Blockwarte auch die Rolle „politischer Seelsorger“ ausfüllen und in deren Ausübung Sympathien und Einfluss gewinnen, sich also um die Sorgen der Volksgenossen bis hin zur Schlichtung von Streitigkeiten in „ihren“ Häusern kümmern.

Mit dem Kriege wuchs der Aufgabenkatalog noch einmal an und gleichzeitig veränderte sich die Zusammensetzung dieses unteren Funktionärskorps als Folge von Einziehungen zur Wehrmacht. Schon mit dem starken Anwachsen der Mitgliederzahl der NSDAP – bereits 1933 wuchs sie binnen weniger Monate um das Dreifache – waren Parteigenossen Funktionen übertragen worden, die ihre Mitgliedschaft erst nach 1933 erworben hatten. Auch mussten manche Haudegen aus der „Kampfzeit“ ihre Plätze räumen, weil sie den Anforderungen der politischen Arbeit an der Macht nicht genügten. Eine Vorstellung vom Bedarf an der „Heimatfront“ gibt die für Januar 1940 vorliegende Angabe, wonach im Reichsgebiet 484.872 Blockleiter wirkten. Die waren nun meist 40 Jahre und älter und in der Regel nicht mehr kriegs-, jedenfalls nicht mehr frontdiensttauglich. Zu ihren bisherigen Pflichten kamen die Verteilung von Lebensmittel- und so genannten Punktkarten für den Einkauf von Textilien, die Betreuung der Soldatenfrauen, die Pflege der Verbindungen zu eingezogenen Partei- und Volksgenossen, Besuche in Lazaretten, Heldengedenkfeiern und Gefallenenehrungen an Denkmälern und in Sälen, Pflege der Kriegsgräber, zeitweilige Aktionen wie Bücher- und Altmaterial-

sammlungen und im Winter 1941/1942 die Sammlung von Pelzen, Wollsachen und Skiern für die Ostfront, sodann die Maßnahmen für den Luftschutz (Verteilung der Gasmasken, Entrümpelung der Hausböden, Verdunkelung der Häuser) und, als der Bombenkrieg entbrannte, die Evakuierung von Personen in ungefährdete Gebiete, die Unterbringung der Ausgebombten, die Hilfe bei Reparaturen usw.

Dieser Leporelloliste an Aufgaben suchten die Ortsgruppen-, Zellen- und Blockleiter der NSDAP zu genügen, indem sie mit den ihnen zugeordneten Warten und Waltern der Gliederungen (NS-Volkswohlfahrt, NS-Frauenschaft, Reichsluftschutzbund) zusammen agierten. Schätzungen besagen, dass die große Zahl der zu besetzenden Posten es erforderte, dafür etwa ein Viertel bis ein Drittel der Mitglieder zu gewinnen. Von der „Menschenführung“ und „politischen Betreuung“ als der Hauptaufgabe war in Instruktionen häufig die Rede, doch fielen Anspruch und Wirklichkeit, Auftrag und Erfüllung mehr und mehr auseinander. Losungen wie „Jeder sein eigener Dr. Goebbels“ blieben Phrase. Und mit der Wende des Krieges sank das Ansehen der „kleinen Hitler“, während der „Führer“ selbst aus Überzeugung oder Furcht noch lange außerhalb der Kritik gehalten werden konnte. Wie die „Volksgenossen“ wussten auch die Politischen Leiter, denen auf Generalversammlungen und den wiederbelebten Sprechabenden in den Zellen wenig glaubwürdige Orientierungen gegeben wurden, nicht mehr überzeugend zu sagen, dass dieser Krieg gewonnen werden würde.

Was ergeben diese Forschungsresultate in ihrer Summe für die Bestimmung des Platzes, der Rolle und des spezifischen Gewichts der NSDAP im Machtapparat des Regimes und des gesellschaftlichen Systems, in dem sie eine Stütze, ein Pfeiler, eine Säule – alle diese Bilder werden gebraucht – war? Rechtfertigen sie den Gebrauch der Begriffe Herrschaft der NSDAP, Parteiherrschaft oder/und abgekürzt NS-Herrschaft? Hinter ihnen verschwinden die anderen Herrschaftszentralen und -instrumente, die erst durch ihr Zusammenwirken erreichten, was hier der Partei, wenn nicht allein, so doch zuerst zugeschrieben wird. Das war das Eigenbild der Nazipropaganda, das den Parteimitgliedern gefiel, weil es ihnen schmeichelte, wie auch Hitlers 1934 getroffener Aussage, die Partei befehle dem Staat. Die NSDAP war mit dem Apparat des Staates, den Kommandozentralen der Wirtschaft und des Militärs *ein*, jedoch nicht *der* Träger und mit ihren hunderttausenden Funktionären und Millionen Mitgliedern *eines der* Instrumente der Herrschaft. In keinem Moment hat sie sich in Gesellschaft und Staat als alles entscheidende und beherrschende Kraft durchsetzen können, was nicht ausschloss, dass sich in einer Region oder Stadt ein Kreis- oder Ortsgruppenleiter in den Stunden der Agonie zum „Alleinherrscher“ aufschwang und mit seinen Befehlen als Volkssturmkommandeur den Krieg verlängerte. Doch hatten auch solche „Goldfasane“ ins Glied zutreten, sobald ein Offizier der Wehrmacht oder der Waffen-SS auftauchte. Bilder aus Grenzsituationen für das Ganze zu nehmen, erzeugen Verzeichnungen. Partei und Gesellschaft sind im Verlauf der Existenz des Regimes auch nie „identisch“ geworden oder in den Kriegsjahren „immer mehr miteinander verschmolzen“.

Diese knappe Durchmusterung der Forschungsfortschritte kann nicht geschlossen werden ohne den Versuch, ein denkbares Missverständnis zu vermeiden. Es ist nicht in erster Linie die hier erwähnte, in Inhalt, Richtung und Bedeutung charakterisierte Literatur, welche die in der Bundesrepublik vorherrschenden Geschichtsbilder prägt. Die Mehrheit der Deutschen bezieht ihre Vorstellungen von den Jahren der faschistischen Herrschaft zu einem Teil aus Dokumentarfilmen, zum größeren aus Spielfilmen. Das erinnert an eine Beobachtung Heinrich Heines, die er so kommentierte: „Seltsame Grille des Volkes! Es verlangt seine Geschichte aus der Hand des Dichters, nicht aus der Hand des Historikers“. Sie müsste, auf die gegenwärtigen Zustände gemünzt, heißen: Es nimmt seine Geschichte aus der Hand der Filmemacher, mit der Hinzufügung, dass diese sich – anders denn Dichter zu Zeiten Heines – als Historiker ausgeben. Deren Produktionen erreichten Millionen Zuschauer. Die meisten leitet Unterhaltungsinteresse, das von der „trivial-unterhaltsamen Aufbereitung des Katastrophenstoffes“ sicher bedient und von den Produzenten zur Rechtfertigung eines anspruchslosen, sich vor allem der Frage nach dem Warum und Woher verweigernden Blicks in die Vergangenheit benutzt wird. Wenige wünschen ihre geschichtlichen Kenntnisse zu ergänzen und eine noch kleinere Gruppe besitzt Voraussetzungen, das Gebotene kritisch zu betrachten. Und wo Filme wie „Hitlers Helfer“ (1996 u. 1998), „Hitlers Krieger“ (1998), „Hitlers Frauen“ (2001), „Hitlers Idole“ (2007) u. a. aus der

Mainzer ZDF-Zeitgeschichtsredaktion nach Inhalt und Machart kritisch bewertet werden, wie 2006 auf dem Historikertag in Konstanz erreichen die Einwände die Konsumenten der Sendungen und die Leser der Begleitbücher kaum.

In den letzten Jahren hat sich ein zweifacher Wandel in den Darstellungen der Nazijahre auf Leinwänden und Bildschirmen vollzogen. Sie lösten Personen und Ereignisse aus ihren Zusammenhängen. Von Vermittlung von Geschichte in aufklärendem Sinne kann daher nicht gesprochen werden. Zum einen wird im Hinblick auf die Deutschen jener Jahre nicht mehr gefragt: *Was haben sie getan*, sondern stattdessen dargestellt: *Wie haben sie gelitten*. Die Fragen nach dem Tatbeitrag der verschiedenen Gruppen der deutschen Bevölkerung, Arbeiter und Kapitalisten, Zivilisten und – Soldaten, Männer und Frauen, Alte und Junge usw., die das Regime stützten, ist weit an den Rand der Handlungen gedrängt. Die Deutschen treten in diesen Streifen als Opfer hervor, in einem Falle als „Hitlers letzte Opfer", in einem anderen als die „der größten Schiffskatastrophe aller Zeiten". Geht es um die Hierarchisierung der Opfer, wird nur den Juden „der Vortritt" gelassen. Jahr für Jahr wurde den Zuschauern eine meist zwei Abendprogramme füllende Filmgeschichte dieses Typs geboten: 2004 „Der Untergang", 2005 „Speer und Er", 2006 „Dresden", 2007 „Die Flucht", 2008 „Die Gustloff". Diese Produktionen sind mit Ehrungen und Preisen bedacht, teils überhäuft worden. In einigen von ihnen – dies der zweite Wandel – werden Führer des Regimes, angefangen bei Hitler und Speer, nicht als skrupelfreie Missetäter, Politiker, die sich zu Herren der Welt machen wollten, gezeigt, sondern als von Umständen getriebene und verführte Menschen mit ihren Schwächen und Ängsten denen – so die erklärte Absicht des Hitler-Darstellers in „Der Untergang" – auch Mitleid zugewandt werden könne.

In diesen Filmen spielen die NSDAP und ihre Organisationen mit Millionen von Funktionären und Aktivisten, die bis 1945 die Deutschen zu sturem Aushalten und fortgesetzten Kriegsanstrengungen anstachelten, wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle. Eine Ausnahme bildete der Spielfilm „Napola – Elite für den Führer", in dem es um die Heranbildung des Nachwuchses für die Faschistenpartei an einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt geht. Der wird in Konflikten so dargestellt, dass man sich die Filmhelden schwer als Nachfolger derer vorzustellen vermag, die zum Zeitpunkt der Filmhandlung im besetzten Europa herrschten, ausbeuteten, mordeten. Die Filmkritiker lobten, dass dem Zuschauer keine Erkenntnis vorgekaut wird, vermerken nur am Rande, dass die „Systemkritik manchmal zur Nebensache" geraten sei und der Film nie zur Anklage werde. Der 2004 in Karlovy Vary uraufgeführte Film, der 2005 in die deutschen Kinos kam, erhielt den Deutschen und den Bayerischen Filmpreis. Hervorgehoben wurde in Rezensionen die „Selbstverständlichkeit" und „Unbefangenheit", mit der Filmemacher sich nun der Nazijahre annehmen würden. Diesen „Fortschritt" schreiben Kritiker auch anderen Filmen zu, die sämtlich ihrer Zeit entkleidete Geschichten von Guten und Bösen erzählen, ohne einen Bezug zur gesellschaftlichen Realität herzustellen. Diese Beziehung wird durch Uniformen, Ordensschmuck, Fahnenwälder, Gesten und Kulissen nur vorgetäuscht.

Auch in den Filmen, deren Handlung in der Schlussphase der Diktatur angesiedelt ist, wird der NSDAP als einer das wankende Regime, wenn auch mit rasch absinkendem Erfolg, stabilisierende Kraft nur eine Nebenrolle zugebilligt. In diesen Filmgeschichten verringern sich die Nazis zur Minderheit und marginalen Erscheinung. Dazu trägt bei, dass beispielsweise Speer als der erfolgreiche Rüstungsminister und -manager gezeigt wird, aber nicht als ein Nazi, der 1927 in das NSKK eingetreten und 1931 Mitglied der NSDAP und der SA geworden war, als Funktionär der Deutschen Arbeitsfront, der Reichspropagandaleitung der Partei und im Stab des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß. Im Film „Der Untergang" begegnet der Zuschauer dem SS-Gruppenführer Hermann Fegelein, einem Mitglied der SS seit 1931, der NSDAP und SA seit 1932, wovon der Film-Fegelein, ein lebenshungriger, sturzbetrunkener Fahnenflüchtiger keine Vorstellung gibt. So ist die Millionen-Organisation der NSDAP mit ihren Gliederungen einzig in der Gestalt eines fanatisierten Hitlerjungen vertreten, der – wieder ein guter Mensch – Hitlers Privatsekretärin aus der Stadt und in den Bereich der Westalliierten verhilft.

Zur Personage von „Dresden" gehören die Figur des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters von Sachsen, Martin Mutschmann, und ein Blockwart. In der Verfilmung der Tragödie der Flüchtlinge

auf der „Wilhelm Gustloff“ figuriert die Nazipartei in Gestalt eines karikierten Funktionärs, der sich, mit einem Hitler-Bild unter dem Arm, einen Platz in einem Rettungsboot erkämpft. Auch in diesem Film, wie das übrigens schon an seinem frühen Vorgänger aus dem Jahre 1959 „Nacht fiel über Gotenhafen“ kritisiert wurde, wird zwar die Grausamkeit des Krieges in Bilder gesetzt, dessen Ursachen und selbst die zu Handlung gehörenden Zusammenhänge bleiben hingegen unbeleuchtet.

Aufklärung täuschen diese Produktionen nur vor. Die Abscheu, die gegen das Naziregime und seinen Krieg erzeugt wird, bleibt hilflos. Am Ende steht die Trivialität, dass es in der Geschichte immer Gute und Böse gegeben habe. Woher die „bösen Nazis“ kamen, wer sie an die Macht brachte, wer sie dort hielt, das scheint nicht auf. Das moralisierende Herumstochern in der Geschichte, das noch stets Herrschaftsinteressen bedient hat, könnte die Historiker auf den Plan rufen, denn es zeitigt Tatenlosigkeit und auf die Dauer Folgen, die den unangemessenen Maßnahmen gegen sich abzeichnende Naturkatastrophen vergleichbar sind. Was eigentlich hindert die Jünger der Clio sich an der dominierenden Gruppe von Naturwissenschaftlern ein Beispiel zu nehmen, die die Probleme in ihrem Zuständigkeitsbereich scharf formuliert haben und trachten, sie ins gesellschaftliche Bewusstsein zu transportieren?

Nach diesem Stuttgarter Donnerstag

Die Ereignisse dieses Spätsommers und Frühherbstes in Stuttgart werden einmal Anspruch auf einen Platz in den Schulgeschichtsbüchern des Faches Gesellschaftskunde geltend machen können. Nicht nur im Lande Baden-Württemberg. Aber wer wird ihnen den verschaffen? Welcher Verlag den Mut haben, beim Bildungsminister seines Landes um die Zulassung eines Textes nachzusuchen, in dem nicht das fromm-frohe Lied vom Häusle bauenden Schwaben gezwitschert wird? So weit sind wir noch nicht.

Sicher hingegen, wer alsbald mit dem Erscheinen eines reich bebilderten Bandes rechnet, der von dem Aufbegehren Zehntausender in der Neckarstadt gegen „Stuttgart 21“ erzählen wird. Den Autoren wird es an Material nicht fehlen: Bilder von demonstrierenden Massen, von einer Stimmung, die Einspruch, Protest. Empörung, auch Wut ebenso ausdrückte wie sie etwas von einem Volksfest besaß, einer neu entdeckten Übereinstimmung im Anspruch, als Bürger gehört und geachtet zu werden. Dazu Zeugnisse, die jeden Versuch erledigen, die da Zusammenströmenden als „Berufsdemonstranten“ abzutun. Zu viele ließen sich da ausmachen, die in ähnlicher Menge bis dahin nie aufgetreten waren, ja, sich vor Wochen noch sich in solcher Ansammlung nicht einmal denken konnten und dann doch gesagt hatten: „Warum nicht auch ich?“ Sodann: Fotografische Dokumente von Menschen, die bis dahin einen Polizisten allenfalls nach Weg oder Uhrzeit gefragt hatten, und nun vis-à-vis martialischer Reihen gerüsteter Spezialeinheiten des Staates standen. Das wird ein aufschlussreicher Band sein. Vielleicht mit Auszügen aus klugen und mitreißenden Reden, die vor Versammelten gehalten wurden. So weit sind wir noch lange nicht. Denn noch wird im Widerstand auf Straßen und Plätzen das „Material“ angehäuft, das dokumentationswürdig ist und bleiben wird.

Noch ist auch nicht die Zeit gekommen, da, falls die Bürgermenge sich nicht vollends verstreut, gefragt werden wird: Was war da eigentlich? Da wird ein Lernabend nicht reichen, denn die Liste der Fragen, die des Nachdenkens wert sind, ist lang. Sind wir nicht zu spät aufgewacht und angetreten? Haben wir uns nicht zu lange der Hoffnung hingegeben, auf dem Rechtsweg vor verschiedensten Gerichten voranzukommen? Was waren unsere akribischen Aufwendungen für den Nachweis wert, dass das Verkehrsprojekt unter jedem Gesichtspunkt unsinnig und entbehrlich ist? War unser Blick, als die Zahl der Demonstrierenden von Woche zu Woche anwuchs, nüchtern genug? Darüber zu reden hat und braucht Zeit.

Doch über manches, muss jetzt und gerade inmitten von Kämpfen schon gesprochen werden. Wie war das mit unserer Freude über den friedlichen Charakter unserer Ansammlungen, den unsere Gegner lobten? Hätten wir uns da nicht schon des klugen Wortes erinnern sollen, wonach eine „friedliche machtvolle Demonstration“ ein Widerspruch in sich selbst sei? Wir haben darauf geachtet, dass die Aktionen der Staatsmacht keinen Vorwand gaben, repressiv aufzutreten. Wann je hätte sie dessen aber bedurft? Derweil bereitete sie ihr Personal praktisch auf die gewalttätige Konfrontation vor. Zunächst deplatzierte sie die Sitzblockierer handgreiflich. Manche von uns trainierten, wie man sich zu verhalten hat, um nicht zu Schaden zu kommen, wenn man von einem Baumstamm weggeschafft wird.

War es nicht naiv zu glauben, dass es dabeibleiben werde? Hätten wir nicht absehen können, dass die Wasserwerfer auch in Stuttgart von der Polizei nicht zu Zwecken der Straßenreinigung bereitgehalten werden und Pfefferspray nicht nur in Berlin-Kreuzberg angeschafft ist? Als beides zum Einsatz kam, sagte ein Bürger in Kamera und Mikrofon des staatlichen Fernsehens: „Das geht zu weit“ und ein anderer „Das hätte ich nicht für möglich gehalten.“ Da gerät das Nachdenken vom Rande in das Zentrum: Besaßen wir eigentlich eine Vorstellung von unserem Gegner oder – horribile dictu – ein richtiges Feindbild. Denn nun erlebten wir den Krieg gegen die Bürger, gegen uns. Reden wir also über die Staatsmacht, deren Arroganz und Gewaltbereitschaft für Tausende Stuttgarter zu einer neuen Erfahrung wurde.

Als im September die Zahl der anfangs gutgelaunten, dann je nach Temperament herab- oder hochgestimmten Demonstranten zunahm, tat die landes- und stadtväterliche Hausmacht als ginge sie die Sache vorerst gar nichts an. Selbstverständlich dürften die Bürger ihre Meinung sagen, doch zu entscheiden sei nichts mehr. Alles wäre nach Recht und Gesetz beschlossen und besäße obendrein den

Segen zuständiger Juristen. Das sind jene, die im Bedarfsfalle (und der häuft sich), die Beschlüsse der Gesetzgeber mit Girlanden aus Paragraphen schmücken. Dann sollte uns weisgemacht werden, dass erst unser Begehren die Verschleuderung von Steuergeldern zeitigen würde, denn es sei doch in das Projekt so viel bereits investiert worden. Argument hin, Widerrede her. Es durfte demonstriert und protestiert werden.

Das Ganze hatte etwas von jenem Bilde, von dem man früher, als die Südfrucht im Norden noch seltener konsumiert wurde, sagte: „Lass' doch dem Kind die Banane." Doch die Landeskinder lebten sich so rasch nicht aus. Da sollte pädagogische Belehrung weiterhelfen, die als Gesprächs-, gar Verhandlungsangebot daherkam. Selbstredend ohne Vorbedingungen. In Wahrheit sollte da nichts verhandelt, sondern einzig Zeit gewonnen werden. Lehnten die Geladenen ab, konnte ihnen obendrein die Verletzung zivilgesellschaftlicher Regeln zum Vorwurf gemacht werden, zu denen gehört, dass sich das Volk belatschern lässt, dieweil die Regierenden handeln. Die hatten inzwischen den Abrissbagger in Stellung gebracht und ihm Aktion treten lassen.

Zudem: Es ließ sich mit diesem Angebot zu Tische die Reihen der Gegner womöglich irritieren oder gar spalten. Das gelang so richtig nicht. Doch ein wenig Zeit war geschunden und mit dem nahen Herbst war auf Regen und Kälte zu hoffen. An diesem Punkte war klar, dass die bisherige Taktik der Proteste den gewollten Erfolg nicht bewirkte. Die Frage lautete: Wie weiter? Die Staatsmacht arbeitete über den Plänen für ihren Angriff. Die Gegner von „Stuttgart 21" schienen ihre Offensive erschöpft zu haben. Die ging in persona an den Innenminister des Landes und den Polizeipräsidenten der Stadt über. Die Polizeieinheiten waren mobilisiert, dazu wie üblich auch Nachbarschaftshilfe angemietet.

Am 30. September erfolgte am helllichten Tage der Angriffsbefehl. Dass die mit Schlagstock, Reizgas, Pfefferspray Bewaffneten vor allem auf Schüler, Frauen, Kinder und nicht berufstätige vorwiegend ältere Menschen treffen würden, war auszumachen. Wer nicht Platz machte und die Rotten Baufreiheit schaffen ließ, wurde aus dem Weg geräumt. (Ich entsann mich bei den Bildern aus dem Schlossgarten eines Gesprächs mit Willi Bleicher, dem einstigen Kommunisten, späteren Sozialdemokraten, Buchenwald-Häftling und hoch verdienten baden-württembergischen Gewerkschaftsfunktionär im Stuttgarter Hause des DGB, der mir auf seine Weise und wie ihm der Schnabel schwäbisch gewachsen war, erklärt hatte: „Du Säckel, bei Euch unterdrückt die Polizei die Leute, hier regelt sie den Verkehr." Das war 1964.)

Die wenigen Bilder, die das Fernsehen am Abend des Tages lieferte, waren nicht schön. Und so erhielten die beiden Oberkommandierenden der Polizeitruppe zu deren Rechtfertigung das Wort. Mit ihren Gesichtern blickte die kalte Arroganz der Macht vom Bildschirm. Da fehlte nichts: die geheuchelte Unschuld, die Diffamierung der Organisatoren der Proteste, die nun „Anführer" hießen, eine Bezeichnung die für die Chefs von Diebes- und Räuberbanden gebräuchlich ist, und – das war der Gipfel der Dreistigkeit - die Beschuldigung der Mütter, sie hätten ihre Kinder in der Auseinandersetzung benutzt („instrumentalisiert"), um dadurch die Polizeikräfte an der Verrichtung ihrer Arbeit zu hindern. Die wiederum hätten nichts anderes getan, als dem Gesetz Geltung verschafft, was ihre Pflicht sei. Und dies geschehe schließlich, da gesellte sich zu den Lügen der Hohn, im Interesse der „Verteidigung der Freiheit" aller Bürger. Wie üblich und seit Wochen hätte die Polizei „deeskalierend" gewirkt – mit Knüppel und Gas.

Danach flossen wegen der „Vorkommnisse" noch Tränen des Bedauerns über die Mattscheibe, geliefert vom Oberbürgermeister der Stadt. Dazu wurden die besorgten Blicke, Gesten und Worte der Oberhirten beider christlichen Regionen ausgestrahlt, die alle Seiten zur Mäßigung ermahnten. Merkwürdig, dass dies den Herren im Talar erst einfiel, als der Krieg gegen die Bürger eröffnet worden war. Mit ihrem Appell an Gläubige und Ungläubige – wen wundert's – ergriffen sie Partei für die obrigkeitliche Version, es seien die auf Wegen und Wiesen sitzenden und die an Bäume geketteten Demonstranten, die sich zu mäßigen hätten wie auch die „Ordnungshüter".

Dieser Donnerstag und die darauffolgende Nacht geben eine Lehrstunde. Ihr Gegenstand lautet: Weiter so? Wie weiter?

Der Traum vom Endsieg

Vor 70 Jahren suchte die deutsche Luftwaffe England kapitulationsbereit zu bomben

Ende Juni 1940 veröffentlichte das Oberkommando der deutschen Wehrmacht „seinen Schlussbericht über den Verlauf der Operationen in Frankreich“, die den „Erbfeind“ zur Kapitulation gezwungen hatten. Am Schluss der Mitteilung hieß es: „Nach diesem gewaltigsten Sieg der deutschen Geschichte über den als stärkste Landmacht der Welt angesehenen Gegner ... gibt es keine Alliierten mehr. Es bleibt nur noch ein Feind: *England*.“ In diesen frühen Sommerwochen, der Krieg hatte gerade 10 Monate gedauert und die deutschen Truppen hielten sieben europäische Länder besetzt, schwoll den deutschen Spießern aller Färbungen – von dunkelbraun bis schwarz-weiß-rot – der Kamm gewaltig. Vor Wochen noch hatten sie befürchtet, es werde der Krieg im Westen womöglich ähnlich jenem ein Vierteljahrhundert zuvor verlaufen und sich wie damals aus dem Bewegungs- ein Stellungskrieg entwickeln. Nun standen die deutschen Divisionen an der Atlantikküste bis zur spanischen Grenze. Das Sprungbrett auf die britischen Inseln schien geschaffen und ungeduldig wurde erwartet, dass die Invasion begänne und der Endsieg in dem gleichen Tempo erkämpft würde wie der Triumph auf dem Festland. Im Judenhaus in der Dresdener Caspar-David-Friedrich-Straße schrieb Victor Klemperer wenige Tage nach der Kapitulation Frankreichs: „Im Volk die absolute Gewissheit des raschen Enderfolges noch vor dem Herbst.“ Tage später hörte er an einer Haltestelle ein Gespräch zweier Frauen, von denen die eine auf die Frage, was sie von ihrem Jungen höre, antwortete: „Vor acht Tagen Gutes. Sie freuen sich auf England.“ Am 24. Juli notiert er: „Das Volk erwartet mit Gewissheit die Landung, Zerstörung Londons, Frieden in wenigen Wochen.“

Auch in den Tagebuchnotizen zweier an verschiedenen Plätzen stehender deutscher Konservativer, die beide nicht gerade inmitten des Volkes lebten, lässt sich von dieser Stimmung lesen. Ulrich von Hassell schrieb am 10. August: „Der Spießer ist schon wieder ungeduldig, dass England noch nicht niedergekämpft ist! Und in der Masse überwiegt bei weitem die Friedenssehnsucht (und die Angst vor einem zweiten Kriegswinter) alles andere.“ Und der Staatsekretär im Ministerium für Auswärtiges, Ernst von Weizsäcker, hatte schon einen Monat vorher, am 14. Juli notiert: „Die deutsche Bevölkerung ist – auch unter der Wirkung der nächtlichen Luftangriffe – ungeduldig, wann eigentlich nun England drankomme. Wir sind in der Mitte Juli. Soll es zum Landen kommen, so sei es bald an der Zeit. Dass England geschlagen wird, bezweifeln wieder nur einige Spezialisten.“

An der Spitze des Regimes hatten für den Fall eines Sieges über Frankreich, der in diesem Tempo nicht erwartet worden war, fixe Pläne für die Weiterführung des Krieges nicht existiert. Nun begannen die Erörterungen über das weitere militärische und politische Vorgehen. Bald aufgegeben werden musste die Hoffnung, dass Großbritannien unter Verzicht auf weitere Kampfhandlungen zu einem Friedensschluss, worunter die deutschen Imperialisten doch eine Unterwerfung verstanden, sich bereit erklären werde. Diese Hoffnung ließ sich nur an die Wirkung eines erneuten militärischen Erfolgs knüpfen, der entweder Winston Churchill, den Premier, zum Einlenken zwang – „Es muss noch ein Keulenschlag dazu kommen“, meinte von Weizsäcker – oder an einen Wechsel in der Londoner Regierung, also einem Sturz Churchills.

Das jedoch war ein Hirngespinst. Blieb die Invasion und die Eroberung. Das Vorhaben war in aller neueren Geschichte beispiellos. Seit den Kriegen der Normannen gegen die Angelsachsen, und die lagen rund 900 Jahre zurück, hatte kein Krieger einer fremden Macht seinen Fuß auf die Insel gesetzt. Napoleon war bis Moskau gekommen, aber nicht mit einem einzigen seiner Soldaten über den Kanal. Im deutschen Hauptquartier existierten und regten sich freilich nicht nur beim Blick in die Vergangenheit Bedenken, sondern mehr noch bei dem auf die eigenen Kräfte, namentlich die der Kriegsmarine. Dennoch ergingen mit Hitlers Unterschrift im Juli Weisungen, die Landung vorzubereiten, ohne dass dies schon eine definitive Entscheidung bedeutet hätte. Als unerlässliche Voraussetzung des Unternehmens galt im Oberkommando der Marine, dass die Luftwaffe die absolute Herrschaft errungen haben würde und die Seestreitkräfte und die Transportflotte vor Angriffen der Royal Air Force gesichert wären. In den Worten des deutschen Oberkommandos lautete die am 16. Juli formulierte Forderung, es müsse die britische Luftwaffe „moralisch und tatsächlich soweit niedergekämpft sein“,

so dass von ihr „keine nennenswerte Angriffskraft dem deutschen Übergang“ entgegengestellt werden könne.

In Görings Luftwaffenstab herrschte zu dieser Zeit nach den weit überschätzten Erfolgen in Polen und im Westfeldzug ein Zustand, der sich mit einem Wort charakterisieren lässt: Größenwahn. In diesen Kreisen sei man voller Zuversicht, vermerkte von Weizsäcker am 21. Juli: „einer sagte mir, wir würden England in 14 Tagen zerhacken.“ Und das war keine beiläufige und untypische Äußerung. Vordem schon, am 11. Juli, hatte eine Eintragung im Kriegstagebuch des Generalstabschefs des Heeres, Franz Halder, gelautet: „Dauer für das Niederschlagen der (britischen) Luftwaffe 14 bis 28 Tage.“

Im August begannen die Verbände der Luftwaffe mit dem strategischen Luftkrieg gegen das Inselreich. Tag für Tag lasen und hörten die Deutschen im Wehrmachtsbericht von den Attacken, die, nur manchmal abgelöst von Erfolgsmeldungen der U-Boote, stets den ersten Platz der Nachricht besetzten. Mitgeteilt wurde, dass Ziele in Mittel- und Südengland beständig bombardiert würden und zwar Industriebetriebe, vorzugsweise Flugzeugfabriken und Werke, die zu ihren Zulieferern gehörten, Flugplätze, Hangars, am Boden befindliche Maschinen, Tanklager, Hafenanlagen – ausnahmslos, wie stets betont wurde, militärische oder kriegswichtige Einrichtungen. Diese Wehrmachtsberichte, die fortgesetzt die Orte und Anlagen benannten, gegen die sich die Bombenabwürfe richteten und, ohne die eigenen zu nennen, zudem übertriebene Zahlen der Verluste der britischen Luftwaffe angaben, nährten in de Bevölkerung die Erwartung, dass die Invasion bald stattfinden werde.

Davon sprachen auch die Geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Der Text mit dem Datum vom 29. August begann so: „Die Hoffnungen auf einen baldigen Großangriff auf England sind wieder gestiegen. Immer mehr festigt sich die Überzeugung, dass es nicht lange dauern könne, bis die uneingeschränkte Luftherrschaft über England hergestellt sei und die englischen Einflüge nach Deutschland aufhören.“ Wie hier vermerkt, verband sich die Vorstellung vom erfolgreichen Landkrieg auf der Insel nicht nur mit dem Gedanken an den Endsieg, sondern nun auch mit dem vom Ende der Fliegeralarme, die über die Sirenen ausgelöst wurden, wenn sich britische Flugzeuge einer deutschen Stadt näherten und deren Einwohner in die Luftschutzräume befahlen.

Tatsächlich war in den Sommermonaten eine Entwicklung eingetreten, auf die die übergroße Mehrheit der Deutschen nach dem bisherigen Kriegsverlauf nicht vorbreitet war. Zwar befand sich seit dem 3. Juni, als die Flucht des britischen Expeditionskorps von Dünkirchen aus abgeschlossen war, kein britischer Soldat mehr auf dem Kontinent, ausgenommen in Gibraltar und deutschen Lagern für Kriegsgefangene, doch Nacht für Nacht erschienen britische Kampfflugzeuge über dem Reichsgebiet. Nahezu jeder Wehrmachtsbericht enthielt an seinem Schluss Mitteilungen darüber, eine Mischung allgemeiner Angaben und selbst lächerlicher Details. Als „Räume“ über denen die gegnerischen Verbände aufgetaucht waren, wurden Nord- und West-, seltener Südwestdeutschland angegeben. Mit den Namen von Gegenden und Städten hielten sich die Verfasser zurück. In dem Vierteljahr von Junianfang bis Augustende wurden genannt: Kiel, Hamburg, Wilhelmshaven, das Rhein-Ruhrgebiet, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Oberhausen, Bochum, Bielefeld, Offenburg a. M., die Ostseeküste, Hannover, eine westdeutsche Stadt, zwei südwestdeutsche Städte, verschiedene Orte. Am 22. Juni wurde das erste Mal die Umgebung Berlins genannt. Immer seien nicht militärische Anlagen das Ziel gewesen, was nachdenkende Deutsche mindestens in Zweifel setzen mussten, als mitgeteilt wurde, dass ein solcher Angriff den Leunawerken gegolten habe, woraus zu entnehmen war, dass mittlerweile auch Mitteldeutschland in das Zielgebiet der Royal Air Force geraten und für ihre Verbände erreichbar war.

Es wäre „ohne“, „ohne nennenswerte“, mit „geringen“ oder „nur geringfügigen“, bei „unbedeutenden“, ohne „wesentliche Schäden“ oder auch bei „im allgemeinen unwesentlichen Schäden“ abgegangen, wurde mitgeteilt. „Kein militärischer Schaden“, aber „Flur- und Gebäudeschaden“, „Sachschäden“, sei bei den „üblichen Einflügen“ durch planlose Abwürfe entstanden. Nur ein einziges Mal, am 2. August lautete die Angabe, in Köln wurde „beträchtlicher Häuserschaden“ angerichtet. Mitunter war die Zahl der zu Tode Gekommenen angegeben – 18, 8, 4, dann auch einige, mehrere, zahlreiche, elf Kinder, 3 Frauen, 1 Mann, eine Familie, Polizisten, Zivilisten, französische Kriegsgefangene. Als zerstört oder beschädigt wurden gemeldet zweimal eine Dorfkirche, Wohn- und Bauernhäuser, ein Bauerngehöft, ein bäuerliches Anwesen, ein Gasthaus, eine Scheune.

Insgesamt war diese Berichterstattung in Inhalt und Wortwahl darauf angelegt, in der in ihrer übergroßen Masse von den Angriffen und Alarmen unbetroffenen deutschen Bevölkerung keine Unruhe auszulösen, insbesondere auch nicht unter den Soldaten der Wehrmacht, die sich beim Lesen der offiziellen Berichte, wenn es ihre Familien betreffen konnte, fragten, ob das geschehen sei. Trotz aller Verschleierungskünste wurde das nicht erreicht. Dazu trug dann vor allem die Meldung vom 26. August bei, die besagte, dass die britische Luftwaffe zum ersten Mal Berlin erreicht und am Stadtrand Bomben abgeworfen habe. Drei Tage später wurde von Bombenabwürfen auf Wohnviertel der Reichshauptstadt berichtet. Tags darauf von solchen in der Innenstadt und in Arbeitervierteln. Am 2. September formulierten die Informanten des Sicherheitsdienstes über das Echo in er Stimmung der „Volksgenossen“ so: “Von den allnächtlichen Einflügen britischer Bomber bis weit in das Innere Deutschlands hinein nimmt die Bevölkerung mit einer gewissen Verwunderung Kenntnis, da man überwiegend der Ansicht war, dass die deutsche Abwehr zumindest Einflüge in größerer Zahl verhindern könne. Besonders die Angriffe auf Berlin haben im ganzen Reichsgebiet beträchtliches Aufsehen erregt, weil man der festen Überzeugung war, dass kein einziges Flugzeug das Stadtinnere erreichen könne. Dabei erinnert sich die Bevölkerung früherer Verlautbarungen, wonach es den feindlichen Fliegern nicht gelingen würde, Berlin anzugreifen.“

Auf die Beruhigung der Bevölkerung hatte schon Wochen vorher im OKW-Bericht vom 20. Juni ein lapidarer Satz gezielt: „Die deutsche Luftwaffe hat nunmehr mit der Vergeltung gegen England begonnen.“ Keine spätere Mitteilung half, daran eine bestimmte Vorstellung zu knüpfen. Der informierte von Weizsäcker hingegen vermerkte noch am 10. August: „Vor dem Zerstören englischer Städte scheuen wir noch, um nichts psychologisch Unheilbares zu tun, vielleicht auch, um Gegenaktionen auf deutsche Städte nicht unnötig zu provozieren.“ Die Notiz bezeugt zum einen das Wissen, dass die britischen Attacken nicht von jener barbarischen Natur waren, die dem Oberkommando der deutschen Luftwaffe vorschwebten und die bei Angriffen im Verlauf des Augusts auf Liverpool auch bereits erreicht war. Zugleich belegt die Notiz, dass in der Naziführung jede moralische Hemmung fehlte, zu einer Luftkriegsführung überzugehen, deren politisches Ziel darin bestand, die britische Zivilbevölkerung derart zu demoralisieren, dass sie die Regierenden unter Druck zu setzte, damit sie nach Frieden verlangten.

Die Rücksichten fielen durch Entscheidungen an der Wende vom August zum September. Hitler selbst gab sie öffentlich bekannt. Am 4. September sprach er zur Eröffnung des 2. Kriegswinterhilfswerkes im Sportpalast in Berlin-Schöneberg, der für solche Auftritte bevorzugten Halle, die 10.000 Menschen fasste. Dem „Führer“ war offenkundig klar, dass das Warten auf die Landung in Großbritannien und das Auftauchen britischer Bomberverbände am deutschen Nacht- und mitunter selbst am Taghimmel an den Nerven der „Volksgenossen“ zu zehren und zerren. Im Kern hatte es das Regime ungeachtet seiner erstaunlichen militärischen Erfolge mit der ersten Stimmungskrise seit Kriegsbeginn zu tun. Dagegen zog Hitler alle Register der Demagogie. Er sparte mit keiner gegen England gerichteten Drohung. Die gipfelten in der Ankündigung, es würden die britischen Städte nun zur Vergeltung „ausradiert“ werden. Höhnend entgegnete er auf die angeblich in Groß0britannien gestellte Frage, warum er nicht komme: „Beruhigt Euch, er kommt!“

Das war die erste in eine Serie hasserfüllter Reden Hitlers gegen die Briten, die in Wahrheit die Ratlosigkeit der Führung über das eigene weitere Handeln vernebelten. Für den Moment aber schien erreicht, was gewollt war. Die Sicherheitsleute schrieben am Tage danach, dass der Auftritt Freude, Begeisterung und Zuversicht hervorgerufen und einen tiefen Eindruck hinterlassen habe. Das gelte insbesondere für die Ankündigung des Kommens des „Führers“, die wie die ganze Rede zu dem Schluss geführt habe, „dass es auf jeden Fall zu einem Großangriff komme, und dass dieser Angriff auch bald erfolge.“. Die Schläge der Luftwaffe werde England keine vier Wochen mehr aushalten können „Immer mehr verbreitet sich die feste Hoffnung, dass der Krieg noch in diesem Jahre zu Ende gehen werde.“

Der Vorsatz, nun planmäßig die britische Zivilbevölkerung moralisch zu zermürben, konzentrierte den Blick auf die Hauptstadt. Nachdem im August und bis Anfang September von Bombardements militärischer Anlagen in der Nähe Londons berichtet worden war, änderte sich das in der Nacht vom

5. zum 6. September und in den folgenden Tagen. Der OKW-Bericht des 7. September teilte unter Berufung auf den „wahllosen Bombenabwurf auf nichtmilitärische Angriffe der Berliner Innenstadt“ mit: „Die deutsche Luftwaffe ist daher dazu übergegangen, nunmehr auch London mit starken Kräften anzugreifen.“ Der Text des folgenden Tages ließ dann keinen Zweifel mehr, was unter der „persönlichen Leitung“ Görings verübt wurde. Der Bombenhagel aller Kaliber traf „Speicher, Kraft-, Wasser- und Gaswerke, sowie Arsenale, Fabriken und Verkehrseinrichtungen“. Er wurde als „Vergeltung“ bezeichnet.

Von nun an wurde an jedem Septembertag von der Wucht dieser Angriffe berichtet. Nicht nur in offiziellen Texten. Kriegsberichterstatter, die in den deutschen Flugzeugen mitflogen, belieferten die Filmwochenschauen mit Bildberichten, andere schilderten das verheerende Geschehen in Rundfunksendungen oder in der Presse. Die deutschen Zeitungen publizierten Fotos von der brennenden Stadt an Themse. Bertolt Brecht im fernen Finnland fügte die Bildzeugnisse dieses Kriegsterrorismus, entnommen einer Ausgabe der Berliner Illustrierten, in die Seiten seines Arbeitsjournals. Und die in Wort, Schrift und Bild bestens unterrichteten „deutschen Volksgenossen“? Über das sich da zeigende Echo gab der Sicherheitsdienst am 16. September dieses Bild: „Die Vergeltungsflüge gegen England sind nach wie vor das Hauptgesprächsthema aller Bevölkerungsschichten. Obwohl sich alle Volksgenossen darüber klar sind, dass diese fortgesetzten Bombenabwürfe auf England die restlose Zerschlagung des Gegners mit sich bringen werden, geht es vielen, die sich durch die fortsetzten Niederträchtigkeiten englischer Flieger in einen grenzenlosen Hass gegen England hineingesteigert haben, noch immer nicht schnell genug. Wenn auch allgemein die Stimmung zuversichtlich ist, so kommen doch vereinzelt schon wieder Zweifel auf, dass der Krieg in diesem Jahr zu Ende gehen werde. Man äußert in diesem Zusammenhang, dass, wenn ein baldiges Kriegsende erreicht werden solle, mit der Rücksichtnahme gegenüber der englischen Zivilbevölkerung aufgehört und nicht nur militärische Ziele angegriffen, sondern systematisch die englischen Städte in Schutt und Asche gelegt werden müssten.“ Mochte nicht jeder ausdrücklich das „Immer feste druff“ billigen, so war der Masse das mörderische Geschehen doch gleichgültig, ausgenommen die daran genährte Erwartung, dass mit ihm der Siegfrieden bewirkt werde.

Zu diesem Zeitpunkt aber hatten in besser unterrichteten Kreisen bereits zunehmend Zweifel um sich gegriffen. Mit dem nahen Herbst verschlechterten sich im Verlauf des Septembers die Witterungsbedingungen für den Einsatz der Luftwaffe. Es sprach sich herum, dass Landungstermine mehrmals verschoben worden waren und so erfuhr auch der Staatsekretär gegen Monatsmitte: „Die Militärs, die orientiert sein könnten, glauben aber gar nicht ernstlich daran, dass die Landung befohlen werden wird.“ Am 17. September wurde sie dann „bis auf weiteres“ verschoben, was bedeutete, dass der Plan aufgegeben war. Einen knappen Monat später wurde dieser Entschluss bestätigt. Die Luftherrschaft hatte sich nicht erringen lassen. Also stellte sich die Frage neu, wie dann ein Endsieg vorstellbar und zu erreichen war. Die verschiedensten Projekte kamen in schwang. Die Besetzung Gibraltars, ein Feldzug zur Eroberung Ägyptens und weitere. Jedoch ließ die Verlagerung der Kriegshandlungen an die Peripherie wenig Hoffnung auf die Erreichung des Endziels, zum wenigsten in einer kurzen Frist. Und von Hassell wusste, noch bevor die Phase der Luftschlacht um England beendet war, die Voraussetzungen für die Invasion schaffen sollte, dass Hitler „für den Fall; dass ein durchschlagender Erfolg gegen England nicht möglich ist, für das Frühjahr 1941 den Angriff gegen Russland ins Auge fasst.“ (Eintragung vom 10. August 1940) Fünf Tage vorher hatte von Weizsäcker seinem Tagebuch seine Gedanken über den möglichen weiteren Kriegsverlauf so anvertraut: „Wie ähnlich die heutige Entwicklung der napoleonischen ist, würde wirklich sinnfällig werden, wenn wir die Landung in England mit allen Mitteln aber mit halbem Herzen vorbereiteten, um dann Kehrtwendung nach Osten zu machen und in eine lange Hängepartie gegen England einzutreten.“ Der Fall trat ein. Nur was folgte, war mit dem aus dem Schachspiel entlehnten Begriff nicht getroffen.

Die Zitate entstammen: Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995; Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich, Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 5, Herrsching 1984; Die Wehrmachtsberichte 1939-1945, Bd. 1, München 1985; Die Hassell-Tagebücher 1938-1944, Berlin 1998, Die Weizsäcker Papiere 1933-1950. Hrsg. von Leonidas E. Hill, Frankfurt a. M. 1974.

Marxismus und Stalinismus oder Rehabilitierung und Kritik des realen Sozialismus

Warum ein weiteres Buch über ein Thema, zu dem bereits eine kaum noch überschaubare Literatur existiert? Zeit meines bewussten Lebens mit der Theorie des Marxismus befasst und viele Jahrzehnte an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR aktiv beteiligt, bleiben mir – und nicht nur mir – trotz der Literaturfülle immer noch zu viele Fragen der Geschichte des Marxismus und des Sozialismus nicht hinreichend geklärt, um den Zusammen-bruch und Untergang des sozialistischen Gesellschaftssystems in der Sowjetunion und den europäischen sozialistischen Ländern als eine unvermeidliche oder aber auch vermeidbare Konsequenz von Fehlentwicklungen und Entartungserscheinungen zu begreifen, die mehr oder weniger mit dem Wirken Stalins und der Stalinschen Führungsgruppe verbunden sein sollen. Allzu viele einfache Urteile von der Art. Stalin und seine Politik trage die Schuld am Zerfall des Sozialismus, oder umgekehrt, die Verurteilung Stalins durch Chruschtschow und die Abwendung von dessen Politik hin zum Revisionismus sei die wahre Ursache des Untergangs, denn damit begann die Zersetzung und Auflösung des Sozialismus, die schließlich zur Konterevolution und Wiederherstellung des Kapitalismus unter Gorbatschow und Jelzin führte. Allzu vieles wird in sehr einfache Kategorien eingeordnet, mitunter werden Ursachen und Wirkungen verwechselt, und eine ausschlaggebende Rolle spielt hierbei der „Stalinismus“, der häufig als universelle Erklärung für das Geschehen herhalten muss, und zwar sowohl bei Freunden wie Feinden des Sozialismus. Legenden über und um Stalin sind entstanden, positive verherrlichende wie negative verurteilende, die geglaubt oder verworfen werden, doch erklären können sie das historische Geschehen keineswegs, denn sie sind selbst auch nur ein Produkt und Element dieses geschichtlichen Prozesses. Die Meinungen darüber, was unter diesem Stalinismus zu verstehen sei, gehen weit auseinander, und überzeugende Erklärungen seines Ursprungs, seines Wesens, seiner Erscheinungsformen und seiner Wirkungen in der Geschichte des Marxismus und des Sozialismus fehlen nach wie vor oder sind unbefriedigend.

Ich hatte Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit Arbeiten an dem Thema „Dialektik des Sozialismus“ begonnen, mich dieser Problematik zuzuwenden und in einigen längeren Abhandlungen zur Theorie des Sozialismus und zur Gesellschaftsstrategie der SED versucht, eine kritische Bilanz der Entwicklung des Sozialismus in der DDR zu ziehen. Dabei formulierte ich weitreichende Vorschläge für eine grundlegende Veränderung der damaligen Politik der Honecker-Führung, da mir zunehmend klar wurde, dass die sozialistische Gesellschaft der DDR bei Weiterführung des bisherigen Kurses der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ihre Lebenskraft und Entwicklungsfähigkeit verlieren würde. Dadurch geriet notwendigerweise auch das von Stalin geprägte sowjetische Sozialismusmodell in den Fokus, an dem sich auch die Politik der SED weitgehend orientierte, und ich unterzog es einer ersten Kritik. Diese Arbeiten konnten damals – abgesehen von einem entschärften Artikel in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ Heft 7/1988 – nicht veröffentlicht werden. In einem Artikel „La crise du Marxisme et du Stalinisme“, der in Heft 1/1992 der französischen Zeitschrift „Les Études Philosophiques“ erschien, behandelte ich einen Teilaspekt dieser Problematik. Ausführlicher habe ich meine Auffassungen dann in dem Buch „Innenansichten als Zeitzeugnisse. Philosophie und Politik in der DDR“ (2008) dargelegt. Wenn das auch Schritte auf dem Weg zur Erkenntnis wichtiger Zusammenhänge und Prozesse in der Geschichte des Marxismus und des Sozialismus waren, blieben sie doch noch sehr unvollständig und wenig befriedigend. Daher betrachte ich das tiefere und umfassendere Studium dieses schwierigen Problemkomplexes nach wie vor als eine wichtige Aufgabe, an der ich mich weiter beteiligen möchte.

In der bürgerlichen Literatur dominiert der Gebrauch des Begriffs *Stalinismus* meist als politisch-ideologisches Schlagwort, das unbekümmert als *Synonym für Sozialismus* gilt, um diesen generell zu diskreditieren. In der marxistischen Literatur und in der sozialistischen Bewegung gehen die Auffassungen darüber extrem auseinander. Während manche Autoren das sozialistische Gesellschaftssystem generell mit dem Stalinismus identifizieren, lehnen andere diese Begriffsbildung grundsätzlich ab, weil sie in der Geschichte des realen Sozialismus keine Grundlage für einen sinnvollen Gebrauch erkennen können und darin lediglich die feindliche Haltung gegenüber dem Marxismus und dem

Sozialismus überhaupt sehen. In der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation wie auch in einigen anderen Kommunistischen Parteien gibt es starke Bestrebungen, in der Auseinandersetzung mit der „Geheimrede“ Chruschtschows auf dem XX, Parteitag der KPdSU von 1956 sowie der anschließenden Politik der KPdSU und auch mit Gorbatschows „Neuem Denken“ Stalins theoretische Auffassungen und seine praktische Politik weitgehend zu rechtfertigen und zu verteidigen. Das sollte nicht von vornherein als bloße Apologetik abgetan werden, denn nicht wenige Argumente sprechen dafür, dass die Enthüllungen Chruschtschows teilweise sehr subjektiv sind, objektive Sachlichkeit vermissen lassen und offensichtlich auch der eigenen Rechtfertigung dienten. Dabei ist das theoretische Niveau dieser Abrechnung mit dem „Personenkult um Stalin“ nur als primitiv zu bezeichnen, weil sie nicht einmal elementaren Anforderungen einer marxistischen Analyse genügt. Das ist allerdings weniger Chruschtschow anzulasten, der kein Theoretiker war, sondern mehr dem eigentlichen Verfasser dieser Anklage, dem Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU Pospelow, der die Fakten im Auftrage Chruschtschows zusammengestellt hat, ohne dabei auch nur im Geringsten auf die sozialen, politischen und ideologischen Grundlagen und Zusammenhänge einzugehen.

Dass die politische Weisheit der Nachfolger Chruschtschows, insbesondere Breschnews, sich weitgehend darauf beschränkte, mit einer moderaten Restalinisierung den Status quo mehr oder weniger zu stabilisieren, ohne der Gesellschaft neue Entwicklungsimpulse zu verleihen, wurde sehr bald an dem quälenden Zustand der *Stagnation* sichtbar, in welchen die Sowjetunion immer tiefer hineingeriet. Die ökonomische Politik wurde zunehmend von dem *militär-industriellen Komplex* geprägt, dessen Hauptsorge die Sicherung des *militärstrategischen Gleichgewichts* mit der Militärmacht des Imperialismus auf ständig wachsendem Niveau wurde. Dies führte zu einer Rüstungsspirale, welche die Sowjetunion ökonomisch überforderte, so dass die Stagnation sich allmählich in einen ökonomischen und sozialen Niedergang mit äußerst negativen politischen und ideologischen Konsequenzen verwandelte.

Nach dem Machtantritt Gorbatschows, der mit der Hoffnung auf eine Wende zum Besseren verbunden war, zeigte sich allerdings sehr bald, dass seine theoretischen Auffassungen und die Politik der sogenannten sich zunehmend vom Marxismus entfernten und zum Zerfall der sozialistischen Gesellschaft führten, wenn auch kaum anzunehmen ist, dass Gorbatschow von vornherein auf ein solches Ziel zusteuerte. Dass er schließlich als *Renegat* endete und *Marxismus wie Sozialismus verriet*, ist wohl mehr eine Konsequenz seiner verfehlten Politik und des Scheiterns als bewusste Planung, wenn er auch hinterher behauptete, sein wahres Ziel sei schon lange die „Abschaffung des Kommunismus“ gewesen.

Aus diesen Tatsachen und Überlegungen folgen allerdings nicht automatisch die Richtigkeit der Auffassungen und der Politik Stalins und eine Rechtfertigung des Stalinismus. Aber schon sie fordern unbedingt dazu heraus, den vielen unklaren Problemen tiefer auf den Grund zu gehen und eine objektivere, vorurteilsfreie, von den Prinzipien der marxistischen Dialektik und des historischen Materialismus geleitete gründliche Untersuchung der Gesamtproblematik in ihrer historischen Entwicklung anzustellen.

Was kann ein weiteres Buch angesichts dieser Umstände leisten, um die Geschichte des realen Sozialismus besser zu verstehen, ihn nicht einfach auf einen misslungenen Versuch zu reduzieren, sondern seine Entstehung und Entwicklung als berechtigte historische Alternative zum Kapitalismus zu begreifen und auch seinen Untergang zu erklären?

Mein Anliegen kann nicht sein, diese Geschichte anhand einer genauen und detailgetreuen Analyse und Beschreibung der Fakten in einer Gesamtdarstellung nachzuzeichnen, denn ein solches Vorhaben überfordert die Kräfte eines Einzelnen und wäre nur von einem großen Kollektiv zu bewältigen. Solche Darstellungen gibt es bislang nur für Teilaspekte der Problematik, aber gerade im Hinblick auf die mich interessierenden Fragen erscheint mir ihr wissenschaftlicher Wert begrenzt, weil sie meist stark *tendenziös* sind, entweder im stalinistischen oder umgekehrt im antistalinistischen Sinne. Meine Bemühungen sollen mehr darauf gerichtet sein, diese *vereinfachte Frontstellung* zu überwinden, und

zwar durch eine *Analyse wesentlicher Zusammenhänge zwischen marxistischer Theorie des Sozialismus und praktischer Politik der Kommunistischen Partei und ihrer Führer* bei der Errichtung und Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. Dies soll auf dem Wege erfolgen, dass die sich im Verlauf dieses Prozesses fortwährend verändernden *Wechselwirkungen von objektiven und subjektiven Faktoren* allseitiger und differenzierter untersucht werden. Zwischen ihnen gibt es keine statische, immer gleichbleibende Beziehung, sondern einen aktiven dialektischen Wechselwirkungsprozess, in dem sich sowohl das *geschichtliche Subjekt* als auch die *objektiven Bedingungen* im Verlauf der Entwicklung ständig ändern, wobei Subjektives sich objektiviert und die dadurch veränderten objektiven Bedingungen ihrerseits Handlungsmöglichkeiten sowie Denken und Agieren des Subjekts verändern und determinieren. Hier genügen auch nicht die üblichen allgemeinen Aussagen über das dialektische Wechselverhältnis von Objektivem und Subjektivem, denn dieses historische Subjekt der im Entstehen begriffenen sozialistischen Gesellschaft ist keine monolithische Einheit, sondern ein reich gegliedertes und widersprüchliches Ganzes, in dem nicht alle Individuen die gleiche Rolle spielen und das sich außerdem auch noch verändert und entwickelt. Wenn auch alle Mitglieder der Gesellschaft in dieser oder jener Weise als Akteure auf der Bühne des historischen Dramas agieren, kommt doch der relativ kleinen Gruppe der *Führungs- und Leitungskräfte der Partei und des Staates* eine besondere Bedeutung zu. Denn sie sind es, welche die Richtlinien der Politik festlegen, und sie verfügen über die Machtmittel der Partei und des Staates, mit deren Hilfe die Tätigkeit der Klassen und Schichten der Bevölkerung organisiert und geleitet wird, und sie beeinflussen auch die Einstellungen und das Denken der Menschen am stärksten. Um tiefer in das Wesen und Verhalten dieser subjektiven Seite der Geschichte einzudringen, ist es auch notwendig, *sozialpsychologische* und *individualpsychologische Aspekte* zu beachten. Wie haben diese Personen der Führungsgruppe die jeweils gegebenen Bedingungen und die daraus hervorgehenden objektiven Möglichkeiten subjektiv wahrgenommen und beurteilt? Von welchen *Erkenntnissen, Ideen und Zielen* ließen sie sich leiten, was waren die bestimmenden *Motive* ihrer jeweiligen Entscheidungen und Handlungen und wie haben sie diese theoretisch begründet? Welche unterschiedlichen Auffassungen und ideologischen Diskussionen gab es darüber unter ihnen und wie wurden diese ausgetragen? Nicht nur ihre politischen Erfahrungen und ihr theoretisches Wissen, sondern auch ihre *Charaktereigenschaften* und individuellen Bestrebungen spielten dabei zweifellos eine nicht zu unterschätzende Rolle, vor allem bei den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Führungspersonen und Gruppierungen. Denn nicht immer ging es nur um sachliche Differenzen bei der Beurteilung komplizierter Probleme und Situationen oder um „Abweichungen“ von der „Generallinie“ der Partei, sondern oft genug auch um persönliche Ambitionen, Antipathien und sogar hasserfüllte Feindschaften. Was waren dabei die bestimmenden Ursachen dafür, dass bestimmte Konzeptionen sich durchsetzen konnten, während andere unterlagen? Welche Rolle spielt dabei die Tatsache, dass der allergrößte Teil der nach Lenins Tod in die Kommunistische Partei eingetretenen Mitglieder über keine nennenswerte theoretische und politische Bildung verfügten? Nicht unwichtig ist auch, wie die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft im Verlauf der sozialen Umgestaltungen auf die Entscheidungen und die politischen Aktionen der Führung reagierten und welche Rückwirkungen das wiederum auf die Festlegung der weiteren Politik hatte.

Ein wichtiger Problemkomplex ist mit der am Beginn der ganzen Entwicklung stehenden Frage verbunden, ob in dem rückständigen Russland, das in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht noch unterentwickelt war, überhaupt eine sozialistische Revolution und dann auch der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft möglich war. In der Kontroverse mit Kautsky entwickelte Lenin den grundlegenden Gedanken, dass dieser Zustand Russlands unter den damaligen geschichtlichen Bedingungen und Umständen, wie sie durch den imperialistischen Krieg und seine Folgen für das zaristische Regime entstanden waren, kein absoluter Hinderungsgrund sein müsse. Im Gegenteil, gerade dadurch waren günstige Bedingungen für den Aufschwung der Revolution und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat entstanden. Die in der Revolution eroberte Staatsmacht könne als Instrument benutzt werden, um die noch fehlenden Bedingungen des Sozialismus in einer nachholenden Entwicklung selbst zu schaffen, statt viele Jahrzehnte zu warten, bis der weitere kapitalistische Fortschritt des Landes sie hervorgebracht habe. Zugleich könne die Revolution als Zündfunke wirken und weitere revolutionäre Prozesse sozialistischen Charakters auch in den fortgeschritteneren

kapitalistischen Ländern auslösen. Der Sieg der sozialistischen Revolution in solchen Ländern wie Deutschland könnte dann eine enorme Hilfe für das noch rückständige Russland beim Aufbau des Sozialismus sein. Diese These Lenins ist von fundamentaler Bedeutung nicht nur für das damalige Russland, sondern auch für alle infolge Kolonialherrschaft und imperialistischer Unterdrückung zurückgebliebenen Länder. Die Erfahrungen der Sowjetunion liefern ein umfangreiches und zugleich widersprüchliches Faktenmaterial, um die damit verbundenen Probleme konkreter und allseitiger zu studieren. Wenn die Geschichte der proletarischen Revolution und der Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion auch gezeigt hat, dass dieser Weg *prinzipiell* gangbar ist, so hat sie zugleich aber auch auf die zahlreichen damit verbundenen *Widersprüche, Schwierigkeiten und Gefahren* aufmerksam gemacht. Diese Erfahrungen bedürfen daher einer besonders gründlichen Untersuchung, da sie von größter theoretischer und praktischer Bedeutung für alle künftigen revolutionären Umgestaltungsprozesse, vor allem in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, sein können.

Wenn wir dabei nicht – wie meist üblich – bei den allgemeinen Feststellungen stehen bleiben, dass es im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion gelungen ist, solche fundamentalen Aufgaben zu lösen wie die Industrialisierung des Landes, die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine umfassende Kultur- und Bildungsrevolution, sondern auch die *konkreten Wege, die angewendeten Methoden und Mittel* in Betracht ziehen sowie nach der gesellschaftlichen *Effektivität und Akzeptanz* dieser Prozesse fragen, werden wir unvermeidlich auf das Problem des *Stalinismus* zurückkommen müssen. Denn diese unbestreitbaren Erfolge und Fortschritte in der Sowjetunion sind leider mit schwerwiegenden Fehlentwicklungen, Deformationen und Entartungserscheinungen in den Strukturen, den Machtorganen und Funktionsweisen der entstehenden sozialistischen Gesellschaft verbunden, die den Charakter dieses *sowjetischen Modells des Sozialismus* mitgeprägt und ihren Niederschlag auch in der Theorie gefunden haben. Dabei geht es nicht nur um die Dominanz zwangsweiser und gewaltsamer Mittel und Methoden sozialer Umgestaltungen, sondern auch um die fundamentale theoretische Prämisse und darauf beruhende Praxis, die erforderlichen *neuen Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft* in einer weitgehend *autarken*, von der internationalen Weltwirtschaft abgekoppelten *Ökonomie im Rahmen eines Staates* zu schaffen, obwohl der Sozialismus seiner Natur nach höher entwickelte Produktivkräfte verlangt, als sie der *internationale Kapitalismus* hervorgebracht hat. Nur auf ihrer Grundlage kann die höhere Arbeitsproduktivität erreicht werden, welche den Sieg und die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus sichern. Die hier skizzierten Tatbestände haben nicht nur mit der Rückständigkeit Russlands zu tun, sondern auch mit der Politik der Stalinschen Führung, so dass auch in dieser Hinsicht beide miteinander verflochten sind. Auf eine genauere Analyse gerade dieser Zusammenhänge im Russland nach der Oktoberrevolution wird es aber ankommen, um die *allmähliche Entstehung, Ausprägung und Durchsetzung des Stalinismus* im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung der Sowjetunion zu verstehen und seine Wirkungen zu erklären.

Es handelt sich dabei nicht einfach um die plötzliche Usurpation der politischen Gewalt durch eine machtbesessene Person, die nun als „Bösewicht“ ihre Ziele durchsetzt, sondern um die Genese einer *komplizierten geschichtlichen Erscheinung* von vielschichtigem Charakter. Diese wurde zunächst als Syndrom einer übertriebenen Machtkonzentration im Parteiapparat bemerkbar, dessen verschiedene Symptome sich allmählich verfestigten und weiter ausbreiteten, um schließlich die Partei, den Staat und die ganze Gesellschaft wie ein metastasierendes *Krebsgeschwür* in allen ihren Lebensbereichen zu durchdringen. Im Gesellschaftssystem des werdenden Sozialismus konnte sich also infolge ganz bestimmter *historisch einmaliger* objektiver und subjektiver Bedingungen ein *spezifisches Teilsystem* herausbilden, das die normalen Strukturen und Funktionen der entstehenden sozialistischen Gesellschaft – von denen aber niemand à priori sagen konnte, wie sie im Einzelnen beschaffen sein müssten – deformierte, indem es vor allem den *demokratischen Charakter* der Staatsmacht und des Gesellschaftssystems durch die fortschreitende Ausschaltung der Sowjets und die *Machtkonzentration im Parteiapparat* untergrub und schließlich weitgehend beseitigte oder in einen leeren Formalismus verwandelte. Dadurch wurde die normale, den Prinzipien des Marxismus und des Sozialismus entsprechende Struktur der Partei- und Staatsorgane in einer solchen Weise verfälscht, dass daraus schließ-

lich ein *autokratisch-diktatorischer Dirigismus* entstehen konnte, durch den Willkür, Gesetzlosigkeit und Terroraktionen in erschreckenden Ausmaßen möglich wurden. Aber dieses den Sozialismus entstellende *Teilsystem* war keineswegs mit dem viel umfassenderen *Gesamtsystem des Sozialismus* identisch, wenn es auch dessen Charakter erheblich beeinträchtigte, weil es in alle seine Elemente eindringen konnte. Nur dürfen wir dabei nicht übersehen, dass dieser Vorgang kein automatischer Prozess war, der mit Notwendigkeit unabwendbar auf der Grundlage dieser rückständigen Bedingungen erwuchs, sondern das Resultat des Wirkens ganz bestimmter Personen und Gruppen, die auf der Grundlage dieser Bedingungen zusammen mit dem *allgemeinen Ziel,* die revolutionäre Sowjetmacht zu bewahren und die *sozialistische Gesellschaft* in Russland zu errichten, auch ihre *besonderen persönlichen Ziele* verfolgten, und diese mit *Methoden und Mitteln* durchsetzten, die häufig den Prinzipien des Marxismus und der politischen Moral des Sozialismus widersprachen. Das ist – allgemein gesagt – der tiefere Grund, weshalb es in diesem Zusammenhang einerseits um die *Rehabilitierung des realen Sozialismus* gehen muss, aber andererseits auch um eine gründliche *Kritik* an der Gestalt, die er in diesem Prozess erhielt, also in erster Linie an dem *sowjetischen Modell des Sozialismus* und den Methoden seiner Verwirklichung.

Eine Rehabilitierung des Sozialismus ist absolut notwendig, um die in der bürgerlichen Ideologie übliche Verunglimpfung und Diskriminierung der sozialistischen Gesellschaft an angeblich willkürlichen und gescheiterten Irrweg der Geschichte konsequent zurückzuweisen und zugleich auch der resignierenden Auffassung solcher Anhänger des Sozialismus zu begegnen, welche die bisherigen Kämpfe, Bemühungen und Erfahrungen für vergebens und nutzlos halten. Denn erstens ist die historische Notwendigkeit des Übergangs zu einer höheren Gesellschaftsformation durch die sich verschärfenden Widersprüche zwischen den bereits global vergesellschafteten Produktivkräften und den auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen sowie durch die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und daraus folgenden Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft heute mehr denn je begründet. Die sich in den letzten Jahren immer weiter verschärfende Finanzkrise ist keineswegs nur auf den sich vom gesamten kapitalistischen Reproduktionsprozess ablösenden und verselbständigenden Finanzsektor beschränkt, sondern erfasst das kapitalistische Gesamtsystem. Die hilflosen hektischen Reaktionen der Regierungen zeigen, dass es nicht mehr regulierbar ist und mit seinen sozialen Folgen die Menschheit insgesamt in eine Katastrophe manövriert. Zweitens aber hat der reale Sozialismus auch in seiner deformierten Gestalt, die durch rückständige objektive Bedingungen und damit verbundene Fehlentwicklungen und Wirkungen des Stalinismus bedingt war, seine Lebenskraft und Leistungsfähigkeit durchaus in beeindruckender Weise gezeigt. Er hat bewiesen, dass eine Gesellschaft, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln in der Form von Staatseigentum und kollektivwirtschaftlichem Eigentum beruht und die kapitalistische Ausbeutung beseitigt hat, zu gewaltigen *ökonomischen, sozialen und kulturellen Leistungen* fähig ist. Diese kann sogar ein rückständiges Land in relativ kurzer Zeit auf die Höhe der fortschrittlichen Zivilisation führen und damit den Menschen enorme Fortschritte in allen Lebensbereichen bringen. Zugleich haben wir dabei aber auch die Erfahrung machen müssen, dass dieser Weg aus objektiven und damit gekoppelten subjektiven Gründen mit ernsten Fehlern und Gefahren verbunden sein kann. Diese können, wenn sie nicht rechtzeitig *erkannt, korrigiert und überwunden* werden, durch ihre fortschreitende *Kumulation* zu schwerwiegenden Deformationen und Entartungserscheinungen führen. Dadurch können die Lebenskraft und die Entwicklungsfähigkeit dieser sozialistischen Gesellschaft beeinträchtigt, ihr weiterer Fortschritt gehemmt, Stagnation und Zerfall bewirkt werden, und es kann am Ende sogar zu einer besonderen Art „friedlicher“ *Konterrevolution und Restauration des Kapitalismus* kommen. Es ist klar, dass alle mit diesen negativen Seiten und Aspekten der geschichtlich existierenden sozialistischen Gesellschaften verbundenen Probleme gründlich und umfassend analysiert werden müssen, und in diesem Sinne ist auch ihre Kritik unerlässlich. Nur eine kritische Analyse kann bleibende Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem ersten weltgeschichtlichen Versuch herausarbeiten, und für die Zukunft fruchtbar machen. Daher bedingen sich *Rehabilitierung und Kritik des realen Sozialismus* wechselseitig, und es kann dabei nicht um ein *entweder oder* gehen.

In diesem Zusammenhang entsteht auch die Frage, ob in der Entwicklung der Sowjetunion und damit auch in allen sozialistischen Ländern andere *Alternativen* möglich gewesen wären, die zu besseren Resultaten geführt hätten. Abstrakt betrachtet, gibt es in jeder geschichtlichen Entwicklung natürlich Alternativen, denn der Geschichtsverlauf ist niemals eineindeutig determiniert, sondern eröffnet immer ein Spektrum verschiedener Möglichkeiten. Keineswegs musste alles gerade so kommen, wie es dann auch gekommen ist. Es ist allerdings wesentlich komplizierter zu beantworten, *welche konkreten Alternativen* unter den in Russland gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen möglich waren. Diese Frage ist heftig umstritten; sie wird teils bejaht, wobei die Auffassungen und praktischen Vorschläge sowohl der „linken Opposition" in der KPdSU (Trotzki, Sinowjew, Kamenjew u.a.) als auch der „rechten Opposition" (Bucharin, Rykow, Tomski u.a.) als mögliche alternative Wege beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden, aber diese Auffassung wird von den Anhängern Stalins ebenso vehement bestritten, weil sie Stalins Politik für die *einzig mögliche* halten, die zum Erfolg führen konnte. Die Problematik alternative Wege bezieht sich natürlich auch auf *andere sozialistische Länder* in Europa. Hier sind die Erfahrungen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens von Interesse, der versuchte, das Element der Selbstverwaltung der Werktätigen in die Gestaltung des Sozialismus einzubeziehen, ebenso die intensiven Reformbestrebungen der sechziger Jahre in der DDR unter Ulbrichts Leitung und die Versuche der Modernisierung des Sozialismus in der ČSSR, die als „Prager Frühling" bezeichnet wurden. Auch diese Entwicklungen bedürfen einer unvoreingenommenen Untersuchung, denn es waren zweifellos berechtigte Versuche, aus den positiven wie negativen Erfahrungen der Sowjetunion zu lernen und auf neue Bedingungen und Erfordernisse, besonders auch der wissenschaftlich-technischen Revolution, zu reagieren. In einem gewissen Sinne gilt das auch für die Bestrebungen des sogenannten *Eurokommunismus,* die von der KPdSU und auch den Parteien der übrigen sozialistischen Länder meist als *revisionistisch* abgelehnt wurden, aber ungeachtet mancher problematischen und diskussionsbedürftigen Auffassungen insgesamt als Versuch zu werten sind, auf dringende Fragen der sozialistischen Entwicklung Antworten zu finden.

In der Gegenwart bietet die stürmische ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung der Volksrepublik China unter der Leitung der Kommunistischen Partei, die in ihren offiziellen Dokumenten und politischen Erklärungen nach wie vor behauptet, dass das Land sich in der langen *Übergangsperiode zum Sozialismus chinesischer Prägung* befinde, ein besonders wichtiges und vielleicht auch lehrreiches Beispiel, um mögliche alternative Wege unterentwickelter Länder zum Sozialismus zu studieren. Die übliche und vorschnelle Einordnung Chinas in die Kategorie „Kapitalismus mit kommunistischer Diktatur" ist ganz sicher viel zu oberflächlich, um das Wesen dieser tiefgreifenden sozialen Umgestaltungsprozesse des Landes zu verstehen und zu erklären.

Alle diese geschichtlichen Vorgänge und Erfahrungen bedürfen ebenso wie die ihnen zugrunde liegenden theoretischen Konzeptionen einer gründlichen und vorurteilsfreien Analyse, um die Frage nach möglichen Alternativen für den Übergang zum Sozialismus sachlich klären zu können.

Es ist zwar verständlich, dass die mit dem Stalinismus und dem sowjetischen Entwicklungsweg verbundenen gewaltsamen Methoden gesellschaftlicher Umgestaltungen, die gesetzwidrigen Willkürakte, Repressalien und Terrorprozesse, die in einer ihrem grundlegenden Charakter nach sozialistischen Gesellschaft möglich waren, Abscheu und Entrüstung hervorrufen. Doch sollte nichtsdestoweniger klar sein, dass moralische Verurteilungen negativer und übler Teilaspekte einer geschichtlichen Entwicklung von diesen welthistorischen Dimensionen *kein sachlich begründetes Urteil* über den Gesamtprozess, seinen Charakter und seine weltpolitischen Wirkungen ersetzen können. Wollte man die Geschichte der menschlichen Gesellschaft nach diesem mehr emotionalen Muster bewerten, dann müsste sie als eine fortlaufende Kette von blutigen Gewalttaten, von brutalen Terroraktionen, von Massenmorden und von grausamen Kriegen angesehen werden, und die geschichtlich herausragenden Persönlichkeiten – die „welthistorischen Individuen" (Hegel) – als verbrecherische Monster.

Leider ist der *gesellschaftliche Fortschritt* auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der damit verbundenen Klassenspaltung der Gesellschaft bisher in dieser *antagonistischen Form* verlaufen, weil die Furien egoistischer Klassen- und Privatinteressen zu gewaltsamen und brutalen Formen des unvermeidlichen Klassenkampfes und gesellschaftlicher Konflikte treiben,

aber trotzdem hat die Menschheit im Verlauf der Weltgeschichte die heutigen Stufen der Produktion, Zivilisation und Kultur mit allen ihren materiellen und geistigen Errungenschaften erreicht.

Es kann daher für den Erkenntnisprozess durchaus förderlich sein, gewisse Vergleiche mit den großen *bürgerlichen Revolutionen* und auch den grausamen Begleiterscheinungen bei der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft anzustellen, wie der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in Europa oder der kolonialen Unterjochung und Ausplünderung vieler Völker anderer Kontinente. Auch die bürgerliche Gesellschaft hat zahlreiche blutige Irrwege und Umwege bei ihrer Entstehung nicht vermeiden können, und in den revolutionären Kämpfen der progressiven Kräfte gegen die feudal-aristokratische Reaktion und Konterrevolution wurden ebenfalls große Menschenopfer gebracht. Der italienische Historiker Domenio Losurdo ist völlig im Recht, wenn er nicht nur diese historischen Vergleiche anstellt, sondern auch die gegenwärtigen Verbrechen der imperialistischen Mächte und ihrer „demokratischen" Führer gegenüber zahlreichen Völkern an den Pranger stellt, um damit die Heuchelei ihrer moralischen Entrüstung über die Untaten des Stalinismus zu demaskieren. Dass auch der große historische Versuch, in dem rückständigen, nach Lenins Ausdruck noch „halbasiatischen", Russland eine über diesen antagonistischen Charakter des Geschichtsprozesses hinausführende sozialistische Gesellschaft zu errichten, ebenfalls noch in den Strudel von Gewalt und Terror geraten konnte, hat verschiedene Ursachen, die jedoch primär nicht im Charakter des Sozialismus wurzeln. Manche von ihnen sind mit dem geschichtlichen Erbe des Zarismus verbunden, andere mit dem von der zaristischen Konterrevolution provozierten blutigen Bürgerkrieg und dem Interventionskrieg der imperialistischen Mächte gegen die gerade entstandene Sowjetmacht, und nur *ein Teil* hängt mit den spezifischen Bedingungen und Entwicklungen des Sozialismus in der Sowjetunion und dem Wirken der Führungskräfte der KPdSU unter Stalin zusammen. Die Gesamtheit dieser Bedingungen und Umstände muss in Betracht gezogen und differenziert beurteilt werden, wenn wir zu einer sachlichen Bewertung der Geschichte der Sowjetunion und auch der Leistungen ihrer Führungskräfte von Lenin über Stalin bis zu Chruschtschow und Gorbatschow kommen wollen. Denn diese Geschichte bildet trotz aller Zäsuren und Wendungen insgesamt doch eine *Einheit, und ihr Ende ist durchaus auch mit ihrem Anfang verbunden,* wenn es auch völlig unbegründet ist, alle ihre Etappen lediglich vom negativen Endresultat her zu beurteilen oder umgekehrt den Untergang bereits in der Oktoberrevolution programmiert zu sehen. Eine derartige Geschichtsteleologie hat nichts mit dem historischen Materialismus gemein.

Doch ist die wissenschaftlich begründete *Erklärung* dieser geschichtlichen Entwicklung nicht identisch mit der *Rechtfertigung* oder *Verurteilung* der verantwortlichen Personen und ihrer Handlungen, was wohl des Öfteren durcheinandergebracht und verwechselt wird. Die Bewertung historischer Prozesse der Gesellschaftsentwicklung kann nicht nach *zeitlosen moralischen Kriterien* erfolgen, denn diese selbst sind sowohl in ihrem Inhalt als auch in ihren Entstehungs- und Wirkungsbedingungen ein Teil dieser Geschichte. Sie müssen selbst aus der Geschichte erklärt werden, können diese aber nicht erklären. Entscheidendes *Kriterium* kann letzten Endes immer nur sein, ob und wie weit die *produktiven Kräfte der Menschheit* dabei gewachsen sind und welche Möglichkeiten weiteren Fortschritts ihr dadurch eröffnet wurden. Wohl aber unterliegt das Denken und Handeln von geschichtlichen Persönlichkeiten der sozialistischen Gesellschaft und ihrer herrschenden Partei ebenso wie das anderer Gesellschaften auch der *moralischen Bewertung,* denn sie sind für ihre Taten *verantwortlich* und haben sie daher nicht nur *pragmatisch,* sondern auch im Sinne der *politischen Moral des Sozialismus* zu rechtfertigen. Doch die Prinzipien und Kriterien dieser Moral sind weder mit einer abstrakten Ethik im Sinne des „kategorischen Imperativs" Kants noch mit idealistisch oder religiös begründeten Postulaten der gängigen bürgerlichen Alltags- oder Klassenmoral identisch. Sie beruhen vielmehr auf den Erfordernissen des revolutionären Klassenkampfes gegen die Diktatur des Kapitals mit dem *Ziel, eine menschenwürdige sozialistische Gesellschaft* zu schaffen, die zugleich eine *höhere Stufe der Humanität* repräsentieren soll. Aber diese Moral kennt nicht das „jesuitische Prinzip", wonach das höhere *Ziel jedes Mittel rechtfertigt,* wie oft unterstellt wird, denn Mittel, die das Ziel selbst beschädigen oder gar in Frage stellen, sind in der politischen Moral des Sozialismus absolut unzulässig. Daher kann der bloße Erfolg – egal mit welchen Mitteln er erreicht wurde – nicht das entscheidende Kriterium sein. Wird die *zulässige* – sicher schwer zu bestimmende – *moralische Grenze* von

verantwortlichen Führungspersonen der sozialistischen Gesellschaft überschritten, dann müssten sie entschieden zur Rechenschaft gezogen und je nach der Schwere des Vergehens auch von ihren Funktionen entfernt und verurteilt werden. Daher ist auch die *charakterliche Eignung* von Führungspersonen eine nicht unwichtige Frage. Es war aber gerade ein signifikantes Merkmal des *Stalinismus*, dass die politische Moral des Sozialismus im Zeitraum seiner Herrschaft weitgehend missachtet und ihre Maßstäbe zudem pragmatisch verfälscht worden sind.

Gehen wir so an die Geschichte des realen Sozialismus heran, dann gibt es sicher eine sachliche Berechtigung, den gesamten Komplex der spezifischen *Strukturen und Machtmechanismen* samt ihren überwiegend undemokratischen, oft gewaltsamen *Funktionsmechanismen* und Wirkungsweisen, mit ihren *theoretisch-ideologischen Grundlagen* sowie der entsprechenden Mentalität mit ihren Denk – und Verhaltensweisen, welche sich unter den einmaligen Bedingungen Russlands nach der Oktoberrevolution herausbildeten, mit dem Begriff des *Stalinismus* zu bezeichnen. Der Hauptgrund hierfür ist darin zu sehen, dass dieses *System vor allem mit der Person, den theoretischen Auffassungen und der politischen Tätigkeit wie auch den Charaktereigenschaften* Stalins *verbunden ist*, wenn er es auch keineswegs allein geschaffen hat.

Hans Heinz Holz, der als kompetenter Vertreter des Marxismus bekannt ist und sich zweifellos Verdienste um die marxistische Theorie erworben hat, wendet sich in einer ganzen Reihe von Veröffentlichungen allerdings vehement gegen die Verwendung des Begriffes Stalinismus und kommt dabei zu Bewertungen, denen entschieden widersprochen werden muss. So behauptet er: “Stalin ist nicht der Urheber dieses Systems gewesen, dessen Wurzeln weit in die vorsozialistische Zeit zurückreichen. Er hat sich seiner aber bedient und dabei zahllose Opfer und überflüssige Härten in Kauf genommen“. Doch das ist keine Erklärung, sondern erscheint mir mehr als ein Versuch, die Hauptverantwortung Stalins für die Herausbildung dieses dem Sozialismus schädlichen Systems zu verschleiern. Sicher reichen manche Wurzeln bis weit in die vorsozialistische Zeit zurück, aber ein sozialpolitisches *autokratisch-diktatorisches Herrschaftssystem* ist kein Gewächs, das auf natürliche Weise aus seinen Wurzeln sprießt, sondern es wird bewusst unter Nutzung dieser Wurzeln geschaffen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Wirkungsbedingungen dieser „Wurzeln“ durch die erfolgreiche Revolution erheblich eingeschränkt und verändert wurden. Dieses Werk, ein derartiges System unter Nutzung gewisser historischer Wurzeln zu schaffen, hat vor allem Stalin vollbracht, wenn auch keineswegs alleine, sondern unterstützt von einer Gruppe von Gefolgsleuten, die er um sich scharte und ständig vergrößerte. Und dieses System entstand auch nicht spontan und unbewusst, sondern recht *zielstrebig* in der aktiven Auseinandersetzung mit entgegengesetzten Bestrebungen, aber immer in Wechselwirkung mit vorhandenen objektiven und subjektiven Voraussetzungen. Daher wäre es eine *grobe Vereinfachung*, dieses System Stalin *und seinen Charaktereigenschaften alleine* zuzuschreiben, wie es in der Geheimrede Chruschtschows erfolgt. Es ist aber auch eine *unzulässige Verharmlosung*, wenn Holz schreibt, dass Stalin sich seiner nur bedient und dabei „zahllose unschuldige Opfer in Kaufgenommen“ habe. Das suggeriert doch erstens den Gedanken, dieses System sein nach der Errichtung der Sowjetmacht irgendwie von allein aus den alten Wurzeln des zaristischen Herrschaftssystems entsprossen, und da es sich als brauchbar für seine Zwecke erwies, habe Stalin es einfach nur benutzt. Das bietet der marxistische Theoretiker Holz erstaunlicherweise als eine historisch-materialistische Erklärung an. Aber es gehört doch zum ABC der materialistischen Geschichtsauffassung, dass gesellschaftliche Prozesse, Strukturen, Mechanismen usw. nur durch die mehr oder weniger *bewusste Tätigkeit der Menschen* entstehen und wirken; doch für einen derart wichtigen Vorgang in der Entstehung der sozialistischen Gesellschaft sollte das nicht gelten? So leicht können wir uns als Marxisten nicht aus der Affäre ziehen und aus der Geschichte stehlen. Zweitens aber erwecken diese Ausführungen den Eindruck, Stalin sei bei der Denunziation, der Verfolgung, der Verurteilung und Erschießung „unschuldiger Opfer“ mehr ein passiver Beobachter als ein aktiver Täter gewesen. Doch ist es eine erwiesene *Tatsache*, – und zwar unabhängig von den Anklagen Chruschtschows – dass er bei den Opfern aus der obersten Führungsspitze der Partei, des Staates und der Armee die *Entscheidungen über Tod oder Leben immer persönlich getroffen hat*, wenn auch häufig sekundiert von Molotow, Kaganowitsch und Woroschilow.

Holz und eine Reihe anderer Anhänger Stalins berufen sich darauf, dass in revolutionären Perioden bei den harten Kämpfen zur Abwehr der Konterrevolution immer auch unschuldige Opfer zu beklagen waren. Das ist in dieser Allgemeinheit zwar richtig, aber es erklärt in keiner Weise die konkreten Vorgänge in der Sowjetunion, denn die entscheidende Frage ist hier doch, in welcher Zeit und aus welchen Gründen diese unschuldigen Opfer umgebracht wurden und vor allem, um welche Personen es sich dabei handelt. In der Zeit der harten Kämpfe während der Konterrevolution mit ihrem Terror, des Bürgerkrieges und der Militärintervention imperialistischer Staaten nach dem Sieg der Oktoberrevolution, als die Existenz des Sowjetstaates buchstäblich auf des Messers Schneide stand, gab es unvermeidlich viele Opfer, schuldige und unschuldige, darunter aber keine Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei oder des Rates der Volkskommissare, obwohl es damals zwischen ihnen durchaus Meinungsverschiedenheiten, Diskussionen und heftige Auseinandersetzungen gab. In der kritischsten Periode der Sowjetmacht ist es Lenin niemals in den Sinn gekommen, seine Opponenten in der Führung, mit denen er scharfe Auseinandersetzungen hatte, als Feinde zu betrachten und zu behandeln oder gar umbringen zu lassen. Warum gab es diese Opfer aber, nachdem die Konterrevolution längst besiegt war, die entscheidenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Umgestaltungen der Gesellschaft soweit fortgeschritten waren, dass Stalin auf dem XVII. Parteitag der KPdSU (1934) den „Sieg des Sozialismus“ verkündete und bei der Begründung der neuen sozialistischen Verfassung (1936) wie auch in der „Geschichte der KPdSU(B) Kurzer Lehrgang“ (1938) erklärte, die Sowjetunion sein nun in die Periode der „Vollendung des Sozialismus und des allmählichen Übergangs in die höhere Phase des Kommunismus“ eingetreten? Dass es sich dabei um eine enorme Übertreibung und Fehleinschätzung des tatsächlich erreichten Entwicklungslandes handelte, können wir hier beiseitelassen, weil diese Problematik später noch ausführlich erörtert wird.

Weiter erhebt sich die Frage, weshalb die Opfer der von Stalin organisierten „Säuberungen“ und Terrorprozesse nicht in erster Linie irgendwelche Überreste der Konterrevolution und der ehemals herrschenden Klassen waren, sondern Personen aus den höchsten Führungsspitzen der Partei und des Staates, und zwar überwiegend solche, die bereits vor der Revolution aktive Bolschewiki – meist sogar Mitstreiter und Vertraute Lenins – waren und einen entscheidenden Anteil an den erzielten Erfolgen sowohl in der Revolution als auch beim sozialistischen Aufbau hatten. Und warum wurden diese Opfer aus diesen Reihen meist unter Bruch der neuen Verfassung, der geltenden Gesetzlichkeit und auch unter Missachtung des Statuts der Partei verurteilt und erschossen? Das lässt sich mit derart allgemeinen Erklärungen wie Holz sie vorbringt wohl kaum begründen. Diese repressiven und terroristischen Aktionen waren nur möglich, weil sich inzwischen in der Partei, im Staat und in der sozialistischen Gesellschaft das autokratisch-diktatorische Herrschaftssystem Stalins aus seinen Anfängen heraus komplett entwickelt hatte und nun in der Lage war, diese Gesellschaft und ihre Funktionsmechanismen in einem erheblichen Maße zu deformieren und zu missbrauchen, wobei auch sehr subjektiv begründete Interessen Stalins und seiner Führungsgruppe als objektive Erfordernisse des Sozialismus ausgegeben wurden.

Holz aber sieht das ganz anders, denn er meint, dass die Verfolgung unschuldiger Opfer, sogar „treuer Genossen“, aus dem Zustand Russlands, als es durch die Oktoberrevolution zum Sowjetstaat wurde, „leicht herzuleiten“ sei. Daher möchte er auch nicht von „Deformationen des Sozialismus“ sprechen, „denn es gab noch gar keinen Sozialismus, der hätte deformiert werden können“; stattdessen sieht er nur innere Widersprüche und Fehlentwicklungen beim Versuch des Aufbaus des Sozialismus“. Das gibt denn doch einige Rätsel auf, deren Lösung wir vorerst beiseitelassen wollen, weil später auf die Einzelheiten noch ausführlicher zurückzukommen ist. Doch dass dies keine begründete Argumentation, sondern eher bloße Sophistik ist, lässt sich nicht nur leicht „herleiten“, sondern ist nur allzu offensichtlich.

Das gewichtigste Argument gegen die Verwendung des Begriffes Stalinismus ist für Holz aber, dass es sich um einen „antikommunistischen Kampfbegriff“ handele, der lediglich bezwecke, alle Formen des Sozialismus zu diffamieren, weshalb seine Verwendung dem politischen und ideologischen Gegner in die Hände arbeite. Dass das Wort „Stalinismus‘“ in der bürgerlichen Ideologie generell diesem Zweck dient, ist eine unbestreitbare Tatsache, und es wäre mehr als naiv, das nicht zu sehen. Doch

dieses Wort ist in der bürgerlichen, speziell antikommunistischen, Ideologie keineswegs die sprachliche Existenzform eines Begriffes, sondern ein diffuses Schlagwort, welches als unreflektiertes Totschlagargument dient. Wenn wir dagegen als Marxisten, Sozialisten oder Kommunisten das Wort „Stalinismus“ verwenden, dann gewinnt es im Rahmen des marxistischen theoretischen Denkens einen begrifflichen Inhalt, es wird zur sprachlichen Existenzform eines Begriffes, der präzise zu bestimmen ist. In dieser Richtung hat es in der Vergangenheit bereits wichtige Vorarbeiten gegeben, wie von Trotzki, Lukács, Kofler, Harich, Hofmann u.a. Doch der volle Inhalt des Begriffes Stalinismus kann unter Berücksichtigung dieser Vorarbeiten in seinem ganzen Umfang natürlich erst im Laufe der Untersuchung und Darstellung der Gesamtthematik detaillierter entwickelt und begründet werden. Hier kann zunächst nur die Richtung bestimmt werden, in der diese Untersuchung vorgesehen ist.

Da das Wort aber sehr unterschiedliche politisch-ideologische Ursprünge hat, sowohl in der bürgerlichen Ideologie als auch im Umkreis des marxistischen Denkens, ist es erforderlich, den Begriff des Stalinismus sorgfältig von allen Verwendungsweisen abzugrenzen, die nicht auf sachlichen und wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn gerichtet sind, sondern lediglich der Verunglimpfung des Sozialismus dienen oder aber auch als „Entlastungstheorie“ genutzt werden, um die Verantwortung für alle negativen Seiten in der Entwicklung des realen Sozialismus auf eine einzige Person abzuschieben und diese zu einer „Unperson“ zu machen, wie es in Chruschtschows Geheimbericht mit Stalin versucht wurde. Die Befürchtung, die Verwendung des Begriffes Stalinismus arbeite nur den Gegnern des Sozialismus in die Hände, übersieht allerdings, dass schwerwiegender als das Wort die unbestreitbaren Tatsachen wirken, welche die, Entstellungen und Deformationen der sozialistischen Gesellschaft charakterisieren, egal wie wir sie bezeichnen. Diese müssen wir im Rahmen der Gesamtentwicklung des Sozialismus sorgfältig analysieren und erklären, weshalb sie entstehen konnten, warum sie so lange Zeit verschleiert werden konnten, in welcher Weise sie die Entwicklung des Sozialismus beeinträchtigten und last not least inwiefern sie auch für seinen Untergang mitverantwortlich waren. Wer glaubt, dass dieser historisch-politische Problemkomplex ohne eine adäquate Begrifflichkeit erfasst und dargestellt werden kann, wird sicherlich in erhebliche Schwierigkeiten geraten.

Ein schwieriges Kapitel von besonderer Bedeutung ist im Kontext der Gesamtproblematik das Verhältnis von Marxismus und Stalinismus als Theorie. Hier herrscht nach wie vor eine erhebliche Verwirrung, die verschiedene Ursachen hat. Wenn es im Verlauf der Entwicklung in der Sowjetunion auch eine gewisse Parallelisierung von praktischer Politik und marxistischer Theorie gegeben hat, sind die Wechselwirkungen doch sehr viel komplizierter, denn die Theorie wurde keineswegs kontinuierlich in Abhängigkeit von den zahlreichen neuen Problemen und Fragestellungen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus entwickelt, wie es erforderlich gewesen wäre. Zwar gab es in der ersten Entwicklungsperiode der sowjetischen Gesellschaft nicht nur einen sehr regen und freien wissenschaftlichen Meinungsstreit über zahlreiche theoretische Fragen des Marxismus und auch eine reiche Literatur zu vielen Problemen der Philosophie, der Ökonomie, der Geschichte, der Rechtstheorie, der Kultur, der Architektur, kurz einen enormen Aufschwung des geistigen Lebens auf dem Fundament der Theorie des Marxismus.

Doch in dem Maße, wie sich das diktatorische Herrschaftssystem des Stalinismus herausbildete und festigte, entstanden ganz andere Tendenzen des Umgangs mit der marxistischen Theorie. Sofort nach dem Tode Lenins begann Stalin auch seinen Anspruch auf die theoretische und ideologische Herrschaft zu proklamieren und auszubauen. In seinen Vorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus“ (1924) deklarierte er den „Leninismus“ im Gegensatz zu den Intentionen Lenins als den „Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution“. Er hob aus dem umfangreichen Gesamtwerk Lenins einige Gesichtspunkte hervor und gab ihnen seine besondere Interpretation, um damit recht willkürlich eine besondere Theorie des Leninismus zu konstruieren, wobei er aber alle grundlegenden Fragen des Verhältnisses dieser Theorie zum Marxismus ungeklärt ließ. In demonstrativer Weise repräsentierte er sich als Hüter und Bewahrer dieses Leninismus und begann sogleich einen heftigen Kampf gegen alle angeblichen Abweichungen und Verfälschungen. Die Berufung auf Lenin und den Leninismus wurde von nun an zu der entscheidenden Waffe Stalins, um

alle anderen Auffassungen zu diskriminieren und zu erledigen. Das erste Opfer dieser Methode wurde sogleich Trotzki, (damals gemeinsam mit Sinowjew, Kamenjew und Stalin Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei), über den er in einer unglaublich rüden Art und Weise in einer öffentlichen Rede herfiel und ihn beschuldigte, niemals ein Anhänger Lenins gewesen zu sein, sondern sich in lügnerischer Weise in die Partei eingeschlichen zu haben, um den Leninismus durch den Trotzkismus zu ersetzen. Diese unsinnigen Anschuldigungen beruhten auf Fälschungen, Unterstellungen und Verdrehungen, und das Ganze diente dem Zweck, Trotzki aus der Führungsspitze der Partei zu eliminieren, um den Weg für seine Herrschaft freizumachen. Die ständige Berufung auf Lenin und den Leninismus diente Stalin in der Folgezeit immer dazu, andere Auffassungen zu diskreditieren und auszuschalten. Parallel zur Festigung seiner autoritären Machtposition in der Führungsspitze der Partei kam es zunehmend zu einer Dogmatisierung und sogar Kanonisierung der Auffassungen Stalins, die als unbezweifelbare Wahrheiten galten und nicht mehr diskutiert und hinterfragt werden durften. Verbunden damit war eine Verflachung und teilweise auch Vulgarisierung der originären Anschauungen von Marx und Engels, aber ebenfalls von Lenin. In dem Maße, wie es Stalin gelang, seine politische Alleinherrschaft durchzusetzen, strebte er auch an, seine theoretischen Auffassungen als alleinherrschende und zulässige zu etablieren und sich als Bewahrer und Interpret des Marxismus aufzuspielen, der alleine das Recht habe, Neuerungen und Weiterentwicklungen vorzunehmen. Der lebendige Meinungsaustausch, die freie Diskussion zur Erörterung theoretischer Probleme wurde Schritt für Schritt unterbunden, so dass es zu einem Stillstand, zur Stagnation des marxistischen theoretischen Denkens kommen musste, weil alle anderen Theoretiker im Bereich der Philosophie und der Gesellschaftswissenschaften im Wesentlichen sich darauf zu beschränken hatten, die genialen Anschauungen der „großen Koryphäe der Wissenschaften“, wie Stalin sich betiteln und feiern ließ, zu kommentieren und weiter zu popularisieren.

Bis zum XVII. Parteitag der KPdSU (1934) hatte dieser Prozess die Stufe erreicht, dass Stalin von seinen eifrigsten Anhängern bereits als vierter „Klassiker des Marxismus“ bezeichnet wurde, und in der „Prawda“ war ganz offiziell vom „Marxismus-Leninismus-Stalinismus“ die Rede. Doch Stalin hielt diese Bezeichnung nicht für zweckmäßig und begnügte sich daher mit dem Titel „Klassiker des Marxismus-Leninismus“. Seither wurde dieser von Stalin konstruierte Marxismus-Leninismus als die Weltanschauung und das theoretische Fundament der Kommunistischen Parteien angesehen, was zur Folge hatte, dass die Theorie des Marxismus ihrer Selbständigkeit als Wissenschaft beraubt wurde, denn fortan entschied die Parteiführung – also letztlich Stalin – darüber, was richtig und was falsch ist.

Folgerichtig konnten in Zukunft die Kompendien und Lehrbücher zum Studium des Marxismus nur aus der Feder des letzten Klassikers stammen. So erschienen 1938 die Abhandlung „Über dialektischen und historischen Materialismus“ und die umfangreiche „Geschichte der KPdSU(B) –Kurzer Lehrgang“ unter Stalins Name als Autor, obwohl nicht er sie verfasst hatte, sondern Autorenkollektive nach seinen genauen Anweisungen. Dies waren nun die grundlegenden Lehrmaterialien, aus denen die Kader der Partei, des Staates, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Kultur in der Sowjetunion, und später auch in anderen sozialistischen Ländern, fortan ihre Kenntnisse über die Anschauungen und Lehren des Marxismus-Leninismus gewannen. Viele Generationen haben diese Bücher studiert und sind in ihrem Geist geprägt worden, wodurch die Herrschaft des stalinistischen Systems auch ideologisch gefestigt wurde.

Da unter derartigen anomalen Bedingungen sich keine Wissenschaft entwickeln kann, kam es unvermeidlich nicht nur zu einer Stagnation, sondern auch zu einer ernsthaften Krise der Theorie des Marxismus. In der durch den Stalinismus deformierten und verstümmelten Form und durch politische Vorgaben eingeengt und behindert, war sich nicht in der Lage, die zahlreichen neuen Probleme, die mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und mit der internationalen gesellschaftlichen Entwicklung auftraten, schöpferisch zu bearbeiten, unvoreingenommen zu analysieren und geeignete Lösungsvorschläge für die Gestaltung der Politik zu entwickeln. Dies hatte äußerst negative Konsequenzen, die sich vor allem in dem Unvermögen dieser dogmatisierten und durch Weisungen gekne-

belten Theorie zeigten, geeignete Wege zur Überwindung der Stagnation und der Krise der sozialistischen Gesellschaft auszuarbeiten.

Im Zusammenhang mit der hier versuchten Analyse der Entwicklung und des Untergangs des Sozialismus wird es unerlässlich sein, auch die damit verbundenen Prozesse in der Rezeption und Entwicklung des Marxismus als Theorie sorgfältig zu analysieren, damit es möglich wird, den Marxismus von den stalinistischen Verfälschungen und Deformationen zu reinigen, die originären Anschauungen von Marx, Engels und auch Lenin klarer herauszuarbeiten und den Weg zu seiner weiteren schöpferischen Entwicklung freizumachen. Dabei müssen natürlich auch die theoretischen Arbeiten Stalins gründlich und unvoreingenommen analysiert werden, damit wir ein sachlich begründetes Urteil über ihren Wert und ihren möglichen Beitrag zur Entwicklung der Theorie des Marxismus gewinnen können – unabhängig von Verherrlichung oder Verurteilung seiner politischen Praxis.

Die Preisgabe von schon Erkanntem

Hans Mommsen hat seinen Namen in Versalien in die Geschichte der Erforschung der Nazipartei und der faschistischen Diktatur geschrieben. Nun wurde er 80. Aus diesem Anlass hat er sich oder der Verlag ihm eine Textsammlung des Historikers geschenkt. Sie enthält Arbeiten aus den Jahren 1995 bis 2007. Für sechs der insgesamt 20 sind frühere Druckorte angegeben. Der Bogen der Themen spannt sich von der Novemberrevolution bis zu den deutschen Zuständen in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs und zur kritischen Sondierung von Schlussfolgerungen, die aus Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung für die Formulierung des Grundgesetzes der Bundesrepublik gezogen wurden. Altersmilde scheint den erfrischenden Ton, den Mommsen in früheren Kontroversen, so denen zwischen den Funktionalisten und Intentionalisten, anschlug, gedämpft zu haben. Indessen. Wo er auf Zerrbilder wie die Darstellung der faschistischen Machteroberung als „Revolution“ stößt oder die Naziherrschaft auf Hitler verkürzt wird, da ist sein Widerspruch deutlich. Nicht getrennt hat sich der Historiker auch von einer Neigung zur Übertreibung richtiger Befunde. Das gilt für die Darstellung der Rivalitäten von Machtapparaten und Personen als „Kampf aller gegen alle“. Es trifft ebenso auf seine These von der „Selbstzersetzung“ und dem „Auflösungsprozess“ des Regimes in der Phase der militärischen Niederlagen zu, in der – was soll man sich unter diesem Bild vorstellen – die Bevölkerung „sich aus dem Dritten Reich zurückzuziehen“ begann. Auch die Behauptungen von der Massenmobilisierung als „Selbstzweck“ und der „Mobilisierung der Bevölkerung als Wunschbild“ lassen sich mit den Tatsachen des Verlaufs und der Dauer des Krieges nicht in Einklang bringen.

Schwerwiegender sind in dem Band angebotene Geschichtsbilder, in denen sich die Preisgabe von schon Erkanntem ausdrückt. Sie spricht vor allem aus der Darstellung der „Vorgänge, die zur Bildung des Kabinetts Hitler führten“. Die „entscheidende Verantwortung“ wird Franz von Papen angelastet und mit und nach diesem der „konservativen Kamarilla“ (den „Honoratioren“) um Hindenburg und einem nicht näher beschriebenen „militärischen Komplex“. Da muss viel beiseite und ausgelassen werden, zumal der Autor doch weiß und bemerkt, dass es in der Republik Interessenverbände gab, die eine „ungezügelte Macht“ ausübten. Die aber scheinen sie für Hitlers Weg in die Wilhelmstraße nicht eingesetzt zu haben. Zweimal kommt Mommsen dennoch auf die Industrie zu sprechen. Aus deren Kreisen sei die antikapitalistische Polemik der NSDAP kritisiert worden. Und: Von „industrieller Seite“ habe die Hitlerpartei „vergleichsweise geringe Zuschüsse“ erhalten. Kein Wort über die Kontakte der Clique um den „Führer“ mit Bankiers, Großindustriellen und Großagrariern, keins über die politisch-taktischen Ratschläge, die Hitler beispielsweise von Hjalmar Schacht zukamen. Kein Satz über die sogenannte Industriellen-Eingabe vom November 1932. Mommsen, das ist schon eine Überraschung, seziert den deutschen Faschismus aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus wie ein Chirurg das mit einem kranken Organ tut, das einen Körper gefährdet.

So oder ähnlich das Verfahren auf anderen Feldern. Unerklärt bleibt, welchen realen Zwecken die Mobilisierung der in der Gesellschaft „vorhandenen Gewaltpotentiale“ eigentlich diente. Hitler und die Seinen, wird mehrfach erklärt, hätten auf die Verwirklichung einer „lebensfernen Vision“ gezielt. Kein Wort darüber, wie sich diese zu anderen „Visionen“, beispielsweise den von den Herrschenden im Ersten Weltkrieg verfolgten und verfehlten verhielt. Den „Griff nach der Weltmacht“ scheint es nicht gegeben zu haben und auch nicht dessen Wiederholung mit umgeprägten, aber doch wesensgleichen Zielen. Fritz Fischer, das ist kein Spezifikum von Mommsens Umgang mit dem Historiker, scheint nie geschrieben und nie eine Debatte über Brüche und Kontinuitäten deutscher Eroberungspolitik ausgelöst zu haben. Die ausschließliche Kennzeichnung des 1939 von den eroberungslüsternen deutschen Machthabern begonnenen Krieges als „Rassenvernichtungskrieg“ verkürzt den Komplex seiner Ursprünge und Antriebe und umgeht die Analyse der Dialektik von Zielen und Mitteln. Komplettiert wird die Flucht vor unabweisbaren Fragen durch die verblüffende These, Hitler habe seine Entschlüsse „immer spontan“ gefasst und sie wären niemals von ernsthafter Abwägung der Ziele und Mittel begleitet gewesen. Die ist absolut unverträglich mit dem Zustandekommen des schwerwiegendsten aller Entschlüsse des Diktators, die deutsche Geschichte auf den Kriegspfad zu lenken. Und dass dabei kaltherzig abgewogene Kalküle gefehlt hätten, erledigt ein Blick in Aufzeichnungen seiner Geheimrede vor Reichswehrgeneralen am 3. Februar 1933. Man denke nur an die

Abwägung der denkbaren Reaktionen Frankreichs, wenn die deutsche Rüstung auf Touren gebracht würde.

Die Beiträge, die sich mit dem deutschen Widerstand befassen, beschreiben und beurteilen hauptsächlich Gruppierungen und Personen des 20. Juli und da mehr ihre Programme für Deutschlands Zukunft nach Hitler als ihre Aktionen zu seinem Sturz. Schade, dass die nicht mit früheren und gleichzeitigen Programmschriften aus Führungskreisen der Arbeiterparteien konfrontiert werden. Wie der Sozialdemokratie jedoch im Ganzen und seit langem so gilt auch Hans Mommsen das Prager Manifest von 1934, verabschiedet von der im Exil agierenden Parteispitze. nicht als besonders denkwürdig. Und die sich u. a. in der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland ausdrückenden programmatischen Vorsätze deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil werden mit dem Etikett „nationalpopulistisch“ abgetan. Ein ernsteres Verfahren würde gezeigt haben, wie grundverschieden vor allem die Vorstellung darüber waren, welchen Anteil die Massen an der Gestaltung des anderen, eines neuen Deutschlands haben sollten. Man kann den Band nicht beiseitelegen, ohne dass sich der Verdacht aufdrängt, dass ihm auch des Autors vollständige Ignoranz gegenüber den Arbeiten der DDR-Historiographie nicht eben gutgetan hat.

Hans Mommsen. Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010, S. 399.

Wollten wir das wirklich wissen?

Die Flucht der bürgerlichen Publizistik vor Kernfragen, die an die Geschichte des deutschen Faschismus zu richten sind, begann, kaum dass sein Herrschaftssystem militärisch zur Strecke gebracht war. Wer hatte Hitler und seine Führerclique politisch groß gemacht? Wer sie an die Staatsmacht gebracht? Wer geholfen, diese Diktatur zu befestigen? Wer oder was die Entscheidungen an der Regimespitze beeinflusst? Die Fragen, die allesamt dem Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und faschistischem Staat galten, waren ungeliebt. Doch ließen sie sich in der Situation vis-à-vis der materialistischen Geschichtsauffassung nicht gut umgehen. Sie bildeten den Gegenstand von Kontroversen in Wort und Schrift, von denen manche nicht ohne Nutzen waren.

Nun, nachdem der Einfluss der Historiker, die, an Marx orientiert, den Zusammenhang von Ökonomie, Politik und Ideologie im Blick haben, weitgehend zurückgedrängt und man gleichsam wieder unter sich ist und weiter zu bleiben hofft, die Herausforderung also nicht mehr existiert, geht die Reise weiter ins Flachwasser. Ein Zeugnis davon gibt nicht allein das Buch, das jüngst unter dem Titel „Eva Braun. Leben mit Hitler„ erschienen ist, sondern mehr noch der Anspruch, den seine Autorin mit ihm verbindet, und das Aufsehen, das Rezensenten in Zeitungen, Zeitschriften und über Rundfunk- und Fernsehsender darum gemacht haben. Verkündet wurde, dass die Forschungen der Heike B. Görtemaker nicht nur ein neues Bild der Gefährtin und kurzzeitigen Ehefrau Hitlers zutage gefördert hätten, sondern, und das behauptet die Verfasserin der dreieinhalbhundert Seiten selbst, auch die Möglichkeit böten, „eine neue Perspektive auf Hitler zu gewinnen“. So richtig genutzt hat die Forscherin indessen diese Möglichkeit selbst nicht. Sagt sie uns doch nicht, was ihr dieser – bisher ungefundene – Blick auf den Diktator eröffnet hat. Will man ihr nicht unterstellen, sie verheimliche den Lesern ihr Wissen absichtsvoll, stellt sich der Verdacht ein, dass diese Möglichkeit nur phantasiert ist.

Auch dass die Biographie, wie Rezensenten behaupten, „ein wichtiger Beitrag zur Hitlerforschung„ sei, ist Reklame. Doch drückt sich in diesem Fehlurteil zudem jene Anspruchslosigkeit aus, die an solche Forschung gerichtet wird. Eva Braun hat weder auf die Entscheidungen noch auch nur auf die Stimmung des Mannes einen nachweisbaren Einfluss ausgeübt, dem sie sich verschrieben hatte. Deshalb haben Hitler-Biographen von Rang sie auch als eine zu vernachlässigende Person eingestuft. Eva Braun hat auf dem Obersalzberg ein parasitäres Dasein führend, sich für den Krieg und seine Ziele nie anders interessierte, als dass sie beide beiläufig guthieß. An Anstrengungen für den Sieg nahm sie, als ihre Geschlechtsgenossinnen in Betrieben und auf Äckern, Männern ersetzend, schwer schufteten, nicht teil, selbst nicht am doch denkbaren Sockenstricken für die vor Moskau und Leningrad fröstelnden und frierenden Soldaten ihres Führers. Bleiben die zu Propagandazwecken verwendeten Produkte der Hitler-Fotografin, entlarvend, verlogen und bekannt, weil sie wieder und wieder in der zeitgenössischen Presse und im Fernsehen verwendet werden.

Sie sei, erklärt Görtemaker wie vor ihr andere Braun-Biographen, mit ihren Interessen und Neigungen gar nicht das gewesen, was Hitler sonst von einer „deutschen Frau“ erwartet hätte. Na, Vorsicht! Auch den Volksgenossinnen war Treue zum Führer als höchste Tugend abgefordert, und die hat sie doch bewiesen – bis in den Tod. Dass sie aber durch ihre Rolle irgendeinen – Aufmerksamkeit erheischenden – Platz in der deutschen Geschichte besetzt hielte, davon vermag die Autorin Leser bei mitdenkendem Verstand nicht zu überzeugen. Und dass Eva Braun weder Hausfrau noch Mutter war, hatten wir ebenfalls schon von anderen Autoren erfahren, die vordem mit der Person auf dem Buchmarkt ihre Geschäfte machten. Kurzum: Viel Geschrei um wenig Wolle. Der Titel „Leben mit Hitler„ sei, so hat Franziska Augstein angemerkt, eher irreführend. „Sterben mit Hitler„ schreibt sie, wäre richtig gewesen. Und in der Tat: Dadurch hat sie zur Belebung der Spielhandlung in Kunststücken wie dem Film „Der Untergang“ beigetragen.

Heike B. Görtemaker, Eva Braun. Leben mit Hitler, C. H. Beck Verlag, München 2010, 366 S., 24,95 Euro

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts wird umgeschrieben

Vortrag im Marxistischen Forum, Berlin, 15. Januar 2010

„Das alte Jahrhundert hat kein gutes Ende genommen".
Eric Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, S. 33.

Dass die Geschichte der Menschheit von denen, die sie erforschen, fortgesetzt umgeschrieben wird, ist bekannt. Diese Tatsache wird unterschiedlich bewertet. Die Schwarz-Auf-Weiß nach Hause tragen wollen, was sie gehört oder gelesen haben und ihres Wissens ein für alle Mal sicher sein wollen, erblicken darin einen Mangel der Geschichtswissenschaft gegenüber anderen Disziplinen, namentlich denen der Naturwissenschaften. Doch nur, weil sie bis dahin nicht wahrgenommen haben, dass in ihnen unausgesetzt das Gleiche geschieht. Indessen existieren dabei einige Besonderheiten. Geschichte wird aus dreierlei Gründen um- oder auch ganz neugeschrieben. Der erste, sie mit anderen Wissenschaften verbindende, ergibt sich aus den Fortschritten der Erkenntnisse. Der zweite, der sie von diesen anderen Wissenschaften, oder doch von vielen von ihnen, unterscheidet, rührt aus dem Umstand ihrer Nähe zur Politik, was meint: ihre Ergebnisse, genauer: der Teil davon, der als Deutungen anzusehen ist, besitzt für Politiker und diejenigen, deren Interessen sie vertreten, einen hohen Gebrauchswert. Freilich nur, wenn Geschichte sich nach diesem Interesse interpretieren und darstellen und glaubhaft machen lässt. Das geschieht fortgesetzt. Gleiches gilt für einen dritten Grund. Wie in jeder anderen wissenschaftlichen Disziplin gibt es unter den Historikern eitle Leute, die sich durch besonders spektakuläre Forschungsresultate hervortun wollen. Koste, was immer es wolle. Meist haben deren Entdeckungen eine Beziehung zu den eben genannten politischen Antrieben und Interessen für eine Neu- oder Uminterpretation der Geschichte. Das galt 1995, um Beispiele wenigstens zu erwähnen, für die Forschungen Daniel J. Goldhagens und zehn Jahre später für die „Entdeckung", es war eine Wiederentdeckung seiner Selbstdarstellung, des NS-Volksstaates durch Götz Aly. Soviel zum Grundsätzlichen.

Gegen die Aussage, dass nun die Geschichte des 20. Jahrhunderts, von dem uns nicht mehr als ein Jahrzehnt trennt, umgeschrieben wird, lässt sich derzeit allerlei einwenden. Gibt es, wäre zu fragen, denn eine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen würde? Eine jedenfalls und die beansprucht, Geschichte des 20. Jahrhunderts zu sein, bereits im Untertitel. Die Rede ist von Eric Hobsbawm und seinem „Das Zeitalter der Extreme", ein Werk, das geschrieben und publiziert wurde, bevor das Jahrhundert noch geendet hatte. Seine deutsche Übersetzung erschien 1995, kurz nach der englischen Originalausgabe im Jahr zuvor (und als Paperback 1998).[1] Was sich in der Zunft der Historiker sonst mit dem Anspruch schmückt, dieses Jahrhundert zum Gegenstand eigener Forschungen zu machen, setzt sich, wie genaueres Hinsehen zeigt, wichtige, aber doch bescheidenere Ziele als eine Gesamtsicht. Das gilt beispielsweise für ein *Centrum Geschichte des 20. Jahrhunderts*, das am Geschichtsinstitut der Universität Jena existiert. Es trifft auch auf die jetzt in Bremen befindliche verdienstvolle *Stiftung für die Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts* zu, von der die Zeitschrift *Sozialgeschichte* herausgegeben wird, die sich als Organ für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts versteht. Ansonsten werden aus Kreisen der Wissenschaft die Ergebnisse von Untersuchungen angeboten, die etwa der Geschichte der Mode im 20. Jahrhundert gelten oder es, wie durch das Institut für volkskundliche Musik an der Universität Köln unternommen, im Lied einzufangen suchen, wozu dann für eine Lehrveranstaltung im Wintersemester 2008/2009 Texte und Melodien von der (freilich älteren) „Internationale" bis zu „Lilli Marleen" untersucht werden. Man kann sich in etwa vorstellen, wie tief die Einsichten und Blicke in das jüngste Jahrhundert reichen, die da gewonnen worden sind. Inzwischen existieren ähnliche Unternehmen auch auf dem Markt der Bücher, Filme und Töne. Chroniken und synchronoptische Überblicke sind im Handel und auch eine 10bändige Geschichte des 20. Jahrhunderts, mehr als 4.000 Seiten umfassend, dazu ein Hörtext, der 40 Stunden lang Tonzeugnisse in bunter Mischung bietet. Mit Analyse hat das nichts zu schaffen. Weg vom Markt und zurück zu Hobsbawm.

Der britische Historiker und Kommunist hat den Anspruch, das 20. Jahrhundert darzustellen, insofern eingeschränkt, als er es auf 75 Jahre von 1914 bis 1989 reduzierte und zum kurzen Jahrhundert erklärte.

---

1 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995.

Daraus folgte dann, dass das vorauf gegangene ein langes Jahrhundert, von 1789 bis eben 1914 dauernd, gewesen sei. Die Jahre von 1990 bis 2000 fallen dann schon in das 21 Jahrhundert. Über diese Einteilung muss man nicht streiten: der Begriff *Jahrhundert* eignet sich für historische Unterscheidungen nicht. Also wird er auch *Ära*, *Zeitalter*, *Epoche* und andere nicht ersetzen. Hobsbawm selbst spricht von den Jahren, die Gegenstand seiner Abhandlung sind, auch selbst von einer Ära der Weltgeschichte, die er mit dem Ersten Weltkrieg und der russischen Oktoberrevolution beginnen und mit dem Ende des sozialistischen Weltsystem 1989/1991 enden sieht. Und wie gesagt, er ist bisher der Einzige, der es gewagt hat, diesen Zeitraum der Weltgeschichte in einer Gesamtdarstellung in den Blick zu nehmen. Dabei hat er sich mit gleichsam vorwissenschaftlichen Urteilen über seinen Forschungsgegenstand auseinandergesetzt. Die lagen vielstimmig vor, gestützt vor allem auf eigene Erfahrungen und Beobachtungen von Menschen, die mehr oder weniger lange Zeitgenossen des 20. Jahrhunderts waren. Eine Auswahl davon hat er seinem Buch vorangestellt. Sie lag 1992 vor und vereinte Stimmen von Wissenschaftlern und Künstlern europäischer Länder, hauptsächlich von Italienern und seinen britischen Landsleuten. Hier sind sie in unvollständiger Wiedergabe: dieses Jahrhundert sei das „schrecklichste des Westens", in ihm geschahen die „schrecklichsten Ereignisse der Menschheitsgeschichte", es sei das „gewalttätigste Jahrhundert" und das „der Massaker und der Kriege". Diese Urteile überwiegen andere, auseinandergehende, die besagen, es habe das Jahrhundert „trotz alledem" auch Besseres hervorgebracht, für die arbeitenden Massen, die Frauen, auf dem Felde der Technik und ganz allgemein dem der Wissenschaften. Einer der befragten meinte, es sei das Jahrhundert der „größten Hoffnungen" gewesen, die je gehegt wurden und zugleich habe es alle Illusionen und Ideale zerstört. Ein anderer fand, das Jahrhundert beweise, dass sich Fortschritte immer nur kurzfristig erzielen ließen.[2] Diesen beiden Urteilen lässt sich wohl der Rat entnehmen, dass die Menschheit sich nach den Erfahrungen eben dieses Jahrhunderts in ihrer Phantasie wie in ihren Vorsätzen zu bescheiden hätte.

Kurzum und zu unserem Thema: Von Umschreiben der Geschichte kann nur mit dem Blick auf jene der Zeit weit vorauseilenden Bewertungen des Jahrhunderts die Rede sein, die vor dem Jahre 1989 abgeben wurden. Die drückten, wie heute unbezweifelbar, Hoffnungen und Wünsche aus, wie „beweiskräftig" sie auch daherkamen und wie überzeugt sich deren Autoren auch gaben. Sie erhoben wissenschaftlichen Anspruch, wiewohl es sich um eine Vorhersage handelte, die sich nach wissenschaftlichen Kriterien nicht rechtfertigen ließ. In diesen Prognosen war der Gedanke an Alternativen verabschiedet und der Gang der Weltgeschichte zu einer Einbahnstraße zum Sozialismus erklärt. Aus einer Möglichkeit wurde eine Unausweichlichkeit. Diese Bilder des Kommenden (und dann Ausbleibendem) hatten manches an Tatsachen für sich, ließen sich also glaubhaft machen und die sie entwarfen, glaubten ja auch selbst daran. Sie erwiesen sich als falsch. Heute werden Prognosen von einst wie „Der Sozialismus siegt", damals auf Fahnen und Transparente geschrieben, zum Gegenstand des Hohns und Spotts gemacht. Das 20. Jahrhundert, von dem doch Millionen zeitweilig meinten, es werde das Tor zu einer neuen Welt aufstoßen, endete mit dem Triumph der alten. Das Umschreiben bezieht sich mithin auf diese Geschichtsdarstellungen, die so etwas wie Hochrechnungen waren, für die Geschichte aber keinen Stoff bietet. So weit, so gut. Doch wodurch werden die Bilder, die damals Zukunftsbilder waren, heute an die Stelle der Bilder treten, die nur Abbildungen von Vergangenem sind?

Und: Wer schreibt die Geschichte nun neu? Wie üblich vor allem und einflussreich: die Sieger, hat den Massen doch noch stets nichts so sehr imponiert wie der Erfolg. Die Erfolgreichen scheinen Wahrheit auf ihrer Seite zu haben. Die Umschriften haben zum wenigsten Historiker zu Autoren, jedenfalls wenn es um die Darstellung des Ganzen geht. Hobsbawm ist bisher ein Einzelner geblieben, ein Pionier. Tausende junge und alte Jünger der Clio sind aber allein in Deutschland damit beschäftigt, dieses oder jenes Ereignis, diesen oder jenen Prozess aus der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zu erforschen. Mit auf das Ganze gerichteten Unterfangen und Urteilen hält sich die Zunft zurück. Aus vielen guten Gründen. Den Platz eines Jahrhunderts im Gang der Weltgeschichte zu bestimmen, wenn zwischen ihm und dem Urteilenden nicht mehr als ein Jahrzehnt liegt, erscheint den Fachleuten als

[2] Ebd., S. 15-16.

Abenteuer. Zu vieles ist zwar feststellbar, aber in seinen Folgen nicht wägbar. Das Problem wird deutlich, stellt man sich einen Historiker des Jahres 1815 vor, der im Moment des Triumphes der Heiligen Allianz über das 18. Jahrhundert und dessen europäisches Zentralereignis, die Französische Revolution, hätte befinden sollen. Wer heute, 2010, das 20. Jahrhundert ins Visier nimmt und bei einigem Verstand ist, der weiß, dass er das im Moment des Triumphes der Antikommunisten aller Erdteile tut, deren Stimmen lauter noch wären, würde sich der Sieg nicht mit so vielen zerstörten Hoffnungen auch der Sieger von 1990 verbinden.

Wer also stellt das neue Bild von der Geschichte des verflossenen Jahrhunderts her, wenn es nicht die Historiker tun? Die Politiker, ihre Skribenten, Fernsehmoderatoren und Nachrichtensprecher, Filmemacher, die ganze wohlfeile Bande von Helfern, für die hier stellvertretend und weil aktuell ein Beitrag aus der Stuttgarter Zeitung vom 9. Januar d. J. zitiert sei. Wohin wir geschichtlich in Deutschland in diesem Jahrhundert gekommen sind, das wird dort von einem Autor, der Dozent an mehreren deutschen Journalistenschulen ist, so formuliert: „Erstens: noch nie in unserer Geschichte wurden wir so gut regiert wie heute. Zweitens: kaum ein anderes Land der Welt wird so gut regiert wie die Bundesrepublik Deutschland." Und dann zusammenfassend: „Die Bilanz der deutschen Geschichte bis heute führt zur Erkenntnis: Wir leben im freiesten, wohlhabendsten und sichersten Deutschland, das es je gab." Und: „Wir sind ein verhältnismäßig glückliches Land." Wer diese Ansicht nicht teile, dem fehle der richtige Maßstab. Wer ihn aber besitze, der erkenne: „uns geht es so gut, dass wir nicht einmal mehr wissen, wie gut es uns geht." Natürlich: „Selbst die beste Politik kann nicht erreichen, dass am Ende alle Beteiligten voll und ganz zufrieden sind." Und dann noch einmal: „Gemessen an anderen Staaten und früheren Epochen aber steht die Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2010 glänzend da."[3]

Wie aber sind wir dahin gekommen? Die Antwort wird Millionen in Wort und Schrift, Ton und Bild tagein und tagaus geradezu eingebläut und lautet: durch die Überwindung von zwei Diktaturen. Auf das Jahrhundert gemünzt heißt die Lesart: Die Menschheit hat sich im 20. Jahrhundert zwei Gefahren ausgesetzt gesehen, der kommunistischen und der faschistischen. Sie hat beide glücklich überwunden, diese im Jahr 1945, jene 1990. So erweist sich das hinter uns liegende Jahrhundert letztlich als ein wenn auch schwerer, am Ende gar nicht mehr erhoffter Weg zu Freiheit und Demokratie. Auf ihn ist die Mehrheit der Deutschen im Westen 1945, die Minderheit im Osten 1990 gelangt, die im Osten nach Jahren in einem Unrechtsstaat, dessen Darstellung ein für alle Mal das Fürchten und Gruseln vor jedem sozialistischen Projekt lehren soll.

Von jenen, die in der DDR gelebt haben, ist ein erheblicher Teil auch nur der Kenntnisnahme dieser Propaganda in Zeitungen, Zeitschriften, vor dem Fernsehgerät, auf einer Theaterbühne oder der Kinoleinwand überdrüssig. Sie wollen verständlicherweise sich nicht vorlügen und einreden lassen, wie sie gelebt haben sollen. Und dennoch, will man wissen, mit wem und womit man es zu tun hat, muss gelegentlich hingeschaut werden. Ein Beispiel bietet ein gestern in den deutschen und Schweizer, heute auch in den österreichischen Kinos angelaufener Film, eine Komödie aus deutscher Produktion, die die Geschichte zweier Ostberliner erzählt, die kurz nach der Öffnung der Grenze mit ihrem Begrüßungsgeld in die USA fliegen. In einer Empfehlung des Films heißt es dann: „Die Vergangenheit reist stets mit – und sei es nur, wenn die zwei als Russen uniformiert, in einer Schwulenbar zu ‚Auferstanden aus Ruinen' im Technorhythmus strippen [...]".[4] Es gibt keine Erfindung, keine Geschmacklosigkeit, keine Fälschung, die nicht gegen diesen Staat gerichtet wird und, wie das Beispiel zeigt, eben nicht nur gegen ihn allein, sondern gegen ihn als Teil eines untergegangenen Weltsystems.

Das ist das Angebot an Welt- und speziell deutscher Geschichte. Mit ihm hat sich auseinander zu setzen, wer sich nicht als dumm verkaufen und geistig dieser Gesellschaft einpassen lassen will. Damit ist der Streitwert charakterisiert und der macht das Missvergnügen an jener Genugtuung, die sich immer wieder in Leserbriefen einer sozialistischen Zeitung lesen lässt. Deren Absender drücken

---

3 Markus Reiter, Die wohlregierte Republik. In: *Stuttgarter Zeitung*, 9. Januar 2010, Beilage: Brücke zur Welt, VI.

4 Birgit Roschy, Friendship. In: Film. Das KinoMagazin, 1/2010, S. 52.

Genugtuung darüber aus, dass dieser zugegeben hat, dass in den Kindergärten der DDR nicht nur Lieder auf die Volksarmee gesungen wurden, und jene eingestand, dass sich die Beschäftigung in der DDR-Schule nicht vorrangig auf die Zivilverteidigung richtete. Derlei Äußerungen mögen gutgemeint sein, auch vom Anspruch auf eigene Leistung zeugen, aber – und verdammt noch mal – haben wir das nötig?

Notwendig ist eine Position zu allem, worum Massen im 20. Jahrhundert kämpften und zwar im Ganzen wie dann auch in vielen Details. Wenn den Linken, Sozialisten und Kommunisten, entgegengehalten wird, sie hätten in Deutschland die Unfreiheit staatlich installiert und die Antisozialisten und Antikommunisten aller Couleur sich als die Befreier darstellen und rühmen, dann müssen wir mit ihnen nicht über Kindergärten und Schulen, über medizinische Versorgung und gleicher Lohn für gleiche Arbeit streiten, was im konkreten Alltag politischer Arbeit gewiss nötig ist, sondern über Freiheit. Und hier und im Grundsätzlichen kneift die Linke, schon in ihren früheren Gestalten und jetzt in der Partei dieses Namens. Das ist Flucht aus einer langen Tradition. Am Ende des 19. Jahrhunderts adaptierten die Sozialdemokraten ein Lied aus den Befreiungskriegen von Max von Schenkendorf. Sie sangen: „Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt“. Und das taten sie offensichtlich in dem Bewusstsein, dass damals schon – und übrigens seit langem – Menschen, wenn sie von Freiheit sprachen, sehr verschiedenes meinten und sich auf einen Gebrauch und Inhalt des Begriffs nicht verständigen könnten. Am Ende seines Buches „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“ setzt sich Eberhard Esche, ein Kommunist, mit dem Einwand eines nicht genannten Freundes auseinander, dass er die Freiheit nicht genügend schätze, dieses sein Buch veröffentlichen zu können, was ihm in DDR-Zeit doch nicht möglich gewesen sei. Nahezu wortgleich hat mir das ein westdeutscher Historiker-Kollege vorgehalten. Das sind Einladungen, uns mit den kleinen Freiheiten zufrieden zu geben, und die Idee der Befreiung der Menschheit aufzugeben und mit ihr vor allem die darauf noch immer gerichtete Tat. So hat schon Bundeskanzler Kohl den Ostdeutschen die Freiheit definieren wollen, als er vor zwanzig Jahren erklärte, „Freiheit bedeute für ihn, wenn zum Beispiel eine Clique junger Leute in Leipzig (also der Heldenstadt – K. P.) über Nacht beschließt, mal kurz nach Paris zu fahren. Einfach so.“[5]

Anders ausgedrückt: Es reicht nicht aus, wieder und wieder – was nicht schwerfällt – die Freiheitsphrasen im Munde der Politiker dieses Staates durch die Konfrontation mit der Wirklichkeit dieser unserer Tage zu entlarven. Das ist nötig, zumal die Argumente dafür im buchstäblichen und furchtbaren Sinne auf der Straße liegen, in Gestalt der Obdachlosen, der Frierenden und Erfrorenen, der zunehmenden Zahl von Besuchern jener Orte, die beschönigend Tafeln genannt werden und in Wahrheit Überlebensstationen für Hungernde sind, in Gestalt der Masse der Drogensüchtigen, in Form des um sich greifenden Verbrechertums und damit der Unsicherheit auf Straßen, in Verkehrsmitteln und selbst in den eigenen Wohnungen. Das tut ein Großteil der Satten, Behausten, Gesunden als Preis der Freiheit ab. Schließlich hatte jeder seine Chance. Jedoch: Auch die schärfste Kritik der bürgerlichen Gesellschaft kann die kritisch sondierende Durcharbeitung der Geschichte des Sozialismus im 20. Jahrhundert nicht ersetzen. Und die besteht aus Ja und Nein und auf beides, die Zustimmung wie die Ablehnung, ist zu bestehen gegen alle Forderungen, vor dem Bundesadler zu Kreuz zu kriechen und ihn zu küssen. Zu reden ist von Zielen, den richtig und den falsch gewählten, den erreichten und den verfehlten. Zu reden ist von den Freiheiten, die für Millionen erkämpft waren, und von jenen, die Millionen vorenthalten wurden. Von Widersprüchen zwischen Ideal und Wirklichkeit, den unvermeidlichen und den subjektiv verursachten und verschuldeten. Von den Bemühungen, eine aufgeklärte und kulturvolle Gesellschaft zu schaffen, den Verstößen gegen das gesetzte Vorhaben und auch von den geschichtlich bedingten Grenzen dieses Unternehmens.

Es gibt keine Perspektive in die Geschichte des Sozialismus in der DDR, die nicht Falsches, falsch Gedachtes und falsch Getanes, Verfehltes, Irrtümliches erkennen ließe. Das aneinandergereiht ergibt eine Leporelloliste. Doch nicht davon erledigt die Verdienste und – wichtiger noch – entwertet die damit verbundenen Erfahrungen. Wer sich dieser Bestandsaufnahme verweigert, die doch nur von der Linken überhaupt erhofft werden kann, versündigt sich, hier scheint mir das Wort angebracht:

---

5 So zitiert von Birgit Roschy, Friendship. In: Film. Das KinoMagazin, 1/2010, S. 52.

mehrfach: Erstens an denen, die diese Erfahrungen durch ihre Arbeit, materielle wie geistige, angehäuft haben und von denen ein erheblicher Teil nicht mehr unter den Lebenden ist. Zweitens aber auch im Hinblick auf die Kämpfe der Gegenwärtigen und der Kommenden, im Hinblick auf die gedankliche Ausstattung derer, die diese Kämpfe auszutragen haben werden. Denn wie immer die ihre Wege aus der bürgerlichen Gesellschaft werden gehen wollen, ohne das Wissen um die einst gewonnenen Erkenntnisse werden sie jedenfalls schlecht gerüstet sein. Um taktischer Vorteile des Moments willen dieses Hutten'sche „Ich hab's gewagt" zu verweigern, mündet unvermeidlich darein, die Linke auf Dauer zu einer bloßen Reparaturkolonne der bürgerlichen Gesellschaft zu bestimmen. Und das bedeutet, da dieser Platz mehrfach besetzt ist, sie über kurz oder lang zum Dahinvegetieren zu verurteilen.

Auch in ihrem Scheitern haben die Sozialisten im 20. Jahrhundert gezeigt, dass eine Gesellschaft ohne Ausbeuter möglich und funktionstüchtig ist. Der Untergang dieser Gesellschaft wird in der Propaganda derer, die sie von Anbeginn bekämpft haben, zum Beweis dafür genommen, dass die gesuchte und praktizierte Form des neuen Zusammenlebens von Menschen letztlich ihrer Natur widersprach. Der Sozialismus sei eine schöne Idee, nur eben die Menschen für sie nicht gemacht, nicht geeignet. Nicht anders als das Konstrukt vom Aufstieg zur Freiheit ist diese These eine Herausforderung und die kommt nicht einfach nur von Antisozialisten, sondern wird auch von einer nicht unerheblichen Zahl von einstigen Sozialisten vertreten, die resigniert haben. Die Auseinandersetzung mit ihr macht offenbar ungleich größere Schwierigkeiten. Die Bilder des 9. November 1989, vordem schon die aus den Botschaften in Budapest und Prag, stehen dafür, dass dieser Gesellschaft Menschen zu Tausenden wegliefen und den Boden ihres Antipoden suchten. Von denen, die an dieser Gesellschaft weiter- und sie umbauen wollten, gibt es weniger und wohl weniger überzeugende Bilder und die sind in Archiven abgelegt.

Wer aufs Neue einen Weg aus dieser Gesellschaft sucht und bahnen will, kommt nicht umhin sich mit der These vom nicht zu behebenden Widerspruch zwischen der Menschheitsidee des Sozialismus und der Menschheitsnatur auseinander zu setzen. Das Thema ist nicht neu, aber es ist hochaktuell gleichsam zurückgekehrt. In diese Erörterung gehört auch die Prüfung des von der klassischen Aufklärung herrührenden Menschenbildes, dem in der DDR gehuldigt wurde. Da sah Ulbricht die „schöne Menschengemeinschaft" schon entstehen. Das war ein verwegener Vorgriff, zu dem die Überwachung dieser Gemeinschaft durch die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit doch auch nicht passte. Doch dass diese Gesellschaft auch Menschen wohltuende Wärme produzierte, bleibt wahr und ist von manchen erst in der Kälte der gegenwärtigen Zustände empfunden worden.

Wenn über die gewährten und die verwehrten Freiheiten in der DDR gesprochen wird, kommt das Thema Staatssicherheit unausweichlich in Rede. Die Art und Weise, wie es in der Linken im Osten und nun in der Partei dieses Namens behandelt wird, hat mit historisch-kritischer und historisch-selbstkritischer Analyse wenig zu tun. Die Linke, soweit sie ihre Wurzeln und Tradition in der DDR hat, musste sich diesem Thema längst mit ihrer eigenen Fragestellung annehmen und es durcharbeiten. Und in deren Zentrum steht das Verhältnis von Führung und Massen und die Entfernung, die zwischen der Deklaration dieses Verhältnisses, seiner beschönigenden Darstellung und eben der Praxis der Sicherheitskräfte existierte. Wodurch ist diese Entfernung entstanden? Welches Denken, welche Urteile lagen ihr zugrunde, machten dieses Auseinanderdriften überhaupt erst möglich? Wir haben auf diesem Terrain etwas zu bereinigen und zudem ist inzwischen die Zusatzfrage getreten, warum das nicht geschehen ist. Die unmittelbaren Folgen des Unterlassenen liegen zutage. Doch es hat den Anschein, dass aus jüngster Erfahrung kein anderer als der defensive Schluss gezogen wird, künftig die eigenen Kandidaten für öffentliche Wahlfunktionen vor dem in Aktion treten des Apparats der Frau Birthler selbst zu überprüfen bzw. zu so etwas wie eidesstattlichen Erklärungen zu bewegen. Und was in diesen letzten Wochen von Funktionären der Linken in Brandenburg, die sich mit dem Stasiknüppel treiben ließen, zum Thema Staatssicherheit erklärt worden ist, spiegelt die Folgen eines Versäumnisses, das spätestens vor der Vereinigung von PDS und WASG aus der Welt geschafft werden musste. Es erschöpft sich als Folge jedoch nicht. Dazu erinnert es zu sehr an Markus 14,72: „... und ehe der Hahn zweimal kräht, wirst Du mich dreimal verleugnet haben."

Wenn die Partei Die Linke noch ein strategisches, in eine geschichtliche Zukunft jenseits des Kapitalismus reichendes Programm verfechten will, muss sie ihre eigenen Fragen formulieren und nicht

jeden Knochen benagen, der ihr hingeworfen wird. Sie muss sich dann offen auch mit einer Erscheinung auseinandersetzen, ja sie zunächst einmal benennen, die noch auf jede Niederlage gefolgt ist. Denn, was Rosa Luxemburg nach der des November 1918 im letzten ihrer Artikel schrieb, gilt so nicht mehr. Gemeint ist der Satz: „Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen gerade Bürgschaft auf, Bürgschaft des künftigen Sieges.“ Die Niederlage des Jahres 1989 war anders als jene, von denen Luxemburg sprach, nicht im Kampf um die Macht erlitten, sondern in dem um die Behauptung einer bereits gewonnenen und Jahrzehnte ausgeübten. Sie betraf nicht die Bewegung einzelner Staaten, sondern ein Weltsystem, das an seinen geschichtlichen Endpunkt gekommen war, nachdem in ihm lange der Beginn der Menschheitszukunft gesehen worden war. Dem ist ein Ausmaß an Resignation gefolgt, was durch die Art dieses Zuendegehens noch verstärkt wurde. Gewiss war das rasante Schrumpfen der SED 1990 auch unter dem Druck der Anpassung erfolgt, dem Hunderttausende nicht standzuhalten vermochten, aber es war doch Zeichen eben dieser Resignation, der aufgegebenen Hoffnung auf eine andere Welt. Diese Resignation existiert heute nicht nur unter den Millionen, die sich gleichsam aus der Politik zurückgezogen oder ihre Teilnahme an ihr auf den Gang zur Wahlurne eingedampft haben. Sie wirkt unter denen fort, die sich jeder aufs Strategische zielenden Programmatik verweigern oder sie praktisch außer jedem Betracht lassen und die ihren politischen Einsatz auf das Jetzt und Heute beschränkt haben. Und sie lebt, uneingestandener Maßen, in den vielen Menschen, die als Weltverbesserer sich darauf beschränken, diesen oder jenen Auswuchs der kapitaldominierten Gesellschaft zu bekämpfen und dabei – wissentlich oder nicht – einzig an Symptomen laborieren, was die humane Tat nicht ausschließt. Diese Initiativen, Bewegungen und ihre Organisationsformen sind längst unübersehbar und sie sind in ihrer Vielfalt und Separierung geradezu zu einer Existenzbedingung dieser Gesellschaft geworden. Die profitiert mehrfach: erstens von der Bindung und Verausgabung menschlicher Kräfte auf eine Weise, von denen ihre Verteidiger nichts zu fürchten brauchen und zweitens von Resultaten, die eben dieser Gesellschaft da und dort ein freundliches Aussehen aufschminken. Die einen wenden sich gegen das pflanzliche und tierische Artensterben, andere treten für die Bewahrung historischer Denkmäler der Menschheitsgeschichte ein, dritte bekämpfen Erscheinungen, welche den gefahrdrohenden Klimawandel hervorrufen oder beschleunigen, vierte suchen die Ausbreitung der Krankheit AIDS abzubremsen, viele helfen da oder dort, auf diese oder jene Weise, zusammengefasst in religiösen und weltlichen, nationalen und internationalen Organisationen bei der Bekämpfung des weltweit sich ausbreitenden Hungers. Die das tun, wenn es ihnen nicht nur Reklame, sondern Bedürfnis und dessen Befriedigung ist, verdienen Respekt und manche von ihnen agieren unter Einsatz ihres eigenen Lebens. Und dennoch und jedenfalls objektiv drückt sich in alledem aus, dass das Ganze nicht für veränderbar, für revolutionierbar gehalten wird. Es sind dies die Reparaturkolonnen einer Gesellschaft, die ihr Leben verlängern wie ein geschickter Autoschlosser das Leben eines alternden Vehikels. Der Vergleich ist schief, ich weiß, denn das Vehikel wird eines Tages doch jeden Dienst verweigern und stehen bleiben, während die Geschichte der menschlichen Gesellschaft weiter dahintuckern wird. Denn ich ende, womit ich begann, mit Eric Hobsbawm: „Denn die einzige wirklich sichere Allgemeinaussage über Geschichte ist die, dass sie, solange es die Menschheit gibt, weitergehen wird.“[6]

[6] Eric Hobsbawm, a. a. O., S. 21.

Manfred Weißbecker zum Fünfundsiebzigsten

Die Historiker, die in früher DDR-Zeit ihre Ausbildung erhielten, dann das Bild der Historiographie im ostdeutschen Staat prägten, ihre Auffassungen im Inland und auf ausländischen Konferenzen ihren Kollegen darstellten und vertraten, sind in die Jahre gekommen. Doch die erhoffte biologische Lösung, die sich mit ihrer Abwicklung nach dem Ende des ostdeutschen Staates 1990 verband, hat sich noch nicht vollzogen. Viele „Ehemalige“ haben entgegen manch unwohl gemeinten Wunsches sich nicht in Haus- oder Schrebergärten verbuddelt, sondern auf weitem Feld weiter gegraben – vorwiegend dem der deutschen Geschichte. Dabei sind sie, wo nötig, mit früheren Sichtweisen ins Gericht gegangen. Einer von ihnen ist der Jenaer Manfred Weißbecker. Seine Forschungen sind über Jahrzehnte auf die Geschichte des deutschen Parteiwesens gerichtet gewesen, insbesondere auf Entstehung und Frühphase der faschistischen NSDAP. Bei dem Leisten blieb er, was kräftige Abstecher in die Geschichte des antifaschistischen Widerstands, namentlich den in Thüringen geleisteten, nicht ausschloss. Mit seinem Namen verbindet sich der in den Handapparaten wissenschaftlicher Bibliotheken greifbare Vierbänder über die deutsche Parteiengeschichte. Der allein schon beantwortet die Frage: Was bleibt. Und dann sind da seine Verdienste um die alljährlichen Colloquien zur Faschismusforschung, die Jena zu einem Mekka der DDR-Spezialisten machten. Die fanden ein zusätzliches Publikationsorgan in den von ihm herausgegebenen Beträgen zur Parteiengeschichte, die heute als Dokument und Ausweis für die Entwicklung einer Spezialdisziplin gelesen werden können und als besonderer Kommentar wider die verlogene These vom „verordneten Antifaschismus“. Zu alledem traten seine biographischen Forschungen und Publikationen zu Hitler, Rudolf Heß, Fritz Sauckel und anderen Großfiguren des deutschen Faschismus. Dabei hat der Mann sich im Jenaer Westen am Schreibtisch nicht vergraben. Er ist einer der Gründerväter des Thüringer Zweigs der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist und bis dato eine ihrer Stützen. Nun wird Manfred Weißbecker 75. Grüße ins Mühltal mit dem Wunsch, dass seine Mühle weiter mahlen möge.

Erst Instrument – dann Opfer. Von den Ursachen zu den Wirkungen

Rede auf der Geschichtspolitischen Konferenz der VVN-BDA, Berlin 24./25. April 2010

In der Erinnerungsschlacht, die unvermindert um die Geschichte des deutschen Faschismus und namentlich des Krieges ausgetragen wird, gibt es, um im militärischen Bild zu bleiben, mitunter Zeiten, die wie Kampfpausen anmuten, verursacht durch die Erschöpfung der Kontrahenten. Dieser Eindruck täuscht jedoch. Der Lärm einer Schlacht ist anders als der eines Gefechts, und der wieder anders als der eines Scharmützels. Gekämpft wird aber permanent: in den klassischen wie den modernen Medien, in öffentlichen Räumen, beispielsweise um Bestand oder Errichtung von Denkmälern, mit Demonstrationen und Konfrontationen auf Straßen und Plätzen. An geschichtsträchtigen Tagen laufen die Auseinandersetzungen geradezu eingeübt und rituell ab. Ein solcher Tag ist der 13. Februar und der Kampfplatz das sächsische Dresden. Im Jahre 2010 haben die Antifaschisten dort einen ermutigenden Sieg errungen.

Dieser Kampf um die Deutung deutscher und europäischer Geschichte wird mit Vorrang auch um Begriffe und deren Inhalte geführt. Einer dieser Begriffe im Zentrum des Dafür und Dawider steht lautet: Opfer. Das emotional hoch aufgeladene Wort verbindet sich mit der Vorstellung von Unglück und Ungerechtigkeit, von Tod und Trauer. Es ist Menschen geläufig aus ihren Alltagen. Opfer kennen sie als Folge von Unwetter und Unfällen, von Leichtsinn und Epidemien, verschuldetem und unverschuldetem Verhalten. Vielfach verbindet sich mit dem Begriff ein sensationelles, Aufmerksamkeit heischendes Geschehen. Kurzum: Opfer ist so etwas wie ein Signalwort, bei dem aufgehorcht wird. Darauf gründet sich die Spekulation derer, die den Begriff einsetzen, um einer revidierten, revisionistischen Sicht in die deutsche Geschichte ein weites Tor zu öffnen.

Der Betrug beginnt damit, dass vorwiegend jungen Menschen eingeredet wird, hierzulande würde den der eigenen Nation angehörenden Opfern des Zweiten Weltkrieges nicht hinreichend gedacht. Sie würden von denen anderen Nationen und Völker gesondert und in eine mindere Kategorie eingeordnet. Und es würde, wenn von ihnen gehandelt werde, nicht von den Tätern gesprochen. Das ist der Punkt der Punkte: Geredet und angeklagt werden sollen die Täter „der Anderen“. Das zielt nicht nur auf deren wirkliche oder vermeintliche Täter, sondern soll vor allem begründen, dass diese „Anderen“ gar kein Recht besitzen, über die Taten, genauer die Untaten und Verbrechen der deutschen Eroberer zu reden. Es geht darum, im ersten Schritt die Geschichtskritik zum Schweigen zu bringen und dadurch – Schritt zwei – Platz zu schaffen für die heroisierte Trauer für die Soldaten der deutschen Wehrmacht. Diesem Heroismus bahnt in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Publikationen den Weg. In reich bebilderte Serien und Periodika werden Schlachtensiege gefeiert, Generale und Feldmarschälle Hitlers heroisiert, Waffen als Höchstleistungen deutscher Ingenieurkunst abgebildet und deren Funktionsweise erläutert. Und keine Staatsmacht scheint sich dafür auch nur im Geringsten zu interessieren. Gewiss, diese offen deutschnationale und militaristische Propaganda erreicht nur eine Minderheit der Gesellschaft. Nur gilt das für die Tuberkulose auch und die Medizin bekämpft sie nach staatlichen Regeln dennoch.

Man mag die bildhaften Vergleiche gesellschaftlicher Prozesse mit solchen aus der Natur mögen oder nicht, aber es ist nicht zu übersehen, dass die Ideologie der Rechtsextremen, der Nazis, nichtresistente Teile der Gesellschaft vergiftet, die diesen selbst Gruppen nicht zugehören. In einem Zeitungsartikel anlässlich des Jahrestages der Angriffe auf Dresden war zu lesen: „Luftangriffe wie jene auf Dresden zielten nicht primär darauf, die Militärmaschinerie des verhassten Nazistaates zu zerschlagen, sondern möglichst viele Menschen umzubringen. Der Massenmord war politisches Kalkül.“ Das ist klar: Demnach verrichteten die Besatzungen der Bomberverbände der Royal Air Force und der US-amerikanischen Luftwaffe die Arbeit von Massenmördern. Im gleichen Beitrag wird die Legende von derlei Angriffen als Strafaktionen erzählt und dann fortgefahren: Es stelle sich „die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Bestrafung.“ (Armageddon über Elbflorenz von Robert Allertz, in: *Neues Deutschland*, 13./14. Februar 2010, S. 24). Die Einstimmung in diesen Beitrag wird schon mit seiner Hauptüberschrift gemacht: „Armageddon über Elbflorenz“. Elbflorenz, das ruft die ruinierte Schönheit der Stadt auf, eine Perle, die doch nicht hätte angegriffen werden dürfen, und Armageddon, das ist der sprachliche Griff in die Bibel und in den Text der Offenbarung des Johannes, zur Geschichte vom

Krieg des großen Tages Gottes, des Allmächtigen, womit die Zerstörung Dresdens aus der realen Geschichte des 20. Jahrhunderts in ein – übrigens geschichtlich unaufklärbares – Dunkel gerückt ist. Die Methoden, mit denen die Revision von Geschichtsbildern betrieben wird, reichen von den plumpen Losungen der Nazis auf ihren Transparenten bis eben zu derlei sublimeren Formen.

Mit System sind die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges den Zeitgenossen noch einmal und den Nachgeborenen in Handlungen und Bildern von Spielfilmen gesetzt worden – „Untergang", „Die Flucht", „Die Gustloff„ „Dresden". Und der Begriff Opfer verbindet sich so, nächst denen der Bombardements aus der Luft, vor allem mit der Flucht und Vertreibung. Die damit beständig einhergehenden Verzerrungen und Verfälschungen des geschichtlichen Geschehens verdienen ein paar Worte mehr. Es beginnt mit der Koppelung und Vermengung der beiden Begriffe. Flucht, das war für Millionen Bewohner Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Ostbrandenburgs vor allem und unmittelbar eine Flucht vor dem Krieg, der herannahenden Front, vorangetrieben durch eine doppelte Angst, die in tödliche Kämpfe zu geraten und in die rächende Hand der Sieger zu fallen. Die zweite war seit Jahren durch Schreckensbilder vom Bolschewismus und den Folgen einer deutschen Niederlage ausgemalt worden. „Kraft durch Furcht" war an die Stelle von „Kraft durch Freude" getreten. Diese bis zum Panischen reichenden Ängste erleichterten es den Nazifunktionären und Militärs, Millionen Deutsche westwärts in Marsch zu setzen und sich dadurch Kampf- und Schussfeld zu schaffen. Der Zusammenhang dieser Massenflucht im Winter [1944] und Frühjahr 1945 mit dem Interesse zur Fortsetzung des Krieges bis nach Berlin wird weithin geschwiegen. Sie hat mit den Entscheidungen der Alliierten über Grenzziehungen und Umsiedlungen nichts zu tun, sondern war, die direkte Folge einer Kriegführung bis auf das Territorium des Reiches. Die Entscheidungen von Potsdam und die daran anschließenden haben die Rückkehr dieser Millionen verhindert, nicht deren Flucht verursacht.

Darauf folgten zwangsweise Aussiedlungen, die, auch wenn sie nicht den Charakter von Vertreibungen trugen und nicht von Hass und Rachegelüsten begleitet wurden, Menschen in Ungewissheit, Ratlosigkeit, Lebensängste und Elend stürzten, sie zu den letzten Opfern des Krieges werden ließen wie auch viele Kriegsgefangene und Kriegsverletzte. Es ist dieses Geschehen, das ins Zentrum eines Museums gerückt werden soll, dessen Errichtung obendrein als eine Tat, ein Akt der Versöhnung mit dem polnischen Nachbarn ausgegeben. Wenn in Deutschland gleich wo eine Stätte dieser Art geschaffen würde, müsste sie die Geschichte der Fluchten und Vertreibungen vollständig darstellen. Erstens, damit wäre zu beginnen, die Fluchten und Vertreibungen der deutschen Nazigegner, die sich 1933 vor der Verschleppung in Gefängnisse und Konzentrationslager durch die Flucht ins Ausland retten mussten. Dazu – ebenfalls 1933 – der Beginn der Flucht von Juden aus dem Reich, schon im ersten Jahr der Nazidiktatur waren es ca. 30.000, vertrieben durch Diffamierung, Boykottaktionen, Verlust ihrer Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten. Darauf folgten, nach dem Ergebnis der Abstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935 die Ausweitung der Fluchten und Vertreibungen aus diesem dem Reich einverleibten Territorium. Ähnliches wiederholte sich im März 1938 in Österreich und im Oktober des gleichen Jahres im Sudetenland, wo es auch die dort wohnenden Tschechen traf. Sodann – und nahezu vergessen – wäre zu gedenken der von ihren angestammten Lebensplätzen und Lebenswegen vertriebenen „Zigeuner", eine Vertreibung zunächst innerhalb der Reichsgrenzen – das war die erste Etappe. Vertrieben wurden weiter aus dem Reich, da war der Eroberungskrieg schon begonnen worden, Juden aus dem Regierungsbezirk Stettin in das südöstliche besetzte Polen und die Juden aus Baden in den unbesetzten Teil des besiegten Frankreichs. Zeitlich parallel dazu erfolgte die Vertreibung von Juden und Polen aus den annektierten Gebieten Polens, die dem Reich als sogenannte Reichsgaue (Westpreußen, Warthegau) einverleibt wurden. Die wurden im Zuge der „Germanisierung" dieser Gebiete in das Generalgouvernement „abgeschoben". Im Westen wurden Elsass und Lothringen zu Reichslanden erklärt und dem Reich zugeschlagen, was mit der Vertreibung von Juden und Franzosen aus diesen Territorien einherging. Und das war, bisher war nur von 1939/1940 die Rede, erst der Anfang.

Die Reduzierung des Themas Vertreibung auf das deutsch-polnische und allenfalls noch auf das deutsch-tschechische Verhältnis blendet einen erheblichen Teil der Geschichte aus. Der „Versöhnungsbedarf" wäre weit größer. Auf diesen Beginn folgten Vertreibungen, die zwar nicht von Deutschen organisiert wurden, aber auf das deutsche Konto gehen, denn erst ihre Eroberungszüge haben den

Chauvinisten in anderen Ländern dafür die Chance geboten und die Hände freigemacht. Das gilt etwa für die Vertreibungen von Serben aus dem kroatischen Ustascha-Staat von Nazignaden. Und was wäre erst auszubreiten, käme die Rede auf die Unzahl von Vertreibungen von Menschen im Verlauf von Kriegshandlungen überall dort, wo sie der Wehrmacht im Wege waren? Das Fazit: das vorgesehene Konzept für diese museale Einrichtung, ganz unabhängig von dem Personal, das es vorbereitet, ist in der Sache verfehlt. Das vorgedachte Museum braucht hierzulande niemand, der sich das Thema durcharbeiten will, was Deutsche in den Nazijahren und im Kriege in ihrem eigenen Lande und in Europa angerichtet haben.

Die Hauptmethode aber, mit der Menschen hierzulande um eine ungeschönte Wahrnehmung der Geschichte und des Denkstoffs, den sie bietet, gebracht werden sollen, operiert mit einem moralischen Argument, der Ausdruck ist zu schwach: mit einer Moralkeule. Alle Toten des Krieges verdienen trauernde Erinnerung. Und diese Keule wird gegen diejenigen geschwungen, die in diffamierender Absicht verdächtigt werden, sich dieser Erinnerung zu verweigern. Gewiss, es gibt neuerdings eine politisch hervortretende, Lärm schlagende Kleingruppe, auf die das zutrifft, die etwa in den Luftkriegstoten von Dresden gerecht Bestrafte erblickt, die keine Träne verdienen würden. Diese Truppe ist den Nazis und deren Verwandten willkommen. Sie wird versuchsweise benutzt, anderen die gleiche Jacke überzuziehen, in der diese Politrabauken daherkommen. Den Streitpunkt bildet aber nicht das Ja oder das Nein zur Erinnerung an die deutschen Opfer, sondern ihre Gleichsetzung mit denen anderer Nationalen und Völker. Verweigert wird der Blick auf die unterschiedlichen Wege, die zu diesem Opfersein führten. Formel und Devisen wie *Tot ist tot* und *Tod ist traurig* kann in der Geschichtsbetrachtung ebenso wenig gelten wie das Römische *De mortuis nihil nisi bene* (Über die Toten soll man nichts Schlechtes reden). Würde das gelten, ließe sich eine Biografie über Hitler, Himmler, Heydrich, die Kette ließe sich lange fortsetzen, nicht schreiben. Indessen geht es nicht um die Führer, sondern um deren deutsche Millionengefolgschaft, die zu Millionen im Kriege umkam.

Wie sich die Deutschen gegenüber den eigenen und den Opfern „der Anderen“ zu verhalten hätten, das war ein Thema einer Rede, die alsbald auf den Tag genau vor 25 Jahren gehalten wurde. Redner war der Bundespräsident und den Anlass gab der damals 40. Jahrestag des Kriegsendes. Die Zuhörer waren die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. In dieser denkwürdigen Rede hat das Staatsoberhaupt neben die in seinem Lande gebräuchlichen Begriffe Kriegsende, Niederlage und Katastrophe das Wort Befreiung gesetzt. Wörtlich sagte er: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Mit dem Gedanken, dass sie vom Dasein im Kriege befreit und der Drohungen ledig waren, durch die das Regime ihnen in der Phase seiner Agonie fremd und schließlich Feind geworden war, konnten 1985 die Bundesbürger umso leichter leben, als ihnen gleichzeitig Politik und Geschichtspublizistik bescheinigten, dass sie Opfer „nationalsozialistischer Herrschaft“ geworden waren. Es wurde ihnen ausdrücklich das Recht zugestanden, das sie freilich vorher schon reichlich in Anspruch genommen hatten, sich zu bemitleiden. Auch Weizsäcker hatte in seiner Ansprache gesagt, dass nicht vergessen werden dürfe, „welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten.“ Doch hat Weizsäcker zugleich verlangt, der „sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden“, zu gedenken und der ungenannten Zahl von Menschen „aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.“ Der Anspruch an das Umdenken der Bundesbürger war hoch. Gefordert wurde, den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 zu trennen und zur Vergangenheit ein von Wahrheit geprägtes Verhältnis zu gewinnen.

Ein Vierteljahrhundert nach dieser Rede lässt sich fragen, was aus den Vor- und Ratschlägen wurde. Auf dem Markt der Bücher und Filme erschienen seit den neunziger Jahren in Serie Veröffentlichungen verschiedenster Genres, in denen die Leiden der Deutschen im Bombenkrieg und während der Flucht vor der herannahenden Front gezeigt wurden. Dazu brauchte nichts erfunden oder ausgemalt zu werden. Millionen Deutsche waren in das Inferno des Krieges gerissen worden, als die führenden Militärs der Wehrmacht, anders als die Generale des Kaisers 1918, sich nicht dazu entschließen konnten, den Krieg verloren zu geben – spätestens, als die alliierten Armeen 1944 die Reichsgrenzen er-

reicht hatten. Nur setzten die meisten dieser Darstellung zeitlich „ein wenig“ zu spät ein. Sie bildeten die Deutschen als Opfer ab, nicht schon, was sie doch vorher in ihrer Masse gewesen waren, als Instrumente des Regimes, die ihm erst die Kraft verliehen, den Kontinent so zuzurichten, wie sie es vermocht hatten. Da lag auch die Fehlstelle in Weizsäckers Rede. Darin war von einer verbrecherischen Führung gesprochen, den Deutschen aber nicht mehr als eine Verirrung und Verstrickung zugeschrieben worden. Das wusste der ehemalige Hitlerjugendführer und Wehrmachtsoffizier besser. Er hatte sich selbst zu dem gemacht, was die übergroße Mehrheit der Deutschen gewesen war: Instrumente des Regimes, das ohne diese Millionengefolgschaft in Europa nicht hätte anrichten können, was es zu verbrechen vermochte. Zu gedenken und zu sprechen war nicht nur der Leiden und der Opfer, sondern eben auch der eigenen Schande. Brecht hatte das von sich schon 1933 in seinem Gedicht „Deutschland“ gesagt, das mit den Worten beginnt: „Mögen andere von ihrer Schande sprechen ich spreche von der meinen.“ Und was schloss diese Haltung erst ein, als zwölf Jahre vergangen waren und man den Mai 1945 schrieb. Schon nach dem ersten Jahr Nazidiktatur, da war, was die Herrschenden volkswirtschaftlich vorweisen konnten, noch begrenzt und es existierten 4 Millionen Arbeitslose, hatte sich die Mehrheit der Deutschen mit diesem Regime ausgesöhnt, sondern sie überhaupt ihm feindlich gesinnt und gestimmt gewesen waren. Dadurch wurde dessen Startgeschwindigkeit bestimmt und das hohe Tempo auf dem Weg in den Krieg gewonnen, was auch Pessimisten nicht für möglich gehalten hatten. Noch einmal: 1933 hieß es in Brechts Gedicht „Deutschland, bleiche Mutter, wie sitzt Du besudelt unter den Völkern“. Wie lasen sich diese Zeilen 1945? Wie mit dem Wissen, das in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege aufgehäuft worden war? Wie als Fritz Cremer in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, das war die Zeit des Eichmann- und des Frankfurter Auschwitz-Prozesses seine Plastik nach den Worten Brechts für jene Ansammlung von Nationaldenkmälern schuf, die am Eingang zum KZ Mauthausen errichtet wurden. Ich konnte doch nicht, das waren seine Worte bei einer späteren Unterhaltung, als Deutscher zur Aufstellung in einem anderen Land ein Denkmal bestimmen, das uns, die Deutschen, nur als Opfer darstellte.

Dieses Bild aber wird auf verschiedensten Wegen unter die Leute gebracht. Soeben, 2010, auch durch die deutsche Ausgabe des in Polen publizierten Bild-Text-Dokumenten-Bandes „Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung Mittel- und Osteuropa 1939-1959“, den der Weltbild-Verlag billig auf den Buchmarkt brachte. Aus dem Band, in dessen Zentrum die Geschichte Polens und der Polen sowie der in dessen mehrfach veränderten Grenzen lebenden anderen nationalen Gruppen steht, lassen sich viele Informationen beziehen. Die Einleitung der übersetzten Ausgabe schrieb ein an der Universität Leipzig lehrender Geschichtsprofessor, der an der Publikation auch als Gutachter beteiligt war. Sie beginnt mit dem Satz, dass der 23. August, der 1. und der 17. September den „Beginn der wohl tiefsten Zäsur in der modernen Geschichte Europas“ darstellen. Die Vorgeschichte des Krieges wird – und das ist Methode – auf 10 Tage verkürzt und sie beginnt im Kreml in Moskau. Von Interessen, Antrieben und Zielen, die in diesen Krieg der deutschen Imperialisten führten, ist keine Rede mehr und wenn, dann fällt ein Name, der Hitlers, und allenfalls der einiger seiner Komplizen, besonders böser Leute eben.

Doch das Wissen um die Rolle der Mehrheit der Deutschen als getreue und überzeugte oder auch als gezwungene Gefolgsleute des Regimes, als Instrumente in einem vom ersten bis zum letzten Tage verbrecherischen Krieg schließt das trauernde Gedenken an die Opfer nicht aus, sofern sie sich nicht als Verbrecher hervorgetan haben. Diese Trauer, ist sie nicht blind oder reaktionären politischen Zwecken dienstbar, besitzt aber ihre Besonderheit. Sie ist gleichsam von doppelter Natur, denn sie schließt die Traurigkeit über die Rolle ein, die diese Millionen in der deutschen und europäischen Geschichte gespielt haben. Darüber hinwegzugehen erscheint mir so unmoralisch wie die Reduzierung des Gedenkens an diese Toten auf einen einzigen Fluch. 2010 zielt solche Erinnerung auch nicht mehr auf Schuldzuweisung und Anklageerhebung, verbindet sich auch nicht mit dem Vorsatz von unserer Schande zu sprechen. Im Bewusstsein zu behalten sind geschichtliche Tatsachen, aus denen sich eine historisch-moralische Verantwortung herleiten lässt. Sie richtet sich auf das Leben der Anderen wie auf unser eigenes.

Einspruch. Antifaschistische Positionen zur Geschichtspolitik. Hrsg. Heinrich Fink/Cornelia Kerth, Köln 2011, S. 31-37.

Ein weltgeschichtliches Verdienst

Eine Betrachtung – 65 Jahre nach dem 9. Mai 1945

Fünfundsechzig Jahre nach einem Ereignis, gehen der Gesellschaft, wiewohl sich das Leben der Menschen in unseren Breiten verlängert hat, die Zeitzeugen aus. Wer 1945 in einer der beteiligten Armeen am Kriege teilgenommen und ihn überlebt hatte, steht im neunten Lebensjahrzehnt. Folglich wird hier und da darüber gesprochen, was diese demographische Veränderung für die Beschäftigung mit der Geschichte von Faschismus und Krieg nach sich zieht. Natürlich nur in Kreisen, die ihr eine Bedeutung für die Gegenwart noch zumessen und also nicht glauben, dass die seinerzeit gewonnenen Erfahrungen ihr Verfallsdatum schon erreicht und überschritten haben. Doch die Ansicht, die das Leben von Groß- und Urgroßeltern in fernsten Fernen sieht, gewinnt an Boden. Diktaturen und Kriege, das sind im Denken vieler Erscheinungen, die in den Nahen und Mittleren Osten oder andere entlegene Gegenden gehören. Neuerdings war zu lesen, der „weiße Mann“ führe im 21. Jahrhundert keinen Krieg mehr gegen seinesgleichen.

Der Krieg, der von 1939 bis 1945 vorwiegend in Europa, zeitweilig an der afrikanischen Mittelmeerküste und auf den Weltmeeren tobte, ist nichtsdestoweniger vielerorts „gegenwärtig“. Jeder Besuch in einer Buchhandlung bezeugt das. Jedes Wochenprogramm der Fernsehsender tut das auch. Und zugleich macht der Blick in Texte wie auf die Scheibe des Fernsehers deutlich, dass Beschreibungen vorherrschen: Das Was und das Wie werden ausgebreitet und unter die Lupe genommen. Die Königsfrage, die an geschichtliche Prozesse zu stellen ist, lautet jedoch: Warum? Ihr nachspürend, müssten gesellschaftliche, staatliche und geistige Zustände analytisch betrachtet werden. Damit sei Quote nicht zu machen, sagen Fernsehspezialisten und geben damit eine eigenartige Auffassung von der sonst beständig angerufenen Informationspflicht zu erkennen. Doch hat es mit der gemiedenen Frage im Grunde eine andere Bewandtnis. Es gibt keine schärfere geschichtliche Anklage der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als die, dass aus ihrem Boden zwei Weltkriege hervorgingen. Da, so der Schluss, lassen wir das Thema lieber unvertieft. Denn wir leben, bei allen ihren Wandlungen, eben nach wie vor in dieser Gesellschaft. An ihrer Humanisierung könnten Zweifel aufkommen. Und dem Volke soll der Glaube erhalten bleiben, dass es keine besseren, sicheren, Zukunft verheißenden Zustände geben könne als jene, in denen wir leben.

Diesen Glauben soll auch eine Interpretation des 8./9. Mai 1945 stützen, die nach dem Zusammenbruch des sowjetisch geführten Mächteblocks zunächst zögernd in Umlauf gesetzt wurde, nun aber ungehemmt verbreitet wird. Die Geschichte der Sowjetunion ist inzwischen weithin auf Begriffe wie Stalin, Gulag, Hitler-Stalin-Pakt, Katyn reduziert worden. Als Hinterlassenschaft der sowjetischen Institutionen und der Armee gelten in der Bundesrepublik die so genannten Speziallager und Gefängnisse, in denen Gedenkstätten eingerichtet werden, dazu unansehnliche, ruinierte Kasernen und kontaminierte Terrains. Noch sind jedoch die Denkmäler, die an die Gefallenen der Roten Armee erinnern, nicht geschliffen und gesprengt, wie in einigen Staaten unserer neuen Verbündeten. Wo das geschah, war uns die Schandtat nicht mehr als eine Meldung wert.

Dennoch: Es gibt Tatsachen der Geschichte, die sich nicht leicht aus dem Bewusstsein tilgen lassen. Zu ihnen gehört, dass die Hauptlast des Krieges gegen Nazideutschland von der Sowjetunion getragen wurde und sie den Hauptanteil an dessen militärischer Niederlage besitzt. Was dieses Verdienst bedeutet, wird kaum noch konkretisiert. Zu ihnen gehört, dass der 8. Mai 1945 als die wohl wichtigste Zäsur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts eingehen wird. Warum? Mit dem Sieg der Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus, der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und dem Abschluss der Befreiung der europäischen Völker wurde zugleich die gesamte menschliche Zivilisation vor dem ihr drohenden Absturz in die schlimmste Barbarei gerettet. Im Unterschied zu allen anderen einschneidenden Ereignissen des 20. Jahrhunderts – und es gab ihrer nicht wenige – wurde damit eine tiefgreifende Veränderung von globaler Wirkung markiert: die Weiterexistenz der Jahrtausende alten menschlichen Zivilisation wurde ermöglicht.

Eben sie war durch die seit Jahren vorbereitete deutsche Aggression tödlich bedroht. Der zweite Weltkrieg ging schon deshalb als Vernichtungskrieg in die Geschichte ein, weil er wie kein anderer

Krieg so viele Opfer forderte und einen materiellen Schaden hinterließ, der viele Länder um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückwarf. Und der Vernichtungskrieg war pervers geplant. Das betraf die Shoa, die Vernichtung von über 5 Millionen europäischen Juden, vornehmlich Bürgern Polens und der Sowjetunion wie auch 200.000 deutschen Juden, Das betraf den Genozid von Russen, Polen und anderen „Untermenschen“. Beides auch mit industriellen Verfahren sowie durch Aushungerung. Bestandteil dieses Völkermords waren „Vergeltungsschläge“ an Alten und Kindern wie auch die Deportierung von Zwangsarbeitern nach Deutschland aus verschiedenen Ländern, von denen ebenfalls viele Millionen umkamen.

Insgesamt dürften zu den Opfern des faschistischen Vernichtungskriegs etwa 60 Millionen Tote gehört haben. Die Zahl der Todesopfer aus der Zivilbevölkerung überstieg dabei die Zahl der gefallenen Soldaten. Das galt vor allem für die Sowjetunion, Polen, Jugoslawien, Griechenland, bei genauerer Berechnung auch für einige andere Länder. Deutschland hatte durch den von seinen Machthabern entfesselten Krieg bei über 6 Millionen gefallenen Soldaten etwa 1,5 Millionen Opfer aus der Zivilbevölkerung zu beklagen. Sie fanden den Tod bei Luftangriffen, Straßenkämpfen, auf der Flucht oder im Chaos unmittelbar bei Kriegsende. Etwa 400.000 Deutsche wurden Opfer des NS-Terrors.

Als Vergleichszahlen sei angemerkt, dass Großbritannien über 300.000 Tote zu beklagen hatte, darunter 65.000 aus der Zivilbevölkerung. In den USA zählte man ca. 300.000 in Europa gefallene Soldaten. (In den USA selbst gab es bekanntlich keinen einzigen Kriegstoten aus der Zivilbevölkerung, nicht einmal eine durch Kriegseinwirkung zerschlagene Fensterscheibe.)

Es ist das bleibende Verdienst der Antihitlerkoalition, dass sie diesem Schrecken nach furchtbar blutigen Kämpfen ein Ende gemacht hat. Ihre Streitkräfte wie auch die Widerstandsbewegung in den von den faschistischen Aggressoren okkupierten europäischen Ländern wie den Gebieten der Sowjetunion hatten 1945 das Ende des Vernichtungskrieges erzwungen. Das bleibt eine unerschütterliche Wahrheit. Genauso wie die Tatsache, dass die Sowjetunion, so wie sie im Unterschied zum Russischen Reich vor 1917 bestand, den entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat. 1945 war es weltweit anerkannt, dass ihre Armee bis zuletzt das Gros der Wehrmacht zerschlagen hat, nicht nur als sie allein dem Aggressor auf dem Kontinent gegenüberstand, sondern auch nach der lang versprochenen Eröffnung einer zweiten Front in Frankreich. Heute wird dies wie eben auch die historische Rolle der Antihitlerkoalition bei der Erzwingung des dann langjährigen Friedens in Europa verschwiegen.

Wovor sie diesen Kontinent, wenn nicht die Welt bewahrt hat – „Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte“ – das ist schon vor Jahren eindrucksvoll beschrieben worden. Vielerorts lässt es sich noch immer auf verschiedenste Weisen vergegenwärtigen. Einigen Denkaufwand vorausgesetzt. Trotzdem ist es nach 65 Jahren für viele schwer auszumalen, wozu eine Verwirklichung der Kriegsziele des deutschen Faschismus geführt hätte. Die bereits sichtbare Realität war schon schlimm genug. Dabei steigerte sich die Barbarei, nicht zuletzt in jener Zeit, da militärische Erfolge noch auf ein völliges Gelingen der angestrebten Ziele, also auch der Welthegemonie hindeuten mochten. Seit Jahrzehnten sind aktenkundig die perversen Planungen offengelegt, wie die Völker in Herrenmenschen als Aufseher und rechtlose Arbeitssklaven von den Anwärtern auf die Weltherrschaft gespalten werden und der begonnene Genozid in brutaler Weise fortgesetzt werden sollten.

Da diese Zeilen geschrieben werden, gibt es im Potsdamer Hauptbahnhof eine Ausstellung, die an die etwa 20.000 deutschen Soldaten erinnert, die Opfer deutscher Militärjustiz wurden. Eine andere im Bremer Krankenhaus-Museum dokumentiert die Verbrechen von Medizinern an behinderten Kindern. Wie wäre das in einem Europa unterm Hakenkreuz fort gegangen? Wie viele Opfer wären zu den jetzt festgestellten noch hinzugekommen, hätte die sowjetische Streitmacht auf ihrem Wege nach Deutschland nicht jenes Tempo vorgelegt, das den Mai 1945 zum Kriegsende bestimmte? Dafür existierten vorab andere Berechnungen, die reichten in das Jahr 1946 und weiter. Und die Kriegswende besitzt einen Namen: Stalingrad. Diese Hervorhebung schätzt keinen Anteil gering, den Menschen so vieler Nationen und Völker, Europäer, Amerikaner, Asiaten, Afrikaner, Australier, am Triumph über die Welteroberer besitzen. Der wird – anders als das der Völker der Sowjetunion – indessen nicht angefeindet oder in Zweifel gestellt.

Aus einem Staat, in dem Stalin die Knute schwang, hätte nichts Gutes kommen können? Die Frage besitzt eine Tendenz. Folgen, die nicht notwendig und schon gar nicht gesetzmäßig aus einer Tat erwuchsen, sollen zu deren Umdeutung dienen. Was immer sich in der sowjetischen Nachkriegspolitik in Osteuropa an Kritikwürdigem und Verurteilenswertem findet, was immer sich gegen die sowjetische Innenpolitik vorbringen lässt, die das Land in einem geschichtlichen Konkurrenzkampf unterliegen ließ, nichts von alledem nimmt den Generationen, die den Nazifaschismus zur Strecke brachten, ihre weltgeschichtliche Leistung. Sie haben den größten Verbrechern, die bis dahin auf dem Erdball hervorgetreten waren, ihre Instrumente aus der Hand geschlagen. Welcher Frevel, die Erinnerung daran tilgen zu wollen.

Es gibt viele und recht unterschiedliche Verfälschungen der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, darunter seiner Ursachen, der Zielsetzung seiner Urheber, seines Verlaufs und seiner Folgen. Auch nach 65 Jahren müssen sie entlarvt werden, sind sie doch nach wie vor eine Belastung für die Zukunft. Heute, da Kriege wieder als ein angeblich erzwungenes legales Mittel der Politik – und das auch in Deutschland – deklariert werden umso mehr.

Zudem wird der 8. Mai 1945 in Deutschland heute meist wertneutral nur als Kriegsende bezeichnet. Natürlich markierte er das Ende des Zweiten Weltkrieges mit seinen Schrecken in Europa, damit auch in Deutschland. von wo er entfesselt wurde. Trotzdem bleibt der Begriff „Kriegsende“ als historische Definition zumindest nichtssagend. In den ersten vier Jahrzehnten nach 1945 sprach man in der Bundesrepublik allgemein vom Zusammenbruch oder einer ominösen Stunde null in der deutschen Geschichte. Umso beeindruckender und für viele unerwartet war 1985 die Rede Richard von Weizsäckers, der selbst Kriegsteilnehmer in der Wehrmacht vor Leningrad gewesen war. Als Bundespräsident bezeichnete er den 8. Mai erstmalig in einer offiziellen Ansprache als Tag der Befreiung, und zwar auch für das deutsche Volk. Und er wies ausdrücklich darauf hin, dass der 8. Mai 1945 nicht ohne den 30. Januar 1933 zu erklären ist. Also der Berufung von Hitler zum Reichskanzler durch den damaligen Präsidenten der Weimarer Republik, dem kaiserlichen Generalfeldmarschall von Hindenburg, Die Ansprache des Alt-Bundespräsidenten darf nicht vergessen werden, war sie auch schon nach fünf Jahren für so viele suspekt.

Blicke in Zeiten

Vortrag am 12. Mai 2010 in der Ladengalerie junge Welt

In einem Brief eines Freundes wurde mir unlängst geschrieben, ich hätte bisher vier Reiche erlebt und er wünsche mir das Erlebnis des fünften. Vom ersten, gemeint ist das der Weimarer Republik, besitze ich keine eigenen Erinnerungen. Vom zweiten schon, ohne dass sich zu diesem Reich und den hochfliegenden Plänen seiner Machthaber eine Beziehung hergestellt haben würde. Mit dem „Großgermanischen Reich“ hatte in unserer Kleinfamilie niemand etwas im Sinn. In derlei Gedanken schwelgte offenbar auch die Mehrheit der Deutschen nicht. Jedoch wollte sie den Krieg, in den sie einmal gestürzt war, nicht verlieren. Das unterschied das Zuhause so vieler meiner Altersgenossen von dem meinen. Zu meinen Schulerinnerungen gehört eine Bemerkung eines Mathematiklehrers, der nicht eigentlich als Nazi auszumachen war, der uns die Notwendigkeit der Beschäftigung mit der Geometrie aber dadurch nahezubringen suchte, dass er erklärt, dieses Wissen würden wir dereinst bei Vermessungsarbeiten in unseren Kolonien benötigen. Wir waren davon nicht sehr beeindruckt.

Sollte ich meine eigene geistige Verfassung gegen Ende des Krieges beschreiben, wäre ihr Kern, dass die Gedanken nicht weiter reichten als bis zu jenem Punkt, da die Waffen schweigen, das Überleben zur Gewissheit geworden sein würde. Zukunftsgedanken wird man das nicht nennen und noch weniger eine Weltvorstellung. Die begannen sich erst herauszubilden als das braune „Dritte Reich“ der Geschichte angehörte und der erste zögernde Schritt in mein „drittes Reich“ getan wurde. Da schrieben wir den Mai 1945. Da begannen sich Überlegungen darauf zu richten, was kommen könne und was kommen solle. Es keimte ein neues Lebensgefühl. Das drückte sich sinnfällig in den ersten Liedern der antifaschistischen Jugend aus, die ich in Weimar und dann in der Schule bei Saalfeld sang. „Für eine bessere Zukunft, richten wir die Heimat auf“, hieß es in dem einen, in einem anderen richtete sich der Ruf an die Mehrheit unserer Altersgenossen „Wach auf, steh auf, der Morgen naht [...] dem neuen Tag entgegen geht jetzt unser Land“. Das waren neue Vokabeln „Heimat“ und „unser Land“. Und dann die Fragen: Was für ein Tag? Was für eine Zukunft? Beim Denken und Diskutieren darüber, bald auch lesend, hat sich eine Anschauung von der Welt, ein Weltbild geformt. Wichtiger als Bücher waren die Eindrücke und Erlebnisse.

Mein Weltbild wie das vieler meiner Freunde entstand unter dem Eindruck der militärischen Zerschlagung des Faschismus und des Anteils, den die Sowjetunion und deren Armee daran besaßen und unter den weltweiten Erschütterungen und Kämpfen, die im unmittelbaren Nachkrieg zu beobachten waren. Die von revolutionärem Geist geprägten Massenbewegungen in Italien und Frankreich, das vom Bürgerkrieg erschütterte Griechenland, die antikoloniale Bewegung in Indien und weiteren Staaten Asiens und Afrikas. 1951 die Weltfestspiele der Jugend in Berlin mit dem Lied Armin Müllers, eines Weggenossen aus frühen antifaschistischen Zeiten in Weimar 1945, in dem das „siegreiche China“ besungen wurde, in dem die Revolutionäre zwei Jahre zuvor triumphiert hatten. Unter den Eindrücken dieser Entwicklungen schien es mir schon als Schüler eine ausgemachte Sache, dass die Neue Welt siegen und am Ende des 20. Jahrhunderts die kapitalistische Welt der Vergangenheit angehören werde. Gewiss, da war der sich entwickelnde Kalte Krieg und die andere Seite war Alleinbesitzer der Atombombe. Dass große Kämpfe noch bevorstünden, war uns gewiss. Mein Vater schrieb mir, sie würden wohl mit dieser Waffe ausgetragen werden und unser Russischlehrer, ein in den Revolutionszeiten aus Sowjetrussland nach Deutschland verschlagener Ukrainer, ein weltgeschichtlich interessierter Mann und philosophischer Kopf, erklärte uns, seinen jungen Genossen „Der Atomkrieg kommt ja“. Die Perspektive konnte uns nicht gefallen. Wie der Sieg errungen werden würde, wussten wir nicht. Dass er unser sein würde, davon waren wir überzeugt. Der Imperialismus war sterbender Kapitalismus.

Wir haben damals schon an Tatsachen vorbeigedacht oder sie zumindest nicht angemessen in Rechnung gestellt. Mit welcher ökonomischen Kraft namentlich die USA aus diesem Krieg hervorgegangen waren und wie sie die nun einsetzten, was uns am Beispiel des Marshall-Plans vorstellbar hätte werden können, wie demgegenüber die Sowjetunion nach den Verwüstungen des Krieges aussah, was die Reduzierung ihres Menschenpotentials durch die Kriegsverluste bedeutete – dies lag jenseits

unserer Überlegungen. Kurzum: Schon die Ausgangsbedingungen des nun einsetzenden geschichtlichen Kräftemessens waren uns nicht bewusst. Dass das mit dem absterbenden Gegner so eine Sache war, ließ sich freilich nicht übersehen. Im Ohr ist mir Otto Buchwitz' Wort auf dem 3. Parteitag der SED 1950, das lautete: „Auch Sterbendes hat fluoreszierenden Glanz." Und der hochverdiente schlesische Sozialdemokrat, geboren in Breslau zu Zeiten des Sozialistengesetzes, war kein Sprüchemacher. Und dann waren da die Demonstrationen sowjetischer Wirtschaftskraft in Ägypten beim Bau des Assuan-Staudamms, eines Stahlwerks in Indien und die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zu vielen der neuen einen Aufbruch anzeigenden Staaten des „schwarzen Kontinents". Die Siege in Algerien, die Kämpfe in den portugiesischen Kolonien, der letzten, die die Unabhängigkeit gewannen, und Kuba – das waren Tatsachen auf unserer historischen Rechnung, auf der die Gegenrechnung fehlte. Sicher schien uns, dass diese – wie sie genannt wurden – „jungen Nationalstaaten" auf den anderen Kontinenten den nichtkapitalistischen Weg einschlagen würden. Indessen begannen sich unsere Vorstellungen doch zu verändern und das im Hinblick auf die Zeiträume, in denen der grundstürzende Wandel erreicht werden würde, aber in ihren Grundfesten wankten sie nicht. In unser Denken begann sich etwas einzuschleichen, was die Kampfrichter beim Boxsport Hilfspunkte nennen. Dass die kapitalistischen Regime, von den USA gar nicht zu reden, in Westeuropa feststanden, das war augenfällig und das Absinken des Einflusses der Kommunistischen Parteien dafür ein sicherer Anzeiger. Die Hilfspunkte wurden aus ferneren Gegenden geholt. Irritierend waren die sozialen und politischen Unruhen, von denen sozialistische Staaten erschüttert wurden, Ungarn, dann die Tschechoslowakei, dann Polen. Die Losung „Der Sozialismus siegt", unaufgegeben zwar, bekam einen anderen, weniger überzeugenden, mit Zweifeln besetzten Klang. Eine neue Zwischenbilanz wurde im Großen wie in den Grenzen der DDR nicht aufgemacht. Wie hätte sie ausgesehen? Und was wäre mit ihr anzufangen gewesen?

Die Geschichte der realsozialistischen Staaten wurde auch zu einer Geschichte des fortschreitenden Realitätsverlustes. Die bloße Aufrechterhaltung des militärischen Pat konnte die Risse in den Fundamenten nicht ausgleichen. Lenins Wort, wonach der Sozialismus stark sei, wenn die Massen alles wissen, wurde schon nicht mehr zitiert. Und es war ja auch nicht mehr so, dass die „oben" alles wussten und es den Massen „unten" nur nicht sagten. Die Geschichte der Führungsgruppen im realsozialistischen System zu schreiben, das dürfte noch eine besondere Herausforderung der Historiographie bleiben.

Mein „viertes Reich" ist die Bundesrepublik geworden und das nach einer historischen Niederlage der sozialistischen Bewegung ohne Beispiel. Nicht im Kampf um die Macht wurde sie erlitten, wie in Deutschland, Österreich und Ungarn 1918/1919, sondern als Machverlust. Die Betrachtung wird nicht besser und der Befund nicht leichter, wenn das Geschehen zuvor als ein „Versuch" herabgestuft wird. Und auch nicht, wenn an dem Begriff „sozialistisch" gedeutelt und erklärt wird, das war ja gar nicht der richtige Sozialismus, der da eine Niederlage erlitt. Es war ein hoffnungsvoll begonnener Ausbruch aus der bürgerlichen Welt und den Zuständen kapitalistischer Ausbeutung. Dafür gibt es einen untrüglichen Beweis: Wäre er das nicht gewesen, würde die Niederlage nicht so schmerzen. Und weil er das war, haben Sozialisten die Pflicht und Schuldigkeit, die verdammte oder eine andere, sich mit diesem Erbe auseinander zu setzen, es zu sondern in jenen Teil, den sie für im positiven und den anderen, den sie im negativen Sinne für denkwürdig halten. In dem Lande, in dem landauf landab von Erinnerungskultur geredet wird, soll gesagt sein, dass die Abwendung und Nichtachtung von mehr als siebzig Jahren Erfahrungen, angehäuft von Millionen Menschen durch Arbeit, vielfach unter Schmerzen, Leiden und Opfern, einen Fall von Erinnerungsunkultur ergibt.

Nun also sind die Sozialisten seit Jahren und auf Jahre noch mit den Ursachen und Folgen jener Niederlage befasst, mit Folgen, die sich vollends noch nicht entfaltet haben. Mit den Ursachen nur gedanklich-analytisch, mit den Folgen auch praktisch. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Bestand einer Bewegung, die über die gegenwärtigen Macht- und Herrschaftszustände hinauswill, hin zu einem Zustand, für den ein anderer Name als Sozialismus noch nicht gefunden ist, wenn auch nach ihm gesucht wird. Von den einen, weil sie das vermeintliche Schreckwort „Sozialismus" vermeiden wollen, von anderen, weil sie es und wohl zu Recht für ihre Bestrebungen nicht als zutreffend ansehen.

Solidarische Gesellschaft zum Beispiel, das klingt gut und zugleich weniger verbindlich und bestimmt. Dabei ist das Problem der Herrschenden wie der Sozialisten, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in bürgerlichen Staaten auf Befragen den Sozialismus noch immer für eine gute Sache oder für die jedenfalls bessere hält, nur mit dem Zusatz, dass die nicht, wie Brecht formuliert hat, das Einfache ist, das schwer zu machen sei, sondern das zu Komplizierte, das nicht gemacht werden könne. Die Herrschenden haben damit ihre Schwierigkeiten, weil sie den Massen den bloßen Gedanken an diese Wertigkeit austreiben möchten, und die Sozialisten haben sie, weil dieser Befund als praktisch unverwertbar ist.

Eine, wenn nicht die schwerwiegendste aller Folgen der Niederlage besteht darin, dass sich in einem geschichtlichen Sinne Resignation verbreitet hat und die wird nun von den Massenmedien tagaus und tagein genährt. Erinnert wird man an den Liedtext, geschrieben zum Tode des Ferdinand Lassalle, in dem es in einer Strophe von der „Freiheit, die ich meine“ heißt „Magst Du nie Dich zeigen, der bedrängten Welt, führest Deinen Reigen nur am Sternenzelt“? Diese Haltung ist für jene, die eine andere Freiheit meinen, gut verträglich. Freiheit wird den Massen an deren Gedankenzelt, am besten nächtens und schnarchend, gern zugestanden.

Zunächst: diese Resignation nach Niederlagen ist ein geschichtlich normaler Vorgang. Wir Historiker, das ist eine unserer Aktien, haben darüber nur nicht gesprochen und geschrieben, ja meist nicht einmal geforscht. In der deutschen Geschichte lässt sie sich nach 1848/1849 ebenso verfolgen wie nach 1918/1919 und dann wieder nach 1933. Mitunter ist solche Resignation dramatisch und tragisch verlaufen, so im Leben des Kurt Tucholsky, dessen 75. Todestag noch in diesem Jahr zu gedenken sein wird. Die Resignation derjenigen, die gekämpft haben und ermüdet und enttäuscht, ja verzweifelt waren und es sind, ist nicht zu verurteilen. Es ist ihr helfend zu begegnen. Individuell und dadurch, dass der praktische Beweis dafür angetreten wird, dass das „letzte Wort“ nicht gesprochen ist.

Solcher Beweis ist derzeit nicht leicht anzutreten. Denn Resignation muss sich nicht nur – wie im Fall Tucholskys – im totalen Rückzug aus der politischen Öffentlichkeit zeigen, sondern auch durch den Einsatz für eine Politik mit Abzügen, die mitunter den Namen Realpolitik erhält. Nichts gegen die alltägliche Anstrengung auch nur für eine geringfügige Verbesserung des Lebens von Menschen. Nur wenn sich Sozialisten einzig und auf Dauer als eine Reparaturkolonne in der bürgerlichen Gesellschaft und an den Gebrechen des Kapitalismus verstehen und bewegen, dann begehen sie durch die Beibehaltung des Namens Sozialist einen Etikettenschwindel.

Um dieses Verständnis wird derzeit in der deutschen Linken eine Auseinandersetzung geführt, jedoch selten mit offenem Visier. Zu den politischen und moralischen Pflichten eines Sozialisten gehört nach meinem Verständnis, dass er – gelegen oder ungelegen – ausspricht, was in dieser Gesellschaft unter den herrschenden Eigentumsverhältnissen sich allenfalls verändern lässt und was auf keinen Fall. Dazu gehört keine Prophetie, sondern ein Blick in die Geschichte der Klassenkämpfe. Diese Grenze darf im Nebel von Erörterungen über Transformationsprozesse nicht außer Sicht geraten. Tut sie das, läuft das auf eine geistige und mentale Demobilisierung hinaus.

Damit ist die Frage erreicht, die in Kreisen von Sozialisten wieder und wieder diskutiert wird, die nach den historischen, tiefgreifenden Veränderungen bewirkenden Subjekt. Dass das nicht in Sicht ist, ist Argument mancher geworden, die in der Reparaturkolonne die Meister abgeben. Zugleich erweist sich in den ungeordneten Reihen der Linken der Abschied von jenen Vorstellungen vom weltgeschichtemachenden Subjekt, die Marx und Engels und Lenin entwickelten, Vorstellungen, die sich damals begründen ließen, als lang. Die Verfechter von Dogmen haben stets auch denen ihrer Kontrahenten die Verbreitung ihrer Ansichten erleichtert, denen es nicht nur um die Abweisung jener Dogmen geht, sondern zugleich um die Theorien „dahinter“, die dogmatisiert wurden.

Die Tatsache, dass sich in weiten Teilen der Welt die Mehrheit der Bevölkerung mit den bürgerlichen Zuständen ausgesöhnt hat, liefert keinen Beweis dafür, dass dieses schiedlich-friedliche Verhältnis auf Dauer konserviert werden kann, denn es können die Zustände nicht konserviert werden. Welche Widersprüche Massen in Bewegung setzen werden, ist nicht vorherzusagen. Die Erfahrungen des verflossenen Jahrhunderts für Europa geben darüber wenig Auskunft. Da haben sich Massen im weltgeschichtlichen Maßstab nur zweimal in Bewegung gesetzt und beide Male nach Katastrophen, denen

des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. In Asien und Afrika ist das in den antikolonialen Kämpfen geschehen. In Lateinamerika ereignen sich solche Erhebungen seit Jahrzehnten, um aus Menschen unwürdigem Dasein auszubrechen. Diese Erfahrungen stehen auch dafür, dass die Formierung von Subjekten, die fähig waren, gesellschaftliche Zustände oder Verhältnisse zum Tanzen zubringen, vielfach in kurzer Zeit vor sich geht. Das gilt übrigens für revolutionierende wie für gegenrevolutionäre Bewegungen. Wohin diese Massen dann gehen, was sie bewirken, das hängt wiederum davon ab, wer sich an ihre Spitze zu setzen vermag, welche Zielvorstellungen dann formuliert werden und diese Massen ergreifen. Das muss nach den deutschen Erfahrungen von 1918, 1933, aber auch von 1989 hier nicht weiter erläutert werden.

Eric Hobsbawm hat im Hinblick auf die Geschichtswissenschaft geschrieben, sie könne über die Zukunft nicht mehr aussagen, als dass die Geschichte jedenfalls weiter gehen werden, also die Vorstellung von einem Stillstand oder vom „Ende der Geschichte“ absurd sei. Nun, ein wenig mehr hat er selbst darüber schon geschrieben. Es steht die Menschheit als Resultat ihres eigenen Handelns, auch als Ergebnis ihrer Auseinandersetzungen mit der Natur vor ganz neuen Herausforderungen. Manche ihrer alten Erfahrungen haben folglich ihr Verfallsdatum hinter sich. Vermutlich nicht so viele, wie manchmal geglaubt wird. Wer heute Friedrich Engels Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ liest, kann sich den Wandel dieser Herausforderungen klarmachen und wird womöglich fragen, ob wir nicht ein intelligentes Buch zum Thema „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie“ nötig haben. Die Klassiker des dialektisch-materialistischen Denkens haben, so sehr wie sie theoretisch und praktisch sich für die Wende in der Menschheitsgeschichte einsetzten, zugleich um die Unwägbarkeiten des Geschichtsprozesses gewusst. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst und sie stehen auf diesem ihrem Weg vor Alternativen. Die entscheidende lautet in der neuerdings wieder viel zitierten Formulierung: Sozialismus oder Barbarei. Es ist nicht nötig, sich Horrorszenarien auszumalen, um zu erkennen, dass Wandel unabweisbar wird, denn das von den sogenannten fortgeschrittenen oder modernen Staaten als Ideal Vorgegebene geht an die Substanz dessen, was menschliches Dasein ermöglicht.

Hilfe für Festredner

Eine nahezu kostenlose Lieferung der Süddeutschen Zeitung

Wieder geht es einem deutschen Jahrestag entgegen. Diesmal steht am Ende eine Null. Die wird als Herausforderung zu besonderen Anstrengungen gelesen. Abverlangt werden sie den Festrednern und deren Helfern im Schriftlichen, den Autoren von Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften und den Aufsagern feierlicher, am besten ans Herz gehender Sprüche in Radio- und Fernsehsendungen. Ihnen allen ist früh Hilfe geworden. Die *Süddeutsche* veröffentlichte einen Beitrag, in dem Informationen und Standpunkte zur Beantwortung von zwei Fragen formuliert sind: Wie leben die ostdeutschen Beigetretenen zwei Jahrzehnte nach dem Schritt in die Bundesrepublik und wie empfinden sie dieses ihr verändertes Dasein.

Geleistet hat die Arbeit ein Duo, Christoph Cadenbach und Bastian Obermayer. Ihr Blickwinkel war weit. Er reicht von der Zahl der Arbeitslosen über die Lohnhöhe bis zum ostdeutschen Anteil am Bundeswehrpersonal und an den Ministerriegen in Bund und Ländern. Das Faktenmaterial, dessen sich die beiden für ihre Zwecke bedienten, stammt aus jedermann zugänglichen Datensammlungen. Zudem sind sie in das Neuland gereist und haben im thüringischen Jena ein wenig Feldforschung getrieben. Schließlich hörten sie sich Meinungen von Experten an oder solchen, die dafür gelten wollen. Wie viele Ostdeutsche es selbst tun, haben auch die Autoren deren Lage und Befinden vergleichend dargestellt, d.h. sie zu jener der westdeutschen Mehrheit in Beziehung gesetzt. So ist ihr Artikel „Geschlossene Gesellschaft“ entstanden.

Zu den ziemlich nackten Tatsachen. Im Osten, dessen Bewohner 20 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachen, sind doppelt so viele Menschen arbeitslos wie im Westen. Der Verdienst der Ostdeutschen ist um 17 Prozent geringer als der, den die Westdeutschen erhalten. Das Minus der ostdeutschen Reallöhne gegenüber den westdeutschen beträgt (dies jeweils im Durchschnitt) 9,5 Prozent. Der Niedriglohnsektor ist im Osten jedoch doppelt so groß und die Löhne dieser Kategorie betragen 4, 86 €, im Westen nahezu sieben. Der Anteil der so genannten Hartz-IV-Aufstocker ist ebenfalls doppelt so hoch und der der jugendlichen Arbeitslosen beträgt nahezu das Doppelte.

In der Bundesrepublik stellen die Ostdeutschen (20 Prozent der Bevölkerung) fünf Prozent der Elite, worunter die Autoren „ranghohe Entscheider in Politik, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft, Verwaltung und Medien“ fassen. In den neuen Bundesländern selbst stellen die „Eigenen“ nicht mehr als 30 Prozent dieser Elite, während die Bevölkerung zwischen Elbe und Oder zu 95 Prozent von Ostdeutschen gestellt wird.

Im Einzelnen ergibt sich dieses Teilbild: Frau Merkel ist die einzige Ostdeutsche am Kabinettstisch in Berlin. Frau Johanna Wanka gibt die einzige Ostdeutsche an einem Kabinettstisch eines Landes im Westen, während 18 Westdeutsche als Minister an Kabinettstischen der fünf Neuländer (also ohne Berlin) sitzen. Von 30 DAX-Unternehmen wird keines von einem Ostdeutschen geleitet. In Ost wie in West stellen die Westdeutschen 95 Prozent der Professoren der Geistes- und Sozialwissenschaften. Es gibt keinen ostdeutschen Intendanten eines Fernsehsenders und keinen Chefredakteur eines einflussreichen Magazins. In Jena, wo es drei Max-Planck- und ein Frauenhofer-Institut sowie Forschungseinrichtungen von Jenoptik gibt, bestätigt sich dieses Bild vollständig. Die Direktorenposten besetzen Einwanderer.

In der Bundeswehr gab es 2009 200 Generale, von ihnen war einer ein Ostdeutscher, was wie sich leicht errechnen lässt, 0,5 Prozent ausmacht. Anders, je näher man der Kategorie der Muschkoten kommt. Auf eine 2009 im Bundestag gestellte Anfrage wurde die Auskunft erteilt: Im Auslandeinsatz befänden sich insgesamt 6.391 Angehörige der Bundeswehr, von denen 3.143 Ostdeutsche seien, also annähend 50 Prozent, bei den unteren Dienstgraden erhöht sich der Prozentsatz auf sechzig. Genug der Zahlen. Die Autoren geben dazu ihren unmissverständlichen Schlusskommentar: „Es ist letztlich fast beliebig, welche Zahlen über Ost und West man heranzieht, nahezu auf allen Gebieten stellt man fest, dass Ostdeutsche dort fehlen, wo es um Macht geht, wo oben ist, und da überdurchschnittlich

vertreten sind, wo es eher um die nackte Existenz geht, eben dort, wo unten ist. Das lässt sich nicht leugnen, und es lässt sich auch nicht unter Verschluss halten."

Am wenigsten vor den Neubürgern. Die sind in dieser Sache nicht auf Medien angewiesen, sie erleben sie auf diese oder jene Weise im Alltag und denken sich dazu ihr Teil nicht nur, sondern sprechen auch aus, was ihnen in Kopf und Gliedern steckt. Soziologen, die die Hand am Puls der Ostdeutschen hatten, haben deren Ansicht über ihr Befinden in Deutschland-einig-Vaterland in Zahlen so ausgedrückt: 64 Prozent fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, 77 Prozent meinen, verglichen mit den Westdeutschen »weniger als ihren gerechten Anteil« zu bekommen, und drei Viertel sehen sich schlicht benachteiligt. Es ist das Verdienst der Autoren, dass sie mit ihren Angaben die Denunziation dieser Befindlichkeit als Ausfluss von Selbstmitleid, Undankbarkeit, Sozialneid und dergleichen erledigt haben.

Und worauf sind die Autoren auf dem Weg des investigativen Journalismus gestoßen, als sie den Fachleuten gegenübersaßen? Zunächst einmal auf jene begriffliche Schmiere, mit der die Wirklichkeit überzogen wird. Ihre beiden Jenaer Gesprächspartner, Soziologen vom Fach, nennen die Tatsache, dass von den wissenschaftlichen Instituten bis zum Stadttheater die Führungspositionen fest in westdeutscher Hand sind „Überschichtung". Und diese werde bei den Ostdeutschen noch durch deren „gefühlte Überschichtung" übertroffen. Da haben wir sie wieder, die oft beklagte Tatsache, dass diese Neudeutschen alles noch ärger und schlimmer fühlen als es ist und ihnen vor allem ein nüchternes Verhältnis zur Realität beigebracht werden muss. Dass ihnen richtiges Denken und Fühlen fehlt, meint auch ein anderes Licht der Politologie. Der Berliner FU-Professor Klaus Schroeder rät den Ostdeutschen, sich nicht immer „mit dem Westen" zu vergleichen, sondern „mit der Slowakei, Polen und anderen Ostblockstaaten". Wie merkwürdig: Als die Ostdeutschen noch DDR-Bürger waren und ein Teil von ihnen, sich permanent „mit dem Westen" verglich, war das vermutlich dem Manne und nicht nur ihm hochwillkommen. Nun möchte er aller Blickrichtung ändern.

Es sind bei diesen Treffen in Universitätsmauern auch ein paar Wahrheiten ausgesprochen worden, die freilich weder als Entdeckungen noch als Enthüllungen gelten können. Michael Wolffsohn, Geschichtsprofessor an der Bundeswehr-Universität in Neubiberg bei München, wird mit dem Satz zitiert: „Es ist so: Wer arm ist, muss eher in Afghanistan sterben." In Jena erfuhren die Journalisten: „Viele Firmen verlagerten damals (in der Zeit der so genannten Wende, K. P.) ihre Produktion in den Osten, weil sie hier Ingenieure zu Facharbeiterlöhnen und Facharbeiter zu Arbeiterlöhnen einstellen konnten." Und was die Zukunft angeht: „»Alle beruhigenden Noten zum Stand der deutschen Einheit verstellen den Blick auf eine Ost-West-Spaltung, die – vor allem wirtschaftlich – nicht kleiner, sondern wieder größer wird."

In dieser Anleitung für Reden zum 20. Jahrestag des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik gibt es eine Unterlassung und einem Irrtum. Die Unterlassung: Bei der Erwähnung von 1,6 Billionen €, die in den Osten geflossen sein sollen, bleibt unangemerkt, dass die Gewinne der Einheit privatisiert, die Kosten hingegen sozialisiert worden sind, was gerade dazu beigetragen hat, das gewünschte Bild vom maroden und unproduktiven Osten unter die westdeutschen Spießbürger zu bringen. Der Irrtum: die beiden Autoren vermeinen, dass die Ostdeutschen dafür, dass sie noch immer weniger Geld für die gleiche Arbeit verdienen, weniger Erspartes haben, öfter arbeitslos sind und weitere Benachteiligungen erfahren, niemanden konkret verantwortlich machen können. Soviel Kenntnis der politischen Ökonomie des Kapitalismus ist ihnen aus den Zeiten der Diktatur doch geblieben, dass sie sich erklären können, wer an den schandbaren Löhnen, sozialen Leistungen, die das Wort nicht verdienen, interessiert ist und bleibt. Sie haben sich nur noch nicht, das eben wurde ihnen nicht beigebracht, entschieden, wie sie sich dagegen zu wehren hätten.

Am wenigsten vor den Neubürgern. Die sind in dieser Sache nicht auf Medien angewiesen, sie erleben sie auf diese oder jene Weise im Alltag und denken sich dazu ihr Teil nicht nur, sondern sprechen auch aus, was ihnen in Kopf und Gliedern steckt. Soziologen, die die Hand am Puls der Ostdeutschen hatten, haben deren Ansicht über ihr Befinden in Deutschland-einig-Vaterland in Zahlen so ausgedrückt: 64 Prozent fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, 77 Prozent meinen, verglichen mit den

Westdeutschen »weniger als ihren gerechten Anteil« zu bekommen, und drei Viertel sehen sich schlicht benachteiligt. Es ist das Verdienst der Autoren, dass sie mit ihren Angaben die Denunziation dieser Befindlichkeit als Ausfluss von Selbstmitleid, Undankbarkeit, Sozialneid und dergleichen erledigt haben.

Und worauf sind die Autoren auf dem Weg des investigativen Journalismus gestoßen, als sie den Fachleuten gegenübersaßen? Zunächst einmal auf jene begriffliche Schmiere, mit der die Wirklichkeit überzogen wird. Ihre beiden Jenaer Gesprächspartner, Soziologen vom Fach, nennen die Tatsache, dass von den wissenschaftlichen Instituten bis zum Stadttheater die Führungspositionen fest in westdeutscher Hand sind „Überschichtung“. Und diese werde bei den Ostdeutschen noch durch deren „gefühlte Überschichtung“ übertroffen. Da haben wir sie wieder, die oft beklagte Tatsache, dass diese Neudeutschen alles noch ärger und schlimmer fühlen als es ist und ihnen vor allem ein nüchternes Verhältnis zur Realität beigebracht werden muss. Dass ihnen richtiges Denken und Fühlen fehlt, meint auch ein anderes Licht der Politologie. Der Berliner FU-Professor Klaus Schroeder rät den Ostdeutschen, sich nicht immer „mit dem Westen“ zu vergleichen, sondern „mit der Slowakei, Polen und anderen Ostblockstaaten“. Wie merkwürdig: Als die Ostdeutschen noch DDR-Bürger waren und ein Teil von ihnen, sich permanent „mit dem Westen“ verglich, war das vermutlich dem Manne und nicht nur ihm hochwillkommen. Nun möchte er aller Blickrichtung ändern.

Es sind bei diesen Treffen in Universitätsmauern auch ein paar Wahrheiten ausgesprochen worden, die freilich weder als Entdeckungen noch als Enthüllungen gelten können. Michael Wolffsohn, Geschichtsprofessor an der Bundeswehr-Universität in Neubiberg bei München, wird mit dem Satz zitiert: „Es ist so: Wer arm ist, muss eher in Afghanistan sterben.“ In Jena erfuhren die Journalisten: „Viele Firmen verlagerten damals (in der Zeit der so genannten Wende, K. P.) ihre Produktion in den Osten, weil sie hier Ingenieure zu Facharbeiterlöhnen und Facharbeiter zu Arbeiterlöhnen einstellen konnten.“ Und was die Zukunft angeht: „Alle beruhigenden Noten zum Stand der deutschen Einheit verstellen den Blick auf eine Ost-West-Spaltung, die – vor allem wirtschaftlich – nicht kleiner, sondern wieder größer wird.“

In dieser Anleitung für Reden zum 20. Jahrestag des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik gibt es eine Unterlassung und einem Irrtum. Die Unterlassung: Bei der Erwähnung von 1,6 Billionen Euro, die in den Osten geflossen sein sollen, bleibt unangemerkt, dass die Gewinne der Einheit privatisiert, die Kosten hingegen sozialisiert worden sind, was gerade dazu beigetragen hat, das gewünschte Bild vom maroden und unproduktiven Osten unter die westdeutschen Spießbürger zu bringen. Der Irrtum: die beiden Autoren vermeinen, dass die Ostdeutschen dafür, dass sie noch immer weniger Geld für die gleiche Arbeit verdienen, weniger Erspartes haben, öfter arbeitslos sind und weitere Benachteiligungen erfahren, niemanden konkret verantwortlich machen können. Soviel Kenntnis der politischen Ökonomie des Kapitalismus ist ihnen aus den Zeiten der Diktatur doch geblieben, dass sie sich erklären können, wer an den schandbaren Löhnen, sozialen Leistungen, die das Wort nicht verdienen, interessiert ist und bleibt. Sie haben sich nur noch nicht, das eben wurde ihnen nicht beigebracht, entschieden, wie sie sich dagegen zu wehren hätten.

Dietrich Eichholtz zum Achtzigsten

Dass sich aus dem Kreis der Historiker, die ihre Ausbildung in den frühen Jahren der DDR erfuhren, einige herausragende Köpfe auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spezialisierten und sich bei deren Erforschung früh Meriten erwarben, hat mehrere Gründe. Der Allgemeinste besteht in der Bedeutung, die eine materialistisch geprägte Sicht dem ökonomischen Geschehen für den Gesamtverlauf der Geschichte beimisst. Ein weiterer in der Herausforderung, die jene traditionelle namentlich deutsche Geschichtsschreibung bot, die im Bereich von Politik und Ideologie verharrte. Ein dritter in der Aktualität der Aufgabe, die im Verlauf der so genannten Nürnberger Nachfolge-Prozesse vor US –amerikanischen Gerichtshöfen gegen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, Friedrich Flick, die IG-Farben-Manager und weitere Wirtschaftsführer begonnene juristische Kritik an der Rolle des deutschen Monopol- und Großkapitals historisch zu vertiefen und sie institutionell wie personell zu erweitern. Und diese Hinwendung besaß einige unerlässliche, sie begünstigende Voraussetzungen. Im Osten Deutschlands existierte, was den Zugriff auf die Akten der hier inzwischen enteigneten Konzern- und anderen Großbetriebe anlangte, keinerlei restriktive Praxis. Mit den Wirtschaftsgebilden war auch ihre papierne Hinterlassenschaft gleichsam volkseigen geworden. Und schließlich ein Glücksumstand. Unter den Nazigegnern, die das Regime und den Krieg überlebt hatten, befanden sich einige wenige Spezialisten der Wirtschaftsgeschichte, die als Lehrer, Förderer und Wegbegleiter der Jüngeren tätig werden konnten. Jürgen Kuczynski war unter ihnen der produktivste.

Soviel zu der politischen und geistigen Welt, in der Dietrich Eichholtz studierte, seine Forschungen begann, selbst Universitätslehrer wurde und schließlich sich Verdienst und Namen erwarb, die ihm sogar halfen, glimpflich über die Wende zu kommen und in den symbolischen, nicht tatsächlichen Ruhestand zu gelangen. Als das Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, dem er angehörte, abgewickelt wurde, konnte er seine Arbeit als Hochschullehrer in besonderem Status an der Technischen Universität Berlin fortsetzen. Fachkollegen haben ihn dort, als er die vorgeschriebene Altersgrenze erreicht hatte, mit einer ihn ehrenden Vorlesungsreihe verabschiedet.

Und dann und vor allem erlebte sein Hauptwerk, die Frucht einer jahrelangen Kärrnerarbeit in vielen Archiven, einen Nachdruck. Die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft hatte er in drei Bänden dargestellt. Sie erschienen 1969, 1985 und 1996, jeder umfangreicher als der voraufgegangene, insgesamt ein Werk das 1900 Druckseiten umfasst, faktenreich selbstredend und zugleich theoretisch anspruchsvoll und herausfordernd. Diese Bände hat der Münchener Saur Verlag 1999 wieder herausgegeben, der sich damit ein besonderes Verdienst erwarb. Er hat einmal mehr im buchstäblichen Sinne greifbar gemacht, dass das 1990 zur Wissenschaftswüste erklärte Ostdeutschland nicht ohne Oasen war. Ähnliches war auch durch den Nachdruck der drei Bände von *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, herausgegeben von Fritz Klein u. a., und die Fortsetzung der vielbändigen Dokumentation *Europa unter dem Hakenkreuz*, begründet von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler und zu Ende geführt von Werner Röhr, deutlich geworden.

Inzwischen hat sich Dietrich Eichholtz und wiederum seit Jahren, die Belästigungen des Alters ignorierend, auf die Ölspur begeben. Nicht auf die durch Katastrophen wie die jüngste hervorgerufene, sondern auf jene in die Anfänge des 20. Jahrhunderts zurückführende, entstanden durch die Jagd nach Profiten und nach dem Gewinn von Durchhaltevermögen in Kriegen, das ohne ölfressende Maschinerie nicht mehr denkbar waren. Daraus ist eine fünfbändige Serie entstanden, die es verdiente, zusammengefasst zu werden. Der Leipziger Universitätsverlag besorgt das gerade. Es erscheint *Deutsche Ölpolitik im Zeitalter der Weltkriege.* Ein Geschenk, das der Jubilar sich und mehr noch allen gemacht hat, die hinter Antriebe und auf die Wege gelangen wollen, welche die Politik „friedlicher“ und kriegerischer Expansionen hervorbrachten. Gruß nach Borkfelde und: À demain! (2010)

Eine Nachbetrachtung – nicht nur zu Dresdens Februartag

Jahr für Jahr drängen sich an jenem 13. Februar dem Rest der Zeitgenossen, der sich an den Tag noch erinnern kann, sehr unterschiedliche Bilder auf. Den einen sind es jene an Menschen, die sie in der Bombennacht verloren, anderen stehen Situationen vor Augen, die sie überlebten, Gefahren, denen sie mehr oder weniger knapp entgingen, drittens scheinen die Tage des Wartens wieder auf, bis sie Gewissheit davon gewonnen hatten, wer überlebte oder wenigstens glimpflich davongekommen war. Wenige können daran denken, dass das Chaos des Tages ihnen die Chance eröffnete, den Judenjägern und Judenmördern zu entgehen. Und „die Anderen"? Die, geboren irgendwo in England, Schottland, den USA, in den Bombenflugzeugen saßen und den Krieg überlebten? Die mögen an ihre Kameraden denken, die nicht so glücklich waren wie sie. Und damit wären wir bei den Menschen und – allgemein – den Dingen, die in der Erinnerung zu vieler Deutschen keinen Platz, ja nicht einmal ein Plätzchen besetzen. Und diese füllen eine ganze Liste.

Dass zu einem künftigen Krieg auch der Einsatz einer Luftwaffe gehören werde, stand nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs außer Frage. „Kisten", in denen sich später niemand mehr in die Lüfte gewagt hätte, waren eingesetzt worden zu Zwecken der Aufklärung der gegnerischen Linien, zum Abwurf von Bomben und auch, um den Gegnern in seinen Flugapparaten Luftkämpfe zu liefern. Die „Helden der Lüfte" gehörten zu den in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung am meisten gefeierten „Frontsoldaten". Die Namen von Richthofen, des „roten Kampffliegers und Barons", von Immelmann und Boelcke kannte schon in der Weimarer Republik jeder „deutsche" Schuljunge und Tausende Stadtbewohner hier und dort wohnten im Reich in Straßen, die ihren Namen trugen (was manche noch heute tun). Das alles waren in den zwanziger Jahren jedoch Reminiszenzen. Der Versailler Vertrag verbot Deutschland den Besitz einer Luftwaffe, was jeder Mordspatriot zwischen Bodensee und Kurischen Nehrung als eine besondere Gemeinheit der Sieger ansah, die verdiente, beseitigt zu werden.

Das geschah 1935. Aus der geheimen Rüstung ließ sich ohnehin länger ein Geheimnis nicht machen. Auf dem Wege zur „Gleichberechtigung", der in Wahrheit der Kriegspfad war, wurde die im Aufbau befindliche Luftwaffe nun also demonstriert. Und an den Tagen der Wehrmacht pilgerten deutsche Väter mit ihren deutschen Söhnen vor die Städte zu Flugplätzen und krabbelten durch die zur Schau gestellten Maschinen, wonach sie sich einen Schlag Erbsensuppe aus der Gulaschkanone verabreichen ließen. Schöne Tage, nur eben so recht nicht vorzeigefähig, von wegen er Folgen. Zunächst flogen die „Adler der Lüfte" an Spaniens Himmel, Teil der dorthin entsandten „Legion Condor", die Francos Faschisten zum Sieg und Deutschland zu einem Verbündeten im nächsten Krieg verhelfen sollte.

Damit beginnt nicht nur die Geschichte der Verbrechen an der Zivilbevölkerung, sondern auch die der deutschen Lieder, mit denen dieser Luftkrieg besungen, d. h. gerechtfertigt, verklärt, romantisiert, heroisiert wurde. Dazu, weil auch da Vergesslichkeit regiert, ein paar Worte mehr. Also: der „Bombenfliegermarsch" der deutschen Krieger in Spanien. Er begann harmlos wie der Text eines Erinnerungsbuches so: „Wir flogen jenseits der Grenzen mit Bomben gegen den Feind, hoch über der spanischen Erde mit den Fliegern Italiens vereint" und setzte dann mit der Rechtfertigung des Mordens fort, denn es ging um „Freiheit", „Ehre", „Deutschland", natürlich um den „Sieg", der bedeutete, dass dem „Volke der Frieden" gebracht wurde. Das war der Auftakt. Worauf 1939 folgte „Bomben auf Polenland". Das ist nahezu vergessen, denn der Krieg gegen den ungleich schwächeren Gegner war so rasch beendet, dass dieser Version Popularität nicht gewonnen werden konnte. Das wurde rasch repariert durch die Auswechslung eines Wortes. Polenland wurde gestrichen, Engelland dafür eingesetzt. Das tönte den Deutschen aus ihren Volksempfängern regelmäßig in den Ohren und umso häufiger, je mehr sich der Luftkrieg auf Großbritannien konzentrierte, also seit dem Spätsommer 1940. als Frankreich schon hatte kapitulieren müssen. Und dieses Liedlein ging so: „Wir stellen den britischen Löwen zum letzten entscheidenden Schlag. Wir halten Gericht. Ein Weltreich zerbricht. Das wird unser stolzester Tag!"

Der Text bot in nicht einmal zwei Dutzend Worten alles wesentliche aus dem aktuellen Nazi-Propagandaarsenal. Erstens: England, der vorgebliche Kriegsverursacher und -interessent, musste bestraft werden, also „Gericht“. Zweitens: Gestärkt werden musste die Hoffnung, dass es jetzt dem Kriegsende entgegen gehe, also „entscheidender Schlag“. Drittens: das Versprechen des Endsieges und der Beute, also den Weltreichkonkurrenten sind wir los. Na, und stolz sind die Deutschen ja ohnehin. Und sie haben natürlich auch „stolze Motoren“. Die wurden im Jagdflieger-Lied besungen. Die Jungs schmetterten es, „im Herzen gepackt“ und im Bewusstsein, „dem Führer geschworen zu haben“, so: „Bei uns wird nicht lange gefackelt: Wir haben den Tommy versohlt! Die stolze Maschine, sie wackelt, wackelt: Den Feind hat der Teufel geholt!“

Was den Jagdfliegern recht, war denen in den Sturzkampfflugzeugen billig. Die bekamen ihr Lied in einem Spielfilm. Das feierte sie als „schwarze Vögel“ und „schwarze Husaren der Lüfte“, von denen es heißt: „Sie lassen jäh sich fallen vom Himmel tief bodenwärts. Sie schlagen die ehernen Krallen dem Gegner mitten ins Herz.“ Und dann wird deutlich ausgesprochen, was sie verrichten: „Tod säen sie und Verderben rings über des Feindes Land. Die Spuren sind Trümmer und Scherben und lodernder Himmelsbrand.“ Und dies geht fort „bis Engelland besiegt“.

Soviel zu den Liedern der Deutschen. Das Stuka-Lied tönte in den Filmtheatern jedoch just zu der Zeit, da die Kriegsregie durch Hitlers Entscheidung, die Sowjetunion en passant zu erobern und sich erst danach dem Endsieg über Großbritannien wieder zuzuwenden, eine Korrektur erfahren hatte. Geschwader der Luftwaffe flogen nun mit anderen Angriffszielen. Es blieb aber bei dem Text, sollte doch der Eindruck erweckt werden, als könne das Reich die Luftattacken auf die Ziele im Westen weiterführen wie bisher.

Unversehens sind wir durch das Stuka-Lied von den Gesängen auf die Filme gekommen. Denn die haben den Deutschen zu Millionen in den Filmtheatern eine visuelle Vorstellung, wenn auch eine sehr ungefähre, von dem vermittelt, was dieser Luftkrieg war. Es begann mit den Aufnahmen der Wochenschauen, in denen die Luftwaffe und ihr Anteil am Sieg über Polen immer einen gebührenden Platz besetzte. Nichts war, von den U-Booten abgesehen, die freilich mit ähnlich aufregenden Bildern nicht aufwarten konnten, so exotisch anzusehen, wie der Blick vom Himmel auf die Erde – den fallenden Bomben nach. Dann kam eine Zusammenstellung der so gewonnenen Aufnahmen in einem Dokumentarfilm in die Lichtspielhäuser. Titel „Feuertaufe“. Bald, 1940, zeigten die Wochenschauen das Aufblitzen der Bombeneinschläge in London, die ausgedehnten Brände und die vom „Feindflug“ heimkehrenden Krieger, die mit Orden dekoriert wurden. Auf die Helden von Weltkrieg eins waren inzwischen die des zweiten gefolgt.

Und dann ging es von den Aufnahmen der Kriegsberichterstatter zu denen der in Ateliers und im Hinterland hergestellten der Spielfilmregisseure, eben zu „Stukas“. Ein Film, der die Zuschauer mit ohrenbetäubendem Lärm anfiel, Siegesgewissheit und Unüberwindlichkeit suggerieren sollte und obendrein den Krieg als eine Art Sport darstellte. Immerhin, ein wenig Tragik musste sein. Einer der Bombenmänner hat bei einem Feindflug doch so viel gelitten, dass er einer medizinischen Betreuung und Erholungspause bedurfte. Die wird ihm gewährt, samt einem Besuch einer Aufführung im Festspielhaus zu Bayreuth. Dort kommt er, als der Siegfriedruf ertönt, vollends wieder in Ordnung. Froh und fröhlich empfangen ihn seine Mittäter und dann geht es wieder „... ran an den Feind“.

Was eigentlich haben sich die Deutschen, die diese Lieder hörten und sangen, diese Filme sahen, da eigentlich gedacht? Wenn sie etwas empfunden haben, was war das dann? Was beim Lesen und Hören der täglichen Wehrmachtsberichte, in denen Namen der Städte genannt wurden, deren Bewohner und Behausungen im Bombenhagel gelegen hatten? Spezielle Befragungen geben darüber keine Auskunft. Doch lässt sich die allgemeine Stimmung anhand von Dokumenten ziemlich sicher für jene Monate rekonstruieren, da 1940 der Sieg im Westen errungen war und mit dem Flächenbombardement auf englische Städte Nacht für Nacht begonnen wurde. Die Mehrheit der Deutschen hat darauf gehofft, dass dies das Ende eines Krieges beschleunigen werde, den, was sonst sie über ihn dachten, sie jedenfalls nicht verlieren, sondern gewinnen wollten. Die für diesen Zweck eingesetzten Mittel waren ihnen mindestens gleichgültig. Und dass diese Art der Kriegführung auf die zurückschlagen

könnte, lag außerhalb ihrer Vorstellungswelt, wiewohl schon klar war, dass der eigene Himmel nicht, wie der großsprecherische Göring versprochen hatte, von feindlichen Flugzeugen frei blieb. Die Masse der Deutschen mag nicht von Gefühlen der Revanche und Rache beherrscht worden sein, aber die praktizierte Devise „Immer feste druff“ schreckte sie nicht.

Dresdens unvergessener Februartag 1945 bietet Denkstoff die Menge. Und der rührt nicht nur aus jenen Stunden des Infernos und den Tagen, Monaten und Jahren danach her. Er ist auch aus dem Davor zu beziehen. Da grassiert indessen Verdrängung und Vergesslichkeit und das ist schädlich. Aus dem Davor kann an Lehren mehr gewonnen werden als aus dem Danach.

Stimme gegen den Afghanistan-Krieg

Vortrag in Eisenhüttenstadt am 4. September 2010

Lebt in den Deutschen des Jahres 2010 die Erinnerung an den 1. September 1939? Auf die Frage könnte die erste Entgegnung lauten: Wie kann sie das, da doch längst die Mehrheit dieser Bevölkerung der Bundesrepublik keine Erinnerung an diesen Septembertag vor 71 mehr besitzt. Und die Erwiderung darauf: Richtig. Dann fragen wir diese Mehrheit nach dem Gedenken, denn denkwürdig ist der Tag doch, der unauslöschbar in der deutschen und der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts steht. Wie müsste, wie würde Ihre Antwort dann lauten? Würden Sie beim Überlegen vielleicht auf jenen Text stoßen, in dem von den Gesprächen deutscher Bürger vor einem Stadttor erzählt wird und das so beschrieben wird:

> Ein Bürger
> Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,
> Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
> Wenn hinten, weit, in der Türkei,
> Die Völker aufeinanderschlagen.
> Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
> Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten;
> Dann kehrt man abends froh nach Haus,
> Und segnet Fried' und Friedenszeiten.
> Woran sich ein anderer zustimmend so anschließt:
> Herr Nachbar, ja! So lass ich's auch geschehn:
> Sie mögen sich die Köpfe spalten,
> Mag alles durcheinander gehn ...
> Doch nur zu Hause bleib's beim alten.

Vor ein paar Tagen hätte ich gesagt, das kennen Sie alle, doch seit Schüler eines Goethe-Gymnasiums einer deutschen Stadt gefragt worden, ob sie die Zeile „über allen Wipfeln ist Ruh'" kennen würden und darauf entweder verneinten oder aber, weil das ja vor ihrem Schulgebäude geschah, den Autor versuchsweise mal errieten, bin ich da nicht so sicher. In dessen das ist hier heute keine Stunde der Literatur und der Literaturgeschichte, und aus der Szene vor einem deutschen Stadttor, sich jedenfalls am Beginn des 19. Jahrhunderts oder noch früher abgespielt haben soll, wird hier einzig die Frage geknüpft: Könnte das heute auch so oder so ähnlich stattfinden? Oder heißt nicht allein, die Frage so stellen, sie zu verdächtigen oder gar zu beleidigen? Denn: Es ist doch nicht wahr, dass sie sich für das Geschehen in Afghanistan nicht interessieren. Die Quote derer, die ihn ablehnen, liegt nach verlässlichen Befragungen jedenfalls höher als 60 Prozent. Konstatiert wird, dass zwei Drittel der Deutschen wünschen, dass die eigenen Soldaten das Land verlassen, also Deutschland nicht länger am Kriege teilnimmt. Merkwürdig nur, würde zu diesem Argument dann ein anderer Bürger sagen, dass der Bundesminister, der für diesen „Einsatz" eine besondere Verantwortung trägt, ihn mit beschlossen hat, ihn rechtfertigt und weiter fortsetzen will, in der Skala der Beliebtheit führende deutsche Politiker ist. Bezeugt das nicht, könnte dann der dritte Bürger fragen, ein wenig Schizophrenie? Und ein vierter würde womöglich hinzusetzen: Entwertet die eine Äußerung nicht die andere? Und dann mischte sich, anders als beim berühmten Spaziergang vor mehr als 200 Jahren ein aufgeweckter an Politik interessierter Schüler ein, das tut der im Schauspiel vorkommende nicht, der schielt indessen nur nach den „wackern Dirnen" und macht sich an deren Begleitung – der unsrige also würde fragen: Was ist eigentlich eine Stimme gegen den Afghanistan-Krieg, abgegeben bei einer Telefon- oder Straßen- oder Internetbefragung wert? Besitzt sie ein Gewicht? Und dem schlösse sich sein Freund mit der Frage an: Und was, wenn bei der nächsten Wahl die Parteien wieder gewählt werden, die diesen Einsatz und mehrfach seine Fortsetzung beschlossen haben? Da wären wir mitten in Fragen, die ein Symposium über den Frieden debattieren könnte, angekommen.

Zunächst aber: Es war eine gute Idee sich an diesem frühen Septembertag des Ereignisses von vor 71 Jahren zu erinnern oder seiner zu gedenken. Die Deutschen, kommt der Zweite Weltkrieg ins Gerede

oder auch in Darstellungen des Fernsehens oder Films, beziehen sich mehr auf dessen Ende. Und dies geschieht auch im Alltag mehr, zumal die Anstöße für diese Betrachtungsweise in öffentlichen Räumen zahlreich sind. Hierzulande existieren sie in Seelow ebenso wie in Halbe. Doch von hier, vom Osten Brandenburgs, aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen sind die Truppen der Wehrmacht am 1. September ostwärts gestürmt und haben Polen in 18 Tagen, wie es hieß, überrannt und einem grausamen Besatzungsregime unterworfen. In diesem Tag waren die Deutschen über ihre veränderte Lage noch nicht recht zur Besinnung gekommen. Sie glaubten und hofften auf einen kurzen Krieg. Und dieses falsche Bewusstsein, auf das stufenweise ein böses Erwachen folgte, lässt fragen: Worauf besinnen, was glauben und was hoffen eigentlich die Deutschen, wenn sie an Frieden und Krieg denken, heute, 2010?

Dass wir nicht in einer befriedeten Welt leben, muss niemandem eröffnet werden. Während zu Goethes Zeiten eine Minderheit von Zeitungslesern dieses oder jenes erfuhr, werden die Bilder von Kriegen oder von kriegerischer Gewalt den Deutschen heute allabendlich in ihre Wohnzimmer gebracht. Was geschieht, ereignet sich jedoch „hinten, weit in der Türkei“. Die Deutschen leben, sieht man von dem Sonderfall Australien ab, auf dem Kontinent, auf dem zwischen Staaten und Völkern die Waffen schweigen und sie leben wohl in dem Bewusstsein, dass das so bleiben wird. Die Zeit der Kriege scheint hinter den europäischen Staaten zu liegen. Der gegen Jugoslawien war demnach der letzte und wird so oder so auch als ein Sonderfall angesehen, als eine späte Folge von Fehlentscheidungen, getroffen nach dem Ersten Weltkrieg, und von Entwicklungen in der Zeit des Kalten Krieges. Dass es seit Jahrzehnten zwischen zwei europäischen Staaten ein Konfliktfeld gibt, zwischen Griechenland und der Türkei, zwei Mitgliedern der NATO obendrein, wird kaum registriert und gibt keinen Anlass zu irgendwelcher Beunruhigung.

Aber, wie erwähnt und bekannt, Deutschland ist Teilnehmer an einem Krieg, den die USA begonnen haben, für den sie die Hauptmacht stellen und an dem sich die Bundesrepublik beteiligt. Wie erscheint diese Tatsache im Bewusstsein der meisten Deutschen? Als so etwas wie ein Schönheitsfehler im Bilde dieser sonst glanzvollen Republik? Als ein Unternehmen, das unnötig Geld und auch Menschenleben kostet? Als ein Krieg, der obendrein nicht zu gewinnen ist? Oder als ein moralischer Makel? Gar als das, was er zweifelsfrei ist, ein Völkerrechtsbruch? Und wer glaubt, was zur Begründung dieser Teilnahme an einem Krieg beständig gesagt wird: Dass er gegen den Terror geführt werden muss? Dass dem Lande, dessen Bevölkerung die ausländischen Soldaten weithin als Besatzer und Störenfriede ansieht, zu eigenem und unser aller Nutzen die „westliche“ Demokratie gebracht und ein besseres Leben vorbereitet werden muss? Im Ja und Nein auf diese Fragen spiegeln sich Weltbilder und Wertvorstellungen, Bilder von einer künftigen Welt und den Möglichkeiten, sie zu gewinnen, wider. Da erheben sich weitere Fragen: Kann man Millionen vorschreiben, wie sie sich politisch organisieren wollen und sollen? Welches Regierungssystem sie bevorzugen und welches sie ablehnen? Oder, um ein besonderes beliebtes Thema zu befragen: Kann man ihnen vorschreiben, wie sie das Verhältnis der Geschlechter zueinander gestalten? Wie sie heiraten? Das mag uns gefallen oder nicht, fremd vorkommen oder nicht, wir sollten daran denken, dass vor wenig mehr als hundert Jahren Frauen an deutschen Universitäten keinen Platz hatten und dass die Deutschen diese Frage allein, ohne fremde Anleitung oder Unterweisung geklärt haben. Die Vorstellung von den Nordamerikanern – und wir an ihrer Seite – als Glücksbringer ist anmaßend und liegt fern von aller geschichtlichen Erfahrung.

Kriege schlagen nach deutscher Erfahrung des 20. Jahrhunderts auf die zurück, die sie beginnen. Ist die im Falle des Krieges in Afghanistan wegen der Ungleichheit der Kräfte außer Kraft gesetzt? Und eine andere Erfahrung besagt, dass Kriege und Konflikte in fernen Ländern sich ausweiten können und Regionen, Staaten, Völker, Menschen erreichen können, die das für ausgeschlossen hielten. Wer in Norwegen hätte am 1. September 1939 geglaubt, dass er ein Jahr später in einem deutsch besetzten Land leben würde? Um das zu erörtern, genügt der Blick nach Afghanistan nicht. Der Staat liegt am östlichen Ende eines politisch unruhigen und explosiv erscheinenden politisch-geographischen Raums, der vom östlichen Mittelmeer bis eben an die Ostgrenze Afghanistans reicht und zunehmend auch Pakistan einschließt. Es wird in aller Regel aber von ihm nie in einem Zusammenhang geredet,

sondern entweder von Israel und Palästina, sodann vom Irak und – momentan weniger – vom Libanon und Syrien, und in einer zunehmend ablehnenden, wenn nicht aggressiven Tonart vom Iran. In den Meldungen ist, was dort geschieht zu sondern. Sind die Entwicklungen und die aus ihnen hervorwachsenden Tendenzen und Bedrohungen aber wirklich ohne Zusammenhang?

Am häufigsten und momentan wegen der Gespräche in Washington werden die Scheinwerfer auf den so genannten „Nahostkonflikt“ gerichtet, womit die Konfrontation von Israelis und Palästinensern bezeichnet wird. Das ist eine Einengung, denkt man an seine Geschichte. An diesem Konflikt waren Staaten beteiligt, die gegeneinander Krieg führten: Israel, Ägypten, Syrien, der Jemen, Libanon. Der Konflikt scheint gleichsam geschrumpft, auf den Staat Israel hier und die nichtstaatlichen Territorien der Palästinenser dort. Im Hinblick auf sie wird in einer Weise, die an eine Gebetsmühle erinnert, von Politiker verschiedenster Staaten „geraten“, dass der Friedensprozess fortgesetzt oder wieder in Gang gebracht werden müsse. Die Wortwahl übertüncht, dass es um ein Kriegsende und zwar eben um das Ende eines langen Krieges geht.

Seit Jahrhunderten kennen die Menschen zwei Grundtypen von Kriegen. Den einen, der zwischen Staaten ausgetragen wird, die ihre Armeen auf Schlachtfelder schicken, die gegeneinander kämpften, bis die Kräfte des einen oder auch beider erschöpft waren. Den anderen, bei dem in einem Staate soziale oder politische Gruppen bewaffnet und organisiert gegeneinander antreten und um die Macht streiten, Bürgerkriege. Daran gemessen, ist das Bild des israelisch-palästinensischen Krieges irritierend. Er weist einmalige Züge auf und besitzt doch mit den bekannten Kriegen vieles Gemeinsame. Es geht um staatliche Existenz (oder Staatsgründung), um Grenzverläufe, um Wohngebiete, Lebensbedingungen für Millionen und – nicht zu vergessen – um Vor- und Nachteile nicht nur für Großgruppen, die ein Ganzes sind oder als solches ausgegeben werden, sondern auch um solche für Minderheiten.

An die Fortdauer dieses Konflikts knüpfen sich perspektivisch – ohne dass diese Perspektive hier in Jahreszahlen ausgedrückt werden könnte – drei offene Fragen. Die erste lautet: Ist die Tatsache der Schrumpfung des Kriegsgeschehens eigentlich als dauerhaft anzusehen, also irreversibel? Anders ausgedrückt: Sind die Interessen der Staaten und ihrer Regierungen in dieser Region, die sich zurzeit militärisch aus diesem Konflikt heraushalten, so stabil, dass eine veränderte Haltung, die sich etwa in einer anderen Politik Ägyptens gegenüber dem palästinensischen Gebiet (dem Gazastreifen) zeigen könnte, bestimmt auszuschließen? Die zweite: Der Nahe Osten ist auch jenseits des israelisch-palästinensischen Gebiets ein konfliktgeladenes Territorium. Wie die inneren Kämpfe im Irak ausgefochten werden und enden, wird sich vollends erst nach dem Abzug der Interventionstruppen zeigen. Ihre Dimensionen zeichnen sich mit den Kämpfen der Schiiten und Sunniten und der Kurden ab. Unentscheidbar ist derzeit auch die Frage, wie stabil die inneren Verhältnisse in den Staaten des Nahen Osten in Zukunft sein werden, auch und gerade in jenen, die heute noch ruhig gleichsam auf unterirdischen Öl-Seen schwimmen. Und dann ist da die nicht weniger bestimmte Zukunft Afghanistans und die Konfrontation mit dem Iran. Wer verbürgt sich dafür, dass dort äußere und innere politische und soziale Konflikte und Bürgerkriege nicht zusammenwachsen? Die dritte: Wie miniaturhaft sich die militärischen Möglichkeiten der einen Seite gegenüber denen der anderen (den israelischen Atomwaffen) auch ausnehmen mögen, ist es berechtigt zu glauben, dass es bei den in Handwerksstätten gebastelten Raketen, den Sprenggürteln der Selbstmordattentäter und den mit Explosivstoffen vollgestopften Fahrzeugen bleiben wird? Ist es abwegig zu glauben, dass in diesen so genannten asymmetrischen Kriegen und kriegsähnlichen Kampfhandlungen biologische Waffen eingesetzt werden, deren Herstellung unter Umständen weit weniger aufwendig, auch weniger wahrnehmbar sein könnte als die von Atombomben und ihrer Träger?

Die Antworten auf diese drei Fragen müssen nicht auf Entwürfe von Horrorszenarien hinauslaufen. Es genügt die Feststellung, dass derlei Entwicklungen nicht ausgeschlossen sind, um die Alarmstufe zu bestimmen, die auszurufen wäre. Von wem? In erster Linie von den Europäern. US-Amerikaner und Kanadier sind etwas weiter weg, was sich auch darin ausdrückt, dass sie nicht vom Nahen Osten sprechen. Sollten wir uns nicht als ersten Schritt die Dimensionen der Kriege und Konflikte dieses Raums klarmachen, historisch, geographisch und in seinen denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten?

Und dann fragen: Gibt es so etwas wie einen Hauptschlüssel zu seiner Befriedung? Und wenn, befindet sich die Tür, die sich mit öffnen lässt, nicht in Israel und Palästina? Wäre dort nicht der Ort, an dem eine Zeitbombe zu entschärfen ist? Solche Bomben, hierzulande entdeckt und aus dem Zweiten Weltkrieg stammend, werden entschärft, ohne dass darüber gerätselt wird, wann und ob sie überhaupt explodieren werden. Die Entscheidung der Situation am Ostrand des Mittelmeeres kann in den Nahen und Mittleren Osten nur situationsverbessernd wirken. Sie ist nicht die Lösung, aber sie wäre ein Schritt dahin, ein Beispiel, ein Signal, ein Hoffnungszeichen, womöglich ein Antrieb. Zu verabschieden ist der Gedanke, dass es dafür beliebig viel Zeit gibt und militärische Mittel das zu bewirken vermögen. Und die Europäer sollten, was sie an sachkundiger Intelligenz aufzubringen und zu vereinen in der Lage sind, mobilisieren, um sich darüber klar zu werden, wie sie mit Millionen zusammenleben können, die sie nicht nach ihrem Bilde ummodeln können, sondern deren Traditionen und Lebensvorstellungen zunächst und vor allem zu respektieren sind.

Es wird ohne internationalen Druck auf die Regierung Israels nicht abgehen. Und der darf sich in der Forderung, den Gazastreifen nicht länger zu ghettoisieren, nicht erschöpfen. Der Streit über die Verursachung dieses Krieges – wie bei allen vorher – wird lange dauern. Seine Beantwortung ist keine Voraussetzung des Friedensschlusses. Wichtiger ist sich klarzumachen, dass die Möglichkeiten, einen stabilen Frieden zu erlangen, nicht gleich verteilt sind und der Weg dahin nicht über irgendeinen militärischen Endsieg führt.

Eine Buchgeschichte

Wie Fischer zu seinem Verdienst um die wahre Geschichte des Amtes kam

Das wieder und wieder verkürzt zitierte „Habent sua fata libelli“ – übersetzt zu „Auch Bücher haben ihre Geschichte oder „Bücher haben ihre eigenen Schicksale“ – hat der Römer Terentianus Maurus nach den vorherrschenden Deutungen auf ihre Wirkungsgeschichte gemünzt. Sie wird seit eh und je wesentlich durch ihre Leser und den Gebrauch bestimmt, den sie von dem Gelesenen machen. An die Wortwendung wird heute auch unter anderen Blickwinkeln erinnert. Häufig unter dem, der sich auf die Vor- und Früh-, also die Entstehungsgeschichte von Büchern richtet. Die führt zur Biographie ihrer Autoren und nicht selten in die gesellschaftlichen Zustände, in denen gedacht, geforscht, geschrieben und – seit Gutenberg – gedruckt wird.

Letzteres gilt auch für den eben auf den Buchmarkt gelangten 800-Seiten-Wälzer „Das Amt“, um dessen Erscheinen es an Aufheben nicht fehlt. Seine Vorgeschichte wird auf die Außenministerschaft des Joseph Fischer zurückgeführt, der im Jahre 2005 eine Historikergruppe beauftragte, die Geschichte des Auswärtigen Amtes in den Nazijahren zu erforschen. Dem Manne wird das Verdienst zugeschrieben, einem sechs Jahrzehnte währenden Verschweigen, Vertuschen und Beschönigen ein Ende gesetzt zu haben. Dass diese Einnebelung überhaupt möglich gewesen sei, findet sein auch nicht mehr im Amt befindlicher Nachfolger Frank Walter Steinmeier „unglaublich“. Kritisch blickt er dabei selbst auf die nahezu dreijährige Tätigkeit seines Parteigenossen Willy Brandt zurück, der an diesem Platze in den Jahren von 1966 bis 1969 nichts unternahm, dem Skandal ein Ende zu setzen. Es mussten nachdem noch nahezu vier weitere Jahrzehnte vergehen bis Fischer kam – so das jetzt geschaffene Reklamebild – und 2005 so etwas wie ein sanfter, aber doch reinigender Späthauch eines geläuterten Achtundsechzigers in das Gebäude am Werderschen Markt in Berlin wehte. Indessen und Gemach: die Vorgeschichte des Buches führt noch etwas weiter zurück und, wenn auch nicht ins Prekariat, so doch in die Unterschicht der Diplomatie.

Im Jahre 2003 war der frühere Generalkonsul Franz Nüßlein verstorben. Der hatte in den sechziger Jahren seinen Platz in Barcelona gefunden. Vordem war der seine nach der Okkupation der Tschechoslowakei 1938 der eines Staatsanwaltes in Brno/Brünn gewesen. Er machte sich so verdienstvoll, dass er zum Oberstastanwalt befördert wurde. Dann, von den Amerikanern an die befreite ČSR ausgeliefert, traf ihn die Bestrafung: 20 Jahre Zuchthaus. Die verbüßte er nicht. Er wurde als „nicht amnestiert“ der Bundesrepublik übergeben. In ihr fand er zunächst im Innendienst des Amtes und dann eben in Spanien Wiederverwendung. Nun war er in der hauseigenen Postille des Amtes „internAA“ mit einem ehrenden Nachruf bedacht worden.

Darob erboste sich die frühere Dolmetscherin Marga Henseler. Zunächst machte sie ihrem Ärger in einem persönlichen Brief an den Außenminister Joseph Fischer Luft. Der versichert, was vielleicht von politischer Haltung, sicher aber von einer nicht eben guten Erziehung seiner engsten Mitarbeiter zeugte, den nie zu Gesicht bekommen zu haben. Der Frau wurde in einem Schreiben geantwortet, dessen Inhalt sie modisch als „Blabla“, also als Geschwätz bezeichnet. Damit gab sie sich nicht zufrieden. Jetzt richtete sie einen Brief an Bundeskanzler Schröder, in dem sie das Vorkommnis ebenso kritisierte wie sich darüber enttäuscht zeigte, dass es sich unter diesem Außenminister zutragen konnte.

Dieses zweite Schreiben nun landete auf dem Schreibtisch Fischers, der außer Verdacht stand, in die heiligen Hallen des Amtes in Sachen Vergangenheit und Geschichte als ein wild entschlossener Saubermann eingedrungen zu sein. Denn er saß da im siebenten Jahr, ohne in dieser Hinsicht eine Initiative ergriffen zu haben, und auf einem Stuhl, der aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen nicht mehr vierbeinig war. Das half beim Nachdenken. Anders als Brandt nahezu vierzig Jahre zuvor riskierte er im Hause keinen Aufstand, wenn er dieser Heldenverehrung ein Ende machte. Denn der Personalbestand, bildeten ihn auch nicht eben Antifaschisten, hatte sich mit den biologischen Prozessen doch gewandelt. Also untersagte er für die Zukunft in „intern AA“ Nachrufe vom Typ Nüßlein für Leute mit erkennbaren „braunen Flecken“ zu veröffentlichen.

Das geschah keineswegs in der Absicht, einen Impuls des Nachdenkens oder gar der Auseinandersetzung um die Vergangenheit des Amtes zu geben. Im Gegenteil. Fischer ging es nach jüngster Äußerung gerade darum, sie in der Öffentlichkeit zu verhindern und so Schaden von der Bundesrepublik abzuwenden. Er entschied sich für die unauffälligste Form, einen denkbaren Konflikt unter den Teppich zu kehren. Denn, so sagt er 2010 doch wohl in der Hoffnung, dass ihm geglaubt werde, er habe sich damals im Zustand des Irrtums befunden und gemeint: „Die Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte hat unser Land großartig gemacht, das haben wir hinter uns."

Die Sache hätte womöglich ihr Bewenden gehabt, wäre da nicht, wie Fischer sagt, "ein dummer Zufall" dazwischengekommen. Bald darauf starb 2004 Franz Krapf, über dessen Mitgliedschaft in der SA und SS, seine Beförderung zum Untersturmführer und ehrenamtliche Tätigkeit im Sicherheitsdienst das 1965 in der DDR herausgegebene legendäre Braunbuch knapp informierte. Seine diplomatische Karriere im Zeichen des Hakenkreuzes hatte ihn in die Vertretungen in Ägypten, der Sowjetunion und nach Tokio geführt hatte. Dort, in Japans Hauptstadt, traf der Mann als Botschafter der Bundesrepublik wieder ein. Zuvor war er von einer „Entnazifizierungskommission" in München als Entlasteter eingestuft worden und 1951 in das Amt erneut eingetreten. Dessen verordnete Nichtachtung in der Hauszeitung, erfolgt aufgrund der Regelung des Ministers, nahmen seine nicht durchweg nur „alten Kameraden" jedoch nicht hin. Mehr als hundert von ihnen, darunter ehem. Staatsekretäre, Botschafter, Gesandte, bestellten eine großformatige Anzeige bei der „*Frankfurter Allgemeinen*", die sie auch druckte. Die Annonce war nicht weniger als eine öffentliche Herausforderung des Minister Eine interne und noch schärfere, jedoch alsbald publik werdende verbreitete der Botschafter der Bundesrepublik in der Schweiz, Frank Elbe. Darauf folgte seine Versetzung in den Ruhestand.

Auch mit Briefen und in Artikeln wurde Fischer unter Druck gesetzt. Den suchte er nach Gesprächen mit dem Personalrat dadurch zu mildern, dass er am 17. März 2005 bekannt geben ließ, es würden in „internAA" generell nur noch Todesnachrichten gedruckt werden. Die einstigen Nazis konnten nun nicht mehr benachteiligt erscheinen, denn jetzt war Gleichbehandlung verordnet. Das reichte den Einstigen nicht. Paul Verbeck, der in mehreren diplomatischen Diensten der Bundesrepublik gewesen war, suchte an seinem Beispiel die gepflegte Legende zu stützen, wonach die Diplomaten nur scheinbar mitgemacht hätten, in Wahrheit aber, wenn nicht Widerstandskämpfer so doch eine verschworene Elite von Widersachern des Regimes gewesen wären. Er habe als Soldat, schrieb er an Fischer, Konzentrationslager bewacht, aber deren Insassen Brot gegeben. Sein publizierter Brief gipfelte in der These, es mangele dem Minister an Geschichtskenntnissen und er sei ideologisch verblendet.

Längst ging es nicht mehr nur um die Vergangenheit und den Umgang mit ihr und ihren tief gebräunten Zeitgenossen allein. Die Opposition blies zum Angriff auf die Schröder-Fischer-Regierung. Die stellte am 1. Juli im Bundestag mit dem Ziel Neuwahlen die Vertrauensfrage, womit sie ihr Abtreten einleitete. Am 22. November 2005 räumte sie das Feld. So wurde, worüber er sich schwerlich unklar sein konnte, die Berufung der Historiker-Kommission in Sachen „Das Amt" eine der letzten Entscheidungen des Ministers Fischer. Für sie holte er sich das Ja im Amte und das des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages ein, in dem die Fraktionen von SPD und Grünen für das Projekt stimmten. Daran wird hier auch erinnert, weil der über das Erscheinen des Berichts sich mindestens zufrieden zeigende Außenminister Guido Westerwelle, hinreichend Grund hätte, über die abstinente Rolle der von ihm geführten Partei ein paar Worte zu verlieren. Und dies umso mehr, als auch der geschasste Botschafter in der Schweiz Frank Elbe sein Parteifreund war.

Zurück zu Marga Henseler, die 1960 Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes in Bonn geworden war und der, das dürfte für das dort beschäftigte Personal untypisch gewesen sein, „Anfang 1964 dieses Dokument aus der DDR in die Hände gekommen war", das den Franz Nüßlein betraf, den sie obendrein über einen familiären Zufall vordem schon wahrgenommen hatte. Was sie dann 2003 in Aktion gesetzt hätte, sei in dessen Würdigung die irreführende Erwähnung seiner angeblichen „Internierung" bei Kriegsende gewesen und das Verschweigen seiner Verurteilung als Naziverbrecher. So kam es zu ihrem Brief und zu ihrem Verdienst, das die alte Dame umso vieles geringer einschätzt als das Joseph Fischers und das der Historiker. Sie habe nur einen Anstoß gegeben, mit dessen Wirkungen sie sich zufrieden zeigt. Nur: Ohne Anstöße bewegt sich in der Geschichte nichts ...

PS.

Wie es in der „*Frankfurter Allgemeinen*“ steht, nun, nachdem nicht nur die geschmähten Kommunisten in der „Sowjetzone“ Tatsachen Tatsachen sein lassen, ihre Rolle in den Auseinandersetzungen um die Vergangenheit des Auswärtigen Amtes im Jahre 2005 kritisch zu werten, lässt eine Episode erkennen. Sie hat sich soeben ein wenig einer Schnüffelei in der Personalakte der Frau Henseler bedient, um ihr womöglich unehrenhafte Motive bei ihrem hartnäckigen Begehren anlasten zu können. Investigativer Journalismus, heißt das im Fachjargon.

Rattenfänger Medien

Vortrag in Potsdam am 9.12.2010

1.

Der Begriff Rattenfänger ist in der politischen Auseinandersetzung unserer Tage gebräuchlich. Er wird vorzugsweise gegen die so genannten „Extremisten“ gewendet, gegen die Neonazis und deren Verwandte – kürzlich gegen den niederländischen Politiker Geert Wilders – ebenso wie gegen die Linken, gegen diese z., B. von dem allgegenwärtigen Propagandisten und Verfechter von Kapitalinteressen Hans-Olaf Henkel, ehemals Präsident des Bundesverbandes der Industrie (BDI).

2.

Von Rattenfängern wird aber auch im Hinblick auf Medien gesprochen. Was ist gemeint? Und: Ist die Kennzeichnung treffend? Ausdrücken soll sie doch, dass sie, wie der berühmte Pfeifer von Hameln, Menschen in die Irre führen. Verbleiben wir ein wenig beim Ursprung.

3.

Der Rattenfänger von Hameln ist die Figur einer Sage. Eines Märchens, die uns in der am meisten verbreiteten Version von den Brüdern Grimm erzählt wird (in ihrer Sammlung als Nr. 245). Hier ist die Kurzfassung: in der Stadt an der Weser, die gerade von einer Rattenplage heimgesucht wird, taucht ein merkwürdig gekleideter Mann auf, der sich anheischig macht, die Bewohner von dem unwillkommenen Getier zu befreien. Die versprechen ihm darauf reichlich Lohn. Mit dem Spiel seiner Pfeife lockt er sodann die Nager herbei und die folgen ihm in die Weser und damit in den Tod. Die Bürger aber weigern sich, ihm zu zahlen, was sie versprachen. Darauf kehrt der Unbekannte nach Tagen wieder, diesmal verkleidet als ein Jägersmann. Während die Bürger der Stadt sich in der Kirche zu Andacht und Gebetversammelt haben, lockt er pfeifend die Kinder, Knaben und Mädchen herbei, führt sie aus der Stadt auf nimmer Wiedersehen, ohne Wiederkehr also. Zurückbleiben die trauernden Eltern und zwei Kinder, die merkwürdigerweise umkehren konnten. Das eine blind, das andere stumm.

4.

Der Rattenfänger von Hameln ist eines de populärsten Märchen der deutschen Sagen- und Märchenwelt und nicht nun der deutschen. Es wurde in 30 Sprachen übersetzt. Die Geschichte gibt es heute als Roman und als Lied, als Gedicht und als Hörspiel, als Oper, Theaterstück und als Musical. Sie hat zu Zeichnungen und vielerlei Kunstwerken angeregt und sie ist in ganzen Bilderbüchern erzählt worden.

5.

Sie lebt natürlich vor allem in der Rattenfängerstadt. In der Marktkirche gibt es eine Darstellung in einem Glasfenster aus dem Jahre. Am so genannten Hochzeithaus kann man an einem Schnitzwerk den Rattenfänger gefolgt von einer Tierschar seiner Opfer rotieren sehen. Es finden Rattenfängerfestspiele statt und – wie üblich – wird die Lokalattraktion reichlich vermarktet.

6.

Schließlich gibt es eine „Rattenfängerwissenschaft“, gemeint ist: ein forschendes Bemühen um die Aufklärung der Frage, ob und welches geschichtliche Geschehen der Sage zugrunde liegen könnte. Das führt übrigens von der Weser in die Uckermark und die Priegnitz, soll uns hier aber weiter nicht beschäftigen.

7.

Warum, lässt sich fragen, ist die Geschichte, die uns – wie in ihr berichtet wird – eine Begebenheit aus dem Jahre 1284 erzählt, so populär geblieben. Zum einen natürlich, weil sie wie andere Märchen und Sagen von Unheil erzählt, von Geheimnisvollem und also Unerklärlichen. Das tun freilich andere auch. Verschwundene Kinder, trauernde Eltern und ein Mann, eine Mischung von Wundertäter und

Schurke. Dazu die Ermahnung: Steht zu Eurem Wort und betrügt nicht. Zu alledem: sie geht nicht gut aus. Es gibt kein happy end. Vor allem aber: Berichtet wird von einem Vorgang, der sich in dieser oder jener Weise durch die Zeiten wiederholt hat. Menschen, das ist ihre Warnung, sind verführbar.

8.

Nun aber und um endlich zu unserem Thema zu kommen: Hält das Bild vom Rattenfänger gemünzt auf die Medien eigentlich de Kritik stand? Trifft es? Auf den ersten Blick: Ja. Auf den zweiten: Nicht vollständig. Denn erstens handelt der Rattenfänger, der ein persönliches Motiv besitzt, als ein Betrogener aus Rache, was für die Personen an den Steuerrädern der Medien nicht zutrifft. Sie sind nicht betrogen worden, sie betrügen. Und zweitens: Er rächt sich an den Betrügern, seine Opfer aber sind an diesem Betrug ganz Unbeteiligte, die Kinder der Stadt. Ahnungslose und Unerfahrene. Beides wird sich von den Adressaten der Medien nicht sagen lassen.

9.

Was soll unter der Rattenfängerei, die heute gemeinhin Manipulation genannt wird, eigentlich verstanden werden? Im Kern und auf das Wesentliche konzentriert: die Anstrengungen der Herrschenden und ihrer Beauftragten der Mehrheit der Staatsbürger eine Geisteshaltung und Mentalität zu verpassen, die sie die bürgerliche Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Verfassung, wenn schon nicht als die beste aller Welten, so doch als eine alternativlose Welt ansehen und hinnehmen lässt. Das heißt nicht, dass sie diese Wirklichkeit kritiklos hinnehmen müssen, aber sie sollen überzeugt werden und sein, dass sich in ihr alles Verbesserungswürdige auch verbessern, als beschädigte auch reparieren lässt. Und sie sollen davon überzeugt sein und blieben, dass dieses Notwendige nur unter der Leitung der Sachkundigen, das sind die jeweiligen Politiker, geschehen kann. Ist das erreicht, ist der Bürger jedenfalls politisch ruhiggestellt.

10.

Darüber hinaus wird der Bürger auf vielen Detailfeldern seines Lebens manipuliert. Vornehmlich als Produzent, als der er an „seinem Arbeitsplatz“ seine Pflicht tun soll, im eigenen Interesse, vor allem, um ihn sich zu erhalten. Sodann als Käufer von Waren, der für die Konjunktur zu sorgen hat und als Käufer und Verbraucher seinen und anderer Leute Arbeitsplatz noch einmal sichert. Des Weiteren als gelegentlich doch Erkrankter und da insbesondere als Konsument von Pharmaka. Nicht zuletzt als Urlauber und Gebieter über eine mehr oder weniger beträchtliche Freizeit. Die Jagd auf den Bürger, auf den Arbeitenden, den Kaufenden, den Erkrankenden, den Urlauber usw. ist das Geschäft von einer beständig wachsenden Zahl von Spezialisten. Seit Jahrzehnten hat sich eine ganze Wissenschaftsrichtung herausgebildet, die Erfolgs- und Irrwege der Manipulation zu ihrem Gegenstand hat. Daran sind Soziologen, Psychologen, Pädagogen und weitere Spezialisten beteiligt. Den von ihnen beratenen Jägern kann nur entgehen, wer sich von jedem Medieneinfluss trennen würde, sich zu einem Eremitendasein entschlösse und sich irgendwo von den Früchten und Tieren des Waldes ernährte.

11.

Die Tatsache der Manipulation wird nicht bestritten, weil das aussichtslos wäre. Sie liegt zutage. Also wird sie verkleidet und beschönigt. Sie erhält unverdächtige Namen und Bezeichnungen, vorzugsweise mit dem Blick auf den Käufer Information oder Werbung. Es geht nicht um Vorteil, Profit, Gewinn. Dem Adressaten soll Gutes getan, ihm zu Wissen und Orientierung verholfen werden, damit er nicht auf irgendwelchen Betrug hereinfällt. Inzwischen sind andere Wissenschaftler und Publizisten damit beschäftigt, die Manipulation und deren Methoden zu erklären, auf dass der Bürger nicht deren Oper wird. Soeben preist die Jokers edition das Buch zweier Autoren an Manipulationstechniken. So setzen sie sich durch und empfiehlt es allen „die sich nicht unterbuttern lassen wollen“ mit den Worten: „Manipulationen erkennen und wirksam abwehren“, wofür nur ganze 9,95 Euro ausgegeben werden müssen und dem Preis wird, als solle die Abwehr sogleich und vor dem Lesen getestet werden, hinzugefügt: 78% Prozent gespart. Wer Zeit für den vielfach empfohlenen Preisvergleich

hat, entdeckt, dass das Buch in 3. Auflage schon als Taschenbuch erschienen ist und bei Amazon für ganze 3,50 Euro zu haben ist.

12.

Damit wären wir in der Praxis der Manipulation und ihrer bevorzugten Methoden. Zu den vielverwendeten der Medien gehört es, den Leser, Hörer, Zuschauer oder Nutzer mit einer Masse von Informationen gleichsam zuzuschütten, denen eine ebensolche Masse von Fragen angefügt wird, ihn gleichsam unter zwei Bergen zu begraben. Als Beispiel zur Illustration dieses Verfahrens mag Berichterstattung und Kommentierung jenes Vorkommnisses dienen, zu dem es jüngst in der Fernsehsendung „Wetten, dass ...“ kam.

Wer nicht dabei war, dem wurde bis in die Details wortreich erklärt, mit Fotos vor Augen geführt und durch Zeichnungen dargetan, was geschehen war: Wann genau geschah der Unfall, wie viel Zeit verging, bis der Arzt zur Stelle war, die Veranstaltung abgebrochen wurde, der Patient im Krankenhaus anlangte, die Fernsehverantwortlichen im Mainzer Zentrum eintrafen usw. Wie erging es dem Verunglücklichten, wie betroffen war der Moderator, wie sehr seine Assistenten, wie schockiert das Publikum, wie reagierte es auf den Abbruch, was taten die Künstler, die nicht zum Auftritt gelangten usw. Was sagten der und was jener, der Vater, die Mutter, der Moderator sogleich und das mit einigem Abstand. Wer schwieg und wie lange? Und dann die Fragen: War das Unternehmen nicht zu gefährlich? Wer hat das Risiko geprüft? Gibt es Schuldige? War da ein unverantwortlicher Antrieb, ein rücksichtloses Interesse im Spiel? Soll so weiter gemacht werden? Ist das das Ende der Sendung? So werden die weniger Anspruchlosen versorgt und sie bilden die Masse. Sie erhalten einen mehrere Abende füllenden Gesprächsstoff. Dafür sorgte die bürgerliche Presse in allen ihren Facetten von Bild bis zur Süddeutschen ...

Nun gibt es einige Anspruchsvollere, die auch gedanklich versorgt werden müssen. Die Stellen sich ein paar Fragen mehr: Muss derlei Spektakel eigentlich sein? Und – da wird es dann grundsätzlich – welche Gesellschaft bringt eigentlich dieser Art „events“ hervor. Die Antwort der *Frankfurter Allgemeinen* ist komplett: Während in der deutschen Gesellschaft de Staat für die höchsten Sicherheitsstandards sorgt oder doch nach ihnen sucht (Beweise Stuttgart 21 und Gorleben) gibt es in der Bürgerschaft eine entgegengesetzte Tendenz: Der „Unfall von Düsseldorf“ führte zu der Erkenntnis, „dass sich gerade die rundum versicherte Welt nach nichts so sehr zu sehnen scheint wie nach der existentiellen Verunsicherung“. (Was mag sich der Autor unter „der rundum versicherten Welt“ vorgestellt haben?) Das gilt zunächst denjenigen, die das sichere Dasein beispielsweise eines Studenten gegen das Ausleben in einem „Individual-, Abenteuer- und Funsport“ eintauschen und diese nun finden einen „Erlebnismarkt“ vor, auf dem sich aus einer an sich „risikoscheuen Gesellschaft“ ein „erlebnishungriges Publikum“ formiert, „das den Risikokitzel liebt“. Die einen, wie der Studiosus Koch, wollen eben „frei von allzu irdischen Bedingungen wie der Schwerkraft“ sein und sich überhöhen „hin zu einer vermeintlich gottgleichen Omnipotenz“. Soviel über die Gelehrsamkeit eines Alfons Kaiser in der FAZ (Ausgabe vom 8. 12. 2010), eines promovierten Literaturwissenschaftlers, der in der Zeitung das Ressort „Deutschland und die Welt“ leitet. Ob dieser „Unfall von Düsseldorf“, eine Benennung die den Veranstalter schont, vielleicht etwas mit allgemeinen Erscheinungen und Kennzeichnungen der Gesellschaft, die keineswegs in ihr irgendwie entstanden sind, sondern mit der gnadenlosen Konkurrenz, dem wirklichen oder auch nur gefühlten Zwang, sich hervorzutun, der Sucht nach Ablenkung und Spaß des Einzelnen wie ganzer Großgruppen, die anders Unterhaltung und Freude schon nicht mehr aufspüren und genießen können, mit alledem also zu tun hat oder haben könnte, das bleibt unerörtert.

13.

Die Methode der Verunsicherung der Bürger, seiner, sofern er es dahin gebracht hat „Entdemokratisierung“, war und ist am Beispiel Stuttgart – Kopf oder unterirdischer Hauptbahnhof zu studieren. Während den Bürger Mitwirkung attestiert wird, erhalten sie gleichzeitig ihre Inkompetenz bescheinigt.

14.

Die Methode der Nachrichtenrationierung oder des Verschweigens von Informationen. Beispiel: Die Vorgeschichte der Entstehung des Buches über die Nazivergangenheit des früheren Personals des Bonner Auswärtigen Amtes.

15.

Die Fälschung oder das Verzerren der Geschichte zum Zwecke der Schönung der bürgerlichen Gesellschaft. Das Beispiel: die Ausstellung Hitler und die Deutschen.

16.

Die Macht der Manipulation und die Ohnmacht der Aufklärer. Die Sprache als Instrument der einen wie der anderen. Die falschen Begriffe: Afghanistan „das internationale Engagement“, Israel: „Siedlungsbau“ „Die Sprache ist Waffe – haltet sie scharf“ ein Wort Kurt Tucholsky und zum Schluss dessen Artikel „Mir fehlt ein Wort“.

Karl Bichtler

Rede bei der Trauerfeier am 16. Dezember 2010 in Berlin Alt-Stralau

Am 27. November 2010 waren seine Kräfte zur Gänze erschöpft. Karl Bichtler verstarb in seinem 82. Lebensjahr. Bevor wir, Verwandte und Anverwandte, Freunde und Arbeitskollegen, seine Weggefährten auf kürzeren oder längeren Strecken die Urne mit seiner Asche der Erde übergeben, wollen wir, liebe Anita, uns mit Dir und an Deiner Seite von ihm verabschieden, uns seiner erinnern. Denn es ist nicht wahr, dass es für Menschen nach ihrem Tode überhaupt kein Fortleben gibt. Es dauert, solange sich noch Mitmenschen der Toten in Liebe, Freundschaft, Achtung und Dankbarkeit erinnern. Die gelten dem Verstorbenen, mit dem Du Jahrzehnte Eures Lebens teilen konntest.

Meine Erinnerung an Karl setzt fast auf den Tag genau vor 65 Jahren ein. Da hatte es ihn von einem Ende des Thüringer Waldes an dessen anderes verschlagen, auf die Wickersdorfer Höhe und in die dort gelegene Freie Schulgemeinde. Dass es dazu kam, ging auf das Kriegsende und den im Osten Deutschlands begonnenen Aufbruch in eine zunächst gedachte Neue Welt zurück. Da wurden eben Lebensweichen neu gelegt. Karls Weichensteller hieß Stefan Heymann, ein aus einer jüdischen Familie in Mannheim stammender Kommunist, ein Überlebender von Auschwitz. Karl hat ihm stets ein dankbares und ehrendes Andenken dafür bewahrt, dass er ihm am Ende eines kurzen Lehrgangs für junge Kommunisten und Sozialdemokraten, der in Camburg an der Saale stattfand, den Weg gewiesen hat, der den Schüler einer von Nazigeist geprägten Volksschule schließlich an eine Hochschule und in die Wissenschaft führen sollte.

Karl stammte, es ist schon gesagt, aus einem sozialen Milieu, das in seiner gegenwärtigen Existenz den beschönigenden Namen „bildungsferne“ Schicht erhalten hat. Er hatte zu den Bildungsfern*gehaltenen* gehört. Seine Eltern waren Arbeiter, der Vater Werkzeugmacher, die Mutter Schleiferin. Sie verdienten ihren Unterhalt in der Kleineisenindustrie Schmalkaldens. Dort, am Rande der Kleinstadt, wurde Karl geboren. Dort wuchs er auf und hatte nach acht Jahren Volksschulbesuch begonnen, an einer Handelsschule zu lernen, bis der totale Krieg ihre Schließung erzwang. Ihr Schüler verdingte sich als Hilfsarbeiter, auch er in einer Werkzeugfabrik. Als der Krieg zu Ende war, wechselte er, für Monate nur, in eine kaufmännische Lehre und arbeitete in der sich formierenden antifaschistischen Jugendgruppe der Stadt mit.

Karl hat aus seiner Heimatstadt zweierlei mitgenommen und bewahrt. Eine Zähigkeit, die bis an die Grenze der Sturheit, nicht aber über die hinaus, reichte, die Zielstrebigkeit eines Menschenschlages, der seit Generationen die Mittel für sein Dasein in Schwerarbeit verdiente und die Liebe zur Natur, die sich dort, am Südwesthang des Thüringer Waldes leicht erwerben und pflegen ließ. Er ist in die Gegend seines Herkommens immer wieder als Urlauber, zuletzt als Heilung oder wenigstens Linderung suchender Kranker zurückgekehrt. Dort wurzelte auch sein Verhältnis zu dem Erholungs- und Fluchtplatz, den er sich am Fuße der Berliner Püttberge geschaffen hatte und wohin, mit Deiner Hilfe, Anita, seine schwindenden Kräfte bis kurz vor seinem Tode eben noch reichten.

Es war ein Zufall, dass ich vor wenigen Wochen, es wurde unser letztes Gespräch, Karl von einem Fund erzählen konnte, den ich Tage zuvor bei Arbeiten im Weimarer Thüringischen Hauptstaatsarchiv gemacht hatte. Da kam mir ein Schreiben der Schulleitung der Wickersdorfer Anstalt vor Augen, in dem von zwei neu eingetretenen Schülern berichtet wurde, über deren Fortschritte noch nicht entschieden sei. Einer der beiden sei Karl Bichtler, er habe es schwer, werde es aber wohl schaffen. Die Prognose war richtig. Zweieinhalb Jahre später legte er das Abitur ab. Zeitweilig hatte er sich dahin geschunden.

Dann entschied er sich für das Studium der Volkswirtschaft. Das führte ihn nach Jena an die Friedrich-Schiller-Universität, zuerst an den einschlägigen Zweig der Juristischen, dann an die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät. Wieder, wie schon vordem, lautete sein Auftrag nicht nur, für die Mehrung seines eigenen Wissens zu sorgen. Die an Zahl wachsende Minderheit von Arbeiter- und Bauernstudenten sollte auch der Salana eine neue antifaschistisch-demokratische Prägung geben. Im dritten Semester war Karl zum Mitglied der Universitätsparteileitung gewählt und mit einer zeitauf-

wändigen Arbeit betraut. Das war nicht alles. Als 1951 das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium obligatorisch für alle Studierenden eingeführt wurde, ließ sich das ohne Hilfsassistenten nicht machen. Karl, der eben seine Abschlussprüfung bestanden hatte, begann Vorlesungen über die Politische Ökonomie des Kapitalismus zu halten und das vor Studenten der benachbarten Weimarer Musikhoch- und der Bauhochschule. Er kam, vortragend, was er sich vielfach erst in Nächten zuvor angelesen hatte, auch damit zurecht und zu Rande.

Im Grunde waren die Jacken, die nicht nur ihm damals angezogen wurden, es waren keine Zwangsjacken, ihren Trägern erheblich zu weit. Jeder hatte zwei Möglichkeiten sich in ihnen zu bewegen. Er konnte sich darin aufblasen oder sorgen, dass er arbeitend gleichsam in diese Bekleidungen hineinwuchs. Karl war durch diese Entscheidung nicht in Verlegenheit gebracht. Wenn er etwas nicht vermochte, ja auch scheute, dann waren es Bühnenauftritte. Später ließen sich selbst größere und solche vor internationalem Publikum nicht vermeiden. Geschah das, dann zeigte er sich auf derlei Brettern – im Bilde zu bleiben – stets als Bühnenarbeiter, nie als Schauspieler. Das will sagen: Er hat seine Überzeugung, seine Sache, seine Akademie seinen Staat, die Gesellschaft, an der er baute, vertreten und daher selbst wieder überzeugt. Doch sein eigentliches Metier waren Rede und Gegenrede in Arbeitsgruppen, das Nehmen und Geben von Ratschlägen, das gedankliche Vorankommen im Gespräch, das gemeinsame Suchen nach Wegen und Auswegen. Kam es zu Wort und Widerwort, hat er das nicht gescheut. Konflikte hat er nicht gesucht, aber er ist sie auch nicht geflohen. Sah er sich oder jemanden, der das nicht verdiente, hintangesetzt, hatte er dafür einen lakonischen Kommentar: „Auf uns müssen sie doch wieder zurückkommen.“ Auch dieses Selbstbewusstsein war erarbeitet.

1951 bestand Karl die fachliche und politische Durchprüfung und wurde Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften, einer nach sowjetischem Vorbild geschaffenen Einrichtung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Dort setzte er seine Ausbildung auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie des Kapitalismus fort und spezialisierte seine Kenntnisse hin auf das Feld der Geldtheorie. 1957 promovierte er mit einer Arbeit über die Gesetze der Geldzirkulation und ihre Anwendung bei der Planung des Bargeldumlaufs in der DDR.

Schon im Jahr zuvor war er in das Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR gewechselt und das wiederum mit einem politischen Auftrag. Kaum in die neue Arbeitsstätte eingetreten, wurde er zum Sekretär für die Gesellschaftswissenschaftlichen Akademie-Institute gewählt. Zwei Jahr später erfolgte seine Wahl zum Sekretär der Zentralen Parteileitung der SED an der Akademie der Wissenschaften, eine Arbeit, die die Unterbrechung jeder eigenen forschenden Beschäftigung verlangte. Auch nach dieser zwei Jahre umfassenden Wahlperiode blieb Karl nahezu ein Jahrzehnt Mitglied dieses Gremiums, nun aber wieder an das Wirtschaftsinstitut zurückgekehrt. Dort leitete er eine Forschungsgruppe und seit 1968 die Abteilung „Politische Ökonomie des Sozialismus“. In diesem Jahr wurde er nach erfolgter Habilitation an der Karlshorster Hochschule für Ökonomie, ihren Gegenstand bildete die Arbeitsaufwandmessung als politökonomisches Problem, zum Professor berufen. Aus jenen Jahren stammen Veröffentlichungen in Sammelbänden und Zeitschriften, darunter in russisch- und französisch-sprachigen Übersetzungen. 1969 dann wurde ihm die Verantwortung für die Leitung des Gesamtinstituts aufgetragen. Wer den Aufwand kennt, der sich mit der Direktion solcher Großinstitute der Forschung oder der Lehre verband, weiß, dass Karl für seine Beschäftigung mit Problemen der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, der Preisproblematik und der Reproduktionstheorie und für umfassendere Forschungen, welche Publikationsreife erreichten, wenig Zeit blieb. Die mehrfach gefundene Lösung des Widerspruchs, andere seine Arbeit machen zulassen und sich auf das Unvermeidliche zurückzuziehen, war seine Sache nicht. Er bewährte sich auch an diesem Platze – mit Folgen.

Karls Arbeit im Akademie-Institut endete 1972. Er tauschte den Arbeitsplatz des Direktors mit dem eines (des in der Reihenfolge wohl ersten) stellvertretenden Generalsekretärs dieser Akademie. Die Wirtschaftswissenschaft verlor einen befähigten theoretischen und prognostischen Kopf, die Einrichtung als Ganze hatte einen Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsorganisator gewonnen, einen Leiter, der sich in der Bürokratie auskannte, aber sie nicht liebte und also auch nicht pflegte. Zu Karls Aufgabenfeldern gehörten die Entwicklung und Erweiterung der Auslandsbeziehungen. Seine Tätig-

keit führte ihn zu Partnern in Asien und Afrika, so nach China, Vietnam, Nordkorea, Ägypten und selbstredend in die Sowjetunion und dort ins sibirische Akademgorodok nahe Nowosibirsk. Zu seinen dauernden Pflichten zählte die Mitarbeit am Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien, dem er zeitweilig als Ratsmitglied, dann als Vizepräsident und schließlich als Ehrenmitglied angehörte. Das waren wiederum Kräfte zehrende Jahre. Von ihnen hat in Memoriam der einstige Generalsekretär der Akademie geschrieben, Karl sei ihm ein zuverlässiger Mitstreiter gewesen „vor allem ein ehrlicher, aufrichtiger und immer loyaler Freund und Genosse. Er hat sich nie gescheut, mir eine manchmal abweichende Meinung zu sagen, mich auch für problematische Entscheidungen zu kritisieren, aber dabei war er nie verletzend und bewies ein hohes Maß von Feingefühl."

1982 endete diese Arbeitsphase. Karl kehrte an das Institut für Wirtschaftswissenschaften zurück. Dort übernahm er als Herausgeber das Jahrbuch des Instituts und dessen Schriftenreihe Forschungen und Studien, ohne selbst den gerissenen eigenen Faden zu finanzwirtschaftlichen Problemen wieder aufnehmen zu können. Er hatte das sechzigste Lebensjahr erreicht, als das Ende der DDR und seiner Arbeitsstelle sich abzeichnete. Beides hat er nicht abgewartet. Er ersuchte im Sommer 1990 um seine Entlassung aus allen Pflichten und erhielt sie. Was hier in knappen Worten gesagt wird, hat ihn tief aufgewühlt. Nicht allein, dass eine wissenschaftliche Einrichtung zugrunde ging, auf deren Gedeihen er ein Gutteil seiner Kräfte gewendet hatte. Ihn traf auch das widerstandslose und teils ahnungsarme Wandern vieler seiner Kollegen hinein in neue Zustände. Davon hat er sich nie erholen können, auch weil er für sich selbst in den grundstürzend veränderten Verhältnissen keinen Platz einzunehmen vermochte, ja ihn nicht einmal sah. Er blieb bis in die letzten Tage seines Lebens ein mit Kopf und Herz an den Auseinandersetzungen und Kämpfen Beteiligter, hineinbegeben konnte er sich in sie nicht mehr. Daran hinderte ihn mehr und mehr das Abnehmen seiner Körperkräfte. Dass er sich nicht in der Leipziger Straße vergrub und, solange er das konnte, nicht nur in seinem Garten grub, ist, Anita, Dein Verdienst. Er ist mit Dir, nun ohne belastende Verpflichtungen weit gereist. Historisch interessiert wie er seit Jugendjahren war, sich in die Vergangenheit verschiedenster Epochen und Räume vertiefend, wurden geschichtsträchtige Orte zu Euren bevorzugten Reisezielen. Du hast ihn auch auf Berge und zu Aussichten chauffiert, die er sonst nur noch von Fotos und Filmen hätte sehen können.

So ist dieses Gedenken am Ende erst bei dem angekommen, was gemeinhin Privatleben genannt wird. Phasenweise gab es davon für Karl, der in zwei Ehen und zwischen diesen in nicht eben glücklichen Umständen lebte, wenig. Er hat zu jener Generation von – vorwiegend – Männern gehört, die, als sie in den Zustand von Rentnern, Pensionären oder Senioren, wie immer die Bezeichnungen für den letzten Lebensabschnitt gewählt werden, geraten, also alt geworden waren, sich für das, was sie ihren Partnern und Familien entzogen und mitunter an Last zugemutet hatten, sich eigentlich zur Wiedergutmachung verpflichtet sehen mussten. Dafür fehlte es dann häufig an Gelegenheit und Energie. Vorbildlich waren wir da nicht. Mitunter sprachen wir auch darüber, ohne das Resultat zur Geheimhaltung zu bestimmen. Karl musste mit dem, was er getan und geleistet hatte, sich nicht in einen Kriegszustand begeben. Mit der Antwort auf die Frage jedoch, woran und warum wir scheiterten und was daran unser eigener persönlicher Anteil war, ist er bis in seine letzten Tage nicht zu einem Ende gekommen. Das Befinden teilte er mit vielen, die ihm vorangingen und wohl auch weiteren vielen, die ihn vorerst überlebt haben.

Karl Bichtler verstarb zwei Monate vor der Vollendung seines 82. Lebensjahres, nach einem über Jahrzehnte arbeitsreichen, mit Mut, Disziplin, Energie und Zuversicht bestandenen und gestalteten Leben, schließlich nach Jahren einer liebevollen Hilfe und Pflege durch Dich, Anita. Am 27. November 2010 waren seine Kräfte zur Gänze erschöpft. (2010)

Geschichte und Gegenwart des Antifaschismus

Vortrag auf der Bundeskonferenz der VVN / Bund der Antifaschisten. Berlin, 2. April 2011, Humboldt-Universität

Liebe Kameradinnen und Kameraden, Freunde und Genossen, Mitstreiter, Antifaschisten und Bürger. Wer zur Eröffnung einer Diskussion, die der Selbstverständigung dienen soll – und so sehe ich meine Aufgabe – sich einen Historiker einlädt, läuft Gefahr, dass von Geschichte die Rede sein wird und auf diesem Felde lauern Risiken, das Hineinstolpern und Sich-Verfangen in Fragen und auch in Zweifel. Nun müssen wir beim Blick in die Geschichte nicht in die Ferne schweifen. Unsere Organisation, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Bund der Antifaschisten, besitzt selbst eine, die uns Anstoß, womöglich Antrieb zu Nachdenklichkeit sein kann. Wir sind, wie man so sagt, in die Jahre gekommen, wir gehen – nimmt man nicht nur die Organisation im engeren Sinne, sondern, was rechtens, auch ihre Vorläufer hinzu – dem 100. entgegen. Dabei geht es uns wie Menschen vor Generationen, als noch niemand ihr Geburtsdatum, nicht einmal das Jahr ihres ersten Schritts ins Leben, festhielt.

Die Geschichte des Antifaschismus beginnt als deren Antipode mit der Geschichte des Aufkommens faschistischer Bewegungen und Organisationen in Italien und in Deutschland bald nach dem Ende des Weltkriegs, der später der Erste genannt werden musste. Als Antipode, das besagt: als unversöhnliche Gegenkraft. Ihre Existenz setzt nicht mit einem Kongress oder Manifest ein, sondern mit dem Widerstand und zwar einem geistigen ebenso wie einem politischen, durch das Widerwort und durch die abwehrende Tat. Und am Beginn einer Traditionslinie, in der wir unsere eigene Arbeit sehen, stehen aus der Geschichte Italiens die Namen des ermordeten Reformsozialisten Giacomo Matteotti, des Liberalen Giovanni Amendola, der an den Folgen eines faschistischen Attentats im Exil starb, des Kommunisten Antonio Gramsci, den eine lange Haft zugrunde richtete, und in Deutschland die Namen von Clara Zetkin mit ihrer denkwürdigen frühen, aus dem Jahre 1923 stammenden Analyse des Faschismus, des militanten Demokraten Carl von Ossietzky und vieler anderer. Sollten wir, um uns sogleich einer der angekündigten Fragen zu stellen, mit diesen Vorfahren nicht ein wenig öfter und eingehender beraten?

Nun leben wir auf dem Wege zu diesem 100. in einem Lande, in dem wir eine begriffliche Schwierigkeit haben, denn in ihm wird weder in der Geschichtswissenschaft (jedenfalls was ihren Hauptstrom anlangt) noch in der Publizistik das Wort Faschismus benutzt. Derlei hat es demnach in deutscher Geschichte nicht gegeben. Was sich dort vorfindet, wird allgemein, also auch bis in die Schulgeschichtsbücher, als Nationalsozialismus bezeichnet, sprachlich mit eben jenem Etikettenschwindel benannt, dessen sich die politischen Demagogen um Hitler, Goebbels und die anderen einst erfolgreich bedienten. Damit ist behauptet, dass es sich bei diesem „Nationalsozialismus“ um eine ganz besondere, einmalige europäische Erscheinung handelte, die keine wesentlichen Gemeinsamkeiten mit dem Faschismus in Italien oder in anderen Staaten aufwies. Und daraus folgt: Wo kein Faschismus existierte, war und ist es auch widersinnig, dessen Gegner als Antifaschisten zu bezeichnen. Sie waren demnach in einem Irrtum befangen und hätten sich richtig Antinationalsozialisten nennen müssen. So weit sind wir noch nicht, doch jedenfalls ist ein Zustand erreicht, da sich im Staate Bundesrepublik Deutschland Bürger, die in deutscher Geschichte von Faschismus sprechen, unter einen intellektuellen Rechtsfertigungszwang gestellt sehen. Obendrein werden sie als Linke ausgemacht und das heißt abgetan, ungeachtet der Tatsache, dass es auch politische Verfechter des Konservatismus gibt, die vom Faschismus in Deutschland sprechen. Es geht aber nicht um einen Begriffsstreit, der ist nur die Erscheinungsform einer tiefer reichenden Kontroverse. Sie betrifft nicht die Benennung, sondern das Wesen der Erscheinung.

Von ihr und ihrer Geschichte wird hierzulande fortgesetzt gehandelt. Das stützt auch den Anspruch, die Deutschen seien nicht nur auf den Feldern der Wirtschaftsbund des Sports, sondern auch auf dem Felde der Beschäftigung mit ihrer Geschichte, die hierzulande vorzugsweise Bewältigung heißt. Genau hingesehen, lässt sich allerdings ausmachen, dass diese Art der Bewältigung vorwiegend in der Beschreibung von Oberflächenerscheinungen besteht. Ungeheuerlichen, grausamen, historisch ein-

maligen – deren Vorführung Abscheu, Ekel, Widerwillen hervorruft. Das bewirkt die Serie von Spiel- und Dokumentarfilmen, die Woche für Woche von staatlichen wie privaten Fernsehsendern angeboten wird. Und das soll gering nicht geschätzt werden. Doch so wichtig Emotionen sind, was eigentlich ist von den Zuständen verstanden, die solche Erscheinungen, Verbrechen ohne geschichtliches Beispiel, hervorbrachten? Die Bewältiger der deutschen Geschichte haben sich zudem auf die filmische, fiktionale oder dokumentarische Darstellung des Endes des Naziregimes und seiner Folgen spezialisiert, auf den „Untergang“ im Allgemeinen und den der „Gustloff“, auf „Stauffenberg“ und die „Flucht“, demnächst auf „Rommel“ (auch da auf dessen Ende). Was sich hier Bewältigung des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte nennt, blickt und beleuchtet Ereignisse, Vorkommnisse und Episoden der Jahre 1944 bis 1946, handelt also von den letzten Seiten dieses Kapitels. Gäben die ersten Seiten und das Vorwort zu diesem Kapitel keinen Stoff ab: der Hamburger Blutsonntag? Die Intrige, durch die Hitler in die Wilhelmstraße gelangte? Die Entdeckung des Treffen Hitlers und Papens in der Villa des Bankiers Schröder? Die Flucht Hans Beimlers aus dem KZ Dachau? Oder gar das Zustandekommen des Reichskonkordats zwischen der Hitler-Regierung und dem Vatikan?

Eine „Bewältigung“ des Faschismus, die eine Antwort auf die Frage schuldig bleibt, wie er in die deutsche und europäische Geschichte kam, warum er in einigen Staaten siegte und sich behaupten konnte, verdient diesen Namen allenfalls sehr eingeschränkt. Der Bund der Antifaschisten sieht sich in der Bundesrepublik folglich in einer Tradition, die viel älter ist als seine direkten Vorfahren, in jener der Aufklärung, die sich uns Deutschen vor allem mit dem Namen des Immanuel Kant verbindet, der den Ruf, in das Wesen der Dinge einzudringen mit dem Wissen verband, dass dazu Mut gehöre. Und, um wieder auf die Fragen zurückzukommen, wir haben zu prüfen, ob Aufklärung in unserer Arbeit den Platz einnimmt, der ihr im Ganzen zukommen sollte und ob wir die Inhalte dieser Aufklärung richtig bestimmen.

Faschismus ist im Deutschen ein mehrdeutiges Wort: es bezeichnet eine Organisation, Bewegung oder Partei, eine Ideologie und eine Staatsform, die faschistische Diktatur genannt wird. Und diese Diktatur ist eine der denkbaren, möglichen und verwirklichten Ausprägungen bürgerlicher Herrschaft. Das ist das Wesen der Sache und des Streits. Eine Ausprägung neben anderen: der konstitutionellen Monarchie, der parlamentarischen Republik oder auch dieser oder jener Form autokratischer Herrschaft. In welchen dieser Formen die bürgerliche Gesellschaft ihren staatlichen Rahmen findet, hängt nicht in erster Linie von Überzeugungen ab, wiewohl die beim Handeln von Menschen immer im Spiel sind, sondern davon, welche von ihnen den in der Gesellschaft dominierenden Interessen und deren Verfechtern dient, sie fördert und womöglich auch sichert. Als sich die Weimarer Republik, gemessen an diesen Anforderungen, als untauglich erwies, begann das Suchen nach Alternativen. Von den Suchenden wurde sie im Faschismus gefunden und durchgesetzt. Die dieses Resultat fürchteten, erwiesen sich als zu schwach, es zu verhindern. Es wäre wünschenswert, wenn das in deutschen Schulbüchern stünde. Womit wir bei einer weiteren Frage wären: Kümmern sich die Antifaschisten hierzulande hinreichend darum, was in jenen Büchern steht, mit denen die Heranwachsenden in den Schulen umgehen?

Nun werden Geschichtswissen und Geschichtsbewusstsein nur zu einem schwer zu bemessenden Teil aus Büchern gewonnen. An seiner Bildung ist zu einem anderen Teil die Begegnung mit der Geschichte in öffentlichen Räumen beteiligt, im Alltag beim Gang durch Straßen und Plätzen, bei der Begegnung mit Denkmälern und Gedenktafeln, dem Besuch von Museen und Ausstellungen. Der Bund des Antifaschisten hat auf diesem Feld viel getan und sich Verdienste erworben, durch das Hervortreten mit eigenen Initiativen wie durch die Abwehr von ungerechtfertigten Demontagen solcher Erinnerungen und auch durch Einsprüche gegen den Missbrauch oder die Verzerrungen geschichtlicher Leistungen. Die Berliner leben nach wie vor in Straßen, die nach den „Helden“ des Ersten Weltkriegs benannt sind, aber sie haben die nach 1990 verübte Schande noch nicht beseitigt, dass die hinter diesem Gebäude der Humboldt-Universität verlaufende Straße unter Mitwirkung von Historikern, die sich als Demokraten verstanden, den Namen Clara Zetkin verlor zugunsten der Sophie Dorothea von Preußen, der Gemahlin des Soldatenkönigs. Dabei verlagern sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf ein scheinbar unpolitisches Feld. Wissenschaftliches oder techni-

sches Verdienst wird als hinreichendes Äquivalent gewertet, das von politischer Haltung absehen lässt. So argumentieren in Sachsen die Verteidiger der Namengebung einer Schule nach Ferdinand Sauerbruch und in König Wusterhausen diejenigen, die einen Gewerbepark nach einem Erfinder im Zeppelinbau benannt wissen wollen, der im Ersten Weltkrieg mit seiner Firma Profit ausschließlich durch die Belieferung der kaiserlichen Armee verdiente.

Im Zentrum der Auseinandersetzung um das Gedenken in den öffentlichen Räumen stehen jene Antifaschisten, die Kommunisten waren. Die hätten nur für eine andere, nicht weniger grausame Diktatur gekämpft, weswegen sie im Grunde an einer falschen Front standen. Damit wird der unstreitig zahlreichste Teil des antifaschistischen Widerstands ausgegrenzt. Insofern betrifft die inszenierte dümmliche deutsche Debatte über den Kommunismus, der als eine Ausgeburt des Denkens und der Untat von Stalin und Pol Pot hingestellt wird, alle Antifaschisten, die Toten wie die Lebenden und die Kommenden. Die diese Art von geistiger Kommunistenjagd in Gang gesetzt haben und sie teils und am liebsten vom geistigen bereits wieder ins politische und in Sonderheit ins juristische Feld ausdehnen würden, spekulieren auf die inzwischen erzeugte Verdummung weitester Kreise, die sie als ihr Werk betrachten können. Machen wir uns an einem Beispiel klar, das hergeholt zu sein scheint, was in Deutschland 2011 möglich ist: Auf der Bühne des Renitenz-Theaters in Stuttgart streiten Komiker um die Verleihung des Goldenen Besens. In einem Duo nervt die Frau ihren Partner mit der Frage: „Wie hieß noch mal die Hitlerjugend von den Kommunisten?“ Das mochte – die Satire darf alles – als Bloßstellung von Dummheit gemeint sein. Was aber, wenn die Stuttgarter Zeitung die Frage im Fett- und Farbdruck in die Mitte ihres Berichts stellt und sie nicht als Ausfluss von Blödheit, sondern als „Halbwissen“ bezeichnet? Und um von der Kabarettbühne in die Schulwirklichkeit zu kommen: In Leipzig hat ein Schulmuseum eine Ausstellung auf Reisen geschickt, die Hitlerjugend und Freie Deutsche Jugend vergleicht, nicht in der Absicht ihrer Entgegensetzung, sondern ihrer Gleichsetzung. Die geschichtlichen Bündnisse von Antifaschisten haben Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Liberale zu gemeinsamer Aktion vereint, sie haben in ihren besten Zeiten und Daseinsweisen nicht gefragt, bist Du Christ oder Atheist, sie haben – den Hochmut gab es zeitweilig auch – nicht nach höheren oder niederen Stufen eines Antifaschismus unterschieden. Aber: Zu ihrem Miteinander gehörte die Achtung der Überzeugungen und auch des Glaubens des Anderen, zählte Toleranz. Daran könnten wir uns erinnern, wenn heute eine Verteufelung der Kommunisten oder auch die Beschimpfung der Kritiker der Regierungspolitik Israels als Judenfeinde vorgenommen wird.

Nun mögen uns – ich komme von den Fragen an die Geschichte in die Gegenwart – manche unserer Zeitgenossen als Überbleibsel aus dem vergangenen Jahrhundert ansehen. Um von mir zu reden, auf den ja der Verdacht auch als Person fallen könnte, ich habe mir, als ich mich fünfzehnjährig der antifaschistischen Jugend in Weimar anschloss und dort ein Schüler von Stefan Heymann, Kurt Goldstein und anderen Widerstandskämpfern wurde, nicht träumen lassen, dass wir es mit Faschisten – oder wie jetzt meist heißen Nazis oder auch Neonazis – im 21. Jahrhundert überhaupt noch zu tun haben würden. Idee und Praxis dieser Faschisten galt mir als so abgrundtief diskreditiert, dass ich nur an das Ab- und Ausräumen dachte, mir aber auch nur eine partielle Wieder- oder Neuinstallation nicht vorstellen konnte. Auch in diesem Punkte erwies sich, dass Irren menschlich ist und Voraussagen besonders Risiko behaftet. Was wir heute an faschistischen Losungen, Konstrukten und Aktivitäten antreffen, sind nicht mehr Überbleibsel des „klassischen Faschismus“, wie lange behauptet wurde, aber vor Jahrzehnten schon nicht richtig war. Gewiss beziehen die Nazis von heute auch Anleihen bei ihren Vorläufern, wobei dies aus mehreren Gründen für die problematisch ist, bedeutet es doch ein Stück Selbstentlarvung. Doch der Boden, auf dem sie agieren, ist der unserer jetzigen Gesellschaft. Auf deren Widersprüche beziehen sie sich und sie und deren vorgebliche Lösung beziehen sie sich. Sie Ideologen und Führer dieser Nazis wissen, dass es in dieser Gesellschaft ein Protestpotential gibt, Menschen, vor allem jüngere, die ohne Kenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge nach grundlegendem Wandel rufen. Darauf spekulieren sie. Daraus errechnen sie sich ihre Chancen. Wie ihre Vorgänger operieren sie mit einfachen Parolen. Während ihre Konkurrenz weitläufige Pläne zur Integration von Ausländern entwickelt, fordern sie: „Deutsche zuerst“. Um dieses Prinzip plausibel zu machen, brauchen sie nichts zu erfinden. Dass die deutschen immer vorn sein müssen, am besten

auf Platz eines, wird denen von vielen beständig beigebracht. Beispielsweise in der Warenreklame: Kaufen Sie nur unser deutsches Motorenöl. Dann sichern sie deutsche Arbeitsplätze. Kurzum: Nationale Überheblichkeit, nationaler Egoismus, nationaler Hochmut sind keine Spezialität, geschweige denn ein Monopolbesitz der äußersten Rechten, der Nazis. Es ist kein Zufall, dass Brechts Kinderhymne mit den Versen „Und nicht über und nicht unter / andern Völkern wolln wir sein“ noch nicht zur Nationalhymne erhoben worden ist. Das wird wohl erst geschehen, wenn man keine mehr braucht.

Nun haben diese Nazis heute so wenig eine Chance, an das Staatsruder zu gelangen, wie Hitler und die Seinen im Jahre 1923. Warum ist das so? Weil die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft in ihrer derzeitigen politischen Organisationsform die Ansprüche der in ihr herrschenden und von ihr profitierenden Kreise befriedigt, mal weniger, mal mehr gut, in jedem Falle also gut. Hätte es dafür eines Beweises noch bedurft, ist sie durch die ökonomische Krise erbracht worden. Sie hat die verbreitete Vorstellung gestärkt, dass in dieser Verfassung die notwendigen Verbesserungs- und Reparaturarbeiten geleistet werden können, ein grundlegender Umbau überflüssig ist und nur Risiken und Unwägbarkeiten heraufbeschwören würde. Eben wird das Volk davon überzeugt, dass dies auch im Hinblick auf die Probleme der Fall ist, die auf dem Feld der Auseinandersetzung von „Mensch und Natur“ entstanden sind. Hier geht es nicht allein um propagandistische Aushilfen und die Verbreitung der Vorstellung, die regierenden Politiker – heute die, morgen jene haben alles im Griff. Dazu dienen die Berufungen auf Leistungen bei der Krisenüberwindung ebenso wie die Versicherung, alle Gefahren, die aus „technischen Fortschritten“ hervorgehen können, vorsorglich abzuwenden oder doch zu minimieren. Verbreitet wird ein Geschichtsbild des 20. Jahrhunderts, das besagt: dieses Jahrhundert ist gekennzeichnet durch den Sieg über zwei die Menschheit bedrohende Diktaturen. Nun aber, an der Wende zum Einundzwanzigsten, hat jedenfalls der Teil der Menschheit, der Europa und Nordamerika bewohnt, mit der nun dominierenden Staatsform, der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in den Zustand gefunden, der Zukunft verheißt und der exportfähig ist und exportiert werden muss. Wir stehen bereit, allen zu helfen, die sich auf diesen Import einlassen wollen, wie wir das schon in Afghanistan und im Irak taten und tun.

Folglich: Faschisten in jeder Couleur – und soweit liegen sie farblich ohnehin nicht auseinander – werden akut und auf Sicht nicht benötigt. Daran schließen sich zwei Fragen: Warum, wenn sie doch eine Randerscheinung bleiben, lohnt es sich dann, ihnen überhaupt Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen mit einem erheblichen Kräfteaufwand entgegenzutreten? Und: Warum lässt der Staat sie nicht nur gewähren, sondern begünstigt und sichert ihre Tätigkeit durch finanzielle Zuwendungen aus Steuergeldern und auch ihr öffentliches Treiben namentlich in den Städten? Die erste Frage betrifft unsere Organisation und alle Antifaschisten unmittelbar. Eine mitunter zu hörende Antwort darauf lautet: Weil sie, ähnlich der Hitlerpartei in den zwanziger Jahren, so etwas wie eine Herrschaftsreserve darstellen, auf die sich im Bedarfsfalle zurückgreifen lässt. Besieht man sich diese Reserve, mag man daran nicht recht glauben, selbst, wenn man weiß, dass die Hitlerpartei in ihren frühen Anfängen ähnlich kläglich aussah. Doch geht es hier nicht in erster Linie um das Personal, seine Menge und Qualität. Noch scheinen die herkömmlichen Methoden der Herrschaftsstabilisierung bei weitem nicht ausgeschöpft, also die Beschneidung der demokratischen Rechte, die Anwendung von immer raffinierteren und zahlreicheren Mitteln der Manipulation und vor allem der Instrumente und Mechanismen der Erfolgsbestechung. Es geht nicht in erster Linie um eine Daseinsvorsorge für die bürgerliche Gesellschaft, sondern um die momentane Rolle dieser (neo)faschistischen Gruppen. Die wirken auf dreierlei Weise (1.) als ein Auffangbecken einer unzufriedenen Minderheit der Gesellschaft, wobei diese Unzufriedenheit ihre Wurzel nicht nur im materiellen Bereich und in sozialer Benachteiligung hat. Die dort Aufgefangenen aber sind der Gesellschaft insgesamt ungefährlich. Sie sind dort vom Standpunkt der Herrschenden besser aufgehoben als in irgendwelchen Organisationen und Zusammenschlüssen der Linken, denn was sich da antibürgerliche und antikapitalistisch aufführt, ist so harmlos wie die Hitlerleute es waren, die mit ganz ähnlichen pseudorevolutionären Parolen operierten. (2.) Die Existenz dieser verschiedensten rechtsextremen Zusammenrottungen bietet einen nicht zu unterschätzenden agitatorischen Vorteil. Mit dem Fingerzeig auf sie erscheinen die Stützen dieser bürgerlichen Zustände als die Kräfte und Parteien der Mitte. Sie grenzen sich von diesen ihm Worten

mehr ab, als sie in Wahrheit von manchen Positionen von NPD, DVU, Republikaner und den anderen Gruppen entfernt sind. Eine dieser Gruppen hat in Baden-Württemberg eben schlicht plakatiert: „Sarrazin hat recht“ und der Mann ist Mitglied einer Partei geblieben, die sich zur linken Mitte zählt. (3.) Die den Rechtsextremen eröffneten Möglichkeiten der Aktion stellen eine Herausforderung dar, sie beschäftigen die Antifaschisten, saugen deren Gegenkräfte gleichsam an und ergeben, dies ist ein weiterer manipulativer Vorteil, Bilder, die vom Kampf der Extremisten – das Wort ist ein Kampfbegriff gegen die Linken – zeugen sollen, wovon der Bürger sich am besten fernzuhalten hat. Es ist ein großer Fortschritt, dass diese Rechnung, wie Dresden jüngste bewies, nicht mehr immer und überall vollends aufgeht. Kurzum: diese ungefährlichen Gegner von Demokratie und Republik stellen aus der Sicht der Herrschenden eine widersprüchliche Erscheinung dar. Sie bilden in gewissen Grenzen eine nützliche und entgegen ihrem Erscheinungsbild auch eine systemerhaltende Kraft. Deswegen, denn das ergibt doch eine entfernte Wesensverwandtschaft, kann sich die unabhängige Justiz so schwer von ihnen trennen.

Wie immer aber man Rolle und Perspektiven der (Neo)Nazis einschätzt, es sollte für Menschen von republikanischer Gesinnung darauf allein nicht ankommen. Sich ihnen entgegenzustellen ergibt sich allein schon aus humanistischer Gesinnung und Gesittung, zu der noch immer ihre praktische Betätigung gehörte. Wir wollen auf unseren Straßen keine Leute sehen, die mit Parolen daherkommen wie (die vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe für strafrechtlich unbedenklich erklärte) „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, wir wollen diese Haufen nicht marschieren sehen, die auf ihrer Kleidung verkünden, dass sie über Leichen gehen, und die sich verlogen oder ahnungslos als „Patrioten“ deklarieren. Es sollte gelegentlich klargemacht werden, wohin wir mit derlei Auftritten geraten sind. Leute, die nach dem Ende des Krieges in Deutschland mit solchen Fahnen, mit solchen Parolen und so angetan sich öffentlich gezeigt hätten, wären wo auch immer von den Besatzungsmächten aus dem Verkehr gezogen worden. Jedes Mädchen und jeder Junge, der in die Fänge dieser National- und Rassenchauvinisten gerät, ist ein Opfer unserer Zeit und unserer Untätigkeit oder Gleichgültigkeit. Damit sind zwei Adressaten antifaschistischer Arbeit und Appelle bezeichnet: die Richter- und die Lehrerschaft dieses Landes.

Antifaschismus – das war seit seinen Anfängen immer auch Bekenntnis und Tat für den Frieden zwischen den Staaten und Völkern. Die mit Mussolini, der zu den Treibern für Italiens Kriegseintritt 1915 gehörte, 1922 in der ersten Reihe auf Rom marschierten, waren dekorierte Kriegshelden, und die sich ihnen entgegenstellten waren Friedensfreunde. Nicht anders in den Anfängen der Hitlerpartei, der „Führer“, der Generalstabsoffizier Ernst Röhm, der aufgrund seiner Kriegstaten zum Ritter erhobene Oberst Franz von Eppder Leutnant in der bayerischen Jagdfliegerstaffel Rudolf Heß, der Pour-le-Mérite geschmückte Jagdflieger Hermann Göring, der Oberleutnant Gregor Strasser, der Oberleutnant Joachim von Ribbentrop, der Leutnant Julius Streicher bis hinunter zum zu spät gekommenen Offiziersanwärter Himmler, sie alle rühmten sich ihrer Kriegsuntaten. Im Grunde genügte die Kenntnis der Biographien dieser politischen Rotte, um zu wissen, dass man es mit einer Kriegspartei zu tun hatte.

1945 wurde weithin geglaubt, dass die Deutschen diese Sorte von Politikern ein für alle Mal verabschieden und also los sein würden. Inzwischen führt Deutschland Krieg in Asien und wünscht den verbündeten Kriegern, die in diesen Tagen in Nordafrika ihre überlegene Vernichtungstechnik skrupellos einsetzen, besten Erfolg. Das Bedrückende ist, dass die Deutschen an diese Teilnahme gewöhnt werden. Täusche sich niemand über die bekannten Zahlen über die Ablehnung des Krieges in Afghanistan. Das sind meist harm- und also wirkungslose Erklärungen, die bei Telefonbefragungen ermittelt werden. In Wahrheit ist den Menschen ein neues, hinnehmbares Kriegsbild entstanden: der Krieg ist – erstens – fern, er erfordert – zweitens – weniger eigener Tote als in der „Heimat“ bei Verkehrsunfällen umkommen, von ihm wird – drittens – hinhaltend gesagt, er werde bald enden und – viertens und vor allem – ist er kein Krieg gegen einen Staat oder ein Volk, sondern gegen hinterhältige und mörderische Terroristen an der Seite von Ordnungskräften der jeweiligen Länder, die an die Macht gebracht oder an ihr gehalten werden müssten. Dass die Deutschen mit der Mehrheit der Europäer die Politiker und Militärs der NATO in diesen Tagen gewähren lassen, dass sich in zweifelsfrei demo-

kratisch gewählten Parlamenten kein einziger Abgeordneter findet, der Nein sagt, macht erschrecken, darf aber nicht zu einer Schreckstarre führen. Es ist darüber zu reden, wie heute Reklame für Kriege gemacht wird, subtiler als seinerzeit mit Phrasen vom Kampf gegen den Bolschewismus und das internationale Judentum, und auch nicht mit dem völlig gleichen Ziel, es muss nicht Gefolgschaft sein, Gleichgültigkeit und Hinnahme genügen.

Lasst mich, Kameradinnen und Kameraden, mit einem persönlichen Wort schließen. Meine erste Rede auf einem Kongress der Antifaschisten hielt ich im Dezember 1945 auf einer Tagung der antifaschistischen Jugend Thüringens in Gera. Kurt Goldstein war ihr Initiator. Das war eine spontane Intervention nach einer Rede, in der ein Pfarrer die evangelischen Kirchen als eine antinazistische Kraft schöngeredet hatte. Dies heute ist nun meine zweite Rede auf einer solchen Zusammenkunft. Damals war es – trotz alledem – leichter Optimist zu sein. Aber wie damals kann auch heute Zuversicht nur kämpfend erworben werden. Es mögen uns unter dem Eindruck historischer Erfahrungen und Perspektiven die Worte des englischen Dichters und Teilnehmers am Freiheitskampf der Griechen George Gordon Byrons, wonach der einmal begonnene Freiheitskampf immer, wenn auch schwer, gewonnen wird, uneingeschränkt nicht mehr gelten. Näher mag uns heute Ulrich von Huttens vielfach missbrauchtes Bekenntnis „Ich hab’s gewagt mit Sinnen“ sein. Also. Lasst es uns weiter versuchen. Wer Historiker einlädt, läuft Gefahr, dass von Geschichte die Rede sein wird.

Die Deutschen und der 22. Juni 1941

Vortrag auf der Konferenz am 22. Juni 2011 im Haus der Russischen Kultur

In den frühen Nachmittagsstunden des 22. Juni 1941 füllte sich das weite Rund des Olympiastadions, jener riesigen 100.000 Zuschauer fassenden Sportstätte im Berliner Westen, die mit dem Blick auf die Olympischen Spiele des Jahres 1936 errichtet worden war. Um 15 Uhr begann dort das Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft. Gegeneinander traten die Mannschaften von Schalke 04 und von Rapid Wien an. Der Verlauf des Wettkampfes erscheint aus dem Rückblick wie ein Menetekel dessen, was sich in den folgenden Jahren an der Ostfront ereignen sollte, wo die Deutschen anfänglich als die sicheren Sieger auftraten. Schalke führte lange mit drei Toren. Dann wendeten die Wiener das Blatt. Sie gewannen mit 4 zu 3. Das Sportereignis wird hier erwähnt, weil es für die Politik der Machthaber steht, im Deutschen Reich die Illusion von Normalität aufrechtzuerhalten, selbst an einem solchen Tage. Das Volksollte die Kriegslaune nicht verlieren. Und es ließ sie sich nicht verderben. Während Millionendeutsche Männer zu einem weiteren Feldzug kommandiert wurden, den – wie leicht und kurz man sich ihn auch immer vorstellen mochte – jedenfalls nicht alle überstehen würden, strömtendie Berliner, sich jubelnd einen sportlichen Wettkampf anzusehen, vorgeführt von dafür eigens vom Wehrdienst freigestellten Männern.

Wenige Tage später wurden Bilder des Ereignisses in der Filmwochenschau gezeigt, die sogarmit ihnen begann. Erst danach folgten die ersten Aufnahmen von der neu eröffneten Front im Osten. Da diese Filmstreifen die Kontrolle des Propagandaministers passierten, lässt sich bei der Abfolge nicht an einen Zufall glauben. Eher war sie Bestandteil einer Manipulation, die darauf zielte, allzu große Besorgnisse über diese Wendung im Kriegsverlauf zu dämpfen und den Eindruck zu erwecken, der Feldzug im Osten werde nicht wesentlich anders verlaufen, alsdie vorausgegangen vier in Ost-, Nord-, West- und Südeuropa. Und in der Tat zeigten die geheimen Berichte des Sicherheitsdienstes, dass die Schritte, welche die aufgestörten Volksgenossen beruhigen sollten, aus der Sicht der Machthaber durchaus am Platze waren. Inzwischen haben sich übrigens die beiden heute noch existierenden Vereine mit ihrer Geschichte in den Jahren der faschistischen Diktatur befasst. Zuerst in Gelsenkirchen Schalke und dann, nachdembeide Mannschaften sich 2009, als Rapid seinen 110. Geburtstag feierte, diesmal in Wien wieder gegenübergestanden hatten, auch die Wiener.[1]

Am Tage nach dem Überfall hieß es in den „Meldungen aus dem Reich“, einer für einen ausgewählten kleinen Kreis von Führern bestimmten regelmäßigen Information, eingangs, die Deutschen wären vom Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion überrascht gewesen. Ganz ohne Einschränkungen lässt sich die Feststellung nicht lesen. Eine Millionenarmee nach Ostpreußen und in das deutschbesetzte Polen vor die Grenzen der UdSSR zu transportieren und das teils auf weiten Wegen quer durch das deutsche Reichsgebiet, das hatte sich schwerlich „imDunkel der Nacht“ bewerkstelligen lassen. Und die dort in immer größerer Zahl versammeltenSoldaten waren nicht ohne Verbindungen in die Heimat. Sie schrieben Feldpostbriefe und in vielen stand mindestens in einer Andeutung, wo sich der Absender inzwischen befand. Indessenhatten sich manche „Volksgenossen“ auf die ihnen unbezweifelbar zugekommenen Informationen ihren eigenen Vers gemacht. In mehreren Gegenden Deutschlands kursierte ein Gerücht,von dem sich sicher nicht sagen lässt, dass es die Machthaber selbst unter das Volk gebracht hatten. Es besagte: Zwischen dem Reich und der UdSSR sei ein Abkommen getroffen worden,das den Transport deutscher Truppen durch das Land an dessen südliche Grenzen erlaube. Vondort werde der deutsche Angriff in die Räume des Nahen und Mittleren Orients erfolgen. So solle Großbritannien im wertvollsten Teil seines Kolonialreiches getroffen werden. Würde aberIndien, das Kronjuwel des Gegners, bedroht, bliebe dem nur die Kapitulation.

Nun also: kein Abkommen, kein Durchmarsch, sondern ein Einfall in den Staat, mit dem 22 Monate zuvor ein Nichtangriffsvertrag geschlossen worden war, der Hitler Anlass und Gelegenheit gegeben hatte, sich der Vermeidung eines Zweifrontenkrieges zu rühmen. Nein, ein Schock wäre durch die

---

[1] Jakob Rosenberg/Gerhard Spitaler, Grün-weiß unterm Hakenkreuz. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus (1938-1945), Wien 2011.

Nachricht nicht ausgelöst worden, hieß es in den Stimmungsberichten,doch sei „überall“ Bestürzung, Nervosität und Bedrücktheit festzustellen.[2] So hatten sich die Deutschen, so wenig konkret ihre Bilder vom weiteren Kriegsverlauf ein Jahr nach dem Triumph über Frankreich immer gewesen sein mochten, jedenfalls den Weg zum „Endsieg“ nichtvorgestellt. Ihre Hoffnungen waren bis dahin auf die den Krieg abschließende Auseinandersetzung mit Großbritannien gerichtet, dem letzten noch kampffähigen Gegner. Das „schnöde (oderperfide) Albion“ sollte mit dem Einsatz der U-Boot-Waffe, den Bombardements aus der Luft und womöglich mit einer Landung auf die Knie gezwungen werden. Besonders nach der Eroberung der griechischen Insel Kreta, die u. a. von britischen Truppen verteidigt worden war, richteten sich Blicke gespannt wieder auf das große Inselreich im Westen. Die Eroberung der Mittelmeerinsel war als „Generalprobe für den Angriff auf die Insel“ angesehen worden. Mit den dort erprobten Fallschirmspringern und Luftlandetruppen werde der Sprung über den Kanal beginnen.[3]

Was das deutsch-sowjetische Verhältnis anlangte, so kursierten im Frühjahr 1941 in der deutschen Bevölkerung wilde und miteinander konkurrierende Gerüchte. Die einen wussten von verbesserten Beziehungen, die anderen vom bevorstehenden Krieg. So wurde erzählt, Stalin und ein türkischer Regierungsvertreter würden nach Berlin kommen, um den Dreimächtepakt – Deutschland, Italien, Japan – beizutreten und deutsche Truppen befänden sich bereits auf demWege in Richtung Irak, der eben von britischem Militär besetzt wurde.[4] Ruth Andreas-Friedrichhält am 15. Juni in ihrem Tagebuch fest, dass ihr erst der Milchmann beim Einkauf, dann ein Nachbar in ihrem Wohnhaus erzählt, dass Stalin nach Berlin komme und dafür schon Fahnen von 200 Frauen genäht würden.[5] „Truppentransporte nach dem Osten werden immer noch überwiegend dahin ausgelegt“, sagte eine Meldung vom 12. Juni 1941, „dass Russland den Durchmarsch deutscher Truppen (in Richtung Irak, K. P.) durch sein Gebiet gestattet habe.“ Diese Gerüchte erwiesen sich, wie wenige Tage später gemeldet wurde, als hartnäckig und herrschtengegenüber anderen vor, die vom Scheitern deutsch-sowjetischer Verhandlungen wussten und davon „dass gegen Ende dieses Monats eine deutsche Offensive gegen Russland beginnen würde.“[6] Jahrzehnte später erinnerte sich Walentin M. Bereschkow, damals Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Berlin so: „Seit März (1941, K. P.) waren in Berlin aufdringliche Gerüchte über einen bevorstehenden Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Umlauf. Dabei wurden verschiedene Daten genannt, um uns zu verwirren: 6. April, 20. April, 18. Mai und schließlich das richtige Datum – der 22. Juni.“

Nun also war die von der Mehrheit der Deutschen unerwartete und unerwünschte erneute Wendung im Verhältnis zu dem euro-asiatischen Großreich im Osten eingetreten. Die knapp zwei Jahre vorher im August 1939 vollzogene hatte dem in den Krieg ziehenden Deutschland augenblicklich spürbare Vorteile eingetragen. Denn nachdem das überfallene schwache Polen in knapp drei Wochen besiegt worden war, musste – anders als im Ersten Weltkrieg – nicht an zwei Fronten gekämpft werden. Auch war der Handelsweg nach Osten weit offen, womit jede Wiederholung der Wirtschaftsblockade mit ihren verheerenden, vielen Deutschen als Hungerjahre in lebhafter Erinnerung gebliebenen Folgen auf Dauer ausgeschaltet zu sein schien. Um den Bruch zu erklären, erzählte der „Führer“ den „Volksgenossen“ am Morgen des 22. Juni 1941 selbst die Geschichte seiner Leiden, entstanden aus seinem Vorwissen von der angeblichen sowjetischen Angriffsabsicht. Von denen habe er sich nun befreit, erkennend, dass dem Krieg gegen den „hinterhältigen“ Bolschewismus nicht auszuweichen sei. Er habe er sich entschlossen, dem sprungbereiten Angreifer zuvorzukommen.

Wie viele Deutsche diese Mär glaubten, ist nicht aufzuklären. Doch kann kaum bezweifelt werden, dass die antibolschewistischen Bilder, die seit 1918 in Deutschland von verschiedensten politischen Kräften verbreitet worden waren, sich mit den Mitteln der Propaganda rasch reanimieren ließen. Zudem stellten Hitler und seine Demagogen die permanente Bedrohung, welchedie Sowjetunion angeb-

---

2 Ebenda, Nr. 196, 23. Juni 1941, S. 2426 f. und Nr. 197, 26, Juni 1941, S. 2440 u. 2443.
3 Ebenda, Nr. 191, 5. Juni 1941, S. 2366.
4 Ebenda, Nr. 192, 9. Juni 1941, S. 2380 u. 2382.
5 Ruth Andreas-Friedrich, Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945, Berlin 1977, S. 72-73.
6 Ebenda, Nr. 193, 12. Juni 1941, S. 2394.

lich dargestellt habe, als das Hindernis dar, das die Entfaltung aller eigenen militärischen Kräfte gegen Großbritannien verhindert hätte. Damit wurde den Propagandagläubigen die ausgebliebene Invasion auf den britischen Inseln erklärt und der Feldzug im Osten konnte ihnen als bloßes „Zwischenstadium des großen Kampfes gegen England“ erscheinen, als dessen unvermeidliche Vorstufe.[7] Diese Vorstellung nährte auch die Propaganda nach dem Beginn des Feldzuges. Die „Berliner Illustrierte Zeitung“ (Ausgabe 27/1941, 3. Juli 1941) zeigte auf ihrem Titelbild einen gefangenen Rotarmisten und darunter „Gegen Englands rote Front im Osten“. Nur eine Gruppe wusste sicher, dass Hitlers Version über die Ursachen dieses Krieges rundheraus zusammengelogen war, die deutschen Spitzenmilitärs. Denen hatte der „Führer und Oberste Befehlshaber“ seine Absicht zum unprovozierten Angriff schon Ende 1940 unumwunden kundgetan. Sie waren auch durch Berichte der militärischen Aufklärung darüber informiert, dass auf sowjetischer Seite keinerlei Angriffspläne oder gar -vorbereitungen existierten. Doch auch über den engen Kreis der Militärs hinaus reichte das Wissen, dass dieser Angriff aus eigenem Entschluss und unprovoziert erfolgte. Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, schrieb nach einem Ungarn-Besuch, den er in den Tagen vom 10. bis 14. Juni 1941 unternommen hatte: Da „wurde ich natürlich vor allem nach unseren Absichten gegen Russland gefragt. Ich musste noch immer den bestehenden Plan verschleiern. Nach meiner Rückkehr wurde Budapest aber doch oberflächlich eingeweiht, genauer wurden die Rumänen u. auch die Finnen unterrichtet.“[8] (Diese Notiz – dies nebenbei – wirft angesichts der vielen Personen und Stellen auch des Auslands, die über den bevorstehenden Angriff ganz offiziell unterrichtet worden waren, noch einmal die Frage nach dem Verhalten der sowjetischen Staatsführerschaft auf, der exakte Warnungen nicht nur aus Deutschland zuflossen.)

Und in diesem Auswärtigen Amt war das Wissen nicht auf das Spitzenpersonal beschränkt. Ruth Andreas-Friedrich traf sich am 15. Juni 1941 bei einem „diplomatischen Tee“ u. a. mit einem Herrn aus dem Ministerbüro, der dort erklärt habe: „Am nächsten Samstag geht’s los“ und seine Überzeugung ausdrückte: „Am 15. Oktober stehen unsere siegreichen Armeen auf der Linie Astrachen-Archangelsk.“ Nur Rudolf Nadolny, in diplomatischen Diensten schon imKaiserreich und dann in der Weimarer Republik, 1933/1934 kurzzeitig deutscher Botschafter in Moskau, habe in der Runde dagegen Einwände erhoben und bemerkt, dass sich Russland fürBlitzkriege nicht eigne.[9] Ulrich von Hassell notierte am 13. Juli 1941 rückblickend: „Das großeEreignis des vom Zaune gebrochenen Angriffs auf Russland ist inzwischen eingetreten. Selbstdiese Halunken von Bolschewiken sind von uns noch übertölpelt worden. Sie hatten doch damitgerechnet, dass wenigstens irgendein Vorwand gesucht werden würde. Der gänzlich abrupte Überfall hat sie so überrascht, dass vor allem ihre Luftwaffe die schwersten Verluste am Bodenerlitten hat, wodurch unsererseits eine beträchtliche, sich schnell auswirkende Überlegenheit erzielt worden ist.“[10]

Die Mehrheit der Deutschen jedoch dürfte an diesem 22. Junitag wenig Interesse für die Rechtfertigung des deutschen Angriffs aufgebracht haben. Sie hatten sich wie jüngst beim Krieg gegen Jugoslawien und Griechenland wiederum mit der Tatsache der Ausweitung des Kriegesabzufinden und das war ihnen wegen der denkbaren Folgen Anlass zu Sorgen und sich daran knüpfende Erörterungen und Mutmaßungen genug. Wer Mann, Sohn oder Bruder mit dem Marschbefehl Moskau auf dem Wege zu neuen Schlachtfeldern wusste, bangte um dessen Gesundheit und Leben, denn erwartet wurde, dass die eigenen Verluste größer sein würden als dieim Westfeldzug erlittenen.[11] Wer bis dahin wegen seiner Rolle in der Produktion oder an anderem wichtigem Platz für „unabkömmlich“ (uk) erklärt und sicher war, nicht zur Armee eingezogen zu werden, musste nun damit rechnen, dass ihm dieser Schutz verloren gehen werde. Gewiss war nur, dass das Ende des Krieges ein weiteres Stück in die Ferne gerückt war. Indessenverband sich mit Ängsten und Befürchtungen weithin die Hoffnung,

---

7 Ebenda, Nr. 199, 3. Juli 1941, S. 2471.

8 Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950, Hg. Leonidas E. Hill, Frankfurt a. M. 1974, Eintrag vom 18. Juni 1941, S. 259.

9 Ruth Andreas-Friedrich, Der Schattenmann, S. 73.

10 Die Hassell-Tagebücher 1938-1944. Aufzeichnungen vom Anderen Deutschland, Berlin 1988, S. 287.

11 Meldungen, Ebenda, Nr. 201, 10. Juli 1941, S. 2502.

auch dieser Feldzug werdekurz sein. Die Wehrmacht hatte sich in allen voraufgegangenen als unüberwindlich erwiesen.Fraglich war den meisten Deutschen nicht der Ausgang des Unternehmens,[12] sondern einzig dessen Dauer. Nicht wesentlich mehr als drei Monate, glaubten führende Militärs und ebenso dieStammtischstrategen, dann werde auch dieser Gegner bezwungen sein.

Nach den ersten Erfolgsmeldungen des Oberkommandos wurden die frohgemuten Prognosen noch einmal verkürzt und Wetten über die Dauer des Feldzugs abgeschlossen.[13] Selbst, wenn die faschistischen Enthusiasten einen Blick auf geographische Karten der UdSSR warfen, nachdenen übrigens die Nachfrage so groß war, dass die einschlägigen Drucke in den Buchhandlungen alsbald restlos verkauft waren, kamen sie nicht ins Nachdenken. Zwar ließ sich diesen Kartenwerken unschwer ablesen, wie weit es nach Moskau, an die Wolga, zum Ural und in den Kaukasus war, doch verband sich den Siegverwöhnten der Weg dahin mit der Vorstellung, diesowjetische Armee werde nach einigen Kesselschlachten vernichtet sein und das weitere sich als kampflose Besetzung der riesigen Räume abspielen. Auch Angaben über die Zahl der gefangenen Rotarmisten erweckten den Eindruck, dass dieser Gegner im Grunde nicht ernst zu nehmen sei. Meinungsmacher begannen ob derlei Optimismus schon Sorgen zu beschleichen.[14]Denn auf seinen Ausbruch musste selbst bei günstigstem Verlauf des Feldzuges Ausnüchterungfolgen. Wer die Berichte der Propaganda-Kompanien im Rundfunk hörte oder in den täglichenWehrmachtsberichten nicht nur fahndete, ob darin ein Ortsname fiel, der mit dem vermuteten Standort eines nahen Verwandten in Verbindung zu bringen war, erfuhr ohnehin bald, dass die sowjetischen Soldaten wichen, aber nicht flohen.[15]

Doch wie sich der Masse der Deutschen der Schwierigkeitsgrad dieses Krieges im Osten auchdarstellte, es galt ihnen in jenen ersten Tagen und Wochen des Krieges eines als völlig sicher: der Sieg der eigenen Truppen. Als dessen Garanten betrachteten sie (1.) die Genialität des „Führers“, (2.) die einmalige Stärke der Wehrmacht, von der Hitler eben noch verkündet hatte, ihr sei „nichts unmöglich“ und die zudem das Überraschungsmoment hatte ausnutzen können undbei ihrem Vordringen zudem keine schwierigen natürlichen Hindernisse überwinden musste, (3.) die Geschlossenheit und Erfahrenheit der deutschen Kriegsgemeinschaft und – ihr gegenüber – die innenpolitischen Schwäche und Zerrissenheit Russlands, wo Zerfallserscheinungen (Baltikum, Weißrussland, Ukraine) der Wehrmacht die Aufgabe erleichtern würden, (4.) der Zustand der Roten Armee als Folge der Liquidierung der „roten Generale“ und der minderen Qualität ihrer Soldaten, ihrer Waffen und Ausrüstungen. Es war in diesen ersten Wochen des Krieges im Osten schwer, sich dem Eindruck der Siegesmeldungen zu entziehen. Das galt auch für die Nazigegner, wovon die Notizen Victor Klemperers zeugen, der übrigens am Tage nach dem Beginn des Feldzugs sich zu einer achttätigen Haftstrafe im Dresdener Polizeigefängnis einzufinden hatte, verhängt wegen einer Verletzung der Anordnung über die nächtliche Verdunkelung der Wohnungen. Zunächst hatte er sich, wie er rückblickend schrieb, an der Nachricht über den begonnenen Krieg „aufgerichtet“. Dann plagten ihn in der Abgeschlossenheit seiner Zelle doch wieder Zweifel, „der Endsieg könne doch, und mit ihm die dauernde Herrschaft Hitler gehören.“ Dagegen wieder versuchte er mit allen „Gegeneinwänden“ anzugehen.[16] Entlassen, notiert er am 8. Juli: „Halbstumpfes Rätseln um den russischen Krieg und das quousque tandem (wie lange noch, K. P.). Ich halte es für sicher, dass Petersburg und Moskau spätestens in der nächsten Woche fallen.“[17] Und unter dem Eindruck weiterer Sondermeldungen vom 13. Juli 1941 schreibt er am Tage darauf: „dass der Krieg gegen Russland entschieden sei. Damit aber ist nun auch entschieden, dass Hitler den Krieg jahrelang weiterführen kann, dass er unbesiegbarer Herr des gesamten Festlandes ist. Zu Europa wird Asien kommen. Für uns [...] bedeutet das Knechtschaft bis zum Lebensende.“[18]

In diese starken Überzeugungen und vermeintlich wohl erwogenen Kalküle mischten sich nichtsdestoweniger auch besorgte Fragen. Mit dem Gedanken an die Opfer verband sich, verstärkt durch die

---

12 Ebenda, Nr. 202, 14. Juli 1941, S. 2514.
13 Ebenda, Nr. 197, 26. Juni 1941, S. 2440.
14 Ebenda, Nr. 198, 30. Juni 1941, S. 2462.
15 Ebenda, Nr. 199, 3. Juli 1941, S. 2470.
16 Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995, S. 631.
17 Ebenda, S. 645.
18 Ebenda, S. 648.

Vorstellung von den „asiatischen Methoden“ des Gegners, die Frage nach demSchicksal von Soldaten, die womöglich in die Hände der Sowjetarmee gerieten. Dann drängte die Überlegung heran, welchen Gewinn Großbritannien aus dem Krieg fern seiner Grenzen würde zu ziehen wissen. Und dann wuchs die Ungewissheit über die Haltung der USA. Der Krieg gegen die UdSSR war noch keinen Monat alt, als viele „Volksgenossen“ bedachten, dieZeit, wie sie es nach ihrer Erinnerung schon im Ersten Weltkrieg getan habe, könne für die Gegenseite arbeiten, als zudem „viele Hunde des Hasen Tod gewesen“ wären.[19] Zweifelnde Überlegungen knüpften sich ebenso bald an die Frage, wie es möglich sein werde, die endlos weiten Räume im Osten zu beherrschen.[20] Dämpfend wirkte auf die Kriegsstimmung auch dieim Sommer 1941 verschlechterte Versorgung mit Lebensmitteln, insbesondere der Mangel an Kartoffeln und Gemüse.[21]

Verhältnismäßig selten, hieß es schon in einem SD-Bericht vom 26. Juni, würde in Debatten andas Schicksal Napoleons erinnert, der in den russischen Weiten gescheitert sei. Dessen Geschichte war den Deutschen aller Generationen aus ihren vaterländischen Schulbüchern gut bekannt. Dort hatten sie Bilder von den jämmerlichen, in der Kälte des Ostens frierenden Gestalten der Armee des Franzosenkaisers gesehen und darunter die Worte gelesen: „Mit Mann und Ross und Wagen hat sie der Herr geschlagen“. Von solchen Bildern trennten die Soldaten der Wehrmacht im Mittelabschnitt nur etwa fünf Monate. In der dann aus russischen Bauernhäuserngestohlenen Winterbekleidung wiesen sie mit den Soldaten Napoleons eine gewisse Ähnlichkeit auf. Doch verbreiteten sich davon noch keine Vorahnungen.

Die täglichen Wehrmachtsberichte, die Sondermeldungen aus dem Oberkommando über eroberte Städte, die Zahlenangaben über die Gefangenen und die materielle Beute, dazu die Bildfolgen in den Wochenschauen nährten in der deutschen Bevölkerung den Siegesglauben. Wieder strömten viele Deutsche nicht in erster Linie wegen des gebotenen Spielfilms in die Kinos, sondern um diese Streifen zu sehen, die in Längen Aufnahmen vom Vordringen der Wehrmachtan der gesamten Front vom Norden Finnlands bis an das Schwarze Meer zeigten. In äußerster Konzentration von Bild und Wort wurde das gesamte Repertoire der aktuellen Propaganda geboten. Gestützt werden sollte das Bild vom Abwehrkampf Europas gegen den Bolschewismus,weshalb – so in der Wochenschau-Ausgabe vom 23. Juli 1941 – Aufnahmen von Anwerbestellen für Freiwillige in Belgien und Frankreich, von italienischen Kontingenten und der spanischen Blauen Division, die sich auf den Weg zum Schlachtfeld begaben, dazu von den finnischen, rumänischen, slowakischen und ungarischen Verbündeten gezeigt wurden. Zugleich sollte das Bildmaterial von der Ostfront mit den Aufnahmen von den Gefangenenmassen und der Unmenge zerstörten gegnerischen Kriegsgeräts die Mär vom bevorstehenden Angriff auf Deutschland und Europa stützen, dem der „Führer“ zuvorgekommen sei. „Unaufhaltsam“ und „planmäßig“ waren die meist benutzten Vokabeln für das Vordringen der eigenen Truppen. Landkarten verglichen, welches Terrain 1915 von der kaiserlichen Armee im Bündnis mit der österreichisch-ungarischen besetzt worden war, mit dem nun binnen weniger Tage und Wochen eroberten. Die Fläche sei größer als das Deutsche Reich, hieß es in einem Kommentar.

Zu den Charakteristika jeder dieser Wochenschauen gehörte die antibolschewistische Aufpulverung. Sie ergoss sich über die Deutschen in einer Weise, als hätten die Autoren und Kameraleute, die Kriegsberichterstatter ebenso wie die Kommentatoren in den Heimatredaktionen nunendlich und erleichtert alle Schleusen ihres bis dahin zurückgehaltenen Kommunistenhasses öffnen können. Bereits in der ersten Filmwochenschau, die nach dem Überfall in die Kinos kam, hieß es, der Wehrmacht stünden nicht Soldaten, sondern ein „wilder verkommener Haufen“ gegenüber. Zum Standardvokabular, mit denen Bilder gefangen genommener Rotarmistenkommentiert wurden, gehörte: „verworfenes Verbrechergesindel“, „rote Mordbestien, hauptsächlich Juden“, „Horden“, „ungezählte Juden“, „Untermenschen“, „Raubgier“, „Mordlust“.

---

19 Ebenda, Nr. 202, 14. Juli 1941, S. 2517.
20 Ebenda, Nr. 197, 26. Juni 1941, S. 2441.
21 Ebenda, Nr. 198, 30. Juni 1941, 2467 f.

Dass mit diesen Bildern die beabsichtigte Wirkung erzielt wurde, hielten die Beobachter der Stimmungen in der deutschen Bevölkerung fest. Es hätten sich gelegentlich gar Zweifel hörbargemacht, dass diese „Wilden", „Untermenschen" und „Zuchthäusler" usw. „Angehörige der regulären sowjetrussischen Armee seien."[22] Nun, lautete ein Kommentar in einer der ersten Wochenschauen, lerne der deutsche Soldat das sowjetische Paradies kennen. Das sei die „Hölle". Die Bolschewisten hätten das Volk körperlich und seelisch zugrunde gerichtet. Jetzt würden sieauf dem Rückzug nur Trümmer hinterlassen, ohne auf ihre eigene Bevölkerung die geringste Rücksicht zu nehmen. Demnach waren es nicht die Eroberer, die mit ihrer weit überlegenen Militärmaschinerie das Land verwüsteten, sondern dessen angeblich von Zerstörungswut beherrschte Verteidiger. Zu Aufnahmen verängstigter Kinder hieß es, sie kennten weder Vater noch Mutter. Die Bevölkerung begrüße die Befreiung vom bolschewistischen Joch, wie der Abriss von Lenin-Denkmälern bezeuge und ebenso die für die „Befreier" errichteten Ehrenpforten. In Litauen helfe die Bevölkerung der Wehrmacht. Das Fazit besagte: des „Führers" Weisheit und nun der deutsche Soldat bewahre die Heimat und ganz Europa vor einem furchtbaren Schicksal. Es kämpfe die Kultur gegen die Barbarei.

Wer genauer hinhörte oder las, fand in allen diesen Berichten, wenn vom Widerstand der Roten Armee gesprochen oder geschrieben wurde, wiederholt zwei Worte: „zäh" und „verbissen". Diese Haltung wurde auf den Druck politischer Kommissare zurückgeführt und die Hervorhebung der Gegenwehr mochte darauf berechnet sein, Leistung und Verdienst der deutschen Soldaten herauszustellen. Wer auch nur ein kurzzeitiges Erinnerungsvermögen besaß, konnte daran denken, dass die Abwehrkräfte, auf die deutsche Truppen bei ihren bisherigen Feldzügen gestoßen waren, bei den Kämpfen um Narvik in Nordnorwegen 1940 und den eben beendetenauf der Insel Kreta, da wie dort gegen britische Verbände, so nicht dargestellt worden waren. Je länger der Krieg dauerte, umso mehr sprach sich herum, wenn auch die Vorstellungen weithinter der Wirklichkeit zurückblieben, dass im Osten sich ein anderer Krieg entwickelte, ein anderer Feldzug sich zutrug, als alle bisherigen. Das geschah nicht erst, als die Kunde vom Gegenangriff der sowjetischen Armee vor Moskau in den Vorweihnachtswochen 1941 in das Reich sickerte. Jedoch vergingen noch Jahre, bis Berichte Überlebender und Fotos und Bilder,die nicht zu Propagandazwecken hergestellt worden waren, dokumentierten, was das gewesenwar: der Krieg an der Ostfront. Die in der in der Bundesrepublik dominierende Richtung der Geschichtsschreibung und nahezu ausnahmslos die Publizistik benutzt heute für ihn die Bezeichnung Vernichtungskrieg. Die Zahl der umgekommenen Soldaten und Zivilisten, und die Verwüstungen von menschlichen Siedlungen und Landschaften, das zerstörte Werk der Arbeit von Generationen rechtfertigen diese Kennzeichnung vollkommen. Und würde der Begriff nur dazu dienen, diese Seite des Krieges zu kennzeichnen, ließe sich gegen ihn nichts einwenden. Doch mit ihm wurde hierzulande jede andere Wesensbestimmung des Krieges verdrängt. Dabei sagt er über die Antriebe und Kräfte, die in ihn führten, und über die Ziele, die in ihm von den deutschen Machthabern verfolgt wurden, nichts aus.

Nicht so selten erhält diese Bezeichnung Ergänzungen. Sie lautet dann „Hitlers Vernichtungskrieg" oder „rassenideologischer" oder „rassenbiologischer Vernichtungskrieg". Im ersten Fallwird eine Person, „der Führer", als Triebkraft und Interessent dieses Krieges ausgegeben und als derjenige, der bestimmte, wie er geführt und gewonnen werden solle. Dieses Bild, das die sonst aufgegebene Vorstellung von den Männern, die Geschichte machen, wiederbelebt, war schon während des Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zerstört worden. Spätere Geschichtsforschungen schienen es endgültig erledigt zu haben. Und die Hervorhebung des Rassenwahns betrachtet eine Ideologie als Triebkraft des Geschehens, erklärt sie zur Quelleund zum Charakteristikum des Verbrechens an Millionen, an Juden und Angehörigen slawischer und asiatischer Völker, an Sinti und Roma und vielen anderen. Dass diese Untaten nicht verübt werden konnten, ohne dass in der Gedanken- und Gefühlswelt der Täter und Mittäter derBegriff Menschheit gelöscht und durch die Sonderung der Herren- von den Untermenschen ersetzt wurde, ist unstrittig. Die Frage ist aber, ob dieser am 22. Juni 1941 von der deutschen Führung unprovoziert begonnene Krieg geführt wurde, um ein großes Vernichtungswerk zu vollbringen und sonst nichts zu erreichen. Die Frage ist, ob da eine Art rassistischen Amok-

[22] Ebenda, Nr. 199, 3. Juli 1941, S. 2473.

laufangetreten wurde, sich einzig blinde Tötungs- und Zerstörungswut austobten oder ob nicht jedenfalls die Befehlshaber in diesem Vorgehen die Mittel erblickten, zu ihren konkreten Zielenzu gelangen. Zur Beantwortung dieser Frage sind die Historiker nicht auf Vermutungen angewiesen. Im sicheren Vorgefühl des Sieges sprachen die Hitler und Goebbels nicht nur von der Abwehr der bolschewistischen Barbarei und der Rettung Europas und seiner Kultur, auf die sieangeblich aus waren, sondern unumwunden von den fruchtbaren und an Bodenschätzen reichenWeiten des Ostens, von Weizen und von Öl. Schon der Beginn der Besatzungspolitik, als Auftakt für eine Kolonialherrschaft gedacht, erledigt die Vorstellung, dass es den Eindringlingen einzig um das Vernichten zu tun gewesen wäre.

Mithin: Der Begriff „Vernichtungskrieg“ enthüllt etwas: die historisch beispiellose Grausamkeit, mit der die Deutschen den Krieg auf dem Territorium der Sowjetunion führten, was, nichtzu vergessen, eine Vorgeschichte schon im Feldzug in Polen hatte. Aber zugleich, und erst diesweckte die ihm zugewandte Vorliebe, erfüllt er die Funktion, etwas zu verhüllen: das imperialistische Wesen dieses Krieges, der eine Fortsetzung und faschistische Steigerung des Kriegeswar, den die deutschen Aspiranten auf die Welt(vor)herrschaft von 1914 bis 1918 geführt und verloren hatten. Davon hatte in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik schon der Hamburger Historiker Fritz Fischer geschrieben und in weiten Teilen der Zunft einen Protest ausgelöst.Dann änderte sich mit deren Zusammensetzung auch ihr Verhältnis zu den Tatsachen und Wahrheiten. Jetzt befindet sich die deutsche Historiographie gleichsam auf dem geistigen Rückmarsch. Der Begriff Imperialismus ist aus ihrer Wissenschaftssprache weitgehend verschwunden. Und in der Publizistik regiert die Sprachregelung vom Krieg Hitlers, der einige Helfer besaß, insbesondere Feldherrn.

Die Politik des Vernichtens ordnete sich aber Zwecken und Zielen zu, sie war im Ganzen nicht situationsbedingt, sondern geplant und besaß ein momentanes und ein langfristiges Generalziel. Im eroberten und zur deutschen Kolonie vorbestimmten Land sollte augenblicklich Friedhofsruhe herrschen und nicht einmal ein Gedanke an Widerstand gegen die Eindringlinge aufkommen. Denn wie wenig die deutschen Kriegsplaner von diesem Gegner immer verstanden haben mochten, dass es sich um einen anderen Gegner und ein anderes Land handeln werde, als die bisher bekriegten und besiegten war ihnen bewusst. Das drückte sich schon in den vor Feldzugsbeginn erteilten Befehlen aus und nicht erst, als die Eindringlinge es mit den Partisanen zu tun bekamen. Die Menschengruppen und Personen, die liquidiert werden sollten, wurden in Befehlen benannt als Kommunisten, Bolschewisten, Funktionäre der KPdSU und des Sowjetstaates, politische Kommissare der Roten Armee, ganz allgemein Angehörige der Intelligenz und wieder und wieder die Juden. Gedacht war und praktiziert wurde ein politischer und geistiger Enthauptungsschlag, der die Landesbewohner führerlos, zu einem blinden Haufen, zurmenschlichen Verfügungsmasse für die Eroberer machen sollte.

Jedoch nicht zur Gänze und daraus ergab sich das zweite Generalziel der Vernichtungsstrategie.Diese Masse war nach den Interessen der Eroberer zu groß, zu zahlreich, sie sollte unabhängigvon ihrem tatsächlichen oder vermuteten Verhalten gegenüber den Eroberern dezimiert werden.Das betraf in erster Linie die Juden und alle, die als Störenfriede oder unnötige Esser oder als Menschen galten, die nach dem Maß der Rassisten unbrauchbar waren und zudem unnötigen Aufwand erforderten, „Ballastexistenzen“ wie chronisch Kranke, körperlich oder geistig Behinderte. Alle diese Gruppen existierten auf der Skala der zu Vernichtenden obenan. Darüber hinaus, nach dem „Endsieg“, war Millionen Bewohnern des europäischen Teils der Sowjetunion Gleiches bestimmt. Sie sollten in unwirtliche Gebiete vertrieben werden und mochten dort zugrunde gehen.

Noch einmal: Keine Frage also, dass nach der Praxis der faschistischen Kolonisatoren wie nachallem, was sie sich noch vorgesetzt hatten, dieser Eroberungszug die Bezeichnung Vernichtungskrieg verdient. Sie stammt übrigens nicht erst aus Krieg und Nachkriegszeit. Palmiro Togliatti, der 1935 in Moskau auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale vom kommenden Krieg sprach, nannte ihn einen „Vernichtungskrieg“. Doch taugt diese Kennzeichnung nicht, um das Wesen dieses Krieges zu erfassen und seine geschichtliche Einordnung vorzunehmen, denn er ist nicht um der Vernichtung von Menschen und Sachen willen begonnenund geführt, sondern um Land zu gewinnen, sich den Zugriff auf verschiedenste Naturreichtümer zu verschaffen, Menschen, sofern sie mittelfristig als

brauchbar angesehen wurden, in eigene Gewalt zu bringen und zu versklaven. Was anders sind diese Ziele als imperialistisch? Was unterscheidet sie *im Antrieb wie im Ziel* von den Programmen, um deren Verwirklichungwillen das deutsche Kaiserheer ein Vierteljahrhundert vorher in andere Länder einfiel? Schon sein Vorgehen war durch Kriegsverbrechen gekennzeichnet. Auch dieser erste „Griff nach derWeltmacht“ ging schon mit einer – Entsetzen hervorrufenden – Vernichtung einher. Die Trümmermassen der Ortschaften, Dörfer und die entstellten Landschaften Frankreichs aus den Jahren 1915 und 1916 unterscheiden sich von den russischen der Jahre 1941 und 1942 nicht. Den Unterschied macht das Ausmaß des Mordens und der Zerstörungen, die ein Vielfaches betrugen. Die Formel vom „Vernichtungskrieg“ reduziert das Kriegsbild auf einen Aspekt. Den zu betonen ist nicht allein beim Blick in die Geschichte notwendig. Doch – und noch einmal – in seinerhäufigsten Verwendung ist der Begriff „Vernichtungskrieg“ ein bewusst oder mechanisch benutztes Ersatzwort, das die Funktion einer Nebelwand erfüllt, hinter der eine Gesellschaft und die in ihr wurzelnden Antriebe zu Krieg und Eroberung verschwinden sollen.

Aufstand der Anständigen

Begriffe wie Aufstand oder Revolution sind aufgrund geschichtlicher Erfahrungen in Kreisen von Regierenden und Herrschenden unbeliebt und werden daher dort gewöhnlich gemieden. Das schließt nicht aus, dass sie in Gebrauch kommen, sobald sich daraus Gewinn erzielen oder auch nur versprechen lässt. Die deutschen Faschisten sprachen von der Machtübergabe als der „nationalsozialistischen Revolution“. Die Wende in Ostdeutschland, die in das Ende der DDR mündete, wurde als „Revolution“ (gar als zweite „Novemberrevolution“) bezeichnet und gefeiert.

Zehn Jahre später riefen die Regierenden in der Bundesrepublik Deutschland, politische Parteien und andere gesellschaftliche Organisationen zu einem „Aufstand der Anständigen“. Die Wendung erregte weites Aufsehen, als sie auch Bundeskanzler Gerhard Schröder im Sommer 2000 gebrauchte und sie wurde ihm zugeschrieben. Er verband sie mit einem Appell an die Deutschen, sich gegen um sich greifende Erscheinungen des Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit zu wenden, die das Ansehen der deutschen Republik im Ausland herabsetzten und drohten, auch außenwirtschaftliche Interessen zu gefährden. So wurden Personen, die in den USA eine Reise nach Deutschland beabsichtigten, staatsoffiziell darauf aufmerksam gemacht, dass ihnen dort feindliche Äußerungen begegnen und Bedrohungen widerfahren könnten. Diese Warnungen waren glaubwürdig angesichts von Brandsätzen und Steinen gegen Synagogen in Essen, Düsseldorf und Berlin und einer Kette tätlicher Angriffe auf Ausländer, die sich in den alten wie in neuen Bundesländern ereignet hatten.

Um ein weithin sichtbares Gegenzeichen zu setzen, wurde am 9. November 2000, ein Tag, gewählt mit dem Blick auf die Inbrandsetzung der Synagogen und die gewalttätigen Attacken gegen Juden im Jahre 1938, zu einer Demonstration in der Bundeshauptstadt aufgefordert, zu der sich mit dem Ziel Brandenburger Tor etwa 200.000 Menschen einfanden. Auf der Kundgebungstribüne wollte kein Politiker von Regierung und Opposition aus Bund und Ländern fehlen. Von da an – das Wort von den „Anständigen“, das freilich das Problem auf dem weiten Feld der Moral platzierte und es dadurch verengte und vereinfachte, aufnehmend – wurde von Demokaten eindringlich auf die in besonderem Maße „Zuständigen“ an er Staatsspitze verwiesen, in deren Macht es läge, permanent wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Rechtsextremismus und (Neo-)Faschismus, die gewaltbereite Anhänger vor allem unter jungen Menschen fanden, den Boden zu entziehen. In einer Kampagne wurden finanzielle Mittel aus den Budgets von Bund, Ländern und Kommunen für soziale Analysen, Schulungen von Lehrpersonal, Aufklärungsschriften, Einrichtung und Programme von Jugendfreizeitstätten und weitere präventive Maßnahmen zur verfassungstreuen Bildung und Erziehung bereitgestellt, die jedoch den weitgehenden Kahlschlag an Institutionen der Jugendarbeit in den Neuen Bundesländern nicht wettmachten. Vor allem setzten der Gewinn von Vertrauen in Gesellschaft und Staat und die erstrebte Abnahme hilf- und hirnloser Proteste voraus, dass die Jugendarbeitslosigkeit eingedämmt und bezahlbare sinnvolle Freizeitangebote für Heranwachsende gemacht wurden. Die Kampagne unter der Devise *Aufstand der Anständigen* verlor indessen bald an Schwung. Rechenschaftslegungen der Regierenden und Parlamente unterblieben. Der Verfassungsschutz berichtet regel- und pflichtgemäß. In der Presse gerieten Meldungen über rechtsextreme Umtriebe wieder zurück ins Kleingedruckte. Der Verbotsantrag gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands scheiterte. Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit bewegen sich in der deutschen Gesellschaft auf einem gleichbleibenden Niveau. Ungeachtet sich wiederholender Appelle von Politikern hat sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung mit diesen Erscheinungen abgefunden. Die Bundesregierung teilte auf eine Kleine Anfrage hin mit, dass im März 2004 679 „politisch rechts motivierte Straftaten“ registriert worden seien, zu denen 30 Gewalttaten und 125 Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund gehörten. 367 Tatverdächtige seien ermittelt, gegen zwei Haftbefehle erlassen worden.

Als der Feldzugsplan „Barbarossa“ scheiterte

Am 5. Dezember 1941 begann vor Moskau die Gegenoffensive der sowjetischen Armeen

Als die Beobachter des Sicherheitsdienstes am 4. Dezember 1941 ihren Geheimbericht über die Stimmungen und Meinungen im Reich abfassten, hatten sie ihn mit einer schlechten Nachricht zur schlechten Nachricht zu beginnen. Wenige Tage vorher war im täglichen Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht mitgeteilt worden, die Stadt Rostow, deren Eroberung durch deutsche Truppen vordem gemeldet worden war, hatte wieder geräumt werden müssen. Auch wenn das Wort Rückzug vermieden wurde, lasen die „Volksgenossen“ doch eben dies aus dem Text heraus und es war das erste Mal seit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion vor einem knappen halben Jahr, dass sie um derlei ernüchternde Deutung nicht herumkamen.

Die Meldung traf die Optimisten in der braunen Gefolgschaft zudem umso ärger, als sie bis dahin hochfliegende Erwartungen gehegt hatten. Die galten dem Abschwenken der erfolgsgewohnten Eroberer nach Süden in Richtung Kaukasus und zu den Ölquellen, womit den Sowjets nicht nur ein für die Kriegführung unentbehrlicher Rohstoff entzogen und für eigene Zwecke nutzbar gemacht werden sollte, sondern ihnen auch die Verbindung zum Iran entrissen worden wäre –, mit allen schwerwiegenden Folgen für die Lieferungen, die auch auf diesem Wege in das kämpfende Land gelangten.

Mit der OKW-Meldung über die Aufgabe von Rostow stellte sich den siegverwöhnten Deutschen wieder – und zum wievielten Male eigentlich – die Frage, woher die gegnerische Armee ihre, wie es schien, unerschöpflichen Kräfte bezog, da doch vor Monaten schon berichtet worden war, dass sie damit an ihr Ende gelangt sei. Einige legten sich die Antwort dahin zurecht, dass die Sowjets eben alle ihre Truppen im Süden zusammengezogen und dort in den Kampf geworfen hätten. Von diesem Urteil mussten sie sich alsbald verabschieden. Am 5. Dezember 1941 begannen mehrere sowjetische Armeen nicht im südlichen, sondern im Mittelabschnitt vor Moskau eine Gegenoffensive. An deutschen Stammtischen und in Wohnungen vor Volksempfängern, vulgo: Goebbels Schnauze, erledigten selbst die knappen und irreführenden Meldungen vom Geschehen binnen kurzem die viel diskutierte Frage, ob die Wehrmacht noch 1941 oder erst später Moskau einnehmen werde. Und das, wiewohl es zunächst an der „Heimatfront“ unmöglich war, sich von den Ereignissen auch nur ein ungefähres geografisches Bild zu machen. Die Deutschen sollten in den Tagen, da es der dritten „Kriegsweihnacht“ entgegen ging, nicht in ein Stimmungstief fallen.

Mitgeteilt wurde den „Volksgenossen“ jedoch, dass „die Fortsetzung der Operationen und die Art der Kampfführung von jetzt ab durch den Eintritt des russischen Winters bedingt“ sein würden. Das las der „Volksgenosse“ als Ankündigung dafür, dass er irgendwelche Meldungen über Eroberungen nicht mehr zu erwarten hätte. Folglich richteten sich die militärischen Hobby-Strategen, da sie mindestens wussten, auf Kälte und Eis werde der Schlamm folgen, darauf ein, dass vor dem „russischen Sommer“ nicht damit zu rechnen war, dass es im Osten wieder vorwärts gehen werde. Dadurch freilich würden die Gegner, was Besorgnisse aufkommen ließ, Zeit zum eigenen Kräftesammeln gewonnen haben. Was kommen werde, wurde zunehmend fragwürdig.

Die Propagandisten, beauftragt den Deutschen die schlechten Nachrichten von der Ostfront möglichst schonend, gleichsam in homöopathischen Dosen beizubringen, konnten leicht aufatmen, als sich das Interesse der Bevölkerung von der deutsch-sowjetischen Front ab- und dem fernen Pazifik zuwandte. Dort eröffnete Japan mit dem Überfall auf die US-amerikanische Flotte in Pearl Habour am 7. Dezember 1941 seinen Krieg gegen die Vereinigten Staaten. Daran knüpften sich sogleich Spekulationen, der fernöstliche Verbündete werde sich nun von seinen asiatischen Festlandsbastionen aus auch gegen die UdSSR wenden, was die eigene Lage entlasten müsse. Dann folgte vier Tage später jedoch nicht die japanische Kriegserklärung an die Sowjetunion, sondern die deutsche an die USA mit einem weiteren Auftritt Hitlers vor dem Großdeutschen Reichstag. Dies bot wiederum Stoff für Erörterungen über den künftigen Kriegsverlauf und zwang zur erneuten Korrektur der Vorstellungen über die Länge des Krieges.

Was sich im Mittelabschnitt der Ostfront zutrug, war aus den offiziellen Berichten des OW auch nicht zu entnehmen, als sich die Schlacht vollends entfaltete. Die Autoren im Führerhauptquartier began-

nen, wozu sie die Geschehnisse während aller Feldzüge bisher nicht gezwungen hatten, schlicht zu lügen. Sie meldeten „örtliche Kampfhandlungen (12. 12.), „örtliche Angriffe des Feindes“ (13.12.) und die „Abwehr örtlicher feindlicher Angriffe“ (14. 12.) Dann waren es doch Angriffe „an mehreren Stellen der Front“ (15.12). Schließlich hieß es: „Im Zuge des Übergangs aus den Angriffsoperationen (von denen schon keine Rede mehr gewesen war, K. P.) zum Stellungskrieg der Wintermonate werden zurzeit an verschiedenen Abschnitten der Ostfront die erforderlichen Frontverbesserungen und Frontverkürzungen planmäßig vorgenommen.“ (17.12) In den folgenden Tagen mischten sich den Berichten doch neue Töne bei: „harte Kämpfe“ (19.12.), „schwere Kämpfe“ 20.12.) Kämpfe „mit unverminderter Härte“ (21.12.), „zäher Widerstand unserer Truppen“ (22.12.) „starke Angriffe des Feindes“ (23.12.). Nun war auch nicht mehr von Geschehnissen an einzelnen Stellen die Rede, sondern täglich vom „mittleren Abschnitt der Ostfront“.

Am Weihnachtstag jedoch folgte wieder die auf Beruhigung zielende Lüge von den beseitigten „örtlichen Einbrüchen“ des Gegners. Beruhigend sollte zudem der permanente Verweis auf die hohen gegnerischen Verluste wirken. Über die eigenen wurde geschwiegen. Während dessen notierte Ernst von Weizsäcker, der Staatsekretär im Auswärtigen Amt, nach einem Vortrag von Wilhelm Keitel, dem Chef des OKW: „Die Personalverhältnisse (eine schöne bürokratische Sprachfloskel, K. P.) der Wehrmacht verlangen eine neue, entschiedene Einschränkung ziviler Instanzen.“ Im Klartext: die Verluste an der Front würden verschärfte Einberufungen erfordern. So vage die Nachrichten im Einzelnen, im Ganzen ließ sich ihnen eines entnehmen: die Situation an der Ostfront hatte sich grundlegend und zu Ungunsten der Wehrmacht gewandelt.

Der Erfolg der Roten Armee im Dezember 1941 vor Moskau bedeutete noch nicht die Wende im Kriegsverlauf, aber er war mehr als ihr bloßer Vorbote. Die Wehrmacht verlor in diesen Wochen mit den Toten, Verwundeten und durch Erfrierungen kampfunfähig gewordenen Soldaten auch den ihr bis dahin vorauseilenden Ruf der Unbesiegbarkeit. Die Kraft zur strategischen Initiative ließ sich begrenzt wieder herstellen. Das bewies ihre Offensive im Sommer 1942, die durch ihre Begrenztheit auf den Süden der Ostfront von Beginn an jedoch verriet, dass sie die Energie nicht mehr zurückgewonnen hatte, vom „Nordkap bis zum Schwarzen Meer“ (so lautete die Wendung im „Russlandlied“) anzugreifen.

Vor Moskau war nicht nur der abenteuerliche Feldzugsplan „Barbarossa“ gescheitert. Mit ihm zerschlugen sich auch die hochfliegenden Vorhaben der deutschen Imperialisten, die über ihn hinaus gereicht hatten. Rückwirkend und knapp beschrieb sie Weizsäcker am 22. Dezember 1941 so: „... der Plan war, im Winter nur noch eine schwache Besatzungsarmee in Russland zu lassen und sich nunmehr auf den Luft- und U-Bootkrieg gegen England umzustellen“. Jedoch: Weder war die Linie Archangelsk-Astrachan erreicht, noch der Suezkanal. Während die Grenzen der eigenen Kräfte erkennbar wurden, sammelten und vermehrten die Gegner die ihren. Deutschlands unausbleibliche Niederlage kündete sich an, ohne dass ihr Zeitpunkt bereits abzuschätzen gewesen wäre.

Dennoch: die übergroße Mehrheit der Deutschen wollte den Krieg nicht verlieren und klammerte sich an die Verheißungen Hitlers. Der „Führer“ hatte seine verlogene Rede, mit der er die Kriegserklärung an die UdSSR am 22. Juni 1941 zu rechtfertigen suchte, mit den Worten geschlossen: „Möge uns der Herrgott gerade in diesem Kampfe helfen!“ Am Jahresende 1941 war klar, dass er gerade das nicht tat. Hitler aber suchte am 11. Dezember 1941, als er die an die USA gerichtete Kriegserklärung bekannt gab, seiner Gefolgschaft erneut einzureden, dass „der Herr der Welten“, der bei ihm auch „Vorsehung“ hieß, schon in den letzten Jahren „so Großes an uns getan hat“. Diese Fluchten ins Irrationale bewiesen nur, dass im Rationalen sich Siegeshoffnungen schwer nähren ließen. Was die Glocke geschlagen hatte, offenbarte klarer noch die Ablösung des Oberbefehlshabers des Heeres und zweier Generalfeldmarschälle von ihren Posten. Die Suche nach Sündenböcken hatte begonnen und sie waren selbstredend gefunden worden. Im Dresdner Judenhaus betrachtete Victor Klemperer, wie er am 22. Dezember 1941 notierte, diese Nachricht als ein Weihnachtsgeschenk und Quelle neuer Hoffnung. Tags darauf schrieb er in sein Tagebuch: „Gewissheit: *Er* (Hitler, K.P.) fällt. Ungewissheit: 1) Wann? 2) Vor uns?“

Eine außergewöhnliche Biographie

Erika Schwarz erforschte die Lebensgeschichte des Bankiers Siegfried Bieber

Auf dem Felde der Politik ist der Mann nie hervorgetreten. Auch dann nicht, als sich in der Endphase der Weimarer Republik die Rassisten mit dem Hakenkreuz formierten und nach der Staatsmacht griffen. Hat er ihnen den Erfolg nicht zugetraut? Oder hofft er, dass es „so schlimm nicht kommen werde“? Wir wissen es nicht. Jedoch als sich die Regierung Hitler fest in den Sattel gesetzt hatte, wusste er, was die Glocke geschlagen hatte. 1934 verließ der Bankier Siegfried Bieber, ein Mann an der Spitze der Berliner Handels-Gesellschaft, Deutschland. In Berlin-Dahlem ließ er eine eben erst erbaute Villa, im Brandenburgischen einen schlossähnlichen Neubau zurück, dazu deren Ausstattungen. Ausgenommen einige wertvolle Gemälde. Sie hängen heute in einem New Yorker Museum, dem er sie in seinem Testament als Dank dafür vermachte, dass ihn die Vereinigten Staaten, sie waren sein und seiner Frau letzter Fluchtort, aufgenommen und deren Staatsbürgerschaft hatten erwerben lassen.

Vordem waren die Niederlande, die Schweiz und dann Ecuador Stationen eines Weges gewesen, auf dem das Ehepaar anders als viele Tausende aus dem Reich Vertriebene zwar keine Not litt, sondern den in Deutschland gepflegten Lebensstil sich bewahren konnte, jedoch begleitet wurde von der Sorge um die jüdische Großfamilie, von der viele Angehörige in Deutschland geblieben waren oder sich nur bis in Länder hatten retten können, die von der Wehrmacht erobert oder besetzt wurden. Die Biebers haben mit anderen entkommenden Verwandten auf verschiedensten Wegen bis in die Jahre der Deportation Verwandten beizustehen gesucht. Sie gehören zu den Helfern jenseits der Machtgrenzen der faschistischen Herrschaft, deren Geschichte im Ganzen erst noch geschrieben werden muss. Geldzuwendungen wurden für die aus Pommern schon 1940 „nach dem Osten“ Verschleppten auf den Weg gebracht. Manche erreichten ihre nach Ostpolen deportierten Empfänger noch. Die letzten kamen als „unzustellbar“ zurück oder wurden ein Raub zugunsten der deutschen Kriegskasse.

Diesen Spuren folgend, weitet sich die Biographie des Bankiers zur Geschichte seiner Familie. Nachkommen hat die Autorin in Großbritannien, Israel, der Slowakei aufgespürt. Dazu eine unvermutete Zahl von erhalten gebliebenen Dokumenten aus Lebenssituationen des Bankiers, die sich in den Archiven vieler Länder ermitteln ließen. Das Manuskript ist mit Unterstützung einer Stiftung In Liechtenstein zum Druck gelangt. Für ein paar Jahre waren der Bankier und seine Frau Staatsbürger des Fürstentums. Dessen Papiere haben ihnen den weiteren Weg über den Atlantik ebnen helfen. Die Vertriebenen traten ihn an, als ungewiss geworden war, was die sich über Europa ballenden Kriegswolken für ihr Dasein am malerischen Luganer See bedeuten würden.

Abgehört, protokolliert und durchmustert

Klappern gehört zum Handwerk. Die Feststellung besitzt Gültigkeit bis in unsere Tage und nicht mehr nur für jene, die einst das Sprichwort benannte. Das beweist soeben der Anspruch, es müsse das Wissen von der Mentalität der deutschen Wehrmacht auf „eine völlig neue Grundlage“ gestellt werden. Den erhebt ein Buch, das zwar auf einer bisher kaum ausgewerteten Geschichtsquelle fußt, Umstürzendes aber nicht zu entwickeln weiß. Es zeige die „Innenseite desKrieges“, was immer das sein mag. Derlei Reklame geht gemeinhin auf das Konto der Büchermacher, wenn auch Autoren sich gegen sie nicht hinreichend wehren mögen.

Die Rede ist von einem Band, der Protokolle zitiert und dokumentiert, die aus Abhörpraktikenstammen, mit denen deutsche Gefangene im Zweiten Weltkrieg in dafür speziell hergerichtetenLagern in Großbritannien und den USA ausgeforscht wurden. Was da aufgezeichnet sei, wirkeschockierend, sagen Kritiker. Man fragt sich, was die bisher über den Krieg und seine Wahrnehmung durch die Krieger gelesen haben.

Das Wissen, dass sich die britische Armee über bloße Verhöre von Kriegsgefangenen auch auf das Abhören von deren Unterhaltungen vorbereitet hatte und darüber Papiere existieren ist älter. Deren Umfang jedoch hat der Historiker Sönke Neitzel erst in London und dann in Washington entdeckt und die Durchmusterung der nahezu 150.000 Seiten Papier mit einer Gruppe von Fachleuten in Angriff genommen. Für die Entschlüsselung wurde der Sozialpsychologe Harald Welzer gewonnen. So entstand das vorliegende Resultat einer interdisziplinären Arbeit. Zu den Fragen des Historikers, was haben Soldaten von ihren Erfahrungen im Kriege berichtet und was über dessen Fort- und Ausgang gedacht, sind folglich andere hinzugekommen: Warum haben sie das Gesehene und Getane so wahrgenommen, wie sie es taten, und was bewirkte, dass die darüber in einer Weise sprachen, wie protokolliert.

Das Unternehmen ging mit Vielerlei schwer oder unlösbaren Fragen einher. Wer sprach da, nicht nur nach Namen und Dienstgrad, sondern nach sozialer Herkunft, Bildung, Beruf, Mitgliedschaft in Naziorganisationen, Organisiertheit in Friedenszeiten usw. Namentlich die US-amerikanischen Angaben aus Verhörprotokollen und die Art der Archivierung des Materials hätten da wohl mehr hergeben können, als geleistet worden ist. Dann ist zweifelhaft, ob die Redenden wussten oder vermuteten, dass ihre Gespräche abgehört wurden. Und schließlich bezeugt viel Notiertes nur Gelaber, Angeberei, Großtun und mag von der Wahrheit mehr oder weniger weit entfernt oder gar erfunden sein.

Gegliedert haben die Autoren das für ihr Unternehmen Ausgesonderte unter der Generalüberschrift „Kämpfen, Töten und Sterben“ in mehr als zwanzig Abschnitten von „Abschießen“ bis „Mitschiessen“, von „Spaß“ bis „Ideologie“ und von „Gerüchte“ bis „Sex“. Das letzte würde man unter der Gesamtüberschrift nicht vermuten. Unter diesen Aspekten fallen fehlende auf, so etwa das Leben vor dem Kriege und die Vorstellungen über die Rückkehr in Friedenszeiten,Themen, von denen sich schwer vorstellen lässt, dass sie ausgelassen wurden. Gleiches gilt fürErörterungen über Kriegsursachen und Kriegsschuld. Wo die Informationen unter den Gesichtspunkten Sieges- und Führerglaube zusammengefasst sind, zeigt sich, dass die Stimmungenund Meinungen von denen in der Heimat, wo sie von den Beobachtern des Sicherheitsdiensteserfasst wurden, sich wenig unterschieden. Die Abweichungen sind nicht gravierend und betreffen teils nur den Zeitpunkt, an dem ein Eindruck gewonnen oder eine Erwartung ausgesprochenwurde. Die Besatzungen der Unterseeboote, die ihre Erfahrungen mit der überlegenen britischen Flotte gemacht hatten, sahen früher als andere Soldaten und die Zivilisten an der „Heimatfront“, dass dieser Krieg nicht gewonnen werden würde.

Im Haupttext des Bandes machen nicht die Niederschriften der abgehörten Gespräche aus, sondern deren Erläuterungen. Die sind zu einem Teil im Stil von Vorlesungen über Psychologie verfasst, zu einem anderen lassen sie glauben, die Autoren hätten vorausgesetzt, dass sie es mit psychologischen Analphabeten zu tun haben, mehr noch mit Menschen, die irgendwelcher Beobachtungen an sich selbst oder an ihren Mitmenschen gänzlich unfähig seien. Das ist aufdringlich, ärgerlich und ermüdend.

Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, S. Fischer Frankfurt a. M. 2011, 521 S, 22,95 Euro.

„... bis alles in Scherben fällt“

Ein Buch über eine der quälenden Fragen der deutschen Geschichte

Kaum war Jan Kershaws Buch über das Ende des Nazireiches auf dem Buchmarkt, begannen in Londoner Zeitungen Würdigungen der Arbeit des britischen Historikers zu erscheinen. Sie stammten zumeist von renommierten Fachkollegen, auch solchen, die sich nicht mit verwandten Gegenständen und Themen des Autors befassen. Jenseits des Atlantiks meldete sich in der New York Times James J. Sheehan zu Wort. Sie alle stimmen überein, dass diesem Werk besondere Aufmerksamkeit zukommt und in der Geschichtsliteratur ein herausragender Platz beanspruchen kann.

Kershaw, befragt, wie er auf den Gedanken kam, seiner inzwischen in 26 Sprachen übersetzten Hitler-Biographie eine Abhandlung über das Ende des Naziregimes folgen zu lassen, antwortete, die Beschäftigung mit dieser Person habe ihn auf Fragen gestoßen, die er in den Arbeiten der Experten nicht überzeugend beantwortet fand. Sie lauten im Kern: Warum folgten Millionen Deutsche ihrem „Führer“, so dass dieser den Krieg bis zu den fünf Minuten nach Zwölf führen konnte, jenem Zeitpunkt, bis zu dem er ihnen spätestens den „Endsieg“ versprochen hatte? Warum marschierten sie, wie manche von ihnen gesungen hatten, weiter, bis alles in Scherben fiel?

Nun haben Geschichtsforscher, das gilt namentlich für deutsche, diese Fragen keineswegs ignoriert. Das war schon deshalb nicht möglich, weil sich unter ihnen nicht wenige befanden, zu deren Biografien die Gefolgschaft gehörte, die sie dem Regime als Soldaten, Flakhelfer oder in der Hitlerjugend geleistet hatten. Sie trugen zur Länge des Krieges bei und sei es auch nur durch das Sammeln von Altmaterial oder für das Winterhilfswerk oder durch nächtlichen Luftschutz-Wachdienst in ihrem Schulgebäude.

Kershaws Thema hatte früher schon auch seine Landsleute beschäftigt, die durch Frankreich, Belgien und die Niederlande kämpfend bis in den Norden Deutschlands vordrangen und sich dabei fragten: Wann hören die da drüben endlich auf? Das taten die Offiziere und Soldaten in der Roten Armee auch, während sie die deutsche Reichsgrenze überschritten. So hatten schon Laien und Fachleute, Zeitgenossen und Nachgeborene zu ergründen gesucht, warum diese Masse der Deutschen, als der Krieg erkennbar „gar“ war, noch immer gehorchte, schoss, schuftete, starb und duldete und er so ganz anders zu Ende gegangen war als der Erste Weltkrieg. An dessen Ende hatten Generale Bankrott erklärt, Soldaten sich geweigert, sich für eine verlorene Sache abschlachten zu lassen, war das Staatsoberhaupt ins neutrale Ausland geflohen. Im Verlauf dieser Beschäftigung ist das in Archiven Überlieferte wieder und wieder durchmustert worden: Befehle und Weisungen der Machthaber, Berichte, die Meinungen und Stimmungen analysierten, private Briefe und Aufzeichnungen, später geschriebenen Erinnerungen. Dieser Unmasse (die Anmerkungen allein füllen im Band 145 Seiten) hat sich Kershaw bemächtigt und sie auch bewältigt.

Die Fragenliste, der er sich erneut stellte und die sich aus der unstrittigen und bis in das Frühjahr 1945 währenden Massengefolgschaft herleitet, ist lang und richtet sich vor allem auf Voraussetzungen und Bedingungen, Motive und Triebkräfte, die dieses Verhalten bewirkten. Welche Rolle spielten die Drohung und der mörderische Terror, der nun zur Abschreckung wieder öffentlich praktiziert wurde, wie in den ersten Monaten des Naziregimes 1933 geschehen? Welcher Anteil ist dem Wunderglauben an eine Wendung des Krieges zuzumessen, bewirkt durch den Einsatz von „Wunderwaffen“ oder den Zerfall der gegnerischen Koalition? Was trug zur weit verbreiteten Denkweise bei, in der für Alternativen kein Platz war? Was ist der verbreiteten Furcht vor dem „Tage danach“ zuzuschreiben, geboren aus dem Wissen und Ahnen, was im Zeichen von Hakenkreuz und Totenkopf in Europa angerichtet worden war? Was der Angst der Nazibonzen, die wussten, dass auf sie eine Anklagebank wartete, auf manche der Galgen? Was war der Vorstellung geschuldet, es werde eine Rechnung zu bezahlen sein, gegen die jene nach 1918 verblasste? Wie weit wirkte das Horrorszenario, das die Propaganda ausgemalt hatte, wonach die Kriegsniederlage das Ende der Deutschen und Deutschlands bedeute? Welche Rolle spielten Überlegungen vieler, wie man aus dem „Schlammassel“ selbst mit geringem Schaden herauskäme, beispielsweise in dem man der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entginge? Und immer wieder: auf welchen Platz gehört in diesem Bilde Hitler?

Nach der im Verlauf von mehr als einem halben Jahrhundert geleisteten Arbeit einer internationalen Forscherzunft war nicht zu erwarten, dass Kershaw neue Faktoren entdecken könnte, die erst den 8. Mai 1945 das Datum des Kriegsendes in Europa werden ließen. Was sein Buch aber zu einem Meisterwerk macht, ist dreierlei. Ersten hat er die Wirkung und Wechselwirkung dieser Faktoren erfasst. Zweitens hat er die Dauer ihres Wirkens, ihre Gipfel- und Nullpunkte zu bestimmen gesucht. Und drittens ging er daran, ihr jeweiliges spezifisches Gewicht im Faktorenbündel auszumachen. Er hat dazu überzeugende Antworten vorgelegt und das in eine Darbietung, die ebenso analysiert wie Geschichte erzählt, mehrfach charakteristische Episoden. Gelungen ist sie, diese Darstellung, weil sich der Autor strikt auf der Doppelspur gehalten hat: der, die durch die Herrschaftsstruktur des Regimes gebildet wird, und der anderen, die von der Mentalität der Akteure gezogen wurde, geprägt von ihrem Gedanken- und Gefühlshaushalt.

Kershaws Sache ist die Entwicklung seines eigenen Standpunktes, weniger die Polemik gegen die anderer. Wo notwendig, meidet er sie nicht, wie gegenüber Versuchen, die Verantwortlichkeit für die Kriegsdauer aus der deutschen Geschichte in die der Anti-Hitler-Koalition zu exportieren. Mehrfach argumentiert er gegen die These, es sei die Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ gewesen, die den Krieg verlängerte. Und gleichzeitig verweist er auf Fehler, die er in der Kriegsstrategie der Alliierten in West- und Osteuropa im letzten Kriegsjahr glaubt ausmachen zu können. Das führt ihn in die Risikozone ungeschehener Geschichte und dürfte ohne Entgegnungen von Militärhistorikern nicht abgehen.

Zu den Vorzügen der Arbeit gehört, dass Kershaw sich der bei seinem Thema nahe liegende Gefahr vorschneller Verallgemeinerungen entzogen und dort, wo er in der Literatur auf solche stieß, die auch markiert hat. So unterscheidet er konsequent die von Traditionen, Ideologien, Einübungen geprägten Mentalitäten im höheren und niederen Offizierskorps, in den Beamtengruppen und erörtert den unterschiedlichen Grad ihres Einflusses, ihrer Macht, Verantwortung und Schuld. Für die Dauer dieses Krieges bis in das Frühjahr 1945 macht er nicht „die Deutschen“ gleichermaßen und einebnend verantwortlich, sondern in erster Linie die Eliten, von denen er die „normalen Deutschen“, die „einfachen Bürger“ oder die „unteren Schichten“ unterscheidet, ohne sie freizusprechen.

Das freilich muss hierzulande jenen missfallen, die bis heute den nationalen Rettungsschirm aufspannen, unter dem ganze Gruppen führender Zivilisten und Militärs hinreichend Schatten finden. So kündigt denn eine Zeitung des Typs, die solch unwillkommene Erkenntnisse auch im Lob ersticken, ein Interview mit dem Autor so an: „Warum hielten die Deutschen dem ‚Führer‘ sogar noch die Treue, als der schon tot war?“ Genau dieses Bild ist nicht der Befund des Autors. Missfallen dürfte in Neudeutschland auch, dass der Engländer nicht zu jenem hierzulande reichlich anzutreffenden Historikertyp gehört, der Forschungen vorsätzlich ignorieren, wenn sie in der DDR unternommen wurden.

Kershaw hat ein Buch vorgelegt, das zu vielem Nachdenken über Gegenwärtiges anregt, nicht zuletzt über vertane Chancen der Volksmassen, ihre Interessen durchzusetzen. Gibt es an diesem Werk gar nichts auszusetzen? Es enthält über das durch die Sache jeweils gebotene Maß an Wiederholungen solche, die überflüssig sind. Nun hat der Professor an der University of Sheffield erklärt, dass er sich von Hitler und dem mit dessen Namen verbundenen Kapitel deutscher Geschichte verabschiede. Das Buch werde auch das Ende seiner Beschäftigung mit dem Manne und dem Regime sein, dem er seinen Namen gab. Nicht ganz, lässt sich risikolos voraussagen. Er hat eine Abhandlung über die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert in Angriff genommen. Da wird er auf dieses und jenes zurückkommen müssen. Es lässt sich mit Spannung erwarten, zumal er angekündigt hat, sich auf das Bild vom kurzen Jahrhundert nicht einzulassen, sondern in den Ereignissen des 11. September 2001 eine Zäsur erblickt, die auch den alten Kontinent einschließt. Jedenfalls darf man darauf wetten, dass Kershaws Darstellung das zurückliegende Jahrhundert nicht als Weg hinweg über die kommunistische und „nationalsozialistische“ Diktatur zur großen Freiheit schönschreiben wird.

Jan Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45. Aus dem Englischen von Klaus Binder, Bernd Leineweber, Martin Pfeiffer. Deutsche Verlags-Anstalt München 2011, 703 S.

Eichmann – und kein Ende?

Ein halbes Jahrhundert nach dem Prozess in Jerusalem

Der fünfzigste Jahrestag des Beginns des Prozesses gegen Adolf Eichmann hat ein Echo nicht nur in der Tagespresse gefunden. Die Publikationen über den Chef des sogenannten Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt mit dem Sitz in der Berliner Kurfürstenstraße wurden um weitere vermehrt. Dabei ist seit 2000 jedes Jahr ein Buch – und manchmal mehrere – erschienen oder wieder aufgelegt worden, die sich mit dem Massenmörder befassen. Geschrieben und veröffentlicht wurden sie in den USA, Israel, Großbritannien, Frankreich, Argentinien, Deutschland und Österreich. Der britische Historiker David Cesarani hat eine Biographie Eichmanns vorgelegt, die 2004 auch in deutscher Sprache auf den Büchermarkt gelangte. Es erschienen Darstellungen von Eichmanns Flucht nach Südamerika, seiner Gefangennahme und des Prozesses in Jerusalem. Irmtrud Wojak analysierte in einem Essay „Eichmanns Memoiren". Die Autoren waren nicht immer Spezialisten der Geschichtswissenschaft, unter ihnen befanden sich auch Autoren, die heute über dieses und morgen über ein anderes Thema publizieren. In den USA erschien 2009 ein Roman unter dem Titel die „Jagd auf Eichmann„. Nachdem einschlägige in Archiven befindliche Akten freigegeben wurden, konnten sich Forschungen auch der Rolle der CIA bei der Fahndung nach Naziverbrechern zuwenden und deren Spur führte wiederum in die Bundesrepublik zum BND. Der ließ erst nach juristisch erlangter Aufforderung die Einsicht in seine Konvolute zu, jedoch erkennbar unvollständig.

Zu den Publikationen ist 2011 die Druckfassung eines Gesprächs hinzugekommen, das Hannah Arendt und Joachim Fest auf dessen Anregung vor Rundfunkmikrophonen führten und das am 9. November 1964 gesendet wurde. Da befand sich die Kontroverse über ihr im gleichen Jahr in einer deutschsprachigen Ausgabe erschienenes Buch „Eichmann in Jerusalem", die in den USA entbrannt war, schon im Abklingen. Dem Band ist der Briefwechsel angefügt, den die beiden zwischen 1964 und 1973 hatten, dazu vier Texte mit dem Für und Wider der „Arendt-Kontroverse". Wer das heute wieder oder zum ersten Mal liest, mag sich über die ausgelassenen Fragen wundern. Die Versuche, Eichmann zu entschlüsseln und ihn an einem historischen Ort zu platzieren, führten nicht weiter als in den bürokratischen Staatsapparat des Naziregimes und zu Erörterungen über die bis dahin bekannten Typen von Mördern, in die er sich und seine Komplizen nicht einordnen ließ. Die allgemeinen gesellschaftlichen und machtpolitischen Voraussetzungen und Bedingungen, die für diesen Mann und seine Rolle erst einen Platz schufen, blieben außer Betracht und ebenso die Beziehungen zwischen Krieg, Kriegsendzielen und dem Massenmorden. Dazu passt der Buchtitel, der Arendt zitiert und ebenso misszuverstehen ist wie Arendts Wendung von der „Banalität des Bösen".

Autorin der zweiten hier anzuzeigenden Publikation ist gleichfalls eine Philosophin. Bettina Stangneth hat sich mit dem „radikal Bösen" bei Kant befasst und benennt als Schwerpunkt ihrer Arbeit die „Lügentheorie". Davon ergaben sich Brücken zu Eichmann. An ihm interessierten die Autorin insbesondere dessen Selbstinszenierungen, zuerst jene in den Zeiten, da er der Obersturmbannführer und Judenreferent im Reichssicherheitshauptamt war, sodann deren Fortsetzung in der Gesellschaft von Nazis in Argentinien, denen er seine Geschichte erzählte und ausmalte, und schließlich – da erfolgte der berechnete Wechsel – seine Auftritte als Gefangener und Angeklagter in Israel. Das Buch ist Frucht einer Kärrnerarbeit, von der die Autorin am Ende schreibt, sie möchte sie anderen nicht noch einmal zumuten. Damit erklärt sie zugleich die Informationsmasse, die sie über Zustand, Fundorte und Inhalte ihrer Quellen ausbreitet, was vielfach nur das Interesse von Spezialisten erregen kann, die weitermachen wollen, wo sie endete.

Im Zentrum der Forschungen Stangneths stand der Vorsatz, das Bild Eichmanns von Verzeichnungen und Legenden zu befreien, die sich namentlich in Westdeutschland behauptet haben. Das erforderte eine Polemik auch gegen die Sicht Hannah Arendts auf den Massenmörder, die ihn als einen funktionierenden Mitmacher charakterisierte. Sie sei mit anderen dessen verlogenem Selbstbild vom bloßen „Befehlsempfänger" und „kleinen Rädchen" aufgesessen, mit der Eichmann seinen Kopf zu retten hoffte. Dieses Zerrbild hätte deshalb so weite Verbreitung gefunden, weil es für alle brauchbar war, die ihr eigenes Tun und Lassen mit den gleichen faulen Ausreden einzunebeln suchten. Allerdings

war schon in Jerusalem 1961, bei aller Verteufelung Eichmanns, auch nachgewiesen worden, dass er ein Mann von eigener Initiative und ein Motor im Prozess des Judenmordens war. Das ist auch der Autorin Befund, der sich auf eine akribische Durchsicht der geschriebenen und gesprochenen, da in Transkripten und auf Tonbändern überlieferten Texte stützt, die sogenannten Argentinien-Papiere. Eichmann leitete im Nazireich eine Karrieresucht, die er durch Erfolge beim Judenmorden zu befriedigen suchte, gepaart mit einem Geltungshunger, der ihn noch in Südamerika im Kreis der „alten Kameraden“ beherrschte. Doch gerät die Autorin, wie es bei solchen Konfrontationen öfters geschieht, in einen unkontrollierten Galopp. Sie verwechselt den Einfluss Eichmanns mit seiner Stellung in der Hierarchie der Mörder und in der Öffentlichkeit. Dass er „eine bekannte Figur des Dritten Reiches war“, ist eine weite Übertreibung. Hier hat sie ihr bekundetes Misstrauen gegen Quellen verlassen. Sie belegt diesen angeblichen Bekanntheitsgrad Eichmanns wenig überzeugend mit dem Wissen über seine Rolle in Führungskreisen jüdischer Gemeinden und Organisationen, wenigen ihm geltenden Erwähnungen in der Exilpresse und dessen ruhmredigen Erklärungen in Buenos Aires.

Wer sich mit Eichmanns Biographie befasst, kommt unvermeidlich auf die Frage, warum der Mann, dessen Flucht- und Aufenthaltsort nicht nur Geheimdienste kannten, nach der Zerschlagung des Regimes nahezu anderthalb Jahrzehnte unbehelligt leben konnte. Stangneths Antwort ist klar: Weil es in der Bundesrepublik in maßgeblichen Kreisen kein Interesse gab, den Mann zu ergreifen und vor Gericht zu stellen, denn er hätte dort Unerwünschtes „auspacken“ können. Sie trifft mit der Feststellung ins Schwarze: „Eichmann vor Jerusalem ist kein Einpersonenstück und auch keine argentinische Affäre.“ Bei der Aufklärung der in der Bundesrepublik spielenden Akte dieses Stückes ist der Schlusspunkt noch nicht gesetzt.

Hannah Arendt/Joachim Fest, Eichmann war von empörender Dummheit. Gespräche und Briefe. Hrsg. Ursula Ludz u. Thomas Wild, Piper München 2011, 206 S. u. Bettina Stangneth, Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders, Arche Zürich 2011, 656 S.

Totalitarismus: wissenschaftlicher Begriff – publizistisches Schlagwort – politischer Knüppel

Vortrag in der MASCH Bremen am 20. Januar 2011, Villa Ichon

„Die Sprache ist eine Waffe, haltet sie scharf.“ Die Aussage und das an sie geschlossene Gebot stammen von Kurt Tucholsky. Der Satz findet sich auf der Metalltafel an jenem Haus in Berlin-Friedenau, in dem Tucholsky Anfang der zwanziger Jahre wohnte. Die Mahnung wird auch anderswo zitiert. So im Titel einer Sammlung von Sprachglossen aus der Feder des Publizisten, die der Rowohlt Verlag vertreibt und die inzwischen die 10. Auflage erlebt hat. Eine für die Herstellung von Wandtapeten zuständige Firma bietet den Text im Internet auch als Wand-Tattoo in verschiedenen Schriftgrößen an. Vorstellbar wäre, dass sich Schulen des Landes von diesem Angebot bedienten und im Unterricht in der deutschen wie in Fremdsprachen darauf Bezug genommen wird. Denn: Wer von den Millionen, die sich Abend für Abend vor das Fernsehgerät setzen und Nachrichtensendungen verfolgen, tut das im Bewusstsein, dass da auch mit einer Waffe hantiert wird, die obendrein gegen ihn, den Zuschauer, gerichtet sein könnte. Dass dieses Instrument der Massenbeeinflussung mit Hervorhebungen und Betonungen ebenso arbeitet wie mit Auslassungen und Unterschlagungen, hat sich herumgesprochen. Ungleich subtiler aber sind Wirkungen, die über den Gebrauch oder auch den Nichtgebrauch von Begriffen erzielt werden und durch die fortgesetzt angewendete Methode der Falschetikettierungen, die, passieren sie im Handel beispielsweise mit Lebensmitteln oder Pharmaka, als Betrug geahndet werden, nicht aber beim Handel mit Nachrichten.

Nun wird dem Bürger aber über ebendiese Medien zugleich der Eindruck erweckt, es gäbe hierzulande Instanzen, die über den Missbrauch der Sprache wachen und ihn aufdecken. Das macht u. a. das Küren von Wörtern und Unwörtern des Jahres. Eben ist eine solche Wahl für 2010 wieder erfolgt. Und schon beim zweiten Hinsehen zeigt sich, dass dies keine Unternehmen gegen den politischen Betrug sind, auch wenn sie zwei Wörter aus dem politischen Geschehen ausgewählt haben. Die Gesellschaft für deutsche Sprache mit Sitz in Wiesbaden weist vorbeugend schon jeden Verdacht von sich, dass sie der Täuschung mit dem Mittel der Sprache entgegenwirken wolle. Sie gibt bekannt: „Ausgewählt werden Wörter und Ausdrücke, die die öffentliche Diskussion des betreffenden Jahres besonders bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen oder sonst als charakteristisch erscheinen („verbale Leitfossilien“ eines Jahres). Es geht nicht um Worthäufigkeiten. Auch ist mit der Auswahl keine Wertung bzw. Empfehlung verbunden.“ Da fällt einem ein Mann ein, der zur Entwicklung der deutschen Sprache herausragend beigetragen hat und das mit seinem Wort „Wem es um die Sache zu tun ist, der muss Partei zu nehmen wissen, sonst verdient er nirgends zu wirken.“ Das ist aus der Einleitung Propyläen und geschrieben 1798 von Johann Wolfgang von Goethe und könnte folglich unter Germanisten und anderen Sprachforschern bekannt sein. Gleiches gilt für den Entstehungszusammenhang des als Neuheit herausgestellten Wortes des Jahres 2010 „Wutbürger“, Das war der begriffliche Versuch, die Protestierenden von Stuttgart als emotions- vulgo: bauchgeladene Leute den verstandesgeladenen Politikern und Fachleuten gegenüberzustellen. Wutbürger war eine Vokabel der Verfälschung und der Herabsetzung.

Die gleiche Gesellschaft nun hat in einer weiteren Expertenrunde auch das „Unwort“ ausgewählt. Es heißt 2010 „alternativlos“. Zur Begründung wurde gesagt: „Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe.“ Sachlich unangemessen, nicht etwa mit der Absicht der Täuschung oder des Betrugs. Das ist die Sprache, bei der einem ein etwas älteres Wort einfällt: „Ich weiß deine Werke, dass du weder kalt noch warm bist. Ach, dass du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“ (Offenbarung 3,15-16) Alternativlos aber ist eine Vokabel, die in das seit Jahren betriebene Palaver von den Sachzwängen gehört, die keine Wahl zulassen außer eben der einen getroffenen. Entscheidend aber ist, dass mit diesem Verfahren der Auswahl eines „Unwortes“ pro Jahr vorgetäuscht wird, es wären einzelne versehentliche oder auch absichtsvolle sprachliche Missgriffe von Personen anzuprangern, während es sich doch – im Bilde zu sprechen – jeweils nur die Spitzen von

Eisbergen handelt. „Wenn Sprachkritik“, schrieb Wiglaf Droste zu den Äußerungen dieser Juroren, „nicht auch Kritik der Verhältnisse ist, sondern sich mit einer rein kosmetischen Funktion begnügt, bedarf man ihrer nicht.“[1] Der Einsatz der Waffe Sprache durch die Minderheit Herrschenden geschieht Tag für Tag und was die Mehrheit der Beherrschten angeht, so hat sie schon die Schule nicht auf diese geistigen lebenslangen Kämpfe vorbereitet, zu welchen – obendrein – sich die einen ausgeruht in ihren Redaktionen begeben, während sie selbst sich hingegen abgekämpft nach getaner Arbeit in sie verwickeln lassen oder sich ihnen einfach aussetzen.

In diesem Waffenarsenal gibt es eine Reihe von Waffentypen. Die einen dienen der Glorifizierung, andere der Herabsetzung von Ereignissen und Personen, diese der Beschönigung, jene der Einnebelung. Reichlich ist auch der Wortvorrat, mit denen Deutschen Schreckbilder erzeugt werden sollen. Eine solche „Wortfamilie“ wird derzeit gebildet durch Kommunismus – Stalinismus – Gulag – Pol Pot – Nordkorea, eine andere, ihr verwandte, ist um die Zentralbegriffe DDR und Stasi angesiedelt. Hier geht es nicht darum, dass auf diese Begriffe verzichtet werden könnte oder sollte, sondern um die realen und die erdichteten Inhalte, um ihre Interpretation und Verwendung. Darum geht es auch im Falle jener Begriffsfamilie, die aus Wörtern wie total, totalitär, totalitaristisch, Totalitarismus gebildet wird. Jeder kennt sie und mindestens einen hat jeder auch benutzt: das Wort total, das aus dem Französischen zu uns gewandert ist, aber als Immigrant gar nicht mehr angesehen wird und das der Duden in gänzlich, vollständig, vollkommen übersetzt. Dabei sind die beiden Wörter total und ganz im Sprachklang nicht gleichwertig. Umgangssprachlich sagen wir: ganz schön, ganz sicher, ganz ansehnlich usw. (Die jüngere Generation benutzt inzwischen auch schon total schön.) Total hingegen steht jedenfalls bisher eher in Verbindung mit negativen Eindrücken und Vorkommnissen, am geläufigsten gebraucht in Totalschaden sei es aufgrund von Autounfällen, Brandschäden oder Hochwasser. Und ähnlich oder gleich auch in Verwendung wie total verlaust, total verwanzt oder total besoffen. Kurzum: total wird auch außerhalb jedes politischen Bezugs häufig pejorativ gebraucht. Das ergibt so etwas wie eine Vorprägung von Gedanken und Empfindungen. Das Sprachsignal zeigt gleichsam auf „rot“. Welche Erklärungen werden zur inhaltlichen Bestimmung der Wörter dieser Begriffsfamilie angeboten? Als sinn- und sachverwandte Wörter zu totalitär erwähnt der Duden autoritär, obrigkeitlich, absolutistisch, unumschränkt, repressiv, patriarchalisch, selbstherrlich, willkürlich. An anderer Stelle lautet die Erklärung: alles beherrschend, alles beherrschen wollend. In dem 1996 in Chur in der Schweiz herausgegeben Deutschen Wörterbuch (Karl-Dietrich Bünting) wird Totalitarismus erklärt als „Beherrschung des Menschen durch ein bürokratisch durchorganisiertes diktatorisches Staatssystem“. Der Brockhaus in einem Band (Leipzig 1994) erklärt Totalitarismus als ein Herrschaftsprinzip, das einen uneingeschränkten Verfügungsanspruch über die Beherrschten erhebt und gibt als seine Kennzeichen die herrschende Partei oder den herrschenden Machtinhaber, die geistige Manipulation der Bevölkerung durch Propaganda und den Terror an. Im Wahrig Fremdwörterlexikon (München 1999) wird zu totalitär „sich alles unterwerfend“ und zu Totalitarismus „Streben nach totalitärer Regierung“ vermerkt. Im Duden. Deutsches Universal-Wörterbuch A-Z (Mannheim 1989) schließlich wird Totalitarismus als eine Herrschaft entschlüsselt, die „mit diktatorischen Methoden jede Demokratie“ unterdrückt und sich „das gesamte Leben“ unterwirft und das mit den Mitteln der Gewalt. Anspruchsvoller die Erklärung in dem Nachschlagewerk „Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik“ (München 1992). Hier wird vermerkt, dass die Totalitarismus-Theorien nicht die Gesellschaft als Ganze, sondern die Struktur und Technik der Herrschaft beschreiben. Damit ist etwas über die begrenzte Reichweite dieser Theorie und etwas gegen den Anspruch gesagt, damit den Faschismus oder die sozialistischen Staaten vollständig zu charakterisieren.

Auf die geschichtliche Spur des Begriffs Totalitarismus gelangen wir über eine nicht so lange Vorgeschichte. Sie spielt in Italien und beginnt mit der Propaganda der italienischen Faschisten. Die nannten den Staat, den sie errichten würden, im Unterschied und Gegensatz zu einem liberalen oder demokratischen und zur Unterscheidung von einem autokratischen den *totalen* Staat. Seine Kennzeichen wurden die Abschaffung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, also die der Rede, der Presse, der Versammlung, der Organisation, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in allen ihren

[1] *junge Welt*, 19. Januar 2011, S. 5.

Erscheinungsformen, die Etablierung einer Diktatur an deren Spitze ein Führer (der Duce) stand, dem die Gestalt und Rolle des nationalen Retters und Erlösers zugeschrieben wurde, die Vergottung dieses neuen Staates, der Zentrum des Lebens aller Bürger sein sollte und ihnen die Normen ihres Verhaltens auf allen Gebieten vorgab und deren Einhaltung unter Drohungen und mit Repressionen abverlangte. Der italienische Faschismus und sein Staat waren das Produkt des Sieges der Gegenrevolution. Für diesen Zustand haben Gegner den Begriff sistema totalitario, also totalitäres System geprägt, der auf Giovanni Amendola zurückgeht, einen liberalen Politiker und Journalisten, der 1926 an den Folgen eines faschistischen Attentats verstarb. Er hatte die Bestrebungen Mussolinis als die nach einer absoluten und unkontrollierten Herrschaft identifiziert.

Dieser neue Staatstyp und die ihn rechtfertigende Ideologie haben den deutschen Faschisten um Hitler als Vorbild gedient – mit einer Ausnahme. Hitler lehnte die Konstruktion einer monarcho-faschistischen Diktatur nach dem römischen Beispiel strikt ab und Bestrebungen, die es dafür auch in Deutschland gab, endeten 1934 u. a. mit dem Verbot des öffentlichen Hervortretens monarchistischer Verbände. In der Sprache der Nazijuristen, hieß das, hier in der Formulierung von Carl Schmitt, der 1933 als Professor an die Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin kam: „Der Wille des Führers ist Gesetz“ und 1934 „Der Führer schafft das Recht“. 1933 erschien in Deutschland das Buch eines anderen Juristen, Ernst Forsthoff, der in den Nazijahren übrigens – nacheinander – in Frankfurt a. M., Hamburg, Königsberg, Wien und Heidelberg an den Universitäten lehrte, unter dem Titel *„Der totale Staat“*. Es enthielt ein Bekenntnis zu dem noch im Aufbau befindlichen Naziregime (und auch zum Antisemitismus der Nazis): „Die Führergewalt ist umfassend und total; sie vereinigt in sich alle Mittel der politischen Gestaltung; sie erstreckt sich auf alle Sachgebiete des völkischen Lebens; sie erfasst alle Volksgenossen, die dem Führer zu Treue und Gehorsam verpflichtet sind.“ Forsthoff war später, 1952 konnte er in der Bundesrepublik wieder einen Lehrstuhl beziehen, übrigens gewendet an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt. Für sein Wirken an der Seite der Naziführer gilt, was der berühmte französische Jurist, Politiker, Historiker Alexis de Tocqueville (1805-1859) schrieb: „Ich habe bei meinen historischen Studien mühelos feststellen können, dass sich in allen zivilisierten Ländern neben einem Despoten, der befiehlt, fast immer ein Rechtsgelehrter findet, der dessen willkürliche Willensakte in eine Ordnung und Übereinstimmung bringt.“

Totalitarismus stand mithin sowohl für eine Ideologie wie für eine staatliche Herrschaftspraxis und in dieser Bedeutung wurde der Begriff in den dreißiger Jahren schon verallgemeinernd nicht nur auf den Faschismus angewendet, sondern auch auf den revolutionsgeborenen sowjetischen Staat und die in ihm vorherrschende Ideologie. Später wurden auch die volksdemokratischen Regime in Osteuropa als totalitäre Staaten bezeichnet und diesen auch die DDR zugerechnet. Dass sich die DDR-Geschichtswissenschaft in der Auseinandersetzung mit diesem Begriff schwertat, lässt sich beispielsweise in dem 1970 in Berlin/Ost herausgegebenen Sachwörterbuch der Geschichte nachlesen. Der Text hinterlässt den Eindruck, dass sich die Autoren auf eine die Materie erörternde Auseinandersetzung nicht einlassen wollten. Der Verweis, dass sich mit dem Vergleich beider Systeme politische Absichten und Ziele verbinden, vor allem die Absicht, die Ablehnung und Verteufelung des sozialistischen Systems durch dessen Parallelisierung oder Gleichsetzung mit dem faschistischen zu verstärken, ist richtig. Um wenigstens einen der vielen Beleg zu zitieren, die das bezeugen, sei ein Internet-Text zitiert: „Totalitär ist ein Staat, der mittels in einer Hand konzentrierter Staatsgewalt alle Lebensbereiche seiner Bürger beherrschen will. D. h. auch die sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Lebensbereiche. Entsprechend setzen die staatliche Lenkung und Beeinflussung möglichst früh ein (Deutsches Jungvolk, Hitlerjugend, FDJ).“ Doch mit dem bloßen Verweis auf die durchsichtige politische Absicht hat die Sache ihr bewenden nicht. Denn dass sich an eine Aussage politische Interessen verbinden, sagt über ihren Wahrheitsgehalt nichts aus. Die Kenntnis dieser Funktion kann allenfalls zu einer besonders eingehenden Prüfung Anlass geben, sie aber nicht erledigen.

Die Totalitarismus-Theoretiker – genannt seien hier der 1933 aus Deutschland geflohene, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossene Franz Borkenau, der schon 1926 in die USA ausgewanderte Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich, die deutsch-jüdische, aus Deutschland nach Frankreich und von da in die USA geflohene Wissenschaftlerin Hannah Arendt – haben, mit unter-

schiedlichen Akzentuierungen als Charakteristika totalitärer Systeme bezeichnet (1.) eine den Bürgern verordnete Ideologie, (2.) die Herrschaft einer (Massen-)Partei und ihres Führers, (3.) die Monopolisierung der Meinungsmanipulation (4.) die terroristische Durchsetzung der staatlich fixierten Normen und Prinzipien auf allen Lebensgebieten, (5.) Waffenmonopol des Staates und seiner Herrschaftsorgane, (6.) insbesondere auch die staatliche Reglementierung der Wirtschaft.

Die Geschichte der Totalitarismus-Theorie ist wie die Theorie anderer politischer Theorien begleitet von inneren und äußeren Auseinandersetzungen. Zu den inneren gehörte die Bewertung des Gewichts der genannten Kennzeichnungen. Wieder und wieder wird die Frage debattiert, welche Staaten als totalitär bezeichnet werden sollen, welche ganz und welche partiell? Was müsse Diktatur, was totalitäre Diktatur genannt werden? Solche Diskussionen betrafen das Spanien Francos und das Portugal Salazars. Momentan finden derartige Erörterungen beispielsweise mit Bezug auf arabische und andere islamische Staaten statt. Gestritten wurde und wird darüber, in welchem Zeitraum die Sowjetunion eine totalitäre (stalinistische) und ob und ab wann sie eine nichttotalitäre (nachstalinistische) Diktatur war usw. Das gehört gleichsam in die Kategorie: Totalitarismus-Forscher unter sich.

Prinzipieller verläuft die „äußere“ Diskussion, also jene zwischen den Verfechtern und den Gegnern der Totalitarismus-Theorie. Letztere Fragen: Was von einer Gesellschaft oder einem Staat wird hier eigentlich erklärt und was ausgeblendet? Die Theorie beschreibt den Zustand und das Funktionieren von Herrschaften, doch schon dabei nimmt sie eine erhebliche Zahl von Tatsachen aus, meint, sie vernachlässigen oder ignorieren zu können. So wird für die totalitären Diktaturen die vollständige Beseitigung alle Mitbestimmungsrechte der Bürger postuliert, die zu bloßen kommandierten Figuren erscheinen, sofern sie nicht in irgendwelche Nischen flüchten. Hält das Bild vor der Wirklichkeit der zur totalitären Diktatur erklärten DDR stand? Schon nicht beim Blick auf die Rechte von Arbeitern in Betrieben. Die waren gemessen an dem, was man sich unter den Rechten von Sozialisten vorstellt, keineswegs befriedigend, aber was besagt eigentlich der Volkswitz: In der DDR konnte man seinen Betriebsleiter gefahrlos kritisieren, aber nicht Erich Honecker. Jetzt kann man Frau Merkel kritisieren, aber nicht den Chef des Betriebes, in dem man arbeitet. Das Bild vom Bürger als Figur in der Hand der Herrschenden stimmt auch nicht beim Blick in Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen. Die werden als Stätten der geistigen Vergewaltigung Unmündiger dargestellt, als Orte, in denen dauernd DDR-Fahnen und NVA-Soldaten gemalt wurden, während über wahrgenommene Elternrechte geschwiegen und über das Ansehen, das Lehrer in der Gesellschaft genossen, geschwiegen wird. Inzwischen ist übrigens in manchen Schulgeschichtsbüchern diese grobe Version der Totalitarismus-Darstellung der DDR wenigstens zu einem Teil aufgegeben, nicht aber in Talkshows. Auch nicht in Nachschlagewerken und ähnlichen Hilfsmitteln wie das folgende Zitat belegen mag: „Totalitär ist ein Staat, der mittels in einer Hand konzentrierter Staatsgewalt alle Lebensbereiche seiner Bürger beherrschen will. D. h. auch die sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Lebensbereiche. Entsprechend setzen die staatliche Lenkung und Beeinflussung möglichst früh ein (Deutsches Jungvolk, Hitlerjugend, FDJ).“

Gravierender sind Einwände gegen den Anspruch der Totalitarismus-Doktrinäre, das Ganze erklärt zu haben. Das kann rechtens weder für die faschistischen Regime noch für die als totalitär bezeichneten sozialistischen gelten. Denn beiseitegelassen wird – erstens – die geschichtliche Herkunft und der geschichtliche Platz der einen wie der anderen. In einem Fall, dem, faschistischen, handelte es sich um ein die bürgerlichen Verhältnisse zwar politisch umprägendes Regime, das sie aber in ihrer sozialen Grundstruktur unangetastet ließ (welche Phrasen das auch immer verhüllen sollten), ja sie zeitweilig stabilisierte. Diese Regime entstanden aufgrund der Unterstützung, die ihre Installateure von den Kräften bekamen, die den Bestand ihrer „Ordnung“ gefährdet sahen und sie befestigt wissen wollten. Von dieser Rolle und diesem Charakter der faschistischen Diktatur ist in der bundesrepublikanischen Historiographie und Publizistik kaum noch die Rede. Hitler und die Seinen werden aus der bürgerlichen deutschen Gesellschaft herausgenommen. Und da ist sie wieder die Frage, die – als das gleiche schon einmal bald nach 1945 geschah – bereits gestellt worden ist: Wo sind sie denn da eigentlich hergekommen? Also – und noch immer erstens – die Totalitarismus-Theorie zeichnet zunächst einmal ein reduziertes Bild der faschistischen Herrschaft, verkürzt es auf den Bereich von Politik und Kultur und lässt,

zu wessen Wohl auch immer, den „Rest“ beiseite oder, sofern sie auf ökonomische Prozesse und die Wirtschaft zu sprechen kommt, erklärt sie den Kapitaleigner ebenso zum Rekruten Hitlers wie den letzten Arbeiter.

Gleiches geschieht mit den totalitär genannten sozialistischen Regimen, wie – nun gelangen wir auch in den Bereich der Publizistik, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens – tagein und tagaus am Beispiel des Umgangs mit der DDR studiert werden kann, die in diesen Bildern obendrein als geschichtslos erscheint. Wird von ihr geredet oder geschrieben, wird von Stasi, Mielke, Spitzeln, Hohenschönhausen, Informellen Mitarbeitern (IM), Mauer, Todesstreifen, Schießbefehl gehandelt und das alles zum Beweis für die Existenz eines menschenfeindlichen, eben totalitären Staates. Geschichte im Sinne einer objektiven Entwicklung kommt da nicht vor. Kalter Krieg? Das erklärte Interesse diesen anderen deutschen Staat am besten schon in der Wiege zu erwürgen? Die Heuchelei von den notleidenden Brüdern und Schwestern bei gleichzeitiger Verfechtung der Hallstein-Doktrin, solange es irgend ging? Das Fernhalten der ostdeutschen Wissenschaftler von internationalen Vereinigungen? Was da jenseits der Mauer geschah, sei einzig Werk machtbesessener Kommunisten gewesen. Apropos Mauer, das führt zur Ausgangsüberlegung über die Sprache als Waffe noch einmal zurück. Was so bezeichnet wird ist zu entschlüsseln als: die lückenlose Kontrolle des Waren- und Güterverkehrs der DDR über ihre Grenzen. Ist das begriffen, lässt sich darüber reden und streiten, ob das und die damit verbundene Praxis nötig waren.

Und nun zweitens: Die Totalitarismus-Doktrin lässt ebenfalls die Ziele der Regime, die so bezeichnet werden, außer Betracht. Was Deutschland unter dem Hakenkreuz anlangt, so bilden sie keinen Streitpunkt. Sie lauteten in einem Wort: „Weltherrschaft“. Dem waren die auch wahnhaften Massenverbrechen zugeordnet, die an den Juden, Slawen und weiteren Menschengruppen begangen wurden. So hoch flogen die Pläne des italienischen Faschismus nicht, doch sie waren mit der Idee vom Mittelmeer als dem „mare italiano“ und einem afrikanischen kolonialen Großreich nicht weniger phantastisch als die deutschen. Nichts Vergleichbares lässt sich in der Ideologie und Politik der sozialistischen Staaten und der Sowjetunion finden. An letzterer lässt sich zu Stalins und nach Stalins Zeiten vieles an absolut Kritikwürdigem und Verwerflichem finden – den militärischen Einfall in Polen 1939, den Krieg gegen Finnland 1940 bis zur militärischen Intervention in Afghanistan – doch die Etikettierung der Idee von der Weltrevolution zum Plan der sowjetischen Welteroberung ist eine Fälschung. Die Massenverbrechen der Stalin-Ära gehören einem solchen Eroberungs- und Herrschaftsplan nicht zu, den es nicht gab, wie u. a. sowjetische Anstrengungen zur Abrüstung nach 1945 belegen. Das feststellen, rechtfertigt die Millionen Untaten insbesondere der dreißiger Jahre nicht im Geringsten. Keine damals existierende Gefahr, keine wirkliche Befeindung lässt auch nur irgendeinen Teil davon in anderem Lichte als dem ungezügelter, menschenverachtender Gewalt erscheinen. Das wird – wir erleben es in diesen Tagen wieder – die Idee einer anderen Gesellschaft, und das ist doch immer auch die Idee an sozialistische Zustände, noch auf Jahrzehnte hinaus schwer belasten.

Damit ist auch gesagt: die Kritik an den untergegangenen, historisch gescheiterten Systemen bedarf als ihres Ausgangspunktes und Geländers der Totalitarismus-Doktrin nicht. (Tatsächlich wird sie aber beispielsweise von Ideologen der Partei DIE LINKE beständig als solcher benutzt, wenn erklärt wird, was man alles nicht will oder nicht wieder will.) Diese Kritik am sogenannten real existierenden Sozialismus kann und sollte sich stattdessen herleiten von den Prinzipien, die in der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen und Projekte entwickelt wurden, vor Marx und mit und nach Marx. Diese Ideen sind heute weitgehend verschüttet und unbekannt. Sie gelten als entwertet. Durch Erklärungen allein wird sich das nicht beheben lassen. Dennoch wäre schon viel gewonnen, besäßen die Sozialisten tiefgehende und folglich überzeugende Antworten auf die quälende Frage, wie es zu diesen Verleugnungen der Idee und auf Irrwege und in Sackgassen kommen konnte

Die augenblickliche Debatte über den Kommunismus will diesen Entwertungsprozess gleichsam ins Totale treiben. Was sich aus politischem Gesichtswinkel immer zu den darin sich geltend machenden Interessen gesagt werden kann: intellektuell ist dieser jüngst stattgefundene Streit weithin eine Bankrotterklärung und eine Schande. Tucholsky, um ihn hier noch einmal anzurufen, würde sich weigern, an ihm teilzunehmen und das wahrscheinlich mit seinem in ähnlichem Zusammenhang gemachten

Bemerkung: „So tief kann man nicht schießen.“ Da muss eine einstige junge DDR-Bürgerin einem Bundesminister erklären, dass sie nicht im Kommunismus, sondern in einem sogenannten realsozialistischen System zur Schule ging und mit ihren Mitschülern damals darüber diskutierte, ob das dereinst im Kommunismus mit der Gleichheit gut gehen könnte, wegen der eigennützigen Verhaltens von Menschen. Und von da ist ihr obendrein etwas geblieben: Sie besteht darauf, dass Menschen Visionen haben und über sie ernsthaft reden sollen.

Manches spricht dafür, dass momentan nicht der Knüppel mit der Aufschrift „Totalitarismus“ beim Kampf gegen Verfechter der Idee, dass die bürgerliche Gesellschaft nicht das Ende der Geschichte sein solle und dürfe, bevorzugt geschwungen wird, sondern der mit der Aufschrift „Kommunismus“. Man kommt gewissermaßen ohne Umschweife zur Sache. Das funktioniert freilich nur im Vertrauen darauf, dass die Formeln Stalin gleich Kommunismus, Pol Pot gleich Kommunismus usw. akzeptiert und nicht als Fälschungen erkannt werden. Kommunismus ist in die Reihe der deutschen Schreckwörter, jedenfalls für die Bundesrepublik, auf einen, wenn nicht den vordersten Platz gesetzt worden. Seine Bedeutung ist etwa der medizinischen Diagnose Bronchialkarzinom (Lungenkrebs) vergleichbar, d. h. soviel wie tödlicher Verlauf. Und in der Tat wird eben der behauptet. Bestrebungen, die sich mit kommunistischen Vorstellungen verbinden, heißt es, enden bei Hitler oder bei Stalin, in Auschwitz oder im Gulag. Die Prognose soll das Verbot begründen, sich mit der Frage zu beschäftigen, die als Thema der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz gestellt worden war: Wo, bitte, geht’s zum Kommunismus. Niemand, der klaren Sinnes, hat darunter eine Frage verstanden, deren Antwort so etwas wie eine Aktionslosung darstellen sollte. Bestanden wurde jedoch auf der Freiheit der Bürger, sich über eine andere Zukunft Gedanken zu machen als über die in einer bürgerlichen Gesellschaft, die beständig den Eindruck nährt, dass sie Grundprobleme menschlichen Zusammenlebens nicht zu lösen vermag, und eben dadurch das Fragen doch selbst erzeugt: Wo und wie weiter?

Fazit: Die Totalitarismus-Theorie (oder: die Doktrin, oder: das Dogma) besitzt, unabhängig von den Absichten ihrer Begründer und Verfechter, jedenfalls die Funktion einer Barriere, die bewirken soll, über den Zustand der bürgerlichen Demokratie, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung usw. nicht hinaus zu denken, geschweige denn hinaus zu arbeiten. Die einen bauen an dieser Barriere mit akademischen Argumenten. Dafür ist in Dresden das Hannah-Arendt-Institut eingerichtet worden, das indessen mehr durch Skandale von sich reden machte. Andere bedienen sich der grobschlächtigen Argumente, gleichsam des Knüppels. Funktion und Ziel unterscheiden sich indessen nicht.

Der Weg zum 22. Juni 1941

Auf den Spuren Hitlers und seiner Generale

Einer aus der Avantgarde der deutschen Militärhistoriker hat sich – nicht als der erste – auf die historische Spur gesetzt, die zum 22. Juni 1941 führt. Die ist zum einen undeutlich, weil nicht jeder Schritt dahin scharfe Trittsiegel hinterlassen hat, lies: unzweifelhaft dokumentiert ist. Denn von den Erwägungen Hitlers und den Begegnungen und Besprechungen, die zwischen ihm und den deutschen Militärs vom 2. Februar 1933 an, darüber stattfanden, existieren meist nur stichwortartige und arg verkürzte Aufzeichnungen einzelner Teilnehmer, die mitunter eine erhebliche Interpretationsbreite zulassen. Mehr Auskunft geben dann die nach solchen Treffen ergangenen Weisungen und Befehle und insbesondere die Arbeiten, die sich im Heeresgeneralstab an sie schlossen.

Die Aufgabe kompliziert sich noch, weil diese Spur absichtsvoll gelöscht oder verwischt worden ist. Zuerst von jenen Militärs, die ein Interesse daran besaßen, nicht „dabei gewesen“ zu sein. Und dann von Historikern, die den Lügnern Glauben schenkten. Wer der faulen Ausrede widersprach, Hitler und der allein sei es gewesen, auf den stürzte sich eine Meute – am Anfang gar von Juristen. So geschah es schon Friedrich Paulus, als er als Zeuge im Gerichtssaal von Nürnberg 1946 über die Rolle des Heeresgeneralstabs bei der Vorbereitung des unter dem Tarnnamen „Barbarossa“ unternommenen Feldzugs sprach, darunter über seine eigene.

Rolf-Dieter Müller, wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam, zeigt, dass es so etwas wie einen fixen Stufenplan für den Krieg, der im direkten geographischen Anschluss an Deutschland ein riesiges Kolonialreich und dazu eine sichere Einflusszone schaffen sollte, nicht gab. Die Vorstellungen vom Wann, mit Wem, auf welche Weise, unter welchen Voraussetzungen, unerlässlichen Bedingen und Sicherungen gegen einen Misserfolg dieser Eroberungskrieg begonnen werden sollte, wandelten sich. Dem geht der Autor Schritt für Schritt nach. Er erörtert für die Jahre von 1934 bis in das Frühjahr 1939 insbesondere die auf Polen gerichteten Initiativen, beginnend mit dem im Januar 1934 geschlossenen deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag. Dass er diesem Vertrag ähnlich große Bedeutung zumisst, wie dem sechs Jahre geschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag, mag dem auch in der Geschichtsliteratur um sich greifenden Hang zuzuschreiben sein, mit wurzelhaft Neuem aufzuwarten. Doch dass Polen zu dem von Deutschland umworbenen Staaten Osteuropas gehörte, die als politischer, besser noch als militärischer Verbündeter für die Beseitigung der Sowjetmacht und die Zerstückelung des europäischen Russlands gedacht war, wird überzeugend nachgewiesen. Ebenso die Gründe von Warschaus Verzicht auf diese Rolle, und dies in der richtigen Erwartung, man würde von diesem mächtigeren Komplizen so oder so – vulgo – übers Ohr gehauen werden. Nicht die Zurückweisung der deutschen Offerte war der Fehler, wohl aber die Illusion, wie man sich dann gegen den abgewiesenen Werber würde behaupten können, mit dem sich die polnische Regierung obendrein bei der Zerstückelung der Tschechoslowakei einließ.

Im Bogen um Polen herum sich auf einen Kriegszug nach Osten zu begeben, also über das Baltikum im Norden und die Slowakei und Ungarn im Süden, war Gegenstand von mehr oder weniger vagen Planungen, die zugunsten der Entscheidung verworfen wurden, mit der am 1. September 1939 nicht ein deutsch-polnischer Krieg begann, sondern der unwiderrufliche erste Schritt in den Zweiten Weltkrieg getan wurde. Wie dann weiter, das blieb für einen Moment an der Spitze des deutschen Regimes unbeantwortet. Doch trauten es sich die deutschen Militärführer durchaus zu, an Polens Ostgrenze angelangt, in die Sowjetunion vorzudringen, von der sie die Vorstellung eines Kartenhauses besaßen. Es gehört zu der unter Historikern ungeliebten kontrafaktischen Frage, ob auf Polens Unterwerfung der Einfall in die UdSSR gleich oder erst nach einer Pause gefolgt wäre, vorausgesetzt, Großbritannien und Frankreich würden – wie eben noch im Falle der zerschlagenen Tschechoslowakei – wieder still(ge)halten. Das mochte Hitler sich als Frucht des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vorgestellt haben. Hätte er den aber zwei Monate nach seinem Abschluss brechen können und wollen, wie er es 22 Monate danach tat? Die Kriegserklärungen aus London und Paris, die am 3. September 1939 in Berlin eingingen, haben ihm diese Entscheidung abgenommen. Der Krieg gegen die UdSSR war damit nicht abgesagt, er war aufgeschoben.

Als Frankreich kapituliert hatte, wurden die auf Eis gelegten früheren Planungen wieder aufgenommen. Ihre Geschichte bildet den Hauptteil von Müllers Werk. Dessen Verdienst es ist, mit der Legende aufgeräumt zu haben, dass ideologischer, antibolschewistischer Wahn den Antrieb zu diesem Eroberungszug geliefert habe. Die Unterscheidung zwischen den realen Zielen – sowohl im Hinblick auf die Weiterführung des Krieges „nach Barbarossa“ wie im Blick auf die imperialistischen Ziele nach dem Endsieg – und der sie verkleidenden propagandistischen Kostümierung ist überzeugend vorgenommen. Das wird weder dadurch gemindert, dass der Autor sich von der üblichen Terminologie vollends nicht trennt, noch durch die Tatsache, dass diese Differenzierung in der marxistischen Literatur, die man im einschlägigen Verzeichnis vergeblich sucht, seit langem vorgenommen wird.

Den Abschluss des Bandes bildet die Darstellung des Dafür und Dawider, die sich ergaben, als die Planungen zu definitiven Befehlen verdichtet, d. h. die Haupt- und Nebenrichtungen der Operationen und deren strategische Ziele bestimmt wurden, die zu erreichen dann Millionen deutscher Soldaten am 22. Juni „antraten“. Da zeigt sich eine Generalität, die, was ihr Bild von „Russland“, dem Regime, dem Land und den Leuten, und namentlich der Roten Armee anging, so borniert war, wie ihre „Führer und Oberste Befehlshaber“ oder zu feige oder zu einflussarm, um dem tödlichen und verbrecherischen Abenteuer zu widersprechen. Es war ein langer Weg bis zu Sätzen wie: „‚Barbarossa‘ zeugt nicht nur vom moralischen, sondern auch vom professionellen Versagen einer vergangenen Militärelite [...]“ Das Wort *vergangene* sollte nicht beruhigend falsch gelesen werden. Geschichte wiederholt sich mitunter, wenn auch nicht auf die gleiche Weise.

Rolf-Dieter Müller, Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939. Ch. Links-Verlag Berlin 2011, 294 S., 29,90 Euro.

Kein Ende der Kostümierungen?

Aus Anlass dieses deutschen zweiundzwanzigsten Junitages

Spätestens seit die Geschehnisse in Afghanistan den Namen „Krieg“ erhielten und dem Verteidigungsminister, der die Taufe öffentlich vornahm, ein besonders enges Verhältnis zur Wahrheit nachgesagt wurde, allerdings nur vorübergehend, sprach sich herum, dass die Herrschenden mitunter langdauernde Schwierigkeiten haben, die Politik, die sie treiben, auf den richtigen Begriff zu bringen. Das macht nicht, weil Kanzler und Minister beim Schulunterricht in deutscher Sprache nicht recht aufgepasst haben. Sie wollen dem Volke lediglich Tatsachen, die dem unwillkommen sind, möglichst schonend beibringen. Nach diesem Grundsatz verfahren nicht nur Demokraten. Auch Hitler und die Seinen hielten sich am 1. September 1939 an ihn. Zunächst wurde „zurückgeschossen“. Der Unterschied beider Fälle besteht lediglich darin, dass 1939 die sprachliche Kostümierung rascher aufgegeben wurde.

Nun also wird am Hindukusch Krieg geführt, der, ungeachtet des langen Zeitraums, den er inzwischen dauert, einen Namen noch nicht erhalten hat. Es ist der „Krieg in Afghanistan“, ein „Krieg gegen den Terror“, ein militärischer Kampf gegen Banditen verschiedener Couleur, geführt im Interesse der dortigen Bevölkerung, um ihr den Weg zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu ebnen und den Mädchen den in die Schulen. Ganz ist es dabei nicht geblieben. Die Aussage, es gäbe vor Ort auch einige wirtschaftliche Interessen, gilt inzwischen nicht mehr als Verrat von Staatsgeheimnissen. Die neue Offenheit könnte sich befreiend auch auf die Kennzeichnung von Kriegen auswirken, die Deutsche in früheren Jahren führten. Das tut es vorläufig nicht. Der Verzicht auf eingeübte sprachliche Verkleidungen von Ereignissen, die Jahrzehnte zurückliegen, steht der Politik und selbst in der Geschichtswissenschaft noch bevor. Und man fragt sich, welches Interesse dem zugrunde liegt. Wer oder was soll das geschont werden?

Kriege und ihre Namen

In neueren Zeiten haben Kriege Namen erhalten, die sie unverwechselbar machen. Das geschah meist schon während sie stattfanden oder aber bald nach ihrem Ende. Inzwischen sind sie zum Zwecke besserer Orientierung in Gruppen sortiert und auch so unterscheidbar gemacht worden. Das wiederum erfolgte unter verschiedenen Aspekten. Keiner Erklärung bedarf die Unterscheidung von Land-, See-, Luft- und auch von Wüstenkriegen, Worte, die nicht mehr bezeichnen als das Terrain, auf dem die Kampfhandlungen stattfinden. Das gilt jedoch nicht für Gruppierungen wie Religions-, Revolutions-, Bürger-, Befreiungs-, Kolonial-, Sezessions-, Einigungs- und Interventionskriege. Was besagt beispielsweise Kolonialkrieg? Ist der geführt worden, um eine Kolonie zu erwerben oder um eine gegen die Unterworfenen und Versklavten oder einen Konkurrenten zu behaupten? Was Befreiungskrieg? Wer hat sich da von wem und wovon befreit worden? Alle diese Markierungen bedürfen der Erklärung.

Klar, aber auch nicht sonderlich vielsagend, steht es, wenn Kriege nach den Widersachern bezeichnet werden, die sie gegeneinander führten, also beispielsweise der deutsch-französische Krieg (1870/1871) oder der sowjetisch-finnische Krieg (1940). Erklärung brauchen ebenso Bezeichnungen, die nur ganz allgemein die Gegenden angeben, in denen Kriege tobten wie im Falle des (Großen) Nordischen Krieges (1700-1721) oder der Balkankriege (1912/1913). Nicht besser steht es um Namen, die nicht mehr angeben als die Dauer von Kriegen, wie das mit dem Dreißigjährigen (1618-1648) oder dem Siebenjährigen (1756-1763) geschieht. Selten geben Namen von Kriegen Aufschluss über das Objekt der Begierde. Manchmal doch. Das kann ein Land sein wie im Falle der drei Schlesischen Kriege (1740-1742, 1744/1745 und 1756-1763, wobei der letzte mit dem Siebenjährigen Krieg identisch ist) oder auch ein Thron, um dessen Besetzung es beispielsweise im Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714) ging.

Kurzum, mit den Namen von Kriegen allein ist selten etwas über ihre Ursprünge, Antriebe und am wenigsten etwas über ihre Interessenten und Profiteure gesagt. Davon gibt es Ausnahmen. Die bekanntesten sind Kennzeichnungen wie Feudal- oder imperialistische Kriege. Beide verweisen auf die

zu Kriegen treibenden Kräfte, im Mittelalter auf Feudalherren, in der Neuzeit auf Imperialisten, die – wenn auch nicht mit identischen materiellen Zielsetzungen – auf die Ausdehnung ihrer Herrschaft und auf den Raub von Ländern aus waren, deren Besitz und Ausbeutung auf Dauer gesichert werden sollten.

Es war einmal ...

Wo solcher Hinweis gegeben wird, beginnt der Streit, sofern diejenigen noch existieren, von denen da die Rede ist. Für die gekrönten und ungekrönten Herren der Feudalzeitalter gilt das seit langem nicht mehr und folglich geht der Begriff Feudalkriege unangefochten durch. Mit den Imperialisten verhält es sich anders, und das wiewohl und merkwürdigerweise sich unter den Lebenden niemand Imperialist nennen lassen will und derlei Bezeichnung, wird sie ihm zuteil, weit von sich weist. Imperialisten, so das bevorzugte und verbreitete Geschichtsbild, hat es im vergangenen 20. Jahrhundert, eigentlich nur an seinem Beginn einst gegeben. Sie sind ausgestorben, irgendwie und wie einst die Feudalherren. Am besten, es wird von ihnen in keinerlei Zusammenhang mehr geredet, ausgenommen allenfalls wenn von Kolonien (Kolonialimperialisten) gehandelt wird. Aber das „Zeitalter“ der Kolonien gehört ja der Vergangenheit an und mit ihm auch diese Spezies von Imperialisten.

So ist die Kennzeichnung „imperialistischer Krieg“ weithin ausgestorben. Hingegen haben sich die Namen Erster und Zweiter Weltkrieg, für den einen wie den anderen ist sie einst verwendet worden, nicht ganz abschaffen lassen. In ihrem Gebrauch lauert die Frage, ob es in beiden Wesen und Zielen nicht einen inneren Zusammenhang gäbe, wie – sagen wir – dem der drei schlesischen Kriege. Die Frage besitzt ihre Tücke. Denn dass der von 1914 bis 1918 geführte Krieg aus imperialistischen Antrieben erwuchs, deutscherseits den Versuch eines „Griffs nach der Weltmacht“ darstellte, hinter dem politische, militärische und ökonomische Kräfte standen, und auf Seiten der Gegner auch nicht nur das Interesse existierte, eigene Besitzstände zu wahren, ist nachgewiesen – anfangs hauptsächlich von Historikern, die sich als Marxisten bezeichnen, später traten dem dann Verfechter nicht- oder gar antimarxistischer Geschichtsbetrachtung bei.

Kurzum: bei dieser Beweislage im Fall eins empfiehlt es sich nicht, den Fall zwei an diesen zu nahe heranzurücken. Weltkrieg und Zweiter – das lässt sich völlig nicht vermeiden, denn nach geographischer Ausdehnung und in der Zählung war er das eine wie das andere. Doch die in den sechziger Jahren in der Forschung aufgekommene und untersuchte Frage nach Kontinuitäten, die – um es mit den Namen von Personen auszudrücken – von Kaiser Wilhelm II. zu Hitler führen, ist außer Mode gekommen. Behauptet wird, so die gängige Version, dass es zwischen den beiden Weltkriegen mehr zu Unterscheidendes denn Gemeinsames gäbe. Den zweiten habe der „Führer“ entscheidend geprägt und daraus erwächst die für ihn mit Vorliebe benutzte Bezeichnung. Er hat einen Namen erhalten, der auch einen Vorgänger besitzt: in der Wendung von den Napoleonischen Kriegen.

Hitlers Krieg

Unstrittig ist, dass Hitler diesen Krieg seit den Tagen seines Eintritts in die Politik wollte, nicht nur, um Rache für Versailles zu nehmen, sondern um in einem zweiten Anlauf die (modifiziertem) Ziele zu erreichen, die im Weltkrieg verfehlt worden waren. Unstrittig ist weiter, dass er als Reichskanzler den Hauptteil seiner Kräfte darauf verwandte, einen solchen Krieg vorzubereiten. Und keinen Streit löst die Feststellung aus, dass er der Führung dieses sich unausgesetzt vor allem durch seine Entscheidungen ausweitenden Krieges wiederum seine Energie zuwandte und sie dabei auch verbrecherisch verbrauchte. Die Fragen entstehen „dahinter“. Wer hat auf einen derartigen Krieg mit ihm oder parallel zu ihn auch hingearbeitet, weil er an ihm uns seinen gedachten Früchten interessiert war? Wer hat von 1933 bis 1939 den „Führer“ bei dieser seiner Hauptarbeit in irgendeiner Weise unterstützt und wer tat das dann während des Krieges? Denn dieser Führer war so wenig wie jeder vor und jeder nach ihm ein Wundertäter. Auch das bildet keinen Streitpunkt. Ohne diese Ratgeber und Mitarbeiter wäre dieser Führer ein hilfloser Mensch gewesen, denn er verstand von wirtschaftlichen Fragen so wenig wie von der operativen „Kriegskunst“. Er mochte, was ihm vorgeschlagen wurde, annehmen, modifizieren oder abweisen, in jedem Falle war auch er ein Abhängiger, auch wenn bei ihm in den Grundsatzfragen die letzten Entscheidungen lagen.

Mithin: Hitlers Krieg trifft seine Rolle und übertreibt, nein verabsolutiert sie zugleich. Daran gab es ein Interesse schon während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, als sich „Göring et al“ noch im Jahr des Kriegsendes vor dem Gericht der alliierten Sieger angeklagt sahen. Und das setzte sich weit in die deutsche Gesellschaft fort und verstärkte umso mehr, je stärker sich Personen und Personengruppen zu Hitlers Komplizen und Mittätern gemacht hatten. Spottend war von Bertolt Brecht 1935 im Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ schon mit Bezug auf Alexander und Caesar und deren Feldzüge geforscht worden: „Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?“ Nach Kriegsende ließen Ankläger und Richter nach Hitlers Köchen fragen und fahnden. Doch zuerst wurde der Kreis der Verdächtigen eingeschränkt, dann verschwand er immer mehr. Politiker, selbstredend die Betroffenen und auch Historiker waren in der deutschen Bundesrepublik an diesem Zauberkunststück, beteiligt, das ihnen vollkommener noch gelungen wäre, wären sie nicht im eigenen Staate und jenseits von deren Grenzen auf Widersacher gestoßen.

Das Interesse ist nicht erloschen. Wie sonst ließe sich erklären, dass ungeachtet aller unbezweifelbaren Ergebnisse historiographischer Forschung, an dem Begriff „Hitlers Krieg“ in der Publizistik eisern festgehalten wird? Hitler ist der Planer des Krieges auch in der Darstellung des Deutschen Historischen Museums, dessen Autoren ihren Beitrag „Der Zweite Weltkrieg“ mit dem Satz beginnen: „Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der von Adolf Hitler seit langem geplante Krieg um „Lebensraum im Osten“. Die Zeitschrift „*Die Zeit*“ überschreibt einen Beitrag am 6. Juni 2011 mit „Hitlers Krieg im Osten“. Mit dieser Art von Geschichtsdarstellung feiert eine Betrachtung Triumphe, die am Ende des 19. Jahrhunderts weitgehend als überholt galt. Ihr Kernsatz lautete „Männer machen die Geschichte“ und gemeint war da nicht deren Massen, sondern die einzelnen, die großen, die alle anderen überragenden.

Hitlers Vernichtungskrieg

Die Bezeichnung Vernichtungskrieg ist, was ihre Verwendung in der Geschichtsschreibung angeht, jünger als die von Hitlers Krieg. Im Grad inflationärer Anwendung aber kann es jene mit dieser aufnehmen. In der Publizistik wird sie häufiger gebraucht als in der wissenschaftlichen Literatur. So bezeichnet die Zeitschrift „*Stern*“ (1. September 2009) den Krieg gegen Polen als den „Weg in den Vernichtungskrieg“ und die „*Welt*“ (9. März 2011) überschreibt ein Propagandabild vom Sturm in die Sowjetunion mit „Hitlers Vernichtungskrieg im Osten“.

Hitler hatte am 30. Juni 1940 nach dem Sieg im Westen vor Generalen seine Vorstellungen vom Feldzug gegen Russland entwickelt und dabei, laut Aufzeichnung des Generalstabschefs des Heeres, Franz Halder, vom „Vernichtungskampf“ gesprochen. Das Wort besaß mehrere Bezüge. Es bedeutete zum einen, dass der Gegner nicht einfach militärische geschlagen, sondern vernichtet werden sollte, der sowjetische Staat selbst war das Ziel vollständiger Liquidierung sei. Und es meinte, dass auch in der Kampfesführung auf dem Schlachtfeld nicht die Gefangennahme des Gegners, sondern dessen Vernichtung das Ziel sei. In dieser Deutung verliert der Begriff „Vernichtungskrieg“ den Anflug von „weißem Schimmel“, den er bei der ersten Wahrnehmung besitzt. Denn vernichtet und verwüstet wurde in allen Kriegen: Menschen, Tiere, Bauten, Resultate menschlicher Arbeit in aller und jeder Form, Landschaften. Hier jedoch ist nicht nur eine Steigerung des Gewesenen gemeint, die erreicht (und dann noch durch den Einsatz von Atombomben gegen Japan übertroffen) wurde, sondern die vorsätzliche Ausweitung des Kriegsziels und aller mörderischen Methoden, die zu ihm hinführen.

So verstanden, lässt sich an dem Begriff „Vernichtungskrieg“ eine Vorstellung bilden, die in Verbindung mit Fotografien und Berichten von Augenzeugen eine grausige Wirklichkeit vor dem geistigen Auge entstehen lässt. Der schöpfte sich der Ost-Krieg, auf den die Bezeichnung von den einen vor allem oder von anderen allein angewendet wird, nicht im Vernichten. Damit ist doch gleichsam nur seine negative Seite markiert. Das von den Siegern, als die sich die deutschen Machthaber schon vor dem ersten Schuss wähnten, fest in ihre Zwischen- und Endrechnung aufgenommene „positive“ ziel bleibt unerwähnt. Die Zwischenrechnung besagte, dass die Reichtümer des eroberten Landes die Fortsetzung des mit seiner Vernichtung ja nicht beendeten Krieges – gegen das von den USA unterstützte Großbritannien – ermöglichen und auch da zum Endsieg führen sollte. Und auf der Schlussrechnung

figurierte ein riesiges Ostland, ein Kolonialreich, im direkten geographischen Anschluss an Großdeutschland, eine Weltmacht. Wer nur „Vernichtungskrieg“ sagt und glaubt, damit das Hauptcharakteristikum des Krieges erfasst zu haben, lässt das Kriegsziel, das den Hauptantrieb für das Unternehmen „Barbarossa“ beiseite. Das aber lässt sich rechtens nicht auf einen Zusatz oder eine Anmerkung herabstufen.

Die Attribute des Vernichtungskrieges

Der Gebrauch des Begriffs Vernichtungskrieges geht häufig mit einem oder zwei Begleitern einher. Sie heißen „rassenbiologisch“ und rassenideologisch“ und geben der ganzen sprachlichen Konstruktion einen Anstrich von Wissenschaft und Gelehrsamkeit. Zunächst: Dass Hitler nach seiner geistigen Verfassung ein Rassist war, der den Begriff Menschheit nicht kannte, sondern einzig zwischen Herren und Untermenschen unterschied, bezweifelt niemand. Dass er die Deutschen (nordische, germanische oder was in seiner Kategorie sie immer sein möchten) in eben diese, seine Verfassung zu bringen trachtete und dass dies unter den Bedingungen des Naziregimes mit einem zahlenmäßig nicht zu erfassenden Teil auch gelang, ist ebenfalls unstrittig. Und das bedeutet, dass unter den mordenden und sengenden Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die das Vernichtungswerk verrichteten und das Vernichtungsziel erreichen sollten, sich tausende Männer befanden, die das rassistische Konstrukt vom Menschen der Steppe, vom Asiaten, vom Bolschewisten und vor allem auch vom Juden – der wahre Jude war ihnen Wort und Bild ja als „Ostjude“ präsentiert worden – aufgenommen hatten. Das erleichterte ihnen ihr „Kriegshandwerk“. Doch war es keine seiner notwendigen Bedingungen. Nicht anders handelt wie nachgewiesen Leute, die sich nicht einen Moment Rasse und Blut, Arier und Nichtarier interessiert hatten, sondern einzig Befehle ausführten, bereit heute diese und morgen jene niederzumachen. Dass die drei Millionen Männer, die am 22. Juni1941 vom „Nordkap bis zum Schwarzen Meer“ in die UdSSR einfielen, von irgendeiner rassebiologischen Mission erfüllt gewesen wären, ist schlicht Unsinn. Und das gilt auch im Hinblick auf jene, die sie kommandierten und befehligten. Sie mochten sich in Massen als die Überlegenen, die Höherstehenden, die Unwiderstehlichen, auf das Siegen Abonnierten ansehen, sich zu Werkzeugen für die Ausführung der verbrecherischen Befehle machen, die ideologische Verkleidung, die diesem Eroberungsfeldzug gegeben wurde, war ihnen in ebensolchen Massen gleichgültig. Sie wünschten vor allem, „die Sache“ lebend hinter sich zu bringen, ein Wunsch, der sich umso ausprägte, je unwahrscheinliche seine Erfüllung wurde.

Rassebiologischer Vernichtungskrieg, das Konstrukt erweist sich aber auch aus anderem Blickwinkel als ein Schmarren. Die Wehrmacht wurde nicht ausgeschickt, um irgendwelche Rassen zu vernichten. Die zur Liquidierung bestimmten Juden waren so wenig eine Rasse wie die laut Kommissar- und anderen Befehlen zu beseitigende politischen Offiziere der Roten Armee und Partei- und Staatsfunktionäre der UdSSR. Die zu Millionen in die Hände der Eroberer gefallenen Menschen, ob kriegsgefangen oder im besetzten Land lebend, waren zum Zugrundegehen bestimmt, nicht weil sie einer anderen Rasse angehörten, was auch eine Erfindung war, sondern weil sie als unbrauchbar, als unnütze Esser und auf Sicht als Störenfriede galten, überflüssig waren. Und sie waren zum Tode nicht samt und sonders vorgesehen, denn zu Millionen sollten sie doch die Arbeitssklaven abgeben, unter deutschem Kommando die Felder bebauen, die Erze der Gruben zu Tage fördern, machen, dass das Öl floss. Und damit wären wir bei den wirklichen Antrieben und lockenden Zielen von „Barbarossa“, dem Feldzug und seinen sehr materiellen Endzielen. Über sie haben sich Hitler, Goebbels und Göring öffentlich klar ausgesprochen, solange sie sich beim Endsiegen glaubten. Später, auf die Verliererstraßen geraten, kam die Nazi-Kriegspropaganda dann wieder ganz auf den Schutz vor dem Bolschewismus, dem Asiatentum, der Steppe, der Vernichtung zurück. Dies und der vom Kriegsverlauf abhängige Wandel der Zielangaben werden in deutschen Büchern und Artikeln zum „Ost-Krieg“ freilich weit weniger zitiert als die Floskeln von Rassenideologie und -biologie.

Es wäre erhellend und würde vielleicht wertvolle Unterrichtszeit einsparen, käme in deutsche Schulgeschichtsbücher beispielsweise eine Passage aus einer Rede, die Reinhard Heydrich am 2. Oktober 1941 in Prag hielt, in einem Moment, als auch ihm die Eroberung Moskaus und das Ende des sowjetischen Reiches nur noch eine Frage von Wochen zu sein schien: „Und nun haben wir unter der Führung des Führers unendlich viel Räume in Europa besetzt als militärische Voraussetzung für die

weitere Führung und siegreiche Beendigung des Krieges. Wir wollen uns darüber im Klaren sein, dass diese Besetzung dieser Räume jedenfalls in vielen Gebieten nicht eine vorübergehende, sondern eine endgültige sein wird ...“ Und nachdem der Chef des Terrorapparates und der Mörderschwadronen über die künftige Vorzugsbehandlung von Dänen, Norwegen und anderen Germanen gesprochen hatte, kam er auf die „Osträume“. Das sind die Räume, in denen eine deutsche Oberschicht nach der militärischen Entwicklung bis weit nach Russland hinein, bis weit an den Ural einmal in der ganz klaren Führungsform als Rohstoffbasis, als Arbeiter für große auch Kulturaufgaben, als Heloten, wenn ich es ganz drastisch sagen will, für uns eingesetzt werden muss…“ Die Frage eines lesenden Schülers könnte dann freilich lauten, wer sich für solchen Krieg die Bezeichnung „Hitlers rassebiologischer und -ideologischer Vernichtungskrieg“ ausgedacht hat und warum. Und sein etwas pragmatisch eingestellter Freund könnte ergänzen: „Imperialistisch lässt sich eigentlich auch leichter merken.“

Die Massengefolgschaft des Naziregimes und die Einsamkeit des Widerstandskämpfers

Vortrag auf der Konferenz zum Andenken an Walter Krämer in Siegen, 22. Oktober 2011

Der Titel zu diesem Vortrag mag schon auf den ersten Blick als eine Provokation gelten – und das soll er auch. Er wurde gewählt, wiewohl mir bei seiner Formulierung der Protest Walter Bartels, meines Genossen und Kollegen aus Zeiten an der Humboldt-Universität, gleichsam im Ohr klang, des Kommunisten, Emigranten, der in der Tschechoslowakei in die Hände der Faschisten geriet, in das Konzentrationslager Buchenwald gesperrt wurde und dort zum internationalen Lagerkomitee der Antifaschisten gehörte. Gegen diesen Protest ist es bei dem Titel geblieben. Seine Rechtfertigung ergibt die Antwort auf die Frage, ob wir, die Nachgeborenen oder Eben-noch-Zeitgenossen die Bilder vom Widerstandskampf gegen den Faschismus an der Macht nicht etwas zu einfach pflegen, sie uns vielleicht auch ein wenig zu schön machen, trotz aller Geschichtskenntnisse, trotz des Wissens um die Unzahl der Opfer und unseres aufrichtigen Gedenkens an sie.

Denn: Kommt das Gespräch auf diese Frauen und Männer, dann ist von Gruppen die Rede, die ihre Namen haben, meist nach Personen, die an ihrer Spitze standen: die Saefkow-Jakob-Bästlein-Organisation, die Gruppe um Martin Schwantes in Pommern, die Berliner Gruppe von Robert Uhrig. Die Verschwörung, die den Krieg beenden wollte und den Weg dahin durch das Attentat auf Hitler freimachen wollte, heißt nach Claus Graf Stauffenberg. Andere Zusammenschlüsse nannten sich „Weiße Rose“ oder „Onkel Emil“. In ihnen versammelten sich Menschen um eine Idee, einen Plan, ein ihnen als erstrebenswert geltendes Ziel. Die einen kannten sich schon aus den sozialen und politischen Kämpfen in den Jahren der Weimarer Republik, sie waren Genossen auf einem mehr oder weniger langen Wege, mochten sie sich persönlich begegnet sein oder nicht. Andere hat früher oder später erst die Opposition gegen das menschenfeindliche mörderische Regime zusammengeführt. Bei aller Verschiedenheit war ihnen doch das eine gemeinsam: das Naziregime von innen heraus zu stürzen oder dann – als es doch bis in seinen Krieg gelangt war – einen Beitrag zu seiner Niederlage zu leisten. Gemeinsam war ihnen ebenso vieles, was sich das Innenleben dieser Gruppen nennen lässt: das Zueinander aufgebrachte Vertrauen, ihre Solidarität, die Sorge um das Leben des Anderen, geübt bis in die Folterkeller der Gestapo. Viele Geschichten, die dieses Verhalten bezeugen, sind überliefert, erzählt oder geschrieben worden, Geschichten vom Alltag der Illegalität oder der Gefangenschaft in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Mit einem Einfallsreichtum und mit Mut, erworben und erprobt noch in der relativen Freiheit, wurde selbst hinter Mauern und elektrisch geladenen Zäunen die Verbindung der Gleichgesinnten gesucht, gefunden, gepflegt, die eine Quelle war, aus der Überlebenskraft geschöpft wurde.

Das Wort Überleben hätte auch den Einspruch Walter Bartels hervorgerufen, der darauf bestand, dass es ihm und seinen Gefährten auch in Buchenwald nicht nur um das Überleben gegangen sei, sondern dass sie – selbst in dieser Lage noch – tun wollten und taten, was ihnen irgend möglich war, dem Regime sich so wenig wie möglich dienstbar zu machen und besser noch ihm zu schaden. Dieser Einwand galt namentlich der Verzeichnung, die der nach Jena berufene Historiker Lutz Niethammer vom Kampf der deutschen Kommunisten lieferte, in dem er ihre Rolle als Gefangene auf dem Ettersberg auf eine auf sie selbst gerichtete Überlebensstrategie reduzierte und das Verdienst ignorierte, das sie sich – soweit ihre Kräfte reichten – um ihre Mithäftlinge, Gruppen und Einzelne erwarben. Und zudem: Mir ist der Wille, sich behaupten und überleben zu wollen, und sei es „nur“ um am Tage danach vom Erlebten Kunde zu geben und so warnend für ein „Nie wieder“ einzutreten, immer als ehrenwert erschienen.

Wenn also von der „Einsamkeit“ von Widerstandskämpfern gesprochen wird, sind dann nicht nur die Situationen jener gemeint, die Jahre in Einzelhaft verbrachten, eine Situation wie die Ernst Thälmanns? Das zwischen schweigenden Mauern und auf wenigen Quadratmetern? Es gibt davon ein paar Situationen mehr. Zwei davon besitzen einen gewissen Bekanntheitsgrad. Die eine ist die Geschichte des Arbeiters Georg Elser, der Hitler, von dem er wusste, dass er zum Kriege trieb und der ihn am 1. September 1939 begonnen hatte, in die Luft sprengen und so dem geschichtlichen Gang

eine Wendung zu geben hoffte. Man mag versuchen, sich einen Moment die 30 Nächte vorzustellen, die Elser zunächst in der Besenkammer versteckt und dann arbeitend im Saal des Bürgerbräu in München zugebracht hat, dazu die Vorarbeiten zur Beschaffung des Sprengstoffes und die Herstellung des Zünders. Das Attentat schlug fehl, Elser wurde ergriffen, in das Konzentrationslager Dachau gebracht und dort, das Stadium der Agonie des Regimes war schon erreicht, am 9. April 1945 ermordet.

Mit dem Manne haben sich die verschiedensten Gruppen von Deutschen schwergetan. Die einen, weil er mit seiner Tat gegen die nach 1945 massenhaft benutzte Ausflucht stand, man habe gegen dieses Regime ja nichts tun können. Andere wieder, weil sie den individuellen Terror grundsätzlich als geeignete Methode des Kampfes selbst gegen ein mörderisches Regime ablehnen, ein Standpunkt, der in dieser Absolutheit fragwürdig ist. Doch besaß dieses Nein in der deutschen Arbeiterbewegung seine Tradition. Sie reichte zurück bis in ihre Anfänge und hatte sich in der Ablehnung der Attentate auf Bismarck 1866, begangen in der Absicht der Verhinderung des preußisch-österreichischen Krieges, und 1874, verübt von einem katholischen Böttchergesellen aus Protest gegen die antiklerikale Politik des Kanzlers, geäußert. Dessen Versuche, insbesondere die vier Jahre später erfolgten zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. den Sozialisten anzulasten, scheiterten.

Inzwischen ist Elser, dessen erste Biographie 1970 erschien, das ihm gebührende Gedenken zuteil geworden. An mehreren Orten Deutschlands gibt es Denkmäler, Büsten und Säulen, die an ihn und seine Tat erinnern. 1969 wurde ein Dokumentar-, 1989 ein Spielfilm über ihn gedreht. In mehreren Städten existieren Georg-Elser-Initiativen, die sich auf verschiedensten Feldern für Zivilcourage einsetzen, und ein nach ihm benannter Preis wird verliehen. 1999 löste ein Mitarbeiter des Dresdener Hannah-Arendt-Instituts eine Kontroverse darüber aus, ob Elsers Tat als vorbildlich angesehen werden könne.

Ein zweites Geschehnis, das von der Einsamkeit der Widerstandskämpfer zeugt, ist durch einen Roman bekannt geworden. Ihn schrieb Hans Fallada 1946 in wenigen Wochen, nachdem ihm Johannes R. Becher, der spätere Kulturminister der DDR, ein Konvolut von Akten übergeben hatte, das von dem Prozess gegen ein Berliner im Wedding wohnendes Arbeiter-Ehepaar zeugte. Es hatte auf die Nachricht vom Kriegstod des Bruders und Schwagers im Westfeldzug 1940 begonnen, seinen Protest gegen das Regime auf einfachen Postkarten niederzuschreiben, die wie Flugblätter in Häusern abgelegt wurden. Die beiden, Elise und Otto Hampel, wurden 1943 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Plötzensee hingerichtet. Sie waren, was man Einzelkämpfer nennt, ohne Verbindung oder auch nur Wissen von anderen Gruppen von Nazigegnern. An sie erinnert heute auch eine Tafel an ihrem einstigen Wohnhaus, deren Inschrift sagt, sie hätten sich gegen die „Menschenvernichtung des NS-Regimes“ aufgelehnt, worunter sich der Vorübergehende vorstellen mag, was er kann und will. Das Urteil der Nazirichter hatte auf „Zersetzung der Wehrkraft“ gelautet.

Das Buch Falladas, das Primo Levi das beste Buch nannte, „das je über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geschrieben wurde“, besaß einen Fehler. Es erschien in der Sowjetischen Besatzungszone und wie die dort gedrehten antifaschistischen Filme verfiel es jenseits der Zonen- und Sektorengrenze zunächst der Nichtachtung. Dann war es der Widerstandskämpfer Falk Harnack, der 1962 im westdeutschen Fernsehen den Roman verfilmte. Eine weitere Verfilmung nahm die DEFA 1970 für das ostdeutsche Fernsehen vor. Die war ebenso erstklassig mit Schauspielern besetzt wie der Spielfilm, der 1975 in der Bundesrepublik in die Kinos kam, in dem Hildegard Knef die weibliche Hauptrolle spielte. 1964 erschien der Roman in Hamburg bei Rowohlt. Erst 1989 wurde am Wohnhaus der Hampels eine Gedenktafel enthüllt. Zum 100. Geburtstag Falladas gab die Bundespost 1993 eine Briefmarke heraus. Erneut zu einem Bestseller wurde sein letzter Roman „im Westen“ jedoch erst, als ihn der Aufbau Verlag, der das Buch nach Falladas Tod 1947 herausgegeben hatte, der in den fünfziger Jahren dann Auflage nach Auflage in der DDR erlebte, im Jahre 2011 neu herausgab. Hier folgte nun ebenfalls eine Auflage der anderen. Der Roman warf mit der Geschichte der Quangels, dem literarischen Namen des Ehepaares, viele Fragen auf, die ihren Sinn und Zeitbezug bis heute nicht eingebüßt haben: so die nach dem Sinn des Widerstandes in einer regimehörigen Umgebung und die nach der Bedeutung des Widerstands für jene selbst, die leisten und sich so handelnd dagegen schützen, Material der Herrschenden zu werden, sich selbst aufzugeben.

Die Berichte von den im eigentlichen Sinn einsamen Widerstandskämpfern sind mit diesen beiden exotischen, das meint ungewöhnlichen Geschichten, nicht erschöpft. Eine andere ist die des Bernhard Lichtenberg, eines katholischen Geistlichen, der seit 1938 Dompropst an der Hedwigs-Kathedrale in Berlin war. Der öffentliche unerschrockene Protest des Nazigegners galt insbesondere auch den Judenverfolgungen. 1941 wurde Lichtenberg verhaftet, 1942 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Danach jedoch nicht freigelassen, er sollte in das KZ Dachau verbracht werden. Auf dem Transport verstarb er am 5. November 1943 in Hof. In der nach Millionen zählenden weltweiten Gemeinde der katholischen Christen und von Seiten seiner Amtsbrüder und Vorgesetzten hatte er Solidarität nicht erfahren.

Es war nicht zuerst die Kirche, die sich seiner angemessen erinnerte, denn von dem Manne sprechen, hieß doch die Frage aufwerfen, was tat Rom, was der 1958 gestorbene Pius XII., nachdem in Westdeutschland und Westberlin bereits Straßen, Alleen, Plätze und auch ein Ufer, das der Mosel bei Trier, benannt worden waren? Die sich damit verbindenden Fragen wurden in den sechziger Jahren Thema und Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen und von Veröffentlichungen. Nichts aber löste weitreichendere und schärfere Kontroversen aus als das Drama Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“, das unter der Regie Erwin Piscators 1963 seine Premiere an der Freien Volksbühne in West-Berlin hatte und dessen Text im gleichen Jahr bei Rowohlt erschien. Die fiktive Gestalt des Ricardo Fontana besaß nach seiner Haltung einen Bezug auch zu Lichtenberg und zu Maximilian Kolbe, des polnischen Franziskaners, der sich in Auschwitz 1941 an Stelle eines Familienvaters opferte.

Die Antwort des Papstes Paul VI. bestand darin, 1965 einen Seligsprechung-Prozess für eben jenen seiner Vorgänger, Pius XII. einzuleiten, dessen Rolle im Zentrum der Kritik stand. Im gleichen Jahr aber wurden die sterblichen Überreste Lichtenbergs in die Krypta der Hedwigs-Kirche überführt. In ihrem Foyer steht sei 1991 eine Büste, von der ein Duplikat 1992 in der Hofer Marienkirche eingeweiht wurde. In Berlin gibt es Straßen, einen Platz und eine Schule, die nach ihm benannt wurden. Auch Gedenktafeln erinnern an ihn. Ihre Texte nennen ihn einen Märtyrer und Streiter für die Rechte der Menschen und der Kirche, doch wird weder auf seine Parteinahme gegen den Krieg, noch für die Juden und seinen Protest gegen den Behindertenmord Bezug genommen. 1996 wurde Lichtenberg durch Johannes Paul II. seliggesprochen. In Israel wurde er 2005 als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.

Soviel zu den Einsamen, zu drei Einzelkämpfern gegen das Naziregime. Doch ist damit das Thema weder im Detail noch im Ganzen erschöpft. Denn es betrifft doch auch die Gesamtsituation des Widerstands und seiner Teilnehmer und das im Besonderen in Deutschland. Das führt noch einmal zu unseren Geschichtsbildern zurück. Sie sprechen von den beteiligten Gruppen, von ihren Aktionen, Zielen und Hoffnungen und von ihrem direkten feindlichen vis-à-vis der Gestapo, ihren Bütteln und Denunzianten und sodann von den Schindern und Mördern in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Zu lesen ist von geheimen Zusammenkünften, von der Formulierung, der Herstellung und der Verbreitung von Flugblättern, von Inschriften an Mauern und Häuserwänden, von Fahnen an Schornsteinen, von Flüsterpropaganda, von Sabotage in Rüstungsbetrieben, von Hilfen für Juden, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.

Was in diesen Geschichten meist oder nur am Rande oder nur schemenhaft vorkommt, das ist die übergroße Mehrheit ihrer Landsleute, die Massengefolgschaft des Regimes, die Menschen, die doch die Adressaten dieser Aufklärung waren. Als existiere da eine Scheu das Thema nach dem Erfolg dieser doch auf sie auf ihren Gesinnungs- und Haltungswandel gerichteten Anstrengungen aufzuwerfen, weil da von Vergeblichkeit, nicht von Scheitern geredet und geschrieben werden müsste, weil da die Sinnfrage lauert, die doch vor allen anderen die Opfer betrifft. Als würden wir das Eingeständnis meiden wollen, dass dieser Kampf aufs Ganze gesehen sein Ziel verfehlt hat, das doch darin bestand, die Deutschen zu einem Beitrag zur Überwindung des Naziregimes zu mobilisieren, womöglich zu ihrer Selbstbefreiung.

Die Widerstandskämpfer in Deutschland waren isoliert, ungleich stärker als die in den besetzten Ländern, das meint die Wendung, sie waren einsame Kämpfer. Sie lebten in einer feindlichen oder doch sie ablehnenden Umwelt. Und auch auf diese Situation waren sie nicht vorbereitet. Ihre Vorstellungen

vom weiteren Gang der deutschen Entwicklung, die sie nach dem 30. Januar 1933 hegten, wichen weit von dem ab, was sich dann tatsächlich ereignete. Sie hatten gehofft, dass die Diktatur in eine Krise bald geraten und dass dies zu einer Entlarvung der Machthaber und der Abwendung eines großen Teils ihrer Gefolgschaft führen werde. Das Gegenteil trat ein. Die ökonomische Krise war an der Wende von 1932 zu 1933 bereits im Abklingen, wenn auch die Arbeitslosigkeit saisonal noch einmal und dann auch wieder im Winter 1933 auf 1934 anstieg. Doch von einer politischen Krise konnte keine Rede sein. Das Regime festigte sich in einem Tempo, das jenes seines italienischen Vorgängers weit in den Schatten stellte.

Das Regime, das schon bei seinem Start die Hälfte der deutschen Wahlbevölkerung hinter sich gebracht hatte, festigte seine Massenbasis. In anderen bürgerlichen Staaten wünschten sich Politiker einen solchen Grad von Zustimmung, Unterstützung, Beifall zu erreichen. Immer wieder wurden jene Bindungen demonstriert, die schließlich in der Losung gipfelten „Ein Volk – ein Reich – ein Führer“, die 1938 den Anschluss Österreichs feierte. Da war schon eine ganze Kette denkwürdiger Demonstrationen entstanden, beginnend mit der am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Flugfeld, sich fortsetzend in den Kundgebungen der Bauern bei den alljährlichen Reichserntedankfesten auf dem Bückeberg bei Goslar, anlässlich der Olympischen Spiele 1936, bei den alljährlichen Partei-Veranstaltungen im September in Nürnberg und im November in München. Dazu die vielen lokalen und regionalen Aufläufe, insbesondere wenn der „Führer“ Städte besuchte, Manöver oder Schiffsstapelläufe stattfanden. Als Mussolini Deutschland 1937 besuchte, hallte es durch die Straßen Münchens, Berlins und Essen „Duce! Duce! Duce!“ Immer war da Manipulation im Spiel, nie fehlte mehr oder weniger sanfter Druck, doch nie war das nur eine Mache der Machthaber.

Würde man eine Kurve der Massenzustimmung für dieses Regime zeichnen, verliefe sich im Ganzen ansteigend und besäße im Vor-Krieg ihren Gipfelpunkt 1938, als Hitler in Wien einzog und alle Deutschen, ob sie je dahin gelangten oder nicht, die Alpen wieder hatten und den Walzerkönig und den Andreas Hofer. In diesem Verkauf gibt es wenige „Dellen“, aber keine Abstürze. Der eine lässt sich Ende 1935 ausmachen, als infolge der überhitzten Aufrüstung eine Verknappung von Grundnahrungsmitteln eintrat, der andere im September 1938, als die sogenannte Tschechen-Krise Kriegsfurcht aufkommen ließ. Und dann im Kriege erreichte die Begeisterung eine hysterische Stufe, als Hitler, der Sieger, aus Frankreich nach Berlin zurückkehrte. Lieferte da nicht jeder Tage Anstöße und Gründe sich zu fragen: „Ist denn diesen Leuten überhaupt zu Verstand zu helfen? Müssen sie nicht erst die Rechnung mit verursachen, die sie dann werden bezahlen müssen?“ Die Literatur über den Widerstand berichtet wenig davon, dass diese Fragen gestellt wurden, nichts von dem massenhaft zu habenden Stoff, aus dem die Resignationen gemacht sind. Am ehesten haben noch Spielfilmsequenzen davon ein Bild gegeben.

Noch einmal: Von dieser Umwelt in einem faschisierten Deutschland ist in unseren Berichten über den Widerstandskampf wenig zu hören und zu lesen. Das jüngste Beispiel liefert Ulrich Schneider in einer Besprechung eines Buches, das von Grete und Adolf Noetzel berichtet, einem Ehepaar, das zu einer Widerstandsgruppe im Rhein-Main-Gebiet gehörte. (s. junge Welt, 17. Oktober 2011, S. 15) Er wurde in den Tod getrieben, sie überlebte in einem Konzentrationslager. Auch da gibt es nur Mitkämpfer und Gegner, und nicht die Mehrheit der Deutschen, die Adressaten. Werden sie aber mit in Betracht gezogen, erhebt sich die Frage nach den Resultaten dieses Kampfes und da lautet das Generalfazit: diese Mehrheit hat, wie die Machthaber von ihr erwarteten, ausgehalten und durchgehalten, sie ist ihnen, wenn auch nicht marschierend so doch gefolgt, bis nahezu alles in Scherben gefallen war. Wäre es, die Frage ist gestellt worden, da nicht besser gewesen, sich das Leben zu bewahren für den Tag danach, anstatt sich zu opfern. Aber: Wie sollte der Tag danach dann kommen? Wer ihn herbeiführen? Die Anderen? Welche? Diese Fragen sind mit der Entfernung von den Ereignissen weitgehend verdrängt. Nicht ganz, denn die Abwägungen sind nicht verstummt: Was hätte zwischen den Jahren 1933 und 1945 getan werden können und wer hätte was tun können? Beispielsweise im Hinblick auf die auswärtigen Mächte, da allerdings mehr mit dem Blick auf die UdSSR als auf Großbritannien. Auch hinsichtlich des Papstes Pius XII., für den der Seligsprechungs-Prozess, 1965 eingeleitet, inzwischen weit vorangeschritten sein soll, wird so nachgefragt.

Was die Widerstandskämpfer in Nazideutschland taten, war als ein Wirken in die Gegenwart gedacht, erwies sich jedoch ungleich mehr als eine Investition in die Zukunft. Ihr Verdienst wird deutlich, wenn auch nur ein Moment lang überlegt wird, wie die deutsche Nachkriegsgesellschaft sich befunden haben würde, ohne die überlebenden Antifaschisten und das Wissen um die Toten. Es ist fast vergessen, dass es im Kriege und besonders seit der Aufdeckung der Massenverbrechen in den USA Vorschläge gab, die auf der These fußten, die Deutschen seien als Volk oder als Nation allesamt verderbt und verdienten deshalb unter den Völkern für alle absehbare Zukunft eine besondere Behandlung, damit sie nicht wieder Unheil anrichten könnten. Die deutschen Widerstandskämpfer waren die leibhaftige Widerlegung dieser Konstruktion. Vor allem aber waren sie in Ost wie in West die Aktivisten (und nicht nur) der ersten Stunde. Sie hatten, ist später oft gesagt worden, die Ehre der deutschen Nation gerettet. Diese Ehre ist ein etwas mystisches Ding. Jedenfalls hatten diese Frauen und Männer, Deutsche, bewiesen, dass in ihren Adern so wenig ein besonderer Saft fließt wie in denen der Juden.

Die Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes ist die Geschichte eines Wirkens unter den schwierigsten objektiven und subjektiven Bedingungen, und dass sie in so hohem Grad ein Opfergang wurde, ist eben diesen Bedingungen geschuldet gewesen. Sich den Reihen dieser Minderheit anzuschließen, dazu gehörten Charakter- und Überzeugungs- und, auch strenge Rationalisten und Atheisten sollten sich nicht scheuen, das zuzugeben, zudem noch Glaubenskräfte. Der Überzeugte mag mit dem Engländer George Gordon Byron gesagt haben: „Der Freiheit Kampf, einmal begonnen, vom Vater blutend auf den Sohn vererbt, wird immer, wenn auch schwer gewonnen.“ (*„For Freedom's battle once begun, // Bequeathed by bleeding Sire to Son, // Though baffled oft is ever won.” The Giathour, 1813*). Der Gläubige mag sich bescheiden und einschränken: „Vielleicht – vielleicht auch nicht“ oder sich der Erzählung über Martin Luther erinnern, der, als er einmal gefragt wurde, was er unternähme, wenn er mit Gewissheit wüsste, dass morgen die Welt unterginge, geantwortet habe: „heute noch würde ich einen Apfelbaum pflanzen“. Die deutschen Widerstandskämpfer waren solche Pflanzer. Menschen wie sie werden im 21. Jahrhundert noch und mehr noch gebraucht. Da lässt sich jene Haltung mit auf den Weg nehmen, die Peter Hacks in der Anekdote „Optimismus-Debatte“ beschrieb: „Kann man überhaupt etwas tun, sagte ein Mitkämpfer, der es satthatte. Tun wir denn nichts? fragte Hacks. Was immer wir tun, sagte der Freund, es zeitigt keine Folgen. Wer weiß“, sagte Hacks. „Heute nein, morgen doch.“

In Memoriam: Jan Peters

„Wie weiter und wie lange noch?“ Mit der vor allem an ihn selbst gestellten Frage entlässt der Autor, der den größten Teil seines achten Lebensjahrzehnts schon hinter sich hat, seine Leser. Er hat sie nicht mehr beantworten müssen. Wenige Tage, nachdem er sein Buch druckfrisch in den Händen hielt, ist er verstorben. Und nun? De mortuis nil nise bene? Damit würde sich Jan Peters aber wohl nicht einverstanden erklären, der von sich bekennt, er sei kein „Kämpfer“, der sich aber doch nichts weniger denn durch seine Jahre geschlichen hat.

Um es vorweg zu sagen: Sein Erinnerungsband steht in einer Reihe mit den vorliegenden aus den Federn von Joachim Petzold und Fritz Klein und wer sich mit den Geschichtsinstituten an der Akademie der Wissenschaften der DDR, jeder der drei gehörte einem anderen an, je befassen will und wird, wird an ihm nicht ohne Schaden vorbeikommen. Peters gehörte zwei volle Jahrzehnte zum Forscherstab des international hoch renommierten Kuczynski-Instituts für Wirtschaftsgeschichte und in ihm zum Kreis profilierter Fachleute, bis es 1991 der „Abwicklung“ verfiel.

Was diesen Band von jenen seiner näheren oder ferneren Fachkollegen unterscheidet, ist die Tatsache, dass sich sein Autor auf ein sorgsam angelegtes Privatarchiv stützen konnte, zu dem aus verschiedenen Zeiten nicht nur wie üblich Briefwechsel und amtliche Dokumente gehören, sondern auch subtile eigene Aufzeichnungen, in denen Gedanken zum Erlebten und Erfahrenen festgehalten wurden. Die zitiert er, ohne auf die eigene Person Rücksicht zu nehmen, ohne Fehlurteile und Fehlverhalten zu verbergen oder sie gar entschuldigend zu erklären oder zu kommentieren.

In Berlin geboren reiste er, dreijährig, mit seinen Eltern nach Charkow, wo sein Vater an einem Physikalischen Institut arbeiten kann. Dorthin ist die Familie den Nachstellungen der Faschisten, der Vater wurde 1931 Mitglied der KPD, die Mutter, eine auf dem Felde der Sozialfürsorge tätige Frau, arbeitete in Verbindung mit der Internationalen Arbeiterhilfe, entkommen, den politischen ebenso wie denen unter rassischen Vorwänden. Drei Jahre später, 1938, wird sie jedoch ohne Begründung aus dem „Vaterland der Werktätigen“ ausgewiesen. Sie kann sich zu Bekannten und Verwandten nach Schweden wenden. Stockholm wird ihr zweiter Zufluchtsort. Dort beginnt Jans Schulzeit. Und dort macht er sich leicht mit der Landessprache so bekannt, dass seine Fähigkeiten ihm und anderen noch viel nutzen werden.

Der Vater ist der erste, den es nach der Zerschlagung der Nazimacht nach Deutschland zurückzieht. Die Familienangehörigen folgen 1947. Während die Eltern in der Volksbildung an verantwortlichen Plätzen zu arbeiten beginnen, besucht der Sohn in Blankenfelde eine Oberschule im Aufbau. Und das werden seine Lebens- und Arbeitsstationen: Greifswald, wo er studiert und danach als Assistent am Historischen Institut seine wissenschaftliche Karriere beginnt. Die wird, nach politischen Querelen, zunächst unterbrochen. Er arbeitet als Journalist am Radiosender Berlin International für dessen nach Schweden gerichtetes Programm. Dann wechselt er in der Akademie der Wissenschaft, nicht jedoch in die Forschung, sondern in die Forschungsorganisation und -bürokratie. Dann nimmt er den Auftrag an, das DDR-Kulturzentrum in Stockholm zu leiten. 1970, acht Jahre sind es her, dass er die Greifswalder Universität verlassen hat, tritt er in das Kuczynski-Institut ein, zunächst mit der Hauptaufgabe, die angesehenen Jahrbücher für Wirtschaftsgeschichte herauszugeben, dann aber doch an einem Platz, an dem er sich ganz seinen Forschungsinteresse widmen kann.

Diese Aufzählung allein mag ein Bild davon geben, dass der Mann „etwas zu erzählen“ hat, der die Geschichte der DDR aus so verschiedenen Blickwinkeln erlebte und auch mitgestaltete. Dabei ist er seit dem Beginn der achtziger Jahre mit ihrem Weg mehr und mehr in inneren Konflikt geraten, hat sein politisches Engagement reduziert, wollte aus der Sozialistischen Partei, deren Mitglied er, war, austreten, hat es dann doch noch nicht getan, sondern erst, als er 1990 meinte, sie hätte sich bußfertig selbst zu liquidieren, – eine Meinung, von der er rückblickend sagt, sie sei wohl doch fragwürdig.

Peters entwickelte sich zu einem Experten auf dem Felde der frühneuzeitlichen Agrargeschichte. Der Gegenstand gab schon das Thema seiner in Greifswald angenommenen Dissertation und bei ihm er, nicht ohne Ausflüge und Abweichungen auf benachbarte Felder, geblieben, bis seine Kräfte erschöpft

waren. Und zudem hat er sich auf einem Gebiet einen Namen gemacht, dem der Exilforschung. Was lag für ihn gedanklich und emotional näher, als sich der Geschichte des Exillandes Schweden zuzuwenden. Das hieß, wie die Dinge im Kalten ideologischen Krieg lagen, denkt man an die Emigranten Karl Mewis, Herbert Warnke, Paul Verner, Richard Stahlmann und Herbert Wehner, ein heißes Eisen anfassen. Es dauerte bis die Resultate dieser Forschungen einem größeren Leserkreis zugänglich wurden. Das geschah, als Olof Palmes zu einem Staatsbesuch kam, dem das druckfrische Werk geschenkt wurde.

Der Teil des Buches, der dem Autor mit den Ehemaligen seiner Akademie-Kollegen wohl die stärksten Diskussionen beschert haben würde, betrifft seine Sicht auf den Untergang der DDR und diese Debatten hätten womöglich vor allem, das verwundert, die Vernachlässigung der Wirtschaftsgeschichte des ostdeutschen Staates betroffen zugunsten der Konzentration auf die politische und geistige Geschichte. Stoff zu einem Streit der Meinungen gäbe auch das Bild von den Antrieben, die zur Politik der „Abwicklung“ führten. In der subtilen Darstellung der Aktionen, die dem Kuczynski-Institut galten, richten sich die Scheinwerfer grell auf Personen, die auf eine Skala von den Gerechten und Vernünftigen, gar Mitfühlenden, bis zu den Hasserfüllten gesetzt sind. Da regiert viel Moral die Gedanken und verdirbt mitunter die Analyse.

Jan Peters sagt von sich, er habe Glück – er sagt es in noch helleren Tönen – gehabt, denn sein Weg führte ihn nach 1990 nicht auf Arbeitsämter oder zu seiner Qualifikation fernen Tätigkeiten. Seine wissenschaftliche Karriere setzte sich als Leiter einer gut dotierten Arbeitsstelle des Göttinger Max-Planck-Instituts fort und führte zu einer Berufung auf eine C4-Professur an der zur Universität erhobenen Potsdamer Hochschule. Hier hat er bis 1999 eine produktive Arbeitsgruppe junger Wissenschaftler formiert, die sich mit der „Erforschung der ostelbischen Gutsherrengesellschaft“ befasste. Schade, dass die Darstellung ihres Werdens, die Methodik ihres Leiters, seiner Sorgen in einer ihm fremden Welt wissenschaftlicher Organisation ausufernd die Neugier auf eine Schilderung der erzielten wissenschaftlichen Ergebnisse und Fortschritte unbefriedigt lässt. Wer sich da informieren will, wird auf die Fachliteratur verwiesen. Und dann ist da die unbeantwortete Frage, welchen Platz diese Forschungen im geistigen Leben in Brandenburg besetzten, dessen Geschichte doch, wenn auch nicht nur, Aufwand und Anstrengungen galten.

Damit ist bei weitem nicht angedeutet, was sich aus dieser letzten Hinterlassenschaft des Forschers gewinnen lässt. Dazu zählt die Bekanntschaft mit den Vorfahren des Autors, bildungsbürgerlichen Familien, deren „Vorstände“ Professoren an deutschen und ausländischen Universitäten waren, Astronomen und Mathematiker, zu denen ein Rechtsanwalt und Justizrat gehört und Inhaber von staatlichen und anderen Ehrungen. Sie besaßen einen weiten, teils namhaften Freundes- und Bekanntenkreis, aus dem viele, sei es nach Aktenbefunden, sei es aus Jan Peters persönlicher Kenntnis, warmherzig geschildert werden. So gehört das Werk in weiten Passagen auch in das im Aufwind befindliche Genre der Familiengeschichten. (2011)

Jan Peters, Menschen und Möglichkeiten. Ein Historikerleben in der DDR und anderen Traumländern, Franz Steiner Verlag. Stuttgart 2011, 559 S. (= Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 36)

Heute nicht, morgen doch

Rede anlässlich des 20jährigen Bestehens der Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung

Haus der Demokratie am 10. April 2012

Als die kleine Gruppe von Historikern 1992 das Büro des Rechtsanwalts verließ, in dem die Eintragung der „Faschismus-Gesellschaft“ in das Vereinsregister erledigt worden war, fragte sich wohl niemand, wie hoch die Lebenserwartung dieses Unternehmens sein werde. Auf zwei Jahrzehnte hätte kaum jemand, wäre ihm die Zahl in den Sinn gekommen, eine Westmark verwettet. Soweit wurde damals nicht vorausgedacht. Nun sind 20 Jahre seit diesem Tage vergangen und es wurde entschieden, ihn nicht unerwähnt vorübergehen zu lassen. Wie aber begeht man einen solchen Geburtstag? Mit der Aufzählung von Veranstaltungen und Tagungen und Publikationen? Mit der Würdigung der Verdienste seiner Mitglieder? Dem besonderen Dank an seine Aktivisten? Der Erinnerung an jene, die das Jubiläum nicht mehr mitfeiern können? Einem gewagten Blick in die Zukunft? Mit ermutigenden Rufen und durchdachten Anregungen zum Aushalten und Weitermachen?

Die Voraussetzungen und anderen Umstände, die zur Gründung dieser Gesellschaft führten, sind zu gut bekannt, als dass sie hier en detail in Erinnerung gerufen werden müssten. Vielleicht aber kann mit Nutzen über den Wandel nachgedacht werden, der sich in diesen zwei Jahrzehnten vollzogen hat, sofern er für Historiker, ihre Existenz und ihr Wirken Bedeutung und Gewicht besaß. Das betrifft die demographischen wie die historiographisch-literarischen Veränderungen. Das soll in Umrissen versucht werden.

In diesen zwei Jahrzehnten sind die Generationen, die sich an die Zeit der faschistischen Diktatur noch aus eigenem Erleben zu erinnern vermögen, auf einen Rest zusammengeschmolzen. Eben berichteten Zeitungen vom Tode Fritz Teppichs, des vermutlich letzten eben noch lebenden deutschen Teilnehmers am spanischen Bürgerkrieg. Mit dem Blick auf ihn wie auf alle hoch betagten Widerstandskämpfer hat der Ehrenvorsitzende der VVN, des Bundes der Antifaschisten, Kurt Goldstein, auch er ein Teilnehmer der Verteidigung der spanischen Republik, dem Rosemarie Schuder eine Biographie schrieb, vor Jahren einem Buch den Titel gegeben „*Nr. 58866: „Judenkönig“. Das Leben des Kurt Julius Goldstein.“ „Wir sind die Letzten – fragt uns“*, lautet der Titel der von Friedrich-Martin Balzer herausgegebenen Schriften des Interbrigadisten, Auschwitz- und Buchenwaldhäftlings. Die Zeitzeugen von Faschismus und Zweiten Weltkrieg gehen der deutschen Gesellschaft unweigerlich aus. Schon ist gefragt worden, was das für die Nachgeborenen und ihrem Umgang mit diesem Kapitel deutscher Geschichte bedeutet.

Nicht weniger wichtig ist ein in der Gesellschaft eingetretener Bewusstseinswandel. Auf Faschismus und Zweitem Weltkrieg folgte eine vier Jahrzehnte währende politisch-geographische, wirtschaftliche, staatliche und zunehmend auch geistige Spaltung. Bis 1990 waren die Langzeitauswirkungen der Naziherrschaft auch und vor allem durch die Existenz zweier Staaten noch alltäglich spürbar. Dann knüpften sich an das überraschend eingetretene Ende der Zweistaatlichkeit weithin Hoffnungen auf den Beginn eines ganz neuen Zeitalters. Mit den als Wende bezeichneten Ereignissen schien die Verfallszeit der Erfahrungen erreicht, welche Generationen zwischen 1933 und 1945 gesammelt hatten. Viele Deutsche fühlten sich nun definitiv von den Folgen jener zwölf Jahre befreit. Faschismus und Krieg waren Vorvergangenheit geworden, BRD und DDR als gesonderte Staaten und Gesellschaften galten ihnen als Vergangenheit. Gegenwart und Zukunft das waren Deutschland einig Vaterland Und dennoch: gerade die neunziger Jahre wurden zu einem Zeitraum besonders intensiver öffentlicher Beschäftigung mit dem „dunklen Kapitel“ deutscher Geschichte. Doch in deren Zentrum stand nicht die Frage, was sie den Nachgeborenen in den neuen Verhältnissen noch zu sagen habe. Es ging vielfach darum, sich von dieser Vergangenheit gleichsam ganz freizusprechen, der Nation von ihr ein Schlussbild zu gewinnen.

Insgesamt aber setzte sich nicht nur beim Blick in die deutsche Geschichte eine Auffassung durch, die meint, mit den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts sei im Fortgang des 21. nicht eben mehr viel

anzufangen. Ausgenommen und nicht überraschend wurde auf sie jedoch Bezug genommen, wenn das zur Rechtfertigung der eigenen Politik dienen konnte. In einiger Erinnerung ist die Anrufung von Auschwitz, als eine Begründung für die Teilnahme der Bundesrepublik am Krieg gegen Jugoslawien gesucht wurde. Und fortgesetzt wird an Auschwitz gemahnt, denn sich der Blick auf die Existenz und die Politik Israels richtet. Insgesamt aber setzte sich die Vorstellung, besser: die Einbildung durch, in einer ganz neuen Zeit zu leben. Bis die Geschichte selbst sie jüngst korrigierte und schmerzhaft daran erinnerte, dass die Deutschen dem Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft und den aus ihr hervorwachsenden Krisen nicht entkommen waren. Plötzlich war sie wieder da: die Erinnerung an 1929, hervorgerufen durch die in Europa in mehreren Ländern anwachsende Zahl der Arbeitslosen und Armen und vor allem durch den drohenden Bankrott von Staaten. Wie einst wurde nach Steuerungsmitteln der Weltwirtschaft, nach der Rolle von Staaten im Wirtschaftsleben gefragt. Kurzum: dieser fröhliche, optimistische Aufbruch in eine ganz neue Zeit und Ordnung hat einen oder mehrere Dämpfer erhalten. Es begann ein neues Nachdenken über die Gesellschaft, Vokabeln wie Kapitalismus, bis dahin eben noch in Kreisen der Linken benutzt, kamen wieder in breiteren Gebrauch. Wie lange das vorhalten wird, bleibt abzuwarten. Ein wenig ist der Gebrauchswert der Geschichte des 20. Jahrhunderts in manchen Kreisen, in einer Minderheit (es sind ohnehin immer Minderheiten, die sich mit Geschichte ernsthaft befassen) dadurch aufgewertet worden.

Der erwähnte demographische Wandel hat um die Geschichtswissenschaft und deren Personal keinen Bogen gemacht. Die erste Generation von Fachleuten, die sich mit der quellengestützten Erforschung der Geschichte von Faschismus und Zweitem Weltkrieg befasst hat, diese Beschäftigung setzte in Deutschland an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren ein, ist abgetreten. Viele ihrer verdienstvollen Angehörigen leben nicht mehr. Die lange Liste der Verstorbenen beginnt – inmitten der Zeiten der sogenannten Wende – 1989 mit dem Kölner Andreas Hillgruber und dem Münchener Martin Broszat und setzte sich fort mit Helmut Krausnick (1990), dem ältesten der Faschismusforscher, der 1938 promoviert hatte, Wolfgang Schumann (1991), Werner Jochmann (1994), Fritz Fischer (1999), Joachim Petzold (1999), Wolfgang Ruge (2006), Gerhart Hass (2009) und sie reicht 2011 bis zu Werner Bramke und Fritz Klein und 2012 zu dem Bremer Immanuel Geiss. In diese Reihe gehört noch der in Hamburg wirkende 1990 jung verstorbene Detlef Peukert.

Lang ist auch die Reihe der in den letzten beiden Jahrzehnten Emeritierten: Hans Adolf Jacobsen (Bonn), Ernst Nolte (FU Berlin), Karl Dietrich Bracher (Bonn), Wolfgang Schieder (Köln), Wolfram Fischer (FU Berlin), Eberhard Kolb (Köln), Reinhard Kühnl (Marburg), Eberhard Jäckel (Stuttgart), Hans Mommsen (Bochum), Helga Grebing (Bochum) die sämtlich noch Erinnerungen und mit ihnen Denkanstöße aus ihren Kindheits- und Jugendjahren an den Krieg besaßen. Deren älteste, geboren 1922, hatten der Wehrmacht angehört, wovon einige es bis zu den unteren Offiziersdienstgraden brachten und sich in Kriegsgefangenschaft befanden, während die Jüngeren beim Arbeitsdienst, Luftwaffenhelfer, Hitlerjungen gewesen waren. Es lassen sich diese beiden Gruppen, wenn man die westdeutsche im Auge hat, vereinfacht die Generation des Historikerstreits nennen, jener Kontroverse, die 1986/1987 ausgetragen wurde. In ihr hatten sie alle – gegen Nolte und wenige andere – darauf bestanden, dass die Ursachen für den Weg zum 30. Januar 1933 und 1. September 1939 in deutscher Geschichte ermittelt werden müssen, und sich folglich gegen den Export von Fragen aus der deutschen Geschichte gewandt.

Gegen manche Befürchtungen hat das Ab- und Zurücktreten dieser Gruppe von den Plätzen, auf denen sie auf den Gang der Historiographie über den Faschismus maßgeblich Einfluss nehmen konnte, nicht zu einer Verminderung des Forscherinteresses, des personellen und materiellen Aufwands geführt, die sich auf die Jahre der Naziherrschaft, deren Vorgeschichte und Folgen richteten. Das tat auch nicht die gleichzeitige Konzentration von Kräften auf das neu eröffnete Forschungsfeld, die Geschichte der DDR. Zwar lockte die plötzlich zugängliche Aktenmasse des untergegangenen Staates. Zwar wirkte das gesellschaftliche Interesse, das sich in vielfältiger vor allem staatlicher Förderung ausdrückte. Doch stand dem das Wissen entgegen, dass, wer sich auf Gegenstände und Themen aus der Geschichte der DDR einließ, auf die Erwartungen des antisozialistischen Mainstreams und dessen Vokabular

(„SED-Diktatur“, „zweite deutsche Diktatur“, „Unrechtsstaat“, neuerdings „der sowjetische Kasernenstaat DDR“) stieß und sich dem schlecht und nur unter Strafe entziehen konnte.

Wer den Katalog der Staatsbibliothek unter dem Stichwort Deutsche Demokratische Republik befragt, stößt sei dem Erscheinungsjahr 1990 auf mehr als 3500 Veröffentlichungen. Wer unter dem Begriff Nationalsozialismus fahndet, erhält mehr als 7000 Titel genannt, die zum Bestand gehören. Die Faschismusforschung hat, jedenfalls was ihre Produktion angeht, den ersten Platz behauptet, den sie in den beiden deutschen Staaten schon besetzt hielt. Eine zweite und dritte Generation von Forschern hat sich der Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 und ihrer Vorgeschichte mit Fleiß zugewandt hat und das begonnene Werk fortgesetzt. Dabei lassen sich in der Wahl der Gegenstände und Themen Kontinuität und Wandel feststellen.

Zum einen hat sich die Fragestellung um die beiden Begriffe Täter und Opfer entwickelt, so dass inzwischen auch von Täterforschung geschrieben wird. Diese Perspektive ist in der Sache nicht neu, die ersten, die sie einnahmen, waren die Juristen der internationalen und nationalen Gerichtshöfe, aber neu ist doch die Intensität, mit der sich Forscher auf sie eingelassen haben. In den letzten beiden Jahrzehnten konzentrierte sich die Forschung auf Tätergruppen, was freilich vor dem auch schon geschehen war, und auf deren Einsatzgebiete und mörderische Wege. Jedoch hat der Zugang zu Archiven in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion diese Forschungen auf neuem Quellenniveau ermöglicht. Diese Arbeit stößt in einigen Ländern auf massive staatliche und andere Hindernisse zumal dann, wenn sie die Kollaboration einbegreift. Unlängst wurde darüber aus der Ukraine berichtet, wo die Aufklärung über die Rolle Stepan Banderas, der zum Helden der Ukraine stilisiert wurde, massiv behindert wird.

Die Täterforschung richtete sich auch auf Gruppen wie auf Einzelpersonen, darunter vor allem herausragender Nazifunktionäre und Schreibtischmörder. Untersucht wurde das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes. Mehrere Autoren schrieben Biographien Reinhard Heydrichs. 1996 und 2004 kamen Biographien von Heinrich Müller (Gestapo-Müller) auf den Büchermarkt,[1] 1989 und 2006 über den Generalgouverneur Hans Frank. Auch Führer aus den zweiten und dritten Reihen fanden Biographen, so SS-Standartenführer Karl Jäger, der zeitweilig ein Einsatzkommando der Judenmörder kommandiert hatte. Soeben wurde eine Monographie über Standartenführer Walther Rauff vorgelegt, der als Chef des technischen Amtes im RSHA unter anderem für die Entwicklung der Gaswagen zuständig war.

Eine andere Forschungsrichtung richtete sich auf die Opfer, wobei weniger die Biographien Ermordeter Aufmerksamkeit fanden als die Stätten ihrer Gefangenschaft ihrer Leiden und ihres Sterbens und der Umgang mit diesen Orten nach Kriegsende. Doch gibt es Ausnahmen: mehrfach wurde das Lebensbild von Georg Elser nachgezeichnet. Weiter angewachsen ist die Zahl der biografischen Porträts von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Bahnbrechend war jedoch die von Wolfgang Benz und Barbara Distel herausgegebene Reihe, deren Beiträge diese Lager in toto erfasst und deren Geschichte in Abrissen darstellt. Ähnlich haben sich Forscher den Gruppen von Opfern – Juden, Sinti und Roma – in Städten und ganzen Regionen zugewandt oder auch den Angehörigen besonderen Strafeinheiten und den Insassen der verschiedensten Strafanstalten. Alle diese Forschungen haben den Faschismus an der Macht als terroristisches Regime plastischer noch hervortreten lassen. Dadurch, dass dem Geschehen konkrete, lokalisierte Bilder hinzugefügt wurden, erschlossen sich für Gedenkpolitik und Geschichtspädagogik neue Möglichkeiten.

Das ist auch ein Resultat der Hinwendung der Forschung zur Geschichte einzelner Institutionen und Organisationen wie Krankenanstalten, Schauspielhäusern, Orchestern, wirtschaftlichen Unternehmungen wie Industriebetrieben, Banken, Versicherungen u. a., auch von Vereinen wie etwa dem Fußball-Club Bayern. Dabei richtet sich das Augenmerk wie im Fall dieses Clubs auf die Haltung zu ihren jüdischen Mitgliedern und deren Verfolgung. Es scheint zur Reputationspolitik all dieser Institutionen, Organisationen und Vereinigungen zu gehören, die „dunklen Punkte“ ihrer Vergangenheit vorgewiesen und damit ihre Geschichte „bewältigt“ zu haben. Individuelle Hindernisse dagegen existieren meist nicht mehr. Die handelnden Personen, soweit sie beim Namen und mit ihrem jeweiligen

Anteil genannt werden, deckt der Rasen. Nur manchmal noch melden sich Nachfahren, die sich um den Ehrenschild der Familie sorgen. So auch geschehen während der Entstehung des Filmes über den Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der in diesem Jahr in die Kinos kommen wird.

Was ist in diesen zwei Jahrzehnten auf den Büchermarkt und in die wissenschaftlichen Bibliotheken gelangt, von dem sich sagen ließe, es wird in dem Sinne einen Bestand haben, dass künftig, noch in Jahrzehnten Fachleute und interessierte Laien auf sie zugreifen werden? Das gilt stets nur für einen beschränkten Teil der wissenschaftlichen Produktion. Dazu zählt mit Gewissheit die nach Jahrzehnten dauernder Arbeit abgeschlossene Ausgabe von „Das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg“, die vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr herausgeben wurde. Des Weiteren die Serie „Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“, die 2005 zu erscheinen begann. In diese Reihe gehört, wenn auch wie die Literatur der DDR insgesamt meist totgeschwiegen, die Serie „Europa unterm Hakenkreuz“, die mit Hilfe des Bundesarchivs über das Jahr 1990 hinaus fortgesetzt und abgeschlossen werden konnte, was neben den Verdiensten der beteiligten Autoren vor allem dem Einsatz von Werner Röhr zu danken ist. Unter den bedeutenden Monographien hat der britische Autor Ian Kershaw deutschen Forschern und Unternehmen mit seiner zweibändigen Hitler-Biographie Hitlers und dem Band „Das Ende“ mit Sicherheit den ersten Rang abgelaufen. Es fällt schwer, diesen Publikationen weitere des gleichen Genres an die Seite zu stellen.

Die Durchmusterung des Vorliegenden lässt zugleich Lücken erkennen. Es fehlt eine international beachtete und verbreitete Arbeit, die „Europas Weg in den Zweiten Weltkrieg“ nachzeichnen würde. Darauf gerichtete Fragestellungen wirken eher kurios wie der Titel einer inzwischen auch als Buch erschienenen Dissertation, die an der Münchener Universität 2008 angenommen wurde, der lautet „Der Weg in den Krieg 1938/1939. Quellenkritische Studien zu den Tagebüchern von Joseph Goebbels„. Über das wissenschaftliche Interesse und die aktuell-politische Bedeutung eines seriösen Unternehmens können zwei Meinungen nicht konkurrieren. Also lässt sich fragen, woher diese „Lücke“ rührt. Vielleicht findet sich eine Antwort darauf auf jenem sumpfigen Feld der Politik, auf dem der Gedanke geboren wurde, den 23. August in Erinnerung an diesen Tag des Jahres 1939 zu einem besonderen europäischen Gedenktag zu machen. Ein solche Monographie würde den Umschriften eine Barriere sein, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts derzeit erfährt und die darauf zielen, die Schuld am Zweiten Weltkrieg zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR, zwischen Hitler und Stalin zu teilen, was übrigens bedeutet, Hitler und die deutschen Imperialisten zu bestehlen. Jede seriöse Vorkriegsgeschichte würde nicht 1939 einsetzen können und müsste die Außenpolitik und Diplomatie nicht nur Frankreichs und Großbritanniens und der USA, sondern auch die von Mittel- und Kleinstaaten wie Polen und Rumänien ins Visier nehmen. Es wäre das ein Beitrag zur Betrachtung der Geschichte unter dem Gesichtspunkt ihrer Alternativen.

Insgesamt fällt auf, dass die Jahre des Krieges durch Forscher stärkere Beachtung gefunden haben als der Vor-Krieg. Bei dieser Beschäftigung hat sich das forschende Augenmerk wiederholt auch auf Fragen gerichtet, die – nicht zuletzt wegen der Quellenlage – einen weiten Raum für Deutungen zulassen. Sie betreffen das Verhältnis der Deutschen zu den Machthabern und ihr praktisches Verhalten im Alltag des Regimes. Letztlich mündet das Forschen auf diesem, Gebiet immer wieder in die Fragen: Warum dauerte es bis zum 8. Mai 1945 und warum war der Beitrag der Deutschen zu ihrer Befreiung so minimal.

Auch auf diesem Feld stand wiederum der große Gegenstand Judenverfolgung, -deportation und -mord im Vordergrund. Warum haben Millionen Deutsche auch da mitgemacht oder zumindest hingenommen, was unter Beteiligung eines erheblichen Teils der Bevölkerung geschah? Strittig war schon, was sie von dem mörderischen Geschehen gewusst haben. Die heute gefundene und akzeptierte Antwort lautet: mehr als die Zeitgenossen zugeben wollten und übergenug, um sich abzuwenden oder zu empören.

Doch ist das Verhältnis der Massen zum Antisemitismus mit dem Hakenkreuz, der Ideologie wie der Praxis nur ein Problem aus dem umfassenderen Thema, das Gefolgschaft und Gefolgstreue bilden. Hier ist Götz Aly wiederholt Aufmerksamkeit erheischend und erregend mit vulgärmaterialistischen

Erklärungen hervorgetreten, die zugleich den Faschismus als eine Bewegung im Interesse und mit Nutzen für die Massen vorführen. Diese Deutung bedient zwar sehr verschiedene, darunter gegensätzliche politische Interessen bis hin zu den sogenannten Antideutschen, für das Aufhellung des Phänomens „Führer befiehl, wir folgen Dir“ ist damit jedoch nichts gewonnen. Die Aufmerksamkeit, die diese Publikationen dennoch in der bürgerlichen Presse fanden, besitzt einen einfachen Grund. Wenn es um Verantwortung und Schuld in der Geschichte geht, ist mit Vorzug von den Massen die Rede, nicht oder weniger von den Eliten, namentlich von jenen, die in der Wirtschaft planten, leiteten und befehligten.

Das sieht in der Geschichtsforschung nicht anders aus. Unter den letzten 100 Neueinstellungen in die Staatsbibliothek gibt es unter dem Stichwort „Nationalsozialismus“ zwei Titel zur Wirtschaftsgeschichte. Es sind dies die Dissertation, angenommen an der Universität Leipzig mit dem Titel „Die See- und Küstenfischerei Mecklenburgs und Vorpommerns 1918-1960. Traditionelles Gewerbe unter ökonomischem und politischem Wandlungsdruck“. Die andere stammt aus der Feder von Karl Heinz Roth und hat „Reemtsma auf der Krim“ zum Thema. Die Monographie von Dietrich Eichholtz über Erdöl für den Krieg, im Kriege und als Kriegsziel ist in den Katalog noch nicht eingestellt.

Zweimal sind in den letzten zwanzig Jahren Geschehnisse innerhalb der Historikerzunft über deren Bezirk weit hinausgetreten und haben beachtenswerte Kreise der Gesellschaft beschäftigt. Und beide Male ging es um die Gefolgschaftsfrage. Der erste Auslöser war das Erscheinen des Buches eines US-amerikanischen Soziologen. Daniel J. Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ auf dem deutschen Büchermarkt, auf dem es mit einem außerordentlichen Reklameaufwand platziert wurde, betraf die Verantwortung und Schuld der Deutschen für das millionenfache Judenmorden. Das Buch warf lange gestellte Fragen wieder auf, die diesmal aber Gegenstand der Debatten in der Öffentlichkeit wurden. Das war ein Verdienst, unabhängig von der Tatsache, dass die Antworten des Verfassers konstruiert waren, und – sieht man von Spezialisten ab – heute zu Recht vergessen sind. Während die „Goldhagen-Debatte“ wohl hauptsächlich die sogenannten gebildeten Schichten erfasste, war der Wirkungsradius der sogenannten Wehrmachtsausstellung grösser. Sie löste einen Streit aus, der mit wenig qualifizierten Argumenten bis in zentrale und lokale Parlamente ausgetragen wurde. Mit diesen Debatten erreichte die Auseinandersetzung über die „Täter“ jedenfalls in der Öffentlichkeit ihren Höhepunkt. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Sie kam mit der Neuausrichtung der Scheinwerfer, diesmal auf die Opfer.

Es begann mit Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“ und fand seine Fortsetzung in den Film- und Fernsehproduktionen „Die Flucht“, „Die Gustloff„ „Der Untergang“ und „Dresden“. Was in den heutigen Generationen der Nachgeborenen von diesen beiden Perspektiven – der auf die Täter und der auf die Opfer – als Geschichtsbewusstsein existiert, sozusagen in den Köpfen angelangt ist, lässt sich durch Befragungen nicht sicher ermitteln. Doch ist darauf zu vertrauen, dass Situationen das künftig an den Tag bringen werden.

Wünschenswert wäre freilich eine sowohl die Resultate der Forschung wie die Streitfragen berücksichtigende Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945, die sich an einen breiten Leserkreis wendet. Davon ist lange nichts auf den Markt gelangt. Jetzt hat ein Verlag eine „Geschichte des Dritten Reiches“ für den Mai 2012 angekündigt. Ihr Autor ist der Bonner Emeritus Klaus Hildebrand. Angekündigt ist der Autor mit einem früheren Lob von Andreas Hillgruber, beide der konservativen Gruppe der BRD-Historiker zuzuzählen, es lautet Triumph der Sachlichkeit“. Die Buchaufmachung lässt auf eine zertrümmerte Stadtlandschaft blicken.

Das ist in groben Strichen und aus einer subjektiven Sicht das Umfeld, in dem sich die 20 Jahre Geschichte unserer Gesellschaft ereigneten, die ein „Kind der Wende“ oder der „Erneuerung der ostdeutschen Wissenschaft“ war oder wie die Bezeichnungen für das Jahr 1990 samt dessen Folgen immer gewählt sein mögen. Diese Gesellschaft war bald mehr war als ein Traditionsverein einstiger DDR-Niki, wenn diese ihre Rolle auch gar nicht bestritten werden soll. Der Zusammenschluss galt den Beginnern als ihr Zeichen für den Entschluss zum Weitermachen in ihrem Beruf. Er drückte den Entschluss aus, sich aus der Historiographie forschend und publizierend nicht vollständig verdrängen

zu lassen und damit eine Absicht zu durchkreuzen, Dazu bedurfte es zunächst der kritischen Selbstverständigung über die eigene bis dahin geleistete Arbeit und über die Wandlungen in der Geschichtsschreibung im nun größeren gemeinsamen Deutschland. In dieser Gesellschaft wurde der Vorsatz bestärkt, sich zu behaupten, trotz aller Ignoranz und Herabsetzung und der vielen materiellen Widrigkeiten.

Doch, und das war ein früh erworbenes Verdienst: diese Gesellschaft kapselte sich nicht ab, sie hat über den ursprünglichen Gründerkreis neue Mitglieder und Sympathisanten gewinnen können und sie wurde – das ist eine ihrer besten Seiten – auch ein Forum, auf dem jüngere Historiker, sogenannte Nachwuchswissenschaftler, ihre Ergebnisse vortragen konnten und ein sachkundiges Publikum fanden, das frei von Konkurrenzrückhalten und Bedürfnissen der Selbstdarstellung diskutierte und wenn notwendig stritt.

Immer wieder haben aber auch renommierte Historiker aus dem In- und selbst aus dem Ausland hier ihre Forschungsergebnisse referiert. Eine Zeit lang, das ist ein Verdienst, zu dem es ohne die Zähigkeit Werner Röhrs nicht gekommen wäre, ging das mit der gedruckten Publikation von Vorträgen im Bulletin einher. Dann war das nicht mehr zu finanzieren und es haben sich Spezialisten der moderneren Technik der Bekanntmachung der Arbeit der Gesellschaft und ihrer Mitglieder im Internet angenommen. Jeder, diese zwei Jahrzehnte dabei gewesen ist, wird eine persönliche Bilanz ziehen können, was er in diesem Kreis gewonnen hat, vortragend, aufnehmend, debattierend.

Diese Gesellschaft war und ist in der Historiographie dieses Landes eine Randerscheinung. Ihre Reichweite ist durch vielerlei Umstände und Einflüsse begrenzt. Zu ihrem Haben gehört aber eine ansehnliche Produktion von Publikationen ihrer Mitglieder (es würde sich lohnen, eine Zusammenstellung der Gesamtproduktion bekanntzumachen), für die drei hier genannt werden sollen, auch um die Spannweite von Interessen und Forschungen wenigstens anzudeuten; Susanne Willems „Der entsiedelte Jude“ von 2000, die Monographie über den jüdischen Bankier Siegfried Bieber von Erika Schwarz und Manfred Weißbeckers Aufsatzsammlung unter dem Haupttitel „Das Firmenschild: Nationaler Sozialismus“, beide von 2011.

Dass wir bis hierhergekommen sind, danken wir einer Anzahl von Aktivisten, ohne deren planende und organisierende Tätigkeit es weder die monatlichen Zusammenkünfte noch die gelegentlichen Konferenzen, veranstaltet mit Partnern, und die daraus hervorgegangenen Publikationen gegeben hätte. Der Dank richtet sich an die „Ehemaligen“, von denen Werner Röhr, Brigitte Berlekamp, Dietrich Eichholtz und Florian Schmaltz genannt seien und aktuell an die Mitglieder des gegenwärtigen Vorstands Martin Seckendorf, Susanne Willems, Heinz Harms, Klaus Wlojnar und Werner Fischer.

Wir gehen über diese ein wenig besondere Jahresschwelle und haben uns, ohne dass hier Pläne entworfen werden sollen, zwei Grundtatsachen in der Entwicklung des Hauptstroms der deutschen Geschichtswissenschaft zu stellen: Erstens der auf das Jahr 1990 folgenden Renaissance der Totalitarismus-Dogmas und seines Eindringens in die Betrachtung und Deutung der europäischen Geschichte. Und zweitens und damit einhergehend dem Versuch, die Geschichte des 20. Jahrhunderts umzuschreiben in die Geschichte der Überwindung von zwei Diktaturen und als ein Weg in die Freiheit einer Gesellschaft, die nur noch hier und da Verbesserungen verträgt, im Ganzen aber den Demokraten gelungen ist.

So wenig wie 1992 werden wir uns auf eine Lebensdauer dieser „Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung“ festlegen. Doch wir werden ein wenig weitermachen. Und uns, sollten uns dabei Zweifel anfechten, der Anekdote erinnern, die Peter Hacks erzählt. Da wird einem Zweifler, der auf die Fruchtlosigkeit aller Bemühungen verweist, geantwortet wird: Heute nicht, morgen doch.

Die Wannsee-Konferenz: Forschungsstand und Wissensniveau

Der 70. Jahrestag der von Reinhard Heydrich einberufenen Konferenz der Staatssekretäre und SS-Führer, die sich mit der „Endlösung der Judenfrage“ befasste und dazu der 50. Jahrestag der Vollstreckung der Todesstrafe an Adolf Eichmann haben erneut Aufmerksamkeit auf die Geschichte und den Stand von Forschung und Wissen über die unter dem Begriff „Holocaust“ erfassten Verbrechen gerichtet. Da ist auch gefragt worden, was davon hierzulande inzwischen zum geschichtlichen Allgemeinwissen gehört.

Seit der Entdeckung der Niederschrift über die so genannte Wannseekonferenz, die am 20. Januar 1942 stattfand, vergingen etwa vier Jahrzehnte, bis sich Historiker und eine sehr begrenzte historisch interessierte Öffentlichkeit dem Ereignis zuwandte. So etwas wie ein Vorläufer des dann einsetzenden Interesses war eine Ausstellung, die anlässlich des 40. Jahrestages des Treffens im westdeutschen Oberhausen stattfand. Zu der erschien ein Begleitheft, herausgegeben vom Kulturamt der Stadt und der Internationalen Kommission zur wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges mit Sitz in Luxemburg, Dessen Autoren suchten die Zusammenkunft in die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden einzuordnen. Darin wurde erklärt, dass die Führung der faschistischen Partei unter Hitler bereits vor 1933 den Entschluss zur „Endlösung der Judenfrage“ gefasst habe und im Winter 1941/1942 den Zeitpunkt für gekommen ansah, das Verbrechen zu beginnen, dessen Ursache und Antrieb Hass gewesen sei.[1] Keine dieser Thesen, denen damals schon andere Interpretationen entgegenstanden, hat vor weiteren Forschungen Bestand bewiesen. Das Verdienst blieb den Initiatoren dennoch. Die fertigten zudem eine Liste der Forscher, die sich um den Gegenstand und seine Aufklärung besonderes Verdienst erworben hatten. Da figurierten die Deutschen Eugen Kogon (1903-1987) und Robert M. W. Kempner (1899-1993) neben dem Schweizer Walter Hofer (1920-[2013]), der Franzose Léon Poliakov (1910-1997) und der in Paris lehrende Georges Wellers (1905-1991) neben dem Briten Gerald Reitlinger. (1926-1978). Andere namhafte Forscher fehlten in dieser Reihe, vor allem Raul Hilberg (1926-2007), aber auch Martin Broszat (1926-1989), Uwe D. Adam, und Lucy S. Dawidowicz. Das wies auf Separierungen, wenn nicht auf Fronten, die es auf dem schwierigen Forschungsfeld gab. Heute existieren sie innerhalb der Zunft nicht mehr, wohl aber gegenüber den Scharlatanen, die sich nach wie vor in der „Holocaust-Leugnung“ versuchen.[2]

Fünf Jahre später, 1987, hat die in Sachen Geschichte rührige Evangelische Akademie in Mühlheim/Ruhr wiederum aus Anlass des Tages der Konferenz von 1942 eine Tagung veranstaltet.[3] Beide Male gab Wolfgang Scheffler (1929-2008), Gutachter in mehreren Prozessen, in denen am Massenmorden Beteiligte angeklagt wurden, die Einleitung. In Mühlheim warf Heiner Lichtenstein (1932-2010) bereits einen Blick auf die Rolle von Heer, Luftwaffe und Marine bei der Verwirklichung des Vernichtungsprogramms.

Erst 1992 und nach langen in Berlin unternommenen Anstrengungen änderte sich die Situation dadurch, dass am Orte des Treffens, in der Villa am Wannsee eine Gedenkstätte eingerichtet wurde[4], die heute mit dem Informationszentrum beim Denkmal nahe dem Brandenburger Tor, der Synagoge in der Oranienburger Straße, dem Jüdischen Museum und der Topographie des Terrors zu den Orten in der Bundeshauptstadt gehört, die Auskunft über den „Holocaust“ geben.

---

1 Auschwitz: Mahnung u. Verpflichtung; Gedenkausstellung zum 40. Jahrestag d. sog. Wannsee-Konferenz; Katalog: Gedenkschrift zum 40. Jahrestag d. „Endlösung d. Judenfrage“. Oberhausen 1982. S. a. Gerhard Schoenberner, Berlin 2006, Norbert Kampe, Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden: Katalog der ständigen Ausstellung, Berlin: Haus der Wannsee-Konferenz, 2006 und Michael Haupt, Das Haus der Wannsee-Konferenz: von der Industriellenvilla zur Gedenkstätte. Berlin: Haus der Wannsee-Konferenz, Gedenk- und Bildungsstätte, 2009.

2 Eine speziell dem Thema der Konferenz geltende Schrift legte 1988 der mehrfach ohne Bewährung einschlägig bestrafte Verleger und Publizist Udo Valendy (1927-[2022]) vor.

3 Die Organisation des Judenmordes auf der Wannseekonferenz 1942: Tagung Am 20.-21. Januar 1987 in der Evang. Akad. Mühlheim/Ruhr. Tagungsleitung: Hans-Joachim Barkenings, Mühlheim/Ruhr 1987.

4 Erinnern für die Zukunft. Haus der Wannsee-Konferenz 20. Januar 1942-20. Januar 1992; Ansprachen und Vorträge zur Eröffnung der Gedenkstätte Hrsg. Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin, 1992.

Seit 1992 sind auch eine Anzahl von Untersuchungen auf den Buchmarkt gelangt, die sich speziell der Konferenz widmeten, so u. a. von Kurt Pätzold und Erika Schwarz[5], Peter Klein[6], Peter Longerich[7] und Mark Roseman[8]. Durch sie und weitere Veröffentlichungen[9] ist in den letzten beiden Jahrzehnten erreicht worden, dass der Legende vom Beschluss über den „Holocaust“, der am Wannsee gefasst worden sein soll, und die unausrottbar zu sein schien, doch der Garaus gemacht wurde. Wer sich mit dem Thema befasst, weiß, dass im Jahre 1941 die Politik der Ausrottung begann. Eröffnet mit dem Morden der Einsatzgruppen auf dem Territorium der UdSSR und im eroberten Polen in Kulmhof (Chełmno) nahe Łódź, wo ein stationäres Sonderkommando Juden umbrachte, indem sie in den Aufbauten eines Lastwagens erstickt wurden, in das die Motorabgase geleitet wurden. Jedenfalls die Tätigkeit der Einsatzgruppen musste den Staatsfunktionären durch Heydrich nicht eröffnet werden. Sie alle besaßen hinreichend Informationsmittel, so dass unterstellt werden kann, dass sie über die Verbrechen; wenn auch nicht in deren vollem Umfang, informiert waren, als sie zu der Besprechung eintrafen.

Nun, nach den Jahrestagen hat im Berliner Brecht-Literaturhaus eine Gruppe, die an der Verbreitung des Wissens über die Konferenz auf verschiedene Weise, beteiligt ist, nach den Resultaten ihrer und anderer Arbeit gefragt. Zu ihr gehört der nach einem Drehbuch von Paul Mommertz (* 1930) 1984 entstandene und gesendete Fernsehfilm, der vier Jahre später eine Bühnenfassung erhielt und am Wiener Volkstheater aufgeführt wurde. Später hat es Peter Sodann (1936[-2024]) im Halleschen „neuen theater“ gezeigt. 2001 folgte ein britisch-US-amerikanischer Fernsehfilm (Originaltitel: Conspiracy), an dessen Ende der weitere Lebensweg der Teilnehmer mitgeteilt wurde, von denen da keiner mehr am Leben war. 2012 hat Christian Tietz (* 1965) am historischen Ort mit 15 jungen Historikern die Wannsee-Konferenz „aufgeführt“, gestützt auf die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse über die Biografien ihrer Teilnehmer.

Im Schulgeschichtsbuch, dass in den DDR-Schulen in der Klasse 9 benutzt wurde, hieß es über die Konferenz: „Dort wurde ... ein konkreter Plan zum Massenmord, zur gewaltsamen Vernichtung von mehr als 10 Millionen europäische Juden, beraten und in Kraft gesetzt.“ Das Verbrechen wird hier in Beziehung zu den Kriegszielen und Vertreibungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegen die Bürger der UdSSR, Polens und gegen die Tschechen in Beziehung gesetzt. Im zuerst 1997 bei Westermann erschienen Schulgeschichtsbuch „Das 20. Jahrhundert“ wird mitgeteilt, das am Wannsee „Spitzenvertreter der Reichsbehörden“ zusammenkamen, um die „Endlösung der Judenfrage vorzubereiten“. Dort heißt es, dass darauf Vernichtungslager in „entlegenen Gebieten Polens“ errichtet wurden, was sich für Auschwitz schwerlich sagen lässt. Im Lehrbuch von C. C. Buchner, Erstausgabe 2000, „Weimarer Republik und NS-Staat wird geschrieben, dass am Wannsee die „praktische Durchführung“ der „Endlösung“ besprochen und im „so genannten Wannsee-Protokoll festgehalten wurde“. Im ebenfalls bei Buchner erschienenen Lehrbuch „Das 20. Jahrhundert, zuerst 2002, gibt es einen mit „Die Wannsee-Konferenz“ überschriebenen Abschnitt. Dort wird nach der Mitteilung, Hitler habe die zentrale Entscheidung am 12. Dezember 1942 getroffen, geschrieben, ihr Gegenstand sei „die praktische Durchführung der Endlösung“ gewesen. In Diesterwegs „Expedition Geschichte“ von 2006, bestimmt für die 8. Klassen der Mittelschulen Sachsens heißt es, dass am Wannsee über die „Endlösung der Judenfrage“ beraten worden sei. Im ebenfalls bei Diesterweg erschienenen Band für die Oberstufe „Grundzüge der Universalgeschichte – Vom Absolutismus bis zur Gegenwart“ von 1996 wird mitge-

---

5 Tagesordnung: Judenmord: die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942; eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, Berlin 1992.

6 Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942: Analyse und Dokumentation, Berlin, 1995.

7 Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942: Planung und Beginn des Genozids an den europäischen Juden; öffentlicher Vortrag im Haus der Wannsee-Konferenz am 19. Januar 1998; ergänzt durch eine kommentierte Auswahlbibliographie zur Wannsee-Konferenz und dem Beginn des Völkermords an den europäischen Juden; mit einem Faksimile des Konferenz-Protokolls, Berlin 1998.

8 The Wannsee Conference and the final solution: a reconsideration New York 2002, im gleichen Jahr erschien eine deutsche Ausgabe.

9 Keine deutschen Ausgaben liegen vor von Christian Gerlach, Sur la Conference de Wannsee, Paris 1990 und von Steven Leher, Wannsee House and the Holocaust, Jeffersen NC 2000.

teilt, die Konferenz habe der „Koordination“ der Ausrottungsmaßnahmen gedient. Cornelsens Lehrbuch für die Oberstufe, Ausgabe von 1996 ordnet die Konferenz einem „Rassenkrieg nach außen und innen“ zu, zitiert Passagen der Niederschrift wörtlich und kommentiert, am Wannsee sei eine „Festlegung des Vernichtungsplans“ erfolgt. In keinem der Bücher wird erwähnt, dass es am Wannsee wesentlich um die exaktere Abgrenzung der Gruppe ging, die vernichtet werden sollte, als insbesondere die Unterscheidung zwischen den zur Ausrottung bestimmten Juden und den Halbjuden usw. und dort auch die „Vernichtung durch Arbeit“ angekündigt wurde.

Die Beschäftigung mit der Wannseekonferenz richtete sich lange vor allem auf die Frage, welchen Platz sie in der Genesis des „Holocaust“ einnahm. Ohne dass es darüber zu einer einheitlichen Auffassung gekommen wäre, ist es den Forschern doch gelungen, die zählebige Legende weitgehend zu erledigen, wonach am Wannsee die Judenausrottung „beschlossen“ worden sei. Doch das Ereignis dieses Januartages führt zu weiteren Fragen, so nach dem Platz des Massenmordens in der Politik der faschistischen Machthaber. Die Antworten fallen je nach Verständnis des Charakters und der Ziele des Regimes mit dem Hakenkreuz unterschiedlich aus. Das bietet Stoff für Kontroversen. Wer das Verbrechen im Zentrum von Interessen und Zielen der Faschistenführer glaubt und sie eine „Neuordnung des europäischen Kontinents „nach rassistischen Kriterien“ anstreben lässt[10], urteilt anders, als jene, die es der in ihrem Wesen imperialistischen Kriegszielpolitik zuordnen, ohne deshalb die beispiellose Untat zu einer bloßen Funktion dieser Politik herabzustufen.

[10] So zitiert bei Longerich, a. a. O., S. 42. An gleicher Stelle schrieb der Historiker von der „Hegemonie des Rassismus“ (S. 42), nennt dann die Vernichtungspolitik auch einen „integralen Bestandteil nationalsozialistischer Kriegspolitik und einen Hauptfaktor neben anderen (S. 43).

Die Zerstörung Lübecks und die Debatte über die deutschen Opfer

Am Palmsonntag, dem 29. März 1942, konnten die Deutschen am Ende des täglichen offiziellen Berichts des Oberkommandos der Wehrmacht folgende drei Sätze lesen: „Britische Bomber griffen in der letzten Nacht einige Orte im norddeutschen Küstengebiet an, vor allem die Stadt Lübeck. Die Zivilbevölkerung hatte einige Verluste. Nachtjäger, Flakartillerie und Marineartillerie schossen zwölf der angreifenden Bomber ab.“ Trotz der Absicht, das tatsächliche Geschehen zu verheimlichen, sprach sich weit über die Umgebung der Stadt hinaus herum, was in der Nacht geschehen war. Im Bericht des Reichssicherheitshauptamtes, den sogenannten „Meldungen aus dem Reich“ hieß es am 30. März noch: „Die vermehrte Tätigkeit der feindlichen Luftstreitkräfte über dem Reichsgebiet hat in weiten Kreisen die Meinung aufkommen lassen, dass mit der zunehmenden Besserung der Witterungsverhältnisse sich die Luftangriffe steigern werden.“ (10, 3544) Im folgenden Bericht mit dem Datum des 2. April 1942 wurden die Informanten dann deutlicher: „Der Luftangriff auf die Stadt Lübeck hat große Bestürzung ausgelöst und gab zu den verschiedensten Gerüchten über ‚bisher noch nie dagewesene ungeheure Verluste“ unter der Zivilbevölkerung Anlass. Man frage sich, wie ein derartiger Angriff überhaupt möglich und wo die deutsche Abwehr gewesen sei.“ Und nachdem berichtet wurde, dass die Bevölkerung Vergeltungsschläge verlange, wurde abschließend geschrieben: „Mit großer Besorgnis sieht die Bevölkerung in allen Teilen des Reiches dem kommenden Sommer entgegen, da man annimmt, dass dieser Angriff auf Lübeck nur der Anfang von weiteren planmäßigen Bombardierungen anderer Reichsstädte sei.“ (10, 3567) Diese Vermutung war richtig, nur folgte die Luftattacken ähnlichen Charakters früher. Schon im April traf eine Serie von Angriffen auf Rostock.

Die Ereignisse jener Nacht in der Hansestadt sind mehrfach beschrieben worden, soweit sich nicht im wahrsten Wortsinn unbeschreiblich waren. Auch die Bilanz des Angriffs, mit dem die strategische Luftoffensive der britischen und US-amerikanischen Luftflotten gegen Deutschland begann, ist bekannt. An deren Spitze steht die Tötung von mehr als 300 Bewohnern der Stadt, die totale oder Teilzerstörung von mehr als 100 Gebäuden, zu denen die Petri-, die Marienkirche und der Dom gehörten, und die Obdachlosigkeit von Tausenden, die ihre Habe ganz oder großenteils verloren hatten. Die britische militärische Führung hatte den Spieß gleichsam umgedreht. 1940 wollten die Deutschen Großbritannien und die Briten sturm- und kapitulationsreif bomben und so ihre Invasion auf der Insel ermöglichen. Damit waren sie gescheitert. Nun war das gleiche in der gleichen Erwartung von den Kriegsgegnern eingeleitet worden. Auch sie verfehlten ihr Ziel. So war der Krieg nicht zu gewinnen. Fortschritte und zwar in zunehmendem Tempo und Ausmaß aber machte seine Barbarisierung.

Die Kriegsopfer in Lübeck, und zu denen des März1942 kamen weitere hinzu, stehen in einer langen Reihe, die nach Millionen zählt. Überlebende und Nahgeborenen gedenken der Toten seit Jahrzehnten. Sie tun das in den häuslichen Vierwänden vor dem mit einem Trauerflor gekennzeichneten Bild eines Angehörigen, vor Gräbern auf Friedhöfen. Während Gottesdiensten in Kirchen. Am Tage, der dem allgemeinen Totengedenken im Jahreszyklus gewidmet ist und an den Tagen, an denen sich Kriegskatastrophen jährten. Bei Treffen der Erinnerung und der Mahnung politischer Parteien und Organisationen. Durch die Errichtung von Denkmälern und -tafeln in öffentlichen Räumen. Dass den Deutschen irgendjemand verboten hätte, sich ihrer Kriegsopfer zu erinnern, ist eine spät aufgekommene Legende. Nur wurde von ihnen erwartet, dass sie das nicht in der Weise taten, wie es nach dem Ersten Weltkrieg in der Weimarer Republik und dann in der faschistischen Diktatur geschehen war. Das Totengedenken sollte ihnen nicht zu einem Heldengedenken missraten. Es sollte nicht dazu dienen, Gedanken und Gefühle darauf zu richten, dass sie mit den Siegern noch eine Rechnung zu begleichen hätten. Es sollten sich der Gedanke an die Toten mit dem an die Lebenden verbinden und mit der Frage, wie deren Dasein im Frieden zu gewährleisten wäre. So sahen auch die meisten Deutschen die Sache an. Ihr Gedenken gerann in drei Worte: Nie wieder Krieg.

Mit anderen Worten: Diese Erinnerung sollte nicht untermischt sein mit Trutz und Trotz. Aber eben das ist es, was die äußerte Rechte mit ihren Aufmärschen ausdrückt und zu erreichen sucht. Sie wollen den Eindruck zu erwecken, als müssten sich die Deutschen das Recht des Gedankens an ihre Toten erst erkämpfen. Sie behaupten, die deutschen Toten des Krieges würden als Opfer zweiter Klasse

angesehen und mit ihrer angeblich nötigen Aufwertung verbindet sich die Gleichsetzung aller, die im Zweiten Weltkrieg zu Tode kamen. Sie möchten Jahr für Jahr anlässlich der Wiederkehr von Tagen, da die Nächte erinnert wird, in denen deutsche Großstädte in Schutt und Asche versanken, den Nachgeborenen eine „Erinnerungsschlacht“ (Norbert Frei) aufzwingen, in der sie ihre Begriffe wie „Terrorflieger“, „Terrortote“ und „Bombenholocaust“ wie Waffen benutzen, den Anspruch erheben, deutsche Interessen zu verteidigen und einer Geschichtsbetrachtung verbreiten wollen, auf die sich das Sprichwort anwenden lässt, dass in ihr alle Katzen grau sind. Diese Methode, eine Stimmung zu verbreiten, in der die Deutschen gegenüber anderen Völkern als benachteiligt, als geschmäht und ausgebeutet erscheinen kopiert übrigens auch die Hitler-Nazis. Deren Demagogen praktizierten die gleiche Methode mit dem Argument des Versailler Vertrages, den sie als Schmach und Schande, als Instrument bezeichneten, das Deutschland in Ketten legte und aufriefen, sich von alledem zu befreien.

Diese der Aufpuschung und der Reklame dienende Darstellung, die behauptet, es müsse ein Tabu gebrochen und den Deutschen Recht werden, ist auch im Zusammenhang mit dem Erscheinen des Buches „Der Brand“ von Jörg Friedrich verbreitet worden und da von der Mehrheit der deutschen Zeitungen begrüßt worden. Der Band avancierte zum Bestseller und auch mit ihm wurde ein Vokabular verbreitet, das absichtsvoll die Vernichtung der Juden und die Toten des Bombenkrieges als Opfer der Barbarei gleichsetzte oder zumindest diese Gleichsetzung assoziierte. Da existierte bereits eine Fülle von Publikationen, so etwa die in den Büchern übe die Geschichte deutscher Städte gegebenen Schilderungen ihrer Ruinierung und Verstümmelung durch den Luftkrieg und sodann und vielfach und in Grenzen des Möglichen Wiederauferstehung. Das gilt auch für Lübeck, wo seit 1990 in mehreren Auflagen der Band Bomben gegen Lübeck erschien.[1]

Es gibt keinen vernünftigen Menschen, der sich auf eine Klassifizierung der Opfer einlassen würde. Doch ebenso gebietet es Vernunft, die triviale Formel „Tot ist tot“ zu verwerfen, die nicht fragt, warum und wie Menschen in den dramatischsten Tagen der Geschichte des 20. Jahrhunderts Opfer wurden. Wem Geschichte nicht nur ein Erbauungs- oder Unterhaltungsgegenstand ist, wer ihr einen Nutzen abzugewinnen sucht, der kann es bei Gedenken und Trauer nicht belassen. Nur Tränen machen nur blind.

Wo eigentlich beginnt die Reihe der deutschen Opfer von Faschismus und Krieg, die doch unstrittig zusammengehören? Am 1, September 1939? Oder nicht schon am 30. Januar 1933? Oder gar vorher? An ihrem Anfang stehen jene, die sich dem aufkommenden Nazismus und seinen Sturmabteilungen in der Weimarer Republik entgegenstellten und dabei Leib und Leben einsetzten und von denen manche das auch verloren. Sie setzt sich fort mit den Toten des Terrors des an die Macht gelangten Faschismus, den in den Konzentrationslagern Ermordeten. Das waren zuerst Kommunisten, Sozialdemokraten, aufrechte Demokraten, an denen Rachegelüste gestillt wurden. Und dann, wir sind noch im Vorkrieg, folgen auch schon Juden und andere in die KZ verschleppte, aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzte Menschen, welche die Schindereien und Torturen nicht überlebten. So verschieden diese Biographien der Ungezählten, sie wurden durch ihre Verfolgungen doch eine Gruppe, die der als unbrauchbar Geltenden in einem Staat, dessen erstes strategisches Ziel die Kriegsbereitschaft war. Sie waren Deutsche, aber keine Nazis, keine Mitläufer, nicht einmal Angepasste.

Mit dem Kriegsbeginn ändert sich die Situation auch in dieser Hinsicht. Die deutschen Toten, beginnend mit jenen des Polenfeldzugs im September 1939, sich fortsetzend mit denen der Kriegszüge in Nord-, West-, Südost- und schließlich Osteuropa, dazu jene des Krieges in Nordafrika, des Luft und Seekrieges gehören, mit Ausnahmen, jener Großgruppe an, die in den Städten bei Luftangriffen Umgekommenen gehören dieser Gruppe nicht an. Sie waren, verkürzt gesagt, bevor auch sie Opfer des Naziregimes wurden, Instrumente des Regimes, ausgenommen die Kinder und die Heranwachsenden. Sie waren an der Entwicklung, in der sie auf vielerlei Weise zugrunde gingen, nicht unbeteiligt und mithin nicht schuldlos. Das begann mit der Parteinahme für die NSDAP und lässt sich anfänglich noch auszählen. Im Juli 1932 waren das 13 Millionen, im März1933 bei der letzten Reichstagswahl 17 Millionen und nimmt man die Wähle der Deutschnationalen dazu, dann hatten mehr als die Hälfte

[1] Lutz Wilde, Bomben gegen Lübeck, Dezember 1994. Auflage Dez. 1999.

der zur Wahl gehenden Deutschen das Hitler-Kabinett gewählt. Sie hatten Hitler nicht zum Reichskanzler gemacht, aber ohne sie wäre er es nicht geworden, sondern eine uninteressante Figur mit politischen Ambitionen aber ohne Wert geblieben. Die Rolle der Mehrheit des deutschen Volkes als Parteigänger des Regimes ließe sich in den sechseinhalb Jahren bis zum Krieg verfolgen und dann in ihn hinein. Das gäbe eine lange Geschichtsstunde.

Um einem Missverständnis zu begegnen: diese Relation zwischen Instrumenten und Opfern besagt nicht, dass diese Opfer, hier ist immer von ihrer übergroßen Mehrheit die Rede, den Tod für ihr Tun und Lassen verdient hätten, dass ihnen so etwas wie eine gerechte Strafe geworden wäre. Wenn es an das Begleichen geschichtlicher Rechnungen geht, zahlen diejenigen meist mehr, als jene, die sie vor allem verursacht haben. Doch wie viel sie auch zu entrichten haben, damit ist nicht aufgehoben, nicht ausgelöscht, nicht wiedergutgemacht, was Folge auch ihres Handelns war. Nach Kriegsende gab es in Deutschland weithin eine Stimmung der in Armut, Not, Hunger, Obdach- und Heimatlosigkeit gestürzten Millionen, das von ihnen, die doch unbestreitbar gelitten hatten, nun nichts Weiteres verlangt werden könne. Das eigene Leiden erschien ihnen als hinreichendes Äquivalent für alles, was von Deutschen in Europa angerichtet worden war. Selbstmitleid triumphierte, man war, nach eigenem Urteil, genug gestraft, verdiente bedauern und Anteilnahme, nicht Anklage und Strafe. Der Theologe Karl Barth, den die Faschisten aus Deutschland vertrieben, schrieb in einem am 13. April 1945 aus Basel an einen Freund, den in Agra bei Lugano lebenden Hermann Heisler, gerichteten Brief von Deutschen: „Sie neigen im Augenblick dazu, das ganze heutige Weltgeschehen unter dem Gesichtspunkt eines circulus vitiosus zu sehen: eine Unmenschlichkeit, eine Gewaltsamkeit gegen die andere, Mord gegen Mord. Ist die Sache so einfach?“ Es existiere eine Differenz, entwickelte er sodann seine Position, zwischen jenen, die das „Attentat gegen die Menschheit“ unternahmen und dabei millionenfach Menschen sich zu ihren Instrumenten machen konnten, und ihren Gegnern, die dieses Attentat kriegerisch abwehrten, wobei sie Mittel benutzten und nach Methoden verfuhren, die auch grausam und abscheulich waren und vor denen später selbst diejenigen erschraken, die sie angewendet hatten.

Eine Ausstellung zur Geschichte des spanischen Bürgerkrieges

Vortrag zu ihrer Eröffnung am Gymnasium zu Ueckermünde, 17. August 2012

Im Spätherbst 1945 verschlug es mich, einen Schlesier, auf die Höhen des Thüringer Waldes und dort in eine Internatsschule, die einmal bekannt gewesen war, die Freie Schulgemeinde Wickersdorf. Eine kleine Gruppe von Schülern, Kinder von Antifaschisten und Hitlergegnern, dazu ein junger Jude aus Grodno, der Auschwitz und Buchenwald überlebt hatte, gründete dort eine antifaschistische Jugendgruppe. Dazu wählten wir den 30. Januar 1946, also einen Tag, an dem 13 Jahre zuvor in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet worden war. Zu den Liedern, die wir damals sangen, gehörten die aus dem spanischen Bürgerkrieg, die der internationalen Brigaden. Dazu gehörte das später in der DDR populäre Lied der Thälmann-Kolonne, geschrieben von Gudrun Kabisch, der Ehefrau Paul Dessaus, der den Text in Paris vertont hatte, das mit den Worten beginnt „Spaniens Himmel breitet seine Sterne über unseren Schützengräben aus“, in dem von Kämpfen und Sterben die Rede ist, von dem wir nach den Jahren des Zweiten Weltkrieges freilich genug hatten. Ohne noch zu wissen, wer der Dichter Erich Weinert (1898-1953) war, zählte auch das Lied der Internationalen Brigaden zu unserem Repertoire, das mit den Versen einsetzt: „Wir im fernen Vaterland geboren, tragen nichts als Hass im Herzen mit“. Wir kannten auch das Lied, das Ernst Busch schrieb und mit anderen auf vielen Veranstaltungen vor Kämpfern der Republik vortrug, „Am Rio Jarama“, das mit der Aufforderung beginnt: „Genossen im Graben, singt alle mit, lasst schweigen die anderen Lieder“. Aus dessen Text spricht die Trauer um die „gefallenen Brüder“. Und dann war das Lied, das auch von den Kämpfen um Madrid erzählt, mit dem Anfangsversen: „In Spanien stand’s um unsere Sache schlecht, zurück ging’s Schritt für Schritt“. Natürlich sangen wir das Lied von „Hans, dem Kommissar“, das Ernst Busch auf den im Dezember 1936 vor der spanischen Hauptstadt von einer Kugel getöteten Hans Beimler geschrieben hatte, der 1933 aus dem Mörderlager Dachau hatte fliehen können und politischer Kommissar in den internationalen Brigaden war. Die Melodie kannten wir von einem anderen Lied her, das in den Zeiten des eben zu Ende gegangenen Zweiten Weltkriegs wieder und wieder gespielt worden war: „Ich hatt’ einen Kameraden“, dessen Text stammt von Ludwig Uhland, der es 1809 gedichtet hatte und ihm die Überschrift gab „Der gute Kamerad“. Es verklärt den Soldatentod auf Schlachtfeldern und war daher für die Armeen der verschiedensten deutschen Staaten gut geeignet. Heute wird es bei Beerdigungen von Soldaten der Bundeswehr gespielt.

Die Frage, woher wir eigentlich die Texte und die Melodien der Lieder – mit Ausnahme des von Louis Fürnberg gedichteten „Halte stand, rotes Madrid“ (Vertonung: Rafael Espinosol/Carlos Polacio) – kannten, bringt mich in Verlegenheit. Liederbücher gab es nicht, und von dem von Ernst Busch zusammengestellten Liederbuch „Kampflieder der internationalen Brigaden“, das auch in einer spanischen Ausgabe erschienen war, hatten wir ebenso wenig etwas gehört wie von den Sängern Ernst Busch und Paul Robeson. Auch aus dem Rundfunk konnte die Text- und Melodiekenntnis nicht stammen, denn selbst wenn die Lieder dort gesendet worden wären, wir hätten sie nicht hören können. Radioapparate besaßen wir nicht. Und gewiss ist auch, dass wir sie von unseren Lehrern nicht haben konnten. Unsere Quelle war wohl ein Spanienkämpfer, Kurt Goldstein, ein jüdischer Kommunist, der aus seinem Fluchtort Palästina nach Spanien gegangen war, in Frankreich den deutschen Faschisten in die Hände fiel, Auschwitz und Buchenwald überlebte und sich 1945 in Thüringen um die Gründung der antifaschistischen Jugendorganisation kümmerte und das mit Erfolg. Kurt Goldstein, Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitz-Komitees wie des Bundes der Antifaschisten, starb 2007 hochbetagt. Genug der autobiographischen Reminiszenzen, indessen: Die Geschichte besteht aus Geschichten, freilich nicht nur.

Wer sich in die Geschichte des Bürgerkriegs vertieft, der in Spanien in den Jahren 1936 bis 1939 tobte, betritt ein weites Feld. Er begegnet zunächst vielerlei Namen, die für das Ereignis aufkamen und benutzt werden: der national-revolutionäre Krieg, der Spanienkrieg, der Bürgerkrieg, der faschistische Interventionskrieg, auch der antifaschistische Kampf und der große europäische Krieg, Jorge Semprún nannte ihn auch „ein Herzstück der europäischen Geschichte“. Erste grobe Orientierung verlangt ein chronologisches Gerüst: Am 18. Juli 1936 putschten spanische Generale unter Francesco Franco, stationiert in den nordostafrikanischen Kolonien, gegen die Republik. In der Nacht vom 25./

26. Juli, also keine zehn Tag später entscheidet Hitler nach Beratungen mit dem Kriegsminister und dem Reichsluftfahrtminister Hermann Göring, den Putschisten Transportflugzeuge zur Verfügung zu stellen, die sie und ihre Truppen auf die iberische Halbinsel bringen, wo sie den Bürgerkrieg eröffnen. Am 28. Juli, also keine drei Tage später, starten die deutschen Maschinen nach Tetuán im damals spanischen Marokko. Sie werden von Jagdflugzeugen begleitet, die als ihr Schutz deklariert sind. Am 4. Oktober 1936 erhält die Regierung der Republik die ersten sowjetischen Waffenlieferungen. Ende September schon hatten die Putschisten nach langen Kämpfen Toledo erobert, die Stadt, die zunächst Francos Zentrum wurde. Unter den Republikanern, die ihnen dort in die Hände fielen, wurde ein Massaker angerichtet. Angesichts der Bedrohung Madrids gebt die Volksfront-Regierung nach Valencia. Im: April 1937 erkennt der Vatikan das Franco-Regime an. Im November weicht die Regierung nach Barcelona aus. Den Franco-Truppen gelingt im April 1938 das republikanische Gebiet zweizuteilen. Franco lehnt das Angebot der republikanischen Regierung zu Friedensverhandlungen ab und verlangt die Kapitulation. Zwischen Juni und November scheitert die republikanische Offensive am Ebro zur Wiederherstellung eines einheitlichen Gebiets, Am 26. Januar 1939 fällt Barcelona in die Hände der Francisten. Am 27. Februar erkennen Großbritannien und Frankreich das Franco-Regime an. Am 28./29 März gehen die letzten Bastionen des Widerstands in Madrid und Valencia verloren. Am 1. April erklärt sich Franco zum Sieger.

Lang ist die Liste der Fragen, die sich an diese Geschehnisse schließt. Sie beginnt mit solchen, die an jedes geschichtliche Ereignis zu stellen sind: Warum kam es zu ihm? Was waren seine Ursachen? Welche Interessen verfochten die an ihm Beteiligten? Was waren ihre Vorstellungen von den Zielen, die sie zu erreichen wünschten? Welche Faktoren bestimmten den Verlauf und den Ausgang der Kämpfe? Und welche Folgen hatte der für den weiteren Gang der Geschichte? Diese Frageliste lässt sich so konkretisieren: Welche inneren Widersprüche und Konflikte führten in Spanien zu einem Bürgerkrieg, für den es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent kaum einen Vergleich gibt? Warum ergriffen Deutschland und Italien die Partei der putschenden Generale und entsandten Truppen von Freiwilligen aus den Reihen ihrer Heere und der Luftwaffen in das Land? Welche Rollen spielten die anderen europäischen Großmächte, namentlich das benachbarte Frankreich, das nahe Großbritannien und die ferne, die Republik unterstützende Sowjetunion? Warum fanden sich in vielen europäischen und außereuropäischen Staaten Freiwillige, die zur Verteidigung der Republik aufbrachen und die berühmt gewordenen internationalen Brigaden formierten? Warum unterlag die Republik und was bedeutete das nicht nur für die Geschichte Spaniens, sondern die Geschichte Europas? Genauer noch: Welchen Platz besetzt der spanische Bürgerkrieg in der Entwicklung hin zum Zweiten Weltkrieg, der noch in dem gleichen Jahre begann, in dem die Waffen in Spanien schwiegen? Und dazu: Was sind die Ursachen, welche die Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg 75 Jahre, also etwa ein Menschenalter nach seinem Stattfinden, noch immer lebendig halten, ja sie mitunter auch aufflammen lassen?

Wer darauf Antworten sucht, kann das in einer beträchtlichen Literaturmasse tun. Der Katalog der gut bestückten Berliner Staatsbibliothek weist unter dem entsprechenden Stichwort bis zum heutigen Tage 202 Titel auf. Mehr als die Hälfte der erfassten Publikationen ist in den letzten zehn Jahren geschrieben worden. Das älteste der verzeichneten Bücher erschien im Jahre 1937. Aufgeführt sind Erinnerungen von Teilnehmern des Krieges, Monographien von Historikern, sie bilden die Mehrzahl, Romane, Erzählungen und Anthologien. Geschrieben haben sie Autoren vieler Länder, natürlich in Spanisch, sodann in Französisch und Englisch, des Weiteren in Deutsch und Italienisch. Doch befinden sich unter ihnen auch Bücher in Dänischer, Schwedischer, Russischer und weiteren Sprachen.

Die Liste der Autoren weist bekannte Namen auf, so den von Dolores Ibarruri und des sowjetischen Diplomaten und Historikers Iwan M. Maiski, der sein Land im Völkerbund und in dessen Nichteinmischungsausschuss vertrat. Dazu zählen auch Schriftsteller, unter den deutschen Ludwig Renn (1889-1979), der bis 1930 Arnold Friedrich Vieth von Golßenau hieß und u. a. Offizier zum Generalstab der Internationalen Brigaden war, und Willi Bredel (1901-1964), ein Angehöriger des Thälmann-Bataillons, der 1939 mit *Begegnung am Ebro. Aufzeichnungen eines Kriegskommissars* eines der ersten Bücher über den spanischen Bürgerkrieg publizierte.

Der Krieg auf der Pyrenäen-Halbinsel war noch nicht beendet, als die ersten Veröffentlichungen erschienen. Zu den bedeutendsten gehörte das 1937 in Paris herausgegebene *Les Grands Cimetières sous la Lune* dt. *Die großen Friedhöfe unter dem Mond. Mallorca und der spanische Bürgerkrieg* von Georges Bernanos (1888-1948), der, bevor er die Insel verließ, auf der er wohnte, die Eroberung Mallorcas durch die Franco-Truppen erlebt hatte. Er schilderte die Gräuel, welche die Putschisten an den Republikanern verübten und erhob Anklage gegen das Schweigen der katholischen Kirchenobrigkeit zu den obendrein im Namen der Verteidigung des Christentums begangenen Untaten: „Ich stelle ganz einfach fest, dass diese Massaker an wehrlosen, armen Teufeln die kirchlichen Behörden zu keinem Wort des Tadels, nicht einmal zum leisesten Einwand veranlasste. Sie begnügten sich lediglich damit, Dank- und Bittprozessionen zu veranstalten."

Noch in der Republik begann André Malraux, damals noch Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs, der sich u. a. für die Ausrüstung der republikanischen Armee mit Flugzeugen eingesetzt hatte, mit der Verfilmung seines Romans *Espoir,* dt. *Hoffnung,* der in Frankreich fertig gestellt wurde und den Titel *Sierra de Teruel* erhielt. Der Film, der eine Episode aus der von Dezember 1937 bis Februar 1938 dauernden Schlacht um die Stadt in Aragonien und vom gemeinsamen Kampf der republikanischen Soldaten mit Bauern gegen die Francisten erzählt, wurde jedoch in Frankreich verboten. 1938 wurde in London Georges Orwells (1903-1950) *Hommage to Catalonia* dt. *Mein Katalonien* gedruckt, dessen Autor als Zeitungsberichterstatter 1936 nach Spanien gegangen war, sich dort aber den bewaffneten Kämpfern angeschlossen hatte.

An den frühen Berichten und literarischen Verarbeitungen des Krieges waren auch deutschsprachige Autoren und Emigranten beteiligt. 1937 publizierte der Österreicher Franz Borkenau (1900-1957) in London *The Spanish cockpit: an eye-witness account of the political and social conflicts of the Spanish Civil War,* neu erschienen unter dem Titel *Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht*. Stuttgart 1986. In London 1937 und in Zürich 1938 wurde Arthur Koestlers (1905-1983) *Ein spanisches Testament* herausgegeben. Der in Ungarn in einer deutsch-jüdischen Familie aufgewachsene Journalist und Schriftsteller war als Kriegsberichterstatter im republikanischen Spanien, in die Gefangenschaft der Truppen Francos geraten, jedoch durch einen Austausch freigekommen. Gustav Regler (1898-1963), Politischer Kommissar der XII. internationalen Brigade publizierte in englischer Fassung 1940 seinen Roman *The Great Crusade*, dt. *Das große Beispiel*. Roman einer internationalen Brigade. Borkenau wie Koestler und Regler hatten sich zu verschiedenen Zeiten unter dem Eindruck der Politik Stalins und besonders unter dem Eindruck des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 23. August 1939 von ihren kommunistischen Standpunkten losgesagt, was dazu führte, dass ihre Spanienbücher in der DDR nie veröffentlicht wurden.

Kein Buch aber kann sich an Bekanntheits- und Verbreitungsgrad mit dem 1940 in New York herausgegebenen Roman Ernest Hemingways (1899-1961) messen, des US-Amerikaners, der schon seit 1938 Berichte aus Spanien publiziert hatte, wo er sich als Berichterstatter u. a. bei den Internationalen Brigaden aufhielt. *For whom the bell tolls* erschien 1940 in New York und im Jahr darauf in Stockholm in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Wem die Stunde schlägt*. 1943 wurde es in den USA verfilmt. Der Titel ist einem Gedicht entliehen, das aus der Feder des englischen Dichters John Donne (1572-1631) stammt. Ein Ausschnitt daraus ist dem Buch Hemingways vorangestellt. Er lautet im Original: *„No Man is an Island, entire of itself; every man is a piece of the continent, a part of the main; [...] and therefore never send to know for whom the bell tolls; it tolls for thee."* Im neuzeitlichen Englisch: it tolls for you und in der deutschen Übersetzung „*Kein Mensch ist eine Insel, in sich selbst vollständig; jeder Mensch ist ein Stück des Kontinentes, ein Teil des Festlands; [...] und darum verlange nie zu wissen, wem die [Toten-]Glocke schlägt; sie schlägt dir*". Im Jahr, da in den USA die Verfilmung von Hemingways Roman in die Kinos kam, tat das auch ein weiterer Film, der auf einer Roman-Vorlage von Dorothy B. Hughes (1903-1993) beruhte, *The fallen sparrow*, der die Geschichte eines Mannes in New York erzählt, der aus der Gefangenschaft der Franco-Truppen zurückkehrt.

In der Liste der Publikationen fehlt es nicht an Gesamtdarstellungen des Bürgerkriegs wie auch an ganz speziellen Untersuchungen, so beispielsweise über den Präsidenten der USA Franklin Delano Roosevelt und den Krieg in Spanien. Mehrfach untersucht wurde das Verhalten der Regierungen in

Paris und London zu den Ereignissen und dessen Hintergründe. Dieser Liste wären auch die zahlreichen Biographien zuzuzählen, die das Leben Francos schildern.

Historiker haben in beiden deutschen Staaten zur Erforschung der Geschichte des spanischen Bürgerkriegs beigetragen. Doch deutschsprachigen Veröffentlichungen, die ihm galten, erschienen in Nazideutschland schon, während der Krieg noch andauerte. Die ersten im Jahr 1937 publizierten hatten die frühen Kämpfe des Jahres 1936 zum Gegenstand: Erich Dietrich *Kriegsschule Toledo*. *Des jungen Spaniens Heldenkampf vom Alkazar* (1937), Hellmut Boerner *Die Kadetten von Toledo* (1942), Willibrord Menkes *Heldenlied vom Alkazar* (1937) und Rudolf Timmermanns *Helden des Alcázar*. *Ein Tatsachenbericht aus Toledo* (1937). Die Funktion dieser Bücher lag zutage, sie sollten der Hitlerjugend die an der Verteidigung des Alkazars beteiligten Kriegsschüler beispielhaft vorführen.

Der spanische Bürgerkrieg und die Rolle der Legion Condor nahmen, angefangen von dem Empfang, den deren Angehörigen in Berlin als Siegern bereitet wurde, in der Propaganda einen zentralen Platz ein. Auch sie sollte auf dem Weg in den zeitlich schon fixierten Krieg gegen Polen suggerieren, dass „dem deutschen Soldaten" der Sieg einfach gehöre. Hitler stiftete am 14. April 1939 den Orden Spanienkreuz für „Verdienste deutscher Freiwilliger an der Niederwerfung des Bolschewismus im spanischen Freiheitskampfe", der in mehreren Stufen und weiteren Abstufungen (mit Schwertern und Brillanten) verliehen wurde und das Vorbild für Auszeichnungen abgab, die dann massenhaft folgten. In die Heraushebung des Krieges reihte sich auch der Besuch des spanischen Obersten José Moscardo (1878-1956), einst Militärgouverneur in Toledo ein, der sich wie andere hohe Offiziere im Lande den Putschisten angeschlossen und den Alkazar verteidigt hatte.

1939 erschien das Buch *Kampf um Spanien: die Geschichte der Legion Condor*, es war, wie ausdrücklich vorangestellt, *im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums* geschrieben worden. Der Autor war Werner Beumelburg (1899-1963), Weltkriegsoffizier, hasserfüllter Feind der Weimarer Republik, der durch Kriegsbücher und Romane hervorgetreten war und dessen Karriere in Nazideutschland seinen Gipfelpunkt erreichte, als er Hitler, die Remilitarisierung und dann die Siege der Wehrmacht feierte. Ebenfalls noch 1939 kam *Legion Condor. Schlacht für Europa gegen den Bolschewismus* den Büchermarkt, das Karl-Georg von Stackelberg verfasst hatte, der bald darauf im Zweiten Weltkrieg als Offizier einer Propagandakompanie der Wehrmacht angehörte. Das Buch übernahm schon im Titel die Version der Machthaber, wonach sich ihr Einsatz einzig gegen den Bolschewismus gerichtet hatte. Im gleichen Jahr kam Karl Ritters Film *Im Kampf gegen den Weltfeind. Deutsche Freiwillige in Spanien* in die Kinos. Sein Regisseur war im Kaiserreich Berufsoffizier gewesen, 1925 in die Nazipartei eingetreten, gehörte also zu den „Alten Kämpfern" Hitlers, der ihn als befähigten Propagandisten in seinem Metier schätzte und hoch entlohnte. Im Jahr darauf war der spanisch-italienische Film *Sin novedad en el Alcázar*, dt. *Nichts Neues im Alcazar* fertig, der die faschistische Legende des Kampfes um den Alkazar von Toledo bebilderte, der von Juli bis September 1936 gedauert hatte. In deutscher Fassung gelangte der Streifen alsbald auch in die Filmtheater des Reiches und dort vorzugsweise in sogenannte Jugendvorstellungen.

Wer sich heute in Deutschland mit der Geschichte des spanischen Bürgerkrieges und mit der Erinnerung an ihn befasst, kommt um das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu dem weltgeschichtlichen Ereignis nicht herum. Der Stand der Erforschung dieser Beziehung ist ungleich. Während über das Fortleben der Erinnerung in der DDR inzwischen gründliche Untersuchungen vorliegen[1], gilt das für die Bundesrepublik gleichermaßen nicht. Die Unterschiede in der Intensität wie in der Art und Weise dieses Verhältnisses sind jedoch so überdeutlich, dass sie nicht übersehen werden können. Sie besitzen Gründe, die von politischer Natur sind. In der sowjetischen Besatzungszone begann sich

[1] Ihre Autoren sind nicht von jenem Typ, der diese Arbeit honorieren würde: Jana Wüstenhagen, Der spanische Bürgerkrieg in Historiographie und Schulbüchern der DDR 1953-1989, Hamburg 1997 und Wolfgang Ashholt/Rüdiger Reinecke/Susanne Schlünder (Hrsg.), Der spanische Bürgerkrieg in der DDR, Strategien internationaler Erinnerungsbildung, Frankfurt a. M. 2009. S. a. Arnold Krammer (Texas A&M University): The Cult of the Spanish Civil War in east Germany. In: Journal of Contemporary History, Oct. 2004, vol. 39 S. 531-560.

noch vor der Staatsgründung eine antifaschistische Gesellschaft zu formieren, meist antifaschistische Ordnung genannt. Die suchte und fand ihre Tradition in der Geschichte des Antifaschismus der zwanziger, dreißiger und der Kriegsjahre und aus ihr ragte die Teilnahme Deutscher am spanischen Bürgerkrieg in den Internationalen Brigaden heraus. Die Mehrheit der einstigen Angehörigen lebte in Ostdeutschland und trat zu einem erheblichen Teil an Steuerruder und Schaltstellen der neuen Verwaltung, der späteren Staatsmacht. Vier, die exponierte Plätze in der DDR besetzten und zu verschiedenen Zeiten Mitglieder des Politischen Büros der SED waren, seien genannt: Heinrich Rau (1899-1961), einer der Kommandeure der XI. Brigade, Überlebender des KZ Mauthausen, Chef der staatlichen Plankommission und stellvertretender Vorsitzender der Ministerrates, der ehem. Angehörige der XI. Internationalen Brigade Heinz Hoffmann (1910-1985), langjähriger (bis zu seinem Tode) Minister für Verteidigung, Paul Verner (1911-1986), einstiger Angehöriger der XV. Internationalen Brigade, zuletzt stellv. Staatsratsvorsitzender, Franz Dahlem (1892-1981), Leiter der Zentralen Politischen Kommission der Internationalen Brigaden, interniert in Frankreich, ausgeliefert an Deutschland, Überlebender des KZ Mauthausen, zuletzt stellvertretender Minister für das Hochschulwesen.

Dass im Ostteil von Nachkriegsdeutschland, wer das tun wollte, sich über den Bürgerkrieg in Spanien, über den er bis dahin doch nur aus Naziquellen etwas gehört hatte, informieren konnte, war nicht in erster und zweiter Linie das Verdienst der Geschichtswissenschaft und auch nicht der politischen Publizistik, sondern das Verdienst des jungen Buchverlagswesens, das Publikationen auf den damals ärmlichen Büchermarkt brachte, die meist im Exil geschrieben und zuerst gedruckt worden waren. Eines der ersten wieder erschienenen Bücher war Willi Bredels, *Begegnung am Ebro*, das schon 1939 in Paris herausgekommen war. Zu den in den frühen Nachkriegsjahren herausgegebenen gehörten weiter der Roman *Leutnant Bertram* von Bodo Uhse, der am Bürgerkrieg als Politischer Kommissar teilgenommen hatte, sich dann nach den USA und Mexiko retten konnte. Das Buch, dessen Geschichte 1936 einsetzt, führt von einem Fliegerhorst an der pommerschen Ostseeküste bis in die Legion Condor und zur Zerstörung Guernicas. Zuerst war es 1943 in Mexiko gedruckt worden. 1944 hatte Eduard Claudius (1911-1976), der sich nach seiner Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg in die Schweiz rettete und dessen Auslieferung an Deutschland u. a. der im Alpenland im Exil lebende Hermann Hesse (1877-1962) verhinderte, in Zürich den Roman *Grüne Oliven und nackte Berge* publizieren können, dessen Handlung in Berlin zur Zeit der Olympiade beginnt und in Frankreich in einem Internierungslager endet. 1946 erschien von Walter Gorrish (1909-1981), der in Spanien Adjutant des Stabschefs der XI. Brigade, der hieß Ludwig Renn, das Buch *Um Spaniens Freiheit*, später unter dem Titel „*Mich dürstet*“ wieder gedruckt und 1956 (Regie Karl Paryla) verfilmt. 1948 kam das *Spanische Tagebuch* von Alfred Kantorowicz (1899-1979) auf den Büchermarkt, sein Autor war aus dem französischen Exil nach Spanien gegangen und hatte dort dem Tschapajew-Bataillon angehört und auch als Redakteur der Zeitung *Le Volontaire de la Liberté* der Interbrigaden gearbeitet. 1951 gelangte Erich Weinerts *Camaradas. Ein Spanienbuch* in den Buchhandel.

Die Kette der Buchveröffentlichungen setzte sich fort. 1955 mit dem – erst lange nach dem Tod des Autors ungekürzt erschienenen – Buch *Der spanische Krieg*. Sein Verfasser Ludwig Renn (1889-1979), Offizier in der kaiserlichen Armee während des Weltkriegs, war im Juli 1936 nach Spanien gegangen und dort seit November im Stab der Internationalen Brigaden tätig. 1956 veröffentlichte Albert Norden (1904-1982), der während des Krieges im französischen Exil gelebt hatte und später in die USA floh, *Die spanische Tragödie*. 1960 wurde das *Spanische Tagebuch* von Michail Kolzow (1898-1940/1940) unter dem Haupttitel *Die rote Schlacht* vom Militärverlag publiziert. Der sowjetische Publizist, der 1937 in der Schweiz sein Buch *Guadalajara. Eine Niederlage des Faschismus* veröffentlicht hatte, war ein Opfer von Stalins Terror geworden. 1962 erschienen die Spanientexte von Egon Erwin Kisch (1885-1948) *Unter Spaniens Himmel*. Der rasende Reporter hatte das kriegserschütterte Land besucht und unter diesem Eindruck die Geschichten *Die drei Kühe. Eine Bauerngeschichte zwischen Tirol und Spanien* und *Soldaten am Meeresstrand* geschrieben hatte, die noch in Verlagen der Republik veröffentlicht worden waren. 1968 kam Eduard Claudius in seinen Erinnerungen „Ruhelose Jahre“ auch auf seine Erlebnisse in Spanien zurück. 1974 erschien *Brigada Internacional* [...] *ist unser Ehrenname*. Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer, die Hans Maaßen

(1908-1983) herausgegeben hatte, der aus der Schweizer Emigration nach Spanien gegangen war, dort als Redakteur der deutschsprachigen Ausgabe von „El voluntario de la libertad“ arbeitete und 1938/39 auch Sprecher im deutschsprachigen „Freiheitssender 29,8“ war. Von Bodo Uhse wurden 1981 *Tagebücher* veröffentlicht.

Der spanische Bürgerkrieg blieb in der Erinnerungskultur der DDR eine Konstante. Den massenwirksamsten Beitrag dazu leistete der Film. Die meisten Zuschauer erreichte wohl „Fünf Patronenhülsen“ (Walter Gorrish/Frank Beyer), der 1960 in die Kinos gelangte, wozu seine Besetzung mit erstklassigen Schauspielern, allen voran Erwin Geschonneck (1906-2008) beitrug. In der einleitenden Sequenz singt Ernst Busch das Lied „Am Rio Jarama“. Vordem schon war 1956 entstanden „Mich dürstet“ (Walter Gorrish/Karl Paryla). Im Jahr darauf „Wo Du hingehst“ (Eduard Claudius/Martin Hellberg (1905-1999)). 1962 kam der Dokumentarfilm „Unbändiges Spanien“ in die Kinos, den Jeanne (1908-1998) und Kurt Stern (1907-1989), auch er einer der Politischen Kommissare in den Internationalen Brigaden, gedreht hatte und in den vollständig der 1937 entstandene Film *Spanish Earth* integriert war, den der berühmte niederländische Dokumentarist Joris Ivens (1898-1989) gedreht und dessen Kommentare Ernest Hemingway geschrieben und gesprochen hatte. 1971 hatte Rudi Kurz einen dreiteiligen Film über Artur Becker fertig gestellt, mit dem Titel *Lebensbild eines Patrioten*. Er setzte dem Mitglied der KPD-Fraktion im Reichstag, der zugleich der jüngste Abgeordnete im Parlament war, ein Denkmal. Becker war 1938 verwundet in die Gefangenschaft der Franco-Truppen geraten und in einem Krankenhaus in Burgos, ohne dass seine Identität wohl erkannt wurde, verstorben. Rudi Kurz kam mehrfach auf das Thema des spanischen Bürgerkrieges zurück, so 1969 in dem 4-teiligen Film *Hans Beimler – Kamerad* und 1984 in der Serie *Front ohne Gnade*. Es gibt keine westdeutsche Produktion, die dieser konkurrierend gegenübergestellt werden könnte, von einer Ausnahme angesehen, von der die Rede noch sein wird.

Mit ihren anderen Mitteln haben auch bildende Künstler sich des „Spanien-Themas“ zugewandt. Das tat Willi Sitte (1921-2012) 1958 mit dem mehrteiligen Tafelbild „Kampf der Thälmann-Brigade in Spanien“, das als verschollen gelten muss. Stellt dies Kampfszenen dar, u. a. Interbrigadisten, die ihre Gewehre auf am Himmel daherkommende Flugzeuge richten, so ist Arno Rinks *Spanien 1938* ein Bild, dass die Gedanken auf die Niederlage und die Trauer über den Ausgang des Krieges richtet. 1968 wurde in Berlin-Friedrichshain mit einer Rede Franz Dahlems das Denkmal für die Spanienkämpfer eingeweiht, das der wohl bedeutendste Bildhauer der DDR Fritz Cremer geschaffen hatte. Es zeigt einen überlebensgroßen aufspringenden Kämpfer, bewaffnet nicht mit einer der damals üblichen Infanteriewaffen, sondern mit einem Schwert. Zur Anlage gehört zudem ein Bronzerelief von Siegfried Krepp (geb. 1930[-2013]), das Szenen aus dem Krieg darstellt.

Hinter der literarischen, künstlerischen und editorischen Produktion blieben die Arbeiten der Historiker in der DDR zum Bürgerkrieg in Spanien weit zurück. Auf einer dem Thema gewidmeten Konferenz kritisierte Alfred Meusel im Jahr 1966, selbst ein ehemaliger Spanienkämpfer, diesen Zustand. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten hat sich das geändert, ohne dass es aus der Feder eines DDR-Historikers zu einer zusammenfassenden Darstellung jener Jahre gekommen wäre. Zu den bevorzugten Gegenständen ostdeutscher Forschungen gehörten die Geschichte der Internationalen Brigaden, die Biographien einzelner ihrer Angehörigen und vor allem die Haltung der Staaten, welche die Initiatoren der Politik der Nichteinmischung waren, sowie die Interessen, welche die Machthaber in Deutschland mit ihrer Teilnahme am Bürgerkrieg auf Seiten Francos verfolgten. Eine der frühesten Arbeiten legte Marion Einhorn 1962 zu dem Thema *Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936-1939*.

Von Autoren in der Bundesrepublik ist den Geschichtswissenschaftlern in der DDR immer wieder und in der Literatur bis heute der Vorwurf gemacht worden, sie würden auch die Geschichte des Kampfes um Bestand oder Untergang der spanischen Republik instrumentalisiert haben. Dazu ein grundsätzliches Wort: die Feststellung, jemand „instrumentalisiere“ Geschichte, ist lächerlich, denn wer immer sich mit der Vergangenheit befasst, der eigenen, seiner Familie, eines Staates, einer Partei oder selbst seine Kegelvereins tut das in einer bestimmten Absicht und gerichtet auf einen oder mehrere Zwecke und sei es nur zur Befriedigung purer Neugierde oder um sich zu unterhalten. Die Frage

ist demnach nicht, ob ein solcher Zweck verfolgt wurde, sondern wie das geschah: im Einklang mit den Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit und also mit dem Vorsatz, ein der Realität angemessenes, sie spiegelndes, mindestens aber ihr nahe kommendes Geschichtsbild entstehen zu lassen oder um wirklichkeitsfremde und ferner Bilder zu liefern, sich die Vergangenheit also für gegenwärtige Zwecke gleichsam zurechtzumachen. Das letztere geht meist mit Beteuerungen vorurteilsfreier Wahrheitssuche einher, also mit der Verbreitung von Nebel.

Auch die Beschäftigung mit dem spanischen Bürgerkrieg in der DDR besaß Zwecke und die wurden nicht verheimlicht, sie lagen zudem zutage. Auf ideologischem Feld ging es um das Bild der faschistischen Macht als aggressiv, kriegslüstern und verbrecherisch von Anfang an, mithin gegen frühe Bilder, die zwischen der friedlichen und der kriegerischen Phase der Naziherrschaft zu unterscheiden suchten. Auf dem gleichen Feld wurde erforscht und erörtert, wie Aggressoren rechtzeitig die Trauben so hoch gehängt werden, dass es aufhört, sie zu gelüsten. Und politisch zielte die Darstellung zum einen auf das Traditionsbild der DDR. In dessen Zentrum befand sich die Geschichte des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung und [gerichtet] auf die Vermittlung des Wertes der politischen Einheit und Geschlossenheit. Dabei hat es Verzeichnungen gegeben, die linke Strömungen wie die der Anarchisten und der sogenannten Trotzkisten betrafen und sie als Verräter und Agenten diffamierten und denen es an einer sachlichen Erörterung der Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze fehlte. Zu diesen Zwecken gehörte auch die besondere Absicht, der Jugend andere Vorbilder zu vermitteln, als sie die älteren und namentlich die Generation der Väter besessen hatten. In diesen Zusammenhang gehört die Heraushebung Artur Beckers, über den Rudi Kurz (geb. 1921-[2020]) einen dreiteiligen biographischen Film drehte und die 1959 erfolgte Stiftung der Artur Becker-Medaille durch den Zentralrat der FDJ, die höchste Auszeichnung, die in der Jugendorganisation der DDR vergeben wurde. Mehrfach gab die Post Sonderbriefmarken in der DDR heraus, mit denen an den Kampf der Internationalen Brigaden erinnert wurde. 1966 erschien eine Serie, die an Hans Kahle, Willi Bredel, Hans Beimler, Heinrich Rau, Hans Marchwitza und Artur Becker erinnert, 1986, anlässlich des 50. Jahrestages, eine Marke, die Cremers Denkmal abbildete.

Zwecken dient, der Vollständigkeit halber sei es angefügt, übrigens nicht nur die Beschäftigung mit der Geschichte, sondern auch deren Verweigerung. Das Beschweigen geschichtlicher Vorgänge und Personen bezeugt nicht Vergesslichkeit, sondern das Wissen, dass deren Erörterung unangenehme Fragen erzeugt und das Nachdenken in Richtungen befördert, die besser verbarrikadiert werden.

Alles in allem: Die Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg in der DDR bezeugte die Parteinahme für die Republik und gegen deren Feinde, die sie zerstört und an deren Stelle ein diktatorisches Regime setzten unter dem General, der den Putsch angeführt, gesiegt und sich als der Caudillo an die Spitze der Diktatur gesetzt und das Regime geschaffen hatte, das die beiden Geburtshelfer Jahrzehnte überdauerte, anstatt mit ihnen vernichtet zu werden. Das hätte, würden sich die alliierten Mächte 1945 darauf verständigt haben, keinen Krieg erfordert und in Europa weithin Zustimmung gefunden haben. Indessen lag das nicht in den Planungen der Westmächte, die Francos Regime früh diplomatisch anerkannt hatten.

Warum also gab es im deutschen Weststaat keine ähnliche Parteinahme für die Republik und den Verteidigern? Warum keine Distanzierung von dem Regime des „Caudillo“? Das hatte mindestens drei Gründe. Der erste lag im Charakter dieser spanischen Republik, die von Kräften der Volksfront regiert wurde, die mit der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaft zu keinem Ende gekommen waren, als sie in den Bürgerkrieg gestürzt wurde. Auf ihrem Programm aber stand die Frontstellung gegen den großen Grundbesitz, mit der dem Massenelend der spanischen Bauern ein Ende gemacht werden sollte, die Stärkung der Rechte der Arbeiter, die demokratische Neubestimmung der Stellung der Frauen, die Einschränkung der Rechte der katholischen Kirche, des traditionellen Verbündeten der alten herrschenden Kräfte in der Gesellschaft und einige weitere. Diese Republik war nicht auf dem Wege zum Sozialismus, wiewohl es einflussreiche Sozialisten und an Einfluss gewinnende Kommunisten und mehrere sozialrevolutionäre Parteien und Gruppen in ihr gab. Das konnte den restaurativen Mächten in der eben gegründeten Bundesrepublik und der Regierung Adenauer keine Sympathien erzeugen. Zweitens und an Gewicht wohl noch bedeutender erfolgte die Bestimmung der

Haltung der Bundesrepublik zur Vergangenheit des Bürgerkrieges und zum gegenwärtigen Franco-Regime in einem Moment des sich im Zeichen des Kalten Krieges ausbreitenden Antikommunismus. Es existierte aus den verschiedensten Gründen an der Spitze des Bündnissystems des Nordatlantikpaktes das Interesse, dieses Madrider Regime in das Paktsystems einzubeziehen, auch wenn das wegen seiner Herkunft und seines Charakters Schwierigkeiten machte, gaben sich doch die NATO-Mächte als Verteidiger der Demokratie aus. In diesen Anspruch passte Spanien unter Franco schlecht hinein, gab es in ihm doch keine Spur von irgendeiner Demokratie. Schließlich drittens: Es hatten auf Seiten der Republik und in den Reihen der Internationalen Brigaden zu viele Kommunisten gestanden und gekämpft. Es war schwer, ja unmöglich, sie aus der Erinnerung an die Jahre 1936 bis 1939 auszublenden. Aber sie passten nicht in jene Politik, die 1956 in der Bundesrepublik verboten wurde. Ein Historiker in der Bundesrepublik, Patrik von zur Mühlen, hat die aus der Emigration zurückkehrende und den deutschen Weststaat wählenden einstigen Spanienkämpfer als „Fremde im eigenen Land“ bezeichnet. Keine Rede davon, dass sie dort begrüßt, geschätzt und – sagen wir – verwendet worden wären. Im Gegensatz zu den Offizieren der Legion Condor. Zu ihnen hatte auch der seit 1925 eine Berufslaufbahn als Soldat verfolgenden Heinz Trettner gehört. Er war von November 1936 bis Januar 1938 zunächst *Adjutant* von Generalmajor Hugo Sperrle (1885-1953), des Befehlshabers der Legion Condor und in ihr anschließend Staffelkapitän gewesen. Im Zweiten Weltkrieg wurde er selbst bis in diesen Generalsrang befördert und hatte zu denen gehört, die diesen Krieg bis zum Mai 1945 fortsetzten. 1956 wurde er mit diesem Rang in die Bundeswehr übernommen, acht Jahre später wurde er Generalinspekteur der Bundeswehr, der höchste Offizier im deutschen Weststaat. Zwei Jahre später erbat und erhielt er seinen Abschied. Hannes Trautloft (1912-1995) gehörte 1936 zu den ersten sechs Fliegeroffizieren, die nach Spanien zu Francos Aufständischen entsandt wurden und dort an den Kämpfen teilnahmen. Im Zweiten Weltkrieg einer der erfolgreichsten Jagdflieger und Kommodore eines Geschwaders, wurde er 1957 als Brigadegeneral in die Bundeswehr übernommen, die er als Generalleutnant verließ. Erst 1938 kam Werner Mölders (1913-1941) als Jagdflieger zu Francos Truppen, die er mit einem hohen Orden verließ. Im Zweiten Weltkrieg stieg er zum erfolgreichsten und höchstdekorierten Jagdflieger der Luftwaffe und in den Rang eines Obersts aus. Dass er seine Karriere nicht wie Heinz Trettner und Johannes Trautloft in der Bundeswehr fortsetzte, lag daran, dass er 1941 bei einem Flugzeugabsturz bei Breslau ums Leben gekommen war. In der Bundeswehr wurden ein Kriegsschiff, eine Kaserne in Visselhövede und ein Jagdgeschwader, dessen Angehörige den Namen Mölders auf den Ärmelsteifen trugen wie vordem schon Soldaten der Wehrmacht, nach ihm benannt. Parlamentarischer Protest, erhoben 1998 führten 2005 zu der Entscheidung des Verteidigungsministers, den Namen Mölders in der Bundeswehr aus der Traditionspflege zu nehmen. Straßen in mehreren deutschen Städten tragen seinen Namen, Versuche das zu ändern scheiterten mehrfach.

Kurzum: die Entscheidung in der Bundesrepublik fiel nicht nur nicht zugunsten der Republik aus, sie erfolgte zugunsten derer, die geholfen hatten, sie zu vernichten. Ein Detail beweist das eindringlich. 1955 wurde neu geschnitten der spanisch-italienische Propagandafilm, der die Kommunisten verteufelte, in Kinos der Bundesrepublik aufgeführt. Diese Parteinahme haben junge Filmschaffende um Klaus Volkenborn (1945-2005) schon 1979 in einem Film unter dem Titel *Unversöhnliche Erinnerungen* auf originelle Weise deutlich gemacht. Der Dokumentarfilm konfrontiert die Erinnerungen, die ein ehemaliger Jagdflieger der Legion Condor, Henning Strümpell, 1968 aus der Bundeswehr als General entlassen, mit denen des einstigen Angehörigen der Internationalen Brigaden, Ludwig Stillger, ein Kommunist, beide Bürger der Bundesrepublik den sie Interviewenden darstellten. Mit deren Erlebnissen wurde deren Denkweisen mehr als vier Jahrzehnte später ebenso deutlich wie ihre Lebenswege in der Bundesrepublik sowie ihre sozialen und materiellen Situationen. Der Film wurde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nach 22 Uhr ausgestrahlt. Sein in der Literatur geschildertes Echo erbrachte eine menschliche und einem Gerechtigkeitsempfinden entsprungene Parteinahme für den Spanienkämpfer auf Seiten der Republik, der von Beruf ein Maurer war und diesen Beruf auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder ausgeübt hatte. Was partiell Zuschauerempörung auslöste, war die Tatsache, dass dem einstigen, längst in wohlhabenden Verhältnissen lebenden Offizier, der es in der Wehrmacht bis in den Generalsrang gebracht hatte, seine Jahre in Spanien vom Staat als

„Berufsjahre“ angerechnet wurden, dem ehemaligen Interbrigadisten jedoch jede Anerkennung als ein Opfer des Faschismus verweigert wurde. Und ebenso dessen Ehefrau, die nach der Flucht ihres Mannes aus Deutschland zeitweilig von der Gestapo verhaftet worden war, damit sie den Aufenthaltsort ihres Mannes preisgebe, und die in Sorge um sich und ihren Sohn unter Zwang sich hatte scheiden lassen. Eine Änderung dieser Rentenregelung, behaftet mit Inkonsequenzen, erfolgte wohl auch unter der Wirkung dieses außergewöhnlichen Films, der noch 1979 in die Kinos gelangt. Auf dem Dokumentarfilm-Festival in Leipzig wurde mit der Goldenen Taube ausgezeichnet. Mit dem Thema der Rentenversorgung einstiger Spanienkämpfer bekam auch Willy Brandt (1913-1992) in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler zu tun, der selbst aus seinem norwegischen Exil und im Auftrag von Zeitungen des Landes 1936 als Berichterstatter nach Spanien gegangen war.

Was Volkenborn in seinem Film kritisierte, gehört in der Bundesrepublik ganz der Vergangenheit nicht an, wie sich auch bei deren Vergrößerung durch das Gebiet der DDR zeigte. Straßennamen, die an die Verteidiger der Republik erinnerten, verschwanden. In Berlin (Ost) die Arthur-Becker-Straße, die ihren Namen an Stelle der Kniprodestraße erhalten hatte, so einst benannt nach dem Hochmeister des Deutschen Ordens Winrich von Kniprode (um 1310-1382). Hingegen hat die Spanische Allee in Berlin (West), so getauft 1939 anlässlich der Rückkehr der Legion Condor, ihren ursprünglichen Namen, der lautete Wannseestraße, bis zum heutigen Tag nicht zurückerhalten.

Die Haltung der Bundesrepublik zum Spanien des Bürgerkrieges und dem Francos hat jedoch nicht bedeutet, dass die Geschichtswissenschaftler diesem Kurs adäquat gefolgt wären. Mit Vorläufern setzte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine Beschäftigung mit dem Krieg und seiner Vorgeschichte ein, die bis heute andauert. Anders als in der DDR haben sich dort Fachleute mit der innenpolitischen Entwicklung der 1931 geschaffenen Republik und dann mit den Jahren der Volksfrontregierung befasst. Spezialstudien galten einzelnen Kräften der Verteidiger der Republik und ebenso der Geschichte der Legion Condor. Diese Beschäftigung fand im tatsächlichen oder auch erklärten Gegensatz zu dem Bestreben von Autoren statt, die der Legion Verdienste im Kampf gegen den „Bolschewismus“ zuschrieben und gleichzeitig deren Verbrechen im Krieg leugneten. Bei letzterem richtete sich das Interesse vor allem auf die Geschichte des Bombardements der spanischen Stadt Guernica, die in die Frühgeschichte des auch gegen die Zivilbevölkerung rücksichtslosen Luftkrieges gehört, der ein schon grausiges Vorspiel dessen war, was sich später über Warschau, Rotterdam, London und weiteren britischen Städten, dann auch über Lübeck, Rostock, Hamburg und vielen deutschen Städten zutrug. Wider alle Tatsachen, zu denen das Abschießen von Zivilisten im Tiefflug mit Bordwaffen gehörte, wurde versucht, die toten Einwohner der Stadt und deren Verwüstung als unbeabsichtigt, entstanden als Folge schlechter Sichtverhältnisse, also als einen einzigen Kollateralschaden hinzustellen. Zum Pluralismus der Bundesrepublik gehört, auch das unterschied die Situation der Geschichtswissenschaft in den beiden deutschen Staaten, die Freiheit grober Geschichtsfälschungen mit der Ausnahme der sogenannten Holocaust-Leugnung.

So viele Unterschiede die Historiographie zum spanischen Bürgerkrieg in den beiden deutschen Staaten aufweist, die sich für die Gesamtzeit der Zweistaatlichkeit feststellen lassen, so gibt es doch auch Annäherungen der Forschungsresultate und der Deutungen. Die wesentliche besteht in der hergestellten Übereinstimmung darüber, dass die früh von ostdeutschen Historikern vertretene Auffassung, dass die Francisten die Republik ohne die deutsch-italienische Hilfe nicht hätten zur Strecke bringen können. Angenähert hat sich auch der Blick auf die Motive, die Deutschlands Machthaber zur Intervention in Spanien antrieben. Sie waren politischer, bündnispolitischer, militärischer und auch wirtschaftlicher Natur. Politisch: d. h. vor allem geboren aus der antikommunistischen Grundeinstellung der deutschen Faschisten, die ideologisch-politische Affinität zu allen Ausprägungen reaktionärer Regime hervorbrachte. Aufgegeben wurde von der DDR-Historiographie das Bild, das den Krieg in Spanien aus einer Verschwörung der deutschen Faschisten und der spanischen Putschisten hervorgehen lässt. Bündnispolitisch: das meint die Abwehr einer denkbaren westeuropäischen Konstellation, in der es Deutschland mit zwei Volksfront regierten Staaten, Frankreich und Spanien zu tun bekommen würde. Militärisch: das bedeutete die Chance, Einheiten der entstehenden Wehrmacht unter Kriegsbedingungen zu erproben, namentlich die der Luftwaffe bis hin zu neuesten Entwicklungen.

Bei Teruel fand der erste Einsatz der Ju 87, der sogenannten Sturzkampfbomber, statt. Wirtschaftlich: das zielte auf die Gewinnung eines zuverlässigen Lieferanten von rüstungs- und kriegswirtschaftlich unerlässlich Rohstoffen, vor allem von Eisenerzen und Schwefelkies. Als solcher hat sich Spanien lange Zeit auch bewährt.

Eine weitere Annäherung bildet der Befund, dass eine Bedingung des Sieges der spanischen Reaktion in der „Einsamkeit", den Begriff verwendet Jorge Semprún, bestand, in der sich die Republik in ihrer kritischen Phase, im Stadium ihrer Agonie befand. Schließlich dürfte zu den nicht mehr divergierenden Auffassungen die Beurteilung der sowjetischen Spanienpolitik, wie viel im Einzelnen gegen sie einzuwenden und noch zu erforschen bleibt, gehören, der nicht weltrevolutionäre Eroberungs- und Machtgelüste unterstellt werden.

Ein eigenes, hier nur knapp anzumerkendes Kapitel ist der Umgang mit der Geschichte des spanischen Bürgerkriegs in dem Land, in dem er stattfand.[2] Das Franco-Regime endete mit dem Tod des Diktators im Jahre 1975. Damit ergab sich die Chance, an die Stelle der verlogenen Geschichtsschreibung der Sieger mit der Erforschung der Vergangenheit zu beginnen. Doch während des einsetzenden Übergangs in andere staatliche Verhältnisse herrschten Amnesie und Amnestie. 1977 wurden Francos Mörder, denen eine Zahl von lange geschätzten, jetzt aufgrund von soliden Untersuchungen festgestellten etwa 140.000 Menschen zum Opfer fielen, von jeglicher Strafverfolgung freigestellt. Szenen der Versöhnung wurden veranstaltet. Das konnte bei dem sogenannten „integralen Gedächtnis" nicht bleiben. Die Hinterbliebenen verlangten, die Massengräber zu suchen, ihre Angehörigen zu identifizieren und würdig beizusetzen. Sie schufen sich eigene Verbände, die ihre Interessen vertreten. Einer ihrer Namen charakterisiert die Situation, er lautet Associació per a la Recuperació de la Memòria Històrica de Mallorca, dt. „Vereinigung zur Wiedererlangung der historischen Erinnerung". Erst unter einer sozialistischen Regierung wurde 2007 ein Gesetz beschlossen, dass die Entfernung von Denkmälern verlangte, die Franco und seinen Sieg verherrlichten. Vordem schon war 2005 in Madrid das Denkmal, das Franco zu Pferd zeigte, entfernt worden. Es dauerte bis 2008, da fiel in Santander das letzte Reiterstandbild des „Caudillo". Vor allem den Kirchen, in denen der Toten von Francos Truppen auch als Verteidiger des christlichen Glaubens gedacht wurde, entstand durch das Gesetz Arbeit.

Gegen jeden dieser Schritte machten rechte Kräfte mobil. So in der 1497 eroberten nordafrikanischen Enklave Melilla, einer Stadt von etwa 70.000 Einwohnern, in der das Denkmal Francos mit dem Argument verteidigt wurde, es gelte ja nicht dem Caudillo, sondern dem dort einst stationierten Offizier und Kommandeur einer Einheit der Fremdenlegionäre. Weder ideologisch noch politisch ist diese Auseinandersetzung in Spanien heute beendet. Bis 2010 dauerte es, dann entschied die Bürgermeisterin von Palma de Mallorca, dass ein Denkmal in der Stadt, welches den „Helden des Kreuzers ‚Baleares'„, der am 6. März 1938 sank, errichtet und von Franco eingeweiht worden war, eine Umwidmung erfährt, die auf einer Tafel sich so liest: „Dieses Denkmal wurde im Jahr 1948 im Gedenken an die Opfer des Untergangs des (Rebellen-)Kreuzers ‚Baleares' während des Bürgerkriegs (1936-1939) errichtet. Heute ist es für die Stadt ein Symbol des demokratischen Willens, niemals die Schrecken der Kriege und Diktaturen zu vergessen." Eine Parteinahme für die Republik und deren Verteidige wird man diese Sätze nicht nennen können. Erst in jüngste Zeit wurde begonnen, die Franco-Denkmäler zu beseitigen. Offen ist die Zukunft jener monströsen Gedenkanlage in der Nähe des Valle de los Caldos, dt. Tal der Gefallenen, die von Gefangenen errichtet wurde und deren Kern eine riesige Basilika ist. Hier stehen die Särge des Gründers der Falange Española, also jener der Nazipartei vergleichbaren Organisation in Spanien, José Antonio Primo de Rivera (1903-1936) und Francos. Bis vor kurzem diente der Ort auch als demonstrativer Treffpunkt von Faschisten vieler Länder und zugleich ist er ein Touristenmagnet. Auch seine Umwidmung soll erfolgen, der museale Ort soll „alle Menschen würdigen, die im Bürgerkrieg gefallen sind und Opfer der Repression, die darauffolgte,

---

[2] W. Bernecker, S. Brinckmann: Zwischen Geschichte und Erinnerung. Zum Umgang mit der Zeitgeschichte in Spanien. In: A. Nützenadel u. a. (Hrsg.): Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 20), Göttingen 2004, S. 78-106.

wurden, mit dem Ziel die Kenntnisse über diese Zeit zu vertiefen und den Frieden und die demokratischen Werte zu stärken.“ Das erinnert auch an historische Eintopfgerichte.

* * *

Die Frage, die den Historiker und wohl nicht nur ihn beim Blick zurück in das 20. Jahrhundert am stärksten interessiert und herausfordert, ist die nach dem geschichtlichen Platz des spanischen Bürgerkrieges. Was hat das Ereignis durch sein Stattfinden, seinen Verlauf und seinen Ausgang bewirkt, welche Folgen hat es gezeitigt. Wie alle ähnlichen Fragen ist auch sie schwer eindeutig zu beantworten. Dass dieser Krieg aber kontinentale Auswirkungen besaß, ist unbestritten. Der auf den Krieg auch verwendete Begriff vom „europäischen Krieg“ ist keine Übertreibung, wenn man daran nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen versteht. Doch es hat in diesen Jahren eine Gruppierung und ein Messen der Kräfte stattgefunden, aus dem die beiden faschistischen Mächte Deutschland und Italien als die Gewinner hervorgingen. Unter ihrer maßgeblichen Beteiligung war die politische (nicht die politisch-territoriale) Landkarte verändert worden. Die andere wandelte sich mit Italiens Eroberung Albaniens und die Vernichtung der Tschechoslowakei durch Deutschland nur wenig später. Wie hätten hingegen die beiden aggressiven Staaten ausgesehen, wäre die Republik behauptet worden und die Interventionstruppen hätten gen Rom und Berlin abziehen müssen? Dieser Ausgang lag nicht außerhalb der Möglichkeiten. Da freilich mussten Frankreich, Großbritannien, womöglich auch die USA, ihre Partei ergreifen und es zu einem Bündnis mit der Sowjetunion kommen, also jenes Konzept praktisch durchgesetzt werden, für das sich die UdSSR seit dem Sieg des Faschismus in Deutschland einsetzte und in Persona niemand mehr als der sowjetische Außenminister Maxim Litwinow. Doch dessen Konzept durch ein gemeinsames Eintreten für die Verteidigung der spanischen Republik in eine gemeinsame Abwehrstellung darüber hinaus zu bringen, scheitert während des Spanienkrieges gänzlich. Das Schlussdokument, gleichsam die Notifikation dieses Scheiterns, war das im Oktober 1938 geschlossene Abkommen der Westmächte mit Deutschland, in dem faktisch die Tschechoslowakei preisgegeben wurde. Statt, wie gedacht, Verbündete zu gewinnen, sah sich die sowjetische Politik isoliert und vor dem Zwang einer Neuorientierung. Der Ausgang in Spanien war mehr als nur die Niederlage einer Republik vor den Faschisten, es war eine Niederlage aller, die in Europa am Frieden interessiert waren und das war die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Geografisch lag Spaniens am Rande des Kontinents, doch dieser Moment seiner Geschichte war von zentraler Bedeutung für den Kontinent als Ganzen. Als die Einheiten der Legion Condor als Sieger durch das Brandenburger Tor zogen, waren jene, die an dem Kriegsplan arbeiteten, dessen Verwirklichung einen Schritt nähergekommen. Sie konnten sich ermutigt sehen. Und so gesehen haben für die Tage dieses Frühjahrs 1939 die von Hemingway zitierten Wort ihren tiefen Sinn: *„… and therefore never send to know for whom the bell tolls; it tolls for thee.”* Die Glocke schlug ihnen, den Europäern.

Damit ist die Frage, warum der spanische Bürgerkrieg sich so tief in das Gedächtnis der Völker eingegraben hat, zu einem Teil schon beantwortet. Er gehört zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und vor langem schon haben sich Stimmen erhoben, die meinen, es habe dieser Weltkrieg jedenfalls in Europa damit begonnen. Andere Faktoren kommen hinzu. Dazu gehören die Erfahrungen, die in Spanien auf Seiten der Republikaner, aller die die Republik verteidigten, gemacht wurden. Sie sind ein Lehrbuch über den Gewinn der Einheit, über den Wert der Konzentration auf die wesentlichen Ziele und die Notwendigkeit von Kompromissen und über das Verhängnis der Spaltungen und der Zerrissenheit, ein Lehrbuch vor allem für die Beziehungen derer zueinander, die unter dem Begriff die Linken subsumiert werden. Doch hat es bis heute immer wieder den Anschein, dass die Bereitwilligkeit, die Nasen in dieses Lehrbuch zu stecken, sehr unterschiedlich entwickelt ist. Drittens lebt Spanien während des Bürgerkrieges in der Erinnerung vieler als gelebte Solidarität der Völker, verkörpert im Kampf der Interbrigadisten gemeinsam mit der spanischen republikanischen Armee, den Milizen und anderen militärischen Einheiten. Diese Erfahrung ist nicht entwertet dadurch, dass die Solidarischen unterlagen. Viertens richtet sich der Blick auch deshalb auf diese spanischen Jahre, weil es – das ist das Urteil Jorge Semprúns – kein zweites Ereignis gibt, das so viele Angehörige der Intelligenz, herausragende und weltbekannte Persönlichkeiten zu gemeinsamer oder doch gleichgerichteter Parteinahme für die bedrohte Republik mobilisierte. Zu ihnen gehörten Thomas Mann

(1875-1955) und Heinrich Mann (1879-1950), der Franzose André Malraux, der Brite George Orwell, die Franzosen Albert Camus (1913-1960), André Gide (1869-1951) und Georges Bernanos, natürlich der Spanier Pablo Picasso, der US-Amerikaner Ernest Hemingway, der Niederländer Joris Ivens. Diese Reihe lässt fragen, welche Rolle herausragende Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst in unseren Tagen einnehmen im Hinblick auf Geschehnisse von internationalem Gewicht, die große Kriege gebären können, wie zurzeit die zwischen dem Ostrand des Mittelmeeres und dem Himalaja.

Zu alledem kommt aber wohl ein anderes hinzu. Welchen Platz der Staat auf der iberischen Halbinsel in der Rang- und Bedeutungsliste der Mächte 1936 einnahm und welchen Spanien auch immer heute besetzen mag, wird es erwähnt, taucht die Erinnerung an weltgeschichtliche Ereignisse und Gestalten auf, die das Interesse auf dieses Land richten, jedenfalls derer, die ein wenig von seiner Geschichte wissen. Da begegnen uns große Entdecker, von denen Christoph Columbus, der mit seinem Schiff 1492 vom Golf von Cadiz in Andalusien aufbrach, der wohl bekannteste wurde und geblieben ist. Da taucht das Bild von dem Weltreich auf, in dem die Sonne nicht unterging, an dessen Spitze Karl V. (1500-1558), König von Spanien und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, herrschte. Da erhebt sich eine Gestalt wie die des Schöpfers von Don Quichotte und Sancho Pansa, Miguel de Cervantes Saavedra (1547-1616), des Nationaldichters der Spanier. Und da ist die unvergleichliche Plejade spanischer Maler aus der El Greco, der auf Kreta geborene Grieche (1541-1614), der eigentlich Domínikos Theotokópoulos hieß und seit 1577 in Toledo lebte und malte, herausragt, sodann Diego Rodriguez de Silva y Velazquez, (1599-1660), des weiteren Francisco de Goya (1746-1828), dessen Gemälde *Qué valor*, dt. *Welche Tapferkeit*, bekannt auch als *Das Mädchen von Zaragoza*, den Frauen gegenwärtig gewesen sein mag, die bewaffnet oder an anderen Plätzen die Republik verteidigten, und dessen Zyklus *Desastres de la Guerra*, was sich als das Unheil oder auch die Gräuel des Krieges übersetzen lässt, in die Friedenserziehung unserer Tage gehört. schließlich Pablo Picasso (1881-1973) aus dessen künstlerischer Produktion das Guernica-Bild und die populären Bilder hervorstechen, auf welchen die Taube als Symbol des Friedens zu sehen ist. Es mag dieser Glanz des Vergangenen dazu beitragen, dass sich der Blick wieder und wieder auf dieses Volk und die Tragödie der Jahre 1936 bis 1939 mit ihren Folgen richtet.

Oranienburg – Sachsenhausen.

Eine Nachbarschaft und ein schwieriges Erbe

Vortrag auf der Konferenz in Oranienburg am 11. November 2012

Lassen Sie mich vorweg einen Zweifel aussprechen, der sich einstellte, als mir dieser Vortrag angetragen wurde: Hat bei der Erörterung des Erbes eines Konzentrationslagers und sodann des Umgangs mit ihm das Wortpaar Toleranz und Intoleranz, das im Zentrum unserer Veranstaltung steht, irgendetwas zu suchen. Sind die Begriffe nicht dem Sachverhalt, den Tatsachen und Zusammenhängen vielmehr ganz unangemessen? Ohne dass dies im Ganzen nachgeprüft ist, lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, dass in der wort-, bild- und dokumentenreichen Ausstellung der Gedenkstätte Sachsenhausen die beiden Worte nicht auftauchen. Sie sind auch in den Darstellungen der Geschichte der faschistischen Herrschaft in Deutschland ungebräuchlich. Kurzum: Wenn von der Herrschaft der Faschisten gesprochen oder geschrieben wird, erscheinen Worte wie Duldung und Duldsamkeit und deren Negationen als unangemessen, mehr noch: Sie beschönigen Verhaltensweisen und Zustände und das in einer Zeit, in der hierzulande Menschen täglich an solche Sprach- und Begriffsverwendung gewöhnt werden. Land- und Bodenraub heißen Siedlungsbau und die Folgen einer politischen, ideologischen bis in den Rassismus reichenden Fehlorientierung der Arbeit von Sicherheitsdiensten werden Pannen genannt.

Übrigens: Die deutschen Faschisten selbst haben ihr Vorhaben und später ihre Praxis auch mit diesem Begriffspaar nicht verbunden, sondern sich deutlich ausgedrückt: Hitler sprach vor einem Gericht der Weimarer Republik davon, dass in dem von ihm und den Seinen erstrebten Staat „Köpfe rollen“ werden, in ihren Zeitungen wurde die Einrichtung von Konzentrationslagern angekündigt und als er am 5. Tag seiner Kanzlerschaft vor Generalen redete, notierte sich einer der Anwesenden u. a. die Ankündigung „Todesstrafe für Landes- und Volksverrat“, wobei, was dieser in der Sprache der Juristen unbekannte Begriff Volksverrat bedeutete, alsbald praktisch geklärt wurde. Die Faschistenführer haben viele ihrer Ziele verheimlicht, am längsten das des Eroberungskrieges, aber dass sie sich nicht über die gewalttätigen Methoden ihrer Herrschaft ausgelassen hätten, lässt sich rechtens nicht sagen. Die Hauptmethode der Etablierung und Behauptung ihres Regimes war der Terror und seine Instrumente hießen SA, Gestapo, Justiz, Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager. Wer sagt, die Banditen mit dem Hakenkreuz seien intolerant gewesen, verharmlost sie und ihre Aktion.

Und es spricht jedenfalls für die Autoren der Schulbücher, dass das Begriffspaar Toleranz und Intoleranz in ihren Texten nicht auftaucht. In denen erfährt aber von Buch zu Buch der Terror eine sehr unterschiedlich intensive Behandlung, er besetzt gegenüber denn Abhandlungen zu Ideologie und Propaganda einen deutlich minderen Platz. Erheblich unterscheiden sich auch die Informationen über die Konzentrationslager. Kaum ein Schulbuch nennt auch nur die Namen und Orte der wichtigsten. Fragen, die sich an Ihre Gründung und Existenz knüpfen ließen, werden selten gestellt. Ein in Mecklenburg-Vorpommern gebräuchliches Buch für den Geschichtsunterricht in den 9. Klassen berichtet unter der Hauptüberschrift „Leben unterm Hakenkreuz“ und nach der Darstellung von KdF unter dem Stichwort „Ausgrenzung von ‚Volksschädlingen‘“ in drei Sätzen von der Existenz und den Insassen dieser Lager und verweist auf die Macht der SS-Totenkopfverbände.

Eine erwähnenswerte Ausnahme macht ein Geschichtsbuch für die 8. Klassen der Mittelschulen in Sachsen. Es bietet eine Deutschlandkarte mit der Kennzeichnung der Orte des KZ, die nach den vor und 1938 geschaffenen getrennt werden. Zitiert wird der Bericht des ersten Chefs der Gestapo Rudolf Diels, der den Zustand der gefolterten und geschundenen Häftlinge beschreibt, so wie er sie bei einer Inspektion eines Lagers 1933 vorfand. Fragen, die sich Schüler stellen sollen, zielen auf die gesamtgesellschaftliche Funktion des Terrors. Weit voneinander weichen auch die Bilder ab, die in den Büchern gedruckt wurden. Während das erwähnte Buch den Schülern den Blick in die Erschießungsgräber, in eine Häftlingsbaracke, auf Leichen auf einem Lastwagen und auf zermahlene Menschenknochen nahe dem Krematorium in Buchenwald nicht erspart, wird in einem anderen Heinrich Himmler im Gespräch mit einem Häftling in Dachau gezeigt und zwei Zeichnungen eines Insassen über den Häftlingsalltag gedruckt. Die am häufigsten aufgenommenen Fotos sind die der KZ-Insassen Carl von

Ossietzky und der in Bergen-Belsen umgekommenen Anne Frank, sowie das viel reproduzierte jenes SA-Mannes, der mit vorgehaltenem Gewehr eine Gruppe gefangene politischer Gegner in einem Keller bewacht, die vor ihm mit erhobenen Händen an einer Mauer stehen. Worum es bei dieser knappen Inspektion von gebräuchlichen Schulgeschichtsbüchern einzig geht, ist zweierlei: die Vorkenntnisse der Schüler, die eine Gedenkstätte auf dem Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers besuchen, sind, von anderen Faktoren abgesehen, allein aufgrund der benutzten Schulbücher sehr verschieden und selbstredend vom Umgang der Lehrer mit den Gegenständen und Themen abhängig und – zweitens – das Thema: Die deutschen „Volksgenossen", Konzentrationslager und ihre Insassen kommen in den Texten nirgendwo vor. Darin spiegelt sich bis zu einem gewissen Grad der Stand der Forschung wider.

Ist von den zwölf Jahren deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 die Rede, bildet folglich der Begriff Terror eine zentrale Kategorie, zu der zwei weitere gehören, dessen Täter und seine Opfer. Von denen berichtet die Gedenkstätte mit ihrer Ausstellung anschaulich und eindringlich. Sie ist wie die gesamte Literatur über die Konzentrationslager[1], die innerhalb und außerhalb des damaligen Reichsgebietes existierten, auf das Innenleben dieser Lager konzentriert, ergänzt durch ihre Vorgeschichte und die ihrer Befreiung 1944 und 1945. Diese Lager besitzen aber auch, was sich ihre Außengeschichte nennen lässt und die bestand nicht nur in den Rollen der höheren Gestapo-Behörden in Berlin und den Gauhauptstädten.

Wer sich beispielsweise – wie es heute hier geschieht – mit der Geschichte der Konzentrationslager Oranienburg/Sachsenhausen befassen will, stößt im Literaturangebot der Deutschen Staatsbibliothek auf derzeit 97 Titel. Zwei Drittel dieser Publikationen sind nach dem Jahr 1990 erschienen. Die Liste der Sachsenhausenliteratur setzt 1934 mit einem Buch ein, das in der Tschechoslowakei in Karlsbad/Karlovy Vary erschien und wofür Heinrich Mann ein Vorwort schrieb. Sein Autor war der im Dezember 1933 aus Oranienburg entflohene Gerhart Seger (1896-1967), ein sozialdemokratischer Redakteur und Reichstagsabgeordneter, der schon während der ersten Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand ergriffen worden war.

In diesen Publikationen ist kaum ein Gegenstand oder ein Thema aus der Geschichte des Konzentrationslagers ausgelassen: die Rolle der Herren des Lagers und ihres Personals, die Häftlingsgruppen und -kategorien, der Alltag der Häftlinge und deren Existenzbedingungen, die jüdischen Häftlinge und die verhafteten Juden der Aktion nach dem Pogrom vom November 1938, die Homosexuellen, die Verbrechen, namentlich die Menschenversuche, das Morden und Massenmorden, die besonderen Häftlingsgruppen, so die in der Fälscherwerkstatt und die im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 Inhaftierten, die Rolle von Musik und Gedichten, die Sprache der Lagerinsassen und die Gerüchte, die Befreiung und die Rolle der Häftlinge in der Nachkriegspolitik ihrer Länder. Es fehlt in dieser Liste eine Studie über die Beziehungen des Lagers, eines Wachpersonals wie seiner Insassen zu ihrer Umgebung, also vor allem der Stadt Oranienburg. Andernorts ist diese Arbeit schon geleistet worden, so in der 1999 erschienenen Publikation *Nachbar Buchenwald. Die Stadt Weimar und ihr KZ 1937-1945* (Autor: Jens Schley). Darauf folgte 2008 „... mitten im deutschen Volke". Buchenwald, Weimar und die nationalsozialistische Volksgemeinschaft (Volkhard Knigge). Früher schon erschienenen Untersuchungen zu Dachau, so 1993 „Dachau – die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit". „Die Untersuchung einer Nachbarschaft" (Sybille Steinbacher) und 1987 „Modell Dachau das Konzentrationslager und die Stadt Dachau in der Zeit des Nationalsozialismus und ihre Bedeutung für die Gegenwart" (Peter Steinbach).

Die deutschen Konzentrationslager sind nicht auf einsamen menschenleeren Inseln errichtet worden. Und selbst, wenn das hätte geschehen können, würden von dort doch Stränge in die bewohnte Außenwelt geführt haben. Um wie vieles mehr in den Lagern, die sich inmitten eines dicht besiedelten Landes

---

[1] Zur Produktion während der längsten Zeit der Existenz der DDR s. auch: Bibliographie zur Geschichte des faschistischen Konzentrationslagers und der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald: auf d. Basis d. Arbeit e. Studentenkollektivs d. Fachschule für Wiss. Bibliothekswesen Leipzig unter Leitung von Torsten Seela/Rosmarie Hofmann. – Weimar-Buchenwald: Nationale Mahn- und Gedenkstätte, 1985.

befanden. Deren Nähe zu Dörfern und Städten war unterschiedlich. Die Lager auf dem Ettersberg, Buchenwald bei Weimar, Mauthausen bei Linz oder das in der Oberpfalz gelegene Flossenbürg, errichtet 1937 und 1938, waren nicht verborgen, aber von dichteren Wohnstätten einige Kilometer entfernt. Für Dachau, da befand sich das KZ am Stadtrand, für Ravensbrück und eben für Sachsenhausen galt das nicht. Das galt schon für die kurzlebigen Konzentrationslager, die 1933 inmitten von Städten oder in deren Weichbild eingerichtet wurden, wie das am 21. März 1933 im Stadtgebiet von Oranienburg, dessen Insassen als Arbeitskräfte vermietet wurden, wozu es u. a. eine arbeitsteilige Verbindung zwischen den Wächtern des Lagers und Mitarbeitern der Stadtverwaltung geben musste.[2]

Doch wie nah oder wie fern, zwischen den Lagern und ihrer Umgebung gab es überall vielfältige Verbindungsstränge. Davon war nach dem Mai 1945 wenig die Rede. Der Schwerpunkt lag auf der Sorge um die Überlebenden und der Suche nach den Tätern. Und die in der Umgebung gelebt hatten, beteuerten, sie hätten von dem Grauen *nichts gewusst*[3], nichts von dem Erschießungsgraben, den verbrecherischen Versuchen an Menschen, den Gaskammern und den Krematorien. Das mag wahr gewesen sein, aber bedeutete das, was vor den äußersten Exzessen von Machtgier, Triumphgefühl, Rachegelüst und Vernichtungsprogramm lag, denn nichts?

Die Darstellung der Beziehungen zwischen dem Lager Sachsenhausen und seiner Umwelt ist der schwächste und nichtssagende Teil der Ausstellung der Gedenkstätte. Wenn aber eine angemessene Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit dem Erbe gegeben werden soll, muss doch ein Wort über dieses Erbe gesagt werden. Zwischen dem Lager und der Außenwelt existierte ein Beziehungsgeflecht schon vor seiner Eröffnung. So bescheiden seine Einrichtung, gebraucht wurden Baumaterial, das Firmen und Händler lieferten. Nötig waren Telefon-, Strom-, Wasser- und Entwässerungsanschlüsse, die mindestens teils von ortskundigen Fachleuten hergestellt werden mussten. Und als das Lager in Betrieb genommen wurde, entstanden neue Stränge. Fleischfabriken und Bäckereien sowie Lieferanten anderer Nahrungsmittel versorgten es. Darüber wurden Verträge abgeschlossen, erfolgten Überweisungen über Banken und Sparkassen. Kraftfahrer und Transportarbeiter kamen in das Lager. Wie es da aussah, erfuhren Oranienburger nicht nur aus den viel erwähnten Erzählungen von Angehörigen des Wachpersonals abends in den Kneipen des Ortes.

Kurzum: die Existenz der Konzentrationslager wurde eine Profitquelle und sie schuf Arbeit. Die dichteste Beziehung zwischen den Insassen des Lagers und den „Volksgenossen“ aber schuf das ungestillte Bedürfnis nach billigen Arbeitskräften, das mit der Länge des Krieges und den Niederlagen wuchs. Die (relativ) freien Arbeiter und die Zwangsarbeiter begegneten einander. Es ließ sich ein Bild vom physischen und psychischen Zustand der Häftlinge gewinnen und jeder, der mit ihnen in Berührung kam, hatte sich zu entscheiden, wie er diese Beziehung gestaltete. Das galt übrigens in noch weit höherem Grad für die Bewohner von Orten, bei denen Außenlager von Konzentrationslagern errichtet wurden, eigens zu dem Zweck, deren Insassen nahe an die Arbeitsstätten heranzubringen. Dort war die Kontrolle durch Wachpersonal zudem nicht so dicht wie in den Stammlagern und in manchen Betrieben arbeiteten auch kleine Kontingente von Häftlingen, für die es eine spezielle Bewachung nicht gab. Aber auch in Städten wie Weimar waren die KZ-Insassen nicht nur in Großbetrieben als Arbeitskräfte eingesetzt, wo sie von den dort beschäftigten Meistern dirigiert wurden, sondern auch dezentral an den verschiedensten Orten so etwa zu Bauarbeiten in der örtlichen Bibliothek oder in einer Schneiderei.

Wenn also von der Geschichte des Konzentrationslagers und dem Erbe gehandelt wird, das es hinterließ, dann führt das in die Familiengeschichten vieler Oranienburger, verleugnete und verdrängte, vergessene und bewahrte. Was sollen die Angehörigen der zweiten und dritten Generation danach mit diesem meist bruchstückhaften Wissen oder mit den sogenannten weißen Flecken anfangen? Können sie damit überhaupt etwas beginnen, was Nutzen bringt? Um zunächst eine Barriere beiseite zu räumen.

---

2 Hans Biereigel, Schweigen ist Gold – Reden Oranienburg. Zur Geschichte des ersten Konzentrationslagers der Nazis in Brandenburg. In: Luisenstadt. Berlinische Monatsschrift H. 9/2000, S. 36-47 und ders., Oranienburg – eine Stadt mit zwei Gesichtern, Erfurt 2010.

3 George John Beeston, Öffentlichkeit und KZ: was wusste die Bevölkerung? Dachauer Hefte 17, Dachau 2001.

Es gibt für die Nachgeborenen keine Schuldfrage. Sie waren nicht beteiligt und Schuld vererbt sich nicht. Letzteres ist eine reaktionäre Vorstellung, in der deutschen Geschichte gebraucht, um den Nachgeborenen beispielsweise – und das schon in der Weimarer Republik – einzureden, sie stünden in einer Schuld gegenüber den Kriegstoten des Ersten Weltkrieges, einzulösen im nächsten Kriege.

Und zweitens: Es gibt für die Nachgeborenen, die Oranienburger sind und sei es seit Generationen, keine besondere und keine größere Verpflichtung, sich mit den Jahren der faschistischen Diktatur auseinanderzusetzen wie für die Gleichaltrigen in einer beliebigen anderen Stadt Deutschlands. Die Erbschaft aus diesem Kapitel deutscher Geschichte fällt ungeteilt auf alle und jeder hat sich zu entscheiden, sie anzutreten, sie auszuschlagen oder auch sie zu ignorieren. Für diejenigen, die sie antreten, bietet diese Beziehung zwischen Oranienburg und Sachsenhausen, eine Chance, einen besonderen Denkanstoß, einen eigenen Zugang zur Vergangenheit. Sie haben Geschichte gleichsam vor der eigenen Haustür. Die räumliche Nähe kann herausfordern und sie lässt sich in einen Vorteil münzen, beispielsweise in den Schulen dieser Stadt. Der ist umso größer, je stärker das Lokale und Regionale in den Zusammenhang des Ganzen gestellt werden, also in die Geschichte der deutschen Gesellschaft unter dem Hakenkreuz. Deshalb ein paar Worte über den hierzulande dominierenden Umgang mit diesem Ganzen, zumal der nicht gerade wegweisend ist.

Zunächst: Im Zentrum aller Erinnerung und vielerlei Gedenkens an Ereignisse deutscher Geschichte stehen in der Bundesrepublik die zwölf Jahre, die meist auch ihr „dunkelste Kapitel“ genannt werden. Es gibt keine Woche, in der nicht in dieser oder jener Weise an sie erinnert wird. Kürzlich mit der Einweihung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin. Vor zehn Tagen durch die Aufführung des Spielfilms über den Feldmarschall Rommel im Fernsehen. Eben erst durch das Gedenken an die Untat des 9. November 1938, die Pogromnacht. Alles Interesse für die Geschichte der DDR und des Kalten Krieges hat das für die Nazijahre nicht vom ersten Platz verdrängt. Und auch Kampagnen wie die anlässlich des 300. Geburtstages von Friedrich II. von Preußen und die bevorstehende zum 200. Jahrestages des Beginns der antinapoleonischen Befreiungskriege vermögen nur für vergleichsweise kurze Zeit sich in den Vordergrund zu drängen.

Dieses Bild stützt ein Blick auf den Buchmarkt, der hier nur auf einen der in Sachen Geschichte rührigen Verlage, den von C. C. Beck, beschränkt sein soll. In seinem kürzlich erschienene Gesamtverzeichnis, dies eine weitere Einschränkung, werden zur Geschichte der Konzentrationslager, der Judenverfolgung und des Widerstands angeboten: die Gestapo (Carsten Dams/Michael Stolle) die neunbändige Darstellung der Geschichte der Lager in der Reihe *Der Ort des Terrors*, in deren drittem Band die Geschichte Sachsenhausen dargestellt ist: *Der Buchenwald-Report* (David A. Backett, Hrsg.) *Tagebuch aus Bergen-Belsen I* (Hanne Levy-Hass) *Geboren im KZ* (Eva Gruberová/Helmut Zeller), *Furchtbare Ärzte* (Till Bastian), *Lexikon des Holocaust* (Wolfgang Benz), *Das Dritte Reich und die Juden* (Saul Friedländer), *Sinti und Roma im Dritten Reich* (Till Bastian), *Wir Eichmannsöhne* (Günther Anders), *Auschwitz und die Auschwitzlüge* (Till Bastian), *Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten* (Saul Friedländer), *Stauffenberg und der 20. Juli* (Peter Hoffmann), *Helmuth James von Moltke, Biographie* (Günter Brakelmann), *Die Briefe von James Moltke an seine Frau, Erinnerungen an Kreisau* (Freya von Moltke), *Ulrich von Hassell* (Gregor Schöllgen). Wie gesagt, das ist ein Teil dessen, was zur Geschichte des deutschen Faschismus gehört, wozu dieser Verlag ein noch größeres Angebot bereithält. Darin fehlt jeder Bezug auf den Arbeiterwiderstand und jede Biografie eines sozialdemokratischen, kommunistischen oder anderen nicht den bürgerlichen Schichten zugehörenden Widerstandskämpfers, worin sich auch Gewichte der bundesrepublikanischen Erinnerung spiegeln.

Die Darstellung und Kritik an dieser Erinnerung selbst füllen inzwischen auch schon ein ansehnliches Bücherregal. Bleiben wir beim gleichen Verlag: *Hitler war kein Betriebsunfall* (Fritz Fischer), *1945 und wir* und *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit* (beide: Norbert Frei), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord* (Volkhard Knigge/Norbert Frei, Hrsg.), *Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung, Deutung, Erinnerung* (Peter Reichel, u. a. Hrsg.), *Auf ewig in Hitlers Schatten?* (Heinrich August Winkler), *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Justiz und Politik* (Peter Reichel), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Die großen Kontrover-*

sen seit 1945 (Martin Sabrow u. a. Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte* (Christian Hartmann u. a. Hrsg.)

Nun ist in der eben zu Ende gehenden Woche in Sachsenhausen ein Buch mit dem provokatorischen Titel „Vergesst Auschwitz“ mit einem Untertitel vorgestellt worden, der sich explizit gegen den „deutschen Erinnerungswahn“ stellt. (Henryk M. Broder, Vergesst Auschwitz. Der Deutsche Erinnerungswahn und die Endlösung der Israel-Frage). Der Text, mit dem der Verlag für die Publikation Reklame macht, er stammt vom Autor, lautet: „Die Deutschen leiden an Hitler wie andere an Schuppenflechte. Aus dem Versuch, sich gegen die eigene Geschichte zu immunisieren, ist eine Autoimmunerkrankung geworden. Ob es um den Einsatz in Jugoslawien oder in Afghanistan geht, um Atom- oder Gentechnik, Stammzellen, Sterbehilfe – immer steht das Nazi-Menetekel an der Wand und fordert seinen Tribut. Das ritualisierte Gedenken verschafft keine Erleichterung, es ist nicht mehr als eine leere Geste, eine Ablenkung von der Gegenwart – oder noch Schlimmeres.“

Die vier Sätze werfen vor allem Fragen auf: Leiden die Deutschen wirklich wahnhaft an Hitler? Alle oder wie viele? Haben die Deutschen tatsächlich versucht, sich gegen ihre Geschichte zu immunisieren? Und haben sie dabei das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt? Zudem: Wenn die Autoren oder Verkäufer von Geschichtsbüchern in die Terminologie fremder Disziplinen fliehen, das geschieht vorzugsweise in die Medizin, die Meteorologie oder auch nur die Wetterkunde darf Nebel vermutet werden. Der lichtet sich jedoch in Satz drei und vier, in denen zunächst die Erinnerung an die Erfahrungen im und mit dem deutschen Faschismus, die nicht nur den Deutschen ein Menetekel, Mahnung oder Warnruf also, sein können, als Störfaktor in politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart angesehen werden. Die dann folgende Kritik an der Art der Erinnerung hat in diesem Zusammenhang nichts zu suchen, sondern einzig die Funktion, das Erinnern insgesamt zu verdächtigen. Jedoch ohne Rituale geht öffentliche Erinnerung, ob in Deutschland oder Frankreich, den USA oder Japan, nicht immer ab – angefangen von Kranzniederlegungen an Denkmalen. Die Frage ist, ob sich solche Bezugnahmen auf Rituale beschränken, also ob es – wie kritisch gesagt wurde – sich einzig um Blumenabwürfe handelt und dazu um unverbindliche Reden über das Erinnern, das Trauern und das Gedenken.

„Vergesst Auschwitz“ ist ein dümmlich-provokatorisches Plädoyer für eine Politik ohne Geschichtsbewusstsein, wie eine Äußerung seines Verfassers zeigt, die besagt, ginge es nach ihm, „würde ich Auschwitz dem Erdboden gleichmachen. Auschwitz ist zu einem Disneyland der Gruselkultur verkommen. Zuletzt hat die Bundesrepublik 60 Millionen Euro zugesagt, um die Baracken vor dem Verfall zu retten und den verrosteten Stacheldraht zu ersetzen. Mich interessiert der letzte Holocaust so sehr wie der Auszug aus Ägypten. Mich interessiert, wie wir die Gegenwart meistern, den nächsten Holocaust verhindern.“

Das Erscheinen dieses Buches (man kann sich fragen, warum der Autor als Vortragender nach Oranienburg und in eine Reihe eingeladen wird, die dem Gedenken an das Leben und die Religion der Juden gewidmet ist) und die Beachtung, die es findet, zeigt eins, und deshalb allein ist es hier erwähnt worden: diese Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist sich über Inhalte, Perspektiven und Methoden uneins, die ihre Rückblicke in das 20. Jahrhundert bestimmen können oder gar sollten. In eine Bundestagsdebatte wurde jüngst eine „defensive Erinnerungspolitik beklagt, was immer das sein mag. Inzwischen befassten sich mehrere Autoren auch mit der Geschichte der Auseinandersetzungen um die deutsche Vergangenheit, die immer wieder aufs Neue entbrennen, wie eben zu beobachten war anlässlich der Rückblicke auf Friedrich II. von Preußen, und die sich wieder einstellen dürften, wenn auch nicht gleich scharf im bevorstehenden Jahr 2013 mit dem Rückblick auf die antinapoleonischen Befreiungskriege.

Um wie viel bedeutsamer aber ist der Streit um die Besinnung auf die Jahre 1933 bis 1945 und deren Vorgeschichte.[4] Besonders deutlich wird das in den anhaltenden Auseinandersetzungen darüber, welchen Platz der Begriff Gewaltherrschaft dabei einnehmen soll. Mit ihm werden Handlungen und

[4] Aus der Masse der Arbeiten, die sich damit beschäftigen seien genannt: Erinnern oder Verweigern: das schwierige Thema Nationalsozialismus (Wolfgang Benz), München 1994; Politik mit der Erinnerung: Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit (Peter Reichel) München 1995.

beteiligte Täter wie Opfer auf einen sprachlichen Nenner gesetzt. Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft, das ist nach der Vorgabe, die alsbald nach 1990 in Berlin Unter den Linden dafür erfolgte, die Gedenkformel schlechthin geworden. Man muss nicht Friedrich Engels' Schrift aus dem Jahre 1887/1888 über die „Rolle der Gewalt in der Geschichte" gelesen haben, es genügt an die Forderung des Thomas Müntzer zu denken: „Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk", um diesen Umgang mit dem Begriff Gewalt als verdächtig auszumachen, ganz abgesehen von der Nivellierung, die einen in Sachsenhausen ermordeten sowjetischen Soldaten mit einem deutschen Soldaten, der auszog, dessen Land zu erobern, als Kriegsopfer gleichsetzt oder ein Kind, das im Bombenkrieg umkam, mit einem Nazi als Opfer vereint, der als Durchhaltekrieger im Volkssturm umkam.

Wer sich hierzulande mit den Jahren der faschistischen Herrschaft, sei es in der Nachbarschaft Oranienburgs mit Sachsenhausen oder in einem entlegenen bayerischen Alpendorf befasst, hat es noch mit einem anderen gedanklichen Hindernis zu tun. Hat uns diese Zeit, von der uns, besinnt man sich auf ihr Ende, 67 Jahre trennen, an die sich nur noch jener Rest erinnern kann, der ein Alter erreicht hat, von dem es in der Bibel heißt: „Unser Leben wäret siebzig Jahr, und wenn es hochkommt achtzig Jahre" – hat uns diese Zeit noch irgendetwas Verwendbares zu sagen, ausgenommen, dass sie uns hilft, Gut und Böse scharf zu unterscheiden? Ist das nicht Geschichte, die zwar noch qualmt, aber, um im Bilde zu bleiben, nicht mehr wärmt und nichts mehr befeuert?

Wie nah oder wie fern einem diese Zeit gilt, hängt davon ab, ob gemeint wird, dass wie dieser Zeit entronnen sind und in einer völlig anderen Epoche leben oder ob die Erkenntnis gewonnen ist, dass der Faschismus eine Ausgeburt, eine mögliche Herrschaftsform in der bürgerlichen Gesellschaft war und wir dieser Gesellschaft, wie sehr sie sich in vielem – materiell, sozial, politisch, technisch, wissenschaftlich und auf anderen Feldern – verändert hat, im Ganzen keineswegs entkommen sind. Das anzuerkennen, bedeutet nicht, sich für morgen Horrorszenarien auszudenken und an anderer Leute Wände Schreckensbilder zu malen. Doch es bedeutet, bei seinen eigenen Entscheidungen sich dieser Möglichkeit bewusst zu sein und aus diesem Wissen sein Verhalten in der Gegenwart zu bestimmen. Es bedeutet, allgemein gesprochen, sich zu diesem Gestern oder Vorgestern in eine gedankliche und praktische Beziehung zu setzen.

Wie Friedrich Schiller die Jenaer Studenten in seiner Antrittsvorlesung mit der Frage konfrontierte: *Warum, und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte*, so steht vor dem Eindringen in die Materie vor den Heutigen die Frage, warum sie Zeit und Kraft darauf verwenden sollen, sich mit der faschistischen Diktatur in Deutschland zu befassen, die keine Erscheinung der deutschen Geschichte blieb, sondern auch die europäische und über den alten Kontinent weit hinaus Weltgeschichte prägte? Und weiter: Warum und zu welchem Ende studiert man auf dem weiten Feld speziell die Geschichte des Terrors, der ein unentbehrliches Element der Etablierung und Stabilisierung dieser Herrschaft war und ein ebensolches auf den Eroberungszügen durch Europa und im Norden Afrikas?

Nun wird in jenem Teil der Ausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen, der die Beziehungen zwischen Oranienburg und seinen „Volksgenossen" und dem KZ darstellt und der dem Thema bei weitem nicht gerecht wird, Besuchern empfohlen sich zu fragen: Wie hättest Du Dich in der damaligen Situation verhalten? Die Frage haben die Gestalter der Exposition nicht erfunden, sondern übernommen. Sie ist in der Pädagogik hierzulande eingebürgert und gilt als der i-Punkt richtiger Nutzanwendung des erworbenen Wissens. Ich halte sie hingegen für eine Missleitung von Besuchern, die doch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, meist zu den nachgeborenen Generationen gehören. Denn die Frage ist unentscheidbar und die „Beschäftigung" mit ihr ist abwegig.[5] Niemand vermag zu sagen, wie er unter den Bedingungen von Lockung und Drohung damals gehandelt und was er unterlassen haben würde. Dabei kann im besten Falle so etwas herauskommen wie eine Wunschbiografie, die neben die reale der Groß- oder Urgroßeltern gestellt wird, sofern die in die Details bekannt ist.

---

5 Carina Baganz, KZ und Nachwelt/Hrsg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel, Dachau 2008. Zu den Untersuchungen mit Seltenheitswert gehört die folgende, deren Gegenstand KZ-Außenlager und deren Beziehungen zu ihrer Umwelt bilden: Vergangenheitsbewältigung in der Provinz. Die Nachgeschichte der KZ-Außenlager von Dachau in Friedrichshafen und Überlingen (Manfred Dieterle-Jöchle. Markdorf: Kreisarchiv Bodenseekreis), 1996.

In gleicher Weise unlösbar und abwegig sind Aufgaben, die von Schülern verlangen, sich in Situationen und die Lage von Menschen, meist von Opfern der faschistischen Diktatur, zu versetzen. So wird in dem eingangshervorgehobenen Schulbuch für sächsische Mittelschulen vorgeschlagen, die Schüler möchten sich über die Gefühle eines jüdischen Schülers gesprächsweise austauschen, der von seinen Mitschülern schlecht behandelt wird. Oder: sich fragen, warum Victor Klemperer das Tragen des Judensterns „als besonders schmerzlich empfand“. Oder: eine von Klemperer geschilderte Szene in einem Dresdner Straßenbahnwagen nachspielen, in dem ein Arbeiter, der Straßenbahnlenker, sich dem Juden als Nazigegner zu erkennen gibt, sein Gespräch aber abbricht, als ein Fahrgast, ein Mithörer, zusteigt. Hier kann Nähe doch nur spielend vorgetäuscht werden. Auf der gleichen Ebene liegt die Forderung in dem schon erwähnten Schulbuch in Mecklenburg-Vorpommern, in dem zu einem dort gezeigten Foto dreier junger Burschen, die als Volkssturm“männer“ in US-amerikanische Gefangenschaft geraten waren, der Arbeitsauftrag formuliert ist: „Versetze Dich in die Lage der abgebildeten Jungen und schreibe auf, was in ihnen vorgehen könnte.“ In dieser Weise sollten Schüler nicht zu Schauspielern und Klassenzimmer nicht zu Theaterbühnen gemacht werden.

Es sollte bei dieser Beschäftigung mit dem Teil der deutschen Geschichte auch nicht, wovon oft die Rede ist, um die Anregung und Übung eigenen Widerstandes gegen das Vergessen gehen. Wer nicht dabei war, kann nichts vergessen, ausgenommen, was er sich lernend einmal angeeignet hat. Gleiches trifft auch auf die Forderung des Erinnerns zu, denn genau genommen – sieht man von dem neuerdings in Mode gekommenen Gebrauch des Begriffs nach Art eines Gummibandes ab – kann nur eigene Erinnerung an Erlebtes festgehalten werden. Die Nachgeborenen haben, in den meisten Fällen möchte man sagen: zu ihrem Glück, nichts erlebt, sich aber vielfach Erlebtes erzählen lassen oder davon und darüber gelesen. Mit dem Gedenken steht es nicht besser. Es geht um das Nachdenken, dafür bedarf es Denkstoffes. Der kann nur durch Arbeit erworben werden. Verlangt sind mithin Anstrengungen im Bezirk der Geschichtswissenschaft, die, wiewohl ihren Gegenstand das Vergangene bildet, wie jede andere Disziplin auf das Heute und Morgen gerichtet ist. Nicht wie man sich damals verhalten hätte, kann entschieden werden. Die Entscheidungen liegen im Heute und sie brauchen nicht unter der Drohung von Konzentrationslager und Fallbeil getroffen zu werden.

„Ewige“ und unumstößliche Wahrheiten. Eine Entgegnung

Der kritische Gebrauch der Wendung von den „ewigen Wahrheiten“ kann ein Tor aufmachen, hinter dem die Sicht auf Gegenstände und Themen menschlichen Interesses frei wird, die neues oder weiteres Nachdenken und Forschen verlangen oder deren bisherige Darstellung Prüfung braucht und verdient. Er kann aber auch etwas anderes: die Existenz fest gegründeter Erkenntnisse überhaupt nonchalant in Frage stellen. Mit der kämpferischen Losung „Es gibt keine ewigen Wahrheiten“ weist sich mitunter ein überlegener Geist aus, der die vorgeblich Gläubigen blamiert und sie dann keines weiteren Wortes zu würdigen hat.

Das Interview, das in der Ausgabe von Antifa vom September/Oktober 2012 veröffentlicht wurde, bezeugt in den längsten Passagen eben diese Pose, eingenommen von einem der Interviewpartner. (Nebenbei: Sich von Erkenntnissen loszusagen, die in DDR-Zeit vermittelt wurden, gar gegen sie zu polemisieren, ist hochmodern, und dazu mag es das Selbstgefühl stärken, wenn erklärt wird, man habe an diesen schon früh gezweifelt, sich von Marxisten-Leninisten doch nicht dumm machen lassen.)

Zunächst: Im Ergebnis menschlichen Forschens während ungezählter Generationen sind über Natur und Gesellschaft unumstößliche Erkenntnisse zu Tage gefördert worden. Das schließt nicht aus, dass auch davon viele angefochten und grundlos bezweifelt werden. Ein Beispiel aus nicht so fernen Zeiten? Das liefert die Aussage: Es gab im August 1939 keine zweite politisch-militärische Führungsschicht in einem europäischen Staat, die den Krieg wünschte, wollte oder gar vom „Zaune brach“, ausgenommen die im faschistischen Deutschland. Derzeit erleben wir nun erneut, dass diese Feststellung durch das Dogma ersetzt werden soll, wonach sich die Verantwortung für den Krieg, der zum Zeiten Weltkrieg wurde, zwei Personen, Hitler und Stalin, zu teilen hätten.

Wer will kann die Erkenntnis über den wirklichen Ursprung des Zweiten Weltkrieges ewig nennen, doch wird ihm das möglicherweise die Entgegnung eintragen: Da die Existenz der Menschen auf unserem Planeten zeitlich ist, enden mit ihr auch jegliche Erkenntnisse. Kurzum: Der Begriff „ewig“ hat in der wissenschaftlichen Diskussion nichts zu suchen. Anders steht es in der Literatur. Wer möchte Schillers Verszeile missen: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“, wobei auch der Dichter das Bibelwort kannte: „Unser Leben währet siebenzig Jahr und wenn es hochkommt ...“ (Psalm 90,10) und also wusste, dass dieses ewig so wörtlich nicht gemeint war.

Sodann: In die Diskussion über die Anti-Ewigkeitsthesen, die in dem Interview vorgetragen wurden, lässt sich erst eintreten, wenn Beweise vorgetragen werden und gesagt wird, wo Bartel seinen Most hergeholt hat. Es ist dazu nur eine Quelle angegeben, das Buch Daniel J. Goldhagen, das inzwischen, die Einwände von Fachleuten machten sich sofort geltend, auch aus dem öffentlichen Diskurs genommen und weithin vergessen ist. Seine Antworten waren auf den ersten Blick als monokausal erkennbar und einer so vielschichtigen Tatsache wie der Massengefolgschaft des Naziregimes und deren Motiven und Antrieben, namentlich im Hinblick auf dessen judenmörderischer Politik unangemessen. Und die an die Erwähnung der Publikation geknüpfte Behauptung, es sei durch den US-amerikanischen Soziologen „die Frage nach den Grundlagen der Massengefolgschaft eröffnet“ worden, beweist nur Unkenntnis einer Literaturmasse, in der das quälende Thema wieder und wieder erörtert wurde. Ein Blick in die Notizen von Zeitgenossen genügt, um sich davon zu überzeugen. Siehe die Tagebuch-Aufzeichnungen des verfolgten Juden, Romanisten und Hochschullehrers Victor Klemperer.

Und wo sich der Streiter gegen die „ewigen Wahrheiten“ nicht auf eine Autorität beruft, sondern selbst auf das Feld der Tatsachen begibt und sich – nach der Methode, man wird doch mal fragen dürfen – der modischen Interpretation anschließt, die den Volksmassen mindestens den Hauptanteil an Hitlers Einzug in die Reichskanzlei aufbürdet, wird es flach. Die Nazipartei hat bei den letzten Wahlen in der Republik im November 1932 11,7 Millionen Wählerstimmen erhalten, die 33 Prozent ausmachten. Auf der Woge des Sieges, als Hitlers triumphaler Einzug in die Wilhelmstraße vollzogen war, stiegen die Hitlerwähler auf 17,3 Millionen an, die machten nahezu 44 Prozent aus. Der Erfolg, nichts besticht auf den verschiedensten Feldern mehr als er, und die nun möglichen Methoden des

Wahlkampfes hatten den neuen Machthabern mehr als fünfeinhalb Millionen weitere Wähler eingetragen.

Jeder der im Herbst 1932 NSDAP wählte, lud sich eine Mitschuld für den Weg zu 30. Januar 1933 auf, denn er machte sich zu einem Teil jenes politischen Kapitals, das Hitler und seine Mitführer einsetzen konnten und das den Mächtigen des Finanzkapitals. Das ist auch keine ewige, aber doch eine gesicherte Erkenntnis, an der freilich herumgedeutelt wird, seit 1945 von den Alliierten die Frage nach der Verantwortung der Mächtigen der deutschen Wirtschaft für den vorletzten Januartag 1933 vor Augen und Ohren der Weltöffentlichkeit im Gerichtssaal zu Nürnberg gestellt wurde.

In einem eben auf dem Markt gekommenen Hörbuch aus der Reihe „Wissen was stimmt“ wird erklärt, die Kapitalisten hätten sich mit den Naziführern, schon bevor diese an der Staatsmacht waren, eben „gutstellen“ müssen wegen deren mächtigen Einflusses. Solange es in Deutschland Großkapital gibt, wird sich in dessen Kreisen das Bedürfnis geltend machen, die mitunter auch familiären, meist aber gesellschaftlichen Vorväter von dem Anteil zu entlasten, den sie an der Etablierung der Diktatur der Mörder hatten. Das ist eine Prognose. Auch nicht von Ewigkeitswert. Indessen wird sie im Alltag deutscher „Bewältigung der Vergangenheit“ permanent bestätigt. Erst vor Wochen wurde in einer Rundfunksendung konstatiert, als handele es sich um die Mitteilung über das gestrige Wetter: „Das deutsche Volk war reif für Hitler„.

Es macht wenig Vergnügen und wird den Antifaschisten dennoch auf eine unbestimmte Dauer hin bleiben, sich mit Ausflüchten und Tricks auseinanderzusetzen, mit denen die bürgerliche Gesellschaft und die in ihr herrschenden Eliten von ihrer Rolle auf dem Weg zum 30. Januar freigesprochen werden. Das muss es auch nicht. Hier und jetzt sei aber abgebrochen.

Spanien im Herzen

„Machen Sie sich nicht des Verbrechens schuldig, dem Mord an der Spanischen Republik tatenlos zuzusehen. Wenn Sie es zulassen, dass Hitler in Spanien siegt, werden Sie die nächsten sein, die seinem Wahnsinn zum Opfer fallen werden. Der Krieg wird ganz Europa, wird die ganze Welt erfassen. Kommen Sie unserem Volk zu Hilfe!“ *Pablo (Pau) Casals während eines Konzerts, das er am 17. Oktober 1938 in Barcelona gab.*

Unverlierbare Erinnerung

Im Spätherbst 1945 verschlug es mich, einen Schlesier, auf die Höhen des Thüringer Waldes und dort in eine Internatsschule, die einmal bekannt gewesen war, die Freie Schulgemeinde Wickersdorf. Eine kleine Gruppe von Schülern, Kinder von Antifaschisten und Hitlergegnern, dazu ein junger Jude aus Grodno, der Auschwitz und Buchenwald überlebt hatte, gründete dort eine antifaschistische Jugendgruppe. Dazu wählten wir den 30. Januar 1946, also einen Tag, an dem 13 Jahre zuvor in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet worden war. Zu den Liedern, die wir damals sangen, gehörten die aus dem spanischen Bürgerkrieg, die der internationalen Brigaden. Selbstverständlich das später in der DDR populäre Lied der Thälmann-Kolonne, geschrieben von Gudrun Kabisch, der Ehefrau Paul Dessaus, der den Text in Paris vertont hatte, das mit den Worten beginnt „Spaniens Himmel breitet seine Sterne über unseren Schützengräben aus“. Er handelt vom Kämpfen und Sterben, von dem wir nach den Jahren des Zweiten Weltkrieges freilich genug hatten. Ohne dass wir noch wussten, wer der Dichter Erich Weinert war, zählte auch sein Lied der Internationalen Brigaden zu unserem Repertoire, das mit den Versen einsetzt „Wir im fernen Vaterland geboren, tragen nichts als Hass im Herzen mit“. Wir kannten auch die Lieder, die Ernst Busch schrieb oder übersetzt hatte und mit anderen auf vielen Veranstaltungen vor Kämpfern der Republik vortrug: Das populäre spanische Lied von den Herren Generalen, die uns verraten haben und deren Untaten gerächt werden würden, und jenes andere *Am Rio Jarama*, das mit der Aufforderung beginnt „Genossen im Graben, singt alle mit, lasst schweigen die anderen Lieder“. Aus dessen an eine Ballade erinnernden Text spricht Trauer um die „gefallenen Brüder“. Und dann war das Lied, das von den Kämpfen um Madrid erzählt, mit dem Anfangsversen „In Spanien stand’s um unsere Sache schlecht, zurück ging’s Schritt für Schritt“. Natürlich sangen wir das Lied von „Hans, dem Kommissar“, das Ernst Busch auf den im Dezember 1936 während der Kämpfe um die spanische Hauptstadt getöteten Hans Beimler geschrieben hatte, der 1933 aus dem Mörderlager Dachau geflohen und politischer Kommissar in den internationalen Brigaden war. Dessen Melodie kannten wir von einem anderen Lied her, das in den Zeiten des eben zu Ende gegangenen Zweiten Weltkriegs wieder und wieder gespielt worden war „Ich hat’ einen Kameraden“. Sein Text stammt von Ludwig Uhland, der es 1809 gedichtet hatte. Es hieß „Der gute Kamerad“, verklärte den Soldatentod auf Schlachtfeldern und war daher für den Gebrauch in Armeen verschiedenster deutschen Staaten gut geeignet. Heute spielen uniformierte Orchester bei Beerdigungen von Soldaten der Bundeswehr.

Die Frage, woher wir eigentlich die Texte und die Melodien der Lieder – mit Ausnahme des von Louis Fürnberg gedichteten „Halte stand, rotes Madrid“ (Vertonung: Rafael Espinosol/ Carlos Polacio) – kannten, bringt mich in Verlegenheit. Liederbücher gab es nicht, und von dem von Ernst Busch zusammengestellten Liederbuch Kampflieder der internationalen Brigaden, das auch in einer spanischen Ausgabe erschienen war, hatten wir ebenso wenig etwas gehört wie von Paul Robeson. Auch aus dem Rundfunk konnte unsere Text- und Melodiekenntnis nicht stammen, denn selbst wenn die Lieder dort gesendet worden wären, wir hätten sie nicht hören können. Radioapparate besaßen wir nicht. Und gewiss ist auch, dass wir sie nicht von unseren Lehrern haben konnten. So bleibt als unsere Quelle war wohl Kurt Goldstein, ein jüdischer Kommunist, der aus seinem Fluchtort Palästina im November 1936 nach Spanien gegangen war, nach der Niederlage Frankreichs 1940 dort den deutschen Faschisten in die Hände fiel, Auschwitz und Buchenwald überlebte und sich 1945 in Thüringen um die Gründung der antifaschistischen Jugendorganisation kümmerte und das mit Erfolg. Kurt Goldstein, Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitz-Komitees wie des Bundes der Antifaschisten, starb 2007 hochbetagt.

An diese Erinnerung schließt sich eine weitere Frage. Was hat uns, die wir aus diesem Zweiten Weltkrieg glimpflich davongekommen waren, auf Lieder gebracht, in denen von Krieg, von Kämpfen, von Toten die Rede war? Auch darüber lässt sich nur mutmaßen. Doch war es wahrscheinlich der Optimismus, der sich in Ihnen ausdrückte, nicht nur im Hinblick auf den Ausgang der Kämpfe in Spanien, sondern mehr noch auf ein irgendwann doch kommendes Deutschland „nach Hitler“. Wir wuchsen in diesem Deutschland auf mit Lebenschancen, die wir nutzen wollten. Das wir eines Tages mit unseren Zielen scheitern könnten, auf andere Weise zwar, aber doch auch wie die in Spanien für die Republik Kämpfenden mit dem ihren lag außerhalb unserer Gedanken- und Vorstellungswelt. Genug der autobiographischen Reminiszenzen, indessen: Die Geschichte besteht aus Geschichten, freilich nicht nur.

Ereignisse und Daten

Wer sich in die Geschichte des Bürgerkriegs vertieft, der in Spanien in den Jahren 1936 bis 1939 tobte, betritt ein weites Feld. Er begegnet zunächst vielerlei Namen, die für das Ereignis aufkamen und benutzt wurden: der national-revolutionäre Krieg, der Spanienkrieg, der Bürgerkrieg, der faschistische Interventionskrieg, auch der antifaschistische Kampf und der große europäische Krieg, Jorge Semprún (1923-2011), der als Jugendlicher mit seiner Familie 1936 ins Exil gegangen war, nannte ihn „ein Herzstück der europäischen Geschichte“. In einem frühen Urteil befand Willy Brandt, der als Berichterstatter von Zeitungen Norwegens, wo er im Exil lebte, nach Spanien gelangt war, den Krieg als „Vorgefecht der unausweichlich herannahenden Weltauseinandersetzung zwischen Faschismus und Sozialismus“. Darauf beschränkte sich der Zweite Weltkrieg dann nicht, er begann als Krieg bürgerlicher Mächte und Diktaturen gegeneinander.

Erste Orientierung in den sich überstürzenden Ereignissen verlangt ein chronologisches Gerüst: Am 17. Juli 1936 putschten in den nordostafrikanischen Kolonien, so in Melilla und Ceuta, Militärs gegen die Republik. Tags darauf flog Francisco Franco, (eigentl. Francisco Paulino Hermenegildo Teódulo Franco y Bahamonde Salgado Pardo), bis dahin Militärgouverneur auf den Kanarischen Inseln zu den Aufständischen und übernahm das Kommando über die dort stationierten, teils aus der einheimischen Bevölkerung rekrutierten, teils aus Fremdenlegionären bestehenden Truppen, von Ceuta, der Stadt auf der Halbinsel an der nordafrikanischen Seite der Straße von Gibraltar, setzte der Oberstleutnant Juan Yagüe Blanco (1891-1952) mit seinen Einheiten nach Spanien über und ließ nach der Eroberung der Stadt Badajoz, der Hauptstadt der Provinz Estremadura, in der alten Stierkampfarena die Gefangenen erschießen und deren Leichen verscharren.

Da sich eine erhebliche Zahl von Offizieren in Standorten auf der iberischen Halbinsel mit ihren Truppen den Putschisten anschlossen, fielen Andalusien, die südlichste spanische Provinz, und Estremadura rasch in die Hände der Aufständischen. In Pamplona, der Hauptstadt der im Norden des Landes gelegenen Provinz Navarra, war General Emilio Mola y Vidal daran führend beteiligt. Er, der am 3. Juni 1937 bei einem Flugzeugabsturz zu Tode kam, gab die Devise aus: „Man muss Angst und Schrecken verbreiten ..., man muss das Gefühl der Herrschaftsgewalt zurücklassen, die ohne Skrupel und Schwanken alle jene eliminiert, die nicht so denken wie wir." Nach ihr wurde während und weiter nach dem Ende des Bürgerkriegs gehandelt. So auch in Andalusiens Hauptstadt Sevilla unter dem Kommando von Gonzalo Queipo de Llano y Sierra, einem General, der maßgeblich an den Vorbereitungen des Putsches beteiligt war.

Aus der Meuterei wurde binnen kurzem ein Bürgerkrieg. Die putschenden Generale konnten mindestens der Sympathie der großen Grundbesitzer und des katholischen Klerus sicher sein, die ihre traditionelle gesellschaftliche Stellung bedroht sahen, ihre sozialen Vorrechte ungekürzt und unbedroht wieder hergestellt wissen wollten und jene Macht, die sie im Königreich besessen hatten. Ihnen war jede Herrschaft lieber als die der Volksfront, die durch den Ausgang der Wahlen Anfang 1936 entstanden und legitimiert war. Als künftiger Führer eines solchen gegenrevolutionären Regimes war General José Sanjurjo Sacanell bestimmt, der, als er 1932 mit einem Putsch gegen die Republik gescheitert war, ins portugiesische Exil floh. Von da auf dem Flug nach Burgos, der nordspanischen Stadt, die zunächst zum Zentrum der antirepublikanischen Kräfte gewählt wurde, stürzte er mit einem

Flugzeug ab. Dadurch erst und dann 1937 durch den Tod Molas, der ebenfalls bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, gelangte Franco ohne Konkurrenz an die Spitze der Aufrührer.

In der Nacht vom 25./26. Juli, also keine zehn Tag später entschied Hitler nach Beratungen mit dem Kriegsminister Werner von Blomberg und dem Reichsluftfahrtminister Hermann Göring, den Putschisten Transportflugzeuge zur Verfügung zu stellen, die sie und ihre Truppen auf die iberische Halbinsel bringen würden, wo sie den Bürgerkrieg eröffnen und mit Erfolgsaussichten ausweiten konnten. Am 28. Juli, also keine drei Tage später, starteten deutsche Maschinen nach Tetuán im damals spanischen Marokko. Sie wurden von Jagdflugzeugen begleitet, die als ihr Schutz deklariert sind. Es folgten auf dem Luft- und Seeweg weitere bewaffnete deutsche Truppenkontingente, vorwiegend solche der Luftwaffe, die zur so genannten Legion Condor formiert wurden Am 14. August 1936 flogen Bombenflugzeuge der Legion ihren ersten Angriff, dessen Ziel Malaga war, dann wurden Alicante und Cartagena angegriffen. Die Existenz de Legion galt zunächst als Geheime Reichssache. Doch war sie auch in Deutschland und dort allein schon wegen des Bekanntwerdens von „Todesfällen“ unter den deutschen Legionären nicht geheim zu halten. Deren erster Kommandeur war der Luftwaffengeneral Hugo Sperrle, der es im Zweiten Weltkrieg bis zum Generalfeldmarschall brachte. Das militärische Zusammenwirken mit Francos Truppen dauerte bis zum letzten Kriegstag. Schon in dessen Verlauf wurde zwischen der deutschen Regierung und Franco am 20. März 1937 ein Protokoll unterzeichnet, das den Charakter eines Konsultations-, Freundschafts- und Beistandspaktes besaß, in dem die Hervorhebung künftiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit beider einen Antrieb der deutschen Rolle im Bürgerkrieg erkennbar machte.

Non pasarán

Die Verteidiger der Republik erhoben sich unter der Losung *Non pasarán*, die versprach Sie werden nicht durchkommen. Aber sie waren auf diese militärischen Kämpfe schlecht vorbereitet. Erst im Widerstand formierten sich die militärischen Verbände zu einer einheitlich geführten Armee. Ende September 1936 hatten die Putschisten nach langen Kämpfen Toledo erobert, die nicht mehr als 65 Kilometer von Madrid entfernte Stadt, die zunächst Francos Zentrum wurde. Unter den Republikanern, die ihnen dort in die Hände fielen, wurde ein Massaker angerichtet. Es war kein Zweifel an der tödlichen Bedrohung der Republik möglich, die Zeit brauchte, ihre Kräfte zu mobilisieren und zu sammeln. Schon im November 1936 wurde die erste Schlacht um den Besitz von Madrid geschlagen, Angesichts der Bedrohung der Hauptstadt verlegte die Volksfront-Regierung ihren Sitz zunächst (bis November 1937) nach Valencia an die katalanische Küste des Mittelmeers.

Zudem hatten noch vor Jahresende 1936 die Putschisten auch italienische Hilfe erhalten. Nach dem Sieg der Faschisten in Äthiopien, das sich die Eroberer als „Kaiserreich“ zur Kolonie machten, entschloss sich Benito Mussolini, der Aspirant auf die Herrschaft im Mittelmeer, Francos Meuterei zu unterstützen und damit einen Verbündeten zu gewinnen. Das erste etwa 3.000 Mann starke Kontingent italienischer Truppen, zusammengesetzt aus Freiwilligen, Armeeangehörigen und Mitgliedern faschistischer Organisationen, traf am 22. Dezember auf dem Schiffswege in Cadiz ein. Diese Interventionstruppe kommandierte General Mario Rotte, dessen ehrgeiziger Angriff zur Eroberung Madrids Anfang 1937 scheiterte, was zu seiner Ablösung führte. Jedoch kehrte er noch einmal nach Spanien zurück, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als ihm wegen begangener Verbrechen eine Anklage bevorstand, suchte und fand er bei Franco Zuflucht.

Schon im September 1936 hatte das in Moskau etablierte Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale (EKKI) den Beschluss gefasst, sich an Kommunisten aller Länder zu wenden und sie aufzurufen, sich als Freiwillige an die Seite der republikanischen Armee zu stellen. Die spanische Regierung erklärte sich damit am 12. Oktober einverstanden. Fünf Tage später trafen die ersten, die diesem Aufruf gefolgt waren, im Lande ein. Einer der Anlauforte, an dem sich die auf dem Landweg eintreffenden Freiwilligen einfanden, war das in Katalonien nahe der französischen Grenze gelegene Castell de Sant Ferran, eine in der Stadt Figueres befindliche riesige Befestigungsanlage aus dem 18. Jahrhundert.

Es begann die Aufstellung der Internationalen Brigaden, die unter den Bezeichnungen XI. bis XV. Teil der zumeist erst während des Krieges gebildeten Kräfte der republikanischen Armee wurden. Das organisatorische und leitende Zentrum dieser Brigaden entstand in Albacete. Die zu ihnen stießen stammten aus mehr als 50 Ländern. Aus deren sozialen und politischen Kämpfen brachten sie vielfach auch die Namen mit, die sie ihren Brigaden und Bataillonen gaben. Die hießen Pariser Kommune, Ernst Thälmann, nach dem in Deutschland inhaftierten Führer der Kommunistischen Partei, Guiseppe Garibaldi, nach dem Kämpfer für die nationales, republikanisches Italien, Jaroslaw Dombrowski, nach dem Führer militärischer Formationen in seiner polnischen Heimat und in den Reihen der Pariser Kommunarden, in deren Kämpfen er getötet wurde, Etkar André, nach dem deutschen Kommunisten, der, als die erste Schlacht um Madrid ausgetragen wurde, am 4. November 1936 in Hamburg hingerichtet wurde, und Abraham Lincoln, nach dem Präsidenten der USA, der, als der Sieg im Bürgerkrieg errungen war, Opfer eines Terroranschlags wurde.

Die Zahl der Interbrigadisten, unter denen sich erfahrene Soldaten und Offiziere des Weltkrieges ebenso befanden wie auch militärisch ungeschulte Antifaschisten, wuchs auf geschätzte 35.000 Kämpfer an. Ihr deutscher Anteil betrug etwa 5.000 Kämpfer. Der erste Einsatz der XI. Brigade im Kampf erfolgte schon Anfang November bei der Verteidigung Madrids.

In Paris bildete sich ein Internationales Hilfskomitee. Es gab eine Zeitschrift unter dem Titel „Einheit“ heraus. Eine Spezialnummer war dem spanischen Volk gewidmet. Auf ihrem Titel war ein Kind, verloren inmitten zertrümmerter Häuser, zu sehen und dazu er Text „Spanien blutet – Helft Spanien“. Den einleitenden Essay „Menschheit, an Dich geht der Ruf!“ hatte Romain Rolland geschrieben. Es entstand eine weltweite Solidaritätsbewegung, in der Schriftsteller. Künstler und Wissenschaftler mitwirkten. Im Prager Exil malte Oskar Kokoschka ein Plakat „Helft den baskischen Kindern!“ Bertolt Brecht schrieb das Stück „Die Gewehre der Frau Carrar“, in dem die Geschichte einer Mutter erzählt wird, die schließlich selbst zum Gewehr greift und in den Krieg gegen die Putschisten zieht. Es wurde am 16. Oktober 1937 in Paris mit Helene Weigel in der Hauptrolle uraufgeführt.

Auch aus dem in Paris befindlichen Zentrum einer deutschen Volksfront erging am 15. August 1936 ein Aufruf zur Unterstützung der spanischen Republikaner. Zu den Bestrebungen, die Francisten zu schlagen, gehörten auch mehrfach unternommene Versuche, nach dem französischen und spanischen Beispiel die verschiedenen, einander entfremdeten, teils auch feindlichen Organisationen der Linken und deren Aktionen zugunsten Spaniens zusammenzuführen und dem Volksfront-Gedanken neue Anhänger zu gewinnen, Das Zentralkomitee der KPD beispielsweise wandte sich an den in Prag existierenden Exilvorstand der SPD mit einem derartigen Vorschlag, den sie – jedoch vergeblich – wiederholte. Hingegen kam es unter den in Spanien kämpfenden deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten am 8. Dezember 1937 in Albacete zur Bildung eines Einheitskomitees

In der Sowjetunion begann landesweit eine Geldsammlung, deren Ertrag ebenfalls der Hilfe für Spanien zufloss. In Deutschland kam die Gestapo heimlichen Sammlungen in einzelnen Betrieben auf die Spur, was bei Krupp-Rheinhausen zu Verhaftungen von Arbeitern führte.

Am 4. Oktober 1936 erhielt die Regierung der Republik die ersten sowjetischen Waffenlieferungen. Es folgte die Entsendung von Militärberatern und anderen Spezialisten, im Verlauf des Krieges erhöhte sich deren Zahl auf 2000.

Außer der Sowjetunion trat nur ein weiterer Staat an die Seite der spanischen Republik Das war Mexiko unter dem Präsidenten Lázaro Cárdenas del Rio, in dem – selbst soziale Reformen – in Gang gesetzt waren, ähnlich jenen, wie sie auch die Volksfront-Regierungen begonnen hatten oder zu verwirklichen beabsichtigten. Das mittelamerikanische Land verhielt sich auch 1938 mit seinem Protest gegen den „Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich konsequent antifaschistisch und nahm nach der Niederlage der Republikaner Flüchtlinge auf.

Großbritannien unter der Regierung des Konservativen Stanley Baldwin und, sich dessen Politik anschließend, auch die Volksfront-Regierung unter Léon Blum in Frankreich hatten hingegen beschlossen, der spanischen Republik keine militärische Hilfe zu geben. Stattdessen wurde die Position der

Nichteinmischung bezogen. Beide Mächte waren die Initiatoren der Gründung eines Nichtinterventionskomitees, das am 9. September 1936 in London seine erste Zusammenkunft hatte. Es wurde auch Deutschland und Italien erlaubt, diesem Gremium beizutreten, ohne dass daran irgendwelche Vorbedingungen, wie der Rückzug ihrer Truppen von der iberischen Halbinsel, geknüpft worden wären. Am 18. Juni 1937 verließen beide Mächte aus eigenem Entschluss das Komitee, das keinerlei wirksame Maßnahmen ergriff, um den Waffennachschub für die Putschisten zu unterbinden. Seine Rolle berechtigte Spaniens Außenminister Julio Álvarez del (1891-1975), einen Sozialisten und leidenschaftlichen Verteidiger der Republik bis in deren letzte Stunden, zu dem Urteil, diese Versammlung „eine der größten Farcen unserer Zeit“ zu nennen. Der Botschafter der UdSSR in London Iwan M. Maiski bezeichnete die Nichteinmischung als eine Saga. Ihre Praxis begünstigte einzig die Putschisten. Das tat ebenso eine 1937 in den USA beschlossene Ergänzung der Neutralitätsgesetzgebung, die das Verbot von Waffen- und Kriegsgerätlieferungen in Staaten bestimmte, in denen Bürgerkriege geführt werden. Zuvor bereits, am 7. August 1936, war gegen solche Exporte nach Spanien ein „moralisches Embargo“ verkündet worden.

Fragen warf schon für die Zeitgenossen und später für die Historiker das Verhalten der Sowjetunion gegenüber diesem Komitee auf. Zum einen wurde sie sein Mitglied, erklärte aber angesichts der Wirkungslosigkeit der von ihm ergriffenen Maßnahmen, dass sie sich dem Prinzip der Nichteinmischung nicht mehr unterwerfen werde, wie es andere Staaten taten, was, der diplomatischen Wendung entkleidet, doch besagte, sie werde der Republik militärisch beistehen, solange das die beiden faschistischen Mächte und Portugal taten. So ergab sich die Situation, dass dieser Versammlung von Diplomaten drei, berücksichtigt man auch Portugal, vier Mächte angehörten, die Teilnehmer dieses Krieges waren, wodurch sich mit deren Existenz doch auch falsche Hoffnungen verbinden ließen. Die konnten sich insbesondere an den Teilnehmer Sowjetunion knüpfen, der in Wahrheit darin jedoch nichts erreichte, was der Republik von Nutzen sein konnte.

Erklärbar wird dieses Verhalten wohl erst, wenn alle diesbezüglichen Akten zugänglich geworden und durchmustert sind. Sein Kontext liegt jedoch zutage. Der spanische Bürgerkrieg brach in einem Moment aus, da das hauptsächliche sowjetische Interesse in ihrer Europa-Politik darin bestand, das angebahnte neue Verhältnis zu Frankreich mit dem Blick auf Nazideutschland zu festigen und, wenn möglich, dem politischen Bündnis des Jahres 1935, das in Paris erst Anfang 1936 ratifiziert worden war, ein militärisches folgen zu lassen. Ein gemeinsames Vorgehen an der Seite der spanischen Republik konnte dem dienen, ebenso wie eine scharfe Konfrontation dieser Entwicklung ihm abträglich sein musste.

Indessen war – schon wenige Wochen nach dem Beginn des Putsches – klar geworden, dass es zu einer abgestimmten Hilfe für die spanische Volksfront nicht kommen werde. War also das Verbleiben in dem Komitee der Versuch, den Faden Moskau-Paris nicht abreißen zulassen? Oder diente es der Sicherung der See- und Landtransporte, die sowjetische Hilfsgüter und Kriegsmaterial nach Spanien brachten? Reduzierte sich der Verbleib auf den Erhalt geringer taktischer Vorteile? Um sie sicher zu beantworten, müsste über die Beratungen im Kreml Aufschluss gewonnen werden und die Entscheidungen, die auch in diesem Fall Stalin traf. Dessen Europa-Politik zielte jedenfalls darauf, unter allen Umständen die Herausbildung einer gegen das eigene Land gerichteten, in welcher Form auch immer sich bildenden Einheitsfront faschistischer und nichtfaschistische bürgerlicher Staaten zu verhindern. Der ideologisch-politische Kitt, mit dem sie gebaut und stabilisiert werden konnte, war die Furcht vor allem der Großbourgeoisie und der großen Landeigner vor dem Bolschewismus, dem Entstehen einer revolutionären Bedrohung ihrer Herrschaft im eigenen Lande. In diesem Moment konnte nichts diese Ängste stärker nähren als ein Bürgerkrieg in Spanien, als dessen Ziel eine proletarische Diktatur ausgemacht würde. Dass die deutschen Faschisten ihre Intervention zu einem Krieg gegen den Bolschewismus erklärten, rührte diesen Kitt gleichsam an und war mehr noch auf die Wirkung im Ausland denn auf die im Inland berechnet, wo die Anrufung des Gespenstes ohnehin zum Alltag gehörte.

Es war dieses sowjetische Grundinteresse, dass deren Berater in Spanien Partei für die demokratischen, sozialreformerischen Kräfte in der Volksfront-Regierung führte und als deren Folge unvermeidlich in eine Konfrontation mit jenen politischen Gruppen, denen dieser Kurs zu lau und zu lahm

war und die den Kampf gegen Franco unter dem Banner der sozialistischen Revolution führten, was immer sie sich darunter als Resultat vorstellen mochten. So wurde aus der sowjetischen Intervention nicht nur eine militärische, sondern zugleich auch eine in die Innenpolitik des Landes reichende. Das stellte die für diesen Auftrag entsandten Kader der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vor eine neue und ungewohnte Situation. Die wurde nicht von allen gemeistert, führte zu Rügen aus Moskau und auch zu Rückrufen in die Sowjetunion. Das sich derlei Konflikte obendrein in den Koordinaten des Stalin'schen Terrorsystems mit seinen Verdächtigungen und seiner mörderischen Praxis zutrugen, wurde die Lage für die in das ferne Land entsandten zusätzlich belastet.

Im April 1937 erkannte der Vatikan das Franco-Regime an, der die Auseinandersetzungen um Spaniens Zukunft als einem Kampf zwischen „Jesus und Lenin" deutete. Dem Beispiel des Heiligen Stuhls folgte die Regierung Portugals unter António de Oliveira Salazar am 11. Mai 1938. Das klerikal-faschistische Regime hatte zuvor schon für die Putschisten Partei ergriffen und sie auf verschiedene Weise, u. a. durch Freiwillige unterstützt hatte. Francos Truppen machten vor allem in Nordspanien Eroberungen. Sie gewannen am 21. Oktober 1937 mit Gijón eine der wichtigen Hafen- und Industriestädte und die Republik verlor ein Gebiet des Schwer- und Maschinenbaus, der Werften und des Hüttenwesens. Im November wich die Regierung nach Barcelona aus. Den Franco-Truppen gelang am 15. April 1938 durch einen Vorstoß von Norden zum Mittelmeer das republikanische Gebiet zweizuteilen. Die Möglichkeiten der Republik, sich zu behaupten schrumpften zusehends. Am 20. April beschloss die Regierung ein 13-Punkte-Programm, dazu bestimmt, dem Bürgerkrieg auf dem Verhandlungsweg ein Ende zu machen. Franco lehnte das Angebot ab und verlangte die Kapitulation. Zwischen Juni und November scheiterte die republikanische Offensive am Ebro zur Wiederherstellung eines einheitlichen Gebiets. Ungehört verhallte auch der Hilferuf des großen Cellisten, Dirigenten und Komponisten Pablo (Pau), der während eines Konzerts, das er am 17. Oktober 1938 in Barcelona gab, sich mit diesen Worten auch über den Rundfunk an die Weltöffentlichkeit wandte: „Machen Sie sich nicht des Verbrechens schuldig, dem Mord an der Spanischen Republik tatenlos zuzusehen. Wenn Sie es zulassen, dass Hitler in Spanien siegt, werden Sie die nächsten sein, die seinem Wahnsinn zum Opfer fallen werden. Der Krieg wird ganz Europa, wird die ganze Welt erfassen. Kommen Sie unserem Volk zu Hilfe!"

Nach der Niederlage in der Ebro-Schlacht waren die Tage der Republik gleichsam gezählt. Am 26. Januar 1939 fiel Barcelona in die Hände der Francisten. Am 27. Februar erkannten Großbritannien und Frankreich das Franco-Regime an. Am 28./29. März gingen die letzten Bastionen des Widerstands in Madrid und Valencia verloren. Zuvor war es in der Hauptstadt zu erbitterten, bewaffnet geführten Auseinandersetzungen zwischen denen gekommen, die den Kampf einstellen und denen, die ihn fortsetzen wollten. Am 1. April erklärt sich Franco zum Sieger. Als erste Bekundung des Dankes an die beiden Mähte, die ihn dazu gemacht hatten, erklärte er am 7. April Spaniens Beitritt zum Antikominternpakt, den Deutschland und Japan geschlossen hatten und dessen Mitglied inzwischen auch Italien geworden war. Am 8. Mai folgte der Austritt Spaniens aus dem Völkerbund.

„… sie schlägt dir."

Lang ist die Liste der Fragen, die sich an diese Geschehnisse schließt. Sie beginnt mit solchen, die an jedes geschichtliche Ereignis zu stellen sind: Warum kam es zu ihm? Was waren seine Ursachen? Welche Interessen verfochten die an ihm Beteiligten? Was waren ihre Vorstellungen von den Zielen, die sie zu erreichen wünschten? Welche Faktoren bestimmten den Verlauf und den Ausgang der Kämpfe? Und welche Folgen hatte der für den weiteren Gang der Geschichte? Diese Frageliste lässt sich so konkretisieren: Welche inneren Widersprüche und Konflikte führten in Spanien zu einem Bürgerkrieg, für den es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent kaum einen Vergleich gibt? Warum ergriffen Deutschland und Italien die Partei der putschenden Generale und entsandten Truppen von Freiwilligen aus den Reihen ihrer Heere und der Luftwaffen in das Land? Welche Rollen spielten die anderen europäischen Großmächte, namentlich das benachbarte Frankreich, das nahe Großbritannien und die ferne, die Republik unterstützende Sowjetunion? Warum fanden sich in vielen europäischen und außereuropäischen Staaten Freiwillige, die zur Verteidigung der Republik aufbrachen und die berühmt gewordenen internationalen Brigaden formier-

ten? Warum unterlag die Republik und was bedeutete das nicht nur für die Geschichte Spaniens, sondern die Geschichte Europas? Genauer noch: Welchen Platz besetzt der spanische Bürgerkrieg in der Entwicklung hin zum Zweiten Weltkrieg, der noch in dem gleichen Jahre begann, in dem die Waffen in Spanien schwiegen? Und dazu: Was sind die Ursachen, welche die Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg 75 Jahre, also etwa ein Menschenalter nach seinem Stattfinden, noch immer lebendig halten, ja sie mitunter auch aufflammen lassen?

Wer darauf Antworten sucht, kann das in einer beträchtlichen Literaturmasse tun. Der Katalog der gut bestückten Berliner Staatsbibliothek weist unter dem entsprechenden Stichwort bis zum heutigen Tage 202 Titel auf. Mehr als die Hälfte der erfassten Publikationen ist in den letzten zehn Jahren geschrieben worden. Das älteste der verzeichneten Bücher erschien im Jahre 1937. Aufgeführt sind Erinnerungen von Teilnehmern des Krieges, Monographien von Historikern, sie bilden die Mehrzahl, Romane, Erzählungen und Anthologien. Geschrieben haben sie Autoren vieler Länder, natürlich in Spanisch, sodann in Französisch und englisch, des Weiteren in Deutsch und Italienisch. Doch befinden sich unter ihnen auch Bücher in Dänischer, Schwedischer, Russischer und weiteren Sprachen.

Die Liste der Autoren weist bekannte Namen auf, so den von Dolores Ibárruri und des sowjetischen Diplomaten und Historikers Iwan M. Maiski, der sein Land im Völkerbund und in dessen Nichteinmischungsausschuss vertrat. Dazu zählen auch Schriftsteller, unter den deutschen Ludwig Renn, der eigentlich Arnold Friedrich Vieth von Golßenau hieß und u. a. Offizier im Generalstab der Internationalen Brigaden war, und Willi Bredel, Angehöriger des Thälmann-Bataillons, der 1939 mit „Begegnung am Ebro. Aufzeichnungen eines Kriegskommissars“ eines der ersten Bücher über den spanischen Bürgerkrieg publizierte.

Der Krieg auf der Pyrenäen-Halbinsel war noch nicht beendet, als die ersten Veröffentlichungen erschienen. Zu den bedeutenden gehörte das 1937 in Paris herausgegebene „Les Grands Cimetières sous la Lune“, dt. *Die großen Friedhöfe unter dem Mond*, „Mallorca und der spanische Bürgerkrieg“ von Georges Bernanos, der, bevor er die Insel verließ, auf der er wohnte, die Eroberung Mallorcas durch die Franco-Truppen erlebt hatte. Er schilderte die Gräuel, welche die Putschisten an den Republikanern verübten und erhob Anklage gegen das Schweigen der katholischen Kirchenobrigkeit zu den obendrein im Namen der Verteidigung des Christentums begangenen Untaten: „Ich stelle ganz einfach fest, dass diese Massaker an wehrlosen, armen Teufeln die kirchlichen Behörden zu keinem Wort des Tadels, nicht einmal zum leisesten Einwand veranlasste. Sie begnügten sich lediglich damit, Dank- und Bittprozessionen zu veranstalten.“

Noch in der Republik begann André Malraux, damals noch Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs, der sich u. a. für die Ausrüstung der republikanischen Armee mit Flugzeugen eingesetzt hatte, mit der Verfilmung seines Romans „Espoir“, dt. *Hoffnung*, der in Frankreich fertig gestellt wurde und den Titel „Sierra de Teruel“ erhielt. Der Film, der eine Episode aus der von Dezember 1937 bis Februar 1938 dauernden Schlacht um die Stadt in Aragonien und vom gemeinsamen Kampf der republikanischen Soldaten mit Bauern gegen die Franquisten erzählt, wurde jedoch in Frankreich verboten. 1938 wurde in London George Orwells (1903-1950) „Homage to Catalonia“ dt. *Mein Katalonien* gedruckt, dessen Autor als Zeitungsberichterstatter 1936 nach Spanien gegangen war, sich dort aber den bewaffneten Kämpfern angeschlossen hatte.

An den frühen Berichten und literarischen Verarbeitungen des Krieges waren auch deutschsprachige Autoren und Emigranten beteiligt. 1937 publizierte der Österreicher Franz Borkenau in London *The Spanish cockpit: an eye-witness account of the political and social conflicts of the Spanish Civil War*, neu erschienen unter dem Titel „Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht“, Stuttgart 1986. In London 1937 und in Zürich 1938 wurde Arthur Koestlers (1905-1983) *Ein spanisches Testament* herausgegeben. Der in Ungarn in einer deutsch-jüdischen Familie aufgewachsene Journalist und Schriftsteller war als Kriegsberichterstatter im republikanischen Spanien, in die Gefangenschaft der Truppen Francos geraten, jedoch durch einen Austausch freigekommen. Gustav Regler, Politischer Kommissar der XII. rationalen Brigade publizierte in englischer Fassung 1940 seinen Roman „The Great Crusade“, dt. *Das große Beispiel. Roman*

einer internationalen Brigade. Borkenau wie Koestler und Regler hatten sich zu verschiedenen Zeiten unter dem Eindruck der Politik Stalins und besonders unter dem Eindruck des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 23. August 1939 von ihren kommunistischen Standpunkten losgesagt, was dazu führte, dass ihre Spanienbücher in der DDR nie veröffentlicht wurden.

Kein Buch aber kann sich an Bekanntheits- und Verbreitungsgrad mit dem 1940 in New York herausgegebenen Roman Ernest Hemingways (1899-1961) messen, des US-Amerikaners, der schon seit 1938 Berichte aus Spanien publiziert hatte, wo er sich als Berichterstatter u. a. bei den Internationalen Brigaden aufhielt. *For Whom the Bell Tolls* erschien 1940 in New York und im Jahr darauf in Stockholm in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Wem die Stunde schlägt.* 1943 wurde es in den USA verfilmt. Der Titel ist einem Gedicht entliehen, das aus der Feder des englischen Dichters John Donne stammt. Ein Ausschnitt daraus ist dem Buch Hemingways vorangestellt. Er lautet im Original: *"No Man is an Island, entire of itself; every man is a piece of the continent, a part of the main; [...] and therefore never send to know for whom the bell tolls; it tolls for thee."* Im neuzeitlichen englisch: it tolls for you und in der deutschen Übersetzung *„Kein Mensch ist eine Insel, in sich selbst vollständig; jeder Mensch ist ein Stück des Kontinentes, ein Teil des Festlands; [...] und darum verlange nie zu wissen, wem die [Toten-]Glocke schlägt; sie schlägt dir".* Im Jahr, da in den USA die Verfilmung von Hemingways Roman in die Kinos kam, tat das auch ein weiterer Film, der auf einer Roman-Vorlage von Dorothy B. Hughes beruhte, *The fallen sparrow*, der die Geschichte eines Mannes in New York erzählt, der aus der Gefangenschaft der Franco-Truppen zurückkehrt.

In der Liste der Publikationen fehlt es nicht an Gesamtdarstellungen des Bürgerkriegs wie auch an ganz speziellen Untersuchungen, so beispielsweise über den Präsidenten der USA Franklin Delano Roosevelt und den Krieg in Spanien. Mehrfach untersucht wurde das Verhalten der Regierungen in Paris und London zu den Ereignissen und dessen Hintergründe. Dieser Liste wären auch die zahlreichen Biographien zuzuzählen, die das Leben Francos schildern.

Rettung vor dem Bolschewismus. Die Nazilegende

Ohne dass die Legion Condor wie die gesamte deutsche Beteiligung am Krieg in Spanien erwähnt wurde, war der doch in der deutschen Öffentlichkeit gegenwärtig. Ja die faschistische Propaganda besaß ein Interesse daran, dass die Deutschen ihre Blicke nach Spanien richteten und die Partei Francos ergriffen. So erschien die Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „*Die Wehrmacht*" mit einem Titelbild, das einen „Bolschewisten" zeigte, der mit seinem Gewehrkolben auf eine Karte des Kontinents eindrischt und dem Text „Rote Bajonette gegen Europa. Spanien – das erste Opfer?"

Auch erste Bücher wurden in Nazideutschland schon veröffentlicht, als der Krieg noch dauerte. Das waren durchweg Propagandaschriften. Denen ließ sich weder über den Ursachen des Krieges noch über die Antriebe für die Parteinahme der Naziregierung etwas entnehmen war, ausgenommen dass der Hass gegen den „Bolschewismus" ihre ideologisch-politische Triebkraft darstellte. Diese Publikationen bildeten gleichsam die Vorläufer jener Helden-Literatur, die wenig später die Siege der deutschen Wehrmacht in Polen verherrlichten.

Die ersten im Jahr 1937 erscheinenden Bücher hatten die frühen Kämpfe des Jahres 1936 zum Gegenstand: Erich Dietrich, „Kriegsschule Toledo. Des jungen Spaniens Heldenkampf vom Alkazar" (1937), Hellmut Boerner, „Die Kadetten von Toledo" (1942), Willibrord Menkes „Heldenlied vom Alkazar (1937) und Rudolf Timmermanns Helden des Alcázar. Ein Tatsachenbericht aus Toledo" (1937). Die Funktion dieser Bücher lag zutage, sie sollten der Hitlerjungen die an der Verteidigung des Alcázar beteiligten Kriegsschüler beispielhaft vorführen.

Der spanische Bürgerkrieg und die Rolle der Legion Condor nahmen, angefangen von dem Empfang, der deren Angehörigen in Berlin als Siegern bereitet wurde, in der Propaganda einen zentralen Platz ein. Auch sie sollte auf dem Weg in den zeitlich schon fixierten Krieg gegen Polen suggerieren, dass „dem deutschen Soldaten" der Sieg einfach gehöre. Hitler stiftete am 14. April 1939 den Orden Spanienkreuz für „Verdienste deutscher Freiwilliger an der Niederwerfung des Bolschewismus im spanischen Freiheitskampfe", der in mehreren Stufen und weiteren Abstufungen (mit Schwertern und

Brillanten) verliehen wurde und das Vorbild für Auszeichnungen abgab, die dann massenhaft folgten. In die Heraushebung des Krieges reihte sich auch der Besuch des spanischen Obersten José Moscardó e Ituarte, einst Militärgouverneur in Toledo, ein, der sich wie andere hohe Offiziere den Putschisten anschloss und sich gegen die Republikaner im Alcázar von Toledo verschanzt hatte und dort behauptete, bis die Truppen Francos eintrafen. Der zu einem Nationalhelden stilisierte General wurde übrigens durch die Bundesrepublik auf Vorschlag von deren Außenminister am 15. April 1955, das war ein Jahr vor seinem Tode, mit dem Großkreuz des Verdienstordens geehrt, ein Vorkommnis, das heute ungern erwähnt wird. Das Ministeramt bekleidete damals in Personalunion Bundeskanzler Konrad Adenauer.

1939 erschien das Buch *Kampf um Spanien*: *die Geschichte der Legion Condor*, es war, wie ausdrücklich vorangestellt, *im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums* geschrieben worden. Der Autor war Werner Beumelburg, Weltkriegsoffizier, hasserfüllter Feind der Weimarer Republik, der durch Kriegsbücher und Romane hervorgetreten war und dessen Karriere in Nazideutschland seinen Gipfelpunkt erreichte, als er Hitler, die Remilitarisierung und dann die Siege der Wehrmacht feierte. Ebenfalls noch 1939 kam *Legion Condor. Schlacht für Europa gegen den Bolschewismus* den Büchermarkt, das Karl-Georg von Stackelberg verfasst hatte, der bald darauf im Zweiten Weltkrieg als Offizier einer Propagandakompanie der Wehrmacht angehörte. Das Buch übernahm schon im Titel die Version der Machthaber, wonach sich ihr Einsatz einzig gegen den Bolschewismus gerichtet hatte. Im gleichen Jahr kam Karl Ritters Film *Im Kampf gegen den Weltfeind. Deutsche Freiwillige in Spanien* in die Kinos. Sein Regisseur war im Kaiserreich Berufsoffizier gewesen, 1925 in die Nazipartei eingetreten, gehörte also zu den „Alten Kämpfern" Hitlers, der ihn als befähigten Propagandisten in seinem Metier schätzte und hoch entlohnte. 1941 war der spanisch-italienische Film „Sin novedad en el Alcázar", dt. *Nichts Neues im Alcázar* fertig, der die faschistische Legende des Kampfes um den Alkazar von Toledo bebilderte, der von Juli bis September 1936 gedauert hatte. In deutscher Fassung gelangte der Streifen alsbald auch in Filmtheater des Reiches und dort vorzugsweise in so genannte Jugendvorstellungen.

Noch in den nicht mehr als fünf Monaten zwischen dem Ende der spanischen Republik und dem Beginn des deutschen Überfalls auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg in Europa begann, wurden der Krieg auf der iberischen Halbinsel und die Legion Condor in Nazideutschland zu einem erstrangigen Propagandaschlager. Alle Hüllen um die deutsche Teilnahme fielen. Am 19. Mai paradierten die Truppen Francos in den Straßen Madrids. An der Seite des Diktators stand derer letzte Kommandeur der Legion Condor Generalmajor Wolfram von Richthofen, der es im Zweiten Weltkrieg bis zum Generalfeldmarschall brachte. Dann empfing Hermann Göring die heimkehrenden Soldaten am 31. Mai 1939 in Hamburg, wo es ebenfalls eine Parade gab. Am 6. Juni defilierten sie in Berlin vorbei an einer Ehrentribüne mit Hitler und von Richthofen durch das Brandenburger Tor in den Lustgarten zu einer Kundgebung.

Tags darauf erschien die illustrierte Zeitung „*Die Woche*" mit der Aufmachung *Unsere Spanienhelden*. Nun erklangen auch die vielen geschriebenen Marschlieder, die deren Rolle ebenso verherrlichten wie verfälschten. Im „Bombenfliegermarsch" wurde behauptet, sie hätten für „Freiheit und Ehre" gekämpft und dem „Volk den Frieden gebracht" und „Sieger für Deutschland" werden wollen. Im Text des Parademarsches nannten sich die Legionäre, die nach Spanien zogen, weil dort Hass und Krieg entbrannt waren, der „Ordnung Boten", welche die herrschenden „Marxisten und Roten und den Pöbel" von der Macht verdrängten. Die Landser-Gesinnung, die aus dem Krieg ein Abenteuer mit Spaß machte, sprach dann aus den Zeilen des Refrains „Wir jagten sie wie eine Herde und der Teufel, der lachte dazu, Ha, ha ha ha ha". Die faschistische Ausbeute dieses Krieges bestand auch im Material für die psychologische Einstimmung auf das alsbald Folgende.

Ein Geschichtsbild Made in GDR

Wer sich heute in Deutschland mit der Geschichte des spanischen Bürgerkrieges und mit der Erinnerung an ihn befasst, kommt um das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu dem weltgeschichtlichen Ereignis nicht herum. Der Stand der Erforschung dieser Beziehung ist ungleich. Während über

das Fortleben der Erinnerung in der DDR inzwischen gründliche Untersuchungen vorliegen[1], gilt das für die Bundesrepublik gleichermaßen nicht. Die Unterschiede in der Intensität wie in der Art und Weise dieses Verhältnisses sind jedoch so überdeutlich, dass sie nicht übersehen werden können. Sie besitzen Gründe, die sind von politischer Natur sind. In der sowjetischen Besatzungszone begann sich noch vor der Staatsgründung eine antifaschistische Gesellschaft zu formieren, meist antifaschistische Ordnung genannt. Die suchte und fand ihre Tradition in der Geschichte des Antifaschismus der zwanziger, dreißiger und der Kriegsjahre und aus ihr ragte die Teilnahme Deutscher am spanischen Bürgerkrieg in den Internationalen Brigaden heraus. Die Mehrheit der einstigen Angehörigen lebte in Ostdeutschland und trat zu einem erheblichen Teil an Steuerruder und Schaltstellen der neuen Verwaltung, der späteren Staatsmacht. Sechs, die exponierte Plätze in der DDR besetzten und zu verschiedenen Zeiten Mitglieder des Politischen Büros der SED waren, seien genannt: Wilhelm Zaisser, der 1936 als Kommandeur der XIII. Brigade nach Spanien ging, aus dem sowjetische Exil zurückkehrte, dann erster Minister für Staatssicherheit (bis 1953) wurde, Heinrich Rau, einer der Kommandeure der XI. Brigade, Überlebender des KZ Mauthausen, Chef der staatlichen Plankommission und stellvertretender Vorsitzender der Ministerrates, der ehem. Angehörige der XI. Internationalen Brigade Heinz Hoffmann, langjähriger (bis zu seinem Tode) Minister für Verteidigung, Paul Verner, einstiger Angehöriger der XV. Internationalen Brigade, zuletzt stellv. Staatsratsvorsitzender, Franz Dahlem, Leiter der Zentralen Politischen Kommission der Internationalen Brigaden, interniert in Frankreich, ausgeliefert an Deutschland, Überlebender des KZ Mauthausen, zuletzt stellvertretender Minister für das Hochschulwesen, Erwin Kramer, erster Verkehrsminister der DDR.

Dass im Ostteil von Nachkriegsdeutschland, wer das tun wollte. sich über den Bürgerkrieg in Spanien, über den er bis dahin doch nur aus Naziquellen etwas gehört hatte, informieren konnte, war nicht in erster und zweiter Linie das Verdienst der Geschichtswissenschaft und auch nicht der politischen Publizistik, sondern das Verdienst des jungen Buchverlagswesens, das Publikationen auf den damals ärmlichen Büchermarkt brachte, die meist im Exil geschrieben und zuerst gedruckt worden waren. Eines der ersten wieder erschienenen Bücher war Willi Bredels, *Begegnung am Ebro*, das schon 1939 in Paris herausgekommen war. Zu den in den frühen Nachkriegsjahren herausgegebenen gehörten weiter der Roman *Leutnant Bertram* von Bodo Uhse, der am Bürgerkrieg als Politischer Kommissar teilgenommen hatte, sich dann nach den USA und Mexiko retten konnte. Das Buch, dessen Geschichte 1936 einsetzt, führt von einem Fliegerhorst an der pommerschen Ostseeküste bis in die Legion Condor und zur Zerstörung Guernicas. Zuerst war es 1943 in Mexiko gedruckt worden. 1944 hatte Eduard Claudius, der sich nach seiner Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg in die Schweiz rettete und dessen Auslieferung an Deutschland u. a. der im Alpenland im Exil lebende Hermann Hesse verhinderte, in Zürich den Roman *Grüne Oliven und nackte Berge* publizieren können, dessen Handlung in Berlin 1936 zur Zeit der Olympiade beginnt und in Frankreich in einem Internierungslager endet. 1946 erschien von Walter Gorrish, der in Spanien Adjutant des Stabschefs der XI. Brigade, der hieß Ludwig Renn, das Buch *Um Spaniens Freiheit*, später unter dem Titel „Mich dürstet“ wieder gedruckt und 1956 (Regie Karl Paryla) verfilmt. 1948 kam das *Spanische Tagebuch* von Alfred Kantorowicz auf den Büchermarkt, sein Autor war aus dem französischen Exil nach Spanien gegangen und hatte dort dem Tschapajew-Bataillons angehört und auch als Redakteur der Zeitung *Le Volontaire de la Liberté* der Interbrigaden gearbeitet. 1951 gelangte Erich Weinerts „Camaradas. Ein Spanienbuch“ in den Buchhandel.

Die Kette der Buchveröffentlichungen setzte sich fort. 1955 mit dem – erst lange nach dem Tod des Autors ungekürzt erschienenen – Buch *Der spanische Krieg*, Sein Verfasser Ludwig Renn, Offizier in der kaiserlichen Armee während des Weltkriegs, war im Juli 1936 nach Spanien gegangen und dort seit November im Stab der Internationalen Brigaden tätig. 1956 veröffentlichte Albert Norden

---

[1] Ihre Autoren sind nicht von jenem Typ, der diese Arbeit honorieren würde: Jana Wüstenhagen, Der spanische Bürgerkrieg in Historiographie und Schulbüchern der DDR 1953-1989, Hamburg 1997 und Wolfgang Ashholt/Rüdiger Reinecke/Susanne Schlünder (Hrsg.) Der spanische Bürgerkrieg in der DDR, Strategien internationaler Erinnerungsbildung, Frankfurt a. M. 2009. S. a. Arnold Krammer (Texas A&M University): The Cult of the Spanish Civil War in east Germany. In: Journal of Contemporary History Oct. 2004, vol 39 S. 531-560.

der während des Krieges im französischen Exil gelebt hatte und später in die USA floh, *Die spanische Tragödie*. 1960 wurde das *Spanische Tagebuch* von Michail Kolzow unter dem Haupttitel *Die rote Schlacht* vom Militärverlag publiziert. Der sowjetische Publizist, der 1937 in der Schweiz sein Buch *Guadalajara. Eine Niederlage des Faschismus* veröffentlicht hatte, war ein Opfer von Stalins Terror geworden. 1962 erschienen die Spanientexte von Egon Erwin Kisch *Unter Spaniens Himmel*. Der rasende Reporter hatte das kriegserschütterte Land besucht und unter diesem Eindruck die Geschichten *Die drei Kühe. Eine Bauerngeschichte zwischen Tirol und Spanien* und *Soldaten am Meeresstrand* geschrieben hatte, die noch in Verlagen der Republik veröffentlicht worden waren. 1968 kam Eduard Claudius in einen Erinnerungen *Ruhelose Jahre* auch auf seine Erlebnisse in Spanien zurück 1974 erschien Brigada Internacional … ist unser Ehrenname. Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer, die Hans Maaßen herausgegeben hatte, der aus der Schweizer Emigration nach Spanien gegangen war, dort als Redakteur der deutschsprachigen Ausgabe von "El voluntario de la libertad" arbeitete und 1938/39 auch Sprecher im deutschsprachigen „Freiheitssender 29,8" war. Von Bodo Uhse wurden 1981 *Tagebücher* ebenfalls veröffentlicht.

Der spanische Bürgerkrieg blieb in der Erinnerungskultur der DDR eine Konstante. Den massenwirksamsten Beitrag dazu leistete der Film. Die meisten Zuschauer erreichte wohl „Fünf Patronenhülsen" (Walter Gorrish/Frank Beyer), der 1960 in die Kinos gelangte, wozu seine Besetzung mit erstklassigen Schauspielern, allen voran Erwin Geschonneck (1906-2008) beitrug. In der einleitenden Sequenz singt Ernst Busch das Lied „Am Rio Jarama". Vordem schon war 1956 entstanden „Mich dürstet" (Walter Gorrish/Karl Paryla). Im Jahr darauf „Wo Du hingehst" (Eduard Claudius/Martin Hellberg. 1962 kam der Dokumentarfilm „Unbändiges Spanien" in die Kinos, den Jeanne und Kurt Stern, auch er einer der Politischen Kommissare in den Internationalen Brigaden, gedreht hatte und in den vollständig der 1937 entstandene und in den USA gezeigte Film *Spanish Earth* integriert war, den der berühmte niederländische Dokumentarist Joris Ivens gedreht und dessen Kommentare Ernest Hemingway geschrieben und gesprochen hatte. 1971 hatte Rudi Kurz einen dreiteiligen Film über Artur Becker fertig gestellt, mit dem Titel *Lebensbild eines Patrioten*. Er setzte dem Mitglied der KPD-Fraktion im Reichstag, der zugleich der jüngste Abgeordnete im Parlament war, ein Denkmal. Becker war 1938 verwundet in die Gefangenschaft der Franco-Truppen geraten und in einem Krankenhaus in Burgos, ohne dass seine Identität wohl erkannt wurde, verstorben. Rudi Kurz kam mehrfach auf das Thema des spanischen Bürgerkrieges zurück, so 1969 in dem 4-teiligen Film *Hans Beimler – Kamerad* und 1984 in der Serie *Front ohne Gnade*. 1982 entstand unter der künstlerischen Leitung von Konrad Wolf und der Regie von Erwin Burkert der Dokumentarfilm „Ernst Busch singt in Spanien". Es gibt keine westdeutsche Produktion, die dieser konkurrierend gegenüber oder an die Seite gestellt werden könnte, von einer Ausnahme angesehen, von der die Rede noch sein wird.

Mit ihren anderen Mitteln haben auch bildende Künstler sich des „Spanien-Themas" zugewandt. Das tat Willi Sitte 1958 mit dem mehrteiligen Tafelbild „Kampf der Thälmann-Brigade in Spanien", das als verschollen gelten muss. Stellt dies Kampfszenen dar, u. a. Interbrigadisten, die ihre Gewehre auf am Himmel daherkommende Flugzeuge richten, so ist Arno Rinks *Spanien 1938* ein Bild, dass die Gedanken auf die Niederlage und die Trauer über den Ausgang des Krieges richtet. 1968 wurde in Berlin-Friedrichshain mit einer Rede Franz Dahlems das Denkmal für die Spanienkämpfer eingeweiht, das der wohl bedeutendste Bildhauer der DDR Fritz Cremer geschaffen hatte. Es zeigt einen überlebensgroßen aufspringenden Kämpfer, bewaffnet nicht mit einer der damals üblichen Infanteriewaffen, sondern mit einem Schwert. Zur Anlage gehört zudem ein Bronzerelief von Siegfried Krepp, das Szenen aus dem Krieg darstellt.

Hinter der literarischen, künstlerischen und editorischen Produktion blieben die Arbeiten der Historiker in der DDR zum Bürgerkrieg in Spanien weit zurück. Auf einer dem Thema gewidmeten Konferenz kritisierte Alfred Meusel im Jahr 1966, selbst ein ehemaliger Spanienkämpfer, diesen Zustand. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten hat sich das geändert., ohne dass es aus der Feder eines DDR-Historikers zu einer zusammenfassenden Darstellung jener Jahre gekommen wäre. Zu den bevorzugten Gegenständen ostdeutscher Forschungen gehörten die Geschichte der Internationalen Brigaden, die Biographien einzelner ihrer Angehörigen und vor allem die Haltung der Staaten, welche

die Initiatoren der Politik der Nichteinmischung waren, sowie die Interessen, welche die Machthaber in Deutschland mit ihrer Teilnahme am Bürgerkrieg auf Seiten Francos verfolgten. Eine der frühesten Arbeiten legte Marion Einhorn 1962 zu dem Thema *Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936-1939*.

Von Autoren in der Bundesrepublik ist Geschichtswissenschaftlern in der DDR in der Literatur mehrfach und ausdauernd der Vorwurf gemacht worden, sie würden auch die Geschichte des Kampfes um Bestand oder Untergang der spanischen Republik für außer- oder widerwissenschaftliche Zwecke instrumentalisiert haben, ja, in Ostdeutschland würde man sich so intensiv auf ihn überhaupt nur deshalb bezogen haben, weil es dem Staat dort an historischen Wurzeln in deutscher Geschichte gebrach, so dass der Kampf der deutschen Interbrigadisten so etwas wie einen Ersatz hätte hergeben müssen.

Dazu ein grundsätzliches Wort: die Feststellung, jemand „instrumentalisiere“ Geschichte, ist lächerlich, denn wer immer sich mit der Vergangenheit befasst, der eigenen, seiner Familie, eines Staates, einer Partei oder selbst seines Kegelvereins tut das in einer bestimmten Absicht und gerichtet auf einen oder mehrere Zwecke und sei es nur zur Befriedigung purer Neugierde oder um sich zu unterhalten. Die Frage ist demnach nicht, ob ein solcher Zweck verfolgt wurde, sondern wie das geschah: im Einklang mit den Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit und also mit dem Vorsatz, ein der Realität angemessenes, sie spiegelndes, mindestens aber ihr nahe kommendes Geschichtsbild entstehen zu lassen oder um wirklichkeitsfremde und -ferne Bilder zu liefern und sich mit ihnen die Vergangenheit für eigene gegenwärtige Zwecke zurecht, d. h. für diese brauchbar zu machen. Das letztere geht meist mit Beteuerungen vorurteilsfreier Wahrheitssuche einher, also mit der Verbreitung von Nebel.

Auch die Beschäftigung mit dem spanischen Bürgerkrieg in der DDR besaß Zwecke und die wurden nicht verheimlicht, sie lagen zudem zu Tage. Auf ideologischem Feld ging es um das Bild der faschistischen Macht als aggressiv, kriegslüstern und verbrecherisch von Anfang an, mithin gegen frühe Bilder, die zwischen der friedlichen und der kriegerischen Phase der Naziherrschaft zu unterscheiden suchten. Auf dem gleichen Feld wurde erforscht und erörtert, wie Aggressoren rechtzeitig die Trauben so hoch gehängt werden, dass es aufhört, sie zu gelüsten. Und politisch zielte die Darstellung zum einen auf das Traditionsbild der DDR, in dessen Zentrum die Geschichte des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung sich befand, und auf die Vermittlung des Wertes der politischen Einheit und Geschlossenheit. Dabei hat es Verzeichnungen gegeben, die linke Strömungen wie die der Anarchisten und der so genannten Trotzkisten betrafen und sie als Verräter und Agenten diffamierten und denen es an einer sachlichen Erörterung der Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze fehlte. Zu diesen Zwecken gehörte auch die besondere Absicht, der Jugend andere Vorbilder zu vermitteln, als sie die älteren und namentlich die Generation der Väter besessen hatten. In diesen Zusammenhang gehört die Heraushebung Artur Beckers, u. a. durch die 1959 erfolgte Stiftung der Artur Becker-Medaille durch den Zentralrat der FDJ, die höchste Auszeichnung, die in der Jugendorganisation der DDR vergeben wurde. Mehrfach gab die DDR Sonderbriefmarken heraus, mit denen an den Kampf der Internationalen Brigaden erinnert wurde. 1966 erschien eine Serie, die an Hans Kahle (1899-1947), Willi Bredel, Hans Beimler , Heinrich Rau, Hans Marchwitza und Artur Becker erinnert, 1986, anlässlich des 50. Jahrestages, eine Marke die Cremers Denkmal abbildete.

Zwecken dient, der Vollständigkeit halber sei es angefügt, übrigens nicht nur die Beschäftigung mit der Geschichte. sondern auch deren Verweigerung. Das Beschweigen geschichtlicher Vorgänge und Personen bezeugt in der Mehrzahl der Fälle nicht Vergesslichkeit, sondern das Wissen, dass deren Erörterung unangenehme Fragen erzeugt und das Nachdenken in Richtungen befördert, die besser verbarrikadiert werden.

Alles in allem: Die Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg in der DDR bezeugte die Parteinahme für die Republik und gegen deren Feinde, die sie zerstört und an deren Stelle ein diktatorisches Regime setzten unter dem General, der den Putsch angeführt, gesiegt und sich als der Caudillo an die Spitze der Diktatur gesetzt und das Regime geschaffen hatte, das seine beiden Geburtshelfer Jahrzehnte überdauerte, anstatt mit ihnen vernichtet zu werden. Das hätte, würden sich die alliierten

Mächte 1945 darauf verständigt haben, keinen Krieg erfordert und in Europa weithin Zustimmung gefunden haben. Indessen lag das nicht in den Planungen der Westmächte, die Francos Regime früh diplomatisch anerkannt hatten. 1955 wurde es in die Vereinten Nationen aufgenommen.

Trettner, Trautloft und Mölders

Warum also gab es im deutschen Weststaat keine ähnliche Parteinahme für die Republik und den Verteidigern? Warum keine Distanzierung von dem Regime des Caudillos? Das hatte mindestens drei Gründe. Der erste lag im Charakter dieser spanischen Republik, die von Kräften der Volksfront regiert wurde, die mit der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaft zu keinem Ende gekommen waren, als sie in den Bürgerkrieg gestürzt wurde. Auf ihrem Programm aber stand die Frontstellung gegen den großen Grundbesitz, mit der dem Massenelend der spanischen Bauern ein Ende gemacht werden sollte, die Stärkung der Rechte der Arbeiter, die demokratische Neubestimmung der Stellung der Frauen, die Einschränkung der Rechte der katholischen Kirche, des traditionellen Verbündeten der alten herrschenden Kräfte in der Gesellschaft und einige weiteren Reformen. Diese Republik war nicht auf dem Wege zum Sozialismus, wiewohl es einflussreiche Sozialisten und an Einfluss gewinnende Kommunisten und mehrere sozialrevolutionäre Parteien und Gruppen in Spanien gab. Das konnte den restaurativen Mächten in der eben gegründeten Bundesrepublik und der Regierung des Konrad Adenauer keine Sympathien erzeugen. Zweitens und an Gewicht wohl noch bedeutender erfolgte die Bestimmung der Haltung der Bundesrepublik zur Vergangenheit des Bürgerkrieges und zum gegenwärtigen Franco-Regime in einem Moment des sich im Zeichen des Kalten Krieges ausbreitenden Antikommunismus. Es existierte aus den verschiedensten Gründen an der Spitze des Bündnissystems des Nordatlantikpaktes das Interesse, dieses Madrider Regime in das Paktsystems einzubeziehen, auch wenn das wegen seiner Herkunft und seines Charakters Schwierigkeiten machte, gaben sich doch die NATO-Mächte als Verteidiger der Demokratie aus. In diesen Anspruch passte Spanien unter Franco schlecht hinein. Erst 1982 erfolgte seine Aufnahme in den Militärpakt. Schließlich drittens: Es hatten auf Seiten der Republik und in den Reihen der Internationalen Brigaden zu viele Kommunisten gestanden und gekämpft. Es war schwer, ja unmöglich, sie aus der Erinnerung an die Jahre 1936 bis 1939 auszublenden. Aber sie passten nicht in jene Politik, die 1956 in der Bundesrepublik zum Verbot der Kommunistischen Partei führte, zu einem Schritt, der in der so genannten westlichen Welt Europas beispiellos war.

Ein Historiker in der Bundesrepublik, Patrik von zur Mühlen (geb. 1942), hat die aus der Emigration zurückkehrende und den deutschen Weststaat wählenden einstigen Spanienkämpfer als „Fremde im eigenen Land“ bezeichnet.[2] Keine Rede davon, dass sie dort begrüßt und geschätzt worden wären. Im Gegensatz zu den Offizieren der Legion Condor. Zu ihnen hatte auch der seit 1925 eine Militärkarriere anstrebende Heinz Trettner gehört. Er war von November 1936 bis Januar 1938 zunächst Adjutant von Generalmajor Hugo Sperrle, dem Befehlshaber der Legion und in ihr anschließend Staffelkapitän gewesen. Im Zweiten Weltkrieg wurde er selbst bis in diesen Generalsrang befördert und hatte zu denen gehört, die diesen Krieg bis zum Mai 1945 fortsetzten. 1956 wurde er mit diesem Rang in die Bundeswehr übernommen, acht Jahre später war er Generalinspekteur der Bundeswehr und damit der höchste Offizier im deutschen Weststaat. Zwei Jahre später erbat und erhielt er seinen Abschied. Hannes Trautloft gehörte 1936 zu den ersten sechs Fliegeroffizieren, die nach Spaniens zu Francos Aufständischen entsandt wurden und dort an den Kämpfen teilnahmen. Im Zweiten Weltkrieg einer der erfolgreichsten Jagdflieger und Kommodore eines Geschwaders, wurde er 1957 als Brigadegeneral in die Bundeswehr übernommen, die er als Generalleutnant verließ. Adolf Galland, später unter den Jagdfliegern eine der Kultfiguren der Wehrmacht und bis zum Generalleutnant befördert, hatte seine Kriegserfahrungen ebenfalls in Spanien gesammelt. Eine Verwendung in der frühen Bundeswehr, die beabsichtigt war, wurde ihm nur wegen seiner offen neonazistischen Bekenntnisse nicht zu teil.

---

[2] Patrik von Zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Bonn 1983.

Erst 1938 war Werner Mölders als Jagdflieger zu Francos Truppen gekommen, die er dekoriert mit einem hohen Orden verließ. Im Zweiten Weltkrieg stieg er zum erfolgreichsten und höchstdekorierten Jagdflieger der Luftwaffe und in den Rang eines Obersts auf. Dass er seine Karriere nicht wie Trettner und Trautloft in der Bundeswehr fortsetzte, lag daran, dass er 1941 bei einem Flugzeugabsturz bei Breslau ums Leben gekommen war. In der Bundeswehr wurden 1968 ein Kriegsschiff (außer Dienst gestellt 2003), eine Kaserne in Visselhövede in der Lüneburger Heide und 1973 ein in Neuburg an der Donau Jagdgeschwader stationiertes, dessen Angehörige den Namen Mölders auf den Ärmelsteifen trugen wie vordem schon Soldaten der Wehrmacht, nach ihm benannt. Parlamentarischer Protest, erhoben 1998, führte 2005 zu der Entscheidung eines sozialdemokratischen Verteidigungsministers, den Namen Mölders in der Bundeswehr aus der Traditionspflege zu nehmen. Das geschah gegen den Widerstand von ehemaligen Soldaten der Bundeswehr bis in den Generalsrang, die sich in einer Werner Mölders Vereinigung e.V. zusammenschlossen und als Antwort auf die Weisung des Ministers, ergangen am 28. Januar 2005, in einer von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlichten Annonce vom 18. März 2005 ihr „Mitgefühl" mit den Kameraden des Jagdgeschwaders ausdrückten, denen der Name des Nazi-Helden genommen worden war. Straßen in mehreren deutschen Städten tragen seinen Namen weiter, Versuche das zu ändern scheiterten mehrfach. Wie Mölders hatten auch weitere Jagdflieger, die im Zweiten Weltkrieg zu „Helden" aufstiegen, in der Legion Condor ihre Kriegserfahrungen gesammelt, zu ihnen gehörte Adolf Galland.

Kurzum: die Entscheidung über die Traditionspflege in der Bundeswehr wie auch sonst in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik fiel nicht zugunsten der Kämpfer für die Republik, sie erfolgte zugunsten derer, die geholfen hatten, sie zu vernichten. Ein Detail beweist das eindringlich. 1955 wurde neu geschnitten der spanisch-italienische Propagandafilm Alkazar in Kinos der Bundesrepublik aufgeführt. Der Kampf um die Festung in Toledo wurde zu einem Heldenlied auf die in ihr eingeschlossene Besatzung einer Militärschule, die sich unter ihrem Kommandeur gegen die Republik gewandt und auf Francos Seite geschlagen hatte, wozu die Verteufelung der Republikaner gehörte, die, vergeblich, versucht hatten, sich in den Besitz der Festung zu setzen. Im Internethandel wird der Streifen als „Triumph der Filmkunst" und als Darstellung des Kampfes gegen die „roten Mordbrenner" und „bolschewistischen Horden" angeboten.

Gegen solche Parteinahmen haben junge Filmschaffende um Klaus Volkenborn schon 1979 mit dem Film unter dem Titel *Unversöhnliche Erinnerungen* auf originelle Weise die ihre gesetzt. Der Dokumentarfilm konfrontiert zwei Erinnerungen, die eines ehemaligen Jagdfliegers der Legion Condor, Henning Strümpell, 1968 aus der Bundeswehr als General entlassen, mit denen des einstigen Angehörigen der Internationalen Brigaden, Ludwig Stillger, eines Kommunisten, beide Bürger der Bundesrepublik. Mit der Schilderung ihrer Erlebnisse wurde beider Denkweisen mehr als vier Jahrzehnte später ebenso deutlich wie ihre Lebenswege in der Bundesrepublik und ihre sozialen und materiellen Situationen. Der Film wurde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nach 22 Uhr ausgestrahlt. Sein in der Literatur geschildertes Echo erbrachte eine menschliche und einem Gerechtigkeitsempfinden entsprungene Parteinahme für den Spanienkämpfer auf Seiten der Republik, der von Beruf ein Maurer war und diesen Beruf auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder ausgeübt hatte. Was partiell Zuschauerempörung auslöste, war die Tatsache, dass dem einstigen, längst in wohlhabenden Verhältnissen lebenden Offizier, der es bis in den Generalsrang gebracht hatte, seine Jahre in Spanien von Staatswegen als „Berufsjahre" angerechnet wurden, dem ehemaligen Interbrigadisten jedoch jede Anerkennung als ein Opfer des Faschismus verweigert wurde. Eine Änderung dieser Rentenregelung, behaftet mit Inkonsequenzen. erfolgte wohl auch unter der Wirkung dieses außergewöhnlichen Films, der noch 1979 in die Kinos gelangt. Auf dem Dokumentarfilm-Festival in Leipzig wurde mit der Goldenen Taube ausgezeichnet. Mit dem Thema der Rentenversorgung einstiger Spanienkämpfer bekam auch Willy Brandt in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler zu tun, der selbst aus seinem norwegischen Exil und im Auftrag von Zeitungen des Landes, 1936 als Berichterstatter nach Spanien gegangen war. Eine Passage des Films hat die Empörung auch von Zuschauern hervorgerufen, die jeder politischen Sympathie für den Kommunisten und seine Frau unverdächtig sind. Frau Stillger war nach der Flucht ihres Mannes aus Deutschland zeitweilig von der Gestapo verhaftet worden war.

Sie sollte den Aufenthaltsort ihres Mannes preisgeben. In Sorge um sich und ihren Sohn, für den ihr sonst das Sorgerecht abgesprochen worden wäre, hatte sie der Drohung nachgegeben und sich von ihrem Mann scheiden lassen. Als der nach Kriegsende zurückkehrte, sahen sie sich zunächst der Entscheidung gegenüber, dass diese Scheidung nicht einfach als unrechtmäßig und erzwungen getilgt wurde. Unter diesem Zwang heirateten sie einander erneut. Als sie de facto ein halbes Jahrhundert so verbunden waren, stand ihnen, wie in der Stadt Remscheid üblich, der Besuch des Bürgermeisters als Gratulant und ein Geschenk zu. Beides unterblieb. Erst unter der Wirkung des Films und von seinen Genossen gedrängt, der Bürgermeister war ein SPD-Mitglied, erfolgte dessen Besuch samt Entschuldigung.

Was Volkenborn 1979 kritisierte, gehört in der Bundesrepublik ganz der Vergangenheit nicht an, wie sich auch bei deren Vergrößerung durch das Gebiet er DDR zeigte. Straßennamen, die in den neuen Bundesländern an die Verteidiger der Republik erinnerten, verschwanden. In Berlin (Ost) die Artur-Becker-Straße, die ihren Namen an Stelle der Kniprodestraße erhalten hatte, sie wurde wieder nach dem Hochmeister des deutschen Ordens Winrich von Kniprode (um 1310-1382) zurückbenannt. Hingegen hatte die Spanische Allee in Berlin (West), so getauft 1939 anlässlich der Rückkehr der Legion Condor, ihren ursprünglichen Namen, der lautete Wannseestraße, nie zurückerhalten.

Die Haltung der Bundesrepublik zum Spanien des Bürgerkrieges und dem Francos hat jedoch nicht bedeutet, dass die Geschichtswissenschaftler diesem Kurs adäquat gefolgt wären. Mit Vorläufern setzte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine Beschäftigung mit dem Krieg und seiner Vorgeschichte ein, die bis heute andauert. Anders als in der DDR haben sich dort Fachleute mit der wechselvollen innenpolitischen Entwicklung der 1931 geschaffenen Republik und Volksfrontregierung befasst. Spezialstudien galten einzelnen Kräften der Verteidiger der Republik und ebenso der Geschichte der Legion Condor.

In der Schulbuchliteratur haben diese Forschungen keinen Ausdruck gefunden: Das mag zu einem vergleichenden Exkurs führen, der verdeutlichen kann, welche Sicht auf den Spanienkrieg Schülern im ostdeutschen Staat „verordnet“ wurde und welche Angebote in der entsprechenden Literatur den Schülern heute in der Bundesrepublik gemacht werden. Also noch einmal zurück in die Geschichte der DDR.

Schulbücher im Vergleich

In der DDR wurde nicht nur der Geschichtsunterricht in den Schulen vom Erzgebirge bis nach Rügen und von der Oder bis zur Elbe einheitlich nach den vom Ministerium für Volksbildung zugelassenen Unterrichtsmitteln erteilt. Das letzte Geschichtslehrbuch für die Klasse 9 der allgemeinbildenden Schulen erschien im Volkseigenen Verlag Volk und Wissen Berlin/Ost im Jahr 1988. Von seinen 304 Seiten Text befassten sich vier mit dem „Kampf gegen den Faschismus in Spanien“. Der Darstellung, die mit dem Sieg der Volksfront einsetzte und bis zur militärischen Niederlage der Republik führte, war ein historisch geographische Karte beigegeben, aus der ein Bild über den Kriegsverlauf zu gewinnen war. Skizzen zeigten die als Transportflugzeug eingesetzte Ju 52 von Junkers und das Bombenflugzeug D 17 E-1 von Dornier. Zwei Fotos zeigten Teilnehmer der Internationalen Brigaden. Abgebildet war die Fahne der Republik, das Abzeichen der internationalen Brigaden und die Fahne der XI. Brigade. Erwähnt wurde der verbrecherische Angriff auf Guernica und die Beschießung Almerias durch das Schlachtschiff „Admiral Scheer“. Das ist die Reihe der im Text und in Bildunterschriften genannten Namen von deutschen Teilnehmern: die Schriftsteller Willi Bredel, Egon Erwin Kisch, Hans Marchwitza, Ludwig Renn und Erich Weinert, der Historiker, spätere Professor für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Adolf Meusel (1896-1960), sodann Personen, die im ostdeutschen Staat zu verschiedenen Zeiten und unterschiedlich lange eine herausragende politische Rolle spielten: Anton Ackermann, Franz Dahlem, Kurt Hager, Heinz Hoffmann, Erwin Kramer, Erich Mielke und Paul Verner und Leo Heiss. Zitiert werden schließlich Sätze von Ernest Hemingway über die Deutschen in der Legion und in den Brigaden. Hans Beimler ist schon im Zusammenhang mit seiner Flucht aus dem KZ Dachau genannt, auch über den Anteil von Schriftstellern und Künstlern

am antifaschistischen Kampf an ihren jeweiligen Exilorten wird bereits im Text an früherer Stelle berichtet.

Kritische Durchmusterung der Seiten führt zu zwei Einwänden: Platzgründen mag geschuldet sein, dass im Text keine Namen von nichtdeutschen Teilnehmern der Kämpfe auf Seiten der Republik oder von ihren Sympathisanten fallen. Und in der Reihe der Genannten fehlen auch Namen Deutscher. Der Arthur Beckers scheint schlicht vergessen Nicht jedoch andere, die in der DDR aus politischen Gründen der Vergessenheit anheimfielen, das gilt vor allem für Wilhelm Zaisser, den späteren ersten Minister für Staatssicherheit, der unter dem Decknamen General Gómez die XIII. Internationale Brigade kommandierte und weitere hohe Funktionen ausübte. Zu den Vorzügen der Darstellung gehört, dass sie die Antriebe des deutschen Intervenierens in bündnis- und wirtschaftspolitischen Zielen im Hinblick auf den Krieg markiert und – wenn auch nur in einem einzigen Satz – die Massaker der siegreichen Putschisten erwähnt.

In den Schulen der Bundesrepublik wird nach Genehmigungen durch die zuständigen Minister der Länder sodann von Lehrern aus dem Angebot der Verlage die Literatur ausgewählt, anhand derer sich die Schüler orientieren sollen. Und das ist das Ergebnis der Inspektion einer zufälligen Auswahl von Darstellungen, publiziert durchweg von renommierten Verlagshäusern. In der Mehrheit ihrer Bücher wird der Bürgerkrieg in Spanien kaum als ein wesentliches Ereignis aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges erörtert, als eine europäische Situation, die noch Alternativen bot. Er ist vielmehr marginalisiert. Zwei in Mecklenburg-Vorpommern zugelassene (und beispielsweise am Gymnasium in Ueckermünde benutzte) Geschichtsbücher behandeln ihn so: „Deutschland und Italien... griffen auf der Seite Francos in den spanischen Bürgerkrieg ein.“ (Geschichte plus. Mecklenburg-Vorpommern, Volk und Wissen Berlin 2003) und „Als sich aus einem Offiziersputsch in Spanisch-Marokko der Spanische Bürgerkrieg entwickelte, unterstützten die UdSSR und die sozialistische französische Regierung die gewählte ‚Volksfrontregierung'. Hitler, der das Gespenst einer Einkreisung Deutschlands durch den ‚Weltbolschewismus' an die Wand malte, und Mussolini stellten dagegen den Aufständischen unter General Franco Waffen und Truppenkontingente zur Verfügung.“ (Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Buchners Kolleg Geschichte, C. C. Buchners Verlag Bamberg 1995 ff.) Das ist alles und lässt sich in Kategorie „Schmal- und Schonkost“ einordnen. Zudem: Denn, dass die französische Regierung Leon Blum die benachbarte Republik unterstützte, ist in dieser Verallgemeinerung schlicht falsch. Und: weder das eine noch das andere Lehrbuch erwähnen die Interessen, welche die deutschen und italienischen Interventen verfolgten.

Andere Publikationen sind nicht viel wortreicher. Das in Mittelschulen Sachsens benutzte Lehrbuch für die 8. Klasse stellt zunächst fest: „Mit Italien zusammen verhalf er (Hitler, K.P.) 1936/37 durch militärisches Eingreifen dem faschistischen General Franco zum Sieg im spanischen Bürgerkrieg. Dabei legten deutsche Flieger die baskische Stadt Guernica in Schutt und Asche.“ Dreißig Druckseiten später wird bei Erwähnung des Stichworts „Bombenkrieg“ noch einmal zurückgegriffen: „Die deutsche Luftwaffe hatte bereits mit der Bombardierung ziviler Ziele begonnen, als sie 1937 im spanischen Bürgerkrieg die Stadt Guernica zerstörte.“ (Expedition Geschichte, Diesterweg 2006) Die Sätze erklären nichts, bemerkenswert ist an ihnen einzig, dass Franco hier ein Faschist genannt wird.

In einem Buch für die 10. Jahrgangsstufe von Gymnasien wird unter der Überschrift „Die nationalsozialistische Außenpolitik und dann dem in Anführungszeichen gesetzten Untertitel „Abwehr des Bolschewismus“ geschrieben: „Neben der Abessinien-Krise veränderte der Spanische Bürgerkrieg die politische Lage in Europa. Im Juli 1936 putschte General Franco gegen eine im Frühjahr gebildete Volksfrontregierung aus Linksrepublikanern, Sozialisten und Kommunisten. Während die sozialistische Republik die Unterstützung der Sowjetunion und zahlreicher Freiwilliger aus ganz Europa erhielt, fand Franco den Beistand Mussolinis und Hitlers. Mit der Parole ‚Abwehr des Bolschewismus# unterstürzten sie die am Ende siegreichen Truppen Francos.“ Diese Zusammenarbeit, wird dann festgestellt, band Italien „noch stärker an Hitler“. (Das waren Zeiten. Das 20. Jahrhundert, C. C. Buchner 2005) Dazu drei Anmerkungen: Erstens gehörten die Kommunisten der Regierung im Frühjahr 1936 noch nicht an. Zweitens war Spanien eine bürgerliche und keine sozialistische Republik. Und drittens bleibt zu fragen, ob die zweimal zitierte Naziparole nicht einen Kommentar verdient hätte.

Ohne bestimmte Zuordnung für eine Klassenstufe wird in einem anderen Werk unter der Überschrift „Neue Bündnisse“ geschrieben: „Im März 1939 schloss sich dem (Antikominternpakt – K. P.) auch Spanien unter General Franco an, den die Nationalsozialisten und die italienischen Faschisten im Bürgerkrieg seit 1936 unterstützt hatten.“ Dazu gibt es eine Anmerkung, in der Franco als putschender General vorgestellt wird. Eine Seite zuvor findet sich eine Wiedergabe des berühmten Guernica-Bildes von Picasso, die Erwähnung des Ereignisses und die Anregung, die „künstlerischen Mittel“ des spanischen Malers zu „analysieren“. (Buchners Kolleg Themen Geschichte, „Weimarer Republik und NS –Staat“ C. C. Buchner 2007)

In einem für die Oberstufe herausgegebenen, nicht näher spezifizierten Buch wird zunächst in einer Chronik im Abschnitt „Demokratie und Diktatur“ mitgeteilt: „1936-1938 Spanischer Bürgerkrieg endet mit dem Sieg des ‚Caudillo‘ Franco und der Errichtung einer autoritären Herrschaft“. Hier ist jedenfalls eine Jahreszahl falsch. Dann wird unter der Begriffserklärung „Faschismus“ auch die Falange erwähnt. Sodann werden beim Blick auf Spannungen in Volksfront-Frankreich die „Konflikte“ zwischen Radikalsozialisten und Kommunisten „über die Frage der Intervention in den Spanischen Bürgerkrieg“ erwähnt. Später wird die deutsch-italienische militärische Kooperation im Bürgerkrieg auf der Pyrenäen-Halbinsel als ein Faktor gewertet, die beide einander nähergebracht und darauf gezielt habe, „hier einem Regime die Alleinherrschaft zu sichern, das dem ihrigen nahe zu stehen und sie politisch zu unterstützen versprach“. Indessen: „Hier“ ging es nicht darum ein Regime zu sichern, sondern eines zu installieren. Schließlich wird erklärt, dass Deutschlands wachsende politische Stärke seine „Regierung außenpolitische Beweglichkeit verschafte.“ An diese kostbare Abstraktion schließt sich die Anmerkung: „Die militärische Unterstützung Deutschlands und Italiens für Franco in Spanien zeigte dies.“ Die Intervention, ein Zeichen also „außenpolitischer Beweglichkeit“. (Geschichtsbuch Oberstufe Bd. 2: Das 20. Jahrhundert, Cornelsen 1999)

Es gibt einige Schulbücher mit höherem Anspruch. In einem nicht an eine spezielle Klassenstufe adressierten sind im Abschnitt „Faschismus im Vormarsch“ Propagandaplakate für den Ungarn Miklós Horthy (1868-1957) und Mussolini und für Franco wiedergegeben, der darauf als spanischer Kreuzritter abgebildet ist, „der Kirche und Armee nach seinem Machtantritt eint“. In diesem Zusammenhang wird die von 1923 bis 1930 dauernde Diktatur von Primo de Rivera, des Gründers der Falange erwähnt und mit anderen Symbolen faschistischer Organisationen das von dieser Partei benutzte gezeigt. Das ist der Einzige der inspizierten Texte, in dem wenigstens zwei der traditionell in Spanien herrschenden Mächte, Generalität und Kirche erwähnt werden. Am Schluss des Bandes gibt es ein Kapitel „Freiheit ohne Grenzen“, in dem auch ein Bild von Picassos Wandgemälde „Der Frieden“ wiedergegeben ist, das sich in einer Kapelle in Vallauris im Department Alpes-Maritimes befindet, dem einstigen Wohnort des Malers. Der Kommentar in einem Nebensatz erwähnt auch, dass der das berühmten „Kriegsbild Guernica über die Katastrophe des spanischen Bürgerkriegs malte“, eine Charakteristik, welche die gewollte und erreichte Schärfe der Anklage nicht trifft. (Anno 4, Bd. 4: Das 20. Jahrhundert, Westermann 2001)

Eine Sonderstellung bezieht ein für die Oberstufe bestimmtes Buch, in dem es einen eigenen Abschnitt gibt, der sich auf einer knappen halben Seite mit der Geschichte Spaniens seit 1918 befasst und ein Bild von der inneren Situation des Landes und der durch soziale und nationale Spannungen gekennzeichneten Lage der II. Republik bei ihrer Gründung vermittelt. Warum die in einen Bürgerkrieg mündeten, den der „rechtskonservative Putschgeneral Francisco de (?) Franco mit Hilfe NS-Deutschlands und des faschistischen Italiens 1939 gewann“, bleibt dann jedoch im Dunkeln. Eine historische Karte macht den militärischen Verlauf des Krieges erkennbar. Erwähnt wird, dass sich Frankreich im spanischen Bürgerkrieg „passiv“ verhielt, was mit dessen Kriegsscheu erklärt wird und die USA die Lieferung von Kriegsmaterial und die Gewährung von Krediten verboten. Im Kriege hätten Deutschland und Italien „ihre Waffenbrüderschaft“ erprobt und mit der „vollständigen Zerstörung“ Guernicas den Bombenterror aus der Luft vorgeführt. An späterer Stelle erfährt die Geschichte Spaniens noch einmal aus der Feder eines anderen Autors eine knappe, geschlossene Abhandlung. Auf die wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Gegensätze verweisend, wird ein Überblick über die inneren Kämpfe nach dem Sturz der Monarchie 1931 gegeben und immerhin angedeutet, dass es

im Kern darum ging, ob sich die Politik auf die „Arbeitgeber (sic!), Kirche und Grundbesitzer“ orientierte oder auf das Dasein der Massen. Geschrieben wird auch, dass sich der Putsch gegen die „linksrepublikanische“ (und nicht gegen eine sozialistische) Regierung richtete.

Eine Ausnahmestellung nimmt dieses Buch vor allem dadurch ein, dass es im Unterschied zu allen bisher durchmusterten die Unterstützung der Republikaner durch die Internationalen Brigaden, formiert von „Sozialisten und Kommunisten aus ganz Europa und Amerika“, erwähnt, zu denen der Autor auch Hemingway zählt. Gedacht wird, wieder im Unterschied zu allen anderen Büchern, der Hunderttausende Opfer des Krieges. Das geschieht ohne die von der Wissenschaft inzwischen vorgenommene Differenzierung der Praktiken und des Anteils der beiden Seiten und der grausamen Rache und des Terrors der Sieger nach dem Ende der Kämpfe zu erwähnen. Sodann wird ein zeitlicher Bogen zur kriegswirtschaftlichen Unterstützung Deutschlands durch Franco-Spanien während des Weltkrieges und zur „Blauen Division“ geschlagen, jener militärischen Formation spanischer Faschisten, die am Krieg gegen die Sowjetunion teilnahm. (Epochen und Strukturen. Grundlagen einer Universalgeschichte für die Oberstufe, Bd. 2: Vom Absolutismus bis zur Gegenwart, Diesterweg 1996)

Fazit: Lassen wir den Begriffsstreit („nationalsozialistisch“ oder gar „NS-Deutschland“), in dem sich theoretische Differenzen ausdrücken beiseite, verfahren wir ebenso hinsichtlich der Weigerung, Franco einen Faschisten zu nennen, schließlich war er ein Verbündeter im Kalten Krieg, so bleiben doch schwerwiegende Einwände. In keinem Lehrbuch wird klar ausgedrückt, dass die deutsche und italienische Intervention der Ausschlag gebende Faktor für den Sieg über die Republik war. Des Weiteren bleibt die Tatsache, dass mit einer Ausnahme der Kampf deutscher Antifaschisten gegen Franco, den sie angesichts der deutschen Intervention als Kampf gegen Hitler und sein Regime verstanden, der Vergessenheit anheimgegeben wird. Der Staat Bundesrepublik, der beansprucht, sich beständig und erfolgreich mit der „Bewältigung“ der Vergangenheit zu befassen, hat kein Gedenken für jene, die sich damals nicht mit einer geistigen, sondern der tatsächlichen Bewältigung des Phänomens Faschismus befassten, mit Waffen und dem Einsatz ihres Lebens. Vergleicht man dies wiederum mit dem Umgang mit anderen und ungleich wenige zahlreichen Personengruppen, die gleiches unternahmen, beispielsweise den Verschwörern des 20. Juli 1944, dann wird die Ungleichbehandlung deutlich. Denn, um von dem eine Ausnahme bildenden Text noch einmal zu handeln, selbst dort scheint kein deutscher Interbrigadist mit seinem Namen auf, sie bleiben ausnahmslos „Brüder namenlos“. Ist vorstellbar, dass in einem deutschen Schulbuch von den Verschwörern des Jahres 1944 gehandelt würde, ohne dass der Name des Grafen Claus von Stauffenberg fällt?

Die Fragen gebären die nächste. Was macht den Unterschied? Es waren in diesen Brigaden einfach zu viele Kommunisten und Sozialisten von einem Typus, der in der bürgerlichen deutschen Gesellschaft doch lieber der Vergangenheit überlassen wird. Diesem verweigerten oder eingeschränkten Gedenken fallen dann auch die zum Opfer, die, ohne Kommunisten oder Sozialisten gewesen zu sein, doch mit diesen gleichgerichtetes Tun nicht scheuten, beispielsweise die Gebrüder Heinrich und Thomas Mann.

Indessen ist die Mehrheit der Lehrbuchautoren mit ihrer Haltung gegenüber den deutschen Spanienkämpfern nicht allein. Gehen neugierige oder misstrauische Schüler das Internet um Auskünfte an, stoßen sie auf einen Text, verfasst von Fachleuten des Deutschen Historischen Museums zu Berlin, aus dem des Verfassers Widerwille und antikommunistische Absicht sprechen (der spätere Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, ist neben Hans Beimler der einzige namentlich erwähnte deutsche Interbrigadist). Und treffen auf Unkenntnis obendrein, wird Volksfront-Spanien doch auch dort posthum zur „sozialistischen Republik“ erklärt.

Zurück zu den aktuellen Arbeiten der forschenden Historiker. Sie konfrontieren sich auch jenen Autoren, die hierzulande ungehindert der Legion Condor Verdienste im Kampf gegen den „Bolschewismus“ zuschreiben und gleichzeitig deren Verbrechen im Krieg leugnen. Bei letzterem richtete sich das Interesse vor allem auf die Geschichte des Bombardements der Stadt Guernica, die in die Frühgeschichte des gegen die Zivilbevölkerung rücksichtslos geführten Luftkrieges gehört, der ein grausi-

ges Vorspiel dessen war, was sich später über Warschau, Rotterdam, London und weiteren britischen Städten, dann auch über Lübeck, Rostock, Hamburg und vielen deutschen Städten zutrug. Wider alle Tatsachen, zu denen das Beschießen von Zivilisten im Tiefflug mit Bordwaffen gehörte, wurde versucht, die toten Einwohner der Stadt und deren Verwüstung als unbeabsichtigt, entstanden als Folge schlechter Sichtverhältnisse, mithin als einen einzigen Kollateralschaden hinzustellen. Dabei war das Bombardement von Guernica nur ein Ereignis, das darauf hinwies, dass sich die Kriegführung hin zu jenem totalen Krieg bewegte, der Unterschiede zwischen Soldaten und Zivilisten nicht mehr kennt und achtet. Dafür steht nicht nur die Kette von Luftangriffen auf spanische Städte, sondern ebenso die Beschießung der andalusischen Stadt Almeria an der Mittelmeerküste, die sich bis zum letzten Tag des Bürgerkriegs gegen die Francisten verteidigte. Vor ihr erschien am 31. Mai 1937 das deutsche Panzerschiff „Admiral Scheer“ und begann eine Kanonade. Dort sei es Frühnebel gewesen, der seine Granaten das angebliche Ziel verfehlen ließ, so dass die Granaten in der Stadt einschlagen und Zivilisten mordeten. Zum Pluralismus der Bundesrepublik gehört, auch das unterschied die Situation der Geschichtswissenschaft in beiden deutschen Staaten, die Freiheit der Verbreitung apologetischer Legenden und grober Geschichtsfälschungen mit einer Ausnahme, der so genannten Holocaust-Leugnung.

Doch rührten sich am 50. Jahrestag der Zerstörung Guernicas auch in der Bundesrepublik Kräfte, die demonstrativ an das Kriegsverbrechen erinnerten. Es dauerte dann noch weitere zehn Jahre, bis im Bundestag der Antrag gestellt wurde, den nun schon 60. Jahrestag der Zerstörung der Stadt zum Anlass eines Schulbekenntnisses zu nehmen. Das wurde, es war zu Zeiten der von Helmut Kohl, einem studierten Historiker, geleiteten Regierung, im Parlament mehrheitlich abgelehnt. Die Korrektur nahm aus eigenem Entschluss drei Tage später Bundespräsident Roman Herzog mit einem Schreiben vor, in dem es hieß: „Ich möchte mich der Vergangenheit stellen und mich zur schuldhaften Verstrickung deutscher Flieger ausdrücklich bekennen. An Sie als Überlebende des Angriffs, als Zeugen des erlittenen Grauens richte ich meine Botschaft des Gedenkens, des Mitgefühls und der Trauer. Ihnen, die die Wunden der Vergangenheit noch in sich tragen, biete ich meine Hand mit der Bitte um Versöhnung."

So viele Unterschiede die Historiographie zum spanischen Bürgerkrieg in den beiden deutschen Staaten aufweist, die sich für die Gesamtzeit der Zweistaatlichkeit feststellen lassen, so gab es doch auch Annäherungen der Forschungsresultate und der Deutungen. Die wesentliche besteht in der hergestellten Übereinstimmung darüber, dass die früh von ostdeutschen Historikern vertretene Auffassung, dass die Franquisten die Republik ohne die deutsch-italienische Hilfe nicht hätten zur Strecke bringen können. Angenähert hat sich auch der Blick auf die Motive, die Deutschlands Machthaber zur Intervention in Spanien antrieben. Sie waren politischer, bündnispolitischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur. Politisch: d. h. vor allem geboren auch der antikommunistischen Grundeinstellung der deutschen Faschisten, die ideologisch-politische Affinität zu allen Ausprägungen reaktionärer Regime hervorbrachte. Aufgegeben wurde von der DDR-Historiographie das Bild, das den Krieg aus einer deutsch-spanischen Verschwörung hervorgehen lässt. Bündnispolitisch: das meint die Abwehr einer denkbaren westeuropäischen Konstellation, in der es Deutschland mit zwei von Volksfronten regierten Staaten, Frankreich und Spanien zu tun bekommen würde. Militärisch: das bedeutete die Chance, Einheiten der entstehenden Wehrmacht unter Kriegsbedingungen zu erproben, namentlich die der Luftwaffe bis hin zu den neuesten Entwicklungen. Bei Teruel fand der erste Einsatz der Ju 87, der so genannten Sturzkampfbomber statt. Wirtschaftlich: das zielte auf die Gewinnung eines zuverlässigen Lieferanten von rüstungs- und kriegswirtschaftlich unerlässlich Rohstoffen, vor allem von Eisenerzen und Schwefelkies. Als solcher hat sich Spanien lange Zeit auch bewährt.

Eine weitere Annäherung bildet der Befund, dass eine Bedingung des Sieges der spanischen Reaktion in der „Einsamkeit“ – den Begriff verwendet Jorge Semprún – bestand, in der sich die Republik im Stadium ihrer Agonie befand. Schließlich dürfte zu den nicht mehr divergierenden Auffassungen die Beurteilung der sowjetischen Spanienpolitik, wie viel im Einzelnen gegen sie einzuwenden und noch zu erforschen bleibt, gehören, der nicht mehr, wie schon von der Propaganda in Nazideutschland, weltrevolutionäre Eroberungs- und Machtgelüste unterstellt werden.

Versöhnung ohne Wahrheit

Ein eigenes, unabgeschlossenes, hier nur knapp anzumerkendes Kapitel ist der Umgang mit der Geschichte des spanischen Bürgerkriegs in dem Land, in dem er stattfand.[3] Das Franco-Regime endete mit dem Tod des Diktators im Jahre 1975. Schon Jahre vorher hatte der Diktator zu seinem Nachfolger Juan Carlos, den Enkel des gestürzten Königs Alfons XIII. per Gesetz bestimmt. Der Spross aus dem Hause der Bourbonen war nach einer Vereinbarung, die Franco mit dessen im Exil lebenden Vater schloss, für diesen Platz schon im Kindesalter bestimmt worden. Er kam als Zehnjähriger nach Spanien und unter die Obhut des Diktators. Herangewachsen, besuchte er Militärakademien. Nach seiner Verheiratung mit einer griechischen Prinzessin konnte er in einem Palast der Stunde harren, die Franco und ihm schlagen würde. Am 22. November 1975 war es so weit. Zwei Tage nach Francos Tod wurde die Monarchie faktisch wieder errichtet. Juan Carlos I. setzte sich auf den Thron. Damit war der Bogen in die Vergangenheit geschlagen, 1980 wurde auch der im Exil verstorbene Großvater von seiner Grabstätte in Rom heimgeholt und in der Krypta des Escorial, der Grabstätte der spanischen Monarchen, beigesetzt.

Mit der Wende des Jahres 1975 die Chance greifbar nahe zu sein, an Stelle der verlogenen Geschichtsbilder der Sieger von 1939 der Wahrheit verpflichtete zu setzen und mit der Erforschung der Vergangenheit, namentlich auch der Verbrechen des Regimes, zu beginnen. Doch war diese Aussicht zunächst nicht sonderlich groß, denn der Staat blieb in den Händen des Personals, das dem Diktator gedient hatte. Der erste Ministerpräsident im sich zur parlamentarischen Monarchie wandelnden Lande war Adolfo Suárez González, der seine gesamte politische Karriere an Francos Seite gemacht hatte. So setzte ein langwieriger, widerspruchsvoller und inkonsequenter Demokratisierungsprozess ein. Der Übergang, spanisch transición genannt, in andere staatliche Verhältnisse, vollzog sich ohne kritische Abrechnung mit den bisherigen und ohne, dass die für Verbrechen des Franco-Regimes verantwortlichen Personen zur Verantwortung gezogen wurden. Es herrschten Amnesie und Amnestie. Es kam zum El pacto de olvido, einem informell geschlossenen Pakt der Versöhnung und des Schweigens, von dem gesagt wurde er solle den einträchtigen Weg der entstehenden Parteien in eine neue staatliche Verfasstheit ermöglichen soll. Der wurde u. a. mit Thesen wie „Es gab keine Unschuldigen“ gerechtfertigt, Die Aktivisten des Franco-Regimes kamen billig und ungeschoren davon. In der Atmosphäre des europäischen Kalten Krieges gegen die sozialistischen Staaten ließ sich selbst das Dogma behaupten, im Bürgerkrieg sei das „katholische Abendland“ gerettet worden. 1977 wurden Francos Mörder, denen eine Zahl von lange nur geschätzten, später aufgrund von soliden Untersuchungen festgestellten etwa 140.000 Menschen zum Opfer fielen, per Gesetz von jeglicher Strafverfolgung freigestellt. Szenen der Versöhnung wurden veranstaltet und dafür als Kulisse auch das Denkmals im Tal de Gefallenen ausersehen.

Wieder erlangte Erinnerung?

Doch es konnte beim so genannten „integralen Gedächtnis“ nicht bleiben. Hinterbliebene verlangten, die Massengräber ihrer Angehörigen zu suchen, die Getöteten zu identifizieren und würdig beizusetzen. Sie schufen sich, noch bevor die Regierenden bewegt werden konnten, diese Arbeit des Gedenkens zu unterstützen, eigene Verbände, die ihre Interessen vertreten. Einer ihrer Namen charakterisiert die Situation, er lautet Associació per a la Recuperació de la Memòria Històrica de Mallorca, dt. Vereinigung zur Wiedererlangung der historischen Erinnerung.

Erst unter der Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero (geb. 1960), einem Mitglied der Partido Socialista Obrero Español PSOE (dt. Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens) und nach langen Debatten wurde am 31. Oktober 2007 ein Gesetz (Ley de Memoria Histórica, dt. Gesetz über die historische Erinnerung) beschlossen, das die moralische Legitimierung der Kämpfer für die Republik, deren materielle Versorgung, ihre Gleichstellung mit bisher als Opfern angesehenen Personengruppen, nicht jedoch die Tilgung gegen sie verhängter juristischer Strafen betraf. Verlangt wurde darin die

---

[3] W. Bernecker, S. Brinckmann: Zwischen Geschichte und Erinnerung. Zum Umgang mit der Zeitgeschichte in Spanien. In: A. Nützenadel u. a. (Hrsg.): Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 20), Göttingen 2004, 78–106.

Entfernung von Denkmälern und Zeichen, die Franco und seinen Sieg verherrlichten. Vordem schon war 2005 in Madrid das Denkmal, das Franco zu Pferd zeigte, entfernt worden. Im gleichen Jahr wurde auch die letzte Statue für den in der Diktatur kultisch verehrten Gründer und Führer den faschistischen Falange Prima de Rivera in Guadalajara beseitigt.

Die Annahme des Gesetzes und dann seine Ausführung stießen auf hartnäckigen Widerstand jener konservativen und postfranquistischen Kräfte. Sie bezichtigten seine Befürworter, alte Wunden aufzureißen und von Revanchismus statt von Versöhnung geleitet zu sein. Sie selbst feierten die Vernichtung der Republik noch immer als einen Kampf für „Vaterland und Gott“. Es dauerte bis 2008, dann fiel in Santander das letzte Reiterstandbild des „Caudillo“. Vor allem den Kirchen, in denen der toten Soldaten Francos auch als Verteidiger des christlichen Glaubens gedacht wurde, wäre durch das Gesetz viel Arbeit entstanden. Doch hob ein Ausnahmeparagraph den Zwang auf, die ehrenden Erinnerungen an die Mörder der Republik generell zu beseitigen.

Gegen nahezu jeden einzelnen Schritt, der Verklärung des Sieges von 1939 ein Ende zu setzen, machten rechte Kräfte mobil. So in der 1497 eroberten nordafrikanischen Enklave Melilla, einer Stadt von etwa 70.000 Einwohnern, in der das Denkmal Francos mit dem Argument verteidigt wurde, es gelte ja nicht dem Caudillo, sondern dem dort einst stationierten Offizier und Kommandeur der Fremdenlegionäre. Weder ideologisch noch politisch ist diese Auseinandersetzung in Spanien beendet. Erst 2010 entschied die Bürgermeisterin von Palma de Mallorca, dass ein eigens von Franco eingeweihtes Denkmal, welches den „Helden des Kreuzers ‚Balearen‘“, der, unfertig noch, den Putschisten in die Hände gefallen, am 5. Dezember 1936 von ihnen in Dienst gestellt, dann am 6. März 1938 gesunken war, eine Umwidmung erhalten sollte. Sie liest sich nun auf einer Tafel so „Dieses Denkmal wurde im Jahr 1948 im Gedenken an die Opfer des Untergangs des Kreuzers ‚Baleares‘ während des Bürgerkriegs (1936-1939) errichtet. Heute ist es für die Stadt ein Symbol des demokratischen Willens, niemals die Schrecken der Kriege und Diktaturen zu vergessen.“ Eine Parteinahme für die Republik und deren Verteidiger wird man diese Sätze nicht nennen können. In Pollenca im Norden Mallorcas existierte noch 2008 auf einem militärischen Gelände der Luftwaffe, ein Gedenkstein für deutsche Seeflieger, die 1938 als Angehörige der Legion Condor ums Leben kamen. Der Protest Einheimischer richtete sich vor allem gegen dessen Inschrift, die besagt „Es fielen für die Freiheit Spaniens im Kampf gegen den Bolschewismus ...“, dann folgen zwölf Namen.

Erst in jüngster Zeit wurde begonnen, Denkmäler und andere Erinnerungszeichen für Francos Generale zu beseitigen. Offen ist die Zukunft jener monströsen, von einem 140 Meter hohen Kreuz überragten Gedenkanlage Monumento Nacional de Santa Cruz del Valle de los Caídos (dt. Nationalmonument des Heiligen Kreuzes im Tal der Gefallenen), die von 20.000 Gefangenen errichtet und 1959 eingeweiht wurde. Deren Kern bildet eine riesige Basilika mit dem Sarkophag des Gründers der Falange Española, also jener der Nazipartei vergleichbaren Organisation in Spanien, José Antonio Primo der Rivera, der 1932 an einem Putsch gegen die Republik teilgenommen hatte und verurteilt worden war und dann, 1936, in ihr Kräfte zu mobilisieren suchte, die den Franco-Truppen halfen. Er war nach einem Gerichtsurteil erschossen worden. Franco hatte seinen Leichnam in die Gedenkstätte überführen lassen. Dann war sein eigener dort bestattet worden. Die Stätte war, bis dagegen ein Verbot erging, Treffpunkt und Wallfahrtsort von Faschisten vieler Länder. Geblieben ist ein Touristenmagnet, der inzwischen wegen Baufälligkeit geschlossen werden musste. Die Renovierung und Umwidmung dieses Monstrums stehen bevor. Die Anlage soll künftig „alle Menschen würdigen, die im Bürgerkrieg gefallen sind und Opfer der Repression, die darauffolgte, wurden, mit dem Ziel die Kenntnisse über diese Zeit zu vertiefen und den Frieden und die demokratischen Werte zu stärken.“ Das erinnert ebenfalls an historische Eintopfgerichte.

Um mehr als bloße „Vertiefung der Kenntnisse“ ging es Baltasar Garzón, einem hoch verdienten spanischen Untersuchungsrichter. Er nahm sich des Anliegens und der Forderungen der Verbände der Hinterbliebenen an und leitete – zwanzig Jahre waren seit dem Amnestiegesetz von 1977 vergangen – Ermittlungen gegen die an Massenverbrechen beteiligten Politiker und Militärs ein, wofür er 35, später 44 Personen, darunter den Diktator namentlich benannte. Wiewohl Garzón diese Ermittlungen nach wenigen Monaten abbrach, wofür er die offizielle Begründung gab, alle fraglichen Perso-

nen seien nicht mehr am Leben, genügte einem Richter des Obersten Gerichtshofes Spaniens eine Klage rechtsextremer Kräfte, um gegen ihn eine Untersuchung und einen Prozess anzustrengen. Er habe das Gesetz ignoriert und seine Befugnisse überschritten. Darauf wurde Garzon 2010 durch einen einstimmigen Beschluss des höchsten Richterkollegiums suspendiert, was einer ersten Bestrafung gleichkam. Der Gerichtsprozess steht noch aus. Kommentatoren im Lande bezeichneten das Vorgehen als „Rückkehr der Inquisition".

Sodann machte im Jahr 2011 ein Skandal deutlich, was und wie viel zu tun geblieben ist, die Überreichung der ersten des auf insgesamt 50 Bände berechneten Lexikons Diccionario biográfico Español, eines ehrgeizigen Unternehmens, an Juan Carlos I. Denn: Die Arbeiten waren schon bis zum Buchstaben F vorgedrungen und da wurde lesbar, dass der Autor des Beitrags über Franco, ein Historiker, der sich um diese Arbeit selbst beworben hatte, sich weigerte, den Diktator nicht Diktator nennen wollte. Der Streit, ob Franco so zu kennzeichnen sei, wurde bis in das Parlament geführt.

Lehrbuch und Lektion

Die Frage, die Historiker und wohl nicht nur sie beim Blick auf den spanischen Bürgerkrieg am stärksten interessiert und herausfordert, ist die nach dessen geschichtlichem Platz im 20. Jahrhundert. Was hat das Ereignis durch sein Stattfinden, seinen Verlauf und seinen Ausgang für dessen Gang bewirkt, welche Folgen hat es gezeitigt? Wie alle ähnlichen Fragen ist auch die schwer eindeutig zu beantworten. Unbestritten ist, dass dieser Krieg kontinentale Auswirkungen besaß. Der für ihn auch verwendete Begriff vom „europäischen Krieg" übertreibt nicht, wenn man darunter nicht die geographische Ausdehnung kriegerischer Auseinandersetzungen begreift. Doch hatte in diesen knapp drei Jahren eine Gruppierung und ein Messen der Kräfte stattgefunden, aus dem die faschistischen Mächte Deutschland und Italien als die Gewinner hervorgingen. Unter ihrer Ausschlaggebenden Beteiligung war die politische Landkarte Europas verändert worden und nahezu gleichzeitig auch die politisch-territoriale als sich Italien Albanien einverleibte und Deutschland die Tschechoslowakei zerschlug.

Wie hätten hingegen die beiden aggressiven Staaten ausgesehen, wäre die spanische Republik behauptet worden und hätten die Interventionstruppen unverrichteter Dinge oder geschlagen gen Rom und Berlin abziehen müssen? Der Ausgang lag nicht außerhalb der Möglichkeiten. Da freilich hätten Frankreich, Großbritannien, womöglich auch die USA, ihre Politik der Nichteinmischung aufgeben und es zu ihrer Kooperation mit der Sowjetunion kommen müssen, also zur Verwirklichung jenes Konzepts, für das sich die UdSSR seit dem Sieg des Faschismus in Deutschland einsetzte. Doch gerade dieses Projekt, das durch gemeinsames Eintreten für die Verteidigung der spanischen Republik befördern werden konnte, erledigte sich während des Spanienkrieges total. Dessen Totenschein war schon ausgestellt, als in Spanien noch gekämpft wurde. Das geschah im Oktober 1938 durch das Viermächte-Abkommen von München. Die Preisgabe der tschechoslowakischen Republik war der erste, die der spanischen der zweite Schritt in den großen Krieg. Statt, wie gedacht, Verbündete zu gewinnen, sah sich die sowjetische Politik isoliert und unter den Zwang einer Neuorientierung gestellt.

Der Ausgang in Spanien bedeutete mehr als nur die Niederlage einer Republik vor den Faschisten, es war eine Niederlage aller, die in Europa am Frieden interessiert waren, der übergroßen Mehrheit seiner Bevölkerung. Geografisch lag Spaniens am Rande des Kontinents, doch dieser Moment seiner Geschichte war von zentraler Bedeutung für den Kontinent als Ganzen. Als die Einheiten der Legion Condor im Mai 1939 als Sieger durch das Brandenburger Tor zogen, auf Schildern die Namen der 233 Toten der Interventionstruppe tragend, waren jene, die an der Spitze der Wehrmacht am Kriegsplan arbeiteten, dessen Verwirklichung einen Schritt nähergekommen. Sie konnten sich angesichts der Schwäche und der Bereitschaft der bürgerlichen Demokratien auf Kompromisse einzugehen, die sich von Kapitulationen wenig unterschieden, ermutigt sehen. Und so gesehen haben für die Tage dieses Frühjahrs 1939 die von Hemingway zitierten Wort ihren tiefen Sinn: *"[...] and therefore never send to know for whom the bell tolls; it tolls for thee."* Die Glocke schlug ihnen, den Europäern.

Damit ist die Frage, warum der spanische Bürgerkrieg sich tiefer in das Gedächtnis der Völker eingegraben hat als manches vergleichbare Ereignis, zu einem Gutteil schon beantwortet. Er gehört zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und vor langem schon haben sich Stimmen erhoben, die meinen, es habe dieser Weltkrieg, soweit er in Europa stattfand, in Spanien 1936 begonnen. Andere Faktoren kommen hinzu.

Zweitens haben die Erfahrungen, die in Spanien auf Seiten der Republikaner, aller die die Republik verteidigten, gemacht wurden, ihr Verfallsdatum noch nicht überschritten. Sie sind ein Lehrbuch über den Gewinn der Einheit im Handeln, über den Wert der Konzentration auf wesentliche Ziele, die Notwendigkeit von Kompromissen und ebenso über das Verhängnis der Spaltungen und der Zerrissenheit. Sie stellen eine große und partiell bittere Lektion dar, vor allem für die Beziehungen derer zueinander, die unter dem Begriff die Linken subsumiert werden. Doch hat es bis heute den Anschein, dass die Bereitwilligkeit, die Nasen in dieses Lehrbuch zu stecken, sehr unterschiedlich entwickelt ist.

Drittens lebte Spanien während des Bürgerkrieges in der Erinnerung vieler Zeitgenossen als eine Geschichte beispielloser Solidarität der Völker, verkörpert in erdballweiten Hilfsaktionen und vor allem im Kampf der Interbrigadisten gemeinsam mit der spanischen republikanischen Armee, den Milizen und anderen militärischen Einheiten. Diese Erfahrung ist nicht entwertet dadurch, dass die Solidarischen unterlagen.

Viertens richtet sich der Blick auch deshalb auf diese spanischen Jahre, weil es – das ist das Urteil Jorge Semprúns – kein zweites Ereignis gibt, das so viele Angehörige der Intelligenz, herausragende und weltbekannte Persönlichkeiten zu gemeinsamer oder gleichgerichteter Parteinahme für die bedrohte Republik mobilisierte. Zu ihnen gehörten Thomas Mann und Heinrich Mann, der Franzose André Malraux, der Brite Georg Orwell, die Franzosen Albert Camus, André Gide und Georges Bernanos, natürlich der Spanier Pablo Picasso, der US-Amerikaner Ernest Hemingway, der Niederländer Joris Ivens. Diese Reihe lässt fragen, welche Rolle Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst in unseren Tagen in den Krieg drohenden Krisen einnehmen, beispielsweise im Hinblick auf Geschehnisse wie die zwischen dem Ostrand des Mittelmeeres und dem Himalaja.

Zu alledem kommt aber wohl ein anderes hinzu. Welchen Platz der Staat auf der iberischen Halbinsel in der Rang- und Bedeutungsliste der Mächte 1936 einnahm und welchen Spanien heute besetzen mag, fällt sein Name, taucht die Erinnerung an weltgeschichtliche Ereignisse und Gestalten auf. Sie richten das Interesse immer wieder auf dieses Land, jedenfalls das aller, die ein wenig von seiner Geschichte wissen. Da begegnen Einem große Entdecker, von denen Christoph Kolumbus, der mit seiner Flottille 1492 von Palos de la Frontera in Andalusien aufbrach, der wohl bekannteste wurde und geblieben ist. Da taucht das Bild von dem Weltreich auf, in dem die Sonne nicht unterging und an dessen Spitze Karl V., König von Spanien und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, herrschte. Da erhebt sich eine Gestalt wie die des Schöpfers von Don Quichotte und Sancho Pansa, Miguel de Cervantes Saavedra, des Nationaldichters der Spanier. Und da ist die unvergleichliche Reihe spanischer Maler, aus der El Greco herausragt, der auf Kreta geborene Grieche, der eigentlich Domínikos Theotokópoulos hieß und seit 1577 in Toledo lebte und malte, sodann Diego Rodríguez de Silva y Velázquez, des weiteren Francisco de Goya, dessen Gemälde *Qué valor*, dt. Welche Tapferkeit, bekannt auch als Das Mädchen von Zaragoza, den Frauen gegenwärtig gewesen sein mag, die bewaffnet oder an anderen Plätzen die Republik verteidigten, und dessen Zyklus *Desastres de la Guerra*, was sich als das Unheil oder auch die Gräuel des Krieges übersetzen lässt, in die Friedenserziehung unserer Tage gehört. schließlich Pablo Picasso aus dessen künstlerischer Produktion das Guernica-Bild und die populären Bilder hervorstechen, auf welchen die Taube als Symbol des Friedens zu sehen ist. Es mag auch dieser Glanz des Vergangenen dazu beitragen, dass sich der Blick wieder und wieder auf dieses Volk und die Tragödie der Jahre 1936 bis 1939 mit ihren Folgen richtet.

Und dann gibt es in der Bundesrepublik eine kleine, rührige Organisation mit dem Namen „Kämpfer und Freunde der spanischen Republik“. Von ihr wurde in Verbindung mit einem Hamburger Hafentag

2012 ein internationales Treffen ausgerichtet, dessen Teilnehmer aus Dänemark, Österreich, Großbritannien und Irland derer gedachten, die in Spanien ihr Leben ließen und ebenso jener Hamburger Hafenarbeiter; die dazu beitrugen, das um die deutsche Intervention gesponnene Geheimnis zu durchlöchern und bekanntzumachen, was und wer da auf dem Seewege zu den Putschisten verfrachtet wurde,

Den gedanklichen Ausgangspunkt für den Text bildete eine Einladung zu einem Vortrag, der am 17. August 2012 in Ueckermünde anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung zur Geschichte des spanischen Bürgerkriegs gehalten wurde. Dazu hatten „Tacheles“, ein lokaler Verein Geschichtsinteressierter und das Greifen-Gymnasium eingeladen.

„Wie ein Schmierfilm: Alle sind schuldig-unschuldig“

Über neuere Literatur zum Ersten Weltkrieg, die These, Deutschland trage für ihn nicht die Hauptverantwortung, und über Ursachenforschung in der Geschichte

F: Wie viele Tote hinterließ der Erste Weltkrieg?

Es waren ungefähr 20 Millionen, darunter etwa zehn Millionen Soldaten. Zu den durch Waffengewalt getöteten Millionen Zivilisten müssen die Verhungerten und die medizinisch unzureichend Behandelten gerechnet werden, so ergeben sich weitere zehn Millionen Tote. Das ist eine geschätzte Zahl. Zu berücksichtigen ist, dass die Statistik Russlands nicht sehr exakt war, noch schlechter war die des Osmanischen Reiches.

F: Läge es nicht nahe, beim Thema Erster Weltkrieg zuerst über diese Opfer zu sprechen? Bis dahin gab es in keinem Krieg der Menschheitsgeschichte solche Ziffern.

Es liegt tatsächlich nahe, damit zu beginnen. Allerdings führt eine solche Betrachtung sehr rasch zu der allgemeinen Einsicht: Krieg ist schrecklich, Frieden ist gut. Gesagt wird dann aber nicht, wie es denn vom Frieden zum Krieg kommt. Genauer: Was sind die Ursachen für einen Krieg dieser Art gewesen?

F: Ist das Konsens unter heutigen Historikern?

Zumindest kommt um die Frage nach den Ursachen keiner herum. Sie ist die Königsfrage an die Geschichte und nichts berechtigt dazu, ihr auszuweichen. Sie verbindet sich außerdem mit der Frage nach Verantwortung und Schuld, denn Kriege sind nicht Ergebnis irgendeines Automatismus, sondern letzten Endes das Resultat von Entscheidungen konkreter Personen.

Bevor der erste Schuss des Ersten Weltkrieges fiel, war übrigens den Zeitgenossen klar, dass diese Frage auftauchen würde. Und schon damals galt für die Monarchen, die Regierungschefs, die Botschafter und alles übrige Personal: Keiner wollte es gewesen sein. Das erinnert an das „Kriegslied“ von Matthias Claudius aus dem Jahr 1774, das mit dem Vers beginnt: „s' ist Krieg! s' ist Krieg!/O Gottes Engel wehre,/Und rede Du darein!/s' ist leider Krieg -/und ich begehre/Nicht schuld daran zu sein!“ Man sehe sich die Aufrufe Kaiser Wilhelms II. und Franz Joseph I. zum Kriegsbeginn an ihre Völker an. Bei beiden Aufrufen finden sich, man möchte fast sagen, heilige Beteuerungen, dass sie nichts anderes wollten als Frieden. Der hochbetagte Franz-Joseph hat das so ausgedrückt, dass er bis an sein Lebensende ein Mann sein wolle, der dafürsteht. Nur, fuhr er fort, könne er sich daran leider nicht halten, weil die Nation bedroht sei. Dann folgt ein großes Bedauern.

Das bedeutet: Die Kriegsschuldfrage wurde nicht erst gestellt, als 20 Millionen Menschen tot waren, sondern vor dem Krieg und erst recht nach seinem Beginn. Sie stellte sich natürlich in den Schützengräben, in dem Maße nämlich, wie das Kriegselend den Soldaten völlig bewusst wurde.

F: Der deutsche und der österreichische Kaiser nicht Kriegsverhinderung, sondern das Gegenteil betrieben. War es so einfach: Intern für, nach außen gegen den Krieg?

Das gehört zu der ganzen demagogischen Konstruktion: Wir waren es nicht, es waren die anderen. Dazu muss man wissen, dass nicht nur Kriegsgegner vor diesem Krieg gewarnt haben. Der Begriff Weltkrieg taucht schon 1887 bei Friedrich Engels auf. Aber drei Jahre später hält z. B. der damals 90jährige ehemalige Generalstabschef der preußisch-deutschen Armee, Helmuth von Moltke, im Reichstag eine Rede, die viel weniger zitiert wird als der Text von Engels. Moltke war Abgeordneter und sprach zu Haushaltsfragen. Gegen den Militärhaushalt war er natürlich nicht, warnte aber in dieser Rede klar vor einem Weltkrieg. Der werde mit den Feldzügen unter seiner Führung von 1864, 1866 und 1870/71 nicht vergleichbar sein, das Feuer solle niemand legen. Es hat also unter Weitschauenden, auch unter Militärs, eine Vorstellung davon gegeben, dass sich in der gesamten Kriegsführung etwa ändert – mit furchtbaren Folgen. Moltkes Neffe, Helmuth von Moltke der Jüngere, 1914 Generalstabschef, gehörte nicht zu den Vorausschauenden. Er hätte gut daran getan, sich dieser Rede seines Onkels zu erinnern.

F: Schuld und Verantwortung für diesen Krieg lassen sich ziemlich klar zuordnen. Beherrschend in der gegenwärtigen Literatur scheint aber die These zu sein, dass die Frage danach und überhaupt nach Ursachen überflüssig ist. Diese Meinung vertritt vor allem der australisch-britische Historiker Christopher Clark, der sein Buch „Die Schlafwandler" mit dem Untertitel versah „Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog". Bei der Buchvorstellung in Berlin, betonte er, dass ihn vorrangig das Wie interessiere, das Warum enge Fragestellungen nur ein. Warum wird diese „Königsfrage", wie sie sagen, heute so einfach beiseitegelegt?

Dass ein Historiker mit einer solchen These auftritt, kann man mehr oder weniger dem Zufall zuschreiben. Interessant wird die Sache erst, wenn eine solche These aufgenommen wird, wenn klar wird, ob sie als grotesk oder als zu vernachlässigen abgelegt wird oder ob sich daran eine Diskussion entzündet. Für die These von Clark gilt nicht einmal, dass sich an ihr eine Diskussion entzündet. Sie ist einfach verbreitet worden und zwar als eine neue Erkenntnis...

F: ...der Verlag macht mit der Formulierung „bahnbrechende Erkenntnis", dass nicht das deutsche Kaiserreich „die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkrieges" hatte, Reklame für das Buch.

Man könnte fast einen Preis für denjenigen aussetzen, der nachweist, dass irgendwo gegenwärtig eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Thesen des 1999 verstorbenen Hamburger Historiker Fritz Fischer zur deutschen Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg gefordert oder vorgenommen wird. Die findet aber nicht statt. Es wird so getan, als hätte sich Fischers Auffassung durch langes Liegen erledigt. Der Name Fischer kommt bei Clark ganz am Ende seines Buches ein einziges Mal vor. Auch diejenigen, die Fischer in ihren Büchern nennen, stellen sich keiner Diskussion. Der Militärhistoriker Gerd Krumeich rief dem Buch Clarks beim Erscheinen der englischsprachigen Ausgabe 2012 in der Süddeutschen Zeitung ein Willkommen zu und knüpfte daran die Frage, ob man die Fischer-These nicht als erledigt ansehen müsse. Im Gegensatz zu jenen, die sich da keine Mühe gemacht haben, haben diejenigen, die Fischer verteidigen, das mit Argumenten getan, z. B. Volker Ullrich in *Der Zeit*.

Wie kann man sich erklären, dass eine solche These wie die Clarks, die in seinem Buch keineswegs bewiesen wird, solche Verbreitung findet? Alle sind danach in irgendeiner Weise schuldig, und alle sind in ähnlicher Weise auch wieder unschuldig – das ist wie ein Schmierfilm. Clark führt eine riesige Liste von Leuten an, die es wirklich gegeben hat so wie ihre unterschiedlichen Rollen. Aber wenn es um die Frage geht, warum haben sie diese Rollen gespielt, warum haben sie sich so und nicht anders entschieden, dann wäre die nächste Frage: Von welchen Interessen und Ideen wurden sie dabei geleitet? Danach wird schon nicht gefragt, es genügt angeblich das Wie, wie sie ihre Rollen gespielt haben. Das plätschert an der Oberfläche der Geschichtsprozesse hin, Tiefgang kommt da nicht. Bleibt die Frage, wie zu erklären ist, dass das Buch zum Bestseller hochgejubelt wurde, dass Clark als Redner viel gefragt ist? Dazu habe ich nur eine Vermutung.

F: Wie lautet die?

Das kommt all denen recht, die – wo es irgend geht – die deutsche Geschichte einer Reinigungskur unterziehen wollen. Das bedeutet: Es war auch ein Verdienst Fischers, die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in der deutschen Geschichte als eine Einheit zu sehen. Das hatte sich durchgesetzt. Dazu gehört, die Verbindung zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg, zwischen imperialistischen Interessen am Jahrhundertbeginn und imperialistischen Interessen in der Umformung bei Hitler herzustellen. Dazu gehört, sich mit der gesamten Geschichte auseinandersetzen. Sich davon zu verabschieden, läuft, ob gewollt oder nicht, darauf hinaus, dass zu einer Betrachtung der deutschen Geschichte zurückgekehrt wird, in der Hitler von irgendwo aus dem Weltraum einmarschiert ist. Wer auf die Vorgeschichte verzichtet, macht ihn zu einem einmaligen Fehltritt, denn ansonsten waren und sind wir Deutsche ganz normale Leute. Man hätte angesichts der Forschungsresultate meinen könne, ein solcher Versuch der Rückkehr zu Widerlegtem sei aussichtslos. Aber angesichts der Kräfte, die das gegenwärtig befördern, zögere ich zu sagen, das werde ohne Wirkung bleiben.

Ein Beispiel, wie schon einmal etwas als Neuerung in der Geschichtsbetrachtung angekündigt wurde, war die Debatte 1996 um das Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel Goldhagen in der Bundesrepublik. Da ließ sich mit einiger Sicherheit sagen, das verraucht und verrauscht, es handelt sich um eine absonderliche Mode. Im Fall von Clark und anderen aber, die versuchen, eine solche Säuberung an der deutschen Geschichte zu vollziehen, hat das einen Bezug zu Ansprüchen, die die Bundesrepublik Deutschland heute stellt.

F: Es gibt aber auch eine Kontinuität der Auseinandersetzung mit Fischers Thesen. Sein Buch „Griff nach der Weltmacht“ von 1961 löste eine Kontroverse aus, in der es genau um dieses Thema ging: Der deutsche Imperialismus in der ersten Jahrhunderthälfte. Nun sagt auch der Spiegel, Fischers These habe sich durchgesetzt, werde aber nun durch neue Erkenntnisse korrigiert. Erleben wir eine Wiederholung der Debatte aus den 60er Jahren?

Die Provokation lag schon im Titel von Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“. Unter deutschen Zeitgenossen war doch klar: Hitler – das und nur das – war der Griff nach der Weltmacht. Ein Buch mit diesem Titel schlug eine Brücke zum Ersten Weltkrieg, die es so nicht geben sollte. Fischer hat in der Auseinandersetzung mit der konservativen Gruppe von Historikern, seinen hauptsächlichen Gegner, gesiegt. Sie hielten an „Vaterlandsverteidigung“, „Abwendung von Bedrohung“ und ähnlichem fest. Für sie war er ein Renegat, also jemand, der besonders verwerflich gehandelt hatte und entsprechend behandelt werden mußte.

Woran will man messen, ob sich eine These durchgesetzt hat? Ich glaube, es gibt ein Maß – das sind die Schulgeschichtsbücher. Ich habe mir einige wenige angesehen und dort ist die Tendenz eindeutig: Die besondere Rolle des Kaiserreiches bei der Herbeiführung dieses Krieges wird vermerkt. Es gab eine Dominanz dieser These.

F: Dann stimmt die Spiegel-These?

Ja, das ist weitgehend richtig. Ein sicheres Zeichen dafür ist, dass das Thema in der Wissenschaft nicht mehr Gegenstand irgendwelcher Debatten war. Es ist daher schon überraschend und ein Geschenk, – das wird auch so formuliert –, dass ein australischer Forscher angeblich grundstürzend Neues herausgefunden hat. Wie man aber als Historiker nach der Devise arbeiten kann, das Warum hat mich nicht interessiert, ist mir schleierhaft. Denn auf dem Wege zum Warum – das ist jetzt eine Übertreibung – wird Geschichte erst richtig interessant, da liegen die Herausforderungen für Historiker. Und sich eines so großen Themas anzunehmen und zu sagen, das Wie hat mich interessiert, das Warum aber nicht oder nur am Rande – dies ist namentlich für einen Hochschullehrer schon merkwürdig, e seinen Studenten doch beibringen soll, an ihren Gegenstand angemessene Fragen zu stellen.

Noch merkwürdiger ist: Selbst wer der These, Deutschland habe bei der Herbeiführung dieses Krieges keine herausragende Rolle gespielt, zustimmt, muss nicht auch die weitergehenden Clarks billigen. Sie äußert sich in seiner Frage, ob überhaupt die Verursachung von Kriegen zu erforschen sei, ob man dabei nicht auf Holzwege komme. Sein Buch erschien 2012 auf Englisch und damit kommt eine ganze Reihe von Leuten in der Welt in Betracht, die Beifall klatschen, wenn nicht danach gefragt wird, wer an Kriegen schuld ist, die sie anführen, anzetteln, fortsetzen. Die einen sitzen in New York, andere in Israel, Dritte da oder dort. Hätte er die Frage mit dem Blick auf den Zweiten Weltkrieg gestellt, wäre er in die Gesellschaft einer politischen Richtung geraten, die er bestimmt nicht sucht. Aber die Frage für den Ersten Weltkrieg ablehnen und sie für den Zweiten gelten lassen – das geht nicht.

F: Für heutige Kriege wird aber genau das versucht: Die Frage nach Urhebern und Ursachen nicht zur Sprache kommen zu lassen bzw. wieder zu behaupten, die andern waren es.

Zwei Dinge sind zu unterscheiden, die häufig munter durcheinandergebracht werden. Erstens: Was und wer verursacht einen Krieg? Zweitens: Was und wer löst ihn aus? Reden wir über die Verursachung, müssen wir über Widersprüche zwischen imperialistischen Mächten sprechen und über diejenigen, die prinzipiell bereit waren, das äußerste Risiko einzugehen, die sich auf einen Krieg vorbereiteten und eine Atmosphäre schufen, in der ihnen Krieg als eine reale Möglichkeit galt, weltpoliti-

sche Ansprüche durchzusetzen. Diese Atmosphäre herrschte im deutschen Kaiserreich, das bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen war.

Neben den Interessen muss es also auch die Bereitschaft geben, sie mittels Krieg durchzusetzen. Erst dann kommt die Frage: „Wann explodiert, was gemeinhin Pulverfass genannt wird?“ Dafür benötige ich einen Auslöser, der kann mir gleichsam in meine Pläne spielen, muss es aber nicht. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo passte 1914 den Deutschen in ihre Generalpläne. Das bedeutet jedoch nicht, dass Führungsgruppen eines Regimes gleichsam einen Fahrplan bis zum ersten Schuss hat. In ihnen existieren allgemeine Vorstellungen, was sie mit einem Kriege durchsetzen wollen, was sie für einen Sieg benötigen und was für sie ein günstiger Zeitpunkt und Anlass für den Kriegsbeginn sein würde. Zugleich suchen sie eine Konstellation die ihnen den Beweis liefert, dass sie nicht angefangen haben.

F: Muss man noch die Kriegsziele zu diesen Voraussetzungen hinzuzählen, 1914 z. B. die „Vereinigten Staaten von Europa“ unter deutscher Führung? Den Zustand haben wir heute.

Es scheint auch ohne Weltkriege zu gehen. Damals lagen die Kriegszielprogramme in verschiedenen Fassungen vor – mal mehr, mal weniger weitreichend. Behauptet wird hingegen immer wieder: Eigentlich habe Deutschland keine Ziele besessen, als der Krieg plötzlich über das Land kam, als er „ausbrach“ – ein beliebter Ausdruck für einen Kriegsbeginn. Dann jedoch sei der Appetit sozusagen beim Essen gekommen. Nan habe sich gesagt, wenn wir den Krieg führen und gewinnen müssen, dann wollen wir auch was dafür haben. Als seien die Kriegsziele das Produkt rascher Einfälle binnen der ersten fünf bis sechs Kriegswochen gewesen. Dabei hatte der spätere Kanzler Bernhard von Bülow 1897 klar im Reichstag gesagt: Wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne. Gemeint war: Wir sind mit dem, was wir in Afrika schon haben – Deutsch-Südwest und Deutsch-Ost, Togo, Kamerun – nicht zufrieden, wir wollen mehr und am besten das mittelafrikanische Kolonialreich, das wesentlich auf belgische Kosten entstehen sollte. Erhoben wurden diese Forderungen vor dem Hintergrund einer ökonomischen Entwicklung seit der Reichsgründung, die tatsächlich Wirtschaftswunder genannt zu werden verdient, und die Deutschland auch wirtschaftlich zu einer Großmacht hatte werden lassen.

Es ist gar keine Frage, dass die Deutschen nicht die einzigen waren, die imperialistische Interessen verfochten. Ihre Konkurrenten wollten dem Reich nichts wegnehmen, aber die Bäume dieses deutschen Imperialismus nicht in den Himmel wachsen lassen. Die Bereitschaft, sich militärisch zur Wehr zu setzen, war bei Frankreich und Großbritannien eindeutig. Die umstrittene Frage ist, wer in diesem Prozess die ihn vorwärtstreibende Rolle spielte. Das ist der Kern. Und alle Vorstöße Clarks, sie „neu“ zu beantworten, überzeugen nicht. Es ließ sich nicht widerlegen, dass die deutsche zivile und militärische Führung auf die gewaltsame Durchsetzung ihrer so verstandenen Interessen aus war.

Hinzu kommt etwas anderes: Je näher die Vorkriegskrise dem kritischen Punkt kam, umso mehr Einfluss erlangten die Militärs. Das war später bei Hitler unter den Bedingungen der faschistischen Staatskonstruktion nicht so. Die deutsche Konzeption für den Endsieg war seit 1905: Wir müssen die Ersten und die Schnellsten sein. Das ging im Schlieffen-Plan bis hin zu dem Wahnsinn, dass Soldaten pro Tag 40 Kilometer marschieren müssten. Tatsächlich, nachdem die Führungsgruppe den Entschluss zum Krieg gefasst hatte, drängten die Militärs darauf loszuschlagen und in Luxemburg und in Belgien einmarschieren, die Krise darf sich nicht in die Länge ziehen, die anderen mobilisieren schon, unser Vorteil geht verloren usw. Von einem bestimmten Zeitpunkt an gewinnen die Militärs eine entscheidende vorwärtstreibende Rolle.

F: Noch einmal zurück zum heutigen Umgang mit dem Ersten Weltkrieg. Mir scheint es auf etwas wie im Märchen hinauszulaufen: Es hat einmal imperiale Interessen gegeben, aber es gibt sie nicht mehr. In heutigen Kriegen schon gar nicht.

Wir werden hierzulande täglich belehrt: Die heutigen Einsätze militärische Gewalt sind mit den früheren Kriegen eigentlich nicht vergleichbar. Denn sie dienen wo immer der Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, dem Kampf gegen antihumane Zustände und der Ausmerzung des Terroris-

mus. Mehr nicht. Wir hatten allerdings einen Bundespräsidenten, der erklärt hat, wir hätten in fernen Landen auch ökonomische Interessen. Die Art und Weise, wie darauf reagiert wurde – seine Ablösung – zeigt, wo wir stehen.

F: Diese Gesellschaft ist in ihrem Streben nach Frieden „glückssüchtig" hat der jetzige Präsident gesagt.

Richtig, es geht nur noch um das Wohlsein de Menschen erdballweit um hehre Ziele, begleitet vom Bedauern darüber, dass sie nicht rasch durchgesetzt werden können. Dann freilich schlägt sich die Staatspropaganda auch mal auf die Seite von Kräften in Thailand, die die Demokratie abschaffen wollen. Doch hat sie ja, für den Nachweis des Dauereinsatzes für die Demokratie noch den Wladimir Putin in Moskau. In diesem freilich lassen sich die realen Interessen schwer einnebeln. Beim Zerfall der Sowjetunion hat der Westen einen gigantischen ökonomischen Reibach gemacht – den hätte kein Krieg ihm eintragen können. Aber jetzt kommt dieser Diktator im Kreml und gefährdet das sicher geglaubte schon Erreichte. Wer Generationen ohne Begriffe wie Interessen heranwachsen lässt, der hat die komplette Kapitalismusherrschaft erreicht. Denn Voraussetzung für den Kampf gegen eine bestimmte Herrschaftsform ist, dass ich ihren Mechanismus verstanden habe. Daher hat der Streit, wie treffend Dinge benannt werden, einen tiefernsten Grund. Wäre der Umgang mit gesellschaftlichen Begriffen, der hierzulande gepflegt wird, in der Technik üblich, würde uns unablässig etwas um oder an die Köpfe fliegen.

Das Gespräch führte Arnold Schölzel.

Kurt Pätzold (geb. 1930) ist Historiker. Er habilitierte sich 1973 mit der Arbeit „Antisemitismus und Judenverfolgung (Januar 1933 bis August 1935) an der Humboldt-Universität, war dort bis 1990 Lehrstuhlleiter für deutsche Geschichte und 1992 im Zuge der „Abwicklung" entlassen. Jüngste Buchveröffentlichungen: Kein Streit um des Führers Bart. Kontroversen um Deutschlands „dunkle Jahre" 1933 bis 1945 (2013); 1813. Der Krieg und sein Nachleben (2013); Kriegerdenkmale in Deutschland (2012).

Sigismund Asch

Ein schlesischer demokratischen Achtundvierziger und legendärer Breslauer Hausarzt. Vom führenden schlesischen Achtundvierziger Demokraten zum legendären Breslauer Hausarzt.

Über Breslau hinaus ist der Alte Asch, wie er in der schlesischen Metropole des 19. Jahrhundert liebevoll genannt wurde, nicht bekannt geworden.[1] Seinen Ruf in der Stadt begründete indes nicht allein sein segensvolles Wirken als Arzt, sondern auch die bleibende Erinnerung an sein entschieden demokratisches Engagement in der Revolution von 1848/49, dem hier besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Unter den Breslauer Demokraten des Revolutionsjahrs spielte der gerade zum Dr. med. promovierte dreiundzwanzigjährige Mediziner, der noch keine eigene Praxis erworben hatte, eine führende Rolle. Der Medizinstudent war – wie sein Bekannter Ferdinand Lassalle – ungeachtet seiner jüdischen Herkunft in die damals erstaunlich weltoffene und tolerante Breslauer Burschenschaft aufgenommen worden und hatte hier seine politische Lehrzeit durchlaufen. Der von ihm angestrebte Arzt-Beruf drängte ihn wie viele andere dieses Berufsstandes jener Zeit an die Seite der Benachteiligten und Ausgebeuteten der sich etablierenden bürgerlichen Gesellschaft. Als Gründungsmitglied des demokratischen Klubs der Stadt, das schon seiner Jugend wegen auf politische Wahlämter nie aus sein konnte, wurde er binnen kurzem an die Spitze des bereits in den Apriltagen 1848 gegründeten Breslauer Arbeitervereins, des einzigen dieser Art in ganz Schlesien, berufen. Er sorgte dafür, dass die Arbeiter sich organisierten und sich am politischen Kampf für demokratische Verhältnisse beteiligten. Dass die Breslauer Arbeiter mehrheitlich demokratische Abgeordnete in die preußische verfassunggebende Versammlung wählten, war auch sein Verdienst. Nicht minder hat er sich der proletarischen Bemühungen um eine Verbesserung der sozialen Lage angenommen. Allerdings galt ihm der Einsatz revolutionärer Gewalt zur Durchsetzung politischer wie sozialer Forderungen nur im äußersten Falle als legitim. Er bevorzugte den friedlichen, demokratischen Weg und den Ausgleich der Gegensätze und bemühte sich, in zugespitzten Situationen die Wogen zu glätten. Das hat ihn jedoch nicht davor bewahrt, wegen seiner leidenschaftlichen Agitation gegen die Vorstöße der ihm gefährlich erscheinenden Konterrevolution von dieser hier schon wann? ein Jahr auf die Festung Glatz verbannt zu werden. Nach der Revolutionsniederlage zog er sich gut ein Jahrzehnt weitgehend von der Politik zurück und widmete sich, von der Reaktion in seiner beruflichen Entwicklung immer wieder behindert, ganz den Pflichten eines praktischen Arztes. Er wurde ein geradezu legendärer praktischer Arzt, den wir heute Hausarzt nennen, der nicht zuletzt auch deshalb beliebt war und hochverehrt wurde, weil er Patienten, die sich einen Artbesuch nicht leisten konnten, unentgeltlich behandelte und häufig auch für die notwendige Medizin einstand. Seit den sechziger Jahren gesellschaftlich wie politisch wieder aktiv, verdankte Breslau dem nun langjährigen Stadtverordneten bahnbrechende Neuerungen in der öffentlichen Hygiene und Gesundheitspflege. Als Mitglied der liberalen Fortschrittspartei und zuletzt unter den linksliberalen Freisinnigen blieb er im Ringen um freiere politische Verhältnisse im neugegründeten Deutschen Reich auch politisch seinen Idealen aus der Achtundvierziger Zeit treu. Der Nachruf der Freisinnigen Volkspartei in Breslau würdigte ihn als „Vorbild eines echten Demokraten, die Verkörperung von Bürgermut und Bürgerstolz“ und zählte ihn zugleich „zu den vornehmsten Führern der liberalen und demokratischen Bewegung in Breslau“.[2]

---

1 Eine ausführliche Biografie Sigismund Asch steht noch aus. Lediglich lexikalische Skizzen finden sich in: Helge Dvorak: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I, Teil 1, Heidelberg 1996 (im Folgenden: Dvorak: Lexikon, I/1), S. 29 f und in: Historisches Ärztelexikon für Schlesien. Biographisch-bibliographisches Lexikon schlesischer Ärzte und Wundärzte (Chirurgen), bearbeitet von Michael Sachs, Bd. 1, Wunstorf 1997 (im Folgenden: Sachs: Ärztelexikon), S. 37 f. Wesentliches biografisches Material enthalten die Nekrologe, so vor allem von seinem Sohn Robert Asch in: Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur, 79. Jg., 1901, Nekrologe, S. 1-4 (im Folgenden: Nekrolog Robert Asch) und von Hermann Cohn in: Ebenda, Hygienische Section, S. 35-37 (im Folgenden: Nekrolog Cohn). Umfangreiches und wichtiges Material zur Biografie wurde aufgrund von Briefen und anderen Quellen aus dem familiären Umfeld vorgelegt von der Schriftstellerin Dagmar Nick (Urenkelin von Sigismund Asch): Jüdisches Wirken in Breslau. Eingeholte Erinnerung. Der Alte Asch und die Bauers, Würzburg 1998 (im Folgenden: Nick: Der Alte Asch).

2 Zitiert bei Nick: Der Alte S. 187.

Herkunft, Gymnasium und Studium

Geboren wurde Sigismund Asch am 5. Januar 1825 in Schweidnitz als einziges Kind in einer jüdischen Familie.[3] Sein Vater Josef Asch (1792-1857)[4], Sohn eines Buchdruckers, kam aus dem oberschlesischen Gleiwitz über Breslau in das mittelschlesische Garnisonsstädtchen. Er hatte mit 18 Jahren als Landwehrmann im 9. Schlesischen Landwehr-Infanterieregiment seinen Militärdienst geleistet und war danach mit einem Staatsbürgerbrief als Königlich Preußischer Einländer versehen worden. Über eine Teilnahme an den Befreiungskriegen von 1813/14 ist nichts bekannt. Nachdem Josef Asch zwei Jahre in Breslau als Gehilfe bei einem Fayencehändler gearbeitet hatte, konnte er 1817 mit jungen vierundzwanzig Jahren das Breslauer Bürgerrecht erwerben. Seitdem betrieb er, anfangs in Breslau und später in Schweidnitz, wohin er geheiratet hatte, ein eigenes Geschäft mit Fayencen und Antiquitäten. Sigismunds Mutter Julie Beate, ein geborener Prinz (1799-1876), stammte aus Schweidnitz.

Über Sigismunds Kindheit und die Erziehung in der jüdischen Tradition verpflichteten Familie ist nichts überliefert. Aufgewachsen ist er in der Atmosphäre einer preußischen Garnisons- und Festungsstadt, die in den dreißiger Jahren etwa 11.000 Einwohner zählte, neben Militäroffizieren und Bildungsbürgern meist Handwerker, Ackerbürger und kleine Kaufleute.[5] Obwohl sich in dem Städtchen mit einer der berühmten schlesischen evangelischen Friedenskirchen nach der preußischen Reformperiode bereits ein freieres Kommunalleben entwickelte, war die Stadt von der modernen kapitalistischen Entwicklung noch weitgehend unberührt. Gleichwohl war 1822 ein Stadttheater eröffnet und 1836 ein Gewerbeverein gegründet worden. Seit 1844 war auch der Anschluss an die 1843 eröffnete Breslau-Freiburger Eisenbahn erfolgt, sodass man in die Provinzhauptstadt nicht mehr mit der Pferdedroschke reisen musste. Nach der Judenemanzipation von 1811 bildete sich in diesen Jahren allmählich auch wieder eine jüdische Gemeinde. Als ein traditionelles Element des bürgerlichen Fortschritts erwies sich das städtische Gymnasium.

1708 unter kirchlichem Patronat als Lyzeum gegründet, hatte das Schweidnitzer Gymnasium wegen seiner vorzüglichen Pflege der humanistischen Wissenschaften, zumal der alten Sprachen, in Schlesien einen guten Ruf erworben.[6] Zu schätzen wussten die fortschrittsorientierten bürgerlichen Kreise der Stadt aber auch, dass inzwischen den naturwissenschaftlichen Fächern im Ausbildungsplan mehr Raum gegeben, „der Unterricht im Rechnen, Schönschreiben, in der deutschen Sprache, in Geschichte, Geographie, Technologie und Naturkunde sowie im Zeichnen“ erheblich verstärkt worden war.[7] Einige Lehrer waren dafür bekannt, im Latein- wie Griechisch-Unterricht und in Geschichte in vorsichtig moderater Form liberale Ideen zu verbreiten. Zwar war das Gymnasium auch für einen ausgeprägten Pennalismus bekannt. Doch pflegten viele Schüler zugleich enge Beziehungen zur Breslauer Burschenschaft, in der nicht wenige Schweidnitzer Absolventen eine nicht selten führende Stellung einnahmen.

Auf diese renommierte, seit 1822 städtische Lehranstalt, die in dieser Zeit zwischen 150 und 200 Schüler betreute, schickte der nicht gerade wohlhabende Vater seinen begabten zehnjährigen Sohn im Herbst 1835. Siegismund Asch durchlief in siebeneinhalb Jahren alle Klassen des Gymnasiums, das seit 1835 vom Rektor Dr. Julius Held geleitet wurde, der in der Prima auch alle geisteswissenschaftlichen Fächer unterrichtete. „Als hochbegabter und von Jugendlust übersprudelnder Schüler“,

---

3 Vita, in: Sigismundus Asch: De melanosi, Diss. med. Breslau v. 24.11.1847 (im Folgenden: Asch Diss. med. 1847), S. 51.

4 Zum Folgenden siehe neben Aschs Vita vor allem Nick: Der Alte Asch S. 25 f., 38, 40.

5 Friedrich Julius Schmidt: Geschichte der Stadt Schweidnitz, Bd. 2, Schweidnitz 1848; wiki.de.genealogy.net/Schweidnitz/Kurzer Historischer Abriss (Horst Adler)

6 Max Baege: Das Gymnasium zur Schweidnitz in seiner geschichtlichen Entwicklung von der Gründung bis 1830. Festschrift zur 200jährigen Jubelfeier, Schweidnitz 1908.

7 Zur Unterrichtsstruktur am Schweidnitzer Gymnasium vgl. Programm, wodurch zu der öffentlichen Prüfung der fünf Klassen des hiesigen Gymnasiums, welche den 10ten und 11ten April veranstaltet werden soll, hochachtungsvoll einladet Dr. Julius Held, Rector des Gymnasiums, Schweidnitz 1843 (Im Folgenden: Programm Schweidnitzer Gymnasium 1843)

so berichtet sein Sohn Robert, „zog er wer jetzt? die Blicke seiner Lehrer auf sich.“ Nachdem er zweieinhalb Jahre die Prima absolviert hatte, legte er als Jüngster von zehn Kandidaten am 15. und 16. September 1842 das Abitur ab.[8]

Es scheint von Anfang an klar gewesen zu sein, dass er unverzüglich in B ... sich sogleich nach Breslau zum Medizinstudium begibt oder besser, dass er begann. Fünf Wochen nach den Abiturprüfungen, am 26. Oktober 1842, immatrikulierte sich Sigismund Asch an der Medizinischen Fakultät der Breslauer Universität.[9] deren Studentendenvers ... ihm die folgenden fünf Jahr als verzeichnet Er wurde seit Michaelis 1842 ununterbrochen fünf Jahre lang, bis zum Ende des Sommersemesters 1847, im Breslauer Studierendenverzeichnis als Medizinstudent verzeichnet.[10]

Die seit Gründung der Breslauer Universität bestehende Medizinerfakultät, die in den vierziger Jahren um 100 Studenten zählte, hatte in den ersten Jahrzehnten mit großen Problemen bei der Unterbringung ihrer Institute zu kämpfen. Sie stand sicher auch nicht wie Bonn und Berlin an der Spitze der medizinischen Forschung, bestritt aber alle Bereiche der Medizin mit Vorlesungen und Übungen und hatte eine Reihe engagierter und erfolgreicher Lehrer.[11] Ihr unbestrittener Senior Gravissimus war Wilhelm Hermann Georg Remer (1775-1850), der auf forensische Medizin und Arzneimittelkunde spezialisiert war und von 1815 bis zu seinem Tode die medizinische Klinik leitete. Er gehörte ebenso zu Aschs Lehrern wie dessen Sohn Karl Julius Wilhelm Paul Remer (1802-1855), der seit 1837 eine Professur an der Klinik wahrnahm und durch seine Schrift von 1831 über die asiatische Cholera über Breslau hinaus bekannt wurde, wie der Tscheche Johann Evangelista Purkyně (1787-1869), der in Breslau den ersten Lehrstuhl für Physiologie einrichtete und die Physiologie in den Rang einer selbständigen Wissenschaft erhob.[12] Vorlesungen wie Übungen belegte Asch sowohl bei Traugott Wilhelm Gustav Benedict (1785-1862), der der chirurgisch-augenärztlichen Klinik vorstand und ein fünfbändiges „Handbuch der praktischen Augenheilkunde“ vorgelegt hat, als auch beim Prosektor Adolph Wilhelm Otto (1786-1845), der die pathologische Anatomie vertrat, und beim Gynäkologen Betschler (1796-1865), der vor allem Geburtshilfe lehrte. Da die Medizinstudenten zunächst extensive philosophisch-naturwissenschaftliche Studien in Logik und Psychologie wie in Pflanzenkunde, Mineralogie, Zoologie, Chemie und Physik betreiben mussten, verwundert es nicht, dass in Aschs Vorlesungsverzeichnis auch Christian Julius Braniss’ (1792-1878) Logik und Psychologie und Christian Nees von Esenbecks (1776-1856) Allgemeine Botanik sowie alle Breslauer Dozenten auf den Gebieten der Physik, Chemie und Zoologie auftauchen. Asch nennt in seiner Dissertations-Vita 19 Hochschullehrer, bei denen er zum Teil mehrere Vorlesungen oder Übungen belegt hatte.

Seit 1825 war das Medizinstudium an preußischen Universitäten auf vier Jahre festgelegt. Für eine Promotion zum Dr. med. wurde eine in Latein verfasste schriftliche Dissertation verlangt, die auch in dieser Sprache, in der ohnehin alle Prüfungen erfolgten, öffentlich zu verteidigen war. Asch hat den vorgegebenen Zeitraum vollständig ausgenutzt und erst nach dem fünften Jahr (das erst 1857 obligatorisch wurde, sich aber bereits als praktisch notwendig erwiesen hatte), im November 1847, seine Doktorarbeit über die Bühne gebracht. Das Thema hatte ihm wahrscheinlich der Medizinhistoriker August Wilhelm Eduard Henschel gestellt, dem er seine Dissertation – nach dem Senior und Dekan Remer – auch besonders widmete. Dargestellt hat Asch in seiner Studie in 14 Kapiteln die Melanose, Dunkelverfärberungen der Haut wie von Schleimhäuten durch Melaninablagerungen, eine Krankheit,

---

8 Ebenda, S. 5-6: „Die pro Abitur geprüften Primaner: 6) Sigismund Asch, gebürtig aus Schweidnitz, 17¾ Jahr alt, mosaischen Glaubens, 7½ Jahr in Gymnasio, 2½ Jahr in Prima. Er studiert Medizin in Breslau.“

9 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA Rep. 76 Va Sekt. 4 Tit. 13 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 82 Nr. 66. Die von Dagmar Nick und Robert Asch geäußerte Meinung, dass er zunächst Mathematik studiert habe, lässt sich nicht belegen.

10 Verzeichnis der Behörden, Lehrer, Beamten, Institute und sämtlicher Studierenden auf der Königlichen Universität Breslau WS1842/1843- WS1847/1848.

11 Hierzu siehe v.a. Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Hrsg. im Auftrag von Rektor und Senat von Georg Kaufmann, Zweiter Teil: Geschichte der Fächer, Institute und Ämter der Universität, Breslau 1911, S. 239-330.

12 Zu den Lehrern Aschs und den von Aschs belegten Vorlesungen und Übungen siehe: Asch: Diss. med. 1847, S. 51 f.

die auch Organe und Gewebe im Körper ergreifen kann betreffen konnte. Es war eine auf den vorliegenden wissenschaftlichen Veröffentlichungen basierende erschöpfende Zusammenfassung des Wissens seiner Zeit über das spezielle Krankheitsbild mit allen seinen Spezifika.[13] In der Verteidigung hatte Asch seine Arbeit gegen zwei Opponenten, einen Dr. med. et chirurg. und einen noch studierenden Mediziner zu verteidigen. Das Rigorosum, in dem ebenfalls in Latein in allen Hauptfächern der Medizin geprüft wurde, schloss das ganze Verfahren ab. Es kostete den Kandidaten in der Regel 120 Taler.

Sigismund Asch beschränkte sich in diesen Jahren jedoch bei allem Fleiß nicht nur aufs Studium. Von Natur ausgesprochen gesellig und an allen gesellschaftlichen Fragen der Zeit interessiert, nutzte er die freiere Atmosphäre des Universitätslebens in einer Großstadt und schloss sich von Studienbeginn der nie ganz untergegangenen Burschenschaftsbewegung, den Breslauer Raczeks, an.[14] Dass er, ein Jude, von diesen aufgenommen wurde, spricht für den liberalen Charakter der Burschenschaftsverbindung in Breslau.[15] Seine Mitgliedschaft bezeugt aber auch, dass Asch selbst sein Judentum, dem er jederzeit treu blieb, nicht dogmatisch, sondern durchaus freizügig praktizierte. Seine Familie stand später eindeutig dem Reformjudentum nahe, lebte keineswegs koscher und hielt es sogar für eine Selbstverständlichkeit, als eine der Töchter zum evangelischen Christentum konvertierte.[16] Asch nahm in der Burschenschaft wie üblich einen Kneipnamen an und wählte den des legendären angelsächsischen Kriegsfürsten Horsa. Zwar sind keine konkreten Belege seiner Mitarbeit in der immer noch geheimen Studentenvereinigung überliefert; doch wissen wir, dass die Raczeks in den vierziger Jahren bereits deutlich politisiert waren.[17] Sie befassten sich schon seit den ausgehenden dreißiger Jahren in ihren Zusammenkünften mit oppositioneller demokratischer Literatur. „(Heine, Börne, das junge Deutschland, Laube, Wienbarg, Gutzkow blühten damals, das Leben Jesu von Strauß, Pater Enfantin und St. Simon und die französischen Communisten)“[18]. Man zechte und paukte natürlich nach wie vor, strebte generell aber im Sinne der radikalen studentischen Progressbewegung der vierziger Jahre nach einem „Aufgehen des Studentenlebens im Bürgerthum“. Es dürfte außer Frage stehen, dass Asch in seinen Studentenjahren die demokratische Grundhaltung gewann, die ihn nach Ausbruch der Februarrevolution in Paris in die Partei der Breslauer Demokratie führte und ihn bis an sein Lebensende als liberalen Fortschrittler wie als linken Freisinnigen beherrschte.

In der Revolution

Als Ende Februar 1848 im Gefolge der Pariser Februarrevolution in Deutschland die Revolution ausbrach und Mitte März auch die schlesische Metropole erfasste, war Sigismund Asch gerade 23 Jahre alt geworden, hatte sein Studium erfolgreich abgeschlossen und musste sich nun um eine eigene Arztpraxis kümmern. Letzteres aber wurde durch die sich überstürzenden Ereignissen ganz in den Hintergrund gedrängt und konnte erst Jahre später und unter ausgesprochen widrigen politischen Verhältnissen in Angriff genommen werden. Ins Zentrum des blutjungen Mediziners rückte erst einmal die Politik, der Kampf um demokratische Verhältnisse. Dies schien ihm wichtiger als die eigene berufliche Karriere. Es gibt für die Jahre von 1848 bis 1850 keinerlei Hinweise, dass er sich auf medizinischem Felde um sein Fortkommen bemüht hätte.

Stattdessen taucht sein Name seit den ersten Apriltagen 1848 ununterbrochen in der politischen Arena der schlesischen Hauptstadt auf. Er schloss sich sofort dem demokratischen Klub an, der gleich nach

---

13 Asch Diss. med. 1847: De Melanosi.

14 Gerhard Müller: Die Alten Raczeks. Festgabe zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks, Breslau 1917, S. 43; hier wird er, der erst im Herbst 1842 Student wurde, fälschlich bereits 1841 als Mitglied geführt; siehe ferner Dvorak: Lexikon I/1, S. 29 f.

15 Bereits 1833 war vom politischen Flügel der Burschenschaft die Gleichberechtigung der Juden im Statut durchgesetzt worden. Siehe [Theodor Bach]: Gründung und Entwicklung der Breslauer Burschenschaft. Festgabe zu ihrer fünfzigjährigen Jubelfeier am 26. und 27. Oktober 1867 den alten Herren dargebracht von der (alten) Breslauer Burschenschaft, Breslau 1867 (im Folgenden: Bach: Festgabe), S. 234; Walter Schmidt: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten 1809-1846, Berlin 1963, S. 81.

16 Nick: der Alte Asch S. 83 f.

17 Dazu siehe Bach: Festgabe, S. 85-100.

18 Ebenda, S. 91.

Ausbruch der Märzrevolution von führenden Breslauer Demokraten um den Redakteur Moritz Elsner, den Arzt Heinrich Otto Engelmann, den christkatholischen Lehrer Ottomar Behnsch und den Kaufmann Karl Laßwitz gegründet wurde.[19] Unter den jungen Intellektuellen, die sich erst im Frühjahr 1848 der demokratischen Partei anschlossen, hatte Asch den Vorzug, dass er sein Studium bereits abgeschlossen hatte und dank des Doktortitels in der Öffentlichkeit leichter akzeptiert wurde. Von den jungen politischen Akteuren erlangte er neben dem radikaleren Mathematik- und späteren Medizinstudenten Hermann Brehmer den wohl stärksten Einfluss auf das Revolutionsgeschehen und die demokratischen Organisationsbestrebungen in der schlesischen Metropole. Als Jude war er unter den Breslauer Demokraten von 1848 indes keinesfalls allein. Die Breslauer und schlesischen Demokratiebestrebungen wurden im Gegenteil von zahlreichen Männern jüdischer Herkunft getragen, von denen einige wie Engelmann und Isidor Pinoff schon gestandene Ärzte, mehrere – wie Bernhard Friedmann und David Honigmann – als Rabbiner und namhafte Protagonisten der Judenemanzipation oder wie Berthold Auerbach als Schriftsteller hervortraten.

Am 1. April 1848 war Aschs erster politischer Auftritt auf einer Volksversammlung unter der Leitung des ein Jahr jüngeren und bereits 1842 promovierten jüdischen Mathematik-Privatdozenten Johann Georg Rosenhain auf dem Breslauer Exerzierplatz vor dem königlichen Schloss.[20] Vor die Massen trat ein junger Mann, der, „übergroß und schlank, dem Beschauer aus dem modischen Vatermörder heraus ein bartloses, geistvolles Gesicht zuwendet, in dem hinter der stets getragenen Brille, die klug und gütig blickenden braunen Augen besonders eindrucksvoll wirken. So haben wir ihn uns vorzustellen, als er die Freundschaft der wesentlich älteren Führer der freiheitlichen Bewegung gewann. Bald gehörte der „Student Asch“ zu den meistgenannten Bannerträgern der Freiheitsbewegung. Seine reine Gesinnung, seine durch eine machtvolle Stimme gehobene Beredsamkeit eigneten ihn zum Volkstribun, der berufen war, die Massen zu beherrschen und zu leiten. Es muss aber betont werden, dass sein Eingreifen in die Ereignisse des Tages nicht etwa das planlose Austoben eines jugendlichen Fanatikers ohne klare Zielsetzung war. Nein! Immer waren die Asch’schen Forderungen, für die er täglich mit der Wucht seiner Persönlichkeit eintrat, im ernsten Einklang mit praktischen Aufgaben des täglichen Lebens, immer auf die Hebung der wirtschaftlich Schwachen, auf die soziale und sittliche Erstarkung breitester Schichten der Bevölkerung gerichtet.“[21]

In der auf dieser Versammlung geführten Debatte über die Polizei, die jetzt der Regierungsverantwortung entzogen und unter kommunale Aufsicht gestellt werden sollte, plädierte er dafür, die „Polizei der unmittelbaren Leitung des Volkes zu unterstellen“, „Männer aus dem Volke mit der Polizeiverwaltung zu betrauen“ und nur jene Beamten sofort zu entfernen, die wissentlich brutal gegen das Volk vorgegangen waren.[22] Er distanzierte sich mit der letzten Forderung von August Semrau, der den bisherigen Polizeikorpus wegen seiner generellen Unterdrückerfunktion in toto „purificiert“ wissen wollte. Asch verlas dann die inhaltlich seinem Vorschlag entsprechende Adresse an den Magistrat, in der darüber hinaus eine hinreichende Bewaffnung des Volkes in der Stadt verlangt wurde, dem auch Geschütze zur Verfügung gestellt werden sollten.[23]

An der Spitze des Breslauer Arbeitervereins

Zu Aschs politischem Hauptarbeitsfeld wurde, sicherlich in Absprache mit der Führungscrew der Demokraten, die Organisierung der seit längerem schon aufmüpfigen und durch die Revolution sozial

---

19 Dazu Helmut Bleiber: Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien (im Folgenden: Bleiber: Haltung der Parteien), in: Helmut Bleiber & Walter Schmidt: Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Bewegungen und Protagonisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848, 1. Halbband, Berlin 2007 (Bleiber & Schmidt: Schlesien 1848, I), S. 158-162; Christian Gürtler: Vereine und nationale Bewegung in Breslau 1830-1871, Frankfurt am Main u. a 2003 (Im Folgenden: Gürtler: Breslauer Vereine), S. 109-131 und Walter Schmidt: Die schlesische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure, 1. Halbband, Berlin 2012 (Schmidt: Schlesische Demokratie, I), S. 14 f.

20 Breslauer Zeitung (folgend: BZ), 5. 4. 1848, S. 823: Breslau, 3. April.

21 Gedenkblatt zum 100. Geburtstag von Sigismund Asch Breslau 1925, zitiert nach Nick: Der Alte Asch S. 14.

22 BZ, 5.4.1848, S. 823.

23 Ebenda, S. 824.

wie politisch mobilisierten Breslauer Arbeiter.[24] Die Arbeiter waren bereits am 25. und 26. März auf Versammlungen mit eigenen sozialen wie politischen Forderungen aufgetreten.[25] Man diskutierte über die Bedeutung von Urwahlen, erwartete von einem Parlament eine Verbesserung der sozialen Lage und sprach sich entschieden gegen den Vereinigten Landtag aus. Zugleich wurde eine Erhöhung des Arbeitslohns und dazu die Bildung von Assoziationen und die Einrichtung eines speziellen Arbeitsministeriums verlangt. Der Berichterstatter der „*Breslauer Zeitung*“ war so beeindruckt von dem „immer mehr sich befestigenden und klar werdenden Selbstbewusstsein des Arbeiterstandes“, dass er „der besitzenden Klasse“ dringendst empfahl, „dass sie unverzüglich sich zu Concessionen an den Arbeiterstand versteht, sich mit ihm in Verbindung setze und schleunigst Anstalten zur Begründung einer neuen sozialen Ordnung treffe“.[26] Am 28. März wählte eine erneute Arbeiterversammlung eine Deputation von drei Arbeitern, die in Berlin gegen den Vereinigten Landtag protestieren, von der preußischen Regierung die „beschleunigte Emanierung eines neuen Wahlgesetzes“ und „die Kreierung eines Arbeitsministeriums“ fordern sollte.[27] Bei ihrer Rückkehr am 1. April überbrachten die Arbeiterdeputierten einer gerade tagenden Volksversammlung die Grüße der Berliner Arbeiter, berichteten über die Stimmung in Berlin und publizierten eine Adresse an die „Arbeiter Breslaus“, in der sie über das Ergebnis ihr Reise informierten.[28] Sie vertrauten darin Minister Hansemann, bei dem sie vorgesprochen hatte, dass der Landtag nur noch das Gesetz über die Urwahlen beschließen und dann aufgelöst würde. Sie hofften, dass mit den zugesagten Urwahlen die Gewähr gegeben ist, dass dann Arbeiter gewählt werden könnten, die ihre Lage kennen und entsprechende Maßnahmen vorschlagen würden. Es sollten deshalb nur Arbeiter als Abgeordnete gewählt werden. Auch sei ihnen die Bildung einer Kommission aus Arbeitern und Arbeitgebern beim Arbeitsministerium versprochen worden.[29]

In die nach der Rückkehr der Breslauer Arbeiterdeputation stattfindenden Arbeiterversammlungen schaltete sich Asch, der den Deputationsbericht auf der Versammlung vom 1. April persönlich erlebt hatte, umgehend ein. Er verfolgte damit zusammen mit anderen Demokraten das Ziel, die elementaren Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter in einen selbständigen Verein und vor allem zum gemeinsamen politischen Kampf für demokratische Verhältnisse zu führen. In der Arbeiterversammlung am 3. April, in der Asch bereits zum Vorsitzenden gewählt wurde, der er fortan auch blieb, setzte er sich wie der Mathematikstudent und radikale Demokrat Hermann Brehmer, der demokratische Schriftsteller Martin May und die Arbeiter Gärtig und Thiel kritisch mit dem inzwischen erschienenen Wahlgesetz auseinander.[30] Verworfen wurden unisono die Bestimmungen, nach denen Nichtselbständige kein Wahlrecht erhalten sollten, und statt des mittelbaren wurde das direkte Wahlrecht gefordert. Am folgenden 4. April beschloss eine Arbeiterversammlung eine dementsprechende, von Asch und anderen Demokraten ausgearbeitete Protestadresse, die sich auch gegen die Benachteiligung der Arbeiter in der vom Breslauer Magistrat gebildeten Arbeiterkommission wandte. Schon einen Tag später unterbreitete Asch der Versammlung den Vorschlag, einen Arbeiterverein zu gründen.[31] Aschwurde daraufhin Mitglied der am 10. April gewählten Statutenkommission.[32] In den folgenden Auseinandersetzungen über die Bedingungen für die Vereinsmitgliedschaft setzte sich Asch gegen die Auffassung von Brehmer und mehrerer Arbeiter, die nur Arbeiter in den Verein aufnehmen wollten, durch, dass auch kleine Meister, weil sie nicht minder ausgebeutet würden, Mitglieder werden könnten.[33] Die auf der Gründungsversammlung am 14. April beschlossenen Vereins-Statuten trugen die Hand-

---

24 Zum Breslauer Arbeiterverein siehe: Walter Schmidt: Der Breslauer Arbeiterverein von 1848. Seine Gründung und Entwicklung bis zum ersten Provinzialkongress der schlesischen Demokraten (Mitte Juli 1848), in: Schlesische Geschichtsblätter, 37. Jg., 2010, S. 33-44.

25 BZ, 28.3.1848, S. 747: Breslau, 27. März.

26 BZ, 30.3.1848, S. 772: Breslau, 29. März.

27 Ebenda

28 BZ, 5.4.1848, S. 823-824; *Allgemeine Oder-Zeitung* (folgend: AOZ), 4.4.1848.

29 BZ, 5.4.1848, S. 824.

30 AOZ, 5.4.1848, Beil., S. 3

31 AOZ, 7.4.1848, 2. Beil., S. 1; BZ, 5.4.1848, S. 838 f.

32 AOZ, 12.4.1848, 2. Beil., S. 1 f.

33 AOZ, 18., 19. und 20.4. 1848, Beilagen.

schrift Aschs.[34] Der Verein sollte die geistige Bildung durch „Vorträge zu Politik, Wissenschaft, Kunst und gesellschaftlichen Zuständen“ fördern und die „ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen“ der Arbeiter wahrnehmen. Damit waren soziale und politische Ziele direkt verbunden. Asch wurde bereits bei der Gründung in den zur Hälfte aus Arbeitern und bildungsbürgerlichen Demokraten bestehenden Vereinsvorstand gewählt[35] und Mitte Mai auf einer Versammlung endgültig als Vereinsvorsitzender bestätigt.[36] Er war nun eine führende Figur in der Breslauer und schlesischen Demokratie, der beträchtlichen Einfluss auf die Bewegung ausübte.

Unter Aschs Leitung wurde der neugegründete Arbeiterverein, der einzige in der ganzen Provinz, zu einem politischen Kraftfeld der Breslauer Demokratie. Er setzte sich vor allem dafür ein, dass die Arbeiter bei den Anfang Mai stattfindenden Wahlen zu den Parlamenten in Berlin und Frankfurt am Main zur Stimmabgabe für demokratischen Kandidaten gewonnen wurden. Ein am 23. April vom Vereinsvorstands herausgegebenes Flugblatt forderte „alle großjährigen Arbeiter“ auf, ungeachtet des indirekten Wahlrechts, nach dem erst Wahlmänner zu wählen waren, die dann den Abgeordneten zu bestimmen hatten, sich an den Wahlen zu beteiligen, und empfahl als Kandidaten vor allem Mitglieder des Demokratischen Vereins.[37] Der Erfolg blieb nicht aus. Nicht zuletzt dem Wahlverhalten der Arbeiter war zu danken, dass in Breslau alle drei Mandate für die preußische verfassunggebende Versammlung an Demokraten gingen.

In den folgenden Wochen sorgte Asch gemeinsam mit anderen Demokraten und politisch bewussten Arbeiter dafür, dass der Arbeiterverein, der bald auf 2000 Mitglieder angewachsen sein soll und zweimal in der Woche zu Sitzungen zusammentrat, seinem politischen Konzept, dem Kampf für demokratische Verhältnisse, treu blieb. Er übte am 25. Mai und 1. Juni scharfe Kritik an dem von der preußischen Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf wegen der Einführung einer zweiten Kammer und des absoluten Vetos des Königs.[38] Von der preußischen Nationalversammlung verlangte er, sich für oder gegen die Revolution zu erklären, und warnte vor Plänen der Regierung, dem Volk die Waffen zu nehmen. Die Mehrheit der Nation sei bereit, die Revolution zu verteidigen. Den Berliner Barrikadenkämpfern müsse „als Helden der Revolution“ ein Denkmal gesetzt werden. In einer gemeinsamen Adresse mit dem Demokratischen Verein wurde das Vereinbarungskonzept der preußischen Regierung, die Abstimmung mit der Regierung und Krone in allen Fragen, strikt abgelehnt. Nachdem die Wiener in einem erneuten unblutigen revolutionären Vorstoß Mitte Mai der Reaktion weitere demokratische Rechte abgetrotzt hatten, feierte Asch sie als Muster für allen Fortschritt. „In Wien hat das *ganze* Volk für die Freiheit gekämpft, in Wien hat das *ganze* Volk eine zweite Revolution gemacht, *ohne* dass ein Tropfen Blut geflossen ist. Das ist das Zeichen einer *wahren Revolution*. Eine *blutige* Revolution ist immer ein nothwendiges Uebel; und man muss es ertragen, wen man es nicht vermeiden kann. Eine *unblutige* Revolution dagegen ist ein nothwendiges Gut, sie zeigt, dass dem Volke, welches einig ist, keine Macht der Welt widerstehen, dass dasselbe durchsetzen kann und durchsetzen wird, was es will. Wir müssen den Wienern nicht bloß sagen: Ihr habt gut und brav gehandelt, sondern wir müssen es aussprechen, wie sehr wir ihre Einigkeit anerkennen und sie uns zum Muster nehmen wollen.“[39] Hier hat Asch zum ersten Mal sein Revolutionskonzept entwickelt, nach dem gewaltsame Auseinandersetzungen als bloßes Übel vermieden, durch die Einigkeit von politisch bewussten Bürgern und Arbeitern aber so starker „unblutiger“, friedlicher Druck auf die Herrschenden ausgeübt werden sollte, so dass sie gesellschaftlichen Fortschritt konzedieren mussten. Daran hat er bis zum Ende der Revolution und sein ganzes späteres Leben über festgehalten. Ein Revolutionär, der sich zur Anwendung von Gewalt gegen die Reaktion bekannte, um Fortschritt durchzusetzen, war er von Anbeginn nicht, ein überzeugter Demokrat, der auf die Einigkeit des Vol-

---

34 AOZ, 18.4.1848, 2. Beil., S. 3; 19.4.1848, 1. Beil., S. 4; 20.4.1848, 1. Beil., S. 4.

35 AOZ, 20.4.1848, 1. Beil., S. 4.

36 AOZ, 13.5.1848, 1. Beil., S. 1: Sitzung vom 11. Mai; 21.5.1848, 1. Beil., S. 3: Sitzung vom 18. Mai

37 Flugblatt: Arbeiterverein-Vorstand: An alle großjährigen Arbeiter, Breslau, den 23. April 1848; BZ, 27.4.1848, S. 1065.

38 AOZ, 30.5. und 3.6.1848, Beilagen: Arbeitervereinssitzungen vom 25. Mai und 1. Juni.

39 AOZ, 7.6.1848, 1. Beil., S. 4: Sitzung vom 4. Juni.

kes und friedlichen Ausgleich zwischen den Gewalten baute, aber wohl. Dabei vertraute er zugleich immer auf die Vernunft und die Einsicht der gegensätzlichen Kontrahenten.

Ungeachtet der klaren Orientierung auf den politischen Einsatz für eine demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung hat Asch zugleich alles getan, um die sozialen Interessen der Arbeiter im Verein zur Geltung zu bringen. Er ging davon aus, dass die so genannte soziale Frage erst von einem demokratischen Staatswesen in Angriff genommen werden könnte, weswegen die Arbeiter sich zunächst vor allem am politischen Kampf um eine demokratische Republik beteiligen müssten. Als Anfang Juni der Vorschlag gemacht wurde, von Breslau aus zu einer Versammlung aller deutschen Arbeitervereine in Berlin einzuladen, billigte Asch zwar „die Verbindung aller Arbeiter durch Deutschland, durch Europa, ja durch die ganze Welt", gab jedoch zu bedenken, „dass sich erst die einzelnen Vereine consolidiren und die *politische* Reinigung Deutschlands erst vorangehen müsste."[40] Nichtsdestoweniger wusste er, dass eine Verbesserung der Lage der Arbeiter auch in diesem Kampf schon auf der Tagesordnung steht. Darum förderte er alle dementsprechenden Bestrebungen im Verein: die Proteste gegen die Entlassung von Arbeiter, die Solidarität mit dem Widerstand von Tagelöhnern gegen verschärfte Ausbeutungsmethoden, die Vorschläge für den Bau von Sozialwohnungen durch den Magistrat. Er setzte sich dafür ein, dass Arbeiter stärker an den Arbeiterkommissionen beteiligte würden, plädierte uneingeschränkt dafür, dass auch Lehrlinge Mitglieder im Verein werden konnten, und wandte sich gegen eine Ausweisung fremder Arbeiter aus Breslau.[41] Als im Mai das rasch gescheiterte Projekt einer Speiseanstalt für Arbeiter ins Gespräch gebracht wurde, engagierte er sich leidenschaftlich dafür und gab dem sogar eine große Perspektive: „In diesem Plane sei der große Gedanke der Neuzeit ausgesprochen: der Gedanke der *Gemeinschaft*. Jene herrliche Trias, welche die Welt erobern solle: *Freiheit, Gleichheit, Verbrüderung,* sei auch unsere geworden. Der Plan der Organisation der Unterstützung sei nun besprochen worden; daraus werde die Organisation der Arbeit hervorgehen. … *Freiheit* erklärte der Redner als den *Ausdruck des Gesamtwillens in seiner Gesetzlichkeit*. Diese Freiheit erlangen wir nur durch Verbrüderung, zu welcher der erste Weg die Organisation der Unterstützung ist."[42] Auch später sorgte Asch für eine umfassendere Beschäftigung mit sozialen und sozialistischen Themen, so Mitte Juli für eine Vortragsreihe des demokratischen Referendars Friedrich Ferdinand Friedensburg über die sozialen Bewegungen der Gegenwart. Immer wieder wurde in den Sitzungen das Beziehungsgeflecht zwischen sozialer und politischer Demokratie erörtert. Im Zusammenhang mit der erneuten Wahl des Vorstandes bilanzierte der wieder zum Präsidenten gewählte Sigismund Asch am 17. Oktober 1848 die Arbeit des Vereins. „Man habe ein tüchtiges demokratisches Bewusstsein errungen", das unter allen Umständen weiter gehegt und gepflegt werden sollte. Und die Mitglieder hätten sich enger zusammengeschlossen. In den Mittelpunkt rückte er die Stellung des Vereins zur Politik und zur sozialen Frage. „Man habe sich zumeist mit der Politik beschäftigt, weil die politischen Fragen im Augenblick im Vordergrunde ständen und habe in dieselben eine klare Einsicht zu gewinnen versucht; auch Fragen sozialen Inhalts seien vielfach erörtert worden, und man habe sich in diesen Dingen noch nicht ein feststehendes Urteil gebildet", was an dem komplizierteren Inhalt dieser Fragen liege.[43] Auf politischem Felde sei es einfacher, da das Ziel („der beste Staat") bekannt sei; in der sozialen Problematik aber stehe das Ziel noch nicht fest, woraus sich größere Schwierigkeiten ergäben.[44]

In den politischen Aktionen des Revolutionsjahrs

Der erste Provinzialkongress der schlesischen Demokraten, der am 16. Juli 1848 in Breslau stattfand und zur Bildung einer demokratischen Provinzialorganisation führte,[45] bestätigte bereits Asch als einen Repräsentanten nicht nur der Breslauer, sondern der schlesischen Demokratie. Zuvor war er schon als Emissär des Breslauer Demokratischen Hauptvereins in Trebnitz bei der Organisierung der

---

40 AOZ, 3.6.1848, 2. Beil., S. 3: Sitzung vom 2. Juni.
41 AOZ, 16., 23 und 30.7.1848.
42 AOZ, 21.5.1848, 1. Beil., S. 4: Sitzung vom 19. Mai.
43 AOZ, 20.10.1848, Beil. S. 2: Sitzung vom 17. Oktober.
44 Schlesische Zeitung (SZ), 22.10.1848, S. 2787: Arbeiter-Verein.
45 Dazu die Analyse des Kongressverlaufs in: Schmidt: Schlesische Demokratie, S. 77-84.

demokratischen Bewegung in der Kreisstadt und den umliegenden Dörfern über Breslau hinaus bekannt geworden. Mit drei Arbeitern und dem Privatdozenten Rosenhain war Asch vom Arbeiterverein zum Delegierten des Kongresses gewählt worden. Er eröffnete nicht nur den Kongress; für seine herausgehobene Stellung in der schlesischen Demokratie spricht vor allem seine Wahl zum Kongresspräsidenten. Besonders hervorgetreten ist er im Kongressverlauf jedoch nicht. In die Grundsatzdebatte um die Ziele der demokratischen Partei: Republik oder Volkssouveränität, die zugunsten des allgemeiner gefassten Prinzips der „reinen ungeteilten Souveränität des Volkes als einziger Basis einer Staatsverfassung“ ausging, hat er nicht eingegriffen. Er selbst bekannte sich als Demokrat wohl schon seit der Studentenzeit ohne Frage zur Republik. Doch ist anzunehmen, dass er auf der Seite der Mehrheit der Delegierten stand, die, um den politischen Einfluss auf die noch in naivem Monarchismus befangenen Massen nicht zu verlieren, aber auch weil mancher von ihnen strikt gegen eine soziale oder rote Republik eingestellt waren, sich für das die Staatsform offenlassende Prinzip der Volkssouveränität aussprachen. Auch an den heftigen Auseinandersetzungen um die so genannte soziale Frage, die nach des jüdischen Arztes und Sozialisten Dr. Isidor Pinnoff abschließender Intervention: „Wir hören auf Demokraten zu sein, wenn wir nicht Sozialisten sind“ in den Beschluss mündete, die soziale Frage zur Hauptaufgabe der Demokratie zu erklären, hat er sich – zumindest nach den vorliegenden Berichten – nicht beteiligt. Wohl aber ergriff er das Wort, als die Notlage der Weber und Spinner im Eulengebirge vom Reichenbacher Delegierten Wittenburg zur Debatte stand.[46] Er unterbreitete den Vorschlag, parteiübergreifend Unterstützungskomitees für die von Hungersnot und Typhus geplagten Arbeiter zu bilden, die unter Leitung der schlesischen Städte stehen sollten. Auch sollten die einzelnen Vereine entsprechende Adressen an das Berliner Parlament schicken. Aufgegriffen hat der Kongress immerhin eine frühe Forderung Aschs und anderer Breslauer Demokraten, die Verwaltungen von reaktionären Elementen zu säubern und sich darauf vorzubereiten, dass „die geeigneten Schritte zur Entfernung missliebiger und zur Anstellung tüchtiger Männer getan werden können.“[47]

Asch war – wie viele Arbeiter und Demokraten in dieser Zeit, in der Doppelmitgliedschaften gang und gäbe waren – zugleich Mitglied des Demokratischen Hauptvereins, beteiligte sich auch an dessen Beratungen, ganz abgesehen davon, dass er als Redner auf den gemeinsam veranstalteten Volksversammlungen selten fehlte. Auf der großen Protestversammlung am 9. Juli gegen die Einsetzung eines dem Parlament unverantwortlichen Reichsverwesers setzte er sich mit der liberalen Ausrede auseinander, wonach eine unbeschränkte Autorität durchaus positiv nach außen wie nach Innen wirken könnte, zumal ja die Minister verantwortlich wären. „Das sei eine trügerische Sicht, denn die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers sei ein bloßes Spiel, das dem Volke vorgespielt werde“.[48] Auf dem von fast allen politischen Vereinen Breslaus vorbereiteten Fest zur Anerkennung der deutschen Einheit am 6. August, auf dem sich die schlesische Demokratie zu einer demokratisch geeinten deutschen Nation bekannte, erinnerte Asch in der ausgelassenen Feierstimmung gemeinsam mit dem Jurastudenten H. Wladislaw Benecke an die Not im Eulengebirge. Beide initiierten unter den Festbesuchern eine Sammlung für die Armen und Kranken, die die stattliche Summe von mehr als 100 Talern erbrachte. Zugleich aber empfahl er den 50.000 Teilnehmern auch, über dem Ernst nicht den Scherz zu vergessen, und schlug eine Riesenpolonaise vor, „welche von der jubelnden Menge auf dem weiten Plane auch ausgeführt wurde“.[49]

Als im September 1848 sich die politische Lage infolge der Weigerung von Regierung und Krone in Berlin, Beschlüsse der Verfassunggebenden Versammlung zur Entlassung reaktionärer Offiziere aus der Armee zu vollziehen, und der gleichzeitigen Preisgabe der nationalen und demokratischen Bestrebungen in Schleswig-Holstein durch das Nationalparlament dramatisch zuspitzte, in Frankfurt sogar ein Aufstand ausbrach und die sogenannte Septemberkrise sich ihrem Höhepunkt näherte, verstärkte Sigismund Asch seine politischen Aktivitäten und radikalisierten sich auch seine politischen Auffassungen. Er fürchtete, dass der Vormarsch der Konterrevolution die demokratischen Errungen-

---

46 AOZ, 18.7.1848, 1. Beil., S. 1; Der Demokrat, Nr. 1, S. 11 und Nr. 3, S. 32.

47 Der Demokrat, Nr. 3, S. 32; Neue Rheinische Zeitung (NRhZ), 1.8.1848, Beil., S. 1.

48 AOZ, 11.7.1848, 1. Beil., S. 4: Die am 9. Juli stattgehabte Volksversammlung.

49 AOZ, 8.8.1848, S. 3; siehe auch den Bericht bei Nick: Der alte Asch S. 10f. und Nekrolog Robert Asch S.2.

schaften des März in größte Gefahr bringt und ein Rückfall in den Status quo ante droht. Da schlugen – wie bei vielen anderen schlesischen Demokraten auch – die Emotionen über die Unverfrorenheit, mit der die Konterrevolution vorging, hoch, ohne dass, wie spätere Stellungnahmen zeigen, das ursprüngliche politische Konzept aufgegeben oder wesentlich korrigiert wurde.

Mitte August hatte Asch nach dem Massaker des preußischen Militärs an der Schweidnitzer Bürgerwehr vom 30. Juli 1848, das zum Ausgangspunkt für die Zuspitzung der Situation in Preußen wurde, die Eltern in seiner Geburtsstadt besucht und über „die Schweidnitzer Angelegenheiten … sehr ausführlich und mit genauer Sachkenntnis“ im Arbeiterverein berichtet.[50] Nach der Weigerung des Kriegsministers, den Beschluss des Parlaments zum Verbot reaktionärer Bestrebungen in der Armee zu vollziehen, warnte Asch auf der vom Demokratischen Hauptverein organisierten Volksversammlung am 6. September nachdrücklich vor den drohenden Gefahren für die Demokratie. Nach Engelmann bestieg Asch die Tribüne, „der mit seinem riesigen Organ und mit ungeheuchelter Entrüstung die Gefahren darstellte, welch durch die Auflehnung des Ministeriums gegen den Majoritätswillen der Versammlung für die theuer errungenen Freiheiten des Volks in Aussicht stehen. Er schilderte die einzelnen Minister und die bisherigen Thaten dieses Ministeriums der That und schloss mit der Aufforderung, die Souverainität des Volkswillens aufrecht zu erhalten. Seine Rede fand unter den Versammelten den lebendigsten Anklang.“[51] Die am Schluss verabschiedete Adresse forderte „ein für alle Mal die Unterordnung des Ministeriums unter die Majoritäts-Beschlüsse der Nationalversammlung“ und empfahl allen wahren Vertretern des Volkes, wenn dies nicht gelingt, aus dem Parlament auszuscheiden.[52] In der folgenden Sitzung des Demokratenvereins regte Asch ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit an, ein Vorschlag, der in eine Adresse an die Berliner Versammlung aufgenommen wurde.[53]

Zwar schien sich nach der Annahme des erneuten Berliner Parlamentsbeschlusses am 7. September und dem Rücktritt der Regierung Auerswald-Hansemann die politische Krise zu entspannen, doch machte ein Armeebefehl Friedrich von Wrangels, der Waffengewalt gegen jedwede Ungesetzlichkeit androhte, schon nach wenigen Tagen klar, dass die preußische Krone nicht daran dachte, ihren Kurs auf Wiedereroberung der alleinigen Macht aufzugeben. In der Protestversammlung gegen die Wrangelsche Provokation von 8000 Breslauern am 21. September wurden noch schärfere Töne vor allem gegen die preußische Krone angeschlagen. Nach dem Bürgerwehroberst und Arzt Dr. Engelmann und dem jüdischen Arzt Dr. Louis Borchardt nahm auch Asch das Wort.[54] Er hielt es schon für unvermeidbar, sich auf eine offene Auseinandersetzung mit der Reaktion vorzubereiten: „man möge sich vorbereitet halten zum Kampfe, wenn es zum Äußersten kommen sollte; in Frankfurt a.M. habe derselbe schon begonnen, das Volk sei bis jetzt im Siege, Fürst Lychnowsky sei geblieben; man müsse im schlimmsten Falle einer despotischen Regierung den Gehorsam versagen und die Steuern verweigern.“[55] Asch sah das Vaterland in Gefahr; er war jetzt auf alles gefasst und schreckte nicht davor zurück, den Machthabern in Berlin, dem König und seiner Regierung, die sich nicht in die parlamentarischen Regeln fügen wollten, den Gehorsam aufzukündigen. Er war in Schlesien der erste, der als Kampfinstrument gegen eine die konstitutionellen Regeln permanent verletzende Regierung die Steuerverweigerung in Anschlag brachte. Eine von Asch mitgetragene Adresse an das Berliner Parlament resümierte den Inhalt der Versammlung und forderte es auf, wenn notwendig, sich permanent zu erklären und das Regieren selbst in die Hand zu nehmen.[56] Das Parlament gleichsam zum Konvent zu machen, das war, ernst gemeint, ein wesentlicher, revolutionärer Ausbau der parlamentarischen Demokratie.

---

50 AOZ, 26.8.1848, Beil., S. 3: Sitzung vom 24. August.

51 AOZ, 7.9.1848, Beil., S. 2

52 BZ, 7.9.1848, S. 2228.

53 AOZ, 8.9.1848, 1. Beil., S. 1: Sitzung vom 6. September.

54 Siehe dazu auch Nick: Der Alte Asch S. 13. Die hier aufgrund einer späteren Erinnerung im „Berliner Tagblatt“ erwähnte beschwichtigende Rolle Aschs zur Verhinderung eines Sturms auf das königliche Schloss ist in den zeitgenössischen Berichten mit keinem Wort erwähnt.

55 AOZ, 22.9.1949, S. 3

56 Ebenda; auch BZ, 22.9.1848, S. 2353-2354.

Kein Wunder, dass die preußische Administration, die schon am 6. September auf die Radikalisierung der Demokratiebewegung aufmerksam gemacht hatte, nach den angeblich „verbrecherischen Reden“ auf der Volksversammlung vom 21. September mit repressiven juristischen Gegenmaßnahmen einschritt. Gegen Borchardt und Asch wurden wegen Verleitung zum Aufruhr“ gerichtliche Untersuchungen eingeleitet. Borchardt wurde im Oktober verhaftet; Asch am 19. Oktober ebenfalls zu einem Untersuchungstermin geladen. Er nahm ihn wahr, wurde jedoch wieder freigelassen, weil sich am Gerichtsgebäude hunderte versammelt hatte, die, durch die vorangegangene Verhaftung Borchardts gewarnt, auf die Behörden Druck ausübten. „Die Verhaftung fand nicht statt; doch beruhigte sich die Menge nicht eher, bis Dr. Asch selbst erschien und sie von seiner persönlichen Freiheit überzeugte“.[57] Die Verhöre, aber auch die spätere gerichtliche Verhandlung und Verurteilung Aschs zu einem Jahr Festung sind nicht überliefert. Es ist nicht daher bekannt, wann er vom Breslauer Oberlandesgericht verurteilt wurde.

Führend in der schlesischen demokratischen Provinzialorganisation. Einflussreicher Delegierter des Zweiten Provinzialkongresses der schlesischen Demokraten und des Zweiten Demokratenkongresses in Berlin

Neben seiner Arbeit im Arbeiterverein beteiligte sich Asch als Redner des Breslauer demokratischen Hauptvereins im September und Oktober an der Kampagne des Provinzialausschusses zur Gründung neuer demokratischer Vereine und bei der Organisierung von Volksversammlungen in der ganzen Provinz. Am 10. September führte er im nahegelegenen Zirkwitz eine Volksversammlung durch.[58] Anfang Oktober übernahm er die Leitung des vom Demokratischen Hauptverein am 1. September neugegründeten „Breslauer Kreisboten“, den zunächst der radikaldemokratische Breslauer Theologiestudent Robert Glatz aus Königsberg redigiert hatte.[59] Asch hatte schon von Anfang an für das kleine, nur 4 Seiten umfassende und wöchentlich erscheinende Blatt geschrieben, das demokratische Propaganda betrieb, über das Leben in den Vereinen berichtete und so die Demokraten der ganzen Provinz miteinander verbinden sollte. Aus seiner Feder stammten mehrere der Grundsatzartikel, die die demokratische Politik erläuterten und begründeten. Ende Dezember 1848 wurde die Zeitschrift, die sich als „Vertreter der schlesischen Demokratie“ bezeichnete, aus finanziellen Gründen wieder eingestellt.

In einem höchst instabilen Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution, angesichts immer klarer hervortretender und auch erfolgreicher Bestrebungen der adlig-monarchischen Kräfte, die alten halbabsolutistischen Machtverhältnisse wieder herzustellen, was durch eine von den Demokraten organisierte Mobilisierung des Volkes nicht zu stoppen war, wurde im Oktober 1848 der Zweite Provinzialkongress der schlesischen Demokraten einberufen. Er tagte mit 93 Delegierten aus 55 Vereinen vom 21.-23. Oktober 1848 in Breslau.[60] Für Asch war es die Veranstaltung, auf der er zu einer Führungspersönlichkeit der schlesischen Demokratie wurde, die nur eine Woche später erheblichen Einfluss auf den Zweiten gesamtdeutschen Demokratenkongress in Berlin nahm. Wie schon bei ersten Provinzialkongress wurde er wieder zum Kongresspräsidenten gewählt, der nun aber – zusammen mit Philipp Hoyoll – auch den Verlauf und das Ergebnis des Kongresses prägte. Welche Rolle er in den Debatten zur gerade ausgebrochenen Wiener Oktoberrevolution spielte, ist aus den Berichten, die keine Namen nennen, nicht zu erkennen. Doch darf angenommen werden, dass er sich nicht für die Organisierung eines Freischaren-Zuzugs nach Wien aussprach, der von einer radikalen Minderheit verlangt wurde. Auch wird die mit Mehrheit angenommene Adresse, die nicht ans Wiener Volk, sondern nur an die preußische Regierung sich richtete und lediglich deren Einsatz gegen die „Herrschaftsgelüste der Slawen“ zur Rettung der „Freiheit der deutschen Bevölkerung Österreichs gegen die gewaltsame Reaktion“ forderte, seine Zustimmung gefunden.

---

57 AOZ, 21.10.1848, Beil., S. 3.

58 Breslauer Kreisbote (BKB); 14.9.1848, S. 4.

59 Breslauer Kreis-Bote. Vertreter der Demokratie in Schlesien. Nr. 1-34, 1. September bis 29. Dezember 1848, Verlag und Redaktion von R. Glatz, Ohlauerstraße Nr. 71; ab Nr. 10 vom 2.10.1848: Verlag und Redaktion: Dr. Asch. Das Blatt erschien wöchentlich zweimal, am Montag und Donnerstag; gedruckt wurde es von Eduard Klein, der zahlreiche demokratische Publikationen druckte.

60 Dazu siehe Schmidt: Schlesische Demokratie, I, S. 145-152.

Während Hoyoll sich vor allem um die Festigung der Provinzialorganisation verdient machte, griff Asch in die strategische Debatte um die Stellung der Demokratie zur Anwendung revolutionärer Gewalt ein, die radikale Delegierte vor allem aus der Provinz auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Sie wollten wissen, wie sich die Hauptstadt verhalten würde, wenn aufgrund von Reaktionsattacken oder aus sozialen Gründen im Land Aufstände ausbrächen. In der wegen des äußerst brisanten Themas in „geheimer Sitzung" geführten kontroversen Diskussion, über die weder ausführlich berichtet noch irgendein Name genannt wurde, hat Asch offenbar eine entscheidende Rede gehalten. Bekannt wurde nur der Mehrheitsbeschluss des Kongresses, wonach revolutionäre Aktionen grundsätzlich nicht zu befürworten sind und nur als letztes Mittel ins Kalkül gezogen werden dürfen, und nur dann, wenn den Rechten des Volkes, d.h. die politischen Freiheiten, drohte, total vernichtet zu werden, keineswegs aber zur Unterstützung von sozialen Bewegungen. Der Text der von Asch selbst im „Breslauer Kreisboten" und wortgleich auch in der „Allgemeinen Oder-Zeitung" veröffentlichten, recht diplomatisch formulierten Zusammenfassung dieser Debatte ist im Grunde das von ihm schon im Frühjahr 1848 entwickelte und nun ausgebaute politischen Konzept. Da heißt es: „Gegen Ende des Congresses erhob sich noch eine lebhafte Debatte über die von einer Seite an die Breslauer Deputierten gestellte Frage, wie man einzelnen Aufständen in der Provinz, die entweder durch Gewaltmaßregeln oder durch materielle Not hervorgerufen, vorbeugen könne. Die Breslauer Deputierten erklärten einstimmig, dass die erste Pflicht der demokratischen Partei die sei, das Volk über seine wahren Bedürfnisse aufzuklären; dass die Revolution auf dem geistigen Wege die wahre und einzige sei, die permanent sein müsse, dass die Revolution mit Waffengewalt zwar das einzige, aber immer das letzte nur der Gewalt entgegenzustellende Mittel sei. Eine Revolution, die nicht von allen Schichten der Gesellschaft ausgehe und von einer Idee getragen sei, führe nicht zur Freiheit. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse man also stets zu wirken streben und das Volk darüber aufklären, dass ein Aufstand, rein gestützt auf materielle Verhältnisse, niemals ein glückliches Resultat haben würde. Wo man dagegen gewaltsam gegen die Rechte des Volkes einschreiten wolle, da hätte Breslau seine Stellung schon früher bewährt und würde sie zu bewahren bestrebt sein. Die Deputierten der Provinz erklärten sich mit dieser Ansicht einverstanden."[61] Bei der Wahl des neunköpfigen Provinzialausschusses wurde Asch mit drei anderen neu in das Gremium gewählt.

Drei Tage nach Abschluss des schlesischen Provinzialkongresses eröffneten am 26. Oktober 1848 rund 230 Delegierte in Berlin den Zweiten gesamtdeutschen Demokratenkongress.[62] Für Asch gab es keine große Verschnaufpause, denn er war als einer von 27 schlesischen Deputierten aus 41 Demokratenvereinen von den demokratischen Vereinen in Landeshut, Falkenberg, Trebnitz und Reichthal nach Berlin delegiert worden.[63] Auch auf dem Berliner Kongress, auf dem Schlesien ob der guten Organisation der demokratischen Bewegung einen hohen Ruf besaß und – nach Berlin – auch die meisten Abgeordneten geschickt hatte, gelangte Asch neben Hoyoll sofort in wichtige Führungspositionen. Er wurde zusammen mit Ludwig Bamberger aus Mainz und Karl Bayrhofer aus Marburg ins Kongresspräsidium gewählt und leitete in den nächsten Tagen mehrere Sitzungen.[64]

Allerdings stießen seine Konzepte zur Zukunft der demokratischen Bewegung keineswegs auf Zustimmung. In der Diskussion um deren künftige Organisation widersetzte er sich gemeinsam mit Hoyoll dem, eine stärkere Zentralisation favorisierenden, Mainstream und wollte den Schwerpunkt auf die Regionen gelegt wissen, weil dort eine effektivere Propaganda geleistet werden könnte. Darüber hinaus war er überzeugt, dass für Deutschland ohnehin der Föderalismus das wichtigere Element sei: „An eine einige deutsche große Republik ist nicht zu denken. Nur eine Föderativ-Republik ist

---

61 AOZ, 24.10.1848, Beil., S. 2; damit identisch ist der Bericht Aschs in: BKB, 26.10.1848, S. 2-3; siehe auch den Bericht der „Schlesischen Zeitung" über Rosenhains Information über den Kongress im Arbeiterverein in: SZ, 27.10. 1848, S. 2832.

62 Zum Zweiten Demokratenkongress: Gustav Lüders: Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, Berlin und Leipzig 1909; Hans Krause: Die demokratische Partei und die soziale Frage, Frankfurt am Main 1923; zur Rolle der Schlesier: Schmidt: Schlesische Demokratie, I, S.153-161.

63 Freischütz (Schweidnitz), 2.11.1848, S. 203-205.

64 Ebenda, S. 206.

möglich."[65] Seine Vorstellungen wurden zugunsten einer starken Zentrale mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Deren Wahl, aus der nach manchem Hin und Her schließlich die radikalen Demokraten Karl D'Ester, Adolf Hexamer und – aus Schlesien – Eduard von Reichenbach hervorgingen,[66] war wegen der absoluten Dominanz radikaldemokratischer Vertreter auch nicht nach Aschs Vorstellung. Deutliche Zurückhaltung übte er bei der Diskussion der so genannten sozialen Frage. Die Organisation der Arbeiter sollte nicht vom Kongress behandelt werden, sondern lediglich ein Thema der einzelnen Vereine sein.[67] Die Wahl in die zwölfköpfige Kommission, die sich mit vier Schwerpunkten – soziale Frage, Verfassung, Menschenrechte, Organisation – befassen sollte, nahm er nicht an.

Offener Konflikt brach aus, als nach Abreise vieler Delegierter der radikale Flügel des Kongresses zur Unterstützung der Wiener Revolution die Einberufung einer Volksversammlung durch den Kongress auf die Tagesordnung setzte.[68] Asch und mit ihm die Breslauer Delegierten Hoyoll und Breinersdorf, die eine Zuspitzung der politischen Lage und ein Eingreifen der Behörden fürchteten, aber auch generell gegen solch eine Demonstration für das revolutionäre Wien waren, lehnten eine politische Solidaritätsveranstaltung kategorisch ab. Als sie sich damit nicht durchsetzen konnten, erklärten sie vor allem mit der vorgeschobenen Begründung, die Redefreiheit sei beschränkt worden und das Rumpfparlament hätte keine Recht mehr gehabt, einen derartigen Beschluss zu fassen, ihren Austritt aus dem Kongress und fuhren vor dessen Abschluss nach Hause. Der Kongress hatte die Spaltung zwischen einem radikalen, meist auch sozial motivierten, und einem gemäßigten, vor allem rein politisch orientierten Flügel der Demokratie offenkundig gemacht. Sigismund Asch war einer der Hauptvertreter der gemäßigten Richtung und wollte mit den sogenannten roten Demokraten nichts zu tun haben. Er lehnte die Anwendung revolutionärer Gewalt ab und betrachtete schon die gegen seinen Willen durchgeführte Berliner Protestversammlung für die Wiener Revolution maßlos übertrieben als Putsch.

Der dramatische vorzeitige Rückzug vom Berliner Demokratenkongress hatte in Breslau, wo er im Demokratischen Hauptverein, aber auch im Arbeiterverein auf Unverständnis und massiven Widerspruch stieß, ein ernstes Nachspiel. Der Arbeiterverein gab sich freilich mit unmutigem Murren mit Aschs, des Vereinsvorsitzenden, den Rückzug weitgehend kaschierenden Bericht über den Berliner Demokratenkongress noch einigermaßen zufrieden. Im Demokratischen Hauptverein aber schlugen die Wellen hoch. Hier kam es in der Diskussion um die Beurteilung des Verhaltens von Asch und Genossen auf dem Berliner Kongress am 2. und 6. November 1848 zur offenen Konfrontation zwischen den radikalen und den gemäßigten Kräften.[69] Asch suchte in einer stürmischen und leidenschaftlichen Debatte seine Entscheidung, den Kongress vorzeitig zu verlassen, vor allem mit dem Hervortreten und dem angeblichen Übergewicht der „Partei der roten Republikaner" zu rechtfertigen, denen er unterstellte, die Massen nur zur Revolution zu provozieren, also zu putschen. Dagegen setzte er das Konzept „seiner", der gemäßigten Partei, der die „gesamte Intelligenz" angehöre, nach dem eine Politik entwickelt werden müsse, die den revolutionären Gedanken in den Massen nur zu propagieren habe, bis die Revolution dann von selbst komme: „Geschichte lasse sich nicht machen. Sie mache sich von selbst. Revolutionen müssen sich von innen heraus entwickeln; der revolutionäre Gedanke müsse Propaganda machen; und habe er einmal die Massen durchdrungen, so komme die Revolution von selbst, indem der Gedanke in die That umschlage, zu einer That, die man nicht morgen oder übermorgen schon wieder verwischen kann, sondern die ewig bleibe, deren Folgen tief in das Räderwerk der Geschichte eingreifen."[70]

---

65 Verhandlungen des zweiten demokratischen Congresses zu Berlin. Als Beilage zu Nr. 40 der „Volksblätter", Berlin, S. 13.

66 Ebenda, S. 35.

67 Ebenda, S. 12.

68 Ebenda, S. 17-24

69 Zum Folgenden siehe: AOZ, 8.11.1848, Beil., S. 1-2: SZ, 1., 3. und 8.11.1848, S. 2878, 2900-2001, 2950-2051.

70 SZ, 3.11.1848, S. 2900.

Als der Verein nach zweitägiger Beratung sich für einen Antrag entschied, der den Rückzug vom Kongress missbilligte, erklärte Asch zusammen mit Hoyoll und Breinersdorf den für diesen Fall schon zuvor angekündigten Austritt aus dem Demokratischen Verein. Mit diesem Antrag hatte sich die sozialrepublikanische Richtung im Verein durchsetzen können. Die Vertreter des radikalen Flügels unter Hermann Brehmer, Stilch und anderen rückten in den Vordergrund. Zu einer organisatorischen Spaltung des Vereins kam es jedoch nicht. Auch blieben Gemäßigte und Demokraten im Widerstand gegen die Reaktion unverändert geeint.

Im Widerstand gegen den konterrevolutionären Staatsstreich und in der Wahlkampagne zur Zweiten preußischen Kammer

Der Demokratie hat Asch mit dem Vereins-Austritt mitnichten den Rücken gekehrt. Fahnenflucht war seine Sache nicht. Er blieb Mitglied des demokratischen Zentralausschusses für Schlesien und übte bis zur Spaltung des Arbeitervereines im Dezember 1848 höchstwahrscheinlich auch das Amt des Vereinspräsidenten weiter aus. Vor allem aber redigierte er erfolgreich bis Ende Dezember, als der „Breslauer Kreisbote“ einging, dieses demokratische Blatt und beteiligte sich in vorderer Front auch an den Volksversammlungen während des preußischen Staatsstreichs im November 1848 und in der Wahlkampagne für die Zweite Kammer in Preußen im Januar 1849.

Bereits in den Tagen der Vereinsdebatten um seinen vorzeitigen Weggang vom Zweiten Demokratenkongress schürzte sich in Berlin der Knoten, der zur bislang tiefsten Krise zwischen der Konstituante und der Regierung und der Krone in Preußen und schließlich zum Ende der preußischen Nationalversammlung führte. Nach der Eroberung des revolutionären Wiens durch Feldmarschall Alfred Candidus Ferdinand Fürst zu Windischgrätz am 31. Oktober wagte die preußische Krone den entscheidenden Gegenschlag, um auch hier das Parlament auszuschalten und die eigenen Machtpositionen ein für alle Mal zu sichern. Sie setzte eine eindeutig reaktionäre Regierung unter dem illegitimen Hohenzollernsprösslimg Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg ein, verbot weitere Parlamentssitzungen in Berlin und verlegte die Vereinbarungsversammlung, angeblich um sie vom Druck der Berliner Masse zu bewahren, in die Stadt Brandenburg.

Als Redakteur des „Kreisboten“ hat Asch die dramatischen Vorgänge in Berlin und die daraufhin einsetzende Widerstandsbewegung namentlich in Breslau und in ganz Schlesien seit Anfang November mit höchster Aufmerksamkeit und erstaunlicher revolutionärer Entschiedenheit verfolgt. Er erkannte sofort die Gefahren, die sich aus der Wiener Niederlage für die Demokratie in Preußen ergaben, da, wie er meinte, die alten Eliten wegen der jüngsten demokratischen Beschlüsse der Berliner Versammlung seit einiger Zeit schon um ihre Macht und ihre Pfründe fürchteten.[71] Mit der Weigerung der Nationalversammlung, die ihr befohlenen Beratungen sofort einzustellen, war für ihn der „große Kampf um die Freiheit“ ausgebrochen, „ein Kampf, der, blutig oder unblutig ausgefochten, zu den größten mit gehören wird, die je um die Freiheit geschlagen sind“; und er schlussfolgerte, dass nun „das ganze Volk für seine Vertreter“ einstehen müsse: „mögen Alle wie ein Mann stehen – und wenn‘s Noth thut wie ein Mann fallen“. Zwar warnte er, „nirgends einen Crawall zu machen! Das hieße unbesonnen handeln. *Zunächst werft die ganze moralische Gewalt des Volkes in die Wagschaale*“. Doch hinderte ihn dies nicht, gleichzeitig zur Bewaffnung des Volkes aufzurufen. „Es handelt sich um den höchsten Preis, die letzte Karte. Brechen auch wir die Brücke ab! In der Gegenwart Kampf. In der Zukunft ein freies Volk in einem freien Land!“[72] Bewaffneter Widerstand schien ihm jetzt nicht mehr ausgeschlossen, sondern sogar notwendig.

Frühzeitig setzte Asch als Waffe gegen die Reaktion auf die von ihm schon im September genannte Steuerverweigerung, die ihm, weil gesetzlich legitimiert, als Mittel zur Verteidigung der Volksrechte besonders wirkungsvoll erschien. Aber falls die Reaktion die Steuern mit Bajonetten und Kugeln eintreiben will, erklärte er: „Das Volk hat auch haarscharf geschliffenen Säbel und Kugeln im Gewehr, womit es einen Angriff abwehrt. Wir sind die Angegriffenen und das Volk ist der Freiheit nicht

---

71 BKB, 6.11.1848, S.1-2: Breslau, 4. November: Wien und Berlin; auch BKB, 9.11.1848: Breslau den 7. und 8. November: Asch verfasste alle Leitartikel des „Kreisboten“; die er durchweg auch mit „A“ signierte.

72 BKB.13.11.1848, S. 1-2: Breslau, den 11.November: Gegenwart und Zukunft.

werth, welches sie nicht vertheidigen kann.“[73] Er begrüßte den Beschluss der Berliner Versammlung zur Steuerverweigerung gegen eine hochverräterische Regierung und forderte – wie die „Neue Rheinischen Zeitung“ in Köln – unter der Überschrift: „Keine Steuern mehr!“ – dieser Aufforderung unbedingt Folge zu leisten, weil es der „einzige Weg sei, um eine Regierung zu besiegen.“ Und wenn das Militär dagegen Militär einsetzt, „nun wohlan, dann vergesst des Spruches nicht: Der Herr der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“[74] In aller Ausführlichkeit berichtete sein „Kreisbote“ über Steuerverweigerungsinitiativen in der ganzen Provinz.[75]

Auch in den Kampf gegen den preußischen Staatstreich und für die Rettung der Berliner Nationalversammlung in den Straßen Breslaus griff Asch in den dramatischen Novembertagen ein. Er engagierte sich wie in den Monaten zuvor als einer der populärsten und einflussreichsten Redner auf den nahezu täglich stattfindenden Volksversammlungen, die Druck auf Magistrat und Oberpräsidium auszuüben suchten, um diese für die Unterstützung des Parlaments zu gewinnen. Im Gegensatz zu dem eindeutigen Verbalradikalismus seiner gleichzeitigen „Kreisboten“-Publizistik, wo er auch auf bewaffnete Gegenwehr des Volkes setzte und revolutionäre Gewalt für legitim erklärte, warnte er hier allerdings – wie auch andere Demokraten –vor Provokationen und nutzlosen Krawallen und plädierte für Besonnenheit und Ruhe: Am 14. November empfahl er auf dem Neumarkt bei starkem Schneegestöber wie vor ihm der Vertreter der Rustikalvereine Ludwig Schlinke, auf Beschlüsse der Nationalversammlung zu warten. Unter Verweis auf die – sich allzu ruhige – Haltung der Berliner riet er, sich nicht provozieren lassen.[76] Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung am 17. November, als die Massen vor den Sitz des Oberpräsidenten Pinder ziehen wollten, um dessen eindeutige Erklärung für das Berliner Parlament zu erzwingen, bemühte er sich zunächst, sie von einem Marsch zum Oberpräsidium zurückzuhalten. Als dies erfolglos blieb, verhinderte er einen Sturm. Er stand an der Spitze einer Deputation, der es schließlich gelang, den Oberpräsidenten zu einer offiziellen Erklärung für die Nationalversammlung vor den Massen zu bewegen.[77] Dem Breslauer revolutionären Führungsgremium, dem Permanenten Ausschuss des Zentralen Bürgerwehrklubs und der vereinigten politischen Vereine hatte er am 13. November seine Mitarbeit allerdings versagt. Zum Vertrauensmann gewählt, nahm er – wie übrigens auch der revolutionäre Demokrat Friedrich Wilhelm Schlöffel – ohne Angabe von Gründen die Wahl nicht an.[78]

Als der Widerstand nicht ausreichte, die Steuerverweigerung nicht recht in Gang kam und schließlich auch zahlreiche Abgeordnete, wie befohlen, nach Brandenburg gingen, verlangte er von ihnen, gegenüber der Regierung wenigstens weiter in Konfrontation zu bleiben.[79] Vorausgesehen hat Asch schon Ende November, dass die Regierung dem Volk die Schmach bereiten und ihm eine Verfassung schenken könnte; es wäre dies freilich eine „Kanonen-Verfassung“, die das Volk nicht anerkennen dürfte.[80] Als diese am 5. Dezember tatsächlich oktroyiert wurde, warnte er davor, sich von einigen freisinnigen Paragrafen über deren reaktionären volksfeindlichen Charakter täuschen zu lassen. Er enthüllte deren „Übel“, die antidemokratischen Bestimmungen, ließ aber zugleich nicht aus dem Auge, das zugleich zugesagte Wahlrecht unbedingt als Chance zu nutzen, um die Verfassung mit Hilfe einer neugewählten starken demokratischen Phalanx in der Zweiten Kammer im Interesse des Volkes zu korrigieren.[81]

---

73 BKB, 16.11.1848, S. 1-2: Breslau, 15. November: Was ist zu thun?

74 BKB, 20.11.1848, S. 1-2: Breslau, 18. November: Die Steuerverweigerung. BKB, 27.11.1848: Breslau, 25. November: Noch einige Worte über die Steuerverweigerung.

75 BKB, Nr. 22-29, 13.11.- 4.12.1848.

76 BZ, 15.11.1848, S. 2829.

77 BZ, 18.11.1848, S. 2857; SZ, 18.11.1848, S. 3033; AOZ, 18.11.1848; auch: Denkwürdige Jahre 1848-1851, S. 64-66 und Nick: Der Alte Asch, S. 16.

78 SZ, 16.11.1848, S. 2014; AOZ, 14.11.1848, Beil., S. 2.

79 BKB, 30.11.1848; S. 1-2: Breslau, 25. November: Die „Parthei“ Brandenburg in „Brandenburg“: BKB, 4.12.1848: Breslau, 2. Dezember: Können die Deputirten nach Brandenburg gehen?

80 Ebenda.

81 BKB, 7.12.1848, S. 1-2: Breslau, 6. Dezember: Die oktroyierte Verfassung; BKB, 11.12.1848, S. 1-2: Breslau, 9. Dezember: Gedanken über die Verfassung und die Neuwahlen; BKB, 14.12.1848, S. 1-2: Breslau, 14. Dezember: Fortgesetzte Erläuterung der uns geschenkten Verfassung.

Der Niederlage der Demokratie wurde er sich jetzt sehr wohl bewusst und begann sogleich über deren Gründe nachzudenken. Er sah sie – seinem Politikkonzept gemäß – von vornherein beim politisch noch unreifen und daher unzureichend aktiven Volk. „Betrachten wir zunächst die Ursachen, so lässt sich nicht leugnen – und *wir* wollen dies am wenigsten thun –, dass das gesamte Volk zwar seine Sympathie für die Nationalversammlung durch Adressen an den Tag gelegt – diese aber nicht durch die That bekräftigt hat. Namentlich ist der Beschluss der Steuerverweigerung nicht überall mit der Energie zur Ausführung gebracht worden – die die Vertreter erwarten mussten – und die wir laut und offen empfohlen haben. Ein Hauptheil der Schuld liegt also in dem Volke selbst, welches nicht mit der Begeisterung in die Schranken trat, die nothwendig war. Es wäre zu weitläufig, wollten wir hier die Ursachen dieses Umstands entwickeln. Wir werden vielleicht Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen.“[82]

Nachdem mit der Oktroyierung der Verfassung am 5. Dezember offensichtlich geworden war, dass die Demokraten die entscheidende Schlacht verloren hatten und die Reaktion wieder einigermaßen fest im Sattel sitzt, gehörte Asch zu jenen demokratischen Führungskräften, die sich der Ursachen für den Misserfolg vergewissern wollten und zugleich die mit dem zugesagten Wahlrecht immer noch eröffnenden Chancen für demokratische Alternativen zu nutzen entschlossen waren. Als Mitglied des demokratischen Provinzialausschusses war er, obwohl das Rundschreiben von ihm nicht mitunterzeichnet ist, an der am 8. Dezember in einem Rundschreiben den schlesischen Demokraten vorgelegten Analyse der Ursachen für das Scheitern des Widerstands beteiligt. Jetzt wurde nämlich die Untersuchung der Gründe für die mangelnde Kampfbereitschaft des Volkes fortgeführt, die er schon Tage zuvor im „Kreisboten“ angekündigt hatte. Das Volk habe deshalb nicht mit einer Revolution auf den Rechtsbruch der alten Mächte geantwortet, weil „das eigentliche Rechtsbewusstsein des Volks noch nicht durchgebildet ist.“[83] Der Steuerverweigerung sei nur eine Minderheit gefolgt und von einer Weiterführung sei abzuraten. Inzwischen habe die Reaktion mit der Verfassung und anderen angekündigten Maßregeln, so für die schlesischen Bauern, „uns die Möglichkeit eines Widerstandes durch Konzessionen, welche sie den demokratischen Elementen im Volke machen, recht eigentlich aus den Händen gewunden.“ So richtig der unzureichende Bewusstseinsstand der Massen diagnostiziert erscheint, so unzureichend war es sicher, eigene Fehler der demokratischen Partei bei der Beeinflussung derselben gänzlich unbeachtet zu lassen und die weitgehend distanzierte, ja ablehnenden Haltung gegenüber spontanen Gewaltaktionen wie die totale Vernachlässigung von organisatorischen Vorbereitungen auf bewaffneten Widerstand zu verschweigen. Richtig war demgegenüber, sich sofort auf die angekündigten Wahlen zur Zweiten Kammer zu konzentrieren und mittels der Presse Einfluss auf die demokratische Willensbildung der Wähler zu nehmen.

Aschs Zustimmung fand unbestreitbar der am gleichen Tag, dem 8. Dezember, gefasste Beschluss des demokratischen Provinzialausschusses, sich als „Provinzialwahlkomitee der schlesischen Demokratie“ zu konstituieren.[84] Der schlesische Demokratenausschuss hatte als erster eine solche Initiative ergriffen, die bald Sache aller Breslauer demokratischen Vereinigungen wurde und schließlich Ende Dezember 1848 einmündete in die Bildung eines „Komitees für volksthümliche Wahlen in der Provinz Schlesien“.[85] Darin schlossen sich gleichsam in einer demokratischen Einheitsfront alle Strömungen der schlesischen Demokratie, von den Gemäßigten bis zu den Radikalen, einem Arbeitervertreter und einem Repräsentanten der Bauernschaft zusammen und gaben ein gemeinsames Wahlmanifest heraus, den „Aufruf an sämtliche Urwähler Schlesiens“. Asch hat dieses Dokument mitunterzeichnet, das die von der Reaktion in die oktroyierte Verfassung hineingebrachten undemokratischen

---

82 BKB, 4.12.1848, S. 2.

83 SZ, 21.12.1848, S. 3402f.: Breslau, 20. Dec. (Wahlzirkular der demokratischen Parthei) – Erklärung des Zentralausschusses der schlesischen Demokraten vom 8. Dezember 1848. Unterzeichnet wurde das Zirkular von Brehmer, W. Friedensburg, Dr. Rosenhain (der dem Gremium offiziell nicht mehr angehörte), F.A. Held, Breinersdorf. Es fehlten außer Asch, Dellbrück, Engelmann, Hoyoll und Schlinke. Zur Analyse siehe: Schmidt: Schlesische Demokratie, S. 199-201.

84 Ebenda, S. 3402.

85 AOZ, 22.12.1848, 2. Beil., S. 4f.: Sitzung vom 20. Dezember; ferner AOZ 14.1.1849, 1. Beil., S. 4f.; SZ, 13.1.1849, S. 126f.

„Hinterthüren“ anprangerte, die durch demokratische Abgeordnete wieder beseitigt werden müssten. Darum sollten die Wähler nur entschiedene Demokraten auf den Listen ankreuzen.

An der Wahlkampagne für die Zweite Kammer im Januar 1849 hat sich Asch in vielfältiger Weise engagiert. Noch als Redakteur des „Breslauer Kreisboten“ hatte er Ende Dezember 1848 unter Quellenangabe zwei Artikel Wilhelm Wolffs aus der von Marx redigierten äußersten linken „*Neuen Rheinischen Zeitung*“ übernommen, in denen die Finanzwirtschaft Preußens und die Verprassung von Steuergeldern durch die Regierung scharf angegriffen wurde.[86] Gemeinsam mit dem ebenfalls aus dem Verein ausgetretenen Hoyoll und dem Radikaldemokraten Brehmer organisierte er Druck und massenhafte Verbreitung von zwei Wahlflugblättern, die auf den Wolff-Artikeln der „*Neuen Rheinischen Zeitung*“ über die Finanzwirtschaft Preußens und den bauernfeindlichen Inhalt des von der Regierung gerade verkündeten interimistischen Ablösungsdekrets beruhten.[87] Deren Herausgabe war vom Demokratischen Hauptverein beschlossen und weitgehend finanziert worden. Deswegen hat die preußische Justiz die drei Verantwortlichen – Brehmer, Hoyoll und Asch – gemeinsam wegen Majestätsbeleidigung, Störung des öffentlichen Friedens und Beleidigung des Staatsministeriums und der Generalkommission angeklagt. Zur Verhandlung kamen diese „Vergehen“ aber erst im Mai 1851, was für die Angeklagten den Vorteil hatte, dass sie wegen Verjährung freigesprochen werden mussten.[88] Als Emissär des Wahlkomitees ging Asch im Januar 1849 in die Provinz. Er bestritt Wahlversammlungen in der Grafschatz Glatz, in Glatz und Neurode, bei denen er sich zugleich – allerdings erfolglos – bemühte, den katholischen Pfarrer Anton Heisig, einen Linken aus der preußischen Nationalversammlung, wieder als Kandidaten für die Zweite Kammer zu gewinnen.[89]

Als der Demokratische Hauptverein nach den Kammerwahlen, die nicht alle Blütenträume der Demokraten reifen ließen, am 21. Februar 1849 ein Bankett veranstaltete, das ein Kampffest werden sollte, war auch Asch als Redner zur Stelle. Er bekannte sich hier erstmals offen als Republikaner.[90] Die Märzrevolution erschien ihm – sich auf die derzeit von Demokraten regierte römische Republik in Italien berufend – freilich deutlich überhöht in ihrer Grundidee als eine republikanische Bewegung; und sein abschließender Toast galt „der gedeihlichen Zukunft der einen deutschen Republik.“ Da war von deutscher Föderation nicht mehr die Rede. Einen Monat später trat er in der Erinnerungsfeier zum 18. März ein letztes Mal im Demokratischen Hauptverein auf, den er offiziell schon vor einem halben Jahre verlassen hatte. Er unterstützte eine „Sammlung zur Gründung eines Denkmals für die Berliner Märzhelden“.[91]

Als politisches Forum nutzte Asch nach dem Austritt aus dem Breslauer Demokratenverein bis in den März 1849 – ebenso wie Hoyoll, indes nicht so häufig – nun vor allem die Breslauer städtische Ressource, die seit längerem schon von den Demokraten beherrscht und von Gemäßigten wie Radikalen gleichermaßen frequentiert wurde. Wenn er die Ressource besuchte, dann war stets die Eröffnung mit der traditionellen politischen Rundschau sein Amt. Mitte Februar zweifelte er am Zustandekommen der gerade gewählten preußischen Zweiten Kammer und sagte, sollte sie wirklich zu tagen beginnen, deren baldige Auflösung voraus.[92] Mitte März unterzog er die Manteuffelschen Gesetzesvorlagen einer eingehenden Kritik und erklärte sich scharf gegen die willkürlich gezogene Demarkationslinie in der Provinz Posen, worüber die Polen zu recht unzufrieden seien.[93] In der unter seinem Vorsitz tagenden Ressource nach den Märzfeiern am 20. März befasste sich seine politische Rundschau vor

---

86 BKB, 21. und 29. 12.1848.

87 „Die Finanzwirtschaft Preußens oder wie verwendet man das Geld des Volkes“ – Flugblatt, gedruckt bei E. Klein, Breslau, Schweidnitzer Straße 52 und „An die Landsleute über das neue Ablösungsgesetz der gutsherrlichen Lasten“ – Flugblatt, gedruckt bei E. Klein, Breslau, Schweidnitzer Straße 52. In: GStA PK, I. HA Rep. 169 C Nr. 1 Bd. 2, Bl. 132-134v.

88 Neue Oder-Zeitung, 17. und 23.5.1851: Schwurgericht; Helmut Bleiber: Zur Wirkungsgeschichte der „*Neuen Rheinischen Zeitung*“ – Nachdrucke in der preußischen Provinz Schlesien, in: Bleiber & Schmidt: Schlesien 1848, I, S. 310; Nick: Der Alte Asch, S. 20-23.

89 Der Hausfreund (Neurode), Nr. 6, 4.2.1849, S. 34 und Beilage.

90 AOZ, 23.2.1849, Beil., S. 2; SZ, 24.2.1849, S. 561.

91 SZ, 20.3.1849, S. 810.

92 AOZ, 18.2.1849, Beil., S. 3.

93 AOZ, 15.3.1849, Beil., S. 2.

allem mit dem Attentat des Militärs gegen den März-Festzug: „der Belagerungszustand sei ziemlich nahe gewesen; man habe es seit kurzer Zeit förmlich darauf angelegt.“ [94]

Danach taucht sein Name in den Berichten über Demokraten-Veranstaltungen unterschiedlicher Art nicht mehr auf. Als Zäsur kann wohl die klammheimlich erfolgte Auflösung des demokratischen Zentralausschusses im Frühjahr 1849, für die es nur indirekte Quellenbelege gibt, angesehen werden.[95] Damit war eine die verschiedenen Fraktionen der Demokratie übergreifende Institution zerstört. Sie war offenbar aber gerade an diesen Konflikten zugrunde gegangen. Den tieferen Hintergrund für seinen Rückzug bilden offensichtlich die seit Frühjahr 1849 zunehmend schärfer werdenden politischen Auseinandersetzungen im demokratischen Lager zwischen der gemäßigt demokratischen Strömung und den radikal- und sozialdemokratischen, mehr und mehr in sozialistische Richtung tendierenden Elementen, die allmählich das Übergewicht zu erlangen schienen. Als diese Kontroversen im April 1849 und am Vorabend des Breslauer Maiaufstands für die Reichsverfassung einen gewissen Höhepunkt erreichten, war von Asch in den Debatten an keiner Stelle mehr die Rede. Auch in den Berichten über den Aufstand selbst fehlt sein Name. Asch, selbst ein überzeugter Protagonist aus dem gemäßigten Lager, stieß ein zumal sozialistisch motivierter Radikalismus von, wie er sich äußerte, „sich wahnwitzig gebärdenden Roten“[96] ab. An diesem ihm nutzlos erscheinenden Streit der Fraktionen wollte er sich nicht mehr beteiligen. Inzwischen aber war er wohl auch im Zweifel, ob der Demokratie überhaupt noch ein Erfolg gegen die übermächtige Konterrevolution gelingen könnte. Und revolutionäre Gewaltaktionen zur Durchsetzung demokratischer Verhältnisse lehnte er ohnehin ab.

Hinzu kam, dass immer noch ein Gerichtsprozess wegen seiner radikalen Rede während der Septemberkrise 1848 wie ein Damoklesschwert über ihm schwebte. Am 19. Oktober 1848 war er erstmals auf dem Breslauer Inquisitoriat verhört, aber nicht verhaftet worden.[97] Am 18. Dezember, so meint Dagmar Nick ohne Quellenverweis, scheint die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden zu sein.[98] Wie dieses Verfahren ablief und wann der Prozess gegen ihn stattfand geben die überlieferten Quellen nicht preis. Es kann überdies vermutet werden, dass er sich seit Frühjahr 1849 auf sein medizinisches Staatsexamen vorbereitete, das noch nicht abgelegt war, ihm aber erst die Approbation brachte und damit die Voraussetzung für die Bewerbung um eine Arztstelle.[99] Wir wissen nur, dass Asch im Jahr 1849 und zwar vor dem 1. September verurteilt worden sein muss. Denn zu diesem Zeitpunkt trat er in Glatz die einjährige Festungshaft an, die er nach dem Urteil abzubüßen hatte. Am 1. September 1850 wurde er laut Anzeige der Glatzer Kommandantur nach Verbüßung der Strafe nach Breslau entlassen.[100] Über seine Festungszeit, die er in dem Moment beenden konnte, als die ersten wegen Teilnahme am Breslauer Aufstand von 1849 Verurteilten in Glatz eintrafen, hat er sich später – zumindest nach den uns vorliegenden Quellen – nicht geäußert. Auf der Erinnerungsfeier zum 50. Jahrestag der Revolution wollte er zwar bei einem Kommers „eine kleine Auslese aus dem Schatz seiner 48er Erinnerungen zum Besten geben“;[101] der mögliche Bericht darüber war mir aber nicht zugänglich. Auch die Dokumente des preußischen Innenministeriums liefern über seine Festungszeit keinerlei Angaben. Auffällig ist er in Glatz sicher nicht geworden; das hätte sich sonst in Berichten der Festungskommandantur niedergeschlagen.

Aufbau der eigenen Praxis. Die fünfziger Jahre

Als Asch aus der Glatzer Festung nach Breslau zurückkehrte, saß die Reaktion in Preußen wieder fest im Sattel. Politisch trat er, soweit die Quellen Auskunft geben, öffentlich zwar nicht mehr hervor.

---

94 AOZ, 22.3.1849, Beil., S. 1.

95 Dazu siehe Schmidt: Schlesische Demokratie, S. 235-238.

96 Nick: Der Alte Asch, S. 20.

97 AOZ, 21.10.1848, Beilage

98 Nick: der Alte Asch, S. 20.

99 Die auch sonst nicht ganz zuverlässigen Erinnerungen der Breslauer Zeitung vom 18.3.1898 meinen zu wissen, dass Asch auf seinem unfreiwilligen Aufenthalt in Glatz „im Abschluss seiner medizinischen Studien seine Vorarbeiten für das Doktorexamen erledigt hat.“

100 GStA PK, I. HAT Rep. 77, Tit 6 Lit. a Nr. 50. Bl. 29.

101 BZ, 18.3.1848, Beilage. Sonderdruck: Die Führer der Breslauer Märzbewegung des Jahres 1848.

Doch blieb er seinen demokratischen Überzeugungen treu und in Kontakt zu den führenden Breslauer Achtundvierziger Demokraten. Der Breslauer Polizeipräsident berichtete Anfang der fünfziger Jahre, dass Asch zu jenen Demokraten zählte, die private Zusammenkünfte pflegten und gegenseitig Solidarität übten. Er ist verzeichnet in der Liste der Demokraten, die anlässlich der Abreise seine Kampfgefährten, des Malers Hoyoll nach England zu einem Geschenk für den alten Achtundvierziger beitrugen.[102] Hoyoll hatte – wie von zwölf anderen Breslauer Demokraten – auch von Asch ein Porträt gemalt, das er bei seiner Emigration dem demokratischen Tapeziermeister Schadow zur Aufbewahrung übergeben hatte.

Wirkungsvolle Solidarität empfing Asch aber auch von 1848/49 zumeist politisch abseits Gebliebenen, vor allem aus den medizinischen Kreisen Breslaus. Sie standen ihm bei, als es nun darum ging, beruflich erst einmal Fuß zu fassen. Das war eine schwierige Periode, die sich über die fünfziger Jahre hinzog. Als für Asch in den ersten Wochen noch alles unsicher war, griff der hochkonservative Universitätsprofessor Karl Julius Wilhelm Remer, bei dem er Vorlesungen besucht hatte, unter die Arme und bot ihm eine Assistentenstelle an seinem Orthopädischen Institut an. Als Asch meinte, er möge doch berücksichtigen, dass er Jude und Demokrat zugleich sei, ließ Remer ihn nur unwirsch wissen: „Ach was, ein tüchtiger Kerl sind Sie, das andere geht mich nichts an!“[103] Nach Remers Tod 1855, übernahm ihn dessen Nachfolger H. Krocker und behielt ihn bis 1857, als sich seine Praxis eingespielt hatte und genügend abwarf. Zwar erhielt Asch nach der Approbation die staatliche Genehmigung zur Einrichtung einer eigenen Arztpraxis in der Breslauer Klosterstraße; doch wurden ihm alle speziellen Anträge, die der besseren Absicherung des Lebensunterhalts dienen sollten, aus politischen Gründen, wegen seiner auch gerichtsnotorisch fixierten und bestraften demokratischen Aktivitäten, abgelehnt.[104] Der Magistrat ließ ihn als Armenarzt nicht zu; die Oberschlesische Eisenbahnverwaltung erteilte seinem Gesuch, ihn als Eisenbahnarzt einzustellen, eine Absage; und die preußische Regierung legte ein Veto ein, als er sich um die Stelle eines Badearztes in Bad Reinerz bewarb. Asch ließ sich von diesen Nackenschlägen nicht entmutigen. Er beantwortete die Weigerung, als Armenarzt anerkannt zu werden, damit, dass er in aller Früh von fünf bis sieben Uhr unentgeltliche Sprechstunden für mittellose Patienten einrichtete, und auf diese Weise natürlich seiner Praxis eine große Popularität verschaffte.

Nach einiger Zeit hatte sich seine Praxis so vergrößert, „dass sie kaum von einer so bedeutenden Manneskraft, über welche A. verfügte, zu bestreiten war.“[105] 1855 waren seine Verhältnisse so gesichert, dass er eine eigene Familie gründen konnte. Er heiratete am 28. Februar 1855 Jenny Bauer, die Tochter des renommierten, recht wohlhabenden, aber ausgesprochen konservativen jüdischen Fabrikanten und Besitzers eines Antiquitätengeschäfts Albert Bauer, dem der revolutionäre junge Medikus nicht gerade als der erwünschte Schwiegersohn erschien. Doch Jenny hatte schon während der Revolution ein Auge auf den impulsiven und begeisternden Revolutions-Redner geworfen und setzte sich gegenüber dem kritischen Vater durch.[106] Aus der Ehe gingen zwei Mädchen und einen Sohn hervor, der den Fußstapfen des Vaters folgte und ein bekannter Gynäkologe wurde.[107]

Der Alte Asch

In den folgenden Jahrzehnten wurde Asch zu einem der erfolgreichsten populärsten und beliebtesten Ärzte Breslaus, ein Hausarzt, der es sich nicht nehmen ließ, sich von den Wohlhabenden gut honorieren zu lassen, um für die Armen auch mal die Medizinkosten zu übernehmen.[108] In den sechziger Jahren griff Asch über seine Arztpraxis hinaus wieder aktiv ins gesellschaftliche Leben seiner Stadt ein. Er war schon in den Jahren zuvor als erfolgreicher praktischer Arzt in die „Schlesische Gesell-

---

102 GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 199-201.

103 Ebenda.

104 Hierzu siehe Nekrolog Robert Asch, S. 3; Nick: der Alte Asch, S. 25.

105 Nekrolog Robert Asch, S. 3

106 Nick: Der Alte Asch, S. 34-39

107 Über das Leben in der Familie, das Schicksal der Kinder und Enkel, die Freunde und Bekannten informiert aufgrund privater Quellen recht ausführlich Nick: Der Alte Asch.

108 Nick: Der Alte Asch, S. 142.

schaft für Vaterländische Cultur“ eingetreten und wurde 1863 in die Breslauer Stadtverordnetenversammlung gewählt, aus der er erst nach 16 Jahren 1879 und nur weil sein Schwiegersohn zu einem Magistratsbeamten wurde (nahe Verwandte durften nicht zugleich in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sein) ausschied.[109] In der Kombination als Stadtverordneter und gleichzeitiges Mitglied der Medizinischen und Hygienischen Sektion (für deren Gründung er sich besonders engagiert hat) in der Schlesischen Gesellschaft hat er sich große Verdienste um die öffentliche Hygiene und Gesundheitspflege in der Stadt erworben.[110] Seinen permanenten Forderungen verdankte die Stadt, dass die Ohle, ein kleines Flüsschen, das zur Kloake geworden war und wiederholt den Ausbruch von Epidemien befördert hatte, zugeschüttet und eine Versumpfung des Stadtgrabens verhindert wurde. Er förderte überdies die Kanalisation von Teilen der Stadt. Von ihm ging nach einem Fall von Trichinose im Jahre 1863 die Initiative zur obligatorischen Fleischbeschau aus, und er sorgte schließlich auch dafür, dass in die Schuldeputation erfahrene Ärzte aufgenommen wurden und so bald gut durchgelüftete und helle Klassenzimmer eingerichtet wurden. Während der Choleraepidemie von 1866 war er nicht nur Tag und Nacht als Arzt im Einsatz, sondern regte auch die permanente Prüfung des Trinkwassers an.

Als in den sechziger Jahren eine breitere politische Öffentlichkeit entstand, ist er auch politisch wieder hervorgetreten. Er war 1861 einer der Gründer des Wahlvereins der liberalen Fortschrittspartei.[111] Als im Mai 1863 nach eineinhalb Jahrzehnten in Breslau erstmals wieder eine große Volksversammlung in Solidarität mit den Schleswig-Holsteinern unter freiem Himmel stattfand, gehörte er als alter Achtundvierziger zu den Rednern. Er unterstützte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen und Italien die nationalen Bestrebungen. Den von Bismarck nach den Siegen Preußens über Österreich 1866 vorangetriebenen staatlichen Einigungsprozess über den Norddeutschen Bund zur Reichsgründung von 1871 hat er klar befürwortet. Die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter und deren Parteibildung in den sechziger Jahren sowie der Aufstieg der Sozialdemokratie in den folgenden Jahrzehnten fanden nicht seine Sympathie, sondern bekämpfte er eher.[112] Doch schloss er sich zuletzt den linksliberalen Freisinnigen an, die sich zum Bismarckreich kritischer als die Nationalliberalen verhielten.

Im letzten Drittel des 19.Jahrhunderts war Asch in Breslau zu einer Institution geworden. Zum Sanitätsrat – wie mancher seiner auch jüngeren Kollegen – hat er es zwar nicht geschafft. Er blieb ein einfacher, nicht zusätzlich titulierter Dr. med. Sigismund Asch. Die preußische Regierung wie der Breslauer Magistrat haben es ihm offenbar nie verziehen, dass er 1848/49 als felsenfester Republikaner für Demokratie gestritten und auch in den folgenden Jahrzehnten als politisch Oppositioneller in Distanz zu den Machthabern geblieben war. Doch in der Stadt war er eine hoch anerkannte, volkstümliche, geradezu legendäre Persönlichkeit geworden. Man kannte und schätzte „Aschs persönliche Liebenswürdigkeit, seine ausgezeichnete ärztliche Thätigkeit, seine vornehme Collegialität, seine stete Hilfsbereitschaft für die Hinterbliebenen von Ärzten, seine Charakterfestigkeit, seine glänzende Redegabe“.[113] Adolph L’Arronge, jüdischer Bühnenautor und Theaterleiter, mit Asch seit den siebziger Jahren eng befreundet und Schwiegervater seines einzigen Sohnes, verlieh der allgemeinen Verehrung, die Asch entgegengebracht wurde, in einem seiner Theaterstücke Ausdruck, in dem Asch Vorbild für seinen ärztlichen Helden im damals meistgespielten „Doktor Klaus“ wurde.[114]

Unter seinen Berufskollegen begegnete ihm uneingeschränkte Hochachtung. Er hatte verantwortliche Positionen in der Breslauer und schlesischen Ärzteschaft übernommen, im Breslauer Ärzteverein, in der ärztlichen Hilfskasse, in der schlesischen Ärztekammer. Obgleich er aufgrund seiner umfangreichen Verpflichtungen als praktischer Arzt und in den übernommenen zahlreichen Ehrenämtern selbst nicht zu eigenen wissenschaftlichen Publikationen kam, hatte er sich als Mitglied der „Schlesischen

109 Nekrolog Robert Asch, S. 3.
110 Nekrolog Cohn, S. 25-37; Nekrolog Robert Asch, S. 3f.
111 Zum Folgenden siehe Gürtler; S. 315f., 322, 329, 337f., 342f.
112 Müller: Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie, I, S. 173-175.
113 Nekrolog Cohn, S. 37.
114 Nick: Der Alte Asch, S. 76-81.

Gesellschaft für vaterländischen Cultur“ und mehrjähriger Sekretär von deren Medizinischer Sektion einen Namen verschafft.[115] Unvergessen geblieben war sein verdienstvolles Wirken als Stadtverordneter. Beim Gedenken an ihn in der Stadtverordnetenversammlung erklärte deren Vorsteher: „Von seinem Eintreten in die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1843 datierte ein Um- und Aufschwung in der Selbstverwaltung. Das communale Leben sei bis dahin erstarrt gewesen. Erst seit Asch sei der Gedanke der Selbstverwaltung ausgebaut worden.“[116] Breslauer Vereine, die sich der Hilfe für Arme und Obdachlose oder der Kranken- und Altenpflege verpflichtet sahen, hatten in ihm einen selbstlosen Förderer. Der Verein gegen Verarmung und Bettelei, den er mitbegründet hatte, schrieb in seiner Todesanzeige: „Sein für Leid und Noth seiner Mitmenschen warm empfindendes Herz trieb ihn stets helfend einzugreifen, wo er Kummer und Bedrängnis sah, und mit seinem scharfen Verstande gelang es ihm, stets rasch und sicher die zweckdienlichste Art der erforderlichen Hilfe zu finden.“[117] Und schließlich wusste man in der Stadt, dass der Alte Asch auch ein alter Achtundvierziger war, bereits 1848 sich für die Demokratie in die Schanze geschlagen hatte.

Feierlich konnte Asch im Dezember 1897 sein 50. Doktorjubiläum begehen. 1898 stellte ihn die „Breslauer Zeitung“ in einer Würdigung zum 50. Jahrestag der Revolution von 1848 zusammen mit Eduard von Reichenbach und August Semrau an die „Spitze der Vorkämpfer für die Republik“.[118] 1895 konnte er zu seinem 70. wie 1900 zum 75. Geburtstag erneut zahlreiche Ehrungen entgegennehmen. Sigismund Asch starb gut ein Jahr nach seinem 75. Geburtstag in den Mittagsstunden des 17. März 1901. Schon seit längerem von Diabetes geplagt, kam er bis zuletzt seinen ärztlichen Verpflichtungen nach. Während einer Grippeepidemie war er im März 1901 „in seinem Einspänner mit Rick, dem Kutscher, ständig unterwegs, um seine Patienten zu besuchen, die ihn wegen schlimmer Erkältungen oder grippaler Infekte zu sich riefen.“[119] Erst nachdem er sich selbst infiziert, stellte er seine Arztbesuche ein, ließ es sich aber nicht nehmen, trotz Fieber und energischem familiären Einspruch einem verstorbenen Freund noch die letzte Ehre zu erweisen. Von der Beerdigung zurückgekehrt, diagnostizierte er bei sich eine akute Lungenentzündung und erklärte seiner Familie, dass er sie nicht überleben werde. Die Vielzahl von in der Presse veröffentlichten Beileidsbekundungen[120] machte noch einmal die große Popularität und Beliebtheit des einzigartigen Arztes deutlich. Am 20. März 1901 wurde er auf dem jüdischen Friedhof in der Lohestraße beigesetzt. Der Breslauer Rabbiner Jacob Guttmann hielt die Grabrede. Sein Grabstein, ein Findling aus rotem Granit, hielt fest: „Er lebte treu seiner Überzeugung. Liebte das Volk und seine Familie.“[121]

---

115 Nekrolog Cohn und Nekrolog Robert Asch; Michael Rüdiger Gerber: Die schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur (1803-1945), Sigmaringen 1988, S. 88f.

116 SZ, 22.3.1901.

117 SZ, 20.3.1901.

118 BZ, 18.3.1898. Sonderdruck.

119 Hierzu Nick: Der Alte Asch, S. 185-190.

120 Ebenda und SZ, 19-23. 3.1901.

121 Nick: Der Alte Asch, S. 185.

„Erneuerung des Marxismus“

Redebeitrag in der „jungen Welt“-Ladengalerie am 5. Mai 2012

Uwe-Jens Heuer und ich wurden miteinander bekannt auf dem Felde der Politik, nicht einem theoriefernen, aber doch nicht über einen Aufsatz oder ein Buch des einen oder anderen. Dieser Weg führte zur Gründung des Marxistischen Forums. Das Interesse, das wir verfolgten bestand im Kern darin, innerhalb der Partei der demokratischen Sozialisten vor Verständigung darüber zu fördern, was an grundstürzenden Veränderungen sich ereignet hatte und welche Schlüsse daraus Sozialisten ziehen könnten und auch mussten. Und um das gleich und vorweg zu sagen: Mit dieser Verständigung sind wir nicht an ein Ende gelangt, auch deshalb nicht, weil sich die Folgen jenes Jahres 1990 noch vollständig nicht entfaltet haben.

Was lässt sich auf diesem Wege nun unter „Erneuerung des Marxismus“ begreifen? Der Vorsatz lässt sich mehreren Aspekten zuordnen. Erstens gehört dazu doch sicher das Festhalten an jenen Entdeckungen und Erkenntnissen, die auf Marx und Engels zurückgehen, deren Wahrheitsgehalt geradezu täglich durch die Weltgeschichte unserer Tage bestätigt wird und das schließt die Abwehr aller Verwässerungen dieses Erbes ein. Zweitens zählt dazu die Bestimmung dessen im Denken der beiden, was durch die Geschichte überholt ist, also gewissermaßen das Verfallsdatum hinter sich hat. Drittens ist zu bestimmen, mit welchen ihrer Überlegungen und Schlüssen Marx und Engels geirrt haben, denn auch und bei aller Generalität gilt für die doch auch, dass Irren menschlich ist. (Sie wären die letzten gewesen, die das bestritten hätten.) Viertens gehört dazu – das erscheint mir als der Hauptteil der zu leistenden Arbeit – die Verabschiedung von Theorien und Thesen, die unter dem Zeichen des Marxismus-Leninismus als marxistisch ausgegeben wurden,

Um es an wenigsten einem Beispiel zu demonstrieren, wähle ich den Begriff Volksmassen. Wiewohl er im Denken von Spezialisten einen zentralen Platz besetzt, gibt es bis heute keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Untersuchung, was Marx und Engels, die sich über die Massen doch immer wieder geäußert haben, von deren Rolle in der Geschichte dachten und schrieben, was sie ihnen zutrauten und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen sie Erwartungen in das Geschichte verändernde und bestimmende Handeln von (Arbeiter)Massen setzten. Was in DDR-Zeit über die Massen geschrieben wurde, beispielsweise im zweibändigen Lexikon der Philosophie, ist heute so gut wie unlesbar und wirft wie Anderes auch nur die Frage auf, wie Marxisten das Dogma von der fortschrittlichen Rolle der Volksmassen nach zwölf Jahren Massengefolgschaft für den Faschismus verfechten konnten. Das geschah mit der Krücke, zunächst als Massen nur jene zu begreifen, die „fortschrittlich handeln“ um dann in einem „Umkehrschluss“ zu behaupten, die Massen seien die fortschrittliche Kraft. Das war definitorische Equlibristik, hate aber mit der Wirklichkeit wenig zu tun.

Ein einziges Mal kam es über die Rolle von Massen zu einer Diskussion. Die löste Jürgen Kuczynski mit einer korrekten Darstellung ihrer Rolle im Deutschen Kaiserreich im August 1914 aus.

Vergnügen mit Clio? Nicht nur.

Flüchtige Bekanntschaft mit einer Dame

Berlin 2012

Wenn auf Historiker in früheren Zeiten Lobreden gehalten wurden oder sich dieser Zunft Zugehörende zu einem feucht-fröhlichen Beisammensein trafen, dann wurde bei feierlicher Rede selten versäumt, von den mit der Geschichte lehrend und forschend Befassten als Jüngern der Clio zu sprechen. Das Wort bedarf heute einer Erklärung, denn mit ihm verbindet sich für viele nichts denn die Bezeichnung eines französischen Automodells. Ursprünglich jedoch benennt Clio eine Dame, mit deren Anrufung der Anspruch geltend gemacht wurde, eine Wissenschaft zu betreiben, die eine besondere Nähe zur Kunst aufweist. Denn die da Erwähnte ist eine der neun Musen der griechischen Mythologie und wie ihre acht Schwestern eine Tochter des Zeus und der Mnemosyne, die wiederum als die Göttin der Erinnerung gilt. Ihre Tochter nun war und sie ist für die Geschichtsschreibung zuständig. Auf Bildern und Plastiken, die sie darstellen, ist sie, diese ihre Rolle kennzeichnend, daher mit Schreibutensilien zu sehen, zumeist einer Papyrusrolle und einem Griffel.

Clio, der Name geht auf das griechische Wort rühmen zurück und also lässt sich die Dame im Deutschen auch als „die Rühmende“ bezeichnen und tatsächlich soll sie besonders für Heldendichtung zuständig gewesen sein. Diese Spezialität mag für sie nicht überall und nicht zu allen Zeiten besondere Sympathie geweckt haben. Die Völker haben mit derlei Personen, wirklichen oder erdichteten, schlechte Erfahrungen viele gemacht. Den Deutschen zumal sind wieder und wieder Helden der Schlachten präsentiert worden, Vorbilder für das eigene Handeln beim nächsten Mal, im folgenden Krieg auf dessen Schlachtfeldern. Dann hat sie ihr Dichter Bert Brecht jedoch belehrt mit einem 1939 im dänischen Exil geschriebenen Satz, der ihnen freilich verspätet erst zu Ohren kam, Im Drama das „Leben des Galileo Galilei„ lässt der Dichter den „Helden“ seines Stückes auf die Bemerkung Andreas „Unglücklich das Land, das keine Helden hat“ entgegen: „Nein, Unglücklich das Land, das Helden nötig hat.“ Es dauerte bis in die Mitte des 20. Jahrhundert, dass ein deutscher Staat den Titel „Held der Arbeit“ vergab, eine Entgegensetzung zu all den voraufgegangen.

Ob Clio überhaupt einen Helden hatte, den sie rühmte, ist indessen ebenso wenig überliefert wie wir Gewissheit besitzen würden, dass sie sich in irgendeiner anderen Weise Geschichte schreibend hervorgetan hat. Ungeachtet ihrer eigenen ungeklärten Rolle: Sie wird auch als Schutzpatronin der Historiker bezeichnet, was freilich weitere Fragen aufwirft: Bedürfen die mit der Vergangenheit Beschäftigten eines Schutzes? Und vor wem vor allem oder überhaupt wären sie zu bewahren? Darauf soll an späterem Ort zurückgekommen werden. Zunächst wollen wir uns nicht mit dem Verhältnis der Göttertochter zur Geschichte befassen, sondern mit dem der Menschen.

Geschichte ringsum

Ob die Menschen zu ihrer Geschichte sich in ein Verhältnis setzen wollen, steht nicht in ihrer Macht. Sie werden in eine Situation hineingeboren, die heute Gegenwart ist und morgen schon Geschichte sein wird und das setzt sich ihr Leben lang so fort. Da gibt es kein Entrinnen. Der Mensch ist von Geschichte gleichsam umstellt. Denn die Dinge seiner Umwelt besitzen sie alle: eine Geschichte. Der Funkwecker, der den Schläfer am Morgen aufschreckt, ist vor Jahren erdacht und gebaut worden, und er besitzt einen Vorläufer und dieser wieder einen anderen und so fort. Am „Anfang“ stand Peter Henleins Nürnberger Ei und also sind wir im frühen 16. Jahrhundert angekommen und vor diesem Anfang liegt ein anderer, denn die Zeitmessung ist noch viel älteren Ursprungs.

Und so geht es fort mit den Sachen und Dingen, denen sich jeder Mensch bedient. Wer sich aus dem Haus und auf den Weg zu Schule oder Arbeit macht, passiert Straßen, deren Namen auf Ereignisse oder Personen der Geschichte verweisen, geht an Tafeln und Denkmälern vorbei, die Gleiches tun, betritt eine Lehranstalt, mit deren Namen an eine verdienstvolle Persönlichkeit erinnert wird. Doch wer würde an diesem oder einem anderen Morgen beim Schrillen der Weckuhr, dem Rauschen der Wasserleitung, dem Aufleuchten des elektrischen Lichtes über deren Ursprünge nachdenken, wer sich an der Bismarckstraße oder dem Karl-Marx-Denkmal auf seine Kenntnisse über deren Biografien

hin prüfen? Dafür existieren weder Zwang noch Lockung. Doch die gleichgültige Gedankenlosigkeit in diesen Momenten wechseln mit einem sich breit fächernden Interesse an der Geschichte in anderen Situationen und zu anderen Zeiten, das nahezu allen Menschen eignet. Auch der langweiligste Geschichtsunterricht hat das nicht ertöten können. Es richtet sich früher oder später auf das eigene Leben und das der eigenen Familie.

Woher komme ich? Spätestens wenn er einen Fragebogen für eine Bewerbung auszufüllen hat, wird jeder, gewandt oder unbeholfen, zum Geschichtsschreiber, auch wenn er das so selbst nicht wahrnehmen mag. Und wie der Historiker, dessen Gegenstand die Geschichte einer Person oder Partei, eines Vorkommnisses oder Ereignisses, einer Stadt oder Region, einer Nation oder gar der „Welt", womit meist nicht mehr und nicht weniger als die Vergangenheit der Menschheit auf unserem Erdball gemeint wird, sieht er sich Fragen gegenüber: Was aus diesem Leben weiß ich, was ist mir verborgen? Was aus ihm ist wichtig und erwähnenswert, was war ohne Belang? Soll ich, was ich von mir weiß, nach bestem Wissen und Gewissen darstellen oder dies oder jenes beschönigen oder unterschlagen? Geschichte schreiben heißt häufig, sich einer Versuchung aussetzen. Schon beim vis-à-vis mit einem Fragebogen.

In der Mehrheit aller Fälle aber verbindet sich das Interesse an der Familiengeschichte nicht mit deren auftragsgemäßer Darstellung für andere, sondern mit dem Interesse an dem, was Vergewisserung seiner selbst genannt wird. Dem einen mag sie beim Betrachten von Fotos der Vorfahren, beim Lesen von Briefen, beim Anschauen oder der Benutzung von Erbstücken nur oder vor allem Unterhaltung bieten, Blicke in eine fremde Welt öffnen. Andere suchen mehr. Ist im Leben der unmittelbaren Vorfahren nicht eine Anregung oder ein Anstoß zu finden, eine verwertbare Erfahrung oder eine Warnung, eine orientierende Haltung, das denkwürdige Streben nach einem Ideal, womöglich die verpflichtende Teilnahme an einem unausgefochtenen Kampf? Die Voraussetzungen, derlei „Fundstücke" auszumachen sind von Natur und Umfang der Hinterlassenschaften abhängig. Zumeist wird vieles nur mündlich überliefert, Kinder erinnern sich ihrer Eltern und berichten davon ihren Kindern. Seltener sind papierne oder auch Hinterlassenschaften auf den Festplatten von Computern, Doch in Ländern, in denen Freizeiten der Menschen und ihre Lebensdauer zunehmen, vermehrt sich auch die Zahl der Dokumente, in denen Vorfahren berichten. Was bei solchem Nachforschen aufgespürt wird, ist nicht durchweg vergnüglich, so oder so aber kann daraus doch ein Gewinn werden. Davon zeugen in Deutschland selbst und gerade Reflexionen, die Kinder und inzwischen auch Enkel über Väter und Großväter angestellt und niedergeschrieben haben, die zu jener politischen Verbrecherbande gehörten, die im „Reich" und über dessen Grenzen hinaus herrschten, eroberten, versklavten, vertrieben, mordeten.

Die Geschichte der eigenen Familie kann für Menschen so etwas wie ein „Einsteiger" sein und der Impuls, sich ihr zuzuwenden, wird nicht so selten im Geschichtsunterricht von Lehrern gegeben, Manchmal erhielten ihn selbst Geschichtsstudenten erst, wenn sie in ihrer Ausbildung mit Tatsachen bekannt werden, von denen sie annehmen mussten, dass sie sich auch in den Biografien ihrer Vorfahren niedergeschlagen haben. So wurden Großeltern von studierenden Enkeln, die gehört oder gelesen hatten, dass in ihrer Stadt schon vor 1933 jeder Dritte die Nazis gewählt hatte, gefragt, für wen sie sich denn damals entschieden hätten. Da sind Unterhaltungen über die Geschichte mitunter nicht sehr vergnüglich gewesen. Manche begannen oder endeten mit dem Bemerken, wer nicht dabei gewesen wäre, könne sich ein Urteil überhaupt nicht erlauben, und das sollte besagen, er solle auch das Fragen am besten unterlassen. Das mag im Einzelnen befolgt worden sein. Im Ganzen hat es in der Bundesrepublik Deutschland doch nicht funktioniert. Die Schlussstrichzieher sind wieder und wieder unterlegen. Und das geschieht ihnen, weil die Ansicht nicht tot zu kriegen war, dass die Rücksichten freie Beschäftigung mit der Geschichte, ihre Durcharbeitung, meist „Bewältigung" genannt, einen Nutzen einzutragen vermag und – umgekehrt – die Verweigerung gegenüber dieser Arbeit Nachteile haben kann.

Von Kindesbeinen an

Es gibt für die meisten Menschen keine Zeit ihres Lebens in der sie sich mehr mit Geschichte beschäftigen als ihre Schuljahr. Hierzulande entkommt kein durchschnittlich erfolgreicher, bis zum Abschluss der 10. Klasse gelangender Schüler einem Geschichtsunterricht, der 5 bis 6 Jahre dauert. Auf dem Wege zum Abitur kann dann das „Fach Geschichte" auch abgewählt werden, was heißt, es ist

nicht mehr obligatorisch. Liegen auch die Zeiten, da Schulklassen im Deutschen Kaiserreich im Chor und stehend die Daten des ersten, zweiten und dritten schlesischen Krieges aufzusagen hatte, ein Film der DEFA nach einem Roman von Johannes R. Becher hat eine dieser Szenen ins Bild gesetzt, inzwischen ein Jahrhundert zurück, so ist das Einprägen von Daten, insbesondere Jahreszahlen, Namen von Personen, Ereignissen und Prozessen, mit der Aneignung von Geschichtskenntnissen doch unweigerlich verbunden. Das bildet einen Grund dafür, dass Geschichte für einen Teil der Lernenden nicht eben zu den Lieblingsfächern zählt, ein anderer mag aus dem Zweifel über den Nutzen des Wissens von historischen Ereignissen liegen und der wieder steht in Verbindung mit den Inhalten, welche den Schülern als wissenswert angeboten werden. Diese bestimmte an den öffentlichen Schulen noch immer der Staat. Diese Tatsache allein macht es zu einer Lächerlichkeit, einem Staat zum Vorwurf zu machen, er verordne Geschichte. Denn das tut jeder und zwar nicht nur in der Absicht, geschichtliche Wahrheiten unter das lernende Jungvolk zu bringen. Er verficht da seine eigenen Interessen, die Erziehung von Untertanen, wie einst eingestanden wurde, oder die Heranbildung mündiger Bürger, wie heute behauptet wird. Im Geschichtsunterricht sollen, in Verbindung mit anderen Fächern, verfassungstreue Staatsbürger herangebildet werden, die auch über diese grundgesetzlichen Pflichten hinaus sich Forderungen unterwerfen, die der Staat erhebt.

Aus diesem Interesse bestimmt der Staat, in Deutschland die Regierungen seiner Länder, was Geschichtsunterricht sein und zu welchen Kenntnissen und Erkenntnissen er die Teilnehmer führen soll. Beamte entscheiden darüber, welche Schulbücher aus dem Angebot der konkurrierenden Verlage dem Unterricht zugrunde gelegt werden dürfen, das heißt, sie erteilen oder verweigern für ein Angebot die Zulassung. Die Verleger richten sich samt ihren Autoren auf diese Praxis ein. Inhalt, Methodik und Gestaltung sollen den Beifall dieser Kontrolleure finden. Sodann können Geschichtslehrer aus den Offerten, die diese Hürde passiert haben, auswählen, was sie mit „ihren“ Schülern sich vornehmen wollen. Das trägt sich nicht ohne Einmischung der Öffentlichkeit zu, doch ist es gemeinhin nur ein verschwindender Teil der Eltern, der sich für die Inhalte der Schulbücher ihrer Kinder (oder der Großeltern im Falle der Enkel) interessiert. Und von diesem wieder nur ein Bruchteil ist in der Lage, sich dazu sachkundig und kritisch zu äußern. Das tun hingegen politisch interessierte Kräfte, wie das folgende Beispiel zeigt. Dabei ist durchaus typisch, dass sich die Aufmerksamkeit und Einwände vor allem auf die Darstellung der neuesten Geschichte richten und zumal dann, wenn sie eine mehr oder weniger engen Bezug zur Politik, d. h. zur politischen Meinungsbildung der Schüler aufweist.

Zu den Gegenständen und Themen, die solches verstärkte Augenmerk anziehen, gehört die Geschichte der DDR, die ja auch im Streit jenseits von Schulen einen besonderen Platz beansprucht. Eine Reihe von Schulministerien namentlich in den Neuen Bundesländern ist offenbar zu der Einsicht gelangt, dass die Verteufelung des ostdeutschen Staates und seiner 40jährigen Geschichte schlicht unglaubwürdig ist. Die Annahme dieses Schreckensbildes scheitert nicht nur an den im Familienkreis zur Sprache kommenden Erinnerungen, sondern mindestens bei nachdenklicheren Schülern an der einfachen Überlegung, dass es „so nicht gewesen sein kann“, weil kein Staat über Jahrzehnte ohne die Akzeptanz seiner Bürger existieren kann. So finden sich in den Schulbuchtexten die Erwähnung von Tatsachen wie der Abwesenheit von Arbeitslosen, dem Beschäftigungsgrad von Frauen, der eine sie ermöglichende Kinderbetreuung voraussetzt und ähnliche. Kaum eine dieser Tatsachen wird ohne Abzüge erwähnt, so wird im Falle der Frauenarbeit auf die durch sie verursachte Belastung verwiesen, nicht aber auf die gewandelte Stellung der berufstätigen Frau im Verhältnis zu den (nicht nur eigenen) Männern. Und natürlich bleibt die Gesamtdarstellung dabei, dass der ostdeutsche Staat ein totalitäres Regime gewesen sei und wie alle abzulehnen ist.

Das genügt den antikommunistischen Scharfmachern, etwa denen im Forschungsverband SED-Staat an der Freien Universität Berlin nicht. Die Behandlung des Thema DDR im Geschichtsunterricht in Berlin und Brandenburg sei skandalös, behauptet der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, der Dachorganisation der Verbände der Lehrer an Gymnasien, Realschulen beruflichen Schulen und Wirtschaftsschulen, der sein Urteil auf Ergebnisse einer fragwürdigen Schülerbefragung stützt, die jener Verbund veranstaltet hat. Ohne dass dafür ein einziger Satz aus einem der dort benutzten Schulbücher zitiert ist, wird behauptet, es werde die DDR als ein Paradies dargestellt und von Jahr zu Jahr

schöner, In manchen (ungenannten) Schulbüchern SPD-regierter Länder, klagt der Oberstudiendirektor und Leiter eines Gymnasiums im bayerischen Vilsbiburg, werde die DDR „mit Glacéhandschuhen“ angefasst. Die Schuldigen an diesem Zustand hat er in krypto-kommunistischen Kreisen, der SPD und bis in die Reihen der Grünen ausgemacht. Seine Forderungen für eine Korrektur sind klar formuliert: mehr totaler Unrechtsstaat, mehr Todesmauer, mehr Besuche in Hohenschönhausen und im Geschichtsunterricht auch mehr Baltikum, Donauschwaben, Königsberg, Pommern. Dazu passt seine Warnung vor einem zu viel an Beschäftigung mit der Geschichte des „Nationalsozialismus“. Der Mann, der einmal schon auf dem Sprung auf den Sessel eines Bildungsministers war, besitzt eine klare Vorstellung davon, was Geschichtsunterricht in er Bundesrepublik zu leisten hat. Er hat Antikommunisten zu formieren. Dass ein Mann seines Typs an die Spitze eines demokratisch strukturierten Lehrerverbandes gelangen kann und mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert wurde, sagt mehr über Gesellschaft und Staat als alle Beteuerungen über den in ihr herrschenden Pluralismus.

Unterhaltsame Abende

Ist die Schule verlassen, folgt in späteren Jahren die Geschichte als gelegentliche Abendunterhaltung, gelieferte von rund einem Dutzend Fernsehanstalten. Mit deren Lieferungen verbindet sich häufig der Anspruch, unterhaltend aufzuklären. Worüber? Vorzugsweise über die Geschichte jener „dunklen Jahre“ oder jenes „dunkelsten Kapitels“ deutscher Geschichte, Umschreibungen, welche die Jahre der faschistischen Diktatur in Deutschland bezeichnen. Die Sendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, die jüngst, vorab breit propagiert, Millionen von Zuschauern anzogen waren: 2004 wurde der nahezu dreistündige Film der „Der Untergang“ gezeigt, in dem Hitler, Goebbels, Himmler, Bormann, dazu Wehrmachtsgenerale auftraten. Die Handlung spielte nach einer knappen Introduktion in den letzten Tagen dieses „Dritten Reiches“ und hauptsächlich in des „Führers“ letzten Hauptquartier, dem Bunker unter der Reichskanzlei im Zentrum Berlins. 2006 wurde an zwei Abenden der Fernsehfilm „Dresden“ ausgestrahlt, dessen Handlung in die Geschichte der Zerstörung der Stadt durch die Luftbombardements im Februar 1945 führt. 2007 kam mit „Die Flucht“ ein weiterer Drei-Stunden-Film in das Fernsehprogramm, der die Geschichte eines von einer Frau Gräfin angeführten Trecks westwärts erzählt, der von Ostpreußen bis nach Bayern gelangt. .2008 lieferte das Fernsehen „Die Gustloff“, den Film vom Untergang des einstigen KdF-Dampfers, den ein sowjetisches Unterseeboot vor der Ostseeküste versenkte, als er sich, besetzt mit vor der herannahenden Front fliehenden Menschen, auf der Fahrt von Gotenhafen befand.

Was diese vier Filme gemeinsam haben ist der Zeitraum, in dem sie handeln, der Endphase des Krieges, und drei von ihnen spielen im Osten, also vor der deutsch-sowjetischen Front. Diese Wahl bot in allen Filmen Gelegenheit, die Leiden der Deutschen, ihre Opfer am Ende des Krieges in bewegende Bilder zu setzen, Menschen zu zeigen im Chaos des Schiffsuntergangs, im Hagel der Fliegerbomben oder in den Erdkämpfen inmitten Berlins und auf den endlosen Wegen durch einen eisigen Winter ins Ungewisse. Damit bedienten die Filme eine Tendenz, die sich auch in den Druckerzeugnissen der Jahre, also in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, verfolgen ließ und die in die Worte gefasst wurde: Opfer ringsum. Nun bestreitet niemand, dass namentlich im letzten Kriegsjahr die Deutschen zu Tausenden und Abertausenden im Kriege umkamen. Allein an den Fronten im West und – mehr noch - im Osten verloren in diesem Jahr mehr deutsche Soldaten ihr Leben als in all den Jahren zuvor zusammengenommen. Wie viele Menschen mehr hätten das Kriegsende erlebt, hätten sich die deutsche Generalität wie ihre Vorgänger 1918 zur Kapitulation entschlossen, als die gegnerischen Truppen vor der Reichsgrenze standen, also nicht bis in die Straßen Berlins. Wie viele Frauen und Kinder und alte Menschen, die im deutschen Hinterland lebten, das nun kein Hinterland mehr war, hätten überlebt, wäre es nicht in den buchstäblich letzten Kriegswochen noch zu den verheerenden Luftangriffen auf Dresden, Chemnitz, Pforzheim, Potsdam und andere deutsche Städte gekommen.

Nicht dass Filmgeschichten von Opfern erzählten, verdiente Kritik, sondern die Tatsache, dass sich die Filmemacher, Drehbuchautoren und Regisseure, darauf spezialisierten und keine Handlung zum Gegenstand eines Spielfilms machten, die zeigte, wie die Deutschen sich in diese Lage gebracht hatten. Denen bevor sie zu Opfer wurden und selbst noch in dieser letzten Kriegsphase funktionierten sie als Instrumente eines beispiellos verbrecherischen Regimes. Ohne diese ihre Rolle hätte der Krieg

nicht mehr als fünfeinhalb Jahre dauern können. Sie hatten „durchgehalten“, nicht bis zum Endsieg, an den noch zu glauben einer immer größeren Zahl von ihnen schon 1943 schwerfiel, sondern bis in chaotische Zustände, die an die Elendsbilder erinnerten und sie übertrafen, die Szenen des Dreißigjährigen Krieges darstellten. Die Filme wie die Literatur über die Schlussphase des Krieges auf deutschem Boden mochten Abscheu und Furcht vor Kriegen erzeugen und die Mehrheit der Deutschen, inzwischen gebildet von Menschen, die so glücklich waren, Krieg nicht durchlebt zu haben, zusätzlich vom Wert des Friedens überzeugt haben. Sie konnten Gefühle mobilisieren und haben das sicher auch getan. Sie haben die Konsequenzen und Folgen des Krieges ins Bild gesetzt, aber nichts über deren Herkunft, Voraussetzungen, Bedingungen, Triebkräfte, Interessenten und Nutznießer erkennen lassen.

Nun kann die Handlung eines Spielfilms nicht leisten, was sich mit einem Lehrbuch der Geschichte an Erkenntnissen vermitteln lässt. Mit ihr aber lassen sich Denkanstöße geben, Denkrichtungen bezeichnen, etwa durch Nebenhandlungen oder auch nur Episoden. Doch geht es hier nicht in erster Linie um die Tiefe, bis zu der geschichtliche Vorgänge durch unterschiedliche Medien ausgeleuchtet werden können. Zur Rede steht eine deutliche Abstinenz gegenüber Themen und Gegenständen aus der Vorgeschichte des Krieges und der Nazidiktatur. Geben die dramatischen Stoffe nichts her? Wie stünde das um das Zustandekommen der frühen Beziehungen zwischen den Spitzen der Nazipartei und jenen Kreisen, die zur deutschen Wirtschaftselite gezählt werden. Göring, der Hitler bei dem Bankier Emil Georg von Stauß einführt? Hitler Anfang 1932 vor der Creme der Industriellen des Ruhrgebiets? Dann wäre da die Intrige, die Kennzeichnung stammt schon den dem Zeitgenossen Carl von Ossietzky, die Adolf Hitler in die Wilhelmstraße brachte, in die Nähe jenes Ortes, an dem dann der Bunker gebaut wurde, in dem er endete. Oder die Zusammenkunft, die Anfang Februar 1933, am 5. Tage der Kanzlerschaft des Naziführers, im Hause des Chefs der Heeresleitung der Reichswehr stattfand. Dort entwickelte Hitler das Programm der Eroberung Osteuropas, das acht Jahre später in Angriff genommen wurde. Und was an diesem Abend gesagt wurde, wusste Stalin im Moskauer Kreml einige Tage später. Wie viele Filmhandlungen ließen sich allein um die Geschichte der Münchener Konferenz von 1938 denken? Der Unterschied zwischen dem Gezeigten und dem Gemiedenen liegt zutage. Beides fordert in anderer Weise eine Parteinahme. Und wer würde, die Herstellung des Films vom Untergang der Gustloff soll 10 Millionen Euro, „Der Untergang“ 13,5 Millionen erfordert haben, derlei Streifen vorfinanzieren?

Eine an Zahl kleinere Gruppe von Filmen, die ein großes Publikum erreichten, erzählt Episoden des Widerstands gegen das Naziregime. 2004 wurde im Fernsehen der deutsch-österreichische Film „Stauffenberg“ gezeigt, der die Reihe der vorausgegangenen Verfilmungen des Stoffes verlängerte, welche die Ereignisse um den 20. Juli 1944 bieten. 2005 kam der Film „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ in die deutschen Kinos, der es bis zu einer Nominierung in dem Oscar-Wettbewerb brachte. 2004 wurde in einer Reihe, die sich mit den Attentaten auf Hitler befasste, eine Dokumentation im Fernsehen gesendet, die Georg Elsers Anschlag vom 9. November 1939 zum Gegenstand hatte.

Die Schutzpatronin

Von Clio ist in der Literatur auch als der Schutzpatronin der Historiker die Rede und so lässt sich fragen; Braucht diese Spezies von Arbeitern derlei überhaupt? Wer unter Tage Kohle abbaut, als Bauarbeiter auf himmelhohen Gerüsten hantiert, wessen Arbeitsplatz sich in einem Kernkraftwerk befindet, für den versteht sich solches Schutzbedürfnis von selbst. Und wenn es eine entsprechende Bekleidung und angemessene eigene Vorsorge nicht machen, mag das Zutun einer solchen Patronin willkommen sein. Die Bergleute beispielsweise wissen oder glauben sich in der Obhut der Heiligen Barbara, die ihren Tag alle Jahre im Dezember hat, deren Schutz aber auch von Militärs, vorzugsweise den Artilleristen, gegen Schießunfälle in Anspruch genommen wird und mancherorts von Feuerwehrleuten.

Wovor aber sind Historiker zu schützen, deren hauptsächliche Arbeitsplätze Schreibtische in Bibliotheken und Archiven bilden oder, wenn sie sich an lebende Zeitzeugen wenden, sich dafür sonst einen angenehmen Ort frei wählen können? Zunächst einmal, ähnlich den Angehörigen nahezu aller

anderen Berufe, bedarf es des Schutzes vor eigener Fahrlässigkeit, vor Leichtsinn, übermäßiger Beschleunigung der Arbeitsprozesse, was etwa zur Nichtbeachtung von Quellen und am Ende zur Vereinfachung oder einer anderen Verzeichnung hochkomplizierter Zusammenhänge führt. Es erscheint fraglich, ob Clio für diese Fälle zuständig ist.

Die eigentliche Gefährdung der Historiker ergibt sich aus einer Eigentümlichkeit ihrer Wissenschaft, der Nähe zur Politik.

Der Gegenstand ihrer Beschäftigung und deren Ergebnisse erregten seit Jahrtausenden die Aufmerksamkeit der Herrschenden, denn sie fanden manches für ihre Zwecke verwertbar, etwa der Erhöhung und Verklärung ihrer eigenen Person oder der ihres ganzen Geschlechts. Folglich griffen sie nicht nur auf Brauchbares zu, was sie vorfanden, sondern sie hielten sich auch Geschichtsschreiber, so ihre Dienerschaft vermehrend. In dieser Stellung beschäftigt zu sein, das schuf klare unverborgene Verhältnisse, schloss freilich nicht aus, dass diese Hofangestellten sich bei ihren Studien diesen oder jenen eigenen Gedanken machten und auch niederschrieben. Darüber sind wir hierzulande hinaus. So viele Bedienstete von Hausmeistern bis zu Flugkapitänen sich jede Bundesregierung auch halten mag, ein Historiker, der den Auftrag hätte, ein Lob auf die Taten des Regierungschefs, verrichtet am jeweils vorhergehenden Tage, zu schreiben, ist auf den Gehaltslisten nicht zu finden.

Will sich die Staatsobrigkeit über einen Gegenstand oder ein Thema der Geschichte Aufklärung und Gewissheit verschaffen, aus eigenem Antrieb oder weil sie dazu von der Bürgerschaft gedrängt wird, heuert sie eine Expertenkommission an. Die arbeitet nach eigenem Gutdünken und der Eindruck ihrer Unabhängigkeit ist vermehrt, wenn sie international zusammengesetzt wurde. So geschehen unlängst, als sich vier Historiker, zwei Deutsche, ein Israeli und ein US-Amerikaner der Geschichte des Auswärtigen Amtes annahmen, genauer seiner Tätigkeit und seines Personals in den Jahren der Nazidiktatur und in der Frühphase der westdeutschen Republik. Der „Fall“ war von der einfacheren Art. Der Gegenstand qualmte nicht mehr. Gut, es konnte kein Ruhmesblatt der Staatsgeschichte aufgeschlagen werden, aber über dem lagen inzwischen andere, darunter gut vorzeigefähige. Die wiederverwendeten „Helfer Hitlers“ und des in Nürnberg 1946 hingerichteten Joachim von Ribbentrop waren tot. Kein Lebender musste bloßgestellt, kein anderer von seinem Posten noch entfernt werden. Es ging einzig um die Frage, wie mit diesen – das ist auch ein schön erfundenes sprachliches Bild – „gebrochenen Biographien“ künftig umzugehen sei und also der Wahrheit auf einem Felde Rechnung getragen werde, an dessen Zustand das Interesse in er Öffentlichkeit weithin längst erloschen ist.

Ein wenig anders liegen die Dinge beim Auftrag einer anderen von der Regierung jüngst berufenen Kommission. Die soll sich mit der Frühgeschichte der Geheimdienste in der Bundesrepublik befassen. Da steht es zwar personell, 65 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft nicht anders als beim Auswärtigen Amt. Nur waren die in diese Dienste des neuen Staatswesens übernommenen Dienstränge der Wehrmacht, der SS und des Sicherheitsdienstes vordem in das verbrecherische Regime noch in ganz anderer Weise – um wieder eines jener bevorzugten Schleierworte zu gebrauchen – „verwickelt“ als die Diplomaten. Und da die Tätigkeit und die Methoden dieser Staatsdiener auch für die Jahre nach 1945 vollständig nicht offengelegt werden sollen und so sie zutage gebracht werden, viel Ablehnung bis zum Ekel erzeugen können, kann diese Forschungsarbeit und der Veröffentlichung ihrer Resultate die Aversion weitester Bevölkerungskreise gegen die Geheimdienste verstärken. Niemand forderte beim Erscheinen des Buches „Das Amt“ die Abschaffung der Diplomatie. Aber die Abschaffung der Geheimdienste? So schlimm wird es aber nicht werden, die Argumente zur Verteidigung seiner Existenz sind längst formuliert. Wer sonst schützt uns vor Osama bin Laden oder jetzt, da er tot, vor seinem Erben und Nachfolger?

Kurzum, die Fachleute der Geschichtswissenschaft in Regierungsdiensten sind heute wie die Soldaten „Historiker auf Zeit“, freilich, ohne irgendeiner Befehlsgewalt unterworfen zu sein. Personen oder Kommissionen zum Lob der Regierung werden nicht beschäftigt. Das war einmal. Wirklich? Genau genommen: Nicht ganz. Ein erheblicher Teil dieser Zunft, sind Staatsbedienstete und darunter befindet sich nicht vollständig, aber doch zu einem großen Teil deren Elite. Die Professoren der Geschichte an en Universitäten und Hochschulen befinden sich in einem Beamtenverhältnis. Sie werden hoch bezahlt

und haben einen entsprechenden Pensionsanspruch. Das verpflichtet sie juristisch zu nicht mehr wie jeden anderen Bürger des Landes, zur Respektierung der Verfassung. Wie steht es aber mit dem moralischen Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeiternehmer. Von jedem Arbeiter am Band von Daimler oder Opel wird erwartet, dass er mit seinen Mitteln das Ansehen und so vorhanden den Ruhm der Fabrikmarke mehrt. Um was für ein Fahrzeug handelt es sich bei den Geschichtsarbeitern? Wessen Ansehen und Ruhm können sie häufen? Was kann ein staatlich bestallter Historiker, sagen wir der Geschichte Mesopotamiens leisten, dass seinem Arbeitgeber nutzen könnte? Seine Arbeit, trüge sie bedeutende Früchte, könnte schon Interesse und Beifall in Syrien, dem Irak oder dem Iran finden. Der deutsche Außenminister wäre in der Lag, bei seinem nächsten Staatsbesuch dort seinem Partner ein Werk zu überreichen, in dem die womöglich ruhmvolle Vergangenheit des geografisch fernen Staates dargestellt ist. Überbewerten lassen sich derlei Dienste der Wissenschaft für die Politik indessen nicht.

Anders liegen die Dinge, und das tut die Mehrheit der Spezialisten, wenn der Gegenstand ihres Forschens und Lehrens die deutsche Geschichte ist und da wieder die Zeiten der neueren und neuesten Geschichte, beispielsweise die des 20. Jahrhunderts. Den Unterschied macht, dass sich der Forschende da nicht im Untergegangenen, sondern noch in den Zeiten jener Gesellschaft bewegt, die fortdauert, in der er lebt und arbeitet, wenn auch in einer anderen Phase ihrer Entwicklung. Die handelnden Personen mögen alle tot sein, die Beschädigung ihres Ansehens oder Rufs durch das Urteil des Historikers sie also nicht mehr treffen können, aber die sozialen Klassen, Schichten und Gruppen, vielfach auch die politischen Parteien existieren fort und mit ihnen die Interessen, die aus ihrer jeweiligen Lage hervorgehen. Wer die Überzeugung verbreiten will, dass bürgerliche Gesellschaft, mit deren Vergangenheit haben es die Spezialisten der Neueren und Neuesten (auch Zeit-)Geschichte zu tun, zur besten aller möglichen Verfassungen erklärt, deren Perspektiven in hellem Licht erscheinen lassen will, ist nicht daran interessiert, auf jene Erfahrungen ungeschönt zurück zu blicken, in denen sich Möglichkeiten der Ausprägung eben dieser Gesellschaft zeigten, die schaudern lassen und warnen. Nichts belastet in der europäischen Geschichte deren Bild ärger als zwei Weltkriege und die Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Die Ausflucht, es habe sich dabei um zufällige Entwicklungen und Erscheinungen, die nach 1945 in Mode kam, ist längst im Abfallkorb für Geschichtslegenden.

Jedoch: Historiker, die Ergebnisse ihrer Arbeit ohne Rücksichten auf aktuelle Interessen von Personen und sozialen Gruppen publizierten, sie bildeten noch stets eine Minderheit, bekamen es noch stets mit den Weißwäschern zu tun. Einer der das erfuhr, war der Hamburger Historiker Fritz Fischer (1908-1999), der mit seinem 1961 erschienen Buch „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918“ die erste große Historiker-Kontroverse nach Kriegsende auslöste, die nicht nur mit geistigen Mitteln ausgetragen wurde. Während in der marxistischen Historiographie die Hauptverantwortung des deutschen Imperialismus für den Sturz in den Weltkrieg, eine von Friedrich Engels vorausgesehen und vorausgesagt Entwicklung, außer Frage stand, hatte die bürgerliche Geschichtsschreibung seit den Zeiten der Weimarer Republik an Thesen wie jenen von der Vaterlandsverteidigung und dem Hineinschlittern der deutschen kaiserlichen Führungsgruppe in den Krieg festgehalten. Das war unter den Bedingungen der Reichspräsidentschaft eines kaiserlichen Feldmarschalls und angesichts der jeder tief lotenden Selbstkritik unfähigen Sozialdemokratischen Führung gut möglich. Und in den Jahren der faschistischen Herrschaft war an eine auf die Wahrheit gerichtete Geschichtsschreibung ohnehin nicht zu denken. Nun also trat ein bekehrter – denn Fischer war ein Parteigänger der Nazis gewesen – Universitätslehrer mit der wohlbegründeten These hervor, dass „die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges“ getragen habe. So hatte die alte Historikergarde einen Neubeginn und die „Bewältigung deutscher Vergangenheit nicht verstanden. Es begann die Fischer-Kontroverse. Denn mit der Feststellung, es sei 1914 ein „Griff nach der Weltmacht“ unternommen worden, lag eine Herausforderung vor, sich über Entwicklungslinien deutscher Geschichte klar zu werden, über die Beziehungen der kaiserlichen und der hitlerschen Expansionspolitik und das führte nicht nur und nicht in erster Linie zu einem Personenvergleich, sondern – mit Bertolt Brecht zu sprechen – zur Frage nach dem Schoß.

Am 75. Jahrestag des Pogroms

Ansprache am 10. November 2013 im Rathaus zu Treptow

Ein Dreivierteljahrhundert nach einem Ereignis gehen die Zeitzeugen aus. Wer 1938 seine Schulpflichtjahre hinter sich hatte, geht seinem neunzigsten Geburtstag entgegen. Von dieser Generation ist ein Rest geblieben, der, reichen ihm die Kräfte dazu noch, sich wirklich zu erinnern vermag. Das Wort vom Erinnern hat in der deutschen Alltagssprache seit einiger Zeit allerdings einen neuen erweiterten Bedeutungsinhalt erhalten und die Aufforderung „Erinnern wir uns“ wird an Menschen gerichtet, die tatsächlich eigenes Erinnerungsvermögen an ein Vorkommnis oder Ereignis nicht besitzen können. Und eigentlich müsste die Aufforderung in solchem Gebrauch lauten, stellt Euch vor oder versucht, vor Euer geistiges Auge ein Bild zu rufen, zusammengesetzt aus Informationen, entnommen aus Nachrichten, Büchern verschiedenster Art, bezogen von Fotografien und Bildern. Damit lässt sich gedanklich weit kommen, eigene Anstrengung vorausgesetzt.

Vor ein paar Wochen folgte ich einer Einladung in eine Schule im Brandenburgischen, nahe Berlin, nach Blankenfelde und da in eine 6. Klasse, also zu zwölfjährigen Mädchen und Jungen. Ihre Lehrerin hatte in zwei Parallelklasse je ein für diese Altersstufe geeignetes Buch über die faschistischen Judenverfolgungen im Deutschen Reich zum verbindlichen Lesestoff bestimmt. Dann aber, mit den Fragen ihrer Schüler konfrontiert, war sie in manche Verlegenheit mit den Antworten geraten und das wiederum hatte mir die Einladung eingetragen. Die Bücher, dies vorweg, waren Judith Kerrs Erinnerungen unter dem Titel „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“, das in Großbritannien geschrieben wurde und dort 1971 unter dem Titel „When Hitler Stole Pink rabbit“ erschienen war und es bis zur Übersetzung ins Türkische schaffte. Es erzählt die Geschichte der überstürzten Flucht des Mädchens aus Deutschland, über der sie ihr Lieblingsspielzeug mitzunehmen vergaß. Das andere Buch hat Hans Peter Richter zum Verfasser, erschien 1961 unter dem Titel „Damals war es Friedrich„ wurde wieder und wieder aufgelegt und gelangte insgesamt in 2 Millionen Exemplaren auf den Büchermarkt. Es erzählt. eine tatsachengestützte, jedoch erfundene Geschichte. Sie handelt von einem jüdischen Jungen, der mit einem nichtjüdischen befreundet war, sich in Nazideutschland verbirgt, doch schließlich nicht überlebt, sondern bei einem Bombenangriff umkommt, da ihm der Weg in einen Luftschutzraum verschlossen ist. Wir sprachen in zwei Unterrichtsstunden über die Geschichte des Friedrich und sortierten die in dem Buch vorkommenden Personen nach ihrem Verhalten gegenüber dem Verfolgten. Es ergab sich, dass eine ganze Anzahl von Nichtjuden ihm nicht übelwollte, aber genau besehen auch nichts tat, was ihm seine immer elender werdende Lage erleichtert haben würde. Ja, sagte ein Junge, hätte man ihm direkt geholfen, wäre man doch ins KZ gebracht worden. So kamen wir auf die Frage, ob man von jemandem verlangen könne, ein Held zu sein. Eigentlich nicht, sagte ein anderer Mitschüler, der vordem die Achseln gezuckt hatte. So waren wir, ohne den Bert Brecht ausdrücklich zu erwähnen, bei dem Wort des Galileo Galilei angekommen: Glücklich das Land, das keine Helden nötig hat. Wie aber, die Frage schloss sich an, kommt man in solche gesellschaftlichen Zustände, in denen Helden nicht vonnöten sind. Ein Mädchen sagte leise: Man müsse die Richtigen wählen. Meine nächste Stunde hätte dem Thema gegolten, wie man die Richtigen von den Falschen unterscheidet, doch meine Aufgabe war mit dem Klingelzeichen schon erledigt.

So kann man, deshalb wurde der Vorfall hier erzählt, von den Judenverfolgungen mir nichts dir nichts in unsere Jahre und Zeiten geraten. Von bloßen Trauerritualen halte ich auch an einem 9. November nichts. Und dies umso weniger, als wir uns von Denkweisen und Haltungen, die denen ähnlich sind, die einst den deutschen Juden galten, nicht so weit entfernt haben, dass wir in diesem Punkte die Vergangenheit als „bewältigt“ ansehen könnten. Ohne besondere Aufregung wird in Nachrichtensendungen und in Kommentaren gesagt, dass in Deutschland Nationalismus, Antisemitismus und jüngst insbesondere der Antiziganismus im Zunehmen begriffen sind. Und so müsste an einem Tag wie dem Heutigen die Frage derer, die sich wirklich kritisch mit deutscher und nicht nur deutscher Vergangenheit auseinandergesetzt haben, doch lauten, was hast Du im zurückliegenden Jahr denn in Worten und Werken getan, um für die einzutreten, die heute beleidigt, misshandelt, verfolgt, dem Hungertod preisgegeben werden? Was nicht nur gegen jene, die mit den dumpfen Parolen „Ausländer raus“ oder

„Deutsche zuerst“ herumschreien, sondern auch gegen jene, die in der Form weniger aggressiv, aber in der Sache nichts anderes fordern als die mit den Nazi- oder naziähnlichen Zeichen an Fahnen und ihrer Kleidung, die Ausländer beleidigen oder auch zusammenschlagen. Mit denen beschäftigt sich, wird man ihrer habhaft, die Justiz. Wer aber beschäftigt sich mit den Stimmungen und Haltungen, die in der sogenannten Mitte der Gesellschaft existieren? Für einen Teil der Deutschen ist allein die Tatsache, dass hierzulande die ökonomische Krise bisher relativ gut gemeistert wurde, nicht ohne eigenes Verdienst, ein Boden für deutschen Hochmut und Geringschätzung und Missachtung Anderer, nicht nur der Griechen, sondern etwa auch der Franzosen. Andere beziehen ihr Nationalbewusstsein aus Meldungen, wonach die Bundeskanzlerin die einflussreichste Frau der Welt sei. Also wir sind wieder wer und wollen den Platz behaupten, den wir uns erarbeitet haben, den an der Sonne. Und – das ist das gängigste der faulen Argumente – schließlich können wir nicht allen helfen. Dabei wäre darüber zu reden, welchen wir doch helfen könnten, politischer Verfolgung, Obdachlosigkeit und einfach dem Hunger zu entkommen.

Damit hätten wir uns von dem Nachdenken über den 9. November 1938 nicht entfernt. Denn es hätten Tausende und Abertausende deutscher Juden den Faschismus im Exil überleben können, wenn sich die Staaten, aufgeweckt durch die Mordtaten während des Pogroms entschlossen haben würden, ihre Grenzen den – Hilfe und Rettung suchenden – Juden zu öffnen, anstatt darüber zu befinden, wie sie die Verfolgten von ihren Grenzen und Ländern fernhalten könnten. Heute wird in der Geschichte der Staaten um diesen Sachverhalt ein Bogen gemacht oder es wird zugegeben, dass dies ein Schandfleck in ihrer Vergangenheit ist. Nur geht es nicht um die Feststellung dieser Tatsache allein, sondern mehr noch um die Beantwortung der Frage, warum die Regierungen sich weitgehend so gleichgültig und verschlossen verhielten. Sie schielten auf die Antisemiten und die Unsolidarischen in ihren eigenen Ländern, darunter auf ihre eigenen Wähler, mit denen sie sich es nicht verderben wollten. Womit wir wieder in der Gegenwart und eben auch der deutschen wären. Wo machen sich hierzulande heute Politiker aufrüttelnd und empört hörbar und äußern sich gegen diesen Mangel an Mitmenschlichkeit, gegen Teilnahmslosigkeit gegenüber dem Leben anderer, gegen all die Halb- und Hartherzigkeit, die weithin das Denken und Verhalten regieren. Das wäre mein Maßstab, der an die Reden anzulegen ist, die in Gedenkveranstaltungen in Sälen, vor Denkmälern, in Kirchen und anderswo gehalten werden.

Dieser 9. November 1938 sollte alljährlich in vielerlei Hinsicht ein Tag der Bilanz sein, samt der Schlüsse, die aus ihr zu ziehen wären. Was ist, ließe sich fragen, seit dem Jahrhundertbeginn auf dem Felde der Aufklärung getan worden? Die Masse der wissenschaftlichen und allgemeinverständlichen Literatur zum Thema hat weiter zugenommen. Wer beispielsweise im Katalog der Staatsbibliothek Berlin unter dem Stichwort Pogrom 1938 nachfragt, erhält 39 Angaben, die älteste verweist auf ein Buch aus dem Jahre 1957, die jüngste auf das Jahr 2009. Wer nachdem doch eng verwandten, aber eigentlich verpönten Begriff Kristallnacht forscht, stößt auf 74 Buchtitel, der jüngste aus dem Jahr 2013. Die mit dem falschen Oberbegriff bezeichnete sogenannte Holocaust-Literatur offeriert 5528 Angaben (Stand vom 3. November 2013), was bedeutet, dass wer jeden Tag eines dieser Bücher wenigstens ansehen und sich einen Überblicküber seinen Inhalt verschaffen wollte, dafür 15 Jahre brauchte. In der Tat bilden die Verfolgung und der Massenmord an den europäischen Juden den bei weitem am gründlichsten untersuchten Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen über die Zeit der faschistischen Diktatur und Expansion.

Was also ist für das Thema des Pogroms seit 2000 neu hinzugekommen? Nichts, was dessen Ursprung, Absichten, Verlauf und direkte Folgen angeht. Doch wie auf anderen Feldern auch haben sich die Untersuchungen ins regionale und lokale erstreckt, wodurch ein erheblicher Gewinn namentlich für den Unterricht an den Schulen vor Ort erzielt worden ist und auch der Boden für die Kritik an jenen Erinnerungstafeln entsteht, die in allgemeinsten Wendungen das Geschehene zwar bezeichnen, aber so tun, als seien die einheimischen Nazis und Judenfeinde daran unbeteiligt gewesen. Das Verbrechen der Brandstiftung und Brandschatzung wurde demnach von irgendeiner unbenannten „frevelnden Hand“ verübt und nicht von Männern des örtlichen oder benachbarten SA-Sturmes.

So sind in den letzten 13 Jahren Abhandlungen über die Geschehnisse des Pogroms in Hessen, Rheinland und Westfalen, Thüringen und in Städten wie Berlin, Frankfurt a. M. und Düsseldorf,aber auch in

kleineren wie Bayreuth und Bensheim entstanden. In dem kaum mehr als 5000 Einwohner zählenden badischen Kippenheim im Ortenaukreis hat ein Verein sich um die Restauration der dortigen Synagoge gekümmert und das dokumentiert. Andere Veröffentlichungengalten dem Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung während des Pogroms und auch dem Umgang mit dem Gedenken in DDR-Zeit.

So viele Streit- und Konfliktthemen es in der Geschichtswissenschaft über die Jahre der faschistischen Herrschaft noch geben mag, das Ereignis des 9. November 1938 und seine unmittelbaren Folgen betreffen sie nicht. Das liegt zum einen an der Tatsache, dass, wenn es auch nicht durchweg am helllichten Tage geschah, so doch vor aller Augen. Die Zahl der Augenzeugen ging in die Abertausende, wenn auch viele nichts gesehen haben wollten, was wörtlich nur für die Landbevölkerung – auch für sie nicht durchweg – und die Bewohner kleinerer Städte galt, aus denen die Juden schon in die Anonymität größerer geflohen waren. Doch wer nicht dabei war, konnte sich noch in der kleinsten Zeitung darüber informieren, was geschehen war. Vor allem aber erhielt sich eine Vielzahl von Dokumenten, zumal Organisatoren und die Ausführenden vor Ort unbezweifelbare Berichte angefertigt hatten, die überliefert sind. Das zusammen ergab auch die Möglichkeit, nach der Zerschlagung der faschistischen Herrschaft Täter des Pogroms zur Rechenschaft zu ziehen und sie von Gerichten aburteilen zu lassen.

Unterschiedliche Deutungen des Ereignisses sind nicht so sehr in der Zunft der Fachleute, sondern in der Publizistik wieder und wieder anzutreffen und also zählebig. Der Pogrom gilt als Auftakt oder als Vorbote oder als erster Schritt zum Holocaust, also zur Massenvernichtung. Diese erscheint als die Folge von jenem. Damit ist die Untat aber historisch falsch verortet. Mit ihr wurde das Ziel verfolgt, die in Deutschland lebende, durch die Flucht Zehntausender arg verminderte Judenheit vollständig außer Landes zu treiben und gleichzeitig im Ausland die Bereitschaft zu steigern, die Zuflucht Suchenden auch aufzunehmen. Die Tatsache, dass die braunen und schwarzen Antisemiten über die Juden mörderisch dachten, dass sie das taten, lässt sich beispielsweise in Hitlers „Mein Kampf“ lesen, bedeutet nicht, dass sie im Herbst 1938 einen Plan besessen hätten, die Juden umzubringen. Über deren Leben dachten sie gewiss missachtend, wie sich namentlich an der Behandlung der jüdischen Männer zeigte, die nach dem Pogrom nach Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau verschleppt wurden. Das Leben eines Juden, der dort zugrunde ging, galt ihnen nichts und der Pogrom hat ebenso gewiss die Verrohung und Brutalisierung der beteiligten SA-, SS- und Gestapo-Mannschaften weitergetrieben. Insofern gibt es zwischen ihm und den Folgen eine Beziehung. Doch die Entscheidung, die zu den Massakern auf erobertem sowjetischem Boden, im polnischen Chełmno/Kulmhof, dann in Auschwitz, Sobibor, Belzec und Treblinka führten, entstammen einem späteren Zeitraum, der Phase der Vorbereitung auf den Überfall auf die UdSSR.

Die Rückerinnerung an den Pogrom wie die Geschichte der Judenverfolgung und des Judenmords enthält eine allgemeine Warnung, von der häufig der Blick auf die vielen Einzelheiten des Geschehens ablenkt, hin auf die beteiligten Personen, die Opfer und die Täter, auf die zerstörten Güter der Kultur und vieles andere. Doch da ist noch etwas anderes.

Die Zeitgenossen des Jahres 1933 vermochten sich nicht vorzustellen, dass keine sechs Jahre später sich in Deutschland so etwas wie ein Pogrom ereignen könnte, Menschen grundlos gejagt, Gotteshäuser angezündet, dann gesprengt, tausende Männer in Konzentrationslager verschleppt werden würden. Und dann, 1938, waren dieselben Zeitgenossen nicht imstande, sich vorzustellen, dass Männer, Frauen und Kinder drei Jahre später „nach dem Osten“ zu ihren Mördern deportiert werden würden. Diese Erinnerung sollte ein bleibender Grund sein, zu unseren Vorstellungskräften ein kritisches, ein misstrauisches Verhältnis zu besitzen oder herzustellen. Das bedeutet nicht, tagein und tagaus mit Horrorbildern über die Zukunft zu leben, aber es bedeutet, nicht zu rasch und nicht von zu vielem zu glauben, die Menschheit hätte es auf unserem Kontinent schon und für immer hinter sich gelassen.

Vor dem Weltkrieg-I-Gedenken

Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges wirft seine Publikationen gleichsam voraus. Im eben zu Ende gegangenen September stellte der Australier und Hochschullehrer in Cambridge Christopher Clark die deutsche Übersetzung seiner Monographie über die Vorgeschichte des Krieges in Berlin vor, im Oktober gelangt eine Darstellung des „großen Krieges“ von Oliver Janz in den Buchhandel. Wer es im doppelten Sinne bunter haben will, dem bietet der *Spiegel* in seiner Reihe Geschichte (Nr. 5/2013) eine Aufsatzsammlung zum gleichen Thema mit dem Untertitel „Als Europa im Inferno versank“ an. (Nebenbei: derlei Verallgemeinerungen verweisen Spanier, Schweizer, Dänen, Norweger, Schweden, die doch allesamt Europäer sind und so glücklich waren, nicht in Krieg führenden Ländern zu leben, gedanklich gleichsam für ein paar Jahre aus dem Kontinent. Dabei ließe sich doch fragen, warum ihnen der „Waffengang“ erspart blieb.) Die Beiträge des Heftes sind mit sorgfältig gewählten, großformatigen und eindrucksvollen Bildern bestückt. Die in den Beiträgen eingenommenen Perspektiven gelten nicht allein dem Kriegsgeschehen im engeren Sinne, sondern reichen von der Diplomatie- über die Wirtschafts- und Sozial- bis zur Propagandageschichte. Zu lesen sind u. a. die unvermeidliche erneute Schilderung des Mordanschlags auf den österreichischen Erzherzog und seine Gattin, eine kommentierte Wiedergabe von Kriegsbriefen, eine Darstellung des Grabenkrieges mit dem Morden und Sterben im Feuerhagel der Maschinengewehre und der Artillerie, die Beschreibung der Hungersnöte und deren Folgen. Da könnten sich an Wort und Bild namentlich auch Geschichtslehrer für ihre Arbeitszwecke bedienen.

Dem allen ist einführend ein Interview mit dem Historiker Sönke Neitzel vorangestellt, dessen Überschrift „Es gab keinen Alleinschuldigen“ den Eindruck erweckt, als würde irgendein ernstzunehmender Fachmann heute diese These noch vertreten, die sich zuerst in einem Artikel des Versailler Vertrages fand. In Wahrheit scheint sich aber die Kontroverse über den deutschen Anteil am Weg in diesen Krieg neu zu beleben. Den Eindruck machen mehrere Rezensionen, die Clarks Buch und schon dessen englische Originalausgabe in der deutschen Presse gewidmet wurden. Neitzel fügt dem die Aufforderung hinzu, man möge beim Gedenken an das welthistorische Ereignis die Frage der Kriegsschuld nicht „in den Vordergrund stellen“, und fährt dann etwas kryptisch fort, es solle lieber an einem früheren Schlachtort „ein Zeichen gegen die Selbstzerfleischung Europas“ gesetzt werden. Auch weitere Wendungen seiner Rede verbreiten vertrautes Zwielicht. So die Behauptung, es habe „Anfang August 1914“ noch gar keine deutschen Kriegsziele gegeben, sein Verweis auf die „wachsende Macht der potentiellen Gegner“ Deutschlands, oder auch das Bild von den „eingekreisten Deutschen“. Da werden ungute Erinnerungen an frühere Geschichtsinterpretationen wach, von denen geglaubt werden konnte, sie seien erledigt. Schiedlich-friedlich wie bei der Erinnerung an das Jahr 1813 wird die an 1914 vermutlich nicht abgehen. Denn den Zeiten des Imperialismus liegen, trotz aller gegenteiligen Behauptungen in manchen Schulgeschichtsbüchern hierzulande, nicht hinter uns und so ist der Erste Weltkrieg den Heutigen nicht nur wegen des geringeren Zeitunterschieds von einem Jahrhundert näher als es die Befreiungskriege.

Es ist in diesem *Spiegel*-Heft übrigens Friedrich Engels Voraussage des Weltkriegs aus dem Jahre 1887 zitiert, und an anderer Stelle wird auf Lenins Aussagen über das Wesen des eben begonnenen Krieges verwiesen und an dritter gar ein in DDR-Zeiten erworbenes Verdienst auf dem Felde der Wirtschaftsgeschichtsschreibung erwähnt. Das mag den einen als Zufall erscheinen, anderen als Vorzeichen einer Wende und dritte an die Schwalbe erinnern, die sich vor Monaten als erste in unseren Breiten einfand und gerade dabei ist, sich mit ihren Gesellen zum Abflug in wärmere Erdzonen zu sammeln.

Tendenzen

Nahezu schüchtern und leise, als fürchteten sie tief schlafende Hunde zu wecken, betreten Geschichtspublizisten neuerdings da und dort die öffentliche Bühne. Sie praktizieren einen neuen Umgang mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Nicht, dass sie dafür grundsätzlich Neues entdeckt hätten und in die Zunft bringen wollten. Sie vertreten lediglich Prinzipien und Methoden, deren sie sich bei der Durchmusterung jedes anderen Staates deutscher Vergangenheit bedient haben oder bedienen würden. Das bedeutet, dass sie den untergegangenen ostdeutschen Staat ohne Vorurteile, ohne absichtsvolle Auslassungen oder ebensolche Übertreibungen in Augenschein nehmen und sich auch anderer Sünden wider ihr Handwerk nicht schuldig machen wollen. Anders ausgedrückt: die Geschichte dieses Staatswesens soll nicht auf die seiner Staatssicherheit eingedampft noch unter Berufung auf den häufigen Mangel in der Versorgung der Bürger mit Bananen oder Apfelsinen nur als Bild eines ärmlichen Landes gezeichnet werden. Nicht dass sich diese Blickerweiterung schon durchgesetzt hätte, doch es mag auch als ein Hoffnungszeichen gelten, dass die vollständige Ignoranz gegenüber den Arbeiten der ostdeutschen Historiker, die zunächst als Zuarbeiter der Agitationsabteilung des Zentralkomitees der SED eingestuft worden waren, nicht mehr obligatorisch zu sein scheint. So finden sich beispielsweise im Literaturverzeichnis des Sammelbandes *Berlin 1933-1945*, den Michael Wildt und Christoph Kreutzmüller soeben herausgegeben haben, die Arbeiten des verstorbenen Kirchenhistoriker Günter Wirth (Berlin), des Wirtschaftshistorikers Dietrich Eichholtz (Borkheide), des Spezialisten der Parteienforschung Manfred Weißbecker (Jena) und weiterer genannt. Gleichsam en passant ist die seinerzeitige Entdeckung der Wissenschaftswüste zwischen Elbe und Oder beerdigt worden. Inzwischen will auch niemand diese Entdeckung als die seine in Anspruch nehmen.

So dumm und ungerecht es wäre, diese zarten Wandlungen zu ignorieren, so naiv wäre es, das nach wie vor ungestillte Bedürfnis der hierzulande Herrschenden zu übersehen, die Geschichte der einstig verbündeten Staaten, die unter sowjetischer Führung einen Ausweg aus der kapitalistischen Gesellschaft suchten und verfehlten, in Schock- und Schreckfarben zu malen und sie als eine einzige und immerwährende Warnung hinzustellen, einen Versuch zu unternehmen, über die bürgerliche Gesellschaft hinaus zu gelangen. Was der Verbreitung dieser Warnung dient, wird in Presse, Rundfunk und Fernsehen hochgejubelt, mit Preisen geehrt und als kulturelle Leistung gefeiert. Das jüngste Beispiel bietet der Roman des Österreichers Michael Köhlmeier *Die Abenteuer des Joel Spazierer*, den der Autor selbst für ein Hörbuch 31 Stunden lang vorgelesen hat.

Wer bisher von sich geglaubt hat, er wisse darüber Bescheid, welche Verwüstungen antikommunistischer Hass in einem Menschengehirn anrichten kann, wird auf den mehr als 600 Seiten gründlich eines Besseren belehrt. Die vor Stalins Tod einsetzende Geschichte beginnt in Budapest und mit der von der dortigen Staatsicherheit vorgenommenen Verhaftung eines Ehepaars unter der falschen Anschuldigung, dem 1. Sekretär der ungarischen Arbeiterpartei nach dem Leben getrachtet zu haben. Während der Opa, ein Arzt, in der Hölle der Terroristen gefoltert wird, dass er schließlich gesteht, was er nicht getan hat, wird die Oma, eine Ägyptologin, von drei Offizieren täglich vergewaltigt. Derweil lebt der vierjährige Enkel, der in der Obhut der beiden sich befand und, auf dessen Zurückbleiben die Barbaren der Staatssicherheit keinen Moment der Aufmerksamkeit verwendet haben, fünf Tage und vier Nächte allein in der Wohnung, bis ihn seine Mutter dort entdeckt. Das prägt ihn, dessen Lebensgeschichte der Romanautor erzählt. Es ist die eines Taugenichts und Tunichtguts, eines Vagabunden, Hochstaplers, räuberischen Einbrechers und mehrfachen Mörders, die ihn nach Österreich, die Schweiz und dann länger in die DDR führt, kürzer auch nach Belgien und in die Sowjetunion. Die Handlung hat sich der Autor, folgt man einem Bericht der *Wiener Zeitung*, ausgedacht und aufgeschrieben, um den „aktuellen Zustand der Welt darzustellen“, ein Unternehmen, dass sich Köhlmeier zutraute, wiewohl er den Zweiten Weltkrieg ein unfassbares Ereignis nennt und erklärt, dass dessen Folgen nicht realistisch zu beschreiben seien. Und da Köhlmeier eine Beziehung zur Wirklichkeit nicht besitzt, ausgenommen eine verleumderisch, kommt es ihm auf abstruse Konstrukte nicht an und so lässt er seinen Helden gegen Ende der Geschichte mit falschem Pass als promovierten Philosophen und Theologen in die DDR, das „Paradies der Bonzen“ spazieren, wo er es, da er bald

mit den höchsten Repräsentanten, so dem Ehepaar Honecker auf freundlichen Fuße steht, bis zum Professor für wissenschaftlichen Atheismus an der Humboldt-Universität bringt.

Genug? Übergenug. Es wäre der Schinken das Papier dieses Ossietzky-Bändchens nicht wert, das diese Notiz beansprucht, gäbe es nicht die vielstimmigen Lobhudeleien der Beschreiber der Feuilletonseiten bürgerlicher Zeitungen (*Die Zeit*: „ein ungeheurer Wurf“, *Stuttgarter Zeitung* „grandioses Lügenwerk“). Gewiss mag sich in derlei Urteilen der Übereinstimmung in der politischen Grundhaltung von „Rezensent und Verfasser“ ausdrücken. Andere Dienende mögen schlicht wissen, was ihre Redaktionen von ihnen erwarten. Bei dritten mag Dummheit beteiligt sein. Und doch befriedigen derlei Erklärungen im Einzelnen wie im Ganzen nicht. Im Beifall der Journalisten drückt sich wohl auch aus, dass ihnen diese Geschichte eine Rechtfertigung ihrer selbst, ihres eigenen Verhaltens in diesen Weltzuständen liefert. Sieht man die selbst so verderbt, wie da abgebildet, und bevölkert mit Typen wie jenem Spaziergänger, und meint wie der am Bodensee residierende Autor, dass sich daran nichts ändern lässt, sorgt man sich am besten um das eigene warme Nest und lässt den Dingen ihren Lauf.

Dieter Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.), Berlin 1933-1945, München 2013.

Episoden – nicht nur von und mit Kindern

1. „Wer daraus trinkt …“

Wer in seiner Kindheit zu Hause Märchen vorgelesen bekommt, hat Glück. Ich hatte doppeltes. Mutter wie Vater setzten sich in der kleinen Wohnküche in der Breslauer Gierthstraße mit mir auf die einzige bequeme Sitzgelegenheit, die es da gab, das Chaiselongue, wie das Möbel im deutschen umgangssprachlich und entweiblicht genannt wurde, den „langen Stuhl“ also, und lasen mir aus einem Märchenbuch vor. Das begann stets auf die gleiche Weise mit der Frage. Was sollen wir denn lesen? Die war rhetorisch. Denn jedes Mal, so wurde mir später erzählt, gab ich die gleiche Antwort: Brüderchen und Schwesterchen. Also wurde mir das 11. in der Reihe der Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm vorgelesen, ob in der ursprünglichen oder einer variierten Version, vermag ich nicht zu sagen. An die Frömmigkeit des Schwesterchens, an Gott und ihr Abendgebet erinnere ich mich nicht.

Jedoch und jedes Mal, so wieder die spätere Erzählung der Vorlesenden, seien an der Stelle, da das Brüderchen dem Verdursten nahe doch aus dem dritten Brunnen trinkt, auf dem die beiden bei ihrem Irren durch den Wald gelangten, und darauf sich in ein Reh verwandelt, flossen Tränen reichlich. Und wieder jedes Mal lautete die Antwort auf die Frage: soll ich weiterlesen? kläglich Ja. Dem noch fernen Ende entgegen, bei dem dann ja auch alles bestens ausgeht. Das Schwesterchen wird Königin und entgeht einem Mordanschlag und das Brüderchen wird auch erlöst. Ofen bleibt, wie es mit ihm weitergeht und ob es im Königreich so etwas wie einen Staatssekretärsposten erhält. Die Bösen hingegen gehen zugrunde.

So gehen die Märchen ja meist aus, aber deshalb heißen sie doch auch Märchen. Dass es auf der Welt ein wenig anders zugeht, kommt später. Die noch ahnungslosen Zuhörer lernen das, wenn sie nicht mehr die lieben Kleinen sind. Dennoch lässt sich nicht einfach sagen, Märchen seien so etwas wie Kindermanipulation, Instrumente, mit deren Hilfe sie hoffnungsfroh aber doch schlecht vorbereitet in die Welt entlassen werden. Wichtiger erscheint mir, dass Märchen im kindlichen Gemüt die Fähigkeiten des Mitleidens, aber auch der Mitfreude wecken. Es sollten beide bis und im Alter nicht verloren werden.

2. Der teure Hofer

Ob meine Eltern mit mir Lieder gesungen haben, daran besitze ich keine Erinnerung. Meinen Vater habe ich nie singen gehört. Er spielte Klavier, das Instrument besaßen wir nicht, und Geige. Die lag in einem Kasten auf dem Kleiderschrank. Aber Omama Mathilde, die Mutter meiner Mutter hat mir vorgesungen. In ihrem Plüschsessel mit den gedrechselten Holzteilen und der gepolsterten Rücken- und Armlehne sitzend, sang sie mir auf meine Bitte Lieder vor. Ich wünschte mir mit Vorliebe polnische, die sie in der katholischen Kirche in ihrer oberschlesischen Heimat einst gesungen hatte. Das war meine erste Bekanntschaft mit einer nicht deutschen Sprache. Dass ich davon nichts verstand und also auch nichts behalten konnte, störte mich nicht. Großmutter hatte noch im Alter eine schöne Stimme und von dem Fremden und Unverstandenen ging wohl auch ein merkwürdiger Reiz aus.

Ein Lied indessen ist mir im Gedächtnis geblieben, mit dem sie mich bekannt gemacht hat. Es muss zum Repertoire des Gesangsunterrichts in ihrer Schule gehört haben, die sie in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts besuchte: das Andreas Hofer Lied. Es rühmt jenen Helden, der, aus dem Südtiroler Passeiertal stammend, Befehlshaber einer antinapoleonischen Kampfgruppe seiner Landsleute geworden war, in Gefangenschaft geriet und nach einem Gerichtsurteil 1810 erschossen wurde. Ich besaß weder von der Alpengegend noch von den geschichtlichen Ereignissen eine auch nur ungefähre Vorstellung und Großmutter, die in ihrem langen Leben meines Wissens über Schlesiens Grenzen nicht hinausgekommen war, dürfte es wenig anders ergangen sein. Doch war die Geschichte des Rebellen die das Gedicht erzählt, das übrigens kein Tiroler, sondern ein Sachse, genauer ein Randsachse, ein Voigtländer erst zwei Jahrzehnte nach des Hofers Tod geschrieben hatte, dann aber von einem Österreicher vertont worden ist, so fremd, schaurig und anrührend, dass ich mir ihren Vortrag oft erbat, so dass ich schließlich erhebliche Teile des Textes über den „treuen Hofer“

behalten habe. Natürlich vor allem des Sandwirts letzten Befehl, gegeben an seine Mörder, nachdem er zuvor noch einmal seinen guter Kaiser Franz hatte hochleben lassen: „Gebt Feuer“, samt seinem Urteil „Ach, wie schießt ihr schlecht“.

Oma war schon Jahre tot, als ich beim Lesen der schmalen Broschüre „Deutsche Zustände“, die des Friedrich Engels für eine britische Zeitung verfasste Artikel versammelte, mir ein anderes Hofer-Bild aneignete. Und noch etwas später erst, 1948, wurde das Hofer-Lied dann offiziell zur Tiroler Landeshymne erklärt. Da begannen in beiden deutschen Staaten schon die Generationen auszusterben, die es noch gekannt hatten.

Zurück zum Singen und vor allem zum gemeinsamen in Familien, Kindergärten, Schulen. Es habe, heißt es, wie auch die Hausmusik abgenommen. Ein Besuch bei Kindern bis in die unteren Schulklassen bestätigt hingegen, dass das Vergnügen der Versammelten am gemeinsamen Gesang ungetrübt ist. In der so genannten Unterstufe in einer Volksschule zu Löbstedt, einem Vorort des Thüringischen Jena, begann die erste Stunde des Morgens mit einem Lied, das die Schüler vorschlugen, wobei eine Schülerin den Klassenchor dirigierte. Das schuf ein Gemeinschaftsgefühl, Konzentration und häufig auch gute Laune, denn Texte, die sie verbreiteten, genossen den Vorzug.

Damit ist der Nutzen, den das Lernen von Liedtexten, das in der Kindheit meist dem von unvertonten Gedichten vorausgeht, nicht erschöpft. Derlei Verse bereichern häufig den Wortschatz. Den Doppelsinn des Wortes bitter, das Kinder zuerst hören und gebrauchen, wenn es um die Bezeichnung des Geschmacks eines Getränks geht, lernte ich singend mit dem Lied von Hänsel und Gretel: Es war so finster und auch so *bitter* kalt. Nicht anders geht es mit dem Verb besinnen, *besinnt* sich das Kind doch im Lied von Hänschen klein und eilt dann nach Hause.

3. Ins Kafzalateata

Zu den ersten großen geistigen Leistungen, die der Mensch, kaum dass er auf der Welt noch recht angekommen ist, aufzubringen hat, will er sich bei seinen Mitmenschen bemerkbar machen, gehört das Geben von Lauten und danach das Erlernen der Sprache. Welche Anstrengungen das erfordert, hat keiner je erzählt und niemand verschwiegen. Wer aber Kinder je länger beobachtet hat, die sich ausdrücken möchten, an der Unterhaltung an einem Tisch teilnehmen wollen, was ihre wenig älteren Geschwister schon tun können, dem kann nicht entgangen sein, dass es zu Zeiten für die Lernenden eine rechte Schinderei ist, zu sagen, was sie eben mitteilen wollen.

Und dabei werden sie bei dieser Arbeit häufig, wenn nicht gar ständig unterbrochen. Haben sie es nicht recht „über die Zunge“ gebracht, hören sie: Das heißt so usw. Natürlich nur in bester Absicht, denn sie sollen „es“ ja richtig aussprechen lernen. Damit werden sie auf ihrem Wege dahin mehr und manche auf lange Zeit verunsichert. Zudem sind Kinder nicht so selten Sprachschöpfer. Man muss sie nur reden lassen und selbst lernen, sich daran ein Vergnügen zu machen. Und sich korrigieren, das vermögen sie ganz von selbst und tun es, ohne viel Aufhebens.

Sabine sprang mir, wie ich zu Hause ankam, unbegleitet über den Weg, sichtlich dabei, ein Ziel anzusteuern. Wohin gehst Du? Antwort: Über den Pielfatz ins Kafzalateata. Also fand im nur einige Meter entfernten Gebäude, an das sich damals noch von Bauern bestellte Äcker anschlossen und das Kulturhaus der Eisenbahner hieß, die Vorführung eines Kasperletheaters statt und dahin gelangte sie eben über den Spielplatz. So gelangte das Wort Kafzalateata in den Sprachschatz unserer Familie.

Armin machte sich täglich zu sicher erkannter, selten verfehlter Stunde zu unseren zu Freunden gewordenen Nachbarn auf, die eine Treppe höher wohnten und einen Fernseher besaßen. Die bewillkommneten den Besucher und er erhielt den Platz, den er erstrebte. Eines Tages fragte ich ihn, was er sich denn da immer ansehe. Die Antwort lautete: Wietofeneinfachrum, wer ist fackeldumm. Das vermochte ich nicht zu entschlüsseln. Die Erkundigung bei seinen Gastgebern ergab, dass er auf die Sendungen der von einem Westsender ausgestrahlten Folge unter dem Titel „Wieso, weshalb, warum, wer nicht fragt, bleibt dumm“ abonniert war. Es ist Mutter und Vater im einen wie im anderen Fall nicht in den Sinn gekommen, an die Bemerkungen eine Belehrung anzuschließen. Vielmehr haben Barbara und ich das Wort fackeldumm in unseren Wortschatz aufgenommen und das zur Bezeich-

nung einer außergewöhnlichen, sonst schwer beschreibbaren Stufe menschlicher Dummheit, einer gleichsam selbst leuchtenden, also gut erkennbaren.

4. Eine Kriminalgeschichte

Mutter und Großmutter fand ich in der Wohnung am Jenaer Kieshügel in einiger Aufregung, als ich von der Arbeit heimkam. Ihr Versuch, aus Sabine heraus zu bekommen, wie sie an die Menge des Kleingeldes gelangt war, das sich in ihrer Schürzentasche befunden hatte, war gescheitert. Sie blieb dabei, dass sie das Geld gefunden habe, eine offensichtliche Lüge, denn niemand konnte eine solche Menge von Münzen verlieren, ohne es zu bemerken. Und dass sie jemand absichtsvoll verstreut hatte, ließ sich auch auszuschließen. Nun solle ich mein Glück versuchen. Die Besorgten wurden des Zimmers verwiesen, damit nicht so etwas wie der Eindruck einer Gerichtsverhandlung entstünde. Nun hatte ich die ungewohnte Rolle des Kriminalisten zu übernehmen.

Zuerst gratulierte ich der Finderin und bedauerte wortreich, dass mir als Kind gleiches nie passiert oder gelungen sei. Dann zählten wir das Häuflein der Münzen noch einmal durch. Und danach bekundete ich das Interesse, genau zu wissen, wo und wie sie an den Schatz gelangt sei. Darauf folgte ohne Stocken die Schilderung des Hergangs, der sich auf den Treppen und vor dem Eingang zu einem keine einhundert Meter von unserem Hause entfernten Gebäude abgespielt haben sollte, dem einstigen Schützenhaus, nunmehrigem Kulturhaus der Eisenbahner. Dahinter begannen Felder.

Als der Bericht beendet war, knüpfte ich an ihn die Frage, ob sie denn wirklich am Orte gründlich alle Münzen eingesammelt habe und nicht womöglich einige noch übersehen haben könnte. Sabine konnte meinen Vorschlag nicht recht ausschlagen, dass wir gemeinsam doch sehen wollten, ob sich nicht noch etwas Unentdecktes finden ließe. Also machten wir uns auf – vor Ort. Und dort passierte, was nach allen Kriminalgeschichten zu erwarten war. Dem Täter geht, wo er die Untat verübte, meist die Phantasie aus, er verwickelt sich gegenüber früheren Erklärungen in Widersprüche und die Forschenden kommen dem wahren Geschehen auf die Spur. So ähnlich erging es auch Sabine. Sie entschloss sich zu einem Geständnis. Also: Sie habe mit einem Jungen, den sie vom Spielplatz schon kannte, gespielt und zwar in der Wohnung von dessen Eltern. Die betrieben die Gaststätte im Kulturhause. Des Vaters Jackett hing da über einem Stuhl und ihr Spielgefährte habe in die Kleingeldansammlung gegriffen, die sich in einer der Taschen befand. Dann wurde der Fund geteilt. Und natürlich hatten sie vereinbart, davon nichts und niemandem etwas zu verraten.

Wir hatten keine Schwierigkeit uns darüber zu verständigen, dass dem Besitzer das Geld doch fehlen würde und es am besten wäre, es ihm zurückzugeben. Das übernahm ich und verband es mit dem Rat, die Einnahmen demnächst anders zu deponieren. Denn es hatte sich doch wieder einmal erwiesen, dass auch Gelegenheit Diebe macht. Dann begossen wir Väter das Ereignis mit irgendeinem wesentlichen Getränk. Sabine schien im doppelten Sinne erleichtert und Großmutter und Mutter im einfachen auch. Auf pädagogische Belehrungen wurde in dem Vertrauen verzichtet, dass schon die Anstrengungen des Lügens und der Rückkehr zur Wahrheit, die für die Tochter auf den „Fund“ gefolgt waren, ihre Wirkungen tun würden.

5. Haut färbt nicht ab

Es muss im Jahre 1953 gewesen sein, dass wir einen der begehrten Ferienplätze in Trassenheide ergattert hatten. Dort Ort befindet sich auf der Insel Usedom und war von Urlaubern in den Jahrzehnten vor der DDR nicht entdeckt worden, während das benachbarte Usedom in Deutschland weithin zum Begriff eines gesuchten Seebades geworden war. Trassenheide lag ein wenig landeinwärts, der Weg zur See durch einen Wald und auf sandigem Untergrund dauerte eine gute Viertelstunde. Und, wichtiger noch, das Grundwasser des Ortes war stark schwefelhaltig und roch entsprechend. Das war auch nicht jedes Urlaubers Sache.

Nun aber hatte die Gewerkschaftsorganisation der Friedlich-Schiller-Universität die Fremdenzimmer der Ortsbewohner gleichsam im Paket gekauft. Die brauchten sich um deren Belegung nicht zu kümmern und konnten mit festen Einkünften rechnen. Später bauten die Jenaer direkt hinter den Dünen

ein Kinderferienlager und weitere Jahre danach erweiterte sich das Bettenangebot durch eine Barackensiedlung, ebenfalls von der Universität errichtet.

In diesen frühen Zeiten also ging es in einer langwierigen Eisenbahnfahrt nach Norden. Der Strand, nicht von Menschenmassen überfüllt, war noch ein Paradies, namentlich eines für Kinder. Sabine genoss ihn in vollen Zügen. Mittags wurde sie, ermattet in zwei zu einander gestellte Liegestühle, die es dort wahrhaftig schon gab, schlafen gelegt. Das tat sie so ausgiebig, dass einer von uns nachsehen ging, ob sie wirklich noch schliefe.

Eines Tages tauchte, und das war eine heute schwer vorstellbare Sensation am Strand ein Spaziergänger auf, lang, schlank und schwarz, ein Afrikaner. Wie der in dieses Land DDR gekommen war, mochte der liebe Gott wissen. Wie selbstverständlich machte er seinen Spaziergang, wissend, welches Aufsehen er hier erregte.

Sabine hatte ihn auch entdeckt und war von dem Bild irgendwie gebannt. Neugierde war ihr wie Kindern generell nicht fremd und so sagte ich ihr, sie könnte „dem Manne da“ mal die Hand geben, er würde sich bestimmt freuen. Sie machte sich ohne Zögern und Verlegenheit auf den kurzen Weg von der Sandburg an die „Strandpromenade“, schritt auf den Schwarzafrikaner zu und streckte ihm die Hand entgegen. Und der nahm sie lachend und, wie uns schien, auch erfreut. Sabine aber, kaum dass sie ihm die ihre entzogen hatte, hielt sich ihre Handfläche vors Auge, offenkundig um zu prüfen, ob die nun schwarz gefärbt sei. Von schussbereiten Foto- und Filmapparaten war damals nicht die Rede. So existiert von dieser Begegnung kein Bild.

Dort wie auch später und mehrfach ist mir bei der Beobachtung von Kindern der Begriff *begreifen* in seiner doppelten Bedeutung zu Bewusstsein gekommen. Gemeinhin verwenden wir ihn in dem Sinne, dass jemand oder auch wir selbst etwas verstanden haben. Vordem aber hat er eine andere Bedeutung. Kinder begreifen die Welt im wahrsten Sinne, zuerst noch liegend in Wiegen, Betten oder Kinderwagen. Sie eignen sich die Welt auf dem Wege über ihre Finger an, in dem sie Gegenstände, die für sie erreichbar sind, im direktesten Sinne begreifen. Dass an sie gerichtete Wort, wenn es nicht eine Warnung betrifft „Fass das nicht an“, kann so gesehen ein Erkenntnisverbot sein. Sabine hatte begriffen, dass Menschenhaut nicht abfärbt.

6. Zwist um die Länge des Peitschenstils

1936 im Frühjahr wurde ich, wie es damals hieß, eingeschult. Es begann der morgendliche Schulweg durch Schrebergärten in die kaum mehr als 10 Minuten entfernte, erst zwei Jahre zuvor erbaute Schule, Die hatte, was damals üblich, den Namen der Straße erhalten, in der sie sich befand. Und die hieß nach dem preußischen Kriegsminister, dem Grafen Albrecht von Roon. Halbmilitärisch ging es in dem Gebäude auch zu.

In unserer Wohnküche gab es einen Tisch, an dem sich das Leben der Familie abspielte. Das schien meinem Vater nicht der angemessen ungestörte Platz für die nun zu erledigenden Schularbeiten des Sohnes. Unterhalb des breiten Fensters baute er mir einen eigenen Schreibtisch, bestehend aus einer hochklappbaren Holzplatte, die mit einem Kunststoff beschichtet war. Dort sollte der – auch das wohl ein verloren gegangener Ausdruck – ABC-Schütze nachmittags erledigen, was ihm vormittags aufgetragen worden war.

Der erste Buchstabe, den wir zu schreiben lernten, war das s. Da wir zunächst noch die Sütterlinschrift erlernten, die in Preußens Schulen 1915 verbindlich eingeführt worden war, hatten wir das im Unterschied zu dem später geübten ß so genannte lange s, auf den drei vorgedruckten Linien unserer Hefte unterzubringen. Peitschen sollten wir malen, lautete der Auftrag und das in Massen, auch zu Hause. Bei meinem Werk muss mir mein Vater über die Schulter gesehen oder auch später in mein Heft gesehen und entdeckt haben, dass meine Peitschen zu kurz geraten waren, um eine der drei vorgeschriebenen Zeilen. Es fehlte die Unterlänge. Darauf begann ein Disput. Um es kurz zu machen: Vater verlor ihn. Ich war nicht zu überzeugen und bestand darauf, es wie gefordert erledigt zu haben. Wie die Sache andern Tages in der Schule ausging, vermag ich nicht zu sagen. Sicher ist nur, dass sich mein Erzeuger und Erzieher im Weiteren von der Teilnahme an der häuslichen Erledigung meiner

Schulpflichten zurückhielt. Dazu mag weniger diese frühere Erfahrung als der Umstand beigetragen haben, dass ich mit ihnen ganz gut zurechtkam, wie schließlich Zeugnisse auswiesen. Gab es die am Ende einem Schuljahresabschnitts lauerte ich auf Vaters Rückkehr von der Arbeit. Mutter flüsterte ihm dann, wie sie glaubte, unbemerkt zu: Frag mal nach dem Zeugnis. Und Vater wandte sich darauf neugierig fragend an mich: Es soll heute ... Ich wies das Dokument dann vor, verriet aber nie, dass ich das Vorspiel der elterlichen Szene genüsslich belauscht hatte. Ich hätte sonst womöglich seine Wiederaufführung gefährdet-

7. Durchs wilde Gemotrea

Einen Bücherschrank gab es in unserer Zweizimmerwohnung in der Brunnenstraße nicht, die zunächst, solange Großmutter noch mit uns in ihr lebte, ein Dreigenerationenhaushalt war. Die Bücher politischen Inhalts, die mein Vater besessen hatte, vergrub er mit einem Genossen 1933 in dessen Garten im Glauben, sie wären gegen alle Feuchtigkeit gesichert unter der Erde aufgehoben und könnten der Gestapo keinen Verdacht erregen. Das zweite stimmte, mit der ersten Annahme irrten sich die beiden, wie sie bei einer Prüfung feststellen mussten.

An zwei Titel meiner Bücher, die sich in einem hohen Aktenschrank fanden, in dem verschiedenste Utensilien, u. a. meine Schulbücher aufbewahrt wurden, vermag ich mich zu erinnern. Das wertvollste war ein dicker in Leinen gebundener Band unter dem Titel „Im Auto um die Welt“. Sein Autor Hans Koeppen, war ein Oberleutnant der kaiserlichen Armee, der es in der Naziwehrmacht noch bis zum Generalmajor brachte. Er schilderte in dem reichlich bebilderten Band eine Wettfahrt, die erste Tourenwagenrallye, die 1908 zwischen sechs Autobesatzungen stattfand, also zu einem zum Zeitpunkt, da Automobile eben ihren Siegeszug begannen. Das abenteuerliche Unternehmen begann in New York und endete in Paris und führte durch den amerikanischen Kontinent und dann durch ganz Asien. Das andere Buch könnte mir mein Cousin oder ein Freund geschenkt haben und ein Einkauf eines Nazivaters gewesen sein. Es hieß „Helden der See“, erschien 1934 und war verfasst von einem Vielschreiber, der dem Band einen weiteren über die Helden der Luft folgen ließ. Darin wurden Episoden vor allem des Seekrieges deutscher Kreuzer und Handelskreuzer auf den Weltmeeren gegen Frachtschiffe der Gegner erzählt, die entweder aufgebracht oder versenkt wurden. Alles nach Seerecht.

Dass mir beide Bücher im Gedächtnis blieben, hing mit meinem Interesse für ferne Länder und insbesondere für die Abenteuer zusammen, die Seefahrer, aber auch Fischer im Kampf gegen die Naturgewalten vor allem in den nördlichen Weltmeeren bestanden hatten. Eine Zeit lang bildeten sie meine bevorzugte Lektüre. Die bezog ich aus einer städtischen Leihbibliothek, bis zu der ich es nur einen Fußweg von etwa 10 Minuten hatte. Da herrschte ein strenges Reglement. Jeder Benutzer bekam ein Heftchen, in das er seine Interessen eintragen konnte und worin auch die entliehenen Bücher und die Leihfristen vermerkt waren. Für Schüler wie mich gab es eine Rationierung von zwei Büchern pro Woche. Die war, wie erklärt wurde, vorgenommen worden, um Vielleser, Leseratten oder Bücherwürmer genannt, woher beide Kennzeichnungen immer gekommen sein mögen, da man von schriftkundigen Tieren nie etwas gehört hatte, zu hindern, sich zu tief in die Literatur zu verkriechen und den Pflichtlesestoff der Schule zu vernachlässigen.

Was also tun, wenn die Zuteilung mir nicht reichte? Irgendwie kam ich auf den Trick. Hatte ich meine beiden Bücher durchstöbert, ging ich vor Ort und erklärte einer der freundlichen Damen, die kenntnisreich Kinder bei der Auswahl ihrer Lektüre berieten und Empfehlungen aussprachen, dass mich das eine der beiden Bücher absolut nicht interessiere oder mir auch einfach nicht gefalle und ich dafür gern ein anderes entleihen möchte. Das klappte. Ich hatte nur darauf zu achten, dass ich nicht beständig an die gleiche Bibliotheksmitarbeiterin geriet, die mir sonst hinter den Schlich gekommen wäre. Jedenfalls war ich stets gut versorgt.

Meine häusliche Literatur hat während der Breslauer Jahre nur geringfügig zugenommen. Bei Besuchen im Kaufhaus Wertheim, wo es eine ausgedehnte Bücher-Abteilung gab, konnte ich meinen Vater davon überzeugen, mir einen Band zu kaufen, dessen Einband es mir angetan hatte. Da sprang ein Tiger grimmigen Auges aus dem Dschungel. Sein Titel lautete *Durchs wilde Sumatra*. Geschrieben hatte es ein Hermann Gerstmayer, der sich schreibend den Herren des Kaiser- und später denen des

Nazireiches reichlich andiente. Den Namen der Insel konnte ich mir übrigens zunächst nicht merken. So hieß der Band bei mir anfangs Durchs wilde Geometra. Dazu gesellte sich später ein zweites des gleichen Verfassers, betitelt Bei den Kopfschnellern auf Borneo. Beide Bücher stammten aus seiner Massenproduktion und waren 1928 und 1929 erschienen. Sie sind mit meinen wenigen anderen Schätzen, darunter eine bescheidene Sammlung von Briefmarken, in der Wohnung und mit dem ganzen Haus 1945 niedergebrannt.

8. Streit um Goethe und Kleist

In Wickersdorf, der Internatsschule im Thüringer Wald, die ich in den ersten drei Nachkriegsjahren besuchte, erhielten wir Frau Margot Meerwald in der vorletzten Klasse zur Klassenlehrerin bestimmt. Das blieb sie bis zu unserem Abitur. Sie war schon mehrere Jahre nicht mehr an jenem Bremer Gymnasium tätig, an dem sie zuletzt gearbeitet hatte, als ich sie in dem kleinen Häuschen in der Hansestadt besuchte, in dem sie in einer ebenerdigen Wohnung lebte. Von Hamburg aus hatte ich mich am gleichen Tage noch einmal telefonisch angemeldet. Ich solle Zeit mitbringen, es gäbe viel zu erzählen. Dafür hatte ich mir eine Reihe von Fragen zurechtgelegt.

Nach der Begrüßung bei einer Tasse Kaffee fragte ich sie als erstes: Wir haben nahezu drei Jahre unter einem Dach gelebt, uns täglich im Klassenzimmer, im Speise- oder Musiksaal gesehen, warum eigentlich haben wir Schüler damals von ihnen, unserer Lehrerin so viel gelernt und so wenig gewusst? So erst erfuhr ich, aus welchen sozialen Verhältnissen die Frau stammte, die der Krieg aus Westpreußen nach Thüringen verschlagen hatte. Dass sie aus ganz anderem Milieu stammte als viele der vor ihr sitzenden Schüler war damals schon nicht schwer zu erraten gewesen. Nun hörte ich, dass sie mit einer Gouvernante aufgewachsen war. Das Kriegsende verband sich für die mit einem sozialen Abstieg und den Eintritt in ein ungeahntes anderes Leben.

Dazu hatten wir kräftig beigetragen. Vor allem mit unseren Fragen im Deutschunterricht, den sie mit der englischen und französischen Sprache erteilte. Wir, zu einem erheblichen Teil Arbeiterkinder mit Eltern, die Antifaschisten oder doch Hitlergegner gewesen waren, kamen ihr mit Fragen, die sie schlicht überforderten und die merk-, aber auch denkwürdige Situationen schufen. In unserem Gespräch vier Jahrzehnte nach den Ereignissen in der Schulklasse vermochten wir uns an manche gleichermaßen zu erinnern. Zu den Episoden gehörte auch diese: Nach der Lektüre des Dramas waren wir gefragt worden: Was hat Euch die „Iphigenie“ gegeben? Worauf mein Freund Karl geantwortet hatte: Nischt. Ich hatte die Pause genutzt, die darauf dadurch entstand, dass Frau Meerwald leicht gegen die hölzerne Täfelung unseres Klassenraumes taumelte, um zu fragen, ob ich die Bemerkung meines Freundes erklären dürfe. Das geschah so: Uns, die wir in den zurückliegenden Jahren die Unmenschlichkeit des Krieges aus der Ferne, manche auch aus der Nähe erlebt hatten, genüge die Propagierung eines Ideals menschlichen Verhaltens nicht. Uns ginge es um die Antwort auf die Frage, wie diese „reine Menschlichkeit“ gewonnen werden könne, um Zustände, in denen „menschliche Gebrechen“ nicht mehr zu sühnen wären, weil sie sich gar nicht ausleben könnten. Da lasse uns Goethe im Stich und unserer Lehrerin war es offenbar nicht anders ergangen. Mit dem Unterschied, fußend in unseren verschiedenen Ansprüchen, dass ihre Begeisterung für das Werk ungebrochen war, die unsere sich aber in Grenzen hielt.

Stärker noch ging uns das so nach dem Lesen von Kleists „Penthesilea“, wobei ich mich erst später fragte, wer das Stück in den damals geltenden Lehrplan geschrieben hatte. Wir quälten uns durch Akte und Seiten. Als es geschafft war, und Frau Meerwald den Frühverstorbenen als einen der großen deutschen Humanisten verabschieden wollte, fragte ich, ob da nicht noch über etwas zu reden wäre und zitierte das „Schlagt ihn tot, das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht.“ Kaum mehr als zwei Jahr nach dem das Nürnberger Weltgericht über die millionenfachen Totschläger mit und um Hitler war das eine gepfefferte Frage. Statt sich au f das Thema einzulassen, lautete die Gegenfrage Frau Meerwalds: Was hast du denn von Kleist gelesen? Es blieb dies das einzige Foul, das ihr während all der Jahre unterlaufen ist. Jedenfalls das einzige, an das ich mich erinnere. Doch es hatte auch Folgen: Ich ging in die reich bestückte Schulbibliothek im Herrenhaus und entlieh die Gesammelten Werke des Heinrich von Kleist.

9. Sprich üüüüüber: das Auge

In der Schule wie in der Universität gehörte ich zu den Schülern und Studenten, die den Darbietungen der Lehrenden konzentriert folgten. Das sparte Zeit, die andere an Nachmittagen auf den „Stoff“ anhand von Büchern verwenden mussten. An zwei Ausnahmen erinnere ich mich. Die eine ereignete sich in Wickersdorf bei Dr. Irrgang im Fach Biologie. Wir waren beim Menschen und seinen Organen angekommen. Das Thema interessierte mich nicht und bis zum heutigen Tag will ich von einem Arzt keinen Vortrag über seine Diagnose und meine Innereien hören, sondern eine Verhaltensmaßregel bekommen, an die ich mich dann vertrauensvoll halte. Anders brauchte ich ja zu ihm nicht gehen.

Das Thema der Stunde war das menschliche Auge und ich gewann ihm, wenngleich ich zu den Einäugigen und Brillenträgern gehöre, nichts ab, was mich zu konzentrierter Aufmerksamkeit veranlasst hätte. Das Unglück kam in der folgenden Stunde. Ede, wie wir Dr. Irrgang bei seinem so verkürzten Vornamen unter uns nannten, baute sich Augen rollend vor der Klasse auf: Sprich über- mit lang gezogenem Ü – Das Auge, darauf Pause, danach scharf wie ein Fallbeil der Name der Schülerin oder des Schülers. In diesem Falle: Pätzold. Der Kurzvortrag war vor der Klasse zu absolvieren.

Freund Karl sagte mir später, als ich den Kartenstände, der mir nicht im Wege stand, beiseite räumte, so Zeit gewinnend, hätte er das Unglück nahen sehen. Mit Schwung malte ich ein ovales Gebilde an die Tafel und begann zu erklären, was sich da beim Sehen ereignete, nur mit dem Unterschied, dass ich ahnungslos wie ich war, Vorgänge, die sich auf dem Augenhintergrund abspielen, in den hinteren Teil des Kopfes weit in das Gehirn verlegte. Ede kam nicht sogleich dahinter, was ich da anbot. Aber als ihm das klar wurde, war der Befehl, er hatte es bei der Wehrmacht bis zum Major gebracht, eindeutig: Setzen fünf.

War es in diesem Fall nacktes Desinteresse, für das mir natürlich Verständnis nicht entgegengebracht wurde, so in einer Physikstunde eine wirkliche momentane Ablenkung vor Ort, die mich dem Fortgang der Stunde nicht folgen ließ. Wir waren bei den Farbspielen angekommen, die beim Durchgang von Licht durch Prismen entstehen und bei deren Erklärung. Der Physiksaal wurde verdunkelt und der amtierende Lehrer Seidel, ein Könner in seinem Fach und wie manche Naturwissenschaftler ein frommer Katholik, trat in Aktion. Ich habe mich während dieser dunklen Stunde indessen mehr mit meiner Mitschülerin befasst, als dass ich dem Geschehen gefolgt wäre, das mich doch vor Ort geführt hatte.

Indessen: ich erinnerte mich nachmittags immerhin, dass ich vom erörterten Thema nichts wusste und lieh mir, Schulbücher hatten wir nicht, bei meinem Zimmernachbarn, Helmut Kormann, der vor allem Chemie unterrichtete, ein älteres Physiklehrbuch aus und machte mich mit dem Gegenstand einigermaßen bekannt. Zu meinem Glück: Die schriftliche Arbeit, die wir in der nächsten Physikstunde anzufertigen hatten galt dem Thema: Farben dünner Blättchen. Ich handelte es am Beispiel der Farben ab, die vergossenes Öl beispielsweise auf einer Straße abbildet und gab dazu eine Skizze.

Bei der Rückgabe der Arbeit offenbarte sich ein Debakel. Sie war unter aller Kanone ausgefallen. Ich bekam meinen Text als letzter zurück, doch mit dem Bemerken, ich hätte eine eigene und originelle Auffassung und Darstellung des Themas geliefert und eine zwei verdient. Das hatte offenbar einen bleibenden und bis zum Abitur reichenden Eindruck hinterlassen. Meine Physiknote lautete da: gut. Ehrlicherweise musste ich mir sagen, dass die vollends nicht erarbeitet war. Tat das aber nicht laut.

Das Leben als Schüler ist eben sehr wechselvoll und muss nicht langweilig werden, wenn man es auch ein wenig selbst in die Hand nimmt.

10. Alkohol und Salpeter

So viel Schülerbesuch wie in den Tagen, die auf die Anfertigung unserer vier schriftlichen Abiturarbeiten- ich hatte Deutsch und Mathematik zu absolvieren und mich dazu für Biologie und Chemie entschieden – folgten, hatten unsere Lehrer in den Jahren zuvor nicht erhalten. Diese Stelldichein waren auf kurzen Wegen zu absolvieren und Anmeldungen nicht notwendig. Mit den meisten Pädagogen wohnten wir in der Internatsschule auf dem Thüringer Wald unter einem Dach.

Die Kontaktfreudigkeit besaß einen Antrieb. Es sollte gesprächsweise ergründet werden, wem in welchem Fach die mündliche Abiturprüfung bevorstand. Zu der wurde gerufen, wessen Note im Schriftlichen von seiner Vorzensur abwich. Tatsächlich ergaben diese Gespräche und der abendliche Vergleich ihrer Resultate ein immer vollkommeneres Bild davon, was wem bevorstand. Mir, der ich wie auch später für derlei Informantenarbeit nicht recht geeignet war, teilte mein Freund Karl mit: Du bist in Chemie dran. Damit hatte ich zum wenigsten gerechnet. Was tun?

Unser Lehrer im Fach Chemie war Helmut Kormann, dessen Zimmer im oberen Scheunengang, die Bezeichnungen hatten sich aus den Zeiten des Gutes erhalten, das sich 1906 in eine Internatsschule verwandelte, Wand an Wand mit dem meinen lag. Er hatte das KZ Dachau 1933 als junger Bursche erlitten und war nach einer schweren Verletzung, die zu einer dauernden Beinbehinderung führte, ihn aber nicht an mir abenteuerlich vorkommenden Skifahrten hinderte, entlassen worden. Unsere Beziehung war mehr als nur die eines Lehrers zu seinem Schüler und umgekehrt. Doch verraten oder bestätigen würde er mir nicht, dass wir uns als Prüfer und Prüfling vor der hohen Kommission, die sich angesagt hatte, begegnen würden.

Dass wir miteinander sprachen, ich ihn gelegentlich besuchte, er mir Bücher entlieh, die er über die Nazijahre gerettet hatte, gehörte zu unserem Alltag. Also machte ich mich auf die Strümpfe und neben anderen Themen ließ ich gleichsam nebenbei „fallen“, welche Themen mich besonders interessierten und beschäftigten. Ich erwähnte die Chemie der Alkohole.

Am Tage der Prüfungen war ich der letzte, der an die Reihe kam, denn die Kommission hatte zuvor in den Chemie-Raum umzuziehen. Im benachbarten Labor musste ich nah einem Lotterieprinzip zunächst meine Aufgaben ziehen, die da auf Zetteln notiert waren. Ich las: die Molekularbestimmung des Alkohols und als zweites die Verfahren der Salpetergewinnung. Der uns vertraute Raum mit den Arbeitstischen und den Zuleitungen von Wasser und Gas war mit einem reichlichen Dutzend Damen und Herren gefüllt. Die Freie Schulgemeinde besaß einen guten Ruf und es hatten sich selbst vom Landesamt, dem späteren Ministerium für Volksbildung in Weimar Beobachter eingestellt.

Die Molekularbestimmung mündete in eine ziemliche Rechnerei, die ich an der Tafel mit Kreide verrichtete und die, als klar war, dass ich das Thema beherrschte, abgebrochen wurde. Die meisten Kommissionsmitglieder waren da ohnehin schon weggetreten. Im Grunde verstanden nur zwei etwas von der Sache, mein Lehrer und die Protokollierende Frau Dr. Irrgang. Dann also zur Salpetersäure. Bevor ich mich auf die Verfahren einließ, führte ich die nun erwachenden Zuhörer nach Chile und den dortigen natürlichen Vorkommen und kam von da zu Napoleon und zur Kontinentalsperre. Der Weg bis zum Haber-Bosch-Verfahren und in den Ersten Weltkrieg war noch weit, denn ich hätte zuvor noch den südamerikanischen Salpeterkrieg passieren wollen, doch wurde mir das Wort auf eine Intervention des Vorsitzenden hin abrupt und glatt abgeschnitten. Die Damen und Herren hatten genug und ich meine Vornote, ein gut, bestätigt. Das war jedenfalls weniger, als ich mir vorgesetzt hatte, denn ich wollte über ein Sehr gut im Schriftlichen zur Spitzennote kommen. Nicht, weil sich damit irgendwelche weiteren Lebenspläne verbunden hätten, sondern einfach aus sportlichen Gründen. Ich habe es verwunden.

11. Die drei Elisabethen

Es war nicht mein erstes Universitätsexamen. Das hatte ich als so genannte Fleißprüfung nach dem ersten Semester oder Studienjahr, dessen bin ich nicht sicher, bei Georg Klaus in Philosophie absolviert. Es war notwendig, um der Stipendien gewährenden Stelle ein Zertifikat vorzulegen, das ihr sagte, dass sie die Märker nicht vor Unwürdige werfe. Nun aber hatte ich laut Studienplan die erste Prüfungshürde in meinem Hauptfach, der Geschichte zu nehmen. Dafür gab es Wahlfreiheit sowohl was den Prüfenden anlangte, als auch und folglich für den Zeitraum der National- oder Weltgeschichte, in dem sich das Gespräch bewegen würde.

Ich entschied mich für den Professor Preller, der eigentlich für die neue und neueste Geschichte berufen war, dessen Lehrveranstaltungen jedoch vom „alten“ Rom bis in die Zeiten der DDR reichten, die eben begonnen hatten. Er war lange ein Gymnasiallehrer gewesen und erst an die Jenaer Universi-

tät gelangt, als dort nach dem Ende des Krieges die akademischen Lehrkräfte rar waren. Seine erste Arbeitsstätte wurde die neu geschaffene Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, bei deren Auflösung er dann in die Philosophische und dort in den Bereich Geschichte gewechselt hatte. Mit der Wahl Hugos, sein von den Studenten benutzter Spitzname, der auch sein Vorname war, verband sich ein gewisses Risiko. Er war für seine Gedankensprünge bekannt, die er in seinen Vorlesungen mit dem Bemerken einleitete: Nun ziehen wir mal die Linie durch. Dabei zog er tatsächlich und gleichzeitig mit den Daumen seine Hosenträger nach vorn und ließ sie dann auf seinen Körper zurückschnappen, was einen Laut ergab, der keinen Studenten wecken musste, aber das eben Gesagte, Bedeutende unterstreichen sollte. Ich saß ihm an einem kleinen Tisch in einem gelinde gesagt schmucklosen Raum, die Platznot war allgemein, noch kaum richtig gegenüber, als er das Examen mit der Frage eröffnete: Wie viele Kaiserinnen Elisabeth hat es gegeben? Auf diesen Eröffnungszug muss man wahrlich erst kommen.

Ich antwortete, als hätte ich mich mit den Damen eng vertraut gemacht, ohne zu zögern: Drei. Dahinter stand, wie ich mir nachher lobend bescheinigte, die rasche Überwindung mehrerer Gedankenklippen. Auszusortieren war zunächst die bedeutendste der Damen dieses Namens, nach der gar ein ganzes Zeitalter benannt worden war, Elizabeth I. von England, eigentlich Elizabeth Tudor (1533-1603), denn die hieß Königin. Vernachlässigt werden konnte die zweite Elisabeth des Inselreiches nicht nur wegen des gleichen Titels, sondern auch, weil ihre Thronbesteigung erst noch bevorstand. Das Zusammensein mit Hugo fand zwei oder drei Jahre davor statt. Die zweite Klippe war mir durch das Lesen der ins Deutsche übersetzten dreibändigen Geschichte der UdSSR entstanden, die mit der des Zarenreiches begann. Da war Jelisaweta Petrowna Romanowa (1709-1762) als Zarin gewürdigt, von deren frühem Tod Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg mächtig profitierte. Und dann hatte in Petersburg jene zweite Jelisaweta existiert, eine Dame aus Baden, die 1779 geboren und auf die Namen Maria Luise Auguste getauft worden war. Zu ihrem russischen Namen kam sie durch den notwendigen Wechsel ihrer Konfession und ihre Heirat mit Alexander I. Pawlowitsch Romanow (1777-1825), der 1801 Zar und dann berühmt wurde als ein Kontrahent Napoleons I. So war aus einer Markgräfin aus Karlsruhe eine Zarin geworden, ohne dass sie je wie Jelisaweta, die Tochter Peters I., selbst regiert hätte. Damit waren zwei Damen dieses Namens gesichert. Als die dritte fand sich die Kaiserin von Österreich (1837-1898), die vordem eine Herzogin in Bayern war. 1854 gelangte sie durch ihre Heirat mit Franz Josef I. auf den Thron in Wien, was nichts daran änderte, dass sie weithin unter dem Kosenamen Sissi bekannt blieb. Das jedenfalls war die dritte. Hugo muss meine Antwort als einen Volltreffer gewertet haben, wiewohl ich sie ihm nicht entfernt mit all den Details geben konnte, die hier aufgezählt sind. Den Rest des „Gesprächs“ bestritt dann hauptsächlich er und ich war mit der besten der zu vergebenden Noten davongekommen.

Einer leibhaftigen Kaiserin bin ich nie begegnet, wohl aber zwei Damen dieses Ranges, beide erkennbar gut genährt und also ausladend thronend auf gewaltigen Denkmalsockeln. In Wien Maria Theresia (1717-1780) und in Kalkutta Victoria von England (1819-1901), die auch Kaiserin von Indien war.

12. „Warum Du Negus?“

Das zweite Studienjahr in Jena war für mich allenfalls ein halbes. Ich war 1949 zum Parteisekretär der Universität gewählt worden, ein, wie damals üblich, „Nebenamt“. In Wahrheit war es nur auszufüllen, wenn man einen erheblichen Teil der Zeit darauf verwandte. Meinen Vorlesungs- und vor allem den Seminarbesuch organisierte ich noch recht und schlecht. Mit den häuslichen und Bibliotheksstudien sah es hingegen ärmlich aus. Dennoch wollte ich mich am Ende des vierten Semesters, da war die Mitte des auf vier Jahre angelegten Studiums erreicht, der fälligen Prüfung stellen. Bei der Vorbereitung halfen mir zwei Mitstreiter, Bruno Kammler, der später ein Lehrer in Liebenstein in Thüringen wurde und Paul Hauck, der sich dann auf sein zweites Fach warf und Geographie-Professor an der Greifswalder Universität wurde. Bruno, der den Krieg mit einer Armverletzung überlebt hatte, nichtsdestoweniger ein flotter Stenograf war und das Mitgeschriebene per Maschine auch für andere lesbar machte, lieh mir seine Aufzeichnungen. Dann trafen wir uns zu dritt auf meiner Studentenstube in der Naumburgerstraße und ich wurde von den beiden so etwas wie einer Vorprüfung unterzogen. Am Ende, wir fühlten uns startbereit, wurde abgemacht, was in die gemeinsame Kasse

zu zahlen war, damit wir die, woran wir nicht zweifelten, gelungenen Prüfungen angemessen begehen konnten. Der Betrag wurde nach der Note gestaffelt, je besser sie war, umso mehr war zu zahlen.

Es kam allerlei zusammen und wir verabredeten uns in der in Jena-Ost gelegenen Studentenbude von Bruno. Der vierte Teilnehmer der Skatrunde war Karl-Heinz Leidigkeit, ein oder auch zwei Semester weiter als wir und später im Grundstudium in Halle als Professor arbeitend. Die Stimmung nach dem Studienjahresende war, wie sich denken lässt, bestens, und dennoch überfiel mich alsbald eine bleierne Müdigkeit. Ich wurde beurlaubt und schmiss mich auf Brunos Lager. Geweckt wurde ich erst, als der allgemeine Aufbruch erfolgte. Es muss gehörig nach Mitternacht gewesen sein. Mit Paul hatten wir ein Stück gemeinsamen Heimweges.

An der Schranke beim Eisenbahnübergang nahe dem Saalbahnhof „stellte“ uns eine sowjetische Streife, die mit einem Armeefahrzeug durch die Gegend fuhr. Das war ungewöhnlich. derlei Kontrollen war schon nicht mehr ihre Sache. Wir waren sommerlich gekleidet und ich ohne jeden Ausweis. Der Soldat beleuchtete uns mit seiner Taschenlampe. Um mich darauf zu fragen: Warum Du Negus? Ich wusste mit seinem Begehr nichts anzufangen, er drehte lachend ab Richtung des Fahrzeugs. Die Aufklärung gab mir Paul unter der nächsten Straßenlaterne mit Hilfe seines Taschenspiegels. Sie hatten mir mit dem Ruß, gewonnen aus dem Rohr des Kanonenofens, der Brunos Domizil winters beheizte, das Gesicht komplett bis zum Haaransatz und zu den Ohren tief schwarz gemalt. Er Anblick hatte dem Sowjetkontrolleur offenkundig genügt, sich von unserer Harmlosigkeit zu überzeugen.

Nur wer je sich Ruß mit kaltem Wasser und der Seife vom Jahrgang 1950 von der Haut gewaschen hat, kann ermessen, wie lange ich, erst mit mir, dann mit der Badewanne meiner Vermieterin, beschäftigt war, bis ich gegen Morgen mein Bett aufsuchen konnte.

13. „Ich denke nach“

Lese ich heute Zahlenangaben über die Ausfallstunden im Unterricht an Schulen, großenteils verursacht durch Krankheiten überanstrengter Lehrer, fällt mir eine Episode aus den frühen sechziger Jahren ein. Als Aspirant hatte ich Zeit, Inge zu sagen, sie solle ihre schwere Erkältung endlich auskurieren und Schule Schule sein lassen. Ich würde ihren Unterricht übernehmen. Das machte keine Schwierigkeiten, den Leiter der Schule und eine ganze Reihe der Lehrer kannte ich von gelegentlichen Feiern des Kollegiums. Ein Anruf genügte, den vertretungsweisen Wechsel anzukündigen. Ob das ein Jahrzehnt später noch möglich gewesen wäre, sei dahingestellt.

Ich wurde im Lehrerzimmer als ein alter Bekannter begrüßt und mit den besten Wünschen versehen. Dann begann für mich das Abenteuer in einer Klasse von Zehnjährigen, so etwas wie eine Uraufführung ohne Generalprobe. Da zu dieser Klasse meine Tochter Sabine gehörte, die sich aber zu einem längeren, schon in der Genesungsphase befindlichen Aufenthalt in der Universitätskinderklinik befand, kannten mich von gelegentlichen Besuchen und Kindergeburtstagen auch manche der dort nun vor mir Sitzenden. Nein, zunächst nicht Sitzenden, sondern sich wie üblich bei Eintritt des Lehrers sich Erhebenden. Ich begrüßte sie mit einem Guten Morgen, erhielt Antwort und dann brach ein Gelächter los für das ich keinen Anlass erkannte, mir aber auch sagte, ich sollte das Nachforschen in diesem Moment besser lassen. Als der fröhliche Lärm abebbte, schlug ich vor, sie sollten sich doch erst einmal richtig auslachen. Das wurde befolgt. Dann begannen wir.

Die Stunde gehörte zum Fach heimatkundlicher Deutschunterricht und zu dessen Programm wiederum das Bekanntwerden der Schüler mit der heimischen, örtlichen Wirtschaft und namentlich der Industrie. Darauf hatte ich mich gut vorbereiten können. Es sollte um die beiden größten Betriebe der Stadt gehen, das Zeiss- und das Schott-Werk. Ich hängte aus einem großformatigen Reklame-Jahreskalender die verschiedensten Abbildungen an die Wand von astronomischem Fernrohr bis zum Mikroskop und ließ das Gesehene Bezeichnen und Beschreiben. Das ging munter voran bis wir an das Bild einer Tänzerin kamen und das Rätselraten begann. Ergebnislos. Haftschalen, für die wurde da geworben, waren damals noch etwas Exotisches. Als wir über sie und ihre Funktion gesprochen hatten, war gesichert, dass spätestens am Abend an Familientischen über sie und den „Mann von unserer Lehrerin“ gesprochen werden würde.

Wie es denn gegangen wäre, fragte mich eine Lehrerin, die nach mir an der Reihe war. Gut, bis auf den merkwürdigen Start, sagte ich ihr. Sie darauf: Das werde sie bis zur nächsten Pause entschlüsselt haben. Das hatte sie. Ich wäre nicht entfernt darauf gekommen. Sie Situation, die für die Klasse etwas urkomisch gehabt hatte, war durch den Umstand hervorgerufen, dass ich der erste Mann war, der ihnen eine Schulstunde eröffnet hatte. Bis dahin waren ihnen nur Frauen als Lehrer vorgekommen. So genügte an diesem Platze ein Bass, um Stimmung zu verbreiten.

Ich hatte in der Stunde aber etwas gelernt, was mir bis heute ein Anstoß zum Nachdenken blieb. Ohne jede didaktische Ausbildung und Erfahrung war ich erst nach den ersten 20 oder 25 Minuten darauf gekommen, dass die Klasse eine pausenlose Debatte über 45 Minuten nicht gewöhnt war. Also: Nehmt Eure Hefte vor und ... Das taten alle bis auf einen kleinen Burschen, der keine Anstalten machte, es seinen Klassenkameraden gleichzutun. Ich beugte mich zu ihm und fragte, was auch nicht der übliche Umgangston sein mochte, aber freundlich gemeint war: Na, Kollege, Du willst wohl nicht. Er sah mich mit großen Augen verwundert und unschuldig an uns sagte leise vier Worte: Wieso? Ich denke nach. Dann nahm auch er seine Schreibutensilien hervor und schloss sich der Beschäftigung der anderen an.

Was mir von dieser kurzen Unterhaltung blieb und der gänzlich unerwarteten Antwort blieb? Zwei Fragen. Wie oft Kinder bekommen gesagt, dass sie Vater oder Mutter oder Erwachsene nicht stören sollen, weil die gerade beschäftigt sind. Und wie oft wird Kindern Zeit zum Nachdenken gelassen, die doch von sich aus selten sagen: Stör mich jetzt nicht.

Der genesenen Sabine sagten wir, bevor sie wieder in der vertrauten Umgebung am Unterricht teilnahm, von diesem Ausflug des Vaters in ihre Klasse. Der Kommentar war bestimmt: Das kann nicht sein, die hätten dich nicht verstanden. Es waren dann ihre Mitschüler, die ihr bestätigten, dass es mit dem elterlichen Bericht seine Richtigkeit hatte.

14. Die doofste Prüfungsaufgabe

Mein Schul- und dann lebenslanger Freund Karl beichtete mir eines Tages, er habe meiner Schulflamme wohlmeinend gesagt: Wenn Du ihn weckst, bist Du ihn los. Das schicke ich hier voraus, um mein inniges Verhältnis zu Morpheus, dem Sohn des Hypnos anzudeuten. Ich habe bei der Verteilung des Vermögens, mich mit ihm bestens zu stellen. mindestens zweimal hier gerufen. Entsprechend missgelaunt ging ich an jenem Morgen des Jahres 1951 zum Saalbahnhof. Der Wecker hatte mich zur eben noch Nachtzeit wach geklingelt,

Meine Eisenbahnfahrt führte nach Berlin und die dauerte damals etwa fünf Stunden. Ich trat sie an, geladen zu einer Prüfung, mit der entschieden werden sollte, ob ich gegen Jahresende als Aspirant in das Institut für Gesellschaftswissenschaften, das sich das ZK der SED nach sowjetischem Vorbild zulegte und das noch nicht gegründet war, aufgenommen werden sollte. Verschlagen fand ich mich am Rosa-Luxemburg-Platz im Hause des Zentralkomitees ein und meldete mich in der Abteilung Wissenschaften. Zunächst erhielt ich ein Papier mit dem Thema für einen Aufsatz ausgehändigt, den ich in einer mir exakt nicht mehr gegenwärtigen Stundenzahl anfertigen sollte. Dann wurde ich ein Zimmer geleitet, in dem ich schon einige „Autoren“ bei der Arbeit vorfand. Jeder hatte, entsprechend der Ausbildungsrichtung, die ihm zugedacht war, einen eigenen Auftrag erhalten.

Auf meinem las ich das Thema, ich zitiere auch das aus dem Gedächtnis: Während Peter I. ein Tropfen in einem Ozean gewesen sei, wäre Lenin ein ganzer Ozean gewesen. Von sich gegeben hatte dieses Urteil Josef Wissarionowitsch Stalin und wohl in einem Interview, das er Anfang der dreißiger Jahre Emil Ludwig gewährte. Derlei hatte mir gerade noch zu meiner Müdigkeit gefehlt. Mir galt: Entweder Geschichte und das in der auf ihrem Felde üblichen Terminologie, also in der Sprache der Wissenschaft oder - Wasserspiele. Doch traf hier das Sprichwort zu: Mitgegangen – mitgehangen. Denn ich hätte die Einladung ja ausschlagen können und dies ohne politische Begründungen. Ich wollte meine Frau, die eben das zweite Kind geboren hatte, nicht allein lassen. Und das wäre nicht gelogen gewesen, die Frage hatte mich auch in Wahrheit beschäftigt.

Nun also: Wie war das mit Peter dem Großen und der Tür nach Europa. Was ich auf den Seiten, von denen ja nicht einmal auszuschließen ist, dass sie in einem Archiv lagern, verzapft habe, weiß ich nicht zu berichten. Es gibt Erlebnisse, die, ohne dass sie beschämend oder bedrückend wären, am besten als bloßer Ballast verdrängt werden. Dieses gehört. Was die Einzelheiten angeht, zu den meinen dieses Typs. Doch hatte die Sache mit der Ablieferung der Blätter für mich ihr Bewenden noch nicht erreicht. Nach einer Wartezeit wurde ich in ein Zimmer gerufen, in dem hinter einem Tisch die Prüfungskommission saß, dreiköpfig wohl, und vor dem ich platziert wurde. Gegenüber saßen mir jedenfalls die Ökonomin Eva Altmann und Ernst Hoffmann, von dem offenbar die Wahl des Themas für meinen Text stammte. Er nahm ohne Vorrede das Wort und begann gleichsam zu sezieren, was ich geschrieben hatte, um dann dozierend, und das konnte er wie ein Silbenstecher, vorzutragen, was ich nicht richtig bedacht hatte. Damit nun ließ ich ihn nicht weit kommen. Ich schlug vor, erst ein paar Worte über meine Kaderakte zu sagen. Mir schien nämlich schwer denkbar, dass ich mit diesem damals als Rucksack geltenden Packen so genannter Westverwandtschaft überhaupt in die engere Kandidatenwahl gelangen würde. Da hatte ich mich nicht geirrt. Ich wurde ohne Umschweife und Entschuldigungen mit dem Bemerken entlassen, ich würde mir im Sekretariat das Fahrgeld erstattet.

So machte ich mich wieder auf die Heimreise. Die Eröffnung des Instituts fand gegen Jahresende ohne mich statt, Dafür gewählt wurde der Geburtstag des großen Stalin, also der 21. Dezember. Wir schrieben, wie gesagt, das Jahr 1951.

15. „Eigentlich nicht“

Zu den Ereignissen des Jahres 2013, die ich nicht missen möchte, gehörten zwei Schulbesuche. Der eine führte mich in die Klasse meines elfjährigen Enkels, der ihn auch angestiftet hatte. Dort hatte ich als Zeitzeuge für die Jahre der faschistischen Diktatur aufzutreten, namentlich für die Rolle der nazistischen Jugendorganisationen. Der andere kam dadurch zustande, dass eine Lehrerin in einer Schule im berlinnahen Blankenfelde in zwei Parallelklasse zwei berühmte Kinderbücher hatte lesen lassen, die von Verfolgungen berichteten, unter denen jüdische Kinder im Nazireich zu leiden hatten. Eines der beiden war „Damals war es Friedrich“, die fiktive Erzählung von einem jüdischen Jungen, der als Illegaler lebt und bei einem Bombenangriff umkommt, da ihm der Aufenthalt in Luftschutzkellern verboten ist,

Die Lektüre hatte zum großen Thema Fragen ausgelöst, für deren Beantwortung Spezialisten zuständig sind. Da entsann sich die Pädagogin, dass ihre Mutter als Geschichtsstudentin einen Lehrer gehabt hatte, der sich auf dem Felde auskannte. So kam die Einladung an mich. Ich hatte seit den Jenaer Tagen, und das lag ein halbes Jahrhundert zurück, niemals wieder vor einer Schulklasse von Zwölfjährigen gestanden. Doch das Abenteuer, die Herausforderung lockten. Ich ließ mich darauf ein und profitierte von dieser zweistündigen Begegnung wohl selbst am meisten.

Ich sortierte die in dem Buch vorkommenden Personen in zwei Gruppen, die eine, die judenfeindlich eingestellt war, und die andere, die in irgendeiner Weise sich von diesen feindlich Gesinnten durch ihr Verhalten abgegrenzt hatte, Jeder und jede konnten sich, und die Schüler hatten gründlich gelesen, eine dieser Personen aussuchen und zu ihr seine Meinung sagen. Als wir damit weit gekommen waren, bemerkte ein Schüler leise: „Aber eigentlich hat dem Jungen keiner so richtig geholfen.“ Darauf warf einer seiner Klassenkameraden ein: „Aber der wäre doch dann ins KZ gekommen.“ Dem ließ ich, das Gespräch aus Brechts Galileo Galilei im Kopf, die Frage folgen: „Ja, kann man denn von einem Menschen verlangen, dass er ein Held ist?“ Schweigen. Ein Junge zuckte erkennbar beide Schultern und als ich ihn ansprach, wie seine Antwort laute, sagte er „Eigentlich nicht“. Da waren wir bei dem großen Thema angekommen, ob und wie man menschliche Zustände herstellen könne, in denen Helden nicht gebraucht würden. Eine Schülerin sah die Lösung darin: „Man muss die Richtigen wählen.“

Meine beiden Stunden waren da vorüber. Hätte ich eine dritte gehabt, würde sie mit de Frage begonnen haben: „Und wie unterscheidet man die Richtigen von den Falschen?“ Die kluge Lehrerin, die in das Gespräch nicht einmal eingriff, hatte mich noch tags zuvor, womöglich um meine Erwartungen

nicht hochschießen zu lassen, gewarnt, dass das Interesse ihrer Schüler so groß nicht sei, sie wären in der Pubertät und ablenkbar usw. Da hatte sie sich aber geirrt.

16. „Es sind noch drei drin“

In unserem Breslauer Haushalt gab es erst ein Tier, als wir1938 eine Zweizimmerwohnung bezogen, in der ein Zimmer von Oma Mathilde bewohnt wurde, die Witwe geworden war und sich in dem Haus in der Kronprinzenstraße allein nicht behelfen konnte. Damit es in ihrem Zimmer, wenn die Eltern zur Arbeit gingen und ich zur Schule, nicht so tot war, wurde ein Kanarienvogel angeschafft, der in seinem Bauer, auf einem Nähtischchen einen Meter von Omas Plüschsessel entfernt, munter umhersprang und sogar anrührend sang. Oma starb 1939 und Mutter und ich hatten im Februar 1945 übe die letzte offene Eisenbahnstrecke die Festung Breslau zu verlassen. Was sollte mit Hansi werden? Eine der letzten Verständigungen zwischen Vater und Mutter vor unserer Abreise bestand in der Instruktion, wie dem Tier ein möglichst schmerzloses Ende zu bereiten war, denn es sollte, wenn die weiteren Ereignisse Vater aus der Behausung zwangen, nicht elend verhungern. Hansi kam nicht zu Tode. Mit Vater trat er im Juli auf einem Handwägelchen den Weg über Görlitz nach Dresden an, gelangte von da in unsere Wohnung in Weimar, starb dort 1947 eines natürlichen Todes und wurde im Garten in der Falkstraße begraben.

Der Gedanke an einen größeren tierischen Hausgenossen war mir, als die Mädchen, Hannelore und Sabine heranwuchsen, jedenfalls nicht gekommen. Doch habe ich mich offenkundig gegen den hochansehnlichen Kater nicht gesperrt, eh unser Hausgenosse wurde. Über den geräumigen Balkon gelangte er auf einen Kirschbaum und konnte seine Ausflüge so aufgrund eigener Entscheidungen unternehmen. Eines Tages blieb er aus. Vor seiner Anschaffung und „Flucht“ aber trug sich dies zu: Nach getaner Arbeit nur zum Abendessen nach Hause kommend, dann hatte ich noch eine abendliche Versammlung vor mir, sprang aus dem Haus am Kieshügel ein junger Schäferhund entgegen und hinter ihm fröhlich Sabine. Auf meine Frage, wie dieses Tier hierherkäme. erhielt ich zur Antwort: „Es sind noch drei drin.“ Und das war so und hatte diese Vorgeschichte; Aus dem Hundezwinger der Polizei, der ganz am Rande der Stadt und unweit unserer Wohnung sich befand, war eine Hündin mit drei ihrer Jungen entkommen. Der Nachwuchs, lange Wege ungewohnt, hatte es sich auf der unbelebten Straße vor unserem Hause bequem gemacht und weitere Gefolgschaft verweigert. Darauf hatte, da muss man wohl Biologielehrerin sein und keine Scheu vor solchem Muttertier haben, Inge einen der Kleinen ergriffen und außer Gefahr in unsere Wohnung gebracht. Die anderen waren gefolgt. Mir war mit diesen Gästen etwas unbehaglich, Doch war die Polizei schon unterrichtet und hatte angekündigt, ein Kommando zu entsenden, das die Flüchtlinge abholen werde. Das dauerte. Ich musste aufbrechen. Als ich später am Abend zurückkamen hatten es sich mit Inge zwei Polizisten in meinem Arbeitszimmer bequem gemacht und auf dem Teppich drängten sich friedlich nicht nur unsere Gäste vom Nachmittag, sondern noch zwei weitere mitgebrachte Schäferhunde, die offenbar das Begleitkommando für die Rückführung in den Zwinger abgaben. Nun wurde auch mir noch einmal die Geschichte von der in Jenas Schrebergärten wildernden Hündin erzählt, die eigentlich abgeschossen werden sollte, aber dann als trächtig identifiziert worden war und gefangen wurde. Was aus ihr werde? Das war fraglich. Die Spezialisten wussten, dass nach ihren Erfahrungen von Freiheit sich aus ihr kaum ein Fährtenspürhund heranzubilden sein würde.

Das friedliche Zusammensein jenes Abends hat meine Haltung zu Hundetieren aber noch nicht zu ändern vermocht. Armin, und das halte ich für eine meiner pädagogischen Fehlleistungen, der mit Sicherheit gern einen Vierbeiner als Spielgefährten gehabt hätte, wurde zuerst mit einem Fischbassin und dann mit einem Vogel beschenkt, die dafür keinen Ersatz darstellten. Inzwischen hat er das in seiner Familie geregelt. Und da die Enkeltochter Maria ebenfalls einen Hund im Hause hat, finden sich bei einem Familientreffen drei dieser Menschenfreunde ein, die einander vertragen und vor denen ich keine Angst habe.

Sprung nach rechts. Wohin?

„Neues Deutschland“ schärft Wachsamkeit der PDS-Sozialisten

Am letzten Wochenende vor dem PDS-Parteitag hat *Neues Deutschland* einen Artikel von Wolfgang Ullmann gedruckt. Er trägt die Überschrift „Das Debakel – ein Appell“. Sein Anliegen ist wohl nicht missdeutet, wenn in ihm ein öffentliches Schreiben an die Delegierten gesehen wird, die sich in Gera versammeln werden. Mit der Publikation des Textes liegt ein doppeltes Verdienst vor. Das der Redaktion besteht darin, dass sie den als Gastkolumne bezeichneten Beitrag nicht nur zur Kenntnis brachte, sondern ihn zudem dorthin platzierte, wo früher Leitartikel zu lesen waren und so an unübersehbarere Stelle eine Warnung bekannt gab. Und das des Autors ist darin zu erblicken, dass er, wie er ausdrücklich bekennt, sich nicht scheut, seine Gedanken gelegen oder ungelegen auszusprechen, – Gedanken, die andere hegen mögen, aber eben nicht zu Papier bringen wollen.

Ullmanns Beitrag ist fern allen Triumphes derer, die sich auf eine Gesellschaft ohne PDS freuen und ihrer Häme über das Wahlergebnis des 22. September und dessen Folgen ganz freien Lauf lassen. Nein, Sozialismus und Sozialisten, ist er überzeugt, werden gebraucht, freilich nicht die PDS in ihrer derzeitigen Gestalt und Verfassung. Vor ihr stehe die Aufgabe einer Generalrevision. Sie habe ihren Platz in der Gesellschaft, „der Demokratie“, neu zu bestimmen und dabei nicht von den Widersprüchen dieser Gesellschaft, sondern davon auszugehen, dass „Demokratie ... das Ganze aller politischen Tendenzen der Gesellschaft (ist). Seit dem 19. Jahrhundert gehören *darum* Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus zu den Säulen der modernen Demokratie.“ Dieses *darum* verdient Aufnahme ins Schatzkästlein für höheres Blech aus Politikermund

Wer bis hierhin las, geriet womöglich schwer ins Grübeln und war versucht, das Folgende beiseite zu legen. Denn: Welch ein Schwachsinn äußert sich da in nur zwei Sätzen über deutsche Vergangenheit! Wo Ullmann im 19. Jahrhundert einen Konservatismus entdecken konnte, dessen Verfechter sich im Staat der konstitutionellen Monarchie zur Demokratie bekannten, in ihm gar Säule einer „modernen Demokratie“ waren, verrät er uns nicht. Und was „das Ganze aller politischen Tendenzen“ angeht, so umfasst es in der Bundesrepublik, um deren demokratische Zustände sich Ullmann sorgt, – leider – auch Neofaschisten und andere Antidemokraten verschiedener Couleur. Die haben und behalten wir hier, so laut auch der gegen sie gerichtete Ruf erschallte „Raus aus Deutschland“. Da von abzusehen, dass sie zum Ganzen der Gesellschaft gehören, könnte uns schlecht bekommen.

Gut, Ullmann hat sich ein wenig in Geschichte und Sozialtheorie begeben, die sein Metier nicht sind. Auch geht es ihm nicht um wahr oder falsch, sondern um Politik, um Erhalt und künftige Rolle der PDS. Letztere soll, eine locker phantasierte Traditionslinie fortsetzend, darin bestehen, eben eine von jenen drei Säulen der kapitalistischen Gesellschaft zu sein oder diese zu verstärken und damit zu tun, was Sozialisten seit eh und je getan hätten. Für diese Nachrede werden ihn ganze Generationen von Sozialdemokraten im Himmel noch sehr zur Rede stellen. Da soll nichts vorweggenommen werden.

Im Fortgang des Artikels wird auf weitere Berufungen auf die Geschichte der Arbeiterbewegung dann verzichtet. Massiv und beweislos steht da die These, der Gedanke an eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus sei ein für alle Mal aufzugeben. Links von der Sozialdemokratie ist nur noch Raum für Phantasten und Illusionisten. Denn: wir leben „nach dem definitiv gewordenen Ende aller Revolutionen“. (Beiläufig, die Revolution an welcher der Autor teilgenommen zu haben glaubt, war demnach die letzte.) Da treffen wir auf eine Vorhersagekraft, die sich mit jener gut erinnerbaren aus den Jahrzehnten des real existierenden Sozialismus gefahrlos messen kann. Doch lässt gerade sie nur umso eindringlicher fragen: Wo ist dann aber noch Platz für eine sozialistische Partei? Was soll sie sich vorsetzen, was gar bewirken?

Sie soll, erklärt Ullmann, „als politische Initiative für die von mächtigen Trends rechtsunfähig gemachten Mitglieder der Gesellschaft“ wirken. Da lauert es wieder, das Absinken ins Grübeln. Denn: *Rechtsfähig* ist das Kind mit seiner Geburt, hätten Juristen dem Theologen sagen können. Wo keine Rechtsunfähigen, da folglich auch keine Aufgabe für die Sozialisten. Es sei denn, gemeint wären nicht Fähigkeiten, sondern Rechte, die den Individuen in einer Gesellschaft zugebilligt oder vorent-

halten werden, beispielsweise das Recht auf Arbeit. Das aber kann schwerlich gemeint sein, denn nimmt eine dahin gerichtete Initiative nicht die Sozialdemokratie wahr? Denkt der von ihr gestellte Kanzler nicht in später Nacht, wie wir soeben noch auf einem Wahlplakat teilnehmend betrachten konnten, gerade über diese Personengruppe nach? Wird ihr da auch nur der Rest eines Plätzchens gelassen werden?

Es gibt ihn, versichert Ullmann. Nur müssten Sozialisten jeden Gedanken an ein eigenes Wirtschaftskonzept aufgeben und sich überhaupt um Wirtschaftskonzepte länger nicht kümmern, sondern stattdessen ein „Rechtskonzept im Dienste einer politischen Synthese von Freiheit und Gleichheit“ verfolgen. Aber und noch einmal: Erledigen nicht auch das die Sozialdemokraten schon. Wo sollen sich die demokratischen Sozialisten da hindrängen? Mit einem Sprung auf den Schoß der Sozialdemokratie? Womöglich selbst ein wenig in Zweifel geraten, ob seine Rollenzuweisung für eine ganze Partei hinreicht, fährt der Autor fort: Die PDS könne in der „überregionalen politischen Debatte“ ihre DDR-Erfahrungen zur Geltung bringen, in einer Debatte, die tatsächlich nicht stattfindet, sondern seit Jahren durch ein Generalverdikt ersetzt ist, zudem Ullmann sogleich weitere Argumente beizusteuern sucht. Da die Teilnahme an nur einem Streit diese Partei offenbar hinreichend nicht beschäftigen würde, stellt ihr Ullmann noch die denkbare Stimmführerschaft in der „entstehenden Diskussion über demokratischen Sozialismus“ in Aussicht, einer Diskussion, die nun keineswegs erst entsteht, sondern seit Jahren stattfindet, freilich nicht mit jenen Argumenten, die ihr nun ungescheut in sie eingebracht werden sollen. Auch damit nicht genug. Die PDS, in deren Reihen das Wort Bildungsarbeit zum Fremdwort verkommen ist, solle „unentbehrliche Lehrkraft für alle (werden), denen eine Erneuerung unserer parteipolitisch verfallenen Demokratie am Herzen liegt.“ Wie derlei Verfall trotz dreier Säulen möglich war, erfahren wir nicht. Hier spricht sich erkennbar die Stimme einer illusionsschweren Bürgerrechtsbewegung aus, die nach ihrer Rolle als ungelernte Abrissarbeiter bei einer Bauausführung versagte, für die ihr die Experten fehlten.

Wolfgang Ullmanns Artikel, was sich immer gegen seine Argumente sagen lässt, hat Konsequenz. Er entwirft ein Bild von einer gewandelten PDS, das Sozialisten nur Warnung sein kann. Der einzige Mangel an Konsequenz besteht darin, dass er für das Parteigebilde, das ihm vorschwebt, nicht auch einen Namen vorgeschlagen hat. Bei Beibehaltung des jetzigen würde das Projekt auf einen der größten Etikettenschwindel der deutschen Parteigeschichte hinauslaufen. Und wer möchte einem Theologen zutrauen, dass ausgerechnet er ein derart sittenwidriges Verhalten guthieße?

Zeugnisse Hochbetagter

Dieses Buch sei ein Glücksfall, schrieb der Militärhistoriker und Weltkriegserforscher Gerd Krumeich, der zu ihm, seiner Neuherausgabe, das Vorwort beisteuerte. Und das ist es zweifelsfrei. Sein Urheber arbeitete über Jahre unverdrossen daran und das ohne den Druck irgendeiner Konkurrenz. Wer noch wäre in den achtziger und neunziger Jahren darauf gekommen, die im neunten Lebensjahrzehnt befindlichen deutschen Teilnehmer des Ersten Weltkrieges aufzuspüren und sie nach ihren Erlebnissen zu befragen? Wolf-Rüdiger Osburg, ein auf den Feldern von Geschichte und Rechtswissenschaften bewanderter Mann, promovierter Jurist, dann als Manager und Unternehmer in der Wirtschaft arbeitend, konnte über die Zeit und die Mittel verfügen, sich, nachdem er die Adressen der Überlebenden ermittelt und deren Zustimmung zu seinem Unterfangen brieflich oder telefonisch erhalten hatte, mit einem Tonbandgerät und einem Fragekatalog auf die Wege machen, kürzere im Umkreis seines Wohn- und Arbeitsortes Hamburg, dazu in Städte Niedersachsens und Schleswig-Holsteins, aber selbst bis in den Südwesten der Bundesrepublik.

Was er, wenn auch nicht schwarz auf weiß, nach Hause trug, hat er nicht einfach in ein Schrift- und Druckwerk transferiert, sondern nach Themen gegliedert, ohne dass dabei der Eindruck entstanden wäre, es sei hier ein jeweils Ganzes auseinandergerissen worden. So kommen seine mehr als 100 Interviewpartner in einer Weise zu Wort, manche von ihnen mehrmals, die gemeinsame und unterschiedliche Perspektiven auf den Krieg und die in ihm gesammelten Erfahrungen eröffnen. Nicht, dass dadurch grundlegend Neues und Unbekanntes zutage gefördert worden wäre. Kriegstagebücher, Feldpostbriefe und später geschriebene Erinnerungen haben das Bild dieses Krieges längst aus der begrenzten und vereinfachenden Sicht von Regierenden, Befehlenden und Kommandierenden gerückt und es aus der Wahrnehmung derer gezeigt, die da regiert, kommandiert und befehligt wurden.

Nun also ist der 2000 erstmals, 2009 wieder erschienene Band, da waren auch die letzten der in ihm zitierten Zeugen verstorben, – sie gehörten den Geburtsjahrgängen 1893 bis 1898 an, zählten also bei Kriegsbeginn nicht mehr als 21 oder gerade 16 Jahre –, umfassend überarbeitet wieder aufgelegt worden. Die Gliederung setzt mit den Abschnitten „Jugend“ und „Kriegsausbruch“ ein und endet mit den beiden über „Revolution“ und „Leben danach“. Die soziale Zusammensetzung der Befragten spiegelt nicht die Gesellschaft wider. Wenige Schlosser und Zimmerleute und ein nicht näher charakterisierter Arbeiter verlieren sich in der Masse der Intellektuellen, Bürger und Kleinbürger. Das prägte viele der geschilderten Jugend- und Vorkriegserlebnisse der Befragten, die meist treue, ja begeisterte Bürger des Kaiserreiches waren und ebensolche Soldaten, wie dann geschehen, werden wollten. Das überrascht ebenso wenig wie der Inhalt des Schlussabschnittes, aus dem sich ein weit gefächertes Bild davon gewinnen lässt, was diese Krieger dachten und taten, als sie – nicht alle – die Uniform auszogen. Niemand äußerte einen Gedanken darüber, was sie jenseits der deutschen Grenzen angerichtet hatten. Über die Ursachen des Krieges, die Ziele, für die sie da geschossen hatten, die Interessen, denen sie dienstbar gemacht wurden, sprach nicht ein einziger. Einige bekannten, wie gründlich sie den Krieg von da an und für immer satthatten. Einer gab zu Protokoll, dass er „der Todfeind jedes Krieges geworden“ war. Zorn erfülle ihn gegen jene, die Kriege machten wie jüngst den Golfkrieg. „Krieg ist für mich gleichbedeutend mit kriminell.“ Der das aufs Band sprach, gehörte zur Minderheit jener Interviewten, die ihren Namen nicht gedruckt sehen wollten. Und auch der Herausgeber bekennt, der freilich rückblickend: „Zorn empfinde ich denen gegenüber, die allzu leichtfertig den Krieg haben entstehen lassen und ihn dann vehement, zynisch und ohne Pause fortgeführt haben.“ Die Wendung vom „entstehen lassen“ wäscht freilich nur Pelze, deren Träger unbenannt bleiben und das, ohne sie nass zu machen.

Wolf-Rüdiger Osburg, Hineingeworfen. Der Erste Weltkrieg in den Erinnerungen seiner Teilnehmer, Osburg Verlag 2013, 2. Auflage, 525 S.

Wie der Kriegstoten gedacht wird auf Friedhöfen, in Kirchen und auf öffentlichen Plätzen

Kann man ein Buch über Kriegstote herausgeben, ohne dass vom Wesen der Kriege und den Zielen die Rede ist, die von den einander Bekriegenden verfolgt wurden? Man kann. Dann liest sich der erste Satz des Vorworts so: „Krieg und Gewalt sind globale Phänomene." Und zwei Seiten später der erste der Einleitung: „Krieg ist ein globales Phänomen ...!" Die Banalität haben die Herausgeber formuliert, deren Verdienst es ist, 24 Mitarbeiter für diesen Band gewonnen zu haben, Juristen, Sozial-, Kultur und Sprachwissenschaftler, dazu Historiker und unter diesen wieder Fachleute der Militärgeschichte, alles in allem eine hochkompetente internationale Gruppe, die ihre Beiträge auf weitläufige Forschungen stützt. Das gilt zunächst zeitlich, denn der erörterte Gegenstand führt erheblich mehr als 200 Jahre, bis in die Jahre der Französischen Revolution, zurück. Und es trifft auch räumlich zu, denn das Totengedenken an jene, die in Kriegen umkamen, vorwiegend an die Soldaten, reicht geographisch weltweit. Durchmustert werden Gepflogenheiten und Rituale in 18 Ländern – von Finnland bis Chile und von Großbritannien bis in die Türkei und den Irak, nach China und Australien. Unmöglich, dem Gebotenen hier gerecht zu werden. Also: Auswahl und damit Ungerechtigkeit gegen jene Mehrheit der Autoren, deren Texte hier unerwähnt bleiben.

Den Beitrag über Deutschland haben die Herausgeber beigesteuert. Sie setzen mit der Order des Preußenkönigs Friedrich Wilhelms III. ein, die alle Kirchengemeinden verpflichtete, der Toten des eben begonnenen Befreiungskrieges zu gedenken, womit, nachdem zuvor Denkmäler für Generale und Offiziere errichtet und die umgekommenen Söldner meist in Massengräbern verscharrt worden waren, ein neuer Umgang mit dem getöteten „gemeinen Mann" eröffnet wurde. In manchen Kirchen haben sich die hölzernen Tafeln mit den Namen der einstigen Ortsbürger, manche dekoriert mit dem nahezu zeitgleich gestifteten Eisernen Kreuz, erhalten. Und es sind andere in Stein und Bronze mit immer längeren Namenslisten hinzugekommen. Viele dieser Tafeln wurden zudem mit Bibelzitaten verziert, Zeugnisse der Gesinnung der Pastoren und ihrer Rolle bei der Verklärung des Schlachtentodes, der nicht selten als der direkte und gewisse Weg in den Himmel und vor Gottes Thron bezeichnet wurde. Der Beitrag verfolgt, wie andere des Buches, die Totenehrungen bis in unsere Tage, also hin zu jenen Bundeswehrsoldaten, die unter der eigenen Staatsflagge oder der UNO-Fahne in Kriegen umkamen, die hier auch mehrfach „Einsätze" genannt werden. Bei der Darlegung des anderen Totengedenkens, in dem sich ein Generalprotest gegen Kriege ausdrückte, verbunden mit dem Wirken von Ernst Barlach oder Käthe Kollwitz, haben sich die Autoren des Beitrags nicht weiter aufgehalten.

Von abweichender Komposition ist der Frankreich gewidmete Beitrag von Mechthild Gilzmer, Privatdozentin an der FU Berlin. Er setzt mit einem Bericht über das Gedenken ein, das den in den französischen Kolonien rekrutierten Soldaten gewidmet wurde, die am Ersten Weltkrieg teilnahmen oder sich im zweiten an der Zerschlagung des faschistischen Aggressors Verdienst erwarben, und erwähnt auch die Auseinandersetzungen um die materielle Versorgung der Überlebenden. Der Beitrag sticht mehrfach durch Parteinahme hervor. Eine bezieht sich auf die klare Ablehnung des (in der Bundesrepublik seit dem Beginn der neunziger Jahre kräftig angerichteten) Opferbreis, der nicht nur falsche Geschichtsbilder begünstigt, sondern meist auch jene marginalisiert, die sich kämpfend und ihr Leben einsetzend besonders hervortaten. Dabei, und dies ein anderer Vorzug, vergisst die Autorin niemanden, ihre Analyse vergleicht mit dem Gedenken an die toten Soldaten und Widerstandskämpfer auch die trauernde Erinnerung an die zivilen Kriegsopfer und die des Holocaust, der Politik der Ausrottung der europäischen Juden.

In anderer Weise nimmt der Beitrag über Spanien eine Sonderstellung ein, hat er sich doch anders als seine Nachbarn vor allem mit dem Umgang mit den Toten eines Bürgerkrieges zu befassen. Von denen existierten bis zu Francos Tod 1975 nur jene, welche die Republik zur Strecke gebracht und der Diktatur den Weg frei schossen und mordeten. Die Erinnerung an die Opfer der Putschisten war aber vor etwa einem Jahrzehnt wieder belebt worden, als Massengräber entdeckt und geöffnet wurden. Doch der Umgang mit den Toten des Bürgerkriegs hat auch mehr als 35 Jahre nach dem Caudillo nicht zu einer Parteinahme für die Verteidiger der Republik geführt. Entsprechend die „verbesserten"

Inschriften an Denkmälern und Gedenksteinen, die nicht mehr verbreiten, dass nur Francos Leute für „Gott und Spanien“ starben, sondern „alle (alle namentlich besser nicht bezeichneten) für Spanien“. Versöhnung auf der Grundlage erlogener Geschichtsbilder ist erfahrungsgemäß faul und dauernd nicht tragfähig. Dass der dänische Autor des Beitrags, Professor an der Kopenhagener Business School, die Mordorgien der Legionäre Francos in seinem Text „Säuberungen“ nennt, geht gewiss auf sein Konto, dass die deutschen Herausgeber, die diesen Ausdruck aus der Sprache der deutschen faschistischen Eroberer kennen, ihn durchgehen ließen, auf das ihre.

Manfred Hettling/Jörg Echterkamp (Hg.) Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition. Politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung, Oldenbourg Verlag München 2013, 540 S.

Im Germania-Plan nicht vorgesehen

In den neuen Bundesländern mag noch eine mehrere Dutzend Personen zählende Gruppe von Frauen und Männern leben, die in DDR-Zeit Einrichtungen der materiellen oder der geistigen und künstlerischen Produktion als Direktoren vorstanden und die am Ende dieser ihrer Tätigkeit den Belegschaften ihrer Häuser die Abschiedsreden hielten. Einer von ihnen hat, damit womöglich auch eine Anregung gebend, mehr als nur seine Erinnerungen vorgelegt. Er beschrieb die Geschichte des von ihm geleiteten Instituts, ein Platz, auf den er gewählt worden war. Und dies war eine Gründung aus Wendezeiten. Ihr war nur ein konkurrenzlos kurzes Leben beschieden war. Es begann am 1. Januar 1990 und endete am 31. März 1992.

Das Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung ging aus einer Um- und Neugründung eines anderen hervor, des Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin. Das wiederum gehörte zum Imperium wissenschaftlicher und propagandistischer Einrichtungen der Sozialistischen Einheitspartei. Es war nach seiner Ausstattung eine, verglichen selbst mit Instituten der Akademie der Wissenschaften, privilegierte Einrichtung mit idealen Arbeitsbedingen der Mitarbeiter, wozu ein reiches Archiv und eine ebensolche Bibliothek im eigenen Haus (Adresse:) gehörten. Dieser Vorzug wurde freilich auch durch wissenschaftsfremde Reglementierungen gemindert.

Dieses Haus in der Berliner Wilhelm-Pieck-Straße 1, vis-a-vis dem heutigen Sitz der Redaktion *„junge Welt“*, genoss einen doppelten Ruf. Der eine rührte aus der in ihm geleisteten forscherischen und mehr noch aus der umfangeichen editorischen Arbeit her. Für den anderen sorgten Dienstleistungen an die Führung der SED, verlangt zur historischen Begründung aktueller politischer Entscheidungen und Handlungen, was nicht eo ipso bedeutete, dass mit der Geschichte freihändig umgegangen wurde. Und zu ihm trug schädigend bei, dass dort Tätige als Kontroll- und Zensurbehörde wirkten für Publikationen, die außerhalb ihres Hauses entstanden und darauf geprüft wurden, ob sich deren Autoren auf „Abwege“ von irgendeiner Linie begeben hatten.

Mithin: das Erbe des Vorgängers war zu sondern, und das geschah gründlich. Die Beweise für die Bereitschaft und Fähigkeit der Mitarbeiter des neuen Instituts, sich aus dogmatischen Fesseln zu befreien, Tabus nicht länger zu beachten, bisher vernachlässigten Fragestellungen nachzugehen, liegen in einer Vielzahl von Publikationen vor, die eine eigene Bibliographie noch erfordern. Hier wollten Historiker ihre Lebensarbeit fortsetzen, gedanklich zu neuen Ufern gelangen, auch Wiedergutmachung leisten, soweit das möglich war, und so gleichzeitig ihre Arbeitsplätze verteidigen. Benser schildert das gestützt auf seine Erinnerung und ein offenkundig reiches Privatarchiv. Ihn treibt kein Rechtfertigungsbedürfnis, er bezeugt und lässt im Anhang 29 Dokumente sprechen. Er erzählt von Anstrengungen, die auch zum raschen Gewinn internationalen Ansehens führten, Dennoch gerieten die Teilnehmenden mehr und mehr in die Lage des Don Quichotte, freilich, ohne dass sie das Äußere eines Ritters von der traurigen Gestalt annahmen. Sie bewahrten jene Haltung, die August Bebel den Sozialisten anriet und die sich in der Devise ausdrückt: Wir sind wer und wir schreiben uns groß. Und dies ungeachtet des Wissens, dass sie den Überlebenskampf schließlich verlieren würden. Eine Einrichtung wie die hier entstandene, noch dazu in einer Verbindung mit der im deutschen Parteiengefüge nicht vorgesehenen sozialistischen Partei, lag außerhalb des Germania-Plans der Treuhand, unter deren Regie das Institut geriet. Deren Chefs brauchten keine Argumente, ihnen gehörte der Geldhahn.

Alles vergebens? Nicht ganz. Benser und seine Mitstreiter retteten das Archiv und die Bibliothek und noch immer erscheinen zwei Periodika, Gründungen aus der kurzen Lebenszeit eines Instituts, von dem angenommen werden kann, dass ihm doch eines vielleicht fernen Tages Nachfolge noch entstehen wird

Günter Benser: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit einem Dokumentenanhang. Edition Bodoni Berlin 2013, 238 S.

Wilhelm Liebknecht-Biografie von Wolfgang Schröder

An der Jahrtausendwende hoffte der Vollblut-Historiker Wolfgang Schröder, der sich in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts auskannte wie kaum ein zweiter, dass „Lebenszeit und -kraft noch für die Biographie Liebknechts reichen, für die ich seit nunmehr vier Jahrzehnten allüberall Material gesammelt habe.“ (S. 9) Das Jahrzehnt, das ihm danach noch blieb, hat dafür nicht ausgereicht. Aber das, was er an Arbeiten für einen solche Biografie hinterlassen hat und nun von den beiden Herausgebern der Öffentlichkeit als „Fragment“ unterbreitet ist, zeigt sich gleichwohl als ein außerordentlich gewichtiger Beitrag für eine umfassende wissenschaftliche Gesamtbiografie, dem es an neuen Aspekten und Sichtweisen nicht mangelt.

Ganze Abschnitte in Liebknechts Leben und Wirken wurden immerhin aufgearbeitet, gestützt, wie die Bibliografie ausweist, auf Forschungen zur Liebknecht-Biografie, die neben herkömmlichen Arbeitsverpflichtungen die beiden letzten Lebensjahrzehnte des Autors ausfüllten. Seine Darstellungen oder Die hinterlassenen Texte? bezeugen nicht nur exzellente Quellenkenntnis und -verarbeitung, sondern bringen dank unkonventioneller Fragestellungen und konzeptioneller Behandlung komplizierter widerspruchsvoller Prozesse ungewohnt ausgewogene Beurteilungen in das Lebensbild des außergewöhnlichen Mannes Liebknecht-Bild ein. Dessen einzigartigen Platz in der Arbeiterbewegung macht W. Schröder ebenso deutlich wie die Charaktereigenschaften auf denen sie beruhten. Zu ihnen gehörten Selbstbewusstheit und Eigenständigkeit im Denken und Handeln des sich durchaus (muss das durchaus sein?) als Marx-Schüler begreifenden Arbeiterführers. Bei aller Anerkennung und hohen Wertschätzung von Marx und Engels, deren Forschungsmethoden ihm wer ist nun das ihm? Der Satz muss anders „angehängt“ werden eigen sind, war ihm – wie Liebknecht selbst – das von Mehring einst so benannte „Marx-Pfaffentum“ fremd.

Für die Frühzeit Liebknechts liegt in den ersten beiden Kapiteln bereits eine in sich geschlossene Biografie vor: Herkunft und Familienverhältnisse des früh Verwaisten, die unruhigen, turbulenten Studentenjahre, der fallengelassene Plan, in die USA auszuwandern, und vor allem der Eintritt in die aktive politischen Bewegung als „Soldat der Revolution“ von 1848/49 und seine Rolle als Präsident der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz in der Nachrevolutionszeit werden lebendig, plastisch und mit allen Widersprüchen vorgestellt. Erstmals ist Liebknechts Teilnahme an den 48er Revolutionskämpfen, am Badischen Septemberaufstand von 1848, der ihm Kerkerhaft bescherte, und als Freischärler an der Reichsverfassungskampagne bis ins Einzelne aufgehellt. Auch die ersten Jahre des englischen Exils nach der Ausweisung aus der Schweiz und das Zusammentreffen mit Marx und Engels, als „Wegscheide“ in Liebknechts Leben charakterisiert, sind noch aus einem Guss in chronologischer Folge niedergeschrieben. Zeitlich reicht das überlieferte Manuskript bis zu den Kontroversen im Bund der Kommunisten im Herbst 1850, wobei der Neue Arbeiterverein in London leider ausgespart blieb. Dann bricht die Biografie mit dem Tode des Verfassers ab. Die folgenden Jahre des Exils und auch die ersten Jahre nach Liebknechts Rückkehr nach Deutschland, die sogenannte Berliner Zeit von 1862 bis 1865, bilden eine Lücke.

Doch wird sein Lebensweg seit seiner Niederlassung in Leipzig weiterverfolgt, sodann in größtenteils bereits publizierten speziellen Studien. Im Zentrum steht zunächst sein Wirken in Sachsen von 1865 bis 1881. Bislang kaum bekannte, vom Autor erstmals liebevoll erschlossene biografische Details über nach dem Tod der ersten Frau gegründeten neuen Familie, deren Wohnverhältnisse und Umfeld zunächst in Leipzig und später, während der Verfolgung durch das Sozialistengesetz, im Asyl in Borsdorf. nähere Ortsangabe? Sie vermitteln ein plastisches Bild der schwierigen Bedingungen, unter denen die im Vordergrund stehende politische Arbeit erfolgte: das Ringen um eine eigene Arbeiterpresse und die Redakteurstätigkeit; die Eroberung der ersten Parlamentssitzen im sächsischen Landtag und im Reichstag; die Gründung der Sächsischen Volkspartei 1866, die zurecht durchweg positiv bewertet wird, das beispielhafte Verhalten in der Kriegskreditfrage im Reichstag während des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71, das als entscheidend für den Erhalt der in Eisenach gerade gegründeten neuen Partei bezeichnet wird. Zurück tritt demgegenüber Liebknechts Rolle auf dem Weg hin zu dieser Partei und bei deren Gründung. Auch die Studie über Bebel und Liebknecht, der

beiden führenden Köpfe der deutschen Sozialdemokratie, im durch die Ausweisung aus Leipzig erzwungenen Borsdofer Asyl verknüpft glänzend Persönlich-Biografisches mit der Schilderung ihres gemeinsamen Kampfes gegen das Bismarck‘sche Sozialistengesetz. Als darstellerisches Kabinettstück verdient hier die Liebknechtsche Solidaritätsaktion für die dem Elend preisgegebene Familie des an der Proletarierkrankheit wer weiß noch, was das war?

In Polemik gegen unhistorisch-hyperkritische Bewertungen der Gothaer Vereinigung von 1875 skizziert der Autor erstmals bis ins Detail den Weg nach Gotha, und zwar oder: namentlich oder insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Erscheinen des Parteiprogramms. Auf die Abhandlung der erst darauffolgenden kritischen Debatten weitgehend verzichtend, verteidigt W. Schröder, in Kenntnis der letztendlich positiven oder vorwärtsführenden Wirkungen der Vereinigung, die von Liebknecht hier wie anderswo angewandte Taktik, „in Fällen, wo er sich des ungeschmälerten Beifalls seiner Kampfgefährten nicht ganz sicher war, vollendete Tatsachen zu schaffen, in seinen Augen Pflöcke einzuschlagen, die den Weg nach vorn markieren sollten.“ (S. 243) Zwei exzellente vergleichende biografische Analysen stellen die Beziehungen Liebknechts zu Johann Most und zu Friedrich Engels dar. Sie bezeugen Reiz wie Nutzen solcher wenig praktizierten Gegenüberstellungen. Die auf objektiven Faktoren beruhenden Kontroversen mit den anarchistischen Tendenzen Mosts und deren Haltlosigkeit und Schädlichkeit erhalten so eine verstärkende subjektive Komponente. Der vorstehende Satz ist schwer verständlich. Durch die Darstellung der Beziehungen Liebknechts zu Engels erschließt sich dem Leser der fruchtbringende und bis heute beispielhafte Gedankenaustausch des erfahrenen Praktikers mit dem ihm fraglos überlegenen Theoretikers, den beide, ungeachtet manch Engelsscher Überheblichkeiten pflegten.

Die bisher gründlichste Untersuchung der Agitationsreise Liebknechts in den USA im Herbst 1886 verbindet die eindrucksvolle Würdigung der enormen Leistungen des inzwischen Sechzigjährigen bei der Propagierung sozialistischen Erkenntnisse Marxscher Prägung mit der Darstellung der komplizierten Verhältnisse in der gerade Massencharakter annehmende amerikanischen Arbeiterbewegung. Der Leser wird vertraut mit den riesigen Schwierigkeiten, sie sich auftaten, als eine wegen ihres Vorsprungs auf theoretischem Feld sich überlegen fühlende deutschsprachige Sozialistische Arbeiterpartei nicht recht zu der sich in Knights of Labor und AFL formierenden hauptsächlich englischsprachige Bewegung fand, um eine wirkungsvolle gemeinsame politische Macht zu konstituieren.

Eine zwar kurze, aber eindrucksvolle Skizze resümiert am Schluss die Verdienste Liebknechts um die Arbeiteremanzipation im Prozess der proletarischen Parteibildung. In seiner Person verkörperte sich Er verkörperte persönlich die wichtige Kontinuität auf Kontinuität muss irgendwo das Wörtchen von ... mit folgen des demokratischen Kampfes wie des Emanzipationsstrebens der Arbeiter von 1848/49 in die sechziger Jahre und er stand auf allen Teilgebieten dieser Bestrebungen in der ersten Reihe, als Zeitungsredakteur, bei der Formierung der Arbeitervereine zur politischen Partei und deren Bestand Sicherung in der aufbrandenden nationalistischen Welle von 1870/71, in der entstehenden Gewerkschaftsbewegung und bei der Ausarbeitung und Verwirklichung einer revolutionären Parlamentstaktik.

Ein Personenregister, die Lebensdaten des Autors und dessen Bibliografie beschließen einen Band, dem ein vorderer Platz in den inzwischen überaus licht gewordenen Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung sicher ist.

Wolfgang Schröder. Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution. Parteiführer, Parlamentarier. Ein Fragment. Hrsg. von Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XVII) Dietz Verlag Berlin 2013.

Die Versager und andere Märchen vom Ersten Weltkrieg

Rede auf der Konferenz der Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung am 11. Juni 2014

Auf dem Grabstein eines britischen Soldaten, der in der Schlacht bei Gallipoli, die vom 19. Februar 1915 bis zum 9. Januar 1916 dauerte und während der die Truppen Großbritanniens und seiner Dominien und Kolonien samt einem französischen Kontingent vergeblich versuchten, Konstantinopel und die Dardanellen in ihren Besitz zu bringen, ums Leben kam, ließen seine Eltern schreiben: „Was hat er Dir getan, Oh Herr“. Das las sich als eine Gegenfrage zum Psalm 103/1-13: „Lobe den Herrn meine Seele und vergiss nicht, was er Dir Gutes getan hat.“ Es ist diese Inschrift eines der vielen Zeugnisse für die in Verzweiflung und Ratlosigkeit von Millionen gestellte Frage: *Warum*, die uns in verschiedensten Quellen wieder und wieder begegnet. Am Tag des Kriegsendes dichtete der Brite Thomas Hardy (1840-1928), der sich vor allem als Romanautor einen Namen gemacht hatte, diese Zeilen: „From Heaven distilles a clemency / There was peace on earth, and silence in the sky / Some could, some could not, shake of misery / The Sinister Spirit sneered: „It had to be!“ / And again the Spirit of Pity whispered “Why?” dt. “Ruhe sank und Milde rieselte herab / Friede war auf Erden und am Himmel Stille / Die einen konnten, die andern nicht, des Leids vergessen / Der böse Geist, er höhnte: “Es musste sein!”/ Und wieder flüsterte der Geist der Gnade sein: „Warum?“ Und dann sind da die beiden Zeilen von Rudyard Kipling (1865.1936): „If any question, why we died / Tell them, because our fathers lied.“ Aus dem Epitaphs Of The War, dt. „Wenn irgendjemand fragt, warum wir starben / Sagt ihnen, weil unsere Väter gelogen haben“, eine Wendung, die vermeidet verrät und es den Lesern überlässt, die Lügen näher zu bestimmen, auf die hier Bezug genommen ist: War die These von der ausreichenden Kriegsvorbereitung Großbritanniens gemeint? Oder die vom Zwang in den Krieg eintreten zu müssen? Oder die von den angeblich ausschließlich hehren Kriegszielen des Insel- und Weltreiches?

Ähnliche oder gleich lautende Stimmen ließen sich in vielen Sprachen zitieren. Hier sind die englischen in Erinnerung gerufen worden, weil ein Jahrhundert später ein in England lehrender Historiker mit dem Bekenntnis aufgetreten ist, ihn hätten die Fragen nach dem Warum nicht so beschäftigt, er sei bei seiner Beschäftigung mit der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs denen des Wie, des Weges zum 1. August 1914 nachgegangen. Das erscheint als Flucht vor der Frage aller Fragen, die Millionen Zeitgenossen und auch ihre Nachfahren noch sich und anderen stellten. Es bezeugt ein volksfernes Wissenschaftsverständnis, denn die Väter und Mütter und Brüder und Schwestern derer, die in der Schlacht bei Gallipoli umkamen[1] – und unter ihnen waren 8.706 Angehörige australischer Einheiten – fragten nach dem Sinn dieses fernen Sterbens und nicht alle waren mit der Antwort zufrieden, sie sich auf Gedenksteinen und –tafeln findet: „Für Euch“ oder „Für uns“, Die Haltung des Australiers, von Christopher Clark ist die Rede; verdient umso bestimmtere Ablehnung, als bis in unsere Tage Menschen gerade auf diese Frage mit oberflächlichen, ablenkenden, auch verlogenen Antworten abgespeist werden, wenn es um den Ursprung dieses Krieges geht.

Hier ist eine Auswahl: Die Politiker hätten versagt, eine Formulierung, die unterstellt, sie würden sich die Erhaltung des Friedens zum Ziele gesetzt haben. Europa, die Welt, die Führenden wie die Geführten wären in den Krieg hineingeschlittert[2] oder hineingetaumelt oder neuerdings geschlafwandelt. Es wäre den Herrschenden und allen Beteiligten etwas schiefgelaufen. Nach anderer Aussage hätten sie sich wie an einem Spieltisch verzockt. Und der ganze Krieg sei sinnlos gewesen. Diese Bilder

---

1 ANZAC Day ist ein australischer Nationalfeiertag, welcher jedes Jahr am 25. April zu Ehren aller gefallenen Soldaten sowie der noch lebenden Kriegsveteranen veranstaltet wird. ANZAC bedeutet „Australian and New Zealand Army Corps“ und bezieht sich auf den 25.04.1915, Zu Beginn des Jahres 1915 wurden australische und neuseeländische Freiwilligenverbände nach Ägypten verschifft. Diese Infanterieeinheiten formierte man zum 30.000 Mann starken Australian and New Zealand Army Corps (ANZAC) unter dem Kommando von General William Birdwood.

2 Von der Zählebigkeit solcher Bilder zeugt, dass auch Luciano Canfora bei der Darstellung der Vorgeschichte des Krieges schreibt: „Man schlittert immer mehr in den Krieg hinein.“ August 1914. Oder macht man einen Krieg wegen eines Attentats? Köln 210, S. 32, italienische Originalausgabe Palermo 2006.

sind nicht schnallen Journalistenfedern entsprungen. Die übernehmen sie nur. Ihre Urheber werden in Medien als Koryphäen der Historikerzunft vorgestellt. Sie sind gefragte Teilnehmer in geschwätzig-oberflächlichen Gesprächsrunden vor Fernsehkameras. Was ist hier Selbst-, was Fremdbetrug? Was Irrtum, was Originalitäts- und Bedeutungshascherei?

Historische Großereignisse, Kriege und Revolutionen voran, werden selbst wieder, wenn auch auf andere Weise, zu Ereignissen, sobald besondere Jahrestage den Anlass bieten, sich ihrer zu erinnern. Das war in deutscher Geschichte so im Jahre 1913, als sich der Blick auf den ein Jahrhundert zurückliegenden Krieg gegen und den Sieg über Napoleon richtete. Und das ist gegenwärtig nicht anders, da uns hundert Jahre vom Beginn des Weltkrieges trennen, der später der Erste hieß. Die Rückblicke werden dann nicht allein durch das tatsächliche ferne Geschehen geprägt, sondern ebenso und mitunter mehr noch durch die vorherrschenden aktuellen Interessen, die sich mit ihnen verbinden und befördern lassen. Da die nicht gleichgerichtet sind, entstehen häufig Kontroversen über den Platz, die Bedeutung und die Folgen des Ereignisses, auf das sich die Gedanken der Nachgeborenen richten. Die Gegenwart bietet dafür geradezu ein Lehrstück.

Das Hauptinteresse der Herrschenden und Regierenden, das sich in den vielfältigen Erinnerungen und Anrufen des 1. August 1914 ausdrückt, als der Krieg sich zu einem der europäischen Großmächte ausweitete, besteht darin, den Europäern klar zu machen, wie weit sie dank der klugen und weitschauenden, eben auch geschichtsbewussten Politik ihrer Führer die Vergangenheit hinter sich gelassen haben. Freude sollten sie darüber empfinden und zeigen, dass sie in einem befriedeten Kontinent zu leben das Glück haben. Erkennen sollten sie, dass die europäischen Institutionen, die mit den Namen Strasbourg und Brüssel bezeichnet sind, unschätzbare und unentbehrliche Instrumente der Krisenbewältigung, seien die Störfaktoren von ökonomischer oder politischer Natur, darstellen. Folglich verdienten sie die Wertschätzung aller. Gefeiert werden solle also am diesem besonderen Jahrestag die unter den Völkern erreichte Versöhnung. Dafür sind unkte der Federführung von Außen- und Bildungsministerien in Paris, London, Berlin und anderen Hauptstädten Programme, deren Verwirklichung erhebliche Mittel aus den Staatshaushalten verlangt, aufgelegt worden, die viele Buchseiten füllen.

Neben diesem übergreifenden Interesse stehen – zweitens – nationale Anliegen. Zu ihnen gehört, sich der Franzosen, Belgier, Briten und vieler anderer zu erinnern, die als gute Patrioten das von den Mittelmächten und namentlich vom Deutschen Kaiserreich drohende und ausgegangene Unheil abwendeten und siegten. In Kirchen, auf Schlachtfeldern und vor deren dort errichteten Monumenten, auf Friedhöfen lässt sich das permanente Bedürfnis befriedigen, historisch bedeutende Leistungen der eigenen Nation und deren Verbündeter erneut zu würdigen und nationales Geschichts- und Selbstbewusstsein zu stärken und zu wecken. Diese Möglichkeit erschließt sich der Bundesrepublik aufgrund der deutschen Rolle im Kriege von 1914 bis 1918 nicht, wie immer sie auch bewertet werden mag. Nirgendwo aber sollen Erinnerungen alte Feindschaften wieder beleben oder auch nur dazu führen, alte Rechnungen erneut durchzugehen.

Wenn für die Rückblicke auch staatliche Vorgaben und Orientierungen von höchsten Stellen gegeben wurden und Staatsmänner und -frauen ihre freundschaftlichen Gefühle füreinander demonstrativ zu erkennen geben – so mit dem Treffen des Französischen Staats- und des deutschen Bundespräsidenten am umkämpften Hartmannswillerkopf[3], wo die Gedenkstätte und der Friedhof 2008 restauriert wurden – so kann doch nicht ausgeschlossen werden, dass Teile der Gesellschaft das Gedenken mit eigenen Fragen verbinden, die sich auf ein tieferes Geschichtsverständnis richten, als es in Artikeln , Rundfunk- und Fernsehsendungen und in der Büchermasse angeboten wird. Eine dieser Fragen ist die nach Herkunft und Ursprüngen des Krieges, die sich mit der Fahndung nach jenen Personen und Kräften verknüpft, die für eben diesen Krieg verantwortlich zu machen sind. Diese Fragerichtung ist unerwünscht, zumal sie, einmal eingeschlagen, sich nicht leicht eingrenzen und ihre Ausweitung hin zu jüngsten und gegenwärtigen Kriegen sich nicht verhindern lässt.

---

[3] Der Kampf um den nahezu 1000 m hohen Gipfel in den Südvogesen begann am 31. Dezember 1914. Die schwersten Kämpfe gab es am 19./20. Januar, 26. März, 25./26. April und 21./22. Dezember 1915. Die Zahl der dort getöteten deutschen und französischen Soldaten wird auf 25.000 geschätzt.

Auf dieses Dilemma reagieren jene, die Herren der so genannten öffentlichen Meinung sind und bleiben wollen, auf mehrerlei Weise. Die eine und verbreitete besteht darin, diese Kernfragen durch eine Fülle von zweit- und drittrangigen gleichsam zu verschütten. Eine andere in einem Überangebot von irreführenden Antworten. Eine dritte, nicht minder beliebte darin, das Geschehen zum Werk des Zufalls zu erklären. Eine vierte schließlich in der Behauptung, die Frage nach Kriegsschuld und Kriegsschuldigen führe nur in die Irre. Der Krieg wäre ohnehin sinnlos gewesen. In diese Reihe gehört auch die These, wonach der Erste Weltkrieg den gegenwärtigen Zuständen so fern läge, dass sich aus ihm nichts an aktuellen Lehren oder Denkanstößen mehr gewinnen lasse.

Diesen, ungeliebte Fragen abwehrenden Positionen kamen die innenpolitischen, sich zum Bürgerkrieg ausweitenden Ereignisse in der Ukraine gleichsam in die Quere. Für sie wurde von denen, die an ihrer Verursachung beteiligt waren, die Schuldfrage durchaus gestellt und das mit dem üblichen Vorsatz, die Schuld den „Anderen“, das sind Russland und in Persona dessen Präsident Wladimir Putin, anzulasten. Er habe einen Krieg begonnen, eine Aggression, strebe nach der Entzweiung Europas, gegen das er eine eurasische Front mit China schaffen wolle usw. usf. Er bewege sich in den Denk- und Handlungsbahnen vergangener Zeiten. Die geistigen Zumutungen, die diese P0ropaganda den Bürger stellt, haben inzwischen monströse Ausmaße angenommen. Indessen sieht die Masse sich nicht herausgefordert

Der Kampf und die kriegerischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Ukraine haben Politiker angeregt, Vergleiche mit der Vorkriegskrise des Jahres 1914 anzustellen und dies mit dem Vorsatz, ihre eigene Rolle ins rechte Licht zu setzen. Es hätten ihre Vorgänger an der Spitze der Großmächte, sagte beispielsweise auch der deutsche Außenminister, in jenem Juli versagt und eben das solle und dürfe ihm und seinen Kollegen in der gegenwärtigen Krise um den osteuropäischen Staat nicht wieder passieren. Was immer man über diesen Vorsatz denken mag, denn Krisen lassen sich auf Dauer nur bewältigen, wenn man ihre Ursachen beseitigt, die Prämisse ist jedenfalls falsch. Die Kaiser und Kanzler, die Ministerpräsidenten und Außenminister haben 1914 vor der Aufgabe, den Krieg zu verhindern nicht versagt. Die hatten sie sich doch in der Mehrheit gar nicht gestellt. Die gekrönten und ungekrönten Häupter an den Spitzen der europäischen Großmächte waren allerorts mit ganz anderen Aufgaben befasst, vorrangig damit, dem eigenen Staat eine möglichst günstige Ausgangsposition für den Kriegsfall zu schaffen, im Innern wie hinsichtlich der Stärke der eigenen Streitmacht. Und auf diesem Felde gehen die Ergebnisse ihres Handelns keineswegs auf den Nenner vom generellen Versagen.

Die Legende vom letztlich gemeinsamen Scheitern vermittelt ein grundfalsches Bild von den europäischen Zuständen und den sie Beherrschenden. Der Krieg erscheint so als Ergebnis von menschlichem, allzu menschlichem Unvermögen, als Unglück, verursacht von einem gemessen an den Herausforderungen zu schwachem Geschlecht von nichtsdestoweniger mächtigen Männern, als Resultat von deren mangelhaftem Wissen und zu großem Unwissen, von Uninformiertheit, daraus erwachsenen Fehlurteilen, der Unfähigkeit, sich die Gegner auszurechnen oder gar sich in sie hineinzuversetzen, von Phantasiemangel, Leichtgläubigkeit, auch von Leichtsinn. Die Aufzählung menschlicher Schwächen, die zur Erklärung angeblichen Versagens in der aktuellen Literatur aufgeführt werden, weitet sich zu einer Leporelloliste: Angst, Unbedachtheit, Hochmut, grenzenloses Selbstvertrauen, fehlende politische Weitsicht und Urteilskraft. Usw. Besonderer Beliebtheit erfreut sich in diesem Zusammenhang der Begriff Paranoia – es wird davon noch zu reden sein – der den Politikern diesen damals offenbar sich epidemieartig ausbreitenden Krankheitszustand attestiert, in dessen Zentrum Wahnvorstellungen stehen. Wer kann für solcherlei Grenzen eigener Fähigkeiten verantwortlich gemacht werden? Jeder und alle fallen in die Kategorie der Schuldlos-Schuldigen, Dabei werden in diesen Geschichtserzählungen ein paar Gesunde als Ausnahmeerscheinungen doch zugelassen, beispielsweise Militärführer wie die beiden Generalstabschefs der Mittelmächte, der aus dem mecklenburgischen Adel stammende Helmuth von Moltke, genannt der Jüngere (1848-1916) und der aus einer österreichischen Offiziersfamilie stammende Freiherr Conrad von Hötzendorf (1852-1925). Mit einem anderen geistig leistungsfähigen, charakterlich stabilen Führungspersonal kein Weltkrieg lautet das Fazit, das eine Rückkehr zu Lesarten der Geschichte bezeichnet, die schwer für möglich gehalten

wurde. Mit ihr erledigen sich Fragen nach in konkreten sozialen Zuständen wurzelnden Kriegsinteressen und Kriegszielen und sie verfechtenden Kriegsschuldigen.

Das dominierende, aus dem Abstand eines Jahrhunderts derzeit in der Bundesrepublik verbreitete Geschichtsbild mag verwundern, ist doch an ihm seit vielen Jahrzehnten, nach vorauf gegangen die durch verlogene Verklärungen gekennzeichnet waren, ausdauernd gearbeitet worden. Auf dem Wege zu diesem Gedenken hat unter den Jüngern de Clio wohl kaum jemand noch bedeutende neue Erkenntnisse erwartet oder mit Vorstößen gerechnet, das angehäufte Wissen tiefgreifend zu revidieren. Der Erste Weltkrieg, von der deutschen Geschichtsproduktion lange Zeit weniger erforscht als verfälscht und verklärt, der in der Weimarer Republik und der faschistischen Diktatur Autoren vor allem den Stoff für Heldengeschichten lieferte, wurde in der Zeit der Existenz zweier deutscher Staaten von Historikern und Historikergruppen quellengestützt untersucht und in umfassenden Werken dargestellt. In der Bundesrepublik verbindet sich der Beginn dieser Arbeit mit dem Wirken des an der Hamburger Universität lehrenden Fritz Fischer und seinen Schülern, in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Tätigkeit der Mitglieder einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Fritz Klein, die am Institut für Deutsche Geschichte der Akademie gebildet worden war. Sie verfasste eine dreibändige Gesamtdarstellung deren erster Band 1968 auf den ostdeutschen Buchmarkt gelangte, dem 1970 eine zweite durchgesehene Auflage folgte. Wie in der DDR üblich wurden diese Arbeiten von der Veröffentlichung von Büchern begleitet, die auf die Weckung und Befriedigung von Bedürfnissen eines breiteren Publikums zielten.[4]

Damit war von einer neuen Generation marxistischer Historiker die erste umfassende Darstellung eines schwergewichtigen Ereignisses deutscher Geschichte vorgelegt. Sie bot einen totalen Blick auf Vorgeschichte und Geschichte des Krieges und ließ auch den Antikriegskräften jene Aufmerksamkeit zuteilwerden, die ihr bürgerliche Geschichtsschreiber bis dahin konsequent verweigert hatten. Sensation machte das dreibändige Werk dennoch nicht, zumal das kritische Bild von der Rolle des deutschen Kaiserreichs auf dem Weg in den Weltkrieg da schon Bestandteil des Geschichtsunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen im ostdeutschen Staat war. Bevor es nach er Büchervernichtung in den Jahren des Faschismus dort Geschichtsliteratur aus antiimperialistischer und antifaschistischer eigener Produktion gab, waren Übersetzungen aus dem russischen – noch zu Zeiten der Sowjetischen Besatzungszone – Vorboten einer neuen Sicht in die deutsche Vergangenheit und nicht nur zurück bis in das Jahr 1933. In Moskau erschien 1947 der zweite Band der *Geschichte der Diplomatie*[5] in einer deutschsprachigen Ausgabe, der die Zeitspanne von 1872 bis 1919 umfasste. 1949 wurde das in der UdSSR in den neunten Schulklassen benutzte Lehrbuch *Geschichte der Neuzeit 1870-1918*[6] übersetzt vorgelegt. mit dem Vermerk versehen, dass das Lehrbuch aus eigener Produktion noch nicht fertig gestellt und dieser Band für de Hand der Lehrer bestimmt sei. In beiden Publikationen wurde der Erste Weltkrieg als imperialistischer Krieg dargestellt, der aus den ökonomischen und politischen Interessen und Gegensätzen der europäischen Gr0ßmächte hervorgegangen sei und um die Neuverteilung von Macht-, Wirtschafts- und Einflusszonen und Kolonialgebieten geführt wurde. Dabei habe die deutsch-englische Konkurrenz die wesentliche Rolle gespielt.[7] Den Krieg hätten die Großmächte allesamt zu verantworten, die jeweils eigene Kriegsziele verfolgten. Die werden benannt und dazu die Meinungsverschiedenheiten, die es in den beiden Bündnissen über die Verteilung der erwarteten Beute gegeben habe. Jedoch sei der Beitrag zum Schritt in den Krieg nicht gleich groß gewesen, denn Deutschland habe auf dem Weg zum 1. August 1914 und bei der Auslösung des Krieges eine besonders forcierende Rolle gespielt. An beiden Publikationen war W. M. Chwostow beteiligt, der auch die Abschnitte zur Vorgeschichte und dem Beginn des Krieges schrieb.

---

4 Einen Überblick über die in der DDR zur Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkrieges in den sechziger Jahren geleisteten Forschungsarbeit bieten Willibald Gutsche und Annelies Laschitza in ihrem Forschungsbericht in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderband XVIII. Jahrgang 1970, S. 476-507

5 Geschichte der Diplomatie. 2. Band: Die Diplomatie der Neuzeit (1872-1919). Hrsg. W. P. Potjomkin. Verfasser: Chwostow W. M. und I. I. Minz, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur 1947.

6 Geschichte der Neuzeit II, I. I. Subok u. W. M. Chwostow, Volk und Wissen Verlag Berlin/Leipzig (1949.

7 Eine knappe Übersicht über dessen Entwicklung neuerdings bei Alexander Bahar, Reich gegen Empire. In: Junge Welt 4. Juni 2014, S. 10-11.

Im Wesen setzten die Forschungen der ostdeutschen Historiker fort, was vor und am Beginn des Krieges von Theoretikern der internationalen sozialistischen Bewegung und auch von sowjetischen Historikern geleistet worden war und dies unter Bedingungen da zeitgenössische Dokumentenveröffentlichungen durchweg auf die von Land zu Land unterschiedlichen Propagandabedürfnisse der Herrschenden ausgerichtet waren und mehr den Charakter von Kampfschriften besaßen, wenn sie auch den von Geschichte aufklärenden Publikationen beanspruchten.

An diesem Ursprung des marxistischen Bildes vom Krieg der Jahre 1914 bis 1918 ist nicht nur wegen seiner Bedeutung und des Verdienstes seiner Urheber einen Moment zu verweilen, sondern mehr noch, weil sich kaum ein Historiker, der momentan als Spezialist des Themas gehandelt wird, sich ihrer zu erinnern vermag und nicht von allen wird man annehmen dürfen, dass ihnen die Arbeiten von Lenin, Liebknecht, Luxemburg, um nur diese drei zu nennen, gänzlich fremd geblieben wären. Die drei Hauptthesen aber lauteten: (1.) Dieser Krieg wurzelte in und wuchs aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem neuen Stadium, in das sie um die Jahrhundertwende eingetreten war und das als das imperialistische bezeichnet wurde. (2.) Den Kampf um politische und ökonomische Vorherrschaft, koloniale Macht, Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Handelsstützpunkte nahmen alle diese entwickelten Staaten, die in Europa und die USA teil. (3.) In diesem Kampf wurden viele Instrumente und Methoden eingesetzt, dazu gehörte der Krieg, der auf allen Seiten eine Option zur Durchsetzung der eigenen Ziele bildete. (4.) Dasa deutsche Kaiserreich, binnen weniger Jahrzehnte zur wirtschaftlichen und militärischen Großmacht emporgewachsen besaß ein besonderes Interesse an der Neuordnung der europäischen und Weltzustände zu seinen Gunsten. Es wurde mit seinem Bundesgenossen, der K. u. K.-Monarchie zur treibenden Kraft auf dem Weg in den Krieg. Bei Lenin liest sich dies so: „Die deutsche Bourgeoisie, die das Märchen auftischt, sie führe einen Verteidigungskrieg, hat in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt aus günstigsten Zeitpunkt für den Krieg gewählt, um ihre letzten Errungenschaften in der Kriegstechnik auszunutzen und den von Russland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen Rüstungen zuvor zu kommen.“[8] (5.) Dieser Krieg wurde vielfach auch mit dem Ziel begonnen, die innere Herrschaft des Kapitals und des großen Grundbesitzes zu festigen und die Arbeiterbewegung nachhaltig zu treffen. Wiederum Lenin, der dieses Ziel so beschrieb: „Entzweiung und nationalistische Verdummung der Arbeiter und Vernichtung ihre Vorhut, um die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu schwächen“.[9]

Ganz anders die Aufnahme von Fritz Fischers Publikationen und namentlich die seines mit dem Titel „Griff nach der Weltmacht“ 1961 erscheinenden Buches, in dessen Zentrum die „Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914 bis 1918“ steht.[10] Das konnte nicht verwundern, denn das Erleben des Faschismus hatte in der westdeutschen Gesellschaft nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dessen Vorgeschichte und Vorläufen geführt. Friedrich Meinecke schrieb 1946 in seinem Buch „Die deutsche Katastrophe“: „Die Erhebung der Augusttage gehört für alle, die sich miterlebt haben, zu den unverlierbaren Erinnerungswerten höchster Art.“ Darauf folgt dann seine Lobpreisung der da entstandenen Volk-, richtiger Kriegsgemeinschaft, die allerdings kurzlebig war und die namentlich Hitler als völlig unzureichend bewertet hatte. Fischer konnte innerhalb der bürgerlichen deutschen Historiographie an keine Traditionslinie anknüpfen. Er versetzte dem bis dahin in der Historikerzunft des westdeutschen Staates unangefochtenen Bild von Deutschlands unschuldiger Rolle auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg einen schockierenden und nachwirkenden Schlag, wenn auch, anders als gehofft wurde, keinen Todesstoß. Die quellensatte Kernaussage in Fischers Monographie lautete: Die deutsche Reichsführung trägt „einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges“. Damit war sowohl die Thesen von Deutschlands Alleinschuld wie die von seiner Unschuld am Kriege zurückgewiesen, aber ebenso – und darin lag die Herausforderung – das nivellierende Bild, wonach die Verantwortung des Reiches nicht größer und nicht geringer gewesen sei als die der anderen Großmächte.

---

8 W. I. Lenin, Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 14.

9 Ebenda. S. 13.

10 Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918. Droste, Düsseldorf 1961.

Die konservativen Fachleute, die das Feld eben noch beherrschten, reagierten erzürnt und teils so wütend, dass sie sich selbst um die Einhaltung der üblichen Formen akademischen Streits nicht mehr scherten. Dies hatte mehrere Gründe, die wiederum aus den mehrschichtigen Dimensionen herrührten, die Fischers Auftreten besaß. Die von ihm unterbreiteten, die deutsche Unschuldsthese widerlegenden Fakten bildeten nur die eine. Eine zweite bestand in seiner über seinen Gegentand hinausweisenden Abkehr von der auf Personen fixierten Geschichtsschreibung hin zur Gewichtung der gesellschaftlichen Kräfte und Strukturen. Die dritte im Nachweis der Kontinuität der deutschen expansionistischen Politik vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Eine vierte ergab sich aus der westdeutschen politischen Atmosphäre der beginnenden sechziger Jahre, in die hinein seine Bücher und Aufsätze geschrieben und gedruckt wurden Diese Zeitspanne war durch eine Hochflut des Antikommunismus als Antwort auf die DDR-Maßnahmen des 13. August 1961 gekennzeichnet und in ihr, da auch die geistigen Beziehungen aus dem Bonner Staat nach Osten abgebaut wurden, legte Fischer auf einem Teilgebiet eine Geschichtssicht vor, die jedenfalls eine Verwandtschaft mit jener in der DDR vorherrschenden aufwies und erkannte obendrein Verdienste ihrer Forscher an. Und fünftens galt Fischer vielen seiner Gegner schlicht als Nestbeschmutzer und Renegat. Denn er war doch einen Lebensabschnitt lang so etwas wie einer der ihren gewesen: 1933 der SA, 1937 der NSDAP beigetreten, 1942 zum außerordentlichen Professor an der Hamburger Universität ernannt und so – er war mit 38 Jahren wehrdienstpflichtig und -tauglich, hatte auch eine entsprechende Ausbildung erhalten – womöglich dem „Heldentod“ entkommen.

Was ihm seine Gegner besonders übel nahmen, war die Tatsache, dass er mit der Darstellung Deutschlands und seiner Rolle am Jahrhundertbeginn ihre verklärte Sicht auf das Deutsche Kaiserreich, die Belle Époque, zerstört hatte und damit auch die romantischen Bilder ihrer Kindheit und Jugend. Gerhard Ritter war bei Kriegsbeginn 26 Jahre, promoviert und Lehrer, kämpfte an der Ostfront, wurde mehrfach verwundet und brachte es bis zum Leutnant der Reserve. Egmont Zechlin meldete sich als 18jähriger Abiturient 1914 freiwillig, wurde schwer verwundet und verlor eine Hand. 1933 wurde er Mitglied der NSDAP und der SA. Erwin Hoelzle, bei Kriegsbeginn 13jährig, kam um den Wehrdienst aus Altersgründen herum. 1933 Mitglied der NSDAP geworden, befasste er sich forschend mit dem „Osten“, woraus seine Publikation *Der Osten im ersten Weltkrieg*, Leipzig 1944 hervorging und zudem wirkte er in den Vorkriegsjahren in einer Arbeitsgemeinschaft des Amtes Rosenberg unter dem Titel „zur Bekämpfung der bolschewistischen Weltgefahr“ mit. Keine Frage, in die Attacken auf Fischer spielten unverdaute biographische Antriebe mit.

Die so entstehende Fischer-Kontroverse, die an Heftigkeit von keinem späteren Streit der Historiker übertroffen wurde und 1964 auf dem westdeutschen Historikertag in Berlin-West und im Jahr darauf auch auf dem Internationalen Historiker-Kongress in Wien ausgetragen wurde und an der sich selbst ein Bundestagspräsident, Eugen Gerstenmaier, im Chor der Gegner beteiligte, fand inzwischen vielfache Darstellungen.[11] Fischers Gegner hat der Tod ebenso zum Schweigen gebracht wie ihn selbst.

---

[11] Eine der jüngeren ist die die mehr als 500 Seiten umfassende von Günter Spraul, Die Fischer Kontroverse, Halle 2011. Volker Berghahn: Die Fischer-Kontroverse – 15 Jahre danach. In: Geschichte und Gesellschaft. 6, 1980, S. 403-419. Immanuel Geiss: Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik. In: Immanuel Geiss: Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1972, S. 108–198. Klaus Große Kracht: Die Fischer- Kontroverse – Von der Fachdebatte zum Publikumsstreit. In Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005, Manfred Kittel in Sehepunkte, „An das gute Gewissen der Deutschen ist eine Mine gelegt“. Fritz Fischer und die Kontinuitäten deutscher Geschichte. In: Jürgen Danyel, Jan-Holger Kirsch & Martin Sabrow (Hrsg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2007, S. 66-70. Wolfgang Jäger: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1984, Konrad H. Jarausch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse. In: Martin Sabrow, Ralph Jessen, Klaus Große Kracht (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945. Beck, München 2003, John Anthony Moses: The Politics of Illusion. The Fischer Controversy in German Historiography. London 1975 (Nachdruck 1985). Gregor Schöllgen: Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse. In: Historisches Jahrbuch. 106, 1986, S. 386-406. Matthew Stibbe: The Fischer Controversy over German War Aims in the First World War and its Reception by East German Historians, 1961–1989. In: The Historical Journal. 46/2003, S. 649-668.

Er verstarb 1999, in vielen Nachrufen mit der Hervorhebung seines Verdienstes um die deutsche Historiographie bedacht.[12] Von Seiten der Historiker der DDR war seine Leistung schon zu seinen Lebzeiten gewürdigt und ebenso auf die Übereinstimmung wie auf die Differenz der Auffassungen hingewiesen worden.[13] Zu einem Nachdruck seines Werkes im ostdeutschen Staat kam es jedoch nicht. Doch war der Griff nach der Weltmacht mehrfach in fremde Sprachen übersetzt worden. In Italien hatte das der marxistische Historiker Enzo Colotti besorgt, ein Spezialist insbesondere für die Geschichte des Faschismus. Dort besaß Fischers Werk so etwas wie einen Vorläufer, jedenfalls was die Beurteilung der Rolle des Deutschen Kaiserreiches beim Weg in den Krieg anlangte. 1942-1943. im faschistischen Italien also, war in Mailand das dreibändige Werk *Le origini della guerra del 1914*[14] von Luigi Albertini (1871-1941) erschienen, das eine kritische Auseinandersetzung mit Deutschlands Rolle bei der Auslösung des Weltkrieges bot. Es erlebte eine englische, aber keine deutschsprachige Ausgabe.[15]

Als sich die Aufmerksamkeit einer neuen Historikergeneration auf den nahenden 100. Jahrestag des Weltkriegsbeginns zu richten begann, hätte schwerlich jemand aus der Zunft einen Euro darauf verwettet, dass ein halbes Jahrhundert nach dem Erscheinen von Fischers Buch zur Revision der Revision gerufen und der Versuch unternommen werden würde, Deutschland von seiner herausragenden Rolle und seinem besonderen Anteil am Weg in den Krieg los zu sprechen. Jürgen Kocka hatte 2003 in einer Rede zum Thema *Entfernung und Einsicht. Weltkriegsforschung im Wandel* erklärt: „Im Übrigen debattieren Historiker heute kaum noch über Kriegsschuld und Kriegsziele. Die Fischer-Kontroverse ist Teil der Geschichte. [...] Die Frage nach der Schuld am Krieg von 1914 ruft kaum noch leidenschaftliche Antworten hervor." Er sagte weiter Fischers Thesen seien durch die (westdeutsche) Forschung ergänzt und relativiert, modifiziert und auch bestätigt – er hätte auch hinzufügen können: in Publikationen entschärft – worden. Einiges davon, näher wurde das nicht bestimmt, gehöre heute zum unumstrittenen Schulbuchwissen.

Ein Jahrzehnt später und als Initiator einer revisionistischen Debatte trat keiner seiner Landsleute, sondern Idealerweise ein Australier von Geburt. Christopher Clark konnte nicht als Verfechter deutschnationaler oder anderer wissenschaftsfremder Belange verdächtigt werden oder als Verfechter der Absicht, das Geschichtsbild der deutschen Eliten vom verflossenen 20. Jahrhundert aufbessern zu wollen. Der Hochschullehrer für Geschichte in Großbritannien, durch Arbeiten zur Geschichte Preußens und eine Biographie Wilhelms II. bis dahin vorwiegend Spezialisten bekannt geworden, hat derlei Vorsatz auch strikt von sich gewiesen und erklärt, dass es ihm fern läge, die „kriegerische und imperialistische Paranoia der österreichischen und deutschen Politiker kleinreden" zu wollen. Doch seien sie nicht „die einzigen" gewesen, „die unter einer Art Paranoia litten."[16] Wenn ihn neben wissenschaftlicher Neugier etwas motiviert habe, dann sei das die Selbstgerechtigkeit gewesen, mit der die Briten auf ihre Rolle im Vorkrieg und beim Schritt über die Kriegsschwelle blicken würden. Und zudem habe er schon in der Schule gelernt, „dass die Deutschen am Krieg schuld gewesen seien, und schon da bin ich misstrauisch geworden." Das Buch besitzt demnach eine sehr lange Vorgeschichte.

---

12 S. den Nachruf Volker Ullrich: Griff nach der Wahrheit. Zum Tod des Hamburger Historikers Fritz Fischer. In: Zeit-Online vom 9. Dezember 1999. Zu den weiteren, das Thema vertiefenden und popularisierenden Publikationen Fischers gehören: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1965. (Hamburger Studien zur neueren Geschichte; Band 1); Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Droste, Düsseldorf 1969; Droste Taschenbuch 1987, Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Droste, Düsseldorf 1977, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945. Droste, Düsseldorf 1979. Juli 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1983.

13 Sie fand von Seiten der Historiker der DDR u. a. eine kritische Würdigung in Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, Hrsg. Autorenkollektiv unter der Leitung von Gerhard Lozek, Berlin 1977, 3. erw. Auflage, insbesondere SA,299-301 u. 308-314.

14 Bd. 1: le relationi europee de la guerradel congresso des Berlino all´ arrentatodi Sarajewo, Bd. 2: La crisi des luglio 1914, Bd.3: l'epilogo della crisi des luglio 1914.

15 The origins of the war 1940, London 1952-1957, die Ausgabe erhielt ein Reprint 1980 in den USA (*Westport, Conn.: Greenwood Pr., 1980*.

16 Clark, S. 716 f.

Urteilt man nach den Verkaufsziffern des Buches mit dem Titel „The sleepwalkers. How Europe went to war in 1914“, das in London 2012 erschien, dann haben die Inselbewohner der Publikation kein außerordentliches Interesse entgegengebracht. In der Bundesrepublik hingegen wurde das Erscheinen schon der englischsprachigen Ausgabe von einem unbestrittenen Fachmann warm begrüßt und mit der Frage versehen, ob nicht die Zeit gekommen sei, sich von dem Bilde Fischers nun zu verabschieden. Dabei hatte der Forscher, der aufgrund seiner weitläufigen Archivstudien eine Masse von Tatsachen vornehmlich aus der Diplomatiegeschichte des Vorkriegs unterbreitete, bei seinen ausgedehnten Studien nichts gefunden, was der Verstorbene übersehen haben würde oder neuerdings erst über Deutschlands Rolle bekannt geworden wäre. Die Revision „ergab sich“ auf dem Wege einer Relativierung und als Folge von Clarks Sicht und Bildern von der Rolle der Gegner Deutschlands (Russland, Frankreich und Großbritannien sowie auch Serbiens) und deren Politik im Vorkrieg und während der Vorkriegs- (der so genannten Juli-) Krise.

2013 erschien dann die deutsche Übersetzung von Clarks Buch. Sie übernahm den Originaltitel wörtlich, der die Publikation deutlich in ein enges Verwandtschaftsverhältnis zu jenen Deutungen rückt, in denen vom Hineinschlittern oder Hineintaumeln der Herrschenden in den Krieg geschrieben worden war. Eine Nähe, dies nebenbei, die Clark sich und seinen Lesern aber nicht eingestehen will, erklärt er doch in einem Interview: „Lloyd Georges dummes Wort vom ‚Hineinschlittern*! Ein Unfug.“ Augenblicklich lobten die deutschen Medien das Werk hoch und hievten es auf die Bestsellerlisten. Sie erweckten den Eindruck, dass Clark so etwas wie eine längst überfällige Arbeit geleistet habe. Nackte Unkenntnis von Rezensenten tobte sich aus. Nun sei der These von Deutschlands Alleinschuld am Ersten Weltkrieg der Garaus gemacht worden. Die aber, festgeschrieben von den Siegermächten im Versailler Vertrag von 1919 in Artikel 231, hatte kein ernst zu nehmender Historiker, abgesehen von ideologischen Dienstboten der Siegermächte, mehr vertreten, am wenigsten Fischer, der den Begriff Schuld gar nicht verwandt hatte.

Nach einer anderen Version sei nun Fischers Geschichtsbild, das in der Bundesrepublik über Jahrzehnte geherrscht habe, als veraltet erwiesen. Tatsächlich aber hatte dieser selbstkritische Blick in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts im Westteil Deutschlands nie unangefochten existiert oder sich gar eine Monopolstellung erobert. Ein Blick in hierzulande gebräuchliche, also amtlich zugelassene Geschichtsbücher für Schulen hätte auch den zitierten Kocka davon überzeugen können, dass in ihnen Schülern unterschiedliche Versionen von Deutschlands Rolle 1914 angeboten werden und darin Fischer neben seinen Gegner Gerhard Ritter und Egmont Zechlin zitiert wird und „zur Auswahl“ steht – ein Verfahren, das sich, dies nebenbei, in einem Geographie- oder Physiklehrbuch schwer vorstellen lässt. Auch in von Fachwissenschaftlern publizierten Schriften lassen sich Deutungen lesen, denen zufolge sich in der Vorgeschichte des 1. August Kriegsinteressenten oder gar Kriegsschuldige nicht ausmachen lassen. Der in Berlin an der Freien Universität lehrende Oliver Janz ließ sich 2013 so vernehmen: „Keiner (der Staatsmänner) wollte einen großen Krieg oder strebte ihn an.“ Nur wären die Anstrengungen, ihn zu vermeiden, unterschiedlich ausgebildet gewesen und das gleich galt für die Risikobereitschaft.[17] Janz, der bei Beginn der Fischer-Kontroverse gerade eingeschult worden war, bezeugt mit seinem Buch, dass eine Generation von Fischer-Gegnern nachgewachsen ist, die es nicht für notwendig hält, sich mit dessen Position sachlich auseinanderzusetzen. Fischer wird von Janz so abgetan: „Die These von Fritz Fischer nach der die Julikrise für Deutschland die willkommene, von einigen sogar ersehnte Gelegenheit darstellte, den schon lange geplanten großen Krieg vom Zaune zu brechen, der dem Reich die Vorherrschaft in Europa bringen sollte, wird heute kaum noch vertreten.“ Was doch nur besagen soll: es ist folglich überflüssig, sich mit den Argumenten noch zu befassen, die immerhin den denkwürdigsten Streit in der westdeutschen Historiographie auslöste. Und dann postuliert Janz: „Österreich und Deutschland wollten keinen großen europäischen Krieg und auch keinen Krieg gegen Russland um jeden Preis.“ Schließlich attestiert der Autor den Mittelmächten geradezu Bescheidenheit: Sie wären beide „tatsächlich ... mit einem Sieg über Serbien oder einer massiven Demütigung des Landes zufrieden gewesen.“[18]

---

17 Oliver Janz, Der Große Krieg, Frankfurt a. M. 2013, S. 39.

18 Ebenda, S. 68.

Clarks Mitteilungen über seine Antriebe und Absichten mag man glauben oder nicht, er hat jedenfalls kein einziges Dokument oder Argument entkräften können, das über Deutschlands in den Krieg treibende Rolle und den ihr zugrunde liegenden weltweiten Kriegszielen existiert und von Fischer ebenso wie von den Forschern in der DDR-Akademie herangezogen worden war. Und in der Tat gehörte zu den zugunsten der Revision vorgetragenen Kommentaren in Medien, dass Fischers Sicht alt im Sinne von veraltet sei und die Clarks hingegen neue Einsichten böte. Das lässt sich in einer Gesellschaft anbieten, in der alt, sieht man von Schmuck und Möbeln ab, vorwiegend als schlecht, neu hingegen vorwiegend als gut angesehen wird. Das ist eine verkaufs- und also geschäftsdienliche, kaum aber erkenntnisfördernde Sicht.

Wenn es nicht überzeugende Argumente waren, welche die These stützten, der zufolge Deutschland am Weg in den Krieg nicht mehr und nicht weniger beteiligt war als seine Gegner, fragt sich doch, was dann dieses Willkommen bewirkte und die Einladungen, die der Autor der „Schlafwandler“ zu Vorträgen und zu Gesprächen vor Mikrophonen und Kameras gehäuft erhielt und ihn zeitweilig, da er ihnen folgte, in der Bundesrepublik zu einem Star der Geschichtspropaganda machten wie nahezu zwei Jahrzehnte zuvor den heute übrigens vergessenen Daniel Jonah Goldhagen. Kurzum: Es muss nach außerwissenschaftlichen Einflüssen gefragt werden, die diese Aufnahmefähigkeit und das Interesse an einer erneuten Geschichtskorrektur verursachen oder jedenfalls befördern. Eine Antwort könnte lauten: In dieser Bundesrepublik, die nach ihrer Wirtschaftskraft an die Spitze der Europäischen Union getreten ist, die auf weitesten Gebieten des Kontinents in die Rolle der Führungsmacht hineinwächst und die auch militärisch in der Welt immer mehr „Verantwortung“ übernimmt und zu übernehmen bereit ist, hat sich nicht nur in den Eliten, sondern auch in breiteren Volksschichten bei allen wortreichen Bekenntnissen zum Europäertum ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. Und das will – Bewältigung der Vergangenheit hin und her – durch allzu selbstkritische Blicke in das zurückliegende Jahrhundert nicht gestört und beeinträchtigt werden. Das „neue“ Bild von Deutschland im Ersten Weltkrieg ist in seiner psychologischen Wirkung daher so etwas wie Balsam auf alle deutschnationalen Seelen wie –umgekehrt Fischers Thesen vor einem halben Jahrhundert sie tief verletzten. Und außerdem sind die anderen seit langem dran, mal in ihren Geschichtskellern aufzuräumen.

Der Pflege dieser Stimmung haben sich die deutschen Historiker mit wenigen Ausnahmen nicht widersetzt. Einer von ihnen, was seinen Marktwert im Propagandageschäft sofort weiter anwachsen ließ, hat sich gar als ein durch Clark Bekehrter bekannt. Verbreiteter aber war das Schweigen selbst derer, die 1999 eine Verbeugung vor Fischers frischem Grab machten. Und diese Haltung wurde zum nicht wahrgenommenen Skandal angesichts der von Clark am Ende seines Buches vertretenen Auffassung, dass die Frage nach der Kriegsschuld am besten aus der Geschichtsbetrachtung überhaupt verwiesen werden solle. Dass dieser Vorschlag in Frageform gemacht wird, verdeckt die Position des Autors nicht, denn es folgen seine Einwände, gegen diese Fragestellung. Clark unterbreitet einen antiaufklärerischen Vorschlag und der lässt schon nach dem ausbleibenden Widerspruch seiner Fachkollegen und dessen Gründen fragen, denn mit ihm wird eine geschichtliche Position bezogen, die letztlich das Selbstverständnis der Zunft betrifft.

Zunächst aber: die Frage nach der Schuld an einem Kriege und namentlich nach der für den Ersten Weltkrieg ist nicht eine Spezialität von Historikern, die dem Imperialismus und seinen Politikern besonders übelwollen. Den Akteuren selbst, also den Politiken in Berlin, Wien, Petersburg, Paris und London. war vollkommen bewusst, dass nach den Schuldigen am Kriege gefragt werden würde und nicht erst nach dessen Ende, sondern alsbald nach seinem Beginn. Und das würde umso lauter geschehen, je mehr die Zahl der Kriegstoten anwachsen werde. Dagegen, dass sie der Schuld oder Mitschuld verdächtigt oder gar überführt würden, bauten sie alle folglich vor. Franz Josef I, ebenso wie Wilhelm II., der seine erste Verlautbarung im Kriege in der Lüge gipfeln ließ „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind“ und von dem dann Postkarten verbreitet wurden, die ihn andächtig vor einem mit einem Holzkreuz versehenen Soldatengrab zeigen, worunter zu lesen ist „Das habe ich nicht gewollt“. Mithin: Die Schuldfrage ist zu keiner Zeit von Historikern in die Geschichte als ein Fremdkörper hineingetragen worden und auch nicht deren Spezialität. Schuld entsteht durch das Handeln von Menschen und ist ihnen mitunter schon vor der Tat mehr oder weniger bewusst. Das ergibt ja

erst den in diesen Kreisen anzutreffenden starken Antrieb, jeden Schuldverdacht nicht erst post festum, sondern vorbeugend von sich zu weisen.

Zweitens: Die Frage nach der Schuld an einem Kriege entsteht und verbindet sich für Millionen Menschen mit der Frage nach dem Warum des Krieges, gestellt meist im Gedenken und seltener, weil fern, vor Gräbern ihrer Söhne und Väter von Müttern und Frauen, Bräuten und Kindern. Sie suchen und manche verlangen Antworten und werden meist zum zweiten Mal mit Lügen abgespeist, die gerade dazu dienen, die Schuldfrage abzuweisen. Gestorben – meist beschönigend: gefallen – seien sie, heißt es auf Tafeln in Kirchen und besagen Inschriften von Denkmälern für das Vaterland, für die Heimat, für Euch oder für uns. Damit wird von den Ursachen und Verursachern von Kriegen weggelenkt. Sollen sich die Historiker mit dieser Bestimmung von Tabuzonen, die doch dem Zweck dienen, die Geschichte ungehindert verfälschen zu können abfinden und damit der Verbreitung verlogener Bilder direkt oder indirekt Hilfsdienste leisten? Oder sind sie nicht verpflichtet klarzustellen, für wessen Ziele und auf wessen Befehle jene Millionen da tatsächlich umgekommen sind, um die Andere Millionen trauern. Gewiss die Antworten sind und nicht nur im „deutschen Fall 1914“ die unbequemeren und solche, die wenig Trost bieten, aber dafür doch weiter fragen lassen, wie erreicht werden kann, dass „es“ nie wieder vorkommt.

Und schließlich, und das rechtfertigt das Urteil antiaufklärerisch für Clarks Vorschlag vollständig, ist die Frage nach Verantwortlichen und Schuldigen, nach Verursachern und Führern in Kriege ein errungener Fortschritt menschlichen Nachdenkens über geschichtliche Tatsachen und Prozesse. Er bezeichnet den Abschied von der Auffassung, dass der Weg der Menschheit von unerfindlichen Mächten, vom Schicksal oder von Gottheiten bestimmt wird oder Kriege die Strafe eines Gottes seien und dergleichen. Denn das Wissen, dass Kriege Menschenwerk sind stellte einen gewaltigen Erkenntnisfortschritt dar, denn mit ihm verbindet sich der Gedanke: Wenn sie von Menschen gemacht werden, dann lassen sie sich auch von Menschen vermeiden oder verhindern. Als wenigstens ein – nahezu zweieinhalb Jahrhunderte altes – Zeugnis dieses Denkens mögen die Klage und der Wunsch aus Versen des Matthias Claudius aus dem Gedicht „Kriegslied“ zitiert werden: „S’ist Krieg, s’ist leider Krieg und ich begehr nicht schuld daran zu sein.“ Das wurde 1774 geschrieben, dem Jahr in dem nach sechs Jahren der russisch-türkische Krieg endete.

Was hat, dies alles ignorierend Clark eigentlich gegen das Erheben der Kriegsschuldfrage vorzubringen gewusst? Seine Einwände sind die eines Historikers, der sich und seine Arbeit durch diese Frage missleitet sieht. Die Begründungen, die er dafür anführt, sind läppisch. Einem Reporter, der die Frage nach der Schuld am Ersten Weltkrieg übrigens als „altmodisch“ ansieht, erklärte Clark, er habe von „einer schuldorientierten Erzählung“ wegkommen wollen, „wo gleich entschieden wird, wer der Verantwortliche ist – meistens Deutschland, in wenigen Fällen auch Russland –, und dann Beweismaterial gegen ihn gesammelt wird.“ Von welchen Historikern, die sich in der Weltkrieg I-Forschung dauerhaft einen Namen gemacht haben, ist da eigentlich die Rede? Wer sind die Autoren solcher Erzählungen? Hier wird, was im Militärjargon ein Pappkamerad heißt, aufgerichtet. Denn dass Geschichtsbefunde fernab gesicherten Forschungsresultate präsentiert werden, bildet kein Spezifikum von Erzählungen über den Ersten Weltkrieg oder irgendeinen anderen Krieg. Zerrbilder geschichtlicher Prozesse werden selten aufgrund von Irrtümern, viel häufiger aber durch Rechtsfertigungsinteressen von Einzelpersonen, Personengruppen, ganzer sozialer Schichten und Klassen erzeugt. Und sie werden auch geboren aus unbefriedigten Geltungsbedürfnissen von Historikern, Diese immer wieder anzutreffende Erscheinung gibt keine Begründung für den Abschied von Fragestellungen her.

Clarks Vorschlag, die Kriegsschuldfrage aus der Geschichtswissenschaft zu verbannen, sie an Juristen, Moralphilosophen, Psychologen und Theologen zu überweisen, verdient mit Gründen zurückgewiesen zu werden und dies namentlich, solange auf unserem Planeten Kriege geplant und geführt werden. Mit einigem Staunen lässt sich bei Clark auch lesen, dass er bei der allgemein verständlichen Erläuterung seiner Forschungsresultate zunächst bemerkt: „Es wurde auf allen Seiten eine sehr leichtsinnige, riskante, hoch militarisierte, sehr aggressive und brutale Politik getrieben“, worauf er fortfährt: „Die Deutschen sind nicht unschuldig in diesen Krieg geraten. Die Deutschen sind genauso wichtige Akteure wie die anderen Großmächte und haben auch ihren Teil an der Schuld. Sie haben

den Krieg wie die anderen Mächte mit herbeigeführt.“ Nun also existieren und figurieren in der Weltgeschichte auch bei diesem Historiker doch wieder Schuldige, wenn auch in einer größeren internationalen Gesellschaft weiterer Schuldiger und ohne dass der Forscher Unterschiede im jeweiligen Grad an Schuld hätte ausmachen können.

Nur versteht Clark unter der Schuld der beteiligten Personen etwas erheblich anderes, als jene, die sie aus absichts-, ziel- und womöglich planvollem Handeln hervorgehen sehen. Bei ihm verbindet sie sich sogleich mit einem weitgehenden Freispruch. Seine „Schuldigen“ trafen zwar Entscheidungen, die „zur Eskalation der Vorkriegskrise beitrugen“, aber nicht aus freien Stücken und nicht zweck- und zielbewusst. Sie fühlten sich vielmehr als Getriebene und meinten sich unter einem Druck „von außen“ und unter dem von ihren Gegnern auf sie ausgeübten Zwang zu stehen, der sie in den Krieg drängte usw. Sie waren, so gesehen, nicht Täter, sondern Opfer ihrer Vorstellungen, Einbildungen, Halluzinationen, Gemütslagen. Es waren, so sein Fazit einzelne Menschen die „falsch agierten“. Wenig später stimmt Clark in diesem Text dann in einem Interview jedoch der Ansicht seines polnischen Gesprächspartners zu, dass sie „willentlich und sehenden Auges“ handelten. Hier sein Standpunkt uneindeutig und nicht weiter diskutierbar und dem Leser womöglich ein wenig schwindelig. Denn entweder haben die deutschen Politiker in der Juli-Krise als Getriebene gehandelt oder als von ihrem Willen Geleitete, entweder wurde ihr Tun und Lassen von Gefühlen geleitet oder von sehenden Auges gewonnenen Einsichten oder Erkenntnissen.

Nun verknüpft sich mit des Australiers Revision auch methodologisch ein Zurück in ein bürgerliches Geschichtsdenken der fünfziger und frühen sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, das selbst wiederum eine lange Tradition besitzt. Auch das hätte Historiker hierzulande auf den Plan rufen können. Clarks Studie präsentiert eine vollständig personenbezogene Geschichtsschreibung und dies nicht nur aufgrund einer Vernachlässigung anderer Aspekte. Er erklärt und argumentiert: „In der Geschichtsschreibung der siebziger und achtziger Jahre, die unser Bild vom Jahr 1914 nach wie vor prägt, hat man … eher die Strukturen betrachtet. Aber es waren einzelne Taten und einzelne Menschen, die agierten“. Das Aber ist deplatziert, denn die „Entdeckung“ der Strukturen in den sechziger Jahren in der Historiographie der Bundesrepublik, bedeutete eine Relativierung, jedoch keine Ignoranz gegenüber der Rolle von Persönlichkeiten, wenn sie auch zeitweilig, nicht jedoch generell mit deren Geringbemessung einhergegangen sein mag. Die Vereinseitigung der Sicht ist aber bei Clark ungleich größer, bei dem von den „Strukturen“, in denen das zeitgenössische Personal sich bewegte und handelte, von denen es seine Antriebe ebenso erhielt wie ihm durch sie Grenzen gesetzt wurden, keine Rede mehr ist. Bei ihm machen Personen als Einzelne oder in Gruppen Geschichte und dies in Aktion oder Reaktion auf andere Einzelne oder Gruppen. Das Warum, bekannte er in Rede und Schrift habe ihn nicht sonderlich interessiert. Ihn beschäftigte das Wer und das Wie. Damit werden die komplexen Ursachen von weltgeschichtlichen Ereignissen, die sich in Jahrzehnten vorher herausbildeten, auf einen minderen Rang gesetzt und die Geschichtswissenschaft auf eine jedenfalls in der Zunft als weitgehend überwunden geltende methodologische Stufe zurückbeordert. Nur die Zunft – schweigt.

Und wieder kommt Clark, es muss ihm nicht das berufliche Gewissen geschlagen haben, dann doch auf die angeblich überbetonten „Strukturen“ der Gesellschaft zu sprechen. Das „System“ so seine Vokabel, das nicht näher erläutert wird, habe 1914 auf „verkehrte Weise funktioniert“ und – im gleichen Atemzug formuliert er – „Das System war krank“. Eine Diagnose des Systems und seiner Krankheit schließt sich dem nicht an.

* * *

Das Thema lässt sich nicht verlassen, ohne wenigstens einen knappen Blick auf den Platz zu werfen, der dem Jahr 1914 und dem Ersten Weltkrieg im Gang der europäischen und Weltgeschichte zugewiesen wird. Zu seiner Bestimmung wird eine Vielzahl von Benennungen benutzt. Eine gebräuchliche lautet. Epochenschwelle: damit verknüpft sich bei anderen die Übernahme der Wolfgang Mommsen‘schen These vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, ohne freilich für das folgende eine Kennzeichnung oder einen Begriff anzubieten. Nach Hobsbawm beginnt 1914 das „kurze“ Jahrhundert der

Extreme, das bis etwa 1990 gereicht habe. Bei Luciano Canfora ist zu lesen: „Vor dem Jahre 1914 ist die europäische Geschichte eine völlig andere als danach“. Welchen Platz aber nimmt in diesem Geschichtsdenken die Tatsache ein, dass der Krieg doch auf dem Boden einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entstand, die diesen Kriegsverlauf prägte und ihn auf dem Erdball mit Ausnahme Russlands überstand? Welche Rolle spielt in ihm die Tatsache, dass sich diese Gesellschaft in einer Reihe von Staaten erkennbar in ein neues Stadium zu wandeln begann, das imperialistische, das ihn auch überdauerte, wie bald nach seinem Ende der Text des Versailler Vertrages deutlich verriet. der – nicht anders als der 1919 schon erledigte zwei Jahre zuvor geschlossene von Brest-Litowsk – ein imperialistisches Diktat war? Was also ist das Kriterium, was der Beweis für diesen angeblich grundlegenden Wandel der europäischen Zustände?

Und dann wird neuerdings der Erste Weltkrieg für alle folgenden Ereignisse des Jahrhunderts als die „Urkatastrophe“ markiert. Zudem werden mit Bildern wie dem vom Dominoeffekt oder Begriffen wie dem von der Kettenreaktion hochgradig vereinfachte Ursache-Wirkungs-Beziehungen hergestellt. Die mit ihnen verbundene Generalaussage lautet: ohne diesen Krieg keine Oktoberrevolution, ohne ihn kein Faschismus, kein Zweiter Weltkrieg, keine gespaltene Nachkriegswelt und kein Kalter Krieg. Stattdessen: Was? Die schöne bürgerliche Welt, die am Jahrhundertanfang angeblich existierte und deren fortentwickelte Prachtausgabe wir herzustellen gerade im Begriff sind. Wären da nur nicht die Versager gewesen.

„Mit Mann und Ross und Wagen ...“

5. Dezember 1941: Auf der Schwelle der Kriegswende

Die Soldaten von Napoleons Großer Armee waren am selben Junitag zum Angriff angetreten wie die Wehrmachtstruppen Hitlers. Sie wurden im einen wie im anderen Fall zu Hunderttausenden in den Tod kommandiert und jeweils überlebte geschlagen nur ein Rest eines kriegerischen Aufgebots, das vordem für unbesiegbar gehalten wurde. Doch sie waren nicht um der gleichen Ziele willen ausgezogen. Der Kaiser der Franzosen wollte den Zaren besiegen und ihm seine Friedensbedingungen diktieren, aber das Zarenreich nicht zerschlagen. Hitler und die politische und militärische Elite des Nazireichs hingegen beabsichtigten keinen Friedensschluss, sie wollten den sowjetischen Staat von der historischen und geographischen Landkarte tilgen und aus dem europäischen Teil des Landes bis zur Linie Archangelsk - Astrachan eine deutsche Kolonie machen.

Napoleon rückte mit seinen Truppen in Moskau ein und nahm im Kreml Quartier. Sie hatten bis an die Moskwa 85 Tage gebraucht und besetzten die weitgehend menschenleere Stadt am 14. September. An diesem Tage des Jahres 1941 begann der Wehrmachtsbericht mit dem mysteriösen Satz: „Im Osten bahnen sich durch den günstigen Verlauf der Operationen neue Schlachtenerfolge an.“ Im Oberkommando der Wehrmacht war die Entscheidung gefallen, Anfang Oktober mit der Schlacht um die gegnerische Hauptstadt Anfang Oktober zu beginnen, um sie vor dem gefürchteten Einbruch des Winters zu erobern. Bis dahin hatten die Wehrmachtstruppen noch hunderte von Kilometern vor sich. Sie erzielen in den ersten Tagen der Offensive Erfolge, die einen Siegestaumel auslösten. Der „Völkische Beobachter“, die Zentralzeitung der NSDAP, titelte am 10. Oktober: Die große Stunde hat geschlagen. Und dann in großen roten Lettern: Der Feldzug im Osten entschieden! Die gegnerischen Heeresgruppen im Mittelabschnitt seien eingeschlossen oder in Auflösung begriffen. Diese Darstellung ging auf eine Pressekonferenz zurück, die der Reichspressechef Otto Dietrich zwei Tage vorher abgehalten hatte. Dessen Urteil war indessen nicht sein eigenes. In einer Rede, die Hitler am 3. Oktober im Berliner Sportpalast gehalten hatte, nährte er die Vorstellung, dass „Molotow morgen oder übermorgen nicht mehr in Moskau sein“ werde und behauptete, dass der Gegner im Osten gebrochen sei und sich nie mehr erheben werde.

Auf dem Weg nach Moskau gelang den Truppen der Heeresgruppe Mitte in der ersten Oktoberhälfte der Sieg in der „Doppelschlacht“ von Bransk und Wjasma. Ein Debakel für Hunderttausende Tote und Gefangene der Roten Armee.

Dann wurden die Berichte aus dem OKW immer wortärmer. Schwierige Witterungsbedingungen, aber planmäßig, gute Fortschritte, die Einnahme von Städten, deren Namen bis dahin keiner kannte. Schließlich die Mitteilung, Truppen stünden fünfzig Kilometer vor der Stadt, Eindringen in den inneren Verteidigungsgürtel. Bei den Lesern der Texte keimten Zweifel mit neuen Hoffnungen auf, Moskau werde bald eingeschlossen und in deutscher Hand sein.

Am 3. Dezember waren „zäher Widerstand und örtlichen Gegenstöße des Feindes“ gemeldet worden. An den beiden folgenden Tagen schwieg sich der Bericht über das Geschehen im Mittelabschnitt ganz aus. Am 6. Dezember wurden eigene örtliche Angriffe bekannt gegeben und dann – tags darauf – hieß es, dass an „mehreren Stellen der Ostfront sowjetische Angriffe abgewiesen worden“ seien. Wer diese Texte zu lesen verstand, vermisste das Wörtchen „örtliche“. Tatsächlich hatte am 5. Dezember die sowjetische Operation begonnen, mit der die Bedrohung der Hauptstadt definitiv abgewendet werden sollte. Der „Taifun“, das war der Name für den Vorstoß zur Eroberung Moskaus gewesen, hatte sich erschöpft. An seine Stelle trat das Unternehmen Blau.

Hatte bis dahin der Wehrmachtsbericht über die tatsächliche Frontlage geschwiegen und verschwiegen, dass die deutschen Truppen vor Moskau Mann für Mann ausgepumpt waren und ihre Kampfkraft nur noch ein Minimum dessen ausmachte, was sie Anfang Oktober noch dargestellt hatte, so erfüllten die Berichte – von denen Hitler eben noch gesagt hatte, sie seien „Berichte der Wahrheit“ von diesem 5. Dezember an den Tatbestand der täglichen Lüge. Mehr und mehr Deutsche vermuteten oder ahnten, dass ihnen das tatsächliche Geschehen verheimlicht wurde. Zunächst wurde ihnen unter Verweis

auf den „russischen Winter“ mitgeteilt, dass sie mit Erfolgsnachrichten und Siegesmeldungen nicht mehr zu rechnen hätten. Die Propaganda-Abteilung des OKW blieb bei der Wendung von den „örtlichen Angriffen“, die an „mehreren Stellen „oder „mehreren Abschnitten“ stattfänden, aber immer zurückgewiesen worden seien, wobei von den Verlusten des Gegners gesprochen wurde. Am 17. Dezember gaben die sprachlichen Nebelwerfer den Übergang zum „Stellungskrieg der Wintermonate“ bekannt. Sie berichteten von „Frontverbesserungen und Frontverkürzungen“, die planmäßig erfolgen würden.

Dennoch: Im Verlauf des Dezembers tröpfelte die Wahrheit über die Lage an der Ostfront gleichsam in die Köpfe. Zunächst verabschiedeten sich mehr und mehr Volksgenossen vom bisher gehegten Bild über den Zustand der Sowjetarmee, das ihnen die Propaganda vermittelt hatte und das unter direkter Teilnahme Hitlers. Und mit der Aussicht auf Siegesmeldungen sank augenblicklich das Interesse an den Wehrmachtsberichten, was den Meinungsmachern entgegenkam. Zudem wirkten die Nachrichten vom begonnenen Krieg Japans gegen die USA zeitweilig als ein starkes und willkommenes Moment der Ablenkung. Doch schleichend begann sich ein Gefühl des Ungewissen auszubreiten, es betraf den Fortgang des Krieges und seine Dauer. Manche beschlich die Ahnung, dass die Gegner an Kräften gewännen.

Die Formulierungen am Jahresende lauteten: starke, stärkere, schwere oder harte Abwehrkämpfe, Kämpfe von unverminderter Härte. Dem Gegner seien „örtliche Einbrüche“ gelungen. Nun traten nicht die Truppen der Roten Armee, sondern die der Wehrmacht zu Gegenangriffen an, was doch bedeutete, dass die Initiative gewechselt hatte. War bisher mitunter vom zähen Widerstand der sowjetischen Truppen gemeldet worden, so verteidigten sich nun die eigenen zäh.

Als die Niederlage vor Moskau deutlich war, markierte Hitler zunächst Schuldige, ohne sie, die er samt und sonders im Oktober noch die besten Generale der Welt genannt hatte, freilich selbst so zu benennen Doch ein Teil der Volksgenossen verstand die Entlassungen auch ohne solchen Kommentar in der beabsichtigten Weise. Der Oberkommandierende des Heeres Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch erhielt seine Entlassung und wurde bis zum Kriegsende nicht mehr verwendet. Er verbrachte den Krieg auf einem Jagdschlösschen im Protektorat, gelangte dann in britische Kriegsgefangenschaft, verstarb jedoch bevor ihm der Prozess gemacht werden konnte. Außer Dienst gestellt wurde auch Oberbefehlshaber der Oberbefehlshabe der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall Fedor von Bock, auf den Hitler aber schon einen Monat später wieder zurückgriff. Er setzte ihn an die Spitze der Heeresgruppe Süd, auch nur für ein halbes Jahr. Dann verbrachte er den Krieg als Privatmann in Bayern, bis er gegen dessen Ende bei einem Luftangriff zu Tode kam. Generaloberst Guderian, der eine Panzergruppe befehligt hatte, wurde außer Dienst gestellt, nach der Niederlage bei Stalingrad reaktiviert und brachte es 1944 bis zum Generalstabschef an Hitlers Seite. Seine 1951 in der Bundesrepublik veröffentlichten Memoiren gehörten zu den frühen Verfälschungen der Kriegsgeschichte und namentlich der Rolle von Hitlers Generalität. 2003 Erlebte es die 18. Auflage.

Die Bilanz

Die Schlacht vor Moskau, die Anfang Oktober 1941 begonnen hatte, endete Anfang Februar 1942. Ihr Ergebnis lag zutage, wenn es auch vielen Deutschen verborgen blieb, die zwar von der Jahresbilanz enttäuscht waren, aber doch hofften, das Verfehlte werde im Sommer erreicht werden. Das Unternehmen „Barbarossa“ und mit ihm der „Blitzkrieg“ gegen die UdSSR waren definitiv gescheitert. Die sowjetische Hauptstadt war nicht länger bedroht. An manchen Stellen waren die deutschen Eindringlinge um mehr als 200 Kilometer westwärts zurückgeworfen worden. Sie hatten Hunderttausende Soldaten aus ihren bewährtesten Armeen und Divisionen verloren. Riesig war der Verlust an zurückgelassenem Kriegsgerät. Kein Gedanke ließ sich mehr an eine den Krieg abschließende Invasion Großbritanniens knüpfen. Nicht geringer war der politisch-moralische Gewinn der deutschen Kriegsgegner. Vor Moskau war der Mythos der Unbesiegbarkeit der deutschen Wehrmacht untergegangen. Die sowjetische Bevölkerung fasste neuen Mut und das taten auch die Widerstandskämpfer im besetzten Europa. In London und Washington konnte an der Standhaftigkeit des Verbündeten nicht mehr gezweifelt werden. Der Zweifel hatte von nun an gleichsam die Seiten gewechselt. Die

Deutschen, Zivilisten wie Militärs, wussten, dass sie den Anspruch auf Siege nicht abonniert hatten. Und im Oberkommando der Wehrmacht war bekannt, dass eine Streitmacht, wie sie am 22. Juni 1941 existiert hatte, sich nicht noch einmal formieren ließ. Der Weg zum Endsieg verlor sich in einem dichten Nebel. Die Bevölkerung wurde über das tatsächliche Ausmaß des Geschehens im Unklaren gelassen. Neue Hoffnungen knüpften sich im Februar daran, dass der Gebietsverlust nicht beträchtlich, „das Schlimmste“ überstanden sei und der Frost nachlasse. Die Gefolgschaft folgte weiter.

Bilanz zweier Gedenktage

Die Versuche, eine Revision des Geschichtsbildes des 20. Jahrhunderts zu etablieren

Von den Gedenktagen, deren sich hierzulande Menschen im eben zu Ende gehenden Jahr erinnerten, besetzt der 1. August 1914 mit weitem Vorsprung den ersten Platz, Das haben mehrere Faktoren bewirkt. Gewiss tat es die „magische“ 100, mehr aber wohl noch, dass die Medien jeglicher Art auflagen- und lautstark verbreiteten, es sei an unserem, dem in der Bundesrepublik dominierenden Geschichtsbild vom Krieg der Jahre 1914 bis 1918 eine Revision vorzunehmen. Und zwar eine, welche die deutsche Rolle in Europa weniger dunkel erscheinen lässt. Die frohe Botschaft sei kein Eigenprodukt, sondern aus der Erkenntnis eines Wissenschaftlers erwachsen, den der Verdacht apologetischen Interesses nicht treffen könne. So ist der in Großbritannien lehrende Australier Christopher Clark landauf und landab in Versammlungssäle und vor Fernsehmikrophone und -kameras geladen worden, mehrfach assistiert von deutschen Professoren, einem Politik- und einem Geschichtswissenschaftler. Sie haben der geschichtsinteressierten deutschen Minderheit erklärt, dass dem Deutschen Kaiserreich 1914 nicht mehr und nicht weniger Anteil am Sturz in den Weltkrieg zukomme als anderen europäischen Großmächten. Dem entgegenstehende Erkenntnisse werden schlicht veraltet genannt, ihnen müsse ihre Monopolstellung genommen werden, die sie freilich nie besaßen.

Neu war an der Art dieser geschichtsideologischen Kampagne einzig, dass in öffentlichen Veranstaltungen und den Massenmedien allenfalls Kollegen mit freundlich dosierten Einwänden, nicht aber entschiedene Kontrahenten dieser Revision zugelassen wurden. Die Revisionisten blieben unter sich und gefielen sich bei ihren ungestörten Auftritten. Und die Mehrheit der Fachleute schwieg sich aus. Selbst der in Göttingen stattfindende Kongress der Historiker sandte kein Signal, das vor der Geschichtsbeschönigung gewarnt hätte. Ihr Weg in die Schulgeschichtsbücher scheint frei.

Damit allein hatte die Einnebelung der Geschichte des Ersten Weltkrieges ihr Bewenden nicht. Sie war dadurch charakterisiert, dass Themen wie Kriegsursachen und Kriegsziele gemieden wurden. Wer in der Ankündigung eines Vortrages oder der Überschrift eines Zeitungsartikels auf diese Begriffe oder gar auf den des Imperialismus stieß, hatte so etwas wie einen Sechser im Lotto. Die Vorgeschichte des Krieges wurde auf den Monat seit den Morden von Sarajewo eingedampft. Ihr Ergebnis wäre durch das Versagen von Politikern zustande gekommen, verkündete auch der Bundesaußenminister. Ein paar clevere Burschen in den Regierungen in Berlin, Wien, London, Paris und Petersburg und die ganze Sache wäre nicht so dumm gelaufen.

Der Begriff „Versagen“ ist hier irreführend eingesetzt. Ein Hochspringer, der gewöhnlich 2, 10 m schafft, im Wettkampf aber bei 1,99 m hängen bleibt, hat versagt, er wollte die Höhe meistern. Aber wollten die Politiker der Großmächte den Frieden behaupten? Sie waren in der „Julikrise“ vor allem damit beschäftigt, ihrem Staat politisch, militärisch und wegen der Gefolgschaft der Massen auch ideologisch-propagandistisch die besten Eintrittsbedingungen in den Krieg zu verschaffen. Dabei hatte es dann allerdings Erfolgreiche und Versagende gegeben.

Sofern die Vorkriegsgeschichte überhaupt in Rede kam, wurde das „Pulverfass Balkan“ herangerollt, das auch keine Neuentdeckung ist. Auf diese Weise wird die Kriegsursache in den Südosten des Kontinents exportiert und auf die Rivalität von K. u. K.-Monarchie und Zarenreich reduziert. Die häufte vergleichsweise ein Pulverfässchen an, der eigentliche, die Weltkriegsexplosion hervorrufende Konflikt hatte sich zwischen Großbritannien und Deutschland entwickelt und betraf die Dominanz auf dem Kontinent und über dessen Grenzen hinaus. Doch wäre die Betrachtung da wieder bei den Imperialisten angelangt.

Zu den wieder verbreiteten Legenden gehörte schließlich, dass die Politiker den Krieg 1914 nicht begonnen hätten, würden sie nur gewusst haben, was sie da begannen. Das hatten ihnen jedoch mehrere Sachkundige und nicht nur Friedrich Engels und Rosa Luxemburg, sondern Experten aus ihren eigenen Kreisen vorhergesagt – bis hin zur Ankündigung, dass es keinen kurzen Krieg geben und der kommende sich entscheiden werde aufgrund der industriellen und demographischen Ressourcen der Gegner. Man mag den Politikern zubilligen, dass sie das Chaos und Elend, die Millionen Toten, die

Vernichtung von Werten und Landschaften nicht antizipierten, aber man muss sie doch nicht für naiv erklären und unterstellen, dass Nachrichten von der revolutionierten Kriegstechnik, von neuartigen Infanteriegewehren und Artilleriegeschützen, Maschinengewehren, Flammenwerfern, Instrumenten des Luft- und Seekrieges nicht zu ihnen gedrungen wären. „Wehe dem, der die Lunte legt und entzündet“, lautete die vor dem Reichstag ausgesprochene Warnung des preußisch-deutschen Generalstabschefs Helmuth von Moltke ein Vierteljahrhundert vor Kriegsbeginn.

Und dann kam das diesem Krieg aufgeklebte Etikett mit der Aufschrift „Urkatastrophe“ groß in Mode. Alles was in der europäischen Geschichte an schwerwiegenden Ereignissen jedenfalls bis in das Jahr 1990 sich zutrug, wird zur Folge dieses Augusttages 1914 erklärt, als Kettenreaktion bezeichnet oder zum Dominoeffekt bebildert. Beides steht für durch einen einzigen Impuls ausgelöste, dann nicht mehr aufhaltbare Abläufe und beides ermöglicht eine bequeme Betrachtung der längsten Zeit dieses angeblich kurzen Jahrhunderts. Über Ursachen für seinen weiteren Verlauf, über Alternativen zum tatsächlichen Weg muss nicht mehr nachgedacht werden. War die Weimarer Republik nicht vielleicht doch zu erhalten, bei deren Fortexistenz der Weg in den Zweiten Weltkrieg undenkbar gewesen wäre? Hätte der nicht durch den Sieg der Politik der kollektiven Sicherheit verlegt werden können? Folgte die Entstehung des Kalten Krieges irgendeinem Gesetz oder war sie das Ergebnis von Interessen? Überflüssig, danach noch zu fragen.

Der Begriff „Urkatastrophe“ liefert gleichsam den Schlüssel für ein hochgradig vereinfachtes, nicht weiter befragbares Geschichtsbild. Und wegen der geläufigen Verwendung des Wortes Katastrophe für unabwendbare Naturereignisse (freilich auch für von Menschen, jedoch unabsichtlich verursachte Katastrophen beispielsweise im Verkehrswesen oder in Produktionsprozessen) eignet sich diese Kennzeichnung auch dafür, den Schritt in den Weltkrieg als von Menschen ungewollt darzustellen. Insofern weist seine Benutzung eine funktionale Verwandtschaft mit den populär zu verbreitenden Lügen von schlafwandelnd, schlitternd, taumelnd, ja schlafwandelnd in den Krieg gelangten Politikern und Militärs auf.

Dieses Märchen taugt für die Betrachtung des Zweiten Weltkrieges jedoch nicht. Auch für ihn, dessen Beginn 75 Jahre zurücklag, wurde der Begriff imperialistisch vermieden. Er heißt hierzulande der Krieg der Nationalsozialisten oder kürzer Hitlers Krieg. Das sich um ihn rankende Geschehen sei, wie eben wieder verkündet wurde „ein Sonderfall“. Mit derlei Ausflucht suchten konservative deutsche Historiker und Publizisten schon in den fünfziger Jahren jeder soziologischen Analyse und der Herstellung historischer Zusammenhänge zu entkommen. Doch waren die Nürnberger Nachkriegsprozesse vor USA-Gerichtshöfen nicht aus der Welt zu schaffen und die Besetzung der Anklagebänke mit Großindustriellen stand dafür, dass es außer dem Deutsch-Österreicher noch ein paar weitere Kriegsinteressenten gegeben hatte.

Dennoch wird kaum etwas unterlassen, die in der Bundesrepublik anders als im deutschen Oststaat mühsam hergestellte Gedankenbrücke zwischen den beiden Weltkriegen abzureißen, ausgenommen Bezugnahmen auf das Versailler Friedensdiktat. Diesen Arbeiten scheint auch die Benutzung des Begriffs vom „zweiten dreißigjährigen Krieg“ zu widersprechen. Doch wo er verwendet wird, geschieht das meist nicht zur diskutablen Kennzeichnung identischer oder hochgradig verwandter Kriegsursachen und Kriegsziele. Es werden mit ihm geschichtliche Prozesse nivelliert, die sich zwischen 1919 und 1939 vollzogen und die sich nicht rechtens als Kriegszeiten kennzeichnen lassen. Zu ihnen gehören Bestrebungen deutscher Politiker, Schriftteller, Publizisten und gesellschaftlicher Organisationen sowohl zu Frankreich wie zu Sowjetrussland friedfertige Beziehungen zu schaffen, Aktionen einer Außenpolitik, die sich von jener Kriegsbündnisse schaffenden des Kaiserreiches grundlegend unterschieden.

Doch machten Geschichtsrevisionisten auch vor dem Zweiten Weltkrieg nicht halt. In einer Version, die ebenfalls nicht neu ist, aber an Verbreitung gewinnt, wird Hitler als der Kriegstreiber schlechthin teilamputiert und das so gewonnene Stück Kriegsschuld der Sowjetunion und Stalin untergeschoben. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag von 1939 sei ein gerissenes Unternehmen des sowjetischen Diktators gewesen, der Hitler vorwärts in den Krieg gestoßen habe. Das glaubhaft zu machen,

wird die Wende der Außenpolitik der UdSSR 1933/1934 und deren Anstrengungen für eine Politik der kollektiven Sicherheit unterschlagen und die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges nicht anders als die des Ersten zweckdienlich verkürzt. Weggelassen wird, was nicht ins gewünschte Bild der Vergangenheit und vor allem nicht in das gewollte gegenwärtige Bild von Russland und Putin passen will, denen eine Traditionslinie angedichtet wird, die es so nicht gibt.

Das ist eine zu knappe und vor allem vorläufige Bilanz zweier Gedenktage, letzteres, weil es zu früh ist, zu entscheiden, welche Revisionen haften bleiben, welche Preisgaben begründeter Erkenntnisse Wurzeln schlagen werden. Zu wünschen ist das nicht.

Hornochsenmäßige Dummheit

Vor keinem Gemälde habe ich mehr Stunden, in der Summe wohl Tage meines Lebens zugebracht als vor dem „Auszug der deutschen Studenten in den Freiheitskrieg 1813“ des Schweizer Malers Ferdinand Hodler. Das geschah beim Besuch von Vorlesungen, Vorträgen, Konzerten und akademischen Festakten. Gleiches taten mit mir Hunderten von Studenten – der Salana, freiwillig oder auch durch Studienpläne zur Anwesenheit verpflichtet. Kein Risiko geht ein, wer behauptet, dass die Gedanken der da Versammelten beim Blick auf das nahezu die ganze Vorderwand der Universitätsaula besetzende Werk weit auseinander gingen. Für viele von uns besaß es eine mordspatriotische Ausstrahlung, die wir nicht teilten. Und vom Krieg, in den unsere dort abgebildeten Kommilitonen von einst zogen, die Mehrheit in einer Kolonne zu Fuß, einige erst aufbrechend zu Pferd, hatten wir, die einstigen Wehrmachtssoldaten, Flakhelfer und Hitlerjungen – mit Verlaub – die Nase ohnehin voll. Die entschlossenen bis verbissenen Gesichter der Marschierenden, die da zu sehen waren, der Gleichschritt, in dem sie den Schlachtfeldern entgegenstampften, das war unsere Vergangenheit und wir waren froh, dass wir ihr heil entkommen waren. Und wer schon Friedrich Engels’ Artikelserie „Deutsche Zustände“ gelesen hatte, war zudem gegen die Verklärung des Geschehens zum „Freiheitskrieg“ gewappnet.

Hodlers Gemälde war das Geschenk eines Kunstvereins an die Jenaer Universität aus Anlass ihres 350-jährigen Jubiläums im Jahre 1908. Das größere war das neue Universitätsgebäude, das die Zeiss-Stiftung finanziert hatte. Für dessen Aula war das monumentale Werk bestimmt und bemessen. Dort erlebte es 1913 die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Beginns jenes Krieges, der die napoleonische Herrschaft in Deutschland beendete, ein im Kaiserreich pompös gefeiertes Gedenken.

Nur ein reichliches Jahr darauf wandelte sich die Szene. Wieder zogen Studenten mit jungen und nicht ganz so jungen Deutschen, diesmal zu Millionen, in einen Krieg und wieder – freilich gegen ein gründlich verändertes – Frankreich. Hodlers Bild hätte die aus nationalistischer Verblendung und auch aus Ahnungslosigkeit geborene Kriegsbegeisterung zusätzlich anfeuern können, wenn – ja, wenn sein Schöpfer nicht einen internationalen Protest gegen die verbrecherische Kriegführung unterzeichnet hätte, welche das Kaiserheer in Belgien praktizierte, um gemäß dem Schlieffen-Plan Paris in etwa sieben Wochen erobert zu haben.

Das genügte den kriegsversessenen Hochschullehrern in Jena und eine Gruppe von ihnen beschloss, Vorschläge für seinen Verkauf zurückweisend, das Gemälde hinter Brettern zu verbergen. Was mit ihm geschehen sollte, wurde auf die Zeit nach Kriegsende vertagt. Das klärten dann in einer demonstrativen Aktion demokratisch gesinnte Studenten, sie legten es im April 1919 wieder frei. Zwischen den Daten trug sich zu, was die „Hodler-Affäre“ oder der „Kunstskandal“ genannt worden ist und wofür 1918 eine in der französischen „Humanité“ zu Wort kommende Stimme jene Kennzeichnung fand, die als Überschrift dieses Artikels entliehen wurde.

Nun hat der Braunschweiger Geschichtsprofessor und Didaktiker Matthias Steinbach aus den Geschehnissen eine Szenenfolge gemacht, in der er elf reale Personen von Wilhelm II. bis zum Sohn des Philosophieprofessors Eucken, der Hodler Modell stand, auftreten lässt, die eine Folge von Gesprächen vortragen. Was den Akteuren da an Haltungen zugeschrieben und an Äußerungen in den Mund gelegt wird, stützt sich auf wissenschaftliche Forschungen, wie die 1970 von Günter Steiger publizierten, der vom Jenaer Studenten zum obersten Pfleger des künstlerischen Eigentums der Universität aufgestiegen war, auf viele weitere gedruckte und ungedruckte Quellen, die im Abschnitt Kommentare ausgewiesen werden. So ist ein schmales Bändchen zwar entstanden, von dem sehr zu hoffen und zu wünschen ist, dass es in der Bücherflut, die der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges erzeugte, nicht untergehen möge. Denn der Gewinn, der lesend zu erzielen ist, überwiegt merkwürdige Urteile des Autors (so die Benennung der ideologischen Aktivitäten von Intellektuellen jenseits der Reichsgrenzen als „Außenpropaganda“ oder die Feststellung, dass „der Krieg die Welt überraschte“ u. a.) weit. Zur Leserschaft sollten hierzulande auch möglichst viele heutige Hochschullehrer gehören. Denen könnte die erste Bekanntschaft oder die Wiederbegegnung mit den Kriegsbeiträgen, geleistet von dem Geographen Gustav von Zahn, dem Historiker Friedrich Meinecke, dem

Zoologen Ernst Haeckel, dem Ökonomen Werner Sombart und vieler weiterer, die Steinbach zitiert, zusätzlicher Anstoß werden, zu fragen, wie es die deutsche Intelligenz heute mit ihrer Parteinahme für Krieg oder Frieden hält.

Matthias Steinbach, Der Fall Hodler. Krieg um ein Gemälde 1914-1918, Metropol Verlag Berlin 2014, 125 S., 14,00 Euro.

Ehrung mit Abzügen

Leserbrief an die „Stuttgarter Zeitung“

Die *„Stuttgarter Zeitung“* hat ihren Blick ins bayerische Nachbarland schweifen lassen und dort nach Dietramszell und das nicht, um zur Besichtigung von dessen frommen Bauten, einer Barockkirche und eines aus gleichen Zeiten stammenden Klosters, anzuregen. Den Anstoß zur Reise eines begrenzt neugierigen Publizisten ward gegeben, als der nicht mehr als 5000 Einwohner zählende Ort ins Gerede gekommen war und das gleich über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Das geschah so: Gegen Ende jenes kürzlich verflossenen Jahres, in dem vielfach an die acht Jahrzehnte zurückliegenden Errichtung der faschistischen Diktatur erinnert wurde, hatte dem dortigen Gemeinderat ein Antrag vorgelegen, sich von den von Vorfahren der heutigen Ortsbewohner getroffenen Beschlüssen zu distanzieren, dem Paul von Hindenburg und dem Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft anzutragen. Nach deren Zustimmung geschah das. Da sich solche Verleihungen mit dem Ableben der Geehrten erledigen, war über die Sache selbst nicht mehr zu entscheiden. Doch schien es dem Antragsteller angemessen, wenn auch mit großer Verspätung, vollends für Klarheit zu sorgen und derart zur hierzulande beständig mit viel Eigenlob bedachten Bewältigung der Vergangenheit beizutragen. Der Antrag fiel durch. Das Vorkommnis wurde publik. Der Skandal war gerichtet. Und er ließ sich durch eine unter dem Druck von Empörung und Spott rasch erfolgte Korrektur nicht sogleich dämpfen.

Nun also wollte der Reisejournalist schauen, wie sich die Dinge entwickelt hatten, zumal es am Orte auch eine Hindenburgstraße und, das dürfte in deutschen Landen ein Unikat sein, eine Hindenburgbüste gibt, angebracht an der Klostermauer, versehen mit einer Tafel, die auf die wiederholte Anwesenheit des Geehrten am Orte verweist. Den besuchte er, Gast einer adligen Familie, die ihn zur Jagd einlud, in den Jahren zwischen 1922 und 1932 mehrmals. Was also dachten Einwohner und unter ihnen wiederum vor allem die in der Sache besonders Zuständigen. Als erstrangige Auskunftsperson erwies sich der Historiker und Archivar im benachbarten Bad Tölz, der Kreisstadt, die übrigens auch eine Hindenburgstraße besitzt. Der in München studierte Experte wehrte den Gedanken einer Neubenennung oder der Entfernung der Büste mit dem Bemerken ab, man könne die Geschichte nicht einfach „verräumen“. Ein Argument, dass die Fahnderin allein und rasch mit dem Verweis hätte erledigen können, dass alle Umbenennungen von Straßen, Plätzen, Schulen und Betrieben in den Neuen Bundesländern die Geschichte der DDR keineswegs aus dem Blick gebracht haben, wovon Romane, Filme, Abhandlungen mit wissenschaftlichem Anspruch zeugen und vieles andere mehr, nicht zuletzt und für eine Weile noch die Erinnerungen ihrer einstigen Bürger und sogar mancher Besucher.

Nicht ein Namenswechsel, sondern eine zusätzliche Erläuterung zum Tafeltext sei der richtige und schon erörterte Weg, meinte der Tölzer Fachmann. Bis zu einem Vorschlag schien der Gedanke bislang noch nicht gediehen. Und ob er den Beifall der Dietramszeller finden wird, ist auch ungeklärt. Das hätten Gespräche mit den Nutzern des Klosters ergeben können, an dessen Mauer, das Werk des Josef Thorak, befestigt ist. Dazu boten sich die Salesianerinnen, Lehrer und Schüler einer Montessori-Schule und auch Kindergärtnerinnen an, die von ihren Schutzbefohlenen mit Sicherheit schon gefragt worden sind, wer der „Onkel“ da ist, der an der Mauer hängt. Solche Unterhaltungen unterblieben. Und die *„Stuttgarter Zeitung“* wollte sich den Nachbarn auch nicht mit einem Vorschlag aufdrängen.

So werden die Kommentatoren selber dahinterkommen müssen, dass es mit einem Verweis auf die Rolle Hindenburgs im Januar 1933 nicht getan ist. Nicht unerwähnt kann bleiben, und schon gar nicht im 100. Jahr nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges, dass der Mann mit seinen Befehlen, zuletzt dem zum Angriff im Frühjahr 1918 das Leben Hunderttausender Soldaten auf dem Gewissen hat, denn der Krieg war da, was sein Vorgänger 1914 begriffen hatte, längst verloren. Und es wird nicht zu übersehen sein, dass der Generalfeldmarschall Wilhelms II. von 1919 und bis an sein Lebensende als „zweite Schuld“ sich die doppelte Geschichtslüge von der Vaterlandsverteidigung und vom im Felde unbesiegten Heer auflud, dass er der Prominenteste unter denen war, welche die Deutschen um die Lehren betrogen, die sie aus ihren Erfahrungen, gewonnen von 1914 bis 1918 hätten ziehen können.

Die Ergänzung wird lang. Und soll sie auf eine steinerne Tafel von Ansehen, darf der Gemeinderat die Anschaffungskosten schon ansparen. Und ist es verwirklicht, verliert Dietramszell sein Unikat nicht. Es besitzt dann eine Ehrung mit Abzügen.

„Ein Dorf schießt sich (nicht nur) ins Knie“

Leserbrief an die Stuttgarter Zeitung

In dem Artikel Ihres Autors Mirko Weber wird der Bad Tölzer Historiker und Archivar mit dem gegen die Umbenennung von Straßen gerichteten Argument zitiert, dass man die Geschichte nicht einfach „verräumen“ könne. Wenn das Bild einen Sinn hat, dann soll es doch wohl besagen, man könne sie dann schwer oder nicht wieder finden, müsse jedenfalls nach ihr lange suchen. Das ist nicht der Fall. Sie lebt auf vielerlei Weise fort. Die letzte umfängliche Neubenennung von Straßen und Plätzen hat 1990 in den Neuen Bundesländern stattgefunden. Und? Die Geschichte der DDR besitzt im geistigen und kulturellen Leben der Bundesrepublik einen ungefährdeten Platz – beschrieben, geschildert, kritisiert, verurteilt, verspottet – in der Publizistik, in Filmen, Romanen, Abhandlungen mit wissenschaftlichen Ansprüchen und vorerst auch noch in der Erinnerung derer, die sich aus Eigenem ihrer so oder so erinnern.

Die „Taufe“ von Straßen, Plätzen, Brücken, Schulen usw. nach Personen geschieht, seit es sie gibt, in ehrender Absicht, auf diesem Wege wird öffentlich ihrer gedacht. Zusätze, die so etwas wie einen Abzug von der Ehrung oder eine partielle Distanzierung ausdrücken, wie sie im Fall der Hindenburg-Büste an der Klostermauer zu Dietramszell offenbar gedacht sind, ergeben eine Groteske. Sie würden sich nicht nur auf den Schritt des 30. Januar 1933 beziehen können. Im Jahr des Hundertsten Gedenkens an den Beginn des Ersten Weltkrieges wird die Rede noch auf Hindenburgs Rolle als Chef der Obersten Heeresleitung, als höchstgestellter Befehlshaber des kaiserlichen Heeres, kommen. Das wird die Erwähnung seiner Verantwortung dafür einschließen, den Krieg selbst nach den Soldaten wiederum zu Zehntausenden mordenden gescheiterten Offensiven des Frühjahrs 1918 noch fortgesetzt zu haben. Und ebenso den Verweis auf dessen „zweite Schuld“, die er als der prominenteste Verbreiter der Doppellüge von der Vaterlandsverteidigung und dem im Felde unbesiegten Heer auf sich lud, womit die Mehrheit der Deutschen um die Lehren betrogen wurden, die sie zu ihrem Nutzen aus diesem Krieg hätten gewinnen können.

Vortrag zur Eröffnung der Konferenz. Hamburg am 24.-26. Oktober 2014

Im zu Ende gehenden Jahr ist auf vielfältige Weise des ein Jahrhundert zurückliegenden Tages gedacht worden, an dem der Erste Weltkrieg begann. In dieser Kampagne drängten sich einige Themen und Fragen in den Vordergrund: die Beschreibung des Grauens, vielfach auch in Vergleich mit vorausgegangenen Kriegen, die Rolle der Führungskräfte in den am Kriege beteiligten Staaten, der gekrönten und ungekrönten Staatsoberhäupter, der Regierenden, der Militärs, wobei zumeist von deren Versagen die Rede war, als hätten sie in der Erhaltung des Friedens ihre Aufgabe gesehen, von der Rolle der künstlerischen Intelligenz und den Schriftstellern, von den jüdischen Deutschen als Soldaten im Kaiserheer und auch und anhaltend von den Kriegsschuldigen, ausgelöst durch die These von den schlafwandlerisch in den Krieg geratenen Politikern. Breiten Raum nahmen auch die Kriegsfolgen ein, Stichwort „Urkatastrophe“.

Eine andere Reihe von Themen trat demgegenüber, ohne gänzlich ausgelassen worden zu sein, in den Hintergrund, das galt namentlich für die Rolle der deutschen Kriegsgegner, der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen, und die Gründe ihres Versagens und Scheiterns, für den Anteil der Rüstungen und die Profite der Rüstungskapitalisten und Kriegsgewinnler, für die Inhalte und Methoden der Rüstungs- und Kriegspropaganda und vor allem für das Kernthema jeder ernsthaften Beschäftigung mit einem beliebigen Krieg, die Frage nach den Kriegsursachen und den Kriegszielen. Wer in einem wissenschaftlichen Aufsatz oder in einem Artikel einer bürgerlichen Zeitung auf den Begriff Imperialismus stieß, hatte so etwas wie einen Sechser im Lotto.

Der Geschichte eines Krieges kommt auf die Spur, wer sich auf drei Ebenen begibt und auf ihnen zu orientieren versucht: die erste ist die politisch-soziale, auf der nach den Personen und Personengruppen geforscht wird, die den Krieg, den sie als ein legitimes Mittel ihrer Politik ansehen, wollten, weil sie sich durch ihn die Befriedigung bestimmter Interessen versprechen. Zweitens die materiell-technische, auf der zu ermitteln ist, wie die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, einen Krieg mit Aussicht auf den eigenen Sieg zu beginnen. Drittens die ideologisch-theoretische, auf der die geistigen und mentalen Waffen für den Krieg geschmiedet werden, ohne deren Einsatz die Millionen, die in neuzeitlichen Kriegen eingesetzt werden, für dieses so genannte Kriegshandwerk nicht zu mobilisieren und zu motivieren sind. Gemessen daran galt für das meiste, das im zu Ende gehenden Gedenkjahr geschrieben und gesagt worden ist, dass da Schmalhans Küchenmeister war.

Je geringer die Kenntnisse der Publizierenden oder auch: je dreiste die Spekulation auf das Unwissen der Lesenden, desto abenteuerlicher die Thesen, welche der dritten oder vierten „Nachkriegsgeneration“, die Heutigen, vorgesetzt wurden. Das gilt für den Ersten wie für den zweiten Weltkrieg und insbesondere für deren Ursachen, die eine Durchmusterung ihrer Vorgeschichte verlangt. Eine dieser auf den Ersten Weltkrieg gemünzten Thesen lautete: Wenn die Politiker gewusst hätten, was das für ein Krieg werden würde, das meint wie lang und wie massentötend, hätten sie ihn nicht begonnen. Hier werden die entscheidenden Politiker und Militärs mit den Volksmassen „verwechselt“, in denen weithin tatsächlich keine Vorstellung vom Kommenden existierte. Davon zeugte u. a. Aufschriften, die Rekruten an Eisenbahnwaggons angebracht hatten, mit denen sie an ihre Gestellungsorte oder an die Front gefahren wurden. Eine lautete „Weihnachten sind wir wieder zu Hause“. In den Kriegsministerien und Generalstäben, die von denen der Politiker nicht abgeschottet sind, stand es mit dem Wissen anders. Die Gefahr eines langdauernden Krieges wurde wahrgenommen und der ganze Schlieffen-Plan aus dem Jahre 1905 war ein Konzept für den deutschen Sieg in einem kurzen Krieg, herbei gezwungen durch einen aufeinander folgenden Doppelschlag, zuerst der Westen, dann der Osten. Er war verfasst aus dem Wissen, mindestens aber der Vorahnung, dass dieses Deutsche Kaiserreich mit seinem altersschwachen Verbündeten, der K. u. K. Monarchie, in einem sich hinziehenden Kriege nicht siegen konnte, weil dann die potentiell überlegenen industriellen und demographischen Kräfte der Gegner sich würden entfalten können.

Doch musste man kein Eingeweihter in diesen ersatzlosen deutschen Kriegsplan sein, um ein ungefähres Bild vom herannahenden Kriege und seinen Risiken zu besitzen, das dann freilich von der Wirklichkeit weit übertroffen wurde. Es hatte an Warnungen nicht gefehlt. Sie stammten von sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten. Die frühesten wurden ein Vierteljahrhundert vor dem Beginn des

Weltkrieges ausgesprochen, ein Begriff, der nicht erst erfunden und benutzt wurde, als er Wirklichkeit geworden war. Eine dieser später berühmt gewordenen Warnungen stammt aus der Feder von Friedrich Engels und dem Jahre 1887, eine andere, drei Jahre jüngere, vom preußisch-deutschen Generalstabschef, dem Sieger von Königgrätz und Sedan, Helmuth von Moltke. Es folgten weitere von Rosa Luxemburg und von Bertha von Suttner, die von einem „Riesenkrieg“ sprach.

Für die Masse der Deutschen galt trotz dieser Warnungen aber wohl, dass ihre Vorstellungen vom Kriege noch immer aus eigenen Erfahrungen oder der ihrer Väter von 1870/1871 gebildet waren. Sie besaßen an jenem ersten Augusttag 1914 wirklich keine Ahnung davon, welcher Krieg da „ausgebrochen“ war und was vielen von ihnen bevorstand. Dazu trug entscheidend bei, dass die Masse der Deutschen so wenig wie die ihrer Gegner nicht wahrgenommen oder nicht verstanden hatte, dass seit „Sedan“ eine Revolution der Waffentechnik vor sich gegangen war. Sie betraf alle herkömmlichen Waffen und war zudem von der Entwicklung vollkommen neuer Mordinstrumente gekennzeichnet.

Die Gewehre waren von größerer Reichweite, schnellerer Schussfolge und verbesserter Schussgenauigkeit und leichter zu handhaben. Zu den Infanteriewaffen war das selbst ladende Maschinengewehr gekommen, 1885 konstruiert von dem britisch-US-amerikanischen Erfinder und Techniker Hiram Maxim (1840-1916). Vier Jahre darauf wurde es bei der britischen Armee eingeführt und vier weitere Jahre später erstmals in einem Kriege eingesetzt, dem kolonialen Eroberungskrieg der Briten, dessen Opfer die Bewohner des Matabele-Königreiches wurden, eines Territoriums, das heute zu Simbabwe gehört. Es folgte die Verwendung der Maschinengewehre in den ungleichen Kämpfen, von denen die kolonialen Eroberungen in Afrika gekennzeichnet waren. 1904/05 bekriegten sich im russisch-japanischen Krieg erstmals Armeen, von denen jede über die neue Waffe verfügte, aus der sich in einer Minute 500 Schuss feuern ließen. Auf der Basis seiner Erfindung gründete Maxim unverzüglich eine Company, die sich deren Produktion und Verkauf annahm und bald mit einem schwedischen Unternehmen zusammenschloss. Unverzüglich fanden sich um das Projekt Personen und Gesellschaften ein, die der unbezweifelbar zu machende Profit lockte, zu ihnen gehören die mit den Namen Vickers und Rothschild. Es fehlte auch nicht an Ehrungen für den vielseitigen Erfinder und Besitzer von mehr als 200 Patenten. Queen Victoria adelte ihn 1901 zum Ritter. Und der schwedische Waffenkonstrukteur Thorsten Nordenfelt bracht es zum Kammerherrn.

Zu den neuen Waffen der Infanterie, für deren Handhabung wie im Falle des Maschinengewehrs ebenfalls spezielle Trupps ausgebildet wurden, gehörten die am Jahrhundertanfang entwickelten, ab 1911 in der kaiserlichen Armee eingesetzten Flammenwerfer, die Feuerstöße bis zu einer Entfernung von 35 Metern abgeben konnten. Sie wurden während des Krieges zuerst 1914 in den Argonnen, Anfang 1916 in einem konzentrierten Einsatz auch in Verdun verwendet. Doch war die Handhabung der Waffe kompliziert und ihre Verwendungsmöglichkeit begrenzt, so dass die Gegner Deutschlands auf ihre Entwicklung verzichteten.

Die Revolutionierung der Geschütze begann mit Erfindungen und Konstruktionen in Frankreich am Ende des 19. Jahrhunderts, die zum Schnellfeuergeschütz (Canon de 75 mle 1872) führten, dass 15 bis 20 Schuss pro Minute abgeben konnte. Die Stabilisierung der Geräte durch Brems- und Vorholeinrichtungen erhöhte auch die Treffergenauigkeit. Die verheerende Wirkung wurde durch den Verschuss sogenannter Schrapnells verstärkt, die pro Granate mit bis zu 290 Bleikugeln gefüllt waren. In Deutschland wurden großkalibrige Geschütze wie der 42 cm-Mörser, der den Namen „Dicke Berta“ erhielt, konstruiert, bestimmt zum Beschuss von Festungsanlagen, die auf diese Weise sturmreif gemacht werden sollten. Während des Krieges wurde dann das als „Paris-Geschütz“ bezeichnete Geschütz konstruiert und gebaut, das 120 Kilometer weit schießen konnte und seinen Namen vom Einsatz gegen die französische Hauptstadt hatte. Es wurde einzig als Terrorinstrument gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, sollte Panik und Depression erzeugen und tötete insgesamt 256 Einwohner der Stadt, darunter bei einem Treffer in einer Kirche während des Gottesdienstes allein 88 Besucher.

Jahre vor Kriegsbeginn zeichnete sich ab, dass der Krieg der Großmächte nicht nur zu Lande, sondern auch aus und in der Luft und auf und unter den Ozeanen geführt werden würde. Die Idee und daran geknüpfte Versuche, Sprengstoff aus der Luft auf den Feind abzuwerfen, war schon Mitte des 19,

Jahrhunderts gefasst. Zunächst wurden dafür Ballons erprobt. Als Flugzeuge weit genug entwickelt waren, wurden sie verwendet. Die ersten, die das in einem Krieg taten, waren die Italiener. Am 11. November 1911 ließen sie in ihrem Krieg gegen das Osmanische Reich, der in Libyen ausgetragen wurde, Bomben abwerfen, da noch vom Piloten und mit der Hand. Wenig später setzten Frankreich und Spanien Bomben gegen die Einwohner Marokkos ein.

Die finanziell aufwändigsten Vorbereitungen auf den Krieg wurden zur See vorgenommen. Die im Krieg gegen Dänemark 1864 eingesetzten Holzschiffe, die in der Seeschlacht bi Helgoland aufeinandertrafen, wirkten gegenüber den Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Schlachtschiffe nahezu wie Spielzeuge. Was die anzurichten vermochten, wurde in der russisch-japanischen Seeschlacht bei Tsushima 1905 deutlich, bei der mehr als 5000 russische Seeleute umkamen. 40 Jahre vorher waren bei Helgoland auf beiden Seiten 46 Matrosen zu Tode gekommen. Die Neuentwicklungen der Kriegsmarinen aber waren die Unterseeboote, mit denen sich ein Handelsblockadekrieg abzeichnete, gegen den Deutschland aufgrund seiner geographischen Lage viel empfindlicher sein würde als seine Gegner.

Mit der Entwicklung herkömmlicher Waffen und der Erfindung neuer waren in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg bereits eine ungezählte Masse von Wissenschaftlern, Technikern, Konstrukteuren in staatlichen und privatbetrieblichen Labors und Büros befasst. Es entstanden nationale, aber ebenso internationale Waffenmärkte. Die wachsende Nachfrage und der sich verschärfende Konkurrenzkampf der Armeen um das den denkbaren Gegnern überlegene Kriegsgerät bildeten einen Stachel, der die Anstrengungen der Kapitalisten vorantrieb und – umgekehrt – wirkten die Angebote der Industrie als Anstoß für die nur durch die Staatshaushalte begrenzte Bestellfreudigkeit der Militärs.

Die Neuerung unter den im Ersten Weltkrieg eingesetzten Waffen aber stellten Giftgase dar. Ihr erster Einsatz, der mit Chlorgas begann, erfolgte durch kaiserliche Truppen am 22. April 1915 vor Ypern. Aus etwa 6.000 Stahlflaschen[1] wurden ca. 150 Tonnen Gas[2] abgeblasen, das sich in einer 6 Kilometer breiten Wolke und in einer Tiefe von etwa einem Kilometer dicht über dem Erdboden auf die feindlichen Stellungen zubewegte. Dort glaubten französische und algerische Soldaten wohl zunächst an künstlich erzeugte Nebelschwaden. Als sie gewahr wurden, dass sie es mit einem die Atemwege angreifenden Gas zu tun hatte, war es für viele zur rettenden Flucht schon zu spät.

Das so genannte Abblasverfahen hatte der auch an der Auswahl des Gases beteiligte deutsche Chemiker Fritz Haber (1868-1934) entwickelt, ein genialer Forscher, der das 1911 als Teil der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründete Institut für physikalische und Elektrochemie leitete. Mordpatriotisch gesinnt, meldete er sich bei Kriegsbeginn freiwillig. Gemeinsam mit 92 herausragenden Köpfen aus den Bereichen der Wissenschaften und der Kunst, darunter seine Kollegen Paul Ehrlich, Wilhelm Ostwald und Max Planck, unterzeichnete er im September 1914 jenen „Aufruf an die Kulturwelt“, der Deutschlands Kriegsschuld zurückwies und ohne Kenntnis der unwiderlegbaren Fakten behauptete, die deutschen Truppen würden sich in Belgien nach den vereinbarten Kriegsnormen verhalten, während sie in Wahrheit eine Kette von eindeutig als Verbrechen markierten Untaten begangen hatten. Mit einem Offiziersrang ausgestattet, wurde Haber Leiter einer Zentralstelle für Chemie beim preußischen Kriegsministerium, die seit Ende 1914 u. a. den Fronteinsatz von Gas vorbereitete. Von ihm erhofften sich die Strategen eine Öffnung der erstarrten Westfront und das Ende des inzwischen geführten Graben- und Stellungskrieges, schließlich die Erreichung der 1914 an der Marne verfehlten Ziele und den deutschen Sieg im Westen. Doch war der Gaseinsatz an einem begrenzten Frontabschnitt nicht mit offensiven Operationen von Gewicht auf breiterer Front koordiniert, so dass auch deshalb keine auch nur partiell wesentliche Veränderung der Frontlage erreicht wurde und auch die Stadt Ypern nicht eingenommen werden konnte. Mit der Attacke aber fielen, was zu erwarten war, auch auf der Seite der Gegner alle Hemmungen, sich nun ebenfalls über die Vereinbarungen der beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907 hinweg zu setzen. Es begann ein Wetteifern um die giftigsten Gaskombinationen, u. a. wurde Chlorgas mit Phosgen gemischt, und ebenso auch um sichere Schutzmittel, Gasmasken, die nicht nur das Überleben sicherten, sondern mehr noch, die

[1] Die Zahlenangaben differieren, eine andere lautet 5730.

[2] Nach anderen Angaben 180.111 kg

Kampffähigkeit der Soldaten erhielten. Die Hoffnungen, dass die angeblich überlegene deutsche Chemie dem Kaiserheer einen Vorteil eintragen werde, zerrannen ebenfalls bald, wenn gleich mit Haber weitere herausragende Spezialisten der Physik in der Kommission und der Wissenschaftlergruppe arbeiteten, die an Habers Institut gebildet worden war. Zu ihr gehörten James Frank (1862-1964), wie Haber ein jüdischer Deutscher und Kriegsfreiwilliger, Otto Hahn (1879-1968), der als Offizier einberufen worden war, Gustav Hertz (1887-1975), der wie die beiden anderen zur Sondergruppe Habers delegiert wurde. Sie alle haben durch die Beobachtung des Gaskrieges an der Front einen Eindruck von den mörderischen Ergebnissen ihrer Forschungen gewonnen, ja sich davon unfreiwillig selbst überzeugt. Hertz wurde in Polen 1915 bei einem dieser deutschen Gasangriffe Angriffe selbst so schwer verwundet, dass er aus der Armee entlassen werden musste. Franck gehörte 1917 bei einem ebensolchen Angriff zu den Verletzten. Aller Verdienste wurden mit kaiserlichen und königlichen Kriegsorden anerkannt. Die Namen der drei sind in der Liste der Nobelpreisträger vermerkt, Franck und Hertz gemeinsam für das Jahr 1925, Hahn für das Jahr 1944.

Mit der Verwendung von Gas, später auch verschossen in Granaten, war das erste massenmordende Kampfmittel in die Kriegführung eingezogen. Darüber konnten jene Wissenschaftler, die an seiner Entwicklung beteiligt waren, nicht im Zweifel sein und ebenso wenig darüber, dass sie damit halfen, sich über vertraglich vereinbarte Grenzen der Kriegführung hinwegzusetzen. Die Bezeichnung „Vater des Gaskrieges“ erwarb sich Fritz Haber. Er hatte die Vorbereitungen des ersten Gaseinsatzes an der Front überwacht und sich durch Augenschein überzeugt, was die neuartige Waffe angerichtet hatte. Das brachte ihm zunächst die Beförderung zum Hauptmann und nach der deutschen Niederlage einen Platz auf einer der Kriegsverbrecherlisten, welche die Alliierten zusammenstellen ließen. Um einer denkbaren Auslieferung zu entgehen, begab sich Haber zunächst in die Schweiz, kehrte aber in das Deutsche Reich zurück, als sich die Befürchtung erledigt hatte. Er trat wieder an die Spitze des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin. 1925 wurde er Mitglied des Aufsichtsrates der eben gegründeten IG Farben AG. Zudem hatte Haber 1919 den im Vorjahr nicht vergebenen Nobelpreis für Chemie erhalten, die höchste wissenschaftliche Ehrung für seine Forschungen auf dem Gebiet der katalytischen Ammoniaksynthese, deren Bedeutung für die Sprengstoff- und ebenso für die Düngemittelproduktion erwiesen und revolutionierend war. Habers Karriere in Deutschland endete 1933, als die faschistischen Judenverfolgungen einsetzten. Er war als Weltkriegsteilnehmer zwar selbst von Entlassung nicht bedroht, sondern als Institutschef in die Lage gebracht, unprivilegierte Juden zu entlassen. Haber verließ seinen Posten und emigrierte nach Großbritannien. 1934 verstarb e auf einer Reise in Basel.[3]

Das Leben des Mannes, der einen unangefochtenen Platz in der Geschichte der Chemie besetzt, war und blieb umstritten. Es begann eine unwürdige Verrechnung der Tausenden von Gas-Toten mit den Ungezählten in aller Welt, die von der durch die Düngungen der Böden vermehrten Lebensmittelproduktion gewonnen und womöglich überlebt hatten. Die Parteigänger Habers trugen auch vor, dass sein Beitrag zum Gaskrieg in der Ansicht erfolgt wäre, den Krieg zu verkürzen und dadurch gar die Zahl der Opfer zu begrenzen. Dieses Argument führte auch der als Kind den faschistischen Judenjägern entkommene US-amerikanische Historiker Fritz Stern in einer 2011 geführten Kontroverse[4] zugunsten seines Taufpaten ins Feld. Dass es Haber um den Sieg der deutschen Eroberer ging und ob der wünschenswert gewesen wäre, bleibt außer Betracht. Dies auch bei jenen Chemikern, die 1953 dem von ihm einst geleiteten Institut in Berlin-Dahlem, das inzwischen Teil der 1948 in Max-Planck-Gesellschaft unbenannten Vereinigung wissenschaftlicher Institute war, auch seinen Namen. Das erschien nun auch als ein Beitrag zur Wiedergutmachung des Unrechts, dass dem jüdischen Landesvertriebenen angetan worden war. Dabei ist es geblieben, wiewohl sich spät, nahezu ein Jahrhundert nach den Giftgasforschungen Habers, Stimmen zu Worte meldeten die meinten, dass, was immer ihm an Verdiensten zugeschrieben werde, doch nicht aufhebe, dass er ein kriegsbegeisterter deutscher Nationalist gewesen sei, der seine Wissenschaft und sein Können wider alle Grundsätze des Humanismus eingesetzt habe, im Labor, auf dem Experimentier- und auf dem Schlachtfeld.

---

3 Nach einer Version befand er sich dort in Urlaub, nach einer anderen auf der Durchreise nach Palästina, wohin er einer Einladung Chaim Weizmanns folgend, gelangen wollte.

4 In der Presse wurde die Namengebung kontrovers diskutiert, Stern Beitrag erschien am 31.10.2011.

Wider die geistige Flachware

Als vor einem Jahrzehnt die erste deutschsprachige Ausgabe von Hew Strachans Buch erschien, wurde es auch hierzulande mit hohem Lob bedacht. Das haben es und vor allem sein Autor verdient. Er hat eine kompakte Darstellung des Krieges der Jahre 1914 bis 1918 vorgelegt, die wirklich vom Weltkrieg handelt. Der Militärhistoriker, der in Glasgow lehrte und dann nach Oxford berufen wurde, führt den Leser zu den in der Literatur noch immer Kriegsschauplätze – als handle es sich um eine Vorführung auf einer Bühne – genannten Orten nicht nur Europas, sondern auch Afrikas und Asiens, an denen sich die Männer zu Abertausenden bekriegten. Gedrängt schildert er die strategischen Zielsetzungen und taktischen Überlegungen, die den Schlachtenlenkern vorschwebten und konfrontiert sie mit den tatsächlichen Abläufen und deren Folgen. Dabei ist sein Blick auf die Stäbe gerichtet, erfasst die Fähigkeiten und Charaktereigenschaften der Befehlshaber, legt die Folgen ihrer Karrieresucht, Rücksichtslosigkeit und Beschränktheit offen. Doch ebenso plastisch wird das Leben und Sterben der Soldaten geschildert, die in den Feuerhagel der Gegner befohlen wurden. Eindrucksvoll die Passagen, die von den Stimmungen in den Armeen zeugen, die zur Verweigerung von Befehlen führten, zu Desertionen und zum illegalen Untertauchen, um Rekrutierungsbefehlen zu entgehen. Mit gleicher Präzision und Dichte wird der Kriegsalltag in den so genannten Hinterländern geschildert, die Schinderei der arbeitenden Frauen, das Hungern, das Los der Kinder, das Umsichgreifen von Krankheiten und Seuchen. Und bei alledem wird nicht der Eindruck erweckt, als hätten die Menschen in den kriegführenden Ländern, sei es an der Front oder in der Heimat, das gleiche Los geteilt. Strachan weiß und verdeutlicht, dass die Klassen im Kriege nicht beseitigt und die Privilegien nicht aufgehoben waren. Wenn es zu den Aufgaben des Historikers gehört, darzustellen „wie es wirklich gewesen ist“, dann hat der Autor dem in vielem vorbildlich genügt.

Nun gerät das Buch in Deutschland in eine Atmosphäre, in der es doppelten Nutzen stiften kann. In ihm tauchen Begriffe auf, die von der Masse der an der gegenwärtigen Gedenkkampagne Beteiligten in Tabuzonen abgeschoben worden sind. Zu ihnen gehören: Kriegsursachen, Kriegsziele und Kriegsinteress(ent)en. Stattdessen wird in Büchern, Zeitungsartikeln, Museen, Ausstellungen und Vorträgen von der Kriegspropaganda und der Kriegsfotografie geschrieben und geredet, über Kriegszeiten und Kriegsperspektiven meditiert und die Kriegsweihnacht 1914 geschildert. Im Stuttgarter Haus der Geschichte hält ein Soziologieprofessor einen Vortrag „Der Gestank des Feindes“. Gegen diese Ablenkungen vom Wesentlichen kann man sich bei Strachan wappnen.

Der letzte Satz seiner Abhandlung lautet: „Der Erste Weltkrieg war eindeutig kein Krieg ohne Zweck und Ziel.“ Über deren Bestimmung ließe sich dann freilich mit Strachan rechten, der einleitend bemerkt, dieser Krieg sei „weitgehend ein sinnloses Unterfangen“ gewesen, eine Aussage, an die sich notwendig die von ihm nicht erhobene Frage anschließt: Für wen und für wen, jedenfalls in der Absicht, nicht? Und auch über die Feststellung, dass er um „der großen Fragen willen“ geführt wurde, „die unsere Werte und unsere Weltsicht zum Teil heute noch prägen“ lässt sich streiten. Doch das Deutschland eine „Weltpolitik“ trieb, den „Status quo in Frage stellte“, der deutsch-englische Konkurrenzkampf auf wirtschaftlichem wie militärischem Gebiet eine Quelle der kriegsträchtigen Konfrontationen war, dass es lang- und kurzfristige Ursachen gab, die in den Krieg führten, dies lässt sich bei Strachan anregend lesen. Der grenzt sich durchaus im Wissen um die Masse der Folgen des Weltkrieges auch von jenem mechanistischen mit der Formel vom Dominoeffekt geschmückten Bild des 20. Jahrhunderts ab, in dem alles, was in ihm geschah, seinen Ursprung im Jahre 1914 besaß. Vor dem Hintergrund der geistigen Flachware, die derzeit zwischen Saar und Oder im Angebot ist, hat sich der Wert dieses Buches, das übrigens auf die Arbeit an einer 10teiligen Fernsehserie zurückgeht, die sich als DVD erwerben lässt, noch erhöht.

Hew Strachan, Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte, Goldmann Verlag München 2014, Tb, 447 S. 12, 99,00 Euro.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt ...

... seine innenpolitische Wirkung und Ausbeutung

Beitrag auf der Konferenz „Gab es einen Stalin-Hitler-Pakt“ – 21./22. Februar 2014 in Berlin

In der dritten August-Dekade des Jahres 1939 hatte die deutsche Presse zwei Themen, die sie in Serie behandelte. Das eine, das Tag für Tag auch die Aufmacher hergab, waren die Verbrechen, die in Polen und von Polen an Angehörigen der deutschen Minderheit begangen wordensein sollten: Vertreibungen von Haus und Hof, Überfälle, Verhaftungen, Folterungen, heimtückische Morde. Verschont würde von diesem Terror niemand, ob Mann, Frau oder Kind. Leserbenötigten kein ausgeprägtes Erinnerungsvermögen, um zu bemerken, dass ein Jahr zuvor in gleicher Weise über die Leiden der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei berichtet worden war. Verfertigt und geboten wurde das Schreckensbild vom slawischen Untermenschenmit dem Fazit, die Deutschen im Reich könnten nicht länger dulden, was ihren Volksgenossenjenseits der Grenze geschehe.[1] Die Berichte verbreiteten einen penetranten Geruch nach Krieg.Dabei war es nicht Deutschland, dessen Wehrmacht bereits den noch geheim gehaltenen Angriffsbefehl erhalten hatte, sondern es waren angeblich der polnische Staat und dessen nationalchauvinistisch aufgeputschte Bevölkerung, die den Krieg wollten.[2] Dieses Zerrbild von denPolen wurde übrigens massenwirksam bald nach ihrer Unterwerfung auch in zwei deutschen Spielfilmen mit erstklassiger schauspielerischer Besetzung geboten, die den Krieg und die inzwischen errichtete deutsche Herrschaft rechtfertigten. 1940 kam „Feinde“ in die Kinos, 1941 „Heimkehr“, der nach einem späteren Urteil von Elfriede Jelinek „der schlimmste Propagandaspielfilm der Nazis überhaupt“ gewesen sei.

Das zweite Thema korrespondierte mit dem ersten, es zeigte das Reich, gewappnet für alle denkbaren Fälle. Ein Bericht schilderte den Westwall, der als mächtigste Verteidigungsanlagealler Zeiten bezeichnet wurde, ein anderer handelte von der entstandenen Luftwaffe, die am Himmel über Deutschlands Städten und Dörfern wache. Dieses Reich wurde derart als völlig unverwundbar vorgeführt und den Volksgenossen suggeriert, sie brauchten sich wegen eines Krieges nicht zu ängstigen. Dazu gehörte auch, dass, eingedenk der lebendigen Erinnerungen an den Weltkrieg in der älteren Generation, in thematisch ganz verschiedenen Berichten ein Bild von der vollkommen sicheren Versorgung der deutschen Bevölkerung gezeichnet wurde, Auch da sei das Reich unverwundbar.

Am 21. August machte ein neues Thema der Hetze gegen die Polen den ersten Rang auf den Titelseiten streitig. In übergroßen Lettern war da eine aus zwei Sätzen bestehende Meldung gedruckt.[3] Der erste besagte, dass zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Nichtangriffsvertrag abgeschlossen werden würde, der zweite, dass sich der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop in zwei Tagen nach Moskau begeben werde, um ihn zu unterzeichnen.

In den folgenden Tagen bewegte sich die Erörterung dieses Ereignisses entlang zweier Linien.Die eine bestand in Erläuterungen der Bedeutung des Vertrages, die andere in der sortierten undfür die eigenen Propagandazwecke zurecht gemachten Information über das Echo, welches sich auf die sensationelle Nachricht hin im Ausland von Konstantinopel bis New York und von da bis Tokio, selbstverständlich aber vor allem in Paris und London hatte feststellen lassen.

---

1 Zu den Überschriften im Völkischen Beobachter gehörten: „Der polnischen Hölle entkommen“ (Ausgabe vom 20. August 1939), „Polnische Banditen ermorden fünf Monate altes Baby“ (21. August 1939), „Namenloses Elend im Olgagebiet“ (22. August 1939) „Mord reiht sich an Mord“ (24. August 1939) „himmelschreiende Verbrechen“ (29. August 1939) und Polen sei von einem Blutrausch befallen (25. August 1939).

2 So hieß es, wieder im Völkischen Beobachter: „Polen konzentriert Truppen an den Grenzen“ (23. August 1939), Polen habe die Mobilisierung begonnen und seine Armee wolle Danzig überfallen (25. August 1939), ganz Polen sei im Kriegsfieber (27. August 1939), es habe polnische Brandstiftungen auf deutschem Gebiet gegeben (29. August 1939).

3 Diese und die folgenden Angaben und Zitate stammen aus dem *Neuen Stuttgarter Tageblatt*, Ausgaben vom 21. bis 24. August 1939.

Mit dem Vertrag, so der Tenor der Leitartikel, als dessen gemeinsame Quelle sich unschwer das Reichspropagandaministerium erkennen ließ, werde „das Fundament des europäischen Friedens gefestigt“ und es entstehe nicht nur in Europa eine völlig neue Lage, sondern über den Kontinent hinaus und für die Welt insgesamt.[4] Unter dem machten es die großmäuligen deutschen Faschisten, ging es um ihre Außenpolitik, ohnehin kaum. Die Behauptung wurde so „begründet“: Bisher sei die Situation in Europa durch die „Einkreisungspolitik der Demokratien“ bestimmt gewesen, die sich gegen das Deutsche Reich gerichtet habe. Damit wurde das Bild „Feinde ringsum“ reanimiert, das den Deutschen schon am Vorabend und zu Beginn des Ersten Weltkrieges geboten worden war. Es war nicht der erste Versuch seiner Wiederbelebung. Schon fünf Jahre zuvor hatte es dazu gedient, das Projekt der kollektiven Sicherheit, die Maiverträge, die 1935 zwischen der UdSSR, Frankreich und der damals noch existierenden Tschechoslowakei geschlossen worden waren, als Bedrohung Deutschlands darzustellen. Auch da schon war der lose politische Verbund der drei Mächte in der deutschen Presse als Einkreisung bezeichnet worden. Geographische Skizzen auf den ersten Zeitungsseiten hatten dies veranschaulichen sollen.

In Wahrheit war im Frühjahr 1935, das Deutschen Reich hatte soeben die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, der Versuch unternommen worden, rechtzeitig eine Front der Abschreckung gegen das hochrüstende und Gebietsansprüche geltend machende Deutschland zu schaffen. Jedoch ließen sich 1939 die namenlosen Kommentatoren des bevorstehenden Vertragsabschlusses nicht auf Details der Geschehnisse des Jahres 1935 ein. Sie behaupteten jedoch, Frankreich wäre damals schon der Architekt der gegen Deutschland gerichteten Politik gewesen.

Wer dieser Anklage und Klage über die angeblich strikt verfolgte „Einkreisungspolitik“ der beiden Großmächte im Westen geistig folgen wollte, musste das Münchener Abkommen, dessen Abschluss noch kein Jahr zurücklag, ganz aus dem Gedächtnis verloren haben. Denn das gab keinen Stoff für die Einkreisungsthese her und war von den vier beteiligten Staaten – Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien – als ihr gemeinsames Friedenswerk propagiert worden. Die faschistischen Meinungsmanipulatoren spekulierten wie in anderen Fällendavor und danach dreist bei den einen auf Vergesslichkeit, bei anderen auf das Fehlen jedes tieferen politischen Interesses und bei dritten darauf, dass sie das Thema intellektuell überforderte. Und die Gefahr, dass ihr Lügen öffentlich gemacht würde, existierte nicht. Davor schütztesie im Inland die Geheime Staatspolizei. Erst das mag die Unverfrorenheit erklären, mit der sieLesern, Rundfunkhörern und Kinobesuchern die Zustände verzerrt darstellten.

Nun, so die Geschichtsbetrachtung der NSDAP-Presse weiter, sei seit Monaten von den Westmächten versucht worden, die Sowjetunion als Festlandsdegen ihrer gegen Deutschland gerichteten Politik zuzuordnen. Dieses Ziel hätten Großbritannien und Frankreich mit den militärischen Verhandlungen der drei Mächte in Moskau verfolgt, jedoch verfehlt. Denn die UdSSR, in diesen Beratungen belehrt, habe sich auf ihre eigenen Interessen besonnen, und so sei der Vertrag mit Deutschland auf den Weg gebracht worden. Man habe „vertraulich, ernst und offen“ miteinander gesprochen und sich darauf verständigt, „den wahren Frieden in Europa herbeizuführen, in dem die offenen Probleme mit eiserner Konsequenz zur Lösung gebracht werden.“[5] Das Projekt Londons und Paris hingegen sei somit gescheitert.

Von der Politik der Regierungen in London und Paris wurde zudem behauptet, sie hätte in Europa einen „dauernden Zustand der Kriegsgefahr heraufbeschworen“. Der werde nun beendet.Der Führer als Friedensfreund und hier gar als Friedensstifter, das war keine neue Kostümierung Hitlers und seiner Politik. Bemerkenswert ist sie aber angesichts der Tatsache, dass dies geschrieben und verbreitet wurde, als der Angriffstermin der deutschen Wehrmacht schon bestimmt war.

Was hier sachlich als Kern des Geschichtsunterrichts, der den Deutschen im Reich tagein und tagaus verabreicht wurde, wiedergegeben ist, las sich in Wahrheit in einem Vokabular, das zu einem Gebräu

---

4 N. St. Tageblatt, 22. August 1939.

5 Ebd.

aus Triumph und Hohn gemischt war. Zunächst wurde behauptet, schon die Geheimhaltung der Verhandlungen zwischen Deutschland und der UdSSR sei ein beispielloses diplomatisches Meisterstück gewesen. Während die Anderen geschwätzt hätten, sei von Deutschland Geschichte gemacht worden und zwar eine von „weltweiter Bedeutung“. Nun herrsche auf Seiten der Gegner Deutschlands „Überraschung“ und „Bestürzung“. Ein „Schock“habe sich im gegnerischen Lager ausgebreitet. In England sei das Ereignis „wie ein Blitzschlag“niedergegangen. Dort wäre man angesichts der in eine Sackgasse geratenen eigenen Politik in Ratlosigkeit abgestürzt. Und in Paris fühle man sich wie niedergeschmettert und habe die Sprache verloren. Brüssel sei vor Überraschung stumm. Und in den USA wiederum habe die Kundegewirkt „wie ein Donnerschlag.“[6]

Am 24. August, die Meldung von der Unterzeichnung war gerade erfolgt, hieß es dann in einem „Das neue Fundament“ überschriebenen Leitartikel, dass „epochale Ereignis“ eröffne „ein neues Kapitel der Weltgeschichte“ und schaffe ein „Friedensfundament“. Auch auf die Frage, was das Ziel der nun von einem tödlichen Schlag erreichten Politik der kollektiven Sicherheit und Einkreisung gewesen sei, wurde geantwortet. England habe selbst um den Preis eines Weltkrieges die „Neuordnung“ Europas verhindern wollen. Über diese Ordnung wurde freilich nicht mehr gesagt, als dass sie nach deutschen Vorstellungen erfolgen müsse und auch sie den Frieden gewährleisten solle. Der Vertrag Berlin-Moskau wurde als solcher Beitrag, es ließe sich sagen, als der Türöffner zur Neuordnung dargestellt. Nun würden die „schwebenden Fragen in den Lebensräumen der beiden Völker“ auf dem Wege des Meinungsaustausches erörtert und gelöst werden können. In diesen Fragen hätten andere Mächte nicht mit und in sie nicht hineinzureden. Die Sätze mögen Vorwissen oder Vorahnung darüber ausgedrückt haben, dass das vor der Unterzeichnung stehende Abkommen mehr war als eine bloße Deklaration beiderseitigen Friedenswillens. Es lag zu Tage, dass, was sich hier verschwommen als Neuordnung ankündigte, nur zu Lasten Dritter, vor allem Polens, erfolgen könnte. Und die faschistische Presse machte schon kein Hehl aus der Zukunft, die dem Nachbarn zugedacht war, wenn es hieß, die Westmächte, auch Plutokratien genannt, würden „ein dem Niedergang geweihtes Land“ verteidigen.[7]

Ob die in den Kommentaren wieder und wieder beschworene neue Lage in Europa und über dessen Grenzen hinaus eintreten werde, sie war ja nicht durch zwei Unterschriften unter ein diplomatisches Papier hergestellt, musste sich erst an den Reaktionen in Paris und vor allem in London erweisen. Nirgendwohin schielte die deutsche Führung folglich schärfer und ausdauernder als auf die Verlautbarungen jenseits des Ärmelkanals. Das verrieten auch die Pressemeldungen. In England werde gefragt, hieß es, wie es mit den Militärdelegationen in Moskau weitergehe, wie man sich im Hinblick auf den mit Polen im März geschlossenen Beistandspakt verhalten und ob man „ein dem Niedergang geweihtes Land“ verteidigen solle. Gesprochen werde auch darüber, ob der Premier Neville Chamberlain als Folge des Scheiterns seiner Politik nicht abtreten müsse. Daraus ließ sich ablesen, wo die Trauben hingen, nach denen es den Fuchs gelüstete. Großbritannien sollte den seinem polnischen Verbündeten angeblich gegebenen „Blankoscheck“ zurücknehmen und dessen weiteres Schicksal den deutschen Imperialisten überlassen.

Doch kamen aus dem Inselreich alsbald wenn auch keine hochoffiziellen, so doch, wie geschrieben wurde, offiziöse Nachrichten, wonach sich an dessen Verhältnis zu dem osteuropäischen Staat nichts ändern werde. Das wurde zunächst als Äußerung eingeordnet, mit der London einzig das Gesicht wahren und Zeit gewinnen wolle. Doch vergingen keine zwei Wochen und die britische Kriegserklärung vom 3. September beantwortete die Frage definitiv. Die Hoffnung, mit dem Vertrag einen separaten Krieg gegen Polen zu gewinnen, hatte sich zerschlagen. Damit erledigte sich auch die aus Rom zitierte Einschätzung, wonach der Vertragsabschluss in Moskau ein „Sieg der Achsenmächte“ sei.

Nur wenig ließen sich von der faschistischen Propaganda jene Äußerungen ausbeuten, die in den Tagen vor dem Vertragsabschluss in Moskau verlauteten und ihn dann begleiteten. Dort wurde das Abkommen als Gewinn für die Beziehungen der beiden Länder zueinander eingeordnet, nicht jedoch

---

6 S. auch die Vorgaben im Völkischen Beobachter, Ausgabe vom 23. August 1939.

7 N. St. Tageblatt, 22. August 1939.

als europäisches Ereignis. Und auch mit ihren geschichtlich weit schweifenden Betrachtungen über die deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert und die Rolle Otto von Bismarcks blieben die deutschen Kommentatoren allein. Gleiches galt zunächstfür das Bild von der freundschaftlichen Annäherung der beiden Vertragspartner.

Natürlich fanden sich in der deutschen Presse kein Wort, ja keine Andeutung über eine Korrektur des bisherigen von Feindschaft bis zu Hass geprägten Zerrbildes, das seit Jahren von der Sowjetunion, ihren Führern, vom Kommunismus und „bolschewistischen Judentum“ gegeben worden war. Die antikommunistischen Tiraden, regelmäßig losgelassen auf den Nürnberger Parteitagen der NSDAP, die Versicherungen, gerichtet an die Westmächte, Deutschland kenne nur einen Feind, den Bolschewismus, hatte es nicht gegeben. Wie viele „Volksgenossen“ mochten sich daran am 24. August beim Lesen des Vertragstextes dennoch erinnert haben? Auszuschweigen hatten sich die Journalisten ganz über das Thema, wie die „die Wendung“ von ihnenaufgenommen worden war.

Darüber gibt es allerdings nur dürftige Berichte, die aus den Ermittlungen des Sicherheitsdienstes überliefert sind, so dass sich ein repräsentatives Bild über das Echo in der deutschen Bevölkerung nicht gewinnen lässt. Keine Frage jedoch, dass allein die Bekanntgabe der Ribbentrop-Reise nach Moskau und dann der Vertragsabschluss die „Volksgenossen“ vollkommen überraschten. Doch waren sie an derlei in gewisser Weise schon gewöhnt worden. Die letzte größerewar der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in den Westteil der Tschechoslowakei und derenLiquidierung gewesen, nachdem Hitler noch ein halbes Jahr zuvor erklärt hatte: „Wir wollen gar keine Tschechen.“

Da schon, also nach dem 15. März 1939, hatte der Sicherheitsdienst das große Verdienst der deutschen Presse hervorgehoben, die angeblich „den Boden für den tatsächlichen Ablauf der politischen Ereignisse psychologisch richtig vorbereitet“ habe, so dass das „Vorgehen des Führers ... zwar Überraschung, nicht aber Unsicherheit und Ängstlichkeit hervorgerufen“[8] habe. Diese Einschätzung war Phantasieprodukt, denn es konnte vor dem 15. März gar keine Vorbereitung der Massen durch die Medien gegeben haben. Der Vormarsch nach Prag war als Coupgeplant und verwirklicht worden. Doch hatte sich in sechseinhalb Jahren faschistischer Diktaturunter Millionen Gefolgsleuten das Bewusstsein verbreitet, was der Führer tut ist richtig und gelingt, und wir „kleinen Leute“, deren Blick und Urteil begrenzt sind, können ihm nur vertrauensvoll folgen.

Im Grunde war der Schritt des 23. August vor allem eine Zumutung für zwei Gruppen. Die einebildeten die gläubigen Parteigenossen und unter diesen wieder zwei Typen: die „Alten Kämpfer“ und Marschierer, die schon vor 1933 mit dem Ruf „die rote Front, schlagt sie zu Brei“ undweiteren ähnlichen Hassparolen durch deutsche Straßen gezogen waren und den Terror nicht nur besungen hatten, und die ideologisch auf die Lehren des „Führers“ fixierten, von der Parteigeschulten Faschisten. Wenn sich letztere an ihre „Mein Kampf“-Studien erinnerten, konnten ihnen Sätze einfallen wie: „Die heutigen Machthaber Russlands denken gar nicht daran, in ehrlicher Weise einen Bund einzugehen oder ihn gar zu halten.“ Von diesen Machthabern, denen „kein Vertrag heilig ist“, wurde dann weitergeschrieben, sie seien „Repräsentanten der Lüge, des Betrugs, des Diebstahls, der Plünderung, des Raubes“ und „Parasiten“. Deutschlandwäre „heute das nächste große Kampfziel des Bolschewismus“.[9] Usw.

Doch musste man kein „Mein Kampf“-Leser sein, um sich an viele Äußerungen zu erinnern, in denen Hitler, gleichzeitig seinen unbedingten Friedenswillen bekundend, die Sowjetunion und den „Bolschewismus“ nicht nur als Hauptfeinde Deutschlands, sondern der Menschheit bezeichnet hatte. In seiner Proklamation zum NSDAP Parteitag 1935 sprach er von der drohenden bolschewistischen Menschheitskatastrophe, die abgewehrt werden müsse. Auf dem gleichen Parteitag hatte er vier Tage später, am 15. September in seiner Rede zur Begründung der antisemitischen Gesetze wieder das Gespenst des Bündnisses von Bolschewismus und Judentum ausgemalt. Am 4. Jahrestag der „Machtübernahme“, dem 30.

---

8 Erster Vierteljahresbericht des Sicherheitshauptamtes Bd. I. In: Heinz Boberach (Hrsg.) Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 2, Herrsching 1984, S. 288 (fortan: Lageberichte).

9 Adolf Hitler, Mein Kampf, 691-695. Auflage München 1942, S. 750 f.

Januar 1937, trat er erneut in der Pose des Warners hervor und sprach von Staaten, die „Opfer der bolschewistischen Infektion“ werden könnten. In der Rede am 20. Februar 1938 sagte er: „Zu einem einzigen Staat haben wir kein Verhältnis gesucht und wünschen auch in kein Verhältnis zu treten: Sowjetrussland.“ Der Bolschewismus sei „die Inkarnation des menschlichen Zerstörungswillens“ und versuche, „die Menschheit in ein Unglück ungeheuersten Ausmaßes zu stürzen.“[10]

Manchen, die sich dessen nicht mehr erinnerten, wurde bald aufgeholfen. Mit unbemannten Ballons gingen, einem Bericht der Sicherheitsorgane zufolge, in der bayerischen Pfalz und beiWiesbaden Flugblätter nieder, deren Überschrift lautete „Der Führer spricht – Also sprach AdolfHitler„. Da waren Textpassagen aus Hitler-Reden der Jahre 1933, 1935, 1937 und 1938 gedruckt und dazu solche aus „Mein Kampf“. Dabei verzichteten die Berichterstatter in ihrer Meldung rücksichtsvoll darauf, diese Auszüge zu zitieren, sondern beschränkten sich auf die Seitenangaben aus Hitlers Buch. Darin hatte er auseinandergesetzt, warum Deutschland unter keinen Umständen einen Vertrag mit Russland schließen dürfe. Im gleichen Zusammenhang wurde auch berichtet, dass in Reichenbach (heute Liberec) einem einstigen Studenten mit einerPostsendung ein Flugblatt zugestellt worden sei, dessen Autor versuche, „anhand des Buches ‚Mein Kampf‘ zu beweisen ..., dass der Führer am Ende sei, da er jetzt mit der früher als ‚Todfeind‘ bezeichneten Sowjet-Union paktiere.“[11]

Die zweite Gruppe, die sich ideologisch durch den Paktabschluss schwer getroffen zeigen musste, waren diejenigen katholischen Priester, die sich durch die Enzyklika des Papstes „Divini redemptoris“ vom 19. März 1937 auf strikteste Gegnerschaft zum Kommunismus verpflichtet sahen und das Gebot befolgten, sich mit dem Kommunismus auf keinem Gebiet auf eine Zusammenarbeit einzulassen. Denn: „Der Kommunismus ist in seinem innersten Kern schlecht“. Schon einleitend hatte Pius XI., ausgeführt, es sei der bolschewistische und atheistische Kommunismus, „der die Welt so furchtbar bedroht und darauf ausgeht, die soziale Ordnung umzustürzen und die Fundamente der christlichen Kultur zu untergraben.“ Und so handelte der Bericht des Sicherheitsdienstes von einem Kaplan in Oberhufhausen im Kreis Hünfeld, der in einer Predigt erklärt habe: „Die Gefahr des Bolschewismus ist immer noch groß,sie ist durch die Verbrüderung Stalins und Hitlers vergrößert worden. Ich fordere Euch auf, nicht mit Bajonetten und anderen Waffen, sondern mit dem Rosenkranz zu kämpfen“.[12] Die Staatspolizei, wird danach bemerkt, sei verständigt worden.

Um das neue Verhältnis der beiden Mächte rankten sich auch verschiedenste Gerüchte und Vermutungen. Als in Ostpreußen der Luftwarndienst wieder eingeführt wurde, äußerte sich Unglaube im Hinblick auf das Andauern friedlicher Beziehungen mit dem großen Nachbarn imOsten. Der Druck der Sowjetunion auf das Reich, hieß es dort gerüchteweise, sei so „gefährlichgeworden ..., dass in großer Eile starke militärische Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden müssten.“[13]

Dieses Deutsche Reich war nach Kriegsbeginn und der raschen Niederwerfung Polens weithineine Gerüchteküche geworden und, glaubt man dieser Quelle, gehörten auch Kommunisten zuderen Köchen. Aus diesen Kreisen sei zu hören gewesen, der Vertragsabschluss werde im Reicheine veränderte Behandlung der Kommunisten zur Folge haben. Diese, hieß es, eine illegale Schrift aus Wien zitierend, werteten den Pakt als Erfolg der UdSSR. In Hamburg sei verbreitetworden, „auf Wunsch Russlands“ würden „Thälmann und eine Reihe führender Kommunistenaus dem Konzentrationslager entlassen und nach Russland abtransportiert“ werden.[14] Wenig später wurde von der angetroffenen Auffassung berichtet, „mit Rücksicht auf die Erhaltung derrussischen Freundschaft“ könne die Regierung nicht mehr so scharf durchgreifen, sie scheue das Risiko, „es mit Russland zu verderben“.[15] Hier waren offenkundig Wünsche die Väter der Gedanken.

---

10 Alle die vorstehenden Textstellen aus Hitler-Reden zitiert auch der SOPADE-Bericht August-Oktober1939, in: Deutschland-Berichte, 6. Jg. 1939, S. 1006-1007.

11 Bericht vom 30. Oktober 1939, Nr. 10. In: Lageberichte, Bd. 2., S. 408.

12 Bericht vom 9. Oktober 1939, Nr. 1, Lageberichte Bd. 2, S. 332.

13 Bericht vom 18. Oktober 1939, Nr. 5), Lageberichte Bd., 2, S. 364.

14 Bericht vom 27. Oktober 1939, Nr. 9. In: Lageberichte Bd. 2, S. 400.

15 Bericht vom 3. November 1939, Nr. 11. In: Lageberichte Bd. 2. S. 415.

Insgesamt aber folgte auf die Meldungen über die neuen Beziehungen zwischen dem Reich undder UdSSR offenkundig keine – längere und weitere Bevölkerungskreise erfassende – Diskussionen, geschweige denn solche über des Führers Wenden. Folglich sah der Sicherheitsdienst keinebeunruhigende Lage entstehen, die propagandistische Gegenreaktionen erfordere. Zudem wurden die Gesprächsthemen seit dem 1. September vom begonnenen Krieg und seinem Verlauf bestimmt. Damit verband sich das Bewusstsein, durch den Vertrag sei ein Zweifrontenkrieg vermieden worden, an den die ältere Generation der Deutschen bei den Namen Marne und Tannenberg ungute Erinnerungen besaß. Und Hitler selbst versäumte nicht, diesen Gewinn als seinen Erfolg herauszustellen.

Hinzu kam, dass manche „Volksgenossen“ aus den gewandelten Beziehungen weitere reale, vorallem wirtschaftliche Vorteile erwachsen sahen. Mit größter Befriedigung habe man in landwirtschaftlichen Kreisen die Nachricht von den sowjetischen Futtermittel-Lieferungen aufgenommen, woran sich die Hoffnung knüpfe, dass die auf diesem Gebiet erkennbaren Schwierigkeiten gemeistert werden könnten.[16] So ließe sich die „Schweinemast wieder in größerem Umfang“ aufnehmen.[17] Dazu gehörende Themen waren verbesserte Eisenbahnverbindungen und damit verbunden die voneinander abweichenden Spurweiten und die Elektrifizierung desTransportweges, wobei Deutschland Hilfe leisten werde.[18]

Nächst den Berichten aus der Dienststelle des Reinhard Heydrich existiert eine zweite Gruppe zeitgenössische Informationen über die Aufnahme des auch „Russenpakt“ genannten Vertrages in der deutschen Bevölkerung. Ihre Autoren und Lieferanten waren Sozialdemokraten. Deren Nachrichten gelangten illegal zu der in Paris befindlichen Zentrale der Partei und wurden zu Berichten zusammengestellt, die u. a. für die ausländische Presse bestimmt waren. Anders als bei den Bewertungen der Situation durch den Sicherheitsdienst handelt es sich dabei um Urteile, die sich Einzelne aufgrund persönlicher Erfahrungen, von Diskussionen in ihren Arbeitsstätten oder nach gesuchten oder zufälligen Gesprächen gebildet hatten. Das Interesse dieser Berichterstatter richtete sich vorzugsweise auf zwei Gruppen: die Nazis und die Kommunisten.[19] Erstere wären verstört und wichen mitunter jeder Diskussion aus. In ihren Reihen gäbe es ein breites Stimmungsband, das von der Enttäuschung und Ablehnung dieses Schrittes bis zu Erörterungen darüber reiche, wer wen mit dem Vertrag übertölpelt habe, Hitler den Stalin oder umgekehrt dieser jenen. Weit auseinander gingen auch Meinungen über die Folgen dieses Schrittes.

Aus Berichten über das Echo bei den Kommunisten spricht mehrfach das Interesse, die eigeneunverändert antikommunistische Haltung nun vollends gerechtfertigt zu sehen, so die frühere Ablehnung von Einheitsfrontangeboten. Urteile, wonach Stalin ein Verräter sei, würden auch von Kommunisten geteilt und wer von ihnen den Pakt verteidige, isoliere sich. Triumphierendheißt es in einem Bericht, als dessen Quelle Rheinland-Westfalen angegeben wird: „Eins ist sicher: In Deutschland wird der Kommunismus im Innern keine Gefahr mehr bedeuten.“

Insgesamt spiegelt das mehrere Druckseiten umfassende Bild von der „Einstellung zum Russenpakt“, wie weit die Bewertungen auseinander gingen und wie viele Spekulationen und Gerüchte sich an ihn knüpften. Diese Urteile waren wie üblich gerade in den Oberschichten der Gesellschaft durch eigene momentane Interessenlagen bestimmt. So ließ sich in Militärkreisendie, die einen Zweifrontenkrieg vermieden wissen wollten, ebenso Zustimmung feststellen wiein solchen der Industrie, in denen es teils früher schon Kritik wegen des zurückgehenden Handels mit der UdSSR gegeben hatte, der nun angesichts der zu erwartenden Seewegeblockaden einen neuen höheren Stellenwert erhielt.

Was an Zweifeln existierte, erstickte die Propaganda nach Kräften. In einem Bericht aus Süddeutschland hieß es: „In den Straßen der Städte sieht man nun wieder die bekannten Transparente meist quer über die Straßen gespannt mit den Inschriften: ‚Der Führer hat immer recht!‘ Oder: ‚Führer befiehl,

---

16 Bericht vom 30. Oktober 1939, Nr. 10. In: Lageberichte Bd. 2., S. 412.

17 Bericht vom 6. November 1939 Nr. 13. In: Lageberichte Bd. 2, S. 436.

18 Bericht vom 6. November 1939, Bd. 12, In: Lageberichte Bd. 2. S. 428.

19 Das folgende nach SOPADE-Bericht 6, August-Oktober 1939, In: Deutschland-Berichte, 6. Jg. 1939, S. 685-689.

wir folgen!‘ Oder: ‚Ein Volk, ein Reich, ein Führer!‘„[20] Und im Berichtvom November 1939 mit der Überschrift „Der Pakt mit Russland“ wurde zusammenfassend geschrieben, dass eine „skrupellose und erdrückende Propaganda“ inzwischen ihre Wirkung aufdie öffentliche Meinung getan habe.

An ihr hatte Hitler selbst teilgenommen. Das tat er zuerst in seiner Rede am Tage des Überfallsauf Polen. Er sei glücklich, sagte er den versammelten Faschisten im Reichstag, ihnen den Abschluss und die erfolgte Ratifizierung des Nichtangriffs- und Konsultativpaktes mitteilen zu können. Der stelle eine „ungeheure Wende für die Zukunft“ dar „und ist eine endgültige“. Demnach brauchte auf dem Wege zur Verständigung zwischen den beiden Partnern nur klargestelltzu werden, dass keiner die Absicht habe, seine Doktrin zu exportieren. Das Abkommen würde „zwischen uns beiden für alle Zukunft jede Gewaltanwendung“ ausschließen. Darüber hinaus habe man sich in gewissen Fragen zu Konsultationen verpflichtet und wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht. Keiner der beiden Staaten werde sich in den Dienst anderer stellen, sondern jeder nach eigenem Nutzen handeln. Er sei sicher, das ganze deutsche Volk begrüße diesesAbkommen, zumal, wenn es sich an das Gegeneinander im 1. Weltkrieg erinnere, wobei beidedie Leidtragenden gewesen wären.[21]

Am 19. September 1939, Polen war militärisch geschlagen, kam Hitler in einer Rede in Danzig[22] vor Faschisten der Stadt auf das Thema wieder und ausführlicher noch zu sprechen. Verständigt hätten sich die beiden „größten Völker und Staaten“. Russland und Deutschland würden bleiben, was sie sind, aber beide seien entschlossen, sich nicht für die Interessen der westlichen Demokratien einspannen zu lassen. Der Vertrag beweise zudem die Verlogenheit der Beschuldigungen Deutschlands, das angeblich unbegrenzte Kriegsinteressen verfolge. In Wahrheit seien die „sehr begrenzter Art“. Dieses Abkommen zeige, wie unsinnig Verdächtigungen wären, Deutschland verfolge „Welteroberungstendenzen“ und wolle Gebiete bis zum Ural und die Ukraine in seinen Besitz bringen. Was Polen anlange, so werde er eine Verständigung Russlands und Deutschlands geben, die an Stelle des Brandheeres, den das Land bisher gebildet habe, eine „Situation“ setzen werde, die den Frieden sichere. Er könne, sagte Hitler mit Bezug auf die Rede, die der sowjetische Außenminister am Tage zuvor im Obersten Sowjetgehalten hatte, das von Molotow Gesagte „Wort für Wort unterschreiben.“

So wurde dem deutschen Volke vom ersten Mann im Staat bis zum letzten Provinzblatt erklärt,welchen Nutzen es aus dem Abkommen gewänne. Zwar gäbe es, schrieb ein sozialdemokratischer Informant, noch immer verschiedenste Mutmaßungen über die künftige Entwicklung des Verhältnisses der beiden Staaten, jedoch, so besagte eine Information aus Westdeutschland, sei die „russische Überraschung“ inzwischen „im Abflauen.“ Das hätte nicht Propaganda allein bewirkt: „Die bisherigen Ergebnisse dieser neuen Zusammenarbeit [...] haben sehr überzeugend gewirkt. Die ersten großen Angebote deutscher Firmen an Russland sind hinausgegangen, die ersten Druckaufträge auf russische Prospekte laufen, die ersten Eingänge an russischem Schlachtvieh sind auf dem Berliner Schlachthof eingetroffen. Das alles trägt dazu bei, das Verhältnis zur Sowjetunion realpolitischer zu betrachten.“[23]

In den Tagen des Feldzugs in Polen war die Berichterstattung in der deutschen Presse ganz auf die Kriegsereignisse an der Ostfront konzentriert. Im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom 18. September hieß es, und daher mag die Kennzeichnung des Geschehens als Feldzug der 18 Tage rühren: „Der Feldzug in Polen geht seinem Ende entgegen.“24 Dass tags zuvor Truppen der sowjetischen Armee begonnen hatten, Ostpolen zu besetzen, fand in dem OKW-Bericht keine Erwähnung. Ohne jeden Kommentar wurde dann am 20. September gemeldet, eigene Truppen, die bis zur Linie Lemberg-Brest Litowsk vorgestoßen waren, seien nun wieder planmäßig auf die zwischen der deutschen und russischen Regierung endgültig festgelegte Demarkationslinie zurückgenommen worden.25 Zwei Tage später begann der Wehrmachtsbericht so: „Die Bewegungen der

---

20 SOPADE-Bericht 6, August-Oktober 1939, In: Deutschland-Berichte, 6. Jg. 1939, S. 994.

21 Protokolle des Deutschen Reichstages 1939-1942, 13. Sitzung, 1. September 1939, S. 47.

22 Im Wortlaut veröffentlicht im Völkischen Beobachter, 20. September 1939.

23 SOPADE-Bericht 6, November 1939, In: Deutschland-Berichte, 6. Jg. 1939, S. 1030-1031.

24 Die Wehmachtberichte 1939-1945. Bd. 1: 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941, München 1985, S. 26. (Im Folgenden; OKW-Berichte.)

25 OKW-Berichte, 20. September 1939, S. 28.

deutschen und russischen Truppen auf die vereinbarte Demarkationslinie vollziehen sich planmäßig und im besten Einvernehmen. Bei Lemberg wurden die dort kämpfenden deutschen Truppen durch russische Verbände abgelöst.“26 Diesem Bericht war eine Karte beigegeben. Am 25. September hieß es im Tagesbericht einleitend: „Im Osten vollzogen sich die Bewegungen der deutschen Truppen auf die Demarkationslinie am 24. September reibungslos und im Einvernehmen mit den russischen Verbänden.“27 Schließlich wurde am 29. September aus dem Hauptquartier mitgeteilt: „Im Verlauf der planmäßigen Bewegung über die Demarkationslinie wurde am 28. September Przemyśl-Süd durch den deutschen Kommandanten in feierlicher Form an die russischen Truppen übergeben.“ Zudem veröffentliche das OKW eine Übersichtskarte28, aus welcher der Verlauf der Linie, die auch als Interessengrenze bezeichnet wurde, und deren Korrekturen zu ersehen waren.

Seit diesen Meldungen konnte kein Zweifel bestehen, dass es zwischen Berlin und Moskau Abmachungen gab, an welche die Armeen gebunden waren und die beiderseits respektiert wurden. Dass sie in einem Zusatzabkommen zu dem am 23. August beschlossenen Vertrag getroffen worden waren, wurde erst nach Kriegsende anhand von Dokumentenfunden im besetzten Deutschland gewiss.

Am 28. September wurde gemeldet, dass sich der Reichsaußenminister erneut auf dem Flug nach Moskau befand. An diesem Tag veröffentlichte das Zentralblatt der NSDAP einen umfangreichen Leitartikel, dessen Gegenstand die vergangenen und gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Beziehungen bildeten. Noch niemals in der Geschichte hätten sich – und in solchem Tempo – so radikale Wandlungen in den Beziehungen zwischen zwei Staaten vollzogen wie jetzt zwischen Deutschland und Russland. Dem Autor erschienen die dem vorhergegangenen Verhältnis beider als Irrtümer. Was den Krieg der Jahre 1914 bis 1919 (so die Zeitangabe) angehe, so sei sie das Werk nicht benannter „kriegshetzerischer Cliquen“ gewesen. Danach hätten entgegengesetzte Weltanschauungen eine Kluft geschaffen und es sei zu einer dauernden Propagandafehde und zum Schrumpfen der Handelsbeziehungen gekommen. Nun aber hätten beide aufgehört, Feinde zu sein. Die Rede Stalins auf dem 18. Parteitag der KPdSU, der Mitte März 1939 in Moskau stattfand, habe den Wandel als eine Möglichkeit angezeigt. Dann wären die Abkommen vom 19. August über die wirtschaftlichen und vom 23. über die politischen Beziehungen, schließlich das gemeinsame Handeln im Hinblick auf Polen zu Zeugnissen des neuen Weges geworden.

Am 30. September wurde der Grenz- und Freundschaftsvertrag veröffentlicht, den die beiden Außenminister nun in Moskau unterzeichnet hatten. Es war so etwas wie der Totenschein für Polen. Kommentare sprachen nicht von einem militärisch besetzten Land, sondern vom „Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates“. Von der Wiedererrichtung eines anderen war keine Rede, wohl aber davon, dass jeder Vertragsunterzeichner in dem von ihm angeeigneten Landesteil sorgen werde, dass in ihm keine feindliche Propaganda, im Westen nicht gegen die russischen, im Osten nicht gegen die deutschen Besatzer betrieben werden könne. Wer auch nur einen Monat zurückzudenken vermochte, erinnerte sich, dass Hitler, die eigenen Absichten und Pläne verschleiernd, da noch in einem Brief an den französischen Ministerpräsidenten Daladier die Bereitschaft vorgetäuscht hatte, sich mit Danzig zu begnügen und in Westpreußen dessen Bewohner durch Wahl entscheiden zu lassen, ob die Provinz zu Deutschland kommen oder bei Polen verbleiben solle.[29]

Darüber hinaus konnte der Text der neuen Vereinbarungen dem faschistischen Regime als einePropagandafanfare dienen. Beide, Berlin wie Moskau, wurde da verkündet, würden sich für dieBeendigung des Krieges einsetzen. Die Erreichung des Friedens hänge mithin einzig noch vonGroßbritannien und Frankreich ab. Sollten die sich dem verweigern, dann würden sich die deutsche und die sowjetische Seite über ihre weiteren Schritte konsultieren. Das war eine Aufforderung an Paris und London, die gewaltsam vorgenommenen Veränderungen der osteuropäischen politischen Landkarte hinzunehmen. Und es bedeutete – wichtiger noch – eine einseitigeParteinahme des Kremls zugunsten des

---

26 OKW-Berichte, 22. September 1939, S. 29.
27 OKW-Berichte, 25. September 1939, S. 39.
28 Auch gedruckt in OKW-Berichte, S. 41.
29 Völkischer Beobachter, 29. August 1939.

deutschen Vertragspartners. Sie erfolgte im Wissen, dass dieser Krieg von den deutschen faschistischen Imperialisten gewollt, seit 1933 vorbereitetund vom Zaune gebrochen worden war. Die Kriegsschuldzuschreibung an die Westmächte verleugnete alle Analysen und Urteile, die seit 1933 in der Kommunistischen Internationale und inden Führungen einzelner ihrer Parteien, darunter der deutschen, vorgenommen worden waren.Sie erzeugte in den Kommunistischen Parteien, namentlich in denen Englands und seiner Dominien und Frankreichs, folgenreiche innere Auseinandersetzungen. Die Akzeptanz der „Moskauer Linie“ musste sie in eine isolierte Lage führen und dem Verdacht aussetzen, ihrerseits den faschistischen Aggressor zu begünstigen. Hitler aber hielt Anfang Oktober seine nächste heuchlerische Friedensrede.

Schwarz auf Weiß

Ein origineller Bild-Text-Band über den Ersten Weltkrieg

Nachdem vier Generationen von Historikern die Hinterlassenschaft des Ersten Weltkrieges in Form von Texten und Bildern durchmustert, in staatlichen und privaten Archiven und in den Beständen von Zeitungen und Zeitschriften nach ihr gefahndet haben, steht nicht mehr zu erwarten, dass den Heutigen sensationelle Funde vor Augen und in die Hände geraten können. Dennoch reduziert sich das ein Jahrhundert später Gedruckte auch für Spezialisten nicht auf bloße Wiederholungen von schon Bekanntem. Es sind Fragen, Themenwahl, Perspektiven, manche erst aufgrund neuer geschichtlicher Erfahrungen gewonnen, die manchem, das derzeit im Übermaß in den Buchhandel gerät, Originalität verleihen. Das gilt auch für den Band, den der Wiener Fotograf und Herausgeber der Zeitschrift Fotogeschichte Anton Holzer, der vordem schon sich Themen wie Fotografie und Propaganda oder dem unbekannten Krieg gegen die Zivilisten zugewandt hatte.

Diesmal konfrontiert er Fotografien mit Auszügen aus jenen Texten, an denen Karl Kraus 1915 zu arbeiten begann und die schließlich, zunächst in vier Fortsetzungen in seiner Zeitschrift *„DieFackel“* veröffentlicht, zu einem der berühmt gewordenen Antikriegsbücher gediehen. Er gab ihm den Titel *Die letzten Tage der Menschheit*, eine später und bis heute viel verwendete Kennzeichnung des Ersten Weltkrieges.

Die Fotografien des Bandes entstammen Zeitungen und Zeitschriften hauptsächlich Österreichs, so der als liberal geltenden *„Neuen Freien Presse“*, der konservativen *„Reichspost“*, der sozialdemokratischen *„Arbeiter-Zeitung“* und den schon im Kriegsverlauf erscheinenden Illustrierten Zeitschriften. Zu einem Teil aber sind sie im Besitz der Österreichischen Nationalbibliothek und darunter sind jene, die anders als die in der zeitgenössischen Presse veröffentlichten ein ungeschminktes Bild vom Grauen des Krieges vermitteln und die eben deshalb der Öffentlichkeit vorenthalten wurden. Die Buchseite für Buchseite vorgenommene Gegenüberstellung des berühmten Textes und der Fotografien, in einigen Fällen auch von Gemälden, leistet zweierlei. Zum einen illustriert sie, was da in Kraus’ Worten zu einer entlarvenden Darstellung der Wirklichkeit des Krieges geraten ist. Versammelt sind Propagandafotos von Soldaten in Unterständen und unter Bäumen, marschierend, schießend, Deckung suchend, vor sich hin stierend, bekleidet in verdreckten Lumpen und mit zerrissenem Schuhwerk und Offiziere, der Kaiser und seine Begleitung, die gut genährt, sauber gekleidet, in Autos daherkommend, inspizieren, Orden verteilen und – so namentlich Kaiser Karl – Allgegenwart und Verbundenheit mit „seinen“ Truppen demonstrieren. Dazu die Scharen gegnerischer Gefangener und – ausschließlich – Toter der Feindarmeen, sogenannter Gefallener. Schließlich die Zeugnisse der Grausamkeit und der Kriegsverbrechen, zu denen das Bild der beiden in Ostgalizien erhängten Frauen gehört – sie am Galgen, darunter österreichische Soldaten, ungerührt in die Linse der Kamera schauend, ein Vorläufer jener Bilder, die in Zeiten des Zweiten Weltkrieges in noch größerer Zahl entstanden.

Zum anderen führt der Band in die Entstehungsgeschichte des Dramas. Kraus, in Böhmen geboren, war bei Beginn des Krieges vierzig Jahre alt und wurde nicht mobilisiert. Er hat Frontenund eroberte Gebiete nicht gesehen, Gefechte und Schlachten nicht erlebt, und war dennoch imstande, vom Geschehen ein scharfes, den Wahnsinn des Krieges bloßlegendes Sprachbild zu geben. Das fußte auf Informationen, die ihm Menschen gaben, die inmitten des Geschehens hatten Leben müssen, war vor allem aber aus Zeitungen gewonnen, die er in den Kaffeehäusern Wiens besessen und bis in die Nacht las, dazu aus eben jenen Fotografien, die er in ihnen fand. Die in den Band aufgenommenen mögen im Einzelnen nicht mit jenen identisch sein, die der Antimilitarist damals sah, thematisch sind sie es zweifellos. Und zu alle dem ist dieses Buch eine unabweisbare Anklage gegen jene Journalisten, Fotografen und Kameraleute, die als Zugehörige des Kriegspressequartiers wissentlich Millionen um die Wahrheit betrogen, sie mit verklärenden und beruhigenden Lügen abspeisten und damit über Jahre eine Bedingung für dieFortsetzung des Mordens schufen. Die Spezies wird erst mit dem letzten Krieg aussterben.

Anton Holzer (Hrsg.) Die letzten Tage der Menschheit. Der Erste Weltkrieg in Bildern. Mit Texten von Karl Kraus,Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2013.

Ein Jahrhundert später

Wie Historiker, Politiker und Publizisten den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges vorbereiten

Dass diesem Gedenken in Europa weithin und über dessen Grenzen hinaus besondere Aufmerksamkeit gewidmet sein werde, ließ sich voraussehen. Der Grad, in dem sie ihm zugewandt wird, lässt dennoch staunen. Schon am Beginn des Jahres 2013 lenkte eine großbürgerliche deutsche Zeitung ihre Leser auf das noch ferne Datum[1] und zeigte sich besorgt vor der Frage, ob die Bundesrepublik unter den Staaten. die sich des Ereignisses erinnern müssten, auch den gebührenden Platz einnehmen werde. Der Autor hatte aus Regierungskreisen von deren beabsichtigter Zurückhaltung, verglichen mit dem Arrangement anderer Staaten, erfahren und hielt das für kritikwürdig.[2] Indessen war es nicht die Rolle, die das Deutsche Kaiserreich auf dem Weg in den Weltkrieg gespielt hatte, die ihn diese Kritik formulieren ließ. Gefragt werden solle, ob sich aus dem Geschehen für die Gegenwart etwas lernen lasse. Darauf wird zurückzukommen sein.

Erstaunen machen konnte ebenfalls bereits im Jahr 2013 die Zahl neuer Bücher, die auf den Markt kam. Es entstand der Eindruck, dass kein Autor und kein Verlag mit seinen Erzeugnissen zu spät kommen wollten. Auf den Tischen der Buchhandlungen erschienen ebenso schmale Bände, die der raschen Information vorwiegend von Schülern und Studenten dienen mochten,[3] wie fast 1.000 Druckseiten füllende wissenschaftliche Monographien[4]. Im Angebot waren alle Genres vertreten bis hin zum historischen Roman.[5] Kein Gegenstand, kein Thema wurde von der Erörterung ausgelassen und also die Vorgeschichte, der Verlauf und die Folgen des Krieges dargestellt, die Rolle von Personen und Personengruppen geschildert, die Entwicklung der Kriegsstrategie und Kriegstechnik analysiert usw. usf. Das geschah vor dem Hintergrund und vielfach auch auf dem Fundament von Forschungen mehrerer Generationen von Historikern, die in einer Büchermasse ihren Niederschlag gefunden hatten, die in den Jahrzehnten des 20, Jahrhunderts und am Beginn des 21. bereits gedruckt worden war. Wer beispielsweise im Katalog der Berliner Staatsbibliothek nach Literatur zum Ersten Weltkrieg fragte, erhielt bis zum Erscheinungsjahr 2012 4.416 Angaben. Bis zum Ende des Jahres 2013 waren 22 weitere Titel dazu gekommen. Die Masse der Verlagsorte befand sich außerhalb Deutschlands und das Erfasste war in seiner Mehrheit englischsprachig, die hierzulande erschienene Literatur folglich nur zu einem geringen Teil schon eingearbeitet worden. Die Zahlen lassen fragen, ob sich dem Gegenstand und seinen Themen angesichts dieser „Vorarbeiten“ etwas Neues, den geschichtlichen Rückblick Erweiterndes abgewinnen ließ. In zweierlei Hinsicht, dies sei vorangestellt, war das der Fall. Das Leben, und das heißt vor allem, das Elend der Zivilbevölkerung im Kriege erhält Schritt für Schritt den Platz, den es in der Realgeschichte einst besetzte. Dazu hilft – zweitens – auch die Hinwendung zu den lokal- und regionalgeschichtlichen Entwicklungen im so genannten Hinterland oder

---

1 „Die Welt“ veröffentlichte die Serie 1914-2014 mit den Beiträgen: Warum Deutschland den Ersten Weltkrieg vergaß, Was wir aus dem Ersten Weltkrieg lernen können, Selbstmordattentäter lösten Ersten Weltkrieg aus in ihren Ausgaben vom 8., 10, und 29. Januar 2013.

2 „Die Bundesregierung will sich 2014 beim weltweiten Erinnerungsmarathon zum Kriegsausbruch zurückhalten. Das ist falsch. Denn gerade in ihrer Modernität bietet diese Tragödie ein lehrreiches Exempel.“ Eine Kritik anderer Art äußerte Moritz Schuller (Tagespiegel, 16. November 2013) in einem Artikelunter Überschrift „Deutschlands falsches Gedenken an den Ersten Weltkrieg“, in dem er die Ausnutzung der Erinnerung für die Zwecke der Europäischen Union kritisierte und u. a. unter Bezug auf eine Rede des Bundesaußenministers bemerkte, dass die Union hier als Folge von Wirkungen dieses Krieges dargestellt worden sei.

3 Dazu gehört u. a.: Luciano Canfora, August 1914. Oder: Macht man Krieg wegen eines Attentats, Köln 2013. Gerd Fesser, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Köln 2014.

4 Helfried Münkler, Der große Krieg, Die Welt 1914-1918, Berlin 2013, 928 S. Manfred Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburger Monarchie, Wien 2013, 1222 S., Ernst Piper, Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges, Berlin 2013, 587 S.

5 Günther Neuwirth, Der blinde Spiegel. Wien 2014. Der Verlag kündigt das Buch als „großen Roman“ an und teilt mit, dass darin auch die Frage erörtert werde: „Was wäre, wenn Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg gewonnen hätten?“ Avi Primor erzählt in seinem Roman „Süß und ehrenvoll“, Köln 2013, die Geschichte zweier Juden, die in der deutschen und der französischen Armee gegeneinander kämpfen.

an der Heimatfront. Noch immer werden auch zeitgenössische Dokumente in privatem Besitz noch aufgefunden.[6]

Begriffe und Bilder

Die zur Kennzeichnung des Krieges, der 1914 begann, gebräuchlichsten Begriffe sind der Große Krieg, wie er in den Landessprachen in Frankreich, Großbritannien und Belgien genannt wird, oder auch der Weltkrieg, wie er im Deutschen zumeist heißt, wovor dann zur Unterscheidung der Zweite gesetzt werden musste. Vom Weltkrieg, auch das wird noch zu erörtern sein, war bereits die Rede, als er sich noch in zeitlicher Ferne als eine Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit vor allem europäischer Entwicklungen abzuzeichnen begann. Mit diesen Begriffen konkurrieren inzwischen jedoch andere und dazu auch Bilder und es ist zu fragen, ob was sie für das Verständnis des Geschehens hergeben, ob sie sein Verständnis erleichtern oder vertiefen oder ob sie dagegen Barrieren errichten. Geredet oder geschrieben wird vom „Sprung ins Dunkle", ein Bild, das an das ältere erinnert und besagte „In ganz Europa gehen die Lichter aus". Es stammt nach seinem eigenen Zeugnis von dem britischen Außenminister Sir Edward Grey und ist auf den 3. August 1914 datiert.

Andere Bezeichnungen zielen auf den welthistorischen Ort, den der Krieg einnimmt. Zu ihnen gehört seine Benennung als „Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters"[7], aus der ein eigenartiges Verständnis des bürgerlichen Zeitalters spricht und bei der auch ungesagt bleibt, wann es endete oder ob dieses Ende überhaupt bereits eingetreten ist. Der neuerdings am häufigsten benutzte Begriff lautet die *Urkatastrophe,* mitunter folgt dem der Zusatz des 20. Jahrhunderts. Er findet sich zuerst in einem Buch, dessen Gegenstand die französisch-russischen Beziehungen der Jahre von 1875 bis 1890 bilden. Es stammt aus der Feder George F. Kennans und erschien 1979. Der US-amerikanische Historiker und Diplomat nannte den Krieg "*the* great seminal catastrophe of this century", also ein grundlegendes oder eben für folgende Katastrophen Bahn brechendes Ereignis. Nun wird die Berechtigung dieser Charakteristik niemand bezweifeln, allein beim Gedanken an den 1. September 1939, ein Ereignis, dessen 75. Jahrestag in diesem Jahr bevorsteht, Doch gilt Katastrophe ebenso in einem ganz unmittelbaren Sinn. Der Krieg der Jahre 1914 bis 1918 brachte sie über eine nie exakt zu ermittelnde Zahl von Menschen nicht nur in Europa sondern bis ins ferne Australien. Davon zeugen die Toten und lebenslang Schwerstverwundeten der Schlachten ohnehin, aber auch die Millionen Frauen ohne Männer, die Alten ohne die stützende Hilfe der Jüngeren, die Kinder ohne Väter.

Dennoch lohnt es sich bei dem Begriff Katastrophe einen Moment einzuhalten und das wegen seines Vielgebrauchs. Denn mit ihm werden zumeist Ereignisse bezeichnet wie Erd- und Seebeben, Erdrutsche, sintflutartige Unwetter mit Überschwemmungen, Dürreperioden oder Einschläge von Himmelskörpern. Sie entstehen ohne menschliches Zutun und wider menschliches Wünschen und Wollen. Die Betroffenen sind ihnen hilflos ausgeliefert. Es ist die Nähe zu dieser Verwendung, die die bloße Kennzeichnung eines Krieges als Katastrophe fragwürdig macht und, wird der Begriff benutzt, so etwas wie ein Sternchen und eine Anmerkung verlangt. Dieser Krieg wie andere vor und nach ihm waren Menschenwerk und dies auch in anderer Weise wie jene Katastrophen, die ganz oder teilweise dieses Ursprungs sind: Unglücke als Folge fehlerhafter Konstruktionen wie Zusammenstürze von Gebäuden und Brücken, solche im Verkehr zu Lande, in der Luft oder auf See, in Produktionsprozessen durch Einstürze unter Tage oder Explosionen. Katastrophen dieses Typs sind ungewollte Resultate eines menschlichen Fehlverhaltens, niemand war an ihnen interessiert. Das aber gilt, wenn das auch rechtfertigend und entschuldigend bis heute behauptet wird, für Kriege nicht und namentlich nicht für diesen Krieg, der 1914 begann. Er kam zustande, weil in und mit ihm Interessen verwirklicht und Ziele erreicht werden sollten. Ihm gingen Absichten, Kalküle und Rechnungen voraus und

---

6 Frank Schumann (Hrsg.), „Was tun wir hier?" Soldatenpost und Heimatbriefe aus zwei Weltkriegen, Berlin 2013.

7 Sie benutzte auch der Historiker Wolfgang Mommsen im Titel seines Buches „Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters", Frankfurt a. M. 2004. In dieser Sammlung von Aufsätzen wird der Krieg auch als „Epochenumbruch" bezeichnet. Zwei Jahre zuvor hatte der gleiche Autor veröffentlicht: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der erste Weltkrieg 1914-1918 (= Handbuch der deutschen Geschichte 17). Stuttgart: Klett-Cotta 2002.

begleiteten ihn. Das wäre, zur Vermeidung von Irrtümern, der Vorschlag für den Text einer „Anmerkung“ nach dem Wort „Urkatastrophe“.

Nun scheint dem von Kennan geprägten Begriff neuerdings ein anderer durch Publizisten zunehmend verbreiteter Konkurrenz zu machen, der das Jahr 1914 als Beginn des *zweiten dreißigjährigen Krieges* markiert. Diese Kennzeichnung findet sich bereits in den Jahren des Zweiten Weltkrieges und da in Rede- und schriftlichen Texten von Charles de Gaulle und Winston Churchill. In die internationale Geschichtsschreibung ist sie erst später gedrungen. Die Anregung, die sie bietet, liegt zutage, stellt es doch eine Verbindung zwischen den beiden Weltkriegen her und verweist auf ihren Zusammenhang, freilich, ohne dass über dessen Wesen etwas gesagt wird. Ist aber die Bezeichnung der Jahre zwischen 1919 und 1938 als Kriegszeiten gerechtfertigt? Sind die begrenzten Kriege, die in den zwei Jahrzehnten stattfanden, Folgen und Fortsetzungen dieses einen? Lässt sich das für den polnisch-sowjetrussischen Krieg von 1920 sagen? Oder für die Eroberung Äthiopiens durch Italien 1935? Oder für die Kriege Japans auf dem asiatischen Kontinent? Und wie steht es mit der Beziehung der Bürgerkriege in Russland und Spanien zum ersten Weltkrieg?

Das Bild vom dreißigjährigen Krieg, das wäre der Haupteinwand, ordnet, gewollt oder nicht, die deutschen Faschisten als Fortsetzer eines Krieges ein, den „andere“ begonnen hatten und den sie nun weiterführten. In Wahrheit verfolgten sie vom Beginn ihrer Herrschaft an ihren eigenen Plan, einen Krieg um der Ziele willen zu beginnen, die 1914 ff. verfehlt worden waren und die sie geographisch partiell veränderten, aber noch weiter steckten – im Osten bis zum Ural. Zwischen den beiden Kriegen hatte der „alte“ Kontinent, bevor das Jahr 1933 die Situation grundlegend zu verändern begann, jedenfalls Schritte hin zu einer Friedensordnung gemacht, inkonsequent, halbherzig und nicht von nachhaltiger Wirkung. In eine fortdauernde Kriegszeit lassen sich die Jahre nicht subsumieren. Der Begriff ebnet mithin eine Entwicklung ein, die durch Kontinuität und Diskontinuität gekennzeichnet war.

Zu den Charakteristika, die dem Ersten Weltkrieg in jüngster Zeit mehrfach gegeben werden, gehört der Begriff *Zivilisationsbruch*. Vordem schon wurde er von Historikern mit Bezug auf die faschistische Herrschaft in Deutschland benutzt und Auschwitz, also der Massenmord an den europäischen Juden, als der furchtbarste Ausdruck dieses Bruchs markiert. Die ausgeweitete Verwendung ist nicht ohne Berechtigung. Der Erste Weltkrieg hat in das gewalttätige Gegeneinander von Völkern und Staaten nicht nur auf Schlachtfeldern Neuerungen eingeführt, die auch als moderne Barbarei bezeichnet wurden. Zehn- und selbst Hunderttausend Tote hatte es in Kriegen vordem auch gegeben. An drei Tagen der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 waren geschätzt 100.000 Männer zu Tode gekommen. Kein Krieg, der nicht auch Grausamkeiten hervorbrachte. Was aber seit 1914 geschah, war von anderer Qualität: der massenhafte Einsatz von Maschinengewehren, die Verwendung von Munition mit ungeheurer Zerstörungskraft und einer Wirkung, die grausige Verletzungen hervorrief und Menschen in Massen zu elenden Krüppeln machte, der Einsatz von Giftgasen, die zu Erblindungen und furchtbaren Erstickungstoden führte, die Bombenabwürfe aus Zeppelinen und Flugzeugen auf Zivilisten weit entfernt von irgendwelchen Fronten und kriegswichtigen Anlagen, die Deportation von Menschen zur Zwangsarbeit und die Wegführung aus eroberten Gebieten, die Praktizierung der Politik der verbrannten Erde bei Rückzügen, das Verhungernlassen von Kriegsgefangenen, die Morde an Zivilisten, die als „Geiseln“ genommen worden waren.

Selbst die nur einen Teil dessen erlebt haben mochten, die nur Bruchstücke an Wissen vom ganzen Geschehen besaßen, waren in das Gefühl abgestürzt, dass hier ihre Welt unterging, die Gesellschaft, in der sie im Glauben an deren Dauerhaftigkeit gelebt hatten. Was ihnen als Zivilisation gegolten hatte, existierte nicht mehr, war zerbrochen, ein dahin Zurück gab es nicht. Insofern drückt der Begriff vom Zivilisationsbruch einen Wandel adäquat aus, doch nur, wenn er nicht überzogen und mit Verallgemeinerungen verbunden wird, mit denen die Vorkriegsgesellschaft im kaiserlichen Deutschland verfehlt und verschönt wird. Denn die Verluste teilten sich in der Gesellschaft sehr unterschiedlich und weite Teile der Arbeiterklasse waren erst noch dabei, sich ihren Anteil an der Zivilisation zu erkämpfen.

Was immer sich den Begriffen *Urkatastrophe*, *Zweiter dreißigjähriger Krieg* und *Zivilisationsbruch* an Gedankenanstößen abgewinnen lässt, ihnen haftet ein schwerwiegender Mangel an. Sie sagen nichts über das Wesen des Weltkrieges, stechen damit also von Kennzeichnungen wie Befreiungs-, Unabhängigkeits-, Bürger- oder Religionskrieg ab. Das leistete indessen eine Charakteristik, die keine nachträgliche Schöpfung ist, sondern vor dem Eintritt der und inmitten der Ereignisse gebräuchlich war. Sie lautete *imperialistischer Krieg* und war eine entlarvende Entgegensetzung zur Lüge vom Verteidigungskrieg, die dazu diente Millionen Deutsche im Glauben zu den Waffen zu rufen, sie müssten mit ihnen sich, ihre Familien, ihre Heimat, ihr Vaterland vor jenen Feinden schützen, die Deutschland nicht „hochkommen" lassen wollten und es eingekreist hätten. Diese Charakteristik ist weitgehend in Vergessenheit gebracht worden und so erfüllen die hier diskutierten drei Begriffe, unabhängig davon, ob ihre Benutzer das beabsichtigen oder nicht, so etwas wie eine Verdrängungsfunktion.

Zu den Bildern wachrufenden Begriffen, die, weil sie in neueren und momentanen Deutungen über den Weg in den Krieg einen besonderen Platz besetzen, hier vorab diskutiert werden müssen, gehört der in der Psychiatrie gebräuchliche der *Paranoia*. Den Akteuren des August 1914 und seiner Vorgeschichte wird in publizistischen und in den wissenschaftlichen Texten[8] eine Paranoia zugeschrieben, die an einer Stelle als kriegerische, an anderer als imperialistische bezeichnet, an dritte unbestimmt „eine Art Paranoia" genannt wird. Damit ist gesagt, sie wären ganz oder weitgehend unfähig gewesen, die Wirklichkeit angemessen zu verstehen und zu beurteilen. Nimmt man den aus dem griechischen kommenden Begriff wörtlich, dann hat sich ihre Vorstellungswelt „neben dem Verstand" gebildet. Volkstümlich ausgedrückt: Sie waren mehr oder weniger verrückt oder wahnsinnig. Und medizinisch wird mit dem Begriff eine psychische Störung benannt, charakterisiert durch Wahnbildungen, die sich in Verfolgungsängsten äußern, Feinde sehen, wo keine sind, und auch mit einem grundlosen aggressiven Misstrauen einhergehen können. Es liegt auf der Hand, dass der Weg in den Krieg mit diesem Vokabular zur Geschichte einer Krankheit von Individuen gemacht wird, woraus sich, um auf die erwähnte Suche nach Lehren zurückzukommen, dann ergeben würde, dass Politiker und Militärs sich regelmäßig bei Psychiatern einzustellen hätten und deren Urteil darüber zu entscheiden hätte, ob sie an ihren Plätzen weiter gefahrlos zu verwenden seien.

Der Abschnitt über die Sprachbilder, die Vorstellungen, Deutungen und Urteile über den Weltkrieg wachrufen oder bekräftigen, kann nicht abgeschlossen werden, ohne das *Pulverfass Balkan* zu erwähnen. Diese Kennzeichnung findet mit Bezug auf die Balkankriege der Jahre 1912 und 1913 Verwendung, doch sei damit dieser Explosionsstoff keineswegs erschöpft gewesen. Das Fass habe sich da weiter befunden und daran sei schließlich von Gavroili Princip, dem jungen Serben, die Lunte gelegt und gezündet worden, als er den österreichischen Erzherzog und seine Gattin in Sarajewo ermordete. Nun existierten in diesem Teil Europas scharfe politische, nationale und religiöse Gegensätze. Zu ihnen gehörte auf Seiten Österreichs Herr im eigenen Hause mit den vielen Völkern zu bleiben und Störungen im Innern zu unterdrücken und von außen abzuwehren. Als letzte galten die Interessen Serbiens, das eigene Staatsgebiet zu vergrößern und Serben und Angehörige anderer slawischer Völker, die in der K. u. K.-Monarchie lebten, zu vereinen. Die Idee, Serbien durch einen Kriegszug zu disziplinieren, existierte in zivilen und militärischen Kreisen Wien schon lange vor dem Attentat. Zum anderen trafen auf dem Balkan Herrschaftsinteressen des Habsburger und des Zaren-Reiches aufeinander. Aus diesen beiden Situationen und ihrer Verflechtung konnte ein Krieg entstehen, doch war fraglich, ob sich die beiden Reiche auf ihn einlassen würden, wenn sie einander allein bekriegten. Dass es stattdessen zu einem Krieg zweier Bündnisse kam, an dem alle Großmächte Europas beteiligt waren, bedarf der Erklärung und wirft die Frage auf, ob es nicht außer dem Pulverfass auf dem Balkan ein anderes und mit größerer Explosivkraft gab und wer an dieses die Lunte legte und es in Brand

---

[8] „Die deutschen und österreichischen Politiker waren im Sommer 1914 nicht die einzigen Imperialisten, auch nicht die einzigen, die in Europa unter einer kriegerischen Paranoia litten." So der Text über einer Rezension von Rainer Blasius zu Christopher Clarks Buch Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2013. 895 S. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Oktober 2013.

setzte. Davon ist wenig die Rede, denn das geläufige und populäre Bild taugt dazu, die Hauptursachen des Ersten Weltkrieges in den Südosten des Kontinents, eine besonders rohe, blutige, unzivilisierte „Ecke“ zu exportieren. Die anderen Mächte, Deutschland, England und Frankreich sind dann da hineingezogen worden[9], durch Bündnistreue in den Krieg geraten.

Ursachen und Verursacher

Die Historiker verschiedenster weltanschaulicher und methodologischer Strömungen sind sich in einem Punkte doch einig. Sie sind davon überzeugt, dass die Menschen ihre Geschichte selbst machen. Die überirdischen Kräfte wurden von ihren Vorgängern schon vor Generationen verabschiedet, wenn die eine oder andere auch gelegentlich kostümiert als Schicksal oder Tragödie und dem Transparent mit der Aufschrift „Schuldlos schuldig“ wieder auftaucht. Doch hinter der Übereinstimmung beginnen die voneinander abweichenden Meinungen schon bei der Anschlussfrage: Was aber bestimmt ihr Tun und Handeln, wie kommen die sie bestimmenden Gedanken, Vorstellungen. Urteile und Entscheidungen zustande? In unserem Falle heißt das: Was bestimmte die Führer von Staaten im Sommer 1914 dazu, die Entschlüsse zu fassen, an die anderer Staaten Kriegserklärungen auszusprechen und zu übermitteln? Dies zu rekonstruieren war die bald nach Kriegsende einsetzende Arbeit von mehreren Generationen von Historikern. Sie begann, wo sie rücksichtslos geleistet wurde, damit, die Lügen gleichsam aus dem Wege zu räumen, die von den Akteuren schon am ersten Kriegstag über ihre Beweggründe in den an „ihre“ Völker gerichteten Aufrufen verbreitet worden waren. Die waren von dem Interesse bestimmt, die eigene Unschuld am Kriege zu beteuern und dieses Bedürfnis verstärkte sich in dem Maße, wie sich dieser Krieg zu einem einzigen geschichtlich beispiellosen Schlachthaus entwickelte.

Die Hauptakteure jener Wochen, die als der Zeit der Vorkriegskrise oder Julikrise bezeichnet wurde, sind überschaubar. Zu ihnen gehört das Spitzenpersonal der fünf am Krieg beteiligten Großmächte, zuerst die Staatsoberhäupter, der Zar, zwei Kaiser, der mit vergleichsweise geringen Befugnissen ausgestattete englische König und der französische Staatspräsident, sodann jeweils fünf Regierungschefs, Außen- und Kriegsminister und Generalstabschefs. Des Weiteren die vier Botschafter der Länder bei den verbündeten oder gegnerischen Regierungen. Das sind nahezu ein halbes Hundert Personen. Denen aber sind weitere hinzuzählen: so die politischen und militärischen Führer Serbiens, die aufgrund der Doppelstruktur der K. u. K.-Monarchie in Budapest Regierenden, auch die den Mittelmächten verbündeten Politiker Italiens und einige weitere. In diesen Kreisen fanden in den kritischen Wochen Beratungen statt, wurden Denkschriften erarbeitet, Instruktionen gegeben und empfangen, Informationen geschrieben, gelesen, kommentiert oder auch ignoriert, Ultimaten versandt. Die so genannten Regierungsgeschäfte liefen auf Hochtouren. Zu ihrer papiernen Hinterlassenschaft gehören Dokumente, die sich zu Bergen türmten und die, wenn sie für Propagandazwecke brauchbar waren, noch während des Krieges publiziert wurden, in anderem Fall nach seinem Ende. Ganze Dokumentenserien kamen in die Bibliotheken. Die Historiker begannen sie und das Unveröffentlichte in den Archiven, soweit sie ihnen zugänglich gemacht wurden, zu durchmustern.

Daraus entstanden jene Veröffentlichungen, in denen nachgelesen werden konnte, wer, wem, wann, wo, was gesagt oder geschrieben oder auch verschwiegen hatte und was letztlich und unwiderruflich entschieden und befohlen worden war. Die Rollen der Beteiligten waren nicht auf einen Zähler zu bringen. Von Land zu Land, von Staat zu Staat waren die Falken“ von den „Tauben“ zu unterscheiden. Manche hatten zu einem Zeitpunkt zu jenen, dann wieder zu diesen gehört. Es gab die Zauderer, die sich auf keine Seite schlugen und auch jene, die warnten, meist nicht, weil sie prinzipielle Gegner eines Krieges gewesen wären, sondern weil sie die Aussichten des eigenen Staates skeptisch betrachteten oder auch nur den Zeitpunkt für einen Kriegsbeginn noch nicht gekommen sahen. Wie gebannt haben sich Historiker wieder und wieder über diese Zeugnisse hergemacht, sind in sie gleichsam abgetaucht, um der Frage auf den Grund zu kommen, wie dieser Krieg entstand, wie er „gemacht“

---

9 Einen der jüngeren Belege liefert die schon erwähnte Serie Pulverfass Balkan in dem Beitrag von Berthold Seewald Der Krieg, der den Ersten Weltkrieg vorwegnahm mit der Dachzeile Deutschland und Frankreich wurden hineingezogen. In: Die Welt, 7. Juli 2013.

worden war. Die Rollen der Akteure analysierend, stießen sie wieder und wieder auf Menschliches allzu Menschliches, als da waren Uninformiertheit und Unwissenheit Überschätzung der eigenen und Unterschätzung der gegnerischen Kräfte, leichtfertige, ja abenteuerliche Prognosen und Rechnungen, Illusionen, dazu Blindheit, Verblendung und – damit die Emotionen nicht vernachlässigt werden – Ängste. Ungleich wenige ließen sich hingegen Urteile klaren Verstandes finden, Scharfsinn, Besonnenheit, Einfühlungsvermögen in das Denken der Anderen und auch nur annähende Vorstellungen davon, was ein Krieg der Großmächte, ein Völkerkrieg mit den angehäuften neu entwickelten Mordinstrumenten bedeuten werde. So kam es zu „falschen Einschätzungen", „katastrophalen Fehlern", „Kommunikationspannen".

Diese Inspektion barg eine Verleitung. Der Krieg erschien als Resultat des Versagens von Personen an den Staatsrudern, eines intellektuellen Versagens mehr als eines moralischen. Es wäre zu ihm nicht gekommen, wenn an den Stellen der Akteure andere, kluge, wissende, kritische, weitschauende Köpfe gestanden haben würden. So erscheint der Absturz in den Krieg als das Werk von etwa einem knappen halben Hundert von europäischen Politikern an der Spitze der Großmächte, die obendrein unfähig waren vorauszusehen, was sie da eigentlich anrichteten, ja die nicht einmal zu sehen vermochten, wohin ihr Weg führte, denn sie waren von einer „Art von Paranoia" befallen. Sie, in diese Begriffe wird das Geschehen vorwiegend gekleidet, taumelten in den Krieg oder schlitterten in ihn hinein. Dem ist 2012 das Bild von den Schlafwandlern hinzugefügt worden. Gewollt hatte den Krieg demnach niemand, bekommen hatten sie ihn alle und vor allem die Völker. Gewiss waren diese Hauptakteure in irgendeiner Weise schuldig, aber ebenso gewiss mussten ihnen aufgrund ihrer Verfassung doch mildernde Umstände zugebilligt werden.

Die jüngste Veröffentlichung dieses Typs hat der australische, in England lehrende Historiker Christopher Clark 2012 (deutsch 2013) vorgelegt, eine bewunderungswürdige Fleißarbeit, fußend auf ausgedehnten Archivstudien und ermöglicht durch Vielsprachigkeit. Das Buch wurde zu Recht gelobt und zum Bestseller, doch nicht so sehr wegen der Resultate dieser Kärrnerarbeit, sondern wegen einiger germanophiler Thesen des Verfassers, von denen noch zu handeln sein wird. Clark hat bei Vorstellungen seiner Arbeit betont, dass ihn in erster Linie interessiert habe, *wie* es zu diesem Krieg gekommen ist. Die Frage nach dem Warum trat dahinter zurück. Diese Schwerpunktwahl kann man einem Forscher nicht ankreiden, obendrein wenn er sie freimütig bekennt, dennoch verwundert sie. Denn die Königsfrage aller geschichtswissenschaftlichen Studien lautet Warum. Sie wird mit der Absicht verfolgt, aufzuklären, warum die Geschichte einen Verlauf genommen hat, während andere denkbare und mögliche nicht eintraten.

Die Krux der beschriebenen Forschungen zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges besteht darin, dass sie den Prozess seiner Auslösung verfolgen, nicht aber den ungleich längeren seiner Verursachung, der ihm vorausging. In dessen Verlauf entstanden in Europa die Widersprüche, Konflikte, Konfrontationen und Krieg drohenden Krisen zwischen den Staaten, die sich zu Bündnissen formierten. In den später am Kriege beteiligten Ländern wurden die materiellen, organisatorischen und geistigen Voraussetzungen geschaffen, ohne die kein Gedanke an einen Krieg aufkommen konnte. Diese Vorgeschichte begann nicht in Sarajewo und nicht als Folge der Balkankriege. Wo und wann aber dann?

Schuldige und Unschuldige

Angesichts des weit fortgeschrittenen Standes der Weltkrieg-I-Forschung war nicht zu erwarten, dass das geschaffene Geschichtsbild in irgendeinem wesentlichen Punkt oder Aspekt infrage gestellt werden würde. Und doch geschah das ein Jahr vor dem Gedenken durch ein zunächst 2012 in Großbritannien erschienenes Buch, dessen deutsche Ausgabe ein Jahr darauf auf den bundesrepublikanischen Markt kam. Doch war schon sein Original in deutschen Zeitungen uneingeschränkt begrüßt worden. Es sei eine „große Studie", „ein Opus Magnum", biete „bahnbrechende neue Erkenntnisse", repräsentiere eine „der wichtigsten Neuerscheinungen", stelle das „Buch Jahres" dar und bürste, was immer das heißen mochte, die Geschichte gegen den Strich. Die „Schlafwandler" gelangten auf den ersten Platz in der Bestsellerliste.

Was trug dem Buch dieses hohe Lob ein? Die immense Archivarbeit, die der Autor, ein Polyglott, geleistet hatte, der Umfang des neu gewonnenen oder wieder verarbeiteten Faktenmaterials, des Weiteren seine in der englischen Tradition liegende Erzählkunst. Das alles gewiss und zu Recht. Doch vor alledem wurde als sein eigentliches Verdienst die angeblich gelungene Revision einer These angesehen, die im letzten halben Jahrhundert in der deutschen Historiographie unangefochten Bestand besaß. Der Hamburger Historiker Fritz Fischer hatte sie nicht als erster aufgestellt, aber durch Quellenstudien erhärtet, dass das Deutsche Kaiserreich an der Entstehung dieses Krieges eine besondere, die Hauptverantwortung trug. Mit diesem Krieg habe das Reich den „Griff nach der Weltmacht" gewagt und sei damit gescheitert. Hätte das in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ein Antifaschist oder gar ein den Kommunisten nahestehender Historiker geschrieben, die Zunft würde davon mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht einmal Kenntnis genommen haben. Aber ein Mann, der seine Professur zu Zeiten der faschistischen Herrschaft erhalten hatte, an der Hamburger Universität lehrte und den bei der konservativen Hochschullehrerschaft ohnehin des Verdachts verdächtigen Nachwuchs ausbildete? Das durfte nicht durchgehen. So entstand die Fischer-Kontroverse, die erste große Auseinandersetzung über Deutschlands Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihre Brisanz erhielt sie nicht zuletzt durch die nahe liegende Frage nach dem Verhältnis des Ersten zum Zweiten Weltkrieg und da wiederum im Vergleich der deutschen Ziele im Kaiser und im Nazireich.

Das von Fischer gegebene Geschichtsbild von der Entstehung des Weltkrieges, an dem seine Schüler weiter gearbeitet hatten und das eine jüngere Historikergeneration, die ein kritisches Verhältnis zu deutscher Geschichte zu entwickeln trachtete, überzeugte und weiter verbreitete, werde nun verabschiedet und zwar durch einen allein schon wegen seiner geographischen Distanz gesicherten Objektivität, durch einen Australier, der von keinerlei nationalen Interessen belastet sei. Das las sich in der deutschen Presse so: Clark bezieht „Gegenposition zu Fritz Fischers deutschem „Griff nach der Weltmacht" und das „auf glänzende Weise". Und: Er habe sich gegen die alleinige Kriegsschuld Deutschlands gewandt, eine These, die zwar im Versailler Vertrag, Artikel 251 behauptet worden war – da in Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn – die aber doch kein ernstzunehmender Forscher mehr vertrat. Oder: Er habe „neue Perspektiven jenseits des Täter-Opfer-Schemas" eröffnet. Oder: Er habe klargestellt, dass es nicht nur einen Bösewicht und die Guten gegeben habe, vielmehr seien alle beteiligten Potentaten waren beutegierig und imperialistisch gewesen. Oder: Er formuliert, „berechtigte Zweifel an der Hauptverantwortlichkeit des Deutschen Reiches am Ersten Weltkrieg". Oder: Er revidiert „These von der überwiegenden deutschen Kriegsschuld. Oder: „deutschen und österreichischen Politiker waren im Sommer 1914 nicht die einzigen Imperialisten". Eine These, deren Verfechter heute in der Zunft auch mit der Lupe gesucht werden müssten. Oder: Er habe kriegstreibende „Falken" und friedensbemühte „Tauben" in den Außenministerien und Herrscherhäusern aller hauptbeteiligten Staaten ausgemacht. Oder: Er habe geschrieben, dass viele Schuld am Ersten Weltkrieg tragen, „nicht eben zuletzt Deutschland". Wo Deutschland in der Reihe der Schuldigen dann einzustufen werde, bleibt ungesagt, nur eben nicht auf den ersten Platz. Usw. ad infinitum- Keine Frage, das Lob der großbürgerlichen deutschen Presse gilt dem Manne, der Deutschland aus der Verantwortung für den 1914 beginnenden Krieg besser wegkommen lässt. Und das passt in das sich hierzulande eben ausbreitende Klima eines neuen deutschen Nationalismus, eines Selbstbewusstseins, dass sich großschreibt und auch beim Blick zurück nicht irritiert werden möchte.

Es erscheint nichtunergiebig, sich die Gruppe der wichtigsten Kontrahenten, die 1964 gegen Fischer antraten, etwas genauer vor Augen zu führen. Zu ihr gehörten die an Jahren älteren Gerhard Ritter, Hans Herzfeld und Egmont Zechlin und der jüngere, bei Kriegsbeginn eben vier Jahre alte Karl Dietrich Erdmann. Sie entstammten durchweg bürgerlichen und meist protestantisch ausgerichteten Elternhäusern. Ritter nahm am Kriege als Infanterieoffizier teil, ebenso Hans Herzfeld im Rang eines Leutnants. Zechlin meldete sich 1914 freiwillig und wurde nach einer schweren Verwundung Kriegsberichterstatter für eine Zeitung. Keiner von ihnen fand sich mit der Dauerexistenz der Republik ab. Ritter, der 1924 in Hamburg eine Professur erhielt, alsbald nach Freiburg wechselte, stand der Deutschnationalen Volkspartei nahe, die das Bündnis mit der NSDAP einging, und war ein Monar-

chist. Herzfeld, der 1929 eine Professur in Halle erhielt, war Mitglied der DNVP und ihrer paramilitärischen Organisation, des Stahlhelms geworden, was 1934 seine Überführung in die SA zur Folge hatte. Seine Ehefrau war der NSDAP schon 1932 beigetreten. Als Zechlin 1934 nach Marburg berufen wurde, war er im Jahr zuvor bereits Mitglied der SA und der NSDAP geworden. Der jüngere Erdmann war in der faschistischen Diktatur Lehrer, wurde Beamter, dann zur Wehrmacht eingezogen und brachte es bis zu einem Offiziersanwärter. Konflikte mit dem Naziregime entstanden ihnen nur, weil sie entweder selbst nicht vollends als arisch gehalten oder Personen ihrer Familie nicht. Ritter wurde nach dem 20. Juli 1944 zeitweilig ein Gefangener des Regimes, ohne selbst zur Verschwörergruppe gehört zu haben. Die Biographien werfen ein Bild auf die Personalpolitik der Weimarer Republik und dann auch die der Bundesrepublik Deutschland bzw. in Länden der westlichen Besatzungszonen.

Keiner der vier hatte sich in den zwei Jahrzehnten, die seit dem Kriegsende 1945 vergangen waren, kritisch mit deutscher Geschichte in der ersten Jahrhunderthälfte auseinandergesetzt, eine Arbeit, die auch der eigenen Biographie gelten musste. Fischers Lebensweg passte eigentlich in diese Gesellschaft. Er gehörte am Beginn der Republik einem Freikorps an und war 1933 Mitglied der SA und 1037 der NSDAP geworden. 1942 wurde er in Hamburg zum außerplanmäßigen Professor berufen. Seine Tätigkeit dort und als Redner, die klar antisemitische Bekundungen einschloss, war in jeder Weise unrühmlich. Sie trug ihm nach Kriegsende einen so genannten automatischen Arrest ein. 1948 konnte er seinen Platz an der Hamburger Universität wieder einnehmen. Dieser Lebenshintergrund musste sein Auftreten in den sechziger Jahren in den Augen seiner lernunwilligen oder lernunfähigen Kollegen als das eines Renegaten erscheinen lassen. Das mag die Schärfe des Tons mitbestimmt haben, in dem er attackiert wurde.

Clark gab mit seinem Buch jenen westdeutschen Historikern und Publizisten den Auftakt, die Fischers Forschungsergebnisse schon seit langem in Zweifel ziehen, ohne deren Dominanz im Geschichtsdenken der Bundesrepublik bisher brechen zu können. Seine Thesen machen den Weg zu einer Betrachtung frei, die von Verursachern, Interessenten, Gewinnern der Rüstungen und des Krieges und deren an den erhofften Sieg geknüpften Erwartungen absieht und stattdessen den Blick ganz auf die Opfer richtet und das mit der Behauptung der generellen Sinnlosigkeit des Geschehens verbindet. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, schon die Themen des Gedenkens zu bestimmen und dann die Art und Weise ihrer Erörterung. Die von der Bundesregierung gewünschte Betrachtung, lautet ein Befund unter Berufung auf das Hervortreten des Botschaftspersonals der Bundesrepublik in Deutschland in London im August 2013, laufe darauf hinaus, wieder einmal vor der Kriegsschuldfrage abzubiegen[10], ein Bild, das vielleicht treffender noch wäre, wenn der Versuch des Kehrtmachens konstatiert würde.

[10] Moritz Schuller, *Tagesspiegel*, 16. November 2013.

Unterstellungen statt Argumenten

Wie Herfried Münkler Fritz Fischers Bild von Deutschlands Rolle beim Weg in den Ersten Weltkrieg zu entsorgen trachtet

Die Gedanken sind frei und das bedeutet auch: Mitunter stellen sie sich ungerufen ein. So erging es mir beim Lesen eines Artikels, den der auf dem Feld der Geschichte wildernde Politikwissenschaftler Herfried Münkler unlängst in einer bürgerlichen Zeitung veröffentlichte. Seinen Gegenstand bildete der Streit um das Erbe des 1999 verstorbenen Hamburger Historikers Fritz Fischer, einen Vorgang, der in den meisten Äußerungen wissenschaftliche Kontroverse nicht genannt zu werden verdient. Dazu fehlt ihm die Substanz. Der Gedanke also, der sich da aus der Erinnerung hervordrängte, transportierte eine vor Jahren gelesene Formulierung von Friedrich Engels. Der hatte sich in einem Brief an Marx über eine Kritik an Heinrich Heine deutlich ausgedrückt. Ihr Autor habe dem Dichter über das Grab gepisst.

Fischers Name, nur so viel voraus, bezeichnet in der Geschichte der bürgerlichen Historiographie den radikalsten Bruch mit der schon am 1. Kriegstag vertretenen These von Deutschlands Unschuld an diesem Kriege. Es schrieb dem Kaiserreich nicht nur eine Teil- sondern die Hauptverantwortung für den Beginn und die jahrelange Fortsetzung des Massenmordens auf den Schlachtfeldern Europas und noch jenseits von diesen Grenzen zu. Das sei, lässt nun der Berliner Hochschullehrer verlauten, nicht das Resultat von Forschungen gewesen wie Fischer überhaupt als nach wissenschaftlichen Grundsätzen und Methoden arbeitender Historiker nicht angesehen werden könne. Er habe sich die Geschichte so zurechtgemacht, dass sie seinen vorgefassten Bildern entspräche und Interessen dienen konnte, die er verfocht. Mit seiner Kennzeichnung der Rolle, die Deutschland 1914 gespielt habe, hätte er den (West)Deutschen jene bußfertige Haltung erleichtern oder ermöglichen wollen, die für die Hinnahme einer Spätfolge des Ersten Weltkriegs, wenn nicht notwendig so doch hilfreich gewesen sei; gemeint ist der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete jenseits der Oder. Da inzwischen aber die Bundesrepublik zur Mustertochter friedlichen Daseins geworden und die Revanchisten losgeworden sei, wäre jeder Grund entfallen, der Fischer‘schen politisch intendierten Sicht länger im Geschichtsdenken der Deutschen noch einen Platz einzuräumen.

Auf die Argumente und namentlich auf die Dokumente, auf die Fischer seine Erkenntnisse gründete, lässt Münkler sich nicht ein. Stattdessen schilt er ihn, weil er angeblich nicht vergleichend gearbeitet, die „geopolitischen Lagen“ und den „Zeitdruck“ der Akteure nicht berücksichtigt habe. Von einer Analyse, wie sie Münkler vorschwebt, so sein Verdikt, „sind Fischers Arbeiten meilenweit entfernt“. Sodann „hatte Fischer, anders als der Politikwissenschaftler selbst, „von politischen Entscheidungs- und Beratungsprozessen nichts verstanden“. Er habe in die Entscheidungsabläufe an der Spitze des Kaiserreichs eine Kohärenz „hineinerzählt“, also doch erfunden, die es so nicht gegeben habe. „Danach werden die Quellen gebürstet.“ Wer an die Positionen Fischers festhalte, heißt es abschließend, blockiere die Beschäftigung mit offenen Fragen. Für keine dieser Behauptungen wird auch nur ein Beweis herangezogen.

Die Beschuldigung, Fischer hätte nicht verglichen, ist lächerlich. Seine These ist das Ergebnis eines Vergleichs und die Feststellung der deutschen Hauptverantwortung für den Weg und den letzten Schritt in den Krieg beruht auf Tatsachen, die sich in Schulgeschichtsbüchern nachlesen lassen: 1. die Spitzen des Kaiserreichs haben den österreichisch-ungarischen Verbündeten auf dem Weg zur Eröffnung eines Krieges gegen Serbien vorangestoßen, 2. Sie taten das im Bewusstsein, der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit der Ausweitung dieses Krieges. 3. Sie versicherten Wien für diesen Fall der deutschen Kriegspartnerschaft. 4. Sie erklärten unter einem Vorwand Russland den Krieg. 5. Sie erklärten Frankreich unter einem weiteren Vorwand den Krieg. 6. Sie waren vor Kriegsbeginn entschlossen, Luxemburg und Belgien, zwei neutrale Staaten zu überrennen. Es bedufte keiner archivarischen Tiefenforschung, um festzustellen, dass keine andere Großmacht eine vergleichbare Liste von Plänen und Handlungen vorzuweisen hatte. Das wusste Fischer, als er „Griff nach Weltmacht“ schrieb, und weder Münkler noch Clark vor ihm haben eine solche vorgewiesen.

Und was soll der Verweis auf die „geopolitischen Lagen“? Keine wie immer gedachte zwang die Regierenden im Kaiserreich „zum Schwert“ zu greifen. Und aufgrund welchen „Zeitdrucks“, den Fischer angeblich zu berücksichtigen vergaß, hätten sie handeln müssen, ausgenommen jenen, den sie selbst als Bedingung für den militärischen Sieg sahen und befolgten. Dies „Argumente“ reproduzieren nur Entschuldigungen, wie sie schon die Akteure vortrugen: den Verweis auf die angeblich missliche deutsche Mittellage und den Zeitdruck, der ihnen durch die Rüstungen der anderen Mächte entstanden war. Die Fragen nach Kriegsursachen, Kriegszielen und Kriegsinteressen oder gar nach Kontinuitäten der deutschen Außenpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Fischer stellte, verkneift sich Münkler oder sie gehören nicht zu seinem Frageraster, das von jenem der Historiker nun wirklich meilenweit entfernt ist. Das erweist sich auch an den Vorschlägen, die er für künftige, von der Fischer-Blockade befreite Forschungen sich ausgedacht hat. Geklärt werden solle, warum keine der kriegsführenden Mächte im Herbst 1914, als die Kriegspläne gescheitert waren, den Versuch zur Beendigung des Krieges gemacht hat. Darüber lassen sich Seiten füllende Abhandlungen lesen, die freilich davon ausgehen, dass nicht die Kriegspläne schlechthin, sondern die deutschen Anfang September sich mit dem Rückzug von der Marne erledigt hatten. Und weiter solle ergründet werden: Warum die Soldaten so lange weitergekämpft haben, womit jedoch er sich selbst beschäftigt habe und, was unerwähnt bleibt, vor ihm auch einige andere Autoren.

Münklers Vorsatz, Fischers Bild von Deutschlands Rolle auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg aus dem Geschichtsbild der Nation zu entsorgen, stehen ein paar, nicht eben viele Historiker entgegen, die ihm widersprechen. Denen geht es nicht besser als dem Hauptfeind. Sie werden außerwissenschaftlicher Interessen bezichtigt und mit dem Anwurf bedacht, es gehe ihnen nicht um Argumente, sondern um die „Diskreditierung“ jener, die Fischers Thesen „bezweifeln“. Das ist freilich ein schwaches Wort für die Attacken wider den Toten und das aus dem Wortschatz eines Mannes, der sich auch in Fragen der Sache auszukennen vorgibt. Unerhört sei der gegen ihn und seinesgleichen erhobene Feststellung des „Revisionismus“. Zwar gäbe es in der Geschichte der Wissenschaft „Revision“, Revisionismus“ aber nur in der Politik und der ihr dienenden Geschichtsideologie. Der Lärm ist grundlos. Fischer hatte das bürgerliche Geschichtsbild revidiert. wie nun ein halbes Jahrhundert später das seinige zu revidieren versucht wird. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass die eine Korrektur einen Fortschritt bedeutete, die aktuelle aber einen Rückschritt bezeichnet.

Mit diesem Blick hatte Volker Ullrich von „Errungenschaften“ Fischers und der sich an seine Publikationen anschließenden Kontroverse geschrieben. Er wird dafür von Münkler belehrt, dass der Begriff „Errungenschaften“ in der Wissenschaft nichts zu suchen habe. Wer ihn für die Geschichtswissenschaft benutze, „nagele sie ans Kreuz“. Dem Mann sei die Benutzung des Dudens empfohlen. Dort hätte er zur Verdeutlichung der Verwendung des Begriffs beispielsweise lesen können „eine Errungenschaft der Forschung“ und in der Reihe der Synonyme wäre er „Durchbruch, Durchstoß, Erfolg, Fortschritt, Leistung, Sieg, Triumph, Volltreffer“ gestoßen.

Noch mehr erregt hat den Sprachwächter aber, dass Hans-Ulrich Wehler im Zusammenhang von Fischers Hervortreten von „Zivilcourage“ geschrieben hatte. Das hatte der Gründe viele. Nur wer von den Anfeindungen, die sich Fischer ausgesetzt sah und von denen in vielen Darstellungen der Fischer-Kontroverse gelesen werden kann, so wenig weiß oder wissen will, wie Münkler, kann an der Verwendung dieses Begriffs überhaupt Anstoß nehmen. Und dass, wie behauptet, Wehler diese Courage zum Kriterium für den Wahrheitsgehalt von Fischers Geschichtsbild habe machen wollen, ist eine miese Unterstellung.

Auf sie folgt die Entdeckung, dass genau genommen nicht von der Fischer-, sondern von der Fischer-Ritter-Debatte gesprochen werden müsse. Das ist der Versuch, die Konfrontation auf die Ansichten zweier Personen zu fokussieren und vom Ausmaß des Ereignisses, das Wellen bis zum Internationalen Historiker-Kongress 1865 in Wien schlug, und davon wegzulenken, dass damals schon die Truppe der Fischer-Gegner bis in die Niederungen der Politik reichte. In diesem Streit ist Ritter, der namhafteste unter den Kontrahenten aus der Zunft, mit dem Versuch gescheitert, die deutsche Kriegsverantwortung allein einigen führenden Militärs und deren zu großem Einfluss im Staate zuzuordnen, womit – und da lag gleichsam der Knackpunkt – die anderen Elitegruppen in Politik, Wirtschaft und Geis-

tesleben freigesprochen waren. Fischer, muss Münkler einräumen, sei aus der Kontroverse als Sieger hervorgegangen, jedoch nicht als Forschender, sondern „geschichtspolitisch“. Auch Ullrich und Wehler verfolgten nicht die Verteidigung eines wissenschaftlichen Standpunktes, sondern angeblich das Ziel, ein geistiges „Regime“ und ihre „Deutungsmacht“ aufrecht zu erhalten und zu monopolisieren. Das erweckt den Eindruck, als hätte in der Bundesrepublik fünfzig Jahre hindurch ein solches von Fischer ausgehendes Regiment geherrscht. Schulbücher für höhere Klassenstufen liest Münkler nicht. Anders wäre er auf jene Seiten gestoßen, auf denen Fischers und Ritters und anderer Standpunkte nebeneinandergestellt sind. Den Schülern wird unter „Aufgaben“ dann abverlangt, sich aus den wenigen Sätzen, die sie überzeugende Ansicht herauszusuchen. Man möge sich, dies nebenbei, ein Physik- oder Geographie-Buch vorstellen, das Schüler anregt, sich zwischen dem Bild der Erde als einer Scheibe oder eines kugelähnlichen Gebildes zu unterscheiden. Die Behauptung eines zu beseitigenden „Regimes“, soll, denn Münkler versteht sich auf das Fach, in dem er seine Widersacher als firm hinstellt, seine und seiner Kollegen Initiative gleichsam die höhere Weihe eines Befreiungsaktes verleihen. Die von ihm namentlich genannten Mitstreiter sind Christopher Clark, dem wir die Entdeckung der Schlafwandler verdanken, und der nach eigenem Bekenntnis bekehrte Sönke Neitzel, der die Politiker des Jahres 1914 als Zocker aufspürte.

Schließlich kommt Münkler zu dem Thema, das ihn am meisten umtreibt. Er möchte die Frage nach der Schuld an einem beliebigen Kriege ans der Geschichtswissenschaft verbannen und allenfalls noch Forschungen zulassen, welche die jeweilige politische Verantwortung betreffen. Doch ließe sich darüber erst reden, „wenn die Schuldthesen erledigt sind“. Was geht in einem Kopfe vor, der weiß, dass nach einem Verkehrsunfall mit einem tödlichen Opfer die Schuldfrage und nicht nur die nach irgendeiner Verantwortung gestellt und nötigenfalls juristisch aufgeklärt wird, der aber, wenn eine Tat Millionen Tote zur Folge hat, sich dieser Fragestellung verweigert? Die Schuldfrage gehöre, verkündet Münkler, in den Bereich von Moral und Religion, die Juristerei gerät dem Politikwissenschaftler da auch aus dem Blick, aber nicht in den Bezirk der Clio. Selbst das unterschiedliche Maß an Verantwortung lasse „sich nicht einmal auf Grundlage einer quellengestützten Analyse ihrer (der Politiker) Absichten und Ziele bestimmen.“

Das ist das wenig verpackte Plädoyer dafür, dass sich die Historiker von jeglichem Versuch verabschieden, Urteile über die Rolle von Personen zu Fällen, die auf geschichtliche Entscheidungen und Prozesse vom Rang Krieg oder Frieden einen maßgeblichen Einfluss besaßen oder besitzen. Und das wird mit der Scheinbegründung gerechtfertigt: Non possumus. Da steht dem Lehrer nun freilich eine Figur im Wege, auf die sich Millionen und Abermillionen, wenn auch in einer Verengung der Sicht, als auf einen Kriegsschuldigen geeinigt haben und das mit unabweisbaren Gründen. Er hieß Adolf Hitler. Doch bringt der Münkler nicht in Verlegenheit: „Hitler ist ein Sonderfall“, postuliert er, und könne daher als „Analysegröße“, was immer das sein mag, nicht benutzt werden. Das lässt sich ernsthaft nicht kommentieren, sondern – und da sind sie wieder die eingangs erwähnten, sich ungerufen einstellenden Gedanken – nur mit dem von Lichtenberg entliehenen Worten: „Mit größerer Majestät hat noch nie ein Verstand stillgestanden.“

Man wird in der Geschichte der Berliner Humboldt-Universität lange suchen und weit zurückgehen müssen, eine an Niveau und Stil vergleichbare Attacke eines Hochschullehrers gegen einen Wissenschaftler zu entdecken. Mindestens sieben Jahrzehnte.

Vom Umgang mit historischen Jahrestagen

Die Erinnerung muss nicht auf Schmalkost reduziert werden

Im vergangenen Jahr 2013 wurde in den Medien und auf andere Weise vor allem zweier historischer Ereignisse gedacht: des 200. Jahrestages des Befreiungskrieges und des 80. Jahrestages des Beginns der Errichtung der faschistischen Diktatur. Beide Tage sind miteinander nicht in Konkurrenz geraten. Des antinapoleonischen Krieges gedachten vor allem Sachsen, wegen der Völkerschlacht, und ebenso Brandenburger, wegen der Schlachten bei Großbeeren und Dennewitz, mit denen den Truppen des Franzosenkaisers das erneue Vordingen nach Berlin verwehrt wurde. Während die Nachfahren der Preußen sich deren Rolle und an Männer wie Stein, Hardenberg, Blücher, Scharnhorst und Gneisenau erinnern konnten, waren die Sachsen schlechter dran. Hatten doch Truppenkontingente aus Landeskindern bis in die Völkerschlacht in den Armeen Napoleons gekämpft und manche waren dann übergelaufen, als sie erkannten, auf welcher Seite der Sieg sein werde. Obendrein war Sachsens König danach gefangen gesetzt worden, wenn auch in dem schönen Schlösschen, das heute Teil des Berliner Tierparks ist.

Nein, ein staatsweites Gedenken ist dem Ereignis nicht geworden, sind doch auch die Bayern, Württemberger und Badener, Mitglieder des von Napoleon gezimmerten Rheinbundes, erst spät auf Seiten des Bündnisses gewechselt, das Russen, Preußen und Österreicher geschlossen hatten. Von einer nationalen Erhebung kann mit Wahrheitsanspruch nicht die Rede sein. Die Geschichtswissenschaft hat sich definitiv von solch verklärenden Bildern verabschiedet, einschließlich des Preußenbildes, wonach der König rief und alle gekommen seien. Kurzum: von diesem Befreiungskrieg hat man in Karlsruhe, wohin der badische Herzog nur zurückkehren konnte, weil ihm eine Verwandtschaft mit dem Zaren wieder auf den Thron verhalf, nicht sonderlich Notiz genommen.

Zur Bilanz des Gedenkens gehören einige verdienstvolle Ausstellungen, nicht nur in Leipzig und Dresden, sondern auch in kleineren Orten. Dazu die Spektakel des Kriegsspielens, veranstaltet von Männerscharen, die in so genannten historischen Vereinen organisiert sind, und zu deren Freizeitgestaltung die militärischen Übungen gehören. In Leipzig und in Großbeeren präsentierten sie sich in Uniformen und mit den Waffen von einst. Tausende Gaffer beobachteten eine nur vermeintlich lebensnahe Darstellung des Schießens, Verwundetwerdens und Sterbens. Damit da nichts ausgelassen wurde, schafften die Veranstalter in Großbeeren Fleisch und Blut von Schweinen herbei, um ein Feldlazarett in Aktion vorführen zu können. Was sollen die peinlichen Schauspiele eigentlich sagen? Befragte Darsteller antworteten: Wie furchtbar der Krieg, wie schön der Friede ist. Darauf stößt hierzulande jeder nahezu jeden Abend, wenn er die Bildberichte in den Fernsehnachrichten verfolgt.

Es gab eine Möglichkeit, den Bogen von jenen zweihundert Jahre zurückliegenden Ereignissen in unsere Tage zu schlagen. Die Mobilisierung zum Kampf gegen die napoleonischen Besatzer und dann er selbst wurden zur Geburtsstunde des deutschen Nationalbewusstseins. Während das französische das Kind der Revolution war, wurde das deutsche das eines Krieges. Und es steigerte sich augenblicklich zum Nationalismus in Gestalt des Franzosenhasses, dessen literarische Äußerungen bis heute schaudern machen. „Schlagt ihn tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht“ und „staut den Rhein mit ihren Leichen“ lauten Verszeilen aus jenen Zeiten. Und so hätte sich, ohne den Fakten Gewalt anzutun, fragen lassen, wie sie denn verlaufen ist, die Auseinandersetzung mit einem fremdenfeindlichen Nationalismus und wie weit es namentlich die Bundesdeutschen damit gebracht haben. Dafür bildete sich kein Bedürfnis.

Dass einem achtzigsten Jahrestag besonderes Gedenken gewidmet wird, war eher außergewöhnlich. Doch hatte die Aufmerksamkeit, die dem Tage galt, da Hitler in die Reichskanzlei und das Zimmer einzog, in dem einst Otto von Bismarck regiert hatte, möglicherweise einen Grund darin, dass wir hierzulande und weithin in Europa mit den Faschisten nicht fertig sind, die unter verschiedensten verharmlosenden Namen auftreten und über die mit dem inflationär benutzten Sammelbegriff Rechtsextremisten im Grunde auch nichts gesagt ist.

Während die Historiker über die Geschehnisse des Jahres 1813 nicht mehr im Streit liegen, gilt das für die des Jahres 1933 nicht. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen die Ursachen und die Verursacher, die die deutsche Geschichte zu jenem verhängnisvollen Tag hintrieben. Auf der einen Seite stehen Verfechter der These, es seien eine kleine Gruppe von Personen und dann Millionen des Volkes gewesen, deren Handeln oder Verhalten in die Diktatur führten. Auf der anderen jene, die nach der Rolle der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Eliten in der Republik seit deren Gründung fragen, also nach jenen, denen dieser Staat anfänglich Zufluchtsort, später aber Hindernis für ihre innen- und außenpolitischen strategischen Pläne war. Annäherung oder gar Versöhnung dieser Positionen steht, weil undenkbar, auch künftig nicht zu erwarten. Verändert hat sich im zurückliegenden nahezu Vierteljahrhundert jedoch das Kräfteverhältnis der Vertreter beider Standpunkte. Das hat die Marginalisierung der historischen Materialisten bewirkt, die nicht die einzig, aber die stärkste Gruppe derer stellten, die nach Interessen fragten, die den faschistischen Bestrebungen zum Sieg verhalfen.

Auf dem von derlei Fragen weitgehend freigemachten Feld ließ sich am Jahrestag nun die Mär von dem halben Dutzend Böser, Ahnungsarmer oder Irrender protestlos verbreiten, die als Schuldige an jenem 30. Januar 1933 gelten sollen: Hindenburg Vater und Sohn, Hugenberg und Papen, dazu die beiden Bankiers Schacht und von Schröder. An deren Biographien ist angesichts der Tatsachen- und Quellenlage nichts zu retten. Wer sich mit dieser Schmalkost nicht zufrieden gibt und sagt oder schreibt, dass die faschistische Diktatur aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorwuchs und nach und neben anderen *eine* staatliche Herrschaftsform dieser Gesellschaft war, hat gute Aussicht in den Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes zu geraten. In München weiß man schließlich aus geschichtlicher Erfahrung, wie es wirklich gewesen ist und sorgt sich obendrein darum, dass niemand der bürgerlichen Gesellschaft zu nahetritt, denn schließlich leben wir noch in ihr, wenn auch auf einer anderen Entwicklungsstufe. Und: Bewältigung unserer Vergangenheit hin und her: die ungezählten Straßen mit dem Namen Hindenburg, die sich in deutschen Städten in den alten Bundesländern antreffen lassen, haben auch dieses Gedenken überstanden.

Angesichts der Dichte der Ereignisse, die auf den vorletzten Januartag folgten, gab es wieder und wieder Anlass, sich jener achtzigsten Jahrestage zu erinnern, an denen die Etablierung der Nazidiktatur blutig und unblutig voranschritt. Mancher wurde gedacht wie des Reichstagsbrandes, des Tages von Potsdam, der Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Sodann des Boykottages gegen die Juden, der wieder und falsch als die erste antisemitische Aktion bezeichnet wurde, denn die fand in deutschen Universitäten schon im März statt, als Nazistudenten vor Hörsälen aufzogen, ihre Kommilitonen vom Besuch der Vorlesungen jüdischer Professoren abzuhalten. Den Unterschied machen nicht so sehr nur wenige Tage, sondern die braun uniformierten Akteure, da die Söhne des Bürgertums vor Hörsaaltüren und dort vor den mit Davidsternen bemalten Einzelhandelsgeschäften die kleinbürgerlich-plebejische SA-Mannschaft.

Manche Ereignisse sind ganz übergangen oder in Feuilletons kaum erwähnt worden. Das galt für die Zustimmung der Restfraktion der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag zur verlogenen außenpolitischen Rede Hitlers im Mai 1933, für die Auflösung der bürgerlichen Parteien Ende Juni/Anfang Juli und deren Aufrufe, sich hinter die „nationale Regierung“ zu stellen, und für die Erklärung des Endes der „nationalsozialistischen Revolution“ im Juli, was Anlass zur Auseinandersetzung mit der Verwendung des Begriffs Nationalsozialismus hierzulande hätte bieten können.

Nun also, und schon geraume Zeit bevor die Schwelle in das Jahr 2014 überschritten wurde, richtet sich der Blick auf jenen ersten Augusttag, an dem aus dem Krieg der K. u. K. Monarchie gegen Serbien ein europäischer und alsbald ein Weltkrieg wurde. Das ist ein Rückblick ohne Zeitzeugen. In Belgien, Frankreich, Russland, Serbien, Montenegro, Italien und Rumänien, wo sich die Kämpfe und Schlachten vor allem ereigneten, lebt kein Soldat mehr, der einer der Armeen angehört hatte. Die letzten starben hoch betagt am Beginn des 21. Jahrhunderts. Dennoch ist dieser Krieg den in dritter oder vierter Generation Nachgeborenen nicht vollends in „graue Vorzeit“ entrückt. Gewiss, nur Großmütter können ihren Enkeln davon erzählen, was sie als Kinder und Heranwachsende von ihren Großmüttern über diesen Krieg hörten, die Geschichten vom großen Hunger und dem so genannten Steck- oder Kohlrübenwinter.

Doch ist es wohl nicht in erster Linie diese eben noch dünne Linie der Überlieferung, die in **den** Krieg zurückführt, der eine neue Art der Kriegführung brachte, die sich im russisch-japanischen Krieg 1904/05 und dann in den beiden Balkankriegen ankündigt hatte, aber von der Masse der Deutschen, und nicht nur von ihnen, nicht wahrgenommen worden war. Seine gedankliche Nähe beruht zum größeren Teil wohl darauf, dass auf ihn, den Weltkrieg, ein zweiter folgte. Vor allem dies trug dem dann als der Erste bezeichneten Krieg die wieder und wieder benutzte Kennzeichnung als „Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts ein. Der Begriff findet sich zuerst in einem Buch, dessen Gegenstand die französisch-russischen Beziehungen der Jahre von 1875 bis 1890 bilden. Es stammt aus der Feder George F. Kennans und erschien 1979. Der US-amerikanische Historiker und Diplomat nannte den Krieg darin „*the* great seminal catastrophe of this century", also ein grundlegendes oder eben für folgende Katastrophen bahnbrechendes Ereignis.

Nun wird die Berechtigung dieser Charakteristik beim Gedanken an den 1. September 1939, ein Ereignis, dessen 75. Jahrestag in diesem Jahr ebenfalls bevorsteht, niemand bezweifeln. Der Krieg der Jahre 1914 bis 1918 bedeutete für eine nie ermittelte Zahl von Menschen nicht nur in Europa, sondern bis ins ferne Australien eine Katastrophe, für die Toten und viele Schwerstverwundete der Schlachten ohnehin, aber auch für Millionen von Frauen ohne Männer, Alte ohne die stützende Hilfe der Jüngeren, Kinder ohne Väter. Dennoch lohnt es sich bei dem Begriff Katastrophe einen Moment einzuhalten. Denn mit ihm werden zumeist Ereignisse bezeichnet wie Erd- und Seebeben, Erdrutsche, sintflutartige Unwetter mit Überschwemmungen, Dürreperioden oder Einschläge von Himmelskörpern. Sie entstehen ohne menschliches Zutun und wider menschliches Wünschen und Wollen. Die Betroffenen sind ihnen hilflos ausgeliefert. Es ist die Nähe zu dieser Begriffsverwendung, die die bloße Kennzeichnung eines Krieges als Katastrophe fragwürdig macht und, wird der Begriff benutzt, so etwas wie ein Sternchen und eine Anmerkung verlangt. Dieser Krieg wie andere vor und nach ihm waren Menschenwerk und dies auch in anderer Weise wie jene Katastrophen, die ganz oder teilweise dieses Ursprungs sind: Unglücke als Folge fehlerhafter Konstruktionen wie Zusammenstürze von Gebäuden und Brücken, solche im Verkehr zu Lande, in der Luft oder auf See, in Produktionsprozessen durch Einstürze unter Tage oder Explosionen. Katastrophen dieses Typs sind Menschenwerk, aber ungewollte Resultate eines Fehlverhaltens, niemand war an ihnen interessiert. Das aber gilt für Kriege nicht und namentlich nicht für diesen Krieg, der 1914 begann. Er kam zustande, weil in ihm Interessen verwirklicht und Ziele erreicht werden sollten. Das wäre, zur Vermeidung von Irrtümern, der Vorschlag, für den Text einer „Anmerkung" nach dem Wort „Urkatastrophe".

Gewiss, das Resultat dieses Krieges und dessen Folgen hatte so, wie sie sich dann zeigten, niemand gewollt. Doch die ihn begannen, besaßen Bilder von den Vorteilen und Gewinnen die ihnen der Krieg und ihr Endsieg eintragen sollten und um deren Willen sie ihn vorbereiteten und auslösten. Es entschuldigt sie nicht, ja verringert nicht einmal ihren Schuldanteil, dass sie von der Katastrophe, die letztlich ihr Werk war, keine Vorstellung besaßen, zumal sie sich, denkt man an die politische und militärische Elite des Kaiserreiches, auch da hätten kundig machen können. Nicht, um nicht zu viel zu verlangen, bei Friedrich Engels und dessen prophetischen Blick auf den kommenden Weltkrieg, niedergeschrieben im Jahre 1887. Aber doch, da wären sie in ihren Kreisen geblieben, bei Helmuth Graf von Moltke, dem preußisch-deutschen Generalstabschef der Kriege von 1864, 1866 und 1870/71, der neunzigjährig, ein Jahr vor seinem Tode als Abgeordneter des Deutschen Reichstags in einer Rede vor einem Krieg warnte, der nichts gemein haben werde mit jenen, die zwanzig und mehr Jahre hinter ihm lagen.

Nun scheint dem von Kennan geprägten Begriff neuerdings ein anderer durch Publizisten zunehmend verbreiteter Konkurrenz zu machen, der das Jahr 1914 als Beginn des zweiten dreißigjährigen Krieges markiert. Diese Kennzeichnung findet sich bereits in den Jahren des Zweiten Weltkrieges und da in Rede- und schriftlichen Texten von Charles de Gaulle und Winston Churchill. In die internationale Geschichtsschreibung ist sie erst später gedrungen. Die Anregung, die es bietet, liegt zutage, stellt es doch eine Verbindung zwischen den beiden Weltkriegen her und verweist auf ihren Zusammenhang, freilich, ohne dass über dessen Wesen etwas gesagt wird.

Ist aber die Bezeichnung der Jahre zwischen 1919 und 1938 als Kriegszeiten gerechtfertigt? Und sind die vielen begrenzten Kriege, die in den zwei Jahrzehnten stattfanden, Folgen und Fortsetzungen dieses einen, der in den Sprachen der Briten, Franzosen und Belgier der Große Krieg genannt wird. Lässt sich das für den polnisch-sowjetrussischen Krieg von 1920 sagen? Oder für die Eroberung Äthiopiens durch Italien 1935? Oder für die Kriege Japans auf dem asiatischen Kontinent?

Das Bild vom dreißigjährigen Krieg, das wäre der Haupteinwand, ordnet, gewollt oder nicht, die deutschen Faschisten als Fortsetzer eines Krieges ein, den „andere“ begonnen hatten und den sie nun weiterführten. In Wahrheit verfolgten sie vom Beginn ihrer Herrschaft an ihren eigenen Plan, einen Krieg um der Ziele willen zu beginnen, die 1914 ff. verfehlt worden waren und die sie zwar geographisch partiell veränderten, aber noch weiter steckten – im Osten bis zum Ural. Zwischen den beiden Kriegen hatte der „alte“ Kontinent, bevor das Jahr 1933 die Situation grundlegend zu verändern begann, jedenfalls Schritte hin zu einer Friedensordnung gemacht, inkonsequent, halbherzig und nicht von nachhaltiger Wirkung. In eine fortdauernde Kriegszeit lassen sich die Jahre nicht subsumieren.

Zu den Sprachbildern, die neuerdings ebenfalls häufigere Verwendung finden, gehört schließlich das vom *Zivilisationsbruch.*

Was immer sich den Begriffen „Urkatastrophe“ und „zweiter dreißigjähriger Krieg“ an Gedankenanstößen abgewinnen lässt, beiden haftet ein schwerwiegender Mangel an. Sie sagen nichts über das Wesen des Weltkrieges, stechen damit also von Kennzeichnungen wie Befreiungs-, Unabhängigkeits-, Bürger- oder Religionskrieg ab. Das tut indessen eine Charakteristik nicht, die keine nachträgliche Schöpfung ist, sondern vor und inmitten der Ereignisse gebräuchlich war. Sie lautete *imperialistischer Krieg* und war eine entlarvende Entgegensetzung zur Lüge vom Verteidigungskrieg, die dazu diente Millionen Deutsche im Glauben zu den Waffen zu rufen, sie müssten mit ihnen sich, ihre Familien, ihre Heimat, ihr Vaterland vor jenen zu schützen, die Deutschland nicht „hochkommen“ lassen wollten und es eingekreist hätten.

Imperialistisch nannten diejenigen den Krieg, die seine entschiedensten Gegner waren. Dieser Begriff ist aus der für den Massenkonsum bestimmten Publizistik heute nahezu ganz entschwunden. Er und seine Verwandten können in der wissenschaftlichen Literatur jedoch in Wendungen wie denen von der imperialen Ideologie, imperialen Projekten und Plänen noch angetroffen werden. Und in der Tat: Wie sollen die Zeugnisse sonst benannt werden, die für den Drang stehen, aus der Großmacht Deutschland die Weltmacht Deutschland zu machen? Wie die Haltung des Staatssekretärs des Äußeren, Bernhard von Bülow, der 1897 in einer Reichstagsrede sagte: „wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne“, ein Bild in dem sich die Vorstellung ausdrückte, dass das 1871 gegründete Reich bisher noch im Schatten stehe? Und bezeugte dieses „auch“ nicht den Anspruch auf eine Stellung gleich jener der großen Kolonialmächte England, Frankreich und in anderer Weise auch Russland? Bülow gelangte 1900 auf den Stuhl des Reichskanzlers.

Die diesen imperialistischen Grundkurs des Deutschen Kaiserreiches in Frage stellen wollten, verlangen mit Vorliebe nach einem Dokument, in dem wie auf einem Eisenbahnfahrplan die Stationen künftiger Eroberungen, die Kriegsziele en détail verzeichnet worden wären. Derlei existierte vor dem Ersten Weltkrieg in deutschen Regierungstresoren so wenig wie vor dem Zweiten. Es bedurfte seiner nicht. Doch die Beweise dafür, dass der „Griff nach der Weltmacht“ ideologisch, militärisch und waffentechnisch in einer Weise vorbereitet wurde, die keinen Aufwand scheute und keinen Zweifel an seiner Verwendung ließ, ist massenhaft an Quellen belegt.

Wie erklärt sich dann aber die Weigerung, vom imperialistischen Krieg zu reden, in dem die Mittelmächte Deutschland und Österreich ihre Macht mehren, die Entente die ihre mindestens behaupten und den lästigen Konkurrenten bändigen wollten, was ihnen dann zeitweilig auch gelang? Und wie, dass hierzulande Schulgeschichtsbücher den Imperialismus als eine Zeit einordnen, die in dem einen Band 1914, im anderen 1918 zu Ende gegangen sei? In diesen abstrusen Thesen liegt womöglich die Antwort. Wer gedanklich einmal auf die Spur des deutschen Imperialismus gesetzt ist, fragt womöglich weiter, was denn aus diesen imperialen Bestrebungen geworden ist. Wann und wie haben sie sich verloren? Wer hat sich daran ein Verdienst erworben? Wie kam es, dass heute Kriege, häufig zu

militärischen Einsätzen heruntergespielt, vom eigenen Lande weit entfernt geführt werden, einzig, wie beteuert wird, um Menschenrechte zur Geltung zu bringen und dem Ziel, der schönen ungeteilten demokratischen Welt, Bahn zu brechen?

Der Blick zurück aus dem Abstand eines Jahrhunderts bietet viel Stoff für Diskussionen und für Lernprozesse von aktuellem Nutzen. Es wird aber wohl etwas nachgeholfen werden müssen, damit er auf die Tagesordnung der Erinnerung kommt. Ohne dies werden die Gedenktage wie vordem schon sich in der Erkenntnis erschöpfen: Friede gut, Krieg schlecht.

Vorwort zur geplanten Veröffentlichung der Sammelschrift „Quo Vadis, Terra?“

Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts sind kaum mehr als anderthalb Jahrzehnte vergangen. Was hat es in die Weltgeschichte gebracht, ist seitdem vielfach wie schon für seine Vorgänger gefragt worden Mehr Friedensaussichten, denn friedlich ist die Welt nicht? Mehr Lebensaussichten, gar Lebensqualität? Dem werden Zahlen vor allem der Kinder und Jugendlichen entgegengehalten, die täglich auf dem Erdball verhungern, verdursten und erfrieren, Angaben über die Lebens-, nein gestiegene Todeserwartung von Millionen, an die sich die Satten gewöhnt haben. Wie lässt sich ein Jahrhundert mit dieser Hinterlassenschaft nennen, wie von seinem Erbe handeln? Die Antworten sind schwieriger geworden. Rasch lässt sich nur ein Blick in die gewaltig veränderte Staatenwelt Asiens und Afrikas gewinnen. Mit China, Indien, Bangladesch, Pakistan, Indonesien, Ceylon und im Vorderen Orient mit Irak, Syrien, Israel sind aus Kolonien und Halbkolonien selbständige Staaten entstanden. Das Jahr 1962 wurde das Jahr Afrikas genannt, auch hier wurden Kolonien zu selbständigen Staaten und Mitgliedern der Vereinten Nationen.

Das Gedränge der Historiker, sich der Geschichte des verflossenen Jahrhunderts mit tiefer reichenden Fragstellungen zuzuwenden, ist, wie ein Blick in die Neuanschaffungen der Staatsbibliothek erweist. nicht groß. Für Deutschland hat der in Freiburg emeritierte Ulrich Herbert eine voluminöse Darstellung veröffentlicht, die 2014 in der Reihe der Zentrale für politische Bildung erschienen ist. Darstellungen der Geschichte Griechenlands uns der Schweiz und eine vergleichende Geschichte Deutschlands und Frankeichs kamen 2015 auf den Buchmarkt. Orlando Figes, Brite, Professor für russische Geschichte an der Universität London, schrieb eine Monographie *Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert*, die ebenfalls 2015 in deutscher Sprache erschien.

Im März 2015 erregte das Erscheinen des Buches Aufsehen, das hierzulande einen Zwischenruf in die sich verbreitende Selbstzufriedenheit der Herrschenden darstellte und den mehrjährigen sozialdemokratischen Finanzminister, Peer Steinbrück zum Autor hatte. Er habe unsere bundesdeutsche Gegenwart einer schonungslosen Analyse unterzogen einen genauen Blick auf die Herausforderungen geworfen, deren Bewältigung über Deutschlands Zukunft entscheidet, sagte die Reklame. Deutschland stehe im Vergleich mit vielen anderen europäischen Staaten gut da. Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum seien zufrieden stellend, Arbeitslosenquote und Verschuldung hielten sich im Rahmen. Kein Anlass zur Sorge also?

Keineswegs, schrieb Steinbrück. Wohlstand und Stabilität seien gefährdet, wenn wir aus Ruhebedürfnis weiterhin alle heiklen Themen verdrängen. Wir seien selbstzufrieden geworden und merkten nicht, dass unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse sich radikal verändert haben. Deutschland brauche dringend einen neuen Generationenvertrag und neue Spielregeln für das Internet-Zeitalter. Der Wandel dürfe nicht anonymen Marktkräften und einem enthemmten Finanzsektor überlassen bleiben. Steinbrück entwarf eine gesellschaftspolitische Agenda jenseits parteipolitischer Barrieren. Und er fragt, ob die Große Koalition ihrem Anspruch gerecht werde.

In einen weiteren Blick hat jüngst der Philosoph Sloterdijk das 20. Jahrhundert genommen und schlicht gefragt. *Was geschah im 20. Jahrhundert? Unterwegs zu einer Kritik der extremistischen Vernunft.* Suhrkamp, *Berlin 2016.* Es enthält Appelle, aber keine Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen, die erkennbar verhindern, dass der Erdball auf Dauer bewohnbar bleibt, denn da müsste von den kapitalistischen Zuständen und Interessen die Rede sein, die ihn ruinieren.

Ein unüblicher Rückblick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts

An diesem 8./9. Mai 2015 richten sich Fernseh- und Filmkameras auf die Veranstaltungen, die anlässlich des 70. Jahrestages jenes Maitages stattfinden, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa endete. Für die einen erfolgte da die Befreiung vom menschenfeindlichen Regime der deutschen Faschisten, für andere geschah ein Zusammenbruch, für dritte ereignete sich die Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Gemeinsam lautet der Befund: In Europa schwiegen die Waffen nach einem Krieg, der mehr als fünfeinhalb Jahre gedauert und nichts und niemanden verschont hatte, es sei denn er lebte in den wenigen neutralen Staaten des Kontinents, der Schweiz, Schweden, Spanien und Portugal.

An der Spitze der Meldungen der Fernsehstationen dürften Bilder der Kränze und Blumen niederlegenden, Schleifen ordnend rückende Politikerinnern und Politiker stehen, deren Gesichtern die ganze Last anzusehen ist, welche die Geschichte auf sie gelegt hat. Da und dort werden die letzten überlebenden Insassen von Konzentrations- und Vernichtungslagern, Kriegsveteranen und Widerstandskämpfer zu Worte kommen. Uraufführungen sind das nicht. Das Bildangebot wird Millionen erreichen und es über dem bald darauffolgenden vergessen sein.

Ungleich weniger Aufmerksamkeit weckt nicht nur in diesen Tagen, dass seit geraumer Zeit daran gearbeitet wird, die Geschichte jenes Maitages, an den sich Zeitgenossen und Nachgeborene in vielen Staaten lange dankbar erinnerten und den sie feierten, um- und neu zu schreiben. Geänderte Texte erhielten die Überschrift „Zweierlei Kriegsende“. Sie besagen: Mit dem Kriegsende des Jahres 1945 verband sich nur für einen Teil Europas eine Befreiung, für einen zweiten brachte das Jahr den Tausch einer totalitären Herrschaft gegen eine andere. Der faschistischen folgte die kommunistische Diktatur. Die in sie gerieten, seien – wie der Volksmund sagt – vom Regen in die Traufe gelangt.

Politisch-geographisch verteilt sich das Geschehen diesem Geschichtsbild zufolge so: Europa von der Elbe westwärts, dazu der gesamte Norden des Kontinents und Italien bildeten die befreite Zone. Ostwärts der Elbe aber hätte „Moskau“, hätten die „Bolschewisten“ ihren Machtbereich der Unfreiheit errichtet. In dieses Europa-Bild passen Spanien und Portugal nicht hinein, da dort das Franco- und das Salazar-Regimes noch Jahre fortdauerten, und auch nicht Griechenland, in dem an der Jahreswende 1943/44 ein Bürgerkrieg entbrannte, der mit Unterbrechungen bis 1948 ausgetragen wurde. Doch dann hat der unbefreite Teil des Kontinents das Tor zur Freiheit doch entdeckt und durchschritten. Das habe sich, mit einer Verzögerung in Jugoslawien, bald nach 1990 ereignet und sei durch das Ende der Sowjetunion und eine Reihe von „samtenen“, vielfarbigen Revolutionen möglich geworden.

Kurzum: Europas Geschichte im 20. Jahrhundert wird durch zweierlei Kriegsenden und zweierlei Befreiungen charakterisiert, die des Jahres 1945 und die andere, die sich 1990 und im Verlauf des letzten Jahrzehnts des Jahrhunderts vollzog. Demnach habe der Kontinent seinen Weg zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in zwei Etappen zurückgelegt, so sei Europa eine Einheit geworden. Es befindet sich seitdem in einer Verfassung, an der vieles noch zu bessern und einiges zu reparieren ist, an der aber nichts grundlegend oder grundstürzend geändert werden muss. Den Lebenden, Zeitgenossen des 21. Jahrhunderts, ist aufgetragen, das Erreichte zu schätzen, vor allem zu bewahren und zu mehren.

Diese Erzählung besitzt eine unschwer erkennbare politisch-volkspädagogische Funktion. Sie diszipliniert und formiert Millionen hinter den politischen Führern, welche sich als treue und rührige Europäer ausgeben, eine Geltung, um die viele wetteifern. Und es bietet, was dieser Formierung zugutekommt, zwei weitere Vorteile. Erstens schließt es sich direkt an jene Geschichtsbetrachtung an, welche von Antikommunisten – mit kurzer Unterbrechung während des Zweiten Weltkrieges – gepflegt wurde, seit sich der sowjetische Staat etabliert hatte. Zweitens lassen sich die Befreiungslegende und die beiden zu ihr gehörenden Daten, 1945 und 1990, gut merken und das befriedigt ein weit verbreitetes Bedürfnis nach einfachen Geschichtsbildern, die sich leicht einprägen und merken lassen.

Dem Bild haftet freilich der Nachteil der Unwahrheit an. Doch erfordert es einige geistige Anstrengung dem auf die Spur zu kommen. Zu diesem Zweck müssen zwei Fragen gestellt werden, die

weithin nicht mehr als ernst zu nehmende, weil erledigte gelten: Was ist eigentlich 1933, was 1945 geschehen? Darauf lauten die treffenden Antworten: der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Zerschlagung der faschistischen Macht, die den furchtbarsten Krieg ausgelöst und geführt hatte, den die Weltgeschichte bis dahin kannte. Doch ist damit der Platz des Jahres 1933 in der Welt- und namentlich in der europäischen Geschichte vollständig nicht beschrieben.

In einer weiteren Perspektive erscheint die Aufrichtung des von Hitler geführten Regimes als das Ereignis, durch welches die bis dahin wenn auch mühsam, ausgerichtete Hauptfront der kapitalistischen Mächte gegen die UdSSR durcheinandergebracht wurde. An ihr standen sich die „alte“ Welt und der neu entstehende revolutionsgeborene Staat, die Sowjetunion, gegenüber. Dessen sozialistisch-kommunistisches Programm so fern seine Verwirklichung sein mochte, stellte eine Herausforderung aller dar, die bis dahin glauben konnten, ihnen und niemandem sonst gehöre der Erdball. Die Staaten der Kapitalherrschaft ließen keine Zeit verstreichen, das Verlorene wieder zu gewinnen. Sofort vereinten sie sich mit gegenrevolutionären Kräften im Inneren Sowjetrusslands, das Neugeborene in der Wiege zu erwürgen. Das Unternehmen Bürger- und Interventionskrieg misslang aber. Sowjetrussland behauptete sich.

Doch die so fortexistierende Gefahr wurde in den Hauptstädten des Kapitals nicht als akut angesehen. Denn das von Welt- und Bürgerkrieg geschwächte einstige Zarenreich, das Kommunisten rund um den Erdball als Hoffnungsträger galt, würde Jahre brauchen, bevor es eine weltgeschichtliche Rolle spielen könnte. Seine politische Isolierung und ökonomische Ausgrenzung würden diesen Prozess zusätzlich verlängern. Nicht alle kapitalistischen Staaten waren strikt auf diesen Kurs zu bringen. Ein Jahrzehnt nach dem Ende des Bürgerkrieges hatte sich das Riesenreich soweit wirtschaftlich erholt, dass in den Titeln zweier über ihn geschriebenen Bücher, verfasst von Hubert Renfro Knickerbocker, einen Journalisten, gesagt werden konnte „Der rote Handel droht“ (Hannover 1931) und „Der rote Handel lockt“. Zur gleichen Zeit aber litten weite Gebiete der Sowjetunion unter einer Hungerkatastrophe, deren Opferzahl nur geschätzt wurde, aber siebenstellig war.

Wie die nahen und fernen kapitalistischen Großmächte mit dem unerwünschten Nachbarn fertig werden würden, war zu Anfang der dreißiger Jahre, zumal sie mit der größten – bis dahin erlebten – Wirtschaftskrise vollbeschäftigt waren, eine unbeantwortete Frage. In diesem Moment kamen in Deutschland die Faschisten an die Staatsmacht und damit eine extrem nationalistische Politikergruppe, mit der die herrschenden Kreise in Paris, London und Washington keine Erfahrungen besaßen. Was sich auf der Hakenkreuzfahne ablesen ließ, war ein Doppeltes: zum einen die Frontstellung gegen die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Deutschland den Versailler Vertrag aufgezwungen hatten, zum anderen der unumwunden erklärte Plan, in Osteuropa ein direkt an das Deutsche Reich angrenzendes Kolonialreich zu schaffen. Die Reihenfolge des künftigen Vorgehens der deutschen Faschisten war nicht aufklärbar. Zunächst, dies verwunderte angesichts ihrer Startsituation nicht, gaben sie sich gegenüber jedermann friedfertig und demonstrierten das durch diplomatische Abkommen mit dem Vatikan und mit Polen. Ließ sich aber für eine nicht exakt zu bestimmende Zukunft doch hoffen, dass dieses faschistische Reich erledigte, was in Gegenrevolution, Bürger- und Interventionskrieg nicht gelungen war? Freilich: zwischen dem eroberungshungrigen faschistischen Reich und der UdSSR lag Polen. Und dessen herrschende Schicht wollte sich mit diesem Berlin gutnachbarlich stellen, aber nicht auf Gedeih und Verderb verbünden.

Die beiden westeuropäischen Großmächte, von deren Reaktion der künftige Entwicklungsweg Europas vor allem abhing, besaßen für die Bestimmung ihres außenpolitischen Generalkurses Alternativen. Sie konnten sich mit dem Deutschland Hitlers auf ein Wettrüsten einlassen, und diesem und seinen Militärs die Trauben so hoch hängen, dass sie es mit den Gegnern im Westen auf einen Krieg nicht ankommen lassen würden. Dadurch ließ sich das eroberungswillige Regime womöglich ganz nach Osten abdrängen. Aber war ein solcher faschistischer Kreuzzug auf eigene Rechnung eigentlich wünschenswert? Was würde auf die imperialistische Ostausdehnung des Reiches folgen?

Das sicherste Mittel, die Expansionslust der deutschen Faschisten zu bändigen bestand darin, dass alle die – in welcher Reihenfolge auch immer – sie bedrohten, sich zu einer Abwehrfront zusammen-

schlossen, die abschreckend wirkte. Für Paris und London bedeutete das eine völlige Neuorientierung der Politik gegenüber der UdSSR, den Schritt zum politischen und militärischen Bündnis mit einem Staat, dem man Dauer doch nicht wünschte. Und nun und stattdessen? Das Eingehen auf die sowjetische Politik der kollektiven Sicherheit war jedenfalls mit der Aufwertung dieses Staates verbunden. Der Sieg und die Etablierung der deutschen Faschisten stellten die Politiker in London und Paris vor Entscheidungen, die sie sich Jahre zuvor nicht hatten träumen lassen.

Während sich in Frankreich, das „im Westen“ sich am stärksten bedroht sehen musste und in dem die Erinnerung an den Weltkrieg lebte, der großenteils auf seinem Territorium getobt hatte, Politiker fanden, die den Faden nach Moskau zu knüpfen begannen, entschlossen sich die britischen Konservativen zum Kurs der Zugeständnisse an die Konkurrenz. Der erste, alarmierende Schritt wurde vom britischen Kabinett auf eigene Faust im Frühjahr 1935 mit einem Abkommen getan, das Deutschland von den Bestimmungen des Versailler Vertrages, die seine Seerüstungen betrafen, weitgehend freisprach, also auf einem Teilgebiet Hitlers Aufrüstung sanktionierte. Frankreichs und Englands Deutschlandpolitik schien auseinander zu driften. Diesseits des Kanals zielte er auf Sicherheitsgarantien durch eigene Anstrengungen und Bündnisse, jenseits davon war ein schlüssiges Konzept nicht erkennbar. Denn es existierte keinerlei Garantie, wo und wie Deutschlands Machthaber, galt ihnen ihr Staat als kriegsfähig, ihre Militärmacht einsetzen würden. Doch die britische Politik ging dieses Risiko ein, blieb auf ihrem Kurs und die französische schwenkte auf ihn ein. Dem im Mai 1935 geschlossenen politischen Verträgen im Dreieck Paris – Prag – Moskau folgten keine militärischen Abmachungen, kein Defensivbündnis, das die deutschen Faschisten fürchteten und der eigenen Bevölkerung als angebliche Einkreisung darstellten, die es schon vor dem Ersten Weltkrieg gegeben habe. Im Oktober 1938 erledigte München ihre Befürchtungen endgültig. Frankreich stellte sich an Großbritanniens Sete. Die Politik der kollektiven Sicherheit war begraben.

Doch ein halbes Jahr nach dem Viermächte-Abkommen gab Deutschland mit der vollständigen Vernichtung des Nachbarstaates zu erkennen, dass es sich seine Außenpolitik nicht in London und Wartschau weiterhin genehmigen lasse. Der Kurs der Zugeständnisse, des Appeasement, war gescheitert. Seine Initiatoren blamiert. Polen, das erkennbar nächste Objekt und Opfer, preis zu geben, ging den Westmächten zu weit. Ihre führenden Kreise bezogen zögernd eine Frontlinie gegen das Deutsche Reich. Die konnten sich vollständiger und verlässlicher 1935 mit dem Einschluss der Sowjetunion haben. Nun bildete ihre bis dahin betriebene Politik, Moskau aus den europäischen Angelegenheiten auszuschließen, deren Höhepunkt München gewesen war, die schlechteste Voraussetzung dafür, die Politik der kollektiven Sicherheit zu reanimieren. Dazu wäre ein längerer Prozess – um es in einer heute in der Sprache der Diplomaten geläufigen Wendung auszudrücken – vertrauensbildender Maßnahmen notwendig gewesen. Dafür ließ Hitler den Gegnern keine Zeit.

Das weitere ist gut bekannt. Es kam dennoch zur europaweiten Anti-Hitler-Front. Jedoch nicht durch politische Entschlüsse in Paris, London und Moskau, sondern durch den 1941 unternommenen Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, ohne dass es den „Endsieg“ über Großbritannien erreicht hatte. Diesen Feldzug Deutschlands gegen einen neuen Kriegsgegner konnten die herrschenden Kreise in London nur als ein Geschenk Hitlers werten. Er schuf eine neue Kräftekonstellation und musste unvermeidlich zu einem Abzug militärischer Kräfte nach dem Osten und damit zur Entlastung des Drucks auf England führen. Das hatte, bisher zwar ökonomisch von den USA unterstützt, einen Verbündeten gefunden. Churchill zögerte keinen Moment und verkündete noch am Abend des 22. Juni 1941 seine Bereitschaft zur Kooperation mit der Sowjetunion. Auf deren Territorium entstand nun die Hauptfront und Großbritannien besaß ein vitales Interesse daran, dass die sowjetischen Verteidiger an ihr aus und standhielten Das vor dem Kriege verweigerte Bündnis wurde geschlossen und es hielt bis über die Tage des Sieges in Europa hinaus.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte aus der Sicht der herrschenden Kreise in den kapitalistischen Großmächten jedoch zwei Hauptresultate: das faschistische Deutschland, der Aggressor und Rivale, der ihnen ihre Vormachtstellung auf dem Erdball streitig machen wollte, war militärisch geschlagen und liquidiert. Und: im Verlauf des Krieges war jener ältere, ihnen 1917, erwachsene Rivale von ganz anderem Typ, die Sowjetunion, ökonomisch und militärisch erstarkt. Und das trotz des

Verlustes von Millionen seiner Bürger, trotz aller Verwüstungen im Westen des Landes, trotz der ungeheuren, die Ökonomie des Landes deformierenden Kriegsaufwendungen. Zudem hatte dieser Staat weltweit ungeheuer an Ansehen gewonnen.

Wie die „Westmächte“ große Teile Westeuropas im Verlauf von Kriegshandlungen besetzt hatten, so die UdSSR ausgedehnte Gebiete im Osten. Und unverzüglich zeichnete sich ab, dass da und dort verschiedene politische Wege eingeschlagen werden würden. In den Westen und Süden des Kontinents kehrten aus den Emigrationen vielfach jene Politiker zurück und besetzten erneut maßgeblich Plätze, die vor den deutschen Eroberern hatten fliehen müssen. Die traditionellen Staatsapparate wurden rekonstruiert, selbst Monarchien wieder errichtet. Königshäuser etablierten sich erneut, in Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Italien und – mit Verspätung – in Griechenland. Im Osten Europas hingegen traten an die Spitze der sich neu bildenden Staatsapparate mit bürgerlichen Politikern der Vorkriegszeit, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, die vielfach als Vorkämpfer der nationalen Befreiung ihrer Länder eine herausragende Rolle gespielt hatten. Welcher soziale und politische Wandel sich am Ende da und dort durchsetzen und die Staaten prägen würde, war unentschieden.

Gegenüber diesen sich abzeichnenden oder auch nur denkbaren Entwicklungen bezogen die militärischen Siegermächte keine neutrale und abwartende Stellung. Die alte Hauptkampflinie hatte sich erledigt, die neue wurde bestimmt. Niemand rief dazu früher und entschiedener auf als Winston Churchill, der einstige britische Premier, mit dessen Namen sich Großbritanniens Widerstand gegen die deutsche Bedrohung vor allem verband. Als die Konservativen 1945 die Unterhauswahlen verloren, hatte er sein Regierungsamt eingebüßt, doch nicht sein Ansehen und seinen Einfluss. Berühmtheit erlangte seine Rede, die er am Westminster College in Fulton (Missouri) hielt In ihr bezichtigte er die UdSSR der Spaltung der Welt und der Errichtung eines „eisernen Vorhangs“ durch Europa von der Ostsee zur Adria, von Stettin nach Triest. Er erklärte die eben noch verbündete Sowjetunion zum „Hauptfeind des Westens“, sie und alle kommunistischen Organisationen zur Bedrohung der „christlichen Welt“. Seine Schlussfolgerung lautete: dem müsse mit einer deutlichen militärisch überlegenen Streitmacht begegnet werden und die Führung dieses Kampfes hätte ein „Bruderbund Englisch sprechender Völker“ zu übernehmen. Damit waren der neue (aus Churchills Sicht auch alte) Gegner bezeichnet, die neue Frontlinie markiert, und die Ordnung umrissen, die an ihr hergestellt werden sollte. Und danach wurde verfahren, in einem Prozess der etwa drei Jahre dauerte und der in der Bildung eines antisowjetischen Militärbündnisses gipfelte.

So gesehen bilden die Entstehung der faschistischen Staatsmacht in Deutschland und deren zwölf Jahre währende Rolle, bei allem, was sich mit ihnen an unvergleichlicher Barbarei verbindet, in der Geschichte des 20. Jahrhunderts so etwas wie ein Intermezzo. Denn geprägt wurde dessen längste Jahrzehnte durch den in Russland unternommenen, durch eine Revolution ermöglichten Versuch, das Projekt einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen, ein Unternehmen, das nach 1945 sich in Europa, Asien und bis vor die Küste Amerikas ausweitete. Es zum Scheitern zu bringen, war und blieb der Generalkurs der herrschenden Kreise der kapitalistischen Großmächte. Dafür wurden drei Anläufe unternommen: die Interventionskriege, der Wirtschaftskrieg der zwanziger und dreißiger Jahre, schließlich der Kalte Krieg, der zum Erfolg führte. Der Versuch der deutschen Faschisten, die UdSSR auf eigene Rechnung zu liquidieren, fiel aus diesem Konzept heraus Über den Anteil am vermeintlichen „Endsieg“ über das Projekt Sozialismus wird noch lange gestritten werden, vor allem aber geforscht werden müssen. Was rührte aus eigenen, unerzwungenen Fehlern der Projektanten her, was war Ergebnis des Kalten Krieges. Das 20. Jahrhundert bleibt das eines ungeachtet seines kümmerlichen Endes denkwürdigen Aufbruchs in eine neue Welt. Die Thesen von den zweierlei Kriegsenden, den zwei Diktaturen und den zwei Befreiungen gehören zum Blendwerk, das diese Tatsache verdecken soll. Doch es wird die Zeit kommen, da sich Menschen im Angesicht der von ihnen zu behebenden gesellschaftlichen Krisen und absehbaren Konflikten von „Mensch und Umwelt“ fragen werden, ob sich aus jenen jetzt pechschwarz gezeichneten Zeiten nicht manches Nützliche lernen lasse.

Original und Imitation

Eine vergleichende Beobachtung zur sozialen Demagogie der NSDAP und der zeitgenössischen extremen Rechten

Wer sich der unvergnüglichen Arbeit unterzieht, in Zeitungen und Zeitschriften der extremen Rechten zu lesen, stößt nahezu in jeder Spalte auf geistige Anleihen bei ihren frühen Vorläufern. Das muss nicht bedeuten, dass die Autoren dort einfach abgeschrieben haben. Die Möglichkeiten, sich in dieser Gesellschaft des 20. Jahrhunderts geistig und politisch zu platzieren sind nicht endlos, sondern begrenzt. So mag es auch bei jenen, die sich am rechten Rand der Gesellschaft versammeln, so etwas wie eigenständige „Wiederentdeckungen" geben. An der Sache ändert das nichts. Programmtisch, taktisch und namentlich auf dem Felde der sozialen Demagogie erweist sich, dass es sich bei den Politikern der extremen Rechten um Nachfahren eines politischen Unternehmens handelt, das kläglich und schändlich scheiterte.

1. Es gehörte zu den Aufstiegs- und Siegesbedingungen der NSDAP, dass sie aus den elenden sozialen Verhältnissen ihre Münze schlagen konnte, die sich beim Übergang von den zwanziger zu den dreißiger Jahren in Deutschland entwickelt hatten und unausgesetzt noch verschärften. Diese Zustände haben die Agitatoren der Hitlerpartei und ihr oberster Führer vor und in Rückblicken auch nach dem 30. Januar 1933 stets noch schwärzer zu schildern gewusst, als sie es wirklich waren. Sie verfuhren gleichsam nach der Devise: Je dunkler die Nacht, desto klarer die Sterne. Sie verstanden es insbesondere, soziale Ängste derer ins Panische zu steigern, die vor dem Absturz ins Bodenlose standen oder sich davor wähnten.

Nicht anders liest es sich am beschriebenen Ort heutzutage. „Deutschland am Abgrund" lautet der Befund einer Entwicklung, an deren „Ende der totale wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands" prophezeit wird. „EU-Wahn", „Euro-Wahnsinn", „Euro-Inflationsgeld" lauten politische Vokabeln, die ebenso verängstigen wie aufputschen sollen.

2. Die NSDAP gab sich in der tiefen zyklischen Krise des kapitalistischen Systems als die schärfste Kritikerin der sozialen Zustände, und unter Berufung auf sie forderte und versprach sie deren totalen Wandel. Sie trat als diejenige Kraft hervor, welche die Wurzeln des Übels kannte und fähig sei, sie zu beseitigen. Dabei deckte sich ihre Kritik mit den Erfahrungen von Millionen verzweifelter Menschen. In Inhalt und Tonfall unterschieden sich ihre Darstellungen der Gesellschaft von jenen der Linken kaum. (Erst wenn die Maßnahmen der Abhilfe benannt wurden, war erkennbar, wer redete.) Dabei waren die Attacken der NSDAP gegen das System in der Frühphase der Parteiexistenz schärfer und konkreter als in den Jahren, da die Staatsmacht in greifbarer Nähe ihrer Führungsclique geriet.

Heute erscheint den Führern der extremen Rechten die eigene Situation offenbar ähnlich. So wird in ihrer Presse munter gegen die Großindustrie vom Leder gezogen, lassen sich Artikel unter Überschriften wie „Unter der Diktatur des Finanzkapitals" finden, eine in der marxistischen Soziologie ausgeborgte Kennzeichnung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Für Deutschland und seine Partner und Verbündeten wird festgestellt, dass deren Regierungen „mehr und mehr der Diktatur des internationalen Großkapitals ausgeliefert" würden. Andere formulieren, diese Politik bewege sich bereits im Kielwasser der Großindustrie. Mit dieser Charakteristik gehen Anklagen gegen die Machthaber einher. Sie wären korrumpiert, beispielsweise durch die Vergabe von Aufsichtsratsposten. Es wird zum Kampf gegen die „Bonzen" aufgerufen.

3. Die NSDAP verband ihre Kapitalismuskritik mit dem Anspruch, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern zu wollen. Zur Kennzeichnung dieses vorgeblichen Ziels bediente sie sich der Formel vom „nationalen Sozialismus" (meist zusammengezogen zu „Nationalsozialismus"). Sie verbreitete das Zukunftsbild eines sozialen und politischen Friedens. Es erwies sich in der Situation aufs Äußerste verschärfter Klassen- und Konkurrenzkämpfe als äußerst zugkräftig. Die verheißene „Volksgemeinschaft" galt vielen als ein positiver Wert und ein lohnendes und lockendes Ziel.

Dieses agitatorische Arsenal ist heute unsortiert nicht verwendbar. Mit dem Begriff des „Nationalsozialismus", so lernt jedes Kind in der Schule, verbinden sich Verbrechen ohne Zahl und Beispiel.

Doch die rabiaten und zerstörerischen Konkurrenzverhältnisse haben auch erneut Raum für eine Totalkritik an der Gesellschaft geschaffen. Zur Gänze ist die Sozialismusdemagogie in den zerfaserten Reihen der extremen Rechten jedoch nicht aufgegeben. So kann in ihren Publikationen die nur wenig abgewandelte Parole „Für einem „arbeitsorientierten, volksbezogenen Sozialismus“ angetroffen werden. Doch zumeist ist von „Sozialismus“ nicht mehr die Rede. Indessen gehört zur Reklame der extremen Rechten wie ehedem die „Überwindung des Kapitalismus als solches (!)“. Damit ist nicht nur die Schwierigkeit angezeigt, welche die Ideologen – wie weiland der Österreicher aus Braunau – mit der deutschen Sprache haben. Diese Zielangabe schafft auch den Zwang zu erklären, wodurch der „Kapitalismus als solcher“ werden soll.

4. Die NSDAP löste dieses Problem, vor dem auch sie stand, durch die Flucht in die Phrase. „Gemeinnutz“ gehe vor „Eigennutz“ und die „Zinsknechtschaft“ werde gebrochen werden, hieß es im Parteiprogramm von 1920. Damit war nichts Konkretes bezeichnet oder versprochen. Doch vermochte die Forderung, den gemeinen Nutzen anzustreben, in einem Moment, da es die Herrschenden vollständig aufgegeben hatten, sich um ihn zu kümmern, zu imponieren. Und das Ende der „Zinsknechtschaft“ verbanden viele Bauern ganz praktisch mit der Vorstellung, die würden von ihren ruinierenden Hypothekenzinsen und der Angst vor dem Gerichtsvollzieher befreit werden.

Nun kann die unsinnige „Entdeckung“ des Ideologen Gottfried Feder, wonach die „Zinsknechtschaft“ das Übel aller gesellschaftlichen Übel darstelle, wieder als ein empfohlenes Heilmittel angetroffen werden. Das mag einem Zufall geschuldet sein. Doch signalisiert er, dass die heutigen Kritiker so wenig radikal sind wie ihre Vorläufer. Wieder sind es nicht die Eigentumsverhältnisse und der aus ihnen entspringende und sich in ihnen unausgesetzt erneuernde Gegensatz von Kapital und Arbeit, welche die zerstörerischen Kräfte hervorbringt. Wieder wird der abgeschmackte Vorschlag unterbreitet, die Verhaltensweisen der Menschen in diesen im Kern unverändert belassenen Verhältnissen zu verändern. Und als Zielangabe gilt erneut: „ein menschenwürdiges Dasein in einer sozial gerechten Volksgemeinschaft“. Beseitigt werden müsse nicht der „Kapitalismus als solcher“, sondern der „verantwortungslose Manchester-Kapitalismus“, ein Begriff, der in den Reihen der Rechtsextremen besagt, dass es sich bei dieser Erscheinung um etwas „Undeutsches“ handeln müsse. Denn den Deutschen gemäß war und ist ein „soziales Unternehmertum“.

5. Die NSDAP gab sich nicht nur als diejenige Partei, die den Deutschen wieder soziales Denken bringen und beibringen werde. Wie es in ihrem Namen stand, versprach sie auch eine Wiedergeburt der Nation. Die könne in gemeinsamer Anstrengung zu neuer Größe und in gesicherten Lebensverhältnissen für alle gelangen. Nur müssten die politischen Kräfte von der Staatsführung beseitigt werden, welche die Deutschen an diesem gemeinsamen Kraftakt behindern und sie – wie die Marxisten – unausgesetzt verfeinden würden. Unauflöslich war die soziale also mit der nationalen Phrase verbunden.

In diesem Punkte unterscheiden sich die extremen Rechten von den „Nationalsozialisten“ buchstäblich um keinen Deut. Auch sie versprechen wieder ein „nationales Wirtschaftsprogramm“, eine, wie es geschwollen heißt, „auf die Belange von Land und Volk ausgerichtete raumorientierte nationale Volkswirtschaft“, über die sich nichts zu sagen wissen, ausgenommen, dass – und auch dies nicht neu – eine „nationale Anstrengung“ und „nationale Solidarität“ notwendig seien. Ihren Appell zur Geschlossenheit aller Deutschen setzen sie in das bekannte Bild, wonach alle, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber „im selben Boot“ säßen. Daraus wird u. a. gefolgert, dass es sich schon jetzt verbiete, soziale Gegensätze auf dem Wege des Streiks auszutragen. Das heißt, den obersten NSDAP-Führer zu überhitlern. Der, so wenig er daran interessiert war, dass sich seine Leute an die Spitze von derartigen Kämpfen stellten, ließ immerhin für die Zeit bis zur „nationalsozialistischen Revolution“ den Streik als Kampfmittel zu. Mehr noch – und dies in der Weimarer Republik zu fordern, scheuten sich selbst die „Nationalsozialisten“ – nach dem Willen der extremen Rechten sollen die Gewerkschaften generell abgeschafft und in jedem Unternehmen durch eine nicht näher bezeichnete, betriebsgemeinschaftliche Neuordnung ersetzt werden.

6. Die NSDAP kritisierte in ihren Anfängen nicht nur die Gesellschaft als Ganze, sondern wandte sich ausdrücklich auch gegen einzelne Konzerne und Trust, die als unsozial und antinational angeklagt wurden. Damit machte sich nicht nur bei Arbeitern, sondern auch bei Kleinbürgern und kleinen und mittleren Unternehmern Eindruck, die zu den frühen Förderern der Partei gehörten. Doch schuf ihr diese Demagogie bei ihrem weiteren Vormarsch nicht wenig Schwierigkeiten. Folglich wurde das „internationale Kapital“ (zu dem das deutsche als Folge irgendwelcher geheimnisvollen Vorgänge nicht zu gehören schien), das obendrein „jüdisch“ sein sollte, als Urquell aller sozialen Übel angegeben. Damit war den Anklagen gegen die deutsche Großunternehmerschaft weitgehend die Spitze genommen und die schließliche Versöhnung schon vorbereitet.

In der extremen Rechten finden sich heutigen Tags ähnliche Attacken. So wird beispielsweise der Siemens-Konzern angegriffen, weil er alsbald mehr Arbeiter im Ausland als im Inland beschäftigen werde. Dies wird mit dem deutlich auf die kleineren Unternehmer zielenden Kommentar versehen, dass sie nicht die Möglichkeit besäßen, ihre Produktionsanlagen außerhalb der deutschen Grenzen und in Ländern zu verlegen, in denen die niedrigsten Löhne gezahlt werden könnten.

7. Die Anklage, antinational zu sein, richtete die NSDAP vor allem gegen die Regierungen der Weimarer Republik. Ihre zugkräftigsten Parolen richteten sich gegen den „Versailler Schandfrieden“ und insbesondere gegen die Reparationszahlungen. In der Kampagne „Gegen den Youngplan“ gelang ihr 1929 der Durchbruch zu einer reichsweiten Organisation. Die Sprengung der „Ketten von Versailles“ blieb auch nach dem 30. Januar 1933 eine fixe Formel im Propagandaarsenal der Machthaber.

Wiewohl heute keine Zustände existieren, die jenen nach dem ersten Weltkrieg vergleichbar wären, wird wiederum versucht, auf dieser – diesmal weitgehend selbst erzeugten – Welle zu reiten. Die Regierung in Bonn wird als „Statthalter der Sieger“ bezeichnet. Wieder sind es irgendwelche „Tributzahlungen“, für welche die Deutschen schuften müssten. Milliardengeschenke würden für „nichtdeutsche“ Zwecke, an das Ausland und die Ausländer im eigenen Lande verschwendet. Aggressiv formuliert ein Flugblatttext: „Die Deutschen müssen arbeiten und zahlen, damit andere auf unsere Kosten leben können.“ Dabei kommt es den Agitatoren wie einst nicht auf die Exaktheit ihrer Angaben an, die ohnehin keiner ihrer Anhänger überprüfen kann und will. Bemüht wird das Bild von Deutschland und den Deutschen als der „melkenden Kuh“. Deren Nutznießer säßen zum einen – wie einst – jenseits der Grenzen, weshalb u.a. an eben diesen Grenzen die Einfuhr der im Ausland hergestellten „Billigwaren“ zu verhindern sei. Innerhalb der Grenzen Deutschlands aber seien die „Melker“ die hier lebenden Ausländer und deren Familien. In keinem anderen Punkte ist das „Sozialprogramm“ dieser extremen Rechten so konkret wie in diesem. Während auf den Plakaten bei Demonstrationen und an Häuserwänden zu lesen ist „Ausländer raus“, formulieren die Programmatiker akademisch, es müssten die Leistungen der Krankenversicherungen für Ausländer und deren Familien reduziert werden und eine „konsequente Ausländerrückführung“ erfolgen.

8. Die NSDAP unterschied in ihrer Agitation zwischen deutschen und nichtdeutschen Interessen, aber sie differenzierte auch scharf unter den Deutschen selbst. Das geschah vor allem mit Bezug auf ihre beständigsten Gegner, die Arbeiterparteien, die als „jüdische“ Konstruktionen diffamiert wurden und deren Führer angeblich durchweg „Juden“ oder jedenfalls „Judenknechte“ waren. Nach dem 30. Januar 1933 wurden die Scheidelinien vermehrt. Nach der Ideologie der NSDAP war der Deutsche arbeitsam, ehrlich, bescheiden, solidarisch. Wer diese Eigenschaften nicht oder nicht in genügendem Maße aufwies, war kein Deutscher oder mußte dem Deutschtum durch erzieherische Maßnahmen erst wieder zugeführt werden. Dazu dienten dann die Konzentrations- und auch Arbeitserziehungslager.

Solche Unterscheidungen finden sich auch heute in den Verlautbarungen der extremen Rechten. Deutsch ist nicht gleich deutsch. Ein guter Deutscher müsse bereit sein, mindestens für einige Zeit auf seinen Luxus zu verzichten. Gehöre er zu den zwei Dritteln der in der Gesellschaft ausreichend versorgten, der Begüterten und der Reichen, so solle er mindestens zeitweilig einer Umverteilung zugunsten des dritten Drittels zustimmen. Ein zweijähriges Einfrieren der Löhne schaffe Arbeitsplätze. Mit derartigen Forderungen werden sowohl die Unternehmer bedient wie bei Arbeitslosen Hoffnungen geweckt. Mit dem Verlangen nach „nationaler Solidarität“ kontrastiert jedoch die Aus-

grenzung derer, die auf dem Boden der Gesellschaft angekommen sind und sich ohne fremde Hilfe von da kaum mehr erheben können. Ausdrücklich wird gegen sie ein strenger Vollzug von Strafen gefordert und die Abschaffung „sinnloser Resozialisierungsmaßnahmen“ verlangt.

9. Die NSDAP kalkulierte kalt, dass mit der Ausbreitung der Krise das Bedürfnis der Massen immer stärker anwuchs, aus den elenden Zuständen herauszukommen. Skrupellos versprach sie baldigen und durchgreifenden Wandel, sobald sie und ihr Führer an die Macht kämen. Dem gegen die Republik angehäuften Hass von Millionen entsprach sie mit Parolen wie „Schluss jetzt“ und offerierte Hitler in jedem der einander jagenden Wahlkämpfe des Jahres 1932 als Befreier und Erlöser.

„Schluss damit“ findet sich auch unter den Losungen der extremen Rechten heute. Und wieder erfolgt die Verheißung eines Erlösers. Mit dessen Benennung in personam hat es jedoch Schwierigkeiten, der charismatische Führer wird noch gesucht. Die Verlegenheit äußert sich, unfreiwillig belustigend, in einer Fraktion dieser Rechten so: „Der Messias, der Deutschland wieder in bessere Zeiten führt, hat bereits einen Namen: NPD“.

Vom Wert des Studiums einer verpassten Chance

Vor 75 Jahren wurde der französisch-sowjetische Beistandspakt geschlossen

So verschieden die Herangehensweisen an die Geschichte sind, in einem weisen ihre Verfechter eine Verwandtschaft auf. Sie blicken bei allen Fortschritten, die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im vergangenen Jahrhundert gemacht haben, doch noch immer vorzugsweise auf die Haupt- und Staatsaktionen, wobei sie freilich von den Medien noch übertroffen werden. Die Probe aufs Exempel liefern aus dem 20. Jahrhundert der August und der Septembertag, an dem der Erste bzw. Zweite Weltkrieg begann, der vorletzte Januartag 1933, der Tag, an dem die Japaner Pearl Harbor angriffen und der andere, an dem auf Hiroshima die erste Atombombe abgeworfen wurde. Erinnert wird zumeist an Katastrophen. Wenn überhaupt, dann wird nahezu nebenbei gefragt: Gab es keine Alternative zum Weg, den die Geschichte zu jenem Tage hinnahm? Wer darauf eine Antwort sucht, stößt auf andere Ereignisse und Daten. Und zum Beispiel auf den 2. Mai 1935.

In einer zu DDR-Zeit im Jahre 1966 erschienenen Geschichtschronik heißt es vom Tage: „In Paris wird der Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung zwischen Frankreich und der UdSSR zur Sicherung vor einer faschistischen Aggression unterzeichnet.“ Und wertend wird dann fortgefahren. „Dieser Beistandspakt ist ein Erfolg der Bemühungen der UdSSR um die Erhaltung des Friedens und die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit.“ In einer anderen im gleichen Jahr erschienenen Chronik wird darüber hinaus geschrieben, der Vertrag sei am 27. Februar 1936 von der französischen Abgeordnetenkammer ratifiziert worden und darauf am 27. März in Kraft getreten. Der Erinnerung an diesen Vertrag hat längst die an einen anderen den Rang abgelaufen. Es ist vergebens, in hierzulande gebräuchlichen Schulbüchern seine Erwähnung zu suchen. Eine sowjetische Deutschland- und Europa-Politik scheint es vor dem Frühjahr 1939 nicht gegeben zu haben. -

Der Vertragsabschluss, der aus dem Rückblick nicht mehr als ein Vorkommnis darstellt, weil er zum, Ereignis nicht wurde, ließ Umrisse neuer Konstellationen und Kräfteverhältnisse in Europa erkennen. Der Weg dahin war lang. Frankreich hatte zu den Interventionsmächten gehört, die Sowjetrussland in der Wiege ersticken wollten. Von ihm war das wieder erstandene Polen im Krieg gegen die Sowjetmacht militärisch unterstützt worden. 1925 jedoch fand sich Paris mit der Existenz der Macht der Sowjets ab, es erfolgte ihre diplomatische Anerkennung. 1932 unterzeichneten beide Staaten einen Nichtangriffsvertrag. Indessen blieben sowjetfeindliche Kräfte in Frankreich stark. Zu ihnen gehörten nicht nur Faschisten, sondern auch die zahlenstarke Gruppe russischer Emigranten. Es bedurfte des Sieges der Nazis in Deutschland, dass sich im Nachbarlande das Sicherheitsbedürfnis steigerte und im fernen Moskau ein Verbündeter gesehen und akzeptiert wurde.

Der Vertrag bestimmte, dass beide Staaten schon im Fall, sie würden sich einer Drohung oder der Gefahr eines Angriffs ausgesetzt sehen, sich über ihre Aktionen zu konsultieren hätten, und dass, sollte ein unprovozierte Angriff einer europäischen Macht auf einen der Vertragspartner erfolgen, der andere ihm Hilfe und Beistand gewähren werde. Es bedurfte keines Scharfsinns, um zu verstehen, dass hier nur ein „Fall“ vorgedacht war, eine Aggression des Deutschen Reiches, in dem anderthalb Monate vorher wider die Bestimmungen des Versailler Vertrages die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden war. Niemand verstand das besser als die Machthaber in Berlin. Es schien einzutreten, was Hitler vor Generalen schon im Februar 1933 als denkbares Hindernis auf dem Weg in den Krieg bezeichnet hatte: Gegenmaßnahmen Frankreichs. Als dieser Vertrag durch einen weiteren, den die Sowjetunion mit der Tschechoslowakei abschloss, die ihrerseits mit Frankreich im Bündnis stand, noch an Gewicht gewann, hob in der deutschen Presse ein Geschrei an, das Reich werde – wie angeblich schon vor 1914 – eingekreist. In der Tat erinnerte die Situation an die Fabel vom Fuchs, dem die Trauben zu hoch gehängt waren.

Doch der abschreckende Schritt blieb auf dem Niveau diplomatischer und weiterer Gesten. Anhaltende Wirkung hätte er nur gewinnen können, wenn auf das politische Abkommen ein Militärpakt und die Zusammenarbeit der Generalstäbe der – damals noch – stärksten Landarmeen Europas gefolgt wäre. Doch die Gegner dieses Weges machten mobil. Französische Politiker und Militärs pflegten die Illusion, dass der errichtete Befestigungswall vor der Grenze zu Deutschland, die Maginot-Linie,

eine andere Situation schüfe, als sie im August 1914 existiert hatte. Das Scheitern des Projekts bewirkte, dass der durchaus richtig erkannte Aggressor triumphierte und einer nach dem anderen gleichsam an die Reihe kam: am 15. März 1939 über die Tschechoslowakei mit dem Einmarsch in Prag, am 22. Juni 1940 über Frankreich mit dessen Kapitulation in Compiègne und auf den Tag genau ein weiteres Jahr später mit dem Überfall auf die UdSSR.

Warum aber sind dem ersten Schritt der zweite und weitere nicht gefolgt? In Frankreich selbst waren die Kräfte der Volksfront nicht stark genug, sich in der Innen- und der Außenpolitik durchzusetzen. Auf welch schwankendem personellen Grund die sowjetisch-französische Annäherung stand, bezeugt die Tatsache, dass sie unter dem Außenminister Pierre Laval Gestalt annahm, der zehn Jahr später in Frankreich wegen seiner Rolle in dem mit Deutschland kollaborierenden Vichy-Regime als Hochverräter zum Tode verurteilt und erschossen werden wird. Und die Pariser Gegner eines politisch-militärischen Zusammengehens mit Moskau besaßen vor allem in den antisowjetischen Kreisen Großbritanniens Bundesgenossen. Nur Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Moskau und Paris eröffnete London demonstrativ und zunächst im Alleingang die Politik des Appeasements mit einem Flottenvertrag, der Deutschlands maritimer Rüstung einen Freiraum und den deutschen Werften auf Jahre hinaus Rüstungsprofite sicherte. Damit waren im Mai/Juni 1935 zwei unvereinbare Linien der Deutschlandpolitik der beiden Westmächte erkennbar geworden. Die britische, die obsiegte, kam zustande, weil auch im Inselstaat die Kräfte nicht hinreichten, die vom Antisowjetismus in der Außenpolitik Abschied nehmen wollten.

Und Moskau? Besaß es Chancen, dieses Scheitern zu verhindern? Oder: Was hat es dazu selbst beigetragen? Zum einen wurde gesorgt, dass zwischen der sowjetischen Außenpolitik und der Tatsache des Wirkens der Kommunistischen Internationale kein Widerspruch entstand, der von Gegnern eines gegen das faschistische Deutschland gerichteten Verbundes ausgenutzt werden konnte. Der Komintern-Kongress 1935 und insbesondere das Referat Palmiro Togliattis verpflichteten die Kommunisten zur Förderung der Politik der kollektiven Sicherheit. Doch es gab Faktoren, die den Antisowjetisten im Westen neue Argumente lieferten, Misstrauen, Ablehnung und Feindschaft zu verbreiten. Zum einen galt das für sie Politik der UdSSR bei der Verteidigung der spanischen Republik gegen die Franco-Putschisten. Zum anderen ließ Stalins mörderisches Wüten unter der Generalität und dem Offizierskorps der Roten Armee begründete Zweifel an der Verlässlichkeit des Partners und am Wert eines militärischen Bündnisses mit der UdSSR aufkommen. Das Gewicht beider Faktoren bedarf erst noch eingehender Erforschung.

Das Aussparen dieses Abschnitts der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, in dem das Konzept kollektive Sicherheit scheiterte, geschieht nicht absichtslos. Es macht den Gedankenweg frei und glatt, der Sowjetunion, deren Friedensanstrengungen verschwiegen werden, sodann die Mitverantwortung für den Krieg zuzuschreiben. In keinem Schulbuch fehlt der ausgiebige Bezug auf den so genannten Hitler-Stalin-Pakt vom 1939, sei es im Autorentext oder durch die Wiedergabe von Fotos, Karikaturen und Dokumentauszügen. Was zu diesem Vertrag immer kritisch zu sagen ist und das ist nicht wenig, er war die Reaktion auf das Scheitern jener sowjetischen Außenpolitik, die bis zu seinem Sturz im Mai 1939 mit dem Namen von Maxim Litwinow verbunden ist. Das rettende Bündnis, das Großbritannien mit der UdSSR 1941 einging, als die Entscheidungen der deutschen Führung und nicht eigene Entschlüsse beide zur militärischen Partnerschaft zwang, hätten die Politiker in London mit denen in Paris schon 1935/1936 haben können. Nicht, dass sich mit Bestimmtheit sagen ließe, dass die eroberungs- und herrschaftslüsternen deutschen Politiker nicht auch dann zu den Waffen gegriffen hätten. Aber sie würden sich von Anbeginn einer ihnen überlegenen Streitmacht gegenübergesehen habe.

So bietet die Erinnerung an die Mai-Verträge von 1935, ihre Architekten wie ihre Saboteure, Denkstoff. Er betrifft die Wahrnehmung von Kriegsgefahren wie deren Unterschätzung, die Bestimmung angemessener Mittel zu ihrer Abwendung wie verfehlte Reaktionen. Für die Entwicklung von Geschichtsdenken wäre die Erinnerung an verpasste Chancen der Väter und Großväter und ein – freilich nicht uferloses – kontrafaktisches Nachdenken über Geschichtsabläufe von Nutzen. Es hülfe beispielsweise auch, zur gegenwärtigen Außenpolitik der Bundesrepublik im Hinblick auf den Nahen und Mittleren Osten ein kritisches Verhältnis zu gewinnen.

Über ein noch zu würdigendes Verdienst

Vortrag auf der Veranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald. 12. April 2015

Was folgt, ist nicht die Darstellung oder Analyse eines Historikers, sondern ein Zeitzeugenbericht, in den sich freilich Fragen „vom Fach“ her gleichsam einschleichen werden. Vorangestellt werden soll dem ein Blick in unsere Zeiten. Diesem Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald wird in einem knappen Monat nur dasjenige an das Kriegsende in Europa folgen. Die deutsche Führung war zum Eingeständnis ihrer totalen Niederlage gezwungen, in Karlshorst wurde das durch die Kapitulation beurkundet. Zu gedenken ist einer historischen Großtat. An ihr waren Millionen Menschen aller Kontinente beteiligt, Soldaten der alliierten Armeen vor allem, Widerstandskämpfer in ungezählten Ländern und auch die Millionen, die in der Industrie und der Landwirtschaft dafür arbeiteten, dass die Armeen der Befreier kämpfen, und, was mitunter vergessen wird, sich auch ernähren konnten.

Die Kennzeichnung dieses Maitages 1945, auch wenn sie mit einem Wort erfolgt – Befreiung ergibt aber für die Angehörigen der europäischen Nationen und die Bewohner verschiedener Gegenden des Kontinents einen zu unterscheidenden Sinn. Unstrittig ist und für alle Europäer gilt nur das Wort *Kriegsende*. Nach diesem Tag schwiegen die Waffen. Doch schon, wenn an diese Tatsachenfeststellung die Frage geknüpft wird, welcher Krieg da eigentlich endete, gehen Kennzeichnungen und Bewertungen auseinander. Hingegen führt die Bezeichnung *Ende des Zweiten Weltkriegs* in keinen Streit, wenn dem hinzugesetzt wird, dass er in Asien gegen Japan noch bis in den August 1945 fortdauerte und erst nach dessen Kapitulation definitiv endete. In der Sowjetunion hatte der Krieg schon in seinem Verlauf und mit der Absicht der patriotischen Mobilisierung den Namen *Großer Vaterländischer Krieg* erhalten, ein Bezug auf den Vaterländischen, wozu der Krieg des zaristischen Russlands gegen die Napoleonischen Eroberer 1812 erklärt worden war.

Das unterschiedliche Verhältnis zur eigenen Geschichte drückte sich im Nachkrieg in den beiden deutschen Staaten auch in der Charakterisierung des Krieges aus. Im Weststaat dominierte die Bezeichnung Hitlers Krieg. Mit ihr wurde dem Interesse der vor und nach dem Mai 1945 maßgeblichen Kreise Rechnung getragen, die Urheber, Förderer oder aktive Parteigänger des Regimes waren, ihre eigene Rolle nun freilich unerörtert lassen wollten. Dieses Interesse herrschte namentlich in den Kreisen der einstigen Militärs, die die Legende von der sauberen Wehrmacht verbreiteten. Doch auch Millionen Bürger, die sich als Opfer eines an ihnen begangenen Betrugs und dann des Krieges ansahen, waren mit der Delegierung der alleinigen Verantwortung aller Ursachen des Unheils auf den „Führer“ einverstanden. Im Osten hingegen setzten die Marxisten, jedoch nicht sie allein, die Kennzeichnung imperialistischer Krieg durch und stellten ihn in die deutsche Geschichte als zweiten Versuch, aus der Großmacht Deutsches Reich eine Weltmacht zu machen. Heute ist der Begriff Imperialismus in der Bundesrepublik weitgehend aus dem Verkehr gezogen, auch für den Rückblick.

Und wie steht es mit der begrifflichen Kennzeichnung jenes Maitages nun in „Deutschland einig Vaterland“? Da konkurrieren Niederlage, Zusammenbruch, Kapitulation, Kriegsende und Befreiung. Und diejenigen, die den Begriff Befreiung früh verwendeten oder sich später zu ihm durchrangen, verbinden mit ihm nicht alle den gleichen Sinngehalt, der Richard von Weizsäckers war ein anderer als der, den ihm Antifaschisten zulegten. In den Differenzen im Reich der Begriffe aber spiegeln und konzentrieren sich Unterschiede und Gegensätze in der Betrachtung der Geschichte. Der Verfälschung erreicht hierzulande gerade einen neuen Höhepunkt mit der Legende von den zweierlei Kriegsenden und den zweierlei Befreiungen. Der zufolge ist der Westen Deutschlands 1945, der Osten 1990 befreit worden. Damit ist auch das Urteil über die Sowjetische Armee gesprochen.

Nun also zurück nach Buchenwald und Weimar im Jahr 1945 und in die Zeit, da der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung begann. Es ist nicht einfach, sich ein Gesamtbild davon zu machen, welchen Anteil die befreiten Häftlinge von Buchenwald wie die Häftlinge anderer Gefangenenlager daran hatten. Denn: es existieren keine systematischen Untersuchungen der Wege und der Rolle dieser Befreiten in den ersten Monaten und Jahren nach ihrer Befreiung. Heute mag es uns

merkwürdig vorkommen, dass in DDR-Zeiten namentlich im Rahmen der örtlichen Geschichtskommissionen bei den Leitungen der SED über die Teilnehmer am Widerstandskampf geforscht und geschrieben worden ist, aber ungleich weniger über die Verdienste der Überlebenden nach 1945. Gewiss über die Tätigkeit jener, die früher oder später an herausragende Plätze gelangten, Ministerpräsident wurden, wie Rudi Jahn im Lande Brandenburg, oder Botschafter der DDR in einem der osteuropäischen Länder, was für Stefan Heymann (1896-1967) gilt, oder Walter Bartel (1904-1992), der erst an der Seite Wilhelm Piecks und später als Zeithistoriker arbeitete, lassen sich in Lexika knappe Angaben über ihre Lebenswege finden. Ein Gesamtbild ergibt das nicht, in ihm fehlen die vielen, die an ihren alten oder neuen Lebensorten nicht weniger angestrengt und klug tätig wurden, die aber in kein Geschichtsbuch eingegangen sind. Diese „Lücke“ schleppen wir offenbar als Erbe mit uns. Ein Blick in die Presse, soweit sie sich dem 70. Jahrestag der Befreiung zuwandte, stößt auf Berichte über die Leiden, die Rolle und die Verdienste der Gefangenen des Faschismus während ihrer Gefangenschaft, nicht aber auf die danach erworbenen. Mir scheint die Situation dadurch verschärft, dass die Linke insgesamt kein Verhältnis zur Geschichte der DDR gefunden hat und das derzeit auch nicht ernsthaft zu gewinnen sucht.

Also folgt der Bericht eines Zeitzeugen, der Blick durch einen kleinen Sehschlitz in die frühe Nachkriegsgeschichte. Dass ich hier als Zeitzeuge aufgerufen werden kann, geht auf eine Kette von Zufällen zurück, die bei Kriegsende 1945 massenhaft Lebenswege bestimmten und Biographien prägten. Es verschlug den Schlesier nach Weimar. Das erwies sich in mehrfacher Hinsicht als ein Glücksumstand. Dazu gehörte an vorderem Platz, dass ich hier die nahe Bekanntschaft einer Anzahl, von – im Ganzen nicht mehr einem halben Dutzend – Männern verschiedenen Alters machte, die Häftlinge im Konzentrationslager Buchenwald gewesen waren und nach ihrer Befreiung in der Stadt am Fuße des Ettersbergs blieben, also nicht oder nicht sogleich in jene Orte zurückgekehrt waren, in denen sie gelebt hatten, bis sie der Gestapo in die Hände gefallen waren. Damit ist gesagt, dass auch hier der Zufall des Aufeinandertreffens waltet und dieser Bericht vieler Ergänzungen bedarf. Die Rede wird von vier Buchenwäldern sein, die vordem Auschwitz alle durch- und überlebten: von Stefan Heymann, Kurt Goldstein (1914-2007), Walter Wolf (1907-1977), Heinz Lippmann (1921-1974) und Daniel Klowski.

Stefan Heymann, der älteste in dieser Reihe, stammte aus einer jüdischen Familie in Mannheim, war dort Funktionär der Kommunistischen Partei und Landtagsabgeordneter im Landtag von Baden gewesen. Kurt Goldsteins Heimat war das Ruhrgebiet, wo er in Scharnhorst, heute ein Stadtteil von Dortmund, geboren wurde. Er schloss sich dem Kommunistischen Jugendverband und der Partei an und wurde 1942, bis dahin, er hatte zu den Internationalisten gehört, die in Spanien die Republik verteidigten, in französischer Internierung lebend, an die Deutschen ausgeliefert. Seine weiteren Lebensstationen hießen Drancy, Auschwitz, Buchenwald. Walter Wolf war 1907 in Gotha geboren. hatte in Jena studiert, war Volksschullehrer und 1930 Mitglied der Kommunistischen Partei geworden. 1938 zwar in einem Prozess freigesprochen, wurde er dennoch in das KZ Buchenwald gebracht. Heinz Lippmann war ein in Berlin geborener jüdischer Fabrikantensohn und als Jude von dem Gymnasium, das er besuchte, verwiesen, worden. Er traf erst in der Haft, sie führte über die Stationen Großbeeren, Auschwitz-Monowitz und Buchenwald, auf Kommunisten und hatte sich ihnen angeschlossen. Schließlich zählte zu diesen meinen neuen Bekannten Daniel Klowski, der Jude aus Grodno, mit seinem Vater der einzige Überlebende einer großen Familie, deren weibliche Mitglieder, Mutter und Schwestern ermordet worden waren. Sein Weg hatte durch mehrere Lager, schließlich nach Auschwitz-Monowitz geführt und von da bei der Evakuierung vor der herannahenden sowjetischen Armee wie der Weg der anderen nach Buchenwald. Von ihm wird am Ende noch gesondert zu sprechen sein.

Dass ich mit diesen Fünf bekannt wurde, und das während eines nicht mehr als zwei Monate dauernden beständigen Aufenthalts in Weimar, hatte mehrere Gründe. Der erste war meine Mitarbeit in der sich konstituierenden antifaschistischen Jugend. Noch am Tage meines Eintreffens in Weimar besuchte ich am Abend eine Veranstaltung der Weimarer Gruppe im Haus der Frau von Stein, wo zu meiner Enttäuschung nicht über Politik diskutiert, sondern Volkstanz geübt wurde. Der zweite war

die Tatsache, dass die Genossen der KPD sich intensiv um eben diese ziemlich übersichtliche Gruppe junger Leute kümmerten, die sich in dem Sitz der Organisation im Haus der Jugend am Goetheplatz zu abendlichen Gesprächen trafen, die wir wohl Schulungen noch nicht nannten, wiewohl sie gerade das waren. Geschichte und Literatur standen im Zentrum. Dort trafen wir auch mit Antifaschisten mit anderen Lebenswegen zusammen, denn es gab kaum einen, der sich damals nicht um die wenigen Jugendlichen gekümmert hätte, die neue Wege suchten. Anfänglich waren das nahezu ausschließlich Kinder aus antifaschistischen Elternhäusern. Als unsere frühesten Lehrer müssten da Werner Eggerath (1900-1977) genannte werden und auch die Schriftstellerin und bildenden Künstlerin Dora Wentscher, die aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrt war.

Kein Zufall war, dass die Genannten sämtlich auf dem Gebiet der Bildung und der antifaschistischen – ja vielleicht ist Werbung das bessere Wort – Propaganda und Agitation tätig waren. Stefan Heymann war einer der maßgeblichen Mitarbeiter für Bildungsfragen in der Landesleitung der KPD, die ihren Sitz in der Schwansee-Straße hatte. Er leitete unter anderem Lehrgänge in Camburg, wo die Partei sich eine Schulungsstätte für Internatslehrgänge geschaffen hatte. Im November fand dort u. a. ein Lehrgang für junge Mitglieder der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei statt, zu deren Referenten neben Heymann, Werner Eggerath, Fritz Heilmann (1892-1963), auch ein Rückkehrer aus der UdSSR, und weitere aus dem Führungskreis der Partei in Thüringen gehörten. Kurt Goldstein arbeitete ebenfalls in der Landesleitung der KPD und war dort für die Jugendarbeit zuständig, das bedeutete praktisch, den Aufbau der Organisation Antifa-Jugend im Lande. Zu deren Leitung, die im schon erwähnten Haus der Jugend sich befand, gehörten Ernst Horn [1912-2001], Otto Funke (1915-1997) und – ebenfalls für Kultur und Bildung zuständig – Heinz Lippmann. Walter Wolf war Landesdirektor für Volksbildung geworden, später erhielt diese Verwaltung die Bezeichnung Ministerium und seine Tätigkeit die eines Ministers zurück.

Es würde die Arbeit mehrerer Historiker in den Archiven des Landes erfordern, um zu rekonstruieren, welche Entscheidungen die vier trafen, welche Initiativen sie auslösten und lenkten und also welche Verdienste sie sich im Einzelnen um diesen Start in die antifaschistische Ordnung erwarben. Notwendig wäre, was aus Platz- und Zeitgründen unterbleibt, auch ein Blick auf die weiteren Lebenswege, die alle schließlich aus Thüringen herausführten und die sehr unterschiedlich – bis zur Gegensätzlichkeit unterschiedlich – verliefen. Mein Anliegen ist ohnehin begrenzter. Ich will mich aus dem Abstand von sieben Jahrzehnten fragen, keiner der vier ist noch am Leben, was mir als Eindrücke von jenen Begegnungen und, in Einschränkungen lässt sich sagen, aus dieser Zusammenarbeit geblieben ist. Das ergibt eine kleine Liste:

Erstens traf ich auf Menschen, die allesamt eine längere ruhige Phase nach den Jahren der Leiden und Ängste, der Ausbeutung und der Todesdrohung einer Erholung bedurft hätten, sich in eine Arbeit stürzten, die sie nicht gelernt hatten und für die es für ihre Absichten keine Lehrbücher gab. Mit einem Wort ließe sich diese Arbeit als regieren bezeichnen, wenn darunter nicht nur staatliche Arbeit verstanden wird. Die staatlichen und gesellschaftlichen Apparate der neuen Ordnung mussten aufgebaut werden und wo das geschah, war zu lernen. Ob die Genossen in der Leitung der KPD und bald darauf der vereinigten Partei oder die in den Landesverwaltungen, wie die einstigen Ministerien zunächst hießen, sie waren, soweit der Fahrzeugpark und das Benzin reichten, ständig im Lande Thüringen unterwegs, zu reden, zu instruieren und zu prüfen, ob und wie es „voranging“ [war]. Gemütliche Zeiten waren das nicht, doch gerade das Lernen in unruhigen bringt manchen lebenslangen Vorteil.

Zweitens verbindet sich mit diesen Begegnungen die Erfahrung, dass der Kern politischer Arbeit stets darin besteht, mit Menschen zu reden, ihnen zuzuhören, auf sie einzugehen und ihre Fragen ernst zu nehmen und wenn man es kann, sie auch zu beantworten. Die verhängnisvolle Redewendung „Genosse, so kannst Du die Frage nicht stellen“, wäre keinem der hier Genannten eingefallen. Dieses Verständnis politischer Arbeit wies den einzigen Weg an Menschen, die eben noch, freiwillig oder nicht, Gefolgsleute des Faschismus waren, heranzukommen, ihre Köpfe überhaupt zu erreichen. Die gestern noch hinter Stacheldraht und elektrisch geladenen Zäunen isolierte Antifaschisten waren, befanden sich nun in der Rolle von Menschensammlern, sie sammelten Menschen für eine neue Idee und einen neuen Weg.

In diese Arbeit brachten sie die Erfahrungen der Jahre der Weimarer Republik und der Illegalität ein. Wie weit sie sich mit diesen kritisch auseinandergesetzt, also gefragt hatten, wie es zu ihrer Niederlage 1933 gekommen war und zu einer Niederlage von solchem Ausmaß, das ist damals nicht diskutiert worden. Wir Jungen hatten davon keine Ahnung und vor allem: Gegenwart und Zukunft beschäftigte uns mehr als die Vergangenheit. Wenn von ihr die Rede war, dann in Auseinandersetzung mit der Ideologie und Politik der Faschisten. Dass unsere Lehrer, denn das waren die Heymann, Goldstein und Wolf allesamt, aber selbst gelernt hatten, das mögen Episoden verdeutlichen.

Im Dezember 1945 fand, von Kurt Goldstein organisiert in Gera im „Wintergarten“, einem wohl traditionellen Versammlungsort der Arbeiterbewegung, eine Konferenz der antifaschistischen Jugend Thüringens statt. Einer der Hauptredner war ein evangelischer Pfarrer. Wir stritten uns mit ihm über sein Bild von der evangelischen Kirche im Faschismus, aber wir gingen miteinander nicht grob um. Bei diesem Treffen sollte ein Jugendheim eingeweiht werden und einen Namen erhalten. Die Dortigen plädierten für Thälmann. Kurt setzte sich mit seinem Vorschlag Geschwister Scholl durch.

Eine zweite: In unserer Schule wollten wir eine wöchentliche Wandzeitung herausgeben und sie auf der einzigen Schreibmaschine, die wir besaßen, herstellen Auch dort suchten wir einen Namen. Wir hatten uns allerlei revolutionär Klingende einfallen lassen. Kurt kam vorbei. Wir sprachen über den Plan. Er schlug vor „Nennt sie doch Funzel“, damit sei ihre Rolle klar: „Ihr leuchtet mit Euren Beiträgen in die Ecken, wo etwas zu ändern oder zu säubern ist.“ Das waren heilsame Lektionen wider politischen Separatismus und Sektierertum und dafür, den „Anderen“ mitzudenken, der erreicht werden soll.

Und schließlich haben wir in diesen Antifaschisten Menschen kennengelernt, denen jedes autoritäre Gehabe, ja jede Form der Selbstdarstellung fremd war. Ihre Wirkung ging von dem aus, was und ebenso wie sie es sagten. Und uns Jungen tat es gut, dass wir von ihnen als gleichberechtigte Gesprächspartner behandelt wurden und das nach den Jahren, da zu den Kommandos, die auch an uns ergangen waren, gehörte „Befehl ausführen“ und „Schnauze“ halten. Das schloss ein, dass es gerade diese unsere Genossen waren, die uns als höchste politische Autorität galten.

In diese Erinnerung mischt sich aber auch die Tatsache, dass wir in jenen Monaten nie über das Thema miteinander sprachen, das mit den Namen Auschwitz und Buchenwald bezeichnet ist. Wir haben nicht gefragt und sie, die eben noch „Buchenwälder“ waren, haben darüber geschwiegen. Diese Erfahrung haben nicht nur wir gemacht und es ist später oft darüber geredet und geschrieben worden, warum die einstigen Häftlinge schwiegen. Sie hätten, hörte und las man dann darüber, noch nicht sprechen können. Das mag so gewesen sein. Doch ist da auch die Frage: Was hätten derlei Berichte damals vor Menschen bewirkt, die in dieser oder jener Weise Gefolgsleute des Faschismus gewesen waren? Zwischen dem Leben der einen und der anderen lag eine schwer zu beschreibende Kluft. War sie mit Berichten zu überwinden, vor denen die gestrigen „Volksgenossen“, wenn sie Anstand besaßen, sich auch einer Schuld bewusstwerden mussten?

Bleibt die Frage, da wir doch mit Buchenwald durchaus Vorstellungen verbanden, woher wir die, wenn nicht aus Berichten der Antifaschisten, die dort gefangen gehalten worden waren, denn hatten. Das lenkt den Blick auf einige wenige meist schmale, auf schlechtem Papier gedruckte Schriften, in denen einstige Häftlinge berichteten und von denen manche verdienten, dass sie Nach- und Neudrucke erführen. Dazu gehörten der Bericht des internationalen Lagerkomitees, Thüringer Volksverlag 1945, 174 S; W. A. Beckert, Die Wahrheit über das KZ Buchenwald, Weimar 1945, 7 S.; Rudi Jahn, Das war Buchenwald, Leipzig 1945, 130 S; Robert Leibbrand (KJVD-Funktionär, Natzweiler, Stutthof, Buchenwald), Buchenwald, ein Tatsachenbericht, Stuttgart 1945; Anneliese Mayscherek, Buchenwald, Schönebeck 1945, 16 S. Es könnte sich ein Historiker oder ein Literaturwissenschaftler zur Aufgabe machen, ein Buch darüber zu schreiben, wie die Geschichte des Lagers Buchenwald in den ersten Nachkriegsjahren bekannt gemacht worden ist. Die Erwähnung von Literatur führt noch einmal zu den Lektionen der Heymann und Goldstein. Die Gespräche mit ihnen verdeutlichten uns, wie viel sie über Themen wussten, von denen wir buchstäblich keine Ahnung hatten. Das zu bemerken, war eine Herausforderung. Und dann war da Kurt Goldstein mit den zwei Worten „Lies mal“

und da bekamst Du ein Buch hingeschoben. Den Namen, den ich zuerst aus seinem Munde hörte und der mir haften blieb, war der von Sombart.

Und nun, wie angekündigt und aus einem konkreten Anlass ein Wort über Daniel Klowski, den Juden aus Grodno. Es gibt Episoden, die lebenslang in Gedächtnissen haften. Dazu gehört für mich diese: Unseren niedrigen Klassenraum betritt ein hoch gewachsener Mann, uns angekündigt als der „neue Mathematiklehrer“. Wir quälen uns aus den für unsere Masse zu klein geratenen Bänken, ihn zu begrüßen. Mit einer schwungvollen Bewegung wirft er seinen Umhang ab, sich dann an einen der unseren wendend und ihm in einem durch sein reines Österreichisch gemilderten Ton sagend: „Tretens aus der Bank heraus“. Der so Angeredete sagt leise, aber hörbar: „Das kenne ich schon von Buchenwald.“ Daran schließt sich kein Wortwechsel. Wir setzen uns, die Beschäftigung mit den Zahlen und Zeichen beginnt.

Auschwitz. Einzig Produkt des Rassenwahns?

In diesen Winter- und Frühjahrsmonaten des Jahres 2015 vergeht kaum ein Tag der uns nicht in die Ereignisse von vor siebzig Jahren erinnern könnte, an die Schlachten zur endgültigen Zerschlagung der deutschen Militärmacht und an die Befreiung von Millionen Menschen, die in die Hände der Welteroberer gefallen waren, viele so eben noch dem Tode entkommen. Kein Tag birgt eine grausigere Erinnerung als sie der 27. Januar aufkommen lässt, als die sowjetische Armee Auschwitz erreichte, wiewohl sich nahe der westpolnischen Stadt nicht das erste Konzentrations- und Vernichtungslage befand, bis zu dem sie westwärts vorgestoßen war. Schon 1944 eroberten sie Lublin und gelangten in dessen Weichbild auf das Gebiet des Lagers Majdanek. Journalisten vieler Staaten begaben sich darauf an den Ort mit der Gaskammer und dem Verbrennungsofen den langen Reihen von Baracken, manche gefüllt mit der Habe der Getöteten. Darin auch die „Kinderschuhe von Lublin“, so der Titel eines Gedichts des Johannes R. Becher, das in jedes deutsche Schullesebuch gehört. Damals wurde weltweit bekannt, was bis dahin nur aus den Berichten einzelner Geflohener und auf geheimdienstlichen Wegen zu erfahren und vielen unglaubwürdig gewesen war.

Die Staatsrede zu diesem 70. Jahrestag der Auschwitz-Befreiung hat der Bundespräsident gehalten und in ihr eine „Reflexion“ über die Geschichte der Menschheit im Allgemeinen, über das „Menschenmögliche“ und über die Geschichte der Deutschen im Besonderen geboten. Er hat, wie in der Publizistik hierzulande üblich, die Ursachen des Massenmordens ausschließlich in Hass und Wahn erblickt, sie einzig ideologischen und mentalen Ursachen zugeordnet. Es ist ihm eine Kleinigkeit dabei entgangen; das historisch beispiellose Verbrechen hat in einem Krieg stattgefunden und es sind der Plan und der Entschluss dazu erst im Verlauf des Krieges gefasst worden und darauf 1941 die Befehle an die Mörderschwadronen ergangen. Diese „Entschlussfindung“ war in den achtziger Jahren übrigens Gegenstand einer erstklassig besetzten internationalen Konferenz in Stuttgart, um deren Zustandekommen sich dort die Historiker Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer besonders verdient gemacht haben.

Mindestens seitdem muss auch in der Bundesrepublik jeder, der die Voraussetzungen, Bedingungen und Ziele dieses Mordens zu erklären sucht, vom Kriege reden. Von welchem? Einem imperialistischen, begonnen und geführt mit weltweiten Expansionszielen und der Vorstellung, dass die Eroberer entscheiden würden, wem sie in ihrem Herrschaftsbereich das Lebensrecht zubilligen und wem sie es entziehen werden. Die Liste derer, für die Letzteres galt, war lang. Sie wäre, würde das Vorhaben geglückt sein, mit Sicherheit länger geworden. Auf ihr standen die Juden oben an, von denen auch kein „Rest“ bleiben sollte, gefolgt von den Sinti und Roma. von Millionen Angehörigem verschiedener slawischer Nationen. Mit dem Auslöschen dieser Gruppen, überflüssig unter dem Gesichtswinkel des Herrschens wie der Ausbeutung, wurde bereits während des Krieges begonnen.

Warum schweigt ein einstiger vieljähriger Bürger der DDR, der über diesen Zusammenhang von Kriegsziel und Massenmord sich in Schulbüchern unterrichten konnte und nicht zu irgendwelcher Untergrundliteratur greifen musste, darüber? Warum vermag er sich der Ergebnisse der Befragungen nicht zu erinnern, die nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik vorgenommen wurden und in denen danach geforscht wurde, wie die einen und die anderen über deutsche Vergangenheit dachten, ja, was sie von ihr überhaupt wussten? Warum sind ihm, angefangen von dem in Potsdam-Babelsberg gedrehten Film „Ehe im Schatten“ und den zur Wiedereröffnung der Theater in mehreren ostdeutschen Städten gezeigten „Nathan“-Aufführung, alle Leistungen der ostdeutschen Kultur im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus entfallen? Warum hat er, wenn er daran schon selbst keine Erinnerung besitzt, seine Mitarbeiter nicht beauftragt, nach jenen einstigen Auschwitz-Häftlingen zu fahnden, die in der DDR sofort nach der Befreiung leitende Funktionen übernahmen und sich Verantwortung die Menge aufluden? Er wäre auf den Mannheimer jüdischen Kommunisten Stefan Heymann gestoßen, der eine bescheidene aber bis heute anregend lesbare Broschüre über Marxismus und Antisemitismus vorlegte, eine der frühesten Veröffentlichungen, mit denen im Osten begann, was im Westen Reeducation hieß. Oder auf den aus dem Ruhrgebiet stammenden Kurt Goldstein und manche andere.

In DDR-Zeiten gab es während der achtziger Jahre eine zentrale Gedenkveranstaltung an einem „Auschwitz-Tag“ in der Stadthalle in Dresden. An ihr nahm auch ein Abgesandter des Jüdischen Weltkongresses teil und das Wort. Dem Sinne nach sagte er, es wären Juden in der geringen Zahl, in der sie überlebten, den Mördern nicht entkommen, wenn die Rote Armee bei ihrem Ansturm nicht jenes Tempo erreicht haben würde, das sie schließlich auch nach Auschwitz führte. Dafür sind Hunderttausende gestorben. Dieser Tag in Dresden und diese Worte fielen mir wieder ein, als der Bundespräsident von 215 Soldaten sprach, die bei der Befreiung des Lagers umgekommen seien.

Eine Kärrnerarbeit

Wie das brandenburgische Rehfelde seine Geschichte geschenkt bekam

Dass Erika und Gerhard Schwarz in den neunziger Jahren Bürger Rehfeldes, wurden, sollte sich für die Ortschaft im Osten Berlins als ein Glücksfall erweisen. Die Nähe von Wohnsitz und Arbeitsplätzen hatte sich für die beiden erledigt. Ihn, den Diplomaten, brauchte angesichts seines politischen Vorlebens im Außenministerium und in Botschaften de DDR trotz seiner Fähigkeit, sich in vier Fremdsprachen unterhalten zu können, niemand. Sie, die als Historikerin an der Humboldt-Universität in Lehre und Forschung gearbeitet hatte, wurde mit einem sanften Fußtritt, im schönenden Bürokraten-Deutsch „goldener Handschlag genannt, verabschiedet.

Gartenarbeit und Waldspaziergänge vermochten das neue Leben nach Hartz IV nicht auszufüllen. Wie aber kommt eine Fachfrau, die sich in Monographien mit der Wannsee-Konferenz und dem Globke-Prozess befasst hat und die der Spur eines von den Faschisten vertriebenen Großbankiers auf seinem Lebensweg und durch Archive Polens, der Niederlande, der Schweiz, Liechtensteins, Ecuadors bis in die USA gefolgt ist, woraus eine Biographie hervorging, auf die Idee, eine Dorfgeschichte zu schreiben. Und wie ihr Ehemann, der sich auf dem diplomatischen Parkett Moskaus bewegt hat, sich dabei zu ihrem Kompagnon zu machen? Noch dazu bei der Erhellung der Vergangenheit eines Anwesens, das zwar eine aus dem 13. Jahrhundert stammende Kirche besitzt, die Zisterzienser Mönche aus Feldsteinen so massiv erbaut haben, dass sie die Jahrhunderte überstand. Aber ansonsten? Buchstäblich nichts, wodurch Rehfelde über die eigene Gemarkung hinaus bekannt geworden wäre. Kein bedeutender Industriebetrieb, der sich dort angesiedelt hätte. Keine spätere Berühmtheit, die in seinen Grenzen geboren wurde. Kein denkmalgeschützter Schlossbau, der in DDR-Zeit Sitz eines Kindergartens war. In oder bei Rehfelde fand nicht einmal eine Schlacht oder ein Gefecht statt, also gibt es da auch keinen Heldenstein oder eine Heldenplatte. Immerhin: das Dorf wurde bei Kilometer 33, gerechnet vom Berliner Ostbahnhof, an die später bis nach Königsberg und zur russischen Grenze führende Eisenbahnstrecke angeschlossen. Doch aus jener Zeit hat sich nicht einmal ein ruiniertes Bahnhofsgebäude erhalten, denn es gab nie eins. Die von der Landwirtschaft lebenden Dorfeinwohner waren an frische Luft gewöhnt und genossen sie auch, wenn sie auf die Bahn warten durften. Sie hatten um „ihren“ Haltepunkt ohnehin lange kämpfen müssen.

Lassen sich über einen kleinen und unbedeutenden Ort mehr als Anekdoten und Episoden schreiben? Aber eine Geschichte mit wissenschaftlichem Anspruch, gestützt auf die Durchmusterung gedruckter und ungedruckter Quellen? Es lässt sich. Und was für eine! Die der beiden Autoren setzt mit der geologischen Beschaffenheit der Gemarkung Rehfelde ein, beschreibt die früheste Flora und Fauna der Gegend und deren erste Besiedlung in ur- und frühgeschichtlicher Zeit. Von da geht es über zum mittelalterlichen Angerdorf und in die Zeit, in der Rehfelde Eigentum der Zisterzienser war und weiter zu dessen Übernahme durch die Hohenzollern. Eigene Kapitel und Abschnitte erhielt das Leben der Bewohner während der Kriege, des Dreißigjährigen, der Schlesischen und der napoleonischen. So geht es fort durch die Geschichtsetappen bis in die vierzig DDR-Jahre, Im Mittelpunkt der Darstellung steht durchweg Leben, Arbeit, also der Alltag seiner Bewohner. Das Tatsachenmaterial ist aus fünfundzwanzig Archiven zusammengetrommelt. Das am weitesten entfernte ist das Staatsarchiv der Russischen Föderation. Dazu wurden 35 Zeitungen, Amtsblätter und Zeitschriften durchmustert. Alles in allem eine Kärrnerarbeit.

Als der letzte Punkt gesetzt, die Zitate überprüft, die Bilder bearbeitet waren, hatte sich das Werk noch nicht erledigt. Sollte das Manuskript zum Buch gedeihen, mussten Geldhabende gewonnen werden, die sich in Geldgebende verwandeln ließen. Auch das gelang. Mit dem gesammelten Druckkostenzuschuss konnte die Verlegerin unschwer überzeugt werden, sich auf das Angebot einzulassen. Das hatten die Autoren etwas abgespeckt, sollte doch niemand durch Umfang und Preis er- und vom Kauf abgeschreckt werden. Dann jedoch wurde aus dem zunächst Ausgeschiedenen ein zweiter Band. In dessen Zentrum die Geschichte der Straßen Rehfeldes steht, ihre Entstehung, Bebauung und Benennung und deren Wechsel. Das wird lexikalisch knapp mitgeteilt und verrät doch über den Ort und seine Obrigkeiten viel. Dies tun vor allem die Straßennamen. Da findet sich Ahorn, Erle, Birke, Bu-

che, Eiche, Fichte und Kiefer, mithin alles, was an Bäumen in den umliegenden Wäldern wächst, und auch vieles, was in ihnen lebt, Fuchs, Dachs und Hase. Diese Häuserzeilen sind getauft, aber nie umbenannt worden. Anders die in der Weimarer Republik nach Hindenburg, Litzmann, Richthofen benannten. Dann haben Rehfelder Nazis Hitler, Göring und Goebbels auf Straßenschildern verewigen wollen. In der antifaschistischen Etappe wurde aufgeräumt. Rehfelde benannte Straßen nach Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung: Friedrich Engels, August Bebel, Carl Legien, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann. Diese Benennungen sind im Brandenburgischen anders als im Sächsischen nicht blinder Anpassungswut zum Opfer gefallen. Und Dichter? Die sind durch Lessing, Heine und Puschkin vertreten. Komponisten durch Hanns Eisler und Wissenschaftler durch den umstrittenen Mitschurin. Dieser Inspektion ist die Geschichte der Verbindungsstränge in „grauer Vorzeit“ vorangestellt, die mit unseren Bildern von Straßen und Chausseen nichts gemein haben und über die die ersten Post- und Warenwege führten.

In Gemeinschaftsarbeit von Lektorin, Gestalterin und Autoren entstanden zwei Bücher, die auch nach ihrer Ausstattung in der geschichtswissenschaftlichen Publizistik selten geworden sind. Das Ersterschienene ist übrigens beim Verlag „vergriffen“. Es ist zu hoffen, dass namentlich Lehrer rechtzeitig zugegriffen haben und auch die vielen Ortschronisten in ähnlichen brandenburgischen Anwesen und Flecken, die darin Anregungen und Maßstab finden können.

Erika und Gerhard Schwarz, Rehfelde. Ein Dorf auf dem Barnim, Hentrich & Hentrich Berlin 2013, 467 S.; dies., Rehfelde. Dir Geschichte seiner Straßen, 2015, 103 S.

Vom gewordenen und gebliebenen Miteinander

Es war eine Kette von Zufällen, die dahin führte, dass wir einige Zeit gemeinsam die Klassenbänke, in Wahrheit waren es Tische und Stühle, drückten und gleichsam Tür und Tür in einem Schulinternat lebten. Mein Weg auf den Thüringer Wald in die Freie Schulgemeinde Wickersdorf hatte über mehreren Stationen aus Schlesien geführt. Lothars war geographisch kürzer, von Jena, das Saaletal aufwärts. Gemeinsam aber war diesen Wegen, dass wir sie nur als Ertrag des politischen und sozialen Wandels gehen konnten, der im Osten Deutschlands nach der Befreiung vom Faschismus durchgesetzt wurde.

Das tägliche Miteinander endete 1948 mit der Abiturprüfung. Unsere Schülergruppe war, das darf ohne quellengestützte Prüfung gefahrlos behauptet werden, ein Unikat. Das machte nicht so sehr, dass wir nicht mehr als 13 waren, die sich den Prüfern stellten (wovon zwei“ bei ihrem ersten Anlauf „hängen blieben“, später aber auf wenig längeren Wegen in den Beruf des Arztes und Pädagogen fanden). Doch von den diesen 13 waren zehn Mitglieder der sozialistischen Partei, und das war, zudem in einer Schule, die bei ihrer Wiedereröffnung im Herbst 1945 in ihrer Mehrheit Schüler aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elternhäusern aufgenommen hatte, gewiss ein Sonderfall. Wir hatten Wickerdorf, das bis 1945 zu den Heimschulen gehörte, deren politische Fernlenkung sich in einer Berliner SS-Zentrale befand. an die Tradition Gustav Wynekens, ihres Gründers im Jahre 1906, anknüpfend und eigenen Vorstellungen folgend, ein wenig demokratisiert. Wie einst wählten die Schüler für eine Wahlperiode einen Lehrer ihres Vertrauens und für die Vertretung ihrer Interessen Klassenräte und einen Gesamtschülerrat. Lothar war, bis wir uns ganz auf den Endspurt vorzubereiten hatten, sein Vorsitzender.

Früher oder später trennten sich unsere Wege dann räumlich, die einen blieben in Thüringen, andere verschlug es nach Berlin, nach Greifswald und Lothar in die sächsische Elbmetropole. Zudem nahm uns die Arbeit in Anspruch, unsere Kontakte beschränkten sich auf zufällige Begegnungen und Telefonate. Dann sahen wir uns an Gräbern, denn wir sind nicht mehr vollzählig. Nun treffen wir einander gelegentlich da oder dort. Eben noch in Jena, wo die meisten ihr Studium begannen. Hinter fünf der Unsrigen liegen Jahrzehnte der Tätigkeit als Pädagogen an verschiedensten Einrichtungen der Schulbildung. Eine unserer Mitschülerinnen wurde Oberärztin und in der Forschung an einer Universitätsklinik tätig, drei arbeiteten als Wissenschaftler auf den Feldern der Ökonomie, der Historiographie und der Philosophie. Was man aus seiner Schulzeit auf den weiteren Weg ins Leben an Wissen, Haltung und Stimmung mitnimmt, dankt man zu 50 Prozent seinen Lehrern, zur anderen Hälfte der Atmosphäre, di das Miteinander der Lernenden schafft. Das Plus erwächst aus eigenen Anstrengungen. Wir hatten miteinander Glück. Und übrigens: Wir haben nur einen „Kader“ nach dem Westen abgegeben. Das ist für den Abiturjahrgang 1948 auch eine ganz anständige Quote.

Nachlese zu Alexander Abusch „Der Irrweg einer Nation“, Mexiko 1945

Das Manuskript des Buches von Alexander Abusch, das in vielen Auflagen in der SBZ bzw. der DDR erschien, wurde in den Jahren des Zweiten Weltkriegs in Mexiko geschrieben. Sein Autor Alexander Abusch (1902-1982) war ein Journalist, Schriftsteller und Kommunist und wurde ein deutscher Emigrant, als die Faschisten an die Staatsmacht gelangt waren und ihm, einem ihrer prominenten Gegner, der seit 1930 als Chefredakteur der Zentralzeitung der Kommunistischen Partei *„Die Rote Fahne“* gearbeitet hatte, Verhaftung und Konzentrationslager drohten. Wie für viele Gegner des Faschismus war seine erste Fluchtstation Frankreich.

Als die deutschen Welteroberer 1940 Frankreich überrannten, entkam er zunächst in dessen unbesetzten Süden. Er konnte aus einem Lager fliehen und gelangte 1941 nach Mexiko. Dort wirkte er in der Bewegung „Freies Deutschland“ und wurde Chefredakteur von deren Zeitschrift. Da entstand auch „Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte.“ Es war das erste Buch, das mit der Erfahrung der faschistischen Herrschaft einen historischen Rundblick auf die Geschichte der deutschen Nation lieferte und fragte, was in diesen beispiellos brutalen und Millionen mordenden Staat geführt hatte.

Den Anstoß zu dieser Arbeit hatten ihm, wie er später in einer Autobiographie, erschienen 1981, schrieb, eine unter Emigranten entstandene Diskussion gegeben. Genährt wurde sie durch die Kriegsereignisse. Die hatten zwar, als die Arbeit an dem Buch 1943 begann, militärisch eine Wende genommen und die Niederlage der Welteroberer zeichnete sich ab. Doch war die Wegedauer dahin noch nicht abzusehen.

Zugleich drangen aus dem Deutschen Reich und mehr noch aus den weiten von der Wehrmacht besetzten Gebieten Europas immer neue Nachrichten über das barbarische, mörderische Regime, welches die mit dem Hakenkreuz errichteten, wo immer sie hingelangten. Meldungen über Massenmorde und Massensterben von Juden und Kriegsgefangenen ließen den Hass auf alles Deutsche entstehen. In den Staaten der Anti-Hitler-Koalition wurde gefragt, wer und was das eigentlich seien, „die Deutschen“, und wie mit ihnen umgegangen werden müsse, wenn sie endlich die Waffen streckten.

In Kreisen und Organisationen deutscher Emigranten hingegen wurde gefragt, wie es bis zu diesem Tiefpunkt des Ansehens ihrer Nation gekommen war und wie, was immer das war, die „deutsche Ehre“ gerettet werden könne. Manchen Hitlergegnern erschien die deutsche Geschichte als einzige sich durch die Jahrhunderte hinziehende Misere.

Abusch teilte diese Meinung nicht. Er entschloss sich, ihr mit einer kurzen Abhandlung entgegenzutreten und begann die Arbeit an jenem Manuskript, das im November 1945, noch war kein halbes Jahr seit dem Kriegsende in Europa vergangen, im 1942 gegründeten deutschsprachigen Verlag *Das freie Buch* (El libro libre) jenseits des Atlantiks herausgegeben wurde.

Abusch hat in einem Memoirenband knapp über die Entstehung des Manuskripts und die Wege der ersten Buchexemplare Auskunft gegeben. Rasch gelangten sie zu Lesern innerhalb und außerhalb Mexikos. Der Autor sandte Exemplare in die Schweiz und an den in London lebenden Jürgen Kuczynski und bat sie, das Buch an seine Genossen im Zentralkomitee in Berlin weiterzuleiten. Zu den frühen Lesern gehörten führende politische Köpfe der Emigration wie Paul Merker, der eine Besprechung schrieb, und Schriftsteller, von denen Lion Feuchtwanger, dem es der Verlag geschickt hatte, dem Autor sein lobendes Urteil mit dem Bemerken übermittelte, dass er davon auch öffentlich Gebrauch machen dürfe.

1946 kehrte Abusch nach Deutschland zurück. Sein Buch wurde gedruckt und erlebte in den folgenden Jahren Auflage auf Auflage. Es war in den Kreisen sich formierender Antifaschisten – ohne dass es so bezeichnet worden wäre, – der Bestseller. Für einige tausend oder sind es nur noch hundert betagte Bundesbürger, Frauen und Männer, war dieses Buch so etwas wie der Schritt aus einer geistigen Gefängniszelle, in die sie die faschistischen Herrscher gesetzt hatten, ins Freie, der Beginn ihres Nachdenkens über die Geschichte, aus denen ihre Tage hervorgegangen war. Andere ihrer Bücher mögen sie in den Jahrzehnten entsorgt haben. Dieser schmale Band findet sich noch in einem

Bücherschrank, -regal oder auf einem -bord. Er ist seinen Besitzern zudem so etwas wie eine Jugenderinnerung. Damals, in den Zeiten des Aufbruchs zu neuen Ufern.

Ursprünglich sollte das Buch einen weniger herausfordernden Titel erhalten, erinnert sich sein Autor. Dann aber wurde in einem Kreis von Gesinnungsgenossen die Idee geboren, es „Der Irrweg einer Nation“ zu nennen. Die vier Worte sind mehr geworden als ein nur Aufmerksamkeit heischender und einprägsamer Buchtitel. Vor allem Angehörigen der ersten deutschen Nachkriegsgeneration, die später auch Flakhelfer-Generation genannten Burschen, wurden sie ein Wegweiser für ihr Nachdenken über Erlebtes und Erfahrenes. Der Autor dieser Zeilen gehört zu ihnen. Noch bevor eine einzige Zeile dieses Buches gelesen war, stellten sich beim bloßen Blick auf seinen Einband Fragen.

Dass die Deutschen einen Weg des Unheils gegangen waren, musste meiner Generation niemand erklären. Die endlosen Listen ihrer Toten, die Ruinenmassen ihrer Städte, die Witwen und die Waisenkinder, Hinterlassenschaft ohne Beispiel, zeugten davon. Doch verdiente das die Bezeichnung „Irrweg? Und: inwiefern einer ganzen Nation? Hatte sie sich diesen Weg gewählt oder tat das nur ein Teil von ihr? Und welcher war das dann gewesen? Wann war der Weg der Nation ein Irrweg geworden? Von ihrer Geburt an? Und warum traf dieses mitunter als Schicksal gedeutete Geschehen gerade die Deutschen?

Wer das Bild von der verirrten Nation als Denkanstoß akzeptierte und sich auf den Weg in ihre Vergangenheit machte, traf bereits eine Entscheidung. Es war dann nicht mit einer bloßen Kurskorrektur getan. Die Devise lautete Bruch und Umkehr. Die künftigen Wege der Deutschen mussten neu vermessen werden. Der Titel des Buches war Herausforderung zur Parteinahme und für die älteren Generationen mehr noch: Waren sie konsequent, mussten sie sich fragen, welchen Anteil sie selbst an der Wahl dieses Weges und welche Rolle sie gespielt hatten, als die Nation ihn beschritt. Die Neigung das zu tun, war in Nachkriegsdeutschland nicht ausgeprägt. Es dominierte das Bild von den Verführten, nicht das von den Sich-Verirrenden, das von den Opfern, nicht das von den Tätern.

Den Platz, den die Abhandlung von Abuschs auf dem Weg zu einem neuen Nachdenken über deutsche Geschichte einnahm, lässt sich genauer noch bestimmen, wenn er mit der einzigen gleichzeitigen Darstellung konfrontiert wird, die aus bürgerlicher Quelle hervorging. Sie kann mit dem Verbreitungsgrad des „Irrwegs“ nicht konkurrieren, wurde aber ebenfalls und in den westlichen Besatzungszonen mehrfach gedruckt und für einige Zeit innerhalb des Personals der Geschichtswissenschaft wegweisend. Dafür sorgte allein schon der Name ihres Autors, Friedrich Meinecke, des „großen alte Mannes“ der konservativen Strömung in der Historikerzunft. Er hatte, 1901 Professor in Straßburg geworden, 1914 an der Berliner Universität berufen, während der Nazijahre, da emeritiert, nicht mehr gelehrt, aber sich den Faschisten auch nicht angedient, jedoch sich nicht ein Jota von jenem ideengeschichtlich geprägten Denken verabschiedet, an dessen Entwicklung und Verbreitung er seit den Tagen des Kaiserreichs beteiligt gewesen war.

Meinecke nannte sein 1946 erscheinendes Buch „Die deutsche Katastrophe“. In den vierziger Jahren kam es wie der „Irrweg“ in mehreren Auflagen in den Buchhandel. Schon 1946 erlebte es eine Schweizer Ausgabe. Es folgten wie im Falle von Abuschs Werk Übersetzungen, so 1947 ins Schwedische. 1950 wurde es in Cambridge, 1964 in Boston ediert. Wiewohl auch im „Irrweg“ immer wieder der Begriff „nationale Katastrophe“ mit Bezug auf das Jahr 1945 auftaucht[1], meint Katastrophe bei den beiden Autoren nicht das gleiche. Dem konservativen Intellektuellen bildete sich der Verlauf der deutschen Geschichte vor einem ganz anderen von ihm gedachten und gewünschten Gang als katastrophal ab als dem kommunistischen Publizisten und Redakteur. Weit auseinander gingen auch beider Diagnosen der Verursachung des Zustands, in dem sich Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges befand. Meinecke erklärte den Untergang der Weimarer Republik und den Sieg des Faschismus zu „einem schwer lösbaren Rätsel“ und stellte für alle Zukunft eine Antwort auf die quälenden Fragen in Zweifel. Dieses „Non possumus“ wurde eine Vorgabe für viele, trat die Flucht aus der Welt

[1] Irrweg, u. a. „tiefste nationale Katastrophe“, S. 22, „zur größten nationalen Katastrophe“, S. 159 und „wie seit dem 30jährigen Krieg nicht mehr erlebt“, S. 170.

des Rationalen in das Dunkel des Irrationalen an und da folgten alle, die kein Interesse daran besaßen, dass von ihren Rollen, sei es als Person, Gruppe, Schicht oder Klasse auf dem Wege vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg gehandelt wurde.

Abusch Gedankenwege münden in die Frage nach dem anderen Deutschland, nach seinen Kennzeichen und seinem denkbaren Zustandekommen. Als dessen Voraussetzung galt ihm die Vollendung der bürgerlichen Revolution, die 1848 und 1918 nicht zu ihren jeweiligen Zielen gelangt war. Es müsse nachgeholt und vollendet werden, was nach dem, Ersten Weltkrieg nicht erreicht wurde, vor allem die Beseitigung der ökonomischen und politischen Herrschaft von Monopolkapital und Großgrundbesitz. Damit würde auch die unerlässliche Voraussetzung geschaffen, dass dieses Deutschland ein neues politisches und kulturelles und moralisches Gesicht erhalte. Das zu schaffende demokratische Gemeinwesen müsse – anders als die Weimarer Republik – in der Arbeiterklasse und in breitesten Volksschichten verankert sein.

Der Autor des „Irrweg“ war geschichtserfahren genug, um sich keinen Illusionen darüber hinzugeben, dass auf dem Wege zu diesem Ziel Hindernisse zu überwinden waren. Doch mag es ihm ein Gebot der Stunde gewesen sein, die Chancen der Deutschen für einen Neuanfang hervorzukehren. Auch bei ihm findet sich die damals viel benutzte Wendung, der zufolge die Völker den Krieg gegen den Faschismus auch um der Befreiung des deutschen Volkes willen geführt hätten. In Wahrheit hatten die Millionen Soldaten aus allen Erdteilen in ihrer Mehrheit nie einen Deutschen gesehen, keine Ahnung von deutscher Geschichte. Sie kämpften, ihre Heimaten zu befreien oder weil sie in die Streitkräfte ihrer Länder einberufen worden waren. Sie suchten mit diesem Gegner endlich fertig zu werden, um zu Frau und Kindern, Eltern und Geschwistern zurückkehren und ein Leben in Frieden führen zu können. Zudem: Nicht sie entschieden, was aus diesem Nachkriegsdeutschland werden würde, sondern ihre Regierenden. Mit dem Ende des Krieges und der Liquidierung des gemeinsamen Feindes veränderte sich die Konflikt- und Interessenlage der Mächte in Europa und weltweit. Der erste, der zum Sammeln an neuen, in Wahrheit alten Fronten aufrief, war Winston Churchill. Das war bald nach dem Erscheinen von Abuschs Buch in Deutschland. An seinem Schluss drückte der Autor noch die Hoffnung aus, dass „alle Regierungen der Vereinten Nationen diese entschiedene demokratische Entwicklung in Deutschland fördern werden“. Doch enthält sich Abusch jeder Prognose.

An die antifaschistische Tat, die die Arbeit an diesem Buch darstellte, kann nicht vollständig erinnert werden, ohne die Übersetzungen zu erwähnen, dies es in viele Sprachen erfuhr. Deren Bedeutung wiederum kommt erst ans Licht, wenn bedacht wird, dass über Deutschland und die Deutschen je länger der Krieg dauerte, eine Art Rätselraten entstand. Und als Auschwitz und Baby Jar, Oradour und Distomo Synonyme für die äußerste und unvorstellbare Barbarei der Welteroberer wurden, schossen Projekte in Kraut, wie mit diesen Deutschen verfahren werden müsse, ihnen ihr blutiges Handwerk ein für alle Mal gelegt werden solle. In diese weltweit verbreitete Mischung aus Abscheu, Ekel. Hass und Ratlosigkeit traf Abuschs Buch mit dem Nachweis, dass es nicht eine magische Blutlinie war, auf der die Deutschen zu dieser ihrer Rolle in der Weltgeschichte des 20, Jahrhunderts gelangten, und dass Wandlung nicht durch Züchtigung, sondern durch Bildung und Erziehung denkbar sei. Die erste Übersetzung, folgt man den Angaben der Deutschen Nationalbibliothek. erschien 1951 im Land des einstigen Verbündeten, in Italien und dort unter dem Titel *Storia della Germania moderna*. Im gleichen Jahr gab es eine bulgarische Ausgabe, die den Titel *Pogresnijat put na edna nacija. Primos zar razbirane na germanskate istorija* trug, 1955 wurde das Buch in Tokio einer japanischen und 1962 in Moskau in einer russisch-sprachigen Ausgabe herausgegeben.

Was bleibt uns mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Erscheinen des Buches als besonders hervorhebens- und erinnerungswert? Abusch hat das Bild von der deutschen Misere durch das vom deutschen Irrweg ersetzt. Später, um es vorweg zu sagen, ist auch diese Verallgemeinerung der nationalen Vergangenheit als Irrweg von der Geschichtsschreibung und Politik in der DDR-Zeit als nichtzutreffend angesehen, umstritten und aus dem historiographischen Verkehr gezogen worden. In der Tat ist sie wie alle derartigen Subsumierungen vielfältiger und verwickelter Geschichtsprozesse unter einen einzigen Begriff angreifbar und verträgt die Apothekerwaage nicht. Doch ihr Vorzug überwog bei weitem. Sie stand gegen die bald nach der Befreiung in Mode kommende Verengung deutscher Selbst-

kritik auf die zwölf Jahre der Nazidiktatur, allenfalls ausgeweitet auf eine Vorgeschichte in der Weimarer Republik. Und vor allem gegen die Reduktion des Zweiten Weltkrieges auf „Hitlers Krieg“, die sich hierzulande bis heute erhalten und in der Publizistik als unausrottbar erwiesen hat.

Was waren seine herausragenden und geistig bahnbrechenden Kennzeichen?

1.

Es bekannte die Verantwortung und Schuld der Deutschen für den Sieg des Faschismus 1933 mit seinen Folgen für die Entstehung des Zweiten Weltkrieges und den Kriegs- und Menschheitsverbrechen. Es erklärte die unabdingbare Pflicht der Deutschen gegenüber der Forderung nach Wiedergutmachung, sofern davon überhaupt die Rede sein konnte.

2.

Es wies ohne viele Worte die These von Hitlers Krieg zurück und benannte das deutsche Monopolkapital, das schon in den Ersten Weltkrieg getrieben habe, als Hauptschuldigen für den Weg in den Krieg, Jedoch stellte es zugleich klar, dass der ohne die Unterstützung von Millionen national- und nationalchauvinistisch aufgepulverten Kleinbürgern und Bauern nicht hätte gegangen werden können.

3.

Wiewohl Abusch wiederholt Bilder vom Irrweg einer Nation gebrauchte, wie „der lange Weg des Irrtums und des Verhängnisses“[2] oder „die Verwirrung des Denkens und der Gefühle“, die zu überwinden seien, vertrat er doch nicht die Auffassung von einem Weg, der in diesen 30. Januar 1933 hätte münden müssen. Andere Wege deutscher Geschichte waren denkbar, aber entweder verpasst oder nicht zu Ende gegangen worden, Das beträfe insbesondere die Revolutionen von 1848 und 1918. Wäre aus ihnen – vergleichbar den Entwicklungen in England und Frankreich – ein demokratisches Staatswesen hervorgegangen. würde ein Hitler keine Chance gehabt haben.

4.

Doch selbst im Zustand des Jahres 1930 mit dem Einsetzen der kapitalistischen Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit habe Deutschland noch eine Chance gehabt, dem Faschismus zu entgehen. Jedoch nur mit der Ballung seiner demokratischen Kräfte von der Arbeiterklasse bis in bürgerliche Schichten, die Abusch anhand der Wahlergebnisse noch als die Mehrheit glaubt ausweisen zu können. Nur in Andeutungen geht der Autor dabei auf die Faktoren ein, auch jene in der kommunistischen Bewegung, die dieser Konzentration der Kräfte entgegenstanden.

5.

Ausgemacht ist für Abusch, dass der Weg in einen anderen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und auch kulturellen deutschen Staat führen müsse, geboren aus einem Prozess der „Selbsterneuerung“. Konkret heißt das für ihn, zu einem antiimperialistischen Deutschland, einem Land der Bodenreform. Ob es dazu kommen werde, hänge auch davon ab, welche Haltung die Siegermächte dazu einnehmen werden und ob sie an den erklärten antifaschistischen Kriegszielen festhalten würden. Dazu gibt er keine Prognose.

Wer den Rang der Arbeit von Alexander Abusch in der Geschichtsliteratur der frühen Nachkriegsjahre bestimmen will, kann das u. a. durch eine Gegenüberstellung mit den etwa zur gleichen Zeit auf dem deutschen Büchermarkt erscheinenden Produktionen deutscher Berufshistoriker tun, vornehmlich mit jenen, die nicht an der Verbreitung der faschistischen Geschichtslegenden beteiligt waren, aber in dieser oder jener Weise mit dem Regime ihren Frieden gemacht und an ihren Arbeitsplätzen verblieben waren. Aus dieser Gruppe ragt der hoch betagte Friedrich Meinecke (1862-1954) heraus, der schon am Jahrhundertbeginn eine Professur in Straßburg bezogen hatte und seit 1914 bis zu seiner Emeritierung Professur an der Berliner Universität gewesen war und eine kurze Zeitspanne nach 1945

[2] Irrweg, S. 170.

den Platz des Altmeisters in der noch im Kaiserreich ausgebildeten Historikerzunft besetzte. Diese Gruppe redete und schrieb nicht mit einer Stimme und Feder, war aber dadurch miteinander verbunden, dass sie eine tiefergreifende kritische Durchmusterung der deutschen Geschichte und der Positionen verweigerte, die sie selbst bei deren Interpretationen in Republik- wie in Diktaturzeiten bezogen hatten. Für etwa anderthalb Jahrzehnte prägten ihre Angehörigen die Bilder von deutscher Geschichte im Westen des besetzten Landes, also noch während des ganzen ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik.

Ein anderer Vergleich macht ebenfalls das Verdienst Abuschs deutlich: Erst 1985 hatte der Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer bis heute zu Recht viel gelobten Rede seinen westdeutschen Staatsbürgern gesagt, dass kritische Betrachtung deutscher Geschichte sich nicht nur auf den damals vierzig Jahre zurückliegenden Zweiten Weltkrieg allein richten, sondern gedanklich bis zu jenem 30. Januar zurückgreifen müsse. Abusch war ihm da nicht nur vier Jahrzehnte voraus. Er hatte den Blick auf die Entwicklung des deutschen Imperialismus von seinen Anfängen an gerichtet.

Und er hatte mehrfach auch an jene Kräfte in deutscher Vergangenheit erinnert, die Vorstellungen von anderen Wegrichtungen besaßen und dafür eingetreten waren, sie zu beschreiten, dabei aber scheiterten. Dadurch wurden die Leser mit Menschen, deren Zusammenschlüssen und Anstrengungen bekannt, welche die bürgerliche Geschichtsschreibung an den Rand ihrer Forschungen und Darstellungen gerückt hatte und die von der faschistischen, wenn nicht verschwiegen, so mit den übelsten Beschuldigungen versehen worden waren. Das Buch gab in der Tat Tausenden von Deutschen einen Anstoß, sich von dem Ballast zu trennen, den sie als vermeintliches Geschichtswissen mit sich herumschleppten. Es war im echten Sinne eine Pionierarbeit.

Berlin 2016 auf Bitten von Friedrich-Martin Balzer für eine geplante Neuauflage von Alexander Abusch, „Irrweg einer Nation“ im PapyRossa Verlag erstellt. (Erstveröffentlichung)

Der Teufelspakt. Die Mär vom 23. August 1939

Ein Wort zuvor

Vor Jahren schon kam ein historisch interessierter Journalist, der die Diplomatie-Geschichte des 20. Jahrhunderts durchmustert hatte, zu dem Ergebnis, dass es keinen zweiten Vertrag gäbe, der wieder und wieder so viel Begutachtung, Verdammung und Rechtfertigung erfahren hätte, wie der am 23./24 August 1939 in Moskau zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossene Nichtangriffsvertrag. Weiter bekannt ist er in den uns von dem Datum trennenden 77 Jahren unter den Bezeichnungen Hitler-Stalin und Ribbentrop-Molotow-Pakt geworden, Namen von durchweg Verbrechen beladenen Politikern, von denen Hitler und Stalin das Plazet für die Abschluss gaben, Stalin Verhandlungen und der Unterzeichnung beiwohnte, die von den beiden Außenministern vorgenommen wurden, von denen Ribbentrop als Kriegsverbrecher in Nürnberg am Galgen endete. Die pejorative Absicht dieser Benennungen liegt zutage. Die Feststellung über den Platz der Debatte über den Vertrag hat an Gültigkeit nichts verloren. Sie wurde wie unlängst der 75. Jahrestag des 21. Jahrhunderts mitgeschleppt. Geschieht solches und sind Neuentdeckungen nicht gemacht worden, müssen Interesse vorliegen, die Kontroversen mit Falschbildern und Falschurteilen am Leben zu erhalten oder sie zu reanimieren.

Seit die Konfrontation der an die Grenzen Russlands vorgerückten NATO-Staaten unter anderem durch dort 2016 inszenierte Militärmanöver Ausdruck gefunden hat, verwundert es niemanden, dass dieser Prozess auch den ideologischen Krieg verschärfte. Journalisten, Schriftsteller, Historiker waren da auch in der Bundesrepublik rasch zur Stelle. Lügen, die aus Zeiten der Existenz der UdSSR den Älteren noch erinnerlich sind, aber unter dem Druck von erforschten oder aufgeklärten Tatsachen Ende der achtziger Jahre aus dem Verkehr gezogen wurden, sind wieder hervorgeholt. Den Gipfel erreichte das Lügengebäude mit der These, die UdSSR sei der Hauptverantwortliche und Hauptschuldige für den Zweiten Weltkrieg gewesen, den sie nun in ihrem gegen die Ukraine geführten Krieg fortsetzen würde. Als Bösewicht tritt der Präsident Russlands, Wladimir Putin, an Stalins Seite. Dieses Bild verbreiteten hierzulande nicht nur skrupellose Journalisten, sondern beispielsweise auch ein österreichischer Professor, der in Hildesheim Geschichte lehrt, von einer teuflischen Komplizenschaft der zwei Diktaturen schrieb, welche 1939 die Weichen in den Krieg gestellt hätten, mithin das Ganze einstige Repertoire. Das druckten nicht nur Boulevard-Zeitungen; sondern die bürgerliche Presse von sogenanntem Ruf.[1] Gegenreden gibt es, sie sind nicht laut.

Also: Zur Sache.

1. Ribbentrops Reise nach Moskau

Dass er eines Tages nach Moskau reisen, dort auf Stalin treffen und mit der UdSSR einen Nichtangriffsvertrag schließen würde, hatte sich Joachim von Ribbentrop gewiss nicht träumen lassen. Als er 1932 zur NSDAP stieß, existierte die eiserne Faschistenfront gegen den „jüdischen Bolschewismus“ und er hatte keine Schwierigkeiten sich in sie einzureihen. Der Sohn eines kaiserlichen Offiziers, der selbst nach dem Ersten Weltkrieg aus der Armee ausgeschieden war und zu einem reichen Sekt- und Whisky-Fabrikanten mit einer exklusiven Villa in Berlin aufstieg, in der übrigens das entscheidende Treffen zwischen Franz von Papen und Hitler im Januar 1933 stattfand.

Ribbentrop hatte sich den dann Machthabenden seit 1933 auf verschiedene Weise als Außenpolitiker und Diplomat angedient. Die besaßen nicht so viele sprachfertige Funktionäre, Ribbentrop hatte Jugendjahre in der Schweiz, in England und Kanada zugebracht und auch Vorzeige-Adlige, woher immer deren Titel rühren mochten, besaßen sie nicht reichlich. Von 1936 bis 1938 bekleidete Ribbentrop den deutschen Botschafterposten in London und am 2. Februar 1938 ersetzte Hitler den konservativen Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, den er aus der Weimarer Republik über hatte, durch ihn.

---

[1] Henning Sietz, Ein teuflischer Pakt in: *Die Zeit*, 35/2014, 24. August 2014. ihr Argument: „ein verhängnisvolles Vertragswerk“!

Die Verhandlungen im Moskauer Kreml, die der sowjetische Außenamtschef Wjatscheslaw M. Molotow leitete und an denen zeitweilig Stalin teilnahm, bei denen auch der Generalstabschef der Roten Armee Boris M. Schaposchnikow anwesend war sowie deutscherseits der seit 1934 als Botschafter des Reiches in der UdSSR befindliche Friedrich Graf von der Schulenburg,[2] ein Verfechter der Herstellung guter Beziehungen zwischen beiden Staaten, begannen unverzüglich. Sie waren vorbereitet und hätten sich nicht bis weit in die Nacht des 23. August hingezogen, wäre da nicht ein sogenanntes Zusatzprotokoll vereinbart worden, dessen Bestimmungen teils erst festgelegt wurden und so eilig, dass sich spätere Korrekturen notwendig und wünschenswert machten. In den ersten Stunden des 24. August 1939 fand die Zeremonie der Unterzeichnung statt. Ribbentrop kehrte gleichen Tages nach Deutschland zurück. Zweck und Ziel seiner Reise waren erreicht, die nicht seine einzige nach Moskau bleiben sollte. Ohne sie wäre sein Name jedoch kaum in die Geschichtsbücher geraten, es sei denn als Kriegsverbrecher, der mit seinen Komplizen 1946 an dem von den alliierten Siegermächten aufgerichteten Galgen endete.

Die Publikation des Nichtangriffsvertrages schlug in der europäischen politischen Szene ein wie eine Bombe. Das machte nicht sein Text, sondern die Tatsache des Abkommens allein. Kaum jemand war darauf gefasst, dass die beiden Staaten einen derartigen Vertrag abschließen könnten. Ihre tiefe politische und ideologische Verfeindung, die seit der Existenz des faschistischen Regimes 1933 existierte, schien das auszuschließen. Das bedeutete nicht, dass sie sich in den zurück liegenden sechseinhalb Jahren mit kriegerischen Bedrohungen überhäuft hätten. Dass beide sich aber für ein Erzübel hielten, stand außer Frage. Zugleich sparten Hitler und seine Regierung in ihren Reden nicht mit Beteuerungen ihrer Friedfertigkeit. Die UdSSR rühmte sich des Vertragsabschlusses als Beitrag zur Abwehr der Kriegsgefahr von der Welt und natürlich vom eigenen Lande. Dem wurde die Verhinderung eines deutsch-japanischen Zweifrontenkrieges und ein Zeitgewinn für eigene Verteidigungsmaßnahmen hinzugefügt. Dabei hatte sich Hitler von dem in „Mein Kampf“ formulierten, mit dem Schwerpunkt nach Osteuropa gerichteten Expansionserklärungen nie losgesagt, sondern darauf angesprochen, erklärt, er korrigiere seine Aussagen nicht in Büchern, sondern als praktischer Politiker.

Selbst wer die Abmachungen als Ausdruck von Taktik, Heuchelei und Betrug und als zeitweilig ansah, musste erkennen, dass mit ihnen doch eine vorläufige Entscheidung gefallen war. Die deutsche Führung beabsichtigte offenkundig zunächst nicht, nach einem separierten Krieg und Sieg über Polen, weiter nach Osten vorzudringen. In einem solchen Fall hätte ihr Werben um die UdSSR und das Übereinkommen keinen Sinn gemacht. Sie rechnete, wenn sie das auch nicht als entschieden ansah, aber offenkundig damit, wie Hitler formuliert hatte, dass sich München nicht wiederholen werde und sie es mit den Westmächten auf Schlachtfeldern zu tun bekommen könnte. Mit diesem Blick hatte sie auf den Vertrag gedrängt.

So zeichnete sich an diesem 23. August auch der von Hitler und seinen Gleichgesinnten bevorzugte Weg der deutschen Expansion – von Großdeutschland zur vorherrschenden europäischen und Weltmacht – ab. In diesem Punkte schienen die Würfel gefallen. Das faschistische Reich würde nicht daran gehen, die Alleinherrschaft des Kapitals wieder herzustellen, wenn vorher nicht geklärt war, wer davon profitierte. Es würde keinen Krieg im Osten gegen einen ernst zu nehmenden Gegner führen, wenn es zwei Großmächte in seinem Rücken wusste, die dessen Ausgang mit zu bestimmen gedachten.

Gab es für die beiden Großmächte im europäischen Westen also nach vertanen Monaten und Jahren noch eine Alternative? Innenpolitisch gerieten sie unter immer stärkeren Druck von Teilen ihrer Bevölkerung und von Politikern ihrer einflussreichen Parteien, die in sich tief gespalten waren. Winston Churchill, Mitglied der regierenden Konservativen, vertrat lange schon die Meinung, dass die Politik der Zugeständnisse an Deutschland in einem Fiasko enden werde und sich der kriegerischen Auseinandersetzung mit diesem unersättlich imperialistischen System und Konkurrenten auf Dauer nicht ausweichen ließe.

---

[2] Von ihm liegt der Nachlass vor im Privatarchiv der Familie auf Burg Falkenberg/Oberpfalz und daraus posthum veröffentliche Memoiren.

Dieser Standpunkt setzte, nachdem das Hakenkreuz über den Hradschin flatterte, sich schließlich in London und Paris durch. Als Deutschlands Angriff auf Polen erfolgte, wurde dem überfallenen Staat spät vertraglich versprochene militärische Hilfe der Westmächte zuteil, die ungewichtig und bedeutungslos war, denn es hatte dafür keine Vorbereitungen gegeben. Der deutsche Angriff erfolgte hingegen zunächst gen Osten und nach einem Plan, der älter war als das Abkommen von Moskau und dessen [conditio] sine qua non es nicht darstellte. Beide Seiten rechneten sich bei zeitlichem Aufschub nur Nachteile aus. Hitler sah seine Wehrmacht bestens gerüstet, nicht alle seine Generale auch. Er wollte vor Einbruch des Herbstes mit beiden Gegnern fertig werden. Auch deshalb hatte er auf den Vertrag mit der UdSSR gedrängt, von dem er sich vielleicht doch die Ruhigstellung der Westmächte versprach. Und Briten und Franzosen ahnten nicht, was ihnen bevorstand, als ihre Soldaten die Maginot-Linie besetzten und verteidigungsfähig machten.

Umso besser. Und in der Tat versprach Hitler sich dann auch, wenn die Sowjetunion die Neutralität wählen würde, Großbritannien und Frankreich schwankend werden und ihren Verbündeten im Stich lassen würden. Seine bis zum 3. September, wie immer starke Hoffnung ist belegt.

2. Acht Tage bis zum Kriegsbeginn

Als Ribbentrop nach Moskau aufbrach, hatte Hitler den Tag des Kriegsbeginns gegen Polen schon festgelegt. Tags zuvor rief er die Spitzen der Militärs zusammen und hielt ihnen eine Rede, in der er die Triebkräfte und Ziele des Krieges noch einmal unumwunden entwickelte und das in vollkommenem Widerspruch zu den Erklärungen, welche die Vorkriegskrise unausgesetzt zu einem deutsch-polnischen Konflikt herunterlogen. Die an diesem Tage auf dem Obersalzberg Versammelten, die nach voraus gegangenen Instruktionen ja schon nicht ahnungslos zur Stelle waren, konnten als die bestinformierten Deutschen gelten, wollten aber fünfeinhalb Jahre später auch als nicht informierter gelten als der geringste „Volksgenosse“. Die Unruhe unter denen hielt sich in Grenzen. Und das hatte Ursachen. Das Durchleben der „Tschechei-Krise“ und ihr Ausgang nährte Hoffnungen, es werde wieder so glimpflich abgehen wie im Herbst 1938. Der „Führer“ wisse schon, wie weit er gehen und auf welchem Wege er seine Ziele erreichen könne. Den Generalen aber hatte Hitler nichts Beruhigendes gesagt. Er war, wenn auch über die Eröffnungskonstellation noch nicht entschieden war, davon überzeugt, dass es irgendetwas wie eine „Wiederholung von München“ nicht geben werde. Die aber hatte in seiner Sicht nicht das entscheidende Gewicht. Die Herausforderung der Westmächte stand auf seinem Programm, zeitlich diktiert durch das vermeintlich eigene militärische Übergewicht, das genutzt werden sollte.

Was die „Volksgenossen“ nicht ahnten oder wussten, als sie die für sie verwunderliche, aber doch frohe Botschaft vom Nichtangriffsvertrag erfuhren, dass die Wehrmacht am 26. August, drei Tage nach Ribbentrops Reise, angreifen sollte. Das hatte auch den Grund für die Eile gegeben, in der der „Führer“ mit Moskau zur Vereinbarung gelangen wollte. Von ihr, obwohl er seinen Entschluss nicht an die Neutralität der Sowjetunion gebunden hatte, versprach er sich vom Vertragsabschluss doch mindestens den Ausschluss eines Zweifrontenkrieges. Hatte er das schriftlich, gewann er in der Sache wie für die Propaganda auch augenblicklich einen Vorteil. Die Regierungen in London und Paris konnten in ihren Entschlüssen schwankend werden, Polen zu unterstützen. Darauf spekulierte der „Führer“ übrigens bis zum Augenblick, als er am 3. September vom Eingang ihrer Kriegserklärungen unterrichtet wurde.

Zunächst aber erhielt er am 25. August die Nachricht, der zufolge Großbritannien und Polen einen Beistandspakt abgeschlossen hatten, der das Inselreich zu sofortigem Eingreifen zugunsten Polens verpflichtete, wenn es einem Angriff ausgesetzt sein sollte. Spät hatte sich in London die Ansicht durchgesetzt, dass sich im Falle weiterer Aggressionen Deutschlands einem Krieg nicht ausweichen ließ. Und dann signalisierte Mussolini, Italien sei nicht kriegsbereit. Das führte dazu, dass Hitler offenkundig eine Denkpause brauchte. Der bekannt gegebene Angriffstermin wurde zunächst ersatzlos widerrufen. Sie war aber kurz.

3. Die Verträge

Der nach seinem Abschluss veröffentlichte Text des Nichtangriffsvertrages bot – wie erwähnt – nach den darin fixierten Verhaltensweisen und Pflichten beider Unterzeichner gegenüber ähnlichen Abma-

chungen zwischen Staaten nichts Neues. Artikel 1 lautete: „Die beiden Vertrag schließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.“ Nächst der Tatsache, dass er überhaupt geschlossen worden war, machte jedoch der Zeitpunkt die Sensation oder vergrößerte sie. Durch Europa zog der Rauch des Krieges und es wurde absehbar, welche Gebiete er als erste erfassen würde. Es genügte, sich die bestehenden und neu abgeschlossenen Verträge durchzulesen, um sich eine Vorstellung von den Kriegsgegnern und Frontverläufen zu machen.

Denkwürdiger und nicht weniger folgenreich aber wurde das geheim gehaltene Zusatzprotokoll, das die beiden Partner gleichen Tages vereinbarten. Im Grunde handelte es sich um zwei Verträge, der eine bestimmte das Verhalten der UDSSR im bevorstehenden Kriege; der andere das nach dem deutschen militärischen Sieg über Polen. Zwischen beiden Abmachungen bestand kein notwendiger Zusammenhang. Bloßes Zuwarten auf Polens Kapitulation war freilich auch keine der sowjetischen Regierung zusagende Lösung. Die UdSSR würde in absehbarer Zeit eine gemeinsame Grenze mit dem faschistischen Deutschland haben. Die war unwillkommen und warf Fragen auf. Wo würde sie verlaufen. Entlang der Linie, die im Abkommen von Brest-Litowsk festgelegt worden war? Hinter der lebte 1939 eine Minderheit von Polen als herrschende ethnische Gruppe mit einer Mehrheit von Weißrussen, Ukrainern und Juden zusammen. Diese Millionen konnten, wie die Dinge lagen, der deutschen Besatzung überlassen werden, wenn das ganze Staatsgebiet von der Wehrmacht besetzt wurde. Deren Bewohner aber wünschten sich weithin weder die eine noch die andere Besatzungsmacht. Doch sie standen vor keiner Wahl und gerieten unter ein stalinistisches Regime, das unfähig war mit der dort angetroffenen Bevölkerung umzugehen. Obendrein wurde zwischen Deutschland und der UdSSR vereinbart, dass beiderseits der Grenze autonom-polnische Bestrebungen im jeweils besetzten Teil unterdrückt würden.

Dieses Zusatzprotokoll bedeutete faktisch Finis Polonia und ist in der Historiographie auch als Dokument der „vierten Teilung Polens“ bezeichnet worden, mit dem Unterschied, dass sie sich – anders als die vorauf gegangenen des 18. Jahrhunderts – durch den deutschen Angriff auf die UdSSR am 22, Juni 1941 ungleich rascher zu erledigen begann. Doch zunächst verwandelten die Deutschen Polens Norden, Westen und Mitte in so genannte dem Reich direkt angeschlossene Gaue (Danzig, Westpreußen, Wartheland), schlugen sie Ostpreußen oder Oberschlesien zu oder fassten sie als das Generalgouvernement mit dem Regierungssitz Krakau zusammen. Die der UdSSR zugesprochenen östlichen Landesteile, nun „Interessengebiete“ genannt, wurden der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik zugeschlagen. Das und die Politik in ihnen mit ihrem Terror, Erschießungen, Gefangennahmen, Deportationen und Umsiedlungen verschlechterte und belastete die polnisch-sowjetischen Beziehungen auf Generationen, zumal es während des Krieges zwar Korrekturen und die Rückkehr ostwärts Verschleppter gab, aber keinerlei Entschuldigungen und Entschädigungen für diese Politik an die Betroffenen. Sie blieb eine offene Wunde.

Diese Bestimmungen des „Zusatzprotokolls“ hätten genügt, ihm die höchste Geheimhaltungsstufe beizulegen, aus der dann so etwas wie die höchste Leugnungsstufe wurde. Sie verletzten jegliche Prinzipien des Internationalismus und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die Sowjetrussland unter Lenin nach der Revolution u. a. gegenüber Finnland, den Baltischen Staaten und auch gegenüber Polen verfolgte hatte, als die sich aus dem revolutionierten Russland lösten und eigene bürgerliche Staaten bildeten.

Von der UdSSR Stalins wurde nach den Zugeständnissen Deutschlands auch die Liquidierung der baltischen Staaten eingeleitet. Sie gelangten bei der Teilung der Einflusssphären in die sowjetische, zuerst Estland und Lettland. Dann durch eine Vertragskorrektur, die weitere zentrale und nördliche polnische Gebiete Deutschland zuteilte, auch Litauen. 1940 waren sie Sowjetrepubliken und die Innenpolitik Moskaus dort nicht besser und vor allem nicht gewinnender als schon in den einstigen ostpolnischen Gebieten.

Die polnische Regierung floh mit dem Ziel Großbritannien zunächst nach Rumänien. Dem Schritt der UdSSR haftete, die mit dem Befehl an ihre Armee gezögert hatte, wie immer motiviert, auch etwas von Leichenfledderei an und wurde den Geruch der Beutegemeinschaft nie los.

Auf den ersten Blick hatte das Deutsche Reich für den Nichtangriffsvertrag einen hohen Preis entrichtet und weite vor der UdSSR gelegene Gebiete Osteuropas, die doch auf ihrem Expansionsprogramm standen, dem künftigen Kriegsgegner überlassen. 1941 erwies sich das als nicht sehr folgenreich. Nachhaltiger war der Verlust an internationalem Ansehen der UdSSR und es ist zu fragen, warum sie den in dieser Höhe und über die Verträge hinaus entrichtete. Denn nach dem Ende des deutsch-polnischen Krieges ergriff die UdSSR obendrein propagandistisch die Partei Deutschlands, erklärte alle Kriegsgründe für erledigt und die Westmächte für seine Fortsetzung verantwortlich. In einem Grenz- und Freundschaftsabkommen vom 28. September 1939, zu dessen Abschluss sich Ribbentrop erneut nach Moskau begab, findet sich einer der nicht selten anzutreffenden heuchlerischen Sätze der Diplomaten. Dieser, der, denkt man an das Folgende doch eine Sonderstellung einnimmt. Er lautete „Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern.“

Das bedeutete eine totale Kehrt- und Abwendung vom bisher vermittelten Bild europäischer Geschichte. Dies blieb zwar eine auch nur bis zum 22. Juni 1941 dauernde Episode, dann kehrte die sowjetische Geschichtsschreibung zur vor der gegebenen Darstellung der Vor- und Frühgeschichte des Zweiten Weltkrieges zurück. Dass sie sich jedoch zutrug, kündete davon, wie weit begründete theoretische und ideologische, Tatsachen gestützte Positionen der Politik – unbekümmert um Wahrheit oder Lüge – geopfert werden konnten. Auch darauf folgte später „vergessliches Schweigen“. In den weiten Falten der Toga des Sieges wurde 1945 vieles zudem verschämt oder auch nur berechnend verborgen, was besichtigt und analysiert gute Dienste hätte leisten können. Die Abmachungen zwischen Deutschland und der UdSSR geheim zu halten, musste scheitern, sobald die nicht nur auf dem Papier standen, sondern ihnen die Tat folgte. Es war undenkbar, dass die Gebietsverteilungen, eine Veränderung der Landkarte Osteuropas mit der Liquidierung von vier Staaten und die damit verbundenen neuen Grenzverläufe, ohne Vereinbarungen an der Staatsspitze erfolgten. Deren partielle Offenlegung geschah mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die ihnen zugesprochenen Ostgebiete Polens, der am 17. September 1939 begann. Da war die polnische Armee bis auf Reste geschlagen und in deutscher Gefangenschaft.

4. Interpretationen – „Prawda“ und „Völkischer Beobachter“

Über die Aufnahme der Nachricht vom geschlossenen Vertrag sind wir in beiden Ländern relativ schmal unterrichtet. In Deutschland befand sich der wöchentlich, dann mehrmals angefertigte Informationsdienst, Teil des Reichssicherheitshauptamtes, später die Hauptquelle über Meinungen, Stimmungen und Verhalten in der Bevölkerung einen Monat nach Kriegsbeginn noch im Aufbau. Zu den Aufgaben der Ideologen und Propagandisten beider Länder gehörte es aber in den Tagen nach dem 23. August 1939 schon, die Beweggründe ihrer Regierungen zu erklären und eine Rechtfertigung ihres überraschenden Vorgehens zu liefern. Das machte keine gehäuften Schwierigkeiten, denn die Massen in beiden Ländern wollten den Krieg nicht und der Vertrag grenzte ihn ein und ließ auf seine Kürze hoffen.

Es waren insbesondere die verlässlichsten Anhänger der Führungen, die auf beiden Seiten Fragen aufwarfen und Zweifel äußerten. Doch lange währte das nicht und tief reichten auch Besorgnisse nicht. Die Gewinne des jeweiligen Partners lagen zutage. Für die Sowjetrussen bedeutete der Wechsel von der Perspektive eines Militärbündnisses mit den Westmächten zur Neutralitätspolitik, jedenfalls für den Augenblick, dass Hunderttausende sonst mobilisierter Männer bei ihren Familien blieben und ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen konnten. Insgesamt ließen sich Volks- und Rüstungswirtschaft kontinuierlich voranbringen.

Hitler konnte sich der Abwendung eines Zweifrontenkrieges rühmen, wenn der auch ernsthaft nicht gedroht hatte. Die Bewohner an der Ostgrenze zu Polen waren umfassender Evakuierungen enthoben, da deren Armee das Vordringen in ihr Gebiet nicht zugetraut wurde. Umsiedlungen ins Reichsinnere betrafen im September 1939 folglich nur eine geringe Zahl von Bewohnern in Dörfern zwischen den Bauten des Westwalls, vorwiegend im Saarland um das Kampffeld frei zu machen.

Außerdem bremsten auf beiden Seiten Einwände, die sich aus dem blinden Vertrauen ergaben, das ihren Führern galt. Was sie entschieden und taten war hier wie dort wohlgetan. Und die deutsche Führung tat alles, um gegenüber der UdSSR, aber eben auch in der eigenen Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, dass sie auf Dauer ein neues Verhältnis zum jetzigen Nachbarn und Partner im Osten anstrebte und schuf. Um das glaubhaft zu machen wurde zunächst alle antisowjetische Propaganda unterlassen und aus Büchereien und Buchhandlungen Schrifttum entfernt, was sie hervorgebracht hatte. Pejorative Bezeichnungen der Sowjetunion kamen aus dem Verkehr. Die „Reinigung" reichte bis in das Filmwesen, wo der sich an junge Faschisten wendende Streifen über den Kampf der Soldaten Friedrichs II. gegen die Kosaken im Archiv verschwand, von wo er 1941 wieder hervorgeholt wurde.

5. Die Wende. Der 22. Juni 1941

In Wahrheit war die Kriegsabsicht gegen die UdSSR nie aufgegeben und vor den führenden Militärs wiederholt einbekannt worden, die entsprechende Aufträge erhielten. Mit diesem Krieg des Reiches gegen die Sowjetunion entstand zunächst objektiv eine neue Situation im deutsch-polnischen Verhältnis. Sie waren nun beide Gegner Deutschlands, ohne noch Verbündete zu sein. Das änderte sich mit Initiative der britischen Regierung und ihres Ministerpräsidenten rasch, die ein Hauptinteresse an der Zusammenführung aller denkbaren antideutschen Kräfte hatte. Auf sowjetischer Seite war da eine Kehrtwendung erforderlich, vor allem mussten die in Gefängnissen und Lagern Inhaftierten freigelassen werden. Sodann den nach dem Osten deportierten Polen die Rückkehr in ihre jetzt sowjetischen Gebiete zu ermöglichen, was auf das Hindernis stieß, dass deren Eigentum sich inzwischen in anderen Händen befand und landwirtschaftlich kollektiviert war. Dennoch gelang es schon 1941.

6. Die lange Flucht vor der Wahrheit

Als der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag unterschrieben worden war, hatte das in Deutschland und der UdSSR schon einmal zum Umschreiben der Geschichte geführt, weniger das an deren Stelle Erfindungen und Fälschungen gesetzt worden wären, als durch das Weglassen von Tatsachen und die Benutzung anderer Sprachregelungen zur Beschreibung des Gewesenen. Nach Kriegsende wiederholte sich das Trauerspiel auf andere Weise.

Keine Siegermacht besaß an einer vollständigen und wahrheitsgemäßen Darstellung der eigenen Rolle auf dem Weg in den Krieg Interesse. Großbritannien hatte die Politik der kollektiven Sicherheit nicht nur nicht mitgetragen, sondern mit dem Flottenvertrag 1935 auch sabotiert. Gemeinsam mit Frankreich ließ es 1938 die Tschechoslowakei im Stich. Die UdSSR beschloss mit Deutschland 1939 u. a. die Auslöschung des polnischen Staates. Ruhmesblätter der Geschichte waren das nicht. Sie hätten diesen Krieg zu dritt verhindern können, gewiss ihn aber in seinem Ausmaß und seinen Folgen für ihre Völker begrenzen. Nun wurden derlei Themen durch dessen Verlauf und Ausgang zwar verdeckt. Wäre da nicht der Kalte Krieg entstanden. Das führte zum Aufwerfen der Kriegsschuldfrage und zu gegenseitigen Beschuldigungen. Und da besaßen die kapitalistischen Mächte die besseren Karten. Der Vertrag vom 23. August bildete ihre Trumpfkarte. Er habe, so kurz und knapp die daran geknüpfte Grundaussage, das gegen Hitlers Kriegsplan bis dahin auf Rot gestellte Signal auf Grün geschaltet.

Mit der Abschwächung des Kalten Krieges in den achtziger Jahren wurden jedoch auch die in der Bundesrepublik benutzten Schulgeschichtsbücher in diesem Punkte sachlicher. Das bestätigen acht ausgewählte Schulbücher, die von fünf verschiedenen Verlagen herausgegeben wurden. Sie sind für Heranwachsende im Alter von mindestens 14 oder 15 Lebensjahren bestimmt.[3] Betrachtet wurden Texte, die sich mit der Vorgeschichte und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges befassen.

---

[3] Es sind dies: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Ausgabe B, C. C. Buchner Verlag Bamberg 1995 (Buchner 3). Weimarer Republik und NS-Staat, C. C. Buchner Bamberg 2000 (Buchner 2). Das waren Zeiten. DAS 20. Jahrhundert, C. C. Buchner Bamberg 2002 (Buchner1). Epochen und Strukturen. Grundzüge einer Universalgeschichte für die Oberstufe, B. II: Vom Absolutismus bis zur Gegenwart, Moritz Diesterweg Frankfurt a. M. 1996 (Diesterweg). Geschichtsbuch Oberstufe, Bd. 2., Das 20. Jahrhundert, Cornelsen Berlin 1996 (Cornelsen). Anno 4, Bd. IV: das 20. Jahrhundert, Westermann Braunschweig 1997 (Westermann). Geschichte plus. Klasse 9. Mecklenburg-Vorpommern, Volk und Wissen Verlag Berlin 2003 (V+W). Expedition Geschichte 4. Mittelschulen Sachsen Klasse 4, Diesterweg u. a. 2006 (Diesterweg 2). Die Jahreszahlen geben das erste Erscheinen des

Zwei Publikationen vermerken ausdrücklich, dass es über die Entstehung und Verursachung des Zweiten Weltkrieges und die Kriegsschuld keinen Streit gäbe.[4] Die Autoren nennen den Krieg, der am 1. September 1939 begann, sämtlich *Hitlers Krieg.* Er habe ihn gewollt, geplant, auf ihn hinarbeiten und ihn schließlich per Befehl eröffnen lassen. Und dieser Krieg sei eine Erscheinung sui generis, er besitze Singularität, die ihm durch seinen „rassenpolitischen Charakter verliehen" worden wäre.[5] Zur Bekräftigung dieser Sicht wird die eines Vorurteils und einer Parteinahme unverdächtige *„Neue Züricher Zeitung"* vom 4. September 1939 mit dem Satz zitiert, dass „die Verantwortung für diese europäische Katastrophe auf einem Mann liegt, der [...] mit Namen und Vorname bezeichnet werden kann."[6]

In *Hitlers Außenpolitik* seien zwei Phasen zu unterscheiden, die der Revisions- und die folgende der Expansionspolitik.[7] Völlig allein und einsam habe der Diktator sich auf diesem Kurs jedoch nicht befunden. Die so genannten Nahziele Hitlers seien auch die der konservativen deutschen Eliten und traditionellen Führungsschichten gewesen.[8] Die aber hätten in der zweiten Phase nicht mehr mitgemacht. Beweisen würden dies die Biographien Hjalmar Schachts, der seinen Platz als Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident räumte, und des Generals Ludwig Beck, der als Chef des Heeresgeneralstabes abtrat.[9] In einem Band wird darauf verwiesen, dass Rüstungskapitalisten an den Profiten interessiert gewesen wären, die ihnen aus den Staatsaufträgen zuwuchsen, und Generale am Ruhm, der auf den Kriegspfad lockte. Doch reiht sie diese Erwähnung beider eher in eine besondere Kategorie von Mittuern oder Mitläufern ein, und nicht in eine Gruppe, die für den Weg in den Krieg besondere Verantwortung auf sich geladen hätte.

Auch in der Publizistik hatte sich eine tatsachengestützte Version der Kriegsursachen durchgesetzt. So schrieb der *Spiegel*"[10] 1989 in einer Auseinandersetzung mit dem russischen Schriftsteller Victor Suworow und dessen Buch „Der Eisbrecher" dies: „Während sich die Zunft über die Schuld am Ersten Weltkrieg noch in den sechziger Jahren erbittert zerstritt – Auslöser war das Buch „Griff nach der Weltmacht" des Hamburger Historikers Fritz Fischer – gab es keinen Zweifel an der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg, den „Russlandfeldzug" eingeschlossen.

„Hitlers Entschluss zum Krieg im Osten ist völlig unabhängig von den politischen und militärischen Aktionen Stalins [...] zu betrachten", befand – einer für fast alle – Historiker Gerd Ueberschär vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg.

Die Beweise sind lückenlos: Akten der Reichsregierung, Protokolle über „Führerbesprechungen" mit den Generalen – beginnend schon am 3. Februar 1933, vier Tage nach der „Machtübernahme" –, das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht und des Generalstabschefs des Heeres, Aufmarsch- und Angriffspläne gegen die Sowjet-Union – beginnend im Juli 1940–, die „Führerweisung" Nr. 21 für die Operation „Barbarossa" (vom 18. Dezember 1940) –, historische Studien, zahlreiche Memoiren und neuerdings die Goebbels-Tagebücher.

Alle Dokumente bestätigen, dass Hitler den imperialistischen „Lebensraum" wie den rassisch-ideologisch fixierten „Vernichtungskrieg" gegen die Sowjet-Union und das „jüdisch-bolschewistische" System vorbereitete und auslöste, den er schon in „Mein Kampf" angekündigt hatte: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein. Zur Weltmacht aber braucht es jene Größe, die ihm in der heutigen Zeit die notwendige Bedeutung und seinen Bürgern das Leben gibt ..."

---

jeweiligen Buches an, die nachgestellten Klammern informieren über die Zitierweise. Der Bands für Sachsenns Mittelschulen nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als zu seinen Herausgebern und Autoren der Professor für Geschichtsdidaktik Florian Osburg, der in DDR-Zeit an der Humboldt-Universität lehrte, gehörte.

4 Cornelsen, 202.

5 Cornelsen, 95.

6 Buchner, 2, 186.

7 Cornelsen 200.

8 Buchner 3, S. 11.

9 Cornelsen, 201.

10 *Der Spiegel* 10/1989 6. März 1989.

„Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Das war eine klare Lossage von der These, die Stalins und der UdSSR Mitschuld am Beginn des Krieges behauptet hatte.

Wer in der UdSSR freilich auf die Idee gekommen war, das Zusatzprotokoll zu leugnen, ist offenbar nie erörtert, und wenn, dann nicht ermittelt worden. Der Kreis derer, die durch ihre Teilnahme an der Unterzeichnung oder den Vorverhandlungen um seine Existenz wussten, ist namentlich bekannt. Dass Stalins Einverständnis vorgelegen haben muss, unterliegt keinem Zweifel. So war nicht zu erwarten, dass in der UdSSR jemand sprach. Nach seinem Tode blieb es dabei. Und so erschienen in ihr über Jahrzehnte Geschichtsbücher mit dieser Auslassung.

Und die Historikerschaft der DDR folgte dem. Ihre Lehrbücher[11] boten überzeugende Begründungen für den Schritt zum Nichtangriffsvertrag, aber dort besaßen sie allesamt dasselbe „Loch“. Das führte in groteske Situationen. Die DDR-Spezialisten der Faschismusgeschichte traten mit zweierlei Geschichtsbildern auf, mit dem einen im Inland und in ihren Veröffentlichungen; dem anderen in Vorlesungen an Universitäten und auf internationalen Konferenzen, auf denen sie sich nicht als Ignoranten zeigen konnten. Erst gegen Ende der DDR, auf dem Kongress ihrer Historiker-Gesellschaft im Januar 1989, wurde damit gebrochen. In die Presse drang davon immer noch nichts.

Der antirussische Knüppel

In der Bundesrepublik regten sich schon 2009 Ideologen, die anlässlich des 70. Jahrestages des Vertragsabschlusses eine Reanimierung der im Kalten Krieg vorherrschenden Interpretation des Vertrages betrieben und das im Kontext und zugunsten der Verschärfung der Beziehungen zwischen Russland und der Nato. Ein Journalist schrieb in der *„Frankfurter Allgemeinen“* von der „deutsch-sowjetischen Beutepartnerschaft“.[12] Diesmal tat sich u. a. ein österreichischer Gast, Professor für Geschichte in Hildesheim, hervor. Bei ihm las sich die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges so „Mit dem 1. September 1939 wird offiziell die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Hitler bezeichnet. Das ist nicht einmal die halbe Wahrheit: Es war Stalin, der als Komplize Hitlers den Krieg in Europa erst ermöglichte. Der Hitler-Stalin-Nichtangriffspakt war tatsächlich ein Angriffspakt auf Polen, Ausdruck der tiefen Verachtung beider Diktatoren für die Völker und Staaten zwischen ihnen: Nazifizierung und Sowjetisierung. Lebensraum-Projekte und die so genannte „Endlösung“ waren verschieden, griffen aber in teuflischer Komplizenschaft und Perfektion ineinander. Judenfeindschaft verband beide.“ Dass ungestillter Antisowjetismus diese Zeilen diktierte, ist unzweifelhaft, wichtiger aber, dass sie durch keine Quelle gestützt werden. Die sind auch in den seit der ersten Verbreitung dieser Version im frühen Kalten Krieg nicht aufgefunden worden. Stalins Biografie enthält eine Leporelloliste von Verbrechen. die er bis in die letzten Tage seines Lebens begangen und zu verantworten hat. Man denke an die Tausende von Unschuldigen, die sich am Tage seines Ablebens in Gefangenenlagern des Gulags befanden. Der Generalsekretär war ein Mensch ohne Moral. Aber der Zweite Weltkrieg geht nicht auf Sein Konto, sondern wenn von Einzelpersonen die Rede ist, auf das Hitlers und dessen Komplizen. Er hatte vor der höchsten deutschen Generalität am 3. Februar 1933, dem 4. Tage seiner Kanzlerschaft einbekannt, dass er den Ersten fortsetzen werde, sobald er dazu die militärischen Mittel besitze, mit einer modifizierten, im Grunde aber unveränderten expansiven Zielsetzung. Stalin hingegen, dem diese Rede sogleich auf geheimdienstlichem Wege zugespielt worden war, entschloss sich zu einer Politik, die dieses erklärtermaßen gegen Osten, also gegen sein Land gerichtetes Vorhaben vereiteln sollte: Da das Expansionsgelüst dieser deutschen Politikergruppe sich nicht nur gegen die Großmacht im Osten richtete, bestand die Chance, für diese Gegenwehr Verbündete zu finden.

Die UdSSR war die einzige europäische Großmacht die mit dem Machtantritt der deutschen Faschisten ihre Auenpolitik überprüfte und ihre Europapolitik korrigierte. Sie trat auf Einladung dem Völkerbund bei, der sie bis dahin als sein Mitglied nicht akzeptiert hatte einlud. Und sie suchte Verbünde-

---

11 Siehe die Lehrbuchreihe, Hrsg. von Joachim Streisand. Deutsche Geschichte. Bd. 1933-1939. Berlin 1969.

12 FAZ, 17. September 2009, S. 33.

te für eine abschreckende und abwehrfähige Staatenfront, die den deutschen Welteroberern die Trauben so hoch hängte, dass sie ihnen zu sauer wurden. Dafür setzte Stalin seine besten Diplomaten ein. Den Außenminister Maxim Litwinow, der einen Partner in dem französischen Amtskollegen Aristide Briand fand und, nach dessen Tode den Zusammenschluss zu den Mai-Verträgen 1935 erreichte. Mit Frankreich, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion waren damit die drei europäischen Kontinentalmächte politische Verbündete, die über die stärksten militärischen Kräfte verfügten. Abmachungen über ihre denkbare koordinierte Verwendung hätten den politischen folgen können.

Zu den aktiven Förderern der Politik gehörte auch der sowjetische Botschafter in Großbritannien, Iwan Maiski, der jedoch nicht erfolgreich war. Die konservative sowjetfeindliche Londoner Regierung wählte für ihre Deutschlandpolitik den Kurs der Zugeständnisse und schloss im Juni 1935 – wie erwähnt, das war die Kontradiktion zu den Maiverträgen – und ohne ihre Mitunterzeichner des Versailler Vertrages zu befragen, mit Deutschland einen Flottenvertrag. Er räumte dem aufrüstenden Staat einen größeren Spielraum auf dem Felde der Seerüstungen ein, vor allem den Bau von Unterseebooten, aber auch den von Großkampfschiffen. Die Wege der Siegermächte von 1918 führten in einem schwerwiegenden Punkte auseinander. 1936 ging die Einführung der Allgemeinen Wehpflicht ohne Komplikationen durch. Frankreich schwenkte auf den Kurs Englands ein, wie an der Haltung beider 1938 in der so genannten Tschechei-Krise 1938 deutlich wurde. Sie gaben die Tschechoslowakei preis.

Die UdSSR war nach München wieder ein isoliertes Land und stand außenpolitisch vor der unlösbaren Frage: Wie weiter. Sie war auf sich gestellt wie schon in den zwanziger Jahren nach den Bürger- und Interventionskriegen. Doch da hatte sich zwischen ihr und dem geschlagenen und zunächst ebenfalls international isolierten Deutschland eine besondere Beziehung entwickelt. Nun herrschten die Faschisten. Sie hatten auch außenpolitisch ein unerwartetes Tempo bei der Verfolgung ihrer Ziele angeschlagen und zwei Mittelstaaten, Österreich und die Tschechoslowakei liquidiert und sich ganz oder teilweise einverleibt, die in Richtung Ost- und Südosteuropa lagen, dazu sich in der Slowakei und vordem schon in Ungarn Verbündete geschaffen.

Einen Wandel schuf der Bruch des Münchner Abkommens, kein halbes Jahr nachdem es geschlossen worden war. Die Deutschen besetzten Böhmen und Mähren, errichteten im Westteil der Tschechoslowakei ihr Protektorat und etablierten sich in deren Hauptstadt Prag. Die Westmächte standen vor dem Scherbenhaufen ihrer Deutschland-Politik. Der Münchener Vertrag, von dem der britische Premier gerühmt hatte, er bringe Frieden für unsere Zeit, war Müll. Es erhob sich die Frage, ob sie unter dem Eindruck dieses Debakels sich zur sowjetischen Politik der kollektiven Sicherheit durchringen würden. Litwinow ließ keine Zeit verstreichen das auszuloten. Er schlug für den 18. März 1939, mithin drei Tage nach der Okkupation der Tschechoslowakei, eine Beratung der Staaten vor, die von der deutschen Politik künftig betroffen und bedroht sein konnten. Doch weder Frankreich noch Großbritannien zeigten mit ihren Antworten und weniger noch mit ihren Entschlüssen große Eile. Das Treffen kam nicht zustande.

Sollte die UdSSR abwarten, wie sich die Beziehungen der drei kapitalistischen Großmächte zu einender nun entwickelten oder ihrerseits Initiativen zur Neubelebung der Politik kollektiver Sicherheit ergreifen, jetzt aber unter einem anderen Zeitdruck als 1934/35, also den Versuch unternehmen, doch die Abschreckungsfront zustande zu bringen, oder sollte sie darauf vertrauen, dass, wie sich die Dinge entwickelten, jetzt nicht sie „an der Reihe“ war, sondern in einer sich anbahnenden kriegerischen Auseinandersetzung neutral bleiben könnte. Dass es in Moskau im Frühjahr 1993 darüber eine einheitliche Meinung gegeben habe ist unwahrscheinlich. Sonst wäre die Entlassung Litwinows am 3. Mai von seinem Posten schwer erklärbar. Anders als Stalin war er offenbar für ein zweigleisiges Vorgehen nicht zu haben, das sich der UdSSR nun eröffnete, denn sie wurde von der deutschen Außenpolitik umworben. Die stand vor der Frage, ob ihr nächstes Objekt, Polen, isoliert bekriegt werden könnte, dass unverzüglich nach Prag aus Berlin schon bezeichnet worden war. Doch die Warschauer Regierung schien aus den Erfahrungen der Prager gelernt zu haben und wies die am 21. März erhobenen deutschen Forderungen der Hergabe Danzigs und eines exterritorialen Korridors durch Westpreußen zurück. In dieser Haltung wurde sie auch durch die beiden Westmächte gestützt, die allen

Grund hatten, sich von ihrer Politik wenigstens verbal loszusagen. Frankreich versicherte Warschau augenblicklich für den Fall eines Angriffs auch vertraglichen Beistand. Prag, das sah Hitler, würde sich nicht wiederholen. Folglich wollte die deutsche Regierung auf dem Wege in den Krieg sorgen, dass es nicht zu einem Zusammenschluss Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR gegen den Aggressor kam und sich ein Zweifrontenkrieg entwickelte.

Die europäische Diplomatie geriet im Frühjahr und Sommer in Bewegung, ohne dass es zunächst noch zu definitiven Entscheidungen kam. Im Mai empfing Moskau mehrere untrügliche Signale. dass die faschistische Regierung bereit war, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur UdSSR zu verbessern. Gefallen und unwandelbar war und blieb einzig die deutsche Entscheidung, den Krieg im Jahre 1939 zu beginnen. Es war eine ausschließlich „deutsche Entscheidung“.

Die Sowjetunion wurde eine umworbene Macht. Sie suchte noch immer die Alternative der Politik der kollektiven Sicherheit. Auf diesem Kurs kam es im August bis zu Verhandlungen zwischen ihr und allerdings inkompetenten Delegationen britischer und französischer Militärs in Moskau, die sich hinzogen und am 21. August 1939 ergebnislos endeten, ein Ereignis, auf das vor allem in Berlin gehofft worden war. Die Option des Kremls lag nahe. War der Aggressor gemeinsam nicht zu bändigen, Krieg nicht zu verhindern, dann existierte als Alternative; sich solange wie möglich aus ihm herauszuhalten und zu sehen, was sich für das eigene Land gewinnen ließ, wenn die kapitalistischen Mächte einander bekriegten und jedenfalls doch schwächten. Wenn Stalin den Krieg gewollt hätte, brauchte er Hitler nicht in ihn zu stoßen.

Als Ribbentrop in der sowjetischen Hauptstadt an jenem 23. August ankam, waren die Tage des europäischen Friedens schon gezählt. Der Kriegsbeginn war in der deutschen Führung festgelegt und für den 26. August bestimmt. er wurde noch einmal um ein Geringes auf die frühen Morgenstunden des 1. September verlegt. Tags zuvor hatte Hitler eine Rede vor der Generalität gehalten. Bei der bevorstehenden Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages, den er bei der erfolgten Vorbereitung und der beiderseitigen Interessenlage für kein Risikounternehmen ansehen musste, hatte er sich nicht aufzuhalten. Er prägte seinen Zuhörern noch einmal ein, dass sie diesen Krieg nicht um Danzig und des Korridors Gewinn führen würden. Das seien nicht die Objekte. Er gelte der Eroberung des Nachbarlandes, der Inbesitznahme seiner Reichtümer, dem Anwachsen der eigenen Macht.

12 Thesen

1. Es waren unterschiedliche und gegensätzliche Wege, Antriebe und Interessen, die Deutschland und die UdSSR am 23. August 1939 als Partner eines Nichtangriffspaktes zusammenführten. Deutschland, im Begriff, einen Krieg gegen Polen zu beginnen und dadurch einen Krieg mit dessen Verbündeten Großbritannien und Frankreich zu riskieren, wollte einen Zweifrontenkrieg vermeiden und sich der Neutralität Sowjetunion rückversichern, der Großmacht, die im Moment isoliert war und kein Interesse daran hatte, in einen Krieg zu geraten.

2. Diese Entscheidung in Moskau war nicht dessen erste Option. Die UdSSR hatte die Bildung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa, das den deutschen Aggressor abschreckte und zügelte, bevorzugt. Dessen Kern hätten sie selbst, Frankreich und die Tschechoslowakei sein können. Der Anschluss weiterer Staaten schien denkbar, vor allem Rumäniens und Polens, deren Staatsgebiete zudem für die Rote Armee geöffnet werden mussten, wenn die der deutschen Wehrmacht entgegentreten sollte. Das Münchener Abkommen begrub im September 1938 das Projekt der UdSSR definitiv und setzte ihr den diplomatischen Stuhl vor die Tür Europas.

3. Dann schuf dessen Bruch, die deutsche Besetzung Prags und Tschechoslowakei im März 1939 eine neue Situation Doch der Versuch, die Sicherheitspolitik zu reanimieren, wozu Verhandlungen mit inkompetenten Militärdelegationen Großbritanniens und Frankreichs sich hinzogen, scheiterten. So wurde der Vertrag mit Deutschland die Aushilfe und Alternative.

4. Er unterschied sich von ähnlichen Verträgen zwischen Staaten mit deren Verpflichtungen nicht. Dass es augenblicklich Sensation machte, hatte zwei Ursachen: die politische und ideologische Verfeindung, die zwischen den Partnern seit 1933 bestand, so dass selbst eine solche Vereinbarung beider

Mächte für völlig ausgeschlossen gehalten wurde. Die andere lieferte, dass der Rauch des Krieges durch den Kontinent zog und seine Fronten erkennbar anders verlaufen würden, als weithin angenommen.

5. Der Pakt beschränkte sich nicht auf den veröffentlichten Teil. Er erhielt ein Geheimes Zusatzprotokoll mit Bestimmungen, die von einem siegreich geführten Krieg Deutschlands über Polen ausgingen und die Einflusszonen beider Staaten in Osteuropa festlegten, die in absehbarer Zeit eine gemeinsame Grenze haben würden Das geschah unbekümmert um Rechte und Interessen der davon betroffenen Staaten.

6. Die Existenz geheim gehaltener Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten machten spätestens seit dem 17. September erste praktische Schritte klar. Die Rote Armee rückte auf das östliche Gebiet des geschlagenen Polen vor und begegnete denen der Wehrmacht. Beide besetzten das Land entlang einer Demarkationslinie, Die Begegnung zwischen den Angehörigen beider Armeen verliefen komplikationslos, teils mit freundschaftlichen Gesten.

7. Das westliche und mittlere Polen wurde dem Reich zugeschlagen, entweder als Reichsgaue oder als Generalgouvernement. Das östliche der Sowjetunion und Teil der Sowjetrepubliken Weißrussland und der Ukraine. Von dem Staat Polen blieb kein Quadratkilometer bestehen, von seiner Zukunft war nicht die Rede.

8. Am 22. Juni 1941 zeigte sich binnen Tagen, dass der Gewinn der nach Westen vorgeschobenen sowjetischen Grenze gering war. Die Deutschen eroberten das ganze ehemalige Polen und die drei baltischen Republiken binnen weniger Wochen und drangen weit nach Weißrussland, Russland und in die Ukraine vor. Erst am 16. Oktober 1944 erreichte die Rote Armee wieder das von den Deutschen okkupierte Gebiet und die Befreiung Polens begann.

9. Eine Änderung trat im polnisch-sowjetischen Verhältnis mit dem Krieg Deutschlands gegen die UdSSR ein. Deutschland und Polen wurden faktisch Verbündete. Das vereinbarten sie 1941/43 in Verträgen, die in London geschlossen wurden. Die UdSSR widerrief ihre Abmachungen mit Deutschland, nicht jedoch ihre Gebietsaneignungen auf Polens Kosten. In ihnen, die von Weißrussen, Ukrainern; Polen und Juden bewohnt waren, hatte sie u. a. zwangsweise Bevölkerungsumsiedlungen vorgenommen.

10. Bei Kriegsende wurde in Moskau die Chance vertan, in den Beziehungen beider Staaten gleichsam reinen Tisch zu machen. Die geheimen Abmachungen vom 23. August 19939 wurden abgeleugnet. In Politik und Geschichtsschreibung der UdSSR bildeten sie ein Tabu. Die Papiere gäbe es in sowjetischen Archiven nicht. Tatsächlich lebten aber die sowjetischen Augenzeugen: Stalin, Molotow, Schaposchnikow und der Deutsche von Ribbentrop, der nach dem Gerichtsurteil von Nürnberg am 1946 hingerichtet wurde.

11. Nun aber konnte in den Beuteakten des Reichsaußenministeriums gefahndet werden. Dort fanden sich Hinweise auf die Verhandlungen und deren Resultat. Die wurden dem deutschen Verteidiger von Heß und Frank sowie im Wilhelmstraßen-Prozess Alfred Seidel (1911-1993) zugespielt in der Absicht, im Prozess zugunsten der Angeklagten und zur Verschlechterung der Beziehungen der Siegermächte präsentiert zu werden. Das verhinderten die Alliierten jedoch.

12. Das sowjetische Parlament leitet eine Änderung seiner Geschichtspolitik ein. Akten, die über den Generalvertrag Aufschluss gaben, werden zugänglich und es wird eine Kommission eingesetzt, die eine historische und juristische Bewertung des Dokuments erarbeiten soll.Erstveröffentlichung.

„Das Augusterlebnis und der ‚Geist von 1914'"

Als der Weltkrieg begann, lag der letzte Krieg, den Deutschland geführt hatte, es war der gegen Frankreich 1870/71, mehr als vierzig Jahre zurück. Wer als Zwanzigjähriger an ihm teilgenommen hatte, gehörte inzwischen zur Großelterngeneration und galt als Veteran. Gelegentlich, namentlich am so genannten Sedan-Tag, traf er sich mit seinen einstigen Kriegskameraden zu Gedenkveranstaltungen und -festen. Die Erinnerung an diesen Krieg war von Staatswegen gepflegt und er wieder und wieder als das historische Ereignis gefeiert worden, das in die Reichseinigung und die Ausrufung des Kaiserreiches im Festsaal des Schlosses zu Versailles gemündet hatte.

Dieser Krieg war von kurzer Dauer gewesen, er hatte am 19. Juli 1870 begonnen und endete am 10. Mai des folgenden Jahres mit dem Frieden von Frankfurt. Schon am 31. Januar, also nach kaum mehr als einem halben Jahr, war der Waffenstillstand unterzeichnet worden, Kurz waren auch die vorausgegangenen Kriege, die Preußen gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866. beide jeweils mit Verbündeten, geführt hatte. Alle Schlachten und Gefechte hatten jenseits der preußischen Grenzen stattgefunden, an den Düppeler Schanzen im Norden und in Böhmen bei Königgrätz/Sadowa und Nachod. Die Zahl der Toten des gegen Frankreich geführten Krieges betrug auf deutscher Seite 44.000. Ihrer wurde auf Tafeln im Inneren der Kirchen und auf Gedenksteinen, errichtet auf Friedhöfen und an anderen öffentlichen Räumen, gedacht. Was Krieg bedeutete, hatten Bewohner deutscher Städte und Dörfer das letzte Mal 1813 erfahren während des Befreiungskrieges, namentlich in Sachsen, und davor in den Jahren der napoleonischen Besatzung. Davon war in Büchern zu lesen. Doch in der Mehrheit wurden die Heldentaten geschildert, nicht das Elend, die Verwüstungen und der Hunger während jener generationenweit zurückliegenden Jahre.

Die Deutschen gingen in ihrer übergroßen Mehrheit, soweit sie überhaupt dergleichen besaßen, 1914 mit naiven Vorstellungen in den Krieg. Der Sieg der deutschen Armeen schien ihnen sicher, hatten die doch die Kriege des 19. Jahrhunderts durchweg gewonnen und namentlich die Franzosen, die vielen von ihnen als der Erbfeind eingeprägt worden waren und galten, gleich zweimal besiegt, 1813/15 und 1871. Daran war die Erinnerung in einer Überhöhung und Verklärung der Siege gepflegt worden, so 1873 mit der Errichtung der Siegessäule in Berlin und 1913 mit der des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig, das eine wie das andere – nationale Wallfahrtsorte. Vor allem aber besaßen die Deutschen keine Vorstellung von den kriegstechnischen Mitteln, die im Verlauf des Krieges eingesetzt werden würden, der nun begann. In den zurückliegenden vier Jahrzehnten waren die in Kriegen gebräuchlichen Mordinstrumente allesamt modernisiert worden, angefangen bei den Handfeuerwaffen. In der deutschen Armee war 1898 das Gewehr 98 eingeführt worden, das auch die Armeen anderer Staaten übernahmen. 1885 schon wurde das erste Maschinengewehr konstruiert. Die neue Waffe, deren Anfangsversion 600 Schuss pro Minute abgeben konnte, erhielt auch das deutsche Heer. 1911 folgte der Flammenwerfer. Revolutioniert wurde ebenso die Bewaffnung der Artillerie. Sie verfügte nun über großkalibrige, weitreichende Eisenbahngeschütze, die, im Kriegsverlauf weiterentwickelt, Ziele in einer Entfernung von 130 km erreichen konnten und Paris beschossen.

Keiner der Kriege des 19. Jahrhunderts, an denen deutsche oder vordem preußische und österreichische Truppen beteiligt waren, wurde auch als Seekrieg geführt. Einzig gegen Ende des Krieges gegen Dänemark hatte es 1864 bei Helgoland ein Seegefecht gegeben an dem insgesamt 10 Schiffe, Holzbauten, teilnahmen und das für den Ausgang des Krieges ohne Bedeutung war. Inzwischen existierten Flotten mit vergleichsweise riesigen Schlachtschiffen. Zudem war der Aufbau von Unterseeboot-Flottillen begonnen worden. Damit wurde absehbar, dass kommende Kriege auch als Zufuhrkriege geführt werden konnten, die dem Gegner den Nachschub über See abschnitten und ihn unter Umständen aushungerten. Der Bau von Zeppelinen und Flugzeuge, die Bomben tragen konnten, kündete an, dass Kriege auch als Luftkrieg stattfinden würden. Bau und Einführung dieser Waffen in den deutschen Streitkräften und ebenso in denen potentieller Gegner des Reiches war kein Staatsgeheimnis. Das galt nur und teils für die Vorbereitung der Verwendung von Giftgasen. Deren Einsatz durch deutsche Truppen am 22. April 1915 an der Front bei Ypern in Flandern gegen von britischen Soldaten gehaltene Stellungen gilt als Beginn des Gaskrieges.

Manche dieser vervollkommneten oder neuen Waffen waren in den Kriegen der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts eingesetzt worden. Im Burenkrieg 1899-1902 praktizierten die Briten die Taktik der „verbrannten Erde“. Im russisch-japanischen Krieg von 1904/05 trafen zum ersten Mal moderne Seeflotten aufeinander, wobei in der Seeschlacht bei Tsuchima Tausende russische Seeleute mit ihren sinkenden Schiffen umkamen. Im italienisch-türkischen Krieg 1911/12 wurden zum ersten Mal Fliegerbomben eingesetzt. In beiden Balkankriegen, an den Bulgarien, Griechenland, Montenegro, Serbien, Rumänien und das Osmanische Reich beteiligt waren, wurden mehrere Millionen Soldaten aufgeboten, mehr als 35.000 von ihnen verloren ihr Leben. Dazu hatten Waffenlieferungen, darunter Artilleriegeschütze, beigetragen, die von Staaten geliefert worden waren, deren Industrien ihr modernes Angebot auf den internationalen Waffenmarkt brachten.

Indessen lebten die Deutschen in ihrer Masse 1914 noch immer mit Kriegsbildern des vergangenen Jahrhunderts und namentlich denen des Krieges von 1870/71 und besaßen keine Phantasie, die es erlaubte, diese Bilder zu korrigieren oder zu verabschieden. Dabei hätten selbst blasse Vorstellungen des nun unausweichlich Kommenden hingereicht, die Stimmung zu dämpfen, die in den ersten Kriegstagen große Teile der Bevölkerung zwischen Maas und Memel ergriff und beherrschte. Fotografien und von Filmkameras aufgenommenen Bilder zeigen in Zentren deutscher Städte ausrückende Kompanien von Rekruten, begleitet von Zivilisten, häufig im bürgerlichen Sonntagsstaat gekleidet, die freudig gestimmt sind. Sie verabschieden die da Marschierenden, als begäben sie sich auf irgendeine Reise. Den Zurückbleibenden winkend, verlassen auch die Soldaten in Personenzügen, andere in Güterwagen wie Urlauber die Bahnhöfe. Das sind keine Fälschungen, gefälscht wird erst, wenn sie als Zeugnisse der allgemeinen Stimmung im Lande ausgegeben werden.

Von Millionen Arbeiterfrauen, die sich fragten, wie sie mit ihren Kindern ohne den „Ernährer“ zurechtkommen sollten, und Bäuerinnen, die sorgten, wer morgen die Schwerarbeit in Ställen und auf Feldern verrichten werde, und von deren Abschieden existieren keine Bilddokumente. Und die konkurrierten alle scharf mit anderen, die von den Massenkundgebungen mit dem Friedensverlangen existieren, die Tage zuvor noch von der Sozialdemokratischen Partei in vielen deutschen Städten veranstaltet worden war.

In den Darstellungen jener Tage tauchte später vielfach der Begriff „Augusterlebnis“ auf, der sich auch in Buchtiteln findet und mit der Wendung vom „Geist von 1914“ konkurriert. Dieses Erleben und der sich mit ihm verbindende Geist seien von einer im Volke ausbrechenden ungehemmten Kriegsbegeisterung gekennzeichnet gewesen. Dass es sie gab, ist unbestritten. Gestritten wird über deren Ausmaß und unverständlich bleibt sie ohne ihre Quellen. Eine und die Allgemeinste war, wie erwähnt, die vollständige Ungewissheit darüber, was den Menschen, Soldaten wie Zivilisten, bevorstand. Eine andere der Glaube, dass die Krieger auszogen, das Reich, das Vaterland, die Heimat, ja die Ihren zu schützen. Wovor? Den Russen, Moskowitern und Kosaken, Asiaten, Mongolen und Kalmücken und dem Erbfeind im Westen, dazu dem „schnöden (oder auch perfiden) Albion“, eine pejorative Bezeichnung für England. Eine dritte die Selbsttäuschung, dass in diesem Kriege niemand siegen könne außer Deutschland und die Ausziehenden Weihnachten wieder zu Hause sein werden. In einem Soldatenlied wurde gesungen: „Marie, Marie, Mariechen mein, du musst nicht gar so traurig sein, Ich komme schon beizeiten heim.“ Diese Stimmung hatten sich die Herrschenden für ihr Unternehmen gewünscht und, angefangen vom Kaiser und Reichskanzler bis zum letzten Lokalblatt, taten sie nun alles, sie zu stärken und möglichst lange zu erhalten. Dabei ging es nicht um das geistige und emotionale Verhältnis zum Kriege. Die Propaganda zielte von Anbeginn, da dieser Krieg Kosten verursachte wie kein vorauf gegangener, ebenso darauf, die Spendenfreudigkeit der Deutschen zu wecken und zu erhalten, sie also zu bewegen, ihre Ersparnisse in der Hoffnung als Kriegsanleihen zu zeichnen, dass sie nach dessen Ende selbst zu den Gewinnern zählen würden.

Die Verbreiter von Kriegsstimmung und -laune fanden, ohne sonderliche Anstrengungen aufwenden zu müssen, vielstimmige Unterstützung durch Angehörige der Intelligenz, Lehrer, Pfarrer, hoch angesehene Schriftsteller und Wissenschaftler, die selbst von diesem Erlebnis ergriffen und diesem Geist, wenn sie nicht schon zu denen gehört hatten, die ihm vorarbeiteten, einer großen Volksgemeinschaft beseelt waren, die also nicht nur der Herren Lieder nachsangen. So ging ein erheblicher Teil

des Volkes, missleitet und doch nicht unverschuldet, leichten Herzens und siegesgewiss in den Krieg. Zu ihm gehörten insbesondere junge Burschen und darunter zahlreich Abiturienten und Studenten. Vor allem von ihnen wurde wieder und wieder geschrieben, sie hätten den Kriegsbeginn als befreienden Aufbruch aus einem eintönigen, inhaltsarmen Dasein angesehen und gemeint, es sei ihrem Leben wieder ein Sinn und Ziel gegeben worden. Auch dafür war lange Vorarbeit getan worden, wie – pars pro toto - eine Rede belegt, die zum 25. Jubiläum der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms I. 1886 in der Göttinger Universität galten wurde. In ihr sagte der Rektor, der Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, der 1914 noch als Aktivist von Unterschriftensammlungen seiner Kollegen zugunsten des Krieges hervortreten sollte: „In der frischen gesunden Luft eines Krieges, wo der Mann das Leben gewinnt, weil er es einsetzt, da wird es leicht, seine Pflicht zu tun, da verwirren sich die Gefühle nicht.“ Die Anleihe bei Schillers „Reiterlied“, das zum Schulstoff der Gymnasiasten gehörte, ist unverkennbar: „Im Felde, da ist der Mann noch was wert“ usw. Nun also zogen die Jünglinge, zu Männern erklärt, in die frische Luft. Die davonkamen für vier Jahre.

Persönlichkeiten von hohem nationalem und internationalem Ansehen priesen den Krieg, kaum das er begonnen, als „Reinigung“ und Verlassen der „satten Friedenswelt“, so Thomas Mann, oder wie Max Weber als „großen und wunderbaren Krieg“. Eine der gebräuchlichen Phrasen nannte ihn das „reinigende Stahlbad der Nation“. Der 44jährige Bildhauer Ernst Barlach, meldete sich freiwillig und kam 1915 zum Landsturm. Der Komponist Max Reger, der 41jährig sich zur Einberufung des Landsturms 2. Aufgebot stellte und einberufen werden wollte, aber, wie er schrieb, als „totaler Vaterlandskrüppel“ für nicht tauglich befunden wurde, begann noch im September 1914 die dem Kaiserheer gewidmete „Vaterländische Ouvertüre“ zu komponieren.

Das ärgste Zeugnis dieser Beihilfe zur Rechtfertigung des Krieges bietet der Aufruf an die „Kulturwelt“, den 93 meist namhafte Intellektuelle im September 1914 veröffentlichten. In ihm hieß es: „*Es ist nicht wahr*, dass Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äußerste geschehen, ihn abzuwenden.“ Und weiter: Deutschland verfechte eine „reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe“. Es habe sich erhoben wie ein Mann gegen eine „schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht“, die „von drei Seiten über unser Volk herfiel“. Das war die wortunsinngerechte Übernahme der offiziellen Propaganda. Zu den Unterzeichnern gehörten die Naturwissenschaftler Max Planck, Wilhelm Röntgen, Wilhelm Ostwald und viele weitere Koryphäen, die Maler Friedrich August von Kaulbach, Franz Defregger und Arthur Kampf, die Dichter Gerhard und Paul Hauptmann, der Theater- und Filmregisseur Max Reinhardt, der Historiker Karl Lamprecht.

Auf diese Kundgebung folgte am 16. Oktober 1914 eine Erklärung von mehr als 3000 Hochschullehrern aller 53 deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen. Sie schloss mit dem Satz: Unser Glaube ist, dass für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Sieg hängt, den der deutsche „Militarismus“ erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen freien deutschen Volkes“. Schon wenige Tage später antworteten darauf englische Hochschullehrer der Universitäten Oxford, Cambridge, London, Manchester, Birmingham und weiterer u. a. Der Beteuerung deutscher Friedfertigkeit stellten sie den Nachweis entgegen, welche Rolle deutsche Ideologen wie Friedrich Nietzsche und General Bernhardi bei der Verbreitung kriegerischer Gesinnung und Haltung seit Jahren gespielt hatten.

Ein lobender Journalistenchor und die schweigenden Zeitgenossen

Kein bürgerliches Blatt, ob *Bild* oder *Frankfurter Allgemeine*, ob *Spiegel* oder *focus*, das den dreiteiligen Film, für den schließlich der Titel „Unsere Väter, unsere Mütter" gefunden wurde, nicht vorher mit Lorbeer die Menge überhäuft hat. Die Autoren und Komponisten der Hymnen fanden an ihm nichts auszusetzen, auch nichts, was sie in ihm vermisst hätten. Der *Spiegel* schrieb – das erste Jahresdrittel ist noch nicht durchschritten – vom „TV-Ereignis des Jahres", Dies sei, befanden mehrere Rezensenten, bisher noch nicht gesehen worden, nie wäre der Krieg unmittelbarer und wahrer gezeigt worden. Dieser Film, eine „neue Art von Zeitgeschichtsdrama", bezeichne „eine Zeitenwende für das deutsche Fernsehen", er sei ein „Bravourstück", dazu ein „Mammutwerk", an den gar die Forderung geknüpft wurde, „mehr solche Weltkrieg-Event-Movies" herzustellen. Eine Stimme, eine einzige, sie kam in der Süddeutschen zu Wort, hielt es nicht für völlig ausgeschlossen, dass Zuschauer an jenem Sonntagabend, an dem das etwa 15 Millionen Euro teure Spektakel, in dem 50.000 Platzpatronen verschossen worden sein sollen, über die Bildschirme flimmern werde, vielleicht doch ab- oder umschalten und dies im Zustand der Kriegsmüdigkeit.

Die höchste mit dem Film verbundene Erwartung hat sein Hersteller jedoch selbst geäußert. Mit ihm der eine „radikale Qualität" besitze, was immer das heißen mag, solle das Schweigen zwischen den Generationen gebrochen werden, was besagen soll, die Dabeigewesenen möchten doch endlich den Nachgeborenen von den Zeiten und von sich selbst in diesen Zeiten erzählen, offen, rückhaltlos, ungeschönt, ehrlich. Es sei dieser Film geradezu in der Absicht gemacht worden, ein Angebot für derlei Gespräche zu unterbreiten.

War der Mann von der Mathematik, nein vom Unterricht im Rechnen in den frühen Klassen beurlaubt? Die Generation, die da im Film Krieg spielt, sei 1941, also zu Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, zwanzig Jahre alt gewesen. Die das waren, überlebt haben und noch am Leben sind, wenn ihnen ein biblisches Alter beschieden wurde, zählen gegenwärtig dreiundneunzig Jahre oder mehr. Sie bilden den zusammengeschmolzenen Rest der Zeitgenossen, die Historikern auch als Zeitzeugen gelten. Und ihre Mehrheit ringt meist schon bei geringen Anstrengungen nach Luft und führt, von Ausnahmen abgesehen, selbst an Familientischen und in Altersheimen keine Gespräche mehr über diesen Krieg und ihre eigene Rolle in ihm. Also: Es sind nicht „unsere Mütter und unsere Väter" von denen der Film handelt und insofern ist sein Titel irreführend. Die Väter der heute Dreißigjährigen sind in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts geboren. Erzählt wird von den Omas und Opas.

Dass die früher nicht oder nur in Ausnahmefällen über das Erlebte, das Getane und Unterlassene gesprochen haben, schrieben Autoren deren Scham zu. Von wann kommt ihnen diese Erkenntnis? Wieso hat sie die eine, die faschistische, Gesellschaft geprägt, während von der anderen, der bundesrepublikanischen, und deren Prägung keine Rede ist? Von den Jahren, in denen der erste Bundeskanzler der eben gegründeten Republik forderte, doch nicht immer von Kriegsverbrechern zu sprechen, das seien doch ganz wenige gewesen? Und in dem über Jahre der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg als „Gericht der Sieger" abgetan wurde.

Nun also wird als Fortschritt gefeiert, wenn ein Film zeigt, dass aus einem Krieg niemand so herauskommt, wie er in ihn hineinging, und dies aus jenem zumal, den die Deutschen von 1939 bis 1945 führten. Das freilich hat 1995, also vor nahezu zwei Jahrzehnten die so genannte Wehrmachtsausstellung schon anhand von Bildern bewiesen, was Proteste bis in deutsche Parlamente auslöste. Und das Soldaten Mörder sind, hat Tucholsky nach dem Ersten Weltkrieg den Deutschen, der Mehrheit freilich vergeblich, beibringen und sie dadurch zu tätiger Parteinahme für den Frieden bewegen wollen. Wer dieses Diktum illustriert haben wollte, der mochte zu den Romanen Remarques, Pliviers oder Arnold Zweigs greifen.

Es sei dieser Film, hatten die Vorschauen auch annonciert, so nahe an der geschichtlichen Wirklichkeit wie keiner zuvor. So offenbart sich Unkenntnis. Während die Einblendungen von Orten und Daten aus dem Eroberungszug nach Osten diese Nähe vortäuschen, wird die alte Geschichte der Nazipropaganda wieder einmal hervorgekramt, die den Generalen Schlamm und Winter das Verfehlen des Angriffsziels Moskau zuschreibt. Seine Erreichung hätte für den Kriegsverlauf übrigens insge-

samt so wenig bedeutet wie der Einzug Napoleons in die Stadt 1812. Und wieder einmal beginnt der Widerstand der Vaterlandsverteidiger erst vor Moskau. Was westwärts davon Rote Armee war, ging nach diesen Bildern in Gefangenschaft. In Wahrheit haben, trotz der Millionen, denen das geschah, die sowjetischen Divisionen von den ersten Tagen an einen Widerstand geleistet, über dessen Stärke sich in den internen Heeresinformationen der Wehrmacht nachlesen lässt, und die Briefe deutscher Soldaten, in denen stand, „dies hier" sei ein ganz anderer Krieg als die bisher geführten, trugen ebenso ein frühes Datum. Den beratenden Historikern hätten, wenn sie nicht deren Urheber sind, diese Verzeichnungen aufstoßen können.

Wie Leser und Zuschauer neuerdings vorzugsweise um die historische Wahrheit betrogen werden, hat Methode. Der Krieg, der übrigens nicht einmal eine exakte Bezeichnung erhält (in den Berichten der Presse u. a. „sinnlose Vernichtungsschlacht", „Angriffskrieg" „das große kriegerische Morden") wird auf eine einzige Abfolge persönlicher Erlebnisse gleichsam eingedampft. Die sind nicht erfunden, aber die sind in aller Furchtbarkeit und Grausigkeit nicht *der Krieg*. Zu ihm, seiner Geschichte und Vorgeschichte gehören eine Gesellschaft, ein Staat, Menschengruppen mit ihren Interessen, Kriegsziele und einiges weitere mehr. Dies alles verschwindet hinter dem Krachen der Geschosse, dem Schreien der Verwundeten, dem Röcheln der Sterbenden, den Massakern an Unbeteiligten, dem unaufhaltsamen Fortschreiten der Verrohung. So wird, das mag ein Verdienst genannt werden, Abscheu vor Kriegen erzeugt, wiewohl es dazu solcher Spielfilme nicht bedarf, denn er lässt sich auch anhand der täglichen Abendnachrichten von den Kriegen unserer Tage beziehen oder stärken. An Erkenntnissen oder auch nur Einsichten ist damit nichts gewonnen.

Wie wenig dieser Film eine Herausforderung zum Nachdenken darstellte, machte schon nach dem ersten Sendetag die mitternächtliche Gesprächsrunde klar, deren älteste Herren übrigens bei Kriegsende 1945 fünf und ein Jahr alt waren. Nach einem kurzen Halt bei der doch nicht so nahe liegenden Frage, wie in der DDR mit der Kriegserfahrung umgegangen worden sei und einem rasch übergangenen Einwurf, dass dies doch nicht ganz dieselbe Weise gewesen wäre wie im deutschen Westen, landete das Gespräch bei der schwerwiegenden Erörterung, was der Mensch sei und der Antwort: Nie ganz gut und nie ganz böse. Schließlich unternahm die Leiterin des Geplänkels den Rettungsversuch mit der in den Schulgeschichtsbüchern anzutreffende Frage an die jüngste Teilnehmerin, ob die sich denn gefragt habe, wie sie sich in solcher Kriegssituation verhalten haben könnte und erhielt die Auskunft, die sei doch nicht zu beantworten. Gleiches gilt nicht für die Frage: Wie verhaltet Ihr Euch im Alltag gegenüber Menschen, Parteien, Organisationen, Religionsgemeinschaften, Vereinigungen, die sich nicht von dem Prinzip der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, leiten lassen. Die steht aber nicht in den Schulbüchern.

Vor dem Schlusspunkt ein Wort zu der abstrusen Konstruktion, die einen jungen Juden 1941 Teil eines Freundeskreises von zu „Ariern" erklärten Altersgenossen sein lässt. Da hatten die Wege der im Deutschen Reich so Sortierten längst weit auseinander geführt. Diese waren in der Hitlerjugend und besuchten Schulen, die jenem verwehrt waren, die „Deutschen" wurden zum Arbeitsdienst eingezogen, besuchten Schwimmbäder, an deren Eingängen Juden durch Plakate zurückgewiesen wurden usw. All das schien an den vier vorbeigegangen zu sein. Mehr noch, sie besaßen, wie die Eröffnungsszene glauben machen will, gar den Mut, sich auf offener Straße mit diesem Juden als ein Bund zu zeigen. Das könnte für bare Münze nur nehmen, wer annimmt. dass dem Quartett eine antinazistische Erziehung zuteilgeworden war, wovon aber keine Rede ist. Schweigen wir darüber, dass der Regie auch entgangen zu sein scheint, dass die Juden Mitte 1941 aus ihren bürgerlichen Wohnungen gewiesen und in Judenhäuser gepfercht worden waren. Und auch über den famosen Einfall, diesen Filmjuden in einem Aufzug durch Berlins Straßen gehen zu lassen, in dem er heute in Tel Aviv nicht, aber damals in der Reichshauptstadt gewiss aufgefallen und schon vor der Verordnung der Judensterne angepöbelt sein würde.

PS.: Übrigens irrte sich der Autor der *Süddeutschen* nicht, als er nicht ausschloss, dass mancher Zuschauer nicht durchhalten werde. Es bedurfte dafür keiner Erklärung. Dieser Film bewegte sich auf *Bild*-Niveau. Warum sollte also, wer dieses Blatt aus ästhetischen und anderen Gründen meidet, da hinabsteigen, nur weil ihm das Gleiche in bewegten Bildern und viel Farbe angeboten wurde?

Der Vergleich – erhellend, betrügerisch, diffamierend?

Vom Gebrauch einer Methode

Die Methode, Erscheinungen unserer Umwelt zu vergleichen, gehört zu unserem Lebensalltag. Auch zu dem der Wissenschaftler. Im Interview mit dem israelischen Forscher Tom Segev, das in dieser Zeitung kürzlich veröffentlicht wurde, lässt sich nachlesen, wie selbstverständlich und häufig der Historiker und Publizist davon Gebrauch macht, so seine Sicht auf Gegenwart und Vergangenheit entwickelnd. Er verglich Darstellungen der jüngsten Geschichte seines Landes mit ihnen widersprechenden Fakten, auf die er im Archiv stieß. Er stellte die Haltung von Politkern Israels am Beginn und in der Mitte des Jahres 1967 gegenüber und ebenso die Emotionen in der Bevölkerung vor und nach dem Krieg, den Israel in diesem Jahr gegen Ägypten und Jordanien führte. Er konfrontierte die Stärke der israelischen Armee mit jener ihrer Gegner. Vergleichend zeigte er den Wandel, den die Haltung der Regierung Israels im Hinblick auf den Gazastreifen binnen fünf Jahren durchmachte und wie sich – während eines längeren Zeitraums – auch die Ansicht über die Existenz eines palästinensischen Staates änderte.

In einem weiteren Vergleich konstatierte er: „Politiker sind eben Politiker und ähneln einander überall auf der Welt.“ Und dann erklärte er, dass die israelischen Politiker des Jahres 1967 und des Jahres 2007 keinerlei Vergleich zulassen. Die Wendung meint etwas anderes als sie sagt: Gerade ein Vergleich beider Politikergruppen ergab ihm doch, dass beide keine Gemeinsamkeiten aufweisen, sondern sich vollkommen voneinander unterscheiden würden. Er hatte die Methode, von der sagt, die sei nicht zulässig, gerade angewendet. Umgangssprachlich begegnet jedem irgendwann die Wendung: Das lässt sich nicht gar nicht vergleichen, womit nur auf wirkliche oder totale Unterschiede verwiesen oder ausgedrückt wird, dass ein Vergleich keinerlei Nutzen eingetragen kann.

Segevs Vergleiche machen deutlich, dass und wie und wie überraschend sich politische Strategien und Volksmeinungen in Israel wandelten. Durch die Gegenüberstellung militärischer Kräfte weist er Legenden zurück, die sich an den Erfolg der israelischen Armee knüpfen. Und er weist den Rückschritt nach, der von einer aussichtsreichen zur perspektivlosen Außenpolitik führte. Er schärft so seine Bewertung von Ereignissen und Handlungen. Die Vergleiche wirken wie zusätzlich geschaltete Scheinwerfer, die das Untersuchungsfeld gell ausleuchten. Wer vergleicht, gibt seinen Ansichten nicht nur Einprägsamkeit, sondern tritt zudem auch mit gesteigerter Autorität auf, lässt er doch erkennen, dass er sich nicht nur in einer Frage sachkundig zu bewegen versteht, sondern sich souverän durch Zeiten, Gegenden und Gestalten zu bewegen vermag. Fraglos: die Methode des Vergleichens wird hier zu aufklärerischem Zweck eingesetzt. Das kann auch auf andere Weise geschehen.

Im Mai 1932 veröffentliche Kurt Tucholsky in der Wochenzeitschrift „Weltbühne“ den Artikel „Hitler und Goethe. Ein Schulaufsatz“. Einen Monat zuvor war Hitler im Reichspräsidentenwahlkampf Hindenburg zwar unterlegen, aber seine mehr als 13 Millionen Wählerstimmen signalisierten, dass damit die Nazigefahr nicht keineswegs abgewendet, die Ambitionen dieses Führers nicht abgeschlagen waren. Sich des Schreibstils eines einfältig-eifrigen Schülers bedienend, verglich Tucholsky den Demagogen mit dem Dichter und entlarvte zweierlei: den Volksbetrüger und die Naivität und Dummheit seiner Gefolgschaft. Der absurde Vergleich und der gekonnte Einsatz der Mittel der Satire besaß entlarvende Kraft. Niemand wäre auf die Idee verfallen, dagegen ein Vergleichsverbot auszusprechen. Zudem: Goethe war schließlich tot und niemand reichte auch nur bis zur Höhe seines Sockels. Den Lesern der *„Weltbühne“* mochte das ein anspornender Genuss sein, den Nazis ein Ärgernis.

Heute hingegen leben wir in der Zeit der Vergleichsverbote, deren Zweck es ist, vor derlei Entlarvungen zu schützen. Darf man den US-amerikanischen Präsidenten Bush mit Hitler vergleichen? Nein empören sich diejenigen, die nicht wahrhaben wollen, dass der Lebende – nicht anders als der Selbstmörder es war – von dem Größenwahn beherrscht ist, der Welt vorschreiben zu können, wie sie sich drehen müsste, wie die Erdbewohner zu denken und zu leben hätten. Diese Identität macht aus Bush keinen Faschisten, aber an ihr enthüllt sich, wie gefährlich er dennoch ist. Der Vergleich kann, da e sich auf Tatsachen stützt, nicht als beleidigend und diffamierend abgetan werden, wenngleich von der Methode oft genug zu eben diesem Zweck Gebrauch gemacht wird. Von diesem Typ,

um ein „deutsches“ Beispiel in Erinnerung zu bringen, war Helmut Kohls Vergleich von Goebbels und Gorbatschow und die spätere „Männerfreundschaft“ beider hat diesen Befund nicht aus der Welt geschafft, sondern nur den Wandel des Perestroikaners bezeugt.

Wenn der aber einzig das Resultat seines Vergleichs referiert, beansprucht er Glaubwürdigkeit oder spekuliert auf sie. Denn ob das angebotene Ergebnis akzeptiert werden kann, lässt sich erst entscheiden, wenn von en verglichenen Objekten oder Subjekten etwas mitgeteilt und nicht einfach konstatiert wird: richtig – falsch, besser – schlechter, klüger – dümmer usw. Präsentierte Vergleichsresultate ohne das ihnen zugrunde liegende Beweismaterial (oder wie im Fall der Warenreklame mit einer Überprüfungsempfehlung, die nur deklamiert wird, aber nicht vollzogen werden kann) eignen sich vorzüglich für Betrugszwecke.

Segevs Weise, sich verständlich zu machen bildet keine Ausnahme. Sie gehört zum Handwerk des Historikers und selbst wer sich für Geschichte wenig interessiert, dem sind in unseren Tagen doch Vergleiche wie die des Ersten mit dem Zweiten Weltkrieg, der Weimarer mit der Bundesrepublik, der DDR mit dem NS-Regimes, Robespierres mit Lenin, Napoleons mit und Hitler und viele andere vor Augen oder zu Ohren gekommen. Sie erfüllen sehr verschiedene Funktionen oder Zwecke. Davon später.

Was setzen Vergleiche voraus, wenn sie in erhellender Absicht unternommen werden? Die möglichst genaue Kenntnis der beiden Erscheinungen, Ereignisse, Personen, die mit einander in Beziehung gesetzt werden. Ist nur die eine Seite hinreichend erforscht, die andere aber wenig begriffen, wird der Ertrag mäßig und die Gefahr, dass Gemeinsamkeiten und Unterschiede konstruiert werden, stellt sich ein.

„Gebt mir vier Jahre Zeit“

Hitlers Wahlrede am 10. Februar 1933

Mit der Verordnung des Reichspräsidenten war am 1. Februar 1933 der Reichstag wiederum aufgelöst worden. Die dazu gegebene demagogische Begründung Hitlers lautete, er wolle nicht „die Arbeit des Wiederaufbaus der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten“. Damit war das Hauptmotiv der Wahlpropaganda der NSDAP angeschlagen, sie stellte sich als Kraft des Aufbaus, ihre Gegner und unter ihnen vor allem die „Marxisten“ als Kräfte der Zerstörung dar. Die Faschisten präsentieren den Deutschen eine Bilanz der Hinterlassenschaft der Weimarer Republik, deren Verursacher falsch bezeichnet waren. Was auf das Konto der Großbourgeoisie und von deren Politikern und Parteien gehörte, wurde den Arbeiterparteien angelastet. Das ließ sich im Hinblick auf die Sozialdemokratie wegen deren wiederholter Beteiligung an den Regierungen der Weimarer Republik leichter bewerkstelligen ließ als für die Kommunisten. Doch galten die im Urteil aller ihrer Gegner und Konkurrenten eo ipso als zerstörerische Kraft.

Die Auflösung des Reichstags enthob Hitler wie schon seinen Vorgänger und jetzigen Vizekanzler Franz von Papen der Pflicht, nach seiner Ernennung sich im Reichstag der Vertrauensfrage zu stellen. Was sich, sollte die Verfassung nicht offen gebrochen werden, nicht vermeiden ließ, war die Anberaumung einer erneuten Reichstagswahl. Doch die galt den nun Regierenden nicht als Hindernis, sondern vielmehr als Instrument ihrer Machtbefestigung. Die NSDAP war interessiert, die Niederlage des November 1932 ganz vergessen zu machen und konnte sich dafür die besten Chancen ausrechnen. Ihr Aufstieg in die Staatsmacht würde ihr womöglich nicht nur verlorene Wähler wieder, sondern auch neue zuführen. Zudem gebot sie jetzt über vermehrte Mittel, die sie im Wahlkampf einsetzen konnte. Vor allem bestand Aussicht, ihre Finanzmisere zu beheben.

Als Wahltag wurde der 5. März bestimmt. Das Ziel der Werbungen war auf Seiten der Koalitionspartner, der NSDAP und der Deutschnationalen Volkspartei, klar bestimmt. Sie wollten die absolute Mehrheit der Stimmen erlangen, wobei jeder durch Gewinne seinen Anspruch auf einen großen Machtanteil zu bekräftigen strebte. Mit dem Erreichen der 50-Prozent-Grenze ließe sich ein Ausweis vorzuweisen, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Regierung stand und eine komfortable Situation geschaffen, von der die Regierungen von Brüning bis Schleicher nicht einmal hatten räumen können. Wie Zweidrittel der Abgeordneten bestimmt werden konnten, sich als Totengräber der Republik zu betätigen, war erst eine spätere Sorge.

Ungleich schwieriger war es für Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich öffentlich zu Gegnern der Regierung erklärt hatten, ihr Wahlziel zu bestimmen. In der Führung der letzteren existierten, wie sich bald zeigte, noch Illusionen über verbleibende, wenn auch eingeschränkte legale Betätigungsmöglichkeiten. Dabei war keinerlei Grund erkennbar, warum die reformistisch orientierte Partei gegenüber der revolutionär ausgerichteten durch die Faschisten eine auch nur geringfügig mildere Behandlung erfahren würde. Die Alternative zum Wahlkampf hatte in außerparlamentarischen Aktionen, vor allem im Versuch bestanden, einen politischen Massenstreik auszulösen. Dessen Aussichten waren schwer zu bewerten. Doch wurde die Chance, den antifaschistischen Kampf auf diese Weise zu führen, schon in den ersten Stunden und Tagen nach dem 30. Januar vertan. Hitler gewann, was er für die Etablierung der Macht vorerst am meisten brauchte, Zeit, in der seine Gegner untätig blieben oder in einer Weise agierten, aus der Gefahr nicht erwachsen konnte. Attacken im Wahlkampf konnte er gelassen entgegensehen, denn sie waren schon im Ansatz als wirkungsvolle Antwort auf die Herausforderung ungeeignet. Gleiches würde für einen Boykott der Abstimmung gegolten haben.

Schon wenige Tage nach Hitlers Antritt sahen sich seine linken Gegner so vor einem Dilemma. Sie wollten den Kampfplatz nicht einfach räumen, ihre Gefolgsleute zusammenhalten, demonstrieren, dass sie entschlossen waren, nicht stillzuhalten und mussten sich doch darauf einstellen, dass ihnen die Illegalität bevorstand. Und für die Einstellung auf diese Situation gab es auf Seiten der Nazigegner keine Erfahrungen. Nicht vorhersehbar war das Tempo, in dem sich die Diktatur festigte. Die zehn Jahre zurückliegenden Vorgänge beim Machtantritt Benito Mussolinis in Italien, auf die eine jahre-

lange Phase der Befestigung der faschistischen Diktatur gefolgt war, vermittelten einer ein irritierendes Bild.

Am 10. Februar eröffnete Hitler den Wahlkampf der NSDAP mit einer Großkundgebung im Berliner Sportpalast. Von diesem Auftritt ist eine Satzwendung in Erinnerung geblieben, die in seiner Rede mehrfach wiederkehrte, sein im Stil einer ergebenen Bitte vorgetragenes Verlangen „Gebt mir vier Jahre Zeit ...“. Sie ist später bitter abgewandelt worden und lautete dann „Gebt mir zwölf Jahre Zeit und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen“. Da, nicht wie die Faschisten behaupteten 1933, erwachte die Nation, hungernd, frierend, geistig, physisch und psychisch ausgelaugt inmitten von Trümmern.

Die sich an jenem Februartag in Kolonnen zu dieser Kundgebung begaben, beschlich freilich kein Gedanke an das, was ihnen wirklich bevorstand. Sie befanden sich in Hochstimmung, ihre Siegestrunkenheit dauerte an, ihnen stand eine neue Stunde des Triumphs bevor, die Begegnung mit dem „Führer“. Doch kamen sie nicht nur mit Erwartungen für diesen Moment. Über Jahre mit Versprechen vollgestopft, sollte nach ihren Vorstellungen nun deren Einlösung folgen. Hitler und seine Mitführer waren sich des Problems bewusst, das ihnen der Schritt aus der Opposition in die Zentrale der Macht bescherte. Der „nationale Sozialismus“ würde nun auf die Probe gestellt und die würde anderes zu Tage fördern, als die wortgleiche Verwirklichung dessen, was der Gefolgschaft als grundstürzendes Programm verkündet worden war.

Der Ausweg der Demagogen lag nahe: die Erwartungsvollen mussten mit Geduld gewappnet werden. Das war der Kern der Forderung „Gebt mir vier Jahre Zeit“, einem Verlangen, dem keine volkswirtschaftliche Berechnung zugrunde lag, sondern das Kalkül, von nun an nicht fortgesetzt an die eigenen Reden aus der „Kampfzeit“ erinnert zu werden. Diese Jahre würden gebraucht werden, erklärte Hitler, um „den deutschen Arbeiter“ und „den deutschen Bauern“ zu retten. Die Formulierung hatte es in sich. Sie bot zum einen die Wiederholung der Selbstdarstellung Hitlers als Retter, der nun aufgrund seiner neuen Stellung in Aktion treten könne. Und zum anderen erweckte sie mit den Formulierungen im Singular den Eindruck, dieser Politiker werde sich um die Besserung der Lage jedes einzelnen Arbeiters und Bauern kümmern. Die Sozialdemokratie reagierte auf die Verheißung mit dem Versuch, unter den Umworbenen Misstrauen und Skepsis zu wecken, wenn sie auf einem Wahlplakat fragte „Existiert der Vierjahresplan?“ und darauf antwortete: „Die Nazis haben gar kein Rettungsprogramm.“ Doch erreichten solche Gedankenanstöße nur jene, die sich von den „Nationalsozialisten“ ohnehin nicht imponieren ließen.

Ihre Rechtfertigung erhielt die Zeitspanne, die Hitler bezeichnete, in dieser wie in vielen seiner folgenden Reden durch eine gruselige Darstellung der Zustände in der Weimarer Republik und des Erbes, das ihm und seinen Mitführern hinterlassen worden sei. Sie glaubhaft zu machen, verlangte angesichts der Verelendung von Millionen keine besondere Anstrengung. Dieses Bild lieferte zugleich die Rechtfertigung für die Ausschaltung und Verfolgung derer, denen das Massenelend demagogisch angelastet wurde. Noch waren die Schritte dahin nicht bestimmt, aber dass die Tage der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften gezählt waren, konnte niemand bezweifeln, der sich mit diesem Manne und seiner Partei befasst hatte.

Wider die historischen Eintopfgerichte ...

... und die konservierte Volksgemeinschaft

„Das deutsche Volk, das den Zweiten Weltkrieg angezettelt hat ...“ – Satzwendungen wie diese lassen sich immer wieder in Texten lesen, deren Autoren damit kein anderes als das ehrenwerte Interesse verbinden, dafür zu sorgen, dass sich niemand unter den Deutschen der persönlichen und heute meist der historischen Verantwortung dafür entzieht, was in der Welt von Deutschen (nicht von deutscher Hand oder im deutschen Namen) angerichtet wurde. Von wem aber exakt? Von *den Deutschen*? Von ihnen in toto? Ausnahmelos? Die Fragen stellen, heißt mehr als nur Zweifel anmelden.

Dass es in manchen Kreisen der bundesrepublikanischen Gesellschaft als schick, aufgeklärt und als Ausdruck eines historisch kritischen Verhältnisses zur deutschen Geschichte gilt, von *den Deutschen* zu reden und zu schreiben, erinnert an Tage, da den Deutschen, die damals Volksgenossen hießen, das Essen eines Eintopfgerichts empfohlen, mehr noch: als eine Verpflichtung auferlegt wurde. Der Begriff ist aus der Mode gekommen und daher ein paar Worte mehr über ihn.

Die Eintopfgerichte, die an Eintopfsonntagen gekocht und gegessen werden sollten, kamen auf, als sich die Nazis, angesichts der Millionen Arbeitslosen – es waren im Winter 1933/1934 noch einmal vier Millionen – und der für andere Zwecke bestimmten Gelder der Staatskasse zur Gründung ihres Winterhilfswerks entschlossen. Die Ersparnisse, die sich aus der Differenz zwischen dem in den meisten Haushalten üblichen besonders reichen Essen an Sonntagen und dieser Eintopfkost ergaben, wurden mit 50 Reichspfennigen bemessen und sollten diesem Winterhilfswerk als Spende zugutekommen. Hitler, Göring und die Nazibonzokratie reichsweit, um das Unternehmen zu propagieren, löffelten auf öffentlichen Plätzen und vor Filmkameras solche Gerichte – vorzugsweise Erbensuppe – aus den so genannten Gulaschkanonen der Reichswehr (später der Wehrmacht) und machten derart für ihre Volksgemeinschaft Reklame. Kurzum: Eintopfgerichte, das war Schmalkost und eben das mag im übertragenen Sinne den Gebrauch des Begriffs Eintopfgericht auch für manche Deutungen der Geschichte rechtfertigen. Zumal: Das eine wie das andere lässt sich leicht schlucken.

In der Geschichtswissenschaft sind derlei Mahlzeiten freilich verpönt. Und nicht nur in ihr. Nicht anders liegen die Dinge in der Rechtswissenschaft und Rechtspraxis. Wer sich davon ein eindrucksvolles Bild machen will, lese die Eröffnungsrede des Nürnberger Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher – gegen Göring und andere –, gehalten von dem US-amerikanischen Chefankläger Robert Jackson. Es würden, sagte er darin, hier nicht die Deutschen angeklagt. Die wurden von den Männern auf der Anklagebank abgegrenzt. Sie kamen in Jacksons Text geradezu etwas zu gut weg. Der Jurist verwies auf die Konzentrationslager und sagte, sie wären doch nicht nötig gewesen, wenn alle Deutschen zur Gefolgschaft dieser Männer gehört hätten. Das war unbestreitbar, nur war dem hinzufügen, und das ist inzwischen in vielen Geschichtsbüchern geschehen, dass in diesen Lagern sich eine Minderheit von Deutschen befand, und in der sehr relativen Freiheit deren Mehrheit, die diese Lager billigten oder hinnahmen, ihre Existenz verdrängten oder sie fürchteten.

Nur Monate nach dem Kriegsende, nach Jahren, in deren aus der Sicht der Soldaten der alliierten Armeen die Deutschen in Gestalt ihres bewaffneten Gegenübers doch eine ununterscheidbare Einheit gebildet hatten, war dieser Blick nicht nur sachlich richtig, sondern bezeugte auch Mut. Das Verdienst wird nicht gemindert, wenn auch nicht auszuschließen ist, dass diese scharfe Abgrenzung darauf zielte, möglichst viele Deutsche dahin zu bringen, dem Geschehen in Nürnberg Aufmerksamkeit zu schenken.

Dasselbe Interesse leitete auch Johannes R. Becher, als er während des Prozesses, es war am 5. Dezember 1945, in Schwerin eine Rede zu dem Thema „Deutschland klagt an“, hielt, und in ihr das Anliegen verfolgte, die Versammelten dafür zu gewinnen, der von den Alliierten erhobenen Anklage beizutreten. Mit den „Kriegshetzern“, „Kriegsverlängerern“, „Nazivolksverbrechern“, dem „Verbrecherhaufen“ hätte auch das deutsche Volk eine Rechnung zu begleichen, wäre es doch von ihnen irregeführt, missbraucht, verraten und betrogen worden und habe Schaden an seiner Seele und seinem Geist genommen. Doch zugleich unterließ es Becher nicht, zu fordern, jeder Deutsche möge sich auch

selbst fragen, ob er an dem Geschehenen nicht Mitschuld trage und ob er folglich die Anklage nicht auch gegen sich selbst richten müsse.

Was heißt es, fünf und mehr Jahrzehnte später hinter dieses Niveau zurückzufallen und *die Deutschen* in einen Topf zu rühren und darin brodeln zu lassen? Es bedeutet, sie allesamt auf jenes Maß zu reduzieren, nach dem die deutschen Faschisten sie bemaßen. Das Deutschsein wurde abgesprochen erstens den jüdischen Deutschen, denen auch per Gesetz, und zweitens und drittens den antifaschistischen Deutschen und allen anderen Gegnern des Regimes, das sich als das Dritte Deutsche Reich präsentierte. Deutsch war nur, wer dem Führer und dem Hakenkreuz folgte. Der bewies, wie es in einem Liedtext hieß, dass in seinen Adern *noch* deutsches Blut floss Das Wörtchen noch war so etwas wie ein Orden, denn es besagt, dass er oder sie Juden und Bolschewisten widerstanden hatte, die ihn oder sie „entdeutschen“ und „verjuden“ wollten.

Die Deutschen im Einklang mit der Nazipropaganda samt und sonders als Nationalsozialisten, Hitlerverehrer und Rassisten darzustellen, wird aber auch jenen nicht gerecht, die weder jüdische noch antifaschistische Deutsche waren, jedoch auch nicht den begeisterten oder blinden Parteigängern zugehörten. Auch sie haben durch ihr Anpassen, Stillhalten, Hinnehmen, Mit- und Weitermachen das Erstarken des mörderischen Regimes und seine Dauer ermöglicht und waren nicht ohne Schuld. Diese Unterscheidungen, die früh in den so genannten Entnazifizierungskommissionen und bei vielen anderen Entscheidungen über Personen von Bedeutung wurden, sind heute und auf unabsehbare Zeit von Wert für die Erkenntnisse über das Funktionieren des Naziregimes geblieben. Soviel in den Jahren von 1933 bis 1945 von Marschkolonne und Gleichschritt ruhmredig gesprochen wurde, es brauchte diese Diktatur nicht die vollständig praktisch und geistig formierte Gefolgschaft von Aktivisten. Es kam mit dem Folgsamen auch weiter und weit.

Kurzum: das Klischee oder Dogma von *den Deutschen* hält keiner historischen Kritik stand. Die sich als die „Antis“ von den Deutschen, in Wahrheit von ihrem übernommenen oder selbst geschaffenen Nebelbild, distanzieren und glauben, sich so in einer höheren Spezies des homo sapiens zu platzieren, besitzen gelinde gesagt ein gestörtes Verhältnis zur Geschichte. Das allein würde ihnen mehr die Aufmerksamkeit von Psychologen, Psychiatern oder Pathologen eintragen, denn von Historikern. Doch hat die Sache damit ihr bewenden nicht.

In dieser angeblich grenzenlosen Volksgemeinschaft haben sich am Tage der Niederlage alle verkriechen wollen, die ihren eigenen Anteil am Aufkommen, dem Sieg und den Verbrechen des Faschismus verbergen oder zumindest minimieren wollten. Da machte sich der eben-noch-Betriebsführer, der Mann an der Spitze eines Rüstungskonzerns, so einflussarm wie der letzte ungelernte Arbeiter in einem seiner Betriebe tatsächlich gewesen war. Sie alle, die in Uniform oder Zivil agierten, waren von einem Tag auf den anderen zu bloßen und hilflosen Befehlsempfängern geworden, bedroht von der Gestapo und dem Konzentrationslager. Dieses Nachkriegsbild, das, zwar in der Bundesrepublik lange liebevoll gepflegt, durch Forschungen, deren Resultate lange Reihen von Büchern füllen, aber erledigt ist, wird mit dem Klischee von den Deutschen reanimiert.

Es gibt eine sprachlich-begriffliche Verwendung *die Deutschen*, die ihre Berechtigung besitzt. Dann nämlich, wenn sie der Abgrenzung von anderen Völkern dient und etwa besagt: Es waren die Deutschen und nicht die Franzosen usw. In den meisten anderen Kontexten erinnert der Gebrauch an die Eintöpfe der gebräunten Sonntage oder auch an jene der wütenden Gegenreformation zugeschriebene Devise: Schlagt sie tot, der Herr wird die Seinen schon erkennen.

Geschichte – Zuchtrute oder Warnung

Die Frage, zu wessen Nutzen – und das bedeute in aller Regel auch – zu wessen Nachteil Geschichte erforscht und Geschichtsbilder verbreitet werden, hat die Zunft und über sie hinaus immer wieder auch die Öffentlichkeit beschäftigt. Das Thema ist derzeit en vogue. Das macht der Widerhall auf ein Buch, das der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein schrieb. Es liegt vorläufig nur in seinem englischen Original vor. Eine Übersetzung ins Deutsche ist angekündigt. Bis sie vorliegt wollten die Redakteure der deutschen Zeitungen, die ihren Lesern meist weltweite Ein- und Ausblicke mehr vortäuschen als öffnen, nicht warten. Und so teilen schon jetzt Publizisten, darunter auch Historiker, den in diesem Punkte Unbelesenen mit, was sie über das Buch des Mannes denken, der in Deutschland an Geschichte interessierten Personen wohl zuerst bekannt wurde, als er sich der Tendenz widersetzte, aus Daniel Goldhagens Buch *Hitlers willige Vollstrecker* ein Kultobjekt zu machen.

Nun also hat Finkelstein in einem schmalen Band gefragt, wessen Interessen im Hauptstrom der Darstellung und Interpretation des Massenmords an den europäischen Juden bedient werden und wer dabei Schaden nimmt. In der verkürzten Wiedergabe lautet seine Frage: Von wem, wie und warum wird das Gedenken an das zumeist Holocaust genannte Verbrechen instrumentalisiert. Das Thema ist nicht eben neu und hat schon vor mehr als einer Generation Wogen hochschlagen lassen. Das geschah zur Zeit und nach dem Stattfinden des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Jerusalem. Dessen Inszenierung ließ auch nach Zwecken und Zielen fragen. Der Soziologin und Historikerin Hannah Arendt ist ihre daran geübte, begründete, scharfsinnige und auch ätzend vorgetragene Kritik damals nicht gut bekommen. (S. Friedrich A. Krummacher Hrsg., Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden München 1964) Sie bezog sich u. a. auf die Überwucherung des Gerichtsverfahrens durch innen (auch verteidigungs-) politische und „volkspädagogische“ Interessen der Regierenden in Israel und verlangte demgegenüber, das menschheitsweite Interesse zu sehen, das an der Aufklärung einer Untat existierte, von der sie meinte, es gelte auch für diese, dass, was einmal geschah, sich wiederholen könne und eher und leichter noch als bei seiner – mit Verlaub – „Uraufführung“.

Geschichte als mit leiser Drohung geschwungener Zeigestock oder auch als Knüppel – das gibt ein Thema, dem Neuwert nicht zukommt aber ein hohes Alter mühelos vorhergesagt werden kann Es wird nicht von der Tagesordnung gelangen, solange in und zwischen Staaten widerstreitende Interessen ausgetragen werden.

Auch dazu, materielles Interesse oder finanzielle Forderung zu rechtfertigen oder zurückzuweisen, ist Geschichte mehrfach verwendet worden. Das wurde stets gern verdeckt. Beispielsweise, als nach dem Ersten Weltkrieg der Streit um die Fundamente des Versailler Vertrages tobte, dessen wichtigstes die Behauptung war, das deutsche Kaiserreich trüge die Alleinschuld am Kriege. Die dem deutscherseits entgegentraten, meist aber eine Lüge nur durch eine andere ersetzten, indem sie Deutschlands Kriegsunschuld postulierten, verfochten nicht nur das vorgegebene und liebevoll ausgeschmückte „nationale“ und ein allgemeines Wahrheitsinteresse Interesse. Sie wünschten auch die schwerwiegenden Reparationsforderungen der Siegermächte zu delegitimieren. Diese, wenn sie auch weitgehend auf die Masse der Deutschen abgewälzt werden konnten, schädigten doch die Geschäfte und Profite des deutschen Kapitals beträchtlich, das seine in den Kriegsjahren verloren gegangenen Weltmarktplätze wieder zu gewinnen trachtete.

Dass sich Geschichtsforschung mit Interessen verbindet, nicht weniger als Anstrengungen auf dem Felde von Naturwissenschaft und Medizin jeweils auf ihre Weise, kann ihre Ergebnisse beeinträchtigen, muss das aber nicht tun. Und der Nachweis, es passe ein Forschungsresultat oder die Ansicht eines Forschers diesen oder jenen gerade in das politische Konzept oder in einen anderen Streifen, besagt über deren Wahrheitsgehalt nichts. Und – umgekehrt – muss ein politisch intendierter Auftrag an Historiker nicht zwingend bedeuten, dass sie ihn nach den Wünschen derjenigen erledigen, die ihn formuliert haben und das Vorhaben womöglich auch direkt finanzieren.

Finkelstein hat aber in seinem Buch, das im Einzelnen zu erörtern sein wird wie jedes andere, eine Forderung neu erhoben, die in den Kommentaren deutscher Publizisten und auch von Historikern

zumindest stark unterbelichtet wird. Er erinnert daran, dass der Holocaust in einen geschichtlichen Zusammenhang gehört. Auf den ersten Blick mag das mit dem Bemerken abgetan werden: auch nicht gerade eine Erleuchtung. Doch ist das Bestehen auf der Durchleuchtung der sozialen, politischen und geistigen Entwicklungen, die im Massenmorden mündeten, gerade momentan verdienstvoll. Denn ohne diese Vorgehensweise kann kaum erschlossen werden, was sich für Gegenwart und Zukunft aus der entsetzlichen Erfahrung gewinnen lässt, die in den Jahren der Mörder zwischen 1941 und 1945 gemacht worden ist.

Die Kritik, ja, mehr noch: der Protest, der sich gegen eine – von Eigen- oder Gruppensucht geleitete – hochgradige Verengung eines Blickwinkels in die Geschichte richtet, verdient folglich mehr Aufmerksamkeit als das Resultat der notwendigen Prüfung, ob Finkelsteins Auffassung über die Höhe der finanziellen Forderungen, die Banken und Versicherungen präsentiert werden, gerechtfertigt oder selbst wieder überzogen sind. Und für Deutschland sollte das derzeit allemal gelten. Denn wovon haben die Schröder, Scharping und Fischer im vergangenen Jahr mit ihren unsäglichen Auschwitz- und Hitler-Vergleichen auch profitieren können? Vom gedanklichen Verlust dieses – akademisch meist Kontext genannten – Zusammenhangs zwischen dem Massenmorden und den Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus.

Dass ein Geschehen wie die Untat der Judenmörder vorwiegend zur Zuchtrute dient, mag beklagenswert sein. Der wahre Skandal aber liegt in der Tatsache, dass die Reduzierung des Verbrechens auf ein Heilsgeschehen, dass seine Endlagerung im Irrationalen oder im „Einzigartigen“, dass seine Entsorgung auf dem Wege einer beabsichtigten oder hilflosen Fragearmut, Generationen von Nachgeborenen um Erkenntnisse bringt, die ihnen nützen konnten. Die sind – zugegebenermaßen – nicht leicht zu gewinnen. Das gilt zuerst für die Forschenden und danach ebenso für diejenigen, die auf Resultate geschichtlichen Tiefpflügens aus sind.

Personenregister

A

Abendroth, Wolfgang 76, 296
Abuladse, Tengis 463
Abusch, Alexander 1006, 1008, 1009, 1010
Ackermann, Anton 316, 464
Ackermann, Josef 640
Adam, Ursula 360
Adam, Uwe D. 819
Adenauer, Konrad 12, 247, 369, 453, 495, 499, 622, 831, 854, 858
Albertini, Luigi 937
Alfons XIII. 865
Allertz, Robert 738
Altmann, Eva 921
Álvarez, Julio del 850
Aly, Götz 332, 421, 526, 527, 528, 605, 657, 731, 816
Amendola, Giovanni 770, 795
Amerongen, Wolff von 564
Anders, Günther 840
André, Etkar 849, 868
Andreas-Friedrich, Ruth 777, 778
Angrick, Andrej 517
Antonescu, Ion 393
Apitz, Bruno 621, 622
Arendt, Hannah 212, 231, 517, 791, 795, 798, 807, 1033
Arlt, Robert 266
Asch, Josef 876
Asch, Julie Beate 876
Asch, Sigismund 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895
Assmann, Kurt 343
Auerbach, Berthold 879
Augstein, Franziska 730
Augstein, Rudolf 441
Axen, Hermann 317, 318

B

Backe, Herbert 580
Backett, David A. 840
Badoglio, Pietro 505
Baeck, Leo 78, 79
Bahr, Egon 459, 496, 499
Bahro, Rudolf 382
Bajohr, Frank 522
Bakels, Floris B. 28
Baldwin, Stanlez 849
Ballack, Michael 661
Balzer, Friedrich-Martin 462, 653, 813
Bamberger, Ludwig 886
Bamm, Peter 546
Bandera, Stepan 815
Barkai, Avraham 522
Barlach, Ernst 926, 1024
Bartel, Walter 91, 291, 806, 997
Barth, Karl 600, 609, 824
Bassi, Andrea 333, 334, 341
Bastian, Till 840
Bästlein, Bernhard 806
Bauer, Jenny 893
Bayrhofer, Karl 886
Bebel, August 292, 315, 451, 482, 686, 928, 1004
Becher, Johannes R. 174, 321, 453, 551, 624, 625, 807, 899, 1001, 1031
Beck, Ludwig 296, 532, 1017
Beck, Volker 167, 168
Becker, Artur 830, 831, 833, 856, 857, 860, 861
Becker, Jurek 208, 621, 622, 624
Beckert, Werner A. 999
Beckett, Samuel 551
Behnsch, Ottomar 879
Beimler, Hans 125, 771, 825, 830, 831, 846, 856, 857, 860, 863
Benecke, H. Wladislaw 883
Benedict, Traugott Wilhelm Gustav 877
Beneš, Edvard 279
Benjamin, Georg 233
Benjamin, Walter 233
Benser, Günter 348, 928
Benz, Wigbert 587
Benz, Wolfgang 264, 332, 359, 393, 512, 528, 533, 632, 633, 815, 840
Bereschkow, Walentin Michailowitsch 777
Berger, Karl Heinz 624
Bergmann, Werner 264
Berija, Lawrenti Pawlowitsch 143, 464
Berlekamp, Brigitte 360, 361, 362, 818
Bernanos, Georges 836, 852, 868
Bernays, Murray C. 575
Bernhardi, Friedrich von 1024
Bersarin, Nikolai Erastowitsch 421
Berthold, Werner 348
Bertram, Adolf 322
Best, Werner 163, 164
Bethmann Hollweg, Theobald von 607
Bethusy-Huc, Valeska Gräfin von 320
Beumelburg, Werner 828, 854
Beyer, Frank 621, 830, 856
Bichler, Anita 769
Bichtler Karl 767, 769
Bichtler, Anita 767
Bichtler, Karl 767
Bieber, Siegfried 787, 818
Biermann, Wolf 570, 700
Bies, Luitwin 356, 357, 358, 659
Birnbaum, Norman 489
Birthler, Marianne 437, 459, 460, 492, 495, 499, 500, 568, 735
Bisky, Lothar 223
Bismarck, Otto von 57, 179, 210, 401, 683, 686, 807, 930, 962, 980
Blanco, Juan Yagüe 847
Bleiber, Andreas 668
Bleiber, Waltraut 668, 669
Bleicher, Willi 711

Bloch, Ernst 266
Blomberg, Werner von 180, 580, 677
Blücher, Gebhard Leberecht von 556, 608, 980
Blücher, Gerhard Leberecht von 610
Blum, Léon 849, 861
Bock, Fedor von 944
Boelcke, Oswald 609, 753
Boerner, Hellmut 828, 853
Bohr, Nils 380
Borchardt, Louis 884, 885
Borkenau, Franz 795, 827, 852, 853
Bormann, Martin 114, 115, 175, 207, 900
Börne, Ludwig 539, 878
Bosch, Carl 917
Bracher, Kael Dietrich 651
Bracher, Karl Dietrich 187, 814
Brakelmann, Günter 840
Bramke, Werner 814
Brandenburg, Erich 508
Brandt, Willy 12, 760, 833, 847, 859
Brauchitsch, Walther von 580
Braun, Eva 730
Brecht, Bert 96, 167, 270, 453, 481, 483, 506, 525, 527, 551, 555, 599, 628, 639, 681, 741, 747, 773, 803, 820, 849, 897, 903, 904, 921
Bredel, Willi 826, 829, 831, 852, 857, 860
Bredow, Kurt von 180, 369
Brehmer, Hermann 879, 880, 888, 891
Breithaupt, Hans 330
Breitscheid, Rudolf 296, 1004
Breschnew, Leonid Iljitsch 610, 717
Breslauer, Max 174
Brězan, Jurij 625
Briand, Aristide 1019
Broder, Henryk M. 841
Broszat, Martin 90, 168, 276, 297, 814, 819
Browning, Christopher R. 500, 514, 515, 516, 519, 520, 521, 592
Brugsch, Heinrich 498
Brühl, Reinhard 508
Brundig, Karl 75
Brüning, Heinrich 178, 179, 192, 240, 262, 366, 368, 409, 416, 448, 449, 479, 480, 483
Bruno, Giordano 380
Bryson, Brady 592
Buber-Neumann, Margarete 463
Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 721
Büchner, Georg 539
Buchwitz, Otto 677, 746
Bülow, Bernhard von 983
Bünting, Karl-Dietrich 794
Bürckel, Josef 270
Burger, Hanuş 602, 603
Burkert, Erwin 856
Busch, Ernst 825, 830, 846, 856
Bush, George W. 489, 648
Bussche-Streithorst, Axel von dem 164
Busse, Ernst 24, 695
Busse, Fritz 600
Bykowski, Waleri Fjodorowitsch 610
Byron, George Gordon 775, 810

C

Cadenbach, Christoph 749
Campanella, Tommaso 542
Campe, Julius 453
Camus, Albert 551
Canfora, Luciano 942
Cárdenas del Rio, Lázaro 849
Carell, Paul (d. i. Paul Karl Schmidt) 587
Carlos, Juan 846, 865, 867
Casals, Pablo (Pau) 846, 851
Castro, Fidel 294, 325, 350
Cervantes Saavedra, Miguel de 836
Cesarani, David 791
Chamberlain, Neville 328, 961
Christiansen, Friedrich 272, 273
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 379, 462, 716, 717, 722, 723, 725
Churchill, Winston 103, 140, 154, 264, 271, 279, 280, 325, 345, 441, 490, 574, 577, 600, 686, 712, 971, 982, 988, 989, 1008, 1012
Chwostow, W. M. 934
Clark, Christopher 686, 871, 872, 907, 931, 937, 938, 939, 940, 941, 946, 974, 975, 976, 977, 979
Claudius, Eduard 829, 830, 855, 856
Claudius, Matthias 940
Clausewitz, Carl von 610
Colotti, Enzo 937
Columbus, Christoph 836
Conze, Werner 275
Cremer, Fritz 613, 741, 830, 831, 856, 857
Crossman, Richard 441
Cruise, Tom 666
Cukurs, Herbert 252

D

D'Ester, Karl 887
Dahlem, Franz 316, 829, 830, 855, 856, 860
Dahn, Daniela 310
Daladier, Édouard 966
Daluege, Kurt 94
Dams, Carsten 840
Darré, Walther 246, 580
Dawidowicz, Lucy S. 819
Deborin, Abram Moissejewitsch 322
Defregger, Franz 1024
Deiters, Heinrich 266, 498
Delbrück, Hans 508
Demut, F. 174
Dessau, Paul 825, 846
Dickel, Friedrich 610
Diels, Rudolf 837
Dietl, Eduard 132, 146
Dietrich, Erich 828, 853
Dietrich, Otto 943
Dimitroff, Georgi 95, 186, 241, 249, 296, 324, 368, 404, 699
Disney, Walt 841
Distel, Barbara 359, 815
Dix, Rudolf 591
Döblin, Alfred 399
Dodd, Martha 551

Dodd, Thomas J. 584, 595
Donat, Helmut 162
Dönitz, Karl 72, 74, 104, 132, 133, 232, 247, 454, 579, 580, 600, 665
Donne, John 827, 853
Dortu, Maximilian 454
Drechsler, Karl 293
Dregger, Alfred 166
Drewes, Hartmut 538
Drobisch, Klaus 44, 293
Drossel, Heinz 524
Droste, Wiglaf 91, 794
Droste-Hülshoff, Annette von 162
Dubost, Charles M. 582
Duncker, Hermann 287, 291
Duppler, Jörg 445
Duve, Thomas 167, 168

E

Ebert, Christa 231
Ebert, Friedrich 453, 495
Eckart, Dietrich 187
Edel, Peter 624
Egger, Urs 511
Eggerath, Werner 998
Ehrenburg, Ilja 231, 232
Ehrlich, Paul 956
Eichholtz, Dietrich 10, 221, 293, 297, 360, 476, 563, 628, 657, 684, 752, 817, 818, 908
Eichinger, Bernd 543, 544
Eichmann, Adolf 72, 74, 99, 106, 166, 194, 252, 273, 336, 338, 421, 468, 591, 593, 623, 741, 791, 792, 819, 840, 1033
Einhorn, Marion 830, 857
Einstein, Albert 380
Eisenhower, Dwight D. 103, 164
Eisler, Hanns 453, 628, 1004
Eitz, Thorsten 666
El Greco (d. i. Domínikos Theotokópoulos) 836, 868
Elbe, Frank 761
Elizabeth I. 918
Elser, Georg 806, 807, 815
Elsner, Lothar 57, 253, 256
Emanuel, Max 686
Emanuele, Vittorio 335
Engel, Erich 620
Engelberg, Ernst 57, 287, 291, 348, 400, 401
Engels, Friedrich 113, 151, 219, 292, 315, 378, 381, 383, 463, 534, 747, 748, 842, 870, 896, 903, 907, 911, 929, 930, 946, 949, 955, 977, 982, 1004
Ense, Rahel Varnhagen von 517
Epp, Franz Xaver Ritter von 774
Eppelmann, Rainer 496
Erb, Rainer 264
Erdmann, Karl Dietrich 975, 976
Erzberger, Mathias 656
Eschwege, Helmut 44, 208, 626
Esenbeck, Christian Nees von 877
Espinosol, Rafael 825, 846
Eucken, Rudolf 949
Eucken, Walter 949

F

Fallada, Hans 807
Feder, Gottfried 991
Fegelein, Hermann 708
Felton, Frederik 592
Ferencz, Benjamin B. 572
Fest, Joachim C. 164, 166, 442, 516, 543, 791
Feuchtwanger, Lion 551, 1006
Fiedler, Martin 522
Figes, Orlando 985
Fink, Heinrich 51, 110
Finkelstein, Norman 350, 361, 1033, 1034
Finker, Kurt 295, 650
Fischer, Fritz 349, 507, 627, 728, 782, 814, 840, 871, 872, 903, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 975, 976, 977, 978, 979, 1017
Fischer, Joschka 760, 761
Fischer, Werner 659, 818
Fischer, Wolfram 814
Fladung, Johann 173
Flanner, Janet 399
Flick, Friedrich 442, 752
Forsthoff, Ernst 795
Fourier, Charles 542
Franck, James 957
Franco, Francisco 191, 213, 416, 447, 639, 753, 796, 825, 826, 827, 828, 830, 831, 832, 833, 834, 847, 848, 851, 852, 853, 854, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 865, 866, 867, 926, 927, 986, 995
Frank, Anne 272, 273, 622, 838
Frank, Hans 69, 72, 74, 95, 136, 270, 274, 522, 592, 815, 1021
Frank, Karl Hermann 149
Frank, Leonhard 622, 624
Franz Josef I. 911, 918
Franzen, Anton 178
Frei, Norbert 518, 597, 823, 840
Freisler, Roland 368
Freud, Sigmund 113, 202
Frey, Gerhard 193, 240, 245
Frick, Wilhelm 93, 94, 136, 178, 561, 562, 579
Friedeburg, Hans-Georg von 273
Friedensburg, Friedrich Ferdinand 882
Friedländer, Saul 840
Friedman, Michel 512
Friedmann, Bernhard 879
Friedrich II. 34, 38, 426, 430, 683, 686, 840, 841, 904, 911, 918, 921, 1016
Friedrich Wilhelms III. 926
Friedrich, Carl Joachim 795
Friedrich, Caspar David 712
Friedrich, Jörg 438, 442, 444, 492, 546, 558, 817, 823
Frisch, Max 551
Fritze, Konrad 349
Fritzsche, Hans 72, 74, 581
Fühmann, Franz 186, 624
Fülberth, Georg 650
Funk, Walther 63, 254, 579
Funke, Otto 998
Fürnberg, Louis 378, 379, 380, 382, 825, 846

G

Galilei, Galileo 96, 380, 897, 904, 921
Galland, Adolf 858, 859
Gandhi, Mahatma 441
Gans Edler Herr zu Putlitz, Wolfgang 269
Garibaldi, Giuseppe 849
Garzón, Baltasar 866
Gass, Karl 420, 454, 477
Gauck, Joachim 52, 53, 106, 373, 567
Gaulle, Charles de 103, 164, 535, 971, 982
Gedmin, Jeffrey 489
Gehrcke, Wolfgang 152
Geiss, Immanuel 814
Geißler, Heiner 167
Gelfand, Wladimir Natanowitsch 604
Genschel, Helmut 522
Genscher, Hans-Dietrich 486
George, Lloyd 938
Gerlach, Christian 301, 302, 515, 517
Gersch, Wolfgang 634
Gerson, Daniel 393
Gerstein, Kurt 840
Gerstenmaier, Eugen 936
Gerstmayer, Hermann 914
Geschonneck, Erwin 622, 830, 856
Gide, André 836
Gilbert, Gustave M. 576
Gilzmer, Mechthild 926
Ginsburg, Jewgenia Semjonowna 533
Giordano, Ralph 187, 188
Girnus, Wilhelm 321, 681
Givon, Uri 233
Globke, Hans Maria 622, 1003
Gneisenau, August Neidhardt von 556, 610, 980
Goebbels, Joseph 14, 73, 114, 116, 121, 156, 158, 174, 178, 187, 260, 261, 271, 273, 334, 346, 367, 414, 426, 429, 430, 431, 435, 443, 487, 488, 490, 491, 502, 503, 504, 505, 543, 574, 579, 580, 581, 590, 605, 607, 610, 639, 666, 667, 707, 770, 782, 785, 816, 900, 1004, 1017, 1028
Goebbels, Magda 504
Goerdeler, Carl 164, 295, 296
Goethe, Johann Wolfgang von 146, 167, 321, 365, 380, 383, 540, 565, 662, 667, 676, 682, 756, 793, 915, 998, 1027
Goguel, Rudi 626, 627, 699
Goldensohn, Leon 576
Goldhagen, Daniel Jonah 65, 70, 81, 123, 136, 137, 145, 151, 162, 183, 190, 236, 237, 246, 260, 302, 350, 361, 413, 434, 437, 438, 491, 492, 500, 519, 528, 605, 627, 731, 817, 844, 872, 939, 1033
Goldoni, Carlo 540
Goldstein, Kurt 92, 321, 455, 682, 695, 772, 775, 813, 825, 846, 997, 998, 999, 1001
Golßenau, Arnold Friedrich Vieth von (d. i. Ludwig Renn) 826
González, Adolfo Suárez 865
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 116, 312, 317, 381, 463, 558, 716, 717, 722, 1028
Göring, Hermann 31, 63, 71, 73, 84, 95, 133, 175, 179, 221, 241, 245, 261, 272, 346, 365, 368, 424, 441, 469, 482, 483, 504, 519, 555, 572, 574, 579, 580, 582, 583, 584, 589, 590, 592, 595, 607, 648, 650, 713, 715, 755, 774, 826, 848, 854, 901, 1004, 1031
Gorrish, Walter 829, 830, 855, 856
Görtemaker, Heike B. 730
Gossweiler, Kurt 91, 186, 187, 292, 406, 563, 564, 659
Gottschalk, Joachim 620
Goya, Francisco de 139, 437, 491, 836, 868
Grab, Walter 299
Gräbe, Hermann Friedrich 524
Graf, Friedrich Wilhelm 888
Graf, L. Gerald 173
Graml, Hermann 393
Gramlich, Horst 147
Gramsci, Antonio 770
Graziani, Rodolfo 171
Grebing, Helga 814
Grey, Edward 970
Griewank, Karl 321, 697, 698
Griffith-Jones, John Mervyn Guthrie 595
Grimm, Jacob 910
Grimm, Wilhelm 910
Groehler, Olaf 57, 501, 502
Groener, Wilhelm 178, 179
Grotewohl, Otto 11, 496, 497
Gruberová, Eva 840
Grundig, Hans 624
Grundig, Lea 624
Grünthal, Heidi 360
Guderian, Heinz 329, 944
Gustloff, Wilhelm 437, 491, 665, 708, 709, 739, 771, 817, 900, 901
Gutsche, Willibald 507, 563, 564, 686
Guttmann, Jacob 895
Gutzkow, Karl 878
Gysi, Gregor 495

H

Haas, Karl 137
Habe, Hans 602, 603
Haber, Fritz 917, 956, 957
Hacks, Peter 407, 545, 810, 818
Haeckel, Ernst 950
Haffner, Sebastian 354
Hage, Volker 506
Hagelstange, Rudolf 205
Hager, Kurt 289
Hahn, Otto 957
Haider, Jörg 336
Halan, Jaroslaw 399
Halder, Franz 391, 487, 580, 803
Hallstein, Walter 317, 797
Hammerstein-Equord, Kurt von 178
Hampel, Elise 807
Hampel, Otto 807
Haney, Vera 348
Hardenberg, Karl August von 980
Hardy, Thomas 931
Hari, Mata (d. i. Margaretha Geertruida Zelle) 58
Harich, Wolfgang 725
Harms, Heinz 818

Harnack, Falk 807
Harrer, Jürgen 562
Harris, Arthur (Bomber-Harris) 442
Harris, Whitney R. 572, 584
Hart, Liddel 164
Hartmann, Christian 841
Hartz, Peter 640
Hasenclever, Walter 602
Hass, Gerhart 293, 360, 361, 814
Hassell, Ulrich von 712, 715, 778, 840
Hauck, Paul 918
Hauptmann, Gerhart 184, 556, 1024
Hauptmann, Paul 1024
Hausleitner, Mariana 393
Havemann, Robert 570
Haydn, Joseph 453
Hayes, Peter 522
Heartfield, John 173
Hebbel, Friedrich 620
Heer, Hannes 546
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 380, 638, 721
Heiden, Konrad 683
Heilmann, Ernst 91
Heilmann, Fritz 321, 998
Hein, Christoph 610
Heine, Heinrich 707, 878, 977, 1004
Heinemann, Gustav 296
Heinkel, Ernst 345, 442
Heinz, Wolfgang 622, 623
Heise, Wolfgang 624
Heisig, Bernhard 306
Heisler, Hermann 824
Heiss, Leo 860
Held, Steffen 525
Hellberg, Martin 830, 856
Hemingway, Ernest 827, 830, 835, 836, 853, 856, 860, 863, 867, 868
Henkel, Hans-Olaf 763
Henlein, Peter 897
Hennecke, Adolf 311
Henschel, Wilhelm Eduard 877
Henseler, Marga 760, 761, 762
Herbert, Ulrich 163, 476, 985
Herbst, Ludolf 37, 321, 422
Herder, Johann Gottfried 676, 682
Hermlin, Stephan 207, 224, 564, 625, 684
Hertz, Gustav 957
Hertz, Joseph Hermann 173
Herzfeld, Hans 975, 976
Herzog, Roman 39, 864
Hesiod 542
Heß, Rudolf 154, 175, 241, 253, 271, 342, 346, 347, 367, 377, 396, 483, 563, 566, 579, 640, 708, 737, 774, 1021
Hesse, Hermann 506, 829, 855
Heuer, Uwe-Jens 896
Heuss, Theodor 124, 247
Hexamer, Adolf 887
Heydrich, Reinhard 31, 32, 50, 93, 94, 135, 148, 166, 171, 194, 207, 273, 338, 368, 369, 393, 420, 468, 514, 515, 518, 579, 590, 591, 592, 593, 632, 740, 804, 815, 819, 820, 964
Heym, Stefan 602, 603
Heymann, Stefan 321, 625, 695, 698, 767, 772, 997, 998, 999, 1001
Heynowski, Walter 477
Hierl, Konstantin 175
Hilberg, Raul 288, 513, 518, 521, 527, 528, 592, 819
Hildebrand, Klaus 817
Hilferding, Rudolf 452, 458
Hillgruber, Andreas 10, 140, 292, 293, 330, 353, 562, 814, 817
Himmler, Heinrich 16, 93, 94, 166, 175, 194, 207, 245, 272, 334, 342, 368, 369, 420, 468, 514, 515, 574, 579, 584, 590, 591, 740, 774, 837, 900
Hindenburg, Oskar von 180, 981
Hindenburg, Paul von 98, 175, 177, 179, 180, 277, 367, 412, 415, 449, 451, 482, 483, 573, 583, 651, 653, 656, 676, 677, 678, 728, 744, 951, 953, 981, 1004, 1027
Hipper, Franz Ritter von 611
Hirsch, Rudolf 208, 624, 670
Hitler, Adolf 14, 16, 17, 20, 21, 31, 33, 34, 36, 38, 39, 40, 41, 62, 64, 65, 66, 71, 72, 73, 74, 82, 83, 89, 90, 93, 94, 101, 103, 104, 105, 107, 114, 115, 123, 124, 126, 131, 132, 133, 134, 136, 139, 141, 143, 145, 149, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 164, 165, 166, 170, 171, 172, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 187, 188, 191, 194, 200, 205, 207, 210, 211, 212, 213, 214, 221, 223, 239, 240, 241, 242, 244, 247, 251, 253, 254, 255, 258, 259, 260, 261, 269, 270, 271, 272, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 291, 293, 294, 298, 301, 303, 310, 315, 319, 321, 322, 323, 324, 325, 328, 329, 334, 337, 342, 343, 345, 346, 347, 354, 364, 366, 367, 368, 369, 372, 376, 379, 381, 383, 395, 396, 401, 402, 404, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 418, 420, 421, 424, 425, 426, 427, 431, 434, 435, 437, 438, 441, 442, 447, 448, 449, 450, 451, 454, 455, 468, 470, 471, 472, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 486, 487, 488, 490, 492, 493, 500, 505, 514, 515, 516, 518, 519, 527, 528, 529, 531, 532, 533, 534, 535, 543, 544, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 559, 562, 566, 568, 574, 575, 577, 579, 582, 583, 584, 589, 590, 591, 593, 594, 597, 599, 600, 605, 607, 608, 609, 610, 627, 639, 640, 642, 643, 645, 651, 653, 657, 658, 664, 667, 673, 674, 676, 677, 678, 679, 683, 684, 703, 706, 707, 708, 709, 712, 714, 715, 728, 729, 730, 737, 738, 740, 741, 742, 743, 744, 770, 771, 772, 773, 774, 776, 777, 778, 779, 781, 782, 785, 786, 787, 789, 790, 795, 796, 798, 799, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 809, 814, 816, 817, 819, 820, 825, 826, 828, 837, 840, 841, 844, 845, 846, 847, 848, 851, 853, 854, 861, 863, 871, 872, 873, 900, 901, 902, 903, 904, 906, 915, 943, 944, 947, 949, 951, 960, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 979, 980, 981, 987, 988, 994, 995, 996, 1004, 1006, 1009, 1011, 1012, 1013, 1015, 1016, 1017, 1018, 1020, 1027, 1028, 1029, 1030, 1031, 1033
Hobsbawm, Eric 201, 207, 314, 425, 477, 478, 731, 732, 736, 748
Hochhuth, Rolf 623, 808
Hodler, Ferdinand 219, 949
Hoelzle, Erwin 936
Hofer, Andreas 219, 257, 809, 910, 911

Hofer, Walther 100, 819
Hoffmann, August Heinrich 453
Hoffmann, Ernst 461, 921
Hoffmann, Gunter 237
Hoffmann, Heinrich 38
Hoffmann, Heinz 610, 829, 855, 860
Hoffmann, Peter 840
Hofmann, Werner 510, 725
Hölderlin, Friedrich 540
Hölscher, Lucian 666
Holz, Hans Heinz 485, 723, 724
Holzer, Anton 968
Homer 542
Honecker, Erich 66, 143, 225, 296, 316, 716, 796, 909
Honigmann, David 879
Horkheimer, Max 377, 413, 527
Horn, Erich 998
Horthy, Miklós 591, 862
Hosenfeld, Wilm 524
Höß, Rudolf 166, 593
Hoßbach, Friedrich 583
Höttl, Wilhelm 593
Hötzendorf, Conrad Freiherr von 933
Hoyoll, Philipp 885, 886, 887, 888, 891, 893
Hrdlicka, Alfred 146
Hugenberg, Alfred 242, 366, 368, 677, 679, 981
Hughes, Dorothy B. 827, 853
Hundertmark, Willy 456
Hundseder, Franziska 389
Huschner, Wolfgang 335, 336
Hussein, Saddam 533
Hutten, Ulrich von 735, 775

I

Ibarruri, Dolores 826
Immelmann, Max 609, 753
Irrgang, Dr. 916, 917
Irrgang, Frau Dr. 916
Irving, David 515
Ivens, Joris 830, 836, 856, 868

J

Jäckel, Eberhard 114, 124, 814, 1001
Jackson, Robert H. 572, 573, 575, 581, 583, 584, 594, 596, 636, 648, 1031
Jacobeit, Wolfgang 348
Jacobsen, Hans-Adolf 292, 814
Jäger, Karl 815
Jäger, Michael 152, 153
Jagoda, Genrich Grigorjewitsch 143
Jahn, Friedrich Ludwig 219
Jahn, Peter 231
Jahn, Rudi 997, 999
Jähn, Siegmund 610
Jakob, Franz 806
Janz, Oliver 907, 938
Jefferson, Thomas 299
Jelinek, Elfriede 959
Jelzin, Boris Nikolajewitsch 164, 716
Jens Walter 564
Jeschow, Nikolai Iwanowitsch 143
Joachimsthaler, Anton 40, 354
Jochmann, Werner 814
Jodl, Alfred 72, 74, 104, 132, 139, 141, 579, 580, 600
Johannes Paul II. 808
Johannsen, Ernst 704
Jung, Cläre M. 623
Junge, Traudl 543
Jünger, Ernst 506, 546, 611
Junkers, Hugo 345

K

Kaas, Ludwig 679
Kabisch, Gudrun 825, 846
Kacyzne, Alter 352
Kádár, János 315
Kaden, Helma 150
Kaehler, Siegfried A. 342, 402
Kaganowitsch, Lasar Moissejewitsch 723
Kahle, Hans 831, 857
Kahn, Siegbert 289, 625
Kaiser Friedrich III. 686
Kaiser, Alfons 765
Kaltenbrunner, Ernst 72, 74, 94, 336, 518, 572, 579
Kamenjew, Lew Borissowitsch 721, 726
Kammler, Bruno 918
Kampf, Arthur 1024
Kansteiner, Wulf 475, 476, 477
Kant, Hermann 307, 668
Kant, Immanuel 722, 771, 791
Kantorowicz, Alfred 829, 855
Karl I. (Kaiser von Österreich) 968
Karl V. (König von Spanien) 836
Kárný, Miroslav 632, 633
Kästner, Erich 575
Kätzel, Siegfried 562
Kaufmann, Karl 503
Kaulbach, Friedrich August von 1024
Kautsky, Karl 292, 718
Kehr, Eckart 113, 403
Keim, Wolfgang 265, 266
Keitel, Wilhelm 104, 132, 139, 483, 579, 580, 600, 786
Kelley, Douglas M. 576
Kelley-Wischnewetzky, Florence 534
Kempner, Robert M. W. 114, 329, 573, 589, 649, 819
Kennan, George F. 970, 982
Kerr, Judith 904
Kershaw, Ian 200, 213, 214, 310, 354, 393, 789, 790, 816
Keßler, Mario 112, 401
Kiesinger, Kurt Georg 12
Kinkel, Klaus 437, 446, 492, 496, 498
Kipling, Rudyard 931
Kipphardt, Heinar 623
Kisch, Egon Erwin 829, 856, 860
Klätte, Axel 684
Klaus, Georg 321, 917
Klein, Dieter 700
Klein, Fritz 292, 348, 455, 507, 563, 628, 650, 752, 811, 814, 934
Klein, Peter 820
Kleist, Heinrich von 540, 915

Klemperer, Victor 126, 145, 151, 203, 498, 606, 623, 676, 688, 712, 779, 786, 843, 844
Kleßmann, Christoph 498
Klotz, Johannes 162
Klowski, Daniel 997, 1000
Klowski, David (Vater von Daniel Klowski) 997
Klundt, Michael 552
Knabe, Hubertus 553, 559
Knef, Hildegard 807
Knickerbocker, Hubert Renfro 987
Knigge, Volkhard 838, 840
Kniprode, Winrich von 833, 860
Knopp, Guido 221, 476, 477, 486, 543, 559, 666
Koch, Erich 580
Koch, Martin 253
Koch, Robert 683
Kocka, Jürgen 937, 938
Koeppen, Hans 914
Koestler, Arthur 827, 852, 853
Kofler, Leo 725
Kogon, Eugen 25, 26, 27, 28, 164, 819
Kohl, Helmut 95, 101, 304, 372, 558, 600, 734, 1028
Köhler, Otto 587
Köhlmeier, Michael 908
Kokoschka, Oskar 849
Kolb, Eberhard 814
Kolbe, Maximilian 808
Kollwitz, Käthe 926
Kolzow, Michail 829, 856
Koop, Volker 498
Kopernikus, Nikolaus 380
Korczak, Janusz 622
Kormann, Helmut 916, 917
Koselleck, Reinhart 559, 560
Kosmala, Beate 393
Kossok, Manfred 57, 349
Kramer, Ernst 855, 860
Kramer, Stanley 648
Krapf, Franz 761
Kraus, Karl 968
Krausnick, Helmut 814
Krelle, Wilhelm 52, 78
Krepp, Siegfried 830, 856
Kreutzmüller, Christoph 908
Krieger, Seymour 592
Krockow, Christian Graf von 686
Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 180, 366, 368, 579
Krumeich, Gerd 871, 925
Krummacher, Friedrich A. 1033
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 404, 581, 582, 584, 752
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 442, 581
Kuby, Erich 334
Kuby, Susanna 333
Kuczynski, Jürgen 173, 287, 291, 308, 349, 400, 401, 752, 811, 812, 896
Kuczynski, René 669
Kuczynski, Thomas 152, 348
Kuhn, Axel 114
Kühnl, Reinhard 76, 370, 404, 405, 406, 407, 814
Kunz, Andreas 559
Künzle, Anton 252
Kurz, Rudi 830, 831, 856
Küttler, Wolfgang 152
Kwiet, Konrad 44

L

L'Arronge, Adolph 894
Lakowski, Richard 476
Lambsdorff, Otto Graf 167
Lamers, Karl 139
Lamprecht, Karl 1024
Lancaster, Burt 648
Landgraf, Wilhelm 646
Langbein, Hermann 25, 26, 27, 28
Lanzmann, Claude 151, 477
Lassalle, Ferdinand 113, 508, 747, 875
Laßwitz, Karl 879
Laube, Heinrich 878
Lazar, Auguste 625
Leber, Julius 164
Leeb, Wilhelm Ritter von 133
Legien, Carl 1004
Leibbrand, Robert 999
Leibniz, Gottfried Wilhelm 380
Leidigkeit, Karl-Heinz 919
Leisegang, Hans 697
Lemeland, Aubert 487
Lenin, Wladimir Iljitsch 212, 294, 314, 316, 318, 379, 381, 383, 458, 478, 507, 534, 718, 719, 722, 724, 725, 726, 727, 746, 747, 781, 907, 920, 935, 1028
Lessing, Gotthold Ephraim 540, 623, 1004
Lettow-Vorbeck, Paul von 611, 703
Leuschner, Wilhelm 164
Levi, Primo 306, 807
Levy-Hass, Hanne 840
Ley, Robert 156, 367
Lichtenberg, Bernhard 808
Lichtenstein, Heiner 819
Liebknecht, Karl 311, 315, 507, 542, 567, 679, 686, 935, 1004
Liebknecht, Wilhelm 315, 929, 930
Limbach, Jutta 130
Lincoln, Abraham 849
Lippmann, Heinz 997, 998
Lipstadt, Deborah 515
Liszt, Franz 676
Litwinow, Maxim Maximowitsch 835, 995, 1019
Litzmann, Karl 1004
Lohse, Hinrich 580
Lomonossow, Michail Wassiljewitsch 380
Longerich, Peter 200, 512, 515, 529, 820
Losurdo, Domenico 722
Lubbe, Marius van der 95
Luckner, Felix Graf 611
Ludendorff, Erich 367
Ludwig II. 686
Ludwig, Emil 686, 920
Luft, Christa 632
Lukács, Georg 725
Luther, Martin (Reformator) 686, 810
Luxemburg, Rosa 315, 507, 686, 736, 798, 935, 946, 955, 1004
Luzzati, Francesca 335
Luzzati, Michele 335

M

Maaßen, Hans 829, 856
Maetzig, Kurt 620, 622
Mahle, Hans 509
Mainzer, F. 173
Maiski, Iwan Michailowitsch 826, 850, 852, 1019
Malraux, André 827, 836, 852, 868
Mann, Erika 399
Mann, Golo 686
Mann, Heinrich 551, 836, 838, 863
Mann, Klaus 268, 506, 551, 602
Mann, Thomas 129, 551, 835, 863, 1024
Manstein, Erich von 329, 330, 424, 487
Mantelli, Brunello 333
Mao Tse-tung 294, 325
Marchwitza, Hans 831, 857, 860
Marcks, Erich 508
Mark, Bernard 288
Markov, Walter 57, 291, 349
Marshall, George C. 745
Marx, Karl 152, 201, 206, 214, 286, 292, 314, 315, 319, 322, 323, 347, 356, 370, 378, 380, 381, 404, 451, 463, 535, 653, 658, 673, 730, 747, 797, 896, 897, 929, 977
Mason, Tim 214
Matern, Hermann 651
Matteotti, Giacomo 770
Maurus, Terentianus 760
Maxim, Hiram 955
May, Gisela 628
May, Martin 880
Mayer, Gustav 113, 508
Mayscherek, Anneliese 999
McCloy, John J. 649
Meerwald, Margot 537, 538, 539, 540, 541, 915
Mehring, Franz 292, 929
Meier-Welcker, Hans 391
Meinecke, Friedrich 508, 653, 935, 949, 1007, 1009
Meinecke, Wolfgang 86
Menke, Willibrord 828, 853
Merkel, Angela 661, 749, 796
Merker, Paul 1006
Messerschmidt, Manfred 77, 134, 135
Metzger, Alfons 484
Meuschel, Sigrid 308
Meusel, Alfred 173, 287, 291, 400, 401, 830, 856, 860
Mewes, Karl 97
Mewis, Karl 812
Meyer, Ernst Hermann 173
Mielke, Erich 59, 610, 797, 860, 863
Mihok, Brigitte 393
Milestone, Lewis 704
Milošević, Slobodan 328, 345
Minc, Isaak 322
Minh, Ho Chi 299
Mitscherlich, Alexander 202, 203, 205, 313
Mitscherlich, Margarete 202, 203, 205, 313
Mitschurin, Iwan Sergejewitsch 1004
Mitterand, François 144, 164
Modrow, Hans 209, 310
Mölders, Werner 126, 132, 417, 610, 611, 832, 858, 859
Moll, Martin 114, 115
Möllemann, Jürgen W. 512
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 395, 723, 943, 965, 1011, 1012, 1021
Moltke, Freya von 840
Moltke, Helmuth Graf von (der Ältere) 870, 955, 982
Moltke, Helmuth Graf von (der Jüngere) 870
Moltke, Helmuth James Graf von 840
Moltke, Helmuth von (der Jüngere) 933
Mommsen, Hans 151, 403, 442, 646, 728, 729, 814
Mommsen, Wolfgang 941
Montessori, Maria 951
Montgomery, Bernard L. 103
Morgenthau, Henry jun. 575
Morus, Thomas 542
Moscardó e Ituarte, José 828, 854
Mosse, Werner E. 522
Most, Johann 930
Mottek, Hans 400, 401
Moyland, Gustav Adolf Steengracht von 591
Mücke, Hellmuth von 132
Mühl-Benninghaus, Sigrun 112
Mühlen, Patrik von zur 832, 858
Müller, Armin 682, 745
Müller, Christian 414
Müller, Heinrich (Gestapo-Müller) 94, 166, 593, 815
Müller, Hermann 191, 366, 415
Müller, Rolf-Dieter 9, 10, 554, 559, 560, 799, 800, 815
Müller, Werner 44, 501
Müller-Mertens, Eckhard 348
Münkler, Herfried 977, 978, 979
Müntefering, Franz 661
Müntzer, Thomas 842
Munzinger, Ernst 486
Mussert, Anton 271
Mussolini, Benito 166, 170, 171, 172, 177, 191, 212, 213, 294, 325, 335, 369, 447, 481, 505, 639, 645, 774, 848, 861, 862, 1013, 1029
Mutschmann, Martin 708

N

Napoleon I. 210, 268, 396, 917, 918, 943, 980, 1026, 1028
Napoleon III. 367
Nathan, Hans 592
Nathonson, Ruth 233
Neitzel, Sönke 788, 907, 979
Nestler, Ludwig 57, 134, 276, 293, 327, 349
Neubert, Harald 317, 318
Neuhöffer, Paul 562
Neurath, Konstantin Freiherr von 71, 73, 89, 579, 580, 1011
Niethammer, Lutz 806
Nietzsche, Friedrich 1024
Nolte, Ernst 143, 186, 627, 814
Norden, Albert 829, 851, 855
Nordenfelt, Thorsten 955
Norkus, Herbert 609
Novak, Franz 106
Nowojski, Walter 688
Nüßlein, Franz 760, 761

O

Obama, Barack 672
Obermann, Karl 400
Obermayer, Bastian 749
Oertzen, Wilhelm von 253, 254, 255, 256
Offenberg, Ulrike 208
Ohlendorf, Otto 593
Olden, Rudolf 683
Oncken, Hermann 508
Ophüls, Max 477
Orwell, George 836, 852
Osburg, Wolf-Rüdiger 925
Osmond, Jonathan 313
Ossietzky, Carl von 58, 77, 90, 127, 176, 412, 455, 651, 770, 838, 901, 909
Ossowski, Leonie (d. i. Jo von Tiedemann) 625
Ostbomk-Fischer, Elke 389
Österreich, Maria Theresia von 918
Österreich-Ungarn, Elisabeth von 918
Ostwald, Wilhelm 956, 1024
Otto, Adolph Wilhelm 877, 879
Otto, Roland 45
Otto, Wilfriede 459, 496, 500
Owen, Robert 542

P

Pabst, Georg Wilhelm 704
Palme, Olof 812
Papen, Franz von 85, 89, 171, 180, 192, 240, 254, 262, 293, 366, 368, 415, 449, 579, 583, 650, 677, 679, 728, 981, 1011
Paryla, Karl 829, 830, 855, 856
Paterna, Erich 291, 659
Pätzold, Armin 911, 922
Pätzold, Barbara 911
Pätzold, Hannelore 922
Pätzold, Sabine 911, 912, 913, 919, 920, 922
Paucker, Arnold 78, 79
Paul VI. 808
Paulus, Friedrich 424, 428, 434, 587, 799
Paulus, Günter 212, 366
Peter I. 918
Peter I. (Zar von Russland) 921
Peters, Jan 811, 812
Petzold, Joachim 157, 292, 455, 507, 563, 650, 811, 814
Petzold, Konrad 625
Peukert, Detlef 297, 652, 814
Pfeffer von Salomon, Franz 245
Piazza, Hans 112
Picasso, Pablo 836, 862, 868
Pieck, Wilhelm 96, 296, 316, 464, 497, 928, 997
Piesche, Margarete 362
Pietsch, Helmut 619
Pinnoff, Isidor 883
Pinoff, Isidor 879
Piscator, Erwin 623, 808
Pius XI. 963
Pius XII. 808, 809
Planck, Max 956, 957, 1024
Platon 380
Plechanow, Georgi Walentinowitsch 287, 294
Plivier, Theodor 1025
Pohl, Dieter 517
Pöhlmann, Markus 507
Polacio, Carlos 825, 846
Polanski, Roman 511
Poliakov, Léon 819
Pospelow, Pjotr Nikolajewitsch 717
Pot, Pol 315, 772, 794, 798
Prauser, Steffen 334
Preller, Hugo 697, 917, 918
Preußen, August Wilhelm von 369
Preußen, Sophie Dorothea von 771
Preußen, Wilhelm von (Kronprinz) 369
Priebke, Erich 137
Prien, Günther 132
Princip, Gavroili 972
Prokop, Siegfried 91, 459, 498, 500
Przybylski, Peter 578
Ptolemäus, Claudius 380
Purkyně, Jan Evangelista 877
Puschkin, Alexander Sergejewitsch 1004
Putin, Wladimir 948
Putin, Wladimir 1011
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 558, 933

Q

Quirnheim, Hermann Mertz von 508
Quisling, Vidkun 271

R

Radlmaier, Steffen 399
Raeder, Erich 72, 74, 132, 247, 580
Rall, Hans 686
Rasche, Karl 150, 365
Rau, Heinrich 829, 831, 855, 857
Rauff, Walther 815
Rauter, Hanns Albin 272, 274
Reagan, Ronald 313
Reemtsma, Jan Philipp 129
Reger, Max 1024
Regler, Gustav 827, 852, 853
Reichel, Peter 840
Reinhardt, Max 1024
Reisberg Arnold 400
Reitlinger, Gerald 205, 513, 819
Remarque, Erich Maria 121, 178, 546, 704, 1025
Remer, Karl Julius Wilhelm Paul 877
Remer, Wilhelm Hermann Georg 877, 893
Renn, Ludwig (d. i. Arnold Friedrich Vieth von Golßenau) 826, 829, 852, 855, 860
Reschke, Erich 24
Resnais, Alain 477
Ribbentrop, Joachim von 579, 774, 902, 959, 962, 1011, 1012, 1013, 1015, 1020, 1021
Richter, Hans Peter 655, 904
Richthofen, Manfred von 132, 609, 704, 1004
Richthofen, Wolfram von 485, 487, 854
Ridder, Helmut 564
Rink, Arno 830, 856
Ritter, Gerhard 975, 976, 978

Ritter, Karl 828, 854
Rivera, José Antonio Primo de 834
Robeson, Paul 825, 846
Robespierre, Maximilien de 1028
Röchling, Hermann 364
Röhl, John C. G. 686, 687
Röhm, Ernst 175, 180, 241, 245, 346, 774
Röhr, Werner 293, 360, 361, 752, 816, 818
Rohwer, Jürgen 292, 1001
Rolland, Romain 849
Romanow, Alexander I. Pawlowitsch 918
Romanowa, Jelisaweta Petrowna 918
Rommel, Erwin 477, 611, 771, 816, 840
Röntgen, Wilhelm 1024
Roon, Albrecht Graf von 913
Roosevelt, Franklin D. 325, 490, 513, 574, 575, 827
Roseman, Mark 820
Rosenberg, Alfred 246, 260, 368, 392, 414, 468, 579, 580, 607, 936
Rosenberg, Arthur 651
Rosenberg, Tina 123
Rosenfeld, Gabriele 613, 614
Rosenfeld, Günter 348, 613, 614
Rosenhain, Johann Georg 879, 883
Roth, Karl Heinz 142, 421
Rotte, Mario 848
Rübenach, Paul Freiherr Eltz von 180
Rubinowicz, Dawid 622
Ruge, Wolfgang 292, 364, 400, 401, 455, 462, 463, 464, 510, 562, 563, 564, 650, 651, 652, 653, 656, 683, 814
Rühe, Volker 164, 166, 167
Rumsfeld, Donald 489
Russel, Edward 288
Rüter, Christiaan F. 234, 235
Rykow, Alexei Iwanowitsch 721

S

Saavedra, Miguel de Cervantes 868
Sabrow, Martin 841
Sacanell, José Sanjurjo 847
Sachsen-Weimar-Eisenach, Augusta von 311
Saddam, Hussein 531
Saefkow, Anton 806
Saint-Simon, Claude Henri Comte de 542
Salazar, António de Oliveira 796, 851, 986
Samuel, Max 45
Sarrazin, Thilo 774
Sauckel, Fritz 9, 63, 160, 562, 579, 580, 590, 737
Sauerbruch, Ferdinand 772
Sawicki, Jerzy 577
Schacht, Hjalmar 16, 63, 72, 74, 85, 261, 366, 368, 369, 482, 483, 579, 583, 584, 585, 590, 591, 650, 728, 1017
Schall, Ekkehard 483
Schaposchnikow, Boris Michailowitsch 1012, 1021
Scharnhorst, Gerhard von 556, 610, 980
Scharon, Ariel 512
Schäuble, Wolfgang 376
Scheel, Heinrich 57, 291
Scheel, Walter 412
Scheffler, Wolfgang 517, 819
Schell, Maximilian 648, 649
Schenkendorf, Max von 734
Scherstjanoi, Elke 420
Scheumann, Gerhard 477
Scheurig, Bodo 587
Schewardnadse, Eduard 317
Schieder, Theodor 275
Schieder, Wolfgang 814
Schiele, Martin 409
Schildhauer, Johannes 349
Schill, Ferdinand Baptista von 139, 556
Schiller, Friedrich 46, 540, 561, 563, 564, 676, 682, 842, 1024
Schily, Otto 146, 167
Schindler, Oskar 523, 528
Schirach, Baldur von 72, 74, 136, 579
Schirdewan, Karl 462
Schirman, Léon 40, 58, 80
Schläfer, Christine 45
Schlegel, Friedrich 563
Schleicher, Kurt von 178, 179, 180, 369
Schley, Jens 838
Schlieffen, Alfred von 873
Schlierer, Rolf 244
Schlinke, Ludwig 889
Schlöffel, Wilhelm 889
Schlögel, Karl 231
Schmaglewska, Severina 593, 594
Schmaltz, Florian 818
Schmid, Anton 523, 524
Schmidt, Helmut 182
Schmidt, Rainer Friedrich 155
Schmidt, Siegfried 349, 561
Schmidt, Walter 44, 476, 698
Schmitt, Carl 795
Schmitt, Kurt 368
Schmundt, Rudolf 583
Schneider, Friedrich 561
Schneider, Richard Chaim 151
Schneider, Ulrich 162
Schober, Rita 688
Scholl, Hans 164, 491, 682, 999
Scholl, Sophie 164, 491, 682, 999
Schöllgen, Gregor 840
Scholz, Olaf 167
Schölzel Arnold 874
Schönhoven, Klaus 242
Schörner, Ferdinand 600
Schreiner, Albert 287, 289, 292, 400
Schröder Wolfgang 929
Schröder, Frank 45
Schröder, Gerhard (SPD) 258, 279, 482, 558, 639, 640, 662, 760, 761, 784
Schröder, Kurt Freiherr von 584, 771
Schröder, Wolfgang 420, 929, 930
Schroeder, Klaus 750, 751
Schröter, Ulrich 568
Schüddekopf, Carl 485
Schuder, Rosemarie 208, 624, 670, 813
Schulenburg, Friedrich-Werner Graf von der 1012
Schuller, Wolfgang 313
Schulz, Helga 348
Schulz, Ulrike 223

Schulze-Boysen, Harro 164
Schumacher, Kurt 91, 482
Schumann, Frank 684
Schumann, Wolfgang 10, 57, 134, 276, 293, 327, 349, 561, 564, 657, 683, 814
Schuschnigg, Kurt von 270, 279
Schwarz, Erika 32, 36, 106, 332, 333, 337, 360, 476, 561, 593, 632, 818, 820, 1003
Schwarz, Gerhard 1003
Schweikart, Hans 620
Seckendorf, Martin 818
Seeber, Gustav 57, 349, 564
Seeckt, Hans von 192
Seeler, Uwe 661
Seger, Gerhart 838
Segev, Tom 1027, 1028
Seidel (Lehrer) 916
Seidel, Alfred 1021
Semprún, Jorge 825, 834, 835, 847, 864
Semrau, August 879, 895
Şen, Faruk 666
Severing, Carl 242
Seyffardt, Hendrik Alexander 271
Seyß-Inquart, Arthur 71, 73, 270, 271, 272, 273, 274, 580
Shawcross, Hartley 582, 594
Sheehan, James J. 789
Shirer, William L. 551
Shukow, Georgi Konstantinowitsch 103, 164
Sierra, Gonzalo Queipo de Llano y 847
Silva y Velazquez, Diego Rodriguez de 836
Silzer, Friedrich 487
Simon, John 271
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch 721, 726
Sitte, Willi 830, 856
Six, Alfred 94
Slánský, Rudolf 380
Sloterdijk, Peter 985
Smith, Howard 551
Sokrates 380
Solmssen, Georg 523
Sombart, Werner 950
Sommer, Michael 512
Sorge, Friedrich Albert 534
Speer, Albert 9, 115, 443, 516, 579, 591, 708
Sperrle, Hugo 832, 848, 858
Spiegel, Paul 511
Spielberg, Steven 151
Sporn, Mario 486
Stackelberg, Karl-Georg von 828, 854
Stadler, Peter 167
Stahlmann, Richard 812
Stalin, Josef 21, 83, 97, 101, 143, 231, 279, 280, 291, 294, 314, 315, 319, 321, 325, 378, 379, 380, 381, 383, 401, 426, 435, 438, 463, 485, 486, 487, 488, 493, 497, 554, 559, 673, 674, 716, 717, 719, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 742, 744, 772, 777, 797, 798, 816, 827, 829, 850, 851, 853, 856, 908, 920, 921, 963, 964, 966, 995, 1011, 1012, 1014, 1017, 1018, 1019, 1020, 1021
Stang, Knut 41
Stangneth, Bettina 791, 792
Stark, Walter 57
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 164, 295, 493, 686, 771, 806, 815, 840
Stauß, Emil Georg von 261, 583, 901
Stein, Charlotte von 321, 997
Stein, Heinrich Friedrich Karl vom und zum 980
Steinbach, Lothar 106, 107
Steinbach, Matthias 950
Steinbach, Peter 838
Steinbacher, Sybille 838
Steinbrück, Peer 985
Steiner, Felix 329, 330
Steiniger, Peter Alfons 72, 74, 288, 578, 623
Steinmeier, Frank Walter 760
Steinmetz, Max 561
Stern, Fritz 222, 292, 957
Stern, James 604, 625, 639
Stern, Jeanne 830, 856
Stern, Kurt 830, 856
Stern, Leo 289, 400, 401
Stieff, Hellmuth 391, 392
Stillger, Ludwig 832, 859
Stimson, Henry L. 575
Stockfisch, Dieter 137
Stolle, Michael 840
Stone, Isaac 592
Stötzel, Georg 666
Strachan, Hew 958
Strasser, Gregor 241, 346, 774
Strasser, Otto 159, 241, 640
Strauß, David Friedrich 878
Strauß, Franz Josef 117
Streibl, Ralf 389
Streicher, Julius 241, 368, 579, 580, 591, 593, 595, 774
Streim, Alfred 235
Streisand, Joachim 291, 320
Streit, Christian 301
Stresemann, Gustav 656
Striebing, Lothar 1005
Strohmeyer, Arnd 162
Stroop, Jürgen 592
Strümpell, Henning 832, 859
Stülpnagel, Carl-Heinrich von 164
Sung, Kim Il 350
Suttner, Bertha von 955
Suworow, Victor 1017
Syberberg, Hans-Jürgen 477
Sylvanus, Erwin 622
Szpilman, Władysław 511, 524

T

Taylor, Telford 329, 575
Telemann, Georg Philipp 689
Teppich, Fritz 813
Thälmann, Ernst 93, 296, 316, 651, 683, 806, 825, 826, 830, 846, 849, 852, 856, 963, 999, 1004
Theodor, Karl 686
Theotokópoulos, Domínikos (d. i. El Greco) 836
Thiele, Hans-Günter 162
Thierack, Otto 580
Thierse, Wolfgang 487
Thomas, Alexander 693

Thorak, Josef 951
Thürk, Harrz 682
Thygesen, Paul 23
Thyssen, Fritz 583
Tietz, Christian 820
Tigmann, Eva 230
Timm, Angelika 112, 209, 670
Timmermann, Rudolf 828, 853
Tocqueville, Alexis de 795
Togliatti, Palmiro 782, 995
Tomski, Michail Pawlowitsch 721
Tooze, Adam 657, 658
Tracy, Spencer 648
Trautloft, Johannes 126, 832, 858, 859
Treitschke, Heinrich von 417
Tresckow, Henning von 164
Trettner, Heinz 832, 858, 859
Trotzki, Leo Dawidowitsch 721, 725, 726
Trudewind, Clemens 389
Truman, Harry S. 636
Tschapajew, Wassili Iwanowitsch 829, 855
Tucholsky, Kurt 15, 59, 90, 93, 146, 160, 182, 184, 548, 667, 747, 766, 793, 797, 1027

U

Udet, Ernst 611
Ueberschär, Gerd R. 554, 559, 1017
Uhland, Ludwig 487, 825, 846
Uhse, Bodo 829, 830, 855, 856
Ulbricht, Walter 66, 143, 289, 296, 316, 322, 462, 464, 497, 721
Ullmann, Wolfgang 923, 924
Ullrich, Volker 237, 871, 978, 979
Unger, Manfred 45

V

Vaillant-Couturier, Marie-Claude 593
Veitl, Friedrich 332, 632
Velázquez, Diego Rodrígues de Silva 868
Verbeck, Paul 761
Verleger, Helga 233
Verner, Paul 812, 829, 855, 860
Victoria (Königin von England) 918, 955
Vidal, Emilio Mola y 847, 848
Vierhaus, Rudolf 111
Vogel, Bernhard 33, 144
Vogel, Hans-Jochen 242
Voigt, Udo 250
Volkenborn, Klaus 832, 833, 859, 860

W

Wagenstein, Angel 621, 622
Wagner, Richard 167
Waigel, Theo 166
Wajda, Andrzej 625
Waldheim, Kurt 77
Walsh, William B. 592, 594, 596
Wander, Fred 624
Wangenheim, Inge von 564
Wanka, Johanna 749
Warlimont, Walter 487
Warmbold, Hermann 368
Warnke, Bruno 321
Warnke, Herbert 812
Weber, Max 1024
Weber, Mirko 953
Wecker, Konstantin 491
Wehler, Hans-Ulrich 441, 978, 979
Wehner, Herbert 482, 812
Weigand, Robert 29
Weigel, Helene 849
Weinert, Erich 542, 825, 846, 855, 860
Weiß, Konrad 622
Weiss, Peter 623
Weißbecker, Dietrich 908
Weißbecker, Manfred 107, 175, 348, 404, 447, 455, 476, 561, 562, 563, 564, 566, 650, 651, 705, 737, 818
Weizsäcker, Ernst von 712, 713, 714, 715, 786
Weizsäcker, Richard von 292, 553, 558, 577, 601, 740, 741, 744, 996, 1010
Wellers, Georges 819
Wellington, Wellington, Arthur Wellesley, 1. Duke of 608
Wels, Otto 678, 679
Welskopf-Henrich, Liselotte 623
Welzer, Harald 788
Wentscher, Dora 681
Werner, Ernst 348, 349
Wessel, Horst 346, 453, 609, 620, 678
Wetter, Wolfram 523
Whitler, Tyler 686
Wieland, Christoph Martin 676, 682
Wieland, Günter 235
Wienbarg, Ludolf 878
Wiesel, Elie 637
Wiesenthal, Simon 637
Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von 1024
Wilders, Geert 763
Wildt, Michael 42, 517, 518, 908
Wilhelm I. 38, 573, 686, 807, 1024
Wilhelm II. 29, 34, 305, 315, 663, 664, 676, 686, 687, 802, 937, 949, 951
Wilk, Werner 623
Willems, Susanne 515, 516, 818
Windischgrätz, Alfred Candidus Ferdinand Fürst von 888
Winkler, Heinrich August 840
Winterstein, Wüsten), Eduard von 623
Wippermann, Wolfgang 125
Wirth, Günter 908
Wirth, Joseph 321
Wise, Stephen I. 174
Wisliceny, Dieter 42
Wlojnar, Klaus 818
Wojak, Irmtrud 791
Wolf, Frieder Otto 152
Wolf, Friedrich 620
Wolf, Gerry 622
Wolf, Konrad 620, 621, 622, 634, 856
Wolf, Markus 310, 575
Wolf, Walter 321, 681, 683, 695, 997, 998, 999
Wolfe, Thomas 551
Wolff, Meta (Ehefrau von Joachim Gottschalk) 620

Wolff, Wilhelm 891
Wolffsohn, Michael 112
Wolkow, Wladimir Konstantinowitsch 497
Worch, Christian 640
Worner, Heinz 173
Woroschilow, Kliment Jefrenowitsch 723
Wrangel, Friedrich von 884
Wüsten, Fritz 623
Wuttke, Walter 397
Wyneken, Gustav 422, 1005

Y

Young, Owen D. 20, 240, 242, 409

Z

Zahn, Gustav von 949
Zaisser, Wilhelm 855, 861
Zapatero, Jose Luis Rodríguez 865
Zechlin, Egmont 936, 938, 975, 976
Zeidler, Manfred 231, 232
Zeller, Helmut 840
Zetkin, Clara 54, 292, 640, 770, 771, 1004
Zille, Heinrich 689
Zimmering, Max 173, 624
Zimmermann, Moshe 43, 100
Zöberlein, Hans 703
Zuckmayer, Carl 603
Zündel, Ernst 19, 640, 645
Zweig, Arnold 44, 208, 226, 227, 498, 511, 551, 626, 1025
Zwerenz, Gerhard 125, 167, 202